Verhandlungen

des

Reichstags.

I. Wahlperiode 1920.

Band 355.

Stenographische Berichte.

Von der 213. Sitzung am 18. Mai 1922
bis zur 235. Sitzung am 24. Juni 1922.

Berlin 1922.
Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlags-Anstalt.
Berlin SW., Wilhelmstraße Nr. 32.

Inhaltsverzeichnis.

Zweihundertneunzehnte Sitzung.

Freitag den 26. Mai 1922.

Zweihundertzwanzigste Sitzung.

Sonnabend den 27. Mai 1922.

Zweihunderteinundzwanzigste Sitzung.

Montag den 29. Mai 1922.

Zweihundertfünfundzwanzigste Sitzung.

Dienstag den 13. Juni 1922.

Zweihundertsechsundzwanzigste Sitzung.

Mittwoch den 14. Juni 1922.

Zweihundertsiebenundzwanzigste Sitzung.

Freitag den 16. Juni 1922.

Zweihundertzweiunddreißigste Sitzung.

Donnerstag den 22. Juni 1922.

Zweihundertdreiunddreißigste Sitzung.

Freitag den 23. Juni 1922.

213. Sitzung.

Donnerstag den 18. Mai 1922.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

Die Sitzung wird um 11 Uhr 18 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Höfle, Schiele, Behrens, Hammer, Dr. Oberfohren
die Abgeordneten D. Dr. Schreiber, Graf v. Westarp, Deglerk, Schmidt (Stettin), v. Gallwitz;

in den 2. Ausschuß für den Abgeordneten v. Rehbinder
der Abgeordnete Machens;

in den 5. Ausschuß für die Abgeordneten Diez, Korthaus
die Abgeordneten Lange-Hegermann, Esser;

in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Allekotte, Blum
die Abgeordneten ten Hompel, Herold;

(Präsident.)

(A) in den 13. Ausschuß für den Abgeordneten Baumann
der Abgeordnete Damm;
in den 23. Ausschuß für die Abgeordneten v. Rehbinder, Marx, Schulze (Berlin)
die Abgeordneten Langwost, Koch (Essen), Dr. Oberfohren;
in den 33. Ausschuß für den Abgeordneten Allekotte
der Abgeordnete Dr. Herschel;
in den 35. Ausschuß für den Abgeordneten Lange-Hegermann
der Abgeordnete Schlack.

Ich habe Urlaub erteilt dem Herrn Abgeordneten Spezler für acht Tage.

Meine Damen und Herren! Es sind uns eine Anzahl Einladungen zu einem zwanglosen Beisammensein im großen Festsaal des Berliner Rathauses am Dienstag, den 23. Mai, vormittags $11\frac{1}{2}$ Uhr, anläßlich des Besuches des Wiener Männergesangvereins zugegangen. Die Einladungen liegen im Bureau des Reichstags zur Entnahme aus.

Als Vorlagen sind eingegangen:

1. Entwurf eines Gesetzes über die Erhöhung der Verwaltungskostenbeiträge bei Tilgungsdarlehen;
2. Darstellung der Geschäfte der Wuchergerichte für das Kalenderjahr 1921.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand ist die

erste und zweite Beratung des von den Abgeordneten Müller (Franken), Marx, Hergt, Henke, Dr. Becker (Hessen), Erkelenz, Leicht und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über den Schutz der Urheberrechte der Angehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika (Nr. 4297 der Drucksachen).

(B) Ich eröffne die erste Beratung; ich schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Antrag auf Kommissionsberatung ist nicht gestellt, wir können also sogleich in die

zweite Beratung

eintreten. Ich rufe in derselben auf § 1 — und erkläre ihn für angenommen, da ich Widerspruch nicht höre, — § 2 — desgleichen, § 3 — ebenso, Einleitung und Überschrift. —

Wenn kein Widerspruch erhoben wird, können wir auch gleich die

dritte Beratung

vornehmen. Ich höre einen solchen nicht — und eröffne die allgemeine Aussprache in der dritten Beratung. Ich schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen, und rufe auf in der besonderen Beratung § 1, — § 2, — § 3, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen nebst Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Verlängerung der Pachtschutzordnung (Nr. 4187, Zu Nr. 4187 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet:
Ministerialrat Dr. Glaß und Regierungsrat Dr. Wenzel vom Reichsarbeitsministerium; Justizrat Wagemann vom Preußischen Justizministerium.

(C) Meine Damen und Herren! Wir haben diesen Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt in der Erwartung, daß er ohne Debatte einem Ausschuß überwiesen werden wird.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Rießer.

Dr. **Rießer,** Abgeordneter: Ich beantrage die Überweisung des Gesetzentwurfs an den 13. Ausschuß.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Rießer beantragt die Überweisuug an den Wohnungs- und Siedlungsausschuß.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Simon (Franken).

Simon (Franken), Abgeordneter: Ich beantrage diesen Gesetzentwurf an den 5. (volkswirtschaftlichen) Ausschuß zu überweisen, weil ich der Auffassung bin, daß dieser Gesetzentwurf mit dem Wohnungswesen an sich nichts zu tun hat. Ich möchte Sie bitten, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem ersten Antrage zustimmen und die Vorlage an den 13. Ausschuß überweisen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

— Von den Anwesenden scheint das die Mehrheit zu sein.

(Heiterkeit.)

— Das Bureau ist der Ansicht, daß das die Mehrheit ist; die Überweisung an den 13. Ausschuß ist beschlossen.

Wir kommen nunmehr zum 3. Gegenstand der Tagesordnung, zur

(D) **Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922** (Nr. 3405, 3883 der Drucksachen), und zwar zunächst

Haushalt des Reichsarbeitsministeriums (Anlage VII).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 4181 der Drucksachen).
Berichterstatter: Abgeordneter Hoch.
Anträge Nr. 4267, 4268, 4273, 4275, 4277, 4280, 4287, 4291.

In Verbindung mit der

ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Arbeitszeit in Steinkohlenbergwerken (Nr. 4174 der Drucksachen)

ferner in Verbindung mit der

Interpellation der Abgeordneten Thiel, Dr. Becker (Hessen) und Genossen, betreffend Erhöhung der Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen (Nr. 3621 der Drucksachen).

Wir sind bei den zu Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben beantragten Entschließungen, und zwar bei der Entschließung auf Drucksache Nr. 4268.

Hierzu hat das Wort der Herr Abgeordnete Schreck.

Schreck, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Artikel 122 der Reichsverfassung bestimmt, daß die Jugend gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige oder körperliche Verwahrlosung zu schützen ist. Damit ist, soweit der wirtschaftliche Schutz der Jugend in Frage kommt, dem Reichsarbeitsministerium ein dankenswertes Gebiet zur Betätigung überwiesen.

Der Krieg brachte der Jugend dadurch große Schäden, daß sie entweder in die große Zerstörungsmaschine gezwungen wurde, oder aber daß sie vorzeitig größere Arbeitsleistungen vollbringen mußte mit zwar manchmal

(Schreck, Abgeordneter.)

materiellen Vergünstigungen, aber auch unter Verlust körperlicher und moralischer Kräfte. Hierin liegen sicher mit die Ursachen all der Schwächen und Mängel in Erziehung und Bildung. Der beste Teil des arbeitenden Jungvolkes rebelliert dagegen. Was nützt aber alle ideelle Auflehnung, wenn die wirtschaftliche Ausnutzung wieder sehr vieles niederdrückt. Deshalb müssen gesetzliche Schutz- und Hilfsmaßnahmen getroffen werden, wie sie in der von der Sozialdemokratischen und Unabhängigen Fraktion gemeinsam beantragten Entschließung auf Drucksache Nr. 4268 vorgesehen sind. Sie lautet:

> Der Reichstag wolle beschließen:
>
> die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf baldigst vorzulegen, der einen ausreichenden **Jugend- und Lehrlingsschutz** unter Beachtung folgender Bestimmungen vorsieht:
>
> Jugendliche und Lehrlinge unter 16 Jahren dürfen wochentäglich nicht länger als sechs Stunden arbeiten; die Überschreitung des achtstündigen Arbeitstages ist für Jugendliche und Lehrlinge über 16 Jahren verboten. Einrechnung der Pflichtschulzeit und aller Vorbereitungs- und Aufräumungsarbeiten in die gesetzliche Arbeitszeit. Freier Sonnabendnachmittag.
>
> Gewährung von ausreichenden zusammenhängenden Ferien im Sommerhalbjahr unter Weitergewährung des Lohnes bezw. aller Vergütungen.
>
> Die gesetzlichen Jugendschutzbestimmungen, die sich auf die Arbeitszeit, Pausen, 36stündige Sonntagsruhe, das Verbot der Nachtarbeit und die Beschäftigung in besonders gefährdeten Betrieben beziehen, sind auf alle Jugendlichen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre auszudehnen.
>
> Jede Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren in Gewerbe- und Handelsbetrieben ist verboten.
>
> Die Arbeits- und Lohnverhältnisse aller Jugendlichen und Lehrlinge unterliegen der Regelung durch Tarifverträge. Die ausreichende fachliche Ausbildung der Lehrlinge muß garantiert sein.
>
> Die Rechtsprechung in allen sich aus dem Arbeitsverhältnis ergebenden Streitfällen ist den Arbeitsgerichten zu übertragen.
>
> Alle Bestimmungen, die im Widerspruch mit der Reichsverfassung die Vereins- und Versammlungsfreiheit beschränken, sind ebenso wie die „väterliche Zucht des Lehrherrn“ aufzuheben.

Nach unserer Auffassung ist eine **sechs- bezw. achtstündige Arbeitszeit** für die Jugend des erwerbstätigen Volkes unter den völlig veränderten Produktionsverhältnissen und völlig verschobenen Arbeitsmethoden ausreichende Belastung genug. Es muß daher nicht nur für genügende Rast und Erholung, sondern auch für eine genügende Ausspannung gesorgt werden. Vor allen Dingen muß eine Freizeit bleiben sowohl für Leibesübungen und Pflege der Körperkultur als auch für die notwendige geistige und kulturelle Bildung. Diejenigen, die da befürchten, daß eine derartige größere Freizeit zu Mißbräuchen führen könnte, seien darauf aufmerksam gemacht, daß gerade dort, wo ein verhältnismäßig kürzerer Arbeitstag besteht, solche Gefahren nicht zu befürchten sind. Etwaige Mißbräuche aber werden am stärksten durch Aufklärung sowie durch Einrichtungen von öffentlichen Behörden, wie etwa Jugendheime, Wanderherbergen und ähnliches, wirksam bekämpft. Längere Arbeitszeit bricht nicht nur den körperlichen, sondern auch den moralischen Widerstand gegen Ausschweifungen, die fast immer die Folgen einer gewissen Ausbeutung sind.

Die Jugend braucht aber vor allen Dingen reine Freude, die sie bei Zurverfügungstellung genügender Freizeit beim Spiel, beim Sport, in den Bibliotheken und sonstigen Bildungsstätten findet. Es ist auch notwendig, daß die **Pflichtschulzeit** in die gesetzliche Arbeitszeit eingerechnet wird. Die ganze Berufsschulung hat nur einen Sinn, wenn sie einen Teil der Ausbildung und damit der Arbeitsleistung darstellt. Ein Lohnabzug für den Besuch der Fortbildungsschule ist außerordentlich bedauerlich, und er zeugt von dem kleinlichen Verfahren, das die Meister beziehungsweise Unternehmer belieben, obwohl sie doch wahrhaftig auch in der Zeit der größten Not Deutschlands verhältnismäßig günstige Gewinne erzielen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Gegenüber den Pessimisten, die etwa glauben, daß durch die zu reichliche Freizeit eine nicht richtige Ausnutzung stattfindet, mache ich darauf aufmerksam, daß selbst da, wo es sich um **Wahlfortbildungsschulen** handelt, von Jahr zu Jahr eine Steigerung des Besuches zu verzeichnen ist. Das offenbart am deutlichsten, wie stark im Jungvolk der Drang vorhanden ist, die Befreiung von der Arbeit zu nutzen, um sich nicht nur für den Beruf, sondern auch für künftiges Staatsbürgertum vorzubereiten.

Deshalb ist der **freie Sonnabendnachmittag** ebenso eine Notwendigkeit wie auch die Herbeiführung von Ferien. Neben der Belastung durch die Arbeit verlangt die Hast unseres Zeitalters besonders für die arbeitende Jugend eine größere Ruhepause in der Woche nnd vor allen Dingen im Sommerhalbjahr zusammenhängende Ferien von mindestens 14 Tagen. Das junge Volk muß des öfteren hinaus können in die erfrischende Natur. Es muß Zeit haben, um in größerer Beschaulichkeie die Heimat und das deutsche Kulturleben kennen zu lerneu. Die Giftblüten des Alkohols und die Verwilderung und Verwahrlosung werden so auch am wirksamsten bekämpft.

Die **Nachtarbeit** und die Beschäftigung in besonders gefährdeten Betrieben muß aus Gründen wirklicher Gesunderhaltung ebenso verhindert werden wie jede Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren. Es ist nicht nur der kapitalistischen Gewinnsucht zu begegnen, sondern es muß auch der Egoismus bestimmter Elternkreise überwunden werden.

(Sehr richtig!)

Vor allen Dingen ist es aber auch notwendig, die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Jugendlichen und nicht zuletzt der Lehrlinge durch **Tarifverträge** zu regeln. Der Widerstand weiter Arbeitgeberkreise ist außerordentlich gefährlich, er verhindert vor allen Dingen die Sicherung eines tüchtigen Nachwuchses. Was nützen denn die Klagen der Meister und Unternehmer darüber, daß sich keine genügende Zahl von Jugendlichen melde, die bereit seien, Lehrverhältnisse einzugehen, wenn sie nicht selbst Hand ans Werk legen, um dafür zu sorgen, daß auch eine gewisse Neigung und eine Liebe zur Erlernung eines Handwerks und zu einer tüchtigen beruflichen Fachbildung vorhanden ist? Im besonderen wird der Widerstand gegen die Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse durch Tarifverträge in den Innungen geleistet. Sie können sich dabei auf Bestimmungen der Gewerbeordnung berufen, wonach den Handwerkskammern beziehungsweise den Innungen ein gewisses Vorrecht für die Regelung dieser Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegeben ist. Es müßte deshalb nach unserer Auffassung vom Herrn Reichsarbeitsminister auf schnellstem Wege eine Notänderung der Gewerbeordnung, besonders in den §§ 81, 103, 130, vorgenommen werden.

Die **Entlohnung der Lehrlinge** ist geradezu miserabel trotz der nicht ungünstigen wirtschaftlichen Stellung der Meister und Unternehmer. Den Preissteigerungen, denen man sonst wenigstens in etwa gefolgt ist, ist hier in

(Schreck, Abgeordneter.)

(A) keiner Weise genügend Rechnung getragen worden, und die Mühen der Gewerkschaften haben es leider auch nicht zuwege bringen können, daß für die Lehrlinge ein erträglicheres Los herbeigeführt werden konnte. Die Eltern solcher Lehrlinge geraten, namentlich, wenn es sich um solche handelt, die wirtschaftlich besonders schlecht stehen, in direkte Not. Sie stehen vor der Frage, ob sie unter Umständen den Jungen aus der Lehre herausnehmen sollen, weil sie nicht mehr die Möglichkeit haben, die wirtschaftlichen Lasten zu tragen, oder aber, ob sie es auf völlige Verarmung ankommen lassen sollen. In dieser furchtbaren Not sollte das Reich eingreifen, damit endlich die Eltern die Möglichkeit haben, gerade den strebsamen Jungen die Möglichkeit zu bieten, es in irgendeinem Handwerk oder Gewerbe zu etwas Tüchtigem zu bringen. Die Bezahlung und die gründliche Durchbildung fachlicher Art des jungen Volks sichern die Qualitätsarbeit, deren vor allem die deutsche Wirtschaft bedarf.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Selbstverständlich muß auch das Jungvolk außerhalb der Arbeit die freieste Betätigungsmöglichkeit haben und der **Anschluß an die Gewerkschaften und Jugendverbände** in freiester Weise garantiert sein. Das liegt auch im Interesse der ideell nicht hoch genug zu wertenden Arbeit der Jugendbünde.

Die in der Entschließung auf Drucksache Nr. 4268 gewünschten Maßnahmen zum Jugendschutz stellen **Mindestforderungen** dar der beiden sozialistischen Fraktionen sowohl als auch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie der Proletarier- und der Arbeiterjugend. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß diese Forderungen — abgesehen von der kürzeren Arbeitszeit für alle noch nicht Sechzehnjährigen — im wesentlichen auch von dem „Ausschuß der deutschen Jugendverbände" gestützt werden. Dieser Ausschuß, der aus etwa 40 Verbänden besteht, die (B) Jugendbewegung bezw. Jugendpflege betreiben und denen alle Parteien dieses Hauses von links bis rechts nahestehen, hat in einer Eingabe an den Herrn Reichsarbeitsminister schon im Herbst vorigen Jahres im allgemeinen solche Maßnahmen gefordert, wie ich sie hier vertreten habe.

Deshalb darf ich wohl erwarten, daß der Reichstag der beantragten Entschließung zustimmt. Es würde sich ein ganz merkwürdiges Bild ergeben, wenn diejenigen Kreise, die in dem genannten „Ausschuß der deutschen Jugendverbände" für Schutz und Wohlergehen der Jugend wirken, erleben sollten, daß hier ihre Vertreter oder diejenigen, die ihnen doch wenigstens sehr nahe stehen, sich gegen ein Werk ablehnend verhalten, für das sie sich draußen in den Ausschüssen so lebhaft eingesetzt haben!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Jugend ist Gegenwart und Zukunft zugleich, ihr zu nützen gebietet das Volkswohl, das sich am besten widerspiegelt in gesunden, selbstbewußten Arbeits- und Kulturmenschen!

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Biener.

Biener, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Entschließung, die uns auf Nr. 4268 der Drucksachen vorgelegt worden ist, gibt auch meiner Fraktion Veranlassung, Stellung dazu zu nehmen. In dieser Entschließung wird die Vorlegung eines Gesetzentwurfs über **Jugend- und Lehrlingsschutz** gefordert. Auch wir wollen die Jugend schützen und bewahren, insbesondere bewahren vor Ausbeutung und vor gesundheitlicher und sittlicher Schädigung. Diese unsere Stellungnahme nehmen wir ein im Hinblick auf den großen Fundus an Kraft und Ent- (C) wicklungsmöglichkeiten, die in der Jugend niedergelegt sind, und wir sind der Meinung, daß diese Kräfte zunächst entfaltet werden sollen. Wenn sie dann die körperliche, geistige, sittliche und auch gewerbliche Reife erhalten haben, sollen sie zur schaffenden Arbeit herangezogen werden. Aus diesem Grunde vertreten wir den Standpunkt, daß der Nachwuchs betreut, gepflegt und gefördert werden muß. Ich erkläre ganz offen, daß wir auf diesem Wege mit den Antragstellern ein ganzes Stück gemeinsam gehen können.

Freilich haben wir aus dem Inhalt der Entschließung, wie er uns in der Fortsetzung vor Augen tritt, eine Enttäuschung erfahren. Daraus geht ja ganz klar hervor, wohin die Fahrt gehen soll und welcher Art die Jugendpflege und der Jugendschutz sein soll. Hierauf möchte ich mit einem Wort antworten: nicht Jugendschutz, sondern **Jugendfang** wollen Sie (nach links) treiben.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Menschenfang soll veranstaltet werden. Sie wollen die Jugend schon frühzeitig in Ihre Obhut bringen, und zwar nur zu dem Zwecke, um sie Ihren politischen Tendenzen zu unterwerfen. Sie werden sich nicht wundern, wenn ich für meine Fraktion erkläre, daß wir auf diesem Wege nicht mit Ihnen gemeinsam gehen können.

Vorerst gestatten Sie mir aber eine Einschaltung. Wir haben in der Entschließung auch nach anderer Richtung etwas vermißt. Wir hätten es begrüßt, wenn in der Entschließung darauf hingewiesen worden wäre, welches besonderen Schutzes die **weibliche Jugend** bis zu 17 Jahren bedarf. Aber kein Wort habe ich von den Rednern und Rednerinnen der Sozialdemokratie darüber gehört, daß man die gewerbliche Betätigung der weiblichen Jugend in der Fabrik vor Erreichung des 17. Lebensjahres verhindern müßte. Wenn man daran denkt, welche erhebliche Schädigung unseres gesamten Volkstums gerade aus der Tatsache entsteht, daß die weibliche Jugend sich so früh- (D) zeitig in den gewerblichen Großbetrieben betätigen darf, wenn man weiß, welche Schäden nicht nur in völkischer, sondern auch in gesundheitlicher Beziehung daraus hervorgehen, dann müßte man wünschen, daß alle Parteien sich vereinigten, um diese Schädigungen in Zukunft zu verhindern. Ich sage noch einmal: wir haben uns darüber gewundert, daß von sozialdemokratischer Seite nach dieser Richtung gar nichts gesagt und geschrieben worden ist.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Warum hat Ihre Partei alle Anträge abgelehnt?)

Warum hat man denn nicht den Mut, das auszusprechen?

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Warum hat man nicht auch nach der Richtung den Finger auf eine sehr böse Wunde gelegt? — Sie rufen, daß meine Freunde das verhindert hätten.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn ich Ihnen erkläre, daß wir auf diesem Wege mit Ihnen gehen wollen, so können doch Ihre Zwischenrufe das nicht ins Gegenteil verkehren.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Aber ich gehe weiter. Ich sage nicht nur, daß wir auf dem Wege, den Sie in der Entschließung vorgezeichnet haben, nicht mitgehen können, sondern ich will andererseits auch darlegen, welchen Weg wir gehen wollen. Wir fordern von der Regierung die alsbaldige Vorlegung eines Gesetzes über die **Berufsausbildung der Jugendlichen,** und zwar in einer geordneten Lehre nicht bloß im deutschen Handwerk, sondern in allen Wirtschaftszweigen, im Großgewerbe, in der Landwirtschaft, im Handel. Wir wünschen dabei nicht eine schematische Regelung der Ausbildung der Jugendlichen in diesen Wirtschaftszweigen, sondern eine Regelung der Ausbildung nach den gegebenen Verhältnissen der einzelnen Wirtschaftszweige.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

(Biener, Abgeordneter.)

(A) Wir wollen, daß die im Menschen vorhandenen gesunden Kräfte entsprechend ihrer Eigenart ausgebildet werden, daß die jungen Menschen — hier stimme ich mit dem Herrn Vorredner vollständig überein — eine **Ausbildung** erfahren, die sie **zur Leistung hochwertiger Arbeit** befähigt.

(Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Ein Wiederaufbau unseres Volkes, unserer Wirtschaft kann nur dann erreicht werden, wenn wir allenthalben Wert darauf legen, daß unsere Jugend zur schaffenden Arbeit, zu hochwertiger Qualitätsarbeit herangebildet wird und zwar sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie, im Gewerbe und im Handel.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Das schlägt nicht nur zum Vorteil unserer Jugend, sondern auch besonders zum Vorteil unserer gesamten Volkswirtschaft aus. Wir glauben, daß die Leistungsfähigkeit unseres Volkes unbedingt gehoben werden muß, damit wir in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt mit Ehren bestehen können.

Dazu gehört selbstverständlich eine gute **Lehre in der Werkstatt und in der Berufsschule.**

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Bis jetzt war eine geordnete Lehre fast ausschließlich im Handwerk zu finden.

(Sehr richtig! rechts.)

Dort gab es die verantwortliche Stelle des Lehrmeisters, dort gab es die **individuelle Ausbildung** je nach der Eigenart des Betriebes und des betreffenden jungen Menschenkindes. Was fordert aber die Entschließung in der Richtung? Zu unserer großen Verwunderung mußten wir sehen, daß die Antragsteller das Heil und den Segen darin erblicken, die gewerbliche Betätigung auf ein Mindestmaß herabzusetzen. An sechs Wochentagen je sechs Stunden **gewerbliche Arbeit** würde heißen: **wöchentlich 36 Stunden.** Nach dem Wort-
(B) laut der Entschließung muß man annehmen, daß es den Antragstellern darauf ankam, in diese 36 Stunden auch noch die Stunden des Schulbesuchs hineinzulegen. Wenn ich von den Verhältnissen ausgehe, wie sie fast durchgängig im Sachsenlande sind, wo wir eine sechs- bis achtstündige, unter Umständen auch eine noch längere Fach- und Fortbildungsschulzeit wöchentlich haben, so ergäbe das 36 minus 8 Stunden, das heißt nur noch eine Betätigung von 28 Stunden in der Werkstatt.

(Hört! Hört! rechts.)

Da ferner auch noch die Aufräumungsarbeiten als Arbeitszeit gerechnet werden sollen — ich nehme hierfür täglich nur eine Stunde an —, so wären noch weitere sechs Stunden abzuziehen, und es blieben schließlich in der Woche ganze 22 Stunden übrig.

(Hört! Hört! rechts.)

Aber damit noch nicht genug: auch der Sonnabendnachmittag soll vollkommen frei sein. Ich nehme an, daß dann die wöchentliche Arbeitszeit noch um weitere zwei Stunden verkürzt würde, sodaß wöchentlich dann 20 Stunden übrig blieben, die in der Werkstatt zugebracht werden. Multiplizieren Sie das mit 50, so kommen Sie in einem Jahr auf 1000 Stunden Werkstättenarbeit, und von diesen 1000 Stunden ginge dann noch die auch jetzt schon, wenigstens im Handwerk, übliche Urlaubszeit an.

(Zurufe links.)

Auch heute schon, Herr Kollege Schreck, hat der Handwerksmeister seinem Lehrling sehr gern Urlaub gegeben, so an den großen Festen über die Festtage hinaus, auch je nach den persönlichen Wünschen des betreffenden Lehrlings, wenn er zum Beispiel eine Familienfeier besuchen wollte, oder wenn sonst irgend etwas in der Heimat losgewesen ist.

(Zurufe links.)

Von diesen 1000 Stunden im Jahr müßten Sie also noch erhebliche Abzüge machen.

Nun frage ich: wie denken sich die Antragsteller in (C) dieser beschränkten Ausbildungszeit die Erreichung des Zieles der Lehre, aus dem jungen Menschen einen gewerblich tüchtigen Menschen zu bilden, um ihn dann im Vollbesitz der gewerblichen Kenntnisse und Fähigkeiten hinaus ins feindliche Leben zu stellen.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich will nicht näher untersuchen, welche Perspektiven sich ergeben, wenn man darüber nachdenkt, was der junge Mann, der täglich nur 6 Stunden in der Werkstatt zu arbeiten hat, ja weniger als 6 Stunden, mit seiner übrigen Zeit dann wohl anfangen mag.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir sind auch der Meinung, daß man dem jungen Menschen — ganz gleich, ob männlich oder weiblich — neben seiner gewerblichen Betätigung und neben seiner Ausbildung in der Schule eine **Zeit** freilassen muß **zu seiner körperlichen Ertüchtigung,** zu seiner wissenschaftlichen Ausbildung, insbesondere auch, um mit seinen Kameraden den Freuden, den erlaubten Freuden der Jugend nachzugehen. So weit darf es aber nicht gehen, daß das eine Wort wahr zu werden droht, daß Müßiggang aller Laster Anfang ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

In der gefährlichsten Zeit des Menschenlebens ist es notwendig, daß die jungen Leute durch das Auge des Meisters, durch das Auge des Lehrers bewacht und betreut werden, daß sie sich nicht selbst überlassen bleiben.

Ich habe aus der vorgelegten Entschließung nur die eine Freude erlebt, daß die Antragsteller die Schwäche ihrer Entschließung erkannt haben. Sie haben selbst erkannt, welche Gefahren sie dadurch heraufbeschwören, wenn die Beschäftigung des jungen Menschen auf allzuwenig Tagesstunden erstreckt wird, und sie sagen deshalb in dem drittletzten Absatz letzter Satz, daß die **fachliche Ausbildung** auch **garantiert** werden solle. Aber wer kann (D) Ihnen denn eine Garantie geben, wenn von vornherein die Voraussetzungen gar nicht gegeben sind, um die fachliche Ausbildung in angemessenem Maße zu fördern? Diese Gefahr ist groß, und es stellt eine Versündigung an der Jugend dar, aber andererseits auch eine Versündigung an unserer deutschen Wirtschaft, wenn wir zulassen, daß die fachliche Ausbildung nicht auf das Höchstmaß hinaufgesetzt wird, was wir brauchen, wenn wir in der Zukunft einem Aufbau unserer Wirtschaft entgegensehen wollen. Insofern möchte ich von meinem Standpunkt sagen: hier sind die Antragsteller doch erheblich weltfremd gewesen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich vermag ja nicht zu beurteilen, wieviel von den Antragstellern auf dem Gebiete der Jugendausbildung praktische Arbeit geleistet haben.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Das hätten Sie ja im Kalender nachsehen können!)

— Jawohl! — Ich kann von mir sagen, daß ich 20 Jahre hindurch in meiner Heimat die gesamten Lehrlinge meines Berufs in der Hand gehabt habe, und daß ich in dieser Zeit auch die Erfordernisse kennen gelernt habe, die erfüllt werden müssen, wenn die Anforderungen erreicht werden sollen, die wir an die Ausbildung der Jugend stellen müssen. Aus dieser praktischen Erfahrung heraus weiß ich auch, daß es nicht möglich ist, in einer so kurz gestalteten Zeit die Jugend zu ertüchtigen, um sie im Wettbewerb des feindlichen Lebens auch zu befähigen, den Weg erfolgreich zu beschreiten.

Herr Kollege Schreck, wenn Sie sich vorhin durch Ihren Zwischenruf bemerkbar machen wollten, als wenn auch Sie auf dem Gebiete der Jugenderziehung etwas geleistet haben, so, glaube ich, werden Sie mir folgen, daß in den vergangenen Jahrzehnten eine große Schädigung

(**Biener**, Abgeordneter.)

(A) emporgewuchert ist, weil unsere Arbeit im deutschen Wirtschaftsleben vollkommen entgeistigt wurde.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Sie werden mir zugeben: es war ein Mangel, daß die Verbindung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, insbesondere von Haus aus zwischen Lehrmeister und Lehrling, in den gewerblichen Großbetrieben verloren gegangen war, und ebenso die innere Beziehung — die wir im Handwerk heute in vielen Fällen, Gott sei Dank, noch haben —, die innere Beziehung des Arbeiters zu seinem Arbeitsprodukt und die Freude am geschaffenen Werke. Herr Kollege Schreck, das ist **Fichtescher Geist**, das heißt man: die **Arbeit durchgeistigen.**

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wenn Sie auf dem Wege mit uns gehen, dann werden wir das, was zu meiner Freude die Rednerin der Sozialdemokratie von diesem Platze aus ausgesprochen hat, dann werden wir die Voraussetzung schaffen, daß wir zu einer Volksgemeinschaft kommen.

(Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Aber dann bitte ich nur: folgen Sie unserer Einladung!

Ich hatte vorhin schon darauf hingewiesen, daß bei der Ausbildung unserer Jugend nicht nur die Tätigkeit an der Werkbank und in der Werkstatt in Frage kommt, sondern dazu gehört die **Unterstützung der Ausbildung in der Lehre durch die Berufsschule**, wie wir sie in Sachsen zum großen Teil durchgeführt haben, und wie sie auf Grund einer verfassungsmäßigen Bestimmung eigentlich wohl heute auch im ganzen Deutschen Reiche geschaffen sein müßte. Freilich, dazu hat das Reich dann leider kein Geld. Der Referentenentwurf, der im Reichsministerium schon seit $1\frac{1}{2}$ Jahren vorliegt, wird wahrscheinlich noch eine längere Zeit brauchen, ehe er das Licht der Öffentlichkeit erblicken wird, und ich weiß auch, (B) daß, wenn er Gesetz wird, wir in Sachsen, die wir ein hochentwickeltes Fach- und Fortbildungsschulwesen unser eigen nennen, dann von dem Reichsgesetze noch lange nichts zu hoffen und zu erwarten haben. Wenn wir, wie ich es in Sachsen, wie ich es insbesondere auch in den rheinischen Großstädten kennengelernt habe, eine tüchtige gewerbliche Jugend heranbilden wollen, so brauchen wir die lebhafte Unterstützung der Berufsschule, an der der Pädagog mit dem Fachmann, der Pädagog mit dem Handwerksmeister, mit dem Techniker sich vereinigt, um aus dem jungen Menschenkind eine Pflanze zu gestalten, die dort auch den Platz im Wirtschaftsleben voll und ganz auszufüllen vermag.

Neben der Betätigung bei der jugendlichen Ertüchtigung ist der Fach- und Fortbildungsschule eine besondere Aufgabe auch in der Jugendpflege zugewiesen. Nach der Richtung weiteres zu erreichen, werden Sie uns auf dem Plane finden. Ich hoffe, daß auch Sie sich der Berechtigung dieser Gedanken nicht verschließen werden.

Wir haben nun mit großem Interesse den Darlegungen Ihrer Redner (nach links) beim Etat des Reichsarbeitsministeriums unsere Aufmerksamkeit geschenkt.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ich bin von Anfang bis Ende dagewesen, Herr Kollege Simon; aber Sie habe ich sehr oft nicht im Hause gesehen.

(Heiterkeit.)

Wohin Sie aber nun mit Ihrer Entschließung die ganze Jugendbewegung und Jugendausbildung bringen wollen, geht aus weiteren Punkten der Entschließung hervor, indem Sie sagen, daß **Lohn- und Arbeitsverhältnisse** ausschließlich durch **tarifliche Regelung** ihre Ordnung erfahren sollen. Ja, hier liegt wieder ein Unterschied in der Weltanschauung vor.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir sind der Meinung, ein Lehrverhältnis ist in alle (C) Wege kein Arbeitsverhältnis,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

und das Wort möchte ich auch den Herren vom Reichsarbeitsministerium entgegenhalten: wir, die wir seit Jahrzehnten Jugendliche ausgebildet haben, die wir in der Praxis stehen, wissen, daß ein Lehrverhältnis ein Erziehungs- und Ausbildungsverhältnis ist.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ein Ausbeutungsverhältnis!)

— Ein Ausbeutungsverhältnis nennen Sie das, Herr Simon! Ich möchte wissen, woher Sie diese Kenntnis haben. Wo in aller Welt wird denn derjenige wie ein Arbeiter bezahlt, der seine gewerblichen Fähigkeiten erst von mir vermittelt bekommen soll? Wollen Sie uns etwa in den Leistungen unseren Lehrlingen gegenüber übertreffen? Vielleicht haben Sie noch wenig fremde Menschen an Ihrem eigenen Tisch sitzen gehabt, wie wir es seit Jahrzehnten und Jahrhunderten in unseren Betrieben und Haushaltungen durchgeführt haben. Ich darf nur die Frage an Sie richten, ob Sie wissen, was heute die Unterhaltung eines jungen Mannes oder eines jungen Mädchens in der Beköstigung oder in der Wohnung kostet.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Der Ertrag ist ja auch höher!)

— Ja, Herr Kollege, in den Leitsätzen, die ich vor kurzem einmal vor Berufsschullehrern vorgetragen habe, finden Sie auch einen Punkt über die **Vergütung an die Lehrlinge.** Da heißt es:

> Die Lehrlinge erhalten je nach dem Grade ihrer Ausbildung und nach den Verhältnissen des betreffenden Berufs eine Vergütung, die entweder in der Gewährung von Kost und Wohnung oder in einem baren Geldbetrage bestehen kann.

Meine Damen und Herren! Das läßt sich im Groß- (D) betriebe nicht übertreffen, was der Handwerksmeister auf dem Gebiete schon immer geleistet hat.

(Zuruf links! Ich habe es durchgemacht!)

— Ja, meine Herren, wenn Sie sagen, Sie haben Erfahrungen auf dem Gebiete gesammelt, so mag es wohl richtig sein, daß hier und da ein Lehrmeister seine Pflichten seinen Lehrlingen gegenüber in dieser Richtung nicht erfüllt hat. Auch wir haben Sünder unter uns, und wo wir solche Fälle feststellen konnten, sind wir dagegen eingeschritten. Sie dürfen aber nicht so weit gehen, einzelne Vorgänge der Allgemeinheit zum Vorwurf zu machen. Deshalb betone ich immer wieder: die Vergütung hat sich nach dem Grade der erfolgten Ausbildung und nach den verschiedenartigen Verhältnissen des Berufs zu richten.

Aber eines möchte ich Ihnen noch vorhalten. Sie möchten doch — das ist in der Entschließung nicht deutlich ausgedrückt, aber ich kenne ja ihre Gedanken nach der Richtung und habe sie seit Jahren verfolgt — am liebsten die **verantwortliche Stellung des Lehrmeisters** bei dem Lehrverhältnis beseitigen. Sie möchten an seine Stelle eine unpersönliche Instanz, nämlich eine Kommission setzen. Ich frage: wer anders wäre denn geeignet, die Verantwortung für die Ausbildung des Lehrlings zu übernehmen, als allein der Lehrmeister oder der von ihm Beauftragte? Und wenn Sie in dem einen Satze Ihrer Entschließung sagen, es sollen Garantien dafür geschaffen werden, daß die fachliche Ausbildung auch den gewünschten Grad erreiche, so kann Ihnen niemand diese Garantie bieten als allein der Lehrmeister.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich bin der Überzeugung: wenn Sie, meine Herren, als Vater eines Jungen einen Lehrmeister suchen, würden Sie den **Lehrvertrag** auch nicht mit der schleierhaften Kommission abschließen, sondern einzig und allein mit dem

(**Biener**, Abgeordneter.)

(A) Lehrmeister; denn den haben Sie auch, wenn er seinen Pflichten nicht nachkommt.

(Andauernde Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte aber doch, die Zwiegespräche etwas zu dämpfen!

Biener, Abgeordneter: Die unpersönliche Stelle kann dem Vater oder dem gesetzlichen Vertreter keine Garantie leisten. Die redet nur hinein, wenn es sich darum handelt, politische Tendenzen in das Lehrverhältnis hineinzutragen. Aus dem Grunde sagen wir: die rechtliche Grundlage für den Lehrvertrag muß auch fernerhin sein und bleiben der Lehrvertrag, der geschlossen wird zwischen dem gesetzlichen Vertreter und dem Lehrmeister.

(Sehr richtig! rechts.)

In diesem Lehrvertrag sind die gegenseitigen Pflichten und Leistungen festzulegen, und da kann auch derjenige Teil, der seine Pflichten vernachlässigt, sehr wohl zur Rechenschaft gezogen werden.

Es tut mir ja eigentlich leid, daß diese Entschließung, die erst vor wenigen Tagen hier im Hause verteilt worden ist, den Vorrang in der Behandlung hat, während andererseits eine von den gesamten bürgerlichen Parteien eingebrachte **Interpellation,** und zwar **vor zehn Monaten** eingebrachte Interpellation,

(hört! hört! bei den Deutschnationalen)

auch heute noch nicht im Hause verhandelt worden ist. Dort sollte es sich darum handeln, die Stellungnahme der Regierung zu den großen **Problemen der Ausbildung der Jugendlichen** in allen Zweigen unseres Wirtschaftslebens zu erkunden. Die Regierung hat damals von ihrem Platze aus versprochen, die Interpellation in der geschäftsordnungsmäßigen Zeit zu beantworten.

(Lachen rechts.)

Ich habe aber in der Geschäftsordnung nichts davon gesehen, (B) daß sich diese Zeit auch über 10 Monate erstreckt, und es geht heute meine Bitte an den verehrten Herrn Präsidenten, das Gewicht seiner Person in die Wagschale zu legen, damit wir in diesem Hause einmal Gelegenheit haben, über solche Fragen uns noch weiter zu unterhalten, auch insbesondere einmal die Belange des deutschen Handwerks in diesem Hause einer ausreichenden Besprechung zu unterwerfen.

Meine Damen und Herren! Noch auf einen anderen Punkt der Entschließung möchte ich zurückkommen, soweit in der Entschließung gefordert wird, daß die nötige **Freiheit für Vereins- und Versammlungszwecke** zur Verfügung gestellt werde. Hier sieht man ja, was die Antragsteller mit dem jungen Manne in seiner Freiheit vorhaben. Sie werden nun aus dem Grunde meine Worte verstehen, die ich gleich zu Anfang ausgesprochen habe, als ich sagte: nicht Jugendschutz, sondern Jugendfang, Menschenfang wollen Sie treiben.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Ich habe vor der Betätigung der Gewerkschaften alle Hochachtung, aber ich bin doch der Meinung, die Gewerkschaften — und ich habe das auch schon aus dem Munde von Gewerkschaftlern selbst gehört — haben hier und da doch wohl eine Überspannung des Gedankens erfahren.

(Sehr richtig! rechts.)

Und wenn man — ich habe es erst vor kurzem vor Augen bekommen — sieht, wie in den Kreisen der Gewerkschaftler selber der Jugendschutz aufgefaßt wird, wird man in dieser Befürchtung nur noch bestärkt.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich darf Sie an die Tagung der **Jugendkonferenz des Deutschen Bauarbeiterverbandes** am 28. und 29. Dezember 1921 in Leipzig erinnern. Dort sprach es der Hamburger Gewerkschaftsführer Dehnke unter allseitiger Zustimmung aus, indem er wörtlich sagte:

(C) Wir wollen bei aller Hervorhebung anderer Faktoren nicht übersehen, daß die Hauptsache ist, tüchtige Gewerkschaftler heranzubilden.

(Hört! Hört! rechts.)

Das ist die Aufgabe, die sie sich gestellt haben. Aber nicht die Aufgabe, unserer Jugend eine tüchtige Ausbildung zu vermitteln oder Jugendschutz zu treiben.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Und vor allem eine nationale Ausbildung!)

Meine Damen und Herren! Sie werden einsehen, daß wir Sie (nach links) auf dem Wege und nach diesen Zielen nicht begleiten können, sondern daß wir die Verpflichtung haben, uns nach unseren Gedanken und nach unseren Zielen einen Weg zu bahnen, und, ich glaube, die Entwicklung der Dinge wird uns recht geben. Die eiserne Notwendigkeit wird dafür sorgen, daß auch dem jungen Manne schon zu Gemüte geführt werden muß, welcher Segen in einer schaffenden Arbeit liegt, die nicht nur zur Ernährung des Individuums und nicht nur zur Betätigung des einzelnen dient, sondern die in ihrer Auswirkung besonders der Allgemeinheit dient.

Zum Schluß noch eins: In der Entschließung durfte natürlich auch der Hinweis nicht fehlen, daß in Zukunft in dem Gesetz über Jugend- und Lehrlingsschutz eine alte Bestimmung der Gewerbeordnung fallen müsse, die von dem **Recht der „väterlichen Zucht"** handelt. Ja, meine Damen und Herren, es kommt darauf an, was man in diesen Begriff hineinlegt. Wenn man darunter nichts weiter als das Recht auf Züchtigung versteht, dann gehe ich mit Ihnen und bin schon lange in dieser Richtung tätig gewesen. Verständnisvolle Handwerkerführer und Handwerksmeister haben nie geduldet, daß die Züchtigung etwa das Ausbildungs- und Erziehungsmittel sein soll. Die Bestimmung in der Gewerbeordnung hat einen ganz anderen Sinn und umschreibt den Begriff „Erziehung".

(Sehr richtig! rechts.)

(D) In diesem Sinne muß die väterliche Zucht auch in Zukunft walten. Was tut denn unserer Jugend so außerordentlich not? Neben der Beschäftigung mit verständigen Arbeiten die Erziehung, mit anderen Worten die Zucht. Ein Krebsschaden der Gegenwart besteht darin, daß unsere **Jugend zuchtlos** geworden ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Welche Folgen daraus entstehen, können wir jeden Tag beobachten.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Bei Ihrer Jugend!)

— Nein, bei der gesamten Jugend unseres Volks. Ich gehe nun aber gar nicht so weit, daß ich das die Jugend entgelten lasse. Nein, dem Alter, den Wirtschaftsführern muß vor Augen gehalten werden, welche Verpflichtung auf ihnen ruht.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

An der Tatsache, daß wir heute vielfach eine zuchtlose Jugend haben, können auch Ihre Zwischenrufe nichts ändern.

(Unruhe links. — Sehr richtig! rechts.)

Wir werden uns auf diesem Gebiete wohl schwer einigen. Aber wir wollen versuchen, ob wir vielleicht das gleiche Ziel gemeinsam erreichen werden; ich wünschte es.

Nun, meine Damen und Herren, der Sinn meiner Ausführungen ist Ihnen nicht verborgen geblieben. Wir werden die Entschließung ablehnen. Wir fordern von der Regierung die Vorlegung eines Gesetzes für die Berufsausbildung der Jugendlichen, und zwar eines Gesetzes, das Arbeitgeber und Arbeitnehmer in bezug auf die Ausbildung des Nachwuchses zu gemeinsamer Arbeit vereint. Freilich muß sich diese gemeinsame Arbeit freihalten von einseitigen Tendenzen, die Sie leider aus

(**Biener**, Abgeordneter.)

(A) Ihrer Entschließung nicht ferngehalten haben; dann wird diese gemeinsame Arbeit auch ausschlagen zum Wohl und Vorteil unserer Jugend und unserer gesamten Volkswirtschaft.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat einen Vorwurf gegen die Regierung wegen Nichtbeantwortung einer Interpellation erhoben. Der Herr Kollege Biener irrt sich in der Instanz. Die Regierung ist seit 7½ Monaten bereit, die Interpellation zu beantworten, der Reichstag hätte sie auf die Tagesordnung setzen müssen.

(Zurufe rechts.)

Er ist der Schuldige, wenn es nicht geschehen ist, und, Herr Kollege Biener, Sie hätten heute die Verbindung dieser Interpellation mit diesem Gegenstand beantragen können.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Sie gehört zum Wirtschaftsministerium!)

— Dann können Sie das ja beim Etat des Wirtschaftsministeriums nachholen.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Wurm.

Wurm, Abgeordnete: Meine Herren und Damen! Der Herr Vorredner hat gemeint, unser Antrag wolle nicht Jugendschutz, sondern **Jugendfang.** Das sagt gerade ein Vertreter der Partei, die seit Jahrzehnten den Jugendfang ganz systematisch betreibt unter der Flagge Schwarz-Weiß-Rot,

(Heiterkeit rechts)

der Partei, die selbst unter der Republik nicht aufhört, die Jugend immer wieder mit vaterländischen und ähnlichen Dingen zu erfüllen ganz im alten Sinne, einer Partei, die immer wieder in der Jugend einzig jenen (B) Begriff der Pflicht erwecken will, der sich deckt mit dem Heldentum draußen auf dem Schlachtfeld. Gerade der Vertreter einer solchen Partei stellt sich hierher, um uns zu sagen, daß, wenn wir den geistigen und körperlichen Schutz der Jugend durch eine Gesetzesvorlage verlangen, wir Jugendfang betreiben. Wenn Sie glauben, daß die Jugend lieber der Partei folgt, der die körperliche und geistige Gesundung der Jugend als das Wesen der Jugendpflege überhaupt erscheint, dann allerdings betreiben wir Jugendfang, und dann betrachten wir das nicht als einen Vorwurf, sondern als ein Lob.

Der Herr Vorredner sagte zu Anfang, daß er ein Stück Wegs mit uns gehe, ich habe mich aber vergeblich bemüht, bei seinen Ausführungen herauszufinden, wo dieses Stück Weg eigentlich beginnt und wo es aufhört. Ich habe nur gefunden, daß er unseren Antrag von Anfang bis Ende als für seine Partei unannehmbar dargestellt hat. Was will denn unser Antrag? Unser Antrag fordert vor allen Dingen etwas, was die Reichsregierung und die Gesetzgebung seit langem versäumt. Von der Vorkriegszeit her bis heute hat sich in bezug auf den Jugendschutz auch nicht das Geringste geändert. Nicht erst jetzt haben wir eine derartige Entschließung eingebracht. Seit 1918 sind Anträge und Entschließungen von uns immer wiedergekehrt, die einen ausreichenden **gewerblichen Jugendschutz** verlangten; immer sind sie von denselben Leuten abgelehnt worden, die damals noch in der Mehrheit waren, heute aber behaupten, sie seien die wahren Vertreter des Jugendschutzes, sie wollten das Beste für die Jugend. Was der Herr Vorredner gesagt hat, läßt allerdings nicht erkennen, daß er das Beste für die Jugend will, sondern läßt nur erkennen, daß er das Beste für die Lehrherren, daß er die alten Zustände aufrecht erhalten will.

Was die Verfassung versprochen hat: „Die Jugend ist gegen Ausbeutung . . . . . zu schützen," ist bis heute noch nicht erfüllt. Bis heute ist die Jugend noch nicht (C) gegen Ausbeutung geschützt, und wenn uns der Herr Vorredner die wundervolle Rechnung aufgemacht hat, wenn die **sechsstündige Arbeitszeit für Jugendliche** eingeführt wird und dann noch verschiedene Abzüge davon für Aufräumungsarbeiten, für Schulbesuch usw. in Betracht kämen, daß dann jährlich nicht ganz 1000 Stunden übrig bleiben, und daraus die Folgerung zog: Müßiggang ist aller Laster Anfang, so steht das im Widerspruch dazu, daß der Herr Vorredner am Schlusse seiner Rede selbst die Auffassung vertrat, **Berufsschulen und Lehrwerkstätten** seien Einrichtungen, die durchaus zu befürworten wären. Wir sind auch durchaus dafür, daß Berufsschulen und Lehrwerkstätten endlich in allen Städten und überall, wo es notwendig ist, eingerichtet werden. Damit wäre aber auch die Art der Lehre, wie sie heute besteht, zu Ende. Der Lehrling wird dann nicht mehr bei dem Lehrherrn seine 1000 Stunden jährlich arbeiten müssen, sondern dieser Art der Lehrlingszüchterei, wie sie heute noch von den Gesinnungsgenossen des Herrn Biener gewünscht wird, wäre ein für allemal Einhalt getan. Die Garantie für die fachliche Ausbildung der Lehrlinge wäre durch die Berufsschulen und Lehrwerkstätten allerdings weit sicherer gegeben als durch die Lehre bei den einzelnen Meistern, wie sie heute noch besteht.

(Sehr richtig! links.)

Wenn Sie der Jugend helfen wollen, müssen Sie doch bedenken, daß die Unterernährung derer, die jetzt „Jugendliche" sind, aus der Kriegszeit stammt und sie außerordentlich kampfunfähig für den Lebenskampf gemacht hat. Deshalb ist unsere heutige Jugend schutzbedürftiger als die Jugend irgendeiner anderen Zeit. Daher fordern wir — und zwar als Mindestforderung — die Herabsetzung der Arbeitszeit für Lehrlinge und Jugendliche bis zu 16 Jahren auf 6 Stunden und bei Lehrlingen bis zu 18 Jahren auf 8 Stunden. Diese (D) Forderung stellen wir im Interesse der Hebung des Gesundheitszustandes der Jugend und im Interesse der Erhöhung der allgemeinen Leistungsfähigkeit. Dazu gehört auch die Gewährung von Ferien. Hierüber hat der erste Redner genügend gesprochen, sodaß ich über die Notwendigkeit der Ferien und des freien Sonnabendnachmittags nichts zu sagen brauche.

Einer der Herrn Vorredner — ich glaube, er war vom Zentrum —, meinte gestern, es sei doch zu untersuchen, ob das **Zigarettenrauchen** nicht ebenso schädlich sei wie die lange Arbeitszeit. Aus dieser Bemerkung ergeben sich ja recht nette Schlußfolgerungen. Vielleicht kommen Sie dazu, das Rauchen überhaupt allgemein zu verbieten um dadurch die Arbeitsleistung allgemein zu erhöhen. Ein generelles Rauchverbot als Kampfmittel gegen den Achtstundentag wäre dann allerdings zu empfehlen. Vielleicht hätten Sie auch Erfolg damit.

Ich möchte aber daran erinnern, daß gerade ein Vertreter der Zentrumspartei, der Herr Abgeordnete Trimborn, schon 1918 ganz energisch die Forderung erhob, **Erhebungen über den Gesundheitszustand der jugendlichen und der weiblichen Arbeiter** anzustellen. Bis heute ist dieser Forderung des Herrn Abgeordneten Trimborn nicht Folge geleistet worden. Wir werden über den Gesundheitszustand der Jugend nur durch gelegentliche Erhebungen des Roten Kreuzes unterrichtet, wonach allerdings der Gesundheitszustand der Jugend ein außerordentlich schlechter ist.

Nun hat der Herr Vorredner auch gemeint, wir hätten es versäumt, für die **weibliche Jugend** einen besonderen Schutz zu fordern, den er darin erblickt, daß kein junges Mädchen vor dem 17. Jahre in die gewerbliche Arbeit hineingehen dürfe.

(Zuruf rechts: Großbetriebe!)

(**Wurm**, Abgeordnete.)

(A) — Also in die gewerblichen Großbetriebe. Sie wollen sie behalten für die Lehrlingszüchterei und, wonach immer Ihre Sehnsucht geht, in den Hausdienst hineinspannen. Das weibliche Dienstjahr scheint endgültig unter diesem Schlagwort erledigt zu sein. Es taucht wieder auf unter dem neuen Schlagwort der **Lehrtöchter.** Es gibt eine ganze Reihe von guten Frauen — die wenigstens glauben, in diesem Sinne gut und tüchtig zu sein —, die dieser Einrichtung der Lehrtöchter sehr lebhaft das Wort reden und freie Verträge zwischen Hausfrauen und Lehrtöchtern befürworten. Dann wäre Ihr Wunsch erfüllt. Die jungen Mädchen würden nicht mehr in die Großbetriebe hineingehen, sondern wären gesetzlich gezwungen, Ihnen entweder als Lehrlinge zu dienen oder aber in den hauswirtschaftlichen oder landwirtschaftlichen Betrieb hineinzugehen. Dadurch könnten Sie die viel bewährte Zucht über den jugendlichen Lehrling aufrechterhalten.

Ach, verehrte Damen und Herren, wenn Sie wirklich den Schutz der weiblichen Jugend wollten, hatten Sie Gelegenheit genug dazu. Wir stießen aber bei derartigen Gesetzentwürfen und Anträgen immer wieder auf den Widerstand der rechtsstehenden Parteien. Ich erinnere Sie an das Wöchnerinnenschutzgesetz, daß gerade Sie es waren, die diesem Gesetz den energischsten Widerstand entgegengesetzt haben. Und was haben Sie nicht alles den **jugendlichen Hausangestellten** zugemutet in dem neuen Hausangestelltengesetzentwurf, der jetzt im Reichswirtschaftsrat abgelehnt worden ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

Darauf näher einzugehen, überlasse ich einer Kollegin, der ich nicht vorgreifen möchte. Da ist der Beweis, was junge Mädchen unter 17 Jahren, die einer Hausfrau tatsächlich hilflos preisgegeben sind, zu erwarten haben, (B) wenn es nach Ihren Wünschen geht. Was wir brauchen, ist allerdings eine bessere Ausbildung der weiblichen Jugend, aber nicht nach mittelalterlichem Rezept. Wenn in den Schulen, was wir hundertmal verlangt haben, Unterricht in Chemie der Küche eingeführt würde, wenn die Mädchen etwas über den Nährwert der Lebensmittel erfahren, wenn sie etwas hören über Haushaltkunde, dann wäre etwas für die hauswirtschaftliche Vorbildung der weiblichen Jugend getan.

(Zurufe rechts. Gegenrufe links.)

— Das haben wir oft genug verlangt. In einzelnen Städten ist es von der Kommune eingeführt, aber vom Reich ist immer noch nichts geschehen. Deshalb kann ich von dieser Stelle aus nur den Wunsch wiederholen: möchte man endlich an eine gründliche Ausbildung der jungen Mädchen herangehen, so daß es ihnen nachher freigestellt bleibt, etwas Tüchtiges auf jedem Gebiet zu leisten. Wollen sie in den Beruf der Hauswirtschaft hineingehen, so mögen sie es tun. Aber nie und nimmer erreichen Sie das mit den Lehrtöchtern. Man müßte erst eine Jury einberufen, um darüber zu entscheiden, ob die betreffenden Hausfrauen geeignet sind, Lehrtöchter zu halten.

Wollen Sie ein weiteres für den Schutz der weiblichen Jugend tun, dann müssen Sie geradezu unseren Antrag annehmen, der für die unter 16 Jahren alten weiblichen Personen eine **Mindestferienzeit von drei Wochen** verlangt. Die Jugend braucht Ferien, um draußen sein zu können in der Natur, wo sie Erholung findet. Sie braucht sie auch, was Sie am allermeisten befürchten, zur geistigen Ausbildung. Deshalb der Sturmlauf gegen die Verkürzung der Arbeitszeit, weil mit ihr immer die Möglichkeit einer guten geistigen Ausbildung zusammenhängt. Die Klassenschule vermittelt dem Volksschulkinde gerade nur so viel Wissen, daß es dem Kapitalismus als nützliches Ausbeutungsobjekt dienen kann.

(C) Herr Biener hat gemeint, die **Beziehungen zwischen Lehrling und Meister** seien nicht unter den Begriff eines Arbeitsverhältnisses zu bringen und deshalb müsse von einer tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abgesehen werden.

(Sehr richtig! rechts.)

— Ach, Herr Biener, ich kenne Sie persönlich nicht, wie ich gerne zugebe, und ich will auch annehmen, daß Sie vielleicht der beste Lehrherr sind, den ein Lehrling finden kann. Aber dann — das kann ich gleich hinzusetzen — bilden Sie eine rühmliche Ausnahme; denn meist ist das Verhältnis zwischen Lehrling und Meister nichts weniger als ein vorbildlich gutes, sondern Lehrling und Lehrmeister pflegen sich in einem mehr oder minder offenen Krieg miteinander zu befinden, bei welchem der Meister für die Forderungen des Lehrlings nicht das geringste Verständnis hat.

(Zuruf rechts.)

Dafür, daß das **Lehrlingsverhältnis** heute ein ausgesprochenes **Ausbeutungsverhältnis** ist, will ich Ihnen in Anbetracht der Kürze der Zeit nur ein ganz kleines Beispiel aus dem Beruf der Schuhmacherei geben. Im Dezember hat eine Schuhmacherzwangsinnung in der Oberpfalz getagt, auf der 78 Meister anwesend waren. Es wurde einstimmig beschlossen, daß die Entschädigung des Lehrlings für den Meister freibleibend sein müßte und nicht tarifmäßig festgesetzt werden dürfe. Ebenso sollte die Frage der Gewährung von Lehrlingsurlaub als freibleibend behandelt werden. Außerdem haben sämtliche 78 Schuhmachermeister auf der Versammlung den Beschluß angenommen, daß zukünftig ein Lehrgeld verlangt werde, und zwar im ersten Jahre 1500 Mark, im zweiten Jahre 1000 Mark und im dritten Jahre 500 Mark, also insgesamt 3000 Mark Lehrgeld dafür, daß der Lehrling schließlich nichts weiter lernt, als notdürftig ein paar Schuhe zu besohlen. (D)

Wenn Sie über das Verhältnis von Lehrling und Meister noch etwas mehr wissen wollen, dann kann ich Ihnen sagen, daß gerade bei kleinen Meistern die **Lehrlinge** vielfach die **Hausangestellten** ersetzen müssen

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken)

und zum Kinderwagenfahren, zum Gängemachen, zum Einholen, zum Wäscheaufhängen für die Frau Meisterin, und was dergleichen andere schöne und sehr nützliche Beschäftigungen mehr sind, benutzt werden, die aber wirklich nicht geeignet sind, den Lehrling für seinen künftigen Beruf besonders vorzubereiten.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Sehr richtig! — Es war einmal!)

— Nein, es ist noch heute so. Sie können gerade in Gewerben wie etwa der **Schuhmacherei** nachfragen, und Sie werden finden, daß die Sache in Wirklichkeit so steht, wie ich sie darstelle: zum Beispiel wurden in der Dresdener Schuhmacherzwangsinnung 1919 93 Lehrlinge und 1921 300 Lehrlinge beschäftigt. Ich bedaure außerordentlich, daß ich mir die Zahlen nicht gerade von der Bäckerinnung herausgeschrieben habe. Man erzählt ja, daß die Verhältnisse bei den Bäckern durchaus nicht so rosig aussehen und daß auch dort eine erhebliche Zunahme der Zahl der Lehrlinge besteht. Was sagen Sie aber dazu, wenn im Schuhmachergewerbe in verschiedenen Orten, zum Beispiel in Augsburg auf 57 Gehilfen 112 Lehrlinge oder in Schweinfurt auf 6 Gehilfen 26 Lehrlinge, in Würzburg auf 141 Gehilfen 252 Lehrlinge kommen?

(Zuruf bei den Deutschnationalen: Die Zahlen stimmen ja nicht!)

— Sie stimmen nicht? Bitte, widerlegen Sie sie! In Plauen kommen auf 56 Gehilfen 125 Lehrlinge, in

(**Wurm**, Abgeordnete.)

(A) Zwickau auf 193 Gehilfen 250 Lehrlinge. Ach, Herr Biener, wenn die Zeit dazu reichen sollte, werde ich mir erlauben, auch bei den Bäckern nachzusehen, wie dort das Verhältnis ist. Ihr Vorwurf, daß die Gewerkschaften sich die **gewerkschaftliche Erfassung der Jugend** als oberste Aufgabe gesetzt haben, ist unberechtigt; denn dies beweist doch gar nichts dagegen, daß die Gewerkschaften zugleich die berufliche Tüchtigkeit der Jugend sich ebenfalls als Ziel setzen. Sie reißen einen einzigen Satz aus dem Zusammenhang, der auf einer Konferenz der Gewerkschaft der Bauarbeiter gesagt worden sein soll: Wir müssen die Jugend gewerkschaftlich erfassen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf bei den Deutschnationalen: Es ist die Hauptsache!)

— Schön; das hindert doch keineswegs, daß sie die Jugend beruflich ebenfalls zu tüchtigen Menschen heranbilden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn sich heute in dem Verhältnis der Lehrlinge manches gebessert hat, so können sie nicht den Meistern und Ihrer Partei, sondern den freien Gewerkschaften ihren Dank dafür aussprechen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn es nach Ihnen (nach rechts) ginge, dann wäre der Lehrling noch heute dem Meister genau so unterworfen, wie er es je gewesen ist.

(Abg. Biener: Bei mir war es auch nicht so!)

— Ich habe ja vorhin gesagt, ich will von Ihnen das allerbeste annehmen. Ich gestatte mir gar kein Urteil darüber. Wenn Sie auf Ihre Herren Berufsgenossen einwirken, in allen Berufen, in denen es noch Lehrlinge gibt, ebenso gute Lehrmeister zu sein, dann werde ich allerdings sagen, daß Sie Ihre Pflicht getan haben.

Indem Sie alle jugendlichen Arbeiter zu Lehrlingen (B) pressen wollen, bedeutet das die Beseitigung des freien jugendlichen Arbeiters;

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

Sie wollen damit nur den jugendlichen Arbeiter zum Lohndrücker, zum Schmutzkonkurrenten des freien erwachsenen Arbeiters machen.

(Abg. Biener: Was sagte die Konferenz der Gewerkschaften in Nürnberg 1919?)

Die Gewerkschaften haben noch niemals den freien jugendlichen Arbeiter zum beruflichen Arbeiter machen wollen. Was wir wollen, das ist die Ausbildung der gesamten Jugend.

(Zuruf bei den Deutschnationalen.)

— Jawohl, Herr Biener, da befinden wir uns sogar in Übereinstimmung mit sehr vielen Jugendämtern. Die Gewerkschaften gehen konform mit vielen Jugendämtern und machen es sich ebenfalls zur Aufgabe, zum Beispiel durch Verteilung von Merkblättern an die Schulentlassenen und durch geeignete **Berufsberatung** die Jugendlichen wirklich auf für sie geeignete Berufe hinzuweisen. Ich möchte nur wünschen, daß in allen Städten und auch auf dem Lande die Berufsberatung eine größere Ausdehnung erfährt, damit nicht mehr so viel Jugendkraft vergeudet wird, wie es heute der Fall ist, indem zahlreiche Jugendliche aus Unwissenheit und auf Zureden von Bekannten in Berufe hineingehen, die ihnen absolut nicht liegen. Wenn die Meister uns darin unterstützen wollten, besonders die Innungsmeister, die mit Vorliebe die Berufsämter bis heute noch boykottieren und ihre Lehrlinge weit lieber vom Lande beziehen und die Bedingungen dort mit den Eltern direkt ausmachen, statt daß sie über die Berufsämter gehen, wo solche bestehen und ihre Lehrlinge durch die Berufsämter einstellen, — dann möchte ich ganz besonders die Herren Innungsmeister bitten: holen Sie Ihre Lehrlinge zukünftig durch Vermittlung der Berufsberatungsämter und nicht mehr durch freie Vermittlung, die wir ja auch auf dem (C) Gebiete des Arbeitsnachweises mit allen Mitteln bekämpfen. Sagen Sie sich, wenn Sie sich hier einfügen wollen, werden Sie auch etwas Nützliches für die Jugendpflege getan haben. Vielleicht wird es ja auch möglich sein, da wir Frauen jetzt „befähigt" worden sind, zu Richtern und Geschworenen berufen zu werden, daß **Frauen** in die **Vorstände der Innungen** gewählt werden.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Das wollen wir auch!)

Ich hoffe, wenn das geschieht, wird sich in bezug auf die Ausbildung weiblicher Lehrlinge einiges ändern, unterstützt von den Merkblättern, die, wie schon gesagt, überall herausgegeben werden sollten.

Ein Wort möchte ich noch über die **Kindererwerbsarbeit** sagen. Die Kinderarbeit für Kinder bis zu vierzehn Jahren muß durchaus verboten werden. Auch das ist eine alte Forderung der Sozialdemokratie aller Richtungen. Wurde doch erst letzte Weihnachten eine Kerzenzieherei in Berlin aufgehoben, wo schulpflichtige Kinder beschäftigt waren. Das ist ein Beispiel für viele. Noch immer geben die Lehrer die Erlaubnis zur Beschäftigung von Kindern, erlauben, daß sie bei Filmdarstellungen benutzt werden. Das muß endlich aufhören. Überhaupt darf keinem Kinde Erlaubnis erteilt werden, daß es zu gewerblicher oder erwerbsmäßiger Arbeit bis zum 14. — wir verlangen sogar bis zum 15. Jahre — herangezogen wird. Wir sozialistischen Frauen haben hier in Berlin an einem einzigen Morgen rund 1000 Kinder zwischen 5 und 14 Jahren festgestellt, die bei gewerbsmäßiger Arbeit angetroffen wurden. Dafür haben weder die „Grünen" noch die Erwachsenen ein Auge. Da sieht man die kleinen Kinder zur Arbeit gehen und von der Arbeit zurückkommen, und das geschieht unter dem Auge des Gesetzes; niemand greift ein. Solange hier nicht auch von seiten der Gewerbeinspektion endlich gründlich eingegriffen (D) wird, bleiben alle diese Verordnungen auf dem Papier stehen.

Ich möchte daran erinnern, daß wir bei der Beratung des Jugendwohlfahrtsgesetzes in der letzten Sitzung des Ausschusses einen Antrag angenommen haben, daß endlich eine **Kinderschutznovelle** eingebracht werde. Die Fraktion der S. P. D. hat diesen Antrag gestellt, und er wurde einstimmig angenommen. Möge die Regierung diese Kinderschutznovelle endlich zur Tat werden lassen und sehr bald einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen; es ist wahrhaftig die höchste Zeit. Die Kinder sind heute im tiefsten Elend, und wenn man dieses Elend wenigstens nach einer Seite hin verringern kann, indem man sie aus der Erwerbsarbeit ausschaltet, so versäumt die Regierung eine Pflicht, wenn sie das nicht in allernächster Zeit tut. Was die Ernährung anbetrifft, so will ich darauf hier nicht eingehen, es gehört nicht zur Sache. Aber schließlich bleibt aller Schutz wirkungslos, wenn eine gute Ernährung fehlt.

Sie, Herr Biener, stellten hier die Behauptung auf die **Jugend** sei **zuchtlos** geworden. Fragen Sie sich selbst nach den Ursachen, Sie, der Sie immer von dem Stahlbad des Krieges geredet und behauptet haben, daß Krieg die hehrsten Tugenden in der Jugend wecke. Und was hat dieser **Krieg** in der Jugend für eine **Demoralisierung**, eine völlige Verkehrung aller Begriffe herbeigerufen! Wenn Sie, die Sie den Mord gefeiert und Jubelfeste in den Schulen veranstaltet haben, wenn Zehntausende und Hunderttausende von Menschen in den Sümpfen umkamen oder auf dem Schlachtfelde ihren Tod fanden, sich heute über Zuchtlosigkeit der Jugend beschweren, dann heißt das wahrhaftig die Dinge völlig verdrehen. Und dagegen wehren wir uns im Namen der Jugend. Ist die Jugend zuchtlos geworden, wie Sie es nennen — was wir

(Wurm, Abgeordnete.)

(A) übrigens bestreiten —, so ist sie es geworden durch eine Mentalität, die gerade von den Deutschnationalen bis zur Stunde in sie hineingetragen wird und nichts anderes heißt als Gewalt, Gewalt und nochmals Gewalt. Da ist nie die Rede von Völkerversöhnung, da spricht man nicht von Völkerverbrüderung, sondern erläßt sogar von neuem Aufrufe zur Haßerweckung, zu künftigen Kriegen.

Verehrte Anwesende! Die Jugend ist durch diesen Krieg das geworden, was sie heute ist. Wir aber haben die Aufgabe, sie wieder auf den Weg zu führen, den wir als Sozialisten immer gegangen sind und stets gehen werden, auf den Weg der Menschenliebe, auf den Weg der gegenseitigen Verständigung. Dabei soll auch der Jugend ihr Recht werden; die Jugendlichen sollen auch in ihrer Gesamtheit die ihnen zukommenden Rechte gewinnen, und diese Rechte dürfen nicht nur denen vorbehalten bleiben, die in der Wahl ihrer Eltern vorsichtig waren, während alle anderen von frühester Jugend an darben und arbeiten müssen. Wollen Sie der Jugend nach jeder Richtung hin körperlich und geistig helfen, sie wirtschaftlich schützen, dann haben Sie allerdings die Pflicht, unsere Entschließung anzunehmen und für ihre Durchführung zu sorgen. Ich bitte die Regierung ausdrücklich, in Bälde einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen.

(Lebhafter Beifall links.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Esser.

Esser, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Mein Fraktionsfreund Andre hat gestern bereits erklärt, daß meine Partei der Entschließung auf Nr. 4268 der Drucksachen nicht zustimmen kann. Ich stelle fest, daß Herr Andre Vertreter der Arbeiterbewegung und selbst durch eine Handwerkslehre hin- (B) durchgegangen ist, also auf diesem Gebiete als Sachverständiger gelten kann.

Was die Frage der **Lehrlingsausbildung** angeht, so möchte ich dazu im Augenblick keine weiteren Ausführungen machen, da wir ja heute die Zusage bekommen haben, daß die längst fällige Interpellation, die sich ausschließlich mit dieser Frage befaßt, demnächst beim Etat des Reichswirtschaftsministeriums vor das Plenum kommen wird. Wir werden dann Gelegenheit nehmen, den Standpunkt unserer Partei zur Lehrlingsfrage, der sich im wesentlichen mit der Auffassung des Kollegen Biener deckt, darzulegen.

Meine Damen und Herren! Trotzdem möchte ich noch einige Worte zu dieser Frage sagen. Die Frau Kollegin Schroeder hat gestern den **Mangel an gelernten Facharbeitern** hervorgehoben, eine Tatsache, die nicht zu leugnen ist. Ich stelle fest, daß besonders auch in den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung der Wunsch besteht, recht viele tüchtige Facharbeiter heranzubilden. Darin sind wir vollständig einig. Die Frage ist nur: welche Stelle ist geeignet, diese Ausbildung zu übernehmen? Es ist nicht daran zu rütteln, daß eine gründliche Heranbildung gelernter Facharbeiter nach wie vor nur in der geordneten Handwerkslehre gesucht werden kann.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts. — Zuruf links: Lehrwerkstätten in der Fabrik!)

— Über die Lehrwerkstätten denken wir doch wesentlich anders, verehrter Herr Kollege Kaiser; die Erfolge dieser Lehrwerkstätten müssen erst noch nachgewiesen werden. —

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Die Beweise sind jetzt schon da!)

Wir sind auch mit Ihnen darin einig, daß wir alles tun müssen, um die **Handwerkslehre** so sicherzustellen, daß die Fachausbildung gewährleistet ist. Wir sind (C) bereit — das sage ich für meine Partei —, uns mit den Vertretern der Arbeiterschaft darüber zu verständigen, welche Wege zu gehen sind, um das Lehrverhältnis nach jeder Richtung, sowohl nach der fachlichen Ausbildung hin als nach der Richtung einer Entschädigung, die den heutigen Verhältnissen entspricht, mehr zu fördern, als es bis jetzt der Fall gewesen ist. Aber wenn wir auf diesem Gebiete mit Ihnen Hand in Hand arbeiten sollen, dann dürfen Sie nicht das Lehrverhältnis mit Bestimmungen belasten, die es jedem Handwerksmeister in Zukunft schlechterdings unmöglich machen, noch Lehrlinge zu halten.

(Sehr wahr! in der Mitte und rechts.)

Wir lehnen unbedingt das ab, was in Absatz 1 dieser Entscheidung gefordert wird; denn es ist undenkbar, es ist — nehmen Sie mir diesen Ausdruck nicht übel, ich habe auch vier Jahre gelernt — einfach lächerlich, mit derartigen Forderungen zu kommen. Ich habe wirklich keinen anderen Ausdruck dafür, wenn Sie heute den Lehrlingen vorreden wollen, daß sie nicht mehr als sechs Stunden arbeiten dürfen.

Für die Gewährung von **Ferien in mäßigem Umfange** sind auch wir. Aber solche Bestimmungen, wie sie in der Entschließung enthalten sind: „Gewährung von ausreichenden zusammenhängenden Ferien im Sommerhalbjahr", können wir nicht ohne weiteres akzeptieren. Darüber muß zwischen dem Lehrmeister und dem Lehrling beziehungsweise seinen Eltern eine Vereinbarung getroffen werden.

Wir lehnen weiter die **Unterstellung der Lehrlinge unter die Tarifverträge** und unter die **Arbeitsgerichte** ab. Auf diese Dinge gehe ich aber weiter nicht ein; bei der Besprechung der Interpellation wird sich dazu ausreichend Gelegenheit finden. Ich sage nur, wenn wir nach der Richtung hin eine Besserung erzielen wollen, (D) so müssen wir Hand in Hand arbeiten, dann dürfen Sie (nach links) nicht an den Grundlagen jedes geregelten Lehrverhältnisses rütteln, wie Sie es in dieser Entschließung tun.

Von der Frau Vorrednerin ist auch über die unverhältnismäßig **große Zahl von Lehrlingen** gesprochen worden. Sie hat ein Beispiel angeführt, wonach bei 57 Gehilfen 112 Lehrlinge gehalten seien. Mit solchen Beispielen sollte man uns nicht kommen. Es gibt eine große Zahl von Handwerksmeistern, die allein arbeiten und Lehrlinge ausbilden.

(Zuruf links: Fünf Lehrlinge!)

— Bitte sehr, ich bin jedenfalls sachverständig auf diesem Gebiete, und ich kann Ihnen sagen: die Lehre, die der Meister selbst in der Hand hat, wo der Lehrling vom Meister ausgebildet wird, ist jedenfalls die fruchtbringendste, und aus dieser Lehre gehen die besten und tüchtigsten Facharbeiter hervor.

(Zustimmung im Zentrum und rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Im übrigen beschränke ich mich heute auf diese Bemerkungen; wir werden bei der Besprechung der Interpellation unsern Standpunkt in dieser Frage nach jeder Richtung klarlegen.

Eins aber darf ich noch sagen: ich bin der Meinung, daß die Frage des Jugendschutzes, der Sicherstellung der Heranbildung einer ausreichenden Zahl von Facharbeitern eigentlich keine Parteifrage sein sollte.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Die Frau Vorrednerin hat gemeint, die Jugend folge jetzt den Parteien auf der Linken. Ich könnte boshafterweise sagen: wenn die Jugend sich in der letzten Zeit den radikalen Parteien in erhöhtem Maße zu-

(Esser, Abgeordneter.)

(A) gewandt hat, so zeigen sich die Folgen daran, wie die Jugend heute denkt, wie sie fühlt, wie sie leider Gottes allzu sehr das vermissen läßt, was wir von ihr mit Rücksicht auf die Zukunft unseres Vaterlandes fordern müssen.

Die Frau Vorrednerin hat auch noch unsern verewigten Parteiführer Trimborn zitiert und damit wieder einmal festgestellt, daß meine Partei jedenfalls auf diesem Gebiete von jeher ihre Pflicht getan hat. Wenn unser verewigter Führer **Trimborn** gewünscht hat, daß **Erhebungen über den Gesundheitsstand** der Jugend gemacht werden sollten usw., so hat er damit keineswegs die Handwerkslehre im Auge gehabt, die durch eine übertriebene Arbeitszeit und ähnliches die Gesundheit der Jugendlichen gefährde. Ich glaube das nicht; wir sind mit ihm in allen diesen Fragen stets einig gewesen. Wir geben auch zu, daß hier und da Mißstände im Lehrlingswesen bestehen, und wir sind bereit, diesen ganz energisch zu Leibe zu gehen. Ich kann hier feststellen, daß die gesetzlichen Vertretungen des Handwerks, die Handwerkskammern sowohl wie die Innungen und Vereine, auf diesem Gebiete mit allem Nachdruck vorgehen. Wir sind erfreut, wenn wir da mit Ihnen Hand in Hand arbeiten, können das aber nur, wenn Sie (nach links) an den Grundlagen des Lehrverhältnisses, die für uns unverrückbar sind, nicht in der Weise rütteln, wie es in der Entschließung geschehen ist.

(Bravo! im Zentrum und rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Beythien.

Beythien, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir könnten der Sozialdemokratie ja eigentlich dankbar dafür sein, daß sie durch die Einbringung dieser (B) Entschließung wieder einmal dem deutschen Lehrherrnwesen vor Augen führt, wie verständnislos die **sozialistische Auffassung** den **inneren Wesenswerten der mittelständischen Arbeit** gegenübersteht.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Von diesem Standpunkt aus begrüßen wir es, daß auch wir Gelegenheit haben, heute einmal wieder die Grenzlinie zwischen unserer Anschauung und jener zu ziehen.

Es gibt ein altes Zunftwort aus dem Handwerk: Lehrling ist, wer was begann, Geselle ist, wer etwas kann, und Meister ist, wer was ersann! — Sie (zu den Sozialdemokraten) lächeln darüber, wie Sie über all das lächeln, was man aus Anhänglichkeit an gutes Überkommen mit innerer Überzeugung vorträgt, was da in alter deutscher Wirtschaftsgeschichte wurzelt, von der Sie leider keinen Pfifferling verstehen.

(Lachen und Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Aber um so mehr haben wir Veranlassung, wieder einmal vor der Öffentlichkeit zu betonen, daß wir das, was von der zurückliegenden Zeit wert ist, in die neue hineingerettet zu werden, auf jeden Fall dieser neuen Zeit zu bewahren bestrebt sind.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Die **Entschließung,** welche die Sozialdemokratie eingebracht hat, hat einen **parteipolitisch besonderen Kern;** denn die Sozialdemokratie weiß, daß, wer die Jugend hat, die Zukunft hat,

(sehr wahr!)

und nun arbeitet man, wie man der Öffentlichkeit beibringen will, „in väterlicher Fürsorge" für die Jugend, um dadurch auch an denjenigen Nachwuchs heranzukommen, welcher zunächst noch unserer, der bürgerlichen Einflußsphäre untersteht.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

(C) Es handelt sich hier um Weltanschauungsansichten, und die Sozialdemokratie weiß, daß, solange der deutsche Handwerksmeister und der deutsche kaufmännische Lehrherr die Jugend noch nach ihrem Vorbilde erziehen, in die Seele der jungen Menschen jene Auffassung gelegt wird, welche sich zu einem Wall aufbaut, den die Sozialdemokratie erst übersteigen muß, wenn sie ihre Ziele erringen will. Es zählen jetzt noch zum deutschen Mittelstande, der in seinen Betriebsinhabern Lehrwerte vermittelt, 12 Millionen Menschen, die aus dieser Schicht Lohn und Brot ziehen. Alljährlich wachsen in diese Schicht wieder Hunderttausende hinein und geben so die weitere Basis dafür, daß wir nicht in sozialistische Anschauungen versinken.

Wenn ich vorhin von der alten Zeit sprach, dann meine ich nicht die sogenannte goldene alte Zeit. Die war tatsächlich in vieler Beziehung gar nicht golden. Wir geben gern zu, daß unzureichende Lehr- und Arbeitsverhältnisse vorhanden waren, unzureichende Wohnungs- und Fürsorgeverhältnisse. Es muß sich eben alles erst im Laufe der Zeit durch die Entwicklung zu besserer Gestaltung durchringen. Sie selber (nach links) wollten doch früher auch einmal Evolution und nicht Revolution, und da ist es gut gewesen, daß sich im harten Abschleifen der Kräfte allmählich das ergab, was wir jetzt als einen im allgemeinen guten Zustand bezeichnen können.

(Widerspruch und Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Wir sind ein Feind der **Lehrlingszüchterei,** wir wollen, daß der Meister, der Lehrherr, für den wir eintreten, ein Vorbild sei, wir wollen, daß der Lehrling die beste Ausbildung bekommt, und wir behaupten immer noch, daß diejenigen, welche Lehrlingszüchterei betreiben, im deutschen mittelständischen Lehrherrnwesen die Ausnahme bilden. Die Organi- (D) sationen des Handwerks, der Kaufmannschaft usw. arbeiten selbst mit allem Nachdruck daran, daß diesem häßlichen Zustande ein Ende bereitet werde.

Die Entschließung der Sozialdemokratie läßt erkennen, daß sie der Jugend nichts Rechtes zumuten will, daß sie an den Nachwuchs keine großen Anforderungen stellt. Ich frage dagegen: wer ist im deutschen Leben etwas geworden, der nicht in seinen **Freistunden** an sich selbst gearbeitet hat,

(lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei)

der nicht die Morgenstunden dazu benutzte, sich zu bilden und beim Schein der Lampe ebenfalls innerlich vorwärts zu kommen suchte? Diejenigen, die meinten, sie müßten die ihnen verbleibende Freizeit lediglich zu Genüssen benützen, die in der Jetztzeit, wie ich weiß, der Jugend vielfach nicht liegen: sie werden den Lebenskampf nie bestehen! Und der Lebenskampf wird hart werden, bitter hart. Wir sind der Ansicht: man soll die Jugend scharf herannehmen; man soll ihre Kräfte nicht überspannen, aber ihre Anschauung (nach links), daß man in sozialer Gefühlsduselei der Jugend beibringen müsse, sie habe, wenn sie die Schule verlasse, ein Anrecht auf recht viele Freistunden — diese verkehrte Meinung haben wir nicht.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Zurufe bei den Sozialdemokraten: Ihre Jugend!)

— Was wissen Sie (nach links) von meiner Jugend. Die war vielleicht härter als Ihre!

Wir wollen gerade im deutschen Handwerk, im selbständigen Gewerbeleben, in der Kaufmannschaft wieder zu Zuständen kommen, welche uns garantieren, daß neben einer guten fachlichen Ausbildung auch das erzieherische Moment genügend beachtet werde. Das

(Beythien, Abgeordneter.)

Handwerk, das Sie heute in gewisser Beziehung durch die Ansicht herabsetzen, die Mehrzahl der Lehrherren — das klang aus einem Zuruf heraus — stände nicht auf der Höhe der Zeit. Das Handwerk hat feine Köpfe.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Verstehen Sie doch, meine Damen und Herren, mehr von der Wesensart des Handwerks.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wie sollen wir gerade in dieser Zeit wieder hoch kommenn, wenn wir nicht die **Qualitätsarbeit** auf allen Gebieten fördern?

(Beifall rechts.)

Wie wollen Sie (nach links) etwa in staatlichen Lehrwerkstätten die Qualitätsarbeit hochbringen? Sie werden immer nur elenden Durchschnitt zeitigen.

(Zustimmung rechts. — Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Deshalb brauchen wir den Geist der alten guten Ausbildung. Was wissen Sie, die Sie vollständig geschichtslos sind,

(große Heiterkeit links)

von dem Emporblühen der **deutschen Handwerkskunst,**

(bravo! bei der Deutschen Volkspartei)

des alten deutschen Kaufmannsgeistes? Empfinden Sie doch, wenn Sie die alten Kunstschmiedearbeiten an den Brunnen und in den Kirchen, die Wunder der Goldschmiedekunst, die Werke des hochstehenden Buchbinderhandwerks und die köstlichen Stücke der Schreinerei, die in den alten Intarsienarbeiten vor uns liegen, betrachten: das ist persönliche Arbeit, die sich innerlich mit dem Lebenswerk verbunden fühlt. Auch das Kaufmannsleben blickt auf eine hohe, aus harter Arbeit emporgestiegene Entwicklung.

(Beifall rechts.)

Das wollen wir halten. Dahinein wollen wir weiterhin die Jugend bringen.

(Zustimmung rechts.)

Dazu brauchen wir den Meister und den Prinzipal, deren Jugend erfüllt war mit dem Pflicht- und Zielbewußtsein.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Wir sind die letzten, welche den Wert schulgemäßer Ausbildung verkennen. Wir wollen, daß das Fortbildungsschulwesen, das Fachschulwesen in innigster Beziehung stehe zur Einführung in das praktische Leben. Aber was wir nicht gutheißen, das ist der Wille Ihrer Entschließung, wonach **die Stunden für das Fortbildungsschulwesen** im wesentlichen **in die Arbeitszeit** gelegt werden.

(Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten: Natürlich! Wann denn sonst? — Unruhe links.)

— Das möchten Sie natürlich, das könnte Ihnen passen! Dann würden Sie zu einem Teil schon Ihr Ziel erreichen: die Jugend gewissermaßen von der praktischen Ausbildung zu entfernen. Das lehnen wir ab.

(Lebhafte Rufe von den Sozialdemokraten.)

— Ja, Sie kommen gegen mich nicht auf! Das ist Ihr Kummer!

(Heiterkeit rechts.

Wir billigen es nicht, daß die Mehrzahl der Arbeitsstunden zum Fachbildungsunterricht benutzt werde.

Aus allen diesen Gründen lehnen wir auch eine **Einordnung des Lehrlingswesens unter das Tarifwesen** ab.

(Sehr richtig ! bei der Deutschen Volkspartei.)

Was hat der Lehrling mit dem Tarif zu tun? Der Lehrling ist vorläufig gar nichts.

(Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

Der Lehrling soll erst etwas lernen.

(Zustimmung rechts. — Hört! Hört! links.)

Und wenn er in der Lehre etwas geworden ist, wenn er als Geselle und Gehilfe in das Leben tritt, dann mag er sich seinen Weg wählen, dann mag er auch in die Reihe derjenigen treten, welche etwa durch Zusammenschluß ihre Lebenslage verbessern wollen. Vorher soll er das nicht, und wir wollen dafür sorgen, daß das nicht geschehe.

Sie möchten der Lehrstelle den Lehrling nehmen. Sie möchten ihn in staatliche Lehrwerkstätten bringen, damit er dort schon unter Werkmeistern, die Ihnen innerlich nahestehen, die Ausbildung erlange und jene Anschauung ins Herz geträufelt bekomme, welche Sie lieben. Wir kennen Sie ganz genau. Solange es bürgerliche Parteien gibt, die den Mittelstand schätzen, werden Sie nicht die Axt an die Wurzel dieses Bürgertums legen!

(Lebhafter Beifall rechts. — Lachen links.)

Meine Damen und Herren! Es ist ein großer Fehler, daß die Jugend zu früh selbständig wird. Gerade der Zustand, den uns die Revolution gebracht hat, wonach der **Frühverdiener,** der 14-jährige Ausgeher mehr Geld in die Hand bekommt, als früher sein erwachsener Bruder, auch am gesunkenen Geldwert gemessen, führt dazu, daß wir — ich will die Zeit nicht schlechter machen, als sie ist — die Jugend in den Groß- und Mittelstädten vielfach am Verlumpen sehen. Der Lohn gibt den Jugendlichen die Möglichkeit, sich körperliche, geistige und seelische Genüsse zu verschaffen, die ihnen nicht dienlich sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn Sie (nach links) das fördern, dienen Sie der Menschheit auf keinen Fall. Deshalb wollen wir, daß die Jugend in harte, aber wohlwollend väterliche Zucht genommen werde.

(Zurufe links.)

Meine Damen und Herren! Die Frau Abgeordnete Wurm meinte, wir wollten dadurch, daß wir diese Grundsätze aufrechterhalten, zu einem Teil dafür sorgen, daß die **weibliche Jugend** „in den Hausdienst hineingepreßt werde“. Mit welchen Schlagworten arbeiten Sie!

(Unruhe links.)

Das läßt sich ja auch viel höflicher ausdrücken. Aber wenn ich dieses „Hineinpressen in den Hausdienst“ umdeute in das Streben, im Hausdienst eine nette Stellung zu bekommen, so sollte man dieses Streben stützen. Dort ist die Jugend tatsächlich im ganzen gut aufgehoben.

(Widerspruch links.)

Ich wünschte, es käme wieder die Zeit — und ich glaube, sie kommt, denn jetzt leben wir in einem Scheinzustand und gehen trüben Zeiten entgegen —, wo sich viele junge Mädchen glücklich schätzen werden, wenn sie in einem Haushalt Unterkunft bekommen, wo sie anständig geleitet und gehalten werden. Was wir jetzt sehen, kann uns nicht veranlassen, dieser Entwicklung unsere Sympathie zuzuwenden. Im Gegenteil! Es können sich übrigens viele aus dem Bürgertum nicht mehr gestatten, sich ein Mädchen oder eine Stütze zu nehmen.

(Zurufe links: Schrecklich!)

(**Beythien**, Abgeordneter.)

(A) Aber viele aus der neuregierenden Schicht, zu der Sie ja gehören,

(erregte Zurufe links)

können sich jetzt solche Hilfskräfte leisten. Ich habe von manchen aus Ihren Reihen gehört, daß sie trotzdem mit den Zuständen gar nicht zufrieden sind. Diese Entwicklung haben Sie herbeigeführt.

(Lachen links.)

Wir billigen es nicht, wie man es dem Herrn Kollegen Biener von links vorgeworfen hat, daß der Lehrling dem Meister zur Ausbeutung diene. Auf keinen Fall! Das **Handwerks- und Lehrherrnwesen** ist im ganzen gegen solche Vorwürfe gefeit.

(Lachen links.)

Wo stände heutzutage unsere Wirtschaft, wenn das Handwerk, wenn die selbständige Arbeit als so minderwertig betrachtet werden müßte, wie Sie das tun. Unsere ganze Wirtschaft ist auf dem Schaffen gerade dieser selbständigen Kräfte mit aufgebaut, und die ganze Industrie macht sich die guten Eigenschaften dieser Kräfte zunutze. Das wissen Sie ganz genau, Sie wollen es nur nicht hervortreten lassen.

Meine Damen und Herren! Aus all diesen Erwägungen heraus werden wir die Entschließung ablehnen. Alles was hier in der Entschließung vorgebracht wurde, dient zum wesentlichen agitatorischen Zwecken,

(sehr wahr! rechts — entrüsteter Widerspruch links)

mit denen auf diejenigen gewirkt werden soll, denen Sie Bedrückung suggerieren, die vielleicht noch nicht erkennen können, daß es gut ist, wenn man väterlich für sie sorgt. Was heißt es, wenn Sie hier behaupten, bei 57 **Gehilfen** würden 112 **Lehrlinge** beschäftigt? Das ist nach meiner Ansicht ein durchaus **berechtigtes Verhältnis**.

(B) (Zurufe links.)

Wenn ein Meister einen Gesellen und zwei Lehrlinge hat, können die beiden ausgebildeten Kräfte jedem Lehrling genügend beibringen. Durch Ihren Schematismus verlieren Sie vollständig die Fähigkeit, in praktischen Dingen klar zu denken.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Ich will nicht im einzelnen auf die Geschmacklosigkeit eingehen, die Frau Wurm sich hier geleistet hat. Sie ruft uns zu, wir wären gewissermaßen keine Erzieher der Jugend; wir, wie sie meint, mit unserem Gefühl für Wehrhaftigkeit, veranstalteten Jubelfeiern, wenn Hunderttausende starben. Darauf hier einzugehen, will ich mir ersparen. Das eine will ich Ihnen nur sagen: Sie werden niemals in uns die Sehnsucht ersticken können, unsere **Jugend** wieder zur **Wehrhaftigkeit** zu erziehen.

(Unruhe links.)

Wenn es nötig sein sollte, daß die Jugend wieder einmal unser Vaterland verteidigen muß, dann wird sie das sicher können aus dem Geist, den wir ihr geben. Wir wollen aber im Bunde mit allen Kräften, welche Ordnung schaffen wollen, welche die Grundlagen für die Herbeiführung der Ordnung sichern wollen, unser Vaterland wieder zu Ehren bringen.

(Andauernde Unruhe und Zurufe links: „Unser Vaterland!")

— Das ist doch auch das Ihre, oder gehören Sie (nach links) zu Crispien, der keins hat? Das weiß ich nicht.

(Bravo! rechts.)

Wir werden, wenn demnächst die Interpellation hier behandelt wird, eingehender zu dem ganzen Fragenkomplex Stellung nehmen. Zunächst will ich nur mit aller Klarheit hier ausdrücken, daß wir Gegner der Gedanken sind, welche in dieser Entschließung zum Ausdruck gebracht werden. (C)

(Beifall rechts.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister: Sehr verehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir zum Abschluß der Beratungen über Kap. 1 Tit. 1 noch einige Worte zur Entgegnung auf die Aussprache, zur Beantwortung der verschiedenen Anfragen. Die meisten Redner haben dem Ministerium für seine Arbeiten im großen und ganzen Anerkennung gezollt. Ich freue mich dessen und danke dem hohen Hause meinerseits dafür. Die ausgesprochene Anerkennung beziehe ich auf die Beamten und Angestellten meines Amtes, die nicht bloß äußerlich ihre Pflicht getan haben, sondern auch mit innerlicher Hingabe an die Aufgaben, die ihnen obliegen, die Arbeit unter Aufopferung ihrer ganzen Kraft geleistet haben.

Wie ich das nicht anders erwartet habe, hat gleichwohl das Ergebnis unserer Arbeiten nicht auf allen Seiten des hohen Hauses befriedigt. Dieses Ziel zu erreichen, dürfte wohl keinem Ministerium beschieden sein. Das liegt jenseits des Möglichen.

Der Herr Abgeordnete **Karsten** ist als Wortführer derjenigen Kreise aufgetreten, die da sagen, unsere Sozialpolitik entspräche nicht einmal den finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten. Seine Ausführungen liefen sinngemäß sogar darauf hinaus, als ob er eine Art **Boykottierung der Sozialpolitik** unsererseits annehme. Nun, meine Damen und Herren, seien wir offen. Wir treiben hier Politik und reden nicht etwa über soziale oder sozialpolitische Theorien, sondern wir machen praktische Politik. Die Freunde des Herrn Karsten stehen halt in der Opposition zu der Regierung, und ich bin überzeugt, daß seine Ausführungen auch zu einem guten Teil von diesem Geiste eingegeben gewesen sind. (D)

Ich darf auf einige Beispiele dieser Art hinweisen. Herr Karsten beklagt den **konservativen Geist unserer Versicherungsnovellen**. Er erblickt ihn darin, daß wir an die bestehenden Gesetze anknüpfen, und er geht dann bei der Kritik dieser Tatsache überhaupt vom Versicherungsgedanken ab, verläßt ihn vollständig, vertritt lediglich das Fürsorgeprinzip und will im großen und ganzen die sofortige Ausschüttung und Benutzung aller Mittel, die überhaupt heute den Versicherungen, auch an Kapitalanlagen, zur Verfügung stehen. Ich möchte die Klagen und Beschwerden sehen, mit denen das Ministerium überschüttet werden würde, wenn wir den Anregungen des Herrn Abgeordneten Karsten tatsächlich gefolgt wären, wenn wir nicht an die bestehenden Gesetze angeknüpft hätten, wenn wir nicht den Weg der Notgesetze beschritten hätten. Der Erfolg würde lediglich der gewesen sein, daß wir uns heute noch über Theorien streiten würden, und die bedürftigen Sozialrentner hätten gar nichts von diesem Streit. Die ganze Politik des Herrn Karsten läuft schließlich auf das Prinzip hinaus: wir wollen leben von der Hand in den Mund. Ich glaube aber, daß dieses Prinzip keine gesunde Wirtschaft bedeutet, und möchte annehmen, daß es auch auf dem Gebiet der Versicherungsgesetzgebung besser nicht angewendet wird.

Ein anderes Beispiel für den Geist, der die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Karsten beseelt: Er beklagt auf dem Gebiete des Arbeitsrechts die Vorwegnahme einzelner Materien, er verweist auf die **Vielheit der Gesetze**, ganz besonders auf dem Gebiete der Arbeitszeit, und er glaubt, aus dieser Tatsache schließen zu sollen, daß wir nach dem Grundsatz handelten:

(Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister.)

(B) divide et impera, teile und herrsche! Er glaubt, daß wir dadurch die Interessen der Arbeiterkreise beiseite schieben und ihnen entgegen handeln wollten. Es kommen zurzeit etwa sechs Gesetze in Frage.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Neun!)

Es handelt sich um die Arbeitszeit im Bergbau, um das Hausgehilfengesetz, um den Gesetzentwurf, betreffend die Krankenpflege, um ein Gesetz für das Verkehrspersonal, um die Arbeitszeit der Arbeiter und die Arbeitszeit der Angestellten.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Warten Sie einmal ruhig ab! Im **Bergbau** handelt es sich bei diesem Teilgesetz, das vorliegt, um eine Begrenzung der **Arbeitszeit** innerhalb der acht Stunden. Der Effekt unserer Gesetzesvorlage würde tatsächlich die Siebenstundenschicht sein. Daß ein solches Gesetz etwa den Kampf gegen den Achtstundentag bedeute, ist doch wohl völlig ausgeschlossen, weil wir bei diesem Gesetz eben innerhalb des Achtstundentages bleiben und für diese Kategorie von Arbeitern weniger als acht Stunden festsetzen wollen.

Daß man ferner die **Arbeitszeit der Hausgehilfen** und des Krankenpflegepersonals nicht gleichstellen kann etwa mit der Arbeitszeit in den Fabriken, das müßte doch eine Selbstverständlichkeit sein. Es ist doch nicht gleichgültig, ob ich vielleicht eine Stunde und mehr von meiner Wohnung in eine Fabrik gehen muß, um dort meine Arbeit zu leisten, oder ob ich sie in dem Hause leiste, in dem ich, zumeist wenigstens, auch wohne.

Daß die **Krankenpflege** im Interesse der leidenden Menschheit ihre besonderen Anforderungen stellt, ist doch auch eine bekannte Tatsache. Auch wenn wir die Frage der Arbeitszeit für alle diese Kategorien in einem einzigen Gesetz zusammenfassend regeln wollen, würden wir doch unbedingt diesen Verschiedenheiten Rechnung tragen müssen; wir könnten diese Dinge unmöglich alle über einen Leisten schlagen.

(Sehr richtig!)

Die Frage der **Arbeitszeit des Verkehrspersonals** ressortiert gar nicht vom Arbeitsministerium, sondern ist zu behandeln beim Verkehrsministerium.

In Konsequenz der Washingtoner Beschlüsse sind wir allerdings daran gegangen, zunächst einmal ein Gesetz über die **Arbeitszeit der Arbeiter** vorzulegen, weil wir geglaubt haben, daß bei diesem Teil mehr Schwierigkeiten für die Ratifizierung der Washingtoner Beschlüsse zu überwinden sein würden als etwa auf dem Gebiete der **Arbeitszeit der Angestellten**. Aber daraus braucht gar kein Streik zu entstehen. Wenn man im Verlauf der Behandlung der beiden Gesetze dazu kommt, diese Materie in einem einzigen Gesetz zu regeln, dann wird man beim Arbeitsministerium keine Hemmungen finden. Irgendeine Zusammenfassung ist schließlich doch nötig. Ich kann genau so gut die Fragen der Hausgehilfin alle in einem einzigen Gesetz regeln wie etwa umgekehrt die Frage der Arbeitszeit in einem einzigen Gesetz. Ich kann so zusammenfassen und kann auch anders zusammenfassen. Das ist eine Frage der Praxis.

Der Herr Abgeordnete Karsten ist soweit gegangen, anzudeuten, unser Ministerium würde wohl besser „Arbeitgeberministerium" genannt.

(Lachen im Zentrum und rechts.)

Meine Damen und Herren! Ich sehe allerdings vielleicht im Unterschied von Herrn Karsten in unserem **Unternehmertum** einen wichtigen Faktor unserer Wirtschaft. Ich darf das auch tun, wenn selbst eine Sowjetrepublik heute den Privatunternehmer auf Umwegen (C) wieder hereinholt.

(Sehr gut!)

Ich fühle mich aber keineswegs als der Interessenvertreter der Arbeitgeber, und ich glaube, das tut niemand in unserem Ministerium.

Mir ist es auch unverständlich, wie Herr Karsten den Vorwurf aufrechterhalten will, wenn er sich die Presse draußen ansieht. Der einzige Beweis, den er für diesen Gedankengang erbracht hat, ist der Hinweis auf die **Schlichtungsordnung** gewesen. Er und insbesondere auch ein anderer Redner des gestrigen Tages hat davon gesprochen, daß diese Schlichtungsordnung dazu bestimmt sei, das Streikrecht zu beschneiden. Meine Damen und Herren! Das ist durchaus nicht der Fall. An dem Streikrecht wird durch die Schlichtungsordnung nicht gerüttelt, höchstens könnte man sagen, daß den **wilden Streiks** vorgebeugt werden soll. Aber ich glaube, daß auch die Gewerkschaften mit derartigen Bewegungen nicht einverstanden sind,

(sehr richtig!)

daß sie in ihren Statuten sogar schon Vorkehrungen treffen, um derartigen wilden Streiks zu begegnen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es hat auch genug Sozialisten gegeben, die einer Schlichtungsordnung das Wort geredet haben,

(sehr richtig!)

trotzdem sie durchaus für das Koalitionsrecht der Arbeiter sind. Ich finde gerade heute morgen in der Presse einen Bericht aus England, wo es heißt:

> **Der Vorschlag des Sekretärs des Minenarbeiterverbandes hat in England großen Eindruck gemacht.** Dieser schlägt bekanntlich vor, daß ein **zehn Jahre dauernder Waffenstillstand in den Konflikten zwischen Kapital und Arbeit** einzutreten hätte. (D)
>
> (Hört! Hört!)
>
> Während dieser Zeit sollen die Arbeiter auf die Veranstaltung von Streiks und die Arbeitgeber auf die Aussperrung verzichten, usw.

Meine Damen und Herren! Ich kann die Richtigkeit dieser Mitteilung im Augenblick nicht nachprüfen; aber wenn sie auch nur halb wahr oder zum vierten Teil wahr wäre, gäbe sie uns immerhin zu denken.

(Sehr gut! in der Mitte und rechts.)

Ich kann den Widerspruch, der in folgender Tatsache liegt, eigentlich nicht recht verstehen: Die Freunde des Herrn Karsten wollen den **politischen Krieg** zwischen den Nationen durch Verständigung und Schiedsgerichte ausschalten. Wenn wir aber nun daran gehen und den **wirtschaftlichen Kampf** innerhalb der eigenen Nationen auf vernünftige Grenzen zurückzuführen suchen — mehr tun wir ja nicht in der **Schlichtungsordnung** —, dann geraten Sie außer sich und klagen, daß man den Arbeitern an ihr heiligstes Recht greife.

(Sehr gut! in der Mitte und rechts.)

Ich sehe darin eine sonderbare Logik.

(Zuruf in der Mitte und rechts: Gar keine!)

Diese Haltung können Sie auch nicht damit begründen, daß Sie sagen: Ja, hier handelt es sich um Klassenkämpfe! Die verschiedenen Nationen sind auch noch nicht alle demokratisch regiert, auch da stehen wir Regierungen gegenüber, die wahrhaftig recht militaristisch und kapitalistisch sind.

Dann hat der Herr Abgeordnete Karsten weiter vertrauliche Verhandlungen, wie er sagte, im Reichsarbeitsministerium über Arbeitskämpfe und Verrufserklärungen angezogen. Er hat durch diese Ausführungen den Eindruck erweckt, als ob innerhalb des Ministeriums schwarze Pläne in dieser Richtung ge-

(Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister.)

(A) schmiedet würden. Was hat es damit für eine Bewandnis? Es besteht beim Arbeitsministerium ein Arbeitsrechtsausschuß, der nicht von mir gebildet, sondern von einem meiner Vorgänger einberufen worden ist. Dieser Arbeitsrechtsausschuß setzt sich aus gelehrten Kreisen und Sachverständigen der verschiedensten Art zusammen, arbeitet Vorschläge aus über die Frage des Arbeitsrechts. Er hat auch einen **Unterausschuß** eingesetzt über die **Spezialfrage des Tarifrechts**. Aus diesem Unterausschuß stammt nun ein Entwurf, der auf Grund eines Beschlusses dieses Arbeitsrechtsausschusses an die Spitzenverbände mit dem Vermerk „vertraulich" weitergegeben worden ist. Diese Kennzeichnung als „vertraulich" hatte den Zweck, zu verhindern, daß der Entwurf der Öffentlichkeit übergeben und der Verdacht erweckt würde, daß das Ministerium sich irgendwie mit diesen Entwürfen identifiziere. Das ist ausdrücklich ausgesprochen worden. Es ist auch den Spitzenverbänden gegenüber vollständig klargelegt worden, daß wir uns mit diesen Entwürfen keineswegs identifizieren und daß es sich gar nicht um irgendwelche Gedanken des Ministeriums handelt. Wir sind lediglich verpflichtet auf Grund des Beschlusses des Arbeitsrechtsausschusses, diese Entwürfe der Mitglieder des Ausschusses an die Spitzenverbände weiterzugeben. Das ist auch geschehen. Trotz alledem ist der Entwurf dann veröffentlicht worden. Als daraus der Schluß gezogen wurde, als handle es sich um Ansichten des Ministeriums, haben wir ein ausdrückliches Dementi in der Presse erlassen. Auch das hat nichts genutzt. Herr Karsten hat trotzdem wieder die bezeichnete Verdächtigung ausgesprochen.

(Hört! Hört! rechts.)

Ich möchte ausdrücklich erklären, daß ich für meinen Teil diesen Entwurf, um den es sich hier handelt, ab-
(B) lehne und nicht auf diesem Standpunkt stehe. Nun hoffe ich, daß damit endlich dieser Ente der Hals herumgedreht ist.

(Zuruf im Zentrum: Sie Optimist!)

Frau Abgeordnete Schroeder hat den langsamen Gang der Verhandlungen über das **Arbeitsnachweisgesetz** beklagt. Dabei ist auf die Dringlichkeit gerade dieses Gesetzes hingewiesen worden. Ich möchte auf die Differenzen, die zwischen den einzelnen Parteien über diese Gesetzesvorlage noch bestehen, in diesem Augenblick nicht näher eingehen. Ich habe mich gefreut, daß auch die Parteien, die über das Gesetz anderer Meinung sind als die Partei der Frau Abgeordneten Schroeder, sich doch grundsätzlich für das Gesetz ausgesprochen haben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang meinerseits den Gedanken der Dringlichkeit dieses Gesetzes doch noch einmal besonders unterstreichen. Ich glaube, das hohe Haus muß darauf Bedacht nehmen, recht bald dieses Gesetz zu verabschieden. Im Augenblick haben wir ja eine verhältnismäßig sehr geringe **Arbeitslosigkeit in Deutschland**. Es besteht aber meines Erachtens gar kein Zweifel, daß es sich da um eine Scheinblüte handelt und daß wir in naher Zukunft mit einer wesentlichen **Verschlechterung unserer ganzen Wirtschaftslage** rechnen müssen. Ich für meinen Teil sehe die Hand mit warnender Inschrift an der Wand, die uns diese Zeit anzeigt. Die Tatsache, daß heute große Sendungen von Eisen aus Frankreich den süddeutschen Markt überschwemmen, die Tatsache, daß wir mächtige Bestände ausländischer Kohle einführen müssen, daß wir unsere eigenen Arbeiten in der Eisenindustrie mitten im Herzen unserer Industriebezirke, wie Rheinland und Westfalen, nur mit englischer Kohle durchführen können,

(hört! hört! rechts und im Zentrum)

(C) die Tatsache, daß die Preise so unglaublich gestiegen sind, daß wiederum so etwas wie ein Käuferstreik einsetzt und einsetzen muß, weil eben ein großer Teil der Bevölkerung nicht mehr mit diesen Preisen mitkommen kann, das alles gibt uns zu denken und muß uns sagen, daß die ganze Konjunktur sich bald überschlagen kann und wir recht bald wieder vor einer großen Arbeitslosigkeit stehen können.

Aus diesem Grunde möchte ich meinerseits die Parteien des hohen Hauses bitten, auf die baldige Verabschiedung dieses Gesetzes Bedacht zu nehmen. Ich meinerseits werde das Nötige dazu tun.

Dann, meine verehrten Damen und Herren, möchte ich auf **Ausführungen des Herrn Abgeordneten Behrens** zurückkommen. Er hat bedauert, daß selbst der **Arbeitsminister Vermittlungsversuche** unternommen habe mit dem Ziele einer **Verkürzung des Achtstundentags**. Ich habe jetzt nicht den genauen Wortlaut zur Hand, aber der Ausdruck „Verkürzung des Achtstundentags" war in den Darlegungen enthalten. Da haben Sie sich doch etwas ungenau ausgedrückt, Herr Abgeordneter Behrens. Es handelt sich keineswegs um eine Verkürzung der bisher in Brauch gewesenen Arbeitszeit, sondern um eine Verlängerung der bisherigen Arbeitszeit. Sie betrug bis jetzt 46 Stunden die Woche und soll auf 48 Stunden — das würden dann allerdings erst die vollen acht Stunden pro Schicht sein — ausgedehnt werden. Von den Arbeitern ist bereits eine Stunde als Regelleistung zugegeben worden, die letzte Stunde wurde auch im Bedarfsfall als Überschicht zugestanden. Also die Arbeiterschaft ist der Forderung einer Erweiterung der Arbeitszeit schon sehr weit entgegengekommen. Das läßt sich nicht verkennen. Der Streit geht in dieser Situation heute eigentlich lediglich noch um eine Stunde, ja nicht einmal um eine Stunde,
(D) sondern nur um die Frage, in welcher Form diese eine Stunde zurzeit geleistet werden soll. Das allein ist noch Gegenstand des Streites. Wenn es wirklich eine ganze Arbeitsstunde wäre, um die man sich noch stritte, dann wäre diese ganze Arbeitsstunde am 1. Mai schon durch Streiks und Aussperrungen für ganze zwölf Jahre verloren.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Sollen wir uns um diesen Streitpunkt noch weiter schlagen und sollen den Streit noch weiter über die ganze Metallindustrie ausdehnen? Ich meine, da ist doch mein Vorgehen, das ich geübt habe und auch weiter üben möchte, durchaus berechtigt, nämlich beide Parteien dringend zu bitten, unter augenblicklicher Zurückstellung ihrer letzten Ziele einen Weg zum Frieden zu suchen, damit wir vor Schlimmerem bewahrt werden. Zuweilen kann auch das Beste der Feind des Guten sein, und die Parteien, um die es sich da handelt, sollten überlegen, daß ein magerer Vergleich immer noch besser ist als ein fetter Prozeß. Ich wiederhole, was ich in meiner gestrigen Rede gesagt habe: Ich hoffe, daß die Spitzenverbände doch noch im letzten Augenblick einen Weg der Verständigung, der Überbrückung der Gegensätze finden.

Der Herr Abgeordnete Behrens hat ferner beklagt, daß durch **Aufteilung von Gütern Landarbeiter obdachlos**, wenigstens zuweilen arbeitslos werden, und er hat gefragt, ob Mittel verfügbar wären, um hier zu helfen. Ich möchte ihm antworten, daß ich der Meinung bin, daß bei den vorhandenen Fonds Mittel genug vorhanden sind, um in derartigen Fällen Hilfe zu leisten. Ich glaube, daß wir über Mittel bis zu 100 Millionen verfügen können, um in derartigen Fällen den entsprechenden Wünschen zwecks Siedlungen, Neubau von Häusern usw. entgegenzukommen.

(Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister.)

(A) Der Herr Abgeordnete Andre hat dem Bedenken Ausdruck gegeben, ob nicht unsere **Notstandsmaßnahmen für die Invalidenrentner** durch die Tatsache gefährdet würden, daß eine Reihe von **Gemeinden** nicht leistungsfähig sei. Ich glaube, diese Befürchtung trifft jetzt nicht mehr zu. Das Hemmnis ist durch das Gesetz vom 24. April 1922 beseitigt. Bei leistungsschwachen Gemeinden müssen die Länder oder Gemeindeverbände mit Zuschüssen eintreten, und die Länder können vom Reich für diesen Zweck Beihilfen erhalten. Es ist anzunehmen, daß jetzt der Vollzug des Gesetzes auf Grund dieser Zusammenhänge gesichert ist.

Der Herr Abgeordnete Moldenhauer hat dann im Auftrage seiner Partei gebeten, bei der Frage der gewerkschaftlichen Organisationen paritätischer vorzugehen. Er hat ausgeführt:

> Ich bin seitens meiner Fraktion beauftragt, an den Reichsarbeitsminister die Bitte zu richten, in der **Behandlung der einzelnen gewerkschaftlichen Organisationen** mit voller **Objektivität** vorzugehen. Es wird auch in weiten Kreisen bitter empfunden, daß die national gesinnnten Arbeiter zurückgesetzt werden.

Wenn ich auf das Wort „gewerkschaftlich" den Nachdruck legen darf, dann stimme ich der Aufforderung des Herrn Kollegen Dr. Moldenhauer ohne weiteres zu. Ich bin bereit gewesen und bin auch heute noch bereit, wirklich gewerkschaftliche Organisationen paritätisch zu behandeln.

(Sehr richtig! im Zentrum und links.)

Der Herr Abgeordnete Dr. Moldenhauer hat aber bei seinen Ausführungen einen Zusatz gemacht, der unbedingt den Schluß nahelegt, daß er mit seinen Ausführungen den **Nationalverband Deutscher Gewerkschaften**, also die Fortsetzung der **alten gelben Gewerkschaften**, im Auge hatte. (B) Da kann ich nun zu meinem Bedauern dem Herrn Abgeordneten Moldenhauer nicht folgen.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich bin der Überzeugung, daß die gelbe Bewegung keine wirkliche Gewerkschaft darstellt.

(Unruhe und Zurufe bei der Deutschen Volkspartei: Unerhört!)

— Warten Sie ruhig ab! Der Name tut es nicht, und ich sehe weniger auf den Namen, sondern vielmehr auf die Sache.

(Sehr richtig! im Zentrum und links.)

Ich bin der Meinung, daß wir gemeiniglich unter Gewerkschaften eine Interessenorganisation des Berufes verstehen, und zwar eine solche Organisation, die auch von den Beteiligten als Standesvertretung und Interessenvertretung anerkannt wird. Auf letzteres kommt es doch wesentlich an. Auch bei den Arbeitgebern, die doch zum großen Teile gerade der Partei angehören, die diese Anfrage hat an mich richten richten lassen.

(Sehr richtig! links und im Zentrum.)

Wie steht es denn tatsächlich? Nehmen wir an, es ist irgendein Tarifvertrag abzuschließen. In dem Augenblick, wo der gelbe Verband auftreten und das Lokal betreten würde, um gemeinsam mit den anderen Organisationen einen Tarifvertrag abzuschließen, würden eben alle anderen Organisationen der Arbeitnehmer das Lokal verlassen. Auch die Unternehmer beugen sich dieser Situation. Sie verzichten eben in solchen Fällen auch ihrerseits auf die Teilnahme des Nationalverbandes am Tarifvertrag und schließen lieber den Tarif mit den der Zentralarbeitsgemeinschaft angehörenden gewerkschaftlichen Organisationen. Wenn aber die Mitglieder Ihrer Partei selbst praktisch nicht anders handeln, als ich eben dargestellt habe, und auch (C) gar nicht anders handeln können, wie wollen Sie dann vom Arbeitsminister verlangen, daß er anders handle?

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Artikel 159 der Reichsverfassung.)

— Ich komme noch darauf zurück. Ich bin aber auch der Meinung, daß diejenigen, die diese Anfrage an mich haben richten lassen, in etwas mit dem Verhalten der Unternehmer in Widerspruch geraten sind, die im November 1918 die **Arbeitsgemeinschaft** abgeschlossen haben. Diese Arbeitsgemeinschaft ist unter der Zusicherung abgeschlossen worden, daß die gelbe Bewegung nicht weiter gefördert werden solle. Das ist damals die Voraussetzung des Abschlusses der Arbeitsgemeinschaft gewesen, und ich meine, wir sollten im Interesse unserer Wirtschaft und unseres wirtschaftlichen und sozialen Friedens an diesem Grundsatz festhalten. Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn irgendwie angeregt würde, davon abzugehen. Ich würde es ganz besonders bedauern, wenn in der gegenwärtigen Situation, da wir in dem gefährlichen Metallarbeiterstreik stehen, da wir an die Bergleute herantreten wollen, damit sie Überschichten machen, dergleichen Schwierigkeiten entständen. Ich glaube, es ist besser, wir halten an dem Geist der Abmachungen vom November 1918 fest, als daß wir jetzt von diesem Geiste tatsächlich abrücken.

(Sehr richtig! links. — Zurufe von der Deutschen Volkspartei.)

Wenn Sie den Geist nicht billigen und sich dagegen erklären, treffen Sie ja damit auch die Unternehmerkreise, welche diese Abmachungen damals schlossen. Ich habe auch bereits im Hauptausschuß im vorigen Jahre und dieses Jahr darauf hingewiesen, daß das Kabinett Fehrenbach auch zu dieser Frage Stellung genommen hat, und zwar genau die Stellung, die das Arbeitsministerium einnimmt. Das ist dasselbe Kabinett gewesen, dem auch Mitglieder der Deutschen Volkspartei angehört haben. (D)

Es ist schon in einem Zwischenruf — und der Herr Abgeordnete Moldenhauer hat auch davon gesprochen — auf die **Frage des Koalitionszwanges** hingewiesen worden. Der Zwischenruf betraf den diesbezüglichen Artikel der Reichsverfassung. Ich nehme hier zu keiner konkreten Frage des Koalitionszwanges Stellung. Ich möchte lediglich einmal grundsätzlich folgendes feststellen: Die Koalition als solche ist doch etwas Gutes! Sie wird auch in den Kreisen der Deutschen Volkspartei als etwas Gutes anerkannt. Wenn die Koalition aber an sich etwas Gutes ist, so braucht nicht jeder Zwang zur Koalition unter allen Umständen verwerflich zu sein. Dann kommt es — —

(Unruhe und lebhafte Zurufe von der Deutschen Volkspartei.)

— Regen Sie sich doch nicht so auf, liebe Herren. Auch in Ihren Kreisen ist schon viel Koalitionszwang ausgeübt worden.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Lassen Sie mich einmal zu Ende reden. — Dann kommt es lediglich darauf an, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Mitteln jeweils ein solcher Koalitionszwang durchgeführt wird. Wir haben ihn früher auch schon gehabt, ohne daß er als verwerflich erachtet wurde. Sie brauchen nur an den Zunftzwang zu denken.

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei.)

Man hat ja auch Zwangsinnungen verlangt und eingeführt. Ich stelle damit nur fest, daß der Koalitionszwang nicht unter allen Umständen verwerflich ist, und mehr will ich nicht gesagt haben.

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Das genügt auch schon!)

(Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister.)

(A) Ich möchte darum bitten, daß man dieses Wort Koalitionszwang nicht als eine Art Schreckgespenst für politische Kinder benutzt.

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Erkelenz hat dann die Frage der **sozialen Selbstverwaltung** zur Sprache gebracht. Ich habe ja auch diese Frage in meinen Ausführungen behandelt. Nur habe ich mich gewundert, daß er die **Schlichtungsordnung** als ein Beispiel dafür ansieht, daß wir nicht genug für die soziale Selbstverwaltung eintreten. Ich glaube, dieser Vorwurf gegenüber der Schlichtungsordnung ist sicherlich unberechtigt. Gerade die Schlichtungsordnung bevorzugt doch das tarifliche Schlichtungswesen. Das staatliche Schlichtungswesen soll nur ergänzend daneben treten, und die Zahl der Schlichtungsausschüsse wollen wir nicht vermehren, sondern beträchtlich vermindern. Die Tatsache bleibt doch bestehen, daß die Tarifparteien selbst sich nicht immer einigen und das Dazwischentreten einer staatlichen Instanz unter Umständen unvermeidlich wird. Wir haben ja übrigens nicht einmal für alle Arbeitsverhältnisse tarifliche Abmachungen.

Meine Damen und Herren! Zu der **Entschließung Schreck, Müller (Franken) und Crispien** auf Drucksache 4268, die eben so ausführlich behandelt worden ist, habe ich folgendes zu sagen: Sie betrifft Fragen, die durchweg Gegenstand von Gesetzen sind, die entweder dem Reichstag oder einer anderen gesetzgebenden Körperschaft schon vorliegen oder demnächst an den Reichstag gelangen werden. Es handelt sich dabei um das **Arbeitszeitgesetz**, um das Gesetz über die **Ausbildung der Lehrlinge**, auch um das **Arbeitsgerichtsgesetz**. Nun bin ich der Meinung, es sei bedenklich, daß wir uns jetzt im Etat mit einer derartigen Resolution auf Einzelheiten verpflichten, die Gegenstand der Beratung bei der Erledigung dieser Gesetze sein müssen (B) und über die auch im Zusammenhang mit diesen Gesetzesmaterien, die ich eben bezeichnet habe und die in Behandlung sind, meines Erachtens entschieden werden sollte.

(Zustimmung in der Mitte und rechts.)

Die Regierung hat aus diesem Grunde, ohne zu Einzelheiten der Entschließung Stellung zu nehmen, Bedenken dagegen, daß diese Resolution bei der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums angenommen wird.

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Bartz (Hannover) hat die **Leistungen des Arbeitsministeriums** natürlich nicht gut bewertet. Das haben wir auch nicht anders erwartet. Er ist soweit gegangen, zu sagen, selbst wenn ich den besten Willen hätte, so könnte ich als „Kapitalist“ nicht anders handeln und könnte eine wirkliche Sozialpolitik nicht durchführen. Nun, ich gehöre nicht zu den Kapitalisten.

(Heiterkeit in der Mitte und rechts.)

Aber der Herr Abgeordnete Bartz scheint nur zwei Kategorien von Menschen zu kennen.

(Zustimmung und Zurufe rechts: Kommunisten und Kapitalisten!)

Er scheint nur Sozialisten auf der einen Seite und Kapitalisten auf der andern Seite zu kennen. Da er nun den Sozialismus natürlich nur so für recht und gut hält, wie seine — ich darf wohl in diesem Falle sagen — kleine Partei ihn versteht, glaube ich, wird er zu den Kapitalisten auch noch manche rechnen müssen, die auf der linken Seite des Hauses sitzen.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

Meine Damen und Herren! Ich bin selbstverständlich nicht Sozialist. Aber das eine glaube ich doch sagen zu dürfen, daß die **Gesetzgebung**, die ich vertrete, von einem **sozialen Geist** eingegeben ist, und das muß für die gegenwärtigen Verhältnisse genügen. Es muß nicht bloß genügen, sondern ich bin so- (C) gar der Überzeugung: auf einem andern Wege kommen wir überhaupt heute gar nicht voran. Immerhin ist der Herr Abgeordnete Bartz doch noch auf die Sache eingegangen. Das wirkt immerhin meines Erachtens wohltuender als die Haltung gewisser Kreise, die allerdings in diesem Hause keinen Widerhall findet, die sich an meiner Sozialpolitik stoßen und reiben, weil sie aus unverbesserlicher **Kulturkampfstimmung** an meinem Rock keinen Gefallen finden. Ich glaube, das hohe Haus wird mit mir darin einig sein, daß wir über derartige Kritiken hier zur Tagesordnung übergehen.

(Lebhafter Beifall in der Mitte und rechts.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Die Aussprache ist geschlossen, da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über den Antrag Schreck, Müller (Franken), Crispien und Genossen auf Nr. 4268 der Drucksachen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Entschließung ist abgelehnt.

Ich rufe weiter auf die Tit. 2, — 3. — Ich stelle auch hier die Annahme mit den Ausschußanträgen auf Nr. 4181 der Drucksachen fest.

Zu Tit. 4 liegt ein Antrag Hoch, Klöckner, Ersing, Schiele, Dr. Rießer, Dr. Pachnicke, Leicht auf Nr. 4280 der Drucksachen vor. Falls kein Widerspruch erfolgt, darf ich wohl ohne Abstimmung feststellen, daß dieser Antrag angenommen ist. — Ich stelle das fest.

Ich rufe weiter auf die Titel 5 bis 20. — Ich stelle hier überall, da keine Wortmeldungen vorliegen und ein Widerspruch nicht erfolgt, die Annahme dieser Titel mit den Ausschußanträgen auf Nr. 4181 fest.

(D) Wir gehen dann über zu Kap. 2 Tit. 1. Nach dem gestern gefaßten Beschluß ist mit Kap. 2 Tit. 1 die gesamte Sozialversicherung zur Besprechung zu bringen.

Das Wort hat zunächst der Herr Berichterstatter.

Hoch, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Auf die Ausschußverhandlungen über die Sozialversicherung brauche ich nicht ausführlich einzugehen, weil fast alles, was im Ausschuß darüber gesagt worden ist, wiederum hier in der allgemeinen Aussprache schon vorgetragen worden ist. Nur in zwei Punkten habe ich etwas nachzutragen.

Die Frage, ob wir in unserm sozialen Versicherungswesen auf den bisherigen versicherungstechnischen Grundlagen bleiben oder ob wir zur Sozialfürsorge übergehen sollen, ist auch im Ausschuß, ähnlich wie es hier geschehen ist, besprochen worden. Dabei ist bereits die Verwechslung, die auch hier wieder zutage getreten ist, zurückgewiesen worden. **Sozialfürsorge und Sozialversicherung** unterscheidet sich nicht dadurch, ob die Gelder durch Steuern oder durch Beiträge aufgebracht werden, sondern dadurch, ob die Leistungen nach den eingezahlten Versicherungsbeiträgen oder nach den Bedürfnissen der Versicherten berechnet werden.

Außerdem bin ich gezwungen, auf eine Auseinandersetzung einzugehen, die sich um die **Ärztefrage** drehte. Im Ausschuß wurde darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen zwischen den Krankenkassen und den Ärztevereinigungen leider nicht den Verlauf nehmen, der mit Rücksicht auf die hemmungslose Tätigkeit unserer Krankenversicherung unbedingt notwendig ist. Ein Ärztestreik wurde als geradezu unerträglich für unser Volk bezeichnet, und der Ausweg, der jetzt in erster Linie empfohlen wird, nämlich daß die Krankenkassen von der Pflicht, den Mitgliedern ärztliche Dienste zu stellen, befreit werden und

(Hoch, Berichterstatter.)

(A) dafür das Krankengeld erhöhen, wurde als bedenklich bezeichnet. Wenn dieser Ausweg eingeschlagen wird, so geschieht das nicht ohne schwere Schädigung der Kassenmitglieder.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Deshalb sollte zunächst alles versucht werden, um diese Maßnahme unnötig zu machen. Die Frage wurde aufgeworfen, ob es nicht zweckmäßig sei, einen Schlichtungsausschuß einzuführen, dessen Entscheidung man zunächst nur eine moralische Bedeutung geben würde; man könnte wohl hoffen, daß das genügen würde, um Krankenkassen und Ärzte auf eine Mittellinie zusammenzuführen. Wenn sich aber auch dieser Weg als ungenügend erweisen sollte, müßte man sich mit dem Gedanken vertraut machen, die **Entscheidung des Schlichtungsausschusses** zwingend für beide Parteien zu erklären, um einen **Ärztestreik** zu verhindern. Darauf erklärte der Herr Minister, das Arbeitsministerium beschäftige sich damit, Schiedseinrichtungen zwischen Ärzten und Krankenkassen zu schaffen. Auch er, der Minister, sehe die Gefahr, die in einem Ärztestreik liege, als sehr schwer an. Allerdings bestehe kein Behandlungszwang, und es sei auch sehr umstritten, ob es geraten sei, ihn einzuführen. In erster Linie müsse das sittliche Verantwortungsgefühl aller Beteiligten geschärft werden.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kaiser.

Kaiser, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das Arbeitsministerium hatte im Frühjahr dieses Jahres als die erste Vorarbeit für eine **Neugestaltung unserer Sozialversicherung** die Grundsätze veröffentlicht. Jeder, der sich mit der Materie beschäftigt hat, wird das Vorgehen des Ministeriums begrüßen, wird aber natürlich auch diese Gelegenheit wieder wahrnehmen müssen, das Mini-(B)sterium aufzufordern, auf der einmal beschrittenen Bahn nicht innezuhalten, sondern auch an die weiteren Vorarbeiten möglichst rasch heranzutreten.

In der Debatte hat die Frage, ob **Novellen oder neue Gesetze** zurzeit das Bessere sei, einen breiten Raum eingenommen. Uns allen schwebt als Ziel die Schaffung eines neuen, großen sozialen Fürsorgegesetzes, das wohl auch auf dem Versicherungscharakter aufgebaut sein kann, vor. Aber wir alle wissen, daß bis zur Erreichung dieses Zieles noch Jahre vergehen werden, und wir stimmen mit dem Herrn Minister überein, daß wir uns bis dahin mit kleineren Novellen behelfen müssen. Die ganzen Verhältnisse unserer Wirtschaft und auch auf politischem Gebiete sind heute derart schwankend, daß wir nicht wissen, was uns die nächsten Monate und Jahre bringen werden. Aber auch bei dieser Novellenarbeit muß nach meinem Dafürhalten das Ministerium immer das große Ziel vor Augen haben, nämlich das große Ziel der schließlichen Vereinigung und Vereinheitlichung. Nur dann, wenn wir die Novellenarbeit bereits unter diesen großen Gedanken einstellen, erscheint sie mir zweckmäßig und fruchtbringend. Aber ehe wir zu der großen Reform kommen, sind auch jetzt noch eine ganze Reihe dringender Änderungen vorzunehmen.

Der Kampf, ob die **Angestellten- mit der Invalidenversicherung verschmolzen** werden soll, tobt im 6. Ausschuß schon seit zwei Jahren. Der 6. Ausschuß ist bis jetzt zu einem Beschlusse noch nicht gekommen. Das kommt daher, weil das Reichsarbeitsministerium es bis jetzt unterlassen hat, selbst die Führung in die Hand zu nehmen. Der Minister fordert zunächst eine Entscheidung des Reichstags und erklärte sich bereit, je nachdem die Entscheidung ausfällt, seine Vorlagen auszuarbeiten. Ein Teil des Ausschusses ist dagegen der Auffassung, daß das Ministerium die Führung zu übernehmen habe. Aber wir müssen endlich aus diesem Streit der Meinungen herauskommen! (C) Auf die Dauer kanns so nicht weiter gehen; denn unter dem jetzigen Zustand treibt die Angestelltenversicherung offensichtlich ihrem Ruin entgegen. Zurzeit ist das Beitragaufbringen doch nur dazu da, um die Verwaltungskosten zu bestreiten und ein mangelhaftes Heilverfahren aufrechterhalten zu können. Der ganze Grundsatz der Versicherung, der seinerzeit bei Schaffung des Gesetzes aufgestellt war, ist durch die Entwicklung über den Haufen geworfen worden. Wir müssen im 6. Ausschuß und im Reichstag in allernächster Zeit zu einer Klärung der Frage, ob Verschmelzung oder nicht, kommen, und wir müssen vor allem die Angestelltenversicherung wieder lebensfähig machen. Ich weiß, daß sich weite Kreise der Angestellten der Verschmelzung widersetzen. Ich bin aber überzeugt, daß sich diese Kreise von einem falschverstandenen Standesbewußtsein leiten lassen. In den Kreisen der sozialistischen Parteien herrscht Übereinstimmung darüber, daß die Verschmelzung vorgenommen werden soll. Die Haltung der Demokraten ist, wie ja in fast allen Dingen, auch in dieser Frage ziemlich schwankend. Bei den übrigen bürgerlichen Parteien ist der Wille fast allgemein, die Standesversicherung aufrechtzuerhalten. Wir Sozialdemokraten erwarten eine Besserung nur in der Verschmelzung. Wir sind der Überzeugung, daß nur dann die Angestelltenversicherung das sein kann, was sie sein soll, wenn sie mit der großen Arbeiterversicherung verbunden wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wie miserabel die **Leistungen der Angestelltenversicherung** jetzt sind, erhellt ja aus dem Umstand, daß dort, wo bereits Witwen- und Waisenrente bezahlt wird, wir genötigt waren, die Notstandsmaßnahmen für Bezieher einer Invalidenrente auch auf die Angestelltenversicherung auszudehnen. In den Leistungen gleichen sich also gegenwärtig die beiden Versicherungen vollkommen, nur mit (D) dem Unterschied, daß die Angestelltenversicherung noch keine Alters- und Invalidenversorgung kennt, weil eben die Wartezeit, wenigstens soweit die männlichen Versicherten in Frage kommen, für diese noch nicht erfüllt ist.

Ich fasse zusammen und sage: die Entwicklung beweist, daß die Angestelltenversicherung nur dann Bestand haben kann und nur dann ihren Zweck erfüllen wird, wenn sie mit der allgemeinen Arbeiterversicherung verbunden wird.

Wir sehen aber in der Sozialversicherung im Laufe der letzten zwei Jahre auch eine andere Entwicklung immer markanter hervortreten: das ist die **Entwicklung vom Versicherungsprinzip zum Fürsorgeprinzip.** Unsere Angestellten- und unsere Invalidenversicherung sind heute fast ausschließlich auf dem Fürsorgegedanken aufgebaut. Wenn wir jetzt bei 1,5 Millionen Invalidenrentnern und bei einer Million Waisenrenten allein einen Reichszuschuß von 3,8 Milliarden Mark auswerfen müssen und diesem Reichszuschuß die Leistungen der Versicherung selbst gegenüberstellen, dann sind diese lächerlich klein. Mit jedem Tage mehr wird aus dem Versicherungsgesetz ein Fürsorgegesetz. Die eigenen Leistungen der Versicherungsträger treten immer stärker zurück, und das trotz einer um das 25fache erhöhten Beitragsleistung.

Ich habe vorgestern Gelegenheit gehabt, im Haushaltsausschuß des Reichstags der Beratung über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend **Kürzung der Ruhegehälter und Wartegelder** sowie der Nebenbezüge bei Versorgungsberechtigten, die ein Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung außerhalb des Reichsdienstes beziehen, teilzunehmen. Dieser Gesetzentwurf, der dem Reichstag bereits im Dezember 1921 zugegangen ist und jetzt im Ausschuß beraten wird, sieht vor, daß bei Beamten ein Teil der Renten ruht, wenn sie durch Arbeit

(**Kaiser**, Abgeordneter.)

(A) besonderes Einkommen beziehen. Der Regierungsentwurf sieht dafür eine Grenze von 10 000 Mark vor, während der Berichterstatter sich im Haushaltsausschuß für etwa 50 000 Mark eingesetzt hat. Von seiten der bürgerlichen Parteien, insbesondere von dem Redner der Deutschnationalen und dem der Deutschen Volkspartei — beide ehemalige höhere Militärs —, ist gegen diesen Gesetzentwurf Sturm gelaufen worden. Man hat es dort als unverträglich mit dem Gedanken der Beamtenfürsorge bezeichnet, daß der höhere Reichs- oder Landesbeamte, der aus dem Dienste ausscheidet und nachher in Privatstellungen geht, in denen teilweise ungeheure Gehälter gezahlt werden, eine Kürzung seiner Pension erfahren soll.

Man ging im Ausschuß davon aus, daß 50 000 Mark des Verdienstes gar nicht angerechnet werden sollten; erst wenn der Verdienst über 50000 Mark hinausgeht, soll eine Kürzung der Teuerungszuschüsse stattfinden. Diese Forderung wird von den Rechtsparteien mit der Behauptung bekämpft, es handle sich bei den Beamten um wohlerworbene Rechte, und es wäre ungerecht, wenn man den, der seine Arbeitskraft noch verwertet, schädigen wollte, während man auf der anderen demjenigen die volle Pension zahle, der sein Geld morgens beim Frühschoppen verzehre.

Es ist bezeichnend, daß die Rechtsparteien bei den höheren Beamten, die draußen zum Teil ungeheure Summen verdienen, eine Kürzung nicht eintreten lassen wollen. Wenn wir aber die **Kürzungsbestrebungen** in dem Gesetz, betreffend die **Notstandsmaßnahmen für die Invalidenrentenbezieher,** betrachten, dann merken wir, wie genau man nach unten und wie ungenau man nach oben ist. Dem Invalidenrentenbezieher wird schon das Arbeitseinkommen über 2000 Mark im Jahre angerechnet. Dem Invalidenrentenbezieher werden sogar die Bezüge angerechnet, die er aus den Knappschaftskassen dafür bekommt, daß seine Arbeitsbrüder wöchentlich Extrabeiträge von (B) 6 Mark leisten.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Dem Arbeitsinvaliden rechnet man nicht nur den Verdienst seiner eigenen Kinder an, sondern, wie es sich jetzt bei der Auswirkung des Gesetzes zeigt, in voller Schärfe der Anwendung des § 1601 des B. G. B. auch das, was die Enkelkinder verdienen, um ja die Notstandsmaßnahmen nicht in Kraft treten zu lassen.

Meine Parteifreunde Meier und Wels haben eine Entschließung verbreiten lassen, die auf diesen Gegenstand Bezug hat. Darin wird gefordert, bei der Auslegung des Gesetzes über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Empfängern aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung darauf Bedacht zu nehmen, daß Leistungen, die nur den Zweck haben, die gesetzliche Rente zu erhöhen, nicht angerechnet werden. Sie wollen dabei die Erscheinungen treffen, die sich im Bergbau und anderswo herausgebildet haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Mir liegt ferner eine Beschwerde aus der Kaliindustrie vor. Dort hat man einen größeren Fonds zur Verfügung gestellt, um den **invaliden Kalibergarbeitern** mit **Unterstützungen** unter die Arme greifen zu können. Auch diese Unterstützungen werden natürlich **angerechnet.** In einer Eingabe des Reichskalirats vom 29. Dezember 1921 wird gesagt:

> Um aus dem von der Kaliindustrie bereitgestellten Zehnmillionenfonds in Zukunft an die Empfangsberechtigten nicht Beträge zu gewähren, welche auf das Gesamtjahreseinkommen angerechnet werden und daher zu einer entsprechenden Ermäßigung der gemeindlichen Unterstützung führen, habe ich an sämtliche Kaliwerke ein Rundschreiben unter dem 23. Dezember 1921 gerichtet, wonach vom Monat Dezember ab einschließlich bis auf weiteres die Zahlungen der Zulagen an die (C) Rentenempfänger eingestellt werden.

Man hat hier die Leistungen eingestellt, um den Rentenempfängern wenigstens die gesetzlichen Bezüge nach dem Notstandsmaßnahmengesetz zuteil werden zu lassen.

Demgegenüber vergleiche man aber die **Haltung der Rechtsparteien** in bezug auf die **höheren Staatsbeamten,** bei denen es sich teilweise um Menschen handelt, die der Republik nicht dienen wollten.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Sie haben sie ja rausgeworfen!)

— Vielleicht sind noch zu wenig von der Sorte rausgeworfen. Ihr Vermögen und ihre sonstigen Bezüge werden ja gar nicht berechnet. Dort wollen Sie eine Kürzung nicht eintreten lassen, bei den armen **Arbeitsinvaliden** aber appelliert man immer vergeblich an Ihr soziales Gewissen.

(Sehr richtig! links.)

Die Arbeitsinvaliden haben auch wohlerworbene Rechte auch in rein geldlicher Hinsicht. Auch sie haben ihre Beiträge in Goldmark eingezahlt, auch sie haben, um überhaupt Rente beziehen zu können, jahrzehntelange Arbeit hinter sich.

(Sehr richtig! links.)

Diese Rechte sind ebenso wohlerworben wie die Rechte der hohen Beamten.

(Sehr wahr! links.)

Und ich frage Sie: sind denn die **Rechte der Kriegsbeschädigten** nicht ebenso wohlerworben wie die Rechte der höheren Beamten?

(Sehr gut! links.)

Herr v. Brüninghaus, ein ehemaliger Admiral, hat im Haushaltsausschuß die Sache allerdings so hinzustellen versucht, als ob das denn doch etwas anderes sei. Gewiß, das ist etwas anderes: der höhere Beamte als Heimkrieger, als Halter der Hinterfront, der hat wohl- (D) erworbene Rechte, aber der arme Kriegsinvalide, der draußen seinen Kopf hingehalten hat, ja, Bauer, das ist etwas anderes.

(Zuruf rechts: Unerhörte Verdrehung!)

Gerade das Verhalten der bürgerlichen Rechtsparteien gibt mir und meinen Freunden Veranlassung, bei der künftigen Neuberatung des Gesetzes über die Notstandsmaßnahmen die sozialen Gesichtspunkte noch etwas zu erweitern.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Da stimmen die ja dagegen!)

— Ja, das werden sie tun, das wissen wir auch im voraus, aber sie sollen dann erneut vor dem Lande beweisen, daß sie für die Armen nichts übrig haben.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Haben Sie noch nie gehabt!)

Ich sagte vorhin, die Beiträge der **Invalidenversicherung** seien um das 25fache erhöht. Es ist mitgeteilt worden — ich weiß nicht, von welchem Redner —, daß die Leistungen um etwa das 9fache erhöht worden sind. Dabei ist wohl nicht in Rechnung gestellt die wesentliche Verteuerung des Heilverfahrens. Aber wir sind der Meinung, daß bei der künftigen Behandlung dieser Dinge auch die **Landesversicherungsanstalten** wieder etwas mehr zu den **Leistungen** herangezogen werden müssen. Die Überschüsse, die die Landesversicherungsanstalten jetzt erzielen, lassen das zu. Selbstverständlich darf das Heilverfahren darunter nicht leiden. Ich gehe weiter und sage: wir werden uns sogar mit dem Gedanken vertraut machen müssen, eventuell die **Beiträge zur Invalidenversicherung** weiter zu erhöhen. Sie betragen jetzt das 25fache. Ich persönlich und auch meine Freunde haben nichts dagegen, wenn eine weitere Erhöhung der Beiträge Platz greift, wenn damit zugleich auch eine entsprechende

(**Kaiser**, Abgeordneter.)
Erhöhung der Renten und sonstigen Leistungen verbunden wird. Das ist natürlich Voraussetzung. Von Beitragszahlungen haben sich die Arbeiter in der Sozialversicherung nie gedrückt und werden sich auch künftig nicht drücken.

Ich möchte dann an den Herrn Minister die Frage richten, ob es nicht erwägenswert wäre, zu prüfen, ob nicht in unserer Sozialversicherung eine sogenannte **gleitende Rentenskala** angewandt werden könnte. Wir haben uns theoretisch im letzten Jahre ja häufig mit der gleitenden Lohnskala beschäftigt und haben dabei nicht an die Bezieher der Renten gedacht. Wenn wir die Leistungen unserer ganzen Sozialversicherung betrachten, dann müssen wir bedauern, eine solche gleitende Skala nicht zu haben; denn auf keinem Gebiet unserer sozialen Versicherung hat die Steigerung der Bezüge Schritt gehalten mit der Geldentwertung. Der Invalide, der früher monatlich 25 Goldmark bekam, würde sich heute freuen, wenn wir ihm 25 Goldmark geben könnten. Das wäre ungefähr 5 mal soviel, wie er jetzt im Höchstfalle bekommen kann. Der Arbeiter, der früher wöchentlich 25 Goldmark Krankengeld hatte, wäre froh, wenn er deren heute nur 15 hätte; er muß jetzt aber mit viel kleineren Beträgen vorlieb nehmen.

Damit komme ich zur **Krankenversicherung.** Ich habe voriges Jahr gefordert, daß wir so rasch wie möglich zu einer **Vereinheitlichung der Versicherungsträger** kommen und daß zu brechen sei mit dem jetzigen Zustand der Orts-, Land-, Kreis-, Betriebs-, Innungs- usw. Kassen,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

daß wir endlich zur Schaffung leistungsfähiger Kassen kommen, die nach Wirtschaftsbezirken gegliedert sind.

In diesen Tagen hat uns das Arbeitsministerium vertraulich einen Referentenentwurf über ein Reichsknappschaftsgesetz zugehen lassen. In einer dieser Beilagen ist eine Übersicht über die Knappschaftskassen enthalten. Wie es heute mit der Zersplitterung in der Arbeiterversicherung aussieht, dafür nur zwei Beispiele. Die Saline in Münster am Stein hat eine eigene Betriebskrankenkasse, die 13 Mitglieder umfaßt und einen Vermögensbestand von 129 Mark aufweist.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Krankenkasse der Gewerkschaft Klingenthal-Grasnitzer Kupferbergbau hat ganze 4 Mitglieder. Das Arbeitsministerium beabsichtigt jetzt, in dieses Chaos Ordnung zu bringen, und ich kann ihm jetzt schon unsere volle Unterstützung zusichern. Wenn das nur einzelne Ausnahmen wären, dann ginge es noch. Aber wir haben draußen immer noch Hunderte und aber Hunderte von Innungs- und Betriebskrankenkassen, die mit 100 oder 200 Mitgliedern ein gar zu trauriges Leben führen und die in ihren Leistungen in der Regel weit hinter dem zurückbleiben, was die großen Kassen zu leisten imstande sind. Es wäre auch möglich, vor dem großen Umbau unserer Sozialversicherung in diesem Punkte gewisse Vorarbeiten zu leisten und wenigstens die Kleinen aufgehen zu lassen in großen leistungsfähigen Krankenkassenverbänden.

Erfreut sind wir alle, daß es dem Reichstag kürzlich gelungen ist, die **Krankenversicherung für die Hausgewerbetreibenden** zu verabschieden. Aber wir haben doch noch eine große breite Bevölkerungsschicht, die auch der Krankenversicherung bedarf. Ich denke dabei an die kleinen Gewerbetreibenden und an die kleinen Landwirte. Man wird sagen, die **kleinen Landwirte** haben das nicht nötig, die haben heute alle sehr viel Geld. Ich bestreite das. Wenn die Landwirtschaft zurzeit auch viel Geld hat, dann sehen wir doch am Wirtschaftshimmel schon wieder die drohende Verschuldung der kleinen Landwirte heraufsteigen,

(sehr richtig! rechts)

und da beizeiten vorzubeugen, ist auch Aufgabe des Arbeitsministeriums Man muß diese Leute der Segnungen der sozialen Versicherungen teilhaftig werden (C) lassen.

Was für die kleinen Landwirte gilt, gilt in demselben, vielleicht in noch stärkerem Maße für die **kleinen Gewerbetreibenden.** Gewiß besteht nach § 176 der R.V.O. die Möglichkeit, diese Kleinunternehmer zu versichern. Es ist aber in Abs. 3 den Krankenkassen das Recht gegeben, die Aufnahme dieser Gewerbetreibenden von einem bestimmten Lebensalter abhängig zu machen, und ich weiß, daß fast alle Krankenkassen davon Gebrauch machen und daß Gewerbetreibende, die das 45. Lebensjahr überschritten haben, nicht mehr aufgenommen werden. Das ist auch ein Stückchen Mittelstandspolitik, viel gesünder und realer, als wie wir sie vorhin bei der Lehrlingsdebatte gehört haben.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir ersuchen ferner — der Herr Minister hat es auch angekündigt — um recht baldige Vorlage eines Entwurfs, betreffend die **Zwangsversicherung der Familienangehörigen.** Heute kann der Arbeiter, der kleine Angestellte, wenn er Krankheiten in der Familie hat, die Mittel dafür nicht mehr aufbringen, heute kann ihm nur durch eine Versicherung geholfen werden, und die Versicherung ist nur möglich im Anschluß an die Krankenversicherung. Ich möchte nur nochmals bitten: legen Sie uns die Vorlage recht bald vor, damit sie in diesem Jahre noch Gesetzeskraft erlangt.

Zur Frage der **Wochenhilfe** liegt ein Antrag Bartz (Hannover) vor, der eine Erhöhung der Summe von 340 Millionen auf 1 Milliarde fordert. Ich verkenne keineswegs den guten Willen der Antragsteller, auf diese Weise den Wöchnerinnen zu helfen. Aber ich und meine Parteifreunde sind überzeugt, daß es uns gar nichts nutzt, diese Summe in den Etat einzustellen, wenn wir nicht zugleich oder vorher ein Gesetz geschaffen haben, nach welchem die Auszahlung dieser Summe zu erfolgen hat. (D) Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir zunächst das Wochenhilfsgesetz auszubauen haben und daß die dazu erforderlichen Mittel dann zugleich mit dem Gesetze angefordert werden müssen. Sie jetzt anzufordern und zu bewilligen, solange das Gesetz nicht da ist, erscheint uns nicht zweckmäßig.

Der Herr Minister hat eine Vorlage, betreffend **Erhöhung der Grundlöhne in der Krankenversicherung,** in Aussicht gestellt. Auch da sieht es draußen noch recht traurig aus. Vor mir liegt eine Eingabe aus Ibbenbüren, die an den Minister für Handel und Gewerbe in Berlin gerichtet ist und das Knappschaftskrankenkassenwesen betrifft. In der Eingabe wird hervorgehoben, daß es dort nicht möglich gewesen ist, den Grundlohn über 40 Mark zu erhöhen, und es wird hinzugefügt, daß auch eine Erhöhung auf 80 Mark den veränderten Verhältnissen nicht Rechnung tragen würde. Ich halte es nicht für möglich, aber aus der Eingabe geht es hervor, daß wir heute noch Krankenkassen im Industriegebiet haben, die das Krankengeld nach einem Grundlohn von 40 Mark am Tage berechnen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Minister, wenn wir das sehen, müssen wir so schnell als möglich zusammenkommen und das Gesetz über Erhöhung der Grundlöhne verabschieden. Wir müssen vor allen Dingen die Pflichtgrenzen wesentlich erhöhen. Denn, wenn ich sehe, daß derselbe Bergarbeiter einen Schichtlohn von 150 Mark und ein Krankengeld von 30 Mark im Höchstfalle bezieht, frage ich mich immer wieder, was soll denn der arme Teufel machen, wovon soll denn seine arme Familie, wenn er krank ist, leben?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Berichterstatter hat vorhin auf den drohenden Ärztestreik hingewiesen. In den letzten Tagen ist uns zu

(Kaiser, Abgeordneter.)

(A) Gehör gekommen, daß zwischen den Krankenkassen und den Ärzten Verhandlungen im Gange seien mit dem Ziele, **aus der Krankenfürsorge die ärztliche Versorgung und die Gewährung von Medikamenten herauszubringen** und dafür den Kassenmitgliedern **höhere geldliche Leistungen** zu gewähren. Man sagt, der Kranke käme dadurch in die Lage, nicht mehr als Krankenkassenmitglied zum Arzt zu gehen, sondern als Privatpatient. Er würde dann wesentlich besser behandelt und die Scherereien zwischen Ärzten und Krankenkassen würden aufhören. Ich möchte vor einem derartigen Schritt ernstlich warnen. Wenn wir ärztliche Hilfe und Medikamente als Zwangsleistung beseitigen und geldliche Ablösung gewähren, berauben wir die Krankenversicherung eines ihrer wesentlichsten Inhalte.

(Sehr wahr! links.)

Ich frage den Herrn Reichsarbeitsminister, was er getan hat, um die drohende Gefahr abzuwenden. Ich frage ihn insbesondere, welche gesetzlichen Gegenmaßregeln er zu ergreifen gedenkt, wenn es wirklich dahin kommt, und ob es dann immer noch Sache der Länder bleiben soll, die **Arzttaxe** zu bestimmen. Die Taxe ist jetzt so schwammig, daß der Arzt nehmen kann, soviel er will. Wir müssen der Krankenversicherung die größte Aufmerksamkeit widmen. Wenn da nicht beizeiten zugegriffen wird, dann treiben die Kassen dem Ruin entgegen, und ein Ruin der Krankenkassen wäre für die Lohnarbeiterschaft einfach unerträglich.

(Sehr wahr! links.)

Zum Schluß noch eine andere Frage: Der 6. Ausschuß hat sich in drei Sitzungen mit der Frage der **Anwendbarkeit des Beamtensperrgesetzes auf die Krankenkassenangestellten** beschäftigt. Die Regierung hat alle Minen springen lassen, um dem Ausschuß zu beweisen, daß das Sperrgesetz auf Krankenkassenangestellte Anwendung zu finden habe. Trotzdem hat der 6. Ausschuß (B) einstimmig beschlossen, das Sperrgesetz solle auf Krankenkassenangestellte keine Anwendung finden. Die diesbezügliche Petition ist der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen worden. Vielleicht ist der Herr Minister so freundlich und teilt uns im Laufe der Debatte noch mit, was die Regierung bis jetzt unternommen hat, um diesem Beschlusse des Ausschusses gerecht zu werden, damit wir unser weiteres Verhalten hier im Plenum entsprechend einstellen können.

Als letztes Glied der Kette unserer sozialen Versicherung gilt in der von mir gewählten Zusammenstellung die **Unfallversicherung.** Herr Minister, Sie haben voriges Jahr den Entwurf eines Gesetzes in Aussicht gestellt, nach dem **gewerbliche Berufskrankheiten** unter Umständen als **Betriebsunfälle** anzuerkennen seien. Der Entwurf ist uns bis jetzt noch nicht zugegangen. Auch aus Ihrer gestrigen Rede habe ich nicht gehört, bis wann wir diesen Entwurf erwarten dürfen. Draußen im Lande stehen aber Zehntausende von Arbeitern, die täglich auf diesen Entwurf warten;

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

draußen steht das Heer der Arbeitenden der chemischen Industrie, das Heer der Steinarbeiter und viele andere. Draußen sinken täglich Menschen dahin, ohne Anspruch auf die Unfallversicherung zu haben. Das einzige, was im Kriege und kurz nach dem Kriege geschaffen wurde, war die Anerkennung der Vergiftung durch Gaskampfstoffe und des Nitromethan als Betriebsunfall. Seither ist auf dem Gebiete gar nichts mehr geschehen. Wir haben die Bestimmungen über Bleiweißverbot, aber wir haben immer noch keinen ausreichenden Schutz der Arbeiter.

Im Zusammenhang damit müssen wir aber auch fordern, daß in unserer Unfallversicherung endlich der Grundsatz Geltung gewinnt, daß der **Weg von und zur Arbeitsstätte als Betriebstätigkeit** anzusehen ist, und daß Unfälle, die sich auf ihm ereignen, entschädigungspflichtig sind. Der Grundsatz des Reichsversorgungsamts, daß der Weg von und zur Arbeitsstätte nicht im Interesse des Betriebs liege, ist einfach unhaltbar. Wie soll denn der Arbeiter seine Arbeit verrichten, wenn er nicht zu seiner Arbeitsstätte hingeht? Wir müssen da also zu einer anderen Auffassung kommen.

Ferner brauchen wir eine **Neufestsetzung der Jahresarbeitsverdienste in der Landwirtschaft.** Die Drittelungsgrenze muß aufgehoben und die Versicherungspflicht auf alle Betriebsangestellten ausgedehnt werden. Schließlich muß man in der **Unfallversicherung,** wenn auch keinen Ausgleich, so doch eine **Angleichung an den gesunkenen Geldwert** schaffen. Alle die Unfallverletzten, die im und vor dem Kriege verletzt wurden und eine Rente unter 50 Prozent haben, beziehen noch ihre Friedensrente. Niemand bekommt auch nur einen Pfennig Zulage. So werden für den Verlust eines Fußes heute noch Renten von 13,45 Mark im Monat gezahlt.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Alle Achtung vor dem Grundsatz der Fürsorge gegenüber der Versicherung! Aber, Herr Minister, was bedeutet es für den Verletzten, der eine Rente von 45 Prozent bezieht und sehen muß, wie der Inhaber einer Rente von 50 Prozent eine Zulage nach der anderen bekommt, während er selbst immer wieder leer ausgeht? Dabei handelt es sich bei den Leuten mit einer Rente unter 50 Prozent vielfach auch um Schwerbeschädigte und auch um Leute, die infolge anderer Beschwerden erwerbsunfähig sind.

Man sagt uns immer, die Wirtschaft könne keine höheren Beiträge vertragen, wir müßten deshalb auch auf dem Gebiete der Unfallversicherung sparen. Man stellt es immer so hin, als ob in der Republik die Produktion durch die Sozialgesetzgebung stärker als früher belastet worden wäre. Gerade das Gegenteil ist richtig. Nach den Geschäftsberichten, die in den amtlichen Nachrichten des R. V. A. veröffentlicht worden sind, haben die gewerblichen Berufsgenossenschaften, und zwar ohne Zweiganstalten der Baugewerksgenossenschaft, die Tiefbauberufsgenossenschaft und die Seeunfallberufsgenossenschaft, im Jahre 1913 pro tausend Mark Lohnsumme eine Gesamtausgabe von 14,10 Mark, im Jahre 1919 von 8,90 Mark gehabt.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

In der Zeit von 1913 bis 1919 sind also die Gesamtausgaben einschließlich der gestiegenen Gehälter und Verwaltungskosten um etwa 60 Prozent zurückgegangen. Die Renten sind natürlich im Verhältnis zu den gezahlten Lohnsummen noch viel stärker zurückgegangen. Die Gesamtsumme der gezahlten Renten der deutschen Berufsgenossenschaften betrug im Jahre 1913 175 Millionen Mark, im Jahre 1919 209 Millionen Mark. Das ist eine Steigerung von 34 Millionen in einem Zeitraum von 6 Jahren. Dazwischen liegt der Krieg und die Revolution. Neuere Zahlen haben wir leider nicht, weil die Berichte aus den Jahren 1920 und 1921 noch nicht erschienen sind. Wenn erst diese Berichte erschienen sind, wird sich ergeben, daß die Beiträge, die Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe aufbringen, kaum ein Drittel dessen betragen dürften — immer pro Tausend Lohnsumme gerechnet —, was in der Vorkriegszeit geleistet wurde.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wird man immer noch behaupten, die Industrie vertrage eine stärkere Belastung nicht, es gehe nicht an, den Renten unter 50 Prozent etwas zu geben, Berufskrankheiten als Unfälle zu behandeln, die Wege von und zur Arbeitsstelle anzurechnen?

Nur noch einige wenige Worte! Zum Kapitel Sozialversicherung gehört auch die **Arbeitslosenversicherung.** Wir haben sie noch nicht. Der Minister hat die Vorlage

(**Kaiser,** Abgeordneter.)
angekündigt; der Referentenentwurf ist uns zugegangen. Ich werde deshalb im einzelnen auf dieses Gesetz nicht eingehen. Nur so viel möchte ich von dieser Stelle aus schon jetzt dem Herrn Minister sagen: Wenn Sie die **Landarbeiter,** die **Hausangestellten** aus der Arbeitslosenversicherung herauslassen, dann ist für uns das Gesetz unannehmbar. Mir ist mitgeteilt worden, daß sich das Reichsarbeitsministerium sogar mit dem Gedanken trage, die **Hafenarbeiter** nicht in die Arbeitslosenversicherung mit einzubeziehen. Es soll dieserhalb eine Korrespondenz zwischen den Seestädten einerseits und dem Reichsarbeitsministerium andererseits geführt worden sein. Der Herr Referent hat sich wiederholt dafür eingesetzt, daß Hafenarbeiter nicht versicherungspflichtig sein sollen, weil es sich um unständige Arbeiter handle. Herr Minister, wenn Sie das Gesetz so mit Stacheldrähten versehen —

(Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Das Gegenteil ist richtig!)

— Dann bleibt immer noch die Tatsache bestehen, daß Sie die Landarbeiter und Dienstboten ausnehmen wollen.

(Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Auch das nicht!)

Wenn Sie das Gesetz mit solchen Stacheldrähten umgeben wollen, werden Sie innerhalb der Arbeiterschaft keine Gegenliebe dafür finden.

Ich komme zum Schluß! Ein Wesentliches weist der diesjährige Etat auf, indem er zum erstenmal einen Betrag von 20 Millionen für die **Unterstützung Erwerbsbeschränkter** eingestellt hat, die für Betriebswerkstätten Verwendung finden sollen. Ich wiederhole hier, was ich im Ausschuß bereits sagte: Wir begrüßen die Einstellung dieses Betrages, wir sind durchaus bereit, wenn sich die Notwendigkeit herausstellt, für diesen Zweck auch noch weitere Mittel zu bewilligen. Wir sind der Meinung, daß die Menschen, soweit sie noch arbeiten können, in der Arbeit Verwendung finden sollen. Ich bin aber darüber hinaus der Meinung, daß noch größere Mittel angewandt werden müssen, um die Volksseuchen, die heute stärker als je grassieren, erfolgreicher bekämpfen zu können. Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Rachitis feiern, letztere als ausschließliche Folge der Unterernährung, heute Triumphe. Voraussetzung für eine erfolgreiche **Bekämpfung der Volksseuchen** ist eine gute Ernährung, sind gesunde Wohnungen, ist eine ausreichende Bekleidung der Menschen. Erst wenn wir im deutschen Volke die Kriegsfolgen überwunden haben werden, wenn wir imstande sind, unser Volk wieder ausreichend zu ernähren und richtig zu kleiden, ihm wieder gesunde Wohnungen zu geben, erscheint es mir möglich, daß unser Volk auch körperlich wieder gesund und kräftig wird. Wir Sozialdemokraten glauben allerdings nicht daran, daß im Gegenwartsstaate ein wirklich gesundes und freies Geschlecht heranwachsen kann. Wir sind der Meinung, daß das erst der Fall sein wird, wenn auch der Kapitalismus überwunden ist. Deshalb sage ich zum Schluß: die soziale Frage läßt sich nur lösen mit der Niederzwingung des Kapitalismus und mit der Errichtung des Sozialismus.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lambach.

Lambach, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Kaiser hat sich hier mit vielem Nachdruck für die **Vereinheitlichung des Krankenkassenwesens** eingesetzt. Er hat darauf hingewiesen, daß das Ziel aller Novellen, die die Regierung angekündigt habe, eine Vereinheitlichung des ganzen Krankenkassenwesens sein müsse. Er hat davon gesprochen, daß die Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, auch die Knappschaftskrankenkassen zusammengefaßt werden müßten. Ich habe demgegenüber (C) zu erklären, daß wir Deutschnationalen einen guten Teil der Ursachen der derzeitigen traurigen Entwicklung des Krankenkassenwesens gerade in dem Bemühen, eine immer größere Vereinheitlichung herbeizuführen, sehen. Es ist doch eine bemerkenswerte Tatsache, daß gerade die vereinheitlichten großen Ortskrankenkassen zurzeit weniger in der Lage sind, den Ärzten ausreichende Bezahlung, ihren Versicherten ausreichende Leistungen zu geben und dabei ihre Finanzen in Ordnung zu halten, als die Ersatzkrankenkassen, die sich auf einen bestimmten Beruf beschränken.

Der Herr Abgeordnete Kaiser hat von diesen **Ersatzkrankenkassen** nicht gesprochen. Aber ich habe das Gefühl, daß er es bei der Aufzählung der verschiedenen Krankenkassen, die er vereinheitlichen möchte, nicht aus Wohlwollen für die Ersatzkassen unterlassen haben wird, auf sie näher einzugehen. Ich halte es daher für notwendig, hier festzustellen, daß wir von der Deutschnationalen Volkspartei mit Nachdruck für die Erhaltung all der besonderen Formen der Krankenkassen eintreten,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

daß wir von der Regierung verlangen, daß sie in allen Novellen, die sie vorbereitet, sowohl die Erhaltung der Betriebskrankenkassen wie der Innungs-, Land- und besonders der Ersatzkrankenkassen vorsieht.

(Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Wir sind der Auffassung, daß auf dem Wege des Ausbaues der Berufskrankenkassen es vielleicht auch möglich sein könnte, das **Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen** günstiger zu gestalten. Es ist doch Tatsache, daß das Verhältnis zwischen Ersatzkrankenkassen und Ärzten dauernd ein viel besseres gewesen ist als das Verhältnis zwischen den Ortskrankenkassen und den Ärzten. Das hat seinen Grund nicht zuletzt in der (D) Tatsache, daß die Ersatzkrankenkassen kaufmännisch geführt werden und nicht bureaukratisch bequem werden können wie die Zwangskrankenkassen, denen ein Monopol den offenen Wettbewerb mit anderen Kassen erspart. Die Ersatzkrankenkassen haben sich auch in der Ausbildung ihrer ganzen Einrichtungen mehr den wirtschaftlichen Erfordernissen und den Erfordernissen, die die Fürsorge für ihren besonderen Mitgliederkreis an sie stellt, anpassen können.

Ich möchte nicht unterlassen, bei der Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß wir erwarten, daß wir bei der weiteren gesetzgeberischen Behandlung der Krankenversicherung Wert darauf legen müssen, daß die **Befreiungsmöglichkeit** für Mitglieder von Ersatzkrankenkassen, die ja gegenüber den Ortskrankenkassen und Betriebskrankenkassen gegeben ist, auch gegenüber den **Landkrankenkassen** eingeführt wird und daß die letzten Mißstände in der Auslegung des Befreiungsrechts durch die Knappschaftskrankenkassen beseitigt werden.

Der Herr Abgeordnete Kaiser ist außerdem auf die **Angestelltenversicherung** zu sprechen gekommen und hat die Meinung der überwiegenden Mehrzahl der Angestellten, die sich bei den letzten Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Angestelltenversicherung für die **Beibehaltung der selbständigen Versicherung** ausgesprochen haben, als Ausfluß eines falsch verstandenen Standesbewußtseins bezeichnet. Diese Auffassung des Herrn Abgeordneten Kaiser betrachte ich als den Ausfluß eines vielleicht richtig verstandenen Marxismus, aber als eine durchaus falsche Beurteilung des Wesens und Standesbewußtseins der Angestellten. Denn die Angestellten haben sich in Wirklichkeit deshalb aus ihrem Standesbewußtsein heraus für die Beibehaltung ihrer eigenen Versicherung entschieden, weil sie wissen, daß beim Zusammenwerfen der Angestelltenversicherung mit

(**Lambach**, Abgeordneter.)

(A) der Arbeiterversicherung in ein großes „vereinheitlichtes" Versicherungsunternehmen ihre besonderen Interessen und die allgemeinen Bedürfnisse nicht so berücksichtigt werden können, wie es in der Form der selbständigen Versicherung geschieht. Auch hier ist die Sonderversicherung der allgemeinen Mischmaschversicherung weit überlegen.

Nun hat der Herr Abgeordnete Kaiser dem Herrn Arbeitsminister einen Vorwurf daraus gemacht, daß er in der Frage der Verschmelzung oder Nichtverschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung seinerseits nicht führend vorgegangen sei. Ich kann eigentlich in dem Verhalten des Herrn Arbeitsministers eine solche Unterlassung nicht erkennen; denn dadurch, daß er bereits im Juni vorigen Jahres die Novelle eingebracht hat, nach der die Angestelltenversicherung als selbständige Versicherung den Erfordernissen der Zeit, den veränderten Geldverhältnissen angepaßt werden sollte, hat er gezeigt, daß er, wenigstens damals, auf dem Boden der Erhaltung der Angestelltenversicherung stand. Aber es ist schließlich doch nicht zum kleinsten Teile Schuld der sozialdemokratischen Anhänger einer Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung, daß diese ganze Frage so weit hinausgeschoben worden ist. Wir haben im 6. Ausschuß manche Sitzung mit überflüssig sich wiederholenden grundsätzlichen Besprechungen verloren, während wir durch eine Abstimmung über diese Frage im Plenum sehr bald zu einem Ergebnis gekommen wären.

Uns ist weiterhin bemerkenswert, daß der Herr Abgeordnete Kaiser heute selbst darauf hinweisen mußte, daß die **Anpassung der Beiträge und Leistungen der Angestelltenversicherung an die jetzigen Geldverhältnisse** schleunigst zu erfolgen habe. Er sagte, in dem jetzigen

(B) Zustande treibe die Angestelltenversicherung offensichtlich dem Ruin entgegen. Das trifft durchaus zu, weil die Herren Sozialdemokraten es verhindert haben, daß die Beiträge der Angestelltenversicherung in entsprechender Weise den neuen Geldverhältnissen angepaßt wurden, wie es durch die Verfünfundzwanzigfachung der Beiträge bei der Invalidenversicherung geschehen ist.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Sie sind ja für eine solche Anpassung, wie sie bei der Invalidenversicherung erfolgt ist, nie zu haben gewesen. Sie haben es auch im Herbst vorigen Jahres verhindert, daß bei dem damaligen Notgesetz, durch das nur einige neue Klassen aufgebaut wurden, wenigstens die allernotwendigste Anpassung der Beiträge, des Beitragseinzugs und des Leistungsberechnungswesens durchgeführt wurde. Wir müssen verlangen, daß, bevor der Reichstag in die Sommerferien geht, im Interesse der Erhaltung der Angestelltenversicherung wenigstens die Beiträge und Leistungen in dem notwendigen Ausmaß den abermals veränderten Geldverhältnissen angepaßt werden und daß weiterhin im Plenum dieses Hauses die Frage grundsätzlich entschieden wird, ob die **Angestelltenversicherung als selbständige Versicherung** weiter erhalten werden soll oder nicht. Das wird und muß sich erreichen lassen. Dann sind die Grundlagen für den Ausbau der Angestelltenversicherung im Herbst dieses Jahres geschaffen. Denn darüber bin ich mir nicht im Zweifel, daß die Entscheidung in diesem Hause zugunsten der selbständigen Versicherung fallen wird.

Der Herr Abgeordnete Kaiser hat zwar in sehr bemerkenswerter Weise darauf hingewiesen, daß die Stellung der **demokratischen Fraktion** in dieser Frage „schwankend sei, wie immer". Ich kann mir aber nicht denken, daß eine Fraktion, in deren Reihen in der Nationalversammlung einer der beredtsten Verfechter der selbständigen Angestelltenversicherung, der Abgeordnete Schneider, gesessen hat, eine Fraktion, die in so enger Fühlung mit weiten Kreisen der Angestellten steht und die bisher erklärt hat, daß sie auf dem Boden der Selbständigkeit der Angestelltenversicherung stehe, in ihrer Stellungnahme plötzlich schwankend werden könnte. Sollte sie es wagen, so würde gerade in den Kreisen der Angestelltenschaft, die sich zur demokratischen Partei bekennen, ein Sturm der Entrüstung entstehen, den die Demokratische Fraktion nicht zu entfesseln wagen wird.

Ich bin der festen Zuversicht, daß wir hier im Plenum zu dem Beschlusse kommen, die Angestelltenversicherung als selbständige Versicherung zu erhalten. Damit würden wir zugleich dokumentieren, daß wir im Ausbau des ganzen sozialen Versicherungswesens, im Umbau, der allenthalben notwendig ist, den Grundsatz aufstellen, daß dieser **Ausbau nach Berufen** erfolgen sollte, daß wir die **soziale Versicherung**, anstatt sie zu vereinheitlichen und damit zu verschlechtern, den besonderen Bedürfnissen der einzelnen Berufsstände anpassen müssen. Die ganze Tendenz, die Versicherung zu vereinheitlichen, die von der Sozialdemokratie vertreten wird, hat doch — das beweisen ja Ihre Klagelieder (zu den Sozialdemokraten) — abgewirtschaftet. Wir müssen schon zu neuen, d. h. in Wirklichkeit zu alten und vernünftigen, Auffassungen zurückkehren

(Zurufe und Lachen bei den Sozialdemokraten)

und auf Grund dieser naturgemäßen, vernünftigen Auffassung zu einem Neubau kommen, der auch in der Zeit des allgemeinen Zusammenbruchs die Gewähr bietet, daß das soziale Versicherungswerk in Deutschland überhaupt erhalten werden kann.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Karsten.

Karsten, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nachdem ich gestern auf die grundsätzlichen Fragen der **Neugestaltung der Sozialgesetzgebung** hingewiesen habe, hätte ich es eigentlich nicht nötig gehabt, mich heute noch einmal mit diesen Fragen zu beschäftigen, wenn nicht in der gestrigen Generaldebatte der Herr Kollege Andre und heute der Herr Arbeitsminister in einer Weise auf meine Ausführungen eingegangen wären, über die ich nicht stillschweigend hinweggehen kann. — Der Herr Kollege Andre sagte gestern in bezug auf die Forderung der Umgestaltung der Sozialgesetzgebung, als ich ihm zurief, er hätte mich nicht verstanden: dann hätten alle die, die mit ihm zugehört haben, mich ebenfalls nicht verstanden. Es wäre aber auch möglich, daß ich unter allen Umständen Kritik hätte üben wollen, um nachher nichts gesagt zu haben. Gegen diese Unterstellung des Kollegen Andre muß ich mich ganz entschieden verwahren. Mir kam es wirklich nicht darauf an, unter allen Umständen Kritik zu üben, sondern darauf, die Frage des Umbaues der Sozialgesetzgebung auch an dieser Stelle anzuschneiden.

Wenn der Herr Arbeitsminister, zwar nicht in so plumper Weise wie der Herr Kollege Andre, aber mit der gleichen Entschiedenheit sich gegenüber einer großzügigen Umgestaltung der Sozialgesetzgebung ablehnend verhält, so muß ich das bedauern. Vom Herrn Reichsarbeitsminister hätte man annehmen sollen und müssen, ihm sei ganz genau bekannt, daß die heutige soziale Versicherungsgesetzgebung doch nur einen winzigen Bruchteil von dem darstellt, was heute an sozialer Hilfeleistung überhaupt besteht. Wir haben bei dem übergroßen Teil der Gesetzgebung, die die soziale Hilfeleistung in sich schließt, das **Prinzip der Versorgung und**

(Karsten, Abgeordneter.)

der Fürsorge bereits in Anwendung, und nur auf dem Gebiete der Krankenversicherung, der Invaliden-, Unfall- und Angestelltenversicherung haben wir das **Versicherungsprinzip.** Dabei ist bei der Krankenversicherung auch nicht das eigentliche Versicherungsprinzip maßgebend, sondern da werden die Beiträge ebenfalls nach den Ausgaben festgesetzt, die sich wahrscheinlich im Laufe der nächsten Zeit ergeben werden. Wir haben gar keine Beitragsfestsetzung auf lange Sicht, sondern nur auf ganz kurz befristete Zeit. In der Unfallversicherung haben wir auch nur eine Umlagefestsetzung auf kurze Frist. Bekanntlich muß auf Grund der Reichsversicherungsordnung Ende dieses Jahres die Reserve der Berufsgenossenschaften den Betrag der Ausgaben der letzten drei Jahre betragen. Also auch dort haben wir nicht das rein finanztechnische System, auf dem die übrigen privaten Versicherungen aufgebaut sind. Dieses System haben wir in Reinkultur eigentlich nur in der Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Ich habe gestern bereits darauf hingewiesen, daß in sehr, sehr vielen Fällen bereits eine starke Durchlöcherung innerhalb der Aufgaben dieser Organisation stattgefunden hat. Aber ich möchte dabei darauf hinweisen — Herr Kollege Kaiser hat es eben auch schon mit einigen Worten getan —, daß dieses Versicherungsprinzip von außen her außerordentlich stark durchbrochen worden ist. Wenn wir uns die **Renten** betrachten, die heute die **Invaliden- oder Altersrentner** bekommen, und den Prozentsatz berechnen, der aus der eigentlichen Versicherung herausgeleitet wird, so finden wir, daß die Versicherungsleistung nur noch ein Sechstel bis sogar ein Vierzigstel von der Summe beträgt, die heute ein Invaliden- oder Altersrentner bekommt. Die Alters- und Invalidenrentner bekommen heute im Falle der Bedürftigkeit 400 Mark im Monat. Dazu kommen noch bestimmte soziale Ausgleiche in der Nichtanrechnung von 1200 Mark aus anderen Versicherungen, in der Nichtanrechnung von 4000 Mark Arbeitsverdienst. Aber rechnen wir nur, er bekommt 400 Mark insgesamt, so stecken darin aus der eigentlichen Versicherung nur Renten von 10 oder 12 Mark im Monat. Wenn wir die neuen Invalidenrenten in Rücksicht ziehen, dann kommen etwa 60 bis 70 Mark, vielleicht noch 10 Mark mehr heraus. Das ist nur ein Fünftel von dem, was an Gesamtleistung gegeben wird.

Ich sage also: das Versicherungsprinzip ist bereits nicht mehr aufrechterhalten, ist bereits überlebt, ist gar nicht mehr da, und da ist meine Auffassung nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen, wie es der Herr Arbeitsminister getan hat, indem er sagte: die Versicherung ist das einzig Gegebene; ich verträte einen Standpunkt in der Gesetzgebung, der darauf hinausliefe, daß wir **auf dem Gebiete der sozialen Hilfeleistung von der Hand in den Mund leben** wollten. Ich ziehe aber nur die Konsequenz aus den Dingen, die sich heute bereits abspielen und weiter noch im Werden sind. In der ganzen Fürsorge ist es heute schon zu $^1/_6$ bis $^{39}/_{40}$ so, daß von der Hand in den Mund gelebt wird, und zwar besteht dieses Von-der-Hand-in-den-Mund-leben doch darin, daß die Gelder, die man für die Versorgung und die Fürsorge nimmt, frisch aus der Notenpresse herauskommen. Das ist doch ein geradezu frappierendes Von-der-Hand-in-den-Mund-leben, so daß also der Herr Arbeitsminister, glaube ich, gar kein Recht hat, mir vorzuwerfen, daß meine Auffassung darauf hinauslaufe, als wollte ich die These aufstellen, man müsse von der Hand in den Mund leben. Es ist in Wirklichkeit so, daß heute bereits dieses Verfahren geübt wird.

Wir wollen es nun in einer Weise gestalten, daß es vernünftig, daß es gesund wird. Diese Gesundung können wir nur darin finden, wenn die verschiedensten sozialen Hilfeleistungen, die in den verschiedensten Gesetzen niedergelegt sind, vereinheitlicht, zusammengefaßt werden. Wenn wir die heutigen kurzsichtigen Prinzipien der Versicherung mit der Versorgung und mit der Fürsorge verschmelzen, wenn aus ihnen ein einheitlicher, organischer Bau hervorgehen würde, dann könnten wir **Gleichheit und Einheitlichkeit in den Leistungen** festsetzen, ohne zu schablonisieren, ohne ein bestimmtes Schema aufstellen zu müssen, das für alle Fälle maßgebend ist und das in der heutigen Versicherung besteht. Wir könnten die Versorgung mit der Fürsorge nebeneinander harmonisch laufen lassen und so den wirklich sozial Bedürftigen Rechnung tragen, wie die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse es erfordern.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Arbeitsminister hat weiter gesagt, wenn man nach meinen Auffassungen im Arbeitsministerium gehandelt hätte, würden wir uns heute noch darüber streiten, welcher Weg der zweckmäßigste sei; dann würden wir uns heute noch in Theorien ergehen, und die Rentner würden nichts davon haben. Es ist ganz selbstverständlich: so lange wir keine großzügige Neugestaltung haben, ergibt sich die Notwendigkeit, weiter dieses Flickwerk zu treiben, in dem wir uns heute befinden. Denn wenn man eine große organische Vereinheitlichung ablehnt, müssen wir natürlich das kleine Flickwerk weiter fördern.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Das dauert doch jahrelang!)

— Ich weiß wohl, daß nicht von heute auf morgen große Reformen durchgeführt werden können. Aber ich bezwecke, daß einmal dieser Gedanke in energischer Weise gefördert wird,

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß man einmal in einer wirklich umfassenden Weise an diese Frage herangeht. Das vermisse ich heute noch. Man nimmt die Frage auf die leichte Schulter und läßt die Karre laufen wie sie will. Das ist nicht das Zweckmäßige in der Sozialpolitik, und wenn nach diesen Grundsätzen weitergearbeitet wird, kommen wir zu Zuständen, über die ich mich gestern ausgelassen habe, die ich nicht wünsche und die für die Sozialrentner und für die Sozialhilfsbedürftigen von meinem Überblick aus, den ich mir glaube angeeignet zu haben, trostlos und erbärmlich sein werden.

Wenn das Arbeitsministerium also so vorgehen würde, dann würden wir in absehbarer Zeit damit zu rechnen haben, daß gesunde Verhältnisse an Stelle der heutigen ungesunden Zustände auf dem Gebiete der Sozialversicherung treten würden. Solange aber das Arbeitsministerium nicht willens ist, den großzügigen modernen sozialen Entwicklungstendenzen Rechnung zu tragen, die in der heutigen Entwicklung liegen, solange das Arbeitsministerium nicht die sozial großzügige Arbeit energisch in Angriff nimmt, müssen wir uns naturgemäß, ob wir wollen oder nicht, abfinden, soweit wir es nicht aus eigenen Kräften ändern können, mit dem, was wir heute haben.

Da müssen wir allerdings mit doppeltem Nachdruck verlangen, daß die gesetzliche Zersplitterung, die wir heute haben, nicht dazu führt, daß in völlig ungenügender Weise die Mittel ausgeworfen werden, die notwendig sind, um den Leuten Lebensmöglichkeiten und Existenz zu sichern.

Wenn ich mir heute das **Invalidennotstandsgesetz** mit seinen unzulänglichen Leistungen ansehe — Herr Kollege Kaiser hat schon recht treffend darauf hingewiesen —, so glaube ich, die Forderung bei dieser Gelegenheit erheben zu müssen, nicht, wie es unsere

(Karsten, Abgeordneter.)

(A) Freunde von der Sozialdemokratischen Partei in ihrer Entschließung Meier tun, die zum Schluß sagen:

> alsbald, spätestens bei der Herbsttagung, ist dem Reichstag ein Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes vorzulegen,

— sondern ich bin der Meinung, so lange können wir unmöglich warten; wir müssen, noch ehe wir vor der Sommervertagung auseinandergehen, den Leuten noch eine weitere Erhöhung geben. Es ist nicht möglich, daß die Leute in den nächsten Sommermonaten mit 400 Mark monatlich auskommen. Wenn man bedenkt, daß die Kartoffeln das Hundertfache des Friedenspreises kosten, daß die Getreidepreise nicht zurückgehen, sondern weiter steigen werden, daß alle Gegenstände für den Lebensunterhalt weiter im Preise steigen, dann kann man wohl der Meinung sein, daß nicht spätestens bis zum Herbst neue Maßnahmen vorzunehmen sind. Nein, wir müssen, wenn der 6. Ausschuß sich mit der Frage befaßt, welche vordringlichen Gesetze vor der Sommerpause erledigt werden sollen, darauf hinwirken, daß nicht nur für die Unfallverletzten eine Änderung eintritt, die ja noch vor der Sommerpause vorgenommen werden soll, sondern daß auch den Invalidenrentnern weitere Erhöhungen zugebilligt werden müssen. Wir müssen die Unterstützung unbedingt am 1. Juli erhöhen und versuchen, weitere Maßnahmen durchzusetzen, um eine Besserung zu erzielen.

Der Herr Kollege Kaiser hat gesagt, daß bei der nächsten **Behandlung des Notstandsmaßnahmengesetzes weitere soziale Bestimmungen** geschaffen werden müssen. Er hat das mit dem Hinweis auf die Verhältnisse bei den pensionierten Beamten begründet. Allerdings muß ich ihn darauf hinweisen, daß wir, als wir am 30. und 31. März weitere soziale Bestimmungen in das Gesetz einführen wollten, allein standen, daß uns keine ein-

(B) zige Partei unterstützt hat. Wenn Kollege Kaiser jetzt für seine Fraktion die Erklärung abgibt, daß weitere soziale Bestimmungen geschaffen werden müssen, so glaube ich das als einen Fortschritt akzeptieren zu können. Er wird uns dabei sicherlich nicht nur als würdige Mitstreiter finden, sondern wir werden versuchen, mit ihm gemeinsam die Wege zu finden, die gefunden werden müssen, um die sozialen Bestimmungen im Interesse der Sozialrentner auszubauen.

Bei dieser Gelegenheit noch eins! Man könnte hier das Sprichwort gelten lassen: Alle Schuld rächt sich auf Erden. Die soziale Versicherung, die heute über den Schellendaus gelobt wird, die bestehen bleiben muß als einzig gesunde Lösung jener Fragen, umfaßt heute lediglich ganz eng umgrenzte Gebiete von Sozialversicherten und kümmert sich nicht um die sozialen Nöte, in denen viele andere Kreise stecken. Ich will daran erinnern, daß es, als bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung in den Jahren 1910 und 1911 von sozialdemokratischer Seite verlangt wurde, daß auch die **Kleinhändler, der kleine Handwerker, der kleine Landwirt** usw. mit in die **Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherung** einbegriffen werden sollten, gerade jene Handwerker und Gewerbetreibenden es waren, auch die Kreise der kleinen Landwirtschaft, die damals die bürgerlichen Parteien scharf gemacht haben, gegen diese sozialdemokratischen Anträge zu stimmen.

(Hört! Hört! links.)

Jene Leute, die heute als **Kleinrentner** unter nicht gerade rosigen Bedingungen dahinleben, ständen nicht so da, wenn sie damals einsichtiger und weitsichtiger gewesen wären und sich in die soziale Versicherung hätten einbeziehen lassen. Das hat man damals abgelehnt. Heute stehen die Leute da und jammern und klagen. Es ist notwendig, ihnen in irgendeiner anderen Form zu

(C) helfen. Das Kapitel steht ja wohl bei dieser Gelegenheit auch zur Debatte.

(Zuruf: Das kommt noch!)

— Gut, dann werde ich vielleicht noch einmal darauf zu sprechen kommen, möchte aber jetzt schon sagen, daß die Kleinrentner es selber Schuld haben, wenn sie heute ohne jede Versicherung dastehen, weil sie es damals abgelehnt haben, mit den Arbeitern und Angestellten zusammen in eine Versicherung einbezogen zu werden.

(Zuruf von der Bayerischen Volkspartei: Darum sollen sie jetzt verhungern?!)

— Herr Kollege Schwarzer, hören Sie doch nicht nur das heraus, was Sie hören wollen! Ich habe gesagt, daß den Leuten geholfen werden muß. Passen Sie besser auf, dann werden Sie das verstehen!

Was die Frage der **Unfallrentner** angeht, so hat ebenfalls Kollege Kaiser sie schon berührt. Ich kann mich daher ganz kurz fassen. Die Vorlage des Reichsarbeitsministeriums genügt uns nicht. Wenn man heute dem Altrentner einige tausend Mark im Jahre mehr gibt, so ist damit nicht die soziale Pflicht erfüllt, die erfüllt werden müßte. Alle, die heute weniger als 50 Prozent Rente haben, gehen leer aus. Das bringt in jenen Kreisen eine ungeheure Schädigung und ungeheure wirtschaftliche Verluste mit sich.

Es wird immer darauf hingewiesen, daß die **Leute, die weniger als 50 Prozent erwerbsbeschränkt** sind, **einen Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt** finden. Das stimmt ganz und gar nicht. Das ist graue Theorie, die vorhin der Herr Reichsarbeitsminister bei anderer Gelegenheit so verurteilt hat. Es gibt eine ganze Reihe von Unfallverletzten, die Beinverluste, Unterschenkelverluste usw. haben, bei denen diese Verluste in der Regel nicht mit 50 Prozent gewertet werden. Der Verlust des linken Armes, der Verlust eines Teiles dr Sehkraft, nicht nur auf einem Auge,

(D) schwere innere Verletzungen, Handverluste und so fort werden in der Regel nicht mit 50 Prozent gewertet. Wenn ich mir heute einen Unfallverletzten ansehe, der vielleicht einen Unterschenkel amputiert bekommen hat und 40 Prozent Rente erhält, bei dem also, wenn er den Unfall vor dem Kriege erlitten hat, diese Rente 30 bis 40 bis 50 Mark im Monat beträgt, und mir vorstelle, daß dieser Mann beispielsweise in Berlin einen weiten Weg zur Arbeit zurückzulegen hat, so muß er für Straßenbahn oder Vorortbahn viel mehr ausgeben, als seine Rente ausmacht. Da kann man nicht sagen, daß ein Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt besteht. Oder wenn jemand eine innere Verletzung hat und in irgendeiner Form Diät leben muß, dann kostet dieses Diätleben viel mehr, als seine Rente überhaupt einbringt. So gibt es eine ganze Reihe von Fällen, die da mit in Betracht gezogen werden müssen.

Ich möchte nur einige Beispiele anführen, wo man wirklich nicht sagen kann, daß ein wirtschaftlicher Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt stattfindet. Mir schweben eine Anzahl Fälle vor, von denen ich nur drei nennen will. Eine Frau, die 50 Jahre alt ist, hat vor 20 Jahren einen Unfall erlitten, sehr schwere Beinverletzungen, komplizierte Brüche und auch eine Hüftgelenkverletzung davongetragen, die heute noch nicht verheilt ist, die immer wieder aufbricht. Diese Frau muß Beinbandagen tragen, geht am Stock, kann sich viel schlechter fortbewegen als jemand, der unter einigermaßen günstigen Verhältnissen sich einer Amputation hat unterziehen müssen. Diese Frau bekommt 40 Prozent Rente, das macht in ihrem Fall 9,30 Mark im Monat aus.

(Lebhafte Hört! Hört!-Rufe und Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Gemeinheit! Schande!)

(**Karsten**, Abgeordneter.)

(A) Ein anderer Fall. Ein Mann hat als zehnjähriger Junge in der Landwirtschaft durch den Hufschlag eines Pferdes ebenfalls eine Beinverletzung erlitten. Der Mann ist heute 31 Jahre alt. Er ist zu 35 Prozent erwerbsunfähig geschrieben, muß sich ebenfalls an einem Stock fortbewegen. Die 35 Prozent Rente betragen bei ihm 7,30 Mark im Monat.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Eine Frau, die im Jahre 1897 den Fuß zweimal gebrochen hat, sieben Jahre an Krücken gehen mußte, heute noch am Stock geht, 76 Jahre alt ist, bekommt 40 Prozent Rente, das sind bei ihr im Monat 5,35 Mark.

(Lebhafte Rufe auf der äußersten Linken: Hört! Hört!)

Das sind so einige Beispiele, von denen man nicht sagen wird, daß irgendwie ein wirtschaftlicher Ausgleich stattfindet. Die Leute sind eben nicht in der Lage zu existieren. Diese Leute sind aber auch zum Teil nicht in der Invalidenversicherung. Wenn wir diese alte Frau zum Beispiel betrachten, die nicht in der Invalidenversicherung ist, so finden wir, daß es ihr infolge des Unfalls außerordentlich dreckig geht, daß sie nicht weiß, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten soll. Jemand, der durch Krankheit invalide geworden ist, bekommt wenigstens ein paar hundert Mark auf Grund der Notstandsmaßnahmen. Diese Frau bekommt nur 5,35 Mark im Monat und soll sehen, wie sie damit fertig wird.

Ich meine, daß man überhaupt den Leuten solche Pfennige anzubieten wagt, ist ein Beweis, wie rückständig die Sozialversicherung in Wirklichkeit ist. So etwas kann bei der Sozialversorgung und Fürsorge nicht passieren, daß man mit 5,35 Mark jemand für den Monat nach Hause schickt, um davon zu leben.

Dann noch eine weitere Frage: In Kap. 2 sind (B) unter einem Titel 20 Millionen ausgeworfen zur **Erwerbs- und Arbeitsvermittlung für Schwerbeschädigte, zur Einrichtung und Unterstützung von Arbeitsstätten für Arbeitsinvaliden.** Ich möchte mir die Frage erlauben, wie das Geld verwendet werden soll. Ich begrüße es, daß die Mittel eingesetzt sind, und halte es für außerordentlich wichtig, wenn das Arbeitsministerium darüber Aufschluß gibt, in welcher Form es über die Verwendung dieser Summe verfügen will. Ich habe gestern darauf hingewiesen, daß das Arbeitsministerium die **Organisation der Arbeitsinvaliden** nicht als verhandlungsfähig anerkennt. Das Arbeitsministerium hat auf meine Ausführungen keine Antwort gegeben. Will es nun soweit gehen, auch in dieser Frage der Unterstützung der Schwerbeschädigten und der Arbeitsinvaliden diese Organisation nicht zu hören? Man verhandelt doch mit anderen Organisationen, mit den Organisationen der Kriegsbeschädigten, mit den Gewerkschaften, mit den Kleinrentnern und mit den verschiedenen anderen Interessenorganisationen. Ausgerechnet diejenigen Organisationen, die die schwächsten Volkskreise umfassen und die gerade deshalb dringend nötig sind, will man nicht anerkennen. Ich möchte dringend bitten, uns hier die Gründe dafür mitzuteilen, warum man sie nicht anerkennen will.

Wir haben weiter unter Nr. 4275 eine Entschließung vorgelegt, in der wir fordern, daß in Kap. 2 ein neuer Titel mit einem Betrage von 600 000 Mark eingesetzt wird, aus dem die Kosten bestritten werden sollen für einen **Ausschuß für Arbeitsinvalidenfürsorge,** der beim Reichsarbeitsministerium gebildet werden soll aus Vertretern der Invalidenorganisationen und der Gewerkschaften. Ich halte einen solchen Ausschuß für dringend notwendig. Er wäre die gegebene Stelle, die als Interessenvertretung der Arbeitsinvaliden angesehen werden kann und mit dem die notwendigen Verhandlungen geführt werden können, wenn es sich um die Vorbereitung von Gesetzen und um den Erlaß von Ausführungsbestimmungen handelt. (C) Im Haushaltsausschuß hat man unseren Antrag abgelehnt. Der Herr Kollege Andre sagt uns ja ständig, es werde im Arbeitsministerium schon jetzt zu viel vorher verhandelt. Wenn das auch in gewisser Weise zutreffend erscheinen mag, so ist damit doch nicht gesagt, daß nun andererseits gar nicht verhandelt werden darf. Es muß eben das notwendige Maß und Ziel eingehalten werden, wenn ein arbeitsfähiges Ministerium bestehen bleiben soll. Die Einschränkung der Verhandlungen darf aber nicht auf Kosten der Arbeitsinvaliden geschehen, sondern gerade denen sollte man eine solche Vertretung, wie wir sie verlangen, nicht vorenthalten. Man würde sich damit den Dank der Arbeitsinvaliden erwerben.

Noch ein Wort zur Frage der Krankenkassen. Auf den Gesetzentwurf über die Betriebsverbände der Krankenkassen will ich heute nicht mehr eingehen. Ich schließe mich der Kritik an, die der Kollege Kaiser an der Vielgestaltigkeit der Krankenversicherung geübt hat. Auch wir halten es für dringend notwendig, daß die Bestimmungen über den **Grundlohn in der Krankenversicherung** so schnell wie möglich geändert werden. Man darf sich nicht an irgendwelche Höchstgrenze klammern, sondern muß eine Mindestgrenze festlegen, damit auch die rückständigen Kassen nachkommen und ihren Mitgliedern nicht Krankengelder bieten, mit denen einfach nicht zu leben ist.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir werden ja noch über diese Dinge im Ausschuß sprechen müssen. Das Arbeitsministerium mag sich aber heute schon damit vertraut machen, daß wir verlangen, daß die Höchstgrenze in der Grundlohnbemessung beseitigt wird.

Wenn das Arbeitsministerium einmal den Gedanken nachgeht, die ich in bezug auf die **Neugestaltung der sozialen Gesetzgebung,** wenn auch nur in großen Zügen, ausgeführt habe, wird es nicht zu einem ablehnenden (D) Standpunkt kommen können. Falsch ist auch das, was der Herr Kollege Erkelenz gesagt hat,

(Abgeordneter Vogtherr: Sehr richtig!)

daß, wenn die Sozialversicherung abgelöst werde durch eine **Fürsorge,** damit die Rechte, die heute die Sozialversicherung den Arbeitern und Angestellten gibt, beseitigt würden. Es ist durchaus nicht nötig, daß man das **Beitragsverfahren** beseitigt. Man kann das Beitragsverfahren auch veredeln, man kann beispielsweise eine Sozialsteuer einführen. Herr Erkelenz hat sein Steckenpferd geritten, daß die öffentlichen Mittel, die für soziale Hilfeleistungen ausgegeben werden, eingeschränkt werden müssen. Er meint, diese Mittel müßten aus der Produktion kommen. Ich bin der Meinung, man kann hier wohl einen geeigneten Weg finden, um auf der einen Seite die notwendigen Einnahmen zu schaffen, um auf der anderen die Ausgaben bestreiten zu können, um den Invaliden und Sozialhilfsbedürftigen zu helfen.

Solange wir nicht die großen Reformen seitens des Arbeitsministeriums bekommen, müssen wir uns notgedrungen mit kleinen Reformen begnügen. Ich möchte dann aber bitten, daß man in der nächsten Zeit nicht zu ängstlich ist, daß man den **Sozialhilfsbedürftigen** etwa einen Pfennig zu viel geben könnte, sondern daß man vorausschauende Arbeit leistet, damit man wenigstens der größten sozialen Not in der nächsten Zeit abhilft. Bisher ist man hinter den **Teuerungsverhältnissen** immer hinterhergehinkt. Das muß aufhören. Es darf nicht mehr so sein, daß die soziale Hilfsleistung überholt ist, wenn sie in Kraft tritt. Wenn in diesem Sinne gearbeitet wird, ist die Debatte nicht umsonst gewesen. Dann können die Sozialhilfsbedürftigen hoffen, daß sie nicht ganz unter die Räder kommen.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(A) Vizepräsident Dr. **Rießer:** Der Herr Abgeordnete Riedmiller hat verzichtet. Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns,** Reichsarbeitsminister: Meine Damen und Herren! Ich darf vielleicht auf einige Anregungen, die in der weiteren Debatte gegeben worden sind, zurückkommen. Bei der **Anwendung des Gesetzes über die Invalidenrentner** rechnen **Gemeinden** auf die Unterstützung auch solche Zuwendungen an, welche Arbeitgeber oder Einrichtungen der Berufsfürsorge — —

(Unruhe; — Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Ich bitte um etwas mehr Ruhe!

Dr. **Brauns,** Reichsarbeitsminister: — ihren erwerbsunfähigen Arbeitern freiwillig gewähren. Dies geschieht insbesondere bei der Zulage zu den knappschaftlichen Leistungen. Dadurch ist bei den invaliden Bergleuten und den Vertretern der Versicherten allerdings eine gewisse Unruhe entstanden. Es besteht die Gefahr, daß die Zulagen widerrufen werden. Diese Zulagen, um die es sich hier handelt, ergänzen die wegen der Geldentwertung unzulänglich gewordenen knappschaftlichen Leistungen, entsprechen also einer sittlichen Pflicht der Werksbesitzer und dem Interesse an der Erhaltung eines berufsfreudigen Arbeiterstandes. Wo die **Zulagen** wegen der außerordentlichen Teuerung mit der ausdrücklichen Bestimmung gewährt werden, daß sie lediglich die öffentlichen Leistungen ergänzen und bei **Anrechnung auf öffentliche Leistungen** wegfallen, hat das Reich dagegen nichts zu erinnern, daß die Anrechnung unterbleibt.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Faules Kompromiß!)

Im übrigen entspricht die Anrechnung solcher Zulagen (B) dem Gesetze. Sofern also Feststellungen der eben betriebenen Art nicht erfolgen, wäre die Anrechnung gesetzmäßig. Im übrigen wird die Angelegenheit bei der Änderung des Unterstützungsgesetzes, um die es sich im Herbst dieses Jahres spätestens wieder handelt, ihre Klärung finden. Dies gilt auch, soweit die Entschließung den Unterschied in der Höhe den Invalidenrenten auf Grund der Versicherung in einer höheren Lohnklasse gewahrt wissen will.

Im 6. Ausschuß ist bereits eine Verhandlung angesetzt, die über eine ganze Reihe derjenigen Gegenstände Klarheit schaffen wird, über die Herr Kaiser uns eben Vortrag gehalten hat. Am Freitag befaßt sich dieser Ausschuß mit der Krankenversicherung und mit der Wochenhilfe, dann mit der Erhöhung der Zulage für die Unfallrentner und ferner mit der Neufeststellung der Versicherungsgrenze und der Gehaltsklassen der Angestelltenversicherung.

Dann ist wiederum zur Sprache gekommen die **Befreiung der Krankenkassenangestellten vom Besoldungssperrgesetz.** Ich muß immer wieder betonen, daß in dieser Frage das Reichsfinanzministerium zuständig ist. Das Reichsarbeitsministerium hat nichts dagegen einzuwenden, daß das Sperrgesetz bei Krankenkassen nur unter den Voraussetzungen und nur in dem Umfang angewendet wird wie auch bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Zu den übrigen Fragen habe ich mich bereits im Ausschuß und in meiner gestrigen Rede geäußert. Ich glaube, mich daher auf diese Bemerkungen beschränken zu können.

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Damit ist die Rednerliste zu Kap. 2 Tit. 1 und 2 erledigt.

Ich darf wohl annehmen, daß das Haus Kap. 2 Tit. 1, ebenso Tit. 1a (nach der Ergänzung), Tit. 1b (nach der Ergänzung) und Tit. 2 ohne förmliche Abstimmung annimmt. — Es ist so beschlossen. (C)

Zu Kap. 2 Tit. 2 liegt noch die Entschließung des Ausschusses Nr. 4181 unter IIb vor. Ich darf wohl annehmen, daß das Haus dieser Entschließung auch ohne Abstimmung beitritt. — Es ist so beschlossen.

Dann liegt auf Nr. 4275 ein Antrag Frau Agnes und Genossen vor:

> Der Reichstag wolle beschließen:
>
> im Kap. 2 der fortdauernden Ausgaben einen neuen Titel einzufügen, der den Betrag von 600000 Mark bereitstellt, aus dem die Kosten für einen beim Reichsarbeitsministerium zu errichtenden Reichsausschuß für Arbeitsinvalidenfürsorge bestritten werden. Der Ausschuß wird aus Vertretern der Invalidenorganisation und der Gewerkschaften gebildet.

Ein besonderer Titel ist nicht genannt; im Falle der Annahme dieses Antrages würde eventuell ein Titel 2a einzufügen sein.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesen Antrag Agnes und Genossen auf Drucksache 4275 anzunehmen bereit sind, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen dann zu Tit. 3, — 4, — 5, — wozu Redner nicht angemeldet sind. Ich darf hier die Annahme der Titel feststellen.

Zu Kap. 2 Tit. 6 hat das Wort der Herr Berichterstatter.

Hoch, Abgeordneter, Berichterstatter: Bei diesem Titel ist nach eingehenden Aussprachen über die **Mißstände bei der Arbeit der Glasarbeiter** ein Antrag angenommen worden, den Sie auf Seite 9 der Drucksache Nr. 4181 unter a 2 finden:

> (D) die Reichsregierung zu ersuchen, auf Grund des § 120e der Reichsgewerbeordnung eine Verordnung zu erlassen, nach der das Aufsprengen und Aufschneiden der Walzen (sogenanntes Rund- und Aufschneiden) in der Tafelglasindustrie durch denselben Glasarbeiter verboten wird und durch eigens zu diesem Zweck eingestellte Facharbeiter erledigt werden muß.

Dieser Antrag wurde bekämpft und dagegen der Antrag gestellt, die Regierung zu beauftragen, den Erlaß von neuen Unfallverhütungsvorschriften durch die Glasberufsgenossenschaft in die Wege zu leiten. Dieser Gegenantrag wurde aber abgelehnt und der Ihnen jetzt vorliegende Antrag mit großer Mehrheit angenommen, nachdem der Herr Reichsarbeitsminister mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, daß auch auf Grund des angeführten Paragraphen der Gewerbeordnung Schutzvorschriften für die Arbeiter erlassen werden.

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Girbig.

Girbig, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Gesundheit der Arbeiter sicherzustellen, muß eine der Hauptaufgaben der gesamten Nation, vor allem der Regierung sein. Wir haben aus diesem Grunde seit den Novembertagen 1918 den Achtstundentag. Aber lebhafte Klage muß ich darüber führen, daß dieser **Achtstundentag** zu einem übergroßen Teile nicht eingehalten wird. In der deutschen **Glasindustrie,** die den Konkurrenzkampf gegenüber den Glasindustrien aller anderen Länder aushalten kann und die in den letzten Jahren die Glasindustrie Belgiens, Frankreichs, ja sogar Amerikas geschlagen hat, wird von den Industriellen verlangt, daß weit über den Achtstundentag hinaus gearbeitet

(**Girbig**, Abgeordneter.)
werden soll. Die Industriellen begründen das damit, daß die Öfen ständig unter Feuer gehalten werden müssen und daß nicht nur an 6 Tagen, sondern an 7 Tagen zu 8 Stunden gearbeitet werden muß. In einigen Fabriken ist sogar die Arbeitszeit der Feuerleute, der sogenannten Schürer, bis auf 12 Stunden pro Tag ausgedehnt, so daß eine wöchentliche Arbeitszeit von 84 Stunden herauskommt. Alle unsere Einwendungen, daß die Arbeiter Schädigungen ihrer Gesundheit erdulden müssen, bleiben unbeachtet. Unsere Anzeigen bei der Gewerbeinspektion, den Gewerberäten finden nicht die so überaus notwendige Beachtung. Durch die Einstellung weiterer Arbeitskräfte wäre diesem Umstande sehr leicht begegnet und die Gesundheit dieser Arbeiter nicht allzusehr in Mitleidenschaft gezogen. Bereits am 20. März des vorigen Jahres habe ich — —

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Meine Damen und Herren! Ich lege weniger Wert darauf, die Privatgespräche hier deutlich zu hören als den Redner. Ich möchte deshalb bitten, die Privatgespräche ein wenig zu dämpfen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Girbig, Abgeordneter: Bereits am 20. März vorigen Jahres habe ich als Vorsitzender unseres Verbandes dem Herrn Reichsarbeitsminister eine Denkschrift überreicht, in der ich lebhafte Klage über die Ausdehnung der Arbeitszeit geführt habe. Es ist herzlich wenig geschehen. Den Glasschmelzern, die jetzt noch teilweise in einem nicht unbedeutenden Teile der Glashüttenbetriebe eine wöchentliche Arbeitszeit von 72 Stunden haben, wird von den Industriellen die Aufrechterhaltung der Arbeitszeit damit begründet, daß der Schmelzprozeß des Glases beeinträchtigt würde, wenn ein zweiter Arbeiter eingestellt werde. Ich bin der Auffassung, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter höher zu bewerten ist als das nackte Profitinteresse des Industriellen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Leben und Gesundheit müssen immer höher gestellt werden als die Privatinteressen des Unternehmertums. Als nichts geschah, begann im Juli ein großer Streik in den Hauptindustriezentren der Glasindustrie. Mit einem Schlage konnte das geändert werden, was man vorher nicht ändern konnte, konnte die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden. Wenn man also immer anführt, die Arbeiter wollen streiken, sie haben keine Lust zum Arbeiten, dann soll man die tieferen Ursachen erfassen. Das Resultat war damals, daß die Industriellen zusagten, für ganz Deutschland auch für die Glasschmelzer den achtstündigen Arbeitstag einzuführen. Ich habe bei den Verhandlungen am 29. November vorigen Jahres im Reichsarbeitsministerium lebhafte Klage darüber geführt, daß ganz besonders in der **bayerischen Glasindustrie die Arbeitszeit** bei weitem überschritten wird. Wenn jetzt der Kampf in der Metallindustrie sich um die 46stündige Arbeitszeit dreht, so ist es um so bedauerlicher, daß weder das Reichsarbeitsministerium noch die bayerische Regierung nach dieser Richtung irgendwelche Versuche unternommen haben, hier Wandel zu schaffen. Ich erkläre hier ausdrücklich, daß gerade die bayerische Glasindustrie feenhafte, geradezu märchenhafte Gewinne eingeheimst hat. Bei solchen Gewinnen kann man es nicht recht erfassen, daß mit dem Lebensglück und der Gesundheit breiter Arbeiterschichten, ich möchte sagen, ein so frevelhaftes Spiel getrieben wird.

In der bayerischen Spiegelglasindustrie, die zu den bedeutendsten Glasindustrien der Welt gehört, haben wir folgende Arbeitszeit: Die direkte Arbeitszeit an den Öfen beträgt 4½ Schichten in der Woche, also innerhalb 14 Tagen 9 Arbeitsschichten. Eine andere Arbeitsteilung kann vorläufig nicht vorgenommen werden. Die Schicht umfaßt 11 Stunden. Dazu tritt eine halbe Stunde Arbeitsbereitschaft, nach Arbeitsschluß eine halbe Stunde Walzenabsprengen. Es ist ein völlig unhaltbarer Zustand, daß der Spiegelglasmacher gezwungen wird, seine Walzen, die er fertig gemacht hat, selbst auseinanderzuschneiden, so daß eine Arbeitszeit von 69 Stunden pro Woche herauskommt.

(Hört! Hört! links.)

Das habe ich im November vorigen Jahres im Reichsarbeitsministerium im Beisein bayerischer Regierungsvertreter zur Sprache gebracht und habe dringend darauf hingewiesen, Wandel und Remedur zu schaffen. Man wirft der Arbeiterschaft vor, sie habe keine Lust zur Arbeit. Bricht dann plötzlich ein Streik aus, empören sich die Arbeiter über eine so lange Arbeitszeit, trägt dann die Arbeiterschaft die Schuld an einem solchen Streik? Ich wiederhole noch einmal dazu: wenn in einem solchen Industriezweig geradezu märchenhafte Gewinne eingeheimst werden, treibt man mit der Gesundheit der Arbeiter ein frevelhaftes Spiel.

Bei den Gehilfen, die in dieser Arbeitsweise beschäftigt werden, beträgt die Arbeit heute noch 62 Stunden pro Woche, für die jüngeren Hilfsarbeiter 58 Stunden pro Woche, und alle — das betone ich ausdrücklich — alle meine Einwendungen und Vorstellungen bei der bayerischen Regierung sind bisher völlig nutzlos gewesen. Nichts, aber auch gar nichts ist geschehen, um Lebensglück und Lebensfreude der Arbeiter sicherzustellen.

Nicht anders steht es in den **Polieranstalten und Rohglasschleifereien.** Auch dort haben wir eine wöchentliche Arbeitszeit von 60 Stunden. Bei allen Beratungen, die wir mit den Industriellen führen, bei allen Tarifverhandlungen wird auf die Bedeutung und Wichtigkeit des Achtstundentages hingewiesen. Immer und immer wieder betonen wir, daß es ein Unrecht ist, die Arbeiterschaft in diesen gesundheitsgefährlichen Räumen länger als acht Stunden zu fesseln. Nichts geschieht. Es ist bedauerlich, daß sich die Arbeiterschaft zu einem großen Teil diesen Wünschen der Industriellen fügt und trotz der gesetzlichen Arbeitszeit weit darüber hinaus arbeitet. Die Folge davon sind Lungenerkrankungen, Lungentuberkulose. Das Durchschnittsalter der Glasarbeiter beträgt 41 Jahre.

(Hört! Hört! links.)

Wenn die deutsche Glasindustrie an der Spitze aller Glasindustriezweige der gesamten Welt steht, dann, Herr Arbeitsminister, haben sicherlich die Glasarbeiter dazu beigetragen, daß die deutsche Glasindustrie jenen Weltruf genießt, den sie heute besitzt. Es muß eine der Hauptaufgaben der Regierung sein, hier so schnell wie möglich durchgreifende Reformen zu schaffen.

Einen Anblick, der mir ganz besonders bedenklich erscheint, vergesse ich nicht. Ich hatte vor einigen Monaten Gelegenheit, in einer Glasarbeiterversammlung zu mir seit langen Jahrzehnten bekannten Kollegen zu sprechen. Es waren rund 4000 Glasarbeiter versammelt. Als ich das Rednerpult betrat, war mir nicht, als wenn ich meine Kollegen unter mir stehen sah. Infolge des Krieges mit seinen verheerenden Wirkungen, vor allen Dingen infolge der überaus anstrengenden Arbeitsweise in den Glashütten und infolge der langen Arbeitszeit wurde in mir der Eindruck erweckt, daß ich da unten nicht 4000 Kollegen, sondern 4000 Totenköpfe sehe. So schlecht steht es mit der Ernährung, mit der **Gesundheit der deutschen Glasarbeiter.**

(Hört! Hört! links.)

Ich wiederhole noch einmal: es ist dringend notwendig, sehr bald grundlegende Umwälzungen vorzunehmen, damit

(**Girbig**, Abgeordneter.)

(A) Lebensglück und Lebensfreude dieser Arbeiterschichten sichergestellt wird.

Ich komme zu einem andern Kapitel, das noch trostloser ist. In den **Fensterglasfabriken** ist die **Arbeitsweise** dieser Glasarbeiter überaus schwer und anstrengend, aber auch gesundheitsschädlich. Ich möchte wünschen, daß Sie, meine Damen und Herren, einmal Gelegenheit hätten, einen solchen Betrieb zu besichtigen. Die sogenannten hohen Löhne dieser Arbeiter reichen bei weitem nicht aus, um die Lebensmittel zu kaufen, die zur Erhaltung der Gesundheit dieser Arbeiter notwendig sind. Ich habe bei den Verhandlungen mit den Industriellen stets darauf hingewiesen, daß der Arbeitsprozeß erleichtert werden müßte. Die Industriellen antworten, daß das unmöglich sei, weil die Qualität des Produkts der Arbeit darunter leiden würde. Diese Angaben der Industriellen sind nicht aufrechtzuerhalten; sie sind lediglich von dem Gedanken diktiert, daß die Arbeiterschaft stets zur höchsten Leistungsfähigkeit angespannt werden müsse. Gestatten Sie, daß ich Ihnen die Arbeit eines solchen Fensterglasarbeiters einmal schildere. Wenn der Fensterglasmacher die sogenannte Walze, aus der dann später die Scheibe hergestellt wird, fertiggestellt hat und sie aufrecht hinstellt, ist er gezwungen, die obere Kappe an der Walze loszulösen. Das ist eine außerordentlich gefährliche und anstrengende Arbeit, eine Arbeit, wie man sie sich gefährlicher nicht vorstellen kann. Trotzdem ist nicht die geringste Schutzeinrichtung vorhanden. Tritt der Fall ein, daß eine solche Walze zusammenbricht, dann ist der Arbeiter stets der ungeheuren Gefahr ausgesetzt, von oben bis unten zerschnitten zu werden.

(Hört! Hört! links.)

Die Walze muß dann auf einen Ständer gelegt werden. Wenn ein Arbeiter, der eine Walze fertiggestellt hat, ärztlich untersucht würde, dann würde jeder Arzt feststellen, daß sich dieser Arbeiter in einem fiebernden Zustand (B) befindet, in einem Zustand körperlicher Erregung, der durch die Schwere der Arbeit hervorgerufen ist. Ich habe den Industriellen bei den Tarifverhandlungen erklärt: „Meine Herren, jetzt muß der Arbeiter wenige Minuten Ruhe und Erholung haben". Aber nichts geschieht. Ich habe den Industriellen rücksichtslos gesagt: „Sie haben in Ihren Villen Klubsessel stehen. Bringen Sie diese Klubsessel in die Fabriken, damit sich der Arbeiter, der diese schwere Arbeit ausgeführt hat, wenige Augenblicke der Ruhe und der Erholung gönnen kann".

(Lebhafte Zustimmung links.)

Anstatt nun den Arbeitern Ruhe und Erholung zu ermöglichen und weitere Arbeitskräfte einzustellen, wird der Arbeiter gezwungen, die Walze auf den Bock zu legen, dann mit dem gesamten Oberkörper in die Walze hineinzukriechen und mit einem Diamanten an der Hand eines Lineals die Walze auseinanderzuschneiden. Der Körper ist bei dieser ganzen Arbeit vollkommen in Schweiß gebadet. Fallen nun einzelne Schweißtropfen von dem Körper des im Fieberzustande befindlichen Arbeiters herab, so bricht sofort die Walze zusammen und der Arbeiter setzt sich der großen Gefahr aus, sich seine Pulsadern zu zerschneiden.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

— Ich werde Ihnen noch antworten. Sie verstehen ja nichts von dem Lebensglück und der Lebensfreude der Arbeiter.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ihr Interesse liegt auf einer andern Seite. — Gehen Sie mit mir in eine Fensterglasfabrik, und ich werde die Arbeiter auffordern, die Hände hochzuheben. Sie werden finden, daß nicht ein einziger Arbeiter darunter ist, der sich nicht die Pulsadern zerschnitten hat.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

(C) Hat da das Reichsarbeitsministerium und die Regierung nicht die Pflicht, zum Schutze dieser Arbeiter helfend einzugreifen?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Muß die Regierung nicht sofort hier die notwendigen Maßnahmen treffen?

Bereits im März vorigen Jahres habe ich eine Eingabe gemacht, und im November habe ich im Reichsarbeitsministerium noch einmal darauf hingewiesen. Heute frage ich von neuem, was denn bisher geschehen ist.

Nun wird man allerdings einwenden: wenn ein anderer Arbeiter diese Arbeit verrichtet, wird ihm dasselbe passieren. Mit nichten! Es kann gar nichts passieren. Hat ein anderer Arbeiter diese Arbeiten auszuführen, so muß ihm allerdings vorher die notwendige Ruhe gegeben werden. Wir haben in jedem Betriebe eine ganze Reihe von Glasarbeitern, die die schwere Arbeit des Glasanfertigens nicht mehr ausführen können und die zu der andern Arbeit sehr leicht herangezogen werden können. Diese Arbeiter können sich dann mit Ledermanschetten versehen, können um beide Arme Schutzvorrichtungen legen, um dann die Arbeit auszuführen. Einmal wird dann nicht ein Körper vorhanden sein, der Schweiß absondert, sondern der Arbeiter wird sich in einer ruhigeren, gesunderen Form befinden, und damit entfällt dann die große Gefahr, daß sich der Arbeiter Hände und Arme zerschneidet.

Wieder weisen die Industriellen darauf hin, daß darunter die **Qualität der Arbeit** leidet. Es ist eigentlich sonderbar; daß die **deutsche Glasindustrie** einen ungeheuren Weltruf gewonnen hat, ist lediglich dem Umstande zuzuschreiben, daß in dieser Industrie ein überaus intelligentes Arbeitervölkchen zu finden ist; denn ohne diese Arbeiterschichten wäre der Ruf der deutschen Glasindustrie nicht so sehr groß, wie er heute ist.

(D) (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun erklären die Industriellen, die Qualitätsarbeit leide darunter. Wir haben wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß das nicht der Fall ist. Trotz alledem hat man der Arbeiterschaft einen Köder hingeworfen und hat diese Arbeit extra bezahlt. Ein Teil der Arbeiterschaft hat sich gefügt und führt diese Arbeit vorläufig noch aus. Aber, Herr Arbeitsminister, wenn die wärmere Jahreszeit eintritt — sie steht ja bevor —, dann bin ich sicher, werden wir wieder mit größeren Streiks und Arbeitseinstellungen zu rechnen haben; dann werden die Körperkräfte des einzelnen nicht ausreichen, um die schwere Arbeit zu bewältigen.

Nun hat Herr Dr. Moldenhauer gestern hier erklärt, die **Arbeit des Aufschneidens** könnte ja später vorgenommen werden, wenn das Glas bereits erkaltet ist. Ja, Herr Dr. Moldenhauer, ich habe immer angenommen, daß Ihnen bekannt ist, daß auch kaltes Glas sehr scharf ist und sehr leicht schneidet, daß man also der Gefahr nicht begegnet, wenn man diese Arbeit später ausführt. Weder die Qualität noch das Kaltaufschneiden schützt die Arbeiterschaft vor den ungeheuren Schnittwunden. Im Hauptausschuß habe ich bereits die Sache zur Sprache gebracht und einen Antrag vorgelegt, der im Hauptausschuß mit großer Majorität angenommen wurde und folgenden Wortlaut hat:

> die Reichsregierung zu ersuchen, auf Grund des § 120e der Reichsgewerbeordnung eine Verordnung zu erlassen, nach der das Aufsprengen und Aufschneiden der Walzen (sogenanntes Rund- und Aufschneiden) in der Tafelglasindustrie durch denselben Glasarbeiter verboten wird und durch eigens zu diesem Zweck eingestellte Facharbeiter erledigt werden muß.

(**Girbig**, Abgeordneter.)

Ich hoffe zuversichtlich, daß dieser Antrag auch hier Annahme finden wird und so der Ausnutzung der Arbeitskraft vorgebeugt wird, damit zu einem Teil die Gesundheit der Arbeiter sichergestellt werden kann.

Herr Dr. Moldenhauer hat auf Nr. 4273 der Drucksachen einen Antrag gestellt, der die Entschließung auf Nr. 4181 unter a Ziffer 2 abändern will.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Herr Abgeordneter, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß der Antrag Moldenhauer auf Nr. 4273 durch Nr. 4304 ersetzt ist.

Girbig, Abgeordneter: Ich weiß es, Herr Präsident; es ist dem Sinne nach dasselbe. Diese von Herrn Dr. Moldenhauer vorgelegte Entschließung ist weiter nichts als weiße Salbe. Nach wie vor werden die schweren Gesundheitsschädigungen bestehen. Es wäre Pflicht der **Gewerbeaufsichtsbeamten**, die **Betriebe der Glasindustrie** öfter zu inspizieren. Es nützt aber nichts, den Betrieb nur zu inspizieren, sondern vor allen Dingen ist es notwendig, daß bei einer solchen Revision der Betriebe die Betriebsräte herangezogen werden, damit sie den Gewerbeaufsichtsbeamten auf die Zustände aufmerksam machen, die in dem von der Revision erfaßten Betriebe bestehen.

Mehr Arbeiterschutz wünschen wir. Die Gesundheit der Arbeiter ist das kostbarste Gut der gesamten Nation. Wir hoffen zuversichtlich, daß der Mißbrauch mit dem Gute der gesamten Nation aufhört, damit Lebensglück und Lebensfreude sichergestellt wird.

In anderen Industriezweigen steht es mit dem **Arbeiterschutz** nicht viel besser, ganz besonders **im Baugewerbe**: mangelhafte Gerüste, Unfälle durch Absturz. Auch hier müßten vorbeugende Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter getroffen werden. Erkältungskrankheiten durch Zugluft sind keine Seltenheiten. Ganz besonders ist die **Gesundheitsgefährdung der Maler** eine überaus große, ich möchte sagen: eine größere als in anderen Berufen. Rheumatismus, Gelenkrheumatismus, Lungenentzündung, Infektionskrankheiten, Nierenentzündung, Tuberkulose sind die hervorstechendsten Krankheiten, die wir im Malerberufe finden; auch hier wäre es eine der Hauptaufgaben der Regierung, für größeren Arbeiterschutz zu sorgen. Wir haben nicht erst einzugreifen, wenn die Erkrankung der Arbeiter eingetreten ist, sondern ein guter Arzt trifft vorher die Maßnahmen zur Verhütung der Krankheit.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ist die Krankheit erst ausgebrochen, dann kommen die Maßnahmen sehr oft zu spät,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

und am Krankenlager, am Krankenbett befindet sich die Frau des erkrankten Arbeiters und gewöhnlich eine größere Zahl von Kindern, die dann dem allergrößten Elend preisgegeben sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die **Erkrankungen im Baugewerbe** und ganz besonders im Beruf der **Maler** fasse ich zusammen in einer **Aufstellung**, die der **Zentralverband der Maler** bereits auch an das Reichsarbeitsministerium eingereicht hat und die ich hier noch einmal zur Kenntnis bringen will.

Meine Fraktion fordert:

1. Ein Verbot der Verarbeitung von Bleiweiß beim Anstreichen von Gegenständen aller Art im Innern und am Äußern von Gebäuden.
2. Bis zur Durchführung dieses Verbotes sind zur Verhütung von Bleivergiftungen und der übrigen Gesundheitsgefahren folgende Anordnungen für das Maler- und Lackierergewerbe erforderlich:
   a) Anzeigepflicht der Bleierkrankungen im Sinne des § 343 der Reichsversicherungsordnung für die Krankenkassen;
   b) Deklarationspflicht für alle Farben, Lösungs- und Verdünnungsmittel, die Blei oder andere eine unmittelbare Gesundheitsgefahr darstellende Gifte enthalten;
   c) Unterweisung der jugendlichen Arbeiter über die Symptome und Folgen der Berufskrankheiten im Maler- und Lackierergewerbe und über die Schutzmittel dagegen;
   d) ärztliche Untersuchung aller Berufsangehörigen in regelmäßigen Zeitabschnitten;
   e) Ausdehnung des Heilverfahrens der Invalidenversicherung auf Berufskrankheiten und besondere Anweisungen der Landesversicherungsanstalten hierzu;
   f) Anstellung von Landesgewerbeärzten für Bezirke, die nur so groß sein dürfen, daß eine gründliche Überwachung für Betriebe und der darin Beschäftigten möglich ist;
   g) Verbesserung der Gewerbeaufsicht mit dem Ziel einer gründlichen Überwachung aller Betriebe nach generellen Anweisungen, wobei eine hinreichende Mitwirkung von Arbeitern als Überwachungsbeamte festzusetzen ist;
   h) Herausgabe eines Giftmerkblatts durch das Reichsgesundheitsamt. Anordnung des Aushanges in allen Betrieben und der Aushändigung an alle Gefährdeten.
3. Eine Verordnung an Stelle der Bundesratsverordnung vom 27. Juni 1905, die ausreichende Körperreinigungsmöglichkeiten, gründliche Lüftung der Werkstätten und Arbeitsstellen, wirksame Bekämpfung von Staub und schädlichen Gasen in allen Betrieben, Dichtung der Bauten im Herbst und Winterhalbjahr und Beschaffung von ausreichenden Arbeiterräumen und Arbeitskleidern vorsieht.
4. Eine Verordnung, wonach der § 547 der Reichsversicherungsordnung auf alle Berufskrankheiten anzuwenden ist, die unzweifelhaft als solche anerkannt wurden oder werden, damit die durch solche Erkrankungen verursachten Minderungen der Erwerbsfähigkeit nach den Grundsätzen der Unfallversicherung entschädigt werden.

Ein überaus trübes Kapitel, das ich hier erörtert habe; aber die Pflicht ganz besonders des Arbeitsministeriums muß es sein, hier helfend einzugreifen, damit nicht etwa nur den Wünschen der Industriellen nach dieser Richtung Rechnung getragen wird, sondern auch die so überaus berechtigten Wünsche der Arbeiter endlich Gehör finden.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Fick.

Dr. **Fick**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir von der Deutschen Demokratischen Fraktion begrüßen die Einfügung der beiden Titel 6 und 7 in dem Haushalt des Reichsarbeitsministeriums. Es sind beides Posten von verschwindender Größe gegenüber den übrigen Titeln. Der eine beträgt 35 000 Mark und der andere 57 000 Mark. Das ist gewiß nicht viel; aber die Wichtigkeit der Materie wird dadurch ja in keiner Weise erschöpft. Es handelt sich um die **Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten** und um die **Berichte der Beamten der Berufsgenossenschaften**. Beide Berichte sind in hervorragender Weise geeignet, die Unfallverhütung

(Dr. **Fick**, Abgeordneter.)

(A) zu fördern, über die der Herr Vorredner in sehr beredter und dramatischer Weise gesprochen hat. Ich kann mich selbstverständlich vielem von dem, was er ausgeführt hat, durchaus anschließen.

Es fragt sich nur, auf welchem Wege dieses erstrebte Ziel erreicht werden kann. Es scheint auch da vielleicht ein gewisses Zuviel in den Absichten des Reichsarbeitsministeriums zu liegen. Wenn ich zum Beispiel unter Ziffer 10 eine Verordnung über Holzarbeiterschutz sehe und unter Ziffer 23 eine Verpflichtung der Hersteller von Maschinen zur Mitlieferung der Schutzvorrichtungen, so drückt sich wohl hierin eine gewisse Parallelarbeit aus, wobei ich annehme, daß Ziffer 23 der Aufstellung, die uns vor einigen Tagen gegeben worden ist, identisch ist mit Ziffer 9 einer anderen Verordnung, die in der „Anlage zum Nachrichtenblatte Nr. 30 vom 3. April 1922" aufgeführt war, wo es hieß:

> Entwurf einer Verordnung über die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen, in denen durch mechanische Kraft angetriebene Maschinen zum Sägen, Hobeln, Fräsen und Trockenschleifen von Holz benutzt werden.

Selbstverständlich ist unsere Fraktion mit allem einverstanden, was eine **Reduzierung der Unfälle** und eine Verhütung herbeiführen kann. Es fragt sich aber, ob dieses Ziel nicht ebensogut **auf dem Wege der Selbstverwaltung** erreicht werden kann. Vor allen Dingen ist es ganz sicher, daß das Interesse der Unternehmer an der Unfallverhütung bei der jetzigen Regelung der Unfallversicherung durch die Berufsgenossenschaften schon in sehr weitgehender Weise wachgerufen ist. Es fragt sich, ob die Bureaukratie besser in der Lage sein würde, diese Unfälle zu verhüten.

(B) Ich glaube, daß die freiwillige **Zusammenarbeit aller beteiligten Kreise**, der Maschinenfabrikanten, der Unternehmer, die die Maschinen verwenden, und vor allem selbstverständlich auch der Arbeitnehmer, die an diesen Maschinen arbeiten müssen, der richtige Weg ist. Ich habe selbst diesen Gedanken schon vor Jahren, im Jahre 1913, vertreten, und der Gedanke, den ich damals ausgesprochen habe, hat zu einer Regelung der Materie geführt, die für die Maschinenindustrie vorbildlich geworden ist. Wir haben uns zusammengesetzt, die Maschinenfabrikanten mit den Vertretern der Berufsgenossenschaften, also auch den Beamten der Berufsgenossenschaften, die über die Unfälle unterrichtet worden sind, und in letzter Zeit auch mit den Vertretern der Gewerkschaften, die sich in erfreulicher Weise an diesen Arbeiten beteiligt haben. Es hat sich weder von seiten der Maschinenfabrikanten noch von seiten der Berufsgenossenschaften irgendwelcher Widerstand gegen diese Beteiligung der Gewerkschaften erhoben. Sie haben die Mitarbeit der Arbeitnehmer in der Vertretung durch die Gewerkschaften freudig begrüßt.

Ich glaube, daß diese Art der Regelung tatsächlich eher zu einer Verhütung von Unfällen beitragen wird als eine kasuistische Gesetzgebung, wie sie in diesen Verordnungen angedeutet ist. Wenn da für jede einzelne „Maschine zum Sägen, Hobeln, Fräsen, Trockenschleifen" alle die Schutzvorrichtungen auf gesetzlichem Wege vorgeschrieben werden sollen, so werden wir einen dicken Band bekommen und eine gesetzgeberische Aufgabe, die sich weder für den Reichstag noch für die Gutachten des Reichswirtschaftsrats irgendwie eignen wird. Sie kann eben nur durch die beteiligten Kreise und die rege Mitarbeit der berufenen Sachverständigen — also etwa der Maschinenbauer, der Unternehmer, die die Maschinen brauchen, und der Arbeitnehmer — gelöst werden. Ich möchte hervorheben, daß zum Beispiel die Regelung der Unfallverhütungsvorschriften für die Buchdruckmaschinen und für die Papierverarbeitungsmaschinen schon eine Abhandlung von etwa 40 engbedruckten Seiten ist. Wenn Sie nun die ganze Maschinenindustrie und auch selbstverständlich andere Industriezweige, wie die chemische Industrie und die Glasindustrie, über die wir eben gehört haben, in dieser Weise regeln wollten, kämen Sie ja geradezu zu einem endlosen Gesetzgebungswerk. (C)

Ich möchte den Herrn Arbeitsminister bitten, ehe er weiter auf dem Wege einer kasuistischen Regelung dieser Unfälle durch Verordnungen fortschreitet, sich einmal von den Arbeiten, die in dieser Hinsicht bereits geleistet worden sind, zu überzeugen und vielleicht in dem Sinne, wie es mein Freund Erkelenz gestern von hier aus vertreten hat, die Selbstverwaltung zu ihrem Rechte kommen zu lassen. Treten irgendwo Mißstände auf, so wird natürlich das Reichsarbeitsministerium eingreifen müssen und im Notfall, wenn gesetzgeberische Vollmachten nötig sind, der Reichstag dahinterstehen.

Nun noch ein paar Worte zu den Bemerkungen des Kollegen Girbig, der natürlich in seinem Fach mit einem Sachverständnis über diese Fragen in der Glasindustrie gesprochen hat, über das ich leider nicht verfüge. Trotzdem muß ich sagen, wenn Kollege Girbig angeführt hat, daß eine so große Anzahl von Unfällen durch dies Aufschneiden der Walzen herbeigeführt wird, so steht dem doch die **Unfallstatistik der Tafelglasindustrie**, die vor mir liegt, einigermaßen entgegen. Ich glaube, Kollege Moldenhauer hat die Zahlen schon angeführt. Wenn wir zum Beispiel im Jahre 1921 eine Gesamtzahl der Versicherten in der Glasberufsgenossenschaft von 79 406 Personen gehabt haben, und es sind im ganzen mit dem Aufschneiden der Walzen 11 Fälle vorgekommen, — (D)

(Abgeordneter Girbig: Es sind ja nur 4000 Tafelglasarbeiter in ganz Deutschland vorhanden!)

— auch wenn es 4000 sind, Herr Kollege Girbig, so können die Verletzungen doch nicht einen solchen Umfang annehmen, wie Sie hier geschildert haben. Ich bedaure selbstverständlich geradeso und mit ebenso warmem Herzen die Unfälle, die vorkommen, und die Pulsadern, die durchschnitten werden, aber sie werden ja auch bei den anderen Leuten, die an ihre Stelle gesetzt werden, wahrscheinlich vorkommen. Jedenfalls 11 Unfälle im ganzen sind keine geradezu bedenkliche Zahl.

Es wird auch von der Berufsgenossenschaft der Glasindustrie darauf aufmerksam gemacht, daß der prozentuale Anteil dieser Unfälle, die Kollege Girbig uns vorgetragen hat, doch nur 2,6 oder 3,6 Prozent der gesamten Unfälle in dieser betreffenden Industrie sind, und man könnte wahrscheinlich, leider Gottes, in jeder Industrie eine derartige besondere Gruppe von Unfällen herausschälen und dann besondere gesetzgeberische Maßnahmen dafür verlangen. Ich will damit nicht sagen, daß die Unfälle nicht höchst bedauerlich sind und daß wir nicht alles tun müssen, um sie zu verhüten. Aber ein derartig großer Apparat, wie ihn Kollege Girbig in der Entschließung hier beantragt hat, scheint mir doch dem Fall nicht ganz angemessen zu sein. Wenn wir das als Präzedenzfall nehmen wollten, würden wir aus derartiger Kleinarbeit überhaupt nicht herauskommen. Ich möchte deshalb erklären, daß unsere Freunde jedenfalls für den Abänderungsantrag des Kollegen Moldenhauer stimmen werden.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Für die weiße Salbe!)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Schlußwort zu diesem Titel hat der Herr Berichterstatter.

(A) **Hoch**, Abgeordneter, Berichterstatter: Auch im Ausschuß wurden dieselben Ausführungen gemacht, die wir soeben gehört haben. Demgegenüber wurde aber festgestellt: das, was der Ausschuß verlangt, schließt in keiner Weise aus, daß durch freiwillige Vereinbarungen die notwendigen Maßnahmen getroffen werden. Aber zugleich wurde nachgewiesen, daß der § 120e der Reichsgewerbeordnung mit der Befugnis der Regierung, Schutzverordnungen zu erlassen, ganz unentbehrlich ist. Die Erfahrung hat gezeigt, daß man sich nicht auf das freiwillige Zusammenarbeiten verlassen kann, sondern daß die Regierung eine Handhabe haben muß, die notwendigen Schutzmaßnahmen anzuordnen.

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns**: Es ist richtig, daß sich der Zentralverband der Glasarbeiter beim Reichsarbeitsministerium beschwert hat über die **Nichteinhaltung der achtstündigen Arbeitszeit in der Glasindustrie.** Wir haben uns daraufhin sofort an das betreffende Land, in diesem Falle an **Bayern**, gewandt. Es ist also nicht richtig, wenn gesagt wurde, daß das Reichsarbeitsministerium in der Sache nichts getan hätte. Das bayerische Ministerium hat die Sache auch verfolgt und hat uns mitgeteilt, daß gegenwärtig Tarifverhandlungen schweben. Das bayerische Ministerium hat uns weiter mitgeteilt, daß allerdings Überschreitungen der Arbeitszeit stattgefunden hätten, daß das aber geschehen sei auf Grund von Vereinbarungen zwischen Unternehmern und den Arbeitern. Ich weiß nicht, wie weit diese Vereinbarungen gegangen sind und in welchen Formen sie abgeschlossen worden sind. Das bayerische Ministerium hat uns weiter mitgeteilt, daß es diese Angelegenheit weiter verfolge. Ich muß (B) annehmen, daß die bayerische Regierung, die verfassungsmäßig dazu berufen ist, für die Durchführung der Gesetze zu sorgen, das in diesem Falle auch tun wird.

Dann hat ein **Antrag Moldenhauer** gewünscht, daß wir gemeinsam mit der Glasberufsgenossenschaft und Vertretern der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen die Fragen des Arbeiterschutzes in der Glasindustrie prüfen. Dazu sind wir selbstverständlich jederzeit bereit. Wir können also dieser Entschließung in der abgeänderten Form der Nummer 4304 nur zustimmen. Im übrigen stimme ich dem zu, was der Herr Berichterstatter über den § 120e und seine Anwendung gesagt hat.

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Meine Damen und Herren! Ich kann wohl unterstellen, daß Tit. 6 des Kap. 2 angenommen ist und daß es sich jetzt nur noch um die Entschließungen handelt.

Es liegt vor eine Entschließung des Ausschusses auf Nr. 4181 der Drucksachen unter IIa 2 und ein Abänderungsantrag hierzu auf Nr. 4304 der Drucksachen von den Herren Abgeordneten Dr. Moldenhauer, Andre, Dr. Becker (Hessen) und Genossen, der den früheren Abänderungsantrag Dr. Moldenhauer und Genossen auf Nr. 4273 zu ersetzen bestimmt ist. Es handelt sich um einen Abänderungsantrag, dem, wie wir eben gehört haben, auch die Regierung beitritt, und über den wir zunächst abzustimmen haben.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Abänderungsantrag auf Nr. 4304 der Drucksachen beitreten wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit, der Abänderungsantrag ist angenommen.

Ich darf annehmen, daß mit dieser Abänderung der dann verbleibende Rest der Entschließung des Ausschusses auf Nr. 4181 IIa 2 angenommen ist. — Das ist der Fall; (C) ich stelle das fest.

Ich rufe auf Tit. 7, — 8, — 9 — und erkläre diese Titel für angenommen.

(Abgeordneter Hoch: Zu Tit. 9 liegt noch ein Antrag Bartz und Genossen auf Nr. 4302 Ziffer 2 vor.)

— Zu Tit. 9 liegt noch vor der Abänderungsantrag Bartz (Hannover) auf Nr. 4302 der Drucksachen unter Ziffer 2 vor, in Tit. 9 statt „250 000" Mark zu setzen: „1 000 000" Mark.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt, Tit. 9 ist unverändert geblieben.

Ich rufe auf Tit. 10. Hier ist ein Druckfehler im Ausschußantrag — Nr. 4181 — zu berichtigen. Es muß in Tit. 10 heißen: „100 000 Mark", statt „100 000 000 Mark". — Tit. 10 ist in dieser Fassung angenommen.

Tit. 11. Hier ist nach den gefaßten Beschlüssen das gesamte Tarifwesen und Arbeiterrecht zu besprechen, wozu dann auch der Gesetzentwurf über die Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau gehören würde.

Zunächst hat das Wort der Herr Berichterstatter.

Hoch, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Bei der Erörterung dieses Abschnitts im Ausschuß wurde die Frage aufgeworfen, ob die **Vorschläge für das neue Arbeiterrecht**, die von dem dazu eingesetzten **Arbeiterrechtsausschusse ausgehen**, von der Reichsregierung unverändert dem Reichstag vorgelegt werden müssen. Der Herr Minister vertrat die Auffassung, daß davon keine Rede sein könne, die Vorschläge, die von diesen Stellen ausgehen, seien sehr beachtlich für die Bearbeitung der Gesetze. Wie weit er aber diesen Vorschlägen folge, müsse dem Ministerium (D) überlassen sein. Die große Mehrheit des Ausschusses schloß sich dieser Auffassung an.

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Nunmehr hat das Wort der Herr Abgeordnete Rosemann.

Rosemann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Arbeitsminister und der Kollege Andre haben, als sie in ihren Ausführungen das **Arbeitszeitgesetz für Bergarbeiter** berührten, ausgeführt, daß in diesem Gesetze die **Siebenstundenschicht** für Bergarbeiter festgelegt werden solle. Ich habe mir das Gesetz ziemlich genau angesehen und kann eine derartige Bestimmung in dem ganzen Gesetze nicht finden. Das Gesetz besagt alles andere, nur nicht eine einheitliche Festlegung der Bergarbeiter auf die siebenstündige Arbeitszeit. Ich glaube, wenn sich der Herr Kollege Andre das Gesetz etwas näher angesehen hätte, würde er nicht das Haus gebeten haben, einen großen Resonnanzboden für dieses Gesetz herzugeben. Bei der Durchsicht des Gesetzes habe ich gedacht, daß die Regierung ein großes Vertrauen in die Arbeiterschaft setzen müsse, wenn sie glaube, daß sie mit dieser Regelung die Bergarbeiter geneigt machen könnte, dafür Überschichten zu leisten. Das Gesetz ist für uns als Bergarbeiter vollständig unannehmbar. Wenn die Regierung die verschiedenen Bergarbeiterorganisationen gehört hätte, würde sie mit einem derartigen Gesetzentwurf gar nicht herausgekommen sein. Sie würde auf jeden Fall nicht die Illusion gehabt haben, durch diesen Gesetzentwurf die Bergarbeiter zu Überschichten verleiten zu können.

(Zuruf rechts.)

— Verleiten ist richtig, Herr Kollege Becker. Ich sage, man soll sich als Bergarbeiter sehr hüten, wieder wie im vergangenen Jahre auf den Leim zu kriechen. Den

(Rosemann, Abgeordneter.)

(A) Nutzen von den Leistungen der Überschichten haben nicht die Bergarbeiter sondern ganz andere Kreise gehabt.

(Zuruf rechts: An der deutschen Wirtschaft liegt Ihnen nichts!)

— Ich weiß nicht, ob Ihnen mehr daran liegt, wie uns. Es ist möglich, daß Ihnen an der kapitalistischen Wirtschaft mehr liegt als uns. — Die Bergarbeiter fordern ein ganz anderes Gesetz. Sie fordern vor allen Dingen, daß die Schichtzeit für alle unterirdisch beschäftigten Bergarbeiter die gleiche ist.

Wie sieht es mit der Behauptung des Minister aus, daß dieses Gesetz die siebenstündige Schichtzeit im Steinkohlenbergbau festlegen soll? Haben wir denn überhaupt schon heute eine siebenstündige Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau? Ich sage, nein. Ich verweise darauf, daß wir in Oberschlesien eine siebeneinhalbstündige Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau und im Ruhrrevier eine siebenstündige Arbeitszeit haben. Im Aachener Revier wird schon seit Monaten nicht nur sieben und siebeneinhalb, sondern acht Stunden gearbeitet. Zwar werden im Aachener Revier diese acht Stunden mit einem Zuschlag von 100 Prozent bezahlt. Aber trotz alledem haben sie im Aachener Revier auch nicht viel mehr Lohn als im Ruhrrevier bei der siebenstündigen Arbeitszeit. Das ist die Kernfrage. Wenn Überschichten und Überstunden geleistet werden sollen, müssen diese Überschichten auch dementsprechend gezahlt werden. Das ist aber nicht der Fall. Wir sehen jetzt wieder, daß im Aachener Revier der Lohn der Bergarbeiter 11 Mark niedriger ist als im Ruhrrevier, so daß sie mit diesem Überstundenzuschlag nur etwas über den Lohn der Ruhrbergarbeiter hinauskommen. Es wird aber zugleich auch niemand in diesem hohen Hause bestreiten können, daß im Aachener Revier die Teuerung noch viel

(B) weiter vorgeschritten ist als im Ruhrrevier.

Wir fordern kein besonderes Arbeitszeitgesetz für die Arbeiter, sondern verlangen, daß dem Reichstag sobald als möglich ein Arbeitszeitgesetz für sämtliche gewerblichen Arbeiter und Angestellten vorgelegt wird.

Welche Gründe sind eigentlich maßgebend gewesen, daß nicht ein einheitliches Arbeitszeitgesetz, sondern neun Sondergesetze erlassen werden sollen? Es liegt augenblicklich vor ein Sondergesetz für gewerbliche Arbeiter, gewerbliche Angestellte, kleine Familienbetriebe, Bergarbeiter, Krankenpfleger, Hausgehilfen, Verkehrsgewerbe, Fischereibetriebe und Seeleute. Wenn man sich fragt, weshalb in der Gesetzgebung eine derartige Auseinanderzerrung stattfinden soll, so haben wir als Arbeiter nur die eine Antwort darauf, daß die Arbeiterschaft in dieser wichtigen Frage eben auseinandergerissen werden soll. Man schmeißt dem einen einen Brocken hin und dem andern, um zu verhindern, daß die Arbeiter einheitlich und geschlossen in einen Kampf eintreten, wenn die Arbeitszeit dieser oder jener Schicht verlängert werden soll.

Ich freue mich, daß der Herr Kollege Brunner vor ein paar Tagen bei der Beratung des Eisenbahnetats die Absicht Groeners, ein besonderes Arbeitszeitgesetz für Eisenbahner vorzulegen, ablehnte. Ich hoffe, daß seine Partei auch dieses besondere Arbeitszeitgesetz für Bergarbeiter aus demselben Grunde ablehnen wird. Ich weiß nicht, wie sich die Sozialdemokraten dazu stellen werden. Ich hoffe, daß Sie, was Sie dem einen zugestehen, auch dem anderen als Recht zubilligen werden und darum nicht dafür eintreten werden, für die Bergarbeiter ein besonderes Gesetz zu schaffen, während Sie ein solches für die Eisenbahner ablehnen.

Wenn meine Partei dieses Gesetz ablehnt, und einer Überweisung desselben an den Ausschuß widerspricht, so handelt sie nur nach dem Willen und im (C) Interesse aller Bergarbeiter und der gesamten Arbeiterschaft. Ich will darauf hinweisen, welche Stellung die gewählten Vertreter der Bergarbeiter und Angestellten, nämlich die Mitglieder der Arbeitskammern für den Ruhrkohlenbergbau, die sich mit derartigen Fragen und Gesetzen zu befassen haben, zu diesem Gesetzentwurf eingenommen haben. Die Mitglieder der Arbeitskammer für den Ruhrkohlenbergbau gehören den verschiedensten Parteien und Gewerkschaftsrichtungen an. Die Arbeitnehmermitglieder der Kammer haben einmütig diesen Gesetzentwurf abgelehnt und ihre Forderungen in den Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter hineingearbeitet. Sehen wir das Protokoll dieser Tagung der Arbeitskammern für den Ruhrkohlenbergbau nach, so finden wir, daß am 5. April 1922, also erst vor ein paar Wochen, von den Vertretern aller Richtungen, also der freigewerkschaftlichen, der christlichen, der Hirsch-Dunckerschen usw., ebenso der verschiedensten Richtungen der Angestellten des Bergbaubetriebes folgende Entschließung dort einstimmig angenommen wurde:

> Die Arbeitnehmergruppen (Arbeiter und Angestellte) der Arbeitskammer für den Ruhrkohlenbergbau des Ruhrgebietes sind zu dem Gesetzentwurf, betreffend Regelung der Arbeitszeit der in Steinkohlenbergwerken unter Tage beschäftigten Arbeiter der Auffassung, daß der vorliegende Entwurf in seinen jetzigen Bestimmungen nicht Gesetz werden kann. Derselbe sieht nur eine Regelung der Arbeitszeit für Steinkohlenbergwerke vor, läßt dabei aber die Regelung der Schichtzeit für den übrigen Bergbau und der Bergbauangestellten vollends offen. Außerdem sieht dieser Entwurf im § 4 vor, daß die einzelnen Landesbehörden über wichtige (D) Ausnahmebestimmungen zu entscheiden haben. Die Gruppen der Arbeiter und Angestellten können daher dem vorliegenden Entwurf nicht beitreten, sondern stehen nach wie vor auf dem bereits in der Sitzung vom 21. März 1922 zu dem Gesetzentwurf, betreffend Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, eingenommenen Standpunkt, der in seiner Beschlußfassung zu dem § 5 wie folgt lautet:
>
> Für die im Bergbau unterirdisch beschäftigten Arbeiter beträgt die Schichtzeit einschließlich Ein- und Ausfahrt sieben Stunden, sofern nicht durch Tarifvertrag oder im § 93 c des allgemeinen Berggesetzes eine kürzere Schichtzeit bestimmt ist. Für jugendliche Arbeiter im Bergbau unter 16 Jahren beträgt die Schichtzeit höchstens sechs Stunden.

Meine Damen und Herren! Sie sehen also, daß sämtliche Richtungen der Arbeiterschaft diesen Gesetzentwurf glatt ablehnen. Auch die Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes hat sich damit beschäftigt und ihn glatt abgelehnt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn nun die Arbeitskammer für den Ruhrkohlenbergbau, also die berufenen Vertreter der Bergarbeiterschaft, auf dem Standpunkt stehen, daß dieser Gesetzentwurf abgelehnt werden muß und es möglich ist, ihn in den Gesetzentwurf für die gewerblichen Arbeiter hineinzuarbeiten und diese Kammer sich die Arbeit schon gemacht und die nötigen Forderungen in den Gesetzentwurf über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter hineingearbeitet hat, so weiß auch das Arbeitsministerium darüber Bescheid und hat von der Arbeitskammer

(**Rosemann**, Abgeordneter.)

(A) schon den Gesetzentwurf mit den von uns gewünschten Änderungen bekommen. Wenn das Arbeitsministerium trotzdem ein besonderes Gesetz für die Bergarbeiter geschaffen wissen will, so stellt es sich damit in Gegensatz zu sämtlichen Richtungen innerhalb der Bergarbeiterschaft. Meine Partei kommt also nur den Forderungen der Bergarbeiter sämtlicher Richtungen nach, wenn sie für diese ein besonderes Arbeitszeitgesetz ablehnt und die Regierung auffordert, so bald wie möglich ein allgemeines Arbeitszeitgesetz für die gewerblichen Arbeiter und Angestellten dem Reichstag vorzulegen.

Nun einige Bemerkungen über die **Begründung der Regierung zu diesem Gesetzentwurf.** Es heißt darin, die Bergarbeiterverbände seien für Überschichten nicht zu haben, wenn die Schichtzeit nicht gesetzlich festgelegt werde, weil sonst die Befürchtung bestehe, daß durch Leistung von Überschichten oder Überstunden die Arbeitszeit allmählich, aber sicher verlängert würde. Da frage ich, ob diese Befürchtung unbegründet ist, und glaube, sagen zu müssen, daß sie zu Recht besteht. Ich habe vorhin schon auf das Aachener Revier hingewiesen und gezeigt, daß, nachdem dort die achtstündige Arbeitszeit im Kohlenbergbau eingeführt ist, die Arbeiterschaft von diesen acht Stunden gar nicht mehr loszukommen weiß und aller Voraussicht nicht mehr loskommen wird. Sie können im dortigen Revier nachfragen, es wird Ihnen immer wieder bestätigt werden, daß sie nicht davon loskommen können, weil der Lohn mit acht Überstunden so ist, daß sie mit ihm kaum haushalten können. Wenn morgen oder übermorgen diese achte Stunde nicht mehr verfahren würde und sie so die hundert Prozent für dieselbe verlieren würden, würden sie mit dem übrigen Lohn tatsächlich ihr nacktes Leben nicht mehr fristen können. Also ist die Befürchtung, daß **durch die Anhängung der achten Stunde die** (B) **Arbeitszeit auf die Dauer verlängert** würde, nicht von der Hand zu weisen. Die Bergarbeiter stehen aber auch auf dem Standpunkt, daß eine Kohlennot, wenn sie wirklich besteht, durch andere Mittel als durch Überschichten zu beheben sei. Solange es noch andere **Mittel** gibt, **die Kohlenförderung zu heben,** haben die Bergarbeiter keine Veranlassung, Überschichten zu verfahren. Der Gesundheitszustand der Bergarbeiter ist sowieso schon sehr schlecht, und wenn noch Überschichten verlangt und von ihnen geleistet werden, wird dieser Gesundheitszustand dadurch sicherlich nicht gehoben, sondern nur weiter herabgedrückt werden. Dadurch wird aber die Kohlenförderung auf die Dauer nicht gehoben, sondern muß naturgemäß sinken.

Welches sind nun die Mittel, mit denen sich die Förderung noch steigern läßt? Da möchte ich vor allen Dingen darauf hinweisen, daß wir im vergangenen Herbst und Winter bis in den Frühjahr hinein unter einem **Waggonmangel** zu leiden gehabt haben, wie es selten zuvor der Fall gewesen ist. Hier ist ein Punkt, wo von der Regierung eingegriffen werden muß. Derartiges darf nicht geschehen. Die Allgemeinheit weiß gar nicht, wie schwer die Kohlenförderung durch Waggonmangel geschädigt wird. Draußenstehende sehen nur, daß an dem und dem Tage soundso viel Waggons gefehlt haben und dadurch soundso viel Tonnen Kohlen weniger gefördert worden sind. Der Förderungsausfall ist aber viel größer als er sich durch Feierschichten zeigt. Der Förderungsausfall, die notwendige Folge dieses Waggonmangels, macht sich dadurch bemerkbar, daß durch diesen Waggonmangel in der Grube unten alles ins Stocken gerät, daß Kohlen auf den Haufen geschüttet werden, und dieses Stocken zeigt sich auch noch lange, nachdem der Waggonmangel schon abgeebbt ist. Die Arbeitslust der Bergarbeiter wird direkt durchbrochen, wenn sie im ersten halben Monat zu ihrem Lohn (C) kommen. Dann zwei bis fünf Schichten unter Waggonmangel zu leiden haben, wodurch sie in ihrem Lohn derartig geschädigt werden, daß sie in den folgenden Schichten kaum wieder auf den tariflich ihnen zustehenden Lohn kommen können, den sie sich bei ausgiebiger Waggongestellung erarbeitet hätten.

Meine Damen und Herren! Das ist schon ein Punkt, wo unbedingt eingegriffen werden muß. Es gibt nun aber noch sehr viele Schachtanlagen, wo durch den **Ausbau der technischen Anlagen** oder durch Umbau von veralteten Einrichtungen, durch Einführung moderner Hilfsmittel usw. sich die Förderung noch erheblich steigern läßt.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich gebe zu, daß unsere modernen Schachtanlagen sich mit allen Schachtanlagen des Auslandes messen können. Wir haben aber noch sehr viele Gruben, die in der Technik sehr weit zurück sind.

Vor allen Dingen muß auch dafür gesorgt werden, daß die **Bergarbeiter** nicht unnötig **schikaniert** und dadurch verärgert werden, sondern mit Lust und Liebe ihrem schweren und gefährlichen Beruf nachgehen können. Augenblicklich ist aber das Gegenteil der Fall. Sehen wir uns nur einmal an, wie lange jetzt die Bergarbeiter um den **Manteltarif** ringen. Es wird Zeit, daß die Regierung hier einmal energisch einschreitet. Seit 13 Monaten haben die Bergarbeiter ihren Manteltarif gekündigt, und in diesen Tagen soll die Entscheidung durch ein Schiedsgericht darüber fallen, welche Forderungen der Bergarbeiter bewilligt und welche abgelehnt werden sollen. Nach den Erfahrungen, die wir mit den Schiedsgerichten gemacht haben, habe ich nicht allzu große Hoffnungen, daß die Wünsche der Bergarbeiter einigermaßen berücksichtigt werden. Ich hoffe aber, daß (D) es die Regierung in Zukunft überhaupt nicht dazu kommen läßt, daß Tarifstreitigkeiten 13 Monate hinausgeschoben werden, bevor sie zu einer Regelung kommen. Das trägt nicht dazu bei, die Lust und Liebe der Bergarbeiter an ihrem Berufe zu heben, sondern das erzeugt eine Erbitterung, von der man sagen kann, daß sie bei einigem guten Willen der Regierung beseitigt werden könnte. Aber im allgemeinen herrscht wieder ein Geist, besonders bei der Unternehmerschaft im Ruhrkohlenbergbau und im Bergbau überhaupt, der uns sehr stark an die alten Zeiten erinnert. Es wird wieder ein Herrenstandpunkt vertreten, wie er in der wilhelminischen Zeit nicht schlimmer zu verzeichnen war. Man fragt gar nichts danach, ob man durch diesen Herrenstandpunkt die Bergarbeiter in Streiks hineintreibt; das ist den Herren vollständig gleichgültig. **Maßregelungen und Entlassungen von Betriebsräten** sind heute an der Tagesordnung.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich möchte bloß zwei Fälle herausgreifen, zunächst den Fall des **Betriebsrats Brenner** auf der **Zeche Ludwig.** Als dieser Betriebsrat einer Beschwerde nachging und dabei die Schreinerei betreten mußte, verbot ihm dies der Betriebsführer, der gerade hinzukam.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieser gebildete Betriebsführer vergriff sich sogar, als der Betriebsrat nicht sofort hinausging, tätlich an ihm.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber damit nicht genug. Der Betriebsrat, der nur seiner

(Rosemann, Abgeordneter.)

(A) Pflicht nachkam, wurde nicht nur tätlich angegriffen, sondern er wurde auch noch kurzer Hand entlassen,

(lebhafte Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

und zwar mit der Begründung, daß er nicht als Betriebsrat, sondern als Arbeiter entlassen sei. Ich möchte weiter an den **Fall Gieselmann** auf der **Zeche Dorstfeld** erinnern, der ja etwas Staub aufgewirbelt hat und durch den auch der letzte große Teilstreik im Ruhrrevier, der kürzlich beendigt wurde, hervorgerufen worden ist. Wir sehen, daß durch die Art der Behandlung der Betriebsräte alles getan wird, um die Arbeiter zu verbittern. Trotzdem verlangt man von diesen Arbeitern, daß sie Überschichten leisten. Auf der einen Seite fragt das Unternehmertum gar nicht nach der Wirtschaft; es ist den Unternehmern völlig gleichgültig, ob infolge ihrer Handlungsweise 20 000 oder 30 000 Bergarbeiter in den Streik treten und dadurch Hunderttausende von Tonnen Kohle weniger gefördert werden. Auf der andern Seite verlangt man von den Bergarbeitern, daß sie auf die Wirtschaft Rücksicht nehmen und nicht bloß ihre Arbeitskraft täglich zur Verfügung stellen, sondern auch noch Überschichten leisten, um der Wirtschaft zu helfen. Wir haben gesehen, daß durch diese Behandlung der Betriebsräte die Gefahren immer größer werden, daß wir in kurzer Zeit mit noch mehr Streiks zu rechnen haben. Deshalb möchte ich das Arbeitsministerium dringend bitten, seinen Einfluß auf die Unternehmer dahin geltend zu machen, daß sie die Rechte der Betriebsräte achten und nicht mit Füßen treten, wie es in den beiden von mir vorhin angeführten Fällen geschehen ist.

Ich möchte weiter an die Regierung die Bitte richten, endlich zu der **Frage des 1. Mai und des 9. November** Stellung zu nehmen. Die Regierung weiß, (B) daß die große Mehrzahl der Arbeiter den 1. Mai als ihren Feiertag ansieht.

(Widerspruch und Zurufe rechts.)

— Ja, Kollege Adams, diejenigen Arbeiter, die hinter Ihnen stehen, sind gerade die, die nicht den 1. Mai als Feiertag betrachten; aber ich glaube nicht, daß sie die große Mehrheit der Arbeiterschaft ausmachen; es handelt sich nur um einen ganz verschwindend kleinen Teil. —

(Lachen rechts.)

Ich möchte also die Regierung bitten, der Frage des 1. Mai mehr Beachtung als bisher zu schenken. Wenn die Bergarbeiter sehen, daß die Regierung sich nicht im geringsten bemüht, solche Streitobjekte, die den 1. Mai und den 9. November betreffen, durch ein Gesetz aus der Welt zu schaffen, wenn sie weiter sehen, daß die Unternehmer langsam aber sicher ihnen ein Recht nach dem andern nehmen, ohne sich darum zu kümmern, ob dadurch Streiks entstehen, wodurch die Kohlenförderung dann wieder stark vermindert wird, dann braucht sich niemand zu wundern, daß die Bergarbeiter an eine Kohlennot überhaupt nicht glauben und darum die Leistung von Überschichten ablehnen.

Die Regierung würde viel mehr zur Kohlenförderung beitragen, wenn sie an Stelle dieses Gesetzes ein Gesetz vorgelegt hätte, das die Rechte der Betriebsräte dahin erweitert, daß sie das Recht erhielten, nicht nur gehört zu werden, sondern auch mit zu bestimmen. Wenn das geschähe, dann würde, davon bin ich überzeugt, die Kohlenförderung sich ohne Überschichten steigern lassen.

Nun noch einige Worte über den uns vorliegenden Gesetzentwurf selbst. **Der Gesetzentwurf** enthält ja nur wenige Paragraphen. Wenn wir sie uns etwas näher ansehen, so finden wir darin nicht eine einzige Verbesserung gegenüber dem bestehenden Zustand, wohl aber eine ganze Reihe von Verschlechterungen. Im (C) zweiten Absatz des § 2 heißt es unter anderm:

> Bestehen für einen solchen Betrieb besonders ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse, so kann der Reichsarbeitsminister auf Antrag eines beteiligten Arbeitgeberverbandes oder Arbeitnehmerverbandes und nach Anhörung der beteiligten Verbände eine Schichtzeit bis zu sieben und einer halben Stunde als regelmäßige tägliche Arbeitszeit festsetzen.

Was heißt das? Das besagt nichts anderes, als daß der jeweilige Arbeitsminister es in der Hand hat, **auf Antrag der Arbeitgeber die Schichtzeit um eine halbe Stunde zu verlängern.**

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ob das noch wirklich eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit auf sieben Stunden bedeutet, glauben wir nicht. Nun sagt Kollege Andre, wir müßten diesen Passus streichen. Wenn wir alles das aus dem Gesetz herausstrichen, was herausgestrichen werden müßte im Interesse der Arbeiter, Kollege Andre, dann bleibt wahrlich nicht viel übrig. —

Was wäre aber die Folge, wenn die Bergarbeiter auf Antrag der Unternehmer durch den Arbeitsminister eine siebeneinhalbstündige Arbeitszeit bekommen würden? Das würde bedeuten, daß die Schichtzeit der Bergarbeiter tatsächlich nicht siebeneinhalb Stunden, sondern acht bis achteinhalb Stunden dauern würde. Denn, meine Damen und Herren, Sie müssen damit rechnen, daß die Schichtzeit des Bergarbeiters nicht damit beendet ist, wenn er den Förderkorb verlassen hat, sondern daß er dann noch allerlei Verrichtungen übertage auszuführen hat. Der Bergarbeiter hat auf vielen Gruben, wenn er aus der Grube kommt, sein Gezäh zu schärfen. Das ist eine Arbeit, die jeder andere Beruf (D) innerhalb der Arbeitszeit macht. Der Bergarbeiter muß sein Gezäh in Empfang nehmen, muß sich für Munition usw. Scheine ausstellen lassen. Er hat dort noch allerhand Nebenarbeiten zu verrichten, die in sämtlichen anderen Berufen während der Arbeitszeit gemacht werden. Wenn nun die Bergarbeiter auf ihrem Arbeitsort länger wie acht Stunden verweilen müssen, so werden die Unternehmer mit Recht sagen können: Wenn die Bergarbeiter eine längere Arbeitszeit als acht Stunden haben, dann müßt auch ihr andern Berufe länger arbeiten! und die **Folge** würde sein, daß dadurch der **achtstündige Arbeitstag** glatt **durchbrochen** würde.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das Gesetz sagt aber auch in § 3 weiter, daß es sich gar nicht um die gesetzliche Festlegung der Schichtzeit handelt, sondern daß die **Festlegung der Schicht- oder Arbeitszeit** den jeweils abzuschließenden **Tarifverträgen vorbehalten** bleiben soll. Das ist alles andere, nur keine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. In Zeiten schlechter Konjunktur würde das bedeuten, daß die Unternehmer keinem Tarifvertrag zustimmen würden, der nicht eine Verlängerung der Arbeitszeit brächte. Das Gesetz würde ihnen recht geben; denn das Gesetz sagt ausdrücklich, daß es den Tarifverträgen vorbehalten bleiben soll, die Schichtzeit jeweils wieder festzulegen.

Wir haben auch heute schon einzelne schlechtergestellte Bergbaureviere, die vom Reich im Punkt der Besteuerung eine Vorzugsbehandlung gegenüber den bessergestellten Bergbaurevieren erfahren. Alle diese Vorzugsbehandlungen im Punkte der Besteuerung würden in demselben Moment fallen, wo dieses Gesetz in Kraft träte; denn dann würde man versuchen, diesen Revieren nicht durch Vorzugsbehandlung die kürzere Arbeitszeit zu erhalten, sondern dann würde man ver-

(**Rosemann**, Abgeordneter.)

suchen, durch Verlängerung der Arbeitszeit, deren Möglichkeit in § 2 so schön gegeben ist, einen Ausgleich zu schaffen.

Wenn die bis jetzt bestehende Zwangswirtschaft der Kohle aufgehoben würde — und die Gefahr besteht doch; denn die Unternehmer drängen mit aller Macht darauf hin, jede Zwangswirtschaft aufzuheben — welche Folgen würden wohl daraus entstehen? Dann würden alle diese Reviere, die ich eben schon genannt habe, die schlechter gestellt sind, in Kürze keine sieben- oder siebeneinhalbstündige, sondern genau so wie früher achteinhalbstündige und noch längere Schichtzeiten aufzuweisen haben.

Auch § 4 enthält eine Verschlechterung gegenüber den bisherigen Verhältnissen. Bisher hatten wir eine Bergpolizeivorschrift, in der es heißt, daß in Betriebspunkten, in denen über 28 Grad Hitze vorhanden ist, eine sechsstündige Arbeitszeit innegehalten werden muß. Es ist der § 93c im Berggesetz. In dem neuen Gesetz soll, wenn keine Einigung im Tarif über derartige Fragen zustandekommt, die Bergbehörde entscheiden. Dabei weiß die Regierung, daß die **Bergarbeiter kein Vertrauen zur Bergbehörde** haben und auch nicht haben können. Die Regierung kennt die Forderung sämtlicher Bergarbeiterorganisationen auf Aufhebung der Berggewerbegerichte. Die Vorsitzenden dieser Berggewerbegerichte sind Bergräte, also die Bergbehörde selbst, und wenn die Bergarbeiter zu diesen Bergräten kein Vertrauen haben, dann ebensowenig zur Bergbehörde; denn die Berggewerbegerichtsvorsitzenden und die Bergbehörde sind ein und dieselben Personen. Und diese Bergbehörde, die nicht das geringste Vertrauen der Bergarbeiter besitzt, soll nun entscheiden, welche **Arbeitszeit an Betriebsorten mit über 28 Grad Celsius** maßgebend sein soll.

Wie Sie sehen, bringt dieses Gesetz dem Bergarbeiter nicht die geringste Verbesserung, wohl aber eine ganze Reihe von Verschlechterungen, und weil dem so ist, und weil die Bergarbeiterschaft ein Gesetz fordert, das den Achtstundentag für alle über Tage Beschäftigten und für die unter Tage Beschäftigten eine dementsprechend kürzere Zeit festlegt und sichert, aus diesem Grunde kann meine Partei der Überweisung dieses Gesetzes an einen Ausschuß nicht zustimmen.

Wir fordern nach wie vor die schleunige Einbringung eines Gesetzes, das die Arbeitszeit für alle gewerblichen Arbeiter und Angestellten regelt, und wissen, daß wir damit nicht nur die Forderung der Bergarbeiter, sondern der gesamten Arbeiterschaft vertreten.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Brey.

Brey, Abgeordneter: Ich habe mich zu dem Kapitel Tarif-, Lohn- und Einigungswesen gemeldet. Aus dem **Kranz** der angekündigten Gesetze befassen sich unmittelbar mit dieser Materie die Schlichtunsordnung und das Tarifgesetz. Die **Schlichtungsordnung** in der vorliegenden Form hat große Aufregung in den Arbeiterkreisen hervorgerufen. Gewerkschaftsversammlungen, die Gewerkschaftspresse, der Gewerkschaftsbund und die Arbeitsgemeinschaft der Angestellten haben Stellung genommen und lehnen die Form ab, die die Schlichtungsordnung jetzt aufweist. Sie erblicken darin einen **Eingriff in die Rechte der Arbeiter**.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Neben vielem andern erscheint den genannten Körperschaften unannehmbar der § 55 mit dem Anrufungszwang gegen den Willen der Beteiligten. Der Abstimmungszwang unter Aufsicht der Gewerbebeamten findet auch nicht Zustimmung. Ebenso richtet sich der Widerspruch gegen die Zwangsvorschrift über Zahl der Abstimmenden, die einfach zum Totlaufen des ganzen Abstimmungsmechanismus führen muß. Die Zwangsfrist für erfolgte Schiedssprüche, bevor andere Maßnahmen ergriffen werden dürfen, wird als unannehmbar bezeichnet. Die freien Gewerkschaften mit Einschluß der Angestelltenorganisationen sind der Auffassung, daß das, was erreicht werden soll, durch allgemeine Zwangsmaßnahmen nicht gefördert wird,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

daß vielmehr eine Betätigung der Arbeiterorganisationen für das Ziel, das, was das Gesetz will, zu erreichen, viel größere Garantien bietet, die Wirtschaftskonflikte in geordnete Bahnen zu lenken.

Ich kann das Arbeitsministerium sowohl als den hohen Reichstag nur dringend bitten, die Eingabe der beiden Spitzenverbände zu diesem Kapitel einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und jede Überhastung bei Verabschiedung des Gesetzes zu vermeiden.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das Tarifgesetz liegt im Entwurf noch nicht vor, wie wir aus den Darlegungen des Herrn Arbeitsministers entnehmen konnten; aber es ist in Vorbereitung. Die **Schaffung eines Tarifrechts** ist von den freien Gewerkschaften bereits im Jahre 1918 gefordert worden. Damals hatten die Erfahrungen gezeigt, daß ein Tarifvertragsrecht zu einer Notwendigkeit geworden ist. Die Tarifverträge hingen in der Luft. Sie fanden Anerkennung nur dort, wo die Bedingungen und die Satzungen des Tarifs von den Vertragskontrahenten nicht bestritten wurden. Aber in vielen Fällen wurde Einspruch gegen die Gültigkeit erhoben, und jeder Versuch, Abdingbarkeit der Verträge zu erreichen und die Arbeiter den Tarifbedingungen zu entziehen, hatte Erfolg.

Inzwischen ist da vieles anders geworden, und obwohl eine restlose Erfüllung der Forderungen der Gewerkschaften auch noch nicht erreicht ist, so ist doch festzustellen, daß das Rechtsverhältnis heute besser geworden ist. Auf dem Verordnungswege ist manches Praxis geworden, was die Gewerkschaften gefordert haben. Den Tarifverträgen ist ein gewisser Rechtsboden geschaffen worden. Dem Versuch auf Abdingbarkeit sind Grenzen gezogen. Wenn sich da auch noch Lücken zeigen, so möchte ich auch hier nicht eine überhastete Regelung der Materie empfehlen. Es sind heute noch immer Differenzen in der Auffassung vorhanden, von denen wir nach der kurzen Dauer des Tarifvertragswesens eine gute Regelung überhaupt nicht erwarten können.

Einige Punkte möchte ich aber für eine kommende Vorberatung eines Tarifgesetzes in den Vordergrund bringen. Als **Träger des Tarifwesens** können nur solche **Organisationen** angesehen werden, die ihre Mitgliedschaft nicht von der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Betriebe abhängig machen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Als Träger des Tarifwesens können nur Organisationen angesehen werden, die Arbeitgeber als Mitglieder nicht aufnehmen, und auch nur solche Organisationen, die die Interessen ihrer Mitgliedschaft selbständig und unabhängig wahrnehmen. Was sich da im Lande mit verschwindend geringen Mitgliedsziffern breit macht unter dem Namen „Deutscher Arbeiterbund" oder „Wirtschaftsfriedlicher Werkverein", kann die Interessen der Arbeiter nicht selbständig und unab-

(**Brey**, Abgeordneter.)

(A) hängig regeln, so daß solche Organisationssplitter als Tarifträger nicht angesehen werden können.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das entspricht auch durchaus der Abmachung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vom 15. November 1918. In Absatz 3 ist das klar und deutlich auseinandergesetzt. Da heißt es: die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die **Werkvereine** (die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortan vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.

Die gleiche Grundlage fordern wir auch für die Schlichtungsordnung. Nur auf dieser Basis ist die Möglichkeit gegeben, dem Tarifgedanken bei der Masse der Arbeiter Geltung zu verschaffen und das ganze Tarifwesen sich besser einspielen zu lassen, als das in der kurzen Zeit vom Jahre 1919 an bisher möglich war. Da auch hier die Verhältnisse noch ungeklärt sind, ist eine gewisse Zeit erforderlich. Im Tarifwesen haben Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Großindustrie eine kurze Tradition und Erfahrung. Bis zum Jahre 1914 und darüber hinaus stand der **Zentralverband deutscher Industrieller** auf dem Standpunkt, daß „**der Abschluß von Tarifverträgen** zwischen den Arbeitgeberorganisationen und den Organisationen der Arbeiter der deutschen Industrie und ihrer gedeihlichen Fortentwicklung überaus gefährlich" sei. Es ist also notwendig, daß, da die Umstellung, die bei den Unternehmern recht kurze Zeit hinter sich hat, eine Zeit der Erfahrung gewährt wird. Ich glaube, auch ohne eine überhastete Verabschiedung ist es möglich, im Rahmen der heutigen Verordnungsbestimmung manches abzustellen, was heute bei den Gewerkschaften als abstellbar bezeichnet wird. So könnten die **Anträge bei Allgemeingültigkeitserklärung** rascher zur Verabschiedung

(B) kommen als es heute der Fall ist. Man hört da auch überaus harte und ziemlich viele Klagen. Manchen von uns Gewerkschaftlern will es auch scheinen, als weiche das Reichsarbeitsministerium vor dem Geiste der Unternehmer, der in jener Entschließung zum Ausdruck kam, die ich schon angeführt habe, oft mehr als zuträglich zurück.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Dieser Geist, der in dieser Entschließung lebendig war, scheint wieder aufleben zu wollen. Ich möchte nicht unterlassen, das Arbeitsministerium aufzufordern, diesem Geist Konzessionen nicht zu machen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auf eine Erfahrung will ich verweisen, die die Verbände auf diesem Gebiete gemacht haben, die die **Angestellten in der Privatversicherung** als Tarifordner und als Tarifträger zu vertreten haben. Diese Verbände hatten am 23. März einen **Schiedsspruch** erlangt, der für das ganze Reich Gültigkeit bekommen sollte. Er war gefällt unter der Zustimmung der drei neutralen Vorsitzenden. Nach Brauch sind bei den vier Verbänden bei solchen Verhandlungen immer drei neutrale Vorsitzende zugegen. Als Leiter war ein Herr aus dem Aufsichtsamt für Privatversicherung beauftragt. Die vier Herren stellten sich auf den Standpunkt, daß der Tarif gültig werden müsse. Also mit übergroßer Mehrheit und auch unter Mitwirkung von Herren, denen man nicht zum Vorwurf machen kann, daß sie die Personen, die unter den Tarif als Angestellte fallen, irgendwie bevorzugen würden. Trotzdem wurde die **Verbindlichkeitserklärung vom Arbeitsministerium abgelehnt**. Die Organisationen finden für diese Ablehnung um so weniger eine Erklärung, weil sie der Auffassung sind, daß dadurch Konflikte bei ihren Mitgliedern mit ihren

(C) Versicherungsgesellschaften, in denen sie im Angestelltenverhältnis stehen, entstehen können.

Nun, da die Verbindlichkeitserklärung für das Reich abgelehnt war, war nichts natürlicher, als daß örtlich der Versuch gemacht wurde, die Dinge zu regeln. In Magdeburg war ein solcher Versuch gemacht. Ihm folgte ein Schiedsspruch, der den Angestellten günstig war. Der Schiedsspruch sollte auf Antrag der Tarifträger verbindlich erklärt werden. Das wurde von dem Herrn Demobilmachungskommissar abgelehnt. Auf die verwunderte Frage: warum, wurde schriftlich erklärt, daß das Reichsarbeitsministerium ihn aufgefordert habe, nicht eher über den Antrag zu entscheiden, bis ein Gutachten des Reichsarbeitsministeriums in dieser Frage vorläge. Die beteiligten Verbände hatten eine Unterredung mit mehreren Herren aus dem Reichsarbeitsministerium, darin wurde erklärt, daß das Reichsarbeitsministerium sich in die Frage der **Verbindlichkeitserklärung in Magdeburg** nicht mischen würde, und die ihm seitens des Regierungspräsidenten eingesandten Akten zurücksenden werde mit dem Entscheid, daß der Demobilmachungskommissar Magdeburg seine Entscheidung völlig selbständig zu treffen habe, und daß das Reichsarbeitsministerium sich jeden Eingriffs in diese Entscheidung enthalte.

Trotzdem erklärte dazu der Demobilmachungskommissar Magdeburg nach telephonischer Rücksprache mit dem Reichsarbeitsministerium, Herr Wulff, daß es die Verantwortung für die Verbindlichkeitserklärung nicht übernehmen zu können glaube, und daß er (Herr Wulff) an seiner Stelle die Verbindlichkeitserklärung ablehnen würde.

Trotz dieser Erklärung der Herren Ministerialdirektor Dr. Sitzler, Ministerialdirektor Dr. Hausmann und Regierungsrat Steinmann ist Einmischung von einem Herrn aus dem Reichsarbeitsministerium, einem

(D) Herrn Wulff, geschehen, der diese Einmischung auch gar nicht bestreiten konnte, sie aber damit erklärte, daß er seine Privatansicht geäußert habe. Diese Privatäußerung hatte aber die Wirkung, daß es in Magdeburg nicht zu einer Verbindlichkeitserklärung kam, weil man annehmen mußte, daß das Arbeitsministerium eine solche Verbindlichkeit nicht wolle. Ich kann nicht einsehen, daß ein solches Eingreifen im Interesse der friedlichen und einigenden Schlichtung gelegen wäre. Ich kann auch nicht einsehen, warum der Schiedsspruch für das Reich nicht für verbindlich erklärt worden ist. Einmal wollten die Arbeitgeber diese Reichsverbindlichkeit nicht haben. Als dann örtlich geregelt werden sollte, wollten sie auch die örtliche Regelung nicht haben.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

In beiden Fällen wurde ihr Wunsch erfüllt, und das sehe ich als ein Zeichen an, daß absichtlich oder unabsichtlich jenem tariffeindlichen Geist vor dem Jahre 1918 im Arbeitsministerium Rechnung getragen wurde.

Ich meine dann weiter, daß beim **Arbeitsministerium** eine gewisse **Passivität im Einigungswesen** eingerissen ist, die mir durchaus nicht erforderlich erscheint, besonders nicht bei Konflikten, die das ganze Wirtschaftsleben zu unterwühlen und zu erschüttern drohen. Daß der Herr Arbeitsminister bei dem **süddeutschen Metallarbeiterausstand**, verschärft durch Aussperrung, sich auf einen Aufruf an beide Teile, sich zu verständigen, beschränken mußte, das leuchtet mir nicht ein. Gewiß unterschreibe ich jedes Wort von dem, was er gesagt hat. Aber mir ist bekannt, daß der Herr Arbeitsminister weiß, daß die Metallarbeiterorganisation durchaus zur Verständigung bereit ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich erinnere mich eines ähnlichen Vorganges in Elbing. Da wußte der Herr Minister schärfere Töne zu finden,

(**Brey**, Abgeordneter.)

(A) obwohl der Konflikt nicht die gewaltige Auswirkung hatte, und er hatte damals mit seiner schärferen Tonart Erfolg. Trotz aller Anerkennung seiner Worte und des Geistes, der aus seinen Worten sprach, ist er mir hier zu sanft gewesen. Ich glaube, ein schärferer Appell, vielleicht auch die Ankündigung einer Maßnahme, die mir sehr wohl denkbar erscheint, hätte mehr Erfolg gehabt gegenüber jenen hartgesonnenen Herrschaften, die in der Metallindustrie als Arbeitgeber organisiert sind.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Dr. Moldenhauer hat Vorkommnisse bei einem **Zementarbeiterstreik in Heidelberg** berührt und dabei auch vom Terror gesprochen. Ohne Zweifel stützt er sich dabei auf eine Anfrage, die in die Akten des Reichstags gebracht worden ist, und wenn Sie irgendeinen gesetzgeberischen Erfolg zeitigen sollte, würde dadurch das Tarif- und Einigungswesen nicht gefördert werden.

Weder Herr Moldenhauer noch die Verfasser der Anfrage haben sich nach den Dingen bei allen Teilen erkundigt. Was daran wahr und was übertrieben, wird die Untersuchung zeigen. Einmal ist es nicht wahr, daß die Drahtseilbahn gesprengt worden ist.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist ein Ständer beschädigt. Dann ist es nicht wahr, daß der Steinbruch in Nußloch gestürmt worden ist. Alles das gehört in das Gebiet der Fabel, wie auch jene Mitteilung in das Gebiet der Fabel gehört, die seitens der Werksleitung ausgesprengt wurde, daß die Fabrik von den Streikenden gestürmt worden sei. Niemand von uns, und ich am wenigsten, rechtfertigt die Vernichtung von Werten, und die einfache Erwägung, daß man durch **Zerstörung oder Beschädigung wichtiger Betriebsmittel** die Aufnahme der Arbeit hindert, also den Streikerfolg hinauszieht, lehnt sich gegen solche (B) Zerstörung auf. Darf man hier die alte Rechtsfrage aufwerfen: Wem nützt es? dann sucht man die Täter und Anstifter ganz wo anders als in den Reihen der Gewerkschaften.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn es in Leimen Arbeiter gibt, die die von mir angezogenen Erwägungen nicht angestellt haben, wenn Beschädigungen von Betriebsanlagen vorgekommen sein sollten — daß sie nicht in der behaupteten Weise vorgekommen sind, habe ich festgestellt —, so ist das auf die begangenen Sünden vor und nach dem Kriege zurückzuführen,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

Sünden gegen das Recht der Arbeiter, gegen ihre berechtigten Ansprüche, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarife zu regeln, gegen ihre berechtigten Ansprüche, in dieser Regelung Instanzen mit zuziehen zu können als Gegengewicht gegen die Macht der Unternehmer, und da ist in erster Linie der Unternehmer als Sünder zu bezeichnen, der jahrelang den Arbeitern das Recht der Vereinigung bestritten hat. Damals hat man von Koalitionszwang und Terrorismus auf dieser Seite nichts gehört. Aber die Akten des Reichstags sind gefüllt von solchen Terrorismusfällen und Koalitionszwang,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

und die Unternehmer haben das Recht der Vereinigung verhindert und damit auch die Aufklärung und Erziehung der Arbeiter zu dem Tarifgedanken verhindert.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Und die Arbeiter selbst haben dadurch gesündigt, daß sie sich diese Sklavenrolle aufdrängen ließen und so ihre eigene Schulung verhindert haben. Die dritten Sünder sind die Sachverständigen der Gelbsucht, die Leiter der Werksvereine, die nun, nachdem die Leute ihrer Leitung entglitten sind, diese ihre ehemaligen Mitglieder als (C) Vandalen brandmarken.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der **Streik in der Zementindustrie** ist von ungeheurer Wichtigkeit für das Wirtschaftsleben, und deshalb möchte ich die Aufmerksamkeit des Herrn Reichsarbeitsministers ganz eindringlich darauf richten. Dann habe ich noch die Unterstellung, die gemacht worden ist, zurückzuweisen und die durch die Anfrage in die Akten des Reichstages gekommen ist, daß der Sekretär des freien Fabrikarbeiterverbandes, Herr Engelhard, und der Sekretär des christlichen Fabrikarbeiterverbandes, Herr Plattner wohl mit Namen, die Anstifter und Leiter jener terroristischen Akte gewesen seien. Das gehört auch in das Gebiet der Fabel, und das ist die mildeste parlamentarische Rüge, die ich einer solchen Unterstellung erteilen kann. Unbegründete Verdächtigung und Verleumdung wäre zutreffender.

Nun haben aber diese Sekretäre mit ihren Spitzenverbänden im Jahre 1919 sich bemüht, einen **Reichstarif für die Zementindustrie** zu schaffen. Er ist zustande gekommen. Er ist aber nicht in allen seinen Teilen gehalten worden. Die Sekretäre in Heidelberg und ihre Spitzenverbände haben sich bemüht, einen Reichstarif für die jetzige Erzeugungsperiode zustande zu bringen. Die Herren in dem zuständigen Arbeitgeberverband, vor allem die Syndici haben dieses Bestreben abgelehnt mit der Formel, der Tarifgedanke sei überspannt.

(Hört! Hört! links.)

In Leimen bei Heidelberg suchte man die Dinge mit dem Deutschen Arbeitbund — so heißt das gelbe Gebilde ja wohl — zu regeln, obwohl die Unternehmerorganisationen in dem angezogenen Paragraphen 3 den Beschluß gefaßt haben, daß gelbe Arbeiterverbände als Tarifträger nicht in Frage kommen. (D)

In der Zementindustrie ist die Wirtschaft geregelt zugunsten der Zementindustriellen: glatter Absatz; stete Steigerung der Preise. Die Werke lassen sich eine tarifliche Regelung gefallen, wie sie der beste Arbeitertarif nicht besser machen kann.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Regelung hat gleiche Preise im Gefolge. Aber die Bezahlung der Arbeiter schwankte im Reiche zwischen 3,85 und 13,85 Mark die Stunde.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die glorreichen Tarifkontrahenten des gelben Bundes in Leimen hatten eine Regelung, die im Januar einen Stundenlohn von 8,50, im Februar von 9,50 Mark vorsah. Dafür kauft sich der Arbeiter noch nicht ein Brot. Es ist ganz selbstverständlich, daß nun die Arbeiter zu einer anderen Auffassung gekommen sind. Aber zum Tarif will man sie nicht gelangen lassen. In Süddeutschland und Westfalen ist man zu einer Verständigung gekommen. Leimen und Hessen machen eine Ausnahme, weil da die Firma Schott einen wesentlichen Einfluß auszuüben in der Lage ist. In Norddeutschland ist man auch noch nicht zu einer Verständigung gekommen. Auch aus anderen Gründen halte ich es für dringend notwendig, daß das Arbeitsministerium sich um diese Dinge kümmert. Vergessen habe ich anzuführen, daß die Werke, die der Leimen-Direktionsherrschaft unterstehen, es auch abgelehnt haben, mit dem Sozialminister für Baden in eine Besprechung der Dinge einzutreten.

Daß ich die Sache bei diesem Kapitel zur Sprache bringe, erklärt sich einmal daraus, daß der Versuch gefördert werden muß, bei allen Gelegenheiten die Unternehmer zum Tarifabschluß, zur Vertragstreue zu bewegen. Aber es ist noch etwas anderes. Dieser Streik,

(Brey, Abgeordneter.)

(A) der in Norddeutschland — dazu gehören auch Pommern und Oberschlesien — noch tobt, hat wirtschaftliche Auswirkungen. Er ist verhängnisvoll für die weiterverarbeitende Industrie, für das Baugewerbe und droht, die Nebenberufe, den Handel, lahmzulegen, ist geeignet, das ganze Bauprogramm des Arbeitsministeriums über den Haufen zu werfen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich frage: bewilligt etwa deshalb der Reichstag Milliarden für den Wohnungsbau, die den Finanzministern in hartem Kampfe abgerungen werden, um letzten Endes zu erleben, daß der ganze Bauplan, die ganze Bauwirtschaft die größten Störungen erleidet?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Größe des Wohnungselends, die Tausende, die im Lande nach einer Behausung schreien, fordern gleich dringend, daß das Unternehmertum in der Zementindustrie, soweit es sich nicht zur Verständigung bequemt hat, zur sozialen Pflicht aufgerufen wird, wenn nicht anders, dann mit Nachdruck.

Ich meine, aus den angeführten Gründen braucht sich das Arbeitsministerium an Formalien nicht zu stoßen. Sollen die bewilligten Summen ihrer Zweckbestimmung zugeführt werden, dann muß mit der Zementarbeitgeberorganisation ein ernstes Wort geredet werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die unter der Wohnungsnot Leidenden werden ihm tausendfachen Dank wissen, der auch in weiten Kreisen unserer Wirtschaft Widerhall finden wird. Die Unternehmer können da nach meiner Meinung kaum ausweichen, und sollten sie es dennoch, dann gibt es noch Rechtsgründe, die das **Arbeitsministerium** veranlassen können, auf **Beilegung des Konflikts** hinzuwirken.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

(B) Noch gilt für die Unternehmer der Vertrag, den sie am 15. November 1918 mit den Gewerkschaften abgeschlossen haben. Dieser Vertrag verpflichtet sie, die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Angestellten durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen und die Verhandlungen hierüber ohne Verzug aufzunehmen und schleunigst zum Abschluß zu bringen. Der Verzug in der Zementindustrie, vor allen Dingen in Leimen dehnt sich etwas sehr lange aus. Übrigens ist dieser Vertrag von den Volksbeauftragten auch auf dem Verordnungswege Recht geworden, so daß das Arbeitsministerium sich nicht nur auf die Wahrung wichtiger allgemeiner Interessen, sondern auch auf das bestehende Recht berufen kann. Möge das Arbeitsministerium das bald und mit Erfolg tun! Es sind lediglich Gründe des allgemeinen Wirtschaftslebens, insbesondere solche, die ich aus der Wohnungsnot herleite, also lediglich das Bestreben, die Differenzen durch Einigungsverhandlungen auf tariflichem Wege zu begleichen und die Arbeitsverhältnisse in Ordnung zu bringen. Andere Gründe als Leiter einer der meistbeteiligten Organisation leiten mich durchaus nicht. Es würde falsch sein, diese Gründe etwa in dem finanziellen Aufwande zu suchen, den wir zu machen haben. Das scheidet vollständig aus. Lediglich die Gründe, die ich angeführt habe, waren maßgebend für meine Ausführungen. Ich glaube, diese Gründe dürften auch für das Arbeitsministerium maßgebend sein, den Eingriff zu tun, den ich vorhin gewünscht habe.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Bevor ich das Wort weiter gebe,

(Unruhe)

— Herr Abgeordneter Adams, der Präsident spricht jetzt — mache ich darauf aufmerksam, daß zu diesem Titel allein (C) noch 10 Redner gemeldet sind. Ich bitte dringend, unserer Geschäftslage Rechnung zu tragen; ich kann aber jetzt schon sagen, daß ich keine Möglichkeit sehe, heute etwa um 7 Uhr abends schon die Sitzung zu schließen. Wir müssen vorwärts kommen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schimmelpfennig.

Schimmelpfennig, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Dem Wunsche des Herrn Präsidenten werde ich Rechnung tragen und in aller Kürze, aber mit um so größerer Betonung und Schärfe das hier zum Ausdruck bringen, was ich für nötig halte. Bei dem Titel des Etats, der uns jetzt beschäftigt, habe ich bereits im vorigen Jahre an den Herrn Reichsarbeitsminister eine Frage gerichtet, deren Beantwortung noch aussteht.

(Hört! Hört! rechts.)

Diese Frage behandelte einen Gegenstand, der ja auch heute schon in den Ausführungen des Herrn Reichsarbeitsministers am Schlusse der allgemeinen Aussprache berührt wurde. Ich habe im vorigen Jahre den Herrn Arbeitsminister gefragt, ob er endlich bereit ist, der **Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes** die **Tariffähigkeit** zuzusprechen. Die Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes ist dem Reichslandarbeiterbund angeschlossen.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Dem Gelben!)

— Allerdings keinem roten. — Ich sage, diese Arbeitnehmergruppe ist dem Reichslandarbeiterbunde angeschlossen und gehört somit auch zu dem Nationalverbande Deutscher Berufsvertretungen.

Der Herr **Minister** hat vorhin in ziemlich feierlicher Form seine **Stellungnahme** gegenüber diesem Verbande hier festgelegt. Ich kann ja aus den Ausführungen, die er vorhin gemacht hat, die Antwort auf meine Frage (D) eigentlich vorweg nehmen. Aber umso mehr möchte ich diese Gelegenheit benutzen, den Herrn Reichsarbeitsminister auf die ungeheure Erregung hinzuweisen, die seine Stellungnahme in dieser für die pommersche Landwirtschaft so wichtigen Frage hervorrufen wird.

(Sehr richtig! rechts. — Widerspruch links.)

In der pommerschen Landwirtschaft — das will ich besonders den Herren auf der Linken sagen — herrscht gewiß keine herzliche Zuneigung zu der Berliner Regierung. Diese sollte sich daher in jeder Weise bemühen, jeden Konfliktstoff, der auftreten könnte, zu vermeiden und zu verhindern. Der Herr Reichsarbeitsminister hat aber durch seine Ausführungen vorhin neuen Konfliktstoff in die pommersche Landwirtschaft hineingeworfen.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe links.)

Er hat den Kampf angekündigt; er hat diesen Kampf gewollt — und soll ihn haben.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Ich darf jetzt noch einmal den letzten Versuch machen, den Herrn Reichsarbeitsminister von seinem Irrtum zu befreien, in den er verfallen ist. Ich möchte ihn darauf hinweisen, daß der Gegensatz, in dem er sich zur pommerschen Landwirtschaft und besonders zum Pommerschen Landbund befindet, durch die Art und Weise verschärft wird, wie er zu der Entwicklung, die diese ganze Frage in den letzten zwei Jahren genommen hat, Stellung genommen hat. Auch in der **pommerschen Landwirtschaft** haben die landwirtschaftlichen Arbeitgeber in den letzten zwei Jahren **Kollektivverträge** mit den landwirtschaftlichen Arbeitnehmern abgeschlossen. Die Verhandlungen für diese Verträge wurden in Pommern dadurch sehr erschwert, daß die dort entstandene und immer mehr gewachsene Arbeitnehmergruppe diese Tariffähigkeit nicht

(Schimmelpfennig, Abgeordneter.)

vom Reichsarbeitsminister erhielt. Inzwischen ist die Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes die stärkste Landarbeiterorganisation geworden.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Die rote Organisation, die zunächst dort Boden gefaßt hatte, steht vor dem völligen Zusammenbruch.

(Lebhafter Widerspruch und dauernde Unruhe links. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Der Herr Abgeordnete Schimmelpfennig hat weiter das Wort, und zwar allein.

Schimmelpfennig, Abgeordneter: Meine Herren! Ich kann ja die Erregung verstehen, die aus Ihren Zurufen spricht. Ich kann besonders Ihnen, Herr Abgeordneter Schmidt (Cöpenick), sagen: Ihre Tätigkeit in Pommern, die Sie in der Arbeiterfrage dort ausgeübt haben, ist direkt verheerend gewesen, und die Folgen erleben Sie jetzt in Pommern.

(Andauernde lebhafte Unruhe und erregte Zurufe links. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Herr Abgeordneter Hoch, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß das Wort, das Sie gebraucht haben, parlamentarisch nicht zulässig ist.

Schimmelpfennig, Abgeordneter: Ich habe nicht die Absicht, auf die Zwischenrufe des Herrn Abgeordneten Schmidt (Cöpenick) weiter einzugehen. Um aber kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, möchte ich doch sagen: ich halte ihn und seinen Verband, der noch in Pommern sein kümmerliches Dasein fristet, für viel zu unbedeutend, um mich mit ihm zu beschäftigen.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Diese Tarifverträge, die die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber des Pommerschen Landbundes abschlossen, wurden von dem Herrn Reichsarbeitsminister nicht anerkannt.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Es wurden in Berlin Schlichtungsausschüsse eingesetzt und deren Schiedssprüche, die sachlich Tarifverträge enthielten, für verbindlich erklärt. Der Herr Minister ist verschiedentlich ersucht worden, eine andere Stellungnahme einzunehmen. Er stützt sich nun bei seinem Verhalten auf einen **Beschluß**, der in einem Ausschuß des **Reichswirtschaftsrats** in dieser Frage gefaßt worden ist. Dieser Beschluß hat damals mit einer Mehrheit von einer Stimme, glaube ich, auch die **Tariffähigkeit der Arbeitnehmergruppe** abgelehnt. Wie er zustande gekommen ist, lohnt sich in diesem Augenblick nicht zu besprechen. Nur das eine möchte ich sagen, daß die Änderungen der Satzung, die damals beanstandet wurde, sofort von der Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes in dem Sinne vollzogen wurde, daß jeder Grund, der damals Anlaß war, die Tariffähigkeit weiter abzusprechen, hinfällig wurde. Dann wurde eine neue Forderung auf Anerkennung der Tariffähigkeit an den Herrn Minister vom Pommerschen Landbunde gestellt. Auch diese Forderung wurde abgelehnt.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Darauf machte der Pommersche Landbund folgenden Vorschlag. Es sollte ein Schlichtungsausschuß unter Vorsitz von drei vom Kammergerichtspräsidenten zu ernennenden höheren Richtern eingesetzt werden, der darüber entscheiden sollte, ob die Arbeitnehmergruppe tariffähig sei oder nicht. Auch auf diesen Vorschlag ging der Herr Minister nicht ein.

(Hört! Hört! rechts. — Sehr richtig! links.)

Nach der Haltung, die er heute in dieser ganzen Frage eingenommen hat, wundert uns das nicht.

(Sehr wahr! rechts.)

Aber, wenn man die geschichtliche Entwicklung der Arbeiterbewegung in seiner engeren Heimat mit erlebt hat, muß man erwarten, daß auch diejenigen, die auf einem andern Boden stehen, begreifen, daß wir unter keinen Umständen gewillt sind, uns diese Behandlung weiter gefallen zu lassen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Sind Sie der Arbeitervertreter!)

Gerade unsere Arbeiter, die in der Arbeitnehmergruppe vereinigt sind, sind die Vorkämpfer in dem Kampf, den wir hier führen.

(Lautes Lachen links. — Lebhafte Zustimmung rechts.)

Die pommersche Landwirtschaft wird einig und geschlossen in dieser Frage zusammenstehen. Aber auf keinen Fall wird die Leistungsfähigkeit und die Arbeitsfreudigkeit in der pommerschen Landwirtschaft durch die Art, wie der Minister bisher zu dieser Frage Stellung genommen hat, gefördert.

(Zustimmung rechts.)

Gerade die pommersche Landwirtschaft hat ja eine gewiß nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Ernährung unseres gesamten Volkes.

(Sehr richtig! rechts.)

Gerade aus diesem Grunde muß ich die dringende Bitte an den Herrn Minister richten, seine Haltung in dieser Frage zu ändern. Der Herr Minister muß doch, wie man annehmen sollte, die Verfassung des Deutschen Reichs kennen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Ich darf vielleicht einen Satz aus dem **Art. 159 der Verfassung** vorlesen, der folgendermaßen lautet:

> Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.

(Hört! Hört! rechts. — Zurufe links: Das merken Sie sich nur!)

In Art. 159 heißt es dann weiter:

> Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört! Sehr richtig! — Gegenrufe links. — Rufe von den Deutschnationalen: Die Verfassung haben Sie doch gemacht!)

Der Herr Minister bringt es nun, natürlich ohne es zu wollen und vielleicht in bester Absicht — das nehmen wir bei uns in Pommern immer als selbstverständlich an — durch seine Haltung dahin, daß die Koalitionsfreiheit zur Unfreiheit, zum Zwange wird.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wir sind nicht gewillt, uns diesem Zwang zu fügen.

(Bravo! rechts.)

Deswegen sage ich zum Schlusse noch einmal: Herr Minister, wenn Sie den Kampf in dieser Frage weiterführen wollen, dann sollen Sie ihn haben. Ich rufe alle diejenigen, die in dieser Frage mit uns einig sind, auf, mitzuhelfen, damit der Freiheit ein Weg gebahnt wird.

(Lebhafter Beifall rechts. — Lautes Lachen links.)

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Simon (Franken).

Simon (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe schon bei der Etatberatung im vorigen Jahr auf einen Mißstand hingewiesen und um Abhilfe gebeten. Diese Abhilfe ist leider nicht erfolgt, so daß ich genötigt bin, erneut auf diesen Mißstand hinzuweisen und dringend um Abhilfe zu ersuchen. Es handelt sich um einen Vorgang, auf den der Herr Abgeordnete **Brey** schon hingewiesen hat, nämlich um

(Simon [Franken], Abgeordneter.)

(A) die **schleppende Behandlung der Verbindlichkeitserklärung abgeschlossener Tarifverträge.** Es herrscht im Ministerium noch die alte Bureaukratie. Wenn von Unternehmern und Arbeitern Tarifverträge abgeschlossen werden, dann wird erst bei sämtlichen Regierungen der Freistaaten angefragt, ob diesen Tarifverträgen eine allgemeine Bedeutung beizumessen sei und ob sie als verbindlich erklärt werden können. Diese Regierungen fragen dann in der Regel bei den Gewerkschaften, die diese Tarifverträge abgeschlossen haben, an und erkundigen sich, welche Antwort sie dem Reichsarbeitsministerium geben sollen. Daher kommt es dann, daß die Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen oft sechs, acht, zehn Wochen, ja über ein Vierteljahr auf sich warten läßt. Das ist besonders mißlich in der gegenwärtigen Zeit, wo fast alle vier oder sechs Wochen neue Verhandlungen stattfinden müssen, um die Löhne der Teuerung anzupassen, so daß die Verbindlichkeitserklärung über einen Nachtrag eines Tarifvertrages noch nicht vorliegt, wenn neue Nachträge zwischen Arbeitnehmer- und Unternehmervertretungen abgeschlossen werden. Ich bin der Meinung, daß sich solche **Rückfragen an die einzelnen Länder** erübrigen, wenn einmal in einem Berufe sämtliche bestehenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen einen Tarifvertrag abschließen, und wenn schon solche Rückfragen für notwendig erachtet werden, dann brauchten sie doch nicht bei jedem Nachtrag des Tarifvertrages wiederholt zu werden.

(Sehr wahr! links.)

Diese späteren Rückfragen könnte man wenigstens ersparen und so dafür Sorge tragen, daß die Verbindlichkeitserklärung rascher erfolgt, als es bisher der Fall war.

Was ist die **Folge dieses schleppenden bureaukratischen Ganges?** (B) Die Folge ist die, daß ein Teil der Unternehmer, die sogenannten Außenseiter, die einer Unternehmerorganisation nicht angehören, sich weigern, solange der Tarifvertrag nicht als rechtsverbindlich erklärt ist, die in diesen Verträgen festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren. Wird dann der Tarifvertrag als rechtsverbindlich erklärt, und zwar rückwirkend von dem Tage des Abschlusses ab, dann muß gegen den Unternehmer Klage erhoben werden, damit er die Löhne nachzahlt. Vielfach ist das, abgesehen davon, daß inzwischen der Wert der Mark wieder gesunken ist und nicht mehr dem Werte entspricht, den er mehrere Wochen oder Monate vorher gehabt hat, bei einem Teile der Unternehmer gar nicht möglich: sie können die rückständigen Löhne gar nicht nachzahlen. Solche Fälle haben wir in der Tat schon zu verzeichnen gehabt.

Ich möchte daher noch einmal dringend ersuchen, daß die fortgesetzten Rundfragen bei den einzelnen Regierungen unterbleiben, und sie können in all den Fällen unterbleiben, wenn sämtliche Unternehmer- und Arbeiterorganisationen eines bestimmten Gewerbezweiges die Tarifverträge abgeschlossen haben.

Dann noch ein anderes! Diese Tarifverträge hängen aber auch heute — auch darauf ist hingewiesen worden — insofern in der Luft, als auch nach der **Verbindlichkeitserklärung** nach der Judikatur nur diejenigen Arbeitgeber verpflichtet sind, den Bestimmungen des Tarifvertrages zu entsprechen, welche Unternehmerverbänden, die Tarifkontrahenten sind, angehören. Eine Reihe von Amtsrichtern steht auf dem Standpunkt, daß auch die Verbindlichkeitserklärung des Tarifvertrags den **Unternehmer, der einem Unternehmerverband nicht angehört,** nicht verpflichtet, dem Tarifvertrag zu entsprechen und die dort festgesetzten Löhne zu bezahlen. Es wird notwendig sein, daß hier (C) schleunigst ein Verordnung oder ein Notgesetz geschaffen wird; denn wenn dem Tarifvertragsgedanken Eingang verschafft werden soll und wenn man sich auf den Standpunkt des Reichsarbeitsministeriums stellt, daß der Wirtschaftsfriede aufrechterhalten werden soll, dann müssen Sie auch die Maßnahmen treffen, mit denen es möglich ist, diesen Wirtschaftsfrieden aufrechtzuerhalten.

Herr Kollege Andre hat den Herrn Minister aufgefordert, dafür sorgen zu wollen, daß bei Tarifverträgen eine größere **Spanne zwischen dem Lohn der gelernten und der ungelernten Arbeiter** geschaffen werde. Er hat insbesondere auf die Bauarbeiter verwiesen, er hat darauf hingewiesen, daß hier nur eine Spanne von ungefähr 10 Pfennigen zwischen dem Lohn der Bauhilfsarbeiter und dem der gelernten Maurer vorhanden sei. Er glaubte, dadurch würde vor allen Dingen verhindert, daß noch jemand einen Beruf lerne, und es sei doch notwendig, daß wir immer mehr Qualitätsarbeit leisten, was verhindert würde, wenn nicht Berufe erlernt werden. Herr Kollege Andre sollte diese Frage doch füglicherweise besser den Gewerkschaften überlassen.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Bauarbeiter, die Maurer und die Bauhilfsarbeiter gehören einer einzigen Organisation an, nicht nur bei den freien Gewerkschaften, sondern auch bei den christlichen und den Hirsch-Dunkerschen. In allen diesen drei Gewerkschaftsrichtungen hält man eine große Spanne zwischen dem Lohn der gelernten und ungelernten Arbeiter, wie diese Kollege Andre verlangt, nicht für berechtigt. Die Maurer selbst verlangen gar nicht, daß eine solche Spanne im Lohn vorhanden ist, wie sie hier verlangt wird.

(D) Wenn aber hier in der Diskussion andere Redner, insbesondere von der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei bei Besprechung der Lehrlingsfrage verlangt haben, daß die **Lehrlinge nicht durch die Tarifverträge** erfaßt werden dürfen, sondern daß ihr Arbeitsverhältnis durch Lehrverträge, die zwischen dem Lehrherrn und den Eltern des Lehrlings abgeschlossen werden, seine Regelung finden sollte, so wissen wir ganz genau, worauf man hierbei hinzielen will. Man will es ermöglichen, daß man billige und willige Ausbeutungsobjekte hat. Man will nicht haben, daß der Lehrling schon eine entsprechende Entschädigung erhält. Im Gegenteil! Es gibt Berufe, wo, obwohl die Lehrlinge in der Regel nichts lernen, wie das gerade sehr häufig bei den **Schuhmacherlehrlingen** der Fall ist, der Vater des Lehrlings noch 3- bis 4000 Mark Lehrgeld zahlen soll; und in der Regel liegen die Dinge so, daß der kleine Meister, der keinen Gehilfen beschäftigt, nur auf Reparaturen angewiesen ist, keine neue Arbeit zu machen imstande ist, so daß der Lehrling, wenn er ausgelernt hat, tatsächlich nichts gelernt hat, als lediglich Reparaturen zu machen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und dafür soll dann der Junge drei bis vier Jahre lernen, und obendrein sollen die Eltern noch ein Lehrgeld von 3- bis 4000 Mark zahlen.

Solche Lehrverträge lehnen wir ab. Dem Herrn Kollegen Andre ist es anscheinend ganz unbekannt, daß die Tendenz in der Entwicklung der Industrie dahingeht, daß es sich bei der großen Arbeitsteilung, wie sie in einzelnen Berufen, in einzelnen Industriezweigen durchgeführt wurde, nicht um gelernte Arbeiter, sondern um angelernte Arbeiter handelt, bei denen eine längere Lehrzeit sich vollständig erübrigt, und daß durch die

(Simon [Franken], Abgeordneter.)

(A) Arbeitsteilung trotzdem eine gute Qualitätsarbeit hergestellt wird. Beweis hierfür, um einen Beruf zu nennen, ist wiederum die Schuh-Großindustrie. Ich könnte natürlich auch noch auf andere Berufszweige verweisen. In der Metallindustrie zeigt sich ja auch eine fortgesetzte Teilung der Arbeit, fortgesetzte Neuerung an Maschinen, die es ermöglicht, daß auch angelernte Arbeiter Qualitätsarbeit leisten.

Von dem letzten Herrn Redner, dem Herrn Abgeordneten Schimmelpfennig, wurde dem Herrn Arbeitsminister Fehde dafür angesagt, daß er die **gelben Organisationen** nicht **als Tarifkontrahenten** anerkennen will. Ich glaube, den Herrn Arbeitsminister wird die Ankündigung dieses Kampfes ziemlich kalt lassen können, weil ja hinter diesen sogenannten wirtschaftsfriedlichen Arbeiterorganisationen nichts steht. Es kommt aber etwas anderes hinzu. Die auf freiem Boden stehenden Gewerkschaften haben sich die Tarifverträge erkämpft. Es wurde schon vom Abgeordneten Brey darauf hingewiesen, daß in der Vorkriegszeit die Unternehmer es ja prinzipiell abgelehnt haben, Tarifverträge abzuschließen. Erst durch die Stärke der Gewerkschaften, erst dadurch, daß insbesondere die freien Gewerkschaften den größten Teil der beschäftigten Arbeiter als Mitglieder in sich aufgenommen hatten, war es möglich, einen solchen Druck auf die Unternehmer auszuüben, daß sie nunmehr auch tariffreundlich geworden sind. Meine Damen und Herren, wenn es auf die gelben Gewerkschaften angekommen wäre, würden wir heute noch keine Tarifverträge haben, denn sie hatten ja die Tarifverträge gar nicht notwendig. Sie werden ja von den Unternehmern subventioniert.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(B) Sie erhalten ja aus den Überschüssen der Betriebe in ihre Kassen Mittel zugeführt, damit sie selbst nicht so hohe Beiträge zu bezahlen brauchen. Die **Unternehmer** erklären ja selbst: in dem Augenblick, wo wir diesen **wirtschaftsfriedlichen Organisationen** die **Subventionen** entziehen, werden diese wirtschaftsfriedlichen Organisationen natürlich nicht mehr existieren können, werden sie der Auflösung verfallen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Darin sind sich sowohl die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, als auch die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen einig. Es gibt hier gar keine Meinungsverschiedenheiten unter ihnen darüber, daß sie die gelben Gewerkschaften niemals als Tarifkontrahenten anerkennen werden.

Meine Damen und Herren! Es war sehr interessant, daß der Herr Abgeordnete Schimmelpfennig sich zur Begründung seines Standpunktes und um den Herrn Arbeitsminister ins Unrecht zu setzen, auf die Weimarer Verfassung berufen hat, auf die die Herren sonst pfeifen, und mit dem Rufe geschlossen hat, man solle endlich der Freiheit einen Weg bahnen. Natürlich der Freiheit, wie Sie sie verstehen! Meine Herren! Wenn Sie sich auf die Verfassung berufen, dann tun Sie es mit Unrecht, denn Sie sind es ja, die die Arbeiter hindern, sich der Organisation anzuschließen, der sie eigentlich zugeführt werden müßten. Glauben Sie, daß die Landarbeiter in Pommern sich aus freien Stücken dem Pommerschen Landarbeiterbund angeschlossen haben? Nein, durch den Druck der pommerschen Agrarier ist das geschehen.

(Sehr richtig! links.)

Also damit, daß Sie sich auf die Verfassung berufen, werden Sie bei uns keinen Eindruck machen.

(C) Wir stehen allerdings auf dem Standpunkt, daß es dem Arbeiter vollkommen freigestellt sein muß, welcher Organisation er sich anschließen will. Aber er muß auch die Freiheit von seinem Arbeitgeber, von dem Unternehmer haben und darf nicht durch den Druck des Unternehmers gezwungen werden.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

— Sie sagen: sehr richtig! Das ist sehr bezeichnend für Sie. Sind denn die gelben Organisationen nicht durch den Druck des Unternehmertums entstanden?

(Abgeordneter Geisler: Sie kennen sie ja gar nicht.)

— Ich kenne sie sehr genau. Wir hatten ja selbst mit solchen gelben Organisationen zu tun und wissen, wie sie von den Unternehmern subventioniert worden sind. Wir kennen die Gründungsgeschichte und wissen, wie die Funktionäre der freien Gewerkschaften früher, als die Gewerkschaften noch nicht diese Macht hatten, von den Unternehmern gemaßregelt worden sind, wenn sie sich nicht in die gelben Organisationen hineinpressen ließen. Auf diesem Gebiete haben wir ja Erfahrungen gesammelt, und deshalb wird es keinen Frieden zwischen uns und den sogenannten Wirtschaftsfriedlichen geben. Wir stehen auf dem Standpunkt — und da spreche ich das aus, was der Vorsitzende eines großen Unternehmerverbandes ausgesprochen hat —, daß die wirtschaftsfriedlichen Arbeiterorganisationen Parasiten sind, Sumpfpflanzen, die so schnell wie möglich beseitigt werden müssen.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Ziegler (Württemberg).

(D) **Ziegler** (Württemberg), Abgeordnete: Meine Herren und Damen! Die Hausangestellten sind heute eine Kategorie im großen Heere der Arbeitsbienen, die wohl recht nützliche Arbeit für die Gesellschaft leisten, aber heute noch absolut keinen Arbeitsschutz, noch viel weniger ein gesetzliches Recht haben, um ihre Existenz und ihre Gesundheit sichern zu können. Meine Partei hat deshalb gleich nach Zusammentritt des Reichstags am 30. Juni 1920 dem Reichstage einen Antrag vorgelegt, daß ein **einheitliches Recht für die Hausangestellten** geschaffen werden soll. Darüber war bereits ein Jahr vergangen, und wir haben voriges Jahr bei der Etatberatung am 3. Februar 1921 wiederum die Gelegenheit benutzt, um der Regierung zu zeigen, daß es notwendig ist, für die Hausangestellten ein solches Recht zu schaffen. Von sämtlichen Parteien ist deshalb der Regierung eine Entschließung vorgelegt worden, die lautet:

> die Regierung zu ersuchen, den **Entwurf eines Notgesetzes**, das die rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Hausangestellten regelt, schleunigst dem Reichstag vorzulegen, mindestens aber so zeitig, daß das Gesetz noch in der gegenwärtigen Tagung zur Verabschiedung kommen kann.

Leider haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß uns ein solcher Entwurf bis heute noch nicht im Reichstage zugegangen ist, und es muß hier die Frage aufgeworfen werden, ob die Regierung dieser von sämtlichen Parteien des Hauses unterstützten Forderung wirklich mit vollem Pflichtbewußtsein Rechnung getragen hat. Diese Frage an die Regierung muß ich ganz entschieden verneinen.

(Sehr richtig! links.)

Wir wissen, verehrte Anwesende, daß wohl ein Gesetzentwurf dem Reichswirtschaftsrat überwiesen

(Ziegler [Württemberg], Abgeordnete.)

(A) worden ist. Aber die Hausangestellten und mit ihnen diejenigen Parteien, die es wirklich mit dem Schutz der Arbeiter ernst und ehrlich meinen, können absolut kein Vertrauen zu diesem Entwurf haben, den die Regierung dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt hat. Denn das ist in der Tat ein Gesetz, das den Hausangestellten keine Rechte bringt, sondern im Gegenteil die Hausangestellten genau so, wie es zur wilhelminischen Zeit der Fall war, zu Menschen zweiter Klasse stempelt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man hat in diesem Gesetzentwurf sehr viel Entgegenkommen den Herrschaften gezeigt, und ich fühle mich deshalb verpflichtet, heute mit einigen Worten nur in großen Umrissen auf diesen Gesetzentwurf einzugehen. Wir wollen ja hoffen und wünschen, daß dem Reichstag selbst sehr bald ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, der in einem besseren Gewande erscheint als der dem Reichswirtschaftsrat vorliegende. Ich möchte von dieser Stelle aus der Regierung sagen, daß in dem Gesetzentwurf, der dem Reichswirtschaftsrat vorliegt, sehr viele Härten für die Hausangestellten enthalten sind.

Mit diesem Gesetzentwurf scheut sich die Regierung nicht, den **Hausangestellten** eine **dreizehnstündige Arbeitszeit** zuzumuten.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese dreizehnstündige Arbeitszeit sucht man allerdings mit der Bezeichnung „Arbeitsbereitschaft" zu verschleiern. Wir haben in den letzten Tagen und Wochen, wo im Reichswirtschaftsrat diese Frage behandelt worden ist, erlebt, daß es gerade die Arbeitgeber waren, die diesen Gesetzentwurf abgelehnt haben, weil ihnen eine tägliche ununterbrochene elfstündige Ruhezeit für die Hausangestellten gewissermaßen bedenklich erschien.

(B) Verehrte Anwesende! Einen dreizehnstündigen Arbeitstag festzulegen, zeigt uns, mit welcher Regierung wir es zu tun haben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Daß man heute, wo doch auch die Ernährungsfrage eine große Rolle spielt, namentlich bei den Hausangestellten, den Hausangestellten einen dreizehnstündigen Arbeitstag zumutet, ist einfach unbegreiflich.

Wir müssen weiter, soweit die Frage der Beköstigung, der freien Wohnung, namentlich aber die des freien Urlaubs, der Kündigung usw. in Betracht kommt, in diesem Gesetzentwurf leider auch feststellen, daß sich hier ebenfalls große Gegensätze zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gezeigt haben. Ich bin darüber absolut nicht erstaunt, verehrte Anwesende; denn wer selbst als Hausangestellte tätig gewesen ist, der weiß, was es bedeutet, sich den hohen Herrschaften als Arbeitssklaven auszuliefern. Es gibt Herrschaften, die nichts darin finden, wenn sie den Hausangestellten eine fünfzehn- und sechzehnstündige Arbeitszeit zumuten; sie haben sich eben in ihren Anschauungen noch um nichts gebessert.

Die Auseinandersetzungen, die sich im Reichswirtschaftsrat über diese Fragen abgespielt haben, werden sich jedenfalls auch hier im Reichstag wiederholen, sobald wir einen solchen Gesetzentwurf beraten. Hier stehen sich in den sozialistischen Parteien und in den bürgerlichen Parteien gewissermaßen zwei Weltanschauungen gegenüber; wir haben eben eine andere Auffassung in bezug auf den Schutz der Hausangestellten, als es bei den bürgerlichen Parteien zum großen Teil der Fall ist.

(Sehr gut! links.)

Es ist charakteristisch, daß man bei den Verhandlungen im sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats den Hausangestellten ein großes Entgegenkommen (C) zeigte, indem man sie Sonntags die Kirche besuchen lassen will. Der **Kirchenbesuch** ist dem **Besuch der Fortbildungsschule** gewissermaßen vorgezogen. Bei der Frage, ob man die Fortbildungsschule obligatorisch einführen sollte, hat man das Wort „gewährt" in den Entwurf hineingesetzt. Die Fortbildungsschule kann „gewährt" werden,

(hört! hört! links)

sie soll also nicht obligatorisch durchgeführt werden. Ich wundere mich darüber nicht; denn wir wissen ja, daß sich auf diesem Gebiet die Herrschaften, die rechts in diesem Hause Platz genommen haben, auf den Standpunkt stellen: wer Knecht ist, soll Knecht bleiben. Deshalb will man den Hausangestellten den Kirchenbesuch gewissermaßen aufoktroyieren. Durch den Fortbildungsschulunterricht aber werden die Hausangestellten aus ihrem Knechtschaftsgefühl herausgerissen und auch geistig zu anderen Menschen erzogen. Es ist sehr bezeichnend, daß man in dem Gesetzentwurf noch nicht einmal einen freien Sonn- oder Wochentag für die Hausangestellten festgelegt hat, wenigstens alle 14 Tage. Die Herren und Damen auf der rechten Seite treten ja sonst immer, ihrer religiösen Anschauung entsprechend, für den Sonntag als Ruhetag ein. Hier aber wehrt man sich dagegen, daß die Hausangestellten einen freien Sonntag alle 14 Tage haben sollen, man spricht ihnen nur das Recht zu, daß sie von nachmittags drei Uhr an Ausgang haben sollen; dafür soll aber am **Sonntag** die **Arbeitszeit** schon morgens um sechs Uhr beginnen.

(Hört! Hört! links.)

Auch in der **Frage des jährlichen Urlaubs** haben sich scharfe Gegensätze herausgestellt. Die Arbeitgebervertreter im Reichswirtschaftsrat konnten sich nicht dazu aufschwingen, den Hausangestellten, die viele Jahre lang einer Herrschaft ihre Arbeitskraft ausgeliefert haben, wenigstens einen Urlaub von drei Wochen (D) zu gewähren. Man beschränkte sich auf zwei Wochen und hat eine sehr bezeichnende Klausel eingesetzt, nämlich, daß die Hausangestellte keinen Anspruch auf Urlaub hat in dem Augenblick, wo die Kündigung durch sie vollzogen ist.

(Hört! Hört! links.)

Wir wissen doch, verehrte Anwesende, soweit wir selbst als Hausangestellte tätig waren, wie es ist, wenn den Herrschaften etwas nicht mehr in den Kram paßt, wie man die Hausangestellte so lange schikaniert, bis sie, wenn sie noch ein bißchen Ehrgefühl im Leibe hat, die Konsequenz zieht und kündigt.

(Sehr wahr! links.)

Die Herrschaften, die in der Urlaubszeit das ortsübliche Kostgeld und den Barlohn nicht bezahlen wollen, der für die Urlaubszeit unbedingt verlangt werden muß, werden eben nachher die Hausangestellte so lange quälen, bis sie ihre Kündigung der Herrschaft überreicht.

Daß die Regierung in dem Gesetze es gewagt hat, noch nicht einmal den **Schutz unserer Jugend** zu sichern, ist wirklich allerlei. Die Jugendorganisationen haben bereits dazu Stellung genommen, weil die Regierung im § 34 ihres Entwurfs sogar zwölfjährige Kinder der Ausbeutung überliefert.

(Hört! Hört! links.)

Es steht nämlich in diesem Paragraphen, daß Kinder unter vierzehn Jahren, vom zwölften Lebensjahre an, schon täglich drei Stunden lang Arbeit leisten können

(hört! hört! links)

und daß diese drei Stunden nicht in die Zeit von vor morgens 7 Uhr und nicht abends nach 7 Uhr fallen dürfen.

(Zuruf rechts.)

(Ziegler [Württemberg], Abgeordnete.)
— Sie haben es jedenfalls nicht notwendig gehabt, in Ihrer Jugend als Kegeljunge, als Lauf- oder Zeitungsjunge tätig zu sein. Sie kommen vielleicht aus einer Familie heraus, wie wir wünschen würden, daß alle Kinder eine Kinderzeit genießen, wie Sie sie vielleicht genossen haben.

(Sehr gut! links.)

Ich habe es am eigenen Leibe verspürt, was es heißt, wenn man dem Kinde die Kinder- und Jugendzeit raubt, wie es die Regierung dadurch tut, daß sie einen solchen Paragraphen heute noch in einem Gesetze festzulegen wagt und das zwölfjährige Kind dem Erwerbsleben preisgibt. Es ist ja hier schon wiederholt über den Jugendschutz gesprochen und darauf hingewiesen worden, daß es lediglich der sozialistischen Betätigung zuzuschreiben ist, daß auf dem Gebiete des Jugendschutzes gute Arbeit geleistet worden ist. Wenn wir uns auf Sie (nach rechts) verlassen müßten, wäre die Verelendung unserer Jugend noch viel größer.

(Sehr richtig! links.)

Ich muß deshalb der Begründung, die die Regierung gegeben hat, widersprechen. Die Regierung schreibt nämlich zu § 34:

> Es liegt im Interesse der Kinder, die durch die verhältnismäßig leichte Hausarbeit in den Stand gesetzt werden, früh etwas zu verdienen, ohne doch Schaden zu nehmen.

(Hört! Hört! links.)

Wie will uns der Reichsarbeitsminister und die Regierung überhaupt dafür bürgen, daß diese zwölfjährigen Kinder, wenn sie schon einmal gesetzlich dem Ausbeutertum ausgeliefert werden, keinen Schaden an ihrer Gesundheit nehmen?

Ich kann auch nicht umhin, dem Hause den Beschluß vorzutragen, den der **Reichsausschuß der Arbeiterjugendorganisationen zum neuen Hausangestelltengesetz** gefaßt hat:

> Der Reichsausschuß der Arbeiterjugendorganisationen Deutschlands verlangt unter Aufrechterhaltung weitergehender grundsätzlicher Forderungen folgende besonders dringende gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze und Wohl der mit hauswirtschaftlichen Arbeiten beschäftigten Jugend, da der zur Beratung stehende Entwurf des neuen Hausangestelltengesetzes die Interessen der Jugend in dieser Beziehung nicht genügend berücksichtigt.
>
> In § 7 Abs. 2 heißt es u. a.: „Die Wartung und die lediglich vorübergehende Pflege kranker Personen sowie die Säuberung der von ihnen benutzten Kleidungsstücke und Geräte kann der Hausgehilfe ablehnen, wenn damit eine erhebliche Gefährdung seines Lebens oder seiner Gesundheit verbunden wäre."
>
> Es scheint bedenklich, jugendlichen Hausgehilfen die Übernahme derartiger Arbeiten freizustellen, da von ihnen nicht zu verlangen ist, daß sie die Tragweite der damit verbundenen Gefahren ermessen. Wir fordern darum ein Verbot der Übertragung oben aufgezählter Arbeiten an jugendliche Hausgehilfen.
>
> Nach dem § 12 des Gesetzentwurfes soll die Arbeitsbereitschaft, unbekümmert um das Alter der Beschäftigten, für Hausgehilfen 13 Stunden pro Tag, die Arbeitszeit für Haushaltsarbeiter 56 Stunden pro Woche betragen.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Rießer: Frau Abgeordnete Ziegler! Dieses Hausangestelltengesetz kommt ja noch zur Beratung. Ich bitte also, auf die Einzelheiten nicht einzugehen. Wir werden sonst die Erörterungen wiederholen müssen.

Ziegler (Württemberg), Abgeordnete: Sie werden mir erlauben, auf diesen Beschluß der Jugendorganisation ausdrücklich hinzuweisen, damit die Regierung nachher nicht sagen kann, sie habe davon keine Ahnung gehabt, welchen Widerhall der Gesetzentwurf im Reichsausschuß der Arbeiterjugendorganisationen und unter der Bevölkerung gefunden hat.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es heißt weiter:

> Es muß gefordert werden, daß für jugendliche Hausgehilfen der Begriff Arbeitsbereitschaft fortfällt, daß sowohl die jugendlichen Hausgehilfen wie die jugendlichen Haushaltsarbeiter höchstens acht Stunden pro Tag beschäftigt und nicht zu Überstunden herangezogen werden dürfen. Namentlich darf ihre Nachtruhe nicht gestört werden. Der Entwurf sieht Sonntagsarbeit vor; hier müssen für jugendliche Haushaltsarbeiter die in Gewerbebetrieben geltenden gesetzlichen Bestimmungen Anwendung finden, für Hausgehilfen muß jeder Sonntag ab zwei Uhr frei sein.
>
> In § 34 Abs. 4 wird Kindern unter vierzehn Jahren die Beschäftigung als Haushaltsarbeiter gestattet. Um gesundheitliche Schädigungen, Ausbeutung und Lohndrückerei zu verhüten, muß ein striktes Verbot der Kinderarbeit erfolgen.
>
> Der Reichsausschuß ersucht die an der Regelung dieser Frage beteiligten Körperschaften dringend, den hier geäußerten, wohlüberlegten Forderungen im Interesse der arbeitenden Jugend Rechnung zu tragen.

Das wäre die Entschließung des Reichsausschusses der Arbeiterjugendorganisationen, die jedenfalls auch der Regierung zugestellt worden ist.

Was die Kinderarbeit bedeutet, wissen wir am besten, die wir die Schäden, die die Kinderarbeit verursacht, erkennen und deshalb darauf bedacht sind, die Menschen in ihrer Gesundheit möglichst zu fördern.

Kinderarbeit, verbunden mit Kinderelend, wird aber in einem Klassenstaat niemals beseitigt werden können. Ich bin deshalb davon überzeugt, daß wir nur mildern können, was an unseren Kindern durch Auslieferung an die Lohnarbeit gesündigt wird.

Ich möchte die Regierung noch darauf aufmerksam machen, daß ich bereits voriges Jahr zu dieser Frage der Hausangestellten das Wort genommen habe. Wenn ich die Ausführungen im Protokoll vom 25. Februar 1921 der 69. Sitzung nachlese, so sehe ich, daß ich recht gehabt habe, wenn ich damals ausführte:

> Ich habe den Eindruck, als ob bei der Frage der Schaffung eines einheitlichen Rechts für die Hausangestellten eine Verschleppungstaktik angewendet worden ist. Die Regierung empfindet diese Frage als sehr unbequem und trägt deshalb unseren Forderungen nicht Rechnung. Ich bin zu der Auffassung gekommen, daß die Regierung absichtlich diese Verschleppungstaktik übt.

Es ist dann der Nachweis geführt, daß die Frage hier im Hause schon in fünf Ausschüssen hätte behandelt werden sollen. Aber jeder Ausschuß hat sich dagegen gesträubt, weil die Herrschaften von rechts einmal kein Verständnis aufbringen, dann aber auch nicht im mindesten das Pflichtbewußtsein in sich fühlen, den Haus-

(Ziegler [Württemberg], Abgeordnete.)

(A) angestellten das Recht zu geben, das ihnen ein demokratischer Staat längst hätte geben müssen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und wie recht ich hatte, als ich die Regierung im vorigen Jahr darauf aufmerksam machte, daß die bürgerlichen Parteien Sturm laufen würden, wenn sie einen gesunden Gesetzentwurf vorzulegen wagte, das geht aus meinen weiteren Ausführungen hervor, die folgendermaßen lauteten:

> Wenn die Regierung einen solchen Gesetzentwurf ausarbeiten will, wenn die Regierung loyal handeln wird, so werden — die Überzeugung habe ich — die Anstürme seitens der Rechtsparteien nicht ausbleiben. Ich erinnere nur an die Kämpfe und Stürme, die im Jahre 1914, als die Versicherung der Pflichtkrankenkassen geschaffen wurde, durch die rechtsstehenden Parteien dieses Hauses und durch die Hausfrauen heraufbeschworen wurden. Es ist damals das Gesetz der Versicherungsordnung von der „Süddeutschen Zeitung", die ein Organ der konservativen Partei war, als ein Monstrum von Gesetz bezeichnet worden, dessen sich der Reichstag schämen müsse,
>
> (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)
>
> und die bürgerlichen Frauen waren es, die damals gegen dieses Gesetz Sturm gelaufen sind, das uns doch wenigstens das Gute gebracht hat, daß heute jede Hausangestellte der Pflichtkrankenversicherung unterstellt ist. Wer persönlich als Hausangestellte früher tätig und dann auf Gnade und Ungnade angewiesen war, in Krankheitsfällen irgendwo Erholung zu suchen, weiß am

(B)

> allerbesten, wieviel besser es heute ist, wenn im Krankheitsfall für unsere Hausangestellten einigermaßen gesorgt ist. Diese Ansicht war aber bei unseren Hausfrauen nicht vertreten, sondern sie haben damals durch die konservative Partei im Reichstag eine Interpellation einbringen lassen, die folgendermaßen lautete:
>
> > Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das am 1. Januar 1914 bevorstehende Inkrafttreten der Bestimmungen über die Krankenversicherung in der Reichsversicherungsordnung, insbesondere die ärztliche Versorgung der Landkassen und die Versicherung der Dienstboten, auf große praktische Schwierigkeiten stößt, so daß es wünschenswert erscheint, im Interesse aller Beteiligten das Inkrafttreten dieser Bestimmungen noch hinauszuschieben?
>
> (Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)
>
> Also Sie sehen, daß man bei Schaffung dieser Versicherungsordnung denselben Anlauf genommen hat, um dieses Gesetz nicht zustandekommen zu lassen, und ich habe heute den Eindruck, daß man auch hier wieder Sturm läuft, um die ganz berechtigte Forderung eines Rechtsschutzes zu hintertreiben.

Das waren die Ausführungen im vorigen Jahr, und heute haben wir, verehrte Anwesende, die Theorie und Praxis. Wir sehen, daß die Regierung einen Entwurf vorlegte, der absolut nicht den Rechten der Hausangestellten in dem Maße genügte, wie wir es wünschen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(C) Wir sehen, daß die Regierung den Herrschaften sehr viel Entgegenkommen gezeigt hat. Ich möchte deshalb die Regierung bitten, daß sie die Forderungen, die die Hausangestellten und meine Partei erheben, erhört. Sie hat die Verpflichtung, den Hausangestellten endlich einmal zu ihrem Rechte zu verhelfen.

(Sehr wahr! links.)

Die Regierung versteht es auch, den Hausangestellten sehr viele Pflichten aufzuerlegen. Ich erinnere nur an den zehnprozentigen Steuerabzug, der voriges Jahr sehr schnell beschlossen worden ist, wo die Hausangestellten es waren, die dem Staat gegenüber ihre Pflicht erfüllen mußten. Ich erinnere weiter daran, daß die Hausangestellten heute keinerlei gesetzliche Rechtsansprüche haben, daß sie heute noch der körperlichen Züchtigung und unsittlichen und unmoralischen Zuständen ausgesetzt sind,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die wir nicht länger verantworten können. Ich werde Ihnen die Beweise ein anderes Mal erbringen, wer die Unsitte und die Unmoral unter das Volk trägt, wer ganz besonders auch die Hausangestellten unsittlich und unmoralisch behandelt. Ich kann mich auf meine praktische Betätigung und Erfahrungen in der Hausangestelltenorganisation sowie auf Material des Zentralverbands der Hausangestellten berufen. Ich weiß, daß die Organisation der Hausangestellten auf freigewerkschaftlicher Grundlage Ihnen eine sehr unangenehme Sache ist. Sie sehen es viel lieber, daß, wie es leider zum Teil noch ist, die Kirche, die Geistlichkeit und die Hausfrauen selbst agitatorisch einen Einfluß auf die Hausangestellten haben. Ich bin aber überzeugt, daß mit dem Augenblick, wo die Hausangestellten sehen, daß sie hier absolut kein Recht bekommen sollen, ihnen immer mehr die Augen geöffnet werden. Die Herr- (D) schaften haben heute keine Ursache, sich darüber zu beschweren, daß wir einen Mangel an Arbeitskräften der Hausangestellten haben, sondern der Mangel an Hausangestellten und Arbeitskräften ist lediglich auf Mißstände zurückzuführen, die in der Notlage, in den Klagen und Leiden mancher Hausangestellten zum Ausdruck kommen,

(sehr richtig! links)

und in der schlechten Entlohnung der Hausangestellten zu suchen sind. Ich will mich auf diesem Gebiete ganz kurz fassen, indem ich Ihnen erkläre, daß in Deutschland, wo die Organisationen mit den Herrschaften da und dort Tarife haben abschließen können, die höchsten Löhne für ganz perfekte Hausangestellte heute 300 Mark sind. Die wenigsten haben ein monatliches Einkommen von 300 Mark. Im Durchschnitt erhalten sie 150 bis 200 Mark Entlohnung. Ziehen Sie die Geldentwertung in Betracht, dann haben die 300 Papiermark etwa 8 bis 9 Mark Kaufwert. Wenn wir die ganze Notlage der Teuerung, die auch auf die Hausangestellten zurückfällt, in Betracht ziehen, dann steht fest, daß die Hausangestellte heute mitunter einen Monat arbeiten kann, bis sie das Geld für ein Paar Stiefelsohlen verdient. Ich will, um die Zeit nicht allzu sehr in Anspruch zu nehmen,

(bravo! rechts)

— jawohl, bravo —, deshalb von der Lohnfrage absehen bis zu dem Augenblick, wo wir hier jedenfalls noch Gelegenheit haben werden, diesen Sumpf der Mißstände aufzudecken, wie es notwendig ist.

Ich sage aber der Regierung noch einmal: es ist das Gebot der Stunde, den Hausangestellten Entgegenkommen zu zeigen. Denn sie haben heute schon gut ausgebaute Organisationen. Ich rufe alle diejenigen,

(Ziegler [Württemberg], Abgeordnete.)
die heute noch in den von den Herrschaften begünstigten Organisationen der Hausangestelltn sind, auf: schließt euch als Glied der Kette an, die heute die moderne Arbeiterbewegung darstellt, eine Kraft und eine Macht, die die Regierung zwingen wird. Wenn sie glaubt, daß sie sich vor der Organisation der Hausangestellten noch nicht zu scheuen braucht, so werden es Millionen von Arbeitsbrüdern und Arbeitsschwestern verstehen, den Kampf aufzunehmen, um der Hausangestellten zu ihrem Rechte zu verhelfen.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich komme nur noch mit einigen Worten auf den Redner der deutschnationalen Partei, den Herrn Abgeordneten Biener, zurück, der in seinen Ausführungen heute morgen erklärte, daß er bedaure, daß die sozialistischen Frauen noch keinen Antrag auf dem Gebiete des **Jugendschutzes** dahingehend gestellt haben, um die jugendliche **Arbeiterin unter 17 Jahren** dem Erwerbsleben in der **Fabrik** zu entziehen. Wir wissen, warum Sie gern die Mädchen unter 17 Jahren nicht in die Fabrikbetriebe aufgenommen haben wollen: nicht etwa, weil Sie ein zu gutes, warmes Herz haben, um die Jugendlichen in ihrer Gesundheit zu schützen, sondern weil Sie eben gerade die Mädchen in diesen Arbeiterklassen als Hausangestellte in ihre Haushaltungen bekommen wollen, weil sie sich noch am besten von der Herrschaft ausbeuten lassen,

(große Unruhe und erregte Zurufe rechts: Pfui!)

die Ihnen billige, willige Arbeitskräfte liefern.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Frau Abgeordnete Ziegler (Württemberg), ich bitte Sie, sich in ihren Ausdrücken etwas zu mäßigen!

Ziegler (Württemberg), Abgeordnete: Ich habe mich in dieser Beziehung gar nicht zu mäßigen!

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Sie müssen sich schon mäßigen, wenn ich darum ersuche!

Ziegler (Württemberg), Abgeordnete: Ich weiß, daß gerade die jungen als Hausangestellte tätigen Mädchen von den Herrschaften am meisten ausgenutzt werden, weil ihnen noch das Klassenbewußtsein fehlt, und sie selbst sich noch nicht rühren können. Ich erkläre Ihnen, daß ich von meinem 14. Lebensjahre an draußen gestanden habe. Wenn nicht ältere Hausangestellte oft den jüngeren Schutz hätten angedeihen lassen, so hätten diese manchmal ihre Nachtruhe nicht bekommen, wie es jungen Mädchen gebührt; die Herrschaften selbst nehmen oft keine Rücksicht auf sie. Das erkläre ich Ihnen, und Sie werden, wenn Sie sich an Ihre eigene Brust schlagen, solche Ausbeutung der Mädchen auch in Ihren Familien antreffen.

Wir wissen, daß die Damen gern das **Lehrdienstjahr** einführen möchten, weil sie dadurch billigere Arbeitskräfte in ihre Haushaltungen zu bekommen glauben. Wir aber können diesem Lehrdienstjahr nicht das Wort reden; denn die Hausfrau bürgt uns nicht dafür, daß sie auch wirklich der Lehrmeister ist, der sie sein soll, um die Hausangestellte wirklich in all den Dingen auszubilden, die zur Führung eines Haushalts notwendig sind.

Ich möchte deshalb zum Schlusse der Regierung anheimgeben, so schnell wie möglich dem Reichstag gemäß der Entschließung, die am 21. Februar von allen Parteien vorgelegt worden ist, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Ich hoffe und wünsche, daß dann endlich auch den Hausangestellten das Recht gegeben wird, das sie so notwendig brauchen.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Meine Damen und Herren! Sie werden sich inzwischen gelegentlich verschiedener Reden davon überzeugt haben, wie viel meine Mahnung von vorhin genützt hat. Ich bitte dringend, daß die nachfolgenden Redner — es sind immer noch acht zu diesem Titel gemeldet —

(hört! hört!)

doch die Rücksicht auf die Geschäftslage nehmen, sich möglichst kurz zu fassen. Die Qualität der Reden wird unter der **Kürze** sicherlich nicht leiden.

Das Wort hat nunmehr der Herr Abgeordnete Dr. Moldenhauer.

Dr. **Moldenhauer**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das Kapitel Tarifwesen gibt mir die Möglichkeit zu einigen kurzen Ausführungen im Hinblick auf die Antwort, die der Herr Reichsarbeitsminister heute morgen meiner gestrigen Anfrage hat zuteil werden lassen. Die Antwort, die der Herr Reichsarbeitsminister gegeben hat, hat bei dem überwiegenden Teil meiner Fraktion Enttäuschung und Befremden hervorgerufen.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich will auf die Form der Antwort nicht eingehen, obgleich ich nicht glaube, daß es besonders glücklich ist, wenn Organisationen, deren Vertreter Mitglieder dieses Hauses sind und im Hause anwesend sind, mit einem Namen bezeichnet werden, den diese Organisationen selbst als kränkend empfinden.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich glaube nicht, daß die Sachlichkeit unserer Debatten gefördert wird, wenn wir von roten oder gelben oder sonstwie gefärbten Gewerkschaften sprechen.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Zur Sache selbst möchte ich folgendes bemerken. Wenn ich den Herrn Reichsarbeitsminister richtig verstanden habe, so hat er die **Tariffähigkeit einer Arbeitnehmerorganisation** von der **Voraussetzung** abhängig gemacht, daß sie von den Beteiligten, den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern anerkannt wird. Der Herr Reichsarbeitsminister hat — ich zitiere nach dem Gedächtnis — ausgeführt: wenn die Beteiligten eine solche Organisation nicht anerkennen, kommt ja überhaupt kein Tarifvertrag zustande. Was die Frage der **Anerkennung durch die beteiligten anderen Arbeitnehmerorganisationen, die Gewerkschaften**, angeht, so muß ich gestehen, daß ich eine Auffassung, die davon ausgeht, daß eine solche Anerkennung notwendig ist, für außerordentlich bedenklich halte.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Jede neue Organisation, die entsteht und die versucht, sich im Wirtschaftsleben und im Wirtschaftskampf durchzusetzen, wird naturgemäß auf den Widerstand bereits bestehender Organisationen stoßen, und die bereits bestehenden Organisationen werden selten geneigt sein, das neue Gebilde als wesensgleich anzuerkennen. Der Herr Reichsarbeitsminister dürfte selbst aus der Geschichte der christlichen Gewerkschaften Beispiele genug dafür kennen, welche Schwierigkeiten es einer neuen Gewerkschaftsrichtung macht, sich gegenüber den bestehenden Gewerkschaften durchzusetzen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn er wirklich sich auf den Standpunkt stellen sollte, die Anerkennung durch die bestehenden Organisationen vorauszusetzen, so befürchte ich, daß er damit nur den Besitzstand der bereits bestehenden Organisation sichert

(Dr. **Moldenhauer**, Abgeordneter.)

(A) und damit dem Fortschritt und der Entwicklung unter Umständen außerordentliche Schwierigkeiten bereiten kann.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei. — Abgeordneter Höllein: Die gelbe ist also fortschrittlich!)

— Was im einzelnen Falle fortschrittlich ist oder nicht, wird immer erst die spätere Zeit lehren.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es handelt sich um die grundsätzliche Feststellung ohne Rücksicht auf die in Frage kommende Organisation. Ich möchte doch diese Frage einmal aus dem Streit der Meinungen herausheben und sie grundsätzlich zu beantworten suchen.

Die zweite Voraussetzung war die der **Anerkennung durch die beteiligten Arbeitgeber**. Ich glaube, daß hier der Herr Reichsarbeitsminister gestern meinen Ausführungen nicht ganz gefolgt ist. Ich habe gerade den Wunsch des pommerschen Landbundes vorgetragen, der dahin ging, den Landarbeiterbund dann als tariffähig anzuerkennen, wenn er in einer bestimmten Gegend als bedeutender Wirtschaftsfaktor in Frage komme.

Was die Stellung der Mitglieder der Zentralarbeitsgemeinschaft angeht, so möchte ich den Herrn Reichsarbeitsminister darauf hinweisen, daß die **Arbeitgeberverbände** in einem **Gutachten an den Reichswirtschaftsrat** ausgeführt haben, daß der **Nationalverband Deutscher Gewerkschaften** im Sinne der Tarifverordnung vom 23. Dezember 1918 **tariffähig** sei

(hört! hört! rechts)

und daß die Frage einer Beteiligung oder Nichtbeteiligung an der Zentralarbeitsgemeinschaft mit der Frage der Tariffähigkeit als einer reinen Tat- und Rechtsfrage nicht identifiziert werden dürfe.

(Erneute Hört! Hört!-Rufe rechts.)

(B) Wir haben von dem Herrn Minister in dieser Frage kein Werturteil verlangt,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

und wir geben auch in dieser Frage kein Werturteil über die einzelnen Organisationsformen ab, wie wir uns auch in den Kampf dieser einzelnen Richtungen untereinander als Partei nicht einmischen.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir erwarten aber, daß der Herr Minister seine heutigen Ausführungen einer Nachprüfung unterzieht und seine Stellungnahme, soweit sie auf irrtümlicher Auffassung der wirklichen Sachlage beruht, ändert.

Was nun die Frage des **Koalitionszwanges** angeht, den der Herr Reichsarbeitsminister in demselben Zusammenhang in Beantwortung meiner gestrigen Ausführungen behandelt hat, so sei bemerkt, daß auch ich in der Frage vollkommen mit ihm übereinstimme, daß die Frage, ob Koalitionszwang notwendig sei oder nicht, eine Frage ist, die zu allen Zeiten und bei den verschiedensten Gelegenheiten verschieden beantwortet ist und häufig genug nur von der Zweckmäßigkeit abhängt. Wir haben früher den Zunftzwang gehabt; wir haben ein Kohlensyndikat, ein Kalisyndikat, wir haben einen Krankenkassenzwang — alles das ist Koalitionszwang. Aber das ist überall ein Zwang, der auf gesetzlicher Grundlage festgesetzt und durch Gesetz für einen bestimmten Fall ausdrücklich festgelegt worden ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Reichsverfassung spricht aber von der Koalitionsfreiheit,

(lebhafte Zustimmung rechts)

und solange diese Bestimmung besteht, kann sie nicht durch die tatsächliche Übung in das Gegenteil verkehrt werden.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Man kann sich meinetwegen darüber streiten, ob man (C) der Entwicklung der Dinge und der Macht der Tatsachen nicht durch die Vorlage eines Gesetzes Rechnung tragen soll. Ich darf für meine Freunde erklären, daß wir an der in der Reichsverfassung verbürgten Koalitionsfreiheit festhalten.

(Wiederholte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Aber solange eine gesetzliche Regelung nach einer anderen Seite nicht erfolgt ist, so lange darf auch das Arbeitsministerium als das doch auch zum Hüter der Verfassung bestellte Organ der Regierung

(sehr gut! rechts)

sich nicht einer Auffassung anschließen, die aus der Koalitionsfreiheit in dem Sinne, wie ich es gestern ausgeführt habe, den Zwang zur Wahl einer bestimmten Organisation schafft.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich hoffe, daß ich in dieser Frage heute morgen den Herrn Reichsarbeitsminister mißverstanden habe, und ich würde mich freuen, wenn er mir erklären könnte, daß auch er die Aufrechterhaltung der Koalitionsfreiheit, wie sie in der Verfassung garantiert ist, zu den Aufgaben seines Ministeriums rechnen würde.

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister: Meine Herren, ich weiß nicht, ob es richtig ist, daß wir uns hier über den Inhalt des **Art. 159 der Reichsverfassung** weiter unterhalten. Man kann über die Bedeutung und den Sinn dieses Artikels verschiedener Meinung sein.

(Lebhaftes Hört! Hört! und Zurufe von der Deutschen Volkspartei.)

— Ich sage: man kann verschiedener Meinung sein. Mehr (D) habe ich nicht gesagt! Auch unter denen, die diesen Artikel damals beschlossen haben, die ihn mitberaten haben, sind über seinen Inhalt die Meinungen geteilt.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Das gilt von der ganzen Reichsverfassung! — Heiterkeit.)

— Das ist etwas anderes, ob wir über den Wert der Reichsverfassung geteilter Meinung sind, oder über das, was in den betreffenden Artikeln gesagt ist.

Was nun den **Koalitionszwang** angeht, so hat es mir selbstverständlich fern gelegen, irgendeinem Koalitionszwang mit illegalen Mitteln das Wort zu reden.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich habe ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht — wenn die Herren einen Augenblick gestatten, hoffe ich, den Passus noch sofort zu finden —, daß es eben auf die Umstände und die Mittel, unter denen ein Koalitionszwang ausgeübt wird, ankommt. Sie können ja das Stenogramm nächstens nachsehen; Sie werden das finden.

Ich glaube, daß damit wohl das Mißverständnis, von dem der Herr Vorredner ausgegangen ist, genügend aufgeklärt ist.

(Lebhafter Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Malzahn.

Malzahn, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Besser und vortrefflicher konnten die wirtschaftsfriedlichen Verbände nicht charakterisiert werden

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Als durch das Schweigen des Herrn Ministers!)

— nein — als durch die Debatte, die hier über die gelben Verbände stattgefunden hat. Es ist charakteristisch,

(Malzahn, Abgeordneter.)

daß die **wirtschaftsfriedlichen Verbände** ihr Sprachrohr, ihre Vertreter bei den Deutschnationalen und in der Deutschen Volkspartei finden.

(Lebhafte Rufe von der Deutschen Volkspartei: Gott sei Dank! Wir sind stolz darauf!)

Ich will Ihnen folgendes sagen: soviel Worte, wie hier verloren worden sind, so viel Mitglieder haben Sie kaum!

(Sehr gut! und lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten, den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Sozialdemokraten. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Warum reden Sie dann darüber?)

— Ich werde nicht mehr darüber reden. Damit ist für mich die Frage erledigt! Ich achte die freien Gewerkschaften, die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, die aus ihrer Weltanschauung und aus eigener Initiative heraus ehrlich gewillt sind, den Kampf um ihre Existenz gegen das Kapital, der sich mit Naturnotwendigkeit ergibt, aufzunehmen, aber nicht die Leute, die von Ihnen und Ihren Mitteln protegiert werden!

(Erneute lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten, den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Sozialdemokraten.)

— Herr Geisler, Ihnen möchte ich ein für allemal sagen: unterlassen Sie jeden Zwischenruf, wenn ein Redner der sozialistischen Parteien redet! Es gehört eine besondere Moral dazu, solche knechtischen Kreaturdienste dem Kapital zu leisten und an seinen früheren Klassengenossen zum Verräter zu werden, wie Sie, gelber Oberhäuptling, es tun!

(Stürmische Zustimmung und Bravo! bei den Kommunisten, den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Sozialdemokraten. — Lachen und Zurufe von der Deutschen Volkspartei.)

Ich will Ihnen nur das sagen, um nun zu meinen sachlichen Ausführungen zu den Dingen selbst zu kommen.

Die Arbeiter haben wirklich in den Kämpfen um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen mit dem Tarifwesen so gut wie mit dem **Schlichtungswesen**, namentlich hinsichtlich der paritätischen Zusammensetzung und der sogenannten unparteiischen Vorsitzenden sehr böse Erfahrungen gemacht. Ich erinnere an den Artikel, der vor zirka acht Tagen im „Vorwärts" gestanden hat. Man geht jetzt dazu über, diejenigen Vorsitzenden bei den Schlichtungsausschüssen, die noch einigermaßen soziales Verständnis den Arbeitern gegenüber haben, abzuschaffen.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Ich möchte doch den Herrn Arbeitsminister bitten, auch einmal darüber Auskunft zu geben, wie die **Vorsitzenden für die Schlichtungskammern** berufen werden, wie sie die Vertretungen übernehmen.

Ich sage: die Arbeiter sind durch dieses ganze Gebaren ins Hintertreffen gekommen, und der Beweis ist wohl am besten dadurch erbracht, daß der Reallohn gegenüber dem Marksturz und der damit verknüpften Verteuerung stetig zurückgegangen ist.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Die Kompromisse, die bei den Tarifabschlüssen in den Schiedskammern in Verbindung mit den Verbindlichkeitserklärungen getroffen worden sind, haben einen Ausgleich der Teuerung nicht geschaffen. Sie brauchen nur mit allen Arbeiterkategorien zu reden, und werden es auch als praktische Gewerkschaftler am eigenen Leibe erfahren, daß die Lebenshaltung der Arbeiter ständig zurückgegangen ist,

(sehr wahr! bei den Kommunisten.)

daß der Ausgleich nicht gebracht wurde. Aber es fehlt den Arbeitern und Angestellten auch das nötige Vertrauen zu diesen Schlichtungsausschüssen, und das ist ganz natürlich. Denken Sie doch einmal an die Bildung und **Entwicklung der Schlichtungsausschüsse** zurück. Denken Sie einmal, wie **während des Krieges** die sogenannten Kriegsausschüsse geschaffen wurden, die quasi unter den Vertretern der Generalkommandos tagten. Die Kriegsausschüsse wurden erst auf freiwilliger Basis geschaffen, aber nachher durch die Praxis zwingend gemacht. Da hat man die Vertrauensleute der Arbeiter, die während des Krieges energisch die Forderungen auf Grund der Teuerung vertreten haben, gemaßregelt, hat sie zum Militär eingezogen, und als nach dem Umsturz von 1918 die Arbeitgeberverbände durch eine gerissene und schlaue Taktik dazu übergingen, in den Arbeitsgemeinschaften die Gewerkschaften für ihre Zwecke dienstbar zu machen, da mußten wir feststellen, daß bei Abschlüssen von Tarifen, bei Lohnerhöhungen, die gerissenen Vertreter des Kapitals es den Gewerkschaften gegenüber verstanden, die Lohnerhöhungen gleich mit Preistreibereien zu verbinden.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Ich erinnere Sie nur an den Kohlenwirtschaftsrat, an den Eisenwirtschaftsbund, wo man gleichzeitig die Erhöhungen der Löhne der Bergarbeiter benutzt hat, um für die große Masse des Volkes als Konsumenten die Preise für Kohle und damit auch indirekt für ihre ganze Lebenshaltung wieder in die Höhe zu treiben. Aber gleichzeitig hat man schon diese ganze Politik der Arbeitsgemeinschaften, die Abschlüsse der Tarife und die Preistreibereien, benutzt, um wiederum eine feste Produktionsbasis für das erschütterte kapitalistische Wirtschaftssystem zu schaffen.

Ich sage also: da haben die Arbeiter und die Angestellten bisher schon diesen Kriegsausschüssen und Schlichtungskammern, dieser Arbeitsgemeinschaftspolitik, ein Mißtrauen entgegengebracht. Umso mehr jetzt, wo sie einer Periode der verschärften Ausbeutung entgegengehen.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Jetzt, wo von den deutschen Industriellen, von der deutschen Reaktion geplant wird, daß die deutsche Arbeiterschaft neben den riesigen Profiten, die das deutsche Kapital erfordert, auch noch die ungeheuren Lasten der Reparationen tragen soll, wo die Arbeiterschaft gegenwärtig gegenüber dem Machtkampf des Kapitals Leben und Gesundheit ihrer Klasse verteidigen muß, will man dazu übergehen, den **Arbeitern** gewissermaßen gesetzliche **Fesseln** in der berüchtigten **Schlichtungsordnung** anzulegen. Da will man all die Erfahrungen, die man gesammelt hat, in Paragraphen kleiden, um das Streik- und Koalitionsrecht der Arbeiter völlig illusorisch zu machen. Und das in einem Moment, wo die Metallindustriellen Süddeutschlands mit der Unterstützung des gesamten deutschen Arbeitgeberverbandes vorgehen! Der **Kampf der Metallindustriellen in Süddeutschland** ist Ihr Kampf (nach rechts), ist der Kampf der deutschen Arbeitgeber. Der Kampf unserer süddeutschen Arbeitsbrüder ist aber auch der Kampf des gesamten deutschen Proletariats.

Wir wissen, daß es dabei um eine Machtfrage geht. Die einzelnen Ministerialräte mögen wochen- und monatelang in ihrem Studierzimmer im Schweiße ihres Angesichts ochsen, die realen Tatsachen spielen sich draußen ab, die Entscheidung zwischen Kapital und Arbeit wird draußen getroffen. Ich verkenne nicht, daß vielleicht mancher Ministerialrat soziales Verständnis hat und sich ehrlich bemüht, die Klippen zu umschiffen; dabei steht auf der einen Seite die junge

(**Malzahn**, Abgeordneter.)

(A) Republik, die den Fortschritt will, auf der anderen Seite der schwarze Mann, Stinnes mit seinen Trabanten.

(Große Heiterkeit.)

Wir werden alles daran setzen, damit der Kampf in Süddeutschland von den Arbeitern siegreich beendet wird. Dann werden wir auch sehen, ob Sie sich weiter bemühen, irgendeiner Arbeiterkategorie in Deutschland den Achtstundentag zu rauben.

Der deutsche Arbeitgeberverband steht mit seiner ganzen organisatorischen und finanziellen Macht hinter den süddeutschen Metallindustriellen. Jetzt müssen die deutschen freien Gewerkschaften ihre historische Mission begreifen und bis zum letzten Augenblick die Kraft der neun bis zehn Millionen Gewerkschaftler zusammenfassen, die in dem A. D. G. B., in den freien Gewerkschaften, in der Afa zusammengefaßt sind. In den einzelnen Betrieben und Verbänden hört man, daß die Arbeiter zu jedem materiellen Opfer bereit sind. Sie werden den süddeutschen Arbeitern alles zuführen, damit diese ihren Kampf durchführen können. Wir werden sehen, wer die Kraftprobe bestehen wird; aber an den freien Gewerkschaften darf es nicht scheitern.

Wir haben auch gesehen, daß sich die Industriellen den Teufel um Schlichtungssprüche oder um Vorschläge des Herrn Arbeitsminister Brauns scheren. Sie fragen nichts danach, wenn sie ihren Machtstandpunkt durchsetzen wollen. Nur nebenbei will ich erwähnen, daß der **Vorschlag des Herrn Arbeitsministers ein volles Zugeständnis an die süddeutschen Metallindustriellen** war.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Er schlug vor, man solle sich auf die 47 stündige Arbeitswoche vorläufig einigen und täglich eine Überstunde machen. Damit sollte den süddeutschen Metallarbeitern (B) das Genick gebrochen werden. Dann wäre es Schritt für Schritt so fortgegangen. Ich will zugunsten des Vorstands des deutschen Metallarbeiterverbands annehmen, daß er nur aus taktischen Gründen auf diesen Vorschlag eingegangen ist, um einmal festzustellen, wie weit die Frechheit der süddeutschen Metallindustriellen und überhaupt der deutschen Arbeitgeber geht. Denn ich bin fest davon überzeugt, daß jeder Schritt, den die süddeutschen Metallindustriellen machen, die jetzt in Frankfurt weitere Aussperrungen vornehmen, vom gesamten deutschen Arbeitgeberverband sanktioniert wird.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Also ich sage, in solcher Zeit will man dazu übergehen, den Arbeitern die Schlichtungsordnung aufzuoktroyieren. Das würde nichts anderes bedeuten, als daß man der Arbeiterschaft die einzige und beste Waffe, die sie in dem Kampf um ihre Existenz gegenüber dem Kapital hat, rauben würde. Natürlich würde ein Herr Ministerialrat sofort mit Hilfe seiner Paragraphen beweisen, daß trotz dieser Schlichtungsordnung noch gestreikt werden kann. Aber auf diese juristischen Tifteleien kommt es nicht an, sondern es kommt darauf an, wie dieser Entwurf der **Schlichtungsordnung**, der uns jetzt vorliegt, sich in der Praxis auswirken wird. Und da sagen wir, schon der Aufbau und die Verwaltung und **Zusammensetzung der Schlichtungsbehörden** zeigen, daß sie neben dem Einfluß der Arbeitgeber vollständig unter dem bureaukratischen, juristischen Einfluß stehen. Es wird ja ausdrücklich die höhere juristische Fähigkeit gefordert, und das bedeutet natürlich, daß bei diesen Schlichtungskammern, wenn man noch die Organisationsvertreter der Minderheitsgewerkschaften, um mich gelinde auszudrücken, hinzunimmt, die allzuleicht zu Kompromissen geneigt sind, die Arbeiter immer ins Hintertreffen kommen. Und dabei stehen die Schlichtungskammern noch unter der Kontrolle der obersten (C) Landesbehörden und der Reichsämter.

Es kommt weiter in Betracht, daß in § 55 festgelegt ist, daß eine **Abstimmung unter der Kontrolle der Gewerbeaufsichtsbehörden** stattfinden muß, und daß die Abstimmung eine Zweidrittelmehrheit nicht etwa der Abstimmenden, sondern der Gesamtbeschäftigten ergeben muß. Daß das Zustandekommen einer solchen Mehrheit bei solchen großen Kämpfen, die über so große Gebiete wie Süddeutschland, wie Württemberg, Baden, Bayern usw. ausgedehnt sind, ein Unding ist, weiß jeder praktische Gewerkschaftler. Dann kommt endlich noch die gesetzlich festgelegte Verbindlichkeitserklärung hinzu und die Haftbarmachung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, wenn sie die Bedingungen nicht einhalten. Also unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, würde diese Schlichtungsordnung in der Praxis das Streikrecht für die Arbeiter völlig illusorisch machen.

Aber die Schlichtungsordnung nicht allein, auch das Arbeitsnachweisgesetz und das Arbeitszeitgesetz, soweit es uns im Entwurf für gewerbliche Arbeiter vorgelegt ist, mit den Ausnahmen für bestimmte schwache Gruppen, zeigen, daß man die starken Gruppen, die Bergarbeiter usw., loslösen will, um dann nachher den schwachen Gruppen, wovon die Kollegin Ziegler sprach, eine recht lange Arbeitszeit aufzubürden.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Die Arbeiter und Angestellten erkennen, daß sie untereinander losgelöst werden sollen, daß man glaubt, die Bergarbeiter erst zufriedenstellen zu können, um dann nachher die anderen Gruppen umso schwerer zu treffen. Die Arbeiter durchschauen die Geschichte, sie haben keine Lust, sich vereinzelt schlagen zu lassen, sondern sie werden die geschlossene Front und die einmütige Solidarität diesen Versuchen des Kapitals entgegenstellen. (D)

Die Vertreter der anderen Gewerkschaften, der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen, die Vertreter des Zentrums und der Demokraten, haben sich wegwerfend über den süddeutschen Kampf geäußert. Sie sind zwar nicht offene Gegner des Achtstundentags, nur kleiden sie es, wie zum Beispiel der Abgeordnete Andre, in die Worte, sie könnten nicht schematisch den Achtstundentag aufrechterhalten. Aber ich mache diese Herren darauf aufmerksam, daß die **christlichen Arbeiter in Süddeutschland** schon seit einem Vierteljahr Schulter an Schulter mit den freien Gewerkschaften kämpfen. In der Praxis werden die Arbeiter, die aus alter Tradition noch in den christlichen Gewerkschaften stehen, durch die soziale Not und durch die Angriffe des Unternehmertums gezwungen, freiwillig den Kampf an der Seite der freiorganisierten Arbeiter mitzumachen.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wenn man den Kurs ansieht, der mit der Schlichtungsordnung, dem Arbeitszeitgesetz und allen diesen Dingen verfolgt werden soll, dann kommt man zu dem Verdacht, daß diese Art Sozialgesetzgebung nicht für die Arbeiter, sondern gegen die Arbeiter gemacht werden soll; das muß hier offen ausgesprochen werden. Ich mache den einzelnen Ministerialräten und dem Herrn Arbeitsminister keine Vorwürfe, daß sie diese Entwürfe von ihrem Gesichtspunkt aus ausgearbeitet haben und ihr ganzes Wissen und Können dabei aufgewendet haben. Aber die realen Tatsachen zwingen die Arbeiter dazu, diese Kämpfe durchzuführen. Auch der Appell, den der Herr Arbeitsminister an beide Seiten gerichtet hat, muß ergebnislos verklingen, weil die Macht der Verhältnisse und die ökonomische Entwicklung der Wirtschaft stärker ist, als es gute Worte und salbungsvolle Reden sein können.

(Malzahn, Abgeordneter.)

Aufgabe der Arbeiter muß es sein, neben dem parlamentarischen Beratungen ganz bestimmte Richtlinien für die Sozialgesetzgebung in ihren Organisationen aufzustellen. Der kommende deutsche Gewerkschaftskongreß in Leipzig, der neun Millionen freiorganisierte Arbeiter vertritt, also die Kerntruppe der Arbeiterschaft bildet, muß unbedingt eine geschlossene feste Kampfesbasis zur Sicherung des Achtstundentages schaffen. Er muß weiter die Gleichberechtigung der Arbeiter, Angestellten und Beamten in der gesamten Wirtschaft und im Produktionsprozeß endlich zur Durchführung bringen.

Es ist meine bestimmte Auffassung, die ich aus meiner gewerkschaftlichen Tätigkeit bei den Bergarbeitern gewonnen habe, daß die Bergarbeiter den Charakter des Arbeitszeitgesetzes für den Steinkohlenbergbau erkennen und dasselbe mit uns ablehnen werden. Wir fordern vielmehr den Sechsstundentag für die Bergarbeiter, der ihnen im März 1919 versprochen worden ist. Wenn eine **Regelung der Arbeitszeit** erfolgen soll, dann verlangen wir keine Loslösung dieser Frage für die Bergarbeiter. Die deutschen Arbeiter haben sich ein Arbeitszeitgesetz selber geschaffen, sie haben sich durch die Revolution den Achtstundentag erkämpft. Wenn man, wie man sagt, die Arbeitszeit nicht schematisch regeln will, dann verlangen wir eben die Erfüllung der Versprechen, die gegeben worden sind; wir verlangen für die Bergarbeiter sechs Stunden, für die jugendlichen und weiblichen Arbeiter ebenfalls sechs Stunden. Wir verlangen weiter eine Herabsetzung der Arbeitszeit in der chemischen Industrie und in der Glasindustrie. Sehen Sie sich diese Arbeiter an! Der Herr Kollege Girbig hat den Produktionsprozeß, wie er sich heute in der Glasindustrie vollzieht, geschildert, unter welch schwierigen Verhältnissen die Arbeiterschaft arbeitet. Für diese Industrien verlangen wir eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

wir verlangen aber auch, wenn schon ein Arbeitszeitgesetz generell für alle Gruppen geschaffen wird, daß darin auch der **obligatorische Urlaub** festgelegt wird. Wir fordern einen vierwöchentlichen Urlaub der Arbeiter bei voller Bezahlung. Nur auf dieser Basis werden die Arbeiter es verstehen, wenn ein Arbeitszeitgesetz zustande kommt, und sie werden sich nicht einzeln niederringen lassen, sondern sie haben die Gefahr erkannt. Sie lassen sich auch nicht durch reaktionäre Maßnahmen von Ihrer Seite zu irgendwelchen Dingen verleiten. Die Arbeiter werden in ihren Gewerkschaften einen starken Rückhalt und Schutz haben, sie werden die Gewerkschaften zu Kampforganisationen machen, um dadurch alle die Fragen zu lösen, die bei der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit zu lösen sind.

Die **Angliederung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte an die ordentlichen Gerichte** lehnen meine Freunde unter allen Umständen ab. Der Justizminister Radbruch muß von allen guten Geistern verlassen gewesen sein,

(sehr gut! bei den Kommunisten)

als er diesen genialen Einfall bekommen hat, mit der Angliederung der Kaufmanns- und Gewerbegerichte die ordentlichen Gerichte zu reformieren. Es ist die Auffassung jedes Gewerkschaftlers und Wirtschaftlers, der die Dinge kennt, daß dadurch die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nicht reformiert werden, sondern sie würden schwerfällig werden, sie würden bureaukratisiert werden, sie würden den Geist und den Wert verlieren, den sie bis jetzt noch einigermaßen gehabt haben.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Nein, wir verlangen einen weiteren Ausbau der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte auf der Basis, wie sie jetzt bestehen. Aber wir verlangen auch, daß die Wahlen der sogenannten unparteiischen Vorsitzenden bei den Gewerbegerichten von den Bezirkswirtschaftsräten vorgenommen werden, und mein Freund Bartz hat gestern schon darauf hingewiesen, daß nach Art. 165 der Reichsverfassung Voraussetzung ist, daß erst dieser Unterbau, die **Bezirkswirtschaftsräte**, geschaffen werden; denn nur dadurch können die Arbeiter und Angestellten durch ihre selbstgewählten Vertreter aktiv an der sozialen Gesetzgebung, am Wirtschaftsleben und am Produktionsprozeß teilnehmen. Wir verlangen, daß in allen sozialen Körperschaften, in den Schlichtungskammern, bei den Nachweisen, bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten die Vertreter aus den Reihen des Bezirkswirtschaftsrats gewählt werden. Wir fordern, daß die Zusicherungen, die die Regierung den Arbeitern in den Kämpfen im Frühjahr 1919 gemacht hat, endlich eingelöst werden.

Wir wünschen und hoffen, daß insbesondere auch in der Machtfrage, die jetzt draußen zum Austrag kommt, von der Arbeiterschaft, von den freien Gewerkschaften wie von den christlichen, die ihren Mann in Süddeutschland stehen, alles darangesetzt wird, den Kampf siegreich zu Ende zu bringen.

(Bravo! bei den Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Winnefeld.

Winnefeld, Abgeordneter: Ich hätte lieber gesehen, wenn der Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitszeit in den Steinkohlenbergwerken ohne weiteres dem zuständigen Ausschuß überwiesen worden wäre.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Dann hätte der Reichstag Zeit gespart, und dem Reiche wären die Kosten für den Druck der Stenogramme erspart geblieben.

Wenn man sich die Verhältnisse auf dem Gebiete des Steinkohlenbergbaues seit dem Jahre 1918 ansieht, so kann man eine ewige Beunruhigung der Belegschaften nach **Einführung des Achtstundentages** feststellen. Die Machthaber der **Revolution** haben bei der Proklamierung des achtstündigen Arbeitstages diejenigen Schichten außer Acht gelassen, die im Bergbau arbeiten. Man hat vergessen, daß die **Bergarbeiter**, wenn man allgemein den Achtstundentag einführt, eine entsprechend kürzere Arbeitszeit verlangen können.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich war bei der Einführung des Achtstundentages noch in der Grube tätig. Ich habe von vornherein vorausgesehen, daß diese Tatsache schwere Folgen für unsere Wirtschaft und die rheinisch-westfälische Industrie auslösen würde. Ich habe mich in dieser meiner Meinung nicht getäuscht. Schon im März 1919 brach der von linksradikaler Seite entfachte Streik aus. Es gehörten dazu die heutigen Unabhängigen und die Kollegen des Abgeordneten Höllein.

(Abgeordneter Höllein: Ich bin stolz darauf!)

— Sie haben keine Ursache, stolz darauf zu sein. Der Streik im Ruhrgebiet hat im Jahre 1919 drei Millionen Tonnen Förderungsausfall an Kohlen gebracht und dadurch der deutschen Volkswirtschaft unwiederbringlichen Schaden zugefügt. Ich sehe daher nicht recht ein, daß sich gerade die Anhänger des Kollegen Höllein dann über die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland beschweren.

Wenn ich den Unsinn überblicke, der insbesondere auf dem Gebiete des Kohlenbergbaues seit dem Jahre 1918 geleistet worden ist, möchte ich davor warnen,

(Winnefeld, Abgeordneter.)

(A) diese Experimente auf dem Gebiete des Kohlenbergbaues allzu oft zu wiederholen. Denn jede Tonne Kohlen, die weniger aus der Grube herauskommt, schädigt unsere weiterverarbeitende Industrie. Man sollte meinen, daß jeder Mensch mit fünf gesunden Sinnen einsieht, daß man so nicht fortfahren kann. Die fortwährende Beunruhigung des Kohlenbergbaues und die schwankende Förderung hat dazu geführt, daß wir heute von einem chronischen Kohlenmangel in Deutschland sprechen können. Unter diesem Kohlenmangel leiden nicht allein einzelne Bevölkerungsteile, sondern die gesamte Wirtschaft, und daran sollten diejenigen denken, die immer über diejenigen schimpfen, die versuchen, unsere Wirtschaft wieder in ordnungsmäßige Bahnen zurückzuführen.

(Sehr richtig! rechts.)

In diesem Zusammenhang möchte ich einige Zahlen anführen, die unter keinen Umständen außer acht gelassen werden sollten. Im Jahre 1913, im Monat Februar, betrug ohne Elsaß-Lothringen und das Saargebiet die Förderung 14 162 000 Tonnen, in demselben Monat des Jahres 1921 12 009 000 und im Februar 1922 sogar nur 11 465 000 Tonnen.

Die Ursachen für den **Rückgang der Förderung** sind auf verschiedenen Gebieten zu suchen. Das Überschichtenabkommen, das im Jahre 1921 abgelaufen ist, hat einen wesentlichen Einfluß auf den Kohlenausfall gehabt. Infolge des Kohlenmangels sind nach Zeitungsmeldungen augenblicklich 34 Hochöfen ausgeblasen und muß Roheisen eingeführt werden.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

In den Monaten Januar und Februar dieses Jahres sind 150 000 Tonnen vom Auslande eingeführt worden, während wir im Ruhrgebiet geradezu auf der Kohle sitzen. Man braucht gar keine überragende Größe auf (B) dem Gebiet der Volkswirtschaft zu sein, —

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Sind Sie ja auch nicht!

— Das habe ich für mich auch keineswegs in Anspruch genommen, Herr Kollege Hoch, aber ich habe gerade Sinne und vermag als Arbeiter zu beurteilen, was es auf sich hat, wenn wir zur Einführung von Roheisen und Kohle gezwungen sind, und andererseits Arbeitslosenunterstützung zahlen müssen. Das ist doch nach meiner Überzeugung ein offenbarer volkswirtschaftlicher Unsinn.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: In der Industrie gibt es keine Arbeitslosen!)

— Der Eisen- und Kohlenmangel, Herr Kollege Janschek, pflanzt sich naturgemäß auf sämtliche weiterverarbeitende Industrien des Landes fort, auch wenn wir dort im Augenblick keine Arbeitslosen haben.

Nun bestreitet der Herr Kollege Rosemann die **Notwendigkeit**, im jetzigen Augenblick ein solches **Gesetz** zu erlassen. Man kann darüber geteilter Meinung sein, ob es im gegenwärtigen Stadium zweckmäßig ist, das Gesetz zu erledigen. Er hat für seine Beweisführung auf die Arbeitskammer im Ruhrbergbau Bezug genommen, die sich gegen eine Teilregelung ausgesprochen habe. Ich setze dem das Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrats gegenüber. Dieser hat, wie man in Anlage 3 findet, einen Antrag Gärtner angenommen, der sich im wesentlichen auf den Gesetzentwurf stützt. Nun kann ich doch nicht annehmen, daß das Reichsarbeitsministerium den Gesetzentwurf von sich aus einbringt, ohne vorher mit den zuständigen Stellen Fühlung zu nehmen. Und wenn der Kollege Rosemann kurzer Hand erklärt, der Gesetzentwurf sei nicht dazu angetan, die Förderung zu steigern oder die Bergarbeiter zum Verfahren von Überschichten zu veranlassen, dann muß ich in diesem Falle daran erinnern, daß die (C) Arbeiter des Ruhrgebiets denselben Standpunkt vertreten. Kollege Rosemann geht also hier mit den Arbeitgebern konform. Ich als Bergmann kann den Gesetzentwurf durchaus nicht so kurzer Hand abweisen. Nach meiner Meinung muß alles versucht werden, Beruhigung in unsere Belegschaften hineinzubringen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube auch, daß es manchen Bergmann im rheinisch-westfälischen Industriegebiet geben wird, der keineswegs den Standpunkt des Kollegen Rosemann teilt, der Gesetzentwurf müsse ohne weiteres abgelehnt werden.

Tatsächlich schafft nun auch der Gesetzentwurf durchaus keine neue Lage. Sämtliche Steinkohlenbergwerke, diejenigen in Oberschlesien ausgenommen, haben durch Tarifvertrag die siebenstündige Arbeitszeit eingeführt; dieser Zustand würde auch nach dem Gesetzentwurf erhalten bleiben. Aber er verliert darum nicht seinen Wert, denn er schafft die Möglichkeit, zur Beruhigung in unseren Belegschaften beizutragen. Wenn man unter solchen Umständen von dieser Stelle aus erklärt, der Gesetzentwurf sei nicht geeignet, diesem Ziele zu dienen, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn ein Teil unserer Belegschaften aus solchen Äußerungen Anlaß nimmt, Unruhe in unser Wirtschaftsleben hineinzutragen.

(Sehr richtig! rechts.)

Davor möchte ich besonders warnen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß alles versucht werden muß, die Kohlenförderung zu steigern. Die Verhandlungen überlasse ich den berufenen Personen, das heißt den einzelnen Verbänden der Bergarbeiterorganisationen. Wenn einerseits die siebenstündige Schicht gesetzlich festgelegt wird, dann hat der Herr Reichsarbeitsminister (D) ganz recht, wenn er sagt, daß den Bergarbeitern ein Argument genommen sei, zu sagen, wenn sie einmal länger als sieben Stunden arbeiten müssen: Wenn wir erst einmal acht Stunden arbeiten, kommen wir nicht davon los.

Besonders bemängelt worden ist die Bestimmung des § 4, daß, wenn mehr als 28 Grad Celsius Wärme in den Gruben vor Ort ist, die sechsstündige Schicht eingeführt werden soll. Ich halte das für absolut notwendig, daß da, wo 28 Grad Celsius vor Ort sind, eine **kürzere Schichtzeit** einwandfrei einsetzt. Jeder, der im Bergbau die Verhältnisse kennt, weiß, daß **bei 28 Grad Wärme** der Bergmann unter außergewöhnlichen Umständen arbeiten muß. Die Wärme wirkt nicht nur auf die äußere Bewegung des Körpers ein, sie wirkt auch in hohem Grade auf die Atmung. Wer die Sache selbst mitgemacht hat, hat aus eigener Erfahrung beobachten können, daß, wenn der Bergmann bei übergroßer Hitze gearbeitet hat, wenn er zu Tage kommt und frische Luft atmet, die Lunge in erhöhtem Maße tätig ist. Deshalb hat er Neigung zum Schlafen, man sieht die außergewöhnliche Wirkung der Wärme auf den Körper. Vor allen Dingen müssen die Zechenverwaltungen mit übermäßigen Wärmeverhältnissen in der Grube, die auf Gebirge und Steinkohle zurückzuführen sind, versuchen, durch Zuführung von erhöhten Wettern die Wärme herabzumindern, wenn ich auch nicht verkenne, daß die Zuführung von frischen Wettermengen eine Grenze hat, weil sie den Arbeitern sehr gefährlich werden können, weil sich Schlagwetter und Kohlenstaubexplosionen ereignen können, die durch eine übermäßige Zuführung von diesen in ihrer Wirkung verstärkt werden.

Wenn man den Standpunkt vertritt, daß man dieses Gesetz ohne weiteres auf den ganzen Bergbau aus-

(**Winnefeld**, Abgeordneter.)

dehnen soll, so muß ich, so gern ich dem zustimmen würde, mich doch augenblicklich an den Gesetzentwurf halten. In ihm beschränkt die Reichsregierung die Ausdehnung auf den Steinkohlenbergbau.

(Abgeordneter Rosemann: Und Ihre Organisationen?)

Ich spreche hier nicht für die Organisationen, ich spreche hier nach meiner politischen Überzeugung und nach den wirklichen Verhältnissen. Herr Kollege Rosemann, ich würde es begrüßen, wenn es möglich wäre, das Gesetz auf den ganzen Bergbau auszudehnen. So gern ich das täte, muß ich im Augenblick den Kollegen sagen, soweit sie im Erz- und Kalibergbau arbeiten: Wir Kohlenbergleute schaffen das Urprodukt, um die Förderung auf anderen Gebieten möglich zu machen. Wir müssen die Verhältnisse prüfen. Ich würde mich freuen, wenn die Reichsregierung diesen anderen Kameraden die siebenstündige Abeitszeit so schnell wie möglich garantieren würde. Ich bin kein Gegner davon, diesen Leuten dasselbe Recht wie augenblicklich den Ruhrbergleuten zu gewähren.

Das Ruhrgebiet hat nach dem Abschluß des Friedensvertrags von Versailles erhöhte Bedeutung bekommen. Man hat uns Elsaß-Lothringen und das Saargebiet weggenommen. In der allernächsten Zeit werden wir Oberschlesien abtreten. Man braucht nicht viel Worte darüber zu machen, was es bedeutet, wenn wir alle diese Kohlenquellen entzogen bekommen. Wenn so das **Ruhrgebiet** eine **erhöhte Bedeutung** hat, sollte man aber auch die nötige Einsicht gebrauchen, daß man die Verhältnisse dort nicht allzu sehr stört.

(Abgeordneter Rosemann: Besonders von Unternehmerseite!)

— Herr Kollege Rosemann, ich komme jetzt zu einer Sache, die nicht von den Unternehmern, sondern von den Arbeitnehmern gemacht worden ist. Sie haben hier Beschwerde darüber geführt, daß im Ruhrgebiet einzelne Zechenverwaltungen versuchen, den **Betriebsräten** ihre **Rechte** zu beschneiden. Soweit den Betriebsräten ihre Rechte im Betriebsrätegesetz zugesichert sind, bin ich jederzeit bereit, diese Rechte zu verteidigen, und ich lasse daran nicht rütteln.

(Na! Na! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Herr Kollege Rosemann, wenn Sie Zweifel in meine Angaben setzen, bleibt das Ihre Sache. Ich sage Ihnen: ich lasse nicht daran rütteln. Aber andererseits muß man doch verlangen, daß die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes in vernünftigen Bahnen zur Anwendung kommen, und daß weder einerseits die Betriebsräte noch andererseits die Zechenverwaltungen die Befugnisse des Betriebsrätegesetzes überschreiten. Wenn Sie sich vorhin darüber beschwerten, Herr Kollege Rosemann, daß ein Betriebsführer einer Zeche den Betriebsrat geschlagen hat, dann verurteile ich das ganz entschieden. Es darf und soll nicht vorkommen, daß Zechenverwaltungen oder Zechenbeamte sich an Arbeitern vergreifen, die in bezug auf das Betriebsrätegesetz ihre Rechte wahrnehmen. Aber andererseits darf es nicht so gemacht werden, wie es letztens im Ruhrgebiet vorgekommen ist.

Der Herr Abgeordnete Rosemann hat bezug genommen auf die Vorgänge im Ruhrgebiet auf Zeche Dorstfeld 1 und 2 und auf den dortigen **Betriebsratsobmann Gieselmann**. Gieselmann hatte dort einen **Anschlag zur Maifeier** gemacht. Der zuständige Zechenbeamte hat diesen Anschlag kurzerhand vom Brett abgerissen. Diese Handlungsweise des dortigen Zechenbeamten verurteile ich, trotzdem er in seinem Vorgehen rechtlich gedeckt war. Denn die Betriebsräte haben nicht das mindeste Recht, auf den Zechen politische Handlungen vorzunehmen. Andererseits hätte aber der Zechenbeamte den psychologischen Verhältnissen Rechnung tragen sollen. Er hätte die Masse so nehmen sollen, wie sie ist. Zeche Dorstfeld wäre nicht untergegangen, wenn der Anschlag am Brett geblieben wäre.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Andererseits wäre auch die Maifeier nicht generell auf ganz Deutschland ausgedehnt worden. Ich halte dies also für verfehlt. Andererseits sage ich mir aber: wenn der Betriebsrat in diesem Fall den Beamten ohne weiteres an die Gurgel faßt —

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Es sind 19 andere Aussagen dagegen!)

— Ich habe diese Sache in der Zeitung gelesen und muß mich hier auf die Zeitungsberichte stützen und sie als wahr unterstellen. — Gieselmann hat sich an dem zuständigen Beamten vergriffen, und das ist genau so zu verurteilen, als wenn sich der Beamte an dem Arbeiter vergreift. Oder wollen Sie behaupten, daß der Beamte ohne weiteres von den Arbeitern angegriffen werden darf, wenn Sie es andererseits verurteilen — —

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: er ist nicht angegriffen worden!)

— ich stütze mich — ich wiederhole — auf die Mitteilungen der Presse.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Welcher Zeitungen?)

Aber auch abgesehen davon —, der Streik ist von den Organisationen als **wilder Streik** bezeichnet worden.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Nein, er ist anerkannt worden!)

— Er ist anfangs als wilder Streik bezeichnet worden.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Anfangs!)

Vom 5. Mai liegt mir hier ein Aufruf des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter vor, in dem gesagt wird, daß anfangs der Verband der Bergarbeiter mit den vier anerkannten Spitzenorganisationen, die man hier sehr oft betont, den Streik als wilden Streik bezeichnet habe und sämtliche Gewerkschaften aufgefordert hat, sich dem Streik nicht anzuschließen.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sich zu beschränken!)

Was war die Folge? Einige Tage später hat der Verband der Bergarbeiter den Streik anerkannt.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Na also!)

— Warten Sie ab! Er hat ihn anerkannt, offenbar deshalb, weil die Leitung sich der Schwere bewußt war, die aus ihrem Beschluß folgen würde. Sie wäre ohne weiteres matt gesetzt. Die radikale Linke, die Anhänger des Kollegen Malzahn, würden ohne weiteres in diesem Bezirk die Oberhand über sie bekommen haben. Da muß ich schon sagen: die Unionisten und die Syndikalisten sind die konsequenten Leute in diesem Streik gewesen, und der Bergarbeiterverband hat inkonsequent dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter gegenüber gehandelt, weil er den Streik anerkannt hat, ohne die Organisationsleitung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter zu fragen.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei. — Widerspruch und Zurufe links.)

Diese Tatsache stelle ich hier ausdrücklich fest, und Sie haben nicht die geringste Veranlassung, diese Tatsache zu bestreiten. Weiter darüber zu reden, erübrigt sich.

Nun zu der praktischen Seite. Sie beschweren sich hier andauernd darüber, wenn Ihre Anhänger von irgend jemand draußen beleidigt oder tätlich angegriffen

(**Winnefeld,** Abgeordneter.)

(A) werden. Was haben aber Ihre Anhänger im Ruhrgebiet gemacht? Hier liegt vor mir der „Bergknappe" von dieser Woche. Da finde ich die Überschrift: „**Brutale Mißhandlungen christlich organisierter Bergarbeiter**".

(Lebhafte Rufe von der Deutschen Volkspartei: Hört! Hört!)

In Camen hat man Arbeiter in wüster Weise verprügelt, die am 1. Mai arbeiteten und anderen Organisationen angehörten.

(Erneute lebhafte Rufe von der Deutschen Volkspartei: Hört! Hört!)

Das ist eine große Unverschämtheit und Gemeinheit.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Diese Tatsache stelle ich hier ausdrücklich fest, und Sie können sicher sein, daß wir uns für die Folge diese Behandlung nicht gefallen lassen werden.

(Erneute lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei. — Zurufe links.)

Wir werden Front machen gegen solche Zustände. Der Herr Kollege Rosemann hat vorhin warnend davon gesprochen, daß für die Folge im Ruhrgebiet noch mehr Streiks zu erwarten seien.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Er hat auf den 1. Mai und den 9. November hingewiesen. Meine Damen und Herren! Feiern Sie den 1. Mai und den 9. November so, wie es Ihnen paßt, und wenn Sie diese Tage zweimal im Jahre feiern. Ich bin der Letzte, der Ihnen in dieser Beziehung irgendetwas in den Weg legt, und auch meine Anhänger draußen im Lande haben nichts dagegen einzuwenden, wenn Sie am 1. Mai feiern. Aber eines verlangen wir mit allem Nachdruck, nämlich, daß die Regierung solche brutalen Mißhandlungen Andersdenkenden gegenüber für die Folge unmöglich zu machen trachtet.

(B) (Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Über eines dürfen Sie sich klar sein, auch Sie, Herr Kollege Rosemann: wenn Sie auf dem politischen Baum emporklettern, dann klettern Sie um Gottes willen nicht höher, als die Äste reichen! Sonst könnten Sie sich der Gefahr aussetzen, daß Sie mit Ihrer Prophetengabe auf dem Kopfe stehen.

(Heiterkeit.)

Solche Zustände, wie sie augenblicklich im Ruhrgebiet wieder einmal Platz gegriffen haben, sind für die Folge unerträglich.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Von den Unternehmern herbeigeführt!)

— Kollege Pieper, ich sage: diese Zustände sind nicht von den Unternehmern herbeigeführt, sondern sie sind von den linksradikalen Elementen herbeigeführt, die versucht haben, einen Putsch zu machen.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei. — Widerspruch links.)

Meine Damen und Herren! Meine politischen Freunde sind ehrlich bereit, an dem vorliegenden Gesetz mitzuarbeiten, und es würde uns besonders freuen, wenn es uns gelingen würde, für die Folge Beruhigung in unsere Belegschaften hineinzutragen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei. — Zurufe links.)

Wenn Sie, meine Damen und Herren von links, das nicht erkennen, dann ist das Ihre Sache. Es ist zu hoffen, daß der vernünftige Teil der Bevölkerung des Ruhrgebiets für die Folge einsieht, daß es so nicht weiter gehen kann, daß es vielmehr darauf ankommt, zur Festigung unseres Wirtschaftslebens zusammen zuarbeiten, damit wir nicht vollständig untergehen.

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Das Wort hat Herr (C) Abgeordneter Janschek.

Janschek, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Bei der vorgerückten Stunde ist es wohl nicht möglich, auf alles das einzugehen, was hier zum Gesetz über die Arbeitszeit in Steinkohlenbergwerken vorgetragen wurde. Einiges muß ich aber doch richtigstellen, und zwar zunächst in den Ausführungen des Kollegen Rosemann, der im großen ganzen die von den Bergarbeitern vertretene Ansicht dargelegt hat; zum andern das, was Kollege Winnefeld eben gesagt hat. — Ich bin nicht vollständig mit dem einverstanden, was Kollege Rosemann gesagt hat. Er hat unter anderm ausgeführt, daß der Herr Minister durch das Einbringen des Gesetzentwurfs wohl kaum die **Bergarbeiter** zu einem **Verfahren von Überschichten und Überstunden** bringen würde. Ich für mein Teil habe die Auffassung, daß die Bergarbeiter, die bisher für die wirtschaftlichen Nöte des Landes stets Verständnis an den Tag gelegt haben, auch heute, wenn sich die zwingende Notwendigkeit ergeben würde, auch für die Zukunft dasselbe Verständnis aufbringen würden. Leider aber findet man das gleiche Verständnis nicht in den andern Kreisen, die zwar den Bergarbeitern nicht wirtschaftlich nahestehen, aber als Arbeitgeber ihnen nahestehen könnten.

(Sehr richtig! links.)

Gerade die Herren **Arbeitgeber** haben es dadurch, daß sie sich auf den **Herrenstandpunkt** stellten, verstanden, die Bergarbeiter zu dem größten Widerstand herauszulocken.

(Erneute Zustimmung links.)

Da stehe ich im Gegensatz zum Kollegen Winnefeld, der unter anderm sagte, daß die Zustände, wie sie sich im Ruhrrevier entwickelt haben, sowohl die im Jahre 1919 wie die, die auch heute noch vorhanden sind, nicht von (D) den Unternehmern, sondern nur von der linksradikalen Seite hervorgerufen sind.

(Zurufe von den Kommunisten.)

Wenn die Arbeitgeber den Herrenstandpunkt, den sie bisher eingenommen haben, aufgeben würden, dann würden auch, wie man sie im allgemeinen nennt: die Hetzer von links kaum den gesunden Kern der Bergarbeiter irreführen können. Aber wo man erst dafür den Grund legt, ist es natürlich für diese Leute leicht, zum Teil Verwirrung zu stiften.

Kollege Rosemann hat schon auf die Behandlung der Bergarbeiter, besonders soweit sie Betriebsräte sind, hingewiesen. Ich will auf dieses Thema nicht näher eingehen. Kollege Winnefeld hat nun aber einen Fall angeführt, der mich veranlaßt, doch einiges dazu zu sagen, und zwar hat er gesagt, daß der **Betriebsobmann Gieselmann in Dorstfeld** den Beamten als solchen geschlagen hätte.

(Abgeordneter Winnefeld: Das stand in der Zeitung!)

— Kollege Winnefeld, wenn alles das wahr wäre, was in der Zeitung steht, dann wäre es schlecht in der Welt bestellt. Kollege Winnefeld hat auch nicht die Zeitung genannt. Ich meine, es kommt gar nicht darauf an. Zunächst müssen wir mit der einen Tatsache rechnen, daß der Betriebsobmann Gieselmann 19 Zeugen dafür benennt, daß er den Beamten nicht geschlagen hat

(Hört! Hört! links.)

Ich möchte gern sehen, ob der Betriebsobmann nicht das Recht haben soll, wenn die Belegschaft sich für das Feiern an einem Tage erklärt, einen Anschlag zu machen.

(Zurufe rechts und links.)

Wenn die Zechenverwaltung ihm das verbietet und den Anschlag abreißen will, so ist das nicht der richtige Weg;

(Janschek, Abgeordneter.)

(A) sie hätte vielmehr höchstens sagen können: Unterlassen Sie das nächstens!

(Abgeordneter Winnefeld: Das habe ich auch anerkannt!)

— Das ist anerkannt worden, ganz recht, und es freut mich, daß man diese Anerkennung ausgesprochen hat; denn zum großen Teil feiern die Bergarbeiter auch an den Feiertagen, die sie gar nichts angehen, so an kirchlichen Feiertagen, die nicht gesetzlich sind, mit Rücksicht auf die Richtungen, mit denen sie zusammen arbeiten. Aber dieselbe Toleranz verlangen wir auch gegenüber unserer Anschauung!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das vermissen wir zum großen Teil. Wenn Herr Kollege Winnefeld anderer Ansicht ist, so freut mich das; aber ich weiß, daß gerade in den ihm nahestehenden Kreisen andere Anschauungen herrschen. Wenn er den „Bergknappen" zitierte, hätte er auch darauf hinweisen sollen, wie der Weltfeiertag, wo man sich für nichts anderes einsetzt als für den Weltfrieden und den Achtstundentag, mit aller Kraft heruntergesetzt und heruntergetreten worden ist.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten.)

Ich habe aber noch etwas anderes anzuführen. Man spricht von dem Terrorismus der Arbeiter, man spricht auch davon, daß es andere Leute sind, die den Streik in die Kreise der Bergarbeiter tragen. Nein, der Fall Gieselmann ist ein Beweis dafür, wie es die Herren verstehen, die Bergarbeiter zu jedem Widerstand aufzuputschen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten.)

Denken Sie einmal an den Skandal, Herr Kollege Winnefeld, daß die Zechenverwaltung die Unverschämtheit besaß, zu diesem Gieselmann zu sagen: wir legen dich auf

(B) einer anderen Schachtanlage unserer Gewerkschaft an; aber du mußt dich schriftlich verpflichten, dich niemals mehr in einen Betriebsrat hineinwählen zu lassen!

(Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten, den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten: Hört! Hört!)

Das geht soweit, daß eigentlich der gesunde Menschenverstand dabei nicht mehr folgen kann und daß man sagen muß: eigentlich ist es im Jahre 1919 den Werksbesitzern im Ruhrrevier noch zu gut gegangen; sonst würden sie derartige Gelüste nicht an den Tag gelegt haben.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten.)

Nun möchte ich auf das eingehen, was hier betreffs der **Kohlenknappheit** angeführt wurde. Herr Kollege Winnefeld hat unter anderem gesagt, daß 34 Hochöfen ausgeblasen werden mußten, daß Roheisen aus dem Auslande eingeführt wurde. Herr Kollege Rosemann hat zum Teil die Kohlenknappheit bestritten. Ich will ganz objektiv sein und sagen: jawohl, eine Kohlenknappheit besteht! Das ist zweifellos! Es ist eine Tatsache, daß die Reichseisenbahnen für das unbesetzte Deutschland nur etwa für zirka sechs Tage Kohlen haben. Aber man muß sich auch fragen: warum ist eigentlich die Kohlenknappheit vorhanden? So ohne weiteres kann man das nicht etwa auf die faulen Bergarbeiter abwälzen!

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten.)

Im großen und ganzen hört man, wenn man von Kohlenknappheit spricht, das Argument: einerseits Kohlenknappheit, andererseits mehr Bergarbeiter: also ist der beste Beweis erbracht, daß durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch die Faulheit der Bergarbeiter die Kohlenknappheit eintritt. So ist die Sache in Wirklichkeit nicht!

(Abgeordneter Winnefeld: Nein! Nein!)

(C) — Herr Kollege Winnefeld sagt auch: nein, nein, weil er als Bergmann weiß, daß die Sache anders liegt. Herr Kollege Winnefeld, Ihre Ansicht, die sich in diesem Falle mit der meinigen deckt, wird aber nicht von allen Kreisen vertreten, und ich fürchte: selbst in Ihrer eigenen Fraktion nicht.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Warum besteht in Wahrheit die Kohlenknappheit? Weil wir **während des Krieges** einen **Raubbau** getrieben haben,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und zwar nicht nur in der Grube, sondern auch einen Raubbau an der Gesundheit der Menschen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten.)

Ich kann selbst Werksdirektoren benennen, die sich damals gegen das sogenannte **Hindenburg-Programm** erklärt haben, die das nicht mitmachen wollten — aber gezwungen wurden, mitzumachen —, weil sie sagten: es wird dann die Zeit eintreten, wo die Bergwerke nicht leistungsfähig sind.

Das ist der eine Raubbau, den man allmählich auszugleichen versteht. Aber der zweite Raubbau, der **Raubbau an der Gesundheit,** hat in einem Umfange bestanden, daß man erschrickt, wenn man die Zahlen liest. Ich will Sie nicht mit vielen Zahlen bei der vorgerückten Stunde belästigen; das fällt mir nicht ein. Aber eines möchte ich Ihnen sagen; im Jahre 1915 — das war das erste Jahr des Krieges — hatten wir im Bochumer Knappschaftsverein — das ist der größte Bezirk — 286 671 Mitglieder. Davon waren 165 706 Krankheitsfälle zu verzeichnen,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten und bei den Kommunisten)

2280 Todesfälle

(hört! hört! bei den Kommunisten) (D)

und 275 Tuberkulosesterbefälle.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

— Kollege, Sie rufen zu früh „Hört! Hört!"; mir wäre es lieber, wenn Sie bei den nachfolgenden Zahlen „Hört! Hört!" gerufen hätten.

(Zuruf von den Kommunisten: Dann wiederhole ich es, lieber Freund! — Heiterkeit links.)

Ich will Ihnen nämlich die neuen Zahlen vorführen. Ich will Ihnen nur beweisen, wie es im Jahre 1918 war. Die anderen Zahlen waren vom Anfang, wo der Raubbau an der Gesundheit noch nicht soweit vorgeschritten war.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Es war schon schlimm genug!)

— Schlimm genug, Herr Kollege Hoch! Aber nun kommen die anderen Zahlen.

Im Jahre 1918 hatten wir 365 000 Bergarbeiter, also rund 80 000 mehr. Die Krankheitsfälle sind aber auf 382 478 gestiegen,

(lebhafte Rufe links: hört! hört!)

also auf das Doppelte.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Die Todesfälle sind auf 5487 gestiegen.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Das ist ebenfalls mehr als das Doppelte. Und nun habe ich Ihnen vorhin gesagt, daß 275 Tuberkulosesterbefälle vorlagen. Im Jahre 1918 waren es 894.

(Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten, bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Kommunisten: Hört! Hört!)

Was sagt der Knappschaftsverein in seinem Bericht? Er sagt:

> Der Charakter der Tuberkulose als Erschöpfungskrankheit bedingte unter dem Einfluß unzu-

(Janschek, Abgeordneter.)

(A) reichender Ernährung infolge der Hungerblockade, die besonders im Winter 1917 sich geltend machte, ein gehäuftes Dahinsterben der Schwerkranken.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist die Bestätigung des Raubbaus! Dann verstehen Sie, warum die Kohlenförderung heute noch nicht auf der Höhe ist, wie sie sonst gewesen ist. Und das wirkt sich fortgesetzt aus.

(Zurufe von den Sozialdemokraten und von den Kommunisten. — Abgeordneter Malzahn: Stimmt das, Winnefeld? — Gegenruf des Abgeordneten Winnefeld: Kollege Malzahn, ich kenne die Zahlen besser als Sie! — Zuruf von den Kommunisten: Und dann reden Sie hier so und schämen sich nicht? — Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr gut! — Heiterkeit links. — Fortgesetzte Zurufe bei den Kommunisten und bei den Sozialdemokraten und Gegenrufe rechts.)

Meine Herren! Bei dem Rückgang der Kohlenproduktion muß man auch etwas anderes berücksichtigen. Der Bergmann arbeitet in der Grube, und alles, was sich oben zuträgt, wirkt auf den Ertrag seiner Arbeit. Da ist es vor allen Dingen der **Wagenmangel,** der einen großen Einfluß auf die Leistung des Bergmanns ausübt.

(Sehr wahr! links.)

Im März 1922, zu der Zeit, als man über die große Kohlenknappheit klagte — ich will nur den letzten Monat herausgreifen —, waren 729 226 Waggons angefordert, gestellt wurden 592 463; mithin haben 136 763 Waggons gefehlt. Die Kohlen mußten auf die Halden gestürzt werden. Dadurch aber, daß die Leute die Förderwagen auch nicht in die Grube hineinbekamen, mußte die Leistung des Bergmanns unweigerlich fallen. Ergo möge man auch an den andern Stellen zunächst dafür sorgen, daß (B) die Abfuhr der Kohle glatt erfolgt und daß durch regelrechte Zufuhr der Waggons die Leistung des Bergmanns sich heben kann, ohne daß er Überarbeit verfährt.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Sie (nach rechts) werden ja allerdings immer wieder auf die **verkürzte Arbeitszeit** verweisen, die die Leistung herabgesetzt hat. Es ist richtig, meine Herren, etwas wird auch damit zusammenhängen. Aber, wenn zum Beispiel die Herren hier und auch die Arbeitgebersachverständigen im vorläufigen Reichswirtschaftsrat unter anderem anführten, daß die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde, die wir verlangen, eine weitere Reduzierung der Förderung um 10 bis 15 Prozent bedingen würde, so scheinen das doch sonderbare Rechenkünstler zu sein. Wenn wir bei einer Arbeitszeit von 7 Stunden, wie sie heute im Ruhrrevier beträgt, oder von $7\frac{1}{2}$ Stunden in Oberschlesien eine Verkürzung um eine halbe Stunde eintreten lassen, das heißt auf 7 Stunden, so würde das bedeuten, daß die Schichtzeit von 7 Stunden eine Arbeitszeit von 6 Stunden bedingen würde. Man kann ungefähr eine halbe Stunde Weg zur Arbeit und von der Arbeit rechnen, sodaß eine sechsstündige Arbeitszeit herauskommt, Wenn davon eine halbe Stunde weggenommen wird, dann kann unmöglich eine Reduzierung von $12\frac{1}{2}$ Prozent eintreten, sondern höchstens eine solche von 7,8 Prozent. Aber die Herren greifen immer ein bißchen höher, damit nur um Himmels willen die Arbeitszeit nicht verkürzt wird.

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Und woher wollen Sie die 7,8 Prozent nehmen?)

— Herr Kollege Becker, es gibt in der Welt noch eine ganze Menge Leute, die in Wirklichkeit gar nichts tun. Wenn ich so einmal durch den Park hier gehe und sehe, wie die Leute auf den Pferden herumreiten, dann sage ich mir manchmal: wie gut wäre es für diese Herr- (C) schaften, wenn sie einmal mit der Kohlenhacke arbeiten würden!

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Sie wissen doch, daß gar nicht genug Wohnungen vorhanden sind!)

— Ach, im Ruhrrevier gibt es auch solche Leute, die eine Wohnung haben und doch nichts tun. So schlimm ist die Geschichte nicht.

Aber abgesehen davon, was wollen Sie denn damit sagen, wenn Sie fragen, woher die 7 Prozent kommen sollen? Der durch die Verkürzung um eine halbe Stunde hervorgerufene Rückgang kommt ja nur für Oberschlesien, nicht für das Rheinland in Frage, denn im Rheinlande besteht bereits die Siebenstundenschicht. Da nun im Rheinlande drei Viertel der gesamten Kohle gefördert werden, macht diese Verkürzung auf den Gesamtbetrag nur sehr wenig aus. Aber von alledem abgesehen haben die Bergarbeiter das Recht, eine wesentlich kürzere Arbeitszeit zu haben als die anderen.

(Zuruf von den Kommunisten: Sechs Stunden!)

— Kollege Malzahn hat gesagt: sechs Stunden. Das ist mir bekannt. Wir wissen, wie sich seinerzeit die Arbeiterschaft für die sechs Stunden eingesetzt hat. Wir wissen auch, wie wir damals mit Rücksicht auf die Notlage, in der das Land sich befand, uns zwar nicht dagegen erklärten, aber auch nicht dafür. Wir erkennen an, daß bei einer geregelten Tätigkeit, bei einem guten Ausbau der Gruben dem Bergmann sehr wohl die Sechsstundenschicht zusteht, wenn die anderen Arbeiter eine achtstündige Arbeitszeit haben. Sonst kommen diese Leute zu kurz.

Ein Wort möchte ich dem Kollegen Winnefeld noch sagen. Er hat darauf hingewiesen, daß am 1. Mai einige **christlich gesinnte Arbeiter verprügelt** worden seien. Das ist an sich eine Tatsache, aber uns trifft wirklich keine Schuld. Herr Kollege Winnefeld kann sich in der „Bergarbeiterzeitung" davon überzeugen, daß auch wir dieses Vorkommnis verurteilen. (D)

(Abgeordneter Winnefeld: Deshalb haben die Leute ihre Prügel doch gekriegt! Sie haben nur Ihre moralische Pflicht getan!)

— Ja, Herr Kollege, ich kann nur sagen, daß auch wir das verurteilen. Wir würden nur wünschen, daß man auch sonst den Leuten, die unberechtigterweise verprügelt werden, ein gleiches Entgegenkommen zeigt. Ich nehme ja an, daß Sie es tun werden, ob das aber in Ihren Kreisen immer so ist, weiß ich nicht.

Ich möchte zum Schluß kommen. Das dem Reichstag unterbreitete **Gesetz über die Arbeitszeit in den Steinkohlenbergwerken** entspricht nicht dem einheitlichen Verlangen der Bergarbeiter. Denn darin hat der Herr Kollege Rosemann recht: sowohl die Vertreter des Bergarbeiterverbandes, als auch die des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter haben sich in der Arbeitskammer des Ruhrreviers für die Regelung der Arbeitszeit der Gesamtheit der Bergarbeiter in dem Gesetz über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter einstimmig entschieden.

Dieser Gesetzentwurf, der uns vorliegt, nimmt aber nicht nur die Bergarbeiter aus dem bereits dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat vorgelegten Gesetzentwurf über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter heraus, sondern er unternimmt eine Teilung der Bergarbeiter, und es entsteht nun die Frage: sollen die übrigen, nicht im Steinkohlenbergbau tätigen Bergarbeiter ebenfalls durch ein weiteres Sondergesetz die Regelung ihrer Arbeitszeit erfahren, oder will man dieses in dem Gesetz für gewerbliche Arbeiter regeln? Ersteres hat den Nachteil, daß wiederum eine Zersplitterung der einheitlich gedachten Gesetzesregelung stattfindet und eine Unübersichtlichkeit entsteht; im zweiten Falle liegt die Gefahr vor, daß durch das Herausnehmen des Steinkohlenbergbaues für die übrigen Bergarbeiter trotz ihres

(Janschek, Abgeordneter.)

(A) nicht minder schweren und gefahrvollen Berufes die gegenüber den anderen gewerblichen Arbeitern gerechtfertigte kürzere Arbeitszeit schwerer durchzusetzen sein wird. Kollege Winnefeld hat ja ausdrücklich erklärt, daß er auch dafür sei, daß die Siebenstundenschicht für die Erzbergleute usw. eingeführt wird.

Aus diesen Erwägungen heraus ist die einheitliche Regelung der Arbeitszeit im gesamten Bergbau nicht zu umgehen, zum mindesten müßte für den Steinkohlenbergbau zunächst die einheitliche Siebenstundenschicht festgelegt werden und nicht, wie es in dem Gesetzentwurf heißt, nur die bisher tariflich geregelte. Das ist das, was Herr Kollege Rosemann schon ausgeführt hat. Nur dann, wenn für den gesamten Steinkohlenbergbau die Siebenstundenschicht als Höchstarbeitszeit mit entsprechender Verkürzung für die besonders heißen oder nassen Betriebspunkte gesetzlich festgelegt wird, könnte die Gefahr, daß den anderen Bergarbeitern unter Tage nicht die entsprechend kürzere Schichtzeit gleichfalls zuteil würde, als gemindert angesehen werden.

Meine Fraktion erblickt in dem Gesetzentwurf keine Erledigung der Arbeitszeitfrage für die Bergarbeiter,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

wird aber einer Überweisung an den Ausschuß, und zwar meiner Auffassung nach an den sozialen Ausschuß, zustimmen und dort versuchen, das, was in dem Gesetzentwurf fehlt, hineinzubringen. Von den im Ausschuß erzielten Verbesserungen wird es abhängen, ob sie dem Gesetz die endgültige Zustimmung geben kann.

Der Kollege Andre hat gestern in der allgemeinen Debatte ausgeführt, daß die Koalitionsparteien nicht verpflichtet sind, jedes Gesetz, das von der Regierung vorgelegt wird, zu schlucken. Dies berechtigt uns zu der Hoffnung, daß das Zentrum auf die christlich organisierten (B) Bergarbeiter, die in der Regelung der Bergarbeitszeit mit den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern eins sind, die größte Rücksicht nehmen wird. Kollege Winnefeld sagt, in dem Gesetzentwurf sei ja unter anderen auch der im vorläufigen Reichswirtschaftsrat gestellten Antrag 3 enthalten. Kollege Winnefeld, ich bin einverstanden, und wir begegnen uns schon wieder. Es heißt hier nämlich: in Bergwerken unter Tage usw. Hier wird keine Ausnahme gemacht, hier wird es für den gesamten Bergbau gemacht.

Also Kollege Winnefeld will sich auf den Antrag 3 versteifen, Kollege Andre sagt, wir wollen nicht jedes Gesetz schlucken, was uns vorgelegt wird. Hoffentlich wird es uns gelingen, im Ausschuß ein Gesetz zustande zu bringen, welches die Sicherung der Siebenstundenschicht nicht nur im Steinkohlenbergbau, sondern auch für den gesamten Bergbau bringt, und damit rechtfertigt sich unsere Haltung, wenn wir sagen, wir wollen die Überweisung an den Ausschuß.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Höllein.

Höllein, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es wird hier soviel davon geredet, daß man mit der Arbeitskraft nicht Raubbau treiben soll. Ich stelle fest, daß der Reichstag mit der Arbeitskraft seiner Mitglieder schlimmsten Raubbau treibt. Hier handelt es sich schon lange nicht mehr um den Achtstundentag; es sind vielmehr heute schon 9 Stunden überschritten, und es ist notwendig, daß man nicht nur an sich denkt, sondern auch auf das Personal, das hier in übermäßiger Weise angestrengt wird, etwas Rücksicht nimmt. Aus diesem Grunde beantrage ich Vertagung.

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Meine Damen und (C) Herren! Ich möchte Ihnen meinerseits vorschlagen, die Redner, die zu diesem Titel noch gemeldet sind, zu hören, damit wir wenigstens diese Titel heute noch erledigen. Dann können wir ja, obwohl ich es nur ungern tue, der Frage der Vertagung nähertreten. Ich würde also den Herrn Abgeordneten Höllein bitten, seinen Antrag zurückzustellen, bis die 4 Herren noch gesprochen haben, die sich hierzu gemeldet haben und von denen mir einer zugesagt hat, daß er kurz spreche, und ich glaube auch, daß er dieses Versprechen halten wird. Wie es mit den übrigen Herren steht, weiß ich nicht. Aber angesichts dieses Antrags werden auch sie sich ja wohl ein wenig kürzer fassen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich gebe dem Herrn Kollegen Höllein durchaus zu, daß die gegenwärtige Tagung sehr große Anforderungen an die Arbeitskraft der Abgeordneten stellt. Aber wir haben doch auch Wert darauf zu legen, daß beim Arbeitsministerium die wichtigen Arbeiterfragen erörtert werden, und ich fürchte, daß, wenn wir heute diesen Abschnitt nicht fertig machen, bei der geringen Zeit, die wir überhaupt noch zur Verfügung haben, die Aussprache über die noch zu behandelnden Arbeiterfragen darunter zu leiden hat. Ich meine, wir könnten mit Rücksicht auf die Sache das Opfer bringen und könnten diesen Abschnitt erledigen, mehr allerdings nicht; darin darf ich auch dem Herrn Kollegen Höllein zustimmen, daß wir dann vertagen. Wir haben dann allerdings eine schwere Arbeit getan; aber mit Rücksicht auf die Geschäftslage können wir das wohl auf uns nehmen.

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Höllein. (D)

Höllein, Abgeordneter: Ich kann die Argumentation des Herrn Abgeordneten Hoch nicht gelten lassen. Ich bin selbstverständlich auch dafür, daß die Arbeiterfragen hier von allen Seiten gründlich behandelt werden. Aber es soll jetzt den Abgeordneten eine Arbeitslast zugemutet werden, die sie auf die Dauer nicht tragen können. Wir sind doch auch nicht bloß Abgeordnete, sondern haben auch noch andere Berufspflichten, und der Reichstag hat nicht das Recht, die einzelnen Mitglieder des Reichstags möglichst schnell unter die Erde zu bringen.

(Heiterkeit.)

Ich halte also meinen Antrag aufrecht.

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Es bleibt also nichts anderes übrig, als abzustimmen.

Diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrag Höllein auf Vertagung zustimmen wollen, bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit. Wir werden also jedenfalls diese Rednerreihe noch hören.

Der Herr Abgeordnete Thiel hat das Wort.

Thiel, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! In der Aussprache, die zwischen dem Herrn Vertreter meiner Fraktion und dem Herrn Reichsarbeitsminister geführt worden ist, haben sich Gegensätze herausgebildet, über deren Beurteilung, wie aus den Ausführungen des Kollegen Moldenhauer hervorging, die Meinungen in meiner Fraktion nicht vollkommen übereinstimmten. Er hat, wie er betonte, seine Ausführungen gemacht im Auftrag einer Mehrheit der Fraktion, und es kommt mir darauf an, hier keine falschen Auffassungen über die **Stellungnahme der Minderheit meiner Fraktion** aufkommen zu lassen.

(Thiel, Abgeordneter.)

(A) Die erste Meinungsverschiedenheit ging aus von der **Auslegung**, die man glaubte den **Ausführungen des Herrn Ministers** von heute vormittag geben zu müssen. Diese Ausführungen waren tatsächlich zu verschiedener Auslegung geeignet. Ich persönlich faßte sie mit meinen Freunden von der Minderheit so auf, daß der Herr Minister nicht etwa einen **Koalitionszwang mit illegalen Mitteln** habe befürworten oder verteidigen wollen. Ich konnte zu dieser Stellungnahme deshalb kommen, weil mir aus der Praxis der Gewerkschaftsbewegung bekannt ist, daß er sich wiederholt in amtlicher Eigenschaft gegen jeden Terror und gegen jeden Koalitionszwang mit illegalen Mitteln ausgesprochen hat und daß in solchen Fällen entschieden von seiten seines Amtes eingegriffen worden ist. Ich freue mich sehr, daß, nachdem der Herr Kollege Moldenhauer ein Mißverständnis in der Auslegungsmöglichkeit offen gelassen hat, der Herr Minister durch seine Erklärung zum Ausdruck gebracht hat, daß diese meine Auffassung richtig ist, so daß in dieser Frage nunmehr die Beurteilung in meiner Fraktion wohl eine geschlossene sein dürfte.

(Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei.)

— Das heißt, daß die grundsätzliche Auffassung, die Herr Moldenhauer zu dieser Frage vertreten hat, innerhalb der Fraktion einmütig geteilt werden kann. Andererseits kann, nachdem der Herr Minister erklärt hat, wie er seine Ausführungen von heute morgen ausgelegt wissen will, nicht mehr daran gezweifelt werden, daß auch er nicht daran denkt, einen Koalitionszwang mit illegalen Mitteln etwa als berechtigt anzuerkennen, sondern daß seine Ausführungen so zu verstehen sind, wie der Herr Kollege Moldenhauer hier seine Stellung zu dieser Frage bekundet hat.

Die zweite Frage war die der **Anerkennung** der sogenannten **wirtschaftsfriedlichen Verbände**, des Nationalverbandes deutscher Berufsverbände. In dieser Frage (B) handelt es sich meines Erachtens zunächst einmal mehr um einen Streit um Worte. Ich vertrete persönlich die Auffassung, daß, wenn diese Verbände einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, dieser Vertrag selbstverständlich rechtsverbindlich für die vertragschließenden Teile ist. Daran kann auch der Herr Minister nichts ändern. Eine andere Frage ist die, ob man solche **Tarifverträge** ohne weiteres auch für solche Arbeitnehmer für rechtsverbindlich erklären kann, die außerhalb dieser Organisation stehen. Solche Anträge müssen von Fall zu Fall geprüft werden; Einsprüche hiergegen können von allen Beteiligten erhoben werden. Dem Arbeitsminister kann nicht auferlegt werden, daß er trotz des Widerspruchs großer Gewerkschaften aus dem Berufe diese Tarifverträge des Nationalverbandes auch für verbindlich erklärt für diejenigen, die nicht unmittelbar von der betreffenden Organisation, die den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung stellt, damit beauftragt waren oder dieser Organisation nicht angehören. Also diese Frage kann, glaube ich, nur so beurteilt werden, wie die Frage der Verbindlichkeitserklärungen überhaupt beurteilt wird. Auch die von mir geleiteten Organisationen haben wiederholt Anträge auf Verbindlichkeitserklärung gestellt, die um deswillen abgelehnt worden sind, weil die eine oder andere Organisation Einspruch dagegen erhoben hat. Bei der Prüfung kann auch nicht außer acht gelassen werden, ob es sich um eine vom Unternehmertum mehr oder weniger abhängige Organisation handelt. Daraus ergibt sich: Herr Kollege Moldenhauer hat erklärt, daß er in den Streik der Gewerkschaften sich nicht einmischen will, daß nur die Wahrung gleicher Rechte für alle vom Arbeitsministerium verlangt werden soll. Nach dieser Klarstellung der praktischen Aufgaben des Ministeriums hinsichtlich der Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen für außerhalb der Organisation Stehende dürfte (C) kaum noch grundsätzlich eine Meinungsverschiedenheit innerhalb meiner Fraktion über diese Frage obwalten. Über die praktische Anwendung dieses Grundsatzes würden sich meines Erachtens die Kämpfe innerhalb der Gewerkschaftsbewegung abzuspielen haben.

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Oettinghaus.

Oettinghaus, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn es auch schon spät ist, so können wir es doch nicht unterlassen, noch auf verschiedene Dinge hinzuweisen. Es ist hier über die **Gelben** und über die Koalitionsfreiheit manches gesagt worden. Wir freuen uns, daß unsere Auffassung im Werturteil den gelben Verbänden gegenüber mit Ihrer (nach rechts) Auffassung nicht übereinstimmt, denn sonst sähe es um uns traurig aus.

Sie können doch nicht bestreiten, daß die freien Gewerkschaften und auch die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften für die Hebung des Lebensniveaus des Arbeiters sehr viel getan haben. Nun nehmen aber Ihre Freunde und Schützlinge, die Gelben, alles das, was diese Gewerkschaften in zähem Ringen gegen das Unternehmertum erkämpft haben, selbstverständlich auch für sich in Anspruch. Aber selbst nach Ihrer Auffassung sollte man doch im allgemeinen die Menschen, die da ernten, wo andere säen, nicht allzu hoch einschätzen. So ist es doch bei den Gelben. Sie ernten die Früchte der übrigen Gewerkschaften und schimpfen noch darüber sehr oft, daß bei diesen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit für sie nicht mehr herausgekommen ist. Wir könnten manche Beispiele solcher Art anführen.

Nun zur **Koalitionsfreiheit!** Sie wünschen die Koalitionsfreiheit in den Arbeiterkreisen, wie Sie sie auffassen. Aber da möchten wir doch einmal eine Parallele ziehen und fragen: gibt es denn in Ihren Organisationen (D) auch Koalitionsfreiheit? Gewiß, eine ganze Menge Unternehmer bedroht ihre Leute, wenn sie einmal bei Streiks und Aussperrungen nicht nach ihrer Pfeife tanzen, erbarmungslos mit der Materialsperre und anderen schönen Dingen, schließlich mit dem wirtschaftlichen Ruin, wenn sie sich nicht schließlich dem Willen des Arbeitgeberverbandes beugen und sich ihm anschließen. Deshalb sollten Sie die schönen Worte, die Sie für die Freiheit finden, auch in Ihren Organisationen anwenden und die Unternehmer nicht mit dem Ruin bedrohen, die nun einmal in einem Wirtschaftskampf anderer Auffassung als Sie sind.

Wir verstehen natürlich auch nicht, warum Sie im gegenwärtigen Moment bei dem süddeutschen Kampf und beim Arbeitszeitgesetz so große Anhänger und Vorkämpfer des Achtstundentages sind. Sie, meine Herren von der Rechten, befürworten den **Achtstundentag** doch nur, wenn er verlängert werden soll. Auch in Ihren Organisationen sind Herren — ich erinnere an Herrn Kollegen Winnefeld und Herrn Kollegen Moldenhauer —, die auf dem Standpunkt stehen, daß es eine ganze Menge Industrien gibt, in denen weniger als acht Stunden gearbeitet werden kann und gearbeitet werden muß. Diese Leute legen sich für den Achtstundentag ins Zeug. Wo aber der Achtstundentag durch Überstunden überschritten wird, da haben Sie diese Schmerzen gar nicht.

(Widerspruch rechts.)

— Nein, wenn 10, 11, ja 12 Stunden pro Tag gearbeitet wird, da werden Sie nie konsequente Vertreter des Achtstundentages sein, sondern Sie werden sagen: na, diese Kumpels haben doch ein Einsehen mit unserer schlechten Wirtschaftslage!

(Erneuter Zuruf rechts.)

— Gewiß, wir wollen den schematischen Achtstundentag; wir sagten, wir wollten die 48-Stundenwoche. Auf dem-

(**Oettinghaus**, Abgeordneter.)

(A) selben Standpunkt steht auch ein Teil von Ihnen. Es kann auch weniger gearbeitet werden, aber 48 Stunden in der Woche sind nach unserer Auffassung auch das Maximum. Der Arbeiter ist nebenbei auch noch Mensch, und wenn er acht Stunden gearbeitet hat, gleichviel in welchem Beruf, muß ihm eine gewisse Zeit zur Verfügung stehen, in der er sich als Mensch betätigen kann. Wir sind durchaus nicht so für öde Gleichmacherei. Wenn die Bergarbeiter weniger arbeiten, dann kommen wir ihnen entgegen, und es sind von uns auch schon Vorschläge gemacht worden, dahingehend, daß man bei den Bergarbeitern und in anderen schweren Berufen mit sechs Stunden zufrieden sein kann.

Die Auffassung, die hier bezüglich der Schlichtung der großen Streitigkeit in Süddeutschland von Ihnen (zur Deutschen Volkspartei) kundgetan worden ist, deckt sich nicht mit der unsrigen. Sie erwähnen mit keinem Wort, daß Ihre Parteigenossen in Süddeutschland bestehende Tarifverträge in ganz brutaler Weise gebrochen haben. Es gab in Süddeutschland Tarifverträge, die die 46-Stundenwoche vorsahen und noch Wochen und Monate liefen. Darüber haben Sie sich kurzerhand hinweggesetzt und wollen nun diktatorisch die 48-Stundenwoche einführen. Auch erwähnen Sie mit keinem Wort, wie die **46-Stundenwoche in Süddeutschland** entstanden ist. Hat sie sich die Arbeiterschaft 1918 etwa mit Bajonetten und Karabinern erobert? O nein! Ihre Parteigenossen, die mit den Arbeitern eine kürzere Arbeitswoche als von 48 Stunden vereinbarten, sind dabei von der Erwägung ausgegangen, daß in Norddeutschland und in anderen Teilen immer länger gearbeitet worden wäre als in Süddeutschland, so daß man nun unter den neuen Verhältnissen in Süddeutschland sehr wohl auch eine kürzere Arbeitswoche einführen könnte. So ist es doch, daß das im gegenseitigen Einverständnis geschehen ist. Daß Ihre (B) Parteigenossen und die Leute Ihrer Weltanschauung 1918 mit uns darüber einig waren, davon erwähnen Sie kein Wort, sondern Sie tun so, als wenn es sich dort um prinzipielle Forderungen handelte, die nur von uns vertreten würden, und Sie tun so, als müßte die Volkswirtschaft zugrunde gehen, wenn dort die 48-Stundenwoche nicht eingeführt würde.

Da halten Sie uns doch für sehr naiv. Wir müßten nicht rechnen können, wenn wir glaubten, daß es Ihnen um die Volkswirtschaft ginge. Der Herr Arbeitsminister erwähnte schon, daß durch den bis heute fortgesetzten Kampf 12 Jahre notwendig geworden sind, um die eine Stunde, um die es letzten Endes noch geht, wieder einzubringen, und Sie werden nach meiner Auffassung den Kampf weiterführen, bis dazu 24 Jahre notwendig sind. Da wollen Sie uns und der Öffentlichkeit begreiflich machen, es handelte sich für Ihre Seite um die arme deutsche Wirtschaft? Nein, nein, die Dinge liegen so, daß von Ihrer Seite in Süddeutschland eine ganz brutale Machtprobe hervorgerufen worden ist. Es handelt sich um einen Machtkampf zwischen den beiden Weltanschauungen, zwischen den Organisationen beider Seiten. Und darum kann ich auch den Standpunkt nicht verstehen, den der Herr Kollege Andre hier vertrat. Führen denn nicht auch seine Parteigenossen Schulter an Schulter mit den freien Gewerkschaften in Süddeutschland zusammen den Kampf?

(Zuruf aus dem Zentrum.)

— Bitte sehr, nicht um die Erringung von Lohnerhöhungen! Gehen Sie doch einmal nach Süddeutschland! Ich war dort und weiß, daß sowohl die Hirsch-Dunckerschen wie die christlichen Arbeiter mit den unsrigen Schulter an Schulter kämpfen gegen das Diktat der Unternehmer und die Herbeiführung der 48-Stundenwoche.

(Wiederholter Zuruf.)

So steht es in Wahrheit in Süddeutschland, und wir be- (C) grüßen es, wenn Sie in dieser Form eine andere Auffassung kundgeben. Das wird den Leuten da unten jedenfalls die Augen öffnen, so daß sie erkennen, wo ihre wahren Freunde und Vertreter sitzen.

(Erneuter Zuruf aus dem Zentrum.)

Ich war in Süddeutschland, Herr Kollege, und weiß aus Versammlungen, daß es so ist, wie ich sage, daß Ihre Leute mit den unsrigen zusammenstehen und daß sie die Volkswirtschaft genau so beurteilen wie wir. Alle Beschlüsse in dieser Beziehung sind gemeinsam gefaßt worden. Aber die Dinge liegen ja so, daß auch der Herr Arbeitsminister, der ja ganz genau im Bilde ist, um was es sich handelt — ich hätte nur gewünscht, er wäre konsequent gewesen und hätte die letzte Schlußfolgerung gezogen —, sagte: Es handelt sich ja eigentlich nur noch um die Form der 48-Stundenwoche, weil die 47-Stundenwoche von der anderen Seite quasi zugestanden ist und eine Überstunde im Bedarfsfall auch gemacht werden soll. Wollen Sie denn heute noch sagen, daß es sich dort unten um einen Kampf um die Arbeitszeit handle? O nein, es ist nicht so. Die logische Schlußfolgerung des Arbeitsministers hätte lauten müssen: Aus all diesem geht hervor, daß die 48-Stundenwoche nicht mehr zur Debatte steht, sondern ein Ringen zwischen Kapital und Arbeit. Wenn Sie sich die Entwicklungsgeschichte der 46-Stundenwoche, wie ich sie vorhin geschildert habe, vor Augen halten, werden Sie mit uns zu der Überzeugung kommen, daß es nicht anders ist, sondern daß das Unternehmertum die Zeit für gekommen erachtet, den Organisationen der Arbeiterschaft den empfindlichen Schlag zu versetzen. Ich hoffe ja, daß Sie sich verkalkulieren, daß Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenhalts der gesamten deutschen Arbeiterschaft ohne Rücksicht auf Partei und auch auf Gewerkschaft erhalten bleibt. Aber selbst wenn die Arbeiter dort unterliegen (D) würden, glauben Sie denn, daß Sie dann gewonnen, daß Sie die Arbeitsfreudigkeit und die Produktion bedeutend gesteigert hätten? O nein! Sie klagen soviel über die mangelnde Arbeitsfreudigkeit. Sorgen Sie einmal mit uns dafür, daß es dem am besten geht, der am meisten arbeitet. Solange das Gegenteil der Fall ist, daß es dem am besten geht, der am wenigsten arbeitet, kann die Arbeitsfreudigkeit nicht besonders groß sein. So ist es gegenwärtig. Wenn Sie glauben, eine Niederlage der Arbeiter in Süddeutschland würde Ihre Bahnen öffnen, dann täuschen Sie sich. Manchem Arbeiter, der bei der Wahl denselben Mann, dieselbe Partei gewählt hat, die jetzt seine erbittertste Gegnerin ist, werden durch Ihr Verhalten die Augen geöffnet werden. Werfen Sie ruhig noch weitere Hunderttausende hinaus, es wird zur Klärung beitragen, es wird dazu führen, daß die Arbeiterschaft die Notwendigkeit des Zusammenschlusses in festgefügter Organisation gegen die Unternehmer erkennt. Werfen Sie weitere Hunderttausende hinaus, dann werden nicht nur Christen und Hirsche mit uns gehen, dann werden Sie das Proletariat in seiner Gesamtheit zusammenschmieden in diesem Kampfe. Sie werden das, was Sie am meisten fürchten, den Zusammenschluß des gesamten Proletariats, durch Ihre Gewaltmaßnahmen herbeiführen. Dann wird sich herausstellen, daß auch Sie ein Teil waren von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Adams.

Adams, Abgeordneter: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte mich nicht zum Wort gemeldet, wenn nicht der Herr Kollege Brey die Vorgänge, die sich

(Adams, Abgeordneter.)

(A) in **Heidelberg** in dem **Zementwerk Leimen** abgespielt haben, vollkommen falsch dargestellt hätte.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich muß feststellen, daß der Kollege Brey sich nicht an Ort und Stelle unterrichtet hat, sondern von seinem Berichterstatter falsch unterrichtet worden ist. Ich bin persönlich selbst unten an Ort und Stelle gewesen und habe mich über die dortigen Verhältnisse selbst orientiert. Wenn der Herr Kollege Brey behauptet, die Anfrage, die ich mit einigen Parteifreunden gestellt habe, entspreche nicht den Tatsachen, dann kann ich ihm sagen, daß die Anfrage auf dem Tatsachenmaterial aufgebaut ist, daß ich mir unten gesammelt habe.

(Sehr richtig! und Zuruf links.)

— Ich gebe Ihnen nachher Antwort darauf. — Der Streik im Zementwerk Leimen ist vom Fabrikarbeiterverband Deutschlands, vom Verband der christlichen Fabrik- und Transportarbeiter, dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein über das Zementwerk Leimen verhängt. Am 23. April hat der gesamte Betriebsrat, der aus 7 wirtschaftsfriedlichen, 2 freiorganisierten, einem christlichen und einem Hirsch-Dunckerschen Vertreter und einem Angestellten besteht, zu dieser Bestreikung der Firma Stellung genommen und einstimmig erklärt, diesen Streik abzulehnen, da gar keine Gründe vorlägen.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich werde Ihnen nachher noch aus der Presse eine Mitteilung geben, die Sie objektiv über die wirklichen Verhältnisse unterrichtet.

Ich war selbst im Werk und habe mich mit den maßgebenden Behörden in Heidelberg in Verbindung gesetzt. Mein Kollege Keppler, der dortige Geschäftsführer, ist beim Arbeitsministerium in Baden gewesen, wo alles getan werden sollte und getan wurde, um diesen Streik beizulegen. Ich habe mich persönlich ins Werk begeben (B) und mich dort nicht an Arbeitgeber oder Angestellte, sondern direkt an die Arbeiter gewandt, die nicht nur zu unserer Organisation, sondern zu den verschiedensten Organisationen gehörten. Alle haben den Streik abgelehnt, weil sie sich sagten: hier handelt es sich nicht um wirtschaftliche Interessen; wir haben erst vor kurzem einen Tarifvertrag abgeschlossen, der uns höhere Löhne sichert als in der benachbarten Zementindustrie. Auch darüber sollte der Kollege Brey unterrichtet sein, daß sein Kollege Engelhardt in der Nachbarschaft von Leimen und in Süddeutschland Tarife abgeschlossen hat, die unter dem Tarif liegen, der am 27. im Zementwerk Leimen abgeschlossen wurde.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich habe mich mit diesen Arbeitern an Ort und Stelle unterhalten, und sie sagten mir: hier handelt es sich lediglich um eine Machtprobe; hier will man eine Organisation vernichten. Und das ist die Organisation, deren Vorsitzender ich bin, die Betriebsgruppe des Deutschen Arbeiterbundes, welche dem heute hier so viel geschmähten Nationalverband deutscher Berufsverbände angeschlossen ist.

Meine Damen und Herren! Wie es dort unten zugegangen ist, werden Sie in der Presse gelesen haben. Auch in unserer Anfrage ist es geschildert. Ich will nur die schwersten Fälle hervorheben. Die „Badische Post“ Nr. 109 vom 11. Mai 1922 schreibt:

> Ein Arbeiter, der glaubte, weil er 64 Jahre alt sei, von den Massen der Fuchsschen Waggonarbeiter und sonstiger werkfremder Angehöriger unbehelligt die Fabrik verlassen zu können, wurde in der rohesten Weise mißhandelt, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Leute, die aus der Richtung Wiesloch zur Schicht kommen wollten, mußten nach Heidelberg durchfahren, weil sie gewaltsam am Aussteigen verhindert und bei dem Versuch, auf dem Rückwege von Heidelberg die Fabrik zu erreichen, ins Feld versprengt wurden, so daß sie erst am andern Tage auf weitem Umwege nach Hause gelangten, ohne die Fabrik betreten zu haben. (C)

Meine Damen und Herren! Das dürfte Ihnen wohl beweisen, wieweit man gegangen ist, wenn man sich schon an einem alten, wehrlosen 64jährigen Manne vergreift.

Dann sagte auch der Herr Kollege Brey, die Drahtseilbahn sei gar nicht gesprengt worden; es sei nur ein Pfosten gesprengt worden. Ja, ich glaube, der Herr Kollege Brey kennt noch keine Drahtseilbahn, sonst müßte er wissen, daß mit der Sprengung der Pfeiler auch die Drahtseilbahn gesprengt ist und damit keine Materialien in die Fabrik hineinkommen konnten. Deswegen ist auch nur das Werk stillgelegt worden, nicht etwa, weil die Arbeiter streiken wollten, sondern weil Leute aus Ihren Kreisen (nach links gewendet) sich zur Sabotage haben hinreißen lassen und es unmöglich gemacht haben, Material in die Fabrik zu bringen. Zur Stunde sind in dem Werk noch 300 Arbeiter beschäftigt, die Notstandsarbeiten verrichten, und ich habe Mitteilungen bekommen, daß man glaubt, in dieser Woche den Betrieb wieder aufnehmen zu können. Ich war auch bei den Behörden und dem Herrn Amtmann, der die Polizei in Heidelberg unter sich hat. Er hat mir versprochen, daß der Schutz ausreichend sein würde. Wenn größere Gefahren durch die von Mannheim herangeholten streikenden Metallarbeiter sich zeigen würden, würde der Schutz noch vermehrt werden. Trotzdem die Fabrikleitung den Herrn Amtmann darauf aufmerksam gemacht hat, daß in der Nacht die Drahtseilbahn gesprengt werden sollte, hat er sich geweigert, den notwendigen Schutz zur Verfügung zu stellen. Das ist eine Regierung, die auf der einen Seite schützend eingreift, auf der anderen Seite dem Staatsbürger den (D) Schutz verweigert.

Zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Brey möchte ich sagen, daß auf dem Zementwerk Heidelberg soziale und gute Verhältnisse herrschen aus dem einfachen Grunde, weil Ihre (nach links) Organisation dort keinen festen Fuß fassen kann. Deswegen richtet sich Ihr ganzer Kampf gegen dieses Werk. Die Werkbesitzer, der alte und junge Geheimrat Schott, haben so viel soziales Verständnis, wie man es manchem Arbeitgeber nur wünschen könnte. Gehen Sie hin und erkundigen Sie sich bei den Arbeitern, warum die Versammlungen, die Sie einberufen haben, nur von 2 oder 3 Leutchen besucht sind, unsere Betriebsversammlungen dagegen von über 400. Und die haben den Streik abgelehnt, weil eine Ursache zum Streik nicht vorlag. Überall, wo der Arbeitgeber sich mit seinen Arbeitnehmern vertragen will und soziales Verständnis für sie hat, gedeiht auch der wirtschaftsfriedliche Gedanke. Das haben Sie in Leimen gesehen und an anderen Stellen. Sie sehen es in der Landwirtschaft in Pommern. Der Gedanke bricht sich Bahn. Daß Sie unsere Organisation heute hier angegriffen haben, beweist uns, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

(Zustimmung rechts. — Lachen und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten.)

Der Herr Abgeordneter Brey hat dann auch dem Herrn Reichsarbeitsminister ins Ohr flüstern wollen, auf die Anfrage mit gutem Willen eine vernünftige Antwort herauszubringen. Seien Sie sicher, Herr Kollege Brey, die Unterschriften — Adams, Geisler, Dr. Curtius — sind Ihnen Bürge, daß die Anfrage so beantwortet wird, wie sie beantwortet werden muß.

Zum Schluß möchte ich Ihnen eine kurze Pressenotiz vorlesen, die Ihnen darüber Aufklärung verschafft, wie die tatsächlichen Verhältnisse sind:

(Adams, Abgeordneter.)

(A) Die Vertreter der Heidelberger Presse mit Ausnahme der „Volkszeitung“ ließen sich gestern von dem Gesamtbetriebsrat des Zementwerkes Leimen eine eingehende Information über die Ursachen und den Zweck des Streikes in Leimen geben. Da in den letzten Tagen die widersprechendsten Nachrichten in den Blättern erschienen sind, so war es an der Zeit, sich von den maßgebenden Personen — auf der einen Seite dem Betriebsrat, erwählt aus der Mehrheit der Arbeiterschaft und zusammengesetzt aus Vertretern aller Gewerkschaften, und auf der anderen Seite der Werksleitung — unterrichten zu lassen. Letztere hat ihren Standpunkt ja bereits zur Genüge bekannt gegeben, so daß hier nun der Standpunkt des Betriebsrats, der aus Mitgliedern des Deutschen Arbeiter-Bundes, 2 freien und 3 Mitgliedern der christlichen Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaft besteht, für die Außenstehenden von besonderem Interesse ist.

(Hört! Hört! rechts.)

Die gestrige Befragung des Betriebsrats ergab nun die Tatsache, daß nicht nur die Anhänger des Deutschen Arbeiter-Bundes, sondern auch die Betriebsräte der Freien, Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gerwerkschaften ohne Ausnahme gegen den Streik sind und daß die Streikparole über ihre Köpfe hinweg und ohne sie überhaupt zu befragen von den Gewerkschaftssekretären ausgegeben wurde.

(Hört! Hört! rechts.)

Da der größere Teil der Arbeiterschaft solange arbeitswillig blieb, als das Werk lief, so ergibt sich die interessante Tatsache, daß es sich in Leimen also nicht um einen Streik der Belegschaft, (B) sondern um eine Bestreikung des Zementwerkes handelt.

Die Ursache ist nicht etwa eine Lohnforderung, denn schon am 27. April hat der Arbeiterrat mit der Fabrikleitung ein Abkommen getroffen, wonach die Verheirateten eine Zulage von 3 Mark pro Stunde erhalten. Ein gelernter und verheirateter Arbeiter bekommt jetzt im Zementwerk 24 Mark die Stunde, ein ungelernter im Durchschnitt 18 Mark. Das entspricht auch den Löhnen anderer Industrien und ist im Zementgewerbe der höchste Tarif.

Die Gründe für den Streik sind aber der alte Kampf der Gewerkschaften gegen den Deutschen Arbeiter-Bund, der bekanntlich wirtschaftsfriedlich und in Leimen besonders stark ist. Diese wirkliche Ursache wird von den Gewerkschaften natürlich nicht zugegeben, sondern es heißt offiziell, „das Zementwerk weigere sich, den Reichsarbeitsvertrag für die Stein- und Erdenindustrie anzunehmen“. Das ist eine Irreführung der öffentlichen Meinung;

(hört! hört! rechts)

denn das Zementwerk erfüllt den ganzen Vertrag bis auf den § 1, der besagt, daß die wirtschaftsfriedlichen Verbände keinerlei Vertretungs- und Verhandlungsberechtigung haben sollen. Angesichts der Stärke des Deutschen Arbeiter-Bundes im Zementwerk Leimen, der allein 6 Betriebsräte von 11 stellt, muß dieser Paragraph von jedem denkenden Menschen als ein Akt des Terrors abgelehnt werden. Es handelt sich also um nichts weniger als um eine Machtprobe zwischen den sozialistischen Gewerkschaften einerseits und den gelben Gewerkschaften andererseits. Und da die Werksleitung auch nicht gut angeschrieben ist, so (C) wird die Gelegenheit benutzt, um auch dieser gleich eins auszuwischen.

Die große Zahl der meist älteren und besonnenen Arbeiter, die gestern außer dem Betriebsrat ihre Meinung äußerten, sprach sich übereinstimmend gegen die Hetze aus, und immer wieder hieß es: „Wir brauchen Brot, um unsere Familien ernähren zu können, wir wollen arbeiten“.

Über den Hergang des Streiks ist uns nichts Neues berichtet worden. Daß die Arbeitswilligen belästigt werden, ist vom Betriebsrat einhellig bestätigt worden.

Ja, meine Damen und Herren (nach links), daß das manchem sehr unangenehm ist, das kann ich begreifen; aber was einmal gesagt werden muß, das sage ich auch. — Sie sehen, daß der Kampf sich hier nicht um die wirtschaftliche Interessenvertretung dreht, sondern der Kampf richtet sich gegen uns (Nationalverband deutscher Berufsverbände). Wir haben von Ihnen gelernt, daß, wenn man sich durchsetzen will, man kämpfen muß. Wir sind bereit, für unsere Gleichberechtigung zu kämpfen, und auch wenn der Herr Arbeitsminister unserer Organisation den Kampf ansagt, dann nehmen wir auch den Kampf von seiner Seite auf. Sie (nach links) wollen keine Gemeinschaft mit uns; das läßt uns selbstverständlich kalt. Es ist verständlich, weil Sie international und wir national eingestellt sind.

(Lachen und Zurufe links.)

Unsere Parole ist und bleibt dieselbe: gegen Klassenkampf und Internationalismus, für aufrechte und wahre Arbeits- und Volksgemeinschaft!

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei. — Hurra-Rufe links.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort hat der Herr (D) Abgeordnete Schmidt (Cöpenick).

Schmidt (Cöpenick), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wäre die Zeit nicht so weit vorgeschritten, so könnte man auf das antworten, was der Kollege Adams am Schluß seiner Rede gesagt hat, und den Umfang der sogenannten wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereine schildern. Ich könnte aus der Landwirtschaft hunderte von Beispielen anführen zum Nachweis dafür, mit welchem Terrorismus die Mitglieder in diese **gelben Gewerkschaften** gepreßt werden.

(Sehr richtig! links.)

Die Herren Gelben mögen doch nicht glauben, daß wir gegen sie hier einen Kampf führen, weil wir sie unterdrücken wollen.

(Na! Na! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir werden nur die Übertreibungen, deren sie sich schuldig machen, zurückweisen; denn soweit mir bekannt ist, haben die Gelben in ganz Deutschland nach dem letzten Jahresbericht nur 150 000 Mitglieder.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: 250 000!)

Was bedeutet das gegenüber den 8 Millionen, die in den freien Gewerkschaften organisiert sind, und gegenüber den 2 Millionen, die nach meiner Kenntnis in den christlichen Gewerkschaften organisiert sind, und einer weiteren erheblichen Zahl in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften!

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Weshalb regen Sie sich dann so auf? — Gegenrufe von den Sozialdemokraten: Über die Dummheit! — Heiterkeit.)

— Beruhigen Sie sich!

Ich habe hier das Wort ergriffen, um einigen Übertreibungen des Herrn Abgeordneten Schimmelpfennig entgegenzutreten. Ich habe volles Verständnis dafür, daß der Herr Abgeordnete Schimmelpfennig hier alljährlich

(**Schmidt** [Cöpenick], Abgeordneter.)

(A) sein Sprüchlein zugunsten der Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes aufsagt; denn wenn er das nicht täte, dann werden die gelben Vertreter in Pommern, die Herren Johannes Wolff und sein Anhang kommen und ihren Schein präsentieren, damit sie bei der nächsten Wahl bei den Deutschnationalen als Kandidaten aufgestellt werden.

(Zurufe bei der Deutschen Volkspartei.)

Die **Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit,** die Erledigung von Lohn- und Tariffragen sind Machtfragen. Ich stehe persönlich wie meine Freunde nicht auf dem Standpunkt, daß es zu den Aufgaben der politischen Parlamente gehört, sich über jede Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterhalten.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Wir betrachten den Kampf zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern als Machtkampf. Warum ist denn in der Landwirtschaft immer nur von Pommern die Rede, wenn es sich um einen Streit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer handelt, warum wird im preußischen Parlament, warum wird im deutschen Parlament, auch von den pommerschen Abgeordneten immer nur über die Störung des Wirtschaftsfriedens in der Landwirtschaft Pommerns Lärm gemacht? Aus dem einfachen Grunde, weil man im ganzen übrigen Deutschland im allgemeinen ein vernünftiges Arbeitgebertum findet, das sich an den Verhandlungstisch setzt und Tarifverträge abschließt, ein Arbeitgebertum, das aus der Geschichte des Kampfes der Industrie und der gewerblichen Arbeiter gelernt hat und sich sagt: es ist am besten, sich hier gütlich, friedlich zu verständigen. Keine von beiden Gruppen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, gibt freiwillig etwas nach oder läßt etwas von seinen Forderungen ab; aber wenn man tagelang bei Verhandlungen zusammensitzt, dann (B) findet man in anderen Bezirken Deutschlands den Weg, um dieses wichtigste Produktionsgebiet, die Landwirtschaft, vor Störungen im Wirtschaftsleben zu bewahren. Aber in Pommern ist es anders der Fall.

Da Herr Abgeordneter Schimmelpfennig an den Herrn Arbeitsminister die Frage wegen Anerkennung seiner Arbeitnehmergruppe gerichtet hat, so möchte ich ihm den Rat geben, sich erst einmal in seiner Fraktion darüber zu erkundigen, ob alle Abgeordneten seiner Fraktion in der Wertschätzung der **gelben Arbeitnehmergruppen** derselben Meinung sind.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Spielt gar keine Rolle!)

Nun sagt Herr Schimmelpfennig, die Mitglieder der **Arbeitnehmergruppe in Pommern** seien die Vorkämpfer des Gedankens der wirtschaftsfriedlichen Organisation im Kampfe gegen die roten Gewerkschaften. So ähnlich hat er sich ausgedrückt. Ich könnte Beispiele dafür anführen, wie die Arbeiter rücksichtslos entlassen werden, wenn sie den Mut haben, sich trotz Drohungen freigewerkschaftlich oder christlich zu organisieren.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ferner Beispiele dafür, wie die landwirtschaftlichen Arbeitgeber in Pommern, die immer bei der Hand sind, zu sagen, die Landwirtschaft könne nicht mehr existieren, Dutzende von Zentnern Roggen oder andere Zuwendungen den Mitgliedern der Arbeitnehmergruppe besonders geben, damit sie Mitglied in der gelben Organisation bleiben!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren, blicke man doch hin nach Lauenburg in Pommern, wo die Landarbeiter im Kampf standen, wo der Landbund vorherrschend ist. Es ist erstens nicht wahr, was die Zeitungen berichten, daß der Streik zusammengebrochen ist. Die Landarbeiter haben den Streik abgebrochen, weil diese Frage durch Schiedsspruch erledigt wird. Aber wie ist man dort verfahren? Man (C) hat denjenigen Landarbeitern, die in den Streik getreten sind, weil nach monatelangem Hinziehen kein Tarifvertrag zustande kam, das Futter für ihre Kühe entzogen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Kühe stehen bekanntlich in den Ställen des Arbeitgebers. Das sind die gleichen Arbeitgeber, die immer davon reden, daß durch den Streik die Volksernährung geschädigt wird. Das sind die ersten, die die Ställe zuschließen und das Vieh der Arbeiter heraustreiben auf die Dorfstraßen.

(Hört! Hört! und Unruhe bei den Sozialdemokraten. — Zuruf des Abgeordneten Geisler: Und umgekehrt!)

— Ach, Sie haben ja keine Ahnung vom Lande! Sie wissen ja gar nichts von dem, was ich hier vortrage. Was ich hier anführe, sind Tatsachen, das sind keine gelben Märchen. Ich könnte Ihnen, wenn ich eine Stunde Zeit hätte, die Beweise vortragen, wo den streikenden Landarbeitern die Weide für ihr Vieh rücksichtslos verweigert wird

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

und den Landarbeitern, die in Kost bei dem Arbeitgeber sind, die Beköstigung verweigert wird,

(hört! hört! und große Unruhe bei den Sozialdemokraten)

wo den Landarbeitern das Deputat entzogen wird.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Auf dem Lande können die Landarbeiter sonst nichts bekommen, weil der Pommersche Landbund einen Druck auf die Krämer und Handelsleute ausübt, den streikenden Landarbeitern kein Futter und keine Nahrungsmittel zu verkaufen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Schimmelpfennig spricht von der verheerenden **Tätigkeit meinerseits in Pommern.** Ich möchte erstens einmal Herrn Schimmelpfennig bitten, darauf zu (D) achten, daß Personen bei uns im Verband keine Rolle spielen, sondern daß hier die Gesamtheit der organisierten Arbeiter ihre Wirkung in den Organisationen ausüben. Wenn es mir nicht zuwider wäre, könnte ich Aussprüche von dem Herrn Direktor des Landbundes v. Dewitz und von Herrn Freiherrn v. Wangenheim, dem alten Herrn in Kleinspiegel, anführen, wie diese sich günstig über die Tätigkeit der freien Gewerkschaften, wie sie sich ganz besonders — ich will das nur kurz erwähnen — über die Tätigkeit meiner Person ausgesprochen haben. Das haben die Herren im Pommerschen Landbund natürlich damals kurz nach der Revolution getan. Da waren sie froh, daß die Gewerkschaften da waren, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln, weil sonst unter Umständen der rote Hahn auf die Dächer der pommerschen Junker hinaufgeflogen wäre.

(Zustimmung links. — Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört! — Unruhe.)

Heute natürlich, wo Sie nicht mehr knieschlotternd an den Straßenecken stehen, glauben Sie wieder Ihre alte Herrschaft in Pommern aufrichten zu können.

Der Herr Abgeordnete Schimmelpfennig — das will ich ausdrücklich aussprechen — vertritt eigentlich nur eine kleine Gruppe in dem Arbeitgebertum in der Landwirtschaft in Pommern. Jenes bornierte Junkertum, das aus den Zeitverhältnissen nichts gelernt und nichts vergessen hat.

(Abgeordneter Geisler: Sie haben auch nichts gelernt!)

— Mit Ihnen streite ich nicht darüber! — Ich will nur sagen, daß es auch in Pommern Arbeitgeber gibt, die selbst unter dem **Terrorismus des Pommerschen Landbundes** leiden. Diese besondere Richtung in Pommern ist es, die immer für den nötigen Presselärm über Landarbeiterstreiks

(**Schmidt** [Cöpenick], Abgeordneter.)

(A) sorgt. Bei objektiv denkenden Arbeitgebern ist es schon längst zur Gewißheit geworden, daß, wenn es nicht möglich gewesen wäre, die Masse der Landarbeiter, die nach der Revolution erst Gewerkschaftler wurden, in eine geschlossene Organisation hereinzubringen, es dann mit einer geordneten Wirtschaft in der Landwirtschaft nicht so gut bestellt wäre.

Wenn dann von den kümmerlichen Resten des Deutschen Landarbeiterverbandes in Pommern gesprochen wird, dann möchte ich sagen, daß diejenigen, die hinter Herrn Schimmelpfennig stehen, ruhig bei diesem Glauben bleiben sollen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich will nur sagen, daß in der **Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes** die **Mitgliederzahl** dreifach und vierfach gezählt wird.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn nämlich in dieser gelben Gruppe der Landarbeiter in Pommern — denn sonst in Deutschland kennt man sie ja nicht — der Familienvater Mitglied wird, dann zählt man in der Arbeitnehmergruppe auch gleich die Familienangehörigen mit,

(große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten)

und wenn die Familie vier Arbeitskräfte zählt, dann werden die Mitgliederzahlen dort vierfach gezählt.

(Erneute große Heiterkeit links. — Zuruf im Zentrum: Wird das Vieh auch mitgezählt?)

— Ja, das kommt auch noch dazu; auch die Säuglinge werden noch mitgezählt.

(Heiterkeit.)

— Die Auflage des Verbandsorgans des Pommerschen Landbundes beträgt, soweit ich unterrichtet bin, 68 000 Exemplare, und in den Zeitungen brüstet man sich, daß in der Arbeitgeber- und in der Arbeitnehmergruppe 160 000 oder 170 000 Mitglieder sein sollen.

(B) (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das versteht man ja in den Landbundkreisen überhaupt sehr gut, Mitgliederzahlen zu zählen. In Mitteldeutschland gab es einmal einen Kreis — ich spreche von Arbeitgebermitgliedern insgesamt —, da hatte der Landbund mehr Mitglieder ausgerechnet, als es überhaupt landwirtschaftliche Betriebsinhaber in dem Kreise gibt. So wird in Pommern noch ganz anders gezählt.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

— Wenn Sie sich mit den Gewerkschaften beschäftigen, müßten Sie doch längst die Gewißheit haben, daß in den Gewerkschaften nach Markenverkauf, nach zahlenden Mitgliedern gezählt wird.

(Abgeordneter Geisler: Nicht in der Öffentlichkeit! — Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

— Mit Herrn Geisler zu streiten, hat wirklich keinen Wert; denn die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften werden alljährlich im „Korrespondenzblatt" bekanntgegeben. Dasselbe machen die Christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften.

Ich möchte aber betonen, daß der **Deutsche Landarbeiterverband** in diesem Frühjahr in **Pommern** über 250 Versammlungen auf dem platten Lande abgehalten hat, dort, wo die Junker herrschen, und diese Versammlungen waren überall zahlreich besucht.

(Zuruf des Abgeordneten Geisler: Ohne Erfolg!)

Die Sekretäre des Pommerschen Landbundes mußten froh sein, daß sie von den Führern des Deutschen Landarbeiterverbandes geschützt wurden, sonst hätten ihnen die pommerschen Landarbeiter gezeigt, wo Bartel den Most holt.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Das wäre auch richtig gewesen! — Heiterkeit.)

Wenn sich in dem Pommerschen Landbund Arbeitnehmersekretäre einmal ernstlich betätigen und für die Interessen der Arbeitnehmer eintreten, dann werden sie (C) von der Arbeitgebergruppe des Pommerschen Landbundes gekündigt.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Namen nennen!)

— Lesen Sie doch die pommersche Presse, darin finden Sie alles enthalten.

Dann sagt man von den Landarbeitern, daß sie den Wirtschaftsfrieden stören und die landwirtschaftliche Produktion hindern. Ich erwähne nur das Verhalten des Deutschen Landarbeiterverbandes bei dem Streik in Lauenburg. Dort handelte es sich auch darum, daß der Pommersche Landbund, der die Gewerkschaften unterdrücken will, keine Tarife mit den Gewerkschaften abschließen will, wie das sonst in ganz Deutschland der Fall ist. Hier heißt es in einem Flugblatt des Deutschen Landarbeiterverbandes:

> Die (Land-) Arbeiter sind bereit, in diesem Jahre wegen der anormalen Witterung im Monat Mai eine Stunde länger als bisher zu arbeiten.

Eine solche Arbeiterschaft, die bereit ist, die landwirtschaftliche Produktion zu fördern, um die wegen der Witterung verzögerten Arbeiten nachzuholen, wird vorgeworfen, sie störe in Pommern das Wirtschaftsleben.

In Deutsch Krone, wo sich der Pommersche Landbund auch betätigt, sind 700 Mitglieder des deutschen Landarbeiterverbandes gemaßregelt worden, weil sie den Mut hatten, ein selbständige Meinung zu haben; und 300 Mitglieder des christlichen Landarbeiterverbandes liegen dort ebenfalls auf der Straße.

(Rufe links: Pfui!)

Das sind Mitglieder des Verbandes, dessen Vorsitzender der Kollege des Herrn Schimmelpfennig, Herr Behrens, ist.

Da verlangt man vom Herrn Arbeitsminister, daß (D) er diese Arbeitnehmergruppe anerkennen soll. Es ist Sache des Herrn Arbeitsministers, wie er sich dazu stellt. Ich billige seinen Standpunkt, weil es der freigewerkschaftliche Standpunkt ist, der bei dem Abschluß der Arbeitsgemeinschaften im November 1918 anerkannt und vom Arbeitgebertum gewissermaßen angeboten wurde, das nicht so borniert ist, wie jene Kreise in Pommern.

Dieser Tage ist im Organ des Pommerschen Landbundes deutlich ausgesprochen worden, daß es sich bei diesem Streit nicht um wirtschaftliche Fragen handele, sondern daß der deutsche Landarbeiterverband vom Pommerschen Landbunde bekämpft werde, weil er eine politische Organisation sei. Dann sollen sich doch nicht die Kollegen des Herrn Schimmelpfennig hierherstellen und sagen, es handle sich um Wirtschaftsfragen. Der deutsche Landarbeiterverband in Pommern hat zwei Jahre lang einen Kampf um die Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Schiedssprüche geführt. Schon längst hätten wir Gelegenheit gehabt, zu einem offenen Kampf in Pommern aufzufordern. Wir haben uns aber gesagt, daß in der Öffentlichkeit ein solcher Kampf der Landarbeiter ganz anders bewertet wird als ein Kampf der gewerblichen Arbeiter. Wir haben für die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen uns betätigt. Jetzt liegt ein Urteil des Reichsgerichts vom 7. März 1922 vor, worin die vernünftige Stellung des Herrn Reichsarbeitsministers gebilligt wird. Das Reichsgericht sagt:

> Die in der Rechtsprechung und in der Literatur überaus strittige Frage ist zu bejahen,

nämlich daß die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen rechtsgültig ist. Ich hoffe und wünsche, daß es nach diesem Urteil des Reichsgerichts gelingt, die Schiedssprüche, die die Sonderschlichtungsaus-

(Schmidt [Cöpenick], Abgeordneter.)

(A) schüsse in Pommern nach vielen Mühen gefällt haben, zur Anerkennung zu bringen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

In anderen Teilen Deutschlands brauchte sich das Reichsarbeitsministerium eine so große Mühe nicht zu machen, um überhaupt Sonderschlichtungsausschüsse zusammenzubringen. Die Arbeitnehmer stehen gar nicht auf dem Standpunkte, daß Schiedssprüche absolut nötig sind. Die beste Regelung erfolgt dann, wenn am Verhandlungstisch eine Verständigung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber erzielt wird, weil dies viel zweckmäßiger ist als ein Schiedsspruch. Nur in Pommern ist es notwendig, diesen Kampf bis zum äußersten zu führen.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Meine Damen und Herren! Damit ist die Rednerliste zu diesem Titel erschöpft und zugleich die Diskussion über die Themen, die sich an diesen Titel anschlossen, also Tarifwesen, Arbeitszeit und Gesetzentwurf über die Arbeitszeit in Steinkohlenbergwerken.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort Herr Abgeordneter Brey.

Brey, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Adams hat mir unterstellt, ich hätte die **Vorgänge auf dem Zementwerk Leimen** vollständig falsch dargestellt, weil ich mich nicht am Orte unterrichtet hätte und weil er die Tatsachen am Orte selbst gesammelt hätte. Ich gebe gern zu, daß Herr Adams mit dem Auge des Staatsanwalts und des Polizisten in Leimen und Umgebung herumgesucht hat. Ich bestreite auch nicht, daß er die Vorgänge so beurteilt wie Staatsanwalt und Polizei sie vielleicht beurteilen werden. Ein fertiges (B) Urteil kommt dadurch noch nicht zustande.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Untersuchung wird ergeben, was Wahres an den Dingen ist, und ich habe die feste Zuversicht, daß die Untersuchung etwas anderes ergeben wird, als Herr Adams und seine Freunde hier behaupten. Das darf ich Herrn Adams aber sagen, daß ich durchaus keine Veranlassung habe, ihm mehr zu glauben als meinen Gewährsmännern, die in der Arbeiterbewegung seit Jahren tätig sind. Und nicht nur der freigewerkschaftliche Sekretär hat unter Anführung von Tatsachen die Angaben bestritten, sondern auch der christliche Gewerkschaftssekretär. Beide haben in einer Versammlung, in der die Einwohnerschaft Heidelbergs und Leimens unter starker Beteiligung anwesend war, zu den Dingen Stellung genommen, und unter diesen Versammlungsbesuchern war eine ganz Anzahl von Personen, die die Dinge sich auch am Orte angesehen haben. Das Urteil meiner Leute wiegt vorläufig Ihr Urteil auf, und im übrigen warten wir den Gang der Untersuchung ab.

Es ist sehr nett, daß Sie bemüht gewesen sind, die terroristischen Akte durch einige Übertreibungen zu vermehren. Der Arbeiterbewegung haben Sie damit einen Dienst nicht erwiesen. Aber das ist auch nicht der Zweck Ihrer Tätigkeit. —

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Herr Abgeordneter Brey, das ist keine persönliche Bemerkung.

Brey, Abgeordneter: Wenn der Herr Abgeordnete Adams weiter meint, wir hätten den Streik verhängt, (C) um seinen Organisationssplitter aus der Weltgeschichte auszulöschen, so irrt er auch da. Mein Freund Schmidt hat ihn —

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Für Ihren Freund Schmidt (Cöpenick) können Sie keine persönliche Bemerkung machen.

(Heiterkeit.)

Brey, Abgeordneter: Ich darf Herrn Adams bemerken, daß er ja nunmehr weiß, wie stark seine Organisation im ganzen Reich, in allen Industrien ist, und da ist uns wirklich nicht daran gelegen und kann uns nicht daran gelegen sein, die paar Dinger in Leimen aus der Weltgeschichte verschwinden zu lassen. Auf unsere Mitgliederzahl hat das keinen Einfluß. Aber festzustellen ist, daß die Arbeiter zur Erringung eines Reichstarifs in den Streik getreten sind. Herr Adams, glauben Sie, das ist nicht geschehen aus Überzeugung? Herr Adams, glauben Sie, das ist möglich durch Terrorismus? Da irren Sie sich.

Das soziale Verständnis, das Herr Adams hier dem Herrn Kommerzienrat Schott nachgerühmt hat, besteht allerdings darin, daß er sich in allerhand Wohltaten gegenüber den Arbeitern geübt hat, daß er aber die Ausübung eines Menschenrechts seinen Arbeitern verweigert hat; es durfte sich keiner freigewerkschaftlich organisieren. Das will der Herr fortsetzen. Wenn Sie für diese Unterdrückung des Menschenrechts so warme Töne finden, dann beneide ich Sie nicht um Ihren Rechtssinn.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Damit ist auch die Bemerkung, die als persönlich bezeichnet wurde, erledigt.

(D) Ich darf wohl feststellen, daß das Haus den Tit. 11 des Kap. 2 genehmigt und den in der Debatte damit verbundenen Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit in Steinkohlenbergwerken an den Ausschuß — und zwar ist angeregt: an den 6. Ausschuß — verweist. Es erhebt sich kein Widerspruch, ist stelle das fest.

Nunmehr darf ich vorschlagen, die Beratung abzubrechen und die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Freitag den 19. Mai, vormittags 11 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Anfragen,
2. Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums, und zwar fortgesetzt bei Kap. 2 Tit. 12, in Verbindung mit der Interpellation der Abgeordneten Thiel, Dr. Becker (Hessen) und Genossen, betreffend Erhöhung der Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, und mit der Beratung des Antrags der Abgeordneten Hergt und Genossen, betreffend Notstandsbeihilfen für Kleinrentner,
3. Haushalt des Allgemeinen Pensionsfonds,
4. Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Es erhebt sich kein Widerspruch, die Tagesordnung steht fest.

Ich bemerke noch, daß die Drucksachen heute abend nicht mehr durch die Post gesandt werden können, sondern morgen von den Damen und Herren hier in Empfang genommen werden müssen.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 9 Uhr 12 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

214. Sitzung.

Freitag den 19. Mai 1922.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(A) Die Sitzung wird um 11 Uhr 17 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 4. Ausschuß für den Abgeordneten Herbert (Franken)
der Abgeordnete Merck;

in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Schimmelpfennig, Leopold
die Abgeordneten Hartwig, Frau Behm;

in den 13. Ausschuß für die Abgeordneten Veltin, Liese, Sollmann (Köln), Frau Tesch (Hessen-Nassau), Frau Schulz (Westfalen)
die Abgeordneten Baumann, Delius, Dr. David, Schmidt (Cöpenick), Jäcker (Ostpreußen);

in den 19. Ausschuß für die Abgeordneten Schwarzer (Oberbayern), Rieseberg
die Abgeordneten Schirmer (Franken), Schroeter (Liegnitz);

in den 24. Ausschuß für den Abgeordneten Pohlmann
der Abgeordnete Korell;

in den 26. Ausschuß für die Abgeordneten Fischer (Berlin), Riedmiller
die Abgeordneten Lübbring, Waigand.

Ich habe Urlaub erteilt dem Abgeordneten Bachmann für fünf Tage.

Entschuldigt ist das Mitglied des Reichstags Herr Bruhn.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand:

Anfragen.

(B) Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 1598, Schulze (Berlin) (Nr. 4205 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Schulze (Berlin).

Schulze (Berlin), Abgeordneter:
Zeitungsnachrichten zufolge beauftragt das **Landesschulamt Braunschweig** durch einen Erlaß die Lehrer amtlich mit der **Werbung für Teilnahme der Kinder am lebenskundlichen Unterricht.**

Was gedenkt die Reichsregierung gegen dieses mit der Verfassung nicht vereinbare Vorgehen des Landesschulamts Braunschweig zu unternehmen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Oberregierungsrat Scheer.

Scheer, Oberregierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Das **Braunschweigische Staatsministerium,** Abteilung für Volksbildung, hat unter dem 22. April 1921 eine Verordnung erlassen über die sittliche Erziehung volksschulpflichtiger Kinder, die von der Teilnahme am Religionsunterricht der öffentlichen Schulen befreit sind. Im Zusammenhang mit dieser **Verordnung,** welche die **Erteilung eines lebenskundlichen Unterrichts** im einzelnen regelt, richtete das **Landesschulamt** einen **Erlaß an die Lehrer,** der die Grundlage für den Inhalt der Anfrage gebildet haben dürfte. Dieser Erlaß gibt im ersten und dritten Absatz keinen Anlaß zu Bedenken, da weder für noch gegen den Religions- oder lebenskundlichen Unterricht Stellung genommen wird. In dem Inhalt des zweiten Absatzes kann man vielleicht eine Stellungnahme für die Teilnahme am lebenskundlichen Unterricht erblicken

Die braunschweigische Landesregierung wird hierauf hingewiesen werden, damit die Kinder in der Schule hinsichtlich der Teilnahme am Religions- oder lebenskundlichen Unterricht nicht beinflußt werden. (C)

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 1601, Dr. Külz und Genossen (Nr. 4215 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Külz, — Kopsch, — Weiß. — Keiner der Fragesteller ist anwesend. Die Anfrage ist dadurch erledigt.

Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 1604, Dr. Petersen und Genossen (Nr. 4223 der Drucksachen),
hat das Wort Herr Abgeordneter Dr. Petersen, — Bahr (Frankfurt), — Frau Dr. Bäumer, — Graf Bernstorff, — Dr. Böhme (Magdeburg).

Dr. **Böhme** (Magdeburg), Abgeordneter:
Durch den **parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Braunschweigischen Landtags** sind in der dortigen **Schutzpolizei** außerordentliche **Mißstände** aufgedeckt worden. Unter den Augen und zum Teil auf Veranlassung der Braunschweigischen Regierung ist dort auch eine Parteimißwirtschaft betrieben worden, die eine Vergeudung auch von Reichsmitteln darstellt:

Sind der Reichsregierung diese Dinge bekannt und welche Maßnahmen gedenkt sie gegenüber der Braunschweigischen Regierung zu treffen,

1. eine sofortige Beseitigung dieser Mißstände zu erreichen?
2. Wiederholungen ähnlicher Art künftig unmöglich zu machen?

Ist der Reichsregierung bekannt, daß am 11. März die **Thüringer Landespolizei** in Gotha einen vorschriftsmäßig bei den Behörden angemeldeten und genehmigten **Umzug** nicht nur nicht zu schützen imstande war, sondern bei den Zusammenstößen sich teilweise in unzulässiger Weise parteilich gezeigt hat? Als von der Thüringer Regierung dann alle Arten von Umzügen verboten wurden, wurde dieses Verbot am 19. März von den Kommunisten nicht beachtet. Es wurde an diesem Tage auf dem Gothaer Friedhof und auf dem Rückweg von dort nach dem Volkshaus öffentlich demonstriert, und wiederum versagte die Thüringer Landespolizei als Vollzugsorgan ihrer Regierung. Da das Reich vier Fünftel der Kosten dieser Schutzpolizei trägt, fragen wir hiermit an, ob die Reichsregierung gewillt ist, bei der thüringischen Regierung dahin zu wirken, daß die Thüringer Landespolizei jeden Deutschen bei Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte gegen Überfälle zu schützen, daß sich diese Landespolizei jeder Parteilichkeit zu enthalten und alle Befehle ihrer verfassungsmäßigen Regierung auszuführen hat?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Oberregierungsrat Wagner.

Wagner, Oberregierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Die Reichsregierung hat die für die Schutzpolizei zuständigen Ministerien des Innern von Braunschweig und Thüringen ersucht, sie mit den für die Beantwortung der Anfrage erforderlichen tatsächlichen Unterlagen zu versehen. Die Reichsregierung ist bereit, nach Eingang dieser Unterlagen die Anfrage zu beantworten.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 1605, Dr. Petersen und Genossen (Nr. 4224 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Böhme (Magdeburg).

(A) Dr. **Böhme** (Magdeburg), Abgeordneter:

Im **Baugewerbe** herrscht großer **Mangel an Facharbeitern** (Maurern und Zimmerern). Dieser Mangel wirkt so katastrophal, daß in vielen Gegenden weder die mit staatlicher Subvention zu errichtenden Bauten, noch kommunale Wohnungsbauten auch nur in einigermaßen genügendem Umfang ausgeführt werden können, wenn es nicht gelingt, den Baufacharbeitermangel schnell und nachdrücklich zu beheben.

Ist die Reichsregierung bereit, die in größerer Zahl unter den Hilfskräften der Reichsbetriebe vorhandenen Facharbeiter dem Baugewerbe wieder zuzuführen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ministerialrat Dr. Weigert.

Dr. **Weigert,** Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die Reichsregierung ist seit längerer Zeit bemüht, die früheren **Bauarbeiter,** die in den Reichsbetrieben, insbesondere bei der **Eisenbahn- und Postverwaltung,** beschäftigt werden, ihrem Beruf wieder zuzuführen, um auch auf diesem Wege dem empfindlichen Mangel an Bauhandwerkern abzuhelfen. Der Herr Reichsverkehrsminister hat die unterstellten Dienststellen durch Runderlasse vom 2. September 1921 — E II 93 Nr. 21 826 —, vom 20. Januar 1922 — E II 93/90 Nr. 22 756 — und vom 23. Februar 1922 — E II 90 Nr. 20 187 — angewiesen, bei den Entlassungen, die infolge des Personalabbaues notwendig werden, besonders auf frühere Bauarbeiter zurückzugreifen. Ähnliche Anordnungen hat der Herr Reichspostminister durch Runderlasse vom 16. Dezember 1921 — VI U 2992 — und vom 12. Mai 1922 — VI U 1452 — getroffen. Die (B) Bemühungen zur Entlassung aller entbehrlichen Bauarbeiter werden fortgesetzt. Es ist zu hoffen, daß sie im Verein mit den anderen Maßnahmen, die von der Reichsregierung ergriffen worden sind, wie Förderung der Lehrlingshaltung, Umschulung von Bauhilfsarbeitern, planmäßige Verteilung von Bauarbeiten, zu einer Milderung des Mangels an Bauhandwerkern führen werden.

Präsident: Damit sind die Anfragen erledigt.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922 (Nr. 3405, 3883 der Drucksachen), und zwar zunächst

Haushalt des Reichsarbeitsministeriums (Anlage VII).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 4181 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Hoch.

Anträge Nr. 4267, 4268, 4273, 4275, 4277, 4280, 4287, 4291, 4302, 4304, 4305, 4306, 4308, 4311.

In Verbindung mit der

1. **Interpellation der Abgeordneten Thiel, Dr. Becker (Hessen) und Genossen, betreffend Erhöhung der Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen** (Nr. 3621 der Drucksachen), und
2. **Beratung des Antrags der Abgeordneten Hergt und Genossen, betreffend Notstandsbeihilfen für Kleinrentner usw.** (Nr. 3924 der Drucksachen).

(C) Wir waren gestern bis zur Abstimmung über das Kap. 2 Tit. 11 der fortdauernden Ausgaben gekommen und setzen nunmehr die Beratung fort bei Kap. 2 Tit. 12 der fortdauernden Ausgaben.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Heydemann.

Heydemann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Reichsarbeitsminister hat in seiner großen Etatsrede darauf hingewiesen, daß der Zweck der ganzen sozialen Gesetzgebung die Förderung und Hebung der Volksgesundheit sein solle. Die Volksgesundheit wird aber zum großen Teil von Monat zu Monat weiter gefährdet durch das Geschwür, das am Körper unserer Volkswirtschaft zu verzeichnen ist und das von Tag zu Tag fressender um sich greift, durch die furchtbaren Verhältnisse in unserem deutschen **Wohnungswesen.** Da das Reichsarbeitsministerium für die Gesetzgebung auch auf diesem Gebiete verantwortlich ist, und da wir ja im vorigen Jahre uns monatelang zum Teil unter der Initiative der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums mit der Behebung des deutschen Wohnungselends beschäftigt haben, will ich zwei Fragen an das Reichsarbeitsministerium stellen, und zwar zunächst einmal, inwieweit durch alle die Gesetze und Richtlinien, die schon aufgestellt sind, durch das Abgabengesetz vom Februar und Juni vorigen Jahres und die nochmalige **Erhöhung der Wohnungsabgabe** vom 6. März dieses Jahres dem **Wohnungsmangel** in Deutschland abgeholfen ist.

Meine Damen und Herren! Im vorigen Jahre wurde allgemein darauf hingewiesen, daß $1^1/_2$ Millionen Wohnungen fehlen, und der preußische Minister Stegerwald mußte zugeben, daß jede 15. Familie in Preußen das früher bewohnte Heim entbehren muß. Von Sachverständigen wurde uns aber auch andererseits gesagt, daß jährlich ein natürliches Zugangsbedürfnis von 200 000 neuen Wohnungen festzustellen ist. Auf Grund (D) der unerhörten Bewucherung durch die Privatindustrie, durch die baustofferzeugenden Gewerbe, infolge der ungeheuer gestiegenen Preise der Baumaterialien können wir nach unseren Berechnungen auf Grund der bisher bewilligten Mittel, der Beiträge, die von den breiten Massen der Mieter aufgebracht werden sollen, nicht annehmen, daß nun tatsächlich eine Abnahme des Wohnungsmangels zu verzeichnen ist. Daher wäre ich dem Herrn Reichsarbeitsminister oder seinem Vertreter außerordentlich dankbar, wenn er uns einige konkrete Zahlen nennen könnte, inwieweit die bisher beschlossenen Gesetze und Maßnahmen den Wohnungsmangel gemindert haben. Wir wissen ja, daß sich mit diesen Gesetzen die Wohnungsnot nicht beseitigen läßt, am wenigsten dadurch, daß man die Opfer selber dazu beitragen läßt, die furchtbaren Leiden, die sie durch die kapitalistische Wohnungswirtschaft erdulden müssen, zu beseitigen. Wir wissen, daß ein Weg zum Bau ausreichender Wohnungen und zur endgültigen Behebung der Wohnungsnot im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnuug nicht vorhanden ist.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wir wissen aber andererseits — und von diesem Gesichtspunkt lassen wir uns hier leiten —, daß auch im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine Milderung des Wohnungselends möglich sein könnte. Diese in bescheidenem Maße mögliche Milderung ist leider nicht vorhanden. Im Gegenteil, trotz der Milliardenlasten, die auf die Mieter gewälzt werden, wird die Wohnungsnot und die Empörung und das Elend der Wohnungslosen und der in unzulänglichen Wohnungen hausenden Proletarier immer größer und stärker.

Meine Damen und Herren! Eine der Hauptursachen, daß die schönen, von der Regierung im vorigen Jahre mit Sachverständigen ausgearbeiteten und geplanten Pro-

(Heydemann, Abgeordneter.)

(A) gramme nicht durchgeführt werden können, daß wir nicht aus dem Wohnungselend herauskommen, sondern immer tiefer in den Sumpf hineinsinken, ist, wie ich vorhin schon andeutete, der unerhörte **Baustoffwucher**, die Diktatur dieses einen großen Schüsselgewerbes der deutschen Volkswirtschaft, der baustofferzeugenden Industrie. Es handelt sich nicht um Kleinigkeiten. Es ist ausgerechnet worden, daß im letzten Jahr ungefähr 20 Milliarden Mark aus öffentlichen Mitteln für Hoch- und Tiefbauten ausgegeben wurden, also für Zwecke des Baumarkts. Wenn wir uns nun die furchtbaren Zahlen ansehen, wenn wir sehen, wie in den letzten Jahren und Monaten die Preise eminent in die Höhe gegangen sind, dann können wir berechnen, daß von diesen 20 Milliarden Mark, in denen 6 bis 7 Milliarden Ausgaben des Reichs und in denen ferner Milliardenausgaben der Länder, der Gemeinden, der Kreis- und Provinzialverwaltungen stecken, große Milliardensummen als leichter Verdienst in die Wucherhände weniger Kapitalisten geraten.

(Sehr wahr! bei der Kommunistischen Partei.)

Ein **Vergleich** zwischen der **Steigerung der Löhne** und der **Steigerung der Preise** aller Baustoffe zeigt, daß fast in jedem Stadium einer Bauperiode die Baustoffpreise um das Doppelte der Steigerung der Löhne gestiegen sind. Im vorigen Jahre sind die Löhne auf das Vierzehnfache gestiegen, während die Baustoffpreise um das Vierundzwanzigfache gestiegen sind. Als im vorigen Monat festgestellt werden mußte, daß die Preise für Baustoffe bereits um das Sechsundfünfzigfache gestiegen waren,

(hört! hört! bei der Kommunistischen Partei)

war das Verhältnis der Löhne gegenüber den Baustoffpreisen immer noch das gleiche. Wenn das deutsche Volk nicht die Kraft aufbringt, wenn nicht außerhalb der Parlamente die Massen der Proletarier und der Halbproletarier, die Massen der Wohnungslosen und der Mieter die Kraft (B) aufbringen, die **Sozialisierung der gesamten Wohnungsbauindustrien** durchzudrücken, dann wird allerdings die Krisis so beschleunigt und so furchtbar werden, daß gerade die Wohnungsnot eine der Ursachen der Zertrümmerung der kapitalistischen Wirtschaft sein wird. Denken Sie an die furchtbaren Zahlen, die Ihnen aus den Fachzeitschriften der Industrie selber mitgeteilt werden. Wir erfahren da, daß eine Ziegelei im vorigen Jahr einen Reingewinn gehabt hat, der größer ist als das gesamte Aktienkapital. Aus dem „Holzmarkt", dem Organ der Holzhändler, erfahren wir, daß in Bayern das Rundholz pro Festmeter bereits auf 4000 Mark gestiegen ist.

(Hört! Hört! bei der Kommunistischen Partei.)

Aus allen Gebieten, aus der Dachziegelindustrie, aus der Zementindustrie wird uns mitgeteilt, daß überall nur ein Bruchteil der Unternehmungen im Betrieb ist, daß aber die vertrusteten Unternehmer das eine durchsetzen, daß ihnen auch für die 75 Prozent der Unternehmung, die nicht im Betrieb sind, eine „Arbeitslosenunterstützung" bewilligt wird.

(Hört! Hört! bei der Kommunistischen Partei.)

Meine Damen und Herren! Zur Lösung der Wohnungsnot ist vor allen Dingen notwendig, daß alle irgendwie vorhandenen Bauarbeiter und alle irgendwie vorhandenen Rohstoffe auch zur Lösung dieses Problems und zur Beseitigung der am meisten in die Erscheinung tretenden Schäden benutzt werden. Aber wie sieht es damit aus? Wir können heute auf Grund unserer eigenen Erfahrungen feststellen, daß zwar gebaut wird, daß aber zum großen Teil die Aufträge für Bauten von jenen Schiebern, Kriegs- und Revolutionsgewinnlern kommen, die dank ihrer großen Geschäfte sich nicht an die allgemeine Regelung zu halten brauchen und von den Bestimmungen einer kärglichen Rationierung befreit werden. In den Zeitungen lesen wir in den Skandalberichten der bürgerlichen Presse über allerlei Gerichtsverhandlungen, (C) wie gestern zum Beispiel im „Lokal-Anzeiger", daß der ermordete Fabrikant Kautsch in Grünheide eine Villa mit 20 prachtvoll eingerichteten Zimmern hatte, in dem Bericht über einen Schmutzprozeß, daß eine Schieberfamilie am Kurfürstendamm eine Wohnung von 15 Zimmern innehat,

(hört! hört! bei der Kommunistischen Partei)

wir hören bei Gelegenheit der Waffenbeschlagnahme in einer Villa am Wannsee, daß eine adlige Familie dort neben ihrem Schloß draußen im Grünen, in Charlottenburg noch eine Neunzimmerwohnung besitzt. Ueberall wachsen heute schloßartige Villen mit einer großen Zahl von Zimmern aus dem Boden, wodurch eine große Zahl von Arbeitskräften gebunden wird.

Deshalb muß sich endlich einmal die Einsicht, die in den Gewerkschaften bis weit über die freien Gewerkschaften hinaus vorhanden ist, zu Taten verdichten, und die Forderungen des A.D.G.B., die ja auch zum Teil von den christlichen Arbeitern unterstützt werden, müssen endlich durchgeführt werden, indem die hinter diesen Forderungen Stehenden ihre gesamte wirtschaftliche Macht benutzen, um in der Politik ihren Willen durchzusetzen, im Interesse der Gesunderhaltung der breiten Massen unserer Bevölkerung, nämlich die Ueberführung der gesamten baustofferzeugenden Industrien und die Ausführung der Bauten in eine sozialisierte Wirtschaft, in der nur nach den Bedürfnissen der leidenden Massen, nicht aber nach den Bedürfnissen des Luxus und des Profits einiger weniger herrschenden Kapitalisten gebaut wird.

(Sehr gut! bei der Kommunistischen Partei.)

Wenn wir so sehen, daß auch auf diesem Gebiete in der Gesetzgebung der Gedanke der Sozialisierung nicht marschiert, sondern daß er von Tag zu Tag mehr zurücktritt, obwohl er sich in den breiten Massen infolge der Not der Tatsachen immer mehr durchsetzt, dann wundern wir uns außer- (D) ordentlich, daß das Arbeitsministerium zwar auf der einen Seite die Gesundung und Hebung unseres Volkes in den Mittelpunkt seiner Bestrebungen stellt, auf der anderen Seite aber völlig teilnahmlos zusieht, wie hier ein furchtbarer Raubbau an unserem Volke getrieben wird.

Von den Verfechtern der freien Wirtschaft, die unser Volk noch mehr ausbeuten wollen, wird sehr oft auf die Gefahr der **Überfremdung des deutschen Wohnwesens** hingewiesen, die droht, wenn wir ihren Wünschen nicht entgegenkommen. Diese ungeheure Gefahr kann aber nur gebannt werden, wenn alle Wohnungen, das gesamte Land und die gesamte baustofferzeugende Industrie in das Eigentum der Gesamtheit überführt werden. Um die 100 Milliarden Mark, die nach den Berechnungen der Hausagrarier unsere städtischen Wohnungen wert sind, nicht in die Hände der valutastarken Kapitalisten jenseits der Grenzen zu bringen, braucht man nicht eine verzehnfachte und eine verzwanzigfachte Auswucherung der Mieter, wie Sie es durch die erstrebte freie Wirtschaft vorhaben; sondern man muß wie in Sowjetrußland diesen großen Bruchteil des Volksvermögens auch wirklich zum Eigentum des Volkes machen.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Sie haben es ja erlebt, mit welcher Energie die russische Regierung in Genua die Interessen ihres Volkes vertreten konnte, und mit welchem Erfolge sie es getan hat, weil sie eben wußte, daß hinter ihren Bestrebungen und Forderungen die Gesamtheit des russischen Volkes stand, das eben zum Eigentümer der Arbeit früherer Generationen geworden war, das auch das Eigentumsrecht über Gebäude, Wohnungen, Parks und alles das erhalten hat, was zu einem Heim und einem einigermaßen behaglichen Dasein gehört. Deswegen muß dieser Baustoffwucher unterbunden werden, deshalb müssen diese Milliarden, die

(**Heydemann**, Abgeordneter.)

(A) dem Volke von diesen Industrien weggeholt werden, für Allgemeinzwecke nutzbar gemacht werden, deswegen ist die Sozialisierung auf allen Gebieten notwendig und als die erste Etappe dazu die Erfassung der Sachwerte.

Es sind ungeheure Zahlen, mit denen sich die Volkswirtschaft in Deutschland beschäftigt auf dem Baumarkt. Die 20 Milliarden, die durch öffentliche Mittel aufgebracht werden, stellen ungefähr die Hälfte der für den Baumarkt mobilisierten Gelder dar. Es ist also ein Riesenbruchteil unserer gesamten volkswirtschaftlichen Arbeit, die vollständig ohne Kontrolle, planlos zum großen Teil vergeudet wird.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Deswegen möchte ich an das Reichsarbeitsministerium die Frage richten, wie es sich zu der Äußerung des Ministerialdirektors Krüger stellt, die dieser im vorigen Jahre im Wohnungsausschuß getan hat. Es war von der Linken gefordert worden, 100 Millionen Mark zur **Unterstützung der sozialen Baubetriebe** zu bewilligen als ein Mittel gegen den hemmungslosen Preiswucher der Baustoffindustrie. Damals ist dieser Gedanke vom Arbeitsministerium anfänglich sympathisch aufgefaßt worden. Als dann aber dieser Antrag abgelehnt wurde, wurde er zum Teil deswegen abgelehnt, weil vom Arbeitsministerium erklärt wurde, es sei notwendig, darüber Erkundigungen einzuziehen, in welcher Weise die sozialen Baubetriebe einen Einfluß auf die Preisbildung, einen Einfluß auf die Verbilligung der Bautenherstellung haben könnten. Ich möchte nun anfragen, inwieweit diese Erkundigungen fortgeschritten sind, und wie sich heute das Arbeitsministerium oder deren Vertreter zur Unterstützung der sozialen Baubetriebe stellt.

Wir haben ja im vorigen Jahre die Erfahrung gemacht, daß öffentliche Körperschaften, die sich in Summa mit 5,5 Millionen an den sozialen Baubetrieben (B) beteiligt hatten, bei einem Umsatz von 75 Millionen die 5,5 Millionen in einem einzigen Jahre wieder einbekommen haben.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Wir sehen, wie man auch in kapitalistischen Staaten sehr gut durch behördliche Maßnahmen diesem unerhörten Wucher entgegentreten kann. Wir haben zum Beispiel in Belgien gesehen, daß durch Festsetzung von Höchstpreisen in der Zementindustrie die Zementpreise um 45 Prozent gefallen sind. Wenn Sie sich die Angebote bei der Ausschreibung öffentlicher Bauten ansehen, wie durch Unterbietung der sozialen Baubetriebe Hunderte von Millionen gespart worden sind, dann werden Sie wohl mit uns der Einsicht sein, daß es notwendig ist, diese Art der Selbsthilfe sogar innerhalb des kapitalistischen Systems anzuwenden, um die Massen vor dieser schamlosen Auswucherung der Baustoffindustrie wenigstens etwas zu schützen.

Meine Damen und meine Herren! Wenn auch ein wirklicher Weg aus dem Wohnungselend erst gefunden werden kann, wenn wir eine sozialistisch-kommunistische Bedarfswirtschaft haben, so gibt es trotzdem heute eine Menge von Mitteln, die angewandt werden könnten, um Hunderttausenden zu helfen, die heute wegen dieses furchtbaren Elends im Wohnungswesen der hoffnungslosen Verelendung, dem Zugrundegehen ausgeliefert sind. Wenn es auch nur einen Bruchteil von Befriedigungsmöglichkeiten für die Wohnungslosen bedeutet, so ließe sich doch für Hunderttausende der Wohnraum dadurch schaffen, daß man von dem vorhandenen **Wohnraum** das **beschlagnahmt**, was wirklich von einer sozial gerichteten Regierung beschlagnahmt werden müßte.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Ich habe bereits auf einige Beispiele hingewiesen. In jedem Ort, in jeder Stadt ist gerade die Masse der Wohnungslosen deswegen so außerordentlich empört, weil (C) immer die brutale Klassenschichtung so deutlich dadurch vor aller Augen tritt, daß auf der einen Seite in großen prächtigen Villen und Wohnungen die Bourgeoisie sich breitmacht und auf der andern Seite das arbeitende Proletariat in elenden unhygienischen Löchern hausen muß,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

hoffnungslos der Schwindsucht und dem Massensterben anheimfällt.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Aber selbst die Behörden gehen nicht mit gutem Beispiel voran. Es gibt so viele **Gebäude im öffentlichen Besitz.** Wir haben in Berlin und Potsdam die **Schlösser** und die **Kasernen** immer noch nicht umgewandelt im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und ganz besonders nicht im Interesse der Zukunft unseres Volks, im Interesse der Kinder. Wir haben in Berlin Postämter, die Etagen ein Jahr hindurch ganz leerstehen lassen, zum Beispiel in der Neuen Winterfeldtstraße 14 beim Postamt 30, in dem seit Oktober vorigen Jahres der Briefversand eingestellt ist und in dem seitdem die ganze Etage freisteht.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

So könnte ich Ihnen Beispiele über Beispiele nennen.

Fahren Sie hier mit der Stadtbahn, da sehen Sie, wie in dunklen Höfen, sonnenlos wie in einem Käfig, die Jugend einer Gemeindeschule während der Pausen hin- und herrennt und diesen staubigen, dunklen Raum als **Erholungsstätte** betrachtet, während einige Meter davon, wohl behütet, umzäunt, abgeschlossen der herrliche **Park von Monbijou** mit den wunderbaren Baumgruppen und den weiten vollständig leerstehenden Gemächern liegt. Da geht Ihre Pietät zu weit, indem Sie diese alten Hohenzollernstätten so balsamierend vor der Allgemeinheit abschließen.

Das oberste Gesetz in einem sozialen Staat muß das (D) Interesse der Zukunft, das Interesse der Jugend sein, und historische Erinnerungen, Pflege der Kunst, Ästhetik und so weiter müssen hinter diesem einen Gesetz hintangesetzt werden, die Jugend zu erhalten und vor der furchtbaren wirtschaftlichen, der physischen und psychischen Vergiftung zu bewahren, der sie anheimfällt in den furchtbaren Stätten, die man heute als Wohnungen bezeichnet.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wenn auch im Park von Monbijou die kaiserlichen Hunde begraben liegen und in allen Parks hier in der Nähe vielleicht Tausende von Erinnerungen lebendig sind, so wird sich doch eines Tages durch die erwachende Macht des Proletariats der Gedanke Geltung verschaffen, daß alles, was vorhanden ist an Wohnräumen, an Erholungsstätten, an See und Gebirge, an Rohstoffen und Arbeitskräften, nur dem einen Zwecke zu dienen hat: Erhaltung des Volkes, Förderung der Volksgesundheit, Erhebung des Volkes hinaus über das heute bestehende furchtbare Elend der kapitalistischen Wirtschaft, ganz besonders auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens.

(Beifall bei den Kommunisten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Nachdem bei diesem Titel das Wohnungswesen so ausführlich erörtert worden ist, darf ich hier vielleicht vorschlagen, daß wir morgen den Entwurf eines Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter in erster Lesung mit auf die Tagesordnung setzen, so daß wir ihn vielleicht ohne Debatte erledigen und dem Ausschuß überweisen können. Die betreffenden Verordnungen laufen am 30. Juni ab, und es ist erwünscht, daß in der Zwischenzeit der Ausschuß die Gesetzentwürfe berät.

Es ist hierzu weiter eine Entschließung Becker (Arnsberg) und Genossen eingegangen:

(**Präsident.**)

(A) Der Reichstag wolle beschließen:

die Reichsregierung wolle erwägen, das ländliche Pacht- und Siedlungswesen dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft zu überweisen.

Auch diese Entschließung steht mit zur Debatte.

Das Wort hat in der fortgesetzten Beratung der Herr Abgeordnete Obermeyer.

Obermeyer, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Im Siedlungswesen wie auch im Erstellen von Wohnungen kann nur dann mit Erfolg gearbeitet werden, wenn rationell und preiswert gebaut wird. Wenn wir uns den Baumarkt ansehen, wie er sich während des Krieges und nach dem Kriege gestaltet hat, so kommen wir zu der Überzeugung, daß hier die privatwirtschaftliche Produktion vollkommen versagt hat. Aus diesem Grunde begrüßt es jeder Volkswirt, daß durch das Erscheinen der **sozialen Betriebe** doch allmählich eine andere Produktion in die Wege geleitet wird. Wenn auch mancher dieser Bewegung noch skeptisch gegenübersteht, so muß doch zugegeben werden, daß die Erfolge, die sie aufzuweisen hat, ihr immer mehr Freunde gewinnen.

Es sind manche Winke gegeben worden, und auch mein Herr Vorredner hat betont, daß man in der ganzen Wirtschaft, insbesondere im Baugewerbe und im Baurohstoffbetrieb die Sozialisierung herbeiführen müsse. Aber meine Herren, im Baugewerbe ist im allgemeinen keine Monopolstellung vorhanden; im großen und ganzen ist der Betrieb nur handwerksmäßig. Deshalb müssen die Arbeiter erst selbst den Beweis erbringen, daß sie imstande sind, die Produktion selbst in die Hand zu nehmen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es soll daher der Zweck der sozialen Baubetriebe sein, die Produktion durch Zusammenschluß der Hand- und Kopfarbeiter zu fördern. Wir produzieren ja im Bau-(B) gewerbe noch vollkommen mittelalterlich. Weiter soll erreicht werden, daß der übermäßige Unternehmergewinn ausgeschaltet wird, und in dritter Linie, daß durch die Bewirtschaftung der Baurohstoffe überhaupt wieder eine freie Konkurrenz auf den Markt kommt und die einseitig ausgenutzten Monopolbestrebungen beim Zement und sonstigen Baurohstoffen behoben werden.

Dieses Ziel kann jedoch erst nach langem und zähem Kampf erreicht werden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Aber Rom ist ja auch nicht an einem Tage erbaut worden, und so glauben wir, daß wir auch hier zum Ziele gelangen können.

Bisher sind aber doch schon große Erfolge zu verzeichnen, denn in vielen Orten ist es gelungen, die **Preisringe der Unternehmer** zu sprengen. Ich erinnere daran, daß es kürzlich erst noch im Berliner Betongewerbe durch Preisringe möglich war, selbst den nichtproduzierenden Unternehmern erhebliche Gewinne zuzuschanzen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wie preisregulierend die **Bauhütten** auftreten will ich von den Hunderten von Beweisen, die vorliegen, nur einen anführen. Der Westdeutsche Arbeitgeberbund im Baugewerbe hat in einer Preisfibel seinen Mitgliedern vorgeschrieben, sie möchten bei ihren Kalkulationen mindestens 46 Prozent auf die Maurerlöhne als Unkosten rechnen. Die im Bezirk befindlichen Bauhütten, die im vorigen Jahre rund 1500 Arbeiter beschäftigten, haben bei ihren Kalkulationen aber nur 30 Prozent zugrunde gelegt,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

mit dem Erfolg, daß nun bei dieser Konkurrenz in den verschiedensten Siedlungsgesellschaften für 35 bis 40 Prozent Aufschläge die Aufträge ausgeführt wurden. Hier ist also schon ein Beispiel dafür, wie preisregulierend die sozialen Baubetriebe wirken. Es sind hier also in einem Gebiet Millionen gespart, die wieder dazu benutzt werden (C) können, um andere Bauprojekte sicherzustellen.

Diese Erfolge, meine Damen und Herren, können wir natürlich nur dann erzielen, wenn es sich um eine Bewegung handelt, die lebensfähig ist. Es hätte ja gar keinen Zweck, wenn hier oder da aus einer Laune der Arbeiter heraus Produktivgenossenschaften entständen, die nicht imstande wären, die Produktion voll und ganz zu erfassen, und wodurch die ganze Bewegung auf ein Experiment hinausliefe. Man hat deshalb in den letzten Jahren gelernt, die Betriebe so aufzuziehen, daß sie auch imstande sind, die Produktion bewältigen zu können, und da muß ich Sie ein klein wenig aufhalten, indem ich über die Form der Betriebe einige Worte sage.

Zunächst sind aus den Kreisen der Bauarbeiter heraus **Bauproduktivgenossenschaften** geschaffen worden. Es stellte sich aber bei der Entwertung des Geldes bald heraus, daß mit den wenigen Mitteln, die die Arbeiter zur Verfügung stellen konnten, irgendwelche nennenswerten Betriebe nicht eingerichtet werden konnten. Aus diesem Grunde mußte nun auch mehr Kapital, mußten mehr Betriebsmittel in die Betriebe hineingesteckt werden, und man kam so ganz allein auf den Weg, die Mittel von der Oeffentlichkeit, für die man ja vorwiegend arbeitete, zu erwarten. Dabei konnte aber die Genossenschaft in ihrer ursprünglichen Form nicht aufrechterhalten werden; man mußte dem sich einsetzenden Kapital auch Rechte gewährleisten, und so ist man ganz von selbst auf die **Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung** gekommen, die nunmehr den Geldgebern einen entsprechenden Einfluß auf diese Geschäfte gestattet.

Sie sehen, meine Damen und Herren, daß wir es nunmehr mit Baubetrieben zu tun haben, bei denen einesteils die Öffentlichkeit die Produktionsmittel zur Verfügung stellt, und bei denen anderen Teils durch besondere Vorschriften im Gesellschaftsvertrage der Betriebsvorstand (D) die Produktion in die Hand gibt. Nach den Richtlinien der Bauhütten dürfen sich nur Reich, Staat, Gemeinden und gemeinnützige Genossenschaften sowie Arbeiterorganisationen beteiligen. **Privatkapital** ist ausgeschlossen; es kann sich also hier kein Einfluß des Privatkapitals bemerkbar machen. Kapital und Arbeit vereinigen sich hier harmonisch, um etwas Brauchbares zustande zu bringen. Grundsatz ist, daß das hineingesteckte Kapital im Höchstfalle mit 5 Prozent verzinst wird. Andererseits fällt aber auch — und das ist für die Öffentlichkeit von Wert — das eigennützige Interesse der Arbeiter vollkommen weg. Die Arbeiter werden in den sozialen Baubetrieben genau so nach Tarif gelohnt wie in jedem anderen Baugeschäft, und die Aufsicht und Kontrolle der Öffentlichkeit hat zur Folge, daß die Eigennützigkeit der Arbeiter, die von den Gegern immer so in den Vordergrund geschoben wird, vollkommen wegfällt.

Es ist leicht verständlich, daß das Unternehmertum dieser Bewirtschaftung den schärfsten Kampf ansagt. Man ist zunächst mit Kampfpreisen vorgegangen. Als man hier auf Granit biß, hat man sich beschieden, und es ist jetzt in den meisten Gebieten eine gesunde Konkurrenz zu verzeichnen. Um nun den sozialen Baubetrieben das Leben zu erschweren und ihnen das Wasser abzugraben, werden vom **Reichswirtschaftsbund des Baugewerbes** in systematischen Abschnitten **Richtlinien** herausgegeben, in denen vorgeschrieben wird, wie die Unternehmer diese Betriebe bekämpfen können.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Richtlinien hier zu besprechen, würde zu weit führen. Ich will nur einige Thesen daraus unter die Lupe nehmen.

An oberster Stelle steht: keine öffentlichen Mittel zur Verfügung stellen. Die Einwände, die von den Unternehmern gemacht werden, sind ungefähr folgende. Jeder

(**Obermeyer,** Abgeordneter.)

(A) Betrieb müsse sich zunächst aus eigener Kraft entfalten, denn nur dann könne er etwas werden, und müsse sich daher von klein auf mit seinem eigenen Kapital aufbauen. Meine Herren, das ist Unsinn, wie jeder Fachmann weiß; denn wenn heute ein Privatunternehmer mit Arbeiten anfängt, kann er nicht ohne größere Kapitalien auskommen.

Sodann wird gesagt, der selbständige Meister dürfe dem Handwerk nicht verloren gehen. Wer aber weiß, mit welcher Sorgfalt die Angestellten in den sozialen Baubetrieben angeworben werden, muß zugeben, daß die Tüchtigsten dem Gewerbe erhalten werden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Vor allen Dingen aber wird den Führern der sozialen Baubetrieben verübelt und vorgeworfen, daß sie mit dem Gelde der Öffentlichkeit wirtschaften, es eventuell verbrauchten und vergeudeten. Dieser Vorwurf ist durchaus leichtfertig und zeigt nur, was für Mittel die Unternehmer anwenden, um die sozialen Baubetriebe von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Prüfen wir einmal, wie die Verhältnisse liegen. Mein Herr Vorredner hat schon richtig angeführt, daß der Charakter des Baumarktes sich vollkommen geändert hat. Früher, vor dem Kriege, trug der Bauunternehmer beim Bauen noch ein gewisses Risiko; denn mit den eingebrachten Kapitalien mußte er auch die Risiken übernehmen. Das fällt jetzt, wo die Öffentlichkeit die Mittel zur Verfügung stellt, weg. Die Verhältnisse gehen bei der Verteuerung des Geldes sogar so weit, daß der **Verband der Baugeschäfte Berlins** dazu übergegangen ist, seinen Mitgliedern vorzuschreiben, sich von ihren Auftraggebern **25 Prozent der Bausummen** im voraus zahlen zu lassen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn das im Baugewerbe üblich würde, müßten die einseitig gestellten Bedingungen zu den unerträglichsten Zuständen im Baugewerbe führen. (B)

(Sehr richtig! links.)

Außerdem wird jeder Einsichtige erkennen, daß bei der heutigen Verteuerung des Geldes die einzelnen Baugeschäfte vollkommen von den Banken abhängen. Daraus geht hervor, daß nunmehr nicht die einzelnen Unternehmer, sondern das Finanzkapital der Preisbildner im Baugewerbe sein wird. Mit diesem Zeitpunkt ist die Monopolstellung des Finanzkapitals erreicht. Aus diesem Grunde ist es besonders zu begrüßen, wenn jetzt die sozialen Baubetriebe preisregulierend eingreifen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Bezüglich der **Inanspruchnahme öffentlicher Mittel** stelle ich die Frage: Ist es im Interesse der Allgemeinheit richtig, daß öffentliche Mittel ohne **Kontrolle der Behörden** beansprucht werden oder daß sich die Betreffenden die Kontrolle der Behörden gefallen lassen? Diese Frage stellen heißt sie beantworten. Wenn die Unternehmer, die nur mit öffentlichen Mitteln arbeiten, die Gelder ohne Kontrolle einstecken, so müssen diese öffentlichen Mittel im sozialen Interesse verwandt, und deshalb muß von den Gemeinden oder überhaupt von den Instanzen ihre Verwendung überwacht werden.

Die Tendenz der sozialen Baubetriebe geht sogar so weit, daß Gemeinden, selbst wenn sie sich nicht als Kapitalgeber beteiligen, Sitz und Stimme im Aufsichtsrat einer Bauhütte haben können. Sie sehen also, daß den sozialen Baubetrieben jede Kontrolle und Mitarbeit willkommen ist. Es muß auch festgestellt werden, daß sich Reich, Staat und Gemeinden immer mehr und mehr für die Einrichtung interessieren. Jede einsichtige Sadtverwaltung sollte ein großes Interesse daran haben, einen solchen Preisregulator in der Stadt zu haben.

Nach diesen wenigen Ausführungen möchte ich Ihnen mit einigen Worten über den **Stand der Geschäfte der sozialen Betriebe,** soweit sie im Verband sozialer Baubetriebe zusammengeschlossen sind, einige Ausführungen machen. (C) Aus der öffentlichen Berichterstattung geht hervor, daß rund 200 Betriebe dem Verband sozialer Baubetriebe angeschlossen sind. Dieser Verband ist dann wieder in 19 Bezirke eingeteilt, in denen Bauhüttenbetriebsverbände eingerichtet sind, die nun wieder die in den Bezirken liegenden Bauhütten betreuen. Die berichtenden 200 Betriebe bestehen aus 60 Bauhütten und aus 140 Genossenschaften. Sie sehen schon, daß nur 60 Bauhütten da sind, die auf der erstrebten Form aufgebaut sind. Hoffentlich wird es baldigst gelingen, auch die jetzt noch bestehenden Genossenschaften in G. m. b. H. umzuwandeln. Bemerkenswert ist, daß zwei Drittel von dem in den Geschäften angelegten 45 Millionen Mark betragenden Betriebskapitals in den sozialen Baugesellschaften m. b. H. arbeiten.

Die Höchstzahl der im vorigen Jahre in diesen 200 Betrieben Beschäftigten betrug 20 000. Mit diesen 20 000 Arbeitern wurde ein Auftragsbestand von 470 Millionen Mark erledigt. Die Summe mag gering erscheinen, wenn Sie aber bedenken, daß es sich hier um Anfänger handelt, so können Sie ermessen, daß die Einrichtung kein Experiment ist, sondern heute schon annähernd mit 10 Prozent den Baumarkt regulierend beeinflußt.

Es muß natürlich das Bestreben der Allgemeinheit, vor allem der Regierung sein, die sozialen Baubetriebe so zu fördern, daß sie noch mehr Einfluß als bisher gewinnen. Leider können bei den heutigen Teuerungsverhältnissen und bei der stetig wachsenden, gegenwärtig schon fast 6 Millionen Mark betragenden Garantiesumme, die bei fertigen Bauten festgehalten werden, Aufträge in nur ganz beschränktem Maße entgegengenommen werden. Die Konkurrenzfähigkeit wird dadurch leider immer geringer. Es muß daher Aufgabe aller denkenden Menschen sein, diese Blutleere, die sich bemerkbar macht, durch neue Stoffzufuhr zu beseitigen, und jeder Einsichtige sollte die Bauhütten unterstützen. (D)

Um den Beweis zu erbringen, daß hier etwas von Bestand geschaffen ist, wollen die Arbeiter selbst mit gutem Beispiele vorangehen. Sie wollen nicht nur mit ihrer Arbeitskraft, sondern auch durch materielle Beihilfe festlegen, daß sie unerschütterlich die Idee der sozialen Baubetriebe verwirklichen wollen. Hier liegt die Gewähr, daß durch Verbesserung der Betriebseinrichtungen die Produktion im Baugewerbe gehoben wird. Der letzte **Verbandstag der Bauarbeiter,** der kürzlich in Leipzig tagte, hat beschlossen, **5 Prozent seiner gesamten Einnahmen** den sozialen Betrieben zur Verfügung zu stellen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Das bedeutet bei den heutigen Beiträgen ungefähr 25 Millionen Mark im Jahre; und wenn eine so große Organisation hinter diesen Betrieben steht, dann braucht kein Mensch, keine Stadtverwaltung und auch keine Regierung mehr bange zu sein, daß nunmehr Gelder eigennützig verwandt würden oder schließlich gar verloren gingen.

Ich glaube, wir können den Bauarbeitern auch von dieser Stelle ruhig das Zeugnis ausstellen, daß sie auch im sozialen Wirtschaftsleben des Baugewerbes als Pioniere gelten können.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Sie wollen beweisen, daß sie nicht nur mit ihrer Arbeitskraft, sondern auch durch finanzielles Eingreifen die Betriebe heben wollen, und darum, möchte ich zum Schluß sagen, möge auch die Regierung die Zeichen der Zeit verstehen, möge sie noch mehr als bisher den sozialen Baubetrieben ihre Unterstützung angedeihen lassen. Dann wird nicht nur dem Siedlungswesen, sondern dem ganzen Volke ein großer Dienst geleistet.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

(A) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Merkel.

Merkel, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Angesichts der Geschäftslage des Hauses sehe ich davon ab, dem Hause eine unabhängig-sozialistische Wohnungsrede zu versetzen. Aber ich habe doch ein lebhaftes Interesse daran, von der Reichsregierung bei Gelegenheit der Beratung dieses Etats und gerade von dieser Tribüne aus Antwort über zwei Fragen zu erbitten, weil meines Erachtens dabei große Interessen in Frage kommen. Auf Anregung der Mehrheit des Wohnungsausschusses kam § 59 des Einkommensteuergesetzes zustande, in dem bestimmt worden ist, daß solche **Arbeitgeber,** die **Kleinwohnungshäuser** bauen, die dafür aufgewandten **Beträge von ihrer Einkommensteuererklärung** — ich möchte dieses Wort unterstreichen — absetzen dürfen. Nun haben sich sehr geschäftige Federn mehr oder weniger hochgestellter Juristen gefunden, die da erklärt haben: der Wille des Gesetzgebers kommt in dieser Bestimmung des Einkommensteuergesetzes nicht genügend zum Ausdruck, und wir müssen darangehen, diesen Willen des Gesetzgebers nun durch die Auslegung festzulegen. Da hat man denn entgegen dem Willen des Gesetzgebers die Dinge so ausgelegt, daß die Beträge nicht nur von der Einkommensteuer abgesetzt werden können, sondern man geht daran — das schädigt die Gemeinden —, daß auch die **Gemeindegewerbesteuer** mit den gleichen Sätzen von der Steuererklärung abgesetzt werden kann. Daran haben wir bei der Schaffung der Bestimmung nicht gedacht, und es ist durchaus unrecht, wenn man sich bemüht, den Dingen etwas anderes zu unterstellen, als was der Gesetzgeber gewollt hat. Ich möchte also die Regierung ersuchen, hier zu erklären, daß bei der Schaffung dieser Bestimmung niemand an eine andere Steuer gedacht hat als an die Einkommensteuer.

(B) Wir haben früher und auch jetzt gelegentlich Ausgleichsfonds geschaffen. Das betrifft die zweite Frage, die ich an die Regierung richten möchte. Einen **Ausgleichsfonds** haben wir auch geschaffen bei dem **Mietsteuergesetz,** bei der **Wohnungsabgabe.** Als ich nach Hause kam und von diesem Ausgleichsfonds sprach, hat mir ein hoher Verwaltungsbeamter gesagt: Kinder, tut so etwas nicht mehr; Ausgleichsfonds waren noch von jeher Gaunerfonds. Das ist natürlich nicht im kriminellen Sinne gemeint, sondern so, daß da die Möglichkeit geschaffen wird, mehr oder weniger gute Beziehungen zu irgendwelchen Teilen der Regierung auszunutzen, um aus diesem Fonds, selbstverständlich für die Zwecke, für die er bestimmt ist, gespeist zu werden. Es liegt durchaus im Interesse der Volksvertretung, daß die Regierung alljährlich darüber Auskunft gibt, wie sie diesen Fonds verwandt hat. Das ist im Interesse der Kontrolle, die die Volksvertretung auszuüben berechtigt ist, durchaus notwendig. Ich kenne zum Beispiel eine Arbeiterstadt, in der es fast keine zahlungsfähigen Leute gibt, die trotz dringendster Wohnungsnot nicht in der Lage ist, Häuser zu bauen und deswegen versucht, möglichst viel Wohnungslose in die Nachbargemeinden abzuschieben. Sie scheint nicht so angesehen zu sein, daß sie aus diesem Ausgleichsfonds etwas erhalten kann. Ich möchte also die Regierung bitten, nicht nur darüber Auskunft zu geben, in welcher Weise man aus diesem Ausgleichsfonds etwas erhalten kann, sondern auch jährlich über die Verwendung dieses Ausgleichsfonds Rechenschaft abzulegen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Präsident hat vorher einen Antrag der Zentrumspartei und meiner Partei verlesen, der sich auf das ländliche Siedlungswesen bezieht. Er fordert, die Regierung wolle erwägen, das **ländliche Pacht- und Siedlungswesen** dem **Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft** zu überweisen. Dieser Antrag hat eine eigenartige Vorgeschichte.

Im Haushaltsausschuß haben bei der Beratung des Arbeitsministeriums die Herren Thomsen, Schultz (Bromberg) usw. beantragt,

I. die Regierung zu ersuchen, die Angelegenheiten der ländlichen Siedlung, der Pachtung und Verpachtung landwirtschaftlich genutzter Grundstücke vom Ressort des Arbeitsministeriums abzutrennen und sie zur Bearbeitung dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft zu überweisen,

II. die persönlichen und sächlichen Ausgaben und Einnahmen für die unter I gemachten Angelegenheiten vom Haushalt des Arbeitsministeriums abzusetzen und beim Haushalt des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft einzustellen.

Nach eingehender Erörterung wurde der Antrag abgelehnt. Darauf kamen die Herren Antragsteller bei der Besprechung des Haushaltplans für das Ernährungsministerium noch einmal auf diese Frage zu einer Zeit, als die Herren, die diese Angelegenheit im Arbeitsministerium bearbeiten, nicht anwesend waren. Jetzt gelang es ihnen, bei anderer Zusammensetzung des Ausschusses den Antrag durchzubringen, der gleichlautend ist mit dem, den wir jetzt vorgelegt haben, ein Antrag, der nicht sagt: das ländliche Ernährungswesen wird abgetrennt, sondern nur verlangt, die Regierung soll in Erwägung darüber eintreten, ob die Abtrennung zweckmäßig sei oder nicht.

Bei der jetzigen Beratung schlagen die **Herren der Deutschnationalen Partei** ein bezeichnendes Verfahren ein. Sie haben nicht den Mut aufgebracht, diese Angelegenheit hier beim Arbeitsministerium zur Sprache zu bringen,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

hier, wo die Herren des Arbeitsministeriums, die diese Angelegenheit bearbeiten, Rede und Antwort stehen können; sondern sie wollten den Antrag bis zum Haushaltsplan des Ernährungsministeriums zurückstellen und haben einen derartigen Antrag beim Ernährungsministerium eingebracht. Aber auch die Form des Antrags ist bezeichnend für die Kopflosigkeit, mit der die Herren der Deutschnationalen Partei in dieser Angelegenheit vorgehen, eine Kopflosigkeit, die bei der parlamentarischen Erfahrung der Herren nur die Folge eines schlechten Gewissens in dieser Sache sein kann. Die Herren stellen einen Antrag zum Ernährungsministerium in dem Augenblick, wo das Arbeitsministerium beraten wird, es also feststeht, daß das Ernährungsministerium erst nach Erledigung des Arbeitsministeriums zur Beratung kommen kann. Sie verlangen in diesem Antrag, daß nachträglich beschlossen wird, das ländliche Siedlungswesen abzutrennen und die entsprechenden Änderungen im Nachtragsetat zu fordern. Dieser Antrag ist geschäftsordnungsmäßig unzulässig. Wenn der Haushaltsplan des Arbeitsministeriums erledigt ist, kann man nicht nachträglich noch Änderungen daran beantragen.

Aber, meine Damen und Herren, auch sonst zeigt die Angelegenheit, in welcher unsachlichen Weise die Herren der Deutschnationalen Partei trotz der Notlage unseres Volkes vorgehen, wenn es ihrem besonderen Vorteil und dem Vorteil der Herren, die sie glauben unterstützen zu müssen, entspricht. In dem **Unterausschuß des Haushaltausschusses,** der sich mit der **Festsetzung der planmäßigen Stellen für das Ernährungsministerium** zu beschäftigen hatte, wurde

(Hoch, Abgeordneter.)

festgestellt, daß im Ernährungsministerium Herren mit solchen Arbeiten beschäftigt sind, die keine Bedeutung mehr haben: mit Arbeiten, die sich auf die Zwangswirtschaft beziehen, obgleich die Zwangswirtschaft inzwischen beseitigt ist. Gebiete, auf denen keine Zwangswirtschaft mehr herrscht, wie die Wirtschaft mit Ölen und Fetten, die Marmeladenwirtschaft waren noch in besonderen Referaten bearbeitet worden, so daß kein Zweifel im Unterausschuß darüber bestehen konnte, daß die Herren des Ernährungsministeriums bei weitem nicht so beschäftigt werden konnten, wie es verlangt werden müßte. Darauf antwortete die Deutschnationale Partei: dem Ernährungsministerium müssen neue Aufgaben überwiesen werden, unter den nun herangezogenen Aufgaben war das ländliche Siedlungswesen.

Bei der Aussprache im Haushaltsausschuß hat sich ergeben, daß viele **Gründe gegen eine Trennung des ländlichen Siedlungswesens vom städtischen Siedlungswesen** sprechen. Wir haben bei den Erörterungen darüber, wie Ersparungen durchzuführen sind, ermittelt, daß wirkliche Ersparnisse ohne Schädigung der Arbeiten in erster Linie erreicht werden können, wenn die Arbeiten eines ganzen Arbeitsgebietes zusammengefaßt werden, in einem Ministerium erledigt werden. Je mehr die Arbeiten eines Gebietes zerrissen werden, je mehr Ministerien daran beteiligt werden, um so mehr Beamte werden zugezogen, und um so langwieriger werden die Arbeiten. Jeden Augenblick müssen Sitzungen von Herren der verschiedenen Ministerien stattfinden; die Angelegenheit wird verschleppt, und die Arbeit wird verteuert. Deshalb hat der Haushaltsausschuß als Ziel seines Strebens die Vereinigung der Arbeiten, wo es irgend möglich ist, hingestellt.

Allerdings kann man sich denken, daß in diesem oder jenem Fall eine Zergliederung notwendig erscheint. Ursprünglich war aber das ländliche Siedlungswesen vom städtischen Siedlungswesen getrennt. Der Haushaltsausschuß hatte sich wiederholt mit der Frage beschäftigt, bis er zu der Erkenntnis kam, daß diese Trennung unzweckmäßig sei. Daher haben wir damals einstimmig beschlossen, das gesamte Siedlungswesen in ein Ministerium zu verlegen.

Bei der Würdigung dieser Frage müssen Sie vor allen Dingen das eine im Auge behalten, daß die **Durchführung des Siedlungswesens Landessache** ist. Wie also im einzelnen in bezug auf die ländliche Siedlung vorgegangen wird, entscheidet nicht das Reich, sondern entscheiden die Landesbehörden. Das hat auch seinen guten Grund; denn die örtlichen Verhältnisse müssen dabei so berücksichtigt werden, daß es gar nicht möglich ist, das ländliche Siedlungswesen den Landesverwaltungen abzunehmen und der Reichsverwaltung zu überweisen. Freilich hat sich keiner von den Herren, die für die Abtrennung des ländlichen Siedlungswesens eingetreten sind, zu dieser Forderung verstiegen. Als ich im Ausschusse die notwendige Folge aus dem Gedankengang der Herren zog und darauf hinwies, daß ihre Pläne nur dann Sinn und Verstand hätten, wenn sie auf dieses Ziel hingingen, haben die Herren das entschieden abgelehnt.

Es handelt sich also von Reichs wegen nur darum, die allgemeinen Grundsätze für das Siedlungswesen festzulegen. Dabei kommen meistens solche Fragen in Betracht, die für das ganze Siedlungswesen maßgebend sind. Die erste Sorge zum Beispiel ist heute die Beschaffung von Geld und Baumaterial. Es wäre ein Fehler, wenn wir die Grundsätze für das ländliche Siedlungswesen im Arbeitsministerium, die Grundsätze für das städtische Siedlungswesen in einem andern Ministerium aufstellen wollten.

Schon von jeher hat die Reichsleitung sich überdies bemüht — der Reichstag hat das ja auch verlangt —, bei der Aufstellung der allgemeinen Grundsätze die landwirtschaftlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Zu dem Zwecke ist ein **Reichsausschuß für das ländliche Siedlungswesen** gebildet worden, dessen Vorsitzender meines Wissens Herr Geheimrat Sering ist. Ich habe selbst einmal Gelegenheit gehabt, im Reichsarbeitsministerium der Sitzung eines solchen Ausschusses, wenn ich mich nicht sehr irre, beizuwohnen, und ich weiß nicht nur aus meier Kenntnis der Verhandlungeu dieser Sitzung, sondern auch sonst, daß alles, was an landwirtschaftlichen Rücksichten in Betracht kommt, durchaus beachtet wird

Es ist auch nicht der Schatten eines Beweises dafür beigebracht worden, daß der jetzige Zustand ungenügend sei. Man hat darauf hingewiesen, daß das Siedlungswesen, soweit es städtisch ist, soweit es also in engster Fühlung mit den städtischen Verhältnissen steht, sich stärker entwickelt hat als das ländliche Siedlungswesen. Aber es ist ebenso klar festgestellt, daß, wenn überhaupt ein Verschulden vorliegt und wenn nicht etwa sachliche Schwierigkeiten vorhanden gewesen sind, die man eben nicht so schnell überwinden konnte, dann die Schuld nicht bei der Reichsverwaltung liegt, sondern bei der Landesverwaltung. Die Herren Antragsteller haben, um nachzuweisen, daß hier doch vielleicht eine Unterlassungssünde der Reichsleitung vorliege, darauf hingewiesen, die **Pachtschutzverordnung**, die bis zum 31. dieses Monats fertig sein muß, habe damals noch nicht vorgelegen. Inzwischen ist die Vorlage eingegangen. Der Termin ist so kurz, daß im besten Falle erst im letzten Augenblick die Verordnung bekannt wird, und es wäre in der Tat für die Beteiligten von großem Wert gewesen, viel früher von dem Inhalt der neuen Verordnung Kenntnis zu bekommen. Aber das verspätete Fertigwerden solcher Vorlagen ist eine Erscheinung, die sich nicht nur bei der Pachtschutzverordnung, nicht nur beim Arbeitsministerium zeigt, sondern überall bei den Behörden, besonders auch beim Ernährungsministerium. Wann gehen denn die Vorlagen des Ernährungsministeriums über die Änderungen in der Lebensmittelwirtschaft hier beim Reichstage ein? Doch erst im letzten Augenblick; das erklärt sich aus der ganzen Art und Weise, wie sich die Verhältnisse bei uns entwickelt haben, und aus den Schwierigkeiten, die sich bei der Verständigung mit den Beteiligten ergeben. Wie kann man also daraus einen Vorwurf einzig und allein gegen das Arbeitsministerium herleiten! Dabei will ich durchaus nicht der unbedingte Lobredner der Herren im Arbeitsministerium sein. Es können auch Fehler vorgekommen sein, — das entzieht sich meiner Kenntnis. Feststellen will ich nur, daß nicht der mindeste sachliche Beweis für die Trennung im Siedlungswesen beigebracht worden ist; im Gegenteil, alle sachlichen Gründe sprechen dagegen.

Aber auch die **Beamtenfrage** kommt in Betracht. Es liegt ja ganz klar auf der Hand: die Herren wollen im Ernährungsministerium überflüssige Beamte beschäftigen. Daß dann Beamte im Arbeitsministerium überflüssig würden, davon kann wohl kaum die Rede sein.

In diesem Zusammenhange möchte ich auch an den Herrn Reichskanzler und an die Reichsregierung einige Worte richten. Jeder, der den Verhandlungen folgte, muß den Eindruck haben, daß hinter dem deutschnationalen Antrage Herren aus dem Ernährungsministerium stehen. Die Herren der Ministerien sollten sich erst einmal selbst verständigen und nicht einzelnen Abgeordneten Anregungen geben, bei denen ein Ministerium gegen das andere ausgespielt wird. Der einzige Weg, der der Sache gerecht wird, ist deshalb der, den von uns gestellten Antrag anzunehmen, der den Reichstag in keiner Weise festlegt und der der Regierung sagt: Bitte, überlegt euch diese Sache — es sind hier Zweifel aufgetaucht —, wie am zweckmäßigsten verfahren wird; erwägt, ob das Siedlungs-

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) wesen zusammenbleiben oder auseinandergerissen werden soll, und macht uns dann einen Vorschlag des Kabinetts, der gesamten Regierung! Wir haben doch hier keine Regierung einzelner Geheimräte, sondern die Regierung eines Kabinetts, und diese Regierung soll uns ihre Anträge vorlegen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns,** Reichsarbeitsminister: Meine Damen und Herren! Zu der Angelegenheit, die jetzt von dem Herrn Berichterstatter, dem Abgeordneten Hoch, besprochen worden ist, möchte ich mich für meinen Teil jetzt nicht äußern. Sie wird jedenfalls im weiteren Verlaufe auch das Kabinett noch beschäftigen. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß das Reichsarbeitsministerium schon im Februar dem hohen Hause eine ausführliche **Denkschrift über das Wohnungswesen** vorgelegt hat; sie trägt die Nr. 3472 der Drucksachen. In dieser Denkschrift sind alle die Angelegenheiten behandelt, die von den Herren, die vor dem Herrn Berichterstatter gesprochen haben, berührt worden sind.

Ich möchte nur noch dem Herrn Abgeordneten Merkel auf zwei Anfragen antworten, die er an die Regierung gestellt hat. Die eine betraf den Sinn und die **Anwendung von Steuergesetzen.** Diesbezüglich muß er seine Anfrage an das Reichsfinanzministerium richten. Ich bin nicht in der Lage, ihm auf diesen Teil seiner Anfrage zu antworten.

Der zweite Teil der Anfrage betraf die **Verwendung des Ausgleichsfonds,** der beim Wohnungsabgabengesetz vorgesehen ist. Der Herr Abgeordnete scheint die Befürchtung zu haben, als wenn Gelder aus diesem Ausgleichsfonds an irgendwelche einzelne Interessenten gehen (B) könnten. Soweit das Reichsarbeitsministerium in Betracht kommt, ist eine derartige Verwendung der Gelder schon deshalb vollkommen ausgeschlossen, weil die betreffenden Gelder von uns lediglich an die Länder überwiesen werden, und zwar für den Fall, daß in diesem oder jenem Lande besondere Bedürfnisse bestehen, die eigentlich auf Kosten der Allgemeinheit gehen. Wenn zum Beispiel für die Unterbringung von Flüchtlingen besondere Aufwendungen gemacht werden müssen, dann ist das natürlich Reichssache, die die Allgemeinheit angeht, und in dem Falle ist es angebracht, die Gelder aus diesem Ausgleichsfonds zu nehmen. Selbstverständlich steht nichts im Wege, dem Reichstag über die Verteilung dieser Gelder seitens des Reichsarbeitsministeriums jedes Jahr genau Rechenschaft abzulegen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die Beratung über diesen Titel ist geschlossen. Ich darf den Titel selbst, da er nicht angefochten ist, für angenommen erklären. —

Wir kämen nun zur Abstimmung über den Antrag Becker (Arnsberg), Hoch:

> Der Reichstag wolle beschließen,
> die Reichsregierung wolle erwägen, das ländliche Pacht- und Siedlungswesen dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft zu überweisen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen.

Ich rufe nunmehr auf Tit. 12a. Wortmeldungen liegen nicht vor; ich darf ihn für angenommen erklären. — Ebenso Tit. 13.

Zu Tit. 14 „Zuschüsse zu Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Empfängern von Renten aus der Invaliden- und der Angestelltenversicherung" liegt zunächst (C) der Antrag Bartz (Hannover) vor, die Summe auf 5 Milliarden zu erhöhen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Abänderung ist abgelehnt, und die Summe nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

Es liegt ferner ein Ausschußantrag vor, der versehentlich in dem gedruckten Bericht — Nr. 4181 — nicht abgedruckt worden ist, dem Dispositiv des Tit. 14 folgenden Zusatz zu geben:

> Aus diesen Mitteln können vom Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen bis zum Gesamtbetrage bis zu 75 Millionen Mark im Bedarfsfalle Ländern Beihilfen zu den Zuschüssen gewährt werden, die sie an leistungsschwache Gemeinden auf Grund des § 8 Abs. 3 des Gesetzes vom . . . . . . zu leisten haben.

Wenn kein Widerspruch erhoben wird, nehme ich an, daß das Haus dem Antrage beitritt.

Dann liegt hierzu noch die Entschließung der Abgeordneten Meier (Zwickau), Wels und Genossen auf 4291 der Drucksachen vor.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die ihr zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; sie ist angenommen.

Ich rufe nunmehr auf Tit. 15: Zuschüsse zu Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung notleidender Kleinkapitalrentner. — Da ist die Verbindung mit dem Antrag Hergt auf Drucksache 3924 — mit Ausnahme der Ziffer 6 des Antrages, der sich auf Steuerverhältnisse bezieht —, (D) gestern beschlossen worden.

Als Berichterstatter hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Im Haushaltsausschuß herrschte Übereinstimmung darüber, daß die **Not der Kapitalkleinrentner** groß ist. Aber die Frage, ob für die Bekämpfung dieser Not besondere Maßnahmen durchzuführen sind, wurde nicht einheitlich beantwortet. Die große Mehrheit des Ausschusses bejahte die Frage; von einer Seite wurde dagegen geltend gemacht, daß es zweckmäßiger sei, die Kapitalkleinrentner ebenso zu behandeln wie die anderen Rentner, die Invalidenrentner, weil die weitesten Kreise heute bei der furchtbaren Not das Allernotwendigste nicht haben.

Ferner ging die Meinung über die **Höhe des Betrages** auseinander, der eingesetzt werden soll. Ursprünglich waren 200 Millionen verlangt. Der Haushaltsausschuß hat den Betrag auf 500 Millionen erhöht. Schon im Haushaltsausschuß lagen verschiedene Anträge vor, die weitere Erhöhungen forderten.

Der Haushaltsausschuß ist bei der Entscheidung der Frage davon ausgegangen: Es liegt gar nicht in der Hand der Verwaltungsbehörden, beliebige Summen auszugeben. Für die Bewilligung der Gelder sind Richtlinien aufgestellt worden. Wenn auch gefordert werden muß, daß die Richtlinien nicht in engherziger Weise ausgelegt werden, so seien doch durch die Richtlinien gewisse Grenzen gezogen, die eingehalten werden müssen. Nach der Erklärung der Herren vom Reichsarbeitsministerium glauben aber die Herren des Reichsarbeitsministeriums mit 500 Millionen Mark auch dann auszukommen, wenn die jetzigen Richtlinien nicht engherzig ausgelegt werden. Aus diesem Grunde kam der Haushaltsausschuß dazu,

(**Hoch**, Berichterstatter.)

sich mit 500 Millionen zu begnügen, aber mit der Bedingung, daß, wenn die Gelder nicht reichen, dann in einem Nachtragsetat das gefordert werden soll, was notwendig ist.

Deshalb habe ich Ihnen im Auftrage des Haushaltsausschusses zu empfehlen, den Betrag von 500 Millionen anzunehmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Oberfohren.

Dr. **Oberfohren**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Deutschnationale Volkspartei hat zu dem aufgerufenen Titel den Antrag gestellt, den sogenannten **Rentnerfonds** von 200 Millionen, die im Etat vorgesehen sind, auf eine Milliarde zu erhöhen. Im Haushaltsausschuß ist zu diesem Antrage von einer Seite das Wort gefallen, die **Deutschnationalen** hätten eigentlich am wenigsten Anlaß und Berechtigung, eine solche Erhöhung zu beantragen. Diese Argumentation ist, wenn sie damit begründet worden ist, daß die Deutschnationalen diese Berechtigung nicht hätten, weil sie die letzte Steuerreform nicht mitgemacht hätten, deshalb vollständig verfehlt, weil uns ja die Beteiligung an der Herbeiführung der Möglichkeit, den inneren Etat zur Balancierung zu bringen, künstlich verwehrt worden ist. Wenn die Koalitionsparteien durch die Verkoppelung der 14 Steuergesetze, die wir an sich zu bewilligen bereit gewesen wären, mit der Zwangsanleihe, die wir aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen mußten, automatisch ausschalten, dann ist das eine Angelegenheit der Koalitionstaktik und der Fraktionspolitik, die in keiner Weise geeignet ist, uns daran zu hindern, diejenigen Vorschläge zu machen, die wir für notwendig halten, um die ungeheure Not der kleinen und mittleren Rentner zu beheben.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Wir lassen uns durch die angedeutete fadenscheinige Begründung in keiner Weise davon abhalten, den Weg weiter zu gehen, den wir seit Jahren schon beschritten haben, indem wir mit dem größten Nachdruck die **Interessen der kleinen Rentner und Kapitalisten** auch hier im Reichstage vertreten haben. Ich will Ihnen auch sagen, weshalb wir ganz speziell uns veranlaßt fühlen, diesen Standpunkt einzunehmen. Wir haben eine besondere Sympathie für diese jetzt entrechteten und der Entwurzelung preisgegeben Stände deshalb, weil diese Rentner und Kapitalisten sich im wesentlichen rekrutieren aus den bodenständigen, seßhaften Bestandteilen unseres Volkskörpers in Gewerbe, Kaufmannsstand, Bauerntum, Handwerk usw., aus jenen Schichten also, in denen wir auf Grund unserer Weltanschauung im besonderen Sinne Kulturfaktoren nationalen Gepräges sehen.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Es handelt sich um jene Teile unseres Volkskörpers, die nicht etwa rasche Gewinne nach Art des Spekulantentums oder des Börsianertums erzielt haben, die vielmehr in harter und unausgesetzter Arbeit jahrelang, jahrzehntelang oft unter schweren Entbehrungen bestrebt gewesen sind, ihr Ziel zu erreichen, das darin bestand, durch diese unausgesetzte Arbeit sich ein kleines oder mittleres Vermögen zu erwerben, das ihnen die Gewähr bieten sollte auf einen sicheren, wenn auch bescheidenen Lebensabend.

Wenn bei einer ähnlichen Beratung von der linken Seite des Hauses her einmal gesagt worden ist: Lassen Sie doch endlich den Reichstag zufrieden mit Ihren ewigen Lamentationen für die kleinen Rentner, mögen diese Leute arbeiten, wie andere es auch tun müssen, dann muß demgegenüber mit aller Entschiedenheit betont werden, daß es sich hier um Veteranen der Arbeit im strengsten Sinne des Wortes handelt,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

um Leute, die 40 und 50 Jahre ihres Lebens nicht acht Stunden, sondern 10, 12 und 14 Stunden gearbeitet haben, um das eben genannte Ziel zu erreichen. Mit den Erträgnissen ihres Fleißes und ihrer Sparsamkeit haben sie darüber hinaus dauernd zur Befriedigung der Bedürfnisse des Staates beigetragen, durch ihr angesammeltes Kapital gleichzeitig die Grundlage für die Existenz ihrer Kinder gelegt und damit dem Rückgrat des Staates dauernd neue Kraft zugeführt.

Über die **volkswirtschaftliche Bedeutung des Rentnerstandes** herrscht im allgemeinen heute noch vielfach ein ganz abwegige Auffassung. Man hält die Rentner für Prasser und Schlemmer, für Nutznießer fremden Gutes. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Rentnerstands ist ganz anders einzuschätzen insofern, als sie ihre Ersparnisse, den Überschuß des Arbeitsverdienstes über den Selbstverbrauch, Jahr um Jahr der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt und damit eine unausgesetzte finanzielle Befruchtung der deutschen Wirtschaft vollzogen haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Es handelt sich nicht um **erpreßten Mehrwert**, wie manche unvernünftige Beurteiler sagen, sondern um die Erneuerungs- und Erweiterungskosten, die die deutsche Wirtschaft nötig hatte. Um was für Summen es sich hier handelt, geht daraus hervor, daß, wenn man den Stand der kleinen und mittleren Rentner vor dem Kriege bis zu einem Besitzstande von 300 000 Mark rechnet, in den Jahren von 1870 bis 1914 durch diese Ersparnisse die ungeheure Summe von 20 Milliarden Goldmark aufgebracht worden ist, die der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt worden sind. Hätte die deutsche Wirtschaft, namentlich die sich ausdehnende Industrie, diese Mittel nicht zur Verfügung gehabt, dann hätte sie Anleihen vom Auslande aufnehmen müssen, oder aber diese Entwicklung wäre auf halbem Wege erdrosselt worden.

Infolgedessen ist festzustellen, daß die marxistische Deutung des Kapitals auch in diesem Betracht völlig verfehlt ist, wenn man nämlich glaubt, daß es sich hier um eine Anhäufung von Mehrwert handelte, der etwa dadurch erpreßt worden ist, daß der schwieligen Faust des Proletariats mit List und Tücke große Summen abgenommen worden wären.

(Zurufe von der äußersten Linken.)

Es handelt sich nicht um Nutznießer fremden Gutes, sondern um wichtige Bestandteile unseres Volkskörpers, um diejenigen, die durch die katastrophale Wirtschaftsrevolution, die im wesentlichen auf die Erfüllungspolitik und die verfehlte Steuerpolitik zurückzuführen ist, geradezu zu einem Hundeleben verurteilt sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Zurufe von der äußersten Linken: Durch Ihre Schuld!)

Das sind diejenigen — —

(Lärmende Zurufe von der äußersten Linken.)

— Das paßt Ihnen nicht. Aber wenn man hier stundenlang über die Not der Dienstmädchen spricht, denen es heutzutage vielfach besser geht als den Dienstherrschaften, das paßt Ihnen besser!

(Unruhe links.)

Ich sage, das fluchtartige Weichen der Währung hat das Dasein dieser Leute zu einem Hundeleben gestaltet, an dessen Ende früher oder später das Verhungern steht, nachdem sie sich unter dem grausamen Druck der Not von all dem getrennt haben, was das Leben ihnen lieb und wert gemacht hat.

(Dr. **Oberfohren**, Abgeordneter.)

(A) Trotzdem gewiß viel von dieser **Verelendung des Rentnerstandes** die Rede ist, wird die ganze Tiefe dieses furchtbaren Elends, in dem diese Klasse unserer Volksgenossen dahinsiecht, heute vielfach noch verkannt. Diese Leute sind viel zu anständig und viel zu stolz, ihre bittere Armut und ihren nagenden Hunger auf offenem Markte zur Schau zu stellen oder etwa in lärmenden Demonstrationszügen unter aufreizenden Fanfaren und Plakaten ihre Not durch die Straßen spazieren zu führen.

(Erregte Zurufe links.)

Das haben diese Leute nicht gelernt und werden es auch nie lernen. Für die Arbeitslosen hat die Republik Milliarden zur Verfügung gehabt, für die Leute, die durch das Schicksal, durch die Erfüllungspolitik und Steuerpolitik der Nachkriegszeit zur Verelendung geführt worden sind, hat die Republik jahrelang keinen Pfennig zur Verfügung gehabt; man schröpfte sie vielfach mit den Mitteln einer unsozialen Steuergesetzgebung noch zu gunsten anderer.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Unruhe und erregte Zurufe links.)

Meine Damen und Herren! Auch die hundert Millionen, die in dem Nachtragsetat vom vorigen Jahre eingesetzt waren, waren angesichts der Tatsache, daß es sich schätzungsweise um etwa 600 000 Rentner handelt, die unterstützungsbedürftig sind, nichts als ein Tropfen auf den heißen Stein. Auch die 500 Millionen, die jetzt der Haushaltsausschuß bewilligt hat, sind vollkommen unzureichend angesichts der ungeheuren Not, die es zu beseitigen gilt. Wir halten nachdrücklich an unserer Forderung auf Erhöhung des Rentnerfonds von 200 Millionen über 500 Millionen hinweg auf eine Milliarde fest, erklären dazu aber, daß wir für ebenso wichtig wie diese Forderung die Forderung auf eine sofort zu vollziehende **Änderung der Richtlinien** halten, (B) die über die Verteilung des Rentnerfonds aufgestellt worden sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich muß sagen, etwas Bureaukratischeres und etwas Unpsychologischeres als diese Richtlinien habe ich überhaupt in meinem Leben kaum gesehen.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Es sind das Richtlinien, die in einem Grade am grünen Tisch gemacht sind, daß ich Ihnen erkläre: selbst wenn Sie die von uns geforderte Milliarde bewilligen und nicht gleichzeitig diese Richtlinien ändern, dann geben Sie den notleidenden kleinen Kapitalisten und Rentnern Steine statt Brot.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Ich will nur auf einige Punkte eingehen. Es ist erfreulicherweise unser Antrag vom 24. März dieses Jahres, Antrag Hergt und Genossen Nummer 3924, mit dieser Beratung verbunden worden. Wir haben uns in diesem Antrage die Mühe gemacht, die wichtigsten Punkte herauszugreifen, die uns vor allem änderungsbedürftig scheinen. Ich weise nur darauf hin, daß in diesen Richtlinien der **Begriff „Kleinrentner"** aus seiner Enge unbedingt herausgehoben werden muß. Er muß dahin umrissen werden, daß unter Rentnern solche Personen zu verstehen sind, deren ganz oder überwiegend aus Kapitalvermögen fließendes Einkommen nicht mehr als 15 000 Mark beträgt. Denn wenn man, wie das heute vielfach von Gemeinden geschieht, die Grenze der Unterstützung bei 3000 Mark Einkommen eintreten läßt, bedeutet das eine Verständnislosigkeit gegenüber den heutigen Verhältnissen, die man überhaupt nicht verstehen kann.

Was wir aber für noch wichtiger halten, ist dies: man sollte meinen, wenn man einem Stande, der der Entwurzelung preisgegeben ist, dessen Angehörige nicht wissen, wie sie von heute auf morgen die notwendigsten (C) Bedürfnisse des täglichen Lebens befriedigen sollen, helfen will, indem man sagt: diese Unterstützung ist an erster Stelle bestimmt zu Leibrentenverträgen, Vermögensverwaltung, Darlehensbeschaffung usw., so faßt man sich an den Kopf und fragt sich, wie kann man in diesem Zusammenhang die vordringlichste Notwendigkeit, nämlich die Darbietung von Barmitteln, auslassen? Es ist für uns die allernotwendigste Forderung, daß an die **Spitze der Zwecke**, zu denen die Hilfeleistung bestimmt werden soll, die **Barzuschüsse** kommen.

Für ganz unpsychologisch erachten wir es auch, wenn in diesen Richtlinien ein **Rückgriff** gestattet wird **auf das Kapital oder das Erbe**, das der Rentner, wenn er stirbt, hinterläßt.

(Zuruf aus dem Zentrum: Das ist doch selbstverständlich!)

— Nein, das ist nicht selbstverständlich. Wenn Sie das sagen, haben Sie keine Ahnung von der Psychologie dieser Kreise. Das angesammelte Kapital ist für sie eine Art Heiligtum. Es handelt sich darum, daß den Leuten nicht dadurch eine Hemmung in den Weg gelegt wird, daß man ihnen mit kalten Worten sagt: wenn du stirbst, muß dein Kapital selbstverständlich für einen Rückgriff zur Verfügung gestellt werden. Eine solche Anordnung ist geeignet, viele in bitterster Not befindliche Personen der in Betracht kommenden Kreise von der Inanspruchnahme der Mittel überhaupt abzuschrecken. Jedenfalls muß der Rückgriff auf ganz seltene Fälle, in denen er ohne Härte möglich ist, beschränkt werden.

Ein besonders wichtiger Gesichtspunkt, weshalb bisher die Rentnerhilfe versagt hat und weshalb sie vor allen Dingen endlos verschleppt worden ist, besteht darin, daß man die Zurverfügungstellung der Reichsmittel abhängig gemacht hat von der **Beteiligung der Länder und namentlich der Gemeinden** mit gleich hohen (D) Summen wie das Reich. Nachdem infolge der famosen Verreichlichung der gesamten Steuerverwaltung sämtliche Gemeinden heute in schwerste finanzielle Bedrängnis geraten sind, kann man nicht erwarten, daß sie in weitem Umfange Mittel zur Verfügung stellen für die Rentnerhilfe. Ich bin der Meinung, daß die angedeutete Forderung eine automatische Hemmung auf dem Wege zu einer schnellen und befriedigenden Lösung dieser Fürsorgefrage bedeutet. Es erscheint überhaupt empfehlenswert, die Gemeinden nicht zu stark anzuspannen, weil diese geneigt sein werden, ihre Finanzen durch Verzicht auf die Rentnerhilfe zu schonen.

Meine Damen und Herren! Ich will die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne vom Standpunkt meiner Partei aus mit allem Nachdruck zu erklären, daß wir auch dann, wenn die Rentnerfürsorge in unserem Sinne ausgestaltet wird, auch dann, wenn mit der größten Beschleunigung eine Veränderung der Richtlinien eintritt, diese Verwaltungsregelung auf die Dauer für unbefriedigend und unzureichend erachten. Wir sind der Meinung, daß an die Stelle der Verwaltungsregelung mit möglichster Beschleunigung eine **gesetzliche Regelung** treten muß. Die katastrophalen Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse, denen der kleine Kapitalist und Rentner nicht nur vollkommen schuldlos, sondern auch hilflos und machtlos gegenübersteht und unter denen er automatisch der Verelendung anheimfällt, müssen dazu führen, anzuerkennen, daß dem Rentner an Stelle von Almosen feste Ansprüche zuzubilligen sind. Das verlangt nicht nur die Billigkeit, das verlangt auch die soziale Gerechtigkeit.

(Unruhe links.)

Das kann zum Beispiel in dem Sinne gemacht werden, daß eine Sicherung des Existenzminimums vor-

(Dr. **Oberfohren**, Abgeordneter.)

(A) genommen wird durch einen nach dem Teuerungsindex sich regelnden Zuschuß. Jedenfalls erkläre ich hier als Meinung meiner Fraktion ausdrücklich, daß es nur auf dem Wege einer gesetzlichen Regelung noch möglich ist, der drohenden Zermalmung eines der besten Stände unseres Volkskörpers vorzubeugen.

(Bravo! rechts. — Unruhe links.)

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dransfeld.

Dransfeld, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat mir und wohl auch vielen von Ihnen ein psychologisches Rätsel aufgegeben.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.)

Ich habe nicht begriffen, wie man einer Rede über diese tieferschütternde Materie den angreifenden Ton geben kann, dessen er sich bedient hat.

(Sehr richtig! im Zentrum und links.)

Kleinrentner haben wir alle unter uns, sie sind in jeder Partei vertreten. Wir kennen alle ihre bittere Not, ja wir sind mehr oder weniger direkte Zeugen dieser Not geworden. Sie bekommt dadurch etwas besonders Tragisches, weil die Kleinrentner aus dem früheren Zustand eines verhältnismäßigen sozialen Gesichertseins nun in einen Zustand vollständiger Unsicherheit hineingeraten sind, sodaß die Frage der Zukunft für sie die große schreckliche Lebensfrage ist. Wir wissen auch, daß die Kleinrentner mit zu den besten Elementen unserer gesamten Volksgemeinschaft gehören, daß sie Träger der Ordnung, des Autoritätsgefühls, der Kultur oft im feinsten Sinne des Wortes sind. Beispielsweise empfindet man es im Organisationsleben immer wieder und immer von neuem schmerzlich, daß so manche dieser Leute, die früher ihre ganze Kraft in den Dienst kultureller und sozial-karitativer Bestrebungen gestellt haben, sich nun wegen ihrer eigenen Not vom selbstlosen Dienst an (B) andern völlig zurückziehen müssen. Deshalb könnte gerade bei Besprechung dieser Materie das Haus in allen Fraktionen zusammenstehen, ohne dem Einzelprogramm etwas zu vergeben und zur Verteidigung seiner Stellung eine irgendwie agitatorische Ausnutzung des Problems nötig zu haben.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Der Ton, der in den Klagen der Kleinrentner vorherrscht, trägt fast das Gepräge der Hoffnungslosigkeit. Sie sind aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden, und sie vermögen es deshalb nicht, ihre Einnahmen entsprechend der wachsenden Geldentwertung und Teuerung zu erhöhen. Sie bleiben auf der toten, sich immer mehr aushöhlenden Ziffer ihres Kapitals stehen, und der Abstand dieser Ziffer von den Notwendigkeiten und Werten des Konsums wächst von Tag zu Tag. Der ausgleichende Nutzen des vermehrten Geldumlaufs wird ihnen nicht zuteil. Die Kleinrentner kämpfen vielfach um das nackte Dasein. Es kommt bei ihnen nicht nur zum Hungern, sonder auch zum Verhungern, und zwar nach einem vielfach harten Arbeitsleben. Früher hatten sie ihr, wenn auch vielleicht nur bescheidenes, Auskommen, zum Teil auch einen gewissen Wohlstand; heute bleiben ihre Einnahmen vielfach erschreckend weit hinter dem Existenzminimum zurück.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit betonen, daß unsere Fraktion als die erste der Frage der Kleinrentner nahe getreten ist,

(sehr richtig! im Zentrum)

indem sie bereits der Nationalversammlung einen entsprechenden Antrag unterbreitet hat. Daß unseren Anregungen nicht längst Folge gegeben wurde, liegt zum Teil an der ungeheuren Schwierigkeit der Materie, über die man sich mit einigen Schlagworten und Phrasen nicht ohne weiteres hinwegsetzen kann.

(Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum.)

Die Hilfsbedürftigen, die hier in Frage kommen, sind so (C) vielgestaltig, sie kommen aus so verschiedenen Lebenslagen und Gewöhnungen, sie sind so bedrückt von Kämpfen und Sorgen und von bangen Fragen um die Zukunft, daß es nur schwer möglich ist, sie für eine allgemeine Hilfsaktion auch allgemein zu erfassen und neuartige Maßnahmen in Gesetzgebung und Verwaltung für ihre vielgestaltigen Bedürfnisse zu prägen. Denn mit wirtschaftlicher Hilfe allein ist es nicht getan; sie verlangen vor allen Dingen und mit vollem Recht auch Berücksichtigung ihrer vorherrschenden Stimmung, ihrer seelischen Notlage.

Der Ausschuß für den Reichshaushalt hat eine vorläufige Pflicht erfüllt, indem er die von der Regierung zur **Unterstützung von Kleinrentnern** vorgesehene Summe von 200 Millionen Mark auf **500 Millionen Mark** erhöht hat. Unserem tiefen Mitgefühl mit diesen schwerbetroffenen Volksschichten würde es ganz sicher entsprechen, wenn wir eine volle Milliarde, ja zwei oder drei Milliarden ohne weiteres für sie bewilligen könnten.

(Sehr richtig!)

Trotzdem werden wir bei der Entschließung des Haushaltausschusses verbleiben müssen. Wenn wir hier ohne Rücksicht auf die Finanzlage des Reichs und die Hilfsbedürftigkeit innerhalb anderer Volksschichten eine höhere Geldsumme einsetzen, würde es sich, äußerlich genommen, schließlich nur um einen andern mechanischen Federzug handeln. Hinter einer solchen Mechanik aber würden harte Unmöglichkeiten und etatmäßige Schwierigkeiten lebendig bleiben oder wach werden. Denn der Haushaltsausschuß ist sich in eingehenden Beratungen über Mehrforderungen für andere Hilfsbedürftige, beispielsweise für die Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung usw., und die gerechte Abwägung dieser Mehrforderungen schlüssig geworden. Das ganze System dieser Mehrforderungen würde erschüttert werden, wenn wir an einer einzelnen Stelle mechanisch eine andere (D) Summe einsetzen und so zu einer Art von Übertrumpfungspolitik kommen wollten,

(sehr richtig! links und im Zentrum)

zu einer frischen Drauflosbewilligung, bei grundsätzlicher Übergehung des Haushaltsausschusses und seiner entsprechenden Beratungen.

Namens meiner Fraktion möchte ich aber erklären, daß wir — wenn wir auch im Augenblick für die Beschlüsse des Haushaltsausschusses eintreten — dennoch die besondere Notlage gerade der Kleinrentner anerkennen und in einem Nachtragsetat zu neuen Verhandlungen bereit sind, wenn es sich als notwendig erweisen sollte.

Ein Antrag auf Nr. 3924 befaßt sich mit der Abänderung der **„Richtlinien für die Unterstützung notleidender Kleinrentner“**, wie sie im Reichsarbeitsministerium zusammengestellt worden sind. Diese „Richtlinien“ bedürfen tatsächlich einer Reform. Wir sind aber der Meinung, daß Einzelfragen aus der Praxis der Wohlfahrtspflege zur Besprechung im Plenum des Hauses nicht geeignet sind. Die Aufgabe einer Neubearbeitung und Ergänzung der „Richtlinien“ wollen wir auch beim Reichsarbeitsministerium belassen; aber wir wünschen, daß es zur Mitarbeit Vertreter des Reichstags und der großen zentralorganisierten Wohlfahrtsverbände aller Parteien zuzieht. So haben wir eine bestimmte Gewähr, daß die Erfahrung des Alltags und die fein ausgebaute Arbeitsmethode von Kennern und Könnern der Wohlfahrtsverbände auch der seelisch so überaus komplizierten Schicht der Kleinrentner zugute kommt, und daß man sorgsamer an die Ausgestaltung und Ausformung der „Richtlinien“ herangeht, als es uns hier im Plenum möglich ist.

Wir bitten Sie deshalb, in diesem Sinne auch die Entschließung zu Kap. 2 Tit. 15 des Haushaltsausschusses anzunehmen. Von der Bewilligung einzelner Mittel wird

(Dransfeld, Abgeordnete.)

(A) ja die endgültige Hilfe für den Kleinrentnerstand nicht so sehr abhängen, als von der Bearbeitung der gesamten Materie überhaupt, wobei wir die gesetzliche Versorgung der Kleinrentner unter eingehendster Zuhilfenahme der Länder und Gemeinden als letztes Ziel aufstellen. Eine Etappe auf dem Wege zu diesem Ziel bedeutet auch die in der Entschließung verlangte **Denkschrift**, welche die bisherigen **Hilfsmaßnahmen der Länder und Gemeinden für die Kleinrentner** zusammenstellen und auf Grund der praktischen Erfahrung die Frage beantworten soll: ob und wie eine gesetzliche Regelung der Versorgung von Kleinrentnern durchgeführt werden kann. Aber bei aller Rücksicht auf diese drängenden Fragen dürfen wir das Kleinrentnerproblem nicht aus dem Gesamtkomplex der sozialen Fürsorge herauslösen, und es muß für den weiteren Ausbau unserer Gesetzgebung auf allen Gebieten ein Kriterium bleiben oder dazu werden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich doch auch anführen, daß beispielsweise das Reichsmietengesetz, das von der Rechten so bekämpft worden ist, einen ganz erheblichen Schutz gerade des Kleinrentnertums bedeutet.

Wir bitten Sie also, im Dienste schwerleidender Glieder unseres Volkes, deren soziale und kulturelle Bedeutung wir alle anerkennen, sowohl die Mehrforderungen des Haushaltsausschusses zu bewilligen als auch die Entschließung zu Kap. II Tit. 15 anzunehmen, im übrigen aber von seiten des gesamten Reichstags dem Kleinrentnerproblem fortdauerndes Interesse zu bewahren und seine in der Zukunft neu auftauchenden Fragen und Forderungen mit Klugheit und Gerechtigkeit entscheiden zu wollen.

(Bravo! im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Matz.

(B) Dr. **Matz,** Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Gleichzeitig mit den Verhandlungen des Haushaltsausschusses über die Kleinrentnerfrage tagte hier in Berlin der Deutsche Rentnerbund unter Teilnahme auch verschiedener Mitglieder dieses hohen Hauses. Dabei sind sowohl die Höhe der Mittel, die bis dahin für die Kleinrentner ausgeworfen sind, als auch die aufgestellten Richtlinien beanstandet worden. Nun sind sich hier im Hause wohl alle Parteien darin einig, daß diesem heute der Verelendung preisgegebenen **Stand der Kleinrenter** geholfen werden muß, daß es eine Ehrenpflicht des Staates ist, für diese Veteranen der Arbeit, die ihr Einkommen nicht wie andere der Geldentwertung anpassen können, ausreichend zu sorgen. Das wurde auch im Haushaltsausschuß von allen Seiten zum Ausdruck gebracht. Einig sind wir uns auch darin, daß die Hilfe viel zu spät eingesetzt hat, und sodann darin, daß die 100 Millionen, die durch den Nachtragsetat 1921 bereitgestellt wurden, nur einen ersten Anfang der Hilfe darstellen können. Auch die 200 Millionen, die der Haushaltsplan nach dem Regierungsvorschlag für 1922 für **Kleinrentnerfürsorge** einsetzte, sind allgemein als nicht ausreichend anerkannt worden, und wir begrüßen es, daß die Regierung ihren anfänglichen Widerstand aufgegeben und den Anträgen, die von deutschvolksparteilicher und Zentrumsseite auf **Erhöhung dieses Betrages auf fünfhundert Millionen** im Ausschuß eingebracht und dort angenommen wurden, zugestimmt hat. Ob dieser Betrag ausreicht, kann man heute noch nicht übersehen, da die ganze Fürsorge noch in den Anfängen steht. Meine politischen Freunde sind willens, alles zu bewilligen, was im Interesse der Fürsorge für die Kleinrentner an Beträgen zur Verfügung gestellt werden muß. Ob das im Wege einer Nachtragsforderung geschieht oder dadurch, daß man dem deutschnationalen Antrage auf Erhöhung auf eine Milliarde zustimmt, das steht dahin. Wir (C) werden unsere Abstimmung dementsprechend einrichten. Jedenfalls ist es auch mit diesen Summen immer nur möglich, eine gewisse Teilarbeit zu leisten.

Nun werden die Beträge, die das Reich zur Verfügung stellt, durch das ergänzt, was die **Länder und Gemeinden** als **Zuschußsummen** leisten sollen oder vielmehr, wie es in den Richtlinien gesagt ist, die Beträge des Reichs sollen den Zuschuß zu dem darstellen, was von Ländern und Gemeinden aufgebracht wird. Dabei ist vorgesehen, daß dieses Aufkommen aus den Ländern und Gemeinden zwei Drittel des Gesamtbetrages der Rentnerhilfe ausmachen soll, während das Reich ein Drittel stellt, so daß auch bei Annahme von 500 Millionen Reichsbeihilfe immerhin insgesamt ein Betrag von $1^1/_2$ Milliarden zur Verfügung stehen würde.

Allerdings besteht bei dieser Hilfeleistung durch die Länder und durch die Gemeinden die Gefahr, daß leistungsschwache und leistungsunfähige Gemeinden nicht das ihrige tun, unter Umständen auch nicht tun können, sodaß in diesen Gemeinden die Rentnerfürsorge, die nach den Richtlinien an die Zuschüsse der Gemeinden gebunden ist, überhaupt unterbleibt. Diese Gefahr ist unverkennbar, und nach der Richtung hin möchten wir den Bericht abwarten, der durch die Entschließung des Haushaltsauschusses von der Regierung verlangt wird.

Weiter wünschen wir nähere Auskunft darüber, was die Länder ihrerseits aufgebracht haben. Wir haben gehört, daß zum Beispiel Bayern im Jahre 1921 20 Millionen bereitgestellt hat, Sachsen 5 Millionen, andere Länder aber ganz zweifellos auch gar nichts. Sodann wäre es auch notwendig, von seiten des Reichs in einer Denkschrift darüber Aufschluß zu geben, in welcher Art die Länder ihre Hilfsmaßnahmen gestaltet haben. Besonders beachtenswert scheinen mir nach meiner Kenntnis der Dinge die **Leibrentenverträge,** die **Mecklenburg-Strelitz** zur (D) Unterstützung der Kleinrentner geschaffen hat.

Aus der Befürchtung heraus, daß leistungsschwache Gemeinden die Rentnerfürsorge überhaupt nicht in Gang bringen würden, ist aus Rentnerkreisen der Wunsch geäußert worden, daß die ganze Organisation anders aufgezogen werden sollte, daß nicht die Gemeinden die letzten Träger und Unterhalter sind, sondern daß dies durch die Finanzämter in Verbindung mit den Rentnerorganisationen geschehen soll. Man muß nun ohne weiteres zugeben, daß unter Umständen eine Gemeinde infolge ihrer eigenen finanziellen Unfähigkeit die Rentnerfürsorge beiseite läßt. Deswegen stimmen wir, wie übrigens auch in anderen Punkten, dem deutschnationalen Antrage auf Drucksache Nr. 3924 in dem Punkte zu, der besagt, daß den Ländern Vollmacht gegeben werden soll, um den Anteil leistungsschwacher und leistungsunfähiger Gemeinden herabzusetzen oder zu beseitigen,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

so daß eine Rentnerfürsorge überall einsetzt, einerlei, ob die Gemeinden selbst dazu Beiträge leisten oder nicht. Wir wünschen insbesondere auch, daß der **Ausgleichsfonds,** über den der Herr Minister verfügen wird und der schon in dem Nachtragsetat in Aussicht gestellt wurde, in recht weitgehendem Maße benutzt werde, um derartigen leistungsunfähigen Gemeinden einen entsprechenden weiteren Reichszuschuß zur Kleinrentnerfürsorge zu gewähren. Wenn aber nun ganz allgemein gewünscht worden ist, die **Rentnerfürsorge den Finanzämtern** zu übertragen, so scheint mir doch das gerade all den psychologischen Momenten, die in dieser Frage mitsprechen, nicht gerecht zu werden.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Zweifellos würde es außerdem notwendig werden, einen neuen Beamtenapparat aufzuziehen. Sodann würde man auch all der vielen segensreichen Einrichtungen ermangeln,

(Dr. **Matz**, Abgeordnete.)

(A) die in den Gemeinden für die Mittelstandsfürsorge neuerdings geschaffen sind, zum Beispiel, was ja auch in den Richtlinien gesagt ist, die Beschaffung verbilligter Lebensmittel, Kleider, Brennmaterialien, die Gewährung von Krankenpflege, die Unterbringung in Heimen und dergleichen mehr. Es muß auch in diesem Zusammenhang noch hervorgehoben werden, daß die **Gemeinden**, in denen heute die Rentnerhilfe geleistet wird, die beste Kenntnis des Personenkreises haben, der in Frage kommt. Sie verfügen weiterhin über die Möglichkeit schneller und ausreichender Ermittlung.

Wenn ich diese Dinge als ein Stück der Rentnerfürsorge nannte, so soll das nicht sagen, daß die Sachhilfe gerade die Hauptsache sein müsse. Das erste und wichtigste für weite Kreise der Rentner wird unbedingt die **Hergabe von ausreichenden Barmitteln** sein. Sachhilfe wird minder gern in Anspruch genommen und schränkt die freie Bewegung und Verfügung ein. Wenn diese Rentnerhilfe nur an die Bedingung des **Rückgriffs auf das Vermögen** geknüpft wird, so hat das natürlich seine außerordentlich starken Bedenken. Man soll doch auch in dieser Frage die psychologischen Momente nicht unterschätzen. Die Kreise der Kleinrentner, die da in Frage kommen, diese alten Fräulein, die alten Witwen und auch die alten Ehepaare haben vielfach einfach nicht den Mut, um überhaupt hervorzutreten. Sie hängen an dem bißchen Vermögen, das sie noch haben als an dem Letzten, was ihnen überhaupt geblieben ist,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

sei dieses Vermögen auch noch so gering, daß es auch nur dem Jahreseinkommen der Schichten gleich kommt, aus denen diese Kreise stammen. Sie finden sehr häufig — ich weiß das aus persönlichster Erfahrung — überhaupt nicht den Weg zu dem Antrag. Wenn man ihnen diesen Weg nun noch durch alle möglichen peinigenden und (B) demütigenden Bedingungen erschwert, so schränkt man diese großzügig angelegte Hilfsaktion von vornherein in ihrer Wirkung ein. Dabei wird man unbedingt den **Charakter der Armenunterstützung**, des Almosens vermeiden müssen. Diese Rentnerkreise, die sich nach einem Leben der Arbeit zur Ruhe gesetzt haben, die nicht mehr arbeiten und nicht mehr schaffen können in einer Zeit, da nur das Arbeitseinkommen jemand die Existenz geben kann, und das Zinseinkommen aus einem ziemlich großen Vermögen mehr oder minder belanglos ist —, diese Männer und Frauen haben ein Recht darauf, daß die Volksgemeinschaft, der ihre schaffende Kraft in ihren besten Arbeitsjahren gewidmet war, sich auch in ausreichenden Maßnahmen ihrer annimmt und sie nicht der Armenunterstützung anheimfallen läßt.

(Zustimmung rechts.)

Das ist ihr gutes Recht; ihr gutes Recht sollen sie haben und nicht Almosen. Wir, die wir heute zum guten Teil noch von den Erträgnissen der Arbeit mit leben, die diese Kreise geleistet haben, dürfen sie in dieser Not nimmermehr im Stich lassen. Dieses Recht darf ihnen nicht bestritten werden.

Nun sind die **ministeriellen Richtlinien** vom Dezember vorigen Jahres von den verschiedensten Seiten einer starken Kritik unterzogen worden. Ich möchte hier nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich teile die Anschauung meiner unmittelbaren Vorrednerin, daß man diese Dinge besser im Ausschuß, zumal im Einvernehmen mit den großen Wohlfahrtsverbänden, erledigt. Auf einen Punkt möchte ich aber noch hinweisen. Es ist unbedingt notwendig, daß die Richtlinien den **Kreis der Personen**, dem die Rentnerfürsorge zukommt, anders umschreiben. Entschieden ist an den Richtlinien wertvoll, daß sie nicht ein starres Schema, nicht ein festes System darstellen, sondern fließend und beweglich sind. So mag eine weitere Ausdehnung dieses Kreises möglich sein. Eine Grenze ist aber gegeben. Die Rentnerfür- (C) sorge kann nämlich nur Personen zukommen, die mindestens über 600 Mark Jahresrente verfügen. Es gibt aber einen großen Teil gerade der kleinsten Rentner, der Ärmsten von allen, die eben nicht 600 Mark Jahresrente haben. Diese können nach den Richtlinien nicht bedacht werden. Nach dieser Richtung hin müssen die Richtlinien ganz zweifellos ergänzt werden.

Sodann sind wir auch überzeugt, daß diese Regelung nicht auf dem Verordnungswege Platz greifen darf, sondern daß früher oder später eine gesetzliche Versorgung des Kleinrentnerstandes eintreten muß. Wir sind der Überzeugung, daß eine derartige **gesetzliche Regelung** auf einem absoluten Neulande selbstverständlich einer sehr durchgreifenden Vorarbeit bedarf. Deswegen mag einstweilen nach den Richtlinien weiter verwaltet werden, um nach den Erfahrungen die Grundsätze für eine gesetzliche Regelung herauszuarbeiten. Für die Vorarbeit der gesetzlichen Regelung habe ich noch den einen Wunsch auszusprechen, daß man dabei auch die Organisation der Kleinrentner, den **Deutschen Rentnerbund**, in ausgiebigem Maße — nicht nur durch gelegentliches freundliches Anhören ihrer Wünsche — zu den Beratungen hinzuzieht. Meine politischen Freunde haben diesen Wunsch auch in einem Antrag, der augenblicklich gedruckt wird, niedergelegt und hoffen, daß dieser Antrag hier zur Annahme kommt. Wir glauben, daß die Selbsthilfe, die in diesen Kreisen eingesetzt hat, als gutes altes Erbteil deutschen Bürgertums auch ihren Wert hat, und daß ihre Organisation, der Deutsche Rentnerbund, die die Probleme und den Personenkreis am allerbesten kennt, in allen Stadien, einmal bei der Vorbereitung der gesetzlichen Maßnahmen, dann bei der landesgesetzlichen Regelung und endlich auch bei der Verteilung in den einzelnen Gemeinden herangezogen werden muß.

Dann noch ein letztes, das nur grenzweise hierher (D) gehört. Auf der Tagung des Rentnerbundes hat der Herr Vertreter des Reichsarbeitsministers — ich weiß nicht, ob der Herr Ministerialrat eben hier anwesend ist — nach dem Protokoll erklärt, er glaube sagen zu können, ohne dem Finanzminister vorgreifen zu wollen, daß dieser den Rentnern weitgehende **Steuererleichterungen** zukommen lassen würde. Bisher sind diese Steuererleichterungen in ausreichendem Maße nicht gewährt worden.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es ist sehr zu wünschen, daß der Herr Reichsarbeitsminister auch seinerseits in dieser Frage mit dem zuständigen Ressortminister, dem Finanzminister, Fühlung nimmt.

Auch die Klagen über die unzureichende und außerordentlich verspätete **Zurückzahlung der Kapitalertragssteuer** nehmen nicht ab. Weiter ist es unbedingt notwendig, daß ein Existenzminimum steuerfrei gelassen wird, etwa ein Betrag bis zu 15 000 Mark. Die Kleinrentner selbst haben nur die Steuerfreiheit für einen Betrag von 10 000 bis 12 000 Mark verlangt.

Meine Damen und Herren! Soweit unsere Einzelansichten auch sonst auseinandergehen, das wird die Meinung aller Parteien dieses hohen Hauses sein, daß diesem wertvollen Gliede unseres deutschen Volkskörpers Hilfe gewährt werden muß, damit denen, die in ehrlicher Arbeit grau geworden sind, endlich durch gesetzliche Maßnahmen eine Sicherung ihres Lebensabends geboten werde.

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Schroeder (Schleswig-Holstein).

Schroeder (Schleswig-Holstein), Abgeordnete: Meine Herren und Damen! Meine Fraktion hat von jeher

(**Schroeder** [Schleswig-Holstein], Abgeordnete.)

(A) Verständnis für die **Not der Kleinrentner** gehabt, und der Herr Abgeordnete Dr. Oberfohren hätte es nicht nötig gehabt, bei diesem Punkt seine agitatorische Rede über Kapitalismus und Sozialismus zu halten. Wir wissen ebenso gut wie Sie (nach rechts), daß es sich bei den meisten Kleinrentnern, wie Frau Abgeordnete Matz es ausgesprochen hat, um Veteranen der Arbeit handelt. Aber für uns stehen diese Kleinrentner nicht als eine festumschlossene Schicht für sich allein da, sondern neben diesen Kleinrentnern gibt es die große Schar der Invaliden-, der Unfall- und der Altersrentner, die genau so wie die Kleinrentner ein Leben voller Arbeit hinter sich haben und deshalb ebenso ein Recht auf unsere Hilfe haben. Man soll doch nicht immer bei diesem Punkte von der **Psychologie der Kleinrentner** reden, als wenn bei all den anderen Schichten, bei all denen, die durch den fürchterlichen Krieg, durch das Verbrechen des Krieges, Herr Abgeordneter Oberfohren, in furchtbare Not geraten sind, irgendwelche psychologischen Rücksichten nicht zu nehmen wären. Das trifft auch ganz besonders bei der Frage zu, die ja bereits im Hauptausschuß angeschnitten worden ist, ob das, was man den Kleinrentnern gewährt hat, beim Erbe angerechnet werden soll. Auch da wird immer von der Psychologie geredet, auf die man Rücksicht nehmen müsse. Aber Sie (nach rechts) haben noch nie davon gesprochen, daß man auf die Psychologie der Menschen Rücksicht nehmen muß, wenn man die paar Pfennige Armenunterstützung den Erben der Armen anrechnet, wenn sie verstorben sind.

(Sehr wahr! in der Mitte und links.)

Deshalb können wir, wie gesagt, diese Frage nicht für sich allein behandeln. Solange unsere armen **Invalidenrentner** sich mit einem gesamten Jahreseinkommen von 4800 Mark begnügen müssen, wobei man ihnen noch jeden Pfennig vorrechnet, den sie durch den (B) letzten Rest der ihnen verbliebenen Arbeitskraft sich dazu verdienen, so lange können wir einer Erhöhung der Summe, wie sie in dem deutschnationalen Antrag verlangt wird, nicht zustimmen.

Was im übrigen den Antrag auf Nr. 3924 der Drucksachen anbetrifft, so bedauere ich, daß die Herren der Deutschnationalen Fraktion diesen Antrag nicht bereits im Hauptausschuß bei der Beratung des Haushalts des Arbeitsministeriums gestellt haben. Wir hätten dann eingehend darüber sprechen können.

(Wiederholte Zurufe von den Deutschnationalen: Der Antrag ist ja gestellt worden!)

Aber ich stimme mit der Frau Abgeordneten Dransfeld darin überein, daß wir hier im Plenum nicht in der Lage sind, Punkt für Punkt diese wichtige Frage so zu beraten, wie es notwendig wäre. Wir sind zwar bereit, die Nr. 1 dieses Antrages anzunehmen, weil auch wir der Ansicht sind, daß das, was gewährt werden kann, so schnell wie möglich gewährt werden muß; denn schleunige Hilfe ist eben auch hier doppelte Hilfe. Im übrigen stimmen wir der Frau Abgeordneten Dransfeld zu, daß es wünschenswert ist, wenn das Reichsarbeitsministerium eine kleine Kommission einberuft, die die ganze Frage der **Richtlinien für die Unterstützung der Kleinrentner** durchberät, ganz besonders auch die Frage, wie es den leistungsschwachen Gemeinden ermöglicht werden soll, Hilfe zu gewähren. Denn ich kann das eine nur noch einmal betonen: meine Fraktion ist bereit, den Kleinrentnern so bald wie möglich zu helfen; aber man soll sich nicht hier hinstellen und so reden, als wenn die Kleinrentner die einzigen in Deutschland wären, die durch den Krieg so furchtbar gelitten haben. Die Invaliden-, die Alters- und die Unfallrentner gehören absolut auf ihre Seite und sind in sehr vielen Fällen noch schlimmer daran als die sogenannten Kleinrentner.

(Beifall links.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete (C) Karsten.

Karsten, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Oberfohren hat sich mit großer Wärme für die **Unterstützung der Kleinrentner** eingesetzt, und die Worte der Anerkennung, die er den Kleinrentnern zuteil werden ließ, hätten eigentlich auf jeden einzelnen starken Eindruck machen müssen, wenn man der Überzeugung sein könnte, daß der Herr Abgeordnete Oberfohren diese Anerkennung nicht nur einem kleinen, bestimmt umrissenen Kreise zukommen ließe, sondern wenn er die Hilfeleistung auch auf jene Kreise ausdehnen würde, die an Zahl weit größer sind und weit tiefer im Elend stecken, als es zum guten Teil die Kleinrentner tun.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das sind die Kreise der **Unfall-** und namentlich auch der **Invalidenrentner,** der Geburtskrüppel, jener Hunderttausende, die Armenunterstützung in Anspruch nehmen müssen. Jene Kreise stecken zum mindesten so tief in Not und Elend wie die Kleinrentner. Wenn der Herr Abgeordnete Oberfohren in so beweglichen Worten von den Kleinrentnern als von „bodenständiger Bevölkerung", von „Kulturfaktoren" und von dem „Nationalgewächs" gesprochen hat, so sind das meiner Überzeugung nach so recht Ausflüsse eines nationalistischen Denkens, wie wir es allerdings nicht anders von einem Mitgliede der Deutschnationalen Volkspartei erwarten können. Wenn Sie von Veteranen der Arbeit sprechen, so wollen Sie ja gar nicht den Veteranen der Arbeit im strengsten Sinne des Wortes helfen. Sie wollen gar nicht wirklich die Not lindern, sondern für Sie handelt es sich darum, Ihrer Partei zu helfen, um aus jenen Kreisen bei den nächsten Wahlen die notwendigen Stimmen herauszubringen, die Sie brauchen, um das Volk zu begaunern.

(Sehr wahr! links. — Unruhe und Zurufe bei den (D) Deutschnationalen.)

Wenn Sie wirklich die Not und das Elend lindern wollten, hätten Sie bei den verschiedenen Sozialgesetzen Gelegenheit gehabt, das zu beweisen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Erneute Zuruf rechts.)

Wenn es sich darum handelt, die Not der Ärmsten der Armen zu lindern — an dieser Wahrheit ändern auch Ihre großen Worte nichts; es ist wahr, was ich sage —, dann versagen Sie auf einmal und stellen sich mit den übrigen Parteien auf den Standpunkt: das Deutsche Reich hat für diese Zwecke kein Geld! — dann kann auf einmal das Deutsche Reich diese Mittel nicht aufbringen. Wenn es sich aber darum dreht, Leuten Ihres Schlages — das ist vielleicht nicht ganz korrekt ausgedrückt — zu helfen, dann spielt Geld natürlich keine Rolle, und Sie würden jeden Antrag, der hier gestellt wird, auch den weitestgehenden, annehmen; dann käme es nicht auf das Geld an.

(Zuruf rechts.)

— Reden Sie doch nicht von Rußland! Was geht uns hier, wo wir über die Kleinrentner reden, Rußland an? Sie können doch die Kleinrentner nicht mit den russischen Staatsangehörigen vergleichen.

Wenn Sie wirklich Not und Elend beheben wollen, dann möchte ich Sie bitten, die Ansicht des Herrn Kollegen Mumm zu revidieren. Herr Kollege **Mumm** hat Ende des Jahres 1920, als wir im 6. Ausschuß über die **Not der Invalidenrentner** sprachen und eine wesentliche Erhöhung der Rentnerunterstützung verlangten — meine Parteifreunde forderten damals als einmalige Unterstützung für über 1 Million Invaliden- und Altersrentner 1 Milliarde Mark als Weinachtsgabe, damit sie sich mit dem notwendigsten Winterbedarf eindecken konnten —, er-

(**Karsten**, Abgeordneter.)
klärt, dafür ständen Mittel nicht zur Verfügung; die Familienangehörigen der Invalidenrentner müßten jenen alten Leuten die Not von den Schultern nehmen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zu gleicher Zeit verlangten Sie allerdings damals einen Pensionsfonds für die Kleinrentner. Wenn Sie also in Ihrem Bemühen ehrlich sein wollen, den Kleinrentnern die Not abzunehmen und die Not überall zu lindern, wo sie vorkommt, so können Sie die Kleinrentnerfrage nicht aus dem ganzen Fragenkomplex herausnehmen, sondern dann hätten Sie meiner Überzeugung nach gestern und vorgestern, als die Frage der Sozialversicherung und Sozialhilfe hier beim Haushaltsetat behandelt wurde, diese Frage in einer ganz andern Weise behandeln müssen, als Sie es getan haben. Da haben Sie aber nichts weiter zu tun gehabt, als über den Achtstundentag zu schimpfen und über die Arbeiter, die zu viel Lohn verlangen, da hatten Sie keine Zeit, irgend etwas über die Not der Invaliden-, der Unfall- und der anderen Rentner zu sagen, und jetzt benutzen Sie irgendein Kapitel, um für die Ihnen genehmen Leute etwas herauszuholen.

Wir können den **Kleinrentnern keine Sonderstellung** einräumen, sie müssen in die bestehenden gesetzlichen Maßnahmen einrangiert werden. Man muß die Kleinrentner genau so behandeln wie die Invalidenrentner; sie gehören in dieselbe Kategorie von Menschen, die durch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umstände nicht imstande sind, ihren eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Für sie muß die Allgemeinheit eintreten, und wir haben keine Ursache, heute den Kleinrentnern mehr zu geben, als wir den Invalidenrentnern zu geben in der Lage sind. An Ihnen liegt es ja, die Renten der Invaliden zu erhöhen. In gleichem Maße würden wir dann dafür sorgen, daß den Kleinrentnern in ähnlicher Weise wie den Invaliden geholfen wird.

Ich habe gestern bereits darauf hingewiesen, daß Sie es gerade waren, Sie, die sich heute über die Not und das Elend der Kleinrentner aufhalten, die 1910 und 1911 bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung es abgelehnt haben, jene Leute in die Invalidenversicherung mit einzubeziehen, damit sie in Zeiten der Not vor den größten wirtschaftlichen Drangsalierungen geschützt sind. Sie haben wirklich keine Ursache sich zu brüsten, wie es der Herr Abgeordnete Oberfohren getan hat, daß Sie für die Kleinrentner eintreten.

Herr Dr. Oberfohren ist allerdings der Meinung — und ich kann das von seinem Parteistandpunkt verstehen —, daß die Zustände nach dem Kriege, die **Zustände der republikanischen Regierungsweise** zu dem wirtschaftlichen Elend geführt hätten, und daß aus diesem so hervorgerufenen wirtschaftlichen Elend die Not der Kleinrentner resultiere. Herr Kollege Oberfohren ist da nicht ehrlich gewesen. Er hätte, glaube ich, doch sagen müssen, daß nicht die republikanischen Verhältnisse nach dem Kriege an diesen Verhältnissen schuld tragen, sondern daß die wilhelminische Politik, die Politik des kaiserlichen Deutschland den Krieg hervorgerufen hat, daß die **Politik des kaiserlichen Deutschland** letzten Endes auch an dem Zusammenbruch von 1918 schuld ist, und daß das ganze Elend, in dem wir uns heute befinden, nichts anderes ist als der Schutt, den die kaiserlich wilhelminische Regierung angehäuft hat. Also wenn die Kleinrentner irgendwelche Ursache haben, sich über eine Politik zu beschweren, dann nicht über die Politik, die in den letzten Jahren getrieben worden ist, die ja meine Parteifreunde und ich durchaus nicht in allen ihren Teilen anerkennen, sondern über die Politik, die in der wilhelminischen Ära getrieben wurde. Die Kleinrentner hätten alle Ursache, dahin zu wirken, daß jenen Leuten, die sie in das wirtschaftliche Elend durch ihre Kriegspolitik hineingeritten haben, der Weg dahin gewiesen wird, wo sie hinzugehen haben; die Kleinrentner hätten alle Ursache, diesen Leuten zu sagen, daß sie nicht den Mund auftun dürfen, um angeblich die Interessen des deutschen Volkes wahrzunehmen. Sie haben es verwirkt, sich als diejenigen aufzuspielen, die die Interessen des deutschen Volkes wahrnehmen. Sie haben alles andere getan, als die Interessen des deutschen Volkes zu vertreten.

Wenn sich weiter der Herr Kollege Oberfohren über die **Arbeitslosenunterstützung** mokiert hat, wenn er sagte, den Arbeitslosen würden Milliarden gegeben, um das Schicksal der Kleinrentner dagegen habe sich die Republik jahrelang nicht gekümmert, so bin ich der Meinung, daß er damit nichts anderes sagen wollte, als seinen Abscheu darüber zum Ausdruck zu bringen, daß den Arbeitslosen überhaupt geholfen wird.

(Abgeordneter Dr. Oberfohren: Nein! Irrtum!)

— Ja, wir wissen diese Dementis von Ihrer Seite richtig einzuschätzen. Wir kennen Ihre Stellung gegenüber den Arbeitslosen, und da sage ich in diesem Zusammenhang: eine Kategorie gegen die andere in der Art gegeneinander auszuspielen, wie Sie es getan haben, das zeugt doch davon, daß Sie einen unbezwinglichen Haß gegenüber denjenigen Kreisen haben, die Sie durch Ihre politische Arbeit in das Elend, in die Arbeitslosigkeit hineingetrieben haben.

(Sehr richtig! links.)

Recht interessant war auch, wie der Herr Kollege Dr. Oberfohren — das beantragen ja auch die Deutschnationalen in ihrem Antrage — sich über das **Rückgriffsrecht bei der Erbschaft** geäußert hat. Ich bin neugierig, ob auch bei den demnächst zu erwartenden Regelungen des Armenrechts oder der Invalidenunterstützungsnotstandsmaßnahmen die Deutschnationalen, wie beispielsweise beim Armenrecht, beantragen werden, daß das Erbe derjenigen, die Armenunterstützung erhalten haben, nicht von den Armenverwaltungen mit Beschlag belegt werden soll.

(Abgeordneter D. Mumm: Ziffer 2d unseres Antrags!)

— Ja, Sie wollen, daß das Erbe rückhaltlos den erbberechtigten Kindern und Anverwandten zur Verfügung stehen soll.

(Abgeordneter D. Mumm: Das steht gar nicht im Antrag 2d.)

— Jedenfalls hat es der Herr Kollege Oberfohren gesagt. Er hat sich gegen das Rückgriffsrecht gewandt, und ich sage: wenn Sie das auf der einen Seite verlangen, dann können Sie auf der andern Seite nicht umhin, später zu erklären, daß Sie auch gegenüber jenen Leuten, die Armenunterstützung in Anspruch nehmen, in genau der gleichen Weise verfahren wie jetzt bei den Kleinrentnern. Sonst muß man Ihre Art und Weise, wie Sie hier auftreten, als nackte und krasse Agitationsmethode betrachten.

Wir sind allerdings der Meinung, daß es durchaus kein Schade ist und die Kleinrentner durchaus nicht einen Pfifferling schlechter stellt, wenn nach ihrem Tode das restliche Vermögen zunächst einmal genommen wird, um diejenigen Summen auszugleichen, die der Staat den Leuten zur Unterstützung zur Verfügung gestellt hat. Was soll denn mit dem Gelde werden? Soll das denen zugute kommen, die sich Zeit ihres Lebens um die alten Leute nicht gekümmert haben? Soll das den Kindern zugute kommen, die sich vielleicht vor der Armut ihrer einstmals in Wohlstand lebenden Eltern schämen? Ich bin der Meinung: so weit wollen Sie selbst nicht gehen.

Es ist ein Akt der Gerechtigkeit und des Ausgleichs, wenn diejenigen, die Unterstützung vom Reich und vom Staat beantragen, nach ihrem Tode auch das Geld, das sie noch übrig haben, demjenigen als Erbschaft hinterlassen, der ihnen geholfen und sie unterstützt hat.

(Karsten, Abgeordneter.)

(A) Bei dieser Gelegenheit eins. Ich will nicht näher auf die **Richtlinien** eingehen, die das Arbeitsministerium veröffentlicht hat. Sie gefallen uns in einigen Teilen ebenfalls nicht. Wir sind der Meinung, daß eine gesetzliche Regelung dem jetzigen Verordnungswege vorzuziehen ist.

(Abgeordneter D. Mumm: Dann müssen Sie unserm Antrag 7 zustimmen!)

Ich will nur eins aus den Richtlinien herausgreifen, was auch vorhin die Kollegin Matz hier betont hat, daß Voraussetzung für die Gewährung der Unterstützung ein Einkommen von mindestens 600 Mark aus Rente sein muß. Damit schafft man gewissermaßen — es ist ja eigentlich nicht korrekt ausgedrückt — eine exklusive **Abgrenzung der Kleinrentner.** Diejenigen, die 599 Mark an Jahreszinsen haben, bekommen nichts, diejenigen, die 300 Mark oder eine ähnliche Summe haben, bekommen ebenfalls nichts. Warum nicht? Sind denn jene Leute weniger bedürftig, die unter 600 Mark Zinsen oder Rente zu verzehren haben? Das leuchtet nicht ein, höchstens insofern, als das Arbeitsministerium irgendeinen beschränkten Kreis für diese Unterstützungsart in Frage kommen lassen will.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Die Grenze muß da sein, die andern sind Ortsarme!)

— Ganz richtig, Herr Kollege Fischer, glauben Sie aber, daß diejenigen, die unter 600 Mark Einkommen aus Rente haben, minderen Rechts sind als die, die mehr als 600 Mark haben?

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Wir sind uns doch darüber klar, daß Armut in der heutigen Gesellschaft immer noch eine Schande ist.

(Ach was! bei den Sozialdemokraten.)

— Sicher! Ich nehme an, daß Sie eine Ahnung von den Armenverhältnissen haben, die heute noch überall herrschen. Die Leute beißen sich doch einen Finger ab, (B) ehe sie hingehen und Armenunterstützung verlangen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Haben Sie eine Ahnung von den heutigen Verhältnissen!)

— Ich bilde mir ein, daß ich eine Ahnung davon habe. Wenn die Leute in Not und Elend sind, ist es für sie ungeheuer schwer, zum Armenamt zu gehen. Nun will man aber denjenigen, die über 600 Mark Zinsen zu verzehren haben, diesen schweren Gang ersparen, während man es bei den anderen nicht will. Das ist eine Inkorrektheit, die wir nicht gutheißen können.

Die ganze Regelung der Unterstützung für Kleinrentner ist ja auch wiederum nur ein Provisorium. Man hat wiederum nur eine Teilfrage aus dem großen Komplex der sozialen Versorgung und Fürsorge herausgegriffen. Wir sind der Meinung, daß diese Frage durch ein einheitliches und großzügiges Fürsorge- und Versorgungswesen geregelt werden müßte, wo man keine Unterschiede zwischen Ursache und dem Tatbestand der Bedürftigkeit kennt, sondern lediglich das Maß der Bedürftigkeit feststellt und danach die Unterstützungen gewährt.

Einige Worte über die **Altershilfe des deutschen Volks!** Diese Altershilfe des deutschen Volks wird vom Arbeitsministerium protegiert. Sie ist aber in einer großen Anzahl von Fällen einseitig im Sinne der Kleinrentner orientiert. Das kann nicht der Sinn und Wille der ganzen Organisation sein. Es soll doch denjenigen geholfen werden, die alt sind und sich nicht allein helfen können. Ich erinnere an einen Fall aus München. Dort haben eine große Anzahl von Arbeitern Überstunden gemacht, deren Ertrag sie der Altershilfe des deutschen Volkes zur Verfügung gestellt haben. — In anderen Städten ist es wohl ähnlich gemacht worden. In **München** hat man aber die **Invalidenrentner** und die **Unfallrentner** von der Altershilfe des deutschen Volks ausgeschlossen, weil sie auf Grund des Notstandsgesetzes in der Invalidenversicherung eine Unterstützung bekommen. (C) Ich bin der Meinung, daß die Sache nicht so einseitig aufgezogen werden darf. Wenn schon einmal eine Altershilfe einsetzt, muß man allen alten Leuten zu Hilfe kommen, nicht nur bestimmten Kreisen, die aus den bürgerlichen Schichten heraus zu den Armen gekommen sind.

Die ganze Regelung der Frage der Kleinrentner bestätigt wiederum, was ich gestern und vorgestern bereits gesagt habe, daß wir mit der Teilgesetzgebung auf die Dauer nicht weiterkommen. Man muß versuchen, die soziale Hilfe, Versorgung und Fürsorge in großzügiger Weise zu organisieren. Nur dann können wir das erreichen, was erreicht werden muß.

Was den Antrag der Deutschnationalen anlangt, so will ich zum Schluß nur auf einen Passus hinweisen, der mir gerade in die Augen fällt. Es heißt da in Ziffer 2b, daß die **Notstandsbeihilfen für Kleinrentner** auch denen zugute kommen sollen, die über **60 Jahre** alt oder erwerbsunfähig sind oder denen, die über **50 Prozent gemindert erwerbsfähig** sind. Hier werden Begriffe aufgestellt, die ganz anderer Natur sind als in der Invalidenversicherung. Dort bekommen die Leute erst Altersrente, wenn sie über 65 Jahre alt sind, und Invalidenrente, wenn sie über $66^2/_3$ Prozent gemindert erwerbsfähig sind. Für diese Kreise, die vorher Beiträge gezahlt haben, sind die Bedingungen sehr viel schwieriger, als Sie (nach rechts) sie jetzt für die Kleinrentner aufstellen wollen.

(Abgeordneter Andre: Das wissen die nicht!)

— Sie müßten es aber wissen, denn als wir im Juli vorigen Jahres beantragt haben, daß den Invaliden bereits eine Rente gegeben werden soll, wenn sie über 50 Prozent gemindert erwerbsfähig sind, haben die Deutschnationalen im Verein mit anderen Parteien dagegen gestimmt. Da waren sie nicht gewillt, für die Arbeiterinvaliden die Bedingungen zu erleichtern.

Ich möchte Sie nur auf diese Tatsache hinweisen, (D) auf die Inkonsequenz und Ungerechtigkeit, die Sie walten lassen bei der Frage der Bedürftigkeit. Wollen Sie wirklich nur vom Standpunkt des Notwendigen ausgehen, wollen Sie wirklich beitragen, Not und Elend zu beseitigen, wo es auch sei, dann müssen Sie die Unterschiede fallen lassen, die Sie zwischen den Invaliden der Arbeit, des Handwerkerstandes, des Kleingewerbes, der Landwirtschaft usw. aufstellen. Überall, wo Elend besteht, muß in gleicher Weise geholfen werden. Der eine ist so gut in Not wie der andere. Darum sage ich, der deutschnationale Gegensatz zwischen Kleinrentnern und Invalidenrentnern zeugt davon, daß Sie nur gewillt sind, ihr agitatorisches Mäntelchen bei dieser Gelegenheit zur Schau zu tragen. Darum hüten wir uns, ihren Anträgen Vertrauen entgegenzubringen, so gut wir im übrigen der Frage der Kleinrentner mit dem größten Entgegenkommen gegenüberstehen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Malzahn.

Malzahn, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wer da noch im Zweifel war, daß der Antrag der Deutschnationalen Partei ein parteitaktisches Manöver war, bei dem sind die Zweifel nach den Ausführungen des Herrn Dr. Oberfohren vollständig behoben worden.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Denn ich meine, die Herren der Deutschnationalen Partei, deren Politik in Preußen-Deutschland vor dem Kriege maßgebend war, die aus ihren Reihen die Offizierskaste stellten, aus ihren Reihen die Staatsmänner und Diplomaten stellten, und deren Politik zum Krieg und zum Zusammenbruch geführt hat, die haben kein Recht, sich heute ein Urteil über die Volkswirtschaft zu erlauben.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

(Malzahn, Abgeordneter.)

Denn wer hat denn den Mittelständlern, die als Geschäftsleute, als Beamte, Angestellte oder Arbeiter ihre Pflicht getan haben in der Volkswirtschaft, die sich ein Vermögen von 50- bis 100 000 Mark erspart haben und vor dem Kriege davon leben konnten, wenn sie alt und grau geworden waren, wenn sie siech und gebrechlich geworden waren, dieses kleine Vermögen genommen? Sie (zu den Deutschnationalen) durch Ihre Politik, die den Zusammenbruch und die Geldentwertung herbeigeführt hat. Und was haben Sie weiter gemacht? Durch eine schamlose Preistreiberei in allen Produkten und Lebensmitteln haben die Agrarier diesen Zustand nicht nur der Mittelhändler, sondern der gesamten Arbeiterklasse ständig verschärft und verstärkt.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Diese Leute wollen heute von einer besonderen **Gruppe der Kleinrentner** sprechen. Nein, Sie haben die Mittelständler durch Ihre Politik proletarisiert. Die Mittelständler sind keine Mittelständler mehr, sondern sie sind ärmer als manche Arbeiter geworden, folglich gehören sie zur Arbeiterklasse. Aber Sie glauben, weil bei diesen Mittelständlern noch eine starke bürgerliche Ideologie vorhanden ist, auch diese ausgebeuteten Elemente noch ihren Zwecken dienstbar machen zu können, um sie bei den Wahlen vor Ihren Wagen zu spannen. Wenn aber diese Leute auf Grund ihrer sozialen Not zur Erkenntnis ihrer Lage kommen und sozialistisch wählen, dann sind das für Sie keine besondere Gruppe der Kleinrentner mehr, dann sind es Pöbel und Gesindel geworden, wie Ihre Presse die sozialistischen Wähler zu bezeichnen pflegt.

So sieht es aus. Darum sage ich: Sie haben diesen Zustand mit ihrer Politik und mit Ihrer Preiswucherei herbeigeführt und verstärken ihn tagtäglich. Sie haben kein Recht, in einer Weise, wie Herr Dr. Oberfohren es getan hat, an die anderen Parteien, am allerwenigsten an die Arbeiterparteien zu appellieren. Wir haben unsere grundsätzliche Stellung zu diesen Dingen dargelegt. Wir haben bei den verschiedensten Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht, daß der Kulturstaat verpflichtet ist, für alle Invaliden, Kranken, Siechen, Erwerbsunfähigen zu sorgen. Wir können keine Unterschiede für eine bestimmte Gruppe machen. Die Schwere der Existenzmöglichkeit erfordert jetzt, daß, wer der Volkswirtschaft und dem Volke helfen will, ein bestimmtes Prinzip in der Volksfürsorge aufstellt, und dieses Prinzip ist für uns ein allgemeines **Reichsvolksfürsorgegesetz**, bei dem das Reich, das gegenwärtig die Steuerhoheit hat, die Kosten zu tragen hat. Wir fordern weiter, daß die Unterstützungssätze sich auf dem Existenzminimum aufbauen sollen.

(Sehr gut! bei den Kommunisten. — Zustimmung rechts.)

— Ja, da nicken Sie auf der rechten Seite des Hauses. Haben Sie denn nicht jedesmal unsere Anträge abgelehnt, wenn wir bei der Invalidenversicherung, bei der Unfallversicherung, bei der Erwerbslosenfürsorge usw. Verbesserungen beantragt haben, wenn wir Mittel gefordert haben, um den Kranken, den Siechen, den Erwerbsunfähigen, die Sie (nach rechts) ebenfalls auf dem Gewissen haben, zu helfen? Sie (nach rechts) haben also kein Recht, hier eine Kritik auszusprechen. Nun aber durch ein parteitaktisches Manöver aus dem Elend dieser verproletarisierten Mittelständler für Ihre Partei noch gewisse Vorteile herauszuschinden! — Pfui Teufel.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wir verlangen also ein allgemeines Volksfürsorgegesetz für die Kranken, Siechen und Erwerbslosen. Wenn hier gefragt wird, wo die Mittel herkommen sollen, so haben wir auch da den Weg gezeigt. Jetzt nach dem Zusammenbruch, wo die ungeheuren Lasten im Inneren zu tragen sind, wo das deutsche Volk außerdem die Reparationslasten tragen soll, müssen ganz energische Mittel ergriffen werden. Da haben wir vorgeschlagen, an die „heiligsten Güter" Ihrer (nach rechts) Klasse zu appellieren. Wir verlangen die **Erfassung der Sachwerte.** Sind Sie damit einverstanden?

(Zuruf rechts: Nein!)

— Das glaube ich. Ihr ganzer Patriotismus, Ihr Verständnis für das soziale Elend des Volks geht zum Teufel, wenn es an Ihre „heiligsten Güter" geht. — Wir wollen also die Erfassung der Sachwerte, wir wollen die Besitzsteuer in ausgeprägtem Maße, damit das Reich auch Mittel hat, um den Verpflichtungen als zivilisiertes und kulturelles Volk nachkommen zu können.

Wir betrachten aber die Mittelständler, die durch Ihre (nach rechts) Politik verproletarisiert worden sind, nicht als eine besondere Gruppe, sondern für uns ist das eine ebenso im Elend steckende Menschheit wie die Invaliden, die Siechen, die Kranken und die Erwerbslosen. Wir verlangen eine generelle einheitliche Regelung,

(sehr gut! bei den Kommunisten)

und wir werden Ihnen die entsprechenden Anträge bringen. Dieses parteitaktische Manöver aber lehnen wir ab. Wir werden den Mittelständlern überall, wo wir mit ihnen zusammenkommen, klar und deutlich zeigen, wer ihnen das Vermögen genommen hat, wer sie enteignet hat, durch welche Politik das geschehen ist. Wenn der Hunger kommt, dann verstehen und begreifen auch diese Leute, die noch eine starke bürgerliche Ideologie und noch etwas nationalistisches Gefühl nach Ihren Begriffen haben, das sehr schnell, und wir werden diese früheren Mittelständler schnell zur proletarischen und sozialistischen Klasse herüberziehen.

(Bravo! bei den Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.

Dr. **Brauns,** Reichsarbeitsminister: Meine Damen und Herren! Die Regierung erkennt die **Notlage der Kleinrentner,** wie sie schon wiederholt hervorgehoben hat, durchaus an. Sie erachtet es als ihre Pflicht, alles zu tun, was im Rahmen der Möglichkeit liegt, um dieser Notlage abzuhelfen. Die Regierung steht auf demselben Standpunkt, den der Herr Berichterstatter als den Standpunkt des Ausschusses in der Debatte charakterisiert hat. Würden die nach dem Antrag des Ausschusses zu bewilligenden 500 Millionen nicht reichen, so ist die Reichsregierung durchaus bereit, in einem Nachtragsetat weitere Summen für diese Zwecke einzusetzen.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Der Antrag Hergt und Genossen und die Ausführungen des Vertreters dieses Antrages von der Deutschnationalen Partei haben sich dann ganz besonders gegen die **Richtlinien** gewendet, die die Reichsregierung zur Durchführung der hier in Betracht kommenden Unterstützungsmaßnahmen erlassen hat. Diese Richtlinien bedeuten einen ersten Schritt auf einem neuen Wege. Es ist möglich, daß daran dieses oder jenes geändert werden muß. Dann sind wir selbstverständlich zur Verbesserung dieser Richtlinien bereit. Wir können aber keineswegs zugeben, daß diese Richtlinien engherzig und formalistisch seien, wie der Redner der Deutschnationalen Partei die Dinge dargestellt hat. Wir sind im Gegenteil der Überzeugung, daß der **Antrag Hergt** und Genossen viel mehr **Bindungen und Festlegungen** im voraus enthält als die von der Reichsregierung erlassenen Richtlinien. Hier heißt es zum Beispiel unter 2b:

> im Artikel III ist der Begriff Kleinrentner dahin zu umschreiben, daß darunter Personen zu ver-

(Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister.)

(A) stehen sind, deren ausschließlich oder überwiegend aus Kapitalwerten fließendes Einkommen nicht mehr als 15 000 Mark beträgt
— diese Grenzfestsetzung fehlt in unseren Richtlinien — und die entweder über 60 Jahre alt
— auch diese Altersgrenze fehlt in den Richtlinien — oder erwerbsunfähig oder über 50 Prozent gemindert erwerbsfähig sind.

Der Herr Abgeordnete Karsten hat schon darauf hingewiesen, daß mit diesen 50 Prozent geminderter Erwerbsfähigkeit **Begriffe** eingeführt werden, die **aus der Versicherungsgesetzgebung** entnommen sind und auf die Kleinrentnerverhältnisse gar nicht passen. Im übrigen würde das zur Folge haben, daß die einzelnen Kleinrentner alle von Ärzten auf ihre Erwerbsfähigkeit untersucht werden müßten. Ich sage also: gerade die Forderungen dieses Antrages sind formalistisch, können zu Engherzigkeiten führen, können weitgehende Bindungen und Festlegungen in einzelnen Punkten enthalten. Das gleiche folgt aus dem Vorschlag dieses Antrages unter 2 c, wo es heißt:

> Dabei muß die Möglichkeit, einen bestimmten Teil des Gesamtaufkommens — bis zu 15 Prozent — für die Unterbringnng in Heimen zu verwenden, offengelassen werden.

Es wird also hier ein bestimmter Prozentsatz aus dem Handgelenk heraus vorgeschlagen. Selbstverständlich ist eine Unterbringung in Heimen vorzuziehen, es muß aber freigestellt bleiben, wieviel Prozent hierfür verwendet werden sollen. Das muß den Notwendigkeiten im einzelnen Fall überlassen bleiben. Unsere Richtlinien lassen das offen. Sie setzen derartige prozentuale Grenzen nicht fest.

Nun scheinen allerdings die Herren Antragsteller der Deutschnationalen Partei Engherzigkeit da zu sehen, wo wir Grundsätze sehen, über die wir glauben, nicht hinweg (B) und hinausgehen zu dürfen. Wenn wir zum Beispiel daran festhalten, daß aus **Reichsmitteln** — ich betone ausdrücklich aus Reichsmitteln — nur diejenigen **Kleinrentner** unterstützt werden sollen, die früher irgendwie auch **gearbeitet** haben und nicht auch solche, die Rentner gespielt haben, ohne irgendwie gearbeitet zu haben, so liegt darin für uns eben ein Grundsatz, den wir nicht außer acht lassen wollen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Der Antrag Hergt will über diesen Grundsatz unter Umständen hinweggehen und schlägt vor, davon eventuell abzusehen.

(Zuruf von den Kommunisten.)

Der Herr Redner der Deutschnationalen hat gemeint, unsere Begriffsbestimmung sei gerade nach der Richtung zu eng. Ich betone ausdrücklich, daß der betreffende Punkt unserer Richtlinien sehr weitherzig ist. Er redet ganz allgemein von Arbeit, ganz gleich, welche Art Arbeit es gewesen ist, und fügt im Schlußsatz hinzu:

> Arbeit im Sinne dieser Bestimmungen ist auch eine Tätigkeit in häuslicher Gemeinschaft, die üblicher Weise ohne Entgelt erfolgt und nur im Falle der Einstellung fremder Kräfte vergütet werden müßte. Hier steht eine wissenschaftliche oder ehrenamtliche Tätigkeit dem Dienste der Allgemeinheit gleich, wenn sie Jahre hindurch die Arbeitskraft wesentlich in Anspruch genommen hat.

Diese Zusatzbestimmungen bezeugen doch ganz klar, daß wir hier keineswegs engherzig vorgegangen sind. Freilich halten wir es auch für eine Selbstverständlichkeit, daß das Vermögen mitherangezogen und aus dem **Nachlaß** eine entsprechende **Rückvergütung** erfolgen muß. Daran müssen wir ebenfalls grundsätzlich festhalten, denn es geht unmöglich an, daß öffentliche Mittel verwandt werden, um nachher lachenden Erben erhebliche Summen mehr in den Schoß zu werfen. Wir glauben deshalb, daß wir bei dem Standpunkt des Ausschusses stehen bleiben können.

Wir sind weiterhin durchaus bereit, mit den großen Wohlfahrtsorganisationen und mit Mitgliedern des Reichstags eventuelle künftige Änderungen der Richtlinien vorher zu besprechen; aber hier durch einen ausdrücklichen Beschluß festzulegen, daß wir hierzu auch bestimmte Organisationen von Rentnern hinzuziehen sollen, das ist allerdings eine andere Frage. Ich möchte meinerseits davon abraten. Nachdem wir in dieser Frage gegenüber den **Sozialrentnerorganisationen** einen ablehnenden Standpunkt eingenommen und ihnen gesagt haben, wir hätten bereits genügend Organisationen, die diese Interessen wahrnehmen können, mit denen sich die Mitglieder des Reichstags ins Benehmen setzen können, werden wir, glaube ich, denselben Standpunkt auch hier bei den Kleinrentnern einzunehmen haben.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fischer (Hannover).

Fischer (Hannover), Abgeordneter: Nach den Ausführungen des Herrn Ministers steht zu erwarten, daß die Regierung alles tun wird, um den Kleinrentnern und überhaupt den armen Leuten in Deutschland zu helfen. Ich habe mich darüber nicht gewundert, daß von der rechten Seite des Hauses, vor allen Dingen von den Deutschnationalen, ein **Unterschied zwischen den Sozialrentnern und den Kleinrentnern** gemacht werden soll. Sie betrachten die Kleinrentner als bürgerlich und möchten ihnen den Weg zur Ortsarmenverwaltung, zur Gemeinde, ersparen. Damit wollen Sie ein agitatorisches Mittel in Anwendung bringen. Dagegen rechnen Sie die Sozialrentner, daß heißt diejenigen, die sich aus der Arbeit heraus ein Anrecht auf Unterstützung erworben haben, zu den Proletariern. Deswegen machen Sie diesen Unterschied.

Wir sind der Meinung, daß das Elend einheitlich gemildert werden muß und einheitliche Richtlinien zur Regelung dieser Aufgaben aufgestellt werden. Die **Milderung dieses Elendes** kann meines Erachtens aber nur von der **Gemeinde** aus erfolgen; denn die Gemeinde, sei sie groß oder klein, weiß am besten, wieviel Elend und Not vorhanden ist. Das Reich müßte daher den Gemeinden die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, damit einheitlicher vorgegangen werden kann. Gerade bei der letzten Aktion für die Kleinrentner haben wir ja gesehen, wieviele Kleinrentner nicht unterstützt werden konnten und nicht unterstützt worden sind, weil die Gemeinden nicht die Mittel zur Verfügung haben. Die Gemeinden mußten hierzu ein Drittel aufbringen. Die Gemeinden haben sich teilweise geweigert, und teilweise waren sie infolge des finanziellen Elends, in dem sie stecken, hierzu nicht in der Lage, die nötige Hilfe zu bringen. Infolgedessen konnte den Kleinrentnern diese Reichsunterstützung nicht zuteil werden. Wenn die Reichsregierung den Gemeinden etwas größere Anteile aus der Reichseinkommensteuer gewährt, dann bin ich überzeugt, daß manchem armen Teufel geholfen werden kann.

Der Kollege Karsten machte mir einen Vorwurf daraus, daß ich durch einen Zwischenruf dargetan habe, es müsse eine gewisse **Grenze** vorhanden sein, um abzuwägen, wo der Kleinrentner beginnt und wo er aufhört. Meine Parteifreunde und ich sind der Meinung, daß jeder unterstützt werden muß, der aus eigener Kraft nicht mehr existieren kann. In welcher Form das geschieht, das ist unseres Erachtens Nebensache. Aber bei der vorhandenen Gruppierung muß auch eine Richtlinie da sein.

(Fischer [Hannover], Abgeordneter.)

(A) Bei den **Sozialrentnern** ist die Lage etwas weniger schlimm, weil hier die Gemeinde 20 Prozent aufbringen muß und die Möglichkeit gegeben ist, daß jeder, der Sozialrentner geworden ist, die Unterstützung erhalten muß. Da können sich die Gemeinden also nicht weigern, und davon können sie sich auch nicht drücken.

Eigentümlich berührt haben mich aber die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Oberfohren. Sie sprechen immer von der Notwendigkeit der Bildung einer Einheitsfront für die Fürsorge der Armen in jetziger Zeit. Aber Sie verlangen die Einheitsfront nur in dem Augenblick, wo Sie für sich politische Vorteile herausschlagen zu können glauben. Mit uns und allen denen, die für eine einheitliche Front in der Unterstützung der Armen und Ärmsten in Deutschland sind, hätten Sie dafür eintreten müssen, daß auch **einheitliche Richtlinien** geschaffen werden. Da Sie das nicht tun, haben Sie kein Recht, denen einen Vorwurf zu machen, die an einem anderen Strange ziehen, als Sie es belieben. Wenn Sie mit uns die Not und das große Elend, das in Deutschland über diejenigen hereingebrochen ist, die nicht vorsichtig genug in der Wahl ihrer Eltern waren, mildern wollen, dann müssen Sie sich dafür einsetzen, daß einheitliche Grundsätze und Richtlinien aufgestellt werden, die diesem Elend generell abhelfen. Solange das nicht geschieht, handelt es sich immer nur um Palliativmittelchen, die in Anwendung gebracht werden und nur noch viel mehr Verärgerung und Mißmut hervorrufen, als sie an Hilfe gewähren.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Pachnicke.

Dr. **Pachnicke**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die **Not**, in welche die **Kleinrentner** durch den Krieg und nur durch ihn geraten sind, ist so groß, daß (B) eine agitatorische Behandlung dieser Angelegenheit sich eigentlich von selbst verbieten sollte.

(Sehr richtig! im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und links.)

Wir haben deshalb von vornherein die Frage schon im Hauptausschuß sachlich behandelt. Wir sagten uns, die geforderte Summe von 200 Millionen ist gegenüber dem Gesamtbedarf zu gering, und haben deshalb angeregt, sie auf 500 Millionen zu erhöhen. Zu diesen 500 Millionen treten diejenigen Beträge, die die Länder und Gemeinden zu leisten haben. Nun aber glauben wir, daß auf dieser Grundlage zunächst einmal Erfahrungen gesammelt werden sollen, und wir stellen mit Genugtuung fest, daß auch die Reichsregierung sich bereit erklärt hat, eine Nachforderung einzubringen, wenn die Summe nicht ausreicht. Wir können schon heute, ebenso wie die übrigen Parteien erklärt haben, in Aussicht stellen, daß wir einer solchen Forderung, wenn sie wohlbegründet uns entgegentritt, unsere Zustimmung nicht versagen werden.

Was die **Richtlinien** anlangt, so schließe ich mich der Kritik des Reichsarbeitsministers durchaus an und brauche die Einwände, die er erhoben hat, nicht zu wiederholen. Ich nehme an, daß dieser Antrag als Ganzes zur Abstimmung kommt. Wir können ihm bei all den zweifelhaften Einzelheiten, welche er enthält, und da auch diese Mehrforderung von einer Milliarde darin enthalten ist, unsere Zustimmung nicht geben. Wohl aber verlangen und erwarten wir, daß die Richtlinien, die doch nur ein Versuch auf Neuland sind, einer Nachprüfung unterzogen werden. Wir werden bei dieser Nachprüfung nach Kräften mitwirken. Es sollen Vertreter der Reichstagsparteien und der dafür geeigneten Wohlfahrtsverbände mit herangezogen werden. Ich nehme an, daß dann solche Richtlinien zustande kommen, mit denen sich praktisch arbeiten läßt. An Wohlwollen für die Rentner fehlt es bei uns ebensowenig wie bei den übrigen Parteien. Sobald die (C) Notwendigkeit nachgewiesen ist, werden wir über die heute eingehaltenen Linien hinausgehen. Gegen die sofortige Erhöhung spricht im gegenwärtigem Augenblick auch ein Gesichtspunkt, der bisher noch nicht berührt ist, nämlich die Rücksicht auf die internationalen Verhandlungen, die jetzt geführt werden und die eine Zurückhaltung nahelegen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch als Berichterstatter.

Hoch, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Ich bin gezwungen, hier eine Richtigstellung vorzunehmen. Wie mir mitgeteilt worden ist, haben die Herren der Deutschnationalen Partei während der Rede meiner Parteigenossin, der Frau Abgeordneten Schroeder, durch einen Zwischenruf behauptet, daß der Antrag, der sich auf die Richtlinien bezieht, bereits im Haushaltsausschuß gestellt sei und mit der Beratung dieses Etats verbunden werden sollte. Das sei von dem Ausschuß abgelehnt worden. Ich stelle fest, daß das nicht richtig ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der einzige Antrag, den die Herren zu dieser Sache gestellt haben, ist vielmehr derjenige, über den ich zuerst berichtete, der sich auf die Erhöhung der Summe bezog.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Oberfohren.

Dr. **Oberfohren**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Bezüglich des ersten Punktes des Antrags auf Nr. 3924 sind irgendwelche Bedenken nicht vorgebracht worden. Ich würde infolgedessen bitten, den ersten Punkt heute zur Abstimmung zu bringen. Da bezüglich der (D) Punkte 2 bis 7 aber eine Reihe von Bedenken zutage getreten ist, auf der anderen Seite aber auch die Notwendigkeit der Abänderung der Richtlinien anerkannt worden ist, würde ich bitten, die Punkte 2 bis 7 des Antrags 3924 dem Hauptausschuß zu überweisen.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Andre.

Andre, Abgeordneter: Ich möchte bitten, diesem Antrage nicht stattzugeben, sondern daß, wenn jetzt eine Überweisung beschlossen wird, sie an den Sozialen Ausschuß vorzunehmen.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Ich möchte bitten, in diesem Augenblick auch davon Abstand zu nehmen. Wir haben vom Herrn Minister gehört, daß eine Besprechung dieser Sache erst in den Kreisen der Beteiligten in Aussicht genommen ist. Ich glaube, daß dann erst der Augenblick da ist, dazu Stellung zu nehmen. Wenn die Herren Antragsteller damit einverstanden sind, daß der Ausschuß die Sache so lange zurückstellt, hätte ich für meine Person nichts dagegen. Aber sachlich ist es berechtigt, wenn die Herren unter diesen Umständen den Antrag zurückziehen und sich vorbehalten, sowie die Besprechung stattgefunden hat, ihre Anträge von neuem zu stellen. Darum möchte ich bitten, die Überweisung nicht vorzunehmen, weil andere dringende Arbeiten den 6. Ausschuß zur Zeit beschäftigen.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Ich werde auch über diese geschäftsordnungsmäßigen Anträge zur gegebenen Zeit abstimmen lassen.

(Vizepräsident Dr. Bell.)

(A) Wir haben uns aber zunächst mit den gestellten Anträgen zu befassen, und zwar einmal mit dem Ausschußantrag Nr. 4181, wonach der Tit. 15 auf 500 Millionen Mark erhöht werden soll, und dann mit dem Antrage Hergt und Genossen Nr. 4287, wonach die Unterstützungsbeträge auf eine Milliarde erhöht werden sollen. Der weitergehende Antrag ist der Antrag Hergt und Genossen. Ich bitte also diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage Hergt und Genossen auf Nr. 4287 zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Dann bitte ich diejenigen, die dem Ausschußantrage Nr. 4181 auf Erhöhung auf 500 Millionen Mark zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen dann zu dem Antrage 3924 Hergt und Genossen, dessen Ziffer 3 durch den soeben abgelehnten Antrag Nr. 4287 ersetzt war, und dem Zusatzantrag Frau Dr. Matz, Dr. Moldenhauer, Dr. Becker (Hessen) Nr. 4318. Der Antrag Hergt und Genossen zerfällt in sieben Abschnitte, denen der Antrag Nr. 4318 einen achten Abschnitt hinzufügen will. Nun ist zunächst der Antrag gestellt worden, über Punkt 1 des Antrages Hergt und Genossen heute abzustimmen, dagegen die übriggebliebenen Punkte 2, 4 bis 7 an den Haushaltsausschuß zu verweisen.

(Zuruf: An den 6. Ausschuß!)

— Ein Antrag auf Verweisung an den 6. Ausschuß ist nicht gestellt worden. Der Herr Abgeordnete Andre hat nur eine diesbezügliche Anregung gegeben, die sich bisher nicht zu einem Antrage verdichtet hat. Der Herr Abgeordnete Hoch hat die Anregung gegeben, alle Anträge nach dieser Richtung hin abzulehnen. Wir werden also (B) jetzt nur über den Antrag abstimmen, die Punkte 2, 4 bis 7 an den Haushaltsausschuß zu verweisen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit: der Antrag ist abgelehnt.

Ich nehme an, daß der Antrag jetzt im ganzen dergestalt aufrecht erhalten bleibt, daß heute darüber abgestimmt wird.

(Zustimmung.)

Ich verstehe weiter die Anregung wohl dahin, daß eine getrennte Abstimmung gewünscht wird,

(erneute Zustimmung)

bemerke aber, daß bei dem Antrage Punkt 3 durch die vorhin getätigte Abstimmung schon erledigt ist und Punkt 6 auf Anregung der Herren Antragsteller ausscheiden soll. Dann würde ich meinen, daß wir zunächst über Punkt 1 abstimmen, dann über 2 —

(Zurufe: Über die übrigen zusammen!)

— Es ist der Vorschlag gemacht worden, über die einzelnen Punkte des Antrags getrennt abzustimmen.

(Zurufe: Nur über Punkt 1!)

— Gut. Dann bitte ich diejenigen, die dem Punkt 1 des Antrags Nr. 3924 zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem übrig gebliebenen Teil des Antrags Nr. 3924 mit dem Abänderungsantrag Nr. 4318 zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist dieselbe Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

(Lebhafter Widerspruch rechts.)

— Dann ist es also eine große Minderheit; der Antrag (C) ist abgelehnt.

(Erneuter lebhafter Widerspruch und Zurufe rechts: Überwältigende Mehrheit!)

Meine Dame und Herren! Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das Bureau ist einig, daß jetzt die Mehrheit steht; der Antrag ist also abgelehnt.

Wir gehen über zu Tit. 16. Zu Tit. 16 liegt der Antrag Bartz (Hannover) auf Nr. 4302 Ziffer 4 vor:

> im Kap. 2 Tit. 16 für Maßnahmen der Erwerbs- und Arbeitsvermittlung für Erwerbsbeschränkte, insbesondere zur Unterstützung gemeinnütziger Einrichtungen auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung für Sozial-. und Kleinrentner statt „20000000 Mark“ zusetzen:
>
> „50 000 000 Mark“.

Ich eröffne die Aussprache, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage Bartz (Hannover) zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich stelle dann fest, daß die Titel 15 und 16 nach den Ausschußanträgen angenommen sind.

Nun liegt ein Antrag Marx, Dr. Spahn, Frau Neuhaus (Westfalen), Frau Teusch (Köln), Andre und Genossen auf Nr. 4311 der Drucksachen vor:

> im Kap. 2 hinter Tit. 16 folgenden Tit. 17 hinzuzufügen:
>
> Tit. 17: Für Beihilfen an soziale und karitative Reichsorganisationen zur Abgeltung der Unkosten, die durch den Verkehr mit den behördlichen Stellen entstehen . 300 000 Mark. (D)

Ich eröffne die Aussprache über diesen Antrag, und erteile das Wort der Frau Abgeordneten Teusch (Köln).

Teusch (Köln), Abgeordnete: Meine Herren und Damen! Ein ganz kurzes Wort der Begründung zu unserm Antrag auf Tit. 17 Kap. 2. Entsprechend der Bewilligung von 300 000 Mark beim Reichsministerium des Innern zur Abgeltung der Fahrpreisermäßigung hat unsere Fraktion auch beim Reichsarbeitsministerium die Summe von 300 000 Mark für **Beihilfen an soziale und karitative Reichsorganisationen** zur Abgeltung der Unkosten, die durch den Verkehr mit den behördlichen Stellen entstehen, beantragt. Wir sind der Auffassung, daß bei der außerordentlich großen Not unseres Volkes auf der einen Seite und bei der finanziellen Notlage des Reichs auf der andern Seite entsprechende Maßnahmen getroffen werden müssen, um die freie Liebestätigkeit in allen ihren Funktionen zu unterstützen. Die freie Liebestätigkeit muß mehr denn je in engster Fühlungnahme mit der öffentlichen Wohlfahrtspflege und mit den Behörden helfen. Diese Fühlungnahme darf aber nicht so ausfallen, daß durch den Verkehr mit den Behörden größere Summen, die der direkten Wohlfahrtspflege zu gute kommen sollen, ihr einfach entzogen werden. Wir haben Beispiele von großen Reichsorganisationen, die nicht nur tausende, sondern zehntausende und hunderttausende Mark jährlich in ihren Haushaltsplan einstellen müssen, um die hohen Portogebührnisse, die hohen Schreibmaterialkosten usw. aufzubringen. Wenn auf der einen Seite das Reichsarbeitsministerium in der sozialen Gesetzgebung verlangt, daß ein gutes Einvernehmen mit den Reichsorganisationen hergestellt werden soll, dann muß es auf der andern Seite auch Mittel und Wege haben, dieses gute Einvernehmen für die Organisationen möglichst wenig kostspielig zu machen.

(Teusch [Köln], Abgeordnete.)

(A) Die **Feststellung der Grundsätze,** nach denen diese 300 000 Mark Beihilfen verteilt werden sollen, überlassen wir dem Reichsarbeitsministerium mit der Maßgabe, daß es diese Grundsätze zusammen mit den Vertretungen der Organisationen und mit den Vertretern des Reichstags besonders des 6. (Sozialen) Ausschusses aufstellen möge. Nur wenn die Gesetzgebung und die freie Wohlfahrtspflege und die Fürsorgetätigkeit so Hand in Hand arbeiten, ohne daß Summen, die direkt zur Unterstützung bestimmt sind, allzu sehr für den bureaukratischen und behördlichen Apparat verbraucht werden, glauben wir, die Sparsamkeit getrieben zu haben, die der Notlage des Volkes und des Reichs gerecht wird.

Aus diesen Gründen bitten wir Sie, wie beim Reichsministerium des Innern, auch hier die 300 000 Mark in den Etat einstellen zu wollen.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Antrag 4311, Marx und Genossen, zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Wir gehen dann über zu Kap. 3 — ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt —. Ich schlage Ihnen vor, die Titel 1 bis 10 in der Besprechung zusammenzufassen. — Damit ist das Haus einverstanden. Das Wort hat der Herr Berichterstatter. — Der Herr Berichterstatter verzichtet. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; dann stelle ich die Annahme von Tit. 1 bis 10 des Kap. 3 fest.

Wir gehen über zu Kap. 4 — Reichsversicherungsamt —. Ich rufe auf Tit. 1 und erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter.

(B)

Dr. **Grotjahn,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Das Kapitel Versicherungsamt gibt Anlaß, uns daran zu erinnern, daß das **Reichsarbeitsministerium** eigentlich auch unser **Reichsgesundheitsministerium** ist. Gipfeln doch hier die Organe, die als Krankenkassen, Unfallberufsgenossenschaften und Invalidenversicherungsanstalten mit der Gesundheitspflege auch der kleinsten Dörfer unmittelbare Beziehungen pflegen. Diese Versicherungsträger haben noch Geld, verfügen über ausgedehnte Verwaltungsmittel und haben in der Tat auch viel guten Willen, Krankheiten verhüten zu helfen und in großem Maßstabe vorbeugende Heilbehandlung zu treiben. Aber es fehlt ihnen anscheinend die Unterstützung durch eine besondere, alle Zweige der sozialen Hygiene theoretisch beherrschende Medizinalabteilung.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Vielleicht bildet sich aus der Abteilung 9 des Reichsarbeitsministeriums eine solche heraus, die dann mit der Abteilung 2 eine engere Zusammenarbeit eingehen müßte, als das bisher erkenntlich ist. Denn sonst würde ein Überblick über die Maßnahmen der **vorbeugenden Heilbehandlung** nicht eine solche Buntscheckigkeit zeigen, wie das augenblicklich der Fall ist.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Namentlich läßt die Tätigkeit der Landesversicherungsanstalten die gebotene Einheitlichkeit und Planmäßigkeit durchaus vermissen.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Hier scheinen Liebhabereien der Vorsitzenden oder gar unverantwortlicher Ratgeber,

(hört! hört! links)

Gefühlsregungen und Modeströmungen die Stelle zu ersetzen, die eine auf Erfahrung gestützte heute theoretisch bereits ausgebildete soziale Hygiente einnehmen sollte. Beweise für diese Ausstellungen könnten aus den eigenen (C) Berichten des Reichsversicherungsamts ausgezogen werden. Ich will jedoch davon absehen, weil der Herr Reichsarbeitsminister in seiner vorgestrigen Rede selbst zugegeben hat, daß die wünschenswerte Einheitlichkeit und Planmäßigkeit in der vorbeugenden Heilbehandlung eben noch nicht besteht. Namentlich geht diese Buntscheckigkeit aus den Sonderberichten der Landesversicherungsanstalten hervor, von denen jede es anders macht als die andere, und die nicht selten so selbstherrlich verfahren, daß sie nicht in Fühlung mit den Verwaltungen und Vereinen bleiben, die einen ähnlichen Zweck wie sie verfolgen. Um hier Abhilfe zu schaffen, haben Mitglieder der verschiedensten Parteien den Antrag Nr. 4267 gestellt, der lautet:

> die Reichsregierung zu veranlassen, durch Schaffung und Förderung von Zweckverbänden der Versicherungsträger sowie der Träger der öffentlichen und privaten Fürsorge, durch Aufstellung von Richtlinien und, soweit erforderlich, durch gesetzliche Maßnahmen, eine größere Planmäßigkeit und Einheitlichkeit bei den Maßnahmen der vorbeugenden Heilbehandlung seitens der Versicherungsträger, insbesondere der Landesversicherungsanstalten, herbeizuführen.

Ich darf die Hoffnung aussprechen, daß Sie alle diese Entschließung annehmen, und die Regierung recht bald aus ihr die Konsequenzen zieht, wie es ja auch der Herr Reichsarbeitsminister vorgestern in dankenswerter Weise versprochen hat.

Ich darf hier noch einige Bemerkungen anschließen, die vom Standpunkt der öffentlichen Gesundheitspflege noch bei einigen anderen Kapiteln des Haushalts zu machen sind.

Da ist zunächst das Kapitel 7, **Reichsversorgungswesen,** das nach Auffassung der Ausschußmitglieder zur- (D) zeit einen allzu großen Apparat beschäftigt, was sich auch auf die Ärzte und Apotheker erstreckt. Wenn dieser große Apparat, namentlich auch die große Zahl der Vertragsärzte, vielleicht auch für die Zeit der Umanerkennung notwendig war, so war der Ausschuß der Ansicht, daß jetzt die Zahl der Vertragsärzte und Apotheker sehr erheblich eingeschränkt werden könnte. Das Reichsversorgungswesen stellt eine Abwicklungsstelle im großen Stile dar, und es wäre nur wünschenswert, daß wir über die innere Bewegung dieser Abwicklungsstelle in Zukunft etwas besser unterrichtet würden, als das durch den Haushaltsplan allein geschieht. Gerade wenn nach erledigter Umanerkennung die Verhältnisse zu einem gewissen Gleichgewicht gekommen sind, wird es notwendig sein, hier in Zukunft einen Verwaltungsbericht oder eine Verwaltungsstatistik zu schaffen, die in drei Teile, eine Finanz-, eine Personal- und eine Medizinalstatistik zerfallen sollte und die in ähnlicher Weise, wie das bei den einzelnen Zweigen des Versicherungswesens der Fall ist, uns namentlich Aufschluß über das Verhältnis der Spesen und der Verwaltungskosten zu den eigentlichen Leistungen geben könnte. Denn man kann das Gefühl nicht unterdrücken, als ob gerade im Reichsversorgungswesen dieses Verhältnis noch nicht so ist, wie wir es verlangen müssen.

Zu Kap. 12, der **sozialen Kriegsbeschädigtenfürsorge,** stehen bei den verschiedensten Posten Ausgaben für die öffentliche Gesundheitsfürsorge vermerkt: Ich zähle allein 430 Millionen in dem Kapitel unter a, b, c und e, neben denen aber unter d 100 Millionen Verwaltungskosten erscheinen, sodaß man doch auf den Verdacht kommt, daß die Spesen und die Verwaltungskosten in keinem recht erträglichen Verhältnis zu den schließlichen Leistungen stehen. Es ist wünschenswert in späteren Jahren dem Ausschuß nicht nur durch mündliche Mitteilungen, sondern

(Dr. **Grotjahn**, Berichterstatter.)

(A) vielleicht auch durch graphische Darstellungen oder Berichte oder eine Verwaltungsstatistik die Möglichkeit der Nachprüfung zu geben.

Wenn schon im Versorgungswesen im allgemeinen die Verwaltung den Eindruck einer gar zu weitläufigen und teuer aufgezogenen macht, so wird das fast zur Gewißheit, wenn man sich in Kap. 8 die Kosten der **Versorgungskrankenhäuser** ansieht. Wenn man versuchen wollte, etwa die Verpflegungstage zu berechnen, so würde eine außerordentlich hohe Summe herauskommen. Ich will diese Summe hier nicht angeben, weil vielleicht diese Art der Berechnung in diesem Falle nicht ganz gerechtfertigt wäre, aber es ist kein Zweifel, daß, wenn man die Ziffern des Kapitals Revue passieren läßt, man hier doch die Vorstellung gewinnt, als ob namentlich beim Personal dieser Versorgungskrankenhäuser kein erträgliches Verhältnis zu der Bettenzahl besteht. Die Überzeugung hiervon war innerhalb des Ausschusses so allgemein, daß die Entschließung angenommen wurde:

> die Reichsregierung aufzufordern, die Versorgungskrankenhäuser schleunigst bis auf die unerläßlich notwendigen abzubauen und die zurzeit unerträglich hohe Zahl der Ärzte, Beamten, Pflege- und Hilfspersonen auf den bei anderen Krankenhäusern üblichen Stand herabzumindern.

Endlich darf ich vielleicht noch mit einem Wort auf die Überreste der militärärztlichen Bildungsanstalten eingehen, die als **Kaiser-Wilhelm-Akademie** noch heute existieren, obgleich von einer Akademie kaum mehr die Rede sein kann. Es handelt sich um eine wertvolle medizinische Bibliothek, für deren Erhaltung an dieser Stelle die gesamte Ärzteschaft dem Herrn Reichsarbeitsminister dankbar ist. Es handelt sich ferner um eine wertvolle pathologische Sammlung und endlich um Laboratorien, die allerdings jetzt ihren eigentlichen Zweck verloren haben. (B)

Im Ausschuß wurde ein Antrag gestellt, die Akademie aufzulösen. Dieser Antrag ist jedoch nicht zur Abstimmung gekommen, weil die Regierung sich inzwischen bereit erklärte, auf eine schon früher von verschiedenen Seiten gemachte Anregung einzugehen, den Laboratorien dadurch einen neuen Inhalt zu geben, daß sie in ein Institut für **Arbeitsforschung** und **Gewerbehygiene** umgewandelt würden.

Der Herr Arbeitsminister hat uns vorgestern davon Kenntnis gegeben, daß die Regierung augenblicklich mit einer Sachverständigenkommission über eine Vorlage berät, die sie uns zur dritten Lesung machen wird. Es erübrigt sich deshalb, darauf einzugehen, und ich will nur hoffen, daß die Vorlage so ausfallen wird, daß die Mehrheit dieses Hauses zur Erhaltung dieser Akademie annehmen kann.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zu Kap. 4 Tit. 1 liegen zunächst die Ausschußentschließungen Nr. 4181 unter IId unter 1 und 2 vor, ferner der Antrag 4267 — Becker (Arnsberg), Dr. Grotjahn, Dr. Moldenhauer, Dr. Moses, Schwarzer (Oberbayern) —, wonach die Entschließung des Ausschusses Nr. 4181 IId 1 eine andere Fassung erhalten soll.

Wir stimmen zunächst über diesen Antrag 4267 ab.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die ihm zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen. Damit ist die Ausschußentschließung Nr. 4181 unter Ziffer IId 1 erledigt.

(C) Dann darf ich wohl ohne Abstimmung feststellen, daß die Entschließung des Ausschusses auf Drucksache Nr. 4181 unter IId 2 angenommen ist. — Damit ist das Haus einverstanden.

Tit. 1 des Kap. 4 stelle ich als bewilligt fest.

Dann rufe ich auf die sämtlichen Titel des Kap. 4 von Nummer 2 bis 18, wozu Wortmeldungen und Beanstandungen nicht vorliegen. — Ich stelle auch hier die Annahme fest.

Wir gehen dann über zu Kap. 5. Ich rufe auf Kap. 1 bis mit Tit. 7 nach den Ausschußanträgen 4181. Hier ist auch die Überschrift des Kapitels geändert worden. Wortmeldungen liegen nicht vor, Beanstandungen sind nicht erfolgt. — Ich stelle die Annahme des Kap. 5 Tit. 1 bis 7 mit der Überschrift nach den Ausschußanträgen fest.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Zur Abstimmung hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Herr Präsident, das muß doch wohl heißen: „in der Fassung des Ausschusses", denn diese Positionen fallen ja alle weg.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Jawohl, in der Fassung der Anträge des Ausschusses!

Wir gehen über zu Kap. 6, Reichsamt für Arbeitsvermittlung.

Ich rufe auf Tit. 1. Hierzu liegen Anträge nicht vor, ebensowenig Wortmeldungen. — Ich stelle die Annahme nach den Beschlüssen des Ausschusses fest.

Ebenso stelle ich die Annahme bei Titel 2 und 3 fest.

Zu Tit. 4 liegt der Antrag Hoch, Klöckner, Ersing, Schiele, Dr. Rießer, Dr. Pachnicke, Leicht unter Ziffer 2 vor:

> im Kap. 6 Tit. 4 die Titelsumme um 180 000 Mark auf 3 930 100 Mark zu erhöhen.

(D) Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen und damit auch Tit. 4 mit dieser Titelsumme.

Ebenso Tit. 5, — 6, — 7, — 8, — 9, ferner 10 nach der Ergänzung, und die Titel 11 bis einschließlich Tit. 15 nach der Vorlage.

Wir gehen dann über zu Kap. 7. Hierbei soll das ganze Versorgungswesen, Kap. 7 bis 13 der fortdauernden Ausgaben, ferner Kap. 1 bis 9 der fortdauernden Ausgaben des Allgemeinen Pensionsfonds und die

> **Interpellation des Abgeordneten Thiel,** Dr. **Becker (Hessen) und Genossen, betreffend Erhöhung der Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen** (Nr. 3621 der Drucksachen),

zur gemeinsamen Besprechung gestellt werden. — Damit ist das Haus einverstanden.

Das Wort hat zunächst der Herr Berichterstatter.

(Zuruf.)

— Der Herr Berichterstatter verzichtet.

Dann hat das Wort zur Begründung der Interpellation der Herr Abgeordnete Thiel.

Thiel, Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! Die Ihnen auf Drucksache 3621 vorliegende Interpellation trägt das Datum vom 23. Februar. Inzwischen ist nahezu ein Vierteljahr vergangen. Die Beweggründe, die zur Einreichung dieser Interpellation geführt haben, sind heute zum Teil gegenstandslos geworden, weil die Reichsregierung nach diesem Tage bemerkenswerten Eifer gezeigt hat, den bestehenden, in der Interpellation beklagten Mißständen nach Möglichkeit zu steuern.

(Thiel, Interpellant.)

Wir haben in der Interpellation darauf hingewiesen, daß die **Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen** — Witwen, Waisen und Eltern — **große Not** leiden, daß die ihnen zustehenden Renten völlig unzureichend seien, zumal bei der fortwährend steigenden Teuerung. Wir haben ausgesprochen, daß bei den bis damals bekanntgewordenen Äußerungen der Reichsregierung über ihre Absichten hinsichtlich einer Reform der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge wir uns eine erfolgreiche Bekämpfung dieser Not nicht versprechen konnten. Wir haben dann die Frage an die Regierung gerichtet, was sie zu tun gedenke, um den Versorgungsberechtigten eine den heutigen Teuerungsverhältnissen gerecht werdende Versorgung zu gewährleisten.

Seit dieser Zeit, in der eine Flut von Eingaben der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenverbände an die einzelnen Mitglieder dieses Hauses und an die Fraktionen gelangt sind, sind eine Fülle von Maßnahmen getroffen worden, auf die kurz hinzuweisen notwendig ist. Durch eine Verordnung ist ab 1. März eine Verdoppelung der Teuerungszuschüsse, wie sie am 1. Dezember 1921 in Kraft gesetzt worden waren, eingetreten. Am 9. April ist eine Verordnung ergangen, die eine **Verdreifachung jenes Teuerungszuschußsatzes** vom 1. Dezember ab 1. Mai in Kraft treten ließ. Im 19. Ausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge ist eine Entschließung Andre, Thiel, Meier (Zwickau), Budjuhn, Ziegler angenommen worden, in der verlangt wird, daß die Reichsregierung unverzüglich im Verordnungswege eine angemessene Verbesserung der Teuerungszuschüsse der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen herbeiführe, und zweitens die Reichsregierung ersucht wird, mit tunlichster Beschleunigung, spätestens bis 15. Mai 1922, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die **Teuerungsmaßnahmen** eine **gesetzliche Regelung** erfahren.

Diese Entschließung, die der 19. Ausschuß annahm, hat dann auch zur Vorlegung eines Gesetzentwurfs unter dem 2. Mai geführt, der eine weitere Erhöhung der Teuerungszuschüsse vorsieht. Schließlich hat der Hauptausschuß im Sinne unserer Interpellation bei der Etatsberatung beschlossen, unter Kap. 1 Tit. 1 die Summe von 1 700 000 000 Mark auf 5 Milliarden zu erhöhen. Darüber hinaus ist uns dieser Tage ein vorläufiger Gesetzentwurf über Erhöhung der Ruhensgrenzen zugegangen, und schließlich hat im 19. Ausschuß der Regierungsvertreter erklärt, daß die in diesem vorläufigen Entwurf vorgesehenen Grenzen noch eine weitere Erhöhung erfahren würden, so daß im großen und ganzen gesagt werden darf, daß heute nicht mehr der Zustand obwaltet, der uns damals in erster Linie veranlaßt hat, hier den Anstoß zu einer Erörterung der Kriegsopferfragen im Plenum zu geben.

Die Frage aber, ob damit die Interpellation gegenstandslos geworden sei, muß trotzdem verneint werden.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich glaube, daß es der Auffassung des ganzen Hauses entsprechen dürfte, wenn ich feststelle, daß auch nach diesen Maßnahmen nicht ein Zustand geschaffen worden ist, der die Kriegsbeschädigten und alle diejenigen, die im öffentlichen und im vaterländischen Interesse für die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen einzutreten entschlossen sind, zufriedenstellen kann.

Was muß geschehen, so haben wir uns zu fragen, um den Pflichten gerecht zu werden, die das deutsche Volk auf sich genommen hat, als es den ins Feld Hinausziehenden sagte, daß mit Sicherheit darauf gerechnet werden könnte, daß sie im Falle einer Kriegsbeschädigung, die sie ihrer Arbeitskraft berauben würde, eine angemessene Versorgung erhalten sollten, daß ihre Hinterbliebenen falls der Ernährer im Felde bleiben sollte, eine hinreichende Versorgung erhalten würden? Ich glaube nicht, daß mit dem, was seither geplant ist, diese Verpflichtung eingelöst wird.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Andererseits bin ich mir aber darüber klar, daß wir in dieser wichtigen Frage wegen der grenzenlosen **Finanznot**, wegen des ungeheuren wirtschaftlichen Elends, in dem das Volk schmachtet, nicht so weit gehen können, wie wir aus Erwägungen der Gerechtigkeit eigentlich in der Versorgung der Kriegsopfer gehen möchten. Wir sind uns darüber klar, daß die ungeheuren Lasten, die mit dem Diktat von Versailles unserem Volke auferlegt sind, unsere ganze soziale Wahlfahrtspflege in allen Zweigen aufs stärkste bedrücken und nicht so zur Auswirkung kommen lassen, als es den sozialen Empfindungen des deutschen Volkes und der Volksvertretung entsprechen würde. Darunter leiden alle Volksgenossen, die auf öffentliche Unterstützung und Versorgung angewiesen sind.

Wir stehen ferner vor der Erkenntnis der Tatsache, daß uns am 31. Mai vielleicht große Gefahren außenpolitischer Natur drohen, die auch auf unsere Wirtschaft und damit auf unsere finanzielle Tragfähigkeit stark einwirken können. Wir stehen unter dem Eindruck, daß wir, wenn wir zu einer Stabilisierung unserer Währung kommen, mit einem großen Heer von Arbeitslosen rechnen müssen. Aus allen diesen Gründen sind wir gezwungen, uns auf dem **Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge** eine **Beschränkung** aufzuerlegen, die größer ist, als es uns sonst nach unserer sozialen Einstellung annehmbar erscheinen würde.

Die Frage ist: wo befindet sich die Grenze, an der wir bei der Versorgung der Kriegsopfer aus finanziellen Erwägungen uns ein Halt zurufen müssen? Über diese Grenze kann man verschiedener Meinung sein. Wir müssen uns vor Augen halten, daß es nicht weniger als 1 410 000 Kriegsbeschädigte und 2 400 000 Hinterbliebene sind, die der Versorgung bedürfen. Eine **Statistik** darüber, in welchem Umfang die einzelnen **Kriegsbeschädigten** in ihrer **Erwerbsfähigkeit** beschränkt sind, gibt es zurzeit noch nicht. Ich möchte die Bitte an die Reichsregierung richten, uns möglichst bald einen klareren Überblick darüber zu geben, wie sich die Kriegsbeschädigten, nach Prozentsätzen ihrer Erwerbsbeschränkung geordnet, gliedern, damit man in der Lage ist, sich bei der Erwägung einer Neugestaltung der Versorgung eine Rechnung aufzumachen. Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, die der Beibringung solchen statistischen Materials entgegenstehen. Insbesondere werden sich diese Zahlen bei den im Fluß befindlichen **Umanerkennungen** noch stets ändern. Ich kann mir wohl vorstellen, daß die Reichsregierung mit einer solchen Übersicht warten möchte, bis die Umanerkennungsarbeiten abgeschlossen sind. Aber es wäre uns mit einem vorläufigen Material doch immerhin gedient, weil wir uns mit einer Änderung des Versorgungsgesetzes in den vorbereitenden Stadien bereits beschäftigen müssen, bevor die Umanerkennungsarbeit vollendet ist.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn man eine gerechte Grenze finden will, an der man bei der Ausdehnung der Versorgung haltzumachen hat, dann muß man sich zunächst darüber klar werden, welche Schäden durch eine Rentenversorgung beglichen werden sollen. Wir müssen die **Kriegsbeschädigten** grundsätzlich in **drei Gruppen** teilen: in solche, die voll erwerbsfähig sind, in solche, die erwerbsbeschränkt sind, und in solche, die erwerbsunfähig sind. Der Standpunkt der Organisationen der Kriegs-

(Thiel, Interpellant.)

(A) beschädigten ist der, daß man die Rente bemessen sollte lediglich nach dem Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit und der Höhe der durch die Beschädigung erforderlichen Mehraufwendungen. Man ist der Auffassung, daß der neuerdings von der Regierung beschrittene Weg, das Maß der Mittel, die man den Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen zuwendet, nach dem Bedürfnis zu staffeln, nicht der richtige sei. Dieser Standpunkt der Kriegsbeschädigtenorganisationen wird grundsätzlich als berechtigt anerkannt werden müssen. Auf der anderen Seite weist die Regierung darauf hin, daß wir einmal bei den ungeheuer gedrückten Finanzverhältnissen nicht in der Lage sein werden, so viel Mittel für die Versorgung sicherzustellen, wie sie bei voller Anwendung jenes Grundsatzes erforderlich wären. Ihre Maßnahmen bezweckten daher zunächst, dafür zu sorgen, daß die am schwersten Leidenden nicht dem völligen Untergang preisgegeben werden. Mit uns sind sich die Kriegsbeschädigten, wenigstens in den großen anerkannten Organisationen, ganz klar darüber geworden, daß sie nicht nur eine moralische, sondern auch eine nationale Pflicht haben, bis zur äußersten Grenze ihrer Kraft sich in das Erwerbsleben einzustellen, notfalls auch durch Umschulung, um damit die Lasten vermindern zu helfen, die sonst einfach nicht getragen werden können.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir können aber über die Tatsache nicht hinweggehen, daß die sogenannten **vollerwerbsfähigen Kriegsbeschädigten** infolge ihrer verminderten Arbeitskraft und geschwächten Widerstandskraft in erheblichem Umfang gezwungen werden, in einer **sozial niedrigeren Schicht** ihre Erwerbsarbeit zu verrichten, als es nach ihrer Vorbildung und ihren Fähigkeiten beim normalen Lauf der Dinge der Fall gewesen wäre. Wir können (B) in zahlreichen Fällen beobachten, daß solche Hemmungen gegeben sind, ja, daß sogar in amtlichen Stellen Beförderungen unmöglich werden, weil Kriegsbeschädigte, die keine nennenswerte Rente beziehen, wegen ihrer Beschädigung diesen und jenen Aufgaben nicht gewachsen sind. Ihre Stellung bleibt also eine niedrigere, als es auf Grund ihrer sonstigen Kenntnisse und Fähigkeit, ihrer Aus- und Fortbildung hätte erwartet werden können. Darin ist eine erhebliche Schädigung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erblicken, auch dann, wenn sie an sich ihren bescheidenen Lebensunterhalt verdienen können.

Zahlreiche Kriegsbeschädigte mit kaum nennenswerten Renten müssen neben solchen Schmälerungen im Einkommen eine Schädigung dadurch erleiden, daß ihre Ausgaben für ihren Lebensunterhalt bedeutend höher werden, als das bei einem Gesunden der Fall ist. Unzähligen Kriegsopfern fehlt es an den dafür erforderlichen Mitteln. Seit dem 1. April 1920 haben wir nämlich der großen Masse der Kriegsopfer keine andere Aufbesserung ihrer Bezüge zuteil werden lassen als eine Erhöhung der Teuerungszulagen von 25 auf 35 Prozent. Das bedeutet, daß solchen Kriegsbeschädigten, die in ihrer Erwerbsfähigkeit nicht mindestens 50 Prozent beschränkt sind, seit 1. April 1920 so gut wie keine Aufbesserung, nämlich nur eine solche von 10 Prozent, zuteil geworden ist.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Dem stehen die **Vorschriften über das Ruhen der Renten** gegenüber, die in den meisten Fällen so wirken, daß, wenn der Rentenbezieher den letzten Rest seiner Arbeitskraft nutzbringend verwendet, kaum noch etwas von Renten übrig bleibt. Mir liegt beispielsweise aus den letzten Tagen ein Rentenbescheid von einem 50 Prozent erwerbsbeschränkten Kriegsbeschädigten vor, der des linken Oberschenkels beraubt ist. Unter (C) Berücksichtigung der Kürzungsvorschriften der §§ 63 und 64 des Reichsversorgungsgesetzes verbleibt diesem Kriegsbeschädigten eine monatliche Rente von 33,10 Mark!

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Mit diesem Betrage wird er, wenn er hier in Berlin tätig ist, höchstens zehn Straßenbahnfahrten bestreiten können. Aber mit diesen zehn Straßenbahnfahrten wird er in seiner beruflichen Tätigkeit wahrscheinlich nicht auskommen. Aus seinem verminderten Einkommen hat er den Rest zu bestreiten! Daß für den erhöhten Kleider- und Wäscheverschleiß nichts übrig bleibt, daß keinerlei Ehrensold dafür vorhanden ist, daß der Mann sehr viel an Lebensfreude einbüßt. Wer will das alles so hingehen lassen?

Bei Beurteilung dessen, was den Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen zugewandt wird, wird viel zu wenig darauf bedacht genommen, daß zum Beispiel ein **Kriegsbeschädigter, der 40 Prozent erwerbsbeschränkt** geschrieben ist, etwa wegen schwerer Erkrankungen der Lunge, des Herzens oder der Nieren, gezwungen ist, sich in seinem ganzen Privatleben, insbesondere in der Betätigung auf dem Gebiete seiner ihm lieb gewordenen Berufsarbeit und des Sports, so gewaltige Beschränkungen aufzuerlegen, daß er ein außerordentliches Maß an Lebensfreude auf dem Altar des Vaterlandes geopfert hat. Derartige Opfer sollten — ich glaube, das hier aussprechen zu müssen — im deutschen Volke mehr gewürdigt und würdiger vergolten werden!

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Insbesondere von den Unternehmern!)

— Ich schließe die Unternehmer dabei nicht aus, mache (D) aber auch hier darauf aufmerksam, daß in allen Kriegsbeschädigtenorganisationen wiederholt darauf hingewiesen worden ist, daß auch eigene Arbeitskameraden in der Werkstatt gegenüber den Kriegsbeschädigten vielfach nicht die Rücksicht genommen haben, die man kollegialerweise und vom Standpunkt des Volksgenossen aus von jedem sollte erwarten dürfen.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich will hier also keinesfalls den einen oder den andern ausnehmen. Es scheint mir hier gerechtfertigter, einmal den Klagen und dem Notschrei der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen von hier aus Gehör zu verschaffen. Möge dann jeder selbst überlegen, wo und wie er dazu beitragen kann, daß diesem Rufe Folge geleistet wird.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß neben dem **Ersatz des Einkommenverlustes der Ersatz besonderer Aufwendungen** notwendig ist. Angesichts der gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse kann mit dem, was uns zunächst als gesetzgeberische Absicht bekanntgegeben worden ist, dieser Forderung nicht hinreichend entsprochen werden. Ich muß deshalb zunächst zu der Frage Stellung nehmen, ob man die Fürsorgemaßnahmen auf diejenigen Kreise beschränken zu können glaubt, die zum mindesten 50 vom Hundert erwerbsbeschränkt sind. Diese Ansicht ist mit dem Hinweis darauf begründet worden, daß eine Ausdehnung der Fürsorge auf weitere Kreise zu einer Verzettelung der verfügbaren Gelder führen würde. Ich habe in meinen Ausführungen unter Würdigung des ablehnenden Standpunktes der Verbände der Kriegsbeschädigten darauf hingewiesen, daß wir angesichts der Tatsache, daß wir auf dem Gebiete der Versorgung der Kriegsbeschädigten so weit zurückgeblieben sind, nicht von heute auf morgen einen Idealzustand herbeiführen

(Thiel, Interpellant.)

können. Mit einer gewissen Einschränkung wird man aber nur dann einverstanden sein können, wenn man in der Fürsorge generell wenigstens bis zu den vierzigprozentigen Kriegsbeschädigten heruntergeht; womit man etwa diejenigen erfaßt, denen ein Oberarm oder ein Schenkel amputiert ist, und die infolgedessen erhebliche Aufwendungen machen müssen, die ihnen sonst nicht hinreichend vergütet werden.

Die Frage der **Hinterbliebenenfürsorge** hat in der ersten Zeit nach Schaffung des Gesetzes starken Unwillen hervorgerufen, weil die Hinterbliebenen, wie auch die Väter des Gesetzes zugeben, damals nicht so weggekommen sind, wie man wohl gewünscht hätte. Das soll keine Kritik sein; denn damals wie heute stand die Nationalversammlung vor der Schwierigkeit, mit ganz bestimmten Geldbeträgen das Gesetz durchführen zu müssen und sich in der Freigebigkeit starke Beschränkungen aufzuerlegen. Seitdem ist für die Hinterbliebenen mancherlei geschehen, was die Verhältnisse günstiger gestaltet hat. Ich möchte bitten, auf diesem Wege fortzuschreiten.

Anders liegt es hinsichtlich des Weges, den man bei Festsetzung der Bedingungen und Voraussetzungen, unter denen die **Zuschüsse verkürzt oder vorenthalten** werden sollen, beschritten hat. Man hat sich dabei auf die an den einzelnen Orten gezahlten Sätze der Erwerbslosenunterstützung bezogen. Dadurch, daß man diesen Maßstab zugrunde legte, ist ein unhaltbarer Zustand geschaffen worden. Eine Betätigung in so verhältnismäßig engem Umfange, wie sie den Kriegerwitwen möglich ist, die Kinder zu versorgen haben, führt in unzähligen Fällen bereits zu einer Kürzung oder gar zu einem Fortfall der jetzt gewährten Teuerungszuschüsse. Diese Kürzung der Teuerungszuschüsse führt dann dazu, daß diese Kriegerhinterbliebenen wieder auf ihre bloßen Renten zurückgedrängt werden. Diese Rentensätze können aber auch neben einem bescheidenen Arbeitsverdienst nicht ausreichen, um einigermaßen ein anständiges und ehrliches Leben zu fristen. Ich möchte deshalb den dringenden Wunsch aussprechen, daß wir hinsichtlich der **Kürzungsvorschriften für die Teuerungszuschüsse** eine andere Grundlage finden möchten. Ohne damit nach irgend einer Seite hin eine Bindung einzugehen, möchte ich vorschlagen, eine Kürzung der Teuerungszuschüsse nur dann stattfinden zu lassen, wenn das Einkommen der Unterstützten wenigstens zwei Drittel dessen beträgt, was an Anfangsgehalt der untersten Besoldungsgruppe des Beamtenbesoldungsgesetzes festgelegt ist. Ich gehe dabei davon aus, daß die unterste Besoldungsgruppe der Reichsbeamtenbesoldung in der Regel ein Existenzminimum darstellt und daß man infolgedessen, da dieses Existenzminimum fortwährend den jeweiligen Teuerungsverhältnissen angepaßt zu werden pflegt, mit einer solchen Bestimmung eine zweckmäßige bewegliche Grenze schaffen würde. Ich wäre dafür, daß die Zuschüsse nur dann fortfallen sollen, wenn das Einkommen mehr beträgt als die unterste Besoldungsgruppe der Reichsbeamtenbesoldung jeweils an Einkommen zu beanspruchen hat.

Es entsteht weiter die Frage, ob man, entsprechend dem Verlangen der Kriegsbeschädigtenorganisationen, von der Reichsregierung verlangen sollte, jetzt bereits erhebliche **grundsätzliche Änderungen an dem Gesetz** vorzunehmen. Wir haben uns davon überzeugt, daß die Bedenken, die dem entgegenstehen, doch zu groß sind, als daß wir diese Forderung für den Augenblick aufrechterhalten möchten. Wir geben zu, daß man, solange die Umanerkennungen noch nicht zu Ende geführt sind, umstürzende Änderungen im Gesetz nicht vornehmen darf.

Ich glaube aber doch fordern zu dürfen, daß die Reichsregierung im Hinblick auf die lange Zeit, die die Durchführung des Gesetzes beansprucht hat, sich verpflichtet fühlen sollte, dafür zu sorgen, daß sobald wie möglich die Vorbereitungen getroffen werden, um dem Gesetz eine einfachere Gestaltung zu geben. Es muß ermöglicht werden, daß wir uns im Herbst dieses Jahres über die Einzelheiten noch unterhalten und im nächsten Frühjahr kraftvoll an die Neugestaltung des Gesetzes herantreten können.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Bestimmungen der §§ 63 und 64 in ihrer heutigen Gestalt wird aufrechterhalten. Ich glaube aber, daß wir sie bis zu der geforderten Gesamtreform vorerst werden bestehen lassen müssen. Ich betone das um deswillen, weil ich mich erst durch eingehende Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium dazu habe durchringen können, und weil ich geglaubt habe, früher in dieser Frage einen anderen Standpunkt vertreten zu müssen. Wenn wir aber jetzt diese Bestimmungen aufrechterhalten, dann möchte ich annehmen, daß man sich auf seiten der Regierung auch dazu entschließen könnte, auf die gegenwärtig bestehenden gesetzlichen **Ansprüche aller Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen** auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes, die seit dem 1. April 1920 nur um 10 Prozent gesteigert worden sind, insgesamt einen **Aufschlag von 50 vom Hundert** zu bewilligen. Ich bin nicht der Meinung, daß sich bei einer Beibehaltung der §§ 63 und 64 die sich daraus ergebende Belastung unerträglich sei. Wir würden aber damit der ungeheueren Teuerungsentwicklung wenigstens etwas entgegenkommen. Steht doch fest, daß sich im übrigen die Einkommensverhältnisse seit 1920 um das Zweieinhalb-, Drei-, Vier- und gar Fünffache erhöht haben. Wenn das aber der Fall ist, kann man nicht einfach die seit 1920 bestehenden Zustände und den Aufschlag von 10 Prozent für die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen fortbestehen lassen.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich möchte also wünschen, daß wir bei der Unterhaltung über diese Dinge von der Regierung Material für einen Überblick erhalten könnten, welche finanzielle Belastung sich aus der Durchführung dieses Planes ergeben wird.

Die vorgeschlagene 50 prozentige Erhöhung ließe sich sehr einfach durch eine Anordnung an die auszahlenden Behörden durchführen. Die §§ 63 und 64, diese heißbekämpften Bestimmungen, würden dann vorläufig bestehen bleiben und daneben der seitens der Regierung einmal eingeführte Grundsatz der Fürsorge nach der Bedürftigkeit in Teuerungszuschüssen vorläufig fortleben. Über die Höhe der Sätze müßte man sich dann noch verständigen.

Meine Damen und Herren! So sehr uns die Wünsche der Kriegsbeschädigten am Herzen liegen, und so sehr wir sie anerkennen, können wir uns doch nicht der Schwere der Tatsachen verschließen, die einer schnellen und vollen Erfüllung dieser Wünsche entgegenstehen. Deshalb sind wir bereit, mit der Regierung praktische Arbeit für die Gegenwart zu leisten. Wir müssen aber gleichzeitig zum Ausdruck bringen, daß wir an eine Reform des Versorgungsgesetzes herantreten wollen, die sich dem in der Praxis bekanntgewordenen Erfahrungen nicht verschließt. Wenn das, was wir nach der Richtung glauben fordern zu müssen, erfüllt wird, dann besteht wohl die Wahrscheinlichkeit, die jetzt im Etat vorgesehenen Mittel weiter erhöhen zu müssen. Aber ich möchte an die Regierung doch die dringende Bitte richten, angesichts des Gesamtetats nicht davor zurückzuschrecken, schließlich noch ein paar Milliarden darauf zu geben, um wenigstens das erfüllen zu können,

(Thiel, Interpellant.)

(A) was unter Berücksichtigung aller gegebenen Verhältnisse den Kriegsopfern als billiges Kompromiß empfohlen werden kann.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir werden natürlich jederzeit bereit sein, uns über die Frage der Beschaffung dieser Mittel zu unterhalten, wie das ja auch aus unserer Interpellation deutlich ersichtlich geworden sein dürfte. Wir sind der Auffassung, daß in dieser Frage unter allen Umständen davon abgesehen werden muß, schematisch einen **Vergleich zwischen den Unfallverletzten** und den sonstigen Sozialrentnern und den **Rentenempfängern aus dem Versorgungsgesetz** zu ziehen. Wir glauben, daß es ein großer Unterschied ist, ob jemand eine Beschädigung, eine Verminderung seiner Arbeitskraft in der beruflichen Ausübung, in der Fürsorge für seinen und seiner Familie Unterhalt erfährt, oder ob jemand, dem Rufe des Vaterlandes folgend, draußen im Felde ohne Rücksicht auf Weib und Kind und Eltern, ohne Rücksicht auf seine eigene Zukunft dem Feinde die Brust darbietet und damit sein Höchstes und Bestes für die Zukunft seines Vaterlandes gibt.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn wir nicht in der Lage sind, allen Notleidenden eine weitgehende Versorgung angedeihen zu lassen, dann muß man sich doch stets der Pflichten bewußt bleiben, die man damit übernommen hat, daß man den hinausziehenden Kriegern sagte: „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß."

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Ich will meine Betrachtungen über diese Dinge mit einer Erinnerung schließen, von der ich annehme, daß sie nicht mein persönliches Erlebnis allein ist, sondern daß jeder unter Ihnen ähnliche Erlebnisse gehabt hat. Vor etwa sieben (B) Jahren war es, als in einem Schützengraben in der Champagne im Kreise vertrauter Infanteristen einmal die Sprache darauf kam, ob man es verantworten könne, sich als Freiwilliger zu Patrouillen usw. zu melden, wenn man verheiratet sei und für eine Familie zu sorgen habe. Der eine vertrat den Standpunkt: „Das darf man nicht tun; denn wer weiß, wie es einem daheim ergeht, wenn man bei einer solchen Gelegenheit verwundet wird? Die Versprechungen der Fürsorge und Versorgung werden jetzt gegeben; ob man sie hält, ist eine andere Frage." Ein anderer stellte sich auf den Standpunkt: „Zunächst ist diese Frage für mich nicht entscheidend; wohl aber vertraue ich darauf, daß es niemals ein deutsches Volk und einen deutschen Reichstag geben wird, die nicht die sittliche Pflicht in sich fühlen, solange noch irgendwie die Möglichkeit besteht, für diejenigen zu sorgen, die unter Preisgabe ihres Körpers und Lebens ohne Rücksicht auf ihre Familie ihrem Vaterlande in seiner Not gedient haben. Der Kamerad, der diesen Standpunkt vertrat, wurde bald ein Opfer seiner vaterländischen Gesinnung. Er ist so versehrt, daß er nur noch sehr wenig Lebensfreude hat. Er ist heute auf Unterstützung aus Freundeskreisen angewiesen, weil seine Rente nicht ausreicht und weil auch das, was er nebenher verdienen kann, nicht entfernt ausreicht, um ihm einigermaßen seine Lebensfreude wiederzugeben und seine Familie so zu versorgen, wie es den bescheidensten Forderungen entspräche. So kann es keinesfalls weiter gehen! So sehr wir uns auch in der Verwendung der verfügbaren Reichsmittel beschränken müssen, so möchte ich doch wünschen, daß im Sinne meiner Vorschläge entschieden wird, selbst dann, wenn wir vor dem Lande die Verantwortung dafür übernehmen müssen, daß wir den Etat noch um ein paar Milliarden erhöhen.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

(C) Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meier (Zwickau).

Meier (Zwickau), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Thiel hat sich im wesentlichen mit dem dem 19. Ausschuß vorgelegten Gesetzentwurf beschäftigt. Ich bin nun der Meinung, daß dieser Gesetzentwurf dem Reichstag noch genügend Gelegenheit zur Stellungnahme geben wird. Ich gebe dem Herrn Kollegen Thiel darin recht, daß die Interpellation schon vor ziemlich langer Zeit eingebracht ist, daß sich inzwischen die Verhältnisse in einzelnen Punkten wesentlich geändert haben und daß er deshalb den Inhalt seiner Interpellation eigentlich nicht mehr in dem von ihm gedachten Sinne vortragen konnte. Ich hätte auch nicht die Absicht gehabt, auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Thiel hin zur Sache zu reden, wenn es uns nicht darauf ankäme, hier zu dem Kap. 7, zum gesamten Versorgungswesen, Stellung zu nehmen. Im einzelnen werde ich noch ein Wort zu der Interpellation der Herren Thiel, Becker und Genossen sagen.

Der Hauptausschuß hat auf Drucksache 4181 zu Kap. 7 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben eine Entschließung vorgeschlagen, die lautet:

> Der Reichstag erwartet, daß die **Umanerkennungsarbeiten** nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 in diesem Rechnungsjahr beendet werden usw. usw.

Wir begrüßen diese Entschließung, die der Reichstag hoffentlich einmütig annehmen wird. Wir haben fortgesetzt darauf hingedrängt, daß die Beschleunigung der Umanerkennung durchgeführt wird, und wir werden immer wieder darauf hinweisen, daß sich gerade in den Kreisen der Kriegsopfer eine große Unzufriedenheit über den langsamen Gang der Umanerkennungsarbeiten eingenistet hat. Nach meiner Meinung richtet sich die große (D) Unzufriedenheit in den Kreisen der Kriegsopfer weniger gegen das Gesetz an sich, wenn dasselbe auch durchaus verbesserungsbedürftig ist, sondern vor allem dagegen, daß große Kreise der Kriegsopfer heute immer noch nicht wissen, welche Renten sie nach dem vor zwei Jahren verabschiedeten Gesetz eigentlich zu erhalten haben.

Wenn ich gesagt habe, daß wir die Entschließung des Hauptausschusses begrüßten, so ist damit freilich nicht gesagt, daß die Umanerkennungen im Jahre 1922 auch wirklich durchgeführt werden. Ich würde mich ja freuen, wenn ich durch den Gang der Dinge eines Besseren belehrt würde, wenn es wirklich möglich wäre, die Umanerkennungen im Jahre 1922 durchzuführen. Vorgestern hat der Herr Minister in seiner Rede gesagt, die Umanerkennung befinde sich erfreulicherweise in raschem Fortschritt; während im Juli 1921 monatlich 28 000 Feststellungsbescheide für Kriegsbeschädigte und 63 000 Bescheide für Hinterbliebene ergangen seien, betrügen die entsprechenden Zahlen für den Monat Februar 86 000 für Beschädigte und 89 000 für Hinterbliebene; für den Monat März seien die Zahlen 97 000 Beschädigte und 113 000 Hinterbliebene. Ich gebe dem Herrn Minister zu, daß die Zahlen gegenüber denen des Vorjahres erfreulicherweise eine wesentliche Steigerung aufweisen, und daß man angesichts dieser Zahlen die schwache Hoffnung haben kann, daß die Umanerkennungen allmählich ihrem Ende entgegengeführt werden.

Aber an sich lassen die Zahlen, die uns der Herr Minister vorgetragen hat, nicht ganz klar erkennen, in welchem Zahlenverhältnis insgesamt die Umanerkennungen erfolgt sind. Nach den mir zur Verfügung stehenden Zahlen, die ich schon einmal vor wenigen Wochen an anderer Stelle veröffentlicht habe, haben wir insgesamt mit 1 465 332 Kriegsbeschädigten

(Meier [Zwickau], Abgeordneter.)

und rund 2 417 000 Hinterbliebenen zu rechnen. Dazu kommen etwa noch 600 000 andere Versorgungsberechtigte. Hinzu kommt noch jener Personenkreis, der durch die Annahme des Altrentnergesetzes vom vorigen Jahr dem Gesetz unterstellt ist. Nach dem Stande vom Dezember 1921 waren von diesen 1 465 332 Beschädigten umanerkannt 503 134, von den 2 417 000 Hinterbliebenen waren genau 1 257 854 vorläufig umanerkannt oder ganz umanerkannt. Die Sache stand also am 31. Dezember so, daß etwa ein Drittel der Beschädigten und etwa die Hälfte der Hinterbliebenen teilweise oder ganz umanerkannt waren.

Ich wäre dem Ministerium, um einen ungefähren Maßstab anlegen zu können, außerordentlich dankbar, wenn es bereit wäre, uns die Zahlen zu nennen, wie die Umanerkennungen insgesamt am 1. April dieses Jahres gestanden haben. Aus diesen Zahlen könnte man sich ein Bild machen, und dann, glaube ich, könnte man auch ermessen, ob es wirklich möglich ist, die Umanerkennung, die wir alle dringend wünschen, in diesem Jahre durchzuführen. Wenn alle Anstrengungen gemacht werden, wenn alle Kräfte angespannt werden, so müßte es möglich sein.

Diese Klarstellung erscheint aber auch notwendig im Interesse der Öffentlichkeit, die natürlich von ganz falschen Voraussetzungen ausgehend diese Dinge auffaßt. Aus dieser Zeitungsnotiz vom 20. April dieses Jahres ersehe ich, daß zum Beispiel der Einheitsverband der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen in Leipzig darauf hinweist, daß bei der außerordentlich komplizierten Art dieser Umanerkennung etwa noch mindestens fünf bis sechs Jahre vergehen würden. Nach meiner Kenntnis der Dinge ist das stark übertrieben. Aber solche Darstellungen, die natürlich in der Öffentlichkeit beachtet werden, müssen naturgemäß in überaus starkem Maße erbitternd auf die Kriegsopfer einwirken, auf jene Kreise, die schon seit Jahren auf die Umanerkennung ihrer Renten warten.

Ich meine, die größtmöglichste Beschleunigung ist auch deshalb geboten, weil auch, wie das Arbeitsministerium ja im Ausschuß anerkannt hat, das Gesetz vom 12. Mai 1920 selbst einer Änderung unterzogen werden muß und man doch schließlich mit aller Beschleunigung an diese Änderung des Gesetzes herangehen muß, wenn erst einmal die Umanerkennung durchgeführt ist.

Aus diesen Gründen wird natürlich auch die notwendige Änderung des Gesetzes immer beeinflußt von der eben noch nicht restlos erfolgten Umanerkennung. Die **Rentensätze**, die im Jahre 1920 festgesetzt sind, entsprechen naturgemäß heute nicht mehr den Verhältnissen. Als im Jahre 1920 das Reichsversorgungsgesetz gemacht worden ist, waren andere Geldverhältnisse als heute. Aber nicht nur die bei der Geldentwertung nicht mehr zureichenden Rentensätze des Gesetzes von 1920, sondern vor allen Dingen auch die sich aus der Praxis ergebenden Härten und Mängel müssen alsbald einer Revision unterzogen werden.

Die Regierung hat die herrschende Teuerung dadurch zu beheben versucht, daß sie an einen Teil der **Kriegsopfer Teuerungszuschüsse** gezahlt hat. Diese Teuerungszuschüsse haben lebhaften Unwillen bei einem Teil der Kriegsbeschädigten ausgelöst, weil man nur an einen Teil, vor allen Dingen an die erwerbsunfähigen, diese Teuerungszuschüsse gezahlt hat. Jetzt sollen nun die Teuerungszulagen gesetzlich geregelt werden, die bisherigen Verwaltungsmaßnahmen sollen aufgehoben und die Dinge in gesetzliche Formen gegossen werden.

Die Verhandlungen werden ja in den nächsten Tagen im 19. Ausschuß eine Rolle spielen. Ich werde es mir deshalb versagen, an dieser Stelle näher darauf einzugehen. Ich will nur, weil der Herr Kollege Thiel bereits darauf eingegangen ist, das eine sagen:

Es wird sich zunächst im Ausschuß um die grundsätzliche Frage handeln — und darüber wird die Entscheidung zunächst gefällt werden müssen —, ob man dem einmütigen Verlangen der Kriegsopfer entsprechen kann, die eine generelle Erhöhung der Rentensätze verlangen, oder ob man eben den Weg beschreitet, den die Regierung uns mit der Vorlage gezeigt hat. Die Entscheidung wird hier zunächst fallen, bevor weitere Arbeiten erfolgen können. Aber es wird ja, wenn der Bericht des 19. Ausschusses ans Plenum zurückkommt, ausreichend Gelegenheit sein, darüber zu reden.

Dann ein Wort zu der Interpellation der Herren Abgeordneten Thiel und Genossen. Das, was der Herr Kollege Thiel in der Interpellation vom 23. Februar dieses Jahres sagt, daß die den Kriegsopfern zustehenden Renten völlig unzureichend sind, zumal bei der Teuerung, ist bekannt, und darüber sind wir uns wohl alle einig. Deshalb hat ja auch der Ausschuß und haben auch die einzelnen Fraktionen dauernd darauf gedrängt, daß hier eine Besserung eintritt.

Wenn Herr Kollege Thiel in der Interpellation fragt, ob die Regierung bereit sei, bei den kommenden Beratungen über die Schaffung neuer Einnahmequellen für die Reichskasse auch auf die durch die Verbesserung dieser Versorgung entstehenden Mehrausgaben Rücksicht zu nehmen, so will ich ihm sagen, daß meine politischen Freunde durchaus in der **Versorgung der Kriegsopfer** mit ihm so weit zu gehen bereit sind, wie das möglich ist, daß aber gleichzeitig auch für die **Deckung** gesorgt werden muß. Wir werden dann beantragen, daß für die Ausgaben Zuschläge zur Einkommensteuer erhoben werden, daß eine Abgabe von allen über 100 000 Mark betragenden Vermögen erhoben wird.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir hoffen, daß sich dann die Deutsche Volkspartei an unsere Seite stellen wird, damit wir die für die Milderung der Kriegsopfer erforderlichen Mittel erhalten. Der Herr Kollege Thiel hat durchaus recht, wenn er es als selbstverständliche Pflicht des deutschen Volkes bezeichnet, solange die anderen Schichten verhältnismäßig günstig leben können, auch diejenigen so zu unterstützen, daß sie leben können, die draußen im Felde ihre Gesundheit und ihre Glieder hingegeben haben, wie auch die, die ihren Ernährer oder Erzieher verloren haben. Bisher haben wir eigentlich eine restlose Unterstützung in dieser Beziehung von jener Seite nicht buchen können.

In dem Zusammenhange mit der Tätigkeit des 19. Ausschusses möchte ich ein Wort zu dem Antrage sagen, den der Herr Kollege Berthelé gestellt hat. Er hat beantragt, in Kap. 5 Tit. 4 und 6 die Summe von zusammen 6 717 348 000 Mark auf zusammen 20 152 044 000 Mark zu erhöhen. Das wäre ein sehr einfaches Verfahren, wenn das so ohne weiteres möglich wäre. Das wäre eine Verdreifachung oder, wenn man noch die vom Hauptausschuß kürzlich beschlossenen 5 Milliarden hinzufügt, eine Verdoppelung der für die gesamten Versorgungsgebührnisse zu zahlenden Beträge. Aber man muß doch berücksichtigen, daß im Augenblick der Gesetzentwurf dem 19. Ausschuß vorliegt. Die Annahme dieses Antrags würde bedeuten, daß wir dieser Arbeit vorgreifen, daß wir sie unterbinden, daß der Reichstag auf einen Beschluß festgelegt wird, bevor noch über die Einzelheiten geredet ist. Deshalb sind wir nicht imstande, für diesen Antrag zu stimmen. Es kommt auch gar nicht darauf an; denn wenn die jetzt im Etat vorgesehene Summe nicht ausreichen sollte, wird eben die fehlende Summe im Nachtragsetat angefordert

(**Meier** [Zwickau], Abgeordneter.)

(A) werden müssen, sobald der Reichstag eine Erhöhung der Sätze auf generellem Wege oder auf dem Wege der Fürsorge beschließt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Noch ein Wort über die Entschließung Nr. 4312! Das ist im wesentlichen eine Wiedergabe dessen, was der 19. Ausschuß schon wiederholt gefordert hat, und deshalb schlage ich vor, daß wir diese Entschließung dem 19. Ausschuß als Material überweisen, der ja dann bei der Verabschiedung der Gesetzesvorlage eine ähnliche Entschließung fassen kann.

Überaus bedauern muß ich es, daß in sehr vielen Fällen die **Teuerungszulagen**, die nach § 87 des Versorgungsgesetzes zunächst 25 Prozent der Gebührnisse betrugen, im Februar 1921 aber auf 35 Prozent erhöht worden sind, leider noch nicht immer voll zur **Auszahlung** gelangen. Bei einer Reihe von Kriegsopfern, selbst bei einer Reihe von Umanerkennungen werden die Rentensätze immer noch nach der Teuerungszulage von 25 Prozent bemessen. Hier müßte doch das Arbeitsministerium unter allen Umständen zu erreichen suchen, daß zunächst einmal die vom Jahre 1920 beschlossene Teuerungszulage von 35 Prozent zur Auszahlung kommt.

Und in diesem Zusammenhang noch ein anderes. Bei der im Frühjahr dieses Jahres erfolgten Regelung der Ortsklasseneinteilung hat naturgemäß diese Neuregelung auch eine kleine Erhöhung der Rentenbezüge für die Kriegsopfer mit sich gebracht, wenn einzelne Orte zum Beispiel aus der Ortsklasse C nach B, aus B nach A usw. versetzt worden sind. Aber auch hier müssen wir leider die Feststellung machen, daß die erhöhten **Bezüge nach der neuen Ortsklasseneinteilung** zwar für die Beamten ausgezahlt werden, daß aber für die Kriegsopfer diese Auszahlung in den weitaus (B) meisten Fällen bisher unterblieben ist. Bei dieser Tatsache kann man es durchaus verstehen, wenn in den Kreisen dieser Kriegsopfer das Gefühl erweckt wird, als ob das Arbeitsministerium oder als ob etwa der Reichstag in bezug auf Beamte und Kriegsopfer einen Unterschied machten, als ob man nicht gewillt sei, die Kriegsopfer in dem gleichen Maße wie die Beamten zu behandeln. Ich möchte bitten, daß das Arbeitsministerium darauf hinwirkt, daß die Auszahlungen der erhöhten Ortsklassenzuschläge endlich erfolgen.

Ich darf dem Reichsarbeitsministerium noch eine Bitte unterbreiten, die dahin geht, darauf Bedacht zu nehmen, daß eine weitere Anhäufung der beim **Reichsversorgungsgericht** schwebenden **Rekurse** nicht erfolgt, daß die Rekurse dort möglichst schnell erledigt werden. Denn auch diese Dinge haben natürlich zu ungeheurer Unzufriedenheit geführt. Einmal warten die Kriegsbeschädigten seit dem Jahre 1920, zum Teil schon länger, auf die Renten, und wenn sie dann gegen die ihnen unzulänglich erscheinende Rente Rekurs erheben, liegen die Rekurse überaus lange beim Reichsversorgungsgericht. Wir haben uns über diese Frage eingehend unterhalten. Ich will heute auch nicht noch einmal Bezug nehmen auf die Zahl dieser Rekurse, die vor einigen Monaten 16- bis 18 000 betrug, aber ich wette, daß die Zahl heute nicht geringer, sondern größer ist.

Der 19. Ausschuß hat im November, als er zu einer Reihe von Petitionen sämtlicher Kriegsopferverbände Stellung nahm, die sich damals auf die Teuerung bezogen, sich unter anderem auch mit einer Petition beschäftigt und diese der Regierung zur Erwägung überwiesen, die die **Witwen** betrifft, **die sich vor dem 1. April 1920 wieder verheiratet haben.** Es ist bekannt, daß das Reichsversorgungsgericht nach der (C) Seite hin einen Unterschied macht zwischen den Witwen, die vor dem 1. April 1920, und denen, die nach dem 1. April 1920 wieder geheiratet haben. Das hat natürlich in einzelnen Fällen zu zweifellos großen Härten geführt, und man kann ohne weiteres zugeben, daß eine große Berechtigung in dieser darüber zum Ausdruck gekommenen Unzufriedenheit liegt. Mir sind Fälle bekannt, wo zum Beispiel Ende März 1920 eine Witwe wieder geheiratet hat, die eine andere Abfindung bekommen hat als die Witwe, die sich Anfang April, also wenige Tage später, verheiratet hat. Ich gebe zu, daß die Abfindung im Jahre 1920, an der Geldentwertung gemessen, nicht die gleiche war wie in der Folgezeit. Aber es müßte doch eine Möglichkeit bestehen, diesem Verlangen, dem zweifellos eine Berechtigung nicht abzusprechen ist, in irgendeiner Form entgegenzukommen. Wir haben die Sache damals der Regierung zur Erwägung überwiesen, und wir hoffen, daß das Reichsarbeitsministerium diese Petition wohlwollend prüft und möglichst schnell diesbezügliche Maßnahmen ergreift. Ich weiß nicht, wieweit die Dinge gediehen sind. Vielleicht kann das Arbeitsministerium heute schon Auskunft darüber geben.

Was den Erlaß der **Ausführungsverordnung zum § 7 des Reichsversorgungsgesetzes** betrifft, so hat der Herr Minister vor einigen Monaten auf eine Anfrage geantwortet, daß die Sache dem Reichsrat vorläge. Inzwischen ist sie ja auch dem Reichstag zugegangen, so daß man hoffen darf, daß die Verordnung bald erlassen wird.

Ebenso steht es mit den **Anstellungsgrundsätzen**, die die Regierung mit Zustimmung des Reichsrats zu erlassen hat. Auch hier ist das Arbeitsministerium vor einiger Zeit befragt worden, und der Herr Minister hat am 14. Januar folgende Auskunft gegeben: (D)

> Die Vorschläge für die Grundsätze konnten daher erst nach Verabschiedung des Wehrmachtversorgungsgesetzes vom Reichsministerium des Innern, das in der Sache federführend ist, den Regierungen der Länder zur Stellungnahme vorgelegt werden. Die abschließenden Verhandlungen mit den Regierungen der Länder haben bereits am 10. Januar 1922 stattgefunden. Um eine Benachteiligung der Schwerbeschädigten durch das späte Erscheinen der neuen Anstellungsgrundsätze zu vermeiden, habe ich die Möglichkeit der Ausstellung eines vorläufigen Ausweises für den Inhaber eines Beamtenscheines durch Erlaß vom 12. November 1921 festgesetzt.

Ich möchte die Bitte aussprechen, daß das Ministerium nun sobald wie möglich die Verordnung über diese Grundsätze erläßt.

Wir dürfen auch erwarten, daß die Regierung die längst angekündigte **Novelle zum Schwerbeschädigtengesetz** bald vorlegt. Anderenfalls müßte, wie das schon wiederholt geschehen ist, für eine Verlängerung des Gesetzes Sorge getragen werden, da es ja auf wenige Monate befristet ist.

Die im Ausschuß wiederholt erwähnte Novelle über die **Ruhensvorschriften**, über die sogenannten Kürzungsbestimmungen der §§ 63, 64 usw. ist jetzt dem sozialen Ausschuß überwiesen, nachdem sich der Reichsrat mit der Sache beschäftigt und an der Vorlage wesentliche Änderungen vorgenommen hat. Ich will bei dieser Gelegenheit nur auf einzelnes hinweisen. Die Reichsregierung hat im Ausschuß wiederholt die Erklärung abgegeben, daß die Novelle zu den Ruhensbestimmungen vorher mit den Organisationen der

(Meier [Zwickau], Abgeordneter.)

(A) Kriegsbeschädigten eingehend durchgesprochen werden solle. Aus einer Notiz, die am 25. April im „Vorwärts“ erschienen ist und die vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten ausging, ist zu ersehen, daß die Kriegsopfer eine scharfe Kritik an der Haltung des Arbeitsministeriums üben, weil sie nicht Gelegenheit hatten, sich mit dieser Novelle vorher eingehend zu beschäftigen. Ich möchte deshalb bitten, daß in ähnlichen Fällen künftig so vorgegangen wird, wie es die Regierung selbst früher in Aussicht gestellt hat. Die Novelle ist ja dem Ausschuß überwiesen gemäß § 103 des Gesetzes, und es ist dort Gelegenheit gegeben, in ausgiebiger Weise dazu Stellung zu nehmen. Ich nehme auch an, daß die Novelle nun möglichst beschleunigt wird.

Es ist nicht uninteressant, daß wir gerade in dieser Frage zwei überaus große Gegensätze feststellen müssen. Es ist nicht uninteressant, daß gerade bei den Kriegsopfern an der Ruhensbestimmung unbedingt festgehalten werden soll, während bei dem **Pensionskürzungsgesetz** die Dinge wesentlich anders beurteilt werden. Es ist uns nicht unbekannt, daß der Reichsrat dieses Gesetz abgelehnt hat. Im Hauptausschuß haben sich die bürgerlichen Parteien schärfstens gegen die Kürzung der oft sehr hohen Pensionen zum Teil sehr junger und arbeitsfähiger Pensionäre ausgesprochen.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

— Ich freue mich, mich einschränken zu können, und stelle fest, daß es nur die beiden Rechtsparteien gewesen sind, also auch die Partei des Herrn Kollegen Thiel. Sie haben alles versucht, dieses Gesetz für diese Leute möglichst günstig zu gestalten, während man bei den Kriegsopfern das Einkommen — bereits bei 7000 Mark im Jahre — einer Kürzung unterwarf und damit deren Arbeitseifer und Arbeitslust wesentlich beeinträchtigte. Das Pensionskürzungsgesetz wird ja dem Reichstag (B) bald vorgelegt — der Ausschußbericht liegt dem Hause vor —, so daß auch hier die Möglichkeit gegeben ist, auf die Dinge in entsprechender Weise zurückzukommen.

Zu Kapitel 8 hat der Hauptausschuß eine Entschließung vorgeschlagen, nach der die **Versorgungskrankenhäuser** schleunigst bis auf das unerläßlich notwendige Maß abzubauen und die zurzeit unerträglich hohe Zahl der Ärzte, Beamten, Pflege- und Hilfspersonen auf den bei anderen Krankenhäusern üblichen Stand herabzumindern sind. Wir haben dazu bereits im Hauptausschuß die Bitte ausgesprochen, daß bei solchen Entlassungen nicht so vorgegangen werden dürfe, daß dadurch Lazarettkranke, die leider immer noch da sind, geschädigt werden. Auch solle bei Verlegung der Kranken auf deren persönliche Wünsche möglichst Rücksicht genommen werden.

Des weiteren haben wir folgende Entschließung, die bereits dem Hauptausschuß vorgelegen hat, eingebracht:

> Der Reichstag wolle beschließen:
>
> die Reichsregierung zu ersuchen, in der Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 23. November 1921 die Ausführungen unter Ziffer 9, soweit sie die **Bevorzugung von Mutterhausschwestern** bei der Einstellung von Pflegepersonal betreffen, zu streichen.

Die Entschließung ist im Ausschuß abgelehnt worden. Meine Fraktionskollegin Frau Schuch hat bereits erklärt, daß wir an sich den Zwang zum Abbau der Versorgungshäuser anerkennen. Doch sollten hier an Stelle des Personals, das sich durch die Kriegsjahre hindurch redlich bewährt hat, nicht Mutterhausschwestern angestellt werden. Ich möchte vor allem auch die Deutsche Volkspartei bitten, ihre Stellung im Hauptausschuß heute zu ändern.

(C) Wir haben bereits im Hauptausschuß auf einen Geheimerlaß des Hauptversorgungsamtes Breslau Bezug genommen, der folgendes besagt:

> Als Pflegepersonal sollen nach Möglichkeit Schwestern verwendet werden, und zwar, wo irgend angängig, Mutterhausschwestern.
>
> (Hört! Hört! links.)
>
> Die Verträge sind mit dem Mutterhaus abzuschließen, nicht mit den von ihm abgeordneten Schwestern .... Das Pflegepersonal kann nicht an den Achtstundentag gebunden werden, für dasselbe ist längere Arbeitszeit geboten ....
>
> (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Aus diesem Geheimerlaß des Versorgungsamtes Breslau geht hervor, daß man durch die Einstellung von Mutterhausschwestern die Verhandlungen mit den Tarifgemeinschaften illusorisch machen und Personal einstellen will, das die achtstündige Arbeitszeit durchbricht und billiger zu arbeiten gewillt ist als das auf Tarifvertrag angestellte Personal. Deshalb wenden wir uns gegen diese Bevorzugung und bitten Sie, der Aufhebung der Ziffer 9 in dem Erlaß vom 30. November 1921 zuzustimmen.

Es ist nicht uninteressant, daß mit der Entschließung im Hauptausschuß eine Petition verbunden war, die durch die Ablehnung der Entschließung selbst hinfällig geworden ist, nicht uninteressant deshalb, weil diese Petition auch ein Mitglied der Deutschen Volkspartei, der Herr Abgeordnete Streiter, unterzeichnet hatte. Diese Petition wurde am 6. Februar 1922 von der Reichssektion „Gesundheitswesen“ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter für den deutschen Verband für die berufliche Kranken- und Wohlfahrtspflege eingereicht und ist unterzeichnet: Georg Streiter, Mitglied des Reichstages.

(D) (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Kollege Streiter war allerdings nicht im Hauptausschuß anwesend. Ich nehme aber nicht an, daß er absichtlich dort gefehlt hat. Seine Parteifreunde, die wir auf die von ihm eingereichte Petition aufmerksam gemacht haben, haben sich daran allerdings nicht gekehrt und die Entschließung mit der Petition niedergestimmt.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Mit Zustimmung des Herrn Präsidenten will ich Ihnen eine Stelle aus dieser Petition vortragen:

> Inzwischen hat eine wesentliche Einschränkung der Versorgungskrankenhäuser und eine Verminderung des Krankenpflegepersonals stattgefunden. Da für die Weiterbeschäftigung des Pflegepersonals weniger auf die sozialen Verhältnisse wie auf die besondere Eignung zum Krankenpflegedienst Rücksicht genommen wurde, sind alle Personen, die nur unter der Not der Verhältnisse eingestellt und für den Pflegedienst dauernd nicht tauglich waren, längst abgestoßen worden, und die heute noch in den Versorgungskrankenhäusern tätigen Krankenpfleger und -pflegerinnen müssen als besonders wertvolle Kräfte im Krankenpflegedienst bezeichnet werden. Wenn diese Kräfte heute entlassen und an ihrer Stelle Mutterhausschwestern verwandt werden sollen, so kann dafür nicht deren mindere Eignung zur Krankenpflege maßgebend sein, sondern es müssen andere als in dem angezogenen Schreiben dargelegte Gründe vorliegen.

Obwohl diese Petition so durchschlagende Gründe vorträgt, die sich auch der Herr Kollege Streiter zu eigen gemacht hat, hat sich seine Fraktion dadurch nicht binden lassen, sondern die Petition mit der Entschließung ab-

(**Meier** [Zwickau], Abgeordneter.)

(A) gelehnt. Wir haben diese Entschließung wieder eingebracht, und so hat die Deutsche Volkspartei Gelegenheit, zu überlegen, ob sie ihre Stellung im Hauptausschuß beibehalten oder ändern will.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Ich habe schon eingangs meiner Ausführungen gesagt, was zu dem Teil, den der Herr Kollege Thiel so ausgiebig behandelt hat, zu sagen ist. Darüber wird auch im 19. Ausschuß und später hier im Plenum zu reden sein. Zusammenfassend möchte ich bemerken, daß ich mich der Hoffnung hingebe, daß das Arbeitsministerium alles tun wird, was in das ganze Versorgungswesen hineingehört, damit das Reichsversorgungsgesetz zu einem wirklichen sozialen Fürsorgegesetz wird und im sozialsten Sinne des Wortes durchgeführt werden kann. So rufe ich dem Reichsarbeitsministerium zu: möge es sich dessen immer bewußt sein, daß das deutsche Volk die Pflicht hat, die Kriegsbeschädigten, die ihre Glieder, ihre Gesundheit eingebüßt haben, und die Hinterbliebenen, die den Ernährer, den Erzieher, die ihr Alles hingegeben haben, vor der größten Not geschützt werden. Erst wenn nach dieser Seite Einigkeit vorhanden ist und alles getan wird, was billigerweise verlangt werden kann, wird das deutsche Volk eine unabweisliche große sittliche Pflicht erfüllt haben.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Andre.

Andre, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Pflicht, für die Opfer des Krieges, und zwar sowohl für die **Kriegsbeschädigten** wie für die **Kriegerhinterbliebenen** zu sorgen, ist eine Sache des ganzen deutschen Volkes. Das darf keine Parteifrage sein, (B) sondern alle Kreise des Volkes müssen daran mitarbeiten, die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen so zu stellen, daß sie nicht unter drückenden Existenzsorgen zu leiden haben.

Von der Regierung ist uns der Entwurf eines Gesetzes über **Teuerungsmaßnahmen für Militärrentner** zugegangen, das sich neben den nach den Reichsversorgungsgesetzen zu versorgenden Personen insbesondere auch an die Altrentner und an die nach den Militärversorgungsgesetzen versorgten Personenkreise wendet. Ich beabsichtige nicht, diesen Entwurf eingehend zu besprechen. Aber die Frage muß doch aufgeworfen werden, ob es richtig ist, daß mit diesem Entwurf vollkommen neue Wege der Gesetzgebung in der Versorgung der Kriegsopfer gegangen werden sollen.

§ 87 des Reichsversorgungsgesetzes vom 12. Mai 1920 besagt in seinem ersten Satz:

„Zur Anpassung an die Veränderungen der allgemeinen Wirtschaftslage ist eine veränderliche Teuerungszulage zu den nach diesem Gesetz zu zahlenden Gebührnissen mit Ausnahme des Krankengeldes zu gewähren."

Bei Schaffung dieser Bestimmung gingen wir davon aus, daß je nach der Verteuerung oder der Verbilligung der allgemeinen Lebensverhältnisse dieser bewegliche Faktor des Reichsversorgungsgesetzes eben dazu benutzt werden sollte, eine Anpassung der Bezüge an die jeweiligen Verhältnisse vorzunehmen, und in den Ausführungsbestimmungen zu diesem Paragraphen stellte sich die Regierung auf den gleichen Standpunkt. Der jetzige Entwurf sieht nun vor, daß Kriegsbeschädigte bis 50 Prozent Rente durch die neue Teuerungsaktion nicht erfaßt werden sollen. Weiterhin würden die erwerbsfähigen Witwen, die vielfach einem Erwerb nicht nachgehen können, aber im Sinne des Gesetzes als erwerbsfähig anzusehen sind, gleichfalls von der (C) Teuerungsaktion ausgeschlossen sein, wobei zu beachten ist, daß manche dieser Kreise in heutiger Zeit außerordentlich übel daran sind. Auf die Höhe der Sätze, die hier im einzelnen vorgeschlagen sind, gehe ich nicht ein; das ist Ausschußarbeit.

Anders aber ist noch § 4 zu bewerten, der ebenfalls einen neuen Begriff in die ganze Militärversorgung hineinträgt. Hier wird eine weitere Kürzungsbestimmung geschaffen, nach welcher die **Teuerungszuschüsse mit den Höchstsätzen der Erwerbslosenunterstützung in Verbindung gebracht** werden. Es soll also die Gewährung von Teuerungszulagen davon abhängig gemacht werden, ob und inwieweit das Gesamteinkommen eines Kriegsbeschädigten oder einer kriegshinterbliebenen Person die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung übersteigt. Nach meiner Auffassung gehört dieser wesensfremde Begriff nicht in dieses Gesetz hinein; denn wir haben schon in den §§ 63 und 64 des Reichsversorgungsgesetzes diejenigen Bestimmungen, die regulierend auf die Rentenfestsetzung einwirken, indem sie den Verwaltungsbehörden, den Hauptversorgungsämtern die Möglichkeit bieten, die notwendigen Rentenkürzungen vorzunehmen, wenn eine entsprechende Bezahlung der Kriegsbeschädigten vorliegt. Ich sehe nicht ein, daß hier eine zweite Kürzungsbestimmung in die ganzen Militär- und Hinterbliebenenversorgungsangelegenheiten hineingebracht werden soll.

Wenn ich gerade von den **Kürzungen der §§ 63 und 64** gesprochen habe, so möchte ich nur im Interesse der Wahrheit feststellen, daß die Sachdarstellung, wie sie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hinsichtlich des Zustandekommens dieser Paragraphen in seinem Organ gegeben hat, nicht richtig ist. Danach soll ich es im Kriegsbeschädigtenausschuß gewesen sein, dem vor allem diese Bestimmungen zu (D) danken seien. Ich möchte nur feststellen, daß diese Bestimmungen schon im Regierungsentwurf enthalten waren und ich es gerade seinerzeit bei der Beratung des Reichsversorgungsgesetzes gewesen bin, der zweimal die Frage gründlich aufgeworfen hat, ob diese Kürzungsbestimmungen im Gesetz bleiben sollen und ob sie insbesondere nicht mehr Verwaltungskosten verursachen, als was praktisch bei der Kürzung der einzelnen Renten herauskommt.

Hinsichtlich der vom Herrn Kollegen Meier besprochenen Frage stehe ich, soweit es sich um die Höhe der Versorgungssätze, der Umanerkennung, der Tätigkeit der Versorgungsämter handelt, auf dem gleichen Standpunkt. Ich brauche deshalb im Interesse der Zeitersparnis nicht näher hierauf einzugehen. Bezüglich der **Umanerkennungen** möchte ich nur noch aussprechen, daß die Leistungen der Hauptversorgungsämter wie der Versorgungsbehörden überhaupt außerordentlich verschieden sind, daß wir Hauptversorgungsämter haben — zum Beispiel das Hauptversorgungsamt Stuttgart, das gut arbeitet — und dann wieder Hauptversorgungsämter, wo die Umanerkennungsarbeiten einfach nicht vorwärts kommen. Ich habe schon gehört, daß Angestellte dieser Versorgungsämter befürchten, daß sie, wenn sie all zu rasch die Umanerkennungsarbeiten erledigen, beschäftigungslos werden könnten. Nach meiner Überzeugung muß es Aufgabe des Arbeitsministeriums sein, mit allem Nachdruck darauf zu dringen, daß die große Zahl der bei den Hauptversorgungs- und den Versorgungsämtern beschäftigten Personen richtig beschäftigt und daß nützliche Arbeit geleistet wird. Es ist das nicht nur eine Frage dieser Angestelltenkreise, ob und inwieweit sie Verwendung finden, sondern vor allem eine Frage der Kriegsbeschädigten selbst, die schon zum Teil seit Monaten, ja

(**Andre**, Abgeordneter.)

(A) seit jetzt zwei Jahren auf die Anerkennung ihrer Renten warten müssen.

Hinsichtlich der **Versorgungslazarette** ist ohne weiteres anzuerkennen, daß in ihrem **Abbau** unter schwierigen Verhältnissen vom Arbeitsministerium tüchtige, nützliche Arbeit geleistet worden ist. Ich habe aber doch den Eindruck, daß heute noch in diesen Versorgungslazaretten entschieden zu viel Personal vorhanden ist, von den Ärzten angefangen bis hinunter zum Pflegepersonal. Wenn wir Lazarette haben, wo das gesamte Personal so stark oder beinahe so stark ist wie die Zahl der Kranken, die in diesem Lazarett untergebracht sind, liegen offensichtlich Mißstände vor. Aufgabe der Regierung muß es sein, hier für eine Gesundung der Verhältnisse einzutreten. Das kann geschehen, ohne daß den Lazarettinsassen irgendwelche Nachteile daraus erwachsen.

Hinsichtlich der Fragen, die zuletzt von Kollegen Meier (Zwickau) behandelt worden sind, ob und inwieweit die **Mutterhausschwestern** bei der Einstellung von Pflegepersonal berücksichtigt werden sollen, bin ich nicht in der Lage, mich für den Antrag Müller (Franken) und Genossen auf Nr. 4277 aussprechen zu können. Wenn wir dafür eintreten, daß in erster Linie Mutterhausschwestern in den Lazaretten verwendet werden, so leitet uns dabei vor allem der Gesichtspunkt, daß in der Verwendung der Mutterhausschwestern die beste Gewähr für eine gute, liebevolle und sachgemäße Behandlung der schwerkranken Krieger gegeben ist. Ich will damit nicht sagen, daß das andere Personal nicht auch gewillt und bereit ist, seinen Dienst richtig auszuüben. Vorhin ist auf den **Achtstundentag im Krankenhausbetrieb** hingewiesen worden. Zweifellos ist es richtig, daß ein so häufiger Wechsel des Personals in den Krankenhäusern, insbesondere wenn es sich um schwer-

(B) kranke Personen, vielfach um Leute handelt, die schon mehrere Jahre in diesen Lazaretten mit Rückenmarksleiden oder Lungenleiden oder allen möglichen inneren Krankheiten liegen, nicht erwünscht ist. Diese Leute brauchen ein mit allen Krankheitssymptomen gut vertrautes Personal. Daß hier ein täglich sich dreimal vollziehender Wärterwechsel nicht im Interesse dieser erkrankten Personen liegt, steht außer Zweifel.

Dazu kommt die Frage, ob dasjenige Personal, das aus Liebe zur Sache den Krankenpflegeberuf ergriffen hat und seine Lebensaufgabe darin erblickt, den Kranken beizustehen, durch Leute ersetzt werden kann, die nur gegen Lohn und Gehalt diese Krankendienste leisten. Ich glaube, daß die seither gemachten Erfahrungen auch für die zukünftige Verwendung von Mutterhausschwestern sprechen. Die Mitteilungen der Regierung im Hauptausschuß bestätigen meine Auffassung. Sie gehen dahin, daß die **Mutterhausschwestern** gerade in der Versorgung der schwerkranken und lungenkranken Krieger die opferbereitesten Pflegerinnen waren, und daß es vom Standpunkt der Kranken aus bedauerlich wäre, wenn hierin eine Änderung zuungunsten der Verwendung der Mutterhausschwestern eintreten würde. Ich glaube, daß diese Gesichtspunkte auch den Reichstag veranlassen sollten, den Antrag Müller (Franken) und Genossen abzulehnen.

Zum Schluß nur noch wenige Worte zu der Frage der sozialen Fürsorge. Nach meinen Wahrnehmungen haben die sogenannten Härteparagraphen bis jetzt bei den Fürsorgestellen nicht immer die erwünschte und notwendige Beachtung gefunden. Insbesondere scheint mir, daß auch die **Fürsorge für** diejenigen **Rentner**, die **weniger als 50 Prozent Rente** beziehen und die auf dem Gebiete der Teuerungszulagen seither besonders benachteiligt waren, nicht in der wünschenswerten und notwendigen Weise erfolgt. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß ein großer Teil der Krieger, um die es sich hier handelt, lungenkranke oder nervenkranke Leute sind. Sie haben vielfach unter 50 Prozent Rente. Die ganze Familie ist durch die Krankheit, die die Männer sich im Kriege geholt haben, in Mitleidenschaft gezogen. Da ist ein kräftigeres Eingreifen der sozialen Fürsorge besonders erwünscht und notwendig. Es sollte nach Möglichkeit eine Trennung solcher Familienmitglieder von ihren Angehörigen erfolgen, solange noch einige Möglichkeit, wenn auch nur auf vorübergehende Wiederherstellung ihrer Gesundheit besteht. (C)

Dann habe ich den Eindruck, daß die gesamten Verwaltungskosten auf dem Gebiete der Reichsversorgung im allgemeinen heute zu hoch sind. Wenn man sich die große Zahl von Ärzten ansieht, die im Etat vorgesehen sind, und diese Zahl mit der verhältnismäßig geringen Zahl von Kranken vergleicht, so findet man, wie innerlich berechtigt die Resolution auf weiteren **Abbau des Versorgungsbeamtentums** ist, die schon im Hauptausschuß angenommen wurde. Ich glaube, daß es Aufgabe der Regierung sein muß, auch auf diesem Gebiete noch gründlicher abzubauen, als es bis jetzt der Fall war. Das kann geschehen, ohne daß wichtige Interessen der Kriegsbeschädigten verletzt werden.

Was bezüglich der Anträge Berthelé und Frau Agnes und Genossen zu sagen ist, ist schon von dem Herrn Kollegen Meier (Zwickau) gesagt worden. Ich schließe mich in der Beurteilung der Anträge seiner Auffassung an.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch bemerken, daß wir von der Zentrumspartei uns seither bemüht haben, an der Durchführung der Gesetzgebung für die Kriegsbeschädigten tüchtig mitzuarbeiten, damit brauchbare Gesetze herauskommen. Da durch die Entwicklung der Geldverhältnisse alles das, was vor zwei (D) Jahren geschaffen worden ist, heute schon überholt ist, so erkennen wir an, daß eine größere **Reform des Reichsversorgungsgesetzes** hierin begründet liegt. Aber ich glaube, der Aufbau des Gesetzes kann beibehalten werden. Es dreht sich in der Hauptsache darum, daß die Kürzungsbestimmungen und die Bestimmungen hinsichtlich der Leistung eine den Zeitverhältnissen angepaßte Änderung erfahren. Wenn das geschieht, dann sind die Hauptmißstände, über die Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene zu klagen haben, beseitigt. Wir hoffen, daß bis zum kommenden Herbst die Umanerkennungsarbeiten soweit gefördert sind, daß diese Reform des Reichsversorgungsgesetzes im großen durchgeführt werden kann.

(Beifall im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Ziegler (Württemberg).

Ziegler (Württemberg), Abgeordnete: Meine Herren und Damen! Meine Partei begrüßt die Interpellation, die die Deutsche Volkspartei auf Nr. 3621 der Drucksachen dem Hause vorgelegt hat. Die Deutsche Volkspartei bringt in dieser Interpellation mit warmen Worten ihre Erkenntnis der Notlage der Kriegsbeschädigten und der Kriegsopfer im allgemeinen zum Ausdruck. Ich bedaure nur, daß die Deutsche Volkspartei es wiederum einzig und allein der Regierung überlassen hat, die **Notlage der Kriegsopfer** wirklich zu lindern. Wenn in der Interpellation zum Ausdruck kommt, daß die Äußerungen der Regierung nicht die Absicht erkennen lassen, die Rentenleistungen hinreichend zu verbessern, so geht schon daraus hervor, daß keine guten Aussichten auf die Verbesserung der Rentenbezüge bestehen. Ich bin schon der Auffassung, daß wir deshalb

(**Ziegler** [Württemberg], Abgeordnete.)

(A) Rückschau halten müssen auf die Zeit, seitdem das Reichsversorgungsgesetz zustande gekommen ist.

Bei der **Schaffung des Reichsversorgungsgesetzes** in der Nationalversammlung hat meine Partei schon darauf hingewiesen, daß das Gesetz ein **Klassengesetz** der schlimmsten Art sei.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man hat in diesem neuen Reichsversorgungsgesetz gewissermaßen Kriegsopfer erster, zweiter und dritter Klasse geschaffen,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

indem man den § 28 in das Gesetz aufnahm, den meine Partei gestrichen haben wollte. Nach diesem Paragraphen, der die Ausgleichszulage für die Kriegsopfer festsetzt, hat ein kriegsbeschädigter ungelernter Arbeiter auf eine Ausgleichszulage überhaupt keinen Anspruch. Handelt es sich um einen gelernten Arbeiter, so bekommt er 25 Prozent, gehört er dagegen den akademisch gebildeten Kreisen an, so bekommt er 50 Prozent der Grundrente als Ausgleichszulage.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir sehen also, daß ganz gleichartig Beschädigte nicht die gleiche Entschädigung bekommen, ganz abgesehen davon, daß das, was durch das Verbrechen des Krieges diesen Menschen angetan wurde, niemals durch eine materielle Unterstützung wieder gutgemacht werden kann. Wir haben in der Nationalversammlung und im Reichstage ständig den Standpunkt vertreten, daß die Kriegsbeschädigten ausreichend entschädigt werden müssen, wir sind aber leider nicht von den Parteien unterstützt worden, die rechts von uns stehen, leider auch nicht von unserer rechts von uns stehenden Bruderpartei. (B) Bei der Schaffung dieses neuen Reichsversorgungsgesetzes haben sich wieder die Parteien zusammengefunden, die auch während des Krieges die Kriegskredite bewilligt haben und die durch ihr Zusammenstehen damals den Krieg verlängert und dadurch das Millionenheer der Kriegsopfer heute auf dem Gewissen haben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Parteien, die jene Schuld auf sich geladen haben, die viereinhalb Jahre lang die Menschen in den Krieg hinausgehetzt haben, welche sich ihre gesunden Glieder zerschlagen lassen mußten, die viereinhalb Jahre lang die Kriegskredite bewilligt haben, müßten eigentlich ihre Worte wahr machen: Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß! die sie viereinhalb Jahre lang den Kriegern gepredigt haben. An dem neuen Reichsversorgungsgesetz sehen wir, daß wir noch heute in einem Klassenstaate leben wie früher; sonst hätte man keine Kriegsopfer erster, zweiter und dritter Klasse schaffen können. Bei der Schaffung dieses Gesetzes waren sämtliche Organisationen der Kriegsbeschädigten mit Ausnahme des Kyffhäuserbundes und des Deutschen Offiziersbundes damit einverstanden, daß dieser Paragraph 28, der Kriegsopfer erster, zweiter und dritter Klasse schafft, aus dem Gesetz herausbleiben sollte. Ich werde im Laufe meiner Ausführungen darauf eingehen, was heute an materieller Unterstützung die Kriegsopfer bekommen, wie ungerecht dieser § 28 in seiner Auswirkung ist, wie unsozial aber auch das Ortsklassensystem sich heute auswirkt. Ich nehme davon Abstand, näher darauf einzugehen, wie sich meine Partei zu dem **Ortsklassensystem** stellt, fühle mich aber doch verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß wir mit der heutigen Ortsklasseneinteilung noch nie einverstanden waren.

(C) Wenn wir nun in der Nationalversammlung bei Schaffung des neuen Reichsversorgungsgesetzes schon durch Streichung des § 28 dieses Klassengesetz nicht zustande kommen lassen wollten, so war es meine Partei, die forderte, daß der § 27 des Gesetzes abgeändert und dadurch die **Grundrente**, ebenfalls auch die **Schwerbeschädigtenzulage**, erhöht werden sollte.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Für die erwerbsfähige Witwe verlangten wir anstatt 50 Prozent 75 Prozent der Grundrente festzusetzen. der Grundrente, für die erwerbsunfähige Witwe anstatt 50 Prozent 75 Prozent der Gundrente festzusetzen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir beantragten weiter, daß in § 42 die Waisenrenten anstatt 15 Prozent 25 Prozent, für die Vollwaisen aber 33⅓ Prozent statt 25 Prozent betragen sollten.

Obgleich wir diese Verbesserungsanträge gestellt haben, ist im Neunzehnerausschuß des Reichstags unsere Partei wiederholt angegriffen worden, indem man uns, wenn wir auf dieses ungerechte Reichsversorgungsgesetz hinwiesen, immer wieder erklärte, unsere Partei hätte ja bei Schaffung des Reichsversorgungsgesetzes in der Nationalversammlung Anträge stellen können; das habe sie nicht getan. Dieser Vorwurf ist vom Herrn Abgeordneten Meier (Zwickau) gemacht worden; ich stelle deshalb an dieser Stelle fest, daß sich Herr Meier (Zwickau) in Zukunft eines Besseren belehren muß, ehe er unserer Partei solche Vorwürfe macht.

Ich betone dies besonders, um außerhalb des Parlaments den Kriegsbeschädigten zu sagen, welche Parteien wirklich die Interessen der Kriegsopfer vertreten haben, welche Parteien es in der Nationalversammlung (D) und im Reichstag ernst nehmen, die Notlage der Kriegsbeschädigten zu lindern.

Nachdem also dieses Reichsversorgungsgesetz in der Nationalversammlung in einer Form zustande gekommen war, die uns nicht paßte, haben wir uns selbstverständlich im neuen Reichstage im Neunzehnerausschuß wieder bemüht, eine Reform an diesem Gesetz vorzunehmen, und als ausgangs November, Dezember 1920 die Teuerungszulagen beraten wurden, haben wir den Antrag auf Schaffung einer Novelle zu diesem Gesetz gestellt, um diese Härten zu beseitigen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Mit aller Wärme bin ich immer wieder im 19. Ausschuß für die Witwen eingetreten, welche im Sinne des Gesetzes als erwerbsfähige und erwerbsunfähige Witwen gelten und worin meiner Beurteilung nach sehr große Ungerechtigkeiten bestehen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wer will uns die Gewähr dafür geben, daß die Ärzte, welche die **Witwen** auf ihre **Erwerbsfähigkeit** untersuchen, auch wirklich gewissenhaft genug sind, ein Witwe durch ärztliches Attest erwerbsunfähig zu schreiben? Wer gibt uns die Gewähr dafür, daß durch das Urteil mancher Ärzte, welche heute noch nicht immer das soziale Verständnis an den Tag legen, daß sie bei solchen Fragen zeigen müßten, keine Ungerechtigkeiten vorkommen?

Ich brauche nur auf die Kriegszeit zurückzugreifen und zu erwähnen, wie es viele Ärzte damals verstanden haben, das Heer der Drückeberger aus den Kreisen der höheren Gesellschaftsklassen zu füllen. Söhne der Großfabrikanten und der Großagrarier, Männer aus den Kreisen, die sich heute auf den großen Geldsack stützen

(**Ziegler** [Württemberg], Abgeordnete.)

(A) können, die konnten sich auch während der Kriegszeit loskaufen, währenddem kinderreiche Familienväter an der vordersten Schützenlinie kämpften.

(Zurufe rechts: Wo ist das möglich gewesen?)

So ist es heute noch. Wenn die Witwen zum Arzt kommen und sich auf Erwerbsfähigkeit untersuchen lassen, so wird der Arzt die Witwe mit der abgehärteten Schaffhand, mit der Hand, von der der Arzt weiß, daß die Frau das Arbeiten „gewohnt" ist, erwerbsfähig schreiben ohne Rücksicht darauf, ob diese Frau einen Erwerb findet, während bei der Frau, die in Glacéhandschuhen zum Arzt zur Untersuchung kommt, die den höheren Kreisen als Witwe angehört, die Ärzte sich bereit finden werden, die Witwe erwerbsunfähig zu schreiben, und sie kommt dann in den Genuß einer um 20 Prozent höheren Rente als diejenige, die durch den Arzt, der kein soziales Verständnis hat, für ihre Armut noch bestraft wird.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Können Sie selbst bei diesem traurigen Kapitel das Hetzen nicht lassen? Das ist doch unerhört!)

— Es muß Ihnen gesagt werden, welche Auffassung ich darüber habe.

(Erneute Zurufe rechts.)

— Dann hätten Sie die Witwen im Gesetz gleichstellen müssen und keinen Unterschied zwischen erwerbsfähigen und erwerbsunfähigen im Sinne des Gesetzes schaffen dürfen.

Wir haben im Februar 1921, als wir eine Novelle zum R. V. G. verlangten, weiter gefordert, daß die **Teuerungszulagen der Rentensätze** von 25 Prozent auf 50 Prozent erhöht werden sollen; das war ein Verlangen, wo uns alle Parteien rechts von uns hätten unterstützen können. Das war kein unerfüllbares Verlangen, weder an die Regierung noch an die Staats-(B) kasse; denn wir haben als Grundlage unserer Forderung die Not der Kriegsbeschädigten in Betracht gezogen, während Sie, wie es auch heute zum Ausdruck gekommen ist, wiederholt erklären, daß wir es mit einem harten, schweren Friedensvertrag, daß wir es mit einem verlorenen Kriege zu tun haben und infolgedessen den Kriegsbeschädigten die Teuerungszulage nicht gegeben werden könnte, die damals nach unserer Forderung 600 Millionen Mark mehr betragen hätte, als man nachher gegeben hat, nämlich nur 400 Millionen für die Kriegsbeschädigten und 100 Millionen für die Fürsorgeämter, also zusammen 500 Millionen. Man hat die Teuerungszulagen von 25 Prozent auf 35 Prozent erhöht. Die Regierung hat aber heute noch nicht dafür gesorgt, daß die im Februar 1921 beschlossene Teuerungszulage allen Kriegsopfern zuteil wird. Es ist eine traurige Tatsache, daß, wenn an dieser Stelle Gesetze beschlossen sind, es oft Monate, manchmal Jahre dauert, bis die armen Menschen in den Genuß der Erhöhung der Renten usw. kommen. Dagegen kann man konstatieren, daß Gesetze, wo es sich darum handelt, indirekte Steuern oder Steuerabzüge aus den breiten Massen herauszuholen, sehr schnell in Kraft treten.

Meine Herren und Damen! Wir haben uns im 19. Ausschuß des Reichstages Mühe gegeben, nicht allein die Teuerungszulagen der Kriegsbeschädigten von 25 auf 50 Prozent zu erhöhen, wir wollten auch die Eltern in einen höheren Rentengenuß kommen lassen. Wir haben verlangt, daß für die **Hinterbliebenen** die **Bedürftigkeitsfrage** ausgeschaltet werden solle, die man ja heute mit Vorliebe in der sozialen Gesetzgebung verankert. Wir wissen, daß die Behandlung der Bedürftigkeitsfrage in den Fürsorgeämtern der einzelnen Gemeinden oftmals von der Zusammensetzung dieser Fürsorgeämter abhängig ist und es darauf ankommt, mit (C) welchen Leuten man es dort zu tun hat. Wenn dort Leute sitzen, die absolut kein soziales Empfinden, kein soziales Verständnis haben, die die Not der Zeit heute noch nicht am eigenen Körper verspürt haben, dann werden sie diese Ärmsten der Armen selbstverständlich immer wieder zurückweisen und ihrem eigenen Schicksale überlassen. Diese Menschen werden dann nicht in den Genuß kommen, in den sie kommen würden, wenn an Stelle der Bedürftigkeitsfrage Rechtsanspruch bestände.

Wir haben damals weiter verlangt, daß in dem § 63, wo das **Ruhen der Rente** festgelegt ist, die Einkommensgrenze im Mindestfalle von 5000 auf 12 000 Mark erhöht werden muß, das heißt, daß bei einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von 12 000 Mark dem Kriegsbeschädigten ein Zehntel an der Rente gekürzt werden darf. Damals haben die rechtssozialistischen Vertreter im 19. Ausschuß denselben Antrag gestellt wie wir, ihn aber in dem Augenblick zurückgezogen, als die Regierung erklärte: wir haben nicht eine Milliarde, sondern nur 500 Millionen für die Kriegsbeschädigten über. Hier hat sich — leider muß ich es sagen — unsere Bruderpartei von rechts auf den Standpunkt gestellt, daß 7000 Mark Einkommen schon genügen, um dem Kriegsbeschädigten seine Rente um ein Zehntel zu kürzen, man hat auch auf das neue Einkommensteuergesetz verwiesen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben weiter verlangt, daß für die **Kriegsblinden** und solche Kriegsbeschädigten, die fremder Hilfe bedürfen, ein Ruhen der Rente überhaupt nicht in Betracht kommen darf. Verehrte Anwesende, es gibt sehr viele Kriegsopfer, die ihr Augenlicht verloren haben, und ich glaube, daß dies die bedauernswertesten Menschen sind, die man sich nur vorstellen kann. Daß die (D) seelischen Qualen, die Empörung und die Erregung bei solchen Menschen manchmal groß sein muß, nicht allein für den Betreffenden selbst, sondern auch für die Familie, ist begreiflich. Da müssen wir schon sagen, wenn ein solcher Kriegsbeschädigter, der sein Augenlicht eingebüßt hat oder zu 100 Prozent kriegsbeschädigt ist, trotzdem noch irgendeine Nebeneinnahme aus irgendwelcher Arbeit, sei es mit Hilfe seiner Familie oder durch eigene Arbeit, die er noch zu leisten imstande ist, hat, dann sollte man diesen armen Kriegsopfern, die auf manche Lebensfreude verzichten müssen, das Ruhen der Rente ersparen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir verlangen weiter, daß für die **Witwen** das **Ruhen der Rente** nicht bei 10 000 Mark, sondern bei einem Einkommen von 15 000 Mark festgelegt werden sollte. Dabei muß ich hervorheben, daß bei einer Witwe, die 10 000 Mark Einkommen hat, das Ruhen der Rente um ein Zehntel eintritt, dieses Ruhen der Rente nicht deshalb erfolgt, weil die Witwe selbst 10 000 Mark durch ihre eigene Arbeitskraft an Einkommen hat, sondern wenn sie zwei oder drei erwachsene Kinder neben einigen schulpflichtigen Kindern hat, wird das Einkommen der erwachsenen Kinder dieser armen Witwe angerechnet.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Hier muß man wirklich sagen, daß der Fleiß und die Armut mit Füßen getreten werden. Meine Partei hat noch verschiedene Verbesserungen in diesem Gesetze schaffen wollen; die wichtigsten Punkte habe ich hervorgehoben. Wenn die rechts von uns stehenden Parteien unsere Forderungen ablehnten, tragen sie dafür die

(Ziegler [Württemberg], Abgeordnete.)

(A) Verantwortung, daß man uns mit Hohn und Spott behandelt hat und sich der Phrase bediente, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei brauche Agitationsmittel, muß hier festgestellt werden. Wenn wir derartige Anträge gestellt haben, ließen wir uns von idealeren Motiven leiten, als daß wir Agitationsmittel suchten.

(Zurufe rechts.)

Wir hatten das Verbrechen, das Sie (nach rechts) auf dem Gewissen haben, durch den Kriegswahnsinn, den Sie trieben, längst erkannt und dementsprechend unsere Politik während der Kriegszeit eingestellt.

(Unruhe und erregte Zurufe rechts und links.)

Wir haben gewußt, daß die Teuerung eine naturgemäße Folge des Krieges sein wird, wir haben gewußt, daß der Krieg an und für sich Gegensätze schafft, bei denen die einen sehr flott leben und in Saus und Braus schwelgen können, während man die Kriegsopfer vergißt.

Ich erinnere Sie daran, wie man die Kriegsopfer vom Jahre 1870/71 behandelt hat, trotzdem Deutschland damals den Krieg gewonnen hatte. Ich stelle mich Ihnen persönlich hier als Tochter eines Veteranen vor. Ich weiß es, daß, nachdem mein Vater 1866 und 1870 draußen fürs Vaterland gekämpft hatte, wir in der eigenen Familie, die Kinder und die Mutter, sehr zu leiden hatten unter dem Zustande, daß dem Vater die Gesundheit geraubt war. Und wenn wir das nicht am eigenen Leibe verspürt hätten, dann könnten wir heute uns nicht mit so tiefem Empfinden und mit innerer Wärme für diejenigen einsetzen, die heute geradezu der Verzweiflung, dem Mord und Selbstmord in die Arme getrieben werden, weil das bißchen, das Sie den Kriegsopfern heute an materieller Unterstützung geben, (B) zum Leben zu wenig und zum Sterben heute unzureichend ist. Unsere Forderungen in der Nationalversammlung hätten eine Mehrausgabe von 1,2 Milliarden, unsere Forderungen im Februar 21, wo die Teuerungszulage in Frage kam, hätten 500 bis 600 Millionen Mehrausgaben erfordert. Wären diese **Mehrausgaben** damals den **Kriegsopfern** zugute gekommen, hätten sie reiche Zinsen getragen an der allgemeinen Volksgesundheit. Der Herr Kollege Berthelé und meine Fraktion haben Ihnen heute einen Antrag vorgelegt, wonach etwa 20 Milliarden Mark an Stelle der ungefähr 12 Milliarden Mark, welche in den Etat eingestellt sind, für die Kriegsopfer ausgegeben werden sollen; da muß ich bedauern, daß nicht nur die Parteien der Rechten dagegen aufgetreten sind, sondern daß auch eine Partei, die doch als Bruderpartei für uns in Betracht kommen müßte, sich heute hier hinstellt und erklärt: wir können diesem Antrag nicht zustimmen.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Der Herr Abgeordnete Andre vom Zentrum hat sich den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Meyer angeschlossen. Ja, glauben Sie denn, daß durch die Ausführungen der Abgeordneten Thiel, Meyer und Andre, die Umanerkennungsfrage stehe heute noch einer Neuregelung der Rentenbezüge im Wege, und wenn sie darüber klagen, daß durch die Anhäufung der Rekurse usw. die Kriegsopfer geschädigt werden, nachdem das Anhäufen der Rekurse doch in vielen Fällen die Folge der schlechten Versorgung ist, — glauben Sie denn, daß durch solche Entschuldigungen und durch Vorwürfe gegenüber den Versorgungsämtern die Kriegsopfer satt werden?

Halten Sie sich einmal ziffernmäßig die Unterstützungen vor Augen, von denen heute die Kriegsopfer leben sollen! Leider ist nicht ein einziger Redner, nicht einmal Herr Thiele, der doch als Interpellant in Frage kam, auf die **Rentenbezüge** eingegangen. Sie hätten (C) doch wirklich die Pflicht, sich einmal ernstlich die Frage vorzulegen, ob ein Kriegsbeschädigter mit dem auskommen kann, was er heute an Rente bezieht. Sie sollten einmal an Ihre eigene Brust schlagen und prüfen, was Sie als Abgeordnete beziehen und welches Einkommen Sie noch aus Ihrer Berufsarbeit haben, was Ihr Leben und Ihre Haushaltung kostet. Wenn Sie das tun, dann können Sie unmöglich kurzerhand mit Entschuldigungsgründen kommen, daß die Umanerkennungsfrage und andere Umstände im Wege seien. Ich erlaube mir deshalb, an einigen Fällen darzulegen, welche Summen die Kriegsbeschädigten in Wirklichkeit an materieller Unterstützung bekommen haben. Ich gehe zurück auf das Jahr 1920, wo uns vom Internationalen Kriegerbund eine Vorlage vom 9. Dezember 1920 übermittelt wurde. Es erhielt ein Kriegsbeschädigter, der 10 Prozent beschädigt ist, mit Kriegszulage 39,58 Mark; ein 40 Prozent Beschädigter 84,67 Mark; ein 60 Prozent Beschädigter 125,58 Mark; ein 80 Prozent Beschädigter 158,34 Mark; und ein Vollerwerbsunfähiger bekam 191,10 Mark. Hinzu kommen 39,84 Mark monatliche Verstümmelungszulage für die Schwerbeschädigten.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die **Sätze für Kriegswitwen** waren folgende: Eine Witwe in der Ortsklasse A ohne Kind erhielt 139 Mark, mit 1 Kind 209 Mark und mit 4 Kindern 418 Mark. In der Ortsklasse B 113 Mark ohne Kind, 227 Mark bei 2 Kindern und bei 4 Kindern 340 Mark. In der Ortsklasse E ohne Kind 103 Mark, mit 3 Kindern 258 Mark und mit 4 Kindern 310 Mark. Rechnen Sie selbst aus, ob eine Frau, wenn sie den Gatten als Ernährer und sorgenden Vater der Kinder hat hergeben müssen, mit 310 Mark damals auskommen konnte, wenn sie 4 Kinder (D) zu ernähren hatte.

Beschämend ist auch, daß die Eltern im Versorgungsgesetz so schlecht bedacht wurden. Man hat ein **Elterngeld** von 12 bis 40 Mark pro Monat gewährt. Ehe man diese Almosen bewilligt, wirft man vorher noch die Bedürftigkeitsfrage auf.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In den Ausführungsbestimmungen des Reichsversorgungsgesetzes führt die Regierung Fälle von **erwerbsfähigen Witwen** an, die 30 Prozent der Grundrente beziehen, wo aber, wenn ein **Kapitalvermögen** von 4500 Mark und für die Waise ein solches von 4000 Mark in Betracht kommt, neben diesem Kapitalzinseinkommen das durch die Erwerbsarbeit errungene Einkommen angerechnet werden muß im Falle der Rentenkürzung oder des Ruhens der Rente. Es ist ja möglich, daß die Witwe eines Technikers ein Kapitalvermögen von 4500 Mark haben konnte und die Waise ein Vermögen von 4000 Mark. Ich frage aber die Regierung, mit welchem Recht sie das bißchen erspartes Vermögen, das sich die Familie vielleicht durch den eisernen Fleiß von Mann und Frau erspart hat, auf die Rente anrechnet? Das ist eine Ungerechtigkeit schlimmster Art.

Wenn ein anderes Beispiel von einer erwerbsunfähigen Witwe angeführt wird, die 5 Kinder hat und 50 Prozent der Grundrente bezieht und das jährliche Einkommen 16 000 Mark, und zwar 6000 aus Arbeitseinkommen und 10 000 aus Kapitalvermögen, beträgt, so können wir derartige Fälle wirklich mit der Laterne suchen. Aber selbst wenn sie vorhanden wären, ist meines Erachtens noch kein Recht vorhanden, der Witwe die Rente zu kürzen, wenn sie einen Spargroschen hatte. Wir wissen, in welche Notlage viele Menschen durch die

(Ziegler [Württemberg], Abgeordnete.)

(A) Teuerung heute gekommen sind, insbesondere auch die Witwen, welche die erhöhte Ausgleichszulage zur Grundrente bekommen. Auch von dieser Seite kommen heute Proteste, Resolutionen und Petitionen an uns heran, in denen diese sozial besser gestellten Witwen ihre Notlage schildern und erklären, sie könnten nicht mehr auskommen. Die Beträge der materiellen Unterstützung aus dem Monat Dezember 1920 habe ich Ihnen genannt und erlaube mir nun, auch das Zahlenmaterial vorzutragen, welche Unterstützungssummen die Kriegsopfer im März 1921 erhalten haben. Ich möchte die Abgeordneten, die sich vielleicht über die Auswirkung des Reichsversorgungsgesetzes noch nicht im klaren sind, bitten, zu beachten, welche **unsozialen Wirkungen** die **Ausgleichszulage** durch die **Ortsklasseneinteilung** aufzuweisen hat und wie unzureichend die Rentensätze sind. Das Material hat uns der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen vorgelegt.

So bekommt zum Beispiel eine erwerbsunfähige Witwe ohne Kinder und ohne Ausgleichszulage in der Ortsklasse A 250,80 Mark, wozu noch der im Dezember erhöhte Fürsorgezuschuß kommt, so daß die Witwe monatlich 330,80 Mark erhält. Hat nun diese Frau das Unglück, krank zu sein, und kann deshalb nichts verdienen, oder hat sie das fünfzigste Lebensjahr erreicht, wodurch sie im Sinne des Gesetzes ohne weiteres einen 50 prozentigen Rechtsanspruch auf die Grundrente hat, so ist sie schlimm genug daran. Als kranke Person hat sie vielleicht noch mehr Ausgaben als gesunde Menschen, und ich bitte Sie doch, sich zu überlegen, ob Sie es heute noch verantworten wollen, einer kranken oder im vorgeschrittenen Alter stehenden Witwe nur 330,80 Mark zu geben. Wohnt sie in der Ortsklasse E, so bekommt sie nur 265,65 Mark. Nun sind ja die Preisunterschiede in den 5 Ortsklassen nicht so groß, so daß die Witwe in

(B) Ortsklasse E oftmals die Leidtragende ist. Hat sie noch zwei Kinder, so bekommt sie mit der Teuerungszulage in der Ortsklasse A 561,40 Mark, in der Ortsklasse E 457,05 Mark. Das sind Bezüge im März 1922, bei denen die höhere Teuerungszulage, die erst im April in Kraft trat, noch nicht eingerechnet ist, die aber keine wesentliche Rolle spielt. Hat die Witwe 4 Kinder, so wird der Unterschied immer größer und ihre Sorgen um so schwerer. Sie bekommt in der Ortsklasse A 792 Mark, in der Ortsklasse E 648,45 Mark.

Nun kommt aber noch in Betracht, daß das Gesetz eine Klassifizierung vornimmt, weshalb ich es als Klassengesetz verurteilte. Die eben verlesenen Sätze bekommt die Witwe eines ungelernten Arbeiters. Handelt es sich um die Witwe eines gelernten Arbeiters, dann hat sie den Vorteil, daß sie statt 330,80 Mark 393,55 Mark bekommt. Diejenigen Witwen, welche die erhöhten Ausgleichszulagen bekommen, stellen sich noch günstiger.

Nun muß ich vor allem betonen, daß die erwerbsfähige Witwe, die lediglich auf ihre Arbeitskraft angewiesen ist, die kein Kapitalvermögen besitzt und keine Verwandte hat, die sie unterstützen können, die also lediglich von ihrer Rente und Arbeitskraft leben muß, insofern die Leidtragende ist, als sie monatlich nur 150,55 Mark bekommt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Bei diesen erwerbsfähigen Witwen hat man bekanntlich von der Zubilligung einer Teuerungszulage Abstand genommen. Obwohl sie ihren Mann hingegeben hat, sagt man: 150,55 Mark pro Monat, das sind auf den Tag sage und schreibe 5 Mark, reichen für sie aus. Hat eine Witwe Kinder zu versorgen, dann ist es um das Wohl der Familie oft ganz schlecht bestellt. Ich brauche nicht erst besonders auf das Leid und die Notlage, ja auf die Verzweiflung, die sich dieser Familien (C) bemächtigt, hinzuweisen. Die Statistik der Morde und Selbstmorde, die ja in erschreckendem Maße zunehmen, gibt ein deutliches Zeichen dafür, daß diese Menschen in die Verzweiflung getrieben werden und letzten Endes zum Gasschlauch greifen müssen, ja, daß viele dieser Frauen infolge der Not auf unmoralische Wege gedrängt werden, was wir ihnen am liebsten ersparen möchten.

Sehen wir uns nun die **Abfindungssummen** an, die eine **Witwe bei der Wiederverheiratung** bekommt, dann finden wir abermals diese Klassifizierung. Die Witwe ohne Ausgleichszulage, also die ärmste, wird mit einer Summe von 3713 Mark abgefunden, während die Witwe, welche im Genuß der erhöhten Ausgleichszulage ist, eine Abfindungssumme von 12 533 Mark bekommt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ganz dieselben Unterschiede finden wir beim **Waisengeld** wieder. Für eine Waise, deren Mutter nicht im Genuß der Ausgleichszulage ist, also die niedrigere Rente bezieht, werden 683 Mark gewährt, wogegen das Waisenkind, dessen Mutter in der höchsten Rentenstufe ist und die erhöhte Ausgleichszulage hat, 1397 Mark bekommt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Bei der Bemessung der **Renten für erwerbsunfähige, versorgungsberechtigte Kriegsteilnehmer** finden wir gleichfalls große Härten.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es kommen auf einen erwerbsunfähigen unverheirateten Versorgungsberechtigten, der keine Ausgleichszulage bezieht, in der Ortsklasse A 631,20 Mark, in der Ortsklasse E 501,25 Mark. Hat der Erwerbsunfähige vier (D) Kinder, so bekommt er in der Ortsklasse A 951,70 Mark, in der Ortsklasse E 769,75 Mark. Bekommt der erwerbsunfähige Versorgungsberechtigte die Ausgleichszulage um ein Viertel zugestanden, so hat er als Unverheirateter in der Ortsklasse A inklusive der Teuerungszuschläge 756,75 Mark, in der Ortsklasse E 549,10 Mark. Hat er vier Kinder, bekommt er in der Ortsklasse A 1127,20 Mark, in der Ortsklasse E 899,70 Mark.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Genießt er die erhöhte Teuerungszulage, so bekommt er als unverheirateter Erwerbsunfähiger 881,95 Mark in der Ortsgruppe A, in Ortsgruppe E 688,90 Mark. Hat er aber vier Kinder zu versorgen, so bekommt er — das ist die höchste Rente, die ein Versorgungsberechtigter erhalten kann — in der Ortsgruppe A 1302,70 Mark, in der Ortsgruppe E 1029,65 Mark. Wenn wir uns diese Zahl vor Augen führen, daß heute der Versorgungsberechtigte, der die günstigsten Rentensätze bekommt, mit seiner Familie von Weib und vier Kindern mit 1302,70 Mark auskommen soll, so sage ich den Herren Abgeordneten, die immer wieder diese Rentenzusätze, die wir verlangen, ablehnen: schlagen Sie an Ihre eigene Brust und prüfen Sie, wie weit Sie heute noch im Monat als alleinstehende Person mit 1302,70 Mark auskommen!

Ziehen wir nun die neuesten **Elternunterstützungssätze** in Betracht, so sehen wir auch hier, daß die Eltern, die ihre Söhne verloren haben und auf ihre Unterstützung angewiesen waren, lange nicht das bekommen, was sie durch den Verlust ihrer Söhne geopfert haben. Ein Elternpaar bekommt ohne Ausgleichszulage bei Verlust eines Sohnes in der Ortsklasse A einschließlich der Teuerungszuschläge 250,55 Mark, in der Ortsklasse E

(**Ziegler** [Württemberg], Abgeordnete.)

(A) 211,40 Mark. Ist ein Verlust von drei Söhnen zu beklagen, so bekommen die Eltern in der Ortsklasse A 310,60 Mark, in der Ortsklasse E 255,95 Mark. Haben sie den Vorteil, die Ausgleichszulage zu einem Viertel zu bekommen, so beträgt die Unterstützung bei Verlust eines Sohnes pro Monat in der Ortsklasse A 288,— Mark und in Ortsklasse D 253,25 Mark. Kommt der Verlust zweier Söhne in Betracht, so erhalten die Eltern in Ortsklasse A 325,80 Mark, in Ortsklasse E 267,10 Mark. Wenn nun hier bei den unterstützungsberechtigten Eltern die Mutter allein als Unterstützungsbedürftige in Frage kommt, so bekommt eine Kriegermutter bei Verlust von einem Sohn ohne Ausgleichszulage in der Ortsgruppe B pro Monat 146,55 Mark, in der Ortsklasse E 124,25 Mark. Hat sie zwei Söhne verloren, so bekommt sie in Ortsklasse A 170,50, in Ortsklasse E 139,10 Mark. Wenn die Mutter nun in dem Genusse der Ausgleichszulage von 25 Prozent ist, so bekommt sie bei Verlust eines Sohnes in der Ortsklasse A 175,55, in Ortsklasse D 152,30 Mark. Hat sie drei Söhne verloren, so erhält sie in Ortsklasse B 219,10, in Ortsklasse E 179,95 Mark.

(Zuruf vom Regierungstisch: Das ist ja überholt!)

— Das ist überholt, gewiß. Ich habe extra darauf hingewiesen, Herr Minister, daß ich Zahlen anführe, die im März 1922 maßgebend waren, daß am 19. April ein Teil der Kriegsopfer einen Teuerungszuschuß bekommen haben, der aber absolut nicht ausreicht, um das gutzumachen, was wir den Kriegsopfern schuldig sind. Das habe ich in den Vordergrund meiner Ausführungen gestellt.

Meine Herren und Damen! Wenn wir nun in Betracht ziehen, wie die Entschädigung für die Kriegsopfer heute in Wirklichkeit aussieht, so muß jeder vernünftige Mensch die Berechtigung der Empörung und die erregte (B) Stimmung in den Kreisen der Kriegsbeschädigten begreifen. Deshalb kann man uns nicht immer und immer wieder vorhalten, daß wir nur aus agitatorischen Gründen die Forderungen für die Kriegsbeschädigten stellen. Ziehen wir nun neben der unzureichenden materiellen Unterstützung die seelischen Leiden der Kriegsopfer in Betracht, so können wir mit diesen Menschen nur Mitleid haben.

Ich verweise hier mit einigen Beispielen darauf, daß die Kriegsopfer heute nicht die Behandlung bekommen, die ihnen eigentlich von den Parteien, die den Krieg verlängert haben, gegeben werden müßte. Diese Parteien legen nur noch die Interpellation vor und machen keine positiven Vorschläge, um den Kriegsopfern materiell zu helfen.

Der Herr Reichsarbeitsminister hat uns im Februar 1921, als wir die Teuerungszulage beraten haben, beweisen wollen, daß die Kriegsopfer eigentlich von allen Sozialrentnern am günstigsten in der sozialen Versicherung abschneiden. Er hat nach seiner Anschauung den Nachweis erbracht, daß der **Unterschied zwischen den Unfallrentnern, den Invalidenrentnern und den Kriegsbeschädigten** sehr groß sei. Die Kriegsbeschädigten bekommen beispielsweise siebenmal mehr als die Invalidenrentner und viermal mehr als die Unfallrentner. Diese Argumente können uns durchaus nicht zu dem Standpunkt bringen, daß wir einer Regierungsvorlage unsere Zustimmung geben, bei der man sich immer wieder darauf beruft: wir haben kein Geld, wir haben noch andere Verpflichtungen zu erfüllen als die Verpflichtungen gegen die Kriegsopfer, Unfall- und Sozialrentner. Namentlich meine Partei sieht es als ihre heiligste Pflicht an, hier im Reichstage, wo doch die Gesetze gemacht werden, die für alle die Menschen ausschlaggebend sind, die heute für die Gesellschaft nützliche Arbeit leisten, dafür zu sorgen, daß den (C) Kriegsopfern der Anspruch gewahrt bleibt, auf den sie, nachdem sie ihre Gesundheit dem Vaterland geopfert haben, ein Anrecht haben.

Bei den damaligen Verhandlungen erklärte der Herr Finanzminister Wirth, es sei doch sonderbar, daß hier immer ein Wettrennen der Parteien einsetze; genau wie bei der Beamtenbesoldungsfrage erfolge auch jetzt wieder ein Wettrennen der Parteien, wo es sich darum handle, Forderungen für die Kriegsopfer zu erheben. Solche Einwürfe der Regierung weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir lassen uns absolut von unserem Standpunkt nicht abbringen, der dahin geht, daß wir diesen Menschen unbedingt helfen müssen.

Da es uns nicht gelingen kann, solange wir in diesem Hause in der Minderheit sind, die soziale Gesetzgebung so zu gestalten, wie wir es möchten, muß ich hier schon ein Wort nach außen sprechen, indem ich an die Kriegsbeschädigten selbst appelliere, damit ihnen die Augen aufgehen über die Politik, die in diesem Hause getrieben wird. Sie müssen erkennen, wie sie, obschon sie ihre Gesundheit dem Vaterland geopfert haben, heute von denen, die ihnen früher immer und immer wieder den Dank des Vaterlandes in Aussicht gestellt haben, einen Fußtritt bekommen. Schon im Jahre 1918, also während des Krieges, sind die Kriegsopfer nicht so behandelt worden, wie es hätte verlangt werden können, weil die Kriegshetzer sahen, daß der Krieg eventuell verloren gehen könnte. Ich möchte nur an einigen Beispielen zeigen, welche **Behandlung der Kriegsteilnehmer schon im Jahre 1918** eingesetzt hat. Der „Vorwärts“ schrieb damals über die Vorgänge, die sich in Berlin abgespielt haben, folgendes: (D)

> Das Ungeheuerliche ist Tatsache geworden. Rüstige, reklamierte Heimkrieger haben schwerverletzte Kriegsbeschädigte, die mit ihren zerschossenen Gliedmaßen, so tapfere Krieger sie einst waren, sich nicht mehr wehren konnten, zu Boden geworfen, mißhandelt, mit Stöcken geschlagen und mit Füßen getreten.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Und die dieses Bubenstück an unseren Helden fertig brachten, nennen sich „Deutsche Vaterlandspartei“.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Man hatte die Kriegsbeschädigten unter dem heuchlerischen Vorgeben freier Aussprache eingeladen, ihnen dann das Wort verweigert und als sie — jeder anderen Möglichkeit beraubt — durch Zwischenrufe ihren Protest gegen die Kriegstreiber zum Ausdruck brachten, da fiel der Referent, ein reklamierter Abgeordneter des Dreiklassenhauses, mit Schimpfworten und die Versammlung der Heimkrieger mit Stöcken und Schirmen über sie her.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Die Szenen, die uns von Augenzeugen der Versammlung im Lehrervereinshaus geschildert worden sind, müssen jedermann das Blut der Empörung in die Wangen treiben!

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Daß daheimgebliebene Männer und Frauen es wagen konnten, sich an den Kriegsbeschädigten

(Ziegler [Württemberg], Abgeordnete.)

zu vergreifen! Daß man sich nicht scheute, die körperliche Wehrlosigkeit dieser Unglücklichen, die jedem Menschen ehrwürdig sein sollte, zu brutalen Attacken auszunutzen. Die schmachvollen Bilder, die uns von Augenzeugen berichtet worden sind, spotten jeder Beschreibung.

Nicht allein die sozialistische Presse berichtete damals über die Vorkommnisse in jener Versammlung, sondern auch das „Berliner Tageblatt" nahm dazu Stellung und schrieb:

Ein ehemaliger Soldat mit einem Holzbein wurde von mehreren kühnen Heimkriegern zu Boden gestoßen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auf einen andern, der nur noch einen Arm besaß, schlug ein Mann mit zwei gesunden Fäusten ein. Auch Frauen beteiligten sich an diesen unerhörten Exzessen, indem sie von ihren Schirmen wie von ihren Zungen lebhaften Gebrauch machten.

Und die „Vossische Zeitung" schrieb:

Die Polizei führte einzelne der Kriegsteilnehmer heraus. Aus der Versammlung ruft man ihnen zu: „Reißt ihnen doch das Eiserne Kreuz aus dem Knopfloch!" — Der, der es rief, dem fehlt es. Die Kriegsbeschädigten verlassen den Saal. Sie trotten langsam die Treppe hinunter. Einer stützt sich auf den andern. — So viele sind das. . . . . Keiner ohne fehlendes Glied, ohne schwer vernarbte Wunde. . . . Wie brennen die alten Wunden! So haben sie nie gebrannt.

Wenn diese bürgerlichen Zeitungen noch einigermaßen gerecht zu diesen Vorgängen Stellung nehmen, so äußert sich die Schandpresse der Rechten,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — Lachen bei den Deutschnationalen)

so die „Deutsche Zeitung", das führende Organ der Alldeutschen, folgendermaßen:

Sie haben ihm nicht geschadet, glücklicherweise nicht, die Prügel nämlich, die er gestern von deutschen Fäusten ob seiner durch nichts zu überbietenden Anmaßung und Aufdringlichkeit bezog. Denn eben hatte das Trommelfeuer derselben Fäuste ihn aus dem Saale gewirbelt, als er auch schon wieder am Vorstandstisch stand, um dieselben Auftritte zu wiederholen.

Hier sehen wir es also: erst ladet man die Kriegsteilnehemer ein, und wenn sie dann mit der Politik, die Sie (nach rechts) getrieben haben, nicht einverstanden sind, dann werden sie nicht nur von Männern, sondern auch von „patriotischen" Frauen mit Faustschlägen bedacht und bekommen Fußtritte.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken. — Wiederholte Zurufe von den Deutschnationalen.)

Mit derselben Rücksichtslosigkeit und Herzlosigkeit, die Sie damals an den Tag gelegt haben, stehen Sie auch heute noch den Kriegsbeschädigten gegenüber. Ich könnte noch viele solcher Beispiele, die sich nach der Revolution ereignet haben, anführen. Solche Vorgänge können sich nur deshalb ereignen, weil die Revolution nicht so aufgeräumt hat, wie es notwendig wäre, weil wir noch keine Regierung haben, die den Kriegsopfern moralisch und materiell wirklichen Schutz angedeihen läßt. Ich verweise nur darauf, daß sich Beamte der Schupo wiederholt Übergriffe gegenüber den Kriegsbeschädigten haben zuschulden kommen lassen.

(Zurufe rechts. — Zuruf von der Unabhängigen Sozialdemokratie: Charlottenburg!)

— Ich habe noch genug Material zur Hand, um Ihnen damit aufzuwarten. — Vorhin wurde mir „Charlottenburg" zugerufen. — Mit Recht! denn was wir im **Lazarett Schloß Charlottenburg** erlebt haben, spottet jeder Beschreibung.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen und auf der äußersten Linken.)

Nicht von seiten der Kriegsbeschädigten, die dort untergebracht waren,

(Zurufe rechts)

sondern von seiten der Regierung, die dem Wunsch der Kriegsbeschädigten nicht entgegenkam und, obwohl sie den Insassen versprochen hatte, das Lazarett bis September beizubehalten, plötzlich im Juni gegen den Willen der dort untergebrachten Kriegsbeschädigten das Lazarett einfach aufhob.

(Erneute Zurufe von den Deutschnationalen.)

— Wenn Sie mit dort gewesen wären, würden Sie anders reden. Ich habe das Lazarett Schloß Charlottenburg als Kommissionsmitglied des 19. Ausschusses mit besucht. Wenn Sie dort die doppelt, dreifach, ja sechsfach amputierten Männer — ein Stück Elend — im Bett sitzend gesehen hätten, wie ihnen die Tränen über die Wangen rollten, weil sie zum Teil schon jahrelang das Lazarett als Heimstätte haben, die sich nicht ihre eigenen Tränen wischen konnten, welche deshalb geflossen sind, weil jene Armen furchtbar, sie selbst und ihre Familie darunter leiden, weil man ihnen nicht die notwendige Unterstützung gab, wenn Sie, sage ich, diese traurigen Bilder im Schloß Charlottenburg gesehen hätten, dann könnten Sie heute nicht so reden, oder ich muß konstatieren, daß Sie eine Herzlosigkeit haben, die ich ohne weiteres verurteilen muß.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben über die Mißhandlungen, die die Kriegsbeschädigten aushalten müssen, über die Qualen, die sie ausstehen, täglich lebende Bilder vor uns. Gehen wir doch unter die Linden, gehen wir doch durch die Hauptstraßen Berlins und sehen wir diese armen Menschen, wie sie auf der Straße kriechen, wie sie auf der Straße liegen, wie sie betteln müssen, damit sie nur das nackte Leben fristen können! Das hätten die Leute nicht notwendig, wenn Sie ihnen eine materiell bessere Unterstützung angedeihen ließen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Daß aber unsere **Kriegerwitwen** in ihren Familien sehr zu leiden haben, geht aus Dutzenden und Hunderten von Notschreien hervor. Ich möchte Ihnen nur ein Beispiel geben, das mir eine Kriegerwitwe mitgeteilt hat. Sie ist Witwe mit fünf unversorgten Kindern, die noch nicht selbst verdienen können. Diese Frau ist etwas leidend und kann nicht das verdienen, was zum Leben gehört. Sie hat im November 1920 auf dem Fürsorgeamt um einen Rentenvorschuß gebeten, den Rentenvorschuß, den man immer den Witwen durch die Fürsorgeämter zugesteht, wenn ein Gesetz in Kraft getreten, zum Beispiel die Umanerkennung noch nicht vollzogen ist, wenn neue Teuerungszulagen beschlossen, aber die Ausführungsbestimmungen oft lange auf sich warten lassen. Diese Frau hatte schon 500 Mark Vorschuß, und nun war er aufgebraucht, nun hatte sie nicht das Geld, ihrem Kinde Schuhe zu kaufen. Sie mußte ihr Kind der Schule fernhalten, weil es sehr schlechtes Wetter war. Nun wird sie vom Lehrer vorgeladen und mit Vorwürfen empfangen, wie man es nur begreifen kann von Lehrern, die keine Pädagogen sind, die kein Verständnis

(Ziegler [Württemberg], Abgeordnete.)

(A) für solche armen Frauen haben, sie wird dazu noch einer Geldstrafe unterworfen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie wird auch darüber zur Rechenschaft gezogen, daß ihr elfjähriger Junge Kohlen aufgelesen hat. Es war der Bahnvorsteher in der betreffenden Stadt, der diesen Jungen eingesperrt und ihm ordentlich Streiche gegeben hat, weil er Kohlen aufgelesen hatte. Ich sage: wenn Sie immer von Unsitte, Unmoral und Verbrechen unserer Jugend reden, so treiben Sie doch diese Menschen gerade dazu. Wenn eine alleinstehende Frau mit fünf unversorgten Kindern, die selbst nicht die Gesundheit hat, um das schaffen zu können, was zum Leben von sechs Personen gehört, dann die Kinder zum Kohlenauflesen aus den Schutthäufeln hinausschickt und sie vergreifen sich an irgend etwas, dann nimmt es uns gar nicht Wunder, wenn diese Menschen durch die Not dem Verbrechen in die Arme getrieben werden. Aber auch hier hat unsere göttliche Weltordnung wieder Mittel und Wege für diese armen Kinder. Ich verweise nur darauf, daß Sie sich gar kein Gewissen daraus machen, wenn Sie in der Gemeinde sitzen und in Fürsorgeämtern tätig sind, einfach diese armen Geschöpfe der **Fürsorgeerziehung** zu überweisen;

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und wie es dort aussieht, ist ein Kapitel, auf das heute einzugehen ich keine Ursache habe; über Mißstände in diesen „Erziehungs"-Anstalten berichtet uns öfters die Presse und darüber ist auch hier und in anderen Parlamenten schon sehr lebhaft gesprochen worden.

Eine andere **Kriegerwitwe** schildert ihre Lage folgendermaßen:

(B) Der Vater meines drei Jahre alten Kindes fiel in diesem elenden Krieg im April 1918. Bis Dezember 1918 erhielt ich für mein Kind die übliche Unterstützung. Dann wurde mir die Unterstützung auf einmal entzogen, ich sollte die widerrufliche Rente beantragen. Dies habe ich auch getan oder vielmehr, ich habe das Leipziger Jugendfürsorgeamt davon unterrichtet. Aber seit 1¾ Jahr warte ich vergeblich auf die Rente. Da der Vater nicht einmal Heiratsurlaub bekam, wurde mein Kind unehelich geboren. Der Rat der Stadt Leipzig wurde Vormund des Kindes, bis jetzt hat er sich aber noch nicht darum gekümmert, ob das Kind in der Zeit verhungert ist oder ob es etwas anzuziehen hatte, oder ob die Mutter elend zugrunde geht. Sehr oft mußte ich die Arbeit versäumen, da ich auf das Jugendfürsorgeamt bestellt wurde. Leichteren Schrittes eilte ich stets die Treppe hinauf, in der Hoffnung, daß sich die Sache endlich geregelt habe; aber wie enttäuscht mußte ich stets wieder abziehen. Immer dieselbe Fragerei, vor allem, ob das Kind ein Sparbuch hat, ob ich Vermögen habe usw. Ich glaube, es ist schon schwer genug, wenn ich als Mutter mein Kind selbst erziehen muß. Der Vater würde sein Kind mit Freuden erziehen und ernähren. Der Staat hat die Väter hinweggerissen, und es wäre wohl selbstverständlich, daß er dann auch für die Kinder sorgen muß, gleichviel ob sie ehelich oder unehelich geboren sind. Im März besuchte mich einmal eine Ehrendame und fragte nach meinem Verdienst, aber möglichst genau. Da gerade Freitag war, zeigte ich ihr meine über 74 Mark lautende Lohntüte. Einige Monate bekam ich von der Wohlfahrtspflege 15 Mark unter Vor- (C) behalt, daß es mir von der Rente wieder abgezogen wird.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ein paar Tage nach dem Besuch der Ehrendame teilte mir die Pflegemutter mit, daß sie die 15 Mark nicht bekommen hätte. Von meinem Verdienst könnte ich mein Kind selbst ernähren. Nun frage ich den Rat und Vormund, wie ich es jetzt bei verkürzter Arbeitszeit machen soll, und ob ich auf die Rente noch ein Jahr warten muß.

Solche Klagen der Mütter und Witwen könnten wir noch mit vielen Beispielen belegen. Aber ich nehme in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit davon Abstand. Ich möchte nur zum Schluß meiner Ausführungen erklären, daß meine Parteifreunde, die wir uns während der Kriegszeit in unseren politischen Anschauungen nicht dessen schuldig gemacht haben, was sich die Parteien rechts von uns an Schuld auferlegt haben, daß wir mit allen Kräften dafür eintreten, wie wir es bei Schaffung des Reichsversorgungsgesetzes bis zum heutigen Tage getan haben, die **Notlage der Kriegsopfer zu lindern.**

Ich appelliere deshalb an die Parteien rechts von uns, die heute bereits erklärt haben, daß sie dem Antrage Berthelé und meiner Partei nicht zustimmen wollen, wonach im Etat 20 Milliarden für die Kriegsopfer eingesetzt werden sollen, bei Behandlung der neuen Teuerungszulage, die im 19. Ausschuß in den nächsten Tagen stattfindet, ihren Standpunkt so zu präzisieren, daß allen Kriegsopfern geholfen wird, nachdem die Regierung nur solchen, die über 50 Prozent beschädigt, und den erwerbsunfähigen Witwen Rententeuerungszuschläge bewilligen will.

(D) Ich erinnere daran, daß bei der Umanerkennungsfrage sehr große Härten vorhanden sind, daß man oft 80 und 90 Prozent beschädigte Leute — und hier kommen namentlich solche in Betracht, die an inneren Leiden wie Tuberkulose, Nervosität usw. leiden — schlankweg auf ein Minimum von 30 bis 40 Prozent Beschädigung herabsetzt,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

um eben dadurch wieder den Staatsbeutel enger zuzuknöpfen und den Etat zu entlasten.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß alle Kriegsopfer in den Genuß der neuen Teuerungszuschläge kommen müssen.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In Anbetracht der Zahlen, die ich Ihnen vor Augen geführt habe, muß es jedem Abgeordneten, der im 19. Ausschuß mit wirklicher Ehrlichkeit im Interesse der Beschädigten arbeiten will, zum Bewußtsein kommen, daß die Unterstützungssätze nicht ausreichend sind, und daß die unter 50 Prozent Beschädigten sowohl wie diejenigen Hinterbliebenen, die als erwerbsfähige Witwen in Betracht kommen, ebenfalls in den Genuß der Teuerungszuschläge kommen müssen.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir wissen, daß die Teuerung prozentual zum Teil um Hunderte von Prozenten zugenommen hat, deshalb muß der Notlage der Kriegsopfer abgeholfen werden.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir müssen uns auch heute wieder auf eine längere Sitzung gefaßt machen. Die Rednerin hat leider weit über eine Stunde gesprochen. Wenn das auch von den folgenden Rednern nachgeahmt wird, dann sehe ich nicht, wie wir unsere Etatsberatung beenden sollen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Behrens.

Behrens, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe die Absicht, die Mahnung des Herrn Präsidenten mustergültig zu befolgen.

(Zuruf links: Musterknabe!)

— Wenn Sie es doch auch mal würden!

Ich will auf die Versorgungsfragen nicht näher eingehen, weil mein Parteifreund Budjuhn dazu das Erforderliche sagen wird. Ich möchte mir nur erlauben, die besondere Aufmerksamkeit des Herrn Ministers auf die **Invalidenhäuser** zu richten. Das Invalidenhaus hier in Berlin kenne ich durch persönliche Anschauung, weil ich wiederholt dort gewesen bin. Ich bin erschrocken darüber, in welchem Zustand des Verfalls sich das Gebäude sowohl wie auch die Gärten befinden. Es ist richtig, dieses Haus ist ein alter Bau, der aus der Zeit Friedrichs des Großen stammt. Aber trotzdem könnte, wenn einiges Geld aufgewendet würde, auch dieser alte Bau wohnlich und angenehm eingerichtet und erhalten werden, so daß die alten Invaliden und die Schwerkriegsbeschädigten, die neuerdings ebenfalls dort untergebracht worden sind, angenehme Häuslichkeit und Wohnung haben. Ich möchte also den Herrn Minister bitten, doch dafür zu sorgen, daß diese Wohnungen der Invaliden vor dem Verfall bewahrt werden.

Welche Mängel diese Häuser aufweisen, will ich nur an einigen Beispielen zeigen. In einzelnen dieser Häuser gibt es noch nicht einmal eine Gas- oder ähnliche Beleuchtung. Die alten Leute und Schwerverletzten müssen sich mit Petroleum und Kerzen — und beides ist teuer und knapp — durchhelfen.

Die Einzelbäder sind zum Teil defekt, so daß sie nicht brauchbar sind. Die gemeinsame Badeanstalt ist in einem solchen Zustand, daß sie in der Regel auch nicht benutzbar ist. Das sind Mißstände, die zweifellos mit relativ wenig Kosten beseitigt werden können. Da neben den Altinvaliden dort auch Schwerkriegsbeschädigte untergebracht sind, sollte man, glaube ich, Wert darauf legen, daß diese Einrichtung der Beschädigtenfürsorge auch in baulicher Beziehung mustergültig wäre.

Dann habe ich zu bemängeln, daß, wenn auch in den Erläuterungen zum Etat steht, daß die Wohnungen in Berücksichtigung der Wohnungsnot verändert werden sollen, diese Wohnungen, die stiftungs- und bestimmungsgemäß zu verwenden sind — und ich glaube, der Reichstag hat noch nicht seine Zustimmung dazu gegeben, daß sie einem anderen Zweck dienen sollen — neuerdings sogar als Beamtenwohnungen für das Arbeitsministerium benutzt werden. Das geht unter keinen Umständen. Es gibt Altinvaliden und Schwerkriegsbeschädigte genug, die in der Stadt keine annehmbare oder überhaupt keine Wohnung haben. Wenn im Invalidenhaus Wohnungen frei werden, soll man Kriegsbeschädigte hineinbringen, damit diese nicht länger unter der Wohnungsnot zu leiden haben. Ich möchte den Herrn Minister bitten, daß die Methode, die Invalidenwohnungen der allgemeinen Wohnungsverwertung zuzuführen, nicht weiter um sich greift, und daß die Wohnungen, die jetzt mit Beamten besetzt sind, sobald wie möglich zugunsten der Kriegsbeschädigten wieder freigemacht werden.

Was die **persönlichen Verhältnisse** der dort untergebrachten **Pfleglinge** anbetrifft, so sind diese wesentlich ungünstiger geworden. Dadurch, daß die Pfleglinge der allgemeinen Versorgung unterstellt wurden, gingen ihnen verschiedene wohlerworbenen Rechte insbesondere auf Naturallieferung verschiedener Dinge des täglichen Verbrauchs verloren. Die Barzahlung in Papiergeld entschädigt sie dafür nur sehr mangelhaft. Die Pfleglinge hatten früher Anspruch auf freie Heizung und freies Licht. Jetzt müssen sie sich beides selbst beschaffen. Das geht unbedingt nicht. Bei der fortgesetzten Geldentwertung können die Pfleglinge mit dem Geld, das sie erhalten, nicht das kaufen, was sie früher frei geliefert erhielten. Ich habe mich im vergangenen Winter davon überzeugt, daß die Pfleglinge infolge Mangels an Heizmaterial buchstäblich gefroren haben. Dieser Zustand, den ich da beobachten mußte, hat mir sehr weh getan.

Auch die Heilmittel, auf die die Pfleglinge früher Anspruch hatten, sind ihnen entzogen worden. Ich möchte die Aufmerksamkeit des Herrn Ministers auf diese Dinge lenken und ihn bitten, dafür zu sorgen, daß diese Verhältnisse der Insassen der Invalidenhäuser möglichst bald wieder günstiger gestaltet werden.

Weiter scheint es mir nicht förderlich, wenn man die **Pfleglinge**, sobald sie Wünsche und Beschwerden vorbringen, **unfreundlich behandelt**, wie es geschehen ist. Mir ist mitgeteilt worden, daß dem Vertrauensrat der Pfleglinge — das ist eben eine Revolutionserrungenschaft —, als er sich über manche Mängel beklagt hat, eine sehr harte Antwort zuteil geworden ist. Dabei waren die Mängel so groß, daß die Klagen und Wünsche, die der Vertrauensrat vortrug, durchaus berechtigt waren. Man sollte diesen Leuten mit etwas mehr Liebe entgegenkommen.

Die weiteren Wünsche — ich könnte Ihnen hier noch verschiedene vortragen — will ich mir an dieser Stelle versagen, um dem Wunsche des Herrn Präsidenten auf Kürze Rechnung zu tragen. Schließen will ich damit, daß ich nochmals betone, die Notlage der Pfleglinge infolge der Naturalienablösung und infolge des baulichen Zustands der Häuser ist eine solche, daß schnelle Hilfe sehr nötig ist. Die Zustände sind nicht würdig; das erforderliche Geld muß vorhanden sein. Ich bitte den Herrn Minister, sich doch dieser alten Leute, dieser Schwerbeschädigten anzunehmen. Ich weiß, daß er für die Kriegsbeschädigten ein warmes Herz hat, und bin überzeugt, in diesem Fall nicht vergeblich an ihn zu appellieren.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ziegler (Westfalen).

Ziegler (Westfalen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich will das löbliche Beispiel, das mein Vorredner hier gegeben hat, so weit wie möglich befolgen. Ich bin der Meinung, daß es in diesem Augenblick hier in diesem Hause wenig Wert haben dürfte, so in die Einzelheiten des vorliegenden Gesetzentwurfs und in die Einzelheiten der zur Erörterung stehenden Fragen der **Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen** hineinzugehen, weil wir, wie die Besetzung des Hauses zeigt, heute schon ziemlich lange getagt haben, und weil — das möchte ich ausdrücklich im Gegensatz zu einer vorhin hier ausgesprochenen Äußerung sagen — wir nicht das Bedürfnis haben, eine parteipolitische Agitationsrede bei Gelegenheit der Besprechung von Fragen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebeneu zu halten.

(Abgeordnete Ziegler (Württemberg): Ich kann mir denken, daß Ihnen das unangenehm war!)

— Mir war das durchaus nicht unangenehm, ich wollte nur feststellen, daß dieser Ausspruch, man wolle die Gelegenheit benutzen, um denjenigen, die außerhalb des Hauses ständen, zu zeigen, was die Partei für Forde-

(Ziegler [Westfalen], Abgeordneter.)

(A) rungen aufstelle, vorhin hier gefallen ist, und daß daraus ganz klar und unzweideutig hervorgeht, daß es eine parteipolitische Agitationsrede sein sollte, die vorhin das hohe Haus 1½ Stunden gelangweilt hat.

(Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zur Sache selbst möchte ich mich dem anschließen, was mein Freund Pachnicke vorhin hier bei einer anderen Sache ausgesprochen hat. Die Not ist so groß, daß sich eigentlich jede agitatorische Behandlung von selbst ausschließen müßte. Wir haben in diesem hohen Hause bisher auch so gehandelt und haben uns bemüht, die Frage der Fürsorge für die Kriegsopfer außerhalb der parteipolitischen Auseinandersetzung zu halten. Alle Parteien waren bemüht, an Hilfe für die Kriegsopfer das herauszuholen, was unter den jeweiligen Verhältnissen möglich war. Wenn man natürlich nicht dafür zu sorgen hat, daß die Grundbedingungen der Erfüllungsmöglichkeit geschaffen werden, dann hat man es leicht, hohe Forderungen zu stellen. Wer sich aber der Tatsache bewußt ist, daß wir den Krieg verloren haben und die Last des verlorenen Krieges, die durch noch so schöne Reden nicht aus der Welt zu schaffen ist, zu tragen haben, der wird mir zustimmen, wenn ich sage, daß bisher versucht worden ist, für die Kriegsopfer das zu tun, was möglich war. Dabei gebe ich ohne weiteres zu, daß nach mehr als einer Richtung hin manches hätte anders sein können. Ich gebe auch zu, daß man jetzt verlangen kann, daß bei der in Aussicht stehenden Reform des Gesetzes eine Reihe von Änderungen vorgenommen werden.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist hier schon mehrfach gesagt worden, daß sich der Änderung des Gesetzes vom April 1920 eine Reihe von Hemmnissen entgegengestellt haben, die man nicht aus der Welt schaffen kann. Von allen Stellen, die in der Praxis arbeiten, kommt immer wieder die Mahnung: (B) ändert die Grundlage des Gesetzes nicht, solange wir in der **Durchführung der Umanerkennung** stehen; denn sonst würde es weitere Jahre Zeit erfordern, um diese Umanerkennung den Verhältnissen anzupassen. Deshalb haben wir auch den Standpunkt mit eingenommen, daß wir an eine grundlegende **Änderung des Reichsversorgungsgesetzes** erst dann herangehen können, wenn die Umanerkennung durchgeführt worden ist. Nun hat uns die Regierung gesagt, daß diese Durchführung auf gutem Wege ist. Es sind uns Zahlen genannt worden. Diese Zahlen erwecken im ersten Augenblick ja den Eindruck, als wenn es wirklich möglich wäre, im November oder Dezember damit fertig zu werden. Aber wenn wir diese Zahlen richtig würdigen sollen, dann müssen wir doch einen etwas längeren Zeitraum mit Zahlen belegt haben, als es bisher geschehen ist. Ebenfalls möchte ich das dringende Ersuchen an die Regierung richten, bei den zuständigen Stellen dafür zu sorgen, daß man mit der Umanerkennung in diesem Jahre auch wirklich fertig wird, so daß uns nicht wieder im Herbst gesagt wird: wir können die Novelle nicht erledigen, weil die Umanerkennungen noch so weit zurück sind.

Solange es nun nicht möglich ist, eine grundlegende Änderung durch eine Abänderung von wichtigen Bestimmungen des Gesetzes herbeizuführen, werden wir uns mit **Aushilfsmaßnahmen** begnügen müssen, wie das ja bisher geschehen ist. Ich gebe zu, daß diese Aushilfsmaßnahmen nicht immer gleichen Schritt mit der steigenden Teuerung gehalten haben. Die Teuerung ist schneller vorangegangen, als die Erhöhung der Zulagen vor sich gehen konnte. Es ist bedauerlicherweise dem immer noch vorhandenen bureaukratischen Gang in dieser Einrichtung zuzuschreiben, daß die vor drei bis vier Monaten bewilligten Erhöhungen noch nicht zur Auswirkung gelangten. Hier muß auch Wandel geschaffen werden.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Wir haben uns aber zu fragen, ob der bisherige (C) Weg, die Zulagen im Verordnungswege zu erhöhen, zu dem erstrebten Ziel führt. Im 19. Ausschuß hat man sich fast einstimmig auf den Boden gestellt, daß es zweckmäßiger wäre, das **Zulagenwesen** im Reichsversorgungsgesetz auf eine **gesetzliche Grundlage** zu stellen. Dieser Versuch wird ja jetzt unternommen. Ich will dies nur andeuten, auf den Entwurf aber nicht eingehen, weil wir nicht zu dem Gesetze, betreffend Teuerungsmaßnahmen für Militärrentner, sondern zum Etat des Arbeitsministeriums reden. Der Entwurf wird ja in 14 Tagen dem hohen Hause zur Behandlung vorgelegt werden. Unserer Ansicht nach wird dieser Gesetzentwurf noch vor den Feiertagen verabschiedet werden müssen.

Ich möchte nur auf wenige Punkte hinweisen, die meines Erachtens bei den kommenden Beratungen des Gesetzes sorgfältig geprüft werden müssen. Ich weiß, daß die Regierung bei der grundsätzlichen **Erhöhung der Rente** den Standpunkt vertritt, daß, solange die Umanerkennung nicht durchgeführt ist, die Rente sich nicht generell erhöhen lasse. Ich erkenne die Gründe, die die Regierung dafür anführt, zum großen Teil an, möchte aber doch ersuchen zu prüfen, ob es nicht möglich ist, in einer einfacheren, keine große Verwaltungsarbeit verursachenden Form an eine grundsätzliche Erhöhung der Rente heranzugehen. Ich könnte mir vorstellen, daß sich dies durch eine einfache prozentuale Erhöhung der Grundrente ermöglichen ließe. Jedenfalls müssen wir zugeben, daß die veränderten Verhältnisse seit Erlaß des Gesetzes eine Nachprüfung der Höhe der Rente und ihre grundsätzliche Erhöhung geboten erscheinen lassen. Dann würde die Erörterung der prinzipiellen Frage der Einfügung des Bedürftigkeitsprinzips bei den dann doch noch notwendigen Zulagen wesentlich leichter sein. Auf die Dauer werden wir ja beim Reichsversorgungsgesetz um die Einführung des Bedürftigkeitsprinzips in einer gewissen Form nicht (D) herumkommen.

Der Ausschuß, dem das Gesetz zur Beratung zugewiesen ist, wird meiner Überzeugung nach nur prüfen müssen, ob es nicht möglich ist, für eine Reihe von Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen die Verhältnisse einer besonderen Erörterung zu unterziehen. Ich denke dabei insbesondere an die Schwerbeschädigten und unter ihnen an die **Kriegsblinden**, die doch, wie sich kürzlich bei ihrer Tagung gezeigt hat, unter Verhältnissen leben, die nach den Schilderungen von Beteiligten geradezu erschütternd wirken. Was da an jenem Vormittag in voriger Woche an einer anderen Stelle geschildert wurde, will ich hier nicht wiederholen, aber die Klagen der Kriegsblinden sind meiner Überzeugung nach doch nicht ganz unberechtigt, wenn man aus ihrem Munde hört, wie die Verhältnisse eigentlich liegen.

Der Führer der Kriegsblinden in Baden, der an der Kriegsblindenfürsorgestelle in Karlsruhe tätig ist, hat die Verhältnisse der badischen Kriegsblinden in einer sehr sorgfältig aufgestellten Statistik erfaßt. Da er an amtlicher Stelle steht, muß ich annehmen, daß diese Angaben den wirklichen Verhältnissen entsprechen. Wenn wir in dieser Zusammenstellung sehen, daß ein verheirateter Kriegsblinder mit fünf Kindern einschließlich seines Verdienstes und seiner Rente ein Monatseinkommen von 1458,60 Mark hat, dann kommen wir doch zu dem Ergebnis, daß die Sache nicht so weitergehen kann. Da bezieht ein anderer verheirateter Kriegsblinder mit vier Kindern ein Gesamteinkommen von 936,45 Mark. Dabei betone ich, daß ich mich auf diese Angaben, die von dieser Stelle aus gegeben worden sind, verlassen muß. Sind diese Zahlen aber richtig, dann erscheint mir eine sorgfältige Prüfung der Situation absolut geboten.

Zur Fürsorge für die Kriegsblinden gehört dann im

(Ziegler [Westfalen], Abgeordneter.)

(A) weiteren Umkreise auch die Fürsorge für diejenigen, die zu 100 Prozent als schwerbeschädigt gelten. Auch hier müssen wir die Verhältnisse einer sorgfältigen Prüfung unterziehen. Das gleiche gilt auch für die Verhältnisse der **Kriegerwitwen und -waisen.** Wir müssen versuchen, ihre Lage so zu gestalten, daß die Beschwerden, die von einer ganzen Reihe von beteiligten Kreisen an uns herankommen, endlich einmal aufhören. Ich kenne Verhältnisse von Kriegerwitwen und -waisen, wo die Mütter nicht wissen, wie sie mit den paar Groschen, die sie bekommen, in der heutigen Zeit durchkommen sollen. Wir müssen da Wege finden, um solche Dinge aus der Welt zu schaffen.

Noch weitere Zahlen im einzelnen anzuführen, halte ich für zwecklos, aber ich kann namens meiner Partei erklären, daß wir in der Fürsorge für diejenigen, die Gesundheit und Leben dem Vaterlande geopfert haben, hinter keiner anderen Partei zurückstehen werden. Andererseits werden wir uns bemühen müssen, diese Sorge für die Kriegsopfer mit der Sorge für unser ganzes Volk und Vaterland in Einklang zu bringen. Meiner Überzeugung nach wäre es falsch, wenn wir zunächst nur an die Kriegsopfer allein denken wollten und alles andere darüber zusammenbrechen ließen, denn dann würde sehr bald der Zustand eintreten, daß wir das, was wir für diese Opfer tun wollten, doch nicht mehr durchführen können, weil sich inzwischen die Verhältnisse ganz anders gestaltet haben. Die Sorge für die Kriegsopfer und die Sorge für die Gesamtheit, für den Wiederaufbau unseres Landes und Volkes muß also Hand in Hand gehen. Wir dienen aber der Sache besser, wenn wir keine Agitationsreden halten, sondern in nüchterner, ruhiger Arbeit das erreichen, was wir erreichen können.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete

(B) Berthelé.

Berthelé, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn hier von einem **Wettrennen um die Gunst der Kriegsopfer** gesprochen wurde, so kommt dabei wohl mehr die **rechte Seite** dieses Hauses in Frage, was ich Ihnen leicht beweisen kann. Die Einbringung der Interpellation der Abgeordneten Thiel, Dr. Becker und Genossen zeigt schon, wie sehr es den Herren um die Erringung der Gunst der Kriegsopfer als Wähler bei künftigen Wahlen zu tun ist. Sodann liegt eine Anfrage der Abgeordneten Bruhn und Schröter von der deutschnationalen Partei vor, die sie am 21. Oktober an die Reichsregierung gerichtet haben, und in der sie sich gleichfalls für die Kriegsbeschädigten einlegen. Es wird dort die im vorigen Jahre vorgenommene Erhöhung der Zulagen von 25 auf 35 Prozent als unzureichend bezeichnet und beklagt, daß die Bearbeitung der Rentenansprüche nach dem Versorgungsgesetz noch immer nicht soweit durchgeführt sei, daß die Kriegsopfer diese Rentenerhöhung auch wirklich in die Tasche stecken können. Eine weitere Anfrage, von der Deutschen Volkspartei gestellt, geht dahin, daß die Arbeiten für die Umanerkennung der Renten so langsam vor sich gehen, daß die Kriegsopfer dadurch andauernd geschädigt würden. Endlich kommt hier eine Anfrage des Abgeordneten Findeisen von der Deutschen Volkspartei in Betracht, vom 19. Januar dieses Jahres. Darin wird über sechs Punkte Klage geführt, erstens, daß die Teuerungszulagen vollständig unzureichend seien, zweitens, daß die Erhöhung der Teuerungsgebührnisse nicht für alle Versorgungsberechtigten erfolgt sei, drittens den Schwerbeschädigten und den Witwen, die im Erwerbsleben stehen, vom 1. Januar 1922 ab der Teuerungszuschuß entzogen werde, viertens selbst die Schwerbeschädigten unterschiedlich behandelt würden, insofern ein Unterschied gemacht werde zwischen den 50- bis 80prozentigen und

(C) den 80- bis 100prozentigen, fünftens die Kriegsopfer auf gegenseitige Hilfe angewiesen würden, und sechstens die ganzen Umanerkennungsarbeiten nach dem Reichsversorgungsgesetz aufs äußerste gefährdet seien.

Angesichts dieser Anfragen an die Regierung möchte ich doch fragen, auf welcher Seite eigentlich das Wettrennen um die Gunst der Kriegsopfer liegt, und daß hier allein die rechte Seite des Hauses in Frage kommt, ist klar. Dann dürfen Sie aber auch gegen die Redner der linken Seite keine Vorwürfe erheben, wenn sie die Not der Kriegsopfer und die Schäden aufzeigen, die bei der Versorgung der Kriegsopfer in die Erscheinung getreten sind.

An einzelnen Beispielen werde ich nachweisen, wie sich diese **Not der Kriegsopfer** auswirkt. Ich habe hier den Rentenbescheid eines Kriegsbeschädigten, der bei der Umanerkennung von 80 Prozent auf 20 Prozent heruntergesetzt wurde,

(hört! hört! auf der äußersten Linken)

obwohl der Betreffende infolge einer Verwundung an der linken Hand den Zeigefinger verloren und außerdem eine Stirnwunde auf der rechten Schädelseite davongetragen hat, aus der epileptische Anfälle zurückgeblieben sind. Bis 1918 war er in verschiedenen Lazaretten und wurde als vollständig dienstunfähig entlassen, mußte aber nachdem wiederum die Lazarette aufsuchen und ist bis heute in dauernder ärztlicher Behandlung. Er hat im Jahre 1921 50 Anfälle gehabt und jetzt, im Jahre 1922, bereits 25, darunter 8 schwere. Ich war selbst vor 14 Tagen Zeuge von 4 schweren Anfällen. Sein Arbeitgeber hat ihn entlassen, weil er sich krank gemeldet hat, und mußte erst durch die Schwerbeschädigtenfürsorge gezwungen werden, ihn weiter zu behalten. So etwas muß unter die Kriegsopfer schwere Beunruhigung bringen;

(sehr richtig! bei den Kommunisten)

(D) hier aber wird immer nur gesagt, die Unruhe werde künstlich durch Agitation unter den Kriegsbeschädigten hineingetrieben.

Der zweite Fall liegt noch etwas krasser. Der Betreffende war vom Arzt auf 100 Prozent erwerbsunfähig geschrieben. Der Bescheid, den er im vorigen Jahre endgültig erhalten hat, setzte ihn von 100 auf 10 Prozent herunter.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Der Betreffende ist hochgradig nervös, hat Lähmungserscheinungen und auch Malariaanfälle. Er war bis zum September vorigen Jahres dauernd in ärztlicher Behandlung, davon lange Zeit im Lazarett und im Krankenhaus. Er konnte bis dato nicht allein laufen, sondern mußte sich in einem Selbstfahrer vorwärts bewegen. Dann ging es ihm besser; eine neue ärztliche Untersuchung fand statt und setzte ihn auf 10 Prozent herunter, obwohl er heute noch nicht klar denken kann, da Gedächtnisschwäche und Nervenreizung ihn bei seinem Fortkommen schwer hindern.

Andere Fälle sollen zeigen, welchen **skandalösen Behandlungen** die **Kriegsbeschädigten** ausgesetzt sind. Vor einigen Monaten, am 21. Dezember 1921, wurde der Händler Wilhelm Tiefenbach verhaftet, indem er auf den Höfen durch Singen sein Brot zu erwerben versuchte und schweren Einbruchs verdächtigt wurde. Er war 75 Prozent erwerbsunfähig. Mit seinem Einkommen konnte er sich keine Unterkunft verschaffen, da seine geringen Mittel für die enorm hohen Preise nicht ausreichten; und weil er seine ganzen Habseligkeiten auf dem Leibe trug, nahm ihn leider kein Mensch auf. Man behielt ihn bis zum März 1922 in Haft; dann stellte es sich heraus, daß man einen Falschen verhaftet hatte. Der verfolgte Wilhelm Tiefenbach stammte aus Ostpreußen, während dieser aus Schlesien gebürtig war. Während der ganzen Zeit hat man die Namensverwechselung nicht entdeckt.

(**Berthelé**, Abgeordneter.)

(A) Dem Betreffenden ist ein Bein amputiert, er konnte den Einbruch gar nicht begangen haben; trotzdem hatte man ihn verhaftet.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

In der Haftzeit hatte er sich durch Arbeit 29 Mark erworben, von denen ihm jedoch vier Mark für einen zerrissenen Strumpf abgezogen wurden, den die Anstaltsleitung geliefert hatte. So wurde er mit 25 Mark auf die Straße gesetzt und der Not preisgegeben.

Einen **weiteren Fall** für die **unglaubliche Behandlung der Kriegsbeschädigten** möchte ich Ihnen mitteilen. Es war in einer Nacht, als ein Kutscher die Straße am Strausberger Platz passierte und ohne Licht fuhr. Sein Begleiter wollte sich gelegentlich eines Wortwechsels mit der Sipo Zeugen verschaffen. Ein zufällig anwesender Kriegsbeschädigter, der das linke Bein verloren hatte, gab ihm Papier und Bleistift. Die beiden Schupobeamten, die offenbar angetrunken waren, fuhren diesen Kriegsbeschädigten an und forderten ihn auf, mit zur Wache zu kommen.

(Abgeordneter D. Mumm: Das gehört doch nicht zum Arbeitsministerium!)

— Jawohl, das gehört durchaus dazu. Ich will eben zeigen, in welcher Art und Weise in die Reihen der Kriegsbeschädigten Unruhe hineingetragen und der Dank des Vaterlandes abgestattet wird. — Der Betreffende wurde dann unterwegs schwer mißhandelt. Die Schupoleute stießen ihm fortwährend in die Seite und hetzten den Hund, den sie bei sich führten, auf ihn. Die Bisse des Hundes sind auf dem Holzstumpf, den der Betreffende hatte, nach seiner Entlassung sichtbar gewesen. Außerdem ist auch die Hose, die er trug, vollständig von dem Hund zerbissen worden. Diese Gegenstände sind ihm aber bis heute nicht ersetzt worden. Als er auf der Wache sich beklagte, schrie man ihn an: dir soll das andere Bein (B) auch noch zuschanden werden! Der eine Beamte schrie in voller Wut: solche Lumpen sollte man erschießen! Eine solche Behandlung ist gewiß nicht dazu angetan, die Kriegsbeschädigten mit ihrem Schicksal zu versöhnen.

Ein andermal wurde einem Kriegsinvaliden, dem beide Beine fehlten, beim Überqueren der Friedrichstraße von einem Passanten ein Geldgeschenk gegeben. Ein Beamter der Sipo, der dies beobachtet hatte, wollte von dem Verletzten wissen, wieviel er erhalten hatte. Er lehnte die Auskunft ab. Aus dem sich dazwischen mengenden Publikum wurde dann jemand verhaftet.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Berthelé, wir verhandeln hier über die Versorgung der Kriegsbeschädigten, und der Vortrag dieser Beschwerden hat insofern nicht viel Wert, als die Minister, die daraufhin irgend etwas veranlassen könnten, nicht anwesend sind.

Berthelé, Abgeordneter: Ich möchte noch einen Fall erwähnen und Ihnen zeigen, wie die Kriegsbeschädigten hintangesetzt werden. Es handelt sich um einen Kriegsbeschädigten, der lungenkrank ist und keine schweren Arbeiten verrichten kann und darf. Er lebt in einem Dorf, und in einem so eng begrenzten Kreis sind für einen solchen schwer Beschädigten die Arbeitsmöglichkeiten sehr gering. Nun betreibt dort eine Witwe ein gut gehendes Materialwarengeschäft, außerdem aber noch Landwirtschaft, wofür sie sich einen Knecht halten kann, und besorgt noch die Schleusenwärterstelle. Der Kriegsbeschädigte ist darum eingekommen, daß ihm diese Stelle zugewiesen werde. Von dem Wasserbauamt Potsdam wurde ihm der Bescheid gegeben, daß die Frau bisher die Tätigkeit zur Zufriedenheit ausgeübt hat, er also nicht darauf rechnen könne, diese Stelle zu bekommen. Ich führe dies als Beweis dafür an, daß auf die Kriegsbeschädigten keine Rücksicht genommen wird und Beun- (C) ruhigung entstehen muß.

Nun will ich auf den Gesetzentwurf, der dem 19. Ausschuß vorliegt und die **Zulagen der Kriegsbeschädigten** nach dem **Bedürftigkeitsprinzip** regeln soll, eingehen. Meine Partei steht auf dem Standpunkt, daß sie diese Art der Regelung, wie sie seit August vorigen Jahres von der Regierung gehandhabt wird, nicht mitmacht, da durch das Reichsversorgungsgesetz im § 87 die Teuerungszulagen allen Kriegsopfern gegeben werden sollen. Aber durch das Prinzip der Bedürftigkeit werden dem größten Teile der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen diese Zulagen entzogen, der sie alle bedürfen. Verschiedene Vorredner haben Beispiele dafür gegeben, wie niedrig die Renten heute sind. Ich habe einen Antrag eingebracht, der besagt, daß die Positionen zum Allgemeinen Pensionsfonds in Kap. 5 Tit. 4 und 6 um 200 Prozent erhöht werden sollen. Die Summe beträgt nach dem Etat 6 717 348 000 Mark. Wenn diese Summe um 200 Prozent erhöht wird, so bekommen wir die Summe von ungefähr 20 Milliarden. Der Unterschied mag auf den ersten Blick etwas kraß erscheinen. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß in einem weiteren Kapitel zur Linderung der Not unter den Kriegsopfern, die seit dem Herbst 1921 eingetreten ist, eine Summe von 5 Milliarden erscheint, die bereits vom Hauptausschuß bewilligt worden ist. Wenn man diese 5 Milliarden zu den ziemlich 7 Milliarden hinzuzählt, so ergibt sich die Summe von annähernd 12 Milliarden. Es würde also nur noch eine Bewilligung von etwas über 8 Milliarden notwendig sein. Diese Summe müßte unbedingt vom Reichstage bewilligt werden, damit allen Kriegsbeschädigten, die gleichermaßen die Not der Zeit an ihrem eigenen Körper verspüren, geholfen werden kann. Allerdings haben sich Vertreter einiger Parteien dagegen ausgesprochen und gesagt, daß man die Ergebnisse der Be- (D) ratungen des 19. Ausschusses über den vorliegenden Gesetzentwurf abwarten müsse, die in der nächsten Woche stattfinden sollen; je nach dem Ausfall dieser Beratungen könnte dann in einem Nachtragsetat eine Erhöhung der 5 Milliarden, die jetzt dafür eingesetzt sind, vorgenommen werden, falls die 5 Milliarden nicht ausreichen sollten. Ich bin anderer Meinung und sage: wir müssen gleich hier beim ordentlichen Etat festsetzen, daß die Rentenbezüge für alle Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen um 200 Prozent erhöht werden. Nur in dieser Höhe ist es möglich, die Not der Kriegsopfer zu lindern.

Will man die Versorgung der Kriegsopfer sicherstellen, dann muß unbedingt eine **großzügige Reform des Versorgungsgesetzes** eintreten. Wir haben zusammen mit der Unabhängigen Partei eine Entschließung eingebracht, in der gefordert wird, daß das Reichsversorgungsgesetz mit allen seinen Nebengesetzen — ich erinnere an das Schwerbeschädigtengesetz usw. — alsbald eine Reform erfährt, und zwar spätestens bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags im Herbst 1922. Bei den verschiedenen Paragraphen, die jetzt hindernd im Wege stehen — ich erinnere an § 63, der die rigorosen Kürzungsbestimmungen enthält, ebenso an § 28 — müssen wesentliche Änderungen getroffen werden, damit die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen in Zukunft einer besseren Versorgung teilhaftig werden, als sie bis jetzt besteht. Der Zustand, der jetzt infolge des Bedürftigkeitsprinzips besteht, führt dahin, daß den Kriegsopfern lediglich alle Augenblicke ein kleines Pflästerchen auf ihre Wunde gelegt wird. Sie haben einen Anspruch darauf, von vornherein in ausreichender Weise versorgt zu werden.

(Zustimmung auf der äußersten Linken.)

Ich bitte um Annahme unserer Anträge.

(Beifall bei der Kommunistischen Partei.)

(A) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Budjuhn.

Budjuhn, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Frage der **besseren Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen** — Witwen und Waisen — ist eine der wichtigsten und brennendsten in Gegenwart und Zukunft. Ich will aber der Versuchung widerstehen, mich in Einzelheiten zu verlieren, wie es meine Vorredner teils getan haben.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Ich will auch davon absehen, Beispiele anzuführen, die beweisen, daß man in der Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge große Fehler zu verzeichnen hat. Im wesentlichen kann ich den Ausführungen des Herrn Kollegen Thiel bei Begründung seiner Interpellation beitreten, und ich kann auch dem Herrn Kollegen Meier (Zwickau) darin folgen, wenn er sich über die Verschleppung der Umanerkennungen beklagte. Es ist tatsächlich sehr bedauerlich, daß gerade in der Frage der Umanerkennungen seitens der Versorgungsbehörden so viel versäumt wird. Ich kann weiter die Klagen des Herrn Abgeordneten Andre über die Arbeiten der Versorgungsbehörden an und für sich unterstützen — auch hier mangelt es —, und ich kann endlich seinen Ausführungen folgen und spreche das für meine Parteifreunde aus, daß auch wir für die Bevorzugung — in Wirklichkeit ist es keine Bevorzugung — der Mutterhausschwestern eintreten. Gerade die Mutterhausschwestern in den Lazaretten, die mit Lust und Liebe ihre Tätigkeit ausüben, müssen in erster Linie bei der Pflege der Kriegsbeschädigten Verwendung finden. Wir werden deshalb den Antrag 4277 ablehnen.

Mit der Frau Abgeordneten Ziegler will ich mich nicht über Kriegsverbrechen und über die Höhe der Kriegsopfer auseinandersetzen; ich würde sie nicht überzeugen (B) können, genau so wie sie mich nicht von ihren Ideen hat überzeugen können. Aber eins darf ich ihr doch ins Gedächtnis zurückrufen: die Stellung, die sie heute zu diesen Fragen einnimmt, dürfte sich nicht halten lassen; denn sonst hätte ihr Genosse Haase seinerzeit nicht für die Kriegskredite gestimmt.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Die Abänderungsvorschläge, die sie als von ihrer Seite hervorgegangen besonders hervorzuheben beliebte, sollten wohl den Eindruck erwecken, als ob die andern Parteien für die Kriegsbeschädigtenfragen nicht dasselbe Interesse hätten. Ich stelle hier vor aller Öffentlichkeit und zur Information aller Kriegsbeschädigten fest, daß die **Kriegsbeschädigtenfrage keine Parteifrage** ist,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und rechts)

sondern eine Frage des ganzen Volkes, das gemeinsam in dieser Frage zu arbeiten hat. Ich verwahre mich gegen den Vorwurf der Frau Abgeordneten Ziegler, so weit die Kreise, die hinter uns stehen, vielleicht in Frage kommen könnten, als ob sie sich durch Loskaufen vom Kriegsdienst hätten befreien wollen. Ich nehme auch die Ärzteschaft gegen den Vorwurf in Schutz, daß sie etwa, wie Frau Ziegler es darzustellen versuchte, die besseren Stände bevorzugte und Leute, die mit Glacéehandschuhen zum Arzt kamen, besser behandelte. Wenn Sie (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) immer von Wiederaufbau reden, so tragen Sie durch solche volksverhetzenden Reden jedenfalls nicht zum Wiederaufbau bei. Solche Reden sollen doch nur auf die Tribüne Eindruck machen, sie sind für ihre Volksversammlungen geeignet; auf uns können sie jedenfalls keinerlei Eindruck machen.

(Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Deutschnationalen.)

Ich möchte aber der Frau Abgeordneten Ziegler sagen, (C) daß ich ihr in einem Punkte folgen kann, nämlich in der Klage über den **Bureaukratismus,** der heute noch **bei den Behörden** herrscht. Gegen wen richtete sich aber dieser Vorwurf? Wahrscheinlich doch nur gegen die dem Ministerium unterstellten Behörden. Ich wüßte nicht, daß sich diese Klage, die sie hier vorbrachte, etwa gegen bestimmte Parteien richten könnte. Sollte sie sich etwa gegen uns richten, so müßte ich das gleichfalls entschieden zurückweisen.

Den Antrag Berthelé werden wir ablehnen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wir uns sagen: wenn der Herr Reichsarbeitsminister Mittel braucht, dann wird er sie, wie er dies schon in einem andern Falle ankündigte, im Nachtragsetat von uns anfordern und wir werden nach sorgfältiger Prüfung der Frage ihm jedenfalls dann Gefolgschaft leisten können. Meinen Parteifreunden ist heute wieder der Vorwurf gemacht worden, daß sie für soziale Fragen kein Verständnis hätten.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

— Nein, es ist nicht wahr! Denn bevor Sie noch an soziale Fragen dachten, sind meine Freunde schon für soziale Fragen eingetreten.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Unruhe links.)

Im alten Reichstag waren Sie gegen alle sozialen Gesetze, weil sie durch die Annahme der sozialen Gesetze zufriedene Arbeiter befürchteten. Heute aber ist es für Sie ein Agitationsmaterial, um Wähler für sich einzufangen.

(Erneute Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Unruhe und Zurufe links.)

Wir sind dafür, daß den Kriegsbeschädigten, den Hinterbliebenen und Waisen eine ausreichende Hilfe zuteil wird. Wir sind auch dafür, daß ihnen das Existenzminimum sichergestellt wird. Wir sind weiter dafür, daß (D) die Gesetzgebung mehr den Bedürfnissen der Kriegsopfer Rechnung trägt. Wir finden in dem vorgelegten Gesetze über die Teuerungsmaßnahmen für Militärrentner noch nicht des Schlüssels Lösung, es wird dabei noch manches abzuändern sein, woran meine Freunde nach Kräften mitarbeiten werden. Das Bedürftigkeitsprinzip hat seine zwei Seiten, und wir werden uns überlegen müssen, ob wir lediglich auf der Grundlage des Bedürftigkeitsprinzips fernerhin aufbauen können.

Unsere **Fürsorge** gilt aber nicht nur den Kriegsverletzten selbst, sondern auch den **Hinterbliebenen.** Bezüglich der **Bezüge der Kriegerwitwen** sehen wir eine gewisse Zurücksetzung darin, daß die Kriegerwitwen schon in einem Alter von 50 Jahren als erwerbsunfähig betrachtet werden, während eine Kriegermutter, eine Mutter von Söhnen, die im Kriege gefallen sind, erst mit 60 Jahren als erwerbsunfähig gilt. Hierin liegt eine gewisse Härte, und wir werden bemüht sein müssen, diese Härte auszumerzen.

Wir werden auch für die Erhöhung der Bezüge für Waisen und Kriegereltern eintreten und auch für Witwen, denen es nicht gelingt, obwohl sie erwerbsfähig sind, trotz guten Willens zur Arbeit eine Arbeit zu finden, weil keine genügenden Einstellungsmöglichkeiten vorhanden sind. Wir werden uns aber auch mit besonderer Wärme der **Blindenfürsorge** annehmen; denn gerade die Ärmsten der Armen, die blinden Krieger, haben Anspruch darauf, daß ihre Lage verbessert wird. An vielen Blindenanstalten findet man die Überschrift: „Sei des Blinden Auge!" Ich möchte sagen: wenn wir auch den vielen Kriegsblinden nicht ihr Augenlicht wiedergeben können, so wollen wir wenigstens versuchen, ihnen Licht in ihre Herzen zu bringen, indem wir ihnen mehr als bisher ihre schwere Lage erleichtern helfen.

(Budjuhn, Abgeordneter.)

(A) Wir werden auch die Forderung auf Gewährung von einmaligen Entschuldungs- und Wirtschaftsbeihilfen prüfen, die von den Verbänden ausgeht. Aber eins muß ich besonders betonen: Ziel und Zweck der ganzen Kriegsbeschädigtenfürsorge wird sein müssen, zufriedene Kriegsverletzte, zufriedene Kriegerhinterbliebene zu haben, und zu dem Zweck wird es notwendig sein, daß wir an eine grundsätzliche Änderung des Reichsversorgungsgesetzes herangehen.

Die Klagen über **Verschleppung der Zahlungen der Bezüge** sind allgemein und gehen bis in die neueste Zeit. Wenn man dem Berichte des Zentralverbandes der deutschen Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen folgen will, wenn man annehmen wollte, daß die angegebenen Zahlen richtig sind, so kann ich es allerdings nicht verstehen, daß bei den Versorgungsbehörden mit rund 32 000 Beamten und Angestellten noch nicht einmal pro Person im Monatsdurchschnitt mehr als fünf Fälle erledigt werden können.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Wenn ein Beamter oder Angestellter in einem Monat nicht mehr als fünf Entschädigungsfälle erledigen kann, so ist das ein bedeutender Mangel in der Verwaltung. In der letzten Zeit und auch heute ist teils ironisch gesagt worden: „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß!" — Gewiß, meine Damen und Herren, der Dank des Vaterlandes war den Kriegern gewiß. Er war gewiß, wenn alle Bestrebungen, die zu einer Zeit einsetzten, als wir noch ein einiges Volk in Deutschland waren, hätten verwirklicht werden können. Aber das wurde mit dem Augenblick vereitelt, wo ein einiges Volk nicht mehr da war.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich darf daran erinnern, daß, bevor noch überhaupt die Parteien sich mit der Kriegsbeschädigtenfrage beschäftigten, (B) schon im Herbst 1914, die Kriegsbeschädigtenorganisationen ins Leben getreten sind, daß am 16. September 1915 ein Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge — vollkommen auf neutralem Boden — begründet wurde. Das beweist, was ich schon zu Beginn meiner Ausführungen sagte: die Kriegsbeschädigtenfrage ist keine Parteifrage, sondern eine Frage des ganzen deutschen Volks,

(lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen)

und Sie werden uns zur regsten Mitarbeit bereitfinden, wenn es gilt, gerade die Not der Opfer des Krieges zu mildern.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister: Meine Damen und Herren! Es ist im Verlaufe der Debatte über die **Leistungen der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenversorgung** geklagt worden. Der Gesetzentwurf, durch den die Teuerungsmaßnahmen jetzt gesetzlich geregelt werden sollen, ist am 17. Mai dem Ausschuß überwiesen worden und soll, wie ich höre, dort beschleunigt verhandelt werden, so daß wir mit einer Verabschiedung des Gesetzentwurfs vor Pfingsten wohl werden rechnen können. Wenn das eintrifft, dann werden die Teuerungszuschüsse um das $3^1/_2$- bis 4 fache gegenüber dem früheren Zustand erhöht sein. Das Reich hat dann durch diese Teuerungszuschüsse einen Aufwand von jährlich 5 Milliarden Mark zu bestreiten. Die übrigen Aufwendungen des Reichs für Renten auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes belaufen sich auf rund 7 Milliarden Mark. Dazu kommt noch $^1/_2$ Milliarde für die Fürsorge, so daß wir insgesamt mit **etwa 12,5 Milliarden Aufwendungen** zu rechnen haben.

Man hat behauptet, gegenüber den Leistungen der (C) Vorjahre 1919 und 1920 sei kein rechtes **Steigen in den Leistungen** zu verzeichnen. Das ist aber nicht zutreffend. Die diesbezüglichen Zahlen sind folgende: Im Etat des Jahres 1919 sind für Militärrenten und Hinterbliebenenrenten 1,114 Milliarden Mark ausgeworfen gewesen. Dazu kamen damals 40 Millionen für die soziale Fürsorge. Im Etat 1920 steigen diese Ziffern auf 3,576 Milliarden für die Versorgung und 500 Millionen für die soziale Fürsorge; dazu kommen noch weitere 100 Millionen für die Winterbeihilfe. Im Etat 1921 belaufen sich die Ziffern auf mehr als 6,5 Milliarden für die Versorgung, 500 Millionen für die Fürsorge und 200 Millionen für eine Winterbeihilfe. Es ergibt sich aus dieser Zusammenstellung, daß das Reich die Aufwendungen für die Kriegsopfer im Laufe der letzten Jahre wesentlich erhöht gegenüber dem Jahre 1920 um das Dreifache gesteigert hat.

Ich gebe zu, daß trotz dieser hohen Gesamtsummen, doch noch immer Härten für einzelne Fälle, auch für gewisse Kategorien, vorhanden sein mögen. Es wird unmöglich sein, durch gesetzliche Maßnahmen allein allen diesen Härten zu begegnen.

Es ist selbstverständlich, daß wir ganz besonders den Zustand der **Blinden** bedauern müssen. Der Herr Abgeordnete Ziegler hat einzelne Beispiele angeführt, er hat insbesondere ein Beispiel aus Baden angeführt. Ich habe die Liste der badischen Blinden hier gerade vor mir liegen. Er hat über dieses eine Beispiel, das er anzog, gesagt, daß der betreffende Blinde Familienvater mit fünf Kindern sei, daß er monatlich einschließlich seines Verdienstes aber nur 1458 Mark verdiene. Er berichtete insofern irrtümlich, als dieser Blinde, um den es sich hier handelt, keinen Nebenverdienst neben seinen Rentenbezügen hat. Diese 1458 Mark, die Herr Ziegler angeführt hat, sind also nur die monatliche Rente mit Zuschlägen. (D) Ferner trifft diese Ziffer für eine Zeit zu, die drei Monate zurückliegt. Er hat jetzt schon mehr; und wenn das Gesetz durchgegangen sein wird, das jetzt im Ausschuß in Beratung ist, dann wird die **Rente,** die dieser Blinde bekommt, nach einer Berechnung, die wir jetzt eben im Augenblick vorgenommen haben, 1850 Mark betragen. Dieser Blinde würde also 22 200 Mark Rente im Jahr beziehen.

Nun sind natürlich die Verhältnisse in den einzelnen Fällen sehr unterschiedlich. Wir haben Fälle, wo Blinde auch einen guten Nebenverdienst, den vollen Arbeitsverdienst, das volle Beamtengehalt neben ihrer Rente beziehen. Wir haben Fälle, wo die Frau arbeiten und helfen kann. Das ist eben in den Einzelfällen ungeheuer unterschiedlich. Deshalb sage ich meines Erachtens mit Recht: es ist außerordentlich schwer oder geradezu unmöglich, mit Hilfe einer Gesetzgebung, die ganz naturgemäß etwas Schematisches hat, alle diese Härten zu beseitigen. Es werden hier unbedingt Fürsorgemaßnahmen für die einzelnen Notfälle nach hinzutreten müssen.

Dann, meine Herren, ist die Frage des **Fortganges der Umanerkennung der Renten** behandelt worden. Der Herr Abgeordnete Meier (Zwickau) hat gewünscht, nicht bloß Zahlen aus den letzten Monaten über diesen Fortgang zu erhalten, sondern auch allgemeinere Zahlen. Ich bin bereit, sie ihm zu geben. Es sind bis Ende März nach dem Reichsversorgungsgesetz festgestellt die Renten von 748 000 Kriegsbeschädigten und von 1471000 Hinterbliebenen. Wenn wir in demselben Ausmaß im April fortgearbeitet haben wie bis zum März, was ich zunächst einmal annehmen muß, dann werden wir bis Mitte Mai für 65 Prozent der Kriegsbeschädigten und für 70 Prozent der Kriegshinterbliebenen die Umanerkennung nach dem Versorgungsgesetz vorgenommen haben. Auch die Kriegs-

(Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister.)

(A) beschädigtenorganisationen haben ausdrücklich anerkannt, daß in der letzten Zeit ein guter Fortschritt dieser Umanerkennungen zu verzeichnen sei.

Die **Auszahlung der Ortszulagen** nach dem neuen Ortsklassenverzeichnis wird bei den laufenden Feststellungen sofort vorgenommen. Es ist natürlich nicht möglich für alle diejenigen Fälle, wo die Umanerkennung schon erfolgt ist, sie auch jetzt sofort vorzunehmen. Für die früher Umanerkannten kann die Berechnung allgemein erst erfolgen, wenn die Umanerkennung erledigt ist. Bis dahin werden wir mit Aushilfsmaßnahmen nachhelfen müssen.

Auf den Vorschlag des Herrn Abgeordneten Thiel, die **Teuerungszuschüsse** auch an die **Leichtbeschädigten** auszuzahlen, möchte ich folgendes erwidern: Trotz der erheblichen Mittel, die im Etat vorgesehen sind, bleiben die Gebührnisse des einzelnen infolge der ungeheuren Anzahl der Kriegsopfer naturgemäß verhältnismäßig gering. Die Regierung hat deshalb ihre letzten Teuerungsmaßnahmen auf die Schwerbeschädigten und auf die erwerbsunfähigen Hinterbliebenen beschränkt und auch unter diesen nur diejenigen bedacht, die daneben kein nennenswertes sonstiges Einkommen beziehen. Würden wir nun nach dem Vorschlag des Herrn Thiel eine Erhöhung der Renten und Zulagen um 50 Prozent, und zwar auch bei den Leichtbeschädigten, vornehmen, so würde das dem Reiche nach unserer Schätzung etwa rund $3^1/_2$ Milliarden kosten. Wie würde diese Summe auf den Einzelfall wirken? Bei einem Leichtbeschädigten etwa mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 20 vom Hundert in Ortsklasse A würde das durchschnittlich einen Monatsbetrag von 45 Mark oder 1,50 Mark pro Tag ausmachen. Ich glaube, daraus ergibt sich: die allgemeine Erhöhung der Bezüge kann bei äußerster Anspannung der Mittel des Reichs nur zu einer Rentenerhöhung für den einzelnen führen, die beim Leichtbeschädigten neben seinem Arbeits-(B) verdienst, den die Leichtbeschädigten doch durchgangs haben, kaum in die Wagschale fällt. Werden die Milliarden, die ich eben genannt habe, aber angewandt, um den Bedürftigen zu helfen, um einem kleineren Kreise zu helfen, wo wirklich die Notlage am größten ist, ist mit diesen Mitteln entschieden mehr zu leisten. Das ist die Stellung der Reichsregierung zu dieser Frage, die Herr Thiel eben aufgeworfen hat.

Der Herr Abgeordnete Thiel hat um **statistische Unterlagen** gebeten, um alle diese Dinge genauer nachprüfen und beurteilen zu können. Ich bin selbstverständlich bereit, nach Möglichkeit diese Unterlagen und Ziffern zu liefern. Aber wenn wir sie in dem Umfang liefern sollen, wie es heute bei dieser Angelegenheit und auch bei einer anderen Angelegenheit gefordert wurde — ich habe im Augenblick nicht in Erinnerung, welche es gerade war —, dann können wir nicht gleichzeitig die Stellen für die Beamten derart verringern, wie es tatsächlich durch die Beschlüsse des Ausschusses und des Reichstags geschieht, dann müssen Sie auch den Ministerien die nötigen Kräfte für diese Arbeit lassen.

Dann sind auch die Anstellungsgrundsätze für Zivilversorgungsberechtigte und Schwerbeschädigte hier zur Sprache gekommen. Die diesbezügliche Verordnung ist gestern vom Reichsrat erledigt worden und wird jetzt dem Reichstagsausschuß zugehen.

Zum Schlusse möchte ich noch folgendes sagen: Die Hauptsache ist, daß die Umanerkennung ungestört durchgeführt wird. Dann erst können auch die Härten beseitigt werden, die sich aus der Rentengesetzgebung bisher ergeben haben.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meier (Zwickau).

Meier (Zwickau), Abgeordneter: Meine Damen und (C) Herren! Gestatten Sie mir noch wenige Worte. Die **Frau Abgeordnete Ziegler** hat einen großen Teil ihrer Ausführungen in **Angriffen** gegen uns verwendet. Ich weiß nicht, ob dazu eine Ursache vorgelegen hat. Aber schließlich ist das ja eine Gewohnheit, mit der wir uns abfinden müssen. Ich möchte mich nur dagegen verwahren, wenn Frau Ziegler es so darstellt, als hätten wir gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien in der Nationalversammlung die Fragen der Kriegsopfer behandelt, also gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien das Reichsversorgungsgesetz gemacht. Ich habe angenommen, daß auch der Frau Abgeordneten Ziegler nicht unbekannt war, daß in der Nationalversammlung eine Mehrheit für die linke Seite des Hauses trotz des Verhältniswahlrechts nicht zustande gekommen war, und ich weiß nicht, wieviel vielleicht auch Kriegerhinterbliebene und Kriegsbeschädigte in dem Sinne ihre Stimme abgegeben haben, daß heute eine so große Mehrheit der bürgerlichen Parteien in diesem Hause vorhanden ist. Wir haben aus diesen Gründen, weil wir allein in der Nationalversammlung das Gesetz nicht nach unseren Gesichtspunkten machen konnten, uns mit den bürgerlichen Parteien zusammenfinden müssen, um das Gesetz einigermaßen im Interesse der Kriegsbeschädigten zu erledigen.

Ich weiß auch nicht, welchen Grund die Frau Abgeordnete Ziegler gehabt hat, als sie die Bemerkung machte, daß wir das Gesetz mit denselben Parteien gemacht hätten, mit denen wir gemeinsam die Kriegskredite bewilligt hätten. Wir haben absolut kein Verständnis dafür, welchen Zweck diese Bemerkung haben sollte, um so weniger als ja auch in den Kreisen der Unabhängigen Partei über die Frage der Bewilligung der Kriegskredite niemals eine einheitliche Auffassung bestanden hat.

Frau Ziegler hat weiter in ziemlich überheblicher Art behauptet, daß der § 28 des Gesetzes zustande gekommen (D) sei, weil Ihre Anträge abgelehnt worden seien. Nun, ich bin von Anfang an den Arbeiten zum Versorgungsgesetz beteiligt gewesen und kenne die Dinge, die sich damals abgespielt haben sehr genau. Die Darstellung der Frau Ziegler zeugt nicht von einer besonderen Objektivität. Ich nehme es ihr nicht übel, denn sie hat ja damals dem Hause nicht angehört. Der einzige Vertreter der Unabhängigen, der Abgeordnete Laukant, hat, wenn er einmal im Ausschuß war,

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Das kam selten vor!)

— und das kam selten vor —, nicht den Versuch gemacht, die Anträge zu verwirklichen. Ich entsinne mich dessen genau. Sie können auch im stenographischen Bericht nachsehen, daß, als der Abgeordnete Laukant damals den § 28 angriff, ich ihn an dieser Stelle darauf aufmerksam gemecht habe, daß er dann schon bei § 25 die Änderung hätte beantragen müssen; denn wenn man das erreichen will, was Sie wollen, dann kann man den § 28 nicht ohne Änderung des § 25 ändern. Als ich ihn damals darauf aufmerksam machte, war er nicht wenig überrascht.

Ich bitte, dabei auch nicht zu übersehen, daß auch die Organisationen der Kriegsopfer eine ganze Zeitlang auf dem Standpunkt gestanden haben, daß man bei der Rentenbemessung die soziale Stellung des einzelnen berücksichtigen müsse. Heute hat sich die Auffassung in den Organisationen geändert. Ich stehe durchaus nicht an, zu erklären, daß sich in der Praxis bei der Bemessung der Hinterbliebenenrenten außerordentliche Härten ergeben haben. Aber darüber werden wir zu reden haben, wenn eine Änderung des Gesetzes kommt; dann auch wird der § 28 nicht mehr aufrechterhalten werden können.

(**Meier** [Zwickau], Abgeordneter.)

(A) Wenn weiter gesagt wird, daß wir die Anträge der Unabhängigen Partei Ausgang 1920 und Anfang 1921 abgelehnt hätten, so ist auch das unrichtig. Wir haben damals gesagt: wenn wir jetzt eine Änderung des Gesetzes vornehmen, so würde das die Umanerkennung überaus hemmen und stören. Das konnten wir nicht. Wir haben ja gerade immer auf die Umanerkennung gedrängt. Frau Ziegler hat ja vorhin selbst gesagt, es würden wohl Gesetze beschlossen, aber sie würden zu spät ausgeführt. Wir haben in der Tat nach § 87 des Gesetzes immer das Recht, die Teuerungszulagen zu beschließen. Aber sie werden mir zugeben, daß es nicht viel nützt, wenn wir die Teuerungszulagen beschließen, wenn dann die Kriegsopfer aber nicht in absehbarer Zeit in den Genuß der Teuerungszulagen kommen. Es kommt darauf an, den Leuten möglichst schnell etwas in die Hand zu geben.

Ich weiß nicht, ob es besonders zu begrüßen ist, wenn hier fortgesetzt Angriffe erfolgen und Uneinigkeit innerhalb der Arbeiterparteien selbst hervorgerufen wird. Den Kriegsopfern wird das wenig helfen. Wir haben nach unserer Meinung das getan, was wir bei der Zusammensetzung dieses Hauses erreichen konnten, und werden unbekümmert um alle Angriffe von links das tun, was wir glauben im Interesse der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen vertreten zu können.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Albrecht.

Albrecht (Magdeburg), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, längere Ausführungen zu machen. Aber auf einige Punkte muß ich doch eingehen. Der Herr Abgeordnete Ziegler hat vorhin davon gesprochen, daß bei dieser Gelegenheit keine politischen Agitationsreden gehalten werden sollten. Ich gehöre (B) diesem Hause schon lange an, habe aber wenige Reden gehört, die keine **politischen Agitationsreden** waren.

(Zustimmung.)

Nur wenn die Herren (nach rechts) reden, sind sie der Meinung, sie hielten keine politischen Agitationsreden. Wenn aber von unserer Seite gesprochen wird, sagt man, das seien politische Agitationsreden. Es muß anerkannt werden, daß meine Fraktionskollegin Frau Ziegler in ihrer Rede ausgezeichnetes Material beigebracht und nur sachlich gesprochen hat.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn der Herr Abgeordnete Ziegler gesagt hat, wir seien im 19. Ausschuß immer recht einig gewesen, muß ich das bestreiten. Als wir im vorigen Jahre im Januar verlangten, die Teuerungszuschläge von 25 auf 50 Prozent zu erhöhen, haben die bürgerlichen Parteien und mit ihnen auch die Rechtssozialisten, die erst ebenfalls eine Erhöhung auf 50 Prozent bewilligen wollten, dann aber umfielen, nur eine Erhöhung auf 35 Prozent bewilligt. In der Beziehung waren wir gar nicht einig. Obwohl wir damals schon die Not bei den Kriegsopfern kannten, wurde die von uns beantragte Erhöhung auf 50 Prozent abgelehnt, weil die Regierung erklärte, sie könne die Mittel dazu nicht aufbringen. Heute müssen Sie bedeutend mehr bewilligen, als wir damals verlangt haben.

Wir waren auch noch in anderer Beziehung nicht einig. Wir beantragten schon voriges Jahr im Januar den § 63 insoweit zu ändern, daß erst bei 12 000 Mark Einkommen ein Abzug gemacht werden dürfe. Das ist nicht angenommen worden, sondern Sie haben beschlossen, schon bei 7000 Mark diese Abzüge von 10 Prozent eintreten zu lassen.

Es ist uns neulich vom Bunde der Kriegsblinden eine Eingabe zugegangen, worin diese sich bitter beschweren, daß sie bei ihrer kargen Rente, wenn sie sich quälen und (C) alle Energie ihres Körpers anwenden, um noch ein paar Mark dazu zu verdienen, sich diesen Abzug gefallen lassen müßten, sobald sie über die genannte Summe hinauskämen.

Ich habe ferner im 19. Ausschuß angeregt, die Grundrente um 200 Prozent zu erhöhen, weil wir im Jahre 1919 bei Festsetzung der Grundrente ganz andere Verhältnisse hatten. Auch das ist nicht akzeptiert worden. Eine 200prozentige Erhöhung der Grundrente würde der jetzigen Teuerung entsprechen. Wir haben weiter beantragt, für den Monat Mai allen Kriegsbeschädigten, auch den nicht 50 Prozent Erwerbsunfähigen, eine doppelte Monatsrente gewissermaßen als Wirtschaftsbeihilfe zu gewähren. Auch damit fanden wir keinen Anklang.

Wir sind uns also durchaus nicht immer einig gewesen. Wir haben bei unserm Versuch, das ungeheuere Elend und die Not zu mildern, nicht die nötige Unterstützung gefunden.

Wenn der Herr Abgeordnete Ziegler ferner der Meinung ist, daß eine generelle Umgestaltung des Reichsversorgungsgesetzes nicht stattfinden solle, bevor die Umanerkennung durchgeführt sei, so kann ich mich damit nicht einverstanden erklären. Wie steht es denn mit der **Umanerkennung?** — Nach einer Eingabe des Zentralverbandes der Kriegsbeschädigten waren im Anfang vorigen Jahres 3 718 000 Fälle von Kriegsbeschädigten vorhanden. Davon waren bis zum 1. Januar 1922 1 755 000 umanerkannt. Der Herr Reichsarbeitsminister hat auch die neuen Zahlen vorgetragen, wodurch die Sache allerdings etwas geändert wird. Aber aus den weiteren Ausführungen der Eingabe geht hervor: daß bei dieser Umanerkennung 9000 Beamte und 23 000 Hilfsbeamte, zusammen also 32 000 Beamte und Angestellte tätig waren. Daraus geht weiter hervor, daß auf einen Beamten monatlich 4,6 Umanerkennungsfälle kommen. Legen wir diese Zahl zugrunde, so haben wir damit zu rechnen, daß die Umanerkennung mindestens noch das ganze Jahr, oder vielleicht noch länger in Anspruch nimmt. (D) Mit unseren Maßnahmen können wir also durchaus nicht warten, bis die Umanerkennung erledigt ist. Sonst werden die Klagen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen nicht aufhören.

Die Änderung des Gesetzes könnte auch so vorgenommen werden, daß die **Renten automatisch steigen** und wir nicht etwa wiederum nach Abänderung des Gesetzes von neuem mit der Umanerkennung anfangen müssen. Das muß ein für allemal ausgeschlossen werden. Wenn das Gesetz geändert wird, muß das so geschehen, daß dann auch automatisch die neuen erhöhten Renten in Kraft treten und es nicht erst wieder einer neuen Umanerkennung bedarf.

Der Herr Abgeordnete Budjuhn hat gemeint, diese Angelegenheit sei keine Parteisache, sondern eine Volkssache. Das ist auch unsere Meinung. Aber weder ist sich die Regierung, noch das Parlament, noch das Volk bewußt gewesen, welch schwere Pflichten sie gegenüber den Kriegsopfern hatten. Sie haben bisher ihre Pflicht nicht getan. Das muß konstatiert werden. Aber, weil es sich um eine Volkssache handelt, deshalb treten wir für eine unbedingte Regelung ein.

Der Herr Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat darauf hingewiesen, daß die neue Vorlage, die er unter Nr. 4192 der Drucksachen vorgelegt hat, eine Neuregelung der Teuerungsmaßnahmen für Militärrentner bedeute, und daß die Beschwerden wahrscheinlich schweigen würden, wenn dieser Entwurf angenommen würde. Meiner Ansicht nach ist diese Vorlage dazu durchaus nicht angetan, sondern sie bringt nichts weiter als das, was bis heute schon durch eine Ministerialverordnung herausgegeben worden ist; sie ist lediglich eine Paragraphierung dieser Verordnung.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber all die Beschwerden, die uns am Herzen liegen,

(Albrecht [Magdeburg], Abgeordneter.)

(A) werden darin gar nicht berührt. Immer nur kommen die Schwerbeschädigten in Betracht, während die andern ausgeschlossen sind. Für uns handelte es sich nicht um diejenigen, die etwa 20 Prozent erwerbsunfähig sind, wie der Herr Arbeitsminister zuletzt angeführt hat, sondern für uns kommen hauptsächlich die zu 30 und 40 Prozent Erwerbsunfähigen in Betracht. Gerade die Leute, die jetzt bei der Umanerkennung von 60 auf 40 Prozent herabgesetzt werden, haben ungeheuer schwer zu leiden. Dadurch bekommen sie noch nicht einmal die Teuerungszuschläge. Die Leute, die zu 40 Prozent erwerbsunfähig sind, beziehen eine Rente, die zwischen 200 und 300 Mark monatlich schwankt. Aber diese Rente brauchen sie allein für Straßenbahnfahrten, wenn sie auf Arbeit fahren müssen. Da sie außerdem durch Abnutzung ihrer Garderobe durch die Prothesen soviel Schaden haben, hätten sie die Teuerungszuschläge unbedingt notwendig. Infolgedessen müssen wir daran festhalten, daß es nicht bei dieser Vorlage bleibt, sondern daß sie eine gründliche Umgestaltung erfahren muß. Wir werden nicht eher ruhen, als bis alle Kriegsopfer so entschädigt werden, wie es sich vom Standpunkte der Gerechtigkeit aus gebührt, und da kann auch nicht in Frage kommen, wo das Geld hergenommen werden soll. Sie haben für alle möglichen anderen Sachen Geld, da muß es auch hier vorhanden sein.

Auf diese wenigen Bemerkungen will ich mich beschränken, um Sie nicht noch länger aufzuhalten. Aber ich muß noch einmal betonen; wenn alle Parteien hier heute den festen Willen bekundet haben, den Kriegsopfern zu helfen, dann sind Sie verpflichtet, die unter Nr. 4312 vorgelegte Entschließung Berthelé, Frau Agnes und Genossen anzunehmen, und ebenso glaube ich, daß der Antrag Berthelé, anstatt 12 Milliarden 20 Milliarden zu bewilligen, angenommen werden muß. Dann erst (B) wird es möglich sein, den Kriegsopfern wirklich zu helfen.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Damit ist die Debatte über die bei diesem Kapitel zusammengefaßten einzelnen Titel erledigt.

Das Schlußwort im Namen der Interpellanten hat der Herr Abgeordnete Streiter.

Streiter, Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! Es verdient Anerkennung, daß der Reichstag die von meiner Fraktion eingebrachte und von meinem Fraktionskollegen Thiel begründete Interpellation so sachlich und tiefgründig erörtert hat. Alle im 19. Ausschuß des Reichstags vereinigten Sachkenner sind hier aufgetreten, um das zu sagen, was angesichts des vorliegenden Etats und der Interpellation zu sagen war. Gewiß, es ist für die Kenner auf dem Gebiete nicht viel Neues hier vorgebracht worden; aber das Material, von dem wir hörten, war in seiner Tragik so erschütternd, daß man nur bedauern kann, daß die äußerste Linke des Hauses es nicht hat unterlassen können, auch diese Frage wieder parteipolitisch auszumünzen. Wir folgen ihr auf dieses Gebiet nicht, weil wir der Überzeugung sind — und darin schließe ich mich durchaus den Ausführungen der Herren Kollegen Behrens und Budjuhn an —, daß die **Sorge für unsere Kriegsopfer** eine **Ehrensache aller Deutschen** sein müsse, und sie ist auch bisher dem deutschen Volke Ehrensache gewesen. Ich verweise auf die zahlreichen Organisationen aus allen Schichten unserer Bevölkerung, die sich neben den amtlichen Stellen der Not unserer Kriegsopfer annehmen, ferner auf die zahlreichen Sammlungen, die durchweg ein erfreuliches Ergebnis gehabt haben.

Die Auswüchse, die der Herr Kollege Berthelé in seinen Ausführungen erwähnt hat, würden auch wir, wenn sie sich tatsächlich so zugetragen haben, von unserem Stand- (C) punkte aus aufs tiefste bedauern, und wir würden daran mitarbeiten, daß sie sich nicht etwa wiederholen. Ich möchte ihn aber doch dringend bitten, solche konkreten Fälle, die zum Teil, wie der Herr Präsident vorhin schon bemerkt hat, nicht einmal zu dem vorliegenden Etat gehörten, dem sozialistischen preußischen Minister Herrn Severing zu übergeben. Wir haben stets, wenn wir konkretes Material besaßen, es den zuständigen Stellen übergeben und mit diesem Verfahren im allgemeinen gute Erfahrungen gemacht.

Daß wir auch heute eine ganze Fülle von Material hier zur Verfügung haben, das wir zur Begründung unserer Interpellation in unseren Ausführungen noch hätten vorbringen können, versteht sich, zumal bei der großen Zahl der bedauernswerten Kriegsopfer, um die es sich hier handelt, ganz von selbst. Die Frau Abgeordnete Ziegler irrt also, wenn sie in ihren reichlich langen Ausführungen, die am wenigsten Neues gebracht haben, weil wir sie schon sehr oft im 19. Ausschuß haben hören müssen, meinte, daß der Herr Kollege Thiel „keinerlei Material über die geringen Leistungen für die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen vorgebracht“ habe, wie sie sich auszudrücken beliebte. Er hat es sehr ausführlich getan. Ich möchte die Frau Kollegin Ziegler bitten, nachher im amtlichen Stenogramm nachzulesen, was der Herr Abgeordnete Thiel in dieser Beziehung ausgeführt hat. Ich selbst wäre auch noch in der Lage, eine große Reihe von Einzelfällen hier vorzutragen, will es aber mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit nicht tun, um so mehr, als wir ja die Möglichkeit haben, morgen schon und am Montag im 19. Ausschuß bei der Beratung des durch unsere Interpellation zweifellos mit veranlaßten Gesetzentwurfs über Teuerungsmaßnahmen für die Militärrentner uns in aller Ausführlichkeit noch einmal mit derselben Materie zu be- (D) schäftigen, und auch später noch, soweit das Reichsversorgungsgesetz in Frage kommt, bei dem uns ebenfalls zugegangenen Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des § 7 des Reichsversorgungsgesetzes vom 12. Mai 1920.

Nur das eine darf ich vielleicht zum Schluß noch sagen: Der Herr Kollege Meier (Zwickau) hat die Freundlichkeit gehabt, mich persönlich zu apostrophieren. Ich stelle ausdrücklich fest, daß meine persönliche Stellungnahme zu der Petition der von mir geleiteten Organisation an das Reichsarbeitsministerium in keiner Weise erschüttert worden ist. Ich stehe heute noch auf dem Standpunkt, den ich in dieser Petition zum Ausdruck gebracht habe. Die Schlußfolgerungen des Herrn Kollegen Meier (Zwickau) sind demnach unzutreffend. Wenn er aber glaubte, etwa einen Widerspruch zwischen meiner Auffassung und der meiner Fraktion konstruieren zu müssen, so bitte ich ihn, zu veranlassen, daß diejenige Organisation, die ihm das Material in die Hand gedrückt hat, zunächst einmal alle die Fragen beantwortet, die ich ihr vorgelegt habe. Gerade Sie haben sich doch schon oft von ihren gewerkschaftlichen Organisationen vorwerfen lassen müssen, daß Sie bestimmte Forderungen der Gewerkschaften hier als Partei nicht vertreten haben. Ihr Versuch, einen Zwiespalt zwischen meiner Fraktion und mir herbeizuführen, wird Ihnen nicht gelingen. Ich halte also die Ausführungen, die ich in der Petition, die ich unterzeichnet habe, niedergelegt habe, voll aufrecht. Mit dem von mir geleiteten Verbande hat meine Fraktion und Partei nicht das geringste zu tun.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort die Frau Abgeordnete Ziegler (Württemberg).

(A) **Ziegler** (Württemberg), Abgeordnete: Ich stelle fest, daß ich nicht die Absicht hatte, hier die Partei der Rechtssozialisten ungerechtfertigt anzugreifen. Der Herr Abgeordnete Meier (Zwickau) war es, der im 19. Ausschuß meiner Partei den Vorwurf machte, wir hätten nichts zur besseren Gestaltung des neuen Reichsversorgungsgesetzes getan. Ich fühlte mich deshalb verpflichtet, bei der heutigen Debatte die Mitarbeit meiner Partei am neuen Reichsversorgungsgesetz, vor allem auch in der Nationalversammlung, zu besprechen. Nachdem der Herr Abgeordnete Meier nochmals den Versuch machte, die Tatsachen, die ich hier vortrug, abzuschwächen, empfehle ich den Abgeordneten des Hauses, sich das Material persönlich anzusehen, um der Wahrheit die Ehre zu geben.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Die Interpellation, die mit diesem Gegenstand der Tagesordnung verbunden war, ist erledigt.

Ich rufe nunmehr zur Abstimmung die einzelnen Kapitel und Titel auf, deren Debatte durch die Zusammenfassung meist schon erledigt ist. Ich darf Kap. 7 Tit. 1 für angenommen erklären.

Dazu liegt noch eine Entschließung des Ausschusses auf Nr. 4181 IIe vor, welche verlangt, daß die Umanerkennungsarbeiten in diesem Rechnungsjahre beendet werden. Ich darf sie wohl für angenommen erklären, da sich niemand dagegen geäußert hat. —

Nunmehr rufe ich weiter auf Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15. — Angenommen.

Ich rufe auf Kap. 8 Tit. 1. — Angenommen.

Hier liegen ebenfalls zwei Entschließungen vor, zunächst die Entschließung des Ausschusses auf Drucksache 4181 IIf, die verlangt, daß die Versorgungskrankenhäuser und die unerträglich hohe Zahl der Ärzte, Beamten, (B) Pflege- und Hilfspersonen abgebaut werde. Ich darf auch hier das Einverständnis des Hauses mit dem Ausschußantrag annehmen.

Dann liegt dazu eine Entschließung Müller (Franken) und Genossen auf Drucksache 4277 über die Bevorzugung der Mutterhausschwestern vor.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung hierüber zu vertagen und heute nicht vorzunehmen. — Das Haus ist damit einverstanden.

(Zuruf rechts: Wann soll sie vorgenommen werden?)

— Zusammen mit den zurückgestellten Abstimmungen aus anderen Etats, wenn das Haus gut besucht ist.

Ich rufe weiter auf Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19, — 20; — Kap. 9 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14. — Angenommen.

Zu Kap. 10 Tit. 1 liegt auf Drucksache 4306 ein Antrag mehrerer Parteien vor, einzusetzen:

Zulage an den Präsidenten
— des Reichsversorgungsgerichts —
25 000 Mark.

Dazu ist ein handschriftlicher Antrag Andre, Hoch gestellt, diesen Antrag noch einmal dem Haushaltsausschuß zu überweisen. Wird dagegen ein Einwand erhoben?

(Wird verneint.)

Das geschieht nicht; dann ist die Verweisung an den Haushaltsausschuß gebilligt.

Ich rufe auf Tit. 2, — 3, — 4 bis 15; Kap. 11 Tit. 1; Kap. 12 Tit. 1 bis 30; Kap. 13 Tit. 1 bis 11; Kap. 14 Tit. 1 und 2. — Einmalige Ausgaben: Kap. 1 Tit. 1 und 2. — Angenommen.

Zu Kap. 2 Tit. 1 hat das Wort der Herr Abgeordnete Bender.

Bender, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! (C) Im Haushalt für 1921 war eine Summe von einer Million Mark als Beihilfe für Zwecke der **Schulung von Betriebsratsmitgliedern** eingesetzt. In dem gegenwärtig zur Beratung stehenden Haushalt für 1922 sind für diese Zwecke nur 300 000 Mark vorgesehen. Im Hauptausschuß hat meine Fraktion beantragt, diese Summe auf 3 Millionen Mark zu erhöhen. Der Ausschuß hat diesen Antrag abgelehnt, hat dann aber die Summe von 300 000 Mark auf eine Million Mark erhöht. Interessant ist nun, was die Regierung in der Erläuterung zu diesem Titel sagt. Es heißt dort:

> Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1920 lassen erkennen, daß die Betriebsvertretungen in steigendem Maße den ihnen vom Gesetze zugewiesenen Aufgaben gerecht werden. Um diese erfreuliche Entwicklung, die zweifellos mit der Schaffung von Bildungsgelegenheiten für die Betriebsräte zusammenhängt, und die für den Wiederaufbau der Wirtschaft erwünschte Zusammenarbeit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu fördern, ist es notwendig, die Bestrebungen zur Bildung von Betriebsratsmitgliedern auch weiterhin zu unterstützen. Für das Rechnungsjahr 1922 erscheint ein Betrag von 300 000 Mark erforderlich und genügend.

Mir scheint, daß die Regierung und der Reichstag hier wieder am unrechten Ende sparen wollen. Die Regierung erkennt in diesen Erläuterungen an, daß die Betriebsvertretungen in steigendem Maße den ihnen von dem Gesetze zugewiesenen Aufgaben gerecht werden. Sie führt diese erfreuliche Entwicklung auf die Schaffung von Bildungsgelegenheiten für die Betriebsratsmitglieder zurück. Bisher sind aber die Ausgaben für die Bildungsgelegenheiten der Betriebsratsmitglieder zum größten Teil von den **Gewerkschaften** getragen worden. Diese haben (D) Millionen und Millionen aufgebracht, und das Reich hat zu diesen Summen nur eine Beihilfe geleistet. Wir sind der Meinung, daß bei der gegenwärtigen Geldentwertung eine Million Mark für diesen Zweck gar nicht mehr ins Gewicht fällt. Bei der großen Bedeutung aber, die die Betriebsvertretungen für den Wiederaufbau und für die Zukunft unserer Wirtschaft haben, sollten Regierung und Reichstag an dieser Stelle nicht die Sparpolitik beginnen. Zweifellos gibt es heute noch Zehntausende und aber Zehntausende von Betriebsratsmitgliedern, die nicht in der Lage sind, die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes restlos auszunutzen. Die Anwendung und Durchführung des Betriebsrätegesetzes ist viel mehr Persönlichkeitssache als die Durchführung irgendeines anderen Gesetzes. Ob ein Betriebsratsmitglied seinen Posten richtig ausfüllt, das hängt mit in erster Linie von seinem wirtschaftlichen und technischen Wissen und Können ab. Wenn gegenwärtig noch einem großen Teile von Arbeitern dieses wirtschaftliche Wissen und Können abgeht, so ist ihnen daraus persönlich kein Vorwurf zu machen. Die Arbeiter haben vor dem Kriege in dem alten Obrigkeitsstaat nicht die Gelegenheit gehabt, sich zur Freiheit und Verantwortung zu entwickeln, sich das wirtschaftliche nnd technische Wissen und Können anzueignen, das zur Beherrschung der Wirtschaft notwendig ist. Wenn nun die Praxis auch letzten Endes den Arbeiter zur Beherrschung dieser Materie erziehen wird, so dürfen wir doch nach meiner Auffassung dem reinen Zufall diese Erziehung nicht überlassen. Die systematische Schulung der Betriebsratsmitglieder wird deshalb auch in Zukunft unbedingt notwendig sein. Die errichteten Wirtschaftsschulen und die Betriebsrätekurse werden für lange Zeit bei uns noch eine ständige Einrichtung bleiben müssen; ja, ich bin der Ansicht, daß diese noch weiter ausgebaut und entwickelt werden müssen. Da es sich hierbei um ein großes Stück

(Bender, Abgeordneter.)

(A) Kulturarbeit handelt, darf die Regierung die Kosten nicht allein den Gewerkschaften überlassen, sondern sie muß ihren Teil mit dazu beitragen. Meinen Parteifreunden und mir scheint deshalb auch die Summe von 1 Million Mark der Bedeutung der Sache, die hier gefördert werden soll, keineswegs zu entsprechen. Wir bitten daher, unserem Antrag, diese Summe auf 3 Millionen Mark zu erhöhen, zuzustimmen.

Meine Damen und Herren! Das **Betriebsrätegesetz** ist jetzt seit zwei Jahren in Kraft. Die Hoffnungen, die die Arbeiter an dieses Gesetz geknüpft haben, haben sich leider nicht erfüllt. Der Art. 165 der Weimarer Verfassung hat den Arbeitern ein Betriebsrätegesetz versprochen, wonach sie zu einem mitbestimmenden Faktor in unserem wirtschaftlichen Leben werden sollen. Der Art. 165 der Verfassung lautet:

> Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.

Das Betriebsrätegesetz hat den Arbeitern die gleichberechtigte Mitwirkung an der Entwicklung unserer produktiven Kräfte, an der Entwicklung des Wirtschaftsprozesses nicht gebracht. Sie sind durch dieses Gesetz kein mitbestimmender Faktor in unserem wirtschaftlichen Leben geworden. Auch ist der Kreis der Arbeiter, die unter dieses Gesetz fallen, viel zu eng gezogen. Zirka sechs Millionen Arbeiter werden von diesem Gesetz gar nicht berührt. Es kann deshalb gar keine Rede davon sein, daß durch dieses Gesetz den Arbeitern in unserer Wirtschaft, in unserem wirtschaftlichen Leben eine neue Stellung eingeräumt worden ist. Aber, meine Damen und Herren, den **Arbeitern** genügt es heute nicht mehr, daß sie die politische Gleichberechtigung haben, zu den Parlamenten (B) wählen können, daß sie in Versammlungen Kritik üben können, sondern sie verlangen auch die **wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung.** Deshalb wird heute in der Arbeiterschaft immer dringender und dringender eine **Änderung des Betriebsrätegesetzes** in dem Sinne gefordert, daß es dem Art. 165 der Reichsverfassung angepaßt wird.

Meine Damen und Herren! Nach dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes haben die Arbeitnehmer fast in allen Betrieben einen schweren Kampf um die Anerkennung der Betriebsvertretungen und die Betriebsvertretungen wiederum um die Anerkennung ihrer Rechte führen müssen.

Nicht allein haben die privaten Unternehmer den Arbeitern die wenigen Rechte, die ihnen dieses Gesetz gebracht hat, streitig gemacht, sondern wir haben auch **Staatsbetriebe,** die das **Betriebsrätegesetz** sehr eng und sehr bureaukratisch auslegen. So vertritt heute noch die **Reichspostverwaltung** den Standpunkt, daß die Reichspost **kein Betrieb mit wirtschaftlichen Zwecken** im Sinne des Betriebsrätegesetzes sei. Der Ausschuß der Nationalversammlung, der dieses Gesetz beraten hat, war einmütig der Auffassung, daß die großen Betriebsverwaltungen des Reichs, die Reichsbahn und die Reichspost, voll unter dieses Gesetz fallen müssen. In einem Bescheide, den das Reichsarbeitsministerium am 25. November 1920 auf unsere Beschwerde erteilt hat, stellt sich das Reichsarbeitsministerium auf unsern Standpunkt und erklärt darin, daß die Reichspostverwaltung ein Betrieb mit wirtschaftlichen Zwecken sei. Die Reichspostverwaltung begnügte sich nicht mit diesem Bescheide, sondern sie forderte das Reichsjustizministerium auf, ein Gutachten über diese Streitfrage abzugeben. Das Reichsjustizministerium hat sich in seinem Gutachten auf unsern Standpunkt gestellt und hat auch erklärt, daß die Reichspost ein Betrieb mit wirtschaftlichen Zwecken sei. Trotzdem nun dieses Gutachten vorliegt und trotzdem (C) auch das Reichsarbeitsministerium diesen Standpunkt einnimmt, verhindert die Reichspostverwaltung auch heute noch die Betriebsvertretungen bei dieser Verwaltung an der Erfüllung der Aufgaben, die ihnen § 66 Ziffer 1 und 2 und § 71 des Betriebsrätegesetzes auferlegen. Auch stellt sich die Reichspostverwaltung auf den durch keinen Paragraphen des Betriebsrätegesetzes gestützten Standpunkt, daß sie berechtigt sei, Betriebsratsmitglieder aus denselben Gründen, die auch für die Entlassung anderer Arbeitnehmer maßgebend sind, zu entlassen. Das Betriebsrätegesetz hat aber für die Betriebsratsmitglieder einen größeren Schutz gegen Kündigung und Entlassung geschaffen als für die übrigen Arbeitnehmer. Die Reichspostverwaltung stört sich daran nicht, sondern sie kündigt aus denselben Gründen, aus denen andern Arbeitnehmern gekündigt werden kann, auch die Betriebsratsmitglieder, und eine ganze Reihe von Klagen sind gegen die Reichspostverwaltung anhängig gemacht worden, weil sie unrechtmäßigerweise **Betriebsratsmitglieder entlassen** hat.

Wenn so in den Reichsbetrieben mit den wenigen Rechten, die dieses Gesetz den Arbeitern gebracht hat, umgesprungen wird, dann braucht man sich wahrlich nicht darüber zu wundern, wenn es in den Privatbetrieben noch viel schlimmer aussieht, wenn man dort alles versucht, um den Arbeitern diese wenigen Rechte zu nehmen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Daß das nicht selten geschieht, können wir aus Tausenden und aber Tausenden von Beschwerden, die den Organisationen von den Betriebsvertretungen allwöchentlich zugehen, ersehen. Wenn man diese Beschwerden liest, wenn man liest, in welch schroffer Weise sich gewissenlose Arbeitgeber gegen die Betriebsräte benehmen, wie sie versuchen, ihnen die wenigen Rechte streitig zu machen, ja wie sie sogar nicht davor zurückschrecken, sie durch Bestechung ihrem Treiben willfährig zu machen, dann kommt man zu der (D) Ueberzeugung, daß diese gewissenlosen Arbeitgeber mit die Urheber jener ungeheuren Erregung sind, die jetzt noch unser Volk durchzittert und die unser Wirtschaftsleben nicht zur Ruhe kommen läßt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die vielen **unklaren Bestimmungen,** die das Betriebsrätegesetz enthält, machen diesen gewissenlosen Arbeitgebern ihr unsauberes Handwerk ja sehr leicht. Daß das Betriebsrätegesetz so schnell wie möglich einer gründlichen Aenderung unterzogen werden muß, beweisen auch die vielen **Entscheide,** die das **Reichsarbeitsministerium** zur Klarstellung der Begriffe und der Paragraphen dieses Gesetzes erteilt hat. Diese Bescheide versuchen, das Gesetz in loyaler Weise auszulegen, aber sie haben keine Gesetzeskraft: man kann sich nach ihnen richten, man braucht sie aber auch nicht zu beobachten, und wir können feststellen, daß das letztere in der Regel bei den Arbeitgebern der Fall ist. Ja, wir können weiter feststellen, daß auch sehr viele Schlichtungsausschüsse sich gar nicht daran stören, wie der Bescheid vom Reichsarbeitsministerium ausgefallen ist, sondern frisch drauf los das Betriebsrätegesetz zu ungunsten der Arbeiter auslegen. Dieser Zustand ist für die Arbeiterschaft auf die Dauer unerträglich, und ich frage den Herrn Arbeitsminister, ob er bereit ist, baldmöglichst dem Reichstag eine Novelle zum Betriebsrätegesetz vorzulegen, die die Mängel dieses Gesetzes beseitigt und den Wünschen und Forderungen der Arbeitnehmer auf Erweiterung ihrer Rechte Rechnung trägt.

Zum Schluß möchte ich noch ein paar Worte zu dem Gesetz über die **Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat** sagen. Mir ist bekannt geworden, daß sofort nach Inkrafttreten dieses Gesetzes die **Großbanken** bei der Reichsregierung den Antrag gestellt haben, sie von der Durchführung dieses Gesetzes zu entbinden. Die Groß-

(**Bender**, Abgeordneter.)

(A) banken stützen sich bei ihren Anträgen auf § 73 Absatz 2 des Betriebsrätegesetzes, der lautet:

Von der Verpflichtung der §§ 70 und 72 können Unternehmer oder Betriebe auf ihren Antrag durch die Reichsregierung befreit werden, wenn wichtige Staatsinteressen dies erfordern.

Schon bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes wurden von meiner Fraktion die stärksten Bedenken gegen die §§ 70 und 71 erhoben. Aber damals hat die Regierung erklären lassen, daß sie gar nicht daran dächte, die Banken allgemein unter diesen Paragraphen zu stellen, sondern daß sie hiermit einen Schutz der Reichsbank herbeiführen wollte. Wir erwarten daher, daß diese von den Großbanken eingegangenen Anträge sorgfältig geprüft werden, und daß die Regierung ihre Entscheidung nicht lediglich nach den Informationen trifft, die sie von den Arbeitgebern bekommt, sondern daß sie auch Vertreter der Bankangestellten in jedem Falle zu Rate zieht. Nur wenn das geschieht, werden wir vor Erschütterungen im Bankgewerbe verschont bleiben; denn die sämtlichen Organisationen der Bankangestellten vertreten den Standpunkt, daß sie unbedingt bei der Entscheidung über solche Anträge gehört werden müßten.

Nun lassen Sie mich einige Beispiele vortragen, wie hier wiederum die **Arbeitgeber** in der raffiniertesten Weise dieses **Gesetz** zu **umgehen** versuchen. Mir liegen hier eine Reihe von **Einladungen zu Versammlungen verschiedener Aktiengesellschaften** vor. Auf der Tagesordnung dieser Versammlungen sind unter anderem **Anträge auf Änderungen der Satzungen über Rechte und Befugnisse der Aufsichtsräte** gesetzt worden. Es heißt z. B. in der Einladung zu einer Mitgliederversammlung der Union-Gießerei, Königsberg in Preußen:

Umfassende Änderung der Satzung der Gesellschaft, insbesondere dahin, daß dem von dem (B) Aufsichtsrate aus seiner Mitte zu wählenden Vorsitzenden und zwei Stellvertretern desselben Verwaltungsrechte, wie die Bestellung und Kündigung der Vorstandsmitglieder, der Abschluß von Dienstverträgen mit denselben, das Befehlsrecht, das Genehmigungsrecht bei wichtigen Rechtsgeschäften und anderes durch die Generalversammlung übertragen werden soll.

Die Holz- und Bauindustrie Ernst Hildebrandt, Aktiengesellschaft in Königsberg, hat in der Tagesordnung folgende Punkte festgesetzt:

Übertragung der dort erwähnten nur satzungsgemäß dem Aufsichtsrat obliegenden Befugnisse auf den Vorsitzenden des Aufsichtsrats in Gemeinschaft mit seinen Stellvertretern.

Die Ostdeutsche Maschinenfabrik setzt folgenden Punkt auf die Tagesordnung:

Änderung der §§ 25 und 27 der Satzungen dahingehend, daß die in diesen Paragraphen dem Aufsichtsrat eingeräumten Befugnisse auf den Vorsitzenden des Aufsichtsrats in Gemeinschaft mit seinem Stellvertreter übergehen sollen.

Die Bergschlößchen-Aktien-Bierbrauerei Braunsberg in Ostpreußen hat folgenden Punkt auf der Tagesordnung:

Änderung der Satzung der Gesellschaft, insbesondere dahingehend, daß die Befugnisse der von der Generalversammlung zu wählenden Mitglieder des Aufsichtsrats geändert, ein Ausschuß gewählt und demselben besondere Befugnisse beigelegt werden. Ferner Änderung der Satzung dahingehend, daß die Bezüge und Tantiemen der Aufsichtsrats-Mitglieder, unter Fortfall aus der Satzung, durch besondere Beschlüsse der Generalversammlung festgesetzt werden.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Andere Gesellschaften haben Anträge gestellt, daß die Be- (C) fugnisse der Aufsichtsräte den Mitgliederversammlungen übertragen werden sollen.

Aus diesen Anträgen auf Satzungsänderung geht klar hervor, daß die Befugnisse der Aufsichtsratsmitglieder auf den Vorsitzenden, seine Stellvertreter, auf besondere Ausschüsse, oder letzten Endes auf Mitgliederversammlungen dieser Gesellschaft übertragen werden sollen. Praktisch läuft dieses Gebaren der Gesellschaften darauf hinaus, in Zukunft gar keine oder möglichst wenige Aufsichtsratssitzungen anzusetzen und die Arbeiter um diejenigen Rechte zu bringen, die ihnen das Betriebsrätegesetz nach dieser Richtung hin eingeräumt hat.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich frage den Herrn Arbeitsminister, ob, wenn von den Gesellschaften dem Vorsitzenden und seinen Stellvertretern oder einem Ausschuß oder den Mitgliederversammlungen diejenigen Befugnisse und Rechte, die bisher der Aufsichtsrat ausgeübt hat, übertragen werden, die in den Aufsichtsrat entsandten **Mitglieder der Betriebsvertretungen** das Recht haben, an diesen **Ausschußsitzungen** oder an den **Mitgliederversammlungen** teilzunehmen. Sollten die Betriebsratsmitglieder dieses Recht nicht haben, dann, meine Herren, ist das ganze Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat einfach ein Schlag ins Wasser. Hier haben Sie ein Musterbeispiel dafür, wie die Arbeitgeber alles aufstellen, um die wenigen Rechte, die das Gesetz den Arbeitern bringt, wieder zu nehmen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich kann Ihnen sagen, meine Damen und Herren, wenn das so weiter geht und dieser Zustand bestehen bleiben sollte, wenn diese Gesetzesverächter triumphieren sollten, dann werden wir auf absehbare Zeit bei uns nicht zur Ruhe kommen, sondern der soziale Kampf wird weitergehen, wird uns letzten Endes in eine Katastrophe führen, (D) nicht durch die Schuld der Arbeiter, sondern durch die Schuld der Kapitalisten, die ihr Herrenrecht nicht allein den Arbeitern, sondern dem gesamten deutschen Volke aufzwingen wollen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister: Meine verehrten Damen und Herren! Ich erkenne allerdings an, daß das Betriebsrätegesetz gewisse Mängel hat, die mit der Neuheit der Materie und der Schwierigkeit, die in der Durchbringung des ganzen Gesetzes lag, verbunden waren. Ich erkenne auch an, daß es noch eine ganze Menge berechtigter Zweifel über den Sinn dieses Gesetzes gibt, die auf die Dauer der Abstellung bedürfen.

Nicht ganz so einverstanden bin ich mit der Ausführung des Herrn Vorredners, das Betriebsrätegesetz bringe überhaupt den Arbeitern wenig Rechte. Ich glaube, der Gedanke des Betriebsrätegesetzes überhaupt ist doch ein ganz beträchtlicher Fortschritt für die Arbeiterschaft gewesen,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und wenn wir den **Geist dieses Gesetzes** betrachten — und das müssen wir doch tun —, handelt es sich tatsächlich hier um einen beträchtlichen **Fortschritt** für die **Arbeiterschaft**.

Es liegt in der Natur dieses ganzen Gesetzes, daß der Geist seiner Bestimmungen sich nicht ohne weiteres gegenüber der Vergangenheit durchsetzt. Das ist klar. Aber ich hoffe, daß es auch in dieser Hinsicht nach und nach besser wird und daß beide Teile — gesündigt wird ja mal hüben und mal drüben; für die eine Seite hat das Herr Kollege Bender zu sagen unterlassen, aber es

(Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister.)

kommen ja auch einmal Sünden der Arbeiterseite auf diesem Gebiete vor —, ich hoffe, daß allmählich bei beiden Seiten ein besseres Verständnis für den Geist dieses Gesetzes sich durchringen wird.

Immerhin bleibt bestehen, was Herr Bender gefordert hat, daß gewisse Reformen notwendig sind. Ich glaube aber, daß die wichtigsten dieser **notwendigen Reformen schon durch die anderen Gesetze** kommen werden, die sich jetzt in Vorbereitung befinden. Sie werden berücksichtigt werden bei der Schlichtungsordnung. Es werden Reformen kommen durch das Arbeitsgerichtsgesetz, insbesondere auch durch das Arbeitsvertragsgesetz. So ist es fraglich, ob wir den Beschwerden, die Herr Bender vorgeschlagen hat, jetzt durch eine Novelle zum Betriebsrätegesetz gerecht werden sollen, oder ob es nicht richtiger ist, zunächst diese anderen Gesetze zu machen und dannn erst an eine Neuordnung der Vorschriften des Betriebsrätegesetzes zu gehen, in Übereinstimmung mit den anderen Gesetzesmaterien, die ich eben genannt habe.

Was die **Befreiungsmöglichkeit der Banken** von der Vorschrift über die **Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat** angeht, so ist sie aus wichtigen Staatsinteressen möglich. Diese wichtigen Staatsinteressen zu bestimmen ist aber nicht Sache des Arbeitsministeriums, sondern in diesen Dingen kommt ganz zweifellos das **Finanzministerium** federführend in Frage. Es versteht sich von selbst, daß die Regierung diesen Paragraphen nicht weiter auslegen wird und auslegen will, als er unbedingt ausgelegt werden muß.

Was nun die letzte Klage des Herrn Abgeordneten Bender angeht, nämlich die Klage, daß die **Aktiengesellschaften** jetzt dazu übergingen, die Pflichten und Verantwortlichkeiten der Aufsichtsräte auf besondere Ausschüsse zu übertragen, so ist dazu folgendes zu sagen. Den Aufsichtsräten obliegen einmal Aufgaben, die gesetzlicher Natur sind. Es versteht sich von selbst, daß die Durchführung dieser gesetzlichen Aufgaben der Aufsichtsräte den **Betriebsratsmitgliedern im Aufsichtsrat** durch keinen Beschluß der Generalversammlung streitig gemacht werden kann. Wenn für irgendwelche Spezialaufgaben Ausschüsse des Aufsichtsrats eingesetzt werden, was an sich möglich ist, so ist es weiterhin möglich, daß die Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat nicht in diesen Ausschuß hineingewählt werden. Das ist nicht zu umgehen. Das ist auch bei den Beratungen des Gesetzes von Arbeitervertretern zugestanden worden, daß sie durchaus nicht beanspruchen, in jeden Ausschuß hineingewählt zu werden. Dann aber bleibt für die gesetzlichen Aufgaben des Aufsichtsrats, auch für die Mitglieder des Betriebsrats im Aufsichtsrat, das Recht bestehen, daß sie sich über diese Tätigkeit der Ausschüsse Bericht erstatten lassen, sie nachprüfen und Einblick in alle Beschlüsse und Entscheidungen dieses Ausschusses nehmen.

Anders liegt die Frage natürlich hinsichtlich derjenigen Aufgaben des Aufsichtsrats, die ihm nicht kraft des Gesetzes obliegen, sondern ihm durch Beschluß der Generalversammlung überwiesen worden sind. In dem Falle steht natürlich der Generalversammlung an sich das Recht zu, diese Aufgaben dem gesamten Aufsichtsrat zu nehmen und sie irgendeiner kleineren Körperschaft zu übertragen. Das wäre ein Vorgehen, demgegenüber irgendwelche gesetzliche Handhabe gegenwärtig nicht besteht. Wenn daran etwas geändert werden sollte, dann wäre das Handelsrecht zu ändern. Das aber wäre wiederum nicht Sache des Arbeitsministeriums, sondern Sache des Justizministeriums.

(Zuruf von den Kommunisten: Jakob, wo bist Du?)

— Was ich hier gesagt habe, trifft zu. Sie werden es sachlich schwerlich widerlegen können.

Wir werden selbstverständlich diese Entwicklung aufmerksam verfolgen und, wenn nötig, auch eine Novelle zu dem Gesetz über die Beteiligung der Betriebsräte an den Aufsichtsräten in Betracht ziehen.

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Sender.

Sender, Abgeordnete: Meine Herren und Damen! Gewiß hat dem Betriebsrätegesetz der gesunde Gedanken zugrunde gelegen, daß ein neues Prinzip in das Wirtschaftsleben einziehen sollte, und zwar das Prinzip, daß die Besitzer des Kapitals nicht mehr allein die Produktion und über die Verwaltung der Produktion zu bestimmen haben, sondern daß diejenigen, die die Produkte schaffen, die die Schöpfer alles Reichtums sind, aus ihrem Knechtsdasein emporgehoben und, wie damals der Minister erklärte, zu Hausherrnrechten in der deutschen Wirtschaft gelangen sollten.

Wenn der Herr Reichsarbeitsminister sagte, daß er anerkenne, daß das Gesetz Mängel habe, daß aber trotzdem mit ihm ein neuer Geist in die Gesetzgebung eingezogen sei, so ist das nur für den Grundgedanken, der zu dem Gesetz geführt hat, zutreffend; in keiner Weise aber für die Anwendung, die das Gesetz in der Praxis gefunden hat, so sehr auch die Bestrebungen und Bemühungen der Arbeiter und der Betriebsräte darauf hinausgingen, die ihnen auf Grund des Gesetzes zugesprochenen Gesetze durchzusetzen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Eine wichtige Voraussetzung allerdings für die Durchsetzung dieser Rechte ist die **Schulung der Betriebsräte.** Vorgestern noch hat einer der bürgerlichen Redner verlangt, die Betriebsräte sollten nicht so viel parlamentarisieren. Ja, meine Herren und Damen, wenn Sie das nicht wollen, dann müssen Sie sich allerdings bereitfinden, für die Schulung der Betriebsräte andere Summen auszuwerfen, als bisher in der Gesetzgebung dafür ausgeworfen sind.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Gewerkschaften haben in der Vergangenheit dem Staat diese Aufgabe abgenommen, die Gewerkschaften haben Millionen zur Ausbildung der Arbeiter und Betriebsräte ausgegeben, obwohl der Staat, wenn er seinen Bürgern Pflichten auferlegt, auch seinerseits die Pflicht hätte, die Arbeiter zur Ausübung der Pflichten vorzubereiten und zu schulen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Darum möchte ich das Haus bitten, den Antrag, der auf Erhöhung des Betrages für die Ausbildung der Betriebsräte auf drei Millionen vorliegt, unbedingt anzunehmen, weil diese Forderung immer noch bescheiden ist und auch in der Zukunft noch den Gewerkschaften die Aufgabe überläßt, in weitestem Maße ihrerseits die Ausbildung der Betriebsräte in die Hand zu nehmen.

Aber, meine Herren und Damen, es ist in diesem Zusammenhang denn doch notwendig, noch mit einem Wort auf **die Praxis des Betriebsrätegesetzes** hinzuweisen. Da sieht es doch nicht so aus, daß nur einige Unternehmer in Hartnäckigkeit gegenüber den Betriebsräten verfahren und ihnen die gesetzlich zustehenden Rechte nicht einräumen. Es ist ein systematisches Vorgehen der Arbeitgeber zu verzeichnen, und zwar auf Grund einer Anweisung, die der **Arbeitgeberverband** schon vor eineinhalb Jahren in einem **geheimen Kommentar,** der nur für Arbeitgeber bestimmt ist, erteilt hat, um damit zu erreichen, daß alle Rechte der Arbeiter, so gering sie auch sein mögen, die im Gesetz festgelegt sind, in der Praxis wieder illusorisch gemacht werden.

(**Sender**, Abgeordnete.)

(A) Wenn Kollege Andre in der Generaldebatte mit Stolz ausführte, daß ja heute ein Mitberatungs- und Mitbestimmungsrecht bestehe, so scheint ihm wohl dieser geheime Kommentar unbekannt gewesen zu sein, ebenso wie auch der vor einigen Wochen herausgekommene geheime Kommentar des Verbandes der Fabrikantenvereine, der ausdrücklich benannt wird: „**Was der Betriebsrat nicht darf?**" Und wenn Sie diesen Kommentar durchlesen würden, dann müßten Sie mit mir zu der Überzeugung kommen, daß nach Auffassung dieser Herren der Betriebsrat überhaupt nichts tun darf. Ich will nur auf einen Punkt hinweisen, der diese Anweisung enthält: „Auch bei Massenentlassungen, zum Beispiel infolge Einschränkung und Stillegung des Betriebes hat der Betriebsrat keinerlei Mitwirkungsrecht."

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Trotz des Betriebsrätegesetzes! „Nach § 74 des Betriebsrätegesetzes ist der Arbeitgeber nur verpflichtet, sich deswegen mit dem Betriebsrat ins Benehmen zu setzen, nichts weiter. Ob sich der Betriebsrat mit den Maßnahmen des Arbeitgebers einverstanden erklärt oder nicht, ist völlig gleichgültig." Also nach dieser Anweisung sagt man ganz einfach dem Betriebsrat: Reden darfst Du, aber zu bestimmen hast Du absolut nichts. Und dann kommen die Herren und sagen: Ja, der Betriebsrat parlamentarisiert ja nur. Ja, Sie verweisen ihn ja auf das Parlamentarisieren, wenn die Arbeitgeber nicht bereit sind, auch die Meinung des Betriebsrats anzuhören und in der Praxis zu berücksichtigen. Es gab Personen im Lande, die darüber erstaunt waren, daß, als vor einigen Wochen das Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat von diesem Hause verabschiedet wurde, diese Verabschiedung so ruhig und ohne viel Staub aufzuwirbeln vor sich ging. Das konnte aber nur jene überraschen, (B) die die Beratung dieses Gesetzes im Reichswirtschaftsrat nicht aufmerksam verfolgt hatten und die nicht wußten, daß damals bereits ein Rechtsanwalt in Leipzig ein Rundschreiben an alle Gesellschaften mit beschränkter Haftung erlassen hatte, worin er sie aufforderte, doch rasch vor der Verabschiedung des Gesetzes noch ihren Aufsichtsrat abzuschaffen, um so vor einer Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat gefeit zu sein. Nach dieser ersten Probe konnte man sich auf mancherlei gefaßt machen. Wenn der Herr Kollege Moldenhauer in der Debatte Versöhnung zwischen Unternehmern und Arbeitern gepredigt hat, so sollte er sich mit diesen Ermahnungen an die richtige Stelle wenden. Er würde sich dann wohl an Kreise zu wenden haben, die ihm politisch recht nahe stehen.

Damit möchte ich noch auf die **Handhabung des Gesetzes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat** kurz zu sprechen kommen. Während man hier in diesem Hause Versöhnung zwischen den Klassen predigt, arbeitet man hinter den Kulissen in ganz anderer Weise. Ich möchte den Herrn Reichsarbeitsminister darauf aufmerksam machen, daß **der Reichsverband der Industrie**, der sich ja noch vor einigen Monaten so sehr um das Wohl des Vaterlandes bemühte, **Erläuterungen** für die Anwendung des Gesetzes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat herausgegeben hat. Ich will Ihnen mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten nur einige Stellen aus diesen Anweisungen vorlesen. Da heißt es:

> Also haben die Arbeiteraufsichtsratsmitglieder außerhalb der Aufsichtsratssitzungen keine Rechte. Zu sonstigen Besprechungen, Ausschußsitzungen usw. brauchen sie nicht hinzugezogen zu werden.

Man beschäftigt sich also hauptsächlich damit, welche Rechte die Betriebsräte nicht haben sollen.

> Sie haben nicht das Recht, Einsicht in die Verhältnisse der Gesellschaft und ihre Bücher zu fordern. Dieses Recht steht nur dem Aufsichtsrat als solchem, nicht einem einzelnen Arbeiteraufsichtsratsmitglied zu.

Dann heißt es:

> Satzungen und Gesellschaftsverträge können, wie sie beschlossen werden, auch wieder geändert werden.

Das ist der Grundsatz. Dann folgt die Anweisung:

> Der Gesellschaftsvertrag kann die Zahl der ordentlichen Aufsichtsratsmitglieder erhöhen. Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung kann ihren Aufsichtsrat abschaffen.

(Zuruf aus dem Zentrum: Selbstverständlich!)

— Ja, Sie finden das ganz in Ordnung. Ich freue mich über dieses Eingeständnis. —

> Der Aufsichtsrat kann einzelne seiner Befugnisse, wie zum Beispiel den Abschluß von Anstellungsverträgen von leitenden Beamten, seinem Vorsitzenden oder einem Ausschuß übertragen. Es steht nichts davon im Gesetz, daß oder in welchen Ausschüssen Arbeiteraufsichtsratsmitglieder vertreten sein müssen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Es ist nicht vorgeschrieben, ob und wie viele Sitzungen der Aufsichtsrat abzuhalten hat.

Weiter heißt es:

> Die Arbeiteraufsichtsratsmitglieder nehmen an allen Sitzungen des Aufsichtsrats teil. Es dürfte aber kaum nötig sein, daß sie auch von solchen Rundschreiben Kenntnis erhalten, die Angelegenheiten betreffen, die nicht in den Sitzungen behandelt werden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie sehen daraus, daß man allerhand Anweisungen zu geben weiß, um die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen und das **Recht der Arbeiter illusorisch** zu machen.

Wenn man in der Praxis danach verfährt, dann verstehe ich nicht, wie man hier im Hause erklären kann, daß die Arbeiter nunmehr ein Mitbestimmungsrecht in der Produktion haben sollen. Ich möchte noch einige **Beispiele aus der Praxis** geben, wie diese allgemeinsamen Anweisungen von den Unternehmern und Unternehmungen befolgt werden. Es ist besonders interessant, daß beispielsweise der Verwaltungsrat der **Mitteldeutschen Kreditbank** der Generalversammlung vorschlug und dort auch zum Beschluß erheben ließ, daß für die Folge der Genehmigung des Aufsichtsrats auch die Bestellung der Vorstandsmitglieder und die Zustimmung zur Prokurenerteilung entzogen und dieses Recht einem sogenannten Personalausschuß übertragen wird. Das ist dasselbe, was der Herr Kollege Bender bereits für andere Gesellschaften angeführt hat. Man weiß durch Überweisung der wichtigsten Aufgaben des Aufsichtsrats an den Vorstand oder an einen besonderen Ausschuß die Arbeiter in der Tat zu entrechten. Interessant ist dieser Fall besonders dadurch, daß hier in der Generalversammlung der Mitteldeutschen Kreditbank ein Vertreter des deutschen Bankbeamtenverbandes als Aktionär anwesend war und gegen diese Bestimmung Protest erhoben hat. Ich nehme an, daß dieser Protest, der auch zu Protokoll gegeben wurde, zu einer rechtlichen Auseinandersetzung führt und die Frage dadurch auch grundsätzlich geklärt wird.

Ein weiteres interessantes Beispiel, das noch nicht erledigt ist, ist der Fall der **Adler-Werke** vorm.

(Sender, Abgeordnete.)

Hch. Kleyer in Frankfurt a. M. Der **Bilanzbericht**, der in der Presse veröffentlicht ist, sagt zum Schluß:

Der Generalversammlung vom 30. Mai werden auch Anträge auf Satzungsänderungen im Hinblick auf die Erweiterung des Aufsichtsrats durch Betriebsratsmitglieder unterbreitet.

Sie sehen, hier ist man bereits offener geworden und sagt schon, daß man nicht auf Grund des Aktienrechts, sondern auf Grund des Gesetzes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat diese Satzungsänderungen vornimmt. Da in diesem Falle die Frage ja noch nicht erledigt ist und erst am 30. Mai die Generalversammlung stattfindet, da weiterhin dieses offene Geständnis hier vorliegt, scheint es allerdings angezeigt, wenn von seiten des Reichsarbeitsministeriums ein Hinweis an die Firma erfolgt, daß diese Entrechtung der Betriebsräte widerrechtlich ist, daß man nicht auf der einen Seite im Gesetz festlegen kann, daß die Betriebsräte mit gleichen Rechten und Pflichten ausgestattet sind, die Pflichten bestehen bleiben — auch die vermögensrechtliche Haftung —, aber die Rechte den Betriebsräten entzogen werden. Wir sind der Auffassung, daß das Reichsarbeitsministerium, wenn es sich nicht dem Verdacht aussetzen will, diese Maßnahmen der Unternehmer selbst zu schützen, hier unbedingt einzuschreiten hat. Nach unserer Auffassung ist ein solches Vorgehen nicht damit zu verteidigen, daß das Aktienrecht die Befugnis dazu gibt. Es handelt sich mit Rücksicht auf das Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat um eine direkte Rechtsbeugung, die nicht unwidersprochen von seiten des Reichsarbeitsministeriums zugelassen werden kann.

Nach den Erklärungen, die der Herr Reichsarbeitsminister hier abgegeben hat, haben wir allerdings kein allzu großes Vertrauen auf das Einschreiten des Arbeitsministeriums.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichsarbeitsminister wies bei dem Beispiel des Kollegen Bender bezüglich der **Großbanken** darauf hin, daß die Entscheidung über diese Frage dem Herrn Finanzminister zustehe. Wir sind der Auffassung, daß auch der Herr Reichsarbeitsminister seinen maßgebenden Einfluß hier zur Geltung bringen muß, denn es handelt sich um eine Frage des Arbeiterrechts. Die Banken glaubten sich darauf berufen zu können, daß wichtige Staatsinteressen in Frage kämen und darum ausgerechnet die Angestellten — entrechtet werden müßten. Dieselben Großbanken dachten nicht an die wichtigen Staatsinteressen, als sie die wilden Devisenspekulationen begünstigten. Sie dachten genau so wenig daran, Staatsinteressen zu berücksichtigen, als die Dekadenzahlungen zu leisten waren, sondern hamsterten die Devisen, um sie dann wieder an den Staat, der sie zu Reparationsleistungen brauchte, mit Extraprofiten abzusetzen. Wir sind allerdings der Auffassung, daß es im Staatsinteresse gelegen wäre, wenn die Angestellten etwas mehr Einblick in diese Manipulationen der Banken bekämen. Gerade aus Gründen des Staatsinteresses müßten hier den Angestellten unbedingt auch mit Nachdruck vom Reichsarbeitsministerium ihre Rechte zugewiesen werden.

Ein weiterer großer Mangel gerade hinsichtlich des Aufsichtsratsgesetzes ist die Tatsache, daß **in den Konzernbetrieben die Arbeiter ohne jede Vertretung im Aufsichtsrat** bleiben. Wir haben ja in unserer deutschen Wirtschaft gerade in den letzten Jahren mit Hochdruck die Entwicklung vor sich gehen sehen, daß die Betriebe sich zu Interessengemeinschaften und Konzernen zusammenschlossen. Unsere Forderung ging schon damals bei Beratung des Gesetzes dahin, daß auch **Konzernbetriebsräte** errichtet werden sollen. Man hat dem nicht willfahren. Die Entwicklung ist weitergegangen. Weitere Konzerne haben sich gebildet und die Unternehmer sorgen dafür, daß bei allen Einzelbetrieben, die diesen Konzernen angehören, in dem Verwaltungsorgan von Unternehmerseite aus Personalunion besteht, wobei dann in dem Gemeinschaftsrat, wie zum Beispiel bei der Interessengemeinschaft, wenn sie als Gesellschaft des bürgerlichen Rechtes errichtet ist, wiederum die Personalunion der einzelnen Gesellschaften in der Spitze zum Ausdruck kommt. Wenn Sie von den Arbeitnehmern verlangen, daß sie als Wirtschaftsfunktionäre in den Betrieben tätig sein und auch sachverständig urteilen sollen, dann müssen Sie ihnen die Möglichkeit geben, von oben bis unten die Geschäfte zu kontrollieren, um sich ein Urteil bilden zu können. Geben Sie Ihnen diese Möglichkeit nicht, dann kommen die Betriebsräte in den Aufsichtsräten vollkommen unorientiert in die Sitzungen hinein und können nicht, wie es ihnen die Verfassung zugesteht, wirklich gleichberechtigt mit den Unternehmern an der Entwicklung der produktiven Kräfte mitwirken, sondern dieses Recht ist ihnen durch die Lücken, die das Gesetz fast wertlos machen, vollkommen versagt.

Aus dieser ganzen Praxis aber geht hervor, daß die Demokratie so lange ein toter Buchstabe bleibt, solange nicht die Ausgangsbedingungen für alle Menschen die gleichen sind. Solange das System der Ausbeutung durch die Verfassung sanktioniert ist, so lange wird keine Demokratie verwirklicht sein. Jene Kreise aber, die uns hier im Hause die Versöhnung der Klassen predigen, führen außerhalb dieses Hauses den brutalsten und rücksichtslosesten Klassenkampf.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie sind es, die scheinheilig darüber klagen, daß im neuen Staat die Staatsautorität untergraben sei. Da frage ich Sie nun: wer untergräbt denn die Staatsautorität? — Sind es nicht diejenigen, die ganz systematisch Gesetzessabotage treiben, die Gesetze, die sie selber haben mitbeschließen helfen, nachher in der Praxis wieder ungültig zu machen versuchen durch ihre eigene Praxis? Diese Herren, die hier Versöhnung predigen, fördern draußen mit Bewußtsein den Klassenkampf. Wir aber erwidern ihnen: Wollen Sie die Verschärfung des Klassenkampfes, die Arbeiterschaft nimmt den Handschuh auf. In dem Kampf, der sich jetzt in Süddeutschland abspielt, der nicht um materielle Forderungen, sondern um eine ideelle Forderung geht, um die Aufrechterhaltung des Achtstundentages, zeigt die Arbeiterschaft in ihrer disziplinierten Haltung, daß sie bereit ist, zu kämpfen und Opfer zu bringen. In diesem Kampf sehen Sie die Einigkeit und Geschlossenheit des Proletariats. Sie mögen noch weitere Entrechtungen versuchen, mögen noch schärfer vorgehen, Sie werden vielleicht vorübergehende Scheinsiege erfechten, aber Sie werden durch Ihr eignes Verhalten die Arbeiterklasse, die sich selbst ihren Sieg und ihr Recht erkämpfen will, nur um so fester zusammenschmieden!

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister: Meine Damen und Herren! Ich bin genötigt, ein Mißverständnis der Vorrednerin festzustellen. Sie scheint angenommen zu haben, ich hätte gesagt, daß die Entscheidung über die

(Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister.)

(A) **Befreiung der Banken von der Vorschrift über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat** dem Finanzministerium obliege. Das ist ein Irrtum. Die Entscheidung darüber liegt nach dem Gesetz der Reichsregierung als Ganzem ob. Weil aber die Frage die besonders charakteristischen Eigenschaften hat, die ich soeben gekennzeichnet habe, daß die Befreiung nämlich aus wichtigen Staatsinteressen stattfinden soll, und weil diese Staatsinteressen gerade mit den Aufgaben des Finanzministeriums zusammenhängen, ist das Finanzministerium in dieser Frage federführend. Das habe ich hervorgehoben, aber die Entscheidung liegt nach dem Gesetz bei der Reichsregierung.

Dann hat die Frau Abgeordnete beklagt, daß die **Arbeitgeber Leitsätze** ausgeben, wie sie vom Arbeitgeberstandpunkt aus möglichst leicht und billig mit dem Gesetz fertig werden können,

(Zurufe von der äußersten Linken)

oder vielleicht sogar, wie es umgangen werden könnte. Ich habe im Augenblick eine solche einzelne Anweisung nicht im Auge; es mag sein, daß auch eine solche existiert. Ich darf aber die Frau Abgeordnete darauf hinweisen, daß umgekehrt auch **Anweisungen von der Gegenseite** ergangen sind, die auch nicht gerade nach friedfertiger Handhabung des Gesetzes aussehen.

(Zurufe von der äußersten Linken.)

— Hören Sie nur mal ruhig zu! Zum Beispiel finde ich in dem Schriftenverzeichnis des Buches von Feig und Sitzler über das Betriebsrätegesetz unter anderem auch folgendes Buch verzeichnet: „**Wirtschaftliches Kampfbuch für Betriebsräte**, herausgegeben von der Rätegenossenschaft für wirtschaftlichen Aufbau, 1920, Buchverlag „Rätebund", Berlin."

(Hört! Hört! und Zurufe.)

Meine Damen und Herren! Wenn wir das Betriebsrätegesetz überhaupt zur Durchführung bringen (B) wollen, dann müssen beide Seiten, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, mit gutem Willen an die Durchführung des Gesetzes herantreten,

(sehr richtig! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten)

und wenn irgendeine der Seiten, diese oder jene, ganz gleich welche, mit Kampfgedanken an das Gesetz herantritt und es zum Kampf der einen Seite gegen die andere benutzen will, dann ist es natürlich schwer, aus dem Betriebsrätegesetz in der Praxis für unser Wirtschaftsleben das zu machen, was eigentlich daraus gemacht werden soll. Daß die rechte Auswertung des Gesetzes sehr schwierig ist, daß man hierbei Hindernissen begegnet, das ist mir ganz klar, und ich habe das auch eben schon hervorgehoben. Aber wir können uns bei dieser Gesetzgebungsmaterie und bei der Durchführung des Gesetzes doch nicht um Klassenkampftheorie und derartige Dinge streiten. Selbstverständlich hat es früher schon Kämpfe zwischen den Klassen und zwischen den Ständen gegeben, und es gibt sie auch heute. Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind die Kämpfe erst recht schwer. Das kann uns als Arbeitsministerium aber nicht hindern, alles daran zu setzen, zu suchen, diese beiden Teile, soweit wie irgend möglich, zu gemeinschaftlicher Arbeit friedlich zusammenzubringen. Wir als Arbeitsministerium sehen jedenfalls unsere Aufgabe so an, wie ich sie jetzt gekennzeichnet habe, sowohl in der Handhabung des Betriebsrätegesetzes, wie in der Lohnpolitik, in der Tarifpolitik und auf allen diesen Gebieten, die hier in Frage kommen können. Ich wüßte auch nicht, welchen anderen Weg ein Arbeitsministerium unter den gegenwärtigen Verhältnissen gehen sollte. Wir sind doch an die Voraussetzungen gebunden, die in unserer ganzen Wirtschafts- und Rechtsordnung vorliegen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die Debatte ist geschlossen. Wir müssen abstimmen.

Im Ausschuß ist dieser Titel auf eine Million Mark erhöht worden. Dazu liegt nun ein Antrag Bartz (Hannover) auf Drucksache 4302 unter Ziffer 5 vor, die Summe auf zwei Millionen Mark zu erhöhen, dann ein Antrag Müller (Franken), Dr. Moses, Crispien und Genossen auf Nr. 4305, ihn auf drei Millionen Mark zu erhöhen, aber mit einem anderen Wortlaut des Dispositivs, endlich ein Antrag Behrens und Genossen auf 4308, der die Summe gleichfalls auf drei Millionen Mark erhöhen und für das Dispositiv einen neuen, wieder anders gestalteten Wortlaut haben will. Dieser letzte Antrag ist der weitestgehende.

Dann bitte ich diejenigen, die dem Antrage Behrens zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Nunmehr bitte ich diejenigen, welche dem Antrage Müller (Franken), Dr. Moses, Crispien und Genossen zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Pause.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen und in dieser Fassung Tit. 1.

Ich rufe auf Kap. 3 Tit. 1, — Kap. 4 Tit. 1, — 2, — 3. — Angenommen. — Tit. 4 nach dem Ausschußantrag gestrichen.

Wir kommen zur Einnahme. Ich rufe auf im ordentlichen Haushalt Einnahme Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3, — Kap. 2 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5 nach der Ergänzung, — Kap. 3 Tit. 1, — 2, — 3, — Kap. 4 Tit. 1 bis 5, — Kap. 5 mit geänderter Überschrift Tit. 1, — 2, — Kap. 6 Tit. 1, — 2, — 3, — Kap. 7 Tit. 1, — 2, — 3, — Kap. 8 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — Kap. 9 Tit. 1, — 2, — Kap. 10 Tit. 1, — 2, — 3, — Kap. 11 Tit. 1. — Angenommen.

Wir kommen zum außerordentlichen Haushalt. Ich rufe auf Ausgabe, Kap. 1 Tit. 1.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Soldmann (Franken).

Soldmann (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die **Erwerbslosenfürsorge** wird seit Kriegsende aus öffentlichen Mitteln bestritten. Es ist dies eigentlich eine Selbstverständlichkeit, und trotzdem gibt es immerhin noch ausführende Organe in nicht geringer Zahl, die sich nicht in dies Getriebe einfügen können, die dauernd Sabotageakte vornehmen. Ich möchte in diesem Zusammenhang kurz einen Fall — es ist einer von vielen — hier vortragen. Am 2. Juni 1921 wurde im Reichstag eine **Beihilfe an langfristige Erwerbslose** beschlossen. Dieses Gesetz wurde glücklicherweise im „Bayerischen Staatsanzeiger", dem Organ der bayerischen Regierung, am 30. Juli 1921 veröffentlicht. Ich habe hier einen Fall im Auge, wo vier **erwerbslose Arbeiter im Bezirk Haßfurt in Unterfranken** sich rechtzeitig meldeten, trotzdem aber mit der Begründung **abgewiesen** wurden, daß sie angeblich 3 Wochen Notstandsarbeiten verrichtet hätten. Ich habe damals das Bezirkamt Haßfurt Mitte Juni darauf aufmerksam gemacht, daß vom Reichsarbeitsministerium ein Rundschreiben vom 8. Juni erlassen worden sei — es trägt das Aktenzeichen III C 6719 1921 —, in dem es ausdrücklich heißt:

> Langfristig Erwerbslose sind Personen, die bereits 26 Wochen oder länger Erwerbslosenunterstützung bezogen haben. Kurze Unterbrechungen von insgesamt nicht mehr als 24 Tagen kommen nicht in Betracht.

Ich habe es dem Bezirksamt Haßfurt damals mitgeteilt, welches mir antwortete:

(**Soldmann** [Franken], Abgeordneter.)

(A) Es hat sich als richtig herausgestellt, daß die Antragsteller nur vom 17. Mai bis 7. Juni mit Notstandsarbeiten beschäftigt waren.

Jetzt kommt das Bedenkliche; man schreibt wörtlich:

Gleichwohl kann ihnen die Beihilfe nicht gewährt werden, da das Rundschreiben des Reichsamts für Arbeitsvermittlung vom 1. Juli 1921 den bayerischen Behörden nicht mitgeteilt worden ist und von diesen daher nichts angemeldet werden darf.

Verehrte Anwesende! Dieses Rundschreiben des Herrn Reichsarbeitsministers ist, soweit ich mich erinnere, im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht worden. Entweder müssen die nachgeordneten Behörden und untergeordneten Organe, die mit der Ausführung und mit dem Vollzug irgendwelcher Gesetze beauftragt sind oder die Verordnung des Reichsarbeitsministers in Vollzug zu setzen haben, einmal angewiesen werden, welche Organe des Reichsarbeitsministeriums zu lesen sind, damit die armen Teufel, die es nicht lesen oder es zu lesen nicht verpflichtet zu sein glauben, nicht zu Schaden kommen.

Das Ministerium für soziale Fürsorge hat dem Bezirksamt folgende Antwort gegeben:

Gegen die in Aussicht genommenen Maßnahmen besteht keine Erinnerung, unter der Voraussetzung, daß der dem Bezirk zur Verfügung stehende Gesamtbetrag, nämlich soviel mal 600 Mark, als am 1. 7. 21 über 6 Wochen unterstützte Erwerbslose vorhanden waren, mit höchstenfalls 5 Prozent überschritten wird.

Das Bezirksamt schreibt:

Mit dieser Entschließung kann ich indessen nichts anfangen, da außer den vier genannten kein einziger Erwerbsloser mit 26 wöchentlichem Unterstützungsbezug im Amtsbezirke vorhanden ist.

(B) Später hat eine Beschwerde an die Regierung von Unterfranken, die an das Ministerium für soziale Fürsorge weiter gegeben wurde, ergeben, daß alles richtig sei. Allein sie schreibt wörtlich:

Im Hinblick auf die längst verstrichene Abrechnungsfrist und da auch von hier aus mit dem Reich inzwischen bereits abgerechnet werden mußte, ist das Ministerium

— das Ministerium für soziale Fürsorge in München —

nicht mehr in der Lage, nachträglich Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ich habe mich damals an das Reichsarbeitsministerium gewandt. Die Antwort ist insofern verblüffend, als man erklärt, daß die vier Erwerbslosen die Bedingungen für die Zahlung einer Sonderbeihilfe angeblich nicht erfüllt hätten. Bezirksamt und Ministerium für soziale Fürsorge geben ohne weiteres zu, daß die Berechtigung besteht. Aber der ganze Fall zieht sich vom Monat Juni bis zum Februar 1922 hin. Unterdessen ist längst abgerechnet und stehen Mittel nicht mehr zur Verfügung, und die vier armen Teufel mit einer ziemlich großen Kinderzahl werden direkt um die ihnen zustehenden Beträge geprellt. Es kann doch nicht an der Stiernackigkeit irgendeines untergeordneten Beamten liegen, daß Gesetze, die der Reichstag zum Beschluß erhebt und das Reichsministerium einfach in Vollzug zu setzen hat, außer Kurs gesetzt und so arme Teufel um die ihnen zustehenden Rechte betrogen werden.

Ich könnte Ihnen mehrere derartige Fälle anführen, bin aber der Meinung, daß es heute wenig nützen wird, weil man gegen Bayern in keiner Weise vorgeht, da man sich dort meines Erachtens nicht herantraut. Es muß aber — und darum möchte ich den Herrn Reichsarbeitsminister bitten — hier einmal festgestellt werden, welches das Organ des Herrn Reichsarbeitsministers ist, ob die Bezirksämter in Bayern diese (C) Blätter, den „Bayrischen Staatsanzeiger" und die Bezirksamtsblätter, lesen und danach handeln oder nicht.

Noch kurz eines: Der Herr Kollege Andre hat gegenüber meinem Freunde Karsten in bezug auf das zu erwartende Gesetz über **Arbeitslosenversicherung** erklärt: „Warum sträubt sich die Linke mit einem Mal gegen die Arbeitslosenversicherung, die sie früher so lange forderte? Sie tut es nur, um den Massen einen Gefallen zu erweisen." Oh nein, werte Anwesende, es hat sich — das sollte auch der Herr Kollege Andre wissen — seit der Zeit vor dem Kriege, als die Sozialdemokratische Partei im Reichstag die Arbeitslosenversicherung forderte, so vieles auch verfassungsrechtlich geändert, daß heute nicht mehr von einer Arbeitslosenversicherung gesprochen werden kann. Seit Kriegsende ist durch Verordnung der Volksbeauftragten vom 13. November 1918 die Erwerbslosenfürsorge aus öffentlichen Mitteln ins Leben getreten. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt: ohne Zweifel hat die heutige Gesellschaft die Pflicht, den Opfern der heutigen privatkapitalistischen Produktionsweise und Spekulationswut in Zeiten, wo sie arbeitslos auf das Pflaster geworfen werden, die notwendige Unterstützung für sie und ihre Familie angedeihen zu lassen. Deswegen bin ich der Meinung, daß der Art. 157 der Reichsverfassung nicht ohne weiteres außer Kraft gesetzt werden kann. Man kann der Arbeiterschaft nicht immer wieder höhere und weitere Beiträge für soziale Versicherung, in diesem Falle für die Arbeitslosenversicherung, zumuten. Man kann auf die Dauer, nachdem Hunderttausende an Unterernährung leiden und in ihrem Lohn- und Arbeitseinkommen nicht im geringsten mit der Verteuerung des Lebensunterhalts Schritt halten können, unmöglich auf diesem Wege weitergehen. Wenn man von der ursprünglichen Abmachung, zu der man in der zentralen Arbeitsgemeinschaft bei einer Besprechung zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen Ende 1921 übereingekommen war, wonach (D) ab 1. Januar 1922 für 6 Monate Beiträge für die spätere Arbeitslosenversicherung erhoben werden sollten, später wieder abgekommen ist, so möchte ich sagen: man wird auch künftig ein derartiges Ansinnen auf seiten der Arbeiterschaft zurückweisen.

Ich will zum Schluß noch kurz erklären, daß ich im Einverständnis mit meinen Fraktionsfreunden wohl der berechtigten Hoffnung Ausdruck geben darf, daß nicht nur jede der drei sozialistischen Parteien allen Versuchen der Regierung, den Art. 157 außer Kraft zu setzen, mit aller Entschiedenheit entgegentreten, sondern daß auch die bürgerlichen Parteien, die auf die Stimmen ihrer Arbeiterwähler Rücksicht nehmen sollten, da sie zu einem guten Teile den Arbeiterstimmen ihr Mandat verdanken, sich gegen derartige Versuche wenden. Sollte dennoch die Regierung den Versuch unternehmen, den Erwerbslosen ihre verfassungsmäßig garantierten Rechte streitig zu machen, so wird sie mit Sicherheit einen Sturm der Entrüstung entfesseln, und zwar in allen erwerbstätigen Kreisen ohne Unterschied der politischen, wirtschaftlichen und religiösen Richtung. Auf jeden Fall sind die Zeiten derartig ernst, daß man nicht im Handumdrehen einen Artikel der heutigen Reichsverfassung widerspruchslos außer Kurs setzen kann.

(Beifall links.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerialrat Dr. Weigert.

Dr. **Weigert**, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Meine Damen und Herren! Es ist uns leider nicht möglich, zu dem Einzelfalle, den der Herr Abgeordnete aus dem Gebiete der

(**Weigert**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) Erwerbslosenfürsorge vorgebracht hat, Stellung zu nehmen. Ich darf nur kurz sagen, daß nach den Wahrnehmungen, die wir in der **Erwerbslosenfürsorge** gemacht haben, die Runderlasse und Rundverfügungen, die zu dieser Materie ausgehen, selbstverständlich auch von den **bayerischen Behörden** beachtet werden. Ebenso kann ich feststellen, daß die Mitteilungen, die durch das Reichsarbeitsblatt auf diesem Gebiete herausgegeben werden, durchweg zur Kenntnis der bayerischen Behörden kommen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die Debatte ist geschlossen:

Ich darf den Titel als angenommen erklären.

Ich rufe weiter auf die Titel 2, — 3, — 4; — Kap. 2 Tit. 1; — Kap. 3 Tit. 1 nach der Ergänzung, — 2, — 3, — 4, — 5; — Kap. 4 Tit. 1 und 2; — Kap. 5 Tit. 1 bis 6. — Angenommen.

Wir kommen nun noch zu den Einnahmen des außerordentlichen Haushalts. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1; — Kap. 2 Tit. 1; — Kap. 3 Tit. 1; — Kap. 4 Tit. 1 und 2; — Kap. 5 Tit. 1. —

Ich eröffne die Aussprache über die Petitionen. Wortmeldungen liegen nicht vor; sie ist geschlossen. Die Abstimmung erfolgt in dritter Lesung.

Damit ist der Haushaltsplan des Reichsarbeitsministeriums erledigt.

Wir könnten nun noch die rein formelle Erledigung des

Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds (Anlage XII)

(B) Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt — Nr. 4257 der Drucksachen —

Berichterstatter: Abgeordneter Ersing.

Anträge Nr. 4296, 4312, 4313.

nachholen, da die Debatte in fast allen wesentlichen Artikeln verbunden worden ist. —

Ich rufe also zunächst auf von den fortdauernden Ausgaben Kap. 1 Tit. 1. Hierzu sind vom Ausschuß auf Drucksache 4257 unter II a eine Reihe von Entschließungen beantragt, die Reichsregierung um beschleunigte Auszahlung der Bezüge der Ruhestandsbeamten und Wartegeldempfänger zu ersuchen. Ich nehme an, daß das Haus diesen Ausschußentschließungen beitritt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Das Haus ist dem beigetreten.

Ich rufe auf Tit. 1 a, — 2, — 2 a, — 3, — 3 a, — 4, — 5 — und 6. — Angenommen. Ferner Kap. 2 Tit. 1. Hierzu liegt auf Nr. 4312 die Entschließung Berthelé, Frau Agnes und Genossen vor, die vorhin in der verbundenen Debatte besprochen worden ist.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die ihr zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Entschließung ist abgelehnt.

Ferner liegen zu demselben Titel noch auf Nr. 4257 unter II b Ausschußentschließungen vor, die sich auf die Höhe der Verstümmelungszulage und der übrigen Besoldungsbedürfnisse beziehen, die mit den veränderten Geldverhältnissen in Einklang gebracht werden sollen. Ich nehme an, daß das Haus diesen Ausschußanträgen zustimmt. — Es ist so beschlossen.

Nun liegt drittens auf Drucksache 4296 eine Entschließung Marx, Hergt, Dr. Stresemann, Leicht vor, die sich auf die Berechnung der Besoldungsbezüge für Wehrmachtsangehörige und Kriegsgefangene bezieht. — Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Ersing! (C)

Ersing, Abgeordneter: Wir möchten doch bitten, diese Entschließung noch einmal an den Haushaltsausschuß zurückzuverweisen.

Präsident: Dieser Wunsch war mir auch schon übermittelt worden. Ich glaube, es wird das beste sein, wenn wir die Zurückverweisung beschließen. — Ein Widerspruch dagegen wird nicht erhoben; es ist so beschlossen.

Ich rufe auf Kap. 2 Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 9 a, — 10, — 11, — 12; — Kap. 3 Tit. 1 bis 4; — Kap. 4 Tit. 1 bis 4; — Kap. 5 Tit. 1 bis 3. — Angenommen.

Zu Tit. 4 und 6 liegt Antrag Berthelé auf Nr. 4313 vor, die Summe dieser Titel auf 20 Milliarden Mark rund zu erhöhen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt und Tit. 4 in der Fassung der Vorlage genehmigt.

Ich rufe auf Tit. 5, — 6, — 7. — Kap. 6. — Kap. 7 und 8 fallen aus. — Kap. 9. — Genehmigt. In den einmaligen Ausgaben Kap. 1 Tit. 1 und in den Einnahmen Kap. 1 und 2. — Angenommen. (D)

Ich eröffne die Debatte über die Petition — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Auch der allgemeine Pensionsetat ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen nunmehr vor, die Sitzung abzubrechen und die nächste Sitzung anzusetzen auf morgen, Sonnabend den 20. Mai, vormittags 10 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Autonomie der Reichsbank;
2. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Mieterschutz und Mietseinigungsämter;

— wir wollen diesen Gesetzentwurf dem Ausschuß überweisen, der ihn dann vorbereiten kann —

3. Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Reichshaushaltsplan für 1922, und zwar
   a) Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft,
   b) Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums, verbunden mit der Interpellation der Abgeordneten Petersen und Genossen über den Verkehr von Waren aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet,

die ja zum Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums gehört. — Das Haus ist mit diesem Vorschlage einverstanden; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 8 Uhr 40 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

215. Sitzung.

Sonnabend den 20. Mai 1922.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 16 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Der Reichsminister des Innern ersucht durch ein Schreiben vom 15. Mai 1922 einen Beschluß des Reichstags darüber herbeizuführen, ob das Mitglied des Reichstags Hoffmann (Kaiserslautern) als Zeuge vor dem Landgericht Kempten vernommen werden darf. Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, dieses Schreiben, wie üblich, dem Geschäftsordnungsausschuß zur Berichterstattung zu überweisen. — Das Haus ist damit einverstanden.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 2. Ausschuß für den Abgeordneten Ristau
der Abgeordnete Horn;
in den 4. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Fick
der Abgeordnete Brodauf;
in den 13. Ausschuß für die Abgeordneten Delius, Kniest, Bahr (Frankfurt)
die Abgeordneten Dr. Böhme (Magdeburg), Liese, Heile.

Ich habe Urlaub erteilt den Abgeordneten
Schimmelpfennig für 3 Tage,
Nacken für 4 Tage,
Geck (Mannheim) für 5 Tage.

Es suchen für längere Zeit Urlaub nach die Abgeordneten
Dr. Meerfeld für 2 Wochen wegen Krankheit,
Frau Schuch für 2 Wochen wegen dringender Geschäfte,
Dr. Stresemann für 4 Wochen wegen Krankheit.

Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Urlaubsgesuche sind bewilligt.

Entschuldigt ist das Mitglied des Reichstags Herr Bruhn.

Wir kommen zum ersten Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Autonomie der Reichsbank (Nr. 3863, 4172 der Drucksachen).
Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 4310 der Drucksachen).
Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Rießer.

Als Kommissare der Reichsregierung sind angemeldet:

Havenstein, Präsident des Reichsbankdirektoriums, Wirklicher Geheimer Rat,
Dr. Kempner, Ministerialrat in der Reichskanzlei,
v. Simson, Staatssekretär, und Martius, Legationsrat, im Auswärtigen Amt,
Dr. Hüttenhein, Ministerialdirektor, und Dr. Reichardt, Ministerialdirektor, Geheimer Regierungsrat, im Reichswirtschaftsministerium,
Dr. Schippel, Oberregierungsrat im Reichsfinanzministerium.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter, Abgeordneter Dr. Rießer.

Dr. **Rießer,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Von einer allgemeinen währungs- und finanzpolitischen Debatte über den Gesetzentwurf hat man im Haushaltsausschuß aus guten Gründen Abstand genommen; es wird sich dazu noch ausreichende Gelegenheit finden. Man hat sich demgemäß auf die Erörterung des Entwurfes, wie er vorliegt, beschränkt. Hier liegen die Dinge so. Die Reichsregierung hat in der Note vom 28. Januar dieses Jahres der Entente die von dieser verlangte Zusage erteilt, die Reichsbank von der Leitung durch den Reichskanzler unabhängig zu machen. Das Verlangen nach einer Autonomie der Reichsbank, speziell nach **Unabhängigkeit von jedem politischen Einfluß,** ist nochmals gestellt worden in der Note der Reparationskommission vom 21. März dieses Jahres und ist bekanntlich dann auch

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(Dr. **Rießer**, Berichterstatter.)

(A) in der Konferenz von Genua bezüglich aller Zentralnotenbanken wiederholt worden. Völlig unrichtig ist aber die in den Kreisen der Entente vertretene Ansicht, daß für die **Inflation**, für das maßlose Anschwellen der Banknoten, Schatzanweisungen usw., die Tatsache entscheidend gewesen sei, daß das Reichsbankdirektorium bisher von der Reichsregierung abhängig gewesen ist. Auch von dieser Stelle muß betont werden, daß es in erster Linie die uns im Versailler Vertrag auferlegten unerträglichen Reparationslasten, einschließlich der gleichfalls jedes vernünftige Maß überschreitenden Besatzungskosten, sind, welche den Fehlbetrag unseres Haushalts und den Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz immer wieder von neuem erhöhen und jede Möglichkeit ausschließen, diese Fehlbeträge aus unserer eigenen Kraft heraus zu decken und unser Geldwesen in Ordnung zu bringen. Unsere Steuern haben wir bereits bis zur äußersten Grenze erhöht; auch zum Mittel der **Zwangsanleihe** wollen wir eben schon greifen, während freiwillige Anleihen derzeit kaum oder nur unter Ausnahmebedingungen aufgelegt werden können. Auswärtigen Anleihen wird durch die Reparationsforderungen und deren verderbliche Folgen derzeit geradezu der Boden entzogen. Die Entwertung unserer Valuta aber muß immer katastrophaleren Umfang annehmen, solange wir, worauf auch im Ausschuß ausdrücklich hingewiesen wurde, gezwungen sind, täglich Hunderte von Millionen auszugeben, um fremde Währung zu kaufen, die dadurch immer mehr im Kurse steigt, während der Kurs unserer Währung entsprechend sinkt.

Unter diesen Verhältnissen blieb und bleibt dem Reichsbankdirektorium, auch wenn die Reichsbank in der Folge völlig unabhängig von der Regierung wird, nichts anderes übrig, als die Reichsschatzanweisungen mit Hilfe des Reichsbankkredits, also der Reichsbanknoten, solange es irgend möglich ist, zu diskontieren und diejenigen zu rediskontieren, welche direkt im freien Verkehr untergebracht werden konnten. Die (B) Autonomie der Reichsbank kann also an den bisherigen Beziehungen zwischen der Reichsbank und der Reichswirtschaft grundsätzlich nichts Wesentliches ändern, da eine generelle Versagung der **Diskontierung der Reichsschatzanweisungen** auch in der Folge einer Zahlungseinstellung sowohl des Reiches wie der Reichsbank gleichstehen würde. Immerhin ist aber die Reichsbankleitung in der Folge nicht nur von der Möglichkeit politischer Einwirkungen seitens der Reichsregierung frei — diese Einwirkungen haben allerdings bis auf den einen Fall des Verbots der Lombardierung der russischen Papiere im Jahre 1887 im wesentlichen bisher nur eine theoretische Gefahr gebildet —, sondern sie ist auch frei von etwaigen politischen Forderungen der Entente selbst, die sich bisher bei gewissen Ansprüchen, die sie stellte, auf die Abhängigkeit der Reichsbankleitung von der Reichsregierung berufen konnte.

Ob mit der Autonomie auch sonstige Vorteile verbunden sind, die der Herr Reichsbankpräsident von ihr erwartet, so die Stärkung des Reichsbankkredits im Auslande und die Festigung der Stellung der Reichsbank gegenüber den ausländischen Zentralnotenbanken, kann dahingestellt bleiben. Es darf aber erwartet werden, daß die durch die Unabhängigkeit der Reichsbank gefestigte Stellung ihrer Leitung auch nach innen dahin führen wird, daß in der Folge nicht so sehr politische als finanzielle und wirtschaftliche, also rein sachliche Gesichtspunkte sachverständiger Instanzen, für die Entwicklung unserer Finanzpolitik maßgebend sein werden, sobald wieder von einer selbständigen Finanzpolitik in Deutschland die Rede sein kann. Die **Verantwortlichkeit der Reichsbankleitung gegenüber der Reichsbank**, die ja immer bestehen bleiben muß und auch erforderlich ist, weil auch Gefahren durch das Gesetz eintreten können, wird bei der im Gesetzentwurf vorgesehenen Vorlage desjenigen Gesetzes zum Ausdruck kommen, welches den Haushalt des Reichsbankdirektoriums jährlich festzustellen hat, und damit zugleich, wie ich hinzufügen möchte, auch die Verantwortlichkeit der Regierung, (C) welche dieses Haushaltsgesetz einbringt. Gegenüber etwa eintretenden Nachteilen hilft auch eventuell das fortbestehende Kündigungsrecht, wie es im Reichsbankgesetz vorgesehen ist.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, hat der Haushaltsausschuß dem Grundgedanken des Gesetzentwurfs, wie er in den §§ 26 und 27 zum Ausdruck kommt, zugestimmt, und zwar dem § 26 mit zwei Zusätzen, von denen der Zusatz „nach Maßgabe der Bestimmungen des Gesetzes" den an sich selbstverständlichen Grundsatz noch besonders scharf zum Ausdruck bringen soll, daß auch die von der Reichsregierung unabhängige Leitung die jetzt geltenden bankgesetzlichen Bestimmungen, soweit sie nicht infolge des Krieges suspendiert sind, zu beachten hat.

Der Haushaltsausschuß hat die Wünsche des vorläufigen Wirtschaftsrats abgelehnt, einen **Einfluß auf die Frage der Handhabung der Notenpolitik** und auf die **Besetzung der bisherigen Verwaltungs- und Aufsichtsstellen der Reichsbank** zu erlangen, und zwar nicht nur deshalb, weil der Reichswirtschaftsrat lediglich eine begutachtende Stellung gegenüber der Legislative hat, aber keine Mitwirkung in der Exekutive verlangen und erlangen kann, sondern auch, weil die bisherige Zusammensetzung und die Geschäftsführung der bestehenden Reichsbankorgane die volle Gewähr einer sachverständigen und namentlich von politischen Gesichtspunkten völlig unberührten Wirksamkeit auf Grundlage einer jahrzehntelangen bewährten Tradition bietet, eine Gewähr, die im gleichen Umfange durch die gemachten Vorschläge nicht geboten werden könnte.

Der bereits im Reichswirtschaftsrat mit 16 gegen 7 Stimmen abgelehnte Vorschlag, welcher im Haushaltsausschuß von einer Seite aufgenommen wurde, die Präsi- (D) denten und die Mitglieder des Reichsbankdirektoriums nur auf 10 Jahre, nicht auf Lebenszeit, zu wählen, fand nicht die Zustimmung des Ausschusses, der davon ausging, daß kein ausreichender Grund vorliegt, in diesem Falle von dem verfassungsmäßigen Grundsatz eine Ausnahme zu machen, daß die Beamten auf Lebenszeit angestellt werden, ein Grundsatz, der zugleich ihre Unabhängigkeit sicherstellt.

Die in Abs 4 des § 28 des Entwurfs vorgeschlagene Aufhebung des § 60a des Reichsbeamtengesetzes, wonach **über 65 Jahre alte Mitglieder des Reichsbankdirektoriums** einschließlich des Präsidenten in den **Ruhestand** versetzt werden können, fand trotz erhobenen Widerspruchs die Zustimmung des Ausschusses, zumal für das Reichsgericht, den Reichsfinanzhof, den Rechnungshof usw. die gleiche Ausnahme vom § 60a des Reichsbeamtengesetzes bereits gilt.

Dagegen wurde im § 28 Abs. 4 Satz 2 bezüglich etwaigen disziplinarischen Einschreitens gegenüber den Präsidenten und den Mitgliedern des Reichsbankdirektoriums an die Stelle des Reichsbankdirektoriums selbst „das Reichsbankkuratorium" gesetzt, welches das Reichsbankdirektorium vor seiner Entscheidung anzuhören hat.

Die bisherige **Stellung der Reichsbankbeamten**, wonach sie die Rechte und Pflichten der Reichsbeamten haben, ist aufrecht erhalten. Nach längeren Erörterungen wurde auch, ungeachtet der Bedenken, die aus dem Schoße des Ausschusses und von einem Vertreter des Reichsfinanzministeriums mit Rücksicht auf die zu befürchtende Durchlöcherung der Besoldungsordnung geltend gemacht wurden, die im Berichte des Haushaltsausschusses abgedruckte Entschließung angenommen, um die Reichsbank in den Stand zu setzen, sich einen **kaufmännisch geschulten Nachwuchs** zu sichern was in hohem Grade im öffent-

(Dr. **Rießer**, Berichterstatter.)

(C) lichen Interesse liegt. Eine solche Sicherung kann aber, wie der Reichsbankpräsident im Haushaltsausschuß zutreffend hervorhob, bei dem bisherigen System der schematischen Eingliederung der Reichsbankbeamten in die allgemeine Besoldungsordnung, wie ausreichende Erfahrungen bei der Reichsbank erwiesen haben, nicht erreicht werden. Die Frage der Ausgestaltung der Besoldungsfragen hinsichtlich der Reichsbankbeamten im einzelnen, die sicherlich sorgfältig erwogen werden muß, kann späteren Erwägungen vorbehalten bleiben.

Der Ausschuß beantragt, den Gesetzentwurf mit den aus dem Ausschußbericht (Nr. 4310 der Drucksachen) ersichtlichen geringen Änderungen und mit der vorgeschlagenen Entschließung annehmen zu wollen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich darf die Ziffer 1 des Gesetzes für angenommen erklären. — Ich rufe auf Ziffer 2 mit den dazu gehörigen abgeänderten §§ 26 in der vom Haushaltsausschuß vorgeschlagenen Fassung, 27, 28 in der Fassung des Ausschusses und 37; — sie sind angenommen. Ziffer 3, — Ziffer 4 —; angenommen. Einleitung und Überschrift — desgleichen.

Ich darf annehmen, daß das Haus auch der Entschließung auf Nr. 4310 unter II zustimmen will, die der Herr Berichterstatter eben erwähnt hat, die sich auf die Heranziehung eines kaufmännisch geschulten Nachwuchses für die Reichsbank bezieht. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich eröffne die Debatte über die Petitionen — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wenn kein Einwand erhoben wird, können wir das Gesetz auch gleich in der

dritten Lesung

(B) erledigen. — Ich höre einen solchen nicht und eröffne die allgemeine Aussprache in der dritten Lesung. — Ich schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen, und rufe in der besonderen Beratung auf die Ziffern 1, — 2, — 3, — 4, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Ziffern, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich darf annehmen, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Der Ausschuß beantragt auf Nr. 4310 unter III, die dazu gestellten Petitionen durch die Beschlußfassung über das Gesetz für erledigt zu erklären. — Das Haus schließt sich diesem Antrage an.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter (Nr. 4185 der Drucksachen).

Ich eröffne die Beratung und teile mit, was gestern schon angekündigt wurde, daß der Antrag gestellt ist, das Gesetz dem 13., dem Wohnungsausschuß, zur Vorberatung zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor; das Haus tritt diesem Antrage bei.

Wir kommen zum 3. Gegenstand der Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922 (Nr. 3405, 3883 der Drucksachen), und zwar zunächst

Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (Anlage XIa).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 4284 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Westermann.

Anträge Nr. 4307, 4314, 4316, 4326.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter, Abgeordneter Westermann.

Westermann, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Die allgemeine Besprechung des Haushalts für Ernährung und Landwirtschaft im Haushaltsausschuß hat mit einer Debatte darüber begonnen, ob es angezeigt sei, an einen **Abbau oder an einen Ausbau des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft** zu denken. Diese Erörterung hat bereits bei der Beratung des Haushalts im Reichsrat eine Rolle gespielt. Man ist aber dabei nicht zu einer abschließenden Feststellung gekommen. Im Haushaltsausschuß war die Meinung der Mehrheit die: es müsse daran gedacht werden, das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft auch für die Zukunft zu erhalten, da ihm viel größere Aufgaben zuwachsen würden, als es in der Vorkriegszeit bereits gewesen sei. In der Vorkriegszeit habe man schon mehrfach darauf hingewiesen, daß eine Notwendigkeit vorliege, ein Reichslandwirtschaftsministerium einzurichten. Jetzt aber, nachdem die Produktionssteigerung der Landwirtschaft zu dem wesentlichsten Teil unserer heimischen Produktion geworden wäre, sei es um so notwendiger, die Arbeit der Einzelländer auf dem Gebiete der Förderung der Handelskultur im Reich zusammenzufassen. Dies sei um so mehr der Fall, als das Reich ja selbst wichtige landwirtschaftliche Produktionsmittel stark dadurch beeinflusse, daß es an der Erzeugung derselben mehr oder weniger beteiligt sei und einen wesentlichen Produktionsfaktor, nämlich den Betrieb der Reichseisenbahn, in der Hand habe. (D)

Wie sehr die Reichseisenbahn auf eine ungestörte Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion einwirke, habe sich im vorigen Jahre bei der Abfuhr der Kartoffeln und in allerletzter Zeit bei Zufuhr der Rohmaterialien für die Stickstoffabrikation gezeigt. Allerdings sei nicht zu verkennen, daß **Reibungsmöglichkeiten zwischen der Tätigkeit der Landwirtschaftsministerien der Länder und dem Reiche** vorhanden seien. Deshalb sei eine Abgrenzung der Kompetenzen der Länder und des Reichs geboten. Bei gutem Willen auf allen Seiten wäre aber anzunehmen, daß die etwa vorhandenen Reibungsmöglichkeiten zu beseitigen seien. Mit der Bejahung der Frage des weiteren Ausbaues des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sei in erster Linie daran zu denken, alle Materien, die die Landwirtschaft betreffen und jetzt in anderen Ministerien bearbeitet werden, in das Landwirtschaftsministerium zu bringen. Vor allen Dingen müsse man dabei an die **ländlichen Siedlungen,** die jetzt beim Reichsarbeitsministerium seien, und außerdem an **das Veterinärwesen** denken. Bezüglich der Siedlungen sei eine Trennung zwischen ländlichen und städtischen Siedlungen durchaus am Platze.

Gegen diese Meinung der Mehrheit ist von der Minderheit entschiedener Einspruch erhoben worden. Man betonte, es sei nicht angebracht, ein besonderes Landwirtschaftsministerium in Aussicht zu nehmen; es sei auch nicht nötig, denn die Förderung der Landeskultur sei und bleibe Aufgabe der Länder.

Vor allen Dingen aber richtete sich der Widerspruch gegen die Überweisung der ländlichen Siedlungen an das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Man machte dagegen geltend, bisher hätten sich Mängel nicht gezeigt. Vor allen Dingen müsse man darauf hinweisen, daß sich eine Trennung der ländlichen und städtischen

(**Westermann**, Berichterstatter.)

(A) Siedlungen nicht empfehle. Sie finden eine Entschließung, die diese Angelegenheit behandelt und die das Ersuchen an die Reichsregierung richtet, zu erwägen, ob nicht doch die ländlichen Siedlungen und ebenso die Veterinärfragen vom Arbeitsministerium beziehungsweise Ministerium des Innern an das Reichsministerium für Ernährung zu überweisen seien.

Einen breiten Raum in der Erörterung nahm dann naturgemäß die Frage der **Getreidebewirtschaftung für die Ernte 1922** ein. Die Mehrheit fand sich dahin zusammen, eine Umlage, wie sie im vorigen Jahre gemacht worden sei, sei in diesem Jahre nicht mehr durchzuführen. Von einzelnen Ausschußmitgliedern wurde darauf hingewiesen, daß im vorigen Jahre das Versprechen abgegeben worden sei, das **Umlageverfahren** solle für die Ernte 1921 das letzte sein, und bauend auf diese Worte des damaligen Reichsernährungsministers hätten insbesondere die landwirtschaftlichen Organisationen sich erhebliche Mühe gegeben, die Landwirtschaft zur Ablieferung des Umlagegetreides zu bewegen. Dieser Antrieb zur Ablieferung falle 1922 weg. Jetzt sei Übergang zur freien Wirtschaft nötig, und zwar aus einer Reihe von Gründen, die angeführt wurden. Insbesondere wurde dabei auf die Notwendigkeit der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und die damit zusammenhängende freiere Entfaltung der Wirtschaft hingewiesen. Vor allen Dingen erfolgte der Hinweis auf die kolossal gestiegenen Preise und die dadurch naturgemäß folgende Steigerung der Produktionskosten für Düngemittel und Maschinen. Es ist allerdings gesagt, diese Einleitung der freien Wirtschaft könne nicht unvermittelt geschehen. Es müsse für eine gewisse **Getreidereserve** gesorgt werden, damit sich der Übergang glatt vollziehe. Damit habe gleichzeitig auch eine Verbilligung des Brotes für die wirtschaftlich Schwachen zu erfolgen.

Die Meinungen gingen aber in dieser Mehrheit darin (B) auseinander, ob diese Reserve in größerem oder geringerem Umfange anzusammeln und welcher Preis dafür zu zahlen sei. Von der einen Seite verlangte man, daß als Vergütung der Marktpreis gegeben werde, während von der andern Seite der Preis für die anzusammelnde Reserve auf die Vereinbarung zwischen der Regierung und den berufenen Vertretern der Landwitschaft abgestellt wurde.

Hiergegen erhob die Minderheit der Ausschußmitglieder Einspruch und verlangte Beibehaltung der Zwangswirtschaft für Getreide damit in der kommenden wirtschaftlich schweren Zeit mindestens die Brotversorgung des Volkes gesichert sei. Diese Minderheit stellte einen Antrag, durch das Umlageverfahren nicht wie bisher 2 ½ Millionen Tonnen, sondern 4 ½ Millionen Tonnen zu erfassen. Dieser Antrag ist abgelehnt worden.

Dagegen wurde ein Antrag angenommen, den Sie unter den Entschließungen II i finden, der besagt, eine Getreideumlage in der bisherigen Form sei nicht möglich, die rechtzeitige Sicherstellung einer genügenden Brotreserve unter Verbilligung des Brotpreises für Minderbemittelte müsse verlangt werden, die Landwirtschaft müsse hierfür einen mit ihren Vertretern zu vereinbarenden Preis zugesichert erhalten.

Es liegt uns aber jetzt bereits ein Antrag vor, der den in der Kommission gestellten Antrag bezüglich der Festsetzung der Umlage auf 4½ Millionen Tonnen wieder aufnimmt.

Dann ist eingehend über die **Kartoffelversorgung** gesprochen worden, die von allen Seiten als völlig ungenügend bezeichnet wurde, sowohl bezüglich der Menge der zur Verfügung stehenden Kartoffeln als auch bezüglich des Preises, der sich insbesondere seit dem Dezember vorigen Jahres herausgebildet hat. Bezüglich der Ursachen dieses Mangels an Kartoffeln und der Preissteigerung gingen die Meinungen auseinander. Auf der einen Seite fand man die Hauptschuld in der schlechten Kartoffelernte (C) des vorigen Jahres. Trotzdem die Ernte im ganzen als befriedigend bezeichnet werden könne, sei sie in manchen Teilen katastrophal schlecht gewesen. Man müsse auch berücksichtigen, daß die schlechte Futtermittelernte vermindernd auf die Verwendung der Kartoffeln für die menschliche Ernährung eingewirkt habe. In erster Linie müsse der Hauptgrund für die unzureichende Versorgung und der Verteuerung in dem Versagen der Reichseisenbahn gesucht werden. Wochenlang seien nicht 20 Prozent der angeforderten Wagen zur Verfügung gestellt worden, so daß die kurze Zeit für die Kartoffelversorgung nicht genügend hätte ausgenutzt werden können. Dadurch seien die Angstkäufe entstanden, die die Preise hinaufgetrieben und die ungenügende Versorgung im vorigen Herbst herbeigeführt hätten. Ferner wurde auf die seit der Erntezeit 1922 eingetretene gewaltige Weiterentwertung des Geldes hingewiesen, die natürlicherweise in der Folgezeit bei den Kartoffelpreisen nicht hätte unberücksichtigt bleiben können.

Es ist ein Antrag auf Wiedereinführung des Umlageverfahrens mit 5 Millionen Tonnen gestellt worden.

(Abgeordneter Schmidt [Cöpenick]: 4½ Millionen!)

— In dem Bericht steht 5, aber wenn Sie sagen 4½, wird es wohl so sein. Dieser Antrag ist abgelehnt und eine Entschließung angenommen, die besagt, die Reichsregierung möge ihr Augenmerk darauf richten, daß genügend **Privatlieferungsverträge** zwischen den Berufsvereinigungen der Erzeuger, den Genossenschaften und den Verbrauchern abgeschlossen würden.

Weiter ist verlangt worden, daß die Reichseisenbahnverwaltung endlich einmal rechtzeitig die Wagen zur Verfügung stellt und die im nächsten Herbst zu verfrachtenden Kartoffeln rechtzeitig abfährt. Ferner wird in dieser Entschließung verlangt, daß die Konzessionierung (D) des Handels anders durchgeführt werde, als es bisher der Fall ist. Sie finden die entsprechenden Entschließungen unter II k.

Einmütig waren dann die Mitglieder des Ausschusses in der Verurteilung der großen **Mißstände**, die **auf dem Zuckermarkt** bestehen und die schließlich dazu geführt haben, daß eine völlig ungenügende Versorgung mit Zucker erfolgt, und zwar zu Preisen, die als unerschwinglich bezeichnet werden müssen. In der Aufdeckung der Ursachen ist man allerdings nicht zu einem einheitlichen Resultat gekommen. In der Hauptsache wurde hingewiesen auf den großen und stets steigenden Verbrauch der Süßigkeitsfabriken, der Schokoladen-, Likörfabriken usw. Andererseits wurde die Vermutung ausgesprochen, es sei die Ausfuhr von Zucker erfolgt, um Devisen zur Verfügung zu haben. Sehr scharf wurde die **Tätigkeit der Zuckerwirtschaftsstelle** verurteilt, die offenbar zu dieser Entwicklung der Dinge zum wesentlichen Teil beigetragen habe. Im allgemeinen war man aber, glaube ich, der Auffassung, daß gerade dieser starke Verbrauch von Schokolade, von Likör wie auch von Zigaretten ein Zeichen der Verschwendungssucht gerade unserer Jugend in Deutschland ist, was allgemein als betrübende Erscheinung empfunden wird.

Die Entschließung, die Ihnen in dieser Hinsicht vorliegt, verlangt erstens eine Erhebung darüber, ob wirklich Zuckerverkäufe ins Ausland getätigt worden sind; sie verlangt weiter eine Feststellung, ob seitens der Fabriken oder Raffinerien Zucker vom freien Verkehr zurückgehalten wird. Sollte das letztere der Fall sein, so war man allseitig der Meinung, daß dann mit den schärfsten Strafen gegen die Schuldigen vorgegangen werden muß. Weiter verlangt die Entschließung eine Erhebung darüber, wie die Zuckerernte denn nun wirklich verwendet worden ist, um etwaige Mängel für die Zukunft abzustellen.

(**Westermann**, Berichterstatter.)

(A) Dann ist Ihnen unter II f eine Entschließung vorgelegt, die verlangt, daß bei der Besetzung der leitenden Stellen des Ministeriums in stärkerem Maße als bisher die fachlich-technische Vorbildung berücksichtigt werde.

Eine weitere Entschließung unter II a ist das Ergebnis einer Erörterung über den in manchen Landesteilen immer mehr zunehmenden **Verkauf von Grund und Boden an Ausländer.** Diese Entschließung verlangt, daß ein Gesetz vorgelegt werde, wonach schon der Verkauf von Grund und Boden von 1/4 Hektar Größe — nicht erst wie bisher von 5 Hektar an — an Ausländer der Genehmigung der Regierung bedarf.

Das sind die Mitteilungen, die ich Ihnen als Berichterstatter aus der allgemeinen Debatte über den Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft im Hauptausschusse vorzutragen habe.

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Fehr, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: Meine Damen und Herren! Die ersten Fragen, die nach Übernahme des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft an mich allgemein gerichtet wurden, galten, je nach der Zugehörigkeit des Fragestellers zu der Gruppe der Verbraucher oder der Erzeuger, meiner Stellungnahme zu den bestehenden Ernährungsschwierigkeiten und den Nöten der deutschen Landwirtschaft. So verschiedenartig auch diese beiden Fragen an sich zu sein scheinen, haben sie doch innigste Zusammenhänge, weil die Lage unserer Ernährung im Zustande unserer Landwirtschaft bedingt ist.

Die **Schwierigkeiten im Ernährungswesen** kommen nach zwei Richtungen zum Ausdruck. Sie bestehen in der Erfüllung der Anforderungen der Versorgung, sind also (B) eine Mengenfrage, und zeigen sich insbesondere in der Preisgestaltung. Die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichenden Mengen der nötigsten Nahrungsmittel ist Voraussetzung für die Erhaltung der Kräfte des schaffenden Volkes, die Voraussetzung für jede Arbeitsleistung und für den wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Daraus ergibt sich von selbst der Ernst der Situation, der aus einer dauernden unzureichenden Ernährung unseres Volkes entstehen muß. Es bedarf daher ständig der Aufbietung aller Kräfte und der Anwendung aller Mittel, diese drohende Gefahr zu vermeiden.

Mein Herr Amtsvorgänger hat dieser Sachlage stets besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Er hat die Mittel zur Lösung der Versorgungsfrage in dem einzig möglichen Wege der **Förderung der Produktion** gesucht. Seine Maßnahmen zur Aufhebung der Zwangswirtschaft fast aller wichtigen Lebensmittel waren von dem Gedanken getragen, der Landwirtschaft die für ihre Entwicklung absolut notwendige Bewegungsfreiheit zu gewähren, dadurch den Schaffensdrang des einzelnen zu wecken und damit die Vorbedingung für die Steigerung der Erzeugung zu schaffen. Es ist selbstverständlich und in der Sache selbst begründet, daß alle Maßnahmen zur Steigerung der Produktion nicht in kürzester Zeit Erfolge zeitigen können. Ihre Wirkungen werden — und das gilt insbesondere auch von dem Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft, auf das ich später noch eingehend zurückkomme — sich erst im Laufe einer Reihe von Jahren bemerkbar machen können, also als Fernwirkung zum Ausdruck kommen. Dabei ist aber nicht zu übersehen, daß schon im laufenden Wirtschaftsjahr erhebliche Fortschritte in der Steigerung der Produktion zu verzeichnen sind, die sich im besonderen darin zeigen, daß die **Anbauflächen** für die der Ernährung unmittelbar dienenden Kulturpflanzen im Zunehmen begriffen sind und schon im vergangenen Jahre eine wesent- (C) liche Vermehrung erfahren haben. So hat im Jahre 1921 gegenüber dem Vorjahr die Anbaufläche für Kartoffeln um etwa ein Zehntel, die für Zuckerrüben um über ein Fünftel zugenommen.

Den Ernst der Bestrebungen der deutschen Landwirtschaft, die Erhöhung der Erträge zu erreichen, beweist in besonderem Maße die **gesteigerte Verwendung künstlicher Düngemittel,** vor allem der **Stickstoffdüngemittel.** Trotzdem die Erzeugung der deutschen Stickstoffwerke den Vorkriegsverbrauch der gesamten deutschen Landwirtschaft an Stickstoff im Jahre 1921 um 70 000 Tonnen überschritten hat und außerdem etwa 35 000 Tonnen Stickstoffdünger aus dem Ausland eingeführt wurden, war es nicht annähernd möglich, die Nachfrage der Landwirtschaft im vergangenen Wirtschaftsjahr zu befriedigen. Sie hat durch die Verwendung dieser gewaltigen Mengen dem deutschen Kulturboden im Jahre 1920/21 schon um 35 000 Tonnen Stickstoff mehr als in der Vorkriegszeit zugeführt. Auch die Verwendung der anderen Hilfsdünger hat eine wesentliche Steigerung erfahren. Dabei ist nicht zu übersehen, daß die Beschaffungsschwierigkeiten, insbesondere der Phosphatdünger, durch den Verlust wichtigster Phosphatquellen erhebliche waren. Aus dieser erhöhten Verwendung künstlichen Hilfsdüngers ergibt sich, daß die Landwirtschaft vollauf bemüht ist, die Schäden des Kriegs in der Bodenbewirtschaftung und der Minderung der Erträge, entstanden durch den Mangel an Hilfsdünger und besonders an geschulten Arbeitskräften, die durch den Heeresdienst der Wirtschaft entzogen waren und die durch die über alles Lob erhabene aufopfernde Tätigkeit unserer Landfrauen, Kinder und Greise nicht ersetzt werden konnten, wieder auszugleichen.

Die deutsche Landwirtschaft wird, wenn es gelingt, ihre ganze Produktionskraft zu entfalten, in absehbarer Zeit in der Lage sein, unseren Lebensbedarf an den (D) wichtigsten Nahrungsmitteln zu decken. Sie war unmittelbar vor Kriegsausbruch auf dem besten Wege, dieses Ziel zu erreichen. Es war im Jahre 1913 möglich, aus der Erzeugung der deutschen Landwirtschaft den Roggenbedarf der deutschen Bevölkerung voll, den Bedarf an Weizen zu mehr als zwei Drittel zu decken. Man muß sich aber darüber klar sein, daß die **Deckung des Bedarfs aus dem eigenen deutschen Boden** nicht von heute auf morgen zu erreichen ist, vielmehr das Endziel eines langen und anstrengenden Weges darstellen wird.

Diese hohe Aufgabe der deutschen Landwirtschaft ist gegenüber der Vorkriegszeit um so größer und in ihrer Erfüllung um so schwieriger geworden, als durch die gewaltsame, willkürliche **Abtrennung urdeutscher Landesteile** durch den Versailler Vertrag die wertvollsten landwirtschaftlichen **Überschußgebiete** dem deutschen Vaterlande verloren gingen. Der gesamte Gebietsumfang des Deutschen Reichs ist von 54 Millionen Hektar auf 47 Millionen Hektar zusammengeschrumpft. Nach Befriedigung des eigenen Bedarfs hätte aus den Überschüssen der verlorengegangenen Gebiete der übrigen Bevölkerung des Deutschen Reichs für das laufende Wirtschaftsjahr ein Mehr von 480000 Tonnen Brotgetreide von über 170000 Tonnen Gerste und Hafer, von über 1,7 Millionen Tonnen Kartoffeln und von über 170000 Tonnen Zucker zugeführt werden können. Bei der Steigerung der Ernteerträge auf die Vorkriegszeit würden sich diese Überschüsse auf nahezu das Doppelte erhöhen. Daneben ist der Verlust an Pferden, Rindern, Schafen, Schweinen und Ziegen ein außerordentlich beträchtlicher. Erhebliche Überschüsse an Gespanntieren, an Fleisch, tierischem Fett, Milch und Milcherzeugnissen hätten aus diesen Gebieten für die Versorgung der übrigen Bevölkerung des Deutschen Reichs abgegeben werden können.

(**Fehr**, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.)

(A) Durch diese Gebietsverluste und die durch die Kriegsfolgen und die Auswirkungen der Zwangswirtschaft verursachte Produktionsminderung wird die **Decke unserer Ernährung** um so knapper, als ein Teil der in den abgetretenen Gebieten ansässig gewesenen Deutschen Haus und Hof verlassen mußte und sich in Deutschland niederließ. Zahlreiche Auslandsdeutsche sind zurückgewandert. Ausländer nehmen in erhöhtem Maße das Asylrecht in Deutschland in Anspruch. Die Bevölkerungsdichte ist infolgedessen von 120 Einwohnern auf den Quadratkilometer vor dem Kriege auf 131 Personen pro Quadratkilometer in der Gegenwart gestiegen.

(Hört! Hört!)

Dabei sind die vielen valutastarken Fremdlinge, die unser deutsches Land durchreisen und die sich behäbig an unserem Tische breit machen,

(sehr richtig!)

nicht in Berücksichtigung gezogen. Aus alledem ergibt sich, daß das deutsche Volk aus der eigenen Produktion vorerst auch bei stärksten Einschränkungen noch nicht leben kann und eine Verbreiterung der Ernährungsbasis durch Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln lebensnotwendig für uns ist.

Diesen Tatsachen trug mein Herr Amtsvorgänger durch weitestgehende Freigabe der Lebensmitteleinfuhr Rechnung. Nachdem bereits zu Anfang des verflossenen Jahres die Einfuhr von Schlachtvieh, Fleisch und Schmalz, von Ölfrüchten, Sämereien sowie einer Reihe von Futtermitteln freigegeben war, wurde der **Abbau der Einfuhrverbote** planmäßig fortgesetzt. Es wurden im Laufe des vergangenen Jahres die Rohstoffe für die Margarinefabrikation, Brot- und Futtergetreide, Heu und Stroh, Zuckerrüben und Kartoffeln, Schlacht- und Nutzvieh, kondensierte Milch, Käse, Teigwaren und anderes ohne (B) besondere Bewilligung zur Einfuhr zugelassen.

Gleich nach meinem Amtsantritt habe ich die in meinem Ministerium schon vorgefaßte Absicht der **Freigabe der Mehleinfuhr** durchgeführt. Die Verschlechterung der Markwährung hat allerdings viele an die Freigabe der Einfuhr geknüpfte Absichten und Hoffnungen nicht voll zur Ausführung gelangen lassen und erfüllt; sie hat auf vielen Gebieten die Entwicklung der Einfuhrtätigkeit lahmgelegt und behindert. Trotzdem wird das Ziel weiter und planmäßig zu verfolgen sein, durch Abbau der Einfuhrverbote Erleichterungen der Ernährungslage herbeizuführen. In denjenigen Fällen, in welchen die Rücksicht auf unsere Devisenlage oder unsere heimische Erzeugung und Bearbeitung eine Einschränkung oder Behinderung der Einfuhr gebietet, wird das System der Einzeleinfuhrbewilligung durch einen nach allen Seiten gleichmäßig wirkenden Zollschutz in Bälde zu ersetzen sein.

(Hört! Hört! links.)

Durch besondere Anordnung wurde Vorsorge getroffen gegen **unerlaubte Ausfuhr.** Den in der Öffentlichkeit vielfach verbreiteten Gerüchten über die unerlaubte Ausfuhr von beträchtlichen Mengen Lebensmittel, insbesondere Kartoffeln und Brotgetreide, wurde in jedem einzelnen Falle nachgegangen. Es hat sich indessen die Bestätigung dieser Gerüchte nicht ergeben. In fast sämtlichen bekanntgewordenen und nachgeprüften Fällen ist vielmehr die Haltlosigkeit dieser Meldungen einwandfrei festgestellt worden. Solange der Stand des Markkurses die Möglichkeit bot, die herrschende Knappheit an Nahrungsmitteln durch Einfuhr auszugleichen, traten nennenswerte Schwierigkeiten in der allgemeinen Ernährungslage nicht ein. Diese begannen erst mit dem katastrophalen **Rückgang der Mark**, mit ihm nahm im wesentlichen auch die Steigerung der Preise ihren Anfang. Schon im Juni vorigen Jahres warf das uns aufgenötigte Londoner Ultimatum seine Schlagschatten durch die Wirkungen auf den Geld- und (C) Warenmarkt voraus. Sie lösten die erste starke Teuerungswelle aus. Seitdem läßt uns die Entwicklung der Weltwirtschaft nicht mehr zur Ruhe kommen.

Die **Kosten der Ernährung** sind vom 11,2 fachen im April 1920 bis heute auf das 43,6fache gegenüber dem Frieden gestiegen. Der Kurs des Dollars ist vom April 1920 bis heute von 59,6 auf 290 bis 300, das ist um das 70 bis 80 fache gegenüber dem Frieden in die Höhe gegangen.

(Hört! Hört!)

Die ursächliche Veranlassung für diese Teuerung liegt demnach bei dem starken Bedarf an ausländischen Nahrungsmitteln und der von uns nicht zu beeinflussenden Tatsache unseres schlechten Wechselkurses, mittelbar also in den Auswirkungen des Versailler Friedensvertrages, in dessen dickem Buche uns auch nach dieser Richtung beide Hände eingeklemmt sind.

Ich müßte aber unaufrichtig sein, wenn ich nicht bekennen würde, daß die katastrophale Entwicklung der Preise durch die **Unersättlichkeit** und **Gewissenlosigkeit gewisser Schädlinge** innerhalb unseres Wirtschaftslebens beschleunigt worden ist.

(Sehr richtig!)

Ohne jemand zu nahe zu treten, muß ich doch bemerken, daß eine nicht geringe Zahl einzelner aus den Kreisen der Erzeuger sowohl als auch des Handels die allgemeine Notlage des Volkes und die Knappheit der Lebensmittel zur Befriedigung ihrer Geldgier ausnutzen,

(sehr wahr!)

damit die Teuerung verschärfen und die öffentliche Meinung ganz allgemein gegen Erzeugerschaft und Handelsschaft aufbringen.

Die Reichsregierung hat sich dauernd mit diesen Zuständen und den zu ihrer Bekämpfung zu ergreifenden Maßnahmen beschäftigt. Die Maßnahmen der Reichs- (D) regierung müssen sich aber vornehmlich auf den gesetzgeberischen Weg beschränken. Der Vollzug der Maßnahmen und damit der Kampf gegen die Auswüchse liegt in den Händen der Landesregierungen und der Strafverfolgungsbehörden. Dieser Kampf ist schwer, unendlich schwer, er ist ein Kampf gegen die Hydra. Hat man diesem Schreckenstier einen Kopf abgeschlagen, so erscheinen im nächsten Augenblick an seiner Stelle zwei neue. Der Kampf ist besonders auch deshalb schwer, weil den Behörden häufig die Hilfe derer fehlt, für die der Kampf geführt wird. Durch Unverstand und Abneigung gegen alles Polizeiliche wird den Wucherbeamten von Verbrauchern die Ausübung ihres harten Dienstes häufig erschwert. Trotz dieser Erschwerung auf dem Gebiete der **Wucherbekämpfung** muß alles versucht werden, dieser häßlichsten Krankheit in unserem Wirtschaftskörper Herr zu werden.

Ganz besondere Schwierigkeiten bereitete im vergangenen Jahre die **Kartoffelversorgung.** Der in den einzelnen Landesteilen so ungleiche Ausfall der Ernte, die in ihrer Gesamtheit immer noch als knappe Mittelernte bezeichnet werden kann und auf etwa 26 Millionen Tonnen im Reiche geschätzt wird, hat es mit sich gebracht, daß in einzelnen Gegenden, so besonders im Westen, wo die Ernte besonders ungünstig war, gleich zu Anfang der Versorgungsperiode ernste Besorgnisse für die Eindeckung mit Kartoffeln entstanden, die begreiflicherweise eine allgemeine Nervosität auslösen mußten. Die Bestrebungen zur Eindeckung führten zu einer Überflutung der Produktionsgebiete mit besseren Ernten durch Aufkäufer geeigneter und ungeeigneter Art. Durch die Treibereien dieser Organe war die erste Veranlassung zu den unbegründeten und unsinnigen Preissteigerungen auf dem Kartoffelmarkte gegeben, die durch die Maßnahme der

(**Fehr,** Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.)

(A) Festsetzung der Angemessenheitspreise lediglich verlangsamt, aber nicht aufgehalten werden konnten.

Das Frühjahr hat in der Kartoffelversorgung, wie zu erwarten war, eine gewisse Erleichterung gebracht, die sich stärker in der Verringerung der Schwierigkeiten der Versorgung als im Rückgang der Preise ausdrückt.

Eine der ersten Fragen, die ich nach Übernahme meines Amtes zu klären hatte, war die **Regelung der Kartoffelwirtschaft für das kommende Jahr.** Ich bin, gestützt auf die Auffassung der hauptkartoffelbauenden Länder und im besonderen der meisten städtischen und kommunalen Vertretungen, zu der Ansicht gekommen, daß von der **Wiedereinführung der Zwangswirtschaft** trotz der schwierigen Versorgungsverhältnisse des vergangenen Jahres abzusehen ist. Die überaus großen technischen Schwierigkeiten, die sich aus der Zwangswirtschaft für die Kartoffeln, und wenn es sich auch nur um eine Umlage handelt, ergeben würden, haben mich von der Wiedereinführung einer derartigen Maßnahme abgehalten. Aus Gründen der Versorgung ist es auch erforderlich, der Landwirtschaft gegenüber rechtzeitig eine klare Stellung über die künftige Gestaltung der Kartoffelwirtschaft einzunehmen, um nicht durch Unsicherheit der Wirtschaftslage den rechtzeitigen Anbau der Kartoffeln zu stören.

(Sehr richtig!)

Bei diesen Entschlüssen bin ich mir darüber klar gewesen, daß für den Fall der ungünstigen Entwicklung der Vegetation oder durch den Eintritt sonstiger außerordentlicher Verhältnisse, durch die die Versorgung mit Kartoffeln im nächsten Jahre ernstlich in Frage gestellt werden könnte, die Regierung der Entwicklung der Dinge nicht untätig zusehen dürfe. Vorsorglich wird schon jetzt versucht, die Kartoffelbelieferung der Hauptverbrauchsgebiete auf dem Wege von **Lieferungsverträgen**

(B) zwischen Verbraucherorganisationen auf der einen Seite und kartoffelbauenden Landwirten und Genossenschaften auf der anderen Seite zu sichern. Auf diesem Wege der Versorgung über eine Wirtschaftsgemeinschaft der Erzeuger und Verbraucher kann behördliche Einmischung in die Versorgung weitestgehend ausgeschaltet bleiben.

Die Regelung der Versorgung mit Hilfe der Lieferungsverträge ist aber kein Allheilmittel, sie ist auch nicht passend und durchführbar für alle Gebiete. Man wird daher, um nicht in die Schablone zu verfallen, den Ländern unter gewissen Vorbehalten freie Hand lassen müssen, damit sie nach ihren Bedürfnissen und Verhältnissen die Sicherung der Versorgung durchführen können. Allgemein werden aber die Auswüchse im Kartoffelaufkauf, wie sie sich im Vorjahre zeigten, durch scharfe **Konzessionierung des Aufkaufs** vermieden werden müssen.

Den Schwierigkeiten für die Eindeckung, die sich im Vorjahre aus dem Mangel an **Transportmitteln** ergaben, muß heuer vorgebeugt werden. Es sind deshalb jetzt schon Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium im Gange. Für die kurze Zeit der Kartoffelernte muß eine so starke Entlastung des Verkehrs durch Vorversorgung der Industrie mit Kohle, der Städte mit Hausbrand und der Landwirtschaft mit Hilfsdünger durchgeführt sein, daß in dieser kurzen Spanne Zeit alle Transportmittel für die Versorgung der großen Bedarfsgebiete mit Kartoffeln bereit stehen.

Auf dem wichtigsten **Versorgungsgebiete,** dem mit **Brot,** ist es durch vorausschauende, zielbewußte und feste Politik gelungen, im allgemeinen Mangel und Not vom deutschen Volke fernzuhalten.

(Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

Die Maßnahmen auf diesem Gebiete waren von bestem Erfolge begleitet. Die **Getreideumlage,** die nach den Beschlüssen dieses hohen Hauses auf 2,5 Millionen Tonnen (C) festgesetzt wurde, ist heute so gut wie vollständig erfüllt.

(Hört! Hört! rechts.)

Diese Tat der deutschen Landwirtschaft verdient vollste Anerkennung.

(Unruhe links.)

Die Landwirtschaft hat mit dieser Leistung, ohne daß ich die mit der Erfüllung der Umlage vielfach errechneten Geldeinbußen absolut anerkennen kann, unstreitig Riesenopfer gebracht.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken. — Rufe und Gegenrufe rechts und links.)

Leider wird es im Hinblick auf unsere schwierige Wirtschaftslage und auf unsere politische Lage nicht möglich sein, die Landwirtschaft von diesen Leistungen für das kommende Wirtschaftsjahr zu befreien. Es wird vielmehr auch für das kommende Wirtschaftsjahr Aufgabe der Regierung sein müssen, Maßnahmen zu treffen, die für die ungestörte Brotversorgung zu erträglichen Preisen die erforderliche Sicherheit bieten.

Die Verhandlungen über die künftige Gestaltung der Brotversorgung stehen unmittelbar vor dem Abschluß, so daß sich der Reichstag schon in den nächsten Wochen mit den Vorschlägen der Regierung beschäftigen kann.

Für die ungestörte Versorgung in der Zeit des Übergangs vom alten in das neue Wirtschaftsjahr ist Vorsorge getroffen. Die Reichsgetreidestelle hat die Bedarfsmenge bis zum 31. August in der Hand und ist daran, die Sicherung bis zum 31. Oktober durchzuführen.

Leider war es auch auf dem **Gebiete der Brotversorgung** nicht möglich, ohne erhebliche **Preissteigerungen** durchzukommen. Der nötige Zukauf von ausländischem Getreide macht uns auch auf diesem Gebiete von dem hohen Stande des Dollarkurses abhängig. Die Maßnahme, die gegen diese Beeinflussung des Preises durch (D) Verbilligung des Brotes mit Reichsmitteln getroffen war, muß künftig fortfallen, so daß es im kommenden Wirtschaftsjahr leider nicht möglich sein wird, die bisherigen Brotpreise zu halten.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

Ich halte mich bei dieser Gelegenheit für verpflichtet, der in Unkenntnis und mit bestimmter Absicht in die Öffentlichkeit getragenen Unrichtigkeit, die öffentliche Bewirtschaftung, im besonderen die **Tätigkeit der Reichsgetreidestelle,** sei die Hauptbelastende an der Höhe des Brotpreises, entgegenzutreten. Ich stelle fest, daß vom gegenwärtigen Brotpreis 64,02 Prozent auf das Getreide, und zwar 29,22 Prozent auf das inländische und 34,80 Prozent auf das ausländische Getreide entfallen. 6,89 Prozent beanspruchen Frachten, Lager, Versicherung, Zinsen und Schwund, 1,39 Prozent die Geschäftsunkosten der Kommunalverbände, 5,43 Prozent die Kosten der Kommunalverbände für Frachten, Lager, Versicherung, Zinsen und Schwund, 4,18 Prozent bekommt der Müller, 17,74 Prozent beansprucht der Bäcker und nur 0,35 Prozent machen die Geschäftsunkosten der R.G.St. aus.

(Hört! Hört! links.)

Auf das Pfund Brot berechnet betragen die Unkosten der Reichsgetreidestelle nur $1^1/_4$ Pfennig.

(Hört! Hört! links.)

Ein recht unerfreuliches Bild zeigt sich gegenwärtig in der **Zuckerversorgung.** Gewaltige Preiserhöhungen und trotzdem nahezu keine Versorgungsmöglichkeit! Die Zuckerproduktion im laufenden Wirtschaftsjahr ist so groß, daß die Mengen der Vorkriegszeit für die inländische Versorgung nahezu erreicht sind.

(Hört! Hört! links).

Die Produktion an Zucker betrug in den letzten Vorkriegs-

(Fehr, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.)

(A) jahren etwa 24,5 Millionen Doppelzentner, von der etwa die Hälfte ausgeführt wurde. Im laufenden Wirtschaftsjahr betrug die Erzeugung 11,7 Millionen Doppelzentner, die ganz dem Inlandsverbrauch zur Verfügung stand, so daß die Menge annähernd dem Friedensverbrauch des Inlandes entspricht.

(Hört! Hört!)

Entgegen der häufig vertretenen Auffassung, daß Zucker ausgeführt worden sei, darf ich feststellen, daß weder Zucker noch aus Inlandszucker hergestellte Zuckerwaren oder Schokolade zur Ausfuhr zugelassen wurden.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Zugelassen!)

Wenn trotzdem heute Zuckerknappheit eingetreten ist, so scheint mir dies in der Hauptsache auf den Mangel jeglicher Vorräte im Haushalt und Handel beim Eintritt in die freie Wirtschaft, auf erhöhten Verbrauch, auf eine in finanzkräftigen Haushaltungen durchgeführte Bevorratung und auch auf reichliche Anschaffungen durch die zuckerverarbeitende Industrie zurückzuführen zu sein.

Die wirtschaftlichen Zusammenhänge in dieser Industrie, ihr komplizierter Aufbau, ließen mich in der Frage bis jetzt nicht so klar sehen, daß ich schon in der Lage wäre, mich in bestimmter Form zu den Maßnahmen zu äußern, die zur Behebung beziehungsweise Vermeidung der Mißstände zu ergreifen sind. Eines möchte ich lediglich bemerken, daß ich mich mit den derzeitigen Zuständen nicht abfinden werde.

(Sehr richtig!)

Daneben muß und werde ich alle Bestrebungen unterstützen, die der Entwicklung und **Förderung des Zuckerrübenbaues** und damit der **Steigerung der Zuckerproduktion** gelten, dies auch schon im Hinblick auf die Bedeutung des Zuckerrübenbaues für die landwirtschaftliche Kultur überhaupt.

Die **Fleischversorgung** ist im wesentlichen abhängig (B) von zwei Faktoren, einmal von der Entwicklung des einheimischen Viehbestandes und zum andern von der Möglichkeit der Einfuhr von Vieh und Fleisch.

Was die **Entwicklung des inländischen Viehstands** anlangt, so zeigt das Ergebnis der Zählung vom 1. Dezember 1921 kein ungünstiges Bild. Sind wir doch bei Rindern nur um 8 Prozent hinter dem Stande des Jahres 1913 zurück, während wir bei Schafen um 18 Prozent über dem Friedensstande uns bewegen. Dagegen sind wir bei der für die Fleischversorgung ausschlaggebenden Viehgattung, den Schweinen, noch nicht wieder zur vollen Leistungsfähigkeit erstarkt; wir haben hier noch einen Abstand von 30 Prozent gegenüber dem Frieden, eine Erscheinung, die ihre Ursache in erster Linie in der Unmöglichkeit findet, bei der Entwertung unseres Geldes hochwertige Futtermittel einzuführen. Die Verhältnisse auf dem Gebiete der Fleischversorgung konnten bis in den Spätherbst des vergangenen Jahres als befriedigend bezeichnet werden. Hohe Viehauftriebszahlen auf den einzelnen Schlachthöfen führten zu erschwinglichen Fleischpreisen. Aber die Verschlechterung des deutschen Geldwertes machte auch hier die zur Deckung des Fleischbedarfs notwendige Zufuhr aus dem Auslande mehr und mehr unmöglich. So zeigt sich denn jetzt auf dem Fleischversorgungsgebiet eine bedauerliche, starke Preissteigerung, wobei mir eine Besserung erst dann möglich scheint, wenn vom Sommer ab die Weidemastgebiete wieder mit ihren Lieferungen einsetzen.

Auf dem Gebiete der **Milchversorgung** machen sich die Folgen des Kriegs und der Zwangswirtschaft in besonders betrüblichem Maße geltend. Der gänzliche Mangel an Futtermitteln während des Krieges, die unglückliche Preispolitik, die in der Zwangswirtschaft getrieben werden mußte, hat die Abmelkewirtschaften, auf die sich die Versorgung der großen Städte stützte, zerstört. Ihr Aufbau (C) ist zum Teil gar nicht mehr möglich oder wird zum mindesten noch Jahre beanspruchen. Der Stand der Friedensversorgung mit Milch wird in den meisten Städten, trotz der im allgemeinen jetzt die Milchproduktion ermöglichenden Preise, noch lange nicht erreicht sein, weil ihr in den Milcheinzugsgebieten der meisten Städte die Grundlage fehlt. Auch die Schläge, die das Molkereiwesen und damit die Butterversorgung durch Krieg und Zwangswirtschaft erlitten hat, werden noch eine Reihe von Jahren nachwirken.

Um die Milchversorgung der unter Milchnot leidenden Gebiete zu bessern und wenigstens den Bedürftigsten, den Armen, Kranken und Säuglingen die Milch unter den hohen Preisen zukommen zu lassen, sind im laufenden Wirtschaftsjahr **400 Millionen Mark zur Milchverbilligung** bereitgestellt worden. Man ging dabei von der Erwägung aus, daß unter allen Umständen eine Verschlechterung des Ernährungszustandes der heranwachsenden Generation, die unter den Kriegsfolgen am meisten gelitten hat, verhindert werden müsse. Diese Hilfe weiter zu gewähren, verbietet, so wünschenswert sie an sich wäre, unsere finanzpolitische Lage; hingegen soll die dem gleichen Ziele dienende hochhochherzige Aktion der Kinderspeisung durch die amerikanische Kinderhilfsmission der Quäker durch unentgeltliche Hergabe von Mehl und Zucker weiter unterstützt werden.

Ich will diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne den **amerikanischen Quäkern** und allen, die ihr Werk in Amerika und Deutschland fördern halfen, den herzlichsten Dank der Reichsregierung auszusprechen.

(Lebhaftes Bravo.)

Aus dem, was ich Ihnen in aller Kürze über die allgemeine Ernährungslage mitteilen konnte, geht hervor, daß auf fast allen Gebieten freie Wirtschaft herrscht. Es war daher möglich, einer aus weiten Kreisen des deutschen Volkes mit aller Kraft gestellten Forderung des **Abbaues der Kriegsorganisationen** (D) Rechnung zu tragen.

Dem Ministerium unterstanden bei seiner Errichtung insgesamt 38 Kriegsorganisationen, jetzt unterstehen ihm nur noch 13, von den übrigen 25 Organisationen sind 18 völlig aufgelöst und 7 als reine Abwicklungsstellen ohne bewirtschaftende Tätigkeit an das Reichsschatzministerium abgegeben worden. Die bei dem Ministerium noch verbliebenen 13 Organisationen befinden sich gleichfalls in der Auflösung oder Liquidation mit alleiniger Ausnahme der **Reichsgetreidestelle** und der **Überwachungsstelle für Ammoniakdünger und phosphorsäurehaltige Düngemittel.**

Bei der Errichtung des Ministeriums am 1. April 1920 waren in den 38 Kriegsorganisationen insgesamt 11647 Beamte und Angestellte beschäftigt, im März dieses Jahres einschließlich der in der Zwischenzeit an das Reichsschatzministerium abgegebenen Organisationen nur noch 1867 Beamte und Angestellte. Der Personalbestand der dem Ministerium noch unterstehenden 13 Organisationen belief sich am 1. April 1920 auf 9133, während er jetzt auf 1719 Beamte und Angestellte zurückgegangen ist.

Über den 1. Juni 1922 hinaus wird lediglich die Reichsgetreidestelle und die Überwachungsstelle für Ammoniakdünger und phosphorsäurehaltige Düngemittel verbleiben.

Die Aufgaben meines Ministeriums liegen demnach künftig der Hauptsache nach nicht mehr in der Bewirtschaftung der Nahrungsmittel, sondern in der Förderung ihrer Erzeugung.

(Sehr richtig! rechts.)

Mit besonderem Nachdruck werde ich dem **Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft,** dieser vorerst geistigen Aktion, Aufmerksamkeit und Unterstützung leihen. Der Gedanke des Hilfswerks ist aus unserem Valutaelend heraus ge-

(**Fehr,** Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.)

(A) boren, er strebt darnach, die Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Auswirkungen des Versailler Friedensvertrags zu verringern und sieht die Mittel dazu in der Steigerung der Produktion bis zur Deckung unseres Lebensmittelbedarfs aus dem eigenen Boden. Die Sicherung unserer Ernährung fordert diese Steigerung, sie liegt aber aus rein wirtschaftlichen Gründen auch im Interesse der Landwirtschaft.

Das Ministerium wird also beiden in ihm wahrzunehmenden Belangen, der Ernährung und der Landwirtschaft, gerecht, wenn es Maßnahmen zur Steigerung der Produktion anregt, sie trifft und durchführt.

Ich habe dabei nicht die Absicht, in die **Zuständigkeit und Arbeiten der Länder,** die auf dem Gebiete Vorbildliches geleistet haben, einzugreifen. Das würde auch schon die Verschiedenheit der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse in den einzelnen Teilen des Reichs verbieten. Aber selbst bei sorgfältiger Wahrung der Eigentätigkeit der Länder bleibt für das Reich eine Fülle von Aufgaben, die gerade im Interesse der gleichmäßigen Berücksichtigung aller Länder nur von Reichs wegen gelöst werden können. Hierzu gehören zum Beispiel die Wahrung der Interessen der landwirtschaftlichen Produktion in der gesamten Wirtschafts-, Handels- und Zollpolitik, die Sicherstellung, die Erleichterung und Förderung des Bezuges landwirtschaftlicher Betriebsmittel in einwandfreier Beschaffenheit zu angemessenen Preisen, die Maßnahmen zum Schutze der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gegen Krankheit und Beschädigungen durch tierische und pflanzliche Feinde, die Anbahnung der Regelung des Saatgutverkehrs, die Bestrebungen zur Verbesserung und Vereinheitlichung des landwirtschaftlichen Maschinen- und Gerätewesens. Bei allen diesen Fragen findet selbstverständlich ein enges Zusammenarbeiten mit den Landwirtschaftsverwaltungen der Länder statt.

(B) Soweit es sich darum handelt, den Fortschritten der Wissenschaft und Technik Eingang in die Landwirtschaft zu verschaffen, also in den Fragen des Unterrichts-, Bildungs-, Versuchswesens usw., wird sich die **Reichslandwirtschaftsverwaltung** wie bisher in der Hauptsache darauf beschränken, anregend und unterstützend zu wirken und die in den verschiedenen Reichsteilen gesammelten Erfahrungen erzielten und Fortschritte auf landwirtschaftlichem Gebiete zusammenzufassen und den Ländern zu vermitteln.

Im einzelnen erlaube ich mir, folgendes hervorzuheben:

Das schnellwirksamste Mittel zur Hebung der pflanzlichen und damit auch der tierischen Erzeugung ist die vermehrte **Kunstdüngeranwendung;** beruht doch der Rückgang der Ernteerträge während der Kriegs- und Nachkriegszeit in erster Linie auf dem Mangel an Kunstdünger. Deshalb war die gesteigerte Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln eine Hauptsorge des Reichslandwirtschaftsministeriums. Seit der Errichtung des Ministeriums hat sich denn auch die Versorgung erheblich gebessert.

Im abgelaufenen Düngerjahr konnte, wie ich schon erwähnte, dem deutschen Boden bereits mehr Kunstdüngerstickstoff zugeführt werden als in den letzten Vorkriegsjahren.

Nicht so günstig, aber wesentlich besser als in den Vorjahren, hat sich die **Versorgung mit Phosphorsäure** gestaltet. Im Düngerjahr 1920/21 ist es möglich gewesen, für die Landwirtschaft annähernd die doppelte Menge Phosphorsäure bereitzustellen, als im Jahre vorher und, bezogen auf die heutige Fläche des Deutschen Reichs, annähernd die Hälfte der Menge der letzten Vorkriegsjahre. Für das laufende Düngerjahr wird sich trotz vieler Schwierigkeiten eine weitere Verbesserung der Versorgung mit Phosphorsäure bemerkbar machen.

(C) Kali wird wie bisher in ausreichenden Mengen zur Verfügung stehen.

Während des vergangenen Jahres und auch in der ersten Hälfte des laufenden Düngerjahres ist es im wesentlichen gelungen, die **Preise für Kunstdünger** stabil zu halten. Bei Superphosphat, Rhenaniaphosphat und Knochenmehl konnten im Juni vergangenen Jahres (1921) die Preise sogar vorübergehend gesenkt werden. In letzter Zeit mußten die Preise für alle Düngemittel mit Rücksicht auf die stark gestiegenen Erzeugungskosten der Werke und die Gefahr der Einschränkung der Erzeugung wegen Unwirtschaftlichkeit unter gleichzeitiger Änderung der Preisfestsetzungsgrundsätze mehrfach erhöht werden. Die Notwendigkeit der eingetretenen Preiserhöhung ist auch von den Vertretern der Landwirtschaft jedesmal anerkannt worden.

Die Preisfestsetzung für Thomasmehl erfolgt auf Grund seines Wertverhältnisses zum Getreide. Der Landwirt braucht auch jetzt zum Ankauf eines Kilogramms Phosphorsäure in Thomasmehl nicht mehr Getreide aufzuwenden, als er im Frieden hierfür verwandt hat.

Die Stickstoffpreise sind von den Kohlenpreisen, die einen wesentlichen, je nach dem angewandten Verfahren unterschiedlichen Anteil an den Gestehungskosten ausmachen, abhängig gemacht worden.

Es sind Zweifel entstanden, ob dieser Preisberechnungsgrundsatz gerecht und zweckmäßig ist, sodaß augenblicklich die Frage der Abänderung dieser Grundlage untersucht wird.

Ich darf mit Befriedigung feststellen, daß die **Erkenntnis von der Bedeutung des Kunstdüngers** für den Ausfall der Ernte und damit sein Verbrauch auch in den Kreisen der bäuerlichen Landwirtschaft, der ja der größte Teil des landwirtschaftlich genutzten Bodens anvertraut ist, eine immer größere Verbreitung gewinnt. Die sachgemäße und ausgedehnte Verwendung des Kunstdüngers (D) muß Gemeingut aller Teile der Landwirtschaft vom Kleinbauern bis zur großen Wirtschaft werden; dies soll durch eine ausgedehnte Propaganda, welche die Vorteile der Anwendung von Kunstdünger in der Landwirtschaft mit Hilfe von Düngungsversuchen und Beispielswirtschaften sinnfällig vor Augen führt, im Benehmen mit den Ländern noch gefördert werden.

Als ein weiteres Mittel zur Hebung der pflanzlichen Erzeugung ist die **Züchtung** und Verwendung von **ertragsreichen und widerstandsfähigen Samensorten,** also die Verwendung von einwandfreiem **Saatgut** zu betrachten. Die auf diesen Gebieten bisher erzielten Erfolge sind zum großen Teil der Schaffenskraft einzelner landwirtschaftlicher Züchter und fleißig arbeitender Organisationen zu danken. Die Forderung der Nationalversammlung auf Errichtung eines Zentralinstituts zur Pflanzenzüchtung konnte angesichts der Finanzlage des Reichs noch nicht erfüllt werden. Bei der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft sind jedoch entsprechende Einrichtungen getroffen worden, um in stärkeren Maße als bisher die Erforschung der wissenschaftlichen Grundlagen der Pflanzenzucht, die der praktische Landwirt zu seinen Arbeiten braucht, zu ermöglichen. Besondere Aufmerksamkeit wird hierbei der Züchtung widerstandsfähiger Sorten geschenkt werden.

In diesem Zusammenhang bemerke ich noch, daß es Aufgabe des der Biologischen Reichsanstalt angegliederten **Forschungsinstituts für Kartoffelbau** ist, die mit dem Kartoffelbau zusammenhängenden Fragen, insbesondere der Kartoffelzüchtung, zu bearbeiten. Die Kosten der Unterhaltung dieses Instituts werden hauptsächlich aus den auf Grund des Branntweinmonopolgesetzes zur Verfügung stehenden Mitteln „zur Förderung des Kartoffelbaues und der Kartoffelverwertung" bestritten.

(Fehr, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.)

(A) Der Sicherung der Felderträge gegen Verluste vor und nach der Ernte durch **tierische und pflanzliche Schädlinge** sowie durch Witterung und Bodeneinflüsse kommt heute eine erhöhte Bedeutung zu. In früheren Jahren veranstaltete Schätzungen und Erhebungen zeigen, daß diese Schäden nach heutigem Geldwert in die Milliarden gehen. Die Arbeiten der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft sollen die hierauf gerichteten Bestrebungen in wissenschaftlicher und im besonderen in praktischer Hinsicht zusammenfassen und richtunggebend beeinflussen.

Um die Biologische Reichsanstalt in den Stand zu setzen, die vielen Aufgaben zu erfüllen, sind entsprechend einer diesbezüglichen Entschließung des Reichstags vom Dezember 1920 im Haushalt für 1922 mehrere neue Stellen für Beamte sowie erhöhte Mittel zur Besoldung des Hilfspersonals angefordert worden.

Neben dieser organisatorischen Förderung der Schädlingsbekämpfung wird in meinem Ministerium eine Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen vorbereitet, und zwar ein **Pflanzenschutzgesetz,** das die Grundlage für ein wirksames Vorgehen hinsichtlich des Pflanzenschutzes schaffen soll, sowie ferner ein Gesetz zur Regelung des Verkehrs mit Pflanzenschutzmitteln, um den Vertrieb untauglicher Pflanzenschutzmittel zu verhindern.

Die im Vorjahre aus dem Kampf gegen den Betrug geborene **Mischfutterverordnung** hat sich bewährt. Sie dürfte sich als wertvoller Vorläufer für das von der Landwirtschaft längst geforderte in anderen Ländern schon bestehende Futtermittelgesetz erweisen. Auf diesem Gebiet wird in engster Fühlungnahme mit den Beteiligten, der Landwirtschaft, den Genossenschaften sowie dem Handel, weitergearbeitet.

Einem bis jetzt recht stiefmütterlich behandelten Gebiete, der milchwirtschaftlichen Wissenschaft, die in anderen (B) Ländern, Dänemark und Schweiz, sich längst ihrer Bedeutung entsprechender Berücksichtigung erfreut, gelten die Bemühungen zur Schaffung von zwei Forschungsinstituten in den Hauptmilcherzeugungsgebieten des Südens und des Nordens. Die Träger dieser Anstalten sind die Länder, der Einfluß des Reichs ist durch ein über den Anstalten stehendes Reichskuratorium gewahrt. Neben diesen Forschungsanstalten ist in Anlehnung an das Landmaschineninstitut der Universität Halle ein **Prüfungsamt für milchwirtschaftliche Maschinen und Geräte** errichtet worden.

Die Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung setzt weitestgehende Anwendung von Maschinen und technischen Hilfsmitteln voraus. Die Wirtschaftlichkeit des Betriebes wird künftig nur bei weitestgehender Mechanisierung gegeben sein. Die landwirtschaftliche Maschinenindustrie muß die Bedürfnisse der Landwirtschaft kennen lernen und berücksichtigen. Wir haben daher, um Industrie, Wissenschaft und praktische Landwirtschaft zum Meinungsaustausch zusammenzuführen, einen **Ausschuß für Technik und Landwirtschaft** ins Leben gerufen, der unter seinem berufenen, kenntnisreichen Vorsitzenden schon außerordentlich Ersprießliches geleistet hat.

Der schmerzliche Verlust fruchtbarster Gebietsteile durch den Friedensvertrag zwingt dazu, Neuland zu erschließen und dadurch die Produktionsbasis wieder zu verbreitern. Gemäß dem Beschluß der Nationalversammlung ist deshalb bei meinem Ministerium ein **Ausschuß für Moorkultur und Ödlanderschließung** geschaffen worden, dessen Aufgabe es ist, im Benehmen mit den Ländern die vielen Anregungen auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen und die Durchführung geeigneter Erschließungen zu beantragen.

Die Durchführung selbst wird nach wie vor den Ländern obliegen. Zurzeit wird im Einvernehmen mit den beteiligten Ländern eine umfassende Statistik zwecks (C) einwandfreier Feststellung der im Reichsgebiet vorhandenen Moor- und Heideflächen vorbereitet.

Das Bedürfnis, die in der deutschen Landwirtschaft tätigen Kräfte zu einer öffentlich-rechtlichen zentralen Berufsvertretung zusammenzuschließen, um diese Kräfte für den Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft nutzbar zu machen, hat zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über eine vorläufige **Reichslandwirtschaftskammer** geführt. Der Entwurf, der dem Reichskabinett vorliegt, sieht die vorläufige Errichtung einer Reichslandwirtschaftskammer vor für die Zeit, bis zu welcher über die Zusammensetzung und Abgrenzung der in Art. 165 der Reichsverfassung vorgesehenen Berufsorganisationen endgültig Entscheidung getroffen sein wird.

Ganz besondere Sorgfalt werde ich der Entwicklung und dem Ausbau des **landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens** widmen. Über die Förderung unmittelbarer Geschäftsbeziehungen zwischen Erzeuger- und Verbrauchervereinigungen und Handelsgemeinschaften, denen für die Zukunft erhöhte Bedeutung beizumessen ist, habe ich mich wiederholt schon geäußert.

Zwei wichtige Arbeitsgebiete meines Ministeriums habe ich bisher noch nicht erwähnt, die **Forstwirtschaft** und die **Fischerei.** Nicht deshalb, weil sie von minderer Bedeutung wären, sondern weil es mir darauf ankam, heute vor Ihnen in erster Linie meine Stellung zu den großen Fragen der Ernährung und der Landwirtschaft darzulegen. Ich will mich daher auch bezüglich der genannten Arbeitsgebiete auf wenige Worte beschränken.

Es ist in erfreulicher Weise gelungen, die Verluste, die die **Hochseefischereien** während des Krieges an Fahrzeugen erlitten haben, auszugleichen, sodaß Deutschland heute über mehr Fischdampfer verfügt als vor dem Kriege. Leider haben sich aber die Möglichkeiten, die diese Entwicklung der Hochseefischereien für die Versorgung (D) der Bevölkerung mit Seefischen bietet, im vergangenen Jahre nicht voll auswerten lassen, weil die Kohlenzufuhr eine völlig ungenügende war, trotz aller Bemühungen, die seitens der amtlichen Stellen aufgewendet wurden, sie zu bessern. Es wird mein Bestreben sein, der zur Zuständigkeit meines Ministeriums gehörenden Hochseefischerei und Heringsfischerei alle Hilfe angedeihen zu lassen, die zu ihrer Weiterentwicklung notwendig ist. Daneben werde ich in engem Benehmen mit den Ländern auch für die Klein- und Küstenfischerei eintreten, die zurzeit mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Die große Nahrungsquelle des Meeres wird sich uns erst voll erschließen, wenn es gelingt, die in der Fischerei tätigen Kräfte voll zu entfalten; nur durch intensiven Betrieb und entsprechende Regelung der Anlandungen wird es auch möglich sein, die Preise für die Seefische in den Grenzen zu halten, die ihren Absatz im Inland ermöglichen und sichern.

Die dem Reiche auf dem Gebiete der **Forst- und Holzwirtschaft** obliegenden Aufgaben werden von meinem Ministerium in enger Fühlung mit den zuständigen Landesbehörden wahrgenommen. An größeren Arbeiten ist zu erwähnen, ein in Vorbereitung befindlicher Gesetzentwurf, der insbesondere beabsichtigt, den Ländern die von ihnen gewünschten reichsgesetzlichen Ermächtigungen für eine gesetzgeberische Tätigkeit zum Zwecke der Steigerung der Produktion in den Privatforsten zu geben, sowie ein Gesetzentwurf über die Bildung einer öffentlich-rechtlichen Berufsvertretung.

Meine Damen und Herren! Ich habe mich in der Darstellung der Aufgaben allgemeiner Art meines Ministeriums auf das Wesentlichste beschränkt. Sie werden aber daraus ersehen haben, daß der Aufgabenkreis ein außerordentlich großer ist und daß, wenn durch Besserung

(Fehr, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.)

(C) unserer Ernährungslage die Fragen der Ernährungswirtschaft auch mein Ministerium nicht mehr in seitherigem Maße beanspruchen, doch wichtige und umfangreiche Arbeiten es überreich belasten.

Die Frage des **Fortbestandes des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft,** die jetzt im Hinblick auf die noch bestehende und im kommenden Jahr weiterzuführende Bewirtschaftung der Brotversorgung gar nicht aufgeworfen werden sollte, wird sich aus der Unentbehrlichkeit des Ministeriums im Hinblick auf die hohen wichtigen Aufgaben, die es für das Volksganze lösen muß und lösen wird, selbst beantworten. Sie sollte aber auch im Interesse der Autorität des Ministeriums der Öffentlichkeit gegenüber, im Interesse der Erhaltung der Arbeitsfreude des Beamtenkörpers und der Gewinnung und Erhaltung tüchtigster Arbeitskräfte erst gar nicht gestellt werden.

Tüchtigste Arbeitskräfte, die Mitarbeit aller Kreise des Volkes und volle Autorität brauche ich aber, wenn ich der Schwierigkeiten, die sich meinen Aufgaben entgegenstellen, Herr werden soll, wenn ich erreichen soll, was ich mit aller Kraft erstrebe, die auseinandergehenden Interessen der mir anvertrauten Zweige der Verwaltung, der Ernährung und der Landwirtschaft, zu verbinden, wenn es mir gelingen soll, die Verbraucher und Erzeuger zur gegenseitigen Achtung und Duldung zu bewegen, zu gemeinsamer Arbeit zu vereinen, wenn die Kluft zwischen Stadt und Land zu Gedeih des Volksganzen und des Staates überbrückt werden soll.

(Lebhafter Beifall im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschen Demokraten).

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Thomsen.

Thomsen, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! (B) Der Herr Minister hat sowohl im Hauptausschuß als auch heute wieder die Aufgaben des ihm anvertrauten Ressorts folgendermaßen umschrieben: die Hauptsorge seiner Verwaltung sei die Bereitstellung der notwendigsten Nahrungsmittel in ausreichender Menge und die Schaffung von Sicherungen nach dieser Richtung für die künftige Wirtschaftsperiode, andererseits wäre die Aufgabe, eine weitere Steigerung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft herbeizuführen.

Wenn der Herr Minister im Anschluß an diese allgemeinen Darlegungen auch Worte — sowohl im Hauptausschuß als auch hier — über die Bedeutung der Landwirtschaft für unsere gesamte Volkswirtschaft fand, so können wir dem durchaus beipflichten. Wir danken ihm insbesondere auch für die Äußerung, daß ohne eine **leistungsfähige Landwirtschaft** das deutsche Volk dem Untergang entgegengehen müsse. Wir unterstreichen das auf das nachdrücklichste.

(Sehr richtig! rechts.)

Auch wir sind der Meinung, daß gerade in unserer gegenwärtigen Lage die hauptsächlichste Aufgabe der Staatsregierung die ist, die Landwirtschaft zu höchster Leistungsfähigkeit zu bringen. Die **Landwirtschaft** ist eine durchaus **nationale Produktion.** Die Landwirtschaft erzeugt alles aus dem deutschen Boden fast ohne Zuhilfenahme irgendwelcher Rohstoffe aus dem Auslande. Dieser Umstand gewinnt für uns gegenwärtig eine besondere Bedeutung, weil unser anderer großer Teil der gesamten Volkswirtschaft, die **Industrie,** doch im wesentlichen Maße auf die **Einführung von Rohstoffen aus dem Auslande** angewiesen ist, und wenn man ferner berücksichtigt, daß es bei unserem niedrigen Geldstand ungeheure Schwierigkeiten verursacht, die nötige Menge von Rohstoffen zu beschaffen. Daß in dieser Richtung die Verhältnisse für die allernächste Zukunft voraussichtlich wohl nicht besser werden, darüber sind wir wohl alle hier nicht im Zweifel. Ich wiederhole daher, daß eine ihrer Verantwortung bewußte Regierung alles daransetzen muß, um die Landwirtschaft zu höchster Leistungsfähigkeit zu bringen.

Ich habe im Hauptausschuß auf eine Untersuchung aufmerksam gemacht, die vor kurzem in einer Zeitschrift einer Vereinigung veröffentlicht worden ist, in der **Vergleiche zwischen dem Wert der Erzeugnisse der Landwirtschaft und der Industrie** im Jahre 1913 angestellt wurden. Ich verzichte darauf, die Zahlen, die ich dort nannte, zu wiederholen, zumal sie doch zum großen Teil auf Schätzung beruhen dürften und gewiß im einzelnen einer Nachprüfung unterzogen werden müßten. Aber das Resultat dieser Untersuchung war doch zweifellos das, daß bereits vor dem Kriege der Wert der landwirtschaftlichen Erzeugung den Wert der industriellen Erzeugung wesentlich überstieg. Wenn man ferner berücksichtigt, daß die Industrie einen großen Teil ihrer Rohstoffe aus dem Auslande importieren muß, um überhaupt zu erzeugen, so überstieg die rein nationale landwirtschaftliche Produktion die der Industrie um das Mehrfache, ein Beweis dafür, daß tatsächlich die Landwirtschaft schon früher die erste Bedeutung für unseren Wirtschaftskörper einnahm. Das wird auch in der nächsten Zukunft der Fall sein. Wir sind daher durchaus der Meinung, daß ein so wichtiger Bestandteil unseres Wirtschaftskörpers in dem Gesamtministerium eine besondere Vertretung haben muß, und unterschreiben daher alles, was der Herr Landwirtschaftsminister soeben zur Begründung der Auffassung der Reichsregierung ausgeführt hat, daß die **Beibehaltung des Landwirtschaftsministeriums** bis auf weiteres unentbehrlich ist.

Ich möchte in Verbindung hiermit eine Äußerung streifen, die der Herr Abgeordnete Hoch im Hauptausschuß des Reichstags getan hat. Er sagte: Gewiß, wir werden das Landwirtschaftsministerium einstweilen haben; aber (D) wir werden erst einmal sehen, ob es etwas leistet; wenn es nichts leistet, dann wird es verschwinden. Meine Herren, wir stehen da auf einem grundsätzlich anderen Standpunkt. Wir halten es für notwendig, daß wir das Ministerium in den Stand setzen müssen, arbeiten zu können; und wenn das Landwirtschaftsministerium das nicht leistet, was wir von ihm erwarten, dann ist es unsere Aufgabe, auf die Mängel aufmerksam zu machen und einzugreifen.

Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß auch meine politischen Freunde im Einvernehmen mit sämtlichen Fraktionen des Hauses der Meinung sind, daß alles geschehen muß, um die großen Kosten der Reichsverwaltung möglichst herabzudrücken, um unseren inneren Etat allmählich in Ordnung zu bringen. Wir arbeiten daher, wie Ihnen allen bekannt, sehr tätig an der Frage des Abbaues der Verwaltung, der Verminderung der großen Beamtenzahl mit. Wir sind auch der Meinung, daß die Anträge, die neuerdings im Unterausschuß des Hauptausschusses bezüglich der **Streichungen im Beamtenkörper des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft** gefaßt worden sind, notwendig sind, und werden ihnen daher unsere Zustimmung geben.

Wir halten diese Streichungen auch um deswillen für notwendig, weil unbedingt Vorsorge getroffen werden muß, daß die Reichslandwirtschaftsverwaltung, wie ich das bereits im Hauptausschuß verschiedentlich ausgeführt habe, sich nicht veranlaßt sehen könnte, in die Befugnisse der landwirtschaftlichen Ressorts der einzelnen Länder einzugreifen. Wir begrüßen die Erklärung, die der Herr Landwirtschaftsminister sowohl im Hauptausschuß als auch heute hier wieder abgegeben hat, daß er seine Hauptaufgabe darin sehe, die von den einzelnen Ländern zu leistenden Arbeiten, soweit sie die Gesamtentwicklung der

(Thomsen, Abgeordneter.)

(A) Landwirtschaft im Auge haben, zusammenzufassen. Nach unserer Meinung schließt diese Erklärung ein, daß er es vermeiden will, in die Befugnisse der einzelstaatlichen Ministerien einzugreifen.

Ich sagte vorher bereits, daß wir den Wunsch haben, daß das Ministerium in den Stand gesetzt wird, auch diejenigen Arbeiten zu erfüllen, die zum eigensten Gebiet der Landwirtschaft gehören. In diesem Sinne liegt auch ein Antrag von uns vor, der bereits gestern von dem Herrn Abgeordneten Hoch bei der Beratung des Arbeitsministeriums erwähnt worden ist. Der Herr Abgeordnete Hoch vertrat gestern die Auffassung, daß es eigentlich nicht angängig sei, die in dem Antrag berührte Angelegenheit beim landwirtschaftlichen Ressort zu behandeln, da sie bislang zur Zuständigkeit des Reichsarbeitsministerium gehört. Wir sind etwas anderer Auffassung. Der Herr Abgeordnete Hoch wird genau wie wir, die wir der sogenannten Köpfungskommission angehört haben, gesehen haben, daß bei der Geschäftsverteilung des Ressorts des Herrn **Ministers für Ernährung und Landwirtschaft** ein besonderes **Referat mit den Fragen der Pacht und Siedlung** betraut ist. Wir halten uns deshalb aus diesen rein formellen Gründen durchaus für berechtigt, diese Angelegenheit hier zur Sprache zu bringen und, wenn wir es für erforderlich halten, Anträge dazu zu stellen.

Sachlich sind wir, wie das auch im Hauptausschuß von mir ausgeführt worden ist, der Auffassung, daß die Fragen der ländlichen Siedlung, der ländlichen Pacht, Fragen von so rein landwirtschaftlich-technischer und agrarpolitischer Art sind, daß ein vorhandenes Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Bearbeitung dieser Aufgaben überhaupt nicht entbehren kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn der Herr Abgeordnete Hoch gestern sagte, (B) unser Antrag ließe die Deutung zu, daß meine politischen Freunde den Wunsch hätten, die Ausführung der vom Reiche beschlossenen Gesetze, die ja den Ländern zusteht, wieder an das Reich zurückzuführen, dann ist der Herr Abgeordnete Hoch im Irrtum. Wir halten es für durchaus richtig, daß die Ausführung dieser Gesetze den Ländern verbleibt, die über den nötigen Unterbau für die Ausführung solcher Arbeiten verfügen. Dem Reich bleiben nur die großen gesetzlichen Aufgaben, die auf diesem Gebiete zu regeln sind, und wenn wir auch durchaus anerkennen, daß die gesetzlichen Grundlagen durch das Siedlungsgesetz und durch das Heimstättengesetz einstweilen gegeben sind, so schließt das durchaus nicht aus, daß auf diesem Gebiete weitere gesetzgeberische Aufgaben notwendig sein werden. Und da sind wir eben der Meinung, daß es nützlich und notwendig ist, diese rein landwirtschaftlichen Sachen der ländlichen Siedlung dem Ressort anzuvertrauen, dem alle Aufgaben der Landwirtschaft zugeteilt worden sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir glauben, daß nur ein solches Ministerium über Beamte verfügt, die genügend landwirtschaftlich eingestellt sind und die durch ihre persönlichen Beziehungen zur Landwirtschaft und den landwirtschaftlichen Berufsvertretungen auch in der Lage sind, sich aus Sachverständigenkreisen die nötige Unterstützung heranzuholen.

(Sehr richtig! recht.)

Wenn, wie Herr Hoch gestern erwähnte, im **Reichsarbeitsministerium** ein besonderer **Ausschuß für ländliche Siedlungen** eingesetzt ist, so ist das zweifellos ein Notbehelf. Wir sind eben der Meinung, daß das nicht genügt, sondern daß die Angelegenheiten im Landwirtschaftsministerium bearbeitet werden müssen. Herr Hoch hatte allerdings gestern noch erwähnt, daß die Aufgaben, die jetzt auf diesem Gebiet zu lösen wären, ganz allgemeiner Natur wären. Es handle sich jetzt (C) hauptsächlich um die Beschaffung von Baustoffen. Ja, wenn der Herr Abgeordnete Hoch gestern ganz mit Recht sagte, daß die Ausführung der Siedlungsgesetzgebung den Ländern verbleiben müsse, so kann ich nicht recht verstehen, wie er jetzt dem Reichsarbeitsministerium die Beschaffung von Baustoffen übertragen will. Das ist doch die Ausführung der Siedlung, vielmehr des Wohnungsbaues, gehört also, wie der Abgeordnete Hoch ganz richtig sagte, zur Zuständigkeit der Länder. Man kann damit aber nicht die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes begründen. Wir sind eben der Meinung, daß diese wichtigen Aufgaben der ländlichen Siedlung in das Ministerium hineingehören, das die allgemeinen Aufgaben der Landwirtschaft zu vertreten hat, und wir haben, wie Sie wissen, einen Antrag in dieser Richtung gestellt und würden Ihnen verbunden sein, wenn Sie sich diesem Antrag anschließen würden.

Weiter sind wir der Meinung, daß die **Fragen der ländlichen Pachtung und Verpachtung** in dem Ministerium, in dem sie bisher bearbeitet worden sind, nicht so aufgehoben sind, wie es wünschenswert ist. Es handelt sich auch hier um rein landwirtschaftliche Fragen, die so ungeheuer wichtig und schwierig sind, daß sie nur in einem sachkundigen Ministerium erledigt werden können. Ich habe schon im Ausschuß bedauert, daß sich die Reichsregierung erst kurz vor Toresschluß dazu aufgerafft hat, uns einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Frage der ländlichen Pacht neu regeln soll. Es scheint, daß im Ministerium an dieser Sache doch nicht mit so großem Interesse gearbeitet worden ist; sonst hätte es einsehen müssen, daß diese Frage schon längst hätte geklärt werden müssen und daß man die Regelung so rechtzeitig hätte treffen müssen, daß sich die Beteiligten darauf einstellen können. Wir wünschen also, daß auch diese wichtige und schwierige Materie in das Ressort der Landwirtschafts- (D) verwaltung übergeführt wird, und erbitten ebenfalls hierzu Ihre Unterstützung.

Wir haben ferner im Ausschuß angeregt, daß noch ein weiteres sehr wichtiges Gebiet, nämlich das **Veterinärwesen, dem Landwirtschaftsministerium** angegliedert werden möchte. Das Veterinärwesen wird jetzt im Ministerium des Innern bearbeitet. Der Reichstag hat schon im vorigen Jahre eine Entschließung gefaßt, die Regierung möge die Überleitung dieser Aufgaben an das Landwirtschaftsministerium veranlassen. Die Regierung hat diesem Antrag nicht Rechnung getragen. Das ist uns nicht recht verständlich. Mir ist gesagt worden, das Ministerium des Innern stände auf dem Standpunkt, daß es sich hier um eine rein polizeiliche Angelegenheit handle, die zu behandeln Aufgabe des Ministeriums des Innern sei. Wir sind der Meinung, daß es erst in dritter Linie eine polizeiliche Frage ist. In erster Linie ist es eine landwirtschaftliche und dann eine gesundheitliche Frage. Jedenfalls ist das Veterinärwesen besser bei dem Ministerium aufgehoben, das besonders für die Landwirtschaft geschaffen worden ist.

(Sehr wahr! rechts.)

Ich möchte also bitten, auch diesem Antrage, den wir gestellt haben, zuzustimmen.

Noch eine kurze Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hoch von gestern. Er deutete an, daß unser Antrag wohl in erster Linie bezwecke, Beamte im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, die nichts Rechtes zu tun hätten, zu beschäftigen. Diese Unterstellung kann der Herr Abgeordnete Hoch doch wohl nicht aufrechterhalten. Er weiß, daß wir mit seiner Fraktion an der **Kürzung der Zahl der Beamten im Ministerium** gearbeitet haben. Seine Mutmaßung ist also hinfällig.

(**Thomsen**, Abgeordneter.)

Wenn er dann noch meinte, er hätte den Eindruck, als ob Beamte des Landwirtschaftsministeriums sich hinter einen Abgeordneten gesteckt hätten, um Wünsche für ihr Ministerium erfüllt zu sehen, so möchte ich ihn fragen, ob er glaubt, daß diese Beamten sich hinter mich gesteckt hätten. Das wäre nicht recht zu verstehen. Sie wissen, daß ich einer Partei angehöre, die der Regierung nicht gerade sehr nahesteht, und da wäre es sehr eigentümlich, wenn diese Herren sich gerade an mich wendeten. Es läge vielmehr näher, wenn sie sich an Herrn Hoch wendeten. An ihn sind sie anscheinend nicht herangetreten. Jedenfalls kann ich erklären, daß ich nicht die Ehre gehabt habe, mit einem der Herren des Ministeriums für Landwirtschaft zu reden, bevor ich diese Angelegenheit im Ausschuß vorbringen konnte.

Ich wende mich nun zu den wichtigen Fragen der Ernährung und beginne mit der **Getreidebewirtschaftung.** Der Herr Minister hat im Ausschuß einige Erklärungen abgegeben, die keine unbedingte Klarheit darüber geschaffen haben, wie er sich zu der Frage der Getreidebewirtschaftung im nächsten Jahre stellen will. Er hat sogar am Schlusse gesagt, die Reichsregierung müsse sich die Entscheidung darüber, wie die Getreidebewirtschaftung im nächsten Jahre zu gestalten sei, einstweilen noch offenhalten, bis die Verhandlungen mit den Organisationen beendet seien. Er hat auch heute eine klare grundsätzliche Stellungnahme in dieser Angelegenheit vermissen lassen. Dabei glaube ich, begeht man gar keine Indiskretion, wenn man ruhig von der Tatsache, die jetzt schon jeder Mensch weiß, Mitteilung macht, daß ein Gesetzentwurf bereits vorliegt und mit den verschiedenen Instanzen beraten worden ist, der die Beibehaltung der Umlage ausspricht, wenn auch in etwas anderer Form als im vorigen Jahre. Also, meine Damen und Herren, wir können mit der Tatsache rechnen, daß uns die Reichsregierung eine solche Vorlage bringen wird und daß wir uns demnächst mit ihr zu beschäftigen haben werden.

Im Anschluß an diese allgemeine Bemerkung möchte ich mich jetzt mit den Ausführungen beschäftigen, die der Herr Minister im Hauptausschuß zu Äußerungen seines Amtsvorgängers im vorigen Jahre bei der Beratung der Reichsgetreideordnung gemacht hat. Der Herr Minister hat im Ausschuß erklärt, daß die vielfach im Lande verbreitete Auffassung falsch sei: der Herr Minister Hermes hätte sich dahin erklärt, daß die Umlage im nächsten Jahre nicht wiederkehren werde und wir die freie Wirtschaft haben würden. Diese Äußerung des Ministers sei nicht gefallen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß der Herr Minister Hermes damals eine verklausulierte Erklärung abgegeben hat. Er hat sich sehr vorsichtig ausgesprochen und die Erfüllung gewisser Vorbedingungen als Voraussetzung für die Einführung der freien Wirtschaft verlangt. Im übrigen hat sich der Herr Minister Hermes zu wiederholten Malen nach unserer Auffassung unzweideutig dahin ausgesprochen, daß die Umlage, die wir im vorigen Jahre beschließen sollten, die letzte sein würde.

(Sehr richtig! rechts.)

Er hat dreimal den Ausdruck gebraucht „noch einmal". Ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten die Worte verlesen. Der Herr Minister hat gesagt:

> Wie können wir es erreichen, nochmals der versorgungsberechtigten Bevölkerung eine gewisse Mehl- und Brotration zu sichern?

Das war, wenn ich nicht irre, die Antwort auf eine Äußerung des Abgeordneten Dr. Heim. Weiter:

> Ich sehe keine andere Möglichkeit, die ruhige Fortführung der Brotversorgung in der organisierten Wirtschaft noch einmal für eine Übergangsperiode sicherzustellen.

Er hat ferner gesagt:

> Unser Vorschlag bezweckt, noch einmal eine bestimmte Menge aus der Landwirtschaft herauszuholen.

(Hört! Hört! rechts.)

Wenn wir diese Äußerungen des Herrn Ministers richtig würdigen,

(Zuruf von den Sozialdemokraten: noch einmal! — Heiterkeit rechts)

so können wir wohl alle nicht im Zweifel darüber sein, daß der Herr Minister Hermes im vorigen Jahre sicherlich der Meinung war, daß die Getreideumlage zum letzten Male erhoben würde

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Hätte doch Ihre Fraktion sie abgelehnt!)

— darauf komme ich noch, Herr Schmidt — und daß er jedenfalls nach außen hin und bei der Landwirtschaft den Eindruck erwecken wollte, daß es die letzte Umlage sei.

(Sehr richtig! rechts.)

Im übrigen sind das nicht die einzigen Äußerungen gewesen, die Herr Minister Hermes damals getan hat. Wir haben von unseren Freunden aus Ostpreußen Nachrichten, wonach der Herr Minister Hermes nicht nur einmal, sondern mehrere Male ganz deutlich ohne Verklausulierung erklärt hat, daß diese Umlage die letzte sei und im nächsten Jahre freie Wirtschaft eintreten solle.

(Hört! Hört! rechts.)

In früherer Zeit sagte man ja: an einem Ministerwort dürfe man nicht drehen noch deuteln. Ich hoffe, daß das auch jetzt noch gilt. Und wenn derartige Äußerungen vorliegen, werden Sie es doch für verständlich halten, wenn sich die Landwirtschaft darauf beruft und der Meinung sein muß, daß die Zwangswirtschaft mit Schluß des vorigen Jahres verschwinden solle. Auf diesen Umstand ist es in erster Linie und fast ausschließlich zurückzuführen, daß die Erledigung des Reichsgetreidegesetzes vom vorigen Jahre verhältnismäßig glatt vonstatten gegangen ist. Nur weil die landwirtschaftlichen Organisationen ihre Anhänger auf solche Äußerungen des Herrn Ministers hinweisen konnten, war es ihnen möglich, den starken Widerstand gegen die Umlage zu brechen und ihre Anhängerschaft zu veranlassen, ihre gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Das ist überaus wesentlich zur Beurteilung der gegenwärtigen Lage.

Die Stellung der Deutschnationalen Fraktion zu der Frage der Getreidebewirtschaftung hat sich gegenüber dem vorigen Jahre nicht geändert. Wir halten, wie die Reichsregierung, die Brotversorgung für eine der allerwichtigsten und schwierigsten Fragen und verstehen es, wenn sich die Reichsregierung sehr überlegt, ob sie einen Weg verlassen soll, den sie eine Reihe von Jahren gegangen ist. Die Reichsregierung muß auch immer darauf Bedacht nehmen, diejenigen Kreise unserer Bevölkerung, die man als die wirtschaftlich Schwachen bezeichnen muß, in den Stand zu setzen, sich das Allernotwendigste zum Leben verschaffen zu können. Weil wir das verstehen, glauben wir, daß es allerhöchste Zeit ist, daß sich die Reichsregierung endlich einmal zu einem Entschluß aufrafft, der eine Sicherung dafür bietet, daß die traurigen Verhältnisse auf dem Gebiete der Ernährung endlich beseitigt werden.

Wie bereits im vorigen Jahre, glauben wir, daß wir die Einengungen, die mit der Getreidezwangswirtschaft verbunden sind, beseitigen müssen, wenn wir endlich zu vernünftigen Zuständen kommen wollen, und treten daher für Fortfall der Getreideumlage ein. Unsere Gründe dafür haben wir öfters dargelegt. Ich will sie hier nur noch einmal kurz zusammenfassen.

(**Thomsen,** Abgeordneter.)

(A) Durch eine Zwangsbewirtschaftung, welcher Art sie auch sei, wird die Erzeugung von Brotgetreide gehemmt, worüber auch hier in diesem sachverständigen Kreise wohl gar kein Zweifel bestehen kann. Ich will Sie nicht mit statistischen Unterlagen belästigen, die ja jedem bekannt und für jeden leicht erreichbar sind. Wir haben gesehen, wie unsere Gesamtgetreideernte unter der Wirkung der Zwangswirtschaft allmählich einen Stand erreicht hat, der zu den allergrößten Besorgnissen Veranlassung gibt. Durch die freiere Gestaltung der Erzeugnisse muß endlich der Weg eröffnet werden, um im Lande das zu erzeugen, was zur Ernährung der Bevölkerung notwendig ist.

Es ist bekannt, daß die Reichsregierung auch im nächsten Jahre wieder mit der Notwendigkeit der Einführung von zwei Millionen Tonnen Brotgetreide rechnen muß, die man bei einem Einkaufspreis von etwa 16000 Mark die Tonne mit 32 Milliarden Mark bewerten muß.

(Hört! Hört!)

Das ist eine Summe, die wir auf die Dauer einfach nicht aufbringen können, ein Posten im Passivsaldo unserer Handelsbilanz, den unsere Wirtschaft nicht ertragen kann. Es muß deshalb unsere Aufgabe sein, diesen Posten möglichst rasch zu beseitigen, weil wir uns einfach selbst aufgeben würden, wenn wir diese Riesenausgabe noch für eine längere Reihe von Jahren an das Ausland leisten müßten.

Ferner halten wir die Zwangsbewirtschaftung und auch die Umlage für eine ungerechtfertigte Belastung, ja geradezu für eine Sonderbesteuerung eines Berufsstandes,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

die nicht angängig ist. Die Folge dieser Tatsache sehen wir in einer großen Unlust der landwirtschaftlichen Kreise zur landwirtschaftlichen Erzeugung. Wenn es uns — ich wiederhole das — im vorigen Jahre gelungen ist, namentlich durch die Einwirkungen der landwirtschaftlichen (B) Organisationen, die Landwirtschaft zu veranlassen, ihre Erzeugung zu steigern, und wenn es, wie der Herr Minister vorher mit Zahlen belegte, möglich war, auch die Erntefläche für Brotgetreide zu vergrößern, so ist dieser Erfolg hauptsächlich deswegen zu verzeichnen gewesen, weil die Landwirtschaft mit Sicherheit darauf rechnete, daß im nächsten Jahre diese Sonderbehandlung wegfallen würde.

(Erneute Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Es wird unbedingt notwendig sein, auf diese Empfindungen der Landwirtschaft, die die allerweitesten Kreise erfaßt hat, endlich Rücksicht zu nehmen, und auch diejenigen Parteien, die sich bisher noch nicht endgültig zur Frage der Getreideumlage geäußert haben, werden an den vielen Äußerungen der landwirtschaftlichen Kreise nicht vorübergehen können. Ich erinnere nur an die sehr scharfe Resolution, die vor kurzem von dem großen rheinischen Bauernverein gefaßt wurde, worin jegliche Zwangsbewirtschaftung im nächsten Jahre abgelehnt wird.

(Hört! Hört! rechts.)

Denjenigen Parteien, die diesem Bauernverein nahestehen, möchte ich empfehlen, sich diese Resolution etwas genauer anzusehen.

Weiter kommt für uns in Betracht, daß jegliche Zwangsbewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse die Unmoral im Volke fördert und ideale Werte zerstört, die wir nicht entbehren können. Wir haben gesehen, wie schon im letzten Jahre die Umlage Zersplitterung in die Landwirtschaft hineingetragen hat. Es ist eingetreten, was wir bereits bei der Beratung des Gesetzes gesagt haben, daß eine höchst ungerechte Verteilung der Last Platz gegriffen hat. Wir haben es damals für vollkommen ausgeschlossen erklärt, eine gerechte Verteilung des Aufbringungssolls vorzunehmen, und unsere Meinung ist durch die Tatsachen bestätigt worden. Wir haben sehen müssen, wie die ungerechte Verteilung dieses Auf- (C) bringungssolls innerhalb der landwirtschaftlichen Kreise geradezu verheerend gewirkt hat, und wir behaupten, auch wenn die Regierung sich die allergrößte Mühe gibt und alle möglichen Sachverständigen heranholt, um einen Ausweg aus der Schwierigkeit zu finden, wird sie diesen gordischen Knoten doch nicht lösen.

Im Anschluß hieran möchte ich mich kurz mit einigen durch die Presse gegangenen Mitteilungen über die Absichten der Reichsregierung hinsichtlich der Gestaltung dieser neuen Getreideumlage beschäftigen. Es handelt sich um Äußerungen, die schon etwas weiter zurückliegen, in denen von einer **Veredlung der Getreideumlage** die Rede ist. Nach allem, was man über den Gesetzentwurf gehört hat, hat man eigentlich von einer Veredlung nicht recht etwas merken können. Wenn die Reichsregierung die Veredlung der Umlage etwa darin sieht, daß sie die Zahl derjenigen Landwirte, die von der Leistungspflicht ausgeschlossen werden sollen, verringern will, so kann ich das keineswegs als eine Veredlung des Verfahrens ansehen. Es scheint mir vielmehr eine ungeheure Verschlechterung darin zu liegen, weil es geeignet ist, noch weiter Unfrieden in die Landwirtschaft hineinzutragen. Nach meiner Meinung ist es Aufgabe gerade des gegenwärtigen Herrn Landwirtschaftsministers, zu vermeiden, daß innerhalb der Landwirtschaft Zersplitterungen hervorgerufen werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich möchte daher vor einem solchen Vorgehen dringend warnen.

Wir haben ferner stets die Auffassung vertreten, daß jede **Zwangsbewirtschaftung der Nahrungsmittel** und auch die Umlage deswegen zu verwerfen sind, weil die **Unwirtschaftlichkeit der Verwaltung** die Kosten der Ernährung sehr erheblich in die Höhe schraubt.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Der Herr Minister hat hier einige Zahlen mitgeteilt, an (D) deren Richtigkeit zu zweifeln ich gar keinen Anlaß habe. Ich glaube aber, auf Grund seiner Mitteilungen sind wir schon in der Lage festzustellen, daß die Kosten der gesamten Umlage — dahin gehören auch die Kosten der Kommunalverbände, die unnötigen Frachten, die durch das Hin- und Herschieben entstehen — doch sehr erheblich sind und für den Brotpreis sehr gewichtig in die Wagschale fallen. Unwidersprochen geblieben ist unsere Feststellung, daß die Bewirtschaftung einer Tonne Getreide im vorigen Jahre 800 Mark gekostet hat.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Daß ein solcher Posten sehr erheblich den Brotpreis erhöht, darüber besteht wohl gar kein Zweifel.

Nun hat der Herr Abgeordnete Schmidt vorhin in einem Zwischenruf darauf aufmerksam gemacht, daß wir, wenn wir die Umlage hätten beseitigen wollen, ja im vorigen Jahre hätten dagegen stimmen müssen. Der Herr Abgeordnete Schmidt weiß ganz genau, weshalb wir damals im letzten Augenblick für die Umlage gestimmt haben. Mein Freund Schiele hat die Gründe so klar dargelegt, daß auch der Herr Abgeordnete Schmidt an der Stichhaltigkeit dieser Gründe keinerlei Zweifel äußern kann. Wir waren eben im vorigen Jahre der Meinung, daß wir das schlimmere Übel abwenden und deshalb vermeiden mußten, daß ein lediglich nach sozialistischen Rücksichten ausgearbeitetes Gesetz Annahme fände. Ich brauche auf den Zwischenruf deswegen nicht weiter einzugehen. Wenn nun aber in einem Artikel der „Kölnischen Volkszeitung" weiter an der **Haltung der Deutschnationalen Fraktion im vorigen Jahre** Kritik geübt und insbesondere bemängelt wird, daß nicht sämtliche deutschnationalen Abgeordneten bei der Abstimmung zugegen gewesen seien, so möchte ich doch alle anderen Fraktionen fragen, ob nicht auch bei ihnen bei wichtigen Abstimmungen dann

(**Thomsen**, Abgeordneter.)

und wann einmal ein Abgeordneter fehlt. Jedenfalls ist es ganz unberechtigt, aus der von der „Kölnischen“ gebrachten Mitteilung schließen zu wollen, daß innerhalb unserer Partei die Ansichten über die Getreideumlage und die Zwangswirtschaft überhaupt geteilt waren.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich wiederhole, daß die Deutschnationale Fraktion auf dem Standpunkt steht, daß wir zur freien Wirtschaft kommen müssen, daß die Umlage und jedes Zwangsverfahren beseitigt werden muß.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir können uns bei dieser Stellungnahme auf die einmütige Entschließung des Reichsausschusses der Landwirtschaft berufen, die ja durch alle Zeitungen gegangen ist und wohl jedem im Hause bekannt sein wird, eine Entschließung, die der Reichsregierung die nötige Sicherheit bietet, die sie als Voraussetzung für den Übergang zur freien Wirtschaft verlangt und mit Recht auch wohl verlangen kann. Die Landwirtschaft macht sich stark, mit Hilfe ihrer Organisationen der Reichsregierung das zur Verfügung zu stellen, was notwendig ist, selbstverständlich vorausgesetzt, daß ein Preis für das Getreide gezahlt wird, der den Erzeugungskosten entspricht und einen angemessenen Gewinn läßt. Ich glaube, eine derartige Erklärung müßte doch dem Herrn Landwirtschaftsminister sehr zu denken geben, und ich möchte ihn bitten, doch noch einmal zu prüfen, ob seine Vorlage, die augenblicklich der Bearbeitung anderer Kreise unterliegt, nicht doch einer sehr wesentlichen Abänderung bedarf oder nicht richtiger überhaupt zurückgezogen werden müßte.

Ich möchte im Zusammenhang damit noch erwähnen, daß wir es sehr begrüßen, wenn der Herr Landwirtschaftsminister in seiner Rede im Hauptausschuß erklärt hat, daß die Landwirtschaft für ihr **Getreide** einen **Preis** beanspruchen könne, der einen gewissen Gewinn und eine Risikoprämie enthielte. In dieser Richtung unterscheidet sich die Äußerung des Herrn Landwirtschaftsministers in sehr wesentlicher und wertvoller Weise von der Entschließung, die seitens der Sozialdemokratischen Fraktion eingebracht ist, die den Landwirten nur die Deckung der Erzeugungskosten ermöglicht. Aber darüber hinaus hat der Herr Landwirtschaftsminister noch gesagt, der Preis müsse so bemessen sein, daß auch die künftige Bestellung des Bodens gesichert sei. Damit wird eine Forderung erfüllt, die wir immer gestellt haben und im Interesse der gesamten Bevölkerung und der allmählichen Beseitigung der ungünstigen Verhältnisse in der Ernährungswirtschaft stellen müssen.

Wir haben Ihnen auch heute wieder eine Entschließung gemeinsam mit der Fraktion der Deutschen Volkspartei unterbreitet. Wir bringen in ihr zum Ausdruck, daß die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide in Form einer öffentlichen Getreideumlage nicht mehr möglich sei. Wir haben bereits — das möchte ich noch einmal hervorheben — im vorigen Jahre erklärt, daß wir die Umlage nicht für möglich halten, und daß sie auf die Dauer eine Schädigung unserer Ernährungsverhältnisse mit sich bringen muß. Diese Auffassung unsererseits hat sich nicht geändert.

In unserer Resolution haben wir aber ferner zum Ausdruck gebracht, daß Maßnahmen getroffen werden müssen, um der minderbemittelten Bevölkerung die Möglichkeit zur Beschaffung des täglichen Brotes zu geben. Wir sind der Meinung, daß die Reichsregierung um eine Maßnahme dieser Art überhaupt nicht herumkommen wird. Der Herr Landwirtschaftsminister hat bereits vorhin erklärt, daß mit einer Erhöhung des Brotpreises gerechnet werden müsse. Das wird auch jedem einzelnen klar, wenn er sich vergegenwärtigt, daß der Preis für das Auslandsgetreide, der im vorigen Jahr um diese Zeit auf 6000 Mark stand, voraussichtlich 16 000 Mark betragen wird. Da wir noch zu einem erheblichen Teil auf die Einfuhr von Getreide aus dem Auslande angewiesen sein werden, ist eine Erhöhung des Brotpreises unumgänglich. Wenn Sie sich nun einmal die Folgen einer solchen Erhöhung vorstellen, werden Sie mit uns der Meinung sein, daß die Reichsregierung um eine **Verbilligungsaktion beim Brotgetreide** nicht herumkommen wird. Wenn die Entente eine solche Verbilligungsaktion nicht erlauben sollte, so kann nach unserer Meinung die Regierung trotzdem gar nicht anders handeln, als dem Bedürfnis nachzugeben. Das wird sie schon deswegen müssen, weil bei Unterlassung einer Verbilligung des Brotes auf andere Weise die Möglichkeit geschaffen werden müßte, den Staatsarbeitern und den Beamten die Weiterexistenz sicher zu stellen. Wir würden eine sehr erhebliche Erhöhung der Arbeiter- und Beamteneinkommen erleben, die wieder eine Erhöhung der Steuern voraussetzt. Auf irgendeine Weise müssen also die Mittel zu einer Verbillung des Brotes geschaffen werden. Ich glaube, die Reichsregierung tut gut, wenn sie bei ihren Verhandlungen mit der Reparationskommission kein Blatt vor den Mund nimmt und ruhig erklärt, daß um eine Verbilligungsmaßnahme nicht herumzukommen sei.

Im Ausschuß ist auch die Frage der **Kartoffelversorgung** besprochen worden. Bei dieser Gelegenheit ist ebenso wie bei früheren Verhandlungen zum Ausdruck gekommen, daß die Vertreter aller Parteien Mißstände auf diesem Gebiete als vorliegend erachten und die Notwendigkeit anerkennen, etwas zur Vorbeuge gegen derartige Mißstände für die Zukunft zu tun. Aber auch hier stehen wir auf dem Standpunkte, daß jegliche Reglementierung abzulehnen ist, und wir schließen uns in diesem Punkte durchaus der Auffassung des Herrn Landwirtschaftsministers an, die er sowohl im Ausschusse als auch hier zum Ausdruck gebracht hat.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt lassen, daß vor einigen Monaten der Ministerpräsident eines Staats sehr forsch eine Kartoffelumlage gefordert hat. Es war der Herr Ministerpräsident Tantzen aus **Oldenburg**, der nicht allein eine Getreideumlage, sondern auch eine **Kartoffelumlage** verlangt hat. Seitdem ist es allerdings etwas stiller in dieser Beziehung geworden; der Herr Minister Tantzen hat sich nicht mehr darüber geäußert. Damals ging durch die Presse die Nachricht, daß auch Mitglieder des Reichslandbundes in Oldenburg sich damit einverstanden erklärt hätten, wenn ihr Herr Minister eine derartige Vorlage der Reichsregierung als Vorschlag unterbreitete. Es ist möglich, daß es so gewesen ist. Wir haben aber eine Mitteilung aus dortigen Kreisen bekommen, wonach diese Mitglieder des Reichslandbundes gesagt hätten: es war für uns ziemlich ungefährlich, uns auf den Standpunkt des Herrn Ministers zu stellen; denn Oldenburg liefert ja doch kein Getreide ab,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

Oldenburg ist ein Viehzuchtstaat, der kein Getreide übrig hat, und Kartoffeln werden in Oldenburg auch nicht gebaut; das einzige, was wir bei der Gelegenheit vielleicht los werden könnten, was wir abliefern könnten, wäre unser Herr Minister.

(Heiterkeit.)

Das ist allerdings den Oldenburgern nicht gelungen.

(Erneute Heiterkeit. — Zurufe links.)

— Ich darf das doch wohl erzählen. —

(Zurufe links: Wir machen hier keine Witze!)

— Es ist ganz gut, wenn auch in dieser ernsten Zeit einmal ein Witz gemacht wird. Ich nehme an, daß Sie genau so darüber gelacht haben wie ich, Herr Abgeordneter Schmidt. Jedenfalls wäre eine Kartoffelumlage für Oldenburg höchst ungefährlich gewesen. —

(**Thomsen**, Abgeordneter.)

(A) Wir stellen uns, wie ich schon sagte, auf den Standpunkt der Resolution, die im Ausschusse gefaßt worden ist, und zwar mit der Maßgabe, daß jegliche Reglementierung ausscheiden und daß im Wege der freien Vereinbarung alles geschehen muß, um den Mißständen vorzubeugen, wie wir sie im vorigen Jahr erlebt haben. Es wird vielleicht auch in diesem Kreise nicht unbekannt sein, daß Verhandlungen unter Leitung des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft angebahnt sind, an denen auf der einen Seite der Reichsausschuß für Landwirtschaft, auf der anderen Seite die Vertreter der Konsumentenkreise, die Gewerkschaften, die Handelsvertretungen und die Kommunalverwaltungen beteiligt sind. Diese Verhandlungen sind jetzt schon sehr weit gediehen, und die Leistung einer sehr erheblichen und ausreichenden **Kartoffelmenge** für die Hauptverbrauchsgegenden erscheint so gut wie gesichert. Einige Schwierigkeiten bestehen nur noch hinsichtlich der Frage des Angemessenheitspreises. Nicht um die Höhe des Preises handelt es sich, sondern es handelt sich im wesentlichen um die Frage, ob dieser **Angemessenheitspreis** künftig auch von den Gerichten respektiert, ob ein vereinbarter angemessener Preis als berechtigt anerkannt werden würde, wenn es sich darum handelt, die Preistreibereiverordnung auszulegen. Wir hegen in dieser Beziehung die allergrößten Bedenken, und zwar sind diese Bedenken durch die Äußerungen eines Vertreters der Reichsjustizverwaltung hervorgerufen. Wir halten es für dringend notwendig, daß, um diese an sich nützliche und von uns als notwendig anerkannte Maßnahme zu fördern, alles geschieht, dem Gesetz über Preistreiberei die Giftzähne auszuziehen, deren Beseitigung wir schon lange gefordert haben.

Auch die Frage der **Zuckerversorgung** hat im Ausschuß eine Rolle gespielt, und der Herr Minister ist gleichfalls auf diesen Gegenstand eingegangen. Ich darf in dieser (B) Beziehung auf die Resolution verweisen, die von uns gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei im Ausschuß eingebracht worden ist. Wir empfehlen der Regierung dringend, den Anregungen, die in dieser Resolution gegeben sind, Folge zu geben. Nach allen Nachrichten, die uns zugegangen sind, scheint doch allerhand geschehen zu sein, was dringend der Aufklärung bedarf. Wir würden dem Herrn Minister zu Dank verpflichtet sein, wenn er diesen Anregungen des Ausschusses Folge geben und dem Reichstage von dem Ergebnis seiner Erhebungen bald Mitteilung machen wollte.

Ich darf noch erwähnen, daß im Ausschuß auch zur Sprache gekommen ist, daß an den gegenwärtig hohen Zuckerpreisen und an dem Zuckermangel die Landwirtschaft unschuldig ist. Die Landwirtschaft hat ihr Rohprodukt, die Zuckerrübe, im vorigen Herbst zu einem Preise abgegeben, der den damaligen Zuckerpreisen entsprach.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Seitdem hat die Landwirtschaft auf den Zuckerpreis und die Zuckerbelieferung überhaupt gar keinen Einfluß gehabt. Wenn hier also in weiten Kreisen der Bevölkerung versucht wird, der Landwirtschaft eins aufzuhängen, so ist das zweifellos unberechtigt.

Die freie Betätigung der Landwirtschaft auf ihrem Gebiete ist die erste Voraussetzung für die dauernde Verbesserung der Ernährungslage. Aber eine weitere wichtige Voraussetzung ist die **Aufrechterhaltung des Wirtschaftsfriedens** und eines verständnisvollen Zusammenwirkens aller im landwirtschaftlichen Berufe Tätigen. Wir sind uns in diesem Kreise wohl alle darüber klar, daß alle Schwierigkeiten, die hier entstehen, von dem ganzen deutschen Volke getragen werden müssen. Wenn man gestern und vorgestern die Verhandlungen über den Etat des Reichsarbeitsministeriums verfolgt hat, so (C) konnte mitunter der Eindruck aufkommen, als ob auf diesem Gebiete doch noch manches nicht so ist, wie es sein sollte, daß nicht allein Schwierigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen, sondern daß sich sogar die Arbeitnehmerorganisationen unter sich nicht vertragen. Ich möchte die Mahnung meines Freundes Behrens hier nochmals unterstreichen, die dahin ging, daß wir alle mehr soziales Empfinden zeigen und an unserm Teil dazu beitragen sollen, daß die Gegensätze, die sich im Laufe von Jahrzehnten zwischen Arbeitnehmerschaft und Unternehmerschaft herausgebildet haben, überbrückt werden. Das Volk muß sich darüber klar sein — das ganze Volk! —, daß ihm durch die Geschehnisse der letzten acht Jahre eine große Prüfung beschieden worden ist, die gemeinsam getragen und ertragen werden muß.

(Sehr richtig! und Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aber von allen Kreisen!)

— Von allen Kreisen!

(Ja! Ja! bei den Sozialdemokraten.)

Notwendig ist aber auch, daß in die nichtlandwirtschaftlichen Kreise mehr Verständnis für die Bedürfnisse der Landwirtschaft hineingetragen wird. Zwischen **Landwirtschaft und Industrie**, und namentlich derjenigen Industrie, die für die Landwirtschaft arbeitet, muß eine Verständigung herbeigeführt werden. Ein sehr wertvoller Anfang auf diesem Gebiete ist gemacht worden durch die Vereinbarungen, die neuerdings zwischen Landwirtschaft und Landmaschinenindustrie getroffen worden sind. Ähnliche Vereinbarungen mit der Düngermittelindustrie wären wünschenswert. Ich möchte aber darüber noch hinausgehen und sagen: es scheint mir auch dringend notwendig zu sein, daß zwischen **Landwirtschaft und Handel** ein verständnisvolleres Zusammenarbeiten geschaffen wird. Man hat vielfach den Eindruck, als ob in den Kreisen des Handels die Meinung vertreten werde, die Landwirtschaft stehe dem Handel feindlich gegenüber. Diese Auffassung ist (D) zweifellos nicht richtig. Dem reellen und soliden Handel wird die Landwirtschaft jede Unterstützung angedeihen lassen, und wir sind überzeugt, daß es auch umgekehrt der Handel ebenso machen wird.

(Bravo! rechts.)

Es muß aber alles versucht werden, um die Reibungen, die hier zwischen zwei großen Berufsständen entstanden sind, und die daraus hervorgerufenen Schwierigkeiten zu beseitigen.

In Verbindung hiermit möchte ich einmal eine Frage anschneiden, die bisher noch immer etwas leichthin behandelt wird, das ist die Frage der **Betätigung des Genossenschaftswesens.** Ich habe — ich spreche hier rein persönlich — den Eindruck, als ob unsere genossenschaftliche Entwicklung Formen angenommen hat, die für die Zukunft nicht unbedenklich sind. Sowohl die landwirtschaftlichen als auch die Konsumgenossenschaften scheinen hier und da Wege zu gehen, die wirtschaftlich nicht einmal zweckmäßig sind

(sehr richtig! rechts)

und die darüber hinaus für die gesamte Wirtschaft gewisse Gefahren in sich bergen. Wege, die dem Handel und dem Kleingewerbe nicht die Betätigung lassen, die ihnen zukommen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich halte es für dringend notwendig, wenn die Leitungen der großen genossenschaftlichen Verbände sich einmal mit den Handelsvertretungen, und namentlich mit den Kleinhandelsvertretungen, an einen Tisch setzen und sich darüber klar werden sollten, wieweit die Betätigung des Genossenschaftswesens gehen kann und gehen muß und was dem Handel zu belassen ist.

(Bravo! rechts.)

(**Thomsen,** Abgeordneter.)

(A) Ich bin der Meinung, daß die vielfach bestehenden Gegensätze zwischen Stadt und Land zum Teil auch darauf zurückzuführen sind, daß auf dem eben angeregten Gebiet nicht die notwendige Verständigung stattgefunden hat.

Endlich ist eine Voraussetzung für die Sicherung unserer Ernährung die **Rücksichtnahme der Reichsregierung** auf die besonderen **Bedürfnisse in der Landwirtschaft.** Wir haben mit Befriedigung die Erklärungen begrüßt, die der Herr Minister für Ernährung und Landwirtschaft in dieser Richtung abgegeben hat. Wir können sein Programm nur durchaus unterstützen und sind bereit, es auch unsererseits zu fördern.

Ich habe dem, was er sagte, soweit es die technische Förderung betraf, nichts weiter hinzuzufügen. Auf eins möchte ich aber doch nicht unterlassen hinzuweisen. Es wird notwendig sein, daß die Reichsregierung mehr wie bisher bei ihren **Steuerprojekten** Rücksicht auf die Verhältnisse in der Landwirtschaft nimmt.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir denken gar nicht daran, etwa zu verlangen, daß wir hinsichtlich der Höhe der Steuer besser behandelt werden als andere Berufsstände.

(Widerspruch und Zuruf bei den Kommunisten.)

Wir sind der Meinung, daß große Lasten gerecht verteilt und gemeinsam getragen werden müssen. Nur muß durch die Form der Steuergesetzgebung der Landwirtschaft das notwendige Betriebskapital gelassen werden, damit intensiv und energisch gewirtschaftet werden kann. Wir bitten also den Herrn Landwirtschaftsminister dringend, seinen Einfluß auf die Reichsregierung in dieser Richtung geltend zu machen.

Der Herr Minister hat vorhin schon von dem Hilfswerk gesprochen, und alles, was ich zuletzt ausgeführt habe, sind die Voraussetzungen für das Gedeihen des **landwirtschaftlichen Hilfswerkes.** Wir haben uns gefreut, (B) daß der Herr Minister vorher erklärt hat, daß er dieses Hilfswerk nach allen Richtungen unterstützen wolle. Wir bedauern es andererseits auf das lebhafteste, daß in den Organen der Linkspresse diese ernsthafte Arbeit der Landwirtschaft mit Hohn und Spott begossen wird. Wir halten derartige Äußerungen — auch im Hauptausschuß hat, ich glaube, der Abgeordnete Dr. Hertz sich höhnisch über das Hilfswerk ausgesprochen — für unverantwortlich.

Meine Damen und Herren! Es handelt sich bei dem Hilfswerk um eine Aufgabe — wie der Herr Minister ganz richtig sagte — auf weite Sicht, um eine Aufgabe, die nicht von heute auf morgen zu lösen ist, die sich auch nicht in Gesetzesformen pressen läßt. Die Aufgabe besteht im wesentlichen darin, in der Landwirtschaft die Verantwortungsfreudigkeit zu heben und die Landwirtschaft zu veranlassen, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um aus dem deutschen Boden das herauszuholen, was notwendig ist.

Meine Damen und Herren! Die Lösung dieser Aufgabe ist im wesentlichen eine Stimmungsfrage. Wir müssen die Landwirtschaft erzeugungsfreudig machen,

(sehr wahr! bei den Deutschnationalen)

und darin liegt die Haupttätigkeit des landwirtschaftlichen Hilfswerks. Wenn Sie (nach links) uns durch Ihre Maßnahmen, durch Ihre Verhöhnungen stören, so hoffe ich, daß das nichts nützen wird, aber immerhin sind solche Äußerungen von Ihrer Seite nicht erfreulich.

Ich wiederhole: es handelt sich hier eigentlich nicht um gesetzgeberische Maßnahmen. Die Landwirtschaft und ihre Produktion läßt sich nicht in Gesetze einzwängen.

(Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Der Erfolg der Landwirtschaft ist von der Persönlichkeit abhängig und von Gewalten, die nicht in Gesetze gefaßt werden können. Infolgedessen können die gesetzgeberischen (C) Aufgaben hier nur nebensächlicher Natur sein. Es kann sich im wesentlichen nur darum handeln, den landwirtschaftlichen Vertretungskörperschaften auf gesetzlichem Wege Ermächtigungen zu geben, um Meliorationen durchzuführen; es kann sich vielleicht weiter darum handeln, Organisationen zur Kreditbeschaffung zu finanzieren. Aber darin beschränkt sich auch die Möglichkeit des gesetzlichen Eingriffs.

Ich wiederhole: es handelt sich beim Hilfswerk darum, die Landwirtschaft zu befähigen, ihren Boden weiter energischer und intensiver zu bearbeiten, und sie zu veranlassen, diese ihre Aufgabe auch als eine wirkliche Pflicht anzuerkennen.

Meine Damen und Herren, es ist eigentlich tragisch, daß alle die wichtigen **Gesetze,** die die **Landwirtschaft** auf das allerengste berühren, einen Berufskreis, der ungefähr 30 Prozent der gesamten Einwohner Deutschlands umfaßt, in der Atmosphäre eines Häuserblocks beschlossen werden, der vier Millionen Einwohner auf ganz kleinem Raum umfaßt. Auf dem Lande draußen hat man doch vielfach den Eindruck, daß die Einflüsse, die **aus** dieser **Atmosphäre einer Großstadt** hervorgehen, nicht ohne Wirkung auf die Gestaltung der Gesetzgebung

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

und auf die Denkweise der Regierenden und — wir wollen es einmal ruhig gestehen — auch nicht ohne Einfluß auf die Denkweise der Parlamentierer sind. Ich sage: es ist tragisch, daß ein Berufsstand von solcher Größe und Bedeutung seine Gesetze sich geben lassen muß aus der Mitte einer Großstadt. Aber damit muß sich der Landwirt abfinden. Er wird sich damit abfinden, wenn er den Eindruck hat, daß eine ihrer Verantwortung bewußte Reichsregierung auch Verständnis für seine besondere Eigenart besitzt.

Ich kann dem Herrn Landwirtschaftsminister keinen besseren Rat geben als den, sich, bevor er seine endgültige (D) Entscheidung in der Frage der Getreideumlage faßt, in einer stillen Stunde einmal aus **Gustav Freytags** „Soll und Haben" ein wichtiges Kapitel durchzulesen, in dem der Beruf und das **Empfindungsleben des Landwirts** so großartig und schön und so richtig dargestellt ist. Ich darf vielleicht nur einen kleinen Absatz hieraus vorlesen. Gustav Freytag sagt hier von dem Landwirt:

> Sein Leben ist ein unaufhörlicher Kampf, aber auch ein endloser Sieg. Die tägliche Arbeit ist sein Genuß, und in diesem Genusse wächst seine Kraft. Die reine Gottesluft stählt ihm die Muskeln des Leibes. Die uralte Ordnung der Natur zwingt auch seine Gedanken zu geordnetem Lauf. Er ist der Priester, der Beständigkeit, Zucht und Sitte, die ersten Tugenden eines Volks, zu hüten hat.
>
> Dies ist hier mein, darf er sagen, meine Kraft erschuf es. Der Welt und mir gereicht es zum Segen. Meine Arbeit erhält das Menschengeschlecht.
>
> Nicht in mühelosem Genuß betrachtet er die Bilder, die ihm die Natur entgegenhält. An jeden Blick knüpft sich ein Wunsch, an jeden Eindruck ein Vorsatz. Jedes Ding hat für ihn einen Zweck, denn alles, das fruchtbare Feld, das Tier und der Mensch, soll Neues hervorbringen nach seinem Willen. Seine Tätigkeit ist ewig, wie das Leben der Erde.

(Beifall bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner ist auch auf einen Antrag eingegangen, der Ihnen auf Drucksache Nr. 4314, Hergt, Dr. Becker (Hessen) usw., vorliegt. Ich möchte jetzt schon darauf

(Präsident.)

(A) hinweisen, daß ich Bedenken trage, diesen Antrag zur Abstimmung zu bringen. Es kann das vielleicht später noch geklärt werden. Nachdem gestern bei der Beratung des Arbeitsetats ein Antrag, der sich in derselben Linie bewegte, bereits angenommen worden und dadurch die Ziffer 1 dieses Antrages erledigt ist und auch in Ziffer 2 die Absetzung von Titeln bei anderen Etats vorgeschlagen wird, wird sich das bei diesem Etat nicht gut erledigen lassen; denn es müssen da die Ministerien herangezogen werden, die entsprechend verkürzt werden sollen. Vielleicht nehmen die Herren das einstweilen zur Notiz.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schmidt (Cöpenick).

Schmidt (Cöpenick), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn die Vertretung der Interessen der Landwirtschaft, speziell der Besitzer in der Landwirtschaft, immer in dem Sinne erfolgt wäre, wie es der Herr Kollege Thomsen hier getan hat, dann wäre vielleicht der Gegensatz zwischen Stadt und Land nicht so stark, wie er heute tatsächlich ist.

Unsere Stellung zu dem **Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft** will ich nicht besonders behandeln, sondern nur betonen, daß es ein Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist. Es wurde während des Krieges gebildet, um der schweren Not des Krieges zu steuern, und wir betrachten es nach wie vor als seine Hauptaufgabe, für die Ernährung der Bevölkerung zu tun, was irgend möglich ist. Die Frage, ob es später, wenn wir andere Zeiten haben sollten, notwendig ist, ein selbständiges Ministerium zu erhalten, will ich heute unerörtert lassen. Aber ich muß doch sagen, wenn hier immer die Steigerung der Produktion betont wird, so daß dies schon zu einem Schlagwort geworden ist, wenn alles darauf eingestellt werden soll

(B) ohne Rücksicht darauf, ob das Volk bei diesen Preisen noch leben kann, dann kann man das von unserem Standpunkte aus nicht unterschreiben. Wir sind bereit, alles zu tun, um das wichtigste Gewerbe, die Landwirtschaft, zu heben. Es darf aber unter dem Schlagwort „Steigerung der Produktion" nicht so weit kommen, daß die große Mehrzahl der Bevölkerung nicht mehr leben kann, weil sie für die Produkte Preise bezahlen muß, die einfach unerschwinglich sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Unter diesem Gesichtspunkte werde ich auch heute die Aufgaben des Ministeriums behandeln.

Ich persönlich und meine politischen Freunde haben sich schon öfter über die allgemeinen landwirtschaftlichen Fragen ausgesprochen. Heute handelt es sich aber darum, zu erwägen: wie ist es möglich, erträgliche **Preise für die Ernährung des Volkes** zu erhalten? Wir wissen, daß wir vom Auslande abhängig sind, von dem Friedensvertrage von Versailles und von den neuesten Bestimmungen, nach denen keine Verbilligung für das Brot mehr durchgeführt werden kann. Das alles ist uns bekannt, aber trotzdem können wir heute nicht dafür eintreten, daß eine schrankenlose **Freigabe der Wirtschaft** erfolgt, weil eben die Voraussetzungen dazu heute nicht gegeben sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Landwirtschafts- und Ernährungsminister hat im Ausschuß treffende Worte gesprochen. Es wurde ihm von einer Seite gesagt, es würden wieder die Demonstrationen der Straße kommen usw. Er erwiderte darauf, er sei grundsätzlich Anhänger der freien Wirtschaft, sehe auch ein, daß in der gegenwärtigen Zeit eine Regelung der Brotversorgung, der Kartoffelversorgung usw. notwendig sei, und er sagte weiter, daß er sich dabei nicht beeinflussen lasse von organisierten Demonstrationen, daß er aber an die Demonstration der Straße (C) denke, wo die Bürger mit verhärmten Gesichtern herumgehen und wo man jedem ansieht, daß es ihm unmöglich ist, heute die Brotpreise und Kartoffelpreise zu bezahlen, und wo man heute schon daran denken muß, daß selbst bei einer geregelten Wirtschaft wir es mit einem Brotpreis von 25 bis 30 Mark zu tun haben. Das sollten auch die Vertreter der Landwirtschaft beachten und nicht in der Weise vorgehen, wie es die Landwirtschaft in ihrer Presse tut.

Ich will nur kurz daran erinnern, daß unser Standpunkt, den wir im vorigen Jahre vertreten haben, daß es nicht zweckmäßig sei, die öffentliche Bewirtschaftung abzubauen, der richtige war. Was hat man denn, um auch daran zu erinnern, vor den Wahlen zu diesem Reichstag versprochen?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Hat man nicht gesagt: sorgt dafür, daß die sogenannte sozialistische Wirtschaft beseitigt wird, dann werden die Preise für Brot und für Butter und anderes billiger werden? Man hat in dieser Hinsicht von den Rechtsparteien eine Agitation getrieben, die praktisch darauf hinauslief: wenn ihr uns wählt, wird der Hering wieder 10 Pfennige kosten, wie es im wilhelminischen Zeitalter der Fall war. Unter der bürgerlichen Regierung, die nach dem Zusammentritt des Reichstags gebildet wurde, ist eine derartige Lockerung der öffentlichen Bewirtschaftung eingetreten, daß überhaupt keine Kontrolle mehr da ist und infolgedessen die ungeheure Preissteigerung eingesetzt hat.

(Zuruf von den Deutschnationalen.)

— Eine Preissteigerung, die wohl durch die Forderungen der Entente bedingt ist, aber auch hauptsächlich dadurch, daß eine vollständig freie Wirtschaft eingeführt wurde, die diesen schrankenlosen Preiswucher hervorgerufen hat.

(D) Ich will heute nur sagen, daß wir nach dem, was der Herr Ernährungsminister hier und im Ausschuß erklärt hat — einzelne Ausnahmen vorbehalten —, Vertrauen zu ihm haben, daß er alles tun wird, um für eine Verbilligung der Preise für die notwendigsten Lebensmittel einzutreten. Ich will auch nicht auf das eingehen, was unter dem früheren Minister geschehen ist, wenigstens nicht ausführlich. Aber die eine Bitte möchte ich an den Minister richten, daß, wenn es zu irgendwelchen **Verordnungen** kommt, diese so abgefaßt sein müssen, daß sie auch draußen durchgeführt werden. Ich will nicht auf die Maisbewirtschaftung nochmal eingehen. Aber mir ist gerade von denjenigen, die die Verordnung praktisch durchführen müssen, gesagt worden: im Lande beachtet man nicht Anweisungen, die die Reichsgetreidestelle herausgibt, sondern von den unteren Verwaltungsbehörden im Lande wird nur das beachtet, was in Form von Gesetzen oder in Form von Verordnungen des Ministeriums herausgegeben wird. Ich bitte daher, damit möglichst reibungslos das alles durchgeführt wird, was durchgeführt werden muß, daß Verordnungen erlassen werden, die hieb- und stichfest sind. Im übrigen müssen Maßnahmen, über die sich die Regierung mit den Beteiligten einig ist, schnell durchgeführt werden. Ich erinnere daran, daß wir im vorigen Jahre in den ersten Oktobertagen, als die Kartoffelpreise so sehr angezogen hatten, mit den Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beim Herrn Minister Hermes vorgesprochen und ihn ersucht haben, eine Verordnung herauszugeben, die preisbestimmend wirkt. Man dachte an Kommissionen, die gebildet werden sollten aus Kreisen der Erzeuger, der Verbraucher und des Handels. Diese Verordnung, die meiner Ansicht nach recht bald hätte erledigt werden können, hat nicht weniger als 7 oder 8 Wochen ge-

(**Schmidt** [Köpenick], Abgeordneter.)

(A) braucht, bis sie Ende November aus dem Ministerium herauskam.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist die Untätigkeit, für die wir den Minister Hermes mit verantwortlich machen, der sich allzusehr von dem Standpunkt hat beeinflussen lassen, es gelte nur Produktionsförderung, im übrigen solle man alles der freien Wirtschaft überlassen.

Unser grundsätzlicher Standpunkt zu der Frage, ob eine Bewirtschaftung notwendig ist oder nicht, ist der, daß in Zeiten, wo wir Warenmangel haben, im Gegensatz zu der Zeit vor dem Kriege, wo Warenüberfluß bestand, ein Eingriff in die Wirtschaft unbedingt erforderlich ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Haben Sie in der Vorkriegszeit von der sozialdemokratischen Partei jemals Gesetzesvorlagen gesehen, worin sie an das Parlament das Verlangen stellte, durch Wuchergesetze und preisregelnde Verordnungen in die privatkapitalistische Wirtschaft einzugreifen? — Die öffentliche Bewirtschaftung ist eingeführt worden unter der Not des Krieges, sie ist niemals eine sozialistische Wirtschaft gewesen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Sie ist eine Wirtschaft gewesen, die durchgeführt werden mußte, weil während des Krieges Warenmangel herrschte. Heute leben wir nun auch noch in einer Zeit des Warenmangels, und deshalb ist es notwendig, diese Wirtschaft weiterzuführen. Es waren ja in erster Linie die bürgerlichen Parteien, die diese Bewirtschaftung während des Krieges verlangt haben und die den Standpunkt mit vertreten haben, daß man die Lebensmittelpreise unbedingt niedrig halten müsse.

Nun wird heute gesagt, es genüge eine Bestimmung, daß die **Minderbemittelten billige Lebensmittel** be-(B)kommen. Das ist aber gar nicht durchführbar. Der Versuch der Durchführung würde eine Belastung der Verwaltung verursachen, die viel stärker ist als die jetzt durch die Bewirtschaftung hervorgerufene. Wie wollen Sie denn bei den heutigen ungewissen Verhältnissen überhaupt eine Abstufung vornehmen? Wer ist minderbemittelt? Alle die, die praktisch damit zu tun haben, sagen, daß eine solche Bestimmung nicht durchgeführt werden kann.

Nun sprechen die landwirtschaftlichen Unternehmer immer wieder von einer Sondersteuer. Wie liegen denn die Dinge? Ist denn die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit frei? Das ist doch nicht der Fall. Ich habe hier eine Denkschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der christlichen Gewerkschaften, in der ausgeführt wird, daß sich die Landwirtschaft diesen Eingriff gefallen lassen müsse; denn die Kohlenindustrie könne auch nicht frei wirtschaften, die Eisenindustrie sei von den Auslandspreisen abhängig, der städtische Hausbesitz genieße auch keine freie Wirtschaft, und da müsse sich die Landwirtschaft eben auch Beschränkungen gefallen lassen. Ich hoffe und wünsche, daß auf Grund unseres Antrags eine Verständigung unter den Parteien des Hauses zustande kommt, die es verhindert, daß die Brotpreise bei Einführung der freien Wirtschaft ins Ungeheure steigen.

Hinweisen muß ich aber noch auf den Ton, den die Landbundpresse anschlägt. So heißt es zum Beispiel in Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landbundes:

> Die Macht haben wir. Wir haben im **Reichslandbund** gegen $1\frac{1}{2}$ Millionen Bauern zusammengeschlossen. Das sind zehnmal mehr als die Lokomotivführer. Wir haben die Macht, wir haben den Roggen.

Dann heißt es weiter, daß der jetzige Staat ruhig im halben Konkurs weiterleben solle. Wenn man dann (C) bedenkt, daß Vertreter derselben Richtung sich hier hinstellen und bei jeder Gelegenheit einerseits fordern, daß sich die Arbeiter zufriedengeben müssen, und wenn die Herren andererseits sagen: wenn wir nicht die volle schrankenlose Freiheit der Wirtschaft bekommen, dann machen wir es genau so wie die Lokomotivführer, — dann haben die Herren wirklich keinen Anlaß, sich darüber aufzuregen, daß in der Arbeiterschaft von Leuten, die sich ihre Worte nicht überlegen, einmal der Ausspruch gefallen ist, daß sie den Staat an der Gurgel haben. Heute wird gerade in den Landbundkreisen offen ausgesprochen, daß, wenn sich die Regierung erfrechen sollte, nochmals die Gesetzgebungsmaschine für die Umlage in Bewegung zu setzen, entschiedener Widerstand geleistet werden würde.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

In einer Entschließung des Vereins rheinischer Bauernvereine, die uns zugegangen ist, heißt es, daß sie keinem Abgeordneten mehr eine Stimme geben würden, der für irgendeine Form der Zwangsbewirtschaftung eintreten oder bei entscheidenden Abstimmungen fehle oder sich der Stimme enthalte.

Der Landwirtschaft wird keine Sondersteuer auferlegt. In landwirtschaftlichen Kreisen wird ja auch gefordert, die Düngemittel in öffentlicher Bewirtschaftung zu lassen. Es heißt in einer Entschließung des sechsten deutschen Kartoffeltags, es müsse Aufgabe des Reichstags sein, dafür zu sorgen, daß die Düngemittelpreise nicht ins Ungemessene steigen. Wenn die Landwirte also eine Bewirtschaftung für die Produkte fordern, die sie einkaufen müssen, so hat jedenfalls die breite Masse des Volkes auch das Recht, diese Forderung auch zur Sicherung der Ernährung zu stellen.

Dann ist wieder das Hilfswerk der Landwirtschaft betont worden. Was wirklich Gutes an dem Hilfswerk ist, wird die Billigung jedes Vernünftigen finden. Aber (D) es ist schon eine falsche Einstellung, wenn die Landwirtschaft von einem Hilfswerk spricht. Das Wort ist schon nicht dazu angetan, in den Kreisen der Nichtlandwirte Verständnis zu finden. Hilfswerk bedeutet soviel, als wenn man dem anderen etwas schenken will. Die Bebauung des Bodens ist aber eine in der Verfassung niedergelegte Pflicht gegenüber der Allgemeinheit. Ich verstehe unter dem Hilfswerk Hebung der landwirtschaftlichen Produktion.

Wenn der Herr Minister vorhin angeführt hat, daß ein Zollschutz später vielleicht notwendig werden könnte, so weise ich darauf hin, daß Freiherr v. Wangenheim in der „Deutschen Tageszeitung“ am 26. Januar gefordert hat: „rechtzeitige Sicherung der Landwirtschaft vor einem vernichtenden Wettbewerb des Auslands, der bei dem sprungweisen Wechsel der Weltkonjunktur schon früher eintreten kann, als man annimmt“. Ich habe an den Besprechungen über das sogenannte Hilfswerk teilgenommen und habe bei den maßgebenden Herren betont, daß die Forderung auf Zollschutz seitens der Landwirtschaft bereits wieder gestellt sei. Herr v. Wangenheim saß mit dabei, er hat kein Wort darauf gesagt, und die anderen Herren, die auch dabei saßen, Dr. Roesicke, v. Braun und andere haben auch nichts dazu gesagt, als ich fragte, ob auch diese Forderung beim Reichspräsidenten vertreten werden soll. Kein Wort ist darauf erwidert worden. Herr v. Wangenheim hat nichts gesagt, und die anderen waren auch so schlau, in diesem Moment diese Forderung noch nicht zu unterstützen. Wenn die Herren aber unter sich sind, werden sie sagen: Heute dürfen wir diese Forderung noch nicht stellen, wir müssen sie aufheben, bis die Zeit gekommen ist. Herr v. Wangenheim hat jedenfalls etwas ausgeplaudert, was den anderen Herren, die das sogenannte

(**Schmidt** [Cöpenick], Abgeordneter.)

(A) Hilfswerk vertreten, zur gegenwärtigen Zeit nicht genehm war. Wenn die Landwirte dafür Verständnis haben, daß einmal eine Zeit kommen kann, in der die Landwirtschaft in eine Notlage gerät, dann müssen sie doch wenigstens jetzt so schlau sein und dafür sorgen, daß die breiten Massen der Bevölkerung Brot zu erschwinglichen Preisen bekommen. Glauben Sie doch nicht, daß Sie bei der breiten Masse des Volkes — hier handelt es sich gar nicht nur um die Arbeiterschaft, sondern auch um die Notlage des Mittelstandes, der Beamten und der Rentner — irgendein Verständnis dann dafür finden, wenn die Landwirtschaft wieder die Forderung auf Zollschutz stellt. Dann wird in dem Reichslandbund, dem Nachfolger des Bundes der Landwirte, vielleicht ein neuer Rupprecht-Ransern auftauchen und sagen: wir müssen schreien, schreien und nochmals schreien, damit man es bei der Regierung hört! Damals sollte es bis an die Throne klingen, und da ist auch gesagt worden: wenn es sein muß, werden wir unter die Sozialdemokraten gehen, um den Zollschutz für die Landwirtschaft durchzuführen.

(Zuruf von den Deutschnationalen.)

Diese Forderung des Zollschutzes für die Landwirtschaft ist also von einem immerhin maßgebenden Führer der Landwirtschaft gegenwärtig wieder gestellt worden, aber jetzt will man das nicht gelten lassen.

In dem sogenannten Hilfswerke heißt es:

> Die Landwirtschaft als Ganzes geht auf die Durchführung des Hilfswerkes ein; sie wird Einrichtungen treffen, die dem einzelnen Lasten und Risiko tragbar machen helfen.

Wenn es ferner heißt, der staatliche Zwang müsse ausgeschlossen bleiben, denn er habe bisher stets nur produktionshemmend gewirkt, so sage ich: es gibt zwar (B) eine sehr große Zahl von Landwirten, die ihre Pflicht erfüllen, aber wenn Sie glauben, daß es mit der freien Bewirtschaftung gelingt, diejenigen, denen alles gleichgültig ist, in den Rahmen des sogenannten Hilfswerkes einzusetzen, so sind Sie auf dem Holzwege.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich will heute nicht wiederholen, was ich voriges Jahr im Reichstage gesagt habe, daß es ja der Vater des Hilfswerkes ist, der die Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft empfohlen hat. Hat nicht Herr v. Braun in seinem Werke „Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft" dem Sinne nach gesagt:

> Genau so, wie wir heute die Kinder zwingen, in die Schule zu gehen, vielmehr die Eltern zwingen, daß sie ihre Kinder in die Schule schicken, so müssen wir auch auf dem wichtigen Gebiete der Volksernährung Zwangsmaßnahmen durchführen, damit der Grund und Boden so bewirtschaftet wird, wie es im Interesse der Volkswirtschaft notwendig ist, wie es nach dem Stande der Wissenschaft und der Technik auch möglich ist.

Es gibt aber auch Landwirte genug, die sagen: wenn dieses Programm durchgeführt wird, dann werden wir für einen gewissen Zwang sorgen müssen. Meine persönliche Meinung ist die, daß ein derartiges Gesetz eine Drohung für denjenigen sein soll, der da glaubt, heute, wo das deutsche Volk verarmt ist, mit dem Grund und Boden wirtschaften zu können, wie er will, ihn unter Umständen brach liegen lassen oder von einer intensiven Wirtschaft zu einer extensiven Wirtschaft übergehen zu können. Das wollte ich zu dem Hilfswerk der Landwirtschaft sagen. Wenn heute die breiten Massen des Volkes erwarten, daß auch in dieser Beziehung etwas geschieht, dann ist das ganz richtig. Die Zeitung der (C) christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche" hat über das Hilfswerk geschrieben:

> Das eine ist jedenfalls sicher, wenn nicht in den nächsten Tagen auf dem Gebiete der Praxis etwas geschieht, das eine wirkliche Leistung darstellt, wird man es den wirtschaftlich schwachen Schichten in Deutschland, vor allen Dingen der Arbeiterschaft, nicht verargen können, wenn sie von dem ganzen Hilfswerk der Landwirtschaft nicht besser denken als von der Kreditaktion der deutschen Industrie, nämlich Bluff zum Zwecke der Erreichung eigensüchtiger Vorteile.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das haben die christlichen Gewerkschaftler gesagt.

Die **Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte** ist sehr erheblich. Zurzeit haben wir eine Preissteigerung bei Weizen von 78 Prozent, bei Roggen von 67 Prozent, bei Hafer von 73 Prozent, und so geht es weiter. Auch bei anderen Produkten ist eine gewaltige Steigerung eingetreten, so insbesondere bei der Butter. Denken Sie daran, daß heute in Berlin ein Pfund Butter 86, ja 90 Mark und noch mehr kostet. Ist denn diese ungeheure Preissteigerung irgendwie noch durch die Valutaschwankungen zu begründen? Haben wir nicht seit einigen Wochen einen ziemlich gleichbleibenden Stand des Dollars? Trifft eine solche Begründung überhaupt noch für sämtliche landwirtschaftlichen Produkte zu, daß die Abhängigkeit vom Auslande auf den Markt entscheidend einwirke? Die Landwirtschaft ist doch in ihrer Gesamtheit wesentlich Inlandsproduktion und vom Auslande lange nicht in dem Maße abhängig wie die Industrie. Das gilt ganz besonders bei den hauptsächlichen landwirtschaftlichen Produkten, bei Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben. Gewiß ist es Tatsache, daß wir früher einen erheblichen Teil Fett aus dem Auslande bezogen haben. Ist denn aber heute der (D) Fettkonsum der Bevölkerung auch nur annähernd so groß wie früher? Dieser ungeheure Wucher, der sich auf dem Lebensmittelmarkt breit gemacht hat, ist nicht mehr zu ertragen, und wir fordern heute in unserm Antrag deshalb eine Bewirtschaftung des Getreides, eine bedingte Bewirtschaftung bei Kartoffeln und eine Wiedereinführung — das will ich gleich sagen — der öffentlichen Bewirtschaftung beim Zucker.

Von den Landwirten wird nun immer wieder auf die **Preise der künstlichen Düngemittel** hingewiesen. Da muß ich Ihnen doch einmal die Umrechnung in Sachwerten bekannt geben, um zu zeigen, wie es wirklich mit den Preisen für künstlichen Dünger aussieht. Dabei will ich gleich betonen, daß wir für jede Regelung zu haben sind, die geeignet ist, die Düngemittelpreise niedrig zu halten. Auch das will ich noch einmal kurz sagen, daß wir eine Bewirtschaftung und Preisregelung nicht nur für die Produkte fordern, die in der Landwirtschaft produziert werden, sondern ganz ebenso für die gesamte Wirtschaft,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

für Textilwaren, für Eisenerzeugnisse, für die chemische Industrie und ganz im allgemeinen.

Wenn im Volke immer wieder besonders auf die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte hingewiesen wird, dann sollte man doch auf der rechten Seite und — ich hoffe wenigstens — bei einem Teil der bürgerlichen Parteien Verständnis dafür haben, daß sich niemand den **hohen Lebensmittelpreisen** entziehen kann, daß der Mensch eben satt werden muß. Darum ist es selbstverständlich, wenn gerade hier immer wieder dieser Einwand erhoben wird. Die Herren Landwirte mögen doch bedenken — ich habe schon öfter darauf hingewiesen —, daß in der Bevölkerung die Verteuerung des Brotes, der Kartoffeln und aller sonstigen Nah-

(**Schmidt** [Cöpenick], Abgeordneter.)
rungsmittel ganz anders bewertet wird, als es bei den anderen Produkten geschieht. Mit dieser Tatsache muß gerechnet werden, weil sich dieser Preissteigerung niemand zu entziehen vermag. Ich betone das, damit mir nicht der Einwand gmacht wird, wir wären wieder nur gegen die Landwirtschaft vorgegangen und hätten nicht eine Bewirtschaftung für die gesamte Produktion gefordert.

Wenn man einmal einen Vergleich anstellen will, was die Landwirtschaft ausgeben muß, um produzieren zu können, so sollen hierfür die **künstlichen Düngemittel** angezogen werden. Die Berechnung entspricht dem Preisstand im Monat März 1922. Um ein Kilo reinen Ammoniakstickstoff zu bezahlen, waren jetzt erforderlich 30 Pfund Kartoffeln, im Frieden mußten dafür 68 Pfund Kartoffeln hergegeben werden. Bei Roggen gegenwärtig 7 Pfund, im Frieden 17 Pfund. Um ein Kilo Kali (rein) kaufen zu können, braucht der Landwirt gegenwärtig 2½ Pfund Kartoffeln, im Frieden waren es 10 Pfund. Bei Roggen ½ Pfund jetzt, im Frieden 2½ Pfund. Für ein Kilo reine Phosphorsäure sind gegenwärtig 11 Pfund Kartoffeln gegen 20 Pfund im Frieden erforderlich. Bei Roggen sind gegenwärtig 2 Pfund gegen 5 Pfund im Frieden nötig.

Nach dem Kriege war es also vorteilhaft für die Landwirte, künstlichen Dünger einzukaufen. Ich betone das nur, weil man immer den nominellen Wert betont, aber nicht das, was wirklich dafür zu zahlen ist. Dann möchte ich auch darauf hinweisen, daß die **landwirtschaftlichen Verbände** sich dadurch stützen, daß sie heute schon dazu übergegangen sind, in ihren Verbänden die **Naturalwährung** einzuführen. Im Landbund wird der Beitrag nicht mehr in bar erhoben, sondern in Roggen umgerechnet. Ich habe ausgerechnet, daß im pommerschen Landbund, wo die Sache eingeführt ist und wo die landwirtschaftliche Nutzfläche rund 8 Millionen preußische Morgen beträgt, vorausgesetzt, daß nur 25 Prozent der Besitzer im Landbund Mitglied sind, diese für ihre Organisation einen Beitrag von jährlich etwa 21 Millionen Mark leisten.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das sind ganz erhebliche Beträge.

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei.)

— Herr Abgeordneter Hepp, Sie sagen, das stimme nicht. Nach einem Rundschreiben des Pommerschen Landbundes werden im Kreise Franzburg in Vorpommern vom Landbund für einen Betrieb von 1 bis 50 Morgen 1 Pfund Roggen, bei 51 bis 300 Morgen 1½ Pfund, bei 301 bis 500 Morgen 2 Pfund und bei über 500 Morgen 4 Pfund Roggen als Beitrag erhoben. Das ist ein Kreis, der im wesentlichen Großgrundbesitz hat. Wenn dort alle Besitzer Mitglieder des Pommerschen Landbundes wären,

(Abg. Hepp: Wären!)

dann ist in dem Kreise ein Beitrag von 7 Millionen allein an den Landbund zu zahlen. Sie brüsten sich ja doch immer damit, daß es in Pommern keinen Landwirt mehr gäbe, der nicht dem Pommerschen Landbund, der Arbeiterorganisation angehöre. Ich habe bei meiner Berechnung nur ein Viertel des landwirtschaftlichen Besitzes zugrunde gelegt.

(Abg. Dr. Hepp: Trotzdem ist es irrig!)

Das Resultat stimmt. Die Sache liegt so, daß die kleinen Landwirte in Pommern in dem Verband schon Opposition machen, weil ihnen die Beitragsleistung zu hoch ist. Ich könnte hier Äußerungen von einzelnen Organisationen anführen, wo dies beschlossen ist.

Man spricht weiter von den **Löhnen der Landarbeiter** und sagt, sie trügen erheblich zur Steigerung der Produktionskosten bei. Man führt immer die sogenannten Deputatarbeiter an, die neben ihren Bezügen noch Land haben und außerdem Naturalien bkommen (C) und Viehwirtschaft haben. Die größere Anzahl der Landarbeiter jedoch, die sogenannten Tagelöhner und freien Arbeiter, bekommen wenig oder überhaupt kein Deputat. Ich muß schon hier einmal den Stundenlohn dieser Arbeiter bekannt geben. Der Stundenlohn der Arbeiter, die kein Deputat bekommen, beträgt in der Provinz Pommern 6 Mark,

(hört! hört! links)

in Mecklenburg-Schwerin 4,53 Mark, in der Provinz Brandenburg 5,50 Mark, in Schlesien 3,89 Mark,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

in Schleswig-Holstein 9 Mark, in der Provinz Hannover 5,90 Mark, in Hessen-Nassau 6 Mark, in der Provinz Sachsen 5,50 Mark, im Freistaat Sachsen 5,50 Mark, in Anhalt 5,25 Mark, in Oberbayern, wo im wesentlichen, wie auch in Süddeutschland, die Verhältnisse bei den Forstarbeitern mitsprechen, 7,53 Mark, in Baden 7,12 Mark, in Württemberg 6,60 Mark. Nun vergleiche man, ob diese Stundenlöhne tatsächlich so hoch sind, daß heute jemand damit auskommen kann. Wenn man sagt, daß die Deputatarbeiter einen höheren Lohn haben, so weise ich darauf hin, daß es bei denjenigen Deputatarbeitern, die eine große Familie haben, darauf ankommt, ob sie wirklich in der Lage sind, von dem Deputat noch etwas zu verkaufen, um es in Geld umzusetzen. Gehen Sie nur hinaus und sehen Sie sich die Landarbeiter an, ob sie sich Kleidung und Schuhwerk trotz der nominell hohen Löhne kaufen können, wie es immer behauptet wird! Gewiß haben sich die Lohnverhältnisse verbessert. Wenn aber die Landwirte behaupten, das aus freien Stücken getan zu haben, so möchte ich ein großes Fragezeichen dahinter machen. Ohne ihr festes Zusammenstehen hätten die Landarbeiter die Vorteile, die sie heute haben, nicht erzielt.

Ich will nicht mehr auf die Arbeiterverhältnisse (D) eingehen, wollte dies nur betonen, um zu zeigen, daß man bei einem Vergleich der Produktionskosten des Landwirtes mit seinen Einnahmen die Berechtigung unserer Forderung anerkennen muß, einen Preis zu finden, der den tatsächlichen Produktionskosten entspricht. Heute ist festgestellt — ich beziehe mich dabei auf die Indexziffern, die im Reichsernährungsministerium festgestellt wurden, und an denen Landwirte und Vertreter unseres Verbandes, des Deutschen Landarbeiterverbandes, mitarbeiten —, daß gegenwärtig ungefähr 40 Prozent der landwirtschaftlichen Produktionskosten auf die Arbeitslöhne entfallen. Bekanntlich hat sich auch in Friedenszeiten bei der landwirtschaftlichen Produktion das Konto für die Landarbeiterlöhne in derselben Höhe bewegt. Man kann also nicht davon sprechen, daß die erhöhten Löhne zur Steigerung der Produktionskosten beigetragen haben. Es ist ja ein bekannter Grundsatz in der Landwirtschaft, daß man von einer tatsächlichen Lohnerhöhung erst dann sprechen kann, wenn der Landwirt mehr Land als früher zur Bezahlung seiner Arbeiter verwenden muß. Ebenso steht es auch bei allen anderen Produkten, die eingekauft werden müssen.

Bezüglich **der Getreidebewirtschaftung im neuen Erntejahr** beziehe ich mich auf unseren vorliegenden Antrag. Ich kenne die Vorlage des Reichsernährungsministeriums noch nicht, hoffe und wünsche aber, daß unsere Anregungen dabei berücksichtigt werden. Der Herr Minister hat in dankenswerter Weise diese Pressenotizen, wonach die Bewirtschaftung des Brotgetreides durch das Reich so teuer sei, auf das richtige Maß zurückgeführt. Er sagte, daß beim Brotpreis heute ungefähr 64 Prozent auf das Getreide entfallen. Ich habe hier eine Aufstellung der bayerischen Landwirtschaftskammer, wo bildlich dargestellt wird, wie sich die Kosten

(Schmidt [Cöpenick], Abgeordneter.)

(A) für die Herstellung des Brotes prozentual verteilen. Da ist für das Jahr 1913 angeführt, daß die Landwirtschaft 70 Prozent des Brotpreises erhalten hat. Nun entfallen natürlich von den 64 Prozent, die auf das Getreide kommen, 29 auf die einheimische Landwirtschaft und 34 Prozent auf das eingeführte Auslandsgetreide. Ich betone: hätte man im vorigen Jahre gegenüber unserem Antrag, in dem wir 4½ Millionen Tonnen gefordert haben, Verständnis gezeigt, so hätte sich auch schon im vorigen Jahre vielleicht eine Verständigung über die Preisgestaltung erzielen lassen.

(Zuruf rechts: Vielleicht!)

— Wenn Sie den Glauben nicht haben, dann kann ich Sie in dieser Beziehung keines Besseren belehren.

(Zuruf rechts: Nur durch Beweis!)

— Wenn Sie, Herr Kollege, zu einer Beratung über diese Sache bereit sind, werden Sie erfahren, daß auch in den Kreisen der sozialdemokratischen Fraktion Verständnis für Dinge zu finden ist, die man im Wirtschaftsleben einfach beachten muß. — Ich will nur sagen, wenn die Landwirtschaft damals 70 Prozent erhalten hat, so besteht heute bei der Bewirtschaftung des Brotgetreides im Verkehr vom Landwirt bis zum Konsumenten keine größere Differenz als früher. Wir haben in diesem Jahre das Schauspiel gehabt, daß das Auslandsgetreide in unser Brot verbacken wurde und daß das Inlandsgetreide dazu verwendet wurde, das Gebäck herzustellen, das man in den Kaffees usw., nicht bloß in den Großstädten, sondern auch anderswo finden kann.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist ein Unding, und wir verlangen, daß aus der Inlandsernte zuerst das nötige Getreide für die Herstellung des Brots zur Verfügung gestellt wird.

In unserem Antrage — und damit komme ich zu der Bewirtschaftung des Getreides — sagen wir:

(B) Diese Umlage ist zu verteilen auf die privatwirtschaftlich land- und forstwirtschaftlich genutzte Bodenfläche.

Wir fordern 4½ Millionen Tonnen, weil das der Betrag ist, der in der Reichsgetreidestelle festgestellt worden ist, um den Brotbedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung zu decken. Ich komme nachher noch auf Presseäußerungen der „Deutschen Tageszeitung" von gestern und heute zu sprechen. Ich will in diesem Zusammenhang bloß sagen: wenn man in diesem agrarischen Organ schreibt, die Vorschläge der Sozialdemokraten würden nur gestellt, weil man von landwirtschaftlichen Dingen nichts verstehe, so bin ich bereit, den Herren einmal privatim nachzuweisen, daß es Landwirte sind, die uns diese Anträge unterbreitet haben. Wir verlangen, daß der land- und forstwirtschaftlich genutzte Boden in seiner Gesamtheit für die Umlage herangezogen wird. Denn in Landwirtekreisen war man darüber erbittert, daß die Getreidebauern ihre Produkte billiger abgeben mußten, während diejenigen, die nur Viehwirtschaft haben, daran nicht beteiligt waren. Ich kenne Gebiete in Deutschland, wo man zum Beispiel einen Landwirt, der Viehhändler ist, der aber große Weidegebiete hat, einfach in die Umlage mithereingenommen hat. Deshalb sollen alle Landwirte an der Umlage beteiligt sein. Wenn sie das nötige Getreide zur Ablieferung nicht haben, dann müssen sie es eben kaufen, aus dem einfachen Grunde, weil sie bei dem Verkauf des Viehes oder bei dem Verkauf des Holzes so ungeheure Gewinne machen, daß sie auch beteiligt werden müssen.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auf die Einzelheiten der Regelung der Umlage will ich jetzt nicht eingehen, weil auch ich bestrebt bin, nicht länger zu sprechen als mein Herr Vorredner.

Dann fordern wir in unserem Antrag, daß die **Betriebsstatistik aus der Vorkriegszeit** herangezogen werden solle. Auch das ist eine Anregung, die uns aus Landwirtekreisen unterbreitet worden ist, weil eben die gesamte Kriegsstatistik so unzuverlässig ist, wie nur je eine Statistik unzuverlässig sein konnte. Wir glauben nicht daran, daß es in irgendwie einwandfreier Weise gelingt, die Anbaufläche richtig zu erfassen. Aber die Betriebsstatistik vom Jahre 1907 ist als Grundlage in dieser Beziehung auch für heute noch anwendbar; denn nennenswerte Verschiebungen in den Betriebsgrößen, in der Anbauflächengröße haben nicht stattgefunden. Wir stellen diesen Antrag, weil wir die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit in gerechter Weise erfassen wollen.

Dann sprechen wir in unserem Antrag auch noch von der **progressiv steigenden Abstufung**. Der Betreffende, der den Artikel in der „Deutschen Tageszeitung" geschrieben hat, hat anscheinend nur das Wort „progressiv" gelesen und hat gedacht, daß es sich schon wieder um eine neue Besteuerung der Landwirtschaft handelt. Je größer der Betrieb ist, desto mehr Getreide wird gebaut. Der Kleinbetrieb baut nicht so viel Getreide als der Großbetrieb, weil die Kleinbetriebe bis in die Mittelbetriebe hinein mehr auf die Viehwirtschaft eingestellt sind. Infolgedessen sage ich: wenn man innerhalb des Umlageverfahrens — wobei wir der Meinung sind, daß man die kleinbäuerlichen Betriebe, etwa die Betriebe in Größe einer Ackernahrung und ebenso das Deputatgetreide, das dem Landarbeiter geliefert wird, ausnehmen kann — noch eine derartige Abstufung vornimmt, so bin ich der festen Überzeugung, daß jeder zugeben muß: die Sozialdemokratie hat in diesem Jahre Vorschläge für die Erfassung des Brotgetreides gemacht, die durchaus annehmbar sind. Ich richte die Bitte an den Reichstag, unseren Vorschlag ernstlich zu prüfen, und ich hoffe, daß wir in dieser Beziehung zu einem Resultat kommen.

Der **Kartoffelbedarf** der Bevölkerung soll auf dem Wege privatrechtlicher **Lieferungsverträge** sichergestellt werden; dabei soll aber der **Erfüllungszwang** gesetzlich festgelegt werden. Ich will es hier aussprechen, daß ich mir den Erfüllungszwang nicht anders denken kann, als daß das Justizministerium einmal die Frage prüft, wie es möglich ist, einen strafrechtlich faßbaren Erfüllungszwang durchzuführen. Eine Umlage haben wir nicht mehr gefordert, obwohl in unsern Kreisen diese Forderung gestellt wurde. Die Umlage bei Kartoffeln ist aus dem rein praktischen Grunde nicht zweckmäßig, weil sich die Kartoffel nicht so gut lagern und öffentlich bewirtschaften läßt wie das Getreide. Das sind Wahrheiten, die man nicht besonders noch auszusprechen braucht.

Wenn in dem Hilfswerk immer wieder betont wird, wie es hier in einem Satz heißt:

Zur Verbilligung und Erweiterung der Nahrungsmittelversorgung wird die Landwirtschaft unmittelbare Verbindungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern nach Möglichkeit fördern,

so haben Sie hier Gelegenheit, durch Annahme unseres Antrages zu beweisen, daß es Ihnen damit ernst ist. Die Kartoffelversorgung muß zum nächsten Herbst sichergestellt werden, und zwar müssen darüber recht bald Verhandlungen eingeleitet werden. Auch das Ernährungsministerium wird hoffentlich auf diesem Gebiete rechtzeitig Maßnahmen ins Auge fassen. Wir dürfen nicht wieder, wie im vorigen Jahre, alles der freien Wirtschaft überlassen, daß man sich nur darauf beschränkt, wenn im Herbst der Frost kommt, schnell ein paar Verordnungen herauszugeben. Der Wagenmangel ist nicht allein schuld daran, daß keine Kartoffeln vorhanden waren, sondern die Kartoffeln wurden auch

(Schmidt [Cöpenick], Abgeordneter.)

zurückgehalten. Ich ersuche die Mitglieder des Reichstages, unserem Antrage zuzustimmen, damit sich in der Kartoffelwirtschaft nicht wieder die Schwierigkeiten des letzten Erntejahres wiederholen.

Ich komme dann zum Zucker. Gerade die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung des Zuckers hat Zustände gezeitigt, die einfach nicht mehr länger zu ertragen sind. Heute kostet ein Pfund Zucker 20 Mark, und dabei ist noch nicht einmal Zucker zu haben. Es ist bezeichnend, daß im Haushaltsausschuß ein Mitglied der Deutschnationalen Fraktion, ein Abgeordneter, der sonst ein entschiedener Anhänger der freien Wirtschaft ist, bittere Klage darüber geführt hat, daß der Großhandel dem Kleinhandel nur dann einige Pfund Zucker liefere, wenn gleichzeitig noch für 1000 Mark andere Waren abgenommen würden.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Also selbst die Vertreter der freien Wirtschaft rufen hier, wenn es sich um den Kampf zwischen den einzelnen Interessentengruppen handelt, auf einmal: Regierung hilf! weil die Zustände eben nicht länger tragbar sind. Nicht nur die Arbeiter werden von der Zuckerknappheit betroffen, auch weite Kreise des Mittelstandes können dieses notwendige Nahrungsmittel nicht mehr kaufen. Wir fordern, daß der Bevölkerung pro Kopf und Woche einhalb Pfund Zucker zur Verfügung gestellt wird und daß außerdem die Säuglinge pro Kopf und Woche extra ein Pfund erhalten.

Wie arbeitet die Zuckerwirtschaftsstelle in dieser Beziehung? Wir haben nur etwa 280 Rohzuckerfabriken und etwa 60 Zuckerraffinerien in Deutschland. Dieses Privatsyndikat übt aber einen unerträglichen Zwang aus. Es hat in seinem Vertrage folgende Bestimmung:

> Die Vertragsfirmen verpflichten sich, jegliche Kontrolle der Fabriken, Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse seitens der Zuckerwirtschaftsstelle zuzulassen. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen die Vereinbarungen kann die Zuckerwirtschaftsstelle auf die Sicherheitsrücklage zurückgreifen.

Hier besteht also eine Zwangswirtschaft im privatkapitalistischen Sinne, wie sie schärfer kaum bei keinem andern Syndikate gebildet ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist bedauerlich, daß die Regierung hier dem Drängen der bürgerlichen Parteien des Reichstags gefolgt ist und den Zucker freigegeben hat. Noch im Ausschuß für Volkswirtschaft hat die Regierung am 13. Juni 1921 erklärt, daß sie gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker zum 1. Oktober 1921 sei. Trotzdem ist die Freigabe des Zuckers erfolgt. Wir machen nun die Erfahrung, zu welchen Preissteigerungen diese Freigabe geführt hat. Es genügt nicht, wenn man dem Wunsch des Ausschusses des Reichswirtschaftsrates folgt, wie er mir aus den Zeitungen bekannt wurde, und die Einfuhr des Zuckers aus dem Auslande freigibt. Dann gibt es eben im Inland nur noch „Auslandszucker."

Es liegt mir fern, der Landwirtschaft unberechtigte Vorwürfe zu machen. Wenn aber hier gesagt wird, daß die Landwirte für Zuckerrüben nur 20 Mark pro Zentner bekommen haben, so ist jedem Eingeweihten klar, daß weite Kreise der Landwirtschaft als Aktionäre an Zuckerfabriken beteiligt sind, also Gewinne aus den hohen Zuckerpreisen ziehen und ferner eine Rückvergütung erhalten, angeblich zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. In einer Feststellung der Zuckerwirtschaftsstelle heißt es:

> Leider sind nicht alle Fabriken der Zuckerwirtschaftsstelle angeschlossen. Etwa 3 Prozent der gesamten deutschen Zuckerernte werden von Außenseitern in den Verkehr gebracht.

(C) Das steht in einer Beantwortung der Anfrage Nr. 1426 des Abgeordneten Tremmel. Glaubt man etwa, damit irgend jemand weismachen zu können, daß, wenn ein Syndikat alles bis auf 3 Prozent der Beteiligten erfaßt hat, diese 3 Prozent an der Preissteigerung des Zuckers schuld sein sollen? Ich möchte fragen, ob man mit diesen 3 Prozent Außenseitern etwa eine Geheimabmachung getroffen hat, daß sie draußen bleiben sollen, damit sie die Schuld für die Preissteigerung des Zuckers auf sich nehmen. Es ist notwendig, daß dies privatkapitalistische Syndikat derartig umgebaut wird, daß es nach allgemein wirtschaftlichen Grundsätzen arbeitet.

Ich komme nun kurz auf die **Pressenotiz** in der **„Deutschen Tageszeitung"** von gestern abend. Unter der Überschrift „Haß und Unverstand" wird der Sozialdemokratie vorgeworfen, es sei bezeichnend für ihre Gesinnung grundsätzlicher Feindschaft gegen die Landwirtschaft überhaupt und ihre völlige Hilflosigkeit und Verständnislosigkeit. Zum Schluß wird gesagt, mit einem Gegner, der aus Mangel an Argumenten einfach kurzerhand lügt und verleumdet, sei jede Auseinandersetzung vergeblich. In diesem Artikel wird das kritisiert, was in unserem Antrag steht und wozu uns die Landwirte ersucht haben. Mir haben Landwirte, die selbst auf dem Boden der freien Wirtschaft stehen, gesagt: wenn die Umlage aber doch kommt, bitte ich Sie, doch mindestens zu versuchen, daß in Ihrer Fraktion diese Bestimmungen angenommen und vertreten werden. Nun wird gesagt, daß das alles aus Parteirücksichten geschehe. Diese Notiz stammt ja nicht aus der Redaktionsstube der „Deutschen Tageszeitung". Sie stammt aus der Pressestelle des Reichslandbundes.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Mann, der hier davon spricht, daß man kurzerhand lüge und verleumde, ist in der Öffentlichkeit als ein politischer Klopffechter schlimmster Art bekannt. (D)

(Zuruf rechts: Nennen Sie doch einmal den Namen!)

— Das ist Herr Kaufhold.

(Zuruf rechts: Der hat mit der Pressestelle des Reichslandbundes nichts zu tun!)

Dann will ich noch auf einen anderen Artikel der **„Deutschen Tageszeitung"** von heute eingehen, wo **Freiherr v. Richthofen-Boguslawitz** von den **Landarbeiterverhältnissen** spricht. Ich bin veranlaßt, darauf einzugehen, weil dieser Artikel sich im wesentlichen an meine Adresse richtet. Folgende Stelle ist darin enthalten:

> Wenn gewisse Vertreter der Landarbeiter wirklich ein Herz für die Arbeiter hätten, so müßten sie Zug um Zug fordern, daß den Landarbeitern ebenfalls verbilligte Anzüge, Schuhwerk, Hausrat von anderen Berufsständen in denselben Verhältnissen zu den entsprechenden Preisen geliefert wird, wie die Leistung von der Landwirtschaft verlangt wird. Wir vermissen in diesem Punkte die tatkräftige Vertretung der Landarbeiterinteressen.

Ich möchte darauf erwidern, daß dem Herrn v. Richthofen, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, bekannt sein muß, daß die Bestrebungen unserer Fraktion auch darauf hinauslaufen, die Produkte, die die Landarbeiter brauchen, im wesentlichen die **Textilwaren**, zu verbilligen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich erinnere an unsere Tätigkeit im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags, wo aber das, was mein Freund Krätzig vorgetragen hat, kein Verständnis bei den Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei gefunden hat, daß die Textilwaren billig geliefert werden. Und demselben Herrn v. Richthofen ist bekannt, daß Mittel

(**Schmidt** [Cöpenick], Abgeordneter.)

(A) des Deutschen Landarbeiterverbandes dazu verwandt werden, um Textilwaren, Hosen, Jacken, Schuhe usw., einzukaufen, um unter Ausschaltung des Zwischenhandels den Landarbeitern billig zu liefern.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Aber es geht in diesem Sinne noch weiter, und das ist bezeichnend. Es heißt hier:

> Haben die Gewerkschaftsführer eine solch ungeheure Angst vor ihren die Beiträge aufbringenden Industriearbeitern? Ein Gewerkschaftsführer hat doch die Pflicht, die Arbeiter zu vertreten. In der Vertretung der Mitglieder gibt es keinerlei Rücksicht auf die eigene Person. Ein solches Amt ist heilig. Den Gewerkschaftssekretären sind aber die Zusammenhänge bekannt.

Und dann heißt es:

> Die **Industriegewerkschaft** würde den **Landgewerkschaften** sonst auch wohl sofort die Unterstützung sperren.

Ich muß leider auf diese Sache noch eingehen. Der Herr verwechselt die Begriffe. Die Landarbeitergewerkschaft hat vor dem Kriege von den Industriearbeitern Zuschüsse erhalten. Das ist allbekannt. Wenn er aber glaubt, daß die Stellung innerhalb der Landarbeitergewerkschaft oder die Stellung der Führer bedingt sei davon, daß die Industriegewerkschaften Geld zahlen, so kennzeichnet das eben die Gesinnung.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Landarbeiterverband bekommt kein Geld aus den Industriearbeiterkreisen, sondern die Landarbeiter sorgen schon dafür, daß ihr Verband besteht, und wir sind erfreut, heute Mittel für andere kämpfende Arbeiterschichten aufzubringen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

(B) Aber es ist ja bezeichnend, daß dieser Herr das sagt: ein solches Amt ist heilig. — Eine solche Bekämpfung eines politischen Gegners muß man einfach niedriger hängen. Nur das eine will ich sagen, daß Herr v. Richthofen niemand hinter dem Busche sucht, wenn er nicht schon selbst dahinter gesessen hat. Es ist vergeblich, einem engstirnigen Mann begreiflich zu machen, daß man ein Amt aus Überzeugung ausübt. Aber die Dinge liegen ja ganz anders. Es ist das Bestreben, die Landarbeiter von dem industriellen und gewerblichen Proletarier zu trennen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Darauf läuft die Sache hinaus. Diese Bestrebungen sind mir nicht unbekannt, sie sind nach der Revolution bei mir und anderen Vertretern der deutschen Landarbeiter so oft zutage getreten, wie ich mich bildlich ausdrücken will, indem man uns auf die Schultern klopfte und sagte: was wir doch für tüchtige Kerle seien, und man glaubte, uns damit einfangen zu können.

(Heiterkeit links.)

Ich will hier die Erklärung abgeben: solange ich durch das Vertrauen der Mitglieder die Ehre habe, Vorsitzender des Deutschen Landarbeiterverbandes zu sein, werde ich bei Wahrnehmung der Interessen der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter immer daran denken, daß das nur gemeinsam mit der gleichgesinnten organisierten Arbeiterschaft in Industrie, Handel und Gewerbe erfolgen kann.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Jeder Versuch, mich von diesem Wege abzubringen, wird erfolglos sein. Das ist auch die Meinung aller meiner Mitarbeiter und zugleich die Meinung der überwältigenden Mehrheit der im Landarbeiterverband organisierten Landarbeiter.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

(C) Ich betone das, weil auch heute wieder gesagt wird: wie kann ein Vertreter der Landarbeiter zugleich eintreten für das Umlageverfahren, für eine Verbilligung der Lebensmittel für die städtische und industrielle Arbeiterschaft? Den Berufsegoismus, den Sie hier fördern wollen, werden wir nicht unterstützen, und Sie werden auch bei der Landarbeiterschaft keinen Erfolg haben.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Es tut mir eigentlich leid, daß man einmal rein persönlich sprechen muß, aber wenn solche beleidigenden Zumutungen in der Öffentlichkeit von angeblich objektiv denkenden Landwirten gestellt werden, muß man auch darauf einmal eine Antwort erteilen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Herren vom Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft — im wesentlichen sind es ja die Sprecher des Reichslandbundes — betonen immer, daß sie Vorschläge machen wollen, wie die Ernährung des deutschen Volkes gesichert werden kann. Wir versprechen uns nichts von einer Vorsorgewirtschaft. Das genügt nicht. Trotzdem wir dem Zentrumsantrage im Ausschuß wegen der allgemeinen Forderungen zugestimmt haben, trotzdem darin der Satz enthalten ist, daß das Umlageverfahren jetzt nicht möglich sei, haben wir erneut unseren Antrag auf Beibehaltung der Umlage gestellt. Ich betone nochmals, daß hierin Grundsätze vertreten werden, die nach meiner und meiner Parteifreunde Ansicht auch von den Vertretern anderer Parteien gebilligt werden könnten.

Ich erinnere an eine **interne Beratung,** die am 11. April **im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft** stattfand. Diese Beratung ist damals auf Antrag eines Teilnehmers für vertraulich erklärt worden. Das hatte aber alles keinen Wert; denn acht Tage darauf war schon das Notwendige in der „Deutschen Tageszeitung“ (D) besprochen. Deshalb kann man wohl auch hier etwas darüber sagen. Der Minister Fehr hat Herrn Dr. Roesicke vom Reichslandbunde aufgefordert, doch endlich einmal bestimmte **Vorschläge** zu machen, wie er sich die **Getreidebewirtschaftung** denke. Da sprach Dr. Roesicke ganz offen aus, es sei Aufgabe der Regierung, Vorschläge zu machen und eine Gesetzesvorlage einzubringen. Ich hoffe, daß sich die Regierung nun auf diesen Standpunkt stellt und ihre Vorlage, die sie eingebracht hat, vertritt. Möge sie dafür sorgen, daß auch unsere Vorschläge dabei beachtet werden.

Ich möchte noch ein Wort zu einem Antrage sagen, der im Ausschuß angenommen wurde, die **Ausfuhr von Spargel und Gemüse** vollständig zu verbieten. Ich glaube, wir werden während der Beratung oder vor den Abstimmungen uns noch einmal darüber aussprechen müssen, ob dieser Antrag in seinem vollen Umfange aufrechterhalten werden kann. Uns ist bekannt, daß aus Mitteldeutschland, besonders aus Braunschweig und den Ländern, in denen die Spargelzucht hauptsächlich verbreitet ist, der Regierung mitgeteilt worden ist, daß diese Länder ein Interesse daran haben, daß ihnen die Ausfuhr von Spargel bedingterweise gestattet wird. Es wird wohl keine Schwierigkeiten machen, eine Verständigung über die Abänderung des Antrags herbeizuführen; denn die Preise für Spargel sind ja so hoch, daß sie die breiten Massen des Volks gar nicht bezahlen können. Wenn wir also ein Produkt haben, das wir ausführen können, so mag das, wenn auch nur in geringem Maße, dazu beitragen, um die Devisen zu beschaffen.

Zum Schluß betone ich nochmals, daß es eine falsche Unterstellung ist, wenn man sagt, wir hätten diese Anträge aus rein agitatorischen Gründen gestellt. Das liegt uns vollständig fern. Wenn wir das wollten, hätten

(**Schmidt** [Cöpenick], Abgeordneter.)

wir den Antrag ganz anders abgefaßt. Für unsere Fraktion handelt es sich hier darum, Vorschläge zu machen, die dazu beitragen, wenigstens die gröbsten Auswüchse der freien Wirtschaft zu beseitigen und für das wichtigste Nahrungsmittel, das Brot, einen Preis zu garantieren, der angemessen ist. Ich hoffe, daß darüber eine Einigung erzielt wird.

Ich möchte noch daran erinnern, daß nicht nur in der sozialdemokratischen Presse, sondern auch in der Rechtspresse Artikel von Personen veröffentlicht wurden, die sich ausdrücklich als **Anhänger der Rechtsparteien** bekannten, in denen bittere **Klage über die gewaltige Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkt** geführt und der Landwirtschaft zugeredet wurde, in dieser Beziehung doch entgegenkommend zu sein. Warum? Aus dem einfachen Grunde, weil das zutrifft, was der Herr Minister im Ausschuß gesagt hat: er sieht die abgehärmten Gesichter der breiten Masse des Volks, auch des Mittelstands, der Beamtenschaft und der Rentner, die sich heute nicht mehr ernähren können, weil die Preise für Lebensmittel unerschwinglich sind. Das ist zu beachten.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Blum.

Blum, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Herr Minister Fehr hat heute zum erstenmal den Etat des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft hier vertreten. Der Bayerische Bauernbund, dem er als Mitglied angehört oder angehört hat, steht sowohl alphabetisch wie politisch einige Kilometer vom Zentrum weg. Trotzdem erklären wir, daß wir bereit sind, die Politik des Ministers Fehr sachlich zu unterstützen, namentlich, soweit sie mit den Zielen übereinstimmen, welche wir selber verfolgen.

Man hat vielfach in landwirtschaftlichen Kreisen darüber gestritten, ob der **Kurs Hermes** mit dem **Kurs Fehr** übereinstimmt, und da hat man gesagt: der Minister Hermes sei bereit gewesen, sofort zur freien Witschaft überzugehen. Hermes ist ein feiner Rhetoriker. Im Vordersatz hat er wohl von der freien Wirtschaft gesprochen und im Nachsatz hat er doch eine gewisse Einschränkung gemacht. Bei Minister Fehr ist es umgekehrt. Er spricht im Vordersatz von der gebundenen Wirtschaft und im Nachsatz von der freien Wirtschaft.

(Heiterkeit.)

Wir sind der Meinung, daß es kaum eine Zeit gegeben hat, in der die Ernährungsfrage sowohl in den landwirtschaftlichen Organisationen, wie auch im Ministerium auf großzügige Gesichtspunkte eingestellt werden muß, wie die heutige. Tatsächlich sind die Ziele, welche das Ministerium und die deutsche Landwirtschaft zu verfolgen haben, so gewaltig große und hohe, daß nur eine Großzügigkeit der Auffassungen sowohl bei der Landwirtschaft, wie beim Ministerium zum Ziele führen kann. Wir waren vor dem Kriege ja dem **Ziele**, das sich die **deutsche Landwirtschaft** gestellt hatte und stellen mußte, **das gesamte Volk ausreichend zu ernähren,** ziemlich nahegerückt. Wir hatten 85 Prozent der Körner und 95 Prozent des Fleisches in der Erzeugung erzielt. Das Verhältnis ist ja insofern ungünstiger geworden, als wir jetzt leider durch den Krieg rund 20 Prozent des besten Bodens verloren haben, wogegen sich die Bevölkerung nur um 10 Prozent vermindert hat. Daraus folgt, daß wir gesteigerte Anstrengungen machen müssen, um dem Ernährungsbedarf des deutschen Volkes in alle Wege gerecht zu werden.

Der Herr Minister hat ja einige Zahlen angeführt, die uns auch bekannt sind, aus denen hervorgeht, daß wir das Ziel der vollen Ernährung des Volkes noch nicht erreicht haben. Im Gegenteil, man kann sagen, daß durch die Ungunst der Verhältnisse, vielfach auch durch die mangelhafte und falsche Gesetzgebung, ein gewisser **Rückgang** eingetreten ist, namentlich auf dem Gebiete der **Viehhaltung.** Wir sind bei der Schweinehaltung noch 30 Prozent und bei der Rindviehhaltung noch 10 Prozent unter dem Friedensstand. Aber das Bedenkliche, woraus wir auch die gesetzgeberischen Folgen ziehen müssen, ist, daß die Fläche für Brotgetreide nicht größer geworden ist, während es doch dringend notwendig wäre, daß die **Brotgetreidefläche** nicht nur vergrößert, sondern auch die Erträge gesteigert würden.

Nun ist von dem **Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft** gesprochen worden. Ich war einigermaßen erstaunt, daß der Kollege Schmidt sich etwas abfällig darüber geäußert hat. Ich möchte doch hervorheben, das die Ziele des Hilfswerks auch von denjenigen Anerkennung finden, die nicht gerade der Landwirtschaft nahestehen. Ich darf darauf hinweisen, daß Männer, die auf hoher Warte stehen, wie **Kardinal** Dr. **Schulte,** der Bischof von Münster, für dieses Hilfswerk und seine Ziele Worte höchster Anerkennung gefunden haben. Kardinal Schulte schreibt in einem **bischöflichen Erlasse:**

> Mit freudigem Dank gegen Gott gewahren wir, daß jetzt, nachdem bei der wirtschaftlichen Unsicherheit der jüngsten Vergangenheit zunächst der Eigennutz sein Szepter zu schwingen begonnen, etwas von jener uneigennützigen Gesinnung wiederkehrt, welche 1914 alle Schichten des Volkes beseelte. Wir ermuntern alle Gläubigen, das große Hilfswerk zu stützen und zu fördern. Die Bauern mögen die Erträge steigern, andere es anerkennen und die Durchführung erleichtern, damit nicht erbitternde Gegensätze vorherrschend bleiben, sondern Vertrauen, Gerechtigkeit, Hilfsbereitschaft Brücken bauen.

Ich würde glauben, daß diese Mahnung, obwohl sie sich ja zunächst nur an die Katholiken wendet, auch außerhalb der katholischen Kreise volle Beachtung finden könnte.

Wir müssen zur praktischen Betrachtung der Frage übergehen, wie man die Erzeugung steigern kann. Da tritt zunächst die **Düngerfrage** in den Vordergrund. Hier ist noch eine Förderung durch das Landwirtschaftsministerium möglich. Wir hatten im Frieden das **Verhältnis von Stickstoff zu Phosphorsäure** wie 1 zu 3. Im Kriege hat sich das Verhältnis verschoben auf 1 zu ½, und jetzt kommt auf einen Teil Stickstoff nur ein Fünftel Phosphorsäure. Es ist eine Streitfrage der Wissenschaft und Praxis, ob das Verhältnis 1 zu 3 das richtige sei. Die Wissenschaft vertritt in der letzten Zeit die Auffassung, es wäre angemessen, den Anteil der Phosphorsäure herabzusetzen, man könnte sehr gut das Verhältnis 1 zu 2 setzen und noch weniger. Jedenfalls ist es eine Tatsache, daß unser Boden an Phosphorsäure noch ziemlich angereichert ist und daß die Phosphorsäure nicht dieselbe Bedeutung hat wie der Stickstoff. Das schließt aber nicht aus, daß wir der Entwicklung der Phosphorsäureindustrie alles Interesse zuwenden. Wir hatten im Frieden eine Erzeugung von 1 440 000 Tonnen und gegenwärtig nur noch eine solche von 900 000 Tonnen. Wir hatten im Frieden eingeführt 500 000 Tonnen und führen jetzt nur 300 000 Tonnen ein. Da ist uns nun mitgeteilt worden, daß sich die Einfuhr für 1922/23 besser gestalten wird. Frankreich hatte die Ausfuhr verboten. Dieses Ausfuhrverbot ist aber jetzt aufgehoben worden, und so haben wir die Hoffnung, daß sich die Einfuhr

(Blum, Abgeordneter.)

(A) von Phosphorsäure für das kommende Wirtschaftsjahr etwas günstiger stellt. Das gilt auch für die Preisgestaltung. Während im vorigen Jahre das Prozent Phosphorsäure pro Kilo noch 1,50 Franken kostete, ist der Preis jetzt auf 70 Centimes heruntergesetzt.

Bei dieser Gelegenheit kann auch mitgeteilt werden, wie sich die erhöhte Inanspruchnahme von Koks durch das Ausland auswirkt. Bis zum 1. April haben wir täglich 17 000 Tonnen Koks an das Ausland abgeliefert, jetzt aber sind es 22 000 Tonnen. Bei der erhöhten Stahlerzeugung, die die Folge davon ist, können wir auch mit einer erhöhten Erzeugung von Phosphaten rechnen.

Nun hat man gesagt, die Phosphorsäure sei nach der Indexberechnung nicht teurer als im Frieden, der Landwirt brauche für einen Zentner Thomasmehl nicht mehr Getreide aufzuwenden als im Frieden. Für die Industrie wird also die Indexberechnung in ihrer vollen Schärfe und Prägnanz anerkannt. Der Herr Minister möge daraus entnehmen, daß diese **Indexberechnung**, die man der Industrie zubilligt, auch der **Landwirtschaft** in voller Höhe zugebilligt werden muß. Ich habe aber häufig die Erfahrung gemacht, daß man unsere Indexziffern, obwohl sie einwandfrei waren, nicht anerkennen wollte.

Eine Hauptlebensfrage für die Landwirtschaft ist die **Stickstofferzeugung**. Wir hatten im Frieden einen Stickstoffverbrauch von 180 000 Tonnen. Wir haben im Jahre 1921/22 erzeugt 300 000 Tonnen. Die Erzeugung kann nach dem neuesten Ausbau der Leuna-Werke auf 350 000 Tonnen gesteigert werden, und das Innwerk wird auch vielleicht 18 000 Tonnen ergeben, so daß wir eine beträchtliche Steigerung des Stickstoffs haben. Wenn wir aber in Betracht ziehen, daß nach dem Hilfswerk ein Bedarf an Stickstoff von (B) 500 000 Tonnen errechnet wird, den ich für durchaus richtig geschätzt halte, so ergibt sich daraus, daß die Stickstofferzeugung um fast 33 Prozent hinter dem Bedarf zurückbleibt, und das Ministerium muß sich mit uns die Aufgabe stellen, nach Mitteln und Wegen zu suchen, diesem Mangel, sei es durch Anregung zum Neubau von Fabriken oder zur Ausgestaltung oder Veredelung und Verbesserung der Erzeugungsart abzuhelfen. Allerdings entsteht die Frage, ob die Landwirtschaft diese erhöhte Menge an Stickstoff von 500 000 Tonnen auch abnehmen wird. Es ist das eine Frage der Art der Bewirtschaftung. Wenn man diese Zwangswirtschaft in ihrer Schärfe aufrechterhält, wird man nicht darauf rechnen können, daß die Landwirtschaft diese Menge abnimmt, weil sie dieselbe eben nicht nutzbringend verwenden kann. Der Preis für Stickstoffdüngemittel richtet sich nach Kohlenverbrauch, Arbeitslöhnen und Materialverbrauch, und so hat man die Relation hergestellt, daß die Relation Kohle immer der Gradmesser für die Höhe der Bewertung der Stickstoffpreise ist. Aber man hat die Erzeugung der am ungünstigsten arbeitenden Fabriken zugrunde gelegt, und hier müßte der Herr Minister einsetzen. Es folgt nämlich daraus, daß die, welche auf der Höhe der Technik stehen, also günstig arbeiten, zu hohen Gewinn haben,

(sehr richtig!)

und hier muß nach dem Rechten gesehen werden, damit diese Gewinne auf das richtige Maß herabgesetzt werden.

Nun hat man vielfach in landwirtschaftlichen Kreisen behauptet, die **Entwicklung der Stickstoffpreise** nach oben sei durch Zurückhaltung der Bestände entstanden. Wir haben uns bemüht, diese Behauptung zu prüfen. Wir haben aber kein einwandfreies Material dafür bekommen, daß diese Behauptung zutreffend ist. Jedenfalls haben wir keinen schlüssigen Beweis dafür, daß die Steigerung der Stickstoffpreise allein auf Zurückhaltung zurückzuführen ist. Dagegen ist einwandfrei festgestellt, daß diese Preissteigerung zum Teil daher kommt, weil es in bezug auf die Wagengestellung hapert, weil der Transport nicht zur richtigen Zeit erfolgen konnte. Dann sind inzwischen die Kohlenpreise und damit auch die Stickstoffpreise gestiegen. Die Wagengestellung war so, daß im August 1921 nur 56 Prozent, im Dezember nur 19 Prozent der geforderten Wagen gestellt worden sind; im Januar 1922 war es etwas besser. Dann kam der Streik und die Wagengestellung setzte ganz aus. Inzwischen kamen wieder höhere Kohlen- und damit auch höhere Düngerpreise. So ist es gekommen, daß der Dünger der Landwirtschaft nicht rechtzeitig und daher zu überhohen Preisen zugestellt wurde. Hier muß unbedingt Abhilfe erfolgen. Wir klagen über **Wagenmangel** schon jahrelang bei Abfuhr von Kartoffeln, von Düngemitteln, überhaupt bei Abfuhr aller größeren Warenmengen. Hier muß durchgreifende Abhilfe geschaffen werden. Wenn zu wenig Wagen da sind, müssen eben neue gebaut werden, und wenn man nicht die Umlaufszeit der Wagen verringern kann, so müssen eben andere Mittel und Wege gesucht werden, um dem dringenden Bedürfnis des Verkehrs besser gerecht zu werden als bisher. Ich hoffe, daß es der Tatkraft des Herrn Ministers gelingt, die Zusagen bezüglich der Düngerversorgung, von denen er sprach, so einzulösen, daß diese Klagen endlich verstummen.

Eine sehr wichtige Frage ist die der sogenannten **Düngerkredite**. Bekanntlich stellt die Stickstoffkreditgenossenschaft m. b. H., die über ein Kapital von 500 Millionen verfügt, solche Düngerkredite zur Verfügung. Dagegen fehlt eine solche Organisation in der Kali- und Phosphorsäureindustrie. Es wäre sehr verdienstlich, wenn der Herr Minister dafür sorgte, daß ähnliche Einrichtungen auch für diese beiden Düngemittelvertriebe geschaffen werden. Bei den enormen Summen, die heute für die Düngemittel erforderlich sind, ist es den meisten Landwirten nicht mehr möglich, die dafür nötigen Barmittel zur Verfügung zu stellen. Ich habe mir gestattet, einige **Leitsätze für die Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln** aufzustellen:

1. Die Stickstofferzeugung muß mit allen Mitteln gesteigert werden. Die Regierung muß dafür sorgen, daß die Landwirtschaft den Stickstoff, welchen sie bestellt, auch bestimmt und rechtzeitig bekommt. Die Regierung muß also sofort feststellen, wie groß der Bedarf an Stickstoff in diesem Jahre ist. Wenn unsere einheimische Stickstoffindustrie nicht in der Lage ist, den Bedarf zu decken, muß sie Mittel und Wege suchen, um die fehlende Menge auf andere Weise zu beschaffen.

2. Es darf nicht wieder vorkommen, daß die rechtzeitige Versorgung der Landwirtschaft mit Kunstdünger durch mangelhafte Wagengestellung gefährdet wird.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

3. Die Regierung wolle erwägen, ob nicht gleich der Stickstoffindustrie auch die übrige Düngermittelindustrie zu veranlassen ist, der Landwirtschaft den frühzeitigen Bezug von Dünger durch die weitestgehende Kreditgewährung zu ermöglichen.

4. Es muß eine großzügige Propaganda in der Landwirtschaft entfaltet werden, dahin zielend, daß auch der Klein- und Mittelbesitz noch mehr als bisher zur Anwendung des künstlichen Düngers übergeht.

Diese Leitsätze wollte ich dem Herrn Minister zur geschätzten Beachtung anheimgeben.

Schon damals im Hauptausschuß und auch sonst ist sehr oft auf die **Bedeutung des Saatgutanbaues** und der **Saatgutveredelung** hingewiesen worden. Man spricht

(**Blum**, Abgeordneter.)

in landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Kreisen soviel über die Mehrung der Erzeugung. Nun ist der Saatgutanbau und die Saatgutveredelung ein weittragendes, fast noch wirksameres Mittel als die Düngung, um den Ertrag zu steigern. Darum müssen wir darauf hinwirken, daß wir auf dem Gebiete des Saatgutwesens die führende Stellung, die wir früher hatten, auch behaupten. Es ist bekannt, daß unsere Wissenschaft auf diesem Gebiete die führende Stelle hatte, und wir sahen immer mehr die praktischen Resultate dieser **wissenschaftlichen Arbeiten.** Aber die Not der Zeit hat hier einen bedenklichen **Rückschritt** gebracht. In den Notgemeinschaften der **Universitäten** hat neulich Professor Erwin Bauer uns auseinandergesetzt, daß wir im Saatgutwesen tatsächlich keine führende Stelle mehr hätten. Er wies daraufhin, daß wir zwar bisher durch die Veredelung des Saatgutes die Erzeugung um zehn Prozent steigern konnten, daß aber Schweden auf dem Gebiete des Weizen- und Roggenbaues eine Mehrerzeugung von 25 Prozent erzielt habe.

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Mit Bedauern müssen wir sehen, daß wir nicht die nötigen Mittel haben, unsere Wirtschaft so zu befruchten und zu stärken, daß sie ihre anerkannte führende Stelle beibehält. Noch wichtiger aber ist es, der Bevölkerung durch vermehrte Erzeugung zu helfen. Da muß der Herr Minister nach dem Rechten sehen, er muß Mittel bereitstellen, um diese Wissenschaft, die noch etwas einbringt, zu stützen.

Nun komme ich auf das wichtige Gebiet der Umlage zu sprechen. Wohl kaum ist über ein Wort, über einen Begriff und eine volkswirtschaftliche Einrichtung soviel Erbitterung entstanden, soviel hin- und hergestritten worden wie über das Wort **Umlage.** Auch in nichtlandwirtschaftlichen Kreisen wird anerkannt, daß diese Umlage tatsächlich seh große Mängel hat. Sogar der vielfach angezogene **Deutsche Gewerkschaftsbund** schreibt:

> Es ist nicht zu verkennen, daß gerade die landwirtschaftliche Produktion unter den staatlichen Zwangsmaßnahmen namentlich im Kriege hat leiden müssen, und daß infolgedessen eine starke Stimmung gegen alles, was mit staatlichem Eingreifen zusammenhängt, besteht.

Sogar der Gewerkschaftsbund erkennt also an, daß gegen diese staatlichen Zwangsmaßnahmen eine berechtigte Erbitterung besteht. Diese Erbitterung ist noch weit begründeter und geht viel tiefer in den landwirtschaftlichen Kreisen.

Es würde zu weit führen, wollte ich all die Mängel in breitester Ausführlichkeit schildern, die dem **Umlageverfahren** anhaften, und all die Klagen, die dagegen vorgebracht werden. Aus allen Teilen des Reiches von großen und kleinen landwirtschaftlichen Verbänden erhalten wir scharfe Proteste gegen die Umlage. Man verwahrt sich entschieden gegen eine Neuauflage dieser Umlage. Schon die alte Umlage hatte große Mängel, die statistische Grundlage von 1907 war falsch. Herr Kollege Schmidt hat allerdings gemeint, eine wesentliche Verschiebung der Anbauarten sei nicht eingetreten. Das ist doch der Fall. Denken Sie daran, daß z. B. bei uns im Rheinlande im Kriege durch den Übergang zum Gemüsebau und zu ganz anderen Kulturarten sich eine große Verschiebung vollzogen hat.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Die sollen alle erfaßt werden!)

— Ganz recht, aber sie sind jetzt nicht erfaßt, und darum ist die statistische Unterlage schon verkehrt! Dann kommt in Betracht eine überaus mangelhafte Ernteschätzung. Vor mir habe ich die Einschätzung eines Kommunalverbandes. Danach soll er 120 Prozent der Ernte abliefern, also 20 Prozent mehr, als überhaupt geerntet ist. Das heißt doch reinweg statistischen Unfug treiben. Dann die ungleichmäßige Veranlagung. Kreise, die die gleichen Böden und gleiche Wirtschaftsverhältnisse haben, sind so eingeschätzt, daß der eine Kreis vielleicht nur 50 Prozent der Umlage des anderen aufzubringen hat. Daraus entsteht natürlich eine große soziale Unzufriedenheit in diesen benachbarten Gebieten. Sodann die mangelhafte Berücksichtigung des Ernteausfalls, der Dürre, schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse, die berücksichtigt werden müßten, weiter der mangelhafte Preis der Grundfestsetzung und die Nichtberücksichtigung der Preise für den einzelnen Ablieferungstermin. Dann macht die Verwaltung Schwierigkeiten bezüglich der Bezahlung der über die Veranlagung gelieferten Mengen sowie der Nachlaßmengen. Diese müssen doch zu den Marktpreisen vergütet werden. Diese hinausgezögerte Regelung erregt vielfache Verbitterung.

Große und berechtigte Unzufriedenheit besteht namentlich darüber, daß die **Kleie** nicht zurückgeliefert worden ist. Es gibt Landwirte, die von den abgelieferten Getreidemengen überhaupt keine Kleie zurückbekommen haben, obwohl sie diese Kleie in lebhaftester Weise reklamiert haben. Das ist in der Zeit großer Futternot doppelt hart empfunden worden. Es kommt hinzu, daß die Kleiepreise teilweise den Preis für das edle Produkt um das Drei- und Vierfache übertrafen und die Kleie in einer Beschaffenheit zurückgeliefert worden ist, daß man eher Sägespähne verfüttern konnte als die sogenannte Umlagekleie. Alle diese Mängel und Erschwernisse haben wesentlich dazu beigetragen, die Stimmung gegen das Umlageverfahren in alle Wege zu verschärfen und zu erbittern.

Nun hat der Herr Minister auseinandergesetzt, daß der **Anteil der Reichsgetreidestelle an den Kosten der öffentlichen Bewirtschaftung** nicht so hoch sei, wie vielfach behauptet werde. Ich nehme an, daß seine Zahlen, die wohl von ihm geprüft worden sind, durchweg richtig sein mögen. Aber es muß doch hervorgehoben werden, daß die Gesamtverwaltung der Reichsgetreidestelle 72 Millionen kostet. Das bedeutet ohne Zweifel einen bedeutenden Posten in unserem gesamten Haushalt. Ich hatte mir gestattet, einige kleine Anträge bezüglich der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion zu stellen, die etwa 2 bis 3 Millionen Kosten verursacht hätten. Da wurde mir entgegengehalten, die könne man nicht einsetzen; die 2 bis 3 Millionen belasteten den Etat zu stark. Wenn man schon 3 Millionen wertet, muß man erst recht darauf aus sein, so hohe Summen zu ersparen.

Nun muß darauf hingewiesen werden, daß dazu noch die oft sehr bedeutenden Kosten der Kommunalverbände kommen. Auch die **Geschäftsführung der Kommunalverbände** auf dem Gebiete der **Getreideversorgung** fordert oft die Kritik heraus. Es ist uns mitgeteilt worden, daß etwa 20 Prozent der öffentlichen Brotversorgung auf Brotkarten überhaupt nicht abgenommen seien. Was haben die Kommunalverbände gemacht? Sie haben das freie Mehl, also rund 20 Prozent des Umlagesolls, zu Marktpreisen verkauft,

(hört! hört! rechts und im Zentrum)

aber den Erlös nicht etwa zur Verbilligung des Brotpreises verwendet, sondern in die Kommunalkassen hineingenommen. Einige Kommunalverbände waren sogar so frei, das Getreide, das sie billig von der Reichsgetreidestelle bekommen hatten, derselben Reichsgetreidestelle zu Marktpreisen wieder anzubieten.

(Hört! Hört!)

(Blum, Abgeordneter.)

(A) Was nun unsere Stellung zur **Umlagevorlage** anlangt, so stehe ich nicht an, zu erklären, daß die Stellung **des Zentrums** in solchen Fragen eine schwierige ist.

(Sehr richtig! im Zentrum. — Zurufe.)

Wir sind die Partei des Ausgleichs der Interessen. Wir haben alle Stände bei uns vertreten.

(Zuruf bei den Deutschnationalen: Das ist bei uns auch so!)

— Aber nicht in dem Maße, Herr Kollege!

(Widerspruch bei den Deutschnationalen.)

— Nein, der agrarische Einfluß auf Ihre Freunde ist weit größer als bei uns. Indessen darf ich folgendes sagen: Wir bestehen 50 Jahre und haben in 50 Jahren die Politik des Ausgleichs geübt und üben müssen und infolgedessen einige Gewandtheit darin erworben.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Ich nehme an, daß es der Weisheit der Fraktion und dem Anpassungsvermögen und dem friedlichen Verhältnis der Stände, das wir glücklicherweise bei uns haben, gelingen wird, zu einem Ausgleich zu kommen.

Die Stellung der Fraktion ist nun in Entschließungen niedergelegt, die wir schon im Hauptausschuß eingebracht haben und heute erneut einbringen. Sie ist so klar, daß ich mich darauf beschränken kann, sie wiederzugeben, um unsere Stellung dadurch klar zu machen. Es ist alles darin, was man verlangen kann, zunächst die **Verurteilung des Umlageverfahrens.** Eine Getreideumlage in der bisherigen Form ist nicht möglich; sie hindert die notwendige Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung und gefährdet dadurch die dauernde Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung. Andererseits erkennen wir an, daß dafür gesorgt werden muß, daß eine genügende Brotreserve da ist. Die Versorgung der breiten Massen der Bevölkerung mit Brotgetreide muß gesichert werden. Wir wollen nicht, daß auf dem (B) Gebiete der Brotgetreideversorgung einmal eine Leere, eine Schwierigkeit oder gar eine Hungersnot entsteht. Das kann niemand, der eine nationale und christliche Gesinnung hat, verantworten.

Dann sprechen wir von der **Verbilligung für die Minderbemittelten.** Letzten Endes muß ein mit der Landwirtschaft und ihren berufenen Vertretern zu vereinbarender Preis gesichert werden. Ich würde glauben, daß es auch fast Ihrer Auffassung (zu den Deutschnationalen) entsprechen müßte, wenn eine solche Vereinbarung mit der Landwirtschaft zustande kommt, in der den Bauern der Preis zugestanden wird, den sie verlangen können. Wir glauben also, daß diese Resolution in Ihrer Redaktion eigentlich den Gipfel der Klugheit bedeutet.

(Heiterkeit.)

Sie dürfte jedenfalls eine sehr gute und brauchbare Grundlage nach rechts und links für eine günstige Lösung sein.

Was die Verbilligung anbetrifft, so wird darüber zunächst steuertechnisch gestritten, ob es möglich ist, die Verbilligung auf Grund von Zuschlägen zur Einkommensteuer oder von einer gewissen Höhe der Vermögenssteuer an zu machen. Ich habe eigentlich auch vom Vertreter des Reichsfinanzministeriums noch keinen schlüssigen Beweis dafür gehört, daß das nicht möglich ist. Ich bin andererseits der Auffassung, daß diese Verbilligung, wenn sie in vernünftiger Weise auf leistungsfähige Schultern gelegt wird, etwa von Einkommen von 100 000 Mark oder auf Vermögen von 500 000 Mark ab, eine Belastung darstellen möchte, daß sie von diesen leistungsfähigen Schultern noch getragen werden kann. Ich bin von Vertretern des Reichsfinanzministeriums darauf aufmerksam gemacht worden, man möge die Frage jetzt nicht weiter behandeln, weil sie von schädlicher Wirkung sein könne auf die Verhandlungen, die (C) jetzt in Paris geführt werden. Wir werden Gelegenheit haben, auf diese Frage zurückzukommen, wenn vielleicht ein günstiger Zeitpunkt gekommen ist. Auch ist der Vorschlag gemacht worden, durch Erlaß von Frachten und den Erlaß der Umsatzsteuer eine Verbilligung des Brotgetreides zu erzielen. Auf jeden Fall erklären wir uns gegen die alleinige Sonderbelastung der Landwirtschaft.

Noch einige Nebenfragen: Bezüglich der **Kartoffelversorgung** glaube ich, daß unsere Fraktion in ihren Leitsätzen, welche in der Entschließung für den Haushaltsausschuß niederlegt sind, programmatisch alle die Punkte behandelt, welche für die Kartoffelversorgung in Frage kommen. Wir haben den Abschluß von Verträgen gefordert, und zwar in der Art, daß das Ernährungsministerium nunmehr auch fördernd, führend und leitend für den Abschluß dieser Verträge sich einsetzen möge. Das Ministerium wird diese Verhandlungen tatkräftig und praktisch von Genossenschaft zu Genossenschaft, von Erzeuger zum Verbraucher in die richtigen Wege leiten. Wir haben auch weiter den Wunsch geäußert, daß uns über den Abschluß und den Stand der Dinge Kenntnis gegeben werde. Allerdings haben wir, weil es schon so spät war, uns dazu verstehen müssen, diesen Termin auf den 31. August zu bestimmen. Das ist wohl etwas reichlich spät. Wir nehmen aber an, daß es bis dahin dem Ministerium möglich geworden ist, in großen Zügen den Abschluß von Verträgen zu tätigen, so daß in der Hauptsache der Bezug von Kartoffeln durch Vertragsabschluß gesichert ist.

Weiter wollen wir auch eine Frachtermäßigung für **minderbemittelte und kinderreiche Familien** namentlich für solche Kartoffeln, die zu ermäßigten Preisen geliefert werden. Auch heute schon hat das Ministerium die Möglichkeit gehabt und davon Gebrauch gemacht (D) und für charitative Vereinigungen, für Waisenhäuser, für Kinderheime, Klöster, Krankenhäuser und Pflegeanstalten eine Frachtermäßigung eintreten lassen. Ich habe verschiedentlich Gelegenheit gehabt, konstatieren zu können, daß diese Frachtermäßigung eine wesentliche Beihilfe für die großen Ziele, die derartige Anstalten verfolgen, war. Wir wollen einen sachgemäßen Anbau von Kartoffelsaatgut, und der Minister hat uns ja zugesagt, daß er auf eine technische Ausbildung des Saatgutanbaues, verteilt auf alle Teile des Reichs, sein Augenmerk richten will. Das Schiebertum wollen wir mit scharfen Maßnahmen bekämpft sehen, den reellen Handel befördern. Gleichzeitig weisen wir auch hier wieder darauf hin, wie wichtig die genügende und zeitige Gestellung von Wagen für den Abtransport ist.

Bezüglich der **Zuckerfrage** sind wir auch der Ansicht, daß die Zuckerpreise eminent hoch und für die Bevölkerung unerträglich sind. Wenn hier auf den Zusammenhang zwischen Rübenbau und Landwirtschaft hingewiesen wird, muß betont werden, daß der Rübenbau an der Zuckerverteuerung keinen Anteil hat. Wenn im vergangenen Jahr ein Rübenpreis von 30 bis 40 Mark bezahlt worden ist, und wenn Sie berechnen, daß 11 Zentner Zuckerrüben notwendig sind, um einen Zentner Zucker zu produzieren, können Sie daraus entnehmen, daß ein derartiger Rübenpreis in keinem Verhältnis zu einem Zuckerpreis von 1000, 1100 und 1200 Mark steht. Die wenigen Landwirte, die nebenher Teilhaber einer Zuckerfabrik sind, genügen nicht, um den Vorwurf herzuleiten, daß zwischen Rübenbau und hohem Zuckerpreis irgendein ursächlicher Zusammenhang besteht. Wir sind aber der Auffassung, daß diese überhohen Gewinne, welche die Zuckerindustrie jetzt einheimst, unbedingt in irgendeiner Form der Allgemein-

(**Blum**, Abgeordneter.)

(A) heit, namentlich zur Verbilligung des Zuckers, wieder nutzbar gemacht werden müssen.

Wir hatten uns dann erlaubt, einige Anträge zu stellen, die der **Ausbildung und Schulung**, namentlich **der landwirtschaftlichen Jugend**, dienen sollen. Wir können gar nicht nachdrücklich genug darauf hinweisen, daß neben den materiellen Mitteln natürlich auch die Schulung einhergehen muß, eine Schulung, welche den landwirtschaftlichen Berufsstand befähigt, nun auch die hohen Aufgaben zu erfüllen, die ihm gestellt sind. Wir hoffen, daß es dem Einfluß des Ministers gelingt, namentlich das landwirtschaftliche Schul- und Bildungswesen, das ja im einzelnen den Ländern untersteht, so zu fördern, daß es, dezentralisiert, die ganze landwirtschaftliche Bevölkerung so erfaßt, daß auch von einer Durchbildung des landwirtschaftlichen Berufsstandes in seiner Jugend und seinem Nachwuchs mit Recht geredet werden kann. Diese Ausbildung ist bis jetzt eine durchaus unvollkommene. Man hat statistische Berechnungen darüber angestellt, wie viel Prozent der landwirtschaftlichen Bevölkerung von den Fortbildungsschulen, der landwirtschaftlichen Winterschulausbildung, erfaßt werden. Es sind nur ganz wenige Prozente, und es muß heute unsere Pflicht sein, diesen Prozentsatz zu steigern. Wir können vom Herrn Minister, der ja selbst auf hoher Warte der landwirtschaftlichen Wissenschaft dient, erwarten, daß er auch der allgemeinen landwirtschaftlichen Berufsausbildung seine volle Förderung angedeihen lassen wird.

Nun haben wir uns noch erlaubt, einige Anträge bezüglich der Förderung und Schaffung von **Musteranlagen für Treib-, Früh- und** intensivsten **Feldgemüsebau** zu stellen. Wir glauben, daß dieser Antrag eine außerordentliche Beachtung verdient. Er ist eigentlich die praktische Ausgestaltung des Siedlungswesens. Wenn wir siedeln wollen, wenn wir auf kleiner (B) Scholle Leute ernähren wollen, dann müssen wir sie in die Lage setzen, durch intensivste Art der Bewirtschaftung sich selbst zu ernähren und möglichst viele Lebensmittel zu erzeugen. Dies ist also eine Siedlungsfrage, und es ist eine Ernährungsfrage zugleich. Wir möchten glauben, daß durch die Ausgestaltung des Schulwesens, durch Förderung des Schulbesuchs und durch Erleichterung der Bedingungen das Mittel geschaffen wird, um nun auch auf kleiner Scholle dem Siedler die Ernährungsgelegenheit zu verschaffen und auf kleiner Scholle möglichst viele Nahrungsmittel zu produzieren, um den Mangel an Nahrungsmitteln, der leider auf weiten Gebieten des Nahrungsmittelmarktes besteht, zu mildern.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Thomsen hat auf die **Pflege des Idealismus** hingewiesen. Wir sind auch durchaus der Meinung, daß der Idealismus der Nährboden sein muß, auf dem die Landwirtschaft gedeihen soll, damit sie zu den höchsten Aufgaben befähigt wird, die ihr gestellt sind. Durch Arbeit, Fleiß und echte Religiosität soll nicht nur der einzelne Landwirt, sondern der gesamte Berufsstand gehoben werden, wodurch auch ein großer Zug des Idealismus in die Bevölkerung hineingetragen wird, die uns sonst nicht so nahe steht. In diesem Sinne werden wir unentwegt arbeiten.

Wenn der Herr Kollege Thomsen dann gesagt hat, daß der Kampf entfacht werden müßte, der Kampf in der Natur und mit der Natur, so sind wir auch der Auffassung, daß wir diesen Kampf, den Kampf der Leibeskräfte in und mit der Natur, aber auch den Kampf der Seelenkräfte aufnehmen müssen. Wenn wir den aufnehmen und mit Erfolg durchführen, dann hoffen wir aber auch, daß der Kampf aus dem öffent- (C) lichen Leben verschwindet, der Kampf in der Volkswirtschaft, der Kampf zwischen den Ständen, und daß er Platz machen wird nicht bloß einem Frieden in der Volkswirtschaft, sondern auch einem Frieden unter den Ständen im Vaterlande.

(Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hertz.

Dr. **Hertz**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Freunde haben mit großem Interesse dem ersten Auftreten des neuen Herrn Reichsernährungsministers entgegengesehen. Denn kaum irgend etwas bewegt in der heutigen Zeit die Bevölkerung so sehr wie die Ernährungsfrage. Von dem heutigen **Auftreten des neuen Ernährungsministers** erwartete man die Möglichkeit eines Urteils, ob sich gegenüber dem früheren Zustande etwas gebessert hat oder nicht. Ich kann nach der Rede des Herrn Ministers nicht sagen, daß ich einen besonders günstigen Eindruck von dem neuen Kurs erhalten habe.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Na, dann ist der Minister richtig!)

— Ich weiß nicht, ob Herr Fehr sich gerade über diese Worte aus Ihrem Munde sehr freuen wird. — Wenn ich auch zugebe, daß manches Wort, das wir aus dem Munde des Herrn Ernährungsministers vernommen haben, versöhnlicher und objektiver klang, als wir es bisher gewöhnt waren, so hat mich doch die Tatsache, daß der Herr Ernährungsministers sich eines Eingehens auf die wichtigste Frage und die mit ihr verbundenen Drohungen der Landwirtschaft fast vollständig enthalten hat, zu einigen Bedenken gezwungen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es wäre doch die vornehmste Aufgabe eines Ernährungs- (D) ministers gewesen, in seiner ersten Rede zu den an Schärfe wie an Zahl bedeutsamen **Drohungen der Landwirtschaft und ihrer Organisationen** Stellung zu nehmen,

(sehr wahr! links)

zu den Drohungen, die unmittelbar gegen die Absicht gerichtet sind, die Volksernährung zu sichern.

(Zustimmung links.)

Wenn solche Äußerungen, wie sie der Abgeordnete Schmidt (Cöpenick) vorhin verlesen hat, in unzähligen Beschlüssen der maßgebenden Organisationen der Landwirtschaft zum Ausdruck kommen, und wenn diese Äußerungen eine ungeheure Erregung in den Kreisen der verbrauchenden Bevölkerung hervorrufen, dann darf man doch wohl von dem leitenden Minister erwarten, daß er sich über diese Äußerungen so bald als möglich und absolut eindeutig ausläßt.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Es ist zweifellos ein Mangel, daß Herr Minister Fehr das unterlassen hat, ein Mangel, der nur dadurch wieder gutzumachen ist, daß er einmal die Worte über die Aufgaben der landwirtschaftlichen Organisationen findet, die endlich einmal an dieser Stelle gesprochen werden müssen. Gerade wir als Vertreter von Arbeiterorganisationen verlangen sie von ihm, weil wir das hohe Verantwortungsgefühl auch unseren eigenen Organisationen gegenüber predigen. Wir haben es bei Gelegenheiten, bei denen das allgemeine Interesse es verlangt hat, auch nie versäumt, öffentlich an unsern Organisationen Kritik zu üben, wenn uns ihre Haltung nicht mit diesem allgemeinen Interesse im Einklang zu stehen schien. Wir erwarten und verlangen deshalb von einem verantwortlichen Minister, daß er gegenüber so gewaltigen Übergriffen und an-

(Dr. Hertz, Abgeordneter.)

(A) gesichts ungemein gefährlicher Drohungen der Landwirtschaft klar und entschieden das Allgemeinwohl vertritt.

Welche Aufgaben haben denn die landwirtschaftlichen Organisationen? Sie sagen, sie wollen die landwirtschaftliche Erzeugung steigern und damit die Ernährung der Bevölkerung sicherstellen. Aber man braucht nur einen Blick in ihre Presse zu tun, um zu sehen, daß dann, wenn sie an ihre Mitglieder unmittelbar herankommen, von der Lösung dieser Aufgaben gar nicht gesprochen wird, daß nur Worte des Hasses, der Erbitterung, des Eigennutzes in ihren Organen zu lesen sind.

(Zurufe in der Mitte.)

Meine Damen und Herren! Der vom Landbund und vom Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft geführte systematische **Kampf gegen die Getreideumlage** ist nichts anderes als der **Bürgerkrieg der Agrarier gegen die Städte.**

(Lebhafte Zustimmung links.)

Alle politischen Parteien, angefangen von den Deutschnationalen bis hinüber zu den Demokraten, die mit diesen landwirtschaftlichen Organisationen den Kampf gegen die Getreideumlage aufgenommen haben, beteiligen sich an diesem Bürgerkriege gegen die Städte. Wenn er Erfolg hätte, würde er nicht nur unser Staatswesen, sondern unsere ganze Wirtschaft, den langsamen und schwierigen Aufbau der letzten zwei Jahre, unwiderruflich in ein Chaos verwandeln.

Wir haben am Montag dieser Woche Gelegenheit gehabt, einen der hervorragendsten Vertreter der deutschen Landwirtschaft, ich glaube einen der Herren aus der Leitung des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, in einer **Ernährungskonferenz der Stadt Berlin** zu hören. Die Stadt Berlin hatte Veranlassung genommen, die preußischen Behörden — ich (B) weiß nicht, ob auch die Reichsbehörden — einzuladen und auch die Parteien dieses Hauses zu einer Aussprache zu bitten, um ihnen einmal von dem berufenen Vertreter der Stadt, darunter dem Ernährungsdezernenten, der der Deutschnationalen Volkspartei angehört, die Nöte einer 4-Millionen-Stadt schildern zu lassen, die nicht imstande ist, ihre Bevölkerung ausreichend und zu billigen Preisen mit Lebensmitteln zu versorgen. Der Herr **Ökonomierat Kaiser,** der dort als Vertreter der Landwirtschaft gesprochen hat, hat nicht ein Wort des Verständnisses für diese schwierige Situation gefunden.

(Sehr richtig! links.)

Er hat gesprochen wie ein Mann, dem ausdrücklich die Aufgabe übertragen worden ist, den Kampf der Agrarier, der Erzeuger, gegen die notleidenden Städter offen anzukündigen. Als vor einigen Jahren in einer erregten Volksversammlung von einem unbesonnenen, ungeschulten Menschen gesagt wurde: Wir Arbeiter haben die Hand an der Gurgel des Staates! da fand das mit Recht allgemeine Verurteilung. Jetzt aber, wo ein offizieller Vertreter des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft in der Beratung einer ausgewählten Körperschaft, zwar nicht mit diesen Worten, aber denselben Gedanken aussprach, da findet das bei den Herren von der Rechten ebensowenig Entrüstung, wie die entsprechenden Drohungen ihrer Presse und ihrer Organisationen.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Infolge dieses systematischen Kampfes der landwirtschaftlichen Organisationen gegen die Getreideumlage hat sich der **städtischen Bevölkerung** eine ungeheure **Erregung** bemächtigt, eine Erregung, die auch berechtigt ist; denn in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation sollen wir über Maßnahmen entscheiden, die ihre Wirkungen erst mehrere Monate später äußern, in (C) einer Zeit, deren eigentliche wirtschaftliche Verhältnisse wir heute noch nicht zu überschauen imstande sind. Große Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß wir in den nächsten Monaten eine wesentliche Verschlechterung unserer Wirtschaftslage durch die Vergrößerung der Zahl der Erwerbslosen bekommen werden. Wir haben hier an dieser Stelle nicht nur daran zu denken, wie wir Riesenprofite für die Agrarier und die landwirtschaftliche Bevölkerung überhaupt sichern, sondern auch daran, wie denjenigen, die der Kapitalismus als System um die Möglichkeit bringt, ihren Lebensunterhalt durch ehrliche Arbeit zu erwerben, das Stück Brot zu erträglichen Preisen zugeführt werden kann.

(Sehr richtig! links.)

Von solchen Erwägungen sind ja nicht nur diejenigen geleitet, die ihre politische Vertretung auf der Linken sehen, sondern die Erregung über die Unsicherheit der Ernährungslage der Städte reicht bis in die äußerste Rechte hinein.

Der Herr Kollege Schmidt hat bereits auf den Aufsatz einer **Frau Hübner im „Tag"** hingewiesen, der eine gewisse Berühmtheit dadurch erlangt hat, daß diese der **Deutschnationalen Partei** angehörige Frau mit außerordentlicher Offenheit über die Verwerflichkeit des Bestrebens der Herren von der Rechten sich geäußert hat. Diese deutschnationale Stimme ist aber nicht nur deshalb bedeutungsvoll, weil sie von der Erregung in der großstädtischen Bevölkerung ohne Unterschied der Partei Kenntnis gibt, sondern weil die Betreffende aus ihrer Kenntnis der agrarischen Verhältnisse heraus auch dem Märchen zu Leibe geht, als wenn die wilde Preissteigerung, die wir in den letzten Jahren gehabt haben, eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung herbeigeführt hätte. Die Dame sagt:

> Die Behauptung, daß diese Gewinne produktionsfördernd wirkten und also volkswirtschaftlich unbedingt zu begrüßen seien, gewinnt ein merkwürdiges Aussehen, wenn man weiß, wie sie verwandt werden. Ein Vetter, der ein mittleres Bauerngut sein eigen nennt, erzählte mir jüngst, er stecke seinen Verdienst in die Wirtschaft und in den Boden hinein. Die meisten im Dorfe pfropften sich die Stuben voll kostbarer Möbel, Klaviere oder legten ihre Scheine in Brillanten und anderen Goldwerten an. Und doch muß auch dem besagten Vetter ein anständiges Stück Geld übrig bleiben. Er will jetzt ein landwirtschaftliches Gut erst pachten und dann kaufen? Soll etwa auch so etwas noch Produktionsförderung heißen?

(D)

Jeder, der die landwirtschaftlichen Verhältnisse etwas näher zu beobachten Gelegenheit hatte, wird die Richtigkeit dieser Äußerung bestätigen. Damit soll nicht bestritten werden, daß sich jetzt auch wieder Nachfrage nach Betriebskapital in der Landwirtschaft zeigt. Beide Dinge aber haben miteinander nichts zu tun. Betriebskapital braucht natürlich die Landwirtschaft heute, in Papiermark ausgedrückt, viel mehr als früher. Die eine Tatsache aber ist doch unbestreitbar, daß die Hypotheken, die früher als feste Schulden auf dem landwirtschaftlichen Besitze ruhten, zu einem außerordentlich großen Umfang abgezahlt sind, und daß, wenn die Landwirtschaft heute Betriebskapital braucht, sie mit viel weniger Schwierigkeiten bei der Beschaffung zu rechnen hat, als das früher der Fall war. Auf der anderen Seite steht dieser geringeren Anforderung an Betriebskapital ein ungeheuer gesteigerter Wert des Grund und Bodens, der Baulichkeiten und des landwirtschaftlichen Inventars usw. gegenüber.

(Dr. **Hertz**, Abgeordneter.)

(A) Es ist auch falsch, daß die **freie Wirtschaft** uns die geringe **Steigerung der Produktion** gebracht habe, von der der Herr Minister uns heute Kenntnis gegeben hat. Erstens ist die Steigerung der Produktion in den letzten Jahren außerordentlich gering und bleibt hinter der durchschnittlichen Steigerung in Friedenszeiten, wie wir sie auf allen Gebieten gehabt haben, außerordentlich stark zurück. Es ist aber falsch, daß diese Steigerung infolge der Einführung der freien Wirtschaft eingetreten ist. Sie ist eingetreten trotz der freien Wirtschaft. Insbesondere ist trotz der freien Wirtschaft der Anbau größer geworden. Denn noch heute, meine Herren, bin ich trotz meiner wiederholten Frage an die Landwirtschaft ohne eine Antwort auf die Frage, wie denn die Herren die Tatsache erklären wollen, daß in einer Zeit sinkender Preise für die Landwirtschaft, in der Zeit der Caprivischen Handelszölle, in einer Zeit recht geringer Rentabilität des Getreidebaues die Steigerung der Intensität gerade des Getreidebaues am allergrößten gewesen ist.

Meine Herren, das führt uns zu dem Ausgangspunkt, den man ja auch heute in verschiedenen Gegenden des Reichs wieder beobachtet, daß heute der Zwang zur intensiven Wirtschaft infolge der Abbürdung der Schulden und infolge der ganzen günstigen Lage der Landwirtschaft nicht mehr so stark ist wie in den 90er Jahren, und daß deshalb die Intensivierung der Landwirtschaft nicht so schnell vorwärtsschreitet, wie das im Interesse unserer Volksernährung notwendig wäre. Aber wenn wir auch zugeben, daß die Steigerung der Intensität der Landwirtschaft durchaus notwendig ist, — ich kann nicht zugeben, daß sie um jeden Preis erreicht werden soll. Ich kann nicht zugeben, daß, wie das in den letzten Jahren geschehen ist, sie erkauft werden soll unter

(B) Opferung wichtiger Interessen der Allgemeinheit,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

wichtiger Interessen der deutschen Volkswirtschaft.

Ich habe den Eindruck, als ob der Herr Minister sich jetzt auch auf diesen Weg begeben will, und wenn seine Worte so gemeint waren, wie wir sie auffassen, dann haben wir von ihm durchaus keine Änderung des bisherigen Ernährungssystems zu erwarten.

Der Herr Minister hat erklärt, daß er die allgemeinen Grundlagen des Zollschutzes wiederherstellen wird — so habe ich seine Worte aufgefaßt —, wenn eben die Lage der deutschen Landwirtschaft das erfordert.

(Widerspruch vom Regierungstisch.)

— Ich polemisiere gegen die Worte, wie ich sie verstanden habe. Aber es sollte mich freuen, wenn meine Befürchtungen unbegründet sind. Entweder aber muß ich diese Worte so auslegen, weil ich mit dem Herrn Kollegen Schmidt seit Monaten die Bestrebungen der Landwirtschaft verfolge — man ist zwar nicht ehrlich genug, sich offen hervorzuwagen,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

weil man dafür nach außen hin heute noch nicht die Verantwortung übernehmen will. — Wenn der Minister die Absicht hat, den vollen **Zollschutz** wieder einzuführen, um der deutschen **Landwirtschaft** die Möglichkeit zu geben, nicht nur jetzt die Weltmarktpreise zu erreichen, weil sie höher sind als die inländischen Preise, sondern auch zu erreichen, daß die Inlandspreise hochgehalten werden können, wenn die Weltmarktpreise unter die inländischen sinken, so mag er sich heute schon darüber im klaren sein, daß er in diesem Bestreben auf den eisernen Widerstand der gesamten deutschen Arbeiterschaft stoßen wird.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Sozialdemokraten.)

(C) Meine Herren, ich glaube, nicht zuviel zu sagen: der Kampf um den Zolltarif, der Kampf um die Hochhaltung der Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist noch heute in den Köpfen der Arbeiterklasse lebendig. Es bedarf keiner eingehenden Aufklärung unsererseits, um den Massen klar zu machen, was dieser Zollschutz in seiner Wirkung heute auf die Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten und Beamten bedeutet. Es wird um so weniger eine intensive Aufklärung notwendig sein, als bei dieser Gelegenheit ja jedem klar wird, daß nur das Interesse an den hohen Preisen die deutsche Landwirtschaft bisher geleitet hat und für die Folge leitet.

Die Steigerung der Intensität der deutschen Landwirtschaft wird auch von uns, wie ich bereits sagte, erstrebt, aber nicht unter Opferung der Interessen der Allgemeinheit, wie das bisher geschehen ist, weil die Freigabe der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ohne jede sorgsame Prüfung darauf geschah, ob die Voraussetzungen dafür gegeben waren, und weil wir eben diese gewaltige **Preissteigerung** auf allen Gebieten eintauschten, die ein starkes Sinken des Reallohns der deutschen **Arbeiter** und ein starkes **Sinken seiner Lebenshaltung** zur Folge hatte. Es muß doch bedenklich stimmen, wenn man erfährt, daß der Fleischverbrauch in Deutschland jetzt bloß noch 40 Prozent des Friedensverbrauchs beträgt, daß der Verbrauch an Brotgetreide um 24 Prozent geringer ist als früher.

(Hört! Hört! links.)

Das ist doch die Einschnürung der Lebenshaltung gerade bei den Nahrungsmitteln, die die Arbeitskraft des Menschen sichern und stärken sollen.

(Sehr wahr! links.)

Daher haben wir heute eine erhebliche Senkung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter, weil es uns nicht gelungen ist, die während des Krieges verloren gegangenen (D) Kräfte in vollem Maße zu ersetzen.

(Sehr richtig! links.)

In der „Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes im Jahre 1920/21“, die vom Reichsgesundheitsamt vor wenigen Wochen herausgegeben worden ist, findet sich die wichtige Feststellung, daß die **Sterbeziffer** auch gegenwärtig noch im **Steigen begriffen** ist, daß sie steigt, trotz einer Abnahme der Säuglingssterblichkeit, und zwar gerade in den Schichten der Bevölkerung, die für die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft entscheidend sind.

(Hört! Hört! links.)

Den Höhepunkt erreicht diese Sterblichkeit beim männlichen wie beim weiblichen Geschlecht im Alter von über 15 bis 20 Jahren, bei der heranwachsenden Jugend, die die beste Kraft der deutschen Bevölkerung darstellt. Die Schrift des Gesundheitsamtes sagt dazu:

> Diese Ergebnisse lassen deutlich erkennen, daß die Folgen der ungünstigen Ernährungsverhältnisse während des Krieges ihren nachteiligen Einfluß auf die Sterblichkeit der Altersgruppen jenseits des Säuglingsalters auch nach dem Kriege noch ausübten, und daß hiervon die bereits mit Tuberkulose behafteten Personen, selbst wenn sie im rüstigen Alter standen, vornehmlich betroffen worden sind.

Ich verzichte darauf, aus dieser Schrift, die eine ungeheure Fülle von Material über die verwüstenden Wirkungen der Unterernährung enthält, noch weitere Einzelheiten vorzutragen. Das eine aber ist sicher: nicht nur die Unterernährung während des Krieges, sondern auch die verderbliche Ernährungspolitik nach dem Kriege hat diese ungeheuren Verwüstungen an unserem Volkskörper heraufbeschworen.

(Dr. **Hertz**, Abgeordneter.)

(A) Bei der Beratung des Etats des Arbeitsministeriums hat der Herr Reichsarbeitsminister die folgenden sehr beachtenswerten Worte gesprochen:

> Der Staat besitzt nichts Wertvolleres als die Arbeitskraft seiner Bürger, insbesondere der verarmte Staat. Darum soll diese Arbeitskraft nach Möglichkeit geschützt werden.

Ist gegen den ersten Satz absolut nichts einzuwenden und kann ich mich nur darüber freuen, daß ein solches Wort von dieser Stelle aus gesprochen wurde, so möchte ich doch sagen, nach der Folgerung, die sich aus dieser Tatsache ergibt, hat die Reichsregierung in den letzten Jahren nicht gehandelt. Insbesondere ist danach im Ernährungsministerium nicht gehandelt worden; denn ohne Rücksicht auf die Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft, ohne Rücksicht auf die Steigerungsfähigkeit der Arbeitsleistung der großen Massen unserer Bevölkerung, von der das Gedeihen der deutschen Volkswirtschaft abhängt, ist eine Politik betrieben worden, die neben der ungeheuren Preissteigerung auch den Mangel an einer ganzen Reihe von wichtigen Erzeugnissen weiter aufrechterhalten hat.

Meine Damen und Herren! Man sollte eigentlich glauben, daß die ungeheure **Verschlechterung der Lebenshaltung** auch Sie interessieren müßte, weil sie ja nicht nur die Arbeiter und Angestellten trifft, sondern in gleichem, wenn nicht in höherem Maße die **Beamten** und die **Rentner** aller Art, die Rentner, von denen hier ja oft mit so warmem Verständnis gesprochen wurde und die immer von allen Seiten des Hauses die Versicherung erhielten, daß man ihre trostlose Lage vollkommen anerkenne. Wenn Sie aber gerade bei dieser Gestaltung der Ernährungsverhältnisse den Notwendigkeiten, die für die Arbeiter gelten, keine Rechnung tragen, so wirkt sich das ungeheuer schädigend aus auch (B) für die Beamten, für die Rentner, insbesondere die notleidensten unter diesen Rentnern, die Sozialrentner und die Kapitalrentner. Diese Schichten, die sich nicht gegen eine Steigerung der Lebenshaltungskosten wehren können, deren Einkommen nicht oder nur außerordentlich schwer zu steigern ist, werden zermalmt, wenn sie nicht vor einer weiteren Teuerungswelle bewahrt werden.

Meine Damen und Herren! Wie der Herr Kollege Schmidt vorhin schon betont hat und wie auch früher von mir an dieser Stelle ausgeführt worden ist, haben wir gar keine Veranlassung, unbedingt an der **Zwangswirtschaft** festzuhalten. Sie entspricht nicht unseren wirtschaftspolitischen Anschauungen und ist von uns nur so lange für notwendig gehalten worden, als die Erzeugung nicht ausreicht, um den Bedarf zu decken, und Mangelwirtschaft die Preise sonst in die Höhe treiben würde. Aber wir haben heute insbesondere bei der Getreidewirtschaft noch den Zustand, daß die einheimische Erzeugung den Bedarf nicht deckt. Wir können deshalb ohne behördliche Regelung nicht auskommen, weil wir sonst den wilden Schwankungen der Konjunktur, dem wilden Auf und Ab unseres Devisenstandes einfach ausgeliefert wären und damit nicht nur eine schwere Schädigung der Lohn- und Gehaltsempfänger eintreten würde, sondern auch Unsicherheit für die Industrie, Erhöhung ihrer Produktionskosten, Erschwerung ihres Absatzes und damit Arbeitslosigkeit und neue innere Schwierigkeiten.

(Sehr wahr! links.)

Es ist für mich nicht ohne Interesse gewesen, daß die Herren von der **Landwirtschaft**, die im vergangenen Jahre meinen Berechnungen, die ihren voraussichtlichen Gewinn aus der Freigabe der Wirtschaft berechneten, sehr scharf entgegentraten, jetzt viel größere Gewinne für sich herausrechnen, als ich das damals mir zu tun (C) erlaubte. Ich habe gesagt, die Aufhebung der Zwangswirtschaft werde ihnen aller Voraussicht nach einen Gewinn von 5 Milliarden Papiermark bringen. Ich habe mit einer mäßigen Steigerung der ausländischen Devisenkurse gerechnet und diese meinen Berechnungen zugrunde gelegt. Sie haben damals getobt vor Entrüstung, daß ich Ihnen vorwerfen wollte, sie seien so große Schädlinge an der deutschen Volkswirtschaft, daß Sie zu Lasten der Allgemeinheit einen Vorteil von 5 Milliarden Papiermark für sich beanspruchen würden. Meine Herren, heute geben Sie die Richtigkeit meiner Berechnungen zu, ja Sie geben viel mehr zu; denn Sie selber rechnen ja mit etwa **30 Milliarden Papiermark**,

(hört! hört! links)

die Ihnen **im kommenden Wirtschaftsjahr** als **Gewinn** entgehen, wenn es bei der bisherigen Wirtschaft bleibt.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, wenn Sie für das nächste Jahr mit 30 Milliarden Papiermark rechnen, so mag die Zahl an sich richtig sein. Aber wenn diese Zahl richtig ist, dann ist meine Berechnung noch richtiger, daß Sie für das vergangene Jahr nicht etwa 5 Milliarden Gewinn gehabt haben, sondern 13 bis 15 Milliarden.

(Sehr richtig! links.)

Diesen Gewinn hat Ihnen die Aufhebung der freien Wirtschaft, diesen Gewinn hat Ihnen die Einführung des Umlageverfahrens mit der Freigabe von vier Fünfteln der Getreideerzeugung gebracht. Meine Herren, Es ist unmöglich — und ich weiß nicht, ob es jemand gibt, der, wenn er verantwortlich denkt, das nicht auch wenigstens unter vier Augen zugestehen würde —, daß wir den Preis für das wichtigste Nahrungsmittel abhängig machen können von jeder Konjunkturschwankung. Sie brauchen ja nur in den Kreisen, die Ihnen nahestehen, (D) zu fragen, wie das gewirkt hat. Vor einigen Wochen haben zum Beispiel die Bäcker in der Stadt Berlin erklärt, sie stellen einfach das Backen von freiem Brot und Brötchen ein, weil sie mit diesen wilden Konjunkturschwankungen bei der nachlassenden Kaufkraft der Bevölkerung nicht mehr mitmachen können. Wenn das nun bei der gesamten Brotgetreideversorgung einträte, dann würden Sie nicht ohne die schwersten Notstände und ohne die größten Gefahren für Staat und Wirtschaft durch den kommenden Winter kommen.

Die **Landwirtschaft** spricht von der **Sondersteuer**, die ihr als dem einzigen Gewerbe auferlegt werden solle. Sehr viel Geist hat nicht dazu gehört, um dieses Schlagwort aufzubringen, und sehr viel Richtigkeit steckt in ihm auch nicht. Ich wollte einmal die Herren von der Landwirtschaft hören, wenn jetzt die Zechenbesitzer kämen und sagten, ihnen sei durch die Zwangsregelung bei der Kohle eine Sondersteuer von so und so viel auferlegt worden. Ich möchte Sie auch einmal hören, wenn die Arbeiter jetzt dasselbe täten. Der Kampf der Landwirte gegen die Umlage ist nicht ein Kampf gegen den Zwang des Staates an sich. Den Zwang des Staates nehmen Sie sehr gern, wenn er so aussieht, wie er unter dem Ernährungsminister Hermes ausgesehen hat.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie führen den Kampf nur gegen die Beschränkung Ihrer Profite, Sie führen den Kampf nur um die völlig freie Preisgestaltung, um die Weltmarktpreise, um die ungeheueren Konjunkturgewinne. Wenn Sie die Weltmarktpreise für Ihr Getreide verlangen, dann müßten Sie auch gerechterweise den Arbeitern das Recht zugestehen, Weltmarktlöhne zu beziehen. Wollen Sie sich vorstellen, meine Herren, was das bedeuten würde! Heute beträgt der Lohn des deutschen Arbeiters etwa

(Dr. Hertz, Abgeordneter.)

25 bis 30 Prozent des Weltmarktlohnes in den valutastarken Ländern. Zwei Drittel des Arbeitslohnes würden also nach Ihrer Argumentation dem Arbeiter genommen. In Zahlen ausgedrückt würde das wahrscheinlich eine Sondersteuer von 120 bis 150 Milliarden Papiermark ausmachen. Wenn nun die Arbeiter verlangten, daß ihnen diese Sondersteuer abgenommen würde, wie es die Landwirtschaft verlangt, daß ihr die sogenannte Sondersteuer für die Getreideumlage nicht zugemutet werden solle, dann möchte ich einmal Sie und Ihre Presse sehen.

Aber, meine Herren, haben Sie denn früher auf dem Standpunkt gestanden, daß eine **Sonderbehandlung der Landwirtschaft** nicht möglich sei? Ich habe vorhin schon von dem **Schutzzoll** gesprochen. Sie haben sich nie gegen den Schutzzoll gewehrt, Sie waren die eifrigsten Rufer für ihn, Sie haben ihn verlangt, Sie haben ihn durchgesetzt. Was ist denn der Schutzzoll anders als eine Sondersteuer der Allgemeinheit zugunsten der Agrarier?

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie wollen also die Sondersteuer, wenn sie Ihnen nützlich ist, und Sie bekämpfen sie, wenn sie Ihnen schädlich erscheint.

Wie war es bei der **Maisverbilligung**? Haben Sie etwa gegen die Bewilligung von mehr als 4½ Milliarden Mark, die allein der Landwirtschaft zugute gekommen sind, irgendein Bedenken gehabt? Waren Sie es nicht, die diese Maisverbilligung erstrebt und sie trotz der ungeheueren Betrügereien, die dabei vorgekommen sind, von der Regierung immer und immer wieder verlangt haben? Und haben Sie ein Bedenken dagegen gehabt, daß aus den Taschen der Allgemeinheit 600 Millionen Mark für die **Verbilligung von Phosphaten** zu Düngemittelzwecken bewilligt wurden? Da waren Sie auch Freunde der Sondersteuer, weil die Sondersteuer anderen auferlegt wurde.

(Zuruf rechts.)

— Wieviel oder wie wenig die deutsche Landwirtschaft zu der Sondersteuer beigetragen hat, darüber mögen Sie sich bei Ihrem Parteifreund Herrn Dr. Delbrück erkundigen. Er brauchte nicht erst Ihre Stellungnahme zu den neuen Reichssteuervorlagen abzuwarten, sondern konnte bereits auf Grund Ihres frivolen Kampfes gegen die Nachlaßsteuer im Jahre 1909 zu der Feststellung kommen, daß kein Stand in Deutschland sich so steuerscheu erwiesen habe wie Sie.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

Und wenn Sie noch ein weiteres Zeugnis haben wollen, so nehmen Sie doch, bitte, einmal die Schrift des Herrn Abgeordneten Dr. Helfferich zur Hand, die er allerdings vor zwei Jahrzehnten geschrieben hat und in der er zu dem vernichtendsten Urteil kommt, das jemals über die deutsche Landwirtschaft ausgesprochen worden ist.

Meine Freunde sind deshalb für die Aufrechterhaltung der **Umlage für Getreide**. Die Aufrechterhaltung der Umlage ist notwendig, womit wir allerdings nicht sagen, daß sie in ihrer jetzigen Form allen Wünschen, auch den von uns als berechtigt anerkannten, der Landwirtschaft entspricht. Zunächst einmal muß nach unserer Überzeugung die Menge auf 4½ **Millionen Tonnen** erhöht werden. Das ist auch entgegen den Klagen der Landwirtschaft durchaus möglich, da die Getreideernte im abgelaufenen Jahre fast 12 Millionen Tonnen betrug, die Umlage aber nur 2½ Millionen, also nur etwa den fünften Teil ausmachte. Meine Herren, in **Ostpreußen** z. B. ist eine **Herabsetzung der Umlage** um 30 Prozent vorgenommen worden, angeblich weil Ostpreußen nicht imstande gewesen ist, die Umlage voll zu erfüllen. In auffallendem Widerspruch dazu aber steht die Tatsache, daß in Ostpreußen vier- bis fünfmal soviel freies Getreide als Umlagegetreide verladen wurde. Ebenso war es in anderen Provinzen, die infolge ihrer heftigen Klagen eine Herabsetzung der Umlage erreicht haben. Überlieferungen sind deshalb auch in solchen Provinzen vorgekommen. Die heutige Umlage aber muß etwas umgestaltet werden. Wenn auch die Klagen der Landwirtschaft über die Umlage im allgemeinen unberechtigt sind, so kann auch ich einzelnen Klagen die Berechtigung nicht versagen. Die Umlage ruht in ihrer heutigen Form einzig und allein auf den Schultern der getreidebauenden Landwirte. Sie wird also nur von einem Teil der Landwirte aufgebracht, während die vornehmlich viehzuchttreibenden, sowie die kartoffelbauenden Gegenden und die gesamte Forstwirtschaft bisher von der **Umlage** verschont waren. Das ist umso bedenklicher, als sie für ihre Erzeugnisse völlig freien Markt haben und damit eine Sonderstellung gegenüber den anderen einnehmen. Wegen dieser Ungerechtigkeit wollen wir, daß nicht die Getreideanbaufläche als Maßstab genommen wird, sondern die gesamte **land- und forstwirtschaftlich benutzte Fläche** als Maßstab genommen wird. Das erscheint uns auch volkswirtschaftlich als ein Nutzen, weil damit der Tendenz des Überganges der Viehzucht, die jetzt wieder unsere Volksernährung außerordentlich bedroht, erfolgreich entgegengewirkt werden kann.

Schon der Herr Kollege Schmidt hat über die **Kartoffelversorgung** gesprochen. Sie ist ein Beispiel für die Tatsache, wie verhängnisvoll die Aufhebung der Zwangswirtschaft gewirkt hat und wie rücksichtslos die Erzeuger ihre Macht zur schamlosesten Bewucherung der Bevölkerung ausgenützt haben, so schamlos, daß es selbst in den bürgerlichen Parteien Herren gegeben hat, wie beispielsweise den demokratischen Herrn Dr. Külz, der erklärt hat, man müßte zur Zwangswirtschaft zurückkehren, weil die Landwirtschaft das Maß von Verantwortungsgefühl, das die Voraussetzung für die freie Wirtschaft sei, habe vermissen lassen. Wir haben Zustände erlebt, deren Wiederkehr für die Masse der Bevölkerung einfach unerträglich wäre. Der Preis hat sich in einem einzigen Jahre um das Acht- bis Zehnfache erhöht. Der Kartoffelpreis beträgt heute etwa das Hundertfache des Friedenspreises, steht also in gar keinem Verhältnis zu den Produktionskosten und schafft sowohl den Erzeugern wie den Händlern die Möglichkeit ungeheurer Gewinne.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Mit den privatrechtlichen Lieferungsverträgen, wie sie hier beantragt worden sind, allein wird man den Gefahren nicht entgegenwirken können. Auch gegen solche **privatwirtschaftlichen Lieferungsverträge mit Erfüllungszwang** muß man sehr starke Bedenken haben; denn der Erfüllungszwang kann ja erst dann eintreten, wenn die Verträge abgeschlossen sind. Bei einer schlechten, ungenügenden Ernte aber ist gerade der Zwang zum Abschluß der Verträge wichtig. Deshalb werden meine Freunde entsprechend unserer Haltung im Ausschusse beantragen, daß eine Gesamtmenge von 5 Millionen Tonnen abgeschlossen werden muß, deren Verteilung auf Grund der Feststellungen über den Anbau von Kartoffeln im Deutschen Reiche zu geschehen hat. Verträge aber ohne Erfüllungszwang, wie sie die Herren von der Landwirtschaft verlangen, Verträge, in denen nichts über Preis und Lieferung gesagt wird, bei denen auch keine Möglichkeit besteht, die Lieferungen, wenn sie in

(Dr. Hertz, Abgeordneter.)

(A) Verzug geraten, sofort zu erzwingen, haben gar keinen Wert.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben in der Stadt Berlin im vergangenen Jahre unter Mitwirkung des Reichsernährungsministeriums im Oktober noch 220 000 Zentner Kartoffeln auf Lieferungsverträgen abgeschlossen. Die Erzeuger sind damals alle die Verpflichtung eingegangen, sofort zu liefern. Frost war nicht, Eisenbahnwagen wurden gestellt, aber trotzdem wurden nur 60 000 Zentner, also etwa der vierte Teil der abgeschlossenen Menge geliefert.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es geht also nicht ohne den staatlichen Zwang, auch nicht ohne die behördliche Preisbestimmung, solange der jetzige Zustand der Verantwortungslosigkeit, der wilden Preissteigerung, der gewaltsamen Abschnürung der deutschen Wirtschaft vom Auslande und der Umstand, daß der Weltmarktpreis höher als der Inlandpreis ist, noch besteht.

Ähnlich liegen die Dinge beim **Zucker**. Auch hier will ich mich nicht auf Einzelheiten einlassen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Leichtfertigkeit, mit der die Aufhebung der Zwangswirtschaft vorgenommen wurde, nicht unabsichtlich, sondern absichtlich gewesen zu sein scheint, weil sich im vergangenen Jahre selbst ein Teil der Erzeuger mit der Aufrechterhaltung der Zuckerzwangswirtschaft abgefunden hatte. Die „Deutsche Tageszeitung" schrieb im Herbst des vergangenen Jahres in Nr. 392: „An sich wäre die Beibehaltung der Zuckerzwangswirtschaft für die rübenbauende Landwirtschaft noch für dieses eine Jahr vorzuziehen gewesen.... Erst durch den jähen und unerwarteten Meinungsumfall des Ernährungsministers ist die jetzt so verfahrene Lage entstanden."

(B) Die Zuckerindustrie hat damals die mäßigen Zuckerpreise auch für das neue Erntejahr versprochen. Das Gegenteil ist eingetreten. Eine Preissteigerung um etwa das Siebenfache war in wenigen Monaten zu verzeichnen und dazu der außerordentlich starke Mangel, den die letzten Wochen noch gewaltig verstärkt haben.

Aber in dem Vertrage, auf dem die Zuckerwirtschaftsstelle beruht, ist auch das ausgesprochen worden, was heute der Herr Minister so beiläufig erwähnt hat, die Forderung des Zollschutzes. Auf der Generalversammlung des **Vereins der deutschen Zuckerindustrie** vom 26. Mai 1921 wurde eine Entschließung angenommen, die für den Fall der Aufhebung der Zuckerzwangswirtschaft die sofortige **Einführung des Zuckerzolls** fordert, eines Zuckerzolls, dessen Höhe auf 40 Mark Gold für 100 Kilo bemessen werden soll.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

40 Mark Gold sind heute etwa 2800 Papiermark. Also 14 Mark für das Pfund Zucker haben die Zuckerindustriellen als Schutz für ihr Erzeugnis verlangt zu einer Zeit, als der Preis für den Zucker nur den vierten Teil dieses von ihnen verlangten Zollschutzes ausmachte.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich glaube, deutlicher als durch dieses eine Beispiel ist es wohl nicht möglich, die Tatsache zu erhärten, daß den Herren nicht an einer besseren und genügenden Versorgung, sondern nur an den Wucherpreisen für ihre Erzeugnisse liegt.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(C) Meine Damen und Herren! Das geht auch aus der Stellungnahme der Landwirtschaft zu der Frage der **Preisgestaltung der Düngemittel** hervor. Wenn die Herren ein Interesse an der billigen Produktion hätten, so hätten sie ein besonders großes Interesse an billigen Düngemitteln. Beim Arbeitslohn zum Beispiel kämpfen sie um die Niedrighaltung der Löhne der Landarbeiter. Da entbrennen große Streiks und Aussperrungen, weil die Herren nicht die von den Arbeitern geforderten Löhne bewilligen wollen. Bei der neuen Preisfestsetzung für Düngemittel, die selbst der Herr Minister Fehr nicht zu rechtfertigen wagte, sondern als bedenklich bezeichnete, ist kein Wort der Entrüstung, kein Wort der Abneigung und des Widerstrebens aus den Kreisen der Landwirtschaft gekommen. Für die stickstoffhaltigen Düngemittel ist als einziger Maßstab der Kohlenpreis festgesetzt worden, obwohl der Kohlenpreis nur etwa 50 bis 60 Prozent der Gestehungskosten der Stickstoffindustrie ausmacht und die übrigen Preise für Arbeitslöhne und für sonstiges Material durchaus nicht in demselben Maße steigen oder gestiegen sind wie der Kohlenpreis.

Bei phosphathaltigen Düngemitteln ist dieses Treiben noch weiter gegangen. Man hat für die phosphathaltigen Düngemittel den freien Getreidepreis, den Marktpreis für Getreide an der Börse als Index erklärt, obwohl zwischen diesen beiden Faktoren doch überhaupt kein Zusammenhang besteht und obwohl dadurch der Düngemittel erzeugenden Industrie außerordentlich große Gewinne zugeschanzt wurden. Die Erklärung für diese auffallende Tatsache ist sehr einfach. Sie liegt darin, daß die **Düngemittelindustrie der Landwirtschaft** die Hilfe zugesagt hat für den Kampf um die freie Getreidewirtschaft, bei der dann für die landwirtschaftliche Bevölkerung der Düngemittelpreis keine oder keine wesentliche Rolle mehr spielt. Ein **Gegenseitigkeitsgeschäft** anrüchigsten Charakters also ist die Preisfestsetzung, die Ende des vergangenen Jahres unter großer Erregung der Bevölkerung und scharfer Kritik der unparteiischen Presse vom Ernährungsministerium vorgenommen worden ist.

(D) Ich will jetzt zum Schluß nur noch auf zwei Dinge eingehen, die früher bereits in diesem Hause eine Rolle gespielt haben, die zwar Dinge der Vergangenheit sind, heute doch aber eine neue Beleuchtung erfahren können. Das eine ist die **Maisverbilligungsaktion**. Wir sind früher vom Herrn Ernährungsminister Hermes benachrichtigt worden, daß bei der Maisverbilligungsaktion nur ganz unbedeutende **Verfehlungen** vorgekommen seien, die nachgeprüft würden. Sie Schuldigen würden zur Bestrafung gelangen. Diese Auskunft war offensichtlich falsch.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Von 827 Kommunalverbänden hat sich nur bei etwa 100 das Verfahren als einwandfrei herausgestellt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Bei allen übrigen, also mehr als 700, bei sieben Achteln also, müßte das Verfahren beanstandet werden. Es handelt sich dabei nicht um unbeträchtliche Summen, sondern um eine Hinterziehung im Geldbetrage von einer halben Milliarde Mark.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Bei der letzten Bewilligung von 1,3 Milliarden hat der Herr Ernährungsminister von dieser Stelle aus verkündet, daß die Möglichkeit bestehe, Beträge, die zuviel erhoben worden seien, an das Reich zurückzuerstatten. Wir haben uns jetzt neuerdings im Haushaltsausschuß

(Dr. **Hertz**, Abgeordneter.)

über diese Frage unterhalten. Da hat der Herr Staatssekretär des Ernährungsministeriums festgestellt, daß er keine juristische Möglichkeit sehe, die Beträge zurückzuerhalten, und das bisher von den hinterzogenen 500 Millionen Mark auch noch nicht ein Pfennig an das Reich zurückgelangt sei.

(Hört! Hört! links.)

Wenn ein hungernder Arbeiter bei Erwerbslosigkeit und bei Bezug von Erwerbslosenunterstützung ein paar Pfennige Nebenerwerbseinkünfte verschweigt, so fliegt er unbarmherzig ins Gefängnis.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn aber Agrarier, die das Reich um Milliarden betrügen, zur Verantwortung gezogen werden sollen, gibt es keine juristische Handhabe dafür!

Wir haben — allerdings etwas sehr spät — eine **Denkschrift über die Verluste durch den Abbau der dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unterstellten Organisationen der Kriegs- und Übergangswirtschaft** erhalten, für den Ausschuß zu spät, so daß diese Denkschrift im Ausschuß nicht mehr Gegenstand der Erörterung sein konnte. Ich muß sagen: selten ist von einem Ministerium ein solches Dokument seiner eigenen Schande herausgegeben worden. Was hier an Zeugnissen für leichtfertiges Verhalten der obersten Ernährungsbehörde von ihr selber zusammengetragen worden ist, hätte ich bei aller Geneigtheit, manches für möglich zu halten, doch nicht für möglich gehalten. Diese Denkschrift sagt klipp und klar: weder in der Kriegswirtschaft noch in der Nachkriegszwangswirtschaft ist bei den Kriegsgesellschaften ein Verlust eingetreten. Im Gegenteil, in dieser Zeit haben die Kriegsgesellschaften einen Überschuß von 1,7 Milliarden Mark gehabt. Verluste sind erst eingetreten bei der unsorgfältigen Vorbereitung der dann überhasteten Freigabe von Fleisch, Fetten, Ölen und ähnlichen Nahrungsmitteln. Diese Verluste im Betrage von über 5 Milliarden Mark sind mehr als dreimal so groß als die Gewine, die die Kriegsgesellschaften in Jahren erzielt haben.

Alle Befürchtungen, die wir damals gegen die Freigabe dieser Nahrungsmittel hier aussprachen, sind nachträglich durch diese Denkschrift gerechtfertigt worden. Alle Argumente, die wir damals gegen die überhastete Freigabe aufbrachten, werden jetzt in dieser Denkschrift wieder behandelt. Aus ihr geht hervor, daß alle Vorsichtsmaßnahmen, die jeder ordentliche Kaufmann und insbesondere jeder gewissenhafte Beamte treffen muß, völlig außer acht gelassen wurden. Man hat sich gar nicht darum gekümmert, ob die Weltmarktpreise steigen oder fallen werden, ob die Mark steigen oder fallen würde, ob überhaupt — das geht aus mehreren Stellen dieser Denkschrift hervor — noch Nahrungsmittel in Deutschland vorhanden sind, die einen anderen Ausweg möglich machen, als das Ernährungsministerium ihn vorschlug. Man hat nicht die Kommunalverbände gefragt, ob sie noch Kondensmilch oder Fleischkonserven oder ähnliche Nahrungsmittel haben, sondern hat ohne Prüfung dieser Dinge und ohne jemand davon ins Benehmen zu setzen, ohne Rücksicht auf die Schädigung, die das auf die Finanzen der Gemeinden ausüben mußte und wirklich ausgeübt hat, einfach die Freigabe verfügt und nachher diese Milliardenverluste — 5,5 Milliarden — zu Lasten des Reichs buchen müssen.

Ich muß sagen: diese Denkschrift ist kein Zeugnis gegen die Zwangswirtschaft, auch nicht gegen die Herren, die dort in den Ernährungsbehörden gearbeitet haben, sondern nur gegen jene **Verquickung von Politik und Geschäft**, von der ich immer den Eindruck gehabt habe, daß sie gewisse Maßnahmen des Ernährungsministeriums mit beeinflußt hat.

Um eine Wiederkehr solcher Zustände zu verhindern, möchte ich den neuen Ernährungsminister dringend davor warnen, sich bei dem Kampf um die Getreidewirtschaft, die Kartoffelversorgung und die Zuckerversorgung den Interessenten gegenüber nachgiebig zu erweisen. Diese Nachgiebigkeit ist ein ungeheurer Nachteil für die Interessen der gesamten Volkswirtschaft, und wenn er gesagt hat, daß ihm das allgemeine Interesse vorschwebt, daß ihm dauernd die verhärmten Gesichter der verarmten Bevölkerung, die vor Hunger nicht ein noch aus weiß, vor Augen stehen, — hier findet er ein Feld für eine dankbare Tätigkeit. Er hat Gelegenheit, aus seinen Worten Taten zu machen. Nach diesen Taten werden wir ihn dann beurteilen.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Döbrich.

Döbrich, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nach einer Periode des Interregnums ist das Ernährungsministerium neu besetzt worden. Wir stehen dem neuen Minister objektiv gegenüber und erkennen in ihm in erster Linie den Fachmann. Wir begrüßen es, daß er heute in seiner Einführung besonders hervorgehoben hat, daß seine Hauptaufgabe in der Förderung der Produktion bestehen soll. Denn darin stimmen wir mit dem Minister vollkommen überein: die Aufgabe des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft muß in erster Linie sein, die Produktion zu fördern. Damit wird ja gerade der Allgemeinheit gedient, indem die Nahrungsmittel nicht nur in genügender Menge, sondern auch zu billigen Preisen der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden können.

Es hat mich ganz besonders gefreut, daß der Herr Minister den Ausdruck gebraucht hat, er sehe seine Hauptaufgabe für die Zukunft nicht in der Bewirtschaftung, sondern in der Förderung der Produktion von Nahrungsmitteln. Wir haben diesen guten Eindruck schon im Hauptausschuß gehabt. Wir haben auch dort schon den Kampf miterlebt gegenüber denen, die eine andere Auffassung von den Aufgaben des Ernährungsministeriums haben, die glauben, daß das Ernährungsministerium jetzt und in der kommenden Zeit einzig und allein die Aufgabe habe, durch gesetzliche Maßnahmen eine Verbilligung der Nahrungsmittel herbeizuführen. Diese Auffassung ist auch heute wieder in der Rede des Herrn Abgeordneten Schmidt (Cöpenick) und in noch viel schärferer Weise in der Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Hertz zum Ausdruck gekommen. Es ist mir ja verständlich, daß besonders Herr Dr. Hertz sich mit so starken Worten gegen die Landwirtschaft ausgesprochen hat. Ich habe schon wiederholt Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, daß diese Hetze gegen die **Landwirtschaft** vielleicht ihre Ursache darin hat, daß man die Allgemeinheit von den tatsächlichen Verhältnissen ablenken will, damit eben nicht erkannt wird, was wirklich an den Verhältnissen schuld ist. Man will sich selbst als schuldlos hinstellen und andere zu Schuldigen stempeln.

(Sehr wahr! rechts.)

Wenn ich irgendwie darüber noch im Zweifel gewesen wäre, so wäre mir heute dieser Zweifel genommen worden. Ich erinnere daran, welche Ausdrücke Herr Dr. Hertz an dieser Stelle gegenüber einem ganzen

(Döbrich, Abgeordneter.)

(A) Stande gefunden hat. Ich versage es mir, darauf in der gleichen Form zu antworten.

(Sehr gut! rechts.)

Ich will auch diese Ausdrücke durchaus nicht noch einmal wiederholen; denn auch das wäre zuviel Ehre.

(Lebhafte Zustimung rechts.)

Nur noch eines muß erwähnt werden: Wenn Herr Dr. Hertz gesagt hat, das, was sich heute abspielt, wäre der Bürgerkrieg der Agrarier gegen die Städter, so muß ich sagen: nein, es ist nicht der Bürgerkrieg der Agrarier gegen die Städter, sondern es ist der Krieg der Anhänger des Herrn Dr. Hertz gegen die Landwirtschaft, und zwar im politischen Sinne, nicht im wirtschaftlichen Sinne.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Lachen und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Warum wird gerade der Kampf von jener Seite in dieser scharfen Form geführt? Man versucht eben, die große Masse der Verbraucher von den wirklichen Ursachen der Teuerung abzulenken; denn daran hat man selbst ein Interesse.

Der Herr Minister hat heute schon darauf hingewiesen, daß die Ursachen der Teuerung in außenpolitischen Verhältnissen zu suchen seien. Ich will auf Einzelheiten in dieser Beziehung nicht eingehen.

(Zuruf von der äußersten Linken: Vorsichtig!)

— Ich kann aber auch diese Vorsicht gern beiseite lassen; es ist vielleicht doch besser, mit einigen Worten darauf einzugehen. Die Erfüllungspolitik, die wir eingegangen sind und die doch auf das Unterschreiben der verschiedenen Verträge, von Versailles, von London usw., zurückzuführen ist,

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Auf den Krieg!)

(B) mußte selbstverständlich dahin wirken, daß bei dem Versuch, diese Verpflichtungen auszuführen, die doch unerfüllbar sind und in dieser Höhe unerfüllbar bleiben werden, unser Geld stark entwertet werden mußte;

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

darüber werden Sie (nach links) unter keinen Umständen hinwegkommen.

Aber nicht allein diese außenpolitische Einwirkung muß zu einer ständig steigenden Entwertung und damit zu einer sich steigernden Verteuerung aller unserer Produkte führen, sondern auch unsere innenwirtschaftlichen Verhältnisse tragen dazu bei, die Ihnen (nach links) ebenso wie uns bekannt sind, nur möchten Sie das Augenmerk der Allgemeinheit davon ablenken. Ich erinnere daran, daß wir, obwohl doch die Revolution schon drei Jahre zurückliegt, noch immer eine passive Handelsbilanz haben. Wenn auch vor einiger Zeit die Statistik für einen gewissen Zeitraum eine aktive Handelsbilanz zeigte, so waren diese Zahlen doch sehr anfechtbar. In neuerer Zeit ist ja auch offiziell zugegeben, daß wir wieder eine passive Handelsbilanz haben. Worauf ist sie zurückzuführen? Auf die Tatsache, daß wir in Deutschland nicht soviel erzeugen, wie wir verbrauchen. Wenn diese beiden Umstände zusammenwirken — und sie haben gerade in der letzten Zeit zusamenwirken müssen —, so muß selbstverständlich die Entwertung des Geldes weiter fortschreiten. Dabei spielt es gar keine Rolle, ob die Mark hier und da im Werte etwas steigt und der Dollar etwas fällt. Der Zickzackkurs führt doch ständig nach unten, solange auf der einen Seite die außenpolitischen Verhältnisse einwirken und solange sich unsere innenwirtschaftlichen Verhältnisse nicht von Grund auf verändert haben.

(Zurufe des Abgeordneten Hoffmann [Berlin].)

— Herr Hoffmann, ich gehe auf diesen Zuruf „Nutznießer" nicht ein, vielleicht könnten Sie ihn für sich (C) selbst in Anspruch nehmen.

(Heitere Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn Sie andererseits immer wieder versuchen, es so hinzustellen, daß gerade die Landwirtschaft an der Verteuerung der gesamten Lebenshaltung schuld sei, wenn Sie glauben, daß man mit der künstlichen Niedrighaltung des Preises für die landwirtschaftlichen Produkte auch die gesamte Lebenshaltung des Volkes verbilligen könne, um so das Wirtschaftsleben in Gang zu bringen, so beweist uns doch die Vergangenheit, daß ein solches Vorgehen auf die Dauer nicht möglich ist.

(Sehr wahr! rechts.)

Wir verstehen es sehr wohl, wenn man kurz nach der Revolution und nach dem Kriege versuchte, auf diese Art und Weise die Lebenshaltung des deutschen Volkes zu verbilligen, um so zu versuchen, das Wirtschaftsleben in Fluß zu bringen. Diese Maßnahmen stellten nichts anderes dar als gewissermaßen eine Arznei bei einem Zustande unserer Wirtschaft, der als krankhaft zu bezeichnen ist. Versucht man aber, diesen Zustand dauernd beizubehalten, glaubt man, daß man fortwährend Arznei geben muß, dann wird die Krankheit eben gewissermaßen zu einer Dauerkrankheit. Sie kann zu einer eingebildeten Krankheit werden. Und dann wird die Arznei ihre Wirkung auch nicht mehr ausüben können. Dieser Zustand ist heute erreicht. Es hat mich besonders gefreut, daß der Herr Abgeordnete Dr. Hertz im Grunde auch für Beseitigung der ganzen Zwangswirtschaft eingetreten ist, mit einer einzigen Ausnahme, auf die wir noch zu sprechen kommen. Im Gegensatz dazu hat der Herr Kollege Schmidt die Aufrechterhaltung beziehungsweise Wiedereinführung der Zwangsbewirtschaftung für die zur Lebenshaltung notwendigen Dinge befürwortet. (D)

(Abg. Hoch: Das haben Sie nicht richtig verstanden!)

— Herr Abgeordneter Schmidt hat sich dahin geäußert, daß nicht nur die Preise der landwirtschaftlichen, sondern auch der anderen Produkte, wie Textilstoffe usw., niedergehalten werden müßten. Das kann ich durchaus nicht anders verstehen, als das eine neue Zwangsbewirtschaftung für diese Produkte notwendig wäre.

Sie werden aber mit einer Niederhaltung der Preise einzelner Produkte niemals zu einem Resultate kommen; denn die Teuerungswelle wird aus den von mir erwähnten Gründen fortschreiten, solange Sie nicht selbst dazu beitragen, daß sich die innerwirtschaftlichen Verhältnisse ändern. Durch solche Maßnahmen können Sie diese Bewegung etwas hemmen, aber nicht aufhalten.

Auf welchem Wege kann aber nun eine Besserung erreicht werden? Sie kann nur durch eine Steigerung der Gesamtproduktion in ganz Deutschland in Verbindung mit einer Verminderung oder Beseitigung der unerfüllbaren Reparationsverpflichtungen herbeigeführt werden.

(Sehr wahr! rechts.)

Man versucht nun die Schuld für die hohen Preise der Landwirtschaft zuzuschieben, indem man sagt: Ihr könnt aber die Lebensmittel doch billiger liefern; ihr müßt darauf Rücksicht nehmen, daß die Lebensmittel tagtäglich gebraucht werden. Das haben wir verstanden. Wir haben in diesem Sinne zwei und drei Jahre mitgearbeitet. Wir führen auch heute noch genügend Lebensmittel der Allgemeinheit unter den Produktionskosten zu. Ich denke da ganz besonders an die in einzelnen Bezirken abgeschlossenen Milchlieferungsverträge.

(Zuruf und Lachen bei den Sozialdemokraten.)

(Döbrich, Abgeordneter.)

(A) — Gewiß, alles was von uns kommt, erscheint Ihnen lächerlich. Nur was von Ihnen kommt, ist nicht lächerlich. Wenn ich Ihnen sagen wollte, wie sich die Produktionskosten der Milch zu den Preisen verhalten, die heute bezahlt werden, würden Sie es auch nicht verstehen. Es hat deshalb gar keinen Zweck, daß ich mich darüber auslasse.

Wir wollen nun einmal klarstellen, ob wirklich die Landwirtschaft in der Lage ist, auf die Dauer unter ihren Produktionskosten zu arbeiten.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Ja, ich weiß, Sie bestreiten es. Aber das läßt sich einfach aus dem weiteren Grunde heraus nicht bestreiten, weil wir nachweisen können, daß die Produktionskosten heute höher sind und immer höher werden.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Kartoffeln! — Lebhafte Rufe von den Kommunisten, den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Sozialdemokraten. — Gegenrufe rechts.)

— Auf all das kommen wir noch, Herr Hoffmann, gedulden Sie sich, bitte!

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Kartoffeln sind keine Brillanten! — Große Heiterkeit rechts. — Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Bei Euch ist immer noch Gehirnerweichung vorhanden! — Gegenrufe rechts.)

Wir wollen nun versuchen, festzustellen, wie die **Verteuerungsunterschiede zwischen den landwirtschaftlichen Produkten und den Bedarfsartikeln** sind, die die Landwirtschaft zur Fortführung ihrer Wirtschaft notwendigerweise braucht. Vielleicht ist es auch einmal ganz interessant, einen Vergleich zu ziehen, was der Staat selbst heute gegenüber dem einnimmt, was man der Landwirtschaft zubilligt,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

(B) wo man der Landwirtschaft Wucher, schamlose Ausbeutung usw. vorwirft.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Lachen rechts.)

Die Verteuerung der einzelnen Produkte in der Landwirtschaft ist heute bei der Milch gegenüber den Friedenspreisen etwa das 25- bis 35 fache, ausnahmsweise das 40 fache. Beim Schwein haben wir eine Verteuerung um das 50 fache, beim Getreide etwa um das 60 fache.

(Lächerlich! bei den Sozialdemokraten.)

Eine Zeitlang war sie auf etwa das 70 fache gestiegen.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Kartoffeln!)

— Bei Kartoffeln liegt es so, daß man nur eine Zahl ansetzen kann, die den Verhältnissen der Produktion des vergangenen Jahres entspricht. Wir können bei Kartoffeln nicht einfach eine Durchschnittszahl annehmen, denn auch in Friedenszeiten war der Preis für die Kartoffeln sehr schwankend, bewegte sich bei der Verschiedenheit der einzelnen Jahresernten zwischen 2, 4 und 5 Mark, je nachdem, wie die Ernte ausfiel. Berücksichtigen Sie aber die schlechte Ernte des vergangenen Jahres, dann werden Sie höchstenfalls zu einer Steigerung um das 50- bis 60 fache des Friedenspreises kommen.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Das Hundertfache!)

— Gewiß, sobald Sie ein günstiges Erntejahr annehmen, bekommen Sie das Hundertfache. Sie müssen aber die schlechte Ernte des vergangenen Jahres berücksichtigen, dann kommen Sie auf das 50- und 60 fache.

Nehmen Sie aber die Produktionskosten der Landwirtschaft auf der anderen Seite in Anspruch, so haben Sie bei Futtermitteln eine Preissteigerung, die über das Hundertfache hinausgeht.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

(C) Da sind Erscheinungen vor wenigen Wochen eingetreten, daß die Kleie etwa 30 bis 50 Mark pro Zentner mehr gekostet hat als Roggen.

(Hört! Hört! rechts.)

Wir haben bei Benzol eine Steigerung, die nahezu an das Zweihundertfache geht, und es wird auch Ihnen bekannt sein, daß in sehr vielen landwirtschaftlichen Betrieben Benzol unbedingt notwendig ist, um die landwirtschaftlichen Maschinen in Betrieb zu setzen.

Ich sagte ja auch vorhin schon, daß man einmal andere Zahlen in Berücksichtigung ziehen sollte. Mir liegt zum Beispiel die Antwort auf die Wiederherstellungsnote vom 21. März dieses Jahres vor, und da hat der Herr Kanzler selbst angegeben, daß die Steigerung bei der Kohle etwa das Sechzigfache, bei Baumwolle bis zum Fünfundneunzigfachen beträgt. Bei Möbeln und Wäsche geht sie auf das Hundertfache. Sie sehen gerade an diesem Beispiel, daß alle die Bedarfsartikel, die die Landwirtschaft braucht, in weit höherem Maße gestiegen sind als die Produkte, die die Landwirtschaft zur Verfügung stellt.

Ich sagte vorhin aber noch, es wäre vielleicht auch einmal ganz interessant, in Betracht zu ziehen, was der Staat heute aus seinen eigenen Betrieben einnimmt. Vielleicht ist Ihnen nicht unbekannt, daß die Frachttarife auf den Eisenbahnen offiziell bis jetzt das Sechsundfünfzigfache, aber bei einer anderen Berechnung, die vielleicht noch richtiger ist, ungefähr das Sechsundsechzigfache des Friedenssatzes ausmachen, und zwar im allgemeinen; bei einzelnen Gattungen geht es schon auf das Hundertfache. In allernächster Zeit ist sogar eine weitere Erhöhung um 25 Prozent in Aussicht genommen, die ganz bestimmt kommen wird, so daß wir bei der Bahn selbst auf eine Verteuerung kommen, die mindestens das Fünfundachtzigfache der Friedenstarife ausmacht. (D)

(Hört! Hört! rechts.)

Dabei muß man auch noch berücksichtigen, daß diese Staatsbetriebe immer noch mit Unterbilanz arbeiten, die sich ein Staatsbetrieb vielleicht leisten kann, aber ein anderes Gewerbe eben nicht.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn man diese Vergleiche anstellt, wird man, glaube ich, wahrhaftig nicht mehr den vollkommen unbegründeten Vorwurf gegenüber der Landwirtschaft erheben können, daß sie schamlosen Wucher treibe.

Eine andere Frage würde nun sein, ob es denn überhaupt im volkswirtschaftlichen Interesse liegt, durch eine **Verbilligung der Lebenshaltung**, wie Sie sie anstreben, die **Gesamtproduktion** zu fördern. Sie haben es ja versucht. Es ist nicht gelungen; aber wenn es gelungen wäre, würde man doch — darüber muß man sich klar sein — nichts weiter damit erreicht haben, als die bestehende Spannung zwischen der Kaufkraft der Mark im Inlande gegenüber der im Auslande zu einer dauernden zu machen. Sie könnten damit wohl erreichen — und haben es wohl zum Teil auch erreicht —, daß das Exportgeschäft eine Zeitlang blüht. Diese Scheinblüte haben Sie hervorgebracht. Naturnotwendigerweise wird es aus Gründen, die Ihnen ja allen bekannt sind und die ich nicht besonders zu betonen brauche, die zum Teil auch wieder außenpolitischen Einwirkungen entsprechen, nicht möglich sein, dies aufrechtzuerhalten.

Sie wissen, daß die Verbilligungsaktionen, wie sie bisher durchgeführt worden sind, nicht allein aus inneren finanzpolitischen Gründen, sondern ganz besonders aus außenpolitischen Gründen nicht mehr fortgeführt werden können. Wenn man aber die Summen berücksichtigt, die dazu aufgewandt worden sind, wobei man die verschiedensten Berechnungsarten aufstellen

(Döbrich, Abgeordneter.)

(A) könnte, kommt man zu einer erschreckend hohen Summe, die sich jährlich vielleicht auf 30 bis 40 Milliarden oder noch mehr belaufen wird, die zum Teil direkt, zum Teil indirekt dafür ausgegeben worden sind. Einmal muß doch das wieder zurückerstattet werden. Es ist doch ein Ding der Unmöglichkeit, daß wir diese Schulden so weiter machen.

Wenn Herr Dr. Hertz behauptet, daß die Landwirtschaft von der Aufhebung dieser Verbilligungsaktionen einen Sondervorteil, einen Gewinn, ein Geschenk hätte, weil sie einen Teil ihres Getreides zum freien Preise verkaufen kann, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß man gerade durch den Versuch der künstlichen Niedrighaltung der Preise für die landwirtschaftlichen Produkte indirekt zu dem Gewinn der anderen Berufsstände beiträgt. Auf diese Weise unser Wirtschaftsleben aufrechtzuerhalten, ist unmöglich.

Wenn man das aber wirklich könnte, so wissen Sie ebensogut wie ich, daß dadurch ein großer Teil unseres gesamten Nationalvermögens ins Ausland wandern muß.

(Sehr richtig! rechts.)

Das geschieht aber ebenfalls wieder auf Kosten der gesamten Bevölkerung, besonders derer, die nicht in der Lage sind, ihre Einnahmen der fortwährenden Entwertung des Geldes anzupassen.

(Zuruf links: Die Arbeiter!)

— Sie haben nicht ganz Unrecht, Herr Hoffmann, für die Arbeiter trifft das genau so zu, wie für jeden anderen Stand. Von diesen Verhältnissen hat kein Mensch einen Vorteil, am allerwenigsten diejenigen, die sich in ihren Einnahmen den Verhältnissen nicht anpassen können. Das sind in erster Linie die kleinen Kapitalrentner, die Sozialrentner, und das sind in weiterem (B) Sinne die Arbeiter, die heute den Konjunkturgewinn nicht mitmachen können wie andere Arbeiter; denn es gibt auch heute Arbeiter, die einen vollen Gewinn von den Konjunkturverhältnissen haben, und man wird nicht behaupten können, daß diese ihr Einkommen nicht den Verhältnissen angepaßt haben. Es gilt aber auch für alle Gewerbetreibenden und es gilt — und das möchte ich ganz besonders betonen — auch für einen großen Teil der deutschen Landwirtschaft. Wenn auf diese Art und Weise das Nationalvermögen hinausgeht, so hat der Staat den allergrößten Schaden davon.

(Zuruf von der äußersten Linken: Wer hat's denn zu verantworten?)

— Zu verantworten haben es in erster Linie die, Herr Hoffmann, die damals dazu beigetragen haben, daß wir die Waffen aus den Händen gelegt haben, daß wir einen solchen Schmachfrieden unterschrieben haben. Das sind diejenigen, die in erster Linie die Verantwortung tragen.

(Lärmen und Zurufe links: Also Ludendorff!)

— Ich weiß ja, daß Sie das nicht gern hören, aber gesagt werden muß es deshalb doch immer wieder.

(Erneute erregte Zurufe links.)

Sie versuchen eben, was ich eingangs sagte, immer abzulenken, und Sie suchen einen Prügelknaben für die Hauptursachen, die schuld sind an diesen Verhältnissen, und den finden Sie dann in der Landwirtschaft. Das ist für Sie besonders bequem aus dem einfachen Grunde, weil, wie Herr Schmidt vorhin sagte, ein jeder Mensch tagtäglich die Erzeugnisse der Landwirtschaft braucht, um sein Leben fristen zu können. Deshalb ist es so leicht, gerade die Massen gegen die Landwirtschaft aufzuhetzen, und deshalb ist es andererseits notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen, daß nicht wir die Schuld tragen, daß die Schuld an ganz anderer Stelle zu (C) suchen ist.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Nein, Sie tragen die Schuld!)

— Es wäre nicht gut für Sie, Herr Hoch, wenn Sie das zugeben würden. Sie würden sich ja selbst ins Gesicht schlagen.

(Sehr gut! rechts. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Sie fälschen ja die Geschichte!)

— Darüber wird die spätere Zeit einmal rechten, wer in dieser Weise ein Fälschung begangen hat.

(Zuruf rechts: Eisner!)

— Es ist das Wort Eisner gefallen. Wenn Sie also von Geschichtsfälschung sprechen, — — so denken Sie nur an die erwiesenen Fälschungen ihrer Freunde.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Sie sprachen vom Zusammenbruch! — Abg. Hoffmann (Berlin): Jetzt hat er den Faden verloren.)

— Ich bin zwar etwas abgelenkt worden, aber aus dem Konzept werden Sie mich doch nicht bringen. Ich komme zurück auf das, was ich sagte, daß durch diese Wirtschaftsweise die Allgemeinheit keinen Vorteil hat. Im Gegenteil; denn das Nationalvermögen wird auch dadurch vermindert, daß wir gezwungen sind, die Sachwerte, wozu wir uns verpflichtet haben, zum Inlandspreis dem Ausland zur Verfügung zu stellen. Wenn auch mit der Zeit mehr und mehr eine Änderung darin eintreten wird, so bleibt es doch immerhin eine furchtbare Belastung des gesamten deutschen Vermögens, wenn durch künstliche Erhöhung des Inlandswertes der Mark Millionen und Milliarden an das Ausland gehen zu einem Preise, der unter unseren Produktionskosten in Deutschland liegt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, auch wenn die Industrie heute eine scheinbare Blüte durchlebt, wir mit einer Unterbilanz verkaufen. Denn wir verkaufen unter unseren Produktionskosten, weil (D) auf der einen Seite ein großer Teil der gesamten deutschen Bevölkerung Not leiden muß, damit der andere Teil gewissermaßen überhaupt das Wirtschaftsleben in Gang halten kann.

(Fortgesetzte Zurufe links.)

Aber nicht allein, daß auf diese Weise ein Teil des Nationalvermögens hinausgeht, sondern es findet auch ein direkter Ausverkauf statt. Der Ausländer kommt heute nach Deutschland herein und kann mit seinem Geld billig bei uns leben.

Ich möchte hier auf eine Tatsache hinweisen, die sonst vielleicht nicht genügend beachtet wird. Es ist schon von den furchtbar hohen Butterpreisen gesprochen worden, die in den letzten Tagen auf den Auktionen erzielt worden sind. Nun ist auf der einen Seite ein großer Mangel an Butter dadurch eingetreten, daß die Futterernte so spät einsetzt. Futtervorräte sind nicht mehr vorhanden, die Produktion ist infolgedessen vermindert. Aber das ist nicht die Hauptursache. Die Hauptursache liegt darin, daß ein starker Anreiz zum Kauf vorhanden ist. Wer einmal nachforscht, wohin heute die größten Mengen der Butter gehen, der wird finden, daß sie von Aufkäufern aufgekauft wird, die für die großen Badeorte liefern. Das hat seinen Grund darin, daß der Ausländer in seiner Valuta bei uns eben sehr billig leben kann. Infolgedessen geht ein Teil des Nationalvermögens über die deutschen Grenzen hinaus.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Sie haben ja die freie Wucherwirtschaft geschaffen.)

— Die freie Wirtschaft hat am allerwenigsten dazu beigetragen; denn es ist hier eine Konkurrenz entstanden, gegen die wir nicht aufkommen können. Ich bin aber überzeugt, daß sich der Zustand des Mangels bald

(Döbrich, Abgeordneter.)

(A) wieder ändern wird. Beim Preise wird es sich auch darum handeln, wie es in der Folge mit der Entwertung unseres Geldes steht. Bessert sich das, dann wird auch von selbst eine Regelung des Butterpreises eintreten.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Sie sehen also, daß die Gesamtheit des deutschen Volkes keinen Vorteil davon hat, wenn das Wirtschaftsleben so geregelt wird, wie Sie (zu den Sozialdemokraten) es vorschlagen. Im Gegenteil, der Ausverkauf geht weiter, und die Produktion wird dadurch nicht gefördert, sondern gehemmt. Es wird dann das eintreten, was Sie am allerwenigsten wünschen, ein Vakuum, und es wird nicht das Ziel erreicht, das wir alle herbeisehnen, nämlich die deutsche Landwirtschaft so zu fördern, daß sie in der Lage ist, das deutsche Volk auf deutscher Scholle zu ernähren.

(Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

— Wenn Sie mich so beurteilen, dann fällt das lediglich auf Sie zurück. Sie haben keine Ahnung davon, wie die Verhältnisse liegen. Lesen Sie doch einmal die Werke der maßgebendsten Sachverständigen auf landwirtschaftlichem Gebiet, dann werden Sie finden, daß die Möglichkeit dazu vorhanden ist. Daß das aber nicht von heute auf morgen geschehen kann, ist selbstverständlich. Aber die Möglichkeit dazu ist nur gegeben, wenn die anderen Kreise auch dazu beitragen, daß die Mittel dazu zur Verfügung gestellt werden.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Sie haben gehört, daß die Landwirtschaft nicht nur die großen Stickstoffmengen aufgebraucht hat, die die deutsche Industrie zur Verfügung gestellt hat, sondern auch noch 35 000 Tonnen, die eingeführt worden sind.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Weshalb haben denn Ihre Parteifreunde das Braunsche Programm abgelehnt?)

(B) — Das Braunsche Programm war etwas ganz anderes. Das wollte die Sozialisierung der Düngemittelindustrie, und wir haben eben die feste Überzeugung, daß mit der Sozialisierung nichts erreicht werden kann.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Und der Ausverkauf des deutschen Kunstdüngers?)

— Jawohl, es entstand die Frage, ob es nicht richtig sei, die überschüssigen Mengen, die die deutsche Landwirtschaft nicht aufnehmen konnte, an das Ausland zu verkaufen, um andererseits eine Verbilligung der Phosphorsäure herbeizuführen. Es ist überhaupt kein Kunstdünger ins Ausland gekommen. Aber —

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Herr Abgeordneter, Sie haben sich vorhin beklagt, daß Sie von anderen dauernd vom Gegenstand abgelenkt werden. Ich möchte Sie doch bitten: gehen Sie nicht fortwährend auf die Zwischenrufe ein.

(Heiterkeit.)

Wir haben noch sehr viel vor, wir wollen die Generaldebatte möglichst heute noch zu Ende führen.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Sehen Sie, Herr Kollege Döbrich, das haben Sie noch gar nicht gemerkt! — Heiterkeit.)

Döbrich, Abgeordneter: Ich danke, Herr Hoffmann, daß Sie mich darauf aufmerksam gemacht haben; aber ich darf trotzdem noch weiter auf den Zwischenruf eingehen. Es ist eine Anfrage beim Reichstag seitens der Abgeordneten Hepp und Dr. Roesicke gestellt worden:

> Nach bisher unwidersprochen gebliebenen Zeitungsberichten ist das Leunawerk gezwungen, die Produktion von Stickstoffdünger (C) wegen Mangels an Kohlen und Koks ganz erheblich einzuschränken. Das muß für die Düngemittelversorgung der Landwirtschaft von den schwerwiegendsten Folgen sein und das begonnene Hilfswerk der Landwirtschaft aufs schwerste schädigen.

Sie sehen also, daß der gute Wille bei der Landwirtschaft vorhanden ist, die Produktion in dem Maße zu fördern, wie es notwendig ist, um uns vom Ausland unabhängig zu machen. Es ist aber ebenso notwendig, daß die anderen Kreise unbedingt an dieser Arbeit mithelfen, indem sie uns die notwendigen Düngemittel zur Verfügung stellen, indem sie ihre Produktion in demselben Maße erhöhen, als sich die Produktion der Landwirtschaft erhöhen soll, und da ist noch unendlich viel zu tun.

Wenn Sie nun wiederholt ausgeführt haben, daß, wenn die freie Wirtschaft in vollem Maße eingeführt würde, eine unendliche Arbeitslosigkeit eintreten würde, so sind wir der Meinung, daß eine Arbeitslosigkeit sehr leicht eintreten kann. Ich befürchte sogar, daß mit Sicherheit mit dem Eintritt einer Krisis in unserem Wirtschaftsleben zu rechnen sein wird. Ich frage aber, ob die Maßnahmen, die Sie vorschlagen, diese Krisis zu verhindern imstande sind. Rechnen Sie sich doch einmal aus, wie groß die Einwirkung sein wird, wenn Sie das Brotgetreide der Allgemeinheit verbilligen. Nach einem Berichte, der mir vorliegt, soll der Anteil der Kosten für das Brot an der Gesamtlebenshaltung 6 Prozent betragen. Das ist vielleicht nicht ganz richtig, und wenn dabei mit einem Brote gerechnet ist, das noch unter der Zwangswirtschaft hergestellt wurde, also verbilligtes Brot war, und daß bei der freien Wirtschaft eine Verdoppelung eintritt, so würde das immerhin höchstens 12 Prozent ausmachen. Es kommt aber noch (D) hinzu, daß auch die gesamte Lebenshaltung des deutschen Volkes sich weiter verteuert hat, so daß es bei den 12 Prozent nicht bleiben wird, sondern vielleicht bei 8 oder 9 Prozent. Wenn Sie nun den Zentner Brotgetreide selbst um 100 Mark verbilligen, so würden Sie damit die gesamte Lebenshaltung im Höchstfalle nur um 1 bis 1½ Prozent verbilligen. Glauben Sie wirklich, daß Sie damit eine Krisis aufhalten können? Alles das wird eintreten, ganz gleich, ob die Verbilligungsaktion eintritt oder nicht.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Frage ist eben nicht eine reine Wirtschaftsfrage für Sie, sondern eine rein politische Frage geworden.

(Sehr wahr! rechts.)

Leider haben wir schon große Arbeitslosigkeit. Der Herr Minister Rathenau hat gelegentlich vor dem Obersten Rate ausgeführt, daß wir eine große versteckte Arbeitslosigkeit in Deutschland haben. Er hat von vier Millionen Menschen gesprochen. Ich gehe noch weiter. In den Ausführungen des Ministers ist ja nur von den Arbeitslosen die Rede, die durch die Bedingungen des Versailler Friedensvertrages und seine Folgeerscheinungen beeinflußt worden sind, aber nicht von der Arbeitslosigkeit, die durch unsere innenwirtschaftlichen Verhältnisse bedingt war. Ich denke da in erster Linie auch an die unendlich vielen Beamten und Arbeiter, die noch in Staatsbetrieben tätig sind, aber vielleicht schon entbehrlich geworden sind. Auch da handelt es sich um eine versteckte Arbeitslosigkeit. Es ist ganz gleich, ob nun 300 000 oder 75 000 die genauere Zahl ist. Diese genannten Zahlen würden sich noch weit mehr vermehren, wenn man alle Fälle zugrunde legen würde.

Diese Entwicklung, die unbedingt eintreten muß, wenn sich die Verhältnisse nicht von Grund aus ändern,

(Döbrich, Abgeordneter.)

(A) kann nicht durch Maßnahmen, wie Sie sie in Vorschlag gebracht haben, aufgehalten werden. Dann muß man aber sorgen — heute wird viel zu wenig Wert darauf gelegt —, daß die Industrie in der Landwirtschaft im Innern ein Absatzgebiet bekommt. Die Landwirtschaft muß so dastehen, daß sie leistungsfähig bleibt. Aber man versucht, ihr noch neue Lasten aufzubürden, indem man behauptet, sie wäre bisher nicht so wie andere Kreise herangezogen worden. Ich komme damit auf die **Besteuerung der Landwirtschaft**, von der auch Dr. Hertz gesprochen hat. Würden Sie einmal hinaus in die ländlichen Bezirke gehen, dann würden Sie sehen, wie sehr der kleine, mittlere und größere Bauer heute mit Steuern überlastet ist, und würden sich fragen, wie die Bauern diese Steuern überhaupt bezahlen sollen. Von einer Steuerdrückebergerei der Landwirtschaft kann in keiner Weise geredet werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Herr Kollege Dr. Hertz begründete seine Ansicht, daß die Landwirtschaft besonders günstig dastehe, damit, daß sie ihre **Hypotheken abgezahlt** und heute keine Schulden mehr habe. Die Tatsache selbst ist unbestreitbar; aber wodurch ist es gekommen, daß die Hypotheken abgezahlt werden mußten und konnten? Vor dem Kriege hatten wir besonders in der Landwirtschaft eine Vorratswirtschaft, und es gab wohl keinen Bauern, der nicht mit einem bestimmten Vorrat in das neue Jahr hineingegangen wäre. Ein Bauer, der Pferde hatte, huldigte dem Grundsatz: neuen Hafer kann man vor Weihnachten den Pferden gar nicht verfüttern.

(Sehr richtig! rechts.)

So war es nicht allein beim Hafer, sondern auch bei allen Vorräten, die die Landwirtschaft hat. Als dann die Zwangswirtschaft eintrat, als dem Bauer das letzte genommen wurde und er dafür Papiergeld bekam, (B) während ihm auf der andern Seite nicht die Möglichkeit gegeben war, das, was für die Wirtschaft unbedingt notwendig war, anzuschaffen, da speicherte sich selbstverständlich ein gewisser Geldvorrat an, den er am besten dadurch unterzubringen glaubte, daß er seine Hypotheken abbezahlte. Aber diese Erscheinung haben Sie nicht allein in der Landwirtschaft, sondern überall. Mit dem Gelde konnte der Bauer nicht das kaufen, was hätte beschafft werden müssen, er konnte sich keinen Dünger, keine Maschinen kaufen und seinen ganzen Betrieb nicht in Ordnung bringen. Auch nach dem Kriege konnte er das nicht, denn was damals geliefert wurde, besonders an Maschinen, war zum allergrößten Teil Bruch. Wer damals Maschinen gekauft hat, hat keine große Freude daran gehabt. Wenn man aber diese Tatsache heute noch als Beweis dafür anführen will, daß es der Bauernschaft besonders gut geht, so ist das wahrhaftigen Gott doch an den Haaren herbeigezogen!

(Sehr richtig! rechts.)

In diesem Zusammenhange möchte ich zurückkommen auf das, was Herr Dr. Hertz und Herr Schmidt bezüglich einer Zeitungsveröffentlichung einer **Frau Hübner** gesagt haben. Ich will nicht bestreiten, daß in einzelnen Fällen die Bauern Klaviere oder dergleichen angeschafft haben; aber in ihrer überwältigenden Mehrheit hat die Landwirtschaft die erzielten Überschüsse so verwendet, wie es im Interesse des Vaterlandes richtig war, indem sie sie in die Wirtschaft hineingesteckt hat, und heute sind wir schon so weit, daß im großen Maßstabe von allen Schichten der Bauernschaft Kredit in Anspruch genommen werden muß.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist mir unverständlich, wie man aus einem Zeitungsartikel einen so schwer wiegenden Vorwurf gegen die deutsche Landwirtschaft erheben kann, wie es namentlich Herr Dr. Hertz getan hat. Ich kann (C) wirklich nicht verstehen, daß man mit solchen Mitteln arbeiten mag.

Mit all dem, was Sie anstreben, mit der Verbilligungsaktion für die gesamte Bevölkerung, werden Sie absolut nichts Günstiges erreichen. Im Gegenteil! Sie werden die Hauptaufgabe, die die deutsche Landwirtschaft übernommen hat und gern zu erfüllen bereit ist, nämlich die Produktionsförderung, hemmen, vielleicht sogar vernichten. Denken Sie doch zum Beispiel daran, wie sich die **Verhältnisse in Rußland** gestaltet haben. Dieses selbe Rußland, das in Friedenszeiten landwirtschaftliche Produkte in großen Mengen ausführte, ist heute gezwungen, Milliardenkredite in Golddollars aufzunehmen, um seine Landwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Haben Sie bei uns die Landwirtschaft erst einmal in dieser Weise gehemmt, dann wird es ungleich viel höhere Kosten machen, sie wieder in Ordnung zu bringen, als wenn man heute darangeht, sie wenigstens in Ordnung zu halten.

Und was die Teuerung angeht, so verweise ich darauf, daß in Rußland heute das Brot um das Fünffache höher bezahlt wird als in Deutschland,

(hört! hört! rechts)

und zwar nicht in Papierwährung, sondern in Goldwährung, und dies in einem Lande, das früher als landwirtschaftliches Exportland in Frage kam.

Ich wende mich nun zur Betrachtung des Antrages, der von der Gegenseite eingebracht ist, dem **Antrage Müller (Franken)** von der Mehrheitssozialdemokratie. Trotz der gegenteiligen Ausführungen des Herrn Kollegen Schmidt kann ich den Eindruck nicht los werden, daß der Antrag aus einer gewissen parteipolitischen Agitation entsprungen ist. Schon im Hauptausschuß durfte ich darauf hinweisen, wie unendlich (D) schwer es einzelnen Bezirken gefallen ist, die **Umlage** von 2½ Millionen Tonnen Brotgetreide, die im vergangenen Jahre aufzubringen waren, ohne schwere Ungerechtigkeiten aufzubringen. Dem Antrage gegenüber muß ich sagen, daß es unmöglich ist, einen gerechten Schlüssel für seine Durchführung zu finden. Wenn man jetzt an Stelle der 2½ Millionen Tonnen 4½ Millionen Tonnen verlangt und fordert, daß der Kleinbetrieb, vielleicht auch der Mittelbetrieb, freigelassen werden soll, so geschieht das meiner Auffassung nach aus agitatorischen Gründen. Denn wenn bei der Freilassung nur die doppelte Hektarzahl in Frage kommen würde, also vielleicht zwei Hektar statt bisher ein Hektar, dann wird es unmöglich sein, auch nur 2½ Millionen Tonnen hereinzubringen, und natürlich erst recht nicht, wenn die Menge auf 4½ Millionen Tonnen erhöht wird.

Herr Schmidt sagte, wenn diese 4½ Millionen Tonnen schon vor einem Jahre bewilligt worden wären, so hätte man eine größere Verbilligung des Brotpreises herbeiführen können; — so glaube ich ihn verstanden zu haben. Demgegenüber befürchte ich, daß etwas anderes eingetreten wäre. Wenn man nämlich noch mehr Getreide aus dem freien Verkehr herausgezogen hätte, dann wäre das übrige Getreide naturnotwendig noch teurer geworden,

(sehr richtig! rechts)

es hätte sich noch schneller dem Weltmarktpreis angepaßt. Dasselbe muß auch jetzt eintreten, wenn Sie versuchen, die 4½ Millionen Tonnen herauszubringen.

Es ist aber noch etwas anderes, was hierbei in Frage kommt. In dem Antrag ist zum Ausdruck gebracht, daß nicht allein der Getreidebauer, sondern auch andere landwirtschaftliche Kreise herangezogen werden sollen, also Forst- und Weideflächen. Man hat — ich glaube, es war der Herr Kollege Schmidt — den Aus-

(**Döbrich**, Abgeordneter.)

(A) druck gebraucht: Wir wollen ja damit eine gerechte Verteilung herbeiführen, indem man nicht nur einen Teil der Landwirtschaft zu dieser Last heranzieht. Ich glaube aber, es gibt wohl kaum eine größere Ungerechtigkeit, als wenn man in dieser Form überhaupt die Landwirtschaft heranzieht. Wenn man erkennt, daß es ungerecht ist, innerhalb der Landwirtschaft einen Teil heranzuziehen und den anderen nicht, dann ist doch damit der Beweis erbracht, daß das Ganze eine Ungerechtigkeit gegenüber all denen ist, die überhaupt keine Landwirtschaft betreiben. Damit ist zum Ausdruck gebracht, was wir immer wieder betont haben, daß das Ganze eine **Sondersteuer** gegenüber der **Landwirtschaft** ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Dabei möchte ich doch auf eines eingehen, was wir auch schon einmal mit dem Herrn Ernährungsminister besprochen haben, wo wir gerade darauf hingewiesen haben, daß es, wenn es in dieser Form geschieht, eben nichts anderes als eine Sonderbesteuerung der Landwirtschaft ist. Damals hat der Gedanke bestanden, daß man diese Steuer gewissermaßen der gesamten deutschen Bevölkerung auferlegen wolle, ein Gedanke, mit dem wir uns abfinden könnten. Es ist uns aber entgegengehalten worden, daß hiergegen von der Entente Einspruch erhoben werde, weil das den Bestimmungen des Londoner Ultimatums widerspreche. Da möchte ich doch darauf hinweisen, daß es dann auch unbedingt gegen diese Bedingungen verstoßen muß, wenn hier einem Teil der deutschen Volkswirtschaft, der Landwirtschaft, eine Sondersteuer auferlegt wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Denn es muß eine Sondersteuer sein, sie wird besonders dazu gestempelt und gekennzeichnet, wenn man eben noch hinzufügt, daß die anderen Landwirte, die kein Getreide bauen, eben auch an dieser Belastung teilhaben sollen.

(B) (Sehr richtig! rechts.)

In welcher Form soll das denn geschehen? Sie müßten also das Getreide, das sie abliefern sollen, auf dem freien Markt kaufen, um es als Umlagegetreide wieder abzuliefern. Dadurch würde ein Teil der Landwirtschaft als Konkurrent für die gesamte deutsche Bevölkerung auf dem Getreidemarkt auftreten, die Landwirte müßten die Preise in die Höhe treiben, um das Getreide wieder zu billigerem Preise abzuliefern.

(Sehr richtig! rechts.)

Damit würde nicht das erreicht, was Sie wollen, es würde eine weitere Entwertung unseres Geldes bedeuten, den ganzen Gang, den Sie damit aufhalten wollen, beschleunigen, die Anpassung des Inlandwertes der Mark an den Auslandwert. Es ist bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen worden, daß die Landwirtschaft nicht an die Zukunft denke, beziehungsweise anderseits sagte Dr. Hertz, man denke schon jetzt an die Zukunft und rede von einem **Zollschutz**, er macht uns aber den Vorwurf, daß wir dabei mit unseren Gedanken nicht offen herauskämen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß man heute gar nicht darüber entscheiden kann, wie sich das Wirtschaftsleben in der kommenden Zeit entwickeln wird. Es muß heute wie in der kommenden Zeit unser Bestreben sein, die gesamte deutsche Wirtschaft im Lauf zu halten.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie werden es auch, mögen Sie sich nun heute ausgesprochen haben, wie Sie wollen, niemals dahin kommen lassen können, daß die deutsche Landwirtschaft, wenn einmal die Zeit kommt, daß sie nicht in der Lage ist, zu Weltmarktpreisen zu produzieren, zugrunde gehen kann. Sie in erster Linie und das gesamte Wirtschaftsleben würde dadurch ja zugrunde gehen müssen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

(C) Es ist also ein unberechtigter Vorwurf, wenn man uns sagt, daß wir heute nicht schon offen mit solchen Forderungen kommen. Wir haben zu solchen Forderungen heute keine Ursache. Heute ist nicht die Zeit dazu da. Heute haben wir auf der anderen Seite den Wunsch, unser Wirtschaftsleben in Ordnung zu bringen, und das glauben wir eher durch die Forderung der freien Wirtschaft als durch die Hemmung eines Teiles der gesamten deutschen Wirtschaft in seiner Entwicklungsmöglichkeit, den Sie anstreben, zu erreichen. Damit dienen Sie auch dem anderen Teil in keiner Weise.

Ich will hier ganz kurz auf den Antrag eingehen, den wir an dieser Stelle gestellt haben. Herr Kollege Thomsen hat ihn schon begründet, ich darf ihn noch einmal verlesen:

> Die **Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide** in Form einer öffentlichen Getreideumlage ist nicht mehr möglich. Jede Zwangsmaßnahme hindert, wie die Erfahrung gelehrt hat, die notwendige Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung und gefährdet dadurch die dauernde Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung. Diese bedenklichen Folgen würden bei der Beibehaltung des Umlageverfahrens auch für dieses Jahr sich noch stärker geltend machen.
>
> Es sind daher Maßnahmen zu ergreifen, die dahin zielen, auf anderer Grundlage die Brotversorgung zu gewährleisten und das Brotgetreide dem Bedürfnis der wirtschaftlich schwachen Bevölkerung entsprechend zu verbilligen.

Da es gilt, dafür zu sorgen, daß unter keinen Umständen in der Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide ein Vakuum eintritt, so hat sich die deutsche Landwirtschaft außerdem bereit erklärt, selbst dafür zu sorgen. (D) Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat in diesem Sinne mit dem Ministerium verhandelt und ihm seinen Entschluß kundgegeben, der in seinem Endsatz lautet:

> Für diesen Fall

— wenn also dafür gesorgt wird, daß die wirtschaftlich Schwachen in der Lage sind, sich auch das Brotgetreide zu kaufen —

> ist die Landwirtschaft bereit, eine Gewähr dafür zu übernehmen, daß die zur Sicherung der Brotversorgung erforderlichen Mengen Brotgetreide in Verbindung mit Einkäufen von Auslandsgetreide aus der inländischen Erzeugung fortlaufend rechtzeitig im freien Verkehr zur Verfügung gestellt werden.

Das heißt mit andern Worten: wir wollen durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften usw. dazu beitragen, daß unter keinen Umständen die Möglichkeit eintritt, daß die deutsche Bevölkerung zu irgendeinem Zeitpunkt nicht genügend mit Brotgetreide versorgt wird.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Und zu welchem Preise?)

— Ich habe mich längere Zeit darüber ausgelassen, daß wir unter allen Umständen an der Forderung der freien Wirtschaft festhalten, daß wir also infolgedessen heute zu den Preisen gar nicht reden können. Eins möchte ich aber betonen: die deutsche Landwirtschaft hat durchaus kein Interesse daran, daß die Preise übermäßig hoch sind, und wir weisen es unter allen Umständen zurück, daß wir jemals lediglich aus Gründen der Preispolitik, um Wuchergewinne einzuheimsen, Forderungen gestellt hätten.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

(**Döbrich,** Abgeordneter.)

(A) Im Gegenteil, wir verlangen nichts weiter, als daß wir Preise bekommen, die der Weiterführung der Wirtschaft angepaßt sind, und das ist nicht so deutlich in der Entschließung der Mehrheitssozialdemokraten zum Ausdruck gekommen. Sie wollen, daß der Preis den Erzeugerkosten angepaßt werden soll, daß aber Konjunktur- und Valutagewinne ausgeschlossen werden. Auch wir wollen keine Konjunktur- und Valutagewinne. Aber was heißt denn heute: **die Preise sollen den Erzeugerkosten angepaßt** sein? Darüber gehen manchmal die Meinungen weit auseinander. Was heißt überhaupt „Erzeugerkosten"? Will man da lediglich die Kosten berücksichtigen, die zur Herstellung des Erzeugnisses selbst notwendig waren? Dann ist es bei fortschreitender Entwertung unseres Geldes selbstverständlich unmöglich, daß an eine Weiterführung der Wirtschaft gedacht werden kann. Denn mit diesem Erlös würde man nicht in der Lage sein, die Wirtschaft fortzuführen.

Wie man heute Erzeugerpreise berechnet, davon möchte ich Ihnen einmal ein einziges Beispiel hier darlegen. In einer Zeitung, die ich vor wenigen Tagen in Halle in einem Schaufenster ausgestellt gefunden habe, hat ein angeblicher Landwirt nachgerechnet, daß der Erzeugerpreis für den Zentner Kartoffeln 15,55 Mark betrage.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn man mit einem Gewinn von 100 Prozent rechnet, könnte man den Zentner Kartoffeln also immerhin noch für etwa 30 Mark verkaufen. Er hat dabei eine Menge von etwa 60 Zentnern pro Morgen gerechnet, und wenn er dann den Erlös herausrechnet, so würde er vielleicht von dem Erlös noch nicht einmal in der Lage sein, sich den Kunstdünger zu kaufen, der für die nächste Ernte notwendig wäre. Von der Aussaat, von der Arbeit, von der Verzinsung, von der Lebensmöglichkeit des Mannes (B) selbst ist gar keine Rede mehr. So rechnet man unter Umständen in Kreisen, die ernst genommen werden wollen, den Erzeugerpreis aus. Das ist doch ein Ding der Unmöglichkeit. Wir erklären noch einmal: die Landwirtschaft hat gar kein Interesse daran, irgendwie Wucherpreise zu bekommen oder höhere Preise zu beanspruchen, als sie unbedingt notwendig sind, um die Wirtschaft fortführen zu können.

Ich will auf die übrigen Entschließungen nicht weiter eingehen und nur noch auf das hinweisen, was vorhin schon einmal besprochen worden ist, zur Entschließung über die Kartoffelbewirtschaftung. Wir haben im ganzen nichts gegen diese Entschließung einzuwenden. Es ist aber wichtig, darauf hinzuweisen, daß es in dieser Entschließung heißt, daß der Abschluß von **Lieferungsverträgen in Kartoffeln** zwischen Erzeugern und Verbrauchern „namentlich" unter Mitwirkung der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen, der Genossenschaften und Konsumvereine erfolgen soll. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß unter keinen Umständen der reelle Handel ausgeschlossen werden soll. Wir haben gar kein Interesse daran, daß bei der kommenden Kartoffelbewirtschaftung **der reelle Handel** ausgeschlossen wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Denn das würde nichts anderes bedeuten als die Vernichtung des gesamten Handelsstandes, soweit er sich mit Kartoffeln befaßt, und das liegt weder in unserem Interesse noch im Interesse der Allgemeinheit.

Der Herr Minister hat gesagt, daß den Ländern doch in gewisser Beziehung freie Hand gelassen werden müßte. Ich möchte in dieser Beziehung auf einige Mißstände hinweisen, die sich im vorigen Jahr ergeben haben. Im vorigen Jahr haben einzelne **Länder** Bestimmungen bezüglich der **Kartoffelbewirtschaftung** getroffen, die vollkommen den Beschlüssen des Reichstags (C) entgegenstehen. Diese Bestimmungen hätten fast katastrophal gewirkt, indem man zu weit in die Bestände eingreifen wollte. Wenn das geschehen wäre, dann hätte natürlich von einer Produktionssteigerung gar keine Rede sein können. Die Saatbeschaffung ist so wie so besonders schwierig gewesen, und nicht immer ist das Saatgut vorhanden gewesen, das notwendig war.

Zum Schluß möchte ich auf die Entschließung zurückkommen, die sich auf die **Zuckerbewirtschaftung** bezieht. Der Herr Minister hat vorhin schon ausgeführt, daß die Produktion an Zucker sich schon jetzt wieder stark gehoben habe, daß sie den Friedensbedarf wieder erreicht habe. Würden wir die Zahlen zugrunde legen, die im vorigen und im vorvorigen Jahre gegolten haben, so würde man finden, daß auf diesem Gebiete eine Steigerung der Produktion bis zu 100 Prozent eingetreten ist. Meiner Auffassung nach würde es also der Produktion entschieden nicht dienlich sein, wenn man auf dem Gebiete der Zuckerbewirtschaftung zur Zwangswirtschaft zurückkehren wollte. Dabei verkennen wir durchaus nicht, daß auf dem Zuckermarkt Zustände eingetreten sind, die man als unhaltbar bezeichnen muß. Wir von der landwirtschaftlichen Seite möchten dabei ausdrücklich betonen, daß unsere Hausfrauen darunter genau so leiden wie die Hausfrauen in den Städten. **Auf dem Lande** herrscht genau derselbe **Zuckermangel** wie in der Stadt, und auch wir haben alle Ursache, danach zu fragen, wie es kommt, daß gerade auf diesem Gebiete heute ein solcher Mangel eingetreten ist. Die Aufklärung ist uns ja zum Teil heute schon gegeben worden. Es ist aber notwendig, auf die Tatsache hinzuweisen, daß heute leider Gottes Zucker zu Zwecken verbraucht wird, zu denen er nicht verbraucht werden sollte.

(Sehr richtig! rechts.)

(D) Ich denke dabei an das Aufblühen der Zuckerindustrie. Soweit es sich um die Industrie handelt, ist es ja ganz schön; aber der Verbrauch ist so stark, daß er der Allgemeinheit unbedingt zum Schaden ist. Wenn man auf der einen Seite mehr verbraucht als unbedingt notwendig ist, so muß auf andern Gebieten Mangel eintreten; das sehen wir gerade bei der Zuckerbewirtschaftung. Und es sind nicht immer die sogenannten wohlhabenden Kreise, die übermäßig Zuckerwaren verbrauchen, sondern es ist unsere Jugend überhaupt. In den Städten sieht man heute ja an jeder Ecke fast einen Schokoladenhändler stehen, und die Zuckerwarengeschäfte blühen und sind ständig voll von Käufern. Wenn man weiter sieht, wie gerade in der Likörindustrie

(sehr richtig!)

unendlich viel Zucker verbraucht wird, dann hat man die Quellen für die Schäden gefunden.

Wir müssen aber auch, wie es in der Entschließung gefordert wird, nachforschen, ob nicht doch noch auf Umwegen Zucker ins Ausland gelangt. Eine Änderung dieser mißlichen Verhältnisse in der Zuckerbewirtschaftung erhoffen wir von einer **Freigabe der Zuckereinfuhr** aus dem Auslande. Dann würde unsere Zuckerindustrie wenigstens ihren Bedarf im Auslande decken können und damit würde eine gewisse Entlastung für den andern Markt eintreten.

Wenn ich kurz zusammenfassen darf, so möchte ich sagen, daß wir Landwirte, besonders in unserer Fraktion, die Aufgabe des Ernährungsministeriums für die Zukunft nicht darin erblicken, die vorhandenen Lebensmittel zu bewirtschaften, sondern die Hauptaufgabe des Ministeriums ist, für die Förderung der Produktion zu sorgen, was der Herr Minister uns bereits zugesagt hat. Wie das geschehen kann, darauf ist der Herr Minister bereits im einzelnen eingegangen. Er hat besonders

(Döbrich, Abgeordneter.)

(A) auf die Bedeutung des biologischen Reichsinstituts auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung hingewiesen, daß allein durch die Bekämpfung der Schädlinge jährlich Milliarden erspart werden könnten.

Diese nutzbringende Wirkung des Instituts beweist uns, daß auch auf andern Gebieten von Reichs wegen noch unendlich viel geschehen kann. Wir verkennen durchaus nicht die Schwierigkeiten, die darin liegen, daß die Ausführung vieler Bestimmungen den Ländern übertragen werden muß. Selbstverständlich werden die einzelnen Länder für die örtlichen Verhältnisse ein größeres Verständnis haben; aber der Einfluß des Reiches muß unbedingt gewahrt bleiben. Das Reich muß die Grundsätze aufstellen und Anregungen geben, in welcher Form die Maßnahmen getroffen und durchgeführt werden. Ausführlich ist heute bereits über den Antrag gesprochen worden, das **Siedlungswesen** dem **Ernährungsministerium** anzugliedern. Ich gehe auf diese Frage nicht weiter ein, weil mein Kollege Thomsen die Gründe bereits eingehend dargelegt hat. Nur darauf möchte ich hinweisen, daß auf dem Gebiet der Neusiedlung, in der Gewinnung von Neuland unendlich viel mehr als bisher geschehen muß.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn man diese Aufgabe den Ländern übertragen will, so muß ich demgegenüber hervorheben, daß die Länder heute doch nur die Kostgänger des Reiches sind,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

daß also die Übertragung dieser Aufgabe auf die Länder nur eine Abwälzung vom Reich auf die Länder bedeuten würde. Vielleicht würde dann der Fall eintreten — ja, er wird sogar sicher eintreten —, daß die einzelnen Länder, die auf diesem Gebiete etwas leisten könnten, das heißt diejenigen, in denen noch Unland, mag es Heide oder Moorland sein, in großer Fläche vorhanden

(B) ist, diese Aufgabe nicht lösen könnten, weil auf der einen Seite die Mittel fehlen, auf der anderen Seite aber auch die Flächen so groß sind, daß sie, rein technisch gesehen, nicht von einer einzigen Stelle aus kultiviert werden könnten; ich denke an die Verteilung der Arbeitskräfte.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß vielleicht eine **Arbeitslosigkeit** bevorsteht und daß man die Landwirtschaft im Inlande abnahmefähig erhalten soll. Ich möchte gerade jetzt bitten, heute schon Vorsorge zu treffen, damit man in der Lage ist, wenn die Arbeitslosigkeit kommen soll, die Arbeiter dann auch nutzbringend zu beschäftigen. Das könnte man sehr gut, wenn man berücksichtigt, welche umfangreichen Arbeiten zur **Kultivierung der großen Moore** zu leisten sind. Es ist vielleicht notwendig, daß wir heute schon Vorarbeiten treffen, damit wir, wenn eine solche schwere Zeit für die Wirtschaft kommt, nicht nur unproduktive Arbeitslosenunterstützungen zahlen, sondern den Arbeitern die Möglichkeit geben, nutzbringende Arbeiten für die Volkswirtschaft zu leisten. Und das ist auch dem rechten und ehrlichen Arbeiter nur erwünscht.

In diesem Sinne gibt es noch unendlich viel, was auf dem Gebiete der Landwirtschaft geleistet werden kann. Ich denke besonders auch an das, was der Ernährungsminister im Hauptausschuß angeschnitten hat: an die **Forschungen auf dem Gebiete des Ernährungswesens**. Auch hier kann unendlich viel geleistet werden. Denn Deutschland ist ein armes Land geworden. Wir müssen uns mit unserer Ernährung anders einrichten, als wir es bisher gewohnt waren, und in dieser Beziehung können Forschungen nützlich sein, damit nicht Zustände eintreten, wie wir sie teilweise in der Kriegszeit gehabt haben und die der Allgemeinheit großen Schaden zugefügt haben.

Wir sehen also, daß dem Reichsernährungsministerium ein weites Aufgabengebiet gegeben ist. Deshalb (C) wünschen wir nicht, daß dieses Ministerium mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft verschwindet, sondern daß es zum Segen der deutschen Landwirtschaft weiter wirkt, damit das eintreten kann, was die Hauptaufgabe der deutschen Landwirtschaft ist: die Ernährung des deutschen Volkes auf deutscher Scholle!

(Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Böhme (Magdeburg).

Dr. **Böhme** (Magdeburg), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Auch meine Parteifreunde begrüßen den neuen Ernährungsminister als einen Mann, der der landwirtschaftlichen Praxis nahesteht und der jetzt schwere Aufgaben vor sich hat, bei dem es ihm nach unserem Wunsche gelingen möge, das, was er in langjähriger landwirtschaftlicher Praxis erfahren hat, auch gegenüber manchen Widerständen, die sich naturgemäß in einem Beamtenapparat ergeben, durchzusetzen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um mit einem Gefühl der Dankbarkeit des Mannes zu gedenken, der vorher an dieser Stelle gestanden hat. Wir möchten mit Genugtuung feststellen, das es während der **Amtszeit** des Herrn **Ministers** Dr. **Hermes** auf dem Wege der freien Wirtschaft stark vorwärts gegangen ist. Da wir nicht zu den Illusionisten gehören, die annehmen, daß die freie Wirtschaft in ganz kurzer Zeit das Ziel der Hebung der Produktion erreichen könne, sondern wissen, daß das nur langsam sich vollziehen kann, haben wir keinen Anlaß, in die Kritik einzustimmen, daß die Taten des Herrn Ministers Hermes zu keinem praktischen Erfolge geführt hätten. Wir sind vielmehr überzeugt, daß, wenn der neue Minister auf diesem Wege (D) des Abbaues der Zwangswirtschaft fortfahren wird, dann die Zeiten kommen werden, wo wir mit Genugtuung feststellen können, daß tatsächlich im Interesse der gesamten Volksernährung erhebliche Fortschritte in der Hebung der Produktion gemacht worden sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Herr Minister hat ja in seiner heutigen Eingangsrede schon selbst darauf hingewiesen, daß man doch bei einer ganzen Anzahl von Produkten feststellen kann, daß die Ernten, die wir in der Gegenwart haben, nahe an die Ernten in Friedenszeiten herangekommen sind,

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten)

bei manchen Produkten ja weniger; im großen und ganzen aber doch ein erfreulicher Fortschritt gegenüber der Kriegszeit. Wir sind grundsätzlich der Meinung, daß deshalb auf diesem Wege fortgegangen werden muß.

Meine Damen und Herren, bevor ich zu den eigentlichen Fragen komme, möchte ich mir noch einige Bemerkungen gestatten, da heute die Zollfrage in die Debatte gezogen worden ist.

Die Sachlage ist hier so dargestellt worden, als ob der **Schutzzoll**, wie wir ihn früher gehabt haben, einseitig der **Landwirtschaft** zugute gekommen ist. Das ist ein völlig irriger Standpunkt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wer die Entwicklung der deutschen Schutzzollpolitik kennt, der weiß, daß der erste Zolltarif, den wir gehabt haben, im Jahre 1879 in wesentlich höherem Maße Schutzzölle für die Industrie brachte

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

und daß sich die Industrie unter diesem Schutzzoll zunächst kräftig entwickeln konnte, daß auch erst im Prozentsatz des Werts der Waren ganz allmählich der Aufbau der landwirtschaftlichen Zölle unter dem Druck der Ver-

(Dr. **Böhme** [Magdeburg], Abgeordneter.)

(A) hältnisse begann, daß die Industrie also lange Jahre hindurch gegenüber der Landwirtschaft die Sicherheit der Produktion hatte und daß somit die Schutzzollpolitik keineswegs eine einseitige Bevorzugung der Landwirtschaft war, sondern daß es eine Politik des Ausgleichs gegenüber der gesamten Volkswirtschaft war, bei der die Landwirtschaft nur das erhielt, was auch andere Berufe, insbesondere die Industrie, durch den Schutzzoll erhalten haben. Deswegen kann auch gar nicht die Rede davon gewesen sein, daß sich daraus besondere Verpflichtungen ergeben, die damit begründet werden, daß lange Zeit eine einseitige Bevorzugung der Landwirtschaft stattgefunden hat.

Meine Freunde sind auch der Meinung, daß dieses Ministerium, auch wenn wir die freie Wirtschaft völlig erreicht haben, außerordentliche Aufgaben hat, die es notwendig machen. Wir sind vor allem der Meinung, daß unmöglich, nachdem so außerordentlich viele Aufgaben an das Reich übergegangen sind und den Ländern so wenig verblieben ist, ein Kabinett aus zehn, zwölf Köpfen ohne einen Mann sein darf, der der Landwirtschaft, einem der größten Berufsstände, ganz besonders nahesteht.

(Sehr richtig! rechts.)

Ohne bösen Willen in den anderen Ministerien anzunehmen, ist es doch einfach das Natürliche, daß die landwirtschaftlichen Interessen vernachlässigt werden müssen, wenn nicht ein Fachmann, ein Mann, der in enger Fühlung mit der Landwirtschaft steht, in der Lage ist, in diesem Ministerium die Interessen der Landwirtschaft wahrzunehmen.

Deswegen sind wir der Überzeugung, daß das Ministerium notwendig ist und daß sein Tätigkeitsgebiet durch Aufgaben ergänzt werden muß, die bisher bei anderen Ministerien waren.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

(B) Ich habe es vielleicht überhört, ob der Herr Minister heute im Plenum davon gesprochen hat, daß er in Verhandlungen mit den in Frage kommenden Ministerien eintreten wird — es ist das Arbeitsministerium und das Reichsministerium des Innern —, ob eine solche **Angliederung bestimmter Zweige** möglich ist. Er hat uns das aber in der Kommission erklärt, und ich glaube, das ist der richtige Weg, daß im Einvernehmen und unter ruhiger Würdigung der sachlichen Gesichtspunkte eine solche Umstellung der einzelnen Abteilungen stattfindet und das **Landwirtschaftsministerium** erhält, was ihm nach seinem Charakter zusteht.

Insbesondere meine ich damit auch **die landwirtschaftliche Siedlung.**

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Ich habe allerdings nicht die Meinung, daß das Reichsarbeitsministerium irgendwelche Pflichten auf diesem Gebiete versäumt hat. Ich kann feststellen, daß der Siedlungsausschuß, der dort angegliedert ist, regelmäßig seine Tagungen gehalten hat — auch heute findet eine solche Tagung statt —, und daß in diesem Ausschuß doch eine Reihe von Männern aus der landwirtschaftlichen Praxis vorhanden sind, die dem Ministerium die Verhältnisse aus der Praxis nahebringen können. Ich bin überhaupt der Überzeugung, daß im Grunde die Förderung der Siedlung dann zu erwarten ist, wenn der betreffende Mann, der an der Spitze des Ministeriums steht, persönlich von der wichtigen Aufgabe durchdrungen ist.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Wer die Geschichte der Siedlung kennt, der weiß, daß unter Männern wie Podbielski, der doch gewiß der Landwirtschaft nahestand, wie v. Schorlemer vom Landwirtschaftsministerium aus sehr wenig für die Siedlung geschah, daß ihm alles abgerungen werden mußte. Im Grunde kommt es also nicht darauf an, wo die betreffende Abteilung ist, sondern darauf, von welchem Geist der Mann erfüllt (C) ist, der an der Spitze dieses Ministeriums steht.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Wir sind wie alle, die hier gesprochen haben, davon überzeugt, daß in der Gegenwart auch noch große Aufgaben auf dem Gebiete der Volksernährung von dem Ministerium zu erfüllen sind. Auch wir empfinden die Not weiter Schichten der Bevölkerung außerordentlich, die Not der alten Rentner, vielfach der Beamten und Angestellten, und vor allem der kinderreichen Familien, für die weder auf dem Gebiete der Steuer noch auf dem Gebiete der Besoldung entsprechend gesorgt worden ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir sehen den krassen Gegensatz: auf der einen Seite Jugendliche, die unglaublich viel verdienen und dann das Geld zum Fenster hinauswerfen können. Der Herr Vorredner hat mit vollem Recht von dem ungeheuren Konsum an Schokolade gesprochen.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Liköre!)

Wenn man dann an den Konsum von Zigaretten denkt, und auf der anderen Seite die Not vieler Familienväter sieht, dann hat man ein Empfinden dafür, daß es notwendig ist, für diese Bevölkerungsschichten zu sorgen. Deshalb haben wir uns auf den Boden des Antrags gestellt, den das Zentrum in der Kommission gestellt hat, wo verlangt wird, es möge dafür Sorge getragen werden, daß eine **Reserve für die Minderbemittelten** geschaffen würde, aber auch wirklich nur für die Minderbemittelten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Man stößt da auf Schwierigkeiten im Finanzministerium. Der Weg sei nicht zu finden. Eine Berücksichtigung der Zahl der Familienangehörigen und des Einkommens sei nicht möglich. Es sei nicht möglich, (D) diejenigen Familien, deren Einkommen, dividiert durch die Zahl der Familienangehörigen, unter einer bestimmten Grenze steht, zu bedenken und die anderen mehr zahlen zu lassen.

Ich kann es nicht verstehen, wie es nicht möglich sein sollte, vielleicht auch nachträglich erst im letzten Quartal bei der Einkommensteuer, wenn die Behörde die Verhältnisse kennt, solchen Familien, deren Einkommen über eine gewisse Höhe hinausgeht, nachträglich durch einen solchen Zuschlag etwas aufzuerlegen, was durchaus berechtigt ist, weil sie ja auch an der Verbilligung des Brotes teilgenommen haben. Auf dem Wege muß doch das zu machen sein, und ich möchte auch hier den Herrn Minister bitten, gegenüber den Schwierigkeiten der Bureaukratie als frischer Mann aus der Praxis sich einzusetzen und es durchzusetzen, daß allen solchen Bedenken gegenüber etwas erreicht wird, was dem gesunden Volksempfinden entspricht.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn wir diesen Standpunkt einnehmen, daß eine solche Reserve geschaffen werden muß, dann glauben wir aber nicht, den Weg gehen zu können, daß die Umlage eine Fortsetzung erfährt. Wir glauben, diesen Weg nicht gehen zu können, weil wir allerdings der Ansicht sind, daß die **Umlage** eine **einseitige Belastung der ländlichen Bevölkerung** bedeutet,

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich verkenne nicht, daß, wie mit Recht schon in der Kommission hervorgehoben wurde, in der zehnprozentigen sozialen Abgabe die Industrie ihrerseits auch eine Sonderleistung trägt. Aber wenn berechnet ist, daß die Sonderleistung der Landwirtschaft im Vorjahre dreizehn Milliarden betrug, so steht demgegenüber nur eine Leistung der Industrie von drei Milliarden, und wenn auch diese Leistung jetzt stark erhöht worden ist, so liegt doch die

(Dr. **Böhme** [Magdeburg], Abgeordneter.)

(A) Tatsache vor, daß jahrelang diese Sonderleistung der Landwirtschaft vorhanden war in einem Maße, daß tatsächlich doch eine ungerechte Belastung der Landwirtschaft dabei festzustellen war.

Warum ist diese Umlage so unangenehm empfunden worden? Der Widerstand gegen die Umlage hat sich von Termin zu Termin vor der Ablieferung versteift. Trotzdem ist sie erfüllt worden, und der Herr Minister hat vollkommen recht, wenn er gesagt hat, es liegt tatsächlich eine große Leistung der Landwirtschaft vor, wenn sie restlos diese 2,5 Millionen Tonnen geliefert hat. Weshalb ist der Widerstand so stark geworden? Weil die Verhältnisse auf dem Weltmarkt eine Entwicklung nahmen, bei der das **Mißverhältnis zwischen Umlagepreis und freiem Preis** immer stärker wurde. Als wir vor etwa einem Jahre die Umlage machten, war der durchschnittliche Umlagepreis 2200 Mark und der Weltmarktpreis 4700 Mark pro Tonne. Der ist nun inzwischen gestiegen auf 17 000 Mark pro Tonne im März/April. Damals also eine Steuerleistung pro Tonne von 2000 Mark, und im Zeitraum der letzten Ablieferung eine Leistung von 15 000 Mark pro Tonne. Es liegt klar auf der Hand, daß jeder denkende Landwirt, der diese Entwicklung sieht, mit steigendem Unbehagen sich sagt: Du trägst diese Last der Entwicklung einseitig in einem Maße, wie es ursprünglich auch von denjenigen, die die Umlage gemacht haben, gar nicht beabsichtigt war.

Diese steigende Differenz hat in erster Linie die Fülle von Widerstand wachgerufen, der in der einmütigen Stellung der Landwirtschaft zum Ausdruck kommt. Ohne Unterschied der Besitzgrößen — natürlich gibt es immer einzelne, die einen anderen Weg gehen — ist eine ablehnende Stellung vorhanden, und diese Stellung ist um so stärker ablehnend, je kleiner der Besitz ist.

(B) (Sehr richtig! bei den Demokraten und rechts.)

Der **kleine Landwirt** hat die Lasten dieser Umlage ganz besonders schwer empfunden. Er mußte vielfach zu dem billigen Preise abliefern und dann zu den hohen Weltmarktpreisen Futtermittel und Kleie für die Ernährung seines Viehes zukaufen. Die Differenzen sind hier ganz ungeheure. Daß das Erbitterung hervorruft, ist klar.

Hierzu kommt noch etwas anderes. Der kleine Landwirt, der besonders am Verkauf der **Viehprodukte** interessiert ist, hat bei seinen Produkten **nicht die Erhöhung** in dem Maße gespürt **wie beim Getreidebau.**

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Zahlen sind da ganz einwandfrei. Von 1913 bis 1922 ist — für 1922 ist der Durchschnitt März/April genommen — der Preis für Weizen auf das 71½ fache, für Gerste auf das 85 fache, für Roggen auf das 83½ fache, für Hafer auf das 68 fache, für Kartoffeln auf das 66½ fache, für Heu auf das 69 fache gestiegen, dagegen für Schweine nur auf das 49½ fache, für Rinder auf das 40 fache, für Butter auf das 47 fache, für Milch auf das 40 fache bis 45 fache, für Eier auf das 28 fache. Sie sehen daran, daß die Viehprodukte lange nicht in dem Maße im Preise gestiegen sind wie die Getreideprodukte. Da nun die kleinen Landwirtschaften derartig erfaßt werden, daß sie nahezu alles abliefern müssen und dann gezwungen sind, für ihre Viehhaltung zuzukaufen, so ist das eine Härte, die bitter empfunden wird, und ist mit eine der Ursachen für die bitterböse Stimmung, die in diesen Schichten entstanden ist. Die Preissteigerung für ihre Produkte ist vielfach lange nicht so groß wie die Preissteigerung für die Waren, die sie kaufen müssen, um ihre Wirtschaft zu erhalten. Die Preise für schwefelsaures Ammoniak sind von 1913/14 bis Mai 1922 um 4200 Prozent gestiegen, für 40prozentiges Kali um 4660, für 18prozentiges Thomasmehl um 6600, für Superphosphat um 6670 Prozent. Das sind Preissteigerungen, die die Lage dieser Landwirte in hohem Maße erschweren. Und nun kommt an sie das Verlangen heran, eine solche Sonderleistung zu machen, an der die anderen, vielfach viel leistungsfähigeren Schichten nicht beteiligt sind!

(C)

Man spricht davon — das unterschreibe ich —, daß die Besitzer des Grund und Bodens Sonderverpflichtungen haben, weil sie dieses Monopol des Bodens besitzen. Aber es wird auch verkannt, daß diese Sonderverpflichtungen allein durch eine Tat vollkommen erfüllt werden, durch die Tat, daß im Jahre durchschnittlich 12 bis 13 Stunden täglich gearbeitet wird.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Es wird vielfach von dem zu **hohen Verdienst der landwirtschaftlichen Kreise** gesprochen. Ich will mich einmal auf die Logik des Arbeiterstandpunktes einstellen. Rechnen Sie sich einmal aus, was bei einer gut 50prozentigen Überschicht gegenüber dem normalen Achtstundentag eine bäuerliche Familie, die in der Hauptsache mit ihren Familienmitgliedern arbeitet, die also tatsächlich diesen **Zwölfstundentag** leistet, von Rechts wegen auch vom Arbeiterstandpunkte aus verdienen müßte.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Herr Kollege, ich will nach der Mahnung des Herrn Präsidenten an meinen Vorgänger nicht auf Zwischenrufe eingehen; aber diese Bemerkung muß ich doch richtig stellen. Gewiß, diese Familien arbeiten im Winter nicht 12 oder 13 Stunden, aber sie arbeiten im Sommer auch 16 bis 17 Stunden, und wenn manchmal gesagt wird, die eine oder andere Arbeit ist nicht angenehm, nun die Arbeit in glühender Sonne bei der Heuernte und bei der Roggenernte ist auch nicht angenehm, und deshalb kann man diesen Vergleich wohl machen. Nun nehmen Sie einmal den durchschnittlichen Arbeitsverdienst eines Kohlenarbeiters in Berlin — die Zahlen sind freilich schon wieder etwas überholt —, der Kohlen austrägt, oder eines Klempners. Der geht erheblich über 4000 Mark monatlich hinaus. Das ist ein Jahreseinkommen von 50 000 Mark. Dazu nehmen Sie eine Zulage von 50 Prozent, Überstunden werden in der Regel höher bezahlt, so kommen Sie auf 75 bis 80 000 Mark, und rechnen Sie sich nun aus, welches Einkommen in einer drei- bis vierköpfigen bäuerlichen Familie vorhanden sein müßte und fragen Sie sich, ob das auch nur irgendwo in diesem Maße vorhanden ist.

(D)

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Von der Grundrente ist dabei garnicht die Rede, sondern nur von dem Arbeitseinkommen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das wissen doch die Leute auf dem Lande auch, und da sollen Sie nun hinausgehen und der Bevölkerung klarmachen, es sei gerecht, daß diese Schichten in dem Maße mit einer Sondersteuer belastet werden. Und dann lesen die Leute Zeitungen, sie lesen von diesen Streiks in den Großstädten, sie lesen davon, daß jetzt in Württemberg ein Streik ausgebrochen ist, weil die Leute nicht 48 Stunden, also nicht einmal 8 Stunden am Tag, sondern nur 46 Stunden in der Woche arbeiten wollen.

(Hört! Hört! in der Mitte.)

Ja, wie soll man das der Bevölkerung klarmachen, wie soll man es als einen Akt der Gerechtigkeit hinstellen, wenn da eine Sondersteuer verlangt wird?

Deshalb sind meine Freunde durchaus von der Notwendigkeit durchdrungen, für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten zu sorgen, sie sind jedoch überzeugt

(Dr. **Böhme** [Magdeburg], Abgeordneter.)

(A) davon, daß eine solche Sondersteuer unerträglich ist und daß Wege gefunden werden müssen, um die Lasten dafür allgemein auf die Schultern der Leistungsfähigen zu übertragen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Auf dem Wege sind wir gern bereit, mit all denjenigen, die den guten Willen haben, da einen Weg zu finden, zu beraten, wie es gemacht werden kann. Wenn Sie das durchdenken, werden Sie nicht behaupten können, daß dies eine einseitige Darstellung ist. Wir wollen uns aber auch keinen Illusionen hingeben, als ob es eine Verbilligung bedeuten würde, wenn eine Umlage käme.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Als der Herr Minister Hermes vor einem Jahre hier sprach, führte er aus: „Wir müssen die Umlage haben. Wenn wir die Umlage nicht haben, dann können wir ja auf den doppelten Brotpreis kommen." Diejenigen, die damals anwesend waren, werden sich dieser Äußerung entsinnen. Damals betrug der Brotpreis 5 Mark und jetzt ist er nicht auf das Doppelte, sondern auf mehr als das Dreifache, auf über 15 Mark trotz der Umlage gestiegen. Und weshalb? Weil uns die Weltmarktpreise eben weggelaufen sind, weil sich die Valuta verschlechtert hat und auch das verbilligte Getreide nicht den gewünschten Einfluß gehabt hat. Vor diesem Irrtum möchte ich also dringend warnen. Er ist ja auch heute hier zum Ausdruck gekommen und sogar in hohen Regierungskreisen vorhanden. Nicht hier beim Herrn Minister, aber ich habe an anderen Stellen gehört, als ob mit der Möglichkeit gerechnet würde, den **Brotpreis** stabil zu halten. Das ist völlig unmöglich. Es hängt von der **Entwicklung unserer Valuta** ab, und solange dieser Druck auf uns lastet und wir keine Entlastung haben, solange die Weltpreise ins ungemessene steigen, nützt Ihnen dieser verbilligte Umlagepreis verflucht wenig. Wir haben erlebt, daß der

(B) Weltmarktpreis von 4700 auf 17 000 gestiegen ist. Deshalb müssen diese Dinge sachlich betrachtet werden; jede Agitation muß möglichst ferngehalten werden.

Ich möchte den Herrn Minister dringend auch noch um etwas anderes bitten. Früher ist in dieser Beziehung manches unterlassen worden. Man soll nämlich der Bevölkerung nicht immer sagen: der Brotpreis soll nicht erhöht werden. Wir wollen doch ehrlich sein und sagen, das liegt gar nicht in unserer Macht,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

umso weniger als uns die Entente keine Möglichkeit mehr gibt, solche Verbilligungsmaßnahmen in der Weise vorzunehmen, wie es früher der Fall war. Dazu sind wir auch finanziell gar nicht imstande. Es ist immer besser, wenn man der Bevölkerung den ganzen Ernst der Entwicklung und das Furchtbare, unter dem wir stehen, klarmacht und die Dinge nicht um falscher Beruhigung willen günstiger darstellt, als sie eigentlich sind.

Dem **Antrag des Zentrums**, der ursprünglich eine andere Fassung hatte, haben wir zugestimmt und werden das auch hier im Plenum tun, weil wir der Überzeugung sind, daß dieser Antrag doch **bestimmte Bindungen** gibt. Er sieht von der Umlage ab

(Zuruf rechts: Keineswegs!)

und erklärt, daß über den Preis eine Vereinbarung mit den Vertretern der Landwirtschaft stattfinden muß. Das ist doch wohl ein Erhebliches, was für diesen Antrag spricht. Rein praktisch genommen, hätten meine Freunde in der Kommission auch für Ihren (nach rechts) Antrag gestimmt, wenn er zur Abstimmung gekommen wäre. Aber Sie wissen doch ganz genau, daß für Ihren Antrag weder in der Kommission noch hier eine Mehrheit war und sein wird.

(Erneuter Zuruf rechts.)

Deswegen ist es richtiger, Herr Kollege, diesen Antrag (C) anzunehmen, der die Bindungen enthält,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

statt daß wir uns der Gefahr aussetzen, daß im Falle der Ablehnung, wie im preußischen Abgeordnetenhause, nichts zustande kommt und der Minister ruhig sagen kann: Ihr seid zu keinem Beschluß gekommen, ich mache nun, was mir paßt.

(Erneute Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Er ist dann nicht mehr gebunden. Es handelt sich also nicht darum, Ihren Antrag anzunehmen, sondern darum, ob der vermittelnde Antrag des Zentrums angenommen werden soll, und wir wollen nicht durch eine Ablehnung die Verantwortung dafür übernehmen, daß ein Antrag mit solchen Bindungen nicht zustande kommt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Selbst in den Kreisen des Landbundes sind übrigens jetzt Stimmen laut geworden, die über ein ganz ähnliches Verhalten Ihrer Partei im preußischen Abgeordnetenhause nicht so urteilen, wie Sie in Ihrer Mehrheit bisher geurteilt haben.

(Zuruf von den Deutschnationalen.)

— Der Vertreter der Deutschen Volkspartei im Landbunde hat jetzt in der „Nationalliberalen Korrespondenz" den Standpunkt vertreten, warum dieser Antrag Annahme finden müßte, und weswegen Ihre dortige Haltung verkehrt war.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.)

Noch eins, meine Herren! Wir sind dafür, daß eine Reserve sichergestellt wird. In allen Erklärungen der gesamten landwirtschaftlichen Organisationen haben Sie das genau so bekannt wie wir. Aber ich bedaure doch, daß der **Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft** so außerordentlich lange Zeit gebraucht hat, bis er überhaupt zu (D) einer **Erklärung** kam. Anfang April waren wir im Ernährungsministerium. Damals bereits hat der Herr Minister die Herren darauf hingewiesen, er erbitte eine Erklärung und bestimmte Vorschläge bis Ende April. Diese Erklärung ist nicht gekommen. Erst im Mai sind Sie zu Ihrer Tagung zusammengetreten, und dann erst nach dieser Tagung sind Sie mit Vorschlägen gekommen, von denen Sie sich selbst sagen müssen — ich weiß, daß in Ihren eigenen Kreisen so geurteilt wird —, daß das Ernährungsministerium damit nichts anfangen konnte. Das ist die Gefahr, die ich im Auge habe. Je weiter der Zeitraum hinausgeschoben wird, wo die grundsätzliche Entscheidung fällt, desto schwieriger wird es sein, wenn durch eine Mehrheit, wie sie das letzte Mal war, die Umlage doch wieder in irgendeiner Form kommt, die nötigen Verbesserungen herbeizuführen. Wenn sich wieder Erwarten eine Mehrheit dafür finden würde, dann erkläre ich ausdrücklich, daß wir es als unsere Pflicht ansehen, an Verbesserungen mitzuarbeiten.

Eine solche Verbesserung erblicke ich aus den Gründen, die ich vorhin ausgeführt habe und nicht weiter erläutern will, in der Notwendigkeit, in ganz anderem Maße als das letzte Mal **die kleineren und mittleren Betriebe von der Umlage frei** zu lassen. Ich freue mich, daß in dem sozialdemokratischen Antrag, den wir von allem anderen ganz abgesehen schon wegen der $4^1/_2$ Millionen Tonnen ablehnen, ausgesprochen ist, daß die Herren von der gleichen Erkenntnis erfüllt sind, auch darüber, daß sogar von weiter links her derartige Erklärungen in der Kommission erfolgt sind. Ich weiß, daß auch andere Parteien des Hauses, die in der Mitte sitzen, einen ähnlichen Standpunkt einnehmen. Wir vertreten diese Forderung und können uns nicht auf den Standpunkt des Kollegen der Deutschnationalen Volkspartei stellen, wenn er sagte, er sehe

(Dr. **Böhme** [Magdeburg], Abgeordneter.)

(A) keine Veredelung der Umlage darin, wenn die Zahl der Betriebe, die da belastet würden, verringert werde. Ich erblicke darin doch eine ganz wesentliche Verbesserung — unseren grundsätzlichen Standpunkt kann es allerdings nicht ändern —, aber eine Verbesserung ist es deshalb, weil eine Forderung der Gerechtigkeit erfüllt wird. Diese kleinen Betriebe haben eine größere Zahl von Menschen und Vieh und können deshalb weniger abgeben. Sie haben geringere Preissteigerungen für ihre Produkte, sie haben nicht den starken Gewinn. Deswegen kann ich den Standpunkt nicht verstehen, daß gerade diese Verminderung der Zahl, die vorhin von dem deutschnationalen Kollegen bekämpft wurde, nicht richtig sei. Wir halten das für wünschenswert.

(Abgeordneter Thomsen: Das wußten wir schon!)

— Dann hören Sie es noch einmal!

Nun noch etwas anderes! Ich teile den Standpunkt der Herren, die hier gesprochen haben, daß es, wenn trotzdem eine solche **Umlage** kommen sollte, notwendig ist, die **nutzbaren Forstbetriebe**, soweit sie größeren Umfang haben, in hohem Maße heranzuziehen. Denn darüber ist doch gar kein Zweifel, daß während des Krieges und unmittelbar nach dem Kriege wenige so viel verdient haben wie die, die aus ihren großen Wäldern verkaufen konnten. Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß die Abgabe auf Grund der Getreidefläche durchaus ungerecht ist. Da möchte ich noch ein Wort sagen zu dem, was über den **Standpunkt des Herrn Tantzen** gesprochen worden ist. Sie wissen ganz genau, daß meine Organisation den Standpunkt des Herrn Tantzen auf das entschiedenste bekämpft hat.

(Zuruf bei den Deutschnationalen.)

— Nein. Aber das möchte ich doch sagen. Ich habe selbst den Verdacht gehabt, den Sie gehabt haben, als ob Herr Tantzen die Absicht habe, die Weideflächen frei

(B) zu lassen. Ich habe ihn darüber gefragt und da hat er mir ausdrücklich erklärt, daß er im Gegenteil meine, daß gerade diese Betriebe mit zu diesen Leistungen herangezogen werden müßten. Dasselbe muß auch für die großen Forstbetriebe gelten, es kann da erheblich mehr herausgeholt werden. Wenn man sagt, diese könnten doch kein Getreide geben, so mögen sie eben das Geld geben und dafür Getreide erwerben. Das ist eine Forderung der Gerechtigkeit, der man sich nicht wird verschließen können.

(Zuruf bei den Deutschnationalen: Industrie!)

— Sie scheinen vorhin nicht zugehört zu haben. Ich habe davon gesprochen, daß unter allen Umständen ein Ausgleich getroffen werden müsse und daß ich der Überzeugung sei, daß diese zehnprozentige Abgabe bei der Industrie nicht genüge, sondern daß das bisher eine wesentlich geringere Belastung gegenüber der Sonderbelastung der Landwirtschaft war.

Zum Schluß aber möchte ich doch den Herrn Minister bitten, vor allem in seinem Ministerium gegen jene Parasiten am deutschen Volkskörper, gegen die Schieber und Wucherer, die die Kartoffeln und den Zucker verschieben, zu kämpfen und alles aufzubieten, damit wir nicht diese furchtbare, berechtigte Erregung der Bevölkerung haben. Wenn er da mit aller Schärfe einsetzt, wenn er die allerschärfsten Maßnahmen vorschlägt, daß wir wieder zu befriedigenden Verhältnissen kommen, so wird er nicht nur eine ungeheure Mehrheit im Parlamente haben, sondern dann wird seine Tätigkeit segensreich sein im Interesse unseres ganzen deutschen Volkes.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Diernreiter.

Diernreiter, Abgeordneter: Meine Damen und (C) Herren! Das ganze zur Aussprache stehende Gebiet ist durch die Herren Vorredner bereits derart abgegrast, daß nicht mehr viel Neues gesagt werden kann. Wenn ich mir dennoch erlaube, auf einiges einzugehen und dabei vielleicht Wiederholungen vortrage, so geschieht es aus der Überzeugung heraus, daß man gewisse Dinge manchen Bevölkerungsschichten gar nicht oft genug ins Gedächtnis rufen kann. Ob allerdings bei der heutigen Besetzung des Hauses hiermit noch größere Erfolge erzielt werden können, möchte ich dahingestellt sein lassen. Nachdem aber die Herren Vorredner ihrem Redefluß freien Lauf gelassen haben, vielleicht aus der Erkenntnis heraus, daß die nicht Anwesenden alle diese Dinge nachlesen und möglicherweise noch Nutzen daraus ziehen werden, muß ich mir auch schon erlauben, Ihre Aufmerksamkeit etwas in Anspruch zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Die heutige lange Debatte hat gezeigt, daß die Meinungen auf dem Gebiete der Volksernährung sehr weit auseinandergehen. Ich meine aber: erste Aufgabe der Volksvertretung und der Rgierung muß sein, das Trennende nicht noch zu vermehren, sondern durch gemeinsames Arbeiten einen Weg zu suchen, der nicht nur zu einer Verständigung führen kann, sondern der auch geeignet ist, die schwierige Frage der Volksernährung zu lösen. Daß eine Lösung dieser Frage möglich ist, davon bin ich felsenfest überzeugt, und die Landwirtschaft ist sicherlich bereit, allen Ständen die Hand zu reichen, die hierin ehrlich mitarbeiten wollen.

Wir stehen heute unter dem ungeheuren Druck des Friedensvertrages von Versailles und des Londoner Ultimatums. Unsere Wirtschaft ist durch die Riesenleistungen an den Feindbund unerträglich belastet. Wichtige landwirtschaftliche Überschußgebiete sind uns (D) weggenommen worden. Die Produktion ist durch den Krieg und seine Folgen stark herabgemindert. Eine Lebensmitteleinfuhr aus dem Auslande von rund zwei Millionen Tonnen ist notwendig, um zusammen mit der Inlandserzeugung notdürftig das deutsche Volk ernähren zu können. Wissen wir, ob wir in einem oder zwei Jahren überhaupt noch in der Lage sind, aus dem Auslande Lebensmittel einzuführen, wenn die Valutaverhältnisse so bleiben, wie sie heute sind oder sich noch verschlechtern, wenn die Geldentwertung im bisherigen Tempo weiterschreitet? Wir wissen das nicht, und darum ist es notwendig, daß wir unter allen Umständen die **Unabhängigmachung vom Auslande** anstreben. Das muß heute oberstes **Ziel der deutschen Landwirtschaft** sein. Dies kann erreicht werden, wenn durch geschlossene, gemeinsame Tätigkeit der gesamten Landwirtschaft unter Anwendung außerordentlicher Mittel und Maßnahmen die zur Sicherung der Volksernährung erforderliche Steigerung der Produktion aus eigener Kraft nachhaltig gefördert wird.

Vor allen Dingen muß jeder staatliche Zwang verschwinden, weil er hemmend wirkt und das große Risiko der Arbeitsleistung der Landwirtschaft unerträglich macht. Wir sind mit dem Herrn Minister einverstanden, wenn er sagt, die Landwirtschaft müsse zur höchsten Leistung geführt werden. Das ist ein Grundsatz, den man wohl gelten lassen kann. Die Wege hierfür sind für den praktischen Landwirt klar vorgezeichnet. Vor allem muß dem schon vorhandenen Kulturboden abgerungen werden, was irgendwie menschenmöglich ist. Es gibt hierzu zweierlei Mittel, solche, die rasch wirken, deren Erfolge man innerhalb eines Wirtschaftsjahres ersehen kann, und solche, die langsamer wirken. Zu den ersteren gehören eine planmäßige Boden-

(Diernreiter, Abgeordneter.)

(A) bearbeitung, eine **intensive Bodenbewirtschaftung** und eine zweckentsprechende Düngung.

Hier fällt aber auch der **Industrie** eine große Aufgabe zu, weil eine zweckentsprechende intensive Bodenbearbeitung nur dann möglich ist, wenn die Landwirtschaft sich die nötigen Maschinen und Geräte beschaffen kann. Der Metallarbeiterstreik, der nun in Süddeutschland schon über ein halbes Jahr dauert, hat sicherlich nicht dazu beigetragen, in dieser Hinsicht die landwirtschaftliche Produktion zu fördern.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Ich weiß, daß Hunderte und Tausende von Maschinen und Geräten, insbesondere Hackmaschinen, Pflüge, Eggen, Kultivatoren usw., die gerade zur Bodenverbesserung und Bodenbearbeitung notwendig sind, nicht geliefert werden können, daß Bestellungen, die im Herbst erfolgt sind, heute noch nicht ausgeführt sind. Es muß Aufgabe der Regierung, der Industrie und der Arbeiterschaft sein, diesen unhaltbaren Zuständen endlich einmal ein Ziel zu setzen.

Meine Damen und Herren! Es ist heute verschiedentlich davon gesprochen worden, daß die **Düngemittelbeschaffung** zufriedenstellend wäre. Soweit meine Kenntnisse reichen, trifft das nicht für alle Gebiete Deutschlands zu.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

In **Süddeutschland**, insbesondere in Bayern, sind die Phosphate, deren Erzeugung durch die Abtrennung unserer Erzgebiete ganz gewaltig zurückgegangen ist, so daß wir hauptsächlich auf die Einfuhr angewiesen sind, keineswegs in genügenden Mengen an die Landwirtschaft abgegeben worden.

(Zustimmung bei der Bayerischen Volkspartei.)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch an die Regierung die Frage richten, wie weit man denn jetzt (B) mit der Erforschung der Rhenania-Phosphate ist. Diese Frage ist wiederholt im volkswirtschaftlichen Ausschuß gestellt worden, konnte aber bisher nie genügend beantwortet werden. Es ist aber für die kommende Herbstbestellung außerordentlich wichtig, daß die Landwirtschaft in dieser Beziehung klar sieht.

Auch in der **Stickstoffdüngemittelversorgung** der Landwirtschaft liegen die Dinge in Süddeutschland nicht so klar, wie es heute verschiedentlich dargestellt worden ist. Mir ist ein Lagerhaus bekannt, das drei Wegstunden von der Stickstoffabrik entfernt ist, dem es vom Juli vorigen Jahres bis zum April dieses Jahres nicht möglich war, mehr als einen Waggon Stickstoff von der Fabrik zu beziehen.

(Hört! Hört! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Wenn die Zeitungsmeldungen, die ich kürzlich las, richtig sind, hat das **Stickstoffsyndikat** selbst zugegeben, daß es große Stickstoffmengen auf Lager hatte. Als am 1. Mai die Stickstoffpreiserhöhung eintrat, hat sich das Syndikat sehr bemüht, diese Vorräte in die neuen Preise mit einzubeziehen.

(Hört! Hört! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Es ist auch tatsächlich gelungen, für diese Vorräte die neuen Preise zu berechnen, ohne daß auf die monatealten Bestellungen, die noch nicht ausgeführt waren, Rücksicht genommen wurde. Das ist doch ein Zustand, der auf keinen Fall zu billigen ist.

(Sehr wahr! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Die Bauernschaft in der weiteren Umgebung der Stickstoffabrik, die ich vorhin im Auge hatte, hat sich seit einem Jahr bemüht, vom Syndikat die Erlaubnis zu bekommen, direkt von der Fabrik zu beziehen. Diese Erlaubnis ist endlich im April dieses Jahres erteilt worden, nachdem die Preise auf nahezu 500 Mark heraufgeschnellt waren. Die Bauern waren froh, daß

(C) sie die Erlaubnis überhaupt bekamen; denn sonst hätte die Frühjahrsaussaat ohne Stickstoffdüngung erfolgen müssen. Ich möchte also die Regierung bitten, dafür zu sorgen, daß hier nach dem Rechten gesehen wird. Wenn das Stickstoffsyndikat Lieferungen nicht ausführen kann oder nicht ausführen will, verteidigt es sich in der Regel mit dem angeblichen Wagenmangel. Der Eisenbahnverwaltung wird dann die Schuld zugeschoben. Ich kann natürlich die Richtigkeit dieser Angaben nicht nachprüfen. Sollten sie aber zutreffen, so hat die Verkehrsverwaltung selbstverständlich die Aufgabe, in Zukunft dafür zu sorgen, daß diesem Übelstande abgeholfen wird. Wenn man heute von den Bauern eine vermehrte Erzeugung verlangt — und sie sind dazu auch bereit —, so müssen auch diese Stellen ihr Möglichstes zur Förderung der Erzeugung beitragen.

Hand in Hand mit der Düngung und Bodenbearbeitung muß eine richtige **Sortenwahl**, ein rechtzeitiger **Saatgutwechsel** und eine entsprechende Schädlingsbekämpfung gehen. Ich will auf diese Gebiete nicht mehr näher eingehen; sie sind ja heute verschiedentlich schon berührt worden. Es ist bekannt, daß sehr viele agrarische Pflanzen sich sehr rasch abbauen — es gehören dazu insbesondere die Kartoffel, Gerste und andere Pflanzen — und daß nur durch einen entsprechenden Saatgutwechsel die Erträge wieder gesteigert werden können.

Auch für einen verbesserten Futterbau muß in Zukunft durch Be- und Entwässerung und Melioration mehr geleistet werden, Dinge, die heute allerdings sehr viel Geld kosten. Eine Mehrung und Besserung des Hackfruchtbaues ist eine selbstverständliche Sache; denn wir müssen heute den Ausfall an Kraftfuttermitteln ersetzen, die früher für 4 Milliarden Mark aus dem Auslande eingeführt wurden. Ich möchte die Re- (D) gierung ersuchen, für den Fall, daß die Getreideumlage wieder eingeführt wird — die Mehrzahl der Redner hat sich ja gegen die Umlage ausgesprochen —, aber für den Fall, daß sie trotzdem wiederkommen sollte, daß **die aus dem Umlagegetreide entfallende Kleie** den Landwirten zu einem Preise zurückgegeben wird, der dem Getreidepreise entspricht. Nachdem wir aus dem Auslande nichts mehr einführen können, kommt die Kleie fast ausschließlich als Kraftfutter in Betracht. Heute kostet der Zentner Kleie 480 Mark und für 105 Mark mußte der Bauer das Getreide abliefern. Darin liegt eine große Ungerechtigkeit.

Ein verbesserter Futter- und Hackfruchtbau ist auch die unbedingte Voraussetzung für die Hebung unserer **Viehzucht** und für die Mehrung der Milch- und Fetterzeugung. Auf dem Gebiete der Viehzucht hat man 20 Jahre lang hauptsächlich Formen und Fleisch gezüchtet. Diese züchterische Art ist uns sicherlich während des Krieges gut bekommen. Aber die Erfahrung während des Krieges und der Nachkriegszeit hat gezeigt, daß wir ebenso notwendig wie Fleisch auch Milch und Fett brauchen. Zu meiner Freude kann ich konstatieren, daß sich seitdem besonders in Süddeutschland diese Erkenntnis mehr und mehr durchgerungen hat und daß durch **Milchleistungsprüfungen**, der Förderung der Milchleistung ein ganz besonderes Augenmerk geschenkt wird. Diese Milchleistungsprüfungen haben ergeben, daß ganz gewaltige Unterschiede in der Milchleistung der einzelnen Tiere vorhanden sind, Unterschiede, die sich zwischen 1500 und über 5000 Kilo Jahresleistung bewegen. Ebenso haben diese Milchleistungsprüfungen gezeigt, daß im Fettgehalt der Milch große Unterschiede bei den einzelnen Tieren bestehen; die Schwankungen liegen hier

(Dierreiter, Abgeordneter.)

(A) zwischen 2 und 8 Prozent. Hier ist also noch ein großes Gebiet offen, auf dem eine Verbesserung in der Landwirtschaft möglich ist.

Insbesondere die bayerischen Tierzuchtverbände haben es sich heute zur Aufgabe gemacht, in dieser Hinsicht bahnbrechend vorzugehen, indem sie Leistungsbullen züchten. Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Bulle die Milchleistung in eben demselben Maße vererbt wie das Muttertier, und wenn dieser Tatsache ein größeres Augenmerk als bisher zugewendet wird, so ist das sicherlich zu begrüßen, und es ist nur zu wünschen, daß im ganzen Reiche Ähnliches gemacht wird. Ich möchte auch die Regierung bitten, gerade diesem wichtigen Punkte besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Es darf aber nicht vergessen werden, daß besonders unsere Fleisch-, unsere Milch- und Fettversorgung unter der kargen Futterernte des vorigen Sommers leiden. Ferner stehen wir immer noch unter den Nachwirkungen der Maul- und Klauenseuche, die 90 Prozent unseres gesamten Viehbestandes befallen hatte. Weiter leiden wir in den letzten Jahren ungeheuer darunter, daß wir Hunderttausende von Tieren an die Siegerländer zur Ablieferung bringen mußten und weitere Hunderttausende noch abzuliefern haben. Wenn heute von der linken Seite wiederholt betont wurde, man habe von einer wesentlichen Besserung durch die freie Wirtschaft nichts gemerkt, so möchte ich bitten, doch diese Dinge, die einer solchen Verbesserung hemmend im Wege stehen, nicht immer wieder zu vergessen.

Ich möchte nun kurz eine Frage berühren, die in jüngster Zeit die bayerische Presse und die bayerischen landwirtschaftlichen Genossenschaften etwas in Aufregung versetzte. Ist es denn unbedingt notwendig, daß, wenn jeweils solche **Lieferungen an den Feindbund** fällig werden, immer nur Großhändler aus Berlin oder Frankfurt oder sonstwoher, möglichst aber aus dem Bezirke Jerusalem, mit diesen Lieferungen beauftragt werden? Bei den jüngsten Lieferungen an Italien war es die Großfirma Wertheimer. Nach einem Protest der bayerischen Genossenschaften sind diesen allerdings ein paar tausend Stück zum Aufkauf überlassen worden. Aber Wertheimer hat nachher keine Abnahmekommission geschickt, so daß die bereits aufgekauften Tiere wieder verschleudert werden mußten. Solche Dinge dürfen in Zukunft nicht mehr vorkommen.

Meine Damen und Herren! Ausbau des landwirtschaftlichen Schulwesens, Anleitung und Aufklärung, überzeugende Beispiele auf Musteranwesen, alle **technischen Neuerungen und praktischen Forschungsergebnisse** müssen raschestens Gemeingut der Landwirtschaft werden.

Ferner muß den **Arrondierungen und Zusammenlegungen von Grundstücken** mehr Beachtung geschenkt werden als bisher. Um das durchführen zu können, ist es notwendig, daß die Flurbereinigungsbehörden mehr ausgebaut werden, als das bisher der Fall gewesen ist. In manchen Ländern sind die Flurbereinigungsanträge, die vor 8 und 10 Jahren gestellt worden sind, heute noch nicht durchgeführt. Das sind unhaltbare Zustände, die dringend der Abhilfe bedürfen.

Es ist selbstverständlich, daß der Mehrung der Kulturfläche durch **Erschließung von Ödländereien und Mooren,** worauf heute wiederholt hingewiesen wurde, besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß.

Um das große Programm der Landwirtschaft erfüllen zu können, brauchen wir den Schutz der Landwirtschaft vor fremdem Eingriff.

(Sehr richtig! rechts.)

Hier besteht in Bayern eine besondere Gefahr. Das (C) bayerische Gebirge übt auf die **Ausländer** eine gewisse Zugkraft aus. Sie wollen sich dort ansässig machen und haben es zum Teil schon getan. Darum ist die Entschließung, die verlangt, daß schon bei einem Drittel Hektar die Genehmigung der Regierung nachgesucht werden müsse, nur zu begrüßen.

(Lebhafte Zustimmung rechts und der Mitte.)

Wir müssen auch fordern, daß die Einbringung der Ernte zu der Sommerzeit nicht, wie es verschiedentlich schon geschehen ist, durch **Streiks** gestört wird. Auch das trägt nicht zur Förderung der Erzeugung bei.

Alles, was nach **Sozialisierung** riecht,

(Heiterkeit)

lehnen wir selbstverständlich ab. Der Bauer wird nur dann sein Höchstes leisten, wenn er auf der ihm von seinen Vorfahren überkommenen Scholle, mit der er aufs engste verwachsen ist, frei schalten und walten kann.

(Lebhafte Zustimmung bei der Bayerischen Volkspartei und rechts.)

Die Ausgestaltung des Steuerwesens durch tatsächliche Anpassung an die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft ist eine unbedingte Notwendigkeit. Wir brauchen eine **steuerliche Berücksichtigung** insbesondere dann, wenn eigenes Kapital zur Verbesserung der Wirtschaft, zur Be- und Entwässerung, zur Errichtung von elektrischen Anlagen, zur Anschaffung von Maschinen usw. aufgewendet wird. Was hier dem Staat durch steuerliche Befreiungen vielleicht an Steuern entgeht, das kommt auf der anderen Seite durch eine Verbesserung, die eine intensivere Ausbeutung ermöglicht, dem Staat wieder zugute. Die Steuerkraft wird durch derartige Verbesserungen gehoben.

Notwendig zur Lebensmittelverbilligung ist dann unbedingt der **direkte Verkehr zwischen Erzeuger und Verbraucher.** (D)

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Die landwirtschaftlichen Organisationen und die Verbraucherverbände können das durchführen, wenn sie den guten Willen dazu haben. Meine Damen und Herren, wenn wir uns heute umschauen, so sehen wir überall ein Heer von Händlern, obwohl verschiedentlich schon durch Entschließungen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses an die Regierung die Forderung erging, Verfügungen hinauszugeben, daß der Handel konzessioniert werden müsse. Ich glaube, das ist auch geschehen. Trotzdem mehrt sich der Zwischenhandel draußen von Tag zu Tag. Hier muß unbedingt für die Zukunft ein strengerer Maßstab angelegt werden, und wir stimmen darum gern auch der Entschließung zu, die eine strengere Konzessionierung verlangt und die die Bedürfnisfrage regeln will.

Viel zu wenig wird heute in der Stadt beim Verbraucher gewürdigt, daß zwischen Erzeuger und Verbraucherpreisen noch verschiedenes andere liegt. Heute ist davon gesprochen worden, daß in den Städten das Pfund Butter 90 Mark kostete. In Südbayern sind die Preise noch nicht ganz so hoch. Aber daß die Preise vom Erzeuger bis zum Verbraucher um 100 Prozent steigen, wenn die Produkte auch nur einen Weg von wenigen Kilometern machen, das ist eine Tatsache, die jedermann wissen könnte, wenn er wollte. Aber den Verkäufern in den Städten fällt es gar nicht ein, die Verbraucher auf diese Dinge aufmerksam zu machen. Sie lassen immer wieder den Verbraucher in dem Wahn, daß die Landwirtschaft es ist, die die horrenden Preise fordert.

Um den direkten Verkehr durchführen zu können, ist es auch notwendig, daß die Verkehrsverwaltung das ihre beiträgt. Zur Durchführung dieser Notwendigkeiten

(Diernreiter, Abgeordneter.)

(A) die ich anführte, ist erforderlich die Sicherung der benötigten Arbeitskräfte. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß in der Landwirtschaft schon seit ein paar Jahren wieder ein **Arbeitermangel** besteht. Wir in Südbayern leiden hieran ganz besonders, weil durch die großen Tiefbauunternehmungen an der Isar, am Inn und an der Alz landwirtschaftliche Arbeiter massenhaft weggezogen werden. Manchmal glauben die Arbeiterverbände, daß diese landwirtschaftlichen Arbeiter deswegen den Bauern davonlaufen, weil die Löhne so niedrig sind. Das ist falsch; es ist der Achtstundentag, der die Leute aus der Landwirtschaft herausführt und in diese Tiefbauunternehmungen hinein.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Der Fünf-Uhr-Feierabend ist es, der die Leute von der Landwirtschaft wegzieht. Die Löhne in der Landwirtschaft sind den heutigen Verhältnissen angepaßt. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß bei uns in Süddeutschland, wo man die landwirtschaftliche Organisation, die Organisation der Dienstboten noch nicht so sehr kennt, die Löhne durchweg höher sind als die vereinbarten Tarife der Landarbeitgeber- und Landarbeitnehmerverbände.

Meine Damen und Herren, ich habe in ganz kurzen Zügen das große Programm, zu dem sich die deutsche Landwirtschaft und ihre Organisationen bekennen, gezeichnet. Auf dieser Grundlage allein wird es möglich sein, bei äußerster Anspannung aller Kräfte dem heimischen Boden das abzuringen, was wir zur Sicherung unserer Volksernährung unbedingt brauchen. Von der Landwirtschaft werden hierbei kaum finanzielle Gegenleistungen gefordert. Wenn nun aber die Landwirtschaft, die in so hohem Maße das Risiko ihrer Arbeit trägt wie wohl kein anderer Stand — Nässe und Dürre, Hagelschlag und Blitzgefahr, pflanzliche und (B) tierische Schädlinge können die Arbeit eines ganzen Jahres gefährden —, wenn die Landwirtschaft die großen Mühen und finanziellen Leistungen auf sich nimmt, dann ist notwendige Voraussetzung, daß alles vermieden wird, was das überaus mühevolle und schwierige Werk der Produktionssteigerung hemmen könnte. Wir müssen darum von der Reichsregierung verlangen, daß sie den nun schon acht Jahre währenden, unerträglich gewordenen Zwang endlich aufgibt, damit die **freie Wirtschaft** sich endlich Bahn bricht. Zwang bedeutet Hemmung, bedeutet Rückgang. Den Schaden trägt in der Hauptsache der Verbraucher.

Meine Damen und Herren! Es geht auch nicht länger an, daß ein einzelner Berufsstand, in diesem Falle die Landwirtschaft, ganz allein jährlich die Milliardenopfer bringt, die sie insbesondere im letzten Jahre gebracht hat. Ich will nicht darauf eingehen, um welche Summen es sich handelt. Es ist heute schon verschiedentlich besprochen worden. Wenn aber alles, was die Landwirtschaft zur Sicherung der Erzeugung braucht, wenn alle Produkte, die sie kaufen muß, dem Weltmarktpreis angeglichen sind, dann muß auch die landwirtschaftliche Erzeugung wenigstens annähernd dem **Weltmarktpreise** angeglichen sein. Hier muß unbedingt gleiches Recht für alle gefordert werden.

Ich möchte nun nicht gerade der Forderung das Wort reden, durch staatliche Zuschüsse die zur Erzeugung notwendigen Produkte zu verbilligen, auch nicht der übermäßigen Bindung der Industrie in ihrer Erzeugung. Wir wissen, was dabei herauskommt. Wir haben schon die schlechtesten Erfahrungen damit gemacht. Die Folge ist in der Regel, daß alles hintenherum verschwindet, daß man nichts mehr bekommt. Wir müssen aber unbedingt fordern, daß man auch der Landwirtschaft das gewährt, was man der Industrie als selbstverständlich zubilligt. Meine Damen und Herren! Ich (C) glaube, wir alle bewundern heute die Leistungen unserer Industrie. Wir wissen, daß sich die Industrie innerhalb weniger Jahre zum großen Teil hat umstellen müssen. Das ist ihr nur möglich geworden, weil sie die Preise ihrer Produkte den Weltmarktpreisen ungefähr angleichen konnte, da man ihr die Möglichkeit dazu bot. Was für die Industrie gilt, gilt in gleichem Maße auch für die Landwirtschaft. Wir müssen darum die Erwartung aussprechen, daß sich die breiten Volksschichten dieser Erkenntnis nicht länger verschließen, die ja gewissermaßen eine zwangsläufige ist, daß man also in Zukunft auch der Landwirtschaft das gewährt, was der Industrie ohne weiteres bisher schon gewährt worden ist.

Die heutige Debatte hat nun leider gezeigt, daß dem noch nicht so ist. Der Antrag Müller (Franken) verlangt neuerdings die Verewigung der Umlage oder wenigstens die **Umlage für 1922/23.** Das ist besonders merkwürdig, nachdem gerade die Sozialdemokraten im Hauptausschuß auch dem Antrage des Zentrums, der eine Umlage nicht mehr wollte, zugestimmt haben. Es werden hier sogar gleich 4½ Millionen Tonnen als Umlage gefordert. Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen aus Erfahrung sagen, daß es schon ungemein schwer war, in diesem Wirtschaftsjahre die Umlage von 2½ Millionen Tonnen aufzubringen. Ich kenne eine Reihe von Gemeinden, eine Unmenge von Landwirten, die Brotgetreide dazukaufen mußten, um die Umlage überhaupt erfüllen zu können. Wie man sich hier eine doppelt so hohe Umlage denkt, ist mir unverständlich.

Meine Damen und Herren! Wir lehnen die Umlage grundsätzlich ab, und zwar erstens deswegen, weil sie eine große Ungerechtigkeit ist, zweitens, weil sie produktionshemmend wirkt, und drittens, weil man gleichzeitig auch die den Verbrauch ganz bedeutend verteuernde Kommunalwirtschaft weiterführen muß, wenn (D) man die Umlage beibehält.

Die Umlage wirkt ungerecht wegen ihrer verschiedenartigen Anwendung. Die letzte Umlage wurde bei uns in Bayern aufgebaut auf der Ernteflächenerhebung von 1920. Es hing nun vielfach davon ab, ob diese Erntefläche 1920 richtig oder falsch angegeben war. Daß hier nicht immer das Richtige vorlag, hat die Erfahrung gezeigt. Ich kenne zwei nebeneinanderliegende Kommunalverbände, von denen der eine 69 000 Zentner zu erfassen hatte und der andere 3900 Zentner. Beide Kommunalverbände haben je 18 Gebirgsgemeinden, der eine hat wohl einige Landgemeinden weniger, aber der Unterschied ist nicht so groß, daß diese Verschiedenheit in der Größe der Kommunalverbände die Sache rechtfertigt. Welche Dinge sich da manchmal abspielen, ist ganz interessant. Eine dieser Gebirgsgemeinden aus dem Kommunalverband, der 69 000 Zentner liefern mußte, war 1919 verhagelt. Diese Gemeinde hat nun bei der Anforderung von Saatgetreide von den Flachlandgemeinden, weil sie zum Essen ja auch was brauchte, 18 bis 20 Tagewerke angegeben, während im allgemeinen die Gebirgsgemeinden bekanntlich 1 bis 2 Tagewerke anbauen. Auf dieser Angabe beruhte dann die Umlage, und die Folge war die horrende Anforderung von diesem Kommunalverband. Deshalb ist es, wenn wieder mal eine Umlage kommen sollte — was ich nicht wünsche —, unbedingt notwendig, daß an Ort und Stelle durch Unparteiische genau Erhebungen gemacht werden, damit solche Ungerechtigkeiten nicht wieder vorkommen.

Wir lehnen die Umlage auch ab, weil sie produktionshemmend wirkt. Hand in Hand mit der Umlage geht nämlich immer eine Preisbindung, und wenn auch in den verschiedenen Entschließungen gesagt ist,

(Diernreiter, Abgeordneter.)

(A) es solle ein angemessener Preis gewährt werden, es sollten die Selbstherstellungskosten gewährt werden — von einem Gewinn, geschweige einem angemessenen Gewinn habe ich noch nichts gelesen —, so ist das immerhin eine Bindung, und wer weiß, wie schwer es manchem Landwirt gegangen ist, der mit dem Umlagepreis vom vorigen Jahre von 105 oder 115 Mark ein ganzes Jahr lang Haus halten mußte, während sich in der Zwischenzeit alle Produkte, die zur Erzeugung notwendig sind, um das 6-, 8-, 10fache erhöht haben, wer dies weiß, der kann in Zukunft nicht mehr für eine solche Preisbindung sein.

Die Folge der letztjährigen Umlage war in Südbayern, daß das Kreditbedürfnis in der Landwirtschaft ganz gewaltig gewachsen ist. Ich weiß das aus eigener Erfahrung als Aufsichtsratsmitglied eines Darlehenskassenvereins. Von großen **Gewinnen in der Landwirtschaft**, von denen man in den Städten reden hört, ist da keine Rede, wo mit fremden Kräften gearbeitet wird. Und wo der Landwirt mit seiner eigenen Familie, mit seinen erwachsenen Kindern, denen er keinen Lohn gibt, 12 bis 14 und 16 Stunden Tag und Nacht schafft, ist es wohl berechtigt, wenn er einen gewissen Gewinn erzielt.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Der Industriearbeiter, der nur eine Stunde länger schafft, läßt sich das bezahlen. Warum soll da nicht der Landwirt für seine 16 Stunden Arbeit einen besonderen Lohn haben? Und die Kinder, die keinen Lohn bekommen, haben auch ein Recht, diesen Lohn einmal wieder zurückzufordern, und wenn nur in Form einer Aussteuer. Bei dem heutigen Geldwert fallen diese Aussteuern ohnehin gering genug aus, es ist davon oft kaum eine Wohnungseinrichtung zu beschaffen.

(B) Wir sind auch deswegen gegen das Umlageverfahren, weil dann die **Kommunalwirtschaft** aufrechterhalten werden müßte. Gerade diese Kommunalwirtschaft hat den Verbrauch ganz gewaltig verteuert. Ich kenne eine Gemeinde, die sich im vorigen Jahre selbst bewirtschaftet hat. Sie hatte vom Kommunalverband die Erlaubnis erhalten, den Versorgungsberechtigten bestimmte Mengen Getreide zu geben; dafür brauchte sie weniger an den Kommunalverband abzuliefern. Die Versorgungsberechtigten bekamen diese Mengen um 105 Mark bezw. 115 Mark den Zentner. Das Interessante an der Sache ist nun, daß der Kommunalverband, der mit diesen Getreidemengen gar nichts zu tun hatte, an alle diese Versorgungsberechtigten die Anforderung stellte, 168 Mark pro Zentner für Verwaltungskosten an den Kommunalverband abzuliefern.

(Hört! Hört! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Es ist also anzunehmen, daß die Verwaltung das Anderhalbfache von dem kostet, was das Getreide selbst gekostet hat. Diese Kommunalverwaltungen kosten Milliarden, und diese Milliarden zahlt der Verbraucher. Weg mit der Kommunalverwaltungswirtschaft, und Sie dürfen sicher sein, daß sich dann die Lebensmittel ganz von selbst verbilligen.

Meine Damen und Herren! Es ist verschiedentlich die Befürchtung ausgesprochen worden, es könnten, wenn wir die Umlage nicht mehr einführen, einmal Wochen und Monate kommen, wo der **öffentliche Markt vom Getreide entblößt** wäre. Ich teile diese Befürchtung nicht. Man sollte doch zu der Landwirtschaft und zu dem anständigen Handel das Vertrauen haben, daß sie jederzeit den Markt beschicken, wie es früher ja auch geschehen ist. Wir sind selbstverständlich dafür, daß gewisse Vorräte vorhanden sein müssen. Das kann man aber auch ohne Umlage machen; man hat es ja früher

(C) auch gekonnt. Die Regierung ist sehr wohl in der Lage, mit den landwirtschaftlichen Organisationen und dem Handel in Verbindung zu treten und sich vertragliche Sicherungen zu schaffen. Dann wird der Markt jederzeit beschickt sein. Aber fort mit allem Zwang! Er kann wirklich nicht mehr ertragen werden.

Die Befürchtung von seiten der Arbeitervertretung, daß bei Aufhebung der Zwangswirtschaft die **Teuerung** noch weiter fortschreiten könnte, kann man vielleicht teilen, insbesondere wenn unsere Mark noch weiter fällt. Aber dann muß eben in demselben Maße eine Anpassung der Gehälter und Löhne an die jeweiligen Verhältnisse vorgenommen werden.

Mit staatlichen Mitteln muß dafür gesorgt werden, daß die minderbemittelte Bevölkerung zu erträglichen Preisen Lebensmittel bekommt. Es muß weiter eine **freiwillige Hilfsaktion der Landwirtschaft** eingeleitet werden. Ich will nicht an die Leistungen erinnern, die der bayerische Bauernverein im vorigen Jahre zur Tat machte. Das ist hier schon einmal besprochen worden. Aber ich darf hinweisen auf einen Aufruf des Erzbischofs von München, der zur Folge hatte, daß in seiner Erzdiözese in ganz kurzer Zeit 11 000 Zentner Lebensmittel kostenlos gesammelt wurden. Ich darf weiter auf die Tatsache hinweisen, daß die bayerischen landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Handelsverband in Bayern erst vor wenigen Wochen der minderbemittelten Bevölkerung 117 Waggons Mehl zum Preise von 5,75 Mark das Pfund zur Verfügung stellten. Ich meine, das ist eine Leistung, die sich sehen lassen kann. Jede dieser beiden Genossenschaften hat sich da 12 Millionen Mark ans Bein geschmiert. Wenn das im ganzen Reiche geschieht, dann brauchen wir nicht zu befürchten, daß die ärmste Bevölkerung verhungern muß. Ich bin der innersten Überzeugung, weil ich unsere bayerische Bauernschaft kenne, daß sie nicht versagen wird, wenn

(D) man in richtiger Weise an ihre Mildtätigkeit appelliert, und ich nehme an, daß es im Norden genau so ist. Aber den Polizeiknüppel und den Gendarm haben wir satt,

(sehr richtig! in der Mitte und rechts)

den können wir nicht länger mehr ertragen. Wenn die Regierung heute die Bauernschaft auffordern würde, vorausgesetzt, daß die freie Wirtschaft kommt, von der gesamten Anbaufläche pro Hektar 10 Pfund kostenlos abzugeben, ich bin überzeugt, es wird gemacht! Es ist das ein Gedanke, den ich bitte, weiter verfolgen zu wollen. Es kämen dabei sicherlich Hunderttausende Zentner zusammen und den Ärmsten der Bevölkerung wäre damit sehr viel gedient.

Ich möchte dann an die Regierung noch eine kurze Anfrage richten. Ist es richtig, daß für **deutsche Backwaren ein Ausfuhrverbot nach dem Saarstaat** besteht? Der Saarstaat ist deutsches Gebiet, wenn er auch zur Zeit unter französischer Verwaltung steht, und es wäre unverständlich, wenn die deutsche Backwarenindustrie deutsches Gebiet nicht beliefern dürfte. Es wäre aber noch unverständlicher, wenn, wie es geplant sein soll, nach Aufhebung des Ausfuhrverbots eine Ausfuhrabgabe auf diese Backwaren erhoben werden soll. Es darf wohl erwartet werden, daß die deutsche Regierung den deutschen Staatsangehörigen nicht von selbst den Brotkorb höher hängt.

Meine Damen und Herren! Ich schließe mit der Aufforderung: suchen wir doch im gemeinsamen Zusammenarbeiten von Regierung, Erzeugern und Verbrauchern die Schwierigkeiten der Ernährungsfrage zu lösen. Ich bin überzeugt, daß diese Lösung bei gutem Willen möglich ist und, wenn sie durchgeführt wird, zum Wohle des Einzelnen, wie zum Segen der gesamten Wirtschaft ausschlagen wird.

(Bravo! bei der Bayerischen Volkspartei.)

(A) Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bachmeier.

Bachmeier, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! In erster Linie möchte ich dem Herrn Minister meinen Dank dafür aussprechen, daß er die große **Leistung der deutschen Landwirtschaft** anerkannt hat. Ich möchte aber auch nicht unterlassen, seinem Herrn Amtsvorgänger den gleichen Dank zu sagen; denn durch seine zielbewußte, vorausschauende Ernährungspolitik ist es möglich gewesen, uns in der Landwirtschaft allmählich von dem Zwange zu befreien, und wir hoffen, daß sein Nachfolger derjenige sein wird, der uns vollständig in die freie Wirtschaft überführt.

Ich möchte mich den Ausführungen meines Kollegen Diernreiter voll und ganz anschließen, der in vortrefflicher Weise unsere bäuerlichen Verhältnisse klargelegt hat. Die Vorwürfe aber, die der Herr Abgeordnete Hertz gegen die Landwirtschaft erhoben hat, sind in keiner Weise geeignet, die Verständigung zwischen den einzelnen Volksschichten, die doch so dringend notwendig wäre, herbeizuführen. Ich möchte die Vorwürfe, die er gegen die Landwirtschaft gerichtet hat, auf das entschiedenste zurückweisen. Ich glaube, sie entsprechen auch nicht seinem innersten Empfinden, sondern sie sind aus agitatorischen Gründen gegen die Landwirtschaft geschleudert.

In dem Ernährungsprogramm, das uns der Herr Reichsernährungsminister vorgetragen hat, bildet die **Getreidebewirtschaftung** den wichtigsten Punkt. Wenn wir auch all die Gründe würdigen, die die Regierung veranlassen, auch für die kommende Ernte die Bewirtschaftung des Brotgetreides in irgendeiner Form beizubehalten, so können wir doch hierzu unsere Zustimmung deswegen nicht geben, weil wir in der Umlage eine einseitige und ungerechtfertigte Belastung (B) der Landwirtschaft erblicken.

(Sehr richtig! bei dem Bayerischen Bauernbund und den Deutschen Demokraten.)

Wir sehen gar nicht ein, warum gerade die Landwirtschaft, die doch die letzten Jahre hindurch so große Opfer gebracht hat, nun immer allein die Opfer bringen soll, während die Industrie frei von jedem gesetzlichen Zwang ihre Preise bestimmen kann.

(Sehr richtig! im Bayerischen Bauernbund.)

Wenn so häufig die Ansicht geäußert wird, daß die Landwirtschaft im Geld schwimme, so möchte ich demgegenüber mit allem Nachdruck feststellen, daß man angesichts der verteuerten **Produktionskosten** nicht sagen kann, der Landwirt verdiene zu viel Geld. Er ist vielmehr heute schon gezwungen, von Banken oder vom Raiffeisenverband Gelder aufzunehmen, um seinen Kunstdünger und andere notwendig gewordenen Aufwendungen für den Betrieb bezahlen zu können.

(Sehr richtig! im Bayerischen Bauernbund.)

Man hat den Preis der vorherigen Umlage festgesetzt in der Annahme, die Produktionskosten würden dabei gedeckt werden können. Aber in demselben Augenblick kam das Londoner Ultimatum zur Auswirkung, und von Tag zu Tag sank das Barometer des Geldes. Wir bekamen 100, 105 und 115 Mark für das Umlagegetreide bezahlt, aber die Erzeugnisse, die die Landwirtschaft beziehen mußte, gingen rapide in die Höhe, und wir mußten sehen, daß das freie Getreide, das wir zu einem verhältnismäßig billigen Preis verkauft hatten, vom freien Handel zu weit höheren Preisen weiterveräußert wurde. Gegenüber dem Durchschnittspreis von heute hat die Landwirtschaft bei der Erfüllung der Umlage 12 Milliarden Mark auf den Altar des Vaterlandes gelegt! Es kann aber der (C) Landwirtschaft nicht der Vorwurf gemacht werden, sie hätte ihre Pflicht nicht getan.

Der Herr Minister hat festgestellt, daß die Umlage mit 2,5 Millionen Tonnen vollständig erfüllt ist. Diesen Leistungen der Landwirtschaft wird man wohl in keinem anderen Erwerbszweig eine gleiche gegenüberstellen können. Nebenbei bemerkt soll die Landwirtschaft weitere Millionen für die Minderbemittelten an Lebensmitteln aufbringen. Dabei muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß der Getreidepreis nicht im entferntesten ausreicht, die Produktionskosten im laufenden Wirtschaftsjahr auch nur einigermaßen zu decken.

(Sehr richtig! bei dem Bayerischen Bauernbund und den Deutschen Demokraten.)

Wenn auf die Preisbildung im freien Verkehr hingewiesen wird, so stelle ich fest, daß gerade die Landwirtschaft von den hohen Preisen sehr wenig profitiert hat. Vielmehr ist das Geld, das angeblich der Landwirt eingesteckt haben soll, größtenteils in die Taschen anderer geflossen.

Von ganz besonderer Bedeutung sind meines Erachtens die Ausführungen, die der Herr Minister über die **Propaganda zur verstärkten Verwendung von Düngemitteln** gemacht hat. Wir praktischen Landleute wissen, daß hier ein Fortschritt in der Erzeugung möglich und notwendig ist. Wenn ich das Wort Propaganda richtig verstanden habe, so wird es sich nicht um eine Verbreitung von großen Stößen von Flugblättern über das Land handeln, es wird sich wohl vielmehr darum handeln, durch das lebendige Beispiel, durch Felddüngungsversuche vor allem, den Landwirten in den kleinbäuerlichen Betrieben die ausschlaggebende Bedeutung vor Augen zu führen, welche die richtige Verwendung von Kunstdünger in der Wirtschaft hat. Gerade in kleinbäuerlichen Betrieben besteht heute noch (D) immer sehr wenig Neigung, die nötigen Kunstdüngermengen zu beziehen. Das hat seine Gründe. Bedenken Sie, daß der Preis eines Zentners Stickstoff zwischen 580 und 640 Mark beträgt, während der kleine Landwirt für den Teil des Getreides, den er zur Umlage ablieferte, nur 115 Mark bekam und das bißchen freie Getreide, das er etwa hatte, zu höchstens 180 bis 200 Mark verkaufen konnte. Es ist selbstverständlich, daß bei solchen Preisen der Landwirt nur schwer an die Beschaffung von Kunstdünger herangehen wird, wenn er nicht auf Musterwirtschaften sieht, daß es wirklich rentabel ist, Kunstdünger zu verwenden.

Wenn es dem Herrn Reichsminister gelingt, im Benehmen mit den Landwirtschaftsministern der Gliedstaaten die Entwicklung in dieser Beziehung vorwärts zu treiben, dann wird er sich ein großes Verdienst nicht bloß um die Landwirtschaft, sondern um das Wohl des gesamten deutschen Volkes erwerben.

(Sehr wahr! im Zentrum und beim Bayerischen Bauernbund.)

Vor allem möchte ich den Herrn Minister bitten, sein Hauptaugenmerk besonders auf die Syndikate in der Kunstdüngererzeugung zu richten. Hier muß mit Argusaugen nach dem Rechten gesehen werden, damit uns nicht Preise abverlangt werden, die mit den Preisen der Erzeugnisse nicht in Einklang sich bringen lassen.

Wenn der Herr Minister ausführte, er werde dafür sorgen, daß die Wuchergerichte in Tätigkeit bleiben, dann bitten wir ihn aber, auch dafür zu sorgen, daß gegen die **Bewucherung** eingeschritten wird, die uns gegenüber geübt wird. Gleiches Recht für alle!

Wir in Bayern begrüßen besonders, daß der Herr Minister auf dem Gebiete der milchwirtschaftlichen Forschung einen positiven Schritt vorwärts getan hat.

(**Bachmeier,** Abgeordneter.)

(A) Es ist eine traurige Tatsache, daß vor dem Kriege diesem wichtigen Fach von unseren Behörden viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde, und es ist ein offenes Geheimnis, daß die Schweizer und Holländer uns darin weit überflügelt haben. Das Versäumte muß im Interesse der Produktion und der Verbraucher nachgeholt werden. Die Frau Kollegin Schroeder hat vor einigen Tagen in dieser Beziehung treffliche Ausführungen gemacht, denen ich mit lebhaftem Interesse gefolgt bin. Sie sagte: jetzt, da das Vieh auf den Weiden sich befindet, möchte man glauben, daß nun auch Milch und Butter auf den Markt kämen; davon merke man aber nichts, wohl aber davon, daß die Preise gestiegen seien. Das bedauern wir Landwirte gleichfalls aufs tiefste. Sie dürfen nicht glauben, meine Herren, daß es uns an Verständnis für die Nöte der stillenden und werdenden Mütter und für diejenigen, die in den Städten kaum das Nötigste zum Leben haben, fehlt. Aber was hilft uns das, wenn wir in unserem Bestreben nicht von der Natur unterstützt werden? Wir hängen doch in erster Linie von der Witterung ab, und unsere Werkstatt haben wir unter freiem Himmel! Der Herr Minister hat zutreffend ausgeführt, daß wir nicht in der Lage sind, die notwendigsten eiweißreichen Futtermittel einzuführen, um die **Milchproduktion** zu steigern. Es ist eine Kardinalfrage, den richtigen Weg zur sicheren Versorgung der Verbraucher mit diesem wichtigsten Nahrungsmittel zu finden. Gerade auf diesem Gebiete ist uns der Herr Minister weitblickend vorangegangen, und sein Vorgehen ist in Bayern, besonders im Allgäu, als vorbildlich zu bezeichnen.

Nun gestatten Sie mir, mit einigen Worten auf Ausführungen einzugehen, die ein Kollege vom Zentrum in einer öffentlichen Versammlung gemacht hat, die ich von dieser Stelle aus mit Erlaubnis des Herrn (B) Präsidenten verlesen werde. Er führt aus:

> Der Bauer ist Arbeiter. Das vergessen oft die Arbeiter selbst. Ein Bauer, der nicht arbeitet, ist auch kein Bauer. Je nach den Jahreszeiten und deren Aufgaben ist der Bauer sogar Schwerarbeiter.

Er ist Arbeiter im strengsten Sinne des Wortes. Er sagt weiter:

> Beide arbeiten: aber sie kennen oft die gegenseitige **Arbeitsleistung** nicht. Der **Bauer** arbeitet mit seiner Familie auf eigenem Grund und Boden. Der Ertrag der Mehrarbeit der langen Arbeitszeit fließt ihm und den Seinen zu. Der Arbeiter arbeitet im fremden Betrieb, ihm gehört davon nichts. Je mehr der Arbeiter arbeitet, desto mehr verdienen auch die anderen. Daran denkt der Bauer nicht, wenn er den Achtstundentag des Arbeiters kritisiert.

Wir stehen auf dem Standpunkt: Ein jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Wir gönnen dem Arbeiter, wenn er acht Stunden wirklich gearbeitet hat, den Achtstundentag. Von uns aber soll man nicht verlangen, daß wir, wenn wir doppelt solange arbeiten, uns dann noch mit ungerechtfertigten Vorwürfen und Beleidigungen in aller Öffentlichkeit im Parlament und Versammlungen überhäufen lassen. Er führte dann weiter aus:

> Ist es wirklich allein der Bauer, der die hohen Preise macht? Sind nicht Händler und Schieber, aber auch weite städtische Bevölkerungskreise die eigentlichen Preistreiber? Gewiß gibt es unter den Bauern auch solche, die nie genug bekommen können. Aber wir dürfen nicht den ganzen Bauernstand als eine Gesellschaft von Wucherern ansehen.

(C) Außenseiter gibt es überall, auch bei Ihnen (nach links). Wenn hier von der Tribüne des Hauses gerade von der äußersten Linken nicht immer in der manierlichsten Tonart gegen uns losgegangen wird, so haben wir uns dagegen zu wehren, und zwar mit Recht. Er sagt dann weiter:

> Deshalb soll der Bauer in der **Preispolitik** Mäßigung kennen. Die Arbeiter in den Städten spektakelten über die hohen Hamsterpreise, und sie gingen selber aufs Land und boten noch höhere Preise an.

Gewiß steht fest, daß ein großer Teil der Arbeiterkreise heute noch aufs Land geht, die in der Lage sind, höhere Preise anzulegen. Dadurch verderben sie einen Teil der Bevölkerung auf dem Lande, so daß die anderen für angemessene Preise eben nichts bekommen können. Wenn solche Leute aufs Land kommen und erklären: in 14 Tagen oder 3 Wochen wiederzukommen und Ihnen noch höhere Preise zu zahlen, — so sind es sehr oft Leute aus Ihren Reihen. (Nach links.) Darum ist es ungerecht, wenn man uns in solcher Weise verdächtigt.

Ich will zum Schluß kommen. Die **Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion** ist gegenwärtig die Hauptaufgabe der deutschen Landwirtschaft. Mit Freuden arbeitet die deutsche Landwirtschaft nach alter Sitte ihrer Väter, durch Verbesserung des Saatgutes und Anwendung von Kunstdünger und Maschinen. Bedauerlicherweise wurde der gute Wille der Bauernschaft durch einen gewissen Teil der deutschen Arbeiterschaft und Beamtenschaft, durch gewissenlose Streiks und durch mangelndes Ineinanderarbeiten auf das schwerste geschädigt. Durch die deutsche Landwirtschaft und die deutsche Industrie unter gleichzeitiger gemeinsamer Mitwirkung der Arbeiter- und Beamtenschaft wird es ermöglicht, das nationale Hilfswerk der deutschen Land- (D) wirtschaft voll und ganz zum Abschluß zu bringen. Um ein reibungsloses Zusammenarbeiten innerhalb der Landwirtschaft und um ein freudiges Zusammenarbeiten in derselben zwischen **Bauern und Dienstboten** zu gewährleisten, ist es notwendig, daß hier nicht von sozialistischer Seite eingegriffen und immer wieder der Achtstundentag in den Vordergrund gestellt wird. Durch die immer wiederkehrende sozialistische Forderung auf die Einführung des Achstundentages und durch die Verhetzung der landwirtschaftlichen Dienstboten wird das partiarchalische Verhältnis, das in den Bauernfamilien auch heute noch, Gott sei Dank, besteht, aufs schwerste gefährdet.

Weiterhin möchte ich noch die Bitte an das Landwirtschaftsministerium richten, es möchte dafür gesorgt werden, daß man uns nicht immer wieder die **Arbeitskräfte** aus der Landwirtschaft in die Industriezentren, zu den Kanalbauten, den Meliorationsarbeiten und dergleichen wegholt. Wir müssen sehen, daß dorthin ein großer Teil unserer besten Kräfte abwandern.

Wenn Erzeuger und Verbraucher gemeinsam den Weg gehen und sich nicht unnötig schwere Hindernisse bereiten, so werden wir imstande sein, für die ärmsten der Armen ausreichende Brot- und Mehlmengen zur Verfügung stellen können. Die Landwirtschaft arbeitet gern und freudig mit all ihren Kräften mit am Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

(Beifall.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Heydemann.

Heydemann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Ernährungsminister hat in seiner

(Heydemann, Abgeordneter.)

(A) heutigen Rede davon gesprochen, daß es sein Ideal sei, den Gegensatz von Stadt und Land aufzuheben. Ein **Ausgleich von Stadt und Land** wird innerhalb dieser kapitalistischen Wirtschaft ebenso wenig wie der Ausgleich von Kopf- und Handarbeit möglich sein.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Im Mittelpunkt der sozialistischen und kommunistischen Agrarpolitik steht ja von jeher dieser Ausgleich von Stadt und Land. Wir müssen es ganz entschieden zurückweisen, wenn von der rechten Seite dieses Hauses gegen uns die Anklage erhoben wird, daß wir Gegner der Landwirtschaft als solcher seien. Ganz besonders müssen wir es zurückweisen, daß die von den Großagrariern hier vorgeschickten Kleinbauern von der Tribüne herab erklären, daß wir das Bauerntum und auch die Kleinbauern beschimpfen.

Meine Damen und Herren! Für uns handelt es sich um etwas ganz anderes, wenn wir zu diesem Kernproblem der deutschen Volkswirtschaft Stellung zu nehmen haben. Ich möchte zunächst einmal sagen, daß von 5¾ Millionen selbständig Landwirtschaft treibenden Volksgenossen nur ein ganz kleiner, verschwindender Bruchteil im materiellen Gegensatz zu der Verwirklichung unseres **sozialistischen und kommunistischen** Agrarprogramms steht. Im schärfsten Gegensatz zu unserem Ziel stehen allerdings die Vertreter jener kleinen aber mächtigen Klasse, die hier zu ihrer Interessenvertretung immer andere vorschickt. Im Gegensatz zu unseren Forderungen und der Befriedigung des Ernährungsbedürfnisses des deutschen Volkes stehen die Interessen jener kleinen Clique von **Großgrundbesitzern**, die im alten Deutschland vor dem Friedensschluß eine Zahl von ungefähr 23 000 ausmachte, noch nicht ¼ Prozent der gesamten landwirtschaftlichen selbständigen Bevölkerung, die aber ein Drittel des gesamten Grund und Bodens in ihren Händen hat.

(B) (Hört! Hört! bei der Kommunistischen Partei.)

Wenn wir zu diesem Drittel des Grund und Bodens, zu diesen 7 Millionen Hektar die 2 Millionen Hektar Ödland und Unland hinzunehmen und wenn wir für die nächste Aufgabe einer Agrarpolitik der Überzeugung sind, daß die Sozialisierung dieser 9 Millionen Hektar zunächst einmal durchzuführen ist, dann brauchen bis zur Verwirklichung unserer kommunistischen Wirtschaft auf diesem Gebiete die Bauern in keiner Weise zu glauben, daß ihnen ein Kampf von unserer Seite droht. Im Gegenteil, die große Masse der Kleinbauern kann nur einen Vorteil von der Durchführung unserer sozialistischen Agrarpolitik haben.

(Sehr wahr! bei der Kommunistischen Partei.)

Meine Damen und meine Herren! Den Vertretern der Arbeiterklasse vorwerfen zu wollen, daß sie eine Politik treiben, die eine Produktionsverringerung zur Folge hat, ist durchaus unberechtigt und ist vor allen Dingen auch vollständig unsinnig. Keine Klasse hat ein größeres Interesse daran, daß der deutsche Grund und Boden eine reichlichere Ernte für die darbende, hungernde Bevölkerung gibt als gerade die Arbeiterklasse, die nicht, wie die Besitzenden, ihren Wohnort, ihre Arbeitsstätte wechseln kann, die nicht wie die Nutznießer ihrer Arbeit überall prassen kann.

Die Auffassung der Kommunisten über die Gestaltung des Grund und Bodens zur **größtmöglichen Produktivität** hat niemand klarer ausgesprochen als **Lenin** in seinem Buche **„Die große Initiative"**. Lenin weist darauf hin, daß das Unterpfand für die Lebensfähigkeit der sozialistischen Gesellschaft und ihr Gedeihen darin bestehe, daß das Proletariat einen höheren Typus des gesellschaftlichen Arbeitsorganismus verwirklicht als der Kapitalismus. Er verweist weiter

(C) darauf, daß die Entwicklung der Produktivkräfte gegenüber der ungeheuren Macht der Trägheit und der Gewohnheit notwendig ist. „Diese Aufgabe ist die wesentlichste; denn" — so sagt Lenin, und ich bitte das zu beachten — „letzten Endes kann die tiefste Kraftquelle zur Überwindung der Bourgeoisie und die einzige Bürgschaft für die Dauer und die Sicherheit des Sieges nur eine höherstehende, also eine ergebnisreichere gesellschaftliche Produktionsmethode sein." Mit diesen Worten drückt Lenin das Interesse der großen Massen der Hungernden aller Länder aus, die in allererster Linie an der größtmöglichen Produktivität des Grund und Bodens interessiert sind. Von diesen Gesichtspunkten lassen wir uns bei der Beurteilung des Agrarproblems leiten.

Meine Damen und Herren! Auf keinem andern Gebiet zeigt sich die Krisis der bürgerlichen Gesellschaftsordnung so kraß und so verheerend wie gerade auf dem Gebiete der Ernährung.

(Sehr wahr! bei der Kommunistischen Partei.)

Mehr als auf andern Gebieten zeigt sich hier der **unüberbrückbare Gegensatz zwischen der kapitalistischen Profitwirtschaft und der Befriedigung des Nahrungsmittelbedürfnisses** der arbeitenden Massen. Die Landwirtschaft stellt einen der wichtigsten Teile der Urproduktion in Deutschland dar; sie sollte für das Leben der Arbeiter und ihrer Kinder Grundlage von Sein, Entwicklung und Zukunft sein. Aber diesem Agrarproblem steht Ihre bürgerliche Gesellschaft ratlos gegenüber, stehen ratlos auch sämtliche Minister gegenüber, die sich Ernährungsminister betiteln, die aber mit Recht, wie der frühere Minister Hermes, sich im Volke den Namen Unterernährungsminister verdient haben,

(sehr gut! bei der Kommunistischen Partei)

weil sie für den Gang einer Entwicklung verantwortlich gezeichnet haben, die Hunderttausende und Millionen in Verelendung, Hunger und Verzweiflung hinabgerissen hat. (D)

Die Weltkrisis zeigt sich nirgends so drastisch wie in der furchtbaren Gegensätzlichkeit der agrarischen Verhältnisse. Wir wissen aus den amtlichen Statistiken des weltwirtschaftlichen Bureaus, daß die **Welternte** in den Jahren 1918, 19, 20 und 21 von Jahr zu Jahr gestiegen ist, und wir wissen andererseits, daß die Zahl der an Hunger Zugrundegegangenen trotzdem auch von Jahr zu Jahr gestiegen ist.

(Sehr wahr! bei der Kommunistischen Partei.)

Wir wissen aus den Statistiken, daß in Nordamerika mit Einschluß Kanadas im vorigen Jahre mehr geerntet ist als im alten Europa ohne Rußland, daß ferner in Australien im vorigen Jahre an Weizen um die Hälfte mehr geerntet wurde als in Deutschland, das viermal soviel Einwohner als Australien hat. Eine derartige Katastrophe hat die Welt eben noch nicht gesehen, nämlich daß der eine Teil des Erdballs in Vorräten erstickt, während das alte Europa sich in den Schmerzen des Hungers und der Verzweiflung windet.

Wenn wir die Entwicklung in **Deutschland** in den letzten Jahren betrachten, dann ist zu konstatieren, daß der **Konsum an notwendigen Nahrungsmitteln** von Jahr zu Jahr zurückgegangen ist, daß die Summe des pro Kopf konsumierten Getreides, die im Jahre 1913 267 Kilogramm betrug, auf 198 Kilogramm im vorigen Jahre zurückgegangen ist,

(hört! hört! bei der Kommunistischen Partei)

daß die Zahl für Kartoffeln, die nach der Ernte von 1913 noch 7 Doppelzentner auf den Kopf der Bevölkerung ausmachte, im vorigen Jahre nur noch 3,9 Doppelzentner betrug.

(Hört! Hört! bei der Kommunistischen Partei.)

(Heydemann, Abgeordneter.)

(A) Und trotzdem im vorigen Jahre auf den Kopf der Bevölkerung noch fast 800 Pfund Kartoffeln gekommen sind. Sie wissen, Sie ja alle, wie in Wirklichkeit viel weniger an Kartoffeln pro Kopf der Bevölkerung kam, weil durch Ihre Hunger- und ruchlose Steuerpolitik es Millionen unseres Volkes unmöglich gemacht wurde, sich dieses kärglichste, proletarischste Lebensmittel zu kaufen, auf Grund einer Preispolitik, für die der geschäftsführende Ausschuß jener Verbrechergesellschaft verantwortlich ist, die das Szepter und die Hungergeißel über dem deutschen Volke schwingt, nachdem sie es in das Massensterben und Massenbluten des Weltkrieges hineingetrieben hat.

(Sehr wahr! bei der Kommunistischen Partei.)

Hat man während des Krieges Milliarden aus dem Blute der Gefallenen und der sich in ihren Qualen und Schmerzen Windenden gemünzt, so sind weitere Tausende daran und darauf, ihre Milliarden aus den Tränen der Waisen und Witwen der Hinterbliebenen zusammen zu münzen, die für die Konkurrenzkämpfe der profitgierigen Herren dieser sogenannten sittlichen Welt gefallen sind.

Der Kapitalismus im internationalen und nationalen Rahmen zeigt, daß ihm die notwendige Produktionssteigerung nicht möglich ist. Aus den amtlichen Statistiken ergibt sich, daß unter der Koalitionsregierung die Anbaufläche für hochwertige Nahrungsmittel zurückgegangen ist, während die extensive Wirtschaft, wie sich z. B. auch aus den Zahlen des Ernährungsministers in bezug auf Schaf- und Ziegenkultur ergibt, an Ausdehnung außerordentlich gewonnen hat.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Ich will nur die Zahlen für die Provinz Brandenburg nennen. Die Anbaufläche ist hier zurückgegangen: für Roggen um 125 000, für Weizen um 13 000, für Sommer-(B)gerste um 14 000, für Kartoffeln um 11 000 und für Hafer um 45 000 Hektar.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Das sind ungeheure Zahlen. Diese Hunderttausende von Hektar, die man in Brach- und Weideland umgewandelt hat, sind mit die Ursache für die Massenverhungerung und das Massensterben deutscher Frauen und Kinder.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Diejenigen, die ein Interesse daran haben, können von mir jederzeit bis ins einzelne belegte Zahlen von ostpreußischen Gütern jeder Größe bekommen, in denen der Anbau von Brotgetreide soweit zurückgegangen ist, daß die Besitzer dieser Güter oft von Tausenden von Morgen nicht einmal soviel geerntet haben, um ihr Deputatgetreide abzuliefern. Und da sprechen Sie in hochtönenden Reden davon, daß die Landwirtschaft Opfer bringen wolle und es für eine Ehrenpflicht halte, das Volk mit billigen Lebensmitteln zu versorgen.

Sie behaupten, es sei Ihnen eine Kleinigkeit, die 44 Millionen Zentner, die wir im Jahre 1920 an Lebensmitteln einführen mußten, auf der eigenen Scholle zu erzeugen. Sie erklären, daß das pro Morgen ja nur 90 Pfund ausmache. Sie wollen diese 90 Pfund Mehrertrag dem deutschen Volke zu seiner Ernährung geben, aber immer unter der Voraussetzung, daß Ihnen die freie Wirtschaft, die restlose Auswucherungsmöglichkeit und uneingeschränkte Profite gegeben werden. In dieser erpresserischen Weise, mit der Hand an der Kehle des gesamten Volkes, versuchen Sie, es durchzusetzen. Bezeichnend hierfür ist ja, daß wir in dieser Koalitionsregierung, in der vier Sozialdemokraten sitzen, als Ersatz für den allerdings unersetzlichen Herrn Hermes — weil er nämlich wirklich, wenn auch unfreiwillig, einer der besten Agitatoren für die revolutionäre Volksaufklärung war — einen Landwirtschaftsminister bekommen haben, der sehr schnell gezeigt (C) hat, daß er nach der Pfeife derjenigen zu tanzen gewillt ist, die allein maßgebend sind, weil sie es eben verstanden haben, in der brutalsten Weise von ihrer wirtschaftlichen Gebrauch zu machen.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wenn nur die Arbeiter es lernen wollten, im Interesse der Allgemeinheit ihre wirtschaftliche Macht so anzuwenden, wie die Agrarier in ihrem Interesse, wie die terroristischen, den Lieferungsstreik bis ins einzelne organisierenden Strauchritter es in Deutschland verstanden haben!

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Meine Damen und meine Herren! Wenn es uns nicht gelingt, diese notwendige Steigerung der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse wirklich durchzuführen, dann tritt das eher ein, als Sie alle fürchten, was der Statistiker Dr. Kuczynski ausgeführt hat, daß 15 Millionen Deutsche hoffnungslos zugrunde gehen müssen, wenn ihnen keine Hilfe wird. Hilfe vom Ernährungsministerium — das haben wir heute gesehen —, Hilfe von der Rechten, Hilfe von den Koalitionsparteien kann diesen vom Hungertod bedrohten 15 Millionen, von denen der Statistiker Dr. Kuczynski spricht, nicht werden.

Wir haben im Jahre 1920 für 16 Milliarden Mark Lebensmittel eingeführt. Wir haben im vorigen Jahre für 19 Milliarden eingeführt. Wir haben im Frieden durchschnittlich für 2,5 Milliarden Goldmark **Lebensmittel einführen** müssen. Auf Grund der immer zunehmenden Verarmung, wegen des Geldes, daß Sie den Massen abnehmen, um damit die Wünsche der Ententekapitalisten und Ententeimperialisten zu erfüllen, können Sie nicht die Mittel aufbringen, die notwendig sind, um für eine Summe von 2,5 Milliarden Goldmark die zur Ernährung des deutschen Volkes notwendigen Lebens- (D) mittel zu kaufen; 2,5 Milliarden Goldmark gleich ungefähr 200 Milliarden Papiermark. Nein, wir sehen, daß eine Besserung nur dadurch stattfinden kann, daß das deutsche Volk endlich einmal seine Wirtschaft und die ihm neben seiner Arbeit noch gebliebenen natürlichen Reichtümer, seine weiten Felder und seine Fabriken, unter die eigene **Kontrolle** zum Zwecke der **Bedarfswirtschaft** stellt und aus den klebrigen Wucherhänden der profitgierigen wenigen Monopolisten herausreißt, die sich heute in diese Milliardenbeute teilen, die man aus dem hungernden Volke noch herausholt.

Sie haben bei Ihren Ausführungen stolz darauf hingewiesen, wie die Viehwirtschaft nur wenige Prozent — ein Minus von 8 Prozent bei den Rindern, bei den Schafen sogar ein Plus — hinter dem Friedensstand heute steht. Ich will der vorgeschrittenen Zeit wegen nicht darauf eingehen, wie sich auch in dieser Umstellung von der Brotwirtschaft zur Viehwirtschaft kundgibt, daß nicht Bedürfnis und Volksgesundheit im Mittelpunkt unserer Wirtschaftsführung bei den Inhabern von Grund und Boden steht, sondern nichts anderes als nacktester Egoismus, als brutalste Interessenpolitik. Wenn Sie darauf hinweisen, daß der Produktionsrückgang, der von Jahr zu Jahr zu konstatieren ist, auf die gestiegenen Produktionskosten zurückzuführen sei, so ist Ihnen bereits von zwei Rednern gesagt worden, daß 50 Prozent Ihrer Produktionskosten in den Löhnen stecken. Vergleichen Sie dann einmal, um welches Maß die Löhne gestiegen sind und um wieviel mehr die landwirtschaftlichen Produkte gestiegen sind!

Ich habe hier vor mir die **Landarbeiterlöhne**. Es ist uns ein Leichtes, Ihnen jederzeit in der Öffentlichkeit zu widerlegen, was von der Rechten darüber ge-

(Heydemann, Abgeordneter.)

(A) sagt wird. Ich habe hier auch einen Entwurf für die Landarbeiterlöhne für Ostpreußen, wie wir Kommunisten ihn aufgestellt haben. Legen Sie nur die Löhne zugrunde, um die jetzt die Landarbeiter im Kampfe stehen, es bleibt trotzdem die Steigerung der Preise Ihrer Produkte um das Doppelte bis Dreifache höher,

(hört! hört! bei den Kommunisten)

als die einzige Ware, die der Landarbeiter zu verkaufen hat, die Ware Arbeitskraft, bewertet wird.

Meine Damen und Herren! Sie haben wehleidig ausgesprochen, daß die Lebensmittel billig bleiben sollen, daß ihre Preise allein der Geldentwertung nicht angepaßt sein sollen. So schreibt heute morgen der Herr v. Richthofen in der „Deutschen Tageszeitung". Sie erklären, die agrarischen Produkte würden garnicht teurer, nur das Geld würde billiger. Wenn man den Wert einer Ware aber vergleichen will — früher hatten wir ja den Vergleichsmaßstab des Goldes; aber nehmen Sie irgend etwas anderes, nehmen Sie den Wert der Arbeit, den Wert irgendeiner anderen Ware, eines Industrieartikels, den Wert der von Ihnen benötigten Düngemittel, den Wert Ihrer Geräte und Maschinen —, immer werden Sie zu dem Ergebnis kommen, daß dieser Vergleich zugunsten der agrarischen Produkte ausfällt. Und dann wagt man es, sich hinzustellen und zu behaupten, daß das deutsche Volk und die Vertreter der Linken einzig und allein die agrarischen Produkte billig halten wollen, während jede amtliche Statistik, jeder kleine Schuljunge weiß, daß die Preise der agrarischen Produkte am höchsten in der Skala hinaufgeklettert sind.

Während wir hier heute verhandeln, steigt von Stunde zu Stunde der Preis. Heute morgen las ich, daß bei den Butterauktionen gestern im Durchschnitt vom Großhandel 83 Mark für das Pfund bezahlt (B) wurden; in den Abendzeitungen, die ich während der Verhandlungen las, wird bereits von einem Butterpreise von 100 Mark gesprochen.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie glauben, in dieser Weise das Volk irreführen zu können, als ob Ihnen etwa noch ein Unrecht geschieht, wenn Sie sich mit der Strauchrittermethode „Haltet den Dieb!" durch die Lüge in der öffentlichen Meinung halten wollen, dann wird Ihnen die Arbeiterschaft einen Strich durch die Rechnung machen. Herr Diernreiter meinte, daß die Arbeiter angemessene Löhne bekämen. Vergleichen Sie aber einmal, wieviel Arbeitsstunden ein Arbeiter früher aufgewendet hat und wieviel er heute aufwenden muß, um nur den Brotbedarf zu decken! 1913 waren 414.5 Arbeitsstunden nötig, um den Brotbedarf einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie zu decken. Im vorigen Jahre waren bereits 1800 Arbeitsstunden dazu nötig.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Auf Grund der heute angekündigten Brotpreiserhöhung und der immer mehr hinter der Preissteigerung zurückbleibenden Arbeiterlohnerhöhungen werden es bald über 2000 Stunden sein, um bloß das Getreide, um bloß das trockene Stück Brot für die Arbeiterfamilie zu schaffen. Damit vergleichen Sie einmal Ihre Profite, vergleichen Sie damit Ihr Bestreben, an die Weltmarktpreise heranzukommen, die Sie in keiner Weise Weltmarktlöhne Ihren Arbeitern geben wollen.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Nicht einmal das Existenzminimum wollen Sie, wie Sie es gestern bewiesen haben, den Opfern Ihres Krieges gewähren: den Kriegsbeschädigten, den Hinterbliebenen. Vergleichen Sie einmal damit, daß, wie es heute schon in den Zeitungen zu erkennen ist, die Weltmarktpreise sich vielfach schon mit den (C) Inlandspreisen kreuzen, daß die Endzahlen der deutschen Inlandspreise für Roggen und Weizen schon höher sind als die Mindestzahlen, die heute für ausländischen Weizen und Roggen gemeldet werden. Lesen Sie die Notiz, die heute morgen gegen die agrarischen Schwindelmanöver im „Vorwärts" steht. Da sind die amtlichen Zahlen niedergelegt. Und lesen Sie zum Beispiel, was heute morgen in der „Vossischen Zeitung" von der Hamburger Warenbörse notiert ist. Ein Brotpreis von 15,20 Mark, den früher der größte Phantast nicht für möglich gehalten hat, wird ja bald überholt sein durch den Brotpreis von 30 Mark, wie wir ihn jetzt ungefähr nach den Ankündigungen der Verhandlungen im Kuratorium der Reichsgetreidestelle vom vorigen Donnerstag erwarten können, er wird bald von einem Brotpreis von 60 Mark und einem noch phantastischeren Preise überholt sein.

Meine Damen und Herren! Hier zu sprechen über das Kernproblem des deutschen Volkes, über das Problem des Hungers der breiten Massen, ist allerdings eine schwere Aufgabe für diejenigen, die mit schuld sind an diesem Problem, an dieser furchtbaren entsetzlichen Katastrophe. Da versuchen Sie, mit allen möglichen Mitteln und mit der von Ihnen zur Dirne heruntergedrückten Statistik die nackten Tatsachen fortzuleugnen. Man hat uns hier das Märchen erzählt, das bei einem Erzeugerpreis von 130 Mark für den Zentner Kartoffeln der arme notleidende Landwirt nicht einmal in der Lage wäre, dafür den für den Boden notwendigen Dünger kaufen zu können, geschweige denn Aussaat und irgend etwas an Bezahlung für seine eigene Arbeitskraft. Ich könnte Ihnen Berechnungen anführen, wie sie in der „Welt am Montag" im „Vorwärts" und in anderen Zeitungen von Gutsbeamten und von wirklich noch mit den Interessen des Volkes fühlenden Land- (D) wirten aufgemacht sind. Ich verweise zum Beispiel auf einen Bericht des „Vorwärts" vom 20. April dieses Jahres, wo ein Gutsbeamter auseinandersetzt, daß bei einem Preis von 80 Mark für den Zentner Kartoffeln auf den Morgen ein Reingewinn von 3279 Mark zu verzeichnen ist.

Nun hören wir von den Bestrebungen, Lieferverträge abzuschließen. Ja, wir hören die Botschaft, doch uns fehlt der Glaube. Wir wissen, daß sich die Landwirte über alle Verträge hinweggesetzt haben, daß diese Lieferverträge zum großen Teil nicht gehalten worden sind. Wir wissen, daß allein die Diktatur einer anderen Macht diesen Augiasstall säubern kann, weil wir unter der Diktatur dieser heutigen teuflischen Macht des Mammonismus sehen, wie das Volk immer mehr ins Elend versinkt. Reden Sie nicht von den Schwierigkeiten Ihrer Produktion und von der Ehrbarkeit der Inhaber unserer landwirtschaftlichen Produktionsmittel! Lesen Sie die Zeitungen! Lesen Sie Ihre Zeitungen, worin annonciert wird: 50 000 bis 100 000 Zentner Eßkartoffel ins Ausland, wie es die Firma Ehrich Gäde in Stettin getan hat. Lesen Sie solche Annoncen, wie sie hier zum Gegenstand einer Anfrage gemacht wurden, worin der „Rostocker Anzeiger" wöchentlich 50 000 Eier sucht für Likörfabriken, und denken Sie an die Zahlen, die uns von den Abstinenzvereinen mitgeteilt wurden, daß allein in dem einen Jahr 1920 eine Million Tonnen Zucker verbraucht worden ist, um umgewandelt zu werden von einem Kindernahrungsmittel in ein Volksgift, in Schnaps und Likör. Die größten Gewinne werden gerade von denjenigen Industrien erzielt, die aus menschlichen Nahrungsmitteln diesen Gaumenkitzel fabrizieren, Schnaps, Eierkognak und Likör. Es ist geradezu absurd,

(**Heydemann**, Abgeordneter.)

(A) wenn hier von einem Abgeordneten der Rechten gesagt wurde, die wohlhabenden Leute kauften nicht all das, was von Zucker hergestellt wird, alle die schönen Konfitüren und Liköre. Ja wer mag es denn sein, der diese Sachen kauft? Sind es diejenigen, die sich von ihren Renten gerade so viel kaufen können, daß sie das trockene Brot haben, und die sich von ihren Renten und Arbeitslosenunterstützungen nicht so viel kaufen können, um zu dem Brot noch eine Kartoffel zu haben? Es ist geradezu eine stupide Verhöhnung des Hungers der Massen, wenn man nun auch noch den Armen in die Schuhe schiebt, als ob sie Käufer wären aller dieser Waren. Daß diese unter der stillen, frevelhaften Duldung eines verfehlten Wirtschaftssystems überhaupt produziert werden können, ist ein Skandal!

Der Herr Landwirtschaftsminister hat uns heute mitgeteilt, daß wir im letzten Jahre eine Zuckererzeugung von 11,7 Millionen Doppelzentnern gehabt haben, und daß diese Menge ungefähr dem entspreche, was wir von der im Inland gebliebenen Ernte des Jahres 1913 in Deutschland zur Verfügung hatten. Wenn das der Fall ist, dann gibt es keine furchtbarere Anklage gegen diese Schlamperei, wie sie gang und gebe ist in der kapitalistischen Wirtschaft, daß einerseits genug Zucker geerntet ist, daß pro Kopf der Bevölkerung 40 Pfund Zucker vorhanden waren, daß aber niemand heute für seine vor Hunger wimmernden Säuglinge den Zucker irgendwo auftreiben kann, um sie vor Krankheiten und dem Verderben zu retten.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wenn bei einer derartigen Ernte, die dem Inlandskonsum von 1913 entspricht, solche Preise gezahlt werden müssen, wie es heute notwendig ist, dann zeigt das, wie stinkend das Panama ist, wie faul sich diese etwas größere deutsche Ebert-Republik immer mehr (B) zeigt. 20 Mark kostete noch vor wenigen Jahren der ganze Zentner Zucker, und jetzt erleben wir es, daß im März dieses Jahres 1300 Mark verlangt und geboten wurden, daß es im April überhaupt keinen Zucker gab, und daß heute 2300 Mark für den Zentner Zucker gefordert werden,

(hört! hört! bei den Kommunisten)

und daß dann diese vertrustete Zuckerverbrechergesellschaft auch noch verlangt, daß für soundso viel blaue und braune Lappen andere Waren abgenommen werden. Das 17- und 20fache dessen nehmen diese Monopolbesitzer von den Massen, was das Reich mit seiner an sich schon ruchlosen Zuckersteuer den Massen abgepreßt hat.

Meine Herren, ich will nicht auf das Furchtbare hinweisen, was sich auf dem Lebensmittelmarkt abspielt, ich will nicht an diese furchtbaren Hungerpolonaisen erinnern, die sich ähnlich wieder so abspielen wie in der Zeit Ihres verbrecherischen Krieges. Ich will nicht noch einmal unterstreichen, was Menschen mit Gefühl aus den Kreisen der Agrarier selbst berichtet haben, wie furchtbar ihr Gewissen sich dagegen aufbäumt, daß man in dieser Weise zum Verräter seines eigenen Volkes wird. Ich will nur darauf hinweisen, wie unter der Wucht des Hungers breite Schichten unseres Volkes zusammenbrechen. Selbst das Blatt der wirklich satten Bürger, das „Berliner Tageblatt", mußte in einem Artikel über Heimarbeit und Wiederverheiratung darauf hinweisen, daß von 124 854 Frauen und Kindern, denen allein in Groß-Berlin durch den Krieg der Gatte und Vater entrissen wurde, ungefähr zwei Drittel infolge der **Unterernährung** lungenkrank oder siech geworden sind.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(C) Die meisten der noch lebenden Frauen schleppen ihr Dasein mühselig fort. So schrieb selbst ein Blatt, das wirklich nicht die Interessen der Proletarier und Hungernden vertritt, sondern das in erster Linie zur Unterhaltung der satten, besitzenden Händler seine Spalten füllt.

Man greift nicht zu hoch, wenn man annimmt, daß in Deutschland 15 Millionen Menschen rettungslos verloren sind, wenn ihnen nicht rechtzeitig und ausgiebig Hilfe zu teil wird. Schon vor einem Jahre hat der Sachverständige Kuczynski gesagt: Rettungslos gehen sie zugrunde, wenn der Kurs der bleibt, der er unter Hermes gewesen ist, wenn der Kurs der Ernährungspolitik der bleibt, den die Mehrheit dieses Hauses steuern will.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Es haben vor einigen Tagen Verhandlungen vor dem Magistrat in Berlin stattgefunden. Dabei hat der Führer der Gewerkschaften Sabath auseinandergesetzt, daß, wenn die Dinge auf die Spitze getrieben würden, dann der A. D. G. B. die Arbeiterschaft zum Kampfe aufrufen würde. Meine Herren vom A. D. G. B., von der Mehrheitssozialdemokratie, Sie erleben jetzt den historischen Moment, wo auch durch die Legislative und die Reichsregierung es jedem offensichtlich klargelegt wird, daß die Dinge auf die Spitze getrieben werden. Wir sagen, sie waren ja schon auf die Spitze getrieben. Stehen Sie zu den Worten des Gewerkschaftsführers Sabath und rufen Sie die Arbeiterschaft zum Kampfe auf. Gerade auf Grund der alarmierenden Nachricht, die durch die Presse ging, über eine nochmalige unerhörte Massenausbeutung durch Neufestsetzung des Brotpreises, ist es notwendig, daß die Massen endlich sich zum Kampfe zusammentun. Wenn schon die Ausgaben von 25 Mark im März 1914 auf jetzt 1200 Mark in einer (D) Woche bloß für Lebensmittel gestiegen sind, wenn, wie die letzte Statistik von 200 Plätzen es zeigt, im Gegensatz zu der durchschnittlichen Erhöhung der Preise um 17 Prozent die **Lebensmittelpreise** um 31,8 Prozent im April gegenüber dem März gestiegen sind, dann muß der Landwirtschaftsminister, wenn er sich nicht sehr bald auch als ein Minister für Unterernährung zeigen will, die Konsequenzen aus den mitgeteilten Zahlen ziehen und zu der Überzeugung kommen, daß etwas geschehen muß, daß man in anderer Weise dem Agrarproblem zu Leibe gehen muß, als es bisher geschehen. Für die großen Massen steht die Frage der Ernährung im Mittelpunkt ihres ganzen Lebens. Das ganze deutsche Volk besteht fast nur noch aus Magenwesen. Drei Viertel der Ausgaben, die unsere Massen von ihrem kärglichen Lohn machen können, werden heute schon für Ernährung ausgegeben, und der Bruchteil wird immer größer. Kultur, Erholung, Freude und Bildung werden einfach mit Füßen getreten vor dieser einen drohenden Gefahr, weil das Gespenst des Hungers riesengroß und immer stärker durch die Länder schleicht. Alle sinnen und trachten nur danach, sich vom Hungertode zu retten. Wenn Sie, meine Herren Agrarier, hier grob auftreten und mit Drohungen kommen, mit Lieferstreik drohen, wenn Sie auf Ihre Macht pochen und erklären: wir haben den Roggen, wir haben die Macht, die Regierung kann uns sonst was, dann verfallen Sie, Herr Minister Fehr, nicht in denselben Fehler wie der Herr Minister Hermes, der ja auch im Februar den Agrariern seinen Dank ausgesprochen hat. Auch Sie, Herr Minister, sprachen heute den Herren Agrariern Ihren Dank aus, anstatt ihnen wirklich mal zu zeigen, daß es in der deutschen Republik noch Männer gibt, die sich auch vor der wirtschaftlichen Gewalt agrarischen Terrors nicht fürchten, Männer gibt, denen höhere Interessen im Herzen und im Hirne stehen als

(Heydemann, Abgeordneter.)

Profitgier und die Furcht vor der Agrarier Zorn, die Furcht vor ihrem Terror, vor ihren Kappleuten und ihren Baltikumern.

Herr Hermes hat die völlige Bewegungsfreiheit der deutschen Landwirtschaft als Ideal hingestellt. Als Herr Hermes ging, sah es eine Zeitlang so aus, als ob sich die Regierung, geschmückt mit vier Mehrheitssozialdemokraten, auf Grund der wirklichen Tatsachen und der Bedürfnisse des deutschen Volkes auf andere Wege besänne. Heute wissen wir, daß in Deutschland agrarisch Trumpf ist, genau so wie zu Zeiten Wilhelm II., zu Zeiten Podbielskis, zu Zeiten Miquels und zu allen Zeiten, solange das Deutsche Reich besteht. Agrarisch ist Trumpf, auch in der Ebertinischen Republik bleibt agrarisch Trumpf!

Wenn Sie nun über die verschiedenen Wege debattieren, die uns aus dem furchtbaren Elend unserer Ernährungskatastrophe hinausführen sollen, dann wird von der einen Seite die alte **Zwangswirtschaft** mit allen Lobgesängen bedacht. In dieser übertriebenen Lobhudelei spricht sich die Erkenntnis aus, daß man immer noch glaubt, daß die Zwangswirtschaft ein Stück Sozialismus sei, wie man während des Krieges ihr nachrühmte, während man doch genau weiß, daß sie in Wirklichkeit nur eine kriegspolitische Maßnahme der Ludendorff-Regierung war. Unser Ideal ist nicht die Zwangswirtschaft. Wir sind allerdings auch keine Anhänger der freien Wirtschaft. Hat die Zwangswirtschaft einerseits gezeigt, daß innerhalb einer kapitalistivon der einen Seite die alte **Zwangswirtschaft** mit allen Bankrott führen muß, eine Zwangswirtschaft, die nicht bei der Erzeugung, sondern erst bei den geernteten Waren einsetzt — das hat sich schon im Laufe der bisherigen Jahre gezeigt —, so wissen wir andererseits, daß eine freie Wirtschaft freien Wucher, schamlose, restlose Ausbeutung bedeutet.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wir haben unsere Forderungen in einem Antrage niedergelegt, der in vielen Dingen eine Abänderung der Resolution, die die Mehrheitssozialdemokraten eingebracht haben, bedeutet. Auf Einzelheiten will ich nicht weiter eingehen. Ich bitte Sie aber dringend, sich mit dem am Montag vorliegenden Material zu beschäftigen. Wir sagen den Arbeitern und den hungernden Massen und dem ganzen deutschen Volke, daß wir zu kämpfen haben für eine Monopolisierung der gesamten Ein- und Ausfuhr an Nahrungs-, Futter- und Düngemitteln und an landwirtschaftlichen Maschinen in den Händen des Staates, daß wir für einen Ablieferungszwang für Agrarprodukte der großen Güter unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen und der landwirtschaftlichen Gutsräte sind. Wir sind gegen ein Umlagesystem für die kleinen und kleinsten Bauern, weil wir wissen, daß sie zum großen Teil das, was sie gerade an Zerealien geerntet haben, selber verbrauchen. Wir sind für eine Festsetzung der Erzeugerpreise durch die Organe der kleinen Bauern, der Land- und Industriearbeiter, der Verbraucher. Wir sind für eine direkte Verteilung der Produkte an die Verbraucher mittels des technischen Apparates der Arbeiterkonsumgenossenschaften, wir sind für eine Verteilung der für die Landwirtschaft notwendigen Betriebsmittel durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften unter Kontrolle der Kleinbauern, der Landarbeiter und des Staates. Wir sind vor allen Dingen auch für eine Sozialisierung der Düngemittelindustrie, um die Landwirtschaft mit ausreichenden billigen Dungstoffen zu beliefern. Wir erheben den entschiedensten Protest dagegen, daß so, wie es in Anhalt geschehen ist, staatlich betriebene Düngerfabriken unter schamlosen Riesengewinnen in die Hände von Privatunternehmern hineinbugsiert worden sind. Wir sind für einen Anbauzwang, für einen Düngungszwang für Großgrundbesitzer unter Kontrolle der Gutsräte und des Staates, und vor allen Dingen sind wir für eine entschädigungslose Enteignung jener Saboteure, jener schlecht und minderwertig bewirtschafteten Güter, um dadurch jede Produktionssabotage zu verhindern.

Mein Damen und Herren! Im Gegensatz zu der vielgerühmten Aktion, dem vielgerühmten **Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft** sind diese Forderungen, die aufgestellt werden ohne irgendeinen Hintergedanken, nur im Interesse der Erhaltung des deutschen Volkes, der Erhaltung unserer Jugend und der Zukunft der Menschheit aufgestellt. Sie stehen im Gegensatz zu Ihrem heuchlerischen Hilfswerk, bei dem Sie offen erklären, daß es nur eintreten soll, wenn Sie die freie Wirtschaft haben, daß Sie zunächst nur als Köder benutzt haben, wie in agrarischen Organen und in Veröffentlichungen, in großen Artikeln drastisch zu lesen war. Sie fordern in Ihrem Hilfswerk als Bedingung die nochmalige steuerliche Berücksichtigung und eine nochmalige Sonderbesteuerung der übrigen. Wenn Sie von Sonderbesteuerung der Landwirtschaft sprechen, dann weiß jeder, daß das tatsächlich nur so aufzufassen ist, daß die Großagrarier es immer noch verstanden haben, eine Sonderstellung, ein Ausnahme- und Vorzugsstellung einzunehmen in der Behandlung der Besitzsteuern wie überhaupt in der gesamten Besteuerung.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Sie stellen diese Forderung, weil Sie wissen, daß der Hunger des deutschen Volkes auch die Regierung verpflichtet, alle Maßnahmen und alle Hilfe anzunehmen, mögen sie kommen, woher sie wollen, weil Sie wissen, daß der Regierung die Hosenbeine schlottern vor Angst vor der schwer zu bändigenden Unruhe des deutschen Volkes, von der der Außenminister sprach, daß mit Erpressungen von diesen Jammerlappen eben alles zu erreichen ist. Daher fordern Sie nach diesem Steuerbetrug, nach dieser Steuerschande der letzten Monate nochmalige steuerliche Berücksichtigung.

Und dann fordern Sie Schutz vor Betriebsstörungen, vor Betriebseinstellungen. Sie fordern also auf Deutsch offen, klar und ehrlich das, was heimlich und indirekt die Vertreter der Regierung allesamt wünschen und erhoffen: Aufhebung des Koalitionsrechts, Beseitigung der Errungenschaften der Landarbeiter, möglichste Wiederherstellung der mittelalterlichen Gesindeordnung.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Denn Sie haben die Macht, denn Sie haben den Roggen, wir haben den Hunger und Sie die Felder. So spekulieren Sie. Sie haben die Milch, und wenn Sie die Preise nicht bekommen, dann gießen Sie sie in den Rinnstein, wie Sie es in der Pfalz getan haben.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Sie fordern 10 und 12 Mark und treten in den Lieferstreik wie in der Pfalz. Bis ins einzelne geben Sie Ihre Richtlinien für diesen Bürgerkrieg gegen die arbeitenden Klassen. Sie scheuen kein Mittel. Frech fragen Sie die Regierung, frech drohen Sie mit dem Gespenst einer Agrarrevolte, wie es die Kapp-Erhebung war gegenüber der Herrschaft des Kleinbürgertums. Den Drohungen dieser frechsten aller Kasten der Weltgeschichte erliegt immer wieder die kleinbürgerliche Jämmerlichkeit der Regierung, die heute in Deutschland maßgebend ist.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Unsere Forderungen haben wir in unserem Antrage niedergelegt. Wir wissen, daß eine wirkliche Durchsetzung dessen, was im Interesse der Allgemeinheit

(Heydemann, Abgeordneter.)

notwendig ist, erst bei einer Änderung der Machtverhältnisse möglich ist. Auch die Lösung des Hungerproblems in Deutschland ist ein Machtproblem. Sie selber schießen sich durch die Überspannung des Bogens den Pfeil in das eigene Herz, Sie graben sich mit dieser Wucherpolitik, dieser verbrecherischen, schamlosen Hungerblockade gegen Ihre eigenen Volksgenossen, die widerlicher und ekelhafter in den Annalen der Weltgeschichte stehen wird als jemals die Hungerblockade eines auswärtigen Volkes, selber das Grab. Wir wissen, daß der Weltkrieg und seine Fortsetzung mit anderen Mitteln, wie wir das jetzt erlebt haben, die Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft zerstört haben. Wir wissen, daß der Kapitalismus eine große Aufgabe, die breiteste Entfaltung der Produktivkräfte der Gesellschaft, gehabt hat, daß der Kapitalismus aber **auf agrarpolitischem Gebiete** seine große, auch von Marx in seinem kommunistischen Manifest anerkannte, Aufgabe nicht erfüllt hat, wir wissen, daß der Kapitalismus durch die Berge von Leichen, die er über seinen Weg gestreut hat, durch die Unmasse von Sünden, die er als Umrahmung seines furchtbaren Todesweges uns gezeigt hat, seine Rolle ausgespielt hat. Wir sehen ganz besonders durch diese schamlose Hungerpolitik, daß sich die kapitalistische Herrenklasse zum Schmarotzer am Körper der gesellschaftlichen Arbeit gemacht hat,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

sich zu einer Sabotagemacht entwickelt hat und seine Stunde geschlagen hat, ganz besonders für die Großagrarier, die Großlebensmittelhändler, für die Großmoguls in den Kriegsgesellschaften und alle die anderen, die in die Klasse der Schieber, der Antinationalen, Landesverräter und Volksverderber herabgesunken sind. Für Sie, die Vertreter dieser Politik hier im Reichstage, der restlosen Auswucherung, der unumschränkten Herrschaft des Profits, für Sie, die Vertreter dieser sterbenden Klasse gilt das Wort, das Karl Marx in seinem kommunistischen Manifest geprägt hat:

> Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und ihre Bedingungen der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie ihren Sklaven die Existenz innerhalb ihrer Sklaverei nicht sichern kann und sie nicht mehr ernähren kann.

Weil Sie in Ihrer Profitgier diese Notwendigkeit außer acht lassen, werden Sie sterben an den Folgen des Hungers in Ihrer Macht, und die Hungernden werden leben. Hunger tut weh, denken Sie daran! Noch mehr weh aber tut es, wenn Millionen von Arbeitern mitansehen müssen, wie ihre Liebsten, ihre Kinder, hungern und verhungern müssen. Uns brennt es in die Seele, daß diese Hungernden sich das von einer so kleinen Clique von Ausbeutern gefallen lassen!

Durch Ihre Hungerpolitik, Ihre Steuerpolitik, Ihren organisierten Kindermord haben Sie die Dinge auf die Spitze getrieben, wie der Vertreter des A. D. G. B. Sabath bei den Verhandlungen mit dem Berliner Magistrat gesagt hat. Mit der Aufrichtung der restlosen freien Wirtschaft in der Ernährungspolitik säen sie Wind, und Sie werden Sturm ernten. Durch diese Politik schaffen Sie von Woche zu Woche mehr die objektiven Bedingungen für die Revolutionierung auch der Gewerkschaften, für eine proletarische Revolution. Denn das Proletariat hat dieses Hungerleben, zu dem es in dieser Ebert-Republik verurteilt ist, dreimal satt. Wenn Sie auf Grund Ihrer Politik glauben, ähnlich wie neulich vor dem Berliner Rathaus Tausende vor Hunger demonstrierende Massen mit dem Polizeisäbel auseinander jagen zu können —, irren Sie sich nicht! Aus Tausenden werden Zehntausende werden. Wenn Sie auch glauben, mit Kavallerieattacken vielleicht Zehntausende demonstrierender Hungernder niederreiten zu können, einmal wird sich ein ganzes Volk: das deutsche und das russische Volk dagegen auflehnen, daß ein internationaler Ring von Kapitalisten es langsam verhungern lassen will.

Ich wiederhole es zum Schluß, und möchte es Ihnen als Menetekel an die Wand zeichnen, daß auf Grund dieser fluchwürdigsten aller Politik die Stunde des Kapitalismus geschlagen hat. Das Proletariat ist berufen, das Urteil der Geschichte zu vollziehen. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist dazu bereit. Wir rufen den Arbeitsbrüdern der anderen Arbeiterparteien, den Leidens- und Hungergenossen aus dem Proletariat und Halbproletariat zu: „Wacht auf, Verdammte dieser Erde, die stets man noch zum Hungern zwingt! Kämpft, damit mit Macht der Sieg zum Durchbruch dringt."

(Beifall bei den Kommunisten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Die Erörterung über Tit. 1 und über die zu diesem Titel gestellten Entschließungen ist geschlossen.

Ich schlage dem Hause vor, in der Beratung des Haushalts des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft nicht fortzufahren.

Es sind zwei Interpellationen eingegangen, eine Interpellation der Abgeordneten Dr. Freiherr v. Lersner und Genossen und eine Interpellation der Abgeordneten Hergt und Genossen. Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Interpellationen zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter **Heile:**

Interpellation Dr. Freiherr v. Lersner, v. Schoch, Dr. Becker (Hessen) und Genossen.

Die Verhandlungen im Münchener Prozeß Coßmann-Fechenbach haben ein überwältigendes Material gegen die Legende erbracht, daß Deutschland den Weltkrieg verschuldet hat. Sie haben festgestellt, daß der von der bayerischen Gesandschaft in Berlin stammende Bericht aus den letzten Tagen vor Kriegsausbruch durch eine Reihe von Streichungen seinem Sinne nach vollkommen entstellt wurde. Dieser Bericht ist eine der Hauptgrundlagen für die Behauptung von der deutschen Schuld am Kriege und wurde insbesondere auch bei den Versailler Friedensverhandlungen von der Entente als Schuldbekenntnis Deutschlands angesehen und verwertet. In den Gerichtsverhandlungen wurde durch zahlreiche mündliche und schriftliche Gutachten namhafter Gelehrter des In- und Auslandes der 1918 veröffentliche Gesandschaftsbericht als Fälschung bezeichnet. Der Pariser Professor der Geschichte, Edouard Dujardin, hat hierbei sein Urteil dahin zusammengefaßt, daß der veröffentlichte Text „eine der offenkundigsten und ruchlosesten Fälschungen der Geschichte" ist. Unter dem Druck des Beweismaterials hat selbst der Privatkläger Fechenbach sowie sein Rechtsbeistand erklärt, daß die Behauptung „von Deutschlands Alleinschuld am Kriege" nicht mehr aufrecht zu erhalten sei.

Wir fragen an: Ist die Reichsregierung bereit,

1. jenen Gerichtsverhandlungen im In- und Ausland die weiteste Verbreitung zu sichern?

(Schriftführer Heile.)

(A)

2. alle Schritte zu unternehmen, um, gestützt auf die Feststellung, daß die die Grundlage des Versailler Friedens bildende Schuldbehauptung schon durch das bereits veröffentlichte erdrückende in- und ausländische Material als objektive Unrichtigkeit nachgewiesen ist, eine Änderung des Vertrages von Versailles herbeizuführen?

Interpellation Hergt und Genossen.

In dem Münchener Beleidigungsprozeß gegen den Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte" (Fechenbach-Prozeß) ist der Nachweis geführt worden, daß die frühere Kaiserliche Regierung den Weltkrieg nicht nur nicht gewollt, sondern sich im Gegenteil ernstlich bemüht hat, den Streit zwischen Österreich-Ungarn und Serbien auf seinen Herd zu beschränken, und daß der frühere bayerische Ministerpräsident Eisner, um die Öffentlichkeit in dem von ihm gewünschten Sinne zu beeinflussen, diplomatische Schriftstücke gefälscht hat. Die Legende von der Kriegsschuld Deutschlands ist durch den Ausgang des Prozesses endgültig zerstört worden.

Der Friedensvertrag von Versailles ist auf dem wahrheitswidrigen deutschen Bekenntnis zur Kriegsschuld aufgebaut worden. Auch Lloyd George hat nachdrücklich erklärt, daß der Vertrag mit diesem Schuldbekenntnis stehe und falle. Durch den Spruch des Gerichts ist daher dem Friedensvertrage die Grundlage entzogen.

Ist die Reichsregierung bereit:

1. das durch den Prozeß gelieferte Material den beteiligten Staaten mitzuteilen?
2. die deutschen Archive des Auswärtigen Amtes, aus denen sich unsere Nichtschuld zweifelsfrei ergibt, zu öffnen und von dem Feindbund die Öffnung seiner Archive zu fordern?
3. dem Ausland gegenüber sowie auch gegenüber den in diesem Jahre zu erwartenden zahlreichen Ausländern, die Deutschland besuchen werden, eine wirksame Propaganda behufs Aufklärung über die Kriegsschuld zu treiben?
4. gestützt auf das amtliche Material von dem Feindbund die Revision des Friedensvertrages von Versailles zu fordern?

(B)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Die Interpellationen werden auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Ich schlage nunmehr dem Hause vor, die Verhandlungen abzubrechen und die nächste Sitzung abzuhalten Montag den 22. Mai, vormittags 11 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Interpellation der Abgeordneten Freiherr v. Lersner und Genossen, betreffend Veröffentlichung des Materials zur Aufklärung der Schuldfrage am Weltkriege (Nr. 4328 der Drucksachen);
2. Interpellation der Abgeordneten Hergt und Genossen über den gleichen Gegenstand (Nr. 4329 der Drucksachen);
3. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Verteilung des Gewinns der Reichsbank für das Jahr 1921 (Nr. 4137 der Drucksachen);
4. Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922 (Nr. 3405, 3883 der Drucksachen), und zwar:
   a) Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (Anlage XIa);
   b) Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums (Anlage VI)
      in Verbindung mit
      der Interpellation der Abgeordneten Dr. Petersen und Genossen, betreffend den Verkehr von Waren aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet (Nr. 3547 der Drucksachen),
      und
      der Interpellation der Mitglieder des Reichstags Hergt, Dr. Becker (Hessen), Dr. Petersen, Leicht, Alpers und Genossen, betreffend Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk (Nr. 2405 der Drucksachen);
   c) Haushalt des vorläufigen Reichswirtschaftsrats (Anlage VIa).

Gegen diese Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch; sie steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 7 Uhr 26 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

216. Sitzung.

Montag den 22. Mai 1922.

Die Sitzung wird um 11 Uhr 20 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:
in den 13. Ausschuß für die Abgeordneten Bazille, Biener, Gutknecht, Marx
die Abgeordneten Schiele, Graef (Thüringen), Behrens, Dr. Semmler.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(Präsident.)

(A) Ich habe Urlaub erteilt den Abgeordneten
Budjuhn, Arnstadt, Frau Hoffmann (Bochum), Karsten, Koch (Düsseldorf), Dr. Oberfohren, Dr. Reichert, Dr.-Ing. Sorge für 3 Tage,
Hänse (Thüringen) für 5 Tage,
Keubler-Böhm, Neuhaus (Düsseldorf), Rauschmayr für 8 Tage.

Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete Hofmann (Thüringen), und zwar für 4 Wochen wegen Krankheit. Dem Urlaubsgesuche wird nicht widersprochen; — es ist bewilligt.

Entschuldigt ist das Mitglied des Reichstags Herr Abgeordneter Bruhn.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand derselben ist die

Interpellation der Abgeordneten Freiherr v. Lersner und Genossen, betreffend Veröffentlichung des Materials zur Aufklärung der Schuldfrage am Weltkriege (Nr. 4328 der Drucksachen).

Ich richte zunächst die Frage an den Herrn Vertreter der Reichsregierung, ob und wann sie die Interpellation beantworten will.

Das Wort hat der Abteilungsdirigent im Auswärtigen Amt Herr Geheimer Legationsrat Dr. Grunenwald.

Dr. **Grunenwald,** Geheimer Legationsrat, Abteilungsdirigent im Auswärtigen Amt, Kommissar der Reichsregierung: Die Reichsregierung wird die Interpellation der Herren Abgeordneten Freiherr v. Lersner und Genossen innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantworten.

Präsident: Die Interpellation wird dann neu auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tages-(B)ordnung:

Interpellation der Abgeordneten Hergt und Genossen über den gleichen Gegenstand (Nr. 4329 der Drucksachen).

Ich richte wieder dieselbe Frage an den Vertreter der Reichsregierung, Herrn Geheimen Legationsrat Dr. Grunenwald.

Dr. **Grunenwald,** Geheimer Legationsrat, Abteilungsdirigent im Auswärtigen Amt, Kommissar der Reichsregierung: Die Beantwortung erfolgt in der gleichen Weise. Die Reichsregierung wird auch diese Interpellation innerhalb der vorgeschriebenen Frist beantworten.

Präsident: Auch diese Interpellation wird dann erneut auf der Tagesordnung erscheinen.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung:

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Verteilung des Gewinns der Reichsbank für das Jahr 1921 (Nr. 4137 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet:
der Präsident des Reichsbankdirektoriums, Wirklicher Geheimer Rat Herr Dr. Havenstein,
der Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums, Wirklicher Geheimer Rat Herr v. Glasenapp und
der Ministerialrat, Geheimer Regierungsrat Herr Dr. Kempner.

Ich eröffne die erste Beratung — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ein Antrag auf Ausschußberatung ist nicht gestellt. Wir können also alsbald in die

zweite Beratung

eintreten. Ich rufe in derselben auf § 1 — angenommen, (C) § 2 — desgleichen, § 3 — ebenso, Einleitung und Überschrift — ebenfalls.

Wenn keine Bedenken bestehen sollten und kein Widerspruch erhoben wird, könnten wir auch die

dritte Beratung

des Entwurfs erledigen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache in der dritten Beratung — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Ich rufe in der besonderen Beratung auf § 1, — 2, — 3, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich darf annehmen, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Ich stelle die Annahme fest.

Wir fahren nunmehr fort beim vierten Gegenstand der Tagesordnung, der

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922 (Nr. 3405, 3883 der Drucksachen), und zwar:

Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (Anlage XIa).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 4284 der Drucksachen).
Berichterstatter: Abgeordneter Westermann.
Anträge: Nr. 4307, 4314, 4316, 4326, 4327, 4333.

Die Debatte über Kap. 1 Tit. 1 und die dazu gestellten Entschließungen war geschlossen. Die Abstimmungen werden zunächst noch ausgesetzt.

Wir kommen zum Tit. 2 des Kap. 1 der fort-(D)dauernden Ausgaben.

Das Wort hat der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Fehr, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: Meine Damen und Herren! Es scheint auf den ersten Blick sachlich durchaus begründet, daß die beiden Verwaltungszweige **Veterinärwesen** und **Siedlung** dem Ministerium für Landwirtschaft angegliedert werden. Die Zweckmäßigkeit einer solchen Umstellung wird aber unter Berücksichtigung aller Folgen und Auswirkungen gemeinsam mit den jetzt zuständigen Ressorts zu untersuchen sein. Dazu bietet die Entschließung, die in bezug auf das Siedlungswesen bei Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums von Ihnen angenommen wurde, Veranlassung. In der Frage der Übertragung des Veterinärwesens auf mein Ministerium schweben schon Verhandlungen mit dem Reichsministerium des Innern, die auf Grund der einstimmig angenommenen Entschließung des Reichstags vom 15. Dezember 1920 aufgenommen sind.

Den breitesten Raum in der Generaldebatte hat die Frage der **Gestaltung der Brotversorgung** im kommenden Wirtschaftsjahr eingenommen. Es ist dies bei der Lebhaftigkeit, mit der die Frage der Umlage dank der teilweise nach Ton und Inhalt über die Interessenwahrnehmung der Landwirtschaft hinausgehende Agitation in landwirtschaftlichen Kreisen seit Wochen erörtert wird, durchaus begreiflich.

Dabei ist es nicht ohne Vorhaltung gegen mich dahingehend abgegangen, daß ich in meiner Etatsrede über diesen Punkt volle Klarheit nicht gegeben habe. Ich habe es mit Rücksicht auf den zur Beratung stehenden Gegenstand für ausreichend erachtet, meine grundsätzliche Stellung zu dieser Frage bekanntzugeben. Dies schien mir um so mehr ausreichend, als sich das hohe Haus doch in kürzester Zeit mit der Vorlage eines Gesetzes zur

(**Fehr**, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.)

(C) Regelung der Brotversorgung beschäftigen muß. Diese Vorlage, die in Ausarbeitung ist, sieht Maßnahmen vor, durch welche eine der vorjährigen Erfassung entsprechende Menge Brotgetreide in die öffentliche Hand kommen soll und zu der in bestimmten Terminen der Getreidebau treibende Landwirt einen seiner Lieferungsfähigkeit entsprechenden Anteil zu festgesetzten Preisen abzugeben verpflichtet sein soll. Man kann nun eine solche Maßnahme Umlage, Brothilfe oder öffentliche Brotreserve nennen; das ist ein Spiel der Worte, das nur den Nachteil hat, daß bei unklarer Fassung des Begriffes Verwirrung und Beunruhigung in der Öffentlichkeit entsteht. Dies befürchte ich auch von der im Haushaltsausschuß angenommenen Entschließung des Zentrums, die ja in ihrem Endziel auch nichts anderes will als das, was in der beabsichtigten Vorlage verankert werden soll.

In der Frage der **Preisgestaltung** zeigt diese Entschließung einen durchaus gangbaren Weg. Der Preis wird in Verhandlungen mit der Landwirtschaft festgesetzt werden müssen. Welche Grundlage diesen Verhandlungen gegeben wird, die Indexziffern oder Relationen zwischen landwirtschaftlichen Produktionsmitteln, wie Kunstdüngerpreisen, Arbeitslöhnen und Getreide in ihrem Verhältnis zum Friedensstand, ist eine Zweckmäßigkeitsfrage, die ich offen lasse. Auf alle Fälle müssen die Preise — und darüber sind sich wohl alle Kreise klar — die Gestehungskosten decken, einen angemessenen Gewinn und die Möglichkeit der Bestellung der nächsten Ernte einschließen. Der volle Marktpreis wird dieser Preis nicht sein können, weil sonst ein wesentliches Moment der öffentlichen Versorgung, die Abgabe des Brotes zu erträglichen Preisen, in Fortfall kommt.

Die Vorschläge, diese Frage auf dem Wege einer allgemeinen **steuerlichen Heranziehung der tragfähigsten Teile** unseres Wirtschaftskörpers zu lösen, haben, schon von rein taktischen Gesichtspunkten aus betrachtet, viel Bestechendes für sich. Der Gedanke ist in diesem Hause wiederholt aufgetaucht und hat starken Widerhall gefunden. Er ist aber mit äußerster Vorsicht zu behandeln, und es wäre falsch, mit ihm Hoffnungen zu erwecken, die letzten Endes nicht erfüllt werden könnten, weil finanztechnische Schwierigkeiten und besonders außenpolitische Einflüsse ihn undurchführbar machen. Mit der Durchführung des Gedankens wären die durch die alleinige zwangsweise Heranziehung des getreidebauenden Landwirtes im Hinblick darauf, daß alle anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse in freier Wirtschaft stehen, innerhalb der Landwirtschaft unstreitig bestehenden Ungerechtigkeiten auszugleichen. Auch das Problem der Einschränkung der Versorgung auf die Minderbemittelten wäre mit der Suche der Reichsten durch steuerliche Heranziehung, also auf umgekehrtem Wege, zu lösen; denn die Suche der Minderbemittelten ist — darüber sind sich alle städtischen und Kommunalvertretungen durchweg einig — mangels jeglicher fortlaufender Unterlagen, wie diese Versuche im Kriege gezeigt haben, undurchführbar. Unstreitig hat aber diese Frage eine ganz andere Bedeutung als im Kriege. Die Ungerechtigkeiten haben sich durch die gründliche Verschiebung der sozialen Verhältnisse, durch die Möglichkeit der unbeschränkten Versorgung der Finanzstarken nach jeder Richtung in einer mit den Kriegsverhältnissen nicht vergleichbaren Weise gesteigert. Ich möchte mich daher mit dem ablehnenden Standpunkt der Städte nicht ohne weiteres abfinden. Man könnte zur Vereinfachung der Arbeit zum Beispiel daran denken, die Minderbemittelten nicht zu suchen, sondern sich melden zu lassen, und Brotmarken nur auf mit der Darstellung der Einkommensverhältnisse begründeten Antrag abzugeben.

(Unruhe links.)

Das Problem ist so wichtig, daß es weiter geprüft werden muß.

Deshalb kann aber die Erledigung der Vorbereitungen zur Einbringung der Gesetzesvorlage doch weitergehen. Es ist auch schon ein Referententwurf fertig und mit den Landesregierungen durchberaten. Es mußte dies unbekümmert um die Verhandlungen, die auf der Suche nach geeigneten Wegen zur Erreichung des mir gesteckten Zieles mit den verschiedenen Organisationen und Gruppen gepflogen wurden, geschehen, wenn ich nicht bei Ergebnislosigkeit der Verhandlungen in der vorgerückten Zeit vor einem Nichts stehen wollte. Schließlich ist es doch besser, eine unvollkommene Maßnahme rechtzeitig, als eine ideal vollkommene zu spät zu treffen.

Deswegen wäre immer noch die Möglichkeit gegeben, wenn die Verhandlungen mit der Landwirtschaft zu einem Ergebnisse führten, das die Sicherung der Notbrotversorgung bietet, einen anderen Weg zu gehen. Die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen bieten diese Sicherungen leider nicht.

In seinem letzten Vorschlag übernimmt der **Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft** allerdings die Gewähr für die Aufbringung einer bestimmten, der Höhe nach nicht näher bezeichneten Menge. Er verbürgt dafür sein Wort. Ich schätze dieses Wort hoch ein; dieses Pfand ist mehr als Geldeswert. Ich schätze auch das Ansehen des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft in den Kreisen der Landwirtschaft sehr hoch ein und kenne die starke Autorität der ihn bildenden Organisationen im Lande draußen; aber ich kenne auch die Schwierigkeiten, die sich ergeben, wenn es sich darum handelt, den einzelnen durch bloße Beeinflussung zu Opfern zu bewegen. Der Blick auf des Nachbarn Leistung, der Blick des Kleinen auf den Großen, der böse Eigennutz, der als Hauswurz auf manchem Bauernhofdache wächst, womit ich die Opferfreudigkeit der Landwirtschaft im allgemeinen, von der sie durch ihre freiwilligen Leistungen im Vorjahre leuchtende Beispiele gegeben hat, durchaus nicht verkennen will, würde es doch recht fraglich erscheinen lassen, ob der Reichsausschuß in der Lage wäre, ohne gesetzliche Ermächtigung und Befugnisse sein Wort einzulösen. (D)

Für die Regierung wäre dieser Weg ein Wagnis, ein Wagnis auf einem Gebiete, wo es nur Sicherungen für die verantwortliche Stelle geben kann, nachdem auch die Landwirtschaft — die Herren Abgeordneten Döbrich und Dr. Böhme haben dies besonders betont — die Notwendigkeit der Sicherstellung der Versorgung durch eine Brotreserve in der öffentlichen Hand anerkennen muß. Diese Erkenntnis verpflichtet zur Mitarbeit an der Erreichung dieses Zieles, um die ich die Landwirtschaft bitte.

Zum wiederholten Male bin ich verpflichtet, der Auffassung entgegenzutreten, mein Herr Amtsvorgänger habe in offizieller Form Zusicherungen dahingehend gegeben, daß die **vorjährige Umlage** die letzte Zwangsmaßnahme gegen die Landwirtschaft sei. Er hat offizielle verbindliche Erklärungen immer unter dem Vorbehalte abgegeben, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zu unseren Ungunsten sich verändern. Diese Veränderungen sind leider eingetreten. Sie haben mich veranlaßt, von meiner unzweideutigen Auffassung im Vorjahre abzukommen.

Auch die Auffassung, die **Reichsgetreidestelle** belaste den Brotpreis übermäßig, ist wieder zum Ausdruck gekommen. Ich habe diese Frage eingehend behandelt und darf mich darauf beschränken, die Mitteilung des Herrn Abgeordneten Thomsen dahin richtigzustellen, daß die Reichsgetreidestelle nicht 800 Mark auf die Tonne Getreide Unkosten hat, sondern nur 650 Mark, die sich, wie folgt, zusammensetzen:

Getreidepreiszuschläge	13,70	Mark
Erfassungsvergütung	130,00	„
Frachten	285,00	„

(Fehr, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.)

(A)

Lagerkosten	40,00	Mark
Schwund	12,85	„
Geschäftskosten	25,00	„
Qualitätsrisiko	13,05	„
Zinsverlust	26,10	„
Umsatzsteuer	105,00	„

Den größten Teil dieser Kosten hätte der freie Handel auch aufzuweisen, und in einzelnen Punkten könnten für ihn die Ansätze nicht ausreichen. Bei den Gesamtumsätzen der Reichsgetreidestelle von über 50 Milliarden Mark sind auch die Gesamtunkosten, die nicht 72 Millionen, wie der Herr Abgeordnete Blum annimmt, sondern 105 Millionen Mark betragen, verhältnismäßig niedrig.

Der Herr Abgeordnete Diernreiter hat Beschwerde über ein **angebliches Ausfuhrverbot für Backwaren nach dem Saargebiet** vorgebracht. Es ist kein Ausfuhrverbot irgendwelcher Art gegenüber dem Saargebiet erlassen worden. Die Lebensmittelausfuhr in dieses Gebiet muß aus Gründen gleichmäßiger Verteilung kontingentiert werden. Um ein solches Kontingent, das in den letzten Monaten stark gekürzt werden mußte, handelt es sich anscheinend bei der Beschwerde. Von Ausfuhrzöllen auf einheimische Lebensmittel bei Lieferung ins Saargebiet kann keine Rede sein. Der Versorgung der Einwohner des Saargebiets dürfen keinerlei Schwierigkeiten gemacht werden. Sie sollen als deutsche Brüder mit uns leben, mit uns sein.

Das Wort **„Schutzzoll"**, welches ich in Verbindung mit der Regelung der Einfuhrbewilligungen gebraucht habe, hat als Blinkfeuer gewirkt und unnötig zwei Kämpfer auf den Plan gerufen. Denn ich habe in meinen Ausführungen über den Schutzzoll in Verbindung mit den Einfuhrbewilligungen tatsächlich nicht an einen Schutzzoll für die Einfuhr von Getreide gedacht; das um so weniger, als ich ja unmittelbar vorher erwähnte, daß die Einfuhr

(B)

für Brotgetreide und Futtermittel völlig freigestellt werden soll. Die Debatte über diesen Punkt hat mir aber doch gezeigt, wie nötig meine ausgleichenden Worte am Schlusse meiner Rede gewesen sind. Stadt und Land, Verbraucher- und Erzeugerschaft können unter verschiedenen Verhältnissen aufeinander angewiesen sein. Sie müssen sich zur gegenseitigen Erhaltung in Zeiten der Not auch gegenseitig unterstützen.

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Thomsen hat am Schlusse seiner Ausführungen herrliche Worte aus Freytags „Soll und Haben" zitiert, die mir nicht unbekannt sind, Worte, die mich in gehobene Stimmung versetzen, wenn ich sie draußen in freier Natur am schönen Frühjahrsmorgen in Wirklichkeit sehe. Ihre Wahrheit löst den Neid dessen aus, dessen Existenz sich nicht auf den freien Besitz stützen kann. Diese Freiheit des Besitzes verpflichtet, sie verpflichtet den Staat zu erhalten, ihn zu verteidigen, in der Not zu unterstützen. Nur so kann der Staat die erhabene Freiheit der deutschen Bauernschaft, die als lebensnotwendig für den Staat nicht angetastet werden darf, erhalten, sichern und befestigen.

Präsident: Der Herr Minister ist noch einmal auf den Titel 1 und die dazu gestellten Entschließungen zurückgekommen. Es wird infolgedessen die Debatte darüber noch weiter stattfinden.

Es ist zu dem Antrag Müller (Franken) auf Drucksache 4307 ein Abänderungsantrag eingegangen:

1. In Ziffer 1 ist der Satz „Die Preise für das Umlagegetreide sind zu bemessen unter Berücksichtigung der tatsächlichen Produktionskosten, jedoch sind dabei Konjunktur- und Valutagewinne auszuschalten" durch die Worte zu ersetzen:
   „Die Preise für das Umlagegetreide sind auf der Grundlage der Produktionskosten festzusetzen".
2. In Absatz 2 ist nach dem ersten Satz einzufügen:
   „Durch diese Lieferungsverträge sind 5 Millionen Tonnen Kartoffeln sicherzustellen, die entsprechend dem Umfang des Kartoffelanbaus durch die einzelnen Länder aufzubringen sind".

(C)

Wir hatten die Abstimmung über die Entschließung ausgesetzt. Es wird also diese Abänderung inzwischen zum Druck gegeben werden. Der Antrag ist gestellt von Dr. Hertz und Genossen.

Nunmehr hat das Wort der Herr Abgeordnete Hammer.

Hammer, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich muß auf eine eilige Sache eingehen, da die allgemeine Aussprache wieder eröffnet worden ist und mir dazu Gelegenheit bietet. Das ist die **Zuckerfrage**. Die Zuckerfrage ist im Hauptausschuß eingehend verhandelt worden, und sie ist außerdem im vorläufigen Reichswirtschaftsrat gründlich durchgesprochen und durchberaten worden unter Mitwirkung des Ministeriums.

Meine Damen und Herren! Die Zuckernot ist außerordentlich groß. Die Hausfrauen leiden ungemein darunter, ganz besonders aber die Säuglinge und kleinen Kinder. Die fleißige, sparsame Hausfrau kann mit Zucker doch immer noch wenigstens das eine oder andere Gericht oder eine Suppe herstellen. Daran fehlt es jetzt, so daß man sagen muß: solche Zustände sind seit Jahren nicht dagewesen. Aber nicht nur die Verbraucher leiden darunter, sondern auch die Einzelhändler.

Die Behauptung, daß der Zucker der vorigen Kampagne nicht zugelangt habe, ist nicht stichhaltig. Es ist festgestellt worden, daß im Jahre 1921 etwa 25 Prozent Zucker mehr erzeugt worden ist als im Jahre 1920. Rund 22 Millionen Zentner Zucker sind in Deutschland als Verbrauchszucker erzeugt worden.

(D)

In der vorigen Woche haben nun im Reichswirtschaftsrat Beratungen stattgefunden, an denen ich auch teilgenommen habe und wobei die Sachverständigen aus allen Kreisen herangezogen und gehört wurden: Verbraucher, Einzelhändler, Konsumvereinsvertreter, Vertreter der kaufmännischen Genossenschaften, der Zuckerraffinerien und Zuckerfabriken. Aus den Verhandlungen geht hervor, daß im Interesse der Bevölkerung unbedingt und umgehend die **Zuckereinfuhr** gefordert werden muß. Die Vertreter der Zuckerwirtschaftsstelle führten aus, daß vor dem Kriege 40 Pfund pro Kopf, pro Jahr der Bevölkerung zur Verfügung standen. Jetzt haben wir den unleidlichen Zustand, daß nicht einmal ein halbes Pfund pro Woche und Kopf verteilt werden kann. Aber Zucker ist an verschiedenen Stellen im Deutschen Reich reichlich vorhanden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun haben uns die Beamten der **Zuckerwirtschaftsstelle** gesagt, und zwar mit Recht, daß der Zuckerverbrauch schon infolge des Umstandes sehr stark gestiegen ist, daß alle Brotaufstrichmittel, wie Butter, Margarine und Fette so ungeheuer teuer geworden sind, daß man versucht, an deren Stelle besondere Aufstrichmittel zu verwenden. Darum wird viel **Kunsthonig** hergestellt und verbraucht, der nun viel Zucker erfordert. Außerdem ist dort ausgeführt worden, daß jetzt in den breitesten Schichten sehr viel mehr **Kakao** genossen wird, daß der Kakaogenuß den Kaffee vielfach verdrängt hat. Zum Kakao gehört aber ungemein viel Zucker, während man den Kaffee auch bitter trinken kann.

Die Zuckerwirtschaftsstelle, die nur verteilt, teilt mit, sie habe nur in den ersten drei Monaten 18 Millionen Zentner Zucker für die nächsten neun Monate verteilt. Es bleiben demnach noch vier Millionen Zentner übrig, von denen alle Einzelhändler und Verbraucher leidenschaftlich verlangen, daß sie nun ausgegeben werden, aber

(Hammer, Abgeordneter.)

(A) so, daß er durch die Einzelhändler den Hausfrauen zugute kommt und nicht in die **Schokoladefabriken** und andere Fabriken wandert. Ganz besonders sollen aber die **Likörfabriken** starke Zuckerkäufe vorgenommen haben. Das ginge soweit, daß zum Beispiel im Westen unseres deutschen Vaterlandes Wagen, wie früher die der Produktenhändler, von Dorf zu Dorf und von Stadt zu Stadt fahren und den Zucker zu jedem Preis für die Likörfabriken aufkauften.

(Hört! Hört!)

Da kann der legitime Handel natürlich nicht mit.

Wir haben zunächst vor uns den **Rübenbauer**, der 1921 20 Mark für den Zentner Rüben erhielt. Die Rübenbauer stehen ja zum großen Teil mit den Rohzuckerfabriken in Verbindung und bekommen gewissermaßen nur einen Abschlagspreis. Wenn die Anschaffungskosten für künstlichen Dünger, die Unkosten für die Arbeitskräfte usw. während der Kampagne inzwischen wieder gestiegen sind, wird ihnen eine Nachzahlung geboten, je nachdem sich der Preis inzwischen gehoben hat. Das ist völlig legal. Die Zuckerwirtschaftsstelle verlangt dann, daß der Zuckerpreis in Zukunft mit dem Weizenpreis mitgehe, weil nach alter Erfahrung eine Verbindung zwischen beiden vorhanden gewesen sei. Sie hebt ferner hervor, daß der Preis des künstlichen Dungs gegen den der vorjährigen Kampagne dreimal so hoch sei, obwohl er schon im vorigen Jahre eine schwindelnde Höhe erreicht hat. Es würde daher der Rübenpreis pro Zentner etwa 50 Mark betragen, und so würde der Rohzucker in der nächsten Kampagne auf etwa 400 Mark kommen.

Leider glauben die Verbraucher, daß der **Kleinhändler** die Schuld an diesem Verfahren habe. Hier wird aber von gewisser Seite nach dem Rezept gearbeitet: Haltet den Dieb! Während wir im Reichswirtschaftsrat berieten, wurde eine Eingabe des Verbandes der Zuckergroßhändler (B) verlesen, die schlankweg erklärten, daß die Belieferung der Konsum- und Einkaufsgenossenschaften der Kleinhändler usw. die Zuckerknappheit herbeigeführt habe. Diese Behauptung des Zuckergroßhandels wurde von allen Seiten mit Entrüstung aufgenommen, so daß sich der Vertreter des Großhandels bewogen fühlte, diese unglaubliche Behauptung zurückzunehmen. Es haben die 35 000 Mitglieder des Edeka-Zentralverbandes der Kleinkaufleute durch die Zuckerwirtschaftsstelle im ganzen nur 50 000 Sack bekommen, während jeder Kleinhändler mit seiner Kundschaft pro Woche etwa 3 Sack Zucker bei normalen Verhältnissen zu erhalten hätte. Wegen der großen Zuckernot sind noch 1400 Sack dazu geliefert worden, also 64 000 Sack auf 35 000 Kolonialwarenhändler! Weiter haben sie nichts erhalten, trotz aller Beschwerden bei der Regierung, trotzdem, wie ich anerkennen will, die Regierung versucht hat, einzugreifen.

Die **Zuckerraffinerien** bitte ich von den Zuckerfabriken auseinanderzuhalten, das ist zweierlei. Die Zuckerraffinerien, wie wir zum Beispiel in Holstein eine haben, die ich genau kenne, haben ganz andere Grundlagen, die arbeiten zum Teil mit dem Großhandel zusammen. Das geht so weit, daß die Zuckerraffinerie in Brühl am Rhein ihren ganzen Zuckerertrag an einen einzigen Zuckergroßhändler abgibt. Außerdem geht offensichtlich das Bestreben der Großhändler — es sind 2000 Großhändler auf dem Gebiete — dahin, die Genossenschaften möglichst auszuschalten. Bei den Konsumvereinen haben sie es ja auch versucht, die sind aber zu stark, und da wagen sie es nicht so sehr, trotzdem die Vertreter der Konsumvereine ähnliche Klagen wie unsere Kleinhändler im Reichswirtschaftsrat vorgebracht haben. Aber die 400 Einkaufsgenossenschaften des Edekaverbandes usw. werden systematisch von einem Teil der Großhändler boykottiert. Zur Beleuchtung möchte ich hinzufügen, daß fast sämtliche Zuckerraffinerien abgelehnt (C) haben, diese zum größten Teil potenten Einkaufsgenossenschaften der Kleinhändler zu beliefern. Man nimmt an, daß sie das im Einvernehmen mit dem Großhandel tun. Die Kleinhändler haben den Behörden verschiedene Firmen von Zuckergroßhändlern namhaft gemacht, die unbedingt Wucher getrieben haben müssen. So ist ein Fall bekannt, daß ein Herr in Stettin den Görlitzer Kaufleuten den Zucker ab Magdeburch das Pfund zu 6,95 Mark und 5 Waggons à 150 Zentner das Pfund zu 6,13 Mark angeboten hat, während der allgemeine Preis sehr viel niedriger war. In Mainz wurde von zwei Zuckergroßhändlern ein derartiger Wucher getrieben, daß bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet worden ist. Leider hören wir, daß hier wenig Handhaben seien, die Zuckergroßhändler zu packen, weil sie sich innerhalb gewisser Paragraphen bewegen, während man jeden Kleinhändler sofort packen würde, wenn er derartiges täte.

(Sehr richtig! links.)

Schließlich möchte ich hervorheben, daß denjenigen **Kleinhändlern**, die überhaupt nur etwas Zucker bekommen, **Bedingungen** vorgelegt werden, wie: auf tausend Mark andere Waren werden 25 Pfund Zucker geliefert, auf 2000 Mark 50 Pfund, auf 4000 Mark 100 Pfund, auf 6000 Mark 200 Pfund.

(Hört! Hört!)

Gestern hörte ich, daß in einem westlichen Vorort von Berlin sogenannte Händler auf den Märkten den Zucker zu 18 und 20 Mark verkaufen, wenn die Hausfrauen ihnen so und so viele Waren, die sie nicht oder wenig brauchen können, wie Graupen und dergleichen, abnehmen. Die Frauen strömen dorthin, um endlich einmal Zucker zu bekommen, während die Kleinhändler für 1½ Pfund etwa 19 und 20 Mark nehmen, den normalen Preis, nota bene, wenn sie Zucker haben. Mit solchen Machenschaften werden den Kleinhändlern die Kunden aus dem Laden gezogen. Die Großhändler bevorzugen ganz be- (D) stimmte Geschäfte oder eröffnen noch einen Laden, in dem sie den Zucker verkaufen und dabei der Kundschaft alle möglichen alten Ladenhüter aufhängen.

Diese Dinge können wir uns weiter nicht gefallen lassen. Hier muß eingeschritten und dafür gesorgt werden, daß die noch vorhandenen vier Millionen schleunigst herausgebracht werden. Für diejenigen Einkaufsgenossenschaften der Kleinhändler und Konsumvereine usw., die die Gewähr dafür bieten, daß der Zucker nicht wieder Schieberzucker wird, wenn er hereinkommt, sondern daß er zu dem Auslandspreis und nicht höher verkauft wird, muß eine Einfuhrerlaubnis, und zwar umgehend, gewährt werden. Der Auslandspreis beträgt heute etwa 33 Mark. Es besteht also kein großer Unterschied mehr, so daß man Inlandszucker nicht mehr als Auslandszucker zu verkaufen braucht. Aber die Zuckernot ist so außerordentlich groß, daß wir dafür eintreten müssen, daß baldigst Zucker eingeführt werden darf, wobei die Vorstände der Zentraleinkaufsgenossenschaften der Kolonialwarenvereine der Bäcker, Konditoren und Gastwirte die Gewähr übernehmen müssen — vielleicht durch die Verpackung und durch Aufdruck —, daß der Zucker nur in die Hände der Verbraucherinnen kommt.

Dann will ich noch einen Übelstand erwähnen. Ähnlichen Verhältnissen begegnen wir bei den **Konserven.** Ich glaube, einer der Herren hat am Sonnabend schon darauf hingewiesen. Es ist an das Reichsernährungsministerium seitens der **Konservenfabrikanten, Sitz Braunschweig,** der Antrag gerichtet worden, die **Ausfuhr** von 1 800 000 Dosen Spargelkonserven, Gemüsekonserven und Obstkonserven mit Zucker an das Ausland zu gestatten.

Wenn Sie nun hören, welche Bedindungen sie dem inländischen Kleinhandel und damit den Verbrauchern oktroyieren, so ist das nach meiner Auffassung ganz

(Hammer, Abgeordneter.)

(A) undenkbar, selbst wenn vorgeschützt wird, daß die Konserven nach dem Saargebiet sollen, die Ausfuhr zu gestatten. Wenn das der Fall ist, daß wir unseren Volksgenossen im Saargebiet Konserven schaffen können und sollen, so müssen solche Vorsichtsmaßregeln getroffen werden, daß sie nicht dort zu Wucherpreisen abgesetzt werden, sondern in die Hände der breiten Schichten der Verbraucher kommen. Der Herr Präsident wird mir erlauben, nur einen Satz anzuführen, wie man hier auf dem Konservengebiete vorgeht. Ein Teil der Fabrikanten schreibt den Kleinhändlern in der Verkaufsbetätigung zwar nicht spezifizierte Preise vor, aber diese werden doch verpflichtet, die Gesamtmenge abzunehmen, und zwar zu Preisen, die der Schutzverband der deutschen Konservenindustrie dafür festsetzt. Sie haben dann einfach ja zu sagen und müssen die festgesetzten Preise annehmen. Auch gegenüber der Beschaffenheit der Waren, die ihnen geliefert werden und erst bei Gebrauch geprüft werden können, haben sie keine Einwendungen zu machen. Für Stangenspargel werden 45 Mark pro Kilo verlangt, für Brechspargel 33 Mark, für Kaiserschoten 52 Mark, für junge Erbsen über 25 Mark. Dazu wird die Verpackung der Kisten berechnet, Bezahlung vor Erhalt der Ware, so daß die Fabrikanten mit dem Gelde der einzelnen Händler gewissermaßen ihre Kreditgeschäfte ausführen können. Hier möchte ich im Gegensatz zu vorher bitten, daß die Ausfuhr mit Ausnahme nach dem Saargebiet verboten wird, wenn die Regierung übersehen kann, daß die Konserven einwandsfrei in die Hände der Saarbewohner gelangen. Andererseits verlangen wir von der Regierung eine Erklärung, wie sie bei dieser Not der Bevölkerung gestatten kann, daß 1 800 000 Dosen Konserven hinausgehen sollen. Unendlich viele Hausfrauen, die in ihrem Geschäft tätig sind, unendlich viele Geschäftsleute kommen zu unbestimmter Zeit nach Hause, wo eine Dose Konserven ganz ausgezeichnet (B) geeignet ist, um schnell gewärmt und als Mittag- und Abendessen zubereitet zu werden. Würde die Ausfuhr bedingungslos geschehen, so würde auf diesem Gebiete noch eine weitere Verteuerung eintreten.

(Beifall bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Moses.

Dr. **Moses,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir haben so oft im Reichstag die Tatsache zu verzeichnen, daß ganz nebensächliche Dinge in großer Breite verhandelt werden, daß sich um nebensächliche Dinge oft Kämpfe entwickeln, während Probleme von gewaltiger Bedeutung weniger die nötige Beachtung finden. Zu den letzteren rechne ich die **wissenschaftliche Forschung über unsere Volksernährung.** Ich habe schon wiederholt bei anderen Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß man in andern Ländern den Problemen der Volksgesundheit eine ganz andere Bedeutung beimißt und für diese Probleme ganz andere Mittel in den Etat einstellt, als das bei uns der Fall ist. In anderen Ländern ist das Interesse für Ernährungswissenschaft, und zwar sowohl für das Studium der Nahrungsmittel wie für das Studium der ernährungswissenschaftlichen Probleme, außerordentlich groß. In Amerika existiert eine Reihe solcher ernährungswissenschaftlicher Institute. Auch in Holland ist ein Institut für Volksernährung von der Regierung errichtet worden, ebenso in der Tschechoslowakei. In England werden solche Institute den Universitäten angegliedert. Bei uns — so sagt die Denkschrift über die Förderung ernährungswissenschaftlicher Tätigkeit durch das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft — gestattet die finanzielle Lage des Reichs nicht, den Weg, den außerdeutsche Staaten zur Erreichung dieses Zieles gehen, ebenfalls zu beschreiten und besondere technische Reichsinstitute für die auf dem Gebiete der Er- (C) nährungswissenschaft zu lösenden Aufgaben zu schaffen. So hat man bei uns den Ausweg gewählt, anregend und fördernd auf die deutsche Wissenschaft einzuwirken, daß man dem Ministerium einen **„Reichsausschuß für Ernährungsforschung“** angegliedert hat, dessen Aufgabe es sein soll, eine enge Verbindung zwischen den Vertretern der Ernährungswissenschaft und dem Ministerium herzustellen. In diesen Ausschuß ist eine ganze Reihe von bedeutenden Forschern auf dem Gebiete der Ernährungswissenschaft hineingewählt. Ich will nur auf Abderhalden in Halle, Rubener in Berlin und Müller in München und so weiter hinweisen. Für die Arbeiten dieses Ausschusses wurde die Summe von 500 000 Mark eingesetzt. 500 000 Mark Jahresetat auf dem Gebiete der Ernährungswissenschaft, das heißt also der Gesundung unseres so schwer heimgesuchten Volkes! Dem gegenüber denke man einmal an die im Heeresetat eingesetzte Summe für Verpflegung und Abrichtung von Brieftauben und Diensthunden von $1^1/_2$ Millionen Mark! Ich hoffe, daß der neue Minister uns im nächsten Etat eine weit größere Summe für diesen Zweck einzusetzen in der Lage ist.

Die Erforschung der Ernährungswissenschaft liegt bei uns noch sehr im argen. Will das Ministerium dieser Erforschung dienen, so darf es uns nicht wieder mit einer solch kleinen Summe kommen, die, im Grunde genommen, bei dem heutigen Stande der Valuta, nichts weiter darstellt als eine schöne Geste, als eine Verbeugung vor der Wissenschaft.

Es ist uns im Ausschuß auf meine Anfrage mitgeteilt worden, daß eine ganze Reihe wissenschaftlicher Arbeiten demnächst darüber erscheinen soll. Eine Abhandlung über das Brot von Neumann in Bonn, über die Vitamine von Abderhalden; Vitamine sind die Ergänzungsstoffe der Ernährung, deren Fehlen zu schweren Krankheiten führen kann: zu Rachitis, Skorbut und so (D) weiter. Wir haben die traurige Tatsache zu verzeichnen, daß schon in verschiedenen Gegenden Deutschlands, zum Beispiel in Nürnberg, in der Tat eine ganze Reihe Skorbuterkrankungen aufgetreten sind.

Die genaue Erforschung dieser Stoffe liegt noch im Anfangsstadium. Weitere Bücher sollen erscheinen über Fette usw.

Es ist mir nun ganz interessant gewesen, vor kurzem einen Artikel im „Tag“, in der Landwirtschaftlichen Rundschau, über die Förderung ernährungswissenschaftlicher Tätigkeit zu lesen. In diesem Artikel wird dem **Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft** ein großes Loblied gesungen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß durch außergewöhnliche Mittel auch von seiten der Landwirtschaft im Rahmen dieses Hilfswerks diese Förderung der Ernährungswissenschaft durch die Landwirtschaft als eine **vaterländische Großtat** gewertet wird. Es wäre mir nun sehr interessant, zu erfahren, inwieweit das Hilfswerk der Landwirtschaft sich bereits finanziell an dieser Forschungsarbeit beteiligt hat. Am Schluß dieses Artikels heißt es:

> Das eingeleitete Hilfswerk berechtigt zu der Hoffnung, daß die maßgebenden Kreise auch der Forschungstätigkeit auf dem Gebiete der Ernährnngswissenschaft die gebührende Beachtung entgegenbringen und dazu beitragen, daß durch fortlaufende Aufklärung in der Allgemeinheit Interesse und Opferfreudigkeit für die Notwendigkeit einer großen Ernährungswissenschaftsspende ausgelöst wird. Mit Hilfe solcher Mittel könnte in Zusammenarbeit mit dem bereits bestehenden Beirat zur Förderung ernährungswissenschaftlicher Forschungstätigkeit die notwendige Forschungstätigkeit großzügig durchgeführt werden. Dabei würden Ergebnisse nicht ausbleiben, die die

(Dr. **Moses**, Abgeordneter.)

(A) Volksernährung auf eine bessere und sicherere Grundlage zu stellen vermögen.

Ich möchte mir die Anfrage an den Herrn Minister gestatten, ob ihm irgend etwas von der großen **ernährungswissenschaftlichen Spende** der Landwirtschaft bekannt ist, und wie hoch sich diese Spende beläuft.

Im übrigen hoffe ich, daß der Reichsausschuß für Ernährungswissenschaft sich nicht allzuviel mit der Aufstellung von neuen Theorien beschäftigt. Seine Forschungen sollen der Praxis dienen, sollen in die Praxis umgesetzt werden.

Eine Bemerkung noch! Das Ernährungsproblem ist eines der schwierigsten Probleme. Schon deshalb, weil es, auch vom wissenschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, noch immer eines der dunkelsten Probleme ist. Nicht deshalb, weil gerade auf dem Gebiete der Ernährungswissenschaft noch wenig gearbeitet worden wäre. Im Gegenteil, gerade die größten Männer, die Leuchten der Wissenschaft haben ihre ganze Forschertätigkeit in den Dienst der Lösung des Ernährungsproblems gestellt. Ich erinnere nur an Liebig, Pettenkofer, Rubner und Abderhalden. Immer neue Theorien tauchen da auf, und es wird leider über dem Problem der Unterernährung das **Problem der zweckmäßigen Ernährung** unseres Volkes ganz außer acht gelassen. Hier sollte die Wissenschaft mehr einsetzen, hier, wo diese Dinge schon mehr geklärt sind, sollte die Kenntnis der unzweckmäßigen Ernährung mehr als bisher in die breiten Massen der Bevölkerung getragen werden. Das sollte eigentlich Aufgabe der deutschen Ärzte sein. Leider aber müssen wir feststellen, daß hier die Ärzte versagen, die sich ja stets als die berufenen Vertreter der Volksgesundheit bezeichnen. Unser Volk müßte viel mehr, als das bisher geschehen ist, über die Grundfragen der richtigen Ernährung aufgeklärt werden. Die Wissenschaft auf diesem Gebiete sollte dem (B) Volke zugänglich gemacht werden. Wenn hier der Minister seinen Einfluß auf den Reichsausschuß geltend machen würde, dann würde er sich ein großes Verdienst um die richtige Ernährung im Volke erwerben.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Es ist noch ein weiterer Antrag von den Abgeordneten Müller (Franken) und Fraktion und Dr. Hertz und Genossen eingegangen, nämlich zu der Entschließung des Ausschusses 2 g, die auf Drucksache 4284 Ziffer II abgedruckt ist, die Worte hinzuzufügen:

> Die Reichsregierung ist ermächtigt, um Arbeiterentlassungen zu vermeiden, die Ausfuhr von Spargelkonserven in dem Umfange zuzulassen, der die Ernährung der einheimischen Bevölkerung nicht wesentlich beeinträchtigt.

Das Wort hat der Bevollmächtigte Braunschweigs zum Reichsrat, Herr Boden.

Boden, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister für Braunschweig und Anhalt: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Hammer ist bereits auf die Entschließung, die eben auch der Herr Präsident dieses hohen Hauses angezogen hat, zu sprechen gekommen, nämlich die dahin geht:

> Die Reichsregierung zu ersuchen, eine **Ausfuhr von Gemüsekonserven** nur für die Bedürfnisse des Saarlandes und des Freistaates Danzig zu gestatten und für diese Ausfuhr Sicherungen zu treffen, die eine Weiterleitung ins Ausland unmöglich machen.

Erlauben Sie mir, daß ich hier namens der braunschweigischen Regierung zu dieser Frage einige Ausführungen mache. Das besondere **Interesse Braunschweigs** an der Frage erklärt sich ja von selbst, da die **Gemüsekonserveninduſtrie** bei uns an allererster Stelle zu Hause (C) ist, sozusagen bei uns ihre Hochburg hat. Sie werden uns daher auch gewiß im allgemeinen ein richtiges Urteil über die Verhältnisse in der Gemüsekonserveninduſtrie zutrauen, und daß dieses Urteil auf einer objektiven, namentlich auch das Interesse der Verbraucher berücksichtigenden Prüfung beruht, dafür dürfte Ihnen die gegenwärtige Leitung des Ernährungsministeriums in Braunschweig, die sich ja in ganz besonderem Maße immer den Schutz den Verbraucherinteressen hat angelegen sein lassen, eine Bürgschaft sein.

In der Sache selbst darf ich mir erlauben, zunächst festzustellen, daß es sich bei den vorliegenden Anträgen wegen Ausfuhr von Gemüsekonserven gar nicht um die großen Mengen handelt, die vielfach in der Öffentlichkeit genannt worden sind, und die heute auch der Herr Abgeordnete Hammer angezogen hat. Insbesondere beträgt die erbetene **Ausfuhrmenge von Spargelkonserven** nur **600 000 Dosen,** nicht etwa $1^1/_2$ Millionen, wie gesagt worden ist. Bei allem Verständnis für die Absichten, die der Entschließung des Haushaltsausschusses zugrunde liegen, wollen Sie mir gestatten zu sagen, daß diese Menge von 600- bis 700 000 Spargeldosen für die Ernährung der einheimischen Bevölkerung nicht zu Buche schlagen kann. Ich lasse dabei den Nährwert des Spargels vollkommen dahingestellt, sondern betrachte die Frage rein quantitativ, indem ich diese Menge von 600- bis 700 000 Dosen in Verhältnis zu der Gesamtproduktionsmenge an Konserven und diese Zahl wieder in Verhältnis zur Gesamtbevölkerungszahl des Reiches bringe. Dann werden Sie mir gewiß zugeben, meine Damen und Herrn, daß diese Menge wirklich von keinem erheblichem Einfluß auf die Ernährungslage der einheimischen Bevölkerung sein kann.

In dieser quantitativen Begrenzung hat der vorliegende Ausfuhrantrag auf der andern Seite aber seine (D) Berechtigung, ja man kann bis zu einem gewissen Grade sagen, seine Notwendigkeit in den eigenartigen Verhältnissen der Gemüsekonserveninduſtrie. Ich habe den Eindruck, meine Damen und Herren, wenn diese Eigenart der Verhältnisse genauer bekannt wäre, würde sich die Frage wahrscheinlich in der Öffentlichkeit gar nicht so zugespitzt haben, wie es der Fall gewesen ist.

Wie liegen denn die Verhältnisse insbesondere beim Spargel? Da möchte ich zunächst gegenüber denjenigen Stimmen, die die Bedeutung und Notwendigkeit der Konservierung mehr oder weniger verkennen und in ihr nur ein Mittel sehen, um den **Frischverzehr des Spargels** zu verteuern oder zu vermindern, feststellen, daß dies nicht zutrifft, da es keinesfalls möglich ist, den heranwachsenden Spargel auch nur zum überwiegenden Teil dem Frischverzehr zuzuführen. Das mag bei dem Spargel in der Mark gehen, dem der große Berliner Markt zur Verfügung steht. Aber bei dem mitteldeutschen Markt ist es ausgeschlossen, auch wenn man alle Hilfsmittel, wie Transporterleichterungen, Vorzugstarife usw. mit zu Hilfe nimmt. Früher war das Verhältnis des konservierten Spargels zum frischverzehrten wie etwa 90 zu 10. Inzwischen hat sich dies natürlich verschoben, aber noch immer muß der Spargel in großen Mengen konserviert werden, damit er nicht verdirbt und verloren geht, was doch niemand wollen wird. Ähnlich, wenn auch nicht in gleichem Grade liegen die Verhältnisse bei den übrigen Gemüsearten. Auch da ist die **Konservierung** das Mittel, um große Mengen von Lebensmitteln der Volksernährung zu erhalten.

Nun, meine Damen und Herren, und damit komme ich zu dem springenden Punkt, liegt für die Konserveninduſtrie allgemein die Sache so, daß sie unter den heutigen Verhältnissen, um arbeiten zu können, einen außerordentlich

(**Boden**, braunschweigischer außerordentlicher Gesandter.)

(A) großen **Kapitalbedarf** hat. Dieses Kapital für Löhne, Materialien usw. wird bei dem ausgesprochenen Charakter dieser Industrie als Saisonindustrie in drei bis vier Monaten umgeschlagen, und dann sitzt die Industrie auf ihren Waren, bis sie ihr abgenommen werden, ein halbes bis drei Vierteljahr. Die Industrie ist also auf große Kredite angewiesen. Wie groß diese **Kredite** sind, wollen Sie gütigst daraus entnehmen, daß allein für die Gemüsekonservenindustrie ein Kapitalbedarf von über 1 Milliarde besteht und daß die Gemüsekonserven- und Obstkonservenindustrie im ganzen einen Kapitalbedarf von annähernd 2,5 Milliarden hat.

Meine Damen und Herren! Damit hat die Sache eine Ausgestaltung gewonnen, die dahin führt, daß diese Kredite nicht mehr von den einzelnen heimischen Banken gegeben werden können, sondern daß darum eine Großbank hat angegangen werden müssen. Voraussetzung für die Kreditgewährung in diesem Umfange ist aber eine gewisse **Ausfuhrgestattung,** durch die eben die Industrie in die Lage versetzt wird, sogleich gewisse Erlöse zu erzielen. Diese Erlöse dienen dienen dazu, die ersten Kredite abzubürden und der Industrie die Mittel zu geben, um die Konservenproduktion in den dann folgenden Monaten bei Erbsen, Bohnen usw. so durchzuführen, wie es durch das heimische Interesse doch dringend geboten ist.

Es ist nun vielfach behauptet worden, daß ja auch die heimischen Kreise des Handels und der Verbraucherorganisationen in der Lage wären, der Industrie diese Kredite von sich aus zu geben. Diese Behauptung wird wohl gemacht, sie trifft aber nicht zu. Und das ist auch ganz klar; denn nach den Zahlen, die ich mir erlaubt habe zu nennen, liegt die Sache doch so, daß diese Kreise selbst beim besten Willen gar nicht in der Lage sein würden, die Industrie ohne weiteres durch Kredite so zu finanzieren, wie sie es nötig hat, um wirklich intensiv die (B) ganze Saison hindurch arbeiten zu können. Vielleicht ist es möglich, für das nächste Jahr ein derartiges **Finanzierungsprogramm** in die Wege zu leiten, und dann könnte vielleicht auch die Frage der Preisbedingungen, von denen der Herr Abgeordnete Hammer sprach, einer Revision unterzogen werden. Aber für das Jahr 1922 ist davon keine Rede. Das ist erst durch eine ganz kürzlich veranstaltete Umfrage bei den Interessenten, über die das Material vorliegt, bewiesen worden.

Meine Damen und Herren! Ich kann mich also folgendermaßen zusammenfassen. Die Konservenindustrie hat, um arbeiten zu können, große Kredite nötig. Für diese Kredite ist die Voraussetzung eine gewisse Ausfuhrmöglichkeit. Wird die Ausfuhr gestattet, so ist die Industrie — aber auch nur dann — in der Lage, die Konservenproduktion so durchzuführen, wie es durch das allgemeine Ernährungsinteresse geboten ist. Wird ihr die Ausfuhr verweigert, dann ist der Industrie die nötige Bewegungsfreiheit genommen, und letzten Endes leidet das heimische Ernährungsinteresse selbst darunter. Außerdem hat die Industrie dann mit ihrer großen, in viele Tausende gehenden Arbeiterschaft das Nachsehen, worauf ich von braunschweigischer Seite aus noch einmal ganz besonders verwiesen haben möchte.

Meine Damen und Herren! Nach alledem kann ich es nur dankbar begrüßen, daß jetzt noch in letzter Stunde von verschiedenen Parteien der **Einschränkungsantrag** zu der Entschließung eingebracht worden ist, den der Herr Präsident eben zu verlesen die Güte hatte. Ich kann das hohe Haus nur dringend bitten, diesem Einschränkungsantrage zuzustimmen.

Dabei darf ich aber persönlich noch folgendes hinzufügen. Auch bei Annahme dieses Einschränkungsantrages würde, soweit ich die Sache übersehe, nicht die Möglichkeit gegeben sein, für die übrigen Gemüsekonservenarten, (C) Erbsen, Bohnen usw., irgendwelche Ausfuhr zuzulassen. Ich weiß nicht, ob es unter den gegenwärtigen Verhältnissen richtig ist, das in so strikt ablehnender Form jetzt bereits festzusetzen. Wir wissen ja gar nicht, wie die Gemüseernte ausfällt, ob nicht der einheimische Bedarf voll damit befriedigt werden kann. Infolgedessen hat die Konservenindustrie, wie mir scheint, in diesem Punkte ganz verständig ihren Antrag dahin formuliert, daß sie die Ausfuhrgenehmigung für etwa 400 000 bis 500 000 Dosen verlangt — also ebenfalls eine sehr viel bescheidenere Menge, als bisher immer angeführt ist — und außerdem dies mit der ausdrücklichen Maßgabe, daß über diese Ausfuhr die endgültige Entscheidung erst getroffen werden soll, wenn der Ausfall der diesjährigen Gemüseernte und die Deckung des Inlandsbedarf in Gemüsekonserven feststeht. Dies ist, glaube ich, doch in jeder Richtung eine verständige Basis. Es würde ja auch gar nichts im Wege stehen, daß ein besonderer Ausschuß dieses hohen Hauses zur gegebenen Zeit zu dieser Frage noch gehört würde.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mir deshalb erlauben, in dieser Stunde noch zur Erwägung zu stellen, ob es nicht richtiger ist, vielleicht die Fassung dieser Entschließung insgesamt noch etwas zu mildern, daß, allerdings immer unter der Voraussetzung der vollen Befriedigung des Inlandsbedarfs, auch für die andern Gemüsearten eine gewisse Ausfuhrmöglichkeit gestattet bleibt und daß nicht in diesem Punkte bereits heute strikte ein Nein festgelegt wird. Sollte aber das Haus dieser weitergehenden Änderung der Entschließung absolut nicht geneigt sein, so kann ich nur nochmals bitten, jedenfalls dem vorliegenden Abänderungsantrage, der in dankenswerter Weise in letzter Stunde eingebracht worden ist, die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schiele.

(D) **Schiele,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir hätten nicht Veranlassung genommen, noch einmal in der allgemeinen Aussprache das Wort zu nehmen, wenn nicht der Herr Minister einige Ausführungen so grundsätzlicher Art gemacht hätte, daß sie uns noch einmal auf den Plan nötigen. — Der Herr Minister hat in bezug auf die Festlegung des früheren Reichsernährungsministers sich dahin ausgesprochen, daß offiziell niemals eine Äußerung gefallen sei, daß die **letzte Umlage** die allerletzte sein solle. Was zunächst das Wort **„offizielle Stellungnahme"** anlangt, so glaube ich doch, daß, wenn sich hier ein Minister in einer Aussprache über die Ernährungsfrage so grundsätzlicher Art — es handelte sich damals um die Getreideversorgung — äußert, das doch als offizielle Stellungnahme des Ministers angesprochen werden muß. Wenn auch mein Kollege Thomsen in sehr ausführlicher und, wie ich glaube, auch durchaus verständlicher Weise diese Dinge sehr stark pointiert hat, so muß ich doch noch einmal darauf zurückkommen und feststellen, daß jene Äußerungen ganz bedingungslos hier im Reichstage gefallen sind, und ich muß sie deshalb noch einmal wörtlich zitieren, um die Irrungen und Wirrungen auf diesem Gebiete vollständig zu beseitigen.

Der Herr Minister hat erklärt:

> Wie können wir es erreichen — das wäre die Kardinalfrage —, nochmals der versorgungsberechtigten Bevölkerung eine gewisse Mehl- und Brotration zu sichern?

Daran hat er gar keine besonderen Bedingungen geknüpft, sondern hat die Worte „noch einmal" ohne Einschränkung und ohne jede besondere Bemerkung ausgesprochen. Er sagte dann weiter:

> Ich sehe keine andere Möglichkeit, die ruhige Fortführung der Brotversorgung in der organisierten

(Schiele, Abgeordneter.)

(A) Wirtschaft noch einmal für eine Übergangsperiode sicherzustellen.

Auch hier in dieser Version liegt eine ganz klare und feste Stellungnahme dazu, daß es sich erstens um ein Nochmal handelt und zweitens um eine Übergangsperiode. Wie viel Übergangsperioden hat denn damals der Herr Minister im Auge gehabt, wenn er das Wort hier ausgesprochen hat? Zum Schluß sagt er noch einmal gegenüber dem Abgeordneten Dr. Heim:

> Unser Vorschlag bezweckt auch nur, noch einmal eine bestimmte Menge aus der deutschen Landwirtschaft herauszuholen.

Meine Damen und Herren! Wir spielen, glaube ich, mit Worten, wenn wir an diesen Dingen nicht ganz klar zum Ausdruck gebracht sehen, daß es sich hier in der Tat um eine Festlegung, und zwar um eine offizielle Festlegung, des Ministers gehandelt hat.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Nun aber noch etwas anderes, was ich gleich im Anschluß hieran erledigen möchte. Der Herr Minister hat in dankenswerter Weise sich nochmals mit der Frage der Getreide- und Brotpreise beschäftigt. Er hat gegenüber meinem Kollegen Thomsen nachweisen wollen, daß die von der **Reichsgetreidestelle** aufgewandten **Generalunkosten** nicht 800 Mark pro Tonne betrügen, sondern etwa 600 Mark. Demgegenüber möchte ich doch folgende einwandfreie Zusammenstellung machen: $2^1/_2$ Millionen Tonnen sind zu einem Durchschnittspreise von 110 Mark für einen Zentner Getreide, also für 2200 Mark für eine Tonne, an den Landwirt im vorigen Jahr gezahlt worden; das macht $5^1/_2$ Milliarden Mark. Es sind ferner 2 Millionen Tonnen Getreide vom Ausland eingeführt worden, und zwar nach den wiederholten Mitteilungen des Herrn Staatssekretärs und des früheren Ministers zu einem Durchschnittssatze von ungefähr 10 000 Mark pro Tonne.

(B) (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Das macht 20 Milliarden Mark, zusammen also für $4^1/_2$ Millionen Tonnen einen Aufwand von 25,5 Milliarden Mark. Davon ist der Zuschuß des Reiches in Höhe von 10,6 Milliarden Mark zu kürzen; es verbleiben 14,9 Milliarden Mark, die von der Reichsgetreidestelle im ganzen für das Mischgetreide, aus Auslands- und Inlandsgetreide bestehend, aufgewandt worden sind, das heißt für eine Tonne 3311 Mark. Die Reichsgetreidestelle hat nach ihren eigenen Angaben, die sie mal in einer Denkschrift über die Reichszuschüsse zur Brotgetreidewirtschaft gemacht hat, ausgeführt, daß im ersten halben Jahre das Getreide zu einem Abgabenpreis von 2812 Mark und im zweiten halben Jahre zu 5462 Mark pro Tonne abgegeben worden ist. Das arithmetische Mittel können wir also aus den beiden Halbjahren für das ganze Jahr ziehen und stellen fest, daß der Abgabepreis für das ganze Jahr 4136 Mark betragen hat. Wenn Sie nun 4136 Mark gegenüber 3311 Mark stellen, kommt sogar etwas mehr als 800 Mark heraus, und zwar ist dabei — das möchte ich ausdrücklich feststellen — noch nicht die Bewirtschaftung der Kommunen eingeschlossen. Diese kämen außerdem noch dazu!

So sehen wir in der Tat — das ist das Bedenkliche an der ganzen Zwangswirtschaft —, daß, wenn auch nicht in dem Maße, wie es vielfach durch die Öffentlichkeit geht, aber doch immerhin in sehr starkem Maße die Verteuerung des Brotes durch die öffentliche Hand, durch die öffentliche Bewirtschaftung erfolgt ist.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

An dieser Feststellung lag uns aber besonders. Wir streiten nicht um 10, 20, 50 oder 100 Mark pro Tonne. Aber die Tatsache der **Verteuerung des Brotes** durch die öffentliche Bewirtschaftung ist für uns von Wichtigkeit, und wenn wir die kommunale Tätigkeit dazu nehmen, wird die Verteuerung noch sehr viel erheblicher, so daß wir schließlich vor der Tatsache (C) standen, daß, als zum Beispiel die Brotpreiserhöhung am 15. Februar einsetzte, das Brot, das markenfrei durch den Bäcker geliefert werden konnte, sich tatsächlich im Augenblick billiger stellte als dasjenige Brot, das von der öffentlichen Bewirtschaftung erfaßt war.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen. — Widerspruch links.)

So haben wir heute die Tatsache vor uns, daß wir durch die öffentliche Bewirtschaftung nur verteuernd wirken, und wir mussen endlich — und das ist das große Ziel — aus der Gebundenheit heraus und wieder in ein freies Fahrwasser hinein.

Der Herr Minister sagt mit Recht, daß das ein Wagnis sei. Aber ich glaube, es ist eine berechtigte Forderung, hier einmal ein Wagnis zu tun. Das erfordert die Tat eines Mannes, der vollkommen frei von Parteiströmungen und politischen Einflüssen lediglich den praktischen Boden betritt und endlich dafür sorgt, daß wir in produktionsfördernder Weise und nicht, wie es bisher geschehen ist, in produktionshemmender Weise vorgehen,

(lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen)

daß wir den Schritt zur Befreiung von der Hörigkeit vom Feindbund tun, unter der wir heute stöhnen und ächzen. Denn das bleibt die Kardinalfrage, die uns bei allen diesen Debatten bewegen sollte: wie machen wir uns in der Ernährung vom Auslande frei und unabhängig?

Ich sage schließlich: wird diese Frage nicht im Sinne wahrer und nationaler Volkswirte gelöst, und zwar bald gelöst, so wird unter dem stetig wachsenden Drucke der Unterbilanz in unserem Außenhandel die Geldentwertung bis ins Ungemessene fortschreiten, und die Sorge für das tägliche Brot wird uns von einer inneren Krise in die andere werfen. (D)

(Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Krätzig.

Krätzig, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Daß das **markenfreie Brot** billiger zu haben sein soll als dasjenige, das wir auf Marken bekommen, ist eine Behauptung, die wohl nicht den Tatsachen entspricht.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Zeitweise!)

Ich bin leider gezwungen, mir für meine sehr zahlreiche Familie des öfteren markenfreies Brot zu kaufen, und habe dabei das Gegenteil von dem in Erfahrung gebracht, was Herr Schiele uns hier sagen wollte. Es ist ja so, daß heute diejenigen, die uns noch vor Jahresfrist bekämpft haben, als wir auf die Folgen der sogenannten freien Wirtschaft hinwiesen, selbst den Ruf ausstoßen: so geht das nicht mehr weiter. In den letzten Tagen sind sogar Blätter, die der Deutschnationalen Volkspartei nahestehen, der „Lokal-Anzeiger" und andere Zeitungen, gegen die oder jene Frage der Bewirtschaftung Sturm gelaufen, weil sich die Dinge eben allmählich bis zur Haltlosigkeit entwickelt haben. Die „Berliner Volkszeitung" rief in der vorigen Woche aus: Auf dem Lebensmittelmarkt ist die Anarchie ausgebrochen! Ja, das haben wir vorausgesagt, und wir haben uns infolgedessen dagegen gewandt, daß man die vollkommene sogenannte Freiheit auf dem Gebiete der Lebensmittelwirtschaft wieder einführen wollte. Was nützt denn heute alles Schimpfen, wenn eben schließlich der Karren derart verfahren ist, daß das Volk, wenn es nicht bald anders wird, sich nicht mehr anders helfen kann, als daß es in irgendeiner Form zur Selbsthilfe greift.

(**Krätzig**, Abgeordneter.)

(A) Der **Landbund** wendet sich gegen ein neues Umlageverfahren für Getreide. Das soll eine Extrasteuer sein, behauptet er. Er beansprucht den **Weltmarktpreis für Getreide.** Nun, es ist unbestritten, meine Herren, daß die Löhne der Arbeiter, Angestellten und Beamten bei weitem nicht an die Weltmarktlöhne herankommen. Wenn Sie also auf der einen Seite für die Lebensmittel die Weltmarktpreise fordern, so müssen sie konsequenterweise, wie wir das auch früher schon beantragt haben, die Möglichkeit schaffen, daß die Arbeiter und Angestellten an die Weltmarktlöhne herankommen. Sonst entsteht ein Vakuum zwischen dem Einkommen und dem Lebensbedarf, wo die Volkskraft immer mehr und mehr aufgezehrt wird zugunsten weniger Besitzer der Lebensmittel, die sich dabei ungeheuer die Taschen füllen können.

Meine Herren, wie stehen wir denn eigentlich da im Verhältnis zu anderen Völkern? Das sieht man erst, wenn man den Vergleich zwischen den **Indexziffern** zieht, die für Ernährung bei uns und in anderen Ländern aufgewandt werden. Wir haben eine solche Zusammenstellung vor kurzem durch die sächsische Regierung bekommen. Da stellte sich heraus, daß wir heute eine Indexziffer für Ernährung in Höhe von 2800 bis 3000 gegenüber dem Stande vom Jahre 1914 haben, während die Vereinigten Staaten 145, Kanada 150, die Niederlande 185, die Schweiz 216, England 226, Dänemark 236, Frankreich 305, Italien 450 aufweisen können. Sie sehen also, daß unsere Bevölkerung sich in einer Situation befindet, daß die Regierung unbedingt in dem Sinne eingreifen muß, wie unser Antrag das vorzeichnet, wenn Sie nicht wollen, daß eine ungeheure neue Katastrophe eintritt, die in dem Augenblick eintreten wird, wo etwa zu den Ernährungsschwierigkeiten noch Arbeitsschwierigkeiten hinzutreten.

Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hammer waren für uns zwar nicht neu, aber natürlich sehr be- (B) achtlich; denn seine Ausführungen waren die beste Begründung für den Antrag, den wir gestellt haben. Ich kann nahezu jedes Wort unterschreiben, das er hier gesagt hat. Es trifft sich auch sehr gut, daß seine Ausführungen gewissermaßen schon die Begründung für Verhandlungen enthalten, die wir demnächst über die **Übergriffe der Kartellwirtschaft** hier zu führen haben werden. Er erzählte, daß 280 Rohzuckerfabriken, 80 Zuckerraffinerien und 2000 Zuckergroßhändler die Vampyre an der deutschen Volksgesundheit sind, die mit einem unentbehrlichen Nahrungsmittel des Volkes einen ganz unglaublichen Wucher treiben, eine Erpressungswirtschaft, wie sie nach seinen eigenen Ausführungen gar nicht schlimmer gedacht werden kann. Das sind natürlich unhaltbare Zustände; denn das Volk wird hier zum Opfer privater Monopole gemacht, die sich immer mehr herausbilden.

Gerade dieses **Zuckerkartell,** dieser Verein der deutschen Zuckerindustrie, wie es sich nennt, ist eine solche private Monopolgewalt, die ein wichtiges Nahrungsmittel des Volkes in der Hand hält, um ganz unglaubliche Gewinne erzielen zu können. Es ist nicht mehr die Reichszuckerstelle, die vor dem 1. Oktober noch die Bewirtschaftung des Zuckers hatte, sondern jenes private Kartell, das die Bedingungen erläßt, zu denen das 60-Millionen-Volk den Zucker zum Konsum bekommen kann.

Meine Herren, ich habe hier ein **Rundschreiben** dieser privaten **Zuckerwirtschaftsstelle,** das sehr bezeichnend ist für die Art, wie man sich dort einrichtet, um dem Volke unerhörte Preise abzunehmen. In dem Vertrag, der zwischen jener privaten Zuckerwirtschaftsstelle und den einzelnen Zuckerfabriken abgeschlossen worden ist, heißt es:

> Der Verein errichtet eine Zuckerwirtschaftsstelle, die von dem Vorsitzenden des Vereins und neun Vertretern der Rohzuckerindustrie und der Zucker verbrauchenden Industrie unter Ausschluß der Arbeitnehmer und letzten Verbraucher gebildet wird. Die Zuckerwirtschaftsstelle bestimmt den vorläufigen Preis und legt Höchstpreise für Verbrauchszucker fest. Zur Sicherung der Durchführung der Vertragsvereinbarungen hat jedes Mitglied eine Sicherheitsabgabe von 25 Mark pro Zentner zu zahlen.

Hieraus geht hervor, da ja die Herren das Geld nicht aus ihrer Tasche bezahlen, daß man dem deutschen Volke quasi eine Sondersteuer in Höhe von 25 Pfennigen für das Pfund Zucker auferlegt, um dem Kartell die Garantie zu geben, daß auch ja alle Mitglieder die Wucherpreise nehmen, die von dort aus festgesetzt werden.

Meine Herren! Wenn man sich die Preise vergegenwärtigt, die jetzt gefordert werden, so ist es geradezu eine Verhöhnung des Reichstags, wenn dasselbe Zuckerkartell in der Antwort auf die Anfrage Nr. 1426 des Herrn Abgeordneten Tremmel die Dinge so hinzustellen sucht, als sei es bemüht, die **Preise** niedrig zu halten. Bis zum Oktober haben wir einen Zuckerpreis von 627 Mark für den Doppelzentner gehabt. Heute, nach etwa sechs bis sieben Monaten, stehen wir auf 2000 Mark. Es ist schon gesagt worden, daß in den Rohstoffpreisen seitdem gar keine Veränderung eingetreten ist. Ich habe neulich bei einem Telephongespräch mit einer Stelle, die die Interessen des Zuckergroßhandels zu vertreten hatte, hören können, daß dort die Auffassung vertreten wird, diese unfaßbare Verteuerung sei auf die erhöhten Kosten der Zuckerraffinerien zurückzuführen. Ich weiß, daß die Produktionskosten der Zuckerraffinerien natürlich auch etwas größer geworden sind; aber es ist doch eine ungeheure Übertreibung, zu sagen, daß deshalb pro Doppelzentner eine Steigerung von reichlich 1300 Mark erforderlich gewesen wäre. Nein, es ist schon so, wie der Herr Kollege Hammer sehr richtig gesagt hat: die **Zuckerraffinerien** haben dieses wichtige Nahrungsmittel an sich gebracht, und sie sind es, die nunmehr einen ganz ungeheuren Rebbach daraus in ihre Taschen ableiten wollen. Nun heißt es in der Antwort, die dem Herrn Abgeordneten Tremmel gegeben worden ist und die von der Zuckerwirtschaftsstelle herrührt:

> Mit der Aufhebung der Zuckerzwangswirtschaft zum 1. Oktober 1921 hat auch die behördliche Festsetzung der Zuckerpreise ihr Ende gefunden. Die Preise würden ganz dem Einfluß von Angebot und Nachfrage unterworfen und von der Markwertung abhängig sein, wenn nicht die Zuckerwirtschaftsstelle des Vereins der deutschen Zuckerindustrie für die ihr angeschlossenen Fabriken Höchstpreise festgesetzt hätte. Leider sind nicht alle Zuckerfabriken der Zuckerwirtschaftsstelle angeschlossen. Etwa 3 vom Hundert der gesamten deutschen Zuckerernte 1921/22 werden von den Außenseitern in den Verkehr gebracht, die die Möglichkeit, bei der immer noch großen Nachfrage nach Zucker hohe Preise zu nehmen, stark ausnutzen.

Ja, meine Damen und Herren, die 2000 Mark pro Doppelzentner sind nicht von den 3 vom Hundert der nicht angeschlossenen Zuckerfabriken festgesetzt worden, sondern von der Zuckerwirtschaftsstelle. Die ist es doch zweifellos, die den Ton in der ganzen Sache angibt, und es ist unerhört, daß man die Dinge so hinzustellen sucht, als ob diese Stelle, die ein Privatmonopol allerschlimmster Art darstellt, sich gar noch rühmen kann, verbilligend zu wirken.

Nein, so geht es in der Tat nicht weiter. Wenn Herr Abgeordneter Hammer vorschlägt, zur Abhilfe eine **Einfuhrmöglichkeit für Zucker** zu schaffen, vielleicht gar nur für einige Wochen, so genügt das nicht. Es ist das

(**Krätzig**, Abgeordneter.)

bereits am Sonnabend zum Ausdruck gebracht worden. Man würde dann überhaupt einheimischen Zucker nicht mehr bekommen, sondern dann würde alles als Auslandszucker gelten, und die Preise würden dann wahrscheinlich trotz der Einfuhr noch höher steigen, als sie ohnehin schon sind.

Wie stehen denn die Dinge? Der **Zucker** wandert — das ist unbestreitbar — zu einem großen Teil in die **Giftbuden des Alkoholismus.** Dort zahlt man jeden Preis dafür, die Schieber und Valutaschwindler schlagen sich den Bauch mit dem Zeug voll, und unsere heranwachsende Jugend bekommt dieses notwendige Nahrungsmittel nicht. Es ist geradezu ein Skandal, daß das überhaupt möglich ist, daß die Regierung nicht schon längst eingeschritten ist, um derartige Zustände unmöglich zu machen.

Hier wäre ein ganz anderes Eingreifen am Platze, und zwar müßte der Zucker beschlagnahmt werden, es müßte ein **Verbot für die Verarbeitung von einheimischem Zucker** zum mindesten in den **Likör- und Zuckerwarenbetrieben** ausgesprochen werden. Und wenn man etwa zu befürchten hat, daß jene Herrschaften, die ja zweifellos eine sehr große wirtschaftliche Macht ausüben, sich dagegen auffetzen würden, gut, wenn man nur will, dann gibt es auch ein Mittel, um dagegen vorzugehen. Man könnte erwägen, ob man nicht zu einer Aufhebung der Bestimmungen über die Wahrung von Betriebsgeheimnissen für Likörfabriken usw. schreitet, um es so den Angestellten möglich zu machen, zu sagen, wie die Dinge liegen, falls einheimischer Zucker verarbeitet wird. Man könnte weitergehen und könnte hohe Geldstrafen festlegen, falls sich die Inhaber solcher Fabriken etwa dazu herbeilassen sollten, die Arbeiter, die diese Mitteilungen machen, zu entlassen. Jedenfalls genügt das Mittel nicht, das Herr Abgeordneter Hammer vorgeschlagen hat. Wir verlangen eine neue Bewirtschaftung dieses wichtigen Nahrungsmittels durch das Reich, die **Beschlagnahme** des Zuckers, und zwar nicht nur dort, wo er noch zum Verkauf steht, sondern auch dort, wo er in großen Mengen gehamstert worden ist; da ist zweifellos ebenfalls sehr viel herauszuholen. Wir haben in unserem Antrage gesagt:

> Im Interesse der Allgemeinheit ist die Bewirtschaftung des Zuckers durch das Reich wieder einzuführen. Der Bevölkerung ist pro Kopf und Woche ein halbes Pfund Zucker zur Verfügung zu stellen, außerdem für Säuglinge pro Kopf und Woche ein Pfund extra. Die Preisfestsetzung für den Verbrauchszucker erfolgt unter Berücksichtigung der tatsächlichen Gestehungskosten mit Zustimmung des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft.

Nur auf diese Weise werden Sie eine Remedur schaffen können. Dann werden auch die Konsumvereine und die übrigen Einkaufsgenossenschaften die Möglichkeit haben, diese Ware wieder zu bekommen. Ich habe Gelegenheit gehabt, in der letzten Zeit bei zahlreichen kleinen Kaufleuten vorzusprechen. Diejenigen Kaufleute, die lieb Kind sind mit einem Zuckergrossisten, haben Zucker, aber die anderen haben keinen Zucker zur Verfügung, und die Konsumvereine haben — das weiß ich aus eigener Erfahrung — große Schwierigkeiten, um nur ab und zu einmal eine Ladung zu bekommen. Gerade diese kleinen Leute, Herr Kollege Hammer, sagen: es war früher doch viel schöner, da hatten wir alle den Zucker und konnten unseren Kunden das Quantum abgeben; heute, bei der sogenannten Freiheit, haben nur wenige den Zucker und diese treiben Wucher- und Erpresserpolitik damit und richten uns dabei zugrunde. Wollen Sie also wirkliche Mittelstandsrettung nach dieser Seite hin, dann nehmen Sie unseren Antrag an.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hertz.

Dr. **Hertz,** Abgeordneter: Meine Herren! Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schiele zwingen mich zu einigen ganz kurzen Bemerkungen. Herr Schiele hat erneut die Behauptung aufgestellt, daß bei der Erhöhung des Brotpreises Mitte Februar in Berlin das Brot den gleichen Preis gehabt hätte, ohne Rücksicht darauf, ob es Umlagebrot oder freies Brot war. Diese Behauptung ist falsch, und wenn Herr Schiele sie im Ausschuß mit der Bemerkung stützte, daß er sich persönlich davon überzeugt hätte, so ist er dabei recht leichtfertig vorgegangen. Denn ich kann dem Herrn Abgeordneten Schiele nicht zutrauen, daß er nicht zu unterscheiden vermag ein Brot im Gewicht von etwa 4 Pfund und ein Brot im Gewicht von etwa 2 bis $2^1/_2$ Pfund. Aus einem **Brief des Ernährungsamts der Stadt Berlin,** der gezeichnet ist von dem Dezernenten, Ihrem (zu den Deutschnationalen) Parteifreund Dr. Richter,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

möchte ich Ihnen folgende Stellen verlesen:

> Auf Ihre Anfrage vom heutigen Tage teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß bei **Erhöhung des Brotpreises am 20. Februar 1922** allerdings der **Preis des Markenbrotes** und des **markenfreien Brotes** fast gleich waren. Der Preis des Markenbrotes betrug an diesem Tage 13,80 Mark, der Preis des markenfreien Brotes 14 Mark. Allerdings waren die Mengenverhältnisse beider Brotsorten sehr verschieden von einander, denn während markenfreies Brot nur 1425 Gramm zum Preise von 14 Mark verkauft wurden, betrug das Gewicht des Markenbrotes für 13,80 Mark 2050 Gramm.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

— Also etwa 50 Prozent mehr als beim markenfreien Brot.

> Ähnlich verhalten sich auch Preise und Gewichte bei den späteren Brotpreiserhöhungen.

Der Schluß des Briefes lautet:

> Umgerechnet auf ein Kilogramm Brot ergeben sich für diese drei Preiserhöhungstermine für markenpflichtiges und markenfreies Brot nachstehende Zahlen:
>
> Es kostete ein Kilogramm:

	Markenpflichtiges Brot:	Markenfreies Brot:	letzteres also mehr:
am 20. 2. 22	6,74 ℳ	9,82 ℳ	+ 45,7 %
„ 10. 4. 22	7,60 „	13,85 „	+ 82,2 „
„ 8. 5. 22	7,70 „	12,85 „	+ 67 „

Das ist die offizielle Auskunft der Ernährungsbehörden der Stadt Berlin, des Dezernenten, der gegenwärtig des Amtes waltet und Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei ist.

Aber, wenn Herr Schiele sagte, die **Freigabe** sei unbedenklich gerade aus den Ursachen heraus, auf die er seine Behauptungen stützte, so möchte ich Sie nur darauf hinweisen, daß am 10. April, also in der ersten Hälfte des April, als der Preis für das Weltmarktgetreide so ungeheuer hoch war, infolgedessen natürlich auch der Preis für das markenfreie Brot fast das Doppelte des Preises für das Umlagebrot betrug. Das zeigt uns die Gefahren, denen wir ausgesetzt wären, wenn wir Ihren Ratschlägen folgen würden.

Nun zu einer anderen Angelegenheit. Seit einigen Jahren wird von den statistischen Behörden in Verbindung

(Dr. **Hertz**, Abgeordneter.)

(A) mit dem Ernährungsministerium die **Anbau- und Ernteflächenerhebung** durchgeführt. Die Erhebung beruht auf einer gesetzlichen Grundlage, während für die Lohnerhebung jetzt erst die gesetzliche Grundlage geschaffen werden soll. Bisher hat die Landwirtschaft auch die Angaben für diese Erhebung ohne weiteres geliefert, nicht immer richtig, aber jedenfalls hat sie sie geliefert. Jetzt haben wir vor einigen Tagen im Organ des **Reichslandbundes** die Mitteilung lesen müssen, daß sich der Vorstand einfach weigert, diese **Erhebungsformulare** weiterzugeben oder auszufüllen, daß er seinen Mitgliedern empfohlen hat, weil er vermutet, daß diese Fragebogen zur Durchführung der Umlage notwendig seien, jede Mitwirkung bei dieser behördlichen Organisation einfach zu verweigern. Ich möchte den Herrn Ernährungsminister fragen, was er gegen ein derartiges Verhalten zu tun gedenkt. Das ist offensichtliche Auflehnung gegen die gesetzlichen Anordnungen, und wenn der Herr Minister nicht jetzt bereits diesen Widerständen der Landwirte begegnet, so braucht er sich nicht darüber zu wundern, wenn er ähnliche und schärfere Widerstände bei seinen späteren Maßnahmen finden wird.

Es wurde mir vorhin gerade das „Neustädter Anzeigeblatt" gegeben, aus dem hervorgeht, daß der Widerstand des Reichslandbundes nicht nur hier an der Spitze getätigt wird, sondern schon in die unteren Kreise geht und sachlich unberechtigt ist. In diesem Inserat heißt es nämlich:

> Die Verfügung des Bezirksamtes Neustadt betreffs Einrichtung von Anbauverzeichnissen ist technisch undurchführbar, solange nicht klar vorliegt, zu welchem Zwecke sie erfolgen soll.

Wenn man also die Gewißheit hätte, daß sie nicht zum Zwecke der Durchführung des Umlageverfahrens benötigt wird, dann wäre die Erstattung dieser Angaben technisch (B) durchführbar.

> Die beteiligten Angabepflichtigen weigern sich mit der Begründung, daß diese Veranlagung zum Zwecke einer Neueinleitung des Getreideumlageverfahrens erfolgen könnte, das sie mit allen zulässigen Mitteln verhindern wollen.

Ich erwarte deshalb, daß das Ernährungsministerium eine Antwort auf die Frage gibt, was es gegen diesen Widerstand agrarischer Organisationen gegen behördliche Anordnungen zu tun gedenkt.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schiele.

Schiele, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich kann von dem, was ich in bezug auf die Brotpreisentwicklung vorhin ausgeführt habe, nichts zurücknehmen, Herr Dr. Hertz. Ich glaube, ich habe klarere und festere Beweise dafür in der Hand,

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

— gestatten Sie! — die ergeben, daß um den 15. Februar herum das **markenfreie Brot** keineswegs teurer, sondern zum Teil sogar billiger war, zum Beispiel in Friedenau, wo das Brot von drei Bäckern aufgekauft wurde und **Vierpfundbrote** — —

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Gibt es nicht!)

— nicht andere, sondern Vierpfundbrote billiger waren, als es nachher in öffentlicher Wirtschaft festgesetzt wurde. So leichtfertig habe ich dieses Wort nicht geprägt, so leichtfertig gehen wir bei solchen Feststellungen nicht vor, sondern es sind sorgfältige Nachforschungen angestellt worden.

Wenn Herr Krätzig in diesem Zusammenhange sagte, daß das Brot im gegenwärtigen Augenblick teurer sei, so (C) liegt das allerdings in der Entwicklung der Dinge selbst. Da kann man mit dem früheren Markenbrot keinen Vergleich ziehen. Aber ich stelle auch jetzt wieder fest: dasselbe Brot kostet heute im freien Handel in unserer Gegend, zum Beispiel in Friedenau, 18 Mark.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Gibt es nicht!)

— Es gibt auch noch billiges Brot, Herr Dr. Hertz. Es hat gar keinen Zweck, daß Sie dauernd widersprechen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sie können gut schwindeln, aber nicht gut lügen! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Hertz, für diesen Zuruf rufe ich Sie zur Ordnung!

Schiele, Abgeordneter: Herr Dr. Hertz, es hat keinen Zweck, Sie nach dieser Richtung hin zu überzeugen. Es wird auch wenig Zweck haben, den Beweis dafür zu erbringen. Wenn ich die Hoffnungen hätte, Sie durch Tatsachen zu überzeugen, würde ich mir die Freude machen, Ihnen ein Vierpfundbrot vom freien Markt zu überreichen. Ich gebe aber diese Hoffnung auf.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hertz.

Dr. **Hertz,** Abgeordneter: Meine Herren. Die Angaben des Herrn Abgeordneten Schiele können nicht zutreffen, und zwar aus dem ganz einfachen Grunde, weil die Bäcker der Stadt Berlin und der Vororte fest organisiert sind und das Gewicht und der Preis des Brotes, das sie verkaufen, von ihrer Innung festgesetzt wird. Es gibt deshalb in Berlin nur das einheitliche Markenbrot und das einheitliche freie Brot. Die Angaben des Vorsitzenden der Ernährungsdeputation, die ich vor- (D) getragen habe, sind deshalb richtig. Die Schlußfolgerung für die Behauptung des Herrn Abgeordneten Schiele ergibt sich daraus von selber. Deshalb kann ich auch von dem, was ich vorhin durch den unparlamentarischen Zwischenruf kennzeichnete, gar nichts zurücknehmen.

(Beifall bei den Unabängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr. Heinrici:

Dr. **Heinrici,** Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Meine Damen und Herren! Sie erlauben mir, auf einige der Anfragen, die in der Debatte an uns gerichtet worden sind, mit kurzen Worten zu antworten. Es ist zunächst bezüglich der Konserven angeregt worden, eine gewisse **Ausfuhr von Spargelkonserven** unter bestimmten Voraussetzungen zuzulassen. Den Darlegungen sachkundiger und eingehender Art, wie sie der Herr braunschweigische Bevollmächtigte zum Reichsrat gegeben hat, habe ich von uns aus nichts hinzuzusetzen. Auch von unserem Standpunkt aus erscheint es richtig, daß man bezüglich der Ausfuhr von Spargelkonserven in eine Prüfung der Frage eintritt, ob nicht doch überwiegende Interessen für die Freigabe eines gewissen Ausfuhrkontingentes sprechen.

Es ist dann ziemlich eingehend über die Zuckerfrage gesprochen worden. Ich habe, glaube ich, im Augenblick nicht die Aufgabe, die **Zuckerwirtschaftsstelle** zu verteidigen. Aber immerhin muß ich im Anschluß an das, was über die Preispolitik gesagt worden ist, doch das eine feststellen: es ist nicht unrichtig, wenn von der Zuckerwirtschaftsstelle in ihrer Beantwortung der Preisfrage gesagt worden ist, daß, wenn sie nicht zu Beginn des Wirtschaftsjahres bestanden hätte, der Zuckerpreis bereits zu Beginn des Wirtschaftsjahres ein wesent-

(Dr. Heinrici, Staatssekretär.)

(A) lich höherer gewesen sein würde, als er tatsächlich gewesen ist, und ich glaube, daß man es der Zuckerwirtschaftsstelle zugute halten muß, daß die Angleichung der Preise an die Weltmarktpreise sich sehr viel langsamer und in Etappen vollzieht, als es sonst geschehen sein würde.

Was dann die augenblickliche Situation hinsichtlich der **Zuckerversorgung** anlangt, so ist es absolut richtig, daß nicht genügend Zucker im Verkehr zu haben ist; und das ist eine außerordentlich unerfreuliche Erscheinung. Die Frage ist, wie auch schon von dem Herrn Vorredner gesagt wurde, sehr eingehend, unter anderem im Reichswirtschaftsrat, erörtert worden. Man hat sich dort davon überzeugt, daß man durch eine Maßnahme, die dahin ginge, die Zuckerfabriken zu zwingen, sofort allen Zucker, den sie im Augenblick noch auf Lager haben, in den Verkehr zu geben, eine endgültige Regelung für dieses Jahr nicht erreichen würde. Eine solche Maßnahme würde wahrscheinlich nur den Effekt haben, daß zwar im Augenblick etwas Zucker mehr da ist, aber weiter die Folge, daß gegen Ende des Wirtschaftsjahres überhaupt nichts mehr zur Verfügung steht. Man ist sich deshalb dort darüber klar geworden, daß, wenn man mehr Zucker im Inlande haben will, man das nur erreichen kann auf dem Wege, daß man die **Zuckereinfuhr** freigibt. Es ist den Herren bekannt, daß das Reichsernährungsministerium bereits in den letzten Monaten der zuckerverarbeitenden Industrie in nicht unerheblichem Umfange die Möglichkeit der Einfuhr von Zucker gegeben hat. Wir haben uns davor gescheut, die Zuckereinfuhr voll freizugeben, weil wir die Sorge hatten, daß dann Zucker im Inlande nur noch zu Auslandspreisen zu haben sein würde. Nachdem aber die Angleichung der Preise in erheblichem Maße erfolgt ist, glauben wir, daß man dieses Bedenken zurückstellen kann, und nachdem der Reichswirtschaftsrat seinerseits sich auch auf diesen Standpunkt gestellt hat, wird dieser Tage die (B) Freigabe der Einfuhr von Zucker bis auf weiteres erfolgen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Moses hat uns ans Herz gelegt, die **Forschungen auf dem Gebiete der Ernährungsfragen** zu fördern. Wir sind ihm für diesen Hinweis und die Unterstützung unserer Bestrebungen außerordentlich dankbar; denn auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß nach der Richtung viel noch zu geschehen hat. Die ersten Früchte der Arbeiten des Ausschusses sind übrigens dieser Tage im Buchhandel erschienen. Ein Buch von Professor Neumann über das Brot und ein Buch von Professor Abderhalden über die Vitamine sind jetzt herausgekommen, und wir hoffen, daß wir Ihnen im nächsten Jahre noch weitere Ergebnisse des Fleißes vorlegen können. Wir werden erwägen, ob es möglich sein wird, die Organisation in etwas weiterem Rahmen auszubauen und dafür größere Mittel zur Verfügung zu halten.

Der Herr Abgeordnete Schiele ist dann auf die **Kosten der Reichsgetreidestelle** zu sprechen gekommen und hat uns eine Rechnung aufgemacht, die durch ihre Einfachheit zunächst außerordentlich überzeugend wirkt. Ich muß aber doch darauf aufmerksam machen, daß sie eine Reihe von unsicheren Posten enthält, wie das bei derartigen generellen Rechnungen meistens der Fall ist. Der Herr Abgeordnete geht an sich ganz richtig davon aus, daß wir zwei Millionen Tonnen eingeführt und 2,5 Millionen Tonnen aus der Inlandsgetreideernte hereinbekommen haben. Wenn er aber daraus folgert, daß der Gesamteinkauf mit 25,5 Milliarden Mark angesetzt werden dürfe, so liegt darin ein Fehler nach zwei Richtungen, einmal ein Fehler zu seinen Gunsten. Denn wenn er mit 10 000 Mark Einkauf im Auslande rechnet, dann ist das leider Gottes zu gering.

(Zuruf rechts.)

— Sie sehen, ich bin ganz ehrlich und gebe auch die Fehler zu Ihren Gunsten zu! — Andererseits wieder ein (C) Fehler zu unseren Gunsten; denn er geht davon aus, daß die gesamte Umlage von 2,5 Millionen Tonnen zu dem Durchschnittspreise von 110 Mark hereingekommen ist. Dabei ist aber vergessen, daß ein immerhin ins Gewicht fallender Teil der Umlage nicht in natura eingeht, weil Saatgutzüchter das Recht haben, anstatt Getreide einen Differenzbetrag zu zahlen.

Ein zweites Moment, das in Betracht gezogen werden muß, ist das folgende. Es ist nicht so, daß der Verbrauch an Brotgetreide in der ersten Hälfte des Jahres bis zum 28. Februar genau der gleiche ist wie in der zweiten Hälfte, sondern es liegt so, daß, nachdem wir im Anfang auch Kochmehl ausgegeben haben, der Gesamtverbrauch vor dem 28. Februar nicht unwesentlich höher war als der nach dem 28. Februar. Und das dritte Moment ist folgendes. In der von dem Herrn Abgeordneten Schiele aufgemachten Berechnung ist nicht beachtet, daß die 650 Mark, die wir als Kosten der Reichsgetreidestelle ausgerechnet haben und angeben, nur die Kosten für das Getreide sind. Die Reichsgetreidestelle hat daneben noch weitere Kosten dadurch, daß sie einen nicht unerheblichen Teil der Brotversorgung in der Form von Mehl durchzuführen hat und die Vermahlungskosten sowie die Mehlfrachten noch nebenher laufen, so daß die Kosten für Getreide berechnet — und das ist der Gegenstand der Erörterung — bei den 650 Mark in der Tat sein Bewenden hat.

Es ist dann noch von dem Herrn Abgeordneten Dr. Hertz gefragt worden, wie sich das Reichsernährungsministerium zu der Frage stelle, wenn nachgeordnete Organe die notwendigen Bestandserhebungen für die Durchführung des Umlageverfahrens verweigern sollten. Die Sachlage ist folgende, daß die allgemeinen **Ernte- und Anbauflächenerhebung** zwar in der Kriegszeit auf besonderer gesetzlicher Grundlage beruhte, sich aber in den (D) letzten Jahren vollzieht auf Grund der allgemeinen Anordnungen, die vor dem Kriege über Saatenstandsberichterstattung und Ernteflächenerhebung ergangen sind, so daß eine besondere gesetzliche Strafvorschrift zurzeit auf dieser Basis nicht besteht. Dagegen ergibt sich aus der Reichsgetreideordnung, daß die Landeszentralbehörden ermächtigt sind, besondere Anbauflächenerhebungen und Ernteschätzungen anzuordnen; Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen sind mit öffentlicher Strafe bedroht. Ich darf das klar aussprechen, daß darauf hingewirkt werden, muß und hingewirkt werden wird, daß die Maßnahmen, die notwendig sind, um die etwa zu beschließende Umlage durchzuführen, auch tatsächlich durchgeführt werden und daß es unsere Aufgabe sein wird, etwaige Widerstände in Verbindung mit den lokalen Instanzen zu überwinden.

Präsident: Nunmehr liegen weitere Wortmeldungen zu Kap. 1 Tit. 1 und den Entschließungen mit Ausnahme der einen Entschließung über den Weinbau nicht mehr vor.

Das Schlußwort hat der Herr Berichterstatter.

Westermann, Abgeordneter, Berichterstatter: Ich habe nur noch kurz folgendes zu bemerken. Zu dem Ausschußantrag 4284 ist ein Abänderungsantrag auf Drucksache 4316 eingegangen, der sich mit den Besoldungen befaßt. Dieser Abänderungsantrag ist das Resultat einer eingehenden Besprechung der Vertreter der verschiedensten Parteien mit einem Vertreter der Regierung. Es hat sich herausgestellt, daß der Ausschuß bei den **Streichungen** etwas zu weit gegangen ist. Der Vertreter der Regierung hat nachgewiesen, daß, wenn diese Streichungen in vollem Umfange aufrechterhalten würden, die Fortführung der

(**Westermann,** Berichterstatter.)

(A) Geschäfte in Frage gestellt würde. Der Antrag ist von den Vertretern sämtlicher Parteien gestellt, und ich kann meinerseits seine Annahme nur empfehlen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr. Heinrici.

Dr. **Heinrici,** Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Ich bitte, mir zu den Ausführungen des Herrn Berichterstatters zu dem Antrag, wie er auf Drucksache 4316 dem hohen Hause vorliegt, noch einige Worte zu erlauben. Der vorliegende Antrag geht aus dem Bestreben hervor, die Reichsministerien zur Ersparnis zu erziehen. Wir verkennen nicht, daß wir uns bis zu einem gewissen Grade diesem Bedürfnis auch nicht verschließen können. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß die **Streichungen,** wie sie vorgesehen sind, so weit gehen, daß sie aufs ernsteste unsere Leistungsfähigkeit und Arbeitsfähigkeit gefährden. Ich würde es für eine Pflichtunterlassung halten, wenn ich das nicht ganz klar zum Ausdruck brächte. Wir haben in den letzten Tagen verschiedentlich Gelegenheit gehabt, mit dem interfraktionellen Ausschuß, der diese Frage zu prüfen hat, ins Benehmen zu treten, und hatten die Hoffnung, daß wir ihm durch unsere Ausführungen durchgreifender, als es Drucksache 4316 ausspricht, von der Notwendigkeit der Beibehaltung von Stellen überzeugt hätten. Wir müssen uns vorbehalten, bei dem demnächst kommenden Nachtragsetat die Frage erneut zur Debatte zu stellen und Sie zu bitten, unseren Bedürfnissen in einem weiteren Umfang Rechnung zu tragen. Der Antrag scheint mir nach zwei Richtungen einen gewissen Zweifel offen zu lassen. Wenn die Herren ihn mit dem Beschluß vergleichen, wie er in Drucksache 4284 niedergelegt ist, so werden Sie finden, daß dort von 12 Ministerialräten die Rede ist, während die Drucksache 4316 von 14 Ministerialräten spricht. Es heißt (B) dann an beiden Stellen, daß vier Stellen künftig wegfallen sollen. In dem neuen Antrag stehen aber dahinter die Worte: „mit der Maßgabe“, und man hat den Eindruck, als ob hinter diesen Worten ein Satz weggefallen sei. Wenn ich den Antrag richtig verstehe, so soll uns durch diese Worte die Möglichkeit gegeben werden, die beiden freien Ministerialratsstellen, die zurzeit im Ministerium noch offen sind, noch zu besetzen, unbeschadet des künftigen Wegfalls von vier Stellen. Ich wäre sehr dankbar, wenn zwischen der zweiten und dritten Lesung die Möglichkeit gegeben würde, diese Punkte noch klarzustellen.

Dieselbe Bitte erlaube ich mir zu dem Teil der Nr. 1 des Antrags auszusprechen, wonach von 10 Regierungsräten künftig einer wegfallen soll. Dieses Herausnehmen der einen Stelle als künftig wegfallend ist von uns mit dem Hinweis darauf begründet worden, daß es uns unbedingt notwendig erscheint, eine zurzeit freie Stelle noch zu besetzen. Wir hatten die Meinung, daß die von uns nach dieser Richtung hin gemachten Ausführungen auch beim Ausschuß Verständnis fanden. Ich würde also auch hier bitten, bis zur dritten Lesung uns etwa durch Zusatz der Worte „mit der Maßgabe, daß die zurzeit freie Stelle noch besetzt werden kann“, die Möglichkeit zu geben, ohne die wir in der Tat nicht durchkommen können.

Präsident: Was die Worte „mit der Maßgabe“ in dem Antrage Stücklen und Genossen — Nr. 4316 der Drucksachen — angeht, so ist bereits richtiggestellt, daß es sich da um einen Druckfehler handelt. Die drei Worte sollen wegfallen.

Die durch die Rede des Herrn Regierungsvertreters wiedereröffnete Debatte ist abermals geschlossen.

Nun käme die Weinbauresolution.

(Zuruf: Wird zurückgezogen!)

Dann ist auch dieser Gegenstand erledigt.

Meine Damen und Herren! Ich darf also den Titel (C) selbst mit den Abänderungsanträgen des Ausschusses — Nr. 4284 der Drucksachen — und den Antrag Stücklen und Genossen — Nr. 4316 Ziffer 1 —, da der Titel sonst nicht angefochten ist, für angenommen erklären. Die Abstimmung über die Entschließungen setze ich bis zu einem späteren Termin aus, wenn wir die übrigen Abstimmungen vornehmen werden. Das wird voraussichtlich an den Tagen nach Himmelfahrt geschehen.

Ich rufe auf Tit. 2 — erkläre ihn für angenommen. Tit. 2a und 2b sind gestrichen.

Zu Tit. 3 hat das Wort der Herr Abgeordnete Hemeter.

Hemeter, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Minister hat am vorigen Sonnabend in seiner Programmrede darauf hingewiesen, daß es nur einen Weg gibt, um uns aus den Schwierigkeiten unserer Ernährungswirtschaft herauszubringen, und das ist der Weg der **Hebung der Eigenproduktion.**

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Bei Wucherpreisen!)

Jeder, der mit der Landwirtschaft vertraut ist, und jeder, der ernährungspolitisch und volkswirtschaftlich objektiv zu denken vermag, muß sich rückhaltlos hinter die Erklärung des Herrn Ministers stellen. Speziell auch meine politischen Freunde und ich haben diese Erklärung des Herrn Ministers, wie es bereits mein Fraktionskollege Thomsen bekanntgegeben hat, begrüßt. Aus der Erkläung des Herrn Ministers geht aber ohne weiteres hervor, daß für die Zukunft dem Reichsernährungsministerium neue Aufgaben erwachsen, die darauf hinzielen, bei den ganzen Produktionsfragen aktiv mitzuwirken. Unser Reichsernährungsministerium hat sich bisher nur einseitig mit der Zwangswirtschaft und ihrer Durchführung zu beschäftigen gehabt. (D) Jetzt ergibt sich aber die Aufgabe, daß das Reichsernährungsministerium für die Zukunft sich auch mit der Frage der Produktion beschäftigen muß. Wir erkennen ohne weiteres an, daß das von großer Bedeutung für das Reichsernährungsministerium und für unsere Landwirtschaft ist. Aus dieser Überzeugung heraus sind wir auch für Beibehaltung des Reichsernährungsministeriums eingetreten.

Meine Damen und Herren! Jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß, daß der **Produktionsgang innerhalb unserer Landwirtschaft** außerordentlich kompliziert ist. Er weiß, daß Ackerbau und Viehhaltung und die verschiedensten betriebswirtschaftlichen Faktoren aufs strengste ineinandergreifen. Es liegt infolgedessen in der Natur der Sache, daß nur derjenige mit positivem Erfolg an den Produktionsfragen mitarbeiten kann, der voll und ganz mit der Landwirtschaft verwachsen ist, der auch voll und ganz mit der Landwirtschaft denkt und fühlt.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns nun daraufhin den Geschäftsverteilungsplan des Reichsministeriums ansehen, dann muß festgestellt werden, daß speziell bei der Abteilung, die sich mit der Produktionsförderung zu beschäftigen hat, in erster Linie das **nichtfachtechnische Element** vertreten ist.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Bei der vollen Anerkennung der Verdienste und der Bedeutung, die die Juristen für unser gesamtes Staatsleben, vor allen Dingen für unsere Verwaltung haben, muß auf der anderen Seite doch betont werden, daß mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Landwirtschaft die Zustände, wie sie zurzeit im Reichs-

(Hemeter, Abgeordneter.)

(A) ernährungsministerium herrschen, als auf die Dauer unhaltbar bezeichnet werden müssen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Es geht nicht an, Herr Minister, daß die einzelnen Ministerien der Länder, die einzelnen Berufsorganisationen, die Landwirtschaftskammern, die doch mit der Durchführung der Kleinarbeit in der Produktionsförderung betraut sind, landwirtschaftliche Techniker beschäftigen, während an der obersten zusammenfassenden Instanz, dem Reichsernährungsministerium, Nichtfachtechniker arbeiten.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Gerade das Reichsernährungsministerium mit seinen zukünftigen Aufgaben ist doch dazu berufen, die großen Grundlinien für die Produktionsförderung aufzustellen und Anregungen zu geben. Infolgedessen muß unbedingt gefordert werden, daß das Reichsernährungsministerium mehr landwirtschaftliche Techniker heranzieht. Nur so ist die Garantie dafür gegeben, daß die für die Landwirtschaft richtigen Maßnahmen getroffen werden und daß Vertrauen der Landwirtschaft zum Reichsministerium einzieht. Es ist doch ganz erklärlich, daß die Landwirtschaft denjenigen Maßnahmen, von denen sie weiß, daß Fachtechniker daran mitgearbeitet haben, ein ganz anderes Vertrauen und eine ganz andere Respektierung entgegenbringt als Maßnahmen, an denen Nichtfachtechniker mitgewirkt haben.

Aus diesen Zusammenhängen heraus müssen wir diese unsere Forderung unterstreichen. Wir möchten den Herrn Minister auch besonders darum bitten, bei der Berufung und der Auswahl der Beamten darauf zu sehen, daß neben der Befähigung für die Verwaltungsarbeit in erster Linie nur die fachliche Tüchtigkeit maßgebend ist.

(Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

(B) Es geht nicht an, daß in die höchsten Stellen des Reichsernährungsministeriums Leute hineinkommen, die, wenn ich mich so ausdrücken darf, unbeschriebene Blätter sind.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Es dürfen nur Leute hineinkommen, die einen gewissen Erfolg auf Grund ihrer bisherigen beruflichen Tätigkeit hinter sich haben und die aus ihrem bisherigen Wirkungskreise ein gewisses Maß von Vertrauen mitbringen. Nur so ist es möglich, daß die Tätigkeit des Reichsernährungsministeriums erfolgreich und wirksam wird, und nur so wird auch die Landwirtschaft Vertrauen zum Reichsernährungsministerium gewinnen.

Aus allen diesen Gründen bitten wir Sie, Herr Minister, unserer Forderung nachzugeben. Wir ersuchen Sie aber auch, speziell unseren Wunsch bei der jetzt auf Grund des Beschlusses der Sparkommission notwendig gewordenen **Streichung verschiedener Stellen** zu berücksichtigen. Wird unsere Forderung erfüllt, Herr Minister, dann leisten Sie unserer Landwirtschaft einen wertvollen Dienst und tragen auf der andern Seite dazu bei, das Ansehen des Reichsernährungsministeriums wesentlich zu heben.

(Beifall bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Fehr, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: Ich habe bei meiner Etatsrede bereits im besonderen darauf hingewiesen, daß es eine Hauptaufgabe des Landwirtschaftsministeriums sein wird, gesetzgeberische Maßnahmen vorzubereiten, die zum Schutze und der Förderung der Produktion erforderlich sind. Es ist ganz selbstverständlich, daß bei dieser Arbeit die Erfahrungen und die Mitarbeit der Verwaltungsbeamten die erste (C) Rolle spielen müssen, schon von dem Gesichtspunkte der reinen Gesetzestechnik aus. Aber das Gesetz muß Leben bekommen; es muß aus dem praktischen Leben, aus dem Fache heraus beeinflußt werden. Infolgedessen erachte ich es für absolut erforderlich, daß der **Beamtenkörper des Landwirtschaftsministeriums,** dieses Fachressorts, mit einer entsprechenden Zahl von **fachtechnisch durchgebildeten Beamten** durchsetzt werde. Dieser Forderung hat das Reichs-Landwirtschaftsministerium bis jetzt im großen ganzen Rechnung getragen; denn von 36 Beamten, die heute etatmäßig im Reichs-Landwirtschaftsministerium verwendet sind, sind neun fachtechnisch ausgebildet; von zurzeit acht kommissarisch beschäftigten Beamten sind vier Fachleute und von den 12 höheren Angestellten des Ministeriums sind sieben fachtechnisch durchgebildet. Vom gesamten Beamtenkörper von 56 sind 20 Beamte Fachbeamte. Bis zu einem gewissen Grade ist also schon heute der Forderung, die der Herr Abgeordnete Hemeter aufgestellt hat, im Reichs-Landwirtschaftsministerium entsprochen. Ich werde selbstverständlich auch künftighin besonders darauf bedacht sein, mit Rücksicht auf die Beziehungen, die wir unter allen Umständen im Reichs-Landwirtschaftsministerium mit der Praxis und mit dem Fach unterhalten müssen, den durchaus berechtigten Forderungen Rechnung zu tragen, die in dieser Beziehung aufgestellt sind, und ich werde nicht versäumen, auch bei der durch die Streichung des Reichstages erforderlich gewordenen Kürzung der Beamtenstellen, soweit das nur irgendwie angängig und möglich ist, den Wünschen des Herrn Abgeordneten Hemeter Rechnung zu tragen.

(Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich darf den Tit. 3 mit der im Antrage Nr. 4316 Stücklen, Ersing und Genossen vorgesehenen Änderung für angenommen erklären. Tit. 4 — desgleichen, ebenfalls mit der in dem angeführten Antrage vorgeschlagene Änderung. (D)

Ich rufe auf Tit 5 und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Schmidt (Cöpenick).

Schmidt (Cöpenick), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir haben soeben darüber beraten, daß Fachleute in das Ernährungsministerium einziehen sollen. Zum **Nachrichtendienst** möchte ich das Ministerium bitten, den **agrarischen Trugbilanzen,** die zum Teil auch aus den Landwirtschaftskammern stammen und in der Öffentlichkeit verbreitet werden, Beachtung zu schenken. Ich verweise zum Beispiel auf eine der Notizen, die vielfach in die Presse lanciert werden, um zu beweisen, daß die Preise für die lanwirtschaftlichen Produkte die Produktionskosten nicht decken. Im Oktober vorigen Jahres hat der Landbund für die Provinz Sachsen in den agrarischen Zeitungen eine Aufstellung veröffentlicht, in der gesagt wurde, daß nach den Schätzungen von Sachverständigen für das Erntejahr 1921 ein Durchschnittsertrag von 7 Zentner Roggen für den Morgen erwartet werde, und die Produktionskosten für den Morgen wurden auf insgesamt 925 Mark berechnet. Diese Unkosten sollen angeblich aus 1000 landwirtschaftlichen Betrieben der Provinz Sachsen berechnet sein. Dabei heißt es in dieser Notiz, die zahlenmäßig aufgemacht war: „Das Stroh findet Verwendung in der eigenen Wirtschaft“. Dann wird ausgerechnet, daß der Landwirt auf jedes in Deutschland gebackene Umlagebrot 95 Pfennig draufzahlen müsse. Es ist sehr einfach, zu sagen: das Stroh findet Verwendung in der eigenen Wirtschaft; — aber das Stroh hat doch auch einen Wert, und wenn man den mit einrechnet, dann ergibt sich unter Berechnung des Umlagepreises ein Überschuß in größerer Höhe,

(Schmidt [Cöpenick], Abgeordneter.)

(A) als bei dem errechneten angeblichen Defizit. Das sind jedenfalls die Fachmänner, die in das Ernährungsministerium einziehen sollen!

(Sehr richtig! links.)

Ich richte die Bitte an den Herrn Minister: dafür zu sorgen, daß die Öffentlichkeit sachlich aufgeklärt wird, wenn solche Notizen durch die Presse gehen! Der Vorgänger des Herrn Ministers hatte in einer Besprechung, die ich vor längerer Zeit mit ihm hatte, gesagt, es sei darüber etwas veröffentlicht worden. Das ist nach meiner Kenntnis nicht erfolgt. Es ist nicht nur die Aufgabe der Pressestelle im Reichsernährungsministerium, wohlmeinende Ratschläge zu geben, sondern sie muß auch auf die sachliche Richtigstellung falscher Angaben bedacht sein.

(Zustimmung links.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen zu diesem Titel liegen nicht vor. Ich darf den Tit. 5 a nach der Ausschußfassung, Tit. 5 b mit der Abänderung, wie sie in dem Antrag Stücklen, Ersing und Genossen vorgeschlagen ist, für angenommen erklären.

Ich rufe auf Tit. 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11 mit der Abänderung im Antrag Stücklen, Ersing und Genossen, — 12, — 13, — 14, — 15. —

Zu Kap. 2 Tit. 1 hat das Wort der Herr Berichterstatter.

Westermann, Abgeordneter, Berichterstatter: Zu den allgemeinen Ausgaben sind hier noch einige Bemerkungen zu machen, zunächst zum Tit. 2, der sich mit der Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung und Unterstützung wissenschaftlicher und technischer Bestrebungen befaßt. Die dafür ausgeworfenen Geldmittel sind von 1 500 000 auf 2,5 Millionen erhöht worden. Sie sollen als Ergänzung der Tätigkeit der Kulturförderung der einzelnen Länder Verwendung finden. Sie sind hauptsächlich
(B) — und deshalb ist der Titel so erhöht worden — zum **Wiederaufbau der Viehzucht** bestimmt, und zwar in der Weise, daß Unterstützungen gegeben wurden an Zentralvereinigungen für Hebung der Tierzucht sowie zur Förderung der gemeinnützigen Viehversicherungsgesellschaften für Kleinlandwirte und Arbeiter.

Dann haben die Mittel, die in diesem Titel ausgeworfen sind, noch die große Aufgabe, die **wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiete der Milchwirtschaft** zu unterstützen. Wir haben zwei wissenschaftliche milchwirtschaftliche Institute in Deutschland; das eine befindet sich in Kiel, das andere in Süddeutschland, in Weihenstephan. Das letztere war bisher noch nicht ganz ausgebaut; es soll durch diese Mittel vollständig ausgebaut werden. Außerdem ist noch ein Institut in Halle vorhanden, das sich mit der Prüfung milchwirtschaftlicher Maschinen befaßt; auch das soll weiter ausgebaut werden.

Nun ist im Ausschuß ein Antrag eingebracht worden, der diese Mittel auf 5 Millionen erhöhen und die mehr zufließenden Gelder zur **Hebung der Futtermittelerzeugung** und zur Unterstützung von Versuchen verwenden wollte, die dazu dienen, die erzeugten Futtermittel in einen aufbewahrungsfähigen Zustand zu bringen durch Herstellung von Süßpreßfutter usw. Dieser Antrag ist abgelehnt worden. Ich glaube, hier nochmals hervorheben zu müssen, daß das deshalb zu bedauern ist, weil gerade die Futtermittelerzeugung den Kernpunkt der Erhöhung unserer landwirtschaftlichen Produktion bildet. Hätten wir im vorigen Jahre genügend Futter zur Verfügung gehabt, so würde es nicht notwendig gewesen sein, aus dem Auslande Brotgetreide einzuführen. Beim landwirtschaftlichen Hilfswerk, der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, ist die höchste Aufgabe gerade die Förderung der Futtermittelerzeugung, und deshalb sollte sich die Reichsregierung doch überlegen, ob sie nicht auf andere Weise (C) gerade hier fördernd eingreifen könnte.

Bei Tit. 7 ist ein Betrag von 250 000 Mark ausgeworfen worden unter der Bezeichnung: Beitrag zur Unterhaltung der **Zentralstelle zur Erforschung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse.** Der Titel hat die Aufgabe, Material für die wissenschaftlichen Lehrer der Betriebslehre an unseren landwirtschaftlichen Hochschulen zu schaffen, und außerdem die Einheitlichkeit in der landwirtschaftlichen Buchführung herbeizuführen. Auf diesem Gebiete sind gerade in den letzten Jahren sehr viel Anstrengungen gemacht worden. Die Buchführung muß einheitlich gestaltet werden, damit sie für die Steuerveranlagung und wirtschaftliche Fragen dieselbe Beweiskraft bekommt wie die Buchführung der Industrie.

Es ist dann noch zu bemerken, daß bei Tit. 6 zur **Förderung der Seefischerei** 900 000 Mark mehr eingestellt worden sind. Diese 900 000 Mark werden in der Hauptsache dazu verwandt, um Fischern bei Anschaffung von Fahrzeugen Darlehne zu gewähren.

Die allgemeine Teuerung hat dazu geführt, daß diese Aufwendungen größer sein müssen, als es früher der Fall war.

Schließlich ist bei den allgemeinen Ausgaben noch ein Titel: Förderung der **Moorkultur- und Ödlanderschließung** mit 500 000 Mark. Hiermit tritt das Reich zum ersten Male in die Unterstützung dieser so hochwichtigen Aufgabe ein. Die Ödlandkultivierung und Moorkultivierung bleibt an und für sich eine Aufgabe der Länder. Aber es ist doch von der allergrößten Bedeutung, daß diese Arbeit im Reich zusammengefaßt wird und daß von Reichs wegen alle die Vorarbeiten geleistet werden, die dazu notwendig sind, um überhaupt an diese große und für uns so sehr bedeutende Aufgabe heranzutreten.

Das ist das, was ich zu den allgemeinen Ausgaben zu bemerken habe. (D)

Präsident: Ich darf Kap. 2 Tit. 1 für angenommen erklären. — Ich rufe jetzt auf Tit. 2.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schmidt (Cöpenick).

Schmidt (Cöpenick), Abgeordneter: Meine Fraktion hat dem geforderten Betrag von 2,5 Millionen zugestimmt, der dazu dienen soll, die Vereinigungen der Landwirtschaft zu fördern, die sich wissenschaftlich, technisch und in ähnlicher allgemeiner Art zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion betätigen. Mir ist bekannt, daß bisher an den Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften ein Betrag von 70 000 Mark bezahlt wurde. Wir haben zwei Richtungen in den **landwirtschaftlichen Genossenschaften,** den Zentralverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften und den Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften. Meine Fraktion ist der Meinung, daß das Genossenschaftswesen selbstverständlich zu fördern ist. Aber bei den Einnahmen, die heute die Genossenschaften haben, ist es unserer Ansicht nach nicht mehr angebracht, daß an die landwirtschaftlichen Genossenschaften noch besondere Zuwendungen gemacht werden. Diese Zuwendungen an den Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften wurden gemacht, weil er zentral nicht so organisiert ist, wie es beim Zentralverband der Fall ist. Die Zentrale soll angeblich nicht die nötigen Mittel haben. Aber das kann kein Grund sein, daß das Reich dafür heute noch Mittel ausgibt. Es ist doch allgemein bekannt, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften während des Krieges viel Kapital angesammelt haben, und ich ersuche, ernstlich zu prüfen, Herr Minister, ob die Berechtigung noch besteht, diesen Betrag weiter auszuzahlen.

(**Schmidt** [Cöpenick], Abgeordneter.)

Dann möchte ich eine Bitte einlegen für den **Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege.** Wenn es möglich ist, dem Verein einen höheren Betrag zukommen zu lassen, wäre es angebracht. Der Verein ist eine neutrale Organisation, die bestrebt ist, zur Bildung auf dem Lande beizutragen. Man soll bei diesem Titel prüfen, ob anderwärts gespart werden kann, um eventuell dieser Organisation etwas mehr zuzuführen, womit ich nicht gesagt haben will, daß all das, was anderwärts gespart wird, absolut bei einem andern Titel wieder aufgewendet wird. Wir sind also gegen die weitere Bezuschussung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, weil sie gegenwärtig so kapitalkräftig sind, daß das Reich keine Mittel mehr dafür verwenden darf.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich darf auch diesen Titel für angenommen erklären.

Ich rufe weiter auf Tit. 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9. —

Kap. 3 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9. — Angenommen.

Einmalige Ausgaben Kap. 1 Tit. 1.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Westermann, Abgeordneter, Berichterstatter: Hier ist eine Summe von 1 Million eingesetzt zur **Bekämpfung von Pflanzenschädlingen.** Im vorigen Jahre waren es 50000 Mark. Die große Bedeutung der Bekämpfung der Pflanzenschädlinge brauche ich hier nicht näher auseinanderzusetzen, möchte aber darauf hinweisen, daß sich mit der weiteren Intensivierung der Landwirtschaft immer mehr und mehr Pflanzenschädlinge eingestellt haben und daß leider auch aus dem Auslande vielfach Schädlinge eingeschleppt sind, die sogar die Kultur einiger Pflanzen bei uns in Frage stellen können. So mehren sich in Deutschland die Gebiete, in denen der Kartoffelkrebs und der Kartoffelkäfer auftritt, und neuerdings ist auch die Erfahrung gemacht worden, daß die Bisamratte in weitere Gebiete Deutschlands eindringt. Mit diesem Titel soll nun einmal eine erhebliche Summe zur Verfügung gestellt werden, um derartigen Schädlingen energisch entgegenzutreten. Ich kann Ihnen nur empfehlen, auch diese sehr erhöhte Summe als einmalige Ausgabe zu bewilligen.

Präsident: Ich darf den Titel 1 des Kap. 1 der einmaligen Ausgaben für angenommen erklären.

Ich rufe auf die Titel 2, — 3, — 4, — 5a nach der Ergänzung, — 6, — 7, — 8, — 9. — Damit sind die Ausgaben des ordentlichen Haushalts erledigt.

Wir kommen zu den Einnahmen. Kap. 1 Tit. 1 und 2, — Kap. 2 Tit. 1 und 2. —

Wir kommen zum außerordentlichen Haushalt, Ausgabe. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1, — erkläre ihn für angenommen; Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — desgleichen.

Zu Kap. 2 Tit. 1 hat das Wort der Herr Abgeordnete Lind.

Lind, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! In dem Widerspruch gegen diesen Etatstitel stehe ich von seiten der Landwirtschaft nicht allein. Bereits am letzten Samstag hat in der Generaldebatte der Kollege Blum den Nachweis erbracht, daß die **Reichsgetreidestelle** derjenige Apparat ist, der bei unserer gegenwärtigen Armut viel zu kostspielig ist und den Verbrauchern das Brot verteuert.

(Lachen links.)

Die vorhin hier geführte Debatte hat von neuem bewiesen, in welcher Weise die Reichsgetreidestelle die Brotversorgung verteuert.

Ich kann Ihnen als Landwirt den Nachweis erbringen, daß es lediglich die Reichsgetreidestelle mit ihren unerträglichen Verordnungen war, die während der gesamten Kriegszwangswirtschaft die Produktion zurückgedämmt, den Produktionswillen zerstört hat. Hierüber einige Zahlen! Wir haben im Jahre 1913 bei Weizen 24 Doppelzentner pro Hektar geerntet, 1920 16 und im Jahre 1921 wieder 20,6; Winterroggen haben wir geerntet im Jahre 1913 19,4 Doppelzentner, 1920 11,6 und 1921 wieder 16. Aus diesen kurzen Gegenüberstellungen können Sie schon sehen, daß die Landwirtschaft unter der Fuchtel der Zwangswirtschaft nicht allein nicht in der Lage war, ihre Erträge auf der gleichen Höhe zu halten, sondern daß die Erträge systematisch zurückgedämmt wurden.

(Lachen und Zuruf links.)

— Ja, Herr Käppler, Sie müssen sich mit dieser Statistik einmal beschäftigen. Dann werden Sie auch die Überzeugung bekommen, daß ich recht habe. — Im Jahre 1921 haben wir unter Zuhilfenahme der künstlichen Düngemittel und unter dem Einfluß einer etwas gelockerten Zwangswirtschaft unsere Erträgnisse ganz erheblich steigern können. Das habe ich Ihnen an dieser kurzen Gegenüberstellung schon bewiesen.

Die Hereinbringung der **Zwangsumlage** vom vergangenen Jahr ist nicht das Verdienst der Reichsgetreidestelle. Das möchte ich Ihnen hier an dieser Stelle auch gesagt haben. Die vorjährige Zwangsumlage hätte auch jede andere vom Reich eingerichtete Verrechnungsstelle verrechnen können. Ein viel kleinerer Apparat hätte damit fertig werden können. Denn es war nicht die Reichsgetreidestelle und die ihr nachgeordneten Organe, sondern die landwirtschaftlichen Organisationen, die auf Grund des gegebenen Versprechens, daß die Zwangsumlage das letzte Kapitel der Zwangswirtschaft sein sollte, ihre organisierten Landwirte angehalten haben, diese Zwangsumlage restlos zu erfüllen. In erster Linie war es der Reichslandbund, der von Ihnen hier immer in die Debatte gezogen wird, der unter vollkommener Würdigung der Bedeutung der Ernährung unseres Volkes mit Brotgetreide sich dieser Aufgabe unterzogen und dafür gesorgt hat, daß seine Mitglieder ihre Zwangsumlage restlos erfüllt haben.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Bei gutem Willen geht's!)

— Aber, Herr Kollege Käppler, wir haben uns schon oft darüber unterhalten, und Sie haben es erst vorhin wieder auf privatem Wege versucht, sich über das auseinanderzusetzen, was Ihnen noch nicht klar scheint —, nämlich der große Unterschied zwischen Getreidezwangspreis und Markenbrotpreis. Aber darüber sind wir uns in der Landwirtschaft einig, daß diese zu niedrigem Preisen abgelieferte Zwangsumlage für die Landwirtschaft, zu Dezemberpreisen gerechnet, ein Opfer von $12\frac{1}{2}$ Milliarden bedeutet, von dem der Verbraucher nicht viel Vorteil hatte. Die Reichsgetreidestelle hat uns bis heute noch nicht den Beweis erbracht, wo dieses Opfer der Landwirtschaft geblieben ist. Man hat uns heute nur immer damit getröstet: das Plus, das mit dem Kommunalbrot auf Grund der verbilligten Ablieferung der Landwirtschaft erzielt wird, muß auf der anderen Seite zum Einkauf von Auslandsgetreide verwandt werden. Ich kann hier von einer besonders großen Befähigung der Reichsgetreidestelle auch nicht sprechen. Die Reichsgetreidestelle hätte im vergangenen Jahr in den Monaten August/September Gelegenheit gehabt, zu einem sehr billigen Auslandspreis Getreide einzuführen. Sie hat es nicht getan. Erst als die Vorräte in Auslandsgetreide erheblich erschöpft waren, hat sie im Dezember Inlandsstellen den Auftrag gegeben, für Rechnung der Reichsgetreidestelle zu kaufen. Es ist nachgewiesen, daß es kein anderer Faktor als gerade die Reichsgetreidestelle war, die im Dezember 1921 den inländischen Getreide-

(**Lind**, Abgeordneter.)

(A) markt durch ihre Massenaufkäufe ganz erheblich beunruhigt hat. Es wird Ihnen auch nicht unbekannt geblieben sein, daß sich die Getreidehändler des Reichs ganz erheblich gegen diese Manipulation der Reichsgetreidestelle gewehrt haben. Es ist damals von den Getreidehändlern nachgewiesen, daß Auslandsweizen im Dezember 334 Mark pro Zentner notierte, und es wurde festgestellt, daß die Reichsgetreidestelle im gleichen Moment auf dem Inlandsmarkt 380 Mark gezahlt hat; von der R.G. ist dies bis heute nicht widerlegt.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Wer hat das festgestellt?)

— Das haben die Getreidehändler des Reichs festgestellt. Diesen Leuten, die auch ein Interesse an einem regulären, soliden Handel haben, muß man auch einigen Glauben schenken. Es ist auch von der Reichsgetreidestelle bis heute noch nicht bewiesen worden, daß diese Leute einen unrichtigen Bericht herausgegeben haben.

Auf alle Fälle ist aber dadurch klar erwiesen, daß die Reichsgetreidestelle diese Gelder, die sie angeblich zur Einfuhr von ausländischem Roggen verwenden soll, zur Beunruhigung des Inlandsmarkts verwandt hat. Deshalb ist es nicht übertrieben, wenn ich mir hier auszusprechen erlaube, daß unsere gegenwärtige fortschreitende Geldentwertung es nicht zuläßt, daß wir uns einen derartig kostspieligen Apparat zur Verrechnung der von der Landwirtschaft auf dem Zwangswege erfaßten Getreidemengen halten. Sie werden es verstehen, daß die Landwirtschaft auch noch durch andere Verhältnisse, insbesondere durch die Manipulationen der Reichsgetreidestelle bei der **Kleiepreisfestsetzung**, verärgert wird. Wenn Sie in Betracht ziehen, daß die Landwirte den Zentner Umlageroggen für 105 Mark haben abliefern müssen und daß die Reichsgetreidestelle den Zentner Umlagekleie wieder für 142 Mark zurückliefert, dann werden Sie sagen, daß das ein Wucher (B) gröbster Art ist, den der Landwirt in seinem Wirtschaftsleben nicht dulden und ertragen kann.

Wenn wir unser Volk richtig ernähren wollen und wenn wir bei der fortschreitenden Geldentwertung alles Brotgetreide richtig erfassen wollen, dann ist es unter allen Umständen erforderlich, daß nicht die Möglichkeit gelassen wird, Brotgetreide zu verfüttern. Solange aber der Kleiepreis höher ist als der Umlagegetreidepreis, liegt selbstverständlich diese Versuchung nahe und läßt sich durch keinerlei Propaganda und Agitation gänzlich verhindern. Es ist unbedingt erforderlich, daß der letzte Kern von Brotgetreide der Ernährung zugeführt wird. Das läßt sich aber nicht erreichen, wenn der Kleiepreis über dem Umlagepreis steht, wie dies im letzten der Jahre der Fall war.

Ich bin mir vollkommen der hohen Aufgabe der Landwirtschaft bewußt und bin mir auch längst darüber klar, daß wir von der linken Seite des Hauses keine Anerkennung für das, was die Landwirtschaft leistet und geleistet hat, erwarten dürfen. Herr Dr. Hertz ist ja immer derjenige, der sagt — und er hat das auch am Samstag wieder ausgesprochen —: die Landwirtschaft hat kolossale Verdienste eingeheimst, die Landwirtschaft bereichert sich auf Kosten der Allgemeinheit.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Überlegen Sie sich, welche Ideen durch solche unrichtigen Darstellungen in den Verbraucherkreisen wachgerufen werden! Unsere gesamten Verbraucherkreise sind heute des Glaubens und werden in dem Glauben von ihnen erhalten, daß der Verbraucherpreis gleich dem Erzeugerpreis sei. Dieser Glaube ist durch die Zwangswirtschaft künstlich gezüchtet worden. Man hat den Verbraucherkreisen den Glauben beigebracht, daß die Handelsverdienste, die wir vor dem Kriege in Rechnung zu stellen hatten, durch die Zwangswirtschaft ausgeschaltet würden. Man hat es unterlassen, den Verbrauchern klarzumachen, daß die Zwangswirtschaftsstellen weit höhere Kosten für sich in Anspruch nehmen als früher der Handel bei der freien Konkurrenz.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Und die Butterpreise?)

— Wenn unter dem Einfluß der Dürre und des Steigens der Futtermittelpreise und wegen der Knappheit des Rauhfutters die Viehbestände zurückgegangen sind, so ist es ganz erklärlich, daß die **Preise für Milch und Fett** in die Höhe gegangen sind, und Sie, Herr Kollege Käppler, haben mit Ihrem Zuruf hier ein Kapitel angeschnitten, das für unsere Volkswirtschaft von großer Wichtigkeit ist. Die Dürre des vergangenen Jahres verhinderte die Landwirte, die Viehhaltung weiter auszugestalten. Die Weiden mußten früher abgetrieben werden, und es stand sehr wenig Herbstfutter zur Verfügung. Unter diesem Einfluß haben sich die landwirtschaftlichen Organisationen an die Reichsgetreidestelle gewandt mit dem Ersuchen, die Kleie zu einem Preise abzugeben, der mit dem Umlagepreis vereinbar sei. Das ist aber nicht geschehen, und andere Hilfsmittel sind der Landwirtschaft auch nicht zur Verfügung gestellt worden. Die Folge davon war ein starker Rückgang des Milchertrags, und deswegen die hohen **Butterpreise**. Die R.G. hat erklärt, daß in der Verordnung über die Zwangsumlage über den Kleiepreis nichts gesagt ist, und der Herr Ernährungsminister hat es unterlassen, einzugreifen.

Man hat uns vielfach auf **Auslandskleie** hingewiesen, die aus Auslandsgetreide anfällt und in dem Preis mitverrechnet sei. Was die Auslandskleie gekostet hat, darüber habe ich eine klare Abrechnung noch nicht zu Gesicht bekommen, bezüglich der Abrechnung hüllt sich die R.G. immer in Schweigen. Wir wollen schließlich auch nicht wissen, was die Auslandskleie kostet, sondern wir wollen unsere Kleie zu einem Preise zurückerhalten, der dem Umlagepreis für das abgelieferte Getreide entspricht. Solange die Reichsgetreidestelle für diese Forderung kein Verständnis zeigt, muß sie auch damit rechnen, daß die gesamte Landwirtschaft der Reichsgetreidestelle und ihrer Organisation den schärfsten Widerstand entgegengesetzt. Es ist uns im vergangenen Jahre zugesichert worden, daß sich die Landwirtschaft nur noch einmal unter die Zwangswirtschaft in Gestalt der Umlage zu beugen hätte, und jetzt versucht man die Fortführung der Zwangsumlage.

(Zuruf links: Ist nicht geschehen!)

Gerade deshalb wird der schärfste Protest der gesamten Landwirtschaft gegen diese kostspielige Einrichtung der Reichsgetreidestelle laut.

(Bravo! rechts. — Zurufe links.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich an die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Lind nicht noch einmal eine neue Generaldebatte knüpfen möchte. Wir haben nämlich die Reichsgetreidestelle schon in der Generaldebatte sehr ausführlich behandelt.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: So gern ich nach den eindringlichen Worten unseres Herrn Präsidenten auf das Wort verzichtet hätte, kann ich es doch nicht, weil es eine Ungerechtigkeit gegen den Herrn Vorredner, meinen hochverehrten Landsmann wäre. Ich habe vor allen Dingen meine Freude darüber auszusprechen, daß er sich so entschieden gegen „unwahrhaftige Agitation" gewendet hat. Diese Entrüstung über unwahrhaftige Agitation ist nämlich bei dem Herrn Vorredner etwas ganz Neues; aber sie ruft gerade deshalb, weil sie neu ist, um so mehr Freude bei mir hervor.

(Hoch, Abgeordneter.)

Zur Sache selbst möchte ich bemerken, daß der Herr Vorredner leider versäumt hat, seine Einzelheiten im Haushaltsausschuß vorzutragen.

(Hört! Hört! links.)

Das war die Stelle, um auf alle die Einzelheiten einzugehen. Ich muß feststellen, daß im Ausschuß auch diese Fragen gestreift worden sind und daß, soweit Beschwerden vorgebracht wurden, sie als unberechtigt zurückgewiesen wurden. Es ist der **Reichsgetreidestelle** keine Maßnahme nachgewiesen worden, die eine solche Kritik erfordert, wie sie der Herr Vorredner geübt hat. Er kann überzeugt sein, daß auch die Linke bei jeder Gelegenheit unnötigen Maßnahmen, von welcher Stelle sie auch kommen, entgegentreten wird, also auch wenn sie von der Reichsgetreidestelle kommen.

Im übrigen hat der Herr Vorredner wieder viel zu viel bewiesen. Herr Kollege Lind, Sie kennen doch die Verhältnisse genau und wissen aus eigener Erfahrung, daß man nicht die Verhältnisse eines Bezirks mit denen anderer Bezirke in einen Topf werfen darf. In unserer Gegend haben wir zum Beispiel eine vollständige Mißernte in Kartoffeln gehabt, und wenn da ungeheuere Preise gefordert worden wären, — sie wurden ja nicht gefordert, weil die Bauern kaum Kartoffeln abzugeben hatten, so wäre das begreiflich gewesen. Die hohen Preise sind aber gerade in den Gegenden gefordert worden, wo eine große Kartoffelernte war; und das war und ist eine schamlose Bewucherung unseres Volkes. Ich hoffe, Sie werden das, da Sie ein so entschiedener Gegner unwahrhaftiger Agitation sind, nicht bestreiten.

Das Bestreben der Linken ist es, der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung im nächsten Jahre zu ermöglichen, Brot zu erträglichen Preisen zu kaufen.

(Zuruf rechts.)

— Ja, der arbeitenden Bevölkerung und denjenigen, die keine Schieber oder Inhaber großkapitalistischer Betriebe sind; die nicht in der Lage sind, ihr Einkommen so zu steigern, wie die Lebensmittelpreise und die Preise der sonstigen notwendigen Bedarfsgegenstände gestiegen sind.

(Zuruf rechts.)

— Aber Herr Kollege Lind, mit solchen unwahrhaftigen Einwänden sollten Sie doch hier nicht kommen. Wenn Sie sich einmal etwas mehr mit der Sache befassen würden, würden Sie erfahren, daß sofort die Belieferung mit billigem Brotgetreide auf die arme Bevölkerung beschränkt werden würde, wenn es ohne ein großes Beamtenheer möglich wäre. Machen Sie doch einmal Vorschläge, zeigen Sie den Herren des Ernährungsministeriums, wie man das wirklich durchführen kann. Ich glaube, wir können in diesem Punkte dem Ernährungsministerium volles Vertrauen schenken, daß es das Brot dann nicht den Schiebern zuführen wird. Im übrigen können Sie, Herr Kollege, beruhigt sein. Soweit ich die Verhältnisse kenne, sind es nicht die reichen Leute, die das billige Brot kaufen. In Wahrheit kommt es den Kreisen zugute, die es brauchen.

Was wir also brauchen, ist die Sicherung eines angemessenen Brotpreises für die minderbemittelte Bevölkerung. Kartoffel, Fleisch, Butter und Eier sind heute unerschwinglich. Da müssen wir es wenigstens den minderbemittelten Kreisen ermöglichen, sich das Brot zu erschwinglichen Preisen zu beschaffen.

Sie wenden sich gegen das **Umlageverfahren** und können in der Kritik den Mund nicht weit genug auftun. Sie unterlassen es aber auch hier, Vorschläge zu machen, wie man es besser machen soll. In Ihrem Antrage heißt es nur, die Versorgung sei auf anderem Wege sicherzustellen. Zeigen Sie doch einen besseren Weg. Mit Ihrer „Reserve" werden wir nichts erreichen! Das ist ein so unbestimmter Begriff, daß wir damit nichts anfangen können. Kritik üben ist leicht. Die Notlage des Volkes (C) ist aber so groß, daß es vor allem gilt, bessere Vorschläge zu machen. Es hat keinen Zweck, immer nur die Mängel — es sind viele — in allgemeinen Redewendungen hervorzuheben und es zu unterlassen, bessere Wege zu zeigen. Ich kann nur den dringenden Wunsch dem Herrn Kollegen Lind unterbreiten, daß er aus seiner Sachkenntnis heraus uns bessere Mittel und Wege an die Hand gibt. Dann wird er auf der Linken treue Gefolgschaft finden.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr. Heinrici.

Dr. **Heinrici,** Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Ich will dem Wunsche des Herrn Präsidenten folgen und keine lange Debatte über die Reichsgetreidestelle meinerseits entfesseln. Ich muß aber einige Behauptungen, die der Herr Abgeordnete Lind aufgestellt hat, richtigstellen. Zunächst möchte ich hervorheben, daß sowohl im **Kuratorium,** wie im **Aufsichtsrat der Reichsgetreidestelle** bekanntermaßen **Landwirte** vertreten sind und daß bisher noch keinem einzigen der in diesen Gremien vertretenen Herren irgendwelche Auskunft verweigert wurde, sodaß die Möglichkeit für die berufenen Vertreter der Landwirtschaft bestand, sich vollkommen über jede Einzelheit in der Reichsgetreidestelle nach jeder Richtung hin zu orientieren.

Vom Herrn Abgeordneten Lind ist, wenn ich ihn recht verstanden habe, ausgeführt worden, daß durch die Art und Weise, wie die Reichsgetreidestelle versucht habe, ihr **Inlandsgetreide** aufzukaufen und aufzunehmen, eine Preissteigerung auf dem Inlandsmarkt herbeigeführt worden sei. Ja, er hat gesagt, daß die Reichsgetreidestelle ihr Geld dazu verwandt habe, den Inlandsmarkt zu beunruhigen. Ich glaube, daß man diesen Vorwurf der Reichsgetreidestelle wirklich nicht machen kann. Wir sind (D) nie in der Lage gewesen, daß unsere Auslandsgetreidevorräte erschöpft gewesen wären. Im Gegenteil, wir haben durch eine sehr vorsichtige, sehr schwierig zu führende, aber schließlich Gott sei Dank geglückte Politik erreicht, daß wir immer einen sehr erheblichen und reichlichen Bewegungsbestand in der Reichsgetreidestelle gehabt haben. Und wenn wir dem Vorschlag, im vorigen Jahre bereits bei Beginn im Inland Getreide aufzukaufen, nicht gefolgt sind, so ist es deshalb geschehen, weil wir unsererseits die Preise im Herbst vorigen Jahres nicht treiben wollten. Zu einer Aufnahme von Getreide aus dem Inlande sind wir erst geschritten, als im Reichstag die Frage erneut eingehend erörtert war und hier eine Entschließung Annahme gefunden hatte, die uns aufforderte, alsbald erhebliche Mengen — wenn ich es recht im Kopfe habe, eine Million Tonnen — Brotgetreide aufzunehmen. Dann sind wir sehr vorsichtig vorgegangen und haben die Freude gehabt, nach dieser Richtung hin von verschiedenen Seiten Anerkennung zu hören, während uns sonst Anerkennung nicht gerade in überaus reichlichem Maße zuteil wird. Wir haben versucht, die Preise durch die Maßnahmen der Reichsgetreidestelle nicht zu treiben, und wenn der Herr Abgeordnete eben gesagt hat, daß wir zu einem Preise von 385 Mark zu einer Zeit gekauft hätten, wo der freie Weizenpreis 334 Mark gewesen sei, so muß ich zunächst erwidern, daß mir dieser freie Marktpreis von 334 Mark nicht bekannt ist. Weiter darf ich hinzufügen, daß der Preis, zu dem wir Getreide aus dem freien Markt aufgenommen haben, zwischen jenen Organisationen, die uns geliefert haben, und der Reichsgetreidestelle als Käufer vereinbart war, und daß es erst nach sehr langwierigen und schwierigen Verhandlungen gelungen ist, die erheblich höheren Preisforderungen herabzusetzen. Ich glaube, daß der Herr Abgeordnete Lind,

(Dr. Heinrici, Staatssekretär.)

(A) wenn er sich diese Beratungen in ihren Einzelheiten und in ihrer Gesamtheit nochmals vor Augen führt, nicht dabei stehen bleiben kann, den Vorwurf aufrechtzuerhalten, daß hier von uns etwas geschehen sei, die Preise zu treiben, sondern, ich glaube, er wird anerkennen, daß hier mit aller Vorsicht vorgegangen worden ist.

Was nun die **Kleiefrage** anlangt, so erkennen wir alle an, daß sie nach den verschiedensten Richtungen hin außerordentlich schwierig und nicht befriedigend gelöst ist. Das haben wir auch nie bestritten. Wir haben aber den Herren gesagt, daß eine andere Lösung auf diesem Gebiete außerordentlich schwer, nach unserem Dafürhalten überhaupt nicht zu finden ist, daß sie nicht einmal dann zu finden ist, wenn wir einen großen neuen Apparat aufbauen wollten, was, glaube ich, gerade Sie, Herr Abgeordneter Lind, und die Herren von Ihrer Fraktion nicht wünschen würden: denn Sie sind immer für den Abbau der Kriegsorganisationen eingetreten. Also auch dann wäre es nicht möglich, eine Lösung zu finden, und deshalb muß man die sehr unerfreulichen Unzulänglichkeiten, die für uns nach jeder Richtung hin sehr unbequem sind, leider bis zu einem gewissen Grade in Kauf nehmen.

Wenn man über den Preis der Kleie spricht, die die Reichsgetreidestelle abgibt, so darf man nicht über die Tatsache so mit einer Handbewegung hinweggehen, daß ein sehr erheblicher Teil der Kleie aus dem Auslandsgetreide stammt. Wenn man berücksichtigt, daß es 2,5 Millionen Tonnen Inlandsgetreide sind und 2 Millionen Auslandsgetreide, dann wird man auch bezüglich dieser Preispolitik doch wohl zu einer anderen Auffassung kommen müssen, als sie in der Auffassung zum Ausdruck kommt, die Kleie sei von der Reichsgetreidestelle zu teuer in den Verkehr gebracht.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete

(B) Lind.

Lind, Abgeordneter: Ich darf für mich wohl in Anspruch nehmen, daß ich mich auf sachlicher Basis bewegt und nur das vorgetragen habe, was ich aus meinem praktischen Leben als praktischer Landwirt habe mit hierher bringen können. Ich habe mich jeder Schärfe enthalten und nur den Standpunkt vertreten, den alle meine Kollegen bei diesem Etattitel vertreten.

Es ist dem Herrn Staatssekretär auch entgangen, daß ich gesagt habe, die **Getreidehändler** des Reiches hätten im Dezember einen Bericht herausgegeben, in dem nachgewiesen sei, daß die Reichsgetreidestelle den Inlandsmarkt dadurch beunruhigt habe, daß sie einen Preis von 385 Mark gezahlt habe, während in dem gleichen Zeitraum der Preis auf dem freien Markt 334 Mark notierte.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Behauptet aber nicht nachgewiesen!)

— Es ist bis heute nicht widerlegt, Herr Kollege Käppler! Wenn heute der Herr Staatssekretär sie widerlegt, dann bin ich befriedigt. Aber ich meine, es wäre seine Aufgabe und Aufgabe der Presseabteilung des Ernährungsministeriums gewesen, diese Behauptung viel früher aufzugreifen und zu widerlegen. Wenn mal in der „Vossischen Zeitung" ein Artikel über einen Abgeordneten und seine Ausführungen steht, dann fliegt gleich ein Ausschnitt dem Herrn Minister auf den Tisch, und dann sorgt der Direktor der Reichsgetreidestelle dafür, daß vom Herrn Minister sofort eine Entgegnung erfolgt. Derartige Berichte, die von der Handelswelt kommen, würdigt man dagegen keiner Berücksichtigung.

Nun zum Kapitel **Kleie!** Auch hier habe ich gesagt — das wird dem Herrn Staatssekretär nicht entgangen sein —, die Landwirte wollen ihre Umlagekleie zu einem Preis zurückhaben, der sich mit dem Umlagepreis des abgelieferten Roggens vereinbaren läßt. Wir wollen nicht die Kleie vom Auslandsgetreide mit eingerechnet haben, Herr Staatssekretär, wir wollen unsere Kleie zu einem Preise angerechnet haben, daß unsere Landwirte sehen, daß es unsere Kleie ist, die im Preise unter der freien Kleie steht. Darüber müssen wir uns alle klar sein; das hat auch der Herr Abgeordnete Hoch nicht bestritten. Wir dürfen keine Lage auf dem Futtermittelmarkte zulassen, die sich so gestaltet, daß die Futtermittelpreise über dem Roggenpreise stehen. Dann schaffen wir die unsinnige Wirtschaft, daß der vollwertige Roggen verfüttert wird. Gerade das will ich als Volkswirt vermeiden. Wenn nun die Reichsgetreidestelle mal zufällig in der im vorigen Jahre zurechtgebrauten Zwangsumlageverordnung keinen besonderen Paragraphen über die Zwangsumlage der Kleie hatte, so weiß ich, daß an das Reichsernährungsministerium — ich kann den jetzigen Herrn Ernährungsminister nicht dafür verantwortlich machen, es war sein Amtsvorgänger — jede Woche vom Reichslandbund — der Herr Kollege Hepp wird mir das bestätigen — Anträge gerichtet wurden, doch endlich einmal eine Verordnung zu erlassen, durch welche die der Landwirtschaft zurückgelieferte Kleie zu einem erträglichen Preise zurückgeliefert wird. Das Reichsernährungsministerium hat nichts verfügt, die Reichsgetreidestelle hat gesagt: im Gesetz steht nichts; ich errechne die Preise. Solche **Preiserrechnung** der Reichsgetreidestelle hat zur Folge, daß die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände noch ganz andere Preise errechneten. Diese Willkürwirtschaft werden auch Sie nicht wollen, Herr Kollege Hoch.

(Zustimmung des Abgeordneten Hoch.)

Sie haben ja gesagt, Sie wollen eine Beruhigung der Wirtschaft. Dann müssen wir sie auch auf dem Futtermittelmarkte schaffen. Erst dann werden diese Fragen, die Sie vorhin angeschnitten haben, gelöst werden: Hebung der Viehwirtschaft, richtige Ernährungswirtschaft, Förderung der Milchproduktion und freie Getreidewirtschaft. Das habe ich in sachlicher Weise vertreten; das vertrete ich auch weiter trotz dieser Einsprüche.

(Beifall rechts.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Debatte ist geschlossen. Ich erkläre Kap. 2 Tit. 1 der außerordentlichen Ausgabe für angenommen.

Ich rufe auf Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6; — Kap. 3 Tit. 1 — und erkläre sie für angenommen.

Wir kommen nunmehr zu den Einnahmen. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1. — Angenommen.

Wir kommen nun noch zu den Petitionen auf Drucksache 4284 Ziffer III. — Das Wort wird nicht verlangt. Die Abstimmung erfolgt in dritter Beratung.

Damit ist der Haushalt des Reichsernährungsministeriums erledigt, und wir kommen zum

Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums (Anlage VI).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 3882 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Rießer.

In Verbindung mit

der Interpellation der Abgeordneten Dr. **Petersen und Genossen, betreffend den Verkehr von Waren aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet** (Nr. 3547 der Drucksachen)

und

der Interpellation der Abgeordneten Hergt, Dr. **Becker (Hessen),** Dr. **Petersen, Leicht, Alpers und Genossen, betreffend Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk** (Nr. 2405 der Drucksachen).

(Präsident.)

(A) Ich schlage Ihnen vor, die erste Interpellation zu verbinden mit dem Kapitel Reichskommissariat für Ein- und Ausfuhr, zu dem die Interpellation gehört, und die zweite Interpellation mit der allgemeinen Beratung. — Das Haus ist damit einverstanden.

Wir treten in die Beratung ein.

Das Wort hat zunächst der Herr Berichterstatter, Abgeordneter Dr. Rießer.

Dr. **Rießer,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Es kann nicht meine Aufgabe sein, etwa alle Einzelheiten hier des näheren darzulegen, welche der Haushaltsausschuß bei Prüfung dieses Etats erörtert hat. Ich will nur einige große Fragen heute in meinem Bericht aufnehmen.

Auf die gleich zu Beginn der Beratungen gestellte Frage, was etwa gegen die **Antidumpinggesetzgebung** im Auslande geschehen könne, hat sich die Regierung dahin geäußert, daß ihrer Ansicht nach dagegen nur im Wege von Handelsabkommen, die abzuschließen die Regierung bemüht sei, vorgegangen werden könne. Es wurde darunter namentlich ein bereits abgeschlossener Vertrag mit Italien und ein im Gange befindlicher Handelsvertrag mit Spanien erwähnt. Es würde mir lieb sein, vom Herrn Minister darüber etwas zu hören, wie die Dinge in bezug auf den spanischen Vertrag liegen.

Eine längere Debatte hat sich an die Frage der **Preisprüfungsstellen** angeschlossen; mehrere Redner betonten, daß von ihrer Wirksamkeit recht wenig zu spüren sei, daß aber in den wenigen Fällen, in denen sie in Betracht komme, ihre Wirksamkeit nicht als gedeihlich betrachtet werden könne. Der Minister hat erklärt, daß diese Preisprüfungsstellen bestehen bleiben müßten, weil sie eine Kontrolle und einen Schutz gegen übermäßige Preissteigerungen darböten, und daß auch die von mehreren (B) Seiten bekämpfte Auskunftspflicht der Industrie gegenüber dem Reichswirtschaftsministerium bestehen bleiben müsse. Beides ist von mehreren Seiten lebhaft bestritten worden.

In bezug auf die **Kriegsgesellschaften,** nach deren Zahl gefragt wurde, hat die Regierung angegeben, daß deren Zahl beim Wirtschaftsministerium jetzt nur noch 4 betrage. Es wäre mir aber lieb, zu wissen, da ja die Liquidation der Kriegsgesellschaften — und eine Reihe befindet sich noch in Liquidation — durch eine besondere Gesellschaft bewirkt wird, wieviel Beamte von den Kriegsgesellschaften auf diese neue Liquidationsgesellschaft übergegangen sind. Es würde natürlich kein Vorteil sein, wenn zwar die Kriegsgesellschaften mit ihrer großen Zahl von Beamten verschwinden, diese Beamten aber bei der Liquidationsgesellschaft, deren Dauer man ja auch nicht übersehen kann, wieder auftauchen würden.

In bezug auf die Frage des **Zolltarifs** ist von der Regierung auf Anfrage erwidert worden, daß man gegenwärtig das Schema des Zolltarifs revidiere, und daß dann eine Erörterung der Zollsätze selbst erfolgen solle. Ich darf wohl annehmen, daß bei dieser Erörterung sowohl die Unternehmer wie die Arbeitnehmer und die verschiedenen Spitzenverbände aus Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft mit herangezogen werden. Auf Anfrage hat der Minister erklärt, daß eine **Übersetzung der ausländischen Zolltarife** zum großen Teil bereits fertiggestellt sei. Ich würde erfreut sein, wenn auch eine Veröffentlichung dieser Übersetzungen baldmöglichst folgen würde, da dies zur Belehrung der beteiligten Kreise ungemein wichtig ist.

In bezug auf die für die **Ein- und Ausfuhr** geltenden Grundsätze hat sich naturgemäß auch diesmal eine lebhafte Debatte entsponnen, wozu ich bemerken will, daß nach einer am Schluß abgegebenen Erklärung des Vertreters des Reichsfinanzministeriums der Reichsbeauftragte für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr seit dem März 1922 (C) auf das Reichsfinanzministerium übergegangen ist; eine entsprechende Gesetzesvorlage werde dem Reichstag in Kürze zugehen. Die Regierung war der Ansicht, daß das System der Einfuhrsperre nach Möglichkeit abgebaut werden solle, womit sie sich im Einklang mit fast allen Rednern im Haushaltsausschuß über diese Frage befand. Sie setzt hier hinzu, daß im Wege der Erhöhung des Zolltarifs die Einfuhr beschränkt werden solle, und zwar ohne Zweifel diejenige Einfuhr, die sich auf die für uns nicht notwendigen Artikel bezieht. Bei der Ausfuhr dagegen könne die Kontrolle nicht entbehrt werden. Ich bemerke aber, daß gegen die **Außenhandelskontrolle** und deren heutige Formen eine große Reihe von Einwendungen erhoben worden ist, namentlich in der Sitzung des Hauptausschusses vom 17. März 1922, und daß schließlich ein Beschluß erfolgt ist, der dahin geht, daß ein Unterausschuß zur Prüfung des augenblicklichen Systems der Außenhandelskontrolle eingesetzt werden solle, der dem Haushaltsausschuß bei der Beratung des nächsten Nachtragsetats Bericht zu erstatten hat. Da somit diese Fragen voraussichtlich nochmals zu einer ausgiebigen Erörterung hier im Plenum gelangen werden, halte ich es nicht für richtig, meinerseits jetzt auf diese Fragen im einzelnen, so verlockend es wäre, einzugehen. Aber das möchte ich heute schon bemerken, daß bei weiteren Beratungen die ausführlichen Erörterungen, die in der Hamburger Bürgerschaft zur Frage der Außenhandelskontrolle gepflogen worden sind, sowie die „Mitteilungen", welche die Handelskammer Hamburg am 1. April 1922 über die Regelung des Außenhandels veröffentlicht hat, mit ihrem sehr wertvollen Material und mit einer Reihe von Anschuldigungen, denen von der Regierung unbedingt nachgegangen werden muß, nicht außer Betracht bleiben dürfen, sondern sorgfältig nachgeprüft werden müssen.

Der Herr Minister war allerdings schon jetzt der (D) Ansicht, daß die Außenhandelskontrolle auch bei den Sachlieferungen auf Grund des Wiesbadener Abkommens und des ihm nachfolgenden Vertrages aufrechterhalten werden müsse, da es sonst unmöglich sei, die Preise und das Quantum, das wir herauslassen können, nachzuprüfen.

An der Hand einer Reihe von Fragen, die der inzwischen leider verstorbene Kollege Hue an den Reichskommissar gestellt hat, wurde nachgeprüft, ob es in der Tat, wie Hue behauptete, richtig sei, daß eine **Kohlennot** überhaupt nicht bestehe. Diese Behauptung wurde von mehreren Seiten lebhaft bestritten, insbesondere für die Ammoniak-, die Baustoff-, die chemische, die Glas-, die keramische, die Eisenindustrie und die Gaswerke. Es wurde darauf hingewiesen, daß auch unsere Eisenbahnen, die vor dem Kriege — das ist ja eine bekannte Tatsache — immer Vorräte für 8 Wochen hätten aufstapeln können, jetzt nur äußerst geringe Vorräte hätten, die preußischen Bahnen oft nur für 5 Tage, was in der Tat ein unerträglicher Zustand ist. Es wurde im Anschluß daran verlangt, daß vor allen Dingen eine bessere Kohlenbelieferung der Eisenbahnen und dann auch der Baustoffbetriebe eintreten müsse, und zwar angesichts unserer Wohnungsnot. Es wurde betont, daß die Ziegeleien und die Zementfabriken infolge der mangelhaften Kohlenbelieferung heute kaum 25 Prozent ihrer Produktionsmöglichkeit ausnutzen könnten, worauf die Regierung zweifellos mit Recht darauf hinwies, daß diese Frage nicht nur eine Kohlenlieferungsfrage, sondern auch eine Transportfrage sei, da ja bekanntlich die Transportmöglichkeiten sehr beschränkt gewesen seien, und zwar sowohl, was die Eisenbahnen als was die Wasserstraßen angeht.

Eine sehr lebhafte Debatte schloß sich im Ausschuß an eine Anfrage wegen der **Preistreiberei auf dem Papiermarkt,** über die ja auch heute noch allgemein geklagt wird.

(Dr. Rießer, Berichterstatter.)

(A) Von verschiedenen Seiten wurde ein Vorgehen gegen die Papiersyndikate verlangt und eine genauere Untersuchung der Preispolitik des Syndikats der Papierfabrikanten gefordert. Der Herr Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium hat darauf eine längere Antwort erteilt, die allerdings, wie ich betonen muß, weder den Ausschuß noch die Öffentlichkeit befriedigt hat, welche wesentlich dahin ging, daß auch die Regierung die Steigerung der Druckpapierpreise mit großer Sorge verfolge, daß diese Steigerung aber an sich nicht über die vieler anderer Rohstoffe hinausgehe. Man könne beim Druckpapier gegenüber den Preisen im Frieden und in der ersten Kriegszeit eine dreißigfache Steigerung annehmen, was hinter der Erhöhung der Preise für Kohle, Eisen und Textilien zurückbleibe. Trotzdem sei ohne weiteres zuzugeben, daß die Lage für die Presse außerordentlich ungünstig geworden und daß zu befürchten sei, daß ein großer Teil namentlich der kleinen Presse durch die neue Preiswelle erschlagen werde. Diese damals nur befürchtete Gefahr ist inzwischen in sehr großem Umfange eingetreten, und ich darf vielleicht den Herrn Minister bitten, uns über die zur Verbilligung der Papierpreise inzwischen weiter unternommenen Schritte eine ergänzende Auskunft zu geben. Der Herr Staatssekretär fügte seinen Ausführungen hinzu, daß man unter der früheren Bewirtschaftung des Zeitungsgewerbes der Presse noch gewisse Zuschüsse gegeben habe, die aber dann abgebaut worden seien, und zwar auf dem Wege, daß die Ausfuhrgewinne für die Herabsetzung des Inlandspreises des Zeitungspapiers nutzbar gemacht wurden. Nach dem Valutasturz sei dann eine neue ungeheure Steigerung eingetreten. Die Zellstoffindustrie habe zunächst das Ersuchen abgelehnt, eine Verbilligung vorzunehmen, worauf die Ausfuhr für Zellstoff gesperrt worden sei; sie habe erst auf Grund erneuter Verhandlungen von sich aus eine (B) Summe von 9 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, die für etwa 3 Monate zur Verbilligung führen sollte. Wir wissen, daß diese Verbilligung in dem gewünschten Maße nicht erfolgt ist, und wir würden dankbar sein, wenn über die Verhandlungen mit der Industrie, die nach den Erklärungen des Herrn Staatssekretärs im Gange sein sollen, etwas Näheres mitgeteilt werden könnte.

Die Auffassung hat die Regierung abgewiesen, daß man auf die Preisbildung einen direkten Einfluß nehmen könne, und es wurde ferner erklärt, daß man der Forderung, durch eine Herabsetzung der Transportkosten eine Verbilligung herbeizuführen, kaum werde entsprechen können, weil sie, was nicht zu leugnen ist, auf indirektem Wege einen Zuschuß herbeiführe, der gerade nicht geleistet werden solle. Die ganze Frage ist zweifellos im öffentlichen Interesse so ungemein wichtig, daß alles geschehen muß, um die berechtigten Klagen in dieser Hinsicht verstummen zu lassen, soweit das überhaupt möglich ist.

Es haben sich im Ausschuß dann dringende Forderungen auf **Erhöhung der Produktion** angeschlossen, die, wie wir alle wissen, imstande ist — nach manchen allein imstande ist, was vielleicht zu weit geht —, uns zu einer entschiedenen Besserung der Verhältnisse zu führen, und diese Forderungen nach erhöhter Produktion haben dann auch einen Anlaß zu einer Besprechung der Frage des **Achtstundentages** gegeben. Dabei wurde von einer Seite grundsätzlich bezweifelt, ob die Annahme der Gegner des Achtstundentags richtig sei, daß in der achtstündigen Arbeitszeit weniger geleistet werde, als es früher der Fall war; denn die Produktivität hänge nicht lediglich von der Leistung der Arbeiter ab, sondern der technische Zustand der Einrichtungen, der jetzt vielfach zu wünschen übrig lasse, sei eine ebenso wichtige Voraussetzung. Auch hat der inzwischen verstorbene Kollege Hue darauf aufmerksam gemacht, daß der Achtstundentag nicht erst durch die bekannte Verordnung der Volksbeauftragten, (C) also nicht erst am 23. November 1918, geschaffen worden sei, sondern daß er — allerdings ohne jede gesetzgeberische Kraft — vorher schon in der (von den Unternehmern gewünschten) Arbeitsgemeinschaft beschlossen worden sei.

Von einer anderen Seite wurde betont, daß man den Achtstundentag grundsätzlich nicht angreifen wolle, er müsse heute jedenfalls grundsätzlich aufrechterhalten werden. Aber es wurde wiederholt davor gewarnt und es als unmöglich bezeichnet, alle wirtschaftlichen Verhältnisse über einen Leisten zu spannen. So sei zum Beispiel auch in den „Sozialistischen Monatsheften" ausgeführt worden, daß es nicht richtig, sondern ein Unsinn sei, die Bauarbeiter im Sommer nur acht Stunden arbeiten zu lassen, während sie im Winter gar nicht oder nicht voll arbeiten können, soweit sie nicht eine Beschäftigung in anderen Betrieben gefunden hätten. Dasselbe gelte für andere Saisonbetriebe und andere Wirtschaftszweige ohne schwere Arbeit. Es wurde aber wiederholt auf Vereinbarungen des Reichswirtschaftsministeriums mit den Leitern der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerverbände gedrungen, damit wenigstens für eine gewisse Zeit auf dem Wege freiwilliger Vereinbarung im Bergbau, in der Zement- und Papierindustrie und so weiter eine Mehrleistung zu erzielen versucht werden könne. Ich würde auch hier dankbar sein, wenn über derartige Verhandlungen, falls sie gepflogen worden sind, etwas Näheres angegeben werden könnte.

Es wurde auch von einer Seite darauf hingewiesen, daß in anderen Ländern, namentlich in England, eine Erhöhung der Löhne vielfach nur bei gleichzeitiger Erhöhung der Produktion bewilligt worden sei, wobei man aber auch an den umgekehrten Fall denken muß, daß für eine Erhöhung der Leistung auch eine Erhöhung des Lohnes zu bewilligen ist.

Jedenfalls habe man — so wurde von anderer (D) Seite ausgeführt — daran festzuhalten, daß der Übelstand nicht bestehen bleiben könne, daß selbst bei freiwilliger **Übernahme von Überstunden oder Überschichten** gegen die vereinbarte oder tarifmäßige Zahlung das gesetzliche Verbot oder sogar die gesetzliche Strafe aufrechterhalten wird. Dies sei namentlich unrichtig und unzulässig in Betrieben, die, wie die Bankbetriebe, die Überstunden meist infolge einer Fülle ihnen neuerdings auferlegter öffentlich-rechtlicher Pflichten in bezug auf die Kapitalflucht sowie in bezug auf eine Reihe von steuergesetzlichen Vorschriften usw. zu übernehmen haben.

Die Regierung erklärte, daß gegenüber den Forderungen nach **Überschichten** besonders die **Bergarbeiter** eingewandt hätten, daß große Kohlenvorräte auf den Halden lägen, daß ferner der Transport auf den Bahnen stocke und die Ausnutzungsmöglichkeiten der Wasserstraßen zurückgegangen seien, so daß auch eine Einlegung von Überschichten nicht das davon erhoffte Ergebnis haben werde.

Nach der Ansicht des Reichskohlenrats — so führte die Regierung aus, die dessen Ansicht teilt — sei zum mindesten neben Überschichten die Neuanlage von Schächten und die Neuerrichtung von Bergwerken erforderlich, die aber derzeit bei der eingetretenen Kapitalknappheit besonders erschwert sei.

Auf die Klagen gegen die starke **Erhöhung der Eisenpreise**, die sich daran anschlossen, wurde von der Regierung erwidert, daß auch die von ihr angehörten Arbeitervertreter nicht etwa für das hier denkbare Abhilfemittel der Einführung von Höchstpreisen sich ausgesprochen hätten, während die verbrauchende Industrie erklärt habe, daß sie die im Eisenwirtschaftsbund vertretenen Preise noch tragen könne.

Hieran schlossen sich Erörterungen über die Frage der **Konzentrationsbewegung**, namentlich in der Kohlen-

(Dr. **Rießer,** Berichterstatter.)

(A) und Eisenindustrie. Den Gegnern dieser Konzentrationsbewegung, die davon große Gefahren für die Gesamtwirtschaft befürchteten, wurde entgegengehalten, daß dazu nicht nur die Überfremdungsgefahr zwinge, sondern daß auch infolge des Friedensvertrages Betriebe in Elsaß-Lothringen, Luxemburg, an der Saar und in Oberschlesien in feindliche Hände übergegangen und dadurch Kapitalien freigeworden seien, die nun wieder produktiv angelegt werden müßten, ganz abgesehen davon, daß, wenn das feindliche Ausland diese Konzentration dieser Betriebe als schärfste Waffe in ihrem Kampfe gegen uns benutze, wir naturgemäß auf demselben Wege unsere eigenen Waffen schärfen müßten. Die Regierung erklärte, daß sie keine Neigung habe, in eine Entwicklung einzugreifen, die aus dem Bestreben hervorgehe, vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat durch Zusammenfassung der Beteiligten ein geregeltes Absatzgebiet und eine Versorgung der verarbeitenden Industrie zu ermöglichen.

Von einem Redner wurde die Regierung im Anschluß an all diese Erörterungen ersucht, **ein neues vollständiges Wirtschaftsprogramm** vorzulegen. Ich persönlich erwarte mir nicht allzuviel von einem großen neuen Wirtschaftsprogramm, das heute geboren wird, um morgen wieder eines sanften Todes zu versterben, was also doch nur rebus sic stantibus und nur für kurze Zeit gedacht werden kann.

Ich würde auch bitten, nicht etwa ein solches Programm wieder durch eine Denkschrift — sagen wir, Nr. 3 — einzuleiten, namentlich nicht durch eine Denkschrift, die dann dem Publikum sowohl wie den Abgeordneten zunächst vorenthalten wird. Ich selbst habe mir bei der berühmten Denkschrift über die Erfassung der Goldwerte durch besonderes Schreiben beim Reichswirtschaftsministerium Mühe gegeben, diese Denkschrift zu erhalten. Sie wurde mir aber damals nicht gegeben, was (B) nicht ausschloß, daß ich sie dann von dem Gremium bekam, dem sie zugeschickt worden war. Ich bitte jedenfalls, von solchen heimlichen Denkschriften absehen zu wollen, da die Information der Regierungsstellen, die damals als Grund für die Nichtveröffentlichung angegeben worden ist, nicht das alleinige Ziel sein darf, sondern auch die ausgiebige Kritik der Öffentlichkeit an solchen Denkschriften. Wir haben gesehen, was diese Kritik bei derartigen Denkschriften zu leisten imstande war, und zwar, wie ich glaube, zum Besten unserer Gesamtwirtschaft.

Eine eingehende Debatte, die nicht nur von Vertretern des Handwerks selbst geführt wurde, schloß sich an die zweifellos bedrängte **Lage des Handwerks** an. Hier wurden namentlich gewisse Einzelforderungen aufgestellt, von denen ich die wichtigsten erwähnen will.

Es wurde verlangt, daß die bei den staatlichen Betrieben und bei den Betrieben erforderlichen Reparaturleistungen in vermehrtem Umfange an das Handwerk vergeben würden; in dieser Beziehung hat sich die Regierung in entgegenkommendem Sinne geäußert.

Ferner wurde die baldige Vorlegung des **Reichsrahmengesetzes für das Handwerk,** also der Vorlage über die berufsständische Vertretung des Handwerks, erbeten, worauf erwidert wurde, daß diese Vorlage jetzt der Ressortbesprechung unterliege. Vielleicht geht der Herr Minister heute näher darauf ein, ob diese Ressortbesprechung jetzt weiter gediehen ist, als es damals der Fall war.

Ferner wurde gebeten, daß ein **Referent im Reichswirtschaftsministerium** ausschließlich zur Bearbeitung von Handwerkerfragen und von Fragen des gewerblichen Genossenschaftswesens bestellt werde, eine alte und, wie ich glaube, berechtigte Forderung, der wohl auch die Regierung entgegenkommen wird.

Endlich wurde von den Handwerksvertretern darauf hingewiesen, daß bei einer Revision der Gesetzgebung über Wucher und Preistreiberei nicht der übermäßige Gewinn, (C) sondern der übermäßige Preis getroffen werden müsse.

Auf Fragen, ob die amtlichen Zahlen der **Außenhandelsstatistik,** welche eine aktive Handelsbilanz in Deutschland im Dezember und Januar ausrechneten, richtig seien, wurde von dem Herrn Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums erwidert, daß die Zahlen zwar formell stimmten, trotzdem aber aus sachlichen Gründen irreführten; wir hätten in Wirklichkeit keine aktive, sondern leider immer noch eine passive Handelsbilanz. Da mir aber in der letzten Zeit in verschiedenen Schriften der Irrtum entgegengetreten ist, daß schon das Bestehen einer passiven Handelsbilanz zu den bedenklichsten Folgen führen müsse, möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß das durchaus nicht notwendig der Fall sein muß. Eine Handelsbilanz kann passiv sein, und trotzdem kann sich, wie das lange Zeit in England der Fall war, die Gesamtwirtschaft in einem blühenden Zustande befinden. Voraussetzung aber ist immer, daß daneben die Zahlungsbilanz eine aktive ist; und die Tatsache, daß bei uns die Zahlungsbilanz nicht aktiv, sondern hochgradig passiv ist, ist es, die zu den schwersten Bedenken Anlaß geben muß.

Zwei Einzelfragen will ich dann noch erwähnen, ohne die Fragen gänzlich erschöpfen zu wollen und zu können. Das ist zunächst die Frage der deutschen Schuldner der zugunsten schweizerischer Gläubiger in Deutschland eingetragenen **Goldhypotheken.** Ich freue mich sehr, daß die Regierung im Ausschusse auf das Ersuchen um Hilfe eine entgegenkommende Erklärung abgeben hat. Es muß den Schuldnern dieser Goldhypotheken in der Tat geholfen werden, Schuldnern, die meist aus dem mittleren und Kleinrentnerstande hervorgehen und die in eine geradezu entsetzliche Lage durch die jetzige Valutaverschlechterung gekommen sind. Gewiß waren die Gründe, die die Nationalversammlung veranlaßt haben, seinerzeit dem Staatsvertrag mit der Schweiz, der nunmehr so (D) fürchterliche Folgen für die Schuldner der Goldhypotheken in Deutschland gezeitigt hat, zuzustimmen, schwerwiegende. Aber ich gehe wohl nicht zu weit, wenn ich sage, daß weder die Regierung damals den Staatsvertrag mit der Schweiz beantragt, noch die Nationalversammlung diesen Staatsvertrag angenommen haben würde, wenn sie den katastrophalen Niedergang unserer Valuta, der sich seitdem vollzogen hat, hätten voraussehen können. Ich darf nun aber dringend bitten, angesichts des wirklich schweren Elends, das hier vorliegt, und angesichts der großen Gefahr im Verzuge, dasjenige, was man tun will, so rasch wie möglich zu tun. Es ist eine gute Tat im Interesse weiter Schichten des Volkes.

Ferner will ich noch darauf zurückkommen, daß in der **Messefrage** der Reichsratsantrag angenommen worden ist, wonach vier Messen außer der Leipziger Messe, die 7½ Millionen in Subvention bekommen soll, mit kleineren Subventionen bedacht wurden, daß aber die Regierung bereits in Aussicht gestellt hat, daß aller Voraussicht nach im nächstjährigen Etat Subventionen für Messen überhaupt nicht mehr enthalten sein würden. Es ist ganz klar, daß, wenn gar keine Subvention bewilligt wird, auch die kleinen Messen keinen Anspruch auf Subventionen haben und erhoffen können, wenn auch im Ausschuß dem von der Regierung betonten Prinzip der Konzentration der Messen an einem Ort und von einer sehr großen Mehrheit entschieden widersprochen wurde und widersprochen werden muß. Wir sind nicht berechtigt, bei den furchtbaren Verhältnissen, in denen wir leben, das große Kapital an internationalen und sonstigen Verbindungen, welche die Städte, um die es sich hier handelt, in Jahrhunderten angesammelt haben, etwa heute preiszugeben, wir werden vielmehr auch diese Messen sorglich pflegen müssen. Ich wiederhole aber: werden überhaupt keine

(Dr. Rießer, Berichterstatter.)

(A) Subventionen mehr in der Folge bewilligt, dann können auch diese kleinen Messen Anspruch auf Subventionen — und das wird wohl auch die Ansicht der Mehrheit des Ausschusses sein — nicht erheben.

Damit glaube ich, unter Weglassung von minder bedeutenden Einzelheiten, den Bericht abschließen zu können, und wiederhole die aus dem gedruckten Bericht ersichtlichen Anträge, zugleich in bezug auf die dort vorgeschlagenen Resolutionen, mit dem Bemerken, daß eine ganze Reihe von Streichungen an Beamtenstellen im Ausschuß vorgenommen worden ist.

Vizepräsident **Dittmann:** Das Wort hat der Herr Reichswirtschaftsminister.

Schmidt, Reichswirtschaftsminister: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einleitend einen kurzen Überblick über die hauptsächlichen Fragen, die das Reichswirtschaftsministerium im vergangenen Wirtschaftsjahr beschäftigt haben, sowie einige kritische Bemerkungen über unsere Geschäftslage. Unsere **Wirtschaftsentwicklung** stand und steht unter dem schweren Druck der Entwertung der Mark, einer Abwärtsbewegung in der Wertung unserer Zahlungsmittel, die sich seit dem Herbst vorigen Jahres schwer fühlbar gemacht hat. Infolgedessen hat eine **Preisbewegung** eingesetzt, wie wir sie bisher noch nicht gekannt haben. Diese hat wieder politische Auswirkungen zur Folge, nämlich eine starke Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die fortgesetzte, plötzlich unvermittelt eintretende starke Preiserhöhung und eine Bedrängnis weiter Kreise in ihrer gesamten Lebenshaltung und Lebenslage, die, wie es in der Regel der Fall ist, der Regierung selbst zum Vorwurf gemacht wird. Viele dieser Vorwürfe werden politisch ausgewertet und als politisches Material gegen die Regierung benützt.

Es ist eine durchaus irrige Auffassung, wenn man (B) glaubt, daß die Grundtendenz unserer Wirtschaftsentwicklung durch irgendwelche gesetzgeberischen Maßnahmen wesentlich beeinflußt werden könnte. Mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist es unvereinbar, ihr die Entwicklungstendenz durch irgendwelche gesetzlichen Maßnahmen vorzuschreiben. Gewiß können Hemmungen durch Gesetzgebung und Verwaltung einsetzen und können Auswüchse beseitigt werden, aber das System als solches bleibt unberührt. Alle die Erscheinungen, die uns vom politischen und vom allgemeinwirtschaftlichen Standpunkt aus so unangenehm fühlbar sind, sind durchaus auf die in der kapitalistischen Organisation wirkenden Triebkräfte zurückzuführen. Dazu kommt, daß wir heute noch immer **Mangel an Waren** auf gewissen Gebieten verspüren. Wir haben sowohl einen Mangel an gewissen Rohstoffen, auf die ich im einzelnen noch zu sprechen kommen werde, wie auch an Fertigfabrikaten. Unter solchen Umständen steht dann auch die Preisbildung nicht mehr unter der regulierenden Wirkung wie in normalen Zeiten, das heißt bei freier Konkurrenz. Ist also die Konkurrenzwirkung nicht vorhanden, dann kann die Preisentwicklung auch über jedes normale Maß weit hinausgreifen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dies alles sind die Nachwirkungen eines gänzlich zerrütteten Wirtschaftsorganismus, der aus dem Kriege noch immer seine volle Heilung nicht erfahren konnte.

Dazu kommt, daß in dieser Zeit der großen wirtschaftlichen Umstellung die **Kartell- und Syndikatsorganisationen** in einem Maße gewachsen sind, wie wir es bisher bei uns noch nicht gekannt haben. Diese Organisationen gehen darauf aus, nicht nur sich dauernde Absatzgebiete zu sichern, sondern auch ihre Preisgestaltung vom freien Markte unabhängig zu machen, und sie durch die Macht ihrer geschlossenen Organisationen zu bestimmen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Diese plötzlich aufstrebende Kurve in der Preisbewegung ist in den angezeigten, noch gänzlich abnormen Verhältnissen im wesentlichen begründet. (C) Trotzdem haben wir uns, soweit es in unseren Kräften stand, bemüht, die **Kaufkraft der Mark im Inland** nicht in gleichem Ausmaße sinken zu lassen, wie es auf dem Auslandsmarkt in Erscheinung getreten ist. Wenn wir unsere Mark dem inneren Zahlungswert nach mit ihrer Wertung im Auslande vergleichen, so erkennen wir auch heute noch eine bemerkenswerte Differenz.

Es ist vielfach gefordert worden, wir sollten darauf hinwirken, mit unseren **Inlandspreisen** an den **Auslandsmarkt** heranzukommen. Das sei eine notwendige und gesunde Entwicklung. Wir dürften uns auch nicht dagegen sträuben, denn mit Riesenschritten eile unsere Wirtschaft diesem Ausgleich entgegen. Ich will nicht bestreiten, daß nach dieser Richtung gerade in letzter Zeit große Fortschritte gemacht worden sind. Zum Nutzen für unser Land und für unsere Bevölkerung kann diese vorzeitige Angleichung an die Weltmarktpreise in jetzigem Zeitpunkte aber nicht gewesen sein.

(Sehr richtig! links.)

Welche Folgen treten denn ein, wenn wir schon jetzt an den Auslandspreis herankommen? Nicht nur die von mir schon kurz gezeichneten Folgen der enormen Preisentwicklung, die rückwirkend die politische Stimmung in der gesamten Bevölkerung ungünstig beeinflussen, sondern Industrie und Handel selbst sollten im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse dagegen angehen, ihre Preise heute an die gleitende unstete Höhe des Weltmarktes zu bringen. In dem Augenblick, wo dieser Ausgleich vorhanden ist, ist auch unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zunichte gemacht,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten und bei den Kommunisten)

und wir haben dann damit zu rechnen, daß, wenn unsere (D) Ausfuhr durch diese vorzeitige **Angleichung der Preise an die Devisenhöhe** mit deren Schwankungen ständig beunruhigt und gar erdrosselt wird, wir zu schweren inneren wirtschaftlichen Krisen kommen müssen. Durch dieses Hinaufschrauben der Preise an den Weltmarkt ist nur die wirtschaftliche Situation für den Zeitpunkt verschärft und erschwert worden, wenn endlich die Reparationslasten erleichtert und eine gewisse Stabilität unserer Währung auf einer besseren Grundlage als gegenwärtig herbeigeführt werden sollten. In demselben Augenblick würden natürlich erhebliche Werte vermindert werden, die heute von Industrie und Handel angehäuft sind. Aus den Warenbeständen würden große Verluste entstehen, und man bemerkt deshalb auch schon eine gewisse Tendenz in bestimmten Kreisen, diese Besserung der Mark für den einzelnen als nicht gerade vorteilhaft anzusehen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber für die Gesamtheit ist entscheidend, ob es notwendig ist, aus diesem unglücklichen Stande der Mark im Interesse unseres Volkes und unserer Wirtschaft herauszukommen.

(Sehr richtig! links.)

Es haben sich gerade in diesen Zeiten der Scheinkonjunktur vielerlei Beschwerden über Auswüchse unseres Kapitalwesens gehäuft; über zu starke Beengung der Fertigindustrie, Halbfabrikate und Rohstoffe zu angemessenen Bedingungen zu erhalten, über Versuche einseitiger Abwälzung des Risikos und über Syndikats- und Kartellmaßnahmen.

Hierbei entstand die Frage, ob es nicht notwendig sei, die Gesetzgebung in Anspruch zu nehmen, um gegen **Kartellübergriffe** Front machen zu können. Das Ministerium hat vorläufig davon abgesehen. Es ist zu einer Verständigung zwischen den Spitzenorganisationen der Industrie, des Großhandels und des Einzelhandels ge-

(**Schmidt,** Reichswirtschaftsminister.)

(A) kommen, um eine Kartelleinigungsstelle zu errichten, in der Beschwerden über Auswüchse des Kartell- oder Syndikatswesens erörtert und geschlichtet werden sollen. Vorläufig hat sich diese Einrichtung bewährt, und wir wollen deshalb weiterhin abwarten.

Auch die **Beschwerden der Genossenschaften** über Zurücksetzung in der Belieferung haben Anlaß gegeben, eine **Schlichtungskommission** unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministeriums zu bilden, die gleichfalls in ähnlicher Weise wie die voraufgenannte Kommission wirken soll.

Ich bemerke ausdrücklich: wenn wir auf diesem Wege nicht zu einer Beachtung des Allgemeininteresses kommen, wir weiter erwägen müssen, ob nicht durch die Gesetzgebung das Übermaß des Einflusses der Kartell- und Syndikatsorganisationen beschränkt werden muß.

Die Entwertung der Mark hat bei der Preisstellung im Inlandsgeschäfte zwischen den einzelnen Industrien und dem Handel zu unerwünschten Erscheinungen geführt. Industrien, die auf den Bezug ausländischer Rohstoffe angewiesen sind, wie die Textilindustrie, gingen auch im **Inlandsgeschäft** dazu über, **Preise in ausländischer Währung** in Rechnung zu stellen.

(Hört! Hört! links.)

Eine solche Fakturierung ist im Auslandsverkehr sachlich unter Umständen direkt notwendig. Sie ist aber, auf das Inlandsgeschäft übertragen, vom währungspolitischen Standpunkt aus außerordentlich bedenklich.

(Sehr richtig!)

Andere Industrien haben die sichere Grundlage eines Verkehrs, nämlich den Abschluß zu festen Preisen, zugunsten gleitender Preise aufgegeben und eine beträchtliche Unsicherheit in den Markt hineingetragen.

Solange diese Spannung zwischen der inländischen Kaufkraft der Mark und der des Auslandsmarktes gegeben ist, wird man auf eine Kontrolle der Ausfuhr nicht
(B) verzichten können.

Ich weiß, es sind wiederholt Wünsche laut geworden, daß diese Beengung des Handels und Verkehrs aufgehoben werden möge. Grundsätzlich trete ich dem durchaus bei. Ich halte jede **Beengung** gerade **des Auslandsverkehrs** für wenig erwünscht, unter Umständen sogar für schädlich. Grundsätzlich wird man sich auf den Standpunkt stellen müssen, daß es volkswirtschaftlich unter normalen Weltwirtschaftsverhältnissen notwendig ist, den Warenverkehr nach dem Auslande hin möglichst frei und ungehindert zu gestalten. Aber es muß doch heute immer noch berücksichtigt werden, daß wir uns in ganz anormalen Verhältnissen befinden,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

daß wir eine Reihe von Fabrikaten und Rohstoffen, wie ich schon bemerkt habe, nicht im Überfluß im Lande haben, daß wir unsere eigene Industrie, vor allem die verarbeitende Industrie und den Inlandshandel, in höherem Maße schädigen würden, wenn wir den Verkehr frei und ungehindert hinausgehen ließen.

Andererseits müssen wir verhüten, daß die Waren zu einem allzu billigen Preise nach dem Auslande gehen. Der einzelne mag davon unter Umständen einen Vorteil haben, aber die Gesamtheit hat den schweren Schaden zu erleiden. Hierdurch würde auch dem Ausland nur weiterer Anlaß gegeben, **Dumpingzölle** zu erheben und einzuführen, die uns heute schon in unserer Konkurrenz nach dem Auslande erheblichen Abbruch tun. Wir haben ein allgemeines Interesse daran, daß die Differenz zwischen Inlands- und Auslandspreis nicht von dem Staat aufgeschluckt wird, in den die Ware hineingeht, sondern unserer Volkswirtschaft erhalten bleibt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das scheint immer noch vielen unklar zu sein. Es ist auch nicht gerade vom wirtschaftlichen Standpunkt als (C) erwünscht zu bezeichnen, wenn man genötigt ist, die Warenausfuhr überhaupt zu beschränken. Ich brauche nur auf die Beschränkung unserer **Zementausfuhr** hinzuweisen, die wir höchstens in dem Umfange gestatten können, daß die durch ausländische Kohle hergestellten Mengen ausgeführt werden. Wir würden in der günstigen Lage sein, große Mengen von Zement zu exportieren, wenn nicht der innere Markt so außerordentlich schlecht beliefert wäre, so daß wir diese Zementmengen hier behalten müssen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich werde noch auf die Frage einer höheren Zementproduktion zu sprechen kommen, wenn ich mich mit der Kohlenfrage beschäftige; denn diese Maßnahme steht in engem Zusammenhang mit der Kohlenfrage.

Ich habe nur an diesem Beispiele gezeigt — ich könnte noch mehrere Beispiele vortragen, um Ihnen zu zeigen —, wie notwendig es ist, die **Außenhandelskontrolle** heute noch aufrechtzuerhalten. So haben wir auch für **Walzwerkserzeugnisse** Ausfuhrkontingente gegeben, die wieder herabgesetzt werden mußten, um der verarbeitenden Industrie im Inlande die notwendige Versorgung zu sichern. Auch hier wirkt die gleiche Ursache wie beim Zement: an sich die Möglichkeit erhöhter Produktion, aber die Drosselung der Produktion aus Mangel an Kohle. Daneben haben wir da, wo es nur möglich war, eine Förderung des Außenhandels betrieben. Das lag im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse.

Der Zwang der Reparationslasten, der auf der einen Seite uns nötigte, gerade unser Ausfuhrkonto möglichst zu erhöhen und in der Einfuhr zu sparen, zwang uns auch, mit Hilfe der Ausfuhrkontrolle zum Teil erhebliche Devisenbeträge hereinzunehmen, die an die Reichsbank abgeliefert wurden und die wir — das bitte ich bei der (D) Beurteilung dieser Frage zu beachten — auf andere Weise ohne viel erheblichere Eingriffe nicht hätten erhalten können.

Wenn ich also unsere Außenhandelskontrolle gegenwärtig noch für notwendig halte, so bin ich doch der Meinung, daß wir bei der Einfuhrseite schon hoffentlich sehr bald zu freierer Bewegung kommen werden. Ich hoffe, daß wir sehr bald eine **Beseitigung der festgesetzten Einfuhrkontingente** vornehmen können. Bei dem bisherigen und gegenwärtigen Stand unserer Wirtschaft war es nicht möglich gewesen, **Luxusartikel** in großen Mengen frei ins Land hereinzulassen, weil uns diese Einfuhr zu stark belastet und damit unsere Handelsbilanz noch viel schlechter gestaltet hätte, als sie es ohnehin schon ist. Man darf aber annehmen, daß es uns möglich sein wird, diese Luxuswaren in der Einfuhr vom Markt auch schon dadurch zurückzuhalten, daß wir ihre Zollsätze beträchtlich erhöhen. Es hat sich gezeigt, daß die Kontrolle der Einfuhrkontingente große Schwierigkeiten bereitet, einen großen Apparat notwendig macht, Störungen in handelspolitischer Beziehung mit dem Auslande herbeiführt, — alles Dinge, die wir am liebsten beseitigt wissen wollen.

In diesem Zusammenhang darf ich kurz auf die **Verhandlungen in Genua** verweisen, wo wir in den Kommissionen die wirtschaftspolitischen Fragen eingehend — ich darf sagen, in ruhiger sachlicher Form — besprochen haben, die auch von der sonstigen politischen Erregung, die wir in Genua auf anderen Gebieten fanden, nicht berührt war. Bei diesen Auseinandersetzungen ergab sich eine große Verschiedenheit in der Auffassung, der Behandlung der Ein- und Ausfuhrfragen, die ihren Grund in der verschiedenartigen wirtschaftlichen Gestaltung der einzelnen Staaten hatte. Trotzdem ergaben sich gewisse einheitliche Richtlinien, die doch darauf hinausgingen,

(Schmidt, Reichswirtschaftsminister.)

(A) möglichst alle Beschränkungen im Handel und Verkehr zwischen den Staaten, soweit sie nicht ein unbedingtes dringendes Erfordernis sind, aufzuheben und zu beseitigen.

In diesem Zusammenhang ist auch in Genua davon gesprochen worden, für die bedeutsamsten Industrie- und Handelsstaaten, wenn möglich, ein **einheitliches Zolltarifschema** auszuarbeiten, so daß schon durch die einheitliche Gestaltung gewisse Erleichterungen im Zollverkehr eintreten würden. Die Ausführung eines solchen Vorhabens ist natürlich schwierig. Nach dieser Richtung leisten wir bereits wesentliche Vorarbeit, indem wir unser Zolltarifschema einer Umarbeitung unterwerfen und uns an Grundsätze, die eine gewisse internationale Bedeutung erlangt haben, halten oder anzupassen versuchen. Wir kommen also diesem Wunsch der Genuakonferenz schon weitestgehend entgegen.

Wir haben dann in Genua die sehr wichtige Frage der **Meistbegünstigung** besprochen. Es lag nahe, daß wir gerade von deutscher Seite ein Interesse daran hatten, diese unbillige, uns durch den Versailler Vertrag einseitig zu unseren Ungunsten auferlegte Meistbegünstigung zu beseitigen. Wir sind ja durch diesen Vertrag in der harten Lage, daß wir jede Vergünstigung auf zollpolitischem Gebiet auch ohne weiteres den alliierten Staaten mit überantworten müssen und dafür irgendwelche Gegenleistungen auf der anderen Seite nicht fordern können, sondern das, was wir dort geben, unter dem Zwange des Versailler Vertrages geben müssen. Es war erfreulich, zu sehen, daß gerade unter den Ententestaaten selbst sehr bedeutende Vertreter sich gegenüber der Meistbegünstigung in dieser Form ganz ablehnend verhielten. In dem diesbezüglichen Beschluß wurde unter ausdrücklichem Widerspruche Frankreichs festgelegt, daß wir bezüglich der Regelung der Meistbegünstigung zu einer Grundlage kommen müssen, die gleiche Rechte (B) der einzelnen Nationen anerkenne. Ich glaube, daß dies auf wirtschaftspolitischem Gebiet ein Erfolg ist, den wir dort erreicht haben, wenn ich auch zugebe, daß er natürlich nicht unmittelbar in die Tat umgesetzt werden wird und kann. Wir werden uns aber bei künftigen Handelsverträgen und bei den Verhandlungen über Handelsabkommen auf diese Beschlüsse der Genuakonferenz berufen können, die nahezu einstimmig gefaßt sind und in einigen Punkten sogar volle Einstimmigkeit erreicht haben. Ich glaube, daß es für die ferneren Verhandlungen von Erfolg sein wird, diese Genuabeschlüsse zur Hand zu nehmen. Auch sonst haben die weiteren Verhandlungen gewisse Klarheit in handelspolitischen Fragen ergeben, die von allgemeinem Nutzen und Vorteil sind. Ich nehme an, daß wir nun sehr bald auch mit Staaten, mit denen wir noch keine Handelsabkommen geschlossen haben, zu solchen Handelsabkommen kommen werden, und es wäre zu wünschen, daß die Genuabeschlüsse dabei als Grundlage dienen mögen.

Der Reichshaushaltsausschuß war sich bei der Etatberatung darüber einig, daß es notwendig wäre, unsere **Wirtschaftsbeziehungen zu den fremden Staaten**, insbesondere auch zu den östlichen Republiken, enger zu gestalten, mit denen schon vor dem Kriege auf Grund kultureller, geographischer und wirtschaftlicher Beziehungen enge Verbindung bestand. Nach mühevollen Arbeiten ist es uns gelungen, eine Reihe von Verträgen zum Abschluß zu bringen. Mit **Finnland** wurde am 21. April ein Sonderabkommen über gewisse Fragen des Verkehrs abgeschlossen. Der Vertrag mit **Jugoslawien** hat erst vor kurzer Zeit dem hohen Hause vorgelegen. Mit der **Tschechoslowakei** sind Verhandlungen über Anknüpfung eines Wirtschaftsabkommens vom Juni 1920 nach langen Mühen endlich zu einem befriedigenden Abschluß gekommen, die in Kraft treten, sobald die Tschechoslowakei die bisher nur im Verwaltungswege in Kraft gesetzten Wirtschaftsabkommen (C) ratifiziert hat. Am 27. März 1922 wurde ein Wirtschaftsvertrag mit **Lettland** abgeschlossen. Verhandlungen über die künftige Gestaltung der Handelsbeziehungen schweben mit **Litauen, Spanien und Italien.** Zu einem endgültigen Abschluß sind die Verhandlungen hier noch nicht gediehen, aber sie sind im besten Gange. Mit **Rumänien und Griechenland** stehen wir zwar noch nicht in Verhandlungen, jedoch hoffe ich, daß es bald möglich sein wird, auch mit diesen Staaten, ebenso wie mit einer Reihe anderer wichtiger Staaten, insbesondere mit den **Vereinigten Staaten von Amerika,** zu Verhandlungen und Wirtschaftsabkommen zu gelangen. Es wird unser eifrigstes Bemühen sein, alles zu fördern, was geeignet ist, nach dieser Richtung hin eine Besserung unserer Handelsbeziehungen herbeizuführen.

Vielleicht darf ich in Verbindung damit auch darauf hinweisen, daß wir mit dem Freistaat **Danzig,** der seit dem 1. April 1922 mit der Republik Polen ein wirtschaftliches Ganze bildet, und mit **Memel,** für das die Abtrennung vom Reich in wirtschaftlicher Beziehung besonders fühlbar geworden ist, Abreden getroffen haben, die den besonderen Wünschen dieser Territorien Rechnung tragen.

Damit möchte ich übergehen zu dem Stande unseres Außenhandels. Der **Stand unseres Außenhandels** war im vorigen Jahre nicht gerade günstig. Wir haben eine sehr stark passive Handelsbilanz, das heißt die Einfuhr ist erheblich gegenüber der Ausfuhr überschritten worden. Durchschnittlich ist die Einfuhr in diesen Monaten um 4,5 Millionen Doppelzentner oder, dem Werte nach gerechnet, um 1,5 Milliarden Mark im Monat stärker gewesen als die Ausfuhr. In den Monaten Dezember, Januar und Februar trat eine Änderung ein. Die Handelsbilanz gestaltete sich aktiv. Der Ausfuhrüberschuß betrug im (D) Monat Dezember 0,77 Milliarden. Im Januar ist diese Summe auf 1,7 Milliarden und im Februar auf 2,5 Milliarden gestiegen, während im März bereits wieder ein Einfuhrüberschuß von 1,6 Milliarden erschien. Nach mir soeben zugegangenen Mitteilungen hat sich die Passivität im April gegenüber März noch um mehrere Milliarden erhöht. Wir mußten damals sofort darauf hinweisen, daß aus den drei genannten aktiven Monatsbilanzen nicht etwa der irrige Schluß gezogen werden könnte, als ob wir nun dauernd mit einer aktiven Handelsbilanz zu rechnen hätten. In diesen Monaten kam eine starke Zurückhaltung im Einkauf von Auslandsrohstoffen zum Ausdruck. Es kam die verminderte Einfuhr von Nahrungsmitteln hinzu, so daß hier ganz abnorme Verhältnisse eine Rolle spielten, die, wie sich bereits gezeigt hat, im März einen starken Umschwung in der ganzen Bilanz herbeiführten. Wir werden also weiterhin leider mit einer stark passiven Handelsbilanz zu rechnen haben.

Ganz unhaltbare Zustände haben sich im vorigen Jahr und auch in diesem Jahr bis in die jüngste Zeit hinein auf dem Devisenmarkt herausgebildet, indem sich eine wilde Spekulation geltend machte. Zeitweise hat der Anreiz, der durch die ungesunde **Spekulation in Devisen** und Geldsorten gegeben wurde, bei den Banken und bei den großen Fondsbörsen zu Zuständen geführt, welche die ordnungsmäßige Abwicklung der Geschäfte nahezu unmöglich machte. Diese Spekulation hat auch sicherlich in ungünstigem Sinne auf die Bewertung der Mark im Auslande eingewirkt. Das Reichswirtschaftsministerium ist deshalb dazu übergegangen, ein Devisenhandelsgesetz vom 2. Februar 1922 in Vorschlag zu bringen, das den spekulativen Handel mit Geldsorten und Devisen wenigstens zu einem Teile hemmen sollte. Die Durchführung dieses Gesetzes ist im allgemeinen glatt vonstatten

(**Schmidt**, Reichswirtschaftsminister.)

(A) gegangen. Die Bestimmungen des Gesetzes haben, wie ich glaube, sich auch als erfolgreich erwiesen, der wilden Spekulation mit Devisen und ausländischen Zahlungsmitteln einen Riegel vorzuschieben.

In Verbindung damit wende ich mich mit einigen Worten zu der Frage, die auch der Herr Berichterstatter angeschnitten hat, nämlich zu der **schwierigen Lage der Valutaschuldner in Deutschland.** Durch den dauernden Tiefstand der Mark gegenüber der Friedensparität sind bekanntlich eine Reihe wertvoller wirtschaftlicher Existenzen, die in ausländischer Währung oder Ausländern gegenüber in Goldmark Verpflichtungen eingegangen waren, in eine bedrohliche Lage geraten, da die Beschaffung der Golddevisen für Zinszahlung, Amortisation und Kapitalablösung auf die Dauer ihre Kraft übersteigt. Die Frage unterliegt daher seit geraumer Zeit ernstester Erwägungen, ob und in welchen Fällen hier eine Reichshilfe einsetzen kann. Verschiedene Hilfsmaßnahmen in dieser Richtung sind bereits grundsätzlich beschlossen. Eine besondere Behandlung wird der Hausbesitz, der zugunsten der **Schweizer** Bürger mit **Goldhypotheken** belastet ist, erfahren. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, hier wirksam zu helfen, und ich darf die Hoffnung aussprechen, daß die Durchführung der beabsichtigten Maßnahmen auch von der Schweizer Seite durch Entgegenkommen gefördert wird. Das ist eine Voraussetzung für das Gelingen; sonst werden wir nicht zu einem günstigen und für beide Teile befriedigenden Ergebnis gelangen können.

Gestatten Sie mir, daß ich nunmehr auf ein Kapitel von außerordentlich wichtiger wirtschaftspolitischer Bedeutung eingehe, auf die **Kohlenfrage** in Deutschland. Wir haben leider immer noch mit der Tatsache zu rechnen, daß wir den Bedarf an Kohle aus der eigenen Produktion in Deutschland nicht decken können. Leider hat die Förderung von Steinkohle bis jetzt auch nicht annähernd (B) die Höhe erreicht, auf der sie vor dem Kriege gestanden hat. Dieses große Manko, das sich schon aus der Minderförderung ergibt, wird noch durch die Lieferungen erhöht, die wir an die Entente abgeben müssen, so daß wir mit einer dauernden Störung der Kohlenversorgung im Inlande zu rechnen haben. Dazu kommt noch die Umstellung der gesamten Verteilung unserer Inlandskohle. In früheren Zeiten hatte das nördliche Deutschland für die ganze Seeküste seinen Kohlenbedarf zum großen Teile aus England gedeckt, während wir jetzt diesen Bedarf aus dem Inlande decken. Das bedeutet eine ganz wesentliche Belastung der Eisenbahn. Auch in absehbarer Zeit werden unsere Verkehrsmittel daher nicht in der Lage sein, die Beförderung der Kohle so zu gestalten, daß gleichmäßig während des ganzen Jahres eine völlig befriedigende Bedarfsregelung erfolgen kann.

(Hört! Hört!)

Die Klagen der Baustoffindustrie, der keramischen Industrie, der Hüttenwerke über ungenügende Kohlen- und Koksbelieferung sind allgemein bekannt. Es ist eines der traurigsten Kapitel unserer Volkswirtschaft, daß wir Industrien, wie die keramische Industrie, nicht mit Kohle voll beliefern können, damit sie ihre Exportmöglichkeiten voll auszunutzen in der Lage ist.

(Sehr richtig! und Hört! Hört! — Zuruf links: Bei weitem nicht!)

Ebenso liegt es mit den Hüttenwerken. Gegenwärtig liegen 30 Hochöfen still, von denen ein großer Teil in Betrieb hätte gesetzt werden können, da ein Absatz für ihre Produkte vorhanden war. So sind wir selbst gezwungen, vom Ausland Walzeisen hereinzuholen, — ein Zustand, der durchaus ungesund und in hohem Maße bedauerlich ist.

Aber ich möchte in dieser Verbindung auch dem Herrn Referenten sagen: von Bedeutung dabei ist nicht der Achtstundentag, sondern die Frage, ob eine Erhöhung der (C) Kohlenproduktion möglich ist. Wir müssen uns auch darüber klar sein, was wir in den kommenden Jahren in dieser Hinsicht zu erwarten haben. Die Kohlenproduktion wird durch die oberschlesische Auseinandersetzung außerordentlich beeinflußt. Man kann damit rechnen, daß, wenn auch nicht in den nächsten ein oder zwei Jahren, so doch für die Folgezeit die an Polen abgetretene Industrie, sowohl Hüttenwerke wie Kohlenbergwerke, sich in ihrem Absatz nach dem Osten orientieren, auch dort ein Absatzgebiet finden werden und für Deutschland verloren sind. Es nützt nichts, sich über diese Dinge Illusionen hinzugeben; sondern man muß den Dingen ruhig ins Auge schauen, wie sie sind. Es gibt also keine andere Möglichkeit, wollen wir die Kohlen für unsere Industrie aus dem Inlande nehmen, dann müssen neue Felder im Ruhrgebiet erschlossen werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten).

Ich habe deshalb, wenn auch mit großen Bedenken, dem zugestimmt, was das rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat gefordert hat, nämlich einen besonderen **Aufschlag auf den Kohlenpreis** zu gewähren, um aus dieser Summe sowohl die **Kohlenbergwerke zu modernisieren,** technisch auf die Höhe zu bringen,

(hört! hört! bei den Kommunisten)

wie vor allem neue Schächte zu erschließen, für die das notwendige Anlagekapital nicht flüssig gemacht werden kann. Es wird sich nunmehr darum handeln, eine scharfe Kontrolle auszuüben, damit diese Summe nicht für Dividenden oder sonstige Revenuen der Unternehmen, sondern restlos für die **Erschließung neuer Werke** und die technische Vervollkommnung der bisherigen alten Unternehmungen verwendet wird. Ich habe den Eindruck — und Fachleute haben das bestätigt —, daß eine Reihe von unseren Betrieben im Bergbau und auch in den Hüttenwerken technisch nicht gerade auf der Höhe stehen, und daß wir (D) dringend Anlaß haben, das nachzuholen, was auf diesem Gebiete versäumt worden ist.

Dazu kommt eine andere sehr beachtliche Erscheinung. Wir haben in den letzten Tagen erfahren, daß die Belegschaft in dem rheinisch-westfälischen Bezirk um 5000 Mann zurückgegangen ist. Die **Belegschaft** wandert aus dem Bergbau ab, und zwar in andere Berufe, insbesondere ins Baugewerbe. Die Verhältnisse haben sich auch hier ganz anders als vor dem Kriege gestaltet. Der Bergbau hat vor dem Kriege aus einem großen Reservoir, aus allen Ländern, möchte ich beinahe sagen, Arbeitskräfte geworben. Das ist jetzt nicht mehr möglich; im wesentlichen schöpft er nun aus dem Arbeiterbestand des eigenen Landes. Der Bergbau bringt einmal ungeheure Gefahren mit sich, sodann aber erfordert er schwere und harte Arbeit besonders unter Tage.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist nun menschlich begreiflich, meine Herren, daß gar mancher diesem Beruf den Rücken kehrt, wenn er eine andere, leichtere Beschäftigung findet. Wir müssen also versuchen, einen gewissen Anreiz für diese gefahrvolle Arbeit, für diese harte und ungewöhnliche Arbeit zu geben.

Deshalb habe ich mich nicht dagegen gesträubt, für höhere Löhne einzutreten, um durch höhere Löhne — denn ich sehe im wesentlichen keinen anderen Anreiz —, auch durch eine gewisse Beschränkung der Arbeitszeit, die Arbeiterschaft in diesen Bezirken zu halten. Mit großer Freude, mit großer, fester innerer Überzeugung — kann ich ganz offen sagen — gehe ich deshalb auch nicht an die rheinisch-westfälischen Bergarbeiter heran und fordere von ihnen **Überschichten.** Aber es ist doch notwendig und vielleicht möglich, wenn wir den Bergleuten die Schwierigkeit der Situation, in der sich das ganze deutsche Wirt-

(Schmidt, Reichswirtschaftsminister.)

(A) schaftsleben befindet, darlegen. Auf die Dauer werden wir keine Überschichten erhalten.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Auf die Dauer müssen wir uns damit abfinden, daß die Bergarbeiter eine Ausnahmestellung unter allen anderen Berufen beanspruchen und berechtigterweise beanspruchen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Denn das ist eine Arbeit, die nicht vergleichbar ist mit all den anderen Unannehmlichkeiten, die irgendwie an einer anderen Arbeitsstelle vorkommen.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wer schließlich mit den Bergarbeitern unzufrieden ist — ich bin auch nicht in allem mit ihnen zufrieden, ich glaube, es könnte manches vermieden werden; aber wer will ein scharfer Richter in diesen Sachen sein? — ich sage: wer unzufrieden ist, der sollte erst einmal in die Grube gehen

(lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken)

und sehen, unter welchen Verhältnissen die Leute arbeiten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Er soll einmal an dieser Arbeitsstätte Betrachtungen anstellen, ob man schließlich nicht manches versteht, was sich in diesen Kreisen impulsiv Ausdruck und Bewegung verschafft.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Es sind sehr schwierige Fragen, deren Lösung uns bevorsteht. Wir wollen nicht zaghaft darangehen. Ich sage noch einmal: ich hoffe und erwarte, daß für eine bestimmte Zeit die Bergarbeiter Überschichten verfahren. Aber auch hier möchte ich nochmals betonen, was ich im Haushaltsausschuß gesagt habe: wir konnten von dem Bergarbeiter nicht längere Arbeitszeiten verlangen, solange große **Haldenbestände** dalagen;

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

(B) denn die Arbeiter sagen dann: was nutzt es, daß wir lange arbeiten, wenn die Haldenbestände nicht weggeführt werden können?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und bei den Kommunisten.)

Bevor diese Frage nicht gelöst war, konnte ich auch an die Arbeiter nicht mit dem Nachdruck herantreten, der notwendig ist, um ihnen zu beweisen: hier leistet Ihr etwas, was im Interesse der Gesamtheit liegt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe schon davon gesprochen, daß wir **neue Grubenfelder erschließen** müßten. — Eine dringend notwendige Aufgabe! Wir haben in den ganzen Jahren nicht die Ergänzungen vorgenommen, die wir sonst unter normalen Zeiten vornehmen mußten und vorgenommen hätten. Das Kapital hat sich davon zurückgezogen. Es hat sich gesagt: schließlich gewinnen wir Dividenden aus den alten Unternehmungen, was sollen wir uns in mit großen Kosten zu erstellenden Neuunternehmungen festlegen?

(Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei.)

Das ist auch ein Symptom unserer Zeit.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir müssen aber an die Frage herantreten; wenn nicht auf diesem, so auf anderem Wege!

Ich bin mit dem preußischen Handelsminister in Verbindung getreten und habe erfahren, welche Berggerechtsame noch in Preußen vorhanden sind, welche Felder noch nicht erschlossen sind, die im Bezirk des preußischen Staates sind. Das sind sehr ertragreiche Felder, und auch ein ziemlich umfangreicher Besitz. Dieser Besitz darf nicht länger tot daliegen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Er muß angegriffen werden; das Kapital dafür muß herbeigeschafft werden. Ich glaube, daß es möglich sein wird, mit dem preußischen Handelsminister zu einer (C) Verständigung dahin zu kommen, daß mit Hilfe des Reichs und Preußens und vielleicht auch der privaten Unternehmungen ein Unternehmen aufgerichtet wird, das die neuen Felder erschließt und unsere Kohlenproduktion auf der Grundlage vermehrter Anlagen und neuer Unternehmungen erhöht. Ich möchte in diesem Zusammenhange nicht verfehlen, auch an dieser Stelle die von dem bergtechnischen Ausschuß für das Ruhrgebiet dankenswerterweise geleisteten Arbeiten hervorzuheben. Die Anregungen von jener Seite auf betriebstechnischem Gebiet werden zweifellos mit zur Hebung und Förderung beitragen.

Einige Worte über den **Kalibergbau**! Sie wissen, daß dem Reichstage durch das Kaliwirtschaftsgesetz vom 22. Oktober 1921 ein Gesetz unterbreitet worden ist, das die Aufgabe erfüllen sollte, in den sehr unklaren — ich könnte sagen — wirtschaftlich zerrütteten Verhältnissen des Kalibergbaues Ordnung und Besserung herbeizuführen. Das Gesetz hat im wesentlichen die Tendenz gehabt, die technisch fortgeschrittenen Betriebe zu voller Leistungsfähigkeit anzuspornen, die technisch rückständigen stillzulegen. Über die Folge dieses Gesetzes, die sich auch gezeigt hat, bin ich mir nicht im Zweifel gewesen: eine starke Konzentration der Unternehmungen im Kalibergbau, die noch nicht abgeschlossen ist. Das wird nicht zu verhindern sein. Immerhin hoffe ich, daß doch möglich sein wird, in der Preisentwicklung eine mäßige Grenze zu halten, weil der technische Betrieb hier volle Ausnutzungsmöglichkeit hat.

Auf eine Senkung der Selbstkosten der Kaliwerke muß schon insofern hingewirkt werden, weil der elsässischen Konkurrenz entgegengetreten werden muß, die heute schon in der Lage ist, ein Viertel des Weltbedarfs überhaupt zu decken. Eine mäßige Preispolitik für Kali (D) macht schon unsere allgemeine Ernährungslage erforderlich, da die deutsche Landwirtschaft, die heute zu etwa 74 Prozent an dem Gesamtabsatz beteiligt ist, in weitem Umfange Abnehmer bleiben muß.

Einige Worte über die **Lage der Eisenindustrie**! Hier haben wir sehr starke Aufwärtsbewegungen der Preise, leider mehr, als nach meiner Ansicht zu verantworten ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Zu dem Übel sind wir, wie ich schon erwähnte, gekommen, weil der Markt so beengt ist, daß wir selbst ausländisches Roheisen einführen müssen,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

während wir gerade hier eine Produktionsmöglichkeit haben, die vollständig in der Lage wäre, den eigenen Bedarf zu decken,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

wenn die nötige Belieferung mit Koks möglich wäre. Es handelt sich bei der Einfuhr um Roheisen aus lothringischen und luxemburgischen Hütten. Das Bezeichnende ist, daß dieses Roheisen mit dem Koks erblasen wird, den wir der Entente zu liefern gezwungen sind.

(Hört! Hört!)

Auch auf dem Schrottmarkt hatten wir zeitweise eine Preissteigerung bis zum Hundertfachen gegenüber vor dem Kriege, wüste Spekulationen und enorme Gewinne.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben schließlich veranlaßt, daß der Eingangszoll für Alteisen aufgehoben wird, um wenigstens einen Preisdruck vom Ausland herbeizuführen. Der beabsichtigte Erfolg, eine angemessenere **Preisbildung und**

(Schmidt, Reichswirtschaftsminister.)

(A) der Zustrom ausländischer Bestände scheint erreicht zu werden.

Die Eisenpreise — um noch darauf hinzuweisen — haben sich für Stabeisen inzwischen auf 9810 Mark unter Berücksichtigung eines Siemens-Martin-Aufschlags auf 10 710 Mark erhöht.

(Hört! Hört! links.)

Das ist das Hundertfache des Vorkriegspreises. Eine solche Annäherung an den Weltmarktpreis hat sich hier vollzogen, daß sich sogar der Stahlbund gezwungen sah, anläßlich der letzten Kohlenpreis- und Tariferhöhung auf eine weitere Hinaufsetzung seiner Preise zu verzichten, um den Weltmarktpreis nicht zu überschreiten.

(Hört! Hört! links.)

Meine Damen und Herren! Wenn das Ausland das Eisen zu dem Preise liefern kann wie das Inland, und wenn wir berücksichtigen, daß das Ausland relativ höhere Löhne zu zahlen hat, dann muß in den Preisen ein hoher Gewinnaufschlag enthalten sein.

(Sehr richtig! links.)

Wir sind zum Ende des letzten Etatsjahres dazu übergegangen, die **Benzolbewirtschaftung** aufzuheben. Wir haben unter der Zwangswirtschaft in Benzol verhältnismäßig niedrige Preise halten können. Die Verteilung war aber mit soviel Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten verbunden, daß wir uns entschließen mußten, die vollständige Freigabe des Benzols herbeizuführen, um die Hindernisse in der Bewirtschaftung und in der Verteilung aufzuheben. Damit ist natürlich eingetreten, was vorauszusehen war: eine erhebliche Preiserhöhung. Aber die Verbraucher erhalten nunmehr wenigstens genügende Mengen.

Der Referent hat bereits auf den weiteren Abbau unserer Zwangswirtschaft und der Kriegsgesellschaften hingewiesen. Ich darf in Ergänzung zu dem, was ich (B) im Haushaltsausschuß dargelegt habe, kurz den gegenwärtigen Stand unserer **Kriegsgesellschaften** kennzeichnen. Wir hatten am 1. April 1921 im Reichswirtschaftsministerium 5 Reichsstellen, 7 Reichskommissariate und 15 Kriegsgesellschaften. Übrig geblieben sind jetzt eine Reichsstelle, nämlich die Reichslederstelle; 2 Reichskommissariate: der Kohlenkommissar und die Eisenwirtschaft; 2 Kriegsgesellschaften: die Zigarettentabakseinkaufsgesellschaft und die Reichsschuhversorgung. Die Reichsstelle wird noch im Laufe des Sommers 1922 aufgelöst, die Liquidation der beiden noch bestehenden Kriegsgesellschaften wird ebenfalls voraussichtlich noch im Laufe dieses Jahres ihr Ende erreichen.

Nun hat Herr Dr. Rießer gefragt, wie es mit den Kriegsgesellschaften steht, die aufgelöst sind, welches Personal da noch vorhanden ist und ob sich nicht etwa ergibt, daß die Kriegsgesellschaften, die in Liquidation sind, sich mit ihrem gesamten Personal nun hinüberretten in die Liquidationsgesellschaften. Darüber kann ich keine erschöpfende Auskunft geben; denn diese Gesellschaften unterstehen dem Reichsschatzministerium. Vielleicht bekomme ich in den nächsten Tagen von dorther eine Auskunft, die mir die Möglichkeit gibt, diese Frage zu beantworten.

Soweit die Kriegsgesellschaften noch dem Reichswirtschaftsministerium unterstehen, kann ich folgendes sagen: Am 1. April 1921 betrug die Zahl der beschäftigten Personen 4358, am 1. Mai dieses Jahres 950. Es ist also sehr stark abgebaut worden.

Über die **Papierwirtschaft** hat der Herr Referent ebenfalls eingehend berichtet. Die Reichsregierung ist durch Beschluß des Reichstags vom 7. April dieses Jahres ersucht worden, Maßnahmen zur Unterstützung der Presse zu ergreifen. Wir haben dieser ernsten Frage (C) besonderes Interesse entgegengebracht und hier zugesagt, alles zu tun, was in unseren Kräften liege. Wir haben zunächst auf dem Verwaltungswege eine Erleichterung insofern durchgesetzt, als die Detarifierung für Zeitungspapier durchgeführt wurde. Die Eisenbahnverwaltung hat dem stattgegeben. Hier haben wir also eine kleine Erleichterung; denn bei den hohen Papierpreisen ist die Tariffrage nicht mehr das Entscheidende.

Wir haben ferner versucht, ein anderes Versprechen einzulösen, nämlich die Exportgewinne zu einem erheblichen Teil zu erfassen, um damit die Preise für Zeitungsdruckpapier zu senken. Ich muß hier im Plenum ganz offen erklären, daß uns auf diesem Gebiet erhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Wir sind mit der Außenhandelsstelle für Druckpapier wegen dieser Frage in Verbindung getreten. Diese Stelle hat aber einstimmig, einschließlich der Arbeitnehmer, wie ich hier ausdrücklich feststellen muß, es abgelehnt, auf diesen Boden zu treten und 60 Prozent des Mehrgewinnes bei der Ausfuhr dem Zeitungspapier zur Preissenkung zur Verfügung zu stellen. Die Herren lehnen das natürlich nicht aus grundsätzlicher Abneigung, auch nicht aus Bosheit gegen die Presse ab, sondern weil sie darlegen, daß es — und das ist durchschlagend — technisch undurchführbar sei. Es stellt sich immer zur rechten Zeit eine technische Unmöglichkeit ein.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir wollen versuchen, auf einem anderen Wege zu einem Ergebnis zu kommen. Wenn ein solcher Selbstverwaltungskörper mit großer Entschiedenheit, einschließlich der Arbeitnehmer, erklärt, die Durchführung sei technisch unmöglich, so muß das Reichswirtschaftsministerium solchen Einwänden Beachtung zuteil werden lassen und kann nicht über solche Vorstellungen hinweg handeln, ohne noch einmal eingehend die Frage zu prüfen, ob die Einwände berechtigt sind. (D)

Nun ist die Preisgestaltung für das Papier im wesentlichen abhängig von den Holzpreisen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ob es in den allgemeinen Preisverhältnissen begründet ist, daß wir zu Papierholzpreisen den Raummeter für 600 bis 900 Mark kommen, dafür scheint mir ein Beweis noch nicht erbracht zu sein. Ich würde es für tragbar halten, daß uns durch eine Abgabe beim Holzverkauf oder bei der Auktion von Holz Mittel zur Senkung der Preise zur Verfügung gestellt werden. Aber es ist undenkbar, daß die Reichsregierung aus allgemeinen Mitteln größere in Betracht kommende Summen zur Senkung der Papierpreise zur Verfügung stellen kann.

(Sehr wahr! links.)

Das ist unmöglich. Ich hoffe, daß es uns noch gelingen wird, auch den Widerstand der Einzelstaaten, der sich bei dieser Gelegenheit erheben wird, zu beseitigen und eine Verständigung zu finden, die es uns ermöglicht, zu dem dargelegten Ziele zu kommen. Jedenfalls ist und wird von unserer Seite alles geschehen, um den berechtigten Forderungen, die hier gestellt werden, stattzugeben. Ich halte es im Interesse unserer Presse, besonders der kleinen Presse, für unbedingt notwendig, daß wir einen Weg zu einer Ermäßigung der Druckpapierpreise finden. Durch diese ungeheure Preissteigerung ist gerade die Konkurrenzfähigkeit der kleinen Unternehmungen gegenüber den großen erheblich beeinflußt. Wir haben kein Interesse daran, diese kleine Presse vollständig verschwinden zu sehen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich darf dann noch kurz auf die **Baustoffindustrie für Siedlungs- und Kleinwohnungsbauten** zurückkommen. Es lag nahe, daß wir alle Vorbereitungen trafen, um

(Schmidt, Reichswirtschaftsminister.)

(A) bei Beginn der Baukonjunktur die Bauindustrie mit Kohle stärker zu beliefern, um vor allem auch den Anforderungen im Siedlungs- und Kleinwohnungsbau genügen zu können. Das Kohlenkontingent für die Zementindustrie ist sehr stark heraufgesetzt und auch damit eine sehr erhebliche Steigerung der Produktion erzielt worden. Wir haben im Februar eine Zementproduktion von 232 760 Tonnen, und stiegen im März auf 405 900 Tonnen, um dann leider im April auf 306 000 Tonnen zurückzukommen, weil ein Streik die Zementproduktion stark verminderte. Auch in den Kalkwerken haben wir die Möglichkeit einer stärkeren Produktion durch die bessere Kohlenbelieferung. Es ist beabsichtigt, für den Kleinwohnungsbau eine Bevorzugung der Lieferung von Baustoffen eintreten zu lassen. Diese besteht darin, daß bei Zement 30 Prozent, bei Bau- und Ziegelsteinen 20 Prozent für Kleinwohnungen nach den abgegebenen verbindlichen Erklärungen von den in Betracht kommenden Industrien vorab zur Verfügung gestellt werden. Das sind kurz angedeutet die Unterstützungen, die dem Siedlungsbau, soweit das Reichswirtschaftsministerium in Betracht kommt, zuteil werden sollen.

Die Förderung der Erhaltung des gewerblichen Mittelstandes ist von meiner Seite immer als eine wichtige Aufgabe angesehen worden. Die Anregungen hatten im wesentlichen die **Förderung von Qualitätsarbeit** zum Ziel, die in weiteren Kreisen als eine wichtige Voraussetzung für die günstige Weiterentwicklung des **Handwerkes** anerkannt wird. Da durch das Sinken der Kaufkraft bei großen Teilen des Volkes Qualitätsarbeit nicht mehr den erforderlichen Absatz finden konnte, sind Vorkehrungen getroffen, um die deutschen Ausstellungen und Messen in höherem Maße als bisher dem Handwerk, insbesondere dem Kunsthandwerk und Kunstgewerbe, nutzbar zu machen und auf diese Weise (B) auch dem Kleingewerbe Absatzmöglichkeiten auf den Auslandsmärkten zu eröffnen.

(Sehr gut! rechts.)

Die dem **kleingewerblichen Mittelstand aus der Kapitalknappheit** erwachsenden Schwierigkeiten werden künftig Gegenstand eingehender Beratung im Handwerksbeirat sein, der von einer Anzahl bedeutsamer Männer aus dem Handwerk — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — gebildet ist.

(Bravo! rechts.)

Ich hoffe, daß dieser Gefahr mit Hilfe der gewerblichen Genossenschaften begegnet werden kann.

(Sehr gut! rechts.)

Was die **wirtschaftlichen Zukunftsaussichten** anbetrifft, so darf ich mich zum Schlusse dahin zusammenfassen. Es ist schwierig, zu sagen, welche weiteren Störungen unser Wirtschaftsleben erdulden wird und wann wir schließlich in den großen Strudel der Weltkrise mit hineingerissen werden. Aber es wird meine Sorge sein, einen steilen Abstieg der Wirtschaftskurve mit allen seinen bedenklichen Begleiterscheinungen und Folgen nach Möglichkeit abzumindern. Als eine der Maßnahmen, die hierzu geeignet sein können, möchte ich die Stützung der deutschen Industrie durch weitere **Auftragsvergebung seitens staatlicher Stellen** schon jetzt betonen. Es sollen Aufträge dann vergeben werden, wenn wirklich ein Mangel an Beschäftigung in der Industrie eintritt, und es sollen im Zeichen der guten Geschäftskonjunktur, soweit das tragbar und möglich ist, staatliche Aufträge zurückgehalten werden. Wenn hier eine gute Organisation und gute Fürsorge unter volkswirtschaftlicher Erkenntnis die Maßnahmen ergreift, bin ich überzeugt, daß auch diese Anordnung, wenn auch nicht die Krise beseitigen, so doch eine Milderung eintreten läßt, die im Interesse der Industrie (C) wie der Arbeiterschaft gelegen ist.

Vor allen Dingen aber — das betone ich noch einmal — muß darauf Bedacht genommen werden, unsere industriellen Einrichtungen technisch und organisatorisch so auszugestalten, daß die Senkung der Selbstkosten mit dem Sinken der Preise Schritt hält. Wir müssen technisch dem **ausländischen Wettbewerber** ebenbürtig werden, um ihm im engeren **Konkurrenzkampf** unter gleichen Bedingungen gegenüberzustehen. Eine Krise — darüber besteht kein Zweifel — würde die Arbeiterschaft heute viel schwerer belasten als jemals, besonders im Hinblick auf die enorm hohen Preise für die Lebenshaltung. Arbeitslosigkeit bedeutet heute für denjenigen, der noch seine Arbeitskraft besitzt, etwas viel schrecklicheres als unter anderen Zeiten und Verhältnissen. Wir werden solchen Krisen in unserem Wirtschaftsleben nicht entgehen können. Aber wir müssen nach Möglichkeit versuchen, zur Milderung einer solchen Krise beizutragen und, wenn es uns möglich ist, auch die Kräfte zu entwickeln, die die Entstehung solcher Krisen in Zukunft verhindern können.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten. — Beifall rechts und im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hammer. — Ich bitte ihn, vielleicht zugleich zur Interpellation ein paar Worte zu sagen. Wir haben sie ja verbunden.

Hammer, Abgeordneter: Meine sehr geehrten Herren! Die sehr ernsten Ausführungen des Herrn Ministers werden wohl allen denjenigen, die ein Interesse an derartigen Dingen haben, die Schwere der Zeit deutlich gezeigt haben. Mancherlei in den Ausführungen des Herrn Ministers muß ich persönlich bestätigen, und ich erwarte, daß sich für einzelne seiner (D) Anregungen, die er hat durchblicken lassen, eine Mehrheit finden wird.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Da brauchen Sie bloß auf Ihre Partei einzuwirken!)

— Seien Sie unbesorgt, das wird geschehen, wenn wir das Vorgehen für richtig halten.

Der Herr Minister kommt eben aus Genua und hat dort eine Fülle von Eindrücken gewonnen und mitgebracht, die er uns wohl bei späterer Gelegenheit noch darlegen wird. Dort ist ihm selbstverständlich auch klar geworden, wie die Dinge im Auslande liegen, daß die **Siegerstaaten** zum Teil eine sehr **schwere Krisis** durchzumachen haben und daß die Rohstofferzeugung der Länder im Frühjahre 1920 einen Preissturz erlitten haben, der sich bis zu uns in die einzelnen Genossenschaften und auf den Handel erstreckt hat, wie er noch nicht dagewesen ist. In den valutastarken Ländern, welche die Rohstoffe in ihrer Industrie verarbeiten, herrscht eine Arbeitslosigkeit, wie sie Gott sei Dank — und mit Vorsicht sei es gesagt — zurzeit in Deutschland nicht besteht. Andererseits geht aber in den valutaschwachen Ländern, in den Ländern mit geringwertiger Währung, nicht nur die Kaufkraft des Geldes, sondern auch ganz allgemein die Kaufkraft des **Mittelstandes** und der Besitzenden dauernd zurück. Wir stehen hier vor einer außerordentlich schweren Gefahr für Feinindustrie, Kunsthandwerk, Handwerk und Handel.

Unter den Bedingungen, die uns die Entente nach und nach auferlegt hat, will ich nur einige kurz hervorheben und dabei auf den Gedankengang des Herrn Ministers eingehen.

Wir wissen ja, daß uns neben den furchtbaren Reparationszahlungen pro Jahr, auf die ich jetzt nicht

(**Hammer**, Abgeordneter.)

eingehen will, das große Steuerbukett, das wir in diesem Frühjahr verabschiedet haben, aufgenötigt worden ist. Dazu eine Zwangsanleihe von 70 Milliarden und noch weitere 60 Milliarden Mark Steuern sollen wir in diesem Jahre außerdem aufbringen, Steuern, die bis zum Weißbluten gehen. Der Engländer Keynes, der uns durchaus nicht liebt, aber aus einem gewissen Erhaltungstrieb für sein Land heraus die Dinge kühl beurteilt, schreibt in seiner letzten Broschüre, daß das deutsche Einkommen bis zu 43 Prozent besteuert wird, während die Ententevertreter behaupten, daß das deutsche Volk nicht annähernd soviel Steuern zahlte wie etwa England und Frankreich. Weiter hat die Entente die Einstellung der Lebensmittelzuschüsse untersagt. Wir haben ja beim Etat des Ernährungsministeriums gesehen, welche großen Schwierigkeiten uns dadurch bereitet werden. Die Einstellung der Notenpresse soll durchgeführt werden, ebenso ein Ausgleich im Reichshaushaltsetat, der für dieses Jahr mit einem Fehlbetrag von etwa 171 Milliarden abschließt.

Die **Besteuerung der Kohle** ist von der Entente ausdrücklich verlangt worden, die der Herr Minister nicht berührt hat, die aber hervorzuheben ich nicht anstehe, nämlich um die deutsche Kohle, die uns noch bleibt, so zu verteuern, daß die deutsche Industrie mit ihren hochwertigen Arbeitern am Boden liegt. Leider hat sich hier eine Mehrheit gefunden, die diese Steuer auf 40 Prozent erhöht hat, so daß, wenn wir die Umsatzsteuer mit 2 Prozent hinzurechnen, wir die erschreckende Tatsache vor uns haben, daß von 100 Mark, die wir für Kohle einschließlich Hausbrand ausgeben, 42 Mark allein für Steuern abgehen, wovon wohl der größte Teil an die Entente abgeführt werden muß. Auch die **Post- und Eisenbahntariferhöhungen**, die in dieser Zeit Handel und Wandel überaus schwer treffen, sind ebenfalls auf Druck der Entente geschehen, um die Volkswirtschaft im deutschen Volke nach Möglichkeit zu unterbinden, weil wir durch unsere Eigenschaften das einzige Volk sind, welches ihnen auf dem Weltmarkt als das gefährlichste erscheint.

Der Herr Minister hat auch die Transportfrage berührt. Ich will da eines hervorheben. Der Herr Verkehrsminister hat nicht sehr weit gesehen, recht seltsam gehandelt, daß er am 1. Dezember vorigen Jahres die **Staffeltarife** einführte, wonach bei weiten und weitesten Entfernungen eine überaus große Schonung eintritt und dafür auf nahe Entfernungen die Güter ganz ungemein hoch belastet werden. Daß das nicht nur die Wirtschaftlichkeit unserer Wasserstraßen, sondern auch unserer schwer kämpfenden Binnenschiffahrt vollends lähmen und unterbinden muß, müßte Herrn Minister Groener bekannt sein. Warum mag er es wohl getan haben? Ich nehme an, daß wir bei dem Transitverkehr von Ausland zu Ausland, beispielsweise von Tschechien nach Frankreich, durch den sogenannten Friedensvertrag gebunden sind, den Transitverkehr nicht höher zu tarifieren als im Inlande. So kommt diese außerordentliche Schonung auf weite Entfernungen dem Handel und der Industrie in den Ententeländern zugute.

Die Ausführungen des Herrn Ministers über die **Kohle** waren recht lehrreich, und ich kann ihm im großen und ganzen zustimmen, von einigen Einzelheiten abgesehen, die er von seinem Standpunkt daran geknüpft hat.

Kohlen und Eisen sind nun einmal die notwendigen Urstoffe für alles das, was ein Kulturstaat braucht. Um die Kohle dreht sich alles. Nach unserer Auffassung ist durch die hohe Besteuerung und Transportkosten der Kohle die deutsche Industrie und das deutsche Gewerbe außerordentlich geschädigt. Wir hören von ihm, daß neue Schächte getrieben werden sollen, daß dazu Kapital benötigt sei, daß es auf dem Wege, wie er ihn vorschlägt, wohl gelingen kann. Aber die Kohlennot ist so ungeheuer, und der Herr Minister hat sich nicht gescheut, sie darzulegen, wie sie ist, daß die Transportmittelfrage hier eine der schlimmsten ist und seit etwa drei Vierteljahren jetzt auf diesem Gebiete erzeugungshemmend wirkt. Wir kommen nicht voran.

Die deutsche Eisenbahnindustrie wäre wohl imstande, namentlich die Waggons und Lokomotiven, ebenso das Oberbaumaterial der Eisenbahn zu liefern. Wenn so viel Kohlen auf den Halden liegen und doppelte Arbeit gemacht werden muß, daß man die Kohlen erst auf die Halden schüttet und dann von da in die Eisenbahnwagen verlädt, so ist es ganz klar, daß die Kohle ungeheuer verteuert werden muß.

Wenn man den Kruppschen Geschäftsbericht liest und weiß, daß diese Firma früher aus der Elsaß-Lothringischen Minette und durch Mischung mit spanischen und schwedischen Erzen die hochwertigsten **Stahlerzeugnisse** hervorbrachte, jetzt etwa 70 Prozent seiner Verarbeitung aus dem Auslande bei diesem furchtbaren Verhältnis der Mark von 1 : 70 einführen muß, so können wir uns etwa vorstellen, welche Schwierigkeiten die deutsche Industrie zu bewältigen hat.

Der Herr Minister hat auch darauf hingewiesen, daß der bedauerliche **Baustoffmangel** wiederum auf den Mangel von Kohlen zurückzuführen sei. Zement, Kalk und Ziegel sind eben nur durch Feuerung herzustellen, und wir haben nicht genügend derartige Baustoffe für unsere Neubauten, Innensiedlung und für die nötigsten Erneuerungen, während wir, wenn wir genügend Kohlen auf diesem Gebiete gehabt hätten, Huderttausende von Tonnen Zement hätten ausführen können, die uns wertvolle Devisen hereingebracht hätten.

Holz! Die polnische Kiefer kostete vor etwa fünf Wochen 2500 Mark, Eichenholz 3000—6000 Mark der Kubikmeter. Das ist nun schon längst überholt. Wie soll der Tischler, der Drechsler usw. aus diesen Dingen preiswert Holzarbeiten und Möbel herausarbeiten, wenn er auf diesem Gebiete derartig zum Spielball geworden ist!

Meine Herren! Der Herr Minister hat auch über die **Zolltarife der ausländischen Staaten** gesprochen. Ich füge da die Bitte hinzu, die **Übersetzungen** der Zolltarife ins Deutsche, die vorgenommen werden, auch dem Handwerk zugänglich zu machen. Da das Handwerk durch die immer zunehmende Verarmung der früher kaufkräftigen Kreise in Deutschland in zunehmendem Maße gezwungen ist, gute und gediegene Arbeit für das Ausland anzufertigen, hat das Handwerk nunmehr ein starkes Interesse daran, diese Übersetzungen zu erhalten und die betreffende Auskunftsstelle in Frage und Antwort zur Seite zu haben.

Ich habe ferner eine Anregung zu geben, die nach meiner Ansicht auch vom Handwerk gewünscht wird. Sie betrifft die **Reichsbauabteilung**, die noch dem Reichsschatzministerium angehört, das ja eines der vier Ministerien ist, die, wie ich hoffe, bald im Orkus verschwinden werden; wir haben dann immer noch acht. Ich möchte hier zum Ausdruck bringen, daß die Reichsbauabteilung als selbständige Abteilung zum Reichswirtschaftsministerium kommen möge, weil hier die Belange des Handwerks, der gewerblichen Genossenschaften und des Handels sich konzentrieren. Es ist einfach undenkbar, daß die Vertreter des Handwerks in diesem Saal, wo vorherrschend politische Fragen

(Hammer, Abgeordneter.)

(A) verhandelt werden, sich bei jedem Ministerium zum Wort melden müssen, um ihre Wünsche vorzubringen.

Der Herr Minister ist im Hauptausschuß auf die Anregungen eingegangen, dem **Bauhandwerk** die Erneuerungsarbeiten der **Reichsinstitute und Reichsgebäude** in verstärktem Maße zuzuführen. Wir sind vollständig damit einverstanden, wenn er hinzugefügt hat, daß diese Arbeiten in der flauen Zeit ausgeführt werden sollen, weil bekanntlich die Bauarbeiter, namentlich Maurer, Zimmerer usw., nur etwa 8 Monate im Jahre Verdienst haben. Man könnte sie dann mit Reparaturen doch noch 2 bis 3 Monate beschäftigen. Könnte das geschehen, so würden wir einen großen Teil der Bauarbeiter dem Baugewerbe erhalten, während sie jetzt beim Übergehen in andere Arbeitsgelegenheiten dort zumeist 12 Monate durcharbeiten können. Wir haben heute die betrübliche Erscheinung, daß erstklassige Maurer und Zimmerleute beliebige Arbeiten beim Metallgewerbe oder irgendeinem Staatsbetriebe ausführen und sich nach oder auch innerhalb ihrer Dienstzeit als Scharwerker zum Schaden des selbständigen Handwerks betätigen.

Ich habe weiter im Ausschuß vorgebracht, daß es Reichsbehörden gibt, die sich gestatten, in ihre Verdingungen hineinzuschreiben, daß der betreffende Unternehmer die Arbeiten nur erhält, wenn er sich verpflichtet, die Steigerung der Löhne und der Materialien während der Zeit, in der er die Arbeiten ausführt, nicht zu Preiserhöhungen zu benutzen. Das verstößt bei den heutigen Zeitverhältnissen gegen die guten Sitten. Der Herr Minister hat dem im allgemeinen zugestimmt. Wir sind bei dem betreffenden Ministerium schon vorstellig geworden, bitten aber den Herrn Vertreter für Handel und Gewerbe — und das ist der Herr Reichswirtschaftsminister —, daß er uns bei seinen elf Herren Kollegen hilft, damit derartige

(B) Dinge nicht wieder vorkommen. Das Handwerk wird sich geschlossen dagegen wehren. Ich möchte dabei noch mitteilen, daß z. B. Bauhandwerksmeister, die z. B. im August Rechnung gelegt, nachdem die Arbeiten fertig waren, erst im folgenden Februar, Herr Minister, ihre Zahlungen bekommen, während umgekehrt — ich kann heute nicht eingehender auf den Gegenstand eingehen — bei den Bauhütten der Arbeiterproduktivgenossenschaften man ihnen meist wöchentlich die Löhne gibt und auch Vorschüsse zukommen läßt, damit sie ihre Materialien bezahlen können. Die Spanne Zeit, die zwischen der Ausführung der Arbeit und der Bezahlung der Arbeit besteht, ist vielfach zu lang. Schon in sieben Monaten hat sich die Mark wieder um so viel entwertet, daß der betreffende Meister lange nicht so viel erhält, als er für Löhne und Materialien gezahlt hat.

Der **Bauarbeitermangel** ist auch von dem Herrn Minister hervorgehoben worden. Die linke Seite hat gleichfalls auf den Bauarbeitermangel hingewiesen. Es besteht das Bestreben, die qualifizierten Bauarbeiter aus den Betrieben herauszubekommen. Aber es geht meistens so, wie es z. B. neulich im Regierungsbezirk Potsdam passiert ist. Wenn ein Maurer oder Zimmermann bei einer Staatsbehörde oder -Betriebe angestellt ist und man ihm sagt: „Jetzt mußt du hinausgehen; es gibt Arbeit für dich in Hülle und Fülle", dann geht er wohl hinaus, und wenn der Arbeitsnachweis für den Kreisarbeitsnachweis, an den er sich wendet, nur für ländliche Arbeiter vermittelt, dann wird ihm eben gesagt: „Wir haben keine Arbeit für dich"; das läßt sich der Maurer oder Zimmermann dann bescheinigen, geht mit dem Zettel wieder zu seiner Behörde oder Privatbetriebe und sagt: „Ich habe mich angeboten, kann aber keine Arbeit in meinem Beruf bekommen", und dann wird er wieder angenommen. (C)

Ähnlich liegt es auch im Metallgewerbe. Das Metallgewerbe saugt leider einen außerordentlich großen Prozentsatz dieser qualifizierten Arbeiter auf. Es ist äußerst bedauerlich, daß diese notwendigen Kräfte für die Neu- und Umbauten fehlen.

Meine Damen und Herren! Wir können nicht länger mehr zusehen, daß die großen **Messeausstellungen** und der Handelsverkehr, der sich mit dem Auslande dort abwickelt, gewissermaßen nur für den Handel und die Fein- und Endindustrie vorhanden sind, während das Handwerk daran nicht teilnimmt, weil dasselbe durch die Verarmung der früher wohlhabenden Käufer seinen Innenabsatz immer mehr verliert und die große Gefahr besteht, daß die jetzt etwa 60jährigen erstklassigen Meister, die die Blüte des Handwerks in den Schulen der einzelnen Länder die letzten 30 Jahre mit durchgemacht haben, die weit umhergereist sind und die heute nicht mehr Gelegenheit haben, alle diese prächtigen Arbeiten als **Kunsthandwerker** auszuführen wie früher, eventuell wegsterben und der hochgezüchtete Nachzuwachs fehlt. Infolgedessen hatten wir im Hauptausschuß Anträge gestellt, nach denen alle diese einzelnen Handwerkszweige, die heute zum Teil nicht betrieben werden, die aber durch eine jahrzehntelange mühselige Arbeit seitens der Bundesstaaten, der Künstler, der Kunstgewerbetreibenden und vieler Meister wieder aufgenommen sind, auf dieser künstlerischen und technischen Höhe erhalten bleiben sollen. Ich möchte also den Herrn Minister bitten, auch diesen Dingen seine Aufmerksamkeit zu schenken, wenn ich auch wohl weiß, daß das Aufgabe der Handelsministerien in den einzelnen Ländern ist, die so viel tun, wie sie können. Den Ländern ist aber die Finanzhoheit genommen worden, so daß sie tatsächlich heute gar nicht mehr wie (D) vor dem Kriege auf diesem Gebiete durchgreifend arbeiten können.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Bei keinem Volke der Welt besteht ein solches Verhältnis zwischen dem Handwerk und der Industrie wie in Deutschland. Das kann man gerade auf den Messeausstellungen und wahrscheinlich auch auf der Gewerbeschau in München sehen, wofür die Regierung zu unserer Genugtuung drei Millionen Mark ausgeworfen hat. Dadurch wird den vielen Ausländern gezeigt, was der angeblich plumpe und schwerfällige Deutsche, der zu nichts anderem zu gebrauchen ist als zum Steuerzahlen, leistet. Sogar mancher Pariser und Lyoneser Kaufmann und Fabrikant reißt die Augen weit auf, wenn er dorthinkommt und sieht, was die mißachteten plumpen Deutschen leisten können. Der Ausgleich zwischen den Industrieerzeugnissen und feiner persönlicher Handwerksarbeit in Deutschland ist geradezu einzigartig in der Welt. Es gibt kein Volk, weder unter den Romanen noch gar unter den Slawen, die in diesen Dingen wie überhaupt in jeder Beziehung weit unter uns stehen, das sich mit dem deutschen Kunsthandwerk messen könnte. Die Kunst und die Qualitätsarbeit im Handwerk fließen in Deutschland so zusammen wie zurzeit Albrecht Dürers, Hans Holbeins usw., daß man sie kaum auseinanderkennen kann, und so muß es sein. Aber während noch vor etwa zwanzig Jahren der Kunsthandwerker lieber vier Treppen hoch im dritten Hof hinaufkroch und Kunsthandwerker blieb, wie er lieber hungerte, als daß er in die großen Handwerksstätten ging und mit den Handwerksgehilfen seinerseits die künstlerischen und kunstgewerblichen Arbeiten ausführte, stellt er sich heute schon günstiger dazu.

(**Hammer**, Abgeordneter.)

(A) Dadurch wird auch die Qualität der Leistung im Handwerk gehoben, die bei uns vorwiegend für die Ausfuhr in Betracht kommen kann. Schundarbeiten liefert heute sogar die Industrie von Japan und Nordamerika schon genug; auf dem Gebiete können wir wie 1867 nicht mehr und wollen auch nicht mehr mit, sondern heute gilt es, das „Made in Germany“, d. h.: in Deutschland hergestellt, weiter zu Ehren zu bringen, jene Aufschrift, die für deutsche Waren für England 1887 auf jede Ware aufgedruckt werden mußte, aus der man aber in den Kolonien ersah, woher z. B. die wunderbaren Stahlwaren usw. kamen; — sie waren nicht aus Sheffield, sondern aus Solingen usw., wo unsere besten, hochqualifiziertesten Arbeiter auf diesem Gebiete tätig sind.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Das Handwerk lernt auf den Messeausstellungen spielend die technische und kaufmännische Betriebsführung kennen. Es sieht, wie man es machen soll und wie man es nicht machen soll. Es kommt mit Leuten in Berührung, die nicht nur andere Sprachen beherrschen, sondern auch in fremden Ländern gewesen sind; sein Horizont erweitert sich. Die Handwerker lernen das Wesentliche vom Unwesentlichen bei der Ausfuhr unterscheiden, um sich danach einzustellen und Waren herzurichten, die für die Ausfuhr geeignet sind. Wir brauchen, wie gesagt, für unser Handwerk größere Absatzgebiete. Infolgedessen halte ich den Gedankengang des Herrn Ministers für richtig. Ich erinnere ihn aber daran, daß man die Zuschüsse für die einzelnen Messen, für Frankfurt a. M., Köln, Breslau usw., streichen und nur noch Leipzig unterstützen wollte. Wir wollen der Leipziger Messe nichts nehmen, die traditionell und wirtschaftlich so im Vordergrund steht, daß sie in der Welt nicht ihresgleichen hat. (B) Wir haben es aber bitter notwendig, gerade in unsern Grenzprovinzen den Ausländern, die zu uns herüberkommen, um zu hamstern, zu zeigen, welche Qualitätsarbeit unser deutsches Handwerk hervorbringt, um so dem Handwerk Käufer zuzuführen.

(Zustimmung in der Mitte und bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Bevor ich dies Kapitel verlasse, muß ich noch unseres lieben Kollegen aus dem Handwerk, des Herrn **Abgeordneten Jaud** gedenken, der leider viel zu früh von uns genommen ist. Wir bedauern diesen Verlust aufs tiefste, war er doch einer der besten von uns. Wir hatten geglaubt, daß er wohl noch etwa 20 Jahre diesem Hause zum Nutzen des Handwerks angehören würde. Allgemein war er bei uns geachtet, dieser tapfere, kluge und kenntnisreiche Bayer, bis hinauf nach Ostpreußen. Wir werden das Andenken an ihn stets bewahren.

(Bravo!)

Das deutsche Handwerk hat in seiner Spitzenorganisation, dem Reichsverband des deutschen Handwerks, und dem Deutschen Kammertag den Entwurf eines **Rahmengesetzes für die Berufsvertretung des Handwerks und Gewerbes** vorbereitet, weil das Handwerkergesetz vom Jahre 1897 nicht mehr auf die heutigen Verhältnisse paßt. Ich persönlich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, daß das Gesetz vom Jahre 1897, das in diesem Hause angenommen worden ist, die Basis für das Zusammengehörigkeitsgefühl des deutschen Handwerks gegeben hat. Über alle Fraktions- und Parteigegensätze hinweg sind 1 700 000 selbständige Handwerksmeister heute in ihren Spitzenorganisationen dazu gekommen, der Reichsregierung ein Rahmengesetz für die fernere Gestaltung auf diesem Gebiet zu unterbreiten. (C) Natürlich das letzte Wort darüber ist noch nicht gesprochen worden.

Wir hören dabei, daß der Deutsche Kammertag beantragt habe, daß ihm die Rechte der juristischen Person gewährt werden möge, genau so wie den Einzelkammern, daß ihm auch das Umlagerecht gewährt werden solle. Aus den Worten des Herrn Ministers im Ausschuß — ich will in sie nichts hineinlegen, was er nicht gesagt haben will — entnahm ich, daß er den Dingen freundlich gegenübersteht.

Noch ein Wort auf diesem Gebiet für die Kriegsbeschädigten im Handwerk, die entweder eingezogen waren oder freiwillig hinausgegangen sind! Wir hatten im Preußischen Landtag und, ich glaube, auch im Reichstag eine Entschließung angenommen, worin wir zum Ausdruck brachten, daß bei gleichen Bedingungen und gleicher Qualität der Arbeit der Kriegsbeschädigte, der draußen im Kriege gewesen ist, vor seinem daheim gebliebenen Kollegen bevorzugt werden solle bei **Vergebung von Arbeiten**. So sind zum Beispiel seitens der einzelnen Handwerker Listen der **kriegsbeschädigten Handwerker**, Glaser, Schlosser usw., aufgestellt worden; sie sind den Behörden überreicht worden; sie scheinen vergessen zu sein.

Es hat sich aber herausgestellt, daß große Unternehmer, die zum Teil nicht einmal Handwerker sind, es durch ihre geschäftliche Gerissenheit fertig gebracht haben, so auch auf dem Gebiete der Glaserei, ganze staatliche Neubauten zu bekommen, ja sogar die Wiederherstellungen, weil sie alle Schliche und Pfiffe kennen, und dadurch vielfach Kriegsbeschädigte, die Leben und Gesundheit eingesetzt haben, zurückstehen müssen. Ich möchte den Herrn Minister dringend bitten, daß er sein Augenmerk, soweit es ihm möglich ist, hierauf richtet und wiederum einmal den Erlaß vom 19. Oktober 1919 in Erinnerung bringt. (D)

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Hier in Berlin!)

— Es soll auch anderwärts so sein!

Eine Beschwerde der Damenschneiderinnen-Innungen möchte ich noch kurz erwähnen, betreffs der staatlichen **Genehmigung des gewerblichen Privatunterrichts**.

Frauen und Mädchen des verarmten Mittelstandes und auch ein nicht unerheblicher Teil weiblicher Kräfte, die aus Betrieben entlassen worden sind, weil die Krieger aus dem Felde zurückkamen, und die nun keinen Broterwerb hatten, haben sich auf die Schneiderei geworfen, und nun entstehen folgende Schwierigkeiten: Die **gelernten Schneiderinnen** lernen genau wie ihre männlichen Kollegen drei Jahre, werden Gesellen, arbeiten soundso lange als Gesellen, machen ihr Meisterstück genau wie der männliche Schneidermeister. Sie haben also Lehrzeit, Gesellenzeit und Meisterprüfung hinter sich. Diese richten die Bitte an den Herrn Minister, die verschiedenen Erlasse von 1908, 1917 des preußischen Handelsministeriums und die Bundesratsverordnung vom 2. August 1912 wiederum einmal zum Anlaß zu nehmen, um zu betonen: daß eine weibliche Person, die etwa zehn Wochen bis zu einem halben Jahr bei einer Schneidermeisterin gearbeitet hat für den Hausbedarf, unmöglich in dieser Zeit eine perfekte Schneidermeisterin geworden sein kann, auch wenn sie noch so tüchtig ist, und daß deshalb nur gelernte Meisterinnen die staatliche Erlaubnis zur Ausbildung für das Damenschneidergewerbe und für den Hausbedarf bekommen sollen. Wir sind es den weiblichen Mitgliedern unseres Standes schuldig, dies hier vorzutragen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

(Hammer, Abgeordneter.)

(A) Die **Kreditbeschaffung** will ich nur kurz streifen; der Herr Minister ist schon darauf eingegangen. Da möchte ich sagen, daß für die eine Hälfte der Handwerksmeister, die auf dem Lande wohnt — es waren vor dem Kriege 51 Prozent —, im großen und ganzen gesorgt ist, weil sie sich wegen des Kredits an die landwirtschaftlichen Genossenschaften wenden können. Da sind sie zumeist wohl versorgt. Etwas anderes ist es mit den Einkaufsgenossenschaften usw., wo sie es sehr viel schwerer haben als die Kollegen in den Städten. Aber die Kreditbeschaffung für die Zukunft ist das Bedrohliche für den gewerblichen Mittelstand, wie ich schon in meiner letzten Rede im Preußischen Landtag 1918 sagte. Es hat allerdings jahrelang gedauert; aber nun kommt es auch mit Macht durch die Wegsteuerung des Betriebsvermögens, durch die unsinnig hohen Steuern, insbesondere die Einkommensteuer, die meines Erachtens für den Mittelstand und für die schwächeren Arbeitnehmer sehr bald eine neue Novelle bringen muß, die Umsatzsteuer, die mit nicht zu überbietender Roheit eingreift, und die **Gewerbesteuer**, die geradezu unvernünftig auf Handwerk und Handel niederprasselt, weil den Gemeinden fast nichts übriggeblieben ist als die Gewerbesteuer, so daß die Zuschläge bis 1500 Prozent gehen.

(Zuruf: 4000 Prozent!)

— In den Industriegemeinden gehen sie sogar noch höher. Hier müßte man doch auch einmal von Reichs wegen eingreifen. Ich bin sonst partikularistisch gesinnt

(bravo! bei der Deutschen Volkspartei)

und wünsche, daß das Reich so wenig wie möglich in solche Dinge eingreift. Aber die Anregung könnte doch der Herr Minister als Zentralinstanz einmal geben, daß, während man früher 1500 Mark für Meister und Kaufmannsladeninhaber als Entschädigung für ihre (B) Mitarbeit für ihre Person in der Einkommensteuer und in der Gewerbesteuer frei ließ, heute ein entsprechendes Verhältnis hergestellt werden muß. Diese Summe blieb früher von der Einkommensteuer und Gewerbesteuer frei. Da man heute 15 000 und 20 000 Mark bezahlen muß — rechnen wir 20 000 Mark —, so muß meines Erachtens hier eine **gleitende Gewerbesteuerskala** eingeführt werden, und die Städte müßten sich dem anbequemen, daß die Gewerbesteuer erst von 20 000 Mark einsetzt, statt der früher gezahlten 1500 Mark. Die Verhältnisse sind den Gemeinden über den Kopf gewachsen und sind so über Handwerk und den Kleinhandel hergefallen, daß es außer der Umsatzsteuer und derartigen netten Dingen kaum eine zweite Sache gibt, die so wie die Gewerbesteuer erbittert. Man hört z. B. daß einzelne Meister, die zwei Gesellen haben, mehr Gewerbesteuer zahlen, Herr Minister, als sie Einkommensteuer zahlen müssen. Das ist geradezu unerhört.

Wir haben die **Kreditbeschaffung im Deutschen Genossenschaftsverband**, in dem bekanntlich der Schulze-Delitzsche Verband sich mit dem Hauptverband Deutscher gewerblicher Genossenschaften, dessen Vorsitzender ich war, zusammengefunden hat, durch zwei große Geldinstitute geregelt. Es handelt sich nun darum, gegen Sicherheit den kleinen Kaufleuten, Handwerkern und Gewerbetreibenden Kapital zu leihen, welches — das brauche ich dem Herrn Minister nicht zu sagen — heute um das Fünf- bis Zehnfache höher sein müßte, weil die Löhne und die Materialpreise so gestiegen sind, daß ein Meister mit fünf oder sechs Gesellen schon mit 10 000 Mark an jedem Sonnabend rechnen muß.

Wenn er nicht so klug gewesen ist, schon früher in eine Kreditgenossenschaft eingetreten zu sein, wo man ihn kennt und man ihm vielfach durch Lombardgeschäfte Kredit gibt, so muß auf andere Weise dafür gesorgt werden, und ich bin befriedigt, daß der Herr Minister (C) in Aussicht gestellt hat, daß man darüber im kleinen Kreise beraten wolle.

Einige Anträge, die wir z. B. auch zugunsten der **Erforschung auf dem Gebiete der früheren Handwerkerbetätigung** gestellt haben, wo wir bis aus der Zeit von Hans Sachs noch sehr beachtenswerte Aufzeichnungen und Überlieferungen überkommen haben, wurden durch die Mehrheit im Hauptausschuß alle abgelehnt. Wir haben nur einen von uns gestellten und von allen bürgerlichen Parteien angenommenen Antrag gegen die Stimmen der Linksparteien durchgesetzt, daß in Bälde ein **Ministerialrat** im Reichswirtschaftsministerium betraut werden soll, der einzig die **Angelegenheiten des Handwerks** und der gewerblichen Genossenschaften bearbeiten soll. Der Minister hat aber wenigstens dem zugestimmt, daß eine freiwerdende Stelle zu allererst mit einem solchen Ministerialrat besetzt werden soll. Sie wird ja heute schon von einem der Herren Regierungskommissare vertreten.

Meine Herren, auf die **Sozialisierungskommission**, die wir auf der rechten Seite besonders lieben,

(Zuruf links: Das wissen wir!)

bin ich im Hauptausschuß eingegangen, und habe es da von allen Seiten von links gekriegt, sobald ich nur das Wort aussprach.

(Heiterkeit.)

Das hilft aber alles nichts. Wir verlangen in einem Antrage, den morgen meine Partei einbringen wird, daß die ganze hochehrenwerte Gesellschaft nach Hause geht und sich anderen Beschäftigungen widmet. Die 518 600 Mark, die jetzt im Etat stehen, hätte man sehr gut für wichtige Handwerkerforderungen verwenden können. Die hat man aber alle gestrichen, während man für die Sozialisierungskommission wie ein Löwe gekämpft hat. Man hat zur Beschwichtigung schließlich (D) noch hinzugefügt „künftig wegfallend". Wir halten die Sozialierungskommission für ein überflüssiges Stück Möbel, das sobald wie möglich beseitigt werden muß.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Meine Herren, ich muß nun auf eine Äußerung des Herrn Ministers in der vorjährigen Etatberatung eingehen, in der er recht einseitig auf die **Konsumvereinsfrage** eingegangen ist. Wir haben es alle, rechts oder links, meist vermieden, diese Frage anzuschneiden, weil wir wissen, daß es hier kaum eine Einigung gibt. Da aber der Minister die Frage angeschnitten hat, muß er uns wohl erlauben, daß wir auch darauf eingehen. Die Einzelhändler behaupten, daß die Erklärung des Herrn Ministers, die Konsumvereine hätten im großen und ganzen preisregulierend während des Krieges gewirkt, unrichtig sei. Sie haben mir vielfach Material gegeben, das ich Ihnen selbstverständlich hier nicht alles vortragen kann. Aber ein paar bedeutende Stimmen aus dem Lager der Konsumvereine möchte ich Ihnen doch nicht vorenthalten. Es sagt z. B. Herr August Kasch, der Ihnen ja bekannt ist:

> Was seit Jahr und Tag nicht mehr dagewesen ist, ist wieder eingetreten: Vereine, die sich zur Verletzung elementarer genossenschaftlicher Grundsätze, gewiß meistens in an sich löblichem Eifer, vorwärts zu kommen, hatten hinreißen lassen, sind zusammengebrochen und konnten auch beim besten Willen nicht gerettet werden.

Weiter:

> Noch weit ungünstiger steht die Sache hinsichtlich der Stärkung der Reserven. Man kann wirklich nur den Kopf schütteln, wenn man sieht, wie schwach fundierte Vereine mit ganz

(Hammer, Abgeordneter.)

(A) unzulänglichen Reserven und Anteilen es fertig bringen, Hunderttausende den Mitgliedern als Rückvergütung auszuzahlen, Beträge, die genau genommen garnicht da sind, und den Reserven zwei, drei, vier Tausende zuzuweisen, Summen, für die noch nicht der Wochenbedarf an Salz für die Mitglieder eingekauft werden kann.

Schade, daß der Herr Minister nicht da ist, um diese Lapidarsätze zu hören, damit er sieht, wie die Dinge im eigenen Lager betrachtet werden.

(Zurufe links: Binsenwahrheiten!)

— Das wird von Hamburg aus geschrieben.

Die Ladenkontrolle ist in den allermeisten Genossenschaften durchaus unzureichend;

— Herr Abgeordneter Simon! —

die Folgen dieses Mangels zeigen sich dann zumeist am Jahresschlusse bei der Aufnahme der Warenbestände und bei der Abrechnung im Lagerhalterbuch.

Sie sehen also, daß hier eine Reihe von Übelständen vorhanden sind, die durchaus nicht den Schluß zulassen können, daß die Konsumvereine in der Lage gewesen wären, preisregulierend zu wirken, jedenfalls nicht anders als der legitime Handel es seinerzeit getan hat.

Ich habe hier noch einige andere Bemerkungen, die ich Ihnen aber nicht vortragen will, weil sie zu derb gefaßt sind und ich meinerseits nicht unnötig die Dinge zuspitzen möchte.

(Zuruf von den Kommunisten: Immer feste druff!)

— Ja, das ist ja immer Ihr Hauptziel.

(Zuruf von den Kommunisten: Wir werden schon wieder dreschen!)

— Ich würde mich ja wundern, wenn Sie nicht wieder (B) dreschen, aber das überlasse ich Ihnen. —

Ein paar Worte zu dem **Packungszwang**. Sie wissen, daß wir vielfach **Markenartikel** haben, denen der **Preis** mit Monat und Jahr **aufgedruckt** werden muß.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Sehr vernünftig!)

— Ja, das war vernünftig während der Zwangswirtschaft, ist es aber jetzt nicht mehr, und zwar aus folgenden Gründen. Nehmen Sie an ein Pfund Kornfrank. Es wurde eine Zeitlang zu 6,40 Mark verkauft, ebensogut von den Konsumvereinen sowie dem freien Handel usw. Während nun der eine Kaufmann noch, sagen wir 100, derartiger Päckchen hat mit dem Aufdruck 6,40 Mark und dem Monat soundso, hat sein Nachbar schon seinen Vorrat davon verbraucht und neue Päckchen anschaffen müssen, deren Preis inzwischen aber auf 23 Mark gestiegen war. Nun tritt folgendes ein. Der eine, sagen wir Meier, muß unter der Preistreibereiverordnung zu 6,40 Mark verkaufen, solange sein Vorrat reicht. Lehmann, der nicht weit davon wohnt, verkauft die neu heraufgesetzte Ware zu 23 Mark. Da glaubt doch jede Käuferin, der eine ist ein Betrüger und der andere ein ehrlicher Mann.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Das weiß doch jeder!)

Aus diesen Gründen hat denn auch der vorläufige Reichswirtschaftsrat, in dem ja auch die Verbraucher vertreten sind, zugestimmt, daß dieser erschwerende Zwang aufgehoben werden soll. Er hat eine Entschließung gefaßt, in der er sich mit der Aufhebung des § 2 Nr. 2 und 4 (Preisaufdruck und Angabe der Herstellungszeit) der Bekanntmachung über die äußere Kennzeichnung von Waren vom 26. Mai 1916 usw. einverstanden erklärt, mit der Maßgabe, daß Bestimmungen erlassen werden, wonach

(C)
1. bei Packungen die Firma des Herstellers aufzudrucken ist,
2. der Hersteller dem Kleinverkäufer den Kleinhandelspreis mitteilen muß und
3. der Kleinverkäufer diese Preismitteilung allen Behörden auf Verlangen vorzulegen hat, damit letztere eine Preiskontrolle vornehmen können.

Darin finden Sie alles für die Kontrolle, was Sie nur wünschen können.

Wir haben ja nun im fünften Ausschuß über die **Preistreibereiverordnung** beraten. Ich will darauf nicht näher eingehen, hoffe nur, daß es dem Herrn Präsidenten gelingt, die Entschließung über die Preistreibereiverordnung nebst Verschärfung der Wucherverordnung sehr bald an das hohe Haus zu bringen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Nachdem die Sache so lange verschleppt ist!)

— Das können Sie nicht sagen, Herr Hoch; Sie sind ja nicht im fünften Ausschuß gewesen, fragen Sie den hinter Ihnen sitzenden Herrn Vorsitzenden. Alle Parteien haben darauf hingewirkt, daß, wenn das An-den-Pranger-Stellen des Wuchers, gleichviel welcher Art, Gesetz werden soll, daß, wenn der Name, Vorname, Beruf, Geschäft, Straße usw. in den Zeitungen nebst Strafmaß veröffentlicht werden und in Berlin sogar an die Litfaßsäulen in dem betreffenden Viertel angeschlagen werden soll, dann die nicht mehr haltbare Preistreibereiverordnung geändert werden müsse, weil, wie sich die Verhältnisse gestaltet haben, der übermäßige Gewinn nicht mehr bestraft werden kann, sondern der übermäßige Preis.

(Zuruf links: Das ist eben der Schwindel!)

— Nein, das ist kein Schwindel. Da fragen Sie einmal einen der Herren, die besser Bescheid wissen auf diesem Gebiete, die werden Ihnen das erklären. Darum muß (D) die Preistreibereiverordnung so umgeändert werden, daß man nicht bestraft werden kann, wenn man inzwischen, wie hier bei dem „Kornfrank“, wo ich das Beispiel vorgeführt habe, ersieht, wie die Preise für den gleichen Gegenstand inzwischen steigen, und dann einen angemessenen Zuschlag für die Wiederanschaffungskosten einkalkulieren kann. Ja, Herr Abgeordneter Hoch, wir mit unseren Familien leiden unter dem Wucher genau so wie Sie. Weshalb sollten wir also nicht dazu kommen, ebenso scharf einzugreifen, wie Sie es wollen? Der legitime Handel darf aber nicht ferner geschädigt und bedrückt werden. Jetzt steht es so, daß mitunter Zehntausende von Anzeigen und Anklagen vorliegen, von denen ein ganz erheblicher Teil wieder niedergeschlagen werden muß; bis dahin schweben aber diese Angeklagten mit ihren Angehörigen immer in der Sorge, vor dem Staatsanwalt beziehungsweise Wuchergericht erscheinen zu müssen.

Meine Damen und Herren! Ich hatte gebeten, die Interpellation Hergt und Genossen über die **Lehrlingsfrage** von dieser Beratung zu trennen, und einer der führenden Herren von links hatte mir auch zugestimmt. Aber die Herren aus den anderen Parteien wollten, daß die Interpellation hierbei mit beraten wird. Ich bedaure das. Ich muß nun ein paar grundsätzliche Worte dazu sagen. Es handelt sich um den seit Jahrzehnten bestehenden latenten Kampf um den Lehrling. Für uns ist die Lehrlingsfrage die allerwichtigste, die es gibt, nicht nur für den Handwerker, sondern auch für den Kleinhändler. Wir wehren uns energisch dagegen, daß die Lehrlinge unter die Tarifverträge, unter die Schlichtungsordnung, unter das Arbeitszeitgesetz fallen. Das sind Dinge, die wir mit unseren Gehilfen und Gesellen ausmachen wollen, und zwar in den Kammern, die wir nicht paritätisch wollen, nämlich in den Handwerks-

(Hammer, Abgeordneter.)

(A) kammern für die selbständigen Handwerker und in den Gesellenkammern für unsere Gehilfen. Wir haben nicht nur in den Gesellenausschüssen, sondern auch im Reichswirtschaftsrat die Erfahrung gemacht, daß mit den Vertretern der Handwerksgesellen und Handwerksgehilfen meist sehr viel besser auszukommen ist als mit den Herren, die in die Industrie übergegangen sind.

Die Unterrichtsstunden müssen unter allen Umständen außerhalb der Arbeitszeit liegen. Wir verlangen ferner, daß zum Beispiel in den Saisongewerben der Lehrling nicht um 3 Uhr nach Hause geht, während der Meister bis 6 oder 7 arbeiten muß. Sodann sollen die Aufräumungsarbeiten und ähnliche Dinge nicht in die Arbeitszeit hineingerechnet werden. Wir halten das Lehrlingswesen für eine Säule des Handwerks und werden bis zum letzten Augenblick in dieser Richtung kämpfen. Die Erkenntnis davon ergreift auch immer weitere Kreise, und ich glaube, diejenigen Parteien, die bei der Beratung eines solchen Gesetzes gegen uns stimmen, verlieren den letzten Handwerker aus ihren Reihen, wenn sie auf diesem Gebiet nicht mit uns zusammengehen.

Nun noch ein Wort auf die Ausführungen des Herrn Ministers bezüglich der Weltmarktpreise. Wir werden mit der Zeit, ob wir wollen oder nicht, an den Weltmarktpreis doch herankommen. Wenn das aber geschieht, so müssen wir mit dem Herrn Minister befürchten, dann eine Arbeitslosigkeit zu bekommen, die nicht zu ertragen wäre. Wir müssen also Mittel und Wege suchen — und auch die besonnenen Elemente unter Ihnen (nach links) werden dem wohl zustimmen —, um zu vermeiden, daß wir den Weltmarktpreisen allzunahe kommen. Da hatte ich nun vor längerer Zeit hier einmal über das Taylorsystem gesprochen, das von verschiedenen Seiten als verab-(B)scheuungswürdig hingestellt wird. Wenn es aber in Deutschland in vernünftigem, sozialem Geiste eingeführt würde, so könnte dadurch keine Ausbeutung des Arbeiters herbeigeführt werden.

Meine Herren, das verfeinerte Akkordsystem kommt doch wieder. Ich erinnere Sie daran, daß die Bauhütten-Arbeiter-Produktivgenossenschaften durch einen Herrn Schnell-Dortmund in Lütgen-Dortmund haben aussprechen lassen, daß die größere Hälfte der Löhne, die sie ausgezahlt haben, Akkordlöhne seien, während dieselben Bauhüttenvertreter sich dauernd an die Regierung und an die Parteien wenden und das abscheuliche Akkordsystem bekämpfen. Hier haben Sie mit dem verfeinerten Akkordsystem hin und wieder Resultate erzielt, wie sie, sagen wir: wenn sie Meyer, Lehmann und Schulze gleich bezahlt hätten, weil aber Meyer, Lehmann und Schulze nicht gleich sind und nicht gleich arbeiten, nicht erzielen könnten.

Meine Herren, was die Gewinnbeteiligung anlangt, so hat sie ja in großen und mittleren Werken heute nur noch eine psychologische Bedeutung; denn etwa 300 Mark bei 15 000 Köpfen, wie bei Zeiß in Jena, ist natürlich etwas, was den Arbeiter und Angestellten heute nicht reizen kann.

Aber die Kapitalbeteiligung kann ihn reizen, wenn er freiwillig in den Genuß einer Aktie zu kommen sucht, in der Weise, daß er in etwa einem Jahr oder auch auf einmal, wenn er dazu in der Lage ist, die Aktie zahlt, um den Genußschein zu erhalten, der ihm das Dividendenbezugsrecht gibt, und zwar möchte ich vorschlagen, daß man derartige Aktien den Angestellten- und Arbeitnehmern bis zu etwa einem Drittel der ausgegebenen Aktien gibt, höher nicht, weil sonst die Angestellten und Arbeitnehmer die Mehrheit in der Generalversammlung bekommen könnten und vielleicht (C) den tüchtigen Werkmeister oder Direktor, der durchfaßt und auf Ordnung hält, hinaussetzen könnten. Wenn auf diese Weise die Angestellten und Arbeitnehmer neben ihrem Lohn noch etwa 400 Mark pro Aktie erhalten — sie dürfen den Genußschein natürlich nicht verkaufen, damit er nicht etwa an die Konkurrenz kommt, sondern das Werk soll ein Vorkaufsrecht besitzen — und auf diese Weise Mitbesitzer des Werkes werden, so werden sie die Arbeitsvorgänge ganz anders ansehen, und auch diejenigen unüberlegten jugendlichen Arbeiter, die mit dem Material schleudern, die sich den Teufel darum kümmern, was sie zerschlagen, weil man nicht wagt, ihnen entgegenzutreten, werden sagen: du hättest aus dem Stück das Anderthalbfache oder Zweieinviertelfache schneiden können, wir verbitten es uns, daß du in Zukunft das wieder so machst, sonst sprechen wir uns.

Das Verhältnis zum Werk wird ein ganz anderes werden, es wird eine Brücke geschlagen zwischen Kapital und Arbeit.

Wir würden auf diese Weise bei einem wesentlichen Teil der Arbeitnehmer das Interesse für ihre Betriebe wecken, wir würden damit nach und nach eine Einheitsfront auf wirtschaftlichem Gebiete herstellen. Das würde uns ferner dazu helfen, wenn wir mit den Preisen an die Weltmarktpreise herankommen. Wenn in Übereinkunft mit den Gewerkschaften es ermöglicht werden könnte, ein bis zwei Stunden auf etwa drei bis fünf Jahre länger zu arbeiten, das würde, wie Max Cohen gesagt hat, etwa ein Achtel der Erzeugung des deutschen Volkes mehr bedeuten.

(Zurufe links.)

— Sowie wir das tun, kommen wir wieder unter die Weltmarktpreise und können die Industriearbeiter voll beschäftigen. Wir könnten dadurch wieder in das Ausland ausführen, und von der so hergestellten wirtschaftlichn Einheit kommen wir vielleicht zu einer anderen (D) Einheit, die es uns wieder gestattet, als freies Volk den Kopf hochzurecken, und ich hoffe, auch die Herren von der Linken werden einmal dazu mithelfen.

(Bravo! rechts.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! An der Rede meines Herrn Vorredners war für mich zweierlei bezeichnend. Erstens, daß er seine Rede mit der Anerkennung begonnen hat, die Anregungen des Herrn Ministers seien von großem Werte, und daran den Wunsch schloß, die Vorschläge des Herrn Ministers möchten die Zustimmung der Reichstagsmehrheit finden. Zweitens war mir der Umstand beachtlich, daß der Herr Vorredner lang und breit, entsprechend der Bedeutung der Sache, auf die Leiden des Mittelstandes eingegangen ist und sich über die großen Steuern entrüstet, auf der anderen Seite aber gegen die Bedrückung und Ausbeutung des Mittelstandes durch das Großkapital kein einziges Wort gefunden hat,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

wohl aus dem Gefühl, daß er dazu als Redner der Deutschnationalen Partei nicht das Recht habe.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Denn die furchtbare Bedrückung unseres Volkes haben wir nicht nur den Lasten, die uns unsere Feinde auferlegt haben und die die Folgen des unseligen Krieges sind, sondern auch der Ausbeutung durch das Großkapital zu verdanken. Gleich nach dem Zusammenbruch der alten Wirtschaft haben wir in der Nationalversammlung und auch später von dieser Stelle aus, als es sich darum handelte, eine neue Wirtschaft auf-

(Hoch, Abgeordneter.)

zubauen, dringend empfohlen, die Zwangsmaßnahmen, die nach Beendigung des Krieges nicht mehr aufrechtzuerhalten waren, nicht aufzuheben, ohne eine andere Regelung durchzuführen: wir haben damals dringend gemahnt, neue Wege zur Regelung unseres wirtschaftlichen Lebens von unten auf zum Wohle und nach dem Willen der Gesamtheit einzuschlagen. Damals traten wir mit unserer Anregung der **Sozialisierung** hervor, die sachgemäß, vernünftig und vorsichtig, aber auch stetig und planmäßig in unser Wirtschaftsleben eingeführt werden sollte. Die bürgerlichen Parteien unter Führung der großkapitalistischen Deutschnationalen Volkspartei haben diese Anregung bekämpft, und leider hat die Mehrheit des Reichstages ihnen zugestimmt. Die ganze bisherige Tätigkeit der Reichsverwaltung mußte sich daher darauf beschränken, der politischen Freiheit die Wege zu ebnen. Einer wirtschaftlichen Freiheit konnte nicht vorgearbeitet werden. So wurden auf Veranlassung der **Deutschnationalen Patei** und ihrer Gefolgschaft gegen unseren Widerstand die jetzigen Zustände herangezüchtet.

Wir haben dadurch gerade das Gegenteil von dem bekommen, was damals versprochen wurde. Damals wurde gesagt, die freie Wirtschaft soll wiederhergestellt werden. Wir haben heute eine Wirtschaft, die bei weitem unfreier ist, als sie jemals zu Zeiten der Zwangswirtschaft war.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Kollege Hammer, wissen Sie gar nichts davon, wie das kleine Handwerk, wie der kleine Geschäftsmann beengt, ja geradezu erdrückt wird durch die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens? Die Gewalt der großen Unternehmerverbände, die Schwankungen der Valuta machen ihm jede freie Betätigung unmöglich. Er kann nicht kalkulieren, er kann nicht für eine längere Zeit einen Plan aufstellen, weil er nicht weiß, wie sich die Preisverhältnisse gestalten. Die Verhältnisse auf dem Weltmarkt sind maßgebend. Wenn der Dollarkurs steigt oder fällt, wirkt das zurück auf unsere inneren Verhältnisse. Und daran haben zum guten Teil die Großkapitalisten mitgewirkt. Unter der Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens, wie sie nach der Revolution eingetreten ist, haben die Großkapitalisten beständig eine größere Macht gewonnen; und sie sind es, die darauf hingewirkt haben, daß die Inlandspreise sich immer mehr den Weltpreisen genähert haben. Das geschah nicht nur auf den Gebieten, auf denen wir von der Einfuhr fremder Rohstoffe abhängig sind, sondern auch dort, wo wir unseren Bedarf aus dem eigenen Lande decken. Das wissen Sie, Herr Hammer, und die Herren auf der rechten Seite ganz genau. Ich erinnere an die schandbare Wirtschaft auf dem Holzmarkte und im Metallhandel, zum Beispiel bezüglich des Eisens, Zinks und des Aluminiums, ich erinnere an die Wirtschaft auf dem Lebensmittelmarkt usw. Überall hat man es leider mit zu gutem Erfolge verstanden, die Preise immer mehr in die Höhe zu treiben ohne jede Rücksicht auf die Not der Zeit und ohne jede Rücksichtnahme auf die Weiterentwicklung unseres Wirtschaftslebens. Das hat Ihre Partei, Herr Hammer, nicht bekämpft, sondern geradezu befürwortet.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Unruhe und Zurufe rechts.)

Herr Abgeordneter Hammer, der offizielle Redner der Deutschnationalen Partei, tritt denn auch in seinen Ausführungen über die Preispolitik für eine weitere künstliche Steigerung dieser Volksausbeutung ein, lediglich zur Bereicherung der Schieber und Wucherer.

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Herr Kollege Hammer bekannte sich zu der wunderschönen Lehre, daß die Preise nicht nach den Herstellungskosten berechnet werden sollten, sondern nach dem sogenannten **Marktpreis**. Ich kann mich noch aus meiner Jugendzeit erinnern, als ich Wirtschaftsvorlesungen auf der Universität hörte, daß dieser Grundsatz mehr oder weniger von meinen Lehrern befürwortet wurde. Er hat in Zeiten, wo Angebot und Nachfrage sich decken, Sinn und Verstand. Aber jetzt leben wir doch unter einem unerträglichen Notstand, so daß die Nachfrage nach den Waren nicht entfernt befriedigt wird, und die Verbraucher schließlich gezwungen sind, jeden Preis anzulegen. Kann man billiges Brot nicht kaufen, dann muß man teures kaufen; gibt es keine billigen Kartoffeln, dann muß man sie teuer kaufen, und genau so geht es mit Kohle, Kleidern, Wäschestücken, mit allen Haushaltsgegenständen. Wenn alles aufgebraucht ist, kann man sich jetzt zwar nicht wie früher drei Wäschestücke oder gar ein halbes Dutzend kaufen; aber etwas muß jeder haben, und so wird schließlich auch der hohe Preis gezahlt. In dieser Notlage soll man den Kaufleuten sagen: wenn du für eine Ware 30 Pfennig bezahlt hast, und du kannst jetzt sechs Mark dafür bekommen, dann bist du durchaus berechtigt, sechs Mark dafür zu nehmen; und wenn sechzig Mark jetzt der übliche Preis sind, dann kannst du auch sechzig Mark fordern? Wollte man eine Prämie aussetzen für das zweckmäßigste Mittel, diese schamlose Ausbeutung zu fördern, dann brauchte man nur Ihre Lehre anzunehmen.

Es ist ja auch bezeichnend für die Mehrheit des Hauses, daß sie das **Wuchergesetz** verderben will, indem sie eine jener Lehre entsprechende Bestimmung hineinbringen will. So käme es, daß das Wuchergesetz nicht ein Gesetz zur Bekämpfung des Wuchers, sondern ein Gesetz zur Förderung des Wuchers darstellte.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Alle die Maßnahmen, die Sie treffen wollen, sind nur eine Komödie und können nicht angewandt werden dadurch, daß gesagt werden soll: Wucher liegt nur dann vor, wenn der Preis in Widerspruch steht mit dem Marktpreis.

Sie, Herr Kollege Hammer, und Ihre Partei haben daher kein Recht, sich über diese Mißstände zu entrüsten. Deshalb war es sehr begreiflich, daß Sie dieses heiße Eisen unberührt ließen und sich gar nicht darauf eingelassen haben, wie die Ausbeutung des Volkes durch die jetzige Wirtschaft nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch den Kleinbetrieb in Handwerk und Handel auf das schwerste schädigt. Unsere Pflicht aber ist es, darauf hinzuweisen. Wie oft haben wir die schweren Leiden der Arbeiter und des kleinen Mannes Ihnen hier vorgeführt. Die einfache Tatsache genügt, daß die Lebenshaltung schon um das Sechzigfache gestiegen ist — man nimmt runde Zahlen — und die Löhne ungefähr um das Zwanzigfache. Es gibt weite Kreise der Arbeiterschaft, die noch nicht das Zwanzigfache erreicht haben. Vielleicht gibt es auch hier und da eine Arbeiterschicht, die mehr verdient. Jedenfalls haben sich die Verhältnisse jetzt so gestaltet, daß sich die **Lebenshaltung der Arbeiter**, die schon vor dem Kriege oft genug traurig war, sich heute noch weiter verschlechtert hat. Mit Recht ist immer wieder darauf hingewiesen worden: Sehen Sie sich die Arbeiterkinder an; ja, werfen Sie auch nur einmal einen Blick in die Denkschrift des Reichsgesundheitsamts und, ich glaube, jeder, der noch ein menschliches Empfinden hat, muß empört sein über eine solche Wirtschaft, wie wir sie jetzt haben,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

wie sie die Folge einmal des furchtbaren Krieges ist,

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) in den Ihre Leute (nach rechts) uns hineingetrieben haben.

(Erregte Zurufe bei den Deutschnationalen. — Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

— Sie können noch so viel Zwischenrufe machen, Sie können uns nicht davon abhalten, immer wieder dem Volke zu sagen, daß Sie die Verbrecher sind, die all das Elend heraufbeschworen haben.

(Erneute Zurufe bei den Deutschnationalen.)

Zweitens ist dieses Elend verschärft worden durch die rücksichtslose Ausbeutungswirtschaft, die Sie jetzt wieder durchgeführt haben.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Sie haben in der Regierung gesessen, nicht wir!)

— Ja, wir haben uns in die Regierung gesetzt — ich will Ihnen auch darüber Rede und Antwort stehen —, und wir sind stolz darauf, daß wir das getan haben.

(Erneute Zurufe bei den Deutschnationalen. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Meine Herren! Ich bitte, doch zu berücksichtigen, daß bei so lauten Zwischenrufen und Privatgesprächen sich der Redner ungemein anstrengen muß, um durchzudringen.

Hoch, Abgeordneter: Sie unterschätzen mich, Herr Präsident; ich kann die Anstrengung noch ertragen. Es gibt verschiedene Arten von **Vaterlandsliebe**. Gewiß, Sie (nach rechts) haben ein anderes Beispiel gegeben, Sie haben unser Volk ins Unglück gebracht, und dann sind Sie ausgekniffen.

(Erregte Zurufe bei den Deutschnationalen.)

Ihre ganze Tätigkeit besteht jetzt darin, unser Volk noch weiter ins Unglück zu bringen. Das ist Ihre Vaterlandsliebe.

(Erneute Zurufe bei den Deutschnationalen.)

(B) Wir **Sozialdemokraten** haben während der ganzen Zeit unsere warnende Stimme erhoben. Vor dem Kriege haben wir gewarnt, vor dem, was kommen wird. Wie oft hat unser Parteigenosse Bebel von der Tribüne aus die Folgen eines Weltkrieges Ihnen vor Augen geführt! Wir haben immer dringend gewarnt: Tut alles, um diesen Krieg zu vermeiden. Als dann der Krieg kam, auch da sind wir wieder in die Bresche getreten und haben uns bemüht, das allergrößte Unglück, den Zusammenbruch unseres Volkes, zu verhindern, und haben immer wieder gewarnt, es bis aufs äußerste zu treiben. Auch da sind wir nicht gehört worden. Als dann durch die Schuld der Deutschnationalen Partei und der hinter ihr stehenden Kreise der Zusammenbruch kam, unser Volk am Boden lag und die Herren von der Deutschnationalen Partei in ihren höchsten Spitzen entweder nach Holland ausgekniffen sind oder sich ins Mauseloch verkrochen haben, sind wir wiederum in die Bresche getreten, um unserem Volke zu helfen.

(Lachen bei den Deutschnationalen.)

— Ja, Sie lachen. Ich fühle es Ihnen nach; Ihnen fehlt ein Verständnis dafür, daß man nicht nur zu seinem eigenen Vorteil und in sein eigenes Portemonnaie wirtschaften, sondern auch ein Opfer für die Gesamtheit bringen kann.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Herr Abgeordneter Hoch, Sie wollten wieder auf die allgemeine Debatte über den Etat des Reichswirtschaftsministeriums zurückkommen.

Hoch, Abgeordneter: Jawohl. Aber, Herr Präsident — das soll kein Vorwurf sein —, Sie konnten nicht verhindern, daß uns ein Vorwurf daraus gemacht worden ist, daß wir in die Regierung eingetreten sind, und darauf muß ich erwidern. Ich werde die Anregung (C) des Herrn Präsidenten so auffassen, daß ich mich aufs äußerste beschränke.

Wir sind dann in die Regierung eingetreten, um unserem daniederliegenden Volke zur Seite zu stehen. In der Nationalversammlung haben wir uns bemüht, unser Volk politisch und wirtschaftlich aufzubauen. Wir haben es erreicht, daß mit Hilfe anderer Parteien — wir waren eben nicht in der Mehrheit —, mit Hilfe des Zentrums und der Demokraten die politische Freiheit einigermaßen aufgebaut wurde. Die wirtschaftliche Freiheit konnten wir nach unserem Sinne nicht aufbauen, weil wir keine Mehrheit dafür fanden, da die Herren des Zentrums und der demokratischen Partei darüber anderer Ansicht waren. Da zogen wir uns nun nicht, wie es sehr bequem gewesen wäre, in den Schmollwinkel zurück, sondern haben weiter mitgearbeitet, die politische Freiheit zu erhalten, um so mit der Zeit auch zur wirtschaftlichen Freiheit zu kommen. Denn seien Sie nur unbesorgt: wie unser deutsches Volk leider erst im Kriege, als das Schlimmste auf es hereingebrochen war, und als sich seine damaligen Stützen der Ordnung und des Staates als völlig unfähig erwiesen hatten, in seiner großen Mehrheit zu der Überzeugung gekommen ist: mit dieser Gesellschaft muß aufgeräumt werden, die Kerle müssen weggejagt werden: — so wird sicher der Tag kommen, wo auch die volle Erkenntnis über die **Unhaltbarkeit der wirtschaftlichen Zustände** eintreten wird. Der Herr Minister hat ein sehr wahres Wort gesagt, und der Herr Abgeordnete Hammer hat ja diese Ausführungen als so wertvoll anerkannt: nachdem sich die jetzige Wirtschaft unter der Fuchtel der großkapitalistischen Ringe — Ihrer Leute, meine Herren auf der Rechten — weiter ausgebildet hat und die große Masse der Arbeiter und der kleinen Leute in der rücksichtslosesten Weise bedrückt und ausgebeutet wird, da kommt (D) so mancher zur Erkenntnis, wie falsch die bisherigen Maßnahmen gewesen sind. Und, meine Herren, weshalb entrüsten Sie sich so? Ihr eigener Parteifreund, Herr Hammer, hat ja bei der Zuckerversorgung im Haushaltsausschuß die beweglichsten Klagen darüber geführt, wie auf diesem Gebiete das kartellierte Zuckerkapital den kleinen Mann drückt und schädigt. Er hat gefordert, daß hier eingegriffen wird. Er selbst, der so bedeutend für Ihre Partei ist, daß Sie ihn als Redner für diese Generaldebatte gestellt haben, hat aufgefordert, den Weg zu gehen, den wir Sozialdemokraten von Anfang an gewiesen haben. Also auch bei Ihnen kann einmal die richtige Erkenntnis einsetzen. Wenn Sie persönlich dazu unfähig sind, dann bin ich überzeugt, daß in den weitesten Kreisen des Volkes die Stunde kommen wird, wo das Volk die nötige Schlußfolgerung zieht. Weil wir nun diese Überzeugung haben, deshalb wirken wir in der Regierung und suchen das möglichst Beste herauszuholen, ohne uns darüber zu täuschen, daß die jetzige Wirtschaft die gefährlichsten Wege einschlägt, wie sie der Herr Minister hier zutreffend gekennzeichnet hat, und gegen die von Ihrem Redner nicht das mindeste gesagt werden konnte.

Ja, uns steht bereits das Wasser an der Kehle. Wir haben es jetzt so weit gebracht — das hat der Herr Abgeordnete Hammer selbst zugestanden —, daß wir auf vielen Gebieten den Weltmarktpreisen uns genähert haben. Damit werden wir auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig. Was soll aber dann aus uns werden? Das ist die furchtbare Frage, die jetzt an uns herantritt.

Es wird immer gesagt: die Arbeiter müssen mehr arbeiten. Auch Herr Hammer hat ausgeführt: die Arbeiter müssen statt acht Stunden zehn Stunden arbeiten. So einfach liegt die Sache nicht. Damit die Arbeiter statt acht Stunden zehn Stunden arbeiten, muß

(Hoch, Abgeordneter.)

ihnen doch in erster Linie der Beweis geliefert werden, daß das zum Vorteil der Gesamtheit und damit auch zu ihrem Vorteil ist. Darüber werden sie sich ja klar sein, daß die Arbeiterschaft den **Achtstundentag** als eine der wichtigsten Errungenschaften ansieht, und zwar mit vollem Recht.

(Sehr richtig! links.)

Die Einführung des Achtstundentags ist der größte Kulturfortschritt, den wir in den letzten Jahren er- daß die Arbeiterschaft den **Achtstundentag** als eine der überhaupt erst die Möglichkeit, als Mensch zu leben.

(Lebhafte Zustimmung links. — Abgeordneter Laverrenz: Sie können ihn nicht halten!)

— Wir wollen das einmal abwarten; wir wollen sehen, wie sich die Entwicklung weiter vollzieht.

(Abgeordneter Laverrenz: Die Not ist zu groß!)

— Sie sagen: die Not ist zu groß. Wird aber dadurch, daß die Arbeitszeit verlängert wird, die Not verringert werden? — Wie liegt denn jetzt die Sache? Wir haben eine sehr starke Ausfuhrtätigkeit gehabt, wenn auch nicht in dem Maße, wie es angenommen worden ist, daß wir bereits mehr Waren ins Ausland verkauften, als wir aus dem Auslande bezogen haben. Immerhin ist uns eine verhältnismäßig große Ausfuhr möglich gewesen. Ist dadurch die Not im Lande geringer geworden? Wie ist die Verteilung der Gewinne vor sich gegangen, die aus diesem Handel gezogen worden sind? Die Arbeiterschaft steht vor einer immer mehr steigenden Teuerung, und die Löhne sind bei weitem der Preissteigerung nicht gefolgt. Wohl aber sind die Profite der Kapitalisten gewaltig gestiegen. Die Kapitalisten sind es, die den Rahm abgeschöpft haben, die den Vorteil haben. Die Arbeiter aber sollen das ungeheure Opfer bringen, die Arbeitszeit zu verlängern, damit die Kapitalisten noch weitere Vorteile haben, damit das arbeitende Volk noch mehr unterdrückt werden kann. Dann wären die Arbeiter die größten Kälber, die sich ihre Metzger selber wählen. Die Arbeiter müssen vielmehr genau wissen, daß, wenn sie ein Opfer bringen, sie dieses Opfer wirklich für die Gesamtheit und nicht für den Geldbeutel einiger Leute bringen.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Daß die Arbeiter nicht gleichgültig der Not unseres Volkes gegenüberstehen, haben wir doch bei den Bergarbeitern gesehen. Die Bergarbeiter haben Überstunden gemacht. Der Herr Minister hat Ihnen in sehr treffender und eindringlicher Weise vor Augen geführt, wie es mit der Arbeit der Bergarbeiter steht. Sie werden zugeben müssen, daß die Bergarbeiter, wenn sie trotzdem Überstunden machen, damit ein ungeheures Opfer bringen.

Wenn heute ein Arbeiter, der wirklich ernsthaft acht Stunden in irgendeinem Gewerbe arbeitet, sich dazu hergibt, noch weitere Arbeit bei dieser elenden Ernährungslage zu verrichten, dann ist das geradezu ein Verbrechen an seiner Gesundheit.

(Sehr wahr! links.)

Er kann gar nicht länger als acht Stunden angestrengt arbeiten, wenn er nicht genügend ernährt ist. Die Möglichkeit dazu hat aber die große Masse der Arbeiterschaft nicht. Sie, meine Herren von der Deutschnationalen Partei, haben die Bauern aufgerufen: liefert kein Getreide, liefert keine Kartoffeln!

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

wenn der Wucherwirtschaft noch irgendwelche Schranke gesetzt werden soll. Sie sind diejenigen, die am meisten dagegen wirken, daß mehr von den Arbeitern gearbeitet werden kann. Sie erschweren die Ernährung des Arbeiters und machen es dadurch unmöglich, daß er, selbst wenn er den Willen hätte, mehr arbeitet.

Aber es kommt ja nicht nur auf die körperliche und geistige Kraft an, sondern noch auf etwas anderes, was man dem Arbeiter durch keine Gesetze beibringen kann: auch **der gute Wille zur Mehrarbeit** muß bei ihm vorhanden sein. Erzwungen können solche Maßnahmen nicht werden. Das Vorgehen der Metallindustriellen und anderer Arbeitgebergruppen, die es zum Streik kommen lassen, die Aussperrungen vornehmen, nur um die Arbeitszeit zu verlängern, beweist, wie töricht und unverständig jene Unternehmerkreise noch sind; denn selbst wenn die Arbeiter unterliegen, werden sie nicht freudig und gern die längere Arbeitszeit auf sich nehmen, sondern widerwillig, und dann wird in der einen Stunde oder in den zwei Stunden, die sie länger arbeiten müssen, nur wenig mehr gearbeitet werden; und wenn die Zeit des Streiks abgerechnet wird und wenn dann wieder bald ein Streik kommt — denn die Arbeiter können sich doch in einem solchen Falle nicht beruhigen —, dann wird sich schließlich als Ergebnis herausstellen, daß die Volkswirtschaft im großen und ganzen gar keinen Vorteil davon hat. Wenn wir wirklich wollen, daß die Arbeiter ihre ganze Kraft in den Dienst der gemeinsamen Arbeit stellen, daß sie alles tun, um die Arbeit zu fördern, dann müssen wir es ermöglichen, daß die Arbeiter mit gutem Willen an die Arbeit gehen. Ebensowenig wie wir die Zwangswirtschaft in Getreide und Kartoffeln und auf andern Gebieten gegen den Willen der beteiligten Bevölkerung durchführen können, ebenso wenig kann man aus dem Arbeiter eine größere Arbeitsleistung herauspumpen, wenn man nicht die große Masse der Arbeiter davon überzeugt, daß diese Mehrarbeit zum Vorteil der Gesamtheit ist.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Das aber werden Sie nur erreichen, wenn sich die jetzige Ausbeutungswirtschaft nicht weiter und weiter verschärft, sondern mehr und mehr durch eine zweckmäßige Regelung zurückgedrängt wird; — ein anderes gibt es nicht.

Wir haben die Betriebsräte, damit die Arbeiter Einblicke in die Betriebe bekommen. Ich bedaure nur, daß der Artikel der Reichsverfassung, der davon handelt, daß **Bezirkswirtschaftsräte** geschaffen werden sollen, noch nicht durchgeführt wird. Der Herr Minister hat gesehen, welche Folgen das hat. Herr Abgeordneter Hammer hat verlangt, daß der deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag öffentlich-rechtlich anerkannt wird. Wenn wir diesen Weg betreten, so werden wir der Durchführung des Artikels der Verfassung, der sich auf die Bezirkswirtschaftsräte bezieht, entgegenwirken. Der richtige Weg wäre der, daß jener Artikel endlich durchgeführt wird und daß man immer mehr danach trachten muß, auf diesem Wege die Arbeiter zur freudigen Mitarbeit in den Betrieben zu bringen.

Herr Hammer wollte zu diesem Zwecke die Gewinnbeteiligung der Arbeiter einführen. Ach, das ist gar nicht nötig. Gegen die Gewinnbeteiligung liegen mancherlei Bedenken vor, die wiederholt erörtert worden sind, so daß ich darauf nicht einzugehen brauche. Aber die Betriebsräte sind das Mittel dazu: man soll ihnen nur den nötigen Einblick in die Betriebe und die nötige Mitwirkung bei der Betriebsleitung geben, dann kann man viel Gutes für die segensreiche Entwicklung unseres Wirtschaftslebens erreichen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Aber die Arbeit allein ist ja nicht maßgebend, sondern es kommt auch darauf an, wie die Wirtschaft aufgebaut ist, und wie es um die einzelnen Betriebe steht. In dieser Beziehung wirkt die jetzige Ausbeutungs- und Auswucherungswirtschaft geradezu verhängnisvoll.

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) Bei den heutigen Verhältnissen braucht sich ein Unternehmer nur möglichst viel Ware zu beschaffen, — ob sie vorteilhaft oder nicht vorteilhaft hergestellt ist, das ist nicht das Entscheidende! Er macht vielleicht ein viel besseres Geschäft, wenn er sein Geld nicht verwendet, um möglichst günstige Einrichtungen zu schaffen, sondern wenn er sein Geld benutzt, um möglichst viel Waren aufzukaufen, sie an das Ausland gegen ausländische Valuta zu verkaufen und dann zu warten, bis die deutsche Währung noch mehr gesunken ist; dann hat er aus dem Valutaunterschied einen beträchtlichen Gewinn. Soviel steht fest: nur in einem Teil der Industrie sind die nötigen Verbesserungen durchgeführt, in einem anderen Teil bestehen erhebliche Mängel; die großen Summen, die jetzt als Kapital in die Geschäfte hineingesteckt werden, sind vielfach nicht dazu verwendet worden, die Ergiebigkeit des Betriebs zu steigern,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

sondern nur dem Unternehmer Gelegenheit zu geben, auf Grund des sinkenden Geldwerts bei uns immer größere Gewinne herauszuholen.

Jetzt fassen Sie den Augenblick ins Auge, von dem wir bei diesen Betrachtungen ausgehen mußten: daß die inländischen Preise an die Grenze der Weltmarktpreise gekommen sind, und wir dann eine Industrie haben, die in einigen ihrer Teile nicht auf der Höhe steht, in ihren Einrichtungen vielmehr hinter den Industrien des Auslandes zurückgeblieben ist! Was soll dann bei dem Kampf auf dem Weltmarkte für uns herauskommen? Dann wird unsere Industrie aufs schwerste geschädigt. Deshalb dürfen wir auch aus diesem Grunde die jetzige Wirtschaft nicht so weiter gehen lassen. Es muß eingegriffen werden.

Ich möchte dem Herrn Wirtschaftsminister, der uns in der nachdrücklichsten Weise die furchtbaren Gefahren (B) vor Augen geführt hat, zurufen, er möge alles tun, damit nicht nur im Wirtschaftsministerium, sondern auch auf allen Stellen der jetzigen Ausbeutungswirtschaft entgegengetreten wird. Das **Wirtschaftsministerium** muß eine viel stärkere Tätigkeit in der **Beaufsichtigung der Preise** entfalten. Das Wirtschaftsministerium muß dafür sorgen, daß die Gestehungskosten festgestellt werden und daß für den inländischen Verkehr die Verkaufspreise sich auf den Gestehungskosten aufbauen. Wo sich Ausschreitungen ergeben, muß rücksichtslos eingeschritten werden.

Ich gebe dem Herrn Wirtschaftsminister durchaus zu, daß er dabei von den jetzt bestehenden rechtlichen Bestimmungen so gut wie gar nicht unterstützt wird. Wenn er aber die Zustände schildert, wie sie sind, und damit an den Reichstag geht, wird der Reichstag sicherlich die nötigen Handhaben schaffen.

Wenn ich den Herrn Minister richtig verstanden habe, hat er uns mitgeteilt, es sei eine **Überwachungsstelle für die Kartelle** eingeführt; die soll die Beschwerden prüfen, und daraus wird sich ergeben, was weiter zu geschehen habe. Ich begrüße das in der Erwartung, daß, wenn es sich herausstellt, daß die gesetzlichen Vorschriften zu dem notwendigen Eingreifen nicht genügen, dann der Herr Wirtschaftsminister mit seinen Vorschlägen an den Reichstag kommt. Ich möchte aber auch den Herrn Wirtschaftsminister darauf hinweisen, was ihm sicher ebenso bekannt sein wird, daß nicht nur in den kartellierten Gewerbezweigen, sondern auch in den anderen ein schamloser Wucher getrieben wird, daß er dort mitunter sogar noch schlimmer ist; auch dem bitte ich entgegenzutreten. Ich bitte ihn namentlich, das Entgegengesetzte von dem zu tun, was der Herr Abgeordnete Hammer vorgeschlagen hat. Bei den Markenartikeln muß man darauf bestehen, daß die Preise aufgedruckt und eingehalten werden.

(C) Ich möchte den Herrn Minister ganz besonders bitten, sich auch um die anderen Ministerien zu bemühen. Wir haben vom Reichsarbeitsministerium verlangt, daß es sich um alle Angelegenheiten bekümmert, die insbesondere die Arbeiter betreffen, auch wenn — um das schöne Wort zu gebrauchen — ein anderes Ministerium federführend ist. Das muß auch das Wirtschaftsministerium tun, soweit es sich um wirtschaftliche Fragen handelt.

Insbesondere möchte ich den Herrn Minister bitten, in die **Holzwirtschaft** einzugreifen. Diese Wirtschaft ist eine der skandalösesten, die wir haben. Sie wird in dieser Weise auch von den **Landesregierungen** betrieben, und zwar deshalb, weil die Landesregierungen viele Einnahmequellen verloren haben und diese Quelle benutzen, um sich eine größere Einnahme zu beschaffen. Wenn die Landesregierungen keinen volkswirtschaftlich gebildeten Berater haben, dann möge der Herr Reichsminister ihnen einen vernünftigen Berater hinschicken, der den Herren nachweist, daß durch die hohen Holzpreise die Gesamtheit viel schwerer geschädigt wird, als wenn die auf diese Weise aufgebrachten Gelder durch eine allgemeine Steuer aufgebracht werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ebenso sollte sich der Herr Minister um das Ernährungsministerium kümmern. Die Zustände zum Beispiel bei der Regelung des Zuckers sind in diesen Tagen hier geschildert worden. Sie sind geradezu unerhört. Gegenüber den wenigen Zuckerfabriken ist ein wirtschaftlich zweckmäßiges und leicht durchführbares Eingreifen möglich.

Freilich bezieht sich das auch auf Betriebe, die dem Wirtschaftsministerium selbst unterstellt sind, auch auf die **Papierfabriken**. Mit dem langen Hin- und Hererwägen ist es doch nicht getan. Es muß endlich dazu geschritten werden, die wenigen Papierfabriken, die wir (D) haben, unter genaue Aufsicht der Regierung zu bringen. Es muß dafür gesorgt werden, daß nicht mehr wie bisher die Preise gesteigert werden. Es muß verlangt werden, daß die Ausfuhr gesperrt wird, soweit sie zu einer Schädigung des inneren Verbrauchs führt.

Meine Damen und Herren! Was der Herr Minister in bezug auf die **Zustimmung der beteiligten Arbeiter** bei dem Einspruch gegen das **Verbot der Ausfuhr von Papier** angeführt hat, ist ja leider etwas, was nicht neu ist. Ich habe auch geglaubt, aus den Ausführungen des Herrn Ministers die richtige Würdigung dieser Angelegenheit zu entnehmen. Mir ist jener Vorgang durchaus begreiflich. Es kommt eben darauf an, welche Frage man den Arbeitern vorlegt. Ich kann mir wohl denken, daß, wenn der Unternehmer den Arbeitern versichert: wenn wir diese Maßnahme treffen, ist unser Betrieb nicht zu halten, dann sind wir nicht mehr konkurrenzfähig und müssen den Betrieb schließen — ich kann mir denken, daß sich dann die Arbeiter gegen solche Vorschläge wehren. Die Aufgabe des Wirtschaftsministeriums ist es, der Sache weiter nachzugehen, dazu auch die Arbeiter hinzuzuziehen und zu sehen, ob nicht ein Weg gefunden werden kann, auf dem die schlimmsten Mißstände beseitigt werden. Aber das kann nach meiner Ansicht nur erreicht werden im Zusammenhang mit der Holzwirtschaft. In die Holzwirtschaft muß eingegriffen werden. Dann wird auch die Papierfrage zu regeln sein.

Dabei möchte ich dem Herrn Minister einen Wunsch unterbreiten. Mir ist aus den Kreisen der Holzindustrie mitgeteilt worden, daß sich in bezug auf die Beschaffung des nötigen Rohmaterials unerträgliche Zustände herausgebildet haben. Die gesamte Holzwirtschaft, auch die Abgabe von Holz an die Holzindustrie, wird im Ernährungsministerium bearbeitet. Da wird

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) die Sache so unzweckmäßig angefaßt und so verschleppt, daß die Holzindustrie in ihrer Arbeit aufs äußerste gehemmt wird. Meines Wissens ist das Wirtschaftsministerium bereits seitens der beteiligten Kreise gebeten worden, dafür einzutreten, die **Angelegenheiten der Holzindustrie** vom Ernährungsministerium abzutrennen und **dem Wirtschaftsministerium zuzuteilen.** Ich möchte den Herrn Minister bitten, dieser Angelegenheit nachzugehen und, wenn die Trennung sich als zweckmäßig herausstellt, die entsprechenden Maßnahmen anzuordnen.

Schließlich möchte ich den Herrn Wirtschaftsminister bitten, auf das Schatzministerium zu achten. Auch da spielen sich Vorgänge ab, die vom volkswirtschaftlichen Standpunkt nicht zu verantworten sind. Ich möchte nur an eins erinnern.

Vom 1. Mai ab ist der Preis für **Spiritus** erhöht worden. Diese Maßnahme ist in der Weise durchgeführt, daß jeder Abnehmer von Spiritus, der bis zum 6. April das nötige Geld eingezahlt hat, soviel Spiritus kaufen konnte, wie er wollte, auch wenn die Lieferung des Spiritus sich auf wer weiß wie viele Monate hinaus erstreckt. Die Folge ist, daß kapitalkräftige Kreise langfristige Verträge abgeschlossen haben, nach denen ihnen in den kommenden Monaten der Spiritus zu dem billigen Preise geliefert wird. Die Unternehmer werden den billigen Spiritus zu selbstverständlich teuren Preisen verkaufen und dadurch auf Kosten des Reichs große Gewinne erzielen.

Noch ein Wort zu den Mitteilungen des Herrn Wirtschaftsministers über die **wirtschaftlichen Verhandlungen in Genua.** Darin wird, glaube ich, das ganze Haus übereinstimmen, daß wir den Herren des Wirtschaftsministeriums für die Art und Weise zu danken haben, wie sie für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten (B) unseres Volkes eingetreten sind. Wir alle sind uns darüber klar, daß die uns von der Entente auferlegten Lasten uns furchtbar drücken. Das kann aber nicht ein Grund dafür sein, bei uns selbst nicht reinen Tisch zu machen und die Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes immer weiter um sich greifen zu lassen. In der Abwehr der Ansprüche der Entente sind wir einig, aber wir müssen das Volk auch dafür zu sammeln suchen, daß die jetzige Ausbeutungs- und Bedrückungswirtschaft endlich abgeschafft wird. Noch viel mehr müssen wir uns dagegen wehren, daß etwa neue Ausbeutungs- und Bedrückungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Diese Gefahr bedroht uns in bezug auf den Auslandshandel. Diese Frage hat in der letzten Zeit die Öffentlichkeit sehr beschäftigt. Ich darf mich darüber kurz fassen, weil ich, soweit ich dem Herrn Minister folgen konnte, mich in allen Punkten ihm anschließen kann. Kleine und kleinliche Maßnahmen sind auf diesem Gebiete unerträglich.

Vor allen Dingen hoffe ich, aus den Ausführungen des Herrn Wirtschaftsministers entnehmen zu können, daß wir das **bedingte Einfuhrverbot** endlich los werden. Man soll bestimmt sagen, welche Waren eingeführt werden dürfen und welche Waren nicht eingeführt werden dürfen. Dem einzelnen Kaufmann aber gegenüber anderen ein Vorrecht zu geben, ist unerträglich. Ich will Sie nicht mit dem großen Stoß von Beschwerden darüber belästigen, wie verfehlt derartige Ausnahmen sind. Das ist allgemein bekannt.

Ich stimme auch der Ansicht, die der Herr Minister, wenn ich ihn richtig verstanden habe, ausgesprochen hat, zu, daß, wenn es sich darum handelt, gewisse Waren von uns fernzuhalten, wir dies durch sehr hohe Schutzzölle zu erreichen suchen sollen. Man soll dann aber auch den gesamten Warenbestand treffen, wo es irgend (C) geht, in der Weise, daß an jeder Ware ersichtlich sein muß, ob sie verzollt ist. Dann aber soll man auch in der schärfsten und schroffsten Weise gegen jeden Mißbrauch einschreiten und jede Ware, die man unversteuert antrifft, ohne weiteres einziehen.

Was die Ausfuhr betrifft, können wir nicht sagen: alles darf ausgeführt werden. Es gibt Waren, die wir nicht ausführen dürfen. Wir können keine Lebensmittel, wir können kein Brotgetreide, wir können keine Kartoffeln ausführen. Wir können keinen Zucker, keinen Zement, kein Holz usw. ausführen. Es muß dafür gesorgt werden, daß diejenigen Waren, die wir unbedingt haben müssen, zurückgehalten werden. Auch hier müssen scharfe Maßnahmen durchgeführt werden. Jede Halbheit auf diesem Gebiete ist viel verderblicher, als wenn gar nichts geschieht. Die Regierung soll nur das in Angriff nehmen, was sie durchführen kann. Deshalb müssen solche Industrien, solche Geschäftsleute, die nur begrenzt Waren — etwa für die feindlichen Regierungen — ausführen dürfen, unter vollständige Aufsicht der Regierung gestellt werden. Sonst geht die Schieberei weiter und weiter vor sich.

Wir sind freilich oft leider ohnmächtig gegenüber den Schiebern, ohne daß die Regierung eine Schuld trifft; denn wir haben das **Loch im Westen** und wir haben auch das **Loch im Osten.** Da wird nach meiner Überzeugung — ich kann es ja nicht nachweisen — in geradezu unerhörter Weise geschoben. Ich habe im Ausschuß diese Dinge zur Sprache gebracht und die beteiligten Ministerien gefragt: habt ihr die Schiebereien aufdecken können? Es ist uns in der Regel gesagt worden: wir haben auch die Anzeigen bekommen, aber wenn wir zugreifen wollten, war nichts zu fassen.

(D) Darum müssen jene Betriebe rücksichtslos unter die Aufsicht des Reichs gestellt werden. Wir können uns auch nicht auf die Beteiligten selbst verlassen. Wir haben ja den Versuch gemacht, die Ein- und Ausfuhrüberwachung den beteiligten Stellen zu überlassen. Die haben vollständig versagt. Dieselben Leute, die sich über die falsche Wirtschaft der Regierung beschwert haben, als sie unter Aufsicht der Regierung standen, haben jetzt gezeigt, daß sie selbst nicht die Aufsicht durchführen können. Die Beschwerden, die jetzt kommen, sind mindestens so groß wie zu irgendeiner Zeit, als die Regierung die Aufsicht hatte.

In diesem Zusammenhang möchte ich mir noch die Frage an den Herrn Minister erlauben, wie überhaupt **in den besetzten Bezirken** das **Verhältnis** zu den feindlichen Truppen, **zu den feindlichen Beamten,** die da sind, ist. Mir ist ein **Bericht der „Elsaß-Lothringischen Mitteilungen"** zugegangen. Mit der Erlaubnis des Herrn Präsidenten werde ich, von meiner Gewohnheit abweichend, Ihnen diesen kurzen Artikel vorlesen. Es heißt darin:

> **Eine Skandalaffäre in Colmar.** Wie aus Colmar gemeldet wird, beschäftigt sich die dortige Presse mit einer neuen Skandalaffäre. Ein Beamter des städtischen Gaswerks erhebt öffentlich den Vorwurf gegen den Direktor des Gaswerks, daß er seine, nach dem Waffenstillstand ihm von den Franzosen übertragene Stellung dazu benutzt habe, ein Drahtseilkabel im Werte von 6600 Franken durch Bestechung eines Parkwächters zum Preise von 200 Franken zu erhalten, daß er mit Hilfe eines Brückenwärters in Neubreisach umfangreichen Schmuggel über den Rhein betrieben habe, und daß er auf Kosten der Stadt seine Wohnung herrichten ließ, wofür

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) er Umbuchungen in seinem Betriebsbudget vornahm. Insgesamt habe er etwa 25 mal Urkundenfälschung begangen. Der Bürgermeister der Stadt Colmar habe bisher keinerlei Schritte in dieser Sache getan, weshalb er die Öffentlichkeit auf diesem Wege unterrichten müsse.

Es handelt sich um den früheren deutschen Wasserbauinspektor Stirnemann, welcher zum Nachfolger des altelsässischen, von den Franzosen wegen Deutschfreundlichkeit abgesetzten Gasdirektors Johner ernannt wurde. Stirnemann ist von den Franzosen mit dem „croix de guerre" (Kriegskreuz) ausgezeichnet worden, da er ihnen, wie man annimmt, Spionagedienste geleistet hat. Er ist Elsässer.

Ich habe diesen Bericht ans Auswärtige Amt eingeschickt und um Aufklärung gebeten. Vor wenigen Tagen ist mir nun folgende Antwort zugegangen.

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß nach den den deutschen Behörden vorliegenden Nachrichten an der Richtigkeit der gegen den französischen Beamten Stirnemann erhobenen Beschuldigungen nicht zu zweifeln sein dürfte. Was die in dem Artikel erwähnte Schmuggelangelegenheit anlangt, so ist Stirnemann bezichtigt worden, durch den französischen Brückenwärter Braun in Neubreisach einen Betrag von 31 000 Franken nach Deutschland (Altbreisach) und einen Teil der aus Deutschland bezogenen Waren nach dem Elsaß geschmuggelt zu haben. Für diese Waren hätte Stirnemann neue Rechnungen mit willkürlich erhöhten Beträgen (3000 Prozent) im Gaswerk Colmar anfertigen und durch einen Spediteur in Altbreisach quittieren lassen. Das Auswärtige Amt hat die (B) Aufmerksamkeit der zuständigen deutschen Behörden auf diese Vorgänge gelenkt und ihnen die erforderlichen Maßnahmen anheimgestellt. Tatsächlich werden die im Grenzdienst tätigen französischen Beamten, soweit dies mit den gegebenen Verhältnissen vereinbar, schon bisher von den örtlichen Dienststellen einer entsprechenden Zollkontrolle unterworfen.

Ich möchte den Herrn Minister bitten, wenn derartige und ähnliche Fälle zu seiner Kenntnis kommen, die Sache möglichst ernst zu nehmen und die Fälle in der breitesten Öffentlichkeit sowohl in Deutschland, als auch in den anderen Ländern bekanntzugeben; denn ich bin der Überzeugung, daß auch in den anderen Ländern anständige Menschen sein werden, die gegen derartige Zustände Einspruch erheben. Jedenfalls muß versucht werden, auch in jenen Bezirken Zustände herbeizuführen, die unsere Wirtschaftspolitik nicht lahmlegen.

Ich bin mir bewußt, meine Damen und Herren, daß alle Maßnahmen, die gegenwärtig in Betracht kommen können, nur kleine Anfänge derjenigen Regelung sind, die sich allmählich als notwendig erweisen wird. Aber im Augenblick ist ja nicht mehr zu erreichen. Es kann nur allmählich Selbsterkenntnis und Selbstzucht in die große Menge der Bevölkerung hineinwachsen. Leben wir doch in einer Zeit, wo große Teile der Bevölkerung kein Gefühl für das Wohl der Gesamtheit haben und nur an sich denken ohne jede Rücksicht auf das Wohl der anderen, wo die Lebensmittelpreise und andere Preise weiter und weiter in die Höhe getrieben werden, ohne daß danach gefragt wird, ob die armen Menschen noch leben können, wo die Landwirtschaft den Versuch, der ärmeren Bevölkerung Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen zu verschaffen, beantwortet mit einer Kriegserklärung, mit einem offenen Bürgerkrieg.

(C) Der Herr Abgeordnete Hammer hat sich auch über die Portoerhöhungen für Briefe und die Frachterhöhungen bei der Eisenbahn entrüstet. Gewiß, sie sind unerhört, das Porto ist auf das Zwanzigfache gestiegen. Aber Herr Hammer hat sich gar nicht entrüstet, über die ungeheuren Preise, die uns durch die Wucher- und Ausbeutungswirtschaft aufgezwungen worden sind, die nicht das Zwanzigfache ausmachen, sondern das Sechzig-, Achtzig- und Hundertfache.

Wenn wir so weiter wirtschaften, graben wir uns selbst das Grab, dann gehen wir dem Untergang entgegen. Es muß sich die Erkenntnis durchringen, daß wir nur dann vorwärts kommen können, wenn einer Rücksicht auf den anderen nimmt. Wir dürfen nicht einzig und allein sagen: der Arbeiter soll mehr arbeiten, nur er soll seine Pflicht gegen das Vaterland erfüllen. Ganz gewiß muß auch der Arbeiter seine Pflicht erfüllen; Sie, meine Herren, von den anderen Kreisen müssen mit gutem Beispiel vorangehen und müssen die Regierung in allen denjenigen Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, der jetzigen Ausbeutung entgegenzuwirken. Wir von unserer Partei erklären, daß wir uns über die heutige Rede des Herrn Wirtschaftsministers freuen, und wir werden alles tun, um seinen Worten den nötigen Nachdruck zu geben.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kniest.

Kniest, Abgeordneter: Meine verehrten Damen und Herren! Mit großem Interesse bin ich den Ausführungen des Herrn Reichswirtschaftsministers gefolgt, und ich möchte ihm besonders dafür danken, daß er auch auf die Schwierigkeiten hingewiesen hat, unter denen heute der Gewerbestand leidet. Ich gebe Herrn (D) Hoch durchaus recht, daß die Verhältnisse zum Teil unerträglich sind. Herr Hoch hat auch auf die Holzpreise hingewiesen. Auch darin kann ich ihm beipflichten. Wenn zum Beispiel in der vergangenen Woche für eine Eiche im Kreise Bitterfeld von 9½ Festmetern 65 500 Mark gezahlt worden sind,

(hört! hört!)

so ist das ungeheuerlich. Das ist ein Preis, für den man vor dem Kriege ein großes stattliches Wohnhaus bekommen konnte, das ist der Preis für einen einzigen Roheichenstamm, der noch nicht verarbeitet ist. Die Preise sind augenblicklich so emporgeschnellt, daß der Kubikmeter Kiefernholz, also Tischlerware, 4500 Mark kostet,

(hört! hört!)

gegen einen Vorkriegspreis von zirka 80 bis 85 Mark, daß 100 Kilo Drahtnägel, die vor dem Kriege mit 25.70 Mark bezahlt wurden, heute 2460 Mark kosten. Für einen kleinen Spiegel für eine Waschkommode mit den Maßen 78 mal 47 wurden vor dem Kriege 9 Mark bezahlt, heute 827 Mark.

(Hört! Hört!)

Angesichts dieser Preise braucht man sich nicht zu wundern, daß eine große Unzufriedenheit bis in die weitesten Volkskreise hinein herrscht.

Selbstverständlich hat unter diesen Verhältnissen der gewerbliche Mittelstand außerordentlich zu leiden. Es fehlt ihm das Betriebskapital, das Geld für die Entlohnung seiner Arbeiter, er ist angewiesen auf Bankkredite, und hier muß er 10 bis 12 Prozent Zinsen zahlen. Wenn man schon einmal die Notwendigkeit einsieht — und das tut gerade meine Partei —, daß der gewerbliche Mittelstand am Leben erhalten werden muß, dann muß man auch ein klein wenig hier und da

(Knieſt, Abgeordneter.)

auf die Staatsbehörde einwirken. Sie tut doch ein gewisses Unrecht — man weiß nicht, wieweit man von Unrecht sprechen darf —, jedenfalls ist es nicht ganz richtig, Herr Reichswirtschaftsminister, daß der Staat diese Preistreiberei beim Holz mitmacht. Er beteiligt sich am Wettbewerb und nimmt dieses Geld. Wenn er es auch nötig hat, so ist es doch nicht ganz richtig. Es könnte vielleicht einmal vermittelnd gewirkt werden. Vielleicht könnten sich Gemeinden und Staat, wenn sie in der Lage sind, solche Rohstoffe wie Holz usw. zu verkaufen, mit den Genossenschaften des Kleingewerbes in Verbindung setzen und diesen gewisse Erleichterungen verschaffen. Durch eine gewisse Kontrolle und Beaufsichtigung der Behörden ließe sich hier ein Weg finden, um eine Verbilligung vor allen Dingen der notwendigsten Einrichtungsgegenstände für Minderbemittelte herbeizuführen. Das ist aber nicht nur mit guten Reden zu machen, sondern es muß tatsächlich einmal eingegriffen werden, wobei ich mir keinesfalls verhehle, daß der Reichswirtschaftsminister einen sehr schweren Stand bei den betreffenden in Betracht kommenden Stellen haben wird.

Im Zusammenhang mit diesem Hinweis auf die schwierige Lage des Gewerbes erhebt sich die zweite Frage, wie in der Zukunft die Ausbildung unseres gewerblichen Nachwuchses zu handhaben ist. Wir sind überzeugt, daß wir einmal wieder glücklichere Zeiten haben werden und wir dann wieder Qualitätsarbeit erreichen können und müssen. Dazu brauchen wir gut ausgebildete Kräfte. Wir müssen daher, da uns der Krieg eine Unmenge der bestgeschulten Arbeitskräfte genommen hat und eine vollständige Ausbildung während des Krieges nicht stattfinden konnte, unsere ganze Aufmerksamkeit jetzt auf den gewerblichen Nachwuchs richten.

(Sehr wahr! in der Mitte und rechts.)

Aus diesem Grunde ist auch diese Interpellation eingebracht worden. Es gehen nur die Meinungen dahin auseinander, wie die Sache aufzufassen ist. Meine politischen Freunde und ich sind der Meinung, daß der Handwerksmeister, der etwas gelernt hat und sein Fach versteht, die geeignete Persönlichkeit für die Ausbildung ist. Die andere Meinung tritt für die Einrichtung von sogenannten Lehrwerkstätten ein, in denen die Lehrlinge ausgebildet werden, da der Handwerksmeister nicht mehr auf der Höhe der Zeit stehe, weil ihm nur die Reparaturen geblieben. Nach unserer Überzeugung ist das nicht richtig. Der Handwerksmeister ist immer noch der gegebene Mann, der in der Lage ist, einen jungen Menschen in allen Fächern seines Gewerbes und für jede Berufslage auszubilden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Der Krieg hat uns gezeigt, daß gelernte Leute aus dem Gewerbestande an allen Stellen gebraucht werden konnten. Sie konnten sich viel leichter zurechtfinden. Von der Ausbildung in Lehrwerkstätten befürchte ich eine mehr oder weniger einseitige Bildung, so daß die jungen Leute sehr häufig für manche Arbeit unseres Wirtschaftslebens nicht zu gebrauchen sein werden.

(Sehr gut!)

Beim Handwerksmeister werden sie in der einfachsten Form zu einem überall brauchbaren Menschen erzogen. Auch werden die Leute, wenn sie in Werkstätten hineinkommen, den Handwerksstandpunkt nicht mehr so erfassen können. Sie halten sich für zu gut. Aus allen diesen Gründen sehe ich nach wie vor in dem tüchtigen Handwerksmeister den geeigneten Ausbilder.

In zweiter Linie beschäftigt sich die Interpellation mit der **Entlohnung der Lehrlinge.** Es fragt sich, ob die Entlohnung auf tariflicher Grundlage oder nach freier Vereinbarung wie bisher stattfinden soll. Auch darin gehen die Meinungen auseinander. Wir als Leute vom Fach sind der Ansicht, daß man einen Lehrling nicht als Arbeiter betrachten kann. Er soll erst einer werden. Wer junge Leute als Lehrlinge ausbildet, weiß, daß sie außerordentlich verschieden veranlagt sind. Der eine hat manchmal im ersten Lehrjahre mehr begriffen und schneller als ein anderer im dritten. Deshalb können wir uns nicht dazu hergeben, feste, tarifliche Lohnsätze für die Lehrlinge anzunehmen. Das würde nach unserer Ansicht unfehlbar dazu führen müssen, daß ein Lehrlingsmeister, der verurteilt wird, auf Grund des Tarifabschlusses einem jungen Mann einen festen Lohn zu gewähren, versuchen wird, aus ihm eine möglichst hohe Arbeitsleistung herauszuholen, weil er doch nicht noch Geld für seine Mühe zulegen kann, und wir befürchten, daß die Ausbildung darunter erheblich leiden wird.

Selbstverständlich treten auch wir dafür ein, daß die jungen Leute eine angemessene, der Geldentwertung entsprechende Entschädigung erhalten. Es ist gewiß unverantwortlich, wenn einzelne Lehrmeister — und ich mache gar kein Hehl daraus, daß es auch solche gibt — den Standpunkt vertreten, der Lehrling braucht kein Geld. Bedenken Sie, wie oft eine Mutter ihren Sohn ein Handwerk lernen läßt, weil sie damit rechnet, daß er ihr für das ganze Leben eine Stütze sein wird. Da müssen wir es verurteilen, wenn ein solcher junger Mensch mit ein paar Mark abgespeist wird. Die Entlohnung muß den Geldverhältnissen entsprechen. Aber die tarifliche Regelung können wir nicht mitmachen. Aus den angeführten Gründen bitte ich den Herrn Reichswirtschaftsminister, für baldige Regelung der ganzen Handwerkerfrage Sorge zu tragen und bedacht zu sein, daß der neue Handwerkergesetzentwurf recht bald vorgelegt wird, damit die gesetzliche Regelung den Streitigkeiten ein Ende macht und vor allem die Differenzen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden aufhören.

Dann einige Worte zu einer Frage, die der Herr Minister ebenfalls berührt hat, zur **Papierfrage.** Sie geht auch uns in erheblichem Maße an. Die Fachpresse, die wir zur Information unserer Mitglieder in den einzelnen Korporationen unbedingt brauchen, leidet ungemein stark unter der Papierknappheit und Papierteuerung. Sie weiß kaum noch, wie sie ihre Auflagen herstellen soll. Auf diesem Gebiete ist es heute fast genau so wie mit den Zeitungen im allgemeinen, daß man nicht mehr drei oder vier Zeitungen hält, sondern nur noch eine, die dann von Hand zu Hand weitergegeben wird, nachdem sie gelesen ist. So wichtig und notwendig der Fortbestand der Fachpresse für unser Wirtschaftsleben ist, ist er bei den unerhörten Papierpreisen stark gefährdet. Vor einiger Zeit richtete ich in dieser Beziehung eine Anfrage an die Regierung, die auch liebenswürdigerweise beantwortet wurde. Geschehen ist aber trotzdem fast nichts. Von Zeitungsverlegern, die eine Versammlung hatten, bin ich in einem Schreiben aufgefordert worden, für die **Erhaltung der Fachpresse** im Reichstage ein Wort einzulegen und darauf zu dringen, daß endlich die Vorschläge der Zeitungsverleger in die Tat umgesetzt werden. Wir verlangen vor allem die Sicherstellung der Lieferung einer Mindestmenge von Zeitungsdruckpapier, und zwar holzhaltiges, maschinenglattes Druckpapier. Sodann soll ein Schutz geschaffen werden gegen einseitige Auferlegung von Monopolpreisen für Holzstoff, Zellstoff und Druckpapier durch Erzeugerverbände. Es sind Maßnahmen zur Senkung des an sich wirtschaftlich berechtigten, aber auch dann für die Zeitungen noch unerträglich hohen Druckpapierpreises, wie er sich bei Durchführung der Forderung zu a ergeben würde, zu

(Kniest, Abgeordneter.)

(A) treffen, und zwar erstens durch Versetzung des Druckpapiers in die niedrigere Tarifklasse B des Eisenbahngütertarifs und Aufnahme des Druckpapiers in die Tarifklasse A, sofern diese wieder eingeführt werden sollte,

1. Schritte, die eine Verbilligung des Papierholzes, das zur Herstellung des Druckpapiers benötigt wird, und die zur Erzeugung von Druckpapier nötigen Kohlen möglich machen.
2. Heranziehung von Ausfuhrgewinnen.

Ich unterstütze diese Forderungen im Interesse des Wirtschaftslebens. Es geht nicht an, daß wir jetzt so weiter wirtschaften, daß die Zeitungen so außerordentlich leiden. Unsere ganze Wirtschaft leidet indirekt, wenn die Fachpresse eingehen muß. Unser ganzes Wirtschaftsleben geht dann zurück; das darf unter keinen Umständen geschehen. Herr Minister, ich möchte Sie dringend bitten, diesen Wünschen Rechnung zu tragen. Sie haben es vorhin schon angedeutet, Sie werden keinen leichten Stand haben. Es muß aber geschehen im Interesse unseres Wirtschaftslebens.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, nunmehr unsere Verhandlungen zu vertagen, da die Reden über diesen Titel heute doch nicht zu Ende kommen können, schon aus dem Grunde, weil zu einer der zwei Interpellationen, die damit verbunden sind, noch ein Interpellant aussteht und auch zum vorliegenden Titel noch zwei Redner in Aussicht stehen, die aber erst morgen zum Wort kommen möchten. Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß das Haus mit der Vertagung einverstanden ist. — Das ist der Fall.

Ich schlage weiter vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Dienstag den 23. Mai, vormittags 11 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Anfragen;
2. Fortsetzung der soeben abgebrochenen Beratung.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Dr. Kahl.

D. Dr. **Kahl**, Abgeordneter: Ich möchte fragen, ob es nicht möglich wäre, den Beginn des Plenums auf 12 Uhr festzusetzen. Es sind morgen vormittag eine ganze Reihe von sehr wichtigen Ausschußsitzungen, deren Beratungen unmöglich vertagt werden können. Sollte natürlich die Anordnung von 11 Uhr bereits auf einer festen Vereinbarung der Herren Präsidenten beruhen, so möchte ich keinen Widerspruch erheben und auch keinen Antrag stellen. Ich weiß aber, daß es einer ganzen Reihe von Mitgliedern außerordentlich angenehm wäre, wenn wenigstens zwei oder zweieinehalbe Stunde für eine geordnete Ausschußberatung frei blieben.

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Zwei Stunden könnten schon dadurch gewonnen werden, daß die Ausschußberatungen um 9 Uhr anfangen. Da der Herr Präsident Löbe vor einigen Tagen es im Interesse der Erledigung unserer Geschäfte als unbedingt notwendig erklärt hat, daß wir um 11 Uhr zusammenkommen, würde ich dringend bitten, keinen Antrag auf Änderung der Anfangsstunde für morgen zu stellen. Wir kommen schon so ins Gedränge und müssen sehen, daß wir mit dem Etat des Reichswirtschaftsministeriums morgen fertig werden. Das würde aber noch mehr gefährdet sein, wenn wir zu einer späteren Stunde mit der Sitzung beginnen wollten.

(Abg. D. Dr. Kahl: Ich will unter diesen Umständen keinen Antrag stellen!)

Weitere Anträge zur Tagesordnung sind nicht gestellt; sie steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 4 Minuten).

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

217. Sitzung.

Dienstag den 23. Mai 1922.

Die Sitzung wird um 11 Uhr 17 Minuten durch den Vizepräsidenten Dr. Bell eröffnet.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Die Sitzung ist eröffnet.
Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Als Vorlagen sind eingegangen:

1. Entwurf eines Gesetzes über die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen.
2. Zweite Denkschrift über die Kosten der Rheinlandbesatzung.
3. Entwurf eines Gesetzes zur zweiten Abänderung der Verordnung über die schiedsgerichtliche Erhöhung von Preisen bei der Lieferung von elektrischer Arbeit, Gas und Leitungswasser vom 1. Februar 1919.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 12. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Radbruch
der Abgeordnete Löffler;
in den 23. Ausschuß für den Abgeordneten Rieseberg
der Abgeordnete Hensel (Ostpreußen).

Ich habe Urlaub erteilt dem Herrn Abgeordneten Herrmann für 3 Tage.

Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete ten Hompel für 4 Wochen wegen Krankheit.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand:

Anfragen.

Ich rufe auf

Anfrage Nr. 1601, Dr. Külz und Genossen (Nr. 4215 der Drucksachen),

und erteile zu ihrer Verlesung das Wort dem Herrn Abgeordneten Weiß.

Weiß, Abgeordneter:
Die Reichsgesetzgebung ist zuständig zur Regelung der Fragen der **Lehrerbildung.** Bisher hat

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(Weiß, Abgeordneter.)

(A) die Reichsregierung keinen Gesetzentwurf zur Lösung des Problems der Lehrerbildung eingebracht. In den Ländern tritt das Bedürfnis nach einer zeitgemäßen Gestaltung der Lehrerbildung so dringend hervor, daß sich die Regierungen anschicken, eine Regelung im Wege der Landesgesetzgebung zu erstreben. Im Interesse einer einheitlichen Behandlung dieser außerordentlich bedeutungsvollen Angelegenheit muß eine solche Entwicklung nach Möglichkeit verhütet werden.

Ist die Reichsregierung bereit, mit Beschleunigung in die gesetzgeberische Regelung der Lehrerbildung einzutreten?

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort zur Beantwortung der Anfrage hat Herr Regierungsrat Dr. Schwarz.

Dr. **Schwarz,** Regierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Die außerordentliche Dringlichkeit eines Reichsgesetzes über die Lehrerbildung ist bereits in der schriftlichen Antwort auf die Anfrage Nr. 1134 der Abgeordneten Hellmann, Weiß und Rheinländer — Nr. 2882 der Reichstagsdrucksachen — anerkannt worden. Zugleich mußte darauf hingewiesen werden, daß das Reich mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Notlage an etwaigen Mehrkosten, die den Ländern durch die Umgestaltung der Lehrerbildung entständen, sich nicht beteiligen könne.

Inzwischen hat zur Klärung der Frage, ob auf dieser Grundlage die Durchführung einheitlicher Maßnahmen möglich sei, vor kurzem in Weimar eine Besprechung der Vertreter der Unterrichtsverwaltungen der Länder stattgefunden. Hierbei hat sich ergeben, daß von sämtlichen Vertretern als Voraussetzung für die **einheitliche Regelung der Lehrerbildung** eine **Beteiligung des Reichs an den Mehrkosten** angesehen und daher eine erneute Stellungnahme des Reichskabinetts gewünscht wurde. (B) Andernfalls wäre die Gefahr einer Zersplitterung des deutschen Lehrerbildungswesens nicht mehr abzuwenden, da sämtliche Länder mit Ausnahme Bayerns Vorbereitungen zu einer Neuordnung der Lehrerbildung getroffen hätten.

Das Reichsministerium des Innern wird erneut auf eine baldige Entscheidung des Reichskabinetts in der Frage des Lehrerbildungsgesetzes hinwirken.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Ich rufe auf

Anfrage Nr. 1610, Bartz (Hannover) und Genossen (Nr. 4242 der Drucksachen).

Zur Verlesung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Höllein.

Höllein, Abgeordneter:

Ist es wahr, daß der **Italiener Boldrini** auf Beschluß des Reichskabinetts am 4. Mai 1922 an die italienische Behörde ausgeliefert wurde, obwohl es sich bei ihm ohne Zweifel um eine aus politischen Motiven vorgenommene Tat handelt?

Wie rechtfertigt die Reichsregierung diese erneute Verletzung des Asylrechts der Deutschen Republik?

Ist es ferner wahr, daß Boldrini am 5. Dezember 1921 verhaftet und wegen des Ersuchens der italienischen Botschaft, ihn bis zum Eintreffen des Auslieferungsantrags in Haft zu behalten, nicht freigelassen wurde?

Ist es wahr, daß die Auslieferung nach Italien erfolgte, obwohl der italienische Auslieferungsantrag erst am 28. Dezember 1921 — also nach Ablauf der 20 Tage Frist des deutsch-italienischen Auslieferungsvertrags — einging?

(C) Wie rechtfertigt die Reichsregierung diese unerhörte Rechtsbeugung und Verletzung selbst des formellen Auslieferungsvertrags?

Ist es wahr, daß von den deutschen Behörden in den letzten Wochen ferner die von der italienischen Regierung verfolgten Arbeiter **Francisco Ghezzi** und **Romeo Bachi** verhaftet wurden?

Ist die Reichsregierung gewillt, sofort der Öffentlichkeit mitzuteilen, ob sie auch in diesen Fällen das Asylrecht wiederum mit Füßen treten und diese revolutionären Proletarier der reaktionären Klassenjustiz ihres Landes ausliefern will?

Befürchtet die Reichsregierung nicht, durch derartige Methoden die Deutsche Republik, die doch das freieste Land der Welt sein soll, noch mehr als bisher in den Ruf des reaktionärsten Staates der Welt zu bringen?

Wann endlich wird die Reichsregierung das längst angekündigte **Gesetz über das Asylrecht** dem Reichstag vorlegen?

Vizepräsident Dr. **Bell:** Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Ministerialdirektor Dr. Köpke.

Dr. **Köpke,** Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Kommissar der Reichsregierung:

1. Es ist richtig, daß der italienische Staatsangehörige **Boldrini** am 4. Mai 1922 der italienischen Regierung ausgeliefert worden ist.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Die Auslieferung war beantragt und ist erfolgt wegen Mordes auf Grund des Art. 1 Nr. 1 des deutsch-italienischen Auslieferungsvertrags vom 31. Oktober 1871. Nach den Angaben der italienischen Regierung, die auf Wunsch der Reichsregierung noch ergänzt worden sind, (D) wurde Boldrini beschuldigt, gemeinsam mit anderen am 23. März 1921 in Mailand verschiedene Bombenattentate verübt und dabei besonders in dem Theater „Diana“ den Tod von 30 Personen, darunter von Frauen und Kindern, und die Verwundung von weiteren 80 Personen verursacht zu haben.

(Hört! Hört! rechts.)

Die Frage, ob diese Straftat, wie seitens der Rechtsbeistände Boldrinis behauptet wurde, als **politisches Verbrechen** zu erachten und dem Beschuldigten daher auf Grund des Art. 4 des Auslieferungsvertrags in Deutschland das Asylrecht zu gewähren sei, ist nach eingehender Prüfung in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht verneint worden. Maßgebend für die Beurteilung dieser Frage konnte allein der deutsch-italienische Auslieferungsvertrag sein. Unter Berücksichtigung der Entstehungsgeschichte der einschlägigen Bestimmungen dieses Vertrags sowie der bisherigen Praxis und der sonstigen Materialien war davon auszugehen, daß der vorliegende Tatbestand lediglich dann die Anwendung des Artikels 4 hätte begründen können, wenn die Straftat mit einem rein politischen Verbrechen oder Vergehen im Zusammenhang stand, also eine Straftat war, die ein nach dem Vertrag an sich politisches Delikt vorbereiten, sichern oder durchführen sollte. An einer solchen an sich politischen Straftat hat es im vorliegenden Falle, wie die Feststellungen zweifelsfrei ergeben haben, gefehlt. Der etwaige politische Beweggrund des Täters vermag allein den vertraglich erforderten Zusammenhang nicht zu begründen. Dem von Boldrini verübten Terrorakt konnte hiernach das Privileg des politischen Delikts und damit dem Täter das Asylrecht nicht zugebilligt werden.

Zum gleichen Ergebnis sind übrigens sowohl die französische wie auch die schweizerische Regierung gelangt,

(Dr. **Köpke**, Ministerialdirektor.)

(A) die beide auf Grund entsprechender Vertragsbestimmungen ihrerseits anstandslos die Durchlieferung des Boldrini bewilligt haben.

2. Es ist richtig, daß die Auslieferung des Boldrini an Italien erfolgte, obwohl der italienische Auslieferungsantrag erst am 28. Dezember 1921, also nach Ablauf der in Artikel 8 des Auslieferungsvertrags vorgesehenen Frist von 20 Tagen, eingegangen ist.

Hierzu ist zu bemerken, daß diese, nicht nur im deutsch-italienischen Auslieferungsvertrag enthaltene Fristbestimmung nach herrschender Theorie und Praxis Bedeutung nur für die völkerrechtliche Verpflichtung der Vertragsstelle, den Verfolgten in Haft zu behalten, besitzt, diesem selbst aber kein Recht auf Freilassung gewährt. Dieser Standpunkt ist jederzeit im Auslieferungsverkehr des Reichs mit anderen Staaten sowohl seitens des Reichs wie seitens der beteiligten fremden Regierungen eingenommen worden.

3. Es ist richtig, daß inzwischen die von der italienischen Regierung gleichfalls wegen Mordes verfolgten Arbeiter **Ghezzi** und **Vacchi** verhaftet worden sind.

Die Unterlagen des Antrags auf Auslieferung des Ghezzi liegen zurzeit den preußischen Behörden vor.

Zur Begründung des Antrags auf Auslieferung des italienischen Staatsangehörigen Vacchi ist dem Auswärtigen Amte erst kürzlich italienischerseits ein Urteil des Schwurgerichts Bologna vorgelegt worden, inhalts dessen dem Verfolgten ein Bombenangriff auf die Kaserne der Königlichen Garden zur Last gelegt wird. Die italienische Regierung ist zunächst um schleunige Beibringung weiteren tatsächlichen Materials ersucht worden, um auch hier den Charakter der Straftat im Hinblick auf Artikel 4 des Auslieferungsvertrags zweifelsfrei feststellen zu können.

4. Zu dem letzten Punkt der Anfrage der Herren (B) Bartz und Genossen, betreffend das **Auslieferungsgesetz**, wird erwidert, daß sich der Entwurf eines solchen Gesetzes im Reichsjustizministerium in Vorbereitung befindet. Der Zeitpunkt der Vorlage des Auslieferungsgesetzes läßt sich, wie ich im Einvernehmen mit dem Reichsjustizministerium bemerken darf, zurzeit noch nicht übersehen; die beteiligten Ressorts stimmen aber darin überein, daß dieser Zeitpunkt nach Möglichkeit zu beschleunigen ist.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Höllein.

Höllein, Abgeordneter: Ist es der Reichsregierung bekannt, daß in Italien schon monatelang heftige Angriffe der sogenannten Faszisten auf alle möglichen Arbeiterorganisationen stattfinden? Ist der Reichsregierung weiter bekannt, daß insbesondere am Tatort und in ziemlich zeitlichem Zusammenhang mit der inkriminierten Tat heftige Angriffe dieser Faszisten auf die Arbeiterschaft ausgeführt worden sind? Glaubt die Reichsregierung nicht, daß auf Grund dieser offenkundigen Tatsachen hier unbedingt die Voraussetzungen für ein politisches Delikt gegeben sind?

(Zuruf rechts: Was hat das mit dem Deutschen Reichstag zu tun?)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Eine Antwort wird nicht erteilt. — Ich möchte übrigens bemerken, daß es sich hier nicht um eine Ergänzung, sondern um eine selbständige neue Anfrage handelt.

Ich rufe auf die

Anfrage Nr. 1611, Hemeter und Genossen (Nr. 4243 der Drucksachen).

Zur Verlesung hat das Wort der Herr Abgeordnete Hemeter.

(C) **Hemeter**, Abgeordneter:

Pressenachrichten zufolge soll die Göttinger Polizei großen, in der Provinz Sachsen und Hannover begangenen **Schiebungen mit Schlachtvieh** auf die Spur gekommen sein. Viehhändler aus Duisburg und Trier sollen seit längerer Zeit große Mengen Schlachtvieh aufgekauft haben, um es nach Frankreich und Belgien zu verschieben. In den Ställen der beteiligten Viehhändler sollen für $1^1/_2$ Millionen Mark Rindvieh und auf dem Bahnhof Obisfelde für 200 000 Mark fette Schweine beschlagnahmt worden sein.

Entsprechen diese Nachrichten den Tatsachen? Wenn ja, was hat die Reichsregierung in dieser Angelegenheit bisher getan?

Welche Maßnahmen hat sie ergriffen, um derartige Schiebungen zu bekämpfen?

Vizepräsident Dr. **Bell**: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Regierungsrat Nelson.

Nelson, Regierungsrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Kommissar der Reichsregierung: Da dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft der von ihm eingeforderte Bericht über das Ergebnis der von der Göttinger Polizei eingeleiteten Ermittlungen bisher nicht zugegangen ist, ist es noch nicht möglich, Auskunft darüber zu geben, inwieweit die in der Anfrage wiedergegebenen Nachrichten den Tatsachen entsprechen und welche Maßnahmen die zu ihrer Bekämpfung zuständigen Behörden ergriffen haben.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Ich rufe auf die

Anfrage Nr. 1612, Dr. Becker (Hessen) und Genossen (Nr. 4244 der Drucksachen).

Zur Verlesung hat das Wort der Herr Abgeordnete Janson.

(D) **Janson**, Abgeordneter:

Nach § 105 des Gesetzes über das Branntweinmonopol vom 26. Juli 1918 hat die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein den Branntwein so zu verwerten, daß nach Deckung sämtlicher Verwaltungs- und Geschäftskosten an die Reichskasse eine Reineinnahme von 800 Mark für jedes zu regelmäßigen Verkaufspreisen verwertete Hektoliter Weingeist abgeführt wird. Nach § 111 sind die **Preise für die von der Monopolverwaltung selbst hergestellten Trinkbranntweine** auf der Grundlage der regelmäßigen Verkaufspreise für unverarbeiteten Branntwein (§ 107 Abs. 1 Nr. 1) unter Berücksichtigung der Kosten für die Herstellung und den Vertrieb dieser Erzeugnisse festzusetzen. Der Sinn dieser Bestimmungen ist zweifellos der, daß die Verkaufskosten für Trinkbranntweine bei der Monopolverwaltung einerseits, bei Privatbetrieben andererseits auf denselben Preis für verarbeiteten Weingeist aufgebaut werden sollten.

In dem Branntweinmonopolgesetz vom 8. April 1922 ist eine dem § 111 des alten Gesetzes entsprechende Vorschrift nicht enthalten, aber auch keine Bestimmung, welche diesem Paragraphen widerspräche. Da er nicht ausdrücklich außer Kraft gesetzt ist, so muß angenommen werden, daß er noch bis zum 30. September 1922 Gültigkeit hat. In jedem Falle aber haben auch die Beschlüsse des Reichstags über den Inhalt des neuen Monopolgesetzes den Sinn gehabt, daß Monopolbetriebe und Privatbetriebe auf gleicher Preisgrundlage nebeneinander arbeiten sollen.

(Janson, Abgeordneter.)

(A) Trotzdem bringt die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein ihre Trinkbranntweine seit Monaten zu Preisen in den Verkehr, welche eine erheblich niedrigere Verwertung des darin enthaltenen Weingeistes darstellen, als wenn der Weingeist unverarbeitet an private Trinkbranntweinhersteller abgegeben würde. Hierfür betrug der Preis für alle Lieferungen, die bis zum 1. April bestellt und bezahlt wurden, 80 Mark für entschädigungsberechtigte Betriebe, 85 Mark für sonstige Betriebe. An ihrem fertigen Trinkbranntwein erzielte dagegen die Monopolverwaltung in der letzten Zeit infolge der gewaltig gestiegenen Unkosten für die Herstellung, die Abfüllung und den Vertrieb nur noch höchstens 60 Mark für den Liter Weingeist. Mit Verordnung vom 30. April hat die Monopolverwaltung die Preise so erhöht, daß jetzt etwa 80 Mark für den Liter des darin enthaltenen Weingeistes als reiner Verdienst gerechnet werden können. Dagegen ist der regelmäßige Verkaufspreis für unverarbeiteten Weingeist inzwischen auf 125 Mark erhöht worden.

Das **Verfahren der Reichsmonopolverwaltung** für Branntwein bedeutet nach den Angaben sachverständiger Kreise eine gewaltige **Schädigung der Reichskasse,** die bei einem Absatz von etwa 900 000 Flaschen in der Woche zurzeit 30—35 Millionen Mark monatlich betragen soll. Billigt die Reichsregierung dieses Verfahren, oder was gedenkt sie dagegen zu tun?

Wie groß ist zurzeit der Absatz der Reichsmonopolverwaltung an Trinkbranntwein und wie hoch ist dementsprechend der Schaden, der sich aus der zu niedrigen Preisstellung ergibt?

(B) Vizepräsident Dr. **Bell:** Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Geheime Regierungsrat Hepp.

Hepp, Geheimer Regierungsrat im Reichsfinanzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Nach § 111 des Gesetzes über das Branntweinmonopol vom 26. Juli 1918 ist die Reichsmonopolverwaltung verpflichtet, die **Preise für die Monopoltrinkbranntweine** auf Grundlage des regelmäßigen Verkaufspreises für unverarbeiteten Branntwein unter Berücksichtigung der Kosten für die Herstellung und den Vertrieb dieser Erzeugnisse festzusetzen. Der regelmäßige Verkaufspreis betrug im Betriebsjahre 1920/21 4000 Mark und im Betriebsjahre 1921/22 4800 Mark. Die Preise für die Monopolerzeugnisse mit deren Herstellung im Sommer 1921 begonnen wurde, wurden aber nicht auf Grundlage dieser Verkaufspreise, sondern auf Grundlage eines Verkaufspreises von 8000 Mark für 100 Liter Weingeist festgesetzt, weil die Monopolverwaltung auch an das Destillateurgewerbe keinen inländischen Trinksprit zu den regelmäßigen Verkaufspreisen von 4000 Mark oder 4800 Mark, sondern nur Auslandssprit zum Preise von 8000 Mark lieferte. Im übrigen wurden die Kosten für die Herstellung und den Vertrieb der Monopolerzeugnisse entsprechend den tatsächlichen Verhältnissen bei der Preisberechnung berücksichtigt.

Wenn die Preise für die Monopolerzeugnisse verhältnismäßig billig waren, so ist dies vor allem darauf zurückzuführen, daß die Monopolverwaltung außer den eigentlichen Herstellungskosten einen besonderen Unternehmergewinn sich nicht in Rechnung zu stellen hat. Des weiteren hatte die Monopolverwaltung sich schon geraume Zeit vor Aufnahme der Herstellung von Monopolerzeugnissen mit großen Vorräten an Flaschen, Korken, Flaschenkasten sowie an Zutaten zu verhältnismäßig billigen (C) Preisen eingedeckt. Nach gesunden kaufmännischen Grundsätzen hatte die Monopolverwaltung nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht, diese Materialien zu den billigen Einstandspreisen und nicht zu Tagespreisen in Rechnung zu stellen. Schließlich hatte sich die Monopolverwaltung, die die Monopolerzeugnisse größtenteils durch das private Gewerbe im Lohnbetriebe herstellen und vertreiben läßt, für die Herstellung und den Vertrieb durch mindestens auf ein Jahr bindende Verträge feste **Misch- und Vertriebsgebühren** gesichert. Es war ihr daher möglich, trotz der zunehmenden Teuerung die ursprünglich festgesetzten Preise aufrechtzuerhalten. Was die Vertriebsgebühren betrifft, so hat die Monopolverwaltung allerdings den späterhin hervorgetretenen Wünschen der Beteiligten nach Erhöhung der Vertriebsgebühren in gewissem Umfange Rechnung getragen, soweit eine Beibehaltung der alten Gebührensätze zu unbilligen Härten geführt hätte. Die Erhöhung der Vertriebsgebühren ist aber nur ganz allmählich und von Fall zu Fall durchgeführt worden; die dadurch entstehenden Mehrausgaben waren zunächst durch einen gewissen Spielraum, den die Monopolverwaltung schon von vornherein bei der Preisberechnung für die Monopolerzeugnisse in dieser Hinsicht vorgesehen hatte, gedeckt.

Erst etwa um die Jahreswende 1921/22, als die auf Vorrat gekauften Materialien zu Ende gingen und die Vertriebsgebühren in größerem Umfang erhöht werden mußten, entsprachen die Preise für die Monopolerzeugnisse nicht mehr ganz dem ursprünglich in Rechnung gestellten **Spritpreise** von 8000 Mark. Die Minderung des Gewinns, die hierdurch beim Vertrieb der Monopolerzeugnisse eintrat, kann bei der Verschiedenartigkeit der in Betracht kommenden Verhältnisse nicht ziffermäßig genau festgestellt werden. Sie kann bei einem durchschnittlichen Absatze von etwa 300 000 Flaschen in der Woche auf etwa 5 Mark (D) für 1 Liter Weingeist oder etwa 1,25 Mark für die Flasche Trinkbranntwein geschätzt werden; keinesfalls macht sie den in der Anfrage angenommenen Betrag von 20 Mark aus.

Die Monopolverwaltung glaubte damals, von einer Erhöhung der Preise absehen zu sollen, weil sie zunächst noch über große Bestände an fertigabgefüllten Erzeugnissen verfügte, und weil außerdem im Verlauf der inzwischen begonnenen Beratung des neuen Monopolgesetzes mehrfach der Antrag auf völlige Beseitigung des Rechts der Monopoverwaltung zur Trinkbranntweinherstellung gestellt wurde. Auch erschien es infolge verschiedener, für die Herstellung von Monopolerzeugnissen ungünstiger Änderungen des Gesetzentwurfs vorerst sehr zweifelhaft, ob es sich überhaupt noch lohnen werde, die Herstellung von Monopolerzeugnissen fortzusetzen.

Alsbald nach Verkündung des neuen Gesetzes über das Branntweinmonopol hat die Monopolverwaltung die Monopoltrinkbranntweinpreise unter reichlicher Berücksichtigung der gestiegenen Unkosten erhöht, dabei aber von der Einstellung des neuen, in der Beiratssitzung vom 20. April 1922 festgesetzten Spritverkaufspreises von 12 500 Mark zunächst abgesehen, weil gegen diese Preisfestsetzung vom Gewerbeausschuß Beschwerde mit dem Ziel einer Herabsetzung auf 10 000 Mark eingelegt war. Sie hatte aber alle Vorbereitungen getroffen, um alsbald nach endgültiger Festsetzung des Spritpreises auch die Preise für die Monopolerzeugnisse entsprechend zu erhöhen. Nachdem nunmehr vom Reichsrat in der Sitzung vom 19. Mai 1922 der Preis endgültig auf 12 500 Mark festgesetzt worden ist, werden auch die neuen, unter Zugrundelegung dieses Spritpreises berechneten Preise für die Monopolerzeugnisse in den nächsten Tagen in Wirksamkeit treten.

Bei der **Kalkulation der neuen Monopoltrinkbranntweinpreise** sind die Ansätze für die Unkosten vorsorglich so

(Hepp, Kommissar der Reichsregierung.)

weit bemessen, daß dadurch ein Ausgleich gegenüber den bisherigen verhältnismäßig unbeträchtlichen Einbußen herbeigeführt werden wird.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Ich rufe auf Anfrage Nr. 1613, Biener und Genossen (Nr. 4251 der Drucksachen).

Zur Verlesung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Biener.

Biener, Abgeordneter: Nach mir zugegangenen Meldungen beabsichtigen die **Konservenfabrikanten Braunschweigs**, 1 500 000 Dosen Gemüsekonserven und 300 000 Dosen Obstkonserven nach dem **Ausland auszuführen**, und bemühen sich, die Ausfuhrgenehmigung zu erlangen.

Infolge der ungeheuren Preissteigerungen, durch welche die Lebensmittelpreise innerhalb der letzten sieben Monate teilweise bis ums Vierfache gestiegen sind, stellten die Konserven, welche im Sommer 1921 hergestellt waren, ein noch verhältnismäßig billiges Volksnahrungsmittel dar. Gerade dieser Umstand trug dazu bei, daß Konserven vorhergehender Jahre restlos vergriffen sind.

Der Handel ist durch Lieferungsbedingungen der Konservenfabrikanten an sich schon in eine mißliche Lage dadurch gekommen, daß Aufträge erteilt werden müssen, sowohl auf Gemüse- als auch auf Obstkonserven, die ohne jede Preisangabe von seiten der Lieferanten angenommen werden. Gegenwärtig ist die Lage so, daß eine erhebliche Zahl der Konservenfabriken, in erster Linie die leistungsfähigsten, keinerlei Aufträge, selbst zu den harten Bedingungen mehr annehmen, da sie angeblich ausverkauft sind und ihnen eine Mehrproduktion nicht möglich wäre. Um so unverständlicher ist der Gedanke, den immerhin beträchtlichen Posten von 1 800 000 Dosen zur Ausfuhr freizugeben und dadurch der deutschen, gewiß nicht im Überfluß lebenden Bevölkerung ein auf alle Fälle haltbares und nach erfolgter Preisfestsetzung immerhin gleichwertiges Nahrungsmittel zu entziehen.

Sachsen ist unseres Erachtens einer der größten Verbraucher an Gemüsekonserven und ist bei Bezug der Ware fast ausschließlich auf das Braunschweiger Gemüsebaugebiet, in dem auch die leistungsfähigsten Gemüsekonservenfabriken liegen, angewiesen. Der Verbrauch in den letzten Jahren ist ganz enorm gewesen, da die von Konserven hergestellten Gerichte verhältnismäßig schnell und ohne viel Mühe zubereitet werden können. Weiter ist darauf hinzuweisen, daß nicht unerhebliche Mengen an Gemüse- als auch an Fruchtkonserven vom Ausland eingeführt werden, die den Inlandserzeugnissen gegenüber erheblich teurer sind. Durch diesen Einkauf vom Ausland werden unserem Wirtschaftsleben entschieden Gelder entzogen, die erhalten werden könnten, wenn keinerlei Gemüse- und Fruchtkonserven für das Ausland freigegeben werden. Es liegen solche Preisangebote vor, bei denen es sich um amerikanische Ware handelt, aber auch aus Frankreich und Belgien werden größere Mengen Konserven eingeführt.

Wir fragen an, ob der Reichsregierung diese Tatsachen bekannt sind und ob sie gewillt ist, die Ausfuhrgenehmigung zu versagen.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage hat Herr Regierungsrat Nelson.

Nelson, Regierungsrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Kommissar der Reichsregierung: Zur Beantwortung der Anfrage darf auf die Erörterungen hingewiesen werden, die gestern bei der Beratung des Ernährungsetats im Reichstage stattgefunden haben, und auf die bei dieser Gelegenheit von der Reichsregierung abgegebenen Erklärungen.

Eine Entscheidung über die vorliegenden Ausfuhranträge wird unter Berücksichtigung des inländischen Bedarfs erst erfolgen, wenn die in Aussicht genommene Besprechung mit den Interessenten stattgefunden hat.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Zur Verlesung der Anfrage Nr. 1614, Brüninghaus, Dr. Quaatz (Nr. 4252 der Drucksachen), hat das Wort der Herr Abgeordnete Brüninghaus.

Brüninghaus, Abgeordneter: Die preußische **Domäne Armada** bei Frauenstein mit einem Flächeninhalt von etwa 350 Morgen ist bereits seit dem 1. Oktober 1920 von der Besatzungsbehörde als militärische landwirtschaftliche Schule beschlagnahmt. Diese Maßnahme steht unseres Erachtens im Widerspruch zu Artikel 8 des Rheinlandabkommens. Nachdem bereits auf Kosten des Reichs Neubauten im Betrage von etwa 400 000 Mark aufgeführt worden sind, soll nunmehr die **französische Besatzungsbehörde** den Neubau eines Mannschaftsgebäudes, eines Speisehauses, einer Brunnenanlage mit Hochwasserbehälter und Nebenanlagen gefordert haben, die dem Reiche weitere Kosten von 3 Millionen Mark verursachen würden.

Wir fragen die Reichsregierung, ob die vorstehende Sachdarstellung zutreffend ist? Wenn ja, welche Schritte sind gegen diese offensichtliche Übertretung des Rheinlandabkommens unternommen und was gedenkt die Reichsregierung weiterhin zu tun?

Vizepräsident Dr. **Bell**: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Regierungsrat Haaser.

Haaser, Regierungsrat im Reichsschatzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die **Domäne Armada** bei Wiesbaden ist seit 1. Oktober 1920 **beschlagnahmt** und durch Verfügung des Oberkommandos der französischen Rheinarmee vom 19. Oktober 1920 als „militärische Landwirtschaftsschule“ in die Reihe der militärischen Gebäude aufgenommen.

Nachdem im Jahre 1921 auf Grund der Anforderungen vom 21. Februar 1921 und 24. Februar 1921 Bauten für das französische Personal und zur Verbesserung der wirtschaftlichen Einrichtungen der Domäne im Kostenbetrage von 409 000 Mark ausgeführt worden sind, müssen neuerdings auf Grund einer Anforderung der Besatzung vom 30. Dezember 1921 die in der Anfrage bezeichneten **Neubauten und Anlagen** errichtet werden.

(Hört! Hört! rechts)

Nach den genehmigten Entwürfen wird hierfür ein Kostenaufwand von 3 000 000 Mark verursacht.

Die Beschlagnahme der Domäne und die Anforderungen der Um- und Erweiterungsbauten stehen im Widerspruch mit den Bestimmungen des Rheinlandabkommens.

(Hört! Hört! rechts.)

Die Besatzungsbehörden stützen sich bei ihren Anforderungen zwar auf Art. 8 dieses Abkommens, aber zu Unrecht. Dieser Artikel enthält im einzelnen die Verpflichtungen des Deutschen Reichs bezüglich der Unterbringung der

(Haaser, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) Truppen und der Bereitstellung der militärischen Einrichtungen. Nach der Auffassung der Reichsregierung müssen hiernach lediglich die vorhandenen ehemals militärischen Anlagen zur Verfügung gestellt werden. Die Besatzungsbehörden legen den Art. 8 des Rheinlandabkommens aber dahin aus, daß alle benötigten Anlagen deutscherseits den Besatzungsarmeen bereitgestellt werden müssen, und erklären sich für berechtigt, für sämtliche in Art. 8 Teil a genannten Zwecke Grundstücke und Gebäude zu beschlagnahmen. Aber selbst diese Umdeutung rechtfertigt nicht die Inanspruchnahme das Landgutes. Es müßten bei dieser — deutscherseits nicht anerkannten — Auslegung zwar Regimentsschulen, das heißt Anlagen, in denen die Truppen für militärische Zwecke unterrichtet und weitergebildet werden, und Grundstücke zur Erholung der Soldaten bereitgestellt werden, es können hierunter aber keine Stätten zur Erlernung eines Zivilberufes verstanden werden. Landgüter, die praktischer landwirtschaftlicher Ausbildung dienen, sind weder Regimentsschulen noch Erholungsplätze.

Nach Bekanntwerden der Beschlagnahme setzten Bemühungen verschiedener Behörden zur Freigabe der Domäne unter eingehender Darlegung des Rechtsstandpunktes ein.

Der Präsident der Reichsvermögensverwaltung Koblenz verhandelte mit dem französischen Oberkommando, welches ein Eingehen auf die Angelegenheit mit dem Hinweis darauf ablehnte, es handele sich um eine Anordnung der Rheinlandkommission, die man mit der Sache befassen möge. Vorstellungen des Reichskommissars der besetzten rheinischen Gebiete bei der Rheinlandskommission hatten keinen Erfolg. Sie wies mit Schreiben vom 2. November 1920 unter Bezugnahme auf ihre Auslegung des Art. 8 des Rheinlandabkommens den Einspruch zurück mit dem Hinweis, die Domäne sei requiriert worden, um der Rheinarmee als „Lehrfarm“ zu dienen.

(B) Auch diplomatische Vorstellungen des Auswärtigen Amtes haben bisher zu keinem Erfolg geführt.

(Hört! Hört! rechts.)

Die angeforderten Bauten müssen ausgeführt werden, da anderenfalls die mit der Angelegenheit befaßten Beamten durch die Besatzungsbehörden bestraft würden. Durch eine Verweigerung der Bauausführung würde überdies die Errichtung der Bauten nicht verhindert werden, da in diesem Falle die beabsichtigte Maßnahme auf Grund der Verordnung 69 der Rheinlandkommission durch die Besatzungsbehörde selbst für Rechnung des Reiches unter Beschlagnahme der Mittel aus öffentlichen Kassen durchgeführt würde. Die Reichsvermögensverwaltung Koblenz ist deshalb angewiesen, der Anforderung unter Protest und unter Vorbehalt der Rückforderung der erwachsenden Kosten bei der französischen Regierung zu entsprechen.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist erledigt.

Wir gehen über zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922 (Nr. 3405, 3883 der Drucksachen), und zwar:

Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums (Anlage VI);

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 3882 der Drucksachen);

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Rießer; in Verbindung mit der

Interpellation der Abgeordneten Dr. **Petersen und Genossen, betreffend den Verkehr von Waren aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet** (Nr. 3547 der Drucksachen) und der (C)

Interpellation der Abgeordneten Hergt, Dr. **Becker (Hessen),** Dr. **Petersen, Leicht, Alpers und Genossen, betreffend Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk** (Nr. 2405 der Drucksachen).

Wir waren begriffen in der allgemeinen Aussprache über Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben und der damit verbundenen Interpellation der Abgeordneten Hergt 2c. (Nr. 2405 der Drucksachen).

In der fortgesetzten Aussprache hat das Wort der Herr Abgeordnete Simon (Franken).

Simon (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst mit einigen Worten auf die Interpellation, betreffend das **Lehrlingswesen,** eingehen. Allseitig wird über den Mangel an geeigneten und gelernten Arbeitern geklagt. Dieser Mangel ist nicht nur tatsächlich vorhanden, sondern in den letzten Jahren bedeutend verschärft worden. Die Ursache dieser Verschärfung liegt in dem viereinhalb Jahre langen Krieg, da während dieser Zeit und auch nachher bis zum Jahre 1920 sehr wenig Lehrlinge, in einzelnen Berufen gar keine, eingestellt worden sind, so insbesondere im Baugewerbe, wo außerordentliche Klagen bestehen. Wir wissen aber, daß während der ganzen Kriegszeit bis ins Jahr 1920 hinein wenig oder gar nicht gebaut wurde, so daß dort auch keine Lehrlinge eingestellt worden sind. Mithin wurde kein Nachwuchs herangezogen, und dieses Moment scheint mir in der Aussprache bisher zu kurz gekommen zu sein, denn darauf ist von keiner Seite eingegangen worden. Man hat immer von dem Mangel gesprochen, auf seine (D) Ursachen ist man jedoch nicht eingegangen. Die Klage des Handwerks nun speziell, daß es ihnen so schwer falle, Lehrlinge zu erhalten, ist darauf zurückzuführen, daß das Handwerk immer mehr und mehr zurückgeht, daß immer weniger Leute eine Existenz im handwerksmäßigen Betriebe finden und daß die jungen Leute sich Berufen zuwenden, die ihnen später auch eine Existenz bieten können. Seit Jahren nehmen wir in unserem Beruf, dem Schuhmacherhandwerk, eine Statistik auf, durch welche die Zahl der Betriebe und der in ihnen beschäftigten Arbeiter erfaßt wird. Bei der letzten Zählung im Jahre 1921 wurden in den von der Zählung erfaßten Orten 40 906 handwerkmäßige Betriebe gezählt, die aber nur 9139 Gehilfen und 9495 Lehrlinge beschäftigten.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Zahl der Lehrlinge wäre also höher als die der beschäftigten Gehilfen, die, wie auch die Zahl der Meister, die Gehilfen beschäftigen, ständig im Rückgang ist. Im Jahre 1919 wurden in den von der Zählung erfaßten Orten 3280 Lehrlinge gezählt, im Jahre 1921 dagegen 6260. Die Zahl der Betriebe, die zwei bis drei und mehre Lehrlinge beschäftigen, stieg von 810 im Jahre 1919 auf 1996 im Jahre 1921.

Das ist eine ausgesprochene **Lehrlingszüchterei,** zumal wenn man berücksichtigt — und das darf nicht außer acht gelassen werden —, daß ein großer Teil dieser Meister einen, zwei, ja drei Lehrlinge „ausbilden“, ohne einen Gehilfen zu beschäftigen,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und daß diese Meister gar nicht in der Lage sind, die Lehrlinge auszubilden, weil ihnen hierzu die nötige Arbeit fehlt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Simon** [Franken], Abgeordneter.)

(B) Die Lehrlinge werden vielfach nur zur Anfertigung von Reparaturen ausgebildet; neue Arbeit zu machen ist einem großen Teil der Lehrlinge überhaupt nicht möglich.

Von den 40 906 erfaßten Betrieben beschäftigten überhaupt nur 9139 Gehilfen, während 31 767 Meister überhaupt keine Gehilfen beschäftigten.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gerade weil auch wir ein Interesse daran haben, daß die Lehrlinge etwas lernen, müssen wir verlangen, daß der Frage der Lehrlingsausbildung und des Lehrlingsschutzes ein bedeutend größeres Augenmerk zugewendet wird als bisher. Wir müssen auch verlangen, daß die Lehrverträge nicht zwischen Lehrherren und Lehrlingen beziehungsweise den Eltern oder Vormündern derselben abgeschlossen werden, sondern daß die Lehrverträge und die Lehrlingsausbildung in Tarifverträgen ihre Erledigung finden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Frage an das Reichswirtschaftsministerium richten, wo eigentlich das **Lehrlingsgesetz** bleibt. Ich habe schon bei der Beratung des Etats im vorigen Jahre darauf verwiesen, daß die freien Gewerkschaften eine Vorlage ausgearbeitet hatten, die der Reichsarbeitsgemeinschaft zugeleitet wurde. Die Reichsarbeitsgemeinschaft hat einen Ausschuß für diese Frage eingesetzt, um den Gesetzentwurf durchzuarbeiten. Das ist im Frühjahr des Jahres 1920 gewesen. Bis heute hat man von diesem Gesetzentwurf nichts wieder gehört.

Auch wir haben ein sehr großes Interesse daran, daß junger Nachwuchs herangebildet wird und soweit das Handwerk in der Lage ist, Lehrlinge auszubilden, dies wirklich geschieht. Ich weiß aber — und das ist der Kernpunkt der Sache —, daß heute durch den ständigen (B) Rückgang der handwerksmäßigen Betriebe die Existenz eine außerordentlich schwierige ist und die Leute, selbst wenn sie ausgelernt haben, keine Existenz als Gehilfen und später als Meister finden können. Daher muß die ganze Frage von einem anderen Gesichtspunkt angepackt und durchgeführt werden, als das in der Interpellation und durch die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hammer hier dargelegt worden ist.

Ich wende mich nunmehr dem Etat des Reichswirtschaftsministeriums zu. Ich verkenne die Schwierigkeiten, die dem Reichswirtschaftsministerium entgegenstehen, durchaus nicht. Das Reichswirtschaftsministerium ist das Wiederaufbauministerium. Der **Wiederaufbau unserer Wirtschaft** läßt sich aber — das ist unsere Überzeugung — ohne tiefe Eingriffe in die privatkapitalistische Wirtschaft nicht durchführen. Gerade hier versagen sämtliche bürgerlichen Parteien, und alle Maßnahmen, die im Reichswirtschaftsministerium, welches in dieser Richtung sehr vorsichtig vorgegangen ist, oder hier versucht werden, werden entweder von diesem Hause abgelehnt oder sie werden sabotiert.

Meine Damen und Herren! Wir hören immer die Worte **„freie Wirtschaft"**. Es wurde uns erklärt, daß wir, wenn man der Industrie und der Landwirtschaft ihre unbeschränkte Freiheit gäbe, nicht nur genügend Waren erhalten, sondern diese Waren auch zu einem erträglichen und erschwinglichen Preise geliefert werden würden. Was haben wir nunmehr als Folge dieser freien Wirtschaft erfahren? Wir sind heute auf fast allen Gebieten entweder schon beim Weltmarktpreis angelangt oder wir haben ihn fast erreicht. Das gilt nicht nur für die Erzeugnisse, bei deren Herstellung wir auf die Einfuhr von Rohstoffen aus dem Auslande angewiesen sind, sondern auch bei solchen Erzeugnissen, bei denen wir die Rohstoffe in Deutschland gewinnen.

Ich möchte nun einmal mit wenigen Worten auf die (C) Preisgestaltung in der Landwirtschaft eingehen. Die Ludwigshafener Walzmühle, bekanntlich eine der größten Mühlen in Süddeutschland, schildert in ihrem Geschäftsbericht die vergeblichen Bemühungen auch der Verbände im Müllereigewerbe gegen die zu frühe Aufgabe der Zwangswirtschaft. Man habe besonders darauf hingewiesen, daß die Freigabe des **Getreideverkehrs** sehr bald zu einer Angleichung der bisher noch relativ niedrigen **Inlandspreise** an die ungleich höheren und für ein verarmtes Volk unerschwinglich erscheinenden **Auslandspreise** führen müsse. Die Warnungen seien aber nicht beachtet worden. Es wird dann in dem Geschäftsbericht geschildert, daß man nur eine Menge von 2,5 Millionen Tonnen Getreide der zentralen Bewirtschaftung vorbehalten habe, während im übrigen der Getreideverkehr freigegeben worden sei. Der Bericht fährt dann fort:

> Die von Kennern der Verhältnisse vorausgesagte allgemeine Preissteigerung des Inlandsgetreides und seine allmähliche Angleichung an den Preis des Weltmarkts ist eingetreten. Der Preis für inländisches Getreide, welcher im Juni 1914 noch 21 Mark für 100 Kilogramm betrug, hat im Augenblick, wo diese Zeilen niedergeschrieben werden

— im April 1922 —

> die Höhe von 1800 Mark erreicht.

Der Getreidepreis ist also rund auf das Sechsundachtzigfache des Vorkriegspreises gestiegen.

Meine Damen und Herren! Heute folgen die Preise fast aller Artikel nahezu ganz automatisch den Bewegungen des Dollars, aber nur dann, wenn der Dollar in die Höhe geht. Wenn der Dollar steigt und die Mark sinkt, dann schnellen die Preise für alle Artikel in die Höhe. Wenn aber der Dollar sinkt, dann merkt man nichts von einem Zurückgehen der Preise. (D)

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn die Preise einmal in die Höhe gegangen sind, dann bleiben sie auch für längere Zeit auf diesem höheren Niveau stehen, und in der Regel — das wissen wir auch aus früheren Erfahrungen — kommen sie nie wieder auf das frühere Niveau zurück, selbst wenn die gleichen Verhältnisse wie früher wieder eingetreten sind.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Folge dieser Preisbewegung ist aber ein immer stärkeres **Sinken des Reallohns**. Während die Preissteigerung auf allen Gebieten das Sechzig- und Achtzigfache der Vorkriegspreise beträgt, ja noch darüber hinausgeht, ist der Lohn nur in sehr wenigen Berufen um mehr als das Fünfundzwanzigfache gestiegen. In sehr vielen Berufen bleibt er hinter dem Fünfundzwanzigfachen weit zurück,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

ganz abgesehen von den Renten, den Invalidenrenten und den übrigen Renten, die ja noch nicht einmal um das Zehn- bis Fünfzehnfache gestiegen sind. Die Folge hiervon ist, daß die große Masse der Bevölkerung nicht mehr das Notwendige kaufen kann und daß wir gerade aus diesem Grunde — darin stimme ich mit dem Herrn Reichswirtschaftsminister überein — uns mit Riesenschritten einer allgemeinen großen Wirtschaftskrise nähern.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Lassen wir uns nicht durch den gegenwärtig noch **günstigen Geschäftsgang** täuschen! Der bisherige günstige Geschäftsgang ist bei einer Reihe von Erzeugnissen weniger auf den Export und auch viel weniger auf die innere Kaufkraft des deutschen Volks zurückzuführen, sondern wir haben es vielmehr mit einem sogenannten **Ausverkauf** zu tun, an dem die Ausländer, die nach Deutschland kommen, beteiligt sind, und an dem auch die zahlungsfähige Be-

(Simon [Franken], Abgeordneter.)

(A) völkerung in Deutschland selbst sich beteiligt. Wer im Laufe des letzten Jahres Gelegenheit hatte, mit Ausländern, die nach Deutschland kamen, in engere Berührung zu kommen, sich mit ihnen zu unterhalten, der konnte erfahren, wie viele Anzüge, wie viele Paar Stiefel, wie viele andere Gegenstände sie sich kauften, diese Gegenstände längere Zeit trugen und sie dann als gebraucht mit in das Ausland nahmen. Das ging sogar soweit, daß das Ausland, so vor allen die Schweiz, dem dadurch glaubte vorbeugen zu müssen, daß sie bei der Ausreise von Schweizern sämtliche mitgenommenen Stiefel abstempelte und ebenso wie sämtliche Anzüge und Kleidungsstücke in eine Liste eintrug und bei der Rückkehr dann kontrollierte, ob die zurückgebrachten Gegenstände dem entsprachen, was bei der Ausreise mitgenommen worden war. So mußten sich einzelne Staaten vor der Überschwemmung mit deutschen billigen Erzeugnissen schützen und Maßnahmen treffen, um der großen Arbeitslosigkeit im eigenen Lande einigermaßen zu begegnen.

Wir wissen auch, daß bei steigender Preistendenz die besser situierte Bevölkerung auf Vorrat kauft.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Solange die Preise die steigende Tendenz beibehalten und unter dem Weltmarktpreis stehen, führt dies dahin, daß einmal die Ausländer und zum andern die zahlungsfähige Bevölkerung in Deutschland sich Waren auf Vorrat kauft, während die große Masse der arbeitenden Bevölkerung und der Rentner infolge der schon über ihre Kraft hinaus gestiegenen Preise nicht in der Lage sind, sich mit Waren einzudecken.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In dem Augenblick aber, wo die Preise den Weltmarktpreis erreicht haben, wird der Einkauf der Ausländer nachlassen; in dem Augenblick läßt aber auch das Kaufen bei der besser situierten Bevölkerung nach; denn dann (B) sagen sich diese Kreise: jetzt ist der Punkt gekommen, wo wir wieder mit einem Fallen der Preise rechnen, und dann kommt das, was man vor zwei Jahren als sogenannten **Käuferstreik** bezeichnet hat. In Wirklichkeit war das gar kein Käuferstreik; wenn man will: ja, aber nur ein Käuferstreik bei der kleinen Oberschicht, die zahlungsfähig war, aber bei der großen Masse des Volkes war der „Streik“ darauf zurückzuführen, daß die Preise überspannt waren und daß die breite Masse sich nicht mehr mit Waren versehen konnte, so daß dadurch dann der kolossale Rückgang der Produktion und damit die große Arbeitslosigkeit eingetreten ist.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich fürchte — und alle Anzeichen deuten darauf hin —, daß die **kommende Krise** die schwerste sein wird, die wir je durchgemacht haben. Unsere privatkapitalistische Wirtschaft arbeitet ja geradezu widersinnig: auf der einen Seite müssen wir alle Anstrengungen machen, um unsern **Wechselkurs** mindestens **zu stabilisieren.** Das wird als das höchste Ideal hingestellt, und gewiß, wenn unser Wechselkurs einmal stabil wäre, gleichviel wie hoch die Mark stehen würde, würde schon außerordentlich viel erreicht sein; aber nun wissen wir doch, daß in dem Augenblick, wo dieser Zustand eintritt, die deutsche Arbeiterklasse durch ein Meer von Elend gehen muß,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

aus dem Grunde, weil in diesem selben Augenblick ein vollständiger Stillstand unseres ganzen Wirtschaftslebens aus den von mir geschilderten Ursachen eintreten wird.

(Abgeordneter Dr. Maretzky: Die Gewinne fallen doch auch weg!)

— Ich werde auf diese Gewinne später zu sprechen kommen und werde Ihnen zeigen, daß selbst, wenn für diese Herren die Gewinne wegfallen, sie ganz anders als der Arbeiter dastehen, der nicht einmal seine Ware Arbeitskraft bezahlt bekommen hat, daß er davon leben (C) konnte und dann vor dem Nichts steht, überhaupt nichts hat.

(Abgeordneter Dr. Maretzky: Das gilt insbesondere von dem ungelernten Arbeiter! — Gegenrufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das Steigen des Dollars in den letzten Tagen hat uns wieder eine Atempause gewährt, hat die drohende Krise noch einmal weiter hinausgerückt. Sie wird aber kommen, und ich frage, was haben Sie von den bürgerlichen Parteien für ein Rezept, um aus diesem grauen Elend herauszukommen? Aus dem Munde des Herrn Abgeordneten Hammer haben wir es gehört: eine **Verlängerung der Arbeitszeit!** Tagtäglich können wir auch in der bürgerlichen Presse, in Berichten über Zusammenkünfte von Industriellen lesen, daß nur eine Verlängerung der Arbeitszeit uns retten könne. Die Arbeiter müssen länger arbeiten, so heißt es, dann können wir auch billiger liefern.

Man muß sich wirklich wundern, daß Personen, die doch wenigstens vorgeben, volkswirtschaftliche Kenntnisse zu haben, nur diesen Ausweg kennen. Auf Logik kann dieser Gedankengang wirklich keinen Anspruch erheben. Glauben Sie denn wirklich, daß, wenn wir in Deutschland den Achtstundentag beseitigten, dann dieser Achtstundentag im Ausland aufrechterhalten würde?

(Zuruf von den Deutschnationalen.)

— Wenn Sie sagen, Herr Kollege Biener, die hätten ihn noch gar nicht, dann stellen Sie eine Behauptung auf, für die Sie den Beweis schuldig bleiben müssen; denn es ist Tatsache, daß auch im Auslande heute der Achtstundentag de facto durchgeführt ist.

(Erneuter Zuruf von den Deutschnationalen.)

— Auf diesen Zwischenruf glaube ich nicht eingehen zu sollen, und zwar aus dem Grunde, weil Rußland heute wirklich nicht mit industriell entwickelten Ländern in Vergleich gezogen werden kann, und nicht nur aus diesem (D) Grunde, sondern auch aus einer Reihe von anderen Gründen. Aber die Tatsache, daß in England, Frankreich und Italien der Achtstundentag de facto besteht, ist nicht zu bestreiten. Im Auslande wird allerdings die Behauptung aufgestellt, in Deutschland werde länger als acht Stunden gearbeitet, um die Arbeiter im Auslande zu bewegen, auch dort länger als acht Stunden zu arbeiten. In Deutschland dagegen wird mit der gegenteiligen Behauptung operiert, im Auslande bestehe der Achtstundentag nicht, deshalb müßten wir den Achtstundentag auch aufheben. Sie können aber nicht bestreiten, daß, wenn wir in Deutschland die Verlängerung der Arbeitszeit durchführten, das dann auch im Auslande geschehen würde. Dann wären wir doch aber genau so weit! Was wollen Sie dann machen? Wollen Sie dann sagen: wir dürfen nicht zehn, sondern müssen zwölf Stunden arbeiten? Schon diese Feststellung allein beweist, wie unlogisch diese Gedankengänge sind.

Ich halte aber auch die Herren, die diese Vorschläge machen, gar nicht für so beschränkt, daß sie nicht wüßten, daß ihre Behauptung nicht zutreffend ist, sondern was sie wollen, ist, den Achtstundentag zu beseitigen, der ihnen schon aus dem Grunde, weil er eine Revolutionserrungenschaft ist, ein Greuel ist. Sie glauben, daß die Arbeiter bei einer kürzeren Arbeitszeit zu selbstbewußt werden, sie wollen aber keine selbstbewußten Arbeiter, sondern sie wollen Heloten. Wer Knecht ist, der soll Knecht bleiben, — jenes Wort des Bischofs Hehnle in Regensburg, das ja schon in der Vorkriegszeit gefallen ist, hat auch heute noch bei ihnen Geltung.

Meine Damen und Herren! Darüber dürfen Sie sich aber nicht im Zweifel sein: an dem Achtstundentag werden die Arbeiter in Deutschland nicht rütteln lassen, und Sie würden die schwersten wirtschaftlichen Kämpfe herauf-

(Simon [Franken], Abgeordneter.)

beschwören, wenn Sie die Überschreitung des Achtstundentages erzwingen wollen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Werden wir gar nicht nötig haben!)

— Das wird sich ja zeigen!

Fragen wir uns aber: hängt denn die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie davon ab, daß der Achtstundentag beseitigt wird? Ich sage: nein, und ich werde versuchen, Ihnen auch das zu beweisen.

Es dürfte auch bei Ihnen unbestritten sein, daß in keinem Lande so fleißig gearbeitet wird, wie in Deutschland.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich habe Gelegenheit gehabt, das aus eigener Anschauung bei meinen Reisen im Auslande, auch in Amerika, zu beobachten.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Jetzt nicht!)

— Dann muß ich Ihnen sagen, daß Sie von den Dingen jedenfalls sehr wenig verstehen, wenn Sie diese Behauptung aufstellen. Ich werde Ihnen das näher nachweisen. Ich habe bei meinen Erfahrungen im Auslande, die ich zum Teil zwecks Studien der Lohn- und Arbeitsbedingungen machte, feststellen können — und Sie können das übrigens von jedem Ausländer, der nach Deutschland kommt und irgendeinen Betrieb besichtigt, bestätigt erhalten —, daß in keinem Lande so gearbeitet wird wie in Deutschland.

Es kann auch nicht behauptet werden, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit die Leistungen im allgemeinen zurückgegangen seien. Es mag zutreffen, daß da und dort etwas weniger geleistet wird als vorher bei neun und zehn Stunden.

(Sehr richtig! und Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das hat auch seine Ursachen!)

— Wenn man aber den Gründen nachgeht, wird man auch erforschen können, worauf es zurückzuführen ist. Wir dürfen nicht vergessen, daß uns die Rohstoffe nicht mehr in der Qualität zur Verfügung stehen, wie das in der Vorkriegszeit der Fall war.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Daß das von wesentlichem Einfluß auf die **Leistungsfähigkeit der Arbeiter** ist, wird doch nicht bestritten werden. Wir können im Gegenteil feststellen, daß in einer Reihe von Berufen die Leistungsfähigkeit trotz der kürzeren Arbeitszeit über die Leistungsfähigkeit in der Vorkriegszeit bei der längeren Arbeitszeit hinausgegangen ist. Wir wissen zudem, daß kürzere Arbeitszeit auch dazu anreizt, technische Vervollkommnungen im Betrieb selbst vorzunehmen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auch hierdurch ist eine größere Leistungsfähigkeit herbeigeführt worden. Niemand wird bedauern, wenn technische Vervollkommnungen Platz greifen, sondern wir können nur wünschen, daß all die Betriebe, die heute noch technisch rückständig sind und die aus dem Grunde manchmal hinter den Leistungen in anderen Betrieben zurückbleiben, sich die technischen Errungenschaften zunutze machen würden.

Wenn nun leider auch, wie ich hervorheben möchte, einige wenige Sozialisten — wenigstens solche, die sich noch so nennen, wie Kaliski, Cohen-Reuß, Lindemann — zu dem Ausspruch gekommen sind, man müsse von der achtstündigen Arbeitszeit abgehen, so muß ich erklären, daß diese Herren mit ihrer Auffassung vollständig allein stehen, daß diese Auffassung insbesondere von den Arbeitern abgelehnt wird.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Warum wird sie abgelehnt? Überlegen Sie sich doch einmal, daß die Arbeit heute viel intensiver geworden ist. In der ganzen Industrie versucht man, schneller laufende Maschinen anzuschaffen. — Ja, Sie haben vorhin mit dem Kopf geschüttelt, als ich von der größeren Intensität sprach; jetzt nicken Sie! Wird denn die Intensität nicht gesteigert, wenn der Arbeiter an einer schneller laufenden Maschine arbeiten muß? Dabei tritt die Erschöpfung des Arbeiters, zumal bei der unzulänglichen Ernährung, viel früher ein, als das in der Vorkriegszeit der Fall war. Aber schon in der Vorkriegszeit haben wir die Erfahrung machen können — das konnten Sie in allen Berichten der Gewerbeinspektoren lesen —, daß die Leistungen, je näher man an den Arbeitsschluß kam, zurückgegangen sind,

(sehr richtig! links)

daß die Leistungen am Vormittag und in den ersten Stunden des Nachmittags viel höher waren, als nachdem schon 7 oder 8 Stunden gearbeitet worden war.

Jeder, der früher selber praktisch tätig war in der Industrie, wer Überstunden gemacht hat — ich habe auch solche gemacht —, weiß doch, daß in Wirklichkeit bei den Überstunden gar nichts herauskommt. Vielleicht wird in den ersten acht Tagen etwas mehr geleistet, aber bald sind die Kräfte erschöpft, und die Leistungen sind trotz der Überstunden nicht größer, als sie vorher bei normaler Arbeitszeit gewesen sind. Das sind Erfahrungen, die jeder, der praktisch in der Fabrik gearbeitet hat oder im Handwerk tätig war, machen konnte.

Meine Damen und Herren! In der **Metallindustrie** spielt sich gegenwärtig ein gigantischer Kampf ab. Die Ursache dieses Kampfes liegt darin, daß die Unternehmer die **Arbeitszeit von 46 auf 48 Stunden verlängern** wollten und daß sich die Arbeiter weigerten, diesem Verlangen der Unternehmer nachzukommen. Auch hier sehen wir wieder den Widersinn, der in der kapitalistischen Produktion liegt; wir sehen aber auch, daß nicht die unbedingte Notwendigkeit die Verlängerung der Arbeitszeit diktiert, sondern daß es lediglich der Machtstandpunkt der Unternehmer ist,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

der den Arbeitern zeigen will, daß er heute wieder diktieren kann.

Vom Herrn Arbeitsminister haben Sie schon gehört, daß der Verlust an Arbeitszeit, der durch Streik und Aussperrung bisher schon herbeigeführt wurde, in mehreren Jahren nicht eingeholt werden kann, selbst wenn zwei Stunden länger gearbeitet wird. Haben denn die Metallindustriellen nicht daran gedacht, daß sie mit dem Widerstand der Arbeiter rechnen mußten? Sicherlich wußten sie es; aber trotzdem haben sie die Arbeiter zwingen wollen, länger zu arbeiten, und trotzdem haben sie, zuletzt noch im Gebiet Frankfurt am Main, die Aussperrung beschlossen aus Solidarität mit den Unternehmern, die die Verlängerung der Arbeitszeit dekretieren wollen. Da komme man uns doch nicht mit der Behauptung: wir brauchen die längere Arbeitszeit, um konkurrenzfähig zu sein.

Je weiter wir uns von der Zeit der Revolution entfernen, desto anmaßender werden die Unternehmer. In der Zeit der Revolution waren die Unternehmer so weich wie Wachs. Da gestanden sie alles zu, da machten sie Zugeständnisse der verschiedensten Art, sie gingen sogar weit über das, was von den Arbeitern selbst verlangt wurde, in bezug auf die Betriebsräte usw. usw. hinaus. Und die 46stündige Arbeitszeit ist doch auch eine Revolutionserrungenschaft. Damals haben sich die Herren nicht dagegen gesträubt, sogar 44 Stunden haben sie zugestanden. Heute glauben sie, wieder die Macht zu haben, den Arbeitern wieder dekretieren zu können. Daher sage ich noch einmal: es ist nicht unbedingte Notwendigkeit, sondern es ist Machtkitzel der Unternehmer, wie er schon jahrzehntelang in der Vorkriegszeit in Erscheinung getreten ist, was sie veranlaßt, die Arbeiter zu zwingen, wieder unter das alte Sklavenjoch zurückzukehren.

(Simon [Franken], Abgeordneter.)

(A) Wir lesen tagtäglich in den Zeitungen von den **Riesengewinnen der Industrie.** Ich will Sie mit der Aufzählung von Zahlen nicht langweilen. Ich will Ihnen nur aus dem Handelsteil einer einzigen Zeitung von einem einzigen Tage einige Zahlen mitteilen. Da lesen wir zum Beispiel folgendes:

> Die Verwaltung der Eisenwerk- und Maschinenbau Aktiengesellschaft zu Düsseldorf-Heerdt glaubt laut Geschäftsbericht infolge der Steigerung aller Materialienpreise und Löhne sowie Unkosten mit einem größeren Bedarf an Betriebsmitteln rechnen zu müssen. Sie schlägt deshalb vor eine Kapitalerhöhung von 4 auf 8 Millionen Mark.

Aber diese Verdoppelung des Aktienkapitals wird nun nicht etwa von Aktionären neu eingezahlt, sondern aus den Betriebsgewinnen wird die Verdoppelung des Aktienkapitals durchgeführt. Das Aktienkapital wird von 4 auf 8 Millionen Mark erhöht, und die 4 Millionen Mark neue Aktien werden aus den Betriebsgewinnen genommen und den Aktionären gratis zur Verfügung gestellt.

Meine Damen und Herren! Wenn wir hier von den hohen Dividenden sprechen, dann rufen Sie uns zu: das sind ja Papiermark, während das Aktienkapital doch Goldmark ist. Das ist schon längst nicht mehr der Fall. Ich behaupte, in dem Aktienkapital der Aktiengesellschaften steckt heute nicht einmal mehr der vierte Teil des Aktienkapitals an Goldwerten.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Leider!)

— Bitte, da fällt doch aber auch Ihr Zuruf, den Sie uns immer machen, daß die Dividenden Papiermark seien, in sich zusammen. Sie können doch nicht von einem Aktienkapital in Papiermark Verzinsungen in Goldmark verlangen. Wenn wir dann aber darauf verweisen, daß doch der Arbeiter dann auch Goldmark haben muß, dann wollen Sie nichts davon wissen. Ich erkläre Ihnen: (B) geben Sie jedem Arbeiter 30 Mark Gold pro Woche, ein Lohn, der hinter dem zurücksteht, was in der Vorkriegszeit verdient wurde, die Arbeiter sind zufrieden.

(Zuruf rechts.)

— Jawohl, wir sind verarmt. Aber ich will Ihnen zeigen, wie die Industrie verarmt ist. An diesem Beispiel sehen Sie, daß die Vermehrung des Kapitals aus den Betriebsgewinnen genommen wird. Die Gesellschaft hat auf 4 Millionen Mark Aktienkapital einen Reingewinn von 5,45 Millionen Mark gemacht; sie hat den Aktionären 25 Prozent Dividende und eine neue Gratisaktie gegeben.

Die Deutsche Gußstahl- und Maschinenfabrik in Schweinfurt hat, wie sie berichtet, ein gutes Geschäftsjahr hinter sich. Es konnten große Abschreibungen erfolgen. Sie kennen ja die verschiedenen Konten: Reservefonds, Spezialreservefonds, Maschinenkonto, und was es noch alles gibt. Ich will bemerken, daß diese Gesellschaft ihre großen Maschinenanlagen und sonstige Einrichtungen mit Ausnahme der Grundstücke auf 1 Mark abgeschrieben hat. Trotzdem diese hohen Abschreibungen. Trotz dieser hohen Zuweisungen an den Reservefonds und Spezialreservefonds wird noch eine Dividende von 25 Prozent auf das Aktienkapital verteilt, und zwar auch nicht auf Goldmark, sondern, da diese Gesellschaft ihr Aktienkapital in der letzten Zeit wiederholt bedeutend erhöht hat, auf Papiermarkkapital.

Die Dampfkesselfabrik Wilde in Braunschweig hat in diesem Jahre 85 Prozent Dividende verteilt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Solche Beispiele widerlegen die Behauptung, die man immer hört, daß nur durch eine längere Arbeitszeit die Betriebe wieder rentabel gestaltet werden könnten.

Damit Sie aber nicht glauben, daß nur die Metallindustrie solche hohen Gewinne macht, will ich Ihnen noch andere Beispiele anführen. Die Porzellanfabrik Zeh, (C) Scherzer & Co. in Rehau in Oberfranken hat 6,6 Millionen Mark Reingewinn erzielt und nach außerordentlich starken Abschreibungen 40 Prozent Dividende verteilt. Das Aktienkapital beträgt auch 6,6 Millionen Mark und ist auch hier größtenteils Papierkapital, da es in der Vorkriegszeit nur etwas mehr als eine Million betrug.

Die Domnitzer Domwerke verteilen 40 Prozent und geben eine Gratisaktie im Werte von 2700 Mark auf je zwei alte Aktien. Der Ankaufspreis wird aus dem Reingewinn zur Verfügung gestellt. Mithin erhalten diese Aktionäre 175 Prozent Dividende.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das sind einige Beispiele aus dem Handelsteil einer einzigen Nummer einer Tageszeitung.

Über die **Not der Presse** ist in diesem Hause schon genügend gesprochen worden. Der Herr Minister hat uns mitgeteilt, daß sich Unternehmer und leider auch Arbeitervertreter dagegen erklärt haben, daß zur **Verbilligung des Zeitungspapiers** die Gewinne aus der Papierausfuhr bis zu 60 Prozent herangezogen werden sollen. Es ist gewiß sehr bedauerlich, wenn sich Arbeitervertreter dazu hergeben. Aber wer weiß, mit welchen Mitteln Unternehmer oft arbeiten, um ihre Arbeiter zu einem solchen Votum zu bewegen, der wird sich nicht allzusehr wundern, daß es Arbeiter gibt, die in diesem Falle mit dem Unternehmer gemeinsam vorgehen. Der Unternehmer braucht bei solchen Fragen nur von Betriebseinschränkungen zu sprechen, von Arbeiterentlassungen, wenn er das und jenes durchführen müßte, und schon werden die Arbeiter, wenn sie nicht sehr selbständig sind und nicht auch etwas wirtschaftliche und Betriebskenntnisse haben, bereit sein, eine solche Gefahr von sich abzuwälzen.

Meine Damen und Herren! Im Januar 1914 kostete ein Kilogramm Papier $20\frac{3}{4}$ Pfennig, am 1. Mai 1922 $1590\frac{1}{4}$ Pfennig. Der Papierpreis ist also um das (D) Achtzigfache gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen. Wir kennen auch die ungeheuren Gewinne in der Papierindustrie, wir wissen, daß dort von einzelnen Betrieben Gewinne erzielt werden, die über die, die ich Ihnen genannt habe, noch weit hinausgehen. Man sollte daher meinen, daß die Presse nicht so ungeheure Preise für das für sie notwendige Papier zu zahlen brauchte, ohne daß die Papierfabriken darunter zu leiden hätten. Es ist bekannt geworden, daß gegen die Aschaffenburger Aktiengesellschaft für Zellstoff- und Papierfabrikation eine Strafverfolgung wegen Kapitalverschiebung und Steuerhinterziehung eingeleitet worden war. Bisher aber hat man nichts weiter gehört, ob die Strafverfolgung eingestellt worden ist oder was dabei herausgekommen ist. Aber der Bericht der Gesellschaft läßt erkennen, daß munter weiter gewuchert wird. Das Aktienkapital betrug 24 Millionen, es wurde eine Verdoppelung beschlossen. Die neuen Aktien sollen nur bis 50 Prozent eingezahlt werden, sie sollen aber sofort an dem Gewinne beteiligt sein. Es wird eine Dividende ausgeschüttet auf dieses neue Aktienkapital, die nahezu 50 Prozent beträgt; denn man kann nur die Summe nehmen, die wirklich eingezahlt worden ist, nicht die, die später nach Ausschüttung der Dividende noch eingezahlt werden soll. Die alten Aktien erhalten 25 Prozent. Diese halbe Verzinsung des Papierkapitals war möglich, obgleich der Bericht über zeitweise ungünstige Weltmarktlage und dauernde Steigerung von Betriebsmitteln, Löhnen usw. klagt. Abgeschrieben wurden 13 Millionen. Das Abschreibungs- und Überteuerungskonto ist auf 26 Millionen erhöht. Die gesetzliche Rücklage erhält 2,4 Millionen, die außerordentliche Rücklage 0,6 Millionen. Reichlich 5 Millionen werden für langfristige Abschlüsse in fremder Währung zurückgestellt. Es ist hier die Frage zu stellen, ob in diesem Konto

(**Simon** [Franken], Abgeordneter.)

(A) etwas von der vielgenannten Holländisch-Memeler Schiebung steckt. Der Bericht selbst ist so dunkel als möglich gehalten, wie in der letzten Zeit in der Regel sämtliche Bilanzen und Berichte der Aktiengesellschaften, so daß man annehmen kann, daß hier ganz bedeutende Rückstellungen und Schiebungen vorhanden sind.

Gestern hat der Abgeordnete Hoch und, wenn ich nicht irre, auch der Herr Kollege Knieſt auf einen geradezu unhaltbaren Zustand, der darin liege, daß die Angelegenheiten des Holzhandels und der Sägewerke dem Ernährungsministerium übertragen wurden, hingewiesen. Der Reichsausschuß für die holzverarbeitende Industrie, Unternehmer und Arbeiter, haben sich mit einer Eingabe an den Reichspräsidenten gewendet und gebeten, diesen Zustand zu beseitigen. Es wird in dieser Eingabe hervorgehoben, daß das vermutlich aus dem Grunde geschehen sei, weil der damalige Herr Ernährungsminister als ehemaliger Abteilungsleiter für Forsten und Rohholz dieses ihm besonders naheliegende Gebiet nicht abgeben wollte. Wir sind aber doch der Meinung, daß ein so wichtiges Gebiet in das **Reichswirtschaftsministerium** gehört, zumal da die Interessen in der **holzverarbeitenden Industrie** zum Teil stark auseinandergehen. Ein Teil wird im Reichsernährungsministerium behandelt, ein anderer Teil steht dem Wirtschaftsministerium zu. Es ergeben sich hieraus schwere Divergenzen. Man ist in diesen Kreisen der Auffassung — nicht mit Unrecht —, daß, wenn diese Fragen in einem einzigen Ministerium behandelt würden, diese Divergenzen zwischen Handel und den verarbeitenden Betrieben, Export usw. viel leichter ausgeglichen werden könnten, wenn sie in einem einzigen Ministerium behandelt würden.

Der Herr Minister hat in seiner gestrigen Rede auf die **Abwanderung von** zirka 5000 **Bergarbeitern aus dem** (B) **Ruhrgebiet** hingewiesen. Das ist sicherlich eine außerordentlich bedenkliche Erscheinung, zeigt uns aber auch, daß wir den Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter, die ständig dem Tode ins Auge schauen, eine viel größere Beachtung schenken müssen, als wie das zum Teil bisher geschehen ist.

(Sehr wahr! links.)

Das hat auch der Herr Minister zugesagt. Aber ich weiß nicht, ob dem Herrn Minister das **Arbeitszeitgesetz** bekannt ist, welches dem Reichstag vorgelegt wurde. Mein Fraktionsfreund Rosemann hat ja schon darauf verwiesen. Dieses Arbeitszeitgesetz steht in direktem Widerspruch zu den Zusagen des Reichswirtschaftsministers. Denn in ihm wird bestimmt, daß in solchen Gruben, in denen nicht wirtschaftlich gearbeitet wurde, eine Verlängerung der Arbeitszeit Platz greifen könne.

(Hört! Hört! links.)

Man will also die Wirtschaftlichkeit der Gruben durch eine Verlängerung der Arbeitszeit erzielen. In technisch rückständigen Betrieben, auf schlechten Flözen, wo die Arbeit vielleicht schwieriger ist als bei guten Flözen, soll die Arbeitszeit verlängert werden. Ich verstehe so etwas nicht. Wenn man die Gefahren kennt und einsieht, die gerade mit dem Bergbauberuf verbunden sind, und wenn man weiß, daß gerade wegen dieser Gefahren die Arbeiter abwandern, wenn sie überhaupt in anderen Berufen Beschäftigung finden können, dann sollte man sich wirklich hüten, an dem zu rütteln, was die Bergarbeiter verlangen, nämlich eine Arbeitszeit, die unter keinen Umständen über sieben Stunden Schichtzeit hinausgeht.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir sehen, daß heute in unserer Wirtschaft ein Keil den anderen treibt im bezug auf die **Preissteigerung** und das Fordern von Preisen. **Die Landwirtschaft** begründet ihre hohen Preise mit dem hohen Preis, den sie für künstlichen Dünger zahlen muß. In der Tat haben **Kalisalze und Stickstoff** Preise erreicht, die eine sehr ernste (C) Gefahr für unsere Volksernährung bedeuten. Ein großer Teil der Landwirte weigert sich, diese hohen Preise zu zahlen, und wer die Mentalität der Landwirte kennt, weiß, daß sie sich auch weigern werden, diese hohen Preise für künstlichen Dünger anzulegen, auch wenn sie noch so hohe Preise für ihr Getreide erhalten. Sie sehen eben nicht den hohen Preis, den sie bekommen, sondern nur das, was sie ausgeben müssen. Wir wissen, daß aus dem Grunde in den letzten Jahren immer weniger künstlicher Dünger verwendet worden ist, obwohl nach dem Raubbau, der während des Krieges getrieben worden ist, eine Vermehrung sehr am Platze wäre.

Die gleiche Erhöhung wie die Preise für künstlichen Dünger haben auch die Eisenpreise, die in der Landwirtschaft eine große Rolle spielen, und ebenso auch die Kohlenpreise erfahren. Ich freue mich, daß der Herr Minister mit dem preußischen Handelsministerium sich ins Benehmen setzte, um die große Berggerechtsame des preußischen Staates auszunutzen. Aber das alles wird nicht viel helfen. Diese Urprodukte, mit welchen heute ein geradezu unerhörter Wucher getrieben wird, müssen der privatkapitalistischen Ausbeutung entzogen werden.

Bei Überwindung des Kapp-Putsches hatten die Gewerkschaften acht Bedingungen aufgestellt. Diese acht Bedingungen wurden von den Parteien, die die Regierung damals bildeten und auch heute noch bilden, bewilligt, und es wurde zugesagt, daß man sich dafür einsetzen wolle. Eine dieser Bedingungen war auch die **Sozialisierung des Bergbaues.** Aber bis heute ist in dieser Beziehung nicht das geringste geschehen, und wir müssen entschieden verlangen, daß dieses Versprechen endlich einmal eingelöst wird.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Täuschen Sie sich nicht! (D) Wir tanzen auf einem Vulkan. Bricht, was aller Wahrscheinlichkeit nach der Fall ist, worauf der Herr Minister schon hingewiesen hat, unser Wirtschaftsleben zusammen, kommen wir in eine scharfe Krise, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn sich die Arbeiter mit Versprechungen nicht mehr abspeisen lassen. Denn versprochen ist während der Zeit des Novembers 1918 bis in das Jahr 1920 genug worden, gehalten aber von alledem nichts. Noch einmal möchte ich Sie warnen und Ihnen sagen: wenn Sie die Arbeiter so täuschen, wenn Sie Ihnen Versprechen machen — und das ist geschehen — und von diesen Versprechen nichts einlösen, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn die kommenden Ereignisse über Sie hinweggehen werden.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Meine Damen und Herren! Ich bin ersucht worden, darauf hinzuweisen, daß bei der Interpellation Hergt und Genossen nach dem Sitzungsprotokoll vom 4. Juli 1921 als weitere Interpellanten noch zu gelten haben der Herr Abgeordnete Trimborn und Fraktion.

In der weiteren Aussprache hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Gildemeister.

Dr. **Gildemeister,** Abgeordneter: Herr Vorsitzer, meine Damen und Herren! Es war meine Absicht, mich über das Gebiet der **Außenhandelspolitik** als besonderes Gebiet auszusprechen. Ich glaube aber, daß der Lauf der Debatte bewiesen hat, daß die Außenhandelspolitik überhaupt nicht von der Handelspolitik, der Wirtschaftspolitik als solcher zu trennen ist. Ja, man könnte sagen: es gibt eine von der Handelspolitik getrennte Außenhandelspolitik überhaupt nicht. Man könnte

(Dr. Gildemeister, Abgeordneter.)

(A) auch die Frage aufwerfen, ob es glücklich ist, daß das Ministerium, dem die Förderung der Wirtschaft anvertraut ist, nicht den Namen eines Handelsministeriums trägt und daß dieser Titel einem Ministerium in Preußen vorbehalten ist, während das Reich über ein **Reichsministerium des Handels**, das sich mit der Außenwirtschaft schon durch seine Aufgaben zu befassen hat, nicht verfügt. Bei den Fragen der Außenhandelspolitik oder der Handelspolitik in diesem Sinne ist zweifellos, daß die heutige Zeit eine der interessantesten Epochen der Weltwirtschaftsentwicklung darbietet, die es überhaupt geben kann. Ich glaube aber, daß eine richtige Außenhandelspolitik darauf fußen muß, daß man die Erfahrungen aus den Tatsachen sammelt und nicht mit vorgefaßten Theorien irgendwelcher Art an die Dinge herangeht,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

und daß man ferner auch nicht, von einem Gefühl der Mißgunst getragen, die Dinge so sieht, daß man sie innerlich, sozial in dem Sinne betrachten will, als ob die Wirtschaft und der Handel Dinge wären, die im Kampf zwischen dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft ausgetragen werden könnten. Es ist zu begrüßen, daß das Wirtschaftsministerium heute nüchtern, klar und sachlich mit einem „**Abwärtsgehen der wirtschaftlichen Verhältnisse**“ rechnet. Wir haben früher sehr oft und nicht ohne Grund das Bedenken gehabt, daß man sich von einer optimistischen Auffassung tragen ließ, daß man bei der Übernahme unserer Verpflichtungen von Voraussetzungen ausging des Heranwachsens der deutschen Mark an die fremden Valuten, des inneren Ausgleichs unseres Haushalts usw. Heute stehen wir vor der Tatsache, daß auch unsere Regierung, die einst als Regierung der Erfüllung gegründet wurde, mit dem Abwärtsgehen der wirtschaftlichen Verhältnisse mit Sicherheit rechnet. Dieses Abwärtsgehen (B) der wirtschaftlichen Verhältnisse ist aber nur eine Ausdrucksform der allgemeinen Verarmung Deutschlands, die alle Kreise mit sich reißt. Es ist der Boden, der unter uns sinkt.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir dürfen aber nicht das Bild bieten, das einst Lloyd George von uns entworfen hat, als eines Haufens von Bettlern, die sich gegenseitig um das Brot balgten. Diese Erkenntnis ist notwendig, um der Auseinandersetzung innerpolitisch die Schärfe zu nehmen und die Erkenntnis zu vermitteln, daß es sich um gemeinschaftliche Schicksalsfragen handelt. Freilich, unsere Meinung über die Gründe, die Ursache dieser Erscheinung dürfen wir nicht zurückhalten. Da müssen wir feststellen, daß diese Aushöhlung der deutschen Wirtschaft eine **Folge der Erfüllung** war. Ich glaube, daß heute darüber kaum noch ein Zweifel herrscht. Diese Frage ist nicht ohne weiteres mit der Frage der Erfüllungspolitik und ihrer Richtigkeit oder Unrichtigkeit verknüpft. Vielleicht ist allerdings die Theorie einer Rechtfertigung dieser Politik in dem Sinne, daß man durch die Unerfüllbarkeit die Richtigkeit der Erfüllungspolitik beweisen wollte, erst nachher erfunden worden. Es ist das so etwas wie ein indirekter Beweis in der Mathematik. Ich frage mich, ob die Erkenntnis der Wirtschaftslage damals schon so groß gewesen ist, ob man damals diese politischen Entschlüsse der Erfüllungspolitik getroffen hätte, wenn man das Ergebnis der völligen Aushöhlung der deutschen Wirtschaft durch die Blutentziehung der Reparation vorausgesehen hätte. Denn heute liegen die Dinge so, daß wir in eine Weltwirtschaftskrise hineingerissen sind. Denn die Erfüllungspolitik, die wir auf unserer Seite kritisiert haben, und der gegenüber wir heute noch in gleicher Abwehr stehen, ist von Seiten der Entente ebenfalls betrieben worden, und die Irrtümer der Erfüllungspolitik

(C) haben sich auch da gezeigt. Alle die, die diese Politik der Reparation, die im Londoner Ultimatum gegipfelt hat, getrieben haben, sind schuldig an der Weltkrise, in die auch wir hineingerissen sind.

Darf ich Sie auf die ausgezeichneten Ausführungen verweisen, die über diese **Krise der Erfüllungspolitik** gestern in Hamburg von dem **Geheimrat Dr. Bücher**, dem geschäftsführenden Mitgliede des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, gemacht worden sind. Ich darf vielleicht diese Zahlen, die das charakteristische Bild der vollkommenen Vernichtung der Wirtschaft geben sowohl der Erfüllungsstaaten, als auch derjenigen, die die Erfüllung verlangt haben, gegenüber Nordamerika, das außerhalb dieses Zirkels steht, Ihnen zur Kenntnis bringen.

> Die Vereinigten Staaten hatten 1921 einen Überschuß von 1976 Millionen Dollar. Kanada, das Amerika in seinem jetzigen Wirtschaftsstande am meisten ähnelt, ist von einem passiven Saldo von 1913 in Höhe von 199 Millionen Dollar auf ein Aktivsaldo von 3 Millionen Dollar heraufgekommen. Frankreichs Passivität im Jahre 1921 betrug 1955 Millionen Franken, Großbritanniens Passivität 276 Millionen Pfund, Italiens Passivität 8 Milliarden Lire, während die Niederlande eine Passivität von 870 Millionen Gulden, Schweden eine solche von 168 Millionen Kronen und die Schweiz eine Passivität von 484 Millionen Franken hatte. Die **Aktivität der amerikanischen Handelsbilanz** entspricht somit der **Passivität aller anderen Staaten.** Europa hat seine Ersparnisse aus der Nachkriegszeit bis jetzt an Amerika abgeliefert. Amerika beherrscht zudem den Baumwoll-, Kupfer- und Wollmarkt zusammen mit Kanada. Tritt keine Veränderung der Verhältnisse ein, so müssen alle europäischen Staaten ihre Handelsbilanz vernichtet sehen. Amerika (D) sperrt sich trotzdem immer noch stark gegen die Zufuhr von Waren aus den europäischen Staaten. Das besiegelt das Schicksal der europäischen Staaten.
>
> Aber diese Katastrophe der europäischen Staaten muß auch Amerika mitziehen. Fährt Amerika in seiner bisherigen Art und Arbeit fort, dann kommt es zwar in den Besitz alles Weltbesitzes; denn von den 32 Milliarden Weltgoldmark hat Amerika allein schon 18 Milliarden. Das ist gegen alle Gesetze einer gesunden Wirtschaft. Auch weil Amerika die gesamten Rohstoffe fast monopolistisch beherrscht, muß es den jetzt schon 40 Prozent betragenden Leerlauf der europäischen Wirtschaft noch vergrößern.

Ich bitte, dieses klare Bild auf sich wirken zu lassen, um unter den Anblick dieses Bildes der Zerrüttung der Weltwirtschaft und dem Übrigbleiben eines Nordamerikas, das durch seine Lage und durch seine Politik des Ausgeschiedenseins die Wirtschaftskräfte der Welt an sich zieht, die politische Auseinandersetzung über das, was bei uns zu tun ist, absolut zu entgiften.

Es ist viel die Rede gewesen von den klugen Meinungen der Sachverständigen in Genua, früher von den klugen Meinungen der Sachverständigen in Brüssel. Gewiß, in sachverständigen Kreisen sieht man wohl die wirtschaftlichen Folgen, beklagt sie und möchte sie abstellen. Aber das eine ist doch festzuhalten: auch hier in der Wirtschaft zeigt sich, daß das ausschlaggebende Element überall die Politik ist. Wenn die **Politik der Reparation** von seiten der **Entente**, von seiten der sogenannten Siegerstaaten heute Widerspruch erfährt, so doch nur deshalb, weil diese Politik sich im Interesse dieser Staaten selbst als fehlerhaft erwiesen hat, weil diese Staaten selber im

(Dr. **Gildemeister,** Abgeordneter.)

(A) Sinken sind, aber sich wie Ertrinkende an Deutschland klammern und durch die völlige Zerrüttung des wirtschaftlichen Gefüges Deutschlands Deutschland zum Lohndrücker der Welt erzogen haben.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es liegt in dem ganzen Dumping der deutschen Wirtschaft nicht irgendwelche Absicht. Es ist auch mit nichten, wie es in der ausländischen Wirtschaftsliteratur so oft dargestellt wird, eine Absicht Deutschlands, etwa seine Valuta zu zerstören, um damit eine Waffe zu bekommen. Nein, wir sind in diese große Weltwirtschaftskrise gegen unsern Willen hineingerissen worden, und wenn man drüben bedenklich geworden ist und die Kongresse sich ablösen, um Abhilfe zu schaffen, so nur deshalb, weil sich diese Reparationspolitik selbst in den Augen der Ententepolitiker als ein Fehler in ihrem Sinne erwiesen hat.

Nun komme ich zu der **Einstellung der deutschen Handels- und Wirtschaftspolitik.** Welche Politik ist dieser Erscheinung gegenüber, die, glaube ich, in ihren Voraussetzungen ganz unbestreitbar ist, die richtige? Die Handelspolitik, die bei uns diejenigen Parteien beherrscht, von denen man annehmen sollte, daß sie nicht ein so kleinbürgerliches Bild von der deutschen Wirtschaft haben, ist, daß sie sich Deutschland als einen geschlossenen Handelsstaat vorstellen. Da ist denn das Hauptargument das eines Ausverkaufs Deutschlands, wenn unsere industrielle Produktion ins Ausland geworfen wird. Es wird uns mit beweglichen Worten vorgeführt, daß der Ausländer hier ein Paar Stiefel und dort einen neuen Anzug kauft, und man stellt sich vor, daß es doch besser wäre, wenn damit ein Deutscher im Inlande sich bekleiden könnte. Das ist die **Handelspolitik des geschlossenen Handelsstaats** einem Deutschland gegenüber, dessen wirtschaftliche Bedeutung nur darauf beruht, daß es als ein Teil, allerdings, wie die Entwicklung erwiesen hat, als ein sehr wesentlicher Teil in (B) die Weltwirtschaft hineingestellt worden ist. Bei allen Verhandlungen der Regierung — das bezieht sich nicht nur auf das Wirtschaftsministerium —, bei allen Verhandlungen des Wiederaufbauministeriums, des Finanzministeriums usw. verkennt man den großen Gesichtspunkt, daß wir unsere Handelspolitik nicht einrichten können ohne Wechselwirkung. Es ist ja, wie es scheint, sehr einleuchtend, wenn die Vertreter des Systems des geschlossenen Handelsstaats sagen: wir wollen unsererseits lediglich unentbehrliche Rohstoffe einführen und Fabrikate, die wir entbehren können, ausführen. Gewiß, das ist erwünscht, stößt sich nur an den weltwirtschaftlichen Verhältnissen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn wir, wie es bei uns geplant wurde, Kaffee oder ähnliche Produkte aus den ausländischen Staaten, aus den überseeischen Staaten fernhalten und den Deutschen den Genuß dieser Ingredenzien abgewöhnen wollten, dann verschließen sich jene Staaten uns, dann entsteht jenes System der Bekämpfung der deutschen Ausfuhr wie in Brasilien, das, als andere Staaten seine Ausfuhr nachteilig behandelten, sofort ein Gesetz verabschiedete, welches einen 400prozentigen Aufschlag auf Waren aus jenen Staaten, darunter auch Deutschland, vorsah, dann gehen uns auf diese Weise die Märkte verloren. Diese Einstellung können wir uns nicht leisten.

Lassen Sie mich die unterschiedliche Auffassung noch an einem andern Bilde klarmachen. Das frühere aristotelische Weltbild war, daß die Erde fest wäre und die Sonne um die Erde kreise, und es war eine Revolutionierung der gesamten Auffassung, als man erkannte: nein, diese feststehende Erde ist nur einer der vielen Weltkörper, die um die Sonne kreisen. So ist es auch mit der deutschen Wirtschaft. Die deutsche Wirtschaft ist nicht dasjenige Gebiet, um das die Weltwirtschaft kreist, die wir nach unseren Wünschen einrichten können, sondern wir selbst (C) sind in diesen großen Zug mit hineingestellt und müssen uns nach der Weltwirtschaft richten.

Unsere falsche Einstellung tritt nun insbesondere in der Auffassung bezüglich des Geldwertes, des gesamten **Valutaproblems** zutage. Wir leben dort von einer Fiktion und glauben, mit dieser glücklich zu werden, und das ist die Fiktion, daß unser Geld Geld, daß eine Mark eine Mark sei, und wenn sich irgendwelche Werte für einen Deutschen in einen wirklichen Wert umgesetzt haben, wie ihn die fremden, noch nicht zerstörten Währungen darstellen, so sehen wir das als einen **Valutagewinn** an und wünschen ihn wegzunehmen oder wegzusteuern. Wir arbeiten mit Devisenablieferungen und ähnlichem mehr und verkennen doch, daß in diesen sogenannten Auslandsdevisen nur der berechtigte Gegenwert des wirklichen Wertes unserer Ausfuhr liegt, keineswegs irgendein Überwert, ein Mehrwert, den der Staat wegnehmen könnte, ohne den Wirtschaftsprozeß selbst zu stören. Denn wenn man die Devisen, wie der schöne Ausdruck heißt, „restlos erfaßt“, dann fehlt dem Außenhandel das Mittel für den Einkauf,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und dann haben wir den Schrumpfungsprozeß unseres Außenhandels dem Werte nach, den unsere Statistiker beklagen.

Die Dinge sind an sich so ungeheuer einfach, daß man nicht glauben sollte, sie hervorheben zu müssen, wenn nicht gegen diese einfachen Wahrheiten immer wieder gefrevelt würde. Wir begegnen dieser Auffassung bei den neuen Gesetzesvorlagen, die uns demnächst begrüßen werden, bei der Entschädigung für die Liquidation, für das Ausgleichsverfahren im Ausland. Man glaubt, mit einem Mehr des Friedenswertes auskommen zu können, und verkennt dabei völlig, daß man dabei die Zwecke oder auch die Pflichten — will ich sagen — der Erstattung (D) der im Ausland liquidierten Werte und die Auszahlung der aus dem Ausland eingezahlten Ausgleichsforderungen völlig verfehlt, daß man besondere Steuern auf diese Gruppen der Bevölkerung legt, daß aber keineswegs Valutagewinne vorhanden sind, an denen nun der Staat berechtigterweise teilhaben könnte. Man verkennt die Zusammenhänge, wenn man beispielsweise die ausländischen Exporte in fremder Valuta fakturiert sehen will und dann überrascht ist, daß die deutsche Mark fällt. Denn wenn der Ausländer die deutsche Ware nicht mehr mit deutscher Mark, die er vielleicht im Lande hat, kaufen kann, dann hat das deutsche Geld keinen Kurs mehr im Auslande.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es wird nicht gefragt, ob dann die Valuta verfällt. Nun kann man ja die Politik treiben, daß man sagt: ich will in ausländischer Währung fakturieren, um den unmittelbaren Verfügungswert zu haben, muß sich aber dabei bewußt sein, daß die Mark selbst dadurch wertlos gemacht wird, und an der Erkenntnis dieser Zusammenhänge fehlt es, das heißt: es wird so dargestellt, als wenn irgendwelche bösartigen Kreise im Inlande in der Lage wären, von sich aus die deutsche Mark zu heben oder zu werfen. Nein, das sind Dinge, die sich durch die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge einstellen, die allerdings große Gefahren bergen, auf die ich hinweisen möchte. Es ist nicht der Ausverkauf im einzelnen, bei dem Reisenden mit dem neuen Koffer und den neuen Stiefeln und dem neuen Anzug; aber es ist die **Überfremdung,** die **unserer Industrie** droht. Es ist die furchtbare Gefahr, daß das Ausland sich auf Grund seiner noch erhaltenen Währung in den Besitz unserer Produktionsmittel setzt und sie erwirbt. Freilich — und das ist sehr wichtig — vermag sich die ausländische Wirtschaft mit einem verhältnismäßig

(Dr. **Gildemeister**, Abgeordneter.)

(A) sehr geringen Prozentsatz des sogenannten Goldwertes in den Besitz dieser Wirtschaft zu setzen und dabei wird klar, daß die deutsche Wirtschaft ihre Goldwerte schon zum großen Teil eingebüßt hat.

Diese weltwirtschaftliche **Zerstörung unserer Währung** hat aber die größte **Einwirkung auf unsere Finanzwirtschaft.** Unsere ganzen Finanzprobleme, unsere Versuche der Balancierung unseres Haushalts, die Schaffung neuer Steuern, was ist das alles schließlich mehr, als das Treiben eines Kindes, das mit Sand spielt!

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Es wird ja jede Grundlage mit der Geldentwertung wiederum zerstört. Es prägt sich das aus in den sogenannten Nachforderungen der Beamtengehalte; es ist doch alles darauf zurückzuführen, daß die Verrechnungsbasis, daß die Grundlage der Wertbemessung, eben das Geld, in Deutschland krank, wenn nicht zerstört ist.

Dazu kommt ein sehr wichtiger Punkt. Es ist bezeichnend, wie mein Kollege Quaatz an dieser Stelle vor kurzem ausgesprochen hat, daß in Zeiten revolutionärer Erschütterungen der Rechtsschutz und der Rechtsgedanke fehlt. Diese Erscheinung aber wirkt sich gerade auf diesem Gebiete der Wirtschaft aus. Ich habe vorhin darüber geklagt, daß die Regierung verkannt hätte und insbesondere zur rechten Zeit verkannt hätte, daß sie schuldig war, auch nach dem Buchstaben des Versailler Vertrages, für die **liquidierten Werte im Ausland in Gold Zahlung** zu leisten. Gut, der verarmten deutschen Wirtschaft ist das vielleicht nicht zuzumuten, man wird auch den beteiligten Kreisen Opfer zumuten können; daß man aber beispielsweise den Schweizer Hypothekengläubigern gegenüber sofort die Berechtigung anerkennt, wo es der Ausländer ist, der sich gegen die deutsche Wirtschaft mit seinem Anspruch richtet, nicht aber dem Deutschen gegenüber, das verstehe ich nicht. Das ist eine Ein-

(B) stellung oder Unterwürfigkeit, die zu denken gibt, und der wir auf allen Gebieten entgegentreten müssen, wo es nur in Frage kommen kann.

Nun ist es ja oft so, daß, wenn die Grundlagen einer gesunden Wirtschaft verlassen worden sind, man sich auf konstruktionelles Gebiet begibt. Ich sehe eine Folge der verkehrten Einstellung unserer Wirtschaftspolitik, die sich von den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen losgelöst hat, darin, daß man sich nun damit amüsiert, die Wirtschaft bald horizontal, bald vertikal in Fachkonstruktionen, in Fachverbände usw. aufzulösen, und, wenn das bisher auch noch nicht völlig gelungen ist, an Stelle der praktischen Wirtschaft eine große **Wirtschaftsbureaukratie** ins Leben gerufen hat, die heute wie eine tote Last auf unserer Wirtschaft liegt.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Die praktische Frage ist doch lediglich: was hat die Wirtschaft unter diesem System, oder sagen wir lieber: im Kampfe gegen dieses System, geleistet? Da ist festzustellen, daß bei einer verhältnismäßig verschwindenden Arbeitslosigkeit die Versorgung der inländischen Bevölkerung nicht befriedigt worden ist, und man sollte nun meinen, es sei vielleicht eine ungeheure Steigerung unserer Ausfuhr eingetreten, womit ja immer gearbeitet wird, unter dem Vorgeben, wir hätten die fremden Märkte erobert. Das ist keineswegs der Fall. Unsere **Ausfuhrzahlen** sind **gegenüber der Friedensausfuhr** verschwindend gering. Ich verlese aus der Studie von Professor Stein über die Wirtschaftsfinanzen des Deutschen Reiches folgende Feststellung:

> Unser Wettbewerb auf dem Weltmarkt ist trotz dem Ruf „Die deutsche Industrie ist schuld an der Weltkrise“ nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Unsere Ausfuhr betrug 1913 monatlich 6,14 Millionen Tonnen und 1921 nur noch (C) 1,9 Millionen Tonnen.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das ist ein Sinken auf unter ein Drittel. Es wäre überhaupt erwünscht, wenn unsere Veröffentlichungen und die Statistik auch im wesentlichen mehr auf den Vergleich mit der Friedenszeit zurückgingen, um falsche Schlüsse zu vermeiden. Heute kämpft unsere Statistik, die sich das Vergnügen macht, die Werte unserer Ausfuhr- und Einfuhrziffern in unsere sogenannten Papierziffern umzuschlagen, damit, daß sie selbst erkennen muß, daß die ganzen Zahlen, die unsere Außenbilanz heute veröffentlichen, trügerisch sind.

Ich erlaube mir, das folgende **Selbstbekenntnis** zu verlesen, das sich im Aprilheft der **Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts „Wirtschaft und Statistik“** vorgefunden hat. Da ist folgendes mitgeteilt. Nachdem, wie ich noch einschalten möchte, die Kurven, gewissermaßen die Fieberkurven der deutschen Wirtschaft in dem Hin- und Herspringen der deutschen Ausfuhr und Einfuhr dargestellt sind, findet sich am Schluß der Übersicht folgende Feststellung:

> Infolge der Einwirkung der Außenhandelskontrolle werden im steigenden Maße die Ausfuhrwerte in ausländischer Währung verkauft und demgemäß auch für die Statistik in Auslandswährung angemeldet, die dann zum Durchschnittskurs des Ausfuhrmonats in Papiermark umgerechnet wird. Infolgedessen tritt wenigstens für diesen Teil der Ausfuhr bei sinkendem Markkurs eine starke, nur durch die Valutaentwicklung bedingte Steigerung der Papiermarkwerte ein, die aber nur einen verhältnismäßig geringen Geldwert haben. Mit anderen Worten: auf der Ausfuhrseite kommt die Entwertung der Mark viel stärker zum Ausdruck als auf der Einfuhrseite; sodaß die Papiermark- (D) beträge der Ausfuhr mit denen der Einfuhr hinsichtlich des Geldwerts nicht mehr vergleichbar sind. In Zeiten sinkenden Markkurses muß jede in Papiermark ausgedrückte Handelsbilanz günstiger sein, als sie bei Zugrundelegung eines einheitlichen Maßstabs wäre. Einen einwandfreien Überblick über die Verpflichtungen und Forderungen, die sich für deutsche Forderungen aus dem Auslandswarengeschäft ergeben, wird man nur dann erhalten, wenn der Bewertung der Ein- und Ausfuhr ein einheitlicher, von Valutaschwankungen unabhängiger Maßstab zugrunde gelegt wird. Hierfür einen theoretisch befriedigenden und praktisch gangbaren Weg zu finden, wird eine der nächsten und dringendsten Aufgaben der amtlichen Statistik sein.

Mit anderen Worten und kurz und klar gesagt: wir machen uns über den Wert unserer Ausfuhr etwas vor.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Unsere Statistiken werden verkannt; alle Schlüsse, die wir auch daraus wiederum über die Kraft unserer Produktion ziehen, sind unrichtig, und wir verkennen überall die wirkliche **Schwäche unserer Wirtschaft im Innern.**

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Unsere Wirtschaft ist innerlich gelähmt, auch durch die Belastungen und Erschwerungen, die die Revolutionszeit mit ihren vielen Einrichtungen gebracht hat. Ich will auf dieses Gebiet, das etwas abliegt, nicht allzuweit eingehen. Aber ich meine doch, die **Betriebsratswirtschaft** hat nicht produktionsfördernd gewirkt.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Und noch etwas: der Freiheit der Arbeiterschaft hat sie auch nicht gedient.

(So? So? bei den Sozialdemokraten.)

(Dr. **Gildemeister**, Abgeordneter.)

(A) Denn nach meinen Erfahrungen ist mit dieser Kontrollinstanz ein neues Aufsichtsorgan für die Arbeiterschaft geschaffen, von dem sie abhängig ist.

Aber das soll mich im Augenblick nicht beschäftigen. Worauf es mir im Augenblick ankommt, ist, zu zeigen, wie sehr die innere Auflösung unserer Wirtschaft auch statistisch schon in die Erscheinung tritt. Da darf ich Ihnen vielleicht aus den **Kursen der Metallurgischen Gesellschaft** vom **November 1921**, wo zum ersten Male der **Verbrauch des Metalls in Deutschland** wiedergegeben ist, die folgenden Zahlen in der Bewegung bis 1920 verlesen.

Die Bleierzeugung Deutschlands ist von 158- auf 59 000 Tonnen, der Verbrauch von Blei von 230- auf 67 000 Tonnen, die Kupfererzeugung von 49- auf 20 000 Tonnen, der Rohkupferverbrauch von 267- auf 73 000,

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten)

die Rohzinkerzeugung von 281- auf 99 000, der Rohzinkverbrauch von 232- auf 71 000 Tonnen gefallen. Aus diesem absolut zuverlässigen Maßstab können wir die innere Schwäche der deutschen Wirtschaft ablesen, von deren Blüte zu sprechen absolut verfehlt ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir sehen auch das Einschrumpfen ganzer Betriebe, zumal solcher Zweige der Wirtschaft, die von ausländischen Rohstoffen abhängig sind. Darf ich nur die eine Zahl hervorheben, daß nach den Ziffern der Berufsgenossenschaften die Zahl der Arbeiter in den sechs wichtigsten Berufsgenossenschaften des Textilgewerbes von 819 000 im Jahre 1913 auf 417 000 im Jahre 1919 zurückgegangen ist. Einschrumpfungsprozesse unserer Wirtschaft!

Vergessen wir auch eins nicht. Es ist ja gerade auch heute an dieser Stelle die Rede gewesen von Streik, von Arbeitszeit, Arbeitsverlängerung und ähnlichem mehr. Ich wundere mich immer, daß man beim **Streik** verkennt, daß der Streik als solcher immer ein (B) Unglück ist, daß er einen Ausfall an Produktion bedeutet. Man mag auch sagen, der Arbeiter hat kein anderes Kampfmittel oder: seine Arbeitskraft ist die Ware, die er zurückhält, um ihren Preis zu steigern, so ist das doch ganz individualistisch gesehen. Wenn man sich sozialistisch einstellt, sollte man den Gedanken voranstellen, was beim Streik an Arbeitsausfall eintritt, der sozialwirtschaftlich ein Verlust ist. Aber von dieser Erkenntnis ist die Theorie, soweit ich sie verfolgen kann, noch weit entfernt.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Vornehmlich bei den Industriellen!)

— Fehler werden auf allen Seiten gemacht, aber meist fängt man damit an, daß man seine erst beseitigt, dann hat man das Recht, sie bei den andern zu rügen.

(Beifall rechts und in der Mitte.)

Was nun die Frage der Arbeitszeit betrifft, so sollte man doch da erkennen, daß die Frage der **Arbeitszeit** in Relation steht zu der **Arbeitsintensität.** Gewiß, wir kennen zum Beispiel die Erfahrungen der Zeißschen Werke aus der Vorkriegszeit. Es läßt sich doch aber absolut ableiten, daß es eine ganze Reihe von Gewerben gibt, wo die Arbeitsintensität so groß sein muß, daß sie nur bei einer kurzen Arbeitszeit vorhanden sein kann. Man hat sogar die Erfahrung gemacht, daß eine längere Arbeitszeit unter Umständen weniger an Produktion schaffen kann als die kürzere, und zwar da, wo die Intensität besonders groß ist.

Es gibt aber auch andere Gewerbe, wo die erforderliche Intensität nach der Art der Beschäftigung auch längere Zeit vorhanden sein kann. Gerade wenn ich mich sozial einstellte, würde ich es doch für außerordentlich unsozial halten, demjenigen, der intensiv arbeitet, dieselbe Arbeitszeit zuzumuten wie demjenigen, dessen Arbeit im großen und ganzen nur in einer Art Arbeitsbereitschaft besteht oder jedenfalls in einem Arbeitsgange, der seine (C) Arbeitskraft nicht so in Anspruch nimmt.

Außerdem gibt es doch schließlich auch noch weitere soziale Rücksichten, vor allem die Rücksicht auf gewisse Betriebe. Es wird immer die Landwirtschaft erwähnt; ich erwähne beispielsweise die Binnenschiffahrt auf Strömen, wo Ebbe und Flut eine Rolle spielen, wo es daher zum reinen Unfug wird, mit einem reinen achtstündigen Arbeitstag zu operieren.

Nun ist es ja richtig, daß sich diese Dinge nicht mit dem Rechenstock ausrechnen lassen. Es gibt auch psychologische Beeinflussungen, etwa die Beeinflussung durch die Revolution und all die schönen Dinge, die sogenannten Errungenschaften. Aber ich glaube, man sollte gerade in Anbetracht unserer heutigen höchst kritischen Lage auch diesen Dingen gegenüber eine kritische Stellung einnehmen.

Es wurde hier nun über den **Arbeitsgrad im Auslande und in Deutschland** gesprochen. Ich glaube, nicht schlecht informiert zu sein, wenn ich auf Grund mannigfacher Mitteilungen, die ich im persönlichen Verkehr auch gern nach ihren Quellen angeben würde, behaupte, daß die Arbeitsintensität beispielsweise Amerikas ungeheuer viel größer ist als bei uns. Ich will gar nicht dem Carnegieschen System der rücksichtslosen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft das Wort reden. Aber in Amerika haben wir doch die Tatsache zu verzeichnen, daß man dort mit einer Rationalisiernng der Arbeitskraft und der Arbeitsmethoden arbeitet, wie wir sie gar nicht kennen. Und wo versucht wird, sie in unseren Betrieben einzuführen, sträubt sich die Arbeiterschaft aus theoretischen Widerständen, wegen des Achtstundentages und anderer schöner Dinge, so daß die Intensität unseres Arbeitsprozesses leidet. Damit leidet aber auch die gesamte Volkswirtschaft, die Konkurrenzfähigkeit, damit leidet sozial die Allgemeinheit; denn von dem Ergebnis unserer Produktion, von ihrer Leistungsfähigkeit hängt unser aller (D) Existenz letzten Endes ab.

Die Entwicklungen, die wir heute haben, sind auch in Richtung auf die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge beunruhigend. Wir wollen nicht daran vorübergehen, daß wir heute unter einem absolut hochschutzzöllnerischen System stehen; denn **unsere gesunkene Valuta** baut eine **Hochschutzzollmauer** auf, wie wir sie früher nicht gekannt haben. Hier stellt sich nun ein Gesetz ein, das wir niemand in die Schuhe schieben wollen, das wir nur beobachten und in unsere Rechnung einstellen können, nämlich das innere Gesetz, daß die Industrien des Inlandes sich auf diejenigen Preise einstellen, die unter dem Schutz dieser Zollmauer zu erreichen sind. Wegen dieses Umstandes ist es sogar notwendig, daß in gewissem Grade der ausländische Import preisregulierend wirkt.

Wenn ich von diesen allgemeinen Grundsätzen über die deutsche Handels- und Wirtschaftspolitik auf einiges eingehen darf, was der Herr Reichswirtschaftsminister hier gestern ausgeführt hat, so muß ich allerdings vorausschicken, daß ich, da mir das Stenogramm der Rede noch nicht vorliegt, zum großen Teil auf Zeitungsmitteilungen angewiesen bin. Ich glaube aber, daß die Momente, die ich aus den Ausführungen hervorheben möchte, unter allen Umständen wert sind, erörtert zu werden, da sie grundsätzliche Fragen berühren. Es heißt da, daß „die Nachwirkungen unseres zerrütteten Wirtschaftsorganismus infolge des Krieges die Preisbildung ungünstig beeinflußt haben; denn es fehle der Druck, der bei gesunden Verhältnissen auf die Preisbildung ausgeübt wird, nämlich die starke Konkurrenz“. Vollständig einverstanden. Ich glaube nur, ein **System im Reichswirtschaftsministerium** verfolgen zu können, das diese natürliche Konkurrenz möglichst unterbindet und ausschaltet. Wenn dann vom Reichswirtschaftsminister geklagt wird über die „un-

(Dr. **Gildemeister**, Abgeordneter.)

(A) gesunde **Entwicklung der Kartelle** und der **Syndikatsbildung**, die darauf hinausgehe, die Preise festzuhalten und sie nicht in Abhängigkeit bringen zu lassen von den Marktpreisen, sondern von ihrer eigenen Macht", so lese ich im Bericht hier auch verzeichnet: „Sehr richtig! links." Aber ich muß darin eigentlich zum großen Teil eine Verurteilung der Wirtschaftspolitik sehen, wie sie von ihrem Minister und von ihnen getrieben wird. Ich darf mir vielleicht erlauben — denn das hängt eben mit dem ganzen System unserer Handelskontrolle zusammen —, dazu zu verlesen, was in dem **Handelskammerbericht** unserer **Bremer Handelskammer** darüber gesagt ist und was, glaube ich, in seiner Zusammenfassung höchst beachtlich ist. Es heißt dort:

> Wir sind keine prinzipiellen Feinde des Verbandswesens und der industriellen Zusammenschlüsse überhaupt, glauben vielmehr, daß es sich hier um naturgesetzliche Entwicklungen handelt, denen gegenüber alle Eingriffe versagen; umso mehr halten wir es aber für bedenklich, wenn der Staat seine Zwangsmittel in den Dienst der Industrie stellt und dadurch das Verbandswesen noch fördert. In der Presse arbeitet man bereits mit dem Schlagwort der **industriellen Herzogtümer** und verweist damit auf die Ähnlichkeit, die zwischen der tatsächlichen Macht der Industrie in Staat und Wirtschaft und der Macht, die einst der Großgrundbesitz in der Form des Lehnswesens auf politischem Gebiete besaß, besteht. Es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn die Außenhandelskontrolle dieser Kritik noch weiter neue Nahrung zuführte; denn die besten Fähigkeiten unseres Volkes auf wirtschaftlichem Gebiete liegen in der schöpferischen Initiative des einzelnen, und diese kann durch Zusammenschlüsse keines-(B)wegs gefördert werden. Sollte sich unser Wirtschaftsleben weiter wie bisher zu großen Machtkomplexen zusammenballen, so würden wir wirtschaftlich den Vereinigten Staaten von Nordamerika immer ähnlicher werden, ohne indessen diese auf den von ihrer Industrie bevorzugten Gebieten jemals erreichen zu können; denn es fehlt bei uns der natürliche Reichtum des Volks und die Größe des inneren Marktes. Wir sind auf den Export angewiesen und können in großen Standardartikeln namentlich mit Nordamerika nicht in Wettbewerb treten. Unsere Wirtschaft und unsere Industrie muß daher ihren bisherigen Charakter in bezug auf die bunte Mannigfaltigkeit ihrer Erzeugnisse unbedingt behalten. Auch in politischer Hinsicht wäre eine weitere Förderung des Zusammenschlußwesens unerfreulich; denn die Industrie darf sich darüber nicht im unklaren sein, daß nur die Autorität, die auf überragender Tüchtigkeit und immer neu bewährter Leistungsfähigkeit beruht, auf die Dauer von der Masse des Volkes anerkannt wird, während eine Herrschaft, die im wesentlichen auf staatlichen Schutz gegen die freie Konkurrenz gegründet ist, ständig bedroht erscheint. Deshalb sollte sich auch die Industrie mehr als bisher die Beseitigung der **Außenhandelskontrolle** angelegen sein lassen oder wenigstens doch ihre Dienste zur Verfügung stellen, um die freie Konkurrenz im Außenhandel trotz fortbestehender Außenhandelskontrolle mehr als bisher zu fördern. Die Wege, die sich hierfür bieten, sind verschiedenartig. In erster Linie könnte auf den im Mai dieses Jahres vom Reichsverband des deutschen Ein- und Ausfuhrhandels gemachten und auch von uns unterstützten Vorschlag zurück- (C) gegriffen werden, wonach wenigstens der Export nach Übersee von der Kontrolle ausgenommen würde.

Ich meine also, man kann nicht ein System der Handelskontrolle einführen und dieses System preisen und dann vor den Folgen der Entwicklung der Kartell- und Syndikatsbildung zurückweichen und sie der Industrie aufs Konto schreiben, indem man das Kind, das man selbst aus der Taufe gehoben hat, nunmehr verleugnet.

Es ist dann davon die Rede, daß viele Kreise danach strebten oder den Wunsch hätten, die Preise an den Weltmarktpreis heranzusteigern. Ja, wenn auch dieser Wunsch bestände, so fehlt doch die Macht, dieses zu erreichen. Es ist selbstverständlich nicht möglich, die **Preise im deutschen Inland** fern von den **Weltmarktpreisen** zu halten. In dieser ganzen Einstellung kommt wieder die vollkommene Verkennung des Geldes und der Tatsache der Entwertung unserer Valuta zum Ausdruck. Weil sich unsere Valuta in absteigender Richtung bewegt, so ist bei uns, da die Ware, die am Markt ist, aus Produktionszeiten stammt, wo das deutsche Geld noch etwas mehr Wert hatte, die Ware verhältnismäßig billig; aber diese Billigkeit muß verloren gehen, und die Anpassung der Preise an den Weltmarktpreis vollzieht sich ganz automatisch. Wo man, wie auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung durch Verbilligung des Getreides etwas anderes versucht hat, hat man es doch nur durch die Aufopferung unserer Währung und deren Zerrüttung erreicht, und man muß dann diese Folgen in Kauf nehmen.

Diese Zusammenhänge scheinen mir auch bei dem Abkommen von Wiesbaden vollkommen verkannt zu sein und scheinen mir wiederum verkannt zu werden, wenn, wie aus dem Zeitungsberichte über die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers hervorgeht, gewünscht wird, daß es gelingen möchte, „durch ein Abkommen mit Frankreich (D) die **Reparationsverpflichtungen** zu erleichtern und eine **Stabilisierung unserer Währung** herbeizuführen". Nach meiner Ansicht befindet sich Deutschland hier zwischen Scylla und Charybdis. Die Scylla, die uns verschlingen möchte, ist Frankreich, das sich unserer Produktionskraft bemächtigen möchte, und zwar in der Form, daß wir ihm sogar auf Vorschuß, jedenfalls entschädigungslos, das Produkt unserer Arbeit hinüberleiten, „hinüberkanalisieren", wie sich der Herr Minister Rathenau damals ausdrückte, und dafür Frankreich sogar Geld stunden, um damit unsere Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu erschweren und dort weder dem fremden Staate und noch uns selbst mit unserer Produktion Konkurrenz zu machen, wie der Herr Minister Rathenau sich ausdrückte. Dann muß der deutsche Staat aber im Inland diese Produktion bezahlen, die er vom Ausland nicht bezahlt bekommt, und das würde zu einer sinnlosen Inflation und zu einer weiteren Verschärfung der Krise führen, die wir beseitigen wollen.

Die Charybdis auf der andern Seite ist die Stabilisierung unserer Währung. Das ist der Versuch, der von der englischen Industrie propagiert wird, um Deutschland bei seinen sozialen inneren Verhältnissen, bei seinen Arbeitsverhältnissen, die keineswegs mustergültig sind, die keineswegs so sind, daß die Intensität der Arbeit in Deutschland größer wäre als im Ausland, um seine unfreiwillige Schleuderkonkurrenz unmöglich zu machen, und daran würden beispielsweise die umliegenden Staaten, wie die Schweiz, Dänemark und Holland ein großes Interesse haben, die heute ihren eigenen volkswirtschaftlichen Apparat der Vernichtung ausgeliefert sehen, weil sie nicht mehr konkurrenzfähig sind. Alle diese Fragen spielen in die Anleiheverhandlungen hinein. Diese Anleiheverhandlungen sind durchaus nicht ohne Gefahr, dahinter lauern derartige Absichten, diesen Druck, den die

(Dr. Gildemeister, Abgeordneter.)

unterwertige deutsche Produktion auf dem Markte der neutralen Staaten bereitet, abzumildern und durch eine künstliche Steigerung des deutschen Marktes es uns unmöglich zu machen, dort zu konkurrieren. Dazu kommt, daß der deutsche Außenhandel, wenn wir von ihm reden, nicht mehr unter dem Spruche steht: Unser Feld ist die Welt, sondern ein ungeheuerlicher Teil des deutschen Außenhandels bewegt sich heute in dem Austausch mit den sogenannten Neutralen, das sind die kleinen Staaten, die sich um Deutschland herum gruppieren. Dank unserer Außenhandelskontrollen und Außenhandelsmaßnahmen sind wir nicht in der Lage, dasjenige Feld zu erobern, auf dem wir uns erholen könnten, nämlich die Gebiete über See.

Was ich gestern und nicht nur von seiten des Herrn Wirtschaftsministers über **Bindung der Aus- und Einfuhr** gehört habe, war nicht immer verständlich, zumal diese Worte auch teilweise verwechselt wurden und man nicht genau wußte, was nun eigentlich kontrolliert, unterbunden oder sonst gehemmt werden sollte. Jedenfalls war die Tendenz eines solchen staatlichen Eingriffs überall erkenntlich. Ein Grundgesetz darf aber ein Wirtschaftspolitiker auch heute nicht verletzen, daß es gesunde Wirtschaftspolitik ist, sich möglichst die Rohstoffe zu beschaffen und die Fabrikatsausfuhr zu befördern, während wir heute unter der merkwürdigen Einstellung stehen, die Fabrikatsausfuhr möglichst unterbinden und hemmen zu wollen, sie mit Kontrollmaßnahmen und mit tausenderlei Dingen zu belasten. Gewiß, eine **Ausfuhr** wie die **der Kohle** ist dann schädlich, wenn uns dieser Stoff für unseree Wirtschaft verloren geht. Aber auch diese Frage — und das ist bei der ganzen Kohlensozialisierung grundsätzlich verkannt worden — ist ja ein international-wirtschaftliches Problem. Die Tatsache, daß die schottische und die englische Kohle von Hull aus unsere Küste auf dem Seeweg erreicht, daß vor dem Kriege an unsere Nordseeküste neun Millionen Tonen englische Kohlen geworfen werden konnten und daß unsere Ruhrkohle zum großen Teil den Rhein herunter und von dort nach Südengland geht, solche Austauschverhältnisse können Sie nicht aus der Welt schaffen. Das liegt an den Transportwegen und -bedingungen.

Deshalb ist es wieder eine vollkommene Einstellung auf die Politik des geschlossenen Handelsstaates, wenn man meint, wir könnten systematisch die Kohlenausfuhr unterbinden. Gewiß ist es erfreulich und erwünscht, wenn unsere Industrie so stark ist, daß sie die ganze deutsche Kohle absorbiert; aber eine Verfügung: eine Kohlenausfuhr darf nicht stattfinden, ist nicht möglich; — ich bin auf dem Gebiete der Kohle nicht Fachmann, ich bedauere, daß durch die Tagung in Hamburg Herren der Industrie heute fehlen, die uns sehr rasch über die gestern gegen den Kohlenbergbau erhobenen Vorwürfe Auskunft geben könnten. Wenn ferner geklagt wurde, daß eine sehr starke **Ausfuhr von Eisenfabrikaten** eingesetzt hätte — eine Erscheinung, die wieder anscheinend nur unter dem Gesichtspunkt des „Ausverkaufs" gewertet wurde —, und wir sogar fremdes Eisen einführten, so darf ich zum mindesten darauf hinweisen, daß uns durch den Friedensvertrag die deutsche Erzbasis zum größten Teil verlorengegangen ist und daß diese Tatsache und die Schwierigkeit der Beschaffung der Erze selbstverständlich auf unsere Eisen- und Stahlproduktion in einer geradezu katastrophalen Weise einwirkt. Wir können auch da nicht einfach das statistische Jahrbuch des Jahres 1913 aus dem Regal nehmen und nunmehr feststellen, daß die Stahlindustrie charaktermäßig so schlecht wäre, daß sie heute den inländischen Markt nicht mehr befriedigte und man deshalb nun genötigt wäre, auch ausländische Eisenfabrikate zu beziehen.

(C) Ich glaube auch, daß es nicht das Zweckmäßige ist, wenn der heutige deutsche Staat — es wurde in Aussicht genommen, darüber mit dem Herrn Handelsminister in Preußen in Verbindung zu treten — an die **Erschließung neuer Bergwerke** geht. Die ganzen Studien über den Bergbau in der Sozialisierungskommission haben das eine erwiesen, daß es sich hier um einen außerordentlich kompliziertten Betrieb und eine nur wissenschaftlich und wirtschaftlich von Fachleuten zu lösende Aufgaben handelt, die meines Wissens bei Deutschland in der Hand von Fachleuten liegen, an deren Sachverständigkeit außerhalb der Kreise deutscher Theoretiker in der Welt niemand zweifelt. Man sollte die Entwicklung dieser Naturkräfte und die Entwicklung dieser Naturschätze auch in der Hand dieser Persönlichkeiten lassen.

Das Ergebnis meiner wirtschaftlichen Betrachtungen, die sich ja durch diese Einstellungen in scharfer Kritik gegenüber der vom Wirtschaftsministerium seit langem befolgten Politik bewegen, ist, daß unsere Wirtschaftspolitik nur im Zusammenhang mit der Weltwirtschaft geregelt werden kann und daß unsere Aufgabe deshalb ist, innerhalb dieser Weltwirtschaft die deutsche Volkswirtschaft zu behaupten. Es handelt sich heute für uns um den mit Zähigkeit zu führenden Kampf um die Autonomie der deutschen Wirtschaft gegenüber Überfremdung, gegen eine Aussaugung unserer Finanzkraft, gegen die Auferlegung von Tributen, unter denen die Wirtschaft zusammenbrechen würde, die uns auferlegt werden, weil man uns zum Niederbruch bringen will. Man darf sich über die Rücksichtslosigkeit dieser Wirtschaftspolitik durchaus nicht täuschen. Mit dieser Einstellung muß man auch an solche Dinge herangehen, wie sie uns mit der Valutahebung, mit der Anleihe und ähnlichen Dingen geboten werden. Ja, was ist denn letzten Endes die ganze Besetzung des Ruhrgebiets, die uns angedroht wird, anders, als der Versuch, sich mit (D) der rauhen Gewalt in den Besitz der Quellen der deutschen Wirtschaft zu setzen, wenn man es mit den Mitteln der wirtschaftlichen Konkurrenz nicht kann?

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn man diese rein machtpolitische Einstellung der Feinde erst einmal erkannt hat, wird man auch auf diesem Gebiete zu richtigen Schlüssen kommen, gegen Enttäuschungen gewappnet sein und nicht glauben, daß man durch Gefälligkeit und Entgegenkommen irgendeine Sinnesänderung auf der anderen Seite erreichen könnte. Das sind machtpolitische Fragen, die nur als solche entschieden werden, wie ich schon vorher sagte. Über der Wirtschaft steht immer der Primat der Politik.

Nun sind die beteiligten Kreise in der heutigen Zeit wesentlich beunruhigt über die weitere Entwicklung, die die **Regelung unseres Außenhandels** zu nehmen droht. Wie ich höre, will Herr Kollege Wieland nachher darüber Einzelheiten bringen. Ich verweise nur grundsätzlich auf dasjenige, was der Hamburger Ausschuß für die Freiheit des Außenhandels in seiner Veröffentlichung uns gebracht hat über die geltenden Außenhandelsbestimmungen und über die in Vorbereitung befindliche Erschwerung des Außenhandels, als da sind Devisenerfassung und -ablieferung, Strafbefugnisse der Außenhandelsstellen, Belastung des Ausfuhrhandels mit Umsatzsteuern, Ausfuhrabgaben und was derlei Dinge mehr sind.

Es kommt mir nicht darauf an, hier im einzelnen auf die Verfehlungen hinzuweisen, die bei den Außenhandelsstellen vorgekommen sind, auf den Mißbrauch der Gewalt, die man in die Organe der Verbände gelegt hat, sondern ich betrachte das alles nur als Symptome einer verfehlten Wirtschaftspolitik. An Symptomen soll man nicht kurieren, sondern die Ursachen beseitigen. Diese ganzen Dinge mit der Außenhandelskontrolle sind aus

(Dr. Gildemeister, Abgeordneter.)

(A) den Vorstellungen der Kriegswirtschaft erwachsen. Es war begreiflich, daß man während des Krieges verhindern wollte, daß aus Deutschland Waren verschoben wurden, ohne daß Deutschland dafür für die Versorgung seines Volkes etwas austauschte. Damals hat man eine Bureaukratie groß gezüchtet mit gewissen Grundsätzen wie Lieferwerksbescheinigungen, Preisprüfungen, Rückvergütung von Metallen usw. Aber eine Bureaukratie, die man einmal hat, zumal in Deutschland, läßt sich nie wieder ausrotten. Im Gegenteil! Hat sie einmal Wurzel geschlagen, blüht und gedeiht sie weiter. Heute haben wir **bureaukratische Wucherungen im Wirtschaftskörper** zu beobachten, denen wir wahrscheinlich mit dem Messer beikommen müssen, sonst werden sie sich immer weiter entwickeln. Diese Dinge lasten ganz besonders auf dem Überseehandel. Wenn zum Beispiel in dem Problem des Ausverkaufs Deutschlands unerfreuliche Erscheinungen zu verzeichnen sind derart, daß etwa ein Holländer, was vorkommt, nach Osnabrück fährt, sich dort einen für seine Verhältnisse billigen Anzug kauft und dann nach Oldenzaal zurückfährt, so glaube ich doch kaum, daß sich einer in Montevideo oder New York auf den Dampfer setzt, um ein ähnliches Attentat gegen Deutschland und seinen Besitz zu veranstalten. Diese Dinge passen also nicht für den Überseeverkehr. Sie passen zum Beispiel auch nicht, weil der überseehandel nicht mit einzelnen Beziehern zu rechnen hat, sondern mit Konsignationen, mit Ausnutzung der Umstände. Das Ausland aber ist überall frei in der Konkurrenz mit uns.

Ich betrachte die Entwicklung unseres Überseehandels und den ganz geringen Anteil, den **unser Überseehandel** an unserem Außenhandel immer noch hat, mit ganz besonderer Sorge. Wir erleben, daß durch die Wirtschaftskontrolle geradezu eine Hemmung unserer Abfertigung in den Häfen einbricht. Es spielt auch da der berühmte (B) Achtstundentag eine große Rolle. Unsere Hafenanlagen mit den Hafeneisenbahnen, ihrer Abfertigung und dem Umschlag sind nicht auf diese Dinge eingerichtet und müssen anders organisiert werden. Leider läßt das Schienensystem, die Kaiversorgung sich nicht dazu umstellen, sondern wir müssen den Nachteil tragen.

Außerdem ist die Zollabfertigung der hinausgehenden Waren durch die Ausfuhrgenehmigungen in einer Weise erschwert, die geradezu fürchterlich ist.

Auf eine Angelegenheit möchte ich das Wirtschaftsministerium an dieser Stelle noch ganz besonders aufmerksam machen. Unsere **Kontrollen** haben **im Passagierverkehr** Verhältnisse gezeitigt, die zum Lachen wären, wenn sie nicht so traurig wären. Es wird jeder Ausreisende — wohlgemerkt nicht der Ausreisende, der von Flensburg nach Dänemark fährt, sondern der Ausreisende, der im Hamburger oder Bremer Hafen erscheint, um über See zu gehen — untersucht, ob dieses Taschentuch neu angeschafft ist, jene Uhr in Deutschland gekauft sei, ob dieser Kragen neu aus Deutschland bezogen ist. Solche Sachen werden ihm dann weggenommen, er wird ausgeplündert, und dann kommt die Schwierigkeit, daß dieser Mann auch noch straffällig ist, denn er hat sich gegen die Außenhandelsverordnungen vergangen.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Er müßte eigentlich verhaftet und festgenommen werden, trotzdem der Dampfer auf der Reede schon abfahrtbereit liegt. In Bremerhaven ist die Sache jetzt so, daß wir es der Liebenswürdigkeit des dortigen Amtsrichters verdanken, daß er persönlich vor Abfahrt der Dampfer erscheint, um alle Delinquenten, das heißt die Passagiere, gleich an Ort und Stelle abzuurteilen, worauf sie ihre Strafe, da er gewohnheitsmäßig nicht auf Gefängnisstrafe, sondern auf Geldstrafe erkennt, bezahlen können.

(Hört! Hört! und Heiterkeit.)

Der Raub — Verzeihung, wenn ich den Ausdruck ge- (C) brauche —, die Beute dieser Außenhandelsmaßnahmen wird an eine besondere G. m. b. H. gebracht, die in Bremen errichtet worden ist. Dort werden diese den Ausländern abgenommenen Gegenstände so billig verkauft, daß sich die Kleinhandelskammer bereits darüber beschwert, daß ihr dadurch das Geschäft erschwert und durch diese den Passagieren abgenommene Beute Konkurrenz gemacht wird.

(Wiederholte Rufe rechts: Hört! Hört! und Heiterkeit. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Das sind doch Dinge, die weltwirtschaftlich geradezu zum Spott werden, die aber etwas von ihrer Lächerlichkeit verlieren und ein sehr ernstes Gesicht bekommen, wenn man weiß, in welcher Lage Deutschland heute ist, wenn man feststellt, daß beispielsweise der „New York Herald“ in Paris eine Rubrik hat, wo er ständig den Amerikanern die Schikanen vorführt, denen sie in Deutschland unterworfen werden, und daß er die Amerikaner abschreckt, nach Deutschland zu reisen, weil das ein Land wäre, das durch seine bureaukratische Quälerei absolut dasselbe Gesicht wie früher zeige. Dieses Gesicht hatte Deutschland früher nicht. Das sind Errungenschaften der neueren Zeit, die uns aber für unsere außenwirtschaftlichen Beziehungen außerordentlich gefährlich werden.

Wer schon nicht darauf hören will, was unsere Beziehungen zum Auslande angeht, den möchte ich darauf verweisen, daß dasselbe **rücksichtslose System gegen** die unglücklichen Leute angewandt wird, die als **deutsche Auswanderer** nunmehr herausgehen und sich eine gewisse Ausrüstung beschafft haben. Wenn es ihnen endlich gelungen ist, sich als Ansiedler nach Brasilien den Paß zu verschaffen, für den Verwandte gebürgt haben, die Passage zu bezahlen und sie eine gewisse notwendige Ausrüstung mitnehmen wollen, werden ihnen die wenigen teuer beschafften neuen Hemden in ganz demselben Verfahren ab- (D) genommen, und mit einem ungeheuren Groll im Herzen verlassen sie das Vaterland. Ich glaube nicht, daß dies erträglich ist.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir müssen also zu einer Dezentralisation der Außenhandelskontrolle für Übersee kommen, wenn man den Überseeverkehr nicht, so wie es immer in der Welt gewesen ist und wieder werden muß, überhaupt glatt frei gibt. Sonst droht uns die Abschnürung vom Weltverkehr, die Zerstörung derjenigen Bänder, an denen unsere Entwicklung immer gehangen hat. Wir müssen es vermeiden, daß wir daran zugrunde gehen, daß wir aus Theorien heraus, aus Abgunst uns gegenseitig auf wirtschaftspolitischem Gebiete zerfleischen, während es angebracht wäre, unsere inneren Streitigkeiten auf diesem Gebiete ruhen zu lassen und uns alle darauf einzustellen: Wie bringen wir die deutsche Wirtschaft wieder in die Höhe? Selbst diejenigen, die glauben, wie ich es einmal gehört habe, daß die Erfüllung unsere sittliche Pflicht sei, können sich doch sagen, daß die Erfüllung nicht von einem zusammenbrechenden deutschen Wirtschaftsleben getragen werden kann, daß die Erfüllung nicht darin bestehen kann, daß die Schlagadern unserer Wirtschaft angeschlagen werden und in jeweiligen Terminen das Blut aus dem deutschen Wirtschaftskörper abgezapft wird, daß Erfüllung auch von Deutschland in dem Maße, wie wir es zu leisten gewillt sind, nur erbracht werden kann, wenn die deutsche Wirtschaft wieder leistungsfähig geworden ist, und daß die deutsche Wirtschaft nur leistungsfähig werden kann, wenn sie sich mit einer richtigen Wirtschaftspolitik in die Weltwirtschaft einstellt, in der Deutschland groß geworden ist und in der auch allein seine Zukunft als Wirtschaftsmacht steht.

(Lebhaftes Bravo bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Wieland.

Dr.-Ing. **Wieland**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn man die Tätigkeit des Reichswirtschaftsministeriums richtig einschätzen will, so muß man die ihm gestellte Aufgabe mit denjenigen der Ministerien anderer Länder vergleichen. Darum muß gesagt werden, daß gerade die Aufgabe in bezug auf die deutsche Wirtschaft außerordentlich schwierig ist. Wenn man gestern in Hamburg gehört hat, in welch außerordentlich schwieriger Lage sich der Außenhandel und ebenso die Industrie befindet, so muß man immer wieder mit Nachdruck darauf hinweisen, daß dieser Zustand durch den Friedensvertrag veranlaßt ist. Mit dem Friedensvertrag ist der Krieg auf wirtschaftlichem Gebiete fortgesetzt worden.

Nun muß man zusehen, wie die Entente andauernd sucht, die Gegensätze, die im Versailler Vertrag begründet sind, durchzuführen. Einerseits wird von uns die Bezahlung riesiger Summen verlangt, andererseits unsere Wirtschaft zu knebeln versucht. Die Franzosen gaukeln, wie der Herr Vorredner ganz richtig gesagt hat, der Welt immer vor, wie blühend unsere Wirtschaft sei, um den Leuten begreiflich zu machen, daß wir bezahlen können. Auf der anderen Seite verlangen die Engländer, daß unsere Kohlenpreise auf den Weltmarktpreis heraufgesetzt werden, wohl wissend, daß wir dadurch konkurrenzunfähig werden, und sie wollen mit diesem Mittel die in England herrschende Arbeitslosigkeit nach Deutschland versetzen. Der Herr Minister hat gestern mit Recht darauf hingewiesen, in welch außerordentlich schwierige Lage wir in bezug auf die Auslandskonkurrenz kommen werden, wenn sich unsere Preise auf die Weltmarktpreise erhöhen. Die Weltwirtschaftskrisis und insbesondere die Genua-Konferenz haben augenfällig bewiesen, wohin man in der Welt mit der **Versailler Zwangswirtschaft** — der Versailler Friedensvertrag ist ja nichts anderes — gekommen ist, und daß diese ein vollständiges Fiasko erlitten hat.

Geheimrat Bücher hat dies gestern in sehr treffender Weise in seinem Vortrag auf der Tagung des Reichsverbandes der Industrie in Hamburg ausgeführt und mit Zahlen belegt. In Erkenntnis dieser Lage hat Lloyd George versucht, die Konferenz in **Genua** als eine **Wirtschaftskonferenz** aufzubauen. Sofort hat die Sabotage seitens der Franzosen eingesetzt. Auch die Reparationsnote hat es zuwege gebracht, die Konferenz ungünstig zu beeinflussen. Es muß gesagt werden, daß die Tätigkeit unserer Vertreter auf der Konferenz in Genua eine außerordentlich schwierige war. Um so mehr muß man es begrüßen, daß doch auch entschiedene Erfolge zu verzeichnen sind, gerade auf wirtschaftlichem Gebiete. Diese Erfolge werden auch von den Sachverständigen der Konferenz dahin bewertet, daß der Erfolg der Arbeit in den Kommissionen gelegen hat. Das wird erst die Zukunft in der richtigen Weise lehren.

Besonders erfreulich ist, daß von unseren Vertretern die Frage der Handelsverträge und der Meistbegünstigung angeschnitten und dies von der anderen Seite, sogar von unseren größten Gegnern, den Franzosen, als richtig anerkannt worden ist. Das muß unbedingt als ein wirtschaftlicher Erfolg auf unserer Seite gebucht werden.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Sehr bescheiden!)

— Wir können heutzutage nicht bescheiden genug sein. Denn Sie wissen ganz gut, in welch trauriger Lage wir uns befinden. Es hat also gar keinen Zweck, sich in diesen Dingen in außerordentlich großen Hoffnungen zu wiegen. Das wäre äußerst gefährlich.

(C) Wenn meine Fraktion seinerzeit die Errichtung eines Wirtschaftsministeriums gefordert hat, so haben wir uns die Arbeit desselben etwas anders gedacht, als sie ursprünglich in diesem Ministerium geführt worden ist, und zwar mehr in praktischer als theoretischer Richtung liegend. Vielleicht ist das Ministerium durch die Ausführung der Zwangswirtschaft auf diesen Weg gekommen, der mehr in der Richtung des Versuchs lag, die Wirtschaft zu regieren. Erfreulicherweise hat man jetzt Ansätze gesehen, und nach den Ausführungen des Herrn Ministers ist die Erkenntnis gekommen, daß dieser Weg nicht der richtige ist.

Wir haben im Ausschuß festgestellt, daß das Ministerium außerordentlich groß geworden ist, und bei der dringend notwendigen Sparsamkeit in unseren Verhältnissen kam man zu dem Schluß, daß ein Abbau des **Ministeriums** dringend notwendig ist. Der Herr Minister hat das selbst zugeben müssen. Wir haben zum Beispiel festgestellt, daß die Abteilung II für Industrie und Bergbau im Ministerium nicht weniger als 13 Referate hat,

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten)

darunter allein zwei Referate für Öle.

(Erneute Rufe bei den Deutschen Demokraten: Hört! Hört!)

Einen derartigen Luxus können wir uns heutzutage nicht mehr gestatten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Bezüglich der Abteilung III, Verwaltung und Verkehr, muß die Frage aufgeworfen werden, ob der Teil Verwaltung nicht in einer anderen Abteilung unterzubringen ist und das Verkehrswesen in das Reichsverkehrsministerium übernommen werden kann. Dadurch ließe sich eine wesentliche Geschäftsvereinfachung erzielen und wahrscheinlich auch Doppelarbeit ersparen. Gerade unter der Doppelarbeit leiden wir in unserer (D) heutigen Verwaltung außerordentlich.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Sparsamkeitsmaßnahmen des Ausschusses haben dazu geführt, daß am Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums erhebliche Abstriche gemacht werden mußten. Wir waren infolgedessen genötigt, manche Forderungswünsche des Handwerks, der Industrie und der Arbeiterschaft zurückzustellen.

Ich komme nun zu der Frage der **Ein- und Ausfuhr.** Mein Herr Vorredner hat die Außenhandelsfrage in sehr ausgiebiger Weise behandelt, so daß ich mich entsprechend kürzer fassen kann. In bezug auf die Einfuhr hat der Herr Minister uns in Aussicht gestellt, daß die Einfuhr in Zukunft durch Zölle geregelt werden soll. Diese Frage ist seinerzeit schon in einem Ausschuß behandelt worden, hat allseitige Zustimmung gefunden, und ich glaube, auch hier sagen zu sollen, daß dieses Vorgehen der richtige Weg ist. Die Abteilung IV im Ministerium ist zurzeit mit den Zollfragen eingehend befaßt und emsig an der Arbeit. Es muß anerkannt werden, daß von dieser Abteilung sehr zweckmäßige und praktische Arbeit geleistet wird.

Was nun die **Ausfuhrkontrolle** anlangt, so liegen in dieser Beziehung aus Hamburg und überhaupt aus den Hansestädten, wie Sie von dem Herrn Vorredner gehört haben, nicht unberechtigte und auch besonders beachtenswerte Klagen vor.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Die Behinderung des Ausfuhrhandels durch die Außenhandelskontrolle ist auf die Dauer für den deutschen Außenhandel unerträglich,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten

namentlich wenn man sieht, was von den gegnerischen Ländern nach Kriegsschluß getan worden ist, um die

(Dr.-Ing. **Wieland**, Abgeordneter.)

(A) Beschränkungen des Ausfuhrhandels tunlichst zu beseitigen, ja, dem Außenhandel sogar mit großen Geldern unter die Arme zu greifen. Belgien garantiert seinen Firmen für Auslandsverkäufe Summen bis zur Gesamthöhe von 250 Millionen Franken behufs Wiederaufnahme der Außenhandelsbeziehungen. England gewährt gegen Aushändigung von Dokumenten seinen Exporteuren Vorschüsse bis zu 26 Millionen Pfund, damit der englische Handel sich neue Märkte erschließen kann.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Japan plant ähnliche Unterstützungen, ebenso Holland, Italien und Frankreich gewähren für Exportgüter ganz bedeutende Frachtermäßigungen bis zu den Ausfuhrhäfen; die beiden letztgenannten Länder treffen außerdem noch andere Maßnahmen zur Hebung der Ausfuhr. Diese Tatsachen sind für Regierung und Reichstag eine sehr ernstliche Mahnung, nicht nur den Außenhandel seiner Fesseln zu entledigen, sondern ihn auch in ähnlicher Weise zu fördern, wie es von den Feindstaaten geschieht.

Der Außenhandel klagt ganz besonders erstens über die langsame Erledigung, zweitens darüber, daß die Außenhandelsstellen in den meisten Fällen die Fakturierung in Auslandswährung verlangen, drittens über die Namhaftmachung der auswärtigen Empfänger und die Einsendung der Originalaufträge,

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten)

viertens darüber, daß die Lieferwerkbescheinigungen verlangt werden, und fünftens über die Preisprüfung und die Zollabfertigung. Gerade von Hamburg wird schwer darüber geklagt, daß diese Forderungen oft geradezu Verwirrung hervorrufen und außerordentlich viel Zeit, Arbeit und Geld kosten. Ferner wurde in Hamburg darüber besonders geklagt und nachdrücklichst darauf hingewiesen, daß die großen Verkehrsstockungen im Bahnhof Hamburg-Süd sehr stark durch die intensive Handelskontrolle verursacht sind,

(B)

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten)

und der Herr Vorredner hat dasselbe auch für Bremen hervorgehoben. Ich kann für Hamburg ebenfalls feststellen, daß der Kaibetrieb und die Abfertigung der Schiffe durch die Kontrollmaßnahmen auch in erheblichem Maße beeinträchtigt sind. Alle diese Tatsachen weisen darauf hin, welch außerordentlicher Hemmschuh die Außenhandelskontrolle für den Außenhandel ist.

Daß wir die Außenhandelskontrolle im ganzen nicht entbehren können, ist auf der andern Seite eine feststehende Tatsache und eine leidige wirtschaftliche Notwendigkeit. Ich brauche hier nur die Baustoffe und das Papier zu nennen. Mit allergrößter Vorsicht müssen diejenigen Ausfuhrartikel behandelt werden, wie zum Beispiel die Verbandstoffe und Eisen, die alle bereits auf dem Weltmarktpreis angelangt sind. Von Vertretern dieser Industrien ist mir gegenüber darüber Klage geführt worden, daß sie beim Export ganz schwere Kämpfe zu bestehen haben, ihre Ausfuhr insbesondere dadurch erschwert wird, daß von ihnen die Fakturierung und der Verkauf in ausländischer Währung verlangt wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Im Ausschuß wurde noch ein Kapitel angeschnitten, dem eine sehr weittragende Bedeutung zukommt, nämlich der **Ausverkauf wissenschaftlicher Werke**. Hauptsächlich von medizinischer Seite wurde mir gegenüber darauf hingewiesen, daß, wenn der Ausverkauf wissenschaftlicher Werke so weiter gehe wie bisher, dann die deutsche Wissenschaft ihrer wichtigsten Handwerkszeuge beraubt werde,

(hört! hört! bei den Deutschen Demokraten und rechts)

und das muß durch entschiedene Maßnahmen verhütet (C) werden. Denn hier arbeitet das Ausland in ganz zielbewußter Weise darauf hin, unsere deutsche Wissenschaft so stark wie möglich zu schädigen.

Über das **mangelhafte Arbeiten des Behördenapparates** mußte ich leider im Ausschuß eine ganze Reihe von Klagen vorbringen, die ich hier im einzelnen nicht wiederholen will. Darauf aber muß ich hinweisen, daß gerade über die **Außenhandelsstelle der Textilwirtschaft** erheblich geklagt wird. Herr Ministerialdirektor Dr. Trendelenburg hat uns im Ausschuß in Aussicht gestellt, daß diese Stelle abgebaut werde. Meines Wissens hat der Reichswirtschaftsrat sogar verlangt, daß sie vollständig beseitigt werden müsse. Von der Regierung muß darauf hingearbeitet werden, daß alle Stellen, die wirtschaftshemmend wirken, unbedingt so rasch wie möglich abgebaut und schließlich beseitigt werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

So wurde darüber Beschwerde geführt, daß Fleischwaren beschlagnahmt wurden und sich die Verhandlungen über die Freigabe so lange hingezogen haben, daß inzwischen die Fleischwaren vollständig verdorben sind.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Dann ist Schnaps beschlagnahmt worden, der merkwürdigerweise verkauft wurde, ehe die Verhandlungen zu Ende geführt waren.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Solche Dinge dürfen nicht vorkommen, und die Regierung muß die betreffenden Beamten, hauptsächlich wenn sie so bummlig arbeiten, wie das bei der Beschlagnahme der Fleischwaren der Fall war, zur Verantwortung ziehen.

(D) Ein wichtiges Kapitel ist auch die **Rückvergütung doppelt bezahlter Ausfuhrabgaben**. Darüber wurden besonders aus meiner engeren Heimat Württemberg erhebliche Klagen laut. Ich habe sie ausführlich im Ausschuß vorgebracht. Sie sind durch die Sanktionen hervorgerufen, und der Herr Minister hat im Ausschuß in Aussicht gestellt, daß diese Frage mit der Behandlung der Sanktionsschäden im allgemeinen erledigt werden soll. Nun erscheint es mir sehr wichtig, die Erledigung dieser Frage möglichst bald zu Ende zu bringen; denn durch die doppelte Bezahlung der Ausfuhrabgaben wird den Betrieben ein großes Betriebskapital, das sie heutzutage dringend nötig haben, entzogen. Ich wäre dankbar, vom Herrn Minister Auskunft darüber zu bekommen, wie es jetzt mit der Erledigung dieser Frage steht, sie sollte nicht mehr länger hingezogen werden; denn die Firmen können es nicht verstehen, daß sie nicht schon längst erledigt worden ist. Es gehört diese Angelegenheit auch zu der Aufgabe der Förderung der Wirtschaft, von der der Herr Minister erfreulicherweise schon im Ausschuß gesagt hat, daß er sie als seine Hauptaufgabe betrachte.

Damit komme ich zum wichtigsten Kapitel der Förderung der Wirtschaft, das ist die **Kohlenversorgung**. Der Herr Minister hat sich über diese Frage gestern schon ausgelassen und auch im Ausschuß schon festgestellt, daß die Kohlenförderung als ungenügend zu bezeichnen sei. Die Hebung der Kohlenförderung ist die wichtigste Frage, und ich habe in dieser Richtung im Ausschuß einen Antrag gestellt, der einstimmig angenommen wurde, und den ich dem hohen Hause zur Annahme nicht dringend genug empfehlen kann. Der Herr Reichskohlenkomissar hat im Ausschuß festgestellt, daß im Jahre 1913 der Bergmann 136,3 Kilo in der Stunde bei

(Dr.-Ing. **Wieland,** Abgeordneter.)

(A) 8½ stündiger Schicht gefördert hat, dagegen im Dezember 1921 nur 114,5 Kilo bei 7 stündiger Schicht.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Unter Zugrundelegung des jetzt noch bei Deutschland verbliebenen Kohlengebietes hat die Kohlenförderung vor dem Kriege 173 Millionen Tonnen betragen, während im Vorjahre nur 136 Millionen Tonnen gefördert worden sind.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Sie sehen also einen ganz erheblichen Rückgang.

Die Gesamtwirtschaft war im vergangenen Jahre — das muß ausdrücklich festgestellt werden — außerordentlich schlecht versorgt. Der Hauptgrund dafür war das Versagen der Wasserstraßen, der Wasserkräfte, dazu der strenge Winter und schließlich der Eisenbahnerstreik, welch letzterer gerade in **Süddeutschland** eine geradezu katastrophale Lage gezeitigt hat. Ich habe im Ausschuß Gelegenheit genommen, einen mir vom Landesbrennstoffamt in Württemberg vorliegenden Bericht vorzutragen, in welchem in sehr drastischer Weise zum Ausdruck kommt, wie stark Württemberg unter dem **Kohlenmangel** leidet, und ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß seit den Ausschußberatungen im März sich an dieser Lage noch nicht sehr viel gebessert hat.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Es wird besonders im Süden über das Fehlen der besseren Sorten geklagt, der Nuß-, Schmiede- und Anthrazitkohlen, und noch kürzlich hat mir der Vorstand des Landesbrennstoffamts in Stuttgart gesagt, daß die Hausbrandversorgung außerordenlich schlecht sei. Er hat insbesondere darauf hingewiesen, daß die Braunkohlenbrikettlieferungen vollständig ungenügend seien, derart, daß sogar Bäckereien haben feiern müssen.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Die Abgrenzungen der Lieferungsbezirke für die Braunkohlenkonzerne seitens des Kohlenkommissars wirken (B) sehr nachteilig in dieser Richtung. Der Vorstand des württembergischen Landesbrennstoffamts hat mich besonders darauf hingewiesen, da die Konzerne kein Interesse haben, aushilsweise in andere Bezirke zu liefern, von denen sie dann im allgemeinen zur Lieferung ausgeschlossen sind. Ja, es sind sogar von den Braunkohlenkonzernen versprochene Lieferungen aus Mitteldeutschland vollständig ausgeblieben. Das sind ganz unerträgliche Zustände!

Und nun ein Wort über die Frage der **Kokslieferungen.** Der Herr Minister hat gestern in seiner Rede gesagt, die Lieferungen an Frankreich seien hauptsächlich schuld daran, daß wir so wenig Koks für die Wirtschaft bekommen. Schon vor einigen Wochen ist vom Landesbrennstoffamt in Stuttgart gesagt worden, daß, so wie die Dinge jetzt liegen, zu befürchten sei, daß, wenn der Streik zu Ende ist, die Betriebe nicht wieder aufgenommen werden können, weil es am nötigen Koks fehlt.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Diese Zustände sind einfach unerträglich. Letzter Tage wurde mir das eben Gesagte vom Verband württembergischer Industrieller bestätigt, der mir wörtlich folgendes schreibt:

> Obwohl in den letzten Wochen die württembergische Metallindustrie infolge des Streiks an Kohlen- und Koksverbrauch fast ganz ausgefallen ist, mußten einzelne nicht bestreikte Betriebe jetzt wegen völligen Ausbleibens der Belieferung mit Gießereikoks geschlossen werden.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Sie sehen also, welch äußerst bedenkliche Lage in bezug auf die Koksversorgung besteht. Ich kann mich deshalb mit dem, was der Herr Minister uns gestern in (C) bezug auf die Koksversorgung gesagt hat, nicht befriedigt erklären. Es müssen hier Mittel und Wege geschaffen werden, daß die deutsche Wirtschaft besser mit Koks versorgt wird, denn sonst kommen wir in kurzer Zeit in eine ganz katastrophale Lage, deren Folge Arbeitslosigkeit sein wird!

Die schlechte Kohlenqualität wird bei den hohen Frachten in Süddeutschland insbesondere stark empfunden. Es sind zum Beispiel bei Gaskohle 28 bis 30 Prozent Asche- und Steingehalt festgestellt worden. Das sind wirtschaftlich ganz unerträgliche Zustände. Deswegen ist auch in unserm Antrage verlangt worden, daß unbedingt auf eine Verbesserung der Kohlenqualität hingearbeitet werden muß.

Dann betont das Landesbrennstoffamt ganz besonders, daß außer den schweren wirtschaftlichen Schäden, die wegen des Ausfalls der erforderlichen Kohlenmenge entstanden sind und noch entstehen, ein weiterer sehr wesentlicher Nachteil hinzukäme, daß die später bezogenen Mengen restlos die großen Preisaufschläge und Tariferhöhungen zu tragen hatten, die zusammengerechnet ganz gewaltige Summen ergeben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Sie sehen, welch außerordentliche Nachteile gerade für die ferngelegenen Gebiete durch diese schlechte Behandlung in bezug auf die Kohlenlieferung entstehen. Deswegen muß auch heute wieder nachdrücklich gefordert werden, daß die Bevorratung der ferngelegenen Gebiete hauptsächlich Süddeutschlands mit allen Mitteln betrieben werden muß.

Die Klagen der Reichsbahn bewegen sich genau in derselben Richtung. Der Reichsverkehrsminister hat im Ausschuß nachdrücklich betont — und das war besonders seltsam —, daß die Eisenbahn trotz eindringlicher Vorstellungen vom Kohlenkommissar nicht die nötigen Kohlen zugewiesen bekomme. Ebenso klagte er (D) über die mangelhafte Qualität der Kohle. Es hat auf uns im Ausschuß schon einen merkwürdigen Eindruck gemacht, daß Reichsverkehrsminister und Reichskohlenkommissar sich gegenseitig anklagten, und ich glaube, es wäre doch Sache der Regierung, das heißt des Kabinetts, solche Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei Ministerien auszutragen und nicht vor dieses hohe Haus zu bringen; denn das sind Fragen, die der Reichstag nicht entscheiden kann, sondern dazu ist die Regierung da, derartige Unstimmigkeiten unter sich auszumachen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die Erzeugung der Landwirtschaft und damit die Volksernährung in erheblichem Maße von der Kohlenbelieferung abhängig ist. Deshalb trifft — das habe ich schon beim Verkehrsministerium gesagt — sämtliche Organe, die für die Kohlenversorgung zuständig sind, die Reichsregierung, den Reichskohlenrat und auch die Organisationen der Zechenbesitzer und der Bergarbeiter die schwerste Verantwortung, wenn nicht schleunigst Schritte unternommen werden, die auf eine gesteigerte Kohlenförderung hinzielen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Unsere Entschließung spricht sich hier sehr deutlich und klar aus.

Erfreulicherweise hat der Herr Minister gestern auch gesagt, daß er auf ein Überschichtenabkommen hinarbeiten will. Was er über die Erschließung neuer Kohlenfelder gesagt hat, ist vollständig richtig, aber bis diese neuerschlossenen Felder in bedeutendem Maße und dauernd Kohlen fördern können, werden Jahre hingehen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

(Dr.-Ing. **Wieland**, Abgeordneter.)

(A) Das ist also Zukunftsmusik, und wir müssen jetzt in erster Linie dafür sorgen, in nächster Zeit und für diesen Winter die nötigen Kohlen zu bekommen. Schon jetzt gehen Milliarden ins Ausland, weil die Betriebe im Inlande nicht die erforderlichen Kohlenmengen erhalten. Was das für unsere Valuta und unsere Devisenbeschaffung zu bedeuten hat, brauche ich nicht hervorzuheben. Die Bevorratung der Reichsbahn sowie Süddeutschlands muß unbedingt vor dem Einsetzen des Herbstverkehrs erledigt sein, sonst besteht keine Möglichkeit, diese Bevorratung in der nötigen Weise zu vollziehen. Diese Frage ist nicht anders zu lösen als durch das vom Herrn Reichswirtschaftsminister richtig bezeichnete Überschichtenabkommen. Nur dadurch kann die augenblickliche Kohlennot behoben werden, und das ist zurzeit das Kernproblem unserer deutschen Wirtschaft, dessen Lösung eine Lebensfrage für sie ist.

Über die Sozialisierungskommission ist im Ausschuß und heute gesprochen worden. Eine gründliche Klärung ihrer Befugnisse erscheint mir sehr wünschenswert. Eine parlamentarische Grundlage hat diese Kommission nicht.

(Zuruf von den Kommunisten: Formalismus!)

Der Reichstag hat seine Ausschüsse, die Sozialisierungskommission ist aber kein Reichstagsausschuß. Im Hauptausschuß wurde der Verkehrsminister darüber befragt, warum er die Reichsbahnfrage vor die Sozialisierungskomission gebracht habe. Darauf hat er geantwortet, er sei vor die Sozialisierungskommission zitiert worden.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben wahrhaftig nicht Zeit, da uns die Reichsbahnfrage noch in großem Umfange beschäftigen wird, in dieser Richtung Doppelarbeit zu leisten. Das ist für uns nicht mehr erträglich.

(B) Dann noch ein Wort über den **Reichswirtschaftsrat**. Es muß unbedingt anerkannt werden, daß der Reichswirtschaftsrat gute und ersprießliche Arbeit geleistet hat, auf die sich Reichsregierung und Reichstag stützen konnten. Nur kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Reichswirtschaftsrat eine etwas schwerfällige Körperschaft geworden ist. Ich erinnere Sie daran, daß die Regierungsvorlage seinerzeit auf eine Mitgliedschaft von 200 abgestellt war und daß der Reichsrat und nachträglich auch der Reichstag sie erhöht hat, so daß schließlich 326 Mitglieder herausgekommen sind. Ich habe damals schon nachdrücklich darauf hingewiesen, daß mir dieses Gebilde entschieden zu schwerfällig erscheine, und ich bin der Meinung, daß, wenn jetzt der endgültige Reichswirtschaftsrat eingesetzt wird, was baldigst geschehen sollte, die Übelstände, die bisher zutage getreten sind, behoben werden müssen, insbesondere auch in der Richtung, daß eine bessere Zusammenarbeit zwischen Reichstag und Reichswirtschaftsrat stattfindet.

Endlich noch ein Wort darüber, daß die Belastung der Männer der Wirtschaft durch die Mitarbeit in Organisationen aller Art nachgerade ganz unerträglich geworden ist, weil diese Männer von ihrer eigentlichen Arbeit in der Wirtschaft sehr viel abgehalten werden, was dem Wiederaufbau keineswegs förderlich ist.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Diesem Umstande muß von der Regierung gerade bei der Einbringung neuer Gesetze eine ganz erhebliche Beachtung geschenkt werden. Wir werden uns, wenn uns solche Gesetze vorgelegt werden, in bezug auf die Betätigung der Männer der Wirtschaft in solchen Kommissionen eine erhebliche Zurückhaltung auferlegen müssen. Unproduktive Leistungen, Verschleppungen in (C) der Behandlung wirtschaftlicher Fragen und Doppelarbeit sind in unserer schlimmen Lage absolut unerträglich.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das Reichswirtschaftsministerium muß sich bei der Lösung seiner Aufgaben deswegen den Grundsatz vor Augen halten, daß unserer Wirtschaft Geschäftsvereinfachung und -verbilligung am allerdringendsten nottut.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Korthaus.

Korthaus, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir haben hier gestern in der einleitenden Rede des Herrn Wirtschaftsministers ernste Worte über die Wirtschaftslage unseres Vaterlandes gehört. Sie konnten gewissermaßen eine Erweiterung der Ausführungen bilden, die ein oder zwei Tage vorher der Herr Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gemacht hat. Die nachfolgenden Reden waren mehr oder weniger, soweit sie sachliche Ziele verfolgten, auf denselben Ton gestimmt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die augenblickliche Wirtschaftslage Deutschlands die allerschwerste Sorge rechtfertigt, und daß alles getan werden muß, um noch im letzten Augenblick den Versuch zu machen, das Allerschlimmste zu verhindern.

Meine Damen und Herren! Diese Ausführungen der letzten Tage sind von allergrößter Bedeutung für die weitesten Schichten unseres Volkes, und wenn wir besorgt sind um Deutschlands wirtschaftliche Zukunft, können wir das um so mehr sein, weil die breiten Schichten unserer Bevölkerung ja von dem wirklichen Stande unserer Wirtschaft gar keine Ahnung haben, gar kein Verständnis zeigen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

(D) Wer kümmert sich denn heute in Wirklichkeit um Deutschlands Wirtschaft? Das sind einige wenige besorgte Personen, einige wenige, die durch Beruf und Amt vielleicht dazu gezwungen sind; alle anderen sind mehr oder weniger der Meinung, daß es so schlimm gar nicht sein könne und daß nach der Überwindung der Schwierigkeiten der letzten Jahre nun endlich — wenn auch langsam — die bessere goldene Zeit anbrechen müsse. Diese unglückliche Meinung ist nach meiner Ansich fast ebenso ernst zu bewerten wie unsere Wirtschaftslage selbst. Wenn unser deutsches Volk wirklich klar darüber wäre, wie hoffnungslos und elend unsere Lage ist, dann läge, glaube ich, auch eine Einigung, eine Einheitsfront in wirtschaftlicher Hinsicht in dem Bereich der Möglichkeit. Aber blind gegenüber allen Gefahren toben unsere armen betörten Volksgenossen gegeneinander und glauben, dadurch schließlich eine günstigere Wendung herbeizuführen, daß sie hart gegen hart ihre vermeintlich oder tatsächlich berechtigten Ansichten und Forderungen zur Geltung bringen, ohne Rücksicht auf die berechtigten Interessen der anderen Berufsstände. Heute stehen sich Erwerbsgruppen, die nach ihrer ganzen natürlichen Verfassung unbedingt zusammengehören, miteinander wirken und arbeiten müssen, nicht allein verständnislos, sondern feindlich gegenüber. Und wenn diese Aussprache zum Etat des Reichswirtschaftsministeriums auch nur den Zweck hätte, bei einer größeren Zahl unserer Reichsbürger Klarheit über unsere wirtschaftliche Lage zu schaffen und eine Einheitsfront vorzubereiten, so wäre meines Erachtens damit schon recht viel erreicht.

Meine Herren Vorredner sind in bezug auf unsere Wirtschaftslage ins einzelne gegangen, haben über unsere Handelsbeziehungen, Außenhandelsverhältnisse

(**Korthaus**, Abgeordneter.)

(A) und so weiter gesprochen und auch eine Reihe äußerst beachtenswerter Ziffern zur Unterstützung ihrer Ausführungen beigebracht, so daß ich es mir versagen möchte, nach dieser Richtung noch weitere Ausführungen zu machen. Ich kann aber doch nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß wir innerhalb unserer Wirtschaft, die im wesentlichen durch den Friedensvertrag beherrscht wird, nach Möglichkeit uns gegenseitig näher zu kommen suchen müssen.

Ein Wort muß ich hier über jene Vereinigungen und Verbindungen sagen, von denen heute schon mehrfach die Rede war. Ich denke an die **Kartelle und Syndikate**, auf deren Bedeutung mehrfach hingewiesen wurde. Diese Bildungen sind nicht neu. Sie bestanden lange vor dem Kriege, hatten damals aber nicht die Bedeutung, die ihnen heute zukommt. In der Vorkriegszeit wurden die Absichten der Syndikate und Kartelle in wirksamer Weise beeinflußt und ausgeglichen durch unsere Einfuhr. Wenn damals über Preise und Lieferungsbedingungen usw. Vereinbarungen getroffen wurden, die sich mit der Wirtschaft nicht in Einklang bringen ließen, dann wurde sofort durch den Außenhandel der notwendige Ausgleich geschaffen. Größerer Schaden für die Volksgemeinschaft wurde durch die Kartelle und Syndikate nicht herbeigeführt. Heute ist das ganz anders. Die Kunst, die Preise willkürlich hinaufzusetzen, Bedingungen je nach Belieben zu stipulieren, erlernten die Syndikate in der Zeit des Krieges, der Blockade. Seit jenen Tagen datiert eigentlich erst das Rücksichtslose, das Übertriebene, das wir heute an manchen Syndikaten nicht billigen, das wir bekämpfen müssen.

Ich mache hier einen Unterschied zwischen den Kartellen und Syndikaten der Großindustrie und denen des Großhandels. Mit den Kartellen der Industrie läßt sich

(B) immerhin noch reden. Die Syndikate der Industrie zeigen auch mehr oder minder Verständnis für berechtigte Interessen anderer Erwerbsgruppen und für gewisse Notwendigkeiten. Anders liegt es bei den Syndikaten und Kartellen des Großhandels. Diese scheinen vielfach von aller Wirklichkeit losgelöst zu sein, hier hat man den Boden der Wirklichkeit vielfach verloren, hier wird vielfach nach Laune, manchmal im Übermut ein Eingriff in die wirtschaftlichen Dinge gemacht, der unter keinen Umständen gebilligt werden kann.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Die Kartelle und Syndikate haben sich in ihrer jetzigen Tätigkeit vielfach als eine starke Hemmung erwiesen, die geradezu produktions- und verkehrsschädigend wirken muß. Die Syndikate sind nach zwei Richtungen organisiert, einmal bilden sie eine **private Zwangswirtschaft**. Die Mängel jeder Zwangswirtschaft sind uns bekannt. Eine behördliche, eine gesetzliche Zwangswirtschaft kommt nicht in Betracht. An die Stelle dieser, die man mit Recht stark bekämpft hat, hat man die private Zwangswirtschaft gesetzt, die in ihren Wirkungen leider dieselben übelen Erfolge erzielt.

(Sehr richtig! im Zentrum. — Zurufe bei den Kommunisten.)

Auf der anderen Seite haben die Kartelle und Syndikate ein eigenes Strafgesetz. In diesem sind Strafen von geradezu ungeheuerlicher Art vorgesehen, hohe Vermögensstrafen, verhältnismäßig kleine Übertretungen werden schon mit recht erheblichen Strafen geahndet. So hat man in sich eine Welt gebildet und ist nun ernsthaft besorgt, daß außerhalb dieser Welt irgendein Außenseiter nach der einen oder anderen Richtung dem Syndikat gefährlich werden könnte.

Um diese Ideen durchzuführen, war der Abnehmer- (C) kreis selbstverständlich auch eng zu umgrenzen, und nach dieser Seite hin mache ich manchen Syndikaten den Vorwurf, daß sie nicht nur verteuernd, sondern verkehrshemmend wirken.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Man mag sich zu den Konsumvereinen stellen, wie man will, — wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß Millionen unserer Staatsbürger in den **Konsumvereinen** sich vereinigt haben und versuchen, durch Inanspruchnahme des Vereins sich wirtschaftlich berechtigte Vorteile zu verschaffen. Ich sage ausdrücklich: man kann ja privatim zu den Vereinen stehen, wie man will, aber das muß doch gesagt werden: objektiv vom Standpunkt der Billigkeit und Gerechtigkeit ist es unbillig, diese leistungsfähigen wirtschaftlichen Einrichtungen einfach aus dem gesamten Wirtschaftsprozeß ausschalten zu wollen. Das kann unter keinen Umständen gebilligt und geduldet werden.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Die genossenschaftlichen Vereinigungen des selbständigen Gewerbes und der Kleinkaufleute sind Kinder, aus der Not der Zeit geboren. Wenn schon das Großgewerbe und der Großhandel sich in der straffsten Form syndiziert haben, wenn dort alles geschehen ist, was irgendwie stärken und Vorteile bieten kann, dann darf man dasselbe Mittel den wirtschaftlich Schwächeren oder gar den wirtschaftlich Schwachen selbstverständlich nicht vorenthalten.

(Sehr richtig! im Zentrum. — Zuruf von den Kommunisten.)

— Warten Sie doch ab, Herr Höllein! — Es liegt doch eine ungeheure Inkonsequenz darin, mit allen Mitteln, oft auch mit sehr gewagten Mitteln, den letzten Betrieb zum Kartell heranzuholen, und auf der anderen Seite (D) den zu verurteilen, der sich mit seinen Berufsgenossen in einer Genossenschaft zusammenschließt. Das ist nach meiner Ansicht an sich schon eine Inkonsequenz. Außerdem beruhen alle genossenschaftlichen Einrichtungen unbedingt auf gesetzlicher Grundlage, auf der immer noch geltenden Reichsgewerbeordnung. Und mit welch kleinlichen Mitteln werden nun diese Genossenschaften bekämpft!

Ich muß dankbar anerkennen, daß der Reichswirtschaftsminister nach Überlegungen und vielen Vorberatungen dazu gekommen ist, den **Schlichtungsausschuß zwischen Genossenschaften und den Kartellen** der Industrie und des Großhandels einzurichten. Ich bin auch überzeugt, daß durch diesen Schlichtungsausschuß manches Gute erreicht werden kann. Aber eines steht für mich fest: wenn die ruhige und friedliche Arbeit im Schlichtungsausschuß, im Reichswirtschaftsministerium nicht ausreichen sollte, dann muß der Landgraf hart werden, dann müssen wir nach Mitteln suchen, um dem Terrorismus — als solchen muß ich ihn bezeichnen —, der in manchen Kartellen steckt und darin lebendig ist, entgegenzuwirken.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich bin mit meinen Freunden ganz gewiß ein Gegner der Zwangswirtschaft, der Zwangswirtschaft im Gewerbe überhaupt, die ja nur hemmend wirken kann. Wir wollen also keine Zwangswirtschaft, man soll uns aber auch nicht zwingen, sie schließlich doch wollen zu müssen.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Hier ist dann — das möchte ich im Zusammenhang damit sagen — auf die Zuckerfrage eingegangen worden. Soweit Ernährungsfragen nach dem Kriege laut wurden und große Bedeutung gewannen, nimmt die Zuckerfrage den ersten Rang ein. Ich bin der Meinung,

(Korthaus, Abgeordneter.)

(A) daß die Versorgung der Bevölkerung mit Zucker während des Krieges manchmal nicht gerade glänzend war. Aber versorgt wurde das Volk im Kriege, das muß gesagt werden. Jeder Bezugsberechtigte hat Zucker bekommen, mochte es noch so wenig sein. Heute ist das aber anders. Die Polonäsen, die heute anstehen, um das halbe Pfund Zucker nach stundenlangem Stehen mühsam zu ergattern, haben wir im Kriege nicht gekannt, und dabei haben wir doch eine Zuckerwirtschaftsstelle.

Die **Zuckerwirtschaftsstelle** hat es wirklich verstanden, die Zuckerproduktion so zu bewirtschaften, daß allgemeiner Unfriede im ganzen Lande ist. Es wurde schon mal mit einem kleinen Revolutiönchen, — einem Zuckerrevolutiönchen gedroht. So weit wird es ja nun nicht kommen.

(Zuruf von den Kommunisten: Die zweite wird besser!)

— Ach, Herr Höllein, mit Zucker sind Sie auch noch friedlich zu stimmen! Aber eines steht fest: die Zuckerwirtschaftsstelle erscheint mir in ihrer jetzigen Tätigkeit unhaltbar. Es war einigermaßen niederdrückend, als vor wenigen Tagen die Zuckerwirtschaftsstelle erklären mußte, daß heute bereits acht Zehntel der gesamten Zuckerproduktion vergeben, vielleicht schon verbraucht sind, und daß nur noch der kümmerliche Rest von zwei Zehnteln für die ausstehenden vier Monate zur Verfügung stünde. Dann ist vereinbart worden, daß für den gewerblich benutzten Zucker Einfuhrerlaubnis gegeben werden soll. Soweit ich unterrichtet bin, hat wohl auch der Herr Reichswirtschaftsminister wenigstens vorläufig sein Einverständnis mit dieser Zuckereinfuhr erklärt. Schon erhebt sich die Zuckerwirtschaftsstelle und verlangt einen Goldzoll von 1400 Mark, so daß ein Pfund Zucker unter 30 Mark (B) überhaupt nicht mehr zu kaufen sein wird. Wenn dieser Auslandszucker eingeführt wird, dann wird selbstverständlich aller Inlandszucker zu Auslandszucker, und dann würden wir tatsächlich das Bild erleben müssen, daß in Deutschland jedes Pfund Zucker 30 Mark kosten wird.

Ich glaube nun, daß die Zuckerwirtschaftsstelle die allerletzte hätte sein dürfen, die für die Besteuerung des auswärtigen Zuckers in dieser Höhe eintreten konnte. Die Zuckerwirtschaftsstelle hat nach meiner Meinung ganz andere Aufgaben,

(lebhafte Zustimmung im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und links)

als daß sie sich um die Besteuerung des ausländischen Zuckers kümmert. Sie sollte sich vor allem darum kümmern, daß wenigstens der Mundzucker, wie wir den Zucker bezeichnen, der in den Haushaltungen gebraucht wird, der einheimischen Bevölkerung zur Verfügung steht. Darum hat sie sich nicht gekümmert, der Zucker ist vielfach in überaus großen Mengen in den illegitimen Handel gegangen und dort oft in unerhörter Weise verwuchert worden, so daß die Bevölkerung dadurch großen Schaden gelitten hat.

Eines scheint mir sicher zu sein: die einheimische Zuckerproduktion muß unter allen Umständen dafür sorgen, daß unsere Bevölkerung wenigstens ordentlich mit Mundzucker versorgt ist. Wenn es dann nicht reicht, dann mögen die Gewerbe, die Zucker verarbeiten, ausländischen Zucker einführen. Es scheint mir, als wenn hier der höhere Preis immer noch eher zu ertragen wäre als bei dem im Haushalt gebrauchten Mundzucker.

Dann möchte ich das Augenmerk des Herrn Ministers mit einigen Worten auf die im Lande immer mehr um sich greifende **Kreditnot in Handel und Industrie und im gewerblichen Mittelstande** hinlenken. Als vor einem Jahre die Frage aufgeworfen wurde, ob denn nun wirklich die bestehenden Kreditinstitute, (C) Banken, Kreditgenossenschaften usw. in der Lage seien, die berechtigten Kreditansprüche des gewerbetätigen Volkes in Handel, Industrie und Handwerk zu befriedigen, hat der Reichswirtschaftsrat eine Umfrage veranstaltet. Soweit ich unterrichtet bin, haben Sachverständige in Übereinstimmung mit den Vertretern der Großbanken, Vertretern der Kreditgenossenschaften und andere Kenner der Verhältnisse einstimmig erklärt, die Einrichtungen würden ausreichen; es bestehe keine Gefahr, daß eine Kreditnot eintrete. Dasselbe erklärten damals die Vertreter der Kreditgenossenschaften der Landwirtschaft für ihre Mitglieder. Das Blatt hat sich gründlich gewendet.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir können heute in der Tat von einer Kreditnot sprechen, die sich allerdings erst in ihren Anfängen bemerkbar macht, die aber immer weitere Kreise zieht und immer noch tiefgreifender zu werden droht.

Woran es liegt, daß wir auch mit dieser unerfreulichen Erscheinung rechnen müssen, ist ja ziemlich klar. Es liegt an der unerhörten Teuerung, der Geldentwertung und an dem gewaltigen Kapitalgebrauch, der heute schon in einem kleinen Unternehmen in Betracht kommt. Alle Preise haben sich verzehnfacht, verzwanzigfacht, oft verdreißigfacht. Das kleine Kapital, das früher zur Verfügung stand, ist vollständig in der Papierflut untergegangen und entwertet worden. Der Kredit der Banken und der Kreditgenossenschaften reicht in der Tat in außerordentlich vielen Fällen nicht mehr aus, hier einen Ausgleich zu schaffen. Ich darf darauf hinweisen, daß wir, wie nun einmal die Dinge liegen, mit größter Achtsamkeit darauf sehen müssen, daß im mittleren und kleinen Gewerbe die Produktion nicht nachläßt, daß wenigstens nach dieser Richtung hin die großen Schwierigkeiten, die wir für die Industrie be- (D) fürchten, nicht eintreten. Hier können wir nur dann außer Sorge sein, wenn es gelingt, diese Kreditnot zu beseitigen.

Ich bin, wenn ich von der Kreditnot spreche, allerdings nicht der Meinung, daß nun von seiten der Regierung, die ja wirklich keinen Kredit zu geben hat — ich erinnere nur an die Zwangsanleihe —, irgendwelche Maßnahmen getroffen werden, um besonders den Kreisen des gewerblichen selbständigen Mittelstandes Kredit zu verschaffen. Aber es ist dabei nicht aus den Augen zu lassen, daß Maßnahmen der Regierung dazu beitragen können, diese Kreditnot zu lindern. Immer wieder hören wir das alte Klagelied, daß viele Monate lang anerkannte Forderungen von Staat und Kommunen nicht beglichen werden. Gewerbliche Kreise müssen übermäßig lange Kredit in Anspruch nehmen nur darum, weil die **Behörden** angeblich wegen Mangels an Beamten nicht in der Lage sind, die **Schulden und die Rechnungen** zur rechten Zeit und **pünktlich zu bezahlen**. Nach der Richtung hin kann sehr wohl auch unsere jetzige Regierung für eine Milderung der Kreditnot eintreten. Ich möchte dringend darum bitten, daß auch der Herr Wirtschaftsminister, der ja nach dieser Beziehung einen Einfluß auf die am meisten in Betracht kommenden Ministerien des Verkehrs und der Post usw. geltend machen kann, darauf dringt, daß hier vom Reich vorbildlich vorgegangen wird, damit nach dieser Richtung hin solche Klagen, wie sie jetzt tagtäglich aufkommen, nicht mehr mit Recht erhoben werden können.

Dann, meine verehrten Herren, ein Wort über die Lage des **Gewerbes** im allgemeinen, besonders des **Kunstgewerbes**, welches ja von jeher eine Zierde unseres Landes, insbesondere unserer Städte war! Man muß wegen des Kunstgewerbes die allergrößten

(Korthaus, Abgeordneter.)

Bedenken haben. Wir können uns der Tatsache nicht mehr verschließen, daß durch den Krieg und seine Folgen auch nach der technisch-künstlerischen Seite — ich meine in bezug auf die kunstgewerbliche Seite — außerordentlich viel verloren ist. Wir sind nicht weitergekommen, sondern zurückgegangen. Qualitätsarbeit in der alten Form wird heute verhältnismäßig wenig geleistet. Die neuen Reichen haben einen so sonderbaren Geschmack, daß es kaum vom Standpunkt des Kunstgewerblers aus möglich ist, diesen Geschmack zu befriedigen. Es ist eben ein Geschmack ganz besonderer Art. Wir sind davon überzeugt, daß es, wenn es nicht gelingen wird, den **auswärtigen Markt** für uns zu gewinnen, um den Absatz **kunstgewerblicher Erzeugnisse** in den kommenden Jahren außerordentlich schlecht gestellt sein wird. Wir haben eine Anzahl Kunstgewerbe, die heute schon zum Erliegen gekommen sind. Kunstschmiede, Kunstglaser, Ziseleure usw. sind meistens schon durch die Luxussteuer erdrosselt worden, und das übrige hat die augenblickliche Geschmacksrichtung und die Teuerung getan. Wer weiß, wie hoch wir dastanden, kann das nur aufrichtig bedauern. Viele Tausende unserer Volksgenossen, und wahrlich nicht die schlechtesten, intelligente und handgeübte Kreise haben in diesen Gewerben ein reichliches und gutes Abkommen gefunden. Das ist heute verloren. Wenn es nicht gelingt, den auswärtigen Markt für kunstgewerbliche Erzeugnisse mancher Art — die nicht an den Ort gebunden sind — zu gewinnen, dann habe ich wegen unseres Kunstgewerbes die allergrößten Bedenken.

In dankenswerter Weise haben sich die Verwaltungen der Messen in Leipzig, in Frankfurt a. M. nach dieser Richtung hin betätigt. Die letzten Messen in Frankfurt a. M. und in Leipzig waren von zahlreichen kunstgewerblichen Kreisen im allerbesten Sinne des Wortes beschickt, und der Versuch kann nur als gelungen bezeichnet werden. Ich weiß, daß **kunstgewerbliche Werkstätten** das Glück hatten, **auf den Messen** in Leipzig und Frankfurt außerordentlich große und lohnende Aufträge zur Lieferung nach allen Ländern der Welt zu erhalten. Mag man auch deutsche Art und deutsche Leistung sonst verlästern, das deutsche Kunstgewerbe und vieles andere weiß man doch noch zu schätzen, das ist erfreulich.

In dieser Hinsicht will ich gern und lobend anerkennen, daß sich der Herr Wirtschaftsminister dankenswert betätigt hat. Seiner emsigen Mitwirkung ist es zu danken, daß die Verbindungen mit den Messeverwaltungen aufgenommen wurden und zu einem Ergebnis geführt wurden. Wenn nun im Lauf der kommenden Zeit diese Versuche sich wiederholen, wird es notwendig sein, daß das Reichswirtschaftsministerium sich eingehend wie bisher dieser Sache annimmt. Hier kann schon mit verhältnismäßig kleinen Mitteln Erhebliches geleistet werden. Es handelt sich hier auch nicht um die Verletzung anderer berechtigter Interessen. Hier kann jeder zustimmen, der froh ist, wenn es gelingt, für einen Teil unserer kunstgewerblich interessierten Bürger Arbeit zu gewinnen. Das ist meines Erachtens jetzt von allergrößter Bedeutung. Ich würde dringend bitten, es nicht bei dem Versuch, der günstig ausfiel, zu belassen, sondern diese Angelegenheit in der Beteiligung und Betätigung bei den Messen von seiten des kunstgewerblichen Handwerks weiter zu verfolgen.

Meine Damen und Herren! Dann noch ein paar Worte über unsere **Kunstgewerbeschulen**. Wegen des Bestandes dieser Schulen herrschen ebenfalls die allerernstesten Bedenken. Das Lehrpersonal, die Lernmittel, die Räume usw. sind vorhanden; aber es fehlt das Allerwichtigste, es fehlen die Schüler. Die Eltern der jungen Leute sind nicht mehr in der Lage, den Unterhalt des jungen Mannes zu bestreiten. Wenn nicht gerade die Schule am Wohnort liegt, ist es unmöglich, die Kosten für einen Studenten, und wenn es sich auch um einen Studenten des Kunsthandwerks handelt, aufzubringen; das kann sich heutzutage der Durchschnittsbürger nicht mehr leisten. Man sollte daran denken, ob nicht der Versuch zu machen wäre, die in ihrer Existenz gefährdeten Kunstgewerbeschulen in irgendeine **Verbindung mit den gewerblichen Fortbildungsschulen** zu bringen. Ob das möglich ist, mögen die Schultechniker entscheiden. Jedenfalls wäre es außerordentlich zu beklagen, wenn das hochentwickelte System der deutschen Kunstgewerbe- und Handwerksschulen unter der Ungunst der Zeit zugrunde gehen würde.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich bin immer noch der Meinung, daß diese Klassen als Oberklassen, als Selekten, oder wie man sie nennen will, der Fortbildungsschule weiter bestehen können, um wenigstens das Gerippe zu erhalten, um wenigstens einen Aufbau zu ermöglichen, der vielleicht für eine spätere Zeit noch erhofft werden kann.

(Zustimmung im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Zum Schlusse meiner Ausführungen einige Worte zu der Interpellation über die **Lehrlingsfrage**. Die Lehrlingsfrage hat ja schon oft dieses hohe Haus und andere Parlamente beschäftigt. Aber niemals ist man bei allen diesen Besprechungen zu einem wirklich brauchbaren, möglichst weite Kreise befriedigenden Ergebnis gekommen. Es ist überhaupt bedauerlich, daß über die Lehrlingsfrage in den Parlamenten gesprochen werden muß.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Denn nichts ist für den Lehrling gefährlicher als ein übermäßig großes Selbstbewußtsein.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Wenn ein Lehrling erst weiß, daß schon im Reichstag über die Lehrlingsfrage gesprochen wird, dann ist es mit dem Sinn zum Lernen meist vorbei. Deshalb möglichst wenig davon reden, meinethalben nach der Sentenz „Recht viel daran denken“.

(Abgeordneter Malzahn: Lieber dumm, aber fromm!)

— Warten Sie nur ab. —

Meine Damen und Herren! Eins möchte ich vorausschicken. Die Lehrlingsfrage kann keine politische Frage sein.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum. — Abgeordneter Höllein: Ausbeutungsfrage!)

— Herr Höllein, für Sie ist es am Ende eine andere Frage. Ich meine: für den Durchschnitt der Menschen ist die Lehrlingsfrage eine Bildungsfrage.

(Große Heiterkeit.)

Die Lehrlingsfrage ist eine Bildungsfrage, sie ist allen aber wesentlich eine **Erziehungsfrage**.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Die Erziehung stelle ich voran. Was nutzt alle Lehre, wenn die Erziehung fehlt?

(Abgeordneter Malzahn: Zur Erziehung gehört auch noch allerhand! — Gegenrufe aus dem Zentrum.)

— Ich kann auf den Zwischenruf nur antworten: „Wenn ihr's nicht fühlt, ihr werdet's nie erjagen“.

(Sehr richtig! bei der Kommunistischen Partei.)

Also, meine Damen und Herren, die Erziehungsfrage sei in den Vordergrund gestellt. Welcher Partei wir auch angehören mögen, eins weiß ich sicher: soweit es sich um Mütter und Väter von jungen Buben und Mädchen handelt, die einstmals in das gewerbliche Leben eintreten sollen, kann es über diese Frage unter uns, auch auf der Linken, keine Meinungsverschiedenheit

(Korthaus, Abgeordneter.)

(A) geben. Wenn aus dem Jungen etwas werden soll, dann muß er Order parieren lernen, er muß eine Autorität anerkennen,

(Zurufe von den Kommunisten)

er muß unter väterlicher Zucht stehen und möglichst lange darunter bleiben.

(Zuruf von den Kommunisten: Es lebe der Prügel!)

Der Grund, den das Elternhaus gelegt hat, soll in der Lehrzeit befestigt, erweitert und nach der technischen Seite hin vollendet werden. Ich habe ausdrücklich gesagt „unter väterlicher Zucht!" Niemand von uns würde es billigen, wenn unserer gewerblichen Jugend Unrecht geschähe, wenn sie zu Arbeiten mißbraucht würde, die nicht der Sache dienen, und wenn mit ihr ohne Liebe und ohne Rücksicht verfahren würde. Das würden wir alle — davon bin ich überzeugt, daß keine Partei im Hause anders denkt — aufs entschiedenste verurteilen.

Politisch aber darf die Frage nicht werden. Unsere gewerbliche Jugend leidet selbst unter den jetzigen Verhältnissen, und deshalb muß ich sie in Schutz nehmen. Der Vater war im Kriege, die Mutter hat vielleicht, um die Familie zu ernähren, sich irgendwie betätigen müssen, und so waren die Kinder ohne Aufsicht. Jahrelang ist der Junge wild aufgewachsen und kommt nun in die Lehre. Dort muß er, um ein brauchbarer Gewerbemann zu werden, in eine einigermaßen strenge Zucht genommen werden. Da gibt es Zusammenstöße.

(Zurufe von den Kommunisten.)

Es muß erst eine gewisse Zeit überwunden werden, die wir alle überwinden müssen. Eine wohlmeinende Strenge in der Jugend ist uns allen recht gut bekommen, und wer diese Strenge eben nicht am eigenen Leibe erfahren hat, an dem spürt man es noch, wie wir alle Tage sehen und hören, im späteren Leben.

(B) (Heitere Zustimmung. — Lebhafte Zurufe bei den Kommunisten.)

Unsere Lehrlinge bilden einen Teil des selbständigen Gewerbes, und jeder, der im Gewerbe steht und diese Tatsache nicht einsieht und nicht beachtet, ist nicht wert, als sachverständiger Meister und Gewerbetreibender zu gelten. Die Lehrlinge sind unsere Zukunft und unsere Hoffnung, und all das, was das Gewerbe dereinst in Deutschland bedeuten soll — ohne Rücksicht auf Partei oder andere Anschauungen —, das verkörpert eben die gewerbliche Jugend in sich. Bei der gewerblichen Jugend gilt dasselbe, was auch für die Schule gilt: Wer die gewerbliche Jugend hat, der hat auch die Zukunft des Gewerbes.

Wenn Mißbräuche vorkommen, so ist das selbständige Handwerk selbstverständlich gern bereit, sich auch mit Ihnen, meine Herren von der Linken, und mit andern Gruppen, die dabei in Frage kommen, in ruhiger Weise auseinanderzusetzen. Wir wissen und würdigen es, daß gerade aus den Kreisen der unselbständigen Arbeiter alljährlich viele Tausende junger Leute in die Handwerkslehre kommen und so Aussicht auf einen späteren sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg haben. Ich gehe noch weiter und sage: ich bin überzeugt, daß alle die Schwierigkeiten, die wir heute vor uns sehen und befürchten müssen, vielleicht für das mittlere und kleinere Gewerbe noch am wenigsten schädigend wirken, wenn alles schon drunter und drüber geht. Die gewerbliche Leistung für den Bedarf am Ort wird immer bleiben. Das selbständige mittlere und Kleingewerbe wird sich am allerlängsten gegenüber allen Wechselfällen der Zeit halten können. Ich bin der Meinung, daß Eltern heute gar nichts Besseres tun können, als ihren Sohn, ihre Tochter zu einem ordentlichen, tüchtigen Fachmann geben, daß er oder sie dort etwas lernt und weiter kommt. Dadurch ist das Glück (C) der Kinder — ich meine das wirtschaftliche Glück — sicher besser begründet, als wenn er Schreiber oder irgend etwas anderes wird, oder wenn man ihn gleich zur Fabrik schickt unter dem Gesichtspunkt, daß er gleich möglichst viel verdienen müsse. Deshalb läßt das deutsche Handwerk an der Lehrlingsfrage nicht rütteln. Die Form hat sich bewährt; die Früchte sprechen dafür, daß die Meisterlehre in der bisherigen Form in der Tat eine Schule für das Leben ist und eine Bildungsanstalt nach der technisch-handwerklichen Seite.

(Unruhe und Zurufe von den Kommunisten: Ausbeutung der Jugend!)

— Wo es fehlt, da wollen wir uns bemühen, die Schäden auszubessern. Aber wir legen den größten Wert darauf, daß der Lehrling unter allen Umständen der parteipolitischen Agitation nicht ausgesetzt werde.

(Sehr richtig! im Zentrum. — Unruhe und Zurufe von den Kommunisten.)

Der Lehrling soll in sittlich-religiöser Hinsicht gefestigt werden, er soll sich als Glied des Volksganzen fühlen als Lehrling; aber es hat keinen Zweck, ihn zu früh in einen Diskutierklub zu bringen.

(Erneute Unruhe und Zurufe von den Kommunisten.)

Er soll sich üben, er soll sich fortbilden, damit seine Eltern, wenn er die Lehre beendet, Freude an ihm erleben und keinen Kummer, wie ihn manche Eltern an ihren Söhnen erleben müssen, die wohl reden, aber nicht arbeiten können.

(Sehr gut! im Zentrum. — Lebhafte Zurufe von den Kommunisten.)

— Na, wenn das Muckertum sein sollte, dann könnte ich, weiß Gott, auf dieses Muckertum stolz sein. Ich weiß mich in diesem Muckertum mit allen Vätern und (D) Müttern einig, denen es überhaupt mit dem Wohl ihrer Kinder ernst ist. Darüber können Sie (zu den Kommunisten) doch nicht reden!

(Unruhe bei den Kommunisten.)

Ich bin mit meinen Ausführungen zu Ende. Wir dürfen den Bogen unserer Wünsche an den Herrn Reichswirtschaftsminister nicht überspannen. Das Reichswirtschaftsministerium ist nach der Zahl seiner Beamten außerordentlich groß und vielseitig organisiert und vielleicht eins der am zahlreichsten vertretenen Ministerien.

(Reichswirtschaftsminister Schmidt: Nein! Nein! Das ist ein großer Irrtum!)

— Ich nehme die Berichtigung gern entgegen. Ich habe mich immer gefreut, wie gut doch Deutschlands Wirtschaftsangelegenheiten am Kurfürstendamm gewahrt sein müssen.

(Heiterkeit.)

Aber es sind auch der Aufgaben sehr viel, und ich will wünschen und hoffen, daß insbesondere all die vielseitigen Wünsche des gewerblichen Mittelstandes, den ich nicht so eng begrenze weder nach oben noch nach unten hin, auch im laufenden Etatsjahre vom Herrn Minister befriedigt werden.

(Beifall im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Höllein.

Höllein, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es ist vorhin schon mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die gestrigen Ausführungen des Herrn Reichswirtschaftsministers manche treffende Bemerkung und manches richtige Wort enthalten haben. Ja, man konnte sich an einzelnen Partien seiner Rede geradezu freuen, daß er zur Kennzeichnung der traurigen wirt-

(Höllein, Abgeordneter.)

schaftlichen Zustände, die sich in Deutschland herausgebildet haben, manchmal einen aus seinem Munde sehr scharf anmutenden Ton zu finden vermochte. Erfreulich war ferner, daß er den ganzen Erscheinungskomplex, den er in seiner Rede behandelte, klar und scharf als das notwendige Produkt der kapitalistischen Entwicklung bezeichnete.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Erfreulich war endlich auch die Tatsache, daß er diesen seinen Feststellungen die weitere Feststellung angeschlossen hat, daß mit den Mitteln der Gesetzgebung und auch durch Reden hier im Reichstage dieser Entwicklung nicht beizukommen ist.

Was man aber in seiner Rede vermißt hat, das war ein ebenso klares und scharfes Ziehen der notwendigen Konsequenzen aus dieser Entwicklung, die auch der Herr Reichswirtschaftsminister für unentrinnbar ansieht.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Die Teuerung, der **Preiswucher**, kurzum alles, was wir heute erleben, ist in der kapitalistischen Gesellschaft absolut keine neue Erscheinung. Wenn sie heute besonders kraß und sinnfällig in Erscheinung treten, so nur deshalb, weil eben die kapitalistische Gesellschaft und vor allen Dingen die Kreise, die innerhalb dieser Gesellschaft herrschen, ihren kapitalistischen Instinkten um so mehr freien Lauf lassen, als sie sehen, daß ihre Ausbeutungsmöglichkeiten der breiten Massen immer beschränktere werden.

Es ist richtig, daß wir überall in der Welt eine gewaltige **Wirtschaftskrisis** haben, und daß diese Wirtschaftskrisis überall auch ganz ähnliche Wurzeln hat, wenn auch einzelne Erscheinungen dieser Krisis sich in den einzelnen Ländern verschieden äußern. Während in Amerika und in den Ländern mit hoher Valuta man von einer Überproduktion reden kann, muß man in den Ländern mit unterwertiger Valuta von einer planvollen Unterproduktion reden. Aber in beiden Krisenformen ist die Tatsache ausschlaggebend, daß in erster Linie als Folgeerscheinung des Krieges und dann auch als notwendiges Entwicklungsergebnis des Kapitalismus überhaupt sich überall ein Mangel an Kaufkraft herausgebildet hat, d. h. die Unmöglichkeit, die mit dem kapitalistischen Produktionsapparat hergestellten Waren auch zu konsumieren, zu realisieren, sie wieder in den kapitalistischen Zirkulationsprozeß einzugliedern. Diese Ursachen können nicht mehr behoben werden durch Vorschläge, wie wir sie heute in der Debatte hier wiederholt gehört haben, und am allerwenigsten durch die hier gemachten Quacksalbereivorschläge über Lehrlingszucht oder auch Lehrlingsausbildung. Die kapitalistische Gesellschaft muß naturnotwendig den Weg weitergehen, auf den sie durch Krieg und Entwicklung gedrängt worden ist, und sie wird ihn weitergehen. Es wird und kann sich nur darum handeln, ob die Arbeiterklasse, ob die werktätigen Schichten des Volkes aus dieser Entwicklung die notwendigen Folgerungen ziehen und ihrerseits, als Klasse gegen Klasse, dem Prinzip Geltung verschaffen werden, das nun einmal auf der Linie der Entwicklung liegt und als dessen Ergebnis die Arbeit aller für alle eintreten wird.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten. — Zuruf rechts: Das wäre schön, wenn Sie das fertigbrächten!)

— Es handelt sich nicht darum, ob wir es fertigbringen wollen, sondern daß wir es fertigbringen müssen. In der Geschichte ist uns ein ehernes Muß vorgeschrieben, und wir sind fest überzeugt, daß die Entwicklung über alle Spießerallüren, die Sie durch Generationen hindurch sich angeeignet haben, sehr rasch hinwegkommen wird. Es liegt absolut nicht in unserem Willen ob wir wollen oder nicht, sondern die Dinge werden einfach dahin treiben.

(Zuruf rechts: Fatalist!)

Es hieße geradezu an der Menschheit und am Leben verzweifeln, wenn man annehmen wollte, daß die Menschen nur um eines juristischen Zwirnfadens willen zu Millionen freiwillig zugrunde zu gehen bereit seien, daß sie sich von einer ganz kleinen Gruppe von Ausbeutern zum Hungertode verdammen lassen werden.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Da nun aber überall in der Natur, selbst dort, wo die Leute noch so schön christlich-demütig erzogen werden, der biologische Wille zum Leben obsiegt, so wird auch in längerer oder kürzerer Frist das Gesellschaftsprinzip siegen, das allen Menschen zwar die Arbeit zur Pflicht macht, aber ihnen auch zugleich das Recht auf menschliche Existenz einräumt.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

In einer Denkschrift, die vom Reichsministerium ausgearbeitet und der Konferenz von Genua zugesandt worden ist, wurde auf das **Arbeitslosenproblem** hingewiesen. Es wurde darin festgestellt, daß es in der Welt 10 Millionen Arbeitslose gibt, und daß diese mit ihren Angehörigen ein Heer von 30 Millionen Menschen umfassen.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Weiter wurden darin angegeben die Riesensummen, die der gesamten Weltwirtschaft infolge dieser erzwungenen Arbeitslosigkeit verloren gehen. So wird darin behauptet, daß allein für die Unterstützung der Erwerbslosen 25 Milliarden Goldfranken aufgewendet werden mußten, daß gleichzeitig ein Lohnausfall von 60 Milliarden und ein Produktionsausfall von 100 Milliarden Goldfranken eingetreten sei, das alles für die Zeit seit dem Waffenstillstande bis zum Ende des abgelaufenen Jahres, 1921.

Aus diesen Zahlen, auf die ich im einzelnen nicht eingehen will, leuchtet der ganze Wahnwitz unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung heraus, auf der anderen Seite aber zugleich ein Elend, wie es die Weltgeschichte in diesem Ausmaße bisher noch nicht gesehen hat. Selbst die deutsche Reichsregierung sagt, daß die Arbeitslosigkeit wie eine Seuche den Keim immer neuer Ansteckung weiterer Ausbreitung in sich trage. Also selbst die deutsche Reichsregierung ist zu der Erkenntnis gekommen, daß die Arbeitslosigkeit in der Welt, der auch wir entgegengehen, wie eine Seuche wirke und durch ihr Bestehen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft notwendigerweise zu immer weiterer Ausbreitung führe. „Jeder Erwerblose", heißt es weiter, „zieht, wenn nicht Abhilfe geschaffen wird, andere Erwerblose nach sich". Allerdings ist die Regierung zu dieser Erkenntnis gekommen nicht etwa, weil sie der Auffassung ist, daß die Abhilfe auf dem einzig möglichen Wege der grundsätzlichen Umgestaltung der heutigen Wirtschaft geschaffen werden müsse, sondern nur um die anderen, vor allem die Entente, davon zu überzeugen, daß Deutschland einen Auslandskredit erhalten müsse; als ob durch die Gewährung dieses Kredits die Erwerbslosenfrage in der Welt irgendwie gelöst werden könnte! Nein, das Erwerbslosenproblem wird weiter existieren, solange das kapitalistische System überhaupt existiert, und durch alle möglichen und wirklichen nationalen und internationalen Schwankungen wird immer wieder die Tendenz hervorleuchten, daß die Erwerbslosigkeit der Welt in dem Maße wachsen wird wie die Konkurrenz der einzelnen kapitalistischen Mächtegruppen untereinander sich verschärfen wird.

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) Es ist nun einmal so in der kapitalistischen Gesellschaft, daß, sobald der Betrieb nicht „lohnend" erscheint — so heißt wohl der bekannte Ausdruck —, das heißt sobald dem Kapital von den Arbeitenden nicht eine „angemessene" Rente erarbeitet wird, der Betrieb geschlossen wird und man die Arbeiter rücksichtslos auf die Straße wirft. Nun sagt die Denkschrift: man gibt hier 25 Milliarden Goldfranken rein unproduktiv aus, und den Arbeitern werden dadurch, daß sie nicht arbeiten, in derselben Zeit 60 Milliarden an Löhnen entzogen. Ja, wenn es wirklich so wäre, dann würde das Kapital die Sache auch etwas anders ansehen und vielleicht auch etwas anders handeln. Aber in Wirklichkeit werden auch hier die Kosten der Wirtschaftskrise wiederum restlos auf das Proletariat abgewälzt. Aber selbst wenn das Kapital die 25 Milliarden Goldfranken wirklich aus eigenen Mitteln trüge, wenn es also die Unterhaltung der Erwerbslosen beträchtlich auf sich nähme, so würde es gleichwohl immer noch 35 Milliarden Goldfranken an Löhnen „erspart" haben, für die es unter den obwaltenden Verhältnissen keine Realisierung gefunden hätte. Also das Kapital macht hier an und für sich schon ein nicht zu verachtendes Geschäft. Es kommt aber noch hinzu, daß die 25 Milliarden Goldfranken, die für Erwerbslosenunterstützung ausgegeben worden sind, gar nicht von denen aufgebracht werden, die im Besitze der Produktionsmittel sind, sondern daß die ganze Last der Erhaltung der Erwerbslosen ausschließlich wieder von den werktätigen Massen getragen werden muß. Der Arbeiter, der noch im Betriebe steht, hat obendrein noch das Vergnügen, seine arbeitslos gemachten Kollegen miterhalten zu müssen in Gestalt von allerlei Steuern und Abgaben, wenn nicht gar in Gestalt von direkten Beiträgen. Die deutsche Regierung will ja bekanntlich auch in Deutschland das Arbeitslosenunterstützungsproblem dadurch lösen, daß (B) sie den Arbeitenden, den Arbeitern ihrerseits die Last der Unterhaltung der Erwerbslosen aufwälzt.

Das Kapital hat aber durch das Erwerbslosenheer noch einen weiteren gewaltigen Vorteil. Es hat nämlich die Möglichkeit, die erwerbslos gewordenen Massen, die immer bestehende, aber zurzeit zu gewaltigen Dimensionen angeschwollene industrielle Reservearmee wirksam zu moblisieren zum Kampfe gegen ihre arbeitenden Kollegen, um auch auf diesem Wege die Existenzmöglichkeit der noch im Betriebe stehenden Massen herabzudrücken.

Es muß in diesem Zusammenhang weiter festgestellt werden, daß die Behebung der Krise um so weniger aussichtsvoll erscheint, als nicht nur die gesunkene Kaufkraft der für die Produktion und den Absatz entscheidenden breiten Konsumentenmassen mit den bis jetzt üblichen Mitteln niemals gesteigert werden kann, sondern weil auch auf der anderen Seite die Möglichkeit, neue **Absatzmärkte**, die zu erschließen den nationalen und internationalen Minderkonsum abschüren könnte, für die kapitalistischen Weltmarktstaaten immer mehr schwindet und sich immer mehr verringert. Denn es ist eine Tatsache, die in Europa gar nicht genug beachtet wird, daß sich in den letzten Jahren in Gegenden, die bisher zur ausschließlichen Ausbeutungsdomäne des europäischen und amerikanischen Kapitals gehörten, nationale **Industrien** von gewaltiger Stoßkraft und gewaltigem Umfang herausgebilet haben, Industrien, die in wenigen Jahren als ernste und bedrohliche Konkurrenten gegen das europäische und amerikanische Kapital auf dem Weltmarkt auftreten werden. Man braucht sich nur die Zahlen vor Augen zuhalten, die uns, so unvollkommen sie auch sein mögen, aus dem südlichen China und einer ganzen Reihe von Inseln in Ostasien zur Verfügung stehen, um zu erkennen, daß die dortige Entwicklung, die treibhausmäßig und mit unheimlicher (C) Raschheit vor sich geht, eine direkte wirtschaftliche und damit auch politische Bedrohung für Europa und für Amerika bedeutet, falls diese Länder und Völker sich nicht auf sich selbst besinnen und dem wirklichen Menschheitsgedanken auch in wirtschaftlicher Hinsicht zum Durchbruch verhelfen.

Wenn nun von der allgemeinen Arbeitslosigkeit, die eine unentrinnbare Folgerscheinung der Weltkrisis ist, Deutschland bisher in mehr oder minder starkem Maße verschont blieb, so liegt das lediglich daran, daß den deutschen Arbeitern Kulilöhne gezahlt wurden, die es dem deutschen Kapital möglich machten, auf dem Weltmarkte schlimmste Schleuderkonkurrenz zu treiben und dabei trotzdem gewaltige Profite einzusacken. Der Herr Minister hat gestern nicht mit Unrecht — wenigstens vom Standpunkt der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft aus — hier hervorgehoben, daß sein Bestreben darauf gerichtet sei, den inneren Wert der Mark weiter über ihrem Auslandswert zu halten. Denn auf dieser Differenz zwischen dem Innen- und Auslandswert der deutschen Mark beruhe nun einmal die Existenz- und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie überhaupt. Man braucht in der Tat nur eine kurze Parallele zu ziehen, um zu erkennen, daß, wie gestern auch Abgeordneter Hoch hier feststellte, die **Löhne und Gehälter** in Deutschland im Durchschnitt um das Zwanzigfache, dem gegenüber aber, sehr gering veranschlagt, die Preise aller Bedarfsartikel um das Sechzigfache in die Höhe gegangen sind. Hieraus ergibt sich, daß der deutsche Arbeiter heute nur noch ein Drittel des Reallohnes erhält, den er im Jahre 1913 erhalten hat, und daß dementsprechend der Anteil an Gütern, die der deutschen Arbeiterklasse erreichbar sind, nur ein Drittel von denen ausmacht, die sie 1913 zu konsumieren in der Lage waren.

(D) Aber nun haben wir erlebt, daß infolge der unersättlichen Raffgier des Kapitals — dagegen hilft kein Zetern und kein Jammern und vor allen Dingen kein gutes Zureden, wie es mein Herr Vorredner hier beliebte — die Preise der Waren sich immer mehr den **Weltmarktpreisen** angeglichen haben. Trotz der ins riesenhafte gewachsenen Ausbeutung der Arbeitenden erleben wir heute, daß die Konkurrenzkraft der deutschen Industrie immer mehr schwindet, auf vielen Gebieten schon tatsächlich gebrochen ist, und daß wir uns auf allen übrigen Gebieten sehr rasch dem Weltmarktpreisniveau nähern. Nun hat man aber die **Riesengewinne**, die die **deutsche Industrie** auf Grund dieser Verhältnisse gemacht hat, nicht etwa dazu benutzt, um ihre Konkurrenzfähigkeit zu heben, man hat sie nicht im „vaterländischen" Interesse verwandt, das Sie (nach rechts) sonst immer so gern vorschieben, um den durch den Krieg heruntergeluderten technischen Produktionsapparat für die bevorstehenden gewaltigen Konkurrenzkämpfe auf dem Weltmarkt wieder wettbewerbsfähig zu gestalten.

(Zurufe rechts.)

Wir werden Belege anführen. Das deutsche Kapital hat seine Konjunktur- und Valutagewinne in ungeheurem Ausmaß verschoben — aus patriotischer **Steuerscheu**,

(Zustimmung bei den Kommunisten)

aus Angst vor dem Zugriff des Steuerfiskus Ihres Vaterlandes — —

(Zurufe rechts)

— nicht des unseren; denn unseres wird ganz anders aussehen.

(Zuruf rechts: Sie haben überhaupt keins!)

Unser Vaterland ist wirklich nicht das Vaterland der Stinnes und Konsorten. Aber wir werden aus Deutsch-

(**Höllein**, Abgeordneter.)

(A) land ein wirkliches Vaterland der Arbeiter und Arbeitenden machen.

(Wiederholte Zurufe rechts und Gegenrufe bei den Kommunisten.)

Es sind Feststellungen gemacht worden, die bisher keine deutschnationale Rabulistik aus der Welt zu schaffen vermochte. So sind z. B. nach Meldungen, die schon mehrere Monate zurückliegen, über 1,2 Milliarden Goldfranken von deutschen Kapitalisten in Schweizer Banken untergebracht worden — natürlich nur aus „vaterländischen" Rücksichten; denn wenn Sie Ihrem Vaterlande wirklich ehrlich Steuern zahlten, dann könnten Sie es nicht mehr begaunern.

Es ist weiter festgestellt, daß deutsche Bankhäuser holländischen Konzernen Guldenkredite gewährten, und zwar in einer Zeit, wo wegen des Mangels an ausländischen Devisen eine wütende Konkurrenz an der Börse stattfindet, die ständig auf den deutschen Devisenmarkt drückt und den Dollar und die ausländischen Valuten immer mehr in die Höhe treibt. Weiter ist auf der Tagung der kundigen Thebaner, des Verbandes der Stahl- und Eisenindustriellen in Elberfeld, im Dezember vorigen Jahres gesagt worden, daß sie über zwei Milliarden Goldmark **Außenstände im Ausland** hätten.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Das bedeutet, daß man diese Summe ebenfalls vor den Zugriffen der deutschen Regierung in Sicherheit gebracht hat.

(Zuruf rechts.)

— Das Ausgleichsverfahren hat mit dem Verbande der Metallindustriellen nichts zu tun; denn es handelt sich hier um Außenstände für gemachte Warenlieferungen, es handelt sich darum, daß deutsche Warenmassen ins Ausland gegangen sind, ohne daß ihr (B) Gegenwert nach Deutschland zurückgeflossen ist, und wodurch die deutsche Handelsbilanz so erbärmlich tief heruntergedrückt wurde und andererseits die deutsche Valuta immer mehr den Berg hinunterkollerte. Dieses dauernde Hinunterkollern der Valuta ist ja allerdings gerade das Glück und die beste Profitschraube des Kapitals; denn während dabei der Lohn nominell auch der gleiche blieb, so erfolgte doch durch das Sinken der Valuta ein automatischer Lohnabzug und eine Senkung der Produktionskosten auf Kosten der Arbeiterschaft, und ehe die Arbeiter diesen Lohnabzug jemals ausgleichen konnten, vergingen meist viele Wochen oder Monate. In dieser Zeit hat aber das Unternehmertum noch jedesmal gewaltige Extravalutagewinne eingeheimst.

Wenn man diese Dinge näher betrachtet, versteht man allerdings, weshalb Herr Dr. Reichert im Ausschuß so gewaltig gegen die **Ausfuhrkontrolle** wetterte, warum Herr Gildemeister sich heute in so beredten Tönen gegen die Eingriffe der Reichsregierung bei der Kontrolle der deutschen Ausfuhr wandte, und warum auch Herr Wieland dieselbe Litanei vorbrachte, wenn sie auch alle ihre Einwendungen hinter kleinlichen bureaukratischen Mißgriffen zu verstecken suchten, obwohl diese doch auch zu Onkel Wilhelms von Amerongen Zeiten in Deutschland stets in überquellender Fülle vorhanden waren. Diese Mißgriffe sind also kein Spezifikum der gegenwärtigen sogenannten demokratischen Regierung; denn sie waren auch unter der früheren kaiserlichen Regierung in noch weit größerem Maße vorhanden.

Aber wenn man heute diese Banken benutzt, um dahinter seine Absicht zu verbergen, so ist es einfach unsere Pflicht, diese Banken rücksichtslos beiseite zu schieben, um die glotzende Fratze des raubgierigen (C) Kapitals vor aller Welt bloszulegen. Wenn man sich alle diese Dinge vergegenwärtigt, dann weiß man auch, daß trotz des relativ guten Beschäftigungsgrades der deutschen Industrie und trotz der Kulilöhne der deutschen Arbeiterschaft und trotz der Tatsache, daß sogar die allernotwendigste Ernährung der Volksmassen einen geradezu erschreckenden Rückgang aufzeigt, die deutsche Handelsbilanz in so ausgeprägtem Maße passiv geblieben ist. Die „Frankfurter Zeitung" hat in einem Hefte, das sie in diesen Tagen herausgegeben hat, einwandfreie Zahlen über den **Ernährungsrückgang** in Deutschland, und zwar bei einer besseren bürgerlichen Familie, gebracht. Darin wurde festgestellt, daß auch eine sogenannte bessergestellte Familie bei ihrer Ernährung immer mehr zu Surrogaten greifen und die meisten vollwertigen Lebensmittel entbehren muß. Hier haben wir eine treffliche Illustration zum Geschrei der Herren Kapitalisten über die Notwendigkeit der Erreichung der Weltmarktpreise, hier haben wir vor allen Dingen eine noch sprechendere Illustration für das interessierte Geschrei des raffgierigen und steuerscheuen Agrariertums, dem auch bei den Steuergesetzen wieder allerhand Möglichkeiten zur planmäßigen Steuermogelei gesetzlich gegeben worden sind, nach der sogenannten freien Wirtschaft, um unter deren Deckmantel dem Proletariat, den Werktätigen, den Konsumenten in Deutschland das Fell vollends über die Ohren ziehen zu können.

Nun — das hat auch der Herr Minister ganz richtig gesagt — von diesem planvollen ständigen Hinauftreiben der Preise und von der **Angleichung der Inlandspreise an die Auslandspreise** haben nicht die breiten Massen, sondern lediglich die relativ kleine Gruppe von Kapitalisten den Nutzen gehabt. Aber deshalb war es mir um so unerfindlicher, daß der Herr Wirtschaftsminister in demselben Atem vor den Folgen (D) der Politik zitterte, die diese selben Kreise bewußt herbeigeführt haben. Anstatt nun den Kampf gegen diese Kreise aufzunehmen und mit allen Mitteln zu führen, bemüht er sich vielmehr, die Folgen der verbrecherischen Politik jener Seite zu beseitigen und die Arbeiterklasse zu dem Zweck zu mobilisieren, um den Schutt wegzuräumen, den jene mit Absicht und Vorbedacht herbeigetragen haben.

Der Reichswirtschaftsminister wies darauf hin, daß die Angleichung der Inlandspreise an die Weltmarktspreise das Aufhören der Konkurrenzfähigkeit der Industrie bedeute. Und am gestrigen Tage in den Vormittagsstunden bei den Beratungen des Etats des Ernährungsministeriums hielt es der Rechtssozialist und Gewerkschaftssekretär Krätzig für notwendig — wie wir aber gesehen haben, völlig ohne jedes Ergebnis —, der Rechten den Warnungsruf zuzurufen: Wehe, wenn zur Ernährungskrisis auch noch eine Arbeitskrisis kommt!

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Nun wohl, die Ernährungskrisis ist da, und der Ernährungsminister, der Nachfolger von Hermes, der sich ebenso wie dieser immer deutlicher als ein Minister gegen die Ernährung erweist und in Zukunft noch mehr erweisen wird, war nicht imstande, irgendeine Gewähr dafür zu übernehmen, daß die Ernährung der breiten werktätigen Massen in Deutschland wirklich gesichert wird, und die Arbeitskrise wird kommen, ja, sie ist schon da!

Um Ihnen zu zeigen, wieweit durch die Profit- und Raubpolitik der Schwerindustrie in Deutschland die **Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte** bereits gesunken ist, sei es mir gestattet, hier einige Angaben wiederzugeben, die im Brüsseler „Soir" vom 18. März veröffentlicht wurden. Dort wurde an-

(**Höllein,** Abgeordneter.)

(A) geführt, daß die belgische Industrie sich in wachsendem Maße der Konkurrenz der deutschen Industrie gewachsen zeigt, und an der Hand einer Statistik der Nachweis erbracht, daß in den ersten Monaten des Jahres 1920 die von den belgischen Werken erreichten Zuschlagserteilungen bei öffentlichen Submissionen unter Angabe der deutschen Preise folgende waren: bei einem Auftrag Hollands, der 21 Tonnen Eisenbahnschienen betraf, betrugen die deutschen Preise, wenn wir die belgischen Preise gleich 100 setzen, 101; bei einem Auftrage von 1250 Tonnen Eisenbahnschienen die deutschen Preise ebenfalls 101; für Eisenbahnmaterial für Brasilien 105,

(hört! hört! bei den Kommunisten)

während die belgischen Preise immer nur 100 betrugen; für Bulgarien bei 5800 Tonnen Eisenbahnschienen betrugen die deutschen Preise 114; bei einem anderen Auftrage über 1600 Radkränze waren die deutschen Preise sogar 131, für 101 Tonnen Schienenverbindungsstücke 110, für galvanisierte Eisenrohre — alles für Bulgarien — 125, für 50 000 Stück eiserne Schwellen 116 und für 5000 Kilogramm Zinkbleche 134. Sie sehen also, daß die deutschen Preise die belgischen bereits in den ersten Monaten 1922 bis zu 34 Prozent überschritten, obwohl Belgien doch ganz andere Löhne zahlt als wir. Der Erfolg war, daß von den insgesamt vergebenen Aufträgen die belgische Industrie der deutschen nicht weniger als 75 Prozent vor der Nase wegschnappen konnte.

Es würde zu weit führen, das weitere Material, das mir für diese Frage zur Verfügung steht, im einzelnen vorzutragen. Dagegen muß ich auf die Meldung hinweisen, die in der heutigen Morgenausgabe des „Berliner Tageblatts" steht und in der festgestellt wird, daß auch außerhalb der Metallindustrie die Raffgier (B) einzelner Industriegruppen bereits dahin geführt hat, daß Länder mit der höchsten Valuta gegenüber Deutschland konkurrenzfähig sind, obwohl doch die in Deutschland gezahlten Löhne nur einen kleinen Bruchteil der Löhne ausmachen, die in diesen anderen Ländern gezahlt werden müssen. Es wird im „Berliner Tageblatt" u. a. angeführt, daß die besten deutschen Herrenstoffe in Deutschland heute schon ebenso viel kosten wie die gleichen Stoffe in England, und daß die feinsten Qualitäten von Wäschestoffen in Deutschland derartig im Preise gestiegen sind, daß sie den Weltmarktpreis weit überschritten, sodaß sogar die schweizerische Industrie sie billiger liefert als die deutsche Textilindustrie.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Wenn Worte überhaupt einen Sinn haben, so muß man hier zugeben, daß angesichts der Produktionskosten, die in Deutschland doch weit niedriger sind als in der Schweiz, die deutschen Unternehmer eine Profit- und Wucherwirtschaft treiben, die man nicht treffender charakterisieren kann als durch die Feststellung dieser Tatsache.

Trotzdem erleben wir es nun, daß der Reichswirtschaftsminister angesichts dieser Entwicklung resigniert zugeben muß, er könne an diesen Dingen nichts ändern, es seien das einfach unausweichliche Erscheinungen des kapitalistischen Systems. Er weiß auch kein Mittel vorzuschlagen, um einer Entwicklung Halt zu gebieten, von der er selbst überzeugt ist, daß sie im Abgrund enden muß. Ja, dann müssen eben die Massen, die bei dieser Resignation unter die Räder der Geschichte kommen müssen, selbst auf dem Plan erscheinen, um ihrerseits die Konsequenzen zu ziehen, die der Reichswirtschaftsminister sich nicht zu ziehen getraut.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Überall hat nun das Unternehmertum als einziges (C) Aushilfsmittel gegenüber der Weltwirtschaftskrisis die Produktionskosten dadurch zu verringern unternommen, daß es den Anteil des Lohnes der Arbeiter herabzusetzen sucht. Der **Lohnabbau** ist national wie international der Weisheit letzter Schluß. In Amerika, in England, in Belgien, kurzum in allen kapitalistischen Ländern hat das Unternehmertum die bisherigen Löhne abzubauen versucht, und auch in Deutschland ist man drauf und dran, zu dieser offenen Methode überzugehen. Die Kämpfe, die sich in Süddeutschland abgespielt haben und heute aufs neue im Frankfurter Bezirk entbrannt sind, sind nur das Präludium der Kämpfe, denen wir in den nächsten Monaten überall in Deutschland entgegengehen werden. Und das macht man heute schon in Deutschland, obwohl der Dollar noch immer täglich steigt und mit seinem Steigen automatisch eine Herabsetzung der inneren Kaufkraft der Löhne, also des Reallohnes stattfindet. Nun besteht zwischen der Lohnabbauoffensive der übrigen Länder und der Lohnabbauoffensive, wie sie in Deutschland betrieben wird, ein gewaltiger Unterschied. In Deutschland ist das Lebensniveau der breiten Massen bereits auf einer Stufe angelangt, wo jede weitere Einschränkung des Lebensspielraums, der Nahrungsmöglichkeiten unbedingt ein direktes Absterben dieser Massen nach sich ziehen muß, da bei uns schon lange nicht mehr gelebt, sondern nur noch kümmerlich hinvegetiert wird.

(Zuruf rechts: So will es Clemenceau!)

— Lieber Freund, reden Sie doch nicht von Clemenceau! Denn Sie sind nämlich der deutsche Clemenceau, allerdings bloß en miniature. Sie machen genau dieselbe verrückte Politik, die George Clemenceau sein Leben lang getrieben hat. Sie „arbeiten" genau so und mit denselben Mitteln wie Clemenceau, Sie müßten sich (D) eigentlich gegenseitig um den Hals fallen und sich ansehen und verständnisinnig lächeln. Nein, lieber Freund, mit dieser Sorte von Argumenten werden Sie keinen denkenden Arbeiter mehr hinter dem Ofen hervorlocken.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Herr Abgeordneter Höllein, ich bitte Sie, Sie dürfen die Politik der Herren von der Rechten, an die Sie sich wenden, nicht verrückt nennen. Drücken Sie sich zarter aus, zumal da Sie einen der Herren mit der Anrede „lieber Freund" bedacht haben.

(Zuruf bei den Kommunisten: „Falscher Freund" mußt Du sagen!)

Höllein, Abgeordneter: Das werde ich in Zukunft tun; es wird jedenfalls noch angebrachter sein.

Es steht also die Tatsache fest, daß in Deutschland jeder weitere Angriff des Kapitals auf das heutige Lebensniveau der Arbeiter einen direkten Angriff auf das Leben der breiten werktätigen Massen bedeutet.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

In den übrigen Ländern konnte man einen gewissen Abbau der Löhne durchführen, ohne den Massen direkt die nackteste Existenzmöglichkeit zu unterbinden. Die Löhne im Auslande waren in bezug auf ihren realen Inhalt bei weitem höher als in Deutschland. Wenn jetzt die Arbeitermassen dort angeblich, um die Weltwirtschaftskrise zu beheben, sich Lohnherabsetzungen gefallen lassen müssen, so bedeutet das, daß sie allmählich auf dieselbe Stufe des Pauperismus herabgedrückt werden, auf der sich die deutschen Arbeiter schon lange befinden. Dort konnte man die Arbeiterschaft noch zum direkten Vegetieren hinabdrängen, in Deutschland ist

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) diese Grenze des Vegetierens nicht nur schon erreicht, sondern schon nach unten zu überschritten. Deshalb müssen sich auch in Deutschland die Folgen eines derartigen Angriffes des Kapitals auf die gegenwärtigen Arbeitslöhne ganz anders auswirken als im Ausland. Ich warne deshalb die Herren von der Schwerindustrie, ich warne die Agrarier, diesen Versuch zu unternehmen. Sie werden dann natürlich wieder mit Ihrem bekannten moralischen Augenverdrehen hierhertreten und sagen: Da seht die linksradikalen Hetzer, sie hetzen die Arbeiter ins Unglück hinein.

(Sehr wahr! rechts.)

Nein, wenn die Proleten sich wehren, so werden sie sich wehren, um sich nicht von Ihnen ins Grab bringen zu lassen.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Wenn man die Dinge etwas näher betrachtet, so kann man sehen, daß die Unternehmeroffensive sich in Deutschland nicht nur in dem gewaltigen Angriffe des Kapitals auf die süddeutschen Metallarbeiter äußert, sondern daß sie darüber hinaus von allen kapitalistischen Parteien ganz planmäßig auf der ganzen Front und mit den verschiedensten Mitteln geführt wird. Ich erinnere hier nur an die Ausführungen, die Herr Dr. Sorge auf der Tagung der deutschen Industrie in Hamburg gemacht hat, wo er über die zu hohen Produktionskosten in Deutschland jammert.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Daß er diese Behauptung aufstellen konnte, ohne daran zu ersticken, muß hier jedenfalls festgehalten werden. Wenn in Deutschland Produktionskosten wirklich zu hoch sind, so liegt dies nicht an den Arbeitern, sondern lediglich an der schrankenlosen Raffgier des Kapitals, das sich planmäßig geweigert hat, rechtzeitig die notwendige technische Höherstellung seiner Betriebe durchzuführen. (B) Es ist Tatsache, daß die Technik des Auslandes, vor allen Dingen die Amerikas, die deutsche Technik bei weitem überragt, und wenn Deutschlands Kapitalismus, nachdem er sich an die Weltmarktpreise herangegaunert hat, nicht imstande ist, mit der Technik des Auslandes Schritt zu halten, so wird sich die Arbeiterklasse jedenfalls dafür bedanken, auch noch die Folgen dieser Rückständigkeit auf sich zu nehmen.

Wenn der Reichswirtschaftsminister hier auf die Auswüchse des Kartellwesens in der Industrie hinwies, aber im selben Atemzuge hinzufügte, daß er von gesetzgeberischen Maßnahmen abgesehen habe, so bedeutet das doch weiter nichts als das glatte Eingeständnis, daß er dem Kapital völlig machtlos gegenübersteht, daß in Deutschland nicht die Regierung regiert, sondern daß die Politik der Regierung bestimmt wird von Mächten außerhalb der Regierung, die ihren Willen um jeden Preis durchzusetzen wissen.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Als Marxisten wissen wir und sind wir überzeugt, daß alle sogenannten gesetzgeberischen Maßnahmen, die etwa das Reich unternehmen könnte, wirkungslos bleiben werden und bleiben müssen angesichts der gewaltigen wirtschaftlichen Macht des Kapitals. Was will denn ein Staat wie der deutsche, der nichts weiter besitzt als eine vierstellige Zahl von Milliardenschulden, hinter dem nicht die geringste wirtschaftliche Macht steht, gegenüber den Besitzern von Sachwerten? Wenn die Herren sich im Steuerkompromiß aus „vaterländischem Interesse" bereit erklärt haben, dem Reiche eine Zwangsanleihe von einer lumpigen Milliarde Goldmark zur Verfügung zu stellen, so wissen sie nur zu gut, daß sie da mit dem Reiche seine beste Waffe aus den Händen gerungen haben. Denn eine wirkliche Erfassung der Sachwerte wäre eine Hand des Staates an der (C) Gurgel jenes Rebellenkapitals gewesen.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Die Erfassung der Sachwerte hätte den Anfang einer planmäßigen Kontrolle und Beeinflussung der Produktion bedeutet.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Der Fehler, den die Sozialdemokratie in diesem Punkte durch ihr damaliges feiges Nachgeben gemacht hat, wird sich noch schwer an ihr rächen, wenn sie auch glaubt, dadurch glücklich über eine momentane innen- und außenpolitische Schwierigkeit hinweggekommen zu sein. Wenn Sie damals auch ein Löchelchen zugestopft haben, so werden Sie heute schon, wenn Sie nur ein wenig objektiv sind, erkennen, daß neben dem damals zugeschütteten Loch sich bereits wieder ein weit größeres aufgetan hat, und hinter diesem wird, falls es überhaupt wiederum zugestopft werden sollte, sich ein noch weit gewaltigeres öffnen, das Sie einst mit Mann und Maus verschlingen wird. Die Besitzer der Sachwerte sind nun einmal die Herren im Staat, und sie werden es auch bleiben trotz aller schönen Redensarten, trotz aller moralischen Ratschläge, die man ihnen gibt. Sie werden nach wie vor ihre gewaltige wirtschaftliche Macht rücksichtslos zur Durchsetzung ihrer Profitinteressen anwenden und sich dabei von niemand, wer es auch sei, noch auch von irgendeinem geschriebenen oder ungeschriebenen Gesetz hindern lassen.

Diese Frage kann nur entschieden werden durch den Kampf der Klassen, von der einen gewaltigen Schicht derer, die durch ihrer Hände und ihres Kopfes Arbeit die Gesellschaftsmaschinerie im Gange erhalten, gegen die kleine Schicht derer, die sich in den Besitz der Produktionsmittel der Nation und der Welt zu setzen verstanden hat. Die hier gegebenen Gegensätze werden sich auswirken und durch ihre weitere Wechselwirkung auch (D) die Voraussetzungen für die endgültige Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit schaffen.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Wenn der sozialdemokratische Redner, Herr Abgeordneter Hoch, gestern dem Minister den freundlichen Rat mit auf den Weg gab, er solle rücksichtslos durchgreifen, er solle kühn und entschlossen die Schwerindustrie in ihren Betätigungen kontrollieren, er solle vor allen Dingen eine scharfe Preiskontrolle üben, so wissen wir, daß, falls der Minister Schmidt sich überhaupt jemals zu diesem Schritt verstehen sollte, er dann bestimmt die längste Zeit Minister gewesen wäre.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Dann würden wir sehen, daß die Herren ihn sehr bald ausschiffen würden, trotz Reichstag und trotz aller schönen Redensarten von Demokratie und Selbstbestimmungsrecht. Ich brauche ja nur daran zu erinnern — auf Einzelheiten will ich nicht eingehen —, in wie unverschämter Weise das Agrarkapital mit dem Bürgerkriege droht, mit dem Lieferstreik, mit der Aushungerung der Städte, wenn ihm nicht widerstandslos die Wucherpreise gezahlt werden, die es in seiner unersättlichen Raffgier für notwendig erachtet.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wenn nun der Minister, um das letzte Unheil abzuwenden, um eine etwaige Überschwemmung des deutschen Innenmarktes mit billigeren ausländischen Waren zu verhindern, mit dem Plane umgeht, Schutzzölle zu schaffen, die die deutsche Industrie vor der Auslandskonkurrenz schützen sollen, um so jener Verbrecherkaste, die so rücksichtslos mit dem Leben der Nation umspringt, noch eine letzte Rückendeckung zu verschaffen, so halten wir uns für verpflichtet, schon heute hier mit aller Entschiedenheit zu erklären: wir warnen die

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) Reichsregierung, etwa auf dem Wege des Hochschutzzolles die heutige Schandwirtschaft fortzusetzen und zu stützen.

(Zustimmung bei den Kommunisten.)

Ich habe vorhin darauf hingewiesen, daß die deutsche Industrie es mit Absicht versäumt hat, die Produktionsmittel, den Produktionsapparat technisch so auszugestalten, daß er den Erfordernissen der Wirtschaft entspricht. Ich habe darauf verwiesen, daß die deutsche Industrie sich nicht bemüht hat, gleichzeitig mit ihrem Streben nach Weltmarktspreisen auch die Voraussetzungen für die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu schaffen. Jetzt soll das Proletariat in Deutschland auch noch für diese verbrecherische Unterlassung des Privatkapitals die Kosten tragen. Das Proletariat wird an seinem Leibe, es wird mit dem Hunger dafür gestraft, daß unsere kapitalistischen Kreise für eine technische Produktionssteigerung kein Interesse haben. Das Kapital zeigt sich in Deutschland, wie es sich überall in der Welt zeigt; es will über die Krisis, die bei uns hereinzubrechen droht und zum Teil schon hereingebrochen ist, dadurch hinwegkommen, daß es zu dem altbewährten Mittel der Lohnreduzierung greift, daß es die Produktionskosten durch Lohndruck und durch Verlängerung der Arbeitszeit zu vermindern sucht. Und dieser Versuch wird ganz planmäßig gemacht. Wer sich die Mühe nimmt, die Beratungen des Hauptausschusses über das Reichswirtschaftsministerium nachzulesen, der wird erkennen, daß dort alle bürgerlichen Redner ohne Ausnahme keinen andern Ausweg wußten — das ist übrigens zum Teil auch hier im Plenum zum Ausdruck gekommen —, als von den Bergsklaven zu verlangen, sie sollen trotz ihrer ungeheuer schweren, gefahrvollen Arbeit, die auch der Herr Minister Schmidt gestern anerkennen mußte, bei ihrem (B) geschwächten Körper noch Überstunden leisten, weil das Bergkapital es verabsäumt hat, mit der Technik fortzuschreiten und bessere Ausbeutungsmöglichkeiten in den Gruben zu schaffen.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Das Kapital erklärt, es besitze nicht die Mittel hierzu. Man braucht sich aber bloß die Gewinne der Bergwerke näher anzusehen, um zu erkennen, daß diese Behauptung in keiner Weise den Tatsachen entspricht. Man braucht sich diese Zahlen nur zu vergegenwärtigen, um festzustellen, daß das Kapital es absichtlich verabsäumt hat, für eine Erweiterung der Produktion zu sorgen. Der Herr Minister hatte gestern nicht ganz unrecht, als er sagte: sie verdienen ja mit einem Schacht für Ihre Aktionäre genügend Dividende; sie haben es deshalb nicht notwendig, die Produktion zu steigern.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Wenn die Reichsregierung bei einer der letzten Beratungen über die Kohlenpreise sich dazu bereit erklärte, den Herren einen Extrazuschuß von 18 Mark für erhöhte Abschreibungen zu gewähren, so müssen wir vom Standpunkt der werktätigen Masse und der Kohlenverbraucher dagegen den allerentschiedensten Protest erheben.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Denn hier wird zugunsten des Privatkapitals, zugunsten einer rücksichtslosen Ausbeutungsclique der Lohn und die Existenzmöglichkeit breiter Massen beschnitten; hier werden Mittel der breiten Öffentlichkeit verwandt, um bestimmten Privatkapitalisten Sondervorteile zuzuschanzen. Wenn das Reich schon Abgaben erhebt, dann soll es diese für sich selbst erheben und durch die Mittel, die es auf diesem Wege erhält, sich einen Teil Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel sichern;

(sehr richtig! bei den Kommunisten)

(C) denn in puncto Verfügungsgewalt ist kein anderes Kapital so brutal und rücksichtslos wie gerade das Kohlenkapital.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Außerdem haben wir es erleben müssen — und das ist charakteristisch für die Auffassung der Bureaukraten, die im Dienste der preußischen Regierung stehen —, daß der Generaldirktor der Zeche Hibernia, also eines staatlichen Bergwerks, sich rücksichtslos auf die Seite des privaten Zechenkapitals stellte

(hört! hört! bei den Kommunisten)

und dem Staat und der Allgemeinheit die Kontrolle über diese 18 Mark Extrasteuer, die den Kohlenkonsumenten aufgewälzt wird, streitig machte.

(Zuruf von den Kommunisten: Unter dem sozialdemokratischen Minister!)

Es ist charakteristisch, daß hier der Minister nicht eingreift und versucht, die wirtschaftliche Macht, die ihm hier zufallen könnte, sofern er nur zugreifen wollte, nutzbar zu machen, um einen wirksamen Kampf gegen das Kapital aufzunehmen.

Nun hat der Herr Minister mit Recht gesagt, daß er es angesichts der Haldenbestände und der großen Vorräte, die auf den Zechen lagern, nicht ohne weiteres wage, den Bergleuten Überstunden zuzumuten, daß er vielmehr eine großzügige Produktionspolitik empfehle. Er erklärte, er sei bereits mit Preußen in Verbindung getreten, um den preußischen Staatsbesitz an Grubenfeldern für die Kohlenproduktion nutzbar zu machen. Aber auch hier muß ich sagen: so erfreulich diese Mitteilung an sich auch war, so bekam sie doch einen sehr bitteren Beigeschmack durch den Nachsatz, daß das Reich, der preußische Staat und eventuell auch das Privatkapital gemeinsam die Ausbeutung dieser Gruben übernehmen sollten.

(D) (Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Ich meine, ein Ministerium, in dem Sozialdemokraten sitzen, die, als sie noch allein die Macht hatten, den Bergsklaven immer wieder versprachen, die Bergwerke sollten sozialisiert werden, sollte sich hüten, dem Privatkapital bei solchen Unternehmungen, die sie im Interesse der Gesamtheit neu schaffen müssen, auch nur den kleinsten Finger zu reichen. Es muß doch dem Reiche und Preußen möglich sein, diese Betriebe von sich aus mustergültig und auch ertragreich im Dienste und Sinne der Allgemeinheit einzurichten und auszugestalten, und wir protestieren schon heute mit aller Entschiedenheit dagegen, daß Staats- und Allgemeinbesitz in irgendeiner Weise privaten Interessen und Zwecken dienstbar gemacht wird.

Ja, ich gehe noch weiter: wer gibt den Kohlenbaronen an der Ruhr und anderswo das Recht, über Schätze zu verfügen, die im deutschen Boden ruhen, bloß weil sie zufällig auf irgendeine Art oder Weise in das juristische Eigentumsrecht über bestimmte Ländereien gekommen sind? Ich meine, wenn im deutschen Boden Schätze vorhanden sind, so gehören sie dem gesamten deutschen Volke,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

und das Reich sollte alle noch nicht abgebauten Gruben, wo sie auch sein mögen, einfach expropriieren und sie von sich aus in Betrieb setzen, um so die Kohlenversorgung des Landes sicherzustellen.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Das wäre dann wenigstens ein wirklicher Anfang zur Sozialisierung, es wäre der Anfang für eine Wirtschaft, die wir ohnehin erreichen müssen, wenn wir nicht zugrunde gehen wollen.

Das Geschrei über den Kohlenmangel ist bereits vom Abgeordneten Hue im Ausschuß, dessen Verhand-

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) lungen bekanntlich im März stattfanden, auf seinen wahren Wert zurückgeführt worden. Trotzdem haben wir immer und immer wieder Klagen über Kohlenmangel hören müssen, und vor allem war es wiederum Herr Dr. Reichert, der Herr, der der deutschen Arbeiterschaft den Fluch der Arbeitsgemeinschaft mit verschafft hat, der mit besonderem Nachdruck immer wieder betonte, es bestehe in Deutschland eine sehr schlechte Versorgung mit Kohlen, obwohl ihm der Abgeordnete Hue das Gegenteil nachweisen konnte, und obwohl der Reichskohlenkommissar in Beantwortung der zehn Fragen, die Hue ihm gestellt hatte, allerhand erbauliche Dinge zugeben mußte. Jedenfalls steht die Tatsache fest, daß von einer Kohlennot in dem behaupteten Umfange nicht geredet werden kann, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß ein größerer Konsum von Kohlen durchaus im Interesse der Förderung unserer Gesamtproduktion liegt.

Ich will es mir ersparen, auf die Dinge einzugehen, die mit der Entwicklung der **Kohlenpreise** zusammenhängen, für die man bekanntlich immer und immer wieder die Arbeiter und Arbeiterlöhne verantwortlich zu machen sucht, obwohl einwandfrei feststeht, daß der Anteil der Löhne am Kohlenpreis ständig zurückgeht,

(sehr richtig! bei den Kommunisten)

während der Anteil der sogenannten Produktionskosten und der Anteil, den das Reich in Form von Steuern erhebt, ständig wächst. Während im Jahre 1913 im Kohlenpreis 52 Prozent Arbeitslohn enthalten waren, hat sich dieses Verhältnis bis heute auf 26,9 Prozent verringert.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Es zeigt sich also, daß nicht die angeblich unerschwinglichen Löhne, sondern daß kapitalistische Raubgierinteressen die Ursachen der enormen Kohlenverteuerung sind. (B)

Ich will auch nicht im einzelnen auf die Gestaltung der **Preise in der Eisenindustrie** eingehen. Ich habe vorhin schon an dem Beispiel von Belgien nachgewiesen, daß die wahnwitzige Preispolitik der kartellierten deutschen Eisenindustrie es glücklicherweise dahin gebracht hat, daß wir mit dem Auslande schon nicht mehr konkurrieren können, obwohl bei uns zweifelsohne die Löhne und Gehälter bei weitem niedriger sind als die in den übrigen Ländern.

Ich will auch nicht längere Ausführungen über die **Kaliindustrie** machen, obwohl auch hier festgenagelt werden muß, daß von einer planmäßigen Nutzbarmachung auch dieser deutschen Bodenschätze nicht geredet werden kann. Der Herr Reichswirtschaftsminister hat es zum Beispiel nicht verhindern können, daß der anhaltische Staat wichtigen Besitz an Kaligruben dem Privatkapital, einem jener bekannten Räuberkonzerne, die er mit Recht als Schädlinge am Volkskörper ansieht, in die Hände gespielt hat.

Wir haben vorhin vom Vorredner ein gar bewegliches Klagelied über den **Zuckerwucher** gehört, wir haben seine flammende Entrüstung darüber vernommen, daß die Zuckerwirtschaftsstelle unerschwingliche Preise fordere und daß sie, nachdem sie den Preis auf diese unerträgliche Höhe hinaufgetrieben, nachdem sie den größten Teil des Zuckers verschoben hat, nun vom Reich Zollschutz gegen den Import von Auslandszucker fordert, der freigegeben werden mußte, weil in Deutschland die breitesten Massen überhaupt keinen Zucker mehr erhalten konnten. Ich wundere mich nicht über diese schamlose Frechheit des Zuckerkapitals! Es ist nun einmal das Wesen der kapitalistischen Preispolitik, das Wesen des Kapitalismus überhaupt, daß man über

(C) Leichen hinweg Profit zu machen sucht. „Mache Geld, mein Sohn, mache Geld! Wo möglich, auf anständige Art und Weise; aber mache Geld!“ Selbst bürgerliche Nationalökonomen haben, wie Marx in seinem „Kapital“ zitiert, zugegeben, daß das Kapital vor keinem Verbrechen zurückschreckt, sobald ihm nur der nötige Prozentsatz von Profit winkt.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Aber ich will erwarten, daß die deutsche Öffentlichkeit dem Zuckerkapital, in dem natürlich wiederum das Agrarinteresse dominiert, in dem die Klasse den ausschlaggebenden Einfluß hat, die von jeher im Nehmen ihre Haupteigenschaft sah, — ich will erwarten, daß die Reichsregierung dieser raffgierigen Gesellschaft das Handwerk gründlich legen wird; sollte es aber die Reichsregierung nicht tun, — nun, so wird die breite Masse selbst dafür sorgen.

Es ist aber eine Unverschämtheit sondergleichen, daß die Zuckerindustrie für Zucker, der im vorigen Jahre produziert wurde, unter Produktionskosten, die weit unter der Hälfte der heutigen und späterkommenden Erzeugerkosten liegen, einen Wucherpreis von 23 Mark pro Pfund im Großhandel fordert, einen Preis, der sich im Kleinhandel noch bedeutend steigern muß. Es ist ein Wucher sondergleichen, wenn man wagt, den Zuckerpreis auf diese Höhe hinaufzutreiben und, nachdem man ihn hinaufgetrieben hat, vom Reich zu fordern, es solle diesen Wucher noch durch hohe Wucherzölle sanktionieren und schützen. Da die Herren wie immer Appetit beim Essen bekommen haben, verlangen sie bloß, daß auf den Doppelzentner ein Zoll von „nur“ 1400 Mark gelegt werden soll, also auf das Pfund 7 Mark. Über 7 Mark pro Pfund wollen sie sogar über den jeweiligen Weltmarktpreis hinausgehen können; das ist nämlich der Sinn des ganzen Antrags.

(Unruhe und Zurufe bei den Kommunisten.) (D)

Es wäre verlockend, in diesem Zusammenhang auch auf den **Preiswucher auf dem Gebiete der Baustoffindustrie und des Wohnungsbaues** einzugehen. Während man den breiten Massen durch Sondersteuern und durch besondere Belastungen, die demnächst auf Grund des Reichsmietengesetzes und der anderen damit zusammenhängenden Verordnungen in Kraft treten werden, immer weitere Opfer zumutet, immer neue Lasten auferlegt, treibt hier das Baukapital den unverschämtesten Wucher auf Kosten der Allgemeinheit.

Aber eine Frage muß ich doch noch erwähnen, und das ist die **Papierfrage**. Wer entsinnt sich nicht, daß zwei Tage vor Ostern hier im Hause der Präsident, der Abgeordnete Löbe, in eindringlicher, ja, man möchte fast sagen in geradezu herzergreifender Weise die Not der deutschen Presse schilderte, daß er in wirksamer Weise die gewaltigen Gefahren unterstrich, die bei Fortbestehen dieser Zustände für die deutsche Öffentlichkeit, für die deutsche Demokratie, das heißt, für die kapitalistische Demokratie, sich notwendigerweise ergeben müssen? Das ganze Haus war sich darin einig, daß etwas geschehen müsse. Wenigstens ist kein Widerspruch gegen Löbes Forderungen erhoben worden. — Nun sind aber seit jener schönen Rede — denn es war wirklich weiter nichts als eine wirklich schöne Rede — wiederum mehrere Monate vergangen, und haben sich die Zustände seitdem irgendwie gebessert? Nein, im Gegenteil, Herr Stinnes mit seinen Papierfabriken und seine Kollegen auf dem Gebiete des Papierwuchers haben der Reichsregierung gezeigt, wo Boom wohnt. Sie haben der Reichsregierung in eindrucksvollster Weise zu Gemüte geführt, daß sie auf ihre schönen Deklamationen einfach pfeifen und daß sie es sind, die zu bestimmen haben.

(**Höllein**, Abgeordneter.)

(A) Während im März der Papierpreis noch 8,25 Mark pro Kilogramm betrug, wurde er vom 1. April ab auf 12,80 Mark heraufgesetzt, und einen Monat später, vom 1. Mai ab, auf 15,90 Mark heraufgeschraubt. Also als Antwort auf den Hilferuf der Presse erfolgte vom Papierkapital prompt eine Verdoppelung des Papierpreises!

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Allerdings die Kreise, die vom Papierwucher profitieren, sind auch im immer wachsenden Maße die Kreise, die ein Interesse daran haben, daß jede wirkliche öffentliche Meinung unterbunden wird, die ein Interesse daran haben, die Welt planmäßig geistig zu vergiften.

Herr Stinnes weiß eben ganz genau, weshalb er seinen neuen Ozeandampfer „Carl Legien" tauft, er weiß auch sehr genau, weshalb er die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" und eine ganze Reihe ähnlicher ehrwürdiger deutscher Preßorgane in seinen Besitz nimmt. Nicht etwa, um der Öffentlichkeit mit guten politischen Artikeln und schöner Unterhaltung zu dienen, sondern lediglich um Stinnes-Interessen, um Kapitalsinteressen im übelsten Sinne des Wortes zu verfechten, um die Öffentlichkeit geistig zu beherrschen. Diese Art Geistesvergiftung rentiert sich, wie wir an der Entwicklung des **Stinnes-Konzerns** gesehen haben, übrigens sehr gut. Und diese Entwicklung ist um so leichter, weil Herr Stinnes, wenn den anderen Zeitungen durch die Papierpreiserhöhungen der Atem abgedreht wird, dadurch noch ein besonderes Geschäft macht. Deshalb erscheint es mir, als ob die Reichsregierung auch hier zeigen will, daß die schöne Lehre von der Demokratie, das einzige, was sie dem deutschen Arbeiter überhaupt noch an schönen Worten bieten kann von all dem, was aus der Revolution hervorgegangen ist, in Wirklichkeit nichts weiter ist als, wie schon Friedrich Engel sagte, (B) die beste Schutzhülle für den räuberischen Charakter des Kapitalismus.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Die ganze Entwicklung der letzten Jahre ist ein einziger sprechender Beweis dafür. Jetzt wird sogar noch das letzte Korrelat der bürgerlichen Demokratie, die Presse, die die öffentliche Meinung bilden und schaffen soll, zum einzigen Instrument für die Vertretung der Herreninteressen des Kapitals gemacht.

Die Reichsregierung hat ja im Ausschuß schöne glatte Worte über die Not der Zeitungen und über die Notwendigkeit ihrer Behebung gefunden. Wir werden aber wiederum erleben, daß die Regierung nichts tun kann und auch nichts tun wird, weil übermächtige Kapitalsinteressen ihr das nicht gestatten. Gestern hat Herr Reichsminister Schmidt klipp und klar gesagt, daß die Regierung Mittel für die **Papierverbilligung** für die Presse nicht zur Verfügung stellen wolle und auch nicht könne. Er hoffe, — wobei er offenbar nicht an das Sprichwort vom Hoffen und Harren gedacht hat —, daß es ihm gelingen möge, die Privatindustrie zu bewegen, ihrerseits einen bestimmten Prozentsatz für die Verbilligung des Zeitungspapiers zur Verfügung zu stellen. Wer erinnert sich da nicht des französischen Sprichwortes: „Wer auf die Schuhe eines Toten wartet, läuft Gefahr, lange barfuß zu laufen!" So wird es auch der deutschen Presse ergehen. Die kleinen und mittleren Zeitungen werden weiter die Schwindsucht bekommen, und wie bei der galoppierenden Schwindsucht werden in sehr kurzen Zwischenräumen die Leichen der demokratischen Anhängsel der Ebert-Republik den Weg pflastern. Es zeigt sich eben auch hier, daß die Frage der Presse eine Frage des Besitzes und der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ist. Wer eine wirklich freie und unabhängige Presse haben will, der (C) muß den Kampf gegen den Kapitalismus aufnehmen, der muß mit starker Hand die Wurzeln der heutigen wirtschaftlichen und politischen Versklavung ausrotten.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Nun haben wir gestern auch ein ganz erbauliches Kapitel gehört über eine jener weißen Salben, die die demokratische Republik wie die Bourgeoisie überhaupt gerne anwendet, um in der Praxis mit Erfolg die Methode „Haltet den Dieb" zu üben. Wenn nämlich das Proletariat aufbegehrt, wenn es, gepeitscht durch die wachsende Not, gegen seine ungeheure Auswucherung durch das Kapital rebelliert, dann kommt flugs die Regierung und macht schöne juristisch ausgetüfelte Preisverordnungen. Dann werden **Preisprüfungsstellen** eingerichtet, es werden Preisprüfer ernannt und es wird ein gewaltiger Apparat aufgeboten, um die Aufmerksamkeit der Massen von dem Wesenskern des Wuchers abzulenken. Wir sind uns von vornherein klar gewesen und haben es auch immer wieder ausgesprochen, daß diese Preisprüfungsstellen, wie sie auch beschaffen sein mögen, ob lokal, ob provinzial oder zentral, weiter nichts als Schwindelorgane sind, und es hat sich noch immer gezeigt, daß alle Preisprüfungsmaßnahmen nicht verhindert haben, daß die Preise in gewaltigem Ausmaß weiter stiegen, weit mehr als die tatsächlichen Ausgaben für die lebendige Arbeitskraft rechtfertigten. Es hat sich ergeben, daß diese Preisprüfungsstellen noch immer sogenannte „angemessene" Gewinne zugestanden haben, die in allen Fällen weit über das Maß hinausgingen, das man in Friedenszeiten realisieren konnte. Und um den Kampf gegen die Schieber und Gauner, über die sich die Rechte immer ganz besonders entrüstet, vor allen Dingen wenn sie noch hinzufügen kann, es wären Juden — dabei sehen wir jetzt, daß die wahren Juden die typischen Urchristen sind, die auf jenen Bänken sitzen, denn sie betätigen ihr Christentum besonderes im (D) Nehmen —,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

ich sage, um nun den Kampf zu führen gegen die Schieber und Wucherer, die man hängen müßte, wie man in Bayern sagt — aber sie haben noch keinen gehängt, wenigstens keinen von den Großen —, hat man allerhand Wucherverordnungen geschaffen oder wenigstens damit in der Öffentlichkeit operiert. Wir haben erlebt, daß ein **Wuchergesetz** entworfen worden ist, über das man hier wunderbar schöne Reden gehalten hat, um es schließlich in dem Ausschuß zu vergraben. Und gerade diejenigen, die am meisten über den Wucher und über das Schiebertum geschrien haben, jene Herren von der deutschnationalen Seite, waren hernach auch diejenigen, die ihr ganzes Hirnschmalz aufbrauchten, um den nötigen juristischen Kautschuk zu finden, damit die wirklichen Wucherer durch die Strafbestimmungen hindurchschlüpfen können. Und endlich haben sie das Ei des Kolumbus entdeckt! Statt nämlich den Wucher wirksam zu fassen, will man, wie wir gestern aus dem Munde des Herrn Hammer gehört haben — wir wußten es ja schon aus dem schriftlichen Ausschußbericht — dazu übergehen, daß nicht der übermäßige Gewinn, der doch den Wucher charakterisiert, sondern nur der übermäßige Preis bestraft werden soll.

Herr Hammer hat klipp und klar erklärt, daß er für seine Krautergenossen das unbedingte Recht auf Wucher in Anspruch nimmt. Nun, wir wissen ja, daß in der kapitalistischen Gesellschaft der Grundsatz: „Haue deinen nächsten übers Ohr, so gut wie du kannst!" das alles bewegende Prinzip ist, und wir geben uns deshalb auch nicht den geringsten Illusionen hin. Aber deshalb wenden wir uns auch entschieden dagegen, daß man hier neue Schaugerichte für die Massen draußen

(**Höllein,** Abgeordneter.)

(A) aufstellt, damit diese glauben sollen, der demokratische Staat, die Ebert-Republik tue wirklich etwas gegen die drückende Not der breiten Massen, während sie in Wirklichkeit nur Mittel zu seiner Täuschung schafft und zudem übermäßig die Arbeitskraft des Reichstags und der Behörden in Anspruch nimmt.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Der Herr Abgeordnete Hammer hat sein Prinzip auf gesetzlichen Wucher dadurch zu rechtfertigen versucht, daß er behauptete, die ständige Entwertung der Mark, die ständig wachsende Teuerung bedinge, daß die Ware bei ihrem Wiederverkauf unter allen Umständen die Summe einbringen müsse, die zum Ankauf neuer Warenvorräte notwendig sei. Ich meine, das bedeutet den Anspruch auf eine Kapitalakkumulation, wie sie selbst in den Zeiten der allerwüstesten kapitalistischen Ausbeutung nicht gefordert werden konnte und gefordert worden ist. Das bedeutet, daß man Waren, die unter bestimmten billigen Verhältnissen hergestellt sind, unter niedrigen Löhnen, bei niedrigen Materialpreisen, bei niedrigen Betriebskosten, zu einem Preise verkaufen will, wo dieselben Kosten das Mehrfache ausmachen. Und daß das Argument des Herrn Hammer allem anderen, aber nur nicht der Wahrheit entspricht, zeigt uns ein Blick auf die **Konkursstatistik** des Deutschen Reiches. Wäre es nämlich so, wie Herr Hammer — man weiß nicht, wie man sein ganzes Gehaben noch parlamentarisch charakterisieren soll — in so schönen und scheinbar bescheidenen Worten hier vortrug, wäre es so, daß diese Kreise wirklich mit solch großen Schwierigkeiten zu kämpfen hätten, so müßten diese Schwierigkeiten doch auch in der Konkursstatistik des Deutschen Reiches ihren Ausdruck finden. Diese Statistik zeigt uns aber auf das eindeutigste, daß in jenen Kreisen in der Tat und Wirk-(B)lichkeit in einem Maßstabe gewuchert worden ist, wie in keiner Epoche der deutschen Geschichte vorher. Während im deutschen Reiche im Jahre 1913 12 756 Konkurse zu verzeichnen waren, betrug diese Zahl im Jahre 1920 nur noch 1324.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Nur im zuletzt abgelaufenen Jahre zeigt die Kurve ein leichtes Anziehen, sie hat sich beinahe verdoppelt. Vergleichen Sie diese Zahlen mit denen der anderen Länder, dann können Sie feststellen, daß dort die Weltkrise Opfer über Opfer im kapitalistischen Sinne fordert, daß sie riesenhafte Mengen von Leichen auf dem wirtschaftlichen Schlachtfeld zurückläßt. Diesen Zahlenbeweisen hat man in Deutschland vorläufig noch nichts entgegenzusetzen vermocht, wenn man auch noch so laut immer das Gegenteil behauptete.

Während man also in Deutschland im letzten Jahre eine relativ geringe Erhöhung der Konkursziffer verzeichnete, zeigen die Vereinigten Staaten von Amerika ein Anwachsen von 8881 im Jahre 1920 auf 19 652 im Jahre 1921, also in dem Lande des Dollars, in dem nach landläufigen Begriffen Milch und Honig fließen soll. In England, das also nicht einmal die Bevölkerungszahl von Deutschland hat, ist die Zahl von 2286 auf 5640 gestiegen; in Schweden, dessen Bevölkerung doch sehr gering ist, sogar von 2285 auf 5130.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Hier haben wir die wirklichen Opfer der Wirtschaftskrisis vor uns. Für Deutschland beweisen die Zahlen klipp und klar, daß jene Kreise, die jetzt die gesetzliche Sanktion ihres Wuchers verlangen und den wirklichen Wucher straffrei machen wollen, diesen auch vorher schon in ausgedehntestem Maße betrieben haben.

Noch ein Punkt muß aus dem Etat des Herrn Reichswirtschaftsministers hervorgehoben werden, obwohl er persönlich dafür nicht verantwortlich gemacht (C) werden kann. Aber der Vorgang ist für die Gestaltung der Dinge in Deutschland so charakteristisch, er beleuchtet so klipp und klar die Situation und das, was das Bürgertum sich heute schon wieder herauszunehmen wagt, daß er hier unbedingt angeführt werden muß. Es handelt sich nämlich um die famose Sozialisierungskommission. Wir Kommunisten haben uns nie eine Illusion darüber gemacht, daß diese Sozialisierungskommission dem Proletariat irgend welche Vorteile bringen könnte. Wir wußten von vornherein, daß die **Sozialisierungskommission** nur ein Knochen war, den man den bellenden Hunden hinwarf, damit sie ihre Zeit daran vertrödeln und nicht Gelegenheit nehmen sollten, ihrem Peiniger und Angreifer an die Waden zu fahren. Und richtig: der deutsche Mops hat gehorsam an dem Knochen herumgeknabbert; er hat seine Zeit in endlosen Kommissionssitzungen vergeudet, er hat wunderbare Theorien über einen Sozialismus im Wolkenkuckuksheim ausgearbeitet, aber dem Proletariat in seinem Klassenkampf zur Eroberung des Sozialismus in keiner Weise genützt.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Das Spielzeug hat seine Wirkung getan. Die Herren fühlen sich wirtschaftlich erstarkt und wissen, daß sie als die Besitzer der Sachwerte wieder obenauf schwimmen. Sie sagen nun: da, Kanaille, hast du deinen Fußtritt, und sie werfen die Sozialisierungskommission kühn beiseite. Es war auch hier wieder der Handwerksretter Hammer, der gestern sagte: Weg mit dem alten Möbel!

Herr Korthaus hat sich vorhin über das Gebaren jener Ausbeutungsclique entrüstet. Ich möchte ihm sagen, daß der Angriff auf die Sozialisierungskommission, den auch sein Parteifreund Ersing, ein Proletarier, ein Gewerkschaftssekretär, mitgemacht hat, genau so niederträchtig und erbärmlich ist, wie der Angriff auf (D) die Zuckerration der breiten Massen. Es ist nur ein Teilchen des gewaltigen Klassenkampfes, der sich heute zwischen Kapital und Arbeit abspielt, und wenn alle bürgerlichen Parteien des Reichstags dabei mitmachen einschließlich der Demokraten — wo fehlten denn je die Demokraten, wenn Reaktion gemacht wurde! —,

(sehr gut! bei den Kommunisten)

so zeigt das nur die in dem Machtbewußtsein dieser Kreise vor sich gegangene Entwicklung.

Nun, die Arbeit der Sozialisierungskommission ist in ein paar dicken Wälzern der Nachwelt erhalten. Diese Wälzer werden hoffentlich den kommenden proletarischen Geschlechtern ein abschreckendes Beispiel und zugleich eine Warnungstafel und ein Wegweiser sein, wie sie es in Zukunft nicht machen sollen: nicht unfruchtbar diskutieren über soziale Theorien, sondern den Sozialismus im Klassenkampf erkämpfen und verwirklichen! Das verkündigen uns jene Bücher.

Das ist also das Bild, das sich aus der Debatte und aus dem Berichte des Herrn Reichswirtschaftsministers ergibt. Der Minister hat gesagt, er wolle alle Kräfte anspannen, um zu verhindern, daß sich die Inlandspreise in noch rascherem Tempo als bisher den Weltmarktspreisen nähern, und er wolle sich bemühen, da die Krise nun schon einmal unabwendbar sei, sie durch Aufträge des Staates usw. mit aller Kraft hintanzuhalten. Dieses Beginnen ist höchst löblich und notwendig, um ein rasches Absterben der breiten werktätigen Massen in Deutschland zu verhindern; aber auf der anderen Seite heißt dies auch nur wieder Kastanien aus dem Feuer holen für jene Kreise, die das Deutsche Reich mit Gewalt in diese Krisis hineingetrieben haben und die drauf und dran sind, es in weitere Krisen hineinzutreiben.

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) Aber diese Maßnahmen, so notwendig und zweckdienlich sie an sich auch sind, sie bleiben doch nur ein Schaugericht; denn die Krisis und die daraus sich ergebenden Zustände werden anhalten, ja sie müssen sich verstärken, solange nicht eine grundsätzliche Wandlung in den sozialen Besitzverhältnissen, in der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel eintritt.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Deshalb genügt es nicht, wenn der Minister an die Herren Stinnes und Compagnie appelliert und sie auffordert, sie möchten doch dafür sorgen, daß die deutsche Industrie organisch und technisch so ausgebaut werde, daß sie dem Konkurrenzkampf im Innern und draußen in der Welt gewachsen sei. Diese Forderungen verhallen einfach im Winde. Die Herren werden die Forderung erfüllen, wenn es ihren Interessen entspricht, und sie werden auf den Minister pfeifen, sobald sie ihren Geldsackinteressen entgegen ist. Der Minister Schmidt hat ja schon einmal einen Ansatz zu einer männlichen proletarischen Tat in seiner Brust getragen, als er seine bekannte Denkschrift über die **Erfassung der Sachwerte** herausgab, eine Denkschrift, die, so unvollkommen sie auch gewesen sein mag, immerhin zeigte, daß er den einzig möglichen und gangbaren Weg erkannt hat, der das deutsche Volk aus seinem Elend und seinem Verkommen herauszuführen imstande ist. Aber der Minister Schmidt hat sich dann wieder sehr rasch jene Tugend der Resignation und jene Eigenschaft des wedelnden Schwanzes zugelegt,

(Lachen)

die wir bei der deutschen Sozialdemokratie in den letzten Jahrzehnten gewohnt sind. Statt zu erklären: das ist meine Überzeugung, so geht die Entwicklung, hier stehe ich, ich kann nicht anders,

(erneutes Lachen)

(B) ist er wiederum zusammengeklappt. Die Dinge werden aber schon selbst dafür sorgen, daß die Entwicklung auch noch solche Männer gebären wird, die statt des Gummis in dem Kreuz mancher Leute von heute starken Stahl im Rückgrat haben werden. Jedenfalls steht die Tatsache fest, daß das Unternehmertum auf alles pfeift, was im Interesse der Gesamtheit liegt, daß das Unternehmertum nur einen Gott kennt, und das ist der Profit.

Ich habe schon angedeutet, daß sich ein Ausdruck dieser Gesinnung bei dem Kampfe der süddeutschen Metallarbeiter gezeigt hat, wo allen Mahnungen, allen Bitten und Flehen des Reichsarbeitsministers zum Trotz das **süddeutsche Metallkapital** einen **Machtkampf** ausfechten und absolut eine Bresche in den Achtstundentag schießen wollte. Während nun der Kampf auf der einen Stelle abgebrochen wurde, hat das Kapital den Kampf auf der Front nebenan schon wieder aufgenommen. Nach den Arbeitern in Bayern und Wüttemberg sind jetzt die Arbeiter in Hessen-Nassau, in Frankfurt usw. an die Reihe. Nach neuen Pressemeldungen sind schon wieder 40 000 Metallarbeiter durch die willkürliche brutale Macht und Raubsucht des Metallkapitals auf die Straße geworfen worden.

Hieraus ergibt sich für das Proletariat eine Lehre: Heute halb niedergeschlagen in Bayern, morgen halb niedergeschlagen in Frankfurt, übermorgen in einem anderen Ort. Und nach den Metallarbeitern kommen die Bergarbeiter und nach den Bergarbeitern kommen die Bauarbeiter und nach den Bauarbeitern kommen die Holzarbeiter dran und so fort. Wann werden die Arbeiter endlich aus diesen Vorgängen lernen und die notwendigen Folgerungen ziehen? Wann werden sie erkennen, daß der planmäßigen Offensive des Unternehmertums ebenso planmäßig und strategisch geantwortet werden muß von seiten der Arbeiterklasse? Wann werden sie erkennen, daß die **Macht der Arbeiterklasse** (C) diese Leute wie Zwerge an die Wand zu drücken vermag, sobald sie nur ihre Macht rücksichtslos gebrauchen will?

Darum rufen wir von dieser Stelle die Arbeitermassen draußen auf, sich nicht länger irreführen zu lassen durch die kleinbürgerlichen Anschauungen und die Politik der Angst vor der eigenen Courage, wie wir sie erst jetzt wiederum kennen gelernt haben, sondern der Entwicklung der Dinge frei und entschlossen ins Auge zu schauen. Die Entwickelung treibt zum Untergang, wenn das Proletariat ihr nicht kühn und mutig in die Speichen fällt. Aber wenn dem so ist, dann hat das Proletariat, unbekümmert um das, was die andern sagen, unbekümmert um alles verlogene interessierte Geschrei des Kapitals, die Maßnahmen zu ergreifen und den Weg zu gehen, der herausführt aus dem Sumpf, der herausführt aus Tod und Niedergang!

Zu diesem Kampfe rufen wir die Arbeitermassen draußen auf. Mögen Sie sich heute noch mit allen Mitteln dagegen stemmen, mögen Sie tun oder unterlassen, was Sie wollen, die eine Gewißheit bleibt uns, daß wir siegen werden, weil wir siegen müssen!

(Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.) — Lachen und Zurufe.)

Vizepräsident **Dietrich** (Prenzlau): Die allgemeine Besprechung zu Kap. 1 Tit. 1 ist geschlossen. Ich darf annehmen, daß die nächsten Herren Redner sich nur zur Frage des Lehrlingswesens aussprechen werden.

Das Wort zur Begründung der darauf bezüglichen Interpellation hat der Herr Abgeordnete Biener.

Biener, Abgeordneter, Interpellant: Darf ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Aussprache, meiner Aufgabe entsprechend, auf ein sehr ernstes Gebiet des Reichswirtschaftsministeriums zurückführen, und zwar auf das Gebiet der **Lehrlings-**, (D) der **Jugendausbildung**, eine Frage, die in der gemeinsamen Interpellation der bürgerlichen Parteien niedergelegt worden ist. Ich begrüße es, daß wir in kurzer Folge schon wieder einmal Gelegenheit haben, über diese außerordentlich wichtige Frage, die das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands berührt, uns zu unterhalten, nachdem wir in der vorigen Woche erst in Form eines Abwehrgefechts unter der Firma Lehrlings- und Jugendschutz die Frage schon behandelt hatten.

Ich möchte zunächst feststellen, daß die Interpellation in ihren Unterschriften nicht vollständig wiedergegeben worden ist. Wenn auch auf der Drucksache die Zentrumsfraktion nicht mit unterzeichnet steht, so ist doch, als die Interpellation zum ersten Male auf der Tagesordnung stand, vom Herrn Präsidenten mitgeteilt worden, daß als weitere Interpellanten beigetreten seien Trimborn und Fraktion. Ich stelle also fest, daß die Interpellation von sämtlichen bürgerlichen Parteien gemeinsam eingebracht worden ist.

Diese Interpellation könnte nun Anlaß geben, den ganzen großen Fragenkomplex der Jugendausbildung und Jugenderziehung in den Kreis der Betrachtung zu ziehen, unter besonderer Berücksichtigung der Eigenart der Handwerkerlehre. Mit anderen Worten, es könnte heute die Frage wiederholt werden: wie steht es mit dem Gesetz über die Berufsausbildung der Jugendlichen? Ich will mich aber auf das Notwendigste beschränken. Ich weiß nicht, ob auch hier etwa Zuständigkeitsfragen schuld sind, daß die Arbeit noch nicht weiter gediehen ist. Wir erleben es ja, daß sich bei diesen Ausbildungsfragen zwei Ministerien um die Palme bemühen, das Arbeitsministerium und das Wirtschaftsministerium. Ich möchte sagen, das gesamte Handwerk steht auf dem Standpunkt, daß es seine An-

(**Wiener**, Interpellant.)

gelegenheiten ausschließlich von einem Ministerium behandelt wissen will, und zwar vom Wirtschaftsministerium. Überdies scheint mir aber auch die Frage sehr überflüssig; denn ich bin der Meinung, Arbeit ist Wirtschaft, und Wirtschaft ist Arbeit.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Es wird kaum möglich sein, die Teilung der Arbeitsgebiete immer reibungslos zu gestalten, und mindestens für die Fragen des Handwerks würde es eine erhebliche Vereinfachung darstellen, wenn einmal im Schoße des Kabinetts eine Beratung darüber herbeigeführt würde, wie man die Handwerkerfragen einem Ministerium zuteilen kann.

Ich bezeichnete vorhin die Frage der Ausbildung der Jugendlichen, der Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses als eine der ernstesten Aufgaben des Wirtschaftsministeriums. Ich meine, dieses Ministerium sollte sich mit den maßgebenden Faktoren des Wirtschaftskörpers in engster Fühlung halten, um als Führer und Berater in engster Verbindung mit den Wirtschaftsfaktoren die Aufbauarbeiten zu leisten, die man von ihm verlangen muß. Es gilt das alte wahre Wort auch heute noch: „Vom Hause aus baut sich der Staat", und wenn man eine segensvolle Aufbauarbeit leisten will, muß man unten anfangen, ganz im Gegensatz dazu von manchen Auch-Wirtschaftspolitikern, die da glaubten, man könne die Fäden, die 1914 abgerissen worden sind, an jener Stelle wieder anknüpfen. Ich bin der Meinung, daß von unserer gegenwärtigen Generation ein großer Teil für die Besserung verdorben ist. Man wird von unten wieder neu aufbauen müssen, daß neue Kräfte in die Wirtschaftsstellen hineinwachsen. Man wird aus dem Grunde der Ausbildung der Jugendlichen, unseres Nachwuchses in den Großgewerben, im Handel, im Handwerk und in der Landwirtschaft das allergrößte Interesse entgegenbringen müssen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Schon vor dem Kriege haben wir Handwerker es ganz besonders und vergeblich beklagt, daß so sehr viele der jungen Leute, der Schule entwachsen, sich den sogenannten ungelernten Berufen zugeneigt haben. Es war das zu erklären durch die damals schon sehr weit verbreitete materialistische Denkweise, zum Teil auch durch die sozialen Verhältnisse, durch die Notlage der gesetzlichen Vertreter, der Familien, aus denen die jungen Leute stammten. Wir haben sehr oft beklagen müssen, daß sehr oft die tüchtigsten Kräfte uns dadurch für unser Handwerk, für unser Wirtschaftsleben verloren gegangen sind. Nebenher ging ja die uns allen bekannte Überspannung in der Wertung der rein schulischen Bildung, zum Nachteil der Werte schaffenden praktischen Arbeit.

Der deutsche Kammertag hat schon während des Krieges vergeblich darauf hingewiesen, welche besondere Aufgabe nach Schluß der Kriegswirtschaft, nach Ende des Krieges für die Wirtschaftsführer, für die Regierung und für die maßgebenden Kreise darin liege, einen Wandel in der Richtung zu schaffen, daß für die gediegene Ausbildung für Handwerk und Großgewerbe auch die nötigen geistig und körperlich geeigneten Kräfte herangezogen werden. Ich befürchte mit meinen Handwerkskollegen gewiß nicht mit Unrecht, daß die Schäden, die wir jetzt heraufziehen sehen, sich in den nächsten Jahren auswirken werden. Es wird sich zeigen, daß ein erheblicher Mangel an Qualitätsarbeitern im deutschen Wirtschaftsleben vorhanden ist. Aus dem Grunde ist es zu begrüßen, daß Veranstaltungen, z. B. gegenwärtig die deutsche Gewerbeschau in München, in der Richtung wirken wollen, daß wieder Sinn und Verständnis hervorgerufen wird für die gedankenvolle, segenbringende Arbeit des Kunsthandwerks. Durch die Kriegsverluste sind unserem Wirtschaftsleben so erhebliche Lücken gerissen worden, daß selbst das Großgewerbe heute auf dem Standpunkt steht, daß auch sein Nachwuchs einer geordneten Lehre zu unterziehen ist. In meinen Händen befindet sich ein Schriftstück der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Landesstelle Sachsen, in dem darauf hingewiesen wird, daß auch die Mitglieder, die im wesentlichen Großgewerbetreibende sind, durchaus den Standpunkt vertreten, daß der Nachwuchs künftig einer geordneten Lehre unterzogen werden soll. Der sozialpolitische Ausschuß der Zentralarbeitsgemeinschaft, die Sassenbachsche Studienkommission und vorher auch der deutsche Gewerkschaftskongreß 1919 in Nürnberg, alle diese Organe haben den Standpunkt vertreten, soweit die Möglichkeit dazu vorliegt, jeden Jugendlichen männlichen oder weiblichen Geschlechts einer beruflichen Ausbildung unmittelbar nach der Schulentlassung zu unterwerfen. In dieser Frage gehen wir gemeinsam. Es soll also in Zukunft heißen, daß für den Nachwuchs in Landwirtschaft, Großgewerbe, Handel und Handwerk eine **gesetzliche Regelung der Ausbildung** Platz greifen soll.

Freilich, darin könnte auch eine Gefahr liegen, wenn man etwa den Gedanken in der Weise zur Wirklichkeit werden ließe, daß man diese gesamte Regelung über einen Leisten schlagen wollte. Davon kann in alle Wege keine Rede sein, sondern die Grundsätze, die für die gesetzliche Regelung aufgestellt werden, müssen in Einklang mit den Verhältnissen des einzelnen Wirtschaftszweiges gebracht werden. Insbesondere meine ich nun, daß die bewährten Vorbilder des Handwerks dabei zum Muster genommen werden könnten.

Aber auch weiter muß, wenn die Arbeit zu einem gedeihlichen Ende geführt werden soll, davon abgesehen werden, diese Bestrebungen in den Dienst gewisser Tendenzen zu stellen. Daß diese Gefahr besteht, beweisen die Verhandlungen, die im Juli 1919 auf dem **Deutschen Gewerkschaftskongreß** stattgefunden haben. Nicht, daß ich meine, daß der Gedanke etwa dort in **Nürnberg** geboren worden sei, für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben eine gesetzliche Regelung der Ausbildung herbeizuführen. Tatsache ist aber, daß nach der Tagung der deutschen Gewerkschaften in Nürnberg diese Frage in der Öffentlichkeit einer breiteren Besprechung unterzogen worden ist. Man hätte daraus den Schluß ziehen können, daß in Nürnberg eingehende Verhandlungen über diese Frage stattgefunden haben. Ich habe die gedruckten Protokolle in meiner Hand und war aufs äußerste erstaunt, als ich die gesamten Verhandlungen über diesen Punkt 9 der Tagesordnung, Regelung des Lehrlingswesens, auf einer so kleinen Seite dieses Buchs vereinigt fand. Freilich waren auch die Teilnehmer sich dieser Schwäche bewußt. Als Herr Sassenbach-Berlin unter diesen Verhältnissen zu leiden schien, hat sich dann sein Freund und Kollege Albrecht in den gleichen Worten bewegt. Insbesondere sagt Herr Eichhorn-Karlsruhe:

> Die Lehrlingsfrage hätte bei ihrer großen Bedeutung den Kongreß eingehend beschäftigen müssen. Da die Zeit dazu aber nicht ausreicht, bitte ich wenigstens um Annahme der vorgeschlagenen Richtlinien.

Es kann also nicht die Behauptung aufgestellt werden, daß der deutsche Gewerkschaftskongreß in Nürnberg etwa die Frage der Lehrlingsausbildung in ihren tiefsten Tiefen aufgewühlt und so tief geschürft hätte, daß diesen Verhandlungen eine besondere Bedeutung beizumessen sei.

(Biener, Interpellant.)

(A) Viel früher aber als die deutschen Gewerkschaften hat das deutsche Handwerk den Finger auf diese Wunde gelegt und darauf hingewiesen, daß eine besondere Notwendigkeit vorliege, den gesamten Nachwuchs für die verschiedensten Berufszweige und Zweige unseres Wirtschaftslebens einer geregelten Ausbildung zu unterziehen. Freilich, an den Grundsätzen, die die Gewerkschaften damals aufgestellt haben, ist nicht alles zu verwerfen, was da niedergelegt ist. Soweit es aber gebilligt werden kann — das gereicht uns zu besonderer Freude —, haben die deutschen Gewerkschaften sich doch auf die bewährten Vorbilder, die das deutsche Handwerk seit Jahrzehnten, seit Jahrhunderten gegeben hat, besonnen. Denn in dem Punkt 11 der Grundsätze sagen auch die deutschen Gewerkschaften, daß die Grundlage der gesamten Berufsausbildung in Zukunft im allgemeinen die **Meisterlehre** sein müsse. Das sagen sie, obwohl in der Grundsatzerklärung gleich zu Anfang die Handwerkerlehre mit Feuer und Schwert ausgetilgt werden soll. Man sieht doch, daß das, was seit Jahrzehnten Boden gewonnen hat, was seit langer Zeit die bewährte Grundlage der Handwerkerlehre gewesen ist, nämlich die Meisterlehre, auch durch noch so schöne Redewendungen nicht aus der Welt geschafft werden kann.

Wir erheben freilich entschieden Einspruch dagegen, daß der Träger der Organisation für die Regelung, Durchführung und Überwachung des gesamten Lehrlingswesens etwa die schleierhafte Zentralkommission sein soll. Wir vertreten vielmehr den Standpunkt, daß, wenigstens soweit es sich um das Handwerk handelt, die Träger der Organisation zur Regelung des Lehrlingswesens nach wie vor die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen sein müssen, also die **Handwerks- und Gewerbekammern.**

(B) (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Dort, wo durch die genügende Innungsbildung die Handwerker sich fachliche Berufsvertretungskörper geschaffen haben, wird man auch für die Zukunft wünschen müssen, daß die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen die Erledigung gewisser Aufgaben den fachlichen Berufskörpern übertragen.

(Zustimmung rechts.)

Wir haben im Deutschen Reich eine so große Zahl gut geleiteter und gut arbeitender **Innungen,** daß man sich deren Mitarbeit insbesondere bei der Durchführung der Kleinarbeit im Lehrlingswesen, in der Lehrlingsausbildung versichert halten muß.

(Sehr wahr! rechts.)

Die öffentlich-rechtliche Berufsvertretung hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß überall nach den gleichen Grundsätzen gearbeitet wird. Sie hat gewissermaßen auch der Regierung gegenüber die Verantwortung für das, was im Handwerk geschieht. Dem muß das Reichswirtschaftsministerium auch entsprechen, indem es dem Handwerk in seiner Betätigung etwas mehr Liebe und Interesse entgegenbringt, als es bisher leider geschehen ist.

(Sehr gut! rechts.)

Wir hatten im deutschen Handwerk mitunter den Eindruck, als ob im Reichswirtschaftsministerium auch heute noch der Gedanke, wie wir ihn nach 1871 im deutschen Wirtschaftsleben allgemein zu verzeichnen hatten, maßgebend sei, daß man bloß noch Sinn für **Großgewerbe und Großhandel** hatte, daß man nur noch Augen hatte für die Erweiterungsmöglichkeiten, die Expansionsbestrebungen usw. zum Welthandel, zur Weltindustrie. Man hatte vollständig vergessen, den Wert des Kleinen zu beachten.

(C) Meine Herren vom Wirtschaftsministerium, an Sie wende ich mich hier ganz besonders. Wenn die Endlösung unserer Wirtschaftskrisis kommt — Sie wissen doch genau so gut wie ich, daß unsere gegenwärtige Entwicklung eine Scheinentwicklung ist, eine Entwicklung, die nicht gesund genannt werden kann —, dann wird man die schätzenswerten Kräfte, die im Handwerk vorhanden sind, auch seitens der Regierung, mag sie zusammengesetzt sein, wie sie will, nicht beiseite schieben können.

(Sehr richtig! rechts.)

Man wird sich des deutschen **Handwerks** erinnern; denn es war schon früher bei den wellenförmigen Bewegungen des Wirtschaftslebens sehr gern und sehr wirksam der Puffer, wenn andere Wirtschaftszweige unter einer wirtschaftlichen Depression zu leiden hatten. Also, meine Herren vom Ministerium, wollen Sie sich dieser Pflicht und Aufgabe auch in Zukunft erinnern. Das Handwerk ist mit seiner Froschnatur allen Zufälligkeiten und Wechselfällen der Jahrhunderte gegenüber gewachsen gewesen, es wird auch in der Gegenwart und in der nächsten Zukunft seine Aufgabe erfüllen. Dazu bedarf es aber, daß es für seine Betätigung auch Verständnis an der obersten Spitze im Reiche findet, und das ist in unsern Augen das Reichswirtschaftsministerium.

(Sehr richtig! rechts.)

Neben den Aufgaben, die die öffentlich-rechtliche Berufsvertretung, die Handwerks- und Gewerbekammern, bei dem gesamten Ausbildungswerk zu übernehmen haben, wird die Frage zu prüfen sein, auf welcher **rechtlichen Grundlage** das **Lehrverhältnis** und das Lehrlingswesen gegründet sein soll. Hier sollte nach meiner Meinung an den bewährten Einrichtungen des Handwerks festgehalten werden. Nicht etwa darf (D) nur eine Verabredung etwa zwischen dem Lehrmeister und der schleierhaften Zentralkommission die rechtliche Grundlage bilden, sondern ein verbriefter **Lehrvertrag,** der ordnungsgemäß zwischen dem Lehrmeister und dem gesetzlichen Vertreter des Lehrlings abgeschlossen ist, muß die rechtliche Grundlage darstellen, — eine vertragliche Vereinbarung, in die dann natürlich niemand hineinzureden hat, vorausgesetzt, daß der Vertrag nach den Grundsätzen abgeschlossen ist, die von der Handwerks- und Gewerbekammer aufgestellt worden sind. Wir wollen, daß in der Handwerkerlehre die autoritative Stellung des Meisters erhalten bleibt. Was will denn der gesetzliche Vertreter mit der schleierhaften Zentralkommission, die er, wenn er sie braucht, nie hat? Man wird dem gesetzlichen Vertreter eine verantwortliche Person gegenüberstellen müssen, und das ist der **Lehrmeister,** der auch zur Verantwortung gezogen werden kann für das, was er bei der Ausbildung mit dem jungen Menschen vorgenommen hat. So wollen wir also auch in Zukunft an der Autorität des Lehrmeisters nicht rütteln lassen.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Die Tätigkeit und verantwortliche Arbeit des Lehrmeisters bei der Ausbildung der jungen Menschen garantieren uns auch die individuelle Ausbildung. Das ist der Vorzug, den die Handwerkerlehre in der Vergangenheit sowohl wie in der Gegenwart stets gehabt hat. Wir wollen, daß eine **persönliche Beziehung zwischen Meister und Lehrling** verbleibt. Wir meinen, wenn man allenthalben genau so verfahren hätte, wie das seit jeher im deutschen Handwerk der Fall war, so würden wohl auch die üblen Folgen der sozialen Zerklüftung nicht so zum Himmel schreien, wie das leider in unserm deutschen Volke der Fall ist. Die mangelnde Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist

(**Wiener**, Interpellant.)

von Haus aus schuld daran, daß das Nichtverstehen sich so einwurzeln konnte; sie ist schuld daran, daß die soziale Zerklüftung und die divergierende Entwicklung sich hemmungslos zu dem gegenwärtigen Zustande ausbreiten konnte, so daß man heute nicht mehr von einer Volksgemeinschaft reden kann.

Der **Reichsverband des deutschen Handwerks**, die Gesamtvertretung des deutschen Handwerks, in dem die amtlichen, wirtschaftlichen und beruflichen Handwerksorganisationen zusammengeschlossen sind, hat sich auf drei hervorragenden Tagungen mit dieser wichtigen Aufgabe beschäftigt. In Hannover, in Jena und in Bayreuth haben die Führer des gesamten deutschen Handwerks sich mit diesen Fragen beschäftigt, und, bei Gott, ich kann sagen: ernster als die deutschen Gewerkschaften in Nürnberg.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Die Tagungen haben auch die Ehre des Besuches vom Reich und von den Landesregierungen genossen, und ich bin überzeugt: in den Akten des Reichswirtschaftsministeriums sind auch die Verhandlungen noch aufbewahrt. Ich gebe mich der Hoffnung hin, wenn es sich um die Ausgestaltung des Gesetzes über die Berufsausbildung der Jugendlichen handeln wird, daß das Reichswirtschaftsministerium sich auch der Beratungen des Reichsverbandes des deutschen Handwerks erinnert und auch aus den Verhandlungen schöpft, nicht nur soweit es sich um die Ausgestaltung des Lehrlingswesens im Handwerk handelt, sondern auch soweit es sich um die Schaffung eines geordneten Lehrverhältnisses und Lehrlingswesens in den übrigen großen deutschen Wirtschaftszweigen handelt.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir Handwerksleute meinen, daß die bewährten Vorbilder des Handwerks auch nach jener Richtung hier und da wohl zum Muster genommen werden können. Das Handwerk hat sich immer auf sich selbst gestellt, ist nicht etwa von der Parteien Gunst gefördert worden und hat sich oft auch nicht der Gunst der Regierung erfreut. Es hat in den schwierigen Jahren der jüngsten Vergangenheit durchgehalten, und wir leben heute in einer Zeit der **Entwicklung des deutschen Handwerks**, wie aus der neuesten Statistik in unwiderleglicher Weise hervorgeht, einer Statistik, die uns die Mitteilung bringt, daß über 760 000 Handwerksbetriebe in den **Innungen organisiert** sind.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Und wenn man darauf blickt, wie insbesondere in den letzten Jahren auch in Süddeutschland, in jenen Gebieten unseres Deutschen Reichs, in denen die Innungsbildung noch nicht so weit vorgeschritten war, in rascher Folge der Zusammenschluß zu Innungen sich abspielt, dann kommt man zu dem Schlusse, daß jene prophetischen Rufe, als ob dem Handwerk der baldige Untergang beschieden sei, nur Unkenrufe darstellen, die keine Aussicht haben, zur Wahrheit zu werden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Wir freuen uns dessen, und wir sind ja von vornherein auch der Auffassung gewesen, daß, ganz gleich, welche Verhältnisse in unserem Wirtschaftsleben eintreten werden, dem deutschen Handwerk ganz hervorragend wichtige Aufgaben im deutschen Wirtschaftskörper gestellt sind: einmal zur Befriedigung der persönlichen und zur Erledigung lokaler Bedürfnisse und weit darüber hinaus. Ich habe sogar die Meinung: wenn es nicht gelingen sollte, unsere Auslandswirtschaft wieder in der Weise wie vor dem Kriege aufzubauen, und wenn man sich dann vielleicht des Rates jener Wirtschaftsführer, die früher in diesem Hause schon in der Richtung geredet haben, entsinnen wird, (C) daß wir notwendig haben, die **Binnenwirtschaft** ernster ins Auge zu fassen, daß dann besonders das Handwerk eine hervorragende Aufgabe wird zu leisten haben.

Das deutsche Handwerk blickt auch nach einer anderen Richtung erwartungsvoll auf das Wirtschaftsministerium, soweit es sich namentlich um die Schaffung des **Reichsrahmengesetzes** über die **Berufsvertretung** handelt. Von Rechts wegen müßte eigentlich, ehe man das Lehrlingswesen regelt, dieses große Gesetzeswerk dem Reichstage vorgelegt werden; denn je nach der Ausgestaltung dieses Gesetzes über die Berufsvertretung des deutschen Handwerks wird man dann die weiteren Schritte über die Ausgestaltung des Lehrlingswesens einrichten können. Wir verlangen, daß bei der Umstellung der deutschen Wirtschaftsverfassung, von der man ja so gern spricht, das Handwerk als besonderer, wesentlicher, selbständiger Berufsstand unseres Wirtschaftskörpers erhalten bleibt. Das Handwerk darf nicht als ein Anhängsel der Industrie behandelt werden;

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

es muß als ein selbständiger, wesentlicher und notwendiger Zweig in unserem Wirtschaftsleben angesprochen und ausgestaltet werden.

(Zustimmung rechts.)

Aus dem Grunde soll auch die reichsgesetzliche Regelung der Ausbildung und der **Erziehung** des gewerblichen Nachwuchses, insbesondere **des Nachwuchses für das deutsche Handwerk**, seiner Eigenart entsprechend durchgeführt werden. Wir wollen, wie ich vorhin schon erwähnte, als die Träger der Organisation zur Regelung, Durchführung und Überwachung die öffentlich rechtlichen Berufsvertretungen und die fachlichen Berufsvertretungen, das heißt die Innungen, erhalten wissen. Dabei verkennen wir gar nicht, daß nicht die (D) Meister allein in der Frage der Ausgestaltung des Lehrlingswesens entscheiden sollen, sondern wir wollen uns bei der Regelung und Durchführung dieser Frage gern mit unsern Arbeitnehmern auf der paritätischen Grundlage an einen Tisch setzen. Freilich wenden wir uns dagegen, daß wesensfremde Organe, Gewerkschaften, die keine Handwerksgesellen in sich vereinigen, Vertretungskörper unserer Arbeitnehmer sein sollen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

In den Ausschüssen, die die Lehrlingsfragen im Handwerk zu regeln und zu überwachen haben, sollen die bei uns beschäftigten Handwerksgesellen mit uns am Beratungstisch sitzen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich bin überzeugt: mit diesen unseren eigenen Arbeitnehmern werden wir auch einig werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Bei den Fragen, die sonst bei der **Regelung des Lehrlingswesens** ins Auge zu fassen sind, möchte ich, um nicht zu wiederholen, nur noch darauf hinweisen, daß die **Vergütung**, die an die Lehrlinge zu leisten ist, sehr wohl durch den **Lehrvertrag** geordnet werden kann. Wir wollen auch insoweit nicht eine tarifvertragliche Regelung. Die lehnen wir ab. Wir gestehen zu, daß der Lehrling eine dem Grade seiner Ausbildung entsprechende Vergütung unterschiedlich nach den gegebenen Verhältnissen des einzelnen Handwerkszweiges erhalten soll, und ich betone ganz besonders, daß diese Vergütung entweder in der Gewährung von Beköstigung und Wohnung oder in einem angemessenen Geldbetrage bestehen kann. Wenn bisher die Klage vielleicht nicht allenthalben unberechtigt gewesen ist, daß die Vergütung an die Lehrlinge nicht den gegenwärtigen Verhältnissen entsprochen habe, so wollen wir von uns aus schon,

(**Biener**, Interpellant.)

(A) ohne daß von anderer Seite diese Klagen an uns herangetragen werden, selbst Remedur schaffen.

(Au! Au! bei den Kommunisten.)

— Lesen Sie nur unsere Verhandlungen, lesen Sie unsere Grundsätze, die in den verschiedenen Handwerks- und Berufszweigen aufgestellt worden sind. Dann werden Sie zu der Überzeugung kommen, daß wir mindestens gewillt sind, den berechtigten Wünschen nach der Richtung zu entsprechen.

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf von den Kommunisten: Die Forderungen der Gewerkschaften!)

— Freilich: die Forderungen der Gewerkschaften erkennen wir ja nicht an; denn ein Lehrling, der erst die Fähigkeiten und Kenntnisse vermittelt bekommen soll, mit denen er sich später einmal seinen Lebenserwerb verschaffen soll, kann doch nicht wie ein gewerblicher Arbeiter bezahlt werden, der kann nur nach dem Grade seiner Ausbildung eine Vergütung erhalten.

(Zuruf von den Kommunisten.)

Ich vermute, Sie und ich werden über die Höhe der zu leistenden Vergütung nicht einig werden. Damit werde ich mich abzufinden haben.

Meine Damen und Herren! Eine weitere Frage, in der auch das gesamte Handwerk ohne Unterschied der Partei an einem Strange zieht, ist die, ob die **Streitigkeiten im Lehrlingswesen der Schlichtungsordnung** zu unterwerfen seien.

(Zuruf von den Kommunisten: Das ist selbstverständlich!)

Wir können uns dabei auf die Stellungnahme des vorläufigen Reichswirtschaftsrats beziehen, der in seiner Mehrheit die Unterstellung der Handwerkerlehrlinge unter die Schlichtungsordnung abgelehnt hat. Ich hätte es nun sehr gern angenehm empfunden — und ich glaube, meine übrigen Handwerkskollegen im Hause (B) und draußen im Lande ebenfalls —, wenn nach diesem Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrats die hohe Reichsregierung die Schlichtungsordnung im Sinne dieses Standpunktes vorgelegt hätte. Ich weiß recht wohl, daß das Reichswirtschaftsministerium nicht die Adresse ist, an die diese Dinge zu richten sind.

Wir werden auch die Streitigkeiten zwischen Lehrmeister und Lehrling bezw. dessen gesetzlichem Vertreter nach wie vor in unseren Innungen durch unsere eigenen Schiedsgerichte schlichten und aus der Welt schaffen.

(Zuruf von den Kommunisten: Das könnte Ihnen so passen!)

— Das könnte uns nicht nur passen, sondern es ist auch recht so;

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

denn derjenige, der die Verantwortung zu tragen hat, diejenigen Organe, die die Rechtsgrundlage für das ganze Lehrlingswesen darstellen, haben das ureigene Interesse daran, daß solche Streitigkeiten nach Recht und Gesetz und nach Billigkeit aus der Welt geschafft werden. Ich vermag Ihnen aus meiner langjährigen Erfahrung mitzuteilen, daß selten Fälle vorkommen, die im Berufungsverfahren außerhalb des Innungsschiedsgerichts, das heißt des Ausschusses für das Lehrlingswesen, vor den ordentlichen Gerichten zum Austrag gebracht werden müssen. Wir wollen, daß die Innung, die fachliche Berufsvertretung, dieses Recht in der Hand behält; denn nur von jener Stelle sind die Streitpunkte und die Streitobjekte genügend zu übersehen, so daß auch eine sachgemäße Entscheidung getroffen werden kann. Hierbei wirken die Handwerksgesellen gleichberechtigt mit.

Wenn die Berufskommissionen oder andere dem Handwerk wesensfremd gegenüberstehende Organe das Recht der Regelung und Überwachung des Lehrlingswesens in der Hand hätten, würden wir wahrscheinlich recht oft erleben, daß Beschlüsse gefaßt würden, die eine gewisse Tendenz in sich tragen. Ich denke dabei an die **Abschreckung des Lehrlingszulaufs** zu einzelnen Berufszweigen. Wir haben in der Vergangenheit schon erlebt, daß die Gewerkschaften aus ganz naheliegenden Gründen öffentliche Warnungen vor dem Zugang zu einzelnen Handwerkszweigen ergehen ließen.

(Zuruf von den Kommunisten: Das ist ja auch ganz richtig!)

— Nein, das ist nicht richtig. Sie würden doch nicht im Interesse der Jugend handeln. Ich nehme an, daß Sie doch wohl auch dafür sind, daß alle Jugendlichen einer gewerblichen, einer Berufsausbildung unterzogen werden sollen. Zu welchen Zuständen würde es führen, wenn nach dem Vorbilde einzelner Berufskommissionen dann überall den Zugang abriegeln könnten? Dann würden Hunderte und Tausende von jungen Leuten vor der Tür stehen und den Zugang zum Lehrmeister nicht finden.

(Zuruf von den Kommunisten: Welches ist denn dann der Zweck der Berufsberatung?)

— Der Zweck der **Berufsberatung** soll sein, daß der junge Mann, seinen geistigen und körperlichen Eigenschaften und Kräften entsprechend und nebenbei auch — nicht zu vergessen, lieber Herr Kollege — seinen Neigungen entsprechend, einem Berufe zugeführt wird, in dem er sich später seinen Lebenserwerb sicherstellen kann.

(Zuruf von den Kommunisten: Dafür sorgen schon die Gewerkschaften!)

Die Abriegelung des Zugangs zu verschiedenen Wirtschaftszweigen liegt eben in einer gewissen Tendenz. Man hat den Gewerkschaftsgedanken bisher schon überspannt, und wir werden uns diesen Bestrebungen, und zwar einmütig, entgegenstellen.

(Zuruf von den Kommunisten: Dabei kommen Sie unter die Räder!)

— Ich glaube nicht, daß wir dabei unter die Räder kommen. Ich glaube, die urwüchsige Kraft des deutschen Handwerks bürgt dafür, daß es sich auch Ihren Bestrebungen gegenüber durchsetzen wird.

Meine Damen und Herren! Das Handwerk hat in unserem deutschen Wirtschaftsleben nach unserer Auffassung zwei ganz besonders wichtige Aufgaben. Einmal stellt das **deutsche Handwerk** einen **Faktor des sozialen Ausgleichs dar,** und zum andern einen **Faktor des wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs.** Das Handwerk stellt aus dem Grunde auch einen Schutzwall gegen das unmittelbare Aufeinanderprallen der breiten Schichten unseres Volks gegenüber dem Großgewerbe dar, und, ich meine, eigentlich müßte die Sozialdemokratie dem deutschen Mittelstand, von dem ja das deutsche Handwerk einen so erheblichen Teil ausmacht, dankbar sein; denn wenn der deutsche Mittelstand 1918 nicht dagewesen, wenn er proletarisiert gewesen wäre, dann wäre wahrscheinlich auch die rote Welle der Revolution noch nicht an dem Punkte halten geblieben, an dem sie dann verebbte. Ich glaube, es wäre auch der deutschen Sozialdemokratie genau so gegangen wie in Rußland den Menschewiki. Ich bin überzeugt, Sie werden diese Rolle nicht dankbar anerkennen. Aber feststellen will ich nur: wenn damals 1918 unserem Wirtschafts- und Volksleben nicht größere Schäden zugefügt worden sind, so hat der deutsche Mittelstand und insbesondere auch das deutsche Handwerk ein erhebliches Verdienst daran dadurch, daß es den Taumel nicht mitmachte.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn man, wie ich, während des Krieges unter dem Hilfsdienstgesetz Mitglied eines Einberufungsaus-

(Biener, Interpellant.)
schusses gewesen ist und zu jener Zeit, in den Jahren 1917 und 1918, mitgewirkt hat, die letzten kv.-Leute aus den Betrieben herauszuholen — Sie werden ja wissen, daß wir damals noch so viel kv.-Leute reklamiert in den Großbetrieben hatten, daß wir die Armee von 1871 in ihrer stärksten Ausbildung noch zweimal hätten aufstellen können, — ich sage, wenn man damals mitgewirkt hat, die letzten Kräfte herauszuholen und an deren Stelle dann alte Handwerksleute — frühere Arbeiter — zu stellen, die im Alter von 58 und 59 Jahren noch dazu verurteilt wurden, in den Großbetrieb hineinzugehen, dann weiß man, wieviel Kräfte aus dem Arbeiterstande im Handwerk eine Existenz gefunden hatten. Daraus wurde der Beweis vor Augen geführt, wie zahlreich die Fälle sind, in denen das deutsche Handwerk als Faktor des sozialen Aufstiegs zu wirken in der Lage war. Diese Rolle wird das Handwerk auch weiter spielen. Ich habe das Zutrauen zum deutschen Handwerk, daß es nach wie vor die Quelle sein wird, aus der die Kräfte der ständigen Volkserneuerung immer wieder fließen, die dafür gesorgt haben, daß die Volkserneuerung, die Erneuerung der oberen Schichten sich immer wiederholt. Und wir wissen ja, wie schnell und wie oft diese Erneuerung unserem Volke nottut. Die Hoffnung habe ich, daß das Handwerk auf diesem Gebiete seine Aufgabe und seine Pflicht erfüllen wird. Freilich dazu gehört, daß auch das Reichswirtschaftsministerium sich dieser Arbeit verständnisvoll annimmt, daß es das deutsche Handwerk in diesem Bestreben unterstützt und daß nicht von vornherein durch die Tätigkeit des Reichsarbeitsministeriums viele Einzelpunkte unseres Wirtschaftslebens einer Regelung unterworfen werden, wie sie nicht im Sinne des deutschen Handwerks liegt.

Heute, wo wir nicht mehr die Schule des Militarismus haben, die sehr vielen jungen Männern sehr notwendig war und ihnen gut getan hat,

(lebhafte Zustimmung rechts)

heute, wo für Tausende und Hunderttausende junger Leute nach dem Verlassen der Volksschule jede Aufsicht fehlt, ist die Lebensschule des deutschen Handwerks um so notwendiger. Wir wollen hoffen und wünschen, daß im Volkstum das Interesse für die Erhaltung des deutschen Handwerks wacherhalten wird. Dann wird das deutsche Handwerk seine Aufgabe auch getreulich erfüllen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich will auf manches, was ich Ihnen noch sagen möchte, heute verzichten und will schließen mit dem Worte aus dem bekannten Werke Richard Wagners:

Verachtet mir die Meister nicht
Und ehret ihre Kunst!

(Beifall rechts.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort zur Beantwortung der Interpellation hat der Herr Staatssekretär Dr. Hirsch.

Dr. **Hirsch**, Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium. Meine Damen und Herren! Mit Rücksicht auf die Zeitökonomie möchte ich mich möglichst auf die Beantwortung der in der Interpellation gestellten Fragen beschränken, möchte aber doch ein paar allgemeine Ausführungen mit Rücksicht auf die letzten Ausführungen vorausschicken.

Ich darf dabei vorweg erklären, daß die Reichsregierung dem gewerblichen Mittelstand ihre volle Aufmerksamkeit und ihr wärmstes Interesse zuwendet. Die Reichsregierung ist sich voll bewußt, daß der gewerbliche Mittelstand auf weiten Gebieten der Volkswirtschaft wichtige Funktionen, die von keiner anderen Organisation zurzeit ersetzt werden können, auszuüben hat. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß insbesondere auch eine gesunde Schichtung der Betriebsgrößen in der Volkswirtschaft von ausschlaggebender Wichtigkeit ist. In dem Sinne begrüßt die Reichsregierung besonders die Maßnahmen der Selbsthilfe, die das Handwerk und der übrige gewerbliche Mittelstand aus eigener Kraft geschaffen haben, und ist bereit, im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik für diese Selbsthilfe zu tun, was in ihrer Macht steht.

(Bravo! rechts.)

Die Reichsregierung ist sich der außerordentlichen Bedeutung der Ausbildungsfrage ganz besonders bewußt, der Ausbildungsfrage, die ja für die ganze Zukunft unserer Gewerbeentwicklung von ausschlaggebender Wichtigkeit ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Nun bin ich in der Lage, die Vermutung des Herrn Vorredners, daß aus Ressortschwierigkeiten oder Ressortstreitigkeiten der Entwurf des Gesetzes, betreffend Ausbildung Jugendlicher, noch nicht gekommen sei, dadurch zu widerlegen, daß ich das Kommen dieses Gesetzes hiermit ankündige.

(Bravo! rechts und bei den Deutschnationalen.)

Der Entwurf wird nunmehr dem Kabinett zugehen. Er wird dann mit Vertretern, und zwar sowohl mit Arbeitgebern wie Arbeitnehmern, eingehend erörtert und dann der Öffentlichkeit übergeben werden, damit die beteiligten Kreise und ebenso die Arbeitnehmerschaft des Handwerks sich dazu äußern können.

Ich möchte schon jetzt, da das Interesse in den beteiligten Kreisen hierfür überaus rege ist, die Grundgedanken, die der Entwurf bringen wird, kurz bekanntgeben. Es sind die folgenden. Das Gesetz ist als ein **Rahmengesetz** gedacht. Es macht den Versuch, das **ganze Lehrlingswesen** im Handwerk, in der Industrie, im Handel, in der Landwirtschaft und, soweit möglich, auch in der Hauswirtschaft zu regeln. Wir wollen den Versuch einmal machen. Staatsbetriebe sollen soweit wie möglich unter das Gesetz fallen, desgleichen kommunale und solche Betriebe, die nach den bisherigen Bestimmungen nicht als Gewerbebetriebe anzusehen sind. Das ist ja eine der großen Lücken, die in der bisherigen Gesetzgebung oft beklagt worden sind.

Der Gesetzentwurf enthält außer der Regelung des Lehrverhältnisses eine Reihe von Vorschriften, die sich mit der **Beschäftigung jugendlicher Arbeiter** befassen. Es wird der Versuch gemacht, auch diesen Jugendlichen in möglichst weitem Umfang berufliche Ausbildung zuteil werden zu lassen.

Dieser Entwurf gibt dann die allgemeinen Grundsätze für die Beschäftigung jugendlicher Personen zwischen dem 14. und 18. Lebensjahre. Dagegen überläßt der Entwurf — und kommt damit nur einem Wunsche entgegen, der von den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgesprochen worden ist — die **Ausgestaltung dieser Grundsätze der Selbstverwaltung der beteiligten Berufsstände**. Es sollen die Handwerkskammern, Handelskammern und die Landwirtschaftskammern ermächtigt werden, das Lehrverhältnis durch allgemeine Vorschriften bindend zu ergänzen, Lehrgänge aufzustellen und sich innerhalb der gegebenen Grenzen auch mit der Beschäftigung jugendlicher Ungelernter zu befassen. Es ist aber ausdrücklich vorgesehen, daß Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei Erfüllung dieser Aufgabe ihre volle Gleichberechtigung nebeneinander gewährleistet ist.

Gedacht ist ferner an eine **Beteiligung** namentlich der Schule und der Berufsberatung bei der Gesamtregelung des Lehrlingswesens. Es soll ferner dafür

(Dr. **Hirsch**, Staatssekretär.)

(A) Sorge getragen werden — und darauf legt die Reichsregierung ganz besonderen Wert —, daß Lehrlinge nur in solchen Betrieben angeleitet und beschäftigt werden, die zur Ausbildung auch wirklich geeignet sind.

(Zuruf von den Kommunisten.)

Auch die Lehrlingszüchterei, die vor dem Kriege an einzelnen Stellen ausgeartet war, darf sich nicht wieder in dieser Weise ausbilden. Es ist deshalb in Aussicht genommen, den berufsständischen Vertretungen das Recht zu übertragen, die Betriebe festzustellen, die zur Lehrlingsausbildung geeignet sind und solche Betriebe als Lehrbetriebe anzuerkennen. Damit ist den Wünschen entsprochen, die von den beteiligten Kreisen ausdrücklich geäußert worden sind.

Es befaßt sich dann der Entwurf noch mit dem **Lehrlingsprüfungswesen**, das in der Weise ausgebaut werden soll, daß auch dem Lehrling des Handels und der Industrie Gelegenheit zur Ablegung von Prüfungen gegeben wird, daß auch die Landwirtschaftskammern ermächtigt werden, für geeignete landwirtschaftliche Berufe die Lehrlingsprüfung fakultativ einzuführen.

Schließlich — und damit beabsichtigen wir auch, eine Lücke auszufüllen, die bisher bestanden hat — enthält der Entwurf **Vorschriften über die Beschäftigung von Jugendlichen**, namentlich von Lehrlingen, in solchen Bureaus, die bisher der Gewerbeordnung nicht unterstehen, also **Bureaus von Rechtsanwälten, Patentanwälten**, Schreibstuben und ähnlichen öffentlichen oder privaten Einrichtungen. Es soll einmal eine Gesamtregelung geschaffen werden.

Ein letzter Punkt. Das Lehrverhältnis ist nicht nur ein reines Arbeitsverhältnis und kann es nicht sein. Es ist der grundlegende Abschnitt im Berufsschicksal des jungen werdenden Menschen, der schließlich nicht nur technischer Unterweisung, sondern auch des (B) menschlichen Verständnisses und erzieherischer Beeinflussung bedarf.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber diese Erziehung muß den heutigen Anschauungen entsprechen. Nach unserer Auffassung entspricht den heutigen Verhältnissen nicht mehr dasjenige Recht, das die Gewerbeordnung noch enthält, das **Recht der körperlichen Züchtigung**.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Der Entwurf wird das beseitigen.

Das sind die Grundgedanken. Die außerordentliche Bedeutung der Lehrlingsfrage ist in der Debatte so stark hervorgehoben worden, daß eine weitere Begründung kaum mehr erforderlich ist. Ich glaube, darin sind sich alle Parteien einig: Deutschlands wirtschaftliche Zukunft beruht letzlich auf Deutschlands Arbeit, und Deutschlands Arbeit hat nur dann eine sichere Zukunft, wenn sie möglichst weitgehend gelernte Arbeit, möglichst weitgehend **Qualitätsarbeit** ist. Qualitätsarbeit ist aber im höchsten Maße eine Frage der Berufsausbildung, und deswegen liegt hier in dieser Frage eine unserer großen wirtschaftlichen und kulturellen Volksaufgaben.

Wir versuchen mit dem Entwurf, den anzukündigen ich die Ehre habe, das zu tun, was im Augenblick gesetzgeberisch möglich erscheint. Wir sind uns aber völlig klar darüber, daß dazu gesetzlichen Festlegungen allein nicht genügen. Die Reichsregierung braucht und erbittet zu dem Endziel einer wirklich gründlichen beruflichen Durchbildung des gewerblichen Nachwuchses die Mitwirkung der beteiligten Kreise insgesamt, der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber im ganzen Handwerk.

(Bravo!)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Die Besprechung der Interpellation ist von mehr als 50 Mitgliedern des Hauses beschlossen worden. Ich stelle das fest.

Zur Besprechung hat das Wort der Abgeordnete Havemann.

Havemann, Abgeordneter: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben mit Interesse den Ausführungen des Herrn Reichswirtschaftsministers und auch denen des Herrn Staatssekretärs Hirsch gelauscht. Aus beiden Darlegungen hat ein Wohlwollen für den Mittelstand und besonders für das Handwerk herausgeklungen. Ich will nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß das, was uns von den beiden Herren gesagt worden ist, auch in möglichst umfassender Weise in Erfüllung gehen möge,

(sehr richtig! rechts)

das heißt mit andern Worten, daß es nicht nur bei den Reden und Worten bleibt, sondern daß diesen Reden und Worten auch dementsprechend die Taten folgen werden. Wir haben ja gerade in dieser Beziehung schon wiederholt erleben müssen, daß dies nicht der Fall war.

Im Verlauf der Besprechungen und Ausführungen, die über die Interpellation, betreffend das Lehrlingswesen, gemacht worden sind, ist wiederholt darauf hingewiesen worden — und das möchte ich hier noch einmal unterstreichen —, daß es von seiten des Handwerks aus wünschenswert erscheint, daß die ganze **Behandlung der Handwerksfragen**, die ja jetzt in verschiedenen Ministerien zersplittert ist und beispielsweise ihre Erledigung teils im Justizministerium, teils in der Wiederaufbauabteilung, teils auch in der Abteilung für das gewerbliche Schulwesen und nicht zuletzt im Reichsarbeitsministerium findet, doch möglichst bald in einem Ministerium zusammengefaßt werden möchte, und zwar nach unserer Meinung im **Reichswirtschaftsministerium**, welches das geeignetste für die Fragen des Handwerks sein dürfte. Gerade durch diese Zusammenfassung werden mancherlei üble Erscheinungen, die sich jetzt bei der Lösung von Fragen des Handwerks herausgestellt haben, vermieden werden.

Ich will in dieser Beziehung nicht weiter auf Einzelheiten eingehen, möchte aber nur einmal als Beispiel kurz herausgreifen, daß, als ich mich an das Reichswirtschaftsministerium mit einer Anfrage, betreffend das Bemelmans-Abkommen, wandte, diese Frage an das Wiederaufbauministerium weitergegeben werden mußte, und daß ich dann vom Wiederaufbauministerium die Antwort bekommen habe — eine Antwort, die, wie ich hinzufügen möchte, durchaus den Wünschen des Handwerks entspricht —, in der festgestellt wurde, daß Lieferungsgenossenschaften oder sonstige Verbände sich an den Lieferungen für den Wiederaufbau beteiligen können. Eine Befürchtung, die diesseits im Handwerk aufgetreten war, war also nicht berechtigt.

Ich will mich nun der Interpellation über das Lehrlingswesen zuwenden und möchte da in erster Linie an die Ausführungen des Herrn Kollegen Simon über diese Frage anknüpfen. Herr Kollege Simon behauptete, das Handwerk sei ständig im Rückgang begriffen. Das stimmt, soweit ich unterrichtet bin, auf keinen Fall.

(Sehr richtig! rechts.)

Das mag vielleicht für den speziellen Zweig, den Herr Kollege Simon allerdings erwähnte, für die Schuhmacherei zutreffen. Darüber bin ich augenblicklich nicht genau im Bilde. Im großen und ganzen aber weiß ich, daß die **Entwicklung des Handwerkes in aufsteigender Linie** vor sich gegangen ist. Es ist ja bekannt — ich will nicht allzusehr auf diese Sache eingehen —, daß mindestens 1 740 000 selbstständige Betriebe im Handwerk tätig sind,

(Havemann, Abgeordneter.)

und ferner bekannt, daß gerade in den letzten Jahren der Zustrom zum Handwerk ganz außerordentlich stark ist. Ich bin fest davon überzeugt, daß, gerade bedingt durch die wirtschaftliche Lage, in der wir uns jetzt befinden, in Zukunft das Handwerk zuerst befriedigende Verdienstmöglichkeiten haben wird, und daß der Zustrom zum Handwerk unter allen Umständen anhalten wird.

Die Frage, die uns heute beschäftigt, ist die Regelung des Lehrlingswesens. In dieser Beziehung findet seit langer Zeit, teils vielleicht versteckt, teils aber auch öffentlich und mit großer Schärfe, ein Kampf statt. Bei diesem Kampf, der von seiten des Handwerks als Abwehrkampf geführt wird, handelt es sich besonders um zwei Punkte. Die Gewerkschaften beider Richtungen, sowohl die freien wie die christlichen Gewerkschaften, machen immer wieder den Versuch, das Lehrlingswesen einmal in die Tarifverträge einzubeziehen und andererseits die Ausbildung der Lehrlinge in andere Bahnen zu lenken. Ich bin mit meinen politischen Freunden der Meinung, daß die **Lehrlingsfrage** unter keinen Umständen in einen **Tarifvertrag** hineingehört; das ist auch die Meinung des deutschen Handwerks, das durch den Reichsverband des deutschen Handwerks vertreten wird. Herr Kollege Biener hat bereits in seinen Ausführungen erwähnt, daß dieser Punkt ganz besonders die großen Versammlungen des Handwerks in Hannover, Jena und Bayreuth beschäftigt hat. Auch dort ist der Satz aufgestellt worden, daß das Lehrlingswesen in erster Linie ein Erziehungs- und Vertrauensverhältnis und kein Lohn- und Arbeitsverhältnis ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Von diesem Standpunkt, den auch meine politischen Freunde und ich einnehmen, werden wir uns unter keinen Umständen abdrängen lassen.

Da namentlich in der letzten Zeit immer wieder versucht wird, die Lehrlingsfrage in die Tarifverträge hineinzuziehen, ist es außerordentlich interessant, daß jetzt endlich einmal in gewisser Weise Klarheit darüber geschaffen worden ist, daß das nicht zulässig ist, und zwar durch **zwei Gerichtsentscheidungen,** gegen die es keine Anfechtung mehr gibt. Es handelt sich da um folgende Fälle. In **Essen** hatte der Schlichtungsausschuß trotz Widerspruchs der **Schlosserzwangsinnung** auf Antrag der Gewerkschaften einen Schiedsspruch gefällt, in dem ein Lohnvertrag für Lehrlinge vorgesehen war. Der Demobilmachungskommissar in Essen hatte trotz Weigerung der Innung diesen Schiedsspruch für verbindlich erklärt. Die Schlosserinnung in Essen hat erfreulicherweise derzeit diese Verbindlichkeitserklärung nicht anerkannt. Infolgedessen war von den Gewerkschaften Klage gegen die Schlosserinnung erhoben worden, die aber das Landgericht in Essen unter einer sehr eingehenden und interessanten Begründung abgelehnt hat. Die Begründung gipfelte darin, nach den gesetzlichen Bestimmungen stehe dem Demobilmachungskommissar keine Befugnis zu, einen solchen Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Wer sich für dieses wichtige Urteil interessiert, dem empfehle ich dringend ein gründliches Studium des sehr lang und ausführlich gehaltenen Urteils.

In **Frankfurt a. M.** ist in letzter Zeit eine ähnliche Gerichtsentscheidung gefällt worden. Dort lag die Sache etwas anders. Die **Bäckerinnung** hatte sich, um einen drohenden Streik zu vermeiden, schließlich bereit erklärt, einen Tarifvertrag zu unterschreiben nebst Nachtrag, in dem die Lehrlingsverhältnisse geregelt waren; unter dem Zwang der Verhältnisse hatte sie sich dazu bereit erklärt. Insbesondere war darin auch eine Lohnvergütung mit festgelegt worden. Der Reichsarbeitsminister — auch diese Tatsache muß hier unbedingt festgestellt werden — hatte diesen Tarifvertrag nach dem Antrage der Gewerkschaften für allgemein verbindlich erklärt.

(Hört! Hört! rechts.)

(C) Gerade in der Frage der Verbindlichkeitserklärung hat der Herr Reichsarbeitsminister einen wechselnden Standpunkt eingenommen. Teils hat er erklärt: ich halte es für zulässig, daß die Regelung der Lehrlingsverhältnisse in den Tarifvertrag hineinkommen kann. Allerdings hat er einschränkend hinzugefügt: unter der Bedingung, daß nicht etwa behördliche Organe in den ihnen zustehenden Rechten behindert würden. Das ist ein gewisser innerer Widerspruch; denn zu der Regelung dieser Frage sind bekannterweise, wie das bereits von verschiedenen Rednern ausgeführt worden ist, in erster Linie die öffentlich-rechtlichen Vertretungen des Handwerks berufen, die Handwerks- und Gewerbekammern und die Innungen. Die Vertreter des Handwerks wurden bei dem Abschluß der vorerwähnten Tarifverträge nicht herangezogen. Es ist ein dringender Wunsch des Handwerks, der immer wieder stark betont wird, daß bei derartigen Verhandlungen naturgemäß auch die Vertretungen des Handwerks zugezogen werden müssen.

(Zuruf rechts: Selbstverständlich!)

— Das ist eigentlich ganz selbstverständlich. Ich verstehe den Herrn Reichsarbeitsminister in diesem Falle nicht, daß das nicht geschehen ist. Es ist dann auch gegen diesen Tarif Einspruch erhoben worden, und die erste Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt a. M. erkannte für Recht, daß der Tarifvertrag rechtlich nicht zu halten ist.

(Hört! Hört! rechts.)

Die Frage, ob die **Lohnvergütung der Lehrlinge durch Tarifvertrag** erfolgen könne, wurde verneint. Mit diesen beiden Gerichtsurteilen ist einwandfrei festgestellt, und ich hoffe, daß die Herren von links endlich einmal die Schlüsse daraus ziehen, daß die Regelung des Lehrlingswesens nicht in den Tarifvertrag hineingehört.

Ich will bei dieser Gelegenheit gleich betonen, daß wir, wie das bereits einmal gesagt worden ist, selbstverständlich sehr gern bereit sind, mit unseren Gesellen, (D) die wir als Mitarbeiter betrachten — wir legen das größte Gewicht auf diese Mitarbeiterschaft — zusammen die Lehrlingsfrage zu regeln. Es wird hoffentlich dazu kommen; wir haben neulich im Handwerkerbeirat des Reichswirtschaftsministeriums bereits diese Frage besprochen, daß außer der beruflichen Vertretung des Handwerks, die wir jetzt durch das kommende Reichsrahmengesetz für das Handwerk erstreben, auch eine **offizielle Vertretung der Gesellen,** in der Form von **Gesellenkammern,** geschaffen wird. Durch diese Gesellenkammern und die Meistervertretung wäre dann das Lehrlingswesen paritätisch zu regeln, wozu wir durchaus gewillt sind. Nicht aber sind wir gewillt, die Sache mit den Gewerkschaften zu regeln, die naturgemäß, weil sie sich meistens aus Arbeitern zusammensetzen und weniger aus gelernten Handwerkern —

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

— Herr Kollege Simon, ich weiß es, aber wir nehmen einmal diesen Standpunkt ein. Wir haben also vorläufig den Wunsch, daß die Gesellen und die Meister die Angelegenheiten des Handwerks regeln und nicht wesensfremde Elemente, die vom Handwerk doch sehr wenig verstehen.

(Abgeordneter Simon [Franken]: Sie verstehen manchmal mehr als ein Meister!)

— Es mag sein, ich bezweifle nicht, daß sie alles sehr genau kennen, Herr Kollege Simon. Aber in diesem Falle nehme ich auch für die Meisterschaft einige Kenntnis in Anspruch.

Aus den Entscheidungen der Gerichte geht, wie gesagt, klar hervor, daß die Regelung des Lehrlingswesens nicht in die Tarifverträge hineingehört. Es gibt aber auch andere Beweismittel dafür, auf die ich vorläufig nicht weiter eingehen will. Der **Lehrvertrag** ist unserer Meinung nach ein **bürgerlich-rechtlicher Vertrag,** ab=

(Havemann, Abgeordneter.)

(A) geschlossen auf Grund der Gewerbeordnung von den Lehrherren und den Eltern beziehungsweise Erziehungsberechtigten des Lehrlings. Ich glaube auch nicht, daß einsichtige Eltern, auch wenn sie den Linksparteien angehören, sich das Recht der Erziehung ohne weiteres nehmen lassen würden; es würde mir wenigstens unbegreiflich sein. Der Lehrvertrag ist also ein bürgerlich-rechtlicher Vertrag, und es wäre vom juristischen Standpunkt aus betrachtet ganz ausgeschlossen, daß ein derartiger Vertrag anders als von den Beteiligten abgeschlossen wird, etwa von den Gewerkschaften und dem gesetzlichen Vertreter des Lehrlings. Zur Abschließung eines solchen Vertrags gehören die dazu Berechtigten. Wenn verschiedentlich vom Reichsarbeitsministerium, wie ich vorhin schon erwähnt habe, Tarifverträge für verbindlich erklärt worden sind, so ist dieses meiner Meinung nach rechtlich nicht aufrechtzuerhalten. Diese ganzen Bestimmungen, die dort getroffen worden sind, sind also, wie die vorerwähnten Gerichtsentscheidungen erkennen lassen, anfechtbar, und das deutsche Handwerk wird dafür sorgen, daß nach Möglichkeit derartige Tarife nicht wieder abgeschlossen werden. Ich möchte an den Herrn Reichsarbeitsminister, der allerdings nicht da ist — ich nehme aber an, die Herren Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums werden ihm gern diese meine Bitte übermitteln — die Bitte richten, nun endlich einmal in der Frage der Regelung des Lehrlingswesens eine klare Stellung einzunehmen, damit die Meinungsverschiedenheiten, die immer wieder über diese Frage zwischen den verschiedenen Korporationen und Gewerkschaften entstehen, einmal restlos geklärt werden und damit diese Streitigkeiten endgültig beseitigt werden.

Meine Damen und Herren! Nun noch einige Worte über die **Ausbildung im Lehrlingswesen.** Der Herr Kollege Biener hat ja diese Frage in sehr ausführlicher Darstellung behandelt. Ich gestatte mir daher, sie nur (B) noch kurz zu ergänzen. Dabei möchte ich ebenfalls an die **Tagung des 10. Kongresses der Gewerkschaften in Nürnberg** anknüpfen. Auch ich habe mit großem Interesse die Protokolle dieser Sitzungen studiert und gestehe gern zu, daß dort ersprießliche Arbeit geleistet ist auch im Interesse des Handwerks. Ich habe das Gefühl, daß die Gewerkschaften vielleicht im Grunde genommen bis zu einer gewissen Grenze dasselbe Ziel erstreben wie wir, nur die Wege, die zu diesem Ziele führen, sind verschieden. Über diese Wege werden wir uns verständigen müssen, und ich zweifle nicht daran, daß das bei gutem Willen gelingen wird. Der Unterausschuß II hatte den Leitsatz aufgestellt, das die **Ausbildung in den Betriebswerkstätten** als die beste anzuerkennen sei und dieselbe, soweit praktisch durchführbar, ganz allgemein für die Industrie und die großen Handwerksbetriebe gefordert werden müßte. Sie hören also selbst, dieser Satz enthält das Wort „soweit praktisch durchführbar“. Gerade aus dieser Redewendung schließe ich, daß man sich bei diesem Beschluß wohl teilweise darüber klar gewesen ist, daß man in der Praxis, soweit das Handwerk in Betracht kommt, auf sehr große Schwierigkeiten stoßen würde. Ich bin darüber unterrichtet, daß die Industrie ganz hervorragende Lehrwerkstätten eingerichtet hat, und habe dieselben persönlich in Augenschein genommen. Ich weiß ferner, daß in der Industrie ein Lehrling auf die Anfertigung eines oder zweier oder auch dreier Stücke so eingearbeitet werden kann, wie das in ähnlicher Weise in einem Handwerksbetrieb vielleicht nicht möglich ist. Ich weiß aber auch ferner, daß der Lehrling, wenn er aus dieser Betriebslehrwerkstätte herausgenommen und an eine andere Arbeit gestellt wird, sich in den meisten Fällen wahrscheinlich wenig oder gar nicht zu helfen weiß,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

weil er nur auf diese eine Arbeit eingestellt ist. Die ganze Entwicklung in der Industrie ist ja so, daß dieser junge Mann, wenn nicht ganz besondere Ereignisse eintreten, auch als bejahrter Arbeiter, vielleicht bis an sein Lebensende ungefähr immer dieselben Arbeiten weiter machen wird. Das ist gerade der grundsätzliche Unterschied, der zwischen Industrie und Handwerk besteht.

Im **Handwerk** liegt es mit der **Ausbildung des Lehrlings** wesentlich anders. Hier ist gerade das Interessante bei der Ausbildung des Lehrlings, daß er täglich und stündlich in seiner Beschäftigung wechselt, immer wieder vor andere Aufgaben gestellt wird, die naturgemäß in allererster Zeit nur sehr gering sein können, sich aber nach und nach steigern. Mit Hilfe des Meisters und tüchtiger Mitarbeiter, der Gesellen, gelingt es dann allmählich, den Lehrling technisch zu einem tüchtigen brauchbaren Gesellen auszubilden, der später auch einmal in der Lage ist, sein Meisterstück zu machen, nachdem er — auch das betone ich besonders — die genügende Zeit gewandert und sich in der Welt und in fremden Betrieben umgesehen hat. Auch das ist ein Unterschied gegenüber den Lehrlingen beziehungsweise den Arbeitern in der Industrie, die das in diesem Sinne nicht nötig haben. Auf Grund der Meisterlehre und des Wanderns und der Erfahrungen in der Fremde wird so die Ausbildung des Gesellen vollendet, so daß er später berufen ist, ein tüchtiger Meister zu werden.

Neben dieser praktischen Ausbildung muß natürlich — darüber sind wir uns im Handwerk klar, und darüber sind mit mir meine politischen Freunde vollständig einig — eine ganz tadellose **theoretische Ausbildung** einhergehen; diese muß in erster Linie auch darauf zugeschnitten werden, daß eine technische Ausbildung in Berechnung und Kalkulation stattfindet. Das ist eine Frage, die hier, wenn ich mich recht erinnere, noch von keiner Seite angeschnitten worden ist. Gerade das **Rechnungswesen** spielt heutzutage in einem modernen Handwerksbetrieb eine außerordentlich große Rolle, und ich möchte der Regierung empfehlen, auf diese Sache außerordentliches Gewicht zu legen, und im allgemeinen dafür zu sorgen, daß die theoretische Ausbildung des Handwerks in zweckentsprechenden Schulen ganz besonders gefördert wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Wie diese Schulen aufzubauen sind, welche Schulen dazu am besten geeignet sind, darüber wird die Regierung im Einvernehmen mit den offiziellen Vertretungen des Handwerks ein Einverständnis erzielen können.

(Zustimmung rechts.)

Ob das in den **Fortbildungsschulen** geschieht oder in den **Handwerkerschulen** — in diesen beiden Schulen wird man ja gerade die rechnerische Ausbildung zuerst betreiben und auch weiter durchbilden müssen —, das ist eine Sache für sich. Möge das geschehen, wie es will — die Verhältnisse sind ja verschieden gelagert —: auf alle Fälle ist die Hauptsache, daß es geschieht.

(Sehr richtig! rechts.)

Mit dieser Schulfrage möchte ich gleich noch eine weitere Frage verbinden. Auch die Unterstützung der **Kunstgewerbeschulen** muß von seiten der Regierung in Zukunft nach Möglichkeit gefördert werden.

(Zustimmung rechts.)

Es muß aber bei diesen Kunstgewerbeschulen darauf Bedacht genommen werden, daß sie wirklich das sind und bleiben, als was sie gegründet worden sind. Diese Schulen sind dazu gegründet und berufen, eine tadellose Ausbildung des Handwerkers herbeizuführen.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie dürfen mit andern Worten nicht dazu übergehen, die Ausbildung des Handwerkers bis auf eine Stufe zu treiben, daß er, wenn er länger diese Schule besucht

(**Havemann**, Abgeordneter.)

(A) hat, sehr häufig — ich weiß das aus eigener praktischer Erfahrung und als langjähriges Mitglied des Kuratoriums einer sehr guten Schule — nachher für die handwerksmäßigen Aufgaben verloren ist, daß er sich für einen halben oder Dreiviertel-Künstler hält, keine Lust mehr zu den praktischen Arbeiten hat und gerade damit dem Handwerk nicht dient, so daß die Schule insofern ihren Zweck in solchen Fällen verfehlt hat.

(Sehr gut! rechts.)

Wenn derart künstlerisch begabte Leute vorhanden sind, dann muß eine andere Gelegenheit zu ihrer Ausbildung geschaffen werden, indem sie etwa als Hörer oder als wirkliche Studierende auf die Akademie gehen und dort ihre Ausbildung fortsetzen.

In Verbindung mit diesen Schulen kann man auch Werkstätten einrichten, beispielsweise für **Kunsttischlerei**, in denen man, um einmal etwas zu nennen, eingelegte Arbeiten herstellt und dergleichen, oder **Schlosserwerkstätten**, in denen man feine Treibarbeiten nach dem Entwurf guter, zeichnerisch auf der Höhe stehender Lehrer und unter Mitwirkung praktischer Handwerksmeister anfertigen läßt, und sonst so manches, was in der Werkstatt seltener vorkommt, zur Ergänzung der praktischen Lehre.

Mit großem Interesse sieht das Handwerk auch der Förderung des Handwerks durch das **Messe- und Ausstellungswesen** entgegen. Wir haben neulich im Handwerkerbeirat des Reichswirtschaftsministeriums diese Frage schon eingehend erörtert. Wenn gesagt worden ist, daß auf der Frankfurter Messe, die ich übrigens neulich selbst besichtigt habe, auf der Leipziger Messe und auf anderen Messen bereits Erkleckliches zur Förderung des Handwerks geschehen ist, so möchte ich darauf hinweisen, daß meiner Ansicht nach noch mehr geschehen könnte,

(sehr richtig! rechts)

daß das Reich darauf das allergrößte Gewicht legen muß, (B) daß die Mittel, die vom Reich für die Messen zur Verfügung gestellt werden, vielleicht bis zu einem gewissen Prozentsatz, gerade für das Handwerk und das Kunstgewerbe auf den Messen verwandt werden.

(Abgeordneter Dr. Rießer: Dann muß aber auch den Handwerkern der Besuch dieser Ausstellungen ermöglicht werden!)

— Jawohl, das muß geschehen. — Außerdem empfiehlt es sich aber, innerhalb dieser großen Messen, die natürlich, wenn ich mich einmal so ausdrücken darf, von nationaler und internationaler Bedeutung sein können, Messen oder Ausstellungen mehr lokaler Art wirksam zu unterstützen. Zu meiner Freude ist das hin und wieder von seiten des Reichswirtschaftsministeriums schon geschehen.

Die Streitigkeiten, die sich mitunter im Lehrlingswesen ergeben haben, wünschen wir in Zukunft, wie auch bisher, in den **Innungsschiedsgerichten** erledigt zu sehen, nicht etwa vor Schlichtungsausschüssen und ähnlichen Einrichtungen. Wir legen im Handwerk das allergrößte Gewicht darauf, daß wir unsere Sache selbst erledigen.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Auch mit dem neuen Reichsrahmengesetz für das Handwerk erstreben wir volle Selbständigkeit und Selbstverwaltung. Die Innungsschiedsgerichte haben sich außerordentlich bewährt, in ihnen sitzt der Meister und der Geselle aus dem Fache als Beisitzer zusammen, was die Gewähr für gerechte Urteile bietet, während das bekanntlich bei den Gewerbegerichten nicht der Fall ist; dort gehören die Beisitzer oft ganz verschiedenen Berufen an. — Weil in diesen Innungsschiedsgerichten immer gerechte, sachlich einwandfreie Urteile gefällt worden sind und, wie das vorhin auch bereits betont ist, fast regelmäßig die Streitigkeiten dort schon früher restlos ihre Erledigung gefunden haben, so legen wir den allergrößten Wert darauf, daß diese Innungsschiedsgerichte auch in Zukunft (C) erhalten bleiben.

Herr Staatssekretär Hirsch hat in seiner Entgegnung ein Gebiet gestreift, das, soviel ich aus den andern Ausführungen gehört habe, sonst von keinem Redner berührt worden ist; er hat nämlich gemeint, daß früher zeitweise oder teilweise eine **Lehrlingszüchterei** bestanden habe. Von dieser Lehrlingszüchterei ist früher sehr häufig, besonders von der linken Seite her, die Rede gewesen, und ich freue mich besonders, daß bei der Besprechung dieser Interpellation, soviel ich unterrichtet bin, von dieser Seite aus dieses Wort bislang nicht wieder gefallen ist. Ich möchte den Worten des Herrn Staatssekretärs Hirsch nicht direkt widersprechen: es mag sein, daß solche Fälle hin und wieder vorgekommen sind; aber seien Sie versichert, daß wir auch früher schon das größte Gewicht darauf gelegt haben, diese Fälle auszumerzen, und wenn sie vorgekommen sind, so dürfte es sich meiner Ansicht nach dabei in erster Linie um das Schlossergewerbe handeln. Das ist durchaus erklärlich; denn dort ist ein solcher Andrang von Lehrlingen, daß sie mit dem besten Willen nicht unterzubringen sind; die Schlossermeister können sich einfach nicht vor Lehrlingen helfen. Worauf ist das zurückzuführen? Unter den wenigen Herrschaften, die hier im Saale sind, sitzen vielleicht eine Reihe Praktiker, die die Verhältnisse genau kennen; es ist darauf zurückzuführen, daß das Erlernen des Schlosserhandwerks für das Einschlagen mancher Laufbahnen notwendig ist. Ich erinnere an die Lokomotivführerlaufbahn, an das Hinübergleiten in die elektrische Industrie und manche andere Industrie, in das Fach des Maschinenwesens usw. In diesen Berufen wird die praktische Schlosserlehre gefordert, und deshalb ist im Schlosserberuf tatsächlich mitunter eine Überfüllung, die nach außen hin sehr leicht den Eindruck einer Lehrlingszüchterei machen konnte.

(D) Im großen und ganzen ist heute die Lage so, daß im gesamten Gewerbe und Handwerk der **Zustrom von Lehrlingen** sehr schwach ist. Wenn sich der Herr Kollege Simon (Franken) — ich komme auf seine Ausführungen noch einmal zurück — bei dieser Interpellation besonders mit dieser Frage beschäftigt hat, so war das meiner Ansicht nach nicht so zwingend und dringend; denn, wie gesagt, augenblicklich ist der Zustrom an Lehrlingen außerordentlich gering, mit der Zeit wird der normale Zustand wieder eintreten, nämlich wenn sich die wirtschaftliche Entwicklung nach und nach wieder auf das alte Niveau einstellt. Wir hoffen, daß die Überzeugung von dem Werte des Handwerks gerade auch in den Kreisen von links allmählich immer mehr durchdringen wird und daß uns auch aus jenen Kreisen wieder mehr Lehrlinge zugeführt werden, wie wir allerdings auch darauf das größte Gewicht legen, daß uns aus den gesamten mittelständlerischen und anderen Kreisen junge Leute mit tadelloser Schulbildung zugeführt werden.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

Wir selbst haben auch immer betont, daß wir als Meister selbstverständlich in erster Linie die Pflicht haben, unsere eigenen Söhne den Betrieben wieder zuzuführen, um dadurch einen guten Aufbau und weiteren Ausbau des Handwerks gewährleisten zu können. Der Reichsverband des deutschen Handwerks steht also auf dem Standpunkt, daß auch in Zukunft allein die Handwerkskammern und Innungen unter entsprechender Mitwirkung der Gesellen die Lehrlingsfrage, die ich in Vorstehendem erörtert habe, zu erledigen haben, und meine politischen Freunde und ich können uns diesem Standpunkt nur voll und ganz anschließen. Ich möchte absichtlich nochmals, zum zweitenmal, betonen, daß das deutsche Handwerk sowohl wie auch wir das ganze **Lehrlingsverhältnis** als ein **Vertrauens- und Erziehungsverhältnis** und nicht als ein

(Havemann, Abgeordneter.)

(A) Tarif- und Arbeitsverhältnis betrachten. Wir machen uns in jeder Weise diese Anschauung zu eigen und werden uns gegen alle Eingriffe, die dagegen versucht werden, energisch zur Wehr setzen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Die erzieherische Seite der Lehrlingsausbildung durch den Meister ist schon gestreift worden; auch ich als praktischer Meister halte es für unbedingt nötig, daß alle Erziehungsmöglichkeiten, die überhaupt noch gegeben sind, aufs sorgfältigste ausgenutzt werden. Dazu rechnen wir auch die **Erziehung des Handwerkslehrlings**; denn es ist ja keine Frage, daß in dem Augenblick, wo die Eltern einen Lehrling einem anständigen, tüchtigen Meister anvertrauen, sie auch hoffen, daß die Erziehung zum Menschen von seiten des Meisters nicht aus dem Auge verloren wird.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Auch gerade die Herren von links müßten sich doch immer mehr zu dem Grundsatz bekennen, daß Erziehung nötig ist, und sie müßten auch immer mehr einsehen, daß gerade das deutsche Handwerk eine Erziehungs- und Aufstiegsmöglichkeit für seine Söhne bildet, wie keine andere Gruppe des Wirtschaftslebens. Immer wieder von unten heraufkommend, wird der Strom in den Mittelstand und nicht zuletzt gerade in das Handwerk hineinfluten, das sich seit Jahrhunderten auch gerade als Erzieher immer bewährt hat, und immer wieder wird sich aus dieser Mittelstufe, aus dem Handwerk heraus ein Aufstieg nach oben vollziehen, und gerade für die Söhne der arbeitenden Klassen ist das Hineinwachsen in das Handwerk eine der Aufstiegsmöglichkeiten, die doch wirklich von vornherein eine gewisse Garantie bieten, daß es der junge Mann auch mal zu etwas bringen wird.

Wenn auch das Handwerk augenblicklich mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, und zwar mit Schwierigkeiten in der Kreditbeschaffung, die gegenwärtig ganz be- (B) sonders groß sind, so werden sich auch diese Zeiten sicher einmal wieder ändern. Wenn einer mit gutem Willen als junger Mann in das Handwerk hineingeht, wenn er seine vornehmste Aufgabe darin sieht, während der Lehrzeit und auch nach vollendeter Lehrzeit sich in erster Linie seinem Beruf zu widmen, sich tüchtig auszubilden, so wird er auch ohne große Geldmittel es immer noch zu einer bescheidenen Existenz bringen können.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Auch in Zukunft wird das Handwerk bei der weiteren Entwicklung des deutschen Volkes eine Rolle spielen. Ich hoffe noch mal, daß der gute Wille, der uns vom Reichswirtschaftsministerium durch das Wort bewiesen worden ist, jetzt auch in Taten seinen Niederschlag finden wird, und ich möchte meinerseits erklären, daß das deutsche Handwerk gewillt ist, an allen Aufgaben des Wiederaufbaues, soweit es überhaupt in seinen Kräften steht, und entsprechend seiner historischen Überlieferung und Bedeutung, in jeder Weise mitzuarbeiten.

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Präsidium steht einer bedenklichen Interessenkollision gegenüber. Auf der einen Seite erfordert es das dringende Interesse des ganzen Hauses mit Rücksicht auf die Geschäftslage, daß wir möglichst heute mit diesem Etat fertig werden; auf der anderen Seite haben eine Reihe von Fraktionen den Wunsch ausgedrückt, daß wir möglichst bald nach 7 Uhr zum Schluß kommen. Eine Lösung dieser schwierigen Situation ist nur dadurch möglich, daß sich die folgenden Redner möglichst kurz fassen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Sievers.

Sievers, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Dem Wunsche des Herrn Präsidenten will ich mich gern fügen und mich kurz fassen, nachdem bereits meine ver- (C) ehrten Herren Vorredner die Frage ausgiebig behandelt haben. Ich möchte aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß gerade die Frage des Lehrlingswesens eine der wichtigsten, wenn nicht die allerwichtigste des selbständigen Handwerks bedeutet. Es erscheint daher notwendig, diese Frage vom rein wirtschaftlichen und nicht vom politischen Standpunkt aus zu betrachten.

Die **Regelung des Lehrlingswesens** ist bisher von den Handwerkskammern und den Innungen gelöst worden. Beide haben sich bemüht, dem Interesse der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer gerecht zu werden. Aber seit längerer Zeit macht sich in dem Handwerk leider eine starke Unruhe geltend, weil von vielen Seiten der Gewerkschaften versucht worden ist, diese Frage der Lehrlingsregelung unter den **Tarifvertrag** zu bringen.

Nun ist zunächst die Frage zu klären: Ist das Lehrverhältnis ein Erziehungs- oder ein Arbeitsverhältnis? Das gesamte deutsche Handwerk steht auf dem Standpunkt, daß das **Lehrverhältnis** nicht ein Arbeitsverhältnis, sondern in erster Linie ein **Erziehungsverhältnis** darstellt. Jeder gesetzliche Vormund oder Vater eines Lehrlings sieht zunächst darauf, wenn er seinen Sohn oder sein Mündel in die Lehre bringt: wer ist der Mann, gibt er ihm eine Gewähr für eine Erziehung, daß er nicht nur seinen Beruf erlernt, sondern auch ein brauchbares Mitglied der Gesellschaft wird? Man sieht im Leben danach, daß man zunächst einen tüchtigen und brauchbaren Menschen schafft. Lehrjahre sollen und dürfen keine Herrenjahre darstellen.

Wenn hier schon zu verschiedenen Malen von **Lehrlingszüchterei** die Rede gewesen ist, so kann ich nur feststellen, daß ich im Laufe einer ganzen langen Reihe von Jahren, wo ich im Handwerk stehe, sehr selten in der Praxis etwas davon gesehen habe, wohl aber davon habe sprechen hören. Fälle, die wirklich vorhanden ge- (D) wesen sind, sind naturgemäß ausgemerzt. Die Anzahl der Lehrlinge, die in einem Betrieb beschäftigt werden, bietet durchaus keine Gewähr dafür, ob dieselben etwas lernen oder nicht. Ich habe genügend festgestellt, daß in den Betrieben, wo mehrere Lehrlinge beschäftigt wurden, dieselben unter Umständen bedeutend besser ausgebildet wurden als womöglich auf einer Stelle, wo ein oder zwei Lehrlinge vorhanden sind. Die Gewähr einer tüchtigen Ausbildung gibt immer der Lehrmeister respektive der Betrieb, in dem gelernt wird.

Zu den Versuchen, die Lehrlingsfrage in die Tarifverträge hinein zu bringen, die das Handwerk so sehr beunruhigen, sind bereits zwei Urteile angeführt worden. Auch ich möchte nicht unterlassen, kurz zu erwähnen, daß auch die **Tischlerinnung in Chemnitz** bereits gegen die Bestimmung des Schlichtungsausschusses vorgegangen und mit ihrer Ansicht auch durchgedrungen ist. Ferner ist die **Friseurinnung in Hannover** ebenfalls mit ihrer Ansicht durchgedrungen, daß das Urteil vom Demobilmachungskommissar aufgehoben worden ist, weil es gegen die Gewerbeordnung verstieß. Ich könnte sehr viele solche Beispiele anführen, möchte aber, um den Wünschen gerecht zu werden, meine Ausführungen kurz fassen.

In einem Lehrvertrage, der ein Privatvertrag ist, werden zunächst alle Leistungen und Gegenleistungen festgestellt. Wenn ein Lehrling in die Lehre geht, sucht er nicht nur Arbeit, sondern vor allen Dingen eine Stelle, wo er ausgebildet werden soll. Die Ausbildung eines Lehrlings erfolgt nun auf Grund dieses Vertrages, den man auf eine bestimmte Zeit abschließt.

Schon heute kann man in sehr vielen Gewerben feststellen, daß sich die Lehrmeister weigern, weiter Lehrlinge aufzunehmen, da sie durch den **achtstündigen Arbeitstag** wie auch durch den freien Tag, der für die Schule not-

(Sievers, Abgeordneter.)

(A) wendig ist, ganz erhebliche Ausfälle haben und durch die Aufwendungen in ihrem Berufe nicht mehr auf ihre Rechnung kommen können. Das sind zum Teil Leute, von denen ich weiß, daß sie niemals Wert darauf gelegt haben, Handwerkslehrlinge ausbeuten oder ausnützen zu wollen, sondern die im Gegenteil dem Handwerk sehr tüchtige Kräfte zugeführt haben.

Es kommt doch dem deutschen Handwerk vor allem darauf an, Leute zu erziehen, die auch, wenn sie die Lehre verlassen, nicht abseits stehen, weil sie nichts gelernt haben, die unzufrieden ihren Beruf wieder aufgeben, sondern die Hauptaufgabe besteht darin, dafür zu sorgen, daß diese jungen Leute so ausgebildet werden, daß sie ihrem Beruf nachgehen können und dem deutschen Handwerk zur Ehre gereichen.

Es ist hier mit Recht hervorgehoben worden, meine Herren von links, wie viele Arbeiter unter schweren Opfern ihre Söhne ein Handwerk erlernen lassen, nur in dem Bewußtsein, daß es auch ihnen einmal vergönnt ist, einen **sozialen Aufstieg** zu nehmen. Die Stimmung, die man im allgemeinen aus den Äußerungen der Linken entnehmen muß, ist doch nicht die richtige. Ein Beweis dafür ist, daß, solange ich die Ehre habe, der Meisterprüfungskommission anzugehören, seit langen Jahren nicht so viele **Meisterprüfungen** vorgekommen sind, wie ausgerechnet in den letzten $2^1/_2$ Jahren. Das zeigt doch, daß in den Reihen der jungen Leute das Bestreben wach geworden ist, nicht als Arbeiter durchs Leben zu gehen, sondern als selbständige Handwerker weiterzukommen.

Ich möchte nochmals von dieser Stelle aus den Wunsch aussprechen, daß die Regierung dafür sorgen möge, die Schulen so einzurichten, daß sie wirklich den praktischen Bedürfnissen entsprechen.

(B) Wir denken nicht daran, die alten guten Rechte, die das Handwerk seit Jahrhunderten gehabt hat, so ohne weiteres preiszugeben. Wir arbeiten seit langen Jahren mit unserer Gehilfenschaft verträglich, schiedlich und friedlich, sind aber nicht gewillt, uns von den Gewerkschaften bevormunden zu lassen. Wir haben kein Interesse daran, mit anderen Berufsarbeitern über unsere eigensten Fragen zu verhandeln. Wir haben bis jetzt in unseren Lehrlingsausschüssen die Lehrlingsfragen so geregelt, daß wir stets ein volles Einvernehmen erzielt haben. Daß nicht alle Wünsche erfüllt werden können, ist selbstverständlich. Dieserhalb halten wir fest an den **Innungsschiedsgerichten** und wollen uns nicht den Schlichtungsausschüssen unterwerfen.

Meine Damen und Herren! Wenn einzelne Mißgriffe vorgekommen sein sollten, so muß ich es zurückweisen, daß man das dem ganzen Stande gewissermaßen vorwerfen will. Sehr viele von denen, die am meisten schimpfen, haben vielleicht die Vorbildung gar nicht so genossen, daß sie ihrem Berufe vorstehen können, sie sind dieserhalb vielleicht von dem Berufe abgewandert, um eine andere Stellung einzunehmen, oder aber sie haben zum Teil nicht die Lust gehabt, sich in dem Beruf weiter auszubilden. Hier trifft nicht den Lehrmeister die Schuld, sondern den jungen Mann selbst.

Unsere Forderung ist die, das selbständige Handwerk auszubilden, selbstverständlich unter gesetzlichem Schutz, aber auch dem Meister die Rechte zu lassen, die ihm gehören. Dazu gehört vor allen Dingen die elterliche Gewalt, die uns unbedingt zustehen muß, wenn wir die Jugend erziehen sollen; denn wir haben die Aufgabe, die jungen Leute zu tüchtigen und brauchbaren Menschen zu erziehen, dem Handwerk zur Ehre und dem Vaterlande zum Nutzen und zum Segen.

(Bravo! im Zentrum und den Deutsch-Hannoveranern.)

(C) Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Krüger (Merseburg).

Krüger (Merseburg), Abgeordneter: Werte Damen und Herren! Aus den Worten meiner Herren Vorredner ging ohne weiteres ganz klar hervor, daß die Interpellation in dem Grundgedanken gipfelt, daß man sich nach jener Zeit zurücksehnt, wo mit Recht von einer Lehrlingszüchterei gesprochen werden konnte. Denn wir alle wissen, daß auch die Arbeit des Lehrlings innerhalb des Handwerks eine Erziehungsarbeit ist. Und wenn der Herr Kollege Sievers gesagt hat, auch wir auf der linken Seite müßten doch jetzt eigentlich anerkennen, daß die **Lehrzeit für den Lehrling** eine Art **Erziehungszeit** wäre, so wollen wir ganz offen zugestehen, daß wir das nicht erst heute, sondern daß wir das schon früher vor langer Zeit anerkannt haben. Denn unser Kampf für die Verbesserung des Lehrverhältnisses basiert ja nicht auf der heutigen Zeit, sondern, ich möchte behaupten, er ist traditionell für uns geworden und befindet sich auch schon in den Annalen unserer Partei vor zirka 30 Jahren.

Wir wissen aber ferner auch, daß die **heutige Lehrlingserziehung** fast genau noch dieselbe ist wie ehedem. Es hat sich fast nichts geändert,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

und der Wunsch, der hier in der Interpellation zum Ausdruck kommt, ist nichts weiter als die Sehnsucht nach willfährigen Ausbeutungsobjekten in den Kreisen der Lehrlinge. Aus dem Grunde heraus versucht man es ja auch, das Reichswirtschaftsministerium dahingehend zu bestimmen, möglichst bald wieder Zustände zu schaffen, wie sie früher geherrscht haben. Ich erinnere nur daran, daß das preußische Handelsministerium im vorigen Jahre eine Bestimmung herausgehen lassen mußte, die die Zahl der Lehrlinge in den Betrieben der Bäckereien auf einen beschränkte und nur in ganz besonderen Fällen zwei Lehrlinge zuließ. (D) Wir alle wissen ja, daß speziell gerade die **Bäcker und Fleischer** innerhalb der Arbeiterschaft einen hohen Prozentsatz der **Hilfsarbeiter** stellten, weil sie niemals in der Lage waren, innerhalb ihres eigentliche Berufs Beschäftigung zu finden. Aber nicht allein das; sie waren auch verpflichtet, sich ohne weiteres anderen Berufen zuzuwenden, weil die Bezahlung innerhalb ihres Gewerbes eine viel zu traurige war.

(Lachen rechts.)

— Wenn Sie lachen, dann sehen Sie sich doch nur einmal die chemische Industrie an oder gehen Sie in die großen Maschinenbetriebe und die Bergwerke. Da werden Sie finden, daß innerhalb der Hilfsarbeiter Hunderte und Tausende gelernter Fleischer und Bäcker sind!

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

— Das hat weiter keine anderen Ursachen als jene, daß diese Leute nicht selbständig werden konnten und in der überwiegend großen Zahl der Fälle die Fleischer- und Bäckermeister sich mit Lehrlingen behelfen konnten und die Gesellen, nachdem sie ausgelernt hatten, einfach entließen. Nicht nur das. Wir stoßen auch heute innerhalb der Maschinenindustrie noch auf Zustände, die himmelschreiend sind.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich erinnere Sie nur daran, daß mein Vorredner sagte, daß wir in den **Innungen** und den **Handwerkskammern** ein Instrument haben, durch das die **Kontrolle** genau vorgenommen werden könne. Begeben Sie sich nicht auf dieses Gebiet! Ich glaube schon, daß Sie als Mitglieder der Innungen und dementsprechend vielleicht auch später als Mitglieder der Handwerkskammern selbstverständlich ein großes Interesse daran haben, dort noch eine gewisse Autorität zu besitzen. Sie werden mir aber recht geben müssen,

(Krüger [Merseburg], Abgeordneter.)

(A) daß, wenn eine Innung heute eine Beschwerde bekommt und sie an die Handwerkskammer weitergibt, das die gleiche Bedeutung hat, als wenn der Teufel bei seiner Großmutter verklagt wird.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Da sitzen die gleichen Herren. Ich will Ihnen einige Beispiele anführen. In Torgau befindet sich eine Maschinenfabrik, deren Inhaber gelernter Kaufmann ist. Er heißt Heinrich. Er hat einen einzigen Gesellen und hatte noch bis zum Dezember des Jahres 1921 16 Lehrlinge.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Heute sind es noch 12 Lehrlinge.

(Zuruf rechts: Ist das ein Handwerksmeister?)

Ich habe Ihnen gesagt, daß er die Erlaubnis hat, Lehrlinge auszubilden. Ich habe Ihnen auch die Firma genannt: Schlosserei und Maschinenfabrik.

(Zuruf rechts.)

— Ich bin zufällig auch Handwerker. Ich ehre das Handwerk. Gerade aus den Reihen der Arbeiter in den Gewerkschaften haben Sie die besten Handwerkslehrlinge bekommen. Denn alle unsere Freunde haben Wert darauf gelegt, ihre Söhne etwas Tüchtiges lernen zu lassen. Ich könnte Ihnen Beispiele nennen. Ich bin als Werkführer eines großen Werkes während des Krieges und vor dem Kriege tätig gewesen und kenne die Verhältnisse sehr gut. Die Firma Heinrich zum Beispiel hat aber kein Verbot erhalten, obwohl eine Anzahl Handwerksmeister von Torgau sich beschwerdeführend an die Handwerkskammer gewandt hat. Die Handwerkskammer hat absolut nichts unternommen. Im Gegenteil, erst ein öffentliches Eingesandt in der Torgauer deutschnationalen Zeitung war notwendig, um diese Zustände der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Auch dann hat die Handwerkskammer nicht eingegriffen, (B) sondern als ich neulich wieder in Torgau war, wurde mir bestätigt, daß heute dieselben Verhältnisse noch bestünden.

Der Herr Kollege Hammer und auch der Kollege Sievers haben gesagt, daß so eine Menge Lehrlinge gar nicht mehr gezüchtet würden. Ich könnte Ihnen eine Unzahl von Beispielen aus Halle anführen. Ich möchte nur nicht die Zeit des Hauses mit diesen einzelnen Fällen in Anspruch nehmen. Sie können sie aber bei mir nachher einsehen und sich davon überzeugen.

(Zuruf rechts: Ausnahmefälle!)

Das sind keine Ausnahmen, sondern Dutzende von Fällen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Eine andere unbestreitbare Tatsache ist, daß die **Lehrlinge** zum überwiegend großen Teil in den ersten Lehrjahren nicht zur Erziehungsarbeit, sondern zu allen möglichen **Dienstbotenarbeiten** verwendet werden.

(Widerspruch rechts.)

— Wenn Sie das bestreiten, will ich Ihnen auch aus Zeitungsausschnitten nachweisen, daß in großen Städten heute noch Lehrlinge zu solchen Arbeiten verwendet werden. Und wir wissen, daß diese alten Handwerksmeister gerade an jener Tradition festhalten, die besagt, daß der Lehrling zuerst dazu erzogen werden soll, ein würdiges Mitglied im Meisterhause zu werden. Dazu gehört, daß er vor allen Dingen für die Frau Meisterin und den Herrn Meister alle Botengänge besorgt.

(Sehr wahr! links.)

Es geht noch weiter. Die Lehrlinge werden auch zu Arbeiten herangezogen, die man am wenigsten Erziehungsarbeit nennen darf, nämlich auch zu **Arbeiten auf dem Felde**, wie es in ländlichen Bezirken üblich ist. Nennen Sie das (nach rechts) Erziehungsarbeit? Das ist keine Erziehungsarbeit, sondern nur eine Ausnutzung der Lehrlinge zu Hausarbeiten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dagegen lehnen wir uns auf. Deswegen verlangen wir (C) auch, daß die Lehrlinge nicht über sechs Stunden beschäftigt werden. Wenn Sie aber wünschen, meine Herren von rechts, daß die Lehrlingshaltung eine Erziehungsarbeit sein soll, dann gestatten Sie doch den Lehrlingen, daß sie **innerhalb der Arbeitszeit** den **Fachschulunterricht** benutzen. Das wäre wirkliche Erziehungsarbeit. Aber dagegen wehren Sie sich ja immer, indem Sie sagen, daß der Fachschulunterricht in die freie Zeit des Lehrlings gehöre. Der Lehrling hat in seiner freien Zeit weitere Aufgaben, um sich zu bilden, und Sie werden zugeben müssen, daß, wenn Sie tüchtige Lehrlinge und Gesellen haben, dann verdanken Sie das zum Teil jenen von Ihnen so gehaßten Gewerkschaften, die Lehrlingsgruppen eingerichtet haben, die den jungen Leuten begreiflich machen, was Werkzeuge sind, was die einzelnen Handhabungen innerhalb des Handwerks sind und so weiter. Die Gewerkschaften tun aber nicht nur das, sondern sie erziehen die jungen Seelen zur Natur, zur Freude am Wissen und so weiter, so daß sie dann mit Lust und Liebe zu ihrer Arbeit schreiten.

Nun wehren Sie sich dagegen, daß die Lehrlinge auch unter den Tarifvertrag gestellt werden. Dafür tragen Sie zum Teil die Schuld mit, weil die Bezahlung Ihrerseits so gering ist, daß die meisten Elternhäuser es nicht mehr durchführen können, ihre Kinder als Lehrlinge hinzugeben. Wenn Sie sie besser bezahlen würden, würde auch Ihre Erziehungsarbeit innerhalb der Lehrkreise bedeutend produktiver sein.

Wir stehen aber weiter auf dem Standpunkt, daß der **Berufswahl** mehr Aufmerksamkeit zugewendet wird. Heute wird ein erheblicher Teil der jungen Männer Berufen zugeführt, denen sie körperlich nicht gewachsen sind. Wie oft kommt es vor, daß kleine schwächliche Kerlchen den schwierigen Beruf eines Schmieds oder Schlossers erlernen, während auf der anderen Seite große Gestalten (D) den Schneiderberuf oder anderen leichten Berufen zugeführt werden. Weiter verlangen wir, daß Vorsorge getroffen wird, daß die **Berufsberatung** im letzten Schuljahr beginnt, damit wir dann die Lehrlinge so ausbilden können, daß sie ihren Beruf ihrer Körperkonstitution entsprechend erlernen.

Wir **Gewerkschaftler** wollen unbedingt die Lehrlinge unter die **Tarifverträge** haben. Wir wollen auch die Lehrlingsbewegung nicht den Handwerkskammern und Innungen überlassen. Nein, sagen wir, ziehen Sie alte, erfahrene Gesellen dazu heran, wie sie heute in den Schlichtungsausschüssen sitzen, und da haben Sie, wenn Sie es mit der Erziehung der Lehrlinge ehrlich meinen, absolut nichts zu fürchten, wenn jene Lehrlingsfrage auf den Schlichtungsausschüssen vorgelegt wird. Ich behaupte — und darin sind wir uns einig —, daß dadurch ein viel besseres und fruchtbringenderes Resultat erzielt wird als durch die Tätigkeit, die Sie in den Handwerkskammern und Innungen propagieren.

Ich wünsche — damit komme ich zum Schluß —, daß wir möglichst bald das **Reichsjugendschutzgesetz** bekommen, damit wir alle die Härten, die heute noch bestehen, beseitigen können. Jene Beschlüsse, die Sie in Ihrer Interpellation niedergelegt haben, lehnen wir einfach ab, weil wir bestimmt wissen, daß Sie diese Interpellation nur eingebracht haben, weil Sie sich nach jenen Gefilden von ehedem zurücksehnen, wo der Lehrling willfähriges Ausbeutungsobjekt war.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn die Mahnung des Herrn Präsidenten nicht gekommen wäre, so könnte ich noch eine große Menge von Material vortragen, um Ihnen klarzumachen, daß die Zustände von heute jenen aus der Kriegs- und Vorkriegszeit gleich sind, daß wir heute keine besseren Verhältnisse haben. Wir

(Krüger [Merseburg], Abgeordneter.)

aber wünschen, daß sich das Reichswirtschaftsministerium gerade der Frage der Lehrlinge so annimmt, daß wir hoffen dürfen, daß die Lehrlinge in Zukunft tariflich und schiedsgerichtlich ihr Unterkommen finden werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie müssen unter den Schutz der Gewerkschaften gestellt werden, damit wir auch innerhalb der Lehrlingskreise einen so wertvollen Nachwuchs für die Zukunft bekommen, wie wir ihn zum Wiederaufbau brauchen, der aber nicht allein im Interesse der Handwerksmeister und deren Tasche liegen soll, sondern der im Interesse des deutschen Volkes auch im Interesse der Allgemeinheit liegen wird.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Frau Abgeordnete Wurm hat das Wort.

Wurm, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Die Vertreter der Interessen der Innungsmeister und die Herren Innungsmeister selbst scheinen die Lehrlingsausbildung ausschließlich für ihre Angelegenheit zu halten. Wenn man sie hier sprechen hört, glaubt man, daß die **Ausbildung der Lehrlinge** eigentlich nur dazu da sei, die Innungsmeister zu erhalten, und nicht dazu, für das allgemeine Wohl beizutragen.

Wir betrachten allerdings die Lehrlingsausbildung von einem weitergehenden Gesichtspunkt aus. Wir betrachten sie als einen Teil unser wirtschaftlichen Volksbildung und unserer zukünftigen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn die Lehrlinge sind genau so wie alle Arbeitenden überhaupt berufen, daß da, wo wir die Konkurrenz auf dem Weltmarkte aufnehmen wollen, gute Arbeit geleistet wird, die aber nur bei einer entsprechend guten Lehrlingsausbildung gewährleistet werden kann.

(Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir verlangen ja nicht zum ersten Male das, was in unserer Entschließung unter Nr. 4268 niedergelegt ist.

Die Interpellation, die jetzt endlich zur Verhandlung kommt, obwohl sie doch schon beinahe ein Jahr alt ist, will nichts anderes als überlebte Verhältnisse erhalten. Ich kann mir ersparen, im einzelnen darauf einzugehen, einmal wegen der Mahnung des Herrn Präsidenten, kurz zu sein, und dann, weil wir ja bereits vor wenigen Tagen anläßlich unserer Entschließung die Frage der Lehrlingsausbildung ausführlich erörtert haben.

Wenn der Herr Staatssekretär uns einen baldigen Gesetzentwurf in Aussicht stellt, so möchte ich nur darum bitten, daß dieser Gesetzentwurf uns auch wirklich bald zugeht, und daß das nicht nur ein Versprechen bleibt gegenüber den Forderungen, die von der Jugend selbst, vom Reichsausschuß der Arbeiterjugendorganisationen Deutschlands im Verein mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und sämtlicher Arbeiterjugendvereine Deutschlands, soweit sie einer sozialistischen Richtung angehören, wiederholt und sehr nachdrücklich und schon vor längerer Zeit erhoben worden sind.

Was in dem in Aussicht gestellten Gesetzentwurf bezüglich der **Regelung des Lehrlingswesens in der Hauswirtschaft** gesagt werden soll, dem stehen wir außerordentlich mißtrauisch gegenüber. Ich habe vor einigen Tagen schon ausgeführt, daß wir den hauswirtschaftlichen Unterricht in der Hauptsache als eine Aufgabe der Schule betrachten. Wir wollen abwarten, was der Regierungsentwurf nach dieser Richtung hin sagt.

Wir haben aber gar keine Veranlassung, trotz der Interpellation der Abgeordneten Hergt und Genossen, von unserer Forderung abzugehen, daß die **Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Jugendlichen durch Tarifverträge** geregelt werden, und daß zweitens, entsprechend der von uns aufgestellten Forderung Berufskommissionen zu schaffen sind, die sich paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammensetzen, um über die weiteren Bedingungen des Lehrverhältnisses zu entscheiden. Bei der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit darf ich nicht weiter darauf eingehen, stelle aber unser Lehrlingsausbildungsprogramm gern jedem zur Verfügung, der Interesse daran hat.

Die **körperliche Züchtigung** ist einfach nicht mehr zeitgemäß, und wenn sie heute immer noch besteht und leider auch angewendet wird, so beweist das nur, daß das, was die Herren hier Erziehungsverhältnis nennen, wirklich eine längst überlebte Sache ist. Tatsächlich ist das Erziehungsverhältnis, das von den Innungsmeistern immer so sehr betont wird, nichts anderes als die Aufrechterhaltung eines alten Herrschaftsverhältnisses, das der Meister ohne Einschränkung über die jugendlichen Lehrlinge, die seiner Obhut anvertraut waren, ausgeübt hat. Wir wehren uns ganz entschieden dagegen und verlangen, daß der Jugendliche und der Lehrling vollkommen frei seien. Wenn den Innungsmeistern wirklich daran gelegen ist, ein erträgliches Verhältnis zwischen sich und den Lehrlingen zu schaffen, dann sollten sie endlich dazu kommen, den Lehrling, wenn auch als jungen, so doch gleichberechtigten Menschen zu betrachten, der wohl der Erziehung und Unterstützung bedarf, aber in erster Linie der Liebe und des Verständnisses. Solange die Innungsmeister weder Liebe noch Verständnis für ihre Lehrlinge haben, wird sich in diesem Verhältnis zwischen Meister und Lehrling nichts ändern, wird vielmehr der Lehrling meist den Meister als seinen Feind betrachten.

Daß die Handwerksmeister so vielfach einen **Mangel an Lehrlingen** zu beklagen haben, ist ebenfalls darauf zurückzuführen, daß die Lehrlinge bei den Meistern nicht eine Heimat finden, weil sie wie Ausgebeutete und nicht wie Kinder des Hauses betrachtet werden, deshalb wollen sie nicht in den kleinen Handwerksbetrieb hinein. Wir wissen, daß die **Großbetriebe** nicht über Lehrlingsmangel zu klagen haben. Wir haben hier in Berlin eine große Anzahl Fabriken, die, wenn sie sechzig Lehrlinge brauchen, zwei- bis dreihundert anfordern, die ihnen dann auch durch die Berufsberatungsämter zugeschickt werden. Diese werden einer **psychotechnischen Prüfung** unterworfen, worüber bei anderer Gelegenheit noch einiges zu sagen sein wird. Dann suchen sich diese großen Fabriken durch ihre eigenen psychotechnischen Einrichtungen eine Elite aus diesen 200 bis 300 Lehrlingen aus in der Zahl von ungefähr 60, die ganz besonders tüchtig und geeignet sind. Die übrigen können als Mittelgut zurückgehen und sich eine andere Arbeit suchen. Das ist ein Beweis dafür, daß die Großbetriebe, die eine geordnete und geregelte Lehrzeit für ihre Jugendlichen eingeführt haben, einen Mangel an Lehrlingen nicht kennen, wogegen der Mangel dort ist, wo man den unmöglichen Versuch macht, patriarchalische Verhältnisse aufrechtzuerhalten, die einer vergangenen Wirtschaftsepoche angehören.

Wenn Herr Biener fürchtet, daß die **Berufskommissionen Tendenzentscheidungen** fällen werden, so kann ich das nicht verstehen; denn in der Forderung, die wir aufgestellt haben, steht ja ausdrücklich — und die Gewerkschaften haben das auch in Nürnberg verlangt —, daß die Berufskommissionen paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt sein sollen. Bei einer paritätischen Zusammensetzung kann doch von einer Tendenzentscheidung nicht die Rede sein. Ich möchte aber die sämtlichen Innungsmeister darauf aufmerksam machen, daß beispielsweise das Berufsamt in Berlin für die Gemeindeschüler und Gemeindeschülerinnen **Merkblätter** herausgibt, in denen alle Berufe einzeln aufgezählt werden, unter anderem das Handwerk an allererster Stelle, und zwar mit dem schönen Satz: „Du kannst bei

(**Wurm**, Abgeordnete.)

(A) einem tüchtigen Meister in einer drei- bis vierjährigen Lehrzeit ein Handwerk erlernen“ usw. Das Wort „tüchtig“ ist aber zu betonen; denn wie die Dinge heute liegen, werden zwei Jahre von einer dreijährigen Lehrzeit zu allem anderen verwendet, nur nicht zur Ausbildung des Lehrlings.

Ich brauche nicht zu wiederholen, was mein Herr Vorredner gesagt hat, und was ich selbst vor einigen Tagen ausgeführt habe. Aber der Krieg hat gezeigt, daß die Jugendlichen ungeheuer rasch zu gelernten Arbeitern wurden. Entweder haben sie im Kriege Pfuscharbeit geleistet, die unverantwortlich war, oder es ist heute eine unerhörte Ausbeutung Jugendlicher, wenn man sie jahrelang beschäftigt und sie jahrelang lernen müssen, was sie während des Krieges in dem dritten oder vierten Teil der Zeit erlernt haben, die sie heute dazu brauchen. Ich möchte da dem Herrn Kollegen Biener, der Bäckermeister ist und den das vielleicht interessieren wird, sagen, daß die Stadt **Wien vier Fachschulen** für die **Erlernung des Bäckereibetriebes** eingerichtet hat, daß man dort Bäckerlehrlinge im Bäckerbetrieb überhaupt nicht mehr kennt, sondern die Lehrlinge in den Bäckerschulen angelernt werden. Wie jetzt die Verhältnisse in Österreich liegen, haben die Bäcker nicht sehr viel zu tun. Vor dem Kriege bestanden vier Fachschulen mit 1072 Lehrlingen, heute nur drei mit 274 Lehrlingen. Ich könnte Ihnen darüber noch einiges erzählen, verzichte aber darauf mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit.

Wir sind durchaus für die Aufrechterhaltung dessen, was wir in unserer Entschließung verlangt haben, und können auf diese Interpellation keineswegs eingehen, weil sie nich's anderes bedeutet als die Rechtlosmachung des Lehrlings, weil sie ihn vollkommen den Meistern ausliefert, weil ihnen nicht gleiches Recht zugestanden wird. Am liebsten möchten Sie auch verhindern, daß der (B) Lehrling sich in gewerkschaftlichen Fachorganisationen organisiert. Dann wäre er ganz ohne Schutz, vollkommen der Willkür des Meisters preisgegeben; dann allerdings hat der Lehrling nichts Gutes zu erhoffen. Deshalb haben wir ein für allemal für alle Jugendlichen und Lehrlinge das Recht aufgestellt, daß sie sich ihrer Gewerkschaft anschließen können, je eher, desto nützlicher, und daß die Gewerkschaften ihre wirtschaftlichen Interessen wahrnehmen.

Ich wiederhole, was ich schon vor ein paar Tagen zu Herrn Biener sagte, daß wir an diese **Zuchtlosigkeit der Jugend**, von der er sprach, nicht glauben, daß wir im Gegenteil davon überzeugt sind, daß in der Jugend ein guter Geist lebt, der sie selbst dazu drängt, etwas zu erlernen. Wenn von verschiedenen Rednern festgestellt wurde, daß auf der einen Seite ein großes Bedürfnis nach Handwerkslehrlingen vorhanden sei und auf der andern Seite die Zahl der Lehrlinge im Handwerk ständig zunehme, so ist das ein Beweis für das Gesagte: die Jugend hat Lust und Liebe zu gelernter Arbeit. Unterstützen Sie das, was die Jugend und die Lehrlinge selber wollen, durch Verständnis für eine andere Zeit und stellen Sie nicht durch Gewalt wieder etwas her, was längst überlebt ist, dann werden Sie für die Jugend die Möglichkeit finden, die vervollkommnete Technik anzuwenden und werden auch die Steigerung der Produktion erreichen, die uns allen not tut. Sie erreichen dies aber nicht in mittelalterlichen, sondern nur durch moderne Betriebsarten. Der Kleinbetrieb ist heute nicht mehr leistungsfähig in dem Maße wie der Großbetrieb, mit Ausnahme bestimmter Handwerke, die zum Teil wieder durch die furchtbare Not aufgelebt sind, daß wir jetzt wieder Dinge handwerksmäßig herstellen, die vor dem Kriege schon in der Fabrik oder überhaupt nicht mehr hergestellt wurden.

Wir hoffen, daß Sie unsere Entschließung annehmen und die Interpellation der Herren Abgeordneten Hergt und Genossen ablehnen.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann darf ich wohl, wenn kein Widerspruch erfolgt, die Annahme des Kap. 1 Tit. 1 mit den Ausschußanträgen auf Drucksache 3882 feststellen, ebenso die Annahme der Entschließung des Ausschusses auf Drucksache 3882 IIa. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich rufe weiter auf Tit. 2 bis 17 und stelle hier wie bei allen übrigen Titeln, wenn kein Widerspruch erfolgt, die Annahme mit den Ausschußanträgen auf Drucksache 3882 fest.

Ich rufe auf Kap. 2 Tit. 1 bis 13. Hier liegen überall keine Wortmeldungen vor. Ich stelle die Annahme fest.

Ich rufe auf Kap. 3, — Kap. 4 Tit. 1 bis 4, — Kap. 5 Tit. 1 bis 3 — und stelle auch hier überall die Annahme fest.

Ich rufe auf Kap. 6 Tit. 1.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Im Haushaltsausschuß hat der Herr Präsident des Reichsamts für Statistik auf eine Anfrage geantwortet, das Reichsamt beabsichtige, in Zukunft nicht mehr die **Statistik** herauszugeben, die sich auf die **Gewinne der Aktiengesellschaften** bezieht.

(Hört! Hört! links.)

Als Grund wurde angegeben, daß durch die Vorgänge im Wirtschaftsleben der Nominalwert der Aktien keine Grundlage für eine ernsthafte Statistik mehr ist; ich gebe diese Tatsache zu. Ich gebe auch zu, daß die Würdigung der Zahlen dadurch erschwert wird. Trotzdem möchte ich die Bitte aussprechen, daß die Statistik weiter erscheint. Welche Lehren man aus den Zahlen zu ziehen habe, ist ja eine andere Sache. Wenn das Reichsamt in der Lage ist, noch weitere Tatsachen beizubringen, die eine richtige Würdigung der Zahlen ermöglichen, dann ist es um so besser. Ich möchte den Herrn Präsidenten besonders bitten, die Frage zu überlegen, ob es möglich ist, das Alter der Aktien zu verwerten. Derartige Verbesserungen der Statistik müssen reiflich erwogen werden. Die Statistik aber ganz fallen zu lassen, halte ich für falsch.

Die Arbeiten des Reichsamts für Statistik sind im allgemeinen derartig, daß wir mit ihnen zufrieden sein können. Die neue Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, die seit einiger Zeit erscheint, ist fraglos eine Leistung, auf die wir stolz sein können. Ich will hoffen, daß es auch auf dem Gebiete, auf das ich hingewiesen habe, dem Reichsamt möglich ist, eine Leistung hervorzubringen, die sich sehen lassen kann.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Präsident des Statistischen Reichsamts Delbrück.

Delbrück, Präsident des Statistischen Reichsamts: Die Bemängelungen des Herrn Vorredners wegen der **Rentabilitätsstatistik der Aktiengesellschaften** muß ich ohne weiteres anerkennen. Sie gelten allerdings nicht für die bisher publizierten Arbeiten; denn diese reichen nur bis zum 1. Juli 1919. Bis dahin konnte das Statistische Reichsamt mit Recht die Rentabilitätsstatistik auf der alten Grundlage aufbauen. Wir haben uns aber selbst davon überzeugt, daß diese Art der Berechnung für die kommenden Jahre nicht mehr möglich ist, weil Goldwerte und Papierwerte zusammengezogen werden und man aus diesen Zahlen nicht mehr Schlüsse ziehen kann. Wir sind schon seit längerer Zeit mit der Prüfung der

(Delbrück, Präsident des Statistischen Reichsamts.)

(A) Frage beschäftigt, wie man eine neue Rentabilitätsstatistik aufbauen könnte. Die Schwierigkeiten, die der Herr Vorredner bereits angedeutet hat, sind außerordentlich groß. Ich erinnere auch an die gestrigen Verhandlungen in Hamburg, wo die gleichen Probleme in bezug auf die Frage der Bilanzierung der Aktiengesellschaften erörtert wurden. Ob wir der Schwierigkeiten Herr werden, kann ich im Augenblick nicht sagen. Wir werden uns nach dieser Richtung hin jedenfalls bemühen. Ebenso werden wir uns bemühen, bezüglich der Berücksichtigung des Alters der Gesellschaften einen Modus zu finden, der eine richtige Würdigung der Zahlen ermöglicht, so daß künftig die Zahlen in alter Weise, aber auf neuer Grundlage publiziert werden können.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle die Annahme des Tit. 1 sowie der Tit. 2 bis 9 fest. Kap. 7 Tit. 1 bis 7; — Kap. 8 Tit. 1 bis 8 mit der Entschließung des Ausschusses auf Nr. 3882 II b; — Kap. 9 Tit. 1 bis 11; — Kap. 10 Tit. 1 bis 8 mit der Entschließung des Ausschusses auf Nr. 3882 II c. — Ich stelle überall die Annahme fest.

Meine Damen und Herren! Zu meinem großen Bedauern muß ich Ihnen nunmehr auf das Drängen der im Hause anwesenden und noch mehr der abwesenden Mitglieder des Reichstages vorschlagen, die Beratungen nunmehr abzubrechen und die neue Sitzung anzuberaumen auf Mittwoch den 24. Mai 1922, vormittags 11 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922, und zwar:

a) Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums, in Verbindung mit
der Interpellation der Abgeordneten Dr. Petersen und Genossen, betreffend den Verkehr von Waren aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet (Nr. 3547 der Drucksachen) und
der Interpellation der Abgeordneten Hergt, (B) Dr. Becker (Hessen), Dr. Petersen, Leicht, Alpers und Genossen, betreffend Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk (Nr. 2405 der Drucksachen)
Antrag Nr. 4340;

— die Beratung wird fortgesetzt mit Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben —

b) Haushalt des vorläufigen Reichswirtschaftsrats,
in Verbindung
mit dem mündlichen Bericht des 23. Ausschusses (Nr. 4127 der Drucksachen), betreffend Regelung der Gehaltsverhältnisse der Beamten des vorläufigen Reichswirtschaftsrats;

c) Haushalt des Reichsfinanzministeriums,
in Verbindung mit der
ersten Beratung des von den Abgeordneten Dr. Rießer, Dr. Becker (Hessen) und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Aenderung der Reichsabgabenordnung;

d) Haushalt des Rechnungshofs des Deutschen Reichs;

e) Haushalt der Reichsschuld;

f) Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung;

g) Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrags;

h) Haushalt des Auswärtigen Amts;

i) Haushalt des Reichstags;

k) Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922.

Ein Widerspruch gegen diese Tagesordnung erfolgt nicht; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 7 Uhr.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

218. Sitzung.

Mittwoch den 24. Mai 1922.

Die Sitzung wird um 11 Uhr 18 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

(D)

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Als Vorlage ist eingegangen:

Entwurf eines Gesetzes über das am 15. Mai 1922 in Genf geschlossene deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien.

Ein Korrekturabzug von diesem Abkommen liegt hier aus.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 5. Ausschuß für die Herren Abgeordneten Knieft, Jaud

die Herren Abgeordneten Sivkovich, Gerauer;

in den 13. Ausschuß für die Herren Abgeordneten Jaud, Silberschmidt, Beythien, Dr. Maretzky, Winnefeld, Merkel

die Herren Abgeordneten Schirmer (Franken), Bias, Dr. Gildemeister, Janson, Döbrich, Ernst.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten

Hoffmann (Saalfeld) für 4 Tage,

Mittelmann für 5 Tage und

Adams für 6 Tage.

Es suchen für längere Zeit Urlaub nach

Frau Abgeordnete v. Oheimb für 10 Tage wegen dringender Geschäfte,

Herr Abgeordneter Fries für 14 Tage wegen Krankheit.

Ein Widerspruch erhebt sich nicht; die Urlaubsgesuche sind bewilligt.

Meine Damen und Herren! Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich einige Mitteilungen über die Beschlüsse des Ältestenrats machen. Sie sind einigen der Herren bereits von ihren Fraktionsführern mitgeteilt worden, aber ich möchte sie hier noch einmal zur Kenntnis geben. Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, die zweite

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(Präsident.)

(A) Lesung des Etats bis Sonnabend abend zu beendigen, und zwar mit der Maßgabe, daß am Sonnabend zwischen 3 und 4 Uhr die ausgesetzten Abstimmungen aus den verschiedenen Etats: Ernährungsetat, Etat des Innern usw. nachgeholt werden. Dabei sollen aber die Plenarsitzungen des Reichstags an diesen beiden Tagen, Freitag und Sonnabend, erst nachmittags 3 Uhr beginnen, weil die Vormittags- und Mittagsstunden vom Auswärtigen Ausschuß zur Beratung über die Berichterstattung von Genua, über die Reparationsfrage und über das eben erwähnte deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien gebraucht werden.

Wenn wir bei der für das Plenum knapp bemessenen Zeit am Freitag und Sonnabend die Etatsberatungen beenden wollen, dann wird es notwendig sein, daß wir die allgemeine Aussprache beim Finanzetat, beim Auswärtigen Etat und beim Haushalt zur Durchführung des Friedensvertrags ausfallen lassen zugunsten der großen politischen Aussprache, die zu Beginn der nächsten Woche stattfindet, auch um Wiederholungen zu vermeiden, und der Ältestenrat schlägt Ihnen das vor. Wir würden dann am Montag und Dienstag die Berichterstattung über die Konferenz von Genua durch die Herren Minister entgegennehmen und damit die allgemeine politische Debatte verbinden. Für Mittwoch ist dann die dritte Beratung des Etats, die Erledigung etwaiger kleinerer Gesetze und der Verträge mit Polen und Dänemark in Aussicht genommen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, das Präsidium zu unterstützen, dieses Programm durchzuführen, die Redner durch die Kürze ihrer Reden,

(Beifall und Heiterkeit)

die übrigen Damen und Herren durch zahlreiche Anwesenheit, damit wir zu Beschlüssen kommen. Manchmal wird übersehen, daß Ältestenrat und Präsidium diese ihre Vorschläge nicht in ihrem eigenen Interesse machen,

(B) (Heiterkeit)

sondern um den Mitgliedern des Hauses ihre Aufgaben und ihre Pflichten zu erleichtern und besser einzuteilen. — Ich nehme an, daß das Haus mit diesen Vorschlägen einverstanden ist.

(Zustimmung.)

Wir können dann in den ersten Gegenstand der Tagesordnung eintreten:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922 (Nr. 3405, 3883 der Drucksachen), und zwar zunächst

Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums (Anlage VI),

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 3882 der Drucksachen),

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Rießer; in Verbindung mit der

Interpellation der Abgeordneten Dr. **Petersen und Genossen, betreffend den Verkehr von Waren aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet** (Nr. 3547 der Drucksachen).

Die Beratung wird fortgesetzt bei Kap. 11 Tit. 1. Das ist das Reichskommissariat für Aus- und Einfuhrbewilligung, und damit ist verbunden die eben genannte Interpellation der Abgeordneten Dr. Petersen und Genossen.

Zunächst hat das Wort zur Begründung der Interpellation der Abgeordnete Korell.

Korell, Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! Es gibt verschiedene Dinge im besetzten Gebiet, die einer größeren Mehrzahl des deutschen Volks (C) nicht bekannt sind. Dazu gehört auch die **Kontrolle über den Verkehr der Waren vom besetzten in das unbesetzte Gebiet.**

Im Jahre 1919, als das Loch im Westen offen war, mußte sich die deutsche Volkswirtschaft wehren gegen das massenhafte Hereinströmen entbehrlicher Güter. Es wurde damals eine Auffanglinie am Rhein geschaffen. Wir hatten, solange der Waffenstillstand dauerte, nicht die Herrschaft über unsere Grenzen. Später, als wir sie wieder erlangt hatten, kamen im Jahre 1921 die Sanktionen, die uns wiederum des eigenen Rechts zur Kontrolle der eingeführten Waren beraubten, und wiederum mußte eine neue Auffanglinie am Rhein geschaffen werden. Als die Sanktionen zum Teil abgebaut waren, wurde dann jene Einrichtung getroffen, die in Ems ihren Sitz hat, die **Emser Stelle,** von wo in der Regel für die Waren, die ins besetzte Gebiet ein- oder ausgeführt wurden, die Erlaubnis zu beziehen war. Wir im besetzten Gebiet wissen, wie überaus verständig und tatkräftig der deutsche Leiter der Emser Stelle seine Funktion erfüllt hat. Wir wissen, daß er in vielen Dingen nicht alles das erreichen konnte, was nützlich und notwendig gewesen wäre. Aber im Rahmen seiner Befugnisse weiß ihm die deutsche Volkswirtschaft und auch der Handel des besetzten Gebiets aufrichtig Dank. Ich gestatte mir deshalb gleich zur Einleitung die Frage: wie weit sind eigentlich die Verhandlungen mit der Interalliierten Kommission gediehen, die die endgültige Beseitigung der Emser Stelle bezwecken? Es haben darüber wiederholt Verhandlungen in Koblenz stattgefunden. Die Öffentlichkeit ist einigermaßen unterrichtet worden, einmal auch durch einen sogenannten Vertrauensbruch überrascht worden. Seit dieser Zeit wissen wir nichts mehr. Im Interesse unserer Volkswirtschaft und auch der Handelswelt des besetzten Gebiets wäre es außerordentlich erwünscht, daß diese (D) Emser Stelle alsbald verschwindet.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich wäre dem Herrn Minister für eine Auskunft dankbar.

Nun, meine Damen und Herren, ist mit der Kontrolle der Waren, die aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet herüberkommen, der Reichsbeauftragte zur Überwachung der Ein- und Ausfuhr betraut. Glauben Sie nicht, daß unsere Interpellation grundsätzlich und allgemein die Notwendigkeit der **Kontrolle des Warenverkehrs** vom besetzten in das unbesetzte Gebiet verneinen wollte. Wir wissen sehr genau, daß der Handel der westlichen Länder alle möglichen Methoden probiert, um zunächst in das besetzte und dann in das unbesetzte Gebiet Waren hereinzubringen, die fernzuhalten die deutsche Volkswirtschaft in der Tat ein wichtiges Interesse hat. Unser Kampf gilt also keineswegs der immer noch bestehenden Notwendigkeit der Kontrolle an sich; aber wenn einmal ein solcher Eingriff in den Warenverkehr gemacht wird, dann muß die Ausübung dieser Kontrolle mit einer außerordentlichen Energie und Sorgfalt so gestaltet werden, daß die Schwierigkeiten, die entstehen, auf ein Mindestmaß beschränkt werden, und es müssen vor allen Dingen Personen mit der Kontrolle beauftragt sein, welche einigermaßen die kaufmännischen Gebräuche beherrschen und welche, fern von Bureaukratismus, es verstehen, den durch die Kontrolle beengten Handel nicht allzu sehr zu schädigen oder am Ende lahmzulegen. Es handelt sich also bei unserer Interpellation eigentlich nicht um das Was der Kontrolle, sondern um das Wie, um die Ausführung.

Meine Damen und Herren! Der Herr Reichswirtschaftsminister hat vorgestern seine Auffassungen entwickelt, daß wir in Deutschland überhaupt, nicht bloß etwa an der Grenze des besetzten Gebietes, die völlig freie Wirtschaft nicht haben könnten und daß wir sie kontrollieren müßten

(Korell, Interpellant.)

(A) im Interesse der Gesamtheit. Gut, dann aber muß man, wenn man dieser Überzeugung ist, sofort mit derselben Energie aussprechen und sich bewußt sein, daß durch jede Kontrolle der Wirtschaft Unzulänglichkeiten und Beengungen entstehen, und daß an sich das Wesen einer staatlichen und polizeilichen Kontrolle dem Wesen des Warenverkehrs grundsätzlich widerspricht. Man muß also versuchen, die Kontrolle der Waren und der Wirtschaft so zu gestalten, daß ein Mindestmaß von Belästigungen entsteht, um den großen Zweck zu erreichen, daß Schäden ferngehalten werden, im großen und ganzen aber die Wirtschaft ihren fruchtbaren Weg gehen kann.

Wir wissen ja, daß **Frankreich** immer und immer wieder den **Versuch** macht, **sich das Rheinland wirtschaftlich anzugliedern.** Neuerdings scheint man in Frankreich von der Meinung abgekommen zu sein, das könne man allein und in erster Linie dadurch erreichen, daß man das Rheinland durch eine besondere Zollinie vom übrigen Deutschland abgrenze. Man hat aber dafür in Paris jetzt den anderen Weg angekündigt, daß man nämlich in direktem Verkehr die rheinische und die französische Wirtschaft näherbringen soll, indem man es dann offenbar uns im besetzten Gebiete freundlicherweise überlassen will, wenn die Waren etwa gekauft sind, zuzusehen, wie wir sie weiter verwerten können, so oder so, wahrscheinlich um einen starken Druck auf die Reichsregierung vom besetzten Gebiet aus auszuüben, um dann, wenn wir die Waren vom Ausland gekauft haben, die deutschen Behörden zu veranlassen, daß sie in möglichst großem Umfang diese Waren weiterlassen.

Meine Damen und Herren! Gegenüber diesen Bestrebungen, die sich auch darin kennzeichnen, daß neuerdings an die Handelskammern oder Firmen, die im besetzten Gebiet Geschäfte treiben, eine Mitteilung gekommen ist, dadurch, daß eine deutsche Handelskammer (B) ein Gesuch um Einfuhr als ungeeignet bezeichne, sei es noch keineswegs für die französischen Behörden erledigt, vielmehr möchten die einzelnen Leute die Gesuche weitergeben, die Emser Stelle werde sie schon wohlwollend prüfen und werde sie dann genehmigen, — gegenüber allen diesen Versuchen wissen wir, daß eine Kontrolle an sich notwendig ist, und wir im Rheinland verschließen uns dieser Notwendigkeit auch keineswegs.

Ich weiß, daß gelegentlich Personen im Rheinland, wenn diese Frage zur Debatte steht und wenn Schwierigkeiten bei der Überführung von Waren gemacht werden, plötzlich das nationale Moment in die Wagschale zu werfen versuchen. Das sind dunkle Ehrenmänner, Leute, denen ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche und ihr Nationalgefühl gerade gut genug ist, um im Zusammenhang damit mit wirtschaftlichen Vorteilen bedacht zu werden. Das lehnt die weitaus überwiegende Mehrheit nicht nur des rheinischen Volkes, sondern auch der gesamten rheinischen Industrie- und Handelswelt rundweg ab. Wir lassen uns unser Gefühl der Zusammengehörigkeit zu Deutschland weder abkaufen durch Vorteile, die uns vom Westen her in Aussicht gestellt werden, noch lassen wir es uns trüben dadurch, daß neben der berechtigten Kontrolle auch sehr viele Mißgriffe in der Ausübung dieser Kontrolle vorgekommen sind. Das Nationalgefühl, das in diesen Tagen wiederum eine Feuerprobe zu bestehen hat, ist rein und stark genug, als daß man es herabwürdigen dürfte, um von da aus einen Einfluß auf die Gestaltung des Warenverkehrs zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet ausüben zu wollen.

Was ist nun eigentlich geschehen, um diese an sich notwendige Kontrolle durchzuführen? Ich habe seinerzeit eine Anfrage an das Reichswirtschaftsministerium gerichtet und stelle gern fest, daß seit dem Dezember des vorigen Jahres eine Reihe von Erleichterungen eingetreten ist, die notwendig waren und für die deshalb überhaupt ein besonderer (C) Dank nicht auszusprechen ist, die wir aber drüben sehr wohltätig empfunden haben. Und wir dürfen sagen, seit dem Dezember vorigen Jahres sind viele der allerdringlichsten Beschwerden beseitigt worden.

Ich will aber gleich hinzufügen, daß neuerdings die Dinge, die der Herr Reichswirtschaftsminister abgestellt hat, wiederum aufleben. Im weiteren Fortgang meiner Rede werde ich dafür die Beweise erbringen. Ich habe damals in der Anfrage Nr. 1180 gefragt, ob es der Reichsregierung bekannt sei, daß namentlich eine ganz unkaufmännische und unwirtschaftliche **Verschleuderung von Waren** stattfände. Der Herr Reichswirtschaftsminister hat mir damals schriftlich geantwortet, es habe eigentlich keine Verschleuderung von Waren stattgefunden. Ich habe insbesondere gefragt, ob es ihm bekannt sei, daß in einem bestimmten Falle **Weinbrand,** der beschlagnahmt und verwertet worden war, die Flasche zu 10 Mark verschleudert worden sei. Den Ausdruck habe ich gebraucht. Der Herr Reichswirtschaftsminister hat in seiner Antwort gesagt, es sei kein Fall bekannt geworden, in dem Weinbrand die Flasche zu 10 Mark verwertet worden sei. Ich nehme nicht an, daß der Reichswirtschaftsminister mich an der Nase hat herumführen wollen. Aber ich bin nicht ganz sicher, ob der Reichswirtschaftsminister nicht seinerzeit an der Nase herumgeführt worden ist. Ich werde ihm nunmehr die Beweise erbringen. Ich habe vor mir eine Originalfaktura der Firma, der damals 2011 Liter Weinbrand beschlagnahmt und verwertet worden waren. Der Fakturapreis beläuft sich auf 109 679,60 Mark. Meine Damen und Herren und Herr Reichswirtschaftsminister, dieser Firma sind für diese beschlagnahmten und verwerteten Waren von der Geschäftsstelle des Reichsbeauftragten (unter 2 A, 5 B, 420 C) 24 017,15 Mark überwiesen worden. Das macht genau gerechnet auf das Liter Weinbrand 11,90 Mark. Ich hatte gesagt, die (D) Flasche sei zu 10 Mark verschleudert worden. In Wirklichkeit ist das Liter — ich will vorsichtig sein — zu 11,90 Mark verwertet worden. Ich möchte fragen, ob das etwas anderes ist? Ja, es ist sogar noch schlimmer, denn die Flasche ist tatsächlich noch unter 10 Mark verwertet worden. Ich möchte also noch dringend bitten, daß man sich, wenn solche Auskünfte erteilt werden, nicht an den Ausdruck Flasche hält. Tatsächlich ist der Wein in Fässern verwertet worden. In der Sache selbst ist meine Anfrage durchaus richtig gewesen, und ich verstehe nicht, wie eine derartige Auskunft erteilt werden konnte.

Meine Damen und Herren! Außer der Anfrage, die ich mir damals zu stellen erlaubt hatte, haben auch andere Fraktionen dieses hohen Hauses, unter anderem die Herren Abgeordneten Dr. Zapf und Genossen, in der Drucksache Nr. 1404 einen Fall zur Kenntnis der Regierung gebracht, der ebenfalls auf die **Mißstände bei der Ausübung** dieser **Kontrolle** hinweist. Ich weise ferner darauf hin, daß die bayerische Landesbauernkammer einen Beschluß gefaßt hat, der auf das entschiedenste gegen die Mißbräuche, gegen die Ausführung dieses Warenverkehrs protestiert, und, wenn ich eine deutsche Zeitung erwähnen darf, die sich mit besonderem Eifer und Geschick dieser Fragen annimmt, so ist es die „Deutsche Weinzeitung" in Mainz, die fast in jeder Nummer Fälle gebracht hat, in denen unglaubliche Verzögerungen vorgekommen sind, in denen auf Telegramme und Eilbriefe monatelang keine Antwort gegeben wurde, wodurch die betreffenden Firmen zu außerordentlichem Schaden gekommen sind.

(Rufe von den Deutschen Demokraten und rechts: Unerhört!)

Wenn das jetzt weniger geworden ist, so begrüßen wir es. Aber diese Dinge müssen dann von den zuständigen

(**Korell**, Interpellant.)

(A) Stellen mit dem Eifer und der Energie erfaßt werden, wie sie es verdienen.

Ich sagte, daß diese Fragen mit der nationalen Stellung der Rheinländer nicht das Geringste zu tun haben, und nun möchte ich Ihren Blick einen Augenblick auf die Lage der Geschäftsleute im besetzten Gebiet lenken. Sie kennen unter anderem die unzulänglichen **Transportverhältnisse im Rheinlande.** Längs des Rheins im engen Rheintale schlängeln sich auf beiden Seiten die beiden einzigen großen Verkehrsadern hin, die wir haben. Die Schiffahrt war im letzten Jahre fast restlos lahmgelegt durch mangelndes Wasser im Rhein. Verkehrsstockungen und Gütersperren auf der Eisenbahn sind nirgends in Deutschland häufiger gewesen als im besetzten Gebiet. Daraus entstand eine ganze Menge von Schwierigkeiten für die dortige Geschäftswelt, für die auch der Eisenbahnerstreik von besonders unheilvollen Wirkungen gewesen ist. Denn eines der Hauptprodukte des Rheinlandes, der Wein, ist durch den Eisenbahnerstreik und durch die Kälte, die ihn begleitete, zu außerordentlichem Frostschaden gekommen, der Millionen beträgt, und wofür ein Ersatz seitens der Eisenbahn nicht geleistet wird.

Dazu kommen die wirtschaftlichen Hemmungen, die durch die Besatzung für die Geschäftswelt im besetzten Gebiete bestehen. Ist es Ihnen bekannt, meine Damen und Herren, daß gerade wir im französisch besetzten Gebiet in der vorletzten Woche wiederum unsere sämtlichen Pferde und Fahrzeuge, Wagen und Automobile, Personen- und Lastwagen vorführen mußten, und daß zunächst einmal hierdurch für die Firmen schon ein außerordentlicher Zeitverlust und eine Hemmung des Verkehrs entstanden ist? Zu Zwecken der **Mobilisation** müssen die Rheinländer mitten im Frieden ihre **Gefährte und Pferde** vorführen.

(Erregte Rufe: Unerhört!)

(B) — Ja, wenn das schon unerhört ist, so ist es noch unerhörter, was der Öffentlichkeit nicht bekannt ist, daß im französisch besetzten Gebiet denjenigen Firmen und Personen, die taugliche Pferde und Fuhrwerke haben, bereits ein Mobilisierungsschein zugestellt ist. Unsere Leute haben bereits eine französische Mobilisationsorder empfangen, in der steht, daß sie sich am soundsovielten Tage mit ihren Pferden und Fuhrwerken an dem und dem Platze einzustellen und sich zur Verfügung der französischen Militärbehörde zu halten haben.

(Erregte Rufe: Das ist französische Abrüstung!)

Wenn ein solcher Druck auf der Geschäftswelt und überhaupt auf der ganzen Bevölkerung im besetzten Gebiet liegt, dann ist es wohl mit Recht zu wünschen, daß nicht unnötiger Druck, unnötige **Erschwerungen und Hemmnisse für das Geschäftsleben** seitens untergeordneter deutscher Stellen gemacht werden.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und rechts.)

Denn, meine Damen und Herren, wenn eine Bevölkerung wie die des Rheinlandes unter jahrelangem Druck steht, dann ist sie natürlich auch besonders empfindlich. Ich gebe ruhig zu, daß manche Beschwerden, die über die zur Rede stehende Frage an Sie gelangt, im Ton nicht gerade höflich gewesen sind, daß sie zu scharf dargestellt worden sind. Aber Sie müssen verstehen, daß diese Beschwerden und Schriftstücke von einer Bevölkerung kommen, die unter einem ganz ungewöhnlichen wirtschaftlichen und seelischen Druck steht. Da möchte ich Ihnen gleich ein Beispiel vorführen, wie es nicht gemacht werden darf, das mir erst heute früh zugegangen ist.

Bekanntlich ist Mainz am Rhein einer der Hauptsitze des deutschen Teppichhandels. Dort sind zwei bekannte Weltfirmen, die sich mit der Einfuhr und dem Verkauf von Teppichen befassen. Auch für diese Teppiche muß (C) selbstverständlich die **Zulaufsgenehmigung** eingeholt werden, wenn sie über den Rhein herüber kommen und im übrigen Deutschland verkauft werden sollen. Daß keine ausländischen **Teppiche** verkauft werden dürfen, die in illegaler Weise hereingeführt sind, versteht sich nach meinen ganzen Ausführungen und nach der Auffassung der rheinischen Geschäftswelt von selbst. Daß aber die Teppiche, die verkehrsfrei sind, nunmehr grundsätzlich ausgeschlossen sind, die von Mainz auf den deutschen Markt herüberkommen, ist ein unerhörter Skandal — und nichts weiter. Dafür habe ich den Beweis zu erbringen. Ich sagte vorhin schon, daß bei der Durchführung der Kontrolle hinsichtlich der Personals ganz besondere Anforderungen zu stellen sind. Ich muß diese Anforderung auch erweitern auf die Wirtschaftsstellen hier in Berlin, die über diese Zulaufsgenehmigung zu entscheiden haben. Denn wir haben den Eindruck — und ich kann den Beweis führen —, daß in diesen Wirtschaftsstellen hier oben bisweilen nicht etwa das deutsche volkswirtschaftliche Interesse maßgebend ist, sondern das Konkurrenzinteresse von Firmen, die hier in den Stellen sitzen und die das volkswirtschaftliche Interesse vorschieben, um die Konkurrenz des Rheinlandes zu beseitigen.

(Hört! Hört! rechts.)

Für eine Branche, für den Wein, kann ich es an einem berühmt gewordenen Beispiel nachweisen. Ein Mitglied der Weinhandelsgesellschaft hat sich erlaubt, die angesehensten rheinischen Firmen zu denunzieren, daß sie unberechtigterweise eingeführt hätten, und hat geglaubt, es mit seiner kaufmännischen Ehre vereinigen zu können, daß er beantragt hat, diese rheinischen Firmen unter geheime Briefzensur zu stellen, um hinter verbotene Geschäftsverbindungen zu kommen. Der Mann, der das gemacht hat, hat dabei selbst große Mengen von Wein im besetzten Gebiet gekauft gehabt und eingelagert, um sie dann herüber zu führen, wenn einmal die Möglichkeit dafür vorhanden war. Der Fall mit den Teppichen ist (D) ganz ähnlich. Bisher hatte die Zulaufsgenehmigung für rechtmäßig eingeführte Teppiche die Textilstelle zu erteilen, die gelegentlich solche Zulaufsgenehmigung erteilt hat. Seit vorigem Monat hat aber die Außenhandelsnebenstelle für Wolle diese Genehmigung zu erteilen. Nun hören wir, was unter dem 5. Mai dieses Jahres die Außenhandelsstelle für Wolle der betreffenden Stelle, die um die Zulaufsgenehmigung für legal eingeführte Teppiche ersuchte, geantwortet hat! Sie schreibt:

> Unsere Sonderkommission zur Erledigung von Einzelfällen hat in ihrer Sitzung vom 2. dieses Monats den Antrag der Firma Soundso in Mainz auf Erteilung einer Zulaufsgenehmigung für orientalische Teppiche geprüft. Sie hat sich aber auf den Standpunkt gestellt, daß der Antrag nicht zu bewilligen sei, da sie in Anbetracht der Verhältnisse auf dem Teppichmarkt bezüglich der Zulaufsgenehmigung dieselben Grundsätze anwenden muß wie bei der Einfuhr ausländischer Waren. Wir sind infolgedessen nicht in der Lage, den Antrag zu bewilligen.

Diese Außenhandelsstelle behandelt also die Gesuche der Firmen im besetzten Gebiet um Zulaufsgenehmigung für legal eingeführte Waren auf den deutschen Markt, wo sie namentlich in diesem Sommer bei dem großen Zustrom Fremder leichter Absatz finden könnten als im besetzten Gebiet, geradeso wie das Ausland. Sie verweigert die Einfuhrbewilligung für das Ausland. Das kann ich verstehen aus der momentanen volkswirtschaftlichen Lage, daß aber diejenigen Teppiche, die im Besitze deutscher Firmen sind, die im Inlande sind, nunmehr von dem großen deutschen Markt ausgeschlossen werden sollen, das — ich will keine falschen Verdächtigungen aussprechen und nicht behaupten, daß hier das Konkurrenzinteresse mit-

(**Korell,** Interpellant.)

spielt — zeugt jedenfalls von einer Verkennung der volkswirtschaftlichen Lage im Rheinland und dessen, was das Rheinland mit Recht von den betreffenden Wirtschaftsstellen in Berlin erwarten kann.

Meine Damen und Herren! In den bisher abgelaufenen Monaten, wo diese Kontrolle über die Waren ausgeübt wurde, mußten wir vor allen Dingen wiederholt feststellen, daß ein Gegensatz zwischen den einzelnen Behörden draußen bestand, die ihre Gegensätze immer auf dem Rücken der beteiligten Geschäftsleute ausgetragen haben. Uns sind besonders die **Gegensätze zwischen den Eisenbahn- und Zollbehörden** einerseits **und den Delegierten des Reichsbeauftragten** andererseits bekannt. Wir wissen von zwei Stellen an der Grenze des besetzten Gebietes, daß es dort weder den Eisenbahnbeamten noch den Delegierten des Reichsbeauftragten eingefallen ist, sich etwa unterwegs verloren gegangene Papiere, die inzwischen nachgeliefert wurden, gegenseitig zuzustellen. Die beiden hatten nichts miteinander, sondern sogar alles gegeneinder zu tun. Obwohl die eine Stelle die nötigen Papiere in der Hand hatte, gab sie sie der anderen nicht, so daß die Ware weiter für beschlagnahmt und schließlich für verfallen erklärt wurde.

Die Delegierten sind ja nunmehr dem Reichsfinanzministerium, der Hauptfahndungsstelle des Reichszollamts, unterstellt, und wir hoffen, daß solche Reibungen, die für die Kaufleute schädlich sind, vermieden werden. Wir wünschen aber auch, daß die Herren, wenn sie jetzt dem Reichsfinanzministerium unterstellt sind, unter keinen Umständen den Leuten, die sich beschweren, erklären: uns geht das Monopolamt in Berlin gar nichts an; wir handeln so, wie wir es für recht halten. Dem Herrn Reichsbeauftragten sind solche Fälle, die auch ich in Abschrift hier habe, schriftlich zur Kenntnis gebracht worden. Wir wünschen dringend, daß den Herren da draußen klargemacht wird, daß sie sich nicht um Kompetenzen zu streiten und vor allen Dingen nicht zu erklären haben, sie kümmerten sich nicht um die Weisungen der Berliner Stellen, sondern belehrt werden, daß sie für das Deutsche Reich, für den Handel da sind und nicht, um ihre Eifersüchteleien und persönlichen Gegensätze auszutragen.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Worüber wir zu klagen hatten, war eine auffallende **geographische Unkenntnis bei den Herren Delegierten,** die draußen die Waren zu überwachen hatten. Wenn nämlich zum Beispiel eine große Sendung von Weinen aus Linz am Rhein, das im unbesetzten Gebiet liegt, aufgegeben wurde, durch das besetzte Gebiet hindurchging und dann wieder in das unbesetzte Gebiet gelangte, beschlagnahmte der Herr Delegierte in Limburg diese Waren, weil sie aus dem besetzten Gebiete kamen. Der Herr hatte keine Ahnung, daß Linz im unbesetzten Gebiete liegt. Ich bin aber der Meinung, daß der Delegierte, der besonders dafür angestellt ist und bezahlt wird, wissen könnte, was im besetzten und was im unbesetzten Gebiet liegt und nicht deshalb einen Waggon beschlagnahmt, weil er eine Strecke durch das besetzte Gebiet hindurchläuft.

Während selbstverständlich die geographische Unkenntnis bei den Herren Delegierten nicht so schwer wiegt, wiegt es um so schwerer, wenn der Kaufmann, der ja noch andere Dinge zu tun hat, als die Geographie des besetzten und des unbesetzten Gebiets zu studieren, zum Beispiel 25 Kilogramm Kokosfett versendet und sie kurzerhand nach Erbach schickt. Das ist dann selbstverständlich etwas anderes, ein schweres Vergehen, weil es ein Erbach im Rheingau gibt, das besetzt ist, und ein Erbach im Odenwald, das unbesetzt ist. Diese Ware im Werte von 1500 Mark wird ruhig für verfallen erklärt und verwertet. Ich meine, man sollte hier, entsprechend den Anweisungen, die der Herr Minister gegeben hat, die Grundsätze der Billigkeit mehr zur Geltung bringen, als das jetzt der Fall ist. Gerade der eben erwähnte Fall mit dem Kokosfett betrifft eine angesehene Firma des ganzen besetzten Gebiets, die jahrelang zur Zufriedenheit der hessischen Landesregierung die Landesfettstelle versehen hat, die eine Zukaufsgenehmigung für 5000 Kilogramm Kokosfett hat und der nun wegen des Verdachts, sie wolle ein unberechtigtes Geschäft von 25 Kilogramm machen, selbstverständlich diese Ware beschlagnahmt und für verfallen erklärt wird.

Meine Damen und Herren! Neben dieser Unkenntnis der Geographie haben wir aber auch bei recht vielen **Delegierten des Reichsbeauftragten** eine ganz außerordentliche **Unkenntnis der sogenannten Handelsgebräuche** festzustellen gehabt. Wenn es möglich ist, daß ein Delegierter einer Firma in Wiesbaden eine Kiste beschlagnahmt und für verfallen erklärt, deren Inhalt als Branntwein deklariert ist, und nach deren Öffnung es sich herausstellt, daß es französischer Kognak ist, und wenn der Delegierte behauptet, daraus gehe die betrügerische Absicht hervor, so weiß dieser Mann nicht einmal, daß im Einverständnis mit dem Reichsmonopolamt französischer Kognak, für den die Einfuhrgenehmigung selbstverständlich da sein muß, tatsächlich als Branntwein deklariert werden kann. Die Firma hat natürlich eine ganze Menge Scherereien; sie verliert ihren Kunden, und das Geschäft wird zerstört.

Dieser Fall führt mich zu der unglaublichen **Verlangsamung der Geschäfte.** Diese Kiste wurde abgeschickt am 28. Oktober 1921. Am 5. November wurde sie ohne Angabe von Gründen beschlagnahmt. Am 29. Dezember wurde der Branntwein von dem Herrn Reichsbeauftragten freigegeben; aber am 30. Januar war die Empfängerfirma noch nicht im Besitz der Ware.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Dazu gibt es ein Beispiel, das der Öffentlichkeit im Rheinland viel Grund zum Lachen gegeben hat und welches die Verzögerung und das Nebeneinanderher der in Betracht kommenden Behörden in geradezu unübertrefflicher Weise illustriert. Eine Firma des Rheinlandes gab im Frühjahr 1920 eine Sendung auf, die legal eingeführt war. Diese Sendung wurde am 18. Dezember 1920, obwohl sie schon im Frühjahr abgesandt und beschlagnahmt worden war, freigegeben. Aber am gleichen Tage sandte das Monopolamt in Berlin das für diese Sendung als Freigeld und andere Gebühren eingezahlte Geld zurück mit der Begründung, der **Branntwein** könne nicht zurückgegeben werden, obwohl er freigegeben sei, denn er sei bereits verwertet.

(Heiterkeit bei der Deutschen Volkspartei.)

Und nunmehr teilt am 8. Januar 1921 der Herr Reichsbeauftragte, der die Sendung freigegeben hatte, mit, daß die Herausgabe nicht möglich sei, da das Monopolamt die Ware bereits verwertet habe.

(Rufe von der Deutschen Volkspartei: Nicht zu glauben!)

Also am 18. Dezember 1920 wird mitgeteilt, daß die Ware frei ist, und, als sie nunmehr reklamiert werden soll, wird festgestellt, daß sie bereits am 4. Mai 1920 **vom Monopolamt verwertet** worden ist. Ich muß schon sagen, daß das eine geschäftliche Behandlung der Sache ist, von der jeder Kaufmann sagen wird, daß ein Lehrling, der eine solche Behandlung in seinem Geschäft praktizieren würde, ungeeignet sei, in seinem Geschäft weiter beschäftigt zu werden. Das Schönste bei dieser Sendung ist folgendes. Es handelte sich um 200 Flaschen Kognak à 50 Mark. Als nunmehr die Sache beglichen werden mußte — sie war ja freigegeben —, bekam der Absender, obwohl die Ware freigegeben war, 3950 Mark für 142 Flaschen vergütet; denn 50 Flaschen

(**Korell**, Interpellant.)

(A) waren gestohlen und 8 Flaschen waren nach der Auskunft des Herrn Reichsbeauftragten zerbrochen.

(Lachen bei der Deutschen Volkspartei.)

Diese Verzögerungen in der Erledigung, das Ausbleiben der Antwort, nach wochenlangem Drängen endlich die Verweisung an eine andere Stelle sind es zusammen mit der unpfleglichen Behandlung der Waren, die eine solche Erbitterung in den beteiligten Kreisen des Rheinlandes erzeugt haben.

Und nun komme ich noch auf eine Frage: wer hat eigentlich diese Ware bekommen? — das möchte ich einmal wissen. Ich stelle ausdrücklich die Frage, ob der Herr Reichswirtschaftsminister in der Lage ist, uns zu sagen, wer diese Waren, die verwertet worden sind, bekommen hat.

(Lachen.)

In seiner Antwort an mich sagt der Herr Reichswirtschaftsminister mit Recht, daß manchmal die Waren zur Entlastung des deutschen Marktes an das Ausland abgestoßen worden wären. Gut! Wenn aber die Waren nicht an das Ausland abgestoßen worden sind, also im Inlande verwertet worden sind, wer hat dann diese beschlagnahmten und verwerteten Waren zu den Preisen erworben, die ich eben mitgeteilt habe?

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es besteht der dringende Verdacht, daß es zunächst einmal gewisse Konkurrenzfirmen sind, die auf diese Weise ihr „volkswirtschaftliches Interesse“ betätigt haben, und es besteht zum andern der dringende Verdacht, daß Private in den Besitz dieser Waren gekommen sind.

(Hört! Hört!)

Ich wünsche also, wie gesagt, eine Auskunft darüber, wie die Waren, die für verfallen erklärt worden sind, verwertet worden sind und an wen sie gegeben sind.

(Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Ich sagte vorhin, daß (B) seit dem Dezember vorigen Jahres eine bemerkenswerte Besserung in diesen Dingen eingetreten ist. Vor allen Dingen hat der Herr Reichswirtschaftsminister seit dieser Zeit angeordnet, daß die Waren nicht etwa alsbald verwertet werden dürfen; sie sollen an den Ort des Empfängers weiter geleitet und dort sichergestellt werden, und endlich soll, was ganz selbstverständlich war und was bis dahin nicht gehandhabt wurde — was leider Gottes neuerdings, worauf ich gleich zu sprechen komme, trotz der ausführlichen Anweisung des Herrn Reichswirtschaftsministers wiederum nicht befolgt wird — auch der Absender benachrichtigt werden, daß seine Ware beschlagnahmt worden ist. Ich habe Ihnen aktenmäßig zu beweisen, daß es neuerdings wiederum nicht geschieht.

(Hört! Hört!)

Ich frage also: wie kommt es, wenn der Herr Reichswirtschaftsminister diese Anordnungen gegeben hat, daß neuerdings bei bestimmten Waren an einzelnen Plätzen, wo die Waren aufgefangen werden, wiederum nach den alten mißbräuchlichen Methoden verfahren wird? Ich habe vor mir das Schreiben einer bekannten Firma im Rheingau in der Provinz Hessen-Nassau, die sich über dieselben Sachen beklagt, über die sich auch eine große Frankfurter Firma beschwert. — Den Fall will ich Ihnen kurz vortragen; der ganze Schriftwechsel mit den zuständigen Behörden liegt hier vor mir. — Wir haben nämlich im Rheinland das „Unglück“ gehabt, im Jahre 1921 ein ausgezeichnetes Weinjahr gehabt zu haben. Das ist deshalb nämlich ein großes Unglück, weil nunmehr bestimmte Delegierte des Reichsbeauftragten nicht in der Lage sind, anzunehmen, daß derartige Weine in Deutschland im besetzten Gebiet gewachsen seien.

(Heiterkeit.)

Das bezieht sich insbesondere auf den im Jahre 1921 gewachsenen Rotwein. Bekanntlich ist der deutsche Rotwein nicht gerade der Liebling des deutschen weintrinkenden Publikums, weil er zu wenig Farbe gegenüber den tief dunklen französischen Weinen hatte. Wenigstens unser **rheinischer Rotwein** hat nur in ganz seltenen reifen Jahren eine so dunkle Farbe, daß er an die des ausländischen Rotweins herankommt. Nun ist das aber im Jahre 1921 so sehr eingetreten, daß manche Weinzüchter meiner Bekanntschaft sich fragen, ob ihnen denn ihre Kundschaft glauben wird, daß das wirklich ein rein deutscher Wein sei. Er ist nämlich infolge des außerordentlich günstigen Jahres tief dunkel, nahezu wie Tinte. Was tut nunmehr der Delegierte des Herrn Reichsbeauftragten zu Hanau am Main? Er erklärt kurzerhand, die Sendungen, die da herüberkommen, können, weil sie bloß Herkunftsbezeichnungen haben, wenn die Ware rein deutsches Produkt ist, für beschlagnahmt und für verfallen erklärt werden. Und dann kommt auch noch der Zungensachverständige und erklärt nach der Zungenprobe: in der Tat, das sei ein so voller runder Wein, der außerdem einen solchen Tanningeschmack habe, daß es ja gar kein deutscher Wein sein könne. Nachdem die Ware beschlagnahmt ist, wird nicht etwa die absendende Firma benachrichtigt, sondern es wird an die Empfangsfirma hingeschrieben, ganz wie es früher war, und als der betreffende Mann, dem der Wein beschlagnahmt wird, zu den Herren Delegierten des Reichsbeauftragten hinfährt und ihn fragt, ob er denn die Bestimmungen des Reichswirtschaftsministers nicht kenne, daß in solchen Fällen die Ware weitergeleitet werden soll, da erklärt ihm — und mein Gewährsmann erbietet sich zur eidesstattlichen Versicherung hierzu — der Herr Delegierte des Reichsbeauftragten in Hanau, das gehe ihn gar nichts an; sondern er handle, wie er es für richtig halte. Und was geschieht? Nachdem die notariellen Zeugnisse aus der Pfalz — um die handelt es sich in diesem Fall — beigebracht worden sind, daß es sich in der Tat um rein (D) deutschen Rotwein handelt, wird die Sendung freigegeben, selbstverständlich mit einer Menge Unkosten, die den Leuten niemals vergütet werden, mit unangenehmen Auseinandersetzungen mit dem Empfänger, der den Absender beschuldigt, daß er nicht die nötige Sorgfalt habe obwalten lassen, und was dergleichen Schwierigkeiten mehr sind.

Ich möchte also doch dringend bitten, daß der Herr Reichswirtschaftsminister dem Delegierten des Reichsbeauftragten da draußen den Standpunkt klarmachen läßt. Die richtige Weinkenntnis kann man dem Herrn Zungensachverständigen zwar nicht vermitteln, aber ich werde Rotweinzüchter veranlassen, hierher an das Reichsgesundheitsamt einige Proben zu schicken, damit die Herren sich überzeugen können, was im Jahre 1921 an wirklich gutem Rotwein in Deutschland gewachsen ist. Also die Zungensachverständigkeit können Sie dem Herrn nicht beibringen, das ist eine Sache für sich; aber dem Herrn Delegierten muß erklärt werden, daß er sich grundsätzlich und strikte an die Weisungen zu halten habe, die das Reichswirtschaftsministerium im Dezember vorigen Jahres herausgegeben hat.

Nun habe ich zum zweiten Teil der Interpellation die Frage zu stellen: gibt es denn keine andere **Methode**, die den volkswirtschaftlichen Zweck erfüllt, die unerwünschten **ausländischen Weine und Spirituosen fernzuhalten**, was wir alle miteinander wünschen, und gleichzeitig die Kosten zu ersparen und die Schikanen zu verringern oder ganz zu beseitigen? Ich weiß, daß sich diese Methode allerdings nur auf Weine und auf Spirituosen anwenden läßt. Aber da das ja im großen und ganzen, wenn auch vielleicht nicht dem Geldwert nach, so doch der Zahl der Fälle nach die weitaus größte Mehrzahl der Fälle ist, so wäre ich der Meinung, es lohnte sich, den Versuch mit

(Korell, Interpellant.)
einer einfacheren, viel billigeren und einer jedenfalls nicht diese Summe von Beschwerden hervorrufenden Methode zu machen.

Das wäre folgender Vorschlag, der, wenn ich mich nicht irre, früher auch schon einmal in den Beratungen der zuständigen Stellen eine Rolle gespielt hat: Wenn auch die deutschen Behörden vielleicht nicht imstande sind, sich die Einfuhrscheine der Emser Stelle wegen gewisser Schwierigkeiten, die natürlich von Frankreich aus gemacht werden werden, zu beschaffen, so haben doch die deutschen Stellen unbedingt die Möglichkeit, jeden Wein und jeden Spiritus der hereinkommt, zu kontrollieren, wenn er durch das Zollamt hindurchgeht. Es muß möglich sein, daß einige, etwa zwei, Personen bei den Zollämtern kontrollieren, was an ausländischen Weinen und Spirituosen eingeführt ist. Man sieht dann, wer bezahlt hat und eingeführt hat, und da jeder Kaufmann in Deutschland — im besetzen Gebiete auch Ausländer — Weinbücher zu führen hat, so läßt sich durch wenige Leute ganz klipp und klar feststellen, wohin jeder Liter der verzollten und eingeführten Ware gekommen ist. Die zuständigen und sachverständigen Stellen im Rheinlande erklären mir, daß das eine Methode sei, die durchaus durchführbar wäre, und daß es auch im besetzten Gebiet Männer gäbe, die das besser machen könnten als die Herren Beauftragten, die leider so wenig Branchekenntnis und so wenig Sinn für das kaufmännische Leben haben.

Wenn mir dagegen von dem Herrn Reichswirtschaftsminister eingewandt werden sollte: ja, aber wie steht es mit den Weinen, die nicht verzollt werden und nicht ordnungsmäßig hereinkommen? — so darf ich ihm versichern, daß das gewiß vorgekommen ist, daß zum Beispiel Kaufleute von den sogenannten Cooperatives der Franzosen Wein und Spirituosen gekauft und weitergegeben haben. Wir wissen aber auch — ich muß das feststellen —, daß die französische Behörde äußerst scharf hinter diesen Spitzbuben her ist, und öfters steht vor dem Militärgericht in Mainz ein Kaufmann, der solche unberechtigten Geschäfte gemacht hat und zu empfindlichen Strafen seitens der französischen Kriegsgerichte verurteilt wird. Es handelt sich bei solchen illegal hereingekommenen Waren sicherlich nicht um ein irgendwie ins Gewicht fallendes Quantum. Wir sind aber der Überzeugung, daß, wenn Sie eine andere Methode zur Kontrolle der Weine und Spirituosen anwenden wollten, Sie das Reichsinteresse gewiß nicht schädigen würden, und daß auf der andern Seite die berechtigten Beschwerden der Rheinlande, die nicht in dieser Art von Leuten behandelt werden wollen, die von der Sache nichts verstehen und die trotz der besten Absichten der Berliner Regierungsstellen immer wieder in ihre bureaukratischen Methoden zurückfallen, daß diese Beschwerden der Rheinländer nicht verewigt werden.

Meine Damen und Herren! Damit bin ich am Schluß. Ich kann mich dahin zusammenfassen, daß wir den dringenden Wunsch haben, daß zunächst einmal die gute Absicht des Herrn Reichswirtschaftsministers, die er schon zum Ausdruck gebracht hat, noch erweitert wird und daß die Schwierigkeiten auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden. Aber das Allerwichtigste, was wir von ihm erwarten, ist, daß er mit dem nötigen Nachdruck den Stellen da draußen diejenige Behandlung der Geschäftswelt im besetzten Gebiete vorschreibt, die das rheinische Geschäftsleben mit Recht vom Deutschen Reich angesichts der Not, in der es steckt, erwarten kann.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Das Wort zur Beantwortung der Interpellation hat der Herr Reichswirtschaftsminister.

Schmidt, Reichswirtschaftsminister: Die Regierung beklagt in Übereinstimmung mit dem Interpellanten die schwere Lage, in der das **Rheinland** sich durch die **Sanktionen und** die **Besetzung** befindet. Es bedeutet ja für ein Land die Zerstörung seiner Wirtschaftseinheit, wenn im Lande selbst irgendwelche **Kontrolle über Herkunft der Güter** durchgeführt und eine Art Zollgrenze innerhalb des Landes selbst gezogen werden muß. Zu diesen Maßnahmen sind wir leider gezwungen gewesen. Nur mit schwerem Herzen haben wir dem zustimmen müssen, weil durch die Regelung, die die Besatzungsbehörde im Rheinland vorgenommen hat, eine große Zahl von Waren hereingekommen sind, die wir aus allgemein volkswirtschaftlichen Rücksichten von der Einfuhr unbedingt fernhalten mußten. Ich erinnere daran, daß ich erst vor einiger Zeit hier im Reichstage die großen Summen der Waren genannt habe, die gerade im Anschluß an die Ausübung der Sanktionen in das besetzte Gebiet hereingeströmt sind. Große Mengen von Wein und Likör sind gegen unseren Wunsch und entgegen dem deutschen Interesse hereingelassen worden.

Nun ergibt sich daraus — dafür hat man auch im Rheinland volles Verständnis gezeigt, und ich glaube, auch der Herr Interpellant ist grundsätzlich der gleichen Auffassung —, daß wir eine Kontrolle darüber ausüben müssen, daß diese Waren nicht vom besetzten Gebiet in das unbesetzte Deutschland in großer Menge eingeführt werden. Eine solche Möglichkeit wäre ja unerträglich. Um über die Aussichten solcher Einfuhren Klarheit zu schaffen und damit einer weiteren Einfuhr entgegenzuarbeiten, haben wir der Geschäftswelt von vornherein keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir es nicht gestatten werden, Waren, die ohne die Erlaubnis einer deutschen Einfuhrstelle in das besetzte Gebiet hereinkommen, über diesen Kreis hinaus weiter ins Inland hineinzulassen.

(Sehr gut!)

Wer sich nun an diese Bestimmungen nicht hält — und es gibt leider Geschäftsleute, die es nicht tun, mehr, denn als wünschenswert erscheint —, der muß auch die Folgen dieser Maßnahmen tragen. Ich hätte gewünscht, daß wir solche Klagen an dieser Stelle überhaupt nicht zu hören brauchten, da es der Handel vom nationalen Standpunkte aus sich heraus schon abweisen müßte, ein solches Verfahren einzuschlagen, das deutsche Allgemeininteressen schädigt.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Dem Herrn Interpellanten gebe ich darin recht, daß sich bei der Ausführung einer so schweren Kontrolle Unzuträglichkeiten nicht vermeiden lassen. Bei den Tausenden von Fällen, die an das Ministerium gebracht wurden, nicht allein, weil die Betreffenden im allgemeinen glaubten, ungerecht behandelt worden zu sein, sondern weil sie von uns vielfach zu erwirken suchten, daß wir aus Billigkeitsgründen ihnen wenigstens einen Teil des mit der Beschlagnahme verknüpften Verlustes zurückerstatten, kann mir natürlich nicht jeder Einzelfall bekannt und gegenwärtig sein. Ich hätte deshalb gewünscht, daß der Herr Abgeordnete Korell mir seine Fälle vorher zur Kenntnis gebracht hätte; dann wäre ich in der Lage gewesen, eine Antwort zu geben, die hoffentlich manches von dem hätte richtigstellen können, was vielleicht hier ein wenig einseitig zum Vortrag kam.

Ich habe dabei den einen Fall im Auge, den der Herr Abgeordnete hier vorgetragen hat und der auch Gegenstand einer Anfrage geworden ist, nämlich ob Weinbrand zu 10 Mark die Flasche verkauft worden ist. Ich nehme an, daß dieser **Weinbrand** zu Recht **beschlagnahmt** worden ist. Wenn ich recht verstanden habe, sind dem Besitzer dieses Weinbrandes noch 24 000 Mark als Entschädigung gegeben worden, und zwar aus Billigkeits-

(**Schmidt**, Reichswirtschaftsminister.)

(A) gründen, denn ein Rechtsanspruch war wohl nicht vorhanden. Wenn meine Voraussetzungen richtig sind, handelt es sich hier um ein großes Entgegenkommen, und ich hätte es mir sogar überlegt, ob nicht die 24 000 Mark noch zu hoch bemessen sind. Ich würde in dem Falle wahrscheinlich, wenn er mir persönlich unterbreitet worden wäre, noch rücksichtsloser vorgegangen sein und weniger in Ansatz gebracht haben. Im übrigen ist die Verwendung des Weinbrandes, wenn er beschlagnahmt ist, Sache des Ernährungsministeriums, und die Übernahmepreise werden vom Monopolamt festgelegt, so daß ich mich eigentlich nicht viel oder nicht entscheidend mit der Sache zu beschäftigen habe.

Es geht mir auch in diesem Falle wie gestern mit der Rede des Herrn Abgeordneten Korthaus, der hier eine Beschwerde über die **Zuckerwirtschaft** vorgetragen hat, die auch auf mein Konto gelaufen ist, obwohl es das unrechte Konto ist. Schließlich kommt es aber bei den Auseinandersetzungen nicht darauf an, wem der Vorwurf gemacht wird, und ich bin in diesen Sachen nicht sehr empfindlich. Ich möchte aber der sachlichen Erledigung halber bitten, daß im Hause selbst die Dinge auseinandergehalten werden, und daß man nicht Zuckerfragen beim Reichswirtschaftsministerium zur Aussprache bringt, wo es doch nahe liegt, daß diese zum Ernährungsministerium gehören.

Was einen anderen Teil der Beschwerden anbetrifft, die der Herr Abgeordnete Korell zum Beispiel über die **Einfuhr von Teppichen** vorgetragen hat, so muß ich doch sagen, daß wir kein besonderes Interesse daran haben, Teppiche vom Auslande einzuführen und zum Absatz zu bringen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was im Inlande an Teppichen gebraucht wird, kann aus der heimischen Produktion gedeckt werden. Aber es ist (B) allerdings angeordnet worden, daß sowohl die Teppiche, die vor dem Jahre 1918 hereingekommen sind, als auch die sonst auf Grund einer Einfuhrgenehmigung einer deutschen Außenhandelsstelle ordnungsgemäß eingeführten Teppiche ohne weiteres Zulaufsgenehmigungen erhalten. Natürlich sind auch Fehlgriffe von Beamten möglich, welche vielleicht zu Unrecht eine Ware aufhalten. Im großen und ganzen scheinen mir aber diese Beschwerden über die Teppiche wirklich nicht der großen Bedeutung würdig zu sein, die sie hier von dem Herrn Vorredner gefunden haben.

Der Vorredner hat ferner gefragt: wer verwertet die **beschlagnahmte Ware** und wie werden sie **verwertet?** Alle beschlagnahmten Waren werden der Verwertungsstelle der Reichsfinanzverwaltung, früher Reichsbeauftragter für die Überwachung der Aus- und Einfuhr, Geschäftsabteilung, übergeben. Diese hat sie nach bester Möglichkeit zu verwerten. Es haben für eine Reihe Waren Anordnungen bestanden, daß sie den Gemeinden übergeben werden. Auch besteht die Möglichkeit, daß Krankenhäuser oder Einrichtungen der städtischen Verwaltung, Wohlfahrtseinrichtungen usw. sich bei der Verwertung beteiligen.

Ich weise aber ferner auch darauf hin, daß der Reichstag einen parlamentarischen Beirat eingesetzt hat, der über alle diese Fragen eingehende Untersuchungen anstellen kann. Und ich bitte dringend, daß die Herren, wenn sich solche Unzuträglichkeiten herausstellen, diesen Beirat auch benutzen, zumal, wenn es sich darum handelt, Beschwerden vorzubringen und im einzelnen darzulegen, welch ungerechte oder schwerfällige Behandlung solche Fälle seitens der Behörden erfahren.

Der Herr Abgeordnete Korell war, wenn ich ihn recht verstanden habe, auch der Meinung, daß die **illegale Einfuhr** nicht so beträchtlich sei. Ich glaube, daß er dann die Sachlage zu optimistisch beurteilt. Unsere Erfahrung spricht dafür, daß tatsächlich enorme Mengen von Waren auf illegalem Wege eingeführt worden sind, die dann beschlagnahmt wurden. Wir hatten ja aus diesem Erlös den Reichskommissar für Überwachung der Ein- und Ausfuhr mit seinem sehr umfangreichen Stab von Beamten vollständig erhalten. In diesem Umfange — leider in solchem Umfange — ist also eine Beschlagnahme zu Recht erfolgt.

Ich gebe gern zu, wie es der Herr Abgeordnete dargelegt hat, daß es natürlich eine wesentliche Frage ist, ob man geeignete Persönlichkeiten für die Ausführung solcher behördlichen Maßnahmen hat. Es geht den Behörden aber doch gerade wie den anderen Unternehmungen auch, daß nicht immer die geeignetsten Leute für die Lösung schwieriger und verantwortungsvoller Aufgaben im Augenblick zur Verfügung stehen.

Ich kann nur versichern, daß von meinem Ministerium alles geschehen ist, um Unzuträglichkeiten zu beseitigen. Es sind allgemeine Anordnungen ergangen für eine Vereinfachung der ganzen **Kontrolle,** und es sind hierfür eingehende **Richtlinien** festgesetzt worden. Wenn in einzelnen Fällen davon abgewichen sein sollte, so hat das bei den sehr vielen Fällen, die richtig behandelt wurden, keine grundsätzliche Bedeutung für die Einrichtung an sich, die doch im allgemeinen sich gut bewährt und, soweit ich es überblicken kann, ihren Zweck erfüllt hat.

Ich glaube, die Beschwerden werden vielleicht in dem Augenblick restlos verschwinden, wo wir die ganze Sache auf den **Zoll** abstellen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir hoffen, schon in Bälde dazu zu kommen, die bisherige Einfuhrregelung aufzuheben. Ich habe darüber schon gestern gesprochen. Die Schwierigkeiten bei jeder solchen Verkehrsregelung sind erheblich, und die Beschwerden werden nie aufhören, wie auch die Sache durchgeführt und wer auch damit beauftragt wird. Es entstehen immer wieder Reibungen, die nicht zu vermeiden sind. Wir also müssen das System ändern. Wir müssen die Einfuhr freigeben und für diejenigen Waren, die wir vom Deutschen Reiche möglichst fernhalten müssen, durch erhöhte Zölle die Einfuhr begrenzen. Dann kommen wir auch über die Schwierigkeiten des Friedensvertrags hinweg, der uns in der Meistbegünstigung eine ungünstige Position zuweist.

Ich verweise ferner noch darauf, daß wir in bezug auf die **Weineinfuhr aus Frankreich** an den Friedensvertrag gebunden sind. Diese Bestimmung läuft noch bis zum 10. Januar 1923. Bis dahin sind wir leider genötigt, mehr französischen Wein hereinzulassen, als es unserem eigenen Weinbau zuträglich und auch für unsere Volkswirtschaft zu empfehlen wäre.

Der Herr Abgeordnete Korell hat noch gefragt, wie es mit der Beseitigung der **Emser Stelle** stehe. Ich kann darauf folgende Antwort geben. Über die Emser Stelle haben wir mit der Interalliierten Rheinlandkommission endlose Verhandlungen geführt, um ihre Beseitigung herbeizuführen. Wir sind leider immer noch zu keinem befriedigendem Abschluß gekommen; denn man kann natürlich der Aufhebung nicht zustimmen, wenn dann in anderer Form oder Gestalt eine gleichartige, womöglich eine dauernde Kontrolle über unseren Handelsverkehr ausgeübt werden soll.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben bei dieser Frage das Interesse des Rheinlandes im Auge, und ich wünsche sehr, daß wir die Freiheit des Verkehrs baldigst wieder erlangen und die üble Plackerei mit der Emser Stelle beseitigen können. Aber wenn wir das nur mit einer schweren Konzession, mit der Beeinträchtigung unserer freien Verfügung und unserer Verwaltungsrechte in bezug auf die Gestaltung unseres Handels erkaufen können, dann bestehen natürlich

(Schmidt, Reichswirtschaftsminister.)

(A) **Bedenken gegen die Aufhebung der Emser Stelle, dann müssen wir uns leider damit abfinden, bis man auf der anderen Seite geneigt ist, Konzessionen zu machen, die ausreichend sind, damit die Regierung die Verantwortung dafür übernehmen kann, daß uns nicht dauernd eine schwere Belastung auferlegt wird.**

Ich darf nochmals zusammenfassen: Ich hoffe, daß die Beschwerden wegen des Verkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet beseitigt werden, wenn wir das ganze System umstellen, die ganze Einfuhrkontrolle aufheben und eine demgemäße Zollregelung vollziehen. Solange aber das bisherige Verfahren besteht, muß man sich aber doch auch darüber klar sein, daß die Ausnutzung der augenblicklichen Situation, wie sie von unlauteren Firmen betrieben wird, nun aber nicht noch dazu Anlaß sein darf, irgendwelche Billigkeitsansprüche auf diesem unlauteren Verfahren zu begründen. Den betreffenden Kreisen ist deutlich zu erkennen gegeben worden, daß ohne eine Zulaufsgenehmigung die Herübernahme von Waren aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet nicht erfolgen kann. Ich hoffe, daß auch in bezug auf die Aufhebung der Emser Stelle noch ein Modus gefunden wird, der es uns ermöglicht, auch hier die ungünstigen Umstände für den Handel zu beseitigen. So werden hoffentlich in Zukunft alle Klagen verschwinden und wiederum eine der Beschwerden, unter denen unsere rheinische Bevölkerung zu dulden hat, beseitigt werden. Ich hoffe dies im Interesse der friedlichen politischen Entwicklung unseres Volkes.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort zur Interpellation hat der Herr Abgeordnete Korell, wozu ich aber bemerke, daß ich auch meinerseits die Bitte um Kürzung der Reden hier vorbringen muß. Ich kann aber hinzufügen, daß der Herr Abgeordnete Korell sie mir privatim (B) bereits zugesagt hat.

Korell, Abgeordneter: Ich werde diesen Wunsch des Herrn Präsidenten sehr gern erfüllen. Zunächst danke ich dem Herrn Reichswirtschaftsminister hauptsächlich dafür, daß er uns in Aussicht gestellt hat, daß durch eine Umstellung des ganzen Systems wohl der größte Teil der Beschwerden gegenstandslos werden wird. Im übrigen möchte ich noch einmal unterstreichen, daß ich keineswegs im Interesse irgend welcher Unlauterkeit, irgend welcher privatwirtschaftlichen Interessen hier gesprochen habe, sondern ich habe diese Dinge nur vorgebracht, um berechtigte Beschwerden des Rheinlands abzustellen. Diese Grenze scheint mir der Herr Reichswirtschaftsminister in seiner Antwort wegen der **Teppichangelegenheit** zum Beispiel etwas überschritten zu haben. Ich denke gar nicht daran, dem Verkauf illegal eingeführter Teppiche oder überhaupt dem Verkauf orientalischer Teppiche das Wort reden zu wollen. Wenn aber die deutsche Behörde Einfuhrerlaubnis für orientalische Teppiche gegeben hat, muß sie für diese legal eingeführten Teppiche auch solche Richtlinien für die Außenhandelsstelle für Wolle herausgeben, daß diese legal eingeführten Teppiche im unbesetzten Deutschland verwertet werden können. Wie ich gehört habe, hat der Herr Minister das in Aussicht gestellt. Das ist nämlich dieselbe Sache wie die, daß eine Weinfirma Ware als angeblich französische Rotweine beschlagnahmt bekam, während es sich in Wirklichkeit um durch das Deutsche Reich zugelassene **elsässische Weine** handelte, die wir bekanntlich zollfrei zulassen müssen, die aber die Franzosen selbst mit Bordeaux verstechen. Das Reich läßt sie an der Grenze herein; wenn aber die Kaufleute vom besetzten Gebiet, die ihren Einfuhrschein dafür haben, diese Ware herüberbringen wollen, wird sie beschlagnahmt, weil angeblich französische Weine darunter stecken, die nicht (C) darunter sein dürfen. Das geht natürlich nicht an.

Im übrigen möchte ich diese Interpellation geschlossen haben mit dem Ausdruck der Hoffnung darauf, daß für das **Rheinland** bald bessere wirtschaftliche Zeiten anbrechen, als es jetzt der Fall ist; denn schließlich soll der Ausklang dieser Interpellation nicht der sein, als ob wir uns in Differenz mit der Reichsregierung befänden, sondern ich betone zum Schluß noch einmal, daß selbstverständlich diese wirtschaftlichen Differenzen, die wir gehabt haben und die wir besprochen haben, nicht heranrühren an das Gefühl, daß wir unlöslich zusammengehören.

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Zum Etat selbst, Kap. 11 Tit. 1, hat das Wort der Herr Abgeordnete Hartleib.

Hartleib, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die beiden Herren Vorredner haben sich vorzugsweise mit der Frage der Einfuhrkontrolle beschäftigt, während ich es als meine Aufgabe ansehe, etwas ausführlicher die Frage der **Ausfuhrkontrolle** zu behandeln. Die Rede des Herrn Reichswirtschaftsministers am Montag dieser Woche hat bewiesen, daß das Reichswirtschaftsministerium die Schwierigkeiten nicht verkennt, mit denen die deutsche Industrie und der deutsche Export in zunehmendem Maße auf dem Weltmarkte mit der ausländischen Konkurrenz zu kämpfen haben. Verschiedene Umstände haben dazu beigetragen, daß die Produktionskosten der deutschen Wirtschaft in der letzten Zeit eine beängstigende Steigerung erfahren haben und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkte außerordentlich erschwert wird. Es ist deshalb ganz natürlich, daß die Interessentenkreise, Industrie und Exporthandel, bemüht sind, durch eine großzügige Agitation, wie sie beispielsweise von dem „Hamburger Ausschuß für Freiheit des Außenhandels" in der (D) letzten Zeit in der bekannten Weise betrieben wird, die bestehende Ausfuhrkontrolle zu beseitigen.

Es kann nicht verkannt werden, daß die Ausfuhrkontrolle, die Unterhaltung einer großen Anzahl Außenhandelsstellen, den Absatz der deutschen Fabrikate auf dem Weltmarkte etwas erschwert. Aber es sind weniger die Unkosten selbst, die die Ausfuhrkontrolle und die Unterhaltung der Außenhandelsstellen verursachen, die selbstverständlich von der Industrie getragen werden müssen und durch die die Produktions- und Handlungsunkosten künstlich erhöht werden, als vielmehr die bureaukratische Handhabung der Ausfuhrkontrolle durch einzelne Außenhandelsstellen, wodurch der Export wesentlich und unnützerweise erschwert, ja manchmal nahezu zur Unmöglichkeit gemacht wird. Wenn Firmen, die Ausfuhranträge stellen, monatelang auf die **Erledigung der Ausfuhranträge** warten müssen, dann bedeutet das eine schwere Schädigung der deutschen Volkswirtschaft und der in den betreffenden Betrieben beschäftigten Arbeiterschaft. Die Außenhandelsstelle für Fahrräder und Motore zeigt beispielsweise durch ihre schwerfällige Geschäftsführung, wie die Außenhandelskontrolle nicht gehandhabt werden sollte. Wohltuend sticht von dieser Schwerfälligkeit die Schnelligkeit ab, mit der bei der Außenhandelsstelle Kautschuk die Ausfuhranträge erledigt werden. Innerhalb 24 Stunden wird bei dieser Außenhandelsstelle jeder Ausfuhrantrag erledigt. Von einer Verschleppung der Erledigung der Ausfuhranträge kann also beispielsweise bei der Außenhandelsstelle Kautschuk keine Rede sein, und es wäre nur zu wünschen, wenn auch bei den übrigen Außenhandelsstellen die gleiche Geschäftsführung Platz greifen wollte. Es würde dadurch erreicht, daß unserer Wirtschaft und unserem Export nicht unnützerweise durch

(Hartleib, Abgeordneter.)

(A) die Nichterledigung von Ausfuhranträgen Schwierigkeiten bereitet würden.

Es wäre aber ein Unrecht — das muß ebenfalls bei dieser Gelegenheit betont werden —, wenn man den Reichskommissar für Ein- und Ausfuhr für die teilweise schwerfällige Handhabung der Ausfuhrkontrolle durch einzelne Außenhandelsstellen verantwortlich machen wollte. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Außenhandelsstellen Selbstverwaltungskörper sind, die sich zu gleichen Teilen zusammensetzen aus Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Verbraucher und der Vertreter des Handels. Diese Außenhandelsstellen haben bekanntlich die Vorschläge für die **Besetzung der Außenhandelsstellen** einzureichen, sie haben denjenigen Reichsbevollmächtigten namhaft zu machen, der sich nach ihrer Auffassung zur Geschäftsführung der Außenhandelsstelle eignet, und der dann dem Handel beziehungsweise der Regierung gegenüber als Vertreter des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr gilt.

Wohl wird von der Regierung, von dem Kommissar für Ein- und Ausfuhr beziehungsweise von dem Reichswirtschaftsministerium die Bestätigung dieser Reichsbevollmächtigten vorgenommen; aber das Vorschlagsrecht haben doch die Außenhandelsstellen, diese Selbstverwaltungskörper, und wenn diese eine Person namhaft machen, die nach ihrer Meinung befähigt ist, die Geschäfte der Außenhandelsstellen in geordneter Weise zu erledigen, dann ist die Regierung bisher immer bereit gewesen, einem derartigen Vorschlage ohne weiteres ihre Zustimmung zu geben. Gewiß, mir ist ein Fall bekannt, wo das Reichswirtschaftsministerium bei der Besetzung einer Außenhandelsstelle eine Zeitlang nicht die genügende Rücksicht auf die Bedürfnisse einer bestimmten Industriegruppe genommen hat. Nachträglich hat sich aber das Reichswirtschaftsministerium (B) auch in diesem Falle erfreulicherweise dem von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern einstimmig gefaßten Beschluß angepaßt und war auch hier einer besseren Einsicht zugänglich. Mögen also die Mitglieder der Außenhandelsstellen dafür Sorge tragen, daß die Außenhandelsstellen mit Reichsbevollmächtigten besetzt werden, die ihrer Aufgabe gewachsen sind, dann werden auch die Klagen über schwerfällige Handhabung der Außenhandelskontrolle verschwinden!

Nun konnte man in den letzten Tagen in der Presse lesen, ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums habe in Aussicht gestellt, daß in der nächsten Zeit eine **Reorganisation des Aufbaues der Außenhandelsstellen** vorgenommen werden sollte. Ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums hat, wenn die Zeitungsmeldungen zutreffend sind, dem Reichswirtschaftsrat vor einigen Tagen eine derartige Zusage gemacht, daß diejenigen Klagen über die Handhabung der Außenhandelskontrolle einmal nachgeprüft werden sollen, die von der eingangs meiner Ausführungen erwähnten Stelle in der letzten Zeit der Öffentlichkeit unterbreitet worden sind.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, den Wunsch auszusprechen: wenn das Reichswirtschaftsministerium dazu übergeht, eine Reorganisation der jetzigen Außenhandelsstellen vorzunehmen, dann müßte aber darauf Bedacht genommen werden, das bisherige **Mitbestimmungsrecht der Arbeiter** bei der Ausfuhrkontrolle aufrechtzuerhalten. Bei der Ausübung und Überwachung der Ein- und Ausfuhrkontrolle handelt es sich um ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft, das sie nach der Revolution erlangt hat. Darum muß sie besonderen Wert darauf legen, daß ihr dieses Recht in der Zukunft ein für allemal erhalten bleibt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn seitens der Arbeitgeber darauf hingewiesen (C) wird, wie es von dem Hamburger Ausschuß für die Freiheit des Handels geschieht, daß den Arbeitern das nötige volkswirtschaftliche Verständnis fehlte, bei der Erledigung dieser Fragen mitzuwirken, so kann ich nicht unterlassen, zu betonen, daß gerade die Arbeitnehmervertreter durch ihre Mitarbeit in den Außenhandelsstellen im Laufe der Zeit ihre Kenntnisse wesentlich vermehren und bereichern konnten, und ihr Verantwortlichkeitsgefühl wird eine solche Stärkung erfahren, daß sie im Laufe der Zeit immer mehr die Fähigkeit erwerben, auf dem eben genannten wichtigen Gebiete erfolgreich und praktisch mitzuwirken. Es ist um so notwendiger, daß unsere ganze Ein- und Ausfuhrkontrolle in dieser Weise in geregelte Bahnen gelenkt wird, damit auf dem Weltmarkte nicht etwa von der deutschen Industrie Schleuderkonkurrenz betrieben wird, wie das in der letzten Zeit im Laufe der Jahre mehrmals geschehen sein soll. Ich mache mir diese Behauptung nicht zu eigen. Aber ich sage, diese Mitwirkung der Arbeiterschaft bei einer Regelung der Kontrolle der Ein- und Ausfuhr ist aus dem Grunde besonders notwendig, weil ja in den letzten Monaten unausgesetzt im Auslande, namentlich in England, darauf hingewiesen wurde, wie die deutsche Ausfuhr, der **deutsche Absatz auf dem Weltmarkt** fortwährend mit neuen **Schwierigkeiten** zu kämpfen hat. Ich verweise beispielsweise auf englische Preßstimmen, die schon im Februar dieses Jahres darauf aufmerksam machten, daß bei einer Lieferung der **Metallindustrie** nach Bulgarien die deutsche Metallindustrie von der belgischen Metallindustrie um 14 Prozent unterboten worden wäre. Die Firma Krupp hatte sich damals um die Erlangung eines ausgeschriebenen Auftrages beworben, wurde aber, wie ich eben erwähnte, nach Mitteilung englischer Zeitungen schon im Februar dieses Jahres um 14 Prozent (D) von belgischen Firmen unterboten. Das gleiche haben wir ja auch in der letzten Zeit mehrmals erleben können. Beispielsweise aus Finnland wurde gemeldet, daß jetzt bei einem Auftrage, der vom finnischen Staate vergeben wurde, von 15 000 Tonnen Stahlschienen ebenfalls die deutsche Metallindustrie ausgefallen ist, weil ihre Preise wesentlich über das Angebot der ausländischen Konkurrenz hinausgingen. Das belgische Angebot blieb um 11 Prozent hinter dem deutschen und um 22 Prozent hinter dem englischen Angebot zurück, also ein Zeichen, daß die deutsche Industrie, in diesem Fall die Metallindustrie, immer mehr und mehr mit einem Zunehmen der Konkurrenz der ausländischen Industrie auf dem Weltmarkt zu rechnen hat.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es dürfte schon zutreffen, was die englische Zeitung der „Economist" über diese Frage in der letzten Zeit einmal schrieb:

> Die deutschen Preise bleiben, in Edelvaluta umgerechnet, noch etwas hinter dem Weltmarktpreis zurück.

— Das ist bekanntlich jetzt schon nicht mehr der Fall.

> Infolge der Steigerung der deutschen Produktionskosten erhöhen sich diese jedoch sprunghaft.

Das ist inzwischen schon geschehen, und aus dem Grunde diese vermehrten Schwierigkeiten, wenn die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte noch konkurrenzfähig sein will.

England hat ja bekanntlich darauf hingewirkt, daß durch seine gegenüber Deutschland getätigte Außenpolitik, beeinflußt von der **Auslandspolitik der Ententestaaten**, die deutschen **Produktionskosten** im Laufe der Zeit eine gewaltige Steigerung erfahren haben. Die englische Zeitschrift die „Nation" wies

(**Hartleib**, Abgeordneter.)

(A) in ihrer Ausgabe vom 25. Februar dieses Jahres darauf hin, die englische Wirtschaftspolitik trachte danach, die deutschen Produktionskosten bis auf die Höhe der Weltmarktpreise hinaufzutreiben. Das ist ihnen ja inzwischen leider auch teilweise gelungen, und darum haben wir, wie gesagt, die erschwerte Konkurrenz für die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt.

Wenn wir das berücksichtigen, dann haben gerade wir Vertreter der Arbeiterinteressen alle Veranlassung, mit Freuden die **Entschließung** zu begrüßen, die im Dezember vorigen Jahres das **Nationalkomitee der englischen Arbeiter** gefaßt hat, in der die englischen Arbeiter damals zum Ausdruck brachten, es sei notwendig, wenn wieder eine Gesundung des europäischen Wirtschaftslebens herbeigeführt werden solle, zu versuchen, eine Revision des Versailler Vertrages vorzunehmen, die Reparationskosten zugunsten Deutschlands wesentlich zu vermindern und durch ein **internationales Zusammenwirken der Nationen** eine Gesundung des Wirtschaftslebens Europas wieder herbeizuführen.

Leider hat die Genuakonferenz, die diese Aufgaben erfüllen sollte, sie bekanntlich nicht gelöst, und wir können nur die Hoffnung aussprechen, daß es gelingen wird, in Zukunft auf diesem Gebiete ein besseres internationales Zusammenarbeiten herbeizuführen, um für das deutsche Wirtschaftsleben die Schwierigkeiten fernzuhalten, die ihm in letzter Zeit immer mehr drohen. Das alles muß natürlich bei der Ausführung der Überwachung der Ausfuhrkontrolle nach jeder Richtung hin Berücksichtigung finden. Das trifft besonders für diejenigen Industrien zu, die ihre Fertigfabrikate vorzugsweise aus ausländischen Rohmaterialien herstellen, die also ganz besonders unter der schlechten Valuta zu leiden haben, und deren (B) Produktionskosten dadurch eine ganz gewaltige Steigerung aufzuweisen haben, wie es beispielsweise die Kautschukindustrie und eine Anzahl anderer Industrien sind.

Ich möchte nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit gerade auf die besonderen Verhältnisse in der **Kautschukindustrie** aufmerksam zu machen, die unausgesetzt mit zunehmenden Schwierigkeiten bei ihrem **Export** nach dem Auslande zu kämpfen hat. Die Kautschukindustrie ist ja bei ihrem Absatz bis zu 70 und 80 Prozent auf den Auslandsmarkt angewiesen. Die Kautschukindustrie hat seit Abschluß des Versailler Vertrages fast keinen Absatz mehr nach England, Frankreich, Belgien und Italien, obgleich wir mit dem letztgenannten Staate bekanntlich vor einiger Zeit ein provisorisches Wirtschaftsabkommen abgeschlossen haben. Die monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands zeigen die Richtigkeit der eben von mir ausgesprochenen Behauptung. Besonders das Versandgeschäft für Fahrrad- und Automobilbereifung nach diesen Ländern ist fast vollständig zerstört. Man braucht sich bloß einmal die statistischen Aufstellungen in den monatlichen Nachweisen für den auswärtigen Handel Deutschlands anzusehen, und man wird finden, daß gerade der Absatz der Kautschukindustrie nach jenen Staaten in gewaltiger Weise gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen ist. Das ist einmal darauf zurückzuführen, daß die normalen internationalen Handelsbeziehungen noch nicht wiederhergestellt sind, zum andern aber darauf, daß während des Krieges die Kautschukindustrie des Auslandes, besonders der alliierten Staaten, eine ungeheure Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit erfahren hat. Sie ist systematisch durch die Unterstützung der Regierungen jener Staaten in ihrer Leistungsfähigkeit nach jeder Richtung hin begünstigt (C) worden. Nun kommt hinzu, daß jene Staaten zu gleicher Zeit Schutzzölle, die eigentlich als Prohibitivzölle dienen, gemeinsam mit einem Valutazuschlag erheben, wodurch die deutsche Einfuhr nach jenen Staaten fast vollständig unmöglich gemacht wird.

Es kommt weiter hinzu, daß einzelne Länder, so beispielsweise jetzt Australien, versuchen, durch ein sogenanntes Antidumpinggesetz ein für allemal jede Auslandszufuhr nach den dortigen Staaten zu verhindern, sobald die betreffenden Fabrikate durch die Industrie ihres Landes selbst hergestellt werden. Australien hat ja ein derartiges Gesetz vor einiger Zeit angenommen, das am 1. August dieses Jahres in Kraft treten soll. Wenn es mit den Bestimmungen, die es augenblicklich enthält, in Kraft tritt, dann wird beispielsweise, um wieder einmal den Export der Kautschukindustrie herauszugreifen, in Zukunft der englische Export 15 Prozent billiger nach Australien eingeführt werden können als der deutsche. Das sind natürlich unhaltbare Zustände, und Aufgabe des Reichswirtwirtschaftsministeriums müßte es sein, zu versuchen, gerade von diesem eben genannten Staat zu erreichen, daß bei Abschluß eines eventuellen Wirtschaftsabkommens oder aber eines Zolltarifs Deutschland schließlich die Meistbegünstigungsklausel eingeräumt würde, um nicht den Export der deutschen Industrie, in diesem Falle der Kautschukindustrie, in außerordentlicher Weise zu gefährden. Diese Industrie ist für die deutsche Industrie außerordentlich bedeutungsvoll, da, gleichgültig ob es sich um unsere technischen Einrichtungen oder die Fabrikation für chirurgische Instrumente handelt, diese Industrie die 54 000 Menschen, denen sie gegenwärtig Beschäftigung und Existenzmöglichkeiten gibt, nicht mehr beschäftigen kann, wenn es nicht möglich ist, den Auslandsexport in dem (D) früheren Umfange aufrechtzuerhalten, und wenn nicht der Auslandsexport noch eine Steigerung erfahren kann. Die Existenz- und Lebensfähigkeit dieser Industrie beruht ja vor allen Dingen darauf, daß sie durch die Ausfuhr ihrer Fertigfabrikate nach dem Auslande die nötigen Rohstoffe wieder einkaufen kann, da rund 62 bis 83 Prozent ausländische Rohstoffe in den Fertigfabrikaten dieser Industrie enthalten sind. Bisher hat das Reichswirtschaftsministerium Verständnis für die Schwierigkeiten gezeigt, die für diese Industrie bestehen, und die von ihr mit Hilfe des Reichswirtschaftsministeriums überwunden werden müssen, wenn sie lebens-, existenz- und exportfähig bleiben soll.

Nach den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen muß bekanntlich für die ausgeführten Artikel eine Ausfuhrabgabe im Betrage von 0 bis 10 Prozent erhoben werden. Es ist ganz richtig, daß diejenigen Industrien, die vorzugsweise ausländische Rohstoffe verarbeiten, wesentlich stärker von dieser **Ausfuhrabgabe** betroffen werden als diejenigen Industrien, die vorzugsweise oder ausschließlich inländische Rohstoffe in ihren Fabrikaten verarbeiten. Wenn beispielsweise — um nur eine Industrie herauszugreifen — die Zementindustrie mit einer hohen Ausfuhrabgabe belegt wird, sagen wir einmal, mit dem höchsten Satz von 10 Prozent, dann würde ich das für gerechtfertigt halten, weil es sich hier um eine Industrie handelt, die einzig und allein deutsche Rohstoffe verarbeitet, und zwar um so mehr, als die Zementindustrie ein Produkt herstellt, das wir zur Förderung des deutschen Wohnungsbaues dringend benötigen. Die Zementindustrie ist erst vor wenigen Tagen dazu übergegangen, erneut eine Preiserhöhung für den Waggon (10 Tonnen) vorzunehmen, und zwar eine Preiserhöhung von 1068 Mark pro

(**Hartleib**, Abgeordneter.)

(A) Waggon. Zu gleicher Zeit aber, in der die Zementindustrie die Preise für den Inlandsmarkt in dem eben genannten Umfange erhöht hat, hat sie für den ausländischen Absatz eine Preisherabsetzung eintreten lassen,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

und zwar in der Höhe von 30 Gulden pro Waggon. Nach dem damaligen Stande unserer Valuta umgerechnet, würde das eine Herabsetzung der Auslandspreise um rund 2800 Mark pro Waggon ausgemacht haben. Wenn das vaterländische, nationale Politik sein soll, dann sind wir Sozialdemokraten allerdings anderer Meinung darüber, was man unter vaterländisch zu verstehen hat.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich gebe zu, daß die Zementindustrie ebenso wie augenblicklich die Metallindustrie sehr stark mit der belgischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu rechnen hat, namentlich auf dem holländischen Markt, weil die belgische Zementindustrie auch wesentlich nach dem holländischen Markt ihre Fabrikate liefert. Aber wohin soll es führen, wenn in dieser Weise von einzelnen Industrien zum Nachteil der deutschen Volkswirtschaft, zum Nachteil der deutschen Verbraucher verfahren wird!

Aus dem Grunde sage ich zum Schlusse meiner Ausführungen: die **Aufrechterhaltung der Ausfuhrkontrolle** ist eine unbedingte Notwendigkeit, und zwar so lange, wie wir in Deutschland noch unter dem Warenmangel zu leiden haben, wie er gegenwärtig besteht, solange wir in Deutschland noch keinen Warenüberschuß haben. Es ist gar nicht abzusehen, welche Zustände eintreten würden, wenn die Ausfuhrkontrolle beseitigt würde, wenn die Industriellen und der Exporthandel sich schrankenlos der Ausfuhr hingeben könnten. Es ist nicht abzusehen, welche geradezu skandalösen Zu-

(B) stände dadurch in Deutschland hervorgerufen würden, welchen ungeheuren Preissteigerungen wir dann erneut in Deutschland ausgesetzt sein würden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber es ist notwendig im Zusammenhang mit diesen Ausführungen darauf hinzuweisen — und das sollte auch die Hamburger Stelle wissen, die sich um die Beseitigung der Ausfuhrabgaben bemüht —: es gab auch nach der Revolution, nach dem Kriege, trotz des Warenmangels in Deutschland einmal eine Zeit, wo für eine ganze Anzahl Industrien die Ausfuhrkontrolle aufgehoben war, so **im Mai, Juni und Juli vorigen** Jahres. Damals hatte sich das Reichswirtschaftsministerium veranlaßt gesehen, aus bestimmten Gründen, auf die ich hier aus vaterländischen Interessen nicht eingehen will, für **zahlreiche Industrien** eine **Aufhebung der Ausfuhrkontrolle** anzuordnen. Wenn aber das Reichswirtschaftsministerium sich veranlaßt sah, diese Kontrolle erneut wieder einzuführen, so eben aus dem Grunde, weil die spätere Entwertung unserer Mark im vorigen Jahre von zahlreichen Industriellen und von den Angehörigen des Exporthandels dazu mißbraucht wurde, den deutschen Markt von Waren vollständig zu entblößen und dadurch in Deutschland eine ungeheure Preissteigerung herbeizuführen, um sich auf Kosten der deutschen Konsumenten in schändlichster und schamlosester Weise zu bereichern. In jener Zeit haben jene Kreise keine Spur von Gemeinschaftssinn und von vaterländischer Gesinnung gezeigt; in jener Zeit haben eine Anzahl Unternehmer und zahlreiche Angehörige des Exporthandels gezeigt, daß sie ihre Handlungsweise nur von einem Motiv bestimmen lassen, nämlich von der Wahrnehmung ihrer materiellen Interessen, und solange dieser Egoismus das Handeln jener Kreise bestimmt, so lange ist es im Interesse des deutschen Volkes, vor allen Dingen der deutschen Arbeiterschaft eine unbedingte Notwendigkeit, daß dem Bestreben der Hamburger Stelle nicht nachgegeben wird, sondern daß die Ausfuhrkontrolle im Interesse der deutschen Volkswirtschaft erhalten bleibt.

(Sehr wahr! und Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Ich nehme nun an, da sich niemand mehr zum Worte gemeldet hat und ich diese Diskussion schließen kann, daß Kap. 11 Tit. 1 und 2 ohne besondere Abstimmung angenommen sind. Ich stelle das fest, zugleich die Erledigung der Interpellation. Ebenso Tit. 3 und 4 nach dem Ausschußantrage auf Nr. 3882, Tit. 4 mit der Ausschußentschließung unter II d.

Ich rufe weiter auf Tit. 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11. — Ich stelle die Annahme fest und rufe auf Kap. 12 Tit. 1. Dazu hat das Wort der Herr Abgeordnete Brandes.

Brandes, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es gab eine Zeit, in der auch ein bürgerlicher Reichswirtschaftsminister hier die Erklärung abgab, man müsse der Preiserhöhung der Rohstoffe die Zustimmung versagen, weil die Preise dieser Rohstoffe, zum Beispiel Kohle und Eisen, im Preise fast jeder Ware wiederkehren, sie mithin verteuern. Im letzten Jahre ist nicht so verfahren worden. Ich erinnere dabei an die Eisenbewirtschaftung. Im Hauptausschuß habe ich an der Stellung Kritik üben müssen, die das Reichswirtschaftsministerium im letzten Jahre zu dieser Frage eingenommen hat. Die **Preise für Eisen und Stahl** sind über die Weltmarktpreise hinausgegangen. Nach dem Gutachten von Fachleuten sind die Preise, die durch bestimmte Richtlinien der Arbeitgebergruppen im Eisenwirtschaftsbund festgesetzt worden sind, um 1000 Mark pro Tonne höher gewesen, als sie nach den Gestehungskosten plus einem normalen Unternehmergewinn zu verantworten wären. Der **Eisenwirtschaftsbund** ist der Selbstbewirtschaftungskörper, der die Preise regulieren soll. Er soll Höchstpreise festsetzen. Beim Niedergang der Preise im vergangenen Jahre sind die Höchstpreise vorläufig aufgehoben worden, doch ist dabei das Versprechen gegeben worden, von neuem Höchstpreise festzusetzen, sobald die Preise wieder die Höhe vom April erreicht haben. Das war im August des vergangenen Jahres bereits der Fall. Von den Arbeitnehmervertretern im Eisenwirtschaftsbund ist ein Antrag auf Festsetzung von **Höchstpreisen** gestellt worden. Dieser Antrag ist von den Unternehmervertretern einmütig abgelehnt worden. Die Einstimmigkeit ist durchaus erklärlich; denn es bildet sich ja immer mehr und mehr der Zustand heraus, daß durch die Konzernbildung die Vertreter sowohl der erzeugenden wie der weiterverarbeitenden Industrien, auch des Handels, von einer und derselben Stelle ihre Instruktionen bekommen, so daß einmütige Beschüsse der Unternehmer zustande kommen.

Bei dieser Beschlußfassung ist aber das Tollste gewesen, daß der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums mit den Unternehmern gestimmt hat, obwohl das Interesse seines Ministeriums ihn verpflichtet hätte, mit den Arbeitnehmervertretern zu stimmen. Der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums hat der Ablehnung von Höchstpreisen zugestimmt, obwohl er wissen muß, daß jede Erhöhung von Eisen sich auch in den Ausgaben widerspiegelt, die das **Reichsverkehrsministerium** hat. Jedesmal 100 Mark mehr für das Eisen bedeutet für das Reichsverkehrs-

(Brandes, Abgeordneter.)

(A) ministerium eine Ausgabe von 600 Millionen Mark im Jahre. Ich habe vorhin gesagt: die Preise waren nach dem Gutachten von Sachverständigen um 1000 Mark zu hoch, so daß für das Reichsverkehrsministerium allein eine jährliche Mehrausgabe von sechs Milliarden Mark herauskommt.

Ebenso unverantwortlich ist aber auch die Stellung, die das **Reichswirtschaftsministerium** selbst eingenommen hat. Es hatte nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, für Höchstpreise zu sorgen; denn der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums hat den Arbeitnehmervertretern bei der damaligen Beschlußfassung, von Höchstpreisen zunächst abzusehen, die Erklärung abgegeben: wir sorgen dafür, daß, sobald die Preise anziehen, auch wieder Höchstpreise eingeführt werden. Ich erwarte nun, daß endlich diese Pflicht erfüllt wird. Wenn der Herr Reichswirtschaftsminister im Ausschuß die Erklärung abgab, er habe es nicht für opportun gehalten, gegen den einmütigen Willen der Unternehmer Höchstpreise festzusetzen, so möchte ich sagen: höher steht doch noch die Verpflichtung, auch für den Reichswirtschaftsminister in diesem Falle, ein gegebenes Versprechen seines Ministeriums zu erfüllen.

Ich will bei der Gelegenheit darauf hinweisen, daß wir auch eine gründliche **Nachprüfung der Selbstkostenberechnung** verlangen. Ich habe im Hauptausschuß schon die Frage gestellt, ob denn zu diesen Prüfungen der Selbstkostenberechnungen Vertreter der Arbeiter und Angestellten hinzugezogen werden, Betriebsräte, von denen doch feststeht, daß sie zweifellos gutes Prüfungsmaterial liefern, gewichtige Mitteilungen den behördlichen Vertretern machen können. Es müßte infolgedessen das ganz selbstverständliche Interesse des Reichswirtschaftsministeriums sein, daß es (B) solche wesentlichen Aufschlüsse von den Vertretern der Arbeiter und Angestellten bekommt. Ich erwarte also noch einmal, daß nunmehr das damals gegebene Versprechen eingelöst und Höchstpreise eingeführt werden. Wir haben vom Kollegen Hartleib vorhin gehört, daß die Eisenindustrie, die Metallindustrie, kaum noch in der Lage ist, mit dem Ausland zu konkurrieren, daß zum Beispiel die deutsche Industrie bei Lokomotivbestellungen und Schienenbestellungen, wo sie bestimmt darauf gerechnet hatte, die Aufträge des Auslands zu bekommen, unterlegen ist.

Ein Grund mehr, wieder zu Höchstpreisen zu kommen, die den Gestehungskosten angepaßt sind.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Rießer: Weitere Wortmeldungen zu diesem Titel liegen nicht vor. Ich darf auch ohne Abstimmung annehmen, daß er angenommen ist —, und rufe auf Tit. 2 bis 6. — Auch hier liegt keine Wortmeldung vor, Widerspruch erfolgt nicht. — Ich stelle die Annahme fest.

Wir kommen zu den einmaligen Ausgaben Kap. 1 Tit. 1 und Tit. 2 nach dem Ausschußantrag Nr. 3882. Ich darf auch hier annehmen, da Wortmeldungen nicht erfolgt sind, daß das Haus den Ausschußanträgen beitritt. —

Ich rufe auf Tit. 2a, 2b, 2c und 2d nach den Ausschußanträgen. — Keine Wortmeldungen. — Ich erkläre sie für angenommen.

Tit. 3 bis 8, — ebenso.

Tit. 9 soll nach dem Ausschußantrag Nr. 3882 gestrichen werden. — Es ist nach dem Ausschußantrage beschlossen.

Tit. 10 bis 14 einschließlich — erkläre ich gleichfalls für angenommen.

Wir kommen nun zu Tit. 15, Sozialisierungskommission, hier liegt vor der Antrag Brandes, Dr. Hertz und Genossen auf Nr. 4343, die Worte „(künftig wegfallend)“ zu streichen, und der Antrag Hergt und Genossen auf Drucksache Nr. 4340, den Tit. 15 zu streichen. (C)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Brandes.

Brandes, Abgeordneter: Der Haushaltsausschuß hat beschlossen, dem Tit. 15 die Bezeichnung hinzuzufügen: **„künftig wegfallend“**. Diese Bezeichnung tragen ja auch andere Titel im Etat des Reichswirtschaftsministeriums. Als Grund für diese Änderung ist angegeben, die **Sozialisierungskommission** habe sich mit allgemeinen wissenschaftlichen Gutachten beschäftigt, das heißt, sie sei eine allgemeine wissenschaftliche Gutachter- und Enquetekommission geworden und sie habe Fragen behandelt — wie die Reichsfinanzreform, das Reparations-, das Valutaproblem —, die eigentlich vor ein anderes Forum gehörten, so daß sie sich als überflüssig erwiesen habe. Das sind die Gründe, die für die Änderungen angegeben worden sind.

Ich darf sagen, daß ich sowohl im Hauptausschuß wie auch jetzt noch die Überzeugung habe: es sind keine sachlichen Gründe, die die Stellung der Mehrheit des Hauptausschusses zu seinem Beschluß veranlaßt haben. Daß der **Reichswirtschaftsrat** die Stelle sein soll, die mit einer solchen Objektivität, wie das durch die Sozialisierungskommission bisher geschehen ist, Fragen bearbeitet, wie sie der Sozialisierungskommission zugewiesen sind, bestreite ich, selbst wenn ich zugeben sollte, was ich nicht zugeben kann, daß der Reichswirtschaftsrat überhaupt die Zeit dazu hat, sich mit diesen großen Fragen zu beschäftigen. Er ist in seinem Sozialen und Wirtschaftspolitischen Ausschuß so stark belastet, daß er an solche Fragen gar nicht herangehen kann. Ich nehme diese Stellung ein, obwohl ich weiß, daß in der (D) Sozialisierungskommission von den 27 Mitgliedern nur 10 sind, die sozialistischen Parteien angehören, während dies bei den andern 17 nicht der Fall ist.

Die Arbeiten in der Sozialisierungskommission — das ist auch im Hauptausschuß nicht bestritten worden — sind für die Reparationsleistungen doch wertvoll gewesen, so daß man sich umso mehr sagen muß, daß die Schlüsse, die die Kommission gezogen hat, sachlich unberechtigt sind.

Es sind wohl auch noch andere Gründe, die hauptsächlich eine Rolle spielen. Sie wollen überhaupt keine objektiv-wissenschaftlichen Untersuchungen über die Fragen des Sozialismus; Sie wollen Interessen dieser Art durch andere Gutachterkommissionen erledigen lassen, ungefähr so, wie wir das neulich bei dem Gutachten über die Reichseisenbahn gehört haben, das von einer Unternehmerorganisation ausgegeben worden ist und natürlich die Form bekommen hat, die mit Recht in der schärfsten Weise von dieser Stelle aus gegeißelt worden ist.

Ich glaube aber, daß sich die Herren täuschen, die der Meinung sind, auf diese Weise von den Aufgaben loszukommen, die die jetzige Zeit an sie stellt und immer mehr stellen wird. Es liegt doch ein Versprechen vor, das man den Bergarbeitern gegeben hat. Wenn Sie nun durch eine solche Änderung, die immerhin gewisse Schlüsse zuläßt, den Arbeitern sagen, daß sie keine Hoffnung haben, daß mit der Sozialisierung der Bergwerke demnächst begonnen werden soll, dann dürfen Sie umso weniger darauf rechnen, daß Ihnen die Bergarbeiter da entgegenkommen, wo Sie es verlangen.

Meine Herren! Wir haben die Streichung dieser Änderung beantragt. Die Änderung bedeutet ja nicht die Aufhebung der Sozialisierungskommission. Das

(Brandes, Abgeordneter.)

(A) gebe ich gern zu; die Mehrheit hat sich in diesem Kompromißantrage zusammengefunden. Die Änderung wäre aber doch sehr bezeichnend für die Stellung des Reichstags. Jedenfalls brauchen wir wissenschaftliche Untersuchungen dieser Art, und deshalb bitte ich Sie, den Antrag der Deutschnationalen abzulehnen und dem von meinen politischen Freunden gestellten Antrag Nr. 4343 die Zustimmung zu geben.

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Der Herr Abgeordnete Hammer hat das Wort.

Hammer, Abgeordneter: Meine Herren! Ich hätte zu der Angelegenheit nicht gesprochen, weil wir unserseits der Mahnung des Herrn Präsidenten folgen wollten, um die Verhandlungen nicht aufzuhalten. Wenn aber die Herren, die dem Präsidenten nahestehen, darauf keine Rücksicht nehmen, brauchen wir das auch nicht zu tun.

(Zuruf von den Kommunisten.)

— Ich meine nicht den Herrn Präsidenten Rießer, sondern den Herrn Präsidenten Löbe, der das heute morgen gesagt hat, wo Sie noch nicht anwesend waren.

Meine Damen und Herren! Das Verdienst der **Sozialisierungskommission um theoretische Erwägungen** hat kein Mensch bestritten, auch ich im Hauptausschuß nicht. Sie hat mancherlei Thesen aufgestellt, die für jedermann, der sich mit solchen Sachen beschäftigt, wohl Beachtung verdienen.

Wir haben nur bisher gesehen, daß der größte Teil dieser Theorien nicht in die Praxis umzusetzen ist, und daß das, was davon umzusetzen wäre, uns nur unverhältnismäßig Geld kosten würde. Außerdem besitzen wir im **Reichswirtschaftsrat** tatsächlich eine Körperschaft, in der derartige Dinge von sachverständiger Seite so bearbeitet werden, wie es hier

(B) im Reichstage auch nicht in den Ausschüssen, in denen wir doch gründliche Arbeit leisten, geleistet werden kann. Es werden dort alle Kreise herangezogen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie auch Wissenschaftler, Leute von hoher Bildung, und die auftauchenden Fragen werden in Rede und Gegenrede erörtert, so daß ich nicht weiß, weshalb sie aus wirtschaftlichen Gründen die Sozialisierungskommission neben dem Reichstag, dem Reichsrat, dem Reichswirtschaftsrat usw. noch aufrechterhalten wollen. Vor allen Dingen haben wir ja gar kein Geld dazu. Sie haben selbst auf den Mangel an Mitteln hingewiesen bei der Ablehnung der Handwerkerforderungen, die doch nur aus verhältnismäßig geringen Summen bestanden. Aber Reichsmittel für die Sozialisierungskommission haben Sie. Die Mitglieder bekommen freie Fahrt, Reiseentschädigungen und eine monatliche Pauschalsumme. Die Angehörigen der erwerbenden Stände betrachten die Sozialisierungskommission als ein vollständig überflüssiges Möbel, namentlich in der Lage, in der wir uns jetzt befinden.

Ich will von der Tätigkeit dieser Kommission nur ein Beispiel anführen. In dem Entwurf der Sozialisierungskommission, der als Gegenentwurf gegen den Entwurf der Regierung, betreffend die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben in den Gemeinden, aufgestellt ist, sind derartige Vorschläge enthalten, daß man nur sagen kann, sie sind von Männern gemacht, die vom praktischen Leben herzlich wenig wissen. Und wenn man mir im Hauptausschuß entgegnet hat, es sei doch auch ein Herr in der Kommission, der uns nahesteht, so trifft mein Urteil und das Urteil von Millionen, die in dieser Frage hinter mir stehen, ebenfalls auf ihn zu.

(Fortgesetzte Zurufe von den Kommunisten.)

— Herr Höllein, reden Sie doch nicht dazwischen, Sie (C) verstehen wirklich nichts davon. — Hier sind eben derartige Vorschläge gemacht worden, die alles wirtschaftliche Leben unterbinden würden. Wir würden direkt in russische Verhältnisse hineinkommen, wenn wir diesen Vorschlägen folgen wollten.

(Erneute Zurufe von den Kommunisten.)

— Daß Ihnen, den Kommunisten, die Sozialisierungskommission am Herzen liegt, ist eben der beste Beweis, daß sie weg muß.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Malzahn.

Malzahn, Abgeordneter: Die Millionäre, die hinter dem Kollegen Hammer stehen, interessieren uns gegenwärtig wenig. Aber ich möchte bei dieser Gelegenheit auch die Auffassung meiner Freunde und die der Millionen sozialistischer Arbeiter, die in der Periode nach der Revolution durch die Vorkommnisse sehen und denken gelernt haben, vortragen. Die sozialistischen Arbeiter wissen ganz genau, daß das Sozialisierungsproblem nicht durch theoretische Erörterungen in Kommissionen oder im Parlament gelöst werden kann, sondern nur in dem entschlossenen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse. Wir wissen auch ganz genau, daß die Errichtung und Berufung der Sozialisierungskommission seinerzeit ein Ablenkungsmanöver für die Arbeiter gewesen ist. Genau um dieselbe Zeit, als man die Plakate herumtrug „Die Sozialisierung marschiert", als im Frühjahr 1919 die Arbeiter in Mitteldeutschland, im Ruhrgebiet, in Berlin usw. in den Kampf traten wegen ideeller Forderungen, wegen der Forderung der Sozialisierung des Bergbaus und der übrigen Schlüsselindustrien, als die Arbeiter die Gleichberechtigung im Wirtschaftsprozeß forderten, als sie die (D) Forderung der Betriebsräte, der Produktionskontrolle stellten, da war die **Einsetzung der Sozialisierungskommission ein Ablenkungsmanöver**.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Das muß offen und deutlich ausgesprochen werden.

Aber ich habe auch der Sitzung des Haushaltsausschusses, wo diese Frage beraten wurde, beigewohnt, und da habe ich gemerkt, daß die kapitalistischen Vertreter jetzt die Sozialisierungskommission — schon wegen ihres verhaßten Namens, nicht wahr, Herr Hammer! — beseitigen wollen, weil sie glauben, die Sozialisierungsfrage dränge nicht mehr so, weil sie glauben, wieder im Vollbesitze ihrer Macht zu sein. Und dabei habe ich empfunden, daß dies gewissermaßen eine Prestigefrage für die Rechte, für die kapitalistischen Parteien geworden ist. Demgegenüber sagen wir: wir machen diese Frage jetzt auch zu einer Frage des Klassenkampfes.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Wir wollen nicht, daß die Frage der Sozialisierung von der Tagesordnung verschwindet, und wir werden dafür eintreten, daß die Sozialisierungskommission bestehen bleibt.

(Bravo! bei den Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Herr Abgeordneter Hammer hat in der Tat bewiesen, daß die Behauptung des Kollegen Brandes, der deutschnationale Antrag habe mit sachlichen Gründen nichts zu tun, richtig ist. Die Herren Antragsteller scheinen den wunderbaren Glauben zu haben, wenn sie sich jetzt eine derartige Demonstration leisten, damit den Sozialismus geschädigt oder über-

(Hoch, Abgeordneter.)

(A) haupt jede Aussicht des Sozialismus beseitigt zu haben. Meine Herren von der Deutschnationalen Partei! Die Notwendigkeit, sozialistische Maßnahmen durchzuführen, zeigt sich infolge der wirtschaftlichen Entwicklung so deutlich, daß wir es tagtäglich sehen können, wie die Arbeiten des Sozialisierungsausschusses immer mehr auch praktische Bedeutung bekommen. Diejenigen, die mit der weiteren Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse rechnen, können es daher nur mit Freuden begrüßen, daß eine Stelle vorhanden ist, die möglichst Klarheit über die Sozialisierungsfrage zu schaffen sucht. Deshalb würden wir die Beseitigung des Sozialisierungsausschusses bedauern.

Weiter brauche ich auf diese Frage nicht einzugehen. Sie ist im Haushaltsausschuß besprochen worden mit dem Ergebnis, daß der Antrag der Deutschnationalen abgelehnt und eine Verständigung herbeigeführt wurde, die ihren Ausdruck in dem Beschlusse gefunden hat, die Bemerkung „künftig wegfallend“ hinzuzufügen. Wir werden uns an diese Verständigung halten und die Anträge von rechts wie von links ablehnen.

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Damit ist die Diskussion über diesen Titel geschlossen. Die Abstimmung wird erst mit den übrigen Abstimmungen am Sonnabend erfolgen. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 16 und 17 und nehme die Zustimmung des Hauses ohne besondere Abstimmung an.

Wir gehen über zu den Einnahmen Kap. 1 Tit. 1. — Wortmeldungen liegen nicht vor, ich darf annehmen, daß der Titel angenommen ist, ebenso Tit. 2 bis 5. — Ich rufe weiter auf Kap. 2 Tit. 1 bis 4, — Kap. 3 Tit. 1 und 2, — Kap. 4 Tit. 1 und 2, — Kap. 5 Tit. 1 und 2, — Kap. 6, — Kap. 7, — Kap. 8. — Angenommen.

(B) Wir kommen zu den Ausgaben im außerordentlichen Haushalt, und zwar rufe ich auf Kap. 1 Tit. 1 bis 8. Diese Titel sind nach dem Ausschußantrag 3882 zu streichen. — Wortmeldungen liegen nicht vor; die Titel sind nach dem Ausschußantrag gestrichen.

Ich rufe auf Kap. 2 Tit. 1 mit der Entschließung des Ausschusses auf Nr. 3882 zu e, — Tit. 2 mit dem Ausschußantrag 3882, — Tit. 3 bis 9. — Ich erkläre sämtliche Titel mit der Entschließung des Ausschusses zu Kap. 2 für angenommen.

Wir kommen zu Kap. 3 Tit. 1 bis 7 nach dem Ausschußantrag 3882. — Ich stelle auch hier die Zustimmung des Hauses fest.

Wir gehen über zu den Einnahmen im außerordentlichen Haushalt. Ich rufe auf Kap. 1 Tit. 1, — Tit. 2 nach dem Ausschußantrag 3882. — Angenommen. Kap. 2 Tit. 1 ist nach dem gleichen Ausschußantrag zu streichen. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest. Ich rufe auf die Petitionen mit den Ausschußanträgen auf Nr. 3882 III, eröffne die Beratung — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Die Abstimmung erfolgt in dritter Lesung.

Damit ist der Etat des Reichswirtschaftsministeriums erledigt.

Wir gehen über zum

Haushalt des vorläufigen Reichswirtschaftsrats (Anlage VIa).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 4161 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Klöckner,

in Verbindung mit

dem mündlichen Bericht des 23. Ausschusses, betreffend Regelung der Gehaltsverhältnisse der Beamten des vorläufigen Reichswirtschaftsrats (Nr. 4127 der Drucksachen).

(C) Zu Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben hat das Wort der Herr Abgeordnete Malzahn.

Malzahn, Abgeordneter: Wir halten es bei der Beratung des Etats des vorläufigen Reichswirtschaftsrats im Interesse der Arbeiter für unsere Pflicht, ein ernstes Wort an die Regierung zu richten. Die **Rätegesetzgebung,** die Schaffung der Bezirkswirtschaftsräte und des Reichswirtschaftsrats ist festgelegt in dem **Art. 165 der Verfassung.** Der Art. 165 hat seinen Ursprung in den Kämpfen der Arbeiter, die im Frühjahr 1919 stattfanden, wovon ich eben schon gesprochen habe, in der Frage der Sozialisierungskommission. Die Arbeiter stellten damals ihre Forderung, als Gleichberechtigte im Wirtschaftsprozeß zu gelten. Sie forderten, daß sie als Betriebsräte die Produktionskontrolle erhielten; sie forderten, daß die Frage der Sozialisierung behandelt würde usw. Damals hat die Reichsregierung, die später im Art. 165 formulierte Erklärung abgegeben. Der Artikel lautet:

> Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.
>
> (Hört! Hört! bei den Kommunisten.)
>
> Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat.
>
> (Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

(D) Die Aufgaben der Bezirksarbeiterräte und des Reichsarbeiterrats sollen sein: Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze — die mittlerweile im Mond verschwunden sind —; sozialpolitische und wirtschaftliche Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat soll auch solche Gesetzentwürfe selbst beantragen können. Meine Herren! Durch die Schaffung der Bezirkswirtschaftsräte wäre es möglich gewesen, die aktive Teilnahme der Arbeiter an dem Neuaufbau unserer sozialen Gesetzgebung und unserer sozialen Fürsorge zu interessieren.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Mit der Schaffung der **Bezirkswirtschaftsräte** wäre gleich der Unterbau geschaffen worden, aus dem heraus die geeigneten Kräfte, die im Wirtschaftsleben praktisch tätig sind, als Verwaltungs- und Kontrollorgane für die Körperschaften, für die Durchführung der sozialen Gesetzgebung und Fürsorge gestellt werden konnten. Damit wäre auch die Gewähr gegeben, daß bei dem Neuaufbau der sozialen Gesetzgebung, die jetzt unter dem Sammelnamen des neuen Arbeiterrechts vorgenommen wird, die Arbeiter wirklich mit diesem Neuaufbau lebendig verbunden worden wären. Dann sind wir gewiß, daß, wenn alle diese Fragen in den Bezirkswirtschaftsräten von den Vertretern der Arbeiter, Angestellten und Beamten beraten und durchgesprochen worden wären, wenn die Bezirkswirtschaftsräte aus ihrer eigenen Praxis heraus Vorschläge in der Sozialgesetzgebung hätten machen können, und auch in Fragen der Arbeitergerichte, in Fragen des Schlichtungswesens, der Arbeitszeit, der Arbeitsnachweise, der Produktionskontrolle usw., daß dann

(Malzahn, Abgeordneter.)

(A) eine wirklich lebendige, aktive Anteilnahme vorhanden gewesen wäre, und daß durch dieses intensive Mitwirken der Arbeiterschaft unsere Sozialgesetzgebung ein ganz anderes Gesicht bekommen würde. Aber das will man ja nicht, man will die Arbeiter nicht als gleichberechtigt, sondern nur als Objekt betrachten!

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Der ganze Kurs der uns vorgelegten Gesetzentwürfe, zum Beispiel des Arbeitsnachweisgesetzes, das uns gegenwärtig im sozialpolitischen Ausschuß vorliegt, und die Schlichtungsordnung, von der wir bis zum Überdruß schon seit 1½ Jahren Kenntnis genommen haben, zeigt mit aller Schärfe, daß die soziale Gesetzgebung nicht für, sondern gegen die Arbeiterschaft gemacht werden soll.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Das hätte wirksam unterbunden werden können, und daran hätten auch die Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, auch der Herr Reichswirtschaftsminister selbst bei all den Schmerzen betreffs der Aus- und Einfuhr und den ganzen wirtschaftlichen Fragen überhaupt einen Stützpunkt, ein Fundament, einen Unterbau gehabt, worauf er seine Tätigkeit hätte bauen können. Aber das will man eben nicht; man will diese lästige Körperschaft nicht ins Leben rufen, um hinter den Kulissen ohne den Einfluß der Arbeiter die Dinge meistern zu können.

Wie sieht es denn aus? Was ist bisher von der Regierung geschehen, um diese Voraussetzungen zu schaffen? — Der **vorläufige Reichswirtschaftsrat** besteht nun schon über zwei Jahre und ist doch vor lauter theoretischen Erwägungen über die Schaffung des Unterbaues gar nicht zur praktischen Lösung der Frage gekommen. Woran liegt das? — Einmal daran, daß (B) in dieser ernannten und berufenen Körperschaft — ich betone ausdrücklich: ernannten und berufenen Körperschaft — auch nicht im entferntesten der Einfluß der Millionen von werktätigen Proletariern, Arbeitern, Angestellten und Beamten zum Ausdruck kommt, vielmehr die übergroße Mehrheit direkte oder indirekte treue Sachwalter des Kapitals sind. Und ferner daran, daß innerhalb und außerhalb des vorläufigen Reichswirtschaftsrats Kräfte am Werke sind, die mit allem Nachdruck darauf hinarbeiten, die Durchführung des Art. 165 der Verfassung zu unterbinden, zu sabotieren.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Die Regierung ist damit zufrieden, daß sie von diesen lästigen Körperschaften nicht belästigt wird, und läßt die Dinge ruhig weitergehen.

Ich denke da unwillkürlich daran, als bei der Etatberatung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats sein Vorsitzender, Herr Braun — —

(Zuruf von den Kommunisten: Bitte: „Edler" von Braun!)

— Nein, Herr Braun! Herr Kollege Höllein ist ja auch noch nicht „Edler von Höllein" —

(erneuter Zuruf von den Kommunisten. — Gegenrufe rechts.)

Ich sage also: dieser Herr Braun, der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrats, hat bei der Etatberatung recht interessante Mitteilungen gemacht, wie er und seine kapitalistischen Freunde sich die Durchführung des Art. 165 der Verfassung vorstellen, und zwar sagte er folgendes:

> Die Handels-, Industrie- und landwirtschaftlichen Kammern

— das sind also die Sonderkammern der kapitalistischen Interessenten auf den verschiedensten Gebieten —

> bleiben bestehen, und wir werden sogenannte (C) **Bezirkswirtschaftsrätetagungen** einrichten, das heißt: wir werden die **Bezirkswirtschaftsrätetagungen einmal im Jahre** zusammenrufen, und dann haben wir einen **Wahlkörper für den Reichswirtschaftsrat** und haben damit dem Art. 165 der Verfassung Genüge geleistet.

Das sagte er allerdings vertraulich, aber ich kann nicht recht herausfinden, was dabei vertraulich sein soll. Dann meinte er, seine Freunde, die Unternehmer, hätten sich mit diesem Gedanken befreundet und ständen einer derartigen Lösung sympathisch gegenüber.

(Hört! Hört! und Zurufe von den Kommunisten.)

Das glaube ich schon, daß sie einer solchen Lösung, wie sie Herr Braun als prominenter Vertreter kapitalistischer Interessen vorgeschlagen hat, sympathisch gegenüberstehen, wonach die Bezirkswirtschaftsräte nicht als feste Körperschaften gewählt, sondern nur einmal im Jahre zusammenberufen werden. Vielleicht wird man Herrn Dr. Reichert als Syndikus der Schwerindustrie dort hinbestellen, um einen Vortrag über die notleidende Industrie zu halten, die nicht genug Dividenden erzielen kann, mit dem Schlußeffekt: Nur Arbeit kann uns retten, weg mit dem Achtstundentag! Am Schluß werden dann die Vertreter zum ordentlichen Reichswirtschaftsrat gewählt, und die Vertreter der Betriebsräte, der Arbeiter und Angestellten können wieder auf ein Jahr nach Hause gehen. Das ist der Traum der Industriellen, das wollen sie aus Art. 165 der Verfassung machen. Was die Arbeiter erkämpft haben, und was in der Verfassung festgelegt ist, will man jetzt umbiegen. Darum traut man sich nicht an die Arbeit zur Schaffung der Bezirkswirtschaftsräte heran, darum wagt man nicht, in dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat, der wirklich nur ein provisorisches Gebilde ist, diese Fragen zu lösen. (D)

Eine solche Verwirklichung der Forderungen des Art. 165 der Verfassung wäre eine Farce auf die Vertretung der Arbeiter und Angestellten, die die Arbeiter unter keinen Umständen mitmachen werden.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Sie fordern vielmehr, daß die Sonderprivilegien der Kapitalisten, die Handelskammern, Landwirtschaftskammern, Handwerks- und Industriekammern, aufgelöst, daß die Bezirkswirtschaftsräte als feste Körperschaften eingerichtet werden und daß die Aufgaben der ersteren in diese Bezirkswirtschaftsräte hineinverlegt werden. Die Arbeiter verlangen in und mit den Bezirkswirtschaftsräten die Kontrolle über Wirtschaft und Produktion, über Finanzen und Steuern, weiter über die Ernährungs- und Transportfragen. Gerade die letzteren kommen hier besonders in Betracht, weil die Arbeiter im Laufe des neuen Erntejahres die ungeheure Teuerung und den schamlosen Preiswucher der Agrarier besonders zu spüren bekommen werden.

Desgleichen verlangen die Arbeiter, daß durch die Bezirkswirtschaftsräte ihnen die Kontrolle und Verwaltung der Körperschaften der sozialen Gesetzgebung ermöglicht wird.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Die Kräfte, die inmitten der praktischen Arbeit stehen, die Hand- und Kopfarbeiter, die Arbeiter vom Schraubstock und von der Drehbank, die Angestellten der kaufmännischen Bureaus, die Techniker der technischen Betriebe und Bureaus müssen in den **Bezirkswirtschaftsrat** hineingezogen werden, damit er **Verwaltungs- und Kontrollinstanz für die Organe der sozialen Gesetzgebung** werden kann. Selbstverständlich müssen auch die Mittel dazu bereitgestellt werden. Daneben ist den Bezirkswirtschaftsräten die Überwachung der Durch-

(Malzahn, Abgeordneter.)

(A) führung des Betriebsrätegesetzes zuzuweisen, wo wir tagtäglich in der Praxis ungeheure Mängel und Unzuträglichkeiten erleben, weiter die Überwachung und Kontrolle der Gewerbeordnung, des gesamten Schlichtungswesens, der Arbeitsnachweise, der Arbeitsgerichte usw. Das betrachten die Bezirkswirtschaftsräte als Vertreter der Arbeiter und Angestellten alles als ihre Aufgabe. Als ständige Körperschaften, die sie sein sollen, fordern sie volle Gleichberechtigung der Arbeiterschaft im gesamten Wirtschaftsleben. Darin erblicken die Arbeiter und Angestellten die wahre Durchführung des Art. 165 der Verfassung.

Nachdem der vorläufige Reichswirtschaftsrat mit seiner direkten und offen betriebenen Sabotage über zwei Jahre besteht, wäre es endlich an der Zeit, daß die Regierung nachdrücklich sich bereit erklärt, energisch einzugreifen und den Art. 165 in seinem vollen Inhalt, der uns doch noch bekannt ist, zur Durchführung zu bringen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es nur möglich, daß der Reichswirtschaftsrat mit seinem Unterbau, den Bezirkswirtschaftsräten, das werden kann, was wir damals durch die Kämpfe der Arbeiter gefordert haben und was die Regierung versprochen und in der Verfassung festgelegt hat. Ich will aber bei dieser Gelegenheit noch darauf hinweisen — und das ist bei der Etatberatung im Reichswirtschaftsrat ebenfalls zur Sprache gekommen —, daß man im Betriebsausschuß, der im vorläufigen Reichswirtschaftsrat nach den §§ 93 und 103 des Betriebsrätegesetzes besteht, unverzüglich daran geht, einheitliche Ausführungsbestimmungen über die Tätigkeit herauszugeben, und daß man auch die Leitung einem neutralen Sekretär überträgt.

Ich mache darauf aufmerksam, daß der Leiter in diesem Betriebsräteausschuß, der also den Betriebs-(B) räten in allen vorkommenden Streitfällen und Fragen Auskunft geben soll, der derzeitige Geschäftsführer im vorläufigen Reichswirtschaftsrat, hauptamtlich als Syndikus der Unternehmer tätig ist.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Ich frage, ob das irgendwie mit der Neutralität zu vereinbaren geht, wie die Regierung über diese Frage denkt. Wir wünschen, daß der vorläufige Reichswirtschaftsrat als Interessenkammer des Kapitals mit seinem Unterbau durch die Bezirkswirtschaftsräte ersetzt wird, die aus der Wahl der Arbeiter und Angestellten mit Hilfe ihrer Gewerkschaft hervorgehen, und daß dann die Arbeiter, entsprechend ihrer Stärke, die sie im Produktionsprozeß und im Wirtschaftsleben darstellen, im Reichswirtschaftsrat vertreten sind. Dann bin ich fest davon überzeugt, daß nicht, wie jetzt, überwiegend die treuen Sachwalter des Kapitals darin sind, sondern daß der so zustande gekommene Reichswirtschaftsrat zu zwei Dritteln Arbeiter, Angestellte und Beamte und höchstens zu einem Drittel Unternehmervertreter enthält. Dann können, wenn der Aufbau so erfolgt, die Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit und damit im Interesse der gesamten Volkswirtschaft gelöst werden.

(Bravo! bei den Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hammer.

Hammer, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Anschauungen, die der Herr Abgeordnete Malzahn hier vorgetragen hat, sind nur von seinem kommunistischen Standpunkt zu erklären. Die Verhältnisse im Reichswirtschaftsrat liegen doch wesentlich anders, wie ich, da ich ihm angehöre, doch einigermaßen weiß. Der **vorläufige Reichswirtschaftsrat** ist paritätisch zusammengesetzt durch die Wahl einerseits (C) der Arbeitgeber und andererseits der Arbeitnehmer.

(Zuruf von den Kommunisten: Sie werden aus dem Hammer schon einmal zum Amboß werden!)

— Eher werden Sie Amboß, ehe aus mir ein Amboß wird; da täuschen Sie sich; Ihre Zeit ist vorbei.

(Zuruf bei den Kommunisten.)

Die **sogenannte paritätische Zusammensetzung** ist sogar noch insofern für die Arbeitnehmer günstiger, weil durch eine Verfügung die Reichsregierung noch zwölf andere Herren hinein delegieren kann, die vorzugsweise dem Arbeitnehmer- beziehungsweise Verbraucherstande angehören. Aber wir kommen dem Gedanken des Fürsten Bismarck näher, nämlich: die politischen Fragen möglichst auszuschalten und die Wirtschaftsfragen in den Vordergrund zu stellen.

(Sehr richtig! rechts.)

Der **Verfassungsausschuß** ist mit den Vorberatungen zu der **Bezirkswirtschaftsorganisation** beauftragt worden, und ich muß auch feststellen, daß der Herr Abgeordnete Dr. Quaatz schon im Hauptausschuß den Herrn Minister gefragt hat, wie es käme, daß der Verfassungsausschuß auf diesem Gebiete bezüglich der Neubildung der Bezirkswirtschaftsräte noch keine Resultate erzielt habe, eine Arbeit, die allerdings außerordentlich schwierig ist, über die auch sehr viel leichter kritisiert werden kann, als sie zu lösen. Positive Arbeit ist bekanntlich sehr schwer; damit beschäftigen sich aber die Herren von der äußersten Linken herzlich wenig.

(Zuruf bei den Kommunisten.)

Richten Sie doch dann Ihre Vorwürfe auch gegen diejenigen, die Ihnen nahestehen.

Der Herr Minister hat im Ausschuß eine Meinung geäußert, der ich nicht zustimmen kann. Es handelt sich um die Vertretungen von Handel, Landwirtschaft, (D) Industrie und Handwerk. Es steht in Frage, ob die **Handwerkskammern** in Zukunft paritätisch besetzt werden sollen, wie es der Herr Vorredner wünschte, oder ob die Handwerkskammern selbständig bleiben, wie es die übergroße Mehrheit des selbständigen Handwerks wünscht. Daneben würden dann **Gesellenkammern** eingerichtet werden, die auf ihrem Gebiete dieselben Rechte erhalten würden wie die Handwerkskammern. Aus diesen beiden Kammern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern würde dann ein Ausschuß gebildet werden, der zwischen den Beschlüssen von Arbeitgeberseite und Arbeitnehmerseite eine Verbindung sucht.

Auch die Herren von dem Handelskammer- und Industrietag stehen vor der Frage, ob sie ihre Kammern paritätisch einrichten sollen. Aus praktischen Gründen werden sie wohl ebenfalls dazu kommen, zu empfehlen, daß die Angestellten ihrerseits Angestelltenkammern bilden. Bei der Landwirtschaft liegt es anders. Dort gibt es mehr Arbeitgeber als Arbeitnehmer, und diese stehen zum großen Teil, wo die Hetze der radikalen Personen von der Art des Herrn Malzahn noch nicht hineingelangt ist, miteinander ausgezeichnet. Sie werden sich auch trotz dessen, was Sie hier auf dem Gebiete vornehmen, immer finden, weil ihre Interessen gemeinsam liegen.

Die **Bezirkswirtschaftsräte**, für die Herr Malzahn etwa im Sinne des russischen Rätesystems von Trotzki plädiert hat, müssen ja eingerichtet werden, da das in der Verfassung steht. Aber die Bezirkswirtschaftsräte, die der Herr Abgeordnete Malzahn an die Stelle der Kammern unserer großen Berufe setzen will, um auch von hier aus das wirtschaftliche Leben zu beherrschen, würden nur eine neue Organisation sein, wenn man ihnen neben den Wahlaufgaben auch andere Aufgaben

(Hammer, Abgeordneter.)

(A) zuweisen würde. Das würde eine überflüssige Organisation mit ungemein hohen Kosten sein. Gerade weil diese Frage so sehr mitspricht und zum Beispiel auch das Arbeitsnachweisgesetz, welches die Grundlage für das Arbeitslosengesetz werden soll und dadurch sich wieder ein Aufbau von vielen Tausenden von Beamten heranbildet, müssen wir versuchen, auf dem Gebiete der Bezirkswirtschaftsräte Einhalt zu tun. Die wirtschaftlichen Belange sollten aber nicht von paritätisch zusammengesetzten Kammern, sondern müssen von denen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer beraten werden.

Zum Schlusse möchte ich noch bitten, daß der Antrag des 23. Ausschusses, der ihm vom Hauptausschuß überwiesen worden ist, bezüglich der Beamten und namentlich der Stenographen im Interesse der Arbeit im vorläufigen Reichswirtschaftsrat angenommen wird. Die vorzüglichen wenigen Stenographen und Beamten laufen dort weg, weil die Verhältnisse zurzeit so liegen, daß sie keine sichere Zukunft haben und schlechter besoldet werden als in anderen Parlamenten. Ich gebe meiner Freude darüber Ausdruck, daß wenigstens diese Entschließung gefaßt worden ist.

Wir nehmen an, daß wohl innerhalb eines Jahres die Verhältnisse so weit sein werden, daß die Bezirkswirtschaftsräte im Sinne des Gesetzes und in der Art, wie ich sie mir hier zu skizzieren erlaubte, als Unterbau gebildet sein werden. Leicht ist, wie gesagt, die Arbeit nicht. Es sieht für Außenstehende allerdings so aus, als sei die Sache verschleppt worden. Das ist aber durchaus kein Grund, das anzunehmen, da, wie ich noch einmal hervorheben möchte, die Arbeitnehmer und Verbraucher im Reichswirtschaftsrat stärker vertreten sind als die Arbeitgeberseite.

(Beifall bei den Deutschnationalen.)

(B)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Meine Damen und Herren! Es hat sich niemand mehr zum Kap. 1 Tit. 1 zum Worte gemeldet. Ich darf annehmen, daß dieser Titel angenommen ist.

Ich rufe weiter auf Kap. 1 Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18. — Ich darf auch hier die Annahme feststellen.

Ich rufe auf die einmaligen Ausgaben Kap. 1 Tit. 1, — erkläre auch diesen Titel für angenommen.

Ferner rufe ich auf die Einnahme des ordentlichen Haushalts Kap. 1 Tit. 1, — erkläre auch diesen Titel und damit den ganzen Haushalt für angenommen.

Verbunden ist mit der Beratung der mündliche Bericht des 23. Ausschusses, betreffend Regelung der Gehaltsverhältnisse der Beamten des vorläufigen Reichswirtschaftsrats. In Betracht kommt die Entschließung des Ausschusses auf Nr. 4127 Ziffer 1 und 2:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. die Reichsregierung zu ersuchen: die Gehaltsverhältnisse der Beamten des Reichswirtschaftsrats in Übereinstimmung mit den Beamten der anderen deutschen Parlamente endgültig zu regeln, sobald der vorläufige Reichswirtschaftsrat die verfassungsmäßige Gestalt erhalten hat;
2. der Reichsregierung folgende Änderungen des Dispositivs im Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben:
   1. Amtmänner bei Gruppe A X zu setzen: „2 im Dienste befindliche Amtmänner erhalten für ihre Person die Bezüge der Gruppe A XI."
   2. Stenographen.
      a) in Gruppe A XII hinzuzufügen: „1 Leiter des Stenographenbureaus",
      b) in Gruppe A XI statt „1 Leiter des Stenographenbureaus" zu setzen „1 Stenograph".
      c) in Gruppe A X die Worte „1 Stenograph" und „Der im Dienste befindliche Stenograph erhält für seine Person die Bezüge der Gruppe XI" zu streichen.

   Die Besoldungsvoranschläge sind entsprechend zu ändern.

zur Erwägung zu überweisen.

(C)

Ich darf annehmen, daß diese Entschließung die Zustimmung des Hauses findet und stelle das mangels Widerspruches fest. Die Abstimmung über die Petition erfolgt in dritter Beratung.

(Präsident Löbe übernimmt den Vorsitz.)

Präsident: Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

Haushalt des Reichsfinanzministeriums (Anlage XV)

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 4260 der Drucksachen), Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Moses — in Verbindung mit der

ersten Beratung des von den Abgeordneten Dr. Rießer, Dr. Becker (Hessen) und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Reichsabgabenordnung (Nr. 3450 der Drucksachen).

Der Herr Berichterstatter hat auf das Wort verzichtet. Weitere Wortmeldungen zu Kap. 1 Tit. 1 liegen nicht vor; ich darf diesen Titel für angenommen erklären.

(D)

Es liegt aber zu diesem Titel eine Reihe von Ausschußentschließungen auf Nr. 4260 der Drucksachen vor. Das Wort wird zu diesen Entschließungen auch nicht gewünscht; ich darf sie ebenfalls für angenommen erklären.

Ich rufe auf die Titel 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 9 a neu nach einem Ausschußantrag, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19, — 20, — 21, — 22, — 23, — 24, — 25, — 26; — Kap. 2 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10; — Kap. 3 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9; — Kap. 4 Tit. 1 bis 15; — Kap. 5 Tit. 1 nach dem Ausschußantrage, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12 fällt aus, 13, — 14, — 15, diese drei Titel nach dem Ausschußantrage, — 16, — 17, — 18 und 19 fallen aus, 20, — 21 fällt aus, 22, — 23, — 24, — 25, — 26 bis 31 fallen aus, 32, — 33 fällt aus, 34, — 35, — 35 A, — 36; — Kap. 6 Tit. 1 nach dem Ausschußantrag, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7 nach dem Ausschußantrag, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12 fällt aus, 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18 und 19 fallen aus, 20, — 21, — 22, — 23, — 24, — 25, — 26, — 27 fällt aus, 28, — 29, — 30 fällt aus, 31, — 32, — 33 und 34 fallen aus, 35, — 36; — Kap. 7 Tit. 1 nach dem Ausschußantrag, — 2, — 3 bis 5 fallen aus, 6, — 7, — 8, — 9 und 10 fallen aus, 11, — 12 fällt aus, 13, — 14, — 15 fällt aus, 16, — 17 bis 21 fallen aus, 22, — 23, — 24, — 25, — 26, — 27 bis 34 fallen aus, 35, — 36; — Kap. 8 Tit. 1 nach dem Ausschußantrag, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7 nach dem Ausschußantrag. — Sämtlich angenommen.

Zum Tit. 7 liegt auf Nr. 4260 unter II b eine Entschließung des Ausschusses vor,

(Präsident.)

(A) die Reichsregierung zu ersuchen, künftig freiwerdende Stellen im Zolldienst, und zwar sowohl etatsmäßige Beamtenstellen wie Stellen des Hilfsdienstes, soweit nicht Hausarbeiten und ähnliche Verrichtungen in Frage kommen, die für die bezeichneten Anwärterklassen nicht geeignet sind, mit Wartegeldempfängern oder mit versorgungsberechtigten Anwärtern zu besetzen.

Ich darf annehmen, daß das Haus dieser Entschließung des Ausschusses zustimmt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Ich rufe weiter auf Tit. 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — die Tit. 14 bis 17 nach dem Ausschußantrage auf Nr. 4260. — Angenommen.

Zu Tit. 18 liegt auf Nr. 4350 ein Antrag v. Guérard, Müller (Franken) vor des Inhalts:

dem Dispositiv hinzuzufügen: Die Mittel sind übertragbar.

Wenn kein Widerspruch erhoben wird, darf ich annehmen, daß das Haus diesem Antrage zustimmt. — Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf Tit. 19 bis 22, Tit. 23 nach dem Ausschußantrag, — Tit. 24, — 25, — 26 fällt aus, 27, — 28, — 29 fällt aus, 30, — 31, — 32, — 33, — 33 a nach dem Ausschußantrag, — 34 fällt aus, 35 und 36 nach dem Ausschußantrag; — Kap. 9 Tit. 1 nach dem Ausschußantrag, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16; — Kap. 10 Tit. 1 und 2; — Kap. 11 Tit. 1 bis 7. —

Einmalige Ausgaben Kap. 1. Tit. 1, — Tit. 2 nach der Ergänzung, — Tit. 3 (Neu) und Tit. 4 (Neu) nach dem Ausschußantrag; — Kap. 2 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, —
(B) 11, — 12.

Wir kommen zu den Einnahmen Kap. 1 Tit. 1 und 2; — Kap. 2 Tit. 1 und 2; — Kap. 3 Tit. 1, — 1 a, — 1 b, — 1 c, — 2; — Kap. 4 Tit. 1 bis 7; — Kap. 5 Tit. 1 bis 4, — 4 a, — 5, — Tit. 6 und 7 ebenfalls nach den Beschlüssen des Ausschusses; — Kap. 6 Tit. 1 und 2; — Kap. 7 Tit. 1 und 2. —

Wir kommen nunmehr zum außerordentlichen Haushalt. In der Ausgabe Kap. 1 und 2 ist nichts angefordert.

Einnahme Kap. 1 Tit. 1. — Angenommen.

Ich eröffne die Beratung über die **Petitionen**, auf Drucksache 4260 III, schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Die Abstimmung über die Petitionen wird in dritter Lesung erfolgen.

Nunmehr hätten wir noch über den Antrag Dr. Rießer, Dr. Becker (Hessen) über den Entwurf eines Gesetzes zur **Änderung der Reichsabgabenordnung** — Drucksache Nr. 3450 — zu beschließen. Es ist beantragt, diesen Gesetzentwurf dem **Steuerausschuß zur Beratung zu überweisen.** Wenn kein Widerspruch erhoben wird, nehme ich an, daß das Haus dem zustimmt. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Haushalt des Rechnungshofs des Deutschen Reichs (Anlage XIII).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 4217 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Giebel.

Dazu sind angemeldet als weitere Regierungskommissare:

der Vizepräsident des Rechnungshofes des Deutschen Reichs Dr. v. Leib und

der Geheime Regierungsrat Stengel.

(C) Ich eröffne die Beratung über Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben.

Der Berichterstatter verzichtet.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Deglerk.

Deglerk, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Haushaltsausschuß hat auf Vorschlag des sogenannten Köpfungsausschusses auch bei diesem Etat eine erhebliche **Anzahl von Stellen als künftig wegfallend** bezeichnet. Soweit mir bekannt geworden ist, hat bereits der Chef der Behörde gegen diese Verkürzung des Etats Einspruch erhoben.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Die mit Zustimmung Ihrer Fraktion erfolgt ist!)

— Ich komme gleich darauf, Herr Müller! — Es ist bei Gruppe A XIII eine Stelle gestrichen worden, acht Stellen sind als künftig wegfallend bezeichnet. Auf Vorschlag der Reichsregierung hat der Haushaltsausschuß die Bestimmung angenommen: die Stellen dürfen nur im Falle eines zwingenden Bedürfnisses mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen wieder besetzt werden. Diese Bestimmung ist insofern bedenklich, als dadurch der **Rechnungshof in Abhängigkeit vom Finanzminister** gebracht wird. Das ist bei der Stellung des Rechnungshofs als Kontrollinstanz unerträglich. Dadurch wird die Selbständigkeit des Rechnungshofs beeinträchtigt. Der Rechnungshof wird vom Finanzminister abhängig gemacht, so daß schließlich mal der Finanzminister, wenn ihm der Rechnungshof unbequem wird, seine Tätigkeit lahmlegen kann.

Ferner hat der Haushaltsausschuß bei den Gruppen A XI und A X 16 Stellen als künftig wegfallend bezeichnet. Aber hier fehlt der Vermerk, der sich bei der Gruppe A XIII befindet.

Beim Rechnungshof hat eine Stellenvermehrung seit 1906 nicht stattgefunden. Die Stellen sind nur aufs (D) knappste bemessen, so daß die Revisionstätigkeit bei weiteren Absetzungen geradezu in Frage gestellt wird. Da aber, wie die Regierung selbst anerkannt hat, der Rechnungshof in den nächsten Jahren eine steigende Bedeutung gewinnen wird, so glaube ich kaum, daß das Plenum des Reichstags bei gewissenhafter Prüfung diese Abstriche an dem Etat des Rechnungshofs wird aufrecht erhalten können.

Es kommt weiter hinzu, daß die Beamten des Rechnungshofs den Wunsch haben, ein besseres Aufrückungsverhältnis von Gruppe A X nach Gruppe A XI zu erhalten. Dieser Wunsch ist neuerdings besonders berechtigt, weil aus den Ländern Beamte übertreten und man diesen Beamten gewisse Zusicherungen gemacht hat und hat machen müssen, weil sie von deren Erfüllung ihre Übernahme abhängig machen. Die Folge hiervon ist eine ungleiche Behandlung der Beamten gleichen Ranges ein und derselben Behörde.

Ich will die Gelegenheit nicht benutzen, um zu der **Tätigkeit des Köpfungsausschusses** Stellung zu nehmen. Gegen sein Vorgehen sind sehr erhebliche Bedenken zu äußern. Draußen übt man bereits eine sehr scharfe Kritik an ihm. Ich habe gehört, daß der Vorsitzende des Köpfungsausschusses für Freitag eine Sitzung anberaumt hat, um zu den Abstrichen nochmals Stellung zu nehmen. Mit Rücksicht hierauf wollen meine politischen Freunde in der jetzigen Lesung von Anträgen absehen. Wir werden abwarten, welches Ergebnis diese Sitzung des Köpfungsausschusses am Freitag haben wird, und von diesem Ergebnis werden wir unsere Stellungnahme in der dritten Lesung abhängig machen.

Ich sehe mich veranlaßt, auf einen Irrtum in der Niederschrift hinzuweisen. In ihr ist gesagt, daß der Haushaltsausschuß die Anträge einstimmig angenommen hat. Das ist ein Irrtum. Ich war selbst im

(Deglerk, Abgeordneter.)

(A) Haushaltsausschuß. Ich habe die Anträge, die Sachkenntnis vermissen lassen, bekämpft. Es ist mir nicht eingefallen, ihnen zuzustimmen.

Ich wiederhole, daß wir unsere Stellungnahme für die dritte Lesung abhängig machen von den Beschlüssen, die der Köpfungsausschuß am Freitag fassen wird, daß wir uns aber genötigt sehen, jetzt bereits unsere sehr schweren Bedenken gegen diese Beschneidung des Haushalts des Rechnungshofs geltend zu machen.

Präsident: Ein Antrag ist nicht gestellt. Ich darf also den Tit. 1 des Kap. 1 nach dem Ausschußantrag für angenommen erklären.

Tit. 2 nach dem Ausschußantrag, — 3, — 4, — 5 nach dem Ausschußantrag, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 13a, — 14, — 15. — Angenommen.

Unter den einmaligen Ausgaben ist nichts enthalten. —

Einnahme. Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3. — Angenommen.

Auch hier eröffne ich die Beratung über die Petition — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. — Die Abstimmung erfolgt in dritter Lesung.

Wir kommen zum

Haushalt der Reichsschuld (Anlage XIV).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 4229 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Dernburg.

Wir beginnen mit Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Wort.

Tit. 1 erkläre ich für angenommen.

Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — (B) 18. — Angenommen.

Kap. 2 Tit. 1 nach der Ergänzung und nach dem Antrage des Ausschusses, — Tit. 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8 nach der Ergänzung. —

Kap. 3 Tit. 1, — 2, — 3, — 4. —

Einmalige Ausgaben Kap. 1 Tit. 1 und 2. —

Wir kommen jetzt zur Einnahme Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5 nach der Ergänzung, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, —14, — 15, — 16, — 17, — 18 nach der Ergänzung und nach dem Antrage des Ausschusses. —

Außerordentlicher Etat. Ausgabe. Kap. 1 Tit. 1 bis 4; — Tit. 5 bis 10 nach der Ergänzung; — Tit. 11 bis 15; — Tit. 16 nach der Ergänzung und dem Ausschußantrag. —

Einnahme. Kap. 1 Tit 1; — Tit. 2, — 3, — 4, — 5 nach der Ergänzung, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11 nach der Ergänzung und nach dem Antrage des Ausschusses. —

Kap. 2 nach der Ergänzung. — Angenommen.

Damit ist auch dieser Etat erledigt.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, jetzt eine kurze Unterbrechung der Sitzung eintreten zu lassen. Die Beratungen sind rascher vorwärts gegangen, als wir dachten. Wir müssen das Auswärtige Amt benachrichtigen und haben auch zwei der folgenden Beratungsunterlagen noch nicht vorbereitet. Ich bitte um die Erlaubnis, die Sitzung bis ½3 Uhr unterbrechen zu dürfen.

(Zustimmung.)

(Pause von 2 Uhr 12 Minuten bis 2 Uhr 42 Minuten.)

Präsident: Die Sitzung ist wieder eröffnet. (C)

Wir fahren in der Tagesordnung fort und kommen zum

Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung (Anlage XVII).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 4230 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Leicht.

Die Beratung beginnt bei Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Wort.

Auch weitere Wortmeldungen liegen nicht vor: ich darf den Tit. 1 des Kap. 1 für angenommen erklären.

Ich rufe auf Tit. 2 nach der Ergänzung, — 3; — Kap. 2 Tit. 1 und 2 nach dem Ausschußantrag, — 3, — 4 nach dem Ausschußantrag, — 5, — 6 ist zu streichen, — 7, — 8 und 9 nach dem Ausschußantrag; — Kap. 3; — Kap. 4 Tit. 1 und 2 nach dem Ausschußantrag; — Kap. 5 Tit. 1 und 2 nach dem Ausschußantrag; — Kap. 6 Tit. 1, — 2, — 3, — 4 und 5 nach dem Ausschußantrag; — Kap. 7; — Kap. 8 Tit. 1, —2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8 nach der Ergänzung, — 9 und 10 nach dem Ausschußantrag; — Kap. 9. —

Einmalige Ausgaben. Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5. —

Wir kommen zu den Einnahmen des ordentlichen Haushalts - Kap. 1 Tit. 1 und 2 nach dem Ausschußantrag, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7 nach dem Ausschußantrag, 8, — 9 bis 11 nach dem Ausschußantrag, — 12, — 13, — 14, — 15 nach dem Ausschußantrag, — 16, — 17; — Kap. 2 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6 ist zu streichen; — Kap. 3 Tit. 1 und 2 nach dem Ausschußantrag, 3, — 4, — 5 und 6 nach dem Ausschußantrag, — 7, — 8, — 9, — 10 nach dem Ausschußantrag, 11, — 12, — 13, — 14, — 15 nach dem Ausschußantrag, — 16; — Kap. 4 Tit. 1 nach der Ergänzung; — Kap. 5 nach dem Ausschußantrag; — Kap. 6 (D) nach dem Ausschußantrag; — Kap. 7 Tit. 1, — 2, — 3; — Kap. 8 Tit. 1, — 2, — 3. —

Wir kommen zum außerordentlichen Haushalt Ausgabe Kap. 1; — Kap. 2; —Kap. 3 Tit. 1 und 2 nach dem Ausschußantrag; — Kap. 4 nach dem Ausschußantrag; — Kap. 5 fällt aus; — Kap. 6. —

Einnahme des außerordentlichen Haushalts Kap. 1. — Angenommen.

Auch hier eröffne ich die Debatte über die Petitionen auf Drucks. 4230 II — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Die Beschlußfassung erfolgt in dritter Lesung.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrags (Anlage XX Nr. 4182 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 4258 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Breitscheid.

Wir beginnen mit Kap. 1 der fortdauernden Ausgaben.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter. — Er verzichtet. Weitere Wortmeldungen liegen auch nicht vor.

Kap. 1 ist angenommen.

Zu diesem Kapitel liegt eine Entschließung des Ausschusses auf Drucksache 4258 II vor:

> die Reichsregierung zu ersuchen, mit möglichster Beschleunigung dem Reichstag eine Denkschrift vorzulegen, welche die Verluste am deutschen Volksvermögen infolge der Friedensverträge und Nebenabkommen, nach dem Goldwert berechnet, nachweist.

(Präsident.)

Ich nehme an, daß das Haus dieser Entschließung beitritt. —

Ich rufe auf Kap. 2. Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9; — Kap. 3; — Kap. 4; — Kap. 5 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6; Kap. 6 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6; Kap. 7 Tit. 1, — 2, — 3. —

Einmalige Ausgaben. — Nichts.

Wir kommen zu den Einnahmen Kap. 1 Tit. 1 und 2. — Wir kommen zum außerordentlichen Haushalt, und zwar zur Ausgabe. Hier rufe ich auf Kap. 1 Tit 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7; — Kap. 2; — Kap. 3 Tit. 1, — 2; — Kap. 4 Tit. 1, — 2, — 3; — Kap. 5; — Kap. 6; — Kap. 7 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6; — Kap. 8; — Kap. 9 Tit. 1, — 2, — 3. —

Einnahme des außerordentlichen Haushalts Kap. 1 Tit. 1 und 2.

Ich eröffne die Beratung über die Petitionen auf Drucksache 4258 III, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Die Abstimmung erfolgt in dritter Lesung.

Wir kommen zum

Haushalt des Auswärtigen Amts (Anlage IV)

Mündliche Berichte des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 3753 und 4320 der Drucksachen).

Berichterstatter zu Nr. 3753: Abgeordneter Dr. Hoetzsch,

Berichterstatter zu Nr. 4320:
zu I und IIa: Abgeordneter Dr. Pachnicke,
zu IIb, e: Abgeordneter v. Guérard,
zu IIc, g: Abgeordneter Dr. Rießer,
zu IId, f, h: Abgeordneter Taubadel.

Als weitere Regierungskommissare sind angemeldet:

Ministerialdirektor Heilbron,
Legationssekretär Dr. Nöbel und Attaché Jung.

Wir beginnen mit Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben. Der Herr Berichterstatter verzichtet aufs Wort. Weitere Wortmeldungen zu Kap. 1 Tit. 1 liegen nicht vor; ich darf ihn mit allen darin verzeichneten Gruppen nach dem Ausschußantrage für angenommen erklären.

Ich rufe auf Tit. 1a, — 2, — 3, — 4 nach dem Ausschußantrag, — Tit. 5 und 6 ebenfalls nach dem Ausschußantrag, — 6a, — 6b, — 6c, — 6d, — 7, — 7a nach dem Ausschußantrag, — 8, — 9 und 9a nach dem Ausschußantrag, — 10, — 11, — 12. —

Kap. 2 Tit. 1. Hierzu liegt auf Drucksache 3753 unter IIa eine Entschließung des Ausschusses vor:

1. die Reichsregierung zu ersuchen, eine feste Etatisierung der gesamten Auslandsvertretungen tunlichst für das Haushaltsjahr 1923 herbeizuführen.

   Eine Nachweisung des am 1. Juli 1922 bei den Gesandtschaften, Vertretungen des Reichs und den Konsulaten etatsmäßig und kommissarisch beschäftigten Personals ist dem Reichstag bis spätestens 1. Oktober 1922 vorzulegen;

2. der Reichstag stimmt den Grundsätzen über die Gehaltsfestsetzung der Auslandsbeamten in der Denkschrift „Die Besoldung der Auslandsbeamten" zu, behält sich aber die nachträgliche Prüfung im einzelnen vor und ersucht die Reichsregierung um eine Einzelnachweisung der tatsächlich gezahlten Summen, analog der schon überreichten Nachweisung über den Personalstand (Drucksache Nr. 3126).

Ich darf annehmen, daß das Haus dem Tit. 1 nach dem Ausschußantrag mit der Ausschußentschließung zustimmt. — Das ist der Fall. Ich rufe weiter auf Tit. 2, — 3 nach dem Ausschußantrag, — 4 enthält nichts, — 5, — 5a, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10. —

Kap. 3 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7 nach dem Ausschußantrag, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15 nach dem Ausschußantrag, — 16, — 17, — 18, — 19, — 20, — 21, — 22 nach dem Ausschußantrag, — 23, — 24, — 25 nach dem Ausschußantrag.

Wir kommen zu den einmaligen Ausgaben, Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7 und 8 nach dem Ausschußantrag, — 9, — 10 nach dem Ausschußantrag, 11, — 12, — 13 nach dem Ausschußantrag, — 14, — 15, — 16 nach der Ergänzung. —

Nun liegt noch eine Entschließung des Ausschusses vor auf Drucksache 3753 IIb zu Kap. 1 Tit. 13 der einmaligen Ausgaben (Herausgabe von Dokumenten über die Vorgeschichte des Krieges):

die Reichsregierung zu ersuchen, mit dem Nachtragsetat eine abschließende Übersicht über die Höhe der Gesamtkosten und die Zeit des Abschlusses vorzulegen. Inzwischen wird das Auswärtige Amt ersucht, den Fortgang der Arbeit, besonders in organisatorischer Beziehung und in der Konzentration aller diesbezüglichen Arbeiten, zu sichern.

Das Haus stimmt auch dieser Entschließung zu.

Ich rufe auf die Einnahmen, Kap. 1 Tit. 1, — 2, — 3 nach der Ergänzung, — 4. —

Ich eröffne die Debatte über die Petitionen auf Drucksache 4320 II, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Die Abstimung erfolgt in dritter Lesung.

Meine Damen und Herren! Der nächste Etat — wir haben nur noch einen — kann heute nicht verhandelt werden, da der Herr Berichterstatter einige Bemerkungen dazu machen wollte und von uns den Bescheid bekommen hat, daß die Beratung erst am Freitag erfolgen werde. Ich schlage Ihnen also vor, die Verhandlungen jetzt abzubrechen, und bitte zunächst, eine eingegangene Interpellation zu verlesen.

Schriftführerin Abgeordnete **Agnes**:

Hergt und Genossen.

Die Interalliierte Kontrollkommission hat in der Note vom 27. Februar Forderungen über die Organisation, Verfassung, Ausrüstung und Unterbringung der Schutzpolizei gestellt, die einer völligen Zerschlagung der Schutzpolizei gleichkamen. Demgegenüber hat die Reichsregierung in der Note vom 15. März zwar festgestellt, daß sie in den übernommenen Verpflichtungen eine Grundlage für diese Forderungen nicht zu finden vermag, gleichwohl aber sich bereit erklärt, den Forderungen weitgehend entgegenzukommen. Die Antwort war eine neue Verschärfung der Forderungen durch die Note der Interalliierten Kontrollkommission vom 23. März.

Trotz vielfacher Warnungen in der Öffentlichkeit und im Reichstag und trotz der ablehnenden Stellungnahme mehrerer Regierungen von Einzelländern hat inzwischen die Reichsregierung und, wie verlautet, auch die preußische Regierung mit der Interalliierten Kommission Verhandlungen über die Annahme der unberechtigten und mit den Interessen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Deutschland unvereinbaren Forderungen geführt und dem Abschluß nahegebracht.

(Schriftführerin Agnes.)

(A) Wir fragen deshalb die Reichsregierung:

1. Wie ist der Stand der bisher geführten Verhandlungen?
2. Wie will die Reichsregierung es verantworten, daß sie, noch dazu ohne Zustimmung des Reichstags, über die bestehenden Verpflichtungen hinaus die Annahme unbegründeter Forderungen der Interalliierten Kontrollkommission in Aussicht stellt?
3. Ist die Reichsregierung bereit, nunmehr alle Forderungen auf Änderung der Verhältnisse in der Schutzpolizei, die über die übernommenen Verpflichtungen hinausgehen und mit den Interessen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Deutschland unvereinbar sind, entschieden abzulehnen?

Präsident: Meine Damen und Herren! Diese Interpellation wird in der nächsten Sitzung mit auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Angesichts dessen, daß unsere Beratungen heute so rasch fortgeschritten sind und der Auswärtige Ausschuß zu seinen Beratungen mehr Zeit braucht, schlage ich Ihnen vor, die nächste Sitzung am Freitag den 26. Mai erst nachmittags 4 Uhr abzuhalten und auf die Tagesordnung zu setzen:

1. Anfragen;
2. die soeben verlesene Interpellation;
3. erste und zweite Beratung des vom 13. Ausschuß beantragten Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Verlängerung der Geltungsdauer der Pachtschutzordnung;
4. Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1922, und zwar
   a) Haushalt des Reichstags,
   b) Entwurf des Etatgesetzes;
5. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Ausprägung von Ersatzmünzen im Nennbetrage von 1, 2, 3 und 5 Mark;
6. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes, betreffend die Besteuerung der Dienstwohnungen der Reichsbeamten;
7. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur zweiten Abänderung der Verordnung über die schiedsgerichtliche Erhöhung von Preisen bei der Lieferung von elektrischer Arbeit, Gas und Leitungswasser.

Das sind alles kleinere Gesetze.

Ein Widerspruch gegen diese Tagesordnung wird nicht erhoben; sie steht fest.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 2 Uhr 57 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

219. Sitzung.

Freitag den 26. Mai 1922.

Die Sitzung wird um 4 Uhr 14 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Meine Damen und Herren! Vor wenigen Tagen erst mußten wir verkünden,

(der Reichstag erhebt sich)

daß unser Kollege Jaud durch einen plötzlichen Tod von seiner fleißigen Arbeit abberufen ist, und heute haben wir schon wieder eine traurige Nachricht erhalten. Herr Kollege Nacken ist gestern aus dem Leben geschieden. Er hat seit 1903 dem Reichstage und später der verfassunggebenden Nationalversammlung angehört, seit 1919 als Schriftführer dem Vorstande des Reichstags. Am Sonnabend hat er für vier Tage Urlaub erbeten, nachdem er noch am Freitag bis in die späten Abendstunden sein Amt ausgeübt hatte, wie es überhaupt mit der Ausfüllung dieses Amtes trotz wachsender körperlicher Beschwerden außerordentlich gewissenhaft genommen hat. Wenn er das Wort ergriff, dann hat er seine Ansichten immer mit einer Mäßigung vertreten, die ihm die Achtung aller einbrachte. Diese Achtung und ein gutes Andenken werden ihm über den Tod hinaus erhalten bleiben. — Ich danke Ihnen für die Ehrung des Verstorbenen.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(Präsident.)

(A) In den Reichstag ist an Stelle des verstorbenen Herrn Abgeordneten Jaud neu eingetreten der Verbandssekretär in München Xaver Weixler für den Wahlkreis 27 (Oberbayern-Schwaben).

Zu den Interpellationen Dr. Freiherr v. Lersner und Genossen sowie Hergt und Genossen — Nr. 4328, 4329 der Drucksachen — hat das Amtsgericht in München eine Abschrift des Urteils des Schöffengerichts in der Privatklagesache Fechenbach gegen Dr. Coßmann und Genossen übersandt. Die Abschrift liegt im Archiv zur Einsichtnahme aus.

Ein Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen bitte ich die Frau Schriftführerin zu verlesen.

Schriftführerin Abgeordnete **Agnes:**

1. Entwurf eines Gesetzes über das Abkommen zwischen Deutschland und Polen über den Postscheckverkehr.
2. Entwurf eines Gesetzes über das am 12. April in Kattowitz geschlossene deutsch-polnische Abkommen, betreffend die Überleitung der Rechtspflege im oberschlesischen Abstimmungsgebiete.
3. Entwurf eines Gesetzes über das Abkommen zwischen Deutschland und Polen über die Grenzübergangsbahnhöfe mit beiderseitiger Zoll- oder Paßabfertigung und über die Rechte und Pflichten der Beamten im privilegierten Durchgangs- und Eisenbahnübergangsverkehr.
4. Entwurf eines Gesetzes über Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung.

Präsident: In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Pennemann, Frau Schuch
die Abgeordneten Dr. Höfle, Molkenbuhr;

(B) in den 2. Ausschuß für die Abgeordnete Frau Wulff
die Abgeordnete Frau Karch;

in den 3. Ausschuß für den Abgeordneten Kunert
der Abgeordnete Geyer (Leipzig);

in den 5. Ausschuß für den Abgeordneten Rosemann
der Abgeordnete Ernst;

in den 7. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Rosenfeld
der Abgeordnete Crispien;

in den 12. Ausschuß für den Abgeordneten Henke
der Abgeordnete Dr. Levi;

in den 13. Ausschuß für die Abgeordneten Ernst, Rheinländer
die Abgeordneten Merkel, Pennemann;

in den 19. Ausschuß für den Abgeordneten Voß
der Abgeordnete Beckmann;

in den 23. Ausschuß für die Abgeordneten Heusel (Ostpreußen), Dr. Hertz
die Abgeordneten Rieseberg, Pieper (Westfalen);

in den 27. Ausschuß für den Abgeordneten Bock
der Abgeordnete Zubeil;

in den 39. Ausschuß für den Abgeordneten Dittmann
der Abgeordnete Aufhäuser.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten
Hoffmann (Berlin), Körner, Ortel und Frau Schroeder (Schleswig-Holstein) für 2 Tage,
Beuermann, Dr. Fischer (Cöln) und Spetzler für 4 Tage,
Schröter (Liegnitz) und Westermann für 8 Tage.

Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete Keinath, und zwar für 5 Wochen wegen (C) Krankheit. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand sind

Anfragen.

Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 1616, **Kniest** und Genossen (Nr. 4278 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Kniest.

Kniest, Abgeordneter:
Die **Erhebung der Gewerbesteuer** hat infolge der ungenügenden und unsicheren Ausstattung der Gemeinden mit anderen Steuerquellen in manchen Teilen des Reichs, namentlich in Preußen, geradezu unerträgliche Formen angenommen. In Preußen gibt es Gemeinden, bei denen als Zuschlag zur staatlichen Veranlagung mehr als 4000 Prozent erhoben werden. Eine solche Besteuerung wirkt vielfach geradezu erdrosselnd.

Beabsichtigt die Reichsregierung, eine Steuerabgrenzung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden vorzunehmen, die es der Reichsregierung ermöglicht, die Gemeinden zu einem Verzicht auf eine so übertriebene Besteuerung einzelner Berufsschichten anzuhalten?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ministerialrat Dr. Markull.

Dr. **Markull,** Ministerialrat im Reichsfinanzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die Fragen einer **Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden** haben den Gegenstand einer eingehenden Besprechung gebildet, die auf Einladung des Reichsministers der Finanzen am 28. und 29. April dieses Jahres in Würzburg stattgefunden hat. An der Be- (D) sprechung haben die Finanzminister sämtlicher und die Innenminister der größeren deutschen Länder teilgenommen. Die Ergebnisse dieser Besprechung werden ihren Niederschlag in dem Entwurf zur Änderung des Landessteuergesetzes finden, der demnächst dem Reichstag zugehen wird. Den finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden wird der Entwurf im Rahmen des Möglichen Rechnung tragen.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 1617, Dr. **Maretzky** und Genossen (Nr. 4281 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Maretzky.

Dr. **Maretzky,** Abgeordneter:
Die Bevölkerung Berlins, insbesondere in den nördlichen Bezirken, ist aufs höchste aufgebracht, daß Teile des schönen, zwischen Hermsdorf, Schulzendorf und Tegel gelegenen Waldes von einer dem Kreise Niederbarnim nahestehenden Siedlungsgesellschaft abgeholzt werden. Es stehen in jener Gegend gewaltige Flächen, die zur Siedlung geeignet sind und die keinen Waldbestand aufweisen, zur Verfügung. Insbesondere ist bekannt, daß in 13 Bezirken Groß-Berlins mehr als 600 Kilometer regulierte Straßen mit Be- und Entwässerungsanlagen, die der Bebauung harren, zum Teil in herrlichster Vorortlage, bereitstehen. Es handelt sich daher bei der **Abholzung im Tegeler Forst** lediglich um ein Unternehmen, das den Wald niederschlägt, um aus dem Holz Gewinn zu erzielen. Bei den schweren gesundheitlichen Gefahren, die die Viermillionenbevölkerung Berlins infolge der zusammengedrängten ungesunden städtischen Wohnweise bedrohen, ist

(Dr. **Maretzky**, Abgeordneter.)

(A) es unverantwortlich, dem Volke die in der unmittelbaren Nachbarschaft der Wohnsiedlungen vorhandene Gelegenheit zur Erholung im Walde in dieser Weise zu schmälern.

Gerade die Reichsregierung, die große Anstrengungen macht und sehr erhebliche Mittel aufwendet, die öffentliche Gesundheit zu fördern und die Volkskraft zu heben, hat ein lebhaftes Interesse daran, daß diese Bestrebungen nicht durch kurzsichtige Maßnahmen untergeordneter öffentlicher Stellen durchkreuzt werden.

Wir fragen bei der Reichsregierung daher an, ob ihr die beklagte Tatsache bekannt ist und in welcher Weise sie ihren Einfluß geltend machen will, die der Bevölkerung der Reichshauptstadt drohende Schädigung zu verhüten.

Präsident: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage hat der Herr Ministerialrat Krüger.

Krüger, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Bei der Anfrage Nr. 1617 der Abgeordneten Dr. Maretzky und Genossen (Nr. 4281 der Drucksachen) handelt es sich um eine Angelegenheit, die zur Zuständigkeit der Länder gehört. Ich bin daher nicht in der Lage, in der Angelegenheit etwas zu tun, habe aber dem Herrn Preußischen Minister für Volkswohlfahrt Abschrift der Anfrage übersandt.

Präsident: Das Wort zur Verlesung der Anfrage Nr. 1618, Körner und Genossen (Nr. 4288 der Drucksachen), hat der Herr Abgeordnete Vogt.

Vogt, Abgeordneter:

Zu Zwecken der **Bahnhofserweiterung** und des **Neckarkanalbaues** sind in der Gemeinde Kornwestheim bei Stuttgart und der Gemeinde Kochendorf, O.-A. Neckarsulm, kleineren Landwirten im Jahre 1921 Grundstücke zwangsweise enteignet worden. Der dafür angesetzte Veräußerungspreis entspricht der Geldentwertung nur zum geringen Teil. Die Verkäufer werden nun in einem Umfange zur **Wertzuwachssteuer** herangezogen, welcher der Geldentwertung in keiner Weise Rechnung trägt.

(B) Die Feststellung eines Wertzuwachses ohne Rücksicht auf die **Geldentwertung** wird um so mehr unhaltbar, weil der § 5 Abs. 2 des neuen Vermögenszuwachssteuergesetzes ausdrücklich die Berücksichtigung der inneren Kaufkraft der Mark vorschreibt. Eine verschiedene steuerliche Behandlung von Wertzuwachs bei Grundstücken und beim Zuwachs an beweglichen Vermögensteilen ist undenkbar.

Ist die Reichsregierung bereit, sofortige Anordnungen, und zwar mit rückwirkender Kraft, zu treffen, nach denen bei allen für öffentliche Zwecke, Bahnbau, Kanal- und Straßenbau enteigneten Grundstücken, eine Wertzuwachssteuer nur unter voller Berücksichtigung der Geldentwertung berechnet werden darf, also die früher bezahlten Goldmarkpreise entweder in Papiermark oder der in Papiermark bezahlte Veräußerungspreis in Goldmark umgerechnet wird?

Präsident: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage hat der Herr Regierungsrat Dr. Ansorge.

Dr. **Ansorge,** Regierungsrat im Reichsfinanzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Nach § 1 des Gesetzes über Änderungen im Finanzwesen vom 3. Juli 1913 (Reichsgesetzblatt S. 521) ist seit dem (C) 1. Juli 1913 die Erhebung des Reichsanteils nach dem Zuwachssteuergesetze vom 14. Februar 1911 (Reichsgesetzblatt S. 33) fortgefallen. Es kann seit dieser Zeit durch Landesgesetz oder in Gemäßheit des Landesrechts durch ortsstatutarische Vorschrift eine andere Regelung der Besteuerung des Wertzuwachses getroffen werden.

Von dieser Befugnis haben die Länder in weitgehendem Maße Gebrauch gemacht, indem sie zum Teil selbständige Zuwachssteuergesetze erlassen, zumeist aber die Zuwachssteuer als gemeindliche Steuer den Gemeinden überlassen und ihnen die Einführung autonomer Wertzuwachssteuerordnungen gestattet haben.

Zu der Anfrage Nr. 1618 haben **Wertzuwachssteuerfälle in Württemberg** Veranlassung gegeben. Württemberg hat durch Gesetz vom 31. Juli 1915 (Reg.-Bl. S. 112) die Zuwachssteuer einheitlich durch selbständiges Landesgesetz geregelt. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß an dem landesrechtlichen Charakter dieses Gesetzes dadurch sich nichts ändert, daß es die Bestimmungen des Reichszuwachssteuergesetzes, insbesondere dessen Steuersätze, im wesentlichen übernommen hat.

Nachdem das Reich unter Verzicht auf seinen Steueranteil die Erträge der Wertzuwachssteuer den Ländern und Gemeinden vollständig überlassen und ihnen auf diesen Gebieten ein selbständiges Besteuerungsrecht eingeräumt hat, erscheint es nicht angängig, durch reichsgesetzliches Eingreifen in der in der Anfrage beregten Weise den Ländern und Gemeinden das Besteuerungsrecht zu beschneiden. Vielmehr muß es den Ländern innerhalb der durch die Reichsverfassung und das Landessteuergesetz ihren Besteuerungsbefugnissen gezogenen Grenzen überlassen bleiben, inwieweit sie in der Lage sind, auf die Erträge der ihnen zustehenden Steuerquellen bei Deckung ihres Finanzbedarfs zu verzichten.

(D) Da in den Wertzuwachssteuergesetzen allgemein „als steuerpflichtiger Wertzuwachs der Unterschied zwischen dem Erwerbspreise und dem Veräußerungspreise gilt", ist nach der herrschenden Rechtsprechung die **Geldentwertung bei der Berechnung der Wertzuwachssteuer** an sich unberücksichtigt zu lassen. Ich verkenne allerdings nicht, daß bei dieser Gesetzeslage Härten unvermeidbar sind. Deren Beseitigung muß jedoch Aufgabe der einzelnen Länder bleiben. Der Preußische Herr Minister des Innern hat auch bereits durch einen im Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung Nr. 22 S. 413 abgedruckten Runderlaß vom 17. Dezember 1921 — IV St. 884 — empfohlen, in den kommunalen Wertzuwachssteuerordnungen Bestimmungen zu treffen, die der derzeitigen Geldentwertung bei Bemessung des Wertzuwachses Rechnung tragen sollen.

Ich habe die Regierungen der übrigen Länder unter Hinweis auf die Vorgänge zu gleichartigen Maßnahmen angeregt und werde der Angelegenheit weiter meine Aufmerksamkeit zuwenden.

Präsident: Das Wort zur Verlesung der Anfrage Nr. 1619, Frau Dr. Matz und Genossen (Nr. 4289 der Drucksachen), hat Frau Abgeordnete Dr. Matz, — Frau Mende, — Herr Dr. Runkel.

Dr. **Runkel,** Abgeordneter:

Der **Studienassessorin Wollin** die als Studienrätin an das Lyzeum in Traben-Trarbach gewählt war, ist von der französischen Militärbehörde die **Einreiseerlaubnis** mit der Begründung verweigert worden, daß Leute aus Pommern und Ostpreußen als der Entente gefährlich anzusehen seien.

(Dr. **Runkel**, Abgeordneter.)

(A) Ist der Reichsregierung dieser Fall bekannt? Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um derartigen Eingriffen der französischen Besatzungsbehörde in die innere Verwaltung des besetzten Gebiets entgegenzuwirken?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Geheimrat Graf Adelmann.

Dr. Graf **Adelmann v. Adelmannsfelden**, Geheimer Regierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Durch Art. 4 ihrer Verordnung Nr. 29 hat sich die Rheinlandkommission das Recht beigelegt, gegen die Ernennung jedes für die besetzten Gebiete bestimmten deutschen Beamten ein Veto einzulegen, falls sie diese Maßnahme zur Sicherung des Unterhalts, der Sicherheit und der Bedürfnisse der alliierten Streitkräfte für nötig hält. Die **Rheinlandkommission** hat in neuerer Zeit wiederholt von diesem Veto **gegen beamtete Lehrpersonen** wegen ihrer Herkunft aus den östlichen Provinzen Preußens Gebrauch gemacht. Die Reichsregierung ist fortdauernd bemüht, diese ungerechtfertigten Eingriffe in die durch Art. 5 des Rheinlandabkommens gewährleistete deutsche Verwaltung abzuwehren. Über die Ablehnung der Studienassessorin Wollin ist der Reichsregierung ein Bericht noch nicht zugegangen. Falls die Nachricht sich bestätigt, daß die Besatzungsbehörden gegen die Übernahme des Amts als Studienrätin an dem Lyzeum zu Traben-Trarbach durch die Assessorin Wollin ihr Veto einlegen, so wird auch dieser Fall bei den zurzeit schwebenden allgemeinen Verhandlungen über diese Angelegenheit behandelt werden.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 1621, Dr. Philipp und Genossen (Nr. 4294 der Drucksachen),

(B) hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Philipp.

Dr. **Philipp**, Abgeordneter:

Immer mehr häufen sich die Nachrichten, daß **reichsdeutscher Grundbesitz** durch **Angehörige der valutastarken Länder** aufgekauft wird. Besonders ist das der Fall in den an die Tschechoslowakei angrenzenden Gebieten des Reichs.

Ist die Reichsregierung bereit, Mitteilungen über den Umfang der Verkäufe von deutschem Grundbesitz an Ausländer zu machen und geeignete Abwehrmaßnahmen gegen die Überfremdung deutschen Bodens zu treffen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ministerialrat Krüger.

Krüger, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Über den Umfang der **Verkäufe von deutschem Grundbesitz an Ausländer** können keine Mitteilungen gemacht werden, weil Zusammenstellungen und genaue Unterlagen hierüber nicht vorhanden sind.

Reichsgesetzliche Abwehrmaßnahmen sind dadurch erschwert, daß, soweit Staatsangehörige der alliierten und assoziierten Mächte in Betracht kommen, die Bestimmungen des Art. 276d des Friedensvertrags berücksichtigt werden müßten.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort Herr Abgeordneter Dr. Philipp.

Dr. **Philipp**, Abgeordneter: Hat die Reichsregierung, um diese Antwort zu geben, bei den an den Grenzen des Deutschen Reichs gelegenen Ländern die nötigen Auskünfte eingeholt, insbesondere beim Freistaat Sachsen, in dem umfangreiche Grundstückserwerbungen von Tschechoslowaken selbst in Leipzig stattgefunden haben?

Präsident: Wird das Wort noch gewünscht? — (C) Das ist nicht der Fall. Damit sind die Anfragen erledigt.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

Interpellation der Abgeordneten Hergt und Genossen über die Forderungen der Interalliierten Kontrollkommission, betreffend die Organisation der Schutzpolizei (Nr. 4353 der Drucksachen).

Ich richte zunächst die Frage an den Herrn Vertreter der Reichsregierung, ob und wann sie die Interpellation beantworten wird.

Das Wort hat Herr Legationsrat v. Lewinski.

v. Lewinski, vortragender Legationsrat, Kommissar der Reichsregierung: Die Reichsregierung ist bereit, die Interpellation der Abgeordneten Hergt und Genossen innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist zu beantworten, und wird sich wegen des Termins mit dem Herrn Präsidenten des Reichstags in Verbindung setzen.

Präsident: Die Interpellation wird dann neu auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten und zweiten Beratung des vom 13. Ausschuß beantragten Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Verlängerung der Geltungsdauer der Pachtschutzordnung (Nr. 4349 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Schiele.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schiele als Berichterstatter des 13. Ausschusses.

Schiele, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen (D) und Herren! Der Ihnen vorliegende, auf Nr. 4349 der Drucksachen unterbreitete **Initiativantrag** des 13. Ausschusses ist ein **Notgesetz**. Die hier geschaffene Notlage geht nicht zu Lasten des 13. Ausschusses, sondern zu Lasten der Regierung. Nach monatelangen Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat und im Reichsrat sind die Probleme, die sozialwirtschaftlicher, volkswirtschaftlicher und juristischer Art sind, dort noch keineswegs so gelöst, daß man sich hier im Reichstag in Kürze mit ihnen abfinden konnte. Sehr bald, schon nach kurzen allgemeinen Erwägungen, befand sich der 13. Ausschuß in einer Lage, daß er sich selbst gestehen mußte, vor Unmöglichkeiten in der Regelung sachlicher und geschäftsordnungsmäßiger Art zu stehen. Es war nunmehr auch keine Möglichkeit geboten, seitens der Regierung durch ein Notgesetz, das hier dem hohen Hause unterbreitet werden konnte, die Dinge zu regeln. Es blieb kein anderer Ausweg als der, den nunmehr der 13. Ausschuß genommen hat, nämlich durch einen Initiativantrag das unter Umständen eintretende Vakuum zu beseitigen. Die Pachtschutzordnung läuft mit dem 30. Mai dieses Jahres ab, und der Ihnen seinerzeit unterbreitete Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung der Geltungsdauer der Pachtschutzordnung sollte mit dem 31. Mai dieses Jahres Geltung bekommen. So blieb kein anderer Ausweg. Dies zu erklären, war meine Aufgabe als Berichterstatter des Ausschusses.

Ich möchte bitten, nun nicht bloß die erste und die zweite Lesung, wie das auf der Tagesordnung vorgesehen ist, vorzunehmen, sondern im Anschluß daran gleich die dritte Lesung, die wahrscheinlich ohne Widerspruch über die Bühne gehen wird, zu veranlassen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen in der ersten

(Präsident.)

(A) Beratung liegen nicht vor. Ich darf dieselbe für geschlossen erklären und eröffne nunmehr die

zweite Beratung

zunächst über den Artikel I. — Das Wort wird nicht verlangt; ich darf ihn für angenommen erklären. Art. II — desgleichen; Einleitung und Überschrift — ebenso.

Nun möchte ich in Übereinstimmung mit dem Herrn Berichterstatter dem Hause vorschlagen, das Gesetz sofort in

dritter Lesung

zu erledigen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache in dritter Lesung, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen, und rufe in der besonderen Beratung auf Art. I — angenommen, Art. II — desgleichen, Einleitung und Überschrift — ebenso. Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Ein solcher wird nicht laut; es ist so beschlossen.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung, zur

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922 (Nr. 3405, 3883, 4193 der Drucksachen), und zwar zunächst

Haushalt des Reichstags (Anlage II).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 4259 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Pachnicke.

Die Beratung beginnt bei Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernder Ausgaben.

(B) Das Wort hat der Herr Berichterstatter, Abgeordneter Dr. Pachnicke.

Dr. **Pachnicke,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Haushaltsausschuß hat den Etat des Reichstags gründlich beraten. Es wurde eine Reihe von Angelegenheiten, wie zum Beispiel die Papierbelieferung, Lüftungsanlage, Wirtschaftsbetrieb und ähnliches eingehend besprochen, alles Dinge, die sich wohl weniger zur Behandlung im Plenum als im Haushaltsausschuß eignen und dort ja auch entsprechend erörtert worden sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Der Herr Präsident des Reichstags hat die Berücksichtigung der geäußerten Wünsche, soweit es irgend im Bereich der Möglichkeit liegt, zugesagt.

Insbesondere wurde noch über den **parlamentarischen Untersuchungsausschuß** berichtet und festgestellt, daß aller Wahrscheinlichkeit nach mit Ablauf dieser Wahlperiode der parlamentarische Untersuchungsausschuß seine Tätigkeit beendet haben wird. Einzelne der Unterausschüsse sind mit ihren Arbeiten vermutlich schon früher fertig.

Ferner ist über die **Wünsche der Beamten** des Reichstags gesprochen worden, die sich insbesondere auf eine andere **Einstufung** beziehen. Der Haushaltsausschuß hat beschlossen, diese Wünsche und Eingaben dem 23. Ausschuß zur Beratung bei Gelegenheit der Änderung der Besoldungsordnung zu überweisen. Ich bitte das Plenum des Reichstags, auch diesem Beschlusse seine Zustimmung zu erteilen.

Heute ist ein Antrag von mir eingebracht worden in Fühlungnahme mit dem Vorstand des Reichstags. Ich darf mitteilen, daß auch das Finanzministerium diesem Abänderungsantrag seine Zustimmung zugesagt hat. Es handelt sich um eine **Erhöhung der Titelsumme in Kap. 1 Tit. 8 um 100000 Mark** zu Beihilfen für solche Beamte, (C) die während der längeren Vertagung keine entsprechende Beschäftigung finden, und auch eventuell für Beihilfen ähnlicher Art.

Ich bitte das Plenum, auch diesem Antrag seine Zustimmung zu geben, wie überhaupt allen Beschlüssen, die Ihnen auf der Drucksache über den Reichstag vorliegen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Höllein.

Höllein, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Bericht, der uns hier erstattet worden ist, ist meines Erachtens nicht ausreichend, um eine Reihe von Fragen zu entscheiden, die auch unbedingt einmal im Plenum des Reichstags besprochen werden müssen, um so mehr, als auch der Hauptausschuß keinerlei wirksame Abhilfe geschaffen hat. Denn der Antrag, den der Herr Berichterstatter hier vorgetragen hat, reicht absolut nicht hin, um nur den allerdringendsten Bedürfnissen zu genügen. Ich werde die Dinge, die ich vorzutragen habe, im einzelnen behandeln.

Da ist zunächst zu Kap. 1 Tit. 1 der Einnahmen zu bemerken, daß die Reichstagsverwaltung sehr wohl, wenn Reichstagseinrichtungen von privaten Körperschaften in Anspruch genommen werden, die weder mittelbar noch unmittelbar mit dem parlamentarischen Betrieb in Verbindung stehen, eine Miete erheben kann. Die Räume des Reichstags werden von einer ganzen Reihe von Körperschaften beansprucht, die weder unmittelbar noch mittelbar mit dem Reichstagsbetrieb zusammenhängen, und es erscheint mir nicht mehr als recht und billig, daß diese **Körperschaften** für die **Benutzung von Räumen des Reichstags** einen angemessenen **Betrag** zahlen, zumal sie einen solchen Betrag auch zahlen müßten, wenn sie ihre Veranstaltungen irgendwo anders abhalten würden. Auf diese Weise könnten auch Mittel flüssig gemacht werden, (D) die zur besseren Ausgestaltung der Reichstagseinrichtungen für die Mitglieder des Hauses usw. dienen könnten.

Weiter möchte ich zu Kap. 1 Tit. 1 der Ausgaben bemerken, daß mir der Ausweg, den der Herr Berichterstatter vorgeschlagen hat, nicht genügend erscheint. Es ist doch unerhört — man kann tatsächlich keinen anderen Ausdruck finden —, daß **Angestellten des Reichstags,** die über ein Menschenalter im Reichstag Dienst getan haben und die vor kurzer Zeit in das **Beamtenverhältnis** überführt worden sind, die **Dienstzeit** nicht so angerechnet wird, daß sie wenigstens das Höchstgehalt erreichen, obwohl diese Angestellten meist bereits Greise sind und infolgedessen von Tag zu Tag damit rechnen müssen, daß sie in das bessere Jenseits abwandern, bevor sie das Höchstgehalt erreichen. Welchen Nutzen haben denn diese Leute von ihrer Anstellung, wenn sie dadurch auf eine Gehaltsstufe herabgedrückt werden, die jüngere Angestellte bereits nach wenigen Dienstjahren erreicht haben! Wenn beispielsweise den Angestellten des Reichstags, die jetzt Beamte geworden sind, nach 30jähriger Dienstzeit nur 8 Dienstjahre angerechnet werden, so ist das meines Erachtens ein Zustand, der unbedingt behoben werden muß. Ich beantrage deshalb, daß diese Beamten, wenn sie 20 oder mehr Dienstjahre hinter sich haben, wenigstens in den Genuß des Höchstgehalts ihrer Gruppe kommen. Das Gehalt der Gruppe III ist doch wahrlich nicht so hoch, daß sich diese Beamten, auch wenn ihnen das Höchstgehalt gewährt wird, bei den heutigen Lebensmittelpreisen irgendwelche Extravaganzen leisten könnten.

Des weiteren möchte ich zu den **Unterstützungen,** die unter den **Titeln 6, 7 und 8 des Kap. 1** aufgeführt sind, kritisch Stellung nehmen. Während für die erste Gruppe von Unterstützungen für die Beamten der Betrag von 8800 Mark im Vorjahr immerhin jetzt auf 20 600 Mark heraufgesetzt wird, ist für die nicht zu den Beamten ge-

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) hörigen Hilfskräfte — und das ist eine große Zahl; es kommen über 231 in Frage — die Bettelsumme von 10 000 Papiermark vom Vorjahre auch in diesem Jahre stehen geblieben. Ich bemerke hierzu, daß auch der erhöhte Betrag von 20 600 Mark für Unterstützungen an Beamte absolut nicht der eingetretenen Geldentwertung entspricht,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

daß also selbst bei Annahme dieser Summe den Beamten keinerlei Ausgleich für die inzwischen eingetretene Teuerung gegeben werden könnte.

(Zustimmung bei den Kommunisten.)

Die Summe von 10 000 Papiermark für Unterstützungen für Hilfskräfte reicht aber bei weitem nicht aus. Dabei muß festgestellt werden, daß am 1. April 1921 der Dollarkurs rund 62 Mark betrug, während er heute 310 Mark beträgt, so daß also eine fünffache Entwertung eingetreten ist. Es müßte also, um denselben Betrag wie im Vorjahre zu haben, mindestens das Fünffache dieses Betrages eingesetzt werden.

Dasselbe gilt auch für die **Beihilfen**, die unter **Tit. 8** aufgeführt sind. Aus dieser Summe sollen den Personen, die beim Reichstag beschäftigt waren, wie zum Beispiel den Scheuerfrauen usw., gewisse Unterstützungen gewährt werden, und diese belaufen sich jetzt bei 25jähriger Dienstzeit auf ganze 350 Mark im Monat!

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Ich meine, das ist eine Summe, von der jeder zugeben wird, daß sie schändlich genannt zu werden verdient,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

eine Summe, die unbedingt vom Reichstage bedeutend heraufgesetzt werden muß, wenn er seine eigene sozialpolitische Würde wahren will. Trotz der rapiden Teuerung und der wachsenden Geldentwertung hat es auch hier der Hauptausschuß mit seinem sozialpolitischen (B) Gewissen vereinbaren können, dieselben paar Lumpenpfennige auch in diesem Jahre wieder einzusetzen.

Nun noch ein weiterer Fall, der mindestens ebenso kraß ist und zeigt, wie von gewissen Seiten gewisse Arbeitergruppen eingeschätzt werden. Im vorigen Jahre war für den **Wirtschaftsbetrieb des Reichstags** ein Betrag von **650 000 Mark** eingesetzt. Damals bekam die Hotelbetriebsgesellschaft diesen Zuschuß, oder vielmehr, die Gesellschaft bezahlte zwar die Löhne an das Personal, aber diese Löhne wurden ihr aus der Reichstagskasse ersetzt. Nun wissen wir ja, daß die **Gastwirtsgehilfen des Reichstags** die Bewirtschaftung des Reichstagsrestaurants in eigener Regie übernommen haben, und gerade weil das inzwischen geschehen ist, hat man trotz der gewaltigen Teuerung und der rapiden Geldentwertung auch in diesem Jahre genau denselben Betrag eingesetzt, der im vorigen Jahre für den Wirtschaftsbetrieb vorgesehen war.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Während die Kellner im vorigen Jahre 350 Mark Lohn pro Woche bekamen, bekommen sie jetzt 850 Mark. Ich glaube nicht, daß im Reichstag ein Mitglied vorhanden ist, das behaupten wollte, dieser Lohn ginge über das Maß des unbedingt Notwendigen hinaus; jeder wird vielmehr anerkennen müssen, daß dieser Lohn unbeedingt zum Leben gebraucht wird. Nun ist jedenfalls die Reichstagsverwaltung der Auffassung, daß man, weil es sich nicht mehr um einen privatkapitalistischen Betrieb, sondern um einen gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Betrieb der Angestellten selbst handelt, nicht mehr die notwendige Rücksicht zu nehmen brauche. Allerdings Flaschen Wein fallen bei diesen Proletariern für niemanden ab! — und das scheint mir auch nicht ganz ohne Einfluß gewesen zu sein. Wenn wir nun wissen, daß seit dem 1. April 1921 der Wert der Mark um das Fünffache gesunken ist und somit die Löhne, um nur das allernotwendigste Existenzminimum zu gewährleisten, bedeutend heraufgesetzt werden (C) mußten, so ist es meines Erachtens Pflicht des Reichstags, dafür zu sorgen, daß entsprechend der Geldentwertung dieser Arbeitnehmergruppe ein Ausgleich in dem Zuschuß für die Reichstagswirtschaft gegeben werde.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Denn wenn wir nur denselben Betrag bewilligen, den wir im vorigen Jahre ausgeworfen haben, so zeigen wir damit, daß wir auf Kosten der lebendigen Arbeitskraft von Personen sparen wollen, die im Reichstage im Dienste der Volksvertretung eine anstrengende Tätigkeit zu verrichten haben.

Wir stellen folgende Anträge, zunächst für die Beamten:

> Den nicht zu den Beamten gehörigen Hilfskräften, die in das Beamtenverhältnis überführt worden sind, ist die bisher geleistete Dienstzeit so anzurechnen, daß sie bei vorgerücktem Lebensalter mindestens das Höchstgehalt erreichen.

— Diesem Antrage wird niemand irgendwie die Berechtigung absprechen können.

Im weiteren beantragen wir, in Kap. 1 Tit. 6 den Betrag für Unterstützung für die Beamten von 20 600 Mark auf das Doppelte, auf 41 200 Mark zu erhöhen. Selbst wenn diese Erhöhung beschlossen wird, so ist das noch lange kein Ausgleich für die eingetretene Geldentwertung, und man sollte meinen, daß nicht an den Unterstützungen für Beamte, die ohnehin nur in dringenden Notfällen gewährt werden, auch noch Ersparnisse gemacht werden sollen.

Im weiteren beantragen wir, in Kap. 1 Tit. 7 den Betrag von 10 000 Mark auf 50 000 Mark zu erhöhen, und zwar deshalb, weil es sich, wie ich schon ausgeführt habe, hier um die nichtbeamteten Hilfskräfte handelt, die eine sehr große Zahl ausmachen — es sind 231 Personen — und hier unbedingt etwas mehr geschehen muß. (D)

Endlich beantragen wir, die Ausgaben bei Kap. 1 Tit. 8 von 160 000 Mark auf 320 000 Mark hinaufzusetzen.

Zu Kap. 1 Tit. 21 beantragen wir, den Zuschuß für den Wirtschaftsbetrieb im Reichstag von 665 000 Mark auf 1 950 000 Mark zu erhöhen. Das wäre das Dreifache dessen, was bisher gezahlt worden ist und unbedingt gegeben werden muß, damit den Leuten wenigstens die nackte wirtschaftliche Existenz gewahrt bleibt.

Nun ist es im Reichstag eine Sitte geworden, daß die **Hilfskräfte**, die während der Tagung des Reichstags herangezogen werden, während der großen Ferien einfach entlassen werden. Die Reichstagsverwaltung kümmert sich absolut nicht darum, ob die Leute während dieser Zeit der Vertagung Arbeit finden und überhaupt existieren können. Der Reichstag ist es seinem eigenen Ansehen schuldig, daß seinem Personal, das er ja während der Tagungszeit braucht, die Möglichkeit gegeben ist, während der Zeit der Vertagung zu existieren. Finden sie während der Zeit Arbeit, so ist es selbstverständlich, daß eine Unterstützung des Reichs nicht in Anspruch genommen werden kann. Finden sie aber keine Arbeit — und bei der Entwicklung der Wirtschaft, der wir entgegengehen, wird es sehr fraglich werden, ob sie während der Vertagung des Reichstags Arbeit finden werden —, so muß ihnen mindestens die Möglichkeit gegeben werden, zu existieren. Deshalb beantragen wir zu diesem Kapitel folgende Entschließung:

> Dem **Wirtschaftspersonal** und den **Lohnempfängern** des Reichstags ist für die **Ferienpausen**, die die Dauer übersteigen, während der bisher die Fortzahlung des Lohnes erfolgte, die Hälfte des tariflich festgesetzten Lohnes als Unterstützung weiter zu gewähren. Die Weitergewährung ist

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) von der Voraussetzung abhängig zu machen, daß die Betreffenden während der Zeit eine anderweitige, bezahlte Beschäftigung nicht ausgeübt haben.

Durch diese Fassung ist die Möglichkeit ausgeschlossen, daß sich Leute unberechtigterweise in den Bezug der Unterstützung setzen können.

Im übrigen aber muß auch noch ein anderes gesagt werden. Die **Behandlung des Reichstagspersonals durch den Direktor des Reichstags** ist alles andere, nur nicht so, wie sie sein sollte.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Eine Bevorzugung von Elementen, die sehr geschmeidig und anpassungsfähig sind, ist ohne weiteres erkennbar und ebenso eine Benachteiligung der Elemente, deren Rückgrat denselben Grad von Geschmeidigkeit nicht besitzt. Wir wenden uns dagegen, daß das Reichstagsdirektorium **Gesinnungsschnüffelei** treibt; wir wenden uns ferner dagegen, daß es einen Beamten und Angestellten gegen den anderen auszuspielen sucht, wir wenden uns endlich dagegen, daß es innerhalb der Reihen der Angestellten und Arbeiter Zwietracht zu säen sucht, um so besser das bekannte Prinzip der herrschenden Klasse, das: „Teile und herrsche", anwenden zu können.

Man sollte meinen, daß es nicht notwendig wäre, auch noch hier im Reichstag, wo über diese Dinge sehr oft und ausgiebig geredet wird, solche Klagen vorzubringen. Aber ich meine: wenn der Reichstag hier unsere Anträge ablehnen sollte, so würde er damit nur beweisen, daß all die schönen Redensarten, die hier fallen, nicht ehrlich gemeint sind, sondern daß Sie selbst versagen, wo Sie selbst als sogenannte Arbeitgeber in Frage kommen.

(Bravo! bei den Kommunisten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich bedaure, daß der Redner Angriffe gegen einen Beamten des (B) Reichstags von dieser Tribüne aus gerichtet hat, der sich hier nicht verteidigen kann.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich gehe aber hier nicht weiter darauf ein, da ja der Reichstag die Institutionen hat, in denen er beide Teile anhören kann.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und rechts.)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Simon (Franken).

Simon (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Soweit die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Höllein sachlich begründet sind, stimmen wir denselben zu. Ich möchte bemerken, daß ja im Ausschuß diese Fragen von unserer Fraktion alle besprochen und zur Anregung gebracht worden sind und daß auch entsprechende Anträge unsererseits gestellt wurden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Kommunistische Partei ist in dem Ausschuß nicht vertreten. Daher sind ihr wohl die Vorgänge, die sich dort abgespielt haben, nicht bekannt. Es ist natürlich sehr unangenehm, solche Fragen hier im Plenum zu erörtern, weil eine Reihe von Dingen hereinspielen, die sich viel besser im engeren Kreise der Kommission besprechen lassen.

Ich muß aber einige Worte dazu sagen, was der Herr Abgeordnete Höllein bezüglich der **Kellner** ausgeführt hat. Es ist natürlich ein unerträglicher Zustand, und es muß unter allen Umständen versucht werden, dem Zustande abzuhelfen, daß die Kellner bei einer Vertagung des Reichstags vollständig ohne jede Entschädigung dastehen. Es ist ja ganz ausgeschlossen, daß sie für diese Zeit irgendwo anders unterkommen können, und der Lohn der Kellner ist nicht derartig, daß sie mehrere Wochen aussetzen können, um von dem zu leben, was sie sich vielleicht gespart haben. Ich habe hier Lohnzettel von (C) Kellnern, verheirateten Leuten, vor mir liegen, die auf 790,60 Mark lauten. Nach den Abzügen von 67 Mark bekommt ein solcher Kellner 723,60 Mark heraus.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Sie werden zugeben, daß es unmöglich ist, bei den heutigen Verhältnissen damit zu leben. Daher möchte ich Sie auch dringend ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die notwendigen Aufbesserungen hier Platz greifen können, die unseres Erachtens nur möglich sind, wenn der Zuschuß eine Erhöhung erfährt.

Im übrigen werden wir den Anträgen, die hier gestellt sind, unsere Zustimmung geben.

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerialdirektor v. Schlieben.

v. Schlieben, Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Meine Damen und Herren! Ich darf mir gestatten, mit einigen wenigen Worten auf die Anträge, die von dem Herrn Vertreter der Kommnnistischen Partei gestellt worden sind, namens der Reichsregierung zu antworten.

Der erste Antrag ging, wenn ich ihn recht verstanden habe, dahin, daß den **Beamten des Reichstags,** die aus dem Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis zu Beamten gemacht worden sind, ihre **Vordienstzeit als Arbeiter oder Angestellte** so weit angerechnet werden sollte, daß jedenfalls den älteren dieser Beamten das Höchstgehalt ihrer Besoldungsgruppe gewährt würde. Meine Damen und Herren! Das würde den Bestimmungen der Besoldungsordnung und den Ausführungsbestimmungen zu diesen, denen ja die Beamten des Reichstags ebenso wie alle übrigen Reichsbeamten unterliegen, direkt widersprechen, also ungesetzlich sein; zugleich aber auch eine nnberechtigte Bevorzugung der Beamten des Reichstags gegenüber (D) sämtlichen übrigen Reichsbeamten bedeuten. Ich bitte daher, diesen Antrag abzulehnen.

Was den zweiten Antrag betrifft, daß unter Kap. 1 Tit. 6 die **Unterstützungsbeträge für die Beamten des Reichstags** verdoppelt würden, so würde auch darin eine ungerechtfertigte Besserstellung der Beamten des Reichstags gegenüber sämtlichen übrigen Reichsbeamten, insbesondere den Beamten der Reichsministerien, liegen. Die Unterstützungssätze für sämtliche Reichsbeamte sind in diesem Jahre in allen Etats gleichmäßig erheblich erhöht worden, und zwar pro Kopf jedes Beamten, ganz gleich, in welcher Besoldungsgruppe er steht; dementsprechend sind die Beträge ausgeworfen worden. Auch hier würde also eine Anomalie für die Beamten des Reichstags gegenüber den übrigen Reichsbeamten geschaffen werden. Ich bitte also, auch diesem Antrag die Zustimmung zu versagen.

Zu dem weiteren Antrag in Kap. 1 Tit. 7, die **Unterstützungen** für die nicht zu den Beamten gehörenden **Hilfskräfte des Reichstags** zu verdoppeln, möchte ich bemerken, daß diese Unterstützungen bereits ein Privilegium der Reichstagsangestellten darstellen, daß sich in keinem anderen Etat derartige Unterstützungsfonds vorfinden. Wenn dieser Fonds auch noch erhöht werden würde, so würde das eine weitere erhebliche Besserstellung der Reichstagsangestellten gegenüber den anderen Ressorts bedeuten.

Was den Antrag anlangt, in Kap. 1 Tit. 8 die **„Beihilfen für ausgeschiedene Reichstagsbeamte** oder solche **Hilfskräfte,** die außerhalb des Beamtenverhältnisses verwendet worden sind, während der sitzungsfreien Tage des Reichstags oder nach eingetretener Arbeitsunfähigkeit" von 160 000 auf 320 000 Mark zu erhöhen, so scheint dem Herrn Vertreter der Kommunistischen Partei ent-

(v. Schlieben, Ministerialdirektor.)

gangen zu sein, daß bereits ein Antrag des Herrn Berichterstatters vorliegt, diese Titelsumme von 160 000 Mark auf 260 000 Mark, das ist um 100 000 Mark, also um eine sehr erhebliche Summe, zu erhöhen. Der Grund dafür ist der, daß gerade für diejenigen Hilfskräfte, welche außerhalb des Beamtenverhältnisses verwendet werden und während der sitzungsfreien Tage sonst brotlos werden würden, die Möglichkeit geschaffen werden soll, sie durch Gewährung höherer Unterstützungsbeträge für die sitzungsfreie Zeit vor der größten Not zu schützen. Dem Wunsche des Herrn Abgeordneten Höllein ist mit der Annahme des Antrages des Herrn Berichterstatters, dem die Regierung zugestimmt hat, also bereits Genüge geschehen.

Was den letzten Antrag betrifft, den Betrag in Kap. 1 Tit. 21 von 650 000 Mark auf 1 950 000 Mark zu erhöhen, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß dazu wohl deshalb kein Grund vorliegt, weil dieser Betrag von 650 000 Mark durch einen **Vertrag**, den der Herr **Reichstagspräsident mit dem Vorsitzenden des Zentralverbandes der Hotel-, Kaffee- und Restaurationsangestellten** geschlossen hat, festgesetzt ist, so daß darüber gar nicht hinausgegangen werden kann, weil dieser Betrag einer vertraglichen Abmachung entspricht.

(Lachen bei den Kommunisten.)

Ich bitte aus diesen Gründen, sämtliche Anträge der Herren der Kommunistischen Partei ablehnen zu wollen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schmidt (Sachsen).

Schmidt (Sachsen), Abgeordneter: Die vorliegenden Anträge des Abgeordneten Höllein werden selbstverständlich geprüft werden. Meine Fraktion wird ihnen zustimmen, soweit sie sich erfüllen lassen. Was die **Bewirtschaftung** anlangt, so sind 650 000 Mark für Zuschüsse eingestellt. Der Vorstand hat sich bisher mit dieser Entschädigung nur dann beschäftigt, wenn seitens der Wirtschaft ein Antrag auf Erhöhung vorgelegen hat. Selbständig kann der Vorstand nicht prüfen, ob gegenwärtig mit dem Zuschuß noch auszukommen ist. Bisher hat aber ein Antrag von seiten der Bewirtschaftung, diesen Satz zu erhöhen, nicht vorgelegen. Der Vorstand hatte mithin gar keinen Anlaß, dazu Stellung zu nehmen. Erst vor fünf Minuten ist ein Brief mit dem Datum vom 25. dieses Monats beim Herrn Präsidenten eingegangen, in dem der Antrag gestellt wird, diesen Betrag zu erhöhen. Deshalb konnte der Vorstand noch nicht dazu Stellung nehmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Höllein.

Höllein, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Regierungsvertreters zeigen so recht, welcher Geist in gewissen Amtsstuben, auch hier ganz in der Nähe des Sitzungssaales, vorherrscht. Er glaubt, die **Vertragssumme von 650 000 Mark für die Bewirtschaftung** dadurch für sakrosankt erklären zu können, daß er sagt, sie sei vertraglich festgelegt, deshalb sei daran nicht zu rütteln. Ich möchte den Herrn Regierungsvertreter fragen, ob er gegenüber dem Unternehmertum, gegenüber den Kapitalistenkreisen genau so auf seinen Schein pocht wie Shylock, oder ob er nicht, wenn Forderungen von dieser Seite kommen in bezug auf Preiserhöhungen, die durch die allgemeine Geldentwertung bedingt sind, ganz andere Saiten aufzieht.

Worum handelt es sich? Ich habe gar nicht versucht, die Sache als Schuld des Reichstagspräsidiums hinzustellen. Es handelt sich um den Etat selbst und um die Dinge, wie sie sich seit dem Abschluß des Vertrags mit den Gastwirtsgehilfen gestaltet haben. Als der Vertrag seinerzeit geschlossen wurde, lagen doch ganz andere Preisverhältnisse vor. Die Leute haben damals erklärt: wir sind mit diesem Betrag zufrieden und glauben, damit auskommen zu können, obwohl gegenüber dem Vorjahre bereits eine gewaltige Geldentwertung eingetreten war; ein Beweis dafür, daß sie gar nicht beabsichtigen, irgendwie vom Reiche Sondervorteile für sich herauszuschlagen, wie es die Hotelbetriebsgesellschaft stets getan hat. Aber inzwischen — das wissen Sie doch alle — ist eine solche rapide Geldentwertung eingetreten und besonders seit Januar dieses Jahres, daß die Genossenschaft nicht einmal mehr in der Lage ist, ihre laufenden Löhne zu zahlen. Das sind doch Zustände, die unbedingt behoben werden müssen.

Ein Vorwurf gegen das Reichstagspräsidium lag meinerseits nicht vor, sondern nur ein Vorwurf gegenüber denen, die den Etat aufgestellt haben, vor allen Dingen auch ein Vorwurf gegen den Hauptausschuß, weil er angesichts der rapiden Geldentwertung nicht von sich aus und aus der Kenntnis der Dinge heraus Anträge gestellt hat, die diese Leute davor behüten, wirtschaftlich in Verfall und Not zu geraten.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Morath.

Morath, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Unter Zurückstellung vieler berechtigter Wünsche, auf die ich angesichts der Geschäftslage des Hauses jetzt nicht eingehen will, möchte ich nur Ihre Zustimmung zu einer Entschließung erbitten, welche das Unrecht aus der Welt schaffen soll, unter dem unsere **älteren Angestellten** leiden. Diese Angestellten, die ohnehin bei der **Überführung ins Beamtenverhältnis** gewöhnlich in einem höheren Lebensalter stehen als bei anderen Behörden, haben häufig eine Einkommenseinbuße, die für diese gering besoldeten Leute nicht unbeträchtlich ist. Es handelt sich dabei um 1- bis 4000 Mark jährlich. Bei anderen Behörden werden in solchen Fällen Ausgleichszulagen gezahlt, so bei der Eisenbahn, bei der Post. Wir bitten Sie daher, eine Entschließung anzunehmen, die ich mir gestatte dem Herrn Präsidenten zu überreichen, und in der es heißt:

> Der Reichstag wolle beschließen,
>
> die Reichsregierung zu ersuchen, die Mittel zur Verfügung zu stellen, welche erforderlich sind, um den Angestellten des Reichstags bei einer Überführung in das Beamtenverhältnis einen Ausgleich in Höhe ihres etwaigen Einnahmeausfalls zu geben, wie das bei anderen Behörden erfolgt.
>
> Dr. Becker (Hessen) und Fraktion.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das Schlußwort hat der Herr Berichterstatter.

Dr. **Pachnicke,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Die Titel, um welche es sich hier handelt, sind im Hauptausschuß geprüft und nach eingehender Erörterung in ihrer jetzigen Höhe festgestellt worden. Die Anträge des Herrn Höllein haben dem Ausschuß nicht vorgelegen. Es würde aller Gepflogenheit des Hauses widersprechen, wenn wir in einem solchen Stadium gewissermaßen aus dem Handgelenk heraus die vom Hauptausschuß gefaßten Beschlüsse umstoßen wollten.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Ich bitte deshalb, es bei den Beschlüssen des Hauptausschusses bewenden zu lassen.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Betrag des Tit. 1 des Kap. 1 ist nicht angefochten; ich darf ihn für angenommen erklären.

Es liegen aber zu diesem Titel nunmehr die hier soeben besprochenen Entschließungen vor die nicht gedruckt

(Präsident.)

(A) sind. Zunächst die Entschließung Dr. Becker (Hessen) und Fraktion:

Der Reichstag wolle beschließen,

die Reichsregierung zu ersuchen, die Mittel zur Verfügung zu stellen, welche erforderlich sind, um den Angestellten des Reichstags bei ihrer Überführung in das Beamtenverhältnis einen Ausgleich in Höhe ihres etwaigen Einnahmeausfalls zu geben, wie das bei anderen Behörden erfolgt.

Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; sie ist angenommen.

Nunmehr kommen wir zur ersten Entschließung des Herrn Abgeordneten Höllein.

Der Reichstag wolle beschließen,

den nicht zu den Beamten gehörigen Hilfskräften, die in das Beamtenverhältnis überführt werden, die bisher geleistete Dienstzeit so anzurechnen, daß sie bei vorgerücktem Lebensalter das Höchstgehalt erreichen.

Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht. — Pause.)

Das Bureau ist einig, daß das die Mehrheit ist; die Entschließung ist angenommen.

Nunmehr liegt noch eine Entschließung zu Kap. 1 Tit. 1 vor:

dem Wirtschaftspersonal

— das heißt die Kellner —

und den Lohnempfängern des Reichstags ist für die Ferienpausen, die die Dauer übersteigen, während der bisher die Fortzahlung des Lohns erfolgte, die Hälfte des tariflich festgesetzten Lohns als Unterstützung weiter zu gewähren. Die (B) Weitergewährung ist von der Voraussetzung abhängig zu machen, daß die Betreffenden während dieser Zeit eine anderweitige bezahlte Beschäftigung nicht ausgeübt haben.

Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Entschließung ist abgelehnt.

Wir kommen zu Tit. 2. Hierzu liegt der Antrag Höllein vor:

Für die Benutzung der Reichstagsräumlichkeiten durch nichtparlamentarische Körperschaften oder solche, die mit diesen unmittelbar zusammenarbeiten, ist angesichts der gestiegenen Betriebskosten des Reichstags ein angemessener Mietpreis zu vereinbaren.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen und ebenfalls Tit. 2.

Ich rufe auf Tit. 3, — angenommen, 4, — angenommen, 5. — Angenommen.

Bei Tit. 6 beantragt der Herr Abgeordnete Höllein, die Summe von 20 600 Mark auf 41 200 Mark zu erhöhen.

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt. Tit. 6 ist in der bisherigen Fassung angenommen.

Zu Tit. 7 liegt der Antrag des Herrn Abgeordneten Höllein vor, die Summe von 10 000 Mark auf 50 000 Mark zu erhöhen.

(C) Wer dem zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt. Tit. 7 ist in der bisherigen Fassung angenommen.

Zu Tit. 8 liegen zwei Anträge vor, erstens ein Antrag Höllein, die Summe auf 320 000 Mark zu erhöhen, zweitens ein Antrag des Berichterstatters, die Summe auf 260 000 Mark zu erhöhen.

Wer dem Antrag Höllein zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen.

Die Titel 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17, — 18, — 19, — 20 — sind nicht beanstandet. — Ich darf sie für angenommen erklären.

Zu Tit. 21 liegt der Antrag des Herrn Abgeordneten Höllein vor — das ist der Wirtschaftsbetrieb des Reichstags —, die Summe von 650 000 Mark auf 1 950 000 Mark zu erhöhen.

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Ich rufe auf Tit. 22, — 23, — 24 nach dem Ausschußantrag Nr. 4259, — 25, — 26. — Angenommen.

Einmalige Ausgaben, Tit. 1, — 2. — Angenommen.

Einnahme, Kap. 1 Tit. 1 — und 2. — Angenommen.

Damit ist der Etat des Reichstags erledigt.

Wir kommen zum

Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922. (D)

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 4285 [berichtigt] der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Leicht.

Ich eröffne die Beratung über § 1. — Der Herr Berichterstatter verzichtet aufs Wort. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich darf § 1 für angenommen erklären, vorbehaltlich der rechnerischen Feststellung der Zahlen.

§ 2 mit dem gleichen Vorbehalt, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16 mit der zweiten und dritten Anlage, — § 17 mit der vierten Anlage. — Einleitung und Überschrift. — Das Etatsgesetz ist ebenfalls angenommen.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Ausprägung von Ersatzmünzen im Nennbetrage von 1, 2, 3 und 5 Mark (Nr. 4143 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung. — Ich schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Ein Antrag auf Ausschußberatung ist nicht gestellt, wir können also sofort in die

zweite Beratung

eintreten. Ich rufe auf § 1, — angenommen, § 2, — angenommen, Einleitung und Überschrift — desgleichen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, können wir auch gleich die

dritte Beratung

(Präsident.)

(A) erledigen. — Ich höre einen solchen nicht und eröffne die allgemeine Aussprache. — Das Wort wird nicht gewünscht.

Ich rufe in der besonderen Aussprache auf § 1, — 2, — Einleitung und Überschrift. — Sie sind angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes, betreffend die Besteuerung der Dienstwohnungen der Reichsbeamten, vom 31. Mai 1881 (Nr. 3337 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des 13. Ausschusses (Nr. 4319 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Delius.

Als Kommissare sind angemeldet:

vom Reichsfinanzministerium
Ministerialdirektor v. Schlieben,
Geheimer Regierungsrat Kühnemann,
Oberregierungsrat Dr. Kolbe,
Regierungsräte v. Hagenow und Paasche;

vom Reichsschatzministerium
Ministerialrat Scherer;

vom Reichsministerium des Innern
Regierungsrat Wölke;

vom Reichsarbeitsministerium
Ministerialrat Krüger,
Regierungsrat Dr. Ebel;

vom Reichswehrministerium
Wirklicher Geheimer Kriegsrat Schreck.

(B) Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat der Herr Berichterstatter, Abgeordneter Delius. — Derselbe verzichtet.

Ich rufe auf Art. 1. — Wortmeldungen liegen nicht vor; ich erkläre ihn für angenommen. Art. 2 — desgleichen, — Einleitung und Überschrift — ebenso.

Wenn kein Widerspruch erhoben wird, können wir auch sofort die

dritte Beratung

vornehmen. — Ich eröffne die allgemeine Aussprache in der dritten Beratung. — Ich schließe dieselbe, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf Art. 1 — und erkläre ihn für angenommen, Art. 2 — desgleichen, Einleitung und Überschrift — ebenso.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum letzten Gegenstand der Tagesordnung:

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur zweiten Abänderung der Verordnung über die schiedsgerichtliche Erhöhung von Preisen bei der Lieferung von elektrischer Arbeit, Gas und Leitungswasser vom 1. Februar 1919 (Nr. 4341 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung. — Ich schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Ein Antrag auf Ausschußberatung ist nicht gestellt; wir können also sofort (C) in die

zweite Beratung

eintreten. Ich rufe in derselben auf Art. 1, — erkläre ihn für angenommen, Art. 2 — desgleichen, Art. 3 — ebenso, 4 — ebenfalls, Einleitung und Überschrift — sind ebenfalls angenommen.

Wenn kein Widerspruch erhoben wird, können wir auch gleich die

dritte Beratung

erledigen. — Ich höre einen solchen nicht. Ich eröffne die allgemeine Aussprache. — Ich schließe sie mangels Wortmeldungen und rufe in der besonderen Beratung auf Art. 1, — 2, — 3, — 4, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Artikel, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Damit ist unsere heutige Tagesordnung erledigt. Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Sonnabend den 27. Mai, nachmittags 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Verwendung von Wartegeldempfängern;
2. Abstimmung über die bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsplans für 1922 zurückgestellten Entschließungen und Anträge; ferner mündliche Berichte des Haushaltsausschusses über zurückverwiesene Anträge usw. Nr. 4375, 4376, 4377 der Drucksachen;
3. dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922. (D)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoch.

Hoch, Abgeordneter: Ich möchte beantragen, daß wir als zweiten Punkt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über den Abzug des Arbeitsverdienstes von Pensionen auf die Tagesordnung setzen.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Kahmann.

Kahmann, Abgeordneter: Ich möchte anheimstellen, auf die Tagesordnung außerdem noch den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Entschädigung der Schöffen und Geschworenen, zu setzen. Ich glaube, das kann geschehen, da eine Debatte darüber absolut nicht zu befürchten ist.

Präsident: Sonst wird das Wort nicht gewünscht.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es stehen keine Bedenken entgegen, beiden Anträgen zu entsprechen. Wenn die morgige Tagesordnung nicht voll erledigt werden kann, müssen wir ohnehin abbrechen und später fortfahren. Wenn ich also keinen Widerspruch höre, würde ich die eben empfohlenen beiden Gegenstände als zweiten und dritten Punkt auf die morgige Tagesordnung setzen. — Dagegen wird kein Einwand erhoben; die Tagesordnung steht fest.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 21 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

220. Sitzung.

Sonnabend den 27. Mai 1922.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

Die Sitzung wird um 1 Uhr 20 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Als Vorlagen sind eingegangen: Entwürfe
- a) eines Gesetzes über Versicherungspflicht in der Krankenversicherung,
- b) eines Gesetzes über Grundlöhne und Vorstandswahl bei den Krankenkassen,
- c) eines Gesetzes über Wochenhilfe,
- d) eines Gesetzes über Wochenfürsorge.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Reichsausführungsbehörde für Unfallversicherung — Drucksache Nr. 3315 — wird durch Schreiben des Herrn Reichsarbeitsministers vom 20. Mai zurückgezogen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden; es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Graf v. Westarp, v. Gallwitz
die Abgeordneten Schultz (Bromberg), Dr. Oberfohren;

in den 3. Ausschuß für den Abgeordneten Vogel (Franken)
die Abgeordnete Frau Eichler;

in den 13. Ausschuß für den Abgeordneten Hüttmann
der Abgeordnete Mehrhof;

in den 19. Ausschuß für den Abgeordneten Hensel (Ostpreußen)
der Abgeordnete Henning.

Ich habe Urlaub erteilt der Frau Abgeordneten Mende und Frau Abgeordneten Zetkin für 3 Tage.

Entschuldigt sind die Mitglieder des Reichstags, die Herren Dr. Fick, Mehrhof und Pieper (Westfalen).

Wir treten in die Tagesordnung ein. Meine Damen und Herren! Wegen der Abstimmungen hatten wir früher einmal die dritte Nachmittagsstunde in Aussicht gestellt. Ich möchte auch ungefähr daran festhalten, daß wir gegen 3 Uhr mit den Abstimmungen beginnen, bitte aber doch die Herren, sich präsent zu halten, falls wir schon vorher so weit kommen, damit wir nicht die Sitzung zu unterbrechen brauchen.

Wir kommen zum ersten Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Verwendung von Wartegeldempfängern (Nr. 3649 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 4309 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter v. Guérard.

Als Kommissare sind angemeldet:

vom Reichsministerium des Innern:
Ministerialdirektor Dr. Falck,
Ministerialrat Daniels,

vom Reichsfinanzministerium:
Ministerialdirektor v. Schlieben,
Ministerialräte Dr. Kühnemann, Dr. v. Hagenow.

(Präsident.)

(A) Ich eröffne die Beratung über § 1. Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

v. Guérard, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der vorliegende Entwurf eines Gesetzes über Verwendung von Wartegeldempfängern bringt für eine Reihe Bamten, die in §§ 1 und 10 näher bezeichnet sind, eine Änderung des Reichsbeamtengesetzes, insbesondere der §§ 28 und 23. Nach dem Reichsbeamtengesetz sind Wartegeldempfänger lediglich verpflichtet, solche Ämter zu übernehmen, die von nicht geringerem Range und etatmäßigem Diensteinkommen sind als das Amt, das sie bisher bekleidet haben. Das vorliegende Gesetz will die Wartegeldempfänger verpflichten, jedes Amt zu übernehmen, sofern ihnen die auszuübende Tätigkeit unter Berücksichtigung ihrer Fähigkeiten und ihrer bisherigen Verhältnisse billigerweise zugemutet werden kann, das heißt: es will die Beamten verpflichten, auch ein Amt von geringerem Grade zu übernehmen.

Zweitens will das Gesetz die Beamten verpflichten, auch eine vorübergehende, also nicht nur eine dauernde Tätigkeit, wieder zu übernehmen. Wir haben bereits einen Vorgang in dieser Beziehung, indem das Offiziersentschädigungsgesetz gleiche Bestimmungen enthält. Welche Beamten unter das Gesetz fallen, sagen die §§ 1 und 10; § 1, indem er sagt:

> Reichsbeamte, die aus Anlaß des Krieges oder infolge Umbildung von Reichsbehörden aus Anlaß der Umgestaltung des Staatswesens oder der Durchführung des Friedensvertrages einstweilen in den Ruhestand versetzt worden sind —

§ 10, indem er bestimmt:

> Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten für die in den einstweiligen Ruhestand versetzten Kolonialbeamten, die ehemaligen Militärjustizbeamten sowie für die ehemaligen elsaß-lothringischen unmittelbaren und mittelbaren Landesbeamten entsprechend.

(B)

Der Schlußsatz dieses Paragraphen bringt dann eine Ausdehnung des Gesetzes über die zeitigen Wartegeldempfänger hinaus, indem er sagt:

> Sinngemäß finden die Vorschriften dieses Gesetzes auch auf Reichsbeamte, die aus den in § 1 erwähnten Anlässen entbehrlich werden, mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Verlustes des Wartegeldes gemäß § 4 der Verlust des Diensteinkommens tritt.

Es handelt sich hier an erster Stelle um die Beamten des Reichsschatzministeriums, die aus den im § 1 gedachten Anlässen noch entbehrlich werden.

Das Gesetz will nun den Beamten nicht nur gewisse Pflichten auferlegen, sondern ihnen auch gewisse Rechte geben. Diese Rechte bestehen zunächst darin, daß, falls ein Beamter an einer Stelle verwandt werden soll, die von niedrigerem Range ist als das bisher von ihm geleitete Amt, er von den obersten Reichsbehörden die Erlaubnis bekommen kann, die bisherige Amtsbezeichnung weiter zu führen.

Ein weiteres Recht, das den Beamten gegeben wird, ist das, daß sie fortan bei Übernahme eines neuen, also auch eines geringeren, Amtes nicht nur die Dienstbezüge der alten Stelle weiterbekommen, sondern daß sie auch entsprechend der Besoldungsordnung aufsteigen sollen.

Die Bestimmung, daß die Beamten auch ein Amt von geringerem Rang und ein vorübergehendes Amt annehmen müssen, sowie die zuletzt von mir erwähnte Bestimmung, bedeuten Änderungen der Reichsverfassung. Artikel 129 der Reichsverfassung schützt ausdrücklich die wohlerworbenen Rechte der Beamten, (C) wie sie durch das Reichsbeamtengesetz festgesetzt sind. Artikel 109 der Reichsverfassung schreibt vor, daß Amtsbezeichnungen immer nur das Amt, das der Beamte bekleidet, bezeichnen dürfen. Hier gehen wir darüber hinaus und geben der Regierung die Ermächtigung, entgegen den Verfassungsbestimmungen Amtsbezeichnungen weiter führen zu lassen, auch wenn ein anderes Amt geführt wird.

Die Zahl der Beamten, die durch das Gesetz betroffen wird, ist nach einer Übersicht, die wir vom Reichsministerium des Innern bekommen haben, keine sehr große. Die Zahl der unterzeichneten Wartegeldempfänger betrug insgesamt 21 737. Von diesen sind augenblicklich noch unbeschäftigt — das sind also diejenigen, auf die sich das Gesetz erstreckt — 4554. Unter diesen sind 3430 ehemalige Heeres- und Marinebeamte und wiederum 2504 technische Beamte. Die größte Zahl der Beamten, die unterzubringen waren, haben also freiwillig sowohl eine dauernde oder eine vorübergehende Beschäftigung im Reichs- oder Landesdienste bereits übernommen. Nach den Feststellungen, die im Reichshaltsausschuß gemacht worden sind, sind diese Beamten, die jetzt übrig bleiben, im wesentlichen solche, die nicht weiter verwandt werden wollen. Der Reichshaushaltsausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß das Bedürfnis des Reichs, die Rücksicht auf seine Finanzlage es verlangen, daß auch diesen Beamten die Verpflichtung auferlegt werde, ein neues Amt, sei es dauernder, sei es vorübergehender Natur, im Reichsdienst zu übernehmen. Selbstverständlich soll nur eine Beschäftigung übernommen werden, die der bisherigen Dienststellung und Beschäftigungsart der Beamten angemessen ist. Das wird in § 4 ausdrücklich gesagt. Schädigungen der Beamten sollen also tunlichst vermieden werden. Etwaige besondere Rechte der (D) Beamten sollen außerdem noch dadurch besonders geschützt werden, daß nach § 4 ein Ausschuß eingesetzt wird, der darüber zu entscheiden hat, ob ein Amt oder eine Beschäftigung vom Wartegeldempfänger angenommen werden muß. In diesem Ausschuß sitzen außer Beisitzern, die der Reichsminister des Innern und der Reichsminister der Finanzen ernennen, auch zwei Beisitzer, die von den Beamtenorganisationen vorgeschlagen und vom Reichsminister des Innern berufen werden, deren Aufgabe es also ganz besonders ist, die Rechte der Beamten in diesem Ausschuß zu vertreten. Der Reichshaushaltsausschuß ist der Meinung gewesen, daß den Beamten hier eine verhältnismäßig geringe Beeinträchtigung zugemutet wird und daß ihnen andererseits durch die von mir genannten Bestimmungen als Ersatz nennenswerte Vorteile geboten werden; er glaubte deshalb, im Interesse des Reichs dem hohen Hause die Annahme des Gesetzentwurfs vorschlagen zu sollen.

Der Haushaltsausschuß hat nun noch einige wesentliche Erleichterungen zugunsten der Wartegeldempfänger in den Gesetzentwurf hineingearbeitet. In § 1 sind die Worte „insbesondere des § 4 Abs. 2" hinzugefügt worden, womit ausdrücklich festgestellt wird, daß die Beamten in dem neuen Amt gemäß den Besoldungsstufen der Reichsbesoldungsordnung auch in ihrem Einkommen erhöht werden. Ferner kann nach § 4 statt der einjährigen Beschäftigung, wie sie die Reichsregierung vorschlug, nur die Übernahme einer mindestens zweijährigen Beschäftigung verlangt werden. Endlich ist in § 4 noch folgende Bestimmung hinzugefügt worden:

> Wartegeldempfänger, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, sind berechtigt, die Übernahme

(v. Guérard, Berichterstatter.)

(A) eines anderen Amtes oder einer vorübergehenden Beschäftigung unter Stellung des Antrags auf Versetzung in den Ruhestand abzulehnen. Dem Antrag ist auch ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit zu entsprechen.

Ich habe Ihnen namens des Reichshaushaltungsausschusses vorzuschlagen, den Gesetzentwurf in der auf Nr. 4309 der Drucksachen vorliegnden Fassung anzunehmen und die zu dem Gesetzentwurf eingegangenen Petitionen durch die Beschlußfassung über denselben für erledigt zu erklären.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schmidt (Stettin).

Schmidt (Stettin), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Berichterstatter hat schon ausgeführt, daß nach dem vorliegenden Gesetzentwurf die Wartegeldempfänger verpflichtet sind, jedes Amt von zweijähriger Beschäftigung anzunehmen, sofern ihnen die auszuübende Tätigkeit nach ihren Fähigkeiten und ihren bisherigen Verhältnissen zugemutet werden kann. Der Herr Berichterstatter hat aber auch gleichzeitig erwähnt, daß dieser Gesetzentwurf ein **Verstoß gegen die wohlerworbenen Rechte der Beamtenschaft** ist, wie sie in den §§ 23 und 28 des Reichsbeamtengesetzes niedergelegt sind; denn auf Grund der §§ 23 und 28 des Reichsbeamtengesetzes ist kein Reichsbeamter verpflichtet, ein Amt niederen Ranges anzunehmen. Jeder Beamte hat außerdem stets Anspruch auf das gleiche Einkommen, und vor allen Dingen hat er Anspruch auf ein Amt von lebenslänglicher Dauer, das seiner Berufsausbildung und seinen Fähigkeiten entspricht. Aus diesem Grunde ist die Deutschnationale Fraktion einmütig der Auffassung, daß dieser Gesetzentwurf abzulehnen ist, weil er einen Eingriff in die wohlerwor-(B)benen Rechte der Beamtenschaft darstellt.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß dieser Gesetzentwurf absolut nicht nötig wäre; denn wie der Herr Berichterstatter schon ausgeführt hat, sind nur noch 4500 Wartegeldempfänger unterzubringen. Bei 800 000 Stellen für die Reichsbeamten und bei 800 000 Stellen für die Länder und Gemeindebeamten ist es eine Kleinigkeit, diese 4500 Beamten unterzubringen.

(Widerspruch und Zurufe links.)

Wir sehen aber auch in diesem Gesetzentwurf gewissermaßen — die Regierung hat ja im Haushaltsausschuß auf meine Anfrage in dieser Beziehung keine Antwort erteilt — in § 1 eine Fußangel für die Beamten; denn nach § 1 ist auch in Zukunft jeder Beamte, der auf Wartegeld gesetzt wird, diesen Bestimmungen unterworfen. Hierbei möchte ich doch auf folgendes hinweisen. Wir werden ja leider vielleicht infolge des **Verlustes von Gebieten Oberschlesiens** eine ganze Menge von **Beamten auf Wartegeld** setzen müssen; diejenigen Beamten, die in Oberschlesien so lange unter erschwerten Umständen für uns die Wacht gehalten und ausgehalten haben, werden als Lohn für ihre Tätigkeit nunmehr auf Wartegeld gesetzt werden. Wir müssen uns in die Lage dieser Beamten versetzen, die immer wieder ein Amt von nur zweijähriger Dauer annehmen müssen, das noch nicht einmal ein planmäßiges Amt zu sein braucht. Vielleicht haben die Beamten aus Oberschlesien dann als Dank für ihre Tätigkeit das besondere Vergnügen, während einer Dienstdauer von 15 Jahren vielleicht fünfmal ihre Behörde wechseln zu müssen.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Außerdem steht doch in § 1, daß alle **Beamten**, die aus **Anlaß der Durchführung des Friedensvertrages** noch auf Wartegeld gesetzt werden, ebenfalls unter dieses (C) Gesetz fallen.

(Erneuter Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Unter der Durchführung des Friedensvertrages, Herr Kollege, können noch 20 Jahre lang Beamte auf Wartegeld gesetzt werden, und vielleicht wird unter der Durchführung des Friedensvertrages und unter den Forderungen der Entente auch die Entstaatlichung der Eisenbahn und der Post erfolgen, und dann sind wir genötigt, jene Beamten ebenfalls nach den Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes auf Wartegeld zu setzen.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Das könnte Ihnen gefallen!)

Infolgedessen müssen wir das eine sagen: wir müssen von den Hütern der Weimarer Verfassung erwarten, daß sie die wohlerworbenen Rechte der Beamtenschaft, wie sie in den Art. 128 bis 130 niedergelegt sind, nicht als einen Fetzen Papier betrachten, sondern sie achten.

(Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Aus all diesen Gründen gebe ich im Auftrage der Deutschnationalen Volkspartei die Erklärung ab: Die Deutschnationale Reichstagsfraktion lehnt diesen Gesetzentwurf einmütig ab.

(Bravo! bei den Deutschnationalen. — Ironischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Scholz.

Dr. **Scholz,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung legt uns auf der heutigen Tagesordnung gleich zwei verfassungändernde Gesetze vor. Sie wird uns gestatten müssen, diese Gesetze sehr ernstlich zu prüfen, da doch wohl die Regierung selbst und dieses hohe Haus einmütig der Auffassung sind und sein müssen, daß eine Verfassungsänderung nur (D) unter ganz schwerwiegenden Umständen

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und aus wohldurchdachten Gründen überhaupt möglich und erträglich ist.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich bin der Überzeugung, daß bei keinem der beiden Gesetze, um gleich auch Punkt 2 mit einem Wort zu streifen, für die Reichsregierung und das hohe Haus diese Gründe gegeben sind.

Die Grundtendenz des Gesetzes über Verwendung von Wartegeldempfängern ist an sich durchaus richtig. Auch wir sind der Auffassung, daß es zweckmäßig ist, die Reichskasse von den ohne entsprechende Gegenleistung bezahlten Wartegeldern zu entlasten, und wir sind weiter der Auffassung, daß es durchaus richtig und zweckmäßig ist, die wirtschaftliche Lage der Wartegeldempfänger bei entsprechender Arbeitsleistung durch Erhöhung ihrer Bezüge auf die Höhe der Bezüge aktiver Beamten zu heben. Aber das, was wir ganz entschieden ablehnen, was auch allein verfassungsändernd in diesem Gesetz ist, ist der **Zwang**, der auf die Wartegeldempfänger ausgeübt wird,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

Ämter anzunehmen, ohne daß ihnen die Gleichwertigkeit mit dem früher innegehabten Amte garantiert ist.

Weiter lehnen wir die Bestimmung ab, die durchaus den bisherigen Bestimmungen der Verfassung widerspricht, die auch hier die Grundrechte der Beamten gewahrt wissen will, nach der es erlaubt sein soll, den Wartegeldempfängern sogar ihren bisherigen **Titel** und ihren **Rang** zu entziehen.

(Hört! Hört! rechts.)

Ein solches Verfahren ist sonst nur gegenüber Schwerverbrechern nach dem Strafgesetzbuch möglich. Meiner

(Dr. Scholz, Abgeordneter.)

(A) Ansicht nach ist das eine völlig unmögliche Bestimmung, die wir deshalb glatt ablehnen müssen.

Endlich darf ich noch ein kurzes Wort zu einem Antrage sagen, der dem hohen Hause, glaube ich, schon vorliegt und der sich darauf bezieht, daß in dem § 5 die Worte „und die Gemeinden", die vom Ausschuß eingefügt worden sind, wieder gestrichen werden mögen. Wir sind der Auffassung, daß ein **Zwang gegenüber den Gemeinden,** Reichswartegeldempfänger einzustellen, an sich schon durchaus unrichtig, aber auch unzweckmäßig ist, unzweckmäßig auch deshalb, weil diejenigen Personen, die in Frage kommen, zwar auf dem Gebiete der Reichs- und Staatstätigkeit geschult sein mögen, den außerordentlich verschiedenartigen Anforderungen der Gemeinden deshalb aber durchaus nicht gewachsen zu sein brauchen. Im übrigen verrate ich kein Geheimnis, wenn ich sage, daß gerade diese Bestimmung auch in den Kreisen der Länder ganz außerordentlichen Widerspruch erregt, und ich bin der Auffassung, daß sich auch der Reichsrat kaum mit dieser Abänderung des Gesetzes einverstanden erklären wird.

Wir bitten also zunächst, im § 5, dem gestellten Antrag entsprechend, die Worte „und die Gemeinden" zu streichen. Wir werden im übrigen gegen den § 4 stimmen, der den Zwang gegenüber den Wartegeldempfängern enthält. Wir werden weiter gegen den dritten Absatz des § 1 stimmen, und wir behalten uns die Stellungnahme zu dem gesamten Gesetzentwurf vor, je nachdem wie die Abstimmung beziehungsweise die Gestaltung des gesamten Gesetzes sich ergibt.

Zum Schluß aber, meine Damen und Herren, möchte ich mir erlauben, bei dieser Gelegenheit noch ein ernstes Wort an die Reichsregierung zu richten. Uns scheint es außerordentlich verfehlt zu sein, in einem Augenblick, in dem die Reichsregierung selbst (B) zugibt, daß der Beamtennachwuchs aufs stärkste gefährdet ist, in einem Augenblick, in dem eine Beamtenflucht besonders gerade in den Kreisen der höheren Beamten, in den Ministerien zu den täglichen Erscheinungen gehört, in einem solchen Augenblick an den Grundrechten der Beamten zu rütteln.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Was ist denn eigentlich heutzutage noch der Anreiz, Beamter zu werden? Titel und Orden sind abgeschafft.

(Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: Das ist die Hauptsache! Das ist zu schade!)

— Nun, meine Damen und Herren, Sie (zu den Sozialdemokraten) werden sie wieder einführen müssen, wenn Sie eine verständige Verwaltung führen wollen. Das hat die Republik Frankreich auch längst erkannt. — Die Bezahlung — darüber sind sich alle Beamtenkreise einig — bietet wirklich keinen Anreiz mehr, die Beamtenlaufbahn zu ergreifen.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Also es bleibt schließlich nichts anderes als das, was man früher mit dem sogenannten **„gesicherten Lebensabend"** bezeichnete, und das wollen Sie heute durch die beiden verfassungändernden Gesetze den Beamten auch noch nehmen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das ist eine ganz falsche Politik, die sich, vom Staatswohl aus gesehen, aufs empfindlichste rächen wird, und gegen die wir ganz entschieden und rechtzeitig Einspruch erheben.

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stücklen.

Stücklen, Abgeordneter: Meine Damen und (C) Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf, den die beiden Vorredner abgelehnt haben, liegt auf der Linie der Sparsamkeit. Es ist einfach unerträglich, daß wir in Deutschland einige tausend **Beamte** haben, die aus öffentlichen Mitteln **Wartegeld** beziehen, und die nun nicht mehr verwendet werden sollen, nur deshalb nicht, weil ihnen ein **gleichwertiges Amt** nicht zugewiesen werden kann. Auch diese Beamten sollten daran denken, daß wir heute ein verarmtes Deutschland haben, und daß es eigentlich eine Pflicht des Anstandes für jeden ist, der dem Deutschen Reiche seine Kraft widmen kann, ihm diese Kraft auch zur Verfügung zu stellen.

Ich verstehe nicht die Ausführungen des Herrn Kollegen Schmidt (Stettin), der davon redete, daß hier die wohlerworbenen Rechte der Beamten in irgendeiner Weise verletzt werden sollen. Daran denkt man nicht! Ich werde Ihnen dann zeigen, daß das Gesetz denn doch eine ganze Reihe Bestimmungen enthält, die sehr wohl zeigen, daß jede Härte beseitigt werden soll.

Ein **Wartegeldempfänger,** der **60 Jahre** alt ist, wird überhaupt nicht mehr veranlaßt, irgendein anderes Amt anzunehmen. Ein Wartegeldempfänger, dem ein Amt angeboten wird, hat die Möglichkeit, einen Ausschuß anzurufen. In dem Ausschuß sitzen seine eigenen Berufskollegen, und seine eigenen Berufskollegen sollen dann darüber entscheiden, ob ihm dieses Amt angeboten werden kann und ob man ihm zumuten kann, das Amt zu bekleiden.

Außerdem ist bestimmt: das **Amt,** das ihm angeboten wird, muß von mindestens **zweijähriger Dauer** sein. Das bedeutet, daß der Wartegeldempfänger für alle Fälle im Gehalt steigt. Es bedeutet weiter, daß er später ein höheres Wartegeld oder, wenn er pensioniert wird, eine höhere Pension erhält. Das Gesetz besagt weiter, daß der Wartegeldempfänger, dem ein Amt angeboten wird, das nicht so hoch ist, wie sein früheres (D) Amt, die Bezüge haben muß, die er hätte, wenn ihm ein gleichwertiges Amt angeboten worden wäre, so daß gar keine Benachteiligung eintritt.

Aber es gibt eine ganze **Reihe von Wartegeldempfängern,** die das Wartegeld beziehen wollen, daneben aber ganz erhebliche **Mehreinnahmen aus anderen Quellen** haben, und die weigern sich, sich wieder verwenden zu lassen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und bei den Deutschen Demokraten.)

Sie wollen die beiden Einnahmen gleichzeitig beziehen und erklären, daß sie es ablehnen, ein Amt anzunehmen. Wir haben eine ganze Anzahl Beamte, die wir einfach nicht unterbringen können, wenn wir ihnen ein gleichwertiges Amt geben sollen, weil diese gleichwertigen Ämter eben nicht da sind. Ich gestehe ganz offen, ich verstehe nicht, wie ein Beamter sich dadurch benachteiligt fühlen kann, wenn er einmal, der Not gehorchend, ein Amt bekleidet, das im Range niedriger ist als das, das er vorher gehabt hat. Es kommt in der Hauptsache darauf an, daß seine Bezüge in keiner Weise geschmälert werden.

Ich will ein Beispiel aus Ihren Reihen, meine Herren von der Rechten, hier anführen. Als der Krieg ausbrach, ist der Graf **Posadowsky** in das **Landratsamt** seines Sohnes eingetreten. Der Mann, der Staatsminister war, der Stellvertreter des Reichskanzlers war, hat sich nicht gescheut, den Posten eines Landrats zu bekleiden.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Und irgendein nachgeordneter Beamter, dem jetzt nicht ein gleichwertiges Amt angeboten werden kann, will das Recht haben, das abzulehnen, und verlangt, daß er unter allen Umständen ein gleichwertiges Amt bekommt!

(Stücklen, Abgeordneter.)

(A) Und haben wir das Amt nicht, dann sollen wir ihm für die Dauer sein Wartegeld bezahlen? Das ist ein Luxus, den sich früher Deutschland vielleicht hätte erlauben können, den Deutschland sich heute nicht mehr erlauben kann. Wenn auch in der Verfassung den Beamten gesagt wird: eure wohlerworbenen Rechte sollen nicht angetastet werden, dann kann das natürlich nicht so ausgelegt werden, daß alles genau so bleiben muß, als wenn gar kein Krieg und keine Staatsumwälzung stattgefunden hätte. Selbstverständlich müssen auch die Rechte der Beamten den Bedürfnissen der neuen Zeit angepaßt werden, und die Aufgabe, die wir haben, ist die, daß die Leute materiell nicht geschädigt werden. In dem Gesetz ist ausdrücklich niedergelegt, daß eine materielle Schädigung unter allen Umständen ausgeschlossen ist.

Ich will ein Beispiel herausnehmen. Weshalb soll zum Beispiel ein Landgerichtsrat, der aus Elsaß-Lothringen vertrieben wurde, nicht auch einmal beim Amtsgericht tätig sein, vielleicht als Grundbuchrichter oder in einer ähnlichen Stellung? Geht ihm denn dadurch etwas verloren? Er leistet dem Staat seinen Dienst und wird vom Staat dafür bezahlt. Wenn er sich auch darauf kapriziert, daß er nur als Landgerichtsrat verwendet werden kann, und wir haben da keine Verwendung, dann haben wir das Vergnügen, ihm weiterhin sein Wartegeld zu bezahlen.

Meine Herren, von einem Recht auf Trägheit steht in der Verfassung kein Wort.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wer heute dem Reich seine Dienste leisten kann, muß es als Anstandspflicht ansehen, das auch zu tun.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und bei den Deutschen Demokraten.)

Nun will ich Ihnen einmal ganz offen sagen: von (B) dem Gesetz über die Verwendung der Wartegeldempfänger werden ja jene Bamten nicht berührt, die dem Reiche leisten wollen, was sie eben leisten können; es werden aber die berührt, die in der schäbigsten Weise von jeder Dienstleistung sich drücken,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und dafür will ich Ihnen zwei Beispiele vor Augen führen, die recht kraß sind. Ich will die Namen der Herren nicht nennen, ich will sie hier vor diesem Forum nicht an den Pranger stellen. Aber den Sachverhalt will ich vortragen. Bei der Aufhebung der Militärjustiz haben wir die richterlichen Beamten mit dem vollen Gehalt auf Wartegeld gesetzt. Wir wollten ihnen damit entgegenkommen, sehen aber heute ein, daß das ein sehr großer Fehler war. Diese Güte wird uns sehr schlecht gelohnt. Zwei Oberkriegsgerichtsräte — —

(Andauernde Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte, die Zwiegespräche zu unterlassen.

Stücklen, Abgeordneter: Zwei Oberkriegsgerichtsräte, die ihr volles Gehalt beziehen, sind aufgefordert worden, Stellen beim Reichsentschädigungsamt anzunehmen, die genau so hoch waren wie die Stellen, die sie früher bei der Militärjustiz bekleidet haben. Beide Herren haben geantwortet, sie seien bereit, diese Stellen anzunehmen, aber nur dann, wenn sie höher gestuft würden,

(Rufe von den Sozialdemokraten: Pfui!)

nur dann, wenn sie eine besondere Entschädigung vom Reich bekommen würden. Das ist ein solcher Skandal, daß von dieser Stelle aus ganz entschieden Protest eingelegt werden muß.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren! Diese Oberkriegsgerichtsräte stützen sich (C) auf das heute gültige Gesetz. Sie sagen, eine gleichwertige Stellung könne ihnen nicht angeboten werden, da es ja keine Militärjustiz mehr gäbe, und verlangen nun, daß ihnen das Reich auf Lebenszeit ihr volles Gehalt zahlt, ohne daß sie dafür einen Federstrich zu machen brauchen.

(Hört! Hört! links.)

Natürlich liegen die beiden Herren nicht auf der faulen Haut, sie verdienen nebenbei eine ganze Menge Geld. Wenn sie nun die angebotenen Stellen antreten müssen, dann fällt der Nebenerwerb weg. Ich muß schon sagen: es ist eine nicht zu übertreffende Schäbigkeit, seine volle Arbeitskraft zu haben und doch vom Reich das volle Gehalt einzustecken und daneben große Summen zu verdienen und dann darüber zu zetern, daß das Reich in ihre wohlerworbenen Rechte eingreifen will.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist notwendig, daß solche Fälle hier festgestellt werden.

Also das Gesetz richtet sich nicht gegen den Beamten, der dem Reiche seine Arbeitskraft zur Verfügung stellen will, sondern gegen solche Herren, die ihre Arbeit nicht aufnehmen wollen. Die mögen dann sehen, wo sie bleiben.

Im übrigen glaube ich, annehmen zu dürfen, daß es solche Leute für unter ihrer Würde halten, der Republik zu dienen. Aber sie halten es nicht unter ihrer Würde, das Geld von der Republik anzunehmen.

(Sehr wahr! links.)

Wenn ihr Ehrgefühl nicht so weit geht, dann müssen wir dafür sorgen, daß ein gewisser Ausgleich geschaffen wird.

Ich stelle also nochmals fest: benachteiligt wird durch das Gesetz kein Beamter. Materiell steht er genau so, als wenn er eine gleichwertige Stelle hätte. (D) Außerdem hat er die Möglichkeit des Vorrückens. Er kann ein höheres Gehalt, eine höhere Pension, ein höheres Wartegeld bekommen. Der Beamte also, der sich dem fügt und dem Reiche wieder seine Dienste geben will, wird nicht geschädigt. Wer aber glaubt, ein Recht auf Faulheit zu haben, und meint, sein ganzes Gehalt vom Reiche einstecken zu können, ohne dafür zu arbeiten, der muß allerdings dazu gezwungen werden.

Wenn jüngst in der Presse von einigen der Herren gesagt wurde, es sollten jetzt Abstiegsmöglichkeiten für die Beamten geschaffen werden, wenn der Reichstag dort in schärfster Weise angegriffen worden ist, noch ehe man seine Entscheidung kannte, so muß ich sagen: derartige Angriffe berühren uns nicht. Wer aber im Deutschen Reiche sparen und die Tätigkeit unterstützen will, die heute in dem kleinen Ausschuß von allen Parteien in dankenswerter Zusammenarbeit geleistet worden ist, sollte sich nicht Formalien halber gegen das Gesetz erklären. Er sollte den Kern des Gesetzes als gesund und gut ansehen und aus der Erwägung heraus dem Gesetze seine Zustimmung geben.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Da eine namentliche Abstimmung zu diesem Gegenstand angekündigt ist, werden wir die Gesamtabstimmung erst in Gemeinsamkeit mit den übrigen Abstimmungen vornehmen.

§ 1 ist nicht angefochten; ich darf ihn für angenommen erklären. § 2 — desgleichen, § 3 — ebenso.

Zu § 4 liegt ein Abänderungsantrag v. Guérard auf Drucksache Nr. 4379 Ziffer 1 vor, den der Herr Berichterstatter begründet hat,

im Abs. 4 letzte Zeile an Stelle von „Abs. 2" zu setzen „Abs. 3".

(**Präsident.**)

(A) Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Abänderungsantrag ist angenommen.

Es erfolgt jetzt die Abstimmung über den § 4 selbst. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche ihn annehmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Ich rufe auf § 5. Hierzu liegt ein handschriftlicher Antrag von den Abgeordneten Dr. Scholz und Dr. Külz vor, die Worte „und die Gemeinden" zu streichen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Antrag zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen. Ich darf den § 5 mit dieser Abänderung für angenommen erklären.

Ich rufe auf § 6, — 7, — 8, — 9. — Angenommen.

Zu § 10 liegt der Antrag von Guérard auf Drucksache Nr. 4379 Ziffer 2, vor,

im § 10 Abs. 3 Zeile 4 hinter „§ 26" einzuschalten „Abs. 3" sowie in der vorletzten Zeile hinter „§ 4" einzuschalten „Abs. 3".

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Antrag zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen und mit dieser Abänderung der § 10.

Ich rufe auf § 11, — erkläre ihn für angenommen; Einleitung und Überschrift — desgleichen.

Ich eröffne die Beratung über die Petitionen. — Ich schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wenn kein Widerspruch erhoben wird, können wir auch die

(B) **dritte Beratung**

heute stattfinden lassen. — Ein solcher wird nicht erhoben.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Ich rufe in der besonderen Beratung auf § 1, — 2, — 3, — 4 in der Fassung der zweiten Lesung, — 5 in der Fassung der zweiten Lesung, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10 in der Fassung der zweiten Lesung, — 11, — Einleitung und Überschrift. —

Der Ausschuß beantragt, die Petitionen durch die Beschlüsse über den Gesetzentwurf für erledigt zu erklären.

Das Haus ist damit einverstanden.

Die Gesamtabstimmung bitte ich nachher mit den übrigen Abstimmungen gemeinsam vornehmen zu dürfen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Wir kommen zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung:

zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Kürzung der Ruhegehälter und Wartegelder sowie der Nebenbezüge bei Versorgungsberechtigten, die ein Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung außerhalb des Reichs- oder Staatsdienstes beziehen (Pensionskürzungsgesetz) (Nr. 3127 der Drucksachen).

Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 4352 der Drucksachen).

Berichterstatter Abgeordneter Hoch.

Als Kommissare sind angemeldet:

vom Reichsfinanzministerium:
Ministerialrat Dr. Kühnemann,
Oberregierungsrat Sbrzesny,

vom Reichsjustizministerium:
Ministerialrat Mende,

(C) vom Reichsministerium des Innern:
Ministerialrat Daniels,

vom Reichswehrministerium:
Major Bitthorn,

vom Reichsministerium des Innern (Pensionsabteilung — ehemaliges Heer):
Major a. D. v. Roques,

vom preußischen Finanzministerium:
Ministerialdirektor Weyhe,
Finanzrat Remak.

Ich eröffne die Beratung über § 1.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Hoch, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Entwurf eines Pensionskürzungsgesetzes ist im Haushaltsausschuß wesentlich verändert worden. Alle Veränderungen hatten das eine Ziel: das Eingreifen des Gesetzes auf diejenigen Fälle zu beschränken, in denen in unverantwortlicher Weise mit den Geldern des Reichs umgegangen wird.

Aus diesem Grunde hat der Haushaltsausschuß den Betrag des **Arbeitsverdienstes**, bei dem von allen Kürzungen abgesehen wird, von 10 000 auf **60 000 Mark** das Jahr erhöht. Damit ist erreicht, daß das große Heer derjenigen Empfänger von Renten oder Wartegeldern, die der mittleren und unteren Klasse angehören, ausscheidet. Denn es wird wohl so gut wie niemals vorkommen, daß die Angehörigen der unteren und mittleren Klasse einen Arbeitsverdienst über 60 000 Mark erzielen.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Regierung verpflichtet ist, bei weiterer Teuerung den Betrag entsprechend zu erhöhen. Es ist also durch die Erhöhung des Betrages von 10 000 auf 60 000 Mark erreicht worden, daß auch Herren mit großen Pensionen usw., (D) wenn sie nur einen verhältnismäßig geringen Betrag verdienen, von allen Belästigungen des Pensionsverkürzungsgesetzes frei bleiben. Aber auch wenn ihr Arbeitsverdienst höher ist als 60 000 Mark, soll nicht etwa der ganze Überschuß von der Pension abgezogen werden, sondern die **Kürzung** soll nur die **Hälfte des Überschusses** ausmachen, und überdies soll die Hälfte des Ruhegehalts unangetastet bleiben. Ich möchte mir erlauben, Ihnen die Wirkung des Gesetzes an zwei Beispielen zu zeigen. Ein mit Wirkung vom 1. April 1920 in den Ruhestand versetzter Beamter der Stufe 3 der Gruppe XIII bezieht seit dem 1. Mai 1922 an Versorgungsgebührnissen 36 102 Mark Ruhegehalt und 28 966 Mark Teuerungszuschlag, zusammen 65 068 Mark. Solange er ein Arbeitseinkommen von unter 60 000 Mark hat, wird ihm nichts abgezogen, so daß er ganz unbelästigt bleibt, wenn sein Arbeitseinkommen und seine Bezüge aus der Reichskasse zusammen bis zu 125 000 Mark betragen.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Erst wenn er mehr hat, dann beginnt eine Kürzung. Hat der Beamte in diesem Falle einen Arbeitsverdienst von 70 000 Mark das Jahr, dann werden ihm im ganzen 5000 Mark abgezogen, so daß er immer noch ein Einkommen von 130 00 Mark bezieht.

Ein anderer Fall. Ein mit Wirkung vom 1. Januar 1922 einstweilen in den Ruhestand versetzter Staatssekretär, der eine höhere Pension noch nicht erdient hat, bezieht 60 000 Mark Wartegeld und 44 500 Mark Teuerungszuschlag, zusammen 104 500 Mark. Auch dieser Mann erleidet keinen Pfennig Kürzung, wenn sein Arbeitsverdienst bis zu 60 000 Mark, das heißt also: wenn sein Einkommen bis zu 164 500 Mark beträgt.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

(Hoch, Berichterstatter.)

(A) Erst wenn er ein höheres Arbeitseinkommen hat, dann setzt die Kürzung ein.

Ich nehme nun an, daß dieser Mann 200 000 Mark Arbeitsverdienst hat. Dann ist derjenige Betrag, um den der Arbeitsverdienst die Grenze von 60 000 Mark überschreitet, 140 000 Mark. Der abziehbare Betrag ist nur die Hälfte dieses Betrages, also 70 000 Mark. Dieser Mann hat also statt 304 500 Mark Einkommen immer noch 234 500 Mark.

Ich muß das Beispiel so hoher Beamten nehmen, weil nur diese in Frage kommen, weil die Arbeitsstellen mit mehr als 60 000 Mark Verdienst nicht den unteren und mittleren Beamten zur Verfügung stehen, sondern nur den höheren Beamten.

Auch die Durchführung des Gesetzes ist nach dem Beschlusse des Ausschusses so gedacht, daß die allermeisten Beamten dadurch überhaupt nicht berührt werden, und daß dort, wo eingegriffen werden muß, um eine unverantwortliche Verschleuderung von Reichsgeldern zu verhindern, die Belästigung auf das geringste Maß heruntergesetzt wird. Die Durchführung des Gesetzes kommt in Frage nur in den wenigen Fällen, wo der Pensionär oder Wartegeldempfänger mehr als 60 000 Mark verdient hat; und da ist die Durchführung sehr einfach. Maßgebend ist lediglich die Steuereinschätzung mit allen Abzügen, die da vorgesehen sind. Dieser Grundsatz wird nur zugunsten der Pensionäre und Wartegeldempfänger durchbrochen dann, wenn der Bezieher von Wartegeld oder Pension zwar in dem früheren Jahre, nach dem die Einschätzung gemacht worden ist, das höhere Einkommen gehabt hat, aber im letzten Jahre nicht mehr. In einem solchen Falle kann er ohne weiteres die Verminderung seines Arbeitsverdienstes anmelden und ist von dem zu hohen Abzug befreit.

(B) Eine weitere wertvolle Bestimmung ist in den Entwurf eingefügt worden, nämlich, daß das Gesetz nicht gilt, wenn der Beamte bei seiner Pensionierung und so weiter über 60 Jahre alt ist. Ältere Herren, bei denen es in der Regel ausgeschlossen ist, daß sie noch so hohe Arbeitsverdienste haben, oder bei denen dabei ganz besondere Umstände mitsprechen, die zum Beispiel im hohen Alter eine Lebensarbeit vollenden, ein größeres Werk herausgeben, woran sie ihr ganzes Leben gearbeitet haben, — solche Beamte sollen von vornherein für eine Kürzung ihrer Pension ausscheiden.

In diesem Zusammenhang möchte ich als Berichterstatter Stellung gegen einen Antrag nehmen, der diese Bestimmung dahin ändern will, daß das Gesetz auf alle diejenigen Personen nicht angewandt werden soll, die das 60. Lebensjahr vollendet haben. Stellen Sie sich den ungeheuerlichen Fall vor: Es ist ein Pensionär oder Wartegeldempfänger in jüngeren Jahren auf Wartegeld oder Pension gesetzt worden, alle Voraussetzungen für den Abzug sind gegeben und seine Bezüge werden daher entsprechend gekürzt. In dem Augenblick aber, wo der Mann 60 Jahre alt wird, soll der Abzug aufhören, obgleich er seinen hohen Arbeitsverdienst weiter bezieht. In einer solchen Regelung ist doch kein Sinn und Verstand. Es ist etwas ganz anderes, wenn man bei einem Manne, der mit 60 Jahren pensioniert worden ist, für eine Milderung eintritt. Ein solcher Mann hat das hohe Alter im Dienste der Gesamtheit erreicht und kann mit Recht Schonung verlangen. Aber wenn man in einem Fall den Abzug einstellt, wo der Berechtigte 10 oder 15 Jahre schon so hohe Verdienste erzielt hat, daß ihm ein Teil seiner Pension abgezogen werden mußte, und wenn er auch weiter den Verdienst hat, das käme mir so vor, wie wenn man die Einkommensteuer nur bis zum 60. Jahre erheben würde.

(C) Genau so wie das hier nicht geht, wie hier kein Mensch bisher auf einen solchen Gedanken gekommen ist, genau so kann man auch jenen Antrag nicht annehmen. Der Antrag lag bereits im Ausschuß vor und ist dort mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Im Ausschuß wurde ferner die Frage aufgeworfen, ob es richtig sei, bei der Bemessung des freibleibenden Betrages wirklich bis zu 60 000 Mark zu gehen. Von einer Seite wurde beantragt, den Betrag auf 40 000 Mark herunterzusetzen. Ich darf hier gleich, weil es meine Partei betrifft und ich mich nicht noch einmal zu Worte melden will, einschalten: wir würden den Antrag auch heute stellen, wenn die Aussicht bestände, daß er angenommen würde. Da eine solche Aussicht leider nicht besteht, haben wir auf den Antrag verzichtet.

Weiter ist im Ausschuß gefragt worden, ob es sich hier um eine Verfassungsänderung handle. Bei der Regierungsvorlage war die Sache in einzelnen Fällen zweifelhaft. Die große Mehrheit des Ausschusses hat sich entschlossen, diese Frage auszuschalten. Sie hielt die Mißstände, um die es sich hier handelt, für so offenkundig, daß eine verfassungändernde Mehrheit sich für dieses Gesetz zusammenfinden lassen müsse.

Es traten aber Herren im Ausschuß auf, die mit allem Nachdruck versicherten, es würden hier **wohlerworbene Rechte der Beamten** angetastet. Die Beamten hätten durch ihre amtliche Tätigkeit nach einer gewissen Dienstzeit, wenn sie pensioniert oder auf Wartegeld gesetzt würden, Anspruch auf besondere im Gesetz festgelegte Bezüge. Ein Eingriff in diese Rechte bedeute einen Eingriff in wohlerworbene Rechte.

Auf der anderen Seite wurde gesagt. Der Bezug von Pensionen setze voraus, daß der Beamte in seinem Dienste nicht mehr voll arbeitsfähig ist. Wenn ein Pensionär mehr als 60000 Mark verdient, handle es sich um einen Herrn mit voller Arbeitskraft, der auch in (D) der Lage ist, seine Arbeitskraft ausgiebig zu verwerten.

(Sehr richtig! links.)

Wenn man einem solchen Beamten ohne Rücksicht auf seinen Arbeitsverdienst seine volle Pension zahlte, triebe man Mißbrauch mit dem Pensionsrechte der Beamten.

Betrachten Sie die Fälle, die ich Ihnen vorgeführt habe. Denken Sie an den früheren Staatssekretär, der 104 500 Mark Bezüge hat und 200 000 Mark verdient. Wenn der Mann nach seiner Pensionierung außerdem noch 200 000 Mark verdienen kann, dann kann er sich gewiß nicht beklagen, daß von seinen 140 000 Mark Pension ihm 70 000 Mark abgezogen und so der Reichskasse erspart werden. Der in dem vorliegenden Gesetzentwurf vorgeschlagene Abzug soll nur einen Mißbrauch mit „wohlerworbenen Rechten“ verhüten. Wenn sich ein solcher Mißbrauch herausgestellt hat, ist es Pflicht der Gesetzgebung, einzugreifen. Es wäre geradezu pflichtwidrig, wenn das nicht geschehe; denn die Gesetzgebung ist dazu da, gegen offenkundige Mißbräuche einzugreifen.

(Lachen rechts.)

— Als Antwort auf das Gelächter möchte ich feststellen, daß im Ausschuß unter Nennung von Namen Fälle mitgeteilt wurden, denen gegenüber kein einziger im Ausschuß das Verhalten der beteiligten hohen pensionierten Herren billigen konnte; sondern der Ausschuß war einstimmig der Meinung, es sei unerhört, daß solche Fälle vorkommen können und vorgekommen sind.

Es handelte sich nur noch darum, ob es nötig sei, wegen einzelner Ausnahmefälle einzugreifen. Demgegenüber muß auf zweierlei hingewiesen werden. Es ist nicht richtig, daß nur vereinzelte Fälle vorgekommen sind. Beim **Offiziersentschädigungsgesetz** wurde von der Mehrheit ausdrücklich als Bedingung aufgestellt, daß ein solches **Kürzungsgesetz** erlassen werde, weil es sich bei der Ent=

(Hoch, Berichterstatter.)

(A) schädigung der Offiziere in einem guten Teil der Fälle um solche Leute handelt, die eine Entschädigung bekommen, obgleich sie noch nicht dienstuntauglich geworden sind, aber infolge des unglücklichen Ausgangs des Kriegs und der Bestimmung im Friedensvertrag entlassen werden mußten.

Wir haben überdies in anderen Gesetzen ganz ähnliche Verhältnisse. Im **Unfallversicherungsgesetz** zum Beispiel ist die Bestimmung enthalten, daß der Verunglückte keinen Anspruch auf eine Unfallentschädigung hat, wenn er sich einen Unfall absichtlich zugezogen hat, um eine Entschädigung zu erlangen. Als diese Bestimmung beschlossen wurde, war man sich darüber einig, daß solche Fälle kaum denkbar sind; aber mit Rücksicht auf den Geist des Gesetzes, mit Rücksicht darauf, daß gezeigt werden muß, in welchem Sinne das Gesetz durchgeführt werden soll, ist die Bestimmung in das Gesetz hineingebracht worden. Es soll deutlich gesagt werden, daß derjenige, der sich auf diesen Weg begibt, in einer Weise handelt, die die Gesetzgebung nicht schützen will.

Ganz dieselben Verhältnisse liegen hier vor. Auch hier handelt es sich um **Ausschreitungen,** die zu verurteilen sind. Da es gewissen Personen an der nötigen Einsicht fehlt, die Verwerflichkeit ihres Verhaltens bei der Notlage unseres Volkes zu erkennen, ist es notwendig, den vorliegenden Gesetzesentwurf anzunehmen.

Im Jahre 1912, als sich ein besonders schmählicher Fall ereignete, hat es der damalige Staatssekretär des Innern als geradezu unerträglich bezeichnet, daß die Regierung nicht in der Lage war, gegen jenen hohen Beamten vorzugehen. Ein solcher Zustand muß beseitigt werden. Darum hat der Ausschuß mit großer Mehrheit beschlossen, den jetzt vorliegenden Entwurf zur Annahme zu empfehlen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

(B) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Gallwitz.

v. Gallwitz, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Eine eigenartige Gesetzesvorlage! Sie war begleitet von einem durchaus abweichenden, einen entgegengesetzten Standpunkt einnehmenden Gutachten des Reichsrats, ein Fall, der immerhin nicht zu dem Alltäglichen gehört. Es waren weiter zwei Urteile verschiedener Justizminister beigegeben, die in sich zwar nicht einig waren, aber doch beide den Eingriff in wohlerworbene Rechte anerkennen mußten. Man sieht daraus schon, auf welcher wenig sicheren Unterlage dieses Gesetz aufgebaut war. Dieser Eindruck wird vermehrt, wenn wir daran denken, daß die Hauptziffer des ursprünglichen Gesetzentwurfs 10 000 in 60 000 verändert worden ist, ein Unterschied, der mit der Valutaänderung seit Einbringung des Gesetzes natürlich nicht erklärt ist. Auch er zeigt, daß die ursprüngliche Fassung des Gesetzes keine ganz glückliche gewesen ist. Nun sehen wir ja allerdings die **Hinaufsetzung der kürzungsfreien Grenze** auf 60 000 Mark für eine wesentliche Verbesserung an. Im Ausschuß ist allerdings schon wieder eine kleine Verschlechterung eingetreten; wir hatten einen Entwurf vor uns liegen, in dem die freie Grenze bis auf 80 000 unter gewissen Voraussetzungen gezogen war.

Es ist noch eine zweite Verbesserung eingetreten, indem die **über 60 Jahre alten pensionierten Beamten** von Kürzung freigelassen worden sind. Aber auch diese Verbesserungen mögen meine politischen Freunde nicht über die Bedenklichkeit des ganzen Gesetzentwurfs hinwegzubringen. Es ist unserer Ansicht nach nicht gelungen, diejenigen wenigen Ausschreitungsfälle, von denen schon seit langen Jahren immer die Rede gewesen ist, und denen auch früher teilweise von Anhängern meiner Richtung ein Entgegenkommen in Aussicht gestellt war, allein zu treffen. Es ist im Ausschuß versucht worden, eine Form dafür zu (C) finden; es ist aber nicht geglückt. Auch so, wie das Gesetz jetzt aussieht, vermag es nicht, lediglich diese bekannten, etwas zur Verwertung und Agitation benutzten exzessiven Fälle zu treffen, sondern es werden ganze große Kategorien von brav arbeitenden Beamten und früheren Offizieren betroffen, die der Wechsel des Schicksals gezwungen hat, in erwerbende Berufe hineinzugehen, und die als wertvolle Mitglieder des Volkskörpers nicht bloß für sich, sondern auch zum Wohl des Ganzen arbeiten.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Ich habe alles Wohlwollen für die Kriegsbeschädigten, aber leider beschäftigt sich dieses Gesetz nicht mit ihnen. Wenn Sie für die Kriegsbeschädigten von mir ein Entgegenkommen haben wollen, werden Sie mich jederzeit bereit finden.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Wir kommen auch darüber nicht hinaus, daß nun alle diejenigen Beamten, welche einen erheblichen Nebenerwerb aus Kapitalvermögen oder aus Grundbesitz beziehen, frei bleiben sollen, daß auch der bequemere Teil der Pensionäre, der es nicht unternimmt, sich dem Ganzen nützlich zu machen, die volle Pension bezieht und nur der strebsame, arbeitsame Teil, der, ohne mit Glücksgütern gesegnet zu sein, sich nun mit seiner Hände oder seines Kopfes Arbeit etwas dazu verdient, hier getroffen werden soll. Gerade in der letzten Zeit beweisen mir noch Zusendungen aus verschiedenen Beamtenkreisen, wie schwer es auch nach der jetzt gefundenen Formulierung noch ist, einen ganz gerechten Maßstab herauszufinden. Durch die **Kombination von Arbeitseinkommen und Pensionshöhe** ergeben sich eine ganze Anzahl von Ungerechtigkeiten, deren die Fassung des Gesetzes nicht hat Herr werden können.

Dazu kommt aber bei uns als entscheidender Grund, (D) daß das Gesetz zweifellos einen **Eingriff in die wohlerworbenen Rechte der Beamten** bedeutet.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ja, es ist sogar zu betonen, daß nach dieser Richtung die uns jetzt vorliegende Fassung einen weiteren Schritt getan hat. Der erste Wortlaut des Gesetzentwurfs machte einen Unterschied in der Behandlung der **Alt- und Neupensionäre.** Der Gesetzgeber hatte selbst Bedenken, bei den Altpensionären in die eigentliche Pension hineinzusteigen, welche auch er als ihr wohlerworbenes Recht ansah. Er hatte sich deshalb darauf beschränkt, bei ihnen nur die Teuerungszulagen und den durch das Ergänzungsgesetz gewährten Pensionszuschuß als abzugsfähig zu erklären. Für die Neupensionäre wurde damals ohne weiteres der Eingriff in das wohlerworbene Recht zugestanden. Die jetzige Fassung des Gesetzes hat diesen Unterschied beseitigt und zieht beide Klassen, **Alt- und Neupensionäre,** in gleicher Weise zur Kürzung heran, so daß auch bei den Altpensionären eine Kürzung der eigentlichen ursprünglichen Pension stattfindet. Damit ist es über jeden Zweifel erhaben, daß dieser Gesetzentwurf alle Kategorien von Pensionären in einer die Verfassung beeinflussenden Weise trifft.

Wenn der Herr Abgeordnete Hoch dieses Bedenken ganz ausschalten wollte, indem er sagte, die Verfassung will nur diejenigen Leute schützen, die ihre wohlerworbenen Rechte in sachlicher Weise gebrauchen, sie will aber den, der sie mißbraucht, nicht schützen, und ein solcher Mißbrauch liege vor, — ja, gestatten Sie, meine Damen und Herren, das schlägt denn doch in ein Gebiet der Sophistik, daß ich mir kaum denken kann, daß ein nennenswerter Teil des Hauses sich diese Deduktion zu eigen machen sollte.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

(v. Gallwitz, Abgeordneter.)

(A) Wir können es weiter nicht verstehen, wie ich vorhin schon andeutete, daß ein Gesetz geschaffen werden soll, in dem geradezu eine Minderung des Anreizes zur schaffenden Arbeit liegt.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Es würde vielfach so verstimmen, daß die Leute sich sagen: wozu soll ich erst anfangen? Wenn ich mir etwas erworben habe, gerade wenn ich vorwärts gekommen bin, wenn ich einen Erfolg errungen habe, geht das Kürzen der Pension an.

(Zurufe links.)

Wir können auch die Einwendungen nicht für gerechtfertigt halten, daß dieses Gesetz keine erheblichen **Umständlichkeiten** verursachen würde. Von seiten der Regierung ist versichert worden, maßgebend würde lediglich das **Einsehen der Steuerliste** sein. Der Betrag würde dann einfach von der Pension abgezogen. Die Sache würde ganz glatt gehen; es würde keine Umstände machen. Wenn wir aber daran denken, daß die Masse insbesondere der Militärpensionäre jetzt noch nicht weiß, wie hoch ihre Pension ist, und daß fortwährend die Änderungen der Valuta, der Besoldungsordnung, der Teurungszuschläge usw. in die Festsetzung der Höhe hineingreifen und das Geschäft der maßgebenden Behörden außerordentlich erschweren, so werden wir uns auch sagen können, daß die endgültige Festsetzung dieses Abzuges von der Pension weiteren Schwierigkeiten begegnen wird und das Geschäft aufhält, weil es eine große Summe neuer Arbeit verursacht.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir haben dann weiter das wesentliche Bedenken, daß uns mit keinem Worte eine Zusicherung darüber gegeben werden konnte, daß auch die **Beamten der Länder und Gemeinden** von diesem Gesetz betroffen werden sollen. Wir sind uns sehr zweifelhaft, ob es ohne weiteres (B) angängig sein wird, die Länder hierzu zu veranlassen. Die Anwendung des neulich von uns beschlossenen und viel besprochenen Gesetzes, welches einen Zwang auf die Länder ausübt, dürfte nach dieser Richtung hin doch höchst fraglich sein. Gelingt das aber nicht und gelingt es nicht bald, so haben wir schließlich den Zustand, daß von diesem Gesetz nicht gefaßt werden zunächst die Landesbeamten und die Kommunalbeamten, weiter alle die, welche Einkünfte aus Kapitalvermögen oder aus Grundbesitz haben, ferner diejenigen, welche über 60 Jahre alt pensioniert sind oder welche unter 60 000 Mark Einnahme haben. Es bleiben also tatsächlich zwar nicht jene kleine Zahl von gewissen Leuten übrig, mit denen man hier immer hausieren geht und die man mit Namen als Beispiel anführt, sondern eine engbegrenzte, geschlossene Klasse der arbeitsamsten, fleißigsten und vorwärtsstrebendsten Leute. Das können wir unmöglich verantworten.

(Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Ich bin deshalb von meiner Fraktion beauftragt, zu erklären, daß uns alle diese verschiedenen Gründe zwingen, dem Gesetzentwurf die Zustimmung zu verweigern, daß wir es zweitens trotz der entgegengesetzten Deduktion des Herrn Hoch für ganz selbstverständlich ansehen, daß dieses Gesetz einen Eingriff in die wohlerworbenen Rechte aller Kategorien, die betroffen werden, bedeutet, und daß daher für die Beschlußfassung hier im Hause der für solche Gesetze vorgesehene Weg maßgebend ist.

(Beifall bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Wunderlich.

Dr. **Wunderlich,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Namens meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir den vorliegenden Gesetzentwurf ablehnen. (C) Ich will von vornherein zugeben, daß sich Fälle denken lassen, bei denen in weiten Kreisen des Volkes ein Gefühl der Unbilligkeit aufkeimt, wenn Ruheständler noch aus anderen Quellen Einkommen beziehen und trotzdem noch ihre Pensionsansprüche dem Staat gegenüber aufrechterhalten. Ob dieses Volksempfinden gerechtfertigt ist oder nicht, will ich dahingestellt sein lassen. Wenn sich ein praktischer und gerechter Weg finden ließe, diesem Empfinden Rechnung zu tragen, dann würden meine politischen Freunde gern diesen Weg mit beschreiten.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Aber der vorliegende Gesetzentwurf stellt keinen derartigen gerechten und praktischen Weg dar.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir gehen zunächst davon aus, daß dieses Gesetz, wie ja auch schon der Herr Vorredner betonte, ein **verfassungänderndes Gesetz** ist, daß es in die wohlerworbenen Rechte der Beamten, die ihnen nach Art. 129 der Verfassung garantiert sind, eingreift. Ich will mich auf lange Ausführungen in dieser Beziehung nicht einlassen und verweise nur auf die Darlegungen des Reichsrats, die dem Gesetzentwurf beiliegen, sowie auf die beiden Gutachten des Justizministeriums, Gutachten, von denen das erste unter dem alten Justizminister, das zweite unter dem neuen Justizminister ergangen ist. Ich persönlich gehe sogar noch etwas weiter als diese Rechtsgutachten. Ich bin der Auffassung, daß überhaupt sämtliche Teuerungszuschüsse, die jetzt infolge der Valutaveränderungen gewährt werden müssen, unter allen Umständen begrifflich einen zeitlich hinausgeschobenen Teil des aktiven Gehalts darstellen. Nach den allgemeinen staatsrechtlichen Auffassungen muß der Beamte, wenn er in den Staatsdienst eintritt, seine volle Arbeitskraft, seine ganze Persönlichkeit dem Staate zur Verfügung stellen, und er bekommt als Entgelt dafür nicht einen ziffernmäßig abschätzbaren Gegenanspruch, sondern er bekommt den Anspruch auf einen angemessenen (D) Lebensunterhalt und ein angemessenes Ruhegehalt. Infolgedessen haben auch alle Ruheständler ohne weiteres nach meinem Dafürhalten, wenn sich die Valuta ändert, einen Anspruch auf angemessene Erhöhung des Ruhegehalts. Es ist kein Akt der Liberalität, wenn ihnen jetzt Teuerungszuschüsse bewilligt werden, sondern es handelt sich durchaus um einen Anspruch.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Aber selbst wenn man nicht so weit gehen will, so bitte ich doch, zu berücksichtigen, daß das **Pensionsergänzungsgesetz** einen Vorbehalt wegen einer künftigen **Pensionskürzung** nur im § 1 enthält. Dieser § 1 bezieht sich lediglich auf den Ruhegehaltszuschuß, der in diesem § 1 geregelt wird, nicht aber auf die Teuerungszuschläge, auf die Kinderzuschläge usw., von denen erst in den §§ 4 und 5 die Rede ist. Diese Teuerungs- und Kinderzuschläge werden überhaupt von dem Vorbehalt des Pensionsergänzungsgesetzes nicht betroffen.

Wie aber schon mein Herr Vorredner ausgeführt hat, ist der jetzige Gesetzentwurf so gefaßt, daß er unter allen Umständen auch in den Ruhegehaltsstamm eingreift, und damit ist ohne weiteres gegeben, daß es sich bei dem vorliegenden Gesetze um eine Verfassungsänderung handelt; denn es greift unter allen Umständen in die wohlerworbenen Rechte der Beamten ein.

Nun ließe sich ja vor allem gegen die Zweckmäßigkeit einer Verfassungsänderung auf diesem Gebiete sagen, daß der **Reichsrat** den Gesetzentwurf einmütig abgelehnt hat.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Das muß man nach seinen Ausführungen ohne weiteres annehmen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: 8 gegen 4 Stimmen!)

Unter diesen Verhältnissen im Widerspruch zum Reichsrat eine Verfassungsänderung durchführen zu wollen, halte

(Dr. **Wunderlich**, Abgeordneter.)

(A) ich nach den staatsrechtlichen Zuständen in unserem Vaterlande für äußerst bedenklich, um so mehr, als noch gar nicht gesagt ist, ob durch das Reichssperrgesetz die Länder und Gemeinden gezwungen werden können, auch ihrerseits derartige Gesetze für ihre Landes- und Gemeindebeamten zu erlassen.

Aber selbst dann könnte man sich mit einer Verfassungsänderung noch abfinden, wenn irgendwelche großen Belange in Frage kämen, wenn es sich wirklich um eine groß angelegte Maßnahme handelte. Die Herren Regierungsvertreter haben aber im Ausschuß wiederholt erklärt: es handelt sich ja nur um ganz wenige Beamte. Namentlich nachdem jetzt die Grenze von 10 000 über 40 000 auf 50 000 heraufgerückt worden ist, ist immer wieder betont worden: es kommen ja nur ganz wenig Beamte in Betracht. Wozu dann eine Reichsverfassungsänderung?

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Weiter: auch **finanziell** wird der **Ertrag** ganz geringfügig sein. Ich möchte doch auf die Beispiele zukommen, die uns von den Regierungsvertretern im Ausschuß an die Hand gegeben worden sind. Da wird zum Beispiel die künftige Kürzung für einen Beamten aus Gruppe A IV ausgerechnet, der 42 000 Mark Arbeitseinkommen neben seinem Ruhegehalt bezieht: sein Ruhegehalt beträgt 6909 Mark, sein Teuerungszuschlag 9484 Mark, insgesamt bezieht er also mit seinem Arbeitseinkommen 58 000 und einige hundert Mark. Selbst bei einer Grenze von 40 000 Mark, die ja jetzt schon wieder überschritten ist, würde hier der Abzug nur 1000 Mark betragen, und dafür diese Riesenarbeit der Umrechnung!

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Im zweiten Fall, für Gruppe XIII wird zum Beispiel ausgerechnet, daß bei einem Arbeitseinkommen von 70 000 Mark, wenn die Pension etwa 36 000 Mark und der Teuerungszuschlag etwa 28 000 Mark beträgt, an sich (B) also ungekürzt der Beamte etwa 135 000 Mark bekommen würde, der Abzug — immer noch bei der Grenze von 40 000 Mark — nur 2500 Mark beträgt,

(hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei)

und wegen dieser lächerlichen Lappalie,

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Verlieren Sie so viel Worte!)

die gar nicht in Betracht kommt, eine Reichsverfassungsänderung!

Weiter lehnen meine Freunde um deswillen den **Gesetzentwurf** ab, weil er aus praktischen Gründen nicht **durchführbar** ist. Von einem Vertreter der Regierung, der die Vorlage vom finanziellen Standpunkt aus zu vertreten hatte, ist zwar erklärt worden, daß die Berechnungen sehr gut durchgeführt werden können; trotz des wiederholt geäußerten Wunsches meines Fraktionskollegen Brüninghaus im Ausschuß ist aber kein zuständiger Vertreter der Pensionsämter aufgetreten und hat erklärt, ob das Gesetz wirklich durchführbar ist.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir wissen ja, daß die **Pensionsämter** mit der Feststellung der Pensionen noch sehr weit zurück sind. Mir persönlich erscheint es unmöglich, sie in diesem Jahre abzuschließen und dazu noch dieses Gesetz neu zu verarbeiten, das wir heute beschließen sollen. Weiter bürdet ja dieses Gesetz den Pensionsämtern dauernde Arbeit auf: in jedem Jahre muß das Pensionsamt bei jedem einzelnen Ruheständler nachprüfen, und zwar, indem es die einschlägigen Akten der Finanzämter beizieht, ob etwa dieser Beamte aus gewinnbringender Beschäftigung noch irgendein Einkommen hat, und dann von neuem nachprüfen, ob ihm eine Kürzung zugemutet werden muß. Endlich werden die Pensionsämter in ganz außerordentlicher Weise durch die Frage mit Arbeit belastet werden, ob dieses Arbeitseinkommen, das dem Beamten zunächst durch Entscheid angerechnet worden ist, jetzt auch noch zu Recht besteht. Nach dem § 5 (C) des Gesetzes soll ja die vorjährige Steuererklärung maßgebend sein; also die Steuererklärung für 1922 wird für das Ruhegehalt des Jahres 1923 maßgebend sein. In sehr vielen Fällen wird es aber so sein, daß der Beamte im nächstfolgenden Jahr gar nicht mehr dieses Einkommen als Arbeitseinkommen hat, das er im vorigen Jahr angegeben und versteuert hat. Infolgedessen werden sich fortgesetzt Scherereien, Rückfragen und Rechtsmittel aller Art ergeben, die den Ämtern sehr viel Arbeit machen und in die Kreise der Beamten eine Unruhe hineintragen, die unerträglich ist.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Ich wende mich weiter gegen den Einwand, es gelte nur **Unbilligkeiten** zu beseitigen, die sich jetzt ergeben, und da werden immer wieder die berühmten Fälle angeführt. Die Unbilligkeiten beseitigen wir durch dieses Gesetz unter keinen Umständen. Ich verweise immer wieder auf den Fall des **Ruheständlers, der Gutsbesitzer** ist. Demjenigen Gutsbesitzer, der sein Gut selbst bewirtschaftet, wird das Arbeitseinkommen daraus angerechnet. Ich bitte nebenbei zu bedenken, daß es hier schon sehr schwierig sein wird, den Unterschied zwischen Grundrente aus dem Besitz und dem Arbeitseinkommen festzustellen. Es ist ja nicht möglich, dem Betreffenden die ganze Rente, die aus dem Grundbesitz fließt, als Arbeitseinkommen anzurechnen. Hier wird also schon wieder eine Quelle für neue Unstimmigkeiten zwischen dem Steuerpflichtigen und den Beamten des Finanzamts sein. Nehmen Sie nun aber den Gutsbesitzer, der sein Gut nicht selbst bewirtschaftet, sondern in die Großstadt fährt und es durch einen Inspektor bewirtschaften läßt; der braucht sich keinen Abzug gefallen zu lassen. Er läßt andere für sich arbeiten, bekommt seine Grundrente gänzlich, bekommt vielleicht seinen Pachtzins vollständig und (D) braucht sich nichts anrechnen zu lassen, während der andere Ruheständler, der tatsächlich arbeitet, sich Kürzungen gefallen lassen muß.

Ich erwähne einen weiteren Fall. Es ist neuerdings üblich geworden, daß viele **Beamte** nebenher **schriftstellern**, Bücher und Kommentare schreiben; das ist als durchaus zulässig erachtet worden. Der aktive Beamte hat oft ein ziemlich erhebliches Einkommen aus dieser Nebenbeschäftigung. Dieses Nebeneinkommen wird bei seinem Gehalt nicht irgendwie berücksichtigt; sobald er aber in den Ruhestand tritt, wird dieses Nebeneinkommen mitberücksichtigt, und es kann sich noch hierbei, wenn Bücher, die in Neuauflagen erscheinen, Gutachten, die in valutastarken Ländern erstattet werden, in Frage kommen, um recht erhebliche Summen handeln.

Aber ausschlaggebend ist für mich und meine Freunde, daß in dem Gesetzentwurf zweifellos ein schwerer **Angriff auf das Berufsbeamtentum** überhaupt enthalten ist.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das läßt sich nicht leugnen. Wie schon mein Herr Vorredner ausgeführt hat, wird hier die Axt an den Baum des Berufsbeamtentums gelegt, und gerade das Berufsbeamtentum ist meines Erachtens noch die letzte Säule, die uns geblieben ist. Wie sollen wir unseren Nachwuchs auch heranziehen, wenn wir jetzt durch dieses Gesetz anfangen, die Pensionsansprüche in Frage zu stellen. Es gehört jetzt schon ein großer Grad von Altruismus dazu, wenn man es übernimmt, dem Racker Staat weiter zu dienen.

Nun kann man sagen: was hier abgezogen wird, ist nicht allzu erheblich; das läßt sich tragen. Aber ich warne davor, diese schiefe Ebene überhaupt zu beschreiten.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

(Dr. **Wunderlich**, Abgeordneter.)

(A) Gerade weil eine ganze Anzahl Unbilligkeiten vorhanden sind, gerade weil sich das Gesetz finanziell so wenig auswirkt — wer gibt uns die Gewähr, daß eine andere Regierung, daß ein anderer Reichstag plötzlich die Schraube weiter andreht und weiteres von den Beamtenrechten auf diesem Wege hier zu Falle bringt? Ich glaube, hier muß unter allen Umständen von Anfang an Einhalt geboten werden. Principiis obsta!

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Nun wird ja immer wieder gesagt und ist auch im Ausschuß immer wieder entgegengehalten worden — auch der Herr Berichterstatter hat es heute in seinem Bericht hier unterstrichen —: die mittleren und unteren Beamten kommen gar nicht in Frage, auch vielleicht nicht alle oberen Beamten; das Gesetz trifft nur einen kleinen Teil der Beamten. Als ich diese Ausführungen im Ausschuß hörte, und als ich immer die Berechnungen sah, wie die Grenze von 10 000 Mark auf 40 000 Mark und auf 60 000 Mark heraufgesetzt wurde, habe ich ein sehr großes Gefühl des Unbehagens gehabt, wenn nun die einzelnen Beamtenvertreter bei sich sagten: also meine Beamten, die ich zu vertreten habe, fallen im wesentlichen nicht mehr drunter; da können wir die Sache mitmachen.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei. — Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Ich kann diesen Standpunkt unmöglich teilen. Ich muß sagen: hier trete ich für alle Berufsbeamten ein, für die unteren bis hinauf zu den höchsten. Ich trete durchaus für den alten preußischen Grundsatz ein: suum cuique, jedem das Seine! Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig, und gerade weil das Gesetz in dieser Beziehung gegen die elementarsten Grundsätze der Gerechtigkeit verstößt, deshalb wird meine Fraktion das Gesetz unter allen Umständen ablehnen.

Meine Fraktion hat aber doch den Versuch gemacht, (B) wenigstens einige Verbesserungen in den Gesetzentwurf hineinzubekommen. Diese Anträge sind auf Nr. 4386 der Drucksachen zusammengestellt.

Ich möchte nur kurz zu § 1 Abs. 3 noch einiges ausführen. Hier bestimmt ja der Gesetzentwurf, daß die **Hälfte des Ruhegehalts** (ausschließlich des Teuerungszuschlages) **ungekürzt** bleiben soll; das muß dem Ruhegehaltsempfänger unter allen Umständen verbleiben. Diese Bestimmung kann bei der jetzigen **Gestaltung des Ruhegehaltsstammes und des Teuerungszuschlags** zu ganz großen Unstimmigkeiten führen. Nehmen wir zum Beispiel einmal an: ein Beamter bezieht 50 000 Mark Ruhegehalt, und der Teuerungszuschlag beträgt zunächst 20 Prozent, so bekommt er 60 000 Mark. Hiervon wären kürzungsfähig 25 000 Mark vom Ruhegehalt und 10 000 Mark vom Teuerungszuschlag; das macht 35 000 Mark. Erhöht man den Teuerungszuschlag auf 40 %, so bekommt der Ruheständler 50 000 Mark Stamm und 20 000 Mark Teuerungszuschlag; das macht 70 000 Mark. Jetzt beträgt das kürzungsfähige Ruhegehalt 45 000 Mark, also verhältnismäßig mehr, weil der Teuerungszuschuß erhöht worden ist. Wenn nun aber einmal eine künftige Novelle einen anderen Weg einschlägt und etwa das Grundruhegehalt erhöht und den Teuerungszuschlag herabsetzt, also etwa 60 000 Mark Grundgehalt und bloß 12 000 Mark Teuerungszuschlag festsetzt, so sind nur 42 000 Mark abzugsfähig. Es kommt also ganz darauf an, wie künftige Novellen zum Besoldungsgesetz das Verhältnis zwischen Ruhegehalt und Teuerungszuschlag feststellen. Je nachdem bleibt dem Beamten von seinem Ruhegehalt ein größerer oder kleinerer Betrag. Deshalb muß meines Erachtens unter allen Umständen im § 1 statt „ausschließlich" gesagt werden: „einschließlich Teuerungszuschlag".

Zu § 8 nehmen wir den Antrag wieder auf, den die Herren vom Zentrum im Ausschuß schon gestellt hatten. Auch die Herren des Zentrums waren zunächst der Ansicht, (C) daß es wohl recht und billig wäre, wenn die **alten Beamten über 60 Jahre** unter allen Umständen in den Genuß des vollen Ruhegehalts kommen sollten, wenn sie auch schon vorher in den Ruhestand versetzt worden wären, nicht nur diejenigen Beamten, die erst nach 60 Jahren pensioniert werden. Ich glaube, es ist nur ein Akt der Gerechtigkeit, wenn wir all den Ruheständlern mit Erreichung des 60. Lebensjahres auch wirklich die Sparbeträge, die Versicherungsprämien, die sie während ihres aktiven Dienstes tatsächlich dadurch gezahlt haben, daß sie ein an sich geringes Gehalt bezogen, voll zuführen.

Wir werden versuchen, diese Verbesserungen in das Gesetz hineinzubringen. Wir lehnen aber unter allen Umständen das Gesetz ab.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Höfle.

Ich darf vielleicht die Bitte aussprechen, diese Aussprache bis 3 Uhr zu beendigen, damit wir dann wirklich zu den nach unserer Tagesordnung vorgesehenen Abstimmungen kommen können.

Dr. **Höfle**, Abgeordneter: Das gemeinsame Ziel der Beratungen im Hauptausschuß war, die **Auswüchse**, die sich ergeben haben, zu beseitigen. Daß solche Auswüchse vorhanden sind, darüber bestanden keinerlei Meinungsverschiedenheiten. Auch die Gegner des Gesetzes haben zugeben müssen, daß solche Auswüchse tatsächlich vorhanden sind. Ich habe sehr bedauert, daß auch im Unterausschuß, der zur Beratung dieser Frage gebildet worden ist, eine Verständigung zwischen den verschiedenen Parteien nicht möglich gewesen ist. Im Jahre 1912 war die Situation ganz anders. Im Jahre 1912 war der gesamte Reichstag von rechts bis links sich einig in der Frage und hat dementsprechend verlangt, daß eine ent- (D) sprechende Vorlage eingebracht werden sollte. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß damals schon führende Herren der Parteien, die heute so stark gegen das Gesetz sprechen, sich offiziell für ein solches Gesetz ausgesprochen haben.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich glaube, das wird heute bis zu einem gewissen Grade in Rechnung gestellt werden müssen.

(Zuruf rechts: Andere Zeiten!)

— Gewiß, gerade deshalb!

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Es sind andere Zeiten! Ich werde Ihnen gleich beweisen, daß das Gesetz heute viel notwendiger ist als damals.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Mit der **Stimmung der Beamtenschaft** wird vielfach operiert. Ich habe in den letzten Wochen und Monaten zahlreiche Beamtenversammlungen abgehalten. Daß die Beamtenschaft den Grundgedanken des Gesetzes ablehnt, bestreite ich mit aller Entschiedenheit.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Die Beamtenschaft erkennt die Mißstände, die da sind, an und hat gegen den Grundgedanken des Gesetzes nichts einzuwenden. Sie sieht, daß ein solches Gesetz notwendig ist.

(Widerspruch rechts.)

Es muß auch auf die **Stimmung in andern Kreisen** Rücksicht genommen werden. Gehen sie nur hinein in andere Kreise, die nicht Beamte sind; da werden Sie finden, daß man dort unter allen Umständen ein solches Gesetz verlangt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch rechts.)

— So liegen die Dinge, Herr Kollege Becker!

(Dr. Höfle, Abgeordneter.)

(A) Es wird so sehr mit den finanziellen Wirkungen des Gesetzes operiert. Ich gebe den Herren durchaus zu, daß hier große Ersparnisse nicht zu machen sind.

(Zuruf rechts: Im Gegenteil, es kostet etwas!)

Das ist auch nicht der Zweck des Gesetzes. Wenn nur einzelne Mißstände beseitigt werden sollen, kann man große Ersparnisse nicht machen. Aber es handelt sich um die moralische Auffassung in diesen Dingen, und moralisch wird das Gesetz zweifellos eine gute Wirkung haben.

Es wird davon gesprochen, daß der **Kontrollapparat** zu groß sei. Die Dinge sind im Hauptausschuß alle erörtert worden. Dort sind doch wahrhaftig genügend Erklärungen abgegeben worden, daß ein großer Kontrollapparat für das Gesetz nicht notwendig ist, daß es sehr wohl möglich ist, daß Steuerbehörden und Pensionsämter ohne große Reibungen zusammenarbeiten.

Nun gebe ich gern zu, daß das Gesetz ein verfassungänderndes ist. Aber wenn man rechts immer von **wohlerworbenen Rechten** spricht, dann bin ich erstaunt über die Logik des Herrn Vorredners. Einerseits sagt er, es handle sich um eine Lappalie, schätzt also das Ganze überhaupt nicht hoch ein, nach der anderen Seite konstruiert er den Fall der Gefährdung von Beamtenrechten. Auch die Gegner des Gesetzes waren, wie schon erwähnt, damit einverstanden, daß Auswüchse zu beseitigen seien. Das geht aber nicht anders, als daß man wohl oder übel den Weg geht, den das Gesetz beschritten hat. Aber die Dinge liegen doch etwas anders, als der Herr Vorredner sie hier dargestellt hat. Nach unserer Auffassung bedeutet das Gesetz nur die Beseitigung von Mißständen. Man darf es nicht so deuten, als ob durch die wohlerworbenen Rechte die Möglichkeit genommen wäre, Mißstände, die sich herausgebildet haben, zu beseitigen.

Dann darf ich den Herren folgendes sagen: **Voraussetzung für die Pensionierung** ist doch die **Arbeitsunfähigkeit**. (B) Nun kann der Betreffende sogar bis zu 60 000 Mark nebenbei verdienen, ohne daß ihm die Pension gekürzt wird. Wenn man den Begriff der Arbeitsunfähigkeit ganz streng nimmt, müßte die Möglichkeit des Nebenverdienstes scharf beschränkt werden.

(Große Unruhe rechts. — Gegenrufe in der Mitte und links.)

— Das ist doch selbstverständlich! Der Beamte kann doch nur dann pensioniert werden, wenn er tatsächlich nicht mehr arbeitsfähig ist. — Sie können nicht bestreiten, daß heute mehr als früher die Notwendigkeit besteht, dieses Gesetz zu schaffen, und zwar infolge des parlamentarischen Systems. Bei jedem Kabinettswechsel tritt der Fall ein, daß eine größere Zahl von Beamten auf Wartegeld gesetzt werden muß, namentlich politische Beamten, wie Minister, Staatssekretäre, Ministerialdirektoren usw. Diese Herren sind meistens noch voll arbeitsfähig. Wir halten es nicht für vereinbar mit der Finanzlage des Reiches, daß diese Kreise trotz der Einnahmen, die sie nebenbei beziehen, noch hohe Wartegelder empfangen.

(Sehr richtig! in der Mitte und links. — Unruhe und Zurufe rechts.)

— Das mag Ihnen unangenehm sein, Sie können aber diese Tatsachen nicht bestreiten. Beispiele könnte ich Ihnen massenhaft vorführen.

Auf einen **Vergleich mit den Kriegsbeschädigten** will ich mich hier nicht einlassen; aber die Kriegsbeschädigten haben auch wohlerworbene Rechte.

(Sehr richtig! links.)

Sie würden es naturgemäß nicht verstehen, wenn Bestimmungen, die für sie erlassen worden sind, nicht bei anderen Gruppen der Bevölkerung durchgeführt werden würden.

Erstaunt bin ich darüber, daß immer wieder Bezug genommen wird auf das Einkommen aus Kapital- und Grundbesitz. Im Hauptausschuß ist mehr als einmal darauf hingewiesen worden, daß diese Zusammenstellung (C) vollkommen falsch ist. Es handelt sich dabei doch nicht um ein **Arbeitseinkommen.** Genau so wenig, wie bei den aktiven Beamten die Einnahmen aus Kapital- und Grundbesitz in Betracht gezogen werden, kann hier ein solcher Zusammenhang konstruiert werden.

Ich habe den Eindruck, daß die jetzige Vorlage die Mißstände tatsächlich trifft. Vor allem ist die Grenze auf 60 000 Mark erhöht worden. Dabei darf ich Exzellenz v. Gallwitz sagen, daß danach die größte Zahl der Offiziere gar nicht mehr betroffen wird; denn ich glaube, daß der weitaus überwiegende Teil der Offiziere kein Privatarbeitseinkommen von über 60 000 Mark hat. Wenn ferner gesagt wird, ein aktiver Beamter könne sich durch schriftstellerische Tätigkeit Geld nebenbei verdienen, der pensionierte Beamte dagegen nicht, so wird ihm diese Möglichkeit ja nicht genommen. Versuchen Sie es doch einmal, auf diese Weise mehr als 60 000 Mark zu verdienen! Da müssen Sie schon sehr, sehr viel schreiben. Man soll also keine Dinge künstlich konstruieren, die in Wirklichkeit nicht vorhanden sind.

Dann darf ich darauf aufmerksam machen, daß das Gesetz auch einen **Härteparagraphen** enthält. Der § 8 gibt die Möglichkeit, besonderen Verhältnissen Rechnung zu tragen, und bei vernünftiger Anwendung ist keine Befürchtung berechtigt, daß Härten entstehen können.

Im Gesetz ist ferner die **Hälfte des Ruhegehalts** unter allen Umständen gesichert. Der Antrag Nr. 4386 Ziffer 1 der Deutschen Volkspartei will darüber hinausgehen und die Hälfte des Ruhegehalts plus Teuerungszuschlag sichern. Das halten wir für zu weit gehend. Wir sind dafür, es bei dem Antrag Nr. 4352 zu belassen.

Was nun die **zwangsweise pensionierten Beamten** angeht, so war der Abgeordnete Delius der Meinung, man müßte noch einen besonderen Paragraphen schaffen. Ich glaube, daß die Anwendung des § 8, des Härteparagraphen, genügt, um auch Härten bei diesen zwangsweise pensionierten Beamten zu vermeiden. (D) Was die Rücksicht auf ältere Beamte angeht, so gebe ich zu, daß wir im Hauptausschuß selbst der Meinung gewesen sind, ein solcher Paragraph müßte geschaffen werden, wie er nun in der Drucksache Nr. 4386 Ziffer 2 verlangt wird. Aber man muß sich einmal folgendes Beispiel vor Augen halten: Ein junger Beamter, der vielleicht mit 30, 35 Jahren auf Wartegeld gesetzt wird, bekommt mit dem sechzigsten Lebensjahr volle Pension, kommt in den Genuß des vollen Wartegelds, obwohl er jahrelang dem Reich nichts geleistet hat. Ich glaube, daß da nicht gut eine solche Bestimmung geschaffen werden kann. Wir sind dafür, es bei der Formulierung der Drucksache Nr. 4352 zu belassen.

Es wird gleich noch eine Entschließung vorgelegt werden, die die Ausdehnung des Gesetzes auch auf die **Länderbeamten** wünscht. Wir halten diese Entschließung für notwendig, weil das Gesetz nicht auf die Reichsbeamten allein beschränkt bleiben kann.

Ich kann zusammenfassend erklären, daß meine Fraktion sich auf den Boden der Ausschußvorlage stellt und dafür stimmen wird.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Steinkopf.

Steinkopf, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich möchte fragen: weshalb denn all das Geräusch? — Wenn wir uns die ganzen Verhandlungen hier ansehen, so habe ich das Gefühl, daß verschiedene der Herren Redner hier doch offenbar stark pro domo gesprochen haben.

(Unruhe rechts. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Bei Besoldungsvorlagen stimmen Sie wohl nicht mit?)

(Steinkopf, Abgeordneter.)

(A) Es gibt ja das schöne Wort von der sogenannten **Futterkrippenpolitik,** die besonders den Linksparteien und namentlich meiner Partei vorgeworfen wird. Hier haben die Rechtsparteien genügend Gelegenheit, zu zeigen, daß sie keine Futterkrippenpolitik treiben wollen. Aber wenn die Futterkrippe nun einmal beschnitten werden soll, und zwar so wie es dem Volksempfinden und dem gesunden Empfinden der breiten Massen der Beamten entspricht, haben Sie selbstverständlich sofort Einwendungen zu erheben. Es wurde gesagt: ja früher, als wir das angeregt haben, war eine andere Zeit. Natürlich, damals bestand das Kaiserreich, jetzt ist die Republik da, und man will dieser gern etwas am Zeuge flicken und schreit: die Republik will den Beamten die wohlerworbenen Rechte rauben. Das ist ja alles törichtes Gerede. Die Republik denkt gar nicht daran. Das Kaiserreich wollte das Gesetz schon viel früher einführen.

Aber es wäre ja auch wunderbar gewesen, wenn die **Rechtsparteien** hier nicht die Gelegenheit benutzt hätten, um ein wenig Agitation zu treiben und aus dieser Vorlage **Agitationsstoff** herauszuziehen. Die Entrüstung, die hier herausgestellt wird, ist ja, wie schon der Herr Kollege Höfle sagte, gar nicht vorhanden. Auch ich habe vor sehr vielen Beamtenversammlungen, vor Tausenden von Beamten darüber gesprochen; sie waren durchaus mit dem Gedanken des Gesetzes einverstanden.

Wer soll denn eigentlich getroffen werden? Die breite Masse der Beamtenschaft hat gar kein Interesse an dem Gesetz. Die meisten werden ja gar nicht betroffen. Sie können neben ihrer Pension zunächst einmal 60 000 Mark Arbeitsverdienst haben. Und dieser Betrag wird mit der Erhöhung der Gehälter und Pensionen entsprechend heraufgesetzt. Ich möchte mal die Beamten in den unteren, mittleren und auch höheren Gruppen zählen, die neben ihre Pension 60 000 Mark Arbeitsverdienst haben!

(B) Das sind nur ganz wenige. Allerdings, wenn ein General Ludendorff in der Northcliff-Presse für englische Pfunde seine literarischen Erzeugnisse losläßt, ist es schon möglich, das er über 60 000 Mark Arbeitsverdienst kommt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Da ist es dann auch recht und billig, wenn er in seiner Pension beschnitten wird.

Dann kommt man mit den angeblichen **Angriffen auf das Berufsbeamtentum.** Ich freue mich, wenn das von seiten der Deutschen Volkspartei gesagt wird. Es trifft ja nicht nur meine Partei, sondern auch die Parteien, die mit uns das Gesetz machen. Der Vorwurf ist eine unhaltbare Phrase, mit der gehetzt wird. Ich möchte doch ein Beispiel dafür bringen, was für eigenartige Blüten diese Hetze mit den Worten „Berufsbeamtentum" und „wohlerworbene Rechte" zeitigt. Ich habe hier eine Beamtenzeitschrift. Da wird von dem Berufsbeamtentum gesprochen in Verbindung mit einem **Reichsgerichtsurteil,** und darin finden sich folgende Sätze, die geradezu typisch sind für den Geist, der jetzt absichtlich von verschiedenen Stellen in die Beamtenschaft hineingetragen wird. Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten darf ich die Sätze verlesen:

> Das Reichsgericht verkennt den Wert des Beamtentums und den Wert geistiger Arbeit überhaupt, wenn es die Frage nur vom materiellen Standpunkt aus behandelt.

— Es ist da ein bestimmter Fall zu Debatte gestellt, und es heißt dann weiter:

> Damit ist der Staatswille ethischer Wille, und das höchste Gesetz ist das ungeschriebene ewige Sittengesetz. Gegen dieses Sittengesetz verstößt aber der Staat, wenn er den Beamten, dem er die lebenslängliche Anstellung versprochen hat, vorzeitig aus dem Amte entfernt, gleichgültig, ob er ihm das Gehalt bis zum Tode weiter zahlt (C) oder nicht.

Weiter sagt der Verfasser:

> Ein Staat, der so handelt, ist auf dem Wege zur Aufhebung des Berufsbeamtentums und leugnet seine eigene Daseinsberechtigung; und ein Staat, dessen Bürger das zulassen, verdient unterzugehen.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Sehr richtig!)

— Ich stelle fest, daß der Herr Kollege Morath ruft: „Sehr richtig!" — Etwas derartiges schreibt ein deutscher Beamter über das deutsche Volk, nachdem die Republik alles aufgeboten hat, um für die Beamten zu tun, was nur getan werden kann.

Es heißt weiter:

> Es ist ein betrübendes Zeichen der Zeit, daß der höchste deutsche Gerichtshof das preußische Altersgrenzengesetz für gültig erklären konnte. Er hat damit selbst die Art an die Wurzel des deutschen Lebensbaumes gelegt.

Ich überlasse diese Sätze dem Urteil des hohen Hauses und bin sicher, daß das Urteil nicht günstig ausfallen wird. Wer will denn überhaupt dem Berufsbeamtentum ans Leben? — Sie nicht, und wir auch nicht.

(Zurufe rechts.)

Es ist bezeichnend, daß eine sachliche Diskussion hierüber gar nicht mehr möglich ist. Wenn jemand in einer Beamtenversammlung sagt: „das Berufsbeamtentum ist gefährdet", ohne auch nur einen Beweis dafür zu erbringen, dann wird ihm zugestimmt. Sagt aber ein anderer das Gegenteil, wie es der Wahrheit entspricht, dann entsteht sofort lebhafter Widerspruch. Soweit ist die Verhetzung gediehen. Es wird Zeit, daß ihr ein Ziel gesetzt wird.

Noch eins. Sie auf der Rechten halten es für unzulässig, den pensionierten Beamten, die neben ihrer Pension noch ein hohes Arbeitseinkommen von über (D) 60 000 Mark haben, Abzüge zu machen; aber Sie sind damit vollkommen einverstanden, daß einem **Unfallrentner,** wenn er noch etwas verdient, sofort die Rente gekürzt wird. Ich möchte daran erinnern, daß der Herr Kollege Moldenhauer von der Deutschen Volkspartei heute morgen im Sozialpolitischen Ausschuß sich dagegen wandte, daß einem Unfallrentner das Arbeitseinkommen neben der Unfallrente gelassen wird.

(Hört! Hört! links.)

Er hat verlangt, daß die Unfallrente neben einem auch noch so geringen Arbeitsverdienst gekürzt wird, auch wenn sie nur zum Teil bewilligt worden ist. Etwas Schöneres kann es gar nicht geben als diese Gegenüberstellung.

Dieses Gesetz ist ein sehr gutes und vernünftiges Gesetz, und wir hoffen von der Regierung, daß es ihr durch Verhandlungen bald gelingen wird, auch die Länder und Gemeinden zur Einführung dieses Gesetzes zu veranlassen.

Noch ein Wort zu dem **Antrage des Herrn Kollegen Becker** (Hessen), der in § 1 Abs. 3 statt „ausschließlich" setzen will „einschließlich", so daß es dann also heißen würde: „Die Hälfte des Ruhegehalts einschließlich des Teuerungszuschlags muß jedoch dem Ruhegehaltsempfänger verbleiben." Wissen Sie, meine Herren, wie ich den Antrag auffasse? — Folgendermaßen. Die Herren sagen sich: es hilft nichts mehr, das Gesetz wird angenommen, und Sie sind bereit, einen Teil der hohen Pensionen schießen zu lassen. Um aber noch zu retten, was zu retten ist, stellen Sie den Antrag. Damit dokumentieren Sie, daß Sie sich mit der Rechtmäßigkeit des Gedankens im Gesetz vollkommen abgefunden haben.

(Zurufe von der Deutschen Volkspartei.)

— Nun das hohe Haus wird anders denken als Sie und wird dem Gesetz hoffentlich seine Zustimmung geben.

(Steinkopf, Abgeordneter.)

(A) Ich erkläre im Namen meiner Freunde, daß wir nicht daran denken, Ihren Antrag anzunehmen, sondern daß wir das Gesetz so annehmen, wie es vom Ausschuß vorgeschlagen worden ist.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Geck (Offenburg).

Geck (Offenburg), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Unabhängige Sozialdemokratie wird diesem Gesetz ihre Zustimmung geben. Das Gesetz geht uns nicht weit genug; aber unsere Anträge sind in der Kommission abgelehnt worden. Wir waren dafür, daß man ruhig den Betrag von 10 000 Mark, der ursprünglich in der Vorlage stand, lassen solle, und wir waren auch nicht für die Beschränkung auf das Einkommen „aus gewinnbringender Beschäftigung", sondern wollten auch das Einkommen aus Kapitalrenten und ähnliches Einkommen mit einbeziehen. Diejenigen, die das abgelehnt haben, sind hier auf der rechten Seite des Hauses zu finden.

Wir brauchen die **Entrüstung des Beamtentums** nicht zu fürchten. Wie hat man denn den Beamtenstand heute hingestellt? Beim vorigen Gegenstand der Tagesordnung hat es auf der rechten Seite des Hauses geheißen: Was ist denn heute der Beamte noch? Man hat ihm jetzt die Titel genommen, die Orden, die Ehrenzeichen, die Litzen, die Mützen, — alles kann er nicht mehr haben. O welche Lust, heute in Deutschland ein Beamter zu sein! Ist das nicht eine Beleidigung für die deutschen Beamten? Und wenn sich nach dieser Auffassung Beamte in Deutschland finden, dann werden wir auf eine schöne Republik rechnen können.

Auf der andern Seite heißt es hier: Im Effekt kommen ja nur einige Tausend Mark heraus, die der, (B) der über 60 000 Mark zu versteuern hat, bezahlen muß. Die wenigen Tausend Mark zu bezahlen scheut sich der deutsche Beamte nach Ihrer Auffassung (nach rechts). Auch damit haben Sie ihm kein gutes Zeugnis vor der Welt ausgestellt. Wir verlangen aus Grundsätzen der Gerechtigkeit, daß dieses Gesetz durchgeführt wird. Wir verweisen auf die **Arbeiterschaft,** darauf, daß die Berufsgenossenschaften der ländlichen und der gewerblichen Arbeiter beim Ausmaß ihrer Renten um die Hälfte ihres Einkommens gekürzt worden sind. Wir könnten uns vor der Arbeiterschaft nicht sehen lassen, wenn wir dieses Gesetz ablehnen würden. Als ich heute in das Haus ging, sah ich auf den Straßen Berlins die **Kriegsinvaliden** sitzen, Bettler, die man auf die Straße setzt, die von morgens bis abends Musik machen und singen und heulen, um ihre paar Groschen zu verdienen. Und jetzt, wo wir denjenigen Beamten, die neben ihrer Pension noch ein solch hohes Nebeneinkommen haben, etwas davon zugunsten der Allgemeinheit abnehmen wollen, sagen Sie: das ist unmöglich, das dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Nein, die **wohlerworbenen Rechte,** die Sie den Arbeitern genommen haben, die wären zu beklagen; den Beamten sind keine genommen, die Beamten haben meist in ihrem Staatsdienst als Juristen, als Techniker, sich Fertigkeiten und Kenntnisse angeeignet, die sie dann nach der Pensionierung benutzen, um einen privaten Beruf auszuüben und Hunderttausende im Jahre als Juristen oder Ratgeber in den Fabriken usw. zu verdienen. Und wenn Sie sagen, meine Herren, die Zahl sei noch sehr klein, so lassen Sie es einmal darauf ankommen, wie es in der Praxis werden wird. Es ist ein guter Anfang damit gemacht, und wenn wir vom Reiche aus diesen Anfang gemacht haben, werden auch die Bundesstaaten und Gemeinden nachkommen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Deswegen werden wir das Gesetz annehmen, und die Be- (C) amtenschaft wird nichts dagegen einzuwenden haben.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Damit ist die Debatte über § 1 geschlossen.

(Unruhe.)

— Ich bitte um Ruhe!

Wir kommen zur Abstimmung.

Zum § 1 liegt der Antrag Dr. Becker (Hessen) auf Drucksache 4386 vor, in der vorletzten Zeile des Abs. 3 das Wort „ausschließlich" zu ersetzen durch „einschließlich".

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem zustimmen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Abänderung ist abgelehnt, der § 1 in der Fassung des Ausschusses genehmigt.

Zu § 1 liegt noch die handschriftliche Entschließung Delius, Dr. Külz, Dr. Pachnicke vor:

> Die Reichsregierung zu ersuchen, ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Gesetzes mitzuteilen, wie hoch sich die Gesamtsumme der Abzüge gestaltet hat und welche Ausgaben für Beamtenkräfte zur Durchführung des Gesetzes notwendig waren.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dieser Entschließung zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

§ 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7 in der Fassung des Ausschusses (Drucksache 4352). — Angenommen.

Zu § 8 liegt der Abänderungsantrag Dr. Becker (Hessen) vor, zu sagen:

> Dieses Gesetz gilt nicht für Personen, die das (D) 60. Lebensjahr vollendet haben.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt. Damit darf ich den § 8 in der Ausschußfassung für angenommen erklären.

Ich rufe auf §§ 9, — 10, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Ich eröffne die Debatte über die Petitionen — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Es ist auch hier empfohlen, gleich in die

dritte Beratung

einzutreten. —

Ich eröffne in ihr die allgemeine Aussprache — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

In der besonderen Beratung rufe ich auf §§ 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Der Ausschuß schlägt vor, die Petitionen durch die Beschlußfassung über den Gesetzentwurf für erledigt zu erklären. — Das Haus ist damit einverstanden.

Wir kommen nunmehr zu den Gesamtabstimmungen, und zwar zunächst zur Gesamtabstimmung über dieses Gesetz. Es ist von den Herren Abgeordneten Brüninghaus und Müller (Franken) der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt worden.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, einen Stimmzettel mit Ja und diejenigen, welche ihn ablehnen wollen, einen Stimmzettel mit Nein abzugeben. — Ich bitte die Schriftführer, die Stimmzettel einzusammeln.

(Geschieht.)

(Präsident.)

(A) Diejenigen Damen und Herren, die noch nicht abgestimmt haben, bitte ich, ihre Karte hier abzugeben.

(Geschieht. — Pause.)

Die Abstimmung ist geschlossen.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Das vorläufige*) Resultat der Abstimmung ist folgendes: Es sind abgegeben 327 Karten. Es haben gestimmt 217 mit Ja, 109 mit Nein, 1 Enthaltung. Es sind im Hause 469 Abgeordnete; 313 Herren und Damen müßten anwesend sein. Es haben 327 gestimmt; es sind also mehr als zwei Drittel der Abgeordneten anwesend. Von diesen 327 betragen zwei Drittel 218. Mit Ja sind abgegeben 217 Stimmen. Da die Frage, ob das Gesetz ein verfassungänderndes ist, noch nicht entschieden ist, stelle ich fest, daß das Gesetz mit einfacher, aber noch nicht mit der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit angenommen ist.

Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zur **Gesamtabstimmung über das Gesetz über Verwendung von Wartegeldempfängern**, die wir zurückgestellt hatten.

(Unruhe.)

— Meine Herren, ich bitte doch um Ruhe. — Hierzu ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung nicht gestellt. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf die Zustimmung geben wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; auch dieses Gesetz ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zum 3. Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen (Nr. 4335 der Drucksachen).

(B) Vom Herrn Abgeordneten Marx wird beantragt, diesen Gesetzentwurf dem Rechtsausschuß zur Vorberatung zu überweisen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Wir kommen zum 4. Gegenstand der Tagesordnung, zur

Abstimmung über die bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsplans für 1922 zurückgestellten Titel, Entschließungen und Anträge; ferner mündliche Berichte des Haushaltsausschusses über zurückverwiesene Anträge usw. (Nr. 4375, 4376, 4377 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordnete D. Dr. Schreiber, Ersing, Hoch.

Meine Damen und Herren! Ich mache darauf aufmerksam, daß für die nun beginnenden Abstimmungen noch ein Antrag auf namentliche Abstimmung vorliegt. Ferner möchte ich bitten, mich doch durch Ruhe etwas zu unterstützen.

Es sind zunächst ausgesetzt eine Anzahl Abstimmungen zu Etatpositionen selbst, und ich bitte, diese zuerst vornehmen zu dürfen.

Es handelt sich im Haushalt des Reichsministeriums des Innern im Kap. 1 der einmaligen Ausgaben um den Tit. 36 auf Seite 138 des Etats. Das ist der Betrag der einmaligen Ausgaben für die Technische Nothilfe. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Titel zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Titel ist angenommen.

Dann handelt es sich um die einmaligen Ausgaben in Kap. 1 Tit. 38 für Zwecke des polizeilichen Schutzes.

*) Vergl. das endgültige Ergebnis S. 7672.

(C) Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Titel zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist ebenfalls die Mehrheit; der Titel ist angenommen.

Um eine Etatposition handelt es sich ferner beim Reichswirtschaftsministerium, und zwar bei Kap. 1 Tit. 15 der einmaligen Ausgaben, Sozialisierungskommission. Hierzu liegen zwei Anträge vor. Der Ausschuß hatte beantragt, die 516 800 Mark einzusetzen mit dem Zusatz „künftig wegfallend“. Die Herren Abgeordneten Dr. Hertz und Genossen beantragen auf Drucksache Nr. 4343, den Zusatz „künftig wegfallend“ zu streichen. Die Herren Abgeordneten Hergt und Genossen beantragen auf Drucksache Nr. 4340, den ganzen Titel zu streichen. Ich werde zunächst, den Zusatz ganz ausschaltend, darüber abstimmen lassen, wer den Titel beibehalten will, und dann gesondert über den Zusatz.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche, entgegen dem Antrage Hergt und Genossen auf Drucksache Nr. 4340, den Tit. 15 beibehalten wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Titel bleibt bestehen.

Nunmehr bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche mit den Herren Abgeordneten Dr. Hertz und Genossen die Worte „künftig wegfallend“ streichen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Streichung ist abgelehnt, mithin der Titel 15 in der Ausschußfassung angenommen.

Meine Damen und Herren! Um eine Etatsposition handelt es sich auch bei dem Antrag des Haushaltsausschusses zu Kap. 10 Tit. 1 im Haushalt des Reichsarbeitsministeriums auf Nr. 4377 der Drucksachen. Hier war in der zweiten Lesung der Antrag gestellt worden, vor der Gruppe A XIII zu sagen „Zulage an den Präsidenten 25 000 Mark“. Es handelt sich um den Präsidenten des Reichsversorgungsgerichts. (D)

(Zustimmung.)

Der Ausschuß empfiehlt, diesen Antrag abzulehnen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Ausschußantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Zulage an den Präsidenten ist abgelehnt, der Tit. 1 mithin nach der Vorlage angenommen.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über die Entschließungen, und zwar zunächst im Haushalt des Reichsministeriums des Innern über die Entschließung, die sich auf die militärische Bildungsanstalt Lichterfelde, deren Unterstellung unter die Reichsverwaltung und ihre Umwandlung in eine Aufbauschule bezieht. Es handelt sich um eine Entschließung Dr. Löwenstein, Henke und Genossen auf Nr. 4039 Ziffer 5a. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dieser Entschließung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Entschließung ist abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Abänderungsantrag auf Nr. 4039 Ziffer 2a, Dr. Löwenstein, Henke und Genossen, zu Kap. 3 Tit. 11 der fortdauernden Ausgaben im Haushalt des Reichsministeriums des Innern, nach dem das Dispositiv gestrichen und dafür gesetzt werden soll: „Für den Zugang Minderbemittelter zu den mittleren und höheren Schulen“. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

(Präsident.)

(A) Nunmehr kommen die Entschließungen des Ausschusses auf Drucksache 3870 II, und zwar zunächst die Entschließung Lit. f zu Kap. 13 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben im Haushalt des Reichsministeriums des Innern:

die Reichsregierung zu ersuchen, für das Jahr 1923 den Abbau des Zentralnachweiseamts für Kriegerverluste und Kriegergräben einschließlich Zentralstelle für Nachlaßsachen und die Kriegergräberfürsorge einzuleiten.

Wer dieser Entschließung des Ausschusses zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Zu Kap. 20 ist folgende Entschließung vom Ausschusse auf Drucksache 3870 II 1 gestellt:

die Reichsregierung zu ersuchen, bei den Ländern eine Nachprüfung der Fragen anzuregen

1. ob Regierungskommissare bei der Schutzpolizei zulässig und notwendig sind,
2. ob bei den bestehenden Regierungskommissariaten eine unparteiische Besetzung statthat,
3. in welcher Zahl die Regierungskommissare vorhanden sind,
4. welche Kosten diese Regierungskommissare dem Reiche verursachen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Nunmehr liegen noch auf den Drucksachen Nr. 4114, 4115 und 4116 drei Entschließungen von Parteien zu demselben Kapitel 20 vor. In der einen Entschließung wird eine Nachprüfung des polizeilichen Schutzes in Sachsen gefordert, in der zweiten eine Nachprüfung in Bayern, (B) und in der dritten wird verlangt, daß eine parteilose Tendenz bei dem Aufbau der Polizei vorwalten soll. Ich bringe zunächst zur Abstimmung die Entschließung Dr. Maretzky, Brüninghaus, Dr. Barth (Chemnitz), Dr. Philipp, Dr. Wunderlich, Dr. Becker (Hessen) und Genossen auf Nr. 4114:

die Reichsregierung zu ersuchen, die Auszahlung der für die Zwecke des polizeilichen Schutzes bestimmten Mittel an das Land Sachsen davon abhängig zu machen, daß dort die den Zwecken des polizeilichen Schutzes zuwiderlaufende Einrichtung politischer Kommissare bei der Polizei beseitigt und auch nicht durch eine ähnliche Einrichtung ersetzt wird.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Entschließung ist abgelehnt.

Nunmehr kommt die Entschließung Crispien und Genossen auf Nr. 4115:

die Reichsregierung aufzufordern, die bisherigen Zuschüsse für die bayerische Polizei so lange einzustellen, als einwandfrei erwiesen ist, daß reaktionäre und monarchistische Mörderzentralen nicht von ihr geduldet und nach begangenen Verbrechen solchen kein Schutz gewährt wird.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Zurückgezogen! Erledigt!)

— Diese Entschließung ist also zurückgezogen.

Dann kommt noch die Entschließung Koch (Weser), D. Dr. Schreiber, v. Guérard und Genossen auf Nr. 4116:

die Reichsregierung zu ersuchen, bei den Ländern ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Schutzpolizei jeden Landes ein von parteipolitischen (C) Tendenzen freies, mit keinerlei überflüssigen Kosten und Einrichtungen belastetes Instrument ist, das in voller Unparteilichkeit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung dient.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

(Große Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zu den Entschließungen zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

Zunächst liegt auf Nr. 4181 unter II c zu Kap. 2 Tit. 15 der fortdauernden Ausgaben die Entschließung des Ausschusses vor:

die Reichsregierung zu ersuchen:

zur Ergänzung der vom Reichsarbeitsministerium aufgestellten „Richtlinien über die Unterstützung notleidender Kleinrentner“ Vertreter des Reichstags und der großen zentral organisierten Wohlfahrtsverbände zuzuziehen,

dem Reichstag eine Denkschrift vorzulegen, in der die Hilfsmaßnahmen der Länder und Gemeinden für Kleinrentner zusammengestellt sind, ebenso die Erfahrungen, die bei Durchführung dieser Hilfsmaßnahmen gemacht wurden,

auf Grund der Denkschrift dem Reichstag Bericht zu erstatten, ob und wie eine gesetzliche Regelung der Versorgung von Kleinrentnern, soweit ihr Einkommen zur Bestreitung des notwendigen Lebensunterhalts nicht ausreicht, durchgeführt werden kann.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.) (D)

Das ist die Mehrheit

(Zurufe)

— oder sogar Einstimmigkeit; die Entschließung ist angenommen.

Weiter liegt auf Nr. 4277 zu Kap. 8 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben eine Entschließung Müller (Franken) und Genossen vor, die sich gegen die Bevorzugung von Mutterhausschwestern bei der Einstellung von Pflegepersonal wendet.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; diese Entschließung ist abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zum Haushalt des Reichsjustizministeriums. Dazu liegt auf Nr. 3624 eine Entschließung Dr. Herzfeld und Genossen vor, die aber noch der Unterstützung bedarf. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diese Entschließung, die sich auf die Ausweisung der angeblichen Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato bezieht, unterstützen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Hier ist nichts zu verstehen!)

— Ich habe die Unterstützungsfrage zu der Entschließung gestellt, die Ihnen zum Haushalt des Reichsjustizministeriums gedruckt unterbreitet ist, die sich auf die Auslieferung der angeblichen Mörder des Ministerpräsidenten Dato bezieht; sie liegt auf jedem Platze. — Die Unterstützung reicht aus.

Nunmehr bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche dieser Entschließung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

(Präsident.)

Wir kommen dann zu den sehr zahlreichen Entschließungen, die zum Haushalt des **Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft** vorliegen, zunächst zu denen des Ausschusses auf Nr. 4284 unter IIa:

die Reichsregierung wolle durch den Reichstag ein Gesetz beschließen lassen, wonach in Zukunft Verkäufe von Grund und Boden (Ländereien) an Ausländer von 1/4 Hektar Größe an — und nicht erst von 5 Hektar an, wie bisher — der Genehmigung der Regierung bedürfen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

(Rufe rechts: Einstimmig!)

Wir kommen zur Entschließung unter IIb:

die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Förderung der Tierzucht, namentlich der Milchviehzucht, durch Veranstaltung von Tierschauen, verbunden mit Auktionen, unter Zuwendung von Prämien nachdrücklichst hinzuwirken.

Wünscht jemand gegen diese Entschließung zu stimmen?

(Wird verneint.)

Das ist nicht der Fall.

II c:

die Reichsregierung wolle Mittel bereitstellen, um durch Schaffung von Musteranlagen für Treib-, Früh- und intensivsten Feldgemüsebau sowie durch Errichtung von Gemüsebauschulen die technischen und wirtschaftlichen Leistungen des Berufsstandes zu fördern sowie einen tüchtigen gemüsegärtnerischen Nachwuchs heranzubilden.

Wünscht jemand gegen diese Entschließung zu stimmen?

(Wird verneint.)

II d:

die Reichsregierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die von den Ländern unterhaltenen landwirtschaftlichen Buchstellen mehr als bisher auch für die kleinere Landwirtschaft benutzbar gemacht werden können.

Wünscht jemand dagegen zu stimmen?

(Wird verneint.)

Das ist nicht der Fall.

Die Entschließung unter e ist durch einen bereits früher beim Haushalt der Reichsarbeitsministeriums angenommenen handschriftlichen Antrag Hoch erledigt:

Der Reichstag wolle beschließen,
die Reichsregierung wolle erwägen, das ländliche Pacht- und Siedlungswesen dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft zu überweisen.

Die Entschließung unter f bezieht sich auf die fachtechnische Vorbildung der Beamten im Ernährungsministerium. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung, die ja umstritten war, zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; sie ist angenommen.

Nunmehr kommt die Entschließung des Ausschusses unter g, die sich auf die Ausfuhr von Gemüsekonserven bezieht. Dazu war auf Nr. 4336 ein Zusatzantrag Müller (Franken) und Dr. Hertz gestellt, der zurückgezogen ist; es bleibt also nur die Entschließung des Ausschusses.

Ich nehme an, daß sie nunmehr einstimmig angenommen ist.

(Zustimmung.)

Wir kommen nunmehr zu der Entschließung unter h:

die Reichsregierung zu ersuchen, zu dem Zwecke einer ausgiebigeren Versorgung der Bevölkerung mit Seefischen für eine ausreichende Belieferung der Fischdampfer mit deutscher Kohle zu sorgen. Eine Ausfuhr von Seefischen soll nur insofern gestattet werden, als der deutsche Markt Absatzmöglichkeiten dafür nicht bietet.

Wünscht jemand gegen diese Resolution zu stimmen? — Das ist nicht der Fall; sie ist angenommen.

Nun, meine Damen und Herren, kommen die zahlreichen Entschließungen über die **Getreideumlage**. Da handelt es sich erstens um einen Antrag Heydemann auf Nr. 4333, der noch der Unterstützung bedarf, zweitens um einen Antrag Hergt auf Nr. 4326, der genügend unterstützt ist, drittens um einen Antrag Müller (Franken) und Genossen auf Drucksache 4307, zu dem wieder Abänderungsanträge von Dr. Hertz und Genossen auf Drucksache 4337 vorliegen, und schließlich um die Ausschußanträge auf Drucksache 4284 II i bis l zu demselben Gegenstand, und zwar meistens über drei verschiedene Gebiete: erstens Getreide, zweitens Kartoffeln, drittens Zucker.

Meine Damen und Herren! Ich möchte in der Weise abstimmen lassen, wie ich es bereits aufgeführt habe, nämlich zuerst über den Antrag Heydemann, der mir als der weitestgehende erscheint, dann über den Antrag Hergt, im Falle der Ablehnung über den Antrag Müller (Franken) — vorher natürlich über den Abänderungsantrag dazu — und schließlich, wenn es dann noch notwendig sein sollte, über die Anträge des Ausschusses. — Ist das Haus damit einverstanden?

(Zustimmung.)

Zu der zweiten Abstimmung — über den Antrag Hergt — war **namentliche** Abstimmung beantragt. Der Antrag wird auch aufrechterhalten.

Meine Damen und Herren! Ich bitte zunächst diejenigen, welche den Antrag Heydemann zu dieser Frage unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht nicht aus; der Antrag scheidet also aus der Abstimmung aus.

Wir kommen zur Abstimmung über die Entschließung Hergt auf Nr. 4326. Diejenigen, welche diesem Antrag zustimmen wollen, bitte ich, eine Karte mit Ja, diejenigen, die ihn ablehnen wollen, eine Karte mit Nein abzugeben.

Ich bitte die Schriftführer, die Karten einzusammeln.

(Geschieht.)

Die Abstimmung ist geschlossen. — Es sind aber noch weitere namentliche Abstimmungen beantragt! —

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Das **vorläufige***) Resultat der Abstimmung ist folgendes: Es sind 328 Karten abgegeben, davon 207 mit Ja, 119 mit Nein, 2 Enthaltungen. Der Antrag Hergt ist also angenommen.

(Große Unruhe und Rufe: Unmöglich! — Heiterkeit auf der Rechten. — Glocke.)

— Es sind einige Zahlen in falsche Rubriken geschrieben.

(Große Heiterkeit.)

Das Resultat wird noch einmal festgestellt.

(Geschieht. — Pause.)

— Meine Damen und Herren! Der Irrtum ist korrigiert worden. Es sind 328 Karten abgegeben worden, davon 136 mit Ja, 190 mit Nein und 2 Enthaltungen.

(Lachen bei der Mehrheit.)

Wir kommen zur Abstimmung über die Abänderungsanträge Dr. Hertz auf Nr. 4337 der Drucksachen zu den Anträgen Müller (Franken) auf Nr. 4307 der Drucksachen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesen Abänderungsanträgen zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Abänderungsanträge sind abgelehnt.

---

*) Vergl. das **endgültige** Ergebnis S. 7672.

(Präsident.)

(A) Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Anträge Müller (Franken) selbst. Ich nehme an, daß ich über Ziffer 1, 2 und 3 gemeinsam abstimmen lassen kann.

(Zustimmung.)

Diese Abstimmung ist nach dem Antrage v. Guérard und Fraktion eine namentliche. — Es ist aber noch nicht die letzte namentliche Abstimmung, die wir heute vorzunehmen haben! —

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage zustimmen wollen, eine Karte mit Ja, die ihn ablehnen wollen, eine Karte mit Nein abzugeben.

(Die Karten werden eingesammelt. — Pause.)

Die Abstimmung ist geschlossen.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Das vorläufige*) Resultat der Abstimmung ist folgendes: Es sind abgegeben 328 Karten, davon 137 mit Ja, 191 mit Nein. Die Anträge Müller (Franken) sind also abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Entschließung des Ausschusses auf Drucksache 4284 II i zu diesem Gegenstand, und zwar soll auch diese Abstimmung eine namentliche sein.

Ich bitte zunächst diejenigen Damen und Herren, welche die Ausschußentschließung unter i annehmen wollen, eine Karte mit Ja, diejenigen, welche sie ablehnen wollen, eine Karte mit Nein abzugeben.

(Die Karten werden eingesammelt. — Pause.)

Die Abstimmung ist geschlossen.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Das vorläufige*) Resultat der Abstimmung ist folgendes: Es sind 328 Karten abgegeben, davon 79 mit Ja, 246 mit Nein, 3 Enthaltungen. Die Ausschußentschließung unter Nr. 4284 II i ist also abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über k, — das (B) ist die Kartoffelversorgung. Hier liegt ein Antrag auf namentliche Abstimmung nicht vor. Ich bitte also diejenigen Damen und Herren, welche dem Ausschußantrag zu k zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Wir kommen jetzt zu l, der Zuckerbewirtschaftung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Nunmehr haben wir abzustimmen über eine Entschließung Hergt, Dr. Becker (Hessen), Liese und Genossen auf Drucksachen 4314, die die Übertragung des Veterinärwesens aus dem Ministerium des Innern an das Ernährungsministerium anregt. Die Entschließung ist, soweit sie sich auf das ländliche Siedlungswesen bezieht, durch die Annahme der Entschließung Hoch beim Haushalt des Reichsarbeitsministeriums bereits erledigt, so daß die Entschließung jetzt auf das Veterinärwesen beschränkt ist. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die ihr in dieser Fassung zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Entschließung ist abgelehnt.

Wir kommen zum Haushalt des Reichspostministeriums. Hierzu liegen zwei Entschließungen auf Drucksachen 4240 und 4263 vor, die sich auf Eingruppierung von Beamten beziehen. Mir ist dazu ein Antrag mehrerer Parteien unterbreitet worden, diese Entschließungen noch einmal dem 23. (Beamten-) Ausschuß zur Vorprüfung zu überweisen. — Das Haus ist damit einverstanden.

*) Vergl. das endgültige Ergebnis S. 7672.

Wir kommen nunmehr zur letzten der Entschließungen, (C) eingebracht von den Abgeordneten Morath, Allekotte, Bruhn, Schuldt (Steglitz) auf Drucksache 4276, die sich auf die nichtbeamteten Hilfskräfte im Postbetrieb bezieht. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dieser Entschließung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; sie ist angenommen.

(Widerspruch links.)

— Meine Herren! Hier sind 4 Blocks (nach rechts) und hier (nach links) sind 3 Blocks; sie waren annähernd gleich besetzt.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Der eine Block hat nicht geschlossen gestimmt!)

— Das Bureau ist einig, daß es die Mehrheit war.

Meine Damen und Herren! Da wir einmal in den Abstimmungen sind, wollte ich den Antrag stellen, daß auch die zurückgestellte

Gesamtabstimmung über das Gesetz zur Versorgung der infolge des Ultimatums vom 5. Mai entlassenen Soldaten

(Nr. 3531, 3902 der Drucksachen)

miterledigt wird. Ich höre eben, es soll dagegen Widerspruch erhoben werden.

(Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Die Sache ist folgende. Wir haben das Gesetz in zweiter und dritter Lesung erledigt. Wir haben die Gesamtabstimmung damals ausgesetzt, weil das Haus nicht stark genug besetzt war. Ich wollte deshalb die Gelegenheit wahrnehmen, nur diese Gesamtabstimmung — an ihrem Ergebnis kann sowieso wahrscheinlich nichts geändert werden — heute vorzunehmen. Wenn Sie aber Widerspruch erheben, kann es nicht geschehen.

(Zuruf: Er wird zurückgezogen!)

(D) — So, der Widerspruch wird zurückgezogen. Dann bitte ich diejenigen Damen und Herren, die dem Gesetzentwurf in der Gesamtabstimmung zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Nun, meine Damen und Herren, bin ich von den Herren Hergt und Fraktion und Dr. Becker (Hessen) und Fraktion ersucht worden, nachzuholen, daß ich bei der Abstimmung über das

Gesetz über Verwendung von Wartegeldempfängern

nicht konstatiert habe, daß die verfassungsmäßige Mehrheit anwesend war. Diese Tatsache ist richtig. Ich hätte konstatieren können, daß zwei Drittel des Reichstags versammelt sind, hätte aber nach der kurz zuvor stattgefundenen namentlichen Abstimmung, die mit einer Stimme entschieden wurde, bei einer nichtnamentlichen Abstimmung natürlich nicht konstatieren können, daß zwei Drittel der Anwesenden dafür gestimmt haben, um so mehr als eine Enthaltung bei der ersten Abstimmung vorhanden war, und ich nicht wissen konnte, in welchem Sinne diese Stimme bei der zweiten abgegeben wurde. Die Konstatierung ist also nicht erfolgt. Das weitere muß sich im verfassungsmäßigen Verfolg der Angelegenheit ergeben. Wahrscheinlich werden wir zu einem späteren Zeitpunkt eine zweite Abstimmung darüber vornehmen müssen.

Nun, meine Damen und Herren, hatten wir hiermit verbunden den **mündlichen Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt über die Fahrpreisermäßigung zu kulturellen Zwecken.** Ich frage zunächst den Berichterstatter Herrn D. Dr. Schreiber, ob er den Bericht noch ergänzen will. — Das scheint nicht der Fall zu sein.

(Präsident.)
Dann bitte ich diejenigen, welche den Ausschußanträgen, die auf Drucksache 4375 abgedruckt sind, und die die Regierung um die Erwägung der Fahrpreisermäßigung ersuchen, zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

Das Wort zur Abstimmung hat der Herr Abgeordnete Dr. Löwenstein.

Dr. **Löwenstein**, Abgeordneter: Ich bitte, über den Antrag, der sich mit der Fahrpreisermäßigung für den Religionsunterricht beschäftigt, gesondert abstimmen zu lassen.

Präsident: Es wird also eine gesonderte Abstimmung gewünscht. Ich werde demnach zunächst nur über alle Fahrpreisermäßigungen abstimmen lassen, soweit sie den Religionsunterricht nicht betreffen; die Abstimmung über die Fahrpreisermäßigung beim Religionsunterricht usw. wird dann gesondert erfolgen.

Ich bitte also diejenigen Damen und Herren, welche für den eben bezeichneten ersten Teil der Fahrpreisermäßigungen stimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist, wie ich sehe, einstimmig angenommen.

Nunmehr bitte ich diejenigen, die dem Antrage unter II Ziffer 1, der die Fahrpreisermäßigung für Religionsunterricht und dergleichen betrifft, zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist auch angenommen.

Ebenfalls hatten wir verbunden den mündlichen Bericht des Reichshaushaltsausschusses über eine Entschließung zum Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds, abgedruckt auf Drucksache Nr. 4376, die die Berechnung der Dienstzeit für die Wehrmachtsangehörigen beim Grenzschutz betrifft.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung des Ausschusses zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit. —

(Lebhafter Widerspruch links.)

— Dann bitte ich um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

— Das Bureau ist verschiedener Meinung, welches die Mehrheit war; wir müssen auszählen. Ich bitte diejenigen, welche dem Ausschußantrage auf Drucksache Nr. 4376 zustimmen wollen, den Saal durch die Ja-Tür, die, welche ihn ablehnen wollen, den Saal durch die Nein-Tür zu betreten. Ich bitte, den Saal zu verlassen.

(Geschieht.)

Die Türen des Saales mit Ausnahme der beiden Abstimmungstüren sind zu schließen.

(Geschieht.)

Die Zählung beginnt.

(Geschieht.)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Türen sind wieder zu öffnen.

(Geschieht.)

Ich bitte, auf dem Bureau abzustimmen.

Schriftführerin Abgeordnete **Teusch:** Ja!

Schriftführer Abgeordneter **Heile:** Nein!

Schriftführer Abgeordneter **Schmidt** (Sachsen): Nein!

Schriftführer Abgeordneter **Fischer** (Berlin): Nein!

Präsident: Nein!

(Pause.)

Es haben gestimmt 146 Abgeordnete mit Nein, 156 mit Ja;

(bravo! rechts)

der Antrag des Ausschusses ist angenommen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung, zur

dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922 (Nr. 3405, 3883, 4193 der Drucksachen).

Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung auf Nr. 4374 der Drucksachen,

von dem ich nach den Abreden, die unter den Parteien getroffen worden sind, annehmen darf, daß er in kurzer Zeit erledigt werden kann.

Ich eröffne die dritte Beratung über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922, und zwar zunächst die allgemeine Aussprache.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Koenen.

Koenen, Abgeordneter: Werte Versammlung! Das deutsche Parlament will den ganzen Reichshaushaltsplan in einem einzigen Nachmittag in dritter Lesung erledigen. Als sich der deutsche Parlamentarismus noch in seiner Entwicklung befand, hat er es nicht gewagt, sich solche Blamagen zuzuziehen,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

hat er wenigstens den Schein zu wahren gesucht, daß über die wichtigsten Dinge, nämlich die Festlegung der Wirtschaft des Reiches für ein ganzes Jahr, ernsthaft gesprochen wird.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich muß aber um etwas mehr Ruhe bitten, sonst verzögern wir die Verhandlungen.

Koenen, Abgeordneter: Der deutsche Parlamentarismus ist nach drei Jahren Republik langsam auf den Hund gekommen.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wir sehen, daß auch die Regierung es nicht einmal für notwendig hält, in dieser entscheidenden Stunde, wo wir um einen vielfachen Milliardenetat die letzte Entscheidung zu fällen haben, ein Wort zur Rechtfertigung ihrer Politik und zur Begründung der Riesenausgaben zu sagen.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Keine der Parteien nimmt dazu irgendwie sachlich oder politisch Stellung, während früher die Entscheidungen über den Etat das politische Ereignis des Jahres waren.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Keine der Parteien nimmt auch dagegen Stellung, daß man den Etat einer Regierung bewilligt, von der man nicht weiß, ob sie übermorgen noch besteht.

(Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

Die Regierungskrise, die wir in den letzten Tagen erlebt haben, soll verschwiegen werden, soll vertuscht werden, und dieses Parlament ist niedrig genug, einer auf so wackligen Füßen stehenden Regierung noch Milliarden zu bewilligen. Keine der brennenden Fragen, die die Welt jetzt beschäftigen, wird erörtert, und am Ende ist sich jeder klar darüber, daß der Etat, dem man jetzt seine Zustimmung geben will, überhaupt nicht mehr stimmt.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Jede Dollarschwankung, jedes Auf und Nieder des holländischen Guldens oder des schweizer Franken wirft den ganzen Milliardenschwindeletat wieder über den Haufen, und schon übermorgen können wir damit rechnen, daß die üblichen Nachtragsetats kommen. Zahlen-

(**Koenen**, Abgeordneter.)

(A) spielereien, hinter denen nichts steht, die nicht ernst gemeint werden können! Niemand — das zeigt ja die heutige Verhandlung — nimmt diesen Etat ernst. Man ist auf dem Standpunkt angelangt, fortzuwursteln, weil man ja doch kaum noch an dem Bankerott vorbei kann.

Ebenso bankerott wie das Reich ist sein Parlament und seine Demokratie:

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

nicht mehr in breiter Öffentlichkeit, sondern hinter verschlossenen Türen werden die wichtigsten Entscheidungen und Vorbereitungen gefällt.

Das sahen wir jetzt in den letzten Tagen insbesondere bei den Differenzen, die sich zwischen Dr. Wirth und Dr. Hermes aufgetan haben. Wir stellen fest, daß dieses **Dunkelkammerduell Hermes-Wirth** wieder **auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung** durchgeführt wurde, daß sein Ausgang zu einer weiteren Schwächung der Kräfte der arbeitenden Bevölkerung führen muß.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Dr. Hermes ist in seiner Ententefreundschaft so weit gegangen, daß er erklärte, die Regierung werde alles tun, um die Ausgaben des Reichs herabzudrücken, aber dieses Herabdrücken geht immer nur auf Kosten der Arbeiter und Angestellten vor sich.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Die Abstimmungen über die Resolutionen haben das soeben deutlich gezeigt. Zulagen für Reichswehroffiziere, hohe Pensionen für hohe Beamte und Wartegelder für Admirale und Generale werden bewilligt, und die Ausgaben des Reichs werden nur dadurch eingeschränkt, daß man die Arbeiter und die Beamten weiter unterdrückt, daß man ihre Lebenslage weiter niedrig hält. Das ist die Zusage des Herrn Hermes in Paris.

Aber er ist weitergegangen. Er hat erklärt, daß, wenn durch Ersparungen oder höhere Steuereinnahmen aus

(B) den laufenden Steuern sich noch keine Balancierung des Etats ermöglichen läßt, neue Steuern gemacht werden sollen. Es steht schon heute fest, daß diese Steuern indirekte Steuern sein sollen. Man spricht zwar nicht mehr von der Summe von 60 Milliarden, weil man die Arbeiterschaft mit einer solchen Summe nicht kopfscheu machen will. Aber wir können bemerken, daß ausgerechnet die Sozialdemokraten der Anschauung von Hermes zustimmen,

(hört! hört! bei den Kommunisten)

daß man noch **neue indirekte Steuervorlagen** machen kann.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Sie haben Hermes in der Kabinettssitzung gestützt gegen den Reichskanzler Wirth, der es für nicht möglich und nicht zweckmäßig hielt, jetzt schon wieder mit neuen indirekten Steuern zu kommen.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Mit Hilfe der Sozialdemokraten wurde der Widerstand Dr. Wirths niedergerungen. — Dr. Hermes ist aber noch weiter gegangen. Er hat sogar die Zusage gegeben, daß der Notenumlauf mit dem 31. März 1922 abgestoppt werden soll, daß später ausgegebene Noten eingezogen werden sollen. Es ist ganz klar, daß diese Zusage zu den allergrößten akuten Schwierigkeiten führen muß. Der Reichskanzler hatte absolut recht, als er die Bemerkung machte, daß unter Umständen dann den Beamten einmal das Gehalt nicht ausgezahlt werden kann.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Aber was fragt Hermes, der Unterernährungsminister, danach? Ihn drängt es, auch den Bankrottminister zu machen.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Ihn drängt es vor allem, Beamte und Arbeiter zu ruinieren, wenns ihm nur gut geht.

(Zustimmung und Zuruf bei den Kommunisten: Und wenns billige Weine gibt!)

Wir sehen in jedem Falle, daß die Zusagen, die (C) Hermes gegeben hat, in jedem Punkte nur auf Kosten der Arbeiter und Angestellten durchgeführt werden. Auch die Frage der **Finanzkontrolle Deutschlands** ist so zu stellen: sollen die deutschen Unternehmungen durch Ententekapitalisten kontrolliert werden, oder will man endlich dazu übergehen, den wucherischen Kapitalismus Deutschlands unter die Kontrolle der Arbeiter und Angestellten zu stellen?

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Keine nationale Frage, eine soziale Frage steht hier vor uns: die Frage, ob Ententekapitalistenkontrolle oder **Produktionskontrolle durch deutsche Arbeiter** und Angestellte!

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Wir werden der Forderung der Finanzkontrolle der Entente die Forderung der Produktionskontrolle der deutschen Arbeiter und Angestellten entgegenstellen.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Die Arbeiter werden dann begreifen, daß hier nicht nationale Fragen, sondern soziale Machtfragen ausgekämpft werden müssen.

Herr Wirth hat aber leider, wie so oft, sich auch jetzt wieder als ein Mann von schwachem Kreuz gezeigt.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Nach Paris ist eine Rückfrage gerichtet worden, ob Hermes' Zusagen auch dann eingehalten werden müßten, wenn der Dollar einmal wieder unerhört steigt. Darauf ist mit der Bemerkung geantwortet: nun ja, wenn außerordentliche Ereignisse eintreten, wenn sozusagen Fälle höherer Gewalt vorliegen, dann müsse eben sowieso erneut verhandelt werden. Und diese nicht amtliche Zusage hat den Reichskanzler Dr. Wirth zum Umfall gebracht,

(hört! hört! bei den Kommunisten)

hat ihn dazu gebracht, ohne weiteres die ganzen Forderungen von Dr. Hermes anzunehmen, sich in die Reihe (D) derjenigen zu stellen, die neuen Steuerdruck, neue Belastung, neue Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten wollen.

Nun sind aber die Gründe, die Herr Dr. Wirth für seine bisherige Haltung hatte, durchaus nicht schlechter geworden, wenn der Reichskanzler sie im Stiche läßt. Was zum Beispiel die **Gefahren der Einstellung des Notendrucks** anbetrifft, so sagt über diese Frage die **„Baseler Nationalzeitung"** am 28. April:

> Manches deutet daraufhin, daß das deutsche Dumping bereits überwunden ist. Das Erwachen aus dem geträumten Reichtum wird noch in diesem Jahre sich vollziehen.
>
> (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)
>
> Mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit wird kein Preisabbau einsetzen, weil es dafür an sachlichen Voraussetzungen fehlt; denn die Rohstoffe und Lebensmittel aus dem Auslande werden teurer, Steuern und Herstellungskosten zugleich mit hohen Transportspesen höher, und die Arbeitslosigkeit verringert sowohl bei direkten wie bei indirekten Steuern die Einnahmen des Staates, während dessen Ausgaben unausgesetzt rapid ansteigen müssen. Er wird genötigt sein, für Unterstützungen Milliarden zu drucken, und der Notendruck kommt nicht mehr nach.

Das sind die Aussichten, die das neutrale Ausland uns eröffnet, und Dr. Hermes, der Bankrottminister, erklärt doch, er stelle den Notendruck ein. Wir sind wahrhaftig keine Schwärmer für den Notendruck, aber wir wissen, daß andere Mittel angewandt werden müssen als so mechanische Dinge, wie sie Herr Hermes in Paris zugesagt hat.

Die Entente hatte zunächst auch andere Forderungen erhoben, Forderungen, die man bis zu einem gewissen

(**Koenen**, Abgeordneter.)

(A) Grade auch als proletarischer Vertreter unterstützen mußte. In ihrer Note vom 22. März fordert die Entente, daß das Kapital Deutschlands die übrigen Lasten aufbringen müsse,

(sehr gut! bei den Kommunisten)

entweder auf dem Wege der Anleihen oder der direkten Besteuerung. „Die **Reparationskommission** sei der Ansicht, daß schon das Budget für 1922 einen bedeutenden Teil der herabgesetzten Zahlungen decke und der andere Teil durch eine **Kapitalsteuer** aufgebracht werden müsse." Herr Hermes aber fährt als Beauftragter der Stinnes, Hugenberg und Helfferich nach Paris und sorgt dafür, daß keine Kapitalsteuer kommt, sondern wiederum indirekte Steuern, neue Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Die Entente hat damals weiter die Forderung aufgestellt:

> Schließlich soll bis zum 30. April ein Programm **gegen die Kapitalflucht**, ein Programm über die Kontrolle der Auslandsdevisen und ein allgemeines Programm zur Sicherstellung der Rückkehr des Gegenwerts der deutschen Ausfuhr aufgestellt werden. Der Kontrollausschuß soll mit der deutschen Regierung auch ein Verfahren festlegen, um die Kontrolle über die Ausfuhr und über den Eingang der Devisen wirkungsvoller zu gestalten.

Wir haben ja schon früher gehört, daß einer der Hauptvorwürfe der Entente darin besteht, daß die deutsche Regierung den Kapitalisten gestattet, alles auszuführen, was sie aus der deutschen Arbeitskraft herausquetschen, daß aber die deutsche Regierung nicht imstande ist, den Gegenwert, die Devisen, die für die Großlieferungen ins Ausland fällig sind, nach Deutschland hereinzu- (B) bekommen.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Die deutschen Kapitalisten lassen diese Riesenwerte auf den ausländischen Banken, betrügen das Reich um die Steuern und genießen von diesen Einnahmen ihr Schlemmerdasein herrlich und in Freuden.

„Schließlich wird von der deutschen Regierung verlangt, daß sie alle nötigen Maßnahmen ergreife, um die Rückkehr der nach dem Ausland geschafften Kapitalien zu ermöglichen.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Um in Zukunft Kapitalflucht zu verhindern und um den Eingang der schon ausgeführten Kapitalien zu ermöglichen, wird die Reparationskommission eine besondere Prüfung vornehmen."

Das sind die Forderungen, die die Entente an die deutschen Kapitalisten stellte. Hermes hat diese Möglichkeiten, die Kapitalisten anzutasten, abgewehrt. Er hat sich als ein getreuer Fridolin des deutschen Unternehmertums erwiesen.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Er hat seinen Wein gut verdient.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Wenn jetzt Herr Dr. Hermes allerlei faule Aussichten auf die Reparationskommission eröffnet, so ist es vielleicht gestattet, darauf hinzuweisen, welche Männer es sind, die von dieser Reparationskommission zugezogen worden sind, um die **internationale Anleihe**, von der doch nach Anschauung des Herrn Dr. Hermes alles Heil abhängen soll, zu begutachten. Einer dieser Gutachter ist neben dem Amerikaner Morgan bekanntlich der **Holländer Vlissingen.** Dieser Holländer, ein schwerreicher Mann, der die deutsche Industrie und den deutschen Kapitalmarkt genau kennt, ist kürzlich von der „Deutschen Bergwerkszeitung" und der „Deutschen Tageszeitung" heftig angegriffen worden. Er hat in einer Konferenz (C) mit Aufsichtsratsmitgliedern der „Phönix" in Essen allen Ernstes die Auffassung entwickelt, daß insbesondere die deutsche Industrie noch ebensoviel verdiene wie im Frieden.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Er hat die Forderung aufgestellt, daß die deutsche Industrie noch weit schwerer als bisher belastet werden müsse. Sie solle die großen Abschreibungen, die sie mache, dazu hergeben, die Reparationen zu bezahlen. Diese Pläne hat er auch der Reichsregierung vorgelegt. Die Bergwerkszeitung wußte nur nicht genau, was dem Herrn Vlissingen dort geantwortet worden ist. Wir aber wissen, daß dieser Herr der Vertreter des deutschen Kohlensyndikats in Holland ist, daß durch seine Hand also die großen Lieferungen gehen, die die großen Devisen bringen, jene Lieferungen, die die großen Gegenwerte bringen, welche nicht nach Deutschland kommen. Er ist also einer derjenigen, die am besten über die Kapitalflucht Bescheid wissen, und wenn er Forderungen aufstellt, so wird er zahlenmäßige Unterlagen dafür haben.

Dieser Mann ist jetzt in die Reparationskommission gerufen worden und soll darüber entscheiden, ob Deutschland eine internationale Anleihe bekommen soll. Herr Hermes zeigt also bei all seinen Zugeständnissen, daß er falsch spekuliert hat. Denn es ist ganz selbstverständlich, daß dieser Kapitalist, dieser Oberfinanzier, darauf bestehen muß, daß wir hier eine andere Steuerpolitik treiben als bisher. Ihnen ist bekannt, wo die Kapitalien stecken und wo sie zu erfassen sind: in den ausländischen Banken.

Der „Vorwärts" hat sich auch zu diesem Herrn Vlissingen geäußert. Er hat zustimmend bemerkt, daß Herr Vlissingen ganz genau wisse, wo die Industrie den größten Teil ihrer Gewinne verstecke,

(hört! hört! bei den Kommunisten!)

und er stellt fest, daß die tatsächlichen Reingewinne oft (D) aus steuerlichen Gründen verschwiegen werden.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Der „Vorwärts" unterstreicht, daß sich dadurch eine vaterlandslose Gesinnung des Kapitals offenbare.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Er stellt weiter fest, daß Vlissingen als Fachmann nur bestätigt, was der Grusserprozeß schon an Schaden ergeben hat. Trotz alledem ist aber die Sozialdemokratische Partei bereit, dem treuen Hermes und seinen kapitalistischen Freunden Vorschub zu leisten. Wenn der „Vorwärts" die zitierten Bemerkungen macht, so ist das eitel Heuchelei, da seine Vertreter in der Regierung ja die entgegengesetzte Politik treiben.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Die **Entente fordert** weiter, daß die Steuern in Deutschland **progressiv gesteigert** werden, insbesondere die **direkten Steuern.** Wir wissen aber auf Grund einer allerneuesten Berechnung des Dr. Kuczynski, daß zum Beispiel die deutsche Erbschaftssteuer, über die ja bei der Steuerreform gar nicht gesprochen wurde, nur ganze 700 Millionen Papiermark bringt.

(Zuruf von den Kommunisten: Sie soll ja noch abgeschwächt werden!)

Das sind jetzt etwa 10 bis 12 Millionen Goldmark. Auf der anderen Seite haben wir festzustellen, daß England mit einer viel geringeren Bevölkerungszahl eine Milliarde Goldmark an Erbschaftssteuer aufbringt, also das Hundertfache des deutschen Ertrages.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Wo bleibt nach diesen Feststellungen die bei der Etatsberatung und bei der Steuerberatung so oft gemachte stöhnende und seufzende Bemerkung der Deutschnationalen, daß in Deutschland das Kapital viel härter besteuert sei, daß die direkten Steuern in Deutschland höher seien? Um-

(Koenen, Abgeordneter.)

(A) gekehrt ist es, die direkten Steuern sind niedriger, sie betragen den hundertsten Teil der Belastung wie in England, und die indirekten Steuern, die Verbrauchssteuern sind höher als in jedem anderen Lande. Bei der Geldentwertung ist es ja auch kein Wunder, da die Steuern in Papiermark erhoben werden, daß die direkten Steuerzahler in Deutschland so hinten dran bleiben. Man hat es aber wohl verstanden, die **Geldentwertung bei den indirekten Steuern** zu berücksichtigen, indem man diese Steuern, wie die Kohlen- und Umsatzsteuer, nach Prozentsätzen erhebt. Wenn uns die Reichsregierung bei den Steuerberatungen mitteilte, daß sie statt wie bisher 5 Milliarden 10 Milliarden Kohlensteuer haben wollte, so konnte schon am 31. März festgestellt werden, daß dieser Kohlensteuerertrag infolge der gestiegenen Kohlenpreise auf 28,5 Milliarden steigen wird und daß nach den neuen Kohlenpreiserhöhungen der letzten Wochen und Monate voraussichtlich ein Ertrag von 40 Milliarden zu erwarten ist.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Auf der anderen Seite bleiben die Einnahmen aus den direkten Steuern, da sie nicht nach Prozenten berechnet werden, auf demselben tiefen Niveau.

Die Umsatzsteuer, die zuletzt auf 20 Milliarden berechnet war, wird nach den neuesten Berechnungen von Dr. Kuczynski das Doppelte bringen, sodaß also die Auswucherung ganz unerhört gestiegen ist.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Wenn bei einer solch gesteigerten Steuerauswucherung ein Minister es fertig bringt, den Ententekapitalisten Zusagen über weitere neue indirekte Steuern zu machen, so ist das eine Frivolität und Charakterlosigkeit,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

insbesondere wenn es sich um einen Minister von den Qualitäten des Herrn Dr. Hermes handelt.

Der neue Etat zeigt uns noch eine andere schändliche (B) Seite der neuen Wirtschaft, nämlich die Festlegung der **freien Wirtschaft.** Die letzten Reste der Zwangswirtschaft sind abgebaut. Die Parteien der Rechten, des Zentrums und der Demokraten haben uns immer vorzumachen versucht: Wenn wir nur erst den Freihandel haben, dann wird sich schon alles wieder zurechtlaufen. Jetzt wirtschaftet der Handel ein Jahr lang frei. Was sehen wir? Ich erinnere nur an den Skandal in der Kartoffelversorgung. Es ist noch in aller Erinnerung, daß der Preis für den Zentner Kartoffeln auf 300 bis 400 Mark gestiegen ist. Dieser Tage wagte der Vorsteher des Katharinenstiftes in Eisleben — also nicht etwa ein Junker, sondern ein Vorsteher eines christlichen Instituts — bei seinen Pächtern bei Heraufsetzung des Pachtzinses die Behauptung, daß im Herbst der Zentner Kartoffeln mindestens 500 Mark kosten werde.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Zucker ist unter 23 Mark im freien Handel nicht mehr zu haben. Der Preis hat bereits den Preis des Auslandszuckers erreicht. Während wir ein Zuckerproduktionsland sind und deutschen Zucker ins Ausland, nach England usw. steuerfrei, also billig liefern, müssen wir hier teure Zuckerpreise aufbringen zugunsten der Agrarier und des Steuereinkommens des Reichs.

Der Milchpreis ist gestern in Berlin auf 10 Mark das Liter festgesetzt worden. Das bedeutet neue Kinder- und Säuglingssterblichkeit. Der Brotpreis, der auf 15,20 Mark gestiegen ist, soll infolge des verpfuschten Umlageverfahrens in den nächsten Monaten auf 20 Mark und höher steigen. Überall sehen wir, daß die Weltmarktpreise erreicht werden. Das ist die Wirkung des freien Handels. Auf der anderen Seite besteht keinerlei Aussicht, etwa die jetzigen Papierlöhne auf die Weltmarkthöhe zu bringen. Selbst in den günstigsten Fällen, wo das Reich die Statistik in seinem Sinne beeinflußt hat, konnte es nur feststellen, daß es gewisse Arbeiterkategorien gibt, die (C) 67 Prozent ihres Einkommens, das sie haben müßten, um sich wieder im Sinne der Friedenszeit ernähren zu können, erreicht haben.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Also zwei Drittel ist das Höchste, was das Reich an **Einnahmen bei den Arbeitern im Verhältnis zur Friedenszeit** ausrechnen kann. Aber bei den Preisen sind die 100 Prozent der Friedenszeit schon längst erreicht und überschritten; denn die Weltmarktpreise sind ja über die Friedenspreise auch in den anderen Ländern hinausgeklettert.

Es steht also nach wie vor fest, daß die deutsche Arbeiterschaft nur die Hälfte des Einkommens hat, die der Arbeiter, Angestellte und Beamte braucht, um so zu leben, wie er vor dem Kriege gelebt hat. Nur die Hälfte der Lebenshaltung von damals kann er sich leisten. Das Verhältnis ist in den letzten Monaten gerade während der Verhandlungen über den Etat noch schlechter geworden. In vier Monaten sind die Lebensmittelpreise um 65 Prozent gestiegen.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Von Januar bis April haben sie noch einmal um zwei Drittel des Preises vom Januar aufgeschlagen. Die **Folgen** davon müssen schwere Erkrankungen, schwere Gefährdungen der Lebenshaltung des Volkes sein. Der Skorbut hat sich bereits als furchtbare Hungerkrankheit in Nürnberg und Mitteldeutschland gemeldet.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Tuberkulose nimmt bei Fabrikarbeiterinnen rasend zu, wie das die Gewerbeinspektoren feststellen müssen. Die Erwerbstätigkeit der Kinder ist in erschreckendem Maße ausgedehnt worden, weil die Familien mit den kärglichen Einnahmen nicht mehr auskommen können.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Die Stadt Düsseldorf hat eine erschütternde Statistik (D) darüber aufgestellt. Das Schulkinderelend wird immer krasser trotz der kleinen Pflästerchen, die man hier und da im Etat dieser eiternden Beule am Volkskörper glaubte aufkleben zu können. 96 Prozent der Volksschulkinder in Halle wurden in diesen Tagen als blutarm festgestellt.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Wenn wir früher von einer Zunahme der Selbstmordziffer allgemein als Folge des Elends, der steigenden Preise und sinkenden Löhne sprachen, so können wir heute feststellen, daß die Statistik ergeben hat, daß allein bei den Jugendlichen vom 15. bis 20. Lebensjahr im letzten Jahre 100 Selbstmorde mehr vorgekommen sind, als im Jahre vorher.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Das Jahr 1921/22 soll diese Zahl noch außerordentlich gesteigert haben, und das für eine Altersklasse, in der die Jugend am lebensfrohesten sein sollte!

Aber neben diesen wirtschaftlichen Erscheinungen haben wir einige Feststellungen über die **politische Schandwirtschaft** zu machen, unter der das Proletariat leidet. Hier in Berlin haben Arbeiter vor wenigen Wochen für ihre wirtschaftlichen Interessen demonstriert. Angestellte, Beamte und Arbeiter sind vor das Rathaus gezogen, dort sind sie unter der Führung junkerlicher Offiziere von drei Seiten mit Bajonettgewalt angegriffen worden. Die Verantwortung dafür haben die sozialdemokratischen Minister Severing und Köster und der sozialdemokratische Polizeiminister Richter.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Hier im Reichstag wurde erklärt, daß diese Bluttat vor dem Rathaus eine Aufklärung finden, daß die Interpellation beantwortet werden solle. Die deutsche Reichsregierung hält es nicht für notwendig, rechtzeitig, bevor der Reichs-

(**Koenen**, Abgeordneter.)

(A) tag in die nichtverdienten Pfingstferien geht, Rechenschaft über das vergossene Proletarierblut abzugeben. Bis heute ist die Zusage der Reichsregierung, die der Vertreter der Reichskanzlei Dr. Brecht gegeben hat, nicht eingelöst worden, daß der Innenminister diese dringende Interpellation beantworten werde. Aber wir sehen, daß der Schuldige an diesem Blutvergießen, der schon im vorigen Jahre am Brandenburger Tor, Ecke Wilhelmstraße, ein Blutbad angerichtet hat, der Polizeihauptmann v. Bernuth, immer noch im Dienste ist, daß morgen und übermorgen, wenn ihn das Fell wieder juckt, er seinen Mut wieder im Arbeiterblut kühlen kann. Es wird ihm nichts geschehen. Die Sozialdemokraten schützen die Junkeroffiziere.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Den gleichen Fall haben wir ja auch in Halle erlebt, wo der sozialdemokratische Stadtrat Dölz mit dem Major der Sipo, Gärtner, in Konflikt gekommen ist. Obwohl festgestellt wurde, daß Major Gärtner in ganz ostentativer Weise nationale Kundgebungen einiger Sipooffiziere unterstützte, mußte der sozialdemokratische Stadtrat auf Veranlassung des sozialdemokratischen Ministers Severing zu Kreuze kriechen. Der Major wurde wieder in seine Rechte eingesetzt und der sozialdemokratische Stadtrat desavouiert.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Es ist nicht so, daß die **Sozialdemokraten** die Siposverwaltung, die **Offiziere der Sipo** in der Hand haben, sondern umgekehrt: die junkerlichen Offiziere haben die Sozialdemokraten in der Hand.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

In der Sipo regt sich bereits auch die Opposition dagegen. Auf dem Verbandstag der Polizeibeamten, der dieser Tage hier stattfand, wurde eine Reform der Sipo energisch gefordert. Die militärischen Einrichtungen sollen beseitigt und die reaktionären Offiziere abberufen werden. (B) Das fordern die Schupobeamten selbst. Sie wollen nicht, daß durch die junkerlichen reaktionären Beamten das Mißtrauen zwischen Schutzpolizei und Bevölkerung verschärft werde. Sie wollen nicht die Geißel der Notleidenden sein, sondern Sie wollen als Ordnungspolizei der Bevölkerung nützen. Aber die Forderungen der Beamten werden abgewiesen. Noch immer sind die junkerlichen Offiziere obenauf, und alles, was sich in diesem republikanischen Instrument der Schupo republikanisch betätigt, wird hinausgeworfen und gemaßregelt.

Ein weiteres schmähliches Kapitel ist die **Auslieferungsschmach**, die Regierung und Reichstag auf sich geladen haben. Erst vor wenigen Tagen haben wir uns in einer kleinen Anfrage über die Ausweisung eines Italieners beschweren müssen. Der **Italiener Giuseppe Boldrini** wurde heimlich ausgewiesen, ohne daß seine Freunde und Verteidiger davon benachrichtigt wurden.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Erst fünf Tage später erfuhr sein Rechtsschutz davon. Boldrini wurde durch die Schweiz nach Italien gebracht, obwohl jede rechtliche Grundlage fehlte; denn der Auslieferungsantrag war, wie die Regierung selbst zugab, drei Tage zu spät gestellt. Die Frist war also abgelaufen, und die deutsche Regierung brauchte den Mann nicht mehr auszuliefern, sondern konnte ihn freilassen. Weil sie sich aber als gehorsamer Knecht der Ententekapitalisten fühlt und ihnen untertänig sein will, hat sie den italienischen Anarchisten in Haft behalten, den Auslieferungsantrag abgewartet und trotz der abgelaufenen Frist den Mann ausgeliefert. Selbst ein demokratisches Blatt, die Berliner „Volkszeitung", schreibt:

> Wir müssen diese Verletzung des geheiligten Asylrechts durch die deutsche Regierung auf das schärfste verurteilen,

(hört! hört! bei den Kommunisten)

> und wir erwarten von den freiheitlich gesinnten (C) Mitgliedern der Parlamente,

— die leider nicht anwesend sind und die so etwas nichts angeht —

> daß sie die Regierung ohne falsche Zurückhaltung zur Rechenschaft ziehen. Boldrini ist nicht der einzige italienische Revolutionär, der sich in Deutschland geborgen meinte. Wir wollen nicht, daß auch die übrigen den Häschern ihres Landes ausgeliefert werden.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

40000 Lire waren als Preis auf den Kopf dieser Leute ausgesetzt. Und dieser 40000 Lire wegen tut man schon einiges in Deutschland. Die Demokraten werden ihr Blatt verleugnen und werden sich hüten, ihre Regierung für dieses schäbige Treiben zur Rechenschaft zu ziehen.

Es sollen noch weiter zwei Italiener ausgeliefert werden, von denen der eine ein Attentat auf eine Kaserne der königlichen Garden ausgeübt hat. Die Regierung läßt den Mann nicht frei, weil sie erst noch prüfen will, ob ein politisches Vergehen vorliegt. Wenn jemand aus politischer Gegnerschaft die königlichen Garden, die wenige Tage vorher mit der Arbeiterschaft im Kampf gestanden haben, durch Attentate angreift, also die politische Kampfhandlung fortsetzt, und dann noch zweifelhaft ist, ob das politisch sei oder nicht, dann sind die Leute, die heute in Deutschland Regierung machen, keine Politiker.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Inzwischen hat sich auch gegen die frühere Ausweisung der beiden Spanier eine ganze Reihe bürgerlicher Stimmen erhoben, die diese Regierung schmachvoll beschämen. Nicht nur das „Berliner Tageblatt" und die „Vossische Zeitung", sondern auch weite pazifistische Kreise bezeichnen die Auslieferung der Spanier als ein Vergehen gegen das Asylrecht.

Aber im Falle Boldrinis scheint sich die Regierung (D) eine ganz besondere Blamage zugezogen zu haben. Nicht nur, daß hier kein Zweifel über das politische Vergehen vorliegen konnte, nicht nur, daß sie trotz Fristüberschreitung die Auslieferung unrechtmäßig durchgeführt hat, stellt sich nun auch noch heraus, daß die ganze Räubergeschichte, die die Regierungsvertreter hier über die Tat des Boldrini erzählt haben, Schwindel ist.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Er sollte der Mittäterschaft an einem Bombenattentat verdächtigt sein, 30 Menschenleben sollten diesem Attentat zum Opfer gefallen, 80 verwundet worden sein. Jetzt ist vor dem italienischen Gericht festgestellt worden, daß der Zeuge, der diese Behauptung, auf die die deutsche Regierung hineingefallen ist, aufgestellt hat, ein berüchtigter Lockspitzel ist, ein Herr Barbado.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Das Material gegen diesen Lockspitzel war so erdrückend, daß die Polizei diesen ihren eigenen Agenten preisgeben mußte und verhaftete. Aber die deutsche Regierung, die durch die Spitzelwirtschaft des Herrn Weismann selbst schon so korrumpiert ist, scheut nicht davor zurück, auf Angaben eines solchen schäbigen Subjekts hin Leute auszuliefern, die nur ihre Meinung vertreten haben. Denunzianten sind den Herren von dieser Regierung die beweiskräftigsten Zeugen. Die Blamage dieser zwecklosen Auslieferung wird noch lange auf Herrn Radbruch, der besser „Rechtsbruch" heißen sollte, hängen bleiben.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Herr Radbruch hat vor einiger Zeit auch einmal, als er sich gegen die Prügel, die er in der Öffentlichkeit bekommt, ein wenig sichern zu müssen glaubte, die schüchterne Ankündigung einer **Amnestie** gemacht. Das bißchen Mut, das er entwickelt hat, ist ihm aber sehr bald wieder vergangen. Und wir stellen fest, daß ihm

(**Koenen**, Abgeordneter.)

(A) sein Mut nur vergangen, ist weil er nicht wagte, ehrlich im Deutschen Reichstag für eine Amnestie zu kämpfen.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Nur wenn er hintenherum auf Schieber und Schleichwegen eine Amnestie hätte zustande bringen können, dann hätte auch Herr Radbruch den Mut gehabt, eine Amnestie vorzulegen. Sagte er doch in einer Antwort, die er uns auf eine kleine Anfrage gab, folgendes:

> Maßgebend für diesen Entschluß war, daß nach der Stellungnahme verschiedener Redner im Hauptausschuß und in der Vollversammlung des Reichstages und nach dem Ergebnis weiterer Fühlungnahme die derzeitigen Aussichten für die Annahme eines Amnestiegesetzes als unsicher anzusehen waren.

Also nur, weil er hintenherum erfahren hatte, er müßte einen Kampf ausfechten, der Erfolg sei noch unsicher, wird er schwachmütig, wie die Herren den Parteien der Rechten gegenüber nun einmal sind, von einer Amnestie für die politischen Gefangenen wird abgesehen.

Es wird dann die falsche Mär verbreitet, daß schon soviel Gnadenbeweise durchgeführt seien, daß nur noch 200 Gefangene im Gefängnis sind. Tatsächlich stellt sich aber heraus, daß 700 bis 800 revolutionäre Kämpfer, politische Gefangene noch in den Kerkern Deutschlands schmachten, und daß weiter Hunderte wegen falscher Angaben, wegen Denunziationen verfolgt werden, die noch nicht zu Frau und Kind zurückkehren können. Hunderte Familien leiden noch darunter, daß ihre Ernährer von den Schächern der Herren Radbruch und Weismann gesucht werden. Wenn Herr Radbruch es nicht wagt, eine Amnestie zu geben, so ist schuld daran, ebenso wie bei seinen Ausweisungsmaßnahmen, der **Ministerialdirektor Joël**, eine der reaktionären Säulen im Reichsjustizministerium, der trotz aller Ministerwechsel seit der Kaiser-

(B) zeit dort stolz weiter thront und die Politik des angeblichen Sozialdemokraten Dr. Radbruch bestimmt.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Jedesmal, wenn der Herr Dr. Joël nicht will, gibt Herr Dr. Radbruch, der angebliche Reichsminister, nach.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Ausführendes, bestimmendes Organ ist Joël.

Ist aber der Herr Justizminister einmal allein in einer Versammlung, wie zum Beispiel kürzlich in Zehlendorf, so ist er sehr bald bereit, nachzugeben. Haben wir es doch erleben müssen, daß er in Zehlendorf unter der Einwirkung der Versammlung nach seinem Referat dem kommunistischen Antrag auf schleunigste Amnestie für die politischen Gefangenen seine Zustimmung gab.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

In öffentlichen Versammlungen stimmt Radbruch für die Amnestie und sagt sogar seinen Parteifreunden, sie sollten dafür stimmen. Gegenüber seinem Ministerialdirektor aber knickt er in die Knie, wagt er es nicht, sich durchzusetzen und gegenüber dem Reichstag hoppt er zurück, sowie er hinten herum erfährt, daß es einen Kampf kosten kann.

Andererseits haben **einige Staaten Deutschlands** doch auf dem Wege zur **Amnestie** immerhin einige anzuerkennende Schritte getan. Thüringen hat durch Landtagsbeschluß eine Teilamnestie durchgeführt, sowohl für politische Vergehen wie die Vergehen aus Not. Eine ähnliche Amnestie ist unter der früheren sozialistischen Regierung in Braunschweig durchgeführt. In Sachsen steht ein solcher Landtagsbeschluß bevor. Da dort die Kommunisten einigen Einfluß auf die Regierung ausgeübt haben, so ist anzunehmen, daß ein Landtagsbeschluß, der die politischen Vergehen und die Vergehen aus Not frei läßt, durchkommt.

Ebenso ist zu hoffen, daß dort endlich einmal ein Beschluß darüber gefaßt wird, daß auch die Vergehen und

(C) Verbrechen gegen die §§ 218 bis 222 des Strafgesetzbuchs auf dem Gnadenwege Begünstigungen erfahren. Es sind das die schamlosen **Abtreibungsparagraphen**, die immer und immer nur gegen proletarische Frauen angewandt werden.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Niemals haben wir es in diesem Deutschland der Klassenherrschaft erlebt, daß irgendwo Besitzende mit diesem Paragraphen in Konflikt gekommen sind.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Immer nur sind es schwangere Proletarierinnen, die in ihrer Unbeholfenheit, in ihrer sozialen Not zu Eingriffen getrieben werden und die nachher dafür verfolgt und in den Kerker geworfen werden, obwohl ihnen sonst keinerlei Makel nachgesagt werden kann. Es sind das die schamlosesten aller bestehenden Gesetzesparagraphen. Man hofft, daß in Sachsen endlich das Eis gebrochen wird, daß hier der erste Schritt getan wird, um Erleichterungen für die Opfer dieser Schandparagraphen zu schaffen. Wie lange der Reichsjustizminister noch warten will, um endlich dafür zu sorgen, daß der Gesetzentwurf verhandelt wird, den wir über die Beseitigung der §§ 218 bis 222 eingebracht haben, das mögen die Götter wissen — oder die Sozialdemokraten. Aber wenn man sich auf diese beiden verläßt, ist man verlassen.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Infolgedessen werden also die Frauen, die noch unter den furchtbaren Abtreibungsparagraphen leiden, ihre Sache selbst in die Hand nehmen und zusammen mit den Kommunisten für die Erleichterung ihrer Situation kämpfen müssen. Es gilt nacheinander in den verschiedenen Ländern durchzusetzen, was das reaktionäre Reich unter dem sozialdemokratischen Minister Radbruch ihnen an Erleichterungen nicht geben will. Der antisoziale Geist der Sozialdemokraten offenbart sich gerade bei diesen Schandparagraphen in der schmählichsten Weise. (D)

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Ein anderes Kapitel sind die neuerlich verschärft einsetzenden **Preßprozesse**. Nicht genug damit, daß von den 4000 Opfern der Ebertschen Sondergerichtsmaschinerie noch 800 im Kerker sitzen, daß noch Dutzende und Hunderte in bayerischen und anderen Kerkern schmachten müssen, ist man jetzt dazu übergegangen, nach und nach gegen 300 Redakteure, die es gewagt haben, die schandbarste Klassenjustiz der Welt zu kritisieren, Preßprozesse anzustrengen.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

300 Preßprozesse zum Schutze der deutschen Klassenrichter, die in unerhörter Weise das Recht gebeugt haben, sind eingeleitet worden, zum Schutze von Richtern, die nur von ihrem Klassenstandpunkt aus urteilen, ohne den Schimmer eines sozialen Verständnisses, ohne jede Rücksichtnahme auf irgendwelche Schwäche der minderbemittelten, der leidenden Volksschichten. Wir erinnern den Minister Radbruch auch daran, daß in den letzten Tagen, als die Arbeiter eine gewisse Hoffnung darauf setzten, daß sie durch die Zusammenkunft der drei sozialistischen Internationalen in der Neunerkommission eine Erleichterung finden könnten, 240 Frauen politischer Gefangener sich handschriftlich in herzzerreißenden Schreiben an diese Neunerkommission gewandt haben, jede in anderer Weise, ihre Not, die schweren Schäden, die die Familie erlitten hat, schildernd und darstellend und um Gnade flehend. Schon diese Summe von Briefen beweist entgegen den Behauptungen des Herrn Ministers Radbruch, daß nicht 200, sondern mehr in den Kerkern schmachten. Mit ungelenken Handzügen wurde die **Neunerkommission** gebeten, für die **Rettung der politischen Gefangenen** tätig zu sein. Aber das alles kann ja die verhärteten Gemüter der ehemaligen Sozialdemokraten nicht rühren. Sie denken,

(Koenen, Abgeordneter.)

(A) wenn sie jemand, der fünf Jahre Festung hat, vier Jahre geben, dann hätten sie einen Gnadenakt getan. Dabei hat doch das Reichsgericht festgestellt, daß die 4000 Urteile auf einer unzulässigen Rechtsgrundlage, auf einer Unrechtsgrundlage, müßte man sagen, beruhen.

Wie trotzdem die Verfolgungen jetzt noch weiter betrieben werden, zeigt ein **Schreiben**, das **zwei Verfolgte**, gegen die man einen Steckbrief erlassen hat, im April an das **Reichsgericht** gerichtet haben. Sie schreiben, sie denken gar nicht daran, sich der Gerichtsbarkeit zu entziehen; aber sie lassen es sich nicht gefallen, daß sie, wie es vielen Proletariern schon ergangen ist, wieder in Untersuchungshaft genommen werden, um dort Wochen, Monate, ja Jahre zu schmachten, ehe sie abgeurteilt werden. Haben wir es doch in einigen Fällen erlebt, daß zum Beispiel der Putsch von Cöthen und Staßfurt erst, nachdem 14 Monate Untersuchungshaft verstrichen waren, abgeurteilt wurde.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Um sich vor einem solchen Unrecht zu bewahren, schreiben diese beiden Verfolgten an das Reichsgericht, daß sie keine Lust hätten, einer solchen Untersuchungshaft entgegenzugehen.

> Wir sind weder lungenkrank, wie der Herr Präsident a. D. v. Jagow, noch haben wir ein Augenleiden, wie der Reichsverweser a. D. v. Kapp, noch gehören wir dem degenerierten Adelsstande an wie Herr Oltwig v. Hirschfeld, noch verfügen wir über intime Beziehungen zu hohen Persönlichkeiten wie der verstorbene Fürst Philipp v. Eulenburg. Wir versagen es uns, die Beamten der deutschen Republik in Verlegenheit zu bringen.

Solche Ausreden wie diesen Herrschaften stehen Proletariern nicht zur Verfügung. Man würde Proletariern solche Ausreden, wie man sie den Herren Kapp, Jagow, (B) Eulenburg und Hirschfeld gestattet hat, niemals glauben. Denn auch schon die Untersuchungsgefängnisse sind Einrichtungen, in denen sich der Klassenhaß in der barbarischsten Weise austobt. Deshalb haben die beiden Verfolgten erklärt, man könnte sie jederzeit durch die Zentrale der Kommunistischen Partei einladen. Anders würden sie sich diesen Gerichten überhaupt nicht stellen. So häuft sich im deutschen Klassenstaat Schande über Schande. Wenn es noch einer letzten Schande bedurft hätte, um auch den Beamten klarzumachen, daß sie auf kein Entgegenkommen, auf kein soziales Verständnis in Deutschland zu rechnen haben, so brauche ich nur daran zu erinnern, wie nach dem Eisenbahnerstreik mit dem Disziplinarverfahren gegen die Beamten losgegangen wurde, die es wagten, einmal frei, einmal selbständige Männer zu sein.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Der besondere **Klassencharakter dieses Staates** prägt sich auch aus in dem Riesenkampf, den wir in den letzten Wochen in **Süddeutschland** erlebten. Ein ganzes Vierteljahr lang mußten 150 000 deutsche Arbeiter in der Aussperrung oder in einem **Streik**, in den sie hineingetrieben wurden, ausharren, weil die Ausbeuter von ihnen verlangten, daß sie sich in der Woche noch zwei Stunden länger ausbeuten lassen sollten. Die Verlängerung der Ausbeutungszeit von 46 auf 48 Stunden ist das Kampfobjekt gewesen, das sich die Unternehmer in Süddeutschland ausgesucht hatten. Darum hat man diese Arbeiter ein Vierteljahr lang auf die Straße geworfen.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten. — Lachen rechts.)

Keine Staatsmacht war da, die den Unternehmern gesagt hätte: so viel Schamlosigkeit gegen 150 000 Arbeiter lassen wir nicht zu. Wo ist das Rechtsempfinden bei einer Regierung, die es zuläßt, daß wegen der Erpressung von zwei Arbeitsstunden in der Woche 150 000 Familienväter auf das Pflaster geworfen werden! Da gibt es (C) bei dieser Regierung keine Moral, da gibt es kein Empfinden für das Elend von 150 000 Arbeitern. Sie mögen sehen, wie sie fertig werden, sie mögen verrecken. Da ist die Moral der Kapitalistengesellschaft zu Ende. Für sie fängt die Moral da an, wo ihre Ausbeutung anfängt. Sie hält es für sehr moralisch, daß man die Arbeiter zwingt, sich zwei Stunden länger ausbeuten zu lassen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

Wir aber sind der Ansicht, daß diese Regierung, die auch aus angeblichen Sozialdemokraten besteht, wenn sie zuläßt, daß 150 000 Arbeiter ein ganzes Vierteljahr lang auf der Straße liegen, nicht nur unmoralisch handelt, sondern sich verbrecherisch an der deutschen Volkswirtschaft vergeht.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Was macht man für ein heuchlerisches Gerede über zu geringe Arbeitsleistungen, über die zu wenigen Produkte, die hergestellt werden, und darüber, daß die Arbeitsleistung in Deutschland erhöht werden müsse, um ausführen zu können. Man ruft: „Nur Arbeit, Arbeit, Arbeit kann uns retten". Und dabei läßt man zu, daß ein Vierteljahr lang 150 000 Metallarbeiter, eine der leistungsfähigsten Arbeiterschichten der deutschen Industrie, brachliegen. Eitel Heuchelei treiben die Sozialdemokraten, wenn sie Redensarten über die deutsche Arbeit machen und dann im Interesse der kapitalistischen Unternehmer, der Kapitalistenklasse diesen Streik ohne Erfolg hingehen ließen und die Arbeiter auf die Knie zwangen, die jetzt am Ende mit oder ohne Extraentschädigung die zwei Stunden Mehrarbeit anerkannten!

Das gleiche haben wir erlebt, als man die Technische Nothilfe gegen Landarbeiter einsetzte, um die Streiks niederzuwerfen. Die **Kommunistenhetze in Vorpommern** ist dabei so schamlos betrieben worden, daß an den Dorf- (D) eingängen die Bauern sich schon aufstellten und jeden daraufhin zu kontrollieren versuchten, ob er nicht ein Kommunist sei.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Man hat den Klassenhaß soweit gesteigert, daß man sagte: alle Brände, die ausbrechen, sind von Kommunisten angelegt worden,

(hört! hört! bei den Kommunisten)

nnd wenn ein Kommunist kommt, dann muß man ihn totschlagen.

Wie wenig es der herrschenden Klasse darauf ankommt, die Institution, die dieser Klassenstaat geschaffen hat, angeblich um den Arbeitern Erleichterungen zu verschaffen, aufrechtzuerhalten, das haben wir ja bei den Maßregelungen der Betriebsräte gesehen. Überall, wo es nur irgend möglich ist, wird den Betriebsräten, den rechtlichen Vertretern der Arbeiter, das Kreuz gebrochen.

So sehen wir, daß wir in Deutschland heute einen Klassenstaat par excellence gegenüberstehen, einem Staat mit unverfälschtem Klassencharakter. Trotz aller sozialdemokratischer Phraseologie herrscht noch immer die Klassenjustiz schamlos in Deutschland. Noch immer ist es so, daß Klassenbildung besteht für die Besitzenden, die es zahlen können, daß schlechtere Bildung für die proletarische Klasse besteht, die nichts zahlen kann.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Noch immer haben wir die Klassenschule. Noch immer ist die Kirche ein Instrument der kapitalistischen Klasse, um die Religion dem Volke zu erhalten, um es zu verdummen. Noch immer wird die Klassenherrschaft militaristisch durch Junkeroffiziere gestützt,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

genau wie früher. Noch immer ist die Polizei ein Instrument der besitzenden Klasse gegen die Arbeiter, und

(Koenen, Abgeordneter.)

(A) man hat dieses Instrument der Klassenherrschaft noch durch staatliche Streikbrechergarden verstärkt.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Der kapitalistische Staat der Vorkriegszeit, in dem noch keine Sozialdemokraten etwas zu sagen hatten, wagte es nicht, staatliche Streikbrechergarden zu bilden; er überließ es den Hintze-Garden, den Streikbruch durchzuführen. Aber der Klassenstaat von heute bringt es fertig, unter sozialdemokratischer Mithilfe ein neues Instrument zur Niederhaltung der proletarischen Klasse durch die Technische Nothilfe zu schaffen.

Noch immer ist es so, daß die öffentliche Meinung von der kapitalistischen Klasse gekauft wird, daß im Interesse der Kapitalistenklasse Tausende von Soldschreibern in den Zeitungen tätig sind, daß die Zeitungen zu Hunderten und Tausenden von den Kapitalisten aufgekauft werden, und daß die öffentliche Meinung im Solde der Kapitalisten als Dirne der besitzenden Klasse mißbraucht wird.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Noch immer ist es so, daß Millionen Beamter, Angestellter und Arbeiter, insbesondere Frauen, geistig, moralisch und rechtlich von ihren Vorgesetzten, ihren Brotgebern von der Kapitalistenklasse abhängig sind. Klassenherrschaft wohin wir blicken! Die kapitalistische Klasse genießt und schwelgt, eine dünne Schicht, die kaum 4 bis 5 % der Bevölkerung ausmacht, während 90 % der Bevölkerung zur proletarischen Klasse gehört, die von diesen 4 bis 5 % ausgebeutet wird. Nichts hat sich geändert, trotz Republik, trotz sozialdemokratischer Minister!

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Noch immer hat die kapitalistische Klasse das uneingeschränkte Recht der Ausbeutung, während die proletarische Klasse nur das Recht hat, wenn sie sich nicht ausbeuten lassen will, zu verhungern.

(B) (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Daran hat Republik und sozialdemokratische Ministerschaft nichts geändert.

Einem solchen Klassenstaat, der alle seine Schattenseiten aufrechterhält, auch unter der Republik, auch unter dem Zeichen der Demokratie, können wir keine Mittel bewilligen.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

„Diesem Staat keinen Mann und keinen Pfennig!“

(Wiederholte Zustimmung bei den Kommunisten.)

Der alte sozialdemokratische Grundsatz kann gegenüber diesem Klassenstaat erst recht verteidigt werden, aber jetzt leider nur noch von den Kommunisten. Aber mehr und mehr werden die Arbeiter, Angestellten und Beamten im ganzen Lande an jeder einzelnen Tat dieses Staates fühlen und empfinden, daß sie in einem Klassenstaat der Klassenherrschaft gegenüberstehen und daß gegen diese Klassenherrschaft nur nützen wird der Klassenkampf, der rücksichtslose Klassenkampf unter der Führung der Kommunisten.

(Beifall bei der Kommunistischen Partei.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache liegen nicht vor; sie ist geschlossen.

Wir kommen zur Beratung der einzelnen Etats, in der ich, wie ich glaube, immer nur die Überschriften der Etats und die wenigen dazu vorliegenden Anträge aufzurufen brauche. —

Ich rufe also auf:

Haushalt des Reichspräsidenten.

Dazu liegt ein Antrag Mair, Dr. Pachnicke, Müller (Franken) und Genossen vor:

> Der Reichstag wolle beschließen,
> in Kap. 1 Tit. 1 anstatt 300000 Mark Gehalt und 400000 Mark Aufwandsgelder zu setzen: 500000 Mark Gehalt und 500000 Mark Aufwandsgelder. (C)

Das Wort zu diesem Antrage wird nicht verlangt. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die ihm zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen und mit dieser Abänderung der Haushalt des Reichspräsidenten.

Ich rufe weiter auf: Haushalt des Reichstags, — Haushalt des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei, — Haushalt des Auswärtigen Amts, — Haushalt des Reichsministeriums des Innern.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Mumm.

D. **Mumm,** Abgeordneter: Nach vorheriger Rücksprache mit dem Herrn Präsidenten möchte ich mir nach der Gewohnheit des Hauses die Anregung erlauben, daß in Verbindung mit diesem Etat drei Anträge zur Verhandlung gebracht werden, die zum Teil schon seit Monaten nicht erledigt werden konnten. Es ist der Antrag Dr. Petersen und Genossen auf 3436, der Antrag Leutheußer auf 3465 und der Antrag Hergt auf 3671. Sie betreffen alle die Feiertagsfrage. Ich glaube, daß, soweit ich unterrichtet bin, von keiner Seite die Absicht besteht, diese Frage materiell zu behandeln; sondern es würde sich lediglich darum handeln, auf diese Weise die Überweisung an den Rechtsausschuß zu ermöglichen, und ich würde mir gleichzeitig auch diese Anregung für den Fall, daß die Anträge auf die Tagesordnung gesetzt werden, gestatten. Ich glaube, daß gegen diese Form der Regelung, die in vielen Fällen bräuchlich gewesen ist, keine Bedenken bestehen.

Präsident: Meine Damen und Herren! Es handelt sich darum, drei Initiativanträge nicht hier irgendwie endgültig zu erledigen, sondern an den Rechtsausschuß (D) zu überweisen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? — Es geschieht nicht. Dann darf ich das Einverständnis des Hauses mit dieser Überweisung annehmen. Es sind die Anträge 3436, 3465, 3671.

Weitere Anträge zum Haushalt des Reichsministeriums des Innern liegen nicht vor. Ich erkläre ihn für angenommen.

Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums — angenommen; Haushalt des vorläufigen Reichswirtschaftsrats — angenommen.

Haushalt des Reichsarbeitsministeriums. Hier liegt eine Entschließung aller Parteien, soweit ich sehe, vor: Hergt und Fraktion, Marx und Fraktion, Petersen und Fraktion, Becker (Hessen) und Fraktion und Leicht und Fraktion. Es fehlt nur die unabhängige Fraktion. Die Entschließung lautet:

> Der Reichstag wolle beschließen:
> die Reichsregierung zu ersuchen: die wissenschaftlichen Einrichtungen der Kaiser-Wilhelms-Akademie für ärztlich-soziales Versorgungswesen unter einstweiliger Fortführung der bisherigen Arbeiten zu erhalten, ihre Umgestaltung in ein Institut für ärztliche Arbeitsforschung in Fühlung mit den wissenschaftlichen Sachverständigen und den Vertretern des Reichstagshaushaltsausschusses einzuleiten und diese Angelegenheit so zu beschleunigen, daß der Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt im Herbst dieses Jahres zu dieser Frage endgültig Stellung nehmen kann.

(Abgeordneter Dr. Moses: Ich habe den Antrag ebenfalls unterschrieben; ich weiß nicht, warum meine Unterschrift darunter fehlt!)

— Dann trage ich nach, daß die Unterschrift des Herrn Abgeordneten Dr. Moses ebenfalls vorliegt, und dem-

(Präsident.)

(A) gemäß darf ich annehmen, daß der Antrag einstimmig angenommen ist.

Weitere Anträge zum Reichsarbeitsministerium liegen nicht vor. Ich darf den Etat des Reichsarbeitsministeriums für angenommen erklären.

Ich rufe auf den Haushalt des Reichswehrministeriums. Hier liegt ein Antrag Marx und Fraktion auf Drucksache 4389 vor:

Der Reichtag wolle beschließen:

1. im ordentlichen Haushalt des Reichswehrministeriums, B. Heerwesen, fortdauernde Ausgaben
im Kap. 18 Tit. 1 hinzuzufügen:
II. Zu Sonderbewilligungen in begründeten Fällen — nach Ermessen des Reichswehrministeriums .... 4 000 000 Mark,
2. im Haushalt des Reichswehrministeriums, D. Marine, fortdauernde Ausgaben
im Kap. 14 Tit. 1 hinzuzufügen:
II. Zu Sonderbewilligungen in begründeten Fällen — nach Ermessen des Reichswehrministeriums .... 600 000 Mark.

Wird das Wort dazu gewünscht? — Es geschieht nicht.

Dann bitte ich diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen und mit dieser Abänderung der Haushalt des Reichswehrministeriums.

Ich rufe auf Haushalt des Reichsjustizministeriums — und erkläre ihn für angenommen, den Haushalt des Reichsschatzministeriums — angenommen. Haushalt des Reichsverkehrsministeriums (Abteilung für Wasserstraßen, Luft- und Kraftfahrwesen) — angenommen.

Zum Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung (B) und Landwirtschaft liegt der Antrag Hergt und Genossen auf Drucksache 4387 vor:

Gruppe A XIII: 14 Ministerialräte, davon 4 Stellen künftig wegfallend mit der Maßgabe, daß die 2 zurzeit erledigten Stellen noch wieder besetzt werden können.

Das Wort wird nicht verlangt. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die ihm zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen, und mit dieser Änderung der Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds. — Angenommen.

Haushalt des Rechnungshofs des Deutschen Reichs. Hier liegt ein Antrag Müller (Franken) und Genossen auf Drucksache Nr. 4388 vor:

im Kap. 1 Tit. 1
Gruppe B 2: 4 Rechnungshofdirektoren, die Worte „davon 1 künftig wegfallend" zu streichen.
Gruppe A XIII: 24 Ministerialräte, davon 4 künftig wegfallend. Den folgenden Satz zu streichen.
Gruppe A X: 181 Ministerialamtmänner, davon 8 künftig wegfallend. Den Schluß des Satzes zu streichen.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Von allen Fraktionen gestellt!)

— Es ist ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen. Ich darf annehmen, daß das Haus diesem Antrage zustimmt — und mit dieser Abänderung dem Haushalt des Rechnungshofs. —

Haushalt der Reichsschuld. — Angenommen. (C)

Haushalt des Reichsfinanzministeriums. Hier liegt eine Entschließung Erkelenz und Genossen auf Drucksache 4380 (berichtigt) vor:

das Reichsfinanzministerium zu ersuchen, zu erwägen, ob eine Anweisung an die Finanzämter empfehlenswert ist, wonach dieselben gehalten sind, solche Güter, die auf Grund des Reichssiedlungsgesetzes abgabepflichtig sind und deren Steuerdeklaration in auffälligem Gegensatz zu der Größe ihres Betriebs steht beziehungsweise die buchmäßige Unterbilanzen aufweisen, den Kulturämtern ihres Bezirks als besonders geeignet für Siedlungszwecke mitzuteilen.

Das Wort wird nicht verlangt. Ich darf die Zustimmung des Hauses annehmen. —

(Widerspruch rechts.)

— Dann bitte ich diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das Bureau ist einig, daß die Mehrheit steht; die Entschließung ist angenommen.

Weitere Anträge zum Haushalt des Reichsfinanzministeriums liegen nicht vor. — Derselbe ist angenommen.

Reichsministerium für Wiederaufbau, — Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung, — Haushalt des Reichspostministeriums. — Angenommen.

Haushalt des Reichsverkehrsministeriums, Verwaltung der Deutschen Reichsbahn. Hier liegt der letzte gestellte Antrag, und zwar, soweit ich sehe, auch von allen Parteien, vor auf Drucksache Nr. 4385, der bei den Einzelgehältern und bei den aufsteigenden Gehältern Abänderungen vorschlägt. Hier ist ein Druckfehler zu berichtigen. Unter b II sind bei Gruppe A XIII die Worte „mit der Maßgabe" zu streichen. Ich bitte diejenigen (D) Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen — und mit dieser Änderung der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums.

Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrags. — Ebenfalls angenommen.

Wir kommen zum Etatsgesetz. § 1, — 2, — 2a, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 12a, — 13, — 14, — 15, — 16, — 17; — Erste Anlage, — Zweite Anlage, — Dritte Anlage, — Vierte Anlage, — Einleitung und Überschrift. —

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, die in der Gesamtabstimmung dem Etat zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Ich nehme auch das Einverständnis des Hauses mit der Erledigung der Petitionen in der Weise an, wie sie vom Haushaltsausschuß vorgeschlagen ist. — Das Haus ist damit einverstanden.

Damit sind wir am Schluß der heutigen Beratungen. Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten Montag den 29. Mai, nachmittags 1 Uhr, mit der Tagesordnung:

Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

— Das Haus ist damit einverstanden; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 51 Minuten.)

Namentliche Abstimmungen.

Namentliche Abstimmungen

1. über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Kürzung der Ruhegehälter und Wartegelder usw. (Nr. 3127, 4352 der Drucksachen),
2. über die Entschließung Hergt, Dr. Becker (Hessen) und Genossen (Nr. 4326 der Drucksachen),
3. über die Entschließungen Müller (Franken) und Genossen (Nr. 4307 der Drucksachen),
4. über die Entschließung des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 4284 unter II i der Drucksachen),

   2. bis 4. zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922 zu Kap. 1 Tit. 1 der fortdauernden Ausgaben des Haushalts des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (Anlage XI a).

Name.	1. Abstimmung.	2.	3.	4.
Adams	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.
Frau Agnes	Ja	Nein	Ja	Nein
Albrecht (Hannover)	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Albrecht (Magdeburg)	Ja	Nein	Ja	Nein
Allekotte	Ja	Nein	Nein	Ja
Alpers	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Andre	Ja	Nein	Nein	Ja
Frau Ansorge	Ja	Nein	Ja	Nein
Arnstadt	Nein	Ja	Nein	Nein
Aufhäuser	Ja	Nein	Ja	Nein
Bachmann	Nein	Ja	Nein	Nein
Bachmeier	Nein	Ja	Nein	Nein
Bahr (Frankfurt)	Ja	Ja	Nein	Ja
Dr. Barth (Chemnitz)	Nein	Ja	Nein	Nein
Bartz (Hannover)	Ja	Nein	Ja	Nein
Bauer	fehlt	fehlt	fehlt	Nein
Baumann	Ja	Nein	Nein	Ja
Frau Dr. Bäumer	Ja	Ja	Nein	Ja
Bazille	Nein	Ja	Nein	Nein
Becker (Arnsberg)	Ja	Nein	Nein	Ja
Dr. Becker (Hessen)	Nein	Ja	Nein	Nein
Becker (Oppeln)	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Beckmann	Ja	Nein	Ja	Nein
Frau Behm	Nein	Ja	Nein	Nein
Behrens	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Beims	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dr. Bell	Ja	Nein	Nein	Ja
Bender	Ja	Nein	Ja	Nein
Berndt	Nein	Ja	Nein	Nein
Bernstein	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. Graf v. Bernstorff (Hannover)	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Graf Bernstorff (Schl.-Holstein)	fehlt	Ja	Nein	Ja
Berthelé	Ja	Nein	Ja	Nein
Beuermann	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.
Dr. Beyerle	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Beythien	Nein	Ja	Nein	Nein
Bias	Ja	Nein	Ja	Nein
Biener	Nein	Ja	Nein	Nein
Bitta	Ja	Nein	Nein	Ja

Name.	1. Abstimmung.	2.	3.	4.
Blum	Ja	Nein	Nein	Ja
Bock	Ja	Nein	Ja	Nein
Böhm (München)	Ja	Ja	Nein	Ja
Dr. Böhme (Magdeburg)	Ja	Ja	Nein	Ja
Bolz	Ja	Nein	Nein	Ja
Bornefeld-Ettmann	Ja	Nein	Nein	Ja
Brandes	Ja	Nein	Ja	Nein
Braß	Ja	Nein	Ja	Nein
Braun (Düsseldorf)	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dr. Braun (Franken)	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Edler v. Braun (Oberb.)	Nein	Ja	Nein	Nein
Dr. Brauns (M.-Gladbach)	Ja	Nein	Nein	Ja
Dr. Breitscheid	Ja	Nein	Ja	Nein
v. Brentano di Tremezzo	fehlt	Nein	Nein	Ja
Breunig	Ja	Nein	Ja	Nein
Brey	Ja	Nein	Ja	Nein
Brodauf	Ja	Ja	Nein	Ja
Bruchardt	Ja	Nein	Ja	Nein
Brühl	Ja	Nein	Ja	Nein
Bruhn	Nein	Ja	Nein	Nein
Brüninghaus	Nein	Ja	Nein	Nein
Brunner	Ja	Nein	Ja	Nein
Buck	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Budjuhn	Nein	Ja	Nein	Nein
Busch	Ja	Nein	Nein	Ja
Colshorn	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dr. Cremer	Nein	Ja	Nein	Nein
Crispien	Ja	Nein	Ja	Nein
Cuno	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.
Dr. Curtius	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Damm	Ja	Ja	Nein	Ja
Dannemann	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dauch	Nein	Ja	Nein	Nein
Dauer	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Däumig	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. David	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dr. Deermann	Nein	Ja	Nein	Nein

Name	1. Abstimmung	2. Abstimmung	3. Abstimmung	4. Abstimmung
Deglerk	Nein	Ja	Nein	Nein
Delius	Ja	Ja	Nein	Ja
Dr. Dernburg	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Diernreiter	Ja	Ja	Nein	Nein
Dietrich (Baden)	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dietrich (Prenzlau)	Nein	Ja	Nein	Nein
Diez	Ja	Nein	Nein	Ja
Dißmann	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dittmann	Ja	Nein	Ja	fehlt
Döbrich	Nein	Ja	Nein	Nein
Domsch (Dresden)	Nein	Ja	Nein	Nein
Dorsch (Hessen)	Nein	Ja	Nein	Nein
Frau Dransfeld	Ja	Nein	Nein	Ja
Dr. Düringer	Nein	Ja	Nein	Nein
Dusche	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Düwell	Ja	Nein	Ja	Nein
Eckardt (Hannover)	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Eger	Ja	Nein	Nein	Ja
Eggerstedt	Ja	Nein	Ja	Nein
Ehrhardt (Oppeln)	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Eichhorn	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Frau Eichler	Ja	Nein	Ja	Nein
Eisenberger	Nein	Ja	Nein	Nein
Emminger	Ja	Ja	Nein	Nein
Erkelenz	Ja	fehlt	fehlt	fehlt
Ernst	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Ersing	Ja	Nein	Nein	Ja
Esser	Ja	Nein	Nein	Ja
D. Everling	Nein	Ja	Nein	Nein
Fehr	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Fehrenbach	Ja	Nein	Nein	Ja
Feilmayer	Ja	Ja	Nein	Ja
Feldmann	Ja	Nein	Ja	Nein
Feuerstein	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dr. Fick	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.
Findeisen	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Fischer (Baden)	Nein	Ja	Nein	Nein
Fischer (Berlin)	Ja	Nein	Ja	Nein
Fischer (Hannover)	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. Fischer (Köln)	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.
Dr. Fleischer	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Fleißner	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. Fortmann	Ja	Nein	Nein	Ja
Franz	Ja	Nein	Ja	Nein
Fries	krank	krank	krank	krank
Frohme	Ja	Nein	Ja	Nein
Frölich	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
v. Gallwitz	Nein	Ja	Nein	Nein
Geck (Mannheim)	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Geck (Offenburg)	Ja	Nein	Ja	Nein
Geisler	Nein	Ja	Nein	Nein
Gerauer	Ja	Ja	Nein	Nein
Gerstenberger	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dr. Geßler	Nein	enthalten	Nein	fehlt
Geyer (Leipzig)	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. Geyer (Sachsen)	Ja	Nein	Ja	Nein
Giebel	Ja	Nein	Ja	Nein
Giesberts	Ja	Nein	Nein	Ja
Dr. Gildemeister	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Girbig	Ja	Nein	fehlt	fehlt
Dr. Goetz	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt

Name	1. Abstimmung	2. Abstimmung	3. Abstimmung	4. Abstimmung
Dr.-Ing. Gothein	Nein	Ja	Nein	Ja
Dr. Gradnauer	Ja	Nein	Ja	Nein
Graef (Thüringen)	Nein	Ja	Nein	Nein
v. Graefe (Mecklenburg)	Nein	Ja	Nein	Nein
Dr. Grotjahn	Ja	Nein	Ja	Nein
Gruber	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
v. Guérard	Ja	Nein	Nein	Ja
Gutknecht	Nein	Ja	Nein	Nein
Haag	Nein	Ja	Nein	Nein
Dr. Haas (Baden)	Ja	Ja	Nein	Ja
Hagemann	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Hamm	Nein	enthalten	Nein	Ja
Hammer	Nein	Ja	Nein	Nein
Hänse (Thüringen)	Nein	Ja	Nein	Nein
Hansmann	Ja	Nein	Ja	Nein
Harte	Nein	Ja	Nein	Nein
Hartleib	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. Hartmann	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Hartwig	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Frau Hauke	Ja	Nein	Ja	Nein
Havemann	Nein	Ja	Nein	Nein
Heile	Ja	Ja	Nein	Ja
Dr. Heim	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.
Heimann	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dr. Heinze	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dr. Helfferich	fehlt	Ja	Nein	Nein
Hellmann	Ja	Nein	Ja	Nein
Hemeter	Nein	Ja	Nein	Nein
Henke	Ja	Nein	Ja	Nein
Henning	Nein	Ja	Nein	Nein
Hensel (Ostpreußen)	Nein	Ja	Nein	Nein
Hepp	Nein	Ja	Nein	Nein
Herbert (Franken)	Ja	Ja	Nein	Nein
Herbert (Hessen)	Ja	Nein	Nein	Ja
Hergt	fehlt	Ja	Nein	Nein
Herrmann	Nein	Ja	Nein	fehlt
Herold	Ja	Nein	Nein	Ja
Dr. Herschel	Ja	Nein	Nein	Ja
Dr. Hertz	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. Herzfeld	Ja	Nein	Ja	Nein
Heydemann	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. v. Hieber	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Hildenbrand	Ja	Nein	Ja	Nein
Hoch	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. Hoetzsch	Nein	Ja	Nein	Nein
Hoffmann (Berlin)	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.
Frau Hoffmann (Bochum)	Nein	Ja	Nein	Nein
Hoffmann (Kaiserslautern)	Ja	Nein	Ja	Nein
Hoffmann (Schmargendorf)	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. Höfle	Ja	Nein	Nein	Ja
Hofmann (Ludwigshafen)	Ja	Nein	Nein	Ja
Hofmann (Thüringen)	krank	krank	krank	krank
Höllein	Ja	Nein	Ja	Nein
ten Hompel	krank	krank	krank	krank
Höner	Ja	Nein	Nein	Ja
Horn	Ja	Nein	Ja	Nein
Hörsing	krank	krank	krank	krank
Dr. Hugenberg	Nein	Ja	Nein	Nein
Dr. Hugo	Nein	Ja	Nein	Nein

Name.	1. Abstimmung.	2. Abstimmung.	3. Abstimmung.	4. Abstimmung.
Hünlich	Ja	Nein	Ja	Nein
Hüttmann	Ja	Nein	Ja	Nein
Imbusch	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Isenmann	krank	krank	krank	krank
Jäckel	Ja	Nein	Ja	Nein
Jaecker (Ostpreußen)	fehlt	fehlt	Ja	Nein
Jäker (Düsseldorf)	Ja	Nein	Ja	Nein
Jandrey	Nein	Ja	Nein	Nein
Janeba	Ja	Ja	Nein	Ja
Janschek	Ja	Nein	Ja	Nein
Janson	Nein	Ja	Nein	Nein
Joos	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.
Frau Juchacz	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dr. Kaas (Trier)	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
D. Dr. Kahl	Nein	Ja	Nein	Nein
Kahmann	Ja	Nein	Ja	Nein
Kaiser	Ja	Nein	Ja	Nein
Graf v. Kanitz	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Käppler	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Frau Karch	Ja	Nein	Ja	Nein
v. Kardorff	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Karsten	Ja	Nein	Ja	Nein
Käselau	Nein	Ja	Nein	Nein
Keil	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Keinath	krank	krank	krank	krank
v. Kemnitz	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Kempkes	Nein	Ja	Nein	Nein
van den Kerkhoff	Nein	Ja	Nein	Nein
Kerschbaum	Ja	Ja	Nein	enthalten
Keubler-Böhm	Nein	Ja	Nein	Nein
Klöckner	Ja	Nein	Nein	Ja
Kniest	Nein	Ja	Nein	Ja
Koch (Düsseldorf)	Nein	Ja	Nein	Nein
Koch (Essen)	krank	krank	krank	krank
Koch (Weser)	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Koenen	Ja	Nein	Ja	Nein
König	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Kopsch	Nein	Ja	Nein	Ja
Korell	Ja	Ja	Nein	fehlt
Körner	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.
Körsten	Ja	Nein	Ja	Nein
Korthaus	Ja	Nein	Nein	Ja
Dr. Köster	Ja	Nein	Ja	Nein
Kotzke	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Krätzig	Ja	Nein	Ja	Nein
Kröger (Rostock)	Ja	Nein	Ja	Nein
Krüger (Merseburg)	Ja	Nein	Ja	Nein
Krüger-Hoppenrade	Nein	Ja	Nein	Nein
Kubetzko	Ja	Nein	Nein	Ja
Kuhnt	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. Kulenkampff	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dr. Külz	enthalten	Ja	Nein	Ja
Kunert	Ja	Nein	Ja	Nein
Künstler	Ja	Nein	Ja	Nein
Kuntze	Ja	Nein	Ja	Nein
Lambach	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Lang	Ja	Ja	Nein	Nein
Frau Lang-Brumann	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Lange-Hegermann	Ja	Nein	Nein	Ja
Langwost	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dr. Lauscher	Ja	Nein	Nein	Ja

Name.	1. Abstimmung.	2. Abstimmung.	3. Abstimmung.	4. Abstimmung.
Laverrenz	Nein	Ja	Nein	Nein
Ledebour	krank	krank	krank	krank
Leicht	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Leopold	Nein	Ja	Nein	Nein
Dr. Frhr. v. Lersner	Nein	Ja	Nein	Nein
Lesche	Ja	Nein	Ja	Nein
Leutheußer	Nein	Ja	Nein	Nein
Dr. Levi	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Liese	Ja	Ja	Nein	enthalten
Lind	Nein	Ja	Nein	Nein
Lipinski	Ja	Nein	Ja	Nein
Löbe	Ja	Nein	Ja	Nein
Löffler	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. Löwenstein	fehlt	Nein	Ja	Nein
Lübbring	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Frau Dr. Lüders	fehlt	fehlt	fehlt	Ja
Ludwig	Ja	Nein	Ja	Nein
Lukas	Ja	Ja	Nein	Nein
Dr. Luther	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Machens	Ja	Nein	Nein	Ja
Malke	Nein	Ja	Nein	Nein
Malkewitz	Nein	Ja	Nein	Nein
Malzahn	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. Maretzky	Nein	Ja	Nein	Nein
Marx	Ja	Nein	Nein	Ja
Frau Dr. Matz	Nein	Ja	Nein	Nein
Maxin	Nein	Ja	Nein	Nein
Dr. Mayer (Schwaben)	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dr. Meerfeld	krank	krank	krank	krank
Mehrhof	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.
Meier (Zwickau)	Ja	Nein	Ja	Nein
Frau Mende	beurl.	beurl.	beurl.	Nein
Merck	Ja	Ja	Nein	Nein
Merkel	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dr. Mittelmann	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.
Mittwoch	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dr. Moldenhauer	Nein	Ja	Nein	Nein
Molkenbuhr	Ja	Nein	Ja	Nein
Morath	Nein	Ja	Nein	Nein
Dr. Moses	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. Most	Nein	Ja	Nein	Nein
Frau Mueller-Otfried	Nein	Ja	Nein	Nein
Müller (Franken)	Ja	Nein	Ja	Nein
D. Mumm	Nein	Ja	Nein	Nein
Frau Nemitz	Ja	Nein	Ja	Nein
Neuhaus (Düsseldorf)	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.
Frau Neuhaus (Westfalen)	Ja	Nein	Nein	Ja
Nehses	Ja	Nein	Nein	Ja
Dr. Oberfohren	Nein	Ja	Nein	Nein
Obermeyer	Ja	Nein	Ja	Nein
Oertel	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.
Frau v. Oheimb	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.
Okonsky	Ja	Nein	Ja	Nein
Ottinghaus	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dr. Pachnicke	Ja	Ja	Nein	Ja
Peine	Ja	Nein	Ja	Nein
Pennemann	Ja	Nein	Nein	Ja
Dr. Petersen	Ja	Ja	Nein	Ja
Dr. Pfeiffer	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Frau Pfülf	Ja	Nein	Ja	Nein

Name.	1. Abstimmung	2. Abstimmung	3. Abstimmung	4. Abstimmung
Dr. Philipp	Nein	Ja	Nein	Nein
Pieper (Westfalen)	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.
Pinkau	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. Piper (Mecklenburg)	Nein	Ja	Nein	Nein
Plettner	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Pohlmann	Ja	Ja	Nein	Ja
Ponschab	Ja	Nein	Nein	Ja
Poppe	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Puchta	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. Quaatz	Nein	Ja	Nein	Nein
Dr. Quessel	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. Radbruch	Ja	Nein	Ja	Nein
v. Raumer	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Rauschmayr	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.
Raute	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
v. Rehbinder	Ja	Nein	Nein	Ja
Reich	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. Reichert	Nein	Ja	Nein	Nein
Frau Reitze	Ja	Nein	Ja	Nein
Remmele	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Freiherr v. Rheinbaben	Nein	Ja	Nein	Nein
Rheinländer	Ja	Nein	Nein	Ja
Dr. Richter	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Riedmiller	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Rieke	Ja	Nein	Ja	Nein
Rieseberg	Nein	Ja	Nein	Nein
Dr. Rießer	Nein	Ja	Nein	Nein
Rippler	Nein	Ja	Nein	Nein
Ristau	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dr. Roesicke	krank	krank	krank	krank
Rosemann	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. Rosenfeld	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dr. Runkel	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Frau Ryneck	Ja	Nein	Ja	Nein
Ryssel	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Sauerbrey	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Scheidemann	krank	krank	krank	krank
Schiele	Nein	Ja	Nein	Nein
Schiffer	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Frau Schilling	Ja	Nein	Ja	Nein
Schimmelpfennig	Nein	Ja	Nein	Nein
Schirmer (Dresden)	Ja	Nein	Ja	Nein
Schirmer (Franken)	Ja	Nein	Nein	Ja
Schlack	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Schlicke	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Schmidt (Berlin)	Ja	Nein	Ja	Nein
Schmidt (Cöpenick)	Ja	Nein	Ja	Nein
Schmidt (Sachsen)	Ja	Nein	Ja	Nein
Schmidt (Stettin)	Nein	Ja	Nein	Nein
v. Schoch	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dr. Scholz	Nein	Ja	Nein	Nein
Schöpflin	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Schreck	Ja	Nein	Ja	Nein
D. Dr. Schreiber	Ja	Nein	Nein	Ja
Frau Schreiber-Krieger	Ja	Nein	Ja	Nein
Frau Schroeder (Schlesw.-Holst.)	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.
Schröter (Liegnitz)	Nein	Ja	Nein	Nein
Frau Schuch	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.
Dr. Schücking	Nein	Ja	Nein	Ja

Name.	1. Abstimmung	2. Abstimmung	3. Abstimmung	4. Abstimmung
Schuldt (Steglitz)	Nein	Ja	Nein	Ja
Schulte (Breslau)	Ja	Nein	Nein	Ja
Schultz (Bromberg)	Nein	Ja	Nein	Nein
Schulz (Bremen)	Ja	Nein	Ja	Nein
Frau Schulz (Westf.)	Ja	Nein	Ja	Nein
Schulze (Berlin)	Nein	Ja	Nein	Nein
Schulz-Gahmen	Ja	Nein	Nein	Ja
Schumann	Ja	Nein	Ja	Nein
Schwarz (Baden)	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Schwarz (Hessen)	Ja	Nein	Nein	Ja
Schwartzer (Oberb.)	Ja	Nein	Nein	Ja
Seemann	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Seger	Ja	Nein	Ja	Nein
Seibert	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Seidel	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. Semmler	Nein	Ja	Nein	Nein
Frau Sender	Ja	Nein	Ja	Nein
Seppel	Ja	Nein	Ja	Nein
Severing	Ja	Nein	Ja	Nein
Sidow	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr.-Ing. v. Siemens	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Sievers	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Silberschmidt	Ja	Nein	Ja	Nein
Simon (Franken)	Ja	Nein	Ja	Nein
Simon (Schwaben)	Ja	Nein	Ja	Nein
Sivkovich	Nein	Ja	Nein	Ja
Soldmann (Franken)	Ja	Nein	Ja	fehlt
Sollmann (Köln)	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr.-Ing. Sorge	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Dr. Spahn	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Spetzler	krank	krank	krank	krank
Spiegel	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Staab	Ja	Nein	Ja	Nein
Stampfer	Ja	Nein	Ja	Nein
Stegerwald	Ja	Nein	Nein	Ja
Steinkopf	Ja	Nein	Ja	Nein
Stelling	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Stinnes	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Stoecker	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Stolten	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
D. Strathmann	Nein	Ja	Nein	Nein
Streiter	Nein	Ja	Nein	Nein
Dr. Stresemann	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Stücklen	Ja	Nein	Ja	Nein
Szczeponik	Ja	Nein	Nein	Ja
Taubadel	Ja	Nein	Ja	Nein
Frau Tesch (Hessen-Nassau)	Ja	Nein	Ja	Nein
Teuber	Ja	Nein	Ja	Nein
Frau Teusch (Köln)	Ja	Nein	Nein	fehlt
Thiel	Nein	fehlt	fehlt	fehlt
Thomas	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Thomsen	Nein	Ja	Nein	Nein
Thöne	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Tremmel	Ja	Nein	Nein	Ja
Trieschmann	Ja	Ja	Nein	enthalten
Ulitzka	Ja	Nein	Nein	Ja
Ulrich	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Unterleitner	Ja	Nein	Ja	Nein
Veltin	Ja	Nein	Nein	Ja
Vogel (Berlin)	krank	krank	krank	krank
Vogel (Franken)	Ja	Nein	Ja	Nein

Name.	1. Abstimmung	2.	3.	4.
Dr.-Jng. Vögler	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Vogt	Nein	Ja	Nein	Nein
Vogtherr	Ja	Nein	Ja	Nein
Voß	Ja	Nein	Ja	Nein
Frau Wackwitz	Ja	Nein	Ja	Nein
Waigand	Ja	Nein	Ja	Nein
Warmuth	Nein	Ja	Nein	Nein
Weilnböck	Nein	Ja	Nein	Nein
Weiß	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Weixler	Ja	Nein	Nein	Ja
Wels	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Graf v. Westarp	Nein	Ja	Nein	Nein
Westermann	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.
Wieber	Ja	Nein	Nein	Ja
Dr.-Jng. Wieland	Nein	Ja	Nein	Ja
Dr. Wienbeck	Nein	Ja	Nein	Nein
Winnefeld	Nein	Ja	Nein	Nein
Dr. Wirth	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Wissell	Ja	Nein	Ja	Nein
Frau Wulff	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Wulle	Nein	Ja	Nein	Nein
Dr. Wunderlich	Nein	Ja	Nein	fehlt
Frau Wurm	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. Zapf	Nein	Ja	Nein	Nein
Zawadzki	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt
Zeschke	Nein	Ja	Nein	Nein
Frau Zetkin	Ja	Nein	Ja	Nein
Ziegler (Westfalen)	Ja	Ja	Nein	Ja
Frau Ziegler (Württ.)	Ja	Nein	Ja	Nein
Zörgiebel	Ja	Nein	Ja	Nein
Zubeil	Ja	Nein	Ja	Nein

Zusammenstellung.

	1. Abstimmung.	2. Abstimmung.	3. Abstimmung.	4. Abstimmung.
Gestimmt haben: mit **Ja**	**215**	**136**	**136**	**79**
mit **Nein**	**109**	**190**	**192**	**242**
Der Abstimmung haben sich enthalten	**1**	**2**	—	**3**
Ungültig	—	—	—	—
Zusammen	**325**	**328**	**328**	**324**

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

221. Sitzung.

Montag den 29. Mai 1922.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 16 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Als Vorlagen sind eingegangen:

1. ein Weißbuch, Material über die Konferenz von Genua enthaltend,
2. der Entwurf eines Reichsknappschaftsgesetzes.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 4. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Cremer der Abgeordnete Dr. Quaatz;

in den 7. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Stresemann der Abgeordnete Dr. Becker (Hessen);

in den 19. Ausschuß für die Abgeordneten Andre, Nehses die Abgeordneten Frau Teusch (Köln), Hofmann (Ludwigshafen).

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Schreck für 3 Tage, Geck (Mannheim) und Weilnböck für 5 Tage, Behrens für 6 Tage.

Entschuldigt ist das Mitglied des Reichstags Herr Streiter.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Einziger Gegenstand:

Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Zu dieser Erklärung erteile ich das Wort dem Herrn Reichskanzler.

Dr. **Wirth**, Reichskanzler: Meine Damen und Herren! Sie haben Gelegenheit gehabt, im Auswärtigen Ausschuß über die Politik der Reichsregierung vor Genua, in Genua und nach Genua unterrichtet zu werden. Ich beabsichtige nicht, an dieser Stelle das dort bereits Vorgetragene zu wiederholen. Die Reichsregierung beabsichtigt auch nicht, über die **Pariser Verhandlungen** hier im Plenum noch einmal ausführlich und eingehend zu sprechen. Wir sind der Auffassung, daß die Pariser Verhandlungen zurzeit im vollen Fluß sind, daß eine diplomatische Aktion im Gange ist, und daß deshalb die Regierung über das, was von ihren berufenen Vertretern im Auswärtigen Ausschuß erklärt worden ist, nicht hinausgehen kann. Es kann sich vielmehr heute nur darum handeln, zu dem bereits historisch Gewordenen, zu dem in Genua Vorgegangenen noch einmal Stellung zu nehmen. Wir haben das in Genua mit verschiedenerlei Veröffentlichungen unsererseits bereits getan. Wir wollen aber hier einiges ergänzen und nachtragen und Ihnen nun Gelegenheit geben, zu unserer Genuapolitik Stellung zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Im letzten Jahre ist eine eigenartige Feier wohl durch ganz Deutschland hindurch begangen worden. Es war die Feier für den großen italienischen Dichter und Patrioten **Dante Alighieri.** Wohl kaum eine Stadt in Deutschland hat sich bei diesem Anlaß der 600jährigen Todesfeier abseits gestellt. Jene Feier galt ja nicht dem einzigartigen italienischen Patrioten und Dichter allein, sondern sie galt dem großen universellen Denker, der die politische, ethische Welt in seinem großen Werke der Menschheit dargestellt hat. Ein Jahr nach dieser Feier hat Italien Gelegenheit gehabt, auf seinem Boden in Genua die Vertreter aller europäischen Nationen versammelt zu sehen, die Vertreter, die zusammengekommen sind, um einer großen Idee zu dienen, der Idee der Solidarität der europäischen Völker. Das italienische Volk hat die große Mission, die ihm damit zugefallen war, wohl verstanden und gewürdigt. Alle Schichten des italienischen Volkes haben die großen Aufgaben der **Genuakonferenz** richtig eingeschätzt und danach gehandelt.

(Sehr richtig! in der Mitte und links.)

Ich darf auch an dieser Stelle im Namen der Reichsregierung dem **italienischen Volke** den aufrichtigen **Dank** des deutschen Volkes darbringen für die würdige Art, für die zurückhaltende Art, für die gute Einfühlung des gesamten italienischen Volkes in die großen Aufgaben der Genuakonferenz.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und links.)

Diesen Dank dehne ich aus auf die **italienischen Staatsmänner,** die die Konferenz geführt haben. Es war eine saure, bittere, aber hochernste Arbeit, die die italienischen Staatsmänner in Genua vollbracht haben. Größte Hingebung bis zur Erschöpfung war das charakteristische Merkmal der Arbeit der verantwortlichen italienischen Staatsmänner. Wir haben ihnen in Genua bei der Ankunft wie beim Abschied den Dank des deutschen Volkes ausgesprochen, den ich hiermit an dieser Stelle wiederholt habe.

(Bravo! in der Mitte und links.)

Meine Damen und Herren! Ich darf in Ihrer Mitte die Frage formulieren: was sollte Genua sein, und was ist es geworden? Es ist leichter, die Frage zu diskutieren, was Genua sein sollte. Es ist nicht allzuschwer, inmitten der Drangsale der europäischen Völker die **Idee,** die die **Genuakonferenz** in sich darstellte, auszumalen, sie gar auszuschmücken, der großen Hoffnung Ausdruck zu geben, die alle Völker, die ihre Vertreter dorthin entsandt hatten, erfüllte. Viel schwerer ist die Frage zu erörtern: was ist aus dieser Idee in Genua schließlich geworden?

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(Dr. **Wirth**, Reichskanzler.)

(A) Was sollte Genua sein? Die Idee, von der ich schon streifend sprach, ist in England aufgenommen worden. Dort ist der Ausgangspunkt gewesen, dort lag die Initiative, die Völker Europas, deren Interessen weit auseinandergehen, zu sammeln, sie an einen Tisch zu bringen und mit ihnen gemeinsam in friedlicher Arbeit die großen Differenzen der ganzen Welt zu besprechen. Die Konferenz war ursprünglich gedacht als eine Weltkonferenz, als eine Konferenz, die die großen wirtschaftlichen Spannungen, die die ganze Welt durchziehen, heilen sollte.

Meine Damen und Herren! Der Gedanke war kühn, er war groß, er war erhaben; er war vielleicht in der Atmosphäre, die heute noch Europa und die Welt durchzieht, zu groß, zu weitblickend, als daß er sich schon bis zum letzten Rest hätte verwirklichen können. Der Gedanke ist zunächst reduziert worden durch die Weigerung Amerikas, an dieser Konferenz teilzunehmen. Eine weitere Reduktion ist erfolgt durch die Politik in Cannes und in Boulogne. Die Tagesordnung ist schließlich so beschränkt worden, daß nicht einmal mehr die europäische Krise in ihrem gesamten Umfange in das Programm der Genuakonferenz aufgenommen worden ist.

Existiert denn überhaupt noch eine **europäische Krise**, und was ist sie? Dies ist vielleicht die verworrenste und die schwerste Frage, die wir untereinander diskutieren können.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Man kann große Gruppen von Fragen innerhalb dieser europäischen Krise unterscheiden. Es ist die Krise der ehemaligen Staatenverbindungen und Bündnisse, die vor dem Kriege bestanden haben und die schließlich zum Kriege geführt haben. Es sind die Krisen in den einzelnen Staaten selbst. Es ist schließlich die Krise der europäischen Gesamtwirtschaft. Das Instrument, das diese große Krise einmal theoretisch behandeln sollte, sollte die Genuakonferenz (B) sein. Diese Genuakonferenz ist in ihrem Programm so reduziert worden, daß die harrenden Völker schließlich nicht einmal mehr in offiziellen Sitzungen die Wahrheit über alle diese Fragen hören konnten, daß die harrenden Völker nicht einmal dazu gekommen sind, alle die Probleme in Schärfe von denen formuliert zu hören, denen diese großen Fragen in den Herzen und auf den Fingernägeln brennen. Aber trotzdem das Programm reduziert worden ist, müssen wir allen denen dankbar sein, die mit zäher Energie den ursprünglichen Gedanken, die Völker zusammenzuführen, trotz aller Sabotageversuche über die Wochen der Genuakonferenz hinausgetragen haben,

(lebhaftes Bravo in der Mitte und links)

und es ist gewiß kein ungewöhnlicher Vorgang — er wird auch in Ihrer Mitte wohl verstanden werden —, wenn ich **Englands Führer** für dieses **Durchhalten der Konferenz** auch wenn der Gedanke der Konferenz immer mehr und mehr abgeschwächt worden ist, nicht im Namen des deutschen Volkes allein, sondern aller Völker, die in Bedrängnis sind, den Dank ausspreche.

(Lebhafter Beifall.)

Gewiß sind Fragen, die uns sehr nahe gehen, nicht berührt worden. Die Fragen, die in Genua nicht offiziell behandelt worden sind, sind vielleicht die wichtigsten gewesen.

(Sehr wahr! in der Mitte und links.)

Ich erinnere nur an die **Reparationsfrage**.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Vielleicht?!)

— Nicht nur vielleicht. Das Vielleicht war sehr wohl zu verstehen. Für uns ist diese Frage die wichtigste. Die Reparationsfrage ist aber nicht isoliert, nicht allein nur als deutsche Frage anzusehen, sie ist die europäische Frage,

(lebhafte Zustimmung)

neben der Frage, wie die Ostwelt wieder geweckt und in (C) Verbindung mit der Westwelt gebracht werden kann. Aber, meine Damen und Herren, über die Reparationsfrage ist, wenn auch nicht formell, sehr viel gesprochen worden. Ich darf die Herren um Nachsicht bitten, die sich kritisch zu dem etwas langen Aufenthalt der deutschen Delegation in Genua ausgedruckt haben. Gerade die Möglichkeit, die erste Möglichkeit seit acht Jahren, mit den verantwortlichen Trägern fremder Staaten in Verbindung zu kommen, mit ihnen — es ist keine Gelegenheit versäumt worden — die Reparationsfrage zu besprechen, hat uns Veranlassung gegeben, trotz vieler bitteren Enttäuschungen in Genua zu verweilen. Kaum zwei Staatsmänner, die sich dort trafen, seien es die Neutralen unter sich oder die Neutralen mit uns oder wir mit den Alliierten, kaum jemals, behaupte ich, ist eine Besprechung geführt worden zwischen verantwortlichen Politikern, ohne daß man nicht sehr rasch auf die Reparationsfrage zu sprechen gekommen ist.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die **Genuakonferenz** bedeutet zweifellos einen **Fortschritt**. Wir sind, nach außen gesehen, als gleichberechtigte Macht auf der Genuakonferenz erschienen.

(Lautes Lachen bei den Deutschnationalen.)

— Ich habe mit Absicht gesagt: nach außen gesehen! Warum man darüber lachen kann, ist mir unbegreiflich!

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und links.)

Was wollen Sie (zu den Deutschnationalen) mit Ihrem Lachen erzielen? — Ich habe Gelegenheit gehabt, mit einem der Staatsmänner der Alliierten diese Frage zu besprechen, und wir waren uns beide einig, daß, wenn auch die Genueser Konferenz große Hoffnungen nicht verwirklicht hat, schon die Tatsache, daß 3½ Jahre nach dem Waffenstillstand, nach dem unermeßlichen blutigen Ringen die Menschen sich einmal friedlich in einer gewerbetreibenden Stadt versammeln, daß sie einander sehen, daß sie miteinander Berührung haben, daß sie die Pro- (D) bleme der europäischen Wirtschaft, aller europäischen Politik besprechen, daß sie Brücken von Volk zu Volk schlagen, daß sie als Vermittler zwischen den Differenzen auftreten können — ich erinnere, wie ich nachher zeigen werde, an die zwischen der Ost- und Westwelt —, schon allein diese Tatsache, daß sich nach den Jahren des blutigen Ringens, wo Millionen gefallen sind, die Vertreter aller Nationen vereinigen konnten, ist ein großer und einzigartiger Fortschritt in der europäischen Geschichte.

(Lebhafte Rufe in der Mitte und links: Sehr richtig!)

Darüber gilt es nicht zu lachen, sondern diesen Fortschritt gilt es anzuerkennen in der deutschen Volksvertretung.

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Derselben Arbeit und demselben Fortschritt diente die Tätigkeit der deutschen Vertreter in den **Kommissionen**. Es ist nicht meine Aufgabe, diese Arbeit hier im einzelnen zu würdigen. Der Reichsminister der Finanzen wie der Reichswirtschafsminister sind bereit, gerade diese Arbeiten in den Kommissionen, wenn es gewünscht wird, auch hier im Plenum noch einmal zu erörtern.

Ich will auch die dort gefundenen **theoretischen Leitsätze** nicht überschätzen; aber wir müssen uns in Deutschland zunächst einmal davor hüten, daß wir alles, was vor sich gegangen ist, unterschätzen.

(Sehr richtig! im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.)

Gewiß: es haben viele dieser Leitsätze nur theoretische Bedeutung, und es wird vielleicht noch viel Wasser den Rhein hinunterfließen, bis diese theoretischen Leitsätze verwirklicht sind. Wir haben unsererseits nur eins zu tun: wir haben die dort gewonnenen Leitsätze für die Finanzgebarung, für den Verkehr, für die Wirtschaft zu Leit- und Richtlinien unserer Politik zu machen. Das

(Dr. **Wirth**, Reichskanzler.)

(A) werden wir tun, und die Gegenseite wird jederzeit die deutschen Vertreter, fußend auf den in Genua gewonnenen Leitsätzen, bei den Verhandlungen sehen. Man darf nur die Hoffnung aussprechen, daß sich auch die anderen nach diesen theoretischen Leitsätzen richten mögen,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten)

und daß diese theoretischen Leitsätze für sie, wie ich irgendwo gelesen und gehört habe, nicht nur „bedeutsame Anregungen“ seien. Anregungen sind in den letzten drei und vier Jahren auf vielen finanzpolitischen Konferenzen genug gegeben worden.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum und den Deutschen Demokraten)

Jetzt handelt es sich darum, von allen Nationen gebilligte Leitsätze der Finanz- und Wirtschaftsgebarung in die Tat umzusetzen.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben in Genua im Sinne der europäischen Verständigung Politik gemacht. Wir haben jederzeit unsere Hand geboten, um mit der Gegenseite und mit den Neutralen zu verständnisvollem **Zusammenarbeiten** zu kommen. Nicht in allen Punkten haben wir zunächst Gelegenheit gehabt, uns an einer solchen Arbeit zu beteiligen. Wir waren gewiß gleichberechtigte Mitglieder auch der hochpolitischen und wichtigen **Ersten Kommission**, die eine **Unterkommission** gebildet hat, der die Hauptfragen, die die Konferenz behandeln sollte, zugewiesen wurden. Es ist uns auch gelungen, einen französischen Vorstoß in der Unterkommission abzuwehren, der uns auf die Rolle kleiner Staaten und der neutralen Welt stellen wollte. Wir waren Mitglieder dieser Unterkommission, und wir wollen das dankbar anerkennen. Aber es hat sich im Verlauf der Genueser Debatten herausgestellt, daß (B) neben dem Begriff des Obersten Rates, der dort nicht in die Erscheinung getreten ist, eine neue Union sich gebildet hat: die der einladenden Mächte, zu denen wir selbstverständlich nicht gehörten, und es hat sich in der ersten Woche herausgestellt, daß ohne uns, und ohne daß wir die Gewähr hatten, daß auch unsere Interessen gewahrt worden sind, gerade die einladenden Mächte mit **Rußland** Verhandlungen begonnen hatten, denen wir nur mit größter Spannung und mit größter Sorge entgegenschauen konnten.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir waren deshalb genötigt — und das war nicht ein Irrtum der deutschen Politik, sondern das war ein pflichtgemäßes Handeln,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten)

auf bewußter Überlegung fußend —, unsere Fragen mit Rußland selbständig zu lösen, nachdem uns die anderen zu diesem pflichtmäßigen Handeln geradezu Veranlassung gegeben hatten.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist eine große Aufregung über den **Vertrag von Rapallo** durch die Welt gegangen. Wellen sind hervorgerufen worden, die auch nach Deutschland hinübergespielt haben. Ich habe so den Eindruck, daß diejenigen die am lautesten drüben, jenseits unserer Grenze, sich über den Rapallovertrag aufgeregt haben, den Rapallovertrag nicht einmal gelesen haben, sondern daß allein das selbständige Handeln Deutschlands bereits auf der Gegenseite in einzelnen Kreisen Bestürzung hervorgerufen hat.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Wer den Rapallovertrag sorgfältig und ohne Voreingenommenheit durchliest, muß gestehen, daß der Vertrag von Rapallo ein ehrliches, aufrichtiges Friedenswerk ist. (C) Es ist im gewissen Sinne ein vorbildlicher Friedensvertrag.

(Sehr gut! im Zentrum.)

In diesem Friedensvertrag gibt es weder Besiegte, noch gibt es Sieger. Es ist die vollkommene Liquidierung der aus dem Kriegszustand herrührenden gegenseitigen Forderungen. Unverständlich ist deshalb die Aufregung, die sich gerade an diesen Vertrag geknüpft hat, und noch unverständlicher ist die Deutung dieses Vertrages als eines kriegerischen Faktors in Europa.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wer hat denn Anlaß zu diesem Vertrag gegeben, den wir pflichtmäßig geschlossen haben? Das ist die Entente selbst.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

An wenigen Beispielen können wir zeigen, daß der Anlaß nur auf der Gegenseite liegt.

Ich erwähne erstens, daß durch Aufhebung des materiellen Inhalts des Brester Friedensvertrags und der Zusatzverträge eine neue Ordnung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland vorgenommen werden mußte. Durch die Aufhebung des Brester Vertrags ist aber nicht etwa ein Kriegszustand zwischen Deutschland und Rußland wiederhergestellt oder die de-jure-Anerkennung Rußlands aufgehoben; aber unbedingt notwendig war eine Neuordnung und eine Formulierung und schließlich Abstreichung der gegenseitigen Forderungen.

Zweitens: durch **Art. 116 des Versailler Friedensvertrags** hat uns die Entente genötigt, den direkten Ausgleich mit Rußland zu erreichen.

(Sehr richtig!)

Es ist mitunter notwendig, den Friedensvertrag der Welt wieder etwas näherzubringen, und auch in Genua ist man nie den Eindruck ganz los geworden, daß über den Art. 116 bei sehr vielen verantwortlichen Politikern der Welt die Kenntnis keine allzugroße ist. (D)

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei und Heiterkeit.)

Ich darf deshalb den Art. 116 hier noch einmal zur Verlesung bringen:

> Abschnitt XIV, Rußland und russische Staaten: Deutschland erkennt die Unabhängigkeit aller Gebiete, die am 1. August 1914 zum ehemaligen Russischen Reich gehörten, an und verpflichtet sich, diese Unabhängigkeit als dauernd und unantastbar zu achten. Gemäß den Bestimmungen des Art. 259 und 292 Teil IX — Finanzielle Bestimmungen — und Teil X — Wirtschaftliche Bestimmungen — des gegenwärtigen Vertrags erkennt Deutschland endgültig die Aufhebung der Verträge von Brest-Litowsk sowie aller anderen Verträge, Vereinbarungen und Übereinkommen an, die es mit der maximalistischen Regierung in Rußland abgeschlossen hat.

Und nun kommt der bedeutsame Satz; das andere hat vorher genügende Würdigung gefunden:

> Die alliierten und assoziierten Mächte behalten ausdrücklich die Rechte Rußlands vor, von Deutschland jede Wiederherstellung und Wiedergutmachung zu erhalten, die den Grundsätzen des gegenwärtigen Vertrags entspricht.

Das ist die verhängnisvolle und politisch bedeutsame Klausel im Art. 116. Dieser Art. 116 begründete für uns eine pflichtmäßige Notwendigkeit, mit Rußland, da die anderen uns nicht beigezogen haben, zu einem Ausgleich und zu einem ehrlichen gegenseitigen Vertrag zu kommen. Somit ist der Rapallovertrag lediglich Fortsetzung der im deutsch-russischen Vertrag vom 6. Mai 1921 bereits vorgesehenen weiteren Regelung der zwischen Deutschland und Rußland bestehenden Fragen.

(Dr. **Wirth**, Reichskanzler.)

(A) Die sechs Paragraphen des Vertrages enthalten keinerlei politische Bestimmungen oder Abmachungen, aus denen irgendein Dritter eine Gefahr oder eine Schmälerung seiner Rechte herleiten kann.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen ist lediglich eine formale Bestätigung der bereits seit dem 6. Mai vorigen Jahres bestehenden offiziellen wirtschaftlichen Beziehungen.

Vielfach wird nun nicht nur drüben, sondern auch bei uns nicht der Inhalt des Vertrags, sondern der **Zeitpunkt des Abschlusses** als Drohung und als unopportun aufgefaßt. Auch dies ist vollkommen unzutreffend. Der Vertrag war bereits längst vor Genua in seinen Grundzügen fertiggestellt worden. Deutschland hat von dem Abschluß dieses Vertrages vor Genua abgesehen in der Hoffnung, daß Leitsätze seines Vertragsentwurfs dem voraussichtlichen Genuaakt angepaßt werden könnten. Deutschland wollte kurz vor Genua jede Sonderaktion vermeiden. In Genua fand sich Deutschland in der ersten Woche von den russischen Verhandlungen ausgeschlossen. Es hat allerdings am Dienstag vor Ostern an einer kurzen Subkommissionssitzung teilnehmen können, in der ihm und Rußland das von den Ententesachverständigen aufgestellte Londoner Memorandum als Verhandlungsbasis vorgelegt wurde. Das Londoner Memorandum — darauf mache ich besonders aufmerksam — enthält eine ausdrückliche Bekräftigung des Art. 116,

(hört! hört!)

der Rußland das angebliche Recht, von uns Entschädigungen zu verlangen, vorbehält. Ferner waren sämtliche Vorkriegsansprüche Deutschlands gegen Rußland durch dieses Memorandum eliminiert. Von Dienstag bis Sonnabendabend vor Ostern waren wiederholte Vorstellungen Deutschlands in dem Sinne erfolgt, daß wir uns zu (B) überzeugen wünschten, ob unsere Rechte auch gewahrt würden und daß wir aus Art. 116 nicht mit neuen Lasten hervorgehen würden, die den Ring der Schuldknechtschaft um Deutschland endgültig geschlossen hätten. Diese Vorstellungen sind vergeblich geblieben.

In seiner ersten großen **Unterhausrede** hat der **englische Erste Minister** den **Rapallovertrag** einen großen Irrtum und einen schweren Fehler genannt. Meine Damen und Herren! Es wird davon abhängen, auf welchen Standpunkt der europäischen Beurteilung man sich stellt, wenn man den Vertrag als Fehler und Irrtum bezeichnet.

(Sehr gut! in der Mitte.)

Lloyd George hat in der Begründung dieses Satzes im einzelnen dann ausgeführt, daß gerade die Stimmung, in welche Deutschland und Rußland versetzt worden sind, zu einem derartigen Schritt gegenseitiger Verständigung und gegenseitigen Verstehens habe führen müssen. Man müßte diesen Satz zweimal lesen! Hat die Stimmung zu dem Vertrage führen müssen, dann liegt der Irrtum nicht auf unserer Seite,

(sehr richtig!)

dann liegt er in dem taktischen Vorgehen der Alliierten selbst, die es uns zunächst nicht erlaubt haben, unsere Vertragsentwürfe, die wir mitgebracht hatten, mit den Russen zum gemeinsamen Gegenstand der Genuaberatungen zu machen.

(Sehr richtig!)

Lloyd George hat aber in dieser Rede auch die Welt gewarnt, diese Völker, das deutsche und das russische, nicht weiter zur Verzweiflung zu treiben, da sonst ungeahnte Konsequenzen aus einer derartigen Verständigung entstehen könnten. Ich kann nur wiederholen, was ich in Genua und was ich vorhin schon gesagt habe, daß der Rapallovertrag keinerlei diesbezügliche Absichten enthält, sondern nur den Willen zweier großer Nachbarreiche (C) realisiert, in Frieden und verständnisvoller Zusammenarbeit, und zwar in der Arbeit gegenseitigen Wiederaufbaus zusammen zu leben und dann zu diesem Zweck einen Strich unter die Vergangenheit zu machen. Er bedeutet nicht nur einen Frieden zwischen zwei Völkern, denen es immer gut gegangen ist, solange sie sich verstanden haben,

(sehr wahr! in der Mitte und rechts — Unruhe auf der äußersten Linken)

er bedeutet auch einen Ausgleich, eine Brücke zwischen Ost und West in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zum Wohle beider Völker.

Es ist interessant, daß dieser Rapallovertrag bei den Arbeitern der ganzen Welt als erstes wahres Friedenswerk nach der großen Katastrophe erkannt und gewürdigt worden ist. Der Vertrag bedeutet aber auch — und darauf dürfen wir hier nochmals hinweisen — ein Nichteinmischen in die inneren parteipolitischen und sozialen Verhältnisse eines anderen Landes. Lloyd George hat in seiner Rede die zahlreichen tagtäglichen Nachrichten über geheime Militärabkommen, die im Anschluß an den Rapallovertrag beschlossen sein sollen, ins Reich der Fabel verwiesen. Ich kann hier nochmals feierlich erklären, daß der **Rapallovertrag keine geheimen politischen oder militärischen Abkommen** enthält, und jede böswillige Behauptung, die da und dort immer wieder auftaucht, ist, was sie von Anfang war, eine böswillige Verleumdung, um dem ersten Friedenswerk, das überhaupt in Europa errichtet worden ist, Schwierigkeiten zu bereiten.

(Sehr richtig! und Bravo!)

Die vitalen Bestimmungen des Vertrages sind, soweit sie mit Rücksicht auf die Genuaverhandlungen notwendig waren, bereits in Kraft getreten. Wir beabsichtigen aber, den ganzen Vertrag dem hohen Hause zur Diskussion im Rahmen der verfassungsmäßigen Notwendigkeit demnächst (D) mit der Bitte um Genehmigung vorzulegen.

Mit Genua ist das Problem, das auch im Rapallovertrag berührt ist, nämlich das **Verhältnis zur Ostwelt** zu regeln, nicht zum Abschluß gekommen. Nicht durch unsere Schuld, meine Damen und Herren. Wir waren abseits gestanden durch den Willen der Alliierten und wir haben das Abseitsstehen auch verstanden, nachdem wir mit Rußland zu einem guten Verhältnis gekommen waren. Damit war aber unsere Arbeit in Genua nicht abgeschlossen. Wir haben wiederholt konstatieren können, daß sowohl Rußland wie die Westmächte unsere Vermittlung, in die wir hineingewachsen sind, dankbar anerkannt haben. Wir haben nicht einseitig vermittelt, wir haben versucht, eine Brücke zu schlagen zwischen der östlichen und der westlichen Auffassung.

Das Werk ist in Genua nicht zum Abschluß gekommen. Es wird fortgesetzt durch eine **Tagung der Sachverständigen im Haag.** Wenn gewünscht — aber nur, wenn gewünscht! — sind wir bereit, unsere Vermittlerrolle weiter aufrichtig und ehrlich zu spielen. Alle, die es sehen wollten, konnten schon in Genua erkennen, daß es uns ernst ist, uns selbst mit den Nationen Europas zu verständigen und auch einer Verständigung anderer Nationen, wenn wir dazu gerufen werden, selbstlos zu dienen.

Meine Damen und Herren! Neben der Russenfrage sind in Genua andeutungsweise andere Fragen zur Diskussion gestellt worden. Ich brauche sie hier nicht zu vertiefen, da auch diese anderen Fragen in ihrer Lösung nur einen Torso darstellen. Ich erinnere Sie nur an den **Gedanken der Treuga Dei in Europa**, den Gedanken des Gottesfriedens, ebenso groß und erhaben wie die Idee der Genuakonferenz selbst. Der Gedanke der Treuga Dei hat in der ursprünglich beabsichtigten Form keine Gestalt

(Dr. **Wirth**, Reichskanzler.)

(A) angenommen. Es wäre auch eine Treuga Dei in dem Sinne, wie sie vorgeschlagen worden ist, zunächst in theoretischer Form, für das deutsche Volk eine sehr schmerzliche Sache gewesen. Kann man ganz Europa, kann man allen Völkern Europas den Frieden geben, das deutsche Volk aber einer Sanktionspolitik aussetzen?

(Lebhafte Rufe: Sehr richtig!)

Ist das der Gottesfriede, der diesem unglücklichen Erdteil wieder neue Wohlfahrt und ein Wiederaufleben sichern soll?

Der Gedanke ist allmählich in den Hintergrund getreten. Wir können das bedauern: es war eben die Welt noch nicht reif dafür, den Gedanken in seiner Reinheit und Größe zu fassen, daß der wirtschaftliche Aufbau Europas, daß die Überwindung der großen Krise mit Gewalt nicht möglich ist. Es ist eine Treuga Dei in kleinerer Form schließlich zustande gekommen, eine **Treuga Dei**, die die **Ostgrenzen der neuentstandenen Staaten** zunächst für einige Monate im Beharrungszustand erklärt. Es ist wenig, was dabei herausgekommen ist. Aber trotzdem ist es ein kleiner Schritt vorwärts auf dem Wege zu einer Befriedung Europas. Wir wollen diesem Gedanken gern dienen und wollen unsererseits auch helfen, wo es möglich ist, den Gedanken des Nichtangriffpaktes schließlich einer festen Gestalt entgegenzuführen.

Aber, meine Damen und Herren, wenn das geschehen soll, so müssen wir in der großen Frage, die uns alle beherrscht, in der **Reparationsfrage**, die mit der Sanktionsfrage eng zusammenhängt, von der unglückseligen Methode uns schließlich abwenden können, die **Politik auf Termine** zu machen,

(sehr gut! auf allen Seiten)

von der Politik, die immer wieder einen Termin setzt, an dem schließlich das Damoklesschwert, das über uns hängt, über das deutsche Volk herniedergehen soll.

(B) (Lebhafte allgemeine Zustimmung.)

Politik auf Termine und dahinter die Drohungen mit brutaler Gewalt, das ist der Tod für jede Treuga Dei in Europa.

(Lebhafte Zustimmung auf allen Seiten.)

Man hat ganz deutlich gesehen, wie eine ungeheure Spannung sich wieder über ganz Europa lagerte, je näher der 31. Mai kam. Die Erregung ergriff das deutsche Volk und ergriff die Neutralen, steigend von Woche zu Woche, und man wird den Eindruck nicht los, daß die Steigerung der Spannung vielfach eine künstliche, gewollte Mache gewesen ist.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir wollen diese Spannung vielleicht in Hauptpunkten als überwunden ansehen. Die Herren haben ja Gelegenheit gehabt, über die Schritte der deutschen Regierung das Nötige zur Kenntnis zu nehmen. Jetzt handelt sichs darum, nicht in kritischer Würdigung allein über den 31. Mai hinüberzuschreiten, sondern die großen Ziele europäischer Politik mit den Verhandlungen, die zurzeit in Paris geführt werden, zu verbinden.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Diese großen Ziele sind klar zu erkennen, und der Weg dazu, der möglich ist, der der Verständigung, ist mit festem Schritte zu beschreiten. So wie es mit englischer Zähigkeit gelungen ist, in Genua die Schwierigkeiten, die die Konferenz zum Scheitern bringen wollten, zu überwinden, so muß es auch gelingen, wenn tatsächlich das große Ziel der **Befriedung Europas und der Welt** gewollt wird, auch die nächsten Monate so zu überwinden, daß am Ende dann eine Regelung der großen Frage steht, die dem deutschen Volke überhaupt das Leben ermöglicht.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und bei den Sozialdemokraten.)

Die Sanktionspolitik aber fortzuführen, heißt den Geist (C) von Genua verneinen und den Geist der Zerstörung endgültig freigeben.

(Sehr richtig! im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten.)

Ich darf zusammenfassen: Die **Ergebnisse Genuas** sind nicht allzu zahlreich. In den Lösungen sind sie klein und bescheiden.

(Sehr richtig!)

Wir wollen das nicht verkennen. Aber nach der großen Katastrophe, die über Europa hereingebrochen ist, ist auch ein kleiner Schritt ein bedeutsamer Schritt vorwärts.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

So bitten wir auch Sie, meine Damen und Herren, wie auch die Umwelt, den Vertrag von Rapallo als einen Friedensvertrag würdigen zu wollen, so bitten wir Sie auch, unsere persönliche Fühlungnahme mit den leitenden Staatsmännern der Welt, mit den Publizisten, mit den Politikern aller Nationen, mit denen wir acht Jahre nicht zusammengekommen sind, ebenfalls als einen Fortschritt zu buchen, so bitten wir Sie auch, in diesen Komplex der Fortschritte einverleiben zu wollen den kleinen Schritt, den wir mit unserer Arbeit begleiten konnten, die Ost- und Westwelt einander wieder verständnisvoll näher zu bringen, und so bitten wir Sie auch, unsere Politik zu unterstützen, damit die Hoffnung wächst, daß eine Befriedung Europas und damit auch ein Frieden für das deutsche Volk schließlich erzielt werde.

(Lebhafter Beifall im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: In der Besprechung der Regierungserklärung hat das Wort der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: Meine Damen (D) und Herren! Der Herr Reichskanzler hat sich in seinen Ausführungen in der Hauptsache auf eine Betrachtung der Ergebnisse der Genueser Konferenz beschränkt und ist nur nebenbei auf die außerordentlich wichtigen zurzeit in **Paris** stattfindenden **Verhandlungen** über die **Reparationsfrage und** die **Anleihe** eingegangen. Ich hatte und habe die Absicht, diesem Beispiel zu folgen, weil auch ich der Auffassung bin, daß wir die bedeutsamen Verhandlungen, die zurzeit in Paris spielen, nicht durch Debatten hier im Parlament stören sollen, sondern uns mit den Aufschlüssen begnügen sollen, die uns hierüber im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten gegeben worden sind. Das führt dazu, daß wir uns in der Hauptsache mit Dingen zu beschäftigen haben, die der Vergangenheit angehören und über die die Geschichte ihr Urteil abzugeben hat. Aber das darf uns nicht abhalten, auch hier im Deutschen Reichstag Stellung zu nehmen, so wie das auch in anderen Parlamenten, insbesondere im englischen Parlament, in der vergangenen Woche und in den laufenden Tagen bereits geschehen ist.

Der Herr Reichskanzler hat auseinandergesetzt, warum das **Ergebnis von Genua** gegenüber den Hoffnungen der Völker ein verhältnismäßig so mageres gewesen ist, und auch das stimmt mit den Ausführungen überein, die wir hierüber insbesondere im englischen Parlament gehört haben. Ich will, wenn ich meinerseits auf diese Debatten eingehe, nur darin erinnern, daß dort der Sprecher der englischen Arbeiterpartei, der Abgordnete Clynes, die Wurzel des Übels bloßgelegt hat, indem er darauf hingewiesen hat, daß das mangelhafte Ergebnis von Genua daher rühre, daß die Reparationsfragen dort von der Behandlung ausgeschlossen worden

(**Müller** [Franken], Abgeordneter.)

(A) sind, wie er auch mit erfreulicher Deutlichkeit in einem Parlament eines Ententestaats ausgesprochen hat, daß die Wurzeln unserer Übel im Versailler Vertrag zu suchen sind, den er im englischen Parlament vorige Woche als Vertrag charakterisierte, der eigentlich gar kein Friedensvertrag, sondern ein Kriegsvertrag sei.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und bei der Deutschen Volkspartei.)

Unsere Hoffnungen auf Genua — auch darin stimmen wir mit dem Herrn Reichskanzler überein — waren von vornherein sehr niedrig gestimmt, weil durch die Besprechungen, die in Boulogne stattgefunden hatten, das Thema der Genueser Konferenz so außerordentlich beschränkt worden ist. Wenn Genua überhaupt durchgeführt werden konnte, so stimme ich auch da mit dem Sprecher der englischen Arbeiterpartei überein, der sagte, daß es nur der Beharrlichkeit Lloyd Georges zu verdanken war, der sich mit seiner ganzen persönlichen Kraft für den Gedanken der Genueser Weltkonferenz eingesetzt hat, der zu erkennen gegeben hat, daß er ein englischer Staatsmann ist, der Pflichten gegenüber dem kontinentalen Europa hat, Pflichten, die nicht vernachlässigt werden dürfen, wenn nicht die eigene englische Wirtschaft schweren Schaden leiden soll. **Lloyd George** ist freilich der einzige von den vier „starken Männern“, die im Jahre 1919 in Paris das Versailler Werk in der Dunkelkammer zustande gebracht haben, und es wird ihm reichlich schwer gemacht, das Werk, an dem er selbst mitschuldig ist, zu ersetzen durch ein anderes, das geeignet ist, in Europa Zustände heraufzuführen, die in Wirklichkeit den Namen Frieden verdienen. Schon die Konferenz in Washington, aber noch viel mehr die Genueser Konferenz hat gezeigt, daß es vor allen Dingen die **französische Regierung**, gestützt auf die Kammer des

(B) nationalen Blocks, ist, die das **Haupthindernis zur Befriedigung europäischer Verhältnisse** ist. Ich glaube, gerade wir als Sozialisten haben die Pflicht, das auch offen auszusprechen, weil wir niemals zu denen gehört haben, die auf irgendwelche Differenzen im Lager der Entente spekuliert haben,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und weil wir schon wegen der dauernden geographischen Nachbarschaft, zu der wir gezwungen sind, immer dafür eingetreten sind, daß ein Akkord zwischen dem französischen und deutschen Volk zustande gebracht wird, der zustande gebracht werden muß, wenn Europa in Zukunft von solchen Katastrophen verschont bleiben soll, wie wir sie leider in den fünf Jahren der Vergangenheit erlebt haben. Die gehässige Art, in der zum Beispiel der Führer der französischen Delegation Barthou sich offiziell über die deutsche Delegation ausgelassen hat, ferner — darauf hat der Herr Reichchskanzler schon hingewiesen — die fortwährende Betonung des Rechts auf Sanktionen, wie wir sie von französischen Staatsmännern immer und immer wieder hören müssen, zeigt eben, daß der Geist des Militarismus in Frankreich vorläufig noch die Vorherrschaft hat.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen und Sozialdemokraten.)

Wir bedauern dieses, wie sich auch in Genua wieder gezeigt hat, absichtliche Verletzen der Deutschen, diese Provokationen eines wehrlosen Volkes,

(lebhafte Zustimmung im ganzen Hause)

weil sie im Grunde genommen den Nationalismus in Deutschland stärken

(lebhafte Zustimmung links; — Zuruf rechts: Der Nachsatz war überflüssig!)

(C) und die Vertiefung und Verbreitung völkerverbindender Gedanken in Deutschland hindern.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf von den Deutschnationalen.)

— Selbstverständlich muß das in diesem Zusammenhang gesagt werden, Herr Kollege Schiele. Denn wir legen Wert darauf, mit den Kreisen in Kontakt zu kommen, die mit uns eine Politik der Versöhnung treiben wollen. Das werden wir bei jeder Gelegenheit betonen.

(Erneute Zurufe von den Deutschnationalen.)

— Herr Abgeordneter Helfferich, wir haben ja vielleicht einmal Gelegenheit, uns innerpolitisch darüber auseinanderzusetzen. Aber bisher haben die Auseinandersetzungen, die wir mit Ihnen gehabt haben, noch nicht gezeigt, daß wir hier die Einheitsfront herstellen können, von denen bei Ihnen so oft die Rede ist.

(Zustimmung links.)

Ich habe aber, um auf das Thema der Außenpolitik zurückzukommen, die Überzeugung, daß die neutrale Welt, daß die Nordamerikaner mit ihrem hochentwickelten Rechtsgefühl, daß die Südamerikaner mit ihrer geschichtlich bekannten Ritterlichkeit schon den Unterschied zu werten wissen, der auf der einen Seite in einer Politik liegt, die den Haß aus der Kriegszeit in die Friedenszeit übernommen hat, und auf der anderen Seite in einer Politik, die bestrebt ist, durch Vergessen und Sammeln zum moralischen und materiellen Wiederaufbau Europas zu führen, wie sie insbesondere — auch darin stimme ich mit dem Herrn Reichskanzler überein — von den italienischen und englischen Staatsmännern in Genua vertreten worden ist.

Weil sachlich die Tagesordnung der Genueser Konferenz beschränkt war, war es auch nicht möglich, unmittelbar praktische Resultate von der Genueser Konferenz nach Hause zu bringen. Trotzdem stimme ich

(D) mit dem Reichskanzler darin überein, daß schon die Fühlungnahme mit den Staatsmännern anderer Länder sechs Wochen hindurch für uns außerordentlich wichtig gewesen ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich gebe auch zu, daß insbesondere in der **Finanz- und** in der **Wirtschaftskommission** außerordentlich brauchbare Arbeit geleistet worden ist. Eine Arbeit, die uns Deutschen keine neue Erkenntnis gebracht hat, weil wir diese Auffassungen in unzähligen Denkschriften vertraten, die wir seit dem Versailler Friedensvertrag den verschiedensten politischen und Finanzkonferenzen der Welt vorgelegt haben. Es wird die Hauptsache sein, daß das, was theoretisch nun allgemein durch die Beschlüsse dieser Kommissionen in Genua anerkannt worden ist, sich auch praktisch auswirkt, insbesondere in den Verhandlungen, die zurzeit in Paris über die Reparationsfragen und über die Anleihe stattfinden. Es wird wirklich Zeit, daß dort bei diesen Verhandlungen die notwendige Rücksicht auf die Länder mit passiver Handelsbilanz genommen wird, wenn deren Leistungsfähigkeit bestimmt werden soll. Hier tut Eile wirklich not. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß seit vielen Wochen der Dollar bei uns wieder um die 300 herum pendelt. Jeder weitere größere **Marksturz** würde die Heilungsmöglichkeit dieses wirtschaftlichen Prozesses außerordentlich untergraben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wo dieser Weg noch hinführen kann, das haben uns, glaube ich, die Verhältnisse in Österreich und in Rußland wirklich zur Genüge gezeigt,

(sehr richtig! rechts)

nur daß bei unserem industriell so durchsetzten Land sich noch ganz andere Folgeerscheinungen bemerkbar machen

(Müller [Franken], Abgeordneter.)

(A) würden, als sie sich in Österreich und Rußland gezeigt haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Deutschnationalen.)

Die fortgesetzte Preissteigerung müßte eine Not über das deutsche Volk heraufführen, die die schwersten wirtschaftlichen und auch politischen Erschütterungen im Gefolge haben müßte. Wir hoffen deshalb, daß die theoretischen Ergebnisse von Genua die Pariser Verhandlungen befruchten mögen, und wir wollen von uns aus alles tun, um zu leisten, was in unserer Kraft steht.

Wir wissen, daß unser Budget einschließlich des Reparationsbudgets durch Steuern nicht in Ordnung gebracht werden kann; wir wissen, daß es außerordentlich schwer halten wird, die schwebende Schuld, die wir in Deutschland haben und die zurzeit 280 Papiermilliarden beträgt, zu stoppen; aber wir müssen auf diesen beiden Gebieten das Äußerste leisten, was wir überhaupt leisten können. Denn wir wissen, daß die große internationale Finanzwelt nur zu den Völkern Vertrauen hat und den Völkern etwas gibt, die bereit sind, bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit auch sich selbst zu helfen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Leistungsfähigkeit eines Volkes leidet aber in der Beurteilung draußen Schaden, wenn die Leistungen, die diesem Volke auferlegt sind, seine Kraft übersteigen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Leistungsfähigkeit eines Volkes wird gehemmt, wenn diesem Volke untragbare Lasten auferlegt werden,

(erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

und die Leistungsfähigkeit eines Volkes wird gesteigert, wenn sich diesem Volke ein Ausweg der Rettung zeigt.

(Allseitige Zustimmung.)

(B) Diese Binsenwahrheiten möchten endlich bei den internationalen Finanzverhandlungen in Paris ihre Berücksichtigung finden! Man soll dort doch endlich einsehen, daß aus einem Volke, das draußen keinen Kredit findet, die Gläubiger auch mit dem Säbel kein Gold schlagen können.

(Erneute allseitige Zustimmung.)

Ich will, wie gesagt, auf die Einzelheiten der in Paris geführten Verhandlungen nicht eingehen. Wir haben zu der Regierung das Vertrauen, daß sie dort ein objektives Bild der deutschen Lage gibt und, auf dieses Bild gegründet, die deutschen Bedürfnisse klargelegt.

Neben den Verhandlungen, die zurzeit in Paris geführt werden, werden bald die Verhandlungen im Haag beginnen, die dahin führen sollen, daß die Ententestaaten mit der russischen Sowjetrepublik zu einem gewissen Akkord kommen. Der Herr Reichskanzler hat auseinandergesetzt, warum die deutsche Regierung an diesen Verhandlungen nicht beteiligt ist, weil unter dem Zwang der Verhältnisse die deutsche Delegation in Rapallo den Separatvertrag mit Rußland abgeschlossen hat. Daß es Ostern zu diesem Vertrag in Rapallo gekommen ist, hat in der Welt das größte Aufsehen erregt. Denn das Thema der Beziehungen zu Rußland war ja einer der Gegenstände, die der Tagesordnung der Genua-Konferenz vorbehalten waren. Aber auch darin —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte, die Zwiegespräche etwas zu dämpfen!

Müller (Franken), Abgeordneter: — stimme ich mit dem Herrn Reichskanzler überein: der Abschluß dieses deutsch-russischen Separatabkommens hatte nicht zuletzt darin seine Ursache, daß zeitweilig in Genua (C) selbst gegen den Geist von Genua verstoßen worden ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichskanzler hat uns auseinandergesetzt, daß auf dieser Konferenz zum ersten Male alle Staaten, die eingeladen waren, als gleichberechtigt behandelt werden sollten, und daß es Sieger und Besiegte nicht geben sollte. Trotzdem führten die einladenden Mächte zunächst maßgebende Verhandlungen unter sich, zogen dann die Russen zu diesen Verhandlungen hinzu und hatten, wie sie sagten, die Absicht, auch später die Deutschen über diese Verhandlungen zu informieren. Diese Verhandlungsmethode mußte die Tendenz in sich tragen, die Delegationen zweier Länder zusammenzuführen, die sich von einer gemeinsamen Gefahr bedroht glaubten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und rechts.)

Was sich also in dieser Beziehung in Genua abgespielt hat, war eigentlich kein Wunder.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang einiges sagen über die Aufnahme dieses Vertrages in Deutschland, insbesondere soweit die breiten Massen in Betracht kommen. Es wird vielfach draußen so dargestellt, als ob in den breiten Massen des deutschen Volkes dieser Rapallovertrag deswegen so freudig aufgenommen worden wäre, weil er ein überraschender Vorstoß einer ganz neuen aktiven Politik gewesen wäre. Ich glaube, daß das nicht der Fall ist; sondern die breiten Massen in Deutschland haben diesen Vertrag deswegen so freudig aufgenommen, weil sie ganz instinktiv zum ersten Male fühlten, daß hier ein wirklicher Friedensvertrag vorlag, der zwischen den Regierungen zweier Länder abgeschlossen wurde, aber den Widerhall in der Seele der Völker fand, die durch diese Regierungen vertreten wurden. (D)

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In diesem Vertrag steckt eben gar nichts von dem Geiste der Verträge von Brest-Litowsk, von Versailles und St. Germain. Das ist es gewesen, was ihm die Sympathie der breiten Massen des deutschen und des russischen Volkes eingetragen hat. Wenn irgendein anderer Staatsmann, auch irgendein Ententestaatsmann, mit der Regierung irgendeines anderen Volkes in demselben Geist einen ähnlichen Vertrag abschließt, so bin ich überzeugt, daß die Völker in der ganzen Welt diesen Vertrag mit derselben Sympathie begrüßen werden wie das deutsche und russische Volk dem Vertrag von Rapallo ihre Zustimmung gegeben haben. Die Ententestaatsmänner brauchen also nur hinzugehen und das gleiche zu tun. Dadurch allein würde schon dem Vertrag von Rapallo auch der Ausnahmecharakter genommen, den die anderen Verträge der letzten Zeit gehabt haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Im übrigen haben wir Deutsche, rein materiell betrachtet, das größte Interesse daran, daß die russische Sowjetrepublik auch mit den Regierungen anderer Länder zu ähnlichen Abkommen kommt. Denn dieser Vertrag kann sich auch für Deutschland und vor allen Dingen für Rußland nur dann günstig auswirken, wenn Rußland auch zu den anderen maßgebenden Staaten wieder normale Beziehungen erhält. Der russische Wiederaufbau kann nun einmal nicht allein mit deutscher Arbeit, mit der Lieferung deutscher Maschinen gemacht werden, sondern es ist dazu vor allen Dingen auch Kapital in einem Maße notwendig, wie es dem deutschen Volke nicht zur Verfügung steht. Es ist das große Verdienst von Lloyd George, daß er in der letzten Zeit immer und immer wieder darauf

(**Müller** [Franken], Abgeordneter.)

(A) hingewiesen hat, daß eine europäische Gesamtgesundung nicht in Frage kommen kann, solange das russische Hundertmillionenvolk nicht wieder als Erzeuger von Waren, als Konsument in die europäische Volkswirtschaft eingeführt ist, eine Auffassung, die ja für uns nichts Neues darstellt. Ich erinnere daran, daß am 9. November 1919, ein Jahr nach der deutschen Revolution, die Ententeregierungen, die zu jener Zeit noch durch den Marschall Foch in der Waffenstillstandskommission mit uns verhandelten, die Aufforderung an uns richteten, an einer Blockade Rußlands teilzunehmen. Sie hatten eine Note an die neutralen Staaten, nicht nur an die europäischen, auch an Mexiko, Chile, Argentinien und Venezuela gerichtet, in der sie die neutralen Staaten ersuchten, Rußland vollständig zu blockieren, Schiffen, die dorthin auslaufen wollten, keine Papiere auszustellen, den Postverkehr zu sperren, keine Pässe zu erteilen, mit einem Satz: eine ganz strenge Blockade durchzuführen, obwohl selbst nach den damals schon formulierten Satzungen des Völkerbundes ein Blockadegrund hierfür nicht vorgelegen hat. Wir haben es damals abgelehnt, uns an dieser Blockade zu beteiligen, weil sie unserer Auffassung nach den gewollten Zweck keinesfalls erreicht hätte. Wir haben in der Note, die wir am 29. November 1919 an die Waffenstillstandskommission gerichtet haben, gesagt:

> Nur von der Wiederherstellung des für den ruhigen Wiederaufbau Europas so notwendigen Kontakts mit anderen Völkern läßt sich eine Angleichung des poltischen Lebens in Rußland an die europäische Demokratie erhoffen.

Hätten die Ententestaaten diese damals von uns empfohlene Politik in den letzten zwei Jahren getrieben, so könnten wir im Wiederaufbau der Welt wahrlich weitergekommen sein, als wir tatsächlich gekommen sind, (B) wo nun der mutmaßliche Ertrag dieser Politik zweier Jahre unwiederbringlich verloren ist. Deshalb hoffen wir, daß man bei den Verhandlungen, die im Haag über das russische Problem stattfinden, endlich zu der damals schon von uns empfohlenen Kursänderung kommt und Europa damit aus dem Zwitterzustand herauskommt, in dem es sich Rußland gegenüber befindet.

Ich kann mich über den Inhalt des Vertrages von Rapallo sehr kurz fassen. Wir haben — nach dem vorher Gesagten ist das klar — gegen den Inhalt des Vertrages nichts einzuwenden. Rußland verzichtet, wie der Herr Reichskanzler auseinandergesetzt hat, durch diesen Vertrag auf die Rechte, die die Ententeregierungen ihm durch den Versailler Vertrag eventuell zuschanzen konnten. Deutschland verzichtet auf Entschädigungen aus dem Krieg und aus den Sozialisierungsmaßnahmen der russischen Regierung. Wenn sich etwa über den letzten Verzicht draußen Kapitalisten in den Ententeländern aufregen, so haben sie dazu wahrhaftig keine Ursache. Denn im Kriege und nach dem Kriege haben auch sie gezeigt, daß ihnen das Privateigentum, soweit es deutsch, österreichisch, bulgarisch gewesen ist, nicht mehr heilig war, wenn es in den Bereich ihrer Liquidationsgesetzgebung kam.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Andererseits werden die russischen Sowjets vor die sehr schwere Aufgabe gestellt werden, sozusagen etappenweise das Privateigentum wieder zu heiligen,

(sehr wahr! bei den Deutschnationalen)

wenn sie das Geld von den Kapitalisten haben wollen, das sie haben müssen, wenn überhaupt in der nächsten Zeit der russische Wiederaufbau Fortschritte machen soll.

Ich möchte in dem Zusammenhang vor allem (C) weiter sagen, daß wir an einem etwaigen Auflösungsprozeß, auch einem Sturz der Sowjets, vom deutschen Standpunkte aus gesehen, kein Interesse haben, weil zu befürchten ist, daß jede weitere Auflösung Rußlands zunächst wirtschaftlicher, aber auch politischer Natur den Heilungsprozeß in Rußland ganz außerordentlich erschweren würde und damit auf weitere Jahre hinaus dem europäischen Wiederaufbau schweren Schaden zufügen würde.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Meine Freunde hatten gewisse Bedenken über den Zeitpunkt und die Art des Abschlusses des Rapallovertrages. Ich will auf die Einzelheiten nach den Auseinandersetzungen, die wir im Auswärtigen Ausschuß darüber gehabt haben, hier nicht eingehen und nur das eine sagen: es kann nicht geleugnet werden, daß gerade Politiker, die in England, in Frankreich, in Italien den Standpunkt der Völkerversöhnung vertreten, überrascht gewesen sind von der Art, wie dieser Vertrag abgeschlossen wurde. Wie ja auch aus dem Notenwechsel, der uns vorliegt, zu erkennen ist, daß das Vertrauen in die Aufrichtigkeit der deutschen Politik dadurch beeinträchtigt wurde. Es mag sein, daß diese Auffassung sich besonders deshalb nachhaltig in diesen Ländern erhalten hat, weil entsprechende Kommentare in der deutschen Heimat geliefert worden sind. Ich brauche nur an die törichten Auslassungen zu erinnern, die beispielsweise in der „Nationalliberalen Korrespondenz" nach Abschluß dieses Vertrages gestanden haben, wo es hieß:

> Den ganzen Zwischenfall, den Abschluß des Vertrages selbst mit seiner Vorgeschichte und unserer Antwortnote wird man nun wohl als das unwiderrufliche Ende der Erfüllungspolitik betrachten dürfen; denn eine Umkehr ist jetzt nicht mehr möglich.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) (D)

Ich halte diese Auffassung für sehr unrichtig. So wie die Dinge nun einmal liegen, garantiert uns allerdings in gewissem Sinne der Rapallo-Vertrag die Öffnung des Weges nach dem Osten. Aber auch er kann sich im Grunde genommen nur auswirken im Rahmen einer versuchten Politik der Vertragserfüllung nach dem Westen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Trotz der Meistbegünstigung kann dieser Rapallo-Vertrag nicht die korrekten Beziehungen ersetzen, die wir nach dem Westen hin brauchen, wenn wir über die Schwierigkeiten der nächsten Zeit hinwegkommen wollen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte überhaupt, gerade weil dieser Vertrag so viele Sympathien aus psychologischen Gründen gefunden hat, auf das dringendste davor warnen, seine wirtschaftliche Auswirkung in der nächsten Zeit zu überschätzen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

Die russische Wirtschaft ist durch die Politik der letzten Jahre so heruntergekommen,

(Zustimmung bei den Deutschnationalen)

daß nur ganz allmählich Handelsbeziehungen größeren Nutzen für beide Teile bringen können.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

— Das habe ich bei jeder Gelegenheit gesagt, Herr Dr. Helfferich, das ist gar nichts Neues. Ich habe immer gesagt, daß eine Reorganisation des russischen Transportwesens vorausgehen muß, ehe überhaupt eine intensive Aufnahme von Handelsbeziehungen nach dem Osten hin stattfinden kann. Wir haben doch in der letzten Zeit gehört, daß in diesem warenhungrigen Rußland in gewissem Sinne eine Absatzkrise besteht, weil infolge der

(Müller [Franken], Abgeordneter.)

(A) Mißernte das russische Volk nicht einmal fähig ist, den geringen Bestand an Fabrikaten aufzunehmen, und man deswegen zum Teil nach einer Steigerung der Ausfuhr von Fabrikaten schreit. Das zeigt, wie weit der Verfall der russischen Wirtschaft gediehen ist; das zeigt, daß wir keinerlei Illusionen in diesem Punkte haben sollen, so sehr wir, wie gesagt, mit dem Vertrag selbst inhaltlich einverstanden sind.

Die größte Verwirrung aber wurde dadurch geschaffen, daß — der Herr Reichskanzler ist bereits darauf eingegangen — die Weltpropagandisten der Entente wahrheitswidrig den Abschluß des Rapallo-Vertrages mit dem Abschluß von **Geheimabkommen** in Zusammenhang brachten, die in Wirklichkeit gar nicht existieren. Der Vertrag von Rapallo wurde sozusagen als eine neue Konvention von Tauroggen hingestellt, und das Gespenst von York tauchte wieder einmal auf, obwohl uns eben der General Keim erst versichert hat, daß am 9. November in Spa vom Geiste Yorcks nichts mehr zu verspüren gewesen ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das Ausland wurde in dieser falschen Meinung natürlich auch erhalten durch die warme Anteilnahme, die aus den Reihen der Rechtsparteien die Regierung auf einmal in Deutschland besonders in der ersten Zeit nach Abschluß dieses Vertrages fand. Wir haben es ja sogar erlebt, daß die russische Regierung immer und immer wieder der deutschen Regierung als Muster hingestellt wurde, daß man sich freute, daß neben diesen aktiven Russen nun auch einmal aktive Deutsche da sind. Ich glaube, die Russen sind in einer ganz andern Lage als die Deutschen, schon geographisch genommen, und wenn zwischen Paris und Berlin Rußland läge, so würde das vermutlich auch etwas auf die Regelung der Sprache der deutschen Regierung abfärben, wie andrerseits, glaube ich, Herr Trotzki auch etwas andere Reden (B) halten würde, wenn er an Stelle des Herrn Reichswehrministers Geßler hier in der Bendlerstraße wäre.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Also deswegen führen solche Vergleiche vollständig in die Irre. Aber weil auch hier wieder im Ausland Gespenster gesehen werden, will ich nochmals feststellen, daß die deutsche Arbeiterschaft in ihren breiten Massen für den Gedanken des Nationalbolschewismus niemals etwas übrig gehabt hat,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und daß es unzweifelhaft dabei bleiben wird, daß der Vertrag von Rapallo auch nicht den geringsten Grund gibt, von dieser Auffassung abzuweichen.

(Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichskanzler hat mit wünschenswerter Deutlichkeit jede Behauptung über das Vorhandensein eines militärischen Nebenabkommens als böswillige Verleumdung gekennzeichnet. Ich will seine Ausführungen nicht mehr unterstreichen, nachdem Lloyd George im englischen Unterhaus diese Behauptung bereits als Fälschung abgetan hat. Ich will in diesem Zusammenhang für meine Partei nur eins sagen: so wie die Dinge seit der Revolution in Deutschland gelagert sind, wäre der Abschluß eines solchen militärischen Geheimabkommens überhaupt unmöglich.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte den deutschen Staatsmann sehen, der es wagen wollte, hinter dem Rücken des Parlaments ein solches Geheimabkommen abzuschließen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Es könnte jedenfalls meinen Freunden nicht verborgen bleiben, und wir würden das äußerste daran setzen, um eine Regierung zu stürzen, die eine solche gemeingefährliche Politik inaugurieren wollte.

(Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

(C) Unsere Partei hält fest an der von ihr ausgegebenen Parole: **Nie wieder Krieg!**

(sehr gut! bei den Sozialdemokraten)

und militärische Geheimabkommen sind immer eine Quelle von Kriegen gewesen und werden es bleiben. Wenn in den andern Ländern die Kreise, die für eine Politik der Verständigung sind, in gleicher Weise vorgehen wie wir, dann wird es möglich sein, die Kriegsgefahr für Europa und für die ganze Welt auszuschalten.

Aber ich möchte zu diesem Punkte noch folgendes bemerken. Die Ententestaaten hätten im Rahmen ihrer Politik eine Möglichkeit, sich in dieser Beziehung eine gewisse Sicherung zu verschaffen. Wir haben doch seit der Inkraftsetzung des Friedens von Versailles einen **Völkerbund**, eine Institution, die allerdings bis heute diesen Namen nicht verdient,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

eine Institution, von der wir wünschten, daß sie bald so gestaltet wird, daß sie diesen Namen verdient,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

weil wir ganz grundsätzlich die Auffassung haben, daß Deutschland die Pflicht hat, in diesen Völkerbund hineinzugehen, soweit ihm nicht Zumutungen auferlegt werden, die sich mit den deutschen Interessen nicht vertragen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben also das größte Interesse, daß diese Frage geklärt wird, und soweit mir aus den Berichten der Genueser Konferenz bekannt ist, hat der italienische Minister Schanzer in der Wirtschaftskommission zweimal Anregungen in dieser Richtung gegeben. Vielleicht ist die Regierung in der Lage, uns Mitteilungen zu machen, ob auch hierüber Besprechungen stattgefunden haben, die es für wahrscheinlich halten lassen, daß wir uns in absehbarer Zeit positiv mit diesem Problem zu befassen haben. (D)

Gewiß, heute ist der Völkerbund eine unheilige Allianz der Sieger. Rein theoretisch sind die einzelnen Staaten, die ihm angehören, gezwungen, Abkommen, die sie treffen, im Völkerbund registrieren zu lassen, sie ihm zu übersenden. Es scheint mir zwar äußerst zweifelhaft zu sein, ob das bisher in allen Fällen mit der nötigen Schnelligkeit geschehen ist,

(sehr richtig! links und rechts)

soweit Staaten in Betracht kommen, die solche Verträge abgeschlossen haben. Aber die Entente hat es ja in der Hand, diesen Völkerbund zu einem Garanten des Weltfriedens zu machen,

(Zuruf rechts: Sie denkt nicht daran!)

zu einem Bunde zu machen, der den Völkern wirklich Vertrauen einflößt. Denn nur wenn das geschieht, ist es möglich, die Politik der Geheimverträge auszuschalten und jeden solchen Vertrag praktisch illusorisch zu machen. Das mögen vor allem die englischen Staatsmänner bedenken, die für diesen Völkerbund als Mitgründer ja mitverantwortlich sind.

Meine Damen und Herren! Lloyd George hat in der von dem Herrn Reichskanzler schon zitierten großen Unterhausrede versichert, daß das große britische Weltreich auf dem Frieden aufgebaut ist; und daß es wirklich alle Ursache hat, eine solche Politik zu treiben, ist ja verständlich; denn das britische Weltreich ist, glaube ich, nach diesem Kriegsabschluß saturiert. Lloyd George hat versichert, daß die englische Regierung alle Schwierigkeiten überwinden würde, die sich ihr auf dem Weg zu einer allgemeinen Friedenspolitik entgegenstellen würden.

Die deutsche Demokratie wird der britischen keinerlei Hindernisse bereiten, wenn sie konsequent diesen Weg beschreiten wird. Die deutsche Sozial-

(Müller [Franken], Abgeordneter.)

(A) demokratie insbesondere ist darin völlig einig nicht nur mit der englischen Arbeiterpartei, sondern mit den sozialistischen Parteien der ganzen Welt. Die **deutsche Demokratie** als die einzig mögliche Vertretung der Interessen des deutschen Volkes hat nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs ihre ganze Kraft in den Dienst der **Versöhnung der Völker** gestellt. Ich glaube, die Welt da draußen wird endlich erkennen, daß alle Völker der Erde, wenn in Zukunft solchen Menschheitskatastrophen vorgebeugt werden soll, ein Interesse daran haben, daß die deutsche Demokratie auch leben kann. Die Pariser Verhandlungen geben Gelegenheit, diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen.

Mögen sich doch endlich die Grundsätze weltwirtschaftlicher Vernunft durchsetzen, möge diese wirtschaftliche Einsicht der tragbare Unterbau einer politischen Einsicht werden! Dann werden die Quellen wirtschaftlicher und moralischer Wiedergutmachung zum Fließen kommen, und es wird der Boden bereitet sein für eine Solidarität der Völker, die kommen muß, wenn nicht Europa doch noch an den Nachwirkungen dieses wahnwitzigen Krieges zu Grunde gehen soll.

(Zustimmung und lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Marx.

Marx, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die **Konferenz zu Genua** ist auch von meinen politischen Freunden von vornherein nicht mit übertriebenen Erwartungen begrüßt worden, sondern mit dem ruhigen Erwägen, daß sie ein bedeutsamer Markstein auf dem Wege zu dem Ziele sei, das von uns durch die Politik der letzten Jahre verfolgt worden ist: Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes, Wiederherstellung seiner Gleich-(B)berechtigung im Konzert der Staaten und Sicherung des Friedens zwischen den Staaten Europas und darüber hinaus.

Nach der Absicht Lloyd Georges, ihres Vaters — so kann man ihn wohl nennen — und zielbewußten Schützers, sollte sie eine Friedenskonferenz im wahrsten Sinne des Wortes sein. Wenn er bei seiner Rede im englischen Unterhaus gesagt hat, er wolle nicht entscheiden, ob Genua schließlich ein Erfolg gewesen sei, wenn es aber auch nur ein halber Erfolg wäre, so sei schon Großes vollbracht —, so kann ihm darin im allgemeinen nur zugestimmt werden. Für Deutschland sind jedenfalls doch immerhin ganz bedeutungsvolle Fortschritte insofern erreicht, als zunächst zum ersten Male Deutschland wieder als berechtigte Nation bei den Verhandlungen erschienen ist.

Es ist diese Feststellung, als sie soeben der Herr Reichskanzler machte, von der rechten Seite mit etwas höhnendem Lachen begrüßt und begleitet worden. Ich bin so frei, diese Feststellung deshalb noch einmal hier zu wiederholen, weil wir dabei zugleich der Meinung sind, daß wir einen Fortschritt in dieser Beziehung durchaus erkennen, wenn auch nur einen bescheidenen, daß wir aber zugleich auch der Ansicht sind, daß dieser Fortschritt gerade der **Politik** zu verdanken ist, die die **Koalitionsparteien** seit den letzten Jahren unterstützt und mitgemacht haben.

(Sehr richtig! im Zentrum. — Sehr unrichtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Der Fortschritt wäre zweifellos nicht erreicht worden — und mag er noch so geringfügig angeschlagen werden —, wenn nach der Meinung gewisser anderer Herren unsere Politik nach außen eingestellt gewesen wäre.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Das kann meines Erachtens gar keinem Zweifel unter- (C) liegen, und wer eben andere Erfolge haben will, der mag die Politik, die von der unsern abweicht, einschlagen; jedenfalls aber würde dann Deutschland viel weniger geschätzt, bei einer solchen Konferenz, einfach als derjenige, dem diktiert wird, als Objekt der ganzen Beratungen erscheinen, während wir in sehr hervorragendem Maße hier bereits aktiv in die Entscheidung der Konferenz eingegriffen haben.

(Sehr wahr! im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Lächerlich!)

— Mein lieber Freund, wenn Sie das lächerlich finden, ist das Ihre Sache!

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Lächerliches Eigenlob!)

— Wenn Ihre Politik gemacht worden wäre, ich glaube, dann wären wir dermaßen gedemütigt und zu Boden geworfen worden, daß wir uns hier über diese Frage nicht mehr weiter zu unterhalten brauchten.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum und bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch und Zurufe rechts.)

Wollen wir doch froh sein, daß es uns gelungen ist — ich glaube, das kann niemand bestreiten

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Reden Sie doch nicht von Gelingen!)

trotz der ungeheuren Schicksalsschläge, die wir erlitten haben —, wenigstens bis jetzt die Einheit unseres Deutschen Reichs aufrechtzuerhalten!

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Das verdanken wir nicht Ihrer Politik, sondern der Politik der Koalitionsparteien.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten. — Na! Na! bei der Deutschen Volkspartei.) (D)

Meine Verehrten! Was die Konferenz nach der Idee derjenigen, die sie veranlaßt haben, sein sollte, das hat die weihevolle und bedeutsame **Rede des italienischen Ministerpräsidenten de Facta,** die er am Eröffnungstage der Konferenz hielt, in ausgezeichneter Weise dargelegt. Er sagte:

> Es handelt sich um ein großes Unternehmen internationaler und rein menschlicher Zusammenarbeit. Der Geist der Zusammenarbeit und der gemeinschaftlichen Brüderlichkeit unter Völkern ist es, der unserer Konferenz das charakteristische Gepräge verleiht. Ausgestrichen ist hier die Erinnerung an den Haß des Krieges. Hier sind wir nicht mehr Freunde und Feinde, hier sind wir nicht mehr Sieger und Besiegte, sondern nur Menschen und Nationen, die all ihre Kraft gemeinsam zur Erreichung ihres gemeinsamen idealen Zwecks vereinigen wollen.

Und wenn man auch darüber streiten kann, ob diese einen hohen idealen Flug nehmenden Gedanken des italienischen Ministerpräsidenten voll und ganz zur Auswirkung gekommen sind, dann, glaube ich, sind wir hier auch als Vertreter des deutschen Volks doch verpflichtet, einem natürlichen Empfinden entsprechend, im Anschluß an die Worte des Herrn Reichskanzlers sowohl dem Herrn Ministerpräsidenten des italienischen Staats wie auch dem italienischen Volke für das Entgegenkommen, für den freundlichen Empfang, für die ausgezeichnete Behandlung, die unsere Delegierten in Italien und in Genua gefunden haben, den herzlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen.

(Bravo! im Zentrum.)

(Marx, Abgeordneter.)

(A) Wie unsere Delegierten übereinstimmend uns mitgeteilt haben, sind sie auch von der Bevölkerung in Genua in einer ausgezeichneten, liebenswürdigen Weise empfangen und behandelt worden, so daß darüber gar kein Zweifel bestehen kann, daß wir hier überaus sympathisches und freundschaftliches Entgegenkommen gefunden haben.

Meine Verehrten! Ich kann aber nicht unterlassen, an dieser Stelle noch auf einen Punkt aufmersam zu machen, der noch nicht besprochen worden ist. Nicht ohne Bedeutung ist doch das große Interesse, das der hochwürdigste Erzbischof von Genua und vor allem der Papst an der Konferenz in Genua genommen haben. Ersterer erließ einen besonderen Hirtenbrief angesichts des Ereignisses, letzerer sandte eine besondere Vertretung zur Konferenz und schickte ein bedeutungsvolles **Schreiben sowohl an den Erzbischof von Genua,** wie auch an den Kardinalstaatssekretär. In dem ersten stellte er fest, daß „die Völker hoffnungsvoll zu der Konferenz hinschauen“, und er spricht den für alle Zeiten zutreffenden Satz aus, „daß die beste Sicherheit, Ruhe zu haben, nicht in einem Walde von Bajonetten besteht, sondern in gegenseitigem Vertrauen und in der Freundschaft der Nationen“. **Und in dem Schreiben an den Kardinalstaatssekretär** sagt der Papst:

> Diese bedeutsame Zusammenkunft, an der sich Vertreter beinahe aller Kulturvölker beteiligen, stellt ein historisches Datum in der Geschichte der christlichen Kultur, besonders der Europas, dar. Die Völker wünschen mit Recht, daß durch eine Konferenz soweit wie möglich die Gefahr neuer Kriege beseitigt und daß bald zum Wiederaufbau Europas geschritten wird.

Damit werden meines Erachtens die Ziele und Aufgaben der Konferenz durchaus zutreffend aufgezeigt.

(B) Man hat vielfach Bedenken dagegen gehabt, Konferenzen abzuhalten, und hat ihren Einfluß und ihre nachhaltige Wirkung abzuschwächen gesucht. Jedenfalls scheint mir dieser Weg, der in den letzten Monaten häufiger und mit entschiedenerem Nachdruck beschritten worden ist als früher, weit wirksamer und segensreicher für die Völker Europas zu sein als der früher beliebte Weg der Noten, bei denen immer Mißverständnisse nicht ausgeschlossen sind und eine Verständigung weitaus schwerer zu erreichen ist als bei dem gegenseitigen Gedankenaustausch, bei der gegenseitigen Aussprache auf einer Konferenz.

Es läßt sich nicht leugnen, daß bei wiederholten Gelegenheiten versucht worden ist, **die Stellung Deutschlands auf der Konferenz** zu erschweren. Ich will auf das einzelne hier nicht eingehen, sondern nur feststellen, daß man sich künftig höchstwahrscheinlich darüber wundern wird, daß bei einer mit einem solchen Programm veranstalteten Konferenz doch noch eine so ungleiche und ungerechte Behandlung von Nationen versucht werden konnte. Ich fühle mich aber gedrungen, hier festzustellen, daß es gerade der geschickten und energischen Haltung unserer Vertreter, in erster Linie des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Außenministers Dr. Rathenau, gelungen ist, diese Versuche in durchaus erwünschter Weise zu parieren und dafür zu sorgen, daß Deutschland wiederum die Stellung einnehmen konnte, die ihm auf einer solchen Konferenz gebührt.

(Sehr wahr! in der Mitte.)

Wenn die Konferenz die auf sie gehegten Erwartungen nicht voll und ganz erfüllt hat, so ist das in erster Linie zwei Umständen zuzuschreiben. Der erste ist die Ablehnung Amerikas, an der Konferenz teilzunehmen, der zweite die geradezu unvernünftige Forderung Frankreichs, daß die **Reparationsfrage** von der (C) Behandlung in Genua absolut ausgeschlossen sein müsse. Diese Forderung war durchaus unvernünftig; denn ohne die Lösung dieser überaus schwierigen und komplizierten Frage gibt es keine befriedigende Lösung der anderen finanziellen und wirtschaftlichen Fragen, gibt es keinen dauernden Frieden zwischen den Nationen,

(sehr richtig! in der Mitte)

ohne die befriedigende Lösung der Reparationsfrage gibt es überhaupt nicht die Erfüllung eines Programms, wie die sogenannten einladenden Nationen es für die Konferenz in Genua aufgestellt haben.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Diese Forderung Frankreichs war unmöglich; denn die Grundlage jeglicher Verhandlung über die finanzielle und wirtschaftliche Gesundung der Staaten ist weggezogen, wenn man über jedem Verhandlungstisch eine Tafel aufhängt, wie Poincaré sich später ausdrückte, mit der Aufschrift: Es ist verboten, über Reparation zu sprechen!

Die Macht der Tatsachen hat sich dann auch als viel stärker erwiesen als diese unsinnige und unvernünftige Haltung Frankreichs. Durch die Notwendigkeit der Dinge ist es dazu gekommen, daß man die gemeinsame Zusammenkunft in Genua ganz selbstverständlich dazu benutzt hat, über Reparationsfragen zu sprechen und zu verhandeln. Ja, es sind selbst von der Konferenz Beschlüsse gefaßt worden, die bei der Regelung der Reparationsfrage gar nicht mehr ignoriert werden können, auf Grund deren wir verlangen müssen, daß die Ansprüche Frankreichs auf Reparationen in durchaus einschneidender Weise geändert und umgestaltet werden.

Dies Bestreben Frankreichs, gerade die an sich wichtigsten und grundlegenden Fragen eines dauernden (D) Friedens für Europa von der Beratung in Genua auszuschalten, wurde in dem oben erwähnten **Schreiben des Papstes an den Erzbischof von Genua** in besonderer Weise gewertet. Der Papst schreibt:

> Selbst wenn man vom Konferenztisch jede Diskussion nicht nur über die früher abgeschlossenen Verträge, sondern auch über die auferlegten Reparationen ausschalten will, so scheint dadurch nicht jeder weitere Gedankenaustausch ausgeschlossen zu sein, der dazu dient, den Besiegten die rasche Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu erleichtern, was zu guter Letzt auch ein Vorteil für die Sieger wäre.

Hier hat meines Erachtens der Papst den Punkt, den man mit Recht als den Hauptwert der Konferenz hinstellen kann, berührt: Gedankenaustausch, persönliche Fühlungnahme der Machthaber der verschiedenen Staaten, sowohl der Ententestaaten als der Neutralen und der übrigen Staaten.

Meines Erachtens hat Deutschland noch in den letzten Jahren wie auch während des Krieges ganz besonders unter der weitgehenden **Vergiftung der Ideen über Deutschland** gelitten. Dieser Nebel, der sich über die Wahrheit gelegt hatte, war trotz aller Bemühungen der Regierung auch in den letzten Jahren noch nicht gewichen. Eine Unsumme von Irrtümern über die Haltung Deutschlands sowohl wie über die Gesinnung des Volkes, über die Meinungen seiner Politiker, namentlich aber auch, was eigentlich am meisten auffallend erscheinen könnte, über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands ist im Auslande immer noch verbreitet. Gerade die Berichte über die Reisen verschiedener Sachverständiger in den letzten Monaten — ich nenne nur die Reise des Herrn Stinnes nach London, die Reisen des Herrn Dr. Rathenau, als er noch nicht in der Regierung war — haben uns ja gezeigt,

(Marx, Abgeordneter.)

(A) daß selbst in durchaus sachkundigen Kreisen der Londoner City noch eine ganz auffallende Unkenntnis über unsere finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse vorhanden ist. Und nur der angestrengten persönlichen Tätigkeit dieser und anderer Herren in London sowohl wie in Paris und in Amerika ist es zuzuschreiben, wenn in etwa wenigstens die Ansichten, die sich dort über unsere Leistungsfähigkeit und über die Möglichkeit der Erfüllung gebildet hatten, in dankenswerter Weise berichtigt worden sind.

Es hat Herr Dr. Rathenau meines Erachtens in seiner Schlußrede in Genua durchaus zutreffend den bedeutsamsten Punkt der Erfolge in Genua gekennzeichnet, als er von einer **„Demobilisierung der öffentlichen Meinung“** sprach. Auf die öffentliche Meinung muß Bezug genommen werden, mit der öffentlichen Meinung auch in den Ententestaaten haben wir zu rechnen. Es ist leider Gottes in früheren Jahren etwas zu wenig von den Regierungsstellen auf die Volkspsyche, auf die Meinung breiter Volksmassen bei dem Überlegen und Anordnen von Maßnahmen Bezug genommen worden.

(Sehr richtig!)

Wir haben sehr viel darunter zu leiden gehabt, daß man sowohl die Psyche anderer Völker nicht verstand, wie auch unsere Gegner die Psyche des deutschen Volkes nicht gekannt haben.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, wenn durch die Konferenz von Genua weiter nichts erreicht worden wäre, als die Demobilisierung der öffentlichen Meinung, so wäre das schon ein außerordentlich wertvolles Ereignis, das wir hier zu verzeichnen hätten.

Daß auf diesem Gebiete wenigstens in bedeutsamem Maße Fortschritte gemacht worden sind, kann gar keinem (B) Zweifel unterliegen. Ich glaube, schon die Beschlüsse der Finanzkonferenz in Genua haben gezeigt, daß manche Vorurteile, die noch vor einem halben Jahre in Finanzkreisen gehegt wurden, beseitigt worden sind.

Wenn eins charakteristisch ist für die **Tätigkeit unserer Delegierten**, so möchte ich noch auf den Punkt hinweisen, daß es ganz besonders auffallend und von unserem Standpunkt aus erfreulich ist, daß selbst Mitglieder der Entente unsere Vertreter dazu benutzt haben, um bei ganz schwierigen Dingen eine **Vermittlung** zwischen den widerstrebenden Meinungen herbeizuführen,

(sehr richtig! im Zentrum)

daß man selbst seitens der Entente Wert darauf legte, daß gerade deutsche Vertreter Schwierigkeiten beseitigten, die uns gegenüber gar nicht mehr vorhanden waren, bei denen aber die Entente Wert darauf legte, daß sie beseitigt würden. Ich meine, meine verehrten Herren auch von der rechten Seite, eine solche Stellung der Entente gegenüber können Sie wirklich auch von Ihrem Standpunkt aus als einen bedeutsamen Fortschritt und als eine Errungenschaft der Konferenz von Genua immerhin anerkennen.

Wenn man auf praktische Ergebnisse hinsieht — bis jetzt habe ich nur von ethischen und ideellen gesprochen —, dann müßte man eigentlich sagen, daß von allen Nationen Deutschland den einzigen praktischen Erfolg mit nach Hause gebracht hat. Das ist der **Vertrag von Rapallo**. Ob man ihn als einen Erfolg ansehen kann, darüber sind die Meinungen zum Teil noch recht verschieden. Die Beurteilung des Wertes dieser Abmachung ist bald nach seiner Tätigung außerordentlich verschieden gewesen und ist es auch noch bis in die letzten Tage hinein, sowohl im Ausland wie im Inland. Ich will nicht weiter auf den Vertrag eingehen. Er wird uns zur Genehmigung vorgelegt werden, und dann wird (C) immer noch Zeit und Gelegenheit sein, auf die wirtschaftlichen Folgen und seine Bedeutung im allgemeinen einzugehen und sich des näheren damit zu beschäftigen. Hier will ich über ihn nur sprechen, soweit er in den Rahmen der Konferenz von Genua fällt, und da sage ich, er entspricht der Politik, die meine Partei in den letzten Monaten und Jahren eingeschlagen hat. Ich darf daran erinnern, daß gerade unser verdienter Führer, Exzellenz Spahn, in den letzten Monaten und bereits im vorigen Jahre im Auswärtigen Ausschuß wiederholt darauf hingewiesen hat, daß die Regierung unter allen Umständen dafür Sorge tragen müsse, Rußland nicht zu vergessen und beizeiten daran zu denken, auch mit Rußland zu einem Vertragsverhältnis zu kommen. Rußland ist zweifellos immer noch der Mittelpunkt der slawischen Welt, die schon allein durch ihre Menschenzahl von größter Bedeutung auch für die Kultur Europas ist. Es entspricht durchaus der Richtung unserer Politik, wenn wir versuchen, ein Band zu schlingen zwischen dem Westen Europas und dem großen Slawentum und durch Verträge mit dieser Vormacht des Slawentums für bessere wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen zu sorgen.

Wir verkennen aber in keiner Weise, daß wie alle Verträge mit Rußland, so auch der Vertrag von Rapallo große Bedenken gegen sich hat. Im Auswärtigen Ausschuß ist gestern schon von einem Herrn mit Recht darauf hingewiesen worden, daß es sich bei Rußland zurzeit um einen Staat handelt, der fundamental einen ganz anderen Eigentumsbegriff vertritt und festhält, als wir in Deutschland ihn haben und als die westeuropäischen Kulturländer ihn besitzen. Es läßt sich auch nicht verkennen, daß eine regere wirtschaftliche und finanzielle Verbindung mit Rußland, die doch dieser Vertrag zur Folge haben soll, auch die Gefahr in (D) sich schließt, daß der Geist des **Bolschewismus** eine größere Verbreitung und Propagierung in unserem deutschen Vaterlande findet. Auf diese Gefahr müssen wir beizeiten hinweisen, und unsere Regierung wird alle Veranlassung haben, dieser Gefahr entgegenzutreten und hinreichende Vorsorge zu treffen, daß böse Folgen in dieser Beziehung aus dem Vertragsabschluß für Deutschland nicht eintreten.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

— Ja, gewiß können Sie „hört! hört!“ rufen, meine lieben Freunde,

(große Heiterkeit)

dagegen werden wir uns bis aufs äußerste wehren, daß Sie mit Ihren tollen Ideen in Deutschland weiter Fuß fassen; die mögen Sie unter sich abmachen. Ich meine, nach der Blamage, die sich der Bolschewismus in Rußland zugezogen hat, sollten Sie ganz ruhig sein und nicht durch Ihr „hört! hört!“ noch die Aufmerksamkeit auf Ihre Ideen lenken.

Meine Verehrten, wir können den Vertrag als eine durchaus im Interesse Deutschlands liegende Tat unserer Regierung mit Dank anerkennen und wollen hoffen, daß er auch in wirtschaftlicher Beziehung von den segensreichsten Folgen begleitet sein wird. Daß sich bis jetzt diese Folgen noch nicht haben zeigen können, ist bei der Kürze der Zeit, und weil er von uns noch nicht genehmigt worden ist, natürlich. Aber nach den uns gewordenen Mitteilungen kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß ganz bedeutende wirtschaftliche Interessen auch unserer Industrie in Frage stehen, wenn es sich um die Anbahnung dieses Verhältnisses zu Rußland handelt. Namentlich scheint doch die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Maschinen und allem, was damit zusammenhängt, in Rußland außerordentlich

(Marx, Abgeordneter.)

(A) groß zu sein. Das **Bedürfnis Rußlands nach Wiederaufrichtung der Landwirtschaft** ist unverkennbar. Schon die angedeutete Verbindung mit der Industrie und die Rückwirkung einer gekräftigten landwirtschaftlichen Produktion in Rußland auf unsere Ernährungsfrage wird für die nächsten Jahre zweifellos für uns von großer Bedeutung sein. Jedenfalls aber muß einmal der Anfang gemacht werden, und deshalb begrüßen wir diese Tat unserer Regierung, diesen Entschluß in dem Augenblick, der ihr der richtige zu sein schien, diesen Vertrag zu tätigen, der meines Erachtens von nicht zu unterschätzender Bedeutung für unsere Zukunft sein wird.

Wenn von gewisser Seite — und es ist eigentümlich, daß es gerade die linke Seite des Hauses und namentlich die radikale Linke ist — die Regierung getadelt wird, daß sie diesen Vertrag mit Rußland getätigt hat, dann kann ich nur sagen: es muß etwas Gutes sein, was wir getan haben; denn wie würde erst die Linke außerordentlich starke Töne anschlagen und die Regierung kritisieren, wenn der Vertrag nicht abgeschlossen worden wäre, wenn aber vielleicht ein oder zwei Tage nach dem Fehlschlagen des Versuches eine Verständigung der Entente mit Rußland erfolgt wäre. Wir können jetzt die Tatsache verzeichnen, daß schon eine ganze Reihe von neutralen Staaten den Weg gegangen sind, den Deutschland vorweg gegangen ist!

Wir sehen mit Befriedigung, meine Verehrten — so darf ich als die Meinung meiner Freunde feststellen — auf die **Tagung von Genua** zurück und erhoffen segensreiche Auswirkungen der dort erfolgten Abmachungen und Beschlüsse für die Gestaltung unserer gesamten finanziellen und wirtschaftlichen Lage. Wir danken der Regierung für die schwere, verantwortungsvolle, tatkräftige, geschickte und erfolgreiche Arbeit, die dort geleistet worden ist, in erster Linie unserem Herrn Reichskanzler und dann in zweiter Linie auch dem Herrn Außenminister, Herrn Dr. Rathenau. Die Tätigkeit ist zum Besten Deutschlands geleistet worden und wird hoffentlich auch gute Früchte für die Zukunft bringen.

(Lebhaftes Bravo im Zentrum.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Die (B) Redner der übrigen Parteien haben gebeten, ihre Ausführungen erst morgen machen zu dürfen.

(Hört! hört!)

Ich muß Ihnen also vorschlagen, die Beratung jetzt abzubrechen. Ich möchte nur noch um Ihr Einverständnis bitten, und zwar nach dem Vorschlag des Ältestenrats, eine Vorlage, die nicht auf der Tagesordnung steht, heute noch einem Ausschuß überweisen zu dürfen, und zwar den uns seit längerer Zeit vorliegenden

Gesetzentwurf über die Erhöhung der Verwaltungskostenbeiträge bei Tilgungsdarlehen (Nr. 4286 der Drucksachen).

Es ist gedacht, daß dieser Gesetzentwurf im Volkswirtschaftlichen Ausschuß in den nächsten zwei Tagen noch erledigt und vom Plenum noch vor Pfingsten verabschiedet werden kann. Erhebt sich dagegen ein Widerspruch? — Es geschieht nicht. Dann darf ich das Einverständnis des Hauses mit der Aufsetzung auf die Tagesordnung und der Überweisung an den Volkswirtschaftlichen Ausschuß annehmen.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen nunmehr vor, morgen zwei Sitzungen abzuhalten, und zwar eine vormittags 11 Uhr, mit der Tagesordnung:

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über das am 15. Mai 1922 in Genf geschlossene deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien und die drei Nebenabkommen zu diesem Abkommen,

und zweitens eine Sitzung eine Stunde nach Schluß der ersten, also etwa um 2 Uhr nachmittags, mit der Tagesordnung:

1. Anfragen;
2. Fortsetzung der eben abgebrochenen Beratung.

Ein Widerspruch gegen diesen Vorschlag erhebt sich nicht; — er ist angenommen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 4 Uhr 1 Minute.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

222. Sitzung.

Dienstag den 30. Mai 1922.

Die Sitzung wird um 11 Uhr 19 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung, die wir zur Beschlußfassung über das Abkommen über Oberschlesien angesetzt haben.

Als Vorlage ist eingegangen:

der Entwurf eines Gesetzes über den Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark, betreffend die Regelung der durch den Übergang der Staatshoheit in Nordschleswig auf Dänemark entstandenen Fragen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 1. Ausschuß für den Abgeordneten Diernreiter
der Abgeordnete Lang;
in den 6. Ausschuß für den Abgeordneten Adams
der Abgeordnete Winnefeld;
in den 14. Ausschuß für den Abgeordneten Hartwig
die Abgeordnete Frau Mueller-Otfried;
in den 22. Ausschuß für den Abgeordneten Berndt
der Abgeordnete Gutknecht;
in den 27. Ausschuß für den Abgeordneten Eger
der Abgeordnete Allekotte;
in den 38. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Hartmann
der Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten Bachmann und Hepp für 2 Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand:

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über das am 15. Mai 1922 in Genf geschlossene deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien (Nr. 4345 der Drucksachen)

in Verbindung mit

a) **der ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über das Abkommen zwischen Deutschland und Polen über den Postscheckverkehr** (Nr. 4348 der Drucksachen),

b) **der ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über das am 12. April in Kattowitz geschlossene deutsch-polnische Abkommen, betreffend die Überleitung der Rechtspflege im oberschlesischen Abstimmungsgebiet** (Nr. 4354 der Drucksachen),

c) **der ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über das Abkommen zwischen Deutschland und Polen über die Grenzübergangsbahnhöfe mit beiderseitiger Zoll- oder Paßabfertigung und über die Rechte und Pflichten der Beamten im privilegierten Durchgangs- und Eisenbahnübergangsverkehr** (Nr. 4358 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet:

vom Reichsarbeitsministerium
Ministerialdirektor Dr. Sitzler,
Regierungsrat Joachim;
der deutsche Bevollmächtigte für die oberschlesischen Verhandlungen Reichsminister a. D. Schiffer,
als seine Kommissare:
Reichsminister a. D. Dr. Simons,
Staatssekretär z. D. Dr. Lewald,
Unterstaatssekretär z. D. Göppert,
Regierungspräsident z. D. v. Miquel,
Legationsrat Professor Dr. Nord (Auswärtiges Amt),

(Präsident.)

(A)

Geheimer Regierungsrat Schlegelberger (Reichsjustizministerium),
Professor Dr. Kaufmann,
Geheimer Regierungsrat Scholz (Reichsverkehrsministerium),
Geheimer Regierungsrat Lippert (Preußisches Handelsministerium),
Ministerialrat Rheinshagen (Reichswirtschaftsministerium),
Geheimer Bergrat Stutz (Reichskohlenkommissar),
Ministerialdirektor Sitzler (Reichsarbeitsministerium),
Ministerialrat Aurin (Reichsarbeitsministerium),
Oberpostrat Weiland (Reichspostministerium);

vom Auswärtigen Amt:
Staatssekretär Haniel,
Ministerialdirektor v. Maltzahn,
Gesandtschaftsrat v. Dirksen,
Oberregierungsrat Dr. Zechlin,
Generalkonsul Frank,
Legationsrat Windel;

ferner zum Abkommen, betreffend die Überleitung der Rechtspflege im oberschlesischen Abstimmungsgebiet:
Ministerialrat Geheimer Oberjustizrat Dr. Crusen.

Meine Damen und Herren! Wir haben zuerst formell die erste Lesung zu erledigen. Ich eröffne die Beratung, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir treten nunmehr ein in die

zweite Beratung.

Der Auswärtige Ausschuß hat sich bereits mit dieser Vorlage beschäftigt. Ich gebe zunächst das Wort dem Herrn Berichterstatter.

Dr. **Hoetzsch,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Auswärtige Ausschuß hat sich in zwei langen Sitzungen mit der Konvention vom 15. Mai 1922 beschäftigt, die jetzt dem hohen Hause zur Ratifikation vorliegt. Er hat außerdem den Bericht des bevollmächtigten Ministers Schiffer darüber ausführlich gehört.

(B)

Ich darf daran erinnern, daß das Abkommen bereits vom polnischen Reichstage ratifiziert ist und daß es eine Folge ist der Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober des vorigen Jahres.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich bitte um Ruhe!

Dr. **Hoetzsch,** Abgeordneter, Berichterstatter: Diese Entscheidung ist in Übereinstimmung von allen Parteien in ihrer ersten Hälfte mindestens dem Geiste nach, in ihrer zweiten Hälfte zweifellos aber auch dem Wortlaut nach als ein **Bruch des Friedensvertrages** bezeichnet worden,

(lebhafte Zustimmung)

und damals war der Reichstag einig in dem feierlichen Protest dagegen.

(Erneute Zustimmung.)

Die langwierigen Verhandlungen, die uns auferlegt wurden, haben die damals betonte Unmöglichkeit dieser Lösung vollkommen gezeigt, die Unmöglichkeit, ein Land, das man zerreißen will, gleichwohl als Einheit aufrechtzuerhalten und alle möglichen Kautelen zu schaffen, damit ein Teil unbedingt ein Teil eines anderen Souveränitätsgebiets werde und doch mit dem bisherigen Vaterland wirtschaftlich zusammenbleibe.

Die Damen und Herren erinnern sich, daß als Folge der Botschafterentscheidung die Aufforderung erfolgte, Bevollmächtigte zu entsenden. Der polnische Reichstag hat dieser Aufforderung am 27. Oktober, der deutsche Reichstag am 26. Oktober vorigen Jahres entsprochen. Als Bevollmächtigte waren tätig Minister Schiffer auf der deutschen Seite und Herr Olszowski auf der anderen Seite. Als neutraler Präsident wurde Herr Calonder ernannt, und ich entledige mich hiermit im Auftrage des Ausschusses der Aufgabe, auch an dieser Stelle Herrn **Calonder** für die **Unparteilichkeit und Objektivität** zu danken, mit der er in diesen schwierigen und komplizierten Verhandlungen seines Amtes gewaltet hat. Ich entledige mich weiterhin im Namen des Ausschusses des Auftrags, der **Kommission,** in erster Linie der **Redaktionskommission,** für die mühselige Arbeit, die sie geleistet hat, den **Dank** auszusprechen, die mühselige Arbeit, die schon daraus hervorgeht, daß das Abkommen mit seinen 606 Artikeln zunächst in deutscher Sprache abgefaßt wurde, dann ins Französische übersetzt und aus dem Französischen rückübersetzt werden mußte.

(C)

Die Verhandlungen im einzelnen hier aufzurollen, liegt keine Veranlassung vor. Sie haben teils in Genf, teils an Ort und Stelle stattgefunden, und sie führten zum Schluß, nachdem einmal eine Konfliktsmöglichkeit, die die polnische Seite hervorgerufen hatte, beseitigt war. Die polnische Seite ließ es in diesem Falle nicht auf den Schiedsspruch des Präsidenten Calonder ankommen.

Die Gesichtspunkte, die die deutsche Delegation dabei verfolgt und der Auswärtige Ausschuß gebilligt hat, waren die beiden: nach äußerster Möglichkeit für den Schutz der Bevölkerung, insonderheit der deutschen, zu sorgen, und zweitens dafür zu sorgen, daß sich das vom deutschen Wirtschaftsleben losgerissene Gebiet nicht verblute. Infolgedessen — dem darf ich auch an dieser Stelle hier Ausdruck geben — standen die **Arbeiten dieser Delegation** unter einem geradezu **tragischen Zwang.** Tragisch nicht nur, weil es sich darum handelte, dem Verluste eines wichtigen Stücks unseres Vaterlandes letzte Form zu geben, sondern tragisch auch deshalb, daß deutsche Intelligenz, deutsches Kapital, deutsche Arbeitsfähigkeit aufgewandt werden mußten, um ein von uns loszureißendes Gebiet durch unsere Mitarbeit in die Möglichkeit zu versetzen, noch einigermaßen leben zu können, damit es zum Vorteil des polnischen Staats, vielleicht einmal zu unseren Ungunsten, exploitationsfähig gemacht werden könnte.

(D)

(Hört! Hört! rechts.)

Der **Vertrag,** der Ihnen vorliegt, enthält 606 Artikel, und er regelt für den Zwischenzustand von 15 Jahren das Régime transitoir oder Régime conventionel, für das die Botschafterkonferenz in allgemeinen und, wie sich vielfach zeigte, unzureichenden Umrissen die Entscheidung vorgezeichnet hatte. Ich hebe nur die drei wichtigen Gesamtgesichtspunkte hervor, daß die beiden **Länder** sofort **souveränitätsmäßig** getrennt werden — der politischen Grenze entspricht auch die Zollgrenze usw. —, daß aber zweitens das bei Deutschland verbleibende Gebiet und das bei Polen bleibende Gebiet innerhalb der deutschen und innerhalb der polnischen Souveränität eine Sonderstellung erhält, die die deutsche wie die polnische Souveränität auf 15 Jahre einschränkt. Und ich hebe drittens hervor, daß die Vorstellung, es habe nach dem Willen der Botschafterkonferenz ein gemeinsamer Wirtschaftsstaat, eine Art Kondominium geschaffen werden sollen, irrig ist. Der Wunsch, die Absicht und die Tendenz ist es, der polnisch werdenden Zone die Existenzmöglichkeit zu verschaffen. Sie tritt sofort in die Wirtschaftstendenzen, in den Wirtschaftszusammenhang des polnischen Staatskörpers ein, und der deutschen Zone

(Dr. **Hoetzsch**, Berichterstatter).

(A) ist nur insoweit gedacht, als sie dienstbar gemacht werden soll, um das zu ermöglichen.

Wenn es daher trotzdem gelungen ist, für die deutschen Interessen noch eine ganze Reihe vorteilhafter und nützlicher Bestimmungen herauszuarbeiten, so war das nur mit Überschreitung dieses Rahmens da möglich, wo die deutschen und die polnischen Interessen einander parallel gehen und die andere Seite auf unsere Wünsche einging, infolgedessen der neutrale Schiedsrichter nichts dagegen einzuwenden hatte.

Das sind die drei großen Gesichtspunkte. Sie werden nicht von mir verlangen, daß ich die Gesamtmaterie dieses umfangreichen Abkommens hier zergliedere. Ich hebe nur die wichtigsten Gesichtspunkte hervor: Erstens den **Schutz der wohlerworbenen Rechte** und die Statuierung des heute geltenden Rechts. Dabei ist es notwendig, mit besonderem Nachdruck zu betonen — Art. 1 § 2 —, daß die sogenannte **Äquivalenz** aus den beiden wichtigen Gebieten der Arbeitsgesetzgebung und der Bodenverteilung, der Agrargesetzgebung, gewahrt ist, daß also, wenn im Laufe dieser 15 Jahre die polnisch gewordenen Teile andersartige Ordnungen des polnischen Staats erfahren sollten, diese äquivalent sein müssen dem Status, wie er heute ist. Und in bezug auf die **Arbeitsgesetzgebung** ist das noch im besonderen dahin präzisiert worden, daß die sozialen Vorteile des Arbeiters so bleiben müssen, wie sie im Moment des Übergangs der Souveränität sind. Des weiteren ist festgestellt worden, daß das Schlichtungsverfahren und die Schlichtungsbehörden in derselben Weise arbeiten sollen wie bisher.

Diese beiden eben skizzierten Bestimmungen finden sich weder im Abkommen noch im Schlußprotokoll. Ich bin deshalb beauftragt, als Berichterstatter ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß Übereinstimmung über diese (B) beiden wichtigen Gesichtspunkte auf beiden Seiten bestand, die in Form einer Note auch niedergelegt werden soll.

Das zweite wichtige Gebiet ist die **Liquidation**, mit der sich der Ausschuß sehr ausführlich beschäftigt hat. Es ist ausgeschlossen die Liquidation für die beweglichen Vermögen und für den kleinen Besitz in Industrie und Landwirtschaft. Es sind Liquidationsmöglichkeiten für die Großindustrie und die große Landwirtschaft offen gehalten worden, die aber mit so vielen Kautelen umgeben worden sind, daß der Ausschuß nach langer Erörterung, wohl übereinstimmend, zu dem Urteil kam, das Menschenmögliche sei geschehen, und, wenn von der andern Seite die Einhaltung dieser Versprechungen, die Wahrung dieser eingegangenen Verpflichtungen garantiert ist, die Großindustrie und die Großlandwirtschaft im abgetretenen polnisch gewordenen Gebiete mit dieser Regelung der Liquidationsangelegenheiten sich abfinden kann. Ich unterlasse nicht, auch dabei unserem Bedauern und unserer Sorge Ausdruck zu geben, daß naturgemäß der Wirtschaftsprozeß in diesem Gebiete zu einer starken Überfremdung bisher großer deutscher Unternehmungen, auf die wir stolz gewesen sind, führen muß.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das dritte große Gebiet, der **Schutz der Minderheiten**, zerfällt in die Option, auf deren Einzelheiten ich hier nicht eingehe, in die Sorge für den Wohnsitz, wobei ich besonders auf die Artikel 40, 43 und 44 aufmerksam mache, eine neue, wichtige und hoffentlich präjudizierlich werdende Regelung dieser wichtigen Fragen über den doppelten Wohnsitz und das Recht des Wohnsitzes usw.

Das, was die Damen und Herren am meisten interessieren wird, ist aber, wie der Schutz der nationalen Minderheiten in diesem Abkommen getätigt worden ist. (C) Diejenigen von Ihnen, die einen Blick in das Abkommen haben werfen können, haben dabei zweierlei gesehen: einmal, daß der Minoritätenschutzvertrag vom 28. Juni 1919, den die Entente Polen wie auch anderen Staaten, Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslavien, auferlegt hat, jetzt in dieses Abkommen aufgenommen worden ist. Was bisher für Polen unbegrenzt geltendes Recht war, nimmt jetzt Deutschland, das bisher von dieser Regelung der Dinge nicht betroffen war, für 15 Jahre und für seine deutschbleibende Zone als eigenes geltendes Staatsrecht auf.

Es ist zu begrüßen, daß die deutsche Delegation sich mit diesen vagen allgemeinen Bestimmungen nicht hat genügen lassen, sondern daß sie sich in einem umfangreichen zweiten Titel zu diesem Abschnitt die größte Mühe — und zwar mit Erfolg — gegeben hat, die einzelnen konkreten Fälle und Möglichkeiten in gesetzliche Form zu bringen, die daraus hervorgehen könnten auf dem Gebiete der Kirche, der Sprache, des Vereinswesens, der Schule usw. usw. Ein ganzer **Kodex des Minoritätenschutzrechts** ist auf diese Weise zustandegekommen, das zunächst — wie ich wiederhole — nur gilt in der polnisch werdenden Zone für die Deutschen, in der deutsch bleibenden Zone für die Polen, von dem aber der Präsident Calonder den Wunsch ausgesprochen hat, dem der Ausschuß — und ich denke, auch das hohe Haus — sich angeschlossen hat, daß alle diese wichtigen Bestimmungen Modell werden möchten für die weitere Behandlung des Minoritätenschutzrechts überhaupt.

Dabei hat schließlich — und das ist vielleicht, meine Damen und Herren, die wichtigste Feststellung, die ich Ihnen vorzutragen habe — der Ausschuß den Standpunkt der Delegation gebilligt, daß bei der Regelung dieser Minoritätenschutzfrage für uns in erster Linie der Gesichtspunkt des Schutzes der (D) deutschen Minderheit in anderen Souveränitätsgebieten stehen müsse, und daß sich dem die Frage unterordnen müsse, wie sich dann die bei uns verbleibenden Minoritäten einzurichten hätten und wie sie zu behandeln wären. Vorbehaltslos haben wir uns auf den Standpunkt der Delegation gestellt, daß der erste Gesichtspunkt der maßgebende sei, daß Unbequemlichkeiten als Konsequenzen einer loyalen Anwendung im Reziprozitätswege dieser Bestimmungen für die nichtdeutsche Minderheit in unserem Vaterlande ohne Einschränkung getragen werden müssen. Ich betone ausdrücklich, daß auch die Parteien, die aus grundsätzlichen Gründen zu einer Gesamtablehnung dieses Entwurfs kommen werden, hier gar keinen Zweifel gelassen haben, daß sie gleichfalls dieser von mir unterstrichenen Auffassung sind: in erster Linie der Schutz der deutschen Minderheiten, der im Auslande befindlichen von uns losgerissenen Volksgenossen; erst in zweiter Linie der Gesichtspunkt, ob es der inneren Verwaltung unbequem wird, loyal im Reziprozitätswege die Verpflichtungen gegenüber anderssprachlichen Minoritäten unseres Vaterlandes durchzuführen.

Und nun darf ich zusammenfassend als Ansicht des Ausschusses zu diesem wichtigen Punkte dem hohen Hause vortragen, daß nach Menschenmöglichkeit hier die Voraussetzungen dafür gegeben worden sind, daß die Deutschen nunmehr in dem polnisch werdenden Gebiete bleiben. Ich darf jetzt schon im Namen des Ausschusses und auch wohl in Ihrer aller Namen diesen Deutschen zurufen: Bleibt dort drüben in diesem neuen, polnisch werdenden Gebiete, nutzt die großen rechtlichen Möglichkeiten und Rechtssicherungen aus, die hier in mühseliger Arbeit von beiden Seiten gegeben worden sind, und erhaltet so eine starke Grund-

(Dr. Hoetzsch, Berichterstatter.)

(A) lage des kulturellen und des wirtschaftlichen Deutschtums im jetzt polnisch werdenden Oberschlesien!

(Bravo!)

Die wirtschaftliche Gesetzgebung im einzelnen hier vorzutragen, werden Sie mir gleichfalls erlassen. Ich gebe im Namen des Ausschusses meiner Freude darüber Ausdruck, daß es gelungen ist, in dem umfangreichen Abschnitt „Sozialgesetzgebung" sämtliche Wohltaten und Vorteile der sozialen Gesetzgebung, die in Deutschland galten, den polnisch werdenden deutschen Volksgenossen, den deutschen Arbeitern zu sichern, auch in dem Rechtsverfahren.

Freilich kann dabei der Ausschuß, wenigstens zu einem großen Teil, sich der Besorgnis nicht erwehren, daß bei allen Kautelen und Ausarbeitungen in wirtschaftlicher Beziehung gleichwohl mit der großen Gefahr werde gerechnet werden müssen, hier tue sich ein neues Loch im Osten auf. Und wir sprechen hier ganz besonders die ernste und bestimmte Erwartung aus, daß der polnische Staat sich an diese Bestimmungen auf das bestimmteste halten möge, daß die polnische Verwaltungspraxis in jeder Weise dafür sorge, daß diese ganzen, zum Wohl der polnisch werdenden Zone getroffenen wirtschaftlichen Beziehungen nicht zum Schaden unseres Wirtschaftslebens mißbraucht werden können.

(Zustimmung.)

Zu allerletzt noch ein Wort über die **Rechtssicherungen**. Da ist auch ein erheblicher Fortschritt in diesem Abkommen, daß hier zum erstenmal ein umfangreicher Kodex über ein schiedsgerichtliches Verfahren geschaffen worden ist: eine gemischte Kommission unter einem neutralen Präsidenten, dessen Amt wenigstens auf ein Jahr Herr Calonder zu übernehmen sich bereit erklärt hat, und dann eine zweite (B) Instanz, ein Schiedsgericht, gleichfalls mit einem neutralen Präsidenten und deutschen und polnischen Beisitzern.

Der Ausschuß kam nach eingehenden Darlegungen der Sachverständigen zu der Auffassung, auch hier sei das Menschenmögliche getan, um zu verhindern, daß hier ein neues Saargebiet entstehe. Was getan werden konnte, dieses sehr umfangreiche und sehr komplizierte Schiedsgerichtsverfahren zu beschränken eben auf das Schiedsgericht, auf den Schiedsspruch als solchen, ist geschehen, um zu verhindern, daß diese Schiedsgerichtskommission sich zu einer Nebenregierung nach dem unangenehmen Vorbilde der Saarregierung ausbilden möge.

So sind also nach Überzeugung des Ausschusses auch auf diesem großen Gebiete die Schlußsteine geschaffen worden, die das ganze Gebäude sichern sollen, wenn freilich auch daraus sich eine sehr komplizierte und, nicht zu vergessen, außerordentlich kostspielige neue Organisation nicht hat vermeiden lassen.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, der weitere Fortgang! Wenn heute das hohe Haus dieses Abkommen ratifiziert hat, so wird die interalliierte Kommission Gebrauch machen von der Befugnis des Artikels 88 § 6 des Friedensvertrages, der deutschen und der polnischen Regierung eine Frist zu bezeichnen, in der dann der Übergang in die jeweilige Verwaltung zu erfolgen habe. Bekanntlich hat einen Monat nach dieser Fristerklärung dann zonenweise, wie man annimmt, die Übernahme zu erfolgen. Man nimmt an, daß am 15. Juli dann, wenn alles gut geht, die Arbeiten beginnen können.

Ich entledige mich dabei zugleich eines Auftrags des Ausschusses, daß bei dieser Gelegenheit die Regelung der Aufstandsschäden in Oberschlesien, über (C) die, wie Ihnen bekannt ist, ein lebhafter, bisher aber fruchtloser Notenwechsel zwischen der deutschen Regierung und der Botschafterkonferenz stattgefunden hat, erfolgen möge. Wir schließen uns dem Standpunkt in der letzten deutschen Note an, daß es schlechterdings unmöglich ist — aus rechtlichen wie wirtschaftlichen Gründen —, daß Oberschlesien aus eigenen öffentlichen Einnahmen diese Aufstandsschäden tragen könne.

So haben wir also dieses Abkommen jetzt Ihrer Beschlußfassung zu unterbreiten, das, wie gesagt, auf 15 Jahre gilt, auf 15 Jahre auch die uns deutsch bleibende Zone unserer vollkommenen Souveränität vorenthält. Ich habe nochmals und umfassend die bestimmte und ernste Erwartung auszusprechen, daß die polnische Regierung und ihre Organe alles tun mögen, um ihrerseits diese Bestimmungen mit derselben Loyalität im großen und im kleinen durchzuführen, wie es die deutsche Seite, die deutsche Regierung mit ihren Organen, unbedingt tun wird.

Wir nehmen, meine Damen und Herren, jetzt **Abschied von den deutschen Brüdern**, die in der polnisch werdenden Zone bleiben, und bleiben mit ihnen innerlich auf das festeste verbunden.

(Bravo!)

Wir nehmen Abschied von einem **Gebiete deutscher Wirtschaft**, an das sich stolzeste Erinnerungen deutscher Arbeit, deutschen Kapitals, deutscher Intelligenz knüpfen. Wir nehmen auch, wie ich betonen möchte, jetzt Abschied von diesen slawischen, nicht unbedingt **polnischen Oberschlesiern**, um deren Seele zwischen Deutschtum und Polentum Generationen lang gekämpft worden ist, bei denen sicherlich auch in vielen Seelen große Konflikte mit diesem Übergang sich abspielen werden. Wir bleiben den deutschen Oberschlesiern, die (D) zu Polen kommen, innerlich verbunden und wir werden — Staat und Parlament, denke ich, wohl sagen zu dürfen — alles tun, um die großen Möglichkeiten direkter Unterstützung, kultureller Unterstützung aller Zusammenhänge durchaus auszunutzen und wahrzunehmen, auch wenn es Opfer kostet.

Zum Schluß nur wenige Worte über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung dieser Dinge. Der Ausschuß hat geprüft, wie es mit der **Frage der Verfassungsmäßigkeit bestimmter Artikel** in dieser Konvention stehe. Es konnte darüber eine abschließende Entscheidung nicht extrahiert werden; namentlich auf dem Gebiete des Schulwesens bestehen Zweifel. Der Ausschuß legt deshalb dem Hause den Wunsch vor, daß nach Möglichkeit schon heute eine qualifizierte Mehrheit über diesen Vertrag entscheiden möge, damit dieser Punkt von vornherein ganz sicher fundamentiert sei.

Der Ausschuß hat weiter den Entwurf eines Gesetzes über das Abkommen, betreffend den **Postscheckverkehr**, auf Nr. 4348 und das unter Nr. 4358 aufgeführte Abkommen geprüft und empfiehlt die Annahme dieser Nebenabkommen ebenso wie die Annahme der Gesamtkonvention. Der Ausschuß hat nicht prüfen können das unter Nr. 4354 enthaltene Abkommen über die Überleitung der **Rechtspflege**. Ich habe dieses Abkommen im einzelnen geprüft und erlaube mir als einzelnes Mitglied, dem Hause gleichfalls die bedenkenlose Annahme desselben zu empfehlen.

Der Ausschuß hat mit 14 gegen 8 Stimmen beschlossen, dem Hause die Annahme der Konvention vom 15. Mai 1921 zu empfehlen. Er hat weiterhin gegen 3 Stimmen den Antrag des Berichterstatters angenommen, nämlich die **Rechtsverwahrung**, die der Reichsrat angenommen hat, hier gleichfalls zu wiederholen. Ich erlaube mir, im Auftrag der Ausschuß-

(Dr. **Hoetzsch**, Abgeordneter.)

(A) mehrheit diesen Antrag zu verlesen. Der Ausschuß empfiehlt also die Annahme der Kommission und beantragt weiter:

> Der Reichstag tritt ausdrücklich der Erklärung bei, die der deutsche Bevollmächtigte, der deutsche Minister a. D. Schiffer, vor Unterzeichnung des Vertrags in der öffentlichen Sitzung zu Genf am 15. Mai 1922 in bezug auf die deutsche Rechtsverwahrung gegen die Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober 1921 abgegeben hat.

Damit schließt sich der Reichstag dem Protest des Reichsrats an. Etwas Neues wird damit nicht ausgesprochen, sondern es wird bei dieser feierlichen und endgültigen Gelegenheit nur die Rechtsverwahrung wiederholt, die schon am 27. Oktober vorigen Jahres ausgesprochen wurde.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Der Mitberichterstatter, Herr Abgeordneter Gothein, hat aufs Wort verzichtet.

Das Wort hat der Herr Reichskommissar Schiffer.

Schiffer, Deutscher Bevollmächtigter für die oberschlesischen Verhandlungen: Im Auftrage der Reichsregierung habe ich den Reichstag um seine Zustimmung zu den vorliegenden Gesetzentwürfen, in erster Reihe zu dem **deutsch-polnischen Abkommen** über Oberschlesien vom 15. Mai 1922, zu bitten. Schweren Herzens entledige ich mich dieses Auftrags. Nicht als ob ich nicht in der Lage wäre, für den Vertrag selbst einzustehen; das kann ich mit gutem Gewissen tun. Er ist gewiß nicht vollkommen, er bietet gewiß in vielen Einzelheiten größerer oder geringerer Art berechtigten Anlaß zur Kritik; und es läßt sich sicherlich sehr wohl darüber streiten, ob die zahllosen und schweren Probleme, die uns gestellt waren, (B) nicht anders und besser hätten gelöst werden können. Am allerwenigsten übernehme ich eine Garantie dafür, daß es überall gelungen ist, den Hauptzweck zu erreichen, den das Abkommen verfolgt, die **Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens** zu sichern. Es ist mir sogar sehr zweifelhaft, ob es möglich ist, die Wunden, die ein so brutaler Eingriff in einen lebendigen Wirtschaftskörper geschlagen hat, durch juristische Medikamente zu heilen;

(lebhafte Zustimmung)

ob es möglich ist, die tausend und aber tausend Fäden, die jäh zerschnitten worden sind, durch Vertragsbestimmungen, durch Paragraphen und ausgeklügelte Normen wieder aufzunehmen. Ich halte es für leicht möglich, daß die vielen Maschen, die durch diese Tausende von Paragraphen geschaffen worden sind, von unlauteren Elementen des Wirtschaftslebens, von denen ich sehr fürchte, daß sie sich bald breitmachen werden, dazu benutzt werden, um durch sie hindurch zu schlüpfen und ihr unsauberes Gewerbe zum eigenen Vorteil zu betreiben. Aber diese Mängel liegen nicht im Vertrag begründet, sie fallen nicht denen zur Last, die den Vertrag abzuschließen berufen waren,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

sondern sie liegen vor diesem Vertrag, sie sind die Folgen der Grenzen, die uns gezogen waren, die Konsequenzen des Rahmens, der uns unüberschreitbar gesteckt war. Innerhalb dieser Grenzen, dieses Rahmens aber, das glaube ich wirklich sagen zu können, ist im großen und ganzen das Erreichbare auch erreicht worden. Ich würde dieses Urteil nicht wagen, wenn ich nicht wüßte, daß diejenigen, die am ersten berufen sind, hierüber ihre Meinung zu sagen, die beteiligten Kreise selbst, sich dieser Ansicht anschließen. Ich habe während der ganzen Tätigkeit, die mir aufgetragen war, auf allen Gebieten in engster Fühlung mit den Interessenten und Interessenvertretern gestanden, die durch den Antrag betroffen wurden. Ich (C) habe überall die Organisationen, die Vertretungen und Vertreter des praktischen Lebens herangezogen, stets im Einvernehmen mit ihnen gehandelt und habe die Genugtuung, daß sie auch jetzt, nach dem Abschluß des Vertrags, nicht bloß unserem guten Willen, sondern auch dem Ergebnis selbst ihre Anerkennung nicht versagt haben. Soeben erst hat der **„Deutsch-Oberschlesische Volksbund für Polnisch-Schlesien zur Wahrung der Minderheitsrechte"**, der Angehörige aller Parteien, aller Richtungen, aller Berufe, aller politischen und konfessionellen Bestrebungen in sich schließt und engste Verbindung mit allen Kreisen hält, mir geschrieben, daß er die Hoffnung hege, daß unser Werk dem Deutschtum des abzutretenden Gebiets das kulturelle und wirtschaftliche Fortbestehen ermögliche. Wenn diese Hoffnung von solcher Stelle aus gehegt und ausgesprochen wird, so darf auch ich sie hegen und aussprechen und, auf sie gestützt, für den Vertrag als solchen eintreten.

Also nicht der Vertrag an sich ist es, der mir das Herz schwer macht; sondern die Umstände sind es, unter denen er zustande gekommen ist, die **Vorgeschichte dieses Vertrags.** Ich habe bereits in Genf darauf hingewiesen, daß er nicht für sich allein betrachtet werden kann, daß ich es ablehnen muß, irgendwelche Rückschlüsse ziehen zu lassen, als ob durch die Unterzeichnung des Abkommens die Vergangenheit ausgelöscht oder auch nur beeinträchtigt würde, als ob irgendein Abstrich von der Rechtsverwahrung gemacht sei, die gegen die Grundlage des Vertrags erhoben worden ist und heute noch besteht,

(sehr richtig!)

wie sie damals bestanden hat.

(Sehr gut!)

Heute aber muß ich weiter in die Vergangenheit zurückgehen, muß zeigen, wie alles von Anfang an gekommen ist, damit dieser Vertrag in den Zusammenhang, in den er gehört, hineingestellt wird. (D)

Erinnern wir uns doch, wie in dem ersten Vorschlag zum Friedensvertrag Oberschlesien ohne weiteres den Polen zugeteilt war. Diesen Standpunkt konnte die Entente selbst nicht aufrechterhalten sie wich einen Schritt zurück und gestand die **Abstimmung** zu; und ich glaube, mich nicht einer Unterstellung schuldig zu machen, wenn ich sage, in der sicheren Erwartung, daß ihr erster formaler Spruch nachträglich eine Rechtfertigung finden würde.

(Sehr richtig!)

Diese Erwartung hat getrogen, Deutschland ist zusammengekommen, Deutschland ist herangeströmt, eine überwältigende Mehrheit sprach sich für Deutschland aus. Da kam die große Pause der Verlegenheit, aus der heraus dann die **Überweisung des Problems an den Völkerbundsrat** und an den Ausschuß, den der Völkerbundsrat zu bestimmen hatte, erfolgte. In diesem Ausschuß saßen ein Chinese, ein Belgier, ein Spanier, ein Brasilianer.

(Heiterkeit.)

Die Vermutung spricht nicht dafür, daß diese Herren von den oberschlesischen Verhältnissen eine genaue Kenntnis gehabt haben.

(Lebhafte Zustimmung.)

Trotzdem haben sie es unterlassen, in einer solchen Frage selbst einmal hinzukommen, um Land und Leute zu betrachten, über deren Schicksal sie zu bestimmen hatten.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Dies ist eine Art und Weise der Behandlung, die mit Recht Deutschland und vor allen Dingen Oberschlesien selbst aufs tiefste verletzt hat;

(sehr wahr!)

das ist eine Richtachtung materieller und ideeller Güter, die ein Hohn ist auf dasjenige, was wir als die neue Lehre von der Achtung vor Volk und Volkstum gehört haben.

(Sehr gut!)

(Schiffer, Reichskommissar.)

(A) Und der Ausweg, der gefunden wurde? Man **teilte Oberschlesien,** aber wagte wiederum nicht, sich restlos hieran zu halten: im selben Atem, in dem man die Einheit Oberschlesien zerstörte, bekannte man sich zu ihr, indem man nunmehr verlangte, daß das, was willkürlich zerrissen war, wieder geleimt und zusammengeflickt werden sollte. Das ist eine Reihe von widerspruchsvollen Bildern, die zum Spott herausfordern könnten, wenn nicht wir den ganzen Jammer dieser Entscheidungen zu tragen hätten.

(Sehr gut!)

Nicht der kleinste Teil dieses Jammers aber ist es, daß wir selbst mit Hand anlegen mußten, um den Schlußstein in den ganzen Bau hineinzusetzen.

(Zustimmung rechts und in der Mitte.)

Ich glaube nicht, daß viele von denen, die für diese Entwicklung verantwortlich sind, sich heute noch sehr wohl dabei fühlen. Ja, ich möchte beinahe annehmen, daß manche von ihnen schon mehr ein Gefühl der Beklemmung und Beschämung überkommt. Uns hilft das freilich wenig. Wir müssen den bitteren Kelch bis zu Ende leeren.

Weshalb sage ich das alles? Nicht um zu klagen, nicht um zu jammern, nicht um zu hetzen. Ich sage es, und ich muß es sagen, damit nicht Gras wächst über alle diese Dinge.

(Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte.)

Der Gedanke, der große Gedanke der Völkerversöhnung und des Friedens darf nicht dazu mißbraucht werden, um aus Unrecht Recht zu machen,

(sehr richtig!)

um schreiendes Unrecht und krasse Gewalttätigkeit zu decken. Das große sittliche Wort vom Vergeben und Vergessen darf nicht zum Deckmantel für Unrecht und Sünde werden, darf nicht dazu dienen, Rechtsgefühl und Ehrgefühl im deutschen Volke und in der ganzen Welt erschlaffen zu lassen und zugrunde zu richten.

(B) (Bravo!)

Und ich darf das sagen, gerade ich: denn ich habe bei der Tätigkeit, die mir übertragen war, gezeigt, daß ich kein Gewalt- und kein Katastrophenpolitiker bin, daß ich das **Werk,** das mir aufgetragen war, im **Sinne und im Geiste der Versöhnung,** der Versöhnlichkeit der gütlichen Einigung zu vollenden trachtete. Ich habe die **Verelendungspolitiker** zurückgewiesen, die mir rieten, nicht erst viel zu verhandeln, glatt zu unterschreiben, gerade weil die Richtlinien der Genfer Note ganz unzulänglich seien; das Deutschtum im polnisch werdenden Oberschlesien zugrunde gehen zu lassen, weil dadurch dieses Gebiet entwertet sei und als eine Schale ohne Inhalt den Polen zufiele. Ich habe gesagt, daß das nicht ginge, das gesunde Empfinden des deutschen Volks es nicht vertragen könne, deutsche Volksgenossen, deutsche materielle und geistige Güter, die durch deutsche Betätigung geschaffen sind, dem Verderben anheimfallen zu lassen. Ich habe, ohne allerdings die Grenzen zu überschreiten, die durch das Interesse des Deutschen Reichs und Oberschlesiens gezogen waren, immer wieder versucht, zur **Einigung** zu gelangen. Freilich bin ich nicht davor zurückgeschreckt, auch Konflikte auf mich zu nehmen, wenn ich fürchten mußte, daß diese Grenzen überschritten würden. Wenn es mir aber möglich erschien, solche Konflikte zu vermeiden oder zu lösen, dann tat ich es. So kam ich zur Einigung; und ich halte das für gut und bekenne mich dazu. Einmal glaubte ich, daß es des deutschen Volkes würdiger sei, sich nicht unter dem Druck eines Dritten, unter dem Druck des Schiedsspruchs, eines fremden Richters widerwillig zu beugen, sondern das, was es tun mußte, in freier Entschließung auf sich zu nehmen.

(Sehr gut!)

Ich kam zur Einigung, weil ich ferner glaubte, daß nach einer solchen Einigung die Ausführung des Vertrages, (C) auf die doch schließlich alles ankommt, sich eher in einem dem Vertrag entsprechenden Sinne, im Geiste des Vertrages vollziehen würde, als wenn äußerer Zwang gewaltet hätte. Ich kam zur Einigung endlich, weil ich die Bedeutung dieses Vertrages nicht bloß für die Gegenwart erwog, nicht bloß für Oberschlesien, sondern davon ausging, daß er einen **Übergang** bilden soll, um auf dem Wege der Einigung **zu erträglichen Verhältnissen** mit unserem Nachbarstaat überhaupt zu gelangen. Wir können uns den Luxus fortgesetzter Reibungen, fortgesetzter Feindseligkeiten, der Erschöpfung unserer Kraft in solchen Reibungen und Feindseligkeiten nicht gestatten. Wir, wie die ganze Welt, sind darauf angewiesen, reibungslos zu arbeiten. Deshalb wünsche ich, daß gerade, nachdem hier eine Einigung gelungen ist, auch weiterhin die Beziehungen zu Polen sich in einer für beide Teile, insbesondere für ihr Wirtschaftsleben, günstigen Weise entwickeln und auf dieser Grundlage die Verhandlungen, die nun wohl bald einsetzen werden, zu einem mit den beiderseitigen Interessen verträglichen Resultat führen. Insofern ist dieser **Vertrag** also mehr als der Abschluß der Verhandlungen, die gepflogen worden sind; insofern ist er die **Pforte für eine Weiterentwicklung der Dinge** über ihr Gebiet hinaus. Zunächst aber ist er allerdings die Pforte zu etwas ganz anderem.

Zunächst ist er die Pforte, durch die **unsere deutschen Volksgenossen in den polnisch werdenden Teilen Oberschlesiens** hindurchgehen müssen, um sich von der Heimat zu trennen und in einen anderen Staat überzutreten. Ihnen gilt auch mein Schlußwort. Ihnen rufe ich zu: In wenigen Wochen werdet ihr vom Deutschen Reich losgelöst, werdet ihr in einen anderen Staatsverband, unter eine andere Staatshoheit kommen. Der Verfassung und den Gesetzen dieses anderen Staates schuldet ihr Achtung und Gehorsam, und diese Pflicht habt ihr ehrlich und loyal zu erfüllen. Aber dieser Vertrag hier bietet (D) euch die Möglichkeit, unbeschadet eurer Staatsbürgerpflichten, euer deutsches Leben weiterzuführen und nicht bloß auf wirtschaftlichem Gebiete, sondern auch auf kulturellem, nationalem, idealem Gebiete die Traditionen, die in euren Herzen leben, zu pflegen und zu hüten, auf daß sie lebendig und in euch erhalten bleiben.

(Beifall.)

In wenigen Wochen wird der Schlagbaum niedergehen, der einen Teil Oberschlesiens von uns trennt. Ihr werdet dann einen Blick zurückwerfen zu uns, und euer Herz wird sich dem unserigen zuwenden. Aber dann geht an die Arbeit! In **Oberschlesien** kann die **Arbeit** nicht eine Minute ruhen. Das Schwungrad der Arbeit muß im Gange bleiben. Ihr sollt mit Hand anlegen, wie ihr es getan habt, sollt euch mühen, Oberschlesiens Blüte, die deutschem Geist und deutschem Fleiß zu danken ist, aufrechtzuerhalten. Mit diesem Vertrag in der Hand sollt ihr deshalb weiter schaffen und wirken am deutschen Werke in Oberschlesien. Mit diesem Vertrage in der Hand sollt ihr aber auch dafür sorgen, daß ihr euch das heilige Gut eures deutschen Volkstums erhaltet, daß ihr auch im fremden Lande Deutsche bleibt!

(Lebhafter Beifall. — Anhaltende Bewegung.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Szczeponik-Nikolai (Oberschlesien).

Szczeponik, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Im Namen der deutschen Bevölkerung des an Polen abzutretenden Gebietes drängt es mich, in dieser Stunde und von dieser Stelle aus einige Worte des Abschieds zu sprechen. Wir haben aus Vaterlandsliebe, im Bewußtsein des Rechts und in der Überzeugung, damit dem Wohle des gesamten oberschlesischen Volkes zu dienen, für Deutschland gestimmt.

(**Szczeponik**, Abgeordneter.)

(A) Das **Genfer Diktat** hat, den Willen der deutschen Mehrheit mißachtend, Oberschlesien, diesen lebendigen, einheitlichen Organismus, zerschnitten und über 400 000 deutschfühlende Bewohner durch eine willkürlich gezogene Grenze aus ihrer natürlichen Verbindung losgerissen.

Schweren, tiefbewegten Herzens nehmen wir **Abschied von Deutschland**; von Deutschland, dem Oberschlesien seine Kultur, dem wir alles verdanken. Aufrechten Hauptes fügen wir uns dem Geschick. Wir werden dem neuen Staate gegenüber die staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen und gemeinsam mit den polnisch sprechenden Mitbürgern zum Wohle des ganzen oberschlesischen Volkes arbeiten. Unser deutsches Volkstum aber werden wir nicht aufgeben!

(Allseitiges lebhaftes Bravo.)

Von der polnischen Regierung erwarten wir Innehaltung der übernommenen Verpflichtungen. Wir sind nicht Fremdlinge auf oberschlesischer Erde — es ist unsere Heimat!

(Bewegung.)

Gleichberechtigung der beiden Nationalitäten und **Schutz der Minderheit** sind verbrieftes, vom Völkerbund garantiertes Recht. Die deutschen Volksgenossen im Reiche bitten wir, unser nicht zu vergessen. Ihrer wirksamen Unterstützung sind wir um so mehr gewiß, als Deutschland seinen polnisch sprechenden Bewohnern gegenüber die in dem Vertrage eingegangenen Verpflichtungen erfüllen wird.

(Sehr richtig!)

Wir werden Bürger des polnischen Staates; die Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum kann uns kein Machtspruch aus dem Herzen reißen!

(Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

(B) **Präsident**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Okonsky.

Okonsky, Abgeordneter: Im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags habe ich folgende Erklärung abzugeben.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstags sieht in dem **deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien** einen Vertrag zur Milderung der unheilvollen Folgen der Entscheidung der Botschafterkonferenz, die ein seit Jahrhunderten zusammengehöriges Wirtschafts- und Volksgebiet zerriß. Nichts zeigt deutlicher die Größe des am oberschlesischen Volke begangenen Unrechts als das vorliegende Abkommen mit seinen 606 Paragraphen. Wieviel Arbeit mußte in Wochen und Monaten geleistet werden, um das wenigstens teilweise abzuwenden, was Mangel an staatsmännischer Einsicht verschuldet hat!

(Sehr richtig!)

Wir erkennen gern an, daß die Unterhändler in Genf sich alle Mühe gegeben haben, den Bedürfnissen der oberschlesischen Bevölkerung und den Interessen der deutschen Republik gerecht zu werden. Auch unserer Auffassung nach hat **Präsident Calonder** durch seine Objektivität und Gewissenhaftigkeit sich Vertrauen und Dank der oberschlesischen Bevölkerung erworben. Wenn der vorliegende Vertrag trotzdem nicht allen Wünschen gerecht geworden ist, dann liegt es nicht an den Personen, die die Verhandlungen führten, sondern an den unlösbaren Schwierigkeiten des Gegenstandes.

Wir begrüßen besonders, daß die Vertreter beider Regierungen sich neben dem **Schutz der Minderheiten** auch die **Sozialgesetzgebung** und das **Arbeiterrecht** besonders angelegen sein ließen. Was an gesetzlichen Garantien geschaffen werden konnte, um den oberschlesischen Arbeitern und Angestellten für die nächsten (C) fünfzehn Jahre die Vorteile der deutschen Sozialgesetzgebung, die sie sich mit ihren Brüdern errungen haben, zu sichern, ist geschehen. Wir hoffen, daß ihnen diese Errungenschaften auch im polnisch werdenden Gebiete dauernd erhalten bleiben, und erwarten, daß die Gemischte Kommission sich stets ihrer Pflicht bewußt sein wird, die wirtschaftlich Schwächeren besonders zu schützen.

Das vorliegende Abkommen entspringt dem Zwange der Notwendigkeit. Es kann nur im ganzen abgelehnt oder angenommen werden. Seine Ablehnung würde verhängnisvolle Folgen haben. Indem wir ihm zustimmen, betonen wir, daß unserer festen Überzeugung nach der Fortschritt der Kultur und das dringend notwendige Einvernehmen der Völker bedeutend besser gefördert werden durch ein freundschaftliches Einvernehmen der Nachbarvölker als durch Verträge, die durch äußeren Druck zustande kommen.

Möge dieser Vertrag trotzdem den durch den Genfer Beschluß von uns getrennten Volksgenossen auch im neuen Staatsverbande wirtschaftlich nützen und eine **Brücke der Verständigung** zwischen der polnischen und der deutschen Nation werden! Mögen sich die Völker endlich zusammenfinden zum gemeinsamen friedlichen Aufbau Europas!

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ulitzka.

Ulitzka, Abgeordnter: Im Namen der Zentrumspartei habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Die Zentrumspartei wird für die Ratifizierung des **deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens von Genf** vom 15. Mai 1922 stimmen. Darin liegt aber kein Anerkenntnis des Diktates von Genf, wie auch die Unter- (D) zeichnung im Oktober vorigen Jahres und die Bereitschaft zu den im Genfer Diktat geforderten Verhandlungen keine Zustimmung zu diesem bedeutet. Wir benutzen vielmehr die uns heute gegebene Gelegenheit, um unsern entschiedenen Protest gegen den Machtspruch von Genf zu erneuern, und schließen uns der von dem Führer der deutschen Delegation, Exzellenz Schiffer, ausgesprochenen Rechtsverwahrung an. Die in Genf getroffene Entscheidung über Oberschlesien ist und bleibt juristisch ein Rechtsbruch, politisch eine Torheit, wirtschaftlich ein Verbrechen.

(Bravo! im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Übrigens hat die **Botschafterkonferenz** durch das Verlangen, daß das politisch zerschnittene Oberschlesien 15 Jahre wirtschaftlich geeint bleiben soll, sein Schuldbekenntnis selbst ausgesprochen,

(sehr wahr! im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und rechts)

das Bekenntnis, daß Oberschlesien nie und nimmer getrennt werden dürfte. Die deutsch-polnischen Verhandlungen hat das Deutsche Reich nur gezwungen aufgenommen, durch die es allerdings hoffte, den Deutschen im polnisch werdenden Oberschlesien ihr schweres Los zu erleichtern.

Unsere Delegation hat gute, beste Arbeit geleistet und sich den **Dank** des Reichs und besonders der oberschlesischen Bevölkerung in vollstem Maße verdient. Wenn unsere Delegation günstige Bedingungen erzielt hat, dann möge dies polnischerseits nicht als ein Geschenk an die Deutschen angesehen werden. Nachdem man den Deutschen im Wirtschaftsabkommen auferlegt hat, den Polen zu helfen, um das ihnen zugeteilte Gebiet wirtschaftlich zu erhalten, war es selbstverständliche

(Ulitzka, Abgeordneter.)

(A) Pflicht der Polen, den Deutschen auch das weitere Verbleiben im abgetrennten Gebiete zu ermöglichen.

(Sehr wahr! im Zentrum und rechts.)

Das deutsche Volk ist ehrlich gewillt, den im vorliegenden Abkommen eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, und hofft, daß diese seine **Vertragstreue** die gleiche Gesinnung und gleiche Haltung auch auf der Gegenseite auslösen und so das schwere Los unserer deutschen Brüder im abgetretenen Gebiete erträglich machen wird. Überhaupt sind wir überzeugt, daß eine verständnisvolle und gerechte Behandlung der polnisch sprechenden Bevölkerung im deutsch bleibenden Oberschlesien das wirksamste Mittel sein wird, die Lage unserer Volksgenossen im polnisch werdenden Teile günstig zu beeinflussen.

Da in einigen Wochen der schmerzliche **Schnitt durch Oberschlesien** Wirklichkeit werden soll, werden auch die anderen Wunden besonders fühlbar, welche uns durch die schon vollzogene Abtrennung wertvoller Glieder Oberschlesiens geschlagen worden sind. Im Kreise Namslau und im Kreise Ratibor sind uns ohne Volksbefragung, ja gegen den ausdrücklichen Willen der betroffenen Bevölkerung blühende Ortschaften — besonders erwähnt sei das Hultschiner Ländchen — entrissen worden. Diese Wunden kann keine Zeit heilen.

(Lebhaftes Bravo im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Sie werden eitern und brennen, bis aus ihnen der Stachel des hier begangenen Unrechts entfernt sein wird,

(erneutes Bravo im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und rechts)

indem diese abgetrennten Gebiete dem Lande wiedergegeben werden, zu dem sie nach Recht und Geschichte und nach dem ausdrücklichen Willen des Volkes gehören.

(Bravo! rechts.)

(B) Die bevorstehende Trennungsstunde eröffnet uns bei all ihrer Bitterkeit einen freudigen Ausblick. Das deutsch bleibende Oberschlesien soll in wenigen Wochen von der **fremden Regierung und Besatzung** befreit werden. Denn die Zeit, in der die oberschlesische Bevölkerung von der Entente besetzt war, war nicht, wie man mit hochtönenden Worten verheißen hatte, eine Zeit der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens, sondern eine Zeit des Schreckens und des Unglücks.

(Sehr richtig! im Zentrum bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Bevor die Ententekommission mit ihren Truppen den oberschlesischen Boden verläßt, sei sie erinnert an die **Wiedergutmachung**, die sie uns schuldet

(lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen)

wegen der durch den **polnischen Aufstand entstandenen Schäden**. Denn sie hatte das Recht, die Pflicht und allein die Machtmittel, diese Schäden zu verhüten. Darum trägt auch sie allein die Verantwortung.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum und rechts.)

Diese Wiedergutmachung ist nicht bloß ein von der deutschen Regierung ausgesprochener Rechtsanspruch, sondern auch eine von dem Rechtsempfinden der Bevölkerung erhobene Forderung.

(Bravo! im Zentrum bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Nicht wieder gut zu machen sind allerdings die **moralischen Verwüstungen**, welche die Fremdenverwaltung und Fremdenbesatzung in unseren blühenden Städten und Dörfern angerichtet hat. Möge diese Abrechnung mit dazu beitragen, daß mit der Kulturschande, welche in jeder unnötigen Besatzung liegt,

(sehr richtig! im Zentrum und rechts)

auch am Rhein bald ein Ende gemacht wird.

(Lebhafter Beifall im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

(C) Die Unterzeichnung des vorliegenden Abkommens macht die Bahn frei für die Rückkehr der deutschen Regierung in unsere oberschlesischen Lande. Sie **wird**, wie wir zuversichtlich hoffen, in Wahrheit und **Wirklichkeit** eine Ära der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens über Oberschlesien heraufführen und unserem schwergeprüften und gequälten Volke den ersehnten Frieden bringen. Unseren nun bald von uns gehenden oberschlesischen Brüdern entbieten wir einen herzlichen Abschiedsgruß und das heilige Versprechen, sie nicht zu verlassen.

(Stürmischer Beifall in der Mitte und rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichskanzler.

Dr. **Wirth,** Reichskanzler: Meine Damen und Herren! Es obliegt der Reichsregierung, in den Verlauf der Debatte einige **Worte des Dankes und der Anerkennung** einzuflechten, des Dankes zunächst an die Herren **Vertreter,** die, im Auftrage der Reichsregierung und ihren Richtlinien folgend, in Genf die Verhandlungen geführt haben. Es war eine harte und bittere Arbeit, die jedem Patrioten gewiß manchmal das Herz zerrissen hat. Wir danken Ihnen, Herr Kollege Schiffer, Ihnen Exzellenz Lewald, Herrn Dr. Simons und allen andern Herren dafür, daß Sie sich trotz der innern schweren Bedenken, die bei Ihnen gewiß vorhanden gewesen sind, an diese Arbeit gemacht haben.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Sie haben sich, wie wir, von dem Gedanken leiten lassen, daß in Mitteleuropa Ruinen genug geschaffen sind und daß es jetzt gilt, vorhandene Wirtschafts- und Volkskräfte schonend und pfleglich zu behandeln, um dieses Mitteleuropa überhaupt vor dem gänzlichen Zusammenbruch zu retten.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

(D) Diesem Rettungswerk hat Ihre treue Arbeit gedient. Daß Sie dabei in zähem Ringen, in endlosen Verhandlungen Rechte des deutschen Volkstums, Sicherungen sozialer Errungenschaften für die oberschlesische Arbeiterschaft gewahrt haben, dafür wird Ihnen gewiß nicht nur das deutsche Volk, sondern werden Ihnen sämtliche Völker Mitteleuropas, vielleicht ganz Europas, zu immerwährendem Dank verpflichtet sein.

(Bravo! in der Mitte und rechts.)

Denn das ist doch schließlich der Sinn der Erhaltung des Volkstums, daß die an ihm haftenden, in Jahrhunderten geschaffenen Werte nicht untergehen können.

Aber der Dank darf nicht nur auf die Vertreter der deutschen Regierung beschränkt werden, diesen **Dank** müssen wir ausdehnen auf die **gesamte oberschlesische Bevölkerung.**

(Sehr wahr! in der Mitte und rechts.)

Was die Bevölkerung im Laufe dieser Jahre erduldet hat, ist hier schon zum Ausdruck gekommen. Es ist ein namenloses Leid gewesen,

(sehr richtig! in der Mitte und rechts)

es ist ein Leidensweg gewesen, der hervorgegangen ist aus dem Friedensvertrag von Versailles, der sich hier nicht als Friedensvertrag, sondern als ein Werk des Kampfes und der Zerrüttung erwiesen hat.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und rechts.)

Die oberschlesische Bevölkerung hat im Laufe dieser Jahre eine Geduld an den Tag gelegt, für die es überhaupt Ausdrücke, um sie richtig zu kennzeichnen, nicht gibt.

(Sehr wahr! in der Mitte und rechts.)

Gewiß hat die oberschlesische Bevölkerung an dem Tage, wo zu Unrecht und mit Gewalt Oberschlesien in die Hände Polens geliefert werden sollte, unter Führung tapferer Männer, wie es ihr natürliches Recht ist, den Boden ihrer Heimat mit der Waffe verteidigt.

(Stürmisches Bravo in der Mitte und rechts.)

(Dr. **Wirth**, Reichskanzler.)

Ehre und Ruhm denen, die im Kampfe für ihre heimatliche Erde gefallen sind.

(Erneutes stürmisches Bravo in der Mitte und rechts.)

Nun ist das **Werk** vollendet, und nun unterliegt Ihrer **parlamentarischen Beschlußfassung** das Werk, das der oberschlesischen Bevölkerung das wirtschaftliche Leben auf ihrer Heimaterde ermöglichen soll. Sie haben es im Ausschusse geprüft; Sie haben da und dort Bedenken geäußert; aber im ganzen haben Sie diesem Werke, wie wir erwarten durften, Ihre Zustimmung nicht versagt, und ich darf auch hier bitten: um dem Frieden in Mitteleuropa zu dienen, um nicht neue endlose Ruinen zu schaffen, stimmen Sie diesem Gesetzentwurf, der Ihnen vorliegt, zu. Die oberschlesische Bevölkerung wünscht es auch. Sie will nicht in eine neue Katastrophe hinein. Sie will retten, sie will das, was sie hat, pfleglich behandeln, und sie will weiter aufbauen.

Es ist schmerzlich, daß wir bei dieser Gelegenheit von lieben Kollegen aus unserer Mitte scheiden müssen. Ich darf in Ihrem Namen dem Herrn Kollegen **Szczeponik** für sein mutiges **Bekenntnis zum deutschen Volkstum** den Dank nicht nur der Volksvertretung, sondern auch der Reichsregierung zum Ausdruck bringen.

(Lebhaftes Bravo.)

Er hat mutig ausgehalten auf seinem Platze und hat manches schmähliche Wort über sich ergehen lassen. Er hat aber als braver deutscher Staatsbürger bis heute seinem Vaterlande, seiner Heimat und seinem Volkstum gedient, was nur für alle seine Volksgenossen dort oben ein Beispiel sein kann.

(Erneutes Bravo.)

Er wird einem neuen Staatsverbande angehören und wird diesem Staatsverbande dienen, wie es staatsbürgerliche Pflicht ist. Aber das kann niemand ihm und seinen Volksgenossen wehren, wie es hier zum Ausdruck gekommen ist, daß sie das heilige Feuer vaterländischer deutscher Zusammengehörigkeit pflegen in alle Zeiten hinaus.

(Wiederholtes lebhaftes Bravo.)

Das wollen wir hoffen, und zum Zeichen dafür ist ja in diesem Saale heute ein äußeres Merkmal angebracht: die oberschlesische Einheit, die Zusammengehörigkeit oberschlesischer Herzen darf nimmermehr in deutschen Landen erlöschen und untergehen.

(Stürmischer Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Sender.

Sender, Abgeordnete: Meine Herren und Damen! Das vorliegende **Abkommen** ist die Konsequenz eines Beschlusses, der wider jede Vernunft und wider Recht gefaßt worden ist.

(Sehr richtig! links und rechts.)

Die Entscheidung der Botschafterkonferenz im Oktober des vergangenen Jahres bedeutet die Trennung von wirtschaftlich Zusammengehörigem, bedeutet die Trennung der Rohstoffe von ihren Verarbeitungsgebieten, der Wohnungen von Arbeitsstätten, bedeutet aber auch, daß die Menschen wie Waren den betreffenden Ländern zugeteilt worden sind.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

Aber, meine Herren und Damen, dieser Beschluß zeigt uns, wie der **Kapitalismus**

(Unruhe und Zurufe rechts: Ach du lieber Gott! — Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

und insbesondere der siegreiche **Imperialismus** auftritt und verfährt, selbst dann, wenn er im Gewande des Rechts und der Friedlichkeit auftritt. Denn diese Entscheidung war ja der Botschafterkonferenz vom Völkerbundsrat unterbreitet, also einer Organisation, die angeblich den Rechtsgedanken vertritt. Tatsache ist aber, daß in diesem Falle wie in allen vorangegangenen Fällen das Schicksal der Völker und der Länder nur vom Machtstandpunkt entschieden worden ist.

(Sehr wahr! links.)

Allerdings — wenn wir gegen eine solche Anwendung des Machtstandpunkts protestieren, dann tun wir es nicht nur, wenn er von den Alliierten angewandt wird, sondern wir haben es stets getan, weil wir wissen, daß er auch vom deutschen Kapitalismus gebraucht wurde damals, als er noch die Macht dazu gehabt hat.

(Zischen rechts. — Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir brauchen nicht so weit in der Geschichte zurückgreifen und die verschiedenen **Teilungen Polens** heranzuziehen. Wir brauchen nur an die Zeit des Krieges zurückzudenken, wo es Deutschland gewesen ist, das ja zuerst das „Königreich Polen“ selbst geschaffen hatte

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und damals nicht daran dachte, diejenigen Polen,

(Pfui-Rufe rechts)

die innerhalb des deutschen Reichsverbandes lebten, nur um ihren Willen zu befragen, zu welchem Lande sie gehören wollten, ob zu Polen oder zu Deutschland.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Wachsende Unruhe in der Mitte und rechts.)

Wir brauchen auch nur im Vorübergehen zu erinnern an die **preußische Polenpolitik** der Vorkriegszeit,

(lebhafte Zurufe rechts; Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und wenn in der Aussprache — —

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Sehen Sie sich mal die Fahne dort an! — Gegenrufe links. — Andauernde große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Sender, Abgeordnete: Wenn in der Aussprache darauf hingewiesen wurde, daß es sich hier zum Teil um Volksteile handelt, die bereits 700 Jahre dem deutschen Reichsverbande angehören, ja, meine Herren, wenn Sie selbst auf diese Tatsachen hinweisen, so bestätigen Sie damit, daß es in den 700 Jahren Preußen nicht gelungen war, die Sympathien dieser Bevölkerungsteile in dem Maße — —

(Stürmische Unterbrechungen rechts. — Zurufe rechts: Lüge! Unsinn! Das Resultat der Abstimmung! — Anhaltende Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

(Verschiedene Abgeordnete der Parteien auf der Rechten und des Zentrums verlassen den Saal. — Andauernde Unruhe.)

Sender, Abgeordnete: Meine Herren, gerade die Tatsache, daß es in 700 Jahren nicht gelungen ist, die Freundschaft und die Sympathie der Bevölkerung des Landes zu erwerben, beweist, daß eben die Politik gegenüber diesen Volksteilen eine kurzsichtige und falsche gewesen ist,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten)

und daß, wenn Sie (nach rechts) das heute noch nicht anerkennen wollen, Sie doch nur beweisen, daß Sie denselben Grundsätzen jener Zeit heute noch Ihre volle Zustimmung erteilen!

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten.)

Die Entscheidung ist gefallen. Die Notwendigkeit, nun auf Grund dieser Entscheidung dieses uns vorliegende Wirtschaftsabkommen noch zu treffen, beweist den Widersinn der Entscheidung der Botschaftskonferenz. Aber die

(Sender, Abgeordnete.)

(A) Wirkung dieser Entscheidung ist nicht die gleiche auf alle Volksteile. Ich brauche nur an den **Abstimmungskampf** selbst zu erinnern. Da waren es die **Arbeiter,** die sich in allererster Linie zu Deutschland bekannt haben,

(lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten)

obwohl sie erwarten mußten, für diese offene Stellungnahme für Deutschland später, je nach dem Ausfall des Ergebnisses, büßen zu müssen. Haben etwa die **deutschen Großindustriellen in Oberschlesien** in der gleichen freimütigen Weise sofort ihre Stellung eingenommen?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten.)

Diejenigen, die in Oberschlesien leben, werden es mir bestätigen müssen, daß es sehr lange gedauert hat, bis überhaupt eine Stellungnahme der Großindustrie eintrat, und was in der Zeit vor der Abstimmung der Fall war, ist ganz in der gleichen Linie nach der Abstimmung wiederum aufgetreten. Ich will nur daran erinnern, wie rapid die Aktien der oberschlesischen Gesellschaften an der Börse in die Höhe gingen, als die Entscheidung über das Schicksal des Landes gefallen war. Ich brauche nur darauf zu verweisen, wie rasch **französisches und englisches Kapital** in deutsche Industrieunternehmungen eingedrungen ist, ich verweise nur als Beispiel auf die Graf Donnersmarckschen Hütten, die heute vollkommen vom englischen Kapital beherrscht sind, und auf andere Hütten, in die bereits das ausländische Kapital — und zwar vor dem heute zu beschließenden Abkommen — eingedrungen ist.

Wir sehen daraus, daß der internationale Charakter des Kapitals sich in vollem Maße auswirkt, und daß darum diejenigen Menschen, die in Oberschlesien am meisten zu verlieren haben, die Arbeiter sind. Sie kommen in einen sozial und industriell unentwickelteren Staat, sie werden von ihren deutschen Organisationen losgerissen, die (B) sie selbst haben mit aufbauen, die sie selbst zu einer Macht haben ausgestalten helfen, und sie müssen nun ihre organisatorische Aufbauarbeit von neuem beginnen.

Aber da wir noch in der kapitalistischen Wirtschaft leben, die niemals von der Vernunft, weder auf dieser noch auf der anderen Seite, die überall von den Interessenkämpfen der Machtgruppen regiert wird, betrachten wir die Entscheidung vom Oktober vergangenen Jahres als etwas Gegebenes. Darum auch haben wir seinerzeit der Aufnahme der Verhandlungen zugestimmt, und das Ergebnis, das uns nunmehr in dem deutsch-polnischen Abkommen vorgelegt wird, können wir im Gesamturteil als durchaus befriedigend bezeichnen. Man hat sich nach Möglichkeit von dem Gedanken leiten lassen, erträgliche Verhältnisse und erträgliche Beziehungen zu schaffen, insbesondere auch den Arbeitern die erworbenen Rechte zu sichern und den deutschen Arbeitern die Möglichkeit zu erhalten, daß sie innerhalb ihrer deutschen Organisationsverbände verbleiben können.

Wenn wir auch diese Anerkennung dem Vertrag zollen, so können wir doch nicht darauf verzichten, darauf hinzuweisen, daß wir nicht mit allen Einzelheiten einverstanden sind, insbesondere nicht mit denjenigen des Kap. 2, das sich mit den **Tarifverträgen** befaßt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten.)

Dort sind Bestimmungen enthalten — insbesondere über die Wahl von drei unparteiischen Vorsitzenden und weiterhin über die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen —, die etwa der uns vorliegenden Schlichtungsordnung entnommen sind, zum Teil aber noch Festlegungen enthalten, die hinter den Entwurf der Schlichtungsordnung zurückgehen. Da wir anerkennen, daß sich die Verhandlungskommission in einer Zwangslage befand, da, wenn diese Bestimmungen nicht zur Annahme gelangt wären, wir möglicherweise durch einen Schiedsspruch noch (C) ungünstigere für die deutsch-polnischen Arbeiter bekommen hätten, erklären wir: wir machen von dieser Beanstandung nicht unsere Zustimmung zu dem Abkommen selbst abhängig. Wir wollen nur hier unterstreichen, daß diese Bestimmungen in keiner Weise präjudizierend sein dürfen für die endgültige Regelung der Schlichtungsordnung im Deutschen Reiche,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß auch unsere Zustimmung zu dem Abkommen in keiner Weise späterhin herangezogen werden kann. Unter diesem Vorbehalt stimmen wir dem Abkommen zu. Wir bedauern die wüsten Kämpfe, durch die auch die Arbeiterschaft im Abstimmungsgebiet durch nationalistische Verhetzung auseinandergerissen worden ist. Wir rufen darum den Arbeitern drüben zu, die Kluft zu überbrücken, die diese nationalistische Verhetzung geschaffen hat, und daran zu denken, daß deutsche wie polnische Arbeiter zusammenwirken müssen gegen den gemeinsamen Feind, das internationale Kapital.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Kommunisten.)

Wir halten auch trotz unserer Zustimmung zu dem deutsch-polnischen Abkommen unsern **Protest gegen die Entscheidung der Botschafterkonferenz** aufrecht. Wir können uns indessen der gemeinsamen Erklärung der Parteien, der auch von dem Herrn Berichterstatter vorgetragenen und der des Herrn Staatskommissars Dr. Schiffer deswegen nicht anschließen, weil wir wissen, daß uns andere Motive leiten, und weil wir fernerhin wissen, daß unser Protest ein ganz anderes moralisches Gewicht besitzt als der Ihre!

(Zuruf des Abgeordneten Korell: Das glauben Sie!)

— Das glaube ich, und das glaubt man auch im Ausland.

(Lachen bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf von den Kommunisten [zum Abgeordneten Korell]: Sie (D) sind ja der größte Nationalist und Chauvinist! — Heiterkeit bei den Deutschen Demokraten.)

Es genügt nicht, gegen das Unrecht nur dann zu protestieren, wenn es sich gegen uns wendet; wir haben gegen dieses Unrecht, gegen jede Vergewaltigung von Volksminderheiten protestiert, gleichviel ob es sich um deutsche oder anderssprachige Volksglieder gehandelt hat.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieser Standpunkt allein gibt das moralische Recht und gibt auch das moralische Gewicht, hier einen Protest zu erheben, der nur allgemeiner internationaler Natur sein kann.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir wollen keine Irredenta schaffen, wir wollen nicht, daß der soziale Kampf verfälscht werden kann durch nationalistische Gedanken, und darum habe ich namens meiner Fraktion die folgende Erklärung abzugeben:

> Wir verurteilen die von der Botschafterkonferenz am 20. Oktober vorigen Jahres gefällte Entscheidung über die Teilung Oberschlesiens, weil sie wirtschaftlich zusammenhängende Gebietsteile willkürlich auseinanderreißt, über Menschen wie über Waren verfügt und die Gefahr in sich birgt, durch Schaffung einer neuen Irredenta den Inhalt des sozialen Kampfes zu verfälschen.
>
> Wir geben dem Genfer Abkommen als einem Versuch zur Schaffung erträglicher Verhältnisse im Abstimmungsgebiet unsere Zustimmung und rufen unseren Arbeitsbrüdern in Oberschlesien zu, den Haß des Abstimmungskampfes zu vergessen und geschlossen zu kämpfen für die Verwirklichung wahrer Rechtsgrundsätze in der sozialistischen Gesellschaft!

(Lebhaftes Bravo bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Kommunisten.)

(A) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hergt.

Hergt, Abgeordneter: Für die Deutschnationale Fraktion erkläre ich folgendes:

Wir erkennen an, daß der **Vertrag über die Regelung in Oberschlesien** eine Gestalt erfahren hat, bei der, soweit sich die Verhältnisse übersehen lassen, das Interesse der oberschlesischen Bevölkerung und des Deutschen Reichs in dem Maße gewahrt worden ist, wie es unter den gegebenen Umständen erreichbar war. Wir billigen, daß bei Abschluß des Vertrags das Bestreben in den Vordergrund gestellt worden ist, den an Polen abgetretenen Teil des oberschlesischen Industriereviers und die deutsche Bevölkerung in ihm lebensfähig zu erhalten, und sprechen die Erwartung aus, daß namentlich die zu diesem Zweck getroffenen Vereinbarungen über den Minderheitsschutz, ebenso wie es selbstverständlich in dem bei Deutschland gebliebenen Teile des Abstimmungsgebiets geschehen wird, so auch von Polen loyal und vollständig durchgeführt werden.

Die durch den Vertrag getroffene Regelung ist gleichwohl wegen grundsätzlicher Bedenken unerträglich.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ihre Grundlage ist die **rechtswidrige Entscheidung des Obersten Rats** vom 20. Oktober 1921, die in gleicher Weise dem durch die Abstimmung bekundeten Willen der Bevölkerung wie den natürlichen Lebensbedingungen des Landes Hohn spricht und niemals von uns anerkannt werden kann.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Unbeschadet der Bewertung des vorliegenden Vertrages im einzelnen muß jene Grundlage in ihrer Gesamtwirkung für Oberschlesien und seine Bevölkerung wie für das Deutsche Reich und Preußen so vernichtende Folgen haben, daß im Zusammenhange damit auch die Vertragsbestimmungen selbst als unannehmbar erscheinen.

(B) (Sehr richtig! rechts.)

In klarer Erkenntnis dessen haben wir bei den Reichstagsverhandlungen vom 26. Oktober vorigen Jahres der **Entsendung der Unterhändler** zu den Verhandlungen über diesen Vertrag widersprochen. In Verfolgung unserer damaligen Haltung werden wir daher auch gegen die Annahme des Vertrages durch den Reichstag stimmen.

Dem gemeinsamen Antrage des Auswärtigen Ausschusses stimmen wir zu. Die **Loslösung oberschlesischen Landes** vom deutschen Volke kann niemals zu einem dauernden Rechtszustande werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Sie ist eine Tat brutaler Gewalt. Mit festem Entschluß und zäher Ausdauer muß das deutsche Volk das Ziel verfolgen, diesen Vorgang rückgängig zu machen,

(sehr richtig! rechts)

und die wider ihren Willen der polnischen Fremdherrschaft unterworfenen deutschen Brüder und Schwestern ihrem deutschen Vaterlande wieder zuführen.

(Bravo! rechts.)

Ihnen, von denen wir heute bewegten Herzens Abschied nehmen müssen, rufen wir zu, daß wir ihnen die Treue halten und nicht ruhen werden, bis der geraubte Teil des auf ewig ungeteilt und deutsch bleibenden oberschlesischen Landes wieder mit der deutschen Heimat vereinigt ist.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich darf zwischendurch bitten, sich für die Abstimmung präsent zu halten. Wir müssen ein vollbesetztes Haus zur Abstimmung haben.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Freiherr v. Rheinbaben.

Freiherr **v. Rheinbaben,** Abgeordneter: Namens der Deutschen Volkspartei habe ich folgende Erklärung abzugeben:

(C) Dem Gesetz über das am 15. Mai 1922 in Genf geschlossene **deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien** liegt das in der Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober 1921 enthaltene Diktat zugrunde. Die Deutsche Volkspartei hat in der Reichstagsverhandlung vom 26. Oktober 1921 ihren einmütig gefaßten Beschluß kundgegeben, daß sie der geforderten **Entsendung eines Bevollmächtigten** nicht zustimme, um die Nichtanerkennung der Teilung Oberschlesiens durch einen deutlich wahrnehmbaren Akt vor dem Richterstuhl der Weltgeschichte zu dokumentieren.

Oberschlesien ist, wie wiederholt auch durch den englischen Ministerpräsidenten Lloyd George anerkannt wurde, seit über 700 Jahren deutsch, also länger als die Normandie französisch.

(Hört! Hört! rechts.)

Die polnische Propaganda zur Abkehr vom Deutschtum ist erst in neuester Zeit in Oberschlesien von außen, von Kongreßpolen her, in die gemischtsprachige und gemischtrassige Bevölkerung hineingetragen worden. In Versailles wurde es der deutschen Delegation verwehrt, die für Deutschlands und Oberschlesiens Schicksal ebenso wie für den Frieden und den Wiederaufbau Europas verhängnisvollen Irrtümer der leitenden Staatsmänner unserer damaligen Gegner aufzuklären. Erst als der englische Ministerpräsident zu der Erkenntnis kam, daß an Oberschlesien im ersten Friedensdiktat von Versailles ein schweres Unrecht begangen war, wurde die **Volksabstimmung** gegen den Widerstand des Präsidenten Wilson und Clemenceaus durchgesetzt. Sie fand erst nach $1^1/_4$jähriger Okkupation statt, die die deutsche Bevölkerung durch französisch-polnischen Terror schwer bedrückte und den Wahlakt erheblich zuungunsten Deutschlands beeinflußte.

(Sehr wahr! rechts.)

Trotzdem war das Ergebnis der Volksabstimmung ein überzeugendes Bekenntnis zum Deutschtum. Dem Völkerbund blieb es vorbehalten, in Mißachtung des klar erkennbaren Willens der oberschlesischen Bevölkerung das deutsche Land in einseitiger Begünstigung der polnischen Ansprüche widerrechtlich zu zerreißen. (D)

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Die Gründe dafür liegen klar zutage. Polen hat den wertvollen Zuwachs an oberschlesischem Gebiet damit erkauft, daß es sich unter die politische und militärische Vormundschaft Frankreichs begeben und dem französischen Kapitalismus weitgehende Vorrechte zur wirtschaftlichen Ausbeutung eingeräumt hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Der wertvollste und lebenswichtigste Teil des deutschen Oberschlesiens ist einfach verschachert worden!

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Eine derartige Beugung des Rechts durch Unterzeichnung zu decken, lehnt die Deutsche Volkspartei ab. Sie erkennt ausdrücklich an, daß der deutsche Bevollmächtigte und seine Mitarbeiter bemüht gewesen sind, nach Möglichkeit in vertraglicher Form die Härten zu mildern, die infolge der aufgezwungenen, das Wirtschaftsleben Oberschlesiens zerschneidenden und auf das schwerste schädigenden Grenzziehung entstehen mußten. Der vom deutschen Bevollmächtigten vor der Zeichnung des Vertrages in Genf eingelegten **Rechtsverwahrung gegen die Entscheidung der Botschafterkonferenz** vom 20. Oktober 1921, der heute von mehreren Parteien dieses hohen Hauses beigetreten wurde, stimmt auch die Deutsche Volkspartei zu. Sie lehnt aber darüber hinaus in folgerichtiger Beibehaltung ihres Standpunktes vom 26. Oktober 1921 es ab, dem aus dem Diktat der Botschafterkonferenz entstandenen Vertrag vom 15. Mai 1922 ihre Zustimmung zu erteilen, um noch einmal vor aller Welt und insbesondere gegenüber den für die Vergewaltigung an

(Freiherr **v. Rheinbaben,** Abgeordneter.)

(A) deutschem Volk und deutschem Land verantwortlichen Mächten eindringlich und feierlich darauf hinzuweisen, daß hier ein Unrecht begangen wurde, dessen Wiedergutmachung mit uns das deutsche Volk fordern muß.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Diese in höchstem vaterländischen Interesse eingenommene grundsätzliche Haltung wird und soll uns nicht daran hindern, mit allen Kräften an dem vor uns liegenden schweren Werk der Sicherung und Stützung des oberschlesischen Deutschtums mitzuarbeiten.

Mit diesem Gelöbnis grüßen wir in schwerer Stunde unsere Brüder in Oberschlesien jenseits der aufgezwungenen Grenze und bitten sie, mit uns fest zu bleiben im unbeirrbaren Glauben an den Tag der Wiedervereinigung mit dem Vaterlande in einer besseren, glücklicheren Zeit!

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Pohlmann.

Pohlmann, Abgeordneter: Für die Deutsch-Demokratische Fraktion habe ich die folgende Erklärung abzugeben:

Wir sind heute berufen, Vereinbarungen zwischen dem Deutschen Reiche und Polen, welche die Ausführungsbestimmungen für eine über uns von der Entente verhängte Entscheidung enthalten, die verfassungsmäßige Zustimmung zu geben. Sie werden niemals im wahren Sinne des Wortes „Recht" werden; justitia est ars boni et aequi! Die Zukunft gehört dem Guten.

Es handelt sich lediglich um die **Regelung eines durch Gewalt herbeigeführten Zustandes.**

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Gegen den von den alliierten Mächten selbst der Welt verkündeten Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

(B) gegen die Bestimmungen sogar des uns aufgezwungenen Versailler Vertrags

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

ist deutsches Land mit deutscher Bevölkerung, welches deutsches Können und deutsche Arbeit zu dem gemacht haben, was es ist, sind rein deutsche Städte vom Deutschen Reiche, vom gemeinsamen heimatlichen Boden losgerissen worden, ist ein engeres Heimatland zerrissen, dessen Farben uns heute hier wehmutsvoll grüßen.

Niemals wird das deutsche Volk, niemals das Deutsche Reich diesen Zustand anerkennen;

(lebhafte Zustimmung)

unsere Verwahrung vom 26. Oktober 1921 gegen die Gewalttat wiederholen wir;

(bravo! bei den Deutschen Demokraten)

die Genehmigung der jetzigen Ausführungsverträge schließt keine Anerkennung ein.

Die deutsche Regierung mußte dem damals ausgesprochenen Mehrheitswillen des deutschen Volkes entsprechen, dabei mitwirken, Leben und Wirken der vom Reiche abgetrennten Deutschen nach Möglichkeit zu schützen, deutsche Wirtschaft nach Möglichkeit zu erhalten.

Das haben diejenigen, welche die Regierung mit dieser schweren Aufgabe betraute, in hingebungsvoller Arbeit getan; ihnen gilt unser besonderer Dank.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir sehen uns, ohne zu den Einzelheiten Stellung zu nehmen, veranlaßt, den dem Reichstage zur Beschlußfassung vorgelegten Verträgen zuzustimmen, nicht rückblickend, sondern vorwärts schauend und dem Stern des Deutschen Reiches vertrauend.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Emminger.

Emminger, Abgeordneter: Für die Bayerische (C) Volkspartei habe ich zu erklären: Um der Rechtsverwahrung gegen den Beschluß der Botschafterkonferenz besonderen Nachdruck zu verleihen, waren wir seinerzeit gegen die Entsendung der deutschen Delegation.

Das Werk einer langen, mühsamen Arbeit dieser trotzdem beschlossenen deutschen Delegation liegt nun vor. Wir erkennen gern den **Fleiß** und die **Geschicklichkeit** an, mit der die **deutsche Delegation** versuchte, die Lage unserer gewaltsam getrennten Brüder und Schwestern zu erleichtern, und wir danken namentlich auch dem hervorragenden neutralen Staatsmann, Herrn Präsidenten **Calonder,** für seine bewiesene Objektivität. Wenn die Frage des Minderheitsschutzes einer beinahe vorbildlichen, allen internationalen Verhältnissen gerecht werdenden Allgemeinlösung näher gebracht wurde, so ist dies sein Verdienst.

Gegenüber den bestehenden Verhältnissen wird die nun getroffene Regelung vielleicht eine gewisse Erleichterung bringen, und um diese unseren schwer geprüften deutschen Landsleuten zuzuwenden, werden wir für **Annahme des Vertrags** stimmen.

Wir wollen aber nicht unterlassen, nachdrücklichst sofort beizufügen, was auch der Führer der deutschen Delegation bei Unterzeichnung des Vertrags betont hat, daß unsere frühere feierliche **Rechtsverwahrung,** wie wir sie in der Reichstagssitzung vom 26. Oktober 1921 abgegeben haben, fortbesteht und durch die verfassungsmäßige Zustimmung zu diesem Vertrage nicht berührt wird.

Wir hoffen, daß der Vertrag von allen Seiten, auch von Polen, loyal eingehalten wird. Wir wünschen dies im Interesse der Versöhnung zwischen benachbarten, aufeinander angewiesenen Völkern. Aus diesem Geiste heraus wollen wir versuchen, die Schreckensbilder, die wir in den letzten $3^1/_2$ Jahren aus Oberschlesien haben zur Kenntnis nehmen müssen, zu vergessen. Die Geschichte (D) wird einst über die verantwortlichen Kreise der interalliierten Kommission, die dies alles geschehen ließ, zu Gericht sitzen.

(Sehr wahr!)

Auch der Tod manches Sohnes unserer bayerischen Berge, der aus Liebe zur großen deutschen Sache sein Leben freiwillig einsetzte, ist in diesem Buche der Schrecknisse aufgezeichnet, ein Beweis, daß stark betontes Stammesgefühl das Bewußtsein für Volksgemeinschaft und Gemeinschaftsart nicht untergräbt, sondern verstärkt.

(Lebhafter Beifall.)

Wir erwarten, daß **Schreckenstaten,** wie wir sie aus Oberschlesien gehört, sich nie mehr wiederholen, daß nie mehr unter Duldung des polnischen Staates Deutsche in Polen ungerecht behandelt werden. Wehe den Staatsmännern und Volksführern, die die Wiederkehr von Unterdrückung und Unrecht an Deutschen dulden oder begünstigen würden! Die Geschichte beweist, daß, je ohnmächtiger, je geknebelter ein Volk ist, um so unauslöschlicher zugefügtes Unrecht sich einprägt. Wir erwarten ferner, daß die deutsche Regierung über die wenigen aus dem Vertrage sich zugunsten Deutschlands ergebenden Rechte im Interesse unserer Landsleute eifersüchtig wacht.

In tiefem Schmerz nehmen wir nun **Abschied von unseren gewaltsam getrennten Landsleuten.** Trotz allen Schmerzes bleibt uns ein Trost. Es gab eine Zeit, wo es dem deutschen Vaterland und seinen im Auslande lebenden Kindern gut ging; nur allzu leicht haben sie sich häufig vergessen. Deutschland ist jetzt im tiefsten Unglück; Millionen seiner Kinder sind durch Gewaltakt entgegen allem Selbstbestimmungsrecht unter fremde Herrschaft gekommen. Aber nie dachte die Heimat so treu an die getrennten Brüder, nie die fernen Kinder so liebevoll an die unglückliche Heimat wie jetzt. In diesem Bande geistiger

(**Emminger**, Abgeordneter.)

(A) und kultureller Gemeinschaft, das sich stärker erweisen wird als alle erzwungenen Grenzen, wird für die Liebe und Sorge Deutschlands der Name des nun polnisch werdenden Teils Oberschlesiens voranstehen, weil kein Volksteil so viel um deutschen Namen und deutsches Schicksal gelitten und geblutet hat, wie Oberschlesien.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Höllein.

Höllein, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir Kommunisten lehnen es ab, uns an dem nationalistischen Rummel zu beteiligen.

(Stürmische Pfuirufe)

Wir lehnen es um so mehr ab,

(andauernde Pfuirufe)

als gerade die Parteien, die die Urheber des Unglücks sind, das sie jetzt beklagen, die Parteien, die jetzt das Selbstbestimmungsrecht und den Rechtsstandpunkt in den Vordergrund rücken, dieselben Parteien sind, die nach innen und außen immer die Vergewaltigung des Rechts zu ihrem obersten Grundsatz erkoren haben.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Es ist nicht meine Absicht, etwa die **Geschichte Oberschlesiens unter deutscher Herrschaft** zu schildern. Man könnte sehr erbauliche Beispiele von der Vergewaltigung deutscher und polnischredender Proletarier anführen.

(Rufe: Pfui!)

Man könnte darauf hinweisen, daß die preußische Regierung durch ihren Hakatistenklub die Voraussetzungen für die Abstimmung und für den Übergang von Teilen von Oberschlesien an Polen selbst erst geschaffen hat.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Eine vernünftige menschliche Politik hätte in Oberschlesien die Voraussetzungen geschaffen für einen starken Zusammengehörigkeitswillen mit dem Deutschen Reich. (B) Aber die **Politik**, die **in Polen** getrieben worden ist, einerseits von einer bornierten Bureaukratie, andererseits von dem in Oberschlesien investierten Kapital, die Politik der Ausbeutung und Völkerunterdrückung, die am oberschlesischen Proletariat stets geübt worden ist, — diese Politik hat die Ergebnisse gezeitigt, die Sie heute beklagen müssen und aus deren Folgen Sie wieder nationalistisches Gift zu ziehen suchen.

Wir Kommunisten wundern uns nicht über die Politik der Entente, die ja Polen zu ihrem Schützling erkoren hat, und die durch diesen ihren Schützling sich die Voraussetzungen für die Fortsetzung ihres Raubimperialismus schaffen will. Wir wissen, daß Kohle und Eisen die Voraussetzung des kapitalistischen Imperialismus überhaupt sind, und daß noch jede herrschende Klasse, um sich in den Besitz dieser Dinge zu setzen, vor keiner Gewalttat, vor keiner Gemeinheit, gleichviel welcher Art, zurückgeschreckt ist.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wir lehnen es deshalb ab, in den allgemeinen Entrüstungsruf einzustimmen, der hier erschallt, weil wir wissen, daß die Dinge ihren ehernen Gang weiter gehen werden, und daß lediglich die Arbeiterklasse aus sich heraus die Voraussetzungen schaffen kann und wird, um derartiges Unrecht, das innerhalb des kapitalistischen Systems sich immer wiederholen, sich immer mehr steigern muß, endgültig aus der Welt zu schaffen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Georgien!)

— Darüber werden wir uns an anderer Stelle unterhalten.

Ich habe deshalb namens der kommunistischen Fraktion die Erklärung abzugeben:

Wir Kommunisten lehnen den **deutsch-polnischen Vertrag über Oberschlesien** ab, genau so wie wir seinerzeit die willkürliche Entscheidung des Völkerbundsrats über (C) die Teilung Oberschlesiens und dem Versailler Raubvertrag, der dieser Entscheidung zugrunde lag, abgelehnt haben. Der Vertrag ist außerdem eine ganz einseitige Sicherung der kapitalistischen Besitz- und Ausbeutungsinteressen der herrschenden Klassen in den beiden Teilen Oberschlesiens, während von den Lebensrechten der oberschlesischen Arbeiter darin so gut wie gar keine Rede ist. Nicht einmal die wenigen Rechte der gewerkschaftlichen Bewegung sind darin in irgendwie ausreichendem Maße gesichert. Der Art. 66 des Teils III über den Schutz der Minderheiten ist der reinste Hohn auf die tatsächlich herrschenden Zustände und Verhältnisse. Weder in der deutschen noch in der polnischen Republik kann von einer wirklich „freien Ausübung jeder Weltanschauung" die Rede sein.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Rußland!)

Wir erheben bei dieser Gelegenheit den schärfsten und nachdrücklichsten **Protest** gegen die brutale und mörderische **Unterdrückungspolitik der polnischen Regierung gegenüber der kommunistischen Bewegung**, die diese Regierung ausübt mit offener Unterstützung der nationalistischen polnischen sozialistischen Partei. Tausende unserer polnischen Genossen schmachten in Zuchthäusern und Gefängnissen. Die kommunistische Presse, die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit für die Kommunisten ist in Polen völlig unterdrückt. Die polnische Regierung wütet gegen das revolutionäre Proletariat Polens genau so brutal, rücksichtslos und willkürlich wie die konterrevolutionäre deutsche Regierung zu Zeiten Noskes. Dennoch lebt trotz aller Drangsal und Verfolgung der Kommunismus in Polen und wird von Tag zu Tag stärker. Wir rufen unseren polnischen Brüdern bei dieser Gelegenheit zu, auszuharren, in diesem Kampf. Denn es kommt die Stunde auch ihres Sieges.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

(D) Die oberschlesischen Arbeiter, Angestellten und Beamten aber fordern wir auf, sich nicht durch nationalistische Hetzereien verwirren zu lassen. Eine wirkliche Lösung der oberschlesischen Frage wird nur das internationale Proletariat finden, nachdem es seine Feinde, die Kapitalisten aller Länder, niedergerungen haben wird.

(Beifall bei den Kommunisten.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Damit ist die Debatte über Art. 1 des Gesetzentwurfs geschlossen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Artikel 1 zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Artikel ist angenommen.

Ich rufe auf Art. 2, — Art. 3, — Einleitung und Überschrift — und erkläre sie für angenommen.

Wenn kein Einwand erhoben wird, können wir auch sofort in die

dritte Beratung

eintreten. — Ein solcher wird nicht erhoben.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache in der dritten Beratung — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe auf in der besonderen Beratung Art. 1, — 2, — 3, — Einleitung und Überschrift — und erkläre sie für angenommen.

Nunmehr bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche dem Gesetzentwurf in der Gesamtabstimmung ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit, und zwar, wie ich feststellen darf, bei der Anwesenheit von zwei Dritteln der Reichstagsmitglieder und, da nur zwei Blocks sitzen geblieben sind, mit einer Zweidrittelmehrheit der Anwesenden.

(Präsident.)

(A) Meine Damen und Herren! Nur unter dem Druck der Verhältnisse, als unabwendbare Folge des Vorhergegangenen hat eine Mehrheit des Reichstages die Zustimmung zu diesem Gesetze gegeben. Die Abstimmung der Mitglieder des Reichstages war verschieden; aber es ist wohl keiner unter uns, den die **Trennung des oberschlesischen Volksteiles von uns** nicht tief schmerzlich berührt hätte. Mit dem Abgeordneten Szczeponik, der eben ergreifende Abschiedsworte an uns gerichtet hat, und unserem Kollegen Dr. Hartmann, der in der Zeit der Besetzung Verfolgungen erlitt, die nunmehr beide den Deutschen Reichstag verlassen, obgleich sie 60 und 66 Jahre als Bürger in unserem Lande gelebt haben, mit ihnen werden wir zurücklassen hinter der neuen Grenzmauer Tausende und aber Tausende, die uns mit erhobenen Händen baten: wir wollen bei euch, wir wollen bei der deutschen Heimat bleiben! Wir werden zurücklassen einen Landstrich, der durch die Mühe unserer Landsleute mit gewerbefleißigen Siedlungen bedeckt und in ein fruchtbares Land umgewandelt worden ist. Aber auch in Schmerz und Bitterkeit raffen wir uns empor und rufen ihnen in der Abschiedsstunde zu: In Not getrennt — in Treue vereint!

(Lebhafter Beifall.)

Unvergänglich möge diese Treue hüben und drüben sein, unvergänglich bleibt die Rechtsverwahrung, die die deutsche Regierung gegen die Teilung Oberschlesiens eingelegt hat.

(Andauernder lebhafter Beifall.)

Wir kommen zur Beratung der mit dem oberschlesischen Abkommen verbundenen weiteren Gesetze, und zwar zunächst zur

ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über das Abkommen zwischen Deutschland und Polen über den Postscheckverkehr (Nr. 4348 der Drucksachen).

(B) Ich eröffne die erste Beratung, schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der

zweiten Beratung

auf Art. 1 — und erkläre ihn für angenommen.

Art. 2, — Einleitung und Überschrift. — Desgleichen.

Ich darf, wenn kein Widerspruch erhoben wird, auch hier die

dritte Beratung

eröffnen, und zwar zunächst die allgemeine Aussprache. — Ich schließe sie mangels Wortmeldungen und rufe in der besonderen Beratung auf Art. 1. — Ich erkläre ihn für angenommen.

Art. 2, — Einleitung und Überschrift. — Ebenso.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die in der Gesamtabstimmung diesem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zur

ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über das am 12. April in Kattowitz geschlossene deutsch-polnische Abkommen, betreffend die Überleitung der Rechtspflege im oberschlesischen Abstimmungsgebiet (Nr. 4354 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der

zweiten Beratung

auf §§ 1, — 2, — 3, — Einleitung und Überschrift. — (C) Angenommen. Alle diese Paragraphen nebst Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich darf annehmen, daß das Haus auch hier mit der sofortigen Vornahme der

dritten Beratung

einverstanden ist.

Ich eröffne die allgemeine Beratung in derselben — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf § 1, — 2, — 3, — Einleitung und Überschrift — und erkläre sie für angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch diesem Gesetzentwurf in der Gesamtabstimmung seine Zustimmung gibt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen endlich zur

ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über das Abkommen zwischen Deutschland und Polen über die Grenzübergangsbahnhöfe mit beiderseitiger Zoll- oder Paßabfertigung und über die Rechte und Pflichten der Beamten im privilegierten Durchgangs- und Eisenbahnübergangsverkehr (Nr. 4358 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung, — schließe sie mangels Wortmeldungen.

Ich rufe in der

zweiten Beratung

auf Art. 1, — 2, — Einleitung und Überschrift. — Sie sind angenommen.

Ich nehme auch hier an, daß das Haus mit der Beratung in dritter Lesung einverstanden ist.

Ich eröffne in der

dritten Beratung

die allgemeine Aussprache, — schließe sie.

(D) Ich rufe in der besonderen Beratung auf Art. 1, — 2, — Einleitung und Überschrift — und erkläre sie für angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch hier in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung gibt, wenn ich Widerspruch nicht höre. —

Es ist so beschlossen.

Damit ist die Tagesordnung dieser Sitzung erledigt.

Ich setze die nächste Sitzung an für heute, den 30. Mai, nachmittags 2 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Anfragen;
2. Fortsetzung der Besprechung über die Erklärung der Reichsregierung;
3. das deutsch-dänische Abkommen;
4. Entwurf eines Gesetzes über die Zulagen in der Unfallversicherung;
5. Entwurf eines Gesetzes über die Versicherungspflicht der Krankenversicherung;
6. Entwurf eines Gesetzes über Grundlöhne und Vorstandswahlen bei den Krankenkassen;
7. Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Wochenhilfe;
8. Entwurf eines Gesetzes über die Wochenfürsorge.

Meine Damen und Herren! Dabei ist gedacht, daß die zuletzt aufgerufenen Gegenstände an die zuständigen Ausschüsse verwiesen werden können, die sie zum Teil schon in Angriff genommen haben, so daß wir sie morgen noch im Plenum erledigen können.

Gegen die Tagesordnung wird kein Einwand erhoben; sie steht fest.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 59 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

223. Sitzung.

Dienstag den 30. Mai 1922.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 17 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bilden

Anfragen.

Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 1624, v. Schoch und Genossen (Nr. 4303 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Schoch.

v. Schoch, Abgeordneter:

Der „Vorwärts" meldet aus Frankfurt a. M. unter der Überschrift „Unerhört": „Am 20. Januar 1919 wurde der Arbeiter **Wagner in Bobenheim a. Rh.** durch einen **französischen Besatzungssoldaten,** den Kanonier Auclair vom Artillerie-Regiment Nr. 86, **getötet.**

Die Witwe stellte an die französische Besatzungsbehörde einen Antrag auf Entschädigung. Drei Jahre lang erhielt die Frau keinen Bescheid.

Jetzt endlich wird ihr aus dem französischen Kriegsministerium mitgeteilt, daß ihr Antrag als unbegründet abgelehnt worden sei, da eine Verantwortung des französischen Staats nicht in Frage kommt."

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir fragen an:

1. Ist der Bericht des „Vorwärts" richtig?
2. Wenn ja, was hat die Reichsregierung getan oder was gedenkt sie zu tun, um angesichts dieses neuen ungeheuerlichen Rechtsbruchs der Witwe zu ihrem Recht zu verhelfen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Legationsrat v. Friedberg.

v. Friedberg, Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt, Kommissar der Reichsregierung: Der Bericht des „Vorwärts" ist richtig.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Der **Gastwirt Georg Wagner** in **Bobenheim** (Rheinpfalz) ist am 20. Januar 1919, abends gegen 9 Uhr, von dem französischen Kanonier Auclair **erschossen** worden, nachdem er ihm den Zutritt zu seiner Wirtschaft pflichtgemäß verweigert hatte.

(Zuruf rechts: Immer dasselbe!)

Für die Soldaten war nämlich allgemein nach damaliger Anordnung der Besatzungsbehörde der Aufent-

(v. Friedberg, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) halt in Wirtschaften nach 8 Uhr abends verboten. Er hat eine unbemittelte Witwe und fünf Kinder, von denen vier unmündig sind, hinterlassen.

(Hört! Hört! rechts.)

Die Untat wurde unverzüglich zur Kenntnis der Besatzungsbehörde gebracht und Bestrafung des Täters sowie Gewährung einer Entschädigung gefordert. Der Täter wurde von dem französischen Kriegsgericht in Landau zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

(Zuruf rechts.)

Die Entschädigungsforderung wurde zuerst von den deutschen Verwaltungsbehörden bei dem französischen Provinzialdelegierten in Speyer und sodann auf diplomatischem Wege bei der französischen Regierung betrieben. Die in dem Berichte des „Vorwärts" wiedergegebene Mitteilung ist der Witwe Wagner durch den französischen Delegierten beim Bezirksamt Frankenthal als Antwort auf den von ihr selbst gestellten Entschädigungsantrag eröffnet worden. Die Antwort der französischen Regierung auf die zuerst von der Deutschen Friedensdelegation, später von der Deutschen Botschaft in Paris im Namen der deutschen Regierung erhobenen Entschädigungsforderungen steht noch aus.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Wie immer!)

Die Botschaft hat wiederholt an die Erledigung erinnert und ist noch letzthin angewiesen worden, in dringender Form um baldige Regelung dieser Angelegenheit zu ersuchen.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Nach 2½ Jahren!)

Für die Hinterbliebenen wird bis zur Gewährung einer Entschädigung seitens der französischen Regierung aus deutschen Mitteln gesorgt.

(B)

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 1628, Dr. Most und Genossen (Nr. 4325 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Most.

Dr. **Most**, Abgeordneter:

In der Reichstagssitzung vom 12. dieses Monats hat unsere Anfrage Nr. 1590 — Nr. 4160 der Reichstagsdrucksachen — Beantwortung gefunden. Es handelt sich dabei um einen **belgischen Gendarm**, der ein **13 jähriges Mädchen in Duisburg erschossen** hat, nachdem ihm im Wirtslokal der Eltern, entsprechend dem Verbot der Besatzungsbehörde, die Verabreichung von Kognak versagt worden war.

In der Antwort heißt es nach eingehender Schilderung dieses geradezu ungeheuerlichen Vorfalls:

Die Untat wurde sofort zur Kenntnis der Besatzungsbehörde gebracht, die eine kriegsgerichtliche Untersuchung veranlaßte. Zuverlässigen Nachrichten zufolge ist der Täter zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Die Entschädigungsforderung der Eltern wird weiter verfolgt.

Wir fragen:

1. Hat es die Besatzungsbehörde nicht für nötig befunden, der deutschen Behörde eine amtliche Auskunft über das ergangene Urteil zugehen zu lassen, aus der wirklich einwandfrei Tatsache und Maß der verhängten Strafe ersehen werden kann?
2. Verneinendenfalls: ist die Reichsregierung in der Lage und bereit, eine solche amtliche Auskunft zu verlangen?

(C) **Präsident:** Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Oberregierungsrat Dr. Mayer.

Dr. **Mayer**, Oberregierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Nach den inzwischen der Reichsregierung zugegangenen Berichten wurde der **belgische Gendarm Huens** am 20. April dieses Jahres von dem belgischen Kriegsgericht zu Aachen wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu sieben Jahren Zuchthaus, Degradation und Ausstoßung aus dem Heere sowie zu 5000 belgischen Franken Geldbuße an den Vater des getöteten Mädchens verurteilt. Die deutschen Behörden haben über die Tatsache und das Maß der Strafe durch den Vater der Getöteten und dessen Rechtsanwalt Mitteilung erhalten. Der Vater war zur Geltendmachung seiner Schadenersatzansprüche dem Verfahren beigetreten und hat mit seinem Rechtsanwalt der kriegsgerichtlichen Sitzung beigewohnt. Ob die Besatzungsbehörden auch eine amtliche Nachricht über das Urteil den deutschen Behörden haben zugehen lassen, ist nicht bekannt. Der Verurteilte hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Most.

Dr. **Most**, Abgeordneter: Ist die Reichsregierung bereit, das weitere Verfahren zu verfolgen und seinerzeit Mitteilung zu machen, ob die Berufung des Verurteilten Erfolg hatte und welchen?

Präsident: Zur Beantwortung der Ergänzung hat das Wort der Herr Ministerialrat Dr. Graf Adelmann.

Dr. Graf **Adelmann v. Adelmannsfelden**, Geheimer Regierungsrat, Ministerialrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Die (D) Reichsregierung ist dazu bereit!

(Abgeordneter Dr. Most: Danke sehr!)

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 1629, Schöpflin (Nr. 4330 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Schöpflin.

Schöpflin, Abgeordneter:

Ministerialdirektor Dammann und Assessor Krause sowie zwei Ministerialräte vom Auswärtigen Amt, ferner zwei Ministerialräte vom Reichsfinanzministerium hatten auf den 24. April dieses Jahres mit Vertretern der süddeutschen Länderregierungen über die Frage der **Regelung des Grenzverkehrs in Konstanz** eine **Referentenbesprechung** anberaumt. Hierzu erschienen die Herren in einem **Salonwagen**, in welchem sie auch wohnten.

Ich frage die Reichsregierung, wieso es möglich ist, daß Beamte des Reichs in der Osterwoche in solcher Aufmachung eine Reise nach dem äußersten Ende des Reichs antreten; da die Fahrt durch das bayerische Hochgebirge ging, bitte ich auch um Mitteilung, wie lange die Herren mit diesem Wagen unterwegs gewesen sind.

Präsident: Zur Beantwortung hat das Wort Herr Staatssekretär Freiherr v. Welser.

Freiherr **v. Welser**, Staatssekretär im Reichsministerium des Innern: Um den in der Reichstagssitzung am 18. Februar 1922 von allen Parteien geäußerten Wünschen auf Beseitigung der Schwierigkeiten im Verkehr mit Deutsch-Österreich nach Möglich-

(Freiherr **v. Welser**, Staatssekretär.)

keit Rechnung zu tragen, hat die Reichsregierung u. a. während der parlamentarischen Osterpause im Reich und in Bayern — in der vorletzten Aprilwoche — durch eine **Kommission** aus Vertretern der beteiligten Reichsressorts unter Zuziehung von Vertretern der Bayerischen Regierung und der bayerischen Lokalbehörden die **Grenzabfertigungsverhältnisse**, vornehmlich in Passau, Salzburg, Kufstein und Lindau, prüfen und Maßnahmen zur Abhilfe von festgestellten Mißständen vorbereiten lassen.

Gleichzeitig ist die Kommission beauftragt worden, zur Abstellung von Schwierigkeiten im deutsch-schweizerischen Verkehr und zur Vorbereitung eines etwaigen deutsch-schweizerischen Abkommens über Paßfragen die Verhältnisse an der deutsch-schweizerischen Grenze, insbesondere in Lindau und Konstanz, zu untersuchen und die Ergebnisse dieser Untersuchung am 24. April 1922 in Konstanz mit Vertretern der süddeutschen Landesregierungen und der deutschen Vertretungen in der Schweiz zu besprechen.

(Heiterkeit.)

Bei den Grenzübergangsstellen haben die Verhandlungen fast ausschließlich auf den Bahnhöfen selbst und zum Teil, da die Abfertigung von internationalen Nachtzügen in Betracht kam, in der Zeit von Mitternacht bis 6 Uhr morgens geführt werden müssen.

(Heiterkeit.)

Die Kommission war ferner gezwungen, im Interesse der Zeitersparnis Vorbesprechungen zu den Verhandlungen und die erforderlichen Besprechungen mit den Vertretern der Lokalbehörden überwiegend während der Fahrt abzuhalten.

(Fortgesetzte Heiterkeit.)

Da nicht überall, besonders nicht in Wagen des allgemeinen Verkehrs, geeignete Räumlichkeiten zu derartigen Verhandlungen und Besprechungen zur Verfügung gestanden hätten, hat die Reichsverkehrsverwaltung einen **Eisenbahnwagen mit Beratungsraum** für die Reise bereit gestellt.

(Anhaltende Heiterkeit.)

Hierzu sah sie sich um so mehr veranlaßt, als die Arbeiten der Kommission, die Erleichterungen in der Grenzabfertigung anstrebten, hauptsächlich der Verkehrsförderung dienten und daher für die Reichsverkehrsverwaltung von besonderem Wert waren. Ohne den Wagen wäre auch die Erledigung der umfangreichen Aufgaben, welche der Kommission übertragen waren, in der kurzen Zeit von acht Tagen nicht möglich gewesen,

(Heiterkeit)

zumal die Kommissionsarbeiten durch die damals sehr ungünstige Wetterlage

(große Heiterkeit)

vielfach nicht unwesentlich erschwert wurden. Eine Fahrt durch das bayerische Hochgebirge hat nicht stattgefunden.

Durch die Benutzung des Wagens sind besondere Kosten weder für die Reichskasse allgemein, noch für die Reichsverkehrsverwaltung entstanden. Der Wagen ist durchweg den fahrplanmäßigen Zügen angehängt und während seiner Verwendung für die Besichtigungsreise anderen Zwecken nicht entzogen worden. Die Reiseteilnehmer haben lediglich Fahrkarten benutzt, die ihnen nach den allgemeinen Kostenbestimmungen zustanden. Im übrigen sind durch die Unterbringung der Kommissionsmitglieder in dem Wagen Aufwendungen erspart geblieben, die andernfalls bestimmungsgemäß die Reichskasse zu tragen gehabt hätte.

(Große Heiterkeit. — Abgeordneter Schöpflin: Dann will ich die Anfrage nicht mehr ergänzen; das ist zu toll! — Anhaltende Heiterkeit.)

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 1631, v. Guérard und Genossen (Nr. 4342 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Guérard.

v. Guérard, Abgeordneter:

Der Herr Reichsschatzminister hat durch zwei Schreiben vom 3. Januar 1922 und vom 24. Januar 1922 unter Zustimmung des Herrn Reichsfinanzministers Richtlinien für den Ersatz **der den Ländern und Gemeinden durch die Bearbeitung der Besatzungsangelegenheiten entstehenden Personal- und Sachkosten** aufgestellt.

In diesen Richtlinien ist bestimmt, daß das Reich die durch Bearbeitung der Besatzungsangelegenheiten entstehenden Personal- und Sachkosten nur zu 80 Prozent übernimmt, während der Rest von 20 Prozent von den Ländern und Gemeinden getragen werden soll.

Des weiteren werden als erstattungsfähig lediglich Gehälter und Teuerungszulagen an Angestellte erklärt. Die Bezüge etatsmäßiger Beamter sollen also nicht erstattungsfähig sein. Es müßten aber überall besonders erfahrene und zuverlässige Beamte mit der Bearbeitung der schwierigen Besatzungsangelegenheiten betraut werden.

Die genannten Anordnungen haben im ganzen besetzten Gebiet Erregung hervorgerufen. Man versteht es nicht, daß das Reich den Gemeinden die Ausgaben für Besatzungszwecke nur teilweise ersetzen will.

In den Richtlinien wird ferner die Aufstellung von Personaletats für die Besatzungsämter verlangt und ein Satz von zwei Hilfskräften für 1000 Mannschaften und 100 beschlagnahmte Wohnungen als ausreichend erklärt. Dieser Satz ist nach den gemachten Erfahrungen nicht ausreichend. Vor allem aber müssen die besonderen örtlichen Verhältnisse und Schwierigkeiten bei Aufstellung der Personaletats der Besatzungsämter berücksichtigt werden.

Wir fragen an: Ist die Reichsregierung bereit,

1. die Personal- und Sachkosten, die durch Bearbeitung der Besatzungsangelegenheiten entstehen, nicht nur zu 80 Prozent, sondern voll zu übernehmen?
2. Ersatz für Personalkosten nicht nur für Hilfskräfte, sondern auch für die notwendigen etatsmäßigen Beamten zu übernehmen?
3. bei Prüfung der Personaletats der Besatzungsämter die örtlichen Verhältnisse und Schwierigkeiten zu berücksichtigen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ministerialrat Weinholtz.

Weinholtz, Ministerialrat im Reichsschatzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die Anfrage Nr. 1631 wird beantwortet, wie folgt:

Auf Grund der Verhandlungen mit den Länderregierungen über die Beteiligung der Länder an den Lasten des Friedensvertrags bestanden innerhalb der Reichsregierung Bedenken, die Personal- und Sachkosten, die durch Bearbeitung der Besatzungsangelegenheiten entstehen, in voller Höhe zu übernehmen. Die Reichsregierung hatte sich deshalb dahin entschieden, zunächst nur 80 Prozent dieser Kosten zu erstatten.

Neuere Erwägungen haben dahin geführt, die bestehenden gewichtigen Bedenken im Hinblick auf die not-

(**Weinholtz**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) leidende Bevölkerung der besetzten rheinischen Gebiete zurückzustellen und die entstehenden Kosten in voller Höhe zu übernehmen.

Ebenso sollen auch unter gewissen Voraussetzungen die Kosten nicht nur für Hilfskräfte, sondern auch für das notwendige etatmäßige Personal übernommen werden.

Es war stets die Absicht auch der Reichsregierung, bei Prüfung der Personaletats der Besatzungsämter die örtlichen Verhältnisse und Schwierigkeiten zu berücksichtigen. Es ist nicht richtig, daß in den Richtlinien für die Aufstellung von Personaletats für die Besatzungsämter ein Satz von zwei Hilfskräften für 1000 Mannschaften und 100 beschlagnahmte Wohnungen als ausreichend erklärt ist. Es war vielmehr in den Richtlinien gesagt worden, daß nach den bei einer größeren Anzahl von Städten gemachten Erfahrungen für 1000 Mannschaften der Besatzung und für 100 beschlagnahmte Privatwohnungen je zwei Hilfskräfte ausreichend erschienen, daß diese Zahl nicht bindend sein solle, daß sie aber als Anhalt dienen könne, und daß örtlichen Verschiedenheiten Rechnung getragen werden solle.

Präsident: Weitere Anfragen liegen nicht vor.

Wir kommen zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung:

Fortsetzung der Besprechung über die Erklärung der Reichsregierung.

In der fortgesetzten Besprechung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Hoetzsch.

Dr. **Hoetzsch**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Über den Verhandlungen in Genua — das hat die Rede des Herrn Reichskanzlers gestern gezeigt — und auch über den Reden der beiden Herren Parteiredner (B) von gestern stand jene Anordnung des überwachenden Beamten: „Über Thema darf nicht gesprochen werden!“ Über das Thema der **Reparation**, von dem der Herr Reichskanzler mit Recht sagte, daß es mit erdrückender Wucht auf unserem Wirtschaftsleben laste. Er beklagte mit Recht, daß wir in diesem Hangen und Bangen von einem Termin zum andern schlechterdings nicht leben können.

Wie, meine Damen und Herren, steht es damit heute, einen Tag vor dem Verfalltage, den Poincaré so häufig angekündigt hat? Wir haben gestern die amtliche Mitteilung gelesen, daß die **neue Note der deutschen Reichsregierung** in dieser wahrhaftig drängenden Angelegenheit in Paris übergeben sei und heute morgen veröffentlicht werden würde. Wir haben heute morgen die ebenso amtliche Mitteilung erhalten, daß diese Note nicht veröffentlicht werden wird.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Ich lasse dahingestellt, aus welchen Gründen, vertiefe mich auch nicht in die Meldung, die die Herren und Damen eben in einer Mittagszeitung gelesen haben, die ja die ganze Angelegenheit sehr wenig erfolgreich erscheinen lassen würde. Jedenfalls: einen Tag vor dem Verfallstage weiß das deutsche Volk, weiß seine geordnete Vertretung nicht, was die deutsche Reichsregierung in dieser hochkritischen Situation der französischen Politik für Vorschläge zu unterbreiten hat.

(Sehr richtig! und Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Jeder, der es ernst mit der Sache seines Volkes und mit seiner Verantwortlichkeit als Mitglied dieses hohen Hauses nimmt, befindet sich da in einer außerordentlich schwierigen Lage. Nach dem, was über den voraussichtlichen Inhalt dieser Note bekannt geworden ist, wäre nach Ansicht meiner (C) politischen Freunde vollbegründeter Anlaß zu einem sachlichen Mißtrauensvotum gegeben, und meine Fraktion hatte den Beschluß gefaßt, ein solches Mißtrauensvotum auch einzubringen.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Bitte!)

Aber da die Note nicht vorliegt, wir also über die Absichten der Reichsregierung im Dunkeln gelassen sind, ist es natürlich nicht möglich, ein solches sachliches Mißtrauensvotum einzubringen.

Aber, meine Damen und Herren, dieses Spiel, das da gespielt wird, machen wir nicht mit. Das ist ein schönes parlamentarisches Regime,

(sehr wahr! bei den Deutschnationalen)

in dem die Regierung in einer kritischen Situation ersten Ranges — und so faßt sie selbst diese Situation ja auch auf — sich zwar formell salviert, tatsächlich aber bindet, mit großen und schweren Bindungen in schier unabsehbare Verhandlungen mit dem Ausland hineingeht, und das deutsche Volk, der deutsche Reichstag weiß von dieser ganzen Sache überhaupt nichts.

(Sehr wahr! und Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Das sieht ja beinahe so aus, als wenn die Reichsregierung nicht den Mut hätte, das, worüber sie mit den Franzosen verhandelt und was sie der französischen Reparationskommission proponiert, hier vorher mitzuteilen.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Nein, ich wiederhole: dieses Spiel, diese Verhöhnung des parlamentarischen Regimes machen wir nicht mit.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen. — Lachen und Zurufe links und in der Mitte.)

— Ja, diese Verhöhnung des parlamentarischen Regimes machen wir nicht mit!

(Erneutes Lachen links.)

(D) Es ist Ihnen unbenommen, dagegen zu stimmen, wir jedenfalls wahren die **Rechte der Volksvertretung**, indem wir, wie ich an der Spitze meiner Ausführungen gleich ankündige, einen **Antrag** des Inhalts einbringen werden:

> Der Reichstag mißbilligt, daß die Reichsregierung bei den Verhandlungen über die Reparationsfrage in einer Weise verfährt, die mit den Rechten und der Verantwortlichkeit des Reichstages nicht vereinbar ist. Unter diesen Umständen versagt der Reichstag der Regierung das nach der Verfassung erforderliche Vertrauen.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Das ist alles, was wir zu unserem eigenen größten Bedauern jetzt tun können; das aber tun wir, indem wir diesen Antrag jetzt einbringen.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Ich habe bereits das Wort „**Verfallstag**“ gebraucht. Immer wieder hat sich der französische Ministerpräsident auf diesen ganz eindeutigen Begriff festgelegt, auch außerhalb der Kammer in seinen bekannten Reden in Bar le duc und in Straßburg. Auch der französische Budgetentwurf für 1923 steht genau auf dem gleichen Standpunkt, daß die Deckung des Defizits von fast vier Milliarden Franken nicht möglich sei, solange nicht das Budget des Kontributionsetats von den Deutschen in der entsprechenden Weise gedeckt sei. Über die Stimmung der französischen Kammer haben uns die Verhandlungen belehrt. Soviel Hoffnungen auch in manchen Teilen des Hauses auf einen Wandel in der Stimmung Frankreichs gesetzt werden — jede Verhandlung dieser Kammer zeigt, daß eine erdrückende Mehrheit dieses Parlaments die Politik des Präsidenten Poincaré billigt, die darauf ausgeht, unser Vaterland völlig zu vernichten und zu zertrümmern.

(Dr. Hoetzsch, Abgeordneter.)

(A) Das die Situation! Nun ist ja gar kein Zweifel, meine Damen und Herren, daß eine gewisse Wendung eingetreten ist. Ich gebrauche das Wort „Atmosphäre" nicht. Wir sollten das Wort „Atmosphäre" lieber hier im wirklichen Sinne gebrauchen, indem wir in diesem der Ventilation beraubten Reichstag in diesen heißen Sommermonaten dafür sorgen, in einer Atmosphäre leben zu können, in der wir nicht ersticken. Ich gebrauche das Wort Atmosphäre nicht, aber es ist kein Zweifel, eine Wendung ist eingetreten, eine Wendung ganz großen Umfangs und Zusammenhanges, die ich mit drei, vier scharfen Gesichtspunkten charakterisieren darf.

Ich sehe die einzelnen Punkte dieser großen **weltpolitischen Wendung** seit Frühjahr des vorigen Jahres erstens in dem **Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten Harding**, mit dem zugleich mit dem Siege der republikanischen Partei die politische Unklarheit, die bis dahin in der amerikanischen Republik herrschte, ganz zweifellos zu weichen beginnt. Ich habe die Ansicht, daß die Staatsmänner, die heute die Union regieren, bei aller Vorsicht und bei aller Abhängigkeit von den inneren Strömungen und Stimmungen sehr vorausschauende und kluge Staatsmänner sind und im Innern entschlossen sind zu einer stärkeren Beteiligung an europäischen Dingen.

Den zweiten Punkt dieser großen weltpolitischen Wendung sehe ich in dem großen Zusammenhang: **Reichskonferenz in London und Konferenz in Washington** in den letzten Monaten des vorigen Jahres, als Lloyd George die großen Fragen des Empire in die Hand nahm und nun zum ersten Male den Ball über den Ozean warf, der von der anderen Seite zurückgeworfen wurde, so daß zum ersten Male jenes ungeschriebene Abkommen, jenes gentleman agreament zwischen den Engländern und den Amerikanern in (B) Wirksamkeit trat, das nach meiner Ansicht von Monat zu Monat gewichtiger für die Weltpolitik werden wird.

Ich sehe zum dritten einen Gesichtspunkt für diese große Wendung in jener **Abkehr Rußlands** von den Grundsätzen eines unbedingten **wirtschaftlichen Bolschewismus**, während der politische noch aufrechterhalten wird, und ich sehe viertens und letztlich einen Gesichtspunkt solcher Wendung in der **Politik**, die **Lloyd George** nach Beendigung der Reichskonferenz und der Konferenz von Washington eingeschlagen hat, indem er nun sein Programm der europäischen Solidarität, das Programm des Friedens und des wirtschaftlichen Aufbaus in Europa in Angriff nahm, jenes Programm, das über Cannes nach Genua geführt hat.

Langsam wie die großen Wellen des Ozeans fluten diese weltpolitischen Verschiebungen vor uns vorüber, und wir haben alle den Eindruck, als wenn die Geschichte gewissermassen mit bleiernen Füßen durch unsere Zeit ginge. Langsam vollziehen sich diese Wendungen, die aber, indem sie erstlich das russische Problem erreichten, indem sie die Reparationsfrage zwar noch nicht erreicht haben, aber mit der vorläufig theoretischen Beteiligung Nordamerikas an den Anleiheverhandlungen in Paris auch schon eine Bedeutung gewinnen, als große weltpolitische Verschiebungen in der Mächtegruppierung zu unseren Gunsten laufen und zu unseren Gunsten laufen müssen.

Nun ist der Verfalltag nicht eingetreten. Wir sind überzeugt, daß morgen mit Gewalt nicht vorgegangen wird, und mit einem Male hören wir aus Paris, daß die Dinge gar nicht so ernst gemeint seien, erst müsse ja das manquement volontaire, die vorsätzliche Nichterfüllung durch Deutschland erwiesen werden, dann erst könne die Reparationskommission einen Bericht an den conseil suprême machen usw. Diese zweifellos vor sich gehende **Schwenkung Poincarés** steht nur in höchst mittel- (C) barem Zusammenhang mit der Konferenz von Genua und ist gewiß nicht eine Folge der deutschen Erfüllungspolitik. Sie ist die Folge der sich vollziehenden großen Verschiebung, die Frankreich allmählich mit der politischen Isolierung bedroht, mit der allgemeinen Überzeugung der Welt, daß Frankreich der Störenfried sei, dieses Frankreich, das aus den Goldvorräten Amerikas doch eben für sich eine Anleihe haben will. Das ist einleitungsweise und im großen Zusammenhang, wie ich es aufzufassen mich bemühe, die Anschauung, von der ich ausgehe.

Nun der Fortgang der Reparationsfrage nur mit ganz wenigen Stichworten. Ich brauche nicht zu erinnern an das Programm von Cannes. Ich brauche nicht zu erinnern an die **Sanktionspolitik** und den Standpunkt Poincarés dazu; aber es muß jede Gelegenheit benutzt werden, um diesen Standpunkt Poincarés zur Sanktionspolitik als das zu bezeichnen, was er ist, als einen glatten Bruch des Versailler Vertrags.

(Sehr richtig! rechts.)

Die bekannte Note der Reparationskommission vom 21. März beantwortete unsere Regierung mit der Note vom 7. April, die im großen und ganzen auch in unserem Sinne die Unmöglichkeit betonte, auf diese Forderungen einzugehen. Auf die Replik der Reparationskommission vom 13. April antwortete dann unsere Regierung zunächst nicht, sondern sie ging wohl von der Anschauung aus, es werde, obwohl die Abmachung zwischen Lloyd George und Poincaré in Boulogne bekannt war, doch in irgendeiner Weise die Reparationsfrage in Genua zur Sprache kommen. Sie hat sich darin getäuscht und mußte sich entschließen, in einer Note vom 9. Mai auf die zweite Äußerung der Reparationskommission zu antworten. In dieser Note vom (D) 9. Mai sahen meine politischen Freunde und ich den Beginn des zielbewußt eingeleiteten Umfalls.

(Sehr richtig! bei der Deutschnationalen Volkspartei.)

Ich brauche die einzelnen Beweissätze dafür nicht zu verlesen, wenn erst mit starken Worten gegen die Möglichkeit neuer und weiterer Steuerbelastung protestiert und dann in Aussicht gestellt wird, daß ein eingehender Plan vorgelegt wird, der den eingehend aufgestellten Grundsätzen, nämlich eben schließlich doch neue Steuern zu machen, Rechnung tragen werde, wenn dann mit starken Worten betont wird, daß kein Eingriff in die deutsche Souveränität geduldet wird, und wenn schließlich in Aussicht gestellt wird, man werde sich über alle diese Dinge mit der Reparationskommission ins Benehmen setzen. In dieser Note sehen wir den Auftakt zu der Politik, die jetzt eingeleitet worden ist und fortgeführt werden soll, und deshalb ist von unserer Seite sofort scharf dagegen Stellung genommen worden.

Nun haben die **Verhandlungen des Herrn Ministers Hermes in Paris** stattgefunden. Ich darf darauf hinweisen, was ja die mancherlei Erscheinungen der letzten Tage auch bewiesen haben, daß es zum allermindesten bei diesen Verhandlungen an der notwendigen Fühlung zwischen den einzelnen Regierungsstellen gefehlt hat. Es ist schließlich auch kein Wunder. Wenn ein großer Teil der Regierung in Genua saß, Herr Dr. Hermes in Paris, Herr Bergmann in der Anleihekommission saßen und ein anderer Teil der Regierung in Berlin, war es selbst mit Telegraph und Telephon nicht möglich, die nötige Fühlung herzustellen, und ein Tag nach dem andern verrann in einer Zeit, die wahrhaftig nicht sehr stark bemessen war, ehe Stellung genommen wurde. In die Einzelheiten der Differenzen, die sich daraus ergaben, einzugehen, haben

(Dr. **Hoetzsch**, Abgeordneter.)

(A) wir keine Veranlassung. Was da erzählt wurde von Unstimmigkeiten zwischen Reichskanzler und Reichsfinanzminister hat für uns sehr wenig Interesse.

Zur Sache selbst sind wir, da sind insonderheit wir Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses in einer sehr schwierigen Lage. Zu dem, was jetzt in vollem Gange ist und vielleicht unaufhaltsam, vielleicht in einer unser Volk verhängnisvoll beeinflussenden Weise, heute Stellung zu nehmen, sind wir außerstande, und wir Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses sind gebunden, über das, was uns darüber mitgeteilt worden ist, hier Stillschweigen zu bewahren.

(Zurufe links: Steht alles in der Zeitung!)

— Meine Damen und Herren! Ich nehme die Verpflichtung, Stillschweigen zu bewahren, so ernst, daß ich auf das, was in der Zeitung steht, nicht eingehe, weil ich auch den Schein vermeiden möchte, als wenn dadurch, daß ich es hier bespreche, ich diesen einzelnen Mitteilungen gewissermaßen den Stempel aufdrücke, sie seien richtig. Immerhin stehen die zwei großen Gesichtspunkte, um die es sich dabei handelt, in den Noten und in den amtlichen Vereinbarungen unserer Regierung zweifelsfrei fest, und dazu Stellung zu nehmen, ist notwendig und erfordert die Pflicht. Nämlich die beiden Gesichtspunkte, daß Deutschland darauf hinausgehen müsse, in irgendeiner Form eine größere ausländische Anleihe zu erhalten, und zweitens, daß es, um diese **auswärtige Anleihe** zu erhalten, seinerseits — ich will mich ganz vorsichtig ausdrücken — gewisse **Konzessionen** machen müsse, und ich verrate wirklich keine vertrauliche Mitteilung, wenn ich sage, daß diese Konzessionen schlechterdings in nichts anderem bestehen können als in neuer deutscher Zahlungsbereitwilligkeit, in neuen deutschen Steuern. Das wollen die Franzosen, und geht man auf diese Dinge ein, so muß man ihnen (B) in dieser Richtung entgegenkommen.

Meine Damen und Herren! Der Gesichtspunkt, der da im Vordergrund der allgemeinen Erörterung des Reparationsproblems jetzt steht, ist zweifellos eingehender Würdigung wert. Die Frage, wie es möglich ist, die deutsche Noteninflation zu stoppen, hat Herr Dr. Helfferich im Auswärtigen Ausschuß — das kann ich ruhig sagen, ohne Bruch des Vertrauens, denn das ist keine spezifisch politische Mitteilung, außerdem hat er diese Angelegenheit schon in Artikeln besprochen und wird es auch später tun —, Herr Dr. Helfferich hat im Auswärtigen Ausschuß in einer meisterhaft klaren Weise den Kern dieses **Inflationsproblems** für uns und die verkehrte **Einstellung der Engländer dazu** herausgearbeitet. Er wies darauf hin, daß die Steigerung der Preise für Großhandelswaren, die Entwertung des Geldes viel, viel größer sei als die Zunahme des Notenumlaufes, daß also da noch andere Gründe vorhanden sein müssen als der eine von der englischen Auffassung nach altem Stil in den Vordergrund geschobene Grund: Mißwirtschaft im inneren Budget und damit die Aufforderung: bringt euer Budget erst in Ordnung, erst dann könnt ihr eine Anleihe bekommen.

Es ist jetzt ein sehr interessantes Buch von Dr. Schäfer über „klassische Valutastabilisierungen“ erschienen, das sehr lehrreiche Erfahrungen der russischen und anderer Stabilisierungen schildert. Das sind die typischen Stabilisierungen. Das ist die Auffassung, von der die Engländer ausgehen. Und der Verfasser, der meines Wissens ein Bankmann ist, kommt zu dem Schluß, daß die Frage der deutschen Valutastabilisierung ganz anders liege. Denn hier sei ein ganz singulärer Grund dazu gekommen, der das Ganze ganz anders gestalte, nämlich die Reparationen. Auch die ausgezeichneten objektiven Berichte über das deutsche Wirtschaftsleben, wie sie der Handelssachverständige der englischen Bot- (C) schaft, Mr. Thelwall, alljährlich veröffentlicht — ich erlaube mir hier auf diese Berichte, die alljährlich in der „Times“ abgedruckt werden, ganz besonders hinzuweisen —, geben lehrreichen Aufschluß darüber, wie England diese Dinge auffaßt. Es geht immer noch von der Auffassung aus, daß der deutsche Notenumlauf durch die innere Budgetmißwirtschaft allein bedingt sei. Dieses Budget müsse zunächst einmal ins Gleichgewicht gebracht werden. Gewiß hat der Reichsfinanzminister Hermes recht — und ich stimme ihm darin zu —, daß darüber hinaus ein Fortschritt erreicht ist, wenn die Engländer heute sagen, das sei aus eigner Kraft nicht möglich, sondern Deutschland, das heißt Länder mit starker internationaler Verschuldung, müßten auswärtige Anleihen erhalten. Von da bis zum letzten, bis zur Entscheidung — und das ist es, was uns bei diesen Verhandlungen Sorge macht — bis zur letzten Entscheidung wird der Schritt aber eben nicht getan. Es kommt eben darauf an, das Übel an der Wurzel zu fassen; es kommt darauf an, die deutsche Noteninflation unter dem Gesichtspunkte zu betrachten: Herabsetzung der Reparationen auf einen Satz, der mit der deutschen Leistungsfähigkeit im Einklang steht.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist der grundsätzliche Standpunkt, von dem wir hier ausgehen und von dem wir diese ganzen Anleihe- und Steuerfragen von heute im allgemeinen betrachten wollen.

Ich lasse Einzelfragen, die heute noch nicht besprochen werden können, bei Seite, die aber immerhin von Wichtigkeit sind, wie die Frage des Zinssatzes und die noch wichtigere Frage, welche Garantien von Deutschland dann verlangt werden. Wir haben auch in dieser Beziehung nicht das nötige Vertrauen zur Regierung, daß sie da das wahren werde, was die Souveränität und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (D) Deutschlands von uns fordert.

Aber die Frage ist noch mit einigen Worten zu behandeln: wie denkt man sich eigentlich in dieser ganzen Lage, daß uns eine solche Anleihe wirklich etwas nützen soll? Wie denkt man sich, daß man das, was nicht durch Anleihen aufgebracht wird, und das, was nicht mehr, da die Notenpresse gestoppt werden soll, durch Weiterausgabe von Noten aufgebracht werden darf, dann aufaufbringt? Wie gesagt, die Zahlen liegen im einzelnen amtlich noch nicht vor. Ich möchte Ihnen daher eine eingehende Berechnung hier nicht aufmachen. Mein Fraktionsfreund, Herr Graf Westarp, hat in einem sehr interessanten Artikel am Sonntag in der „Kreuzzeitung“ im einzelnen diese Berechnung durchgeführt.

(Lachen links.)

— Was lachen Sie da? Das ist doch zu kindlich. — Daran ist gar kein Zweifel, daß, selbst wenn Sie die Zwangsanleihe so hoch schrauben, wie Sie irgend wollen — ich vertiefe dieses Kapitel absichtlich nicht —, und wenn der ganze Notenumlauf, die ganze Preisstellung von heute so bliebe, wir in den nächsten Monaten unter allen Umständen mit einem dann durch den Notendruck nicht zu deckenden Mehrbedarf von 30, 40, 50 Milliarden **Steuern** zu rechnen haben. Das ist nicht aus der Welt herauszurechnen. Und ich erhebe die Frage, wie sich die Regierung dann die Ausfüllung dieser Spannungen denkt. Sie liegt auf ihren eigenen Versicherungen fest, daß die Steuerbelastung, wie sie das sogenannte Steuerkompromiß durchgeführt hat, nicht überschritten werden kann. Sie hat wieder ihre eigene Belastung und Bindung selbst durchbrochen — dagegen polemisieren wir —, indem sie sich eine Hintertür offen läßt, um auf dem Wege eines Sparsamkeitsplanes usw. schließlich doch neue Steuern einführen

(Dr. Hoetzsch, Abgeordneter.)

(A) zu wollen. Um diese erste Frage kommt man dabei nicht herum.

Die zweite Frage ist dann: Was erhielten wir, wenn eine solche Anleihe zustande kommt, von dem, was mit Opferung weiterer wertvoller Substanzmittel unserer Produktion hergegeben würde, für eine solche Konzession? Kurz gesagt: wo ist der **Zusammenhang zwischen Anleihe und Reparation?** Diese Frage ist bisher in allem, was von der Regierung amtlich verlautbart worden ist und was darüber geschrieben worden ist, nicht beantwortet. Der Zusammenhang besteht auch vorläufig nicht.

Die weitere Frage: wer soll eine solche Anleihe, wenn sie in Gang gebracht würde, dann aufnehmen und zeichnen? Hier kommen wir an den Kern des Problems. Hier kommen wir auf die grundsätzlich klare Stellungnahme meiner politischen Freunde. Es stehen sich da zwei Gesichtspunkte gegenüber, der eine Gesichtspunkt, daß man zunächst einmal versuchen müsse, in einer **sogenannten Atempausenanleihe** über diese ganzen Schwierigkeiten hinwegzukommen, bei der der Zusammenhang mit der Reparation beiseite bleibt, bei der die Frage nach neuen Steuern offengehalten wird und alle diese Bedenken, die wir auszusprechen nicht müde werden, zunächst einmal beiseite geschoben werden. Dann würde eine Zwischen- oder Atempausenanleihe im Betrage von soundso viel Milliarden Goldmark — Keynes hat 4 Milliarden Goldmark genannt — in der Hauptsache — so wollen wir das Problem mal ganz scharf fassen — von den Amerikanern dafür hergegeben werden, daß die Franzosen ihr momentanes Defizit, das heute so ziemlich 4 Milliarden Franken Gold beträgt, decken. Es würde also zunächst einmal diese Anleihe hineingeworfen in das Faß ohne Boden, in das Faß der Danaiden — oder welchen klassischen Vergleich (B) Sie gebrauchen wollen.

Demgegenüber steht der Gesichtspunkt, den wir vertreten, den Keynes ausgesprochen hat im Einverständnis, wie er selber immer wieder sagt und wie jede als bankamtlich aufzufassende Äußerung der englischen oder amerikanischen Bankwelt erkennen läßt, mit der Auffassung von der **Endlösung**. Die Stimmen mehren sich dafür aus Nordamerika, dem einzigen Lande, das in der Lage ist, Goldanleihen zu gewähren, in diese Dinge mit Anleihen hineinzugehen von dem klaren Gesichtspunkt aus — die russischen Dinge lasse ich vorläufig beiseite —, daß in Deutschland die Reparationsfragen auf einer klaren, festumrissenen Grundlage stehen müssen, diese Reparation definitiv festgesetzt sein müsse in einem Rahmen, der der deutschen Leistungsfähigkeit angepaßt sei. Das ist ein Standpunkt, der sich mit dem unsrigen durchaus deckt. Wir können nur wünschen, daß diese Gesichtspunkte einflußreicher Finanzkreise Amerikas, die dann von ebenso einflußreichen Finanzkreisen Englands unterstützt werden, Berücksichtigung finden und sich durchsetzen. Das wäre ein Weg, der allmählich ins Freie führt. Und schließlich: Was wird dazwischen? Selbst wenn über diese ganzen Dinge mit Erfolg verhandelt wird, dann dauert es unzweifelhaft eine ganze Weile. Was wird in der Zwischenzeit? Wir hören, daß das **Moratorium** auf soundso viel Zeit verlängert werden würde. Das bedeutet also, daß die **Verpflichtungen von Cannes** — 720 Millionen Mark in bar und 1460 Millionen Mark Sachleistungen — weiter für uns bestehen bleiben. Das bedeutet — und das ist das Katastrophale, das ist das, was uns zu scharfer Stellungnahme eben jetzt geradezu drängt und zwingt —, daß der Ihnen allen bekannte verhängnisvolle Zusammenhang zwischen Goldzahlung und Teuerung usw. sich mit absoluter Sicherheit Monat

(C) für Monat fortsetzt. Ein Empfinden dafür hat auch der Herr Reichskanzler durchaus gehabt. Sie haben in den Zeitungen gelesen, daß er sich bemüht hat, an diese Verhandlungen in Paris die force majeure-Klausel anhängen zu lassen, weil er selber genau so wie wir weiß: zunächst geht es mit diesen Goldzahlungen weiter. 50 Millionen Mark in einem Monat, was bedeutet das bei einer so angespannten und so ausgepowerten Volkswirtschaft wie der unseren! Wir haben es bei der letzten Zahlung doch schon erlebt, wenn ich mich auch nicht darauf versteifen möchte, daß damals der Stand des Dollars von 308 absolut korrespondierte mit der 40-Millionen-Goldzahlung; der Zusammenhang aber besteht. Der Herr Reichskanzler hat das ganz richtige Gefühl dafür gehabt: Die force majeure geht weiter! Was wird, wenn wir wirklich die Notenpresse einstellen und dann nicht mehr mit diesem schrecklichen Mittel der Notenausgabe zunächst einmal die Zuschläge zu den Löhnen und den Gehältern decken können?

Ich kann nicht eingehender in die Details hier eingehen aus den Gründen, die ich aussprach und die ich hier noch einmal unterstreiche. Wir sind nicht in der Lage, über die **praktischen Vorschläge**, die **von der deutschen Reichsregierung der Reparationskommission** unterbreitet sind, in diesem großen Zusammenhang im einzelnen zu reden. Aber das können wir schon heute sagen, daß in dieser Richtung unzweifelhaft die Verhandlungen und Bemühungen der Reichsregierung gehen. Darum erklären wir mit aller Bestimmtheit und aller Schärfe: Wir lehnen derartige Bestrebungen und Bemühungen von vornherein als halb und provisorisch ab. Sie fesseln Deutschland nur noch mehr als bisher, weil sie es in Abhängigkeit bringen von der privaten Schuldknechtschaft. Sie schnüren unsere Volkswirtschaft ein und zwingen uns, weitere wichtige Substanzmittel (D) unserer Volkswirtschaft dem Ausland auszuliefern. Sie stellen in Aussicht große und fruchtlose Steuerkämpfe. Den Wechsel, den die deutsche Reichsregierung jetzt in Paris zu unterschreiben bemüht ist, den protestieren wir vom ersten Augenblick an!

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wo ist denn mit einem Male der Antrag der deutschen Reichsregierung geblieben, daß das uns zustehende Recht auf **Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit** auch wirklich ausgeübt werde — Artikel 234 des Versailler Vertrages? Wir verlangen erstens, daß diese uns zustehende Prüfung einmal wirklich von unabhängigen und neutralen Sachverständigen durchgeführt werde. Auch wir entziehen uns nicht der Notwendigkeit und Einsicht, daß im Rahmen der Leistungsfähigkeit unsere Leistungen getätigt werden müssen.

(Hört! Hört! links.)

Weil Zahlungen in Gold aber jenen heillosen Zusammenhang fortsetzen, in dem uns allen, die wir in diesem Saal zusammen sind, der Atem ausgehen kann, sind Goldzahlungen für absehbare Zeit für Deutschland unmöglich! Wir verlangen, daß alles weiter der Leistungsfähigkeit unseres Vaterlandes angepaßt werde, im Zusammenhang mit Mitteln, die überhaupt den Wiederaufbau erst einmal möglich machen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir verlangen wie die Engländer und Amerikaner eine endliche definitive Festsetzung der Reparationsverpflichtungen im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit mit Sicherungen vor Sanktionen, vor willkürlicher Störung des europäischen Friedens und mit Berücksichtigung all der Nöte, die sich aus dem Wort Besatzung und Besatzungskosten ergeben. Die Regierung hat im entgegengesetzten Sinne, in entgegengesetzter Richtung gehandelt. Sie hat, obwohl der Verfalltag deutlich ange-

(Dr. Hoetzsch, Abgeordneter.)

(A) kündigt war, Zeit verstreichen lassen, um in der letzten Stunde eine Galgenfrist heraus zu bekommen, bis wir hart vor der inneren Krisis standen. Sie ist nach unserer Überzeugung bereit, auch diesmal wieder Verpflichtungen auf sich zu nehmen, die sie zu erfüllen nicht in der Lage ist.

(Sehr richtig! rechts.)

In Genua hat Tschitscherin in einer Note an die Entente das Wort ausgesprochen: Rußland wird nichts unterschreiben, von dem es überzeugt ist, daß es es nicht erfüllen kann. Dieses Wort des bolschewistischen Vertreters muß man wahrhaftig unserer Regierung vorhalten,

(sehr richtig! rechts)

die es soundso oft im Munde geführt und so jedesmal von ihm abgewichen ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich fasse zusammen. Diese **Bindungen**, auf die die Regierung sich jetzt einläßt, sind Bindungen, auch wenn sie sich formell salviert, wenn sie konditional getroffen sein sollten. Diese Bindungen lehnen wir vom ersten Augenblick ab, wo wir in der Lage sind, unseren Standpunkt dazu geltend zu machen. Wir wollen nicht verantwortlich sein an dieser neuen verhängnisvollen Entwicklung, die schließlich unser Vaterland dem finanziellen Selbstmord zuführen wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir werden die **Verhandlungen**, die sich in **Paris** vollziehen, mit dem größten Mißtrauen unserer Regierung gegenüber beobachten, und stellen den Antrag, den ich eingangs meiner Ausführungen angekündigt habe.

Meine Damen und Herren! Einige Worte nun zweitens zu **Genua**, zu der großen **Konferenz**, die hinter uns liegt. Ich schließe mich dabei zunächst auch allgemein dem Standpunkt des Herrn Reichskanzlers mit (B) seinem **Dank an Italien** und an den italienischen Außenminister an, die sich im Sinne wirklicher europäischer Solidarität bemüht haben, dieses schwere Werk zu fördern. Wenn dieser Dank im besonderen, wie mir die Teilnehmer versichert haben, auch der äußeren Einrichtung, der Casa di Stampa, der Presseeinrichtung, die Italien getroffen hatte, gilt, so führt mich das dazu, wenigstens eine Einzelheit aus den Verhandlungen dieser sechs Wochen hier beschwerdeführend vorzubringen, bei der ich glaube, im Sinne so gut wie aller Richtungen dieses hohen Hauses zu sprechen. Die deutsche Presse eigentlich ohne Unterschied der Richtungen hat sich beschwert über die ganze Art, in der der **amtliche Pressedienst in Genua** seine Pflicht getan oder vielmehr nicht getan hat. Die einzelnen technischen Gesichtspunkte will ich nicht wiederholen. In dem Blatte des Reichsverbandes der deutschen Presse sind alle diese sehr berechtigten Beschwerden der Presse aufgeführt. Es waren doch wahrhaftig genug Herren von dem amtlichen Pressedienst unserer Regierung dort, um derartige Dinge zu verhindern, daß die Kundgebungen der einzelnen Regierungsvertreter, zum Beispiel eine Rede des Herrn Dr. Rathenau, nicht amtlich mit einem Male nach Berlin gegeben wurden, sondern auf überlasteten Drähten von den Korrespondenten sämtlich nach Berlin telegraphiert werden mußten. Das verursachte Kosten, Mühsal usw. Aber noch mehr. Man denke an das ganze Drum und Dran, die Stimmung, die Regie beim Vertrag von Rapallo, — doch genug davon. Ich führe das nicht weiter aus, spreche aber hier für die deutsche Presse, die in diesen für sie so schweren Zeiten eine schwere Pflicht sechs Wochen hindurch zu erfüllen hatte, aus, daß der amtliche Pressedienst nach allem, was ich darüber habe erfahren können, seine Schuldigkeit nicht getan hat.

Die **Konferenz von Genua** ist häufig verglichen (C) worden — auch ich habe das mehrfach getan — mit dem Kongreß von Wien vor 100 Jahren. Das stimmt jedoch nur mit großen Einschränkungen. Denn damals handelte es sich wirklich um eine Konferenz von Gleichberechtigten. Kein Geringerer aber als Lloyd George hat in seiner Rede vom 25. Mai gesagt, daß Deutschland und Rußland eben leider dort nicht als gleichberechtigt behandelt worden seien. Die Konferenz sollte nach dem Willen einer bestimmten Richtung eigentlich mehr eine **Gläubigerversammlung** sein, die sich mit ihren Schuldnern auseinandersetzt, wobei der deutsche Schuldner noch mehr beiseite gestellt wurde. Mit dem machten die Franzosen die Sache allein ab. Damals in Wien standen auch nicht Organe neben einer solchen großen Konferenz, die eine derartige Zusammenkunft von über 30 Staaten behinderten, wie es heute die Botschafterkonferenz ist, die, wie der Herr Reichskanzler gesagt hat, heute eine Anomalie ist. Man denke auch an die **Reparationskommission**, die, herausgehoben aus dem Gegen- und Miteinander der verantwortlichen Regierungen, wie eine über den Wolken stehende internationale unheildrohende Gewalt vor der Welt steht, jederzeit bereit, den Frieden Europas zu stören.

Meine Damen und Herren! Was den wirtschaftlichen und Finanzteil anbetrifft, so spreche ich nur in aller Kürze davon. Der Herr Reichskanzler hat diese Dinge meines Erachtens zutreffend gewürdigt. Auch ich unterschätze die einstimmig getroffenen Entscheidungen dieser **Wirtschafts- und Finanzkommission** nicht. Ich begrüße es, daß diese Wirtschafts- und Finanzkommission sich für die Meistbegünstigung ausgesprochen hat, wobei freilich auf Druck der französischen Delegierten das schöne Wort „soweit irgend möglich" hineingekommen ist. Ich begrüße es natürlich ganz besonders, daß anerkannt worden ist, Staaten mit großer (D) internationaler Verpflichtung könnten ohne auswärtige Anleihe nicht bestehen, wobei übrigens dieselbe französische Delegation das ursprünglich darin stehende Wort „unmöglich", das schlagkräftig und durchschlagend gewesen wäre, durch das Wort „schwierig" ersetzt hat, unter dem man sich verschiedenes vorstellen kann. Ich begrüße auch die spezielleren Beschlüsse über die Freiheit der Devisenkontrolle usw. Der Herr Reichskanzler hat gestern gesagt, daß das Leitsätze sein müßten, die jedenfalls, obwohl es theoretisch Resolutionen wären, unsere Regierung sofort befolgen müßte. Da möchte ich doch einigermaßen warnen. Wir möchten da doch abwarten, was in puncto dieser einzelnen Dinge im Auslande geschehen wird. Man fordert im Auslande jetzt schon — es liegt mir ein diesbezüglicher Artikel der „Neuen Züricher Zeitung" vor —, daß allerlei für unser Wirtschaftsleben notwendige und wichtige Beschränkungen in der Regelung von Ein- und Ausfuhr jetzt von Deutschland ohne weiteres abgebaut würden. So wollen wir diese Leitsätze denn doch nicht aufgefaßt wissen, daß die andern die Annehmlichkeiten des neuen Zustandes genießen, während sie uns diese Annehmlichkeiten noch nicht gestatten.

Die schöne Idee des Gottesfriedens, der Treuga Dei ist in diesen Wochen erörtert worden. Leider Gottes ist recht wenig dabei herausgekommen! Aber immerhin — auch das unterschätze ich nicht — es ist etwas, wenn auf sieben Wochen, gerechnet vom 15. Juni dieses Jahres, die Mächte, die diese Sache unterschrieben haben, sich verpflichteten, einander nicht anzugreifen. Es ist etwas Schönes, wenn das gehalten wird. Unser deutsches Vaterland hat aber von dieser schönen Treuga Dei nichts. Denn die Sanktionen sind ja keine Störung des Friedens, sie sind keine Möglichkeit, den andern anzugreifen, sie sind ja angeblich eine Maßnahme in Ruhe

(Dr. **Hoetzsch**, Abgeordneter.)

(A) und Frieden — in Wahrheit ein Bruch des Vertrages, eine jederzeit mögliche Störung des europäischen Friedens, nach dem alle Bevölkerungen Europas sich so sehr sehnen.

Der Gedanke der europäischen Solidarität, des Aufbaues Europas, den Lloyd George ausgesprochen hat, ist sicherlich schön, und ich stehe nicht an, zu sagen: ich bedauere es, daß es dem englischen Staatsmann, der abgesehen von den Amerikanern wie kein anderer Staatsmann der Welt heute die Macht, die Autorität und die Kraft hätte, dergleichen durchzusetzen, nicht gelungen ist, noch mehr, noch Wirksameres und noch Dauernderes durchzusetzen als diese provisorischen und mageren Resultate. Er hat nicht den Entschluß gefunden, den der weitblickende und mutige Keynes von seinem Vaterlande als notwendig und als ersten Schritt gefordert hatte, die **Annullierung** des englischen Teiles der **internationalen Verschuldung**, besser gesagt, der Forderung, die England an Frankreich hat. Kein Zweifel: ehe nicht unter diesen Wirrwarr der internationalen Verschuldung wirklich ein Strich gesetzt ist, wird von einer wirklichen Treuga Dei keine Rede sein. Es wäre eine schöne Gelegenheit gewesen, wenn England dabei mit einem wirklichen Entschluß, mit einem wirklichen Ruck vorgegangen wäre. Es ist nicht geschehen.

Das russische Problem hat auf der Konferenz in Genua eine große Rolle gespielt. Lloyd George hat sich darüber in seiner Rede vom 25. Mai ausführlich geäußert. Ich erlaube mir, die Aufmerksamkeit der Damen und Herren darauf besonders zu lenken. Man muß diese Rede im Zusammenhang lesen. Sie ist nicht so matt und so eindruckslos, wie sie auf den ersten Blick zu sein scheint, sondern sie ist doch sehr umfassend, sie ist sehr deutlich und klar. Sie enthält ein ganz be- (B) stimmtes Programm, und Lloyd George unterstreicht das Bekenntnis zum Frieden immer und immer wieder, womit er ja zweifellos in Europa und überall in der Welt Resonanz finden wird. Wir wünschen nur, daß er diese Resonanz immer erfolgreicher finden möge. Den Gesichtspunkten, die **Lloyd George in dieser Rede über die Behandlung des russischen Problems** aufstellt, können wir durchaus zustimmen. Er sagt erstens: An eine bewaffnete Intervention zur Herbeiführung anderer politischer Verhältnisse in Sowjetrußland ist schlechterdings nicht zu denken. Das ist ganz genau unsere Meinung.

(Zuruf links: Seit wann?)

Er sagt zweitens: Es ist nicht möglich, abzuwarten, bis da drüben eine Regierung ist, die einem paßt. Auch das ist ganz unsere Meinung. Lloyd George sagt drittens: Also ist es notwendig, mit dieser Sowjetregierung, wie sie heute besteht, als einer organisierten Kraft des russischen Volkes, einen modus vivendi zu finden unter der Voraussetzung, daß bestimmte notwendige Garantien gegeben sind.

Meine Damen und Herren! So sehr reizvoll und so wichtig es wäre, diese schwerwiegende Frage des Augenblicks zu erörtern, ich will mich nicht aufhalten mit Ausführungen über die **Lage in Sowjetrußland**. Einer unserer Kollegen, Herr Dr. Hugo, ist ja unlängst drüben gewesen und hat mehrfach über seine Erfahrungen gesprochen. An diesen Erfahrungen ist weniger interessant die Feststellung, daß da drüben die wirtschaftlichen Verhältnisse katastrophal seien. — Das wissen wir mehr oder weniger; da werden neue Belege beigebracht, das verändert aber das Bild nicht wesentlich. — Interessant dabei ist mehr, was über jenen Umbildungsprozeß im wirtschaftlichen Bolschewismus, von dem ich eingangs sprach, von diesem Zurückweichen der politischen Bolschewiki vom kommu- (C) nistischen Wirtschaftsideal, gesagt ist,

(hört! hört! rechts)

ob man das nun nennt einen sozialistischen Kapitalismus oder einen kapitalistischen Sozialismus — Herr Rakowski stellt zur Auswahl, welche Firma von beiden man wählen will —,

(Heiterkeit)

von jener Abkehr, die sich vollzieht. Die „Nowa ekonomischeskaja politika" ist in vollem Gange, und mühselig, ganz mühselig werden die beiden letzten Bollwerke heute noch verteidigt: die Sozialisierung der Großindustrie, in der, wie Radek unausgesetzt schreibt, die kommunistische Wirtschaft immer bestehen muß, und die Aufrechterhaltung des staatlichen Ausfuhrkommissariats, — das sind die beiden letzten Bollwerke in einem brüchig gewordenen, zusammenkrachenden System, das so bankerott gemacht hat wie nur irgend möglich.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich versage es mir auch, so reizvoll das wäre, auf den interessanten geistigen Kampf hinzuweisen, in dem Sowjetrußland sich heute befindet. Es hat in seiner Geldnot die russische Kirche herausgefordert, und ich kann sagen, daß ich mit einem zitternden Interesse diese Auseinandersetzung verfolge, die Möglichkeit, ob die tiefen geistigen und seelischen Kräfte des russischen Volkes da stärker sein werden als die areligiöse terroristische Gewalt der Sowjetregierung. Alle diese Dinge streife ich ebenso wenig wie das interessante Intermezzo, daß die Sowjetregierung in Genua ausgerechnet mit dem Vatikan in Beziehung getreten ist.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Kurz, meine Damen und Herren, die Lage Sowjetrußlands ist wirtschaftlich katastrophal, die Entwicklung (D) führt wirtschaftspolitisch in einer Richtung vom Kommunismus weg. Auch hier zitiere ich Keynes, der sich durch seinen Weitblick und seinen Mut auszeichnet und der in diesem psychologisch wichtigen Moment seinem Vaterlande predigt: jetzt ist der Augenblick, diesem **Sowjetrußland** mit **Krediten** zu Hilfe zu kommen. Auf diese Kredite hatten Tschitscherin und die russische Delegation in Genua ja auch ihre ganze Politik abgestellt. Das war richtig, das konnte man durchaus verstehen. All die Proteste dagegen, daß eine beschränkte Gruppe von Gläubigern ihre Interessen in den Vordergrund stelle gegenüber den allgemeinen Interessen Europas, haben wir Deutsche, die wir doch ungefähr in derselben Lage sind, doch wohl zustimmend empfunden. Bloß wenn man vom andern Geld haben will, wenn man Kredit auf lange Sicht verlangt für einen ganz in Grund und Boden gewirtschafteten Staat, dann wird man wahrhaftig auch Zugeständnisse machen müssen für die Garantien der Person, des Eigentums, des wirtschaftlichen Austausches, des Rechtzuges usw. usw. Das ist ein kapitaler Fehler der Sowjetdelegation in Genua gewesen, daß sie diese Fragen der Rechtsgarantien in ihren weitschweifigen Memoranden immer umging und beiseite schob, und insofern war sie schuld daran, daß trotz aller Bereitwilligkeit auf seiten Lloyd Georges auf diesem Gebiete keine Fortschritte erzielt wurden.

Den **Standpunkt Frankreichs** — wenn ich damit schließen darf — freilich vermag ich nicht zu verstehen. Ich kann es verstehen, wenn man sagt: mit einer Sowjetgewalt verhandle ich überhaupt nicht; die mag sich entwickeln, wie sie will. — ich kümmere mich nicht darum! Aber ich kann es nicht verstehen, wenn man zugleich von einer solchen Macht verlangt, daß sie Schulden in einem riesigen Umfange mit Zins und Zinseszins

(Dr. **Hoetzsch**, Abgeordneter.)

bezahlen soll, und daß man sich vorstellt, das russische Volk und das russische Land mit einem Joch von Kapitulationen belasten zu können. Das ist einfach eine Kindlichkeit, eine Naivität! Ferner die Zwiespältigkeit der französischen Politik — das berührt auch uns, meine Damen und Herren! —, die zugleich gut Freund mit Rußland und mit Polen sein will. Wir haben vorhin den schmerzlichen Akt der Ratifikation der oberschlesischen Konvention vollzogen. Im Zusammenhang damit ist darauf hinzuweisen, daß ein wichtiger Punkt nun anfangender deutsch-polnischer wirtschaftlicher Verhandlungen der **Transit über Polen nach Rußland** ist, ist darauf hinzuweisen, daß Polen im Frieden von Riga Art. 22 sich vorbehalten hat, den Transit deutscher Waren nach Rußland nach seinem Belieben zu normieren, und ich unterstreiche die Forderung an die Abteilung des Auswärtigen Amts, die nun berufen ist, auf der neuen Rechtsgrundlage die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen zu führen, daß diesem Gesichtspunkte mit aller Energie Rechnung getragen werde. Es war kein Zufall, daß die Konvention von den Polen in einem Augenblick ratifiziert worden ist, als **die französisch-polnischen Verträge** auch ihre letzte Ratifikation erfuhren: das französisch-polnische Militärbündnis, das besteht, während das deutsch-russische Militärbündnis eine törichte Fälschung ist — ein Wort, das Lloyd George geprägt hat, absolut richtig! —, ein französisch-polnisches Militärbündnis, das besteht, und französisch-polnische Konventionen, die Frankreich so unerhörte Vorteile gewähren, daß sich im polnischen Sejm selbst Widerstand dagegen geregt hat.

So hängen die Dinge im Osten zusammen, so sind sie in großer Umbildung begriffen. Im Haag soll weiter darüber gesprochen werden „in technischer Weise". Ich weiß nicht, was man sich darunter denken soll; denn politische Probleme sind eben politische Probleme; die kann man nicht in die Hände von technischen Sachverständigen legen. Die können gelehrte Memoranden schreiben, können sich gegenseitig Noten an den Kopf werfen, die Sache aber nicht weiter fördern. Deshalb möchte ich bitten, daß die **deutsche Regierung** mit der gestern von dem Herrn Reichskanzler freundlichst in Aussicht gestellten Absicht, Brücke zu sein, **Vermittler** zu sein **zwischen Ost und West**, recht vorsichtig sein möge.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Bei einer solchen Vermittlungstätigkeit kommt man sehr leicht dazu, zwischen den beiden Stühlen im Salon zu sitzen und dann die Prügel von beiden Seiten zu beziehen. Wir haben — jetzt komme ich gleich darauf —, gezwungen durch die Ereignisse, mit den Russen ein Arrangement getroffen; wir haben gar keine Veranlassung, diese Vermittlung übermäßig zu betreiben.

Dritter und letzter Punkt: das Arrangement mit den Russen, der **Vertrag von Rapallo!** Wir sind, wie gestern ausgeführt wurde, da in einer etwas merkwürdigen Lage. Der Vertrag ist zwar vom Zentralexekutivkomitee der Sowjets ratifiziert, aber noch nicht vom Reichstag. Im Auswärtigen Ausschuß konnte das nicht erledigt werden, weil uns der Wortlaut noch nicht zugegangen war. Ich sehe nicht ein, warum es nicht möglich war, uns die paar Artikel gedruckt zugehen zu lassen. Wir hätten dann heute bei unserer Aufräumungsarbeit auch diese Ratifikation vollziehen können. Ich gehe deshalb nicht auf Einzelheiten ein. Es sind aber — da gestern der Herr Reichskanzler darüber gesprochen hat und die Fraktionsvertreter, die geredet haben, desgleichen — einige grundsätzliche Bemerkungen um so notwendiger schon jetzt, weil die Verhandlungen auf Grund dieses Vertrages ja jetzt in diesen Wochen zwischen Genua und dem Haag zwischen den Deutschen und den Russen weitergehen.

Meine Damen und Herren! Ich für meine Person habe mich davon überzeugt, daß es richtig war, am Ostersonntag diesen Vertrag zu schließen, ich für meine Person habe mich davon überzeugt, daß es richtig war, ihn zu dieser Zeit und mit diesem Inhalt abzuschließen. Ich brauche auf die große **Gefahr des bekannten Artikels 116**, den der Herr Reichskanzler gestern mit Recht zitiert hat, nicht noch einmal hinzuweisen. Ich glaube, darüber wird in diesem hohen Hause ziemlich eine Meinung sein, eine Meinung nämlich darin, daß es eine politische Gefahr ersten Ranges gewesen wäre, wenn Sowjetrußland Mitexekutor, Mitgarant des Friedens von Versailles durch die Unterschrift, die ihm gar nichts kostete, aber sehr wertvoll zu diskontieren gewesen wäre, geworden wäre. Und schließlich ist es immerhin bemerkenswert, daß dieser Artikel 116 im Londoner Memorandum enthalten war, und daß in den nach dem Abschluß des Vertrags von Rapallo ausgetauschten Noten und veröffentlichten Memoranden auf russischer und anderer Seite der Artikel 116 nicht mehr erscheint.

Darüber wird sodann auch in diesem Hause kaum eine Meinungsverschiedenheit bestehen, und jedenfalls ist bei meinen politischen Freunden keine Diskrepanz, daß die beiden Hauptgrundsätze in diesem Vertrage auch richtig und gut sind: die gegenseitige **Annullierung der Kriegsverpflichtungen** und zweitens die **Meistbegünstigung**, zwei Grundsätze, mit denen allein das zerklüftete und verwirtschaftete Europa wieder aufgebaut werden kann, Grundsätze, mit deren Betonung Rußland und Deutschland der Welt ein gutes Beispiel gegeben haben.

Ich habe mich auch nicht davon überzeugen können, daß die **Wirkung auf die Entente**, auf die Atmosphäre — um das Wort zu gebrauchen — in Genua durch diesen Vertrag so sehr schlecht geworden sei, so sehr geschädigt worden sei. Ein Standpunkt in diesem Hause geht ja darauf hinaus, der Vertrag als solcher sei zwar gut; aber in diesem Augenblick hätte er aus den und den Gründen nicht abgeschlossen werden dürfen. Gewiß war Lloyd George darüber ägriert. Ich lasse die Gründe, die zunächst dabei vorliegen, beiseite. Eins aber ist eingetreten, und das sagen wir ganz frank und frei: es war so, wie im vorigen Jahre einmal ein russischer Emigrant im Pariser Emigrantenblatt schrieb: „Rußland, — Rußland, das arme, zerschlagene verwirtschaftete Rußland ist da". Genau so war das Gefühl jetzt bei uns und in der Welt: Deutschland, das geschlagene, gedemütigte, verwirtschaftete Deutschland ist da. Die Zeitungsartikel über diesen Vertrag — mochten sie feindlich, mochten sie freundlich oder neutral sein — sprachen von unserem Deutschland, als wenn Deutschland eine Großmacht wäre. Meine Damen und Herren, das kommt von der **Aktivität**, die wir immer von der Regierung gefordert haben,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

und wir sind durchaus objektiv und vorurteilslos genug, da, wo die Regierung diese Aktivität bewiesen hat, ihr zuzustimmen.

Lloyd George selbst hat auch seine Vorwürfe entkräftet, indem er in der eben zitierten Rede vom 25. Mai ausdrücklich die Motivation für die Zwangslage und den Zwangsabschluß gegeben hat, und man wird sich in Deutschland schwerlich darauf versteifen, diesen Vertrag nun durchaus festzuhalten, wenn auf der ganzen Welt, wenn im ganzen mit Rußland ein solches Generalarrangement abgeschlossen würde, in dem diese beiden wichtigen Prinzipien des Rapallovertrages Aufnahme finden würden.

Ich brauche wohl nicht, meine Damen und Herren, uns, wenn ich so unsere Ansicht ausspreche, dagegen zu

(Dr. **Hoetzsch**, Abgeordneter.)

verteidigen, als wenn wir nun mit einem Male Freunde des **Bolschewismus** geworden seien.

(Heiterkeit und Zuruf links: In den Verdacht kommen Sie nicht!)

Ich brauche mich auch nicht zu wehren gegen Angriffe in der Richtung des sogenannten Nationalbolschewismus. Der nationalbolschewistische Unsinn findet bei meinen Freunden absolut gar keinen Platz.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen. — Na! Na! links.)

Wir überschätzen diesen Vertrag auch nicht, der ja im wesentlichen negativ ist, der aufräumt und wenigstens aufräumen will, und ich möchte ausdrücklich die Überschätzung, zu der die öffentliche Meinung zu kommen sehr geneigt war, hier zurückweisen. Wir sind erst ganz am Anfang dieser ganzen Arbeit des Wiederaufbauens Rußlands.

Darin jedenfalls haben wir gestern dem Herrn Reichskanzler auch Beifall gezollt mit der Formulierung, daß es **Deutschland und Rußland** immer am besten gegangen sei, wenn diese beiden größten Länder Europas in gutem Einvernehmen gestanden haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Nikolaus und Wilhelm! Zaristische Zeit!)

— Das ist uns egal, ob zaristisch oder sowjetistisch,

(Lachen links)

wenn — ich komme jetzt gleich darauf — diese Sowjetherren ihre Agitation, ihre Methoden nicht nach unserem Lande tragen.

(Aha! bei den Kommunisten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist uns gleichgültig, welche Regierungsgewalt da drüben herrscht. Die Forderung erfüllen wir, die wir im Kriege immer vergeblich an Sie (nach links) gerichtet haben, daß Sie nämlich Ihre Stellung zu Rußland nicht von dessen Staatsform abhängig machen sollten. Einzelne Herren, Herr Dr. Quessel zum Beispiel, waren anderer Ansicht, aber im großen und ganzen lehnte die Sozialdemokratie ja die Verständigungsmöglichkeit mit Rußland ab, weil dort der Zarismus herrschte.

(Sehr richtig! rechts. — Heiterkeit links.)

Meine Damen und Herren! Ein paar Einzelheiten aber muß ich vorbehaltlich der ganzen Ratifikationsdebatte hier noch aus dem eben gekennzeichneten Gesichtspunkte anführen. Einmal eine scheinbare Kleinigkeit, die aber wichtig ist.

Der **Schluß des Art. 4** hat zu großen und berechtigten Besorgnissen Anlaß gegeben, indem nämlich der **Grundsatz der Meistbegünstigung**, den wir uns gegenseitig zusagen, nicht erstreckt wird auf Vorrechte, die die russische Sowjetrepublik einer anderen Sowjetrepublik oder einem solchen Staate gewährt, der früher Bestandteil des ehemaligen russischen Reichs war. Genau betrachtet, konnte das heißen, daß, wenn heute in Ungarn oder Portugal eine Sowjetrepublik aufgerichtet würde, dann sofort Sowjetrußland ihr besondere Vorrechte gewähren könnte. Davon kann keine Rede sein. Wir haben festgestellt — und ich darf das hier ausdrücklich als authentische Interpretation sagen —, daß lediglich gemeint sind die Teile des früheren russischen Kaiserreichs abzüglich von Polen, auch nach russischer Auffassung. Es gehört unter diesen Art. 4 Polen, weil es nicht nur Bestandteile des früheren Rußlands, sondern auch Bestandteile Deutschlands in sich faßt, nicht darunter. Ein sehr wichtiger Gesichtspunkt für die Fortführung dieser ganzen Verhandlungen!

Aber wichtiger als dies sind die folgenden Forderungen, die wir nun hier gleich auszusprechen haben: bestimmte Voraussetzungen, die wir immer bei diesen Diskussionen wiederholt haben, sei es im Hause, sei es im Auswärtigen Ausschuß. Wir verlangen nach wie vor die ausreichende **Sühne für den Mord des Grafen Mirbach**.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Lachen auf der äußersten Linken.)

Wir halten daran als an einer Ehrenpflicht durchaus fest, und ich habe Anlaß, zu vermuten, daß auch die Sowjetregierung nicht derselben Ansicht ist wie die Herren auf der Linken, die dann immer mit dem Vorwurf der Etikettenfrage usw. kommen.

(Zurufe links.)

Wir verlangen vor allem aber Klarheit im Verzicht auf die **bolschewistische Propaganda**.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir sind uns ganz klar darüber, daß eine solche Aufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen unzweifelhaft große Möglichkeiten eröffnet für die bolschewistisch-kommunistische Agitation in unserem Lande. Daß sich selbst Herr Radek nicht unbedingt an diese Verpflichtungen hält, darüber liegen ja bereits Beweise vor.

(Unruhe links.)

Wir verlangen, daß analog und in Fortsetzung des Art. 15 im vorläufigen Wirtschaftsabkommen mit Rußland vom 6. Mai vorigen Jahres, das, wie ich gleichfalls ausdrücklich feststellen möchte, heute noch in Kraft ist, Sowjetrußland auf die Fortführung der kommunistischen Propaganda verzichtet.

(Zuruf von den Kommunisten: Fahren Sie doch nach Moskau und ergänzen Sie den Vertrag!)

— Ja, warum nicht?

(Heiterkeit.)

Ich glaube, daß es viel leichter sein würde, zwischen uns und den Sowjetherren eine Verständigung herbeizuführen, als zwischen den Sowjetherren und Ihnen.

(Große Heiterkeit.)

Ich habe für diese Voraussetzungen und Forderungen in einem Interview, das ich an die „Iswestja“ gegeben habe, die Gesamtformulierung so gewählt, daß unter allen Umständen die Deutschnationale Volkspartei die Wahrung dieser elementarsten Forderungen des internationalen Rechts von der Räteregierung verlangt. Wenn dies geschieht, sieht unsere Partei in dem Vertrag von Rapallo die Rückkehr zu der bewährten historischen Freundschaft zwischen den beiden größten Völkern Europas.

Ist das, meine Damen und Herren, der Standpunkt meiner Fraktion, so bedarf er aber noch einiger Ergänzungen. In erster Linie: es ist eine sehr begründete Besorgnis, daß kraft der Meistbegünstigung und dem, was sich daraus entwickelt, nun die Ostjuden im breiten Strome in unser Vaterland hereinwandern und hier Wohnung suchen.

(Unruhe auf der äußersten Linken.)

Meine Damen und Herren! Mit dem Zusammenbruch des russischen Reiches ist das Ostjudenproblem, das Problem dieser 5 bis 6 Millionen östlicher Juden, ins Rollen gekommen. Ich kenne die fürchterliche Lage, in der sich vielfach diese östlichen Juden in den westlichen Grenzgouvernements des alten Rußlands befanden und in der sie sich noch befinden, und als Mitleid und human empfindender Mensch bin ich auch der Ansicht, daß ihnen geholfen werden muß. Kein Mensch kann aber als Deutscher von mir verlangen, daß deshalb nun die Pforten bei uns geöffnet werden

(Dr. Hoetzsch, Abgeordneter.)

(A) sollten, damit dieser breite Ostjudenstrom nach Deutschland einwandern kann.

Unsere Freunde im Landtage haben eine Interpellation eingebracht, in der sie mit Recht darauf hinweisen, daß die Zahl der in Deutschland sich aufhaltenden Ostjuden, wie sie in der uns überreichten Denkschrift angegeben ist, zweifellos zu gering ist. In Übereinstimmung mit unseren Freunden im Landtage, die diese ganze Angelegenheit ihrerseits weiterführen werden, fordern und verlangen wir bei dieser wichtigen Gelegenheit — und das ist eine wesentliche Voraussetzung für die Zustimmung meiner Fraktion zu diesem Vertrage —, daß die deutsche Reichsregierung in dieser Beziehung darauf bedacht sein möge, der Einwanderung von Ostjuden aus Gründen, die ich hier nicht im einzelnen auszuführen habe, der Sie aber alle, auch auf der Linken, in Ihrem Innern zustimmen, Einhalt zu tun und einen Riegel vorzuschieben.

Ich füge zweitens nun noch ein Wort an, daß wir — und ich glaube, da stimmen Sie mir alle zu —, wie auch die Sozialisierungsfrage laufe, die moralische Pflicht anerkennen, die **durch die Sozialisierung in Rußland geschädigten Reichsdeutschen** unsererseits zu entschädigen, obwohl die Reparationskommission in ihrer bekannten Note uns das verbieten will.

Ich füge drittens schließlich den Wunsch hinzu, die Stellung der **russischen Emigranten,** denen wir das Gastrecht gewährt haben — ich meine die 200- bis 300 000 Russen, nicht russische Juden — bei der Neugestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland im Auge zu behalten, — —

(Zuruf von den Kommunisten: Die Weißgardisten!)

— ganz egal, ob Monarchist, ob Sozialrevolutionär oder was sonst! Wir haben diese russischen Leute als Gäste aufgenommen, und es ist eine billige Forderung

(B) bei der jetzigen Neuregelung der Beziehungen, sie etwa vor Rache sicherzustellen. Die Formen dafür werden sich finden.

Schließlich und im ganzen: Der Vertrag von Rapallo ist ein Rahmenvertrag, und was aus ihm wirklich wird, hängt ab von dem, was die weitergehenden Verhandlungen ergeben werden. Für diese steht ganz klipp und klar der Standpunkt meiner Freunde fest, den der überwältigende Teil dieses Hauses teilen wird: wir brauchen ganz bestimmte **rechtliche Garantien,** so wie sie Lloyd George von diesem **Bolschewismus** fordert. Wenn Rußland nach sowjetistischen Formen selig werden will, haben wir keinen Anlaß, es daran zu hindern. Wenn es aber mit uns Geschäfte machen will, wenn es von uns wirtschaftliche Pioniere verlangt, die wir ihnen liefern sollen, wenn es von uns Kredite verlangt, die wir ihm nur in beschränktem Maße liefern können, dann muß es sich den elementarsten Forderungen des Rechts, der Sicherung des Privateigentums und der Person, der Sicherung, zu kalkulieren und zu arbeiten, einfach fügen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Diese Rechtsgarantien herauszuarbeiten, wird eine Hauptpflicht der Regierung bei den weiterzuführenden Verhandlungen sein.

Im übrigen dürfte, wie die Dinge nun einmal liegen, dieser Vertrag von Rapallo, das einzig wirkliche Ergebnis der Konferenz von Genua, vielleicht ein Simile werden für weiteres Vorgehen der anderen Staaten. Und wenn dann diese beiden großen Grundsätze des Wiederaufbaues von Europa, die Annullierung der Kriegsschulden und die Meistbegünstigung, sich noch weiter siegreich durchsetzen wie im jetzt abgeschlossenen italienisch-russischen Abkommen, wie in dem russisch-schwedischen Abkommen, wie in dem russisch-tschechisch-slowakischen Abkommen, dann werden wir uns durchaus darüber freuen.

(C) Der **Wiederaufbau Rußlands** ist eine furchtbar schwere Sache. Ich teile nicht ganz den üblichen Pessimismus, so sehr ich vor Überschätzung warne. Denn, meine Damen und Herren, Rohstoffländer haben sich oft auch nach furchtbaren Katastrophen überraschend schnell erholt, und ich kenne den gewaltigen Reichtum des russischen Landes und die große Stärke des russischen Volkes zur Genüge, um meinerseits der privaten Überzeugung zu sein, daß, wenn die ganze Sache mehr und mehr in Gang kommt, der Wiederaufbau Rußlands schneller gehen wird, als wir denken. Das russische Problem ist im Rollen, wir sind mitten drin, und wir verlangen, daß die Regierung ihre hier bewiesene Aktivität in dieser Weise weiter beweist.

Ich komme zum Ende. Meine Damen und Herren, die Ergebnisse im ganzen in Genua einschließlich dieses Rapallovertrags sind mager, sind bestenfalls Aussichten in eine weite Zukunft hinein, und diese im Hintergrund stehenden, sich vollziehenden **neuen Mächtegruppierungen,** die ich charakterisierte, auch sie vollziehen sich langsam; England—Amerika, England—Italien, die Stellung der Kleinen Entente, die Isolierung Frankreichs usw. Wenn man als neutraler Historiker in Ruhe seinerseits diese ganzen Dinge verfolgen könnte, dann würde man sagen: ungeheuer interessant, diese langsame Entwicklung, Umgestaltung in den Mächtegruppierungen zu verfolgen! Nur, meine Damen und Herren, wir hier in Deutschland, wir sind nicht in der Lage, diese weltgeschichtliche Entwicklung zu betrachten als einen interessanten Prozeß, sondern — und nun komme ich zum Anfang zurück — für uns ist und bleibt das Nächste und die Hauptsache: die **Reparation.**

Alles das, was ich eben vorgetragen habe, es mag schön oder nicht schön gewesen sein, alles was der

(D) Reichskanzler und die beiden Parteiredner gestern gesagt haben, es mag schön oder nicht schön gewesen sein, es steht zurück gegenüber der einfachen brutalen, harten Tatsache: zunächst einmal gehen die Goldzahlungen aus dem Moratorium weiter. Zunächst also geht, wie ich das schon sagte und nicht zu wiederholen brauche, weiter diese sich immer mehr überschlagende Teuerung, diese Orgie der Preise, wie Herr Dr. Kraemer es auf der Versammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie genannt hat, gehen weiter alle diese Sorgen, von denen heute schon ein so ruhiges und voreingenommenes Blatt wie „Manchester Guardian“ spricht, der heute behauptet, daß schon a new wage of radical-social unrest über Deutschland ginge, eine neue Welle radikal-sozialistischer Unruhen. Die Gründe kennen wir, die Gründe werden verewigt durch die Fortdauer der ganzen Reparationslage.

Ein kleiner Schritt sei vorwärts getan, sagt der Herr Reichskanzler. Gut, wir erkennen das an. Aber wenn das Tempo der Entwicklung so langsam ist, so haben wir die drängende, drängende Sorge auf unserem Herzen, daß darüber unserer Volkswirtschaft und unserem Volke der Atem ausgeht.

(Zustimmung.)

Nach dieser Feststellung, der Sie alle zustimmen, die weitere Konsequenz, der Sie nicht alle zustimmen: daß die Regierung ihrerseits nicht das Nötige tut, um in dieser drängendsten und schwierigsten Sorge der Gegenwart das zu tun, was überhaupt getan werden kann. Wir verlangen von der Regierung **Aktivität** in der weiteren Ausgestaltung der Dinge nach Osten, wie ich es angedeutet habe.

Wir verlangen von ihr — nebenbei gesagt ein nicht unwichtiger Punkt — Aktivität auch in der

(Dr. Hoetzsch, Abgeordneter.)

(A) wichtigen Frage, die wir nicht ruhen und nicht rasten lassen, nach der **Kriegsschuld**.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Ich benutze die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß jetzt erfreulicherweise die große Aktenpublikation des Auswärtigen Amts zu erscheinen beginnt. Es sind sechs dicke Bände, und ich bitte Sie, die Ferienpause zum Studium derselben zu benutzen. Ich habe diese zweieinhalbtausend Seiten durchgelesen wie einen spannenden Roman, und aus der ganzen Publikation geht hervor, daß es durchaus eine Politik des Friedens war, die Deutschland trieb. Ich brauche in diesem Zusammenhang auch nur an die Feststellungen im Eisner-Prozeß zu erinnern und was damit zusammenhängt.

Aktivität der Regierung in dieser Beziehung und auch **Aktivität in der Frage der Reparation**. Ich bitte Sie sehr, meine Herren von der Regierung: machen Sie das nicht mit einer Handbewegung ab oder mit dem Hinweis darauf: Gott, wir sind ja auch der Ansicht, daß diese ungeheure Reparationslast von uns genommen werden muß; aber die Machtverhältnisse sind nun einmal so, wir sind waffenlos und machtlos geworden. Das wissen wir auch! Aber zwei Dinge sind doch nicht zu bezweifeln. Dieselbe Regierung, die der Entente gegenüber von einer Note zur anderen erklärt, daß Deutschland Goldzahlungen zu leisten nicht in der Lage ist, dieselbe Regierung erklärt von einer Note zur anderen Note gleichwohl, die verhängnisvollen Goldzahlungen weiter leisten zu wollen. Weiter steht die Tatsache fest, daß die Regierung mit uns die Meinung vertritt, daß die steuerliche Belastung unserer Volkswirtschaft die erträglichen Grenzen bereits überschritten hat, und dieselbe Regierung erklärt nun ihre Bereitwilligkeit, die Hand zu bieten zu weiteren steuerlichen (B) Belastungen der Produktivmittel unseres Volkes, zur weiteren Beraubung der Substanz der Produktion.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Da bleibt nichts anderes übrig als die Feststellung, daß die Regierung mit diesen ihren Handlungen gegen ihren Willen der französischen Gewaltpolitik geradezu in die Hände arbeitet und verlangsamend auf das Tempo in der Verschiebung jener großen Machtgruppierungen wirkt, von denen ich sprach, die zu unseren Gunsten laufen und zu unseren Gunsten laufen werden. Deshalb sind wir in allem in der Reparationsfrage die schärfsten Gegner dieser Regierung und werden es bleiben!

(Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Dr. Hoetzsch hat bereits einen Antrag erwähnt:

> Der Reichstag wolle beschließen:
>
> Der Reichstag mißbilligt, daß die Regierung bei den Verhandlungen über die Reparationsfrage in einer Weise verfährt, die mit den Rechten und der Verantwortlichkeit des Reichstags nicht vereinbar ist. Unter diesen Umständen versagt der Reichstag der Regierung das nach der Verfassung erforderliche Vertrauen.
>
> Hergt und Fraktion.

Eine Anzahl von Parteien sind von diesem Mißtrauensvotum überrascht worden und haben deshalb bei mir angeregt, die Abstimmung darüber erst morgen vorzunehmen, damit ihnen Gelegenheit zur Aussprache bleibt. Dem Wunsche muß natürlich nachgekommen werden. Ich werde vorschlagen, die Abstimmung morgen, etwa zwischen 12 und 1 Uhr, vorzunehmen. Voraussetzung ist aber allerdings, daß wir in der Aussprache über die Erklärung der Reichsregierung heute bis zu Ende kommen; denn sonst kann die Abstimmung (C) morgen um diese Zeit nicht erfolgen.

In der fortgesetzten Besprechung hat das Wort der Herr Abgeordnete Crispien.

Crispien, Abgeordneter: Der Antrag der Deutschnationalen Volkspartei charakterisiert die Unehrlichkeit der **Politik**, die von der **äußersten Rechten** getrieben wird.

(Heiterkeit rechts.)

Der Antrag richtet sich in Wirklichkeit nicht dagegen, daß der Reichstag von der Regierung nicht genügend informiert wird, sondern er richtet sich gegen die Politik der Regierung überhaupt,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und die Deutschnationale Volkspartei hat nur nicht den Mut, das auch offen und ehrlich hier von der Tribüne auszusprechen. Es ist schon charakteristisch, daß an Stelle des Herrn Helfferich der Herr Abgeordnete Hoetzsch vorgeschickt wurde, weil man weiß, daß Herr Helfferich nach seinen letzten glorreichen Heldentaten im Auswärtigen Ausschuß die Deutschnationale Fraktion gar zu sehr kompromittiert hat.

(Lärm und Heiterkeit bei der Deutschnationalen Volkspartei.)

Daß Sie jetzt einen Helfferich-Ersatz vorschicken müssen, ist ein Beweis für die Verlegenheit, in die Sie sich durch Ihre bisherige Haltung zu den vorliegenden Fragen gebracht haben.

(Zurufe rechts.)

Wenn nun Herr Hoetzsch, entsprechend dem eingebrachten Antrag der Deutschnationalen Volkspartei, gesagt hat, daß die Art, wie die Regierung in Paris verhandele, eine Verhöhnung des Parlaments darstelle, so stelle ich fest, daß Sie (nach rechts) sich in Wirklichkeit nicht gegen die Ausschaltung des Parlaments richten; Sie möchten eben eine reaktionäre Politik im Innern und nach außen be- (D) trieben haben,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

und Ihnen ist die Regierung, die jetzt besteht, noch nicht reaktionär genug.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Heiterkeit bei der Deutschnationalen Volkspartei.)

Herr **Hoetzsch** hatte den Geschmack, hier den **Dank an das italienische Volk** auszusprechen. Auch das steht nicht im Einklang mit der Auffassung, die von der Deutschnationalen Partei sonst vertreten wird. Ich berufe mich auf einen Ausspruch der „Deutschen Tageszeitung“, wo es in bezug auf den Dank des Reichskanzlers an Italien heißt:

> Kann es einen größeren Mangel an Gefühl und Würde geben als diese geschwollenen Elogen?

(Lebhafte Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

Das sind lauter Beweise dafür, daß Sie Ihre Politik verschleiern und versuchen wollen, durch eine Verwirrungstaktik Ihre reaktionären Umtriebe auf einem anderen Wege durchzusetzen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn wir fragen, welche Resultate Sie (nach rechts) zustande gebracht haben, solange Sie die Macht in Deutschland besaßen, so brauchen wir nur an den Krieg zu erinnern, an den vollkommenen Zusammenbruch, an Ihre Friedensverträge im Osten, eine Politik, die letzten Endes mit dem Vertrag von Versailles enden mußte.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das haben Sie (nach rechts) getan: **die alten Mächte.**

(Zurufe rechts.)

Leider ist die Arbeiterklasse Deutschlands nicht stark genug, jetzt auch die Verantwortung für diese Politik und die Last der Wiedergutmachung allein auf Sie (nach rechts)

(Crispien, Abgeordneter.)

(A) abzuwälzen, die eigentlich in erster Linie und mehr als irgend jemand herangezogen werden müssen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die **neuen Mächte**, die aufgetreten sind, seitdem Ihre Politik zusammengebrochen ist, haben doch immerhin schon eine **Politik der Entgiftung der außenpolitischen Atmosphäre**, der Verständigung mit anderen Völkern, der Verhandlungen, anzubahnen vermocht, und an dieser Politik werden wir nicht rütteln lassen, wir werden im Gegenteil dafür eintreten, daß sie fortgesetzt wird.

Nachdem ich das vorausgeschickt habe, werden keine Mißdeutungen möglich sein, wenn ich nun meinerseits erkläre, daß wir es nicht billigen können, wenn der Reichskanzler vor den Reichstag mit der Erklärung tritt, nur über Historisches sprechen zu wollen, nur einen Bericht zu geben über das, was gewesen ist, weil die **Verhandlungen in Paris** noch im Flusse seien und weil der Rapallovertrag dem Reichstag später noch vorgelegt werde und der Reichstag später dazu Stellung nehmen solle. Ich bin der Meinung, daß das historisch Gewordene nicht etwa ein Aktenstück darstellt, das weggelegt werden kann, um ein neues Aktenstück zu beginnen. Das historisch gewordene wirkt fort in der Politik, und wir müssen auch unsererseits von der Regierung, aus anderen Motiven, als die Deutschnationalen es tun, fordern, daß uns wenigstens in allgemeinen Umrissen erklärt wird, wie sich die Regierung die weiteren Verhandlungen in Paris denkt, und vor allem, welche Pläne sie hat, um die Politik der Wiedergutmachung im Innern Deutschlands zu betreiben.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir stehen nicht an zu erklären, daß uns die größte Besorgnis erfüllt, daß wir, seitdem wir eine Regierung Hermes haben, noch weniger Vertrauen zu der inneren Politik haben können, als das bisher der Fall gewesen ist. Wir wissen, daß die Verhandlungen, die in Paris (B) geführt werden, auf der Grundlage stattfinden, daß Deutschland zwar eine äußere Anleihe zu erhoffen hat, daß es aber auch verpflichtet werden wird, seinerseits eine Finanz- und Steuerpolitik zu treiben, durch die in Deutschland selbst das Gleichgewicht im Haushalt hergestellt wird. Damit ist ausgesprochen, daß die Deutsche Regierung, wenn sie in Paris Verpflichtungen eingeht, dann auch Verpflichtungen für die innere Finanz- und **Steuerpolitik** übernimmt. Wir können unsererseits dem Herrn Minister **Hermes** am allerwenigstens eine Blankovollmacht ausstellen,

(lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

wir können uns am allerwenigsten damit abfinden, daß Herr Hermes für die deutsche Regierung Verpflichtungen übernimmt, die dann die deutschen arbeitenden Massen tragen müssen. Wir möchten deshalb von der Regierung hören, welche Pläne sie eigentlich verfolgt und ob Herr Hermes in Paris wie bisher darauf loswirtschaften kann. Darüber, daß Wirth sich in der Regierung nicht hat durchsetzen können, trotz seiner sachlich durchaus berechtigten Bedenken gegenüber der Art, wie Hermes Politik auf eigene Faust betreibt, ist uns auch die rechtssozialistische Partei Aufklärung schuldig. Wir möchten wissen, ob auch die rechtssozialistischen Mitglieder der Regierung Hermes gegen Wirth gestützt haben und ob die Rechtssozialisten bereit sind, Hermes eine Blankovollmacht für seine fernere Politik zu geben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Darüber hat sich Herr Müller in allen Tonarten ausgeschwiegen. Er hat sich nur über die Behauptung entrüstet, daß neben dem Rapallovertrag mit Rußland Geheimabkommen abgeschlossen sein sollen, und angekündigt, daß solche Geheimabkommen den schärfsten Widerspruch der Rechtssozialisten auslösen würden.

Was bisher von den **Absichten der Regierung** bekannt geworden ist, sind: ein Sparsystem, weitere Tariferhöhungen bei Post und Eisenbahn und neue Steuern. (C) Von der Zwangsanleihe wissen wir, daß sie nach dem Diktat der Deutschen Volkspartei nur verwandt werden darf für die Zahlungen auf Grund der Sachlieferungen, für Besatzungskosten und einige andere Posten der inneren Belastungen durch den Friedensetat. Wir haben die Befürchtung, daß die Regierung das **Programm der Deutschen Volkspartei** restlos auszuführen entschlossen ist.

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Sie halten die Regierung für viel zu vernünftig!)

Seitdem Herr Hermes über Wirth triumphiert hat, wird man auch daran gehen, dem Verlangen der deutschen Volkspartei entsprechend die Reichsbetriebe zu „entpolitisieren", das heißt, die Reichsbetriebe in den Besitz des Privatkapitals zu überführen, zunächst in vorsichtiger verschleierter Form, dann immer offener und rücksichtsloser. Wenn die **Reichsbetriebe** heute noch eine **Defizitwirtschaft** haben, so ist das nicht zuletzt auf die Sabotage der Schwerindustrie und des Finanzkapitals zurückzuführen.

(Erstaunte Zurufe rechts.)

— Sie fallen aus allen Wolken, nicht wahr, Sie tun harmlos, Sie wissen natürlich nichts von allen diesen Dingen.

(Lachen und Zurufe rechts.)

Es ist kein Geheimnis, daß die Reichsbetriebe belastet sind mit den ganzen Lasten der Kriegsfolgen, die zuerst den Reichsbetrieben abgenommen werden müßten, um sie wirtschaftlich zu gestalten. Ferner wissen wir, daß die Schwerindustrie und das Finanzkapital die Lieferungen, die sie für die Reichsbetriebe auszuführen haben, derart verteuern, daß dadurch die Defizitwirtschaft mit verursacht wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir wollen deshalb, daß die Reichsbetriebe nach modernen (D) industriellen und kaufmännischen Grundsätzen unter Mitbeteiligung der Arbeiter, Angestellten und Beamten umgestaltet werden und daß aus diesen alten bureaukratischen Betrieben, die heute wehrlos dem Finanzkapital ausgeliefert sind, selbständige Betriebe gemacht werden, die dann verbunden werden mit den Kohlen- und Eisenindustrien und die sich dann in sich selbst genügen können.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie aber sabotieren nicht nur im Reich, sondern auch in den Gemeinden die Betriebe. Sie haben das Geld in Händen, sie beherrschen die Industrie, sie wollen eben alle diese Betriebe als Reichs- und Gemeindebetriebe zugrunde wirtschaften, damit sie schließlich eine leichte Beute für das Privatkapital werden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Außerdem haben wir die allergrößten Bedenken, daß die Angriffe gegen den Achtstundentag und gegen das Koalitionsrecht, die verstärkt einsetzen, durch Ihre ganze Politik unterstützt und auch durch die Politik des Herrn Hermes gefördert werden. Sie haben sich auch in der Technischen Nothilfe eine weißgardistische Organisation gegen die Gewerkschaften geschaffen,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — Lachen rechts)

um die Arbeiter wirtschaftlich niederzukämpfen und politisch zu vernichten.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie begründen das mit der Behauptung, die erste Voraussetzung für eine Gesundung der Wirtschaft in Deutschland wäre eine **Steigerung der Produktivität des Arbeitsprozesses**.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Sehr wahr!)

Soweit ganz gut! Sie wollen jedoch dieses Ziel erreichen

(Crispien, Abgeordneter.)

(A) durch die Beseitigung des Achtstundentages, des Koalitionsrechtes, durch die Entrechtung der Arbeiter.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

Das wäre der Weg, die Produktion in Deutschland zu zerrütten, nicht sie zu fördern. Im Gegenteil, die Ergiebigkeit der Produktion in Deutschland kann nur gesteigert werden, wenn auch die deutschen Unternehmer endlich dem deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten auskömmliche Löhne und Gehälter zahlen würden,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

wenn die deutschen Kapitalisten nicht auf Kosten der Hungerlöhne, die in Deutschland bezahlt werden, auf dem Weltmarkte draußen eine Schmutzkonkurrenz betreiben.

(Erneute Zustimmung.)

Denn immer noch sind es die deutschen Kapitalisten, die viel weniger an Lohnkosten aufzubringen haben als der englische Kapitalist, als der amerikanische, ja zum Teil selbst als der Kapitalist in Japan. Deshalb sind wir der Meinung, daß die Produktivität der Produktion bei uns nur erhöht werden kann, wenn die Arbeiter materiell und geistig in ihrer Lebenshaltung gehoben werden, wenn sie in ihren Rechten nicht bedroht werden, sondern wenn ihre Rechte erweitert werden und sie solche Löhne und Gehälter bekommen, daß die Kaufkraft der arbeitenden Masse gesteigert wird. Die Produktion kann sich nicht entfalten, wenn ihr nicht ein entsprechender Konsum gegenübersteht.

Wir verlangen deshalb eine vollkommen andere **Wirtschaftspolitik in Deutschland.** Die Sozialisierung soll nicht als erledigt betrachtet werden. Die Sachwerte müssen herangeholt werden. In der englischen Finanzpolitik haben wir ja praktische Beispiele dafür, wie selbst eine bürgerliche Regierung Finanzpolitik betreiben kann, ohne daß, wie in Deutschland, die Finanzen immer mehr

(B) zerrüttet werden. Ich erinnere nur daran, daß in **England** zum Beispiel die **Kriegsgewinnsteuer**, die dort schon seit dem Jahre 1915 bestanden hat, insgesamt einen Ertrag von 1½ Millionen Pfund, also 30 Milliarden Goldmark gebracht hat.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was haben dagegen die deutschen Besitzenden getan, um für die Aufbringung der Kriegslasten ihre Taschen zu öffnen? Nichts! Sie haben schöne Reden gehalten von den unerhörten Reparationsforderungen, die uns zugemutet werden, aber sie schleppen das Kapital ins Ausland,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

leisten der **Steuerdrückebergerei**, den Steuerschiebungen, den Gewinnverschleierungen Vorschub. Ihre Freunde und Bundesgenossen schämen und besinnen sich keinen Augenblick, ihrem teuren Vaterlande Geldkapital zu entziehen, das schon einen großen Teil der Summen hätte tilgen können, die das deutsche Volk infolge Ihrer Politik zu zahlen hat.

(Wiederholte lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie sprechen von Aktivität, die die Regierung entfalten soll. Wir wissen, was Sie damit meinen. Sie wollen eben, daß mit der Politik der Verständigung mit anderen Völkern, mit der Politik der Wiedergutmachung gebrochen werde. Das haben ja auch die Herren Stinnes, Helfferich und Becker ganz offen ausgesprochen — zum Überfluß lesen wir es täglich in der bürgerlichen Presse —, es sei gar nicht schlimm, wenn **weitere deutsche Gebiete besetzt** werden würden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Rufe rechts: Unerhört!)

Sie haben gesagt, das sei durchaus nicht so gefährlich.

(Erregte Rufe rechts: Unwahrheit!)

— Lieber Herr Kahl, Sie können hundertmal „Unwahrheit" schreien, die Wahrheit bleibt doch bestehen! Lesen Sie bitte Ihre eigene Presse, die das ausdrücklich unter Namensnennung auch (C)

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

gestern abend und heute früh wieder festgestellt hat.

(Zurufe rechts: Wo denn?)

— In der „Deutschen Allgemeinen", in der „Morgenpost", im „Lokalanzeiger" — in vielen andern solcher Zeitungen finden Sie Angaben über Angaben darüber.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir brauchen aber gar nicht einmal Ihre Presse zu lesen.

(Zurufe rechts.)

Wir sind ohnehin Ohrenzeuge gewesen von den Äußerungen von Stinnes und Helfferich, die erklärten, es sei noch lange nicht so schlimm, wenn deutsches Gebiet besetzt werden würde,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

als wenn der Besitz neue Zahlungen übernehmen soll.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Unruhe rechts.)

Wir wissen ohnehin längst, daß das **Kapital international** ist und vaterlandslos.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Begriffe Vaterland und Vaterlandsliebe haben Sie nur für die dummen Massen, um sie für Ihre Politik einzufangen. Das deutsche Kapital ist so international wie das Kapital irgendeines anderen Landes.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir wissen, daß in der deutschen Großindustrie Befürchtungen bestehen, daß das deutsche Proletariat die Forderungen der Sozialisierung mehr als je wieder in den Vordergrund seiner Politik stellen könnte, und wenn auch im Augenblick die deutsche Arbeiterklasse aus vielen Gründen nicht so aktionsfähig ist, wie wir es wünschen und wie es nach unserer Überzeugung früher oder später werden wird, so wissen wir, daß man befürchtet, in Deutschland könne das **Privateigentum** an den Produktionsmitteln eingeschränkt werden. Sie wissen, daß die französischen Bajonette in Deutschland das Privateigentum der deutschen Kapitalisten ebenso verteidigen wie das Privateigentum der französischen Kapitalisten in Frankreich, (D)

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und daß Sie in den fremden Armeen vielleicht einen besseren Schutz haben als selbst in der deutschen Reichswehr, die Ihnen in manchen Beziehungen nicht mehr zuverlässig genug erscheint. Für 100 Prozent Gewinn tut jeder Kapitalist das, was Sie sonst Vaterlandsverrat nennen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Große Unruhe und Pfui-Rufe rechts.)

Das lehrt uns die Geschichte der kapitalistischen Entwicklung. Man plaudert damit gar keine Geheimnisse aus, man kann es belegen, wenn man Blatt um Blatt die Geschichte der kapitalistischen Entwicklung aufschlägt.

(Zurufe rechts.)

Deshalb wenden wir uns mit aller Kraft gegen die Methoden einer **Katastrophenpolitik**, wie sie von den **Deutschnationalen** und von der **Deutschen Volkspartei** — von anderen Parteien vielleicht weniger offen — betrieben wird, eine Politik, die verhetzend und verwirrend wirkt, die Kriegsgefahren in sich birgt und die wir deshalb auf das allerschärfste bekämpfen.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir wollen national und international eine Politik haben, die die arbeitenden Massen zusammenführt, sie stärkt und sie fähig macht, aktiver für die sozialistische Bewegung zu werden.

(**Crispien**, Abgeordneter.)

(A) Herr Wirth hat gestern die Frage gestellt: was sollte Genua sein und was ist aus Genua geworden? Er sagte dann, daß **die große Idee von Genua**, die darin bestand, daß Genua ein Weltkongreß aller Völker werden sollte, beeinträchtigt wurde von Amerika, indem es fern blieb, und von Frankreich, indem es das Programm von Genua eingeschränkt hat. Herr Dr. Wirth hätte ruhig hinzufügen können, daß die Idee von Genua auch eingeschränkt wurde durch das Auftreten der deutschen Delegation in bestimmten Fragen, auf die ich noch zu sprechen komme, und auch von England selbst. Ich erinnere an die Verhandlungen über die Ausbeutung der Petroleumfelder. Uns kann man damit nicht blenden, wenn sich **kapitalistische Regierungen** zusammenfinden und verkünden, sie wollten neue Menschenrechte verkünden, sie möchten die hungernden Völker retten. Ich stelle fest, daß der Völkerbund, dessen Vertreter auch in Genua waren, die wiederholten Forderungen Nansens, sofort den russischen Hungernden praktisch zu helfen, kaltlächelnd abgelehnt hat. Kapitalisten werden nicht vom Gewissen getrieben, wenn Millionen von Menschen hungern, wenn in Deutschland das arbeitende Volk an chronischer Unterernährung zugrunde geht in qualvoller, langsamer Weise, die deshalb durchaus nicht menschlicher ist. Wie wissen, daß man in Genua wie auf allen Konferenzen der kapitalistischen Regierungen sich nicht um Menschenrechte die Köpfe zerbricht, sondern um Gewinne, um Sicherungen der Kapitalsanlagen.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Das ist „die große Idee“ von Genua, von der das Proletariat aller Länder nichts zu hoffen hat. Es ist nur eine Irreführung, wenn man uns einreden will, in Genua kämpften zwei Mächte miteinander, die Kapitalisten und die Sozialisten. Die Sozialisten waren meines Wissens in Genua gar nicht vertreten. Dort hat man Geschäfte (B) miteinander machen wollen, und jede Regierung suchte die andere zu übertölpeln durch diplomatische Kunststücke. Wir wissen, hinter diesen diplomatischen Kunststücken lauern immer Kriege. Die brutale Gewalt ist ihr letztes Mittel, an das die Kapitalisten immer appellieren, wenn sie mit ihren diplomatischen Künsten am Ende angelangt sind.

Daß **Amerika** sich nicht an Genua beteiligt hat, hat ganz bestimmte Gründe. Ich möchte an die Konferenz erinnern, die in Washington abgehalten wurde, und die für die Weltpolitik große Bedeutung hat. In Washington hat man das Problem zu lösen versucht, wie man die stärksten Kriegsrüstungen mit den geringsten Kosten betreiben kann. Man hat dort ein Flottenabkommen zwischen Amerika und England getroffen, um den angelsächsischen Staaten, die jetzt nach dem Kriege am mächtigsten sind, die Herrschaft über die Meere sicherzustellen. Für Europa wurde das Programm aufgestellt, das von den angelsächsischen Nationen gewünscht wird, daß in Europa an die Stelle der bisherigen Politik des Gleichgewichts die **Politik eines europäischen Konzerts** tritt. Man wünscht also nicht, daß in Europa einzelne Staaten Bündnisse miteinander abschließen. Man will, daß sich alle Staaten gemeinsam verständigen, weil die amerikanischen Finanzkapitalisten, die ihr Goldkapital in produktives verwandeln möchten in Rußland, Asien und Deutschland, gegenwärtig nicht Krieg brauchen können, um ihre Warenproduktion zu fördern, sondern Verständigung. Diese Phase der kapitalistischen Akkumulation erfordert eben friedliche Verhältnisse, weil es sonst nicht möglich ist, Warenabnehmer und Warenlieferanten zu gewinnen. Wenn der Herr Reichskanzler bedauert hat, daß Amerika von Genua ferngeblieben ist, dann hätte er dafür sorgen müssen, daß in Genua auch von der deutschen Delegation nicht eine Politik betrieben wurde, die gerade auch in Amerika von neuem verletzend wirken mußte, indem man in Genua Sonderabmachungen (C) mit einem einzelnen Staat getroffen und so die Idee, die Amerika und England dort gern vertreten gesehen hätte, durchkreuzt hat. Amerika hat gesagt: wir beteiligen uns erst an dem Wiederaufbau Europas, wenn es zu einem sogenannten Konzert in Europa gekommen ist. Diese Politik wurde in Genua nicht befolgt, und deshalb die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit englischem und amerikanischem Finanzkapital wegen der internationalen Anleihe.

Kritisch zu betrachten ist darum der **Abschluß des Vertrags zwischen der deutschen und der russischen Regierung.** Es war sehr charakteristisch, daß ein deutschnationaler Abgeordneter, Herr Hoetzsch, heute erklärt hat: nachdem die Bolschewisten auf eine bolschewistische Propaganda in anderen Staaten verzichten, nachdem sie jetzt überhaupt Konzessionen machen, könnten sich die **Deutschnationalen**, das heißt: die Schwerindustrie, das Finanzkapital, das reaktionärste Kapital überhaupt, viel leichter mit den Bolschewisten verständigen als mit den Unabhängigen Sozialdemokraten. Ich stelle das ausdrücklich fest und bestreite das durchaus nicht. Denn die Kapitalisten wissen sehr gut, daß von der Unabhängigen Sozialdemokratie der Sozialismus vertreten wird und daß wir nicht daran denken, ihn irgendwie zugunsten einer kapitalistisch orientierten Politik preiszugeben.

Was den Rapallovertrag anbetrifft, so erinnere ich daran, das die **Unabhängige Sozialdemokratie** seit jeher die Aufnahme wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen mit Sowjetrußland gefordert hat. Wir waren es, die im Reichstage auch eine entsprechende Interpellation eingebracht haben. Wir haben sie hier vertreten und begründet. Was mußten wir von den Deutschnationalen, von der Deutschen Volkspartei, von den anderen bürgerlichen Parteien bis hinein in das Lager der Rechtssozialisten hören? Man sagte uns: wir können mit der (D) bolschewistischen Regierung keine Verträge abschließen; der Mord an Mirbach ist nicht gesühnt; es droht die bolschewistische Gefahr in Deutschland, wenn es die bolschewistische Regierung in Rußland anerkennt. Es waren gerade die rechten Parteien dieses Hauses, die mit Hohn und Spott, mit Verleumdung und mit allen Mitteln gegen die Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen mit Sowjetrußland gearbeitet haben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Heute ist das Bild anders geworden. Heute sind es ausgerechnet die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, die diesen Vertrag begrüßen und auf einmal Freunde der bolschewistischen Regierung geworden sind.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Geschäft! Non olet!)

Wir wissen sehr wohl, aus welchen Gründen. Mit der Erklärung der Regierung, daß sie keinen **Geheimvertrag** abgeschlossen hat, und mit der großen Pauke von Müller, wenn ein Minister in der Regierung wäre, der Geheimverträge abgeschlossen hätte, so würden die Sozialdemokraten ihn stürzen, kann man doch nur politische Kinder irgendwie erschrecken oder irgendwie beruhigen. Man braucht doch gar nicht offizielle Verträge über bestimmte Punkte abzuschließen. Das braucht die Regierung gar nicht zu wollen; ich glaube sogar, daß Wirth und diejenigen, die mit ihm eines Sinnes sind, gar nicht daran denken, irgendwie diesem Vertrag einen militärischen Charakter zu geben. Aber wir wissen doch, daß in **Deutschland** andere Mächte eine **Nebenregierung** etabliert haben,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß es der deutschen Regierung bisher nicht gelungen ist, dieser Nebenregierung Herr zu werden.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Crispien**, Abgeordneter.)

(A) Herr Hermes scheint uns in manchen Fragen so eine Art von Verbindungsoffizier zwischen der offiziellen Regierung und der geheimen Nebenregierung zu sein.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese Nebenregierung in Deutschland ist das Finanzkapital, ist die Schwerindustrie, sind die Stinnes-Leute, sind die Helfferich-Leute, die mit Absicht diesem Vertrage, entgegen dem ausgesprochenen Willen der Regierung, einen politisch agressiven, ja einen militärischen Charakter geben möchten.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Das ist „national", Herr Crispien! — Gegenruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Aber wahr ist es!)

— Es ist durchaus „national", von Ihrem Standpunkte aus, wie Sie handeln; das kennzeichnet ja Ihren Nationalismus. Wir sind nicht in diesem Sinne national.

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Es ist „national", wenn Sie das von der Tribüne des Deutschen Reichstags herunter sagen!)

— Wir vertreten hier die Interessen des Proletariats, des deutschen Proletariats und des Proletariats der übrigen Länder und haben keine Gemeinschaft mit den nationalistischen Gefühlen deutscher Kapitalisten,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die mit ausländischen Kapitalisten über das Wohl und Wehe der arbeitenden Klassen Deutschlands und anderer Länder Schacher treiben, und Wohl und Wehe der arbeitenden Klassen ihren Profitinteressen opfern.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was haben wir denn, als der **Vertrag** abgeschlossen war, in der „Deutschen Tageszeitung", in der **Presse der bürgerlichen Parteien** überhaupt gelesen? Was hat auch der Abgeordnete Hugo erklärt, was haben andere gesagt? (B) Sie haben gesagt, der Abschluß dieses Vertrages bedeute einen Bruch mit der Entente, bedeute den Bruch mit der Wiedergutmachungspolitik; endlich sehe man einmal eine deutsche Tat. Ich will nicht näher darauf eingehen, worin diese „deutsche Tat" bestanden hat. Wenn man bei Nacht und Nebel einen derartigen Vertrag Hals über Kopf zustandebringt, ohne sich vorher über die Bedeutung aller seiner einzelnen Bestimmungen klar zu sein, dann kann man nicht von einer Tat reden. Was haben wir hier als Grund dafür gehört, daß ausgerechnet in Genua dieser Vertrag zustandekam, auf jener Konferenz, von der Wirth gesagt hat, sie sollte eine Konferenz aller Völker sein, sie sollte solidarische Vereinbarungen aller dieser Völker zustandebringen und sollte einen Bruch bedeuten mit der Bündnispolitik einzelner Staaten, gegen andere Staaten. Die deutsche Delegation hat selber dazu beigetragen, diese Idee von Genua zu durchkreuzen. Was wurde angeführt? Wir mußten in Rapallo den Vertrag abschließen, sagte Herr Wirth, solange die Konferenz noch zusammen war, weil sonst Deutschland ausgeschaltet worden wäre; die Entente hätte mit Rußland einen Vertrag allein abgeschlossen, und Deutschland hätte das Nachsehen gehabt. — Dann frage ich die Regierung, ob sie bis Genua so kurzsichtig gewesen ist, die Dringlichkeit eines Vertrags mit Rußland nicht zu erkennen. Warum hat sie nicht lange vor Genua, vor Jahr und Tag einen solchen Vertrag abgeschlossen?

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Warum hat die Regierung bis zu Genua damit gewartet? Und wenn sie schon bis zu Genua gewartet hat, dann hätte es gar nichts geschadet, auch noch einige Wochen bis nach Genua zu warten, umso weniger, da doch alle Welt sich darüber klar ist, auch die Bolschewisten von Rußland, daß dieser **Vertrag** leider **einstweilen praktisch** fast gar **keine Bedeutung** haben kann. Rußland braucht Industrieprodukte, die Deutschland zwar liefern kann, die Rußland aber nicht in Agrarprodukten oder in Gold bezahlen kann. (C) Rußland braucht Kredite, Warenkredite von Deutschland, von demselben Deutschland, das sich selber um Kredite bemüht. Also praktisch kann der Vertrag — leider, sage ich — sich zunächst gar nicht auswirken. Um so weniger war Anlaß vorhanden, in Genua solch eine Geschichte Hals über Kopf zu machen.

Herr Wirth hat sich auf den Art. 116 des Friedensvertrags berufen. Ich möchte von der Regierung einiges darüber hören, wie sie den **Art. 117 des Friedensvertrags** in seinem **Verhältnis zum Rapallovertrag** beurteilt. Art. 117 sagt:

> Deutschland verpflichtet sich, die volle Rechtskraft aller Verträge und Vereinbarungen anzuerkennen, die von den alliierten und assoziierten Mächten mit den Staaten abgeschlossen werden sollten, die sich auf dem gesamten Gebiete des ehemaligen russischen Reiches, wie es am 1. August 1914 bestand, oder in einem Teile desselben gebildet haben oder noch bilden werden.

Also Deutschland ist nach Art. 117 des Friedensvertrags verpflichtet, alle Vereinbarungen und Verträge anzuerkennen, die zwischen den Ententemächten und Rußland abgeschlossen werden.

Tatsächlich war auch die **Folge dieses Sonderbündnisses** in Genua eine Isolierung Deutschlands in erster Linie, eine Isolierung Rußlands vorübergehend. Rußland hat inzwischen einen neuen Vertrag mit Italien, Belgien, Frankreich und Japan abgeschlossen, und Deutschland kann an den weiteren Verhandlungen der genannten Staaten mit Rußland im Haag nicht teilnehmen. Das ist nicht zum geringen Teil auch eine Wirkung jener Politik, die in Genua von der deutschen Delegation betrieben wurde.

Ich möchte ferner Aufklärung darüber haben, wie der **Art. 5 des Rapallovertrags** aufzufassen ist, und zwar deshalb, weil dieser Artikel lebhafte Bedenken in Frankreich weckt und weil seine Auslegungen durch Nationalisten (D) der verschiedenen Länder die Arbeit der französischen Proletarier gegen die Kriegspolitik der Regierung Poincaré erschwert. Art. 5 sagt nämlich:

> Die beiden Regierungen

— die deutsche und die russische —

> werden wirtschaftlichen Bedürfnissen der beiden Länder in wohlwollendem Geiste entgegenkommen. Bei einer grundsätzlichen Regelung dieser Fragen auf internationaler Basis werden sie in vorherigen Gedankenaustausch eintreten.

Darin kann liegen, daß sich Deutschland und Rußland über ihre auswärtige Politik verständigen, und daß dadurch auch dieser Vertrag, der rein wirtschaftlicher Art sein soll, eine politische Spitze gegen andere Staaten bekommt, die nicht dazu beitragen kann, ein erträgliches Verhältnis in Europa wieder anzubahnen. Wir sind auch heute noch für wirtschaftliche Beziehungen mit Sowjetrußland, aber wir werden jede militaristische Politik bekämpfen, wie sie von den Deutschnationalen, von der Deutschen Volkspartei, von andern Parteien durchzuführen versucht wird, wie jeden Versuch, aus einem reinen Wirtschaftsvertrag ein militärisches Abkommen zu machen. Ich erinnere auch daran, daß die Reden Trotzkis nicht dazu beitragen, die militärischen Spannungen in Europa zu verkleinern, und es ist ferner in der Presse heute veröffentlicht, daß die **deutsche Reichsregierung mit Georgien, der Ukraine und Tschita in Verhandlungen** eingetreten sei. Es heißt im „Lokalanzeiger" von heute früh:

> So wird von russischer Seite behauptet, daß nach dem Abschluß des Rapalloabkommens zwischen Rathenau und Tschitscherin die deutsche Vertretung in Genua von französischer Seite nachdrücklichst verwarnt worden sei, einen der-

(Crispien, Abgeordneter.)

(A) artigen Vertrag nun etwa auch noch mit der Ukraine abzuschließen. Die deutsche Delegation habe infolge dieser französischen Verwarnung nicht den Mut gefunden, den von Rakowski für die Ukraine ebenfalls bereits fertiggestellten Handelsvertrag zu unterzeichnen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich glaube, daß die Regierung an diesen Veröffentlichungen nicht mit Stillschweigen vorübergehen kann. Sie bestärken uns aber in der Ansicht, daß es kindisch ist, uns zuzumuten, über alle diese Dinge im Reichstag zu schweigen, kein Wort darüber zu sagen und abzuwarten, was die Regierung tun wird, und was sie an endlichen Resultaten fertigbringen wird. Eine solche Politik des Versteckspielens finden wir weder in England noch in Frankreich. Es ist eine kindische Ansicht, sich einzubilden, daß öffentliche politische Auseinandersetzungen über wichtige politische Fragen in kritischen Stunden schädlich wirken können. Im Gegenteil: es ist ein Grad für die politische Reife eines Volkes, wenn alle wichtigen Fragen, die seine Lebensinteressen berühren, in breitester Öffentlichkeit besprochen werden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir fordern, daß die Regierung uns ganz offen erklärt, welche Politik sie getrieben hat. Sie hat nicht einmal alles historisch Gewordene berichtet, wie die von mir zitierten Veröffentlichungen der Zeitungen beweisen. Deshalb glaube ich, daß die Regierung noch manches nachzuholen hat. Wir erwarten von ihr noch bestimmte Erklärungen über die Fragen, die ich im Namen meiner Freunde gestellt habe.

Wir wollen nicht, daß Rußland eine Beute des Kapitals wird, wir wollen nicht, daß Rußland dem internationalen Kapital wehrlos ausgeliefert wird. Wenn Sie glauben, daß der **Zusammenbruch des bolschewistischen** (B) **Rußland** einen **Bankerott des Sozialismus** darstellt, dann sind Sie gewaltig im Irrtum!

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Nicht des Sozialismus, aber des Kommunismus.)

— Kommunismus und Sozialismus, mein lieber Herr, das ist dasselbe. Es sind nur andere Namen für dieselben Ideen und Grundsätze. Freilich, Ihnen ist die Geschichte des modernen Sozialismus ein Buch mit sieben Siegeln. — Sie übersehen vollkommen, daß die Sozialisten der bolschewistischen Politik immer kritisch gegenübergestanden haben, und daß man nicht von einem Zusammenbruch des Sozialismus sprechen kann, wo in Rußland nichts anderes als die bolschewistische Politik bankerott geworden ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dem Nationalismus, wie er von dem Kapitalismus vertreten wird, setzen wir die Politik der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse entgegen. Wir täuschen uns nicht darüber: die **kapitalistische Gesellschaft** erzeugt **Widersprüche,** die sie gar nicht lösen kann: auf der einen Seite die internationale Wirtschaft und auf der anderen Seite im Widerspruch dazu nationale Grenzen, Zölle, nationale Währungen, die Trennung der internationalen Wirtschaft nach politischen, militärischen und nationalistischen Grundsätzen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist ein Widerspruch, der nicht gelöst werden kann, ohne den Kapitalismus selbst zu beseitigen. Wir sehen, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln zur Planlosigkeit der Arbeit, zur Anarchie führen muß, und daß der Konkurrenzkampf der Kapitalisten überall gegeneinander tobt, im Krieg, im Völkerbund, auf den Konferenzen, im Lande und international. Wir sehen auf der einen Seite die wachsende Vergesellschaftung der Produktionsmittel in den Unternehmer- (C) organisationen, die im Widerspruch steht zur Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Alle diese Widersprüche, alle diese verhängnisvollen Resultate Ihrer Politik, die immer neue Krisen erzeugen, immer neue Kriege, immer neuen Untergang von Millionen Menschen, — alle diese Dinge können nicht beseitigt werden, ohne auch zugleich den Kapitalismus zu beseitigen. Die Aufgabe der Arbeiter ist es, daß sie diese Gefahren erkennen, daß ihre Bewegung im Geiste des Sozialismus geführt wird, damit wir die **sozialistische Organisation der Gesellschaft** erreichen, um Krisen zu vermeiden, Katastrophen und Untergang von Millionen von Menschen.

Aber wir können nicht warten, bis das Ziel erreicht ist. Wir unterstützen bis dahin die Politik, die darauf eingestellt ist, Teillösungen, Erleichterungen herbeizuführen, die wir brauchen, um kampffähig zu bleiben, um eben nicht vollkommen ohnmächtig dem Kapitalismus ausgeliefert zu sein. Deshalb unterstützen wir jede Politik der Verständigung mit anderen Völkern.

Das tun wir nicht, um auf die proletarische Revolution zu verzichten, sondern um die proletarische Revolution vorzubereiten.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das tun wir nicht, um Kompromisse zwischen Kapital und Arbeit abzuschließen, das tun wir, um den Sieg der proletarischen Revolution sicherzustellen und den Sieg der proletarischen Revolution herbeizuführen über den Kapitalismus.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen).

Dr. **Becker** (Hessen), Abgeordneter: Meine verehrten Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, (D) mich in eine Auseinandersetzung mit dem Abgeordneten Crispien über seine letzten Ausführungen einzulassen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das würde Ihnen nicht gut bekommen!)

Ich glaube, dazu ist die Zeit heute nicht geeignet. Drängendere Dinge verlangen eine Erörterung als grundsätzliche Auseinandersetzungen über Kapitalismus, Sozialismus, Kommunismus, Bolschewismus und wie die verschiedenen „Ismen" alle heißen.

(Lachen und Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Nationalliberalismus!)

Ich würde auch glauben, es wäre ein Versuch am untauglichen Subjekt,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

wenn ich versuchen wollte, gegen das zu polemisieren, was der Abgeordnete Crispien vorgetragen hat.

Ich widerstehe auch der Versuchung, eine allgemeine Auseinandersetzung über die Frage der Erfüllungspolitik fortzusetzen, die in einzelnen Redewendungen der Herren Vorredner, insbesondere von gestern, angeschnitten worden ist. Ich möchte insbesondere dem **Kollegen Marx** nicht auf das Gebiet folgen, das er betrat, als er davon sprach, wenn wir Fortschritte seit der Revolution erzielt hätten, so sei das der Politik zu verdanken, die die Koalitionsparteien getrieben hätten, und wenn die Einheit des Reichs in dieser Zeit erhalten geblieben sei, so verdanke man das nicht uns — er meinte damit die Oppositionsparteien —, sondern so sei das eine Folge „unserer" Politik — wie er sich ausdrückte —, der Politik der Koalitionsparteien und ihrer Regierungen. Meine verehrten Damen und Herren, ich glaube, man sollte weniger theoretische Auseinandersetzungen über die Erfüllungspolitik pflegen, als sich etwas mehr praktisch

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) in das Kapitel der Erfüllung oder Nichterfüllung vertiefen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Man sollte mehr praktisch die Frage anpacken, was und wie man erfüllen kann, wie weit man erfüllen kann, und auf welchem Wege man es am zweckmäßigsten erreicht, die Reparationsverpflichtungen, die uns nun einmal diktatmäßig auferlegt sind, auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Man sollte vor allem auch nicht so viel davon reden, wem es zu verdanken ist, daß die Einheit des Reichs uns trotz aller Stürme, die in den letzten Jahren über uns hingegangen sind, erhalten bleiben konnte.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Man könnte darüber manches sagen, was vielleicht gerade dem Kollegen Marx und seinen Freunden unbequem sein könnte, von mancherlei Reden, von mancherlei Maßnahmen, von mancherlei Akten der Gesetzgebung, die nicht zentrifugal, sondern zentripetal wirken mußten,

(sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei)

die sehr stark von den Freunden des Kollegen Marx unterstützt wurden und auf ihr Schuldkonto zu schreiben sind.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich glaube, deutlicher brauche ich in dieser Beziehung nicht zu werden, ich möchte es auf jeden Fall vermeiden, noch deutlicher das auszusprechen, was ich dabei im Sinn habe. Der Herr Kollege Marx wird schon verstehen, was ich damit meine.

Was die **Ausführungen des Kollegen Crispien** anbetrifft, so möchte ich nur auf ein paar Dinge eingehen, die Widerspruch notwendig machen, damit sie nicht ganz unwidersprochen in die Öffentlichkeit hinausgehen. Herr Crispien hat gemeint, die deutsche Regierung (B) handle insbesondere auf dem **steuerlichen Gebiet** nach dem **Diktat der Deutschen Volkspartei**. Ach, wenn sie das nur täte!

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich glaube, es wäre kein Unglück, wenn sie sich zwar nicht nach dem Diktat, aber nach den Wünschen der Deutschen Volkspartei etwas mehr richten würde, als sie es bisher getan hat, nach den Wünschen, die übrigens nicht nur die Wünsche der Deutschen Volkspartei sind, sondern die — ich möchte annehmen — von der Sozialdemokratie bis hinüber in die Deutschnationale Fraktion zum großen Teil unterstützt worden sind.

Wenn aber Herr Crispien sich auf das Gebiet finanzpolitischer Betrachtungen verirrt

(sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei)

und sich insbesondere Betrachtungen darüber hingegeben hat, daß die Kreise, die hinter der Deutschen Volkspartei stehen — natürlich nur die schwerindustriellen Kreise, obgleich er eigentlich, wenn er die Zusammensetzung unserer Fraktion sich ansähe, derartig wahrheitswidrige Behauptungen nicht aufstellen könnte — —

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ein paar junge Männer!)

— Ach, Herr Kollege Crispien, ich will Ihnen eins sagen: junge Männer der Schwerindustrie oder junge Männer des Herrn Stinnes — ich wundere mich, daß Sie das nicht gesagt haben — sitzen in unseren Kreisen nicht. Aber wenn einer dasitzen sollte — oder sollten Sie gar mich damit gemeint haben? —

(Heiterkeit)

so möchte ich doch lieber ein junger Mann des Herrn Stinnes sein — denn junge Männer, die unfähig und unbegabt sind, nimmt Herr Stinnes nicht —, als ein junger Mann der Kreise, die hinter Ihnen stehen, Herr (C) Crispien!

Ich komme aber nun auf das zurück, was ich sachlich sagen wollte. Herr Crispien hat gesagt, die **Eisenbahnbetriebe** seien durch die **Sabotage der Großindustrie**, der Schwerindustrie usw. in **Verschuldung** und gewaltige Zerrüttung hineingekommen. Herr Crispien, ich würde Ihnen vorschlagen, sich mehr zahlenmäßig mit derartigen Dingen zu befassen, als nur schlagwortmäßig. Die ganzen deutschen Reichseisenbahnen repräsentieren heute ein Ankaufskapital — das können sie aus den Verhandlungen entnehmen, die seinerzeit über die Verreichlichung geführt worden sind — —

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das wissen wir!)

— Wenn Sie es wissen, hätte ich es vorhin an Ihrer Stelle auch gesagt. Dann hätten Sie allerdings vielleicht nicht den Eindruck gemacht, den Sie machen wollten. — Ich sage: die deutschen Reichseisenbahnen repräsentieren ein Ankaufskapital von rund 40 Milliarden, das heißt also, die Verzinsung, die aus diesem Kapital die deutsche Reichsfinanzverwaltung belastet, beträgt nicht mehr als zwei Milliarden Mark, bei einem Ausgabenetat von vielen Zehnern von Milliarden, den die Eisenbahnen haben, von ganz verschwindender Bedeutung! Wenn Sie im übrigen meinen, die Leistungen, Lieferungen usw. aus der Industrie an die Eisenbahnen verteuerten den Betrieb, so ist zu sagen, daß dadurch ja auch jeder Privatbetrieb verteuert wird. In den Preisen für solche Lieferungen stecken doch auch Arbeitslöhne und alle Unkosten, das sind doch keine reinen Gewinne; die Menschenkräfte, die die Eisenbahnmaterialien schaffen, müssen ja auch entsprechend entlohnt werden.

Sie haben davon gesprochen — und das zeugte (D) von wenig wirtschaftlichem Verständnis —, daß wir heute **infolge schlechter Arbeiterentlohnung Schmutzkonkurrenz dem Auslande gegenüber** trieben, und in demselben Augenblick haben Sie davon gesprochen, daß Sie die Interessen des Proletariats vertreten. Ja, meine Damen und Herren, die „Schmutzkonkurrenz“, das heißt die billigere Konkurrenz dem Auslande gegenüber, befähigt uns doch überhaupt allein, den Export zu treiben. In dem Augenblick, in dem wir diesen Export nicht mehr haben, können wir überhaupt nicht mehr leben, und dann können auch unsere Arbeiter nicht mehr leben, deren Interessen Sie doch vornehmlich zu vertreten behaupten. Es scheint mir also das Gegenteil von dem zu sein, was man **Arbeiterinteressenvertretung** nennt,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

wenn man einer Entwicklung unserer Löhne das Wort redet, die uns einfach konkurrenzunfähig für den Export nach dem Auslande machen würde.

Sie haben dabei auch wieder von der Sozialisierung und von der Erfassung der Sachwerte und derartigen Dingen gesprochen. Ich glaube ja, wir werden uns darüber demnächst noch einmal unterhalten müssen, wenn etwa neue Steuervorlagen kommen. Ich kann aber nur wiederholen, was ich Ihnen an anderer Stelle schon gesagt habe: ich hatte eigentlich die Meinung, daß diese verschiedenen Möbel so in der Rumpelkammer verstaubt seien, daß man es überhaupt nicht wagen würde, sie wieder hervorzuholen, insbesondere in einer Zeit, in der wir ganz genau wissen, wie schlecht es unserer deutschen Wirtschaft geht.

Sie haben dann davon gesprochen, daß das **Kapital international** sei, es kenne den Begriff Vaterland nicht. Ja, Herr Crispien, ich kann Ihnen nur

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) darauf wiederholen, was ich Ihnen von dieser Stelle aus schon einmal habe sagen müssen und was ich glaubte, nicht wiederholen zu brauchen: ein Mann, der, was er nicht ableugnen kann, mag er sich noch so sehr Mühe geben, das umzudrehen, in Leipzig davon gesprochen hat, daß er kein Vaterland kenne, das Deutschland heißt, ein Mann, der sich immer mit seiner Internationalität brüstet, sollte anderen doch nicht Internationalität vorwerfen.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Lumpen, Herr Crispien, gibt es in allen Kreisen, in Kreisen der Unternehmer und in Kreisen der Arbeiterschaft, in allen Bevölkerungsschichten. Ich meine aber, man sollte dann, wenn man im Glashaus mit so dünnen Wänden sitzt, wie es bei Ihnen der Fall ist, auch nicht das kleinste Steinchen nehmen, um damit um sich zu werfen und dabei vielleicht Fensterscheiben einzuwerfen, hinter denen man sich gern verstecken möchte.

Es ist aber doch eine Behauptung, die man parlamentarisch überhaupt nicht mehr charakterisieren kann, wenn Herr Crispien sich hierher stellt und sagt: Für 100 Prozent Gewinn verrät der Kapitalist sein Vaterland. Ach, Herr Crispien, es gibt sogar Leute, die ohne jeden Gewinn ihr Vaterland verraten.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei. — Unruhe und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wen meinen Sie?)

— Ja, jeden, der sich getroffen fühlt, Herr Breitscheid.

(Erneuter Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wen meinen Sie?)

— Jeden, der sich getroffen fühlt. Ich denke, deutlicher brauche ich nicht zu werden. Ich nehme ja an, daß Sie sich nicht getroffen fühlen, Herr Breitscheid.

(Abgeordneter Dr. Breitscheid: Haben Sie doch den Mut, es zu sagen!)

(B) — Ich habe keinen Anlaß, das zu beweisen, was Sie Mut nennen. Ich wiederhole nochmals: wer sich getroffen fühlt, mag es auf sich beziehen.

(Unruhe und erneute Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Ich bitte: keine Unterbrechungen! Ich nehme selbstverständlich an, daß sich sowohl die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Crispien, wie die jetzigen des Herrn Abgeordneten Dr. Becker nicht auf Mitglieder dieses Hauses bezogen.

(Heiterkeit.)

Dr. **Becker** (Hessen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! In dem Zusammenhang hat Herr Crispien auch davon gesprochen, es hätte Herr Stinnes erklärt, es sei nicht so schlimm, **wenn weiteres deutsches Gebiet besetzt würde;** das sei immer noch weniger schlimm, als wenn das Kapital Pflichten übernehmen solle, die es nicht tragen könne. Herr Crispien, das ist eine Unwahrheit, eine objektive Unwahrheit natürlich. Wir haben uns des öfteren darüber unterhalten, ob es leichter zu ertragen ist, wenn weiteres deutsches Gebiet besetzt wird, als wenn wir die Politik weiter treiben, die schließlich doch die ganze deutsche Wirtschaft und damit das ganze deutsche Volk und unser ganzes deutsches Vaterland dem Ruin entgegenführt.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

So ist die Äußerung gefallen, in keinem anderen Sinne. So, glaube ich, werden Sie sie auch verstanden haben, und so werden Sie sie sogar unterschreiben, möchte ich annehmen.

Herr Kollege Crispien hat dann von dem **Rapallovertrag** gesprochen. Er hat, was wir ja leider so oft von dieser Seite hören müssen, davon gesprochen, er enthielte zwar für die Regierung keinerlei mittelbare oder unmittelbare Bindung, die auf militärpolitischem (C) Gebiet läge, aber für andere Kreise würden damit doch gewisse **militärische und politische Hoffnungen** nicht nur erweckt, sondern unter Umständen auch gewisse Bindungen ermöglicht. Ich hätte dem Kollegen Crispien hier nun auch empfehlen mögen, daß er etwas deutlicher geworden wäre. Aber es ist doch wirklich ein politischer Skandal, wenn von der Tribüne des deutschen Reichstags herunter hier wieder einmal unseren Gegnern in den anderen Ländern Material für ihre Hetze gegen Deutschland geliefert wird.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Herr Poincaré ist doch der Mann, der das immer behauptet. Ihm liefern Sie also die Hilfsmittel für die wahnsinnige Politik, die er zurzeit gegen Deutschland treibt.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

In einem allerdings sind wir mit dem Kollegen Crispien einig: das **Reparationsproblem** ist für uns nicht allein finanzpolitisches Problem, sondern auch ein **wirtschaftliches Problem.** Die Schlußfolgerungen, die Herr Crispien daran geknüpft hat, sind allerdings alle falsch. Wir denken nicht daran, aus dem richtigen Grundgedanken den Schluß zu ziehen, daß der Achtstundentag und die Koalitionsfreiheit, und was er noch alles erwähnt hat, aufgehoben werden müßte. Wir denken freilich in diesen Dingen genau so vernünftig, wie viele Mehrheitssozialdemokraten auch und wie auch so mancher von Ihnen (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) in seinem Herzen sicherlich denkt: Wir wissen, daß wir aus unseren Reparationspflichten, und wenn sie noch so niedrig bemessen werden, überhaupt nur dann herauskommen können, wenn wir unsere Wirtschaft gesünder machen; und daß wir das nur dadurch können, daß wir **in Deutschland mehr Güter erzeugen,** mit denen wir doch allein bezahlen können, (D) Herr Kollege Breitscheid, das wissen Sie auf Grund Ihrer wirtschaftlichen Erfahrungen genau so gut wie ich. Das ist keine neue politische oder wirtschaftliche Weisheit, sondern das ist so allgemein bekannt, daß man es eigentlich nicht mehr zu sagen brauchte, jedenfalls aber nicht bestreiten dürfte. Und wenn es Leute gibt, die sagen, daß wir das nicht anders machen können als dadurch, daß wir den Arbeitsprozeß etwas anders einrichten, so sollten Sie doch nicht immer gegen diejenigen Kräfte ankämpfen, die hinter uns stehen oder mit uns die gleichen wirtschaftlichen Auffassungen vertreten. Bekämpfen Sie doch den Herrn Schippel in Dresden und Herrn Lindemann in Köln, die so vernünftig sind, die gleiche Auffassung zu vertreten! Es ist Ihnen allerdings unbequem, wenn man das von dieser Stelle aus sagt. Aber es ist eben wahr: jene Ihnen nahestehenden Männer haben das gesagt, weil sie auf Grund ihrer wirtschaftlichen Einsicht zu der gleichen Auffassung gekommen sind, die wir vertreten.

Ein Wort zu den **Ausführungen des Herrn Kollegen Hoetzsch** und zu dem **Antrag,** den die **Deutschnationale Fraktion** eingebracht hat. Ich muß Ihnen gestehen — und die Herren mögen mir das nicht übelnehmen —, ich habe noch nicht recht begreifen können, welche Absicht der gestellte Antrag verfolgt. Er ist kein rechtes Mißtrauensvotum.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Ein formales Mißtrauensvotum!)

— Ja, verzeihen Sie, daß ich noch einen Relativsatz beifüge. — Er ist kein rechtes Mißtrauensvotum, das die Regierung verhindern soll, in Paris überhaupt weiter zu verhandeln oder so weiter zu verhandeln wie bisher, sondern es scheint das Verlangen nur dahin zu gehen, daß die Regierung nicht ohne den

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

Reichstag und ohne Genehmigung des Reichstags weiter verhandeln soll.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ja, meine Herren, wenn das der Antrag will, so verstehe ich ihn auch noch nicht recht; ich bin aber jeder weiteren Belehrung zugänglich. Vorläufig kann ich mir über die Wirkung einer etwaigen Annahme des Antrags — und wer einen Antrag stellt, muß doch mit dessen Annahme rechnen — noch keine rechte Vorstellung machen. Wollen Sie, daß die Regierung nunmehr beim Reichstag die Genehmigung nachsucht, so weiter zu verhandeln, wie sie seither verhandelt hat?

(Zurufe von den Deutschnationalen.)

— Ja, verzeihen Sie, ich stimme Ihnen gern zu, wenn ich eine Erklärung dafür bekomme, wie der Antrag gemeint ist. Wenn Sie das wollen, dann würden Sie also die schwebenden Verhandlungen durch ein Votum des Reichstags gebilligt oder mißbilligt zu sehen wünschen, und das scheint mir ein etwas ungewöhnliches Verfahren zu sein. Was uns vorgeschwebt hat — aber wir lassen uns gern belehren — ist das — und so haben wir auch im Auswärtigen Ausschuß die Dinge betrachtet; ich verrate damit gewiß kein Geheimnis —, daß man kritisch Stellung nehmen soll zu dem, was man gehört hat über die Formen und die Grundsätze, nach denen die Verhandlungen in Paris weitergeführt werden sollen. Das wollen wir tun und ich werde das vielleicht mit noch größerer Deutlichkeit tun, als es Herr Kollege Hoetzsch getan hat.

(Zuruf rechts.)

— Ich möchte eben die Konsequenzen genauer sehen, weiß aber nicht recht, welche Konsequenzen daraus nach Ihrer Auffassung gezogen werden.

(Erneuter Zuruf rechts.)

Wir werden also die Entscheidung darüber, wie wir über den Antrag abstimmen werden, uns bis zu dem Augenblick vorbehalten, wo wir etwas genauer in der Sache sehen.

Nun komme ich zu zwei Spezialfragen, die im Mittelpunkt unserer ganzen Erörterungen gestern und heute gestanden haben. Ich hatte mir freilich vorgenommen, auch einige allgemeine Bemerkungen über auswärtige Politik zu machen, da uns ja die etwas raschen Verhandlungen über das Auswärtige Ministerium daran gehindert haben, dort das zu sagen, was wir darüber auf dem Herzen hatten. Es ist aber nun in der Zeit soweit gekommen, daß ich auf Aufmerksamkeit in diesem hohen Hause für solche Bemerkungen nicht rechnen darf, obgleich sie kurz gewesen wären. Wir heben uns das, was wir in dieser Beziehung vorzutragen haben, für eine andere Gelegenheit auf.

Ich will mich zunächst mit **Genua** beschäftigen. Ich knüpfe da an die Rede an, die unser verehrter Kollege Stresemann, der zu unserem lebhaften Bedauern durch seine Krankheit verhindert ist, heute unseren Standpunkt zu vertreten, vor zwei Monaten hier gehalten hat. Herr Stresemann hat wörtlich gesagt:

> Man kann zweifelhaft sein, ob Genua praktische Erfolge bringen wird. Aber wenn es auch nichts anderes bringt als eine große internationale Diskussion über den Wiederaufbau Europas, dann bin ich der Meinung, daß, wenn dort neben den fanatischen Politikern eines Landes, das sich gegenwärtig lediglich von übertriebener Machtpolitik leiten läßt, auch die Stimmen einiger führender Wirtschaftler der anderen Staaten sich melden, dann auch allein schon diese Diskussion über den Wiederaufbau Europas mindestens eine vernünftige Grundlage für eine künftige Regelung der Wirtschaftsbeziehungen schaffen müßte.

Sie sehen aus diesen Äußerungen, daß unsere Hoffnungen auf wirklich **praktische Erfolge recht** niedrig geschraubt waren. Die Dreiteilung der auftretenden, einladenden und eingeladenen Mächte und vor allem das Fehlen Amerikas bei den Verhandlungen mußte deren Aussichten von vornherein gering erscheinen lassen. Das Studium des Wiederaufbaus Europas ohne Behandlung des Reparationsproblems konnte so wenig Erfolg haben, wie der Versuch, etwa einen Fieberkranken zu heilen, ohne daß man untersucht, auf welchen Krankheitsursachen das Fieber beruht. Es kam dazu der Versuch Frankreichs, auf Schritt und Tritt jedes ernste Eindringen in die zu behandelnden Probleme zu verhindern, nachdem es ihm zu seinem Leidwesen nicht gelungen war, die Konferenz selbst völlig unmöglich zu machen. Und wenn man einen so großen Erfolg darin sieht — und auch der Herr Reichskanzler hat das gestern etwas stark betont —, daß man Deutschland zum ersten Male wieder praktisch in Kommissionen habe mitarbeiten lassen und seinen Vertretern die amtliche und noch mehr die private Fühlungnahme mit den Vertretern anderer Staaten ermöglichte, so zeigt dies letzten Endes doch nur, wie unendlich bescheiden wir in Deutschland in den letzten dreieinhalb Jahren geworden sind.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Schließlich sind wir doch immer noch ein Großstaat mit 60 Millionen Menschen und mit starken Kräften in unserer Bevölkerung, und wir brauchten uns wirklich nicht schon etwas darauf einzubilden, wenn wir nun nicht mehr am Katzentische ganz unten sitzen müssen. Im Gegenteil, wir sollten das als eine Selbstverständlichkeit ansehen und hätten es vielleicht auch früher schon als Selbstverständlichkeit verlangen müssen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir wollen aber dieses Ergebnis von Genua, wenn man es ein solches überhaupt nennen darf, nicht unterschätzen. Man sollte sich aber doch auch hüten, es überzubewerten. Für das Reparationsproblem, das im Mittelpunkt aller Verhandlungen in Genua hätte stehen müssen, wenn man wirklich praktische Arbeit hätte leisten wollen, sind doch höchstens — und so hat man es auch in Regierungskreisen ausgedrückt — einige theoretische Grundlagen mit gewissen Leitsätzen gewonnen worden, von denen man sich nur immer wieder fragen muß, ob und warum sie nicht schon früher Gemeingut aller Vernünftigdenkenden geworden sind. Im übrigen aber können wir gerade für dieses Problem nur ganz vage Hoffnungen aus Genua für die Zukunft schöpfen.

Als äußerlich greifbares Ergebnis für Deutschland bezeichnet man den **deutsch-russischen Vertrag**, und man hat ihn ja auch gestern vor allem — für den etwas schärfer Blickenden freilich in gar nicht uninteressanter Abtönung, insbesondere von der linken Seite her — als ein solches Ergebnis mehr oder weniger gefeiert. Indes ist doch nur sein äußerer Abschluß in Rapallo erfolgt. Vorbereitet war er ja doch schon längst durch die Verhandlungen in Berlin.

Zu seinen inhaltlichen Bestimmungen im einzelnen Stellung zu nehmen, möchte ich für heute ablehnen, zumal wir uns ja demnächst mit ihm noch besonders beschäftigen müssen, wenn er uns im Wortlaut vorliegt. Aber einige wenige Bemerkungen darf ich doch zum Vertrage machen. Ich möchte zunächst hervorheben, daß der Abschluß des Vertrages trotz der erwähnten und ja auch bekannt gewesenen Vorbereitung nicht nur

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) in Deutschland, sondern vor allem auch im Ausland und in Genua unter den dort Versammelten wie eine Bombe einschlug. Denn dieser Abschluß kam nicht nur an sich überraschend für die Öffentlichkeit, sondern man hatte vor allem auch den Eindruck, daß damit ein Wechsel in der deutschen Politik nach Richtung wie nach Form eingeleitet werden sollte.

(Sehr richtig! rechts.)

Hatten wir früher — wir haben das ja nicht gebilligt — einmal französische, dann einmal englische und dann vielleicht einmal französisch-englische Politik getrieben, soweit man diese Mischung überhaupt treiben konnte,

(Heiterkeit rechts)

so schien es so, als ob man mit dem Abschluß dieses Vertrages eine reine Ostpolitik einleiten wollte, und als ob man dabei auch vor der Gefahr sich nicht scheute, mit den Westmächten sich in einen mittelbaren Gegensatz zu setzen. Formal wirkte aber der Vertrag besonders überraschend, weil man **Deutschland eine eigene Politik** überhaupt nicht mehr zugetraut hat, nicht mehr zugetraut hat auf Grund der Erfahrungen, die man allerdings mit Deutschland in den letzten Jahren leider hat machen müssen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Freunde stehen dem Vertrage an sich nicht ohne Bedenken gegenüber, und wir werden diese Bedenken demnächst hier sehr scharf betonen müssen. Andeutungsweise möchte ich nur sagen, daß die Bedenken nicht etwa darin liegen, daß wir uns davor zu fürchten hätten, mit einem bolschewistisch regierten Staat in Vertragsverhandlungen einzutreten. Der erste Schritt in dieser Beziehung ist ja bei uns bereits geschehen, und wir haben uns ihm seinerzeit nicht ernstlich widersetzt. Wohl aber ist **der Verzicht auf jeden Entschädigungsanspruch aus der Verstaatlichung des Privateigentums in Rußland** grundsätzlich und

(B) vor allem wegen der Konsequenzen, die man daraus einmal ziehen könnte, für uns eine höchst gefährliche Sache.

An Gewinn aus dem Abschluß des Vertrages verzeichnen wir vor allem die Tatsache, daß hier zum ersten Male das große Schuldbuch aus dem Kriegszustand zwischen zwei großen Staaten zum Abschluß gebracht worden ist,

(sehr richtig!)

ohne daß man in diesem mit Konten ja so überaus reichlich versehenen Buch ein Saldo zugunsten des einen oder des anderen Vertragsteiles übrig gelassen hätte. Wenn man ihn in etwas theatralischer und dem Gefühl meiner Freunde wenig entsprechenden Auffassung einen **„evangelischen Vertrag"** genannt hat, so ist dies gewiß eine Übertreibung. Immerhin zeigt die grundsätzliche Regelung, die in ihm gerade die Frage der Bereinigung aller Überbleibsel aus dem Kriege gefunden hat, auf welchem Wege allein eine Gesundung der Welt herbeigeführt werden kann.

(Lebhafte Zustimmung rechts!)

Auch die Beseitigung der Bestimmung des Art. 116 des Versailler Friedensdiktates aus dem Verhältnis von Deutschland und Rußland und aus dem Spiele, das damit von den Ententestaaten getrieben worden ist, und noch schlimmer getrieben worden wäre, ist erfreulich,

(sehr richtig! rechts)

wenn diese Bestimmung an sich auch im wesentlichen auf dem Papier stand und wohl bei unserer Leistungsunfähigkeit auch für die Zukunft auf dem Papier gestanden hätte.

Rußland selbst aber — und damit wende ich mich an die andere Seite — wird aus den Vorgängen, die der Abschluß des Vertrages zur Folge hatte, erst recht (C) deutlich gesehen haben, daß es für Frankreich und den einen oder anderen Gegenspieler nur eine Figur, und zwar ein ganz kleiner Bauer, auf dem Schachbrett gewesen ist und auch für die Zukunft in dem Spiele auf dem Schachbrett sein sollte, die diese wahnwitzigen Spieler in ihrem Spiel gegen Deutschland nur nach ihren eigenen Bedürfnissen hin- und herschieben wollten und hin- und hergeschoben haben. Es wird daraus aber auch den anderen Schluß ziehen müssen, daß es den Vertrag demnächst loyal ausführen und vor allen Dingen ausfüllen muß, denn er ist ja nur ein Rahmenvertrag. Insbesondere müssen wir erwarten, daß Rußland auch im eigenen Interesse nunmehr Rechtszustände auf seinem Gebiete schafft, auf Grund deren wirtschaftliche Beziehungen zwischen den Angehörigen zweier Kulturvölker und zweier wirtschaftlich so verschiedener Staatsgebiete sich überhaupt einigermaßen gewinnbringend für beide Teile entwickeln können.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Vor allem wird es auch die Einreise Deutscher etwas entgegenkommender behandeln müssen. Außerdem wird es sich diesseits der Grenzen in Zukunft etwas mehr **bolschewistischer Propaganda** enthalten müssen, als es leider seither geschehen ist.

(Erneute Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

In dieser Beziehung erwächst auch der deutschen Regierung eine sehr ernste Pflicht, auf die wir sie mit allem Nachdruck hinweisen möchten.

(Wiederholte Zustimmung.)

Wenn man sieht und insbesondere zahlenmäßige Angaben darüber hört, daß die **russischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Deutschland** in einer Stärke mit Personal ausgestattet sind, die zur Bedeutung des betreffenden amtlichen Verkehrs in gar keinem Verhältnis steht, dann kann einem in Deutschland allerdings etwas ängstlich zu Mute werden. (D)

(Sehr richtig! rechts.)

Als wir solche Beschwerden und Bedenken im einzelnen vorbrachten, hat man uns darauf hingewiesen, daß der ganze Handelsverkehr in Rußland selbst und für Rußland in Deutschland staatlicher Verkehr sei und deshalb diese staatlichen Vertretungen entsprechend stärker besetzt sein müßten. Ich möchte aber doch bezweifeln, ob es völkerrechtlich begründet ist, diesem für unsere Rechtsauffassungen doch immerhin privatrechtlichen Verkehr, selbst wenn der eine Kontrahent der russische Staat ist, dem diplomatischen Verkehr vollständig gleichzustellen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich kann mir nicht vorstellen, daß nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen der Handelsagent des fremden Staates, sagen wir mal der Handelsagent des Deutschen Reiches für einen deutschen Reichsbetrieb, etwa für unsere Reichswerke oder wie sonst, in Rußland, alle Vorzüge des diplomatischen oder konsularischen Vertreters für sich in Anspruch nehmen könnte. Genau so wenig wird man umgekehrt russische Ansprüche in dieser Beziehung anerkennen dürfen.

(Erneute Zustimmung rechts.)

Wenn der Abschluß dieses Vertrages **in Genua** eine so gewaltige **Aufregung** verursacht hat, daß er fast das Auffliegen der Konferenz bewirkt hätte, so steckt — das muß auch gesagt werden — hinter der ganzen Entrüstung, die dabei zu Tage getreten ist, auf der anderen Seite ein gewaltiges Stück **Heuchelei**.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Staaten und Staatsmänner, die sofort bei ihrem Eintritt in den Krieg alles Privateigentum eingezogen und

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) bis heute noch nicht vollständig den Eigentümern zurückgegeben haben, können doch wahrhaftig keinen Anspruch darauf erheben, daß Deutschland darauf verzichtet, mit einer Regierung einen Vertrag abzuschließen, die ein unbegrenztes Privateigentum überhaupt nicht kennt, die aber im übrigen und — das wollen wir doch auch nicht vergessen — stark auf dem Wege ist, wie das einer meiner Herren Vorredner, ich glaube, Herr Kollege Hoetzsch, auch heute nachmittag schon erwähnt hat, das Privatkapital zur Erschließung Rußlands heranzuziehen und zu diesem Zweck mindestens einen modifizierten Eigentumsbegriff wieder einzuführen, der doch meiner Ansicht nach nur eine Etappe auf dem Wege ist, der uns zur vollen **Anerkennung des Privateigentums** auch **in Rußland** bringen wird.

(Sehr richtig! rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Staaten, die selbst hinter verschlossenen Türen über den Abschluß eines ähnlichen Vertrages mit Rußland verhandelten, sollten es Deutschland wahrhaftig nicht verübeln, wenn es unter dem Druck der Besorgnis, daß man da wieder einmal über seine Interessen zur Tagesordnung übergehe, selbständig mit Rußland abgeschlossen hat.

(Lebhafte Zustimmung.)

Die Regierungen, die im übrigen angeblich Deutschland als gleichberechtigt zur Konferenz zuließen, konnten diesem gewiß das Recht zum Abschluß eines solchen Vertrages in selbständiger Form nicht versagen.

Wenn die Verärgerung besonders in Frankreich in jenem **Schreiben des französischen Bevollmächtigten,** in dem die Redewendung von den **„lügenhaften Behauptungen" Deutschlands** stand, in einer jeden Gefühles für Anstand baren und von der angeblichen französischen Ritterlichkeit so wenig zeugenden Weise (B) sich aussprach,

(lebhafte allseitige Zustimmung)

so hat sich mit diesem Schriftstück, aber auch mit seinem ganzen übrigen Verhalten Frankreich in seiner völligen Nacktheit vor der ganzen Welt bloßgestellt.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Freilich hätten wir gewünscht, daß jener Ausdruck mit etwas größerer Schärfe von der deutschen Regierung zurückgewiesen wäre, wie dies tatsächlich geschehen ist,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

wie denn überhaupt das Verhalten der deutschen Regierung doch da und dort zu Kritik im einzelnen Veranlassung geben könnte. Immerhin war der Vertrag von Rapallo als solcher das erste Zeichen dafür, daß Deutschland gewillt ist, wieder aktiv in den Gang der Weltgeschäfte einzugreifen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir haben — und damit nehme ich auch ein Wort auf, das der Herr Kollege Dr. Hoetzsch gesprochen hat — eine aktive Politik der Reichsregierung immer verlangt. Wir können deshalb nicht anders, als den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages trotz mancher inneren Bedenken als ein Zeichen des Wiedererwachens der Aktivität Deutschlands zu begrüßen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich möchte dabei aber doch die Bemerkung nicht unterdrücken, daß wir gerade durch unsere Haltung in den Reichstagsverhandlungen im März dieses Jahres wohl nicht zuletzt dazu beigetragen haben, der Reichsregierung das Gefühl der Kraft zu geben, aus dem heraus jene Haltung einzunehmen sie sich wohl entschlossen hat.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir sind damit für diesen speziellen Fall hinter die Regierung getreten, um ihre Haltung in Genua zu stärken. Ich möchte glauben, daß das, was wir (C) damals angenommen haben, sich durch die Haltung der Regierung gerade in dieser Frage in Genua verwirklicht hat.

Und nun noch ein Schlußwort zu den Verhandlungen in Genua! Wenn die Konferenz trotz der vielen Fährlichkeiten, die sie lief, völlig zu scheitern, auch nur mit diesem bescheidenen Erfolg, auf den einzugehen ich mir erlaubt habe, abgeschlossen hat, so ist dies doch nicht in letzter Linie der Beharrlichkeit des dermaligen Leiters der englischen Politik und der Geschicklichkeit der italienischen Teilnehmer an der Konferenz zuzuschreiben, die auch wir gern anerkennen, so sehr uns unsere politischen Auffassungen von diesen unseren Gönnern, wie ich sie in Gänsefüßchen nennen möchte, trennen.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Vielleicht hat aber gerade der **Verlauf der Konferenz** von Genua diese beiden Staaten **England und Italien** gezeigt, wie schwer sie ihre eigenen Interessen schädigten, als sie den Willen Frankreichs, Deutschland zu vernichten, in Versailles so restlos unterstützt und damit auf dem Festlande die einzige Macht haben zerstören helfen, die in der Lage war, den französischen Machtgelüsten einigermaßen Widerstand zu leisten.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir selbst konnten in Genua von neuem erkennen, daß alle diejenigen, die uns im Vertrauen auf Wilsonsche Versprechungen Wehr und Waffen haben hinlegen lassen, nicht nur eine Dummheit gemacht, sondern sich an Deutschlands Gegenwart und Deutschlands Zukunft in der unverantwortlichsten Weise und geradezu verbrecherisch versündigt haben.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Ich komme dann auf die **Verhandlungen in Paris,** wie ich sie zusammenfassend nennen möchte. Die (D) Herren Redner von gestern haben sich zu dieser Frage eine Reserve auferlegt, die mir nicht recht verständlich ist, wenn sie nicht rein taktischen Erwägungen entsprang. Denn der Hinweis darauf, daß wir offiziell nichts wüßten und daß, was im Auswärtigen Ausschuß verhandelt worden sei, unter dem Schutze der Diskretion, die über diesem Ausschuß liegen soll, stehe, scheint mir doch nicht ganz durchschlagend zu sein. Alles das, was wir im Auswärtigen Ausschuß gehört haben, stand mit mehr oder weniger großer Deutlichkeit in allen Zeitungen Deutschlands und des Auslands.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich glaube, das deutsche Volk würde wirklich merkwürdige Augen machen, wenn es in den nächsten Tagen in den Zeitungen hier etwas von dem Reichstag läse, dabei aber die wichtigste Lebensfrage, die uns zurzeit beschäftigt, überhaupt nicht behandelt sehen würde.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich werde die Diskretion, die über den Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses liegen soll, gewiß nicht brechen. Das, was ich zu sagen habe, wird eben anschließen an das, was aller Öffentlichkeit bekannt ist. Es ist aber nicht möglich, daß wir — und gerade meine Partei — achtlos und debatte- und kritiklos an dem vorbeigehen, was die Zeitungen über die Absichten der Reichsregierung berichten. Lassen Sie mich darüber folgendes sagen.

Man berichtet uns, um das rein Äußerliche zu geben, daß der Herr Reichsfinanzminister in Paris war und dort mit einflußreichen Kreisen Fühlung genommen hat, die in der Reparationsfrage ernste Worte zu reden, das Gewicht der hinter ihnen stehenden Regierungen in die

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) Wagschale zu werfen haben. Man berichtet uns über Einzelheiten dieser Verhandlungen, daß man uns, wenn man uns eine Anleihe geben wollte, das eine zur Bedingung machen wolle, daß wir unsere Inflation einzuschränken und auf den Stand vom 31. März 1922 zurückzudämmen haben, und daß wir alle neuen Ausgaben in irgendeiner anderen Weise decken müßten. Ich glaube, mit dem, was ich gesagt habe, nichts über das hinaus zu verraten, was nicht jedermann im Deutschen Reiche und im Ausland weiß, der Zeitungen liest. Deshalb darf ich, glaube ich, meine Kritik an diese bekanntgewordenen Absichten der Regierung anschließen. Ich kleide sie zum Teil in Frageform.

Ich möchte zunächst fragen: War es wirklich notwendig und klug, daß der **Finanzminister selbst** zu diesen **Vorverhandlungen** nach Paris ging? Es ist eine eigentümliche Sache: man spricht davon, bindende Abmachungen seien bei diesen Verhandlungen nicht getroffen worden. Ich komme nachher mit einem Wort darauf zurück. Aber bindet nicht allein schon die Tatsache, daß ein und zwar der hauptsächlich verantwortliche deutsche Reichsminister zu solchen Vorverhandlungen sich eigens nach dem Orte, an dem die Verhandlungen stattfinden, begibt und diese Verhandlungen verantwortlich dort leitet? Ich kann mir doch nicht denken, daß die deutsche Reichsregierung etwa ihren natürlichen Unterhändlern, die sie sich selbst ausgesucht hat, in dieser Beziehung nicht die nötigen geistigen Kräfte oder nicht die nötige geistige Widerstandskraft zutraut. Ich möchte doch annehmen, daß die Reichsregierung nicht selbst glaubt, daß ihre Vertreter in Paris, vor allem die eigens dorthin gesandten, nicht in der Lage seien, derartige Verhandlungen zu einem ersprießlichen vorläufigen Abschluß zu führen.

Wir haben ja doch auch einen deutschen Botschafter in Paris sitzen. Aber es ist mit **unseren deutschen diplomatischen Vertretern** etwas eigenartig. Ich denke nicht (B) daran, gerade den Herrn, der in Paris, oder die Herren, die sonst wichtige diplomatische Posten bekleiden, persönlich anzugreifen. Ich weiß viel zu gut, daß auch in der vorrevolutionären Zeit auf diesem Gebiet manches bei uns im argen lag, manches bei uns verbesserungsbedürftig gewesen ist. Aber ob es nun gerade richtig ist, daß man in der heutigen schweren Zeit vornehmlich solche Leute auf wichtige diplomatische Posten ins Ausland schickt, die ihre ganze Befähigung für solche Posten nur durch parlamentarische oder feuilletonistische Tätigkeit oder eine Mischung von beiden bewiesen haben,

(Heiterkeit rechts)

ich glaube, darüber kann man doch einigermaßen im Zweifel sein.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Ich sage, wir haben doch einen Botschafter in Paris und an andern Plätzen, die im Brennpunkte deutscher Interessen stehen, sitzen. Wir hören allerdings leider von der Tätigkeit dieser diplomatischen Vertreter fast nichts, obgleich ich seither nicht der Meinung war, daß so, wie die Frauen, von denen man am wenigsten spricht, auch die Diplomaten, von denen am wenigsten geredet wird, die besten sind.

Weiter sagt man uns, **bindende Abmachungen** seien nicht getroffen worden, und das versichert uns die Presse ja in allen Tonarten. Diese Verhandlungen, die ein Minister leitet, Vorbesprechungen, in denen ein Minister die Haupt- oder vielleicht gar die einzige Rolle spielt, binden aber doch immer den Minister und auch die Regierung, die sich mit diesem Minister solidarisch erklärt; denn ich darf ja wohl annehmen, daß die deutsche Regierung einig ist in der Art und Weise, wie die Dinge behandelt werden. Aber ich gehe noch weiter. Solche Verhandlungen binden in einem parlamentarisch regierten Staat genau so das Parlament wie die Regierung; denn die Regierung ist ja doch nur der Ausschuß der Mehrheits- (C) parteien des betreffenden Parlaments. Wer also diese Verhandlungen kritiklos hinnimmt und sie kritiklos weiterlaufen läßt, der stellt sich damit hinter diese Regierung, indentifiziert sich mit ihren Verhandlungsmethoden, indentifiziert sich mit dem Inhalt der geführten Verhandlungen und kann nicht demnächst sagen: o nein, dabei habe ich nicht mitgeredet, dabei bin ich nicht gefragt worden. Im Gegenteil, hier gilt der Spruch: „Mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen".

(Sehr gut! und Heiterkeit bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich glaube, da gibt es nächstens kein Ausgleiten und kein Ausweichen mehr.

Man sagt uns: was wir bis jetzt besprochen haben, sind Vorbesprechungen; alles hängt davon ab, daß man uns demnächst von der anderen Seite die entsprechende Gegenleistung, die Anleihe, gibt; wir können demnächst immer noch erklären, daß wir nicht mitmachen, weil die andere Seite nicht die Gegenleistung gibt, die wir uns gewünscht hatten. Theoretisch ist das alles richtig, wie wir uns überhaupt zu viel mit theoretischen Dingen beschäftigen, über die gar kein Zweifel sein sollte.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Aber praktisch — ich erinnere Sie an den Friedensvertrag von Versailles und an all die Ultimaten, die ihm gefolgt sind —, wenn es sich im letzten Augenblick darum dreht, nun ja oder nein zu sagen, werden die **Vorteile,** die ein solches **Gegenseitigkeitsabkommen** etwa enthält, so stark in den Vordergrund gestellt und die **Nachteile** so sehr zurückgeschoben und als so klein hingestellt, daß ein sehr kühl abwägender Verstand und ein sehr hartes Herz dazu gehört, nun noch die sachlich gebotene richtige Einstellung zu finden.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Die Spuren der Wege, die wir in der Vergangenheit ge- (D) gangen sind, sollten uns schrecken.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Volkspartei.)

Ich erinnere Sie an die große Szene in der Aula der Berliner Universität,

(sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei)

in der ein Reichskanzler das berühmt gewordene Wort von der Hand sprach, die verdorren soll, wenn sich eine solche fände, diesen Friedensvertrag zu unterschreiben. Ich fürchte, es könnte uns demnächst wieder ähnlich gehen, man könnte sagen: wir sind zwar nicht gebunden, aber nehmt alles nur in allem, ihr müßt eben Ja sagen. In diese Situation sollte man sich nicht hineinbringen. Jedenfalls warnen wir auf das allerdringendste davor, daß die Regierung selbst sich auch nur in diese Situation begibt.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn demnächst eine Milliarde Dollar oder vielleicht noch mehr winkt und uns gleichzeitig gesagt wird, wir würden damit die Gefahr neuer Sanktionen für vier Jahre, oder wie lange es nun ist, los, dann halte ich die Gefahr für sehr groß, daß man das für äußerst vorteilhaft hält und alle Nachteile, die damit verbunden sind, mit in Kauf nimmt.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Für uns habe ich diese Besorgnis nicht; uns werden Sie dazu nicht bekommen. Aber es gibt, glaube ich, Herzen, die weicher sind, die sich im letzten Augenblick der Verantwortung zwar bewußt sind, die sie damit auf sich nehmen, die aber nicht die nötige Widerstandskraft besitzen, um dem Ja-sagen zu widerstreben.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Bedenklich scheint es uns auch zu sein, daß man zwar einen zweiseitigen Vertrag erstrebt, daß aber nun von den zwei Kontrahenten der eine alle seine Karten auf den Tisch legt, ohne daß ihm von dem

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) andern auch nur eine einzige Karte gezeigt wird. Der eine sagt: das und das gebe ich, das und das will ich. Von dem andern ist aber nicht ein Sterbenswörtchen davon zu hören, was er uns nun dafür geben will, daß wir ihm nun alle Trümpfe in die Hand geben.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei. — Abgeordneter Crispien: Glauben Sie, daß sich das so abspielt wie beim Skat?)

— Verehrter Herr Kollege, im geschäftlichen Leben — und darüber haben wir alle beide eine gewisse Erfahrung —

(Heiterkeit)

ist es nicht gerade üblich, daß der eine dem andern eine Offerte macht, daß er aber von dem andern nichts darüber hört, was der denn will. Fragen Sie die Geschäftsleute in Ihren Kreisen, sie geben Ihnen vielleicht darüber eine Antwort.

(Heitere Zustimmung rechts. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Das trifft gar nicht zu!)

— Einzelne Herren von Ihnen haben doch geschäftliche Erfahrungen; ich sehe den Kollegen Geyer da sitzen, der ist meines Wissens Kaufmann. Ich glaube nicht, daß er so verfährt und redet wie Herr Crispien.

(Heiterkeit. — Abgeordneter Geyer [Leipzig]: Ihre Methoden würde ich zu den alten Möbeln legen!)

Und nun, meine Damen und Herren, was sollen wir im einzelnen versprechen? Lassen Sie mich auch darüber ein Wort sagen. Ich wiederhole und stelle das eine voran: wir gehen eben von dem Ausgangspunkt aus, daß wir gar nicht zu wissen brauchten, was der andere uns geben will, sondern daß wir immer nur sagen, was wir etwa geben wollen.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Wir versprechen — und das stand ja auch in allen Zeitungen —, daß wir in Zukunft die **schwebende Schuld** (B) unter keinen Umständen mehr erhöhen wollen oder vielmehr Vorsorge dahin treffen wollen, daß sie, wenn sie sich erhöht, **sofort abgedeckt** wird. Meine Damen und Herren! Der Grundsatz ist riesig vernünftig; denn es ist ja auch ein Grundsatz, den die Deutsche Volkspartei beim Steuerkompromiß aufgestellt hat — schon deshalb ist es ein gesunder Grundsatz! —

(sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei; Lachen und Zurufe links)

und wir erkennen ihn selbstverständlich auch jetzt noch als richtig an. Aber: wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht immer dasselbe!

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei. — Aha! links.)

Wir haben den Grundsatz aufgestellt, daß man diesem Ziele zustreben soll.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Wir nicht, Herr Kollege, sondern Ihre Regierung hat es bis heute noch nicht getan.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Sie haben sie gehindert.)

— Nein, Ihre Regierung hat bis jetzt noch nichts dazu getan. Wir haben nicht verlangt, daß von einem bestimmten Stichtage an nicht eine Mark schwebende Schuld mehr aufgenommen werden dürfe. Das wäre ein Verlangen, das kein vernünftiger Mensch aufstellen kann, solange die Reparationslasten auf uns liegen,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

die doch der Urgrund für die Vermehrung der Inflation und damit der schwebenden Schuld sind.

(Erneute Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

So unvernünftig waren wir nicht. Wir haben uns auch nicht unter ein Diktat des Auslandes gestellt; die Regierung will sich aber doch mehr oder weniger unter das Diktat des Auslandes stellen.

Unserer Auffassung nach ist aber auch der Zeitpunkt, (C) den man als **Stichtag** wählen will, falsch gewählt.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir sind heute noch nicht in der Lage, überhaupt Mittel zu haben, um der Vermehrung der schwebenden Schuld nun mit einemmal den Garaus zu machen, das geht nicht, das können wir nicht. Im Gegenteil, es ist doch wahrscheinlich, daß unsere schwebende Schuld sich mindestens in den nächsten Monaten, vielleicht aber darüber hinaus, sich noch erhöht. Denn erstens, nach dem, was wir gehört haben, soll ja dem zugelassenen Inflationsbetrage nicht etwa alles zugerechnet werden, was wir infolge des Londoner Diktats zu leisten haben,

(hört! hört! rechts)

sondern nur die Goldleistungen sollen von dieser Notwendigkeit, die Vermehrung der schwebenden Schuld zu verhindern, ausgeschlossen werden,

(Zuruf links)

alle unsere Papierzahlungen, alle unsere Leistungen für Sachprästationen, die Besatzungskosten, soweit sie in Papier zu leisten sind, unsere Ausgleichszahlungen, über deren Höhe sich kein Mensch im voraus ein rechtes Bild machen kann, die Liquidationsentschädigungen — um die sich allerdings die Regierung, wenn ich das nebenbei bemerken darf, vielleicht etwas mehr bekümmern sollte, als es bisher geschehen ist, — —

(Zuruf links: Streng vertraulich!)

— Herr Kollege Dittmann, streng vertraulich! Wissen Sie nicht, daß wir Liquidationsentschädigungen zu zahlen haben, die in die Gott weiß wie viele Milliarden gehen? Ist dabei etwas Vertrauliches? Ich breche das Vertrauen nicht; aber wenn Sie in die „Freiheit" sehen, werden Sie dort allerdings Vertrauensbrüche finden,

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

freilich sehr einseitige Vertrauensbrüche!

(D) (Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei. — Erneute Zurufe links.)

Ich sage also: das sind die Dinge, die die **Vermehrung der schwebenden Schuld** ohne weiteres bringen werden, eine Vermehrung, die wir absolut nicht verhindern können. Ich will keine Zahlen nennen, — die sind auch nicht vertraulich; denn sie finden sie im Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrags. Ich will wenigstens nicht viele Zahlen nennen. Sie wissen aber doch, daß der Saldo des Haushalts des Friedensvertrags mit einer ungedeckten Summe, ich glaube, von 210 Milliarden Mark abschließt. Davon ist ein Teil allerdings Goldleistung, ein anderer Teil und der größere Teil Papierleistung. Von diesen Papierleistungen wird ein Teil für dieses Jahr durch die Zwangsanleihe gedeckt. Und wieviel bleiben dann in den folgenden Jahren zur Deckung durch die anderen Mittel übrig? Ich will Ihnen die Summen nicht nennen; Sie auf der Linken sind nicht schreckhaft, aber auch Sie können nicht glauben, daß man durch andere Mittel derartige Summen aufbringen könnte, daß man mit schwebenden Schulden nicht mehr arbeiten müßte.

(Zuruf links: Erfassung der Sachwerte! — Große Heiterkeit rechts und bei den Deutschen Demokraten.)

— Herr Kollege Geyer, ich hatte gemeint, das sei ein Spezialgebiet, das Ihr Kollege Crispien bearbeitet; ich sehe aber, er hat Konkurrenz bei Ihnen.

(Zurufe von den Kommunisten.)

Ich kann Sie vielleicht später noch mit Zahlen belehren.

(Zuruf des Abgeordneten Crispien.)

— Nein, Herr Kollege Crispien, ich dachte nur, Sie hätten sich ressortmäßig die Arbeit geteilt; denn das Gebiet, das Ihre Fraktionen zu bearbeiten haben, ist zu groß, als daß es einer beherrschen könnte.

(Heiterkeit.)

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) Bei den Besprechungen, die in Paris stattgefunden haben, hat man gesagt: die **Inflation** soll eingedämmt werden — und damit komme ich auf etwas, was Herr Kollege Hoetzsch in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen hat — entweder durch **Anleihen** oder durch **neue Steuern**. Ja, wer glaubt, daß nach dieser Zwangsanleihe noch eine zweite Zwangsanleihe oder eine innere Anleihe möglich sei, den beneide ich allerdings nicht um seinen wirtschaftlichen Optimismus oder besser gesagt: nicht um sein wirtschaftlich mangelhaftes Verständnis.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Herr Kollege Crispien, ich unterschätze den Patriotismus nicht; aber Sie überschätzen die Widerstandskraft der deutschen Wirtschaft!

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es kommen neue Steuern. Ja, wissen Sie denn immer noch nicht, daß unsere Steuern ihrer absoluten Höhe nach nicht nur an die Grenze des Möglichen, sondern weit über die Grenzen des Möglichen hinaus gehen?

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Für die Arbeiter sicherlich!)

Glauben Sie denn, wir wären zur **Zwangsanleihe** geschritten, glauben Sie, wir hätten uns auf das Gebiet der Zwangsanleihe begeben, wenn wir es für möglich gehalten hätten, auf dem Gebiet der Steuern noch etwas weiter zu gehen?

(Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten.)

— Die Zwangsanleihe — das werde ich Ihnen demnächst zahlenmäßig nachweisen — ist ein viel schwereres Opfer für den Besitz

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten)

— Sie lachen ja schon, ehe Sie das Vergleichsmoment kennen —, als es eine Erhöhung der Vermögenssteuer

(B) gewesen wäre.

(Erneute Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten.)

— Aber, Herr Crispien, die eine Zahl müßte Ihnen doch schon genügen: die Zwangsanleihe wird demnächst einen Kurs haben von wieviel? Schätzen Sie ihn noch so hoch: 40 oder 50! Die anderen 50 Prozent sind doch verloren, ganz abgesehen von dem Zinsenverlust, der in der Unverzinslichkeit steckt. Vielleicht haben wir die Chance, daß sich der Kurs einmal etwas hebt; aber es bleiben dann doch noch Verluste übrig, die weit über die höchste Vermögenssteuer hinausgehen.

(Unruhe und Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten.)

— Ein besseres Geschäft, als den Kopf ganz abgeschnitten zu bekommen, ist es allerdings immer noch; da haben Sie freilich recht.

Aber es ist nicht allein meine Auffassung, daß wir in bezug auf die **Höhe der Steuern** schon bis an die **Grenze des Möglichen,** vielleicht sogar darüber hinaus gegangen wären: Sie wissen doch — und ich darf Sie vielleicht daran erinnern —, was die verehrliche Reichsregierung selbst erklärt hat. Als wir am 4. April 1922 die Verhandlungen über die Steuervorlagen geschlossen hatten, hat Herr **Minister Hermes** folgendes gesagt — der Herr Präsident gestattet mir wohl, die paar Sätze zu verlesen —:

> Der Reichstag hat nunmehr in langer, sorgfältiger und gewissenhafter Arbeit ein Steuerwerk vollendet, das nicht nur in der Geschichte des deutschen Volkes, sondern auch in der Gesetzgebung aller Länder das Höchstmaß der Belastung darstellt,
>
> (hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei)
>
> das jemals einem Volke zugemutet werden mußte.

(Hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

(C) Er fährt dann fort:

> Dem Auslande aber möge das von einer großen Mehrheit dieses Hauses getragene Gesetzgebungswerk mit allem Nachdruck zeigen, daß das deutsche Volk bereit ist, die ihm nach dem Weltkriege auferlegten ungeheuren Lasten auch in finanzieller Beziehung zu tragen bis zum äußersten. Daß diese Grenze erreicht ist, kann keiner bezweifeln, der einigen Einblick hat in die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands
>
> (hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei)
>
> und in die Schwere der Lasten, die das deutsche Volk nun neu zu tragen hat.

Und endlich ein letzter Satz:

> Unter sorgsamer Prüfung aller Gesichtspunkte, die unbeachtet zu lassen sich dem Vorwurf der Leichtfertigkeit aussetzen hieße, haben Reichstag, Reichsrat und Reichsregierung die steuerliche Belastung des deutschen Volkes bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit hinaufgerückt.

Wollen Sie noch mehr hören?

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

In der **letzten Note an die Reparationskommission** hat nicht der Minister Hermes, sondern die deutsche Reichsregierung, unterschrieben „Wirth" folgendes erklärt:

> Sowohl die Forderung auf Schaffung von 60 Milliarden neuer Steuern wie die vorgeschlagenen Kontrollmaßnahmen stehen im Widerspruch zu den unzweideutigen Zusagen der Alliierten in ihrer Note vom 16. Juli 1919. Die Mehrforderungen sind auch praktisch undurchführbar. Das gilt insbesondere von den 60 Milliarden neuer Steuern über das Steuerkompromiß hinaus. Die steuerliche Belastung, wie sie das Steuerkompromiß vorsieht, ist nach Lage der gegen- (D) wärtigen Verhältnisse das Höchste, was dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft an Steuerlasten zugemutet werden kann.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Deutlicher können wirs wohl nicht sagen, und deutlicher kanns mans überhaupt der Welt nicht wiederholen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdmokraten: Deshalb ist es nicht wahr!)

Meine Damen und Herren, ich habe auch etwas den Eindruck, daß das Verlassen derartiger bindend abgegebener Erklärungen der Reichsregierung nicht gerade geeignet ist, die Moral und das **Vertrauen in die Loyalität von der Regierung abgegebener Erklärungen** zu stärken.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Wenn wir so viel von dem Sinken der Steuermoral reden, dann sollen wir uns selbst etwas an die Brust schlagen

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei; Zurufe von den Sozialdemokraten: Sehr richtig!)

und uns überlegen, ob wir nicht so manchen auf die abschüssige Bahn bringen durch das, was wir hier zwar feierlich erklären, aber nicht halten.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es widerspricht auch, meine Herren von der Regierung, den Versicherungen, die man uns beim Steuerkompromiß ausdrücklich in den internen Verhandlungen, in den Ausschußverhandlungen, nicht einmal, sondern soundsoviele Male zugesichert hat.

Ich will das Gebiet verlassen, möchte aber die Regierung, weil wir über diesen Punkt uns im Dunkeln befinden, da das weder in der Presse noch irgendwo sonst klar zum Ausdruck kommt, fragen: was will eigentlich die Regierung erreichen? Ist sie denn gewillt und entschlossen, das **Problem der Reparation** im ganzen anzupacken?

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) Nützt uns denn das, wovon man so oft redet, nämlich die berühmte oder man kann beinahe sagen, die berüchtigte **Atempause** überhaupt etwas — gewiß, wir kommen oder wir sind jetzt vielleicht schon über den 31. Mai damit hinausgekommen —, daß man auch nur über eine solche Atempause verhandelt? Aber für die Dauer nützt diese Politik der Angst vor dem Einmarsch ins Ruhrgebiet, vor diesem Verfalltag, bei dem man uns ein Stück weiteres Fleisch aus unserem Leib herausschneiden könnte, doch nichts.

(Hört! Hört! und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das kommt mir immer so vor, als wenn ich dem Erpresser, der mir den Revolver vorhält und sagt: nun gibst du mir den Rock, — den Rock ruhig übergebe; dann hält er mir von neuem den Revolver vor, zieht mir die Weste und dann auch das Hemd aus, und sodann zieht er mir das Fell vollständig über die Ohren.

(Zurufe und Heiterkeit.)

Wenn ich mich auf diese Erpressertaktik zum ersten Male einlasse, dann ist das für den andern nichts weiter als eine Ermutigung dazu, diese Erpressertaktik fortzusetzen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Diese **Politik des Kapitulierens** aus Rücksicht auf die Angst ist verkehrt.

(Zurufe links.)

— Wenn Sie sagen, wir wollten den **Einmarsch ins Ruhrgebiet,** so erwidere ich Ihnen: meine Herren, wer unter der französischen Besatzung lebt — und wir haben das Vergnügen, nicht nur unter der französischen, sondern auch unter der belgischen zu leben —, der gönnt keinem seiner Mitmenschen, und selbst wenn es einer unserer Freunde auf der äußersten Linken wäre, das gleiche Schicksal. Nein, Gott bewahre uns vor weiterem Übel, (B) und Gott erlöse uns von dem Übel, das zurzeit auf uns liegt.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das ist unser Gebet.

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Stinnes!)

— Ach, beschimpfen Sie doch Männer nicht, die so turmhoch über Ihnen stehen, daß Ihre Beschimpfungen auch nicht an ihre Schuhsohlen reichen.

(Lebhaftes Bravo bei der Deutschen Volkspartei.)

Sie sollten Respekt vor derartigen Männern haben und sich freuen, daß gerade die deutsche Wirtschaft derartige Kapazitäten aufzuweisen hat, um die uns die ganze Welt beneidet.

(Erneuter lebhafter Beifall rechts.)

Meine Damen und Herren, ich sage also: wer die Besatzung mit all ihren Leiden auf sich liegen hat, der weiß ganz genau, was denen bevorsteht, über die sie etwa neu kommen sollte. Aber wenn ich dagegen schließlich doch nichts anderes eintausche als den Ruin der ganzen deutschen Wirtschaft, als den Ruin des deutschen Volks unter diesen ständigen Kapitulationen, dann nehme ich lieber auch diese schlimme Sache einer weiteren Besetzung solchen Gebiets auf mich,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

als daß ich mich fortwährend dieser Erpressertaktik füge.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Nur in diesem Sinne!

(Zurufe links.)

Ich meine, das sollten Sie, meine Herren und Damen, alle mit unterschreiben.

(Wiederholte Zurufe links.)

— Ach, glauben Sie doch nicht, daß das unsere Auffassung allein wäre. Gehen Sie doch einmal ins Ruhrgebiet und ins besetzte Gebiet, da gibt es sehr viele Leute auch aus Ihren Kreisen, die denselben Standpunkt (C) vertreten.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

— Genau so, Herr Kollege Sollmann, wie es auf unserer Seite Leute gibt, die den umgekehrten Standpunkt vertreten. Man sollte aber diejenigen, die diese Auffassung haben, nicht so beschimpfen, wie das leider so oft der Fall ist.

(Wiederholte Zurufe links: Was aber dann?)

Meine Damen und Herren! Aber nun noch ein Wort an die andere Seite. Diese Besetzung — und das mag Ihnen zum Teil als Antwort auf Ihre Frage dienen — bringt doch den Franzosen kein Geld. Glauben Sie denn wirklich — unter der Voraussetzung, daß es den Franzosen überhaupt um das Geld zu tun ist —, die Franzosen würden neue unproduktive Ausgaben machen, die ihnen ja eine Befriedigung ihrer Reparationsansprüche gar nicht bringen können? Deshalb muß man immer auch die andere Seite vor solchen Maßnahmen warnen.

Meine Damen und Herren! Man verspricht sich als weiteren Vorteil von einer Zwischenlösung der Reparationsfrage eine **Stabilisierung der Mark.** Gewiß, wir wünschen sie auch, darüber ist gar kein Zweifel. Ich will dabei ein Mißverständnis ausräumen, das da und dort noch besteht: Wir würden es nicht bedauern, wenn die Mark sich überhaupt, sondern nur, wenn sie sich ganz plötzlich sprungweise bessern würde; denn das würde allerdings — darüber sind wir uns alle einig — schwere wirtschaftliche Gefahren in sich bergen. Wir wissen aber auch nicht, ob aus der etwaigen Zwischenlösung nicht nur ein Sprung nach oben kommt, sondern demnächst, nach Ablauf der Atempause, oder wie man das sonst nennen will, unsere Währung nicht nur hinabgleitet, sondern nach unten stürzt unter all der Unsicherheit. Das wäre viel schlimmer als der Zustand, unter dem wir jetzt leben, der freilich schon (D) schlimm genug ist.

Auf der anderen Seite aber muß man sich auch fragen, was diese **Atempause,** von der so viel die Rede ist, uns schadet. Ich habe schon auf einen **Schaden** hingewiesen, möchte aber noch etwas Anderes sagen. Heute haben alle Staaten der Welt das gleiche Interesse an der Lösung der Reparationsfrage wie wir. Die Arbeitslosigkeit drüben in allen den fremden Staaten ist heute stark, vielleicht, äußerlich betrachtet, stärker als bei uns. Gerade die wirtschaftlichen Rücksichten, die sich daraus für die Regierungen ergeben, erklären es doch nur, daß in England und anderen Staaten nunmehr die Wirtschaft über die Politik wenigstens teilweise gesiegt hat, daß man auch von dort vernünftige Stimmen hört, daß man das Reparationsproblem im ganzen lösen müsse. Wie die Sache nach vier oder fünf Jahren aussehen wird, weiß heute kein Mensch. Ich möchte es auch von dieser Stelle aus nicht näher ausmalen. Es kann sich jeder selbst fragen, ob dann das Interesse der anderen noch ebenso groß ist wie unseres, oder ob wir dann nicht so vollständig am Boden liegen, daß die anderen gar kein Interesse mehr daran haben, was aus uns wird.

Ein Moment noch, auf das Sie (nach links) allerdings nicht viel geben! Glauben Sie nicht, daß auch die **geistige Einstellung des deutschen Volkes** unter einer solchen Atempause, die naturgemäß erschlaffend wirkt, ganz anders werden wird, als wenn wir nunmehr in dem Augenblick, wo das ganze deutsche Volk einsieht, daß es so nicht weitergeht, mit der vollen Stärke, die in diesem Gedanken des deutschen Volkes steckt, die Frage angreifen würden?

(Zuruf links: Redensarten!)

— Nein, Herr Kollege Dittmann, ein bißchen gehören wir doch wohl auch zum Volk und wissen, wie das Volk

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) über solche Dinge denkt. Das Volk besteht nicht bloß aus Kommunisten und Unabhängigen Sozialdemokraten; es gibt auch noch ein paar andere Leute, die sich zum Volk rechnen dürfen, obgleich Sie sich immer das Gegenteil einbilden.

Noch etwas anderes! Meine Damen und Herren! Auch vom Standpunkte der **Gläubiger,** derjenigen, die demnächst unsere Gläubiger werden: ist denn da eine **Zwischenlösung des Problems** — und da finde ich vielleicht auch bei Ihnen (nach links) keinen Widerspruch — erwünscht? Kann denn ein Gläubiger, der auf eine gute und dauernde Kapitalanlage rechnet, eigentlich jemandem ein Darlehen geben, das er vielleicht in 20 oder 30 Jahren zurückbekommt, wenn er nicht weiß, ob man den Schuldner nicht vielleicht in 5 Jahren wieder genau so maltraitiert, wie es in der Vergangenheit geschehen ist, wenn man nicht weiß, ob er nicht in 5 Jahren wieder von Sanktionen, Okkupationen und wie die Dinge alle heißen, überschwemmt werden wird?

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Ach, Herr Kollege Hildenbrand, Sie lesen offenbar keine Zeitungen, sonst hätten Sie heute vormittag in allen großen Berliner Zeitungen gelesen, daß der „Daily Telegraph" zu diesem Punkte folgendes sagt:

> Der Geldgeber, sei er Franzose oder Brite oder Amerikaner, will nicht sein Geld riskieren, wenn er Grund zur Annahme hat, daß innerhalb von 4 Jahren die ganze Welt wieder im Schmelztopf liegt und daß die Aussichten, Zinsen für sein Kapital zu erhalten, durch neue Streitfälle und neue Drohungen arg gefährdet sind.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Das ist ganz was anderes!)

Das ist genau, was ich sage. Wir bekommen eher eine Anleihe, wenn man weiß, daß die Reparationsfrage auf (B) einmal und gründlich gelöst wird, als wenn man nur damit rechnen kann, daß wir für vier Jahre vielleicht Ruhe haben, demnächst aber wieder unter derselben Gefahr von Sanktionen usw. stehen wie heute.

Deshalb, meine Damen und Herren, sind wir der Auffassung, daß nunmehr das **Reparationsproblem in seinem ganzen Umfang aufgerollt** werden muß. Die Zeit war dafur nie so günstig, wie sie jetzt ist.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Die Erkenntnis auch in politischen Kreisen anderer Staaten über dies Unerträgliche des Versailler Vertrags ist nun einmal da; das hat sich in Genua gezeigt, das hat das Buch von Nitti gezeigt und so viele andere Erscheinungen in der Öffentlichkeit. Die Zeit war auch wirtschaftlich nie so günstig für uns. Ich verweise auf die verschiedenen Schriften von Keynes und auf die Aufsätze, die er in der Presse geschrieben hat; ich verweise auf die Antwort der Bank von England vom Dezember, die doch in derselben Richtung liegt: wir können euch nichts geben, solange ihr unter den Sanktionen steht.

Ich verweise auch darauf, daß wir nunmehr die Handhabe hätten, den Frieden von Versailles, soweit er Reparationsbedingungen enthält, aus den Angeln zu heben, indem wir die Frage der **Schuldlüge** nun einmal gründlich zur Erörterung stellen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Auf dem § 231 basieren die Reparationsverpflichtungen, auf der Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege. Diese Legende muß einmal aus der Welt geschafft werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Eisnerprozeß hat uns dazu das allerbeste Material geliefert. Diese Frage sollte die Regierung nun auch einmal ernstlich anpacken. Wir werden darüber ja noch deutlicher reden, wenn unsere dahingehende Interpellation hier zur Behandlung kommt, von der wir hoffen, daß sie (C) sehr bald auf die Tagesordnung des Reichstags gesetzt werden wird.

Wir müssen die Aufrollung des Reparationsproblems im ganzen verlangen. Wir müssen die Aufhebung der Sanktionen verlangen. Es ist doch ein weltpolitischer Skandal allerersten Ranges, daß die Besatzung der beiden Städte Duisburg-Ruhrort und Düsseldorf heute noch fortbesteht, die man seinerzeit verhängt hat, um uns zu zwingen, die Unterschrift unter das Londoner Ultimatum zu setzen, obgleich diese Unterschrift schon vor einem Jahre gegeben wurde, obgleich wir alles erfüllt haben, was wir nur irgendwie nach unseren Kräften erfüllen konnten.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das hätten wir schon seither viel energischer und bestimmter erklären müssen und gegen diese völkerrechtswidrige Besetzung hätten wir schon viel energischer protestieren müssen.

Wir müssen ferner verlangen, daß die Besatzungskosten heruntergesetzt und die Besatzung vor allem auch auf ein erträgliches Maß zurückgeschraubt wird.

(Sehr richtig!)

Sie bringt uns unproduktive Ausgaben, und auch die Herren auf der anderen Seite der Grenze sollten sich sagen, daß man von dem Schuldner, dem man soviel Mitesser ins Haus legt, nicht soviel Geld zur Abzahlung seiner Schulden verlangen kann als von demjenigen, den man frei und ungedrückt durch derartige seelische und sonstige Belastungen wirtschaften läßt.

Wir müssen eine vernünftige Regelung der Verhältnisse auch im Saargebiet verlangen,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Bernstein. — Rufe rechts: Ruhe!)

wo man zurzeit eine französische Satrapenherrschaft aufrichten will, schlimmer als man sie sich nur vorstellen kann.

Wir müssen endlich vor allem verlangen, eine ent- (D) sprechende Herabsetzung unserer Reparationsleistungen auf ein Maß, das einigermaßen erträglich ist. Wir wollen uns keineswegs, damit darüber kein Mißverständnis hier und draußen entsteht, allen Verpflichtungen entziehen. Aber wir müssen verlangen, daß unsere Leistungen herabgesetzt werden auf das Maß, das man uns seinerzeit als Bedingung für den Waffenstillstand in den Wilsonschen Bedingungen aufgegeben hat und das unserer Leistungsfähigkeit entspricht.

Meine Damen und Herren! Ich komme damit zum Schluß. **Amerika** hat ja den Krieg nicht nur durch das Eingreifen mit seinen militärischen Machtmitteln entschieden, sondern es hat auch ebenso durch die feierlichen Versprechen, die sein Präsident gemacht hat, dem die Träumer im Deutschen Reich ja leider geglaubt haben, uns zur Niederlegung unserer Waffen veranlaßt. Wir hoffen, daß es nunmehr sein gewichtiges Wort auch in die Wagschale werfen wird, wenn es gilt, die Welt zu einem wirklichen Frieden zu bringen. Die diplomatischen Posten diesseits und jenseits des Ozeans sind mit hervorragenden Männern neu besetzt. Möge der Erfolg ihrer Mitarbeit an der Herstellung eines wahren Friedens ihrem hervorragenden Können und auch ihrem ebenso großen und starken Wollen entsprechen. Wenn das große Werk der endgültigen Schaffung friedlicher Verhältnisse gelingt, so wird es uns gewiß auch noch erhebliche, ungeheuerliche neue Opfer zumuten. Wir müssen und werden sie bringen. Das ganze deutsche Volk wird dabei mittragen müssen, es wird sich niemand ausschließen dürfen, nicht der Besitzende, und nicht der Nichtbesitzende, Kapital und die Arbeit wird dabei mithelfen müssen. Die reichen geistigen und sittlichen Kräfte, die heute noch im deutschen Volke ruhen, geben uns die Gewißheit, daß wir auch auf diesem steinigen Weg bis zu dem Ende

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) kommen werden, an dem die Gesundung der deutschen Politik und Wirtschaft und der Weltpolitik und der Weltwirtschaft steht. Aber nur eine dauernde Lösung rechtfertigt solche gewaltigen Opfer, und sie allein liegt im Interesse der gesamten deutschen Bevölkerung, nicht zum wenigsten auch im Interesse der deutschen Arbeiterschaft.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Eine vorläufige Lösung der Reparationsfrage mit weitgehenden Konzessionen, wie sie vielleicht nach dem, was in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist, die deutsche Regierung im Auge hat, ohne erhebliche Entlastungen wird unter keinen Umständen von uns gebilligt. Wir müssen sie unter allen Umständen ablehnen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Für alle Folgen, die aus einem solchen Vorgehen, wenn es etwa beabsichtigt sein sollte, entstehen, trägt allein die Regierung die Verantwortung.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir müssen vor diesem Wege aufs eindringlichste warnen, wir müssen gegen ihn den schärfsten Protest erheben und jede Verantwortung dafür ablehnen. Wir wollen eine Verständigung über das Reparationsproblem, aber nicht eine solche um jeden Preis, sondern nur eine solche, die das deutsche Volk noch leben und arbeiten läßt. Eine Regierung, die dieses Ziel ernstlich verfolgt, würde sicherlich die Unterstützung des ganzen deutschen Volks haben und auch Ihre Unterstützung, meine Herren von der Linken, während eine Regierung, die in dieser Frage — ich nehme damit ein von anderer Seite gebrauchtes Wort auf — nur **Politik auf Termine** treibt, auf Termine, hinter denen unter Umständen doch wieder neue Sanktionen stehen, von uns unmöglich unterstützt werden kann, weil wir sie für verhängnisvoll für unser deutsches Vaterland halten.

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

(B)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Der Herr Abgeordnete Dr. Dernburg hat das Wort.

Dr. **Dernburg,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Für unsere Gegner, die in Paris und in anderen Großstädten mit Spannung auf die Verhandlungen dieses hohen Hauses blicken, muß diese Debatte hier eigentlich sehr lehrreich sein,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

meines Erachtens vielleicht lehrreicher, als es im Interesse unseres Vaterlandes geboten erscheint.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich frage mich umsonst, wozu wir denn einen vertraulichen **Auswärtigen Ausschuß** haben, wenn er nur dazu dient, dort Material zu sammeln, mit dem nachher von rechts und links die Regierung bombardiert wird.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.)

Denn es handelt sich hier zunächst um Fragen der auswärtigen Politik, und da sollte es meines Erachtens Parteien überhaupt nicht geben,

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten)

sondern das Interesse des deutschen Volkes geht dahin, daß unser Vaterland in den großen und schwerwiegenden Fragen möglichst stark ist. Wir sollten uns die Neigung, schmutzige Wäsche nicht nur in der Kommission, sondern auch im Plenum zu waschen, gerade unter solchen Umständen doch verbeißen können. Ich bin gar nicht überrascht, meine Herren, daß dem Herrn Reichskanzler wieder von seiten der Rechten ein duftendes Bukett in Form eines Mißtrauensvotums überreicht wird. Die Herren haben das als eine liebe Gewohnheit auf Lager; aber ich muß mich doch fragen, ob die Gelegenheit hier besonders günstig gewählt ist, zu betonen, daß in einer mit den Rechten und der Verantwortlichkeit des Reichstags nicht vereinbaren Weise hier (C) von der Regierung vorgegangen wird. Die Regierung hat mit den Parteiführern über die Dinge verhandelt, sie hat den einzelnen Parteien sogar das Schriftstück in die Hand gegeben, aus dem sie sich informieren konnten. Sie hat zwei Tage lang im Auswärtigen Ausschuß Rede und Antwort gestanden und das einzige, was sie den Herren nicht gestattet hat, ist, daß sie die Note haben redigieren dürfen in ihrem Sinne. Ich aber stehe auf dem Standpunkt, daß die Frage der Exekutive und der Legislative getrennt werden muß,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und wenn die Herren immer gegen den parlamentarischen Staat anrennen, so sollten sie doch das so lange unterlassen, bis sie sich die Regeln, unter denen ein parlamentarischer Staat allein leben kann, einigermaßen angeeignet haben.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.)

Sonst machen sie sich einfach lächerlich.

(Sehr richtig! und Bravo! bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

Meine Damen und Herren! Weil ich glaube, daß man in einer Diskussion, die sich mit auswärtigen Dingen beschäftigt, die Polemik möglichst vermeiden soll, so will ich auch jetzt nicht mehr gegen die Herren sprechen, die vor mir geredet haben, sondern will zum Thema kommen. Meine politischen Freunde und ich stehen im wesentlichen auf dem Standpunkt gegenüber den **Resultaten von Genua,** wie sie die Reichsregierung und die beiden Parteien der Mehrheit ausgesprochen haben. Wir sind nach Genua gegangen, wie die eine Note sagte, in dem Geiste, der das Vergangene als endgültig abgeschlossen ansieht und eine Grundlage für den gemeinsamen friedlichen Wiederaufbau zu schaffen sucht. Meine Damen und Herren! Wir sind in Italien sehr freundlich aufgenommen worden. Unser (D) **Verhältnis zu Italien** hat ja in den letzten Jahren schwere Erschütterungen durchgemacht und hat uns Deutschen gerade ganz besondere Schmerzen und Enttäuschungen gebracht. Diese Absicht, im Geiste das Vergangene als endgültig abgetan sein zu lassen, auszuführen, haben uns die Italiener aber besonders leicht gemacht; denn sie haben für das deutsche Volk ein Verständnis aufgebracht und mit jener Verbindlichkeit des Herzens, die sie gentilezza nennen, haben sie uns taktvoll und freundlich begrüßt, und wir dürfen diesem Volke dafür Dank wissen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Genua konnte eigentlich nicht mehr enttäuschen, und wenn man hier hört, wie geringschätzig die Resultate von Genua beurteilt werden, so kommt es einem vor, als ob die Herren, die das tun, vergessen hätten, daß Genua eigentlich schon drei Viertel seiner Möglichkeiten beraubt war, als man überhaupt hinging,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und daß es ganz gewiß nicht die deutsche Reichsregierung war, die Genua zu einem uninteressanten Platze gemacht hat. Im Gegenteil, der Zwischenfall, der zu dem **Vertrag von Rapallo** geführt hat und der gerade die Kunst des Führers der Konferenz, des englischen Premierministers, auf die allergrößte Probe gestellt hat, ist vielleicht etwas gewesen, was die Reichsregierung selbst in der Plötzlichkeit und mit der Sensation gar nicht hat herbeiführen wollen. Wir glauben ihr gern, daß sie ihrerseits versucht hat, das Element der Überraschung überhaupt auszuscheiden. Es gibt aber besondere Momente und es gibt Personen, die einer solchen frühzeitigen Information auszuweichen wissen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Infolgedessen kann man nicht sagen, ob hier irgendein

(Dr. **Dernburg**, Abgeordneter.)

(A) Kunstfehler, wie manche es wollen, begangen ist. Ich bin überhaupt ein Gegner davon, rückwärtsschauend die Verpflichtung für mich anzuerkennen, unter allen und jeden Umständen an allem und jeder Sache eine Kritik zu üben. Die Dinge laufen manchmal ganz frei, und in diesem Falle glaube ich, daß jeder Mann, der von diesen Dingen etwas wissen wollte, von ihnen etwas gewußt hat.

Nun die **Kritik am Zeitpunkt.** Der Herr Abgeordnete Crispien hat gefragt, warum man diesen Vertrag nicht vorher gemacht habe. Zu einem Vertrage, meine Damen und Herren, gehören immer zwei, und wir wissen, daß die Russen nicht bereit gewesen sind, einen solchen Vertrag zu machen, selbst zu der Zeit, wo sie hier in Berlin waren. Aber ihn zu verschieben — darin muß ich der Regierung auch recht geben —, wäre doch mit einem Gefahrenmoment umgeben gewesen, das ich bei der schwachen Lage Deutschlands und seinen wenigen Trümpfen und der Unmöglichkeit, irgendwohin dem Diktat von Versailles zu entrinnen, unter keinen Umständen eingegangen wäre.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Es darf nicht vergessen werden, daß von dem **Art. 116** nicht nur im **Londoner Memorandum** die Rede ist, sondern daß schon vorher in der französischen Note steht, man müsse sich über die Zahlungen, über die Reparationen schlüssig werden, welche die Russen verlangen werden — nämlich von uns.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Außerdem ist ja der Art. 116 nicht die einzige gefährliche Bestimmung des Londoner Memorandums. Wenn man hier schon annehmen kann, daß die Londoner Experten, die das Dokument zusammengestellt haben, vollständig guten Glaubens gewesen sind, indem sie den Art. 116 reservierten: wie ist es denn mit der Klausel, wo es heißt, daß nur diejenigen Unternehmungen, die bis zum (B) 1. November 1917 unter ausländischer Führung gestanden haben, diesen ausländischen Besitzern zurückzugeben sind, während im Jahre 1914 unser Eigentum expropriiert worden war! Diese Klausel besagte nichts anderes, als daß den anderen ihre Sachen zurückgegeben, die unseren aber vorenthalten werden sollten.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist eine so klare Absicht, aus der deutschen Haut Riemen zu schneiden, daß ich es der deutschen Vertretung nicht übel nehme, wenn sie sich dagegen energisch wehrt.

Nun ist dieser Vertrag ja abgeschlossen worden und hat **im Ausland** bei den Gegnern eine sehr erhebliche Ablehnung, ja in der französischen Presse ein großes Geheul hervorgerufen. Man fragt sich, weshalb denn eine solch außerordentliche **Erregung** entstanden ist. Man wird die Antwort darin finden müssen, daß Frankreich sich vielleicht eine sehr starke Rechnung darauf gemacht hatte, aus Deutschland mindestens ein scrap of paper herauszubekommen, auf Grund dessen in Zukunft noch irgendwelche Forderungen gestellt werden können.

Aber auch anderwärts, wo diese Absicht nicht vorausgesetzt werden kann, zum Beispiel in Amerika, ist uns dieser Abschluß sehr übel genommen worden, weil man sagte, mit einem Bolschewisten, das heißt mit jemand, der dem anderen sein Eigentum entschädigungslos konfisziert, dürfe man keine Geschäfte machen. Nun, vorhin ist schon darauf hingewiesen worden, daß die **Konfiskation des Privateigentums im Kriege** von allen unseren Gegnern praktiziert wurde und daß die Bestimmung im Friedensvertrage, wonach der Beraubte sich selbst entschädigen muß, also der besiegte Staat seine Bürger zu entschädigen habe, doch nur ein Mäntelchen ist voller Heuchelei, welches diesen glatten Raub, diese ganze Kriegsentschädigung verdecken soll.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist also gar nicht an dem, daß die Russen sich sehr (C) viel anders benommen haben. Selbstverständlich müssen sie jetzt gerade so wie wir und all die anderen Nationen zu dem Gesichtspunkt des Schutzes des Privateigentums zurückkehren. Wir haben es ja erlebt, daß ohne Beachtung dieses Gesichtspunktes Handel und Wandel nicht gedeihen, noch weniger aber irgend jemand Kredit in Anspruch nehmen kann.

(Wiederholte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Wenn wir diesen Vertrag abgeschlossen haben und nun rückwärts schauen, wo wir eine Distanz gewonnen haben, dann müssen wir sagen, daß der deutsche Schritt sich nach jeder Richtung hin gerechtfertigt hat. Die Konferenz ist nicht gescheitert, aber auch die russische Frage ist auf der Konferenz nicht vorangekommen, und das deutsche Volk — das darf ich wohl sagen — hätte nicht die Neigung gehabt und wäre innerlich nicht befriedigt gewesen von dem Abschluß eines Vertrages mit Rußland auf der Basis des Londoner Memorandums.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

In diesem Memorandum sind nur Forderungen gestellt, aber man hat keine Hilfe versprochen,

(sehr wahr!)

und zwar sind Forderungen aufgestellt, die ein gesundes Rußland schon in Jahrzehnten nicht hätte erfüllen können, geschweige denn ein so ausgepowertes Rußland, von dem man Auslandszahlungen im Betrage von Milliarden erwartet, während es heute doch nur noch 1 Prozent seines Friedensexports hat.

Wenn wir Deutsche uns den Russen genähert haben, dann handelt es sich durchaus nicht um die Frage, mit wem wir den **Vertrag** gemacht haben. Im Sinne des deutschen Volkes haben wir ihn mit den Russen geschlossen, **mit dem großen russischen Volke,** mit dem hungernden und (D) zusammengebrochenen Rußland, mit einem Volke, das Millionen und aber Millionen Tote noch unbegraben auf seinen Feldern hat, das in diesem Jahre noch mit weiteren vielen Millionen von Toten infolge der Nichtbestellung seiner Felder rechnen muß. Wir, die wir diesem Lande näher sind, haben ein Gefühl dafür, wie einem solchen Volke zumute ist; haben wir doch selbst genug ausgestanden und gelitten, sind wir doch die einzigen in Europa, die genug gehungert haben, um eine solche Situation zu verstehen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir können begreifen, daß einem solchen Lande auf die bisherige Art nicht geholfen werden kann. Wohl wissen wir, daß eine hochherzige Hilfsaktion von Amerika eingeleitet worden ist. Aber daß diesem Rußland nicht durch private Mildtätigkeit geholfen werden kann, das weiß doch die ganze Welt, und daß ihm nicht dadurch geholfen wird, daß jetzt in vier Wochen noch eine Konferenz im Haag zusammentritt, wo abermals beraten wird und wieder unzählige Beschlüsse oder Resolutionen gefaßt werden, das sollte vollständig klar sein.

Wenn Deutschland sich ein Verdienst um dieses große Stück leidender und hungernder Menschheit erworben hat, dann ist es geschehen durch den Abschluß des Vertrags von Rapallo, der alsbald die Pforten für uns aufmacht.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben es aber auch noch aus anderen Gründen getan, und ich halte das für richtig. In diesem Vertrag wird einfach alles ausgewischt, was vergangen ist. Es ist ganz unmöglich, daß die Völker Europas am Ende zu irgendeinem anderen Schluß kommen als gerade zu diesem. Es gibt keine Nation, besonders bei den herabgegangenen Produktionskräften und Produktionsmitteln, die in der Lage ist, die Schuld einer langen Vergangenheit zu ver-

(Dr. **Dernburg,** Abgeordneter.)

(A) zinsen und zu tilgen und die Gelder für den Aufbau der Zukunft aufzunehmen, schon deshalb nicht, weil hinter diesen Schulden der Vergangenheit überhaupt nichts mehr steht

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

als die Leere. Das Geld ist alles verbraucht, es ist Rauch. Es wird hier die Idee eines Wertes aufrechterhalten, der doch nur eine Realaität gegeben werden kann, wenn eine schon stark ausgenutzte Menschenkraft für Sünden der Vergangenheit eingesetzt wird, die viel besser ihre Blicke in die Zukunft wenden und ihre Leistung für die kommende Generation aufwenden würde. Ich glaube, daß diese **Weltseisachtheia** mit Notwendigkeit überall kommt, nicht nur in Rußland. Deshalb habe ich es auch für richtig gehalten, daß hier nun der Anfang gemacht wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich glaube, daß je ferner vom Schuß, je weiterblickend die Finanziers der Welt sind, die sich diesen Fragen zu widmen haben, desto eher werden sie zu demselben Schlüssel zwischen den großen Nationen kommen.

Dabei halten wir natürlich nicht viel davon, daß wir von Rußland etwa in diesem Moment irgend etwas besonderes profitieren könnten. Es ist ganz richtig: Dieser **Vertrag** ist mehr **paradigmatisch.** Er zeigt die Tendenz, mit der wir die Weltgeschäfte treiben, und zeigt den Eindruck, den wir von dem sogenannten Geist von Genua haben, der leider in den Verhandlungen der anderen, besonders in den Verhandlungen, wie sie die Franzosen dort beliebt haben, eigentlich niemals zu erkennen gewesen ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun hat man hinter diesem Vertrag von Rapallo alle möglichen entweder stillschweigenden oder ausgesprochenen heimlichen Verträge politischer Natur vermutet, und es ist eigentümlich, daß im englischen Unterhaus (B) diese Legende noch nicht einmal ganz ausgekehrt worden ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Jeder Mann von gesundem Menschenverstand wird sich doch sagen müssen, daß Deutschland nichts Törichteres tun könne, als sich in ein politisches Wagnis mit einer auf so schmaler Basis stehenden Regierung, die ganz andere Tendenzen verfolgt wie die unsere, einzulassen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Heute morgen haben wir hier einen Vertrag gemacht, um uns mit Polen in Zukunft in vernünftigen Bahnen bewegen zu können. Wir wollen überhaupt weder eine Konzert- noch eine Gleichsgewichtspolitik treiben. Dazu sind wir im Moment gar nicht in der Lage,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

sondern wir wollen mit unseren Nachbarn in guten und vernünftigen Beziehungen leben, und wir wünschen, wir könnten das mit Frankreich, und es wäre in der Lage, seine heutige Politik, die zwischen Keulenschlägen und Nadelstichen wechselt, uns gegenüber aufzugeben. Dann wird auch bei ihm diese Besorgnis vollständig schwinden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber daß wir, Deutschland, mit einem Hunderttausendmannheer rechts von Frankreich und links vom waffenstarrenden Polen eingeklemmt, eine **militaristische Politik mit Sowjetrußland** treiben wollen, nach unseren Erfahrungen, die wir nach der Richtung gemacht haben — die das annehmen, sind entweder komplette Narren oder, was wahrscheinlicher, können unmöglich Deutschland gegenüber einigermaßen in gutem Glauben sein.

Nun hat man in Genua neben den nicht zustande gekommenen russischen Verhandlungen eine Reihe von finanziellen und wirtschaftlichen Kommissionen tagen sehen, die ihrerseits Resolutionen gefaßt haben. Wir haben uns in unseren parlamentarischen Gebräuchen angewöhnt, bei Fragen, zu denen entweder keine Partei Stellung nehmen will, oder die aus Höflichkeit nur behandelt werden sollen, (C) Resolutionen zu fassen und legen solchen Resolutionen keinen besonderen Wert bei. Mit den **Genueser Resolutionen** ist das eine etwas andere Sache. In der Einladung steht, daß diese Resolutionen, die Resultate der Arbeit der vier Kommissionen, möglichst bald in Kraft gesetzt werden sollen. Der Herr Reichskanzler war gestern der Meinung, daß noch ziemlich viel Wasser den Rhein herabfließen würde, ehe diese Resolutionen überall eingeführt werden würden. Ich glaube, daß der Herr Reichskanzler da eine unnötig pessimistische Anschauung ausgesprochen hat.

Die Dinge liegen doch so. Diejenigen Personen, die in Genua diese Resolutionen gefaßt und ausgearbeitet haben sind dasselbe Gremium, das im Jahre 1920 in Brüssel in der Finanzkommission die Grundsätze für eine Gesundung Europas festgelegt hat. Es sind zum großen Teil wiederum dieselben Personen, welche jetzt in Paris bei der Konferenz für die Anleihe ihr Votum abzugeben haben. Es ist nicht anzunehmen, daß diese in Paris stattfindenden Verhandlungen zu irgendeinem anderen Resultat kommen können, als die Verhandlungen in Genua es vorausgezeigt haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Infolgedessen werden und müssen diese Genueser Empfehlungen gleich von vornherein unmittelbar bei der Anleihe zum Zuge kommen.

Es kommen aber noch andere Dinge dort zum Zug. Der Herr Abgeordnete Becker (Hessen) hat sich ziemlich ausführlich ebenso wie der Herr Abgeordnete Hoetzsch mit der **Frage der Anleihe** und desjenigen, was augenblicklich in Paris passiert, beschäftigt. Meine Damen und Herren! Wir haben einmal im vorigen Dezember nach London die Frage nach einer Anleihe gerichtet und haben damals von dem Governor der Bank von England die Auskunft bekommen, daß unter der Herrschaft (D) der Bedingungen, welche zurzeit für die Zahlungsverpflichtungen der deutschen Regierung gegenüber der Reparationskommission während der nächsten Jahre maßgebend seien, eine solche Anleihe in England nicht zu erlangen ist, und der vergangene **Gouverneur der Bank von England,** der **Lord Kindersley,** ist jetzt wieder der Sachverständige in der Pariser Kommission. Deswegen habe ich geglaubt, daß wir uns allzuviel überhaupt den Kopf vorher über das zerbrechen, was mit der Anleihe werden wird. Zu welchen Bedingungen einer dem anderen Geld leihen will, pflegt gewöhnlich nicht der Schuldner zu bestimmen, sondern der Gläubiger. Ich muß dabei darauf hinweisen, daß wir schon seit langem die Versuche machen, diese Anleihe zu bekommen, und daß es ein grober Unfug ist, wenn die französische Presse, wie noch vor einigen Tagen der „Figaro“, behauptet, wir wollten gar keine Anleihe, unsere Macht sei das Dumping, und wir wollten Sabotage treiben. Wir wissen ganz genau, daß, wenn wir die Mark stabilisieren, wenn sie dauernd steigt, Deutschland durch sehr schwere Krisen gehen wird,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

Krisen, die nicht nur den Arbeitnehmer, sondern auch den Arbeitgeber, die auch die Existenz manches Geschäftes aufs schwerste bedrohen werden. Aber trotzdem sind wir der Ansicht, daß es hier keinen Punkt gibt, wo man stehen bleiben wird. Entweder es geht in den Abgrund, oder es geht nach einer Weile, wenn auch nur allmählich, wieder aufwärts. Die gegenwärtige Situation läßt sich eben nicht halten.

Meine Damen und Herren! Ich habe gesagt: die **Bedingungen,** unter denen man Geld bekommt, werden von dem **Darlehnsgeber** festgesetzt. Sie werden nach meiner Auffassung festgesetzt werden auf Grund der Beschlüsse der Brüsseler Konferenz und auf Grund der Be-

(Dr. **Dernburg**, Abgeordneter.)

(A) schlüsse von Genua. Da werden alle die Dinge verlangt werden müssen, die diese Leute, die ja absolut gar keine Veranlassung haben, uns oder den Franzosen auf dem Wege über uns irgendwelches Geld zu geben, wenn sie nicht die Sicherheit und die Ordnung der deutschen Finanzen voraussetzen, für notwendig halten.

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten)

Bei dieser Gelegenheit wird natürlich auch die große **Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit nach Art. 234** stattfinden, und zwar nicht von Leuten, wie sie der Reparationskommission angehören und die ein Interesse daran haben, diese Leistungsfähigkeit möglichst zu hoch zu schätzen, sondern von denjenigen Leuten, die uns Geld geben sollen und die das Interesse haben, mit ihrer Schätzung möglichst vorsichtig zu sein.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wer sitzt denn in dieser Pariser Anleihekommission? In dieser Kommission sitzen doch verantwortliche Leute, die eine Reputation zu vertreten haben. Diese Reputation besteht darin, daß sie in Geldsachen zuverlässige Schätzer der Leistungsfähigkeit der Menschen sind. So etwas nennt man nämlich Kreditgeben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Diese Männer haben nicht nur für sich eine Reputation zu vertreten, sondern sie werden auch dem Publikum gegenüber verantwortlich, dem sie diese Papiere anbieten; denn sie behalten sie ja nicht. Es ist also das, was man eine Prospektverantwortlichkeit nennt, in hohem Grade vorhanden. So unbequem mir auch nach all den Erklärungen der Regierung das Wort von neuen Steuern in der Note ist

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und so wenig ich glaube, daß dieses Wort uns nützt, vielmehr uns schädigt, das es uns in Gegensatz zu den früheren Erklärungen bringt, die wir abgegeben haben, so (B) habe ich doch in dieser Beziehung gar keine unmittelbare Besorgnis.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Meine politischen Freunde und ich stehen auf dem Standpunkt: ob Deutschland eine Anleihe bekommt, entscheidet schließlich das Weltpublikum, und zwar das anlagesuchende Publikum, vertreten durch die Bankiers.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Herr Morgan soll ja auch in Paris gesagt haben — ich glaube, daß es richtig ist; es entspricht seiner Art —: wenn die Franzosen die Anleihe nicht so nehmen wollen, wie wir sie anbieten, dann gehen wir eben nach Hause und kommen wieder, vielleicht aber auch nicht.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Jene Geldgeber werden ihrerseits feststellen, welches die Leistungsfähigkeit Deutschlands ist, und sie werden sich dabei nicht durch irgendwelche Zahlen, die im Besitz der Reparationskommission usw. sind, beeinflussen lassen, sondern sie werden das Problem selbständig lösen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Und dann kommt mit Naturnotwendigkeit das, was wir gar nicht zu forcieren brauchen, nämlich die **Aufrollung des Reparationsproblems** in seiner ganzen Breite.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Eine kurze Anleihe kann uns doch nichts nützen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Denn wenn wir sie in ein paar Jahren zurückzahlen müssen, dann wird der Betrag für die Zinsen und die Amortisation größer als die Annuität, die wir heute zu zahlen haben.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Also brauchen wir eine **langfristige Anleihe,** und wenn wir eine langfristige Anleihe haben, dann kann doch während dieser Zeit niemand dieses Papier nehmen, wenn die Franzosen oder die andern sich vorbehalten, in das Ruhr- (C) gebiet oder sonstwohin einzurücken und Deutschland den Lebensnerv abzuschneiden. Wer wird dann ein solches Papier nehmen?

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn man weiterhin weiß, daß die Reparationen dauernd bleiben, daß das deutsche Volk unter einer Last von 130 Milliarden dauernd seufzen muß — darauf kommt doch der Londoner Zahlungsplan hinaus, der nichts von Sachleistungen weiß —, so wird man sagen: dieses Land wird das niemals leisten können. Denn wenn auch auf der Genueser Konferenz festgestellt ist: Länder mit sehr großen Auslandsschulden können nicht wieder ohne Hilfe von äußeren Anleihen auf die Beine kommen, so meint das nicht, daß hier Anleihen von den schwächsten Ländern aufgenommen werden sollen lediglich zum Zwecke, daß der ganze Erlös aus dem betreffenden Lande herausgetragen werden soll,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

so wie es sich die Franzosen vorzustellen belieben. Nein, dieses Geld muß eben zum Wiederaufbau benutzt werden, zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit, um die Länder mit den schwächsten Valuten in die Situation zu bringen, in einer natürlichen Progression zu produzieren und sich selbst nach und nach wieder selbständig zu machen.

(Wiederholte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn dieses Geld dazu nicht verwandt werden soll, so wird es eben einfach nicht gegeben.

Daraus ergibt sich für meine Freunde und mich eine ganz einfache Linie. Wie uns mitgeteilt ist, ist die Zusage in der Note, unsere schwebende Schuld auf einem bestimmten Betrag festzuhalten und eventualiter andere Mittel zu ergreifen, geknüpft an eine hinreichende finanzielle Hilfe zu einer uns passenden, das heißt zu einer noch nützlichen Zeit. (D)

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn diese **Beschränkung unseres Notenumlaufes** für drei Monate oder länger nicht durch innere Anleihen oder sonstwie gedeckt werden kann, so soll auch an das Mittel der Steuern gedacht werden. Hier ist also ein doppeltes Proviso. Warum ist das gemacht? Weil das Dinge sind, die die Reparationskommission angehen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Reparationskommission gibt uns aber nicht das Geld, sondern das Geld geben uns die Finanziers,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und wenn wir mit den Finanziers eine Abmachung treffen, so liegt doch die Sache so: eine Anleihe, die von deutscher Seite nicht freiwillig gegeben wird, ist nicht das Papier wert, auf das sie geschrieben wird, und kein Mensch nimmt es.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte.)

Um so größer ist natürlich **unsere Verantwortung** dabei, wenn wir ein solches freiwilliges Papier geben. Ich habe bisher keine großen Gewissensbisse gehabt, Ultimaten zu unterschreiben, die mir jemand mit der Pistole auf der Brust abgezwungen hat. Aber wenn es jetzt dazu kommt, wo die ganze Zukunft des deutschen Volkes auf dem Spiele steht, wo die Frage ist: was wird denn, nicht für drei, vier oder fünf Jahre, sondern für die Dauer? so haben wir nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, und ich und meine Freunde haben die Absicht, hier ganz genau zuzusehen, was da wird,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

und uns nach gar keiner Richtung hin beeinflussen zu lassen. Infolgedessen erkennen wir uns auch nach gar keiner Richtung durch dasjenige, was die Regierung hier abgibt, für gebunden.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

(Dr. **Dernburg,** Abgeordneter.)

(A) Wir haben gehört, daß innerhalb des Kabinetts schwere Zweifel über die Angemessenheit dieses Angebots entstanden sind. Diese Zweifel sind nach der Erklärung des Herrn Reichskanzlers im Auswärtigen Ausschuß beigelegt, wonach er auf dem Boden dieser Vorschläge steht. Ich habe im Auftrage meiner Freunde es hier zu unterstreichen: wir kennen als **verantwortlichen Leiter der deutschen Reichspolitik** nur den Herrn **Reichskanzler,**

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten)

ganz ausschließlich! Der Reichskanzler ist durch die Verfassung in der Lage, sein Kabinett homogen zu bilden, und wenn sich das Kabinett nicht versteht, so muß er dafür sorgen, daß es sich versteht oder daß es umgebildet wird. Wir aber nehmen von **Differenzen innerhalb des Kabinetts** prinzipiell keinerlei Notiz, sondern halten uns an den Reichskanzler als den Mann unseres ausgesprochenen Vertrauens, an ihn als Person und als Reichskanzler.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Zeit ist sehr vorgerückt, und ich möchte mich deshalb auf diese Stellungnahme und Bemerkung beschränken.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Das ist aber verfassungsrechtlich ganz falsch!)

Noch ein Wort zur **Treuga Dei!** Diese Treuga Dei ist ein Lieblingsgedanke des englischen Premierministers. Er hat sie ja auch zustande gebracht, freilich ohne daß Deutschland mit eingeschlossen ist. Aber er glaubt, dadurch den Geist von Genua für eine gewisse Zeit zu perpetuieren, und ich muß darauf zurückkommen, daß dieser Geist von Genua, dieser Geist der Versöhnung, dieser Geist, der eine neue Ära eröffnen soll, so lange unter gar keinen Umständen in Deutschland geteilt und von Deutschland angenommen werden kann, solange jene infame **Schuldlüge**

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten)

(B) uns noch beständig vorgehalten wird.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Wir müssen uns hier an den **englischen** Herrn **Außenminister** in Person wenden; denn er hat am 3. März 1921 gesagt:

Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend. Sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrags errichtet worden ist,

(lebhafte Rufe bei den Deutschen Demokraten und rechts: Hört! Hört!)

und wenn dies Anerkenntnis verweigert oder aufgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig.

(Erneute Rufe bei den Deutschen Demokraten und rechts: Hört! Hört!)

Die Alliierten fühlen daher, daß sie die Tatsache in Rechnung ziehen müssen, daß die deutsche Regierung mit offenbarer Unterstützung der deutschen öffentlichen Meinung die eigentliche Grundlage des Vertrags von Versailles anficht. Vorschläge, wie die durch Dr. Simons gemachten, sind einfach die notwendige Folgerung aus dieser neuen Haltung. Wenn Deutschland in dieser Gemütsverfassung an seine Verpflichtungen herangeht, sind solche Vorschläge unvermeidlich. Wir wünschen deshalb ein für allemal es ganz klar auszusprechen, daß die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg als cause jugée behandelt wird.

Ich unterstreiche die Bezugnahme auf unsere Gemütsverfassung. Mein Protest meint nur nicht, daß ich eine Wiedergutmachung an die Gegner ablehne. Der **Besiegte** hat unter allen Umständen, in allen Kriegen und zu allen Zeiten die Zeche zu bezahlen gehabt, aber nicht unter einer so **infamierenden Behandlung.** Ich benutze das Wort „infamierend", weil ich es eben aus dem Munde **Lloyd Georges** selber habe. Er hat am 25. Mai in London (C) folgendes gesagt:

Hier habe man zwei der größten Nationen der Welt, hinsichtlich des Gebietes sowohl als der Bevölkerung, der Kräfte und der Hilfsmittel. Beide ständen nicht in Gunst, jede von ihnen tat etwas, was sie bei den anderen Nationen der Welt diskreditierte. Sie seien nicht ganz in die Gesellschaft der Nationen aufgenommen. Der Friede mit ihnen wurde unterzeichnet mit der nominellen Gleichheit; aber das Gefühl von höheren und niedrigeren Nationen bestand, von Nationen, die am Tische oberhalb des Salzfasses sitzen, und solchen, die unterhalb sitzen. Dies waren grundlegende Tatsachen der gegenwärtigen Lage. Es hätten in beiden Fällen gute Gründe bestanden, es sei dies eine Art von Behandlung, welche die Gesellschaft Personen zuteil werden lasse, welche sich unwürdig benommen haben.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Man fühlte das auf der Konferenz, und beide Nationen hatten das gemeinsame Gefühl hiervon. Es gab eine Gemeinschaft des Unglücks, eine Gemeinschaft der Herabsetzung, eine Gemeinschaft in dem, was diese Nationen als schlechte Behandlung betrachtet hätten.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Schwierigkeit zeigte sich in den Kommissionen.

Meine Herren, der englische Premierminister ist ein Mann von ganz außerordentlicher Klugheit und außerordentlicher Einsicht, und was er hier beschrieben hat, ist die Gemütsverfassung, in dem sich große Teile des deutschen Volkes befinden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) (D)

Ich weiß, daß die Regierung Bedenken hat, diese Frage anzuschneiden; Versuche unsererseits, sie in irgendeiner Weise wieder aufs Tapet zu bringen, sind ohne Erfolg gewesen. Ich hege auch die Befürchtung, daß auch dieser Appell wieder ohne Erfolg bei der Regierung sein wird. Ich bedaure das aufs lebhafteste. Alles andere, meine Damen und Herren, können wir ertragen: wir können sehr viel Steuern zahlen, wir können auch finanziell und materiell stark geknechtet werden; aber wenn uns unsere Regierung in dieser Frage im Stiche läßt, das könnte für uns zu einer gewissen Zeit zu einer sehr ernsten und sehr tiefgreifenden Frage werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Hört! Hört! rechts.)

Ich möchte diesen meinen Appell, indem ich vertraue, daß die Regierung uns in dieser Sache helfen wird, doch nicht schließen, ohne die Regierung zu bitten, nachdem drei große bürgerliche Parteien des Hauses sich nach dieser Richtung ausgesprochen haben, denjenigen Zeitpunkt zu finden, der dazu geeignet ist, auch nach ihrer Ansicht — nicht jeder Zeitpunkt ist für alle Dinge geeignet, und nicht immer kann man solche Dinge anschneiden —, aber den Zeitpunkt zu finden, in dem unter Anerkennung der deutschen Verpflichtung zur Leistung der von Deutschland geschuldeten Reparationen, diese Frage der alleinigen Schuld am Kriege zwischen den Nationen aufgenommen und in unserm Sinne geregelt wird. Sonst gibt es keinen Frieden in unserm Hause und keinen Frieden in unserer Seele.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten. — Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Böhm (München).

(A) **Böhm** (München), Abgeordneter: Werte Damen und Herren! Aus unserm Standpunkt über die Konferenz von Genua haben wir nie ein Hehl gemacht. Wir haben nie zu den Leuten gehört, die sich von Genua Großes versprochen haben. Der Verlauf hat unsere Meinung bestätigt. Gewiß soll nicht geleugnet werden, daß die Konferenz, die sich den volltönenden Namen einer Weltwirtschaftskonferenz beigelegt hatte, nicht ganz wertlos gewesen ist. Ins Auge springt, daß sowohl zur persönlichen Fühlungnahme als zur vertraulichen Rücksprache hier reichlich Gelegenheit gegeben war; wie wir vernommen haben, ist dieselbe auch von unsern Vertretern ausgenutzt worden. Die Konferenz von Genua — darüber muß man sich klar sein — war von Lloyd George nicht Deutschland zuliebe einberufen, sondern sie sollte dazu dienen, eine, wenn auch ziemlich einschränkte, Aussprache über die Leiden aller Staaten seit Kriegsende herbeizuführen.

Nach Ablauf von drei Jahren seit der Unterzeichnung des Vertrags von Versailles am 19. Juli 1919, der weder bei den Siegern, noch bei den Besiegten als Friedensvertrag angesehen werden kann, spürt man die verheerenden Wirkungen der Zerreißung des natürlichen Gewebes des Weltverkehrs mit ihren innerpolitischen und wirtschaftlichen Folgen stärker, als man es sich heute in manchen Staaten einzugestehen getraut. Deutlich kann der Wissende bei den Ententeländern den zunächst lokalisierten, vielleicht scheinbar gelöschten Dachstuhlbrand beobachten. Das Feuer glimmt unter der Asche fort. Deshalb gebot Vernunft und Selbsterhaltungstrieb für England und andere Staaten diese Konferenz, um einen Ausgleich zu schaffen zwischen scharf entgegenstehende Interessen. Frankreich richtet sein Augenmerk auf ein politisch und wirtschaftlich schwaches Europa, während England nach einem wirtschaftskräftigen Europa strebt. Wir mußten nach Genua (B) gehen in dem Bestreben, daß unsere Hauptsorgen, die sich in dem einen Wort Reparationsfrage glatt umschreiben lassen, auf Befehl Frankreichs ausgeschaltet waren. Die Situation in Genua war klar. Jede der 34 Nationen mußte nicht nur mit der Spannung innerhalb der Entente in ihrem Verhältnis zu uns rechnen, sondern war selbst behindert durch eigene drückende Lasten. Nur Amerika hat es vorgezogen, der Konferenz fernzubleiben und sich lediglich durch einen Horchposten vertreten zu lassen.

Besonderen Dank verdient das courtoisievolle Entgegenkommen, das unseren deutschen Vertretern von der **italienischen Regierung** erwiesen wurde. Ich pflichte namens meiner Partei dem Herrn Reichskanzler bei und schließe mich dem von ihm ausgesprochenen Danke für die italienische Regierung und das italienische Volk gern an.

(Bravo! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Jedenfalls war Genua das erwünschte Feld zur Aussprache unter den Nationen geworden, die da und dort beobachten mußten, daß sehr große Lücken klafften in den allernötigsten Begriffen zur Bildung eines Urteils über die wirtschaftliche und politische Lage des einen oder anderen Landes.

Was den **Vertrag von Rapallo** angeht, so konnte man allerdings leicht den Eindruck gewinnen, daß er für uns in seinen Wirkungen nicht günstig sein könnte. Als die Tatsache des deutsch-russischen Vertragsabschlusses der erstaunten Öffentlichkeit bekannt wurde, hat man sich nicht gescheut, uns vorzuwerfen, daß wir gegen die Grundsätze der Genueser Konferenz verstoßen hätten, während wir doch nur in berechtigter Selbstwehr unsere Unterschrift unter den Vertrag von Rapallo, wie es das Recht jedes souveränen Staates ist, gegeben haben. (C) Über die Vor- und Nachteile dieses Vertrags heute ein abschließendes Urteil zu fällen, ist noch nicht möglich. Aber darüber besteht wohl Einigkeit, daß die wirtschaftliche Auswirkung dieses Vertrags zunächst nur bescheiden sein kann. Über die innerpolitischen Gefahren, die sich aus diesem Vertrage herleiten können, ist nicht mit Unrecht von anderer Seite schon hingewiesen worden. Jedenfalls aber begrüßen wir den Entschluß der Regierung zur aktiven Auslandspolitik.

Was demnach die politischen Ergebnisse von Genua angeht, so haben sie zunächst unsere durchaus geringen Erwartungen nicht übertroffen. Doch muß anerkannt werden, daß besonders auf wirtschaftlichem Gebiet einige Ansätze zur Besserung zu konstatieren sind, wenn auch vorläufig nur theoretisch. Wir wollen hoffen, daß die von den deutschen Sachverständigen in den verschiedenen Unterkommissionen durchgebrachten Resolutionen auch eine praktische Auswirkung finden werden.

In Genua war es also, wie gesagt, nicht möglich, von unserer Hauptsorge, den **Reparationsfragen**, offiziell zu sprechen. Zur Regelung dieser Angelegenheit finden derzeit in Paris Verhandlungen statt. Da ist ein Wort des Herrn Reichskanzlers Wirth aus seiner gestrigen Rede von schwerwiegendster Bedeutung. Er hat den Satz von der **Abkehr der Politik auf Termine** geprägt. Ich, der ich im Wirtschaftsleben stehe, muß die Abkehr von der Politik auf Termine im jetzigen Zeitpunkt und unter den Verhältnissen, wie sie sich bei uns entwickelt haben, ganz besonders unterstreichen; denn die Abkehr von der Politik auf Termine bedeutet gleichzeitig auch die Abkehr von kurzfristigen Moratorien

(sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei und bei der Deutschen Volkspartei)

(D) und macht damit dem jetzt so beliebten und sehr gefährlichen Schlagwort der Atempause ein Ende.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei und rechts.)

Wir befinden uns noch nicht in einem Stadium der inneren Geldknappheit, aber wir nähern uns einem Stadium der Kreditnot, die eine Wirtschaftskatastrophe auszulösen droht. Wir haben alle Veranlassung, auf vielen Linien die Verhältnisse in Österreich, auf manchen sogar die Verhältnisse in Rußland zu beobachten und uns vor dem Glauben zu hüten, daß eine ähnliche Entwicklung in manchen Punkten bei uns grundsätzlich ausgeschlossen wäre. Nicht lange mehr läßt sich **das Märchen von der deutschen Wirtschaftsblüte** aufrechterhalten.

(Sehr richtig!)

Nicht lange mehr wird es Stimmen geben, wie sie kürzlich in einer angesehenen englischen Zeitung zum Ausdruck kamen, daß Deutschland sich eines großen Wohlstandes erfreue, daß es im Augenblick das reichste Land Europas sei,

(Lachen)

daß Deutschland absichtlich sein Geld im Ausland entwerte, um sich so viel wie möglich seinen Wiedergutmachungsverpflichtungen zu entziehen. Da scheint mir viel treffender, wenn auch stark pessimistisch, die Auffassung zu sein, die **Lord Beaverbrock** in einer **Rede** im **Londoner Handelsklub** vor einigen Tagen geäußert hat. Er hat die angeblich von Deutschland drohende Wirtschaftsgefahr als ein Märchen bezeichnet: es sei lächerlich, davon zu sprechen, daß ein Land mit derartig schwankender Valuta die Weltwirtschaft erobern könnte; in Wahrheit sei die deutsche Industrie machtlos, weil die deutschen Finanzen zusammengebrochen seien;

(**Böhm** [München], Abgeordneter.)

(A) der angebliche Reichtum Deutschlands bestehe in Papiermark.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei.)

Wie gesagt, so weit sind wir noch nicht, aber wir sind auf dem Wege dazu.

In diesem Zusammenhang soll die Mahnung des italienischen Ministerpräsidenten **Nitti** Platz finden, der in seinem Buche **„Das friedlose Europa"** ein Kapitel über die Entschädigungen und die Sorgen der Sieger an die Welt richtet. „Der Untergang Deutschlands bringt den Niedergang Europas mit sich. Er erschüttert aufs tiefste nicht nur den europäischen Kontinent, sondern einen großen Teil der Produktionsländer. Deutschlands Lage ist eng mit dem größten Teil Europas verknüpft, sein Fall zieht auch den mancher Siegerstaaten nach sich."

Die Gewinne, die jetzt gemacht werden, nenne ich **Vorkatastrophengewinne**, sie sind eine Selbsttäuschung; denn eine unermeßliche Teuerung wird ihnen auf dem Fuße folgen, die vernichtend sein wird für Groß- und Kleinbetriebe. Wenn die Katastrophe einsetzt, dann ist es bedauerlich, daß gerade der Stand, der jetzt schon am meisten leidet, nämlich der Mittelstand, in erster Linie mit erdrückt werden wird.

(Sehr wahr! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Wenn man der Meinung ist, daß unser Wirtschaftsleben noch eine weitere erhebliche steuerliche Mehrbelastung ertragen kann, dann wird dabei ganz übersehen, daß die durch die sogenannte Erzbergersche Steuerreform eingeführten Steuern infolge der gleichzeitigen Zerschlagung des ganzen Steuererhebungsapparates erst zu einer viel späteren Zeit zur Erhebung gelangt sind, so daß die beispielsweise im Jahre 1919 fälligen Steuern erst um Jahre später mit einer sehr viel (B) minderwertigeren Mark bezahlt worden sind und dadurch den Unternehmen größere Betriebsmittel belassen wurden. In dem Maße aber, in dem die Steuererhebung der gesetzlichen Festlegung der Steuerpflicht nachkommt und der ganz neu aufgebaute Apparat sich einspielt, macht sich die **wirtschaftshemmende** und betriebsmittelmindernde **Wirkung der Steuern** in immer verhängnisvollerem Maße geltend.

Es kommt weiter dazu, daß diese Steuern in einer Zeit der aufsteigenden Konjunktur leichter getragen werden können als in der bevorstehenden Periode des Niedergangs, wodurch, um nur ein Beispiel zu nennen, das Eindringen zunächst elsässischer Textilwaren bereits in die Erscheinung tritt.

Auf diese Weise wird unsere Industrie, soweit sie mittlere Betriebe umfaßt, zum Erliegen kommen, während die Großindustrie mehr und mehr in die Hände des Auslandes gelangt, das dann die Produktion dieser Industrie nicht nach unseren Bedürfnissen, sondern nach seinen eigenen Interessen regulieren wird.

Für die innere Gesundung der deutschen Wirtschaft ist also die politische und wirtschaftliche Revision des Friedensvertrags die grundsätzliche Voraussetzung. Unter dieser Voraussetzung müssen wir auch einzig und allein die Pariser Verhandlungen beurteilen. Eine **ausländische Anleihe** trägt zweifellos auch Gefahren in sich, es muß an eine solche auch mit äußerster Vorsicht herangetreten werden.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Was ich von dem Schlagwort Atempause gesagt habe, gilt in ganz besonderem Maße auch hier. Die Hoffnung, durch eine ausländische Anleihe für den Augenblick eine gewisse Erleichterung in politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung zu erhalten, darf (C) uns niemals dazu verführen, weitere Fesseln uns anlegen zu lassen. Demnach möchte ich gerade im Hinblick auf die Pariser Verhandlungen mich den Ausführungen des Reichskanzlers über die Notwendigkeit der Abkehr von der Terminspolitik mit ganz besonderem Nachdruck anschließen.

(Beifall bei der Bayerischen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Frölich.

Frölich, Abgeordneter: Es ist bezeichnend, daß man bei jeder entscheidenden Etappe in unserer auswärtigen Politik den Charakter der „Demokratie" im Deutschen Reiche feststellen muß.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Herr Hoetzsch hat schon darauf hingewiesen, daß die Regierung wiederum, ohne den Reichstag zu fragen, ohne dem Reichstag auch nur ihre politischen Linien vorzulegen, Verträge abschließt, vor die dann der Reichstag als vollendete Tatsache gestellt wird.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wir gehören nicht zu den begeisterten Verteidigern der deutschen Demokratie. Wir haben in den Tagen eines Noske die „Demokratie" in Deutschland spüren gelernt, und wir erfahren noch jeden Tag, was diese „Demokratie" bedeutet.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Aber ich meine, man sollte doch wenigstens den Schein aufrechterhalten und sollte wenigstens von dieser Tribüne aus, die von aller Welt gesehen wird, so tun, als ob in Deutschland noch Demokratie wäre und als ob dieses Haus über die Geschicke Deutschlands zu bestimmen hätte und nicht eine Clique von Leuten, von Großindustriellen und ähnlichen, die in Wirklichkeit die Geschicke Deutschlands in der Hand haben.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.) (D)

Wir protestieren gegen dieses Verhalten der deutschen Regierung, wir wollen durch unseren Protest feststellen, daß für die Demokratie in Deutschland das Recht der Volksvertretung in Wirklichkeit nichts anderes ist als eine Farce.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Aber wir begnügen uns nicht damit, wie das die Deutschnationalen tun, deshalb der Regierung ein Mißtrauensvotum zu geben, sondern wir erklären, daß auch der Inhalt der Vereinbarungen, die der Herr Reichskanzler Hermes eingegangen ist,

(Zurufe)

— er ist es noch nicht; nun er hat sich ja bei den Franzosen so warm empfohlen, daß man hoffen kann, er wird es bald sein — uns veranlaßt, der Regierung unser schärfstes Mißtrauen auszusprechen. Denn dieser Inhalt, soweit er bekannt geworden ist, bedeutet die Fortführung der schändlichen und verbrecherischen Politik, die der Reichstag in den letzten Monaten getrieben hat, bedeutet die Verschärfung dieser unerhörten Steuern, die das deutsche Volk ausrauben und die deutsche Arbeiterklasse und weite Schichten des versinkenden Mittelstandes einfach dem Hunger überantworten.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wir protestieren dagegen, weil diese Vereinbarungen offenbar schon jetzt zu einer Kontrolle über unsere Finanzen und unsere Staatspolitik und zu einer Kolonisierung führen. Wir protestieren dagegen, weil eine solche Politik letzten Endes die arbeitende Klasse trifft, weil sie die arbeitende Klasse dem ausländischen Kapital und zu gleicher Zeit den Sklaventreibern ausliefert, als die sich die deutschen Kapitalisten ihrer eigenen Arbeiterklasse gegenüber hergeben. Wir pro-

(Frölich, Abgeordneter.)

(A) testieren schließlich gegen diese Politik, die in den letzten Tagen geführt worden ist, deshalb, weil ganz offen ausgesprochen worden ist, daß sie als Konsequenz haben müßte die Stinnesierung der Reichsbetriebe, die Überantwortung der industriellen Werte und Produktivkräfte, die das Reich heute noch in den Händen hat, an das Privatkapital, womit das Gegenteil von dem durchgeführt wird, wofür sich die Arbeiterklasse in Deutschland seit Jahren ins Zeug gelegt hat. Um so bedeutungsvoller ist diese Art, wie man in Deutschland mit dem Reichstag verfährt, weil es doch ein offenes Geheimnis ist, daß diese Mission des Herrn Hermes zu einer Regierungskrise geführt hat und es selbstverständlich wäre, daß eine solche Regierungskrise den Reichstag beschäftigen müßte, daß der Reichstag über das, was in der Regierung vor sich geht, orientiert werden müßte. Vielleicht haben es die Herren Wirth und Hermes nicht für nötig gehalten, hier vor der Öffentlichkeit ihre Meinungsdifferenz zu vertreten, weil sie selbst überzeugt sind, daß sie in diesem Falle nur eine Komödie vor der Öffentlichkeit aufführen, um um so leichter die öffentliche Meinung für das zu gewinnen, was sie jetzt dem deutschen Volke zugedacht haben,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

und es dann so hinstellen zu können, daß Mißverständnisse und Zwang von Notwendigkeiten, die aus der unmittelbaren Situation geboren seien, der Grund für das gewesen seien, was Herr Hermes jetzt in Paris vollenden will.

Wir sehen gerade in diesen Pariser Verhandlungen ein wesentliches Symptom für die Unmöglichkeit, auf kapitalistischer Grundlage aus den Schwierigkeiten herauszukommen, in die die Welt gestürzt ist, und den allgemeinen Beweis dafür hat Genua klar und deutlich geliefert. Nach Genua sind die Vertreter der Welt-(B) regierungen mit weitausschauenden Plänen gegangen. Sie sind hingegangen, wie es in der Einladung der Ententemächte hieß, um eine gemeinsame Anstrengung der mächtigsten Staaten durchzusetzen, um dem europäischen Organismus die ihm heute mangelnde Lebensfähigkeit wiederzugeben.

Das Programm von Genua ist in dieser Einladung festgesetzt als das Programm des Wiederaufbaues der zerrütteten Welt, und auf der Tagesordnung von Genua fanden wir als zweiten Punkt den schönen Satz: Schaffung einer sicheren Grundlage für den europäischen Frieden. Diese Tagesordnung, die wundervollen Reden des Herrn Lloyd George haben in Deutschland vielfach die tollsten Illusionen über das erzeugt, was Genua bringen könnte.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Ich erinnere mich aus der Zeit unmittelbar vor dem Zusammentreten der Konferenz von Genua einer Reihe von Zeitungsartikeln, in denen schier überschwengliche Hoffnungen auf diese Genueser Konferenz gesetzt wurden. Ich erinnere vor allem an einen Artikel eines der führenden sozialdemokratischen Blätter, des „Hamburger Echo“, das unter der schönen Überschrift „Glaube und Hoffnung auf Genua“

(hört! hört! bei den Kommunisten)

wirklich sich überkugelnde Erwartungen und Hoffnungen brachte. Wenn man jetzt das Resultat sieht, so trifft darauf dasselbe zu, was ein witziger Flame über die erste Friedenskonferenz im Haag, die bekanntlich auf Veranlassung des Zaren Nikolaus einberufen worden war, gesagt hat. Er sagte:

Ze maken veel emb'ras,
Ze drinken meenig glas,
Ze pissen 'ne groote plas,
Klaar alles blijft gelijk het was!

Ich glaube, das ist deutlich genug gesagt. Auf das (C) Resultat von Genua paßt dieser Vers wiederum. Der Wiederaufbau der Welt, die Herstellung der Grundlage für einen dauernden Frieden war das große Programm. Herr Wirth hat uns hier gesagt, in welcher Weise Stein um Stein von diesem großen Bau abbröckelte und schließlich bei dieser Konferenz nichts anderes herauskam als die Vertagung eines einzigen Problems auf die Zukunft, auf eine neue Konferenz im Haag, auf die man wahrscheinlich dieselben „Hoffnungen“ setzen kann, wie sie jene andere Friedenskonferenz im Haag verwirklicht hat.

Der Abgeordnete Hoetzsch hat heute die Konferenz von Genua als ein Glied in einer Entwicklung gepriesen, die langsam zwar, wie er, da er kein stiller historischer Beobachter ist, empfindet, zu langsam, die aber doch letzten Endes zu einer Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts und zum Ausgleich der ungeheuren Gegensätze in der Welt, zur Herstellung einer wirklichen Grundlage für die sogenannte kapitalistische Kultur beitragen werde.

Herr Hoetzsch ist vorsichtig genug gewesen, dabei schon eine Einschränkung zu machen. Er sagte nämlich, es bestehe allerdings die Gefahr, daß, bevor dieses Ziel erreicht sei, inzwischen das deutsche Volk verhungert wäre. In der Tat wird man zugeben müssen, daß hin und wieder kleine Anzeichen zu beobachten sind, die darauf hindeuten könnten, daß es vorwärts geht. Ich glaube aber, daß derjenige durchaus falsch urteilt, der seinen Blick auf diese Kleinigkeiten lenkt und nicht die großen ungeheuren Gegensätze und den allgemeinen Entwicklungsgang sieht, der beweist, daß in Wirklichkeit die Entwicklung auf weiteren Verfall hingeht.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Was ist denn die Ursache für das ungeheure Verhängnis, für die Wirtschaftskrise, in der wir jetzt seit (D) Jahr und Tag stehen? Was war die Ursache dafür, daß die Beherrscher der Welt versuchen mußten, in Genua irgendeinen Ausweg zu finden?

Die Welt ist durch den Weltkrieg und seine Folgen so verarmt, daß keine Wirtschaft mehr gedeihen kann. Es ist Tatsache, daß angesichts dieser Verarmung die Wirtschaft nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt mehr und mehr erschüttert und zermürbt wird. Das Charakteristische für die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist doch das, daß sie nicht imstande ist, einen Plan aufzustellen, um die Wirtschaft nach großen, weiten Gesichtspunkten aufzubauen, sondern daß sie bei allen ihren wirtschaftlichen Maßregeln an das nackte niedrige Profitinteresse der Kapitalisten im einzelnen und der kapitalistischen Klassen der einzelnen Nationen gebunden ist. Als Folge dieses Sichdurchsetzens der Profitinteressen haben wir das eine gesehen, daß nämlich in einer Zeit, wo die ganze Welt hungert, wo alles nach Waren schreit, wo, wie der Herr Reichskanzler vor kurzem in einer Note an die Reparationskommission erklärte, in Deutschland der Fleischkonsum um 60 Prozent zurückgegangen ist, der Brotkonsum in Deutschland um ein Viertel zurückging. — — — Bedenken Sie, was es heißt: Rückgang des Brotkonsums um ein Viertel! Das heißt, daß die Arbeiter vorher auf vieles, vieles andere verzichtet haben, ehe sie daran gingen, das notwendigste Nahrungsmittel, das Brot, zu beschneiden.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Bei uns in Deutschland, in Österreich und in Polen — von Rußland gar nicht zu sprechen — ist ein ungeheurer Bedarf nach Brot und allen möglichen anderen Lebensmitteln vorhanden, nach Kleidung, nach alle dem, was die Menschen gebrauchen, um ein Kulturleben zu führen. Aber weil dieser Bedarf da ist, weil

(Frölich, Abgeordneter.)

das verarmte Europa nach Waren hungert, deshalb wird gerade die Produktion dieser Dinge immer mehr eingeschränkt.

Wir haben Nachrichten aus Amerika, wonach dort der Anbau von Getreide ganz bewußt eingeschränkt wird, weil man fürchtet, der Getreidepreis würde sinken, wenn man die Menschheit satt machte. Wir haben gehört, daß sich in den Südstaaten der amerikanischen Union bei den Baumwollpflanzern Organisationen gebildet haben, deren Aufgabe es ist, die für uns so notwendige Baumwolle abzubrennen, damit die Baumwollpreise nicht fallen.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Die Folge davon ist, daß Millionen europäischer Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern in elenden Fetzen und Lumpen herumlaufen müssen und ein Aufstieg dieser Bevölkerung nicht möglich ist. Dasselbe hören wir von Ägypten, wo die Regierung selber und immer wieder im letzten Jahre die Plantagenbesitzer ermahnt hat, doch ja den Anbau von Baumwolle einzuschränken. Das ist Zerstörung der an sich schon schwer geschädigten Produktion, Zerstörung unserer Wirtschaft, die hier planmäßig von den Kapitalisten getrieben wird. Planmäßige Zerstörung, weil schon zerstört ist! Diese Leute, die hier als einzelne Kapitalisten in dieser Weise die Wirtschaft zermürben, kommen dann her und sagen:

Die Wirtschaft muß gerettet und wieder aufgebaut werden. Die Herren kommen aus ihrer Haut nicht heraus. Was sie als einzelne Kapitalisten, als Vertreter einzelner Industrien tun, müssen sie auch als Vertreter der gesamten Kapitalistenklasse ihres eigenen Landes tun. So wie es rein wirtschaftlich — abgesehen von den staatlichen Möglichkeiten — unter dem Kapitalismus keine Wiederaufbaumöglichkeit, sondern nur eine weitere Zerstörung gibt, so ist in Genua klar und deutlich der Beweis geführt worden, daß auch durch ein Zusammenwirken der einzelnen kapitalistischen Staaten ein solcher Wiederaufbau unmöglich ist. Ich erinnerte vorhin daran, daß Herr Wirth gezeigt hat, wie am Schluß von all den Wünschen und Hoffnungen, die man hatte, auf der Tagesordnung von Genua nur noch das russische Problem blieb. Warum? Ach ja, die Herren Kapitalisten in allen Ländern waren nach Genua gegangen in dem frohen Glauben, aus einer vermeintlichen Konkursmasse in Rußland soviel als möglich herausholen zu können.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Sie mußten erfahren, daß sie diese vermeintliche Konkursmasse nicht bekommen konnten und daß auf der anderen Seite nur ihr eigener Bankrott, der Bankrott des kapitalistischen Systems in Erscheinung trat.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Es hat sich in dem Moment gezeigt, wo alle die Beherrscher der Welt oder ihre Stellvertreter in der Absicht zusammenkamen, eine Einigung aller kapitalistischen Mächte herbeizuführen, daß die Interessengegensätze wirtschaftlich und politisch bei den einzelnen kapitalistischen Mächten schärfer, klarer und deutlicher, wie unter einen Scheinwerfer gestellt, in Erscheinung traten.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Wir haben diese Gegensätze gesehen. Wir sahen zuerst diesen ganz großen scharfen Gegensatz zwischen Europa und Amerika, das überhaupt nicht nach Genua ging. Wir sahen die Gegensätze zwischen England und Frankreich, Frankreich und Deutschland, Frankreich und Rußland, Italien und Frankreich. Wir sahen, wie eine Macht immer versuchte, der anderen ein Bein zu stellen, eine immer mehr Furcht vor der anderen hatte, wie aus diesen inneren wirtschaftlichen und politischen Gegensätzen eine Einigung in Genua vollständig unmöglich war.

Was ist in **Genua praktisch** herausgekommen? Wir haben eine Reihe von wunderbaren **Leitsätzen** als Kostproben bekommen, die in verschiedenen **Kommissionen** ausgearbeitet worden sind. Und in diesen Thesen, die für den Aufbau der Welt aufgestellt waren, standen die simpelsten und ordinärsten Wahrheiten, die man sich denken kann, für die man wirklich nicht diese hochwohlweisen Herren zusammenzuberufen brauchte zu unendlich langen und quälenden Auseinandersetzungen, dieweil jeder Abc-Schütze in wirtschaftlichen Dingen auf dieselben Resultate hätte kommen können, so z. B. das Folgende: Wenn man die Inflation eindämmen will, dann darf man keine neuen Noten drucken, und ähnlichen Zauber mehr, mit dem man weiß Gott keinen Hund vom Ofen locken kann. Die Herren konnten absolut kein Rezept dafür geben, wie man um den neuen Notendruck herumkommt. Die Herrschaften gingen gar nicht an die wirklichen Probleme heran, sie hielten sich an die Spiegelbilder, an die Geldverhältnisse und gingen niemals an die Produktions- und sozialen Verhältnisse heran, aus denen wirklich hervorgegangen wäre, was zu tun ist.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

In der Tat, sie konnten nicht an diese Dinge herangehen, weil sie das zu Schlußfolgerungen geleitet hätte, zu denen kapitalistische Machthaber nicht fähig sind, die ihnen unerträglich sind, weil sie damit die Grundlage der Existenz ihrer eigenen Gesellschaftsordnung aufgeben müssen.

So hat Genua in Wirklichkeit das eine klargestellt, daß der Kapitalismus unfähig ist, die gewaltigen Aufgaben zu lösen, die der Weltkrieg und seine Folgen der Menschheit gestellt haben. Genua hat in Wirklichkeit bewiesen, daß der **Kapitalismus** an sich **bankrott** ist, daß er dahinstirbt, daß die inneren Gegensätze immer gewaltiger und gewaltiger werden, und daß die Arbeiterklasse die Schmerzen leiden muß, die der Sterbeprozeß des Kapitalismus sein werden.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Etwas anderes hat Genua noch der Welt gezeigt. Indem es diese scharfen Interessengegensätze und die ungeheure Not aufdeckte, in der sich der Kapitalismus in allen Ländern befindet, hat diese Genuakonferenz, anstatt eine Grundlage für den künftigen Frieden zu schaffen, in Wirklichkeit vor aller Welt ausgesprochen, welch ungeheure **Gefahren neuer Kriege** uns jeden Tag bedrohen.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Die Arbeiterklasse wird diese Lehre beherzigen müssen, um rechtzeitig gegen diese neuen Gefahren zu rüsten.

Die ganze Hilflosigkeit und die Unfähigkeit, die Welt, in der die Herren leben, zu verstehen, hat sich dann bei der Behandlung des einzigen Problems, das in Genua noch eine Rolle spielte, bei der Behandlung der russischen Frage, offenbart. Es war eine ganz klare Sache für jeden einsichtigen Menschen, der die Augen offen hat, daß es hier bei der **Behandlung des russischen Problems** darauf ankam, Rußland die Mittel zur Verfügung zu stellen, die notwendig sind, um den wirtschaftlichen Reichtum, über den Rußland verfügt, mobil und für die ganze Menschheit nutzbar zu machen. Aber die Herren waren doch nicht dorthin gekommen, um ein großes Weltproblem zu lösen, sondern sie waren dorthin gekommen aus den nichtsnutzigsten Privatinteressen der großen Führer der Kapitalistenklasse.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Darum ist es charakteristisch, daß die einzige Frage, die beständig an Rußland gestellt wurde, war: „Was zahlst du?“, daß man aber selber an irgendwelche Verpflich-

(**Frölich**, Abgeordneter.)

(A) tungen gegenüber Rußland überhaupt nicht dachte, sondern ruhig erklärte: „Das wird sich am Ende schon finden; pumpe du deine letzte Kraft aus dir heraus; dann wirst du so schwach sein, daß wir mit dir anfangen können, was wir wollen“.

Typisch ist, was Herr Feiler, ein Demokrat, der einigermaßen für diese Dinge Blick hat, in der „Frankfurter Zeitung“ darüber schrieb. Ich will nur ein paar Sätze daraus vorlesen, die charakteristisch sind für das Unvermögen der kapitalistischen Mächte, die dort mit Rußland verhandelten, überhaupt zu erkennen, worum es sich handelt. Feiler schreibt an einer Stelle:

> Europa hat mit Rußland nicht über die Hilfe verhandelt, die es ihm bringen könnte, sondern nur über die Schulden, die Rußland bezahlen soll.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

An einer andern Stelle heißt es:

> Die nackte Wahrheit, daß Rußland heute und für absehbare Zukunft das Vergangene nicht zahlen kann, wagen sich die Regierungen und die Kapitalisten, die große Wählerschichten darstellen, nicht einzugestehen.

Diese beiden Zitate zeigen, worauf es ankommt, einmal den ganzen krassen Egoismus, mit dem die Herrschaften Rußland lediglich als ihre Beute betrachteten, und zu gleicher Zeit die innere Angst der kapitalistischen Mächte vor einem Eingeständnis der Tatsachen. Es ist charakteristisch, daß die französische Politik, die Politik Amerikas und der anderen Staaten wesentlich geleitet ist von dem Gedanken: wir können den Massen des Mittelstandes, die bei uns fremde Staatspapiere in der Hand haben, nicht die Tatsache eingestehen, daß durch den Weltkrieg ihre Staatspapiere eitel Papier geworden sind.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

(B) Aus der Angst vor diesem Eingeständnis, aus der Angst davor, daß diese Mittelschichten rebellisch werden und der Arbeiterklasse, die hinter ihnen steht, die Ellbogenfreiheit geben, um vorwärts zu stürmen, können sie den wirklichen Tatsachen nicht ins Auge schauen, und deshalb werden sie immer wieder dazu getrieben, eine falsche, eine für die ganze Welt verhängnisvolle Politik zu treiben.

(Zustimmung bei den Kommunisten.)

Wie sich das Rußland gegenüber zeigte, so zeigte es sich auch bei der Politik dieser Herrschaften Deutschland gegenüber immer klarer.

Ein anderer Grund für die Fruchtlosigkeit der Verhandlungen in der russischen Frage war, daß trotz aller Versicherungen, die vorher in den heiligen Erklärungen der einladenden Mächte abgegeben wurden, ein **Vorsturm gegen die Errungenschaften der russischen Revolution**, gegen die Sowjetverfassung und für die Wiederherstellung der alten Eigentumsverhältnisse in Rußland gemacht wurde.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Die **russische Delegation** hat in **Genua** ein Beispiel gegeben, wie man sich solchen Ansinnen widersetzen kann.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Die russische Delegation hat im Gegensatz zur deutschen Delegation gezeigt, wie man mit diesen Herren, die auf ihre Heeresmacht und ihren Valutastand protzen, zu sprechen hat. Die russische Delegation hat klar und deutlich die Grenzen abgerissen, bis zu denen sie Konzessionen zu machen bereit ist. Aber sie hat ebenso klar und deutlich ein Nein in die Welt hinausgeschrien, als man der Sowjetrepublik ans Leben wollte, und die Herren der Welt und diejenigen, die heute hier im Anschluß an den Rapallovertrag erklärten, daß Rußland Garantien geben müßte, die eine Aufhebung der Sowjetverfassung bedeuten, werden es sich gesagt sein lassen müssen, daß Rußland um sein Recht der Revolution und um seine revolutionären Errungenschaften kämpfen wird bis zum Letzten.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Gerade der gute Boxkampf, den die russische Delegation der Welt in Genua vorgeführt hat, beweist, wie ernst der Wille der russischen Arbeiterklasse, des russischen Proletariats, in dieser Hinsicht ist, wenn es sein muß, noch mehr Leiden auf sich zu nehmen, aber das nicht aufzugeben, was die Revolution errungen hat.

Die russische Frage ist ja angeblich zu einem Teil durch den **Vertrag von Rapallo** gelöst worden, den die deutsche Regierung mit der russischen abgeschlossen hat. Ich glaube, man wird gegenüber den vielen Reden, die heute über diesen Vertrag gehalten worden sind, doch ein paar Tatsachen feststellen müssen: erstens, daß der wesentliche Inhalt dieses Vertrages von Rapallo nichts anderes ist als eine Feststellung der Tatsachen, die schon seit geraumer Zeit bestehen.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Deutschland lebt mit Rußland seit geraumer Zeit in Frieden, und der Friedensvertrag von Brest-Litowsk ist seit der deutschen Revolution vernichtet worden. Ein schwerer Fehler der deutschen Politik war es, daß man diese Tatsache nicht schon längst fixiert und aus ihr die nötigen Konsequenzen gezogen hat.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Weiter ist zu konstatieren, daß das, was im übrigen in diesem Vertrag von Rapallo enthalten ist, bis heute nichts anderes ist als schöne Sätze, die vorläufig noch keinen wirklichen Inhalt haben, und wir weisen hier sehr energisch darauf hin, daß einflußreiche Kräfte in der Regierung und im Auswärtigen Amt in Deutschland an der Arbeit sind, um die Verwirklichung und die Ausfüllung dieses Rahmens, der durch den Vertrag von Rapallo gegeben ist, zu hintertreiben.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Wir weisen darauf hin, daß ein **Minister Hermes** es sich erlauben durfte, öffentlich seine eigenen Kollegen in der Regierung zu desavouieren

(hört! hört! bei den Kommunisten)

und zu erklären, daß er diesen Vertrag für falsch halte. Ich habe nicht Ursache, die Disziplin der Regierung zu schützen; wenn aber derjenige Minister, der in Deutschland mit zu denen gehört, die die meiste Macht in der Regierung haben, der sich auf das Vertrauen gerade der Kreise stützen kann, die augenblicklich in Deutschland regieren, es wagen kann, so offen einen Staatsakt der Regierung zu verurteilen, dann ist das ein Beweis dafür, daß in ihm der Wille ist, diesen Akt zu sabotieren

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

und dafür zu sorgen, daß eine Erfüllung dieses Vertrages unmöglich gemacht wird. Wir wissen, daß andere einflußreiche Kräfte neben ihm mit an der Arbeit sind, und wir wissen auch, daß bis heute noch nicht ein Schritt getan worden ist zur Verwirklichung dessen, was vor allen Dingen die deutsche Arbeiterklasse von diesem Vertrag von Rapallo erwartet.

Der **Herr Müller** hat gestern Gelegenheit genommen, gelegentlich der Besprechung dieses Vertrags wieder einmal zu zeigen, was er doch für ein reiner, braver Politiker Rußland gegenüber gewesen ist. Er hat darauf hingewiesen, daß damals, als am 9. November 1919 die Entente von Deutschland die Beteiligung an der Blockade verlangte, die deutsche Regierung, die damals in der Mehrheit aus Sozialdemokraten bestand, eine solche Beteiligung abgelehnt habe. Ich hätte von Herrn Müller in seinem Interesse gewünscht, daß er über diese Sache geschwiegen hätte.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

(**Frölich**, Abgeordneter.)

Es wäre ihm besser bekommen, und man hätte nicht nach seiner Wäsche aus der Zeit von Anno 19 gefragt,

(sehr gut! bei den Kommunisten)

und seine Wäsche ist ganz gewiß nicht rein! Mag die deutsche Regierung aus welchen Erwägungen immer es abgelehnt haben, sich offiziell an der **Blockade gegen Rußland** zu beteiligen, — praktisch durchgeführt hat sie diese Blockade mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung standen.

(Sehr wahr! bei den Kommnunisten.)

Damit hat sie — das werfe ich dem Herrn Sozialdemokraten Müller vor — nicht nur die Kraft des internationalen Proletariats gegenüber der Kapitalistenklasse geschwächt, sie hat zugleich auch aufs gefährlichste den einzigen Verbündeten geschwächt, auf den Deutschland in den großen Weltgegensätzen angewiesen ist.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

In Zukunft wird der Herr Müller schweigen müssen. Er wird dann auch nicht in die unangenehme Lage kommen, vor rechts gleichzeitig eine Verbeugung zu machen, indem er erklären mußte: sie hätten sich deshalb nicht an der Blockade beteiligt, weil diese Blockade nicht das hätte erreichen können, was sie beabsichtigte,

(hört! hört! bei den Kommunisten)

nämlich die Beseitigung der Sowjetmacht in Rußland.

Herr Müller hat damit sein ganzes Herz offenbart. Aber er hat zu gleicher Zeit auch eine historische Unwahrheit gesagt; denn damals, im Jahre 1919, als Rußland einen Kampf auf Leben und Tod führte, haben, wenn nicht Herr Müller selber — was ich im Augenblick nicht nachprüfen kann —, so doch seine Parteigenossen den deutschen Arbeitern immer wieder erklärt: mit der russischen Sowjetmacht ist es aus, sie geht zugrunde, sie erliegt dem Ansturm der Konterrevolutionäre.

(Zuruf von den Kommunisten: Und sie hat Baltikumer geschickt!)

— Natürlich! — Ich bin der Überzeugung, daß die Herren damals tatsächlich das gesagt haben, was sie ernstlich glaubten.

Herr Marx war offenherzig genug, um zu erklären: der Vertrag von Rapallo ist uns ganz angenehm, denn er gibt uns Profitmöglichkeiten! zu gleicher Zeit aber zu erklären: wir erwarten von der Regierung, daß sie der bolschewistischen Gefahr, die dadurch vielleicht größer werden könnte, mit Energie entgegenträte.

Herr Hoetzsch hat einen besonderen Schutz dieser Konterrevolutionäre verlangt, die sich hier in Deutschland herumtreiben und hier schon längst zu einer Landplage geworden sind. Ich glaube, diese Herren brauchen nicht lange zu bitten. Denn die Regierung weiß schon, was von ihr erwartet wird von denjenigen, die über sie zu befehlen haben,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

und sie hat schon dafür gesorgt: trotz des Vertrags von Rapallo, trotzdem man einen Freundschaftsbund mit der Sowjetrepublik getroffen hat, hätschelt und pflegt man in Deutschland auch heute noch die konterrevolutionären Verschwörerbanden, und in demselben Augenblick, wo man von Sowjetrußland verlangt, daß es in Deutschland die bolschewistische Propaganda aufgeben sollte, unterstützt und fördert man von Deutschland aus die **konterrevolutionäre Propaganda nach Rußland hinüber** mit allen Mitteln.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Man soll einmal **Herrn Weismann** über das Verhältnis fragen, in dem er zu Herrn Siewert steht, jenem Oberspitzel der Spionageabteilung Judenitsch, oder wie er zu dem Oberspitzel Orlow aus der Spionageabteilung Wrangel steht, und man wird sagen, daß das Verhältnis so einträchtig ist, wie das Verhältnis ist zwischen Herr Weismann und den Spitzeln, die er bei uns in der Kommunistischen Partei unterhält.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wir erwarten, daß die Männer in der Regierung, die bereit sind, aus dem Vertrag von Rapallo ein wirkliches Instrument eines neuen, besseren Verhältnisses zwischen Rußland und Deutschland zu machen, mit diesen Verhältnissen in dem Ressort des Herrn Weismann sich einmal gründlich vertraut machen und damit aufräumen.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Wenn Sie das nicht tun, dann werden wir den Schluß daraus ziehen, daß ihnen in der Tat diese Niederknüttelung der Arbeiterklasse in Deutschland und in Rußland viel näher am Herzen liegt als der Versuch eines gegenseitigen Aufbaues durch gemeinsame Arbeit zwischen der deutschen Industrie und der russischen Landwirtschaft.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

In diesem Zusammenhang bin ich nun verpflichtet, auf das zurückzukommen, was wir vor ein paar Stunden aus dem Munde des **Herrn Crispien** hier hören konnten, jenes Herrn, der hier über den Vertrag von Rapallo als einziger im ganzen Hause eine Rede gehalten hat, in der er der Regierung, die er bisher auf allen ihren Wegen gestützt hat, sein Mißtrauen ausgesprochen hat. Das ist charakteristisch, und wir haben Ursache, uns mit dem Herrn ein ganz klein wenig zu beschäftigen.

Der Herr Crispien hat hier mit Emphase ausgesprochen: „Wir Unabhängigen Sozialdemokraten werden niemals den Sozialismus zugunsten kapitalistischer Politik aufgeben". Das hat der Mann mit Nachdruck ausgesprochen, der doch ein klein wenig historisches Gedächtnis zu haben scheint; denn seine ganze Rede war ja mit Zitaten von Anno dazumal gespickt. Herr Crispien aber erinnert sich nicht der Tatsache, daß seine Partei unter der Führung Haases einmal vor der Entscheidung gestanden hat, den Sozialismus zugunsten einer kapitalistischen Politik aufzuopfern, und sie hat in diesem Moment wirklich bewußt die **Entscheidung zugunsten der kapitalistischen Politik** getroffen. Das war in den ersten Tagen der deutschen Revolution.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Ich habe es nicht aus der „Roten Fahne", sondern ich habe Gelegenheit gehabt, Euch öfter diese Tatsache vorzuhalten; denn das ist in der Tat das größte Verbrechen, das an der deutschen Revolution und an der deutschen Arbeiterklasse begangen worden ist, als damals auf Anraten Kautskys der Bruch mit Sowjetrußland und die Unterwerfung unter die kapitalistischen Westmächte vollzogen wurde. Man kann diese Tat in ihrer ganzen Wirkung nicht unterschätzen, wenn man sich vor Augen hält, daß damals die Massen in großer revolutionärer Erregung waren, daß sie bereit waren, sich mit ihrem ganzen Sein für große Ziele einzusetzen, und daß durch ein Bündnis zwischen einer revolutionären Macht in Deutschland und der Sowjetrepublik in der Tat dem Gange der Weltgeschichte seit dieser Zeit eine andere Richtung hätte gegeben werden können. Es ist wahr, daß sich die Arbeiterklasse damals der ganzen Tragweite dieser Tatsachen noch nicht bewußt war. Um so größer und schwerer ist das Verbrechen, das in jenen Tagen die verantwortlichen Führer, die das Vertrauen des Proletariats hatten, begangen haben. Um so schlimmer die Folgen und um so größer die Schuld, die auf diese Führer der Arbeiterklasse fällt.

(Frölich, Abgeordneter.)

(A) Wenn jetzt Herr Crispien herkommt und Tränen darüber vergießt, daß die Sowjetrepublik gezwungen ist, sich mit den kapitalistischen Mächten an einen Tisch zu setzen und Konzessionen an sie zu machen, dann soll er sich erinnern, daß seine Partei die schwere Schuld daran trägt, jene Politik, die Haase und Kautsky damals eingeleitet haben, und die doch nichts anderes war als eine Hinüberleitung in den Noskekurs, in dem die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse zerschmettert worden ist für lange, lange Zeit.

Was die Frage des Verhältnisses Sowjetrußlands zu den übrigen Mächten anlangt, so möchte ich auf eine Tatsache hinweisen, die anscheinend all den Herren entgangen ist, die hier über Rußland schmähen, die sich nicht entblöden, die russische Politik zu vergleichen mit jener jämmerlichen Politik der Sozialdemokratie, die sich zeigt in dem Bündnis zwischen der Sozialdemokratie und der Partei des Herrn Stinnes. Allen denen möchte ich doch eine einzige Tatsache vor Augen halten: es ist in der Welt nicht das erste Mal, daß eine revolutionäre Macht dasteht, auf sich selber angewiesen in einer Welt, die sonst einen ganz anderen Charakter trägt. Auch die bürgerliche Revolution, die sich erst in einigen Ländern durchsetzte, ist gezwungen worden, mit den alten feudalen Mächten, mit den absoluten Herrschern in den anderen Ländern Abkommen zu treffen und an sie Konzessionen zu machen.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Es ist ganz klar, daß, sobald diese alten Mächte nach schweren Kämpfen das Bewußtsein endlich erlangt haben, daß die revolutionäre Macht nicht niederzuzwingen ist, bei ihnen dann notwendigerweise der Wille erwachen muß, sich mit der neuen Macht irgendwie zu verständigen. Und es ist ebenso klar, daß eine junge revolutionäre Macht gerade in einer Zeit (B) der weltwirtschaftlichen Verbindungen und Verästelungen, in der wir heute leben, auf die Dauer nicht für sich allein stehen kann, sondern daß sie Konzessionen machen muß an die Mächte und an den Kapitalismus, der neben ihr existiert.

Wer fähig ist, darüber faule Witze zu machen, und fähig ist, damit ein Argument gegen die Sowjetmacht unter die Arbeiterklasse zu werfen, der beweist gerade dann, daß er erstens historische Kenntnisse und Blick für die großen Zusammenhänge der Welt und ihre Konsequenzen nicht hat, und auf der anderen Seite enthüllt sich sein eigenes konterrevolutionäres Herz.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Es ist sehr charakteristisch, wenn der Herr Crispien hier sagt, daß die Unabhängige Partei niemals den Sozialismus aufgeben will zugunsten kapitalistischer Politik, und wenn er zu jeder Zeit unter einer niedrigen Hetze gegen Sowjetrußland eine Politik der Auslieferung der deutschen Arbeiterklasse an den französischen Kapitalismus betreibt.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Das ist charakteristisch für die Unantastbarkeit und Jungfräulichkeit des sozialistischen Gewissens des Herrn Crispien.

Soll ich an dieser Stelle eingehen auf den neuen Genossen, den Herr Crispien gewonnen hat, auf Herrn Paul Levi? Soll ich darauf eingehen, daß der Herr Paul Levi dem Herrn Wirth nichts Geringeres vorgeworfen hat, als das große Verbrechen der Märzaktion im Weltmaßstab wiederholt zu haben? Ich glaube, man kann Herrn Levi dorthin laufen lassen, wo er schließlich einmal enden wird. Dieser Mann treibt eine Politik auf einer manischen Grundlage, er hat die Manie, alles das, was von Rußland kommt, als ein Verbrechen anzusehen, und alle diejenigen, und sei es die deutsche Reichsregierung von Stinnes Gnaden, die es einmal wagen, sich mit diesen bösen Teufeln in Moskau an einen Tisch zu setzen, als arme Verführte dieser Teufel zu betrachten. Er soll diesen Glauben behalten, und wir sind überzeugt, daß er mit diesem Glauben in der Unabhängigen Sozialdemokratie ganz gut wirken wird. Er wird zu seinem Teile zunächst vielleicht verwirren, mit der Zeit aber dahin wirken, in den Reihen der Arbeitermassen in der Unabhängigen Sozialdemokratie gerade die politische Entschlossenheit zu fördern, die notwendig ist für das, was vor uns steht.

Herr Crispien hat es für nötig gehalten, ganz besonders darauf hinzuweisen, daß die russische Sowjetregierung die Absicht habe, sich mit den Großkapitalisten in Deutschland zu verbinden. Nun, ich möchte darauf hinweisen, daß sich Herr Crispien hier in einer mindestens ebenso angenehmen Gesellschaft befindet. Ich habe schon gesagt, daß Herr Hermes dieselbe Politik treibt wie Herr Crispien in dieser Frage. Herr Crispien befindet sich außerdem in der weiteren, ebenso angenehmen Gesellschaft des Herrn Rechberg, eines der übelsten kapitalistischen Emporkömmlinge, des Herrn Generals Hoffmann seligen Angedenken von Brest-Litowsk und einer ganzen Anzahl von Herrschaften von gleichem Kaliber. Wenn er sich dieser Gesellschaft freut, so beneiden wir ihn nicht darum.

Ich möchte zusammenfassen, was ich vorhin über die Konferenz von Genua gesagt habe. Es hat sich durch die Versuche der kapitalistischen Mächte, in Genua den Wiederaufbau und die Herstellung des Weltfriedens zu betreiben, herausgestellt, daß gerade diese kapitalistischen Mächte außerstande sind, diesen Wiederaufbau und die Herstellung des Weltfriedens zu bewerkstelligen. Es hat sich herausgestellt, daß der Kapitalismus als solcher seiner ganzen inneren Natur nach heute (D) nur weiter zerstören kann. Daraus ergibt sich eine Lehre für die deutsche Arbeiterklasse, und diese Lehre heißt: den Kapitalismus zu vernichten, wenn die deutsche Arbeiterklasse nicht selber vernichtet werden will.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Es gilt, alle Kräfte anzuspannen, diesem Willen des internationalen Kapitals, aus der Arbeiterklasse die letzten Kräfte herauszuholen und damit Millionen der Arbeiterklasse auf dem Altar des Kapitals zu opfern, den entschlossenen Widerstand des Proletariats entgegenzustellen. Nachdem Genua vorbei ist und nachdem durch Genua viele Illusionen vernichtet worden sind, muß sich die Arbeiterklasse an ihre eigene Kraft erinnern, muß sich zusammenschließen und gegen alle diejenigen wenden, die dem Zusammenschluß der proletarischen Kräfte und der Herstellung der Einheitsfront im Wege stehen, muß über diese hinweggehen und selbst mit ganzer Kraft anstürmen gegen den Kapitalismus, gegen den Vernichter der Kultur und der Arbeiterklasse.

(Bravo! bei den Kommunisten. — Zurufe von der Tribüne.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Wenn noch einmal Störungen auf der Tribüne vorkommen, so werde ich sofort die betreffende Tribüne räumen lassen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Jäker (Düsseldorf).

Jäker (Düsseldorf), Abgeordneter: Im Namen der Mitglieder des Reichstags für die Kreise Düsseldorf Ost und West als Vertretern des sanktionierten Gebietes am Niederrhein, gebe ich folgende Erklärung ab:

Seit dem 8. März 1921 steht die Bevölkerung dieses Gebietes unter dem Drucke der militärischen Sanktionen. Diese wurden gleichzeitig mit den wirtschaftlichen Sank-

(Jäker [Düsseldorf], Abgeordneter.)

(A) tionen von der Entente verhängt, um die deutsche Regierung zu zwingen, das Londoner Ultimatum zu unterzeichnen. Als die Unterzeichnung erfolgt war und die deutsche Regierung ihren Erfüllungswillen in einwandfreier Weise bekundete, wurden die wirtschaftlichen Sanktionen im wesentlichen aufgehoben, die militärischen Sanktionen bestehen weiter. Das in Frage kommende Gebiet hat eine Bevölkerung von einer Million Einwohner und eine sehr bedeutende Industrie. Es befinden sich in ihm zwei große Häfen, darunter der größte Binnenhafen des Kontinents. In diesem Gebiete besteht **seit 14 Monaten der militärische Belagerungszustand,**

(hört! hört!)

ausgeübt von einer fremden Militärmacht. Die Rechtsgarantien sind aufgehoben, die deutschen Gesetze finden nur Anwendung und die deutschen Behörden können nur arbeiten, soweit der Befehlshaber der Besatzungstruppen das zuläßt. Das Rheinlandabkommen hat für dieses Gebiet **keine Gültigkeit,**

(hört! hört!)

und die Rheinlandkommission übt deshalb keinerlei Recht aus. Alle Macht ruht in den Händen des Truppenbefehlshabers, dessen Person wiederholt gewechselt hat. Durch die Ausübung der persönlichen Kontrolle, der Post- und Telegrammzensur, der Kontrolle des Eisenbahngüterverkehrs, der Vornahme von Requisitionen, der Beschlagnahme von Wohnungen, Sälen, Schulen, Bureauräumen und Telephonleitungen treten neben die Aufhebung der politischen Rechte auch wirtschaftliche Schädigungen in großem Ausmaß. Diese Zustände sind für die Dauer unerträglich,

(sehr wahr!)

sie sind es um so mehr, als es sich nicht um ein abge-

(B) schlossenes Gebiet handelt, sondern um einen Teil des niederrheinisch-westfälischen Industriereviers, mit dem es durch tausend Fäden verbunden ist. Wir stellen vor der ganzen Welt fest, daß sich diese **Sanktionen auf kein Recht und keinen Vertrag** stützen,

(sehr richtig!)

sie sind lediglich der Ausfluß nackter Willkür und des Mißbrauchs militärischer Gewalt.

(Sehr richtig!)

Die Staatsmänner der Entente machen auch gar keinen Versuch, den Fortbestand dieser Maßnahmen rechtlich oder vertraglich zu begründen. Wir legen deshalb hiermit **feierlichen Protest** dagegen ein. Wir appellieren an die Völker der Ententeländer und erwarten, daß die Sanktionen, die mit dem in Genua verkündeten Prinzipien in schroffstem Widerspruch stehen, umgehend aufgehoben werden.

(Bravo!)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Meine Damen und Herren! Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, so wird die Besprechung über die Erklärung der Reichsregierung geschlossen.

Die Abstimmung über den Antrag Hergt und Genossen soll morgen stattfinden. Da der Antrag Hergt und Genossen im Laufe der heutigen Aussprache eingebracht worden ist und die meisten Fraktionen keine Gelegenheit zu einer Fraktionsbesprechung hierüber gehabt haben, so haben mehrere Fraktionen an mich den Wunsch gerichtet, morgen vor der Abstimmung eine schriftlich motivierte Erklärung abgeben zu können. Die Verlesung dieser schriftlichen Erklärungen soll zugelassen werden unter der Voraussetzung und Bedingung, daß nicht eine Wiedereröffnung der Aussprache stattfindet. — Damit ist das Haus einverstanden.

(C) Wir gehen über zum dritten Gegenstand der Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark, betreffend die Regelung der durch den Übergang der Staatshoheit in Nordschleswig auf Dänemark entstandenen Fragen (Nr. 4397 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet:
von der deutschen Delegation
Wirklicher Geheimer Rat v. Koerner,
Legationsrat v. Jena,
Graf v. Schwerin,
Oberregierungsrat Trümpelmann;
vom Auswärtigen Amt
Botschaftsrat Graf Wedel;
vom Reichsministerium des Innern
Ministerialrat Tiedje;
vom Reichsfinanzministerium
Ministerialrat Dorn,
die Oberregierungsräte Gravenhorst, Sarnow und v. Manteuffel,
die Regierungsräte Ritter und v. Hagenow;
vom Reichsarbeitsministerium
die Ministerialräte Aurin und Fritz;
vom Reichsverkehrsministerium
Oberregierungsrat Liese;
vom Preußischen Staatsministerium
Ministerialrat Sonnenschein;
vom Preußischen Ministerium des Innern
Ministerialrat Rathenau,
Oberregierungsrat Albrecht;
vom Preußischen Finanzministerium
Ministerialrat v. Schenck,
Finanzrat Weltzien.

(D) Ich eröffne die Beratung und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Gegenstand an den 7. (Auswärtigen) Ausschuß zu verweisen. — Damit ist das Haus einverstanden.

Wir gehen über zum vierten Gegenstand der Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung (Nr. 4360 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Ich schlage vor, diese Vorlage an den 6. (Sozialpolitischen) Ausschuß zu verweisen. — Auch damit ist das Haus einverstanden.

Wir gehen über zum fünften Gegenstand der Tagesordnung:

erste Beratung der Entwürfe
a) **eines Gesetzes über Versicherungspflicht in der Krankenversicherung,**
b) **eines Gesetzes über Grundlöhne und Vorstandswahl bei den Krankenkassen,**
c) **eines Gesetzes über Wochenhilfe,**
d) **eines Gesetzes über Wochenfürsorge**
(Nr. 4371 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet:
vom Reichsarbeitsministerium
die Ministerialräte Grieser und Spielhagen;
vom Reichsfinanzministerium
Ministerialdirektor v. Schlieben,
Regierungsrat Wachsmann.

(Vizepräsident Dr. **Bell.**)

(A) Ich eröffne die erste Beratung — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Ich schlage Ihnen vor, auch die Beratung dieser vier Entwürfe an den 6. (Sozialpolitischen) Ausschuß zu verweisen. — Damit ist das Haus einverstanden.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten Mittwoch den 31. Mai 1922, vormittags 11 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. mündlicher Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung, betreffend Privatklageverfahren gegen den Abgeordneten Bruhn;
2. mündlicher Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung, betreffend
   a) Privatklageverfahren gegen den Abgeordneten Dr. Heim,
   b) Strafverfolgung des Abgeordneten Thomas;
3. mündlicher Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung, betreffend Vernehmung des Abgeordneten Hoffmann (Kaiserslautern) als Zeuge;
4. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark, betreffend die Regelung der durch den Übergang der Staatshoheit in Nordschleswig auf Dänemark entstandenen Fragen;
5. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung;
6. zweite Beratung der Entwürfe
   a) eines Gesetzes über Versicherungspflicht in der Krankenversicherung,
   b) eines Gesetzes über Grundlöhne und Vorstandswahl bei den Krankenkassen,
   c) eines Gesetzes über Wochenhilfe,
   d) eines Gesetzes über Wochenfürsorge;
7. (B) Abstimmung über den Antrag Hergt und Genossen;
8. erste und zweite Beratung des von den Abgeordneten Müller (Franken), Marx, Hergt, Henke, Dr. Becker (Hessen), Dr. Petersen, Lang und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über Änderung von Geldbeträgen in der Sozialversicherung;
9. erste und zweite Beratung des von den Abgeordneten Hoch, Andre, Rieseberg, Aufhäuser, Dr. Moldenhauer, Delius, Schwarzer (Oberbayern), Dr. Becker (Hessen) und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über teilweise Umgestaltung der Angestelltenversicherung;
10. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Invalidenversicherung und die Angestelltenversicherung der Soldaten (Soldatenversicherungsgesetz);
11. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Erhöhung der Verwaltungskostenbeiträge bei Tilgungsdarlehen;
12. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung;
13. erste Beratung des Reichsknappschaftsgesetzes;
14. Petitionen, welche von den Ausschüssen für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet sind;
15. Berichte der Ausschusses für die Petitionen;
16. Berichte des 5. Ausschusses (Volkswirtschaft) über Petitionen;
17. mündlicher Bericht des 6. Ausschusses (Soziale Angelegenheiten) über Petitionen;
18. Berichte des 13. Ausschusses (Wohnungswesen) über Petitionen;
19. Berichte des 23. Ausschusses (Beamtenangelegenheiten) über Petitionen.

(C) Eine Ergänzung dieser Tagesordnung wird nicht vorgeschlagen.

(Heiterkeit.)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Herr Präsident! Sie haben die Debatte über die Erklärung der Regierung heute geschlossen, gleichzeitig aber einzelnen Fraktionen eine Erklärung vorbehalten. Mir scheint es mit der Geschäftsordnung nicht im Einklang zu stehen, daß, wenn eine Debatte geschlossen ist, noch später eine Erklärung darüber abgegeben werden kann. Ich möchte nur erklären, daß meine Fraktion sämtliche Rechte, die anderen Fraktionen morgen auf Grund dieser Erklärung zugestanden werden sollten, auch für sich in Anspruch nehmen wird. Sollten die Erklärungen zu einer Polemik insbesondere Anlaß geben, so behalten wir uns vor, gleichfalls zur Polemik zu greifen.

Ein Zweites. Ich möchte bitten, daß die Abstimmung über den Antrag Hergt an eine frühere Stelle der Tagesordnung gesetzt wird. Ich sehe die Notwendigkeit nicht ein, daß sie so spät stattfindet.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Herr Abgeordneter Schultz, die Aussprache über den Beratungsgegenstand selbst ist geschlossen. Ich habe vorhin nur bemerkt, daß mehrere Fraktionen den Wunsch geäußert haben, vor der Abstimmung motivierte Erklärungen zu verlesen. Das ist in ähnlichen Fällen wiederholt geschehen, ohne daß es beanstandet wurde. Ich habe aber ausdrücklich erklärt: die Zulassung der Verlesung dieser die Abstimmung motivierenden Erklärungen wird an die Voraussetzung und Bedingung geknüpft, daß die geschlossene Beratung über den Beratungsgegenstand nicht wieder eröffnet werden darf. Das Weitere wird sich also morgen bei der Aussprache (D) finden.

Im übrigen möchte ich dem Herrn Abgeordneten Schultz bemerken, daß die sechs ersten Gegenstände der Tagesordnung voraussichtlich ohne Aussprache erledigt werden. Sollte das wider Erwarten nicht der Fall sein, dann würde morgen noch beantragt werden können, die Abstimmung über den Antrag Hergt vorher stattfinden zu lassen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz, (Bromberg), Abgeordneter: Ich kann das hier vorgeschlagene geschäftsmäßige Verfahren namens meiner Freunde nicht gutheißen. Insoweit daran Bedingungen geknüpft werden, von denen wir nicht vorher sehen können, ob sie uns genehm sind oder nicht.

(Lachen links.)

— Meine Herren, wenn Sie hier vorher verfaßte Erklärungen vorlesen, sind wir nicht imstande, sofort eine schriftlich abgefaßte Gegenerklärung abzugeben. Jedenfalls behalten wir uns vor, wenn sich Dinge ereignen, die ein Wiedereintreten in die sachliche Debatte bedeuten, das Nötige unsererseits zu veranlassen und dagegen zu polemisieren.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Herr Abgeordneter Schultz, ich darf vielleicht bemerken: ein Widerspruch gegen die geschäftsordnungmäßige Zulassung der von mehreren Fraktionen gewünschten Motivierung ihrer Abstimmung wird meines Erachtens erst morgen einzusetzen haben. Ich habe vorsorglich, um für die morgige Abstimmung jede Überraschung zu verhüten, die Mitteilung über die mir überbrachten Absichten mehrerer Fraktionen heute schon gemacht, gleichzeitig aber erklärt, daß die Aussprache geschlossen ist. Das Weitere wird sich also morgen ergeben.

(Vizepräsident Dr. Bell.)
Meine Mitteilung diente nur dazu, loyalerweise sämtliche Parteien des Hauses über das, was für morgen beabsichtigt ist, rechtzeitig zu unterrichten.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dittmann.

Dittmann, Abgeordneter: Es erscheint mir doch notwendig, hier festzustellen, daß diese Situation von den Herren Deutschnationalen selbst heraufbeschworen ist. Ihr Mißbilligungsantrag ist erst heute Nachmittag während der Plenarverhandlung gestellt und im Saale verteilt worden. Nun gilt es allgemein als unzulässig, daß die Fraktionen während des Plenums Fraktionssitzungen abhalten. Wohin würden wir auch kommen, wenn die Fraktionen geschlossen den Saal verlassen würden? Dann würde der Herr Präsident hier allein mit dem Redner sitzen. Es ist also unzulässig, während des Plenums Fraktionssitzungen abzuhalten. Es muß aber allen Fraktionen die Möglichkeit offen gelassen werden, sich in den Fraktionssitzungen über solche gestellten Anträge auszusprechen und dazu Stellung zu nehmen. Das ist im vorliegenden Falle erst nach Schluß dieser Plenarsitzung möglich; der Schluß tritt jetzt erst ein. Hätten die Herren Deutschnationalen eine andere geschäftsordnungsmäßige Behandlung gewünscht, so hätte es ihnen frei gestanden, bereits gestern ihren Mißtrauensantrag zu stellen, damit alle Fraktionen die Möglichkeit gehabt hätten, vorher Stellung zu nehmen. Es liegt also rein formal gar keine andere Möglichkeit vor, anders zu verfahren, als es der Herr Präsident Dr. Bell vorgeschlagen hat: die Debatte ist zwar geschlossen, die Fraktionen haben aber die Möglichkeit, vor der Abstimmung motivierte schriftliche Erklärungen zur Abstimmung abzugeben.

(B)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Der einfachste Ausweg wäre gewesen, daß die Debatte nicht geschlossen worden wäre. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Deutsch-nationale Fraktion gar nicht in der Lage war, früher ihren Mißtrauensantrag in der Form, in der sie ihn eingebracht hat, zu stellen. Unser Herr Redner hat das ausführlich auseinandergesetzt. Erst beim Beginn der Plenarsitzung stand es fest, daß die Note, gegen die sich der ursprüngliche Antrag richtete, gar nicht in Paris überreicht wurde. Wir konnten also gegen die Note keinen Antrag richten, wohl aber gegen das Verfahren der Regierung, das erst im letzten Moment bei Eröffnung der Sitzung feststand, unser Mißtrauensvotum einbringen.

(Zurufe von der äußersten Linken.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Die Geschäftsordnungsdebatte ist damit geschlossen. Das Weitere muß sich morgen finden. Es muß dann, wenn sich Fraktionen zum Worte melden, um eine motivierte Erklärung ihrer Abstimmung zu verlesen, abgewartet werden, ob hiergegen ein Widerspruch erfolgt.

Im übrigen ist die Tagesordnung nicht beanstandet; sie steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 8 Uhr 2 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

224. Sitzung.

Mittwoch den 31. Mai 1922.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

Die Sitzung wird um 11 Uhr 19 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Eingegangen ist der

Entwurf eines Gesetzes über die Zwangsanleihe.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Lambach, Behrens
die Abgeordneten Dr. Hartmann, Leopold;

in den 27. Ausschuß für die Abgeordneten Schimmelpfennig, Koch (Essen)
die Abgeordneten Budjuhn, Rheinländer.

Entschuldigt sind die Mitglieder des Reichstags Hamm, Hänse (Thüringen), Frau Hoffmann (Bochum).

Wir treten in die Tagesordnung ein. (C)

Zur Tagesordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Alpers.

Alpers, Abgeordneter: Herr Präsident! Als zwölfter Punkt ist auf die Tagesordnung gesetzt die **erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Ausführung des Art. 18 der Reichsverfassung.** Es ist angenommen worden, daß zu diesem Gesetz niemand sprechen würde. Es besteht aber bei verschiedenen Parteien der Wunsch, sich zu diesem Gesetz zu äußern. Die Gründe für die Dringlichkeit sind uns bekannt. Da aber die Kommissionen während der Vertagung nicht beraten werden, so würde eine Verzögerung nicht entstehen, wenn dieser Gegenstand heute abgesetzt und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt würde. Wir bitten deshalb freundlichst um Absetzung dieses Punktes.

Präsident: Meine Damen und Herren! Es handelt sich um ein Gesetz, das fertiggestellt werden muß, weil in Oberschlesien die Abstimmung über die Autonomie stattfinden soll. Wir werden es aber heute nur dann erledigen können, wenn es debattelos an einen Ausschuß verwiesen werden könnte. Nach den Ausführungen, die eben der Herr Abgeordnete Alpers gemacht hat, die mir aber auch von Angehörigen anderer Fraktionen bestätigt worden sind, ist das kaum zu erwarten, und ich würde daher auch schon von mir aus vorschlagen, diesen Gegenstand als ersten nach den Ferien auf die Tagesordnung zu setzen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Wir kommen zum ersten Gegenstand der Tagesordnung:

mündlicher Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung über ein Schreiben des Rechtsanwalts Dr. Ahrens in Berlin, betreffend Erteilung der Genehmigung zur Einleitung eines Privatklageverfahrens gegen den Abgeordneten Bruhn wegen Beleidigung. (Nr. 4282 der Drucksachen). (D)

Berichterstatter: Abgeordneter Dittmann.

Der Ausschuß beantragt, die nachgesuchte Genehmigung nicht zu erteilen. Ich nehme an, daß das Haus diesem Antrag zustimmt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung:

mündlicher Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung

a) **über ein Schreiben des Hauptgeschäftsführers des Bundes der Landwirte für Südbayern, Fürholzer, betreffend Erteilung der Genehmigung zur Einleitung eines Privatklageverfahrens gegen den Abgeordneten Dr. Heim wegen Beleidigung,**
Berichterstatter Abgeordneter Feldmann;

b) **über ein Schreiben des Reichsministers des Innern vom 11. Mai 1922, betreffend Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Thomas wegen Vergehens der Bestechung nach § 333 Str.G.B. und wegen Vergehens des Widerstandes gegen die Staatsgewalt nach §§ 110 und 111[II] Str.G.B.**
Berichterstatter Abgeordneter Dr. Bell.

(Nr. 4359 der Drucksachen).

Auch hier beantragt der Ausschuß, die nachgesuchte Genehmigung in beiden Fällen nicht zu erteilen. — Ich

(Präsident.)
(A) darf auch hier das Einverständnis des Hauses damit annehmen.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung:

mündlicher Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung über ein Schreiben des Reichsministeriums des Innern vom 15. Mai 1922, betreffend die Genehmigung zur Vernehmung des Abgeordneten Hoffmann (Kaiserslautern) als Zeuge, gemäß § 49 Abs. II und III der Strafprozeßordnung (Nr. 4393 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Kopsch.

Auch hier beantragt der Geschäftsordnungsausschuß, die Genehmigung nicht zu erteilen. — Auch hier tritt das Haus dem Antrage des Ausschusses bei.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark, betreffend die Regelung der durch den Übergang der Staatshoheit in Nordschleswig auf Dänemark entstandenen Fragen (Nr. 4397 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des 7. Ausschusses (Nr. 4429 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Freiherr v. Rheinbaben.

Ich eröffne die Beratung über Art. 1.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Freiherr **v. Rheinbaben**, Abgeordneter, Berichterstatter: Der Vertrag zwischen Deutschland und Däne-(B) mark, betreffend die Regelung der durch den Übergang der Staatshoheit in Nordschleswig auf Dänemark entstandenen Fragen ist, wie so vieles andere Üble, zurückzuführen auf den Vertrag von Versailles. Nach diesem Vertrage haben die Abstimmungen in Nordschleswig stattgefunden, und am 15. Juni 1920 ist die neue Grenze gezogen worden. Deutschland hat in der Kommission, welche die Grenze im einzelnen festgelegt hat, nur ein Mitglied gehabt. Infolgedessen sind, da in dieser Kommission mit Mehrheit abgestimmt wurde, bei der endgültigen Ziehung dieser Grenze zu Deutschlands Ungunsten viele Unklarheiten und Unebenheiten entstanden. Es sind Gehöfte und Besitzungen, Wege und Flußläufe zerschnitten, es sind Fischereigerechtsame verletzt worden und anderes mehr. Es hat sich deshalb die Notwendigkeit herausgestellt, über alle diese aus der neuen Grenzziehung entstandenen Fragen ins einzelne gehende Abmachungen zu treffen. Nach dem Wortlaut des Artikels 114 2. Absatz des Versailler Vertrags ist vorgeschrieben:

> Durch besondere Abmachungen werden alle anderen Fragen geregelt, welche aus der vollständigen oder teilweisen Rückgabe der Gebiete erwachsen, die Dänemark auf Grund des Vertrags vom 30. Oktober 1864 abtreten mußte.

In dem Artikel 114 des Versailler Vertrags ist also durchaus die Möglichkeit offen gelassen, daß diese besonderen Abmachungen nicht nur zwischen Deutschland und Dänemark direkt, sondern auch unter Zuziehung der Siegermächte abgeschlossen wurden.

Der deutsche Standpunkt gegenüber dieser rechtlichen Lage war naturgemäß von vornherein der, daß Deutschland anstrebte, die Verhandlungen nicht unter Zuziehung der Entente zu führen, sondern sich direkt mit Dänmark über alle Fragen zu verständigen. Dänemark hat zunächst einen gegenteiligen Standpunkt einge- (C) nommen, jedoch vom Beginne der Verhandlungen, die zunächst einmal tatsächlich zwischen Dänemark und Deutschland begannen, sich loyal auf den Standpunkt gestellt, daß es für beide nachbarlich aufeinander angewiesenen Länder das Beste sei, sich direkt miteinander ins Benehmen zu setzen und eine Verständigung in allen zur Verhandlung stehenden Punkten herbeizuführen.

Bei den so endgültig zustandegekommenen direkten deutsch-dänischen Verhandlungen wurde Deutschland vertreten durch Exzellenz v. Körner und durch unseren Gesandten in Kopenhagen, erst den Freiherrn v. Neurath, später den Herrn v. Rosenberg, und es muß im Hinblick auf diese Verhandlungen anerkannt werden, daß sich die dänische Regierung während der ganzen Dauer der Verhandlungen durchaus loyal verhalten hat und daß nirgends mehr das Bestreben hervorgetreten ist, etwa, wie es nach dem Artikel 114 des Friedenvertrages formell möglich gewesen wäre, die Entente erneut in diese Verhandlungen hineinzuziehen.

Die Atmosphäre dieser Verhandlungen ist im allgemeinen günstig gewesen, und es hat sich ein befriedigendes gegenseitiges Verhältnis herstellen lassen. Bei der Gesamtbeurteilung des Ihnen vorliegenden Vertrags war zu berücksichtigen, daß Deutschland besondere Druckmittel nicht besaß und doch bestrebt sein mußte, auch bei diesen Grenzabtretungen für das Deutschtum die bestmögliche Lage zu schaffen. Dies ist allmählich, aber nicht ohne Mühe, gelungen. Die Verhandlungen haben in drei Abschnitten stattgefunden, sie haben am 24. Mai 1921 begonnen und sind am 10. April d. J. zum Abschluß gekommen. Verhandlungsort war überwiegend Kopenhagen, gelegentlich ist auch infolge der Tatsache, daß der zweite dänische Delegierte identisch mit dem hiesigen dänischen Gesandten Grafen (D) v. Moltke war, auch in Berlin verhandelt worden.

Eine Hauptforderung der Dänen ist von Anfang an gewesen, daß Deutschland für die Übernahme der Militärrenten eine größere Summe zur Verfügung stellen sollte. Es ist gelungen, im Laufe der Verhandlungen die dänische Delegation von dieser Forderung abzubringen.

Der Vertrag ist in der Form eines **Mantelvertrags** abgeschlossen worden, und dieser Mantelvertrag umschließt 18 einzelne Abkommen. Die dem Reichstage vorliegende Denkschrift enthält darüber hinaus noch 7 Vereinbarungen auf dem Verwaltungswege, die nicht der Genehmigung des Reichstags unterliegen. Sie sind nur zur Erläuterung hinzugefügt worden und vervollständigen das Bild der gesamten Materie, die zwischen Deutschland und Dänemark zu erledigen war. Dem Vertrag ist eine ausführliche Denkschrift beigefügt worden, die ins einzelne gehende Erläuterungen gibt. Bezüglich der Verhandlungen ist noch zu bemerken, daß deutscherseits ebenso wie in anderen Fällen eine große Reihe von Landeskundigen, Ortsfachverständigen, Beamtenvertretern, Lehrern, Oberbürgermeistern, Landräten, Fischereisachverständigen usw. zugezogen worden sind. Eine besondere Rolle hat von vornherein die Frage des **Minoritätenschutzes** gespielt. Es ist deutscherseits das Verlangen gestellt worden, ebenso wie bei anderen Gebietsabtretungen auch hier ein beiderseitiges Gesetz über den Minoritätenschutz zu vollziehen. Die Dänen haben sich diesem von der deutschen Delegation immer wiederholten Verlangen gegenüber ablehnend verhalten. Die dänische Gesetzgebung, so hat man auf dänischer Seite gesagt, sehe schon alle Kautelen vor, die für den Schutz der Minderheiten notwendig wären. Auch hat sich der dänische Außen-

(Freiherr **v. Rheinbaben**, Berichterstatter.)

(A) minister, der im übrigen, wie anerkannt werden muß, während der ganzen Dauer der Verhandlungen alles getan hat, um sie zu einer schließlichen Verständigung zu führen, schon längst ausdrücklich gegen ein solches Gesetz über den Minoritätenschutz festgelegt. So sind die Dänen in diesem Punkte fest geblieben. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß schließlich auch in dem Deutschtum in Schleswig ein gewisser Umschwung der Auffassung auf diesem Gebiete eingetreten ist, und daß dort von praktischen Gesichtspunkten aus nicht überall ein solches Gesetz über den Minoritätenschutz gefordert wird. Der Auswärtige Ausschuß hat gerade diese Frage besonders erwogen und eingehend diskutiert. Redner mehrerer Parteien haben ausdrücklich bedauert, daß hier in diesem Falle ein Minoritätenschutzgesetz nicht zustandegekommen ist. Sie haben die Hoffnung ausgesprochen, daß die Frage hiermit nicht endgültig ruht, sondern eventuell später zu gelegener Zeit wieder aufgenommen wird.

Von den Abkommen, die im einzelnen aus dem Ihnen vorliegenden Vertragsentwurf zu ersehen sind, möchte ich ganz besonders die Abkommen über die **Optionen** und **Pensionen** hervorheben. Die übrigen **Abkommen** beziehen sich auf eine Reihe von Fragen, die, wie ich schon einleitend bemerkt habe, durch die Grenzziehung entstanden sind.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um etwas mehr Ruhe!

Freiherr **v. Rheinbaben**, Abgeordneter. Berichterstatter: Es handelt sich bei ihnen um ein Abkommen betreffend die Sicherstellung des Grenzzuges zwischen den beiden Ländern und der Unterhaltung der die Grenze bezeichnenden Grenzmale; ferner um ein Abkommen betreffend Benutzung und Unterhaltung der (B) Übergänge über die deutsch-dänische Grenze; um ein Abkommen zur Regelung der Wasser- und Deichverhältnisse an der deutsch-dänischen Grenze; um ein Abkommen betreffend Fischerei und Binsenschnitt im Ruttebüller See und in der Wiedau sowie Heu- und Rethschnitt in Gotteskog; um ein Abkommen über die Weiterbenutzung der Friedhöfe in Bau und Handewitt; um ein Abkommen, betreffend Abgabenbefreiung bei Veräußerungen im Grundbesitz im Grenzgebiet; um ein Abkommen über die Regelung der Schiffahrt in den deutsch-dänischen Grenzgewässern; um ein Abkommen über den Lotsendienst in der Flensburger Förde; um ein Abkommen über die gemeinsame Fischerei in der Flensburger Förde und eine Reihe von weiteren Abkommen über steuerrechtliche und soziale Fragen.

Es ist ja ohne weiteres erklärlich, daß durch die an vielen Stellen höchst willkürliche Grenzziehung viele Gerechtsame, Rechte, alte Gewohnheiten und Verdienstmöglichkeiten der Grenzbevölkerung verletzt worden sind. So ist in der Flensburger Förde der **Fischereibevölkerung** weiterhin gestattet worden, in der ganzen Förde weiter zu fischen, ebenso auf dem der Flensburger Förde vorgelegenen Breitgrund gegen gewisse nicht wesentliche Konzessionen.

Es muß anerkannt werden, daß in allen diesen Dingen wohl eine so günstige Regelung getroffen worden ist, wie sie aus unserer Zwangslage heraus zu verwirklichen war.

Sollten sich bei der Ausführung dieser einzelnen Abkommen Schwierigkeiten und Unklarheiten ergeben, so ist bei einzelnen dieser Abkommen ausdrücklich ein Schiedsverfahren vorgesehen worden, wobei außer den deutschen und dänischen Delegierten ein schwedischer beziehungsweise ein holländischer Schiedsrichter als Vorsitzender vorgesehen worden ist.

(C) Wie schon gesagt, hat eine besondere Wichtigkeit das **Abkommen über die Optionen**, das die Zahl 11 trägt. Die Dänen haben zunächst den Standpunkt eingenommen, daß diese Materie einseitig zu regeln wäre. Demgegenüber nahm die deutsche Delegation den Standpunkt ein, es sei besser, diese doch auch in der Vergangenheit stets sehr strittige Frage durch ein beiderseits zu vollziehendes Gesetz zu regeln. So ist es gekommen, daß die dänische Gesetzgebung ihrerseits schon sehr bald nach Übernahme des abgetretenen Gebietes die Materie gesetzlich geregelt hat, während eine solche gesetzliche Regelung deutscherseits fehlte. Durch diesen Gang der Dinge sind gewisse Unklarheiten entstanden, denen nun dieses vorliegende beiderseitige Abkommen über die Optionen bis ins Einzelne Rechnung trägt.

Ich will daraus nur hervorheben, daß die Frist für die Option für Dänemark nur noch sehr kurz bemessen ist. Dies ist ja auch ein Hauptgrund, warum die Regierung gebeten hat, daß das hohe Haus noch vor der Pfingstpause diesem Gesetz seine Zustimmung erteilt. Der Termin für die Option für Dänemark läuft nämlich bereits am 14. Juni d. J. ab, da sie nach dem Versailler Vertrage auf zwei Jahre befristet ist und diese Frist am 15. Juni 1920 begonnen hat. Für einzelne Fälle, wo nämlich Deutsche erst nach Ablauf des Jahres 1920 abgewandert sind, ist es möglich, die Option für Dänemark noch bis zum 15. August hinauszuschieben. Für Deutschland hingegen ist die Frist bis zum 31. Dezember d. J. verlängert worden, da es naturgemäß nicht möglich war, bei der Ratifizierung wenige Tage vor dem Ablauftermin noch der betroffenen Bevölkerung genügend Gelegenheit zu geben, zu dieser Frage entscheidend Stellung zu nehmen.

(D) Ich bitte um die Erlaubnis, aus der ganzen Materie der Option noch einige wenige Sätze des Abkommens verlesen zu dürfen, die den **Unterschied** kennzeichnen, der sich bei **der jetzt getroffenen Regelung gegenüber dem Zustand**, wie er nach dem **Wiener Frieden** geherrscht hat, ergibt, einem Zustande, der ja, wie wir alle wissen, zu erheblichen Unklarheiten und Mißhelligkeiten geführt hat. In dem Abkommen heißt es in Absatz 1 des Artikels 5:

> Die Optionen auf Grund des Artikels XIX des Wiener Friedens wurden nicht schon mit der Abgabe der Optionserklärung, sondern erst dann wirksam, wenn der Optionswille durch die vollzogene Überwanderung nach Dänemark bekräftigt war. Im Gegensatze hierzu, jedoch im Einklang mit den Grundsätzen des Vertrags von Versailles, führt nach dem jetzigen Abkommen die vorschriftsmäßig abgegebene Optionserklärung bereits mit dem Tage der Abgabe den Staatsangehörigkeitswechsel herbei. Sie begründet zugleich die Verpflichtung des Optanten, innerhalb eines Jahres seinen Wohnsitz in den gewählten Staat zu verlegen. Unterbleibt die Verlegung des Wohnsitzes, so ist die Optionserklärung hinfällig.

Das sind die wichtigsten Sätze aus der jetzt getroffenen in dem Ihnen vorliegenden Abkommen niedergelegten Regelung über die Optionen.

Das zweite Abkommen, das eine besondere Wichtigkeit für einen großen Teil der deutschen Bevölkerung hat, ist das **Abkommen über die Pensionen** und die Militärrenten. Die Militärrenten sind ohne weiteres übernommen worden, hingegen hat sich bezüglich der Übernahme der Pensionen für die Beamten die Notwendigkeit längerer und eingehender Verhandlungen

(Freiherr **v. Rheinbaben,** Berichterstatter.)

(A) ergeben. Nicht strittig war von vornherein die Pflicht Dänemarks, die unmittelbaren Staatsbeamten, beziehungsweise deren Hinterbliebene durch Pensionen zu entschädigen, wohl aber die Entschädigung, beziehungsweise die Pensionszahlung für die sogenannten mittelbaren Beamten, das heißt die Beamten der Kommunen, der Kreise, für die Lehrer usw. Die Dänen hatten nach Übernahme des abgetretenen Gebietes sehr schnell ein Gesetz angenommen, das den Gemeinden die Befugnis gab, diesen Beamten zu kündigen und sie zu entlassen. Auf Grund dieses Gesetzes haben in der Tat viele Gemeinden zahlreiche deutschgesinnte Beamte kurzerhand entlassen. Zweifellos sind dadurch erhebliche Härten entstanden, die im Laufe der Verhandlungen schließlich von den Dänen anerkannt wurden. Doch konnten die Gemeinden, nachdem die Materie einmal gesetzlich geregelt war, nicht gezwungen werden, von dieser gesetzlichen Regelung abzugehen. So ist es denn zu einer Regelung unter der Hand gekommen. Die dänische Regierung hat sich bereit gefunden, eine große Reihe von Härten auszugleichen und gewisse Fälle durch Abfindungssummen zu erledigen. Immerhin ist bis zum Schluß der Verhandlungen eine große Reihe von Härten übrig geblieben. Es ist dann gelungen, in dem Schlußprotokoll zu diesem Vertrage die dänische Regierung dazu zu bewegen, der deutschen Regierung einen Fonds von 4 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, um die immer noch bestehenden Härten auszugleichen.

Dies ist, kurz zusammengefaßt, das Wesentliche aus den 18 Abkommen, die den Gegenstand des Vertrages bilden. Von den sieben Vereinbarungen, von denen ich bereits gesprochen habe und die nicht zum Vertrage gehören, auch Ihrer Zustimmung nicht unterbreitet werden, ist besonders hervorzuheben ein **Abkommen über den Kollunder Wald.** Dieses ist dadurch (B) notwendig geworden, daß dieser Wald, der dicht bei der Stadt Flensburg liegt, durch die Grenzziehung von der Stadt abgetrennt worden ist. Es ist also nötig, die einzelnen Bestimmungen zu treffen, damit dieser Wald auch in Zukunft die nötige Pflege erhält. Es ist leider nicht möglich gewesen, der Bevölkerung der Stadt Flensburg, wie bisher, ohne Beschränkung den Naturgenuß und die Benutzung dieses Waldes zu erhalten.

Unter den Vereinbarungen sind weiter hervorzuheben die über Paßerleichterungen, Grenzverkehr usw. und schließlich die auch aus der Presse schon bekannte Regelung über den **Verkehr zwischen Deutschland und der Insel Sylt.** Ohne dänisches Paßvisum ist es möglich, daß für den Zeitraum von drei Jahren Deutsche nach der deutsch gebliebenen Insel Sylt durch dänisches Gebiet hindurchfahren. Die deutsche Regierung hat sich dem gegenüber bereit erklärt, einen Damm vom deutschen Gebiet durch das Wattenmeer hindurch nach Sylt zu bauen. Die deutsche Eisenbahnverwaltung hat sich erboten, eine Nachtverbindung zwischen Deutschland und Dänemark über Warnemünde—Gjedser wieder aufzunehmen.

Zusammenfassend ist über das Abkommen zu sagen, daß es aus einer Zwangslage geboren ist, daß es aber einen erheblichen Nutzen auch für die betroffene deutsche Grenzbevölkerung bietet, daß es die Schäden begrenzt und Unannehmlichkeiten erleichtert und im ganzen die freie Betätigung des Deutschtums in Nordschleswig, soweit es möglich war, gesichert hat. Der Grund der Beschleunigung der Zustimmung dieses hohen Hauses zu dem Abkommen liegt außer in der Kürze der für die Optionen noch verfügbaren Zeit vor allem in dem dringenden Wunsche der betroffenen Bevölkerung, daß endlich Klarheit über die neugeschaffenen Verhältnisse eintritt.

Meine Damen und Herren! Der Auswärtige Ausschuß hat sich bei der Beratung dieses Gesetzes in Trauer daran erinnert, daß vor nunmehr fast zwei Jahren auch an dieser Grenze des Reichs Tausende deutscher Stammesgenossen und erhebliche Teile deutschen Bodens willkürlich vom Mutterlande losgerissen worden sind. Das, was wir damals gelobt haben, haben wir gehalten. Wir haben unsere deutschen Brüder und Schwestern nicht vergessen, und wir wollen ihnen durch die Bestimmungen dieses Abkommens wenigstens diejenigen Erleichterungen verschaffen, welche die unnatürliche, willkürliche und auch hier aufgezwungene Grenzziehung gestattet. (C)

Aus diesen Gründen ist der Auswärtige Ausschuß einstimmig zu den Entschluß gekommen, Ihnen die Annahme des Gesetzes zu empfehlen.

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Reichskanzler.

Dr. **Wirth,** Reichskanzler: Meine Damen und und Herren! Der Ihnen zur Beschlußfassung vorliegende **Deutsch-Dänische Vertrag** zur Regelung der durch den Übergang der Staatshoheit in Nordschleswig auf Dänemark entstandenen Fragen ist das Ergebnis der Verhandlungen, in die wir in Verfolg des Versailler Vertrages und der sich aus ihm ergebenden staats- und völkerrechtlichen Entwicklung mit Dänemark über das nördliche Schleswig einzutreten hatten. Bei diesen Verhandlungen mußte die Reichsregierung im Interesse der betroffenen Bevölkerung ihre Aufgabe darin erblicken, auf der gegebenen Grundlage der tatsächlich geschaffenen Verhältnisse mit der dänischen Regierung zu einer Verständigung über die zahlreichen brennenden Fragen des täglichen Lebens, wie auch der zwischenstaatlichen Beziehungen zu gelangen. Diesem Bestreben stand anfänglich der Gedanke eines dreiseitigen Vertrages im Wege, dessen Annahme deutscherseits indessen mit Erfolg abgelehnt werden konnte. Hierzu hat wesentlich der Umstand beigetragen, daß auch die dänische Regierung den Weg **der direkten Verständigung** als zweckmäßiger erkannte. Die kommissarischen Verhandlungen waren ziemlich langwierig. Sie haben ungefähr ein Jahr in Anspruch genommen. Aus dem Vertrag und der beigefügten Denkschrift ersehen Sie, meine Damen und Herren, welche Fülle von Gegenständen dabei ihre Regelung finden mußte. Die **Verhandlungen** selbst sind in voller **Sachlichkeit** geführt worden und waren von beiden Seiten von dem Bestreben geprägt, die neue Grenze den Bewohnern möglichst wenig fühlbar zu machen. Angesichts der zahlreichen widerstrebenden Interessen war die Stellung der deutschen Unterhändler hierbei keine leichte. Wenn es trotzdem gelungen ist, schließlich auch in schwierigen Punkten zu einem für uns erträglichen Ergebnis zu gelangen, so hat dazu die einer sachlichen und weitsichtigen Politik entsprechende persönliche Einwirkung des dänischen Außenministers nicht wenig beigetragen. Ist der vorliegende Vertrag auch aus schmerzlichem Anlaß geboren, so hoffe ich doch, daß er mit dazu beitragen möge, nationale Gegensätze allmählich zu überbrücken und die benachbarten und vielfach aufeinander angewiesenen Völker in einer besseren Zeit einander näher zu bringen. Diesem Wunsche, den ich damit zum Ausdruck gebracht habe, entspricht auch die einmütige Empfehlung, die der Auswärtige Ausschuß der Annahme des Vertrages mit auf den Weg gegeben hat. (D)

Meine Damen und Herren! Es ist mir wie gestern ein lebhaftes Bedürfnis, im Namen der Reichsregierung all den Herren zu danken, die diese langwierigen und schweren Verhandlungen im Geiste der Versöhnlichkeit und der Verständigung geführt haben. Ich darf da in

(Dr. **Wirth**, Reichskanzler.)

(A) allererster Linie den Herrn v. Koerner nennen und ihm hier im Reichstag den gebührenden Dank für seine überaus große Mühewaltung aussprechen.

(Bravo!)

Ich dehne diesen Dank auch auf die übrigen Herren, die in Kopenhagen an diesem Friedenswerk mitgearbeitet haben, die Herren v. Neurath und Rosenberg aus.

Wie gestern, meine Damen und Herren, wenn auch nicht mit diesem überaus schmerzlichen Gefühl, wie ich es gestern zum Ausdruck gebracht habe, nehmen wir heute **von Tausenden unserer Volksgenossen** wiederum **Abschied**. Ich glaube, daß der Gedanke, daß diese unsere Volksgenossen im germanischen Kulturkreis verbleiben, etwas Tröstliches an sich hat. Unsere Volksgenossen, die nun jenseits der Grenze wohnen, werden im neuen Staatsverband treue Staatsbürger sein. Sie haben aber mehr als die sonst von uns genommenen Volksgenossen die Möglichkeit, den Gedanken des Deutschtums zu pflegen und treue Anhänger der deutschen Kultur und ihres Gepräges zu sein. Ich empfehle Ihnen im Namen der Reichsregierung daher den Vertrag zur Annahme.

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Frohme.

Frohme, Abgeordneter: Meine Damen und meine Herren! Im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben.

Meine Fraktion stimmt dem vorliegenden Vertrage zu, da wir im Interesse der nordschleswigschen und besonders der dänischen Bevölkerung den Wunsch haben, die bestehenden Schwierigkeiten so schnell wie möglich zu beseitigen. Wir hoffen, daß der **Minderheitenschutz** baldmöglichst (B) vertraglich festgelegt wird. Wir wünschen das vor allem, um den vorhandenen chauvinistischen Bestrebungen auf beiden Seiten der Grenze die Spitze zu nehmen. Ganz besonders sprechen wir die Zuversicht aus, daß es unseren dänischen Gesinnungsgenossen gelingen wird, den auf eine weitere Loslösung deutschen Gebietes gerichteten dänischen Bestrebungen erfolgreich entgegenzutreten, ebenso wie wir unsererseits alles tun werden, um freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark zu sichern. Soweit in der Grenzziehung Ungerechigkeiten bestehen, hoffen wir, sie später auf dem Wege gegenseitiger Verständigung beseitigen zu können.

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Thomsen.

Thomsen, Abgeordneter: Namens meiner Freunde habe ich folgende Erklärung abzugeben.

Dem uns vorgelegten Vertrage zwischen Deutschland und Dänemark, betreffend die Regelung der durch die Abtretung Nordschleswigs entstandenen Fragen, müssen wir zustimmen, weil die engen wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge zwischen Deutschland und dem abgetretenen Gebiet eine Klärung der durch die Grenzführung hervorgerufenen Schwierigkeiten dringend erfordern.

Die durch den Versailler Vertrag, noch dazu unter Mißachtung der in diesem Vertrage aufgestellten Grundsätze, dem Deutschen Reich **aufgezwungene Grenze** erkennen wir nicht an

(bravo! bei den Deutschnationalen)

und harren der Zeit, wo das dem schleswig-holsteinischen und dem deutschen Volke zugefügte Unrecht wieder gutgemacht wird.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete (C) Dr. Runkel.

Dr. **Runkel**, Abgeordneter: Im Namen der Deutschen Volkspartei gebe ich folgende Erklärung ab.

Wenn die Deutsche Volkspartei sich entschlossen hat, dem vorgelegten Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark, betreffend die Regelung der durch den Übergang der Staatshoheit in Nordschleswig auf Dänemark entstandenen Fragen vom 10. April d. J., zuzustimmen, so muß sie sich doch dagegen verwahren, daß diese Zustimmung eine Anerkennung der jetzigen, auf den Bestimmungen des Versailler Vertrages beruhenden Grenze bedeutet. Diese unter mißbräuchlicher Anwendung der Grundsätze des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und unter Verletzung des geschichtlichen Rechtes Schleswig-Holsteins geschaffene neue Grenze zwischen Deutschland und Dänemark kann die Deutsche Volkspartei nur als eine vorübergehende, durch den Versailler Vertrag Deutschland aufgezwungene ansehen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir sehen mit zuversichtlichem Vertrauen der Zeit entgegen, wo das vergewaltigte Recht Schleswig-Holsteins seine Wiederherstellung erleben wird.

Dänemark machen wir noch besonders den Vorwurf, daß es über das im Versailler Vertrag geforderte Selbstbestimmungsrecht der Völker hinaus Gebiete beansprucht und übernommen hat, die auf Grund des Ausfalls der Abstimmungen auch nach dem Versailler Vertrage unzweifelhaft zu Deutschland gehören.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir stimmen trotzdem dem vorgelegten Vertrage zu, weil die engen wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge zwischen Deutschland und den ab- (D) getretenen Gebieten eine Lösung der durch die Grenzführung hervorgerufenen Schwierigkeiten dringend erfordert. Wir bedauern aber auch hier noch einmal, daß sich Dänemark nicht hat entschließen können, eine zwischenstaatliche Regelung des Schutzes der deutschen **Minderheiten** im abgetretenen Gebiete zuzugestehen, daß es ferner, auf dem Gebiete der Staatsangehörigkeit auftretende Streitfälle uneingeschränkt im schiedsrichterlichen Verfahren zu regeln, sich nicht bereit fand, daß es den **Optanten** die Bewirtschaftung ihres Grundeigentums im abgetretenen Gebiete nicht in weiterem Umfange als im Vertrage vorgesehen, erleichtern wollte, und daß es schließlich in Sachen der **Neupensionäre** kein größeres generelles Entgegenkommen gezeigt hat.

Wir erkennen an, daß die dem Vertrage vorausgegangenen Verhandlungen beiderseitig auf der Grundlage freundnachbarlicher Beziehungen geführt worden sind. Wir erwarten, daß nun auch Dänemark die Bestimmungen des Vertrages im Interesse der durch die Abtretung in Mitleidenschaft gezogenen Bevölkerung im gleichen Sinne durchführen wird. Wir erwarten aber vor allem, daß es nunmehr nach Abschluß des Vertrages der dänischen Propaganda diesseits der Grenze mit allem Nachdruck entgegentritt.

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid.

Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Fraktion wird dem uns vorgelegten Vertrage zustimmen. Von allen Verträgen, zu denen wir unter dem Druck des Versailler Friedens genötigt worden sind, ist

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) derjenige, der die Grenze in Nordschleswig verlegt hat, wohl der am wenigsten schmerzliche gewesen, und

(Widerspruch rechts)

derjenige, dessen Abschluß mit den geringsten Schwierigkeiten verknüpft war. Das hängt zum Teil damit zusammen, daß wir es hier auf der Gegenseite mit einem Kulturvolk zu tun haben, das sich schon seit langem der Segnungen einer wirklichen Demokratie erfreut

(Lachen rechts)

und in dem chauvinistische Regungen eine außerordentlich geringe Rolle spielen.

Es kommt noch eins hinzu, was wir doch bei den Klagen über die neugezogenen Grenzen nicht vergessen sollten, nämlich, daß sich Preußen bereits im Jahre 1864 im **Art. 5 des Prager Friedens** bereit gefunden hatte, den Distrikten von Nordschleswig die Möglichkeit der Abstimmung über ihre nationale Zugehörigkeit zu gewähren. Zu jener Zeit hat **Bismarck** ein Wort ausgesprochen, an das ich hier erinnern möchte. Er sagte:

> Ich bin stets der Meinung gewesen, daß eine Bevölkerung, die dauernd und in zweifellos manifestiertem Willen zu erkennen gibt, daß sie nicht preußisch oder deutsch sein will, die im zweifellos manifestierten Willen einem unmittelbar angrenzenden Nachbarstaat ihrer Nationalität angehören will, keine Stärkung der Macht bildet, von welcher sie sich zu trennen bestrebt ist.

Leider ist der Art. 5 des Prager Friedens niemals zur Ausführung gekommen, und im Jahre 1878 wurde er durch eine neue Abmachung zwischen Deutschland und Österreich beseitigt. Wäre die Abstimmung auf Grund des Art. 5 des Prager Friedens erfolgt, so hätten wir vielleicht den Schmerz der Abstimmung vom vorletzten Jahre nicht zu erfahren brauchen. Jedenfalls sind wir durchaus damit einverstanden, daß jetzt im Anschluß an (B) die neue Grenzziehung eine Reihe von Verträgen durchgeführt wurden, die sich als notwendig ergaben, und wir konstatieren, daß die Verhandlungen, wie auch der Herr Reichskanzler auseinandergesetzt hat, in durchaus loyaler Weise geführt worden sind.

Was wir an den vorliegenden Verträgen auszusetzen haben, ist in erster Linie, daß der **Minderheitenschutz** auf beiden Seiten der Grenze nicht vertragsmäßig festgelegt worden ist. Wir bedauern es, daß, wie mein Herr Vorredner bereits dargetan hat, der Widerstand gegen eine solche vertragsmäßige Regelung zunächst von der dänischen Regierung ausgegangen ist. Wir beklagen aber auch, daß dieser Widerstand eine gewisse Unterstützung in der Stimmung und in dem Verhalten eines Teiles der deutsch gebliebenen Bevölkerung in Schleswig fand. Wir sind der Meinung, daß ein solcher vertragsmäßig festgelegter Minderheitenschutz im beiderseitigen Interesse liegen würde, und daß eine solche vertragsmäßige Bindung auch am besten geeignet wäre, die Befürchtungen wegen dänischer Propaganda in der sogenannten zweiten Zone, die hier und da laut werden, von vornherein gegenstandslos zu machen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß ein vertragsmäßiger Minderheitenschutz im weiteren Verlauf der Dinge sich noch ermöglichen lassen wird. Sollte das nicht der Fall sein, so hoffen wir, daß die beiden beteiligten Regierungen autonom alles tun werden, um die nationalen Minoritäten ihren berechtigten Ansprüchen entsprechend zu schützen und ihre Interessen zu wahren. Soweit wir unterrichtet sind, geschieht das auf dänischer Seite bereits in einem sehr weitgehenden Maße, besonders was die Schulfrage, die Beschulung der deutschsprechenden Kinder in dem abgetretenen Teile von Nordschleswig angeht. Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß auf deutscher Seite entsprechend verfahren wird und daß dem in Frage kommenden Artikel der Reichsverfassung eine weitgehende (C) Auslegung gegeben wird. Insbesondere sollte das weitestgehende Entgegenkommen gegenüber den dänischsprechenden Kindern, was die Errichtung von Schulen in ihrer Muttersprache angeht, an der jetzigen deutsch-dänischen Grenze gezeigt werden.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Alles in allem hoffen wir, daß auch durch die neuesten Abmachungen die guten freund-nachbarlichen Beziehungen zwischen dem deutschen und dem dänischen Volke gestärkt werden, und wir halten uns absolut fern von irgendwelchen Hinweisen des Tages, an dem auf irgendeine Weise diese Grenzen aufs neue wieder geändert werden sollen.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Kommt einmal eine Abänderung auf dem Wege einer gegenseitigen friedlichen Verständigung zustande, so sind wir natürlich damit einverstanden. Aber wir halten den Augenblick nicht für geeignet, jetzt Reden zu halten und Worte zu führen, die uns drüben ausgelegt werden könnten, als warteten wir auf einen Tag, an dem wir mit Gewalt uns wieder zurückerobern könnten, was durch diese Verträge uns entzogen ist.

Ich versage es mir in diesem Augenblick, noch einmal alte Wunden aufzureißen, die in der Vergangenheit in der deutsch-dänischen Politik, in den deutsch-dänischen Verhältnissen entstanden sind. Ich gehe nicht ein auf die Politik, die Preußen in Nordschleswig getrieben hat; ich stelle nur fest, daß von **dänischer Seite** sowohl während des Krieges wie auch nach dem Kriege ein durchaus **loyales Verhältnis gegenüber dem deutschen Volke** und nach dem Kriege insbesondere auch den hungernden deutschen Kindern gegenüber an den Tag gelegt worden ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir hoffen, daß diese Verträge eine feste Grundlage für die denkbar besten und herzlichsten Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark bilden werden. (D)

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Gothein.

Dr.-Ing. **Gothein**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wenn meine politischen Freunde diesen Verträgen zustimmen, so geschieht das, weil sie die Konsequenz zur Ausführung des Versailler Friedensvertrages sind und die damit getroffene Grenzänderung wenigstens einigermaßen zu mildern in der Lage sind.

Wir können dabei aber nicht umhin, unser schmerzliches Bedauern darüber auszusprechen, daß, in Abweichung von den Grundsätzen des Friedensvertrags über das **Selbstbestimmungsrecht der Völker**, die Grenze in einer Weise gezogen ist, daß eine große Zahl von Deutschen gerade in denjenigen Orten, wo das Deutschtum weitaus überwiegt, an Dänemark abgetreten worden sind.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir müssen dabei die Hoffnung aussprechen, daß dieses Selbstbestimmungsrecht der Völker, das gerade auch in weiten Kreisen des dänischen Volkes volle Zustimmung findet, eines Tages dazu führen wird, daß auf friedlichem Wege eine Berichtigung der Grenze, entsprechend den nationalen Abgrenzungen, stattfinden wird.

Wir bedauern ebenso, wie das von anderer Seite geschehen ist, weiter, daß es bei dieser Gelegenheit nicht möglich gewesen ist, ein Abkommen über den **Schutz der nationalen Minderheiten** in den beiderseitigen Gebieten zu treffen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben mit lebhafter Freude begrüßt, in wie weitgehendem Maße und in wie vorbildlicher Weise ein der-

(Dr.-Ing. **Gothein**, Abgeordneter.)

(A) artiger vertragsmäßiger beiderseitiger Schutz in dem deutsch-polnischen Abkommen bezüglich Oberschlesiens getroffen worden ist. Und wenn auch ohne weiteres zuzugeben ist, daß bei einem seinem Wesen nach so demokratisch gesinnten und fortgeschrittenen Volke wie dem dänischen, dessen Gesetzgebung auf hoher Stufe steht, von einer derartigen Mißhandlung nationaler Minderheiten, wie wir sie von Polen her gewöhnt sind, nicht die Rede sein wird, so müssen wir schon aus prinzipiellen Gründen den Wunsch aussprechen, daß es möglich sein wird, auch mit Dänemark, wie überhaupt allgemein, zu einer gesetzlichen, vertragsmäßigen Regelung des Schutzes der nationalen Minderheiten zu kommen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir hoffen, daß dieser Vertrag ein gutes Verhältnis zwischen dem dänischen Staat und Deutschland herbeiführen wird, und gedenken mit dem Herrn Vorredner dankend der wirklichen und **ehrlichen Neutralität**, die **Dänemark** während des schweren Krieges uns gegenüber bewiesen hat, und gedenken dankbar dessen, was es für unsere hungernden Kinder getan hat.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir sehen infolgedessen auch in diesem Abkommen, wenn wir auch an manchen Stellen mehr und Besseres gewünscht hätten, doch einen Weg, um das gute und friedliche Verhältnis zwischen beiden Staaten herzustellen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; die Debatte ist geschlossen.

Ich darf wohl den Artikel 1 nach den Erklärungen aller Redner für angenommen erklären. —

Ich rufe auf Artikel 2, — Artikel 3, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

(B) Meine Damen und Herren! Es wird wohl kein Einwand erhoben werden, daß auch die

dritte Beratung

sofort erledigt wird. — Ich höre einen solchen nicht und eröffne die allgemeine Aussprache in der dritten Beratung. — Ich schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen, und rufe in der besonderen Beratung auf Artikel 1, — 2, — 3, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Nunmehr bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche dem Vertrag in der Gesamtabstimmung ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Der Vertrag ist nahezu einstimmig angenommen.

Bevor wir zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung übergehen, hat der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen) das Wort zur Geschäftsordnung.

Dr. **Becker** (Hessen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich stelle den Antrag, als nächsten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen:

Besprechung der Antwort der deutschen Regierung an die Reparationskommission vom 30. Mai dieses Jahres.

Wir haben uns gestern und vorgestern über die Verhandlungen, die in Paris geführt worden sind, ausführlich unterhalten. Wir mußten bei der Unterhaltung und insbesondere bei dem Schweigen der Regierung in diesen Verhandlungen den Eindruck gewinnen, daß die Regierung zwar nach den Gedanken, die uns im Auswärtigen Ausschuß entwickelt worden sind und die wir ja in der Presse des In- und Auslandes wiedergegeben gefunden haben, in Paris weiterverhandeln werde. Niemand von uns konnte aber annehmen, daß (C) eine **Antwort an die Reparationskommission** ergehen werde, in der nicht nur diese Verhandlungen behandelt sind, sondern in der die deutsche Regierung sich einer Finanzkontrolle des Auslandes unterwirft,

(lebhafte Rufe bei der Deutschen Volkspartei und bei den Deutschnationalen: hört! hört!)

die wir für verhängnisvoll und für mit der Würde des Deutschen Reichs unvereinbar halten.

(Erneute lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört! — Zuruf links: Geschäftsordnung!)

— Das ist zur Geschäftsordnung! — Ich darf doch wohl meinen Antrag noch begründen?

Wir halten es für dringend notwendig, daß der Reichstag zu dieser Note gerade wegen des Teils, der sich mit dem Zugeständnis einer Finanzkontrolle beschäftigt, Stellung nimmt, und zwar, noch ehe der Reichstag auseinandergeht,

(Zustimmung rechts)

Stellung nimmt, aber auch, ehe es zur Abstimmung über den Antrag kommt, den die Deutschnationale Fraktion gestellt hat,

(Rufe: aha!)

weil es von der Haltung, die die Regierung in den Verhandlungen über die von uns gewünschte Besprechung einnimmt, abhängen wird, wie wir uns bei der Endabstimmung über diesen Antrag zu verhalten haben.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dittmann.

Dittmann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Becker hat zweifellos darin recht, daß die jetzt veröffentlichte **Note an die Reparationskommission** eine Stellungnahme des (D) Deutschen Reichstags verlangt, ehe der Reichstag auseinandergeht. Aber die Fraktionen haben bisher noch keine Möglichkeit gehabt,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

zu der Note Stellung zu nehmen. Sie ist erst heute morgen veröffentlicht worden. Deshalb, glaube ich, würden wir besser so verfahren, daß wir die heutige Tagesordnung erledigen, daß die Fraktionen heute abend Fraktionssitzungen abhalten und der Reichstag den morgigen Tag benutzt, um zu der Note Stellung zu nehmen.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Die Abstimmung zurückstellen!)

— Ja, die Abstimmung über den Mißtrauensantrag der Deutschnationalen Fraktion müßte dann zweifellos zurückgestellt werden, weil der Antrag im Zusammenhang mit der ganzen Materie steht. Aber ich will darauf hinweisen, daß die sozialen Gesetzesvorlagen, die heute auf der Tagesordnung stehen, so dringender Natur sind, daß auch sie absolut erledigt werden müssen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich glaube, daß dem Vorschlage, den ich eben gemacht habe, sich das ganze Haus anschließen könnte, daß wir also heute die ganze Tagesordnung erledigen, am Schlusse des heutigen Tages die Fraktionen zu der Note Stellung nehmen lassen und morgen der Reichstag Stellung selber nimmt.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen) hat sich durch Zuruf, wie mir scheint,

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Einverstanden!)

mit dieser Lösung der Frage einverstanden erklärt.

(Präsident.)

(A) Wünscht einer der Herren noch das Wort? — Der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg) hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Ich bin mit dem Vorschlage, wie er eben gemacht worden ist, einverstanden im Namen meiner Freunde, soweit ich sie darüber habe hören können. Mir persönlich — ich füge ausdrücklich: mir persönlich — erscheint es möglich, daß wir diese Tagesordnung jetzt sogleich erledigen und dann in Fraktionsbesprechungen eintreten und versuchen, heute noch eine Abendsitzung abzuhalten.

Präsident: Zur Geschäftsordnueg hat das Wort der Herr Abgeordnete Marx.

Marx, Abgeordneter: Herr Präsident! Ich möchte mir die Frage erlauben, wie es mit der **Abstimmung** zur gestern geschlossenen Debatte **über Genua** ist. Ich meine, diese Abstimmung sollte doch unter allen Umständen jetzt vorgenommen werden. Der Wunsch der Herren der Deutschen Volkspartei geht doch dahin, die Frage der Note als eine neue Nummer der Tagesordnung zu betrachten. Das ist meines Erachtens ein ganz selbständiger Antrag, der unabhängig ist von der Abstimmung.

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich habe die Absicht, so zu verfahren, daß ich zunächst abstimmen lasse, ob die Abstimmung über das Mißtrauensvotum nach der neuen Besprechung stattfinden soll. Wenn diese Frage erledigt ist, würde ich abstimmen lassen über die neue Sitzung, ob heute abend oder morgen.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

(B) **Müller** (Franken), Abgeordneter: Ich glaube, daß darüber Einigkeit ist, daß wir jetzt diesen neuen Punkt nicht auf die Tagesordnung setzen, was ja schon durch den Widerspruch eines einzigen Abgeordneten verhindert wird. Es handelt sich nur darum — und da differieren die Meinungen —, ob wir morgen noch tagen, oder ob wir nach einer Pause heute noch eine Sitzung abhalten sollen. Ich möchte diese Frage dem **Ältestenausschuß** überweisen lassen. Der Ältestenausschuß kann während der fortgesetzten Plenarsitzung tagen, und wir können uns dann einigen, ob wir lieber heute abend oder morgen weitertagen. Die Abstimmung über das deutschnationale Mißtrauensvotum können wir wohl heute vornehmen.

Präsident: Das ist ja die Frage, die wir zuerst zu klären haben, und an der den Herren am meisten liegt.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen).

Dr. **Becker** (Hessen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß wir umgekehrt abstimmen müssen; denn ich kann mir nicht recht die Logik vorstellen, die darin liegen soll, daß darüber abgestimmt werden soll, daß eine Abstimmung zurückgeschoben werden soll auf eine demnächst noch abzuhaltende Sitzung, solange nicht feststeht, daß eine solche Sitzung überhaupt stattfindet. Ich meine, wir müssen zuerst darüber abstimmen, ob der Punkt, den ich auf die Tagesordnung einer neuen Sitzung zu setzen bitte, überhaupt auf die Tagesordnung kommt. Erst dann, glaube ich, können wir uns schlüssig werden, ob nunmehr abgestimmt werden soll über den deutschnationalen Mißtrauensantrag, sofort oder hintennach.

Sachlich bin ich der Auffassung, daß eine Abstimmung erst erfolgen kann, wenn wir uns auch über (C) die übrigen Dinge, die in der Antwortnote an die Reparationskommission stehen, klar geworden sind.

Ob wir heute abend oder morgen weiter tagen wollen, ist meiner Fraktion völlig einerlei. Wir sind nur der Meinung, daß wir nicht auseinandergehen dürfen, ohne daß wir uns über diese Antwort an die Reparationskommission noch einmal in voller Breite hier unterhalten, weil sie völlig neue Dinge zur Diskussion stellt, von denen gestern kein Mensch etwas wußte, von denen gestern kein Mensch etwas wissen konnte, da die Regierung sich darüber völlig ausgeschwiegen hat.

(Sehr wahr! rechts.)

Präsident: Herr Kollege Dr. Becker, die Sache stellt sich mir so dar. Die Aufsetzung des von Ihnen gewünschten Punktes auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist nach dem erfolgten Widerspruch ausgeschlossen. Das Nächste, was ich zu entscheiden habe, ist nun, ob ich einen bereits auf der Tagesordnung stehenden Punkt absetze; und dann kann ich erst über neue Sitzungen abstimmen lassen. Aber materiell werden wir zu demselben Ergebnis kommen, da ja jederzeit auch wieder Anträge gestellt werden können, die sich an die neue Debatte anschließen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Leicht.

Leicht, Abgeordneter: Ich möchte doch bitten, bei der Unklarheit der ganzen Situation auch in geschäftsordnungsmäßiger Beziehung dem Antrage des Herrn Kollegen Müller stattzugeben und die Sache dem **Ältestenausschuß** zu überweisen. Der kann kurz tagen und die Reihenfolge der Besprechung festsetzen.

Präsident: Meine Damen und Herren! Dann (D) würde ich bitten, auf diesen Vermittlungsvorschlag einzugehen. Ich bitte Herrn Kollegen Dr. Bell, hier die Leitung zu übernehmen. In der Tagesordnung wird vorläufig fortgefahren, und wir werden wahrscheinlich in kurzer Zeit Ihnen einen neuen Vorschlag machen können. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich bitte die Herren des Ältestenrates, sich nach Zimmer 3 b zu bemühen.

Vizepräsident Dr. **Bell** (den Vorsitz übernehmend): Meine Damen und Herren! Wir fahren in der Tagesordnung fort. Wir gehen über zum 5. Gegenstand der Tagesordnung:

zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung (Nr. 4360 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des 6. Ausschusses (Nr. 4419 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Brandes.

Als Kommissare sind angemeldet:

die Ministerialräte Grieser und Dr. Aurin, Oberregierungsrat Dr. Krohn.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter, Abgeordneter Brandes.

Brandes, Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Entwurf eines Gesetzes über **Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung** hat im Ausschuß in einigen Punkten Erweiterungen erfahren. Wenn die Regierungsvorlage nur zwei Änderungen vorsah, nämlich erstens eine 50 prozentige Erhöhung der im Dezember 1921 beschlossenen Zulagen, zweitens die Verlängerung der Frist für die Rückzahlung der von der Regierung gewährten Vorschüsse, so ist im Ausschuß beschlossen worden, die Vorlage dahingehend zu

(**Brandes**, Abgeordneter.)

(A) erweitern, daß erstens für die Erhöhung der bisher gewährten Zulagen ein höherer Satz eingesetzt wird als er vorgeschlagen war, daß zweitens die Zulageerhöhung auch auf die Rentner aus den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ausgedehnt wird, und daß drittens auch den unter 50 Prozent Beschädigten, die bisher eine Zulage nicht bekamen, eine Zulage gewährt werden soll. Schließlich hat sich der Ausschuß mit der Verlängerung der Rückzahlungsfrist für die Vorschüsse einverstanden erklärt.

Im Ausschuß ist Einmütigkeit darüber gewesen, daß infolge der seit Dezember 1921 eingetretenen weiteren Geldentwertung und Teuerung die dadurch bedingten Löhne nicht nur um 50 Prozent, sondern um mindestens 100 Prozent gestiegen sind. Es ist deshalb im Einverständnis mit der Regierung der Satz erhöht worden, und zwar so, daß der der Berechnung der Rente zugrundegelegte Jahresarbeitsverdienst eine Steigerung von 12 000 Mark, nicht, wie in der Vorlage vorgesehen, auf 18 000 Mark, sondern auf 24 000 Mark, erfährt, so daß die Vollrente 16 000 Mark betragen wird. Das ist die eine Änderung.

Nach der Vorlage sollten die **Rentner aus der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft** von der erhöhten Zulage ausgenommen werden. Auch hier ist eine Verständigung zwischen Ausschuß und Regierung erfolgt, die dahingeht, daß die Erhöhung der Zulage auch für die Rentner aus der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Platz greift, und zwar soll der Jahresarbeitsverdienst, der hier der Berechnung zugrundegelegt wird, für die männlichen Verletzten von 8100 Mark auf 15 000 Mark, für die weiblichen Verletzten auf 9000 Mark festgesetzt werden. Das ist die zweite Änderung. Die Zulagen wurden bisher nur an solche Verletzte gegeben, die Schwerverletzte waren, das (B) heißt Verletzte, die mit 50 Prozent oder mehr entschädigt wurden. Die **unter 50 Prozent Verletzten** haben bisher eine Zulage nicht erhalten, das heißt, sie sind immer noch mit der kümmerlichen Rente abgefunden worden, die ihrem früheren ganz geringen Jahresverdienst entspricht. Sie haben zweifellos ein Recht darauf, auch ihrerseits diese Zulage zu verlangen. Sie sind, da sie sie bisher nicht bekommen haben, schwer geschädigt worden, und die Berufsgenossenschaften beziehungsweise die Industrien usw., die hinter den Berufsgenossenschaften stehen, haben fast ausschließlich glänzend verdient und können diese Erhöhung sehr bequem tragen. Was sind zum Beispiel 40 Prozent der Rente? Wenn sie zum Beispiel nach einem Jahresarbeitsverdienst von 900 Mark festgesetzt worden ist, wie es doch vielfach geschehen ist, dann beträgt die monatliche Rente nur zwanzig Mark, bei 1200 Mark nur 26 Mark und bei 1500 Mark Jahresarbeitsverdienst 33 Mark monatlich. Diese Jahresarbeitsverdienste kommen für die Mehrzahl der Beschädigten in Frage.

Nun sind die **Beschädigten**, die etwa 33⅓ **oder 40 Prozent Rente erhalten**, in Wirklichkeit auch Schwerverletzte. So bekommt zum Beispiel jemand, der ein Auge verloren hat, im Höchstfalle 33⅓ Prozent. Ein Rentner, der an der linken Hand nur noch einen Finger hat und bisher 50 Prozent bezog, ist auf 40 Prozent heruntergesetzt worden. Das sind doch alles Schwerverletzte, die Anspruch darauf haben, ähnlich behandelt zu werden wie die Beschädigten mit 50 Prozent und mehr.

Von den 900 000 Unfallrentnern sind 65 Prozent solche, die eine Rente bis zu 25 Prozent beziehen; die restlichen 35 Prozent verteilen sich auf die andern Gruppen bis hinauf zu der Vollrente, so daß der Teil, der zwischen 33⅓ und 49 Prozent bezieht, nicht allzu (C) groß ist. Deswegen ist auch mit der Regierung eine Verständigung dahin erzielt worden, daß allen Beschädigten von 33⅓ Prozent an eine Zulage gewährt wird, die allerdings mit einem anderen Jahresarbeitsverdienst berechnet werden soll als bei den Unfallverletzten mit 50 Prozent und mehr. Hier soll der Jahresarbeitsverdienst für die gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 15 000 Mark, für die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, soweit männliche Verletzte in Frage kommen, auf 9000 Mark und, soweit weibliche in Frage kommen, auf 4800 Mark festgesetzt werden.

Nun haben die Herren Dr. Moldenhauer und Genossen auf Nummer 4427 einen Antrag eingebracht, der eine gewisse **Sperrvorschrift** vorsieht. Danach soll diese Zulage für die Rentner, die weniger als 50 Prozent beziehen, nur auf Antrag gewährt werden, und sie soll ganz oder teilweise versagt werden können, „wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß die Zulagen nicht oder nicht ganz benötigt werden“. Das ist Kautschuk. Damit ist nichts anzufangen. Wenn die Arbeit, die mit den nötigen Feststellungen verbunden ist, und die Kosten für solche Arbeit berechnet werden, dann kommt dasselbe heraus wie bei der Bewilligung der Rentenzulage ohne weiteres. Wir haben im Ausschuß keinen Zweifel gelassen, daß eine solche Sperrvorschrift nicht annehmbar ist, und auch die Regierung ist dieser Auffassung, die die Mehrheit des Ausschusses hatte, beigetreten.

Der Verlängerung der Fristen, die in der Vorlage vorgesehen sind, hat der Ausschuß zugestimmt.

Es ist dann in einem neuen Artikel III eine Bestimmung aufgenommen worden, wonach der Reichsarbeitsminister ermächtigt wird, mit Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstags **neue Unterstützungssätze** festzusetzen, wenn eine neue Geld- (D) entwertung eintritt. Ich habe den Antrag gestellt, diese Bestimmung in diesem Gesetze zu streichen, weil jetzt für die ganze Fürsorgegesetzgebung eine solche Vorlage von der Regierung eingebracht worden ist, die zweifellos auch die Zustimmung des Hauses bekommen wird, so daß diese Bestimmung hier überflüssig wird. Ich bitte das hohe Haus, den Beschlüssen des Ausschusses die Zustimmung zu geben.

(Bravo!)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Die Beratung über Art. I ist geschlossen, da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen. Wir kommen zur Abstimmung.

Zur Abstimmung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Most.

Dr. **Most**, Abgeordneter: Ich bitte, über den Antrag Nr. 4427 getrennt nach den beiden Absätzen abstimmen zu lassen.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Dem Antrag wird entsprochen werden. Dann darf ich ohne Abstimmung feststellen, daß Ziffer 1 des Art. I, ferner Art. II Ziffer 1 und 2 angenommen sind.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag Dr. Moldenhauer und Genossen Nr. 4427, im Art. I eine neue Ziffer 2a einzufügen, und zwar soll getrennt abgestimmt werden über die beiden Absätze.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem ersten Absatz bezüglich eines neu einzuschiebenden § 3a zustimmen wollen, sich von den ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit, der Antrag ist abgelehnt.

(Vizepräsident Dr. **Bell.**)

(A) Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem zweiten Absatz zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist gleichfalls die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe weiter auf Ziffer 3 und 4 des Art. I. — Ich stelle auch hier die Annahme fest, — ebenso, da kein Widerspruch erfolgt und keine Wortmeldungen vorliegen, bei Art. II.

Zu Art. III liegt ein handschriftlicher Antrag Brandes vor, den Art. III (neu) zu streichen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrag auf Streichung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt, der Art. III (neu) ist angenommen. Einleitung und Überschrift — gleichfalls.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, können wir sofort in die

dritte Beratung

eintreten. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; wir treten in die dritte Beratung ein.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Wir treten in die besondere Beratung ein. Ich eröffne die Aussprache über Art. I —, ich schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Ich stelle die Annahme des Art. I, ebenso des Art. II und III, da kein Widerspruch erfolgt, fest. Einleitung und Überschrift sind gleichfalls angenommen.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die bei der Gesamtabstimmung dem Gesetze ihre Zustimmung geben wollen, (B) sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die große Mehrheit; der Gesetzentwurf ist in der Ausschußfassung angenommen.

Wir gehen über zum 6. Gegenstand der Tagesordnung:

zweite Beratung der Entwürfe

a) **eines Gesetzes über Versicherungspflicht in der Krankenversicherung,**

b) **eines Gesetzes über Grundlöhne und Vorstandswahl bei den Krankenkassen,**

c) **eines Gesetzes über Wochenhilfe,**

d) **eines Gesetzes über Wochenfürsorge**

(Nr. 4371 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des 6. Ausschusses (Nr. 4412 der Drucksachen).

Berichterstatter

zu a und b: Abgeordneter Kaiser,

zu c und d: Frau Abgeordnete Schroeder (Schleswig-Holstein).

Anträge

zu b Nr. 4421,

zu c Nr. 4413, 4422,

zu d Nr. 4414, 4423.

Ich nehme an, daß das Haus damit einverstanden ist, daß die Beratung über alle diese Gesetze miteinander verbunden wird.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Dann stelle ich das Einverständnis des Hauses dahin fest, daß die Beratung und die Abstimmung über die Gesetze zu a und b und dann zu c und d miteinander verbunden sind.

Wir treten in die zweite Beratung der Entwürfe (C) zu a und b ein. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Kaiser, Abgeordneter, Berichterstatter: Das Gesetz über die Änderung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung trägt einem dringenden Bedürfnis Rechnung. Wir haben letztmals am 28. Dezember 1921 die Versicherungsgrenze für Betriebsbeamte, Werkmeister und ähnliche Angestellte auf 40 000 Mark erhöht. Diese Grenze wird den veränderten Lohn- und Gehaltsverhältnissen nicht mehr gerecht. Wenn wir bedenken, daß in der Vorkriegszeit die Versicherungspflichtgrenze 2500 Mark war, und wenn wir ferner berücksichtigen, daß in der Zwischenzeit Löhne und Gehälter um etwa das Dreißigfache gesteigert wurden, dann war der seitherige Zustand nicht mehr beizubehalten. Die Regierung hat in ihrer Vorlage vorgeschlagen, die **Versicherungspflichtgrenze** von 40 000 Mark **auf 60 000 Mark** zu erhöhen. Der Ausschuß glaubte, über diese Grenze hinausgehen zu müssen. Im Ausschuß wurde zunächst ein Antrag angenommen, nach dem die Grenze auf 84 000 Mark erhöht werden sollte. In der zweiten Lesung ist dann dieser Beschluß wieder aufgehoben und beschlossen worden, daß die Grenze bei 72 000 Mark Jahresverdienst zu ziehen sei. Von seiten der Regierung wurde einer weiteren Erhöhung der Grenze entgegengehalten, daß von der **Ärzteschaft** Schwierigkeiten zu erwarten wären. Die Regierung fürchtete, daß die Ärzte daraus einen Grund herleiten könnten, die mit den Krankenkassen abgeschlossenen Verträge zu kündigen, weil das Gesetz den Kreis der Versicherungspflichtigen erweitert habe, und daß dann als Folge der Vertragskündigung ein Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen entbrennen könnte. Der Ausschuß glaubte, diese Bedenken der Regierung (D) nicht berücksichtigen zu sollen. Er war vielmehr der Auffassung, daß die Steigerung auf 72 000 Mark kaum der Veränderung des Geldwertes Rechnung trägt. Der Ausschuß ist der sicheren Annahme, daß in der deutschen Ärzteschaft so viel soziales Empfinden vorhanden sein werde, daß sie es deshalb nicht zum Kampf kommen lasse.

Der § 2 enthält noch Bestimmungen, die sich auf die **knappschaftliche Krankenversicherung** beziehen. In der knappschaftlichen Krankenversicherung haben es einzelne Krankenkassen abgelehnt, und zwar ohne Prüfung, nach dem Gesetz vom 28. Dezember 1921 die Befreiungsanträge entgegenzunehmen, weil man in den Kassen annahm, es handle sich dabei um eine Kannvorschrift. Die Regierung hat in ihrer Vorlage deshalb den Streitfall geklärt. Der Ausschuß hat daran Ausstellungen nicht gemacht.

An dem Gesetzentwurf über **Grundlöhne und Vorstandswahl** bei den Krankenkassen hat der Ausschuß Änderungen nicht vorgenommen. Es lagen dem Ausschuß wohl Anträge vor, nach welchen die Mußgrenze bis hinauf zu 80 Mark erhöht werden und die Kanngrenze überhaupt beseitigt werden soll. Das heißt, die Lohnstufen sollen sich aufbauen im Rahmen der Mußgrenze bis zu 80 Mark. Darüber hinaus soll es den Krankenkassen freigegeben sein, so weit zu gehen, wie sie es für zweckmäßig erachten. Diese weitergehenden Anträge sind aber im Ausschuß abgelehnt und die Regierungsvorlage unverändert angenommen worden.

Schließlich ist noch der § 5 des Gesetzes über Grundlöhne und Vorstandswahl erwähnenswert. Die Volksbeauftragten haben am 5. Februar 1919 die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Wahl des Kassenvorsitzenden beseitigt. Man glaubte

(Kaiser, Berichterstatter.)

(A) allgemein, mit den neuen Bestimmungen auskommen zu können, ohne daß sich irgendwelche Komplikationen ergeben würden. Jetzt hat sich aber herausgestellt, daß sich in einzelnen Fällen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Stimmenzahl gegenüberstehen, so daß es nicht möglich gewesen ist, einen Kassenvorsitzenden zu wählen. Für diese Fälle sah das Gesetz keine Regelung vor. Der jetzt vorliegende Entwurf regelt auch diese Angelegenheit, so daß künftig Schwierigkeiten nach der Seite hin nicht mehr zu befürchten sind.

Namens des Ausschusses empfehle ich Ihnen beide Gesetze zur Annahme.

Rein geschäftsordnungsmäßig möchte ich nur noch bemerken, daß einige **redaktionelle Richtigstellungen** erforderlich sind. In § 1 des Gesetzes über die Versicherungspflicht ist in Zeile 1 und 2 dreimal statt „Absatz" zu setzen „Abs." und in Zeile 6 das Wort „Seite" zu ersetzen durch „S.".

In dem Gesetzentwurf über die Grundlöhne usw. müssen in § 2 Abs. 1 in den Zeilen 10, 11 und 12 die Zahlen 60, 40 und 90 in Buchstaben ausgeschrieben werden.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Rosemann.

Rosemann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Nur ein paar Worte zu dem Gesetzentwurf über **Grundlöhne und Vorstandswahl bei den Krankenkassen**. Am 8. April 1920 hat die Regierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der sinngemäß gar nichts anderes besagte als das, was wir in unserem Antrage 4421 verlangen. Dazumal war es wiederum der Reichstag, der der Regierung entgegentrat und diesen Gesetzentwurf so änderte, daß er für die Krankenkassenmitglieder verschlechtert wurde, daß besonders die (B) Kranken nicht zu dem kamen, was ihnen rechtmäßig zustand.

Es ist im Ausschuß sehr viel über das Selbstbestimmungsrecht der Krankenkassen geredet worden, als es sich darum handelte, die unterste Grenze des Grundlohnes nicht zu weit hinaufzusetzen. Wenn die Krankenkassen ein Selbstbestimmungsrecht haben sollen — und die Regierung legte im Ausschuß Wert darauf, daß dieses Selbstbestimmungsrecht nicht beschnitten werden sollte —, so darf man aber auch die Höchstgrenze nicht in dem Sinne festsetzen, wie es geschehen ist. Wenn bei den anderen Gesetzentwürfen immer die Finanzen des Reiches in den Vordergrund gestellt werden und die Regierung ihnen deshalb nicht stattgeben könne, weil dadurch die Finanzen des Reiches zu stark belastet würden, so ist dieser Grund bei diesem Gesetzentwurf gar nicht stichhaltig. Bei der Erhöhung des Grundlohnes werden die Mittel, die dazu nötig sind, gleichmäßig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht. Finanzielle Bedenken kann also das Reich unserem Antrage nicht gegenüberstellen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß es große Krankenkassen gibt — ich erinnere nur an die allgemeine Knappschaftskrankenkasse in Bochum —, wo sich Unternehmer und Arbeiter darin einig waren, daß die Kanngrenze bis zum vollen Tagesverdienst heraufgesetzt werden sollte. Dadurch war also dem Antrag, den wir hier eingebracht haben, von beiden Seiten, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, entsprochen worden. Die allgemeine Knappschaftskrankenkasse Bochum steht auf dem Standpunkt, daß man durch Niedrighaltung der Krankenunterstützung weder den Kranken noch den Kassen selbst dient. Bei einem Krankengeld von ungefähr 60 bis 80 Mark, im Höchstfalle 90 Mark, kann ein Kranker sich unmöglich das leisten, was zur Wiederherstellung der Gesundheit notwendig ist. Wir alle (C) wissen, daß ein gesunder Mensch heute mit 90 Mark pro Tag mit seiner Familie nicht leben kann.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Viel weniger aber ist es möglich, daß ein kranker Mensch damit auskommen und sich dasjenige noch zusetzen kann, was er unbedingt gebraucht, um wieder gesund zu werden. Die Folge davon ist, daß diejenigen, die krank sind, in ein paar Tagen, sobald sie nur eben wieder kriechen können, zur Arbeit zurückkehren

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und dann in ganz kurzer Zeit wieder in Krankheit zurückfallen. Dadurch werden die Krankenkassen nicht gestärkt, sondern geschädigt. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir vor dem Kriege bei einem Verdienst von fünf bis sechs Mark einen Grundlohn von fünf Mark hatten,

(hört! hört! links)

daß wir heute bei einem Verdienst von 200 Mark und mehr im Höchstfalle einen Grundlohn von 120 Mark haben. Wir sehen also, daß das schon vor dem Kriege Zuwenige hier noch weiter verringert wird und daß wir, wenn wir den Kranken einigermaßen entgegenkommen wollen, wenigstens die Kanngrenze in diesem Gesetz bis zum Tagesverdienst festsetzen müssen. Wir wissen, daß im höchsten Falle ein Krankengeld von 75 Prozent des Grundlohns gezahlt werden kann.

Ich bitte Sie also dringend, unserem Antrag zuzustimmen und die Kanngrenze so zu erhöhen, wie wir in unserem Antrag gefordert haben.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Herr Abgeordneter Dr. Hartmann hat das Wort.

Dr. **Hartmann**, Abgeordneter: Der erste der (D) Herren Berichterstatter hat darauf hingewiesen, daß der Herr Vertreter der Regierung bei der Behandlung dieser Angelegenheit im Ausschuß anderer Meinung war, als die Entschließung des Ausschusses schließlich ging. Der Herr Rgierungsvertreter habe darauf hingewiesen, daß er den Einspruch und Widerstand der Ärzteschaft befürchte, es könne vielleicht zu einem Ärztestreik, zur Niederlegung der kassenärztlichen Tätigkeit kommen.

Ob diese Besorgnis begründet ist, weiß ich nicht. Ich persönlich glaube nicht, daß die Ärzte diesen Schritt gehen werden. Ich möchte aber doch bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß nicht nur die Arbeiterschaft und der Mittelstand im ganzen, sondern daß besonders auch der Ärztestand durch die Folgen des Versailler Vertrags, unter denen wir jetzt ja alle stehen, außerordentlich zu leiden hat. Wenn ich zum Beispiel heute die Bezahlung der Arbeitsleistung eines Handarbeiters in Berlin mit der **Bezahlung der Kassenärzte** nach den Mindestsätzen der Gebührenordnung, wie sie die Krankenkassen ja zahlen, vergleiche, dann ist jetzt ein Arbeiter außerordentlich viel besser bezahlt als ein Arzt. Der Arbeitslohn eines Maurers beträgt in Berlin — ich habe mich heute danach erkundigt — bis heute noch 26 Mark pro Stunde, von morgen ab wahrscheinlich 32 Mark pro Stunde. Der Kassenarzt dagegen bekommt für eine ärztliche Beratung eines Krankenkassenmitgliedes, die manchmal auch eine Stunde dauert, 10 Mark und für einen ärztlichen Besuch höchstens 20 Mark. Die Besorgnis, daß eine Überzahlung der Ärzte dadurch eintreten könne, wenn man ihnen mehr gewährt, dadurch, daß man die Versicherungsgrenze niedriger stellt, ist nicht begründet. Ich möchte doch bitten, den Antrag der Regierung, wie er ist, wieder herzustellen. Die Erhöhung der Grenze von 60 000 auf 72 000 Mark, wie sie

(Dr. Hartmann, Abgeordneter.)

(A) der Ausschuß vorschlägt, bedeutet eine außerordentliche Einengung der privaten Tätigkeit der Ärzteschaft. Ich halte es für bedenklich, einen freien, schon in großer Notlage befindlichen Stand nun noch weiterhin zu beengen, und bitte Sie, die Regierungsvorlage zum Beschluß zu erheben und nicht den Vorschlag des Ausschusses.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kaiser.

Kaiser, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Dr. Hartmann hat eben hier die Behauptung aufgestellt, ein Maurer verdiene mehr als ein Arzt. Wenn solche Fälle wirklich vorkommen sollten — ich kann das aber nicht glauben —, dann dürfte es sich nur um wenige Ausnahmen handeln.

(Sehr gut! links.)

Im allgemeinen muß auch der Herr Abgeordnete Hartmann zugeben, daß sich die **ärztlichen Bezüge** von den Krankenkassen in den letzten zwei Jahren gewaltig gesteigert haben. Kein Lohn- oder Gehaltsempfänger, und auch andere freie Berufe nicht, können auf eine so hohe Steigerung ihrer Bezüge zurückblicken wie die Ärzte von den Krankenkassen.

(Sehr wahr! links.)

Dann soll man aber doch nicht vergessen, daß der Arzt auch noch Privatpatienten hat.

(Abgeordneter Dr. Hartmann: Die werden ihm ja weggenommen!)

Wir alle wissen, daß die Privatpatienten im allgemeinen noch größere Beträge zahlen müssen als die Ortskrankenkassen.

Nun sagte der Herr Kollege Hartmann, die Privatpatienten würden den Ärzten weggenommen. Sehr (B) verehrter Herr Kollege, das stimmt nicht. Ich habe Ihnen vorhin nachgewiesen, daß die **versicherungspflichtige Grenze** vor dem Kriege 2500 Mark betragen hat. Jetzt sieht der Entwurf nach den Beschlüssen des Ausschusses die Grenze von 72 000 Mark vor. Der Herr Reichsernährungsminister hat uns am Samstag vor acht Tagen hier auseinandergesetzt, daß wir jetzt den 43,6fachen Betrag für den Lebensunterhalt aufwenden müssen gegenüber dem Status der Vorkriegszeit. Die versicherungspflichtige Grenze erhöhen wir aber nur um das 30fache. Auch die Löhne und Gehälter der hier in Frage kommenden Personen, der Angestellten und Beamten in der Industrie und im Handel, sind im allgemeinen um das 30-fache gestiegen. Es kann gar keine Rede davon sein, daß durch das Gesetz der Personenkreis der Versicherungspflichtigen gegenüber der Vorkriegszeit irgendwie erweitert wird. Im günstigsten Falle läßt sich annehmen, daß wir damit wieder das Verhältnis hergestellt haben, das bereits vor dem Kriege bestanden hat.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache über die Gesetzentwürfe zu a und b wird geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem § 1 des Gesetzentwurfs über Versicherungspflicht in der Krankenversicherung in der Fassung des Ausschusses zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; § 1 ist nach dem Ausschußantrag — Drucksache 4412 — und mit den vom Herrn Berichterstatter angegebenen Berichtigungen angenommen. Ich rufe auf § 2 und 3 nach den Ausschußanträgen, — 4 — angenommen. Einleitung und Überschrift — desgleichen.

(C) Wenn kein Widerspruch erfolgt, können wir in die

dritte Beratung

eintreten. Ein Widerspruch erfolgt nicht. Wir treten in die dritte Beratung ein.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir treten in die besondere Beratung ein. Ich rufe auf § 1, — 2, — 3 — und 4 — und stelle überall, da kein Widerspruch erfolgt, die Annahme fest. Ebenso der Einleitung und Überschrift. —

Dann kommen wir zur Gesamtabstimmung. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die bei der Gesamtabstimmung dem Entwurf ihre Zustimmung geben wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die große Mehrheit; der Entwurf ist angenommen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes über Grundlöhne und Vorstandswahl bei den Krankenkassen unter Drucksache 4371 Ziffer b. Zu § 1 dieses Gesetzes liegt der Antrag Rosemann, Frau Agnes und Genossen auf Nr. 4421 der Drucksachen vor,

> im § 1 das Wort „sechzig" durch das Wort „achtzig" und das Wort „einhundertundzwanzig" durch die Worte „den Tagesverdienst" zu ersetzen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem von mir verlesenen Antrag Rosemann, Frau Agnes und Genossen auf Nr. 4421 der Drucksachen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit.

(Lebhafter Widerspruch und Zurufe links.)

— Dann bitte ich um die Gegenprobe.

(D) (Sie erfolgt.)

Das Bureau ist einig, daß jetzt die Mehrheit steht.

(Erneuter lebhafter Widerspruch und Zurufe links.)

— Meine Damen und Herren! Es können ja Einwendungen bei der dritten Lesung erhoben werden. —

Ich rufe auf die §§ 1, — 2 in der vom Berichterstatter berichtigten Form, — 3, — 4, — 5, — 6, — Einleitung und Überschrift. — Sämtliche Paragraphen sowie Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, können wir gleich in die dritte Beratung eintreten. — Ein Widerspruch erfolgt nicht. Wir treten in die

dritte Beratung

ein. Ich rufe auf § 1. —

(Zurufe links.)

Zu § 1 ist jetzt der in zweiter Lesung abgelehnte Antrag Rosemann, Frau Agnes und Genossen erneut eingebracht worden: im § 1 das Wort „sechzig" durch das Wort „achtzig" und das Wort „einhundertundzwanzig" durch die Worte „den Tagesverdienst" zu ersetzen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die entgegen dem Beschluß der zweiten Lesung diesem Antrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das Bureau ist einig, daß jetzt die Mehrheit steht.

(Andauernder Widerspruch und Zurufe links.)

§ 1 ist nach dem Beschluß der zweiten Lesung angenommen.

Ich rufe auf § 2 in der vom Berichterstatter berichtigten Form, — 3, — 4, — 5, — 6, — Einleitung und

(Vizepräsident Dr. **Bell.**)

(A) Überschrift. — Sämtliche Paragraphen sowie Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Gesetzentwurf ist angenommen.

Wir kommen zu

c) **Gesetzentwurf über Wochenhilfe,**

und

d) **Gesetzentwurf über Wochenfürsorge.**

Die Beratung über beide Gesetzentwürfe soll verbunden werden.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat die Frau Berichterstatterin.

Schroeder (Schleswig-Holstein), Abgeordnete, Berichterstatterin: Meine Herren und Damen! Die uns von der Regierung unterbreiteten Gesetzentwürfe stellen, soweit sie materielle Änderungen der **Reichswochenhilfe und** der **Wochenfürsorge** enthalten, eine Folge der zum Etat des Reichsarbeitsministeriums vom Plenum des Reichtags angenommenen Entschließung dar. Die Regierung hat darüber hinaus auch einige formelle und sonst wünschenswerte Änderungen vorgenommen. Sie hat ganz besonders an Stelle des bisher bestehenden einen Gesetzes dem Reichstag zwei Gesetzentwürfe unterbreitet, einen, der die Wochenhilfe, und einen, der die Wochenfürsorge betrifft.

Bei der Beratung im Ausschuß lagen zu diesen beiden Gesetzentwürfen je zwei Anträge vor, und zwar ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der entsprechend der Geldentwertung die Leistungen an **Wochengeld und Stillgeld** so erhöhen wollte, daß (B) mindestens sechs Mark Wochengeld und zehn Mark Stillgeld pro Tag in Zukunft gezahlt werden sollten. Ferner lag zu jedem Gesetz je ein weitergehender Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion vor, Anträge, die auch jetzt wiederum, nachdem sie im Ausschuß abgelehnt worden sind, zur zweiten Lesung hier im Plenum eingebracht worden sind und die Sie unter Nr. 4422 und 4423 der Drucksachen finden. Die Herren Regierungsvertreter, sowohl der Herr Vertreter des Reichsarbeitsministeriums wie ganz besonders der Herr Vertreter des Reichsfinanzministeriums, haben im Ausschuß gebeten, in keiner Weise über die Regierungsvorlage hinauszugehen, zunächst wegen der schweren finanziellen Lage der Krankenkassen, ganz besonders aber wegen der schweren finanziellen Lage des Reichs und vor allen Dingen im Hinblick auf unsere augenblickliche außenpolitische Situation. Nachdem die beiden eben von mir gekennzeichneten Anträge von der Mehrheit des Ausschusses, die glaubte, sich den Bedenken der Regierung nicht verschließen zu dürfen, abgelehnt worden waren, wurde ein Vermittlungsantrag angenommen, so daß sich nunmehr die materiellen Änderungen, die durch den vorliegenden Gesetzentwurf zusammen mit den Beschlüssen des Ausschusses eingetreten sind, folgendermaßen darstellen:

Mit Annahme dieses Gesetzes wird die **freie ärztliche Behandlung,** die zwar bereits in einem früheren Gesetzentwurf ausgesprochen war, aber noch nicht in die Tat umgesetzt werden konnte, in Kraft treten; in einzelnen Fällen, wo sie nicht in Kraft treten kann, tritt an ihre Stelle eine Entschädigung in Höhe von 300 Mark. Ferner ist der Beitrag zu **Entbindungskosten** und zu **Kosten bei Schwangerschaftsbeschwerden** auf 250 Mark erhöht worden. Hierbei ist festgesetzt worden, daß dort, wo entweder von der Krankenkasse oder von einer öffentlichen Körperschaft freie Hebammenhilfe geleistet wird, von diesen 250 Mark (C) 150 direkt an die Kasse oder an die Körperschaft gezahlt werden, während die übrigen 100 Mark an die Wöchnerin gehen. Ferner ist das **Wochengeld und Stillgeld** in der Weise erhöht worden, daß für die versicherte Wöchnerin das Mindestwochengeld sechs Mark und das Mindeststillgeld acht Mark pro Tag beträgt, während für die familienversicherten und die sogenannten minderbemittelten Wöchnerinnen das Wochengeld 4,50 Mark und das Stillgeld 8 Mark täglich beträgt.

Im Ausschuß waren auch Anträge dahingehend gestellt worden, die bisher für ein Ehepaar wie für eine alleinstehende minderbemittelte Wöchnerin mit 15 000 Mark festgesetzte **Einkommensgrenze** auf 25 000 Mark zu erhöhen. Die Regierung hat auch hier gebeten, es bei der von ihr getroffenen Bestimmung, den Zuschlag für ein Kind von 500 auf 1500 Mark zu erhöhen, bewenden zu lassen. Im Ausschuß ist schließlich ein Vermittlungsantrag angenommen, wonach zwar die Einkommensgrenze mit 15 000 Mark bestehen bleibt, diese 15 000 Mark aber in Zukunft nicht das Gesamteinkommen, sondern das steuerpflichtige Einkommen der Betreffenden darstellen.

Ich erlaube mir, dann noch auf die Anträge Nr. 4413 und 4414 hinzuweisen, die lediglich formale Änderungen enthalten, und ebenso wie mein Herr Vorberichterstatter erlaube ich mir, auch hier einige Druckfehlerberichtigungen zu Protokoll zu geben, damit sie beim endgültigen Druck berücksichtigt werden können.

Im übrigen bittet der Ausschuß Sie, den vom Ausschuß getroffenen Änderungen zuzustimmen und demgemäß den Gesetzentwurf anzunehmen.

(Bravo!)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Frau Abgeordnete Nemitz hat das Wort. (D)

Nemitz, Abgeordnete: Meine Herren und Damen! Als im Juli vorigen Jahres über die **Wochenhilfe und Wochenfürsorge** beraten wurde, wurde auch damals schon betont, wie auch bei der jetzigen Beratung, daß sich das Reich und die Krankenkassen in außerordentlichen finanziellen Schwierigkeiten befänden. Als wir im vorigen Jahre unsere Anträge eingebracht, die weitgehende Hilfe für Mutter und Kind verlangten, sagte der Herr Arbeitsminister und auch die Redner und Rednerinnen von den verschiedenen Parteien, daß die Wochenfürsorge und Wochenhilfe reformbedürftig sei und daß über eine Änderung in allernächster Zeit beraten werden müßte. Im Herbst sollte mit den maßgebenden Körperschaften verhandelt werden. Man hat zur Beruhigung unsere Anträge dem 6. Ausschuß überwiesen und, wie aus der Vorlage zu ersehen, in einigen Punkten sich unsern Anträgen genähert. Der § 195 b bestimmt, daß die Wochenhilfe für 13 Wochen und das Stillgeld für 26 Wochen gezahlt werden kann. Wir wissen aber sehr genau — und sind nach dieser Richtung aus Erfahrungen belehrt —, daß von einer Kanngrenze in den seltensten Fällen Gebrauch gemacht wird. Da ist so viel Recherchieren notwendig, da muß erst festgestellt werden, warum von einer Kannvorschrift Gebrauch gemacht werden soll.

Wir hätten gewünscht, daß unsere Anträge eine Grundlage geboten hätten und in diesem Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge festgelegt wäre, daß die Wöchnerinnen das Wochengeld für 13 Wochen und das Stillgeld für 26 Wochen erhalten.

Es wurde gesagt, daß die Gesetze Verbesserungen bringen.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Ich bitte um etwas mehr Ruhe!

(A) **Remitz,** Abgeordnete: Aber diese kleinen Verbesserungen besonders finanzieller Natur sind so minimal, daß dadurch nur die heutige Geldentwertung ausgeglichen wird; die Sätze sind so gering, daß sie selbst als Beihilfe kaum in Betracht kommen, wenn man daran denkt, wie die Preise für Milch, auch für alle Artikel, die die Wöchnerin zur Vorbereitung ihres Wochenbettes nötig hat, gestiegen sind.

Man spricht immer von der finanziellen Not des Reichs, man beruft sich auf die Krankenkassen, daß diese, falls die Sätze erhöht würden, unter der Bürde zusammenbrechen müßten. Aber ich möchte fragen, ob die Herren vom Finanzministerium diese Warnungen auch so nachdrücklich erhoben haben, als es hieß, die Mittel für die Technische Nothilfe und für die Reichswehr zu bewilligen. Seien Sie überzeugt, daß die als Wochenbeihilfe und Stillgeld aufgewendeten Mittel nutzbringend angelegt werden! Wenn für Mutter und Kind so gesorgt wird, daß sie gleich von Anfang genügende Schonung und Pflege haben, dann wird es sich herausstellen, daß die Wöchnerin viel eher gesunden und gesund erhalten wird.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn die Mutter ihr Kind länger stillen kann als in der angegebenen Frist, also wie wir verlangen 26 Wochen, dann wird sich bald zeigen, daß wir mehr gesunde und kräftige Kinder als Säuglinge haben, und die Säuglingssterblichkeit wird am besten dadurch bekämpft,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

das wird sich noch nach Jahren bemerkbar machen.

Meine Herren und Damen, wir haben alle Ursache, die Mittel dafür anzuwenden. Sie sind nutzbringend angelegt, weil wir, wie Sie ja wissen, in einer Zeit leben, wo besonders die Kinder sich in großer Gefahr befinden. Grund: Unterernährung. Der Ruf wird recht laut erhoben, es möge dem **Geburtenrückgange** Einhalt geboten (B) werden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und gerade aus Angst, weil die Frauen wissen, daß, wenn sie Mutter werden, sie nicht mal das Notwendigste haben, was sie bei der Niederkunft gebrauchen, auch wissen, daß sie ihrem Säugling nicht das geben können, was notwendig ist, weil keine oder ganz wenige Mittel vorhanden sind, — aus diesem Grund versuchen Frauen alles mögliche, um keinem Kindchen das Leben zu schenken. Wir haben erneut hier die Anträge gestellt, weil die finanziellen Verbesserungen im Gesetzentwurf den heutigen Verhältnissen keineswegs entsprechen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben die bescheidene Forderung gestellt, daß die Beihilfe für Schwangere nicht 250, sondern 300 Mark betragen soll. Wir verlangen, daß das Wochengeld auf 30 Mark erhöht werden soll. Ich meine, das wäre wahrlich für eine Wöchnerin nicht zu viel.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir verlangen, daß das **Stillgeld** nicht, wie es die Ausschußanträge verlangen, auf nur 8 Mark festgesetzt ist, sondern 12 Mark. Wir müssen doch daran denken, meine Herren und Damen, daß in allernächster Zeit mit einer enormen Milchpreissteigerung zu rechnen ist. Die Beweise liegen ja vor. In verschiedenen Großstädten ist der Milchpreis beinahe bis auf 12 Mark gestiegen.

(Sehr richtig!)

Die vorgesehenen 8 Mark reichen lange nicht dazu aus, daß sich die stillende Mutter einen Liter Milch kaufen kann. Schon bei der vorigen Beratung wurde betont, daß das Wenigste, was man geben kann, doch soviel ist, daß sich die stillende Mutter einen Liter Milch kaufen kann.

Weiter verlangen wir, wie es aus den vorliegenden Anträgen zum Ausdruck kommt, daß das **Wochenbettgeld** von 3 auf 15 Mark erhöht werden soll. Aber wir haben auch leider diesmal im Ausschuß wenig Verständnis für (C) diese Forderung gefunden. Heute kann man wahrlich nicht die Ausrede gebrauchen, wie es bei der Beratung im vorigen Juli war: die Unabhängigen haben uns mit ihren Anträgen, die von so schwerwiegender Bedeutung sind, im Plenum überrascht, sie sind wie aus einer Pistole geschossen. Nein, es sind ja Anträge, die schon fast ein Jahr lang als Grundlage hätten benutzt werden können, wenn vernünftige Gesetze für Wochenhilfe und Wochenfürsorge zustande kommen sollten.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auch im Ausschuß haben wir sie erneut gestellt. Ich habe, soweit die Möglichkeit war, auch die Vorarbeiten geleistet, habe auch Frau Schroeder von den Rechtssozialisten darauf aufmerksam gemacht, welche Anträge wir stellen, und habe gebeten, sie möchte sich doch unseren Anträgen nähern oder anschließen. Aber was mußten wir erleben? Sie wurden auch von den Rechtssozialisten abgelehnt.

Dieselben Forderungen oder annähernd dieselben Sätze verlangen auch wir für die Wochenfürsorge. Ich muß hier eins aussprechen und wünschte, daß es nicht viele von solchen Herren gäbe, die so wenig Verständnis für Mutter und Kind haben. Wer der Ausschußsitzung beigewohnt und Herz für Mutter und Kind hat, wird wohl den Kopf geschüttelt haben, als ein Herr von der Deutschnationalen Partei, und gestützt von einem Herrn vom Zentrum, sogar bereit war, einen **Unterschied in den Sätzen für Wochenfürsorge und Wochenhilfe** zu machen, mit einem Worte gesagt, daß man Wöchnerinnen zweier Kategorien schaffen will; aus Liebe zum Reiche, weil das Reich in Finanznöten sich befindet.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist für mich ein Beweis, daß diese Herren kein Verständnis für Mutter und Kind haben, oder vielleicht nicht nur für die Hilfsbedürftigen. Herr Andre vom Zentrum (D) hat sich ja sofort von seiner Kollegin eines andern belehren lassen müssen, und er wird hoffentlich mehr Verständnis ein andermal für diese Kritik entgegenbringen als jetzt und nicht so leichtfertig über so wichtige Fragen lächeln.

Wöchnerinnenfürsorge! Meine Damen und Herren, wir wollen ja gerade den Frauen helfen, die der Fürsorge bedürftig sind. Denken Sie doch daran: wenn jene Schwangeren und jene Mütter erleben müßten, daß man Gesetze zweierlei Rechtes schaffen würde, was würde das für einen Eindruck auf diese Fürsorgebedürftigen machen? Dann würden sie ihrer traurigen Lage noch mehr bewußt und würden sich mit Recht als Mütter zweiter Kategorie betrachten, nur weil sie arm sind. Es wäre auch endlich an der Zeit, daß das Reich mehr Einrichtungen schafft, Entbindungsanstalten, Mütter- und Säuglingsheime, daß davon die Frauen der minderbemittelten Klassen, die der Fürsorge bedürftig sind, weitgehenden Gebrauch machen könnten; denn daran mangelt es auch gerade.

(Sehr wahr! links.)

Meine Damen und Herren! Nichts soll uns davon abhalten, unsere Forderungen so lange zu stellen und für sie zu kämpfen, bis erreicht ist, was zum Schutz von Mutter und Kind notwendig ist. Sie werden vielleicht nachher wieder sagen, daß das Agitationsanträge sind; wir aber haben sie gestellt, weil wir von der Notwendigkeit überzeugt sind, weil die Schwangeren, die werdenden Mütter, die Trägerinnen der Nation sind und weil die minderbemittelten Mütter schutz- und hilfebedürftig sind. Und für die stellen wir unsere Anträge. Ich wünschte nur, daß einmal die Regierung und die Krankenkassen Berechnungen darüber anstellen möchten, wieviel Menschenleben sie retten, wie sie die Gesundheit fördern könnten, wenn die Unterstützungen in ausreichendem Maße gegeben

(**Nemitz**, Abgeordnete.)

(A) würden oder wenigstens der heutigen Geldentwertung angepaßt sein würden.

(Sehr wahr! links.)

Ich sage noch einmal: wir werden dafür kämpfen und so lange dafür arbeiten, bis der Mutter und dem Kinde das gegeben wird, was zur Förderung und Erhaltung der Gesundheit notwendig ist.

(Beifall! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Andre.

Andre, Abgeordneter: Nur zwei kurze Feststellungen! Ich möchte erstens feststellen, daß die Anträge, wie sie auf der Drucksache 4412 vorliegen, von mir mitbeantragt worden sind.

(Hört! Hört! links.)

— Wenn die Herren von der Mehrheitssozialdemokratie immer Hört! Hört! rufen, so setzen sie sich mehr oder minder in Gegensatz zu dem, was sie selbst hier mit beantragt haben.

Im übrigen dürfte es doch von Interesse sein, auf den grundsätzlichen **Unterschied zwischen Wochenhilfe und Wochenfürsorge** hinzuweisen. Die Wochenhilfe kommt in erster Linie für Leute in Frage, die sie sich durch eigene Beitragsleistungen zur Krankenkasse sichern, während die Wochenfürsorge in der Hauptsache aus den Mitteln des Reiches getragen werden muß. Das ist immerhin ein wesentlicher Unterschied.

(Zuruf von den Kommunisten: Gut, daß Sie uns das sagen!)

Ich begnüge mich mit der Feststellung dieser Tatsache.

(Zurufe links: Das war bereits bekannt!)

(B) — Nein, das war nicht bekannt!

(Heiterkeit.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, wird die Aussprache über die Gesetzentwürfe, betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge, geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über den Entwurf eines Gesetzes über Wochenhilfe.

Da bei Art. I mehrere Abänderungsanträge vorliegen, werden wir nach Paragraphen getrennt abstimmen müssen. Hier war auch noch ein Druckfehler zu berichtigen. Im § 195 a muß es anstatt „Reichsversicherungsordnung" heißen „Reichsversicherung".

Bei demselben § 195 a muß die Abstimmung erfolgen über die Anträge Frau Nemitz, Karsten und Genossen auf Nr. 4422 Ziffer 1. Sie sind ja vorhin begründet worden; ich glaube, ich brauche sie nicht noch einmal zu verlesen. — Dann bitte ich also diejenigen Mitglieder des Hauses, die ihnen zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Anträge sind abgelehnt.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, kann ich feststellen, daß § 195 a in der Fassung des Ausschusses angenommen ist, — ebenso §§ 195 b, — 195 c, — 195 d, — 196, — 197, — 199. —

Zu 205 a liegen zwei Abänderungsanträge vor; erstens der Antrag Frau Nemitz, Karsten und Genossen Nr. 4422 Ziffer 2, im Art. I § 205 a Abs. 3 statt des Wortes „drei" zu setzen „fünfzehn" und statt des Wortes „sechs" zu setzen „zwölf".

Ferner liegt ein Abänderungsantrag Frau Schroeder (Schleswig-Holstein), Frau Teusch (Köln), Frau Nemitz, Dr. Moldenhauer, Frau Dr. Bäumer auf (C) Drucksache Nr. 4413 unter Ziffer 1 vor, den Absatz 5 Satz 2 zu fassen:

> Bei Töchtern, Stief- und Pflegetöchtern ist Voraussetzung, daß sie mit dem Versicherten bis zu seinem Tode in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben.

Der weitestgehende Antrag ist der Antrag Frau Nemitz, Karsten und Genossen auf Nr. 4422 Ziffer 2. Über diesen muß zuerst abgestimmt werden, in zweiter Linie hätten wir dann über den Antrag Frau Schroeder auf Nr. 4413 Ziffer 1 abzustimmen und dann über den Ausschußantrag.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Antrag Frau Nemitz, Karsten und Genossen auf Nr. 4422 Ziffer 2 zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Dann bitte ich diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag Frau Schroeder auf Nr. 4413 Ziffer 1 zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

— Das ist Einstimmigkeit, soweit ich feststellen kann; der Antrag ist angenommen. Ich darf dann wohl ohne Abstimmung feststellen, daß mit der Maßgabe des eben angenommenen Antrags 4413 Ziffer 1 der § 205a nach dem Ausschußantrag angenommen ist.

Ich rufe auf § 205b, — 205c. — Ich stelle bei beiden, da ein Widerspruch nicht erfolgt, die Annahme fest.

Bei § 205d liegt der Antrag Frau Schroeder und Genossen auf Nr. 4413 unter Ziffer 2 vor, im Abs. 2 Satz 2 hinter dem Worte „Ersatz" einzuschieben „für geleistete Familienwochenhilfe".

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich zu erheben.

(D) (Geschieht.)

Das ist einstimmig; der Antrag ist angenommen. Ich darf mit dieser Abänderung auch § 205d für angenommen erklären.

Ich rufe auf Art. II, — Art. III, — stelle auch hier, da kein Widerspruch erfolgt, die Annahme fest.

Dann liegt ein Antrag Frau Schroeder und Genossen auf Nr. 4413 unter Ziffer 3 vor, folgenden Artikel IV einzufügen:

> Im § 372 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung ist hinter dem Worte „Erkrankten" einzufügen „und Wöchnerinnen".

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die, diesem Antrage entsprechend, den neuen Art. IV einfügen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist einstimmig; der neue Art. IV ist angenommen. Dann würde gemäß dem Antrage 4413 Ziffer 4 Art. IV der Vorlage mit Art. V, Art. V der Vorlage mit Art. VI, Art. VI der Vorlage mit Art. VII, Art. VII der Vorlage mit Art. VIII, Art. VIII der Vorlage mit Art IX zu benennen sein.

Zu dem nunmehrigen Art. IX liegt der Antrag auf Nr. 4413 unter Ziffer 5 vor, im Absatz 2 an Stelle von „Das Stillgeld" zu sagen:

> „Das Wochen- und Stillgeld".

Ich darf wohl, da ein Widerspruch nicht erfolgt, annehmen, daß Art. IX im Sinne des Antrags 4413 Ziffer 5 angenommen ist. — Ebenso Einleitung und Überschrift. —

Ich darf weiter annehmen, falls ein Widerspruch nicht erfolgt, daß wir sogleich in die

dritte Beratung

eintreten können. — Ein Widerspruch erfolgt nicht. Wir treten also in die dritte Beratung ein.

(Vizepräsident Dr. Bell.)

(A) Ich eröffne die allgemeine Aussprache — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir treten in die besondere Beratung ein. Ich rufe auf Art. I, — stelle seine Annahme nach den Beschlüssen zweiter Lesung fest, Art. II, — III, — Art. IV sowie V, VI, VII, VIII, IX nach den Beschlüssen zweiter Lesung, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist einstimmig; der Gesetzentwurf ist angenommen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes über Wochenfürsorge.

Ich rufe auf § 1, — und stelle, da ein Widerspruch nicht erfolgt, die Annahme fest.

Zu § 2 liegt ein Antrag Frau Nemitz, Karsten und Genossen auf Nr. 4423 Ziffer 1 vor, an Stelle des Wortes „fünfzehntausend" zu setzen „fünfundzwanzigtausend".

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt. Dann stelle ich fest, da kein Widerspruch erfolgt, daß der § 2 des Entwurfs in der Fassung des Ausschusses angenommen ist.

Zu § 3 liegt der Antrag Frau Nemitz, Karsten und Genossen auf Nr. 4423 Ziffer 2 vor, im Absatz 1

a) in Ziffer 2 an Stelle des Wortes „zweihundertundfünfzig" zu setzen „dreihundert",
b) in Ziffer 3 an Stelle des Wortes „drei" zu setzen „zwanzig",
c) in Ziffer 4 an Stelle des Wortes „sechs" zu setzen „zwölf".

(B)

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die diesem von mir verlesenen Antrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt. Ich darf wohl feststellen, daß § 3 in der Fassung des Ausschusses angenommen ist.

Ich rufe auf § 4 — und 5 — und erkläre sie für angenommen, da kein Widerspruch erfolgt.

Zu § 6 liegt der Antrag Frau Nemitz, Karsten und Genossen auf Nr. 4423 Ziffer 3 vor, an Stelle des Wortes „einhundert" zu setzen „einhundertundfünfzig".

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt. Ich stelle fest, daß § 6 unverändert angenommen ist.

Im § 7 ist noch ein Druckfehler zu berichtigen. In der vorletzten Zeile muß es anstatt Reichsfinanzminister heißen „Reichsminister der Finanzen".

Hiermit ist § 7 angenommen, ebenso 8, — 9 — und 10. —

Zu § 11 liegen zwei Anträge Frau Schroeder (Schleswig-Holstein), Frau Teusch (Köln), Frau Nemitz, Dr. Moldenhauer, Frau Dr. Bäumer auf Nr. 4414 der Drucksachen unter 1 und 2 vor: im Absatz 2 Satz 2 an Stelle von „das Stillgeld" zu sagen: das Wochen- und Stillgeld —, und als letzten Absatz beizufügen:

Der § 3 Abs. 2 des Gesetzes über Wochenhilfe und Wochenfürsorge vom 20. April 1922 (Reichs-Gesetzbl. I S. 463) erhält mit Wirkung (C) vom Inkrafttreten des genannten Gesetzes ab folgenden Zusatz:

„Das Gleiche gilt sinngemäß für Entscheidungen des Versicherungsamts nach § 18 des Gesetzes, betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge, vom 29. Juli 1921 (Reichsgesetzbl. S. 1089)"

Eine getrennte Abstimmung wird nicht verlangt. Ich darf wohl annehmen, daß das Haus damit einverstanden ist, daß wir einheitlich über diese Anträge abstimmen. —

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die diesen Anträgen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist einstimmig. Ich stelle fest, daß mit diesen Maßgaben der § 11 angenommen ist.

Einleitung und Überschrift — sind gleichfalls, wie ich feststelle, angenommen.

Wir können sofort in die

dritte Beratung

eintreten, falls kein Widerspruch erfolgt. — Er erfolgt nicht, wie ich feststelle.

Ich eröffne also die allgemeine Aussprache — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir treten in die besondere Aussprache ein. Ich eröffne sie über § 1 — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen Ich stelle die Annahme fest, da kein Widerspruch erfolgt.

Ebenso § 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11 nach den Beschlüssen zweiter Lesung, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die bei der Gesamtabstimmung dem Entwurf ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (D)

(Geschieht.)

Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Wir gehen über zum 8. Gegenstand der Tagesordnung:

erste und zweite Beratung des von den Abgeordneten Müller (Franken), Marx, Hergt, Henke, Dr. **Becker (Hessen),** Dr. **Petersen, Lang und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über Änderung von Geldbeträgen in der Sozialversicherung** (Nr. 4392 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen Ein Antrag auf Ausschußberatung ist nicht gestellt; wir treten also sofort in die

zweite Beratung

ein. Ich eröffne sie über den Wortlaut des Gesetzes. — Wortmeldungen liegen nicht vor; ich schließe die Beratung. Der Gesetzentwurf mit Einleitung und Überschrift ist angenommen, wie ich feststelle, da kein Widerspruch erfolgt.

Wenn ferner kein Widerspruch erfolgt, können wir sofort auch die

dritte Beratung

vornehmen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht. Wir treten in die dritte Beratung ein.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Karsten.

Karsten, Abgeordneter: Es handelt sich darum, daß namentlich für die Sommerzeit bei weiterer eintretender Geldentwertung auch die sozialen Leistungen auf Grund der verschiedenen sozialen Gesetze erhöht werden. Ich habe

(Karsten, Abgeordneter.)

(A) bereits bei der Beratung des Etats des Arbeitsministeriums darauf hingewiesen, daß ich es für dringend notwendig halte, besonders die **Invaliden- und Angestelltenrenten** zu erhöhen. In der Kommission erklärte der Vertreter der Regierung, daß zurzeit eine Erhöhung deswegen nicht möglich sei, weil das Gesetz vom 27. April sich noch nicht ausgewirkt habe, und man wolle durch den vorliegenden Entwurf dafür sorgen, daß die größten Schwierigkeiten für die Invalidenrentner im Laufe des Sommers, auch ohne daß der Reichstag zusammenkomme, behoben werden. Es darf aber, wie ich betonen möchte, nicht bei dieser schönen Geste belassen werden, sondern es muß dafür gesorgt werden, daß namentlich die Invalidenrentner, für die heute schon ein erheblicher Notstand vorliegt, erhöhte Unterstützung bekommen. Ich möchte deshalb die Regierung bitten, daß sie den Sommer nicht verstreichen läßt, ohne durch Vorlage eines Gesetzes dafür zu sorgen, daß spätestens bis 1. Oktober erhöhte Auszahlungen für die Invalidenrentner vorgenommen werden können.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, schließe ich die allgemeine Aussprache.

Wir treten in die besondere Beratung ein; ich eröffne sie über den Wortlaut des Gesetzes — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Der Wortlaut des Gesetzentwurfs sowie Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Wir kommen dann zur Gesamtabstimmung, und ich darf wohl ohne besondere Abstimmung feststellen, daß das Haus, wenn kein Widerspruch erfolgt, den Gesetzentwurf in der Gesamtabstimmung annimmt. — Ich stelle das fest.

Wir gehen über zum neunten Gegenstand der Tagesordnung:

erste und zweite Beratung des von den Abgeordneten Hoch, Andre, Rieseberg, Aufhäuser, Dr. **Moldenhauer, Delius, Schwarzer (Oberbayern),** Dr. **Becker (Hessen) und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über teilweise Umgestaltung der Angestelltenversicherung** (Nr. 4396 der Drucksachen).

(B)

Anträge Nr. 4416, 4417.

Ich eröffne die erste Beratung.

Das Wort namens der Antragsteller hat der Herr Abgeordnete Andre.

Andre, Abgeordneter, Antragsteller: Geehrte Frauen und Herren! Im sozialpolitischen Ausschuß bestand Einmütigkeit darüber, daß eine grundlegende Änderung des Angestelltenversicherungsgesetzes im Herbst zu erfolgen hat. Wir haben ja schon seit 10. Juni 1921 einen Entwurf über Änderungen zur **Angestelltenversicherung** im sozialpolitischen Ausschuß liegen, der aber auf Grund verschiedener Umstände bis jetzt nicht hat erledigt werden können. Der gemeinsame Antrag, wie er in der Beilage 4396 Ihnen vorgelegt ist, hat den Zweck, zu erreichen, daß die Angestelltenversicherung in ihrer Leistungsfähigkeit erhalten bleibt. Im § 1 soll die **Versicherungsgrenze,** die seither auf 30000 Mark festgesetzt war, auf 100000 Mark erhöht werden. Es sollen also sämtliche Angestellte mit einem Jahreseinkommen bis zu 100000 Mark einschließlich der Angestelltenversicherung unterworfen werden. In § 16 soll eine Ergänzung in dem Sinne eintreten, daß 4 neue Lohnklassen auf die bestehenden Klassen aufgesetzt werden. Sie finden die Absätze ja im einzelnen in der Beilage selbst. Hinsichtlich der Ziffer 4 des Antrags 4396 möchte ich nur bemerken, daß sich diese Ziffer auf die **Ruhensvorschriften** im Gesetze beziehen. Seither hat die Rente geruht, nach dem ursprünglichen Gesetze bei 450 Mark, sie soll künftig bei einem Einkommen von (C) 9000 Mark ruhen.

Sodann möchte ich darauf hinweisen, daß zu dem Antrag Nr. 4396 ein weiterer Antrag Nr. 4416 gestellt worden ist, der eine Änderung in der Überschrift des Gesetzes wünscht und dem Art. I Ziffer 6 eine andere Fassung geben will. Ich möchte Sie bitten, dem Hauptantrag 4396 in der Fassung des Antrages 4416 zur Annahme zu verhelfen. Alles weitere geht ja aus dem Antrage selbst hervor.

Dann möchte ich darauf hinweisen, daß der Art. II des Gesetzes alle diejenigen **Vergünstigungsvorschriften,** die im **Angestelltenversicherungsgesetz** enthalten sind, auch denjenigen Angestellten zusichern will, die jetzt durch die Erweiterung der Versicherungsgrenze in die Angestelltenversicherung aufgenommen werden. Der § 366, der hier angezogen ist, handelt von dem Versicherungsfall vor Erfüllung der Wartezeit; der § 395 von der Abkürzung der Wartezeit durch Einzahlung der Prämienreserve; der § 396 enthält Übergangsvorschriften bei der Hinterbliebenenrente; der § 397 handelt von der Befreiung älterer Angestellten von der Versicherungspflicht; der § 398 betrifft die Beitragserstattung für die Übergangszeit. Alle diese in dem ursprünglichen Gesetz enthaltenen Vergünstigungen sollen also denjenigen Kreisen zuteil werden, die der Angestelltenversicherung neu unterworfen werden.

Die Art. III und IV sind ebenfalls Übergangsbestimmungen.

Zu Art. V möchte ich nur bemerken, daß jetzt die Berechtigung der Angestellten, sich durch den **Beitritt zu einer Lebensversicherungsgesellschaft** von der Angestelltenversicherung befreien zu können, sofern die Leistungen oder die Prämien für die Lebensversicherung so hoch wären wie die Beiträge, die der einzelne selbst zu der Angestelltenversicherung hat leisten müssen, wegfallen soll. Es (D) sollen also alle Angestellten bis 100000 Mark Gehalt künftig zwangsweise der Angestelltenversicherung unterworfen werden und es sollen die Rechte beseitigt werden, die bei dem Abschluß einer Lebensversicherung an Stelle der Angestelltenversicherung bis jetzt im Angestelltenversicherungsgesetz enthalten waren. Diese Gesetzesänderung grundlegender Art ist notwendig, weil ein großer Teil der günstigen Versicherungsrisiken seither der Angestelltenversicherung verloren gegangen sind, was im Interesse der Gesamtversicherung der Angestellten wie der Versicherung selbst nicht erwünscht und für die Zukunft nicht haltbar ist. Ich möchte Sie also bitten, den Anträgen 4396 unter Abänderung im Sinne des Antrags 4416 Ihre Zustimmung zu geben. Auch möchte ich Sie um Zustimmung zu der Entschließung v. Guérard und Genossen auf 4417, die schon im Ausschuß einstimmig angenommen ist, bitten.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. — Ich schließe die erste Beratung.

Ausschußberatung ist nicht beantragt; wir treten also sofort in die

zweite Beratung

ein.

Ich eröffne sie über Art. I — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Da kein Widerspruch erfolgt, stelle ich die Annahme der Ziffern 1 bis 5 fest.

Zu Ziffer 6 des Art. I liegt auf Nr. 4416 Ziffer 2 der Antrag Thiel, Giebel und Genossen vor.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen und mit dieser Maßgabe der ganze Art. I.

(Vizepräsident Dr. Bell)

(A) Ich rufe auf Art. II, — III, — IV, — V, — und stelle hier überall, da kein Widerspruch erfolgt und Wortmeldungen nicht vorliegen, die Annahme fest.

Dann liegt der Antrag Thiel, Giebel und Genossen auf Nr. 4416 Ziffer 3 vor, hinter Art. V einen Art. Va einzuschalten.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Zu Art. VI liegt von denselben Antragstellern auf Nr. 4416 unter 4 ein Antrag vor, wonach Art. VI folgende Fassung erhalten soll.

Das Gesetz tritt mit dem 1. Juli 1922 in Kraft.

Ich darf wohl die Annahme auch dieses Antrages zu Art. VI feststellen. —

Wir kommen zur Einleitung und Überschrift. Dazu liegt vor der Antrag Thiel und Genossen auf Nr. 4416 unter Ziffer 1, die Überschrift zu fassen:

Entwurf eines Gesetzes über vorläufige Umgestaltung der Angestelltenversicherung.

Hier darf ich, da kein Widerspruch erfolgt, gleichfalls die Annahme dieses Antrages feststellen.

Falls kein Widerspruch erhoben wird, können wir sofort auch die dritte Beratung vornehmen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; wir treten also in die

dritte Beratung

ein.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache, — schließe sie, da keine Wortmeldungen vorliegen.

Wir treten in die besondere Beratung ein. Ich eröffne die Aussprache über Art. I, — schließe sie und stelle die Annahme von Art. I nach den Beschlüssen (B) zweiter Lesung fest.

Ebenso sind Art. II, — III, — IV, — V, — Va sowie VI nebst Einleitung und Überschrift nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen, — da Wortmeldungen und Anträge nicht vorliegen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Entschließung Thiel, Dr. Moldenhauer, Andre, v. Guérard und Genossen auf Nr. 4417 der Drucksachen.

Ich bite diejenigen Damen und Herren, die dieser Entschließung zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Nunmehr darf ich wohl auch feststellen, daß das Haus den Gesetzentwurf in der Gesamtabstimmung annimmt. — Ein Widerspruch hiergegen erfolgt nicht; der Gesetzentwurf ist in dritter Lesung auch in der Gesamtabstimmung angenommen.

Präsident (den Vorsitz übernehmend): Wir kommen zum zehnten Gegenstand der Tagesordnung:

zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Invalidenversicherung und die Angestelltenversicherung der Soldaten (Soldatenversicherungsgesetz) (Nr. 3717 der Drucksachen).

Bericht des 19. Ausschusses (Nr. 4299 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Kröger (Rostock).

Antrag Nr. 4321.

Als Kommissare sind angemeldet:

vom Reichsfinanzministerium
Ministerialrat Dr. Peckert,

(C) vom Reichsarbeitsministerium
Ministerialräte Grieser, Dr. Aurin und Dr. Dersch,
Senatspräsident Dr. Lippmann,
Oberregierungsrat Dr. Heyse.

Ich eröffne die Beratung über Art. I.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Kröger (Rostock).

Kröger (Rostock), Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf über die **Versicherung der Soldaten in der Invaliden- und Angestelltenversicherung** rechtfertigt sich aus der neuen Lage der Soldaten im neuen Heere gegenüber der im alten Heere. Die Regierung sagt in ihrer Begründung, daß sich die Lage der Soldaten im neuen Heere insofern gegenüber der im alten Heere verändert hat, als den Leuten, die vor ihrem Diensteintritt versichert waren, Invalidenversicherungsbeiträge nicht gutgeschrieben werden. Bekanntlich wurde im alten Heere den Heeresangehörigen, wenigstens denjenigen, die vorher versicherungspflichtig waren, während ihrer Dienstzeit einzelne Beiträge angerechnet, obwohl sie nicht bezahlt wurden. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Die Soldaten, die sich jetzt im neuen Heere auf eine 12jährige Dienstzeit verpflichten müssen, sind auch heute nicht versicherungspflichtig. Während nun die Altersgenossen eines Soldaten durch die ihnen obliegende Versicherungspflicht für ihren Lebensabend und für ihre Hinterbliebenen sorgen, steht der Soldat beim Ausscheiden aus seiner 12jährigen Dienstzeit nicht besser als bei seinem Eintritt, weil er einen Anspruch auf Ruhegehalt und Invalidenversicherung nicht erwirbt. Aus diesem Grunde rechtfertigt sich die Versicherung für Berufssoldaten.

Die Versicherung selbst soll freiwillig sein. Kein Soldat soll gezwungen werden, sondern man wird im (D) Heere für die Versicherung werben. Es soll auch dem Soldaten freigestellt werden, ob er der Invalidenversicherung oder der Angestelltenversicherung angehören will. Wenn er aber irgendeine Versicherung eingeht, dann sollen für ihn dieselben Bestimmungen gelten wie für die Pflichtversicherten. Da nun der Soldat seitens der Heeresverwaltung oder seines Truppenteils eine Heilbehandlung schon aus dienstlichen Gründen hat, weil aber andererseits auch die Versicherungsämter einen Teil der Heilkosten tragen und in jedem Pflichtbeitrag ein Beitrag zu dieser Heilbehandlung enthalten ist, stand die Regierung auf dem Standpunkte, daß diejenigen **Beiträge**, die für **Heilbehandlung** zu rechnen sind, in jedem Jahr vom Reichsarbeitsminister neu festgestellt werden sollen und daß dieser Teil der Beiträge dann in die Reichskasse zurückfließen soll. Im Ausschuß war man der Meinung, daß diese Mittel, die auch zum Teil als Arbeitgeberbeiträge seitens der Heeresverwaltung aufgebracht werden, nicht in die Heereskasse zurückfließen sollen, sondern aufzuwenden sind, um allgemeine Maßnahmen zu treffen, die das Eintreten der Invalidität unter den versicherten Soldaten verhüten und ihre und ihrer Angehörigen gesundheitliche Verhältnisse fördern können. Das Finanzministerium war zunächst mit diesem Vorschlag des Ausschusses nicht einverstanden. Inzwischen haben aber zwischen den Vertretern des Ausschusses und den Vertretern der Regierung Verhandlungen stattgefunden, die zu dem Antrage 4321 führten, in dem es heißt, daß diese Mittel zur Hälfte in die Reichskasse zurückfließen, zur Hälfte aber für die von mir eben angeführten Zwecke verwandt werden sollen. Der 19. Ausschuß hat sich mit der Regierung über diesen Antrag verständigt, und auch wir ersuchen Sie, diesem zuzustimmen.

Es ist weiter noch rein geschäftsordnungsmäßig mit-

(Kröger [Rostock], Berichterstatter.)

(A) zuteilen, daß im Art. I § 1261 statt „hinter Nr. 1" einzufügen ist „hinter 1 a", weil inzwischen unter 1 a die Hausgewerbetreibenden eingeschaltet worden sind. Mit dieser kleinen Änderung ersuche ich Sie namens des Ausschusses, diesem Gesetz Ihre Zustimmung zu geben. Mitteilen kann ich, daß der Ausschuß einstimmig seine Zustimmung gegeben hat.

(Bravo!)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Zu Art. I ist der erwähnte Antrag Kröger (Rostock), Ziegler (Westfalen), Andre, Thiel, Schirmer (Franken) auf Drucksache 4321 gestellt, in Ziffer 2 Satz 3 hinter den Worten „die Mittel sind" einzufügen „zur Hälfte" und am Schlusse hinter dem Worte „können" fortzufahren: „zur anderen Hälfte werden sie den Einnahmen des Reiches wieder zugeführt." Ich darf vielleicht annehmen, daß das Haus diesem Antrage, der von mehreren Parteien gestellt ist, auch ohne besondere Abstimmung zustimmt — und ich darf den Art. I mit dieser Abänderung für angenommen erklären. —

Ich rufe auf Art. II, zu dem der gleiche Antrag wie zu Art. I auf Drucksache 4321 vorliegt, und erkläre ihn mit dieser Abänderung für angenommen.

Art. III, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Ich schlage Ihnen vor, auch die

dritte Lesung

des Gesetzentwurfs sofort vorzunehmen. — Dagegen wird ein Widerspruch nicht erhoben.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf (B) Art. I in der Fassung, die er durch die soeben erfolgte Abstimmung in zweiter Lesung erlangt hat, — ebenso Art. II, — Art. III, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung gibt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum 11. Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Erhöhung der Verwaltungskostenbeiträge bei Tilgungsdarlehen (Nr. 4286 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des 5. Ausschusses (Nr. 4409 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Thomsen.

Antrag Nr. 4428.

Ich eröffne die Beratung über § 1.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter, Abgeordneter Thomsen.

Thomsen, Abgeordneter, Berichterstatter: Der Ihnen vorliegende Gesetzentwurf soll den **Kreditanstalten,** die unkündbare **Tilgungsdarlehen** geben, die Möglichkeit schaffen, die gesteigerten **Kosten der Verwaltung** auf die Schuldner abzuwälzen. Der Gesetzentwurf greift in bestehende, teils sehr langfristige Verträge ein. Die Regierung hält diesen Eingriff für notwendig. Der Ausschuß hat sich dieser Auffassung der Regierung angeschlossen und empfiehlt Ihnen die Annahme des nach den Ausschußbeschlüssen geänderten Gesetzentwurfs. Die Änderungen entsprechen Anregungen, die vom finanzpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats gegeben sind, und die vom Ausschuß für zweckmäßig erachtet wurden.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete (C) Findeisen.

Findeisen, Abgeordneter: Zu dem Abänderungsantrage 4428 möchte ich bemerken, daß Ziffern 1 a und b zu § 8 nur redaktionelle Änderungen sind. Einer besonderen Begründung bedarf es daher wohl nicht. Ebenso verhält es sich mit Ziffer 2 zu § 9.

Dagegen möchte ich zu 3 zu § 13:

> die Reichsregierung wird ermächtigt, die für den Fall des **Außerkrafttretens des Gesetzes** erforderlichen **Übergangsbestimmungen** zu erlassen,

bemerken, daß die Aufnahme einer derartigen Bestimmung sehr zweckmäßig ist. Für den Fall des Außerkrafttretens werden hinsichtlich solcher Erhöhungen, die während der Geltungsdauer des Gesetzes bereits erfolgt sind, einzelne Vorschriften noch weiterhin in Kraft bleiben müssen. Das gilt insbesondere von den Vorschriften, die dem von der Erhöhung Betroffenen das Kündigungsrecht gegenüber dem Gläubiger gewähren, ferner von den Vorschriften, die das Verhältnis zwischen Eigentümer und persönlichem Schuldner regeln. Auch die Möglichkeit einer erleichterten Eintragung der Erhöhung in das Grundbuch wird dem Gläubiger gewahrt bleiben müssen. In welcher Weise im einzelnen die Überleitung in den neuen Rechtszustand zu erledigen ist, läßt sich zurzeit noch nicht abschließend übersehen. Vielmehr empfiehlt es sich, der Reichsregierung die Ermächtigung zum Erlaß der erforderlichen Übergangsvorschriften zu erteilen. Ich bitte Sie deshalb um Annahme dieser Abänderungsanträge.

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr. Joël.

Dr. **Joël,** Staatssekretär im Reichsjustizministerium: Ich kann namens des Herrn Reichsjustizministers erklären, (D) daß wir gegen die Annahme der Abänderungsanträge irgendwelche Bedenken nicht zu erheben haben.

Präsident: Dann darf ich den § 1, zu dem Abänderungsanträge nicht gestellt werden, für angenommen erklären.

§ 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7. — Ebenfalls angenommen.

Zu § 8 liegt der eben vom Herrn Kollegen Findeisen begründete Abänderungsantrag auf Drucksache 4428 Ziffer 1 vor. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die ihm zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen und mit dieser Abänderung der § 8.

Der zu § 9 gestellte Antrag Findeisen auf Nr. 4428 Ziffer 2 ist eine Konsequenz des eben angenommenen Antrags. Ich darf also den § 9 mit dem Antrage Findeisen für angenommen erklären.

Ich rufe auf § 10, — 11, — 12. — Angenommen.

Zu § 13 wird auf Nr. 4428 Ziffer 3 von den Abgeordneten Findeisen und Genossen der Zusatz zu Satz 3 beantragt:

> Die Reichsregierung wird ermächtigt, die für den Fall des Außerkrafttretens des Gesetzes erforderlichen Übergangsbestimmungen zu erlassen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; auch dieser Antrag ist angenommen und mit dieser Maßgabe der § 13.

Einleitung und Überschrift — ebenfalls angenommen.

Es liegen nun einige Ausschußentschließungen vor auf Nr. 4409 unter II a und b.

(Präsident.)

(A) Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesen Ausschußentschließungen zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließungen sind angenommen.

Ich eröffne die Beratung über die zum Gesetzentwurf eingegangene Petition, — schließe sie.

Ich schlage Ihnen vor, auch die

dritte Lesung

des Gesetzes sofort zu erledigen. Das Haus ist damit einverstanden.

Ich eröffne die allgemeine Beratung — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf § 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8 in der Fassung der zweiten Lesung, — 9 in der Fassung der zweiten Lesung, — 10, — 11, — 12, — 13 in der Fassung der zweiten Lesung, — Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, die in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Gesetzentwurf ist angenommen.

Der Ausschuß beantragt auf Nr. 4409 unter III, die zu dem Gesetzentwurf eingegangene Petition durch die Beschlußfassung für erledigt zu erklären. — Das Haus schließt sich diesem Antrage an.

Meine Damen und Herren! Der zwölfte Gegenstand der Tagesordnung war durch eine vorherige Beschlußfassung von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Wir kommen also jetzt zum dreizehnten Gegenstand der Tagesordnung, zur

(B) **ersten Beratung des Entwurfs eines Reichsknappschaftsgesetzes** (Nr. 4394 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet:
Staatssekretär Dr. Geib,
Ministerialräte Grieser und Dr. Aurin,
Oberregierungsrat Dr. Heyse,
Oberbergrat Dr. Heuse,
Direktor des knappschaftlichen Rückversicherungsverbands Dr. Heimann,
Wirklicher Geheimer Oberbergrat Professor Reuß.

Meine Damen und Herren! Es wird hier empfohlen, das Gesetz dem 6. (Sozialen) Ausschuß zur Vorberatung zu überweisen. — Das Haus ist damit einverstanden; die Überweisung ist beschlossen.

Wir kommen zum vierzehnten Gegenstand der Tagesordnung, zu den

Petitionen, welche von den Ausschüssen für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet sind (Nr. 4357 der Drucksachen).

Ich eröffne die Beratung über diese Anträge der Ausschüsse — schließe sie, da sich niemand zum Worte meldet. Ich darf mit Ihrer Zustimmung annehmen, daß das Haus den Ausschußanträgen beitritt. — Die Bittsteller werden entsprechend beschieden werden.

Wir kommen zum fünfzehnten Gegenstand der Tagesordnung, zu den

Berichten des Ausschusses für die Petitionen:
a) mündlicher Bericht (Nr. 4235 der Drucksachen),
b) mündlicher Bericht (Nr. 4272 der Drucksachen),
c) mündlicher Bericht (Nr. 4355 der Drucksachen).

(C) Das Wort wird nicht gewünscht. Ich darf annehmen, daß das Haus den Vorschlägen des Petitionsausschusses zu diesen Petitionen beitritt. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum sechzehnten Gegenstand der Tagesordnung, zu den

Berichten des 5. Ausschusses (Volkswirtschaft) über Petitionen:
a) betreffend Abänderung des Fleischbeschaugesetzes (Nr. 4271 der Drucksachen), Berichterstatter: Abgeordneter Unterleitner (Antrag: Überweisung zur Berücksichtigung);
b) betreffend Änderung der Mineralölzollordnung (Nr. 4292 der Drucksachen), Berichterstatter: Abgeordneter Diernreiter (Antrag: Überweisung als Material);
c) mündlicher Bericht (Nr. 4332 der Drucksachen);
d) mündlicher Bericht (Nr. 4356 der Drucksachen) nebst Entschließung;
e) mündlicher Bericht (Nr. 4381 der Drucksachen).

Auch hier wird das Wort nicht verlangt, und ich darf auch hier annehmen, daß das Haus den Vorschlägen des 5. Ausschusses über die Petitionen beitritt. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum siebzehnten Gegenstand der Tagesordnung, zum

mündlichen Bericht des 6. Ausschusses (Soziale Angelegenheiten) über Petitionen (Nr. 4279 der Drucksachen).

Das Wort wird nicht verlangt. Ich nehme an, daß das Haus den Vorschlägen des 6. Ausschusses über die Erledigung der Petitionen beitritt. — Es ist so beschlossen.

(D) Es folgt der achtzehnte Gegenstand der Tagesordnung:

Berichte des 13. Ausschusses (Wohnungswesen) über Petitionen:
a) betreffend Bereitstellung von Mitteln für Besatzungswohnungen (Nr. 4121 der Drucksachen), Berichterstatterin: Frau Abgeordnete Tesch (Hessen-Nassau) (Antrag: Überweisung zur Berücksichtigung);
b) mündlicher Bericht (Nr. 4241 der Drucksachen).

Das Wort wird nicht verlangt. Ich darf auch hier annehmen, daß das Haus den Vorschlägen des Ausschusses über die Behandlung der Petitionen beitritt. —

Wir kommen zum neunzehnten Gegenstand der Tagesordnung, zu den

Berichten des 23. Ausschusses (Beamtenangelegenheiten) über Petitionen:
a) mündlicher Bericht (Nr. 4122 der Drucksachen),
b) mündlicher Bericht (Nr. 4168 der Drucksachen),
c) mündlicher Bericht (Nr. 4253 der Drucksachen),
d) mündlicher Bericht (Nr. 4344 der Drucksachen).

Das Wort wird nicht verlangt. Ich darf annehmen, daß das Haus auch hier den Vorschlägen beitritt, die der Ausschuß für Beamtenangelegenheiten gemacht hat. — Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Damit ist die Tagesordnung bis auf die ausgesetzten Gegenstände erschöpft.

Inzwischen ist eine Interpellation Crispien und Genossen eingegangen, die ich den Herrn Schriftführer zu verlesen bitte.

(A) Schriftführer Abgeordneter **Schmidt** (Sachsen):

Nach Pressemitteilungen haben die Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission zu einem Ergebnis geführt.

Ist die Reichsregierung bereit, über folgende Fragen Auskunft zu geben:

1. Welches sind die Abmachungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission?
2. In welcher Weise gedenkt die Reichsregierung ihre Abmachungen mit der Reparationskommission, soweit sie das steuerliche Gebiet betreffen, durchzuführen?
3. Gedenkt die Reichsregierung bei etwaigen neuen steuerlichen Maßnahmen eine weitere Belastung der arbeitenden Klassen und einen Abbau der sozialen Fürsorge, insbesondere der Erwerbslosenfürsorge und des Achtstundentags, zu vermeiden?

Präsident: Die Interpellation wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden.

Meine Damen und Herren! Ferner bitte ich um Ihre Zustimmung zur Vornahme einer Berichtigung. Bei der Drucklegung des **deutsch-polnischen Abkommens,** betreffend die **Überleitung der Rechtspflege in Oberschlesien,** ist uns versehentlich die polnisch-deutsche Fassung vorgelegt worden, während unserer Beratung die deutsch-polnische Fassung hätte zugrunde gelegt werden müssen. Da ein materieller Unterschied zwischen beiden nicht besteht, sondern lediglich bei der Ratifikation und der Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt gewisse Unzuträglichkeiten sich ergeben würden, dürfte das Haus sich mit dieser Feststellung und Berichtigung begnügen können. — Das Haus ist damit einverstanden.

Nunmehr kommen wir zur Entscheidung über die Fragen, die vorhin dem Ältestenausschuß zur Vorberatung (B) überwiesen worden sind. Es handelt sich erstens um die Abstimmung über den Antrag Hergt und den dazu gestellten Antrag des Herrn Kollegen Dr. Becker (Hessen), eine neue Sitzung des Reichstags auf heute abend oder morgen anzusetzen mit der Tagesordnung: die letzte **Reparationsnote** der deutschen Regierung, und die Abstimmung über den Antrag Hergt auszusetzen, bis diese neue Besprechung beendet ist. Dazu ist inzwischen im Ältestenausschuß ein weiterer Antrag beraten worden, ein Antrag Crispien, eine Sitzung des Reichstags sofort einzuberufen, wenn der Reichskanzler weitere Mitteilungen über die Ausführung der übergebenen Note machen kann.

(Abgeordneter v. Graefe [Mecklenburg]: Ei, das ist fein! — Lachen links.)

Ich werde zunächst den Antrag Crispien zur Abstimmung bringen und würde dann für den Fall, daß er angenommen wird, annehmen, daß die Abstimmung über den Antrag Hergt sofort stattfinden soll.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrage Crispien über die geschäftliche Behandlung dieser Angelegenheit zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die große Mehrheit; es ist so beschlossen.

(Zurufe rechts.)

Die besondere Sitzung findet also vorläufig nicht statt.

(Große Heiterkeit links. — Unruhe und Zurufe rechts.)

Bevor wir zur Abstimmung über den Antrag Hergt kommen, möchte ich kurze Zeit warten. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat sich zu einer Beratung zurückgezogen; es war ihr gesagt worden, daß wir erst um 2 Uhr abstimmen. —

(Pause.)

Wir kommen also jetzt zum siebenten Gegenstand der (C) Tagesordnung, zur

Abstimmung über den Antrag Hergt und Genossen (Mißtrauensvotum)
(Nr. 4415 der Drucksachen).

Zur Abgabe einer Erklärung hat das Wort Herr Abgeordneter Crispien.

Crispien, Abgeordneter: Ich habe im Namen meiner Fraktion folgende Erklärung abzugeben:

Der **Antrag der Deutschnationalen Volkspartei** geht mit keinem Wort sachlich ein auf die von der Regierung abgegebene Erklärung.

(Zurufe rechts.)

Er verrät deutlich die nationalistischen Agitationsbedürfnisse — —

(Lautes Lachen bei den Deutschnationalen. — Sehr richtig! links. — Zuruf rechts: Sie meinen den Antrag Crispien!)

Er verrät deutlich die nationalistischen Agitationsbedürfnisse der Vertreter jener am 9. November 1918 gestürzten Mächte, die für den Krieg und für den Versailler Vertrag voll verantwortlich sind.

(Erneutes Lachen rechts. — Lebhafte Zustimmung links.)

Wir lehnen den Antrag der Deutschnationalen Volkspartei ab, weil wir ihrem demagogischen Treiben weder direkt noch indirekt Vorschub leisten wollen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Lachen rechts.)

Die **Erklärung der Regierung** enthält nur allgemeine Mitteilungen, ohne konkret auf die einzelnen Fragen einzugehen. Durch den Redner unserer Fraktion haben wir unserer Ansicht über die Erklärung der Regierung Aus- (D) druck gegeben. Wir behalten uns vor, die Regierung über die Fortführung ihrer Reparationspolitik zu interpellieren und alsdann zur Haltung der Regierung zu den gegenwärtig in Paris schwebenden Verhandlungen Stellung zu nehmen.

(Heiterkeit und Zurufe.)

Präsident: Zum Antrag Hergt ist ein Abänderungsantrag Höllein, Koenen und Genossen eingegangen.

(Große Heiterkeit und Zurufe.)

In der vierten Zeile ist hinter „des Reichstags" einzufügen „und mit den Interessen der arbeitenden Bevölkerung".

(Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der letzte Satz ist zu streichen und dafür zu setzen:

Der Reichstag versagt der Regierung das nach der Verfassung erforderliche Vertrauen.

Hierzu wird nachher noch die Unterstützungsfrage gestellt werden müssen.

Das Wort zu einer Erklärung hat der Herr Abgeordnete Hergt.

Hergt, Abgeordneter: Das von uns gestellte **Mißtrauensvotum** hat die vorliegende Fassung erhalten, weil die von der Regierung zur **Reparationsfrage** vorbereitete **Note** weder im Auswärtigen Ausschusse dem vollen Inhalte nach bekannt gegeben noch der Öffentlichkeit mitgeteilt war und daher eine Beanstandung bestimmter Erklärungen der Regierung nicht erfolgen konnte.

Inzwischen ist die Note dem Wortlaut nach veröffentlicht und damit klar geworden, weshalb die Regierung sich gescheut hat, den Inhalt ihrer Erklärungen vorzulegen und eine förmliche Beschlußfassung des Reichstags

(Hergt, Abgeordneter.)

(A) über seine Stellungnahme zu ihren Absichten und über ein etwaiges Vertrauensvotum zu ermöglichen.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Abgesehen von einem völlig neuen, noch der Nachprüfung bedürfenden Plane für die Gestaltung des Haushalts, der übrigens immer noch einen Fehlbetrag von rund 78 Milliarden Mark für das Jahr 1922 und von 148 Milliarden Mark für die folgenden Jahre erscheinen läßt,

(hört! hört! bei den Deutschnationalen)

enthält die Note gegenüber dem bisher bekannt gewesenen Inhalte weitere unheilvolle Zugeständnisse,

(lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen)

sowohl durch die grundsätzliche Annahme der von der Reparationskommission geforderten Nachprüfungen, wie durch die Anerkennung bestimmter, völlig unerträglicher und mit der Souveränität Deutschlands unvereinbarer Einzelkontrollen.

(Erneute lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Dadurch erhält unser Mißtrauensantrag erhöhte Bedeutung. Denn die Regierung hat durch die Geheimhaltung so wichtiger und bedenklicher Teile der Note die Rechte der Volksvertretung von neuem grob verletzt. Wer ernsthaft verhindern will, daß die Regierung auf ihrem unrechtmäßigen und verhängnisvollen Wege fortschreitet, wer will, daß in Paris die unselige Erfüllungspolitik nicht in der bisherigen Weise fortgesetzt werde, muß durch die Annahme unseres Antrags die Regierung beseitigen helfen. Wohin diese Politik führt, darüber müssen die unerhörten Zumutungen der neuen Eisenbahnzerstörungsnote auch dem Blindesten die Augen öffnen. Wir bitten, durch Annahme unseres Antrags den Weg für eine völlige Umstellung unserer auswärtigen Politik (B) frei zu machen.

(Stürmischer Beifall bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort zu einer Erklärung hat der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen).

Dr. **Becker** (Hessen), Abgeordneter: Meine verehrten Damen und Herren! Namens meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Die in den beiden letzten Tagen geführten Reichstagsverhandlungen haben sich neben der Konferenz von Genua lediglich mit den eine auswärtige Anleihe vorbereitenden Besprechungen in Paris beschäftigt. Heute morgen wird die **Antwort der Regierung an die Reparationskommission** vom 30. Mai laufenden Jahres durch die Presse bekannt, nach der die deutsche Regierung unter anderem anscheinend einer weitgehenden fremden Finanzkontrolle grundsätzlich zustimmt. Wir halten eine solche **Finanzkontrolle** für unvereinbar mit den Hoheitsrechten und der Würde des Deutschen Reichs.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Da es uns durch den Beschluß des Reichstags unmöglich gemacht wird, unsere Auffassung in dieser Richtung genauer darzulegen, bleibt uns als Zeichen des Widerspruchs dagegen nichts anderes übrig, als nunmehr dem Antrage der Herren Kollegen Hergt und Genossen zuzustimmen.

(Beifall bei der Deutschen Volkspartei. — Zurufe und Lachen links.)

Präsident: Das Wort zu einer Erklärung hat der Herr Abgeordnete Höllein.

Höllein, Abgeordneter: Die Kommunistische Fraktion — —

(Zurufe: Welche? — Große Heiterkeit.)

— Die Kommunistische Fraktion hat zu dem Antrage der (C) Deutschnationalen einige Abänderungsanträge gestellt. Sie ist sich wohl im klaren darüber, daß die Absichten der Deutschnationalen andere sind als die Absichten, die uns Kommunisten beseelen.

(Zurufe und große Heiterkeit.)

Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß in allen Ländern mit parlamentarischer Tradition — und die Parteien dieses Hauses, die die Regierung stellen, sind ja angeblich Anhänger des parlamentarischen Systems —, daß in allen Ländern mit parlamentarischer Tradition jede **Regierung** in der Regel von den Parteien links und rechts das **Mißtrauen** ausgesprochen bekommt. Es ist deshalb alles andere, nur keine ehrliche Kampfesweise, wenn das Zusammengehen bei bestimmten Fragen als eine Bettgenossenschaft zwischen der Reaktion und der äußersten Linken bezeichnet wird.

(Große Heiterkeit.)

Wir werden uns durch derartige Demagogien nicht davon abhalten lassen, die Interessen der breiten werktätigen Massen wahrzunehmen, im Gegensatz zu denen, die sie leichten Herzens preisgeben.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Die Volksvertretungsrechte, auf die hier in dem Mißtrauensantrag verwiesen wird, sind doch das Mindeste, was die Parteien, die angeblich hinter der Demokratie stehen, wahren müssen, und es ist notwendig, daß vor dem Lande in formeller Abstimmung Protest erhoben wird gegen die ungeheuerliche Art, wie in der demokratischen Republik die elementarsten Grundsätze des bürgerlichen Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie mit Füßen getreten werden.

Aus diesem Grunde haben wir Kommunisten unseren Abänderungsantrag eingebracht, und wenn Sie unsere Abänderungsvorschläge ablehnen, werden wir für den deutsch- (D) nationalen Mißtrauensantrag stimmen.

(Lebhafter ironischer Beifall bei den Sozialdemokraten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Große Heiterkeit.)

Präsident: Zu einer Erklärung hat das Wort der Herr Abgeordnete Leicht.

Leicht, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Namens der Bayrischen Volkspartei habe ich zu erklären, daß wir den **Antrag** Dr. **Hergt** ablehnen.

(Bravo! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Aus dieser Ablehnung ist kein Präjudiz geschaffen für unsere Beurteilung und Haltung gegenüber der **Antwort**, die **nach Paris** gegangen ist.

Präsident: Ich bitte, zur Abstimmung Platz zu nehmen.

(Geschieht.)

Ich bitte zunächst diejenigen Damen und Herren, welche den Antrag Koenen-Höllein unterstützen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht. — Lebhafte Rufe von den Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sitzen bleiben!)

Die Unterstützung reicht nicht aus.

Nunmehr bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche den unveränderten Antrag Hergt annehmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag Hergt ist abgelehnt.

(Präsident.)

(A) Meine Damen und Herren! Damit ist unsere Tagesordnung erschöpft.

Ich bitte in Konsequenz der Annahme des Antrages Crispien, mir die Ermächtigung zur Einberufung der nächsten Sitzung zu erteilen. Sollte ich aber eine Mitteilung des Herrn Reichskanzlers, wie sie dort gewünscht ist, vorher nicht erhalten, so habe ich die Absicht, die nächste Sitzung einzuberufen auf Dienstag den 13. Juni, und zwar vorbehaltlich weiterer Gegenstände mit der Tagesordnung:

1. Anfragen;

2. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur (B) Ausführung des Art. 18 der Reichsverfassung.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Die Interpellation!)

— Jawohl, auch die Interpellation!

Ein Widerspruch dagegen erhebt sich nicht; die Tagesordnung steht fest.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 2 Uhr 11 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

225. Sitzung.

Dienstag den 13. Juni 1922.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(A) Die Sitzung wird um 2 Uhr 18 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

In den Reichstag ist neu eingetreten der Kaufmann Josef Sinn in Aachen für den 23. Wahlkreis (Köln-Aachen).

Vom Präsidenten der griechischen Nationalversammlung ist ein Telegramm eingelaufen, in dem gegen die von den Türken an der christlichen Bevölkerung Kleinasiens verübten Greuel protestiert wird. Die Depesche liegt zur Einsicht hier im Bureau aus.

Als Vorlagen sind eingegangen:

1. Entwurf eines Gesetzes über die Zwangsanleihe;
2. Entwurf eines Disziplinargesetzes für die Wehrmacht;
3. Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Entlastung der Gerichte.

Ferner hat der Herr Reichsminister des Innern den Entwurf von Anstellungsgrundsätzen (Grundsätze für die Anstellung der Inhaber eines Versorgungsscheins) vorgelegt. Zur Festsetzung dieser Anstellungsgrundsätze ist nach § 11 des Wehrmachtversorgungsgesetzes vom 4. August 1921 die Zustimmung eines aus 28 Mitgliedern bestehenden Ausschusses des Reichstags erforderlich.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, den Entwurf dieser Anstellungsgrundsätze dem 19. Ausschuß zu überweisen. Wenn kein Widerspruch erhoben wird, nehme ich an, daß das Haus dem zustimmt. —

Herr Rechtsanwalt Dr. Ehrlich in Hannover beantragt mit Schreiben vom 30. Mai für die Firma Paul Goldschmidt in Hannover, der Reichstag wolle die Vollstreckung des Haftbefehls, der am 27. März 1922 vom Amtsgericht Braunschweig gegen das Mitglied des Reichstags Eckardt (Hannover) ergangen ist, genehmigen. (B) Es ist wohl am besten, wenn wir diesen Antrag, wie üblich, dem Geschäftsordnungsausschuß zur weiteren Beratung und Berichterstattung überweisen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ferner sucht der Herr Reichsminister des Innern mit Schreiben vom 6. Juni d. J. die Genehmigung zur Strafverfolgung des Mitglieds des Reichstags Puchta wegen Beleidigung nach. Hier ist wohl ebenso zu verfahren. — Das Haus ist damit einverstanden.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 2. Ausschuß für den Abgeordneten Schwarz (Hessen)
 der Abgeordnete Korthaus;
in den 5. Ausschuß für die Abgeordneten van den Kerkhoff, Behrens, Lange-Hegermann
 die Abgeordneten Haag, Thomsen, Korthaus;
in den 13. Ausschuß für die Abgeordneten Behrens, Bias, Schmidt (Cöpenick)
 die Abgeordneten Malke, Silberschmidt, Frau Eichler;
in den 19. Ausschuß für den Abgeordneten Tremmel
 der Abgeordnete Korthaus.

Ich habe Urlaub erteilt den Abgeordneten

Malkewitz, Frau Mende, Dr. Wienbeck für 2 Tage,
Stücklen für 4 Tage,
Dr. Deermann für 5 Tage,
Frau Reitze für 8 Tage.

Es suchen für längere Zeit Urlaub nach die Abgeordneten

Wulle für 14 Tage,
Colshorn, Frau Hoffmann (Bochum) und Frau Zetkin für 3 Wochen wegen Krankheit,
Beuermann, Fries, Dr. Meerfeld, Frau Mueller-Otfried, Dr.-Ing. Sorge, Stolten für 4 Wochen wegen Krankheit,
Schlack für 6 Wochen wegen Krankheit.

— Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Urlaubsgesuche sind bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bilden

Anfragen.

Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 1632, Koch (Weser) und Genossen (Nr. 4346 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Koch (Weser).

Koch (Weser), Abgeordneter: Die **Preise für Medikamente und heilkräftige Mineralwässer** sind in erschreckendem Maße gestiegen. Ein Paket Hustentee kostet 14 Mark, ein Glasröhrchen Kodeintabletten 40 Mark, eine Flasche Emser Kränchenbrunnen 13 Mark. Die Angehörigen des Mittelstandes, die keiner Versicherung angehören, vermögen diese Medikamente nicht mehr zu bezahlen, so daß die Privatrezeptur der Apotheken erheblich nachgelassen hat. Aber auch die Krankenkassen werden bald am Rande ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sein.

Ist die Steigerung dieser Preise durch ihre Herstellung begründet? Auch da, wo keine Auslandsrohstoffe verwandt werden? Wenn nicht, beabsichtigt die Reichsregierung gegen eine unbegründete Steigerung einzuschreiten?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Oberregierungsrat Dr. Kahler.

Dr. **Kahler,** Oberregierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Von der allgemeinen Preissteigerung sind auch die Arzneimittel betroffen. Die zulässige Höhe der Abgabepreise bei den Apotheken ergibt sich aus den Arzneitaxen, die in den einzelnen Ländern von den Landesregierungen auf Grund vorhergegangener Vereinbarung im Reichsrat gleichmäßig erlassen werden.

Die **Feststellung der Arzneitaxpreise** geschieht durch Aufschläge auf die Einkaufspreise der Waren, wie sie der Apotheker bezahlen muß, und durch Gewährung von Arbeitsverdienst für die Herstellung der Arzneien. Der Arbeitsverdienst des Apothekers ist sehr gering im Verhältnis zu den heutigen Kosten des Lebensunterhalts und der Gehälter und Löhne der Apothekenangestellten. Während die derzeitigen Gehälter etwa das 28fache des Betrags in der Vorkriegszeit erreichen, sind die Arbeitspreise der Arzneitaxe bisher nur verfünffacht. Es sind deshalb seit einiger Zeit Teuerungszuschläge bewilligt, dieselben halten sich aber in dem Rahmen, in dem die tarifmäßig den Angestellten zu zahlenden Gehälter gestiegen sind. Um die Berechtigung der vielfachen Klagen der Apotheker über die Unzulänglichkeit ihrer Einnahmen beurteilen zu können, sind Erhebungen im Gange, welchen Gewinn der Apothekenbetrieb bei den jetzt geltenden Taxpreisen abwirft.

Die **Aufschläge der Arzneitaxe** auf die von den Apothekern zu zahlenden Einkaufspreise der Waren sind gegen früher kaum verändert worden. Die Höhe der Warenpreise, die in der Preisliste der Arzneitaxe festgesetzt werden, hängt von den Preisen ab, zu denen der Apotheker einkaufen kann. Diese sind im Laufe der Zeit

(Dr. **Kahler**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) außerordentlich gestiegen, teils infolge der hohen Löhne und Gehälter, welche in den Herstellungsstätten pharmazeutischer Präparate und Stoffe oder für das Einsammeln der Arzneipflanzen bezahlt werden müssen, teils infolge des unaufhörlichen Anwachsens derjenigen Herstellungskosten, die mit den Kohlen- und sonstigen Betriebsmaterialpreisen, mit den Frachtgebühren und Steuerlasten und mit dem außerordentlich in die Höhe gegangenen Preis des Heilmittelspiritus zusammenhängen. Dazu kommt der Währungsaufschlag bei den recht zahlreichen Arzneimitteln, zu deren Herstellung Rohstoffe aus dem Ausland verwendet werden müssen.

Eine sehr wesentliche Verteuerung haben die Arzneien auch durch die **Preissteigerung der Arzneigläser** und sonstigen **Abgabegefäße** erfahren.

Am 1. Januar 1922 betrug die Verteuerung der Arzneien gegen 1914 rund das 12fache, die Materialpreise aber waren auf das 18fache gestiegen, ebenso die Gefäßpreise, der Arbeitsverdienst des Apothekers dagegen einschließlich des Teuerungszuschlags betrug nur das $5^1/_2$fache. Die Arzneipreise haben heute durchschnittlich etwa das 15fache der Vorkriegszeit erreicht. Demgegenüber darf darauf hingewiesen werden, daß die Nahrungsmittel den 30 bis 50fachen Preis von 1914 erreicht haben und laut der Reichsinderziffer die gesamte Lebenshaltung das 32fache von 1914 beträgt.

Die Preisbildung für **Mineralwässer** erfolgt im freien Handel. In der Arzneitaxe ist ein Verkaufspreis dafür nicht festgesetzt.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 1633, Hergt und Genossen (Nr. 4363 der Drucksachen),
hat das Wort Herr Abgeordneter Hergt, — Arnstadt, — Berndt.

(B) **Berndt**, Abgeordneter:
Obwohl die Reichsregierung auf verschiedene Anfragen, zuletzt diejenige der Abgeordneten Dr. Cremer und Brüninghaus — Nr. 3703 der Drucksachen —, zur **Regelung der Anstellungs- und Versorgungsverhältnisse der Schutzpolizei** die Vorlage eines **Reichsrahmengesetzes**, dessen Erlaß die Voraussetzung für die von den einzelnen Ländern zu schaffenden Versorgungsgesetze ist, immer in baldige Aussicht gestellt hat, ist die Vorlage bis jetzt nicht geschehen.
Wir fragen:
1. Wird nunmehr das so dringend nötige Reichsrahmengesetz unverzüglich vorgelegt werden?
2. Wenn nicht, welche Gründe stehen der Vorlage entgegen?

Präsident: Dieselbe Angelegenheit betrifft auch die Anfrage 1644. Ich darf vielleicht die beiden Gegenstände zusammennehmen — und möchte den Herrn Abgeordneten Dr. Maretzky bitten, die
Anfrage Nr. 1644, Dr. Maretzky, Brüninghaus (Nr. 4391 der Drucksachen),
zu verlesen.

Dr. **Maretzky**, Abgeordneter:
Die Reichsregierung hat dem Reichstag den schon seit langem erwarteten **Entwurf eines Reichspolizeigesetzes**, das die Dienst- und Versorgungsverhältnisse der **Polizeibeamten** regeln soll, noch nicht vorgelegt. Von den Beamten der Schutzpolizei wird das als eine Schädigung ihrer Interessen empfunden, und die Unsicherheit ihrer Rechtslage hat sehr dazu beigetragen, daß die Zahl der den Dienst in der Schutzpolizei verlassenden Beamten immer mehr anwächst. (C)

Auch die Länder sind nicht in der Lage, die von ihnen schon lange vorbereiteten Gesetze über die Rechtsverhältnisse ihrer Polizeibeamten den Landesparlamenten vorzulegen, solange der Inhalt des Reichsrahmengesetzes noch nicht feststeht.

Wir fragen daher an, ob die Reichsregierung nunmehr gewillt ist, den Entwurf des Reichsgesetzes über die Polizei unverzüglich dem Reichstag vorzulegen und wann demgemäß mit der Einbringung der Vorlage zu rechnen ist.

Präsident: Zur Beantwortung der beiden Anfragen hat das Wort Herr Oberregierungsrat Wagner.

Wagner, Oberregierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Der Entwurf eines **Reichsgesetzes über die Schutzpolizei der Länder** ist dem Reichsrat unter dem 31. Mai 1922 zugegangen. Die Reichsregierung legt den größten Wert darauf, daß das Gesetz noch in der laufenden Tagung des Reichstags vor den Sommerferien verabschiedet wird.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 1637, Ziegler (Westfalen) (Nr. 4367 der Drucksachen),
hat das Wort Herr Abgeordneter Ziegler (Westfalen).

Ziegler (Westfalen), Abgeordneter:
Seit geraumer Zeit sind auf Grund von Anträgen einer Reihe von **Bankunternehmungen** Verhandlungen über eine **Befreiung** dieser Unternehmungen **von der Verpflichtung zur Aufnahme von Betriebsratsvertretern in den Aufsichtsrat** (§ 73 des Betriebsrätegesetzes) im Gange, ohne daß es bis heute zu einer Entscheidung gekommen wäre. (D)

In Bankangestelltenkreisen macht sich infolgedessen begreiflicherweise eine starke Beunruhigung bemerkbar, weil befürchtet wird, auf diese Weise des wichtigsten Rechtes, das das Betriebsrätegesetz den Betriebsvertretungen einräumt, beraubt zu werden.

Ist die Reichsregierung bereit, Auskunft darüber zu geben,
1. wann nunmehr mit einer endgültigen Erledigung der vorliegenden Anträge gerechnet werden kann, und
2. in welchem Sinne diese Erledigung voraussichtlich erfolgen wird?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Oberregierungsrat Dr. Schippel.

Dr. **Schippel**, Oberregierungsrat im Reichsfinanzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die Entscheidung der Reichsregierung über die Anträge von Unternehmungen auf Befreiung von der Verpflichtung zur Aufnahme von Betriebsratsvertretern in den Aufsichtsrat (§ 73 des Betriebsrätegesetzes) steht in nächster Zeit zu erwarten. Eine Mitteilung darüber, wie die Entscheidung voraussichtlich ausfallen wird, ist nicht möglich.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 1639, D. Mumm (Nr. 4369 der Drucksachen,
hat das Wort Herr Abg. D. Mumm.

D. **Mumm**, Abgeordneter:
Mit einem holländischen Dampfer kamen soeben **119 Kisten in Hamburg** an, **23 Reichs-**

(D. **Mumm**, Abgeordneter.)

(A) **deutschen**, die aus **Ostafrika** verwiesen sind, gehörend. Es werden von deutscher Seite die größten Schwierigkeiten bei der Herausgabe gemacht, Fracht und Zoll gefordert, während selbst Engländer und Franzosen solches nicht forderten. Die Einzelheiten sind dem Herrn Reichsverkehrsminister bekannt. Billigt die Reichsregierung solches Verfahren gegenüber Kolonialdeutschen, die schwer genug gelitten haben?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ministerialrat Dr. Born.

Dr. **Born**, Ministerialrat im Reichsverkehrsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die Angelegenheit ist im Reichsverkehrsministerium durch eine mündliche Anfrage des Gouverneurs, Exzellenz v. Schnee, bekannt geworden, der am 19. Mai 1922 zur Sprache brachte, daß die Eisenbahn- und die Zollverwaltung bei der **Rückbeförderung des Umzugsgutes** der 23 aus Deutsch-Ostafrika vertriebenen **Missionare** Schwierigkeiten bereiteten. Auf Grund dieser Mitteilung ist sofort an die Eisenbahndirektion in Altona folgende Drahtung gerichtet worden:

> Beförderung des Umzugsgutes von Auslandsdeutschen (Missionaren) von Hamburg nach Bielefeld (Bethelsche Anstalten) ist von Eisenbahndirektion abgelehnt worden, weil Mittellosigkeitsbescheinigungen, von denen Frachtstundung abhängt, noch nicht vorliegen. Güterabfertigungen sofort anweisen, Sendungen unter Vorbehalt nachträglicher Einreichung dieser Bescheinigungen gemäß Vorschriften über Abfertigung von Flüchtlingsgut behandeln.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Über die Regelung der Angelegenheit hat die Eisenbahn- (B) direktion in Altona am 1. Juni 1922 wie folgt berichtet:

> Die Sachen der aus Ostafrika vertriebenen deutschen Missionare werden am 31. Mai und 1. Juni 1922 durch die Spediteure Warnholz Gebrüder in Hamburg in zwei Eisenbahnwagen verladen und voraussichtlich am 2. Juni 1922 (Freitag) in Hamburg Kai rechts nach Bielefeld unter Zollverschluß abgesandt werden. Eine Anweisung zur Abfertigung der Sendung unter Frachtstundung, auch ohne Vorlage der Mittellosigkeitsbescheinigung, ist von der Eisenbahndirektion gegeben worden unter dem Vorbehalt nachträglicher Beibringung der Bescheinigung.

Was die **Zollbehandlung** der eingegangenen Gegenstände angeht, hat der Reichsminister der Finanzen das Hauptzollamt Bielefeld, auf das die in Hamburg eingetroffenen Gegenstände mit Begleitschein I überwiesen werden sollten, mit Verfügung vom 22. vorigen Monats ermächtigt, die Gegenstände, soweit nicht schon auf Grund des Zolltarifgesetzes Zollfreiheit zu gewähren ist, aus Billigkeitsgründen zoll- und steuerfrei abzufertigen, sofern nicht die Mengen über einen längeren Bedarf der Personen, für die die Waren bestimmt sind, erheblich hinausgehen. Die Nachschau sollte, soweit nicht besondere Bedenken bestehen, auf Stichproben beschränkt werden können. Hiervon sind der Missionar Herr Pastor Franz Gleiß in Neumünster und der Reichstagsabgeordnete Herr Dr. Runkel, die in der Angelegenheit bei dem Herrn Reichsminister der Finanzen vorstellig geworden waren, entsprechend verständigt worden.

Präsident: Zur Verlesung der

> Anfrage Nr. 1640, Dr. Rießer (Nr. 4370 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Rießer.

Dr. **Rießer**, Abgeordneter:

> Die jedes Maß übersteigende **Erhöhung der Pferdepreise** in Deutschland ist nach Zeitungsnachrichten, die von zuverlässiger Seite als richtig bestätigt werden, in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die gemäß dem Friedensvertrag an die im besetzten Gebiet liegenden Ablieferungsstellen gelieferten und dann nach Frankreich, Belgien usw. weiter transportierten Pferde, für die ein Bedürfnis in letzteren Ländern längst nicht mehr besteht, über Nordfrankreich und Belgien von den französischen und belgischen Bauern und Pferdehändlern, denen sie die französische und belgische Regierung mit ansehnlichem Nutzen verkauft, wieder an deutsche Pferdehändler zu Preisen verkauft werden, welche 10 000 oder 20 000 Mark höher sind. Dann wandern die Pferde wieder zu den erhöhten Preisen, die das Reich den Pferdehändlern zahlen muß, an die Reparationskommission zurück. Außerdem hat das Reich die durch die Transporte, die Auslagerechnungen der Abnahmekommission entstandenen sowie die Kosten der Pferdeburschen usw. zu bezahlen.
>
> Daß der Vorgang sich so abspielt, ist daran zu erkennen, daß die vor der ersten Ablieferung an den Pferden angebrachten Brandzeichen naturgemäß verbleiben, während die sogenannten Klassifizierungszeichen beseitigt werden.
>
> Sind der Reichsregierung diese, das Reich schwer schädigenden Vorgänge bekannt, und welche Mittel glaubt sie anwenden zu können, um ihnen vorzubeugen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Oberregierungsrat Heinitz.

Heinitz, Oberregierungsrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Kommissar der Reichsregierung: Es ist der Reichsregierung bekannt, daß einzelne der in Erfüllung des Friedensvertrages an Belgien abgelieferten **Pferde** von Händlern entweder über Holland oder Luxemburg oder unmittelbar in Belgien aufgekauft und in Deutschland den fremdländischen Kommissionen wieder vorgestellt werden.

Der Reichsregierung ist jedoch nicht bekannt, daß an Frankreich abgelieferte Pferde aus diesem Lande mittelbar oder unmittelbar wieder nach Deutschland zurückgeführt werden. Dies ist auch um dessentwillen kaum anzunehmen, weil in Frankreich ein erheblicher Pferdemangel besteht.

Was die angeführte **Verteuerung** durch diesen Rückkauf anlangt, so wird darauf hingewiesen, daß der deutsche Händler für alle von ihm abgelieferten Pferde den für die betreffende Art und Klasse vertraglich festgesetzten Preis erhält, der meist für eine Lieferzeit von ein bis zwei Monaten vereinbart ist, so daß er also sich beim Einkauf nach dem ihm von der deutschen Viehablieferungskommission zugebilligten Preisen zu richten hat.

Die **Transportkosten** von der Pferdesammelstelle bis zur Grenze sowie die Kosten des alliierten Begleitpersonals sind nach den Bestimmungen der Reparationskommission von Deutschland zu tragen. Sie werden gesondert berechnet und gebucht und üben auf den Preis der Pferde keinen Einfluß aus. Die persönlichen Auslagen der Abnahmekommissionen werden nicht vom Reich bestritten; die einzelnen Mitglieder der Abnahmekommissionen erhalten vielmehr die von der Reparationskommission festgesetzten Bezüge von den zuständigen Oberkommissionen der Alliierten ausbezahlt.

(**Heinitz,** Kommissar der Reichsregierung.)

(A) Die Viehablieferungskommission war ständig bemüht, die **Pferdepreise** so niedrig wie nur irgend möglich zu halten. Das ergibt sich daraus, daß es oft Schwierigkeiten bereitet, genügend Lieferanten zu finden, die zu den von ihr festgesetzten Preisen die Pferde liefern; des weiteren daraus, daß die Berichte über die Pferdeauktionen weit höhere Preise notieren, als die Viehablieferungskommission zahlt.

Da die **deutsche Pferdezucht** nicht in der Lage ist, die von den Alliierten geforderten Kaltblutpferde aufzubringen, ohne die inländische Pferdezucht und -haltung schwer zu schädigen, werden mit Genehmigung des Reichs Pferde aus Holland, Dänemark und Schweden eingeführt. Die zur Ablieferung gelangenden Warmblutpferde dagegen sind alle deutschen Ursprungs. Ihre Aufbringung ist ohne Schädigung der Pferdezucht und Pferdehaltung möglich, weil das Heer als der frühere beste Abnehmer heute in Wegfall kommt. Die Ursache für die in der letzten Zeit tatsächlich eingetretene Preissteigerung liegt hauptsächlich in der Entwertung der Mark und in der allmählichen Anpassung des deutschen Pferdepreises an den Weltmarktpreis.

Die Viehablieferungskommission hat das ihr zugegangene Material über den Rückkauf von Pferden, die in Ausführung des Friedensvertrags nach Belgien geliefert worden waren, der Reparationskommission in Paris, dem Wiesbadener Bureau der Reparationskommission und dem Vorsitzenden der belgischen Oberkommission für die Wiederherstellung des Viehbestandes in Wiesbaden übermittelt.

Präsident: Die Anfrage 1643 kann heute nicht beantwortet werden; sie wird von den Fragestellern für die nächste Sitzung wieder aufgenommen werden.

Zur Verlesung der

(B) Anfrage 1647, Brodauf, Dr. Külz (Nr. 4400 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Brodauf.

Brodauf, Abgeordneter:

Das **Wohn- und Siedlungsamt der Stadt Chemnitz** hat sich seit einem Jahre vergebens bemüht, von der Reichsvermögensverwaltung die leerstehende **Ebersdorfer Kaserne** zu erhalten, in welche die Stadt 260 Wohnungen einbauen könnte. Es verlautet, daß das Reich die Kaserne an ein größeres Industrieunternehmen verkaufen und diesem nur zur Bedingung machen will, daß es 70 Wohnungen für Chemnitz einbaue. Die Wohnungsnot in Chemnitz ist ungeheuer, die Stadtverwaltung befindet sich ihr gegenüber in der allerschwierigsten Lage. Die 190 Wohnungen, die durch Überlassung der Ebersdorfer Kaserne an die Stadt mehr gewonnen würden, bedeuten eine nicht unwesentliche Hilfe. Es würde nicht zu verstehen sein, wenn das Reich um fiskalischer Interessen willen der Stadt die Kaserne nicht zukommen ließe.

Ist die Reichsregierung bereit, dafür zu sorgen, daß die Stadt Chemnitz die Ebersdorfer Kaserne zum Ausbau für Wohnungszwecke alsbald überlassen erhält?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Ministerialrat Markel.

Markel, Ministerialrat im Reichsschatzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die **Kaserne** war bei Kriegsbeginn im Rohbau fertiggestellt und wurde als Kriegsgefangenenlager verwendet. Die Auflösung des Gefangenenlagers erfolgte am 31. März 1921.

(C) Seit dieser Zeit war die Kaserne unbenutzt, sodaß die Reichsschatzverwaltung wegen ihrer Verwertung mit der **Stadt Chemnitz** und dem Krankenkassenverband daselbst Verhandlungen aufnahm. Trotz fortgesetzten Drängens von seiten der Reichsschatzverwaltung und des Krankenkassenverbandes, die Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Krankenkassenverband einerseits und zwischen der Stadt und der Reichsschatzverwaltung andererseits zum Abschluß zu bringen, war es bis Mitte März 1922 nicht möglich gewesen, ein Angebot von der Stadt zu erhalten.

Da die Reichsschatzverwaltung es nicht länger verantworten konnte, die wertvolle Kaserne leerstehen zu lassen, wurde nunmehr der Stadt ein kurzfristiger Termin zur Abgabe eines Angebotes gesetzt, worauf sie Ende März 1922 eine Jahresmiete von 218 000 Mark bot, welche noch nicht einmal eine fünfprozentige Verzinsung der Gestehungskosten ausmachte.

Dieses Angebot, dem das der **Moll-Werke A.-G. in Chemnitz** mit einer Jahresmiete von 498 200 Mark gegenüberstand, war vollkommen unzureichend. Dazu kam, daß die Stadt betreffs der Fertigstellung der Rohbaukaserne und des Straßenpflasters kein Entgegenkommen zeigte, während die Moll-Werke in jeder Beziehung sehr entgegenkommend waren. Überdies hatte das Wohn- und Siedlungsamt der Stadt Chemnitz in einem Schreiben an das Reichsvermögensamt Chemnitz erklärt, daß auf die Ermietung der Kaserne kein Wert gelegt würde, wenn die Moll-Werke etwa 70 Kleinwohnungen in die Kaserne einbauen ließen und dadurch dem Wohn- und Siedlungsamt eine entsprechende Anzahl Wohnungen in der Stadt freimachen würden.

Diese Verpflichtung, mindestens 70 Wohnungen einzubauen, wurde den Moll-Werken vertraglich auferlegt. Es bestanden somit keine Bedenken, den Mietvertrag mit den Mollwerken abzuschließen. (D)

Präsident: Es würde sich sehr empfehlen, wenn die Anfragesteller sich mit einer schriftlichen Beantwortung einverstanden erklärten, damit Zeit gespart werden kann.

Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 1650, D. Dr. Kahl, Dr. Runkel (Nr. 4403 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Dr. Kahl.

D. Dr. **Kahl,** Abgeordneter:

Am 21. dieses Monats, nachmittags kurz nach 2 Uhr, wurde auf dem **Rochusberg bei Bingen** in dem nach der Rochuskirche hinführenden Promenadenweg eine **Dame aus Bingen,** die nichtsahnend in einem Buche lesend auf einer der ersten Bänke saß, von einem **Marokkaner** überfallen, schwer mißhandelt und, nachdem sie dadurch widerstandsunfähig geworden war, vergewaltigt.

Wir fragen an: 1. Was hat die Reichsregierung getan, um diese rohe Gewalttat einer Sühne zuzuführen? 2. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Sicherheit wenigstens in der unmittelbarsten Umgebung von Wohnstätten, auch im besetzten Gebiet, für die deutsche Bevölkerung zu gewährleisten?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Geheime Regierungsrat Herr Dr. Graf Adelmann.

Dr. Graf **Adelmann v. Adelmannsfelden,** Geheimer Regierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Das 32jährige **Fräulein H. aus Bingen** wurde am Sonntag den 21. Mai dieses Jahres, nachmittags nach 2 Uhr, als sie in den Anlagen am

(Dr. Graf **Adelmann,** Kommissar der Reichsregierung.)

(A) Rochusberg bei Bingen auf einer Bank saß, von einem **marokkanischen Soldaten** in unsittlicher Absicht überfallen. Als sie Widerstand leistete, wurde sie zuerst mißhandelt und sodann in roher Weise vergewaltigt.

Die Tat wurde noch am gleichen Tage zur Kenntnis der Besatzungsbehörden gebracht. Eine Untersuchung ist eingeleitet. Nach einer Mitteilung des Oberbefehlshabers der französischen Rheinarmee an die hessische Staatsregierung ist es noch nicht gelungen, den Täter zu ermitteln. Die Angelegenheit wird nachdrücklich weiterverfolgt.

(Hört! Hört! rechts.)

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Dr. Kahl.

D. Dr. **Kahl,** Abgeordneter: Ich möchte die weitere Frage an die Reichsregierung richten, ob nicht im Sinne unserer zweiten Anfrage bei der Reichsregierung die Absicht besteht, in allgemeine Verhandlungen hinsichtlich der Sicherheitsgewährung wenigstens in der unmittelbaren Umgebung der Städte einzutreten, weil es nach unserer Auffassung nicht genügen kann, bloß die einzelnen Fälle zu verfolgen, sondern es auch notwendig ist, eine allgemeine Sicherstellung in dieser Beziehung zu gewährleisten.

(Sehr richtig! rechts.)

Präsident: Das Wort ist nicht mehr gewünscht.

(Hört! Hört! rechts.)

Die Anfrage ist damit erledigt.

Wir kommen zur

Anfrage Nr. 1652, Dr. Lauscher, Busch, Esser, v. Guérard, Marx (Nr. 4406 der Drucksachen).

Zu ihrer Verlesung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Lauscher.

(B) Dr. **Lauscher,** Abgeordneter:

Am Himmelfahrtstage sind die Fluren und **Dörfer des Erfttales** in den Kreisen Rheinbach und Euskirchen im Regierungsbezirk Köln von einem verheerenden **Hagelwetter,** verbunden mit einem Wolkenbruch, heimgesucht worden. Der an den Häusern, in den Gärten und Feldern angerichtete **Schaden** beläuft sich auf viele Millionen Mark. Die Lage der schwergetroffenen Gemeinden erfordert dringend öffentliche Hilfsmaßnahmen.

1. Ist die Reichsregierung über Umfang und Folgen der Katastrophe unterrichtet?

2. Ist die Reichsregierung bereit, unverzüglich im Einvernehmen mit der preußischen Landesregierung die erforderliche Hilfsaktion einzuleiten?

3. Ist die Reichsregierung insbesondere gewillt, auf die beteiligten Hagelversicherungsgesellschaften durch die Landesorgane dahin einzuwirken, daß die Abschätzung der Flurschäden mit größter Beschleunigung durchgeführt wird, um eine Neubestellung der Felder, soweit angängig, zu ermöglichen?

4. Ist die Reichsregierung ferner bereit, zur Erhaltung des Viehbestandes den betroffenen Gemeinden sofort Futtermittel zur Verfügung zu stellen?

Präsident: Zur Beantwortung hat dat Wort Herr Geheimer Regierungsrat Dr. Graf Adelmann.

Dr. Graf **Adelmann v. Adelsmannsfelden,** Geheimer Regierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: **Umfang und Folgen des schweren Unwetters,** welches das **Erfttal** heimgesucht hat, sind der Reichsregierung bekannt. Eine Hilfsaktion ist unverzüglich seitens der preußischen Landesregierung im Einvernehmen mit der Reichsregierung eingeleitet worden. (C) Die Hagelversicherungsgesellschaften sind veranlaßt, die Flurschäden schleunigst abzuschätzen. Durch die Hilfsaktion sind Geldmittel zur Beschaffung von Futtermitteln bereitgestellt.

Präsident: Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 1655, Lang und Genossen (Nr. 4424 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Lang.

Lang, Abgeordneter:

Bei den **Notstandsarbeiten der mittleren Isar und dem Walchenseeprojekt in Bayern** machen die Unternehmer durch öffentlichen Anschlag bekannt, daß landwirtschaftliche Arbeiter bevorzugt und ihnen pro Stunde 20 Mark bezahlt werden!

Dies hat zur Folge, daß landwirtschaftliche Knechte und Arbeiter, welche den Winter über, also während der ruhigen Zeit, in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt wurden, nun, unmittelbar vor der Heuernte, massenhaft ihre bisherige Beschäftigung verlassen und in den oben erwähnten Betrieben aufgenommen werden.

Zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe sind ihrer besten Arbeitskräfte entblößt, und ist durch dieses Vorgehen der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer die Einbringung der Ernte auf das schwerste gefährdet.

Die landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer stehen diesen Vorgängen schutz- und wehrlos gegenüber!

Ist die Reichsregierung bereit, sofort Anordnungen zu treffen, dieser wilden Konkurrenz nichtlandwirtschaftlicher Betriebsunternehmer auf landwirtschaftliche Arbeitskräfte während der Erntezeit Einhalt zu gebieten, um die rechtzeitige Einbringung der Ernte sicherzustellen? (D)

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ministerialrat Dr. Weigert.

Dr. **Weigert,** Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, Kommissar der Reichsregierung: Das Reichsarbeitsministerium hat sich nach Eingang der Anfrage mit der bayerischen Regierung, die in erster Linie zuständig ist, in Verbindung gesetzt. Eine Antwort ist bisher noch nicht eingegangen.

Präsident: Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 1657, Dr. Zapf und Genossen (Nr. 4426 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Schoch.

v. Schoch, Abgeordneter:

Durch Verordnung vom 5. April 1918 hat das bayerische Staatsministerium die **Ersetzung von Fliegerschäden** für das bayerische Landesgebiet dahin geregelt, daß Vorschüsse gewährt werden, aber nur dann, wenn die Tragung des Schadens die Lebenshaltung der Betroffenen erheblich beeinflußt. Die Reichsregierung hat bis zur Stunde die Entschädigungsfrage noch nicht endgültig geregelt. Diese Versäumnis bedeutet eine schwere Belastung für das besetzte Gebiet, welches in erster Linie die Fliegerschäden zu tragen hatte.

Wird die Reichsregierung in Bälde einen Gesetzentwurf zur Regelung der Fliegerschäden einbringen und gedenkt sie, den Beschädigten grundsätzlich einen Rechtsanspruch auf Ersatz des Schadens zu gewähren?

(A) **Präsident:** Zur Beantwortung hat das Wort Herr Ministerialrat Foerster.

Foerster, Ministerialrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Die in der Anfrage beanstandete Bestimmung der Verordnung der bayerischen Staatsministerien des Innern und der Finanzen vom 5. April 1918 ist durch Bekanntmachung desselben Ministeriums vom 2. Juni 1922 — abgedruckt in der „Bayerischen Staatszeitung“ vom 2. Juni 1922 — beseitigt und durch folgende Bestimmung ersetzt worden:

> Die **Ministerialbekanntmachung vom 5. April 1918** (Kriegsbeilage zum Ministerialblatt Seite 96 — „Bayerischer Staatsanzeiger“ Nr. 81) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Juli 1918 (Kriegsbeilage zum Ministerialblatt Seite 170 — „Bayerischer Staatsanzeiger“ Nr. 159) wird in Ziffer 1 und 2 geändert und ergänzt wie folgt:
> 1. Ziffer 1 erhält folgende Fassung:
>   1. Für **Beschädigungen an beweglichem und unbeweglichem Eigentum,** die durch den Krieg 1914/1918 innerhalb Bayerns entstanden und als Kriegsschäden im Sinne des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1916 über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete (Reichsgesetzblatt Seite 675) und der dazu ergangenen Ausführungsvorschriften rechtskräftig festgestellt sind, werden auf Antrag den Geschädigten in Anrechnung auf die endgültige Entschädigung Vorentschädigungen aus staatlichen Mitteln nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen gewährt.
> 2. Ziffer 2 wird gestrichen.

Durch diese neue Bestimmung ist dem gerügten Mißstande (B) abgeholfen worden.

Eines besonderen **Reichsgesetzes zur Regelung von Fliegerschäden,** die ihrer Natur nach nichts anderes sind als Schäden im Sinne des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1916, bedarf es nach Ansicht der Reichsregierung, wie sie bereits mehrfach auf Anfragen erklärt hat, nicht mehr. Denn indem § 16 des genannten Gesetzes dem Reiche die Verpflichtung auferlegt, den Ländern die Vorschüsse und Vorentschädigungen, die sie auf Schäden im Sinne dieses Gesetzes ausgezahlt haben oder künftig auszahlen, im Rahmen der nach diesem Gesetze getroffenen Feststellungen zu erstatten, ist genügende Sicherheit dafür geschaffen, daß die Länder aus wohlverstandenem Interesse für ihre Angehörigen die Zahlungen im vollen Umfange der nach Reichsrecht getroffenen Feststellungen auch wirklich leisten. Sache der Länder ist es also, die Geschädigten voll abzufinden und die zu diesem Zwecke von ihnen aufgewendeten Beträge beim Reiche zu liquidieren. Ein Beweis dafür, daß das Reich seiner Verpflichtung genügen will und genügt, ist die Tatsache, daß es gemäß § 16 Abs. 2 des Gesetzes vom 3. Juli 1916 den süddeutschen von Kriegsschäden betroffenen Ländern die Vorschüsse, soweit sie angefordert sind, bereits erstattet hat und daß Preußen, dessen Kriegsschäden im Sinne des Gesetzes vom 3. Juli 1916 sich auf etwa 3 bis 4 Milliarden Mark belaufen werden, schon 500 Millionen Mark zurückgezahlt sind.

Die Vorarbeiten für das im § 16 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes vom 3. Juli 1916 vorgesehene Gesetz zur endgültigen Abrechnung zwischen Reich und Ländern sind zurzeit im Gange.

Präsident: Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 1658, Hemeter und Genossen (Nr. 4432 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Hemeter.

(C) **Hemeter,** Abgeordneter:

Seit Beginn der Frühjahrsbestellung sind in den verschiedensten Gegenden Deutschlands **Landarbeiter** in den **Streik** getreten. Trotz des weitgehenden Entgegenkommens der Arbeitgeber konnte dem Ausbruch der Streiks nicht vorgebeugt werden. Es dürften demnach weniger wirtschaftliche als vielmehr politische Gründe für die Ursache derselben maßgebend sein.

Sind diese Verhältnisse der Reichsregierung bekannt?

Ist die Reichsregierung im Interesse der **Sicherstellung der Volksernährung** bereit,
- a) die landwirtschaftlichen Betriebe durchweg als lebenswichtig zu erklären?
- b) die Bestellungsarbeiten als unaufschiebbare Notstandsarbeiten anzuerkennen?
- c) die Technische Nothilfe bei Ausbruch eines Landarbeiterstreiks sofort einzusetzen?
- d) den Schutz der Arbeitswilligen durch Schutzpolizei oder Militär ausüben zu lassen?

Nachdem wir auf schriftlichem Wege, wie erbeten, auf die Anfrage Nr. 1585 vom 8. April 1922 trotz Erinnerung vom 9. Mai eine Antwort nicht erhalten haben, bitten wir nunmehr sofort bei Wiederzusammentritt des Reichstags um mündlichen Bescheid.

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Regierungsrat Mangold.

Mangold, Regierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Es ist der Reichsregierung bekannt, daß bei Beginn der Frühjahrsbestellung in verschiedenen Gegenden Deutschlands **Landarbeiter in Streik** getreten sind. Als Gründe mögen (D) hierbei neben rein wirtschaftlichen Lohnforderungen auch Organisationsfragen, wie die Nichtanerkennung der Arbeitnehmergruppen innerhalb der Arbeitgeberorganisationen als Tariforganisationen, mitgewirkt haben. Soweit die Streikenden nicht selbst die Notstandsarbeiten, insbesondere das Füttern und Warten des Viehes wahrgenommen haben, hat im allgemeinen alsbald die Technische Nothilfe die erforderlichen Arbeiten übernommen.

Was die Sicherung der Frühjahrsbestellung anbelangt, so ist folgendes zu beachten:

a) Die **landwirtschaftlichen Betriebe** durchweg als **lebenswichtig** zu erklären, ist nicht angängig, falls darunter verstanden wird, daß eine Gleichstellung aller landwirtschaftlichen Betriebszweige mit den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken erfolgen und die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 10. November 1920 in Anwendung gebracht werden soll. Für einen Einsatz der Technischen Nothilfe ist maßgebend eine ernste Störung der Allgemeininteressen. Ob diese Voraussetzung bei einem landwirtschaftlichen Streik erfüllt ist, muß von Fall zu Fall von den örtlichen Behörden, gegebenenfalls nach Anhörung unparteiischer Sachverständiger, geprüft werden. Die Technische Nothilfe will selbst nur unbedingt lebenswichtige Arbeiten verrichten. Ich darf in dieser Beziehung auf die Beantwortung der Anfrage Nr. 746 der Abgeordneten Schimmelpfennig und Jandrey vom 23. April 1921 — Nr. 278 der Drucksachen des Reichstags — Bezug nehmen. Nach den dort entwickelten Grundsätzen ist auch in letzter Zeit verfahren worden.

b) Die Frage, ob die **Bestellungsarbeiten** als unaufschiebbare **Notstandsarbeiten** anzuerkennen sind, ist nach dem Vorstehenden in der allgemeinen Fassung zu verneinen; die Entscheidung hängt von der Größe der Fläche und dem Grad der Dringlichkeit unter Berücksichtigung der Jahreszeit und der jeweiligen klimatischen Verhältnisse ab.

(**Mangold**, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) c) Die **Technische Nothilfe** bei Ausbruch eines Landarbeiterstreiks ohne weiteres sofort einzusetzen, würde den obigen Grundsätzen und auch den Grundsätzen der Technischen Nothilfe selbst widersprechen. Es muß selbstverständlich erst geprüft werden, wieweit die Streikenden selbst die landwirtschaftliche Notstandsversorgung und Notstandsarbeiten durchführen und welche besonderen Umstände im Allgemeininteresse die Verrichtung von solchen Arbeiten als unbedingt erforderlich erscheinen lassen, deren Verrichtung die Streikenden abgelehnt haben. Zu berücksichtigen ist ferner, wenn nicht aus besonderen Umständen eine dringende Gefährdung der Volksernährung vorliegt, ob nicht aussichtsvolle Verhandlungen zur schnellen Beilegung des Streiks möglich sind.

d) Der **Schutz der Nothelfer** und der **Arbeitswilligen** ist grundsätzlich Sache der Polizei und damit der Länder, denen die Polizeihoheit zusteht. Bisher ist, soweit erforderlich, der polizeiliche Schutz von den Ländern gestellt worden. Dies wird auch in Zukunft in der Regel möglich sein. Unter besonderen Verhältnissen wird auch Reichswehr zur Wahrung des Schutzes der Nothelfer und Arbeitswilligen herangezogen werden.

Damit erledigt sich auch die Anfrage Nr. 1658 der Abgeordneten Hemeter und Genossen — Nr. 4432 der Drucksachen des Reichstags.

Präsident: Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 1659, Krüger (Merseburg), Brunner (Nr. 4433 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Krüger (Merseburg).

Krüger (Merseburg), Abgeordneter:

Nach uns gewordenen Mitteilungen haben die **Angehörigen des Hauses Hohenzollern** bis zum heutigen Tage keine **Steuern** gezahlt. Die Steuerbehörden sollen unserem Vernehmen nach (B) die Stundung der fälligen Steuern bewilligt haben, und zwar mit der Begründung, daß das Vermögen der Familie Hohenzollern beschlagnahmt worden ist.

Nach dem geltenden Recht haben alle Steuerpflichtigen, unbekümmert der etwa eingelegten Berufung, ihre Steuern nach der erfolgten Einschätzung zu entrichten, so daß mit Recht davon gesprochen werden kann, daß den Angehörigen des Hauses Hohenzollern ein Vorrecht eingeräumt ist.

Durch die in den letzten 3½ Jahren eingetretene Geldentwertung muß sich ein ganz erheblicher materieller Vorteil für die Hohenzollern ergeben, wenn die rückständigen Steuern in der mittlerweile stark entwerteten Papiermark entrichtet werden.

Wir fragen die Reichsregierung, ob sie erstens bereit ist, darauf hinzuwirken, daß die rückständigen Steuern von den Hohenzollern schnellstens eingezogen werden, und ob sie zweitens Maßnahmen zu treffen gewillt ist, die den durch die Geldentwertung eingetretenen Vorteil für die Hohenzollern wieder ausgleicht.

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Ministerialrat Kuhn.

Kuhn, Ministerialrat im Reichsfinanzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Es ist nicht richtig, daß die **Angehörigen des Hauses Hohenzollern** bis zum heutigen Tage keine **Reichssteuern** gezahlt haben, und es ist auch nicht richtig, daß die Steuerbehörden den Angehörigen des Hauses Hohenzollern fällige Reichssteuern gestundet haben.

(Hört! Hört! rechts und bei den Deutschen Demokraten.)

(C) Im Hinblick darauf, daß das Vermögen der Familie Hohenzollern beschlagnahmt ist, und daß die Auseinandersetzung zwischen dem Land Preußen und dem Hause Hohenzollern bis jetzt noch nicht endgültig erfolgen konnte,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

hat allerdings eine endgültige **Veranlagung zu den Reichssteuern** für alle Mitglieder des Hauses Hohenzollern bisher nicht stattfinden können.

(Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten, bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Kommunisten: Hört! Hört! — Unerhört!)

Auf Grund der Vorschrift des § 82 der Reichsabgabenordnung, nach welcher die Steuer vorläufig festgesetzt werden kann, wenn ungewiß ist, ob und inwieweit die Voraussetzungen für die Entstehung der Steuerschuld eingetreten sind, haben dagegen die Finanzämter die Angehörigen des Hauses Hohenzollern vorläufig zu den Reichssteuern veranlagt, soweit die erforderlichen Unterlagen für eine endgültige Veranlagung nicht zur Verfügung gestanden haben. Die vorläufig veranlagten Beträge sind, soweit sie fällig waren, im wesentlichen eingezahlt.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: „Im wesentlichen!")

Bei einem Angehörigen des Hauses Hohenzollern, hinsichtlich dessen Schwierigkeiten wegen der Bezahlung und Sicherstellung entstanden sind, ist Arrest in das bewegliche und unbewegliche Vermögen angeordnet worden.

Die Veranlagung der Mitglieder des Hauses Hohenzollern zu den Reichssteuern wird von mir überwacht. Im übrigen sind diese wie jeder andere Steuerpflichtige nach Maßgabe der geltenden Steuergesetze zu behandeln.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Selbstverständlich! — Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Das nennt man einen sehr kräftigen Reinfall! — Heiterkeit. — Gegenrufe links.) (D)

Präsident: Damit sind die kleinen Anfragen erledigt.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

Interpellation der Abgeordneten Crispien und Genossen, betreffend das Ergebnis der Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission (Nr. 4431 der Drucksachen).

Ich richte zunächst die Frage an den Herrn Vertreter der Reichsregierung, ob und wann sie die Interpellation beantworten will.

Das Wort hat der Herr Ministerialrat Dr. Kempner.

Dr. **Kempner,** Ministerialrat in der Reichskanzlei, Geheimer Regierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Die Reichsregierung ist bereit, die Interpellation der Herren Abgeordneten Crispien und Genossen innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist zu beantworten. Sie wird sich wegen Festsetzung des Termins mit dem Herrn Präsidenten des Reichstags in Verbindung setzen.

Präsident: Die Interpellation wird erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung:

Interpellation der Abgeordneten Dr. **Lauscher und Genossen über die Note der Botschafterkonferenz, betreffend Einstellung bezw. Zerstörung von Eisenbahnbauten im besetzten rheinischen Gebiet** (Nr. 4434 der Drucksachen).

(Präsident.)

Ich richte hier dieselbe Frage an den Herrn Vertreter der Reichsregierung und erteile dem Herrn Ministerialrat Dr. Kempner das Wort.

Dr. **Kempner,** Ministerialrat im Reichsfinanzministerium, Geheimer Regierungsrat, Kommissar der Reichsregierung: Die Reichsregierung gibt hierzu dieselbe Erklärung ab, wie zu dem vorigen Punkte der Tagesordnung.

Präsident: Auch dieser Gegenstand wird also erneut auf der Tagesordnung erscheinen.

Wir kommen zum vierten Gegenstand der Tagesordnung:

Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Art. 18 der Reichsverfassung (Nr. 3553 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet:

vom Reichsministerium des Innern
Ministerialdirektor Dr. Brecht,
Ministerialrat Dr. Kaisenberg;
vom Statistischen Reichsamt
Präsident, Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat Dr. Delbrück,
Oberregierungsrat Dr. Tenius;
vom preußischen Ministerium des Innern
Geheimer Regierungsrat, Ministerialrat Dr. Rathenau;
vom preußischen Justizministerium
Ministerialrat Lucas II.;
vom preußischen Finanzministerium
Ministerialrat Fröhlich.

Wir treten in die erste Beratung ein.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Gradnauer.

Dr. **Gradnauer,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Parteifreunde und ich halten es nicht für erforderlich, aus Anlaß des vorliegenden Gesetzentwurfes in eine ausgiebige Erörterung der großen und bedeutungsvollen Probleme der Gliederung des Deutschen Reichs und seiner Länder einzutreten. Die vorliegende Gesetzesvorlage hat einen wesentlich technischen Charakter. Auch ist die Verabschiedung dieser Vorlage äußerst eilbedürftig wegen der notwendigen Abstimmung in Oberschlesien, so daß auch aus diesem Grunde meine Parteifreunde es nicht für erforderlich halten, in der jetzigen Stunde allgemeine Gliederungsfragen des Reichs zu behandeln.

Meine Damen und Herren! Es liegt meinen Parteifreunden durchaus fern, diesen großen Problemen aus dem Wege gehen zu wollen. Wir glauben, daß die Gelegenheit zur Erörterung dieser Fragen sich wohl in nicht zu ferner Zeit ergeben wird. Es ist bekannt geworden, daß die **Zentralstelle für Gliederung des Reichs,** die beim Reichsministerium des Innern besteht, demnächst das wichtige Gutachten über die preußische Frage fertiggestellt haben wird. Dieses Gutachten wird dem Reichsministerium des Innern zugehen und wird auch dem Reichstage bekannt gegeben werden. Das wäre, wie mir scheint, eine günstige Gelegenheit, um alle diese Fragen, die unsere Öffentlichkeit gewiß in hohem Maße beschäftigen, einmal einer gründlichen Erörterung zu unterziehen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich will mich daher darauf beschränken, zu dieser Vorlage und zu diesem Problem nur einige kurze Bemerkungen zu machen.

Es gereicht meinen Parteifreunden zur Genugtuung, daß durch dieses Ausführungsgesetz nunmehr ein überaus wichtiges Volksrecht zur praktischen Verwirklichung gebracht wird. Die Rechte, die aus Art. 18 der Reichsverfassung fließen, sollen dem deutschen Volke voll zugute kommen, sie sollen gesichert und gewahrt sein. Wo irgend im deutschen Volke ein starkes Bedürfnis nach einer Veränderung der Grenzen der Länder, nach einer Neugestaltung der Länder besteht, und sofern kein überragendes Reichsinteresse gegen solche Wünsche steht, da wird es auf Grund des jetzt zu verabschiedenden Gesetzes möglich werden, einem solchen Wunsche der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

In der Tat gibt es ohne Zweifel eine Anzahl von deutschen Gebietsfragen, die einer recht baldigen Lösung dringend bedürfen. Die **Frage der kleinen Staatensplitter,** die wir noch immer haben, der Enklaven und Exklaven, möchte bald geklärt und gelöst werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ebenso haben wir den dringenden Wunsch, daß die Frage **Groß-Hamburg** im Verfolg der jetzt schwebenden Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg bald einer Lösung zugeführt werde, die sowohl den Interessen der Beteiligten als vor allem auch dem wirtschaftlichen und kulturellen Wohlergehen des Deutschen Reichs entspricht.

Eine andere Frage ist die, ob und wann das ganze große **Problem der deutschen Neugliederung,** wie sie von manchen Kreisen erstrebt und befürwortet wird, die Frage, ob die gegenwärtige Einteilung Deutschlands in die bisherigen Länder fortbestehen soll, oder ob etwas ganz Neues an deren Stelle treten soll, zu behandeln sein wird. Dieses schwerwiegende, außerordentlich große, vielleicht das größte innerpolitische Problem, das wir haben, kann, wie mir und meinen Parteifreunden scheint, am heutigen Tage jedenfalls nicht mit Erfolg behandelt werden. Mit Recht ist seinerzeit von der Nationalversammlung eine **Sperrfrist** von zwei Jahren für Abstimmungen der Bevölkerung über solche Gebietsfragen vorgesehen worden. Der Grund für diese Sperrfrist ist gewesen, daß man bei der Schwere der Zeit nicht derartig tief eingreifende Probleme, die mit schwerster Beunruhigung weitester Bevölkerungskreise verbunden sind, in das Volk hinauswerfen wollte. Man hat gut daran getan; die Sperrfrist hat sich bewährt. Die Sperrfrist ist seit August 21 abgelaufen. Aber ich glaube, sagen zu dürfen, daß die Gründe, die zu dieser Sperrfrist geführt haben, auch heute noch nicht in Fortfall gekommen sind.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auch heute lastet noch auf uns eine unendliche Schwere in der auswärtigen Politik, und ich neige zu der Auffassung, daß wir erst wieder ruhigere, bessere Zeiten, in denen unser Volk wirtschaftlich und politisch besser konsolidiert ist als jetzt, haben müssen, um ein so großes Problem wie das von mir angedeutete mit Erfolg in Angriff nehmen zu können.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Daher, meine Damen und Herren, habe ich es auch sehr begrüßt, daß die Fraktionen des Reichstags — es waren wohl sämtliche großen Fraktionen — im vorigen Sommer die Vereinbarung getroffen haben, daß jedenfalls für ein weiteres Jahr Abstimmungsbewegungen großen Umfangs von ihnen nicht eingeleitet werden sollten. Ebenso besonders lebhaft war es zu begrüßen, daß im Rheinlande sich alle Parteien von der Rechten bis zur Linken gegenseitig verpflichtet haben, daß während der Dauer der Besatzung Abstimmungen nicht stattfinden sollen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Gleichwohl, meine Damen und Herren, ist das Ausführungsgesetz zu Art. 18 notwendig geworden. Es muß erlassen werden, und es muß mit Beschleunigung erlassen werden wegen der **Abstimmung in Oberschlesien.** Ich will auch zu dieser oberschlesischen Abstimmung jetzt nicht Stellung nehmen, sondern will mich begnügen, den Wunsch

(Dr. **Gradnauer**, Abgeordneter.)

(A) auszusprechen, daß, wie immer das oberschlesische Volk sich in dieser Frage stellen wird, das Ergebnis dem deutschen Volke zum Heile gereichen möge.

Zu dem Gesetzentwurf selbst will ich mich auch nur mit einer kurzen Bemerkung wenden. In der Begründung des Gesetzentwurfs wird selbst seitens der Reichsregierung zugegeben, daß es sich dabei nicht nur um Vorschriften über das Abstimmungsverfahren handele, sondern daß auch ein **materiell-rechtlicher Ausbau des Art. 18** in Frage kommt. Das ist in der Tat in weitem Umfang der Fall. Es handelt sich nicht nur um ein bloßes Ausführungsgesetz, sondern auch um ein Gesetz, das den Art. 18 in nicht unwesentlichem Maße ausbaut und umändert und erweitert. Es kann sehr wohl die Frage aufgeworfen werden, ob der Reichstag bei der gegenwärtigen Lage nicht besser tut, sich lediglich auf die Bestimmungen über das Abstimmungsverfahren zunächst zu beschränken. Im Ausschuß des Reichstags muß sorgfältig geprüft werden, ob es überhaupt möglich ist, in der Kürze der Zeit — kurz wegen der oberschlesischen Abstimmung — die schweren und strittigen Fragen, die in diesem Gesetzentwurf enthalten sind, mit genügender Gründlichkeit erörtern und lösen zu können. Es handelt sich um verschiedene schwerwiegende oder umstrittene Fragen, in denen Reichsrat und Reichsregierung, wie Ihnen bekannt ist, uns besondere Vorlagen gemacht haben. Es kommt dabei, um eins zu erwähnen, in Betracht, ob auch der Reichsregierung die Initiative, Abstimmungen der Bevölkerung über Gebietsänderungen herbeizuführen, haben soll oder ob dies der Reichsregierung durch Art. 18 der Reichsverfassung versagt ist und lediglich die Volksinitiative gewährleistet ist. Diese schwierige Frage bedarf jedenfalls im Ausschuß einer besonders sorgfältigen Prüfung.

Neben anderen Fragen wird ferner sehr sorgsam zu prüfen sein, ob die Bestimmung des § 8 der Vorlage (B) durch den Reichstag gebilligt werden kann. Es wird hier der Vorschlag gemacht, daß, im Falle eine Volksabstimmung über eine Gebietsänderung erfolglos gewesen ist, dann erst nach Ablauf von zehn Jahren ein **neues Verlangen der gleichen Art** gestellt werden darf. Die Reichsregierung hat ursprünglich eine **Frist** von fünf Jahren im Auge gehabt. Der Reichsrat hat sich für eine zehnjährige Frist entschieden. Die Gründe für diese Auffassung liegen nahe. Man will nicht, nachdem eine solche Abstimmung einmal vor sich gegangen und erfolglos geblieben ist, alsbald eine neue Agitation und eine neue große Beunruhigung über dieselbe Frage in der Bevölkerung herbeigeführt sehen. Das ist sehr wohl verständlich. Es ist aber äußerst zweifelhaft, ob eine solche Bestimmung mit einer strengen Auffassung des Art. 18 der Verfassung vereinbar ist; denn die Reichsverfassung sagt im Art. 18 nichts davon, daß eine derartig lange Frist in Frage kommen kann. Eine so lange Frist würde möglicherweise eine Beschränkung des Abstimmungsrechts der Bevölkerung in sich tragen. Aber, meine Damen und Herren, ich erwähne dies hier nur skizzenhaft und überlasse die nähere Besprechung und Erörterung dieser und anderer Fragen des Abstimmungsverfahrens dem Ausschuß.

Ich begnüge mich damit, im Namen meiner Parteifreunde den Antrag zu stellen, diese Gesetzesvorlage dem Rechtsausschuß zu überweisen.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Düringer.

Dr. **Düringer,** Abgeordneter: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf stellt sich, rein äußerlich betrachtet, recht bescheiden und unscheinbar dar. Aber, wie schon der verehrte Herr Vorredner ausgeführt hat, er ist von sehr großer Wichtigkeit und Bedeutung. Das kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß wir zwei Entwürfe haben, daß die Regierungsvorlage und die Vorlage des Reichsrats voneinander abweichen, und daß sowohl die **Regierung** als der **Reichsrat** sich veranlaßt gesehen haben, ihre **differierenden Meinungen** in ausführlichen, gediegenen und scharfsinnigen Darlegungen zu begründen. Ja, man könnte sagen, daß sowohl der Herr Referent der Regierung als der Herr Referent des Reichsrats hier zwei Doktordissertationen zwar nicht verfaßt, aber doch angeregt haben.

Meine Parteifreunde stehen auf dem Standpunkt, daß sie die Auffassung des Reichsrats für die richtigere halten. Es handelt sich darum: ob die **Reichsregierung** von sich aus berechtigt ist, Abstimmungen in den einzelnen Staaten anzuregen. Diese **Initiative** ist ihr in Art. 18 der Verfassung nicht gegeben. Der Reichsrat hat für die Auslegung des Art. 18 die richtige Methode angewendet, nämlich diejenige, das Gesetz aus sich selbst, aus seinen klaren Bestimmungen auszulegen, — ein Weg, den insbesondere auch das Reichsgericht immer wieder empfohlen hat. Auf die sogenannten Materialien zurückzugreifen, ist man nur dann in der Lage, wenn die Gesetzesauslegung notwendig zu Zweifeln führt. Über diesen Gegenstand ist gerade in den letzten Jahren sowohl von Praktikern als von Theoretikern außerordentlich viel geschrieben worden. Die moderne Auslegung ist einer **Auslegung des Gesetzes aus den Materialien** durchaus ungünstig gesinnt, weil die Ergebnisse meist unsicher, häufig trügerisch sind. Es ist sogar der Vorschlag gemacht worden, die Materialien eines Gesetzes einfach zu verbrennen, sobald das Gesetz verkündet ist, damit niemand in Versuchung komme, erst in den Materialen nachzusehen und sich da gleichsam eine Faulbrücke zu schaffen, um zu einer richtigen Gesetzauslegung zu kommen.

(Abgeordneter Dr. Levi: Vor Erlaß verbrennen!)

— Vor Erlaß wäre auch vielleicht manchmal gut.

Meine politischen Freunde haben aber neben diesen juristischen Bedenken hauptsächlich auch politische Bedenken gegen das Initiativrecht der Reichsregierung. Die Rechte der Länder sind ja in der Weimarer Verfassung außerordentlich beschränkt worden. Es herrschte dort eine sehr zentralisierende Tendenz. Sie erkennen das, wenn Sie auch nur die dürftigen Bestimmungen ansehen, die die Verfassung über den Reichsrat trifft. Und doch hat sich der Reichsrat als ein wichtiger Lebensfaktor im Leben des deutschen Volkes bereits erwiesen.

Meine politischen Freunde und ich sind keine Freunde des Artikels 18 der Reichsverfassung. Wir sind entschieden dagegen, daß seine Bestimmungen noch erweitert und damit verschlechtert werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir sind keine Freunde der **Zentralisationsbestrebungen,** welche unseres Erachtens der Mentalität und der Charakteranlage des deutschen Volkes widerstreiten. Ganz entschieden aber treten wir jederzeit und bei jeder Gelegenheit gegen Bestrebungen auf, die auf **Zersplitterung** und Abbröckelung **Preußens** gerichtet sind,

(sehr wahr! rechts)

weil wir überzeugt sind, daß Preußen nach wie vor das Rückgrat des Deutschen Reichs ist.

(Bravo! rechts. — Zuruf von den Kommunisten: Und in der Welt voran!)

— Und in der Welt voran, ganz recht.

(Heiterkeit links.)

Bei dieser Bedeutung des Gesetzentwurfs beantragen wir, daß er an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen wird. Natürlich lediglich aus praktischen Gesichtspunkten. Der Rechtsausschuß ist viel beschäftigt und würde wahrscheinlich die Arbeit, die ihm

(Dr. **Düringer**, Abgeordneter.)

hier wieder zugemutet wird, neben den ihm bereits zugewiesenen Arbeiten nicht mehr bewältigen könnnen. Wir glauben aber auch, daß es wünschenswert ist, daß diese Kommission so besetzt wird, daß namentlich staatsrechtliche und staatswissenschaftliche Gesichtspunkte vielleicht auch von den Herren, die bei der Verfassung mitgewirkt haben, hier zur Geltung gebracht werden können. Wir beantragen also Überweisung an einen besonderen Ausschuß von 28 Mitgliedern.

(Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Lauscher.

Dr. **Lauscher**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine politischen Freunde begrüßen die Vorlage, insofern sie die **Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung** anbahnt, der seinerzeit mit so großer Spannung von weiten Teilen des deutschen Volks erwartet worden ist und der erst nach angestrengten Bemühungen die konkrete Gestalt gewonnen hat, die er in der heutigen deutschen Reichsverfassung aufweist. Der Gesetzentwurf ist in diesem Augenblick notwendig wegen der Lage in Oberschlesien. Aber er ist auch abgesehen hiervon erforderlich mit Rücksicht darauf, daß dem deutschen Volke die Gewißheit gegeben werden muß, daß der Art. 18 der Reichsverfassung keine bloße Geste sein soll, sondern daß er ernsthaft gemeint ist. Es scheint mir das deswegen um so wichtiger, als noch immer nicht überall die Erkenntnis sich durchgesetzt hat, daß es sich hier bei Art. 18 um ein wirklich verfassungsmäßiges Recht jedes deutschen Volksgenossen, der das Wahlrecht besitzt, handelt, und daß niemand demjenigen, der gewillt ist, sich dieses Rechtes zu bedienen, einen Vorwurf machen darf.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Im übrigen besteht — davon bin ich überzeugt — volle Einmütigkeit in diesem hohen Hause darüber, daß von dem Rechte, das hiermit dem deutschen Volke verliehen worden ist, im Hinblick auf die schwierige Lage des deutschen Volkes nur mit äußerster Besonnenheit und mit dem denkbar höchsten Ausmaß vaterländischer Gewissenhaftigkeit Gebrauch gemacht werden kann.

(Sehr gut! im Zentrum und rechts.)

Es versteht sich ganz von selbst, daß wir alle unbedingt die Interessen des Vaterlandes über Wünsche der engeren Heimat stellen müssen, daß das Ganze auch in diesen Zusammenhängen höher steht als seine Teile, daß Sonderbestrebungen zurückzutreten haben, wo sie ernsthafte und gewichtige Interessen des Ganzen gefährden könnten.

(Sehr gut! rechts.)

Diese Bemerkungen zielen in keiner Weise auf das ab, was wir **Oberschlesien** versprochen haben und was wir Oberschlesien zu gewähren nach wie vor fest entschlossen sind. Wir sind überzeugt, daß gerade die loyale Erfüllung dessen, was wir Oberschlesien in Aussicht gestellt haben, im nationalen Interesse liegt.

(Sehr gut!)

Wir müssen dem oberschlesischen Volke die Entscheidung überlassen, in welcher Weise es von den Möglichkeiten, die ihm dargeboten sind, Gebrauch machen will. Sache des deutschen Volkes und Gebot der deutschen Ehre ist es, in keiner Weise zu mäkeln und zu deuteln an dem verpfändeten Wort, oder auch nur in der Einkleidung patriotischer Ermahnung den Eindruck zu erwecken, als sei das damals gegebene Versprechen nicht so ganz ernst gemeint gewesen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine verehrten Damen und Herren! Ich glaube im übrigen, daß wir zu der Besonnenheit und Gewissenhaftigkeit des deutschen Volkes das Vertrauen hegen dürfen, daß es von den ihm durch Art. 18 zugestandenen Rechten keinen anderen Gebrauch macht als den erlaubten, und auch den erlaubten erst dann und nur unter der Voraussetzung macht, daß nicht das Ganze dadurch zu Schaden gebracht wird. Diese Hoffnung schwebt nicht etwa in der Luft. Sie hat sehr reale Unterlagen. Die Haltung des deutschen Volkes, auch dort, wo weder das Reich noch die Länder irgendwelche Machtmittel in der Hand haben würden, um sie gegen eine verfrühte Anwendung des Art. 18 zu benutzen, hat gezeigt, daß das vaterländische Gewissen in unserem Volke glücklicherweise lebendig und wachsam ist.

Auf Einzelheiten des vorliegenden Gesetzentwurfes möchte ich nicht eingehen. Insbesondere möchte ich dem verehrten Herrn Kollegen Düringer nicht folgen auf dem Wege einer Einzelbetrachtung der Differenzen zwischen dem Reichsrat und der Reichsregierung, wie sie in der Hauptsache hinsichtlich der Frage hervorgetreten sind, ob der Reichsregierung als solcher eine Initiative bezüglich der Einleitung des Abstimmungsverfahrens zuzusprechen ist. Ich glaube, es würde zu nichts führen, wenn wir diese Details bereits bei der ersten Lesung hier erörtern wollten. Ich halte es für zweckmäßiger, diese Dinge der Ausschußberatung vorzubehalten.

Nur eine einzige Bemerkung möchte ich mir noch gestatten, auf die mir nicht bloß etwas, sondern ziemlich viel anzukommen scheint. Es wird für die Wirkung dieses Gesetzes wesentlich sein, daß nicht der Eindruck hervorgerufen wird, als werde hier mit einer Hand zurückgenommen, was mit der anderen gegeben wird. Ich kann das Bedenken nicht unterdrücken bezüglich des Ausmaßes der Öffentlichkeit, das in dem Entwurf für das gesamte Verfahren vorgesehen wird. Hier scheint mir des Guten zuviel getan zu sein. Es muß vermieden werden, daß die Bestimmungen, die der Entwurf vorsieht, hinsichtlich des **Zulassungs- und** des **Eintragungsverfahrens** so gestaltet werden, daß die Freiheit der Abstimmung und überhaupt der gesamten politischen Haltung diesen Dingen gegenüber beeinträchtigt würde. Wenn das, was der Entwurf über das Eintragungsverfahren sagt, wirklich dahin aufzufassen wäre, daß man sich schon dadurch, daß man durch Eintragung seines Namens dem Zulassungsantrag beitritt, auf das Ziel des Abstimmungsverlangens öffentlich erklärte, dann würde man, glaube ich, von einer genügenden Freiheit, von einer genügenden Sicherung gegen Beeinflussung nicht mehr recht sprechen dürfen. Es geht zu weit, zu verlangen, daß sich ein Drittel der sämtlichen Stimmberechtigten auf diese Weise in aller Öffentlichkeit für oder gegen das Ziel des betreffenden Abstimmungsverfahrens erklärt. Das würde gewisse Eindrücke hervorrufen und auch gewisse Erinnerungen an Abstimmungsvorgänge, die zu unserem Nachteil in anderen Gebieten in den letzten Jahren stattgefunden haben.

(Sehr gut! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Ich möchte deswegen heute schon den Gedanken anregen und bitten, ihn wohlwollend zu erwägen, das Eintragungsverfahren lediglich im Sinne einer Meinungsäußerung darüber festzulegen, ob man eine Abstimmung für opportun hält oder nicht. Es muß ja die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, daß man, um zum Beispiel einer gefährlichen Agitation, hinter der vielleicht nur eine kleine Minderheit des Volkes steht, einer im nationalen Interesse bedenklichen Wühlerei in der Weise zu begegnen, das Ventil eines Abstimmungsverfahrens öffnet, und wer sich in diesem Sinne für das Abstimmungsverfahren ausspricht, hat sich noch lange nicht im Sinne des Zieles, das hier angestrebt wird, festgelegt. In diesem Sinne muß das Eintragungsverfahren, wenn ich so sagen darf, neutralisiert

(Dr. **Lauscher**, Abgeordneter.)

(A) werden, wenn es nicht als eine unzulässige Beeinflussung der politischen Haltung aufgefaßt werden soll.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mit der Bemerkung schließen, daß wir vollkommen leidenschaftslos an die Prüfung des Gesetzentwurfs herangehen werden in der Überzeugung, daß die Gründe und Gesichtspunkte, die vor drei Jahren dazu geführt haben, den Artikel 18 in die Reichsverfassung einzuführen, auch heute noch bestehen, daß schon ein Blick auf die deutsche Karte lehrt, daß das Vergangene nicht einfach als ein Petrefakt anzusehen ist, das eine organische Entwicklung nicht mehr zuließe. Und wenn der verehrte Herr Kollege Düringer vorhin gesagt hat, die **Zentralisation** widerspreche dem deutschen Wesen, so pflichte ich ihm bei, aber ich möchte ihm zu bedenken geben, daß es für diese Zentralisation, die deutschem Wesen fremd ist, schließlich nichts ausmacht, ob sie im Rahmen des Reichs oder im Rahmen eines einzelnen Landes stattfindet.

(Sehr richtig! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Das eine wie das andere ist deutschem Wesen fremd. Wenn **Preußen** klug ist, wird es im Wege des Ausbaues der **Provinzialautonomie** dieser Sachlage sorgfältig Rechnung tragen. Es wird das nicht zuletzt im Interesse Preußens selber liegen.

(Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Levi.

Dr. **Levi**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf, der heute vorgelegt ist, weist in gewissem Sinne in die deutsche Vergangenheit und in die deutsche Zukunft.

Er weist in die deutsche Vergangenheit, und ich glaube, daß es nicht einmal die schönste Periode der (B) deutschen Vergangenheit gewesen ist, die dieser Gesetzentwurf zu Ende zu bringen versucht. Denn das unmittelbare Bedürfnis für diesen Gesetzentwurf ist meiner Meinung nach entstanden aus den Resten deutscher Geschichte, die aufzuräumen Napoleon 1803 und 1804 vergessen hat. Das unmittelbare Bedürfnis ist entstanden aus den Resten der deutschen Monarchien, aus der Zerlegung und Zerschlagung Deutschlands durch 25, 30, 40 oder 50 Erbstämme, aus der Verschacherung von Ländern und Landstrecken durch Heirat und Verträge. Aus dieser **Zersplitterung des deutschen Landes** sind die Reste geblieben, mit denen aufzuräumen dieser Gesetzentwurf sich in erster Linie bemüht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß im wesentlichen von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet der Gesetzentwurf die Zustimmung verdient. Ich glaube auch, daß, wenn — es ist noch nicht geschehen, aber ich sehe den Herrn Kollegen Dr. Beyerle hier sitzen und fürchte etwas, was noch kommen wird — von der „Eigenart der deutschen Stämme" oder ähnlichem gesprochen werden wird, vieles, was unter diesem Schlagwort gemeint ist, mit subsumiert werden soll unter diesen Gedanken und unter diesem Gedanken sich selber richten mag.

Der Gesetzentwurf weist nicht nur in die deutsche Vergangenheit, sondern auch in die deutsche Zukunft. Man tut gerade beim Erlaß eines solchen Gesetzes gut daran, sich vollständig frei und offen darüber Rechenschaft abzulegen, daß unter gewissen Voraussetzungen dieser Gesetzentwurf deswegen eine Gefahr bedeutet, weil mit ihm der legale Weg geöffnet ist auch für Zerlegungen — um kein schärferes Wort zu gebrauchen — des Deutschen Reichs. Daß die Gefahr vorhanden ist, ist in der ganz kurzen Geschichte des Art. 18 der Reichsverfassung bereits erwiesen worden. Denn zu wiederholten Malen haben die Regierungen und die Parteien dieses Hauses versucht, diesen Gefahren entgegenzutreten, teils durch das bekannte Sperrfristgesetz von 2 Jahren, teils durch Abmachungen zwischen den großen Parteien usw. Man sollte sich darüber vollständig Rechenschaft geben, daß auf die Dauer mit solchen Sperrvorschriften und Abmachungen zwischen den Parteien nicht gedient ist, sondern daß gegenüber diesem legalen Verfahren, das die Regierung uns hier vorschlägt und das wir begrüßen, eine **Einheitlichkeit und Geschlossenheit des Reichs** auf die Dauer nur möglich sein wird auf dem Boden einer kulturellen Gemeinschaft und einer gesamten **inneren Politik,** die bezeichnet werden kann und muß mit dem Worte Freiheit im höchsten und besten Sinne dieses Wortes.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn gegenüber den Möglichkeiten dieses Gesetzes, sich durch eine starke Kultur, durch starke Maßnahmen, durch eine freie und offene Regierung und die Möglichkeit und die Kraft der Regierung, eine innere Anteilnahme der gesamten deutschen Massen an dem Bestand des Deutschen Reichs zu schaffen, wenn in diesem Kardinalpunkt die Regierung und die bürgerlichen Parteien versagen, so ist absolut sicher, daß das Reich dann nicht mehr die Kraft haben wird, beieinander zu bleiben. Denn die andere Möglichkeit, die Bismarck in seinen Verfassungen vorsah, das Reich für kurze Dauer mit der Armee und dem Verwaltungsapparat und mit Gewalt zusammenzuhalten, ist nach diesem Gesetz für alle Zeiten dahin. So glaube ich — das ist einer der Gründe, aus denen wir dem Gesetz im großen und ganzen zustimmen, vorbehaltlich der Abänderungen, die wir in der Kommission zu beantragen haben —, daß dieses Gesetz der Regierung und den bürgerlichen Parteien die Verpflichtung auferlegt, eine Politik zu treiben, die den breiten Massen, insbesondere der Arbeitenden, die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich und die Einheit des Deutschen Reichs als eine Lebensnotwendigkeit erscheinen läßt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Mit diesem Gesetze stellt die Regierung eine Lebensfrage an das Deutsche Reich selbst. Wir sind gewillt, an einer Politik mitzuarbeiten, die den arbeitenden Massen das Deutsche Reich als ein Gut erscheinen läßt, um dessentwillen sie an der Einheit des Reichs festhalten. Es wird an den bürgerlichen Parteien und an der bürgerlichen Regierung liegen, inwieweit sie den deutschen arbeitenden Massen — —

(Wiederholte Zurufe von den Deutschnationalen: Und Crispien?)

— Sie mögen sich nachher vielleicht mit meinem Kollegen Crispien auseinandersetzen; ich verstehe Ihren Zwischenruf nicht. — Ich sage: Durch diesen Gesetzentwurf wird die Lebensfrage an die deutsche Regierung und an das Deutsche Reich gestellt. Wir sind gewillt an einer Politik mitzuarbeiten, die in den arbeitenden Massen das Interesse am Deutschen Reiche wachhält. Wir wissen genau, welchen Schwierigkeiten wir entgegentreten, wir wissen genau, wie wir von Ihnen bekämpft werden. Ich will an diesem Tage auf Details nicht eingehen. Ich glaube, allein aus den vergangenen 3 bis 5 Tagen — ich erinnere etwa an Königsberg — Berge von Material gebracht zu haben dafür, wie auf die Dauer den arbeitenden Massen das Gefühl für die Notwendigkeit des Zusammenlebens und der Zusammengehörigkeit erhöht wird.

Ich sage: Die Lebensfrage ist von der Regierung an Deutschland gestellt. Wir sind gewillt, sie zu bejahen. Es wird an den bürgerlichen Parteien liegen, zu zeigen, ob sie gleichfalls gewillt sind, sie zu bejahen, oder ob um ihrer Klasseninteressen willen das Deutsche Reich an diesem Gesetz auf die Dauer zugrunde gehen muß. Wir werden unsere Politik fortführen und werden

(Zurufe rechts: Ihre Klasseninteressen vertreten!)

(Dr. **Levi**, Abgeordneter.)

(A) unsere Klasseninteressen wahren, die die Klasseninteressen der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes sind. Mit diesen Klasseninteressen wird das Deutsche Reich bestehen und an Ihren Klasseninteressen wird es zuschanden werden in der Zukunft, wie es in der Vergangenheit zuschanden geworden ist.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Koch (Weser).

Koch (Weser), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Freunde sind an die Frage der **Neugliederung des Reichs** stets aus dem Gesichtspunkt herangetreten, daß die Länder nicht Selbstzweck sind, sondern daß der letzte Zweck das Reich ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten).

Meine Freunde haben deswegen auch der Bestimmung der Reichsverfassung, namentlich dem ersten Absatz dieses Artikels, gern zugestimmt, in dem es heißt, daß die Gliederung des Reichs der Erreichung der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung dienen soll. Dieser Gesichtspunkt muß auch denjenigen beherrschen, der heute den Art. 18 auszuführen hat. Wenn die wirtschaftliche und kulturelle Höchstleistung festgestellt werden soll, so kann dazu niemand anders berufen sein als das Volksganze, also die Reichsregierung, das Reichsparlament und das Gesamtvolk. Wenn man, wie das vom Reichsrat und heute von dem Herrn Abgeordneten Düringer geschehen ist, die **Reichsregierung** ihres **Initiativrechts** berauben will, so macht man die Möglichkeit, den Art. 18 Abs. 1 seinem Sinne entsprechend durchzuführen, illusorisch.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten).

Gewiß, es ist richtig, daß der Wille der Bevölkerung des betreffenden Teiles gehört, daß er nach Möglichkeit berücksichtigt werden soll. Aber über seine Gliede- (B) rung entscheidet letzten Endes ein Volk in seiner Gesamtheit, und deshalb steht nach diesem Art. 18 die Initiative der Reichsregierung zu, der es unbenommen bleiben muß, die Grenzen des Abstimmungsbezirkes so abzustecken, daß die Herbeiführung wirtschaftlicher und kultureller Höchstleistung ermöglicht wird. Sonst würde über die Gliederung das zufällige Ergebnis des Antragsverfahrens in einzelnen Bezirken, aber nicht die bewußte Überlegung der vom Volk eingesetzten Regierungsorgane entscheiden. Wir werden uns deshalb bei den Beratungen im Ausschuß grundsätzlich auf den Standpunkt stellen, daß die Vorlage der Reichsregierung den Vorzug vor der Vorlage des Reichsrats verdient.

Meine Damen und Herren! Ich sage das nicht, als wenn ich ein Freund davon wäre, heute die Neugliederungsfrage nach allen Richtungen hin von Grund auf aufzurollen. Ich stimme nach dieser Richtung dem zu, was namentlich der Vertreter der Sozialdemokratie heute gesagt hat. Die außenpolitischen und innenpolitischen Schwierigkeiten in unserem Volke sind so groß, daß wir Bedenken tragen, in diesem Augenblick an diese innerpolitische Frage heranzugehen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir sind namentlich der Meinung, daß, wenn überhaupt an die **Frage der Neugliederung** herangegangen wird, die **Grenzbezirke des Vaterlandes** am wenigsten geeignet sind, mit einer solchen Neugliederung voranzugehen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Gefahr, daß die Dezentralisation, die mit einer solchen Neugliederung verbunden sein muß, unter Umständen zentrifugal wirken könnte, ist naturgemäß in diesen Bezirken am ehesten gegeben.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wir werden also unsererseits nichts tun, um die Aus- (C) einandersetzungen über diese großen Fragen, wie sie vielleicht künftig notwendig werden, jetzt zu beschleunigen. Wir sind auf der anderen Seite allerdings auch der Meinung — und darin kann ich dem Kollegen Lauscher durchaus beistimmen —, daß das Recht, diese Entscheidung zu verlangen, jedem Deutschen zusteht, und es ist vielleicht keine glückliche Regierungspolitik, wenn man versucht, bei jeder Gelegenheit denjenigen, der über diese Frage anders denkt, obwohl er sonst ein guter Deutscher ist, als Landesverräter zu bezeichnen oder mit ähnlichen Vorwürfen zu bedenken.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Das führt zu Vorkommnissen, wie wir sie im alten Preußen und im alten Deutschland verurteilt haben und wie wir sie im neuen Deutschland nicht wieder erleben möchten.

Meine Damen und Herren! Ich kann auch dem Kollegen Dr. Düringer nicht folgen, wenn er hier von der Aufrechterhaltung der **Vormachtstellung Preußens** in dem Sinne gesprochen hat, als wenn Preußen und die preußische Regierung berufen seien, die Schicksale des Reichs in erster Linie in die Hand zu nehmen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Mit der guten und wohlverstandenen Forderung einheitlicher Führung des Reichs verträgt sich das nicht mehr. Im alten Reich war durch Personalunion, durch eine vollkommene Verquickung der Interessen Preußens und des Reichs dafür zu sorgen versucht, daß beide große Regierungen gemeinschaftlich gingen. Und doch versagte die Zusammenarbeit häufig. Ich erinnere an Delbrücks Kampf gegen Preußen auf dem Gebiete der Wohnungsgesetzgebung, ich erinnere namentlich an den Krieg mit seinen Reibungen auf dem Gebiete des Ernährungswesens, die die Widerstandsfähigkeit unseres Volkes untergraben haben. Wenn man heute anerkennen will, daß (D) die Reichsregierung verpflichtet ist, sich in ihren Beschlüssen nach den Anschauungen der preußischen Regierung zu richten — denn das bedeutet doch Vormachtstellung —, dann gefährdet man die Einheitlichkeit der Reichsleitung. „Preußen in Deutschland voran" ist ein Wort, das gern überall da Anwendung finden soll, wo es sich darum handelt, durch besonders gute und treffliche Leistungen dahin zu wirken, daß die preußische Bevölkerung in Deutschland besonders zufrieden ist und besonders zu ihrem Rechte kommt. Wenn das Wort „Preußen in Deutschland voran" aber bedeuten soll, daß Preußen die Führung im Reich übernehmen soll, dann stehe ich auf dem Standpunkte, daß die Führung im Reich niemand anders gehört als der Reichsregierung selbst,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

daß es eine vollkommene Verkennung der Verhältnisse und die Herbeiführung eines ungesunden Dualismus sein würde, wenn man irgendeinem Lande das Recht einräumen wollte, anstatt oder neben der Reichsregierung zu führen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn Preußen sich in diese Rolle, die nun einmal mit der heutigen Verfassung verbunden ist, fügt, so scheinen mir die Bestrebungen wegen einer Aufteilung Preußens, die ich im gegenwärtigen Augenblick gewiß, voraussichtlich aber für dauernd gefährlich halte — denn ich glaube viel eher an ein allmähliches Aufgehen Preußens im Reich als an seine Aufteilung —, viel weniger an Boden zu gewinnen, als wenn umgekehrt weite Schichten der Bevölkerung das Gefühl ergreift, daß an der höchsten Stelle in Berlin der Dualismus herrscht.

Meine Damen und Herren! Darüber hinaus bin ich allerdings der Ansicht, daß die kleineren Aufteilungsfragen heute mit einer ganz anderen Energie in Angriff

(**Koch** [Weser], Abgeordneter.)

(A) genommen werden müssen, als es geschieht. Ich habe neulich Flugblätter zu den Waldeckschen Landtagswahlen gelesen, in denen Waldecker Parteien der Rechten über das Bestehen des Waldeckschen Landes ungefähr in derselben Form sprechen, wie man sie mit mehr Recht von Bayern her gewöhnt ist, in denen sie behaupten, daß man verpflichtet sei, **Waldeck** zu schonen, daß Waldeck ein vollberechtigtes Glied des Deutschen Reichs sei und daß die Antastung seiner Selbständigkeit zu großen Komplikationen und zu einer Verletzung des wohlberechtigten Stammesgefühles der Bevölkerung führen müßte. Ich bin umgekehrt der Meinung: wenn man eine gesunde Gliederung des Reichs, die Sie meinetwegen Föderalismus nennen mögen, will, dann ist man um so mehr verpflichtet, Glieder, die absolut verkümmert sind und ein selbständiges Leben seit Jahrzehnten nicht mehr führen können, zu amputieren. Wenn Preußen nicht die Kraft hat, ein Land wie Waldeck in sich aufzunehmen, wenn es mit dem unglücklichen Sukzessionsvertrage, den Bismarck seinerzeit geschlossen hat, weil die Waldecksche Stimme ihm nach seinem eigenen Geständnis die Subvention an Waldeck wert war, nicht aufräumt, wenn man die Fiktion eines Waldeck aufrecht erhält, dessen Stimme im Reichsrat und dessen Landesverwaltung von Preußen geführt wird und das in seinen ganzen Entschließungen von Preußen abhängig ist, dann nützt man nicht dem Föderalismus, sondern man gefährdet ihn aufs empfindlichste. Die Gleichstellung solcher kleineren Länder mit wirklich leistungsfähigen Gebilden im Reich ist unerträglich, und wenn man da von „Eigenart des Stammes“ oder „Eigenart des Landes“ spricht, — meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, wenn die Holzpreise in Deutschland in den letzten Jahren nicht eine so außerordentliche Höhe erreicht hätten und wenn nicht zufällig diese kleinen Ländchen auf den Kopf der Bevölkerung etwa die 50fache Anzahl von fiskalischen Bäumen be-(B)säßen wie das große Preußen, und wenn es ihnen deshalb zurzeit finanziell nicht so außergewöhnlich gut ginge, dann würde von der „Eigenart“ dieser Länder nicht mehr so eifrig geredet werden, wie es heute der Fall ist. Also ich bin der Meinung: diese ganz kleinen föderalistischen Gesichtspunkte müssen verschwinden hinter dem Wohle des Ganzen, des Reichs. Der Art. 18 verlangt, daß sich das Reich in solchen Fällen aus Gründen der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung dieser Fragen annimmt.

Und nun, was vielleicht noch wichtiger ist, zur Frage der **Hansestädte.** Wir brauchen in unserm Vaterlande selbständige Verwaltungsbezirke, selbständige Länder, die in der Lage sind, den besonderen Bedürfnissen des Handels zu entsprechen, ohne daß es dazu erst umständlicher Rückfragen und Beschlüsse an eine zentrale Stelle bedarf. Wir brauchen in unserm Reiche die drei Hansestädte, die berufen sind, den Verkehr aus und nach Deutschland zu lenken, und die diese Aufgabe schlagkräftig nur dann lösen können, wenn hinter den Häfen ein Staat steht, dessen sämtliche Bevölkerungsglieder in jedem Augenblick unmittelbar daran interessiert sind, daß auf diesem Gebiete alles geschieht, was erforderlich ist. Wenn ich das Trauerspiel von Verhandlungen sehe, wie sie über die unbedingt notwendige Vergrößerung der Häfen in Hamburg und die Befreiung des Bremerhavener wirtschaftlichen Lebens heute zwischen den beteiligten Ländern geführt werden,

(hört! hört! in der Mitte)

so bin ich auch da der Meinung, daß das Reich berufen ist, in diesen Fragen führend zu wirken. Das sind keine preußischen, bremischen oder hamburgischen Fragen. Das sind deutsche Fragen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Denn es kommt darauf an, dahin zu wirken, daß unsere großen Hafenstädte leistungsfähig sind. Sehen Sie sich (C) einmal auf einer Karte die Entwicklung des hamburgischen Hafens an, und Sie werden finden, daß dort Blinddärme, Verkürzungen und Verkrümmungen vorhanden sind deswegen, weil diese Häfen, wenn sie richtig ausgebaut werden sollten, auf die preußische Landesgrenze gestoßen wären. Sehen Sie sich ferner einmal an, wie in Bremerhaven für die Großschiffahrt veraltete, aber für den Fischereibetrieb geeignete Häfen leer stehen, während für neue Fischereihäfen drei Kilometer entfernt in Geestemünde ungezählte Millionen verbaut werden. Das ist ein Luxus, den sich ein verarmtes Volk, das um seine wirtschaftliche Existenz ringt, heute nicht mehr gestatten kann.

Ich bin also der Meinung, in diesen Fragen muß eine Lösung über alle **partikularen Rücksichten der Länder** hinweg gefunden werden, und das Reich ist berufen, auf diesem Gebiete zu führen. Das ist aber nur möglich, wenn der Art. 18 nicht verkümmert wird. Wo aber keine endgültige Lösung möglich ist, sollte man sich wenigstens auf eine provisorische einigen. Ich bin selbst jahrelang Bürgermeister einer Stadt gewesen, die mit zwei Städten eines anderen Landes zu einer wirtschaftlichen Einheit untrennbar zusammengewachsen war, in Bremerhaven, und ich weiß, welche Unsumme von Kraft in diesen elenden Reibereien zwischen den Städten verpufft wird, die eigentlich nur eine Stadt sind, wie schließlich die halbe Arbeitskraft der ganzen Stadtverwaltung darin beruht, aufzupassen, daß die andere nicht irgendwelche diabolischen Pläne gegen die Nachbarstadt durchsetzt. Diese Dinge müssen bei uns aufhören; sie erfordern Zeit und namentlich Geld. Es gibt auch provisorische Möglichkeiten zur Lösung: Man kann auch Städte verschiedener Länder zu einer Stadt vereinigen und sie der gemischten Aufsicht der beiden Länder unterstellen. Wo ein guter Wille vorhanden ist, wird sich auch der Weg finden. Was wir uns aber verbitten müssen, ist, daß irgendwelche bureaukratischen oder partikularen Rücksichten sich hier gegenüber den (D) Reichsinteressen in den Vordergrund drängen, wie das vielfach geschieht. Ist es zum Beispiel noch erträglich, daß man Einrichtungen wie die **Sipo in Hamburg-Altona** nicht einer Leitung unterstellen will, sondern daß man dort entgegen dem Wunsche auch der preußischen Oberbürgermeister preußischerseits lange den Wunsch verfolgt hat, hier nun besondere Schutzabteilungen nach Altona, nach Wandsbek usw. zu legen, auch wenn das teurer wird, nur weil ortsfremde Verwaltungsbeamten aus Schleswig und Berlin den Standpunkt vertreten, daß die preußischen Gemeinden von Hamburg bezüglich des polizeilichen Schutzes schlecht behandelt würden, wenn es sich um eine Polizei handele? Man denke: sämtliche beteiligten Oberbürgermeister des Bezirks fürchten das nicht; aber sie werden bevormundet: von auswärts kommt ein staatlicher Beamter, der diese Dinge besser beurteilen zu können glaubt. Für eine solche Bevormundung hätten wir in Deutschland keine Revolution gebraucht. Nein, meine Damen und Herren wir müssen auf diesem Gebiet endlich einmal über die bureaukratische Engherzigkeit hinwegkommen, die uns in Deutschland leider auch mit der Revolution nicht verschwunden ist. Bureaukratie und Sozialdemokratie sind oft wesensverwandt und haben sich leider, wo es sich um die Beengung der freien Kräfte unseres Volks- und Wirtschaftslebens handelt, an manchen Stellen gut auf einander eingespielt. Wir müssen lernen, die Angelegenheiten so zu behandeln, wie es Art. 18 der Verfassung vorschreibt, nämlich um unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung des Volkes zu dienen.

Das ist die Tendenz, mit der wir an die Bearbeitung dieses Artikels herangehen müssen.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

(A) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Beyerle.

Dr. **Beyerle,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Im Namen der bayerischen Volkspartei darf ich es aussprechen, daß wir die Einbringung der Gesetzesvorlage begrüßen. Ich stimme hier dem Sprecher des Zentrums durchaus zu. Wir sind nicht Gegner des **Artikels** 18 und nicht Gegner seiner loyalen Durchführung. Wir verkennen es nicht, daß es allerdings eine äußerst schwierige Frage ist, welche hier der Gesetzgebung gestellt ist, gestellt in einer äußerst schwierigen Zeit. Aber doch keine müßige Frage, sondern eine Frage, in der in der Tat ein Hauptpunkt der deutschen Verfassungspolitik enthalten ist. Es wird — meine verehrten Damen und Herren, geben Sie sich darüber keiner Täuschung hin — ein Prüfstein der Qualität des deutschen Reichstags von heute sein, in welchem Geiste dieses Gesetz seine Verabschiedung findet.

Artikel 18 ist zweifellos ein positiv wertvolles Stück der Weimarer Verfassung. Ich sage das um so mehr, als wir vom Standpunkt unseres föderalistischen Programms über vieles Unitaristische an der Weimarer Verfassung lebhaft zu klagen Anlaß haben. Aber der Gedanke einer gesunderen Gliederung des gesamten Deutschland ist ein positiv wertvolles verfassungspolitisches Ziel, nicht ein Schönheitsfehler der Weimarer Verfassung.

Herr Dr. Levi brauchte mich darum keineswegs als einen Reaktionär anzusehen, wie er es vorhin getan hat. Bei der Ausführung des Artikels 18 handelt es sich für mich nicht um historische Repristinationen, nicht um dynastische Momente, sondern um ein demokratisch in die Zukunft hinein auszubauendes Ziel unseres Verfassungslebens.

(B) Wir wollen auf der Grundlage des Artikels 18 mit seinem weiten Rahmen — die Frage „wann?" steht ganz dahin — das Ziel verfolgen, zu einem inneren gerechten Ausgleich zwischen **Unitarismus und Föderalismus** zu kommen. Wir wollen dabei versuchen, die mancherlei Fehler der Weimarer Verfassung auf diesem speziellen Gebiete im Laufe der Zeit zu überwinden. Denn ich darf das eine wenigstens hier aussprechen — von den bisherigen Rednern ist der Punkt noch nicht hervorgehoben worden —: gegenüber den heute schon so offenkundig hervortretenden Mängeln der Überunitarisierung kann uns nur der föderalistische Gedanke, auch in seiner Anwendung auf die Ländergliederung, retten.

Es sind freilich zwei Gesichtspunkte, die wir hier berücksichtigen müssen. Beide sind politisch und staatsrechtlich zugleich. Es ist einmal der richtige Zeitpunkt, zu welchem Veränderungen in dem inneren Aufbau des Reichs vorgenommen werden sollen, es ist sodann aber die Frage, ob wir dieses Gesetz verabschieden und wie wir es verabschieden. Meine Herren, auch die bayerische Volkspartei steht auf dem Standpunkt, daß es nichts Unzeitgemäßeres geben könnte, als gegenüber unserer schweren äußeren und inneren politischen Gesamtlage durch übereilte, nicht genügend in den Volkskreisen gegründete **Neugliederungspläne** die so notwendige Ruhe der Gesundung und des Wiederaufbaus zu stören. Aber indem man das Gesetz nicht macht, fördert man keineswegs die Ruhe der gedeihlichen inneren Entwicklung Deutschlands. Die Verabschiedung des Gesetzes erscheint uns im Gegenteil als ein Sicherheitsventil für eine gesunde **demokratische, freiheitliche Politik im inneren Deutschland.** Ich glaube, daß ich mir damit nicht den Vorwurf des Ideologen oder, für viele gleichbedeutend, des Professors zuzuziehen brauche. Demokratischer Geist ist es, (C) von dem aus dieser Gesetzentwurf gedacht ist. Wir wollen, nachdem wir nach außen auf Machtpolitik verzichten mußten, nicht Macht im Innern gelten lassen, sondern auch hier Recht und staatsbürgerliche Freiheit für alle Glieder des Reichs. Dazu gehört aber eben dieser Gedanke des Durchbaus des Reichs im Innern in einer, wie es die Verfassung schön ausdrückt, dem kulturellen und wirtschaftlichen Höchstmaß der Leistungen unseres Volkstums zustrebenden Weise.

Es ist nicht nur Oberschlesien, wie Herr Dr. Gradnauer gesagt hat, um dessentwillen wir dieses Gesetz begrüßen; es sind auch andere Gebiete in Deutschland da, die von diesem Gesetz, wenn es in demokratisch-loyaler Weise durchgebaut wird, Beruhigung und Zielsetzung für die Zukunft empfangen.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, auf Details der Vorlage heute schon einzugehen. Da es außerordentlich darauf ankommt, daß das Gesetz in einer, dem Geiste des Art. 18 möglichst entsprechenden Weise seine Verabschiedung findet, sollen in der heutigen ersten Lesung nicht die Momente der Trennung in den Vordergrund gestellt werden.

Es wird ernster Erwägung bedürfen, in welcher Weise die Initiative der Reichsregierung im Rahmen des Art. 18 zu Recht besteht oder nicht besteht. Es wird ernster Erwägung bedürfen, inwieweit die geheime oder die öffentliche Abstimmung aus dem verfassungspolitischen Grundgedanken des Art. 18 heraus den Vorzug verdient. Es wird ernster Erwägung bedürfen, wie man sich zu dem Gedanken stellen soll, erst nach zehn Jahren eine Erneuerung des Verfassungsrechts aus Art. 18 wieder zuzulassen, wenn einmal ein Antrag, der gestellt war, die verfassungsrechtliche Majorität nicht gefunden hat.

(D) Eine Kernfrage ist dann zweifellos das preußische Problem. Ohne daß wir gewillt sind, im Augenblick **Preußen** zu zerschlagen, geben wir doch dem Gedanken Raum, daß vielleicht eine bessere, eine ausgleichendere Gliederung der Länder der deutschen Zukunft besser dienen könnte als die heutige Hegemoniestellung Preußens, die doch in ihren Konsequenzen nur zu einer dauernden Schwächung der Reichsgewalt führen muß.

Die Kommission, vor welche das Gesetz gebracht wird, sieht sich einer gewaltigen Aufgabe gegenüber. Die Kommission kann — ich stimme da dem Herrn Kollegen Düringer zu — nicht vorsichtig genug und mit politischem Weitblick ausgewählt sein. Sie muß ebenso vorsichtig und umfassend ihre Aufgabe in die Hand nehmen. Es wird darauf ankommen, in welchem Geiste diese Kommission arbeitet; es wird darauf ankommen, ob der Gesetzentwurf, der uns ja schon in gewisser Divergenz der Auffassungen von Reichsregierung und Reichsrat vorgelegt ist, dem Geiste und dem Zwecke des Art. 18 der Verfassung entspricht oder nicht entspricht.

Wir wollen einen **materiellen Ausbau des Art.** 18. Wir wollen nicht eine materielle „Umänderung", eine Verschlechterung, eine Sabotierung des Art. 18. Ich kann mich hier den Worten von Herrn Dr. Lauscher nur anschließen. Vor allem kommt es uns auf eines an, daß kein Deutscher den Vorwurf des Landesverrats oder gar noch schlimmerer Dinge gewärtigen sollte, der sich auf dem verfassungsrechtlichen Boden des Art. 18 bewegt und die daraus für alle fließenden Rechte und verfassungsmäßigen Ziele in einer an Idealen so armen Zeit verficht.

(Lebhafter Beifall bei der Bayerischen Volkspartei.)

(A) **Präsident**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Graf v. Bernstorff (Hannover).

Dr. Graf **v. Bernstorff** (Hannover), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Als dem Vertreter eines der Gebiete, die vielleicht zuerst für die Anwendung des Gesetzes, das uns heute beschäftigt, in Frage kommen könnte, werden Sie mir gestatten, Ihnen ganz kurz unsere Stellungnahme dazu zu sagen.

Der Verlust der **staatlichen Selbständigkeit Hannovers** fiel zusammen mit dem Siege des kleindeutschen über den großdeutschen Gedanken. Die Verfassung von 1870, die offiziell eine bündische Verfassung war, war tatsächlich, wie schon einer der Herren Vorredner sehr richtig erwähnte, die eines Hegemoniestaates mit einem föderalistischen Mäntelchen. Auch wir Hannoveraner haben wie jeder Deutsche mit freudigem Stolz an dem Blühen, Wachsen und Gedeihen des Deutschen Reichs und Volkes teilgenommen, aber der Wunsch, auf verfassungsmäßigem Wege unsere Selbständigkeit im Rahmen des Deutschen Reichs wieder zu erhalten, hat uns vielleicht davor bewahrt, von dem äußeren Erfolg, möchte ich sagen, benebelt zu werden und uns den klaren Blick für die Gefahren zu erhalten, die in der Entwicklung des Deutschen Reichs lagen, wie sie manche Föderalisten — ich erinnere nur an Konstantin Franz — in geradezu prophetischer Weise vorausgesagt haben.

Als nun Kriegsende und Revolution alte Bindungen zerbrachen und der gänzliche Verfall des Reichs drohte, da war es ein tröstlicher Ausblick für eine Gesundung der Zukunft, daß der Entwurf einer neuen Reichsverfassung eine gesetzmäßige Grundlage für eine tatsächliche **bündische Gliederung des Reichs** schaffen wollte, die unsrer Ansicht nach allein die Möglichkeit (B) bietet zu einem Aufstieg und die den Wiederzusammenschluß aller derer, die Deutsch sprechen, für die weitere Zukunft bringen kann.

Es ist daher erklärlich, daß wir mit großem Interesse der Entwicklung in Weimar folgten, und daß auch dort schon gewisse Besorgnisse für uns unvermeidbar waren. Die wahrhaft bündische Gestaltung des Reichs und eine tatsächliche Macht der Reichsregierung sind, wie das ja auch schon heute mehrfach durch die Reden der verschiedenen Herren durchklang, mit einem **Großstaat Preußen** unvereinbar, der vier Siebentel dieses Reichs umfaßt. Bei der Personalunion, wie sie in früherer Zeit bestand, war die Gefahr verschleiert — trotz ähnlicher Zusammensetzung von Parlament und Regierung —, in heutiger Zeit dagegen tritt sie alle Augenblick klar zutage, und die Veröffentlichungen eines der verehrten Herren Vorredner, des Herrn Ministers Koch, sprachen seinerzeit Bände für diese Tatsache.

Alle die Kreise, die in dem preußischen Staat und seinen Institutionen das Ideal ihrer staatlichen Weltauffassung erblickten, schlossen sich zusammen und versuchten bei den Beratungen der Verfassung unter der Parole „keine Schwächung Preußens" den bisherigen Zustand zu erhalten.

Der Gang der Dinge hat ja bewiesen, wie gut ihnen das gelungen ist vom ersten Entwurf des Art. 18 bis zu seiner durch dauernde Kompromisse verwässerten Fassung. Auch bei dem uns jetzt vorliegenden Gesetzentwurf erleben wir Ähnliches. Ist es schon symptomatisch, daß bei den Verhandlungen des Reichsrats der preußische Entwurf den Verhandlungen zugrunde gelegt ist und nicht der Reichsentwurf, so könnte man den vorliegenden Entwurf in seiner Folgerung nahezu für eine Lahmlegung der Bestimmungen des Art. 18 ansehen. Ich erwähne nur das **öffentliche Eintragungsverfahren**, das doch allen demokratischen Grundsätzen (C) ins Gesicht schlägt,

(sehr richtig! bei den Deutsch-Hannoveranern)

das, angewandt auf Gebiete unseres Deutschen Reichs,

(Zuruf: Eupen-Malmedy!)

die gesamte deutsche Presse von rechts bis links zu schärfstem Widerspruch hervorgerufen hat. Ferner soll die beteiligte Bevölkerung, die doch ein tatsächliches Interesse an dem Ergehen und an dem Erfolge der Anregungen haben soll, hier gebildet werden durch alle die, die vielleicht nur rein zufällig einen Wohnsitz an dem Tage der Abstimmung dort haben.

Ich halte es für abwegig, die Bestimmungen über den Volksentscheid hier anziehen zu wollen. Die Einzelheiten weiter auszuführen, ist, glaube ich, angesichts der bevorstehenden Kommissionsberatungen heute nicht notwendig. Aus der ganzen Entwicklung muß ich aber den Schluß ziehen, daß die Reichsregierung in ihrem Streben, sich eine möglichst starke Position in einem bündischen Aufbau des Reichs zu beschaffen, Schritt für Schritt hat zurückweichen müssen vor den hier entgegenstehenden Widerständen.

(Sehr wahr! bei den Deutsch-Hannoveranern.)

Nur in einem ist sie festgeblieben, und das hat dazu geführt, daß die zwei Entwürfe, der der Reichsregierung und der des Reichsrats, dem hohen Hause heute vorliegen. Mein Kollege und Freund Herr Colshorn, der leider durch Krankheit heute verhindert ist, hier zu sprechen, hat mir über diese Sache geschrieben.

> Ich war Mitglied der Verfassungskommission in Weimar, als der Art. 18 zur Beratung stand. Und wenn der Reichsrat jetzt in seiner Begründung glaubt, meine Kontroverse mit dem leider verstorbenen Abgeordneten v. Delbrück in Anspruch nehmen zu können, so ist das völlig (D) abwegig. Weder aus dem Antrag Delbrück, den der Ausschuß erwähnt, noch aus meiner Stellungnahme gegen denselben läßt sich auch nur ein Zweifel an dem verfassungsmäßigen **Initiativrecht des Reichs** herauslesen. Ich glaube kaum, daß ich Widerspruch finde, wenn ich behaupte, daß kein Mitglied des Verfassungsausschusses das Initiativrecht des Reichs bezweifelt hat. Mir ist jedenfalls auch nicht einmal der Gedanke an eine solche Möglichkeit gekommen.

Und auch von den Herren, die seinerzeit die Kommission zur Festlegung des Wortlautes des Art. 18 gebildet haben, ist mir berichtet worden, daß auch bei ihnen keinerlei Zweifel an dem Initiativrecht des Reichs aus der Fassung hätte herausgelesen werden können.

(Sehr richtig! bei den Deutsch-Hannoveranern.)

Mir scheint, eine bestehende Tatsache beweist häufig besser als vieles Reden das bestehende Recht der Initiative des Reichs: Der Abgeordnete Heile hat seinerzeit ausgeführt, diese neue Gliederung dürfe nun nicht planlos laufen, sondern es müsse dafür eine Stelle sein, die eine gewisse Regelung in der Sache in der Hand behalte. Auf seinen Antrag hin ist dann die Zentralstelle zur Gliederung des Reichs gegründet worden. Sie besteht, und sie hat den Zweck, der Reichsregierung und dem Reichstag Gutachten zu liefern über die Wünsche für eine Neugliederung und vorbereitendes Material zu liefern für die Entschlüsse einer Stelle, die am ehesten in der Lage ist, zu überblicken, was der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung des Volkes dient, ungehemmt von Einzelinteressen, die man gemeiniglich Partikularismus zu nennen pflegt. Ich glaube, der Reichstag hat allen Grund, der von ihm

(Dr. Graf **v. Bernstorff** [Hannover], Abgeordneter.)

(A) beauftragten Regierung ein Recht zu wahren, dessen sie zu ihrem Ansehen bedarf; er würde sonst seine eigene so häufig betonte Souveränität arg in Frage stellen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Vaterlandsliebende Männer fürchten, daß die **Anwendung der Möglichkeiten des Art. 18 Bruderzwist und Einmischung des Auslandes** nach sich ziehen könne. Wir sind im Gegenteil der Ansicht: der Bruderzwist besteht, und zwar nicht durch unsere, der Hannoveraner, Veranlassung. Ihn endlich aus der Welt zu schaffen, ist eine von jedem zu erstrebende Notwendigkeit. Die Gefahr der Einmischung des Auslandes besteht und wird gestärkt durch jeden aggressiven Zentralismus, sie wird vermindert durch einen gesunden, in der Defensive stets starken Föderalismus.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Wir können daher nur wünschen und hoffen, daß die Möglichkeiten des Art. 18 zu einer wahrhaft föderalistischen Neugliederung durchgeführt werden zur Erhaltung, Mehrung und Stärkung eines kraftvollen Deutschen Reichs und seiner Reichsregierung.

(Bravo! bei den Deutsch-Hannoveranern und im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Kardorff.

v. Kardorff, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe bereits die Ehre gehabt, in meiner Rede vom 5. April dieses Jahres die Gesichtspunkte geltend zu machen, nach denen meine politischen Freunde den Art. 18 **der Reichsverfassung** beurteilen. Ich habe damals schon gesagt und muß es heute wiederholen, daß ich den Art. 18 der Reichsverfassung für eine (B) der unseligsten Bestimmungen dieser Verfassung halte.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Was das vorliegende Gesetz anlangt, so will ich zu ihm zunächst die eine Bemerkung machen. Ich stimme vollständig mit dem überein, was der Herr Abgeordnete Düringer eingangs seiner Ausführungen gesagt hat. Nach unserem Dafürhalten hat die **Reichsregierung** nicht das **Recht der Initiative**, wie es ihr von anderer Seite zugesprochen wird. Wir müssen doch einmal das eine sagen, meine verehrten Damen und Herren: es ist doch eigentlich eine Ironie des Schicksals: das Selbstbestimmungsrecht der Völker hat man uns versprochen und hat es uns dann nicht gegeben, und nun haben wir uns mit dem Selbstbestimmungsrecht der Länder getröstet und haben damit nach meinem Dafürhalten eine Bestimmung in die Reichsverfassung aufgenommen, die, wenn sie unvernünftig gehandhabt wird, zu den allerernstesten Konsequenzen führen kann.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei. — Zuruf von den Deutschen Demokraten.)

— Es wird mir zugerufen, das wäre bei jeder Bestimmung der Verfassung möglich. Herr Abgeordneter Petersen, ich glaube, Sie werden das selbst nicht Wort haben wollen. —

Nun muß ich weiter sagen: man kann ein solches Gesetz beraten, aber darüber müssen wir uns doch im klaren sein, daß der gegenwärtige Zeitpunkt und voraussichtlich auch die nächsten Jahre der ungeeignetste **Zeitpunkt** sein werden, der nur denkbar ist, um an eine **Umstellung der inneren Struktur des Reichs** zu gehen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Der Feind steht im Lande, der Feind steht an den Grenzen. Die Fundamente haben sich nach der großen Umwälzung vom 9. November 1918 noch nicht gesetzt; man geht doch erst an den Bau eines neuen Hauses, (C) nachdem sich die Fundamente gesetzt haben. Ehe sich aber die Fundamente gesetzt haben, werden noch Jahre und vielleicht Jahrzehnte vergehen.

Es ist hier von den demokratischen Grundsätzen gesprochen worden, denen man Rechnung tragen müsse. Ja, meine Damen und Herren, demokratische Grundsätze sind schön und gut; aber Sie gehen in die Irre, wenn Sie das historisch Gewordene und das organisch Gewachsene außer acht lassen.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei. — Zuruf von den Deutschen Demokraten: Das will niemand!)

— Das will niemand; aber, mein verehrter Herr Kollege Petersen, wissen Sie nichts von **Loslösungsbestrebungen in Hannover?**

(Zuruf von den Deutsch-Hannoveranern: Mit vollem Recht!)

Herr Kollege Petersen, ich schätze Sie sonst sehr hoch, aber dann beneide ich Sie um den Schlaf, den Sie in den letzten Jahren gehabt haben.

(Sehr gut! und Heiterkeit bei der Deutschen Volkspartei. — Zurufe in der Mitte. — Abgeordneter Koch (Weser): Wollen Sie Hamburg vergrößern?)

— Seien Sie doch nicht so neugierig,

(Zuruf von den Deutsch-Hannoveranern: Wir sind sehr neugierig!)

— Warten Sie ab!

(Zuruf von den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Darüber kann kein Zweifel sein: Der Art. 18 ist im wesentlichen aus dem Grunde in die Verfassung aufgenommen worden, um Sturm zu laufen gegen den **Bestand des preußischen Staates**,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und bei den Deutsch-Hannoveranern) (D)

und ich glaube, das lassen wir uns nicht gefallen.

(Heiterkeit bei den Deutsch-Hannoveranern.)

Und Sie können es uns auch nicht verdenken, daß wir uns das nicht gefallen lassen wollen. Ich glaube, wenn man heute an Bayern die Frage stellen würde, ob es Teile seines Landes abtreten will, wenn man dieselbe Frage an Baden stellen wollte, ob es vielleicht Nordbaden an Bayern abtreten wolle,

(Zurufe in der Mitte)

oder wenn man dieselbe Frage an Württemberg stellen würde,

(erneute Zurufe bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum)

ich glaube, diese Frage würde mit lebhaften Protesten von diesen Staaten erwidert werden,

(sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei)

und ähnlich lautet ganz naturgemäß der Protest desjenigen Staates, zu dem ich, meine Damen und Herren, mich rechne. Für uns ist und bleibt Preußen nicht ein rein geographischer Begriff, sondern für uns ist und bleibt Preußen das Sinnbild der Vergangenheit, und ich kann mich des peinlichen Gefühls nicht erwehren, daß diese Bestimmung nur aus einer gewissen Animosität gegen das alte Preußen heraus in der Verfassung aufgenommen worden ist.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Der Herr Abgeordnete Koch hat von dem **Dualismus zwischen Preußen und dem Reiche** gesprochen. Ich gebe zu, daß das Problem sehr schwierig ist. Er hat von der Vergangenheit gesprochen, er hat gesagt: damals die einheitliche Spitze in Preußen und im Reiche. Aber damals, meine Damen und Herren, gab es in Preußen und im Reich zwei Parlamente, die auf

(v. **Kardorff**, Abgeordneter.)

(A) völlig verschiedenem Boden aufgebaut waren, während heute das preußische Parlament und dieses Parlament in ihrer Zusammensetzung sich gleichen wie ein Ei dem anderen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei. — Abgeordneter Koch [Weser]: Das ging doch auch früher nicht!)

— Ich sage nur: damals Schwierigkeiten und heute Schwierigkeiten; ich sage aber nicht — und so habe ich Sie verstanden —, daß damals die Schwierigkeiten größer gewesen wären als heute, und ich sage noch einmal — und das ist ja bereits von dem Herrn Vorredner gesagt worden, und diese Bestrebungen treten doch an uns alle mit größter Deutlichkeit jeden Tag heran —: Der Wunsch gewisser Kreise in Hannover geht dahin, zu einem **selbständigen Hannover** zu kommen, und einem derartigen Wunsche — das habe ich schon heute im Namen meiner politischen Freunde zu erklären — werden wir uns mit allen Kräften entgegenstellen.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das wäre der Anfang vom Ende,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

das wäre der Beginn der Auflösung des ganzen Reichs.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei. — Zurufe in der Mitte.)

Der Herr Abgeordnete Graf Bernstorff hat von dem freudigen Stolze gesprochen, mit dem er sich der Vergangenheit erinnere. Ich muß gestehen, wir haben von welfischer Seite in der Vergangenheit von diesem freudigen Stolze auf Preußen und auf das Reich ziemlich wenig zu merken gehabt.

Und nun komme ich auf die Frage: Wollen Sie **Grenzberichtigungen?** Da sage ich ohne weiteres:

(B) Über diese Frage kann man diskutieren, über eine solche Frage kann man sich selbstverständlich unterhalten, hier kann man eventuell Konzessionen machen. Ich bin nicht befugt, meine politischen Freunde hier, meine politischen Freunde im preußischen Landtag nach irgendeiner Richtung hin festlegen; aber das glaube ich sagen zu können: über solche Fragen kann und muß man sich unterhalten; hier handelt es sich nicht um die Auflösung des preußischen Staates als solchen, während die Bestrebungen auf Herstellung eines selbständigen Hannovers nach meinem Dafürhalten allerdings zu einer Auflösung Preußens führen würden.

Also, meine verehrten Herren, ich kann mich dahin zusammenfassen. Wir werden an dem Gesetz selbstverständlich mitarbeiten, wir bieten aber keinesfalls die Hand zu einer Zerschlagung des preußischen Staates. Es mag sein, daß im Laufe späterer Jahrzehnte einmal Preußen im Reiche aufgehen kann. Darüber brauchen wir uns heute noch nicht den Kopf zu zerbrechen. Der preußische Staat, das alte Preußen will ich sagen, das mächtige Preußen ist zusammengebrochen, und auch wir wissen, daß es so, wie es war, nicht wiederkehren wird. Aber es bildet für uns noch immer den Inbegriff unserer stolzen Vergangenheit.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich möchte Sie meinerseits auch warnen, in diesen Dingen zu weit zu gehen. Sie schaffen dadurch unnötig neue Gegensätze. Denn Sie müssen sich darüber im Klaren sein: Sie treffen damit weite Kreise Preußens bis ins innerste Herz. Ich möchte Sie dringend davor warnen, etwa jetzt schon in irgendeiner Form die Axt an die Wurzel Preußens zu legen. Für uns — ich sage es noch einmal — ist und bleibt Preußen das Sinnbild unserer stolzen Vergangenheit, und wir, die wir Preußen sind, sagen auch fernerhin (C) trotz allem, was wir erlebt haben:

Ob Regen oder Sonnenschein,
Ich bin ein Preuße, will ein Preuße sein!

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die erste Beratung ist geschlossen.

Von der einen Seite ist der Vorschlag gemacht worden, die Vorlage an den Rechtsausschuß zu überweisen. Von einer anderen Seite ist der Vorschlag gemacht worden, die Vorlage an einen besonderen Ausschuß zu überweisen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage auf Verweisung an den Rechtsausschuß zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die große Mehrheit und die Verweisung an den Rechtsausschuß damit beschlossen.

Wir gehen nunmehr über zum folgenden Gegenstand der Tagesordnung:

zweite Beratung des Entwurfs eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes (Nr. 1666 der Drucksachen).

Bericht des 29. Ausschusses (Nr. 3959 der Drucksachen).

Berichterstatterin: Abgeordnete Frau Dr. Lüders.

Als Kommissare sind angemeldet:

vom Reichsjustizministerium:
Ministerialrat Dr. Brandis,
Amtsgerichtsrat Schüller,
Gerichtsassessor Dr. Rambke;

vom preußischen Finanzministerium:
Ministerialdirektor Dr. Dulheuer,
Geheime Finanzräte Grosser und Dr. Huth; (D)

vom preußischen Justizministerium:
Kammergerichtsrat Dr. Bergmann.

Ich eröffne die Beratung über § 1 der Vorlage. Das Wort hat die Frau Berichterstatterin.

Dr. **Lüders**, Abgeordnete, Berichterstatterin: Meine Damen und Herren! Zu dem **Entwurf eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes** liegt Ihnen ein eingehender Bericht vor, der die genauen Ausführungen über den Gang der Beratungen und die Beschlüsse des Ausschusses enthält. Dieser Bericht befindet sich seit mehreren Wochen in Ihren Händen. Wir können annehmen, — —

(andauernde Unruhe; — Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Ich bitte um etwas Ruhe, da die Frau Berichterstatterin sonst nicht zu verstehen ist.

Dr. **Lüders**, Abgeordnete, Berichterstatterin: — daß bei dem großen Interesse, das dieses Gesetz bei einem großen Teil dieses hohen Hauses findet, auch der Bericht den meisten von Ihnen bekannt sein wird. Es erübrigt sich deshalb für mich als Berichterstatter, auf Einzelheiten einzugehen und damit dem hohen Hause viel Zeit zu rauben. —

Die Vorlage trägt dem Art. 122 der Reichsverfassung Rechnung. Selbstverständlich können wir in dem Gesetz nicht eine vollkommene Bewältigung der großen und schwierigen Materie erblicken. Es wurden begreiflicherweise während der Beratung erhebliche Bedenken gegen verschiedene Vorschriften erhoben; aber es hat sich trotzdem ermöglichen lassen, auch bei weit auseinandergehender verschiedenartiger Auffassung zu einer Einigung auch in sehr schwierigen Punkten zu kommen. In den langwierigen, über ein Jahr währenden Beratungen hat sich der Ausschuß von dem Geiste des guten Willens und der Verständigung be-

(Dr. **Lüders**, Berichterstatterin.)

(A) herrschen lassen, und dadurch ist es gelungen, die Schwierigkeiten nach Möglichkeit zu überbrücken

Die Arbeit des Ausschusses ist zwar zeitlich einigermaßen behindert, aber sachlich doch auch gefördert worden dadurch, daß den Beratungen von außen her ein sehr großes Interesse entgegengebracht worden ist und z. B. die sogenannte Sachverständigenkommission sich ständig mit dem Gesetz und den dazu vorliegenden weit über 100 Anträgen beschäftigt hat. In dem Ausschusse haben alle an dem heute vorliegenden Resultat zusammengewirkt, und vielleicht haben die Frauen, die in dem Ausschuß stark vertreten waren, durch das ihnen innewohnende versöhnliche Element besonders dazu beigetragen, die Gegensätze soweit zu überbrücken, daß wir hoffentlich noch in dieser Session zum Ziel kommen werden Ich glaube, es wäre für die Beratung dieses Gesetzes förderlich, wenn auch hier im Plenum der Geist der Versöhnung und der Wille des Sichverständigenwollens so stark herrschte wie im Ausschuß. Wir werden auf diesem fruchtbaren Wege in verhältnismäßig kurzer Zeit zu dem kommen, was wir alle gemeinsam erstreben, nämlich allen denjenigen Hilfe zu bringen, die schwach, gefährdet, verwahrlost, mißhandelt oder mißleitet sind. Ich hoffe und darf vielleicht als Berichterstatter den Wunsch aussprechen, daß es uns gelingt, dieses hohe Ziel noch in diesen Tagen zu erreichen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat Frau Abgeordnete Neuhaus.

Neuhaus (Westfalen), Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Der 29. Ausschuß hat während einer langen Arbeitsperiode mit großer Hingabe und wirklich innerer Anteilnahme an dem uns vorliegenden Gesetz gearbeitet, das für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes von so (B) großer Bedeutung ist, und heute stehen wir nun am Abschluß dieser langen und bedeutungsvollen Arbeit.

Ich kann nun nicht verhehlen, daß in den Kreisen, die uns nahe stehen, noch große Bedenken gegen dieses Gesetz bestanden und heute noch bestehen. Vor allen Dingen sind es zwei Punkte, die in der Hinsicht in Frage kommen. Das erste Bedenken ist sehr leicht mit dem Wort **„Verstaatlichung der freien Liebestätigkeit“** zu charakterisieren. Der Staat übernimmt mit diesem Gesetz die gesamte Jugendfürsorge, auch diejenige, die bisher ausschließlich von der freien Wohlfahrtspflege geleistet wurde. Ich erinnere an die Jugendgerichtshilfe, an die Schutzaufsicht, die bisher noch in keinem Gesetz fundiert, noch nirgendwo gesetzlich legalisiert waren und doch bislang ausgezeichnet geführt worden sind. Man fürchtet nun ein großes Beamtenheer, eine starke Bürokratisierung und damit eine Verdrängung der freien Liebestätigkeit.

Diese Auffassung liegt aber in keiner Weise im Gesetz selbst begründet. Wenn das Gesetz die Jugendfürsorge in ihrem ganzen Umfange auf behördlichen Boden stellt, so doch keineswegs in der Art, daß es die freie Wohlfahrtspflege verdrängt. Im Gegenteil, es verbindet vielmehr Behörden und freie Wohlfahrtspflege zu einem Ganzen und stellt sie vereint und geschlossen und darum voller Wirkungsmöglichkeit in den Dienst unserer Jugend.

Das ist die Tendenz, die durch das ganze Gesetz geht, und man müßte schon das Gesetz, ich möchte fast sagen: böswillig vergewaltigen, wenn man diese Zusammenarbeit ausschließen, wenn man sich ihr entziehen wollte. Die Jugendfürsorge eignet sich auch nicht dazu, von Behörden und Beamten allein ausgeführt zu werden. Jugendfürsorge ist keine Massenarbeit, die von einzelnen geschafft werden kann. Ein Lehrer kann in einer Klasse eine ganze Schule, dreißig, vierzig, fünfzig Kinder unterrichten. In der Jugendfürsorge aber ist keine andere

(C) Hilfe möglich, als durch ausdauernde, eingehende innerliche, persönliche Stellung eines Menschen zum andern.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Und so gesehen, wird die Jugendfürsorge ein Arbeitsfeld von fast unbegrenzter Weite, das nicht durch Beamte allein bebaut werden kann, auch wenn ihr Heer noch so groß wäre. Dafür brauchen wir die freie Liebestätigkeit aller Organisationen, die wir fassen können, die zu treuer Zusammenarbeit mit den Behörden herangezogen werden müssen, wenn es überhaupt geschafft werden soll. Und dieser Gedanke ist in dem vor uns liegenden Gesetz geradezu verankert; noch nie ist in einem Gesetz gerade die freie Liebestätigkeit so gehoben, so auf festen Boden gestellt, wie in diesem Gesetz.

Nun hören wir ängstliche Stimmen sagen: Da verliert doch aber die Jugend-, die freie Wohlfahrtspflege ihre Selbständigkeit! — Nein, sie verliert sie nicht! Es heißt im Gesetz ausdrücklich „unbeschadet ihrer Selbständigkeit und ihres satzungsmäßigen Charakters“. Sie würde ja ihr Feinstes und Bestes verlieren, gerade das, was sie wertvoll macht, wenn man sie knebeln, wenn man ihr Fesseln anlegen wollte.

Zweitens wird in unseren Kreisen befürchtet eine **Politisierung der Jugendfürsorge.** Diese Befürchtung hat ihre Berechtigung, und wir nehmen sie ernst genug. Sie ist darin begründet, daß das Jugendamt sich auf dem Deputationssystem aufbaut, und mit der Deputation der Stadtverordneten ist die Politisierung ohne weiteres gegeben. Damit kommt auch ganz von selbst die bange Frage, die Sorge, ob nicht bei der so verschiedenen Lebensauffassung und Weltanschauung der verschiedenen Parteien ein gedeihliches Zusammenarbeiten fast unmöglich sei. Aber, meine Damen und Herren, diejenigen von uns, die jetzt schon längere Jahre hindurch mit Menschenkindern verschiedener Weltanschauung und verschiedenen Parteien zusammengearbeitet haben, werden mir (D) darin recht geben, daß die Gefahr mehr theoretisch als praktisch ist, eine Sache vorausgesetzt, daß man mit Menschen zu tun hat, die erstens Sachkenntnis und Erfahrung haben und zweitens gar nichts anderes wollen als das Wohl unserer Jugend. Freilich, wenn die Jugendfürsorge nicht mehr Selbstzweck bleibt, wenn sie Mittel zum Zwecke der politischen Agitation wird, wofür sie viel zu schade ist, dann sieht es böse aus. Wenn wir aber nur unsere Jugend fassen, ihre Nöte kennen lernen und ihr helfen wollen, kann man mit den verschiedensten Parteien weite Wegstrecken zusammengehen.

(Sehr richtig! im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Ich glaube, daß wir das auch im Ausschuß bewiesen haben. Es wird mir zeitlebens eine schöne Erinnerung bleiben, wie treu wir im Ausschuß auch mit Vertretern anderer Parteien und anderer Weltanschauungen gearbeitet haben. Wir haben gegenseitig gefühlt, daß wir es ehrlich meinten und haben uns in vielen Dingen gefunden und sind uns da entgegengekommen, wo es vorher recht schwer schien.

Unsere Wünsche nach dieser Richtung sind gewiß nicht alle erfüllt, wir hätten noch viele Wünsche an das Gesetz. Wir haben uns aber doch sagen müssen, wir müssen das Gesetz zusammen machen, und da muß einer dem andern entgegenkommen und einer den andern verstehen lernen. Nun spreche ich die Hoffnung aus, daß in der Ausführung des Gesetzes in den verschiedenen Kommunen dieser Geist walten wird. Dazu wollen wir alle beitragen, daß auch da nur die Sorge für unsere Jugend herrscht, wir wollen auch dort entgegenstehende Ansichten respektieren und Ehrfurcht vor der ehrlichen Überzeugung der andern haben, dann wird es gehen, dann sehe ich ohne Sorge der Ausführung

(**Neuhaus** [Westfalen], Abgeordnete.)

(A) dieses Gesetzes entgegen, so viele Wünsche wir auch noch hätten.

Darf ich zu dem Antrag der deutschnationalen Partei noch ein Wort sagen. Es sind dort Gedanken, die zum Teil auch die unseren sind, aber nicht alle. Dazu, daß der § 1801 hier nicht gestrichen werden soll, kann ich nur sagen, daß ich nicht recht verstehe, wie man die logische und juristische Möglichkeit finden will, in der vorliegenden Konstruktion des Gesetzes diesen Paragraphen stehen zu lassen. Aber ganz abgesehen davon, möchte ich doch sagen, daß es in diesem Stadium der Beratung des Gesetzes gefährlich wäre, wieder neue schwere Probleme aufzurollen,

(sehr richtig! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten)

wir wollen jedenfalls davon absehen, werden aus diesem Grunde die Anträge ablehnen, der Verabredung treu bleiben und das Gesetz so annehmen, wie es vorliegt.

(Lebhafter Beifall im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Juchacz.

Juchacz, Abgeordnete: Meine Herren und Damen! Wir sehen in dem Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt einen Anfang. Wir hoffen, daß diesem Gesetze noch eine ganze Reihe gesetzlicher Bestimmungen folgen werden, die in das große Gebiet der Jugendwohlfahrt hineingehören. Wenn nach § 1 jedes Kind ein Recht auf Erziehung zur Tüchtigkeit haben soll, so schließt das ganz logischerweise mehr ein, als in dem Gesetz selbst enthalten ist, zum Beispiel Schutz der Pflegekinder, der Waisen, Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige, Schutzaufsicht, Fürsorgeerziehung, Jugendgerichtshilfe und was Sie sonst noch unter dem

(B) § 3 finden. Es verlangt auch, daß die Bestimmungen des § 4, die subsidiär sind, also erst in zweiter Linie in Betracht kommen, von den leistungsfähigen Jugendämtern mindestens freiwillig sobald wie irgend möglich in Angriff genommen werden und ausgebaut werden. Es verlangt auch das Hineinbeziehen weiterer Gebiete der Jugendwohlfahrt, das einer späteren Gesetzgebung überlassen sein muß.

Wer seelische und körperliche Kindernot und ihren Umfang kennt, weiß, daß es noch nicht genug ist und sein kann, was in diesem Gesetz enthalten ist. Ich wünsche, daß die Jugendämter, die in den Großstädten bereits vorhanden sind oder aufgebaut werden, die sich in den leistungsfähigen Kreisen bilden werden, vielleicht als Abteilung der Wohlfahrtsämter, die zum Teil schon vorhanden sind, sich ihr Arbeitsgebiet so weit als irgend möglich stecken, daß sie sich dabei aber auch der weiteren Kreise aus dem Volke zur Mitarbeit bedienen. Der Mensch, der gern für die Jugend schaffen möchte, wird dadurch gestört, daß dieses Gesetz, wie es ja leider nicht anders sein kann, den Charakter eines Rahmengesetzes trägt. Es sind mir **Befürchtungen** laut geworden von Kommunalpolitikern, die sehr stark zu uns herüberneigen oder mit auf unserem Boden stehen, daß die **Länder** vielleicht bei ihren Ausführungsgesetzen zu diesem Gesetz oder bei den **Ausführungsbestimmungen** etwas anderes daraus machen könnten als wir es uns hier vorgestellt haben. Ganz besonders sind mir derartige Befürchtungen aus Bayern zugegangen, wo man große Bedenken gegen die Fassung des § 10 hatte. Ich möchte diesen Mitarbeitern von außen, die auf eine langjährige Praxis zurückschauen, deren Anregungen man nicht so ohne weiteres in den Wind schlagen darf, sagen, daß auch sie in der Politik die Kunst des Möglichen erblicken müssen, genau wie auch wir uns hier diesem Zwang unterwerfen mußten.

Frau Neuhaus hat darauf hingewiesen, daß in Ihren (C) Kreisen die Furcht vor der Politisierung der Jugendfürsorge vorhanden sei. Auch ich hatte mir vorgenommen, hier zu diesem Thema einiges zu sagen. Ich sehe keine **Politisierung der Jugendfürsorge** durch das Heranziehen weiter Volkskreise zur praktischen Arbeit, sondern sehe vielmehr in der Beteiligung aller Kreise zur Mitarbeit die Entpolitisierung, die Neutralisierung der Arbeit, die ja ihrem ganzen Charakter gemäß auch neutral bleiben muß.

Ich möchte aber auch zu dieser Frage noch etwas Grundsätzliches sagen, nachdem in den §§ 7 und 10 die Möglichkeit der **demokratischen Mitarbeit auf der ganzen Linie** gegeben worden ist. Neue Zeiten bringen neue Ideen und machen neue Kräfte mobil. Kräfte, die im Stillen schon seit Jahrzehnten wirkten, die sich nicht organisatorisch das Gepräge der öffentlichen Liebestätigkeit gegeben haben, die aber ihre geistigen und seelischen Antriebe und ihre Erfahrungen aus ihrer Umwelt schöpften, sind herangewachsen, sind reif geworden, um an dem Geschick der Jugend, der Jugend des ganzen Volkes tätig mitzuarbeiten. Es ist die Absicht dieser Kreise, sich dieser Arbeit zu bemächtigen, und dazu gibt ihnen das Gesetz glücklicherweise die Möglichkeiten. Sie bringen das große Verstehen mit für die Nöte der Jugend, weil sie die Leiden der eigenen Klasse mitempfunden haben und weil sie mit offenen Ohren und mit sehenden Augen dieses Leiden beobachten konnten. Diese neuen sozialen Kräfte, die zum Leben erwacht sind, drängen nach Betätigung, und ich glaube ganz bestimmt, daß bei einem Treffen aller Weltanschauungen auf dem Wege der praktischen Arbeit viele der bis jetzt gehegten Vorurteile sich abschleifen werden, daß man eine Befriedigung darin finden wird, gemeinsam für die Volkswohlfahrt, ganz besonders für den Zweig der Volkswohlfahrt, den wir als Jugendwohlfahrt bezeichnen, zu arbeiten. Die ganze Mitarbeit muß auf demokratischer Grundlage ruhen; etwas (D) anderes ist auch heute in der Wohlfahrtsarbeit nicht mehr möglich.

§ 10 gibt die Möglichkeit, diejenigen heranzuziehen, die auf eine lange Tradition zurücksehen und die, die aus den Schichten der Besitzlosen aufsteigen, um mit den vorhin Genannten an der Wohlfahrt der Jugend gemeinsam zu wirken. Sagt man den Kreisen, die erst jetzt in die organisierte Arbeit hineinkommen, denen das Gebiet an sich nicht neu ist, die aber jetzt erst in dieser Form zur Arbeit kommen, daß sie noch viel lernen müssen, so sagen wir, daß auch auf der andern Seite noch manches gelernt werden muß, daß die einen einen Erfahrungsschatz mitbringen, der vielleicht den andern noch mangelt, daß aber in diesem paritätischen Zusammenwirken erst alle Kräfte sich lösen können, die im Volke vorhanden sind. Wenn unsere Volksgenossen mit dem schönen Selbstvertrauen, mit dem sie seit langem bewußt ihre eigene Lage zu meistern gesucht haben, wobei sie sehr viele Erfolge hatten, die wohl unleugbar in der Geschichte dastehen, sich dieser Arbeit widmen, dann haben sie ein Recht sowohl zu diesem Selbstgefühl wie zur Arbeit.

Im übrigen meine ich, sollten wir es alle halten mit dem Ausspruch des großen Meisters:

Wer fertig ist, dem ist nichts recht zu machen,
Ein Werdender wird immer dankbar sein.

Privilegien soll es nicht geben auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt, ganz besonders nicht auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt. Hier sollen alle Kräfte mobil gemacht werden, die zur Arbeit zu gebrauchen sind; das Recht zur Mitarbeit soll jeder haben.

Wir begrüßen es, daß im Gesetz der **Begriff des Pflegekindes** endlich einmal fest umrissen ist und daß feste Bestimmungen im Gesetz enthalten sind für die Erlaubnis zur Aufnahme von Pflege-

(Juchacz, Abgeordnete.)

kindern, für ihre Anmeldungen bei der Aufnahme, für alle die Formalitäten, die erfüllt werden müssen, wenn wir zu einer geregelten Aufsicht der Pflegekinder kommen wollen. Wenn uns gesagt wird, daß es eine Ausnahmebestimmung gegen uneheliche Mütter ist, wenn sie in diesem Zusammenhang im Gesetz erwähnt werden durch die Bestimmung, daß die **Kinder unehelicher Mütter** von der **Aufsicht** widerruflich befreit werden können, dann sagen wir: das Recht des Kindes auf Erziehung zur geistigen und seelischen Tüchtigkeit vor allem zuerst und dann erst die Rechte der andern. Das trifft auch zu, wenn sie sich bei dem Ehemann der Mutter, der nicht der Vater des Kindes ist, befinden. Wir wollen, daß das Kind, das außerehelich geboren ist, die Wohltaten des Gesetzes in Anspruch nehmen kann. Wir wollen eigentlich viel mehr, nämlich daß jedes Kind, mindestens jedes Kind, das in gedrückter sozialer Lage aufwachsen muß oder durch andere Dinge des sozialen Lebens gefährdet wird, auch dann, wenn es nicht außerehelich geboren ist, der Aufsicht des Jugendamts zu unterstellen wäre.

§§ 28 und 29, die die **Unterbringung der Kinder** durch andere Behörden in **Familien- oder Anstaltspflege** betreffen, haben ebenfalls das Bedenken weitsichtiger Kommunalpolitiker hervorgerufen. Ich möchte ganz kurz mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren, was mir einer dieser Kommunalpolitiker geschrieben hat:

> Als Grundsatz muß gelten, daß das örtliche Jugendamt jedes Kind, das innerhalb seiner Rechtssphäre untergebracht wird, also auch solche, die seitens der Behörden in Pflege gegeben werden oder die sich in Anstalten befinden, überwachen und schützen muß. Es darf hierbei keine Lücke gelassen werden. Der Kreis der Fürsorgebedürftigen kann nicht weit genug gezogen werden. Selbstverständlich wird das Jugendamt nicht eigenmächtig vorgehen, wenn es sich um Kinder handelt, die von Behörden oder Anstalten betreut werden. Aber ein Recht zum Eingreifen in das Geschick jedes Kindes muß ihm gesichert bleiben. Das Jugendamt muß der Anwalt des Kindes in jeder Beziehung und das öffentliche Gewissen in Sachen der Jugendlichen sein.

Ich möchte die Regierung hier um eine Erklärung bitten, ob eine solche Auslegung des Gesetzes möglich ist. Ich glaube, daß der Grundsatz des Fragestellers durch das Gesetz erfüllt werden kann.

Wir begrüßen es als einen Fortschritt, daß das **Jugendamt des Geburtsortes** eines **unehelichen Kindes** zuerst die **Vormundschaft** übernimmt. Auch hier ist das Recht und das Wohl des Kindes an die erste Stelle gestellt worden. Wenn der § 38 — ich sage auch das mit Absicht nach außen hin — scheinbar diese Bestimmung durchbricht, so ist die Formulierung doch so, daß die uns gegenüber geäußerten Bedenken wohl zu verstehen sind. Doch ist zu hoffen, daß die Jugendämter als Vormundschaftsbehörden sich bald Vertrauen erworben haben werden und dann ihre Funktion als vormundschaftliche Behörden voll und ganz ausüben können.

Bei einem Ausbau der Jugendämter wäre es vor allen Dingen erwünscht, daß der Punkt 2 des § 4 „Mutterschutz vor und nach der Geburt" mit zu den vornehmsten Aufgaben der Jugendämter gehören müßte, wenn man **Mutterschutz vor und nach der Geburt** durch die Jugendämter organisieren würde — und dazu haben sie ja das Recht, wenn sie die Kräfte dazu haben —, dann wäre es auch möglich, ebenfalls durch die Arbeit der Jugendämter, für die **außerehelichen Mütter** die Entbindungskosten und die Sicherstellung der Unterhaltskosten für das Kind bis zum 3. Monat durchzuführen, wenn nur die Möglichkeiten dazu gegeben sind; das ist ja praktisch in allen Fällen durchaus nicht so.

Ich bin fest überzeugt, daß derartige Maßnahmen, seitens der Jugendämter getroffen, sehr stark die Sterblichkeit unter den außerehelichen Kindern, die immer noch eine sehr große ist, herabmindern würden.

Es gehen diesen Kommunalpolitikern, von denen ich sprach, die Befugnisse des Jugendamtes auch in der Vormundschaft durchaus nicht weit genug. Aber ich will nicht wiederholen; Politik ist eben die Kunst des Möglichen.

Ebenso werden uns gegenüber Bedenken geäußert wegen der Ausführung des § 51, von dem ich auch nur sagen kann, daß er dadurch sein Gepräge erhält, daß der hilfsbedürftige Jugendliche sofort Unterstützung in geeigneter Form erhalten muß. Die Verwaltung wird mit den übrigen Bestimmungen des § 51 fertig werden; davon bin ich ganz fest überzeugt.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhange, wo es sich um die pekuniäre Sorge für die Hilfsbedürftigen handelt, eine Frage an die Regierung stellen, und zwar handelt es sich hier um eine Frage an das Reichsarbeitsministerium: wann gedenkt das Reichsarbeitsministerium zu einer **Reform unserer Armengesetzgebung** zu kommen?

(Zuruf vom Regierungstisch.)

— Das ist also auch Sache des Ministeriums des Innern! Aber dann eine zweite Frage an das Reichsarbeitsministerium: wann wird man zu einer **Änderung des Kinderschutzgesetzes vom Jahre 1903** kommen? Diese beiden Fragen liegen uns sehr auf dem Herzen. Es bedrückt uns, daß es auch nach dem Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt noch immer Jugendliche geben wird, die der Wohltaten dieses Gesetzes nicht teilhaftig werden können. Es handelt sich ja doch nicht immer um die materielle Hilfe an sich, sondern auch um die Form der Hilfe, die man den Jugendlichen angedeihen lassen will, und weiter, daß das Kinderschutzgesetz von 1903 in seinen gesetzlichen Bestimmungen nicht so weit geht, daß es wirklich alle schulpflichtigen Kinder vor gewerblicher Ausbeutung schützt.

Es liegt in diesen beiden Materien eine Verwandtschaft mit dem Gesetz, weil es sich um Jugendwohlfahrt handelt, wenn ich auch hier zugeben will, daß auch in dem Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt die Frage der **Erziehung gefährdeter Jugendlicher** stark im Vordergrunde steht und damit die Erziehungsfrage überhaupt, wie es sich in den Bestimmungen über die Schutzaufsicht, die neu in das Gesetz kommen, aber in der Praxis schon lange geübt werden, ebenfalls ausdrückt. Wir hoffen, daß durch die Schutzaufsicht eine ganze Anzahl von Kindern von der Fürsorgeerziehung befreit bleiben werden. Das Wesentliche sehen wir nicht in der Befreiung von der Fürsorgeerziehung an sich, sondern in dem größeren Spielraum, der den Jugendwohlfahrtsbehörden für ihre Erziehungsmaßnahmen überhaupt bleibt. Es handelt sich bei den zu betreuenden Jugendlichen, die in irgendeiner Form mit den Gesetzen in Konflikt kommen, sehr oft um Kinder mit mangelhafter intellektueller oder seelischer Verfassung, und es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß nach diesem Gesetz auch darauf in Zukunft bei der Unterbringung von Kindern Rücksicht genommen werden soll.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist gerade ein Gebiet, in das die mit der Fürsorgeerziehung Betrauten noch sehr stark hineindringen müssen, in dem sie noch ganz außerordentlich viel zu lernen haben.

Frau Neuhaus wies darauf hin, daß im Ausschuß in langem, treuem und zähem Miteinanderarbeiten sich ganz deutlich gezeigt hat, daß bei gutem Willen sehr wohl etwas für die Jugendwohlfahrt zustande kommen kann, wenn

(Juchacz, Abgeordnete.)

(A) alle Beteiligten es wollen und keiner dabei aus der Reihe tanzt; und ich möchte sagen, daß das noch in sehr viel stärkerem Maße bei der Ausführung der Fall sein wird, ganz besonders bei der Ausführung der direkten Jugendfürsorge, bei der Ausführung der **Jugendfürsorgeerziehung**, wenn sie von den Vormundschaftsgerichten ausgesprochen wird. Hier haben wir die Pflicht, in die **Seelenart des Kindes** einzudringen. Hier haben wir auf seine erblichen Veranlagungen Rücksicht zu nehmen. Hier haben wir Rücksicht zu nehmen auf das, was an dem Kinde krank ist. Deshalb ist es — ich sage es noch einmal — gut, daß das Gesetz uns die Vorschrift bringt, daß bei der Unterbringung von Kindern auf ihre psychopathische Veranlagung Rücksicht zu nehmen ist. Wenn Fürsorgeanstalten und wenn Familien, in denen Fürsorgeerziehungskinder untergebracht werden, durch die Jugendämter als Aufsichtsbehörde lückenlos erfaßt werden, dann können die bedauerlichen Vorkommnisse nicht eintreten, die wir noch im letzten Jahre in Bayern und Thüringen erfahren haben. Ich will hier gar nicht auf die Einzelheiten dieser ganz schlimmen Erscheinungen, die sich da wieder einmal vor uns aufgetan haben, kommen. Es ist nicht erquicklich, sich damit in öffentlicher Rede zu beschäftigen, und Sie kennen sie ganz sicherlich alle. Ich weiß auch, daß von den Parteien, ganz abgesehen von der Weltanschauung des einzelnen, niemand ist, der diese Vorkommnisse etwa billigt. Sollten sich nicht alle Kräfte dazu zusammenfinden, um derartige Dinge unmöglich zu machen? Ist nicht die heranwachsende Jugend unser bestes Gut, auf das es für die Zukunft unseres Volkes ankommt, und ist nicht jedes einzelne Kind, das mit bestimmten Begabungen ausgerüstet dasteht, ein ganz wertvolles Gut an sich, enthält es nicht wertvolle Volkskraft? Deshalb sage ich zum Schluß: Bei der Arbeit für die Jugend, hinweg mit allem Vorurteil! Mit gutem Willen, (B) mit Selbstvertrauen, soviel wir zu haben berechtigt sind, aber auch mit der größten Vorurteilslosigkeit und ohne jeden Ehrgeiz heran an die Arbeit! Jedes gefährdete Kind, dem deutschen Volke zurückgerettet, ist Gewinn für die Zukunft.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Zu § 1 ist außer dem Antrag Schultz (Bromberg) und Genossen auf Nr. 4463 unter Ziffer 1 noch ein Antrag Dr. Löwenstein, Henke und Fraktion — Drucksache 4466 — mir übergeben worden, der dahin geht, den § 1 zu streichen und dafür zu setzen:

> Jedes deutsche und in Deutschland lebende Kind hat ein Recht darauf, im Geiste der Gemeinschaft, an gesellschaftlich nützlicher Betätigung gleichzeitig zu voller Entfaltung seiner Fähigkeiten und zur gesellschaftlichen Verantwortlichkeit erzogen zu werden.
>
> Öffentliche Jugendhilfe tritt in allen Fällen, ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche oder gesellschaftliche Stellung der Erziehungsverpflichteten ein, wenn dieses Recht des Kindes auf Erziehung nicht erfüllt wird.
>
> Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten ist ein Eingreifen nur zulässig, wenn es ein Gesetz erlaubt.

Ich erteile weiter das Wort dem Herrn Abgeordneten Hensel (Ostpreußen).

Hensel (Ostpreußen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ehe ich den schweren Bedenken Ausdruck gebe, die ein Teil meiner politischen Freunde bezüglich der Durchführbarkeit des Gesetzes hat, Bedenken, die sich nicht an den Inhalt des Gesetzes knüpfen, sondern an die Kostenfrage, möchte ich zunächst die angenehmere Aufgabe erfüllen, über die Uebereinstimmung zu reden, die wir alle bezüglich der Ziele und der Notwendigkeit dieses Gesetzes mit den andern Parteien zu haben meinen.

Wir stimmen der Regierungsbegründung durchaus zu, wenn sie sagt, daß ein solches Jugendwohlfahrtsgesetz nötig ist, um nach dem Zusammenbruch des deutschen Volkes und Reichs infolge der Revolution und des harten Friedensvertrags die Zukunft des Volkes wieder aufzubauen, und daß diese Zukunft Deutschlands Jugend ist. Auch das ist unsere Ansicht, daß diese Jugend gefährdet ist, daß sie zum großen Teil der Verwahrlosung anheimgefallen ist. Wir sind auch der Meinung, daß eine Zusammenfassung all der Arbeit, die an der Beseitigung dieser Mißstände im Volksleben tätig ist, notwendig ist, eine Zusammenfassung und eine Beseitigung der Zersplitterung, die auf diesem Gebiete bisher geherrscht hat.

Auch sind wir nicht dagegen, daß ein Jugendamt als Mittelpunkt dieser Arbeit und als Einrichtung der Selbstverwaltung der Gemeinden geschaffen wird.

Vor allem aber legen wir großen Wert auf drei Dinge in diesem Gesetz. Zunächst darauf, daß das **Recht der Familienerziehung** nicht geschmälert wird.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Herr Kollege, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. — Ich darf bitten, die Zwischenunterhaltungen während der Rede eines Abgeordneten wenigstens etwas dämpfen zu wollen.

Hensel (Ostpreußen), Abgeordneter: Der Antrag, der von unabhängiger Seite soeben eingereicht ist, zeigt uns ja, daß ein Teil der Mitglieder dieses Hauses anscheinend den Wert der Familienerziehung hinter die öffentliche Erziehung zurückstellt. Wir müssen die öffentliche Erziehung durchaus ablehnen. Ein Kind kann am besten nur erzogen werden von den Personen, die die Liebe der Eltern, die Liebe des Vaters und der Mutter zu diesem Kinde im Herzen tragen. Alle öffentliche Erziehung kann diese natürlichste und heiligste Liebe nicht ersetzen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir müssen deshalb gerade den ersten Paragraphen ganz besonders daraufhin ansehen, ob das Recht der Familienerziehung gewahrt ist, und da können wir anerkennen, daß in gewisser Beziehung die Familienerziehung dort ihre genügende Unterlage findet. Allerdings nicht gerade in der unglücklichen Form, die in dem Abs. 2 des § 1 gewählt ist, wo es heißt:

> Das Recht und die Pflicht der Eltern zur Erziehung werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

Denn das stimmt mit den Tatsachen gar nicht überein. Das Recht und die Pflicht der Eltern zur Erziehung werden ja vielfach durch dieses Gesetz eingeschränkt. Es wäre viel besser, wenn man den Wortlaut der Reichsverfassung hier heranzöge. Das ist ja wohl auch der Sinn dieses Satzes. Man will das Recht und die Pflicht der Eltern zur Erziehung schützen und sie unangetastet wissen, und das würde geschehen, wenn wir die Form wählten, wie wir sie in unserem Antrag, der heute neugedruckt ist, gewählt haben:

> Die Erziehung bleibt oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern und Erziehungsberechtigten.

Wir wollen durchaus betonen, daß wir dieses Recht der Reichsverfassung bezüglich der Elternerziehung uns nicht nehmen lassen, daß es auch hier in diesem Gesetz unangetastet bleiben soll.

Das zweite, worauf wir Wert legen ist, daß die bisher so segensreich ausgeübte **Tätigkeit der freien Verbände** nicht eingeschränkt, nicht zurückgedrängt, nicht aus-

(Heusel [Ostpreußen], Abgeordneter.)

geschaltet wird. Diese Gefahr liegt vor, wenn ein Jugendamt in selbstbewußter Auffassung seiner Rechte und Pflichten diese bisher zu großem Segen arbeitenden Verbände zurückdrängen und sich selbst an ihre Stelle setzen will. Wir würden dann die Wohlfahrtsarbeit geradezu nicht fördern, sondern durch das Jugendamt gefährdet sehen in bezug auf ihr innerstes Wesen, in bezug auf die Motive der Mitarbeiter und der Beseelung der ganzen Arbeit.

Bessere Ausbildung, wie sie dieses Gesetz verlangt, wie die Jugendämter sie auch aufweisen sollen in der Jugendwohlfahrtspflege, muß sein, aber ohne das gute Herz bleibt auch solche bessere Ausbildung nur ein schwacher Ersatz. „Wenn ich mit Menschen- und mit Engelszungen redete und hätte der Liebe nicht, so wäre ich ein tönendes Erz und eine klingende Schelle!" Kein Wissen und kein Können der Berufsarbeiter kann Ersatz sein für die opferwillige Gesinnung, die auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege von denen betätigt wird, welche, getrieben durch die Liebe zu dem armen notleidenden Volke, sich dieser Arbeit bisher geweiht haben.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen)

Diese Arbeit wollen wir deshalb als die Seele des Ganzen unverkümmert sehen und wollen ihr Recht und ihre Betätigungsfreiheit nach allen Richtungen hin gewahrt wissen. Die Nächstenliebe ist die Seele auch der Wohlfahrtspflege, und sie wird auf den Plan treten müssen und wird uneigennützig in den Dienst des Jugendamts sich stellen müssen, um das Ganze zu fördern. Darin sind wir mit den Vertretern, die vor mir geredet haben, durchaus einig, daß alle Kräfte im Volke und alle Parteien sich die Hand reichen müssen, um hier an dieser gemeinsamen Not zu arbeiten und für Abhilfe zu sorgen.

Das dritte, worauf wir noch besondere Betonung legen zu müssen glauben, ist das, was in dem Jugendgesetzentwurf auch vielfach zu seinem Rechte kommt, nämlich das **Recht der konfessionellen Erziehung.** Über Erziehung ist man ja heute manchmal recht verworrener Ansicht. Ich habe vor einiger Zeit ein Heft, und zwar das Heft 4 des Jahrgangs 1919 der Internationalen **Jugendbibliothek aus dem Verlage der „Jungen Garde"** in Berlin in die Hand bekommen. Darin finden sich **Ausführungen über Erziehung,** die zu unseren Anschauungen über Erziehung und zu der christlichen und konfessionellen Erziehung, wie wir sie uns denken, in einem gar zu krassen Gegensatz stehen. Es ist unglaublich, was in diesem Heft zum Ausdruck kommt. Da heißt es wörtlich — ich darf wohl mit Genehmigung des Herrn Präsidenten einen kurzen Auszug vorlesen:

> Es kann sich nicht darum handeln, das proletarische Kind wieder in die Bevormundung der Familie zurückzuführen.
>
> (Hört! Hört! rechts.)
>
> Was kein Gesinnungsunterricht, keine Mahnung, keine Strafe, nicht einmal das Beispiel vermag, die Selbsterziehung der Kinder untereinander wird es vermögen.
>
> (Hört! Hört! rechts.)
>
> Die Erziehung des Arbeiterkindes muß zugleich eine politische Erziehung sein, muß eine Erziehung sein zum Klassenkampf.
>
> (Hört! Hört! rechts.)
>
> Nicht übergeordnet, sondern beigeordnet soll der Lehrer seinen Schülern sein.

Und nun noch einige Schlußsätze daraus!

> Die Frage der geschlechtlichen Aufklärung und der Veredelung sinnlicher Liebe steht mit im Mittelpunkt jeder Erziehung. Die sinnliche Geschlechtsliebe ist für uns kein gefährliches Feuer, das man ängstlich auf das Geringstmaß herabschrauben muß. Wir sind genußfrohe Erdenkinder und sehen in der fleischlichen Liebe eine Steigerung aller geistigen und körperlichen Lebensfunktionen. Das proletarische Mädchen harrt nicht mehr ängstlich des Versorgers, braucht ihm also auch nicht ihre Keuschheit zu bewahren, sie ist Herrin über ihren Leib. Auch die Folgen des geschlechtlichen Verkehrs braucht sie nicht mehr zu fürchten. Schließlich gibt es auch Mittel und Wege, die Folgen des Geschlechtsverkehrs zu verhindern.
>
> (Hört! Hört!)
>
> Nichts Äußerliches hemmt heute die proletarische Jugend, sich bedenkenlos dem Rausch der Stunde hinzugeben.

(Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren! Es wäre traurig um unser Volk bestellt, das ja von dieser Sünde schon gar zu sehr angefressen ist, wenn solchen Kreisen die Möglichkeit gegeben würde, an Stelle der Familienerziehung und der konfessionellen Erziehung die öffentliche Erziehung zu setzen. Ich glaube, daß der verlesene Auszug vielleicht nur eine Entgleisung eines einzelnen ist, und daß mancher von denen, die hinter diesen Kreisen stehen, sich schaudernd abgewandt hat. Aber es gibt heutzutage doch viele, die sich über alle Sittengesetze skrupellos hinwegsetzen und damit auch die Jugend anstecken. Das wollen wir verhüten, indem wir an Stelle der öffentlichen Erziehung die Familienerziehung und die konfessionelle Erziehung setzen.

Die Kirche hat auf diesem Gebiet ja schon lange vorgearbeitet und hat sich seit jeher von den Worten leiten lassen: „Lasset die Kindlein zu mir kommen!" und von dem anderen Worte: „Mich jammert des Volks, denn sie sind zerstreut und verschmachten, wie Schafe, die keinen Hirten haben." Seitdem ist es die heiligste Pflicht der Kirche und der Konfessionen gewesen, im Gehorsam gegen diese Worte die gefährdeten Seelen zu retten und die gesunden Seelen zu bewahren. Darum ist die Jugendwohlfahrtsarbeit lange vor der kommunalen Inangriffnahme heiligste Sorge gerade der kirchlichen Kreise gewesen, darum hat sich die Kirche dieser Arbeit besonders angenommen. Das zeigt ja auch die Tatsache, daß die evangelische Kirche das Amt der Jugendpfarrer gegründet hat, die sich nicht nur der religiösen Beeinflussung der Jugend annehmen, sondern auch alle der anderen Nöte und Gebrechen, die auch dieses Jugendwohlfahrtsgesetz beseitigen will.

Deshalb bedauern wir, daß die konfessionelle Erziehung, auf die in dem Gesetz sonst vielfach Rücksicht genommen wird, an einer Stelle doch Schaden gelitten zu haben scheint, nämlich in dem § 33, der von der **Amtsvormundschaft** handelt. Danach soll der **§ 1801 des Bürgerlichen Gesetzbuches,** der bestimmt, daß das Vormundschaftsgericht dem Vormund die Vormundschaft entziehen kann, wenn er ein anderes Bekenntnis hat als das Mündel, nicht zur Anwendung kommen. Es sind dort noch eine Reihe von anderen Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuchs angeführt, die von der Anwendung ausgeschlossen sein sollen. Wir beantragen daher, daß in der Reihe der nicht zur Anwendung kommenden Paragraphen der § 1801 des Bürgerlichen Gesetzbuches gestrichen wird.

Ich will mich nicht in Einzelheiten verlieren, sondern dem löblichen Vorbild meiner Vorrednerinnen folgen und möglichst kurz zur Sache sprechen. Aber an einer Unschönheit und Lücke dieses Gesetzentwurfs kann ich nicht vorübergehen. Das ist der Abs. 2 des § 71 des Gesetzentwurfs, der von der **Fürsorgeerziehung bei den bekenntnisfreien Kindern** handelt. Da heißt es:

> Minderjährige ohne Bekenntnis sollen nur mit ihrem Einverständnis, sofern sie ihr Bekenntnis

(Hensel [Ostpreußen], Abgeordneter.)

(A) selbst bestimmen können, andernfalls mit demjenigen des Erziehungsberechtigten in einer Familie oder in einer Anstalt eines bestimmten Bekenntnisses untergebracht werden.

Diese Bestimmung soll zwar erst im Jahre 1925 in Kraft treten, weil man annimmt, daß bis dahin bekenntnisfreie Anstalten gebaut werden könnten; aber wie wird es werden, wenn man diese Anstalten bis dahin nicht baut, was ja bei dem Finanzelend der Gemeinden und des Reichs anzunehmen ist? Dann sind die Dissidentenkinder, die der Fürsorgeerziehung überwiesen werden sollen, besser daran, als die andern; denn dann kann sich der Minderjährige einfach weigern, sich als Fürsorgezögling in eine bekenntnismäßige Familie senden zu lassen, und verlangen, daß er in einer bekenntnisfreien untergebracht wird. Sind aber solche bekenntnisfreien Familien zur Aufnahme von Zöglingen nicht geeignet und gibt es keine bekenntnisfreien Anstalten bis dahin, so bleiben diese minderjährigen Fürsorgezöglinge eben vor der Fürsorgeerziehung bewahrt, deshalb bitten wir, unseren Antrag anzunehmen, daß, wo keine geeigneten Familien oder Anstalten für bekenntnisfreie Kinder vorhanden sind, es eines solchen Einverständnisses des Minderjährigen nicht bedarf, sondern daß das Vormundschaftsgericht entscheidet, in welche Familie er aufzunehmen ist.

Zum Schlusse komme ich zu der schlimmsten und heikelsten Frage, der **Kostenfrage,** an der ja das ganze Gesetz unter Umständen in seiner Ausführung scheitern kann. Es hat große Mühe gekostet, dem Herrn Reichsfinanzminister statt der 50 Millionen 100 Millionen Mark abzuringen. Unterdessen ist die Entwertung der Mark so gewaltig gestiegen und wird wahrscheinlich noch immer mehr steigen, daß diese 100 Millionen nicht einmal zur Deckung des Bedarfs für die hauptamtlichen Stellen der Jugendämter ausreichen werden. Gerade aus Bayern ist (B) ganz kategorisch in einer Eingabe, die uns heute zugegangen ist, erklärt worden:

> Es darf kein Zweifel darüber gelassen werden, daß der bayerische Staat und die bayerischen Gemeinden angesichts ihrer Finanzlage schlechterdings außer Stande sind, diesen Aufwand im Rahmen einer ordnungsmäßigen Wirtschaft aufzubringen.

Meine Damen und Herren! Wenn es im § 50 des Gesetzes heißt, daß **beihilfsbedürftigen Minderjährigen** nicht nur die Erziehung und die Erwerbsbefähigung aus Mitteln des Jugendamtes bestritten werden soll, sondern auch ihre darüber hinausgehende **Berufsvorbildung,** dann eröffnet sich da ein Ausblick in eine Unmenge von Kosten, die unmöglich von den leistungsschwachen und armen Gemeinden aufgebracht werden können. Seitdem die unglückselige Finanzreform den **Gemeinden** die Steuerquellen verschlossen hat, ist ja immer wieder der Notschrei dieser dem Bankrott immer mehr sich nähernden Gemeinden laut geworden. Ich erinnere nur an den Tag, wo der ganze Plenarsitzungsraum hier von den Vertretern der deutschen Städte voll war, die zum Teil in herzzerreißenden Worten um Hilfe in ihrer Finanznot gerufen haben. In einer solchen unglückseligen Zeit wird es kaum möglich sein, solche neuen Lasten diesen so verarmten, mit ihrem Haushalt völlig in Unordnung geratenen Gemeinden aufzuerlegen.

(Sehr richtig! rechts.)

Deshalb wird, wenn dieses Bedenken nicht in irgendeiner Form beseitigt wird, vielleicht dadurch, daß man im § 4 bei den fakultativen Aufgaben des Jugendamtes hinzusetzt, wie wir das auch in unserem Antrage, der heute eingereicht worden ist, gesagt haben, daß das alles nur nach Maßgabe der verfügbaren Mittel in Angriff zu nehmen ist, wenn das nicht angenommen wird, dann wird, so leid es uns tut, ein großer Teil meiner politischen Freunde gegen den Gesetzentwurf stimmen müssen.

Endlich hätte ich noch den einen Wunsch, daß die Vertreter der großen **Wohlfahrtsverbände** bei der Verteilung der Mittel nicht ganz von der Mitberatung über die Art der Verteilung ausgeschlossen werden. Nach dem Gesetzentwurf hat die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats die **Verteilung der Mittel** vorzunehmen. Wenn hier von der Reichsregierung die Rede ist, nehme ich an, daß dann auch der Reichsjugendbeirat, das Reichsjugendamt, das ja bei dem Reichsministerium des Innern eingerichtet werden soll, bei dieser Verteilung der Mittel mitzureden haben wird.

Im großen und ganzen können wir also von unserem Standpunkt aus sagen: Wir freuen uns, wenn es gelingt, das Gesetz über die gefährlichen Klippen der Kostenfrage, an dem es zu scheitern droht, hinwegzubringen. Auch wir wollen, daß die deutsche Jugend, nicht nur die gefährdete, sondern auch die gesunde Jugend, für die großen Aufgaben der Zukunft mehr als bisher vorbereitet und gestärkt wird. Wir haben deshalb auch als Vertreter unserer Fraktion im Ausschuß getreulich und sachlich mitgearbeitet, und ich kann bestätigen, was von Frau Kollegin Juchacz hervorgehoben worden ist und ebenso von der verehrten Frau Berichterstatterin zu meiner Linken, daß in der Tat eine große Einmütigkeit bei den Beratungen insofern geherrscht hat, als alle nicht von politischen Gesichtspunkten aus, sondern aus herzlicher Liebe und Fürsorge für die gefährdeten Glieder unseres Volkes sich an der Arbeit beteiligt haben. Bei reibungslosem Miteinanderarbeiten wird, falls das Gesetz zustande kommen sollte, es dann auch gelingen, unserm Volke ein gesundes Geschlecht zu erziehen, das sich den großen Aufgaben, die ihm die Zukunft bei dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes stellen wird, gewachsen zeigt. Dann wird allerdings die Eintracht ganz besonders nötig sein, damit auch auf diesem Gebiete unseres öffentlichen Volkslebens das alte Wort unvergessen bleibe:

> Durch Eintracht wachsen kleine Dinge;
> Durch Zwietracht gehen die größten zugrunde.

(Beifall rechts.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Leutheußer.

Leutheußer, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Vor einigen Tagen brachte eines unserer Tageblätter die Mitteilung über den Arbeitsplan des Reichstags und betonte dabei, daß die ersten Tage mit minder wichtigen Vorlagen ausgefüllt seien. Ich möchte nicht hoffen, daß die Besetzung des Hauses beweist, wie sehr der Reichstag sich dieses ad notam genommen hat. Denn ich sollte meinen, ein Gesetz wie das Jugendwohlfahrtsgesetz müßte für den Reichstag ein ganz besonderes Interesse haben.

(Sehr richtig!)

Denn ohne die Gesundung unserer Jugend wollen wir überhaupt die Hoffnung auf Wiederaufbau unseres Volkes aufgeben. Wir haben — und das ist schon von verschiedenen Seiten betont worden — in zahlreichen Sitzungen im Ausschuß den Gesetzentwurf der Regierung durchberaten. Vieles des Regierungsentwurfes ist durch die Beschlüsse des Ausschusses gebessert worden; das gebe ich von meinem Standpunkt ohne weiteres zu. Aber gar manches ist vielleicht auch durch die Ausschußbeschlüsse verschlechtert worden. Wenn wir letzten Endes für das Gesetz im allgemeinen stimmen, so muß es uns doch vergönnt sein, Kritik zu üben, soweit wir eine Kritik für nötig halten. Wir stimmen dafür, weil wir der Meinung sind, daß es sich im großen und ganzen hier ja nur um ein Rahmengesetz und überhaupt

(Leutheußer, Abgeordneter.)

(A) um eine Gesetzesmaterie handelt, die nicht einfach in starre Rechtsformen hineinzupressen ist, sondern gerade bei diesem Gesetz kommt es mehr als sonst darauf an, daß es vernünftig ausgelegt und zweckmäßig von den Ländern ausgeführt und vor allen Dingen zweckmäßig von den mit seiner Durchführung beauftragten Behörden und nicht in rein bureaukratischer Weise gehandhabt wird.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Schon der **Titel des Gesetzes** hatte bei den Ausschußberatungen zu langen Auseinandersetzungen Veranlassung gegeben, weil die Sachverständigenkommission gewünscht hatte, das Gesetz nicht „Jugendwohlfahrtsgesetz", sondern kurz „Jugendgesetz" zu nennen. Wir konnten uns im Ausschuß auf diesen Standpunkt nicht stellen, denn tatsächlich ist es nicht ein Gesetz, das die ganzen Rechtsverhältnisse der Jugend behandelt, nicht vermögensrechtliche Fragen, und auch nicht Fragen familienrechtlicher Natur, sondern tatsächlich lediglich ein Wohlfahrtsgesetz. Um also keinen Zweifel über die Bedeutung und den Umfang bestehen zu lassen, mußte der Titel „Wohlfahrtsgesetz" beibehalten werden. Sonst wäre ja auch der Antrag ganz gerechtfertigt gewesen, der von der linken Seite gestellt war, mit diesem Gesetz das Jugendgerichtsbarkeitsgesetz zu verbinden. Aber auch dadurch wäre der wirkliche Zweck des Gesetzes nur verschleiert worden.

Notwendig ist das **Gesetz** unbedingt. Wir hören noch immer so viele Stimmen: was hat denn das ganze Gesetz für einen Zweck? Was das Gesetz will, besteht ja schon! — Im großen und ganzen gewiß, aber über das eine kommen wir nicht hinaus, daß bis jetzt alle die Bestimmungen, die hier vorliegen, im Bürgerlichen Gesetzbuch, in den Ausführungsgesetzen dazu und in allen möglichen anderen Gesetzen verstreut sind, und

(B) daß gerade die Sorge um unsere Jugend, die in jetziger Zeit so außerordentlicher Gefährdung ausgesetzt ist, eine vollständige Sammlung aller geltenden Rechtsbestimmungen im Interesse der klaren Durchführung der Jugendwohlfahrt unbedingt notwendig ist. Es muß weiter vermieden werden, daß diejenigen Kräfte, die jetzt auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt tätig sind, aneinander vorbei oder vielleicht sogar gegeneinander arbeiten. Es ist auch notwendig aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen, daß alle Faktoren, die sich mit der Jugendwohlfahrt befassen, gesammelt werden, zu einheitlicher, gemeinsamer Arbeit.

Der Zweck des Gesetzes hat seinen Ausdruck in dem § 1 des Gesetzes gefunden, wo es heißt:

> Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit.

Das ist an und für sich selbstverständlich, und fast ebenso selbstverständlich sollte der zweite Satz sein:

> Das Recht und die Pflicht der Eltern zur Erziehung werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

Wie notwendig und grundsätzlich dieser Gedanke ist, beweist der Antrag, der heute von der linken Seite gestellt worden ist. Es ist ganz klar und kann nicht bestritten werden, daß hier eine völlige Verschiedenheit der Weltanschauungen vorliegt. Während wir auf dem Standpunkt stehen, die **Grundlage einer richtigen Erziehung in der Familie** zu erblicken, vertritt die linksradikale Seite die Auffassung, daß die Erziehung Pflicht, Aufgabe und Recht der Gesellschaft und des Staates sei. Wir sind der Ueberzeugung, daß die beste Grundlage für die Erziehung der Jugend zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft die Familie bildet,

(lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei und im Zentrum)

(C) und daran werden wir festhalten. Um deswillen freue ich mich auch, daß es möglich war, in der zweiten Lesung diesen Satz, der in erster Lesung auf Antrag der linken Seite gestrichen worden war, entsprechend meinem Antrage in den § 1 des Entwurfs wieder einzufügen.

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Wir wissen eben genau, wie sich die Linke hier zu dieser Frage stellt, und daß deshalb diese Bestimmung wirklich grundsätzliche Bedeutung hat. Ich erinnere nur daran, daß bei der Beratung des Antrags Neuhaus auf Einbringung eines Jugendwohlfahrtsgesetzes die Frau Abgeordnete Zetkin so wenig freundliche Ausführungen machte über die Bedeutung der Familienerziehung, der sie jedes Recht und jeden Wert absprach.

(Hört! Hört! rechts.)

Ich weise darauf hin, daß — bei anderer Gelegenheit allerdings, nicht hier im Reichstag — ich aus dem Munde des Herrn Abgeordneten Dr. Löwenstein ebenfalls ein kaum verständliches Urteil über die **„kapitalistische" Familienerziehung** hören mußte.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich weiß wirklich nicht, was der Kapitalismus mit der Familienerziehung zu tun hat.

(Lachen links.)

Ich glaube, für manche Familie wäre es recht erwünscht, wenn etwas mehr Kapitalismus vorhanden wäre.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Herr Dr. Löwenstein glaubte damals das Wort aussprechen zu müssen, daß er der Familie in erzieherischer und kultureller Beziehung jegliche Bedeutung abstreiten müsse. Ich bedaure dieses Urteil außerordentlich.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

(D) Hat denn Herr Dr. Löwenstein in seiner Jugend so schlechte Erfahrungen gemacht, daß er ein derartiges Urteil über die Bedeutung der Familienerziehung ausspricht? Wir halten mit aller Entschiedenheit an unserm Standpunkt fest, weil wir in ihm die Grundlage für unser ganzes Jugendwohlfahrtsgesetz überhaupt sehen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn in der ersten Lesung auch von anderer Seite gegen dieses Gesetz gestimmt worden ist mit der Begründung, daß das Jugendwohlfahrtsgesetz tatsächlich Beschränkungen der Familienerziehung enthalte, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß das nicht der Fall ist. Das **Gesetz** bringt tatsächlich eine **Beschränkung der Familienerziehung** nicht; Beschränkungen der Familienerziehung gibt es vielmehr nur, soweit im Bürgerlichen Gesetzbuch oder in den Ausführungsgesetzen dazu solche Beschränkungen bestimmt sind. Eine weitere Beschränkung der Familienerziehung will das Gesetz niemals eintreten lassen. Das dürfen wir nicht vergessen, und deswegen müssen wir mit aller Entschiedenheit für die Beibehaltung dieses Rechtssatzes im § 1 eintreten. Im Vordergrund unserer ganzen Erwägungen bei der Annahme dieses Gesetzes steht der Grundsatz, daß die Familie die beste Gewähr für die ordnungsmäßige Erziehung der Jugend bietet. Was der Jugend durch dieses Jugendwohlfahrtsgesetz gegeben werden soll, soll auch lediglich die Familienerziehung ersetzen, niemals aber bringt es die öffentliche Erziehung, das Recht und die Pflicht des Staates und der Gesellschaft auf die Erziehung.

Der Aufbau des Entwurfs der Regierung läßt in erfreulich klarer Weise erkennen, was das Gesetz erreichen will. Es will Jugendwohlfahrt erreichen durch Jugendhilfe, die gegliedert wird einmal in die Jugendfürsorge, die der — ich will mich kurz ausdrücken — moralisch gefallenen oder gefährdeten Jugend gelten

(**Leutheußer**, Abgeordneter.)

(A) soll, und zweitens in Jugendpflege, die die gesunde Jugend bewahren soll vor den Versuchungen, die nun einmal die Straße und das Leben mit sich bringen. Deswegen hat der Entwurf richtig gegliedert die Aufgaben, die die **Jugendfürsorge** in sich birgt, und diejenigen Aufgaben, die die **Jugendpflege** erfordert. Wenn auch diese klare Scheidung ein gewisse Einschränkung und Unklarheit bekommen hat durch die Einfügung der an sich durchaus zu begrüßenden Ziffern 6 und 7 im § 3, möchte ich doch noch ausdrücklich betonen, daß auch für die Zukunft unbedingt daran festgehalten werden muß, daß es sich in dem § 3 um die Aufgaben der Jugendfürsorge und im § 4 um die Aufgaben der Jugendpflege handelt. Die Aufgaben der Jugendfürsorge sind aber Pflichtaufgaben für die Jugendbehörden, die Aufgaben der Jugendpflege sind Zweckmäßigkeitsaufgaben. Hiernach — das möchte ich hier einschalten — scheidet sich auch die Art der **Mitwirkung der freiwilligen Organisationen**. Es ist schon von einigen Vorrednern darauf hingewiesen, daß in den Kreisen der freiwilligen Organisationen eine gewisse Befürchtung besteht, daß ihre Tätigkeit durch dieses Jugendwohlfahrtsgesetz gefährdet sei. Das ist durchaus unrichtig. Der Ausschuß hat sich vom ersten Tage seiner Beratung an auf den Standpunkt gestellt, daß in keiner Weise die Aufgaben und die Tätigkeit der freiwilligen Organisationen irgendwelche Einschränkung erfahren dürfen, im Gegenteil, daß ihrer segensreichen Wirksamkeit durch dieses Gesetz nur noch eine rechtliche Stütze gegeben werden soll. Ich meine, es ist unsere Pflicht, gerade an dieser Stelle auch den freiwilligen Organisationen den Dank des Volkes dafür auszusprechen, daß sie sich in so reichem Maße bisher der Jugendwohlfahrt angenommen haben.

(Sehr gut! rechts.)

(B) Es wäre geradezu ein Beweis der Undankbarkeit des Staates, wenn er jetzt die Mitwirkung der freiwilligen Organisationen auf die Seite schieben wollte.

(Sehr wahr! rechts.)

Wir wollen doch daran denken, daß Jugendwohlfahrt zu einer Zeit getrieben wurde, als der Staat noch nicht geglaubt hat, die Jugendwohlfahrt zu seinen Aufgaben machen zu müssen. Damals waren es die freiwilligen Organisationen, die Kinderheime, Kindergärten, Krippen eingerichtet haben, die Beratungsstellen für Mütter und dergleichen einrichteten. Ich erinnere an jene Häuser und Anstalten, wie die Pestalozzi-Fröbel-Häuser, die sich zur Pflicht gemacht haben, diejenigen Kräfte auszubilden, die die Erziehung der Kinder, die für die Jugendwohlfahrtspflege in Frage kommen, in segensreicher Weise üben müssen.

Es wird unterschieden für ihre Tätigkeit einmal, soweit es sich um die Pflichtaufgaben des § 3 handelt. Hier ist ihre Mitwirkung mehr sekundärer Natur. Aber es ist ausdrücklich den Organen, die jetzt mit der Ausführung des Gesetzes beauftragt sind, zur Pflicht gemacht, sich der Einrichtungen zu bedienen, die seitens der freiwilligen Organisationen geschaffen sind. Sie haben die Pflicht, die freiwilligen Organisationen für ihre eigene Tätigkeit heranzuziehen und in den Dienst ihrer Tätigkeit zu stellen. Soweit es sich dann um die Aufgaben der Jugendpflege handelt, ist dagegen die Tätigkeit der freiwilligen Organisationen primärer Natur. Hier sollen die Jugendwohlfahrtsbehörden nur eingreifen, wenn Organisationen der freiwilligen Tätigkeit nicht vorhanden sind oder Einrichtungen freiwilliger Organisationen fehlen. Und wenn diese Fälle vorliegen, soll nach dem Willen des Gesetzes die Pflicht der Behörde in erster Linie darin bestehen, die Tätigkeit der vorhandenen freiwilligen Organisationen oder die Gründung derartiger Organisationen anzuregen.

(C) Das Gesetz — und darauf muß ich mit wenigen Worten noch eingehen — regelt im allgemeinen nur die Aufgaben, die ich als Pflichtaufgaben bezeichnet habe, während die sogenannten Zweckmäßigkeitsaufgaben des § 4, also der Jugendpflege, eine eingehende Regelung im Gesetz nicht erfahren haben.

Ich möchte mir einige Worte in erster Linie zu der Pflichtaufgabe des Pflegekinderwesens gestatten. Ich bedaure, daß hier durch die zweite Lesung des Ausschusses eine Abänderung des Regierungsentwurfs vorgenommen worden ist. Es ist nicht zu leugnen, daß auch die Fassung, die der Regierungsentwurf gewählt hatte, nicht jeden Zweifel über die Bedeutung der Begriffsbestimmung des Pflegekindes ausschloß. Aber die Zweifel sind behoben durch die Begründung, die dem Entwurf beigefügt ist, in der ausdrücklich darauf hingewiesen worden ist, daß es sich um den Begriff der Pflege-, Zieh- und Haltekinder handelt. Das ist ein vollständig feststehender Begriff, der in der Juristensprache vollkommen bekannt ist und durch viele Entscheidungen höchster Gerichte völlige Klärung erfahren hat. An seine Stelle ist leider durch die Beschlüsse des Ausschusses eine neue Bestimmung getreten, die eine völlig neue Definition des Pflegekindes enthält und lediglich sagt:

> Pflegekinder sind Kinder unter 14 Jahren, die sich dauernd oder nur für einen Teil des Tages, jedoch regelmäßig in fremder Pflege befinden, es sei denn, daß von vornherein feststeht, daß sie unentgeltlich in vorübergehende Bewahrung genommen werden.

Also jedes Kind, welches nur in Verwahrung gegeben wird, untersteht diesem Jugendwohlfahrtsgesetz. Wenn ich ein noch nicht 14 Jahre altes Kind bei einer bekannten Familie auf dem Lande zur Erholung für kurze Zeit unterbringe, unterliegt es dem Jugendwohlfahrtsgesetz, untersteht es der Aufsicht der Wohlfahrtsbehörden. (D) Wenn eine Arbeiterfrau an das Krankenbett ihrer Eltern gerufen wird, und die Kinder, da der Mann an die Arbeit gehen muß und sich um die Kinder nicht kümmern kann, bei einer Nachbarfamilie für die Zeit der Abwesenheit der Mutter gegen eine geringe Entschädigung in Pflege gegeben werden, da selbstverständlich bei den jetzigen Verhältnissen diese Aufnahme nicht unentgeltlich verlangt werden kann, so ist die Folge davon, daß das Kind als Pflegekind im Sinne des Jugendwohlfahrtsgesetzes gilt; es untersteht der Kontrolle durch die Jugendwohlfahrtsbehörden. Die Folge davon wird aber naturgemäß sein, daß derartige Unterbringungen aus Gefälligkeit in Zukunft nicht mehr möglich sein werden oder mindestens außerordentlich erschwert werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Es wird weiter das eintreten, was wir nicht wollen, daß diese gesetzliche Bestimmung einfach umgangen wird! Sie wird höchstens in den Fällen nicht umgangen werden, in denen bestimmt eine für das Kind vorteilhafte Art der Unterbringung vorliegt. Liegt aber ein Fall vor, auf den sich dieses Jugendwohlfahrtsgesetz mit Recht beziehen muß, dann dürfen wir sicher sein, daß eine Anmeldung überhaupt nicht erfolgt. Diejenigen Fälle, die durch das Gesetz getroffen werden sollen, werden überhaupt nicht getroffen. Ich bin überzeugt, daß alle diejenigen, die für diesen Antrag in der zweiten Lesung gestimmt haben, sich tatsächlich nicht die Tragweite dieser Bestimmung klar gemacht haben.

(Hört! Hört! rechts.)

Wenn gesagt wird, daß in § 20 für solche vorübergehenden Fälle ja lediglich nur eine Anmeldung verlangt wird, so bedeutet eine Anmeldung doch nichts anderes, als daß durch diese Anmeldung die Jugendwohlfahrts-

(Leutheußer, Abgeordneter.)

(A) behörden die Möglichkeit bekommen, sich nunmehr um diesen Pflegefall zu kümmern. Sie sind in der Lage, Beamte hinzuschicken und zu kontrollieren, ob das Kind auch ordnungsmäßig untergebracht ist oder nicht. All das sind Belästigungen und Erschwerungen für die Betroffenen wie für die Behörden, die zweifellos mit dem Zweck und dem Geist des Jugendwohlfahrtsgesetzes nicht zu vereinbaren sind; denn das Gesetz will lediglich das Pflegekinderunwesen beseitigen — —

(Der Abgeordnete Däumig wird von einer schweren Ohnmacht befallen.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Die Sitzung wird auf eine Viertelstunde unterbrochen.

(Pause von 5 Uhr 43 Minuten bis 5 Uhr 54 Minuten.)

Präsident: Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst dem Wunsche Ausdruck geben, daß der schwere Unfall, von dem Herr Kollege Däumig betroffen worden ist, keine schlimmeren Folgen für ihn haben möge. Herr Kollege Däumig war mehrere Wochen hindurch wegen Krankheit beurlaubt und hatte auch heute bereits wieder ein Urlaubsgesuch wegen Krankheit eingereicht. Er hat also in einem übertriebenen Pflichteifer die Sitzung aufgesucht und ist nun von diesem Unfall betroffen worden. Ich hoffe, daß er sich recht bald davon erholt.

Ich möchte aber im übrigen dem Hause vorschlagen, die Beratung jetzt abzubrechen — wir sind sowieso nahe am Schluß — und sie morgen fortzusetzen nachmittags 2 Uhr mit der Tagesordnung:

1. Interpellation der Abgeordneten Müller (Franken) und Genossen, betreffend antirepu- (B) blikanische Kundgebungen von Angehörigen der alten Armee und Beteiligung der Reichswehr an derartigen Veranstaltungen (Regimentsfeiern);
2. Interpellation der Abgeordneten Crispien und Genossen, betreffend die Vorkommnisse aus Anlaß der Hindenburg-Feier in Königsberg i. Pr;
3. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Geldstrafen in der Reichsversicherungsordnung und im Versicherungsgesetze für Angestellte;
4. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Pauschbeträge für die Spruchsachen bei den Oberversicherungsämtern;
5. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Lohnstatistik;
6. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur weiteren Entlastung der Gerichte.

Meine Damen und Herren! Die beiden ersten Punkte sind nur Anfragen an die Regierung; die danach aufgeführten vier Punkte sind kleine Gesetze, die Ihnen im Laufe der letzten Wochen als Drucksachen zugegangen sind.

7. Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes;
8. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Zulassung der Frauen zu den Ämtern und Berufen der Rechtspflege.

Ein Einwand gegen die Tagesordnung wird nicht erhoben; sie steht fest.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 56 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

226. Sitzung.

Mittwoch den 14. Juni 1922.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 16 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Als Vorlagen sind eingegangen:

1. Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung der patentamtlichen Gebühren;
2. Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Anwendung der Verträge zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich vom 6. Oktober 1921, 15. März und 3. Juni 1922 sowie der Vereinbarung zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission vom 2. Juni 1922 über die Ausführung der Reparationssachleistungen.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:
in den 22. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Haas (Baden)
der Abgeordnete Koch (Weser);
in den 23. Ausschuß für den Abgeordneten Delius
der Abgeordnete Brodauf.

Ich habe Urlaub erteilt den Abgeordneten
Wissel für 5 Tage,
Frau Tesch (Hessen-Nassau) für 8 Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand ist:

Interpellation der Abgeordneten Müller (Franken) und Genossen, betreffend antirepublikanische Kundgebungen von Angehörigen der alten Armee und Beteiligung der Reichswehr an derartigen Veranstaltungen (Regimentsfeiern) (Nr. 4462 der Drucksachen).

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(Präsident.)

(A) Ich richte zunächst die Frage an den Herrn Vertreter der Reichsregierung, ob und wann sie die Interpellation beantworten will.

Das Wort hat der Herr Oberst v. Haack.

Ritter **v. Haack,** Oberst im Reichswehrministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die Reichsregierung ist bereit, die Interpellation innerhalb der vorgesehenen Frist zu beantworten.

Präsident: Die Interpellation wird dann erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Wir kommen dann zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

Interpellation der Abgeordneten Crispien und Genossen, betreffend die Vorkommnisse aus Anlaß der Hindenburgfeier in Königsberg i. Pr. (Nr. 4464 der Drucksachen).

Ich richte auch hier dieselbe Frage an den Herrn Vertreter der Reichsregierung und erteile das Wort dem Herrn Oberst v. Haack.

Ritter **v. Haack,** Oberst im Reichswehrministerium, Kommissar der Reichsregierung: Auch bezüglich dieser Interpellation wird die Reichsregierung in der gleichen Weise verfahren.

Präsident: Auch diese Interpellation wird dann erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Wir kommen zum dritten Gegenstand:

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Geldstrafen in der Reichsversicherungsordnung und im Versicherungsgesetze für Angestellte (Nr. 3922 der Drucksachen).

(B) Als Kommissare sind angemeldet:
Ministerialräte Grieser, Spielhagen, Dr. Aurin und Dr. Dersch,
Oberregierungsrat Dr. Krohn,
Senatspräsident Dr. Lippmann.

Ich eröffne die erste Beratung, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Ein Antrag auf Ausschußberatung liegt nicht vor; wir können also sofort in die

zweite Beratung

eintreten. Ich rufe auf § 1. — Ich darf ihn, da Widerspruch nicht erfolgt, für angenommen erklären.

§ 2. — Desgleichen.

§ 3. — Ebenfalls.

Einleitung und Überschrift. — Desgleichen.

Wenn kein Widerspruch erhoben wird, können wir das kleine Gesetz auch sofort in dritter Lesung erledigen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache in der

dritten Beratung, —

schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf § 1, — und erkläre ihn für angenommen.

§ 2. — Desgleichen.

§ 3. — Ebenso.

Einleitung und Überschrift. — Angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum vierten Gegenstand der Tagesordnung:

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Pauschbeträge für die Spruchsachen bei den Oberversicherungsämtern (Nr. 4069 der Drucksachen.)

(C) Als Kommissare sind angemeldet Herr Ministerialrat Grieser und Herr Oberregierungsrat Dr. Heyse.

Ich eröffne die erste Beratung, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Ein Antrag auf Ausschußberatung ist nicht gestellt; wir können also auch die

zweite Beratung

gleich vornehmen. Ich rufe in derselben auf Art. 1 — und erkläre ihn für angenommen, da kein Widerspruch erhoben ist. Art. 2, — 3, — Einleitung und Überschrift. — Ebenso.

Falls das Haus damit einverstanden ist und sich kein Widerspruch erhebt, kann auch hier die

dritte Beratung

sofort vorgenommen werden. — Das Haus ist damit einverstanden. Ich eröffne die allgemeine Beratung in der dritten Lesung, schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen, und rufe in der besonderen Beratung auf Art. 1, — 2, — 3, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Artikel, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich darf annehmen, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum fünften Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Lohnstatistik (Nr. 44197 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet:
für das Reichswirtschaftsministerium
Ministerialdirektor Dr. Hüttenhein,
Ministerialrat Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Wagemann,
Referent Dr. Eppenstein;
(D) für das Statistische Reichsamt
Präsident Delbrück,
Direktor Dr. Platzer,
Regierungsrat Dr. Agthe;
für das Reichsarbeitsministerium
Ministerialrat Klehmet,
Referent Dr. Foth.

Ich eröffne die erste Beratung. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Ich beantrage namens meiner Freunde, das Gesetz einem Ausschuß, und zwar dem 5. Ausschuß, zu überweisen.

(Rufe: Dem 6. Ausschuß! — Gegenrufe: Dem 5. Ausschuß! Es ist eine Vorlage des Reichswirtwirtschaftsministeriums!)

Es wurde überall der 5. Ausschuß genannt.

Präsident: Ich möchte es nicht gern durch Abstimmung entscheiden lassen.

(Pause.)

Die Herren sind also jetzt damit einverstanden, daß wir den Entwurf dem 5. Ausschuß überweisen. — Es ist so beschlossen.

Dann kommen wir zum sechsten Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur weiteren Entlastung der Gerichte (Nr. 4450 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Warmuth.

Warmuth, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung sieht die erste und zweite Beratung des Entwurfs vor. Es liegt daher nahe, daß

(**Warmuth**, Abgeordneter.)

(A) man die Sache über die Bühne gehen lassen will, ohne sie vorher in einem Ausschuß zur Erörterung zu bringen. Das letztere scheint mir aber notwendig. Ich stelle diesen Antrag und will ihn mit ganz wenigen Worten begründen.

Der Gesetzentwurf enthält eine ganze Reihe von Bestimmungen, namentlich strafprozessuale, die man ohne weiteres unterschreiben kann, und die eine besondere Erörterung im Ausschuß kaum rechtfertigen würden. Er enthält aber auch einige Bestimmungen, bei denen es doch zweifelhaft sein kann, ob sie tatsächlich das richtige treffen. Das ist die Zuständigkeitsgrenze insofern, als die **amtsgerichtliche Kompetenz in Zivilprozeßsachen** von 3000 auf 10000 erhöht werden soll. Dem wäre ohne weiteres zuzustimmen, wenn automatisch mit der Geldentwertung auch eine Zunahme der landgerichtlichen Prozesse erfolgt wäre, so daß man hier von einer Hypertrophie reden müßte und auf der anderen Seite eine so starke Abwanderung von den Amtsgerichten die Folge gewesen wäre, daß dort eine Art Verkümmerung der prozessualen Geschäfte vorläge. Der Entwurf spricht ja in seiner Begründung auch tatsächlich aus, daß diese Erscheinung eingetreten sei. Ich möchte aber gerade daran doch gewisse Zweifel anknüpfen. Es liegt mir hier von dem **Bund der Deutschen Landgerichtsanwälte** eine **Denkschrift** vor, die eine Anlage enthält, in der eine Reihe von Landgerichten genannt wird, in denen gerade die entgegengesetzte Erscheinung zu Tage tritt. Es mag das auffallen, findet aber schließlich seine Erklärung darin, daß heutzutage eben eine Scheu besteht, große Prozesse anhängig zu machen. Der Kostenaufwand ist außerordentlich erheblich, und man zieht daher den Vergleich oder das schiedsgerichtliche Verfahren vor. Die uns hier vorliegende **Statistik** ist keineswegs vollständig, ich möchte aber eben, daß uns eine vollständige Statistik zur Verfügung gestellt wird, um ein definitives Urteil in (B) dieser außerordentlich wichtigen Frage fällen zu können. Der Herr Reichsjustizminister ist auch selbst dieser Auffassung seinerzeit gewesen. Ich darf den Herrn Reichsjustizminister darauf aufmerksam machen, daß der Rechtsanwalt Buß, ein Vorstandsmitglied des hessischen Anwaltsvereins, bei ihm gewesen ist und ihm vorgetragen hat, daß gerade bei den hessischen Landgerichten die eigentümliche Erscheinung zutage getreten ist, daß im Jahre 1921 ein außerordentlich starker **Rückgang in den Prozessen der Landgerichte** im Gegensatz zu den Amtsgerichten stattgefunden hat. Es ist, wenn ich dem folgen darf, was hier von Rechtsanwalt Buß mitgeteilt wird, dann auch von Ihnen die Antwort an ihn ergangen, daß, wenn in der Tat ein derartig geringer Prozeßgang bei den Landgerichten zu verzeichnen wäre, dann selbstverständlich der Entwurf von Ihnen nicht seine Zeichnung bekommen würde. Es ist aber gleichwohl geschehen, und ich muß wohl annehmen, daß Ihnen eine besondere Statistik nicht vorgelegen hat, Herr Reichsjustizminister; denn während der Entwurf vom 3. Mai 1922 datiert ist, ist erst später, im Justizministerialblatt von Preußen vom 12. Mai, die Aufforderung ergangen, eine Statistik über die in Betracht kommenden Prozeßeingänge beizubringen. Diese Beibringung der statistischen Nachrichten ist noch nicht vollendet gewesen, als der Reichsrat sich mit der Sache schon beschäftigt hat, nämlich am 30. Mai, da nämlich die Frist für die Einbringung der Statistik erst am 1. Juni abgelaufen ist. Kurz und gut, die Sache liegt so, daß wir gegenwärtig hier noch einen unklaren Tatbestand vor uns haben. Ich bitte dabei auch zu berücksichtigen, daß hier 6000 Landgerichtsanwälte, deren geschäftliche Interessen eine immerhin nicht unbedenkliche Schädigung erleiden würden, 3000 Amtsgerichtsanwälten, also der Hälfte, gegenüberstehen. Es liegen aber nicht diese allein, sondern, was mehr in Betracht kommt, die Allgemeinheit berührende Interessen (C) vor, und infolgedessen ist es notwendig, daß erst dieses ja nunmehr gesammelte statistische Material im Ausschuß vorgelegt wird und dort zur Beratung kommt.

Auch die weitere Frage, die **Berufungsgrenze** zu erhöhen, hat immerhin ihre gewissen Bedenken. Man kann doch wohl sagen, daß ein großer Teil der Prozesse sich unter einem Objekt von 1500 Mark bewegt. Dadurch würden viele Objekte, gerade der kleinen Leute, um die Berufung kommen, die in manchen Fällen durchaus am Platze wäre. Man sollte ihnen eine Nachprüfung nicht versagen. Ich stelle aus allen diesen Gründen den Antrag, den Entwurf dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Wels hat den gleichen Antrag auf Überweisung an den Rechtsausschuß gestellt. Ich nehme also an, daß das Haus damit einverstanden ist. Ich möchte nur den Rechtsausschuß, aber auch den Volkswirtschaftlichen Ausschuß bitten, die ihnen überwiesenen Vorlagen bald in Angriff zu nehmen, damit wir sie vielleicht Mitte nächster Woche im Plenum vollständig erledigen können.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung, zur

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes (Nr. 1666 der Drucksachen).

Bericht des 29. Ausschusses (Nr. 3959 der Drucksachen).

Berichterstatterin: Abgeordnete Frau Dr. Lüders.

Anträge Nr. 4463, 4466.

Wir hatten die Beratung bei § 1 unterbrochen.

Der Herr Abgeordnete Leutheußer hatte seine Ausführungen noch nicht beendet; ich erteile ihm das Wort.

(D)

Leutheußer, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich mußte gestern infolge eines betrübenden Ereignisses im Reichstag meine Ausführungen unterbrechen, und Sie werden mir gestatten, daß ich den Faden meiner Ausführungen an dem Punkte wieder aufnehme, wo ich sie gestern unterbrechen mußte. Ich hatte mich mit einigen Worten zu der Frage der **Pflegekinder** gewandt und darauf hingewiesen, daß nach meiner Überzeugung die Fassung, die die §§ 19a und 20 für den Begriff der Pflegekinder gewählt haben, gegenüber der Fassung des Entwurfs nicht glücklich sei. Ich hatte darauf hingewiesen, daß man von dem juristisch feststehenden Begriff des Pflegekindes, Haltekindes, Ziehkindes abgewichen sei, und daß damit eine Definition gewählt sei, die eine viel zu weite Auslegung des Pflegekindbegriffes ergebe. Danach ist der Begriff des Pflegekindes erfüllt, wenn ein Kind nur überhaupt in Verwahrung gegeben wird, während bei dem Begriff des Pflegekindes, wie er bisher bestanden hat, gerade Voraussetzung war, daß in dem Verhältnis zwischen Pflegekind und Pflegeeltern ein elternähnliches Verhältnis eintrete, daß auf die Pflegeeltern gewissermaßen die selbständige Verantwortlichkeit für das Ergehen und die Erziehung des Kindes übergehe und daß auch dem Begriff des Pflegekindes und der Pflegeeltern ein gewisses gewerbsmäßiges Moment anhafte; denn dieses Erfordernis ergibt sich schon aus der Gewerbeordnung, die sich mit dem Begriff der Erziehung der Kinder gegen Entgelt befaßt, wenn auch dieses Gebiet dort nicht geregelt wird, sondern durch besondere Vorschrift dem Polizeiverordnungsrechte der einzelnen Länder überlassen wird.

Ich will noch darauf hinweisen — ich habe schon einige Fälle derartiger Konsequenzen angeführt — daß es nach der Fassung, wie sie jetzt gewählt ist, auch unter das Jugendwohlfahrtsgesetz fallen würde, wenn jemand

(Leutheußer, Abgeordneter.)

(A) seine Kinder einer andern Familie anvertraut, um sie in eine Sommerfrische oder auf das Land mitzunehmen, während doch hier gar nicht der Gedanke besteht, die selbständige Verantwortlichkeit auf jene Personen abzuwälzen, die das Kind in Verwahrung nehmen; denn die Eltern wollen diese Verantwortlichkeit und den Einfluß auf das Ergehen und die Erziehung der Kinder unbedingt behalten.

Ich weise auch darauf hin, daß in der jetzigen Begriffsbestimmung ein Widerspruch mit dem § 3 besteht. Der § 3 enthält die **Pflichtaufgaben** und regelt als solche auch die Frage der Pflegekinder. Ich habe schon gestern darauf aufmerksam gemacht, daß diese Pflichtaufgaben **Fürsorgeaufgaben** betreffen, also Aufgaben, die die Fürsorge für die gefallene und gefährdete Jugend bedeuten. Ich meine: wenn man den Begriff so weit zieht, wie es im § 19a geschieht, dann kann man in vielen Fällen wahrlich nicht von einer Fürsorge zum Wohle einer gefallenen oder gefährdeten Jugend sprechen.

Aber auch ein weiterer Widerspruch liegt vor, mit den Bestimmungen des Strafgesetzbuches. Auch das **Strafgesetzbuch** kennt in den §§ 52 und 174 den **Begriff der Pflegeeltern**, und die einheitliche Rechtsprechung des Reichsgerichts geht dahin, daß eben ein elternähnliches Verhältnis, eine selbständige Verantwortlichkeit der Pflegeeltern verlangt werden muß. Das sind Merkmale, die bei der Begriffsbestimmung des § 19a fehlen, weil eben jede Art der Verwahrung ohne diese Begriffsmomente genügt, um den Begriff des Pflegekindes herzustellen.

Noch auf einen weiteren Widerspruch muß ich hinweisen, der zwischen dem § 19a und § 20 besteht. Während im § 19a ausdrücklich betont ist, daß es sich nicht um Pflegekinder handelt, wenn Kinder unentgeltlich in vorübergehende Bewahrung genommen werden, wird in § 20 trotzdem bestimmt, daß auch in diesen Fällen eine An-

(B) meldung beim Jugendwohlfahrtsamt notwendig ist.

(Hört! Hört! rechts.)

Das geschieht doch nur zu dem Zwecke, um dem Jugendwohlfahrtsamt Gelegenheit zu geben, sich auf Grund dieser gesetzlichen Vorschrift um diese Fälle behördlich zu kümmern. Das geht also über den Rahmen dessen hinaus, was in § 19a selbst erst festgelegt worden ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Gestatten Sie mir, dann noch mit wenigen Worten auf das Institut der **Vormundschaft** einzugehen, die in dem Gesetzentwurf in die Form der Amtsvormundschaft umgestellt wird. Es ist an sich das Natürliche — und das ist der Grundbegriff der Vormundschaft —, daß das Kind, welches leider nicht mehr den elterlichen Schutz genießt, einen persönlichen Vormund bekommt. Das wird für alle Zeiten das Richtigste bleiben. Wir wissen aber, daß sich leider gerade in den Städten immer mehr und mehr ein Bedarf an Vormündern geltend gemacht hat, sodaß es nicht mehr möglich war, geeignete Vormünder in nötiger Zahl zu finden. Das hat vor allem die größeren Gemeinden und Städte dazu geführt, zu dem System der **Berufsvormundschaft** überzugehen, Berufsvormünder zu bestellen, von denen man naturgemäß erwarten konnte, daß sie sich persönlich der ihnen anvertrauten Mündel annehmen könnten. Leider hat sich im Laufe der Zeit herausgestellt, daß dieses persönliche Band in vielen Fällen fehlte und bei der großen Zahl der übertragenen Vormundschaften fehlen mußte.

(Sehr wahr! rechts.)

Vielfach hat sich ergeben, daß das Mündel während der ganzen Vormundschaft wegen der geschäftlichen Überlastung des Berufsvormundes nicht die Gelegenheit hatte, vielleicht auch nur einmal mit dem Vormund in persönliche Berührung zu kommen; es bedeutete schon ein Glück, wenn es möglich war, die Angelegenheiten des Mündels mit einem der Angestellten des Berufsvormundes zu erörtern. (C) Das hat den Gedanken nahe gelegt, eine weitere Änderung in dem System der Vormundschaft eintreten zu lassen, und das finden wir nunmehr in dem Begriff der Amtsvormundschaft. Danach soll die Behörde, das Jugendamt, der Vormund sein. Ich glaube, daß dies eine durchaus zweckmäßige Regelung ist. Nur bedaure ich, daß dabei nicht einer Anregung und einem Antrage von mir Folge gegeben worden ist, den ich in erster Lesung gestellt hatte, dahingehend, daß die Ausübung der Vormundsobliegenheiten, wie das Gesetz will, den einzelnen Mitgliedern des Jugendamtes oder seinen Beamten nicht nur übertragen werden kann, sondern diesen übertragen werden soll. Auf diese Weise sollten möglichst in allen Fällen der Vormundschaft persönliche Beziehungen zwischen dem Beauftragten und dem Mündel herbeigeführt werden. Diese Erwägung hatte mich auch veranlaßt, den weiteren Antrag zu stellen, daß diejenigen Mitglieder oder Beamten des Jugendamtes, denen die Obliegenheiten der Vormundschaft übertragen sind, nach außen hin die Rechte und Pflichten des Vormunds haben sollten. Leider ist dieser Antrag abgelehnt worden, hauptsächlich, weil sich die Regierung auf den Standpunkt gestellt hat, daß damit ein gewisser **Behördendualismus** geschaffen würde. Wenn das der einzige Dualismus in unserer Behördenorganisation wäre, den es gibt, würde ich gegen den Standpunkt der Regierung nichts einzuwenden haben. Wir finden aber Fälle von Dualismus auf manchen Gebieten der Verwaltung, und deswegen würde ich kein Bedenken tragen, auch hier etwas Dualismus in Kauf zu nehmen, wenn es sich darum handelt, das Wohl und Wehe der Mündel damit besser zu wahren, als es nach der Vorlage des Gesetzes möglich erscheint.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

In der zweiten Lesung ist wenigstens der Zusatz angenommen worden, daß den Mitgliedern und Beamten des (D) Jugendamts die rechtliche Vertretung der Mündel eingeräumt sein soll. Das gibt an und für sich selbstverständlich nur eine rechtliche Legitimation nach außen hin, vor allen Dingen den Gerichten gegenüber. Aber ich will doch hoffen, daß die Behörden, die die Ausführung dieses Gesetzes haben, in dieser Bestimmung gleichzeitig den Wunsch erblicken, daß mit dieser Einräumung der rechtlichen Vertretung gleichzeitig auch ein gewisses persönliches Band und persönliche Beziehungen zwischen denen, die die Obliegenheiten des Vormunds zu erfüllen haben, und dem Mündel geschaffen werden sollen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Mit einer außerordentlich wichtigen Frage befaßt sich der § 50. Hier ist in das Jugendwohlfahrtsgesetz ein neues Gebiet eingefügt worden, die öffentliche Unterstützung hilfsbedürftiger Minderjähriger, die somit dem Gebiete der Armenunterstützung entzogen wird. Besonders erfreulich ist, daß damit eine geeignete **Berufserziehung** ermöglicht ist. Wir billigen durchaus, daß die Regierung dieses Gebiet mit in das Jugendwohlfahrtsgesetz aufgenommen hat, und wenn von manchen Seiten ganz gewiß mit Recht Bedenken insofern geäußert worden sind, daß der Entwurf sich auf das Minimum der Berufserziehung beschränkt, so mag doch andererseits bedacht werden, daß ein tüchtiger Charakter sich auch durchsetzen wird, selbst wenn nach dem Gesetz für ihn nur die Möglichkeit besteht, die einfachsten Berufe zu ergreifen. Andererseits müssen wir bedenken, daß gerade die Kostenfrage es uns unmöglich macht, hier die Wünsche zu erfüllen, die zweifellos bestehen, nämlich eine Berufsausbildung für diese Unterstützungsbedürftigen einzuführen, die allein ihrer Anlage und ihren Fähigkeiten entspricht. Außerdem wollen wir auch bedenken, daß immerhin eine solche Bestimmung eine Besserstellung gegenüber den Kindern minderbemittelter

(**Leutheußer**, Abgeordneter.)

(A) Eltern bedeuten würde, auf die die Vorschriften des Jugendwohlfahrtsgesetzes nicht zutreffen und die sich doch mit dem Minimum einer Berufsausbildung abfinden müssen.

Und zum Schluß noch ein Wort über ein wichtiges Gebiet, welches ebenfalls das Jugendwohlfahrtsgesetz behandelt: die **Fürsorgeerziehung.** Sie ist an die Stelle der bisherigen Zwangserziehung getreten, und wenn wir uns auch freuen wollen, daß der etwas ominöse Name „Zwangserziehung“ gefallen ist, so müssen wir uns doch sagen, daß es nicht allzu lange dauern wird, bis auch der Begriff der Fürsorgeerziehung wegen des Materials, welches der Fürsorgeerziehung unterfällt, naturgemäß seine harmlose Bedeutung verliert. Umsomehr ist es zu begrüßen, daß der Entwurf hier eine, ich möchte sagen, Vorstufe der Fürsorgeerziehung in der **Schutzaufsicht** eingeführt hat, die in leichteren Fällen, in denen an sich die Fürsorgeerziehung wohl einzuleiten wäre, nicht die scharfe Form der Fürsorgeerziehung bringt, sondern es bei einer Beaufsichtigung der betreffenden Jugendlichen bewenden läßt, die durch das Jugendamt bezw. durch die Mitglieder des Jugendamtes geübt wird, für die damit freilich ein großes Maß von Arbeit und Verantwortung erwächst.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich möchte wünschen und würde es mit Freuden begrüßen, wenn von dieser Möglichkeit der Schutzaufsicht möglichst viel Gebrauch gemacht wird: einmal in den Grenzfällen und dann auch in den leichteren Fällen, die an und für sich die Unterlage bieten würden, um sofort die Fürsorgeerziehung eintreten zu lassen.

Es ist gestern schon von einigen Rednern auf die **Kostenfrage** hingewiesen worden, und ich halte mich für verpflichtet, zum Schluß meiner Ausführungen auch hierzu einige Worte zu sagen. Die Kostenfrage ist ohne Zweifel augenblicklich wenig befriedigend geregelt. Im ersten (B) Entwurf waren als Reichszuschuß 50 Millionen eingesetzt. Es ist dem Ausschusse durch Hartnäckigkeit gelungen, die Summe auf 100 Millionen zu erhöhen. Das ist vor Jahresfrist gewesen. Jetzt liegen die Verhältnisse so, daß die 100 Millionen die Hälfte dessen bedeuten, was jetzt einzusetzen wäre. Aber um deswillen können und dürfen wir das Gesetz nicht scheitern lassen, wenn wir auf dem Standpunkt stehen, daß das Gesetz für die Durchführung einer geeigneten Jugendwohlfahrtspflege notwendig ist.

Weiter macht aber auch der geringe Betrag der öffentlichen Mittel die Mitwirkung der freiwilligen Organisationen um so unentbehrlicher; denn ohne die zahlreichen freiwilligen Beihilfen, die von den privaten Organisationen für Zwecke der Jugendwohlfahrt aufgewendet werden, wird es den Jugendbehörden gar nicht möglich sein, bei ihren beschränkten eigenen Mitteln die Aufgaben des Jugendwohlfahrtsgesetzes auch nur annähernd durchzuführen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir haben uns auf den Standpunkt des Regierungsentwurfs gestellt, der lediglich **Zuschüsse** geben will **zu den Mehraufwendungen,** die den Ländern auf Grund des Gesetzes erwachsen. Sie wissen, daß der Reichsrat dagegen forderte, daß die gesamten Mehraufwendungen vom Reich übernommen werden sollen, allerdings auch nur in dem Rahmen der 100 Millionen, die in dem Gesetz vorgesehen sind. Wir halten es für richtig, daß die Fassung des Regierungsentwurfs bleibt, weil nach unserer Auffassung das Reich, wenn es die Mittel gibt, naturgemäß auch eine Mitwirkung bei der Ausführung des Gesetzes haben müßte. Das ist aber nicht möglich, da die Länder und die Gemeinden die Träger der Jugendwohlfahrt sind. Es würde sich also das Bild ergeben, daß die Gemeinden und Länder als Träger der Jugendwohlfahrt alle Einrichtungen treffen könnten und würden, die auf Grund des Gesetzes notwendig sind, vielleicht auch nur zweckmäßig und nützlich, und das Reich hätte lediglich die Kosten dafür zu tragen. Das würde ein Zustand sein, der zweifellos nicht zu verantworten wäre. Ich glaube, wir müssen uns bei der Regelung beruhigen, die der Regierungsentwurf vorgesehen hat. (C)

Wir wollen dabei bedenken — ich möchte dies von dieser Stelle noch einmal besonders betonen —, daß von der Regierung die Zusicherung gemacht worden ist, daß die vorgesehenen Mittel nicht etwa für den Aufbau des nötigen Behördenorganismus verwendet werden sollen, sondern nur der Durchführung der tatsächlichen Aufgaben, die die Jugendbehörden haben, dienen dürfen. Wir müssen uns eben damit abfinden, daß es sich vorläufig nur um eine immerhin recht mäßige Summe handelt, die das Reich gibt und nach unseren ganzen Finanzverhältnissen wohl nur geben kann.

Also trotz großer Bedenken, die an und für sich gegen den Inhalt des Gesetzentwurfs bestehen, trotz der Bedenken vor allen Dingen, die sich aus der Kostenfrage ergeben, sind wir der Überzeugung, daß es sich empfiehlt, diesem Gesetz zuzustimmen. Die zweckmäßige Durchführung des Gesetzes muß zweifellos dazu beitragen, die moralische Gesundung unserer deutschen Jugend zu fördern. Wir wissen aber, daß in der Gesundung unserer Jugend die einzige Grundlage für eine Gesundung unseres ganzen deutschen Volkes überhaupt liegt.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Tritt diese innere Gesundung nicht ein, die wir unbedingt brauchen, dann nützt uns auch die beste Erledigung der großen auswärtigen Fragen nichts. Es kommt darauf an, daß das Volk im Innern gesundet, dann wird auch der Wiederaufbau unseres deutschen Vaterlandes in der Zukunft nicht ausbleiben!

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

(D)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Löwenstein.

Dr. **Löwenstein,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Schaffung eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes entspricht den Absichten und den Tendenzen, die die Sozialisten zu allen Zeiten vertreten haben. Als seinerzeit das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz uns in der ersten Lesung vorgelegt wurde, haben wir es mit Freuden begrüßt und haben zum Ausdruck gebracht, daß wir versuchen müssen, im Ausschuß dahin zu wirken, daß durch ein solches Reichsjugendwohlfahrtsgesetz die einzige Möglichkeit geschaffen wird, um in das Chaos der vielen Wohlfahrtsbestrebungen, die sich mit der Jugend befassen, eine öffentlich-organisatorische Vereinheitlichung und eine systematische Ordnung zu bringen.

Meine Damen und Herren! Der Ausschuß hat uns außerordentlich enttäuscht. Schon die erste Vorlage, die die Reichsregierung dem Reichstag gemacht hat, ist in dieser Hinsicht ein Rückschritt gegen ihre ursprünglichen Absichten. Die ursprüngliche Absicht hat sich viel deutlicher in dem Entwurf gezeigt, der dem Reichsrat zugegangen ist. Aus diesem Entwurf ist mit aller Deutlichkeit zu entnehmen, daß die Reichsregierung ursprünglich die Absicht gehabt hat, ein wirklich öffentlich-rechtliches, behördlich gesichertes **Reichsjugendamt** zu schaffen und von hier aus eine Durchorganisation bis zu den untersten gemeindlichen Jugendämtern zu schaffen. Der § 16 sagt das mit aller Deutlichkeit, und die Begründung, die die Regierung dem Reichsrat beigegeben hat, legt auch außerordentlich viel Wert darauf, daß „ein öffentlich-rechtlicher Anspruch auf Erziehung durch Organe der öffentlichen Gewalt und mit öffentlichen Mitteln geschaffen wird“. Die Jugendwohl-

(Dr. **Löwenstein**, Abgeordneter.)

(A) fahrtsbehörden sollen künftig „allein die Organe der öffentlichen Jugendhilfe werden“.

Aber die Reichsregierung ist leider sehr bald umgefallen, als im Reichsrat Sturm geblasen wurde, und der Entwurf, der dem Ausschuß vorgelegt wurde, ist in dieser Hinsicht schon ein starker Rückschritt. Man hat zwar noch an dem Reichsjugendamt festgehalten, aber man hat mit Absicht betont — auch in der Begründung, in der mündlichen Begründung wurde es nachher noch viel deutlicher ausgeführt —, daß es sich nur um ein **Rahmengesetz** handele. Nun, das brauchte nicht bedenklich zu sein; aber wir sind gewöhnt, daß man darunter in der Terminologie der Reichsregierung ein Gesetz versteht, bei dem das Reich nur belanglosen Anteil hat, gleichsam den gleichgültigen Rahmen darstellt, daß das Bild, das eigentlich Lebendige und Wertvolle daran, nur wenig inneren und zwingenden Zusammenhang mit dem Reiche hat. Es genügt, daß dieser Rahmen zu dem Bilde noch eben paßt und dann nachträglich auch wieder, wenn die Zeiten günstiger sind, durch einen noch schlechteren Rahmen, vielleicht durch überhaupt keinen Rahmen abgelöst werden soll.

Aber der Ausschuß ist noch viel weiter gegangen. Er hat das ganze Reichsjugendamt in seiner eigentlichen Bedeutung gestrichen. Geblieben ist in der neuen Fassung, die der Ausschuß dem Reichsjugendgesetz gegeben hat, nur ein **Beirat** bei der Reichsregierung. Das Reichsjugendamt soll nichts anderes tun, als Ausführungsvorschriften erlassen, und zwar muß es das nicht, sondern es kann sie erlassen. Glücklicherweise ist dann doch noch in einem Nebenparagraphen 16a das Reichsjugendamt in der Form eines ganz nebensächlichen Reichsbeirats hinzugekommen.

Meine Damen und Herren! Das entspricht (B) nicht der überragenden Bedeutung, die ursprünglich die Reichsregierung und, wie ich hoffe, die Linksparteien alle miteinander diesem Reichsjugendamt geben wollten. Was hat man nun dagegen eingewandt? Es ist ganz deutlich: hier hat einmal wieder der Partikularismus der Rechtsparteien gesiegt in Idealkonkurrenz mit den kirchlichen Parteien, die der Reichsregierung in einem solchen Reichsjugendamt keinerlei ausführende und bestimmende Gewalt geben wollten. Der eigentliche organisatorische große Aufbau ist damit schon unterbrochen. Er hat aber einen zweiten Bruch bekommen, und das schon bei den unteren Stellen. Was ursprünglich beabsichtigt war, lag klar zu Tage in dem **ursprünglichen Entwurf**, der beim Reichsrat eingebracht worden war, ebenso wie in dem Entwurf, der dem Reichstage vorgelegt wurde. Da war ein **Jugendamt mit einem Vorstand**, also eine eigentliche Behörde gemeint, und an diesen Vorstand sollte ein Beirat angegliedert werden.

Was ist von alle diesem übrig geblieben? Nichts anderes als eine Zusammenfügung einer Reihe von freien Vereinen und von kirchlichen Vereinen, verbunden mit Beamten! Diese Organisation bildet das Jugendamt. Wir sind weit entfernt von jener ursprünglichen Absicht, und an Stelle eines Jugendamtes ist nichts anderes getreten als ein **Kartell der freiheitlichen Vereinigungen** unter dem Protektorate der Regierungen und des Reichs. Ich teile nicht den Optimismus, den Frau Juchacz hatte, daß nunmehr in diesem Kartell die freiheitlichen Vereinigungen, die den Linksparteien nahestehen, den Ausschlag geben oder überhaupt nur einen starken Einfluß haben werden, sondern ich befürchte leider, daß dieses Kartell dazu dienen wird, den kirchlichen und sonstigen rechtsstehenden Vereinigungen ein starkes Rückgrat zu geben und die finanziellen Beihilfen, die sie ja in unserer Zeit auch gebrauchen. Man hat ja auch festgelegt, daß zwei Fünftel der Mitglieder für das Jugendamt diesen Vereini- (C) gungen auf alle Fälle gesichert werden sollten.

Welche Gründe bringt man dafür an? Man sagt, ein Reichsjugendamt sei ein zu teurer behördlicher Apparat, ein Beirat käme billiger. Nun, wir haben ein Beispiel eines solchen viel kleineren Beirats, den Gutachterausschuß, der im Ministerium des Innern für Auslandsschulen errichtet ist, der nur einmal im Jahre einberufen werden soll, und dessen Mitglieder sehr gering an Zahl sind. Dieser Gutachterausschuß kostet im Jahre 58 000 Mark. Welche Summen ein solcher Reichsbeirat verschlingen wird, das läßt sich gar nicht übersehen; denn zu diesem **Reichsbeirat** sollen ja aus allen diesen Organisationen, aus den Landesjugendämtern Leute delegiert werden, die nicht in einer amtlichen Stelle hier sitzen, die also den Zufälligkeiten und damit den Verteuerungen eines vorübergehenden Aufenthalts in erhöhtem Maße ausgesetzt werden und daher während der Tagungen des Reichsjugendamtes Diäten haben müssen, die das Maß eines wirklich gutaufgezogenen **Beamtenapparats** unseres Erachtens leicht übersteigen können. Man sagt aber gleichzeitig, durch einen solchen Beamtenapparat würde der ganze Betrieb bureaukratisiert. Daran ist etwas Richtiges. Aber die Herren, die immer so sehr über den Beamtenapparat der Gemeinden, über den Beamtenapparat des Staates und des Reichs schimpfen, sollten doch nicht vergessen, daß ihre Freunde, ihre Gesinnungsgenossen es gewesen sind, die einen solchen bureaukratischen Beamtenapparat als Ausfluß ihres Staatsgedankens aufgezogen haben. Der Beamtenapparat ist nicht etwa, wie man von rechts meint, mit seinen bureaukratischen Tendenzen eine Erfindung der Revolution, sondern er ist leider eine Erbschaft, die aus dem früheren Feudalstaat übernommen und bis in unsere Zeit hinein vom Staat immer weiter ausgebildet worden ist. Hier aber hatten wir die Möglichkeit, einen ganz anderen Beamtenapparat aufzuziehen. (D) Hier war bei dem Reichsjugendamt und den nachgeordneten Landes- oder Bezirksjugendämtern und schließlich den untenstehenden Gemeindejugendämtern die Möglichkeit gegeben, einen Beamtenapparat aufzuziehen, der von unten herauf organisatorisch aufgebaut war, an dem nach Zweckgründen all die Persönlichkeiten in elastischen Formen eingestellt wurden, die wirklich in einem solchen Apparat etwas Tüchtiges, Lebensvolles leisten können, die nicht Aktendeckel, wie es im Ausschuß so schön gesagt wurde, schließen und aufmachen können, sondern die tatsächlich eine innige Beziehung zu der Jugend haben und die lebensvoll mit der Jugend und an der Erziehung der Jugend gestaltend wirken können. Hier hatte man die Möglichkeit, und diese Möglichkeit hat man außer acht gelassen. Das bedauern wir aufs allertiefste.

Der Beirat wird nur eine Zwischenstation sein. Entweder wird die Sache bureaukratisiert werden, der Beirat bedeutungslos werden, und wir werden die privaten Vereinigungen behalten wie zuvor mit dem starken Einfluß, den sie schon haben, oder wir werden zu einer grundsätzlichen Umorganisation kommen.

Wir bedauern es und machen es unseren Freunden von der Rechtssozialdemokratie auch zum Vorwurf, daß sie allzu leicht geneigt sind, diesen Tendenzen der Mehrheitsparteien nachzugeben. Ich glaube, daß wir recht darin haben, wenn wir sagen, daß man aus der Befürchtung heraus, daß das Gesetz nicht zustande kommt, allzu leicht Stütze für diese Tendenzen gewesen ist und damit allzu leicht mitschuldig an dieser Gestaltung des Gesetzes geworden ist.

Meine Damen und Herren! Es ist dann das hohe Lied der **freien Vereinigungen** gesungen worden. Auch meine politischen Freunde verkennen nicht, daß

(Dr. **Löwenstein**, Abgeordneter.)

(A) eine Unmenge Opfermut in den freien Vereinigungen zutage getreten ist, daß eine Unmenge von Arbeit dort geleistet worden ist. Wir sind auch der Meinung, daß es fast immer die besseren Teile der bürgerlichen Gesellschaft, nicht immer die reicheren Teile gewesen sind, die an dieser Arbeit mitgewirkt haben. Aber vergessen Sie doch auch nicht, wenn Sie dieses hohe Lied der freien Vereinigungen hier singen, daß sie doch das getan haben für die Kinder der Väter, durch deren Arbeit und durch deren Mehrwerterzeugung ihnen jener vorteilhafte Genuß des Lebens überhaupt erst ermöglicht worden ist

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und daß sie damit nicht etwa die Schuld abgetragen haben, sondern das Geringste getan haben, was überhaupt nur von ihnen verlangt werden konnte. Darum können wir dieses hohe Lied nicht mitsingen.

Auch bei der **Kirche** können wir dieses hohe Lied nicht singen. Auch hier wissen wir, daß es eine große Anzahl von Geistlichen und Kirchenangehörigen gegeben hat, die mit größter Liebe sich diesen Arbeiten gewidmet haben. Aber wir wollen doch auch nicht vergessen, daß das der eigentliche frühere Beruf der Kirche gewesen ist und daß es ein Fehler der Kirche, eine Unterlassung der Kirche gewesen ist, daß sie diese Arbeit nicht im vollsten und weitestgehenden Umfang geleistet hat. Daß sie einen Teil der Arbeit geleistet hat, ist gewiß nicht ein besonderes Verdienst, sondern nur ein Teil der Abtragung des Berufs, den die Kirche in früheren Zeiten gehabt hat. Die reichen Pfründe, die die Kirche aus den Mitteln der Bevölkerung im Laufe der Geschichte eingezogen hat, verpflichten einfach die Kirche, diesen Dienst zu tun. Ein besonderes Verdienst daraus zu machen, heißt eigentlich Beruf und Pflicht über das Maß des Selbstverständlichen hinausheben. Auch heute ist es noch dasselbe, auch heute kann doch der Geistliche,

(B) der sein hohes Gehalt vom Staate bezieht, seinen Beruf nicht allein darin erschöpft sehen, daß er Sonntagspredigten hält oder gelegentlich auch Leichenpredigten und sonst Seelsorge übt, sondern hier liegt eine selbstverständliche Verpflichtung der Kirche und der Geistlichkeit vor, die man ihr nicht als ein besonderes Verdienst anrechnen kann.

Meine Damen und Herren! Vergessen wir dabei auch eines nicht! Wenn die Kirche diese Pflicht erfüllt hat, so hat sie das nicht ganz uninteressiert getan. Was Frau Neuhaus gesagt hat, nämlich, daß die Jugendwohlfahrt und die Kinderpflege schlecht sei, die nicht um ihrer selbst willen geschehe, das paßt zu einem großen Teile auch für die Kinderpflege und die Jugendfürsorge, die von der Kirche veranstaltet worden ist.

(Abgeordneter D. Mumm: Dafür sind Sie nicht sachkundig!)

— Ich glaube, dafür ist sachkundig derjenige, der Erfahrungen sammelt, nicht derjenige, der interessiert ist, Herr Mumm! Interessierte sind in dieser Frage immer die schlechtesten Beurteiler, weil sie sich selbst zu gut und die anderen zu schlecht einschätzen.

(Heiterkeit links.)

Darum, meine Damen und Herren, ist auch nach dieser Richtung hin das Lob, das der Kirche gespendet wird, durchaus einzuschränken.

Aber wir sind heute längst aus dem Stadium herausgekommen, in dem private oder kirchliche Fürsorge ausreichten. **Jugendfürsorge** und **Jugendpflege** sind längst zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie haben das durch dieses Gesetz ja selber anerkannt. Durch die Fassung, die Sie dem § 1 dieses Gesetzes gegeben haben, haben Sie den öffentlichen Rechtsanspruch jedes Kindes auf Erziehung und damit die Öffentlichkeit der Erziehung im Prinzip anerkannt. (C) Wer Ihre Literatur verfolgt, weiß, daß vor Jahrzehnten eine derartige Anerkennung schlechthin unmöglich gewesen wäre;

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

damals hätten Sie nur den Anspruch der Kirche und nur den Anspruch der Familie anerkannt. Die Notverhältnisse der Zeit haben auch Sie gezwungen, den Schritt zu tun, den wir aus der Analyse der Verhältnisse heraus schon längst gegangen sind, nämlich die Anerkennung des öffentlichen Charakters der Jugendwohlfahrt. An diesem Charakter halten wir fest, diesen Charakter wollen wir erhalten wissen, nur unter diesem Charakter allein kann eine Reichsgesetzgebung wirklich fruchtbringend sein und kann die Ausführung der Reichsgesetzgebung durchschlagend wirken. Sonst wird Jugendfürsorge und Jugendpflege leicht zu dem, wozu Sie es machen möchten, zu einer gewissen Vorsorge und Prophylaxe gegenüber den völlig unbemittelten und der Verwahrlosung anheimfallenden Schichten. Eine Tat positiven Inhalts wird die Jugendpflege und Jugendfürsorge nur dann sein, wenn sie den Charakter aller unserer Institutionen trägt, nämlich öffentlichen Charakter.

Nun hat uns der Herr Abgeordnete Leutheußer vorgeworfen, wir wollten die **Familie** zerstören, und hat da besonders einen Ausspruch von mir herangezogen. Ich weiß nicht, ob er es wörtlich getan hat. Es tut mir sehr leid, Herr Abgeordneter Leutheußer, das Sie der Meinung sind, daß wir aus den zufälligen Erfahrungen eines einzelnen heraus unsere Stellungnahme zu der Familie begründeten. Nein, es gehört zu den guten Gewohnheiten sachlichen und wissenschaftlichen Denkens, daß man von einzelnen Erfahrungen abstrahiert und (D) aus der Sache und ihrer Notwendigkeit heraus seine Schlüsse zieht. Das haben wir auch bei der Familienerziehung getan. Ich weiß nicht, welchen Vortrag von mir Sie gehört haben; aber Sie müssen ihn völlig mißverstanden haben. Zunächst ist es doch seltsam, von uns zu behaupten, wir wollten die Familie zerstören. Nein, meine Damen und Herren, als wir als Sozialisten auftraten, fanden wir schon die große Masse des Proletariats vor, denn nur aus der Proletarisierung der großen Schichten und Massen heraus ist doch überhaupt erst der Sozialismus in seiner wissenschaftlichen Form entstanden, ist die große Arbeiterbewegung, die Sie bekämpfen, entstanden, und damals fanden wir schon die zerstörte Familie vor. Haben wir denn die Mütter in die Fabriken hineingeschickt, um den Lohn der Arbeiter zu drücken? Haben wir denn die Familie ausgebeutet, haben wir sie in kleine Wohnungen, in unzureichende Wohnungsverhältnisse hineingestopft? Das können Sie uns doch wirklich nicht vorwerfen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das alles ist auf Konto derjenigen Ordnung zu schreiben, von der Sie (nach rechts) die Nutznießer sind, der kapitalistischen Ordnung, die Sie erhalten möchten.

Meine Damen und Herren! Wir haben auch nie behauptet, daß die Familie eine kapitalistische Einrichtung ist. So töricht und ungeschichtlich denken wir nicht. Die Familie ist eine Einrichtung, die eng zusammenhängt und sich gebildet hat im engen Zusammenhang mit der Ausbildung des Privatbesitzes. Das wird Herr Leutheußer, der sicherlich die Geschichte kennt, nicht bezweifeln wollen. Und daß mit der Zerstörung des Privatbesitzes, mit der Proletarisierung der großen Massen der Bevölkerung die Familienverhältnisse ihren eigentlichen ursprünglichen Rechts- und Besitzboden

(Dr. **Löwenstein**, Abgeordneter.)

(A) verlieren werden, daran können auch wir nichts ändern, selbst wenn wir es bedauern würden. Das heißt es nur erkennen und daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Auch in bezug auf die Erziehung, meine Damen und Herren, hat die Familie diese Möglichkeiten nicht mehr. Ich habe mich in einem anderen Zusammenhang ausführlich darüber verbreitet und brauche nur zu wiederholen, was ich damals in bezug auf das Problem, das uns augenblicklich beschäftigt, gesagt habe. Meine Damen und Herren (nach rechts)! Sie sprechen immer von der **Familienerziehung** als der innigsten und besten und intensivsten Erziehung. Sie verwechseln da einfach die Begriffe. In der Familie sind eine ganze Menge Faktoren verschiedener Art der Erziehung enthalten. Darin sind die ursprünglichsten, natürlichsten Beziehungen, die die Mutter zum Kinde hat, die auch der Vater zum Kinde hat. Diese natürlichen Beziehungen sind geschichtlich in der Familie erwachsen und groß geworden, das sind natürliche Beziehungen, und kein Mensch wird leugnen, daß in dem natürlichen Zusammenhang von Wonnen und Wehen, mit denen Mutter und Kind zusammenwachsen und zusammengedeihen und gegenseitig sich von einander abhängig machen, grundlegende tiefe Wurzeln der erzieherischen Beeinflussung liegen. Kein Mensch wird das bestreiten und am wenigsten werden das meine Freunde bestreiten. Aber in der Erziehung der Familie, wie sie Ihnen vorschwebt, liegt doch etwas ganz anderes; denn Mutterliebe und Vatersorgfalt würden wahrhaftig noch nicht ausreichen, um ein Kind zu erziehen. Dazu muß noch ein materieller Boden geschaffen werden, und dieser materielle Boden der alten Familie war die **Gemeinschaftsarbeit der Familie**, die in der Familie geleistet wurde. Dort in der patriarchalischen Familie war zweifellos eine wunderbare Möglichkeit, eine harmonische und (B) weit ausgedehnte differenzierte Erziehung herbeizuführen, und in dieser patriarchalischen Familie, in die Weltanschauungsfragen nur ganz peripherisch und gelegentlich hineinkamen, wo vielmehr die Weltanschauung immer vom Großvater auf den Vater weiter vererbt wurde, da war eine natürliche Abgeschlossenheit, die für eine Erziehung des Kindes wunderbare Wirkungen gehabt hat. Wer der Meinung ist, daß man derartige patriarchalische Verhältnisse wieder zurückführen kann, kann aus warmem Herzen und mit guter Überzeugung einen solchen Zustand der Erziehung wünschen. Meine Freunde teilen diesen Standpunkt nicht; sie wissen genau, daß diese Familie längst zerstört ist.

(Widerspruch rechts.)

Ich spreche noch nicht einmal nur von der Proletarierfamilie, sondern nur von jener Erziehung, in der solche Gemeinschaftsarbeit möglich war. Solche Familien haben wir heute selbst in mittleren Städten kaum mehr, gewiß nicht mehr in Großstädten; denn die berufliche Tätigkeit vom Vater und — wenn die Mutter beruflich tätig ist — der Mutter liegt heute gar nicht mehr in der Familie. Diese berufliche Arbeit liegt heute in den großen Betrieben, Werkstätten und Bureaus. Das Kind hat keinerlei Teil mehr an dieser Tätigkeit. Ein erzieherischer Einfluß kann von dieser Seite nicht mehr ausgeübt werden. Und das ist das wesentlichste. Denn Erziehung wird nicht ausgeübt dadurch, daß man irgendwelche Beschäftigung gibt, auch nicht dadurch, daß man das Kind spielen und sich nur beschäftigen läßt, sondern Erziehung wird ausgeübt, wenn das Kind an spielender Beschäftigung in eine **sozial verantwortliche Gemeinschaft** hineinwächst. Das wächst es in der heutigen Familie nicht mehr. Denn die Arbeit, die heute in der Familie geleistet wird, ist ja ganz vorübergehender und ganz beiläufiger Natur, in den (C) meisten Fällen ist es gar keine, abgesehen in ganz zurückgelegenen Gegenden, auf dem Lande. Da besteht noch eine solche Möglichkeit. Ich habe sie selbst oft genug in meiner Heimat nahegelegenen Dörfern, in der Lüneburger Heide, kennen gelernt. Im großen und ganzen sind diese Dinge aber nicht mehr da, und sie können nicht mehr da sein, weil die Arbeit, die außerhalb der Familie, außerhalb des Hauses geleistet wird, mit dem Kinde ja gar keine Berührung hat und weil das, was in den sogenannten besseren Kinderstuben den Kindern als Spielzeug gegeben wird, ohne jegliche soziale Verbindlichkeit ist, ohne jeglichen Zusammenhang zu dem geistigen und moralischen Wachstum des Kindes. Es ist eben Spielzeug, das heißt schlechter künstlicher Ersatz für das, was die ursprüngliche Familie bot. Und darum, meine Damen und Herren, werden wir schon Positives für diese Familienerziehung einsetzen müssen.

Ich brauche nicht hinzuzufügen, weil das allgemein bekannt ist, daß für die Familie der proletarischen Massen noch viele andere Dinge hinzukommen. In einer Wohnung, in die nie eine Sonne hineinscheint, kann auch keine Sonne der Erziehung sein, und in einer Wohnung, in der kein Licht und kein Raum ist, können Kinder auch nicht wachsen und gedeihen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es genügt, wenn ich das kurz streife.

Darum werden Sie anerkennen müssen, ob Sie wollen oder nicht, daß vom erzieherischen Standpunkt aus, vom Standpunkt der Herangewöhnung zur sozialen Verantwortung, zu einem voll sozial verantwortlichen Gliede der Gemeinschaft in unserer Familie schlechthin keine Möglichkeit mehr gegeben ist, schlechthin, mit Ausnahme jener kleinen Oasen der Vergangenheit, die sich innerhalb unserer sonst hochindustriellen Bevölkerung er- (D) halten haben. Darum genügt es nicht, daß wir nun heuchlerisch oder besser — heuchlerisch braucht es nicht bei allen zu sein, sondern bei vielen besteht eine angenehme Erinnerung an eigne Kinderjahre, besteht eine angenehme Erinnerung an das, was sie selbst erfahren, ein angenehmes Gefühl auch für das, was sie vielleicht sich selber auf dem Lande noch erhalten haben. — sagen: die Familie ist die heilige Stätte der Familie. Es handelt sich für uns vielmehr darum, die historischen Konsequenzen zu ziehen, das Proletariat nicht untergehen zu lassen; es handelt sich nicht darum, so nebenbei durch Wohltätigkeit oder durch Wohlfahrtsbestrebungen, wie Sie sie auffassen, eine kleine Lebensmöglichkeit zu geben, sondern es handelt sich wirklich darum, hier eine positive grundsätzliche Erziehungsaufgabe zu lösen.

Darum konnten wir uns nicht darauf beschränken, jene farblose Fassung des § 1 anzunehmen, die die Reichsregierung Ihnen vorgeschlagen hat, auch nicht in der farblosen Form, wie sie seitens des Ausschusses nachher vorgeschlagen wird, sondern wir verlangen, diesen Prinzipien ganz entsprechend, daß jedes Kind ein Recht darauf hat, im Geiste der Gemeinschaft zu gesellschaftlich nützlicher Tätigkeit, gleichzeitig zu voller Entfaltung seiner Fähigkeit und gesellschaftlichen Verantwortlichkeit erzogen zu werden.

Ich will zu diesem Antrag noch eine kurze Bemerkung machen. In dem Ausschußentwurf ist vorgesehen: „jedes deutsche Kind.“ Meine Damen und Herren! Wir wollen davon schweigen, daß es einige Hypernationalisten gibt, die sich bekreuzigen, wenn auch einem **ausländischen Kinde** mal die Wohltaten einer Erziehung zu Teil werden. Mit solchen Leuten ist nichts zu reden. Die überläßt am besten der allgemeinen Kulturverachtung. Aber auch Sie, meine Damen und Herren, die Sie

(Dr. **Löwenstein**, Abgeordneter.)

(A) sich nicht zu diesem hypernationalistischen Standpunkt verstehen können, sollten nicht vergessen, daß Erziehung eine allgemeine und gemeinschaftliche Angelegenheit ist. Wenn ein ausländisches Kind irgendwo der Verwahrlosung anheimfällt, so beschränkt sich das nicht auf das ausländische Kind, sondern es steckt alle Kinder in seiner Umgebung an. Schon aus diesem einfachen Grunde, aus dem man in früheren Jahrhunderten in London angefangen hat, sich um das Schicksal der Bewohner von Eastend zu kümmern, weil Krankheiten von Eastend sich nach Westend ausbreiteten, müssen Sie sich dazu verstehen, das Gesetz nicht auf die deutschen Kinder zu beschränken, sondern auch jedes außerdeutsche und ausländische, in Deutschland lebende Kind mit zu erfassen. Unkosten erwachsen daraus nicht in erheblichem Maße.

Nun hat man im Ausschuß **Bedenken aus internationalem Recht** heraus erhoben. Nun, falls irgendein Staat dagegen protestieren sollte, daß ein Kind seiner Staatsangehörigkeit hier in Deutschland in Fürsorge oder in Pflege genommen wird, dann ist immer noch Zeit, das wieder einzuschränken. Ich glaube nicht, daß daraus große internationale Konflikte entstehen würden. Weil es aber vom Standpunkt der Jugenderziehung und der rationellen Jugendpflege aus unbedingt notwendig ist, verlangen wir, daß der § 1 in dem vorgeschlagenen Sinne geändert wird. Meine Freunde haben dabei allerdings das Untergefühl, daß jeder notleidende Mensch, jeder Proletarier und jedes proletarische Kind, gleichgültig welcher Nation, erzogen, gepflegt und mit Fürsorge versehen werden muß. Wir machen keine nationale Grenze, sondern für uns muß die Not entscheiden und die Möglichkeit, in unserer nationalen Not aus diesen Existenzen volle Menschen zu gewinnen.

Es bedarf jetzt keiner Begründung mehr, daß wir keine Privatjugendhilfe haben wollen, sondern daß wir (B) die **öffentliche Jugendhilfe** so fest wie nur irgend möglich sichern wollen. Darum bitten wir Sie, den zweiten Absatz, den wir dem § 1 geben wollen, anzunehmen:

> Öffentliche Jugendhilfe tritt in allen Fällen, ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche oder gesellschaftliche Stellung der Erziehungsverpflichteten ein, wenn dieses Recht des Kindes auf Erziehung nicht erfüllt wird.

Wir wollen das nicht beschränken auf die Kinder der Unbemittelten und der Ärmsten, sondern auch die Kinder der Reichen sollen von der öffentlichen Jugendpflege erfaßt werden, wenn sie irgendwo nicht im Geiste der Gemeinschaft, nicht nach dem Prinzip, das wir in § 1 festgelegt haben, erzogen werden. Jedes Kind, ob arm oder reich, hat Anspruch darauf, im Sinne dieses Gemeinschaftsgedankens erzogen zu werden.

Wir wollen das nicht gegen den Willen der Erziehungsberechtigten tun, wenigstens nicht willkürlich, sondern nur dann, wenn dieses Recht durch eine gesetzliche Festlegung gegeben ist.

Meine Damen und Herren! Einige meiner Freunde werden zu verschiedenen anderen Paragraphen noch das Wort nehmen. Ich werde mich auf einige Ausführungen zu § 50 beschränken. Der von Frau Lang-Brumann zu diesem Paragraphen gestellte Antrag bewegt sich in der Linie unserer Befürchtungen. Auch wir möchten nicht, daß durch § 50 eine nach den allerärmlichsten Gesichtspunkten zusammengesetzte Hilfe gewährt wird. Nur geht uns die Fassung dieses Antrages nicht weit genug. Es wird hier nur verlangt, daß dort, wo landesrechtliche Vorschriften bestehen, nach denen die **Berufsausbildung** schon jetzt Pflichtaufgabe der öffentlichen Unterstützung ist, diese Vorschriften aufrecht erhalten bleiben sollen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß bei der Feststellung der Erwerbsfähigkeit und bei der Ermöglichung der Be-

(C) rufsertüchtigung der Kinder wir nicht auszugehen haben von der augenblicklichen finanziellen Not, sondern von dem Leitgedanken, welch großes, qualifiziertes Arbeitskapital in jedem Menschen, der zu einem qualifizierten, tüchtigen Beruf erzogen wird, steckt. Darum möchten wir — wir erklären das hier ausdrücklich und bitten die Reichsregierung, in diesem Sinn zu verfahren — den § 50 dahin ausgelegt wissen, daß der Beruf eines Kindes, der jetzt durch die öffentliche Fürsorge festgestellt werden soll, nicht bestimmt wird nach den augenblicklichen Berufsverhältnissen, sondern nach der Eignung des Kindes. Wir haben heute zwar noch nicht absolut ausreichende, aber doch immerhin schon praktisch durchaus verwendbare **Methoden psychotechnischer Natur**, um die Eignung des Kindes für einen Beruf festzustellen. Jedes Kind, das durch eine derartige öffentliche Jugendpflege oder Jugendfürsorge in einen Beruf gebracht werden soll, muß eine solche psychotechnische Untersuchung durchmachen, wenn es sich nicht durch eine besondere Veranlagung für einen besonderen Beruf, etwa den des Künstlers oder andere Berufe, eignet. Das Entscheidende für uns ist, daß wir der Überzeugung sind, es gibt keine bessere Kapitalanlage für den Staat, das Reich und das gesamte Volk als die Ausbildung eines jeden Menschen zu seiner vollen Berufstüchtigkeit.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn wir das stark unterstreichen, müssen wir auch ein Wort sagen zu der **Kostendeckung**. Uns schien schon im Ausschuß die Summe von 50, ja von 100 Millionen Mark natürlich viel zu gering. Wir werden den Antrag, den wir im Ausschuß schon gestellt haben, einer Erhöhung dieser Summe auf 500 Millionen Mark wiederum hier stellen. Wir sind uns voll bewußt, daß auch (D) diese 500 Millionen Mark nur ein Teilbetrag sind, daß auch mit ihnen nur ein sehr geringer Teil der Arbeit wird geleistet werden können. 100 Millionen Mark waren aber schon damals viel zu wenig. Wir wissen, daß der Reichsrat die Kosten der Ausführung bei vorsichtiger Schätzung schon auf mindestens 500 Millionen Mark veranschlagte.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Für einige Mitglieder des Reichsrates wenigstens war das wahrscheinlich eine Tatsache, die sie dazu benutzen wollten, das ganze Reichsjugendgesetz zu Fall zu bringen. Der einmütige Wille, dem wir uns nicht entziehen konnten, ein solches Reichsjugendgesetz, wie es auch immer aussehen möge, zu schaffen, wird es auch dahin bringen müssen, daß wir genügend Geld für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Der Finanzminister wimmelt natürlich immer ab. Ich erinnere mich noch der grundsätzlichen Ablehnung a limine, die der Reichsminister hatte, als er zum ersten Male zum § 80 Stellung nahm, über 50 Millionen hinauszugehen. Auch damals erklärte er uns, wie alle Reichsfinanzminister in diesen Fragen immer erklären werden, es sei schlechthin unmöglich, mehr als 50 Millionen zu geben, er würde jeden Pfennig darüber hinaus verweigern. Wir warteten dann ein halbes Jahr; er fand sich dann — natürlich hängend und würgend — bereit, 100 Millionen anzunehmen. Wenn der einmütige Wille des Reichstags da ist, wenn alle die Erklärungen über die Notwendigkeit ernst gemeint sind und wenn alle opferbereit sind, wird der Reichstag durch einmütigen Willen auch 500 Millionen Mark dafür mobil machen können. Wir sind außerordentlich bescheiden gewesen; wenn wir vom Standpunkt der Klasse, die wir vertreten, ausgehen würden, müßten wir mindestens 5 Milliarden verlangen. Wir berücksichtigen durchaus

(Dr. **Löwenstein**, Abgeordneter.)

(A) die Finanznot, die Machtverhältnisse und die verschiedene Einstellung im Hause. Uns scheint aber, daß 500 Millionen ein Opfer sind, zu dem Sie alle sich bereitfinden könnten und möchten. Darum bitten wir Sie dringend, dem Abänderungsantrag zu § 80, d. h. der Erhöhung von 100 Millionen auf 500 Millionen, Ihre Zustimmung zu geben.

Dann habe ich noch einen Wunsch, den ich an die Reichsregierung richten möchte. Dieses ganze Reichsjugendgesetz bleibt ein Torso, wenn nicht ein wichtiges Ergänzungsgesetz geschaffen wird. Das ist das Gesetz für das **Jugendgericht**. Es wird immer uns in mystischen Andeutungen gesagt, daß es in Vorbereitung sein soll. Wir bitten die Reichsregierung, daß sie uns nun Auskunft gebe, wann wir dieses Jugendgerichtsgesetz erwarten können. Denn das brauche ich keinem hier zu sagen: ohne eine grundsätzliche Reform, wenn nicht Revolution des ganzen Jugendgerichtsverfahrens schwebt der größte Teil der Arbeit der Jugendämter in der Luft und ist nicht mehr zu leisten. Darum steht die Ausführung dieses Ersuchens, dieses Gesetz beschleunigt einzubringen, im innigsten Zusammenhang mit der Verabschiedung dieses Gesetzes.

Meine Damen und Herren! Wir wissen: wenn dieses Gesetz hinausgeht, wird erneut die Agitation der freien und der kirchlichen Verbände gegen die öffentliche Ordnung des Jugendamtes vor sich gehen. Wir wissen auch, daß wir von den Arbeiterorganisationen — darauf hat Frau Juchacz mit Recht hingewiesen —, die nicht in der organisatorischen Form an die staatliche Oeffentlichkeit gedrungen sind und in früheren Jahren gar nicht dringen konnten, auftreten können, einen schweren Stand haben werden, uns gegenüber den kirchlichen und sonstigen bürgerlichen freiheitlichen Vereinigungen zu behaupten. Nichtsdestoweniger werden (B) wir das Reichsjugendgesetz so, wie es ist — wir hoffen, daß Sie unsere Anträge annehmen werden, aber auch im Falle Ihrer Nichtannahme —, annehmen, weil wir endlich ein Gesetz haben wollen, eine Basis schaffen wollen, von der aus man die zukünftige Ausgestaltung wagen kann.

Es ist hier so viel von dem **Fernhalten der Politik** in all diesen Dingen gesprochen worden. Wir machen diese Heuchelei nicht mit. Wir wissen: jede öffentliche Angelegenheit ist eine eminent politische.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auch dieses Reichsjugendgesetz hat deutlich die politischen und Weltanschauungseinstellungen der verschiedenen Parteien widergespiegelt. Mit dem Augenblick, wo die Jugendwohlfahrt eine öffentliche Angelegenheit geworden ist, ist sie auch eine Angelegenheit der politischen Parteien, die um die Jugendwohlfahrt ringen. Wir kommen daher um diesen politischen Kampf nicht herum.

Was auch meine Freunde nicht wollen und wovon sie alle Jugenderziehung freihalten möchten, ist, daß in die Jugenderziehung selbst schon der politische Kampf und politische Charakter hineingetragen wird. Was wir wollen, sind **sozial verantwortliche Menschen**. Wenn wir die erziehen, dann helfen uns die sozialen Verhältnisse und die historische Notwendigkeit, daß diese aus sozialer Verantwortung, klarem Sehen, klugem Denken und entschlossenem Handeln emporgewachsenen Kinder, Jünglinge und jungen Mädchen zu Kämpfern für ihre Klasse werden. Wir sind darum gar nicht besorgt. Wir brauchen darum gar keine kirchliche Erziehung, keine politische und Weltanschauungserziehung und lehnen sie ab. Was wir wollen, ist nichts anderes als jene Erziehung, die aus der Notwendigkeit der kindlichen Gemeinschaft und der Arbeitsgemeinschaft der Erwachsenen (C) kommt. Dann werden diese Kinder von selbst schon später den politischen Kampf führen, den sie als Angehörige ihrer Klasse führen müssen. Aber sie werden es sein, die aus einer gewissen historischen Gewöhnung heraus nach wie vor die politische Gedankenwelt und ihre Weltanschauungswelt in die Kinderherzen und in die Herzen der Jugendlichen hineintragen. Darum muß es einmal ausgesprochen werden: Wir sind es nicht, die die Politik in die Herzen der Kinder und der Jugendlichen hineintragen. Was wir wollen ist, daß die öffentlichen Einrichtungen unter der Kontrolle der politischen Öffentlichkeit stehen. Der Staat und das Reich ist ja nichts anderes als die politischen Parteien, und der Kampf, der sich im Staate abspielt, ist der Kampf der Klassen, der sich auch sonst im Wirtschaftleben abspielt. Wir wollen, daß man auch da rein heraus sage, daß dieser Kampf um die Erziehungseinrichtungen unter politischen Gesichtspunken geführt wird. Wenn er nur sachlich und aus dem innersten Bedürfnis heraus, dem Gegner gerecht zu werden, geführt wird, wenn er geführt wird nicht zur Erhaltung des Alten, sondern zu Schaffung des Werdenden, dann ist mir auch gar nicht bange um den politischen Kampf. Zu der Verschlechterung der Moral des politischen Kampfes, zu seiner Diskreditierung, haben wahrhaftig die sozialistischen Parteien am allerwenigsten beigetragen; dazu haben Ihre Parteien (nach rechts) beigetragen, die in der vergiftetsten Form diesen Kampf führen, die ihn auch geführt haben um das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, die ihn führen gegen jede Kultureinrichtung, die an ihrem alten Besitzstand etwas ändern soll.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir werden uns in diesem Kampfe Ihnen entgegenstellen, und wir hoffen, daß die ge- (D) schichtliche Notwendigkeit, von der wir glauben, daß wir ihre Träger sind, siegen wird. Wir werden den Kampf in diesem Sinne führen, und wir hoffen, daß dann aus dem Reichsjugendgesetz auch das wird, was wir wollen, eine wirkliche, von unten aufgebaute, organisch nach oben hin wachsende Fürsorge und Pflege für die gesamte Jugend durch die Öffentlichkeit, durch öffentliche Mittel, getragen durch die große Gemeinschaft der Arbeitenden.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Lüders.

Dr. **Lüders**, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Im Laufe der Debatte sind verschiedentlich abweichende Auffassungen zu dem vorliegenden Gesetz vorgetragen, und manche Bedenken sind erhoben worden. Auf die von dem letzten Redner vorgetragenen Erziehungstheorien kann ich natürlich nicht näher eingehen. Es würde viel zu weit führen, wenn wir hier den Streit über Umfang und Inhalt der Familienerziehung und der öffentlichen Erziehung ausfechten wollten. Vielleicht ist es aber doch nützlich, noch auf einiges sozusagen kommentierend einzugehen. Eine gewisse Klarstellung in größerer Öffentlichkeit, als der Ausschuß sie darstellt, wird vielleicht auch dazu beitragen, Mißverständnissen vorzubeugen und der Aufnahme dieses Gesetzes, dessen Durchführung auf die Mitarbeit aller Kreise des Volkes, auf das Wohlwollen der gesamten Bevölkerung angewiesen ist, einen möglichst guten Boden zu bereiten.

Ich sagte schon gestern als Berichterstatterin, daß das Gesetz kein fehlerloses Werk sein kann. Das Gesetz

(Dr. **Lüders**, Abgeordnete.)

(A) ist der erste große und selbstverständlich noch unvollkommene Versuch einer organisatorischen Zusammenfassung alles dessen, was auf dem Gebiete der Jugendfürsorge, der Jugendpflege, der Jugendhilfe — nennen Sie es, wie Sie wollen — bis jetzt teils öffentlicher, teils privater Natur bestanden hat. Das Gesetz verfolgt den Zweck, den Ausbau aller dieser Einrichtungen, ihre Vereinheitlichung und ihre Vertiefung zu erreichen. Es will damit auch Geld, Menschen und Kräfte ersparen. Das Gesetz will ferner den hohen **Zweck, schnelle und ausgiebige Hilfe** zu gewährleisten, erreichen. Eine der Vorkämpferinnen auf dem Gebiete der Jugendfürsorge, die leider verstorbene Dr. Dunsing sagte einmal verzweiflungsvoll bei einem praktischen Falle, in dem es auf schnelle und ausgiebige Hilfe ankam: „Um Gottes willen, wie soll man nur dem Kinde schnell und gut helfen? Es ressortiert zu vier Ministerien." Nicht nur jeder Abgeordnete, sondern die ganze Bevölkerung weiß, was es heißt, wenn etwas zu vier Ministerien ressortiert. Ist das schon bei Dingen verhängnisvoll, so ist es bei Menschen, bei Kindern, bei der Vorsorge um Leben, Gesundheit und Sittlichkeit einfach unerträglich. Wir glauben, daß das vorliegende Gesetz dazu beiträgt, diesem schweren Übelstande, daß ein lebendiges, hilfsbedürftiges Wesen zu vier Ministerien ressortiert und infolgedessen geistig, seelisch oder körperlich untergehen muß, ein Ende zu bereiten, soweit das menschenmöglich ist.

Für den großen praktischen Zweck dieses Gesetzes haben alle Beteiligten im Ausschuß sehr erhebliche Bedenken, die sie bezüglich dieses Gesetzes hatten, überwunden und zum Schweigen gebracht. Eines der Hauptbedenken war und ist die starke **amtsmäßige Organisation der Jugendfürsorge und Jugendpflege.** Wir sind uns alle — und ganz besonders diejenigen, die (B) über eine langjährige praktische Erfahrung in der Wohlfahrtspflege verfügen — darüber klar, daß in der amtsmäßigen Organisation der Wohlfahrtspflege immer eine gewisse Gefahr der Bureaukratisierung und Schematisierung vorhanden ist. Nichts verträgt sich aber schlechter mit Bureaukratisierung und Schematisierung als die Wohlfahrtspflege.

Wir glauben aber, daß dieses Gesetz gangbare Wege gefunden hat, obrigkeitliche Autorität bis zu dem eventuell notwendigen Zwang mit karitativer Hilfsbereitschaft und Freiwilligkeit zu verbinden, den Geist der Menschenliebe nicht unter Akten und Formularen, nicht in Registern und Journalen zu ersticken; den Weg, diese Hilfe jedem so rechtzeitig und so ausgiebig, wie es nur irgend möglich ist, zuteil werden zu lassen, ohne irgendwelche Rücksicht darauf, wer der Hilfsbedürftige ist.

Diese Bedenken gegen die amtsmäßige Organisation der Wohlfahrtspflege sind am stärksten bei den Vorschlägen und bei der Auseinandersetzung über die Träger der Jugendwohlfahrt, insbesondere über die **Frage der Bildung eines Reichsjugendamtes** zum Ausdruck gekommen. Auch hier in der Debatte sind wieder die weitgehenden Unterschiede in der Auffassung zu dieser Frage zum Ausdruck gekommen. Zweifellos ist auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege — genau wie auf dem Gebiete der Schule — Vorsicht gegenüber dem Bestreben nach allzu weitgehender Zentralisation geboten. Länder und Gemeinden sind in der fürsorgerischen Arbeit völlig unentbehrlich. Ihrem Ausbau durch die Landesgesetzgebung und der freien Initiative der Gemeinden darf nicht der Weg verbaut werden. Aber Richtlinien und Sprunghilfe muß auch denen gegeben werden, die allzu bedenklich oder gar gleichgültig bisher zurückgeblieben sind oder auch in Zukunft gern abseits stehen möchten, alldieweil auch Wohlfahrtspflege Geld kostet. Wir glauben, daß auch in dieser (C) Richtung in dem Gesetz das Notwendige mit dem Zweckmäßigen, der Zwang mit der Freiheit in gesunder Verbindung vorhanden ist.

Außerdem hat uns bei der Regelung der Organisation auch die Rücksicht auf die unbedingt notwendige **Sparsamkeit** geleitet. Ich weiß sehr wohl aus der praktischen Wohlfahrtspflege, daß es Fälle geben kann und in großer Zahl gibt, in denen Rücksicht auf Sparsamkeit überaus unangebracht ist. Das ist ganz besonders bei der praktischen Fürsorge im Einzelfalle so. Aber es ist etwas vollkommen anderes bei der Ausgabe von Millionen und aber Millionen für organisatorische Arbeit. Hier läßt sich bei gutem Willen viel sparen, ganz besonders, wenn wirklich geeignete Persönlichkeiten, die von dem schweren Handwerk der Wohlfahrtspflege etwas verstehen, an die Arbeit kommen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben uns aus den angegebenen Gründen nicht nur damit abgefunden, sondern es für richtig gehalten, eine andere Organisation des Reichsjugendamtes vorzunehmen, als sie ursprünglich beabsichtigt war, damit in Zusammenhang auch eine andere Kompetenzverteilung innerhalb des Reichsjugendamtes und der Verteilung seiner Aufgaben.

Dadurch wollten wir auch klarer zum Ausdruck bringen, daß es sich um ein **Rahmengesetz** handelt.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Daß dieser Rahmen nicht hohl bleibt, ist allerdings Aufgabe der nachgeordneten Instanzen und ist auch — dabei werden und wollen wir sie nicht entbehren — Aufgabe der freien Organisationen, die mitarbeiten müssen. Das gleiche gilt für den **Aufbau der Landes- und Ortsjugendämter.** Auch hier haben wir — und wir sind der Auffassung, daß das richtig ist — ausdrücklich die (D) Rechte der Landesgesetzgebung, der Landesbehörden und der zuständigen Selbstverwaltungskörper in dem Gesetze gewahrt. Überall konnte und mußte zwar vor allem die Rücksicht auf das Wohl der Beteiligten, der hilfsbedürftigen Kinder, maßgebend sein; aber ohne gleichzeitige Rücksicht auf die mögliche Finanzierung der Organisationen wäre auch nichts zu machen. Was nützt uns die schönste Organisation auf dem Papier, wenn man sie nachher in praxi nicht durchführen kann!

Trotz der organisatorischen Sicherungen, die in dem Gesetz gegenüber einen rein bureaukratischen Aufbau enthalten sind, wollten verschiedene Bedenken noch nicht zum Schweigen kommen. Man fürchtete immer noch „die Organisation um der Organisation willen", wie es im Ausschuß ausgedrückt wurde. Man fürchtete überhasteten Ausbau aus Ehrgeiz, Vergeudung von Geld im Technischen, im Äußeren, im Apparat, anstatt Verwendung der allerdings recht spärlichen Mittel, die uns nun zur Verfügung stehen, einzig und allein oder vornehmlich für die praktische Arbeit, für die Hilfe selber. Ämterehrgeiz und Stellensucht — wenn das der Erfolg des Gesetzes wäre, dann wäre es allerdings im allerhöchsten Grade bedauernswert; dann liegt es aber nicht an dem Gesetzentwurf als solchen, sondern an der unzureichenden Einsicht und Willen derer, bei denen die Ausführung liegt. Es gibt immer Menschen, die beinahe aus jedem Gesetz Ämter für sich zu schneiden verstehen.

Man fürchtete ferner, daß durch die amtliche Organisation die Organisationen der freien **Liebestätigkeit** in ihrer Arbeit zurückgedrängt werden könnten. Auch hier glauben wir, zu einem dem Zwecke des Gesetzes förderlichen, den berechtigten Wünschen der freien Organisationen und der gebotenen Sparsamkeit entsprechenden Resultat gekommen zu sein.

(Dr. Lüders, Abgeordnete.)

(A) Aus einer langjährigen persönlichen wohlfahrtspflegerischen Praxis glaube ich wohl sagen zu können, daß nichts törichter wäre und nichts dem Zwecke des Gesetzes abträglicher, nichts eine größere Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse in der Wohlfahrtspflege bewiese als etwa die Erfüllung des hier und da aus schlechten Einzelerfahrungen resultierenden verallgemeinerten Verlangens: die Ausmerzung der Organisationen der freien Liebestätigkeit. Man würde einfach, so wie die Dinge liegen, mit der Erfüllung dieser Forderung die praktische Wohlfahrtspflege von heute auf morgen ganz unmöglich machen.

Ich glaube, von mir sagen zu dürfen, über eine ziemlich große organisatorische und praktische Erfahrung auf den verschiedensten Gebieten der sozialen Fürsorge zu verfügen, sozusagen auf diesem Gebiete von der Pike auf gedient zu haben, und glaube auch, niemals mit der Kritik an Einrichtungen und Personen, wenn die Sache es nötig gemacht hat, irgendwie hinter dem Berge gehalten zu haben. Diese Kritik ist Recht und Pflicht aller, die in der verantwortlichen Arbeit der Wohlfahrtspflege tätig sind. Es ist ihre Pflicht, nicht, um die unentbehrliche Hilfe der verstehenden und helfenden Nächstenliebe zu ertöten, sondern es ist ihre Pflicht, um die Schädlinge, die nur aus Ehrgeiz, um die Pharisäer und Heuchler, ja sogar die Gewinnsüchtigen, die sich in der Wohlfahrtspflege ab und an breit gemacht haben, um solche Leute aus dem Kreise derer zu vertreiben, die sich einzig und allein durch den Geist tätiger Menschenliebe leiten lassen dürfen.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Mitarbeit dieser Personen, die sich nur von diesem Geist leiten lassen wollen, ist im Gesetz der weiteste Spielraum, wie ich glaube, zum Glück für die Wohlfahrtspflege, gegeben. Sie ist in weitestem Maße sogar (B) zahlenmäßig gesichert.

Wir hoffen bestimmt, daß die Organisationen der freien Liebestätigkeit bei diesem Mitwirkungsrecht, das ihnen gegeben ist, nur zum Segen der Jugend arbeiten werden. Aber allerdings unter einer unerläßlichen Voraussetzung: den **Rechten**, die der freien Liebestätigkeit in dem Gesetze zugesichert worden sind, stehen überaus ernste **Pflichten der Organisationen** gegenüber,

(sehr richtig! im Zentrum)

Pflichten, die man leider gesetzmäßig nicht formulieren kann,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum)

Pflichten, die man in Paragraphen und Formeln nicht fassen kann, ungeschriebene Pflichten, die zu verletzen aber eine Sünde gegen die Jugend ist, die zu verletzen eine Sünde gegen den Geist dieses Gesetzes sein würde.

Als Sünde gegen den Geist des Gesetzes würden wir auch den leisesten Versuch ansehen, die Rechte der Mitarbeit und Mitbestimmung etwa nach sozialer oder konfessioneller Richtung hin zu mißbrauchen, diese Rechte standes- oder weltanschauungsmäßig geltend zu machen. Pflicht aller, die zur Mitarbeit zugelassen sind, ist es, dieser Versuchung zu widerstehen und unter dem Vorwand, der Jugend dienen und helfen zu wollen, irgendwie anders geartete Geschäfte zu betreiben. Diese Möglichkeit ist in der Wohlfahrtspflege — das weiß ein jeder, der die Praxis kennt — groß. Der Vorwand hierfür — das weiß auch ein jeder — ist leicht gefunden. Auch hier gilt, wie so oft im Leben: der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach. **Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Jugend** sind nach unserer Auffassung **kein Tummelplatz für die Kämpfe der Parteien** und für die Kämpfe der Weltanschauungen. Die Jugend ist (C) kein Objekt, auf deren Kosten politische und andere Zeloten ihre Experimente zu machen ein Recht hätten.

Das gilt aber nicht nur für die freien Organisationen, sondern das gilt nicht weniger für manche Kreise, die jetzt amtlich mittätig sind und ehedem der Wohlfahrtspflege skeptisch ferne standen. Wir haben auch **Beispiele aus der kommunalen Wohlfahrtspflege** dafür, daß die Zugehörigkeit zu einer Partei ein sehr viel schlagenderes Argument für die Verwendung von Persönlichkeiten zu sein scheint, als etwa Kenntnisse und Erfahrungen in der Wohlfahrtspflege.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Alle, die an der Wohlfahrtspflege beteiligt sind, ob amtlich oder privat, halten sich am besten an das Her.entwort: „Lasset die Kindlein zu mir kommen!" Nach irgend etwas anderem hat ER — Gott sei Dank — nicht gefragt.

Der Organisation ist jetzt der Weg bereitet. Ihre Ausführung, das Bild in den Rahmen zu fügen, liegt bei den Personen und bei dem Geiste, der sie beseelt.

Wir glauben, daß zum § 1 die Abänderungsvorschläge nicht notwendig sind, die sowohl von ganz rechts wie von ganz links gestellt sind. So weitgehend auch alle Voraussetzungen für eine gedeihliche öffentliche Jugendfürsorge gegeben sind — und das Wort steht ausdrücklich im § 1 —, so geht aus ihm nach unserer Auffassung ebenso klar der oberste und gesundeste Grundsatz hervor für die Verteilung der **Verantwortung in der Erziehung** der heranwachsenden Jugend, nämlich daß in erster Linie die **Eltern** diejenigen sind, die diese Verantwortung zu tragen haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Gesetzestext läßt über ihre Verpflichtung und Berechtigung keinen Zweifel, und den Rechten und (D) Pflichten der Eltern wird nirgend zu nahe getreten.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Wird nicht berührt!)

— Jawohl; nicht berührt! Wir werden gleich hören, unter welchen Voraussetzungen „nicht berührt"; das ganze Gesetz handelt ja davon. — Das Gesetz ist und bleibt grundsätzlich nur ein Nothelfer für alle die Fälle, in denen der Anspruch des Kindes auf Erziehung durch die Familie gar nicht oder nur unzulänglich erfüllt wird. Dann werden selbstverständlich die Rechte der Erziehungsberechtigten, da sie ihr Recht entweder nicht ausüben oder mißbrauchen, berührt. Sonst wäre das Gesetz ja überflüssig. Aber es heißt, daß es nur berührt werden kann: nach Maßgabe der Gesetze.

Also ist an dem Recht und der Pflicht der Eltern auf die Erziehung der Kinder vollkommen festgehalten. Die Notfälle, in denen auch heute schon die Rechte der Eltern berührt — also beschränkt — werden, sind bis jetzt auf die verschiedensten Gesetze verteilt gewesen. Wir finden sie im Bürgerlichen Gesetzbuch, im Fürsorgeerziehungs-, im Kinderschutzgesetz usw. Alle diese verstreuten Vorschriften waren entweder an sich materiell nicht ausreichend, oder Menschen und Einrichtungen waren für ihre Durchführung unzulänglich, oder auch die Gesamteinstellung des Gesetzes gegenüber dem Problem der öffentlichen Jugendfürsorge war falsch.

Das letztere, die falsche Einstellung gegenüber dem Gesamtproblem der öffentlichen Jugendfürsorge, trat besonders zutage in der Verquickung mit armenrechtlichen und polizeilichen Maßnahmen. Hieraus resultierte die verhängnisvolle Verbindung armenrechtlicher und pflegerischer Gesichtspunkte zum Beispiel auf dem Gebiete der komunalen Waisenfürsorge oder die unselige Verbindung polizeilicher und pflegerischer Maß-

(Dr. **Lüders**, Abgeordnete.)

(A) nahmen zum Beispiel auf dem Gebiete des Pflege- und Ziehkinderwesens.

Wir begrüßen es deshalb, daß das Gesetz sich bemüht, alten Wünschen der Sozialarbeiter, unterstützt aus den Reihen kommunaler und richterlicher Beamter, Rechnung zu tragen. Wir halten es für einen Fortschritt, daß das Gesetz endlich versucht, aus der Jugendwohlfahrt alles fernzuhalten, was ihr armenrechtlichen Charakter geben könnte. Dieses Bestreben, dem eben eine grundsätzlich neue Einstellung gegenüber den Problemen der Sozialfürsorge zugrunde liegt, die wir bisher so vermißt und in ihren schlimmen Wirkungen in der Wohlfahrtspflege beklagt haben, kommt am meisten im fünften Abschnitt zum Ausdruck.

Ich bin erstaunt, daß ausgerechnet der Kollege Löwenstein sich für den Antrag der Kollegin Brumann erwärmen kann, der meines Erachtens einen ausgesprochen **armenrechtlichen Charakter** in den **Reservaten**, die er für die **Landesgesetzgebung** weiter vorsieht, trägt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn dieser Antrag angenommen wird, dann wird man kaum irgendwo über das „Notdürftigste“ in der Berufsausbildung hinausgehen. —

(Zuruf links: Er hat ja noch einige Erklärungen dazu gegeben!)

— Dadurch wird es nicht anders. — Wir halten es wie gesagt für einen Fortschritt, daß in diesem Gesetz armenrechtliche Gesichtspunkte nicht zur Geltung gekommen sind. Wir wissen ja alle, daß dauernde und gründliche, vor allem aber rechtzeitige Hilfe gegenüber Hilfsbedürftigen nur allzu oft an der rein armenrechtlichen Einstellung der Hilfsverpflichteten gescheitert ist. Dadurch werden die Jugendlichen selber und durch sie die Gesellschaft schwer geschädigt, moralisch sowohl wie materiell. Ganz besonders ist dieser Übelstand zutage

(B) getreten bei der Versorgung der unehelichen Kinder, deren Unzulänglichkeit nur zu oft auch die Mutter unaufhaltsam in das Elend hineingezogen hat und ziehen muß, solange die meines Erachtens menschlich ebenso grausamen wie gesellschaftlich unzweckmäßigen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches unverändert sind.

Wir sind uns klar darüber, daß die Vorschläge zum § 51 technische Schwierigkeiten für die Ausführung enthalten, besonders bei solchen Kindern, die in einem Familienverband leben und deren Eltern selber armenrechtlich unterstützt werden, also zu einem anderen Ressort gehören als die Kinder selber, die unter dieses Gesetz fallen. Wir glauben aber um des größeren Zieles willen dem Vorschlag des § 51 zustimmen zu sollen, zumal er auch in der sogenannten Sachverständigenkommission, die von Kommunal- und Sozialpolitikern und erfahrenen Persönlichkeiten aus der Charitas zusammengesetzt ist, günstig beurteilt worden ist. Auch wir glauben, wie der Vorredner sagte, daß die technischen Schwierigkeiten aus diesem Paragraphen sich überwinden lassen, und wir hoffen, daß mit Hilfe dieses Paragraphen endlich dem leidigen Abschieben Hilfsbedürftiger von Gemeinde zu Gemeinde ein Ende gemacht wird, wie wir auch hoffen, daß gleichermaßen dem Zuzug in der Stunde der Not in hilfsbereite Gemeinden, nur um dort den **Unterstützungswohnsitz** zu erwerben, ein heilsamer Riegel vorgeschoben wird. Wir halten es für nötig, der Lässigkeit der Verpflichteten und der mißbräuchlichen Benutzung fortgeschrittener Gemeinden bei der Erwerbung des Unterstützungswohnsitzes gleichermaßen entgegenzutreten.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Mit besonderem Nachdruck ist seit Jahren auf die **Reformbedürftigkeit des Pflegekinderwesens** hingewiesen worden. Der dritte Abschnitt des Gesetzes wird diesen Forderungen gerecht. Die unhaltbaren Zustände (C) auf dem Gebiet des Pflegekinderwesens, die ihren schlimmsten Ausdruck in dem sogenannten Verschieben der Pflegekinder mit gewinnsüchtiger Absicht und noch darüber hinaus in der sogenannten Engelmacherei gefunden haben, mußte unbedingt ein Ende gemacht werden. Uns erscheint es sehr gut, daß in dem Gesetz endlich eine Definition des Pflegekindes gegeben ist. Der Kollege Leutheußer wird wissen, daß eine klare Definition bislang nicht bestanden hat und daß gerade an dem Mangel die notwendige Hilfe für das Pflegekind in zahllosen Fällen scheiterte.

(Abgeordneter Leutheußer: Das Letztere ist nicht zutreffend!)

— Ich weiß nicht, ob der Kollege Leutheußer wie ich das Glück gehabt hat, in einem Bezirk jahrelang zu arbeiten, der Vorbildliches auf dem Gebiet des Pflegekinderwesens geleistet hat. Dort ist man nur dadurch um die üblen Folgen jenes Mangels herumgekommen, daß ein regulärer Detektivdienst mit Kartothek und Laufzetteln eingerichtet wurde, mit dem man dem Pflegekind nachgejagt ist. Uns scheint, daß die jetzige Definition des Pflegekindes klar und brauchbar für die Praxis ist. Der Kollege Leutheußer ist vielleicht doch in der sozialen Praxis nicht so erfahren, um ein Bild von den Mißständen zu haben.

(Abgeordneter Leutheußer: Allerdings nur 9 Jahre lang!)

— Ja, als Richter, ich weiß nicht, ob auch als Recherchent in der Wohlfahrtspflege, sicher nicht in der Säuglingsfürsorge, —

(Heiterkeit)

so daß er sich ein wirkliches Bild von den tatsächlichen Verhältnissen machen kann. Wir glauben, daß es jetzt mit Hilfe der Bestimmungen dieses dritten Abschnittes gelingen wird, Abhilfe zu schaffen gegen das Verschieben der Pflegekinder und die weitverbreitete (D) Engelmacherei. Wir haben im Ausschuß schon viel darüber gesprochen, ob die vorliegenden Bestimmungen es unmöglich machen, Kinder in Sommerfrischen unterzubringen oder die freundnachbarliche Hilfe im Krankheitsfall, ja auch für mehrere Tage oder etwas länger zu erhalten. Hier handelt es sich um eine andere Art von Entgeltlichkeit, um reinen Auslageersatz, und handelt es sich auch nicht um fortlaufende Regelmäßigkeit der fremden Pflege auf unbestimmte Zeit. Bei manchen Ferienkindern wird es aber nach meiner Erfahrung recht angebracht sein, wenn die freundlich Hilfsbereiten wissen, daß gelegentlich einmal jemand kommen und nachsehen könnte. Wir haben gar nicht wenige Fälle, in denen die Stadt X 20 bis 40 oder auch 100 Kinder in einem Orte unterbringt und keine Ahnung davon hat, daß dieselben Pflegeleute mit den Städten O, Z und N ebenfalls unterhandelt haben und aus diesen Städten auch Kinder aufnehmen. Wenn man zuerst hinkommt, ist alles in Ordnung. Herr Kollege Leutheußer, kommen Sie aber dann nach drei Wochen wieder, dann liegen 3 Kinder in einem Bett. Das sind keine erwünschten Zustände und nicht erholsam. Ich will keinen Ort nennen, es betrifft die verschiedensten Gegenden unseres deutschen Vaterlandes. Grundsätzlich handelt es sich darum, daß nachgesehen werden kann. Wenn alles in Ordnung ist, dann ist es gut, und kein Jugendamt reißt sich darum, hinter den Leuten herzutreiben. Aber den unsauberen Elementen im Pflegekinderwesen — und deren gibt es eine recht erkleckliche Anzahl — muß endlich das Handwerk gelegt werden, und die Leichtsinnigen — auch solche gibt es darunter — will man versuchen zu Einsicht und Verantwortlichkeit zu erziehen. Die Unterbringung von Pflegekindern und die freundliche Bereitwilligkeit Gut-

(Dr. Lüders, Abgeordnete.)

(A) gesinnter, sie aufzunehmen, wird durch dieses Gesetz nicht beeinträchtigt.

Nach den Erfahrungen, die man mit **Anstalten** gemacht hat, die bereit sind, **Pflegekinder** aufzunehmen, scheint es uns geboten, auch die Anstalten nicht ohne weiteres von der Aufsicht zu befreien, sondern die Landesjugendämter hierüber befinden zu lassen.

Von besonderer Bedeutung sind unseres Erachtens noch die Abschnitte IV und VI, die in einem gewissen Zusammenhang stehen. Wir halten die Bestimmungen über die **gesetzliche Amtsvormundschaft**, wonach die Jugendämter ex officio Vormund über alle unehelichen Kinder werden, für einen ganz wesentlichen Fortschritt der Gesetzgebung und ebenfalls die Möglichkeit der Einsetzung eines Pflegers vor der Geburt des Kindes. Alle Vorschriften dürfen nur unter dem Gesichtspunkte des Wohles des Kindes betrachtet werden. Deshalb sind wir auch eingetreten für die Aufrechterhaltung der **Einzelvormundschaft**. So große Vorteile auch die **Berufsvormundschaft** mit sich bringt, und so erfreulich es ist, daß die Bemühungen der Berufsvormundschaft in diesem Gesetz zu ihrem Rechte gekommen sind, so unentbehrlich ist auch die Einzelvormundschaft, und es scheint uns gut, daß auch Außenstehende einen Antrag auf Einsetzung eines Einzelvormundes an das Jugendamt stellen können.

Ein wesentlicher Fortschritt ist unseres Erachtens auch die Einführung der **Schutzaufsicht** in das Gesetz. Die Bestrebungen der aufopfernden Nächstenliebe, die jahraus, jahrein versucht hat, strauchelnde oder mißleitete Jugendliche beizeiten zu stützen, um sie vor der ultima ratio der Fürsorgeerziehung zu bewahren, haben jetzt festen Rechtsboden erhalten.

Ich glaube nicht, daß es sehr nützlich war, wenn uns der Herr Abgeordnete Hensel gestern einen Passus (B) verlesen hat aus einer ultra-linksradikalen Jugendzeitschrift. Ich glaube, daß wir alle, die wir im Ausschuß besten Willens und im besten Einvernehmen miteinander gearbeitet haben, keine Veranlassung haben, anzunehmen, daß irgend jemand, der mit uns zusammen gearbeitet hat, oder ihm nahestehende Persönlichkeiten, sich mit dem Inhalt dessen, was der Herr Kollege **Hensel** gestern hier zitiert hat, identifiziert. Wir haben im Ausschuß alles vermieden und wollen auch hier alles vermeiden, was die sozialen Gegensätze, den parteipolitischen, ja etwa gar einen klassenkämpferischen Gesichtspunkte unterstreicht. Die gestrigen **Ausführungen aus der „Jungen Garde"** haben unseres Erachtens mit dem vorliegenden Gesetze gar nichts zu tun. Es steht kein Wort von solchen Tendenzen darin, und niemand unserer Kollegen im Ausschuß, und mag er auf der linkesten Linke stehen, hat uns einen Anlaß gegeben anzunehmen, daß auch nur einer von ihnen im entferntesten den Ausführungen aus der „Jungen Garde" Sympathie entgegenbrächte und die oder jene von ihm beantragte Formulierung dieses oder jenes Paragraphen des Gesetzes zu dem Zwecke einbrachte, um solchen Tendenzen Vorschub zu leisten.

Wir stehen vor dem Abschluß eines Gesetzes von höchster sozialer, sittlicher und hygienischer Bedeutung. Verbesserungen werden in dieses Gesetz mit der Zeit eingeführt werden und eingefügt werden müssen. Wir sind aber der Auffassung, daß hier das Bessere nicht der Feind des Guten sein darf, sondern daß dieses Gesetz, trotzdem hier und dort noch Bedenken zu erheben sind, erst einmal angenommen werden muß. Wir werden deshalb von dem Stellen von Anträgen, die materielle Änderungen des Gesetzes mit sich bringen, absehen. Wir haben nur mit den beiden anderen Koalitions- (C) parteien zusammen einen Antrag zu § 71 eingebracht, der nichts anderes ist als eine Klarstellung des Textes, um Mißverständnissen vorzubeugen. Uns ist noch eingefallen, daß wir wahrscheinlich einen Abstimmungsfehler zu § 49, wonach auch Beamte bislang nicht Vormund werden können, hier im Plenum wieder werden korrigieren müssen.

Wir sind bereit, das Gesetz nicht nur hier im Plenum anzunehmen, sondern auch alles zu tun, was in unseren Kräften steht, ihm auch außerhalb dieses Hauses die Wege zu bereiten zum Wohle der Jugend.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat Frau Abgeordnete Lang-Brumann.

Lang-Brumann, Abgeordnete: Geehrte Herren und Frauen! Nicht leicht ist an einem Gesetze mit soviel Fleiß und mit soviel Gewissenhaftigkeit und mit soviel gutem Willen gearbeitet worden als an diesem, und dennoch ist es mir nicht möglich, voll und ganz in das Loblied meiner Vorrednerin Frau Dr. Lüders über dieses Gesetz einzustimmen, wenn ich auch in weitem Maße mit dem, was sie gesagt hat, übereinstimme. Ich kann mich eines leisen Unbehagens über das nun fertige Gesetz nicht erwehren. Ich glaube auch, daß nicht ich allein es bin, die ein solches Unbehagen empfindet, ich vermute, daß auch nach anderen Richtungen des Hauses hin ein solches Unbehagen wahrzunehmen ist und daß es vielleicht nur nicht so öffentlich bekannt wird, wie ich es hier bekennen will.

Ein Gesetz muß meines Erachtens unter allen Umständen drei Voraussetzungen erfüllen: Es muß notwendig sein, es muß seinen Zweck erfüllen und es muß durchführbar sein. Ich halte dafür, daß das Gesetz in der Form, wie wir es hier bekommen haben, nicht unbedingt notwendig gewesen wäre. Natürlich muß für (D) die Jugend gesorgt werden. Natürlich muß heutzutage mehr für die Jugend gesorgt werden, als je für die Jugend gesorgt worden ist. Natürlich kann ein Gesetz gegeben werden, das die Länder zwingt, der Sorge für die Jugend nach ganz bestimmten Richtungen hin mehr Sorgfalt zuzuwenden. Es können Bindungen über das „Wie" erfolgen. Aber ich halte es nicht für notwendig, daß die **Sorge für die Wohlfahrt der Jugend** in dem Maße vom Reiche bis ins kleinste beinahe schablonisiert wird, wie es in dem vorliegenden **Gesetz** mehr geschieht, als es andere Vorredner zugeben wollen, geschieht, ohne daß das Gute, ja zum Teil Bessere, was manche Länder schon auf diesem Gebiete gehabt haben, entsprechend eingebaut worden ist. Ich glaube, weniger wäre bei diesem Gesetz vielleicht mehr gewesen. Man hätte sich mit einem möglichst einfachen Rahmengesetz begnügen müssen. Das ist es aber nicht.

Sie sehen, ich stehe mit dieser meiner Behauptung in totalem Gegensatz zu der Meinung des Herrn Abgeordneten Löwenstein, dem ich natürlich auch in anderen Dingen absolut nicht beizupflichten vermag und der in seinen sozial-pädagogischen Ausführungen manchmal den Anschein erweckt, als ob er wirklich nur die eine Hälfte der deutschen Bevölkerung kennte,

(lebhafte Zustimmung in der Mitte)

und als ob er nicht von dem Guten wüßte, das doch tatsächlich in der anderen Hälfte der deutschen Bevölkerung vorhanden ist. Dadurch, daß man dieses Gute totschweigt oder sagt, daß es nicht vorhanden sei, wird es nicht aus der Welt geschafft, und dadurch wird es auch in seiner Wirkung absolut nicht behindert werden.

Ich habe also gemeint, das Gesetz hätte mehr Rahmengesetz sein müssen. Weil es das nicht ist, war

(Lang-Brumann, Abgeordnete.)

(A) es trotz guten Willens seitens der Ausschußmitglieder nicht möglich, allen Verhältnissen im Reiche gerecht zu werden. Einzelne Länder haben ihre Einrichtungen einfach beinahe ganz umzustellen. Es fehlt nahezu der Anschluß an die lebendigen, seit Jahrzehnten gewonnenen Verhältnisse.

Mit dieser Tatsache und mit dem Mangel der unbedingten Notwendigkeit des Gesetzes in der vorliegenden ausführlichen Form steht aber auch die völlige Zweckmäßigkeit leider in Frage, wenn auch selbstredend das viele Gute, das in das Gesetz eingearbeitet wurde, durchaus anerkannt werden muß und auch anerkannt werden will.

Auf alle Einzelheiten in diesem Stadium der Verhandlungen tiefer einzugehen, liegt nicht in meiner Absicht, zudem Stimmung besteht, jetzt nach der vielen Arbeit, die geleistet worden ist, einfach einmal an die Durchführung des Gesetzes heranzugehen und zuzusehen, wie die Sache sich anläßt.

So wie die Verhältnisse liegen, müssen aber auch Zweifel in die wünschenswerte **Durchführbarkeit des Gesetzes** gesetzt werden, und zwar hauptsächlich aus finanziellen Gründen.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Ich werde darauf noch zu sprechen kommen. Da jedoch, wie bereits erwähnt, das Gesetz Aussicht hat, angenommen zu werden, habe ich mir erlaubt, um es uns erträglicher zu machen, einzelne Wünsche in Form von Anträgen in Ihre Hand zu legen.

Im § 29 scheint ein Versehen rein redaktioneller Art sich eingeschlichen zu haben. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß das so ist. Es ist ein Versehen, das aber für die Länder durchaus nicht ohne Bedeutung ist. Ich habe daher beantragt, daß im § 29 der jetzige Absatz 3 nach dem jetzigen Absatz 4 Platz findet. Die Intention (B) des Paragraphen wird dadurch nicht geändert. Es wird aber die im Interesse der Länder wünschenswerte Klarheit geschaffen.

Weiter erscheint dringend erwünscht, den § 43 Absatz 2 der Regierungsvorlage wieder herzustellen. § 43 lautet heute:

> Das **Jugendamt** ist **Gemeindewaisenrat**. § 12 gilt entsprechend.

In der Regierungsvorlage hieß er:

> Das Jugendamt ist Gemeindewaisenrat.
>
> Die Landesgesetzgebung kann örtliche Einrichtungen zur Unterstützung des Jugendamtes in den Geschäften des Gemeindewaisenrates treffen.

Es handelt sich hier durchaus nicht darum, wie meine Vorrednerin gemeint hat, der Jugendwohlfahrt armenrechtlichen Charakter zu geben. Das fällt auch uns nicht ein, sondern es handelt sich darum, der Arbeit an der Jugend wenigstens vorerst die Kräfte zu erhalten, die sich im Dienst der Jugend bewährt haben. Es würde sich sicher als eine schwere Täuschung herausstellen, wenn man glauben wollte, daß das Jugendamt imstande wäre, nun über Nacht alle die Kräfte, die dem Waisenrat zur Verfügung gestanden haben, durch andere Kräfte zu ersetzen, wo immer Sie dieselben auch hernehmen wollten. Den Vorsitzenden der Jugendämter selber und ihren besoldeten Helfern wird es auch nicht möglich sein, allen einzelnen Pfleglingen in der Jugendfürsorge nachzugehen. In **Bayern** wird ein Jugendamt mindestens ein Bezirksamt, vielleicht mehrere Bezirksämter umfassen müssen. Vielleicht werden über 100 Gemeinden an solch ein Jugendamt angegliedert sein, wenn das auch ein Maximum bedeutet. Es wird außerordentlich schwer halten, hier freiwillige Kräfte zu bekommen, gerade heute, wo jedermann bei der Entwertung des Geldes darauf bedacht sein muß, selbst etwas zu verdienen.

Hier hat man noch den Ehrenpunkt mit ins Feld (C) zu führen, und im Waisenrat hat auch noch eine gewisse Pflicht die Macht, die Leute zum Waisenrat und zu ihrer Betätigung zu bringen. Ich möchte daher dringend bitten, Bayern zu ersparen, daß in vielen kleinen Gemeinden dadurch eine Lücke entsteht, daß wir nicht die Kräfte haben werden, unseren schutzbefohlenen Jugendlichen in einer Weise nachzugehen, in der man ihnen bisher nachgegangen ist. Wir wollen doch nicht eine Verschlechterung durch das neue Gesetz herbeiführen, sondern eine Verbesserung durch das Gesetz bringen.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Das, was ich eben gesagt habe, findet auch seine Anwendung auf § 50 des vorliegenden Gesetzentwurfes, dem ich folgenden Satz 3 anzufügen bitte:

> Landesrechtliche Vorschriften, nach denen die **Berufsausbildung** schon jetzt **Pflichtaufgabe der öffentlichen Unterstützung** ist, bleiben aufrechterhalten.

Wenn die jetzige Fassung des Ausschußbeschlusses angenommen wird, so bedeutet das für uns Bayern einen Rückschritt, und wir können das, was wir bisher schon gehabt haben, nur auf dem Wege neuer landesbehördlicher Verordnungen wieder gewinnen. Das könnte erspart werden, wenn Sie auf meinen Antrag eingehen wollten, den ich vorhin anzuführen mir erlaubt habe.

Ich habe anfangs gesagt, ein Gesetz müsse durchführbar sein. Ich komme damit zur finanziellen Frage, die hier schon wiederholt berührt worden ist. Ich halte es für unrichtig, ein in die Verhältnisse der Länder und Gemeinden so tief eingreifendes, so umfangreiches und umfassendes Gesetz diesen Ländern und Gemeinden aufzubürden, wenn es auch noch so gut sein sollte, sofern man nicht durch ausreichende **finanzielle Mittel** die **Möglichkeit zur Durchführung** geben will oder kann. (D)

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Daß die jetzt genannte Summe von 100 Millionen Mark für das ganze deutsche Reich gänzlich unzulänglich ist, wurde wiederholt gesagt. In diesem Hause ist einmal ein denkwürdiges Wort gefallen, und es will mir beinahe scheinen, als würde hier manchmal nach diesem Wort gehandelt. Es hieß sinngemäß: man könne alles aus dem Volke herausholen, es käme nur darauf an, wie weit man es in Not geraten lassen wolle. Für unsere Jugend sind wir bereit, Not zu tragen, auch noch mehr Not als bisher. Die Frage ist nur, ob die Not der Erwachsenen, der Mütter, von der Not der Jugend getrennt werden kann und ob die Wohlfahrt der Jugend nicht im Gegenteil leidet, statt zu gewinnen, wenn man ein Volk überbürdet. Das würde bei uns in Bayern der Fall sein, wenn wir diese Mehrkosten tragen müßten, die uns durch das neue Gesetz erwachsen. Als die Einzelstaaten noch über ihre Finanzen verfügen konnten, konnte man Gesetze geben und ihre finanzielle Durchführung den Einzelstaaten überlassen. Trotzdem hat man es damals niemals in dem Übermaße getan wie heute, wo man es viel weniger tun dürfte, da doch die Einzelstaaten ihre finanziellen Einkünfte an das Reich abführen müssen und tatsächlich auch abführen. Bayern erachtet die Übernahme aller Maßnahmen auf das Reich nach wie vor als grundlegende Voraussetzung für die Möglichkeit einer Durchführung dieses Gesetzes. Die Aufwendungen, die Bayern allein machen müßte, würden nach früheren vorsichtigen Berechnungen 20 Millionen ausgemacht haben. Jetzt hat man berechnet, daß sie allein für Bayern 50 Millionen betragen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß Bayern, ohne seine ordnungsmäßige Wirtschaft zu stören, diese Summe aufbringen kann, nicht als Gesamtland und nicht in seinen einzelnen Gemeinden.

(**Lang-Brumann**, Abgeordnete.)

(A) Die Durchführung dieses **Gesetzes** wird viele Vorbereitungen mit sich bringen, bei denen jede Überhastung ausgeschlossen sein muß. Die Herstellung eines Landesausführungsgesetzes wird Zeit erfordern. Man weiß aus Erfahrung, wie lange solche Gesetze brauchen, bis sie klappen. Die gesamte Umstellung, wie sie in manchen Ländern notwendig ist, kann nicht über Nacht geschehen. Die Gewinnung hauptamtlicher Kräfte für die Jugendämter muß mit außerordentlicher Umsicht geschehen. Ich möchte daher bitten, auch meinem letzten Antrag, den ich gestellt hatte, das Gesetz nicht vor **1925 in Kraft treten** zu lassen, zustimmen zu wollen. Dementsprechend müßte dann der in Art. 5 des Einführungsgesetzes bestimmte Zeitpunkt auf 1927 verlegt werden.

Die Berücksichtigung der Wünsche, die ich eben dem hohen Hause unterbreitet habe, würde uns die Annahme des Gesetzes außerordentlich erleichtern. Im gegenteiligen Falle würde es uns sehr schwer werden, dem Gesetz, wie es ist, zuzustimmen.

(Bravo! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Heydemann.

Heydemann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Im allgemeinen kann man das Sprichwort: „Was lange währt, wird gut" auf dieses Gesetz nicht anwenden. Wir haben gesehen, daß selbst gegenüber dem ursprünglichen Entwurf es dem Ausschuß gelungen ist, noch Verschlechterungen hineinzubringen. Wenn wir zu der **Jugendwohlfahrt** überhaupt Stellung nehmen, dann können wir das unterschreiben, was man mit Recht als Definition unserer sogenannten Zivilisation erklärt hat, daß sie ein Kampf zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen sei.

(B) (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Aber dieser Kampf zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch ergänzt durch den Kampf zwischen dem Alter und der Jugend. Auch das kommt drastisch nicht nur in diesem Gesetz zum Ausdruck, sondern in all den Dingen, die im Zusammenhang mit der Jugendwohlfahrt betrachtet werden müssen. Wir sehen ja, daß nicht nur im alten Obrigkeitsstaat, sondern auch im republikanischen Polizeistaat die Gesetze, wie sie hier verabschiedet werden, nichts anderes sind als der Ausdruck der tatsächlichen Machtverhältnisse.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Daher ist es auch kein Wunder, daß in dem vorliegenden Entwurf nichts von einem großzügigen Versuch zu erblicken ist, die heranwachsende Jugend vor den verheerenden Folgen des Krieges — Ihres „Stahlbades" — zu schützen. Nichts ist in den letzten Jahren der republikanischen Gesetzgebung zutage getreten, was irgendwie alten fortschrittlich-pädagogischen und sozialistischen Forderungen entspräche, die Grundlagen der Erziehung im Sinne der Arbeits- und Gemeinschaftserziehung aufzubauen. Nichts ist geschehen, auch nicht in diesem Gesetz, um endlich einmal den unmoralischen Gegensatz zwischen ehelichen und unehelichen Kindern im Gesetze aufzuheben. Der Sparsamkeitsfanatismus wirkt sich ja auch in diesem Gesetz ganz besonders durch den Druck des Reichsrats gegenüber den Bestrebungen, die der Kultur dienen, aus im Gegensatz zu den Ereignissen, die in den letzten Wochen hinter uns liegen, und mit denen man im Galopptempo über 100 Milliarden aus den Taschen des Volkes zu neuen Steuern der kapitalistischen Erfüllungspolitik herausgeholt hat. Auch der sogenannte Zug der neuen Zeit ist in keiner Weise zu erblicken darin, daß man etwa der Zersplitterung der Jugendfürsorge entgegengetreten wäre.

Wir als Kommunisten wissen, daß eine wirkliche (C) Fürsorge für die Jugend ganz wo anders ansetzen müßte. Das wichtigste wäre, der heranwachsenden Jugend Luft, Licht und Sonne zu geben, und dazu wäre die Lösung der Wohnungsfrage notwendig, die der Kapitalismus nicht zu lösen imstande ist. Vor allen Dingen wäre es notwendig, den Eltern der heranwachsenden Jugend genügend Lohn und Zeit zu geben, um sich ihren Kindern widmen zu können. Sie alle kennen ja die Bestrebungen, die im Gange sind, um das entgegengesetzte Ziel zur Wahrheit werden zu lassen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir auf der einen Seite dieses Gesetz ansehen und es zu den Entwürfen der verschiedenen sogenannten sozialpolitischen Gesetze in Vergleich stellen, wenn wir zum Beispiel an den Entwurf eines Gesetzes über die **Arbeitszeit** gewerblicher Arbeiter denken, so sehen wir, daß es in diesem Entwurf wie ein Skandal wirkt, daß man die Jugendlichen geradezu unter ein Ausnahmerecht stellt. Im § 16 dieses Gesetzes wird ausdrücklich festgelegt, daß die durchschnittliche 48 stündige Arbeitswoche zu einer 54 stündigen gestaltet wird, weil die Fortbildungsschulstunden nicht, wie es von Arbeiterseite gefordert wird, angerechnet werden sollen. Im § 12 dieses Gesetzes für gewerbliche Arbeiter werden Ausnahmen für Jugendliche über 16 Jahren gemacht, auch in bezug auf die Nachtarbeit. Selbst bei den außerordentlich gesundheitsschädlichen Arbeiten in der Stein- und Braunkohlengrube, in der Glashütte usw. sollen die bisherigen Schutzbestimmungen beseitigt werden, während wir auf dem Standpunkt stehen, daß endlich einmal der Unterschied zwischen Jugendlichen über 16 Jahren und unter 16 Jahren beseitigt werden muß. Unsere Forderung geht dahin, alle jugendlichen Arbeiter zwischen dem 14. und dem 18. Lebensjahr gleichmäßig zu behandeln. Wir sehen, daß dem Gesetzentwurf, wie er uns vorliegt, (D) trotz aller schönen Worte, mit denen man äußerlich seine Fassade zu schmücken versucht hat, der **Ludergeruch des Armengesetzes** anhaftet, nicht etwa der „Ludergeruch der Revolution", sondern ganz im Gegenteil der elende Ludergeruch der Armengesetzgebung.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Lüders.)

— Mir wird zugerufen, daß dieser Ausdruck ekelhaft ist. Demgegenüber möchte ich daran erinnern, daß diesen „ekelhaften" Ausdruck seinerzeit der preußische König Friedrich Wilhelm IV. gebraucht hat. —

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Der **Gesetzentwurf** — darauf hat schon der Abgeordnete Dr. Löwenstein hingewiesen — trägt überall deutlich den Stempel der **Kreuzung der Anschauungen** der maßgebenden Regierungsparteien, der **Mehrheitssozialdemokratie und der katholischen Zentrumspartei**. Es zeigt sich ähnlich wie bei anderen Gesetzen, die sich mit der Schule beschäftigen, daß man in fast allen wichtigen Fragen auch hier den Anschauungen des Zentrums völlig entgegengekommen ist.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Ich will gar nicht davon sprechen, daß man nicht etwa — was ja bei der Zusammensetzung dieses Hauses selbstverständlich ist — an den Gedanken der Völkerversöhnung, dem die Schule zu dienen hat, wie ja geradezu zum Spotte in der Reichsverfassung steht, angeknüpft hat. Wir haben es ja in diesen Tagen drastisch genug erlebt, wie man versucht, selbst die kleinsten Schulkinder mit dem Geist des Militarismus und des Chauvinismus zu verseuchen. Von **Internationalität** ist selbstverständlich keine Spur in diesem Gesetz zu entdecken.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

In § 1 wird betont, daß sich das Gesetz nur auf deutsche

(Heydemann, Abgeordneter.)

(A) Kinder bezieht. Warum haben Sie, meine Herren von der Rechten, nicht den Mut gehabt, das Wort „deutschstämmig" zu beantragen? Das wäre doch viel klarer gewesen. Sie hätten den Mut aufbringen sollen, wenigstens in dieser Weise Ihre Forderungen auszusprechen, anstatt die Ihnen doch auch nahestehenden österreichischen und ehemaligen deutschen Mitbürger in den abgetretenen Gebieten durch diesen § 1 außerhalb des Rechts zu stellen.

Daß alle Abänderungsanträge der Linken, nach denen das Gesetz auf alle in Deutschland lebenden Kinder, ganz gleichgültig, welcher Nationalität, Anwendung finden sollte, abgelehnt wurden, wundert uns nicht. Aber das ist auch für Sie um so schlimmer, als ja bekanntlich jeder tüchtige deutsche Beamte zunächst seine Zuständigkeit prüft, ehe er sich sachlich mit einer Angelegenheit befaßt. Selten wird der Fall so liegen, daß ein Jugendamt sich mit einem unbemittelten aus dem Ausland angekommenen Kinde, dessen Staatsangehörigkeit erst geprüft werden muß, so befassen kann, daß in der notwendigen Eile eine Entscheidung darüber getroffen wird, für welches Vaterland der Vater seinerzeit optiert hat, für Polen, für Dänemark, für Deutschland oder Belgien, oder wo sonst solche Streitfragen entstehen könnten. Es werden also nicht nur ausländische, sondern auch staatenlose Kinder und auch viele deutsche Kinder der sowieso schon so kargen Wohltaten dieses Gesetzes verlustig gehen.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wir bekämpfen die Unzulänglichkeit dieses Gesetzes; aber ich möchte es ausdrücklich betonen, daß wir uns nicht ausschalten und daß wir im Gegenteil ebenso wie beim Betriebsrätegesetz den Proletariern sagen, daß sie versuchen sollen, auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes überall an den Feind heranzukommen, an den (B) Feind der Bureaukratie, der nationalistischen Verhetzung, wie er bei den Verwaltungsbehörden in die Erscheinung tritt. Daher fordern wir, daß den Arbeiterorganisationen und ganz besonders den **Jugendorganisationen** auf Grund des § 3 ihre **Mitwirkung** gegeben wird, und wir hoffen, daß sich die Jugendorganisationen, auch die kommunistischen Kindergruppen, auf Grund des § 3 des Gesetzes ihre Mitarbeit erkämpfen werden.

Nun ist vom Ausschuß zu den **Aufgaben des Jugendamtes** unter 6 im § 3 hinzugefügt worden:

> Die Mitwirkung bei der **Beaufsichtigung der Arbeit von Kindern und jugendlichen Arbeitern** nach näherer landesrechtlicher Vorschrift.

Diese Bestimmung ist heute wichtiger denn je. Ich brauche wohl nicht zu sagen warum, auf Einzelheiten einzugehen. In den nächsten Wochen wird noch genug Gelegenheit gegeben sein, darauf hinzuweisen, daß das Proletariat die so außerordentlich wichtige Aufgabe hat, überall auch der Schulbureaukratie und auch den Jugendämtern auf die Finger zu sehen.

Das Gesetz hat in wichtigen Teilen einen rein **subsidiären Charakter.** Nach § 1 muß erst erwiesen sein, daß die Familie des Jugendlichen versagt hat und daß ihm die freie Liebestätigkeit nicht helfen kann, ehe das Jugendamt berechtigt und verpflichtet ist, einzugreifen. Hier merkt man ganz besonders die erfolgreiche Arbeit des Zentrums, das sich in allen diesen Fragen gegenüber der Sozialdemokratie durchzusetzen verstanden hat.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Es ist sogar möglich, das vielleicht manchmal unbequeme Jugendamt vollständig für die katholischen Jugendlichen auszuschalten. Das geht so weit, daß nach § 10 in der Fassung des 29. Ausschusses zwei Fünftel der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendamtes auf Vorschlag der freien Vereinigungen für (C) Jugendwohlfahrt aus deren Mitte zu berufen sind. Bei geschickter Handhabung dieser Bestimmung können die **konfessionellen und nationalistischen Vereine** es durchzusetzen, daß selbst in Orten, in denen die Stadtverwaltung eine starke Linksmehrheit hat, das Jugendamt, obwohl es an sich eine städtische Deputation ist, eine reaktionäre Mehrheit hat.

Ganz ungeheuerlich — und darauf ist auch schon hingewiesen worden — sind die Zugeständnisse, die den **Konfessionen** durch das Gesetz gemacht worden sind. Nach § 36 muß schon der Standesbeamte bei jedem neugeborenen unehelichen Kinde das religiöse Bekenntnis feststellen und es in der Geburtsanzeige vermerken.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Vereinsvorstände können nach § 48 an Stelle des Jugendamtes Vormundschaften in Massen übernehmen und haben dann fast alle Vorrechte der behördlichen Vormundschaft.

Nach § 71 muß jeder Fürsorgezögling in einer Familie oder Anstalt seines Bekenntnisses untergebracht werden. Ein im Ausschuß eingebrachter Antrag, die Bekenner von Weltanschauungen mit den Bekennern der christlichen Konfessionen gleichzustellen, wurde als undurchführbar abgelehnt.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Nach § 71 Abs. 2 sollen zwar Minderjährige ohne Bekenntnis nur mit ihrem, beziehungsweise ihres Vaters Einverständnis in einer Familie oder Anstalt mit bestimmtem religiösen Bekenntnis untergebracht werden. Durch das Ausführungsgesetz Art. 5 aber hat man diesen schwachen Schutz illusorisch gemacht, indem diese Bestimmung erst 1925 in Kraft tritt,

(hört! hört! bei den Kommunisten)

(D) während dieses Gesetz immerhin schon am 1. April 1923 in Kraft treten soll.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Man wird dann schon einen Grund finden, dieses Ausnahmerecht gegen Dissidenten und Freireligiöse weiter zu verlängern.

Es wäre notwendig gewesen — und wenn irgendwie von Großzügigkeit etwas in diesem Gesetz zu erblicken gewesen wäre, wäre das auch durchgeführt —, daß die völlig entbehrlich gewordenen **Vormundschaftsgerichte** bei dieser Gelegenheit beseitigt worden wären und an ihre Stelle die Jugendämter getreten wären. Es ist dies von links beantragt worden, und unsere Genossin Clara Zetkin hat im Ausschuß den Antrag gestellt, daß man ganze Arbeit machen solle: man solle den ganzen Apparat als gewählten Selbstverwaltungskörper ähnlich wie die Krankenkassen aufbauen, um dadurch die Jugend dem Einfluß der Bureaukratie zu entziehen.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Aber die demokratischen Parteien der verschiedenen Richtungen wollten nichts davon wissen, auf diese Weise mit der Demokratie ernst zu machen, ebensowenig wie sie etwas davon wissen wollten, der Denzentralisation auch auf diesem Gebiet wirklich entgegenzutreten.

Das einzige fast, was zu begrüßen ist, ist, daß der Reichstagsausschuß die **Frauen** endlich den Männern bei der **Übernahme der Vormundschaft** gleichgestellt hat. Die Frau braucht nicht mehr die Genehmigung des Ehemannes einzuholen.

Andererseits will ich nicht auf die mittelalterlichen Bestimmungen eingehen, die den Beamten gegenüber bei der Ausübung ihrer Staatsbürgerrechte in diesem Gesetze enthalten sind.

Sehr wichtig ist, daß in dieses Gesetz als besonderer Abschnitt die bisher landesrechtlich geregelte Fürsorge-

(Heydemann, Abgeordneter.)

(A) erziehung hineingearbeitet ist. Wir begrüßen es, daß die Unabhängigen den Antrag gestellt haben, endlich einmal für diesen ominösen Ausdruck „Fürsorge“ „Schutzgesetzgebung“ zu setzen.

Ich will es mir versagen, mich bei dieser Gelegenheit zum Dolmetscher der Gefühle der Tausenden und aber Tausenden zu machen, die durch die Zwangs- und Marteranstalten der sogenannten Fürsorge in **Preußen-Deutschland** gegangen sind. Ich will Sie nur daran erinnern, daß der ganze Zynismus der früher herrschenden Clique in Preußen dazu gehörte, dieses elende Machwerk heuchlerischer Brutalität ausgerechnet Fürsorgegesetz zu nennen, das so lange in Preußen-Deutschland seine Geißel geschwungen hat. Ich will nur an die Zustände erinnern, wie sie auch heute noch sind, an die Aufsehen erregenden Mitteilungen aus der „Freiheit“ vom 1. April d. J. über die schandbaren Zustände in der Berliner Fürsorgeerziehung auf Strubeshof, in Weißensee, in der Fürsorgeanstalt Bethaberg. Ich will Sie nur an die furchtbare Schreckensherrschaft der Fürsorgegewaltigen gegenüber den ihnen anvertrauten Wehrlosen und Schutzlosen erinnern, die in Bayern buchstäblich zu Tode gequält worden sind,

(hört! hört!)

unter der christlichen Fürsorge!

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

In der Regierungsvorlage stand ursprünglich deutlich darin, daß nur solche Jugendliche in Fürsorgeerziehung kommen sollten, bei welchen für die Unterbringung öffentliche Mittel in Anspruch genommen werden müssen. Es ist ja auch heute noch die „goldene“ Jugend, es sind die Kinder vielleicht des Herrn v. Kähne oder andere gemeingefährliche Banditen

(Zuruf von den Deutschnationalen: Frechheit!)

(B) die in ein Sanatorium kommen, wenn sie verwahrlost sind, oder es ist die Tatsache, daß man — Sie haben mir zu dem richtigen Ausdruck verholfen —,

(Zuruf von den Deutschnationalen: Unverschämtheit!)

daß man der Frechheit und Unverschämtheit dieser deutschnationalen Jünglinge gegenüber nicht mit der Gewalt und der Zwangserziehung öffentlich-rechtlicher Fürsorge kommt, sondern daß man dieser schamlosen Frechheit gegenüber, die ja selbst unschuldige Menschen das Leben gekostet hat, sich damit begnügt, daß vielleicht der Herr Vater den ungeratenen Sohn in ein Sanatorium oder ein Alumnat im Gebirge oder an der See bringt und ihn dann nach einigen Wochen zurückholt,

(Zuruf von den Kommunisten: Oder nach Groß-Lichterfelde schickt!)

und dann ist Gras über die Geschichte gewachsen, die das Bürschchen da begangen hat.

Meine Damen und Herren! Dann ist beantragt worden, diese lächerliche Summe von 100 Millionen Papiermark, die der Reichstag für die wichtigste Aufgabe des deutschen Volks bewilligen zu können glaubt, auf 500 Millionen zu erhöhen. Es ist interessant, daß ursprünglich 10 Millionen, dann 50 und nach langem Sträuben endlich 100 Millionen Papiermark von der Regierung zugebilligt wurden. Davon werden die persönlichen und sachlichen **Kosten** ja vollständig aufgefressen, und für wirkliche **Jugendfürsorge** wird materiell nichts mehr übrig bleiben. Anderthalb Papiermark pro Kopf der Bevölkerung oder — es klingt geradezu wie ein Witz — 3 Goldpfennige auf den Kopf der Bevölkerung, das ist es, was der republikanische Polizeistaat für Jugendfürsorge übrig hat.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

(C) Ein Stadt- oder Landkreis von 50 000 Einwohnern wird also jährlich 75 000 Mark anteilig erhalten.

Da man hier fürchtete, daß das flache Land, wo der dort herrschenden Klasse soziale Einrichtungen ja sowieso ein Greuel sind, dem ganzen Gesetz passiven Widerstand entgegensetzen würde, hat man an versteckter Stelle ein Hintertürchen geschaffen, übrigens wohl auf Wunsch von Orgeschbayern. Man hat nach Art. 7 des Einführungsgesetzes bestimmt, daß einer Landesregierung gestattet ist, in überwiegend **ländlichen Kreisen** in den ersten drei Jahren überhaupt **keine Jugendämter** zu errichten.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Und gerade hier wäre es am allernotwendigsten.

Dann ist von den Vertretern der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei wieder das hohe Lied der **Familie** gesungen worden. Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie. Als wirtschaftliche und rechtliche Einrichtung ist die Familie — darauf hat ja auch der Herr Abgeordnete Löwenstein schon hingewiesen — längst zersetzt, durch den Kapitalismus für weite Schichten vollständig beseitigt. Lesen Sie nur, was schon im Anfangsstadium des Kapitalismus Karl Marx im Kommunistischen Manifest gesagt hat, worauf sich im kapitalistischen Zeitalter die Familie noch stützt. Lesen Sie die schon damals anklagenden Worte, die heute eine noch viel größere Bedeutung haben:

> Die bürgerlichen Redensarten über Familie und Erziehung, über das traute Verhältnis von Eltern und Kindern werden um so ekelhafter, je mehr infolge der Großindustrie alle Familienbande für die Proletarier zerrissen und die Kinder zu einfachen Handelsartikeln und Arbeitsinstrumenten verwandelt werden.

(D) Das gilt ganz besonders heute, wo man die Kinder auch schutzlos der geplanten Verlängerung der Arbeitszeit preisgeben will.

Ganz besonders groß ist die Gefährdung der Jugend, gegen die die gesamte Arbeiterschaft Front machen muß, durch die geistige Vergiftung, wie wir sie in den letzten Monaten ganz besonders von nationalistischer Seite erlebt haben. Der Abgeordnete Hensel hat ein Zitat aus dem Jahre 1919 aus dem Organ der proletarischen Jugend herausgerissen, aus der „Jungen Garde“. Ich will nicht darauf eingehen, mir ist dieser Artikel nicht zugängig. Ich will nur darauf hinweisen, daß unsere Jugend das Recht hat, ihre Meinungen, auch wenn sie verkehrt sind, frei und offen zur Diskussion zu stellen, auch in ihrem eigenen Organ. Das eine aber werden selbst ehrliche Kenner der rechtsstehenden Kreise zugestehen, daß die moralische Höhe der organisierten Arbeiter, ganz besonders der **kommunistischen Jugend**, so unerreichbar ist, daß die weitesten Schichten des Volkes, ja daß selbst positiv christliche Kreise mit Neid und Anerkennung auf diese Jugend blicken müssen.

Wir Kommunisten stehen prinzipiell auf dem Standpunkt, daß die **Allgemeinheit** nicht nur das Recht und die Pflicht hat, die **Kindererziehung zu kontrollieren**, sondern daß die Erziehung des Nachwuchses, der Schutz der Jugend in ihrer Gesamtheit, Pflicht allein der Gesellschaft und des Staates ist. Solange dies aber nicht durchgeführt ist — und im kapitalistischen Staate läßt es sich nicht durchführen —, müssen wir uns bei jeder Kontrolltätigkeit fragen: von wem und wie wird diese Kontrolle durchgeführt? Da können wir erklären, daß wir eben kein Vertrauen zu den Organen haben, auch wie Sie sie jetzt umgestalten wollen. Von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir unsere schärfste Kritik üben. Falls die Verbesserungsanträge der Linken abgelehnt

(Heydemann, Abgeordneter.)

(A) werden, sind wir nicht in der Lage, diesem Gesetze zuzustimmen, obwohl in Kleinigkeiten einzelne Fortschritte zu verzeichnen sind. Aber im großen lebt aus diesem Gesetze der Geist der Reaktion, der konfessionellen Absonderung.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Auch dieser völlig unzulängliche Entwurf im vierten Jahre der Republik zeigt uns, daß die Bourgeoisie ihre eigenen liberalen Kulturideale, die Ideale der Erziehung, der Jugendwohlfahrt auf den Kopf gestellt hat. Das Proletariat erst wird als herrschende Klasse in der Übergangsperiode seiner Diktatur Ihre eigenen liberalen Ideale wieder auf die Füße stellen. Wohlfahrtspflege, Fürsorge, Jugendschutz, all diese schönen Worte, die Sie immer und immer wieder zur Irreführung der Massen gebrauchen, sind im Munde der Verteidiger des kapitalistischen Systems nur leere Worte, tönende Phrasen, nichts als eitel Heuchelei.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Ihnen in der Mitte, die Sie Anhänger des sogenannten freien Volksstaates sind und als Weg für die Befreiung der Massen rühmen und empfehlen: „Volksbildung ist Volksbefreiung" — Ihnen gegenüber müssen wir als Schüler von Marx, als Schüler des Lebens, der die Massen zum Klassenkampf zwingt, immer wieder erklären: nicht Massenbildung und dann Massenbefreiung, sondern umgekehrt schaut uns der große historische Prozeß unserer Zeit entgegen: **erst Massenbefreiung, dann Massenbildung**, dann Fürsorge, dann Wohlfahrt.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Dann Schutz und Pflege unserer Jugend nach der Befreiung der Massen aus der Knechtschaft des Kapitalismus! Die klassenbewußten Arbeiter werden mit der Eroberung der ökonomischen Kultur zugleich den Grund (B) legen für eine Gesellschaft, in der die Jugend geschützt sein wird vor der Ausbeutung ihrer Arbeit, vor der Verkrüppelung ihres Willens, vor der Vergiftung ihres Hirns durch die Todfeinde des Menschen, durch Kapitalismus, Nationalismus und Militarismus. Der Kommunismus wird darüber hinaus die volle Macht und Kraft der in jedem einzelnen schlummernden Persönlichkeit zur Entfaltung bringen. Den frohen Mut, den Geist der Solidarität auch im Klassenkampf, um diese Güter fruchtbringend zu verbreiten und auszustrahlen, das ist es, was die Jugend des Proletariats beseelt, das ist es, was die Kommunistische Partei erstrebt.

(Bravo! bei den Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Ich erteile das Wort Herrn Staatssekretär Schulz vom Reichsministerium des Innern.

Schulz, Staatssekretär im Reichsministerium des Innern: Meine Damen und Herren! Am Ende dieser Debatte habe ich vom Standpunkt der Reichsregierung aus lediglich die angenehme Pflicht, dem hohen Hause für das Wohlwollen zu danken, das es diesem Gesetzentwurf von Anfang an bis zur jetzigen Stunde entgegengebracht hat und das ich auch noch für den kleinen Rest, der noch zu erledigen bleibt, erbitte.

Als ich vor drei Jahren meine Arbeit im Reichsministerium des Innern begann, fand ich die ersten wohlüberlegten Anfänge dieses **Jugendwohlfahrtsgesetzes** vor. Es hat also mehr als drei Jahre gedauert, bis dieses Gesetz in die zweite Lesung des Plenums gebracht worden ist. Das könnte wie eine sehr lange Zeitdauer aussehen. Wenn Sie aber berücksichtigen, welche verschiedenartigen und schwierigen Aufgaben dieser Gesetzentwurf zusammenfaßt, um sie einer besseren und zweckmäßigeren Lösung entgegenzuführen; wenn Sie ferner berücksichtigen, welche verschiedenartigen Interessen und Weltanschauungen der einzelnen Parteien, (C) der verschiedenen an dem Gesetz gleichfalls stark beteiligten Länder auf eine gemeinsame Arbeitsgrundlage zu bringen waren; und wenn Sie dann auch noch berücksichtigen wollen, daß diese ganze Arbeit inmitten mannigfacher innerer und äußerer Unruhen geleistet werden mußte, so kann der Zeitraum von drei Jahren nicht als lang gelten.

Meine Damen und Herren! Wenn die mannigfachen Schwierigkeiten des Gesetzes überwunden worden sind, so liegt das, glaube ich, daran, daß allen Parteien trotz der Verschiedenartigkeit ihrer Auffassungen eines gemeinsam war, das war die gemeinsame Liebe zur Jugend und der Wunsch, unserer Jugend zu helfen. Gewiß ist das, was die einzelnen Parteien von ihrer Jugend erwarten, verschieden. Aber jeder erwartet doch von der Jugend, auf die er blickt, eine bessere Gestaltung der deutschen Zukunft. Und um die deutsche Jugend hierfür fähiger zu machen, darum haben die Parteien bereitwilligst immer wieder Sonderinteressen zurückgestellt und sich immer wieder bei mannigfachen Abweichungen im einzelnen zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden. Das Gesetz will in erster Linie der irgendwie gefährdeten Jugend helfen, aber nicht nur dieser, sondern auch der gesunden und normalen Jugend, auch diese soll in mannigfacher Weise ein Betätigungsfeld für ihren Arbeitseifer bekommen.

Meine Damen und Herren! Der Ausschuß hat an dem Gesetzentwurf eine Reihe von Veränderungen vorgenommen. Die Regierung ist im Hinblick auf die große Einmütigkeit, die bei den Abänderungsvorschlägen zutage getreten ist, gern bereit, sich mit diesen Abänderungen einverstanden zu erklären. Dagegen bittet sie, im gegenwärtigen Zeitpunkt bei der zweiten Lesung im Plenum von weitergehenden Änderungen absehen zu wollen. Es besteht die Gefahr, daß ein Antrag leicht (D) das Gefüge des ganzen Gesetzes wieder in Gefahr bringt. Ich bitte deshalb, jetzt nur noch solchen Anträgen zuzustimmen, die die Zustimmung der großen Mehrheit aller Parteien finden, und dann das Gesetz baldigst mit möglichst großer Mehrheit zu verabschieden.

(Beifall.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, so wird die Aussprache über § 1 geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es liegen folgende Änderungsanträge vor: zunächst der Antrag Dr. Löwenstein, Henke und Genossen auf Nr. 4466, den § 1 in der Ausschußfassung zu streichen und dafür eine andere Formulierung mit drei Absätzen zu setzen. Ferner liegt der Antrag Dr. Löwenstein, Crispien und Genossen auf Nr. 4473 Ziffer 1 vor, der für den Fall der Ablehnung des Antrags Nr. 4466 eine andere Formulierung des Abs. 2 verlangt. Endlich liegt vor der Antrag Schultz (Bromberg) und Genossen auf Nr. 4463 Ziffer 1, der im Abs. 2 eine andere Formulierung verlangt.

Ich werde zunächst abstimmen lassen über den Hauptantrag Dr. Löwenstein auf Nr. 4466, sodann für den Fall der Ablehnung dieses Antrags über den Eventualantrag Dr. Löwenstein und Genossen auf Nr. 4473 Ziffer 1, dann über den Antrag Schultz (Bromberg) und Genossen auf Nr. 4463 und schließlich über die Vorlage des Ausschusses. — Damit ist das Haus einverstanden.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag Dr. Löwenstein, Henke und Genossen auf Nr. 4466 zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

(Vizepräsident Dr. Bell.)

(A) Dann bitte ich diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Antrag Dr. Löwenstein, Crispien und Genossen auf Nr. 4473 Ziffer 1 zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist ebenfalls die Minderheit; auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte dann diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag Schultz (Bromberg) und Genossen auf Nr. 4463 Ziffer 1 zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Nun bitte ich diejenigen Damen und Herren, die dem § 1 in der Fassung des Ausschusses zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die große Mehrheit; § 1 ist angenommen.

Zu § 2 liegen Wortmeldungen und Änderungsanträge nicht vor. Ich darf wohl ohne Abstimmung feststellen, daß das Haus den § 2 in der Fassung des Ausschusses annimmt. — Damit ist das Haus einverstanden.

Ich rufe auf § 3. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Wurm.

Wurm, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir der Einfachheit halber, daß ich die von meiner Fraktion gestellten Anträge zusammen vertrete.

Zu § 3 haben wir beantragt, die Ziffer 6 damit zu beginnen, daß alle bisher von der **Polizei** ausgeübten Befugnisse, soweit sie die **Beaufsichtigung der Jugend** angehen, auf das **Jugendamt** übertragen werden. Ihnen allen ist bekannt, daß sehr häufig die Polizei störend eingreift, wenn der oder die Jugendliche gerade im Be- (B) griffe ist, sich von dem loszumachen, was ihr junges Leben bis dahin bedrückt hat. Wenn ein Fürsorgezögling in die Lehre kommt und sich dort gut hält, und es kommt nach einer Zeit plötzlich ein Polizeibeamter, um sich zu erkundigen, wie sich dieser Jugendliche führt, so ist das für den Jugendlichen im höchsten Grade demütigend. Seine Kollegen wissen gar nicht, daß das ein Fürsorgezögling ist, sie erfahren es bei dieser Gelegenheit, was auf keinen Fall zur moralischen Hebung eines jungen Menschen beitragen kann. Das gleiche ist der Fall bei durchgebrannten Fürsorgezöglingen, die mitunter zu ihren Eltern zurückkehren, von den Eltern in eine Lehre gebracht werden, sich dort gut führen und ganz plötzlich eines Tages ohne vorherige Ankündigung von der Polizei zurückgeholt und wieder in die Fürsorgeanstalt gesteckt werden. Wir haben gerade mit diesen polizeilichen Eingriffen die schlechtesten Erfahrungen gemacht, und Kinder, die auf dem besten Wege waren, in normale Verhältnisse zurückzukehren, wurden dadurch erst recht wieder auf den Weg des Widerstandes und der gesellschaftlichen Entgleisung geführt. Wir sind der Meinung, daß, wenn Fürsorgezöglinge, die außerhalb der Erziehungsanstalt sich befinden, noch der Aufsicht bedürfen, diese Aufsicht durch Organe des Jugendamtes und nicht durch Organe der Polizei ausgeübt werden muß.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich kann gleich zu § 4 übergehen. Wir haben schon im Ausschuß darauf hingewiesen, daß die §§ 3 und 4 sinngemäß zusammengehören, und haben deshalb die Streichung des § 4 beantragt. Wir können uns keine erfolgreiche Jugendpflege denken, wenn diese Jugendpflege nicht einsetzt bei **Mutterschutz, Säuglingsschutz, Kleinkinderschutz,** und so fortgesetzt wird bis zum Schulkind und zum schulentlassenen jungen Mädchen oder Jüngling. Der § 3 ist an sich schon sehr vage gefaßt. Es heißt dort nur: „Aufgaben des Jugendamts sind“; (C) werden die §§ 3 und 4 zusammengefaßt, so daß alle Vorschriften, die Mutterschutz, Säuglingsschutz, Wohlfahrt des Kleinkindes und des Schulkindes betreffen, unter diese Aufgaben fallen, so glauben wir, daß damit ein gewisser Zwang dem Jugendamt auferlegt wird, diese Aufgaben nicht nur als Aufgaben zu betrachten, sondern sie auch wirklich zu erfüllen. Die bloße Forderung, daß derartige Einrichtungen und Anstalten zu fördern und gegebenenfalls zu schaffen sind, wie es im § 4 zum Ausdruck kommt, genügt uns eben nicht. Wir glauben, durch die Zusammenziehung der beiden §§ 3 und 4 zu einem einzigen Paragraphen für die Jugendpflege, für den Mutterschutz, Säuglingsschutz und Kinderschutz mehr zu leisten, als wenn diese Paragraphen so getrennt bleiben, wie es jetzt der Fall ist.

Wir haben ferner beantragt, den § 7 zu streichen. Der § 7 bedeutet nach unserer Auffassung nichts anderes, als alle Arten von Jugendvereinen, konfessionelle, interkonfessionelle und sonstige, die heute infolge ihrer finanziellen Not aus eigenen Mitteln nicht mehr leben und auch nicht sterben können, auf Reichskosten zu erhalten. Indem sie auf Reichskosten erhalten werden, wird ihnen zugleich die Jugend als Objekt ausgeliefert, an ihr ihre besonderen Erziehungsziele auszuführen. Wir sind durchaus dagegen, daß auf diesem Wege den **freien Vereinen** ein Einfluß auf die Jugendämter eingeräumt wird, der dem Geiste des Jugendamtes — ich betone ausdrücklich: des Jugendamtes — nicht entspricht. Wir haben nichts dagegen, wenn die freie Tätigkeit sich einordnet; aber auf keinen Fall wollen wir ihr irgendwelche Selbständigkeit auf Kosten des Reichs einräumen.

Wir fordern weiter, die §§ 10, 16, 17 und 18 in der Ausschußfassung zu streichen und statt dessen die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Nach unserer Auffassung ist in der Regierungsfassung schon genügend Rücksicht genommen auf die Mitarbeit der Vereine. Sie (D) haben nach der Regierungsfassung Raum, Zeit und Gelegenheit in Hülle und Fülle, sich für die Jugend zu betätigen. Auch heißt es in der Regierungsvorlage ausdrücklich, daß die **Zusammensetzung des Jugendamtes** nach landesrechtlichen Vorschriften und durch die Satzung der Selbstverwaltungskörper geregelt werden kann, so daß Spielraum genug gegeben wird, den örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Aber der äußere Rahmen der Zusammensetzung des Jugendamtes bleibt bestehen, wenn Sie die Regierungsvorlage wieder herstellen, die unseren Bedürfnissen, soweit überhaupt dieses Gesetz unseren Bedürfnissen entspricht, weitgehend genügt.

An dem § 10 der Ausschußfassung haben wir besonders auszusetzen, daß hauptamtlich nur solche Per- Personen für sich beanspruchen, daß sie mindestens ein jährige praktische Arbeit in der Jugendpflege nachweisen können. Das ist unseres Erachtens eine unmögliche Bestimmung. Wir haben in allen städtischen Jugendämtern eine ganze Reihe von sehr tüchtigen Sekretären und anderen Beamten, die die Jugendpflege aus den Akten ganz vorzüglich kennen und ganz gewissenhafte Bureauarbeiter sind. Zweifellos können diese Personen für sich beanspruchen, daß sie mindestens ein Jahr in der Jugendpflege tätig sind. Sie besorgen die Landverschickung und Unterbringung, sie haben mit der Adoption zu tun usw. Aber sie haben noch niemals die Kinder selbst gesehen, noch niemals die Kinder selbst gesprochen; sie wissen nichts von den Leiden und Freuden des proletarischen Kindes; sie sind dem Kinde selbst vollkommen fremd. Wird aber die Fassung des Ausschusses angenommen, so ist damit die Möglichkeit gegeben, daß reine Aktenmenschen, reine Bureaumenschen, die in ihrer Art sehr tüchtige Menschen sein

(**Wurm**, Abgeordnete.)

(A) können, hauptamtliche Leiter eines Jugendamtes werden können, was natürlich ein Unding ist und was wir entschieden ablehnen.

Wir lehnen auch ab, daß **zwei Fünftel der nichtbeamteten Mitglieder den freien Vereinigungen** für Jugendwohlfahrt und der Jugendbewegung angehören sollen. Haben die freien Vereinigungen tüchtige Mitglieder, so können sie von selbst — nach der Regierungsfassung — in die Jugendämter berufen werden. Wir haben leider keinen Überfluß an tüchtigen, sozial geschulten Kräften, sondern im Gegenteil einen großen Mangel. Aber wer sagt uns denn, daß gerade die freien Vereine über diese tüchtigen Kräfte verfügen? Die Bestimmung, daß zwei Fünftel den freien Vereinen entnommen werden müssen, führt eben dazu, daß auch untüchtige Leute hineinkommen. Diese Vereine sind doch zum großen Teil, man möchte sagen: zu 99 Prozent, bürgerlicher und konfessioneller Art. Was wissen sie vom Leben und Treiben des proletarischen Kindes? Sie sehen in jedem Elend immer eine Schuld. Sie sind zwar, wie sie so schön und mild sagen, bereit, mit Barmherzigkeit auszuhelfen, wenn die Not da ist. Aber wir leben doch in einer Zeit, in der wir von dieser Barmherzigkeit nichts mehr wissen wollen, sondern gerade durch dieses Gesetz das Recht des Kindes auf Erziehung und Ertüchtigung proklamiert haben! Deshalb verlangen wir Beseitigung der Mußvorschrift, daß zwei Fünftel des Jugendamtes aus Vertretern der freien Vereine bestehen. Es muß eben den Selbstverwaltungskörpern freistehen, so viele freien Vertreter zu berufen, als sich tüchtige und geeignete Leute finden. Wir wollen keine Leute haben, die von vornherein in jedem entgleisten Kinde einen verworfenen Menschen sehen, denen sie mit Milde und Güte, so wie sie sie verstehen, nicht wie wir sie verstehen, wieder auf den rechten Weg helfen wollen.

(B) Wenn die Regierungsvorlage in den §§ 10, 16, 17 und 18 wieder hergestellt wird, wird natürlich auch § 16a hinfällig.

Wir sind deshalb für die Wiederherstellung auch des § 16 in der Regierungsfassung, weil wir im Reichsjugendamt gewissermaßen eine oberste Instanz sehen, die Anregungen zu geben und alle Bestrebungen auf dem Gebiete des Mutter- und Säuglingsschutzes, der Jugendhilfe für alle Kinder, nicht nur für die der öffentlichen Fürsorge bedürftigen, ins Auge zu fassen hat. Durch das ganze Jugendgesetz geht doch ein Zug, als sei es eigentlich nur für **Kinder von Unbemittelten** geschaffen. Daß die Fälle von Entgleisungen sozialer und geistiger Art genau so in den **bürgerlichen Familien** vorkommen, wissen Sie alle. Sie wissen aber auch, daß, wer Geld genug hat, sein Kind vor der Fürsorge bewahren kann, indem er es in irgendein Landerziehungsheim steckt. Wer kein Geld besitzt, dem wird das Kind weggenommen und zwangsmäßig in die Fürsorge gebracht, ohne daß die Eltern etwas dagegen tun können. Im Gegenteil, sie sollen sogar noch dankbar dafür sein, daß man sie von dem mißratenen Kinde befreit. Wir wollen aber kein Ausnahmegesetz gegen Proletarierkinder, sondern die Fürsorge auf alle Kinder erstrecken, ohne Rücksicht darauf, ob die Eltern bemittelt oder unbemittelt sind, und wir wollen auch, daß gerade das Reichsjugendamt seine Aufgabe darin sieht, Mutterschaftsfürsorge, Säuglingsschutz und Kleinkinderschutz usw. anzuregen und zu betreiben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Außer in § 4, wo gewissermaßen programmäßig von diesen schönen Dingen die Rede ist, finden Sie im ganzen Gesetz nichts mehr davon. Wir sehen im Reichsjugendamt die Instanz, der es die Fassung der Regierungsvorlage ermöglicht, alles in die Wege zu leiten, (C) was bis heute noch nicht da ist. Ich will nur an die vielen Aufgaben erinnern, die sich nicht in die Fassung des Jugendgesetzes hineinbringen ließen, aber sehr wohl zu den **Aufgaben** eines **Reichsjugendamtes** gehören, wie die Schaffung einer Novelle zum Kinderschutzgesetz, die endliche Einbringung eines Jugendgerichtsgesetzes, die Hinaufsetzung des erwerbsfähigen Alters, alles Dinge, die zum Schutze der Jugend gehören, nicht nur der gefährdeten oder bereits verwahrlosten, sondern zum Schutz der Jugend schlechthin.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Apparat, dem nach der Ausschußfassung das alles anvertraut werden soll, nämlich Reichsrat im Verein mit Reichsregierung, scheint mir zu schwerfällig, um durch gemeinsamen Erlaß von Ausführungsbestimmungen Anregung oder Unterstützung der Bestrebungen in der Jugendhilfe zu geben. Von einem solchen Apparat erwarten wir sehr wenig, während wir uns von einem gutarbeitenden Reichsjugendamt sehr viel versprechen.

Als sinngemäße Folge der Wiederherstellung dieser Paragraphen müssen natürlich auch die §§ 17 und 18 in der Regierungsfassung wieder hergestellt werden. Wir haben deswegen gleichzeitig beantragt, für den Fall der Annahme unseres Antrages auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage bei den §§ 10, 16, 17 und 18, den § 16a, weil überflüssig, zu streichen.

In den §§ 19a und 58 sowie in allen Paragraphen, wo es sonst noch vorkommen sollte, beantragen wir die **Erhöhung des Schutzalters der Fürsorgekinder** vom 14. auf das 16. Jahr. Wir wissen zu genau, wie häufig Pflegekinder zu Hausangestellten oder Lehrlingen übergehen: bis 14 Jahre Pflegekind, nach dem 14. Geburtstag plötzlich Dienstmädchen oder Lehrling. Die immer (D) noch nicht seltenen Selbstmorde von Lehrlingen reden da eine sehr lebhafte Sprache, wie nötig es ist, den Schutz der Jugendlichen mindestens bis zum 16. Lebensjahre auszudehnen. Ebenfalls müssen die Hausgehilfinnen davor behütet werden, daß sie schon mit dem 14. Lebensjahr mit schwerer Arbeit beschäftigt werden, wie Kinderschleppen und allen möglichen anderen Dingen, die weder ihrer körperlichen Kraft noch ihrer geistigen Verantwortung entsprechen. Darum müssen wir verlangen, daß Pflegekinder bis zum 16. Lebensjahr der Aufsicht des Jugendamtes unterstehen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir beantragen ferner die Streichung des § 21. Wir wollen nicht die **Befreiung der Verwandtschaft von der Aufsicht durch das Jugendamt.** Wir teilen nicht mit Herrn Leutheußer das große Vertrauen zur Familie, daß die Kinder da immer am besten aufgehoben seien.

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Sehr bedauerlich!)

— Es sprechen zu viele Beweise dagegen. Wie häufig werden Kinder von der eigenen Verwandtschaft ausgebeutet, ja, auch mißhandelt!

(Zuruf rechts: Das kann man doch nicht verallgemeinern!)

— Wo es nicht der Fall ist, braucht die Aufsicht die Verwandtschaft doch wirklich nicht zu stören. Da kann sie sich doch nur freuen, wenn sie den Beamten des Jugendamtes sagen kann: Seht, wie gut es das Kind bei uns hat! Das Kind ist hilflos und schutzlos — wir aber wollen nicht den Schutz der Verwandtschaft, sondern den Schutz des hilflosen Kindes; für uns gibt es keinen Unterschied, bei wem das Kind untergebracht ist — denn das ist für das Kind ziemlich gleichgültig —,

(**Wurm**, Abgeordnete.)

(A) immer bedarf es des Rückhalts durch den Schutz des Jugendamtes. Ich möchte gerade die Sozialdemokraten daran erinnern, daß im Ausschuß mit uns gemeinsam die Streichung des § 21 von Herrn Professor Radbruch, dem jetzigen Minister, beantragt wurde, was leider damals abgelehnt wurde. Der damalige Herr Abgeordnete Radbruch hatte den Antrag auf Streichung damit begründet, daß der § 21 ebenso wie die §§ 28 und 29 eine Durchlöcherung des Gesetzes bedeutet, und daß es eben keine Ausnahme für die Beaufsichtigung Jugendlicher geben kann, daß sie alle miteinander dem Jugendamt unterstehen müssen.

Wir beantragen ferner, den § 28 ebenfalls zu streichen, weil auch hier das Aufsichtsrecht der Jugendämter durchlöchert wird.

Aus dem gleichen Grunde verlangen wir, den § 29 in der Ausschußfassung zu streichen und die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Nach den Erfahrungen, die wir mit vielen Anstalten gemacht haben, denken wir gar nicht daran, die Rechte des Jugendamtes den Anstalten zu übertragen. Ich erinnere an die **Vorkommnisse in der Gothaer Fürsorgeanstalt.** Erst letzthin ging wieder durch die Blätter eine Nachricht aus einer anderen Fürsorgeanstalt, wo die Kinder mit Ketten gefesselt werden,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

wo sie buchstäblich am Verhungern sind, wo man sie mißhandelt und in der unerhörtesten Weise peinigt. Wehrlose Kinder, die diesen Anstalten anvertraut werden in der Meinung, daß sie es dort gut haben! — Frau Neuhaus schüttelt mit dem Kopf, ich weiß genau, daß so etwas in Dortmund nicht vorkommt, wohl aber im übrigen Deutschland und sogar im frommen Rheinland, wo die Kinder in katholischen Anstalten auch nicht überall so behandelt werden, wie sie behandelt werden

(B) müssen.

(Zuruf: Nennen Sie doch die Anstalten!)

— Ich habe Ihnen die Anstalten genannt. Es sind die Fürsorgeanstalt in Gotha und die Anstalten im Rheinlande, die meine Kollegin Frau Christmann im preußischen Landtag bezeichnet hat. Ich brauche doch hier nicht alles zu wiederholen, was wirklich öffentlich bekannt ist.

(Zuruf im Zentrum: Das sind doch alles nur Einzelfälle!)

— Verehrte Frau Neuhaus, wenn nur ein einziges Kind in einer Anstalt zugrunde geht, so genügt das, alle Anstalten unter Aufsicht zu stellen!

(Zuruf rechts: Man verbessert den Fall!)

— Man verbessert aber leider den Fall nicht, sondern indem den Anstalten das Aufsichtsrecht übertragen wird, liegt die Gefahr nahe, daß das Aufsichtsrecht mißbraucht wird. Hier gilt genau dasselbe, was ich von der Aufsicht über die Verwandtschaft gesagt habe. Gut geleitete Anstalten können es doch nur begrüßen, wenn Organe des Jugendamtes sich überzeugen, daß alles in schönster Ordnung ist. Warum sträuben Sie sich denn dagegen, wenn es in Ihren Anstalten so wundervoll aussieht?

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Begrüßen Sie doch die Aufsicht des Jugendamtes und sagen Sie: Kommt, lernt von uns, wie wir es machen! — Sträuben Sie sich doch nicht dagegen! Im Ausschuß aber haben Sie sich mit allen Kräften dagegen gewehrt und eine Mehrheit dafür zustande gebracht, daß die Aufsicht eben den Anstalten selbst übertragen werden kann. Wir sind durchaus der Meinung, was gut ist, ist immer da, um nachgeahmt zu werden. Wenn die Jugendämter in Ihren mustergültigen Anstalten Anregungen finden

(C) sollten, wie es in anderen Anstalten gemacht werden kann, so dient das doch dem Besten der Kinder. Es liegt kein Grund vor, sich mit Händen und Füßen dagegen zu sträuben, wie es ständig beim Zentrum und bei den Deutschnationalen geschieht. Die Regierungsvorlage gibt den Anstalten genügend Bewegungsfreiheit, und die Regierung, die ja doch schließlich aus Zentrum und Sozialdemokraten zusammengesetzt ist, wird Ihnen ganz gewiß nicht wehe tun und hat die Fassung schon so gemacht, daß wir sie wirklich alle annehmen können. Wir sind sehr bescheiden, wenn wir nichts anderes verlangen als die Fassung der Regierung, wie sie eben vorliegt.

Dann haben wir verlangt, daß im ganzen Abschnitt VI an die Stelle des Wortes „Fürsorgeerziehung“ das Wort „**Schutzerziehung**“ gesetzt wird. Fürsorgeerziehung ist schon ein Ersatzwort. Es hieß früher „Zwangserziehung“. Weil das Wort „Zwang“ aber gar so einen üblen Beigeschmack hatte und lebhaft an Gefängnis erinnerte, hat man aus der Zwangserziehung die Fürsorgeerziehung gemacht. Geändert hat sich manches, aber noch lange nicht genug. Weil wir aber schon äußerlich zum Ausdruck bringen wollen, daß wir keine Fürsorgeerziehung im Sinne der alten Zwangserziehung mehr wollen, sondern eine Erziehung des Kindes zum Menschen, der für die Gemeinschaft innerhalb der Gemeinschaft lebt, weil wir das Kind schützen wollen vor den Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und gegen eine bürgerliche Gesellschaft, die nicht rechtzeitig für den Schutz des Kindes vor Verwahrlosung, Verrohung und noch Schlimmerem sorgt, deshalb wollen wir diese Erziehung von Reichs wegen jetzt Schutzerziehung und nicht mehr Fürsorgeerziehung nennen. Wir wollen nicht nur das Wort ändern, sondern auch den Geist.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(D) Wir haben ferner beantragt, im § 64 Ziffer 2 Abs. 2 zu streichen. Im Antrag 4473 Ziffer 11 heißt es irrtümlich: „in § 64 den Abs. 2 zu streichen“, es muß aber heißen „in § 64 Abs. 2 die Ziffer 2 zu streichen“. In diesem Abs. 2 der Ziffer 2 heißt es, daß **18 jährige in Fürsorgeerziehung** gebracht werden können; ja sogar, wenn der Minderjährige das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, kann er noch als Fürsorgezögling eingespannt werden. Wir protestieren dagegen, daß Menschen mit und nach dem vollendeten 18. Lebensjahr in Fürsorge gebracht werden können. 18jährige können nicht aus Gründen, die man bei 14jährigen anwendet, in Fürsorge gebracht werden. 18jährigen droht keine Verwahrlosung mehr.

(Widerspruch im Zentrum und rechts.)

— Ja, 18jährige sind dann bereits verwahrlost, und denen wird dann leider auch die Fürsorgeerziehung nicht mehr helfen. Ich bin der festen Überzeugung, daß 18jährige, die bis zum 18. Jahr nicht in Fürsorge wegen Verwahrlosung gekommen sind, und die plötzlich mit dem 18. Jahr einen solchen Grad von Verwahrlosung erreichen, daß man plötzlich die Fürsorge für sie anwenden will, eben geistig nicht normal sind und nicht in die Fürsorge, sondern zur Beobachtung in eine Krankenanstalt gehören. Verwahrlosung mit 18 Jahren gibt es nicht mehr. Denn 18jährige Proletarier pflegen schon sehr selbständige Menschen zu sein, sehr auf eigenen Füßen zu stehen und für sich selbst zu sorgen. Vor allen Dingen, verehrte Anwesende, möchte ich Ihnen noch eins sagen. Sie haben in den §§ 19a und 58 in der Ausschußfassung beantragt, daß 14jährige Pflegekinder schon aus der Aufsicht des Jugendamtes entlassen werden. Wenn Sie 14jährige Pflegekinder für reif genug halten, um aus der Aufsicht des Jugend-

(Wurm, Abgeordnete.)

amtes entlassen zu werden, dann kann ich nicht recht verstehen, warum 18jährige wieder in die Fürsorge hineingesteckt werden sollen. Das ist doch ein Widerspruch in sich. Traut man 14jährigen die nötige Reife zu, daß sie sich halten können und der Aufsicht nicht mehr bedürfen, dann ist es doch unmöglich, über 18jährige die Fürsorge zu verhängen. Wir sehen darin wirklich einen Eingriff in die Selbständigkeit erwachsener Menschen. 18jährige sind erwachsene Menschen, und wer sie auf irgendeine Art in Fürsorge bringen will, der verfolgt dabei einen besonderen Zweck, zu dessen Unterstützung wir uns auf keinen Fall hergeben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir fordern ferner zu § 71, daß den **Erziehungsberechtigten Mitteilung von dem Aufenthaltsort ihres Kindes** gemacht wird. Wir verlangen die Streichung der Bestimmung in § 71, wonach unter Umständen diese Mitteilung an die Erziehungsberechtigten unterbleiben kann. Diese Bestimmung nimmt sich gerade so aus, als ob es der Aufsichtsbehörde, dem Jugendamt oder dem Vormundschaftsgericht überlassen bleiben soll, Eltern, die das Unglück haben, ein mißratenes Kind zu besitzen, oder die ohne ihr Verschulden erleben müssen, daß ihr Kind auf Abwege gerät — das trifft namentlich für die Fälle zu, in denen der Vater gefallen ist, die Mutter erwerbstätig sein muß und das Kind verwahrlost —, auch noch zu bestrafen durch Vorenthaltung dieser Mitteilung. Darin erblicken wir eine Grausamkeit sondergleichen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Eltern haben ihre Kinder lieb, auch wenn sie mißraten sind.

(Zuruf rechts: Die hat man am liebsten!)

— Ja, vielleicht hat man die gerade am liebsten. — Die Eltern geben die Hoffnung nicht auf, diese Kinder wieder einem allgemeinnützlichen Leben zurückzugewinnen. Dazu gehört aber vor allen Dingen, daß man ihnen die Beruhigung gibt, zu wissen, wo ihr Kind ist, wo sie es aufsuchen können. Die Einwendung, daß dadurch der Erziehungszweck gefährdet werden könne, ist nicht stichhaltig. Eltern, die dem Kind nicht wohlwollen, pflegen sich nicht allzuviel um ihr Kind zu kümmern. Sie warten, bis das Kind in das Alter kommt, in dem es etwas verdient und ihnen von seinem Verdienst abgeben kann und kümmern sich dann erst um das Kind. Wir sehen keine Gefahr darin, den Eltern mitzuteilen, wo ihre Kinder sind; im Gegenteil, wir sehen darin geradezu eine Pflicht. Sollten etwa Eltern pflichtvergessen genug sein, sich nicht um ihre Kinder zu kümmern, dann ist es Aufgabe der zuständigen Behörden, des Vormundschaftsgerichts oder des Jugendamtes, den Eltern zum Bewußtsein zu bringen, daß sie eine Verantwortung gegenüber ihren Kindern haben, daß sie verpflichtet sind, sich um ihre Kinder zu kümmern. Weil wir auf diesem Standpunkte stehen, deshalb lehnen wir auch den Antrag Dr. Lüders, Juchacz, Neuhaus auf Nr. 4475 der Drucksachen ab.

Zu § 72 beantragen wir, an die Stelle des Wortes „soll" das Wort „hat" zu setzen. Wir verlangen, daß **jedes Kind, das in Fürsorge** gebracht wird, vorher **ärztlich untersucht** wird. Im Ausschuß ist gesagt worden: der Jurist, der Jugendrichter weiß schon, ob das Kind psychopathisch ist oder nicht. Ich will gern zugeben, daß verständnisvolle Jugendrichter sich mit der Zeit eine gewisse Kenntnis solcher Kinder angeeignet haben und oft genug ein richtiges Urteil darüber haben, ob das Kind normal ist oder nicht. Aber ob das Kind tuberkulös ist oder ob es sonst eine innere Krankheit hat, kann der allerbeste Jurist dem Kinde nicht ansehen. Wir haben Fälle, in denen Kinder ein Jahr und noch länger in Fürsorgeanstalten waren, wo sie für gewisse körperliche Vergehen, die sie nicht ändern konnten, gestraft wurden und erst nach fünf Vierteljahren die Erziehungsanstalt sich entschloß, das Kind einem Arzt zuzuführen. Allerdings war es da schon zu spät. Das Kind kam ins Krankenhaus und war in einem Vierteljahr tot.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das ist ein Beispiel für viele. Auch hier muß man genau so sagen wie vorhin bei der Aufsicht durch die Jugendämter: wir alle wollen doch die Wohlfahrt und das Beste des Kindes; warum sträubt man sich gegen die ärztliche Untersuchung? Ärzte haben wir ja genug, und wie viele Ärzte wären froh, wenn sie auf diese Art eine soziale Tätigkeit und zugleich eine Existenz fänden, indem sie damit beauftragt würden, die Kinder vor der Unterbringung zu untersuchen.

(Sehr richtig! links.)

Wie viele Qualen und Leiden könnten den Kindern und ihren Mitschülern erspart werden, wenn man sie vor der Unterbringung ärztlich untersuchte und sie dann in entsprechenden Anstalten unterbringen wollte, anstatt sie vorher zu quälen, indem man sie für ihre Anomalien noch bestraft!

(Erneute Zustimmung links.)

Ich komme dann zum § 80. Hier fordern wir, statt 100 Millionen 500 Millionen einzusetzen.

Verehrte Anwesende! Als wir diesen Antrag stellten, besaß das Geld noch einen etwas größeren Wert als heute. Entsprechend der Geldentwertung müßten wir heute statt 500 Millionen 1000 Millionen setzen. Wir glauben uns aber mit 500 Millionen begnügen zu sollen und hoffen, daß gerade mit Rücksicht auf die enorme Geldentwertung Bereitwilligkeit besteht, diese 500 Millionen zu bewilligen. Bedenken Sie: nichts ist eine größere Ersparnis für das Reich als Mutterschutz, Kinderschutz, Jugendschutz.

(Sehr richtig! links.)

Wie viele Gefängnisse, Fürsorgeanstalten und Krankenhäuser könnten bei einem gutarbeitenden Mutter- und Kinderschutz gespart werden! Wie viele Kinder würden vor moralischer Entgleisung bewahrt, wenn sie frühzeitig das bekommen könnten, was wir Erziehung zum Menschen nennen. Diese 500 Millionen erscheinen wahrlich nicht zu viel, wenn Sie bedenken, welche Aufgaben das Jugendamt erfüllen soll und welche Ausgaben dem Reich, den Ländern und Gemeinden erspart bleiben durch eine Beitragsgewährung des Reichs an die Länder von 500 Millionen Mark jährlich.

Schließlich fordern wir, daß das Gesetz nicht erst am 1. April 1923, sondern am 1. Oktober 1922 in Kraft tritt. In vielen Städten bestehen bereits Jugendämter; sie fehlen noch auf dem Lande, und gerade dort ist es nötig, daß man sich so schnell wie möglich an die Arbeit begibt. So muß der Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Gesetzes auf die allernächste Zeit festgesetzt werden, damit endlich der Jugend die Hilfe zuteil wird, die wir im Interesse der Gesamtheit fordern.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Frau Abgeordnete Wurm hat zusammenfassend gleich alle Anträge der Unabhängigen Fraktion begründet. Das Präsidium ist damit einverstanden, weil wir erwarten, daß wir den ganzen Gesetzentwurf heute noch werden erledigen können.

(Zustimmung.)

(Präsident.)

(A) Die Wortmeldung lag zu § 3 vor. Dazu liegt auf Drucksache 4473 Ziffer 2 der Antrag Dr. Löwenstein, Crispien vor, die Ziffer 6 im § 3 wie folgt zu beginnen:

Übernahme der bisher von den Polizeibehörden ausgeübten Beaufsichtigung.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dieser Abänderung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Abänderung ist abgelehnt. Ich darf den § 3 in der Fassung des Ausschusses für angenommen erklären.

Ich rufe auf § 4. Hierzu liegt auf derselben Drucksache Nr. 4473 ein Antrag vor, den § 4 zu streichen und statt dessen dem § 3 eine neue Ziffer 9 hinzuzufügen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Antrage zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Zu § 4 liegt ferner auf Drucksache 4463 Ziffer 2 ein Antrag Schultz (Bromberg) und Genossen vor, zwischen den Worten „ferner", und „Einrichtungen" einzuschalten „nach Maßgabe der verfügbaren Mittel". Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt und § 4 in der Fassung des Ausschusses angenommen.

§ 5 ist vom Ausschuß gestrichen.

Ich rufe auf § 6. — Angenommen.

Zu § 7 liegt ein Antrag Dr. Löwenstein, Crispien auf Nr. 4473 Ziffer 4 vor, den § 7 zu streichen. Ich (B) bitte diejenigen Damen und Herren, die diese Streichung beschließen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Streichung ist abgelehnt, der § 7 bleibt in der Ausschußfassung bestehen.

Ich rufe auf § 8. Anträge liegen nicht vor. Ich erkläre ihn für angenommen. § 9 desgleichen.

Zu § 10 liegt der Antrag Dr. Löwenstein, Crispien auf Nr. 4473 Ziffer 5a vor, in den §§ 10, 16, 17 und 18 die Fassung der Regierungsvorlage wieder herzustellen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt, und damit fällt auch der Antrag Ziffer 5b. Ich darf den § 10 in der Ausschußfassung für angenommen erklären.

Ich rufe auf § 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16. —

Zu § 16a liegt ein Antrag Schultz (Bromberg) auf Nr. 4463 Ziffer 3 vor, dem § 16a am Schlusse einen weiteren Satz hinzuzufügen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt, der § 16a in der Ausschußfassung angenommen.

Ich rufe auf § 17, — § 18 ist gestrichen. — § 19. —

Zu § 19a liegt ein Antrag Dr. Zapf, Dr. Becker (Hessen) auf Nr. 4476 Ziffer 1 vor, die §§ 19a und 20 zu streichen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem Antrag zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Streichung ist abgelehnt, und damit fällt auch die andere Fassung, die unter Ziffer 2 auf diesem Antrage vorgeschlagen war. § 19a und 20 sind in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Ich rufe auf § 21. Hier liegt der Antrag Dr. Löwenstein, Crispien auf Nr. 4473 Ziffer 6 vor, den Absatz 1 zu streichen und den Absatz 2 anders zu beginnen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Abänderung ist abgelehnt, der § 21 in der Ausschußfassung angenommen.

Ich rufe auf § 22. — 23, — 24, — 25, — 26, — 27 — und erkläre sie für angenommen.

Zu § 28 liegt ein Streichungsantrag Dr. Löwenstein, Crispien auf 4473 Ziffer 7 vor. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die ihm zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Streichungsantrag ist abgelehnt, der § 28 bleibt in der Ausschußfassung bestehen.

Ich rufe auf § 29. Hier liegen zwei Anträge vor: zunächst auf 4473 Ziffer 8 der Antrag Dr. Löwenstein, Crispien, den § 29 nach der Regierungsvorlage wieder herzustellen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; dieser Antrag ist abgelehnt.

Nun liegt auf Drucksache 4474 unter A Ziffer 1 ein Antrag Frau Lang-Brumann vor, die Absätze 3 und 4 des § 29 umzustellen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

(D) Das ist die Mehrheit; die Umstellung ist beschlossen. Mit dieser Abänderung erkläre ich den § 29 für angenommen.

Ich rufe auf § 30, — 31, — 32 — und erkläre sie für angenommen.

Zu § 33 liegt eine Wortmeldung vor. Die Abstimmung wird aber gleich fortgesetzt. Ich bitte die Damen und Herren, im Saale zu bleiben.

(Heiterkeit.)

Zu § 33 hat das Wort die Frau Abgeordnete Neuhaus (Westfalen).

Neuhaus (Westfalen), Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Der Antrag Nr. 4463 Ziffer 4 will, daß die Anführung des § 1801 im § 33 nicht bestehen bleibt. Der § 1801 des **Bürgerlichen Gesetzbuchs** hat nur drei Zeilen; ich darf ihn also vorlesen:

Die Sorge für die **religiöse Erziehung des Mündels** kann dem **Vormund** von dem Vormundschaftsgericht entzogen werden, wenn der Vormund nicht dem Bekenntnis angehört, in dem der Mündel zu erziehen ist.

Der Paragraph soll also die religiöse Erziehung der Kinder sichern. Ich brauche wohl keine Worte darüber zu verlieren, daß das Zentrum durchaus auf dem Boden steht, daß die religiöse Erziehung der Kinder gesichert werden müsse.

(Fortgesetzte Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Neuhaus (Westfalen), Abgeordnete: Insofern müßten wir uns dem Antrage ja anschließen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wenn uns die Kräfte, die in der Religion liegen, das Wertvollste für unsere eigene Persönlichkeit sind, so

(Neuhaus [Westfalen], Abgeordnete.)

(A) wollen wir sie gewiß den Kindern vermitteln und erhalten, die unserer Fürsorge anvertraut sind, denn wir möchten ihnen das Beste geben, das, was uns selbst das Beste ist.

Aber nun kann doch dieser Paragraph nur auf den Einzelvormund angewandt werden. Er kann gar nicht anders angewandt werden. Jetzt haben wir aber als Vormund das Jugendamt, und das Jugendamt kann keine Konfession haben. Man kann aber dem Kinde nicht deshalb einen religiösen Pfleger bestellen, weil der Vormund eine andere Konfession hat, wenn er gar keine Konfession hat. Das geht nicht.

Nun hat es geheißen: der Paragraph soll sinngemäß Anwendung finden. Meine Damen und Herren, das Zentrum ist im Ausschuß auch für sinngemäße Anwendung dieses Paragraphen gewesen. Wir haben uns aber davon überzeugen lassen müssen, daß tatsächlich hinter diesem Wort keine greifbare Ausführungsmöglichkeit besteht. Was durch die sinngemäße Anwendung des § 1801 scheinbar erreicht werden soll, haben wir in viel besserer Form an anderer Stelle des Gesetzes festgelegt. Wir müssen darum diesen Antrag ablehnen. Wir dürfen aber nicht den Anschein erwecken, als ob wir den Sinn des Antrages ablehnten. Ich glaube, daß ich das hiermit genügend klar ausgedrückt habe. Wir betonen ausdrücklich, daß uns an der religiösen Erziehung der Kinder so viel liegt, daß den anderen Parteien nicht mehr daran liegen kann. Es ist nur eine andere Form, und nach unserer Ansicht in wirksamerer Art im Gesetz dieses Ziel erreicht worden.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Es liegt der Antrag Schultz (Bromberg) und Genossen auf Nr. 4463 Ziffer 4 vor:

(B) in Abs. 1 die Anführung des § 1801 zu streichen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt. Der § 33 ist in der Ausschußfassung angenommen.

(Rufe: Gegenprobe!)

— Das Bureau war einig, daß es die Minderheit war.

Ich rufe auf § 34, — 35, — 36, — 37, — 38, — 39, — 40, — 41. — Angenommen.

§ 42 ist gestrichen.

Zu § 43 liegt auf 4474 Ziffer 2 ein Antrag Frau Lang-Brumann vor, den Abs. 2 der Regierungsvorlage wieder herzustellen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Paragraph ist mit dieser Abänderung angenommen.

Ich rufe auf § 44. Hier ist eine Druckfehlerberichtigung festzustellen. Im ersten Absatz sind hinter „§ 1727" die Worte „Abs. 1" zu streichen und hinter „§ 1750" die Worte „Abs. 1" hinzuzufügen. Ich nehme an, daß das Haus dieser von der Frau Berichterstatterin beantragten Berichtigung zustimmt. — Es ist so beschlossen, und mit dieser Abänderung der § 44 angenommen.

§ 45 — ebenfalls angenommen.

In § 46 ist ebenfalls eine Druckfehlerberichtigung nötig. Statt „Ziffer 1" ist zu setzen „Nummer 1" und hinter „§ 16" sind die Worte „Abs. 1" zu streichen. Ich nehme auch hier das Einverständnis des Hauses mit der Berichtigung an und erkläre den Paragraphen, der so berichtigt ist, für angenommen.

Ich rufe auf § 47, — 48. — Angenommen.

(C) Zu § 49 liegt ein handschriftlicher Antrag Frau Dr. Lüders, Frau Neuhaus, Frau Juchacz vor, dem § 49 als Satz 2 anzufügen:

Dem § 1784 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wird folgender Absatz angefügt: „Diese Erlaubnis darf nur versagt werden, wenn ein wichtiger dienstlicher Grund vorliegt."

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dieser Abänderung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen und mit dieser Abänderung der § 49.

Ich rufe auf § 50. Hier ist auf 4474 Ziffer 3 ein Abänderungsantrag Frau Lang-Brumann gestellt, einen neuen Satz 3 dem Abs. 3 in § 50 hinzuzufügen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt, § 50 in der Ausschußfassung angenommen.

Ich rufe auf § 51, — 52, — 53, — 54, — 55, — 56. — Angenommen.

Wir kommen zum Abschnitt VI. Hier liegt ein Antrag vor, der sich auf den ganzen Abschnitt bezieht, nämlich der Antrag Dr. Löwenstein, Crispien Nr. 4473 unter Ziffer 9:

in Abschnitt VI an Stelle des Wortes „Fürsorgeerziehung" überall zu setzen „Schutzerziehung".

Ich bitte die Damen und Herren, die dem zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe auf § 57. — Angenommen.

(D) Zu § 58 liegt auf Drucksache 4473 Ziffer 10 ein Antrag Dr. Löwenstein, Crispien vor, statt der Worte „14. Lebensjahr" zu setzen „16. Lebensjahr".

(Frau Abgeordnete Wurm: Und sinngemäß in allen anderen Paragraphen!)

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt und damit auch die Erweiterung, die Frau Wurm eben durch Zuruf beantragt hatte. § 58 ist in der Ausschußfassung angenommen.

Ich rufe auf § 59, — 60, — 61,— 62, — 63 — und erkläre sie für angenommen.

Zu § 64 wird auf Nr. 4473 Ziffer 11 von den Abgeordneten Dr. Löwenstein, Crispien beantragt, den Abs. 2 zu streichen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Abänderung ist abgelehnt, der § 64 in der Ausschußfassung angenommen.

Der § 65 ist gestrichen.

Ich rufe auf § 66, — 67, — 68, — 69, — 70. — Angenommen.

Zu § 71 liegen zwei Anträge vor, zunächst auf 4473 Ziffer 12 der Antrag Dr. Löwenstein, Crispien, in Abs. 3 die Worte „sofern" bis „versagt werden" zu streichen.

Ich bitte die Damen und Herren, die so beschließen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Streichung ist abgelehnt.

(Präsident.)

(A) Zu demselben Paragraphen liegt dann noch auf Drucksache 4475 der Antrag Frau Dr. Lüders, Frau Juhacz, Frau Neuhaus vor, in Abs. 3 dem letzten Satz eine andere Fassung zu geben.

Ich bitte die Damen und Herren, die dem zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen und mit dieser Änderung der § 71.

Ich rufe auf § 72. — Hier liegt ebenfalls ein Antrag Dr. Löwenstein, Crispien auf 4473 Ziffer 13 vor, zwei Abänderungen in dem Paragraphen vorzunehmen.

Ich bitte die Damen und Herren, die dem zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Abänderungsanträge sind abgelehnt und der § 72 in der Ausschußfassung angenommen.

Ich rufe auf § 73, — 74, — 75, — 76, — 77, — 78, — 79 — und erkläre sie für angenommen.

Zu § 80 liegen zwei Anträge vor, die die Summe ändern wollen, zunächst ein Antrag Dr. Löwenstein, Crispien auf 4473 Ziffer 14, statt der Worte „hundert Millionen" zu setzen „fünfhundert Millionen".

Ich bitte die Damen und Herren, die dem zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht).

Das ist die Minderheit; die Abänderung ist abgelehnt.

Sodann beantragt Frau Lang-Brumann auf 4474 Ziffer 4, den § 80 in der Fassung des Reichsratsbeschlusses anzunehmen.

Ich bitte die Damen und Herren die dem zustimmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

(B) Das ist die Minderheit; auch diese Abänderung ist abgelehnt und der § 80 in der Ausschußfassung angenommen.

Ich rufe auf Einleitung und Überschrift und erkläre sie für angenommen.

Wir kommen nunmehr zum

Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetze.

Ich rufe auf Art. 1. Hier liegen zwei Abänderungsanträge vor, zunächst der Antrag Dr. Löwenstein, Crispien auf 4473 unter B, statt „1. April 1923" zu setzen „1. Oktober 1922".

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; er ist abgelehnt.

Frau Lang-Brumann beantragt auf Drucksache 4474 unter Ziffer 5, statt „1923" zu setzen „1925".

Wer dem zustimmen will, den bitte ich sich zu erheben.

(Geschieht.)

Auch das ist die Minderheit.

(Widerspruch.)

— Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Das ist die Mehrheit; auch dieser Abänderungsantrag ist abgelehnt und der Art. 1 in der Ausschußfassung angenommen.

Ich rufe auf Art. 2, — 3, — 4. — Angenommen.

Zu Art. 5 liegen zwei Abänderungsanträge vor, erstens der Antrag Frau Lang-Brumann auf 4474 Ziffer 6.

(Zuruf: Ist zurückgezogen!)

— Der Antrag ist also zurückgezogen. Dann bleibt nur noch der Antrag Schultz (Bromberg) auf 4463 Ziffer 5, welcher dem Art. 5 noch zwei weitere Absätze hinzufügen will.

Ich bitte die Damen und Herren, die so beschließen (C) wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit, die Änderung ist abgelehnt und der Art. 5 in der Ausschußfassung genehmigt.

Ich rufe auf Art. 5a, — 6, — 7, — 8, — Einleitung und Überschrift. — Auch diese Artikel, Einleitung und Überschrift sind genehmigt.

(Frau Abgeordnete Juchacz: Ich möchte die sofortige dritte Lesung beider Gesetze beantragen.)

— Es ist die dritte Lesung beider Gesetzentwürfe beantragt. Es sind zwar einige kleine Abänderungen vorgenommen worden, aber wenn kein Widerspruch erfolgt, kann die dritte Lesung ja trotzdem stattfinden. — Ich höre einen solchen nicht.

Dann bringe ich aber vorher die Entschließungen zur Abstimmung. Der Ausschuß hat uns auf Nr. 3959 der Drucksachen eine Reihe von Entschließungen vorgelegt. Wir werden über die Entschließung unter a wohl besonders abstimmen müssen:

> Die Reichsregierung zu ersuchen, durch einen Nachtragshaushalt eine Summe von 25 Millionen Mark zur Förderung der privaten Jugendhilfe und der Jugendbewegung im Sinne der im Entwurf des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes genannten Bestrebungen anzuforderen.

Ich bitte die Damen und Herren, die so beschließen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht).

Das ist die Mehrheit; Ziffer a ist angenommen.

Nunmehr kann ich wohl die weiteren Entschließungen unter b, c und d gemeinschaftlich zur Abstimmung bringen. — Es wir kein Einwand erhoben. Dann nehme ich das Einverständnis des Hauses mit diesen Entschließungen des Ausschusses an.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete D. Mumm. (D)

D. **Mumm,** Abgeordneter: Herr Präsident, in der Entschließung d ist vorgeschlagen worden, daß der Antrag Frau Neuhaus dem 29. Ausschuß zur Vorberatung überwiesen wird. Ich darf wohl annehmen, daß damit die erste Beratung dieses Antrags stattgefunden hat; denn sonst kann er nicht gut überwiesen werden.

Präsident: Ja, dann werden wir das zu Beginn der nächsten Sitzung vom Reichstag noch einmal ausdrücklich bestätigen lassen. Also mit dieser Maßgabe ist Ziffer d einstweilen angenommen.

Ich eröffne die Beratung über den Ausschußantrag zu den Petitionen — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir kommen dann zur

dritten Beratung

des Entwurfs eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes.

Ich eröffne die allgemeine Besprechung — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe nun die Paragraphen auf in der Fassung, die sie in der zweiten Lesung, die soeben stattgefunden hat, erlangt haben. § 1, — 2, — 3, — 4 — angenommen — 5 ist gestrichen, 6, — 7, — 8, — 9, — 10, — 11, — 12, — 13, — 14, — 15, — 16, — 16a, — 17 — angenommen — 18 ist gestrichen, 19, — 19a, — 20, — 21, — 22, — 23, — 24, — 25, — 26, — 27, — 28, — 29, — 30, — 31, — Abschnitt IV, — Abschnitt V, — Abschnitt VI. — Damit sind alle Paragraphen erledigt. Einleitung und Überschrift. —

Nunmehr bitte ich diejenigen Damen und Herren, die in der Gesamtabstimmung dem Gesetz zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das Gesetz ist mit großer Mehrheit angenommen.

(Präsident.)

(A) Wir kommen nunmehr zum

Einführungsgesetz.

Dazu liegt der jetzt eben eingegangene handschriftliche Antrag Frau Lang-Brumann, Leicht, Leutheußer, Dr. Becker (Hessen) und Fraktion, D. Mumm vor, im Art. 1 statt „1923“ zu setzen „1924“, im Art. 5 statt „1925“ zu setzen „1926“. Der Antrag ist von Fraktionen gestellt worden, also genügend unterstützt.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf Art. 1. — Ich bitte diejenigen, welche dem Antrage Leicht, Dr. Becker (Hessen), D. Mumm zustimmen wollen, statt „1923“ zu sagen „1924“, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Abänderung ist angenommen und mit dieser Abänderung der Art. 1.

Ich rufe auf Art. 2, — 3, — 4. — Angenommen.

Zu Art. 5 liegt der schon erwähnte Antrag vor, statt „1925“ zu setzen „1926“.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Abänderungsantrag ist angenommen, und mit dieser Abänderung der Art. 5.

Ich rufe auf Art. 6, — 7, — 8, — Einleitung und Überschrift. — Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche dem Einführungsgesetz im ganzen ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; es ist angenommen.

Der Ausschuß beantragt, die damit zusammenhängenden Petitionen durch die eben erfolgte Beschlußfassung über das Gesetz für erledigt zu erklären. Das Haus schließt sich diesem Antrag an.

(B) Nun, meine Damen und Herren, haben wir noch den letzten Gegenstand der Tagesordnung, von dem angenommen war, daß er ohne Debatte in den Rechtsausschuß verwiesen werden könnte. Ich rufe also auf die

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Zulassung der Frauen zu den Ämtern und Berufen der Rechtspflege. (Nr. 4175 der Drucksachen.)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Leutheußer.

Leutheußer, Abgeordneter: Ich beantrage die Überweisung der Vorlage an den Rechtsausschuß.

Präsident: Es ist Überweisung an den Rechtsausschuß beantragt. Ich nehme an, daß das Haus diesem Antrag zustimmt. — Es ist so beschlossen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Ich schlage ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten Freitag den 16. Juni 1922, nachmittags 2 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Anfragen,
2. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Erhöhung der Bezüge aus der Unfallfürsorge für Gefangene,
3. erste Beratung des Entwurfs eines Ausfuhrabgabengesetzes,
4. Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Zwangsanleihe,
5. erste Beratung des von den Abgeordneten Crispien und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs zur Änderung des Einkommensteuergesetzes,
6. erste Beratung des von den Abgeordneten Dr. Curtius, Dr. Becker (Hessen) und Genossen eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erbschaftssteuergesetzes.

(C) Dazu ist ein ähnlicher zweiter Gesetzentwurf mir vor einiger Zeit übergeben worden von dem Herrn Abgeordneten Hergt und Fraktion:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erbschaftssteuergesetzes,

der denselben Gegenstand wie die eben aufgerufene Ziffer 6 betrifft, und es ist angeregt worden, die Beratung beider Gegenstände am Freitag gemeinschaftlich vorzunehmen, eventuell, sie an einen Ausschuß zu überweisen. Der Gesetzentwurf Hergt würde dann als 7. Punkt in Frage kommen.

8. Zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Vergütung von Leistungen für die bewaffnete deutsche Macht,
9. Gesetzentwurf über die Schlichtungsordnung,
10. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Disziplinargesetzes für die Wehrmacht.

Das Wort zur Tagesordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Hertz.

Dr. **Hertz,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat natürlich keine Bedenken dagegen zu erheben, daß der Antrag der Deutschnationalen Fraktion zur Erbschaftssteuer mit dem Antrag der Deutschen Volkspartei gemeinsam verhandelt wird. Wir haben aber sehr starke Bedenken dagegen, daß das am Freitag geschieht, und widersprechen der Beratung am Freitag, weil die geschäftsordnungsmäßigen Fristen für beide Anträge nicht innegehalten worden sind. Den Mitgliedern des Hauses liegen heute die Entwürfe noch nicht im Druck vor. Die Fraktion hat infolgedessen noch nicht zu der Angelegenheit Stellung nehmen können.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Wir auch nicht!)

Aber das gilt nicht nur für den Antrag der Deutschnationalen Fraktion, sondern das gilt auch für den Antrag der Fraktion der Deutschen Volkspartei, von dem niemand von uns bisher eine Ahnung hatte. Ich glaube nicht, daß man uns zumuten kann, einen Gesetzentwurf auf die Tagesordnung setzen zu lassen, der von einer so großen Bedeutung ist, ohne daß die Mitglieder des Hauses oder ohne daß jedenfalls die Fraktionen zu dieser Angelegenheit haben Stellung nehmen können. (D)

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Die geschäftsordnungsmäßigen Einwendungen, die der Herr Vorredner vorgebracht hat, sind formell begründet. Wir haben aber aus bestimmten praktischen Gründen Ihnen diesen Vorschlag gemacht, unseren und den Entwurf der Deutschen Volkspartei schon für Freitag auf die Tagesordnung zu setzen. Andernfalls würden wir Sie bitten, sie für Sonnabend auf die Tagesordnung zu setzen, damit diese Entwürfe mit der Zwangsanleihe gemeinsam am Dienstag im Ausschuß beraten werden können. Es würde sich also nur um eine Verschiebung der ersten Beratung handeln. Meine Herren, im Ältestenausschuß lag der Entwurf der Deutschen Volkspartei vor und ist den Herren bekannt gewesen. Der Entwurf der Deutschnationalen ist nicht so sehr verschieden von diesem Entwurf. Aber ich kann natürlich formell nichts dagegen einwenden, wenn die Herren auf die Geschäftsordnung sich berufend sagen, wir kennen die Entwürfe nicht und können deshalb nicht debattieren. Es geschieht aber so oft, daß Gesetzentwürfe, die uns noch nicht unterbreitet sind, am nächsten Tag auf die Tagesordnung gesetzt werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir haben in solchen Fällen unsere Zustimmung gegeben und den Wünschen der Herren drüben entsprochen. Sie

(Schultz [Bromberg], Abgeordneter.)

(A) können auch einmal Gegenseitigkeit üben und auf uns Rücksicht nehmen.

Präsident: Ich habe den Herrn Abgeordneten Dr. Hertz so verstanden, daß sein Widerspruch sich gegen beide Entwürfe richtet.

(Abgeordneter Dr. Hertz: Jawohl!)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen).

Dr. **Becker** (Hessen), Abgeordneter: Wenn die Herren von der Unabhängigen Fraktion die Entwürfe erst am Sonnabend oder Montag behandelt haben wollen, so haben wir nichts dagegen. Wir haben nur Interesse daran, daß in der nächsten Woche zusammen mit der Zwangsanleihe gleichzeitig auch diese verschiedenen Vorschläge behandelt werden, zusammen mit allen anderen Steuergesetzen, darunter auch dem Vorschlag der Unabhängigen Fraktion zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes. Wenn Sie auf Ihrem Widerspruch beharren, müssen wir allerdings vorschlagen, daß auch der Zwangsanleihegesetzentwurf nicht am Freitag, sondern erst am Samstag oder gar erst am Montag auf die Tagesordnung gesetzt wird. Auch der Montag reicht noch. Der Ausschuß tritt erst am nächsten Dienstag zusammen.

Im übrigen, wenn ich noch etwas für Herrn Kollegen Dr. Hertz beifügen darf, war man heute morgen im Ältestenausschuß der Meinung, daß die Entwürfe in erster Lesung debattelos passieren könnten, weil sie im Ausschuß und in der zweiten Lesung gründlich besprochen werden könnten.

(Sehr richtig! rechts.)

Präsident: Wenn der zweite Vorschlag oder wenigstens die Möglichkeit, die der Herr Kollege Dr. Becker angeregt hat, daß wir auch die Beratung der Zwangsanleihe auf (B) einen späteren Tag verschieben wollten, verwirklicht werden sollte, würde ich das sehr bedauern, weil wir mit den geschäftlichen Dispositionen für die nächsten $1^1/_2$ Wochen sehr vorsichtig verfahren müssen. Das müßte allerdings durch Mehrheitsabstimmung des Hauses entschieden werden, während hier ein Widerspruch von 15 Mitgliedern genügt.

Wird der Widerspruch aufrechterhalten?

(Zurufe: Jawohl!)

Dann bitte ich, Platz zu nehmen. —

Der Herr Abgeordnete Dr. Hertz hat beantragt, Punkt 6 und 7 von der Tagesordnung abzusetzen. Nach § 21 Abs. 1 der Geschäftsordnung muß das bei noch nicht verteilten Gesetzentwürfen geschehen, wenn 15 Mitglieder widersprechen. Ich bitte die Damen und Herren, die den Widerspruch des Herrn Abgeordneten Dr. Hertz unterstützen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus. Die beiden Punkte sind von der Tagesordnung abgesetzt: Herr Abgeordneter Dr. Becker (Hessen), Sie halten ihren Antrag nicht aufrecht?

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Doch!)

— Dann bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche auch den Zwangsanleihegesetzentwurf von der Tagesordnung vom Freitag absetzen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; diese Absetzung ist nicht beschlossen; denn hier ist Mehrheitsbeschluß maßgebend.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen).

Dr. **Becker** (Hessen), Abgeordneter: Ich stelle nur fest, daß damit die Vereinbarung, die heute vormittag im Ältestenausschuß getroffen worden ist, die sämtlichen steuerlichen Vorlagen gemeinschaftlich im Plenum zu verhandeln, gemeinschaftlich mit dem Crispienschen Antrag zur Einkommensteuer, und gemeinschaftlich (C) dem Ausschuß zu überweisen, gebrochen worden ist.

(Hört! Hört! rechts.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Entsprechend den im Ausschuß geäußerten Wünschen hat meine Fraktion sich entschlossen, von ihrer ursprünglichen Absicht, bei der Zwangsanleihe zu debattieren, Abstand zu nehmen. Unter den veränderten Umständen, und angesichts des Widerspruchs, der eben erhoben worden ist und trotz unserer Aufklärung zu meinem Befremden nicht zurückgezogen wird, ziehe ich unsere Zustimmung hiermit zurück und behalte meiner Fraktion vor, am Freitag zu der Zwangsanleihe das Wort zu nehmen.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Hertz.

(Abgeordneter Dr. Hertz: Ich verzichte!)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Hoffmann (Berlin).

Hoffmann (Berlin), Abgeordneter: Ich stelle fest, daß mein Genosse Crispien heute im Ältestenrat in unserem Auftrage erklärt hat, wir würden unserer Fraktion den Wunsch, die drei Steuergesetze ohne Debatte gemeinsam zu behandeln, vorlegen. Wir haben also den Vorbehalt der Zustimmung unserer Fraktion gemacht. Nun hat bei dem einen Gesetzentwurf die Fraktion ihre Zustimmung nicht erteilt, und deshalb können wir von unserem Vorbehalt nicht abgehen.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen).

Dr. **Becker** (Hessen), Abgeordneter: Diese Mitteilung des Herrn Kollegen Hoffmann steht mit den Tatsachen in (D) absolutestem Widerspruch.

(Hört! Hört! rechts.)

Die Herren von der Unabhängigen Fraktion haben sich nur vorbehalten, mit ihrer Fraktion darüber zu beraten, ob sie hier im Plenum reden wollen, nicht aber darüber —

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

— Herr Kollege Hoffmann, Sie bestätigen das als richtig, geben also damit zu, daß Ihre vorherige Mitteilung unrichtig war. Ich stelle aber wiederholt fest, daß, nachdem der Reichstag nunmehr mit einer Mehrheit, in der sich eine Reihe von Parteien befindet, die heute vormittag an dieser Vereinbarung teilgenommen haben, beschlossen hat, die Zwangsanleihe von den übrigen Steuervorlagen zu trennen, diese Mehrheit sich mit der Vereinbarung von heute vormittag in Widerspruch gesetzt, die Vereinbarung gebrochen hat. Wir behalten uns vor, in Zukunft aus diesem Falle unsere Folgerungen zu ziehen.

(Sehr gut! bei der Bayerischen Volkspartei und im Zentrum.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoffmann (Berlin).

Hoffmann (Berlin), Abgeordneter: Ich gebe zu, daß ich mich vielleicht nicht klar und deutlich genug ausgedrückt habe.

(Rufe rechts: Doch! Doch!)

Wir hatten uns vorbehalten, der Fraktion vorzulegen, ob sie mit der debattelosen Behandlung einverstanden sei. Das ist mit Bezug auf den Erbschaftsgesetzentwurf nicht zugestanden worden, und daraus ziehen wir eben die Konsequenz. Wir sind zwar dafür, daß die Zwangsanleihe ohne Debatte dem Ausschuß überwiesen wird, aber nicht damit einverstanden, daß das Erbschaftsgesetz debattelos hier über die Bühne geht.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: In bezug auf die Abmachung im Ältestenausschuß hat der Herr Abgeordnete Becker (Hessen) vollständig recht. Der Vorbehalt bezog sich nur darauf, daß eventuell dazu geredet werden sollte. Aber absolut unrecht hat der Herr Abgeordnete Becker, wenn er deswegen Parteien dieses Hauses vorwirft, die Abmachungen von heute morgen gebrochen zu haben. Für uns lag in dem Augenblick eine ganz neue Situation vor, als der Abgeordnete Hertz — nicht mit unserer Zustimmung! — seinen Widerspruch auf Grund der Geschäftsordnung erhob. Nachdem die 15 Unterschriften, die zur Unterstützung notwendig waren, vorhanden waren, mußten wir uns die Frage vorlegen, ob wir jetzt, nachdem es unmöglich gemacht war, die Initiativanträge der Parteien zur Beratung zu bringen, auch die Beratung der Zwangsanleihe hinausschieben lassen durften. Das glaubten wir nicht verantworten zu können, weil wir in der nächsten Woche notwendigerweise die Beratung der Zwangsanleihe im Ausschuß durchführen müssen, damit sie noch vor der Vertagung verabschiedet werden kann. Von einem Bruch der Verabredung kann also nicht die Rede sein, weil für uns eine ganz neue Situation geschaffen war.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Leicht.

Leicht, Abgeordneter: Ich gebe zu, daß der Herr Vorredner in seinen Ausführungen vollständig recht hat, mache aber darauf aufmerksam, daß im Ältestenausschuß auch darüber geredet wurde, ob an die Aufrollung der Zwangsanleihe sich eine politische Aussprache anschließen solle. Um zu verhüten, daß eine solche bei dieser Gelegenheit hier aufgenommen wird und in der nächsten Woche dann noch einmal, hat man sich eben auf das geeinigt, was hier besprochen worden ist. Mit Rücksicht darauf wäre es meiner Anschauung nach konsequent gewesen, wenn sämtliche Parteien mit der vorgeschlagenen Änderung sich einverstanden erklärt hätten.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen).

Dr. **Becker** (Hessen), Abgeordneter: Ich habe dem Herrn Kollegen Müller (Franken) nicht etwa einen Vorwurf daraus gemacht, daß er sich nunmehr, durch die angeblich neuen Umstände bewogen, veranlaßt findet, die Beratung der Zwangsanleihe am Freitag zuzulassen, dagegen für sich und seine Fraktion in die Zurückstellung des Antrags der Herren von der Unabhängigen Fraktion und unseres Erbschaftssteuergesetzentwurfs auf Samstag einzuwilligen. Ich mache ihm vielmehr daraus einen Vorwurf, daß er die Zwangsanleihe und die übrigen Steuervorlagen voneinander trennt. Unsere Vereinbarung heute vormittag ging davon aus, daß diese Dinge zusammengehören, und daß sie nach Auffassung großer Parteien des Hauses im Ausschuß und auch im Plenum nur zusammen behandelt werden können. Er hätte also aus der neuen Situation, von der er spricht, nur die Konsequenz ziehen dürfen, daß er unserem Antrage, nun auch die Zwangsanleihe erst am Samstag zu verhandeln, hätte zustimmen müssen. Dann wäre er konsequent verfahren. So hat er sich mit dem, was wir heute vereinbart hatten dahingehend, die ganzen Steuergesetze zusammen zu behandeln, in Widerspruch gesetzt. Ich kann nur wiederholen: Wir behalten uns nicht nur für die Zukunft die Konsequenzen, die wir daraus zu ziehen haben, vor, sondern werden nunmehr über die Zwangsanleihe und über die Steuergesetze am Freitag und Samstag in der ausgiebigen Weise debattieren, die wir für notwendig halten. Dann mag sich die Regierung bei ihren Parteien dafür bedanken, wenn die Zwangsanleihe und die übrigen Steuergesetze zu einer großen politischen Debatte führen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Fehrenbach.

Fehrenbach, Abgeordneter: Es ist durch die Abstimmung offenbar eine Situation geschaffen worden, die den Interessen der Sache nicht entspricht.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Es ist beschlossen worden, daß die Zwangsanleihe am Freitag debattiert wird. Durch den Widerspruch von der linken Seite des Hauses ist die Mitberatung von zwei Sachen, die im wesentlichen Zusammenhang mit der Zwangsanleihe stehen, nicht möglich geworden. Das hat nun zur Folge, daß wir unter Umständen eine zweimalige ausgiebige Generaldebatte bekommen,

(sehr richtig!)

zunächst am nächsten Freitag bei der Zwangsanleihe, wo die Aussicht bestanden hätte, daß sie verhältnismäßig rasch über die Bühne gegangen wäre, weil die wesentliche Aussprache im Ausschuß erfolgt. Dann kommen hernach die Initiativanträge, über welche die Debatte noch einmal losgehen kann. Das ist innerlich wertlos und schädigt die Interessen unseres Parlaments.

(Sehr richtig!)

Ich verstehe nicht, wie man das so machen kann. Ich habe nun die Hoffnung, nachdem einmal die Beratung der Zwangsanleihe für den nächsten Freitag beschlossen ist und nachdem morgen die Initiativanträge im Druck vorliegen und die Herren dann Gelegenheit haben, sie über den Donnerstag und Freitag zu studieren, daß die Herren dann vielleicht am Freitag, wenn der Herr Präsident vorschlägt, diese Initiativanträge nachträglich zur Mitberatung mit der Zwangsanleihe noch auf die Tagesordnung zu setzen, zweckmäßigerweise den Widerspruch zurückziehen. Heute mache ich Ihnen die Zumutung der Zurückziehung des Widerspruchs nicht; aber vielleicht ist es dann zu hoffen. Es ist doch wirklich das einzig Richtige, eine zusammenhängende Debatte über alle diese Gegenstände herbeizuführen. Es ist auch das Wünschenswerteste, daß wir die Sache möglichst bald in die Kommission bringen. Ich befürchte, daß die Gesetzesvorlagen eine sehr lange Zeit in der Kommission beanspruchen werden.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Da haben wir alles Interesse daran, die Sache möglichst bald in die Kommission zu bringen. Zunächst müssen wir also die Zwangsanleihe nach dem Beschluß auf der Tagesordnung stehen lassen. Ich hoffe aber, daß wir am Freitag die Möglichkeit bekommen, die beiden anderen Initiativanträge mit zu beraten und daß dann das in Aussicht gestellte große Redetournier doch noch am nächsten Freitag in Wegfall kommt.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: Ich habe gar nichts dagegen, wenn der Wunsch des Herrn Abgeordneten Fehrenbach am Freitag in Erfüllung geht. Ich muß aber doch sagen: Mir scheint, als ob direkt gesucht wird, hier Schwierigkeiten zu machen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Denn für die praktische Erledigung ist es ganz gleichgültig, wie verfahren wird.

(Widerspruch.)

Innerlich hängen diese beiden Initiativanträge mit der Zwangsanleihe überhaupt nicht zusammen.

(Zuruf rechts: Steuerkompromiß!)

(Müller [Franken], Abgeordneter.)

(A) — Nein, die Initiativanträge haben mit dem Steuerkompromiß nichts zu tun, der Antrag Crispien überhaupt nicht und der Antrag Becker nur insofern, als angekündigt worden ist, daß, wenn weitere Änderungen an Steuergesetzen vorgenommen würden, auch dieser Antrag kommen würde. Was geschieht aber praktisch? Am Freitag wird, wie ich immer noch hoffe, die Zwangsanleihe dem Steuerausschuß ohne Debatte überwiesen werden. Nachdem, wie die Geschäftsordnung vorschreibt, die Drucksachen über die beiden Initiativanträge vorliegen, folgen diese am Sonnabend. Die Kommission hätte sowieso vor Montag nicht angefangen zu arbeiten, so daß für die praktische Erledigung wirkliche Hindernisse gar nicht da sind, wie sie hier in geschäftsordnungsmäßigen Auseinandersetzungen gemacht werden.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Hertz.

Dr. **Hertz,** Abgeordneter: Ich stimme dem Herrn Abgeordneten Müller vollkommen darin zu, daß jetzt künstlich Schwierigkeiten gesucht werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Schwierigkeit sehe ich aber vor allem in dem Versuche, einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der (B) Zwangsanleihe und den Abänderungen der Erbschaftssteuer zu konstruieren. Die Zwangsanleihe hat mit dem Erbschaftssteuergesetz und seiner Abänderung absolut nichts zu tun. Wenn man jetzt beide Vorlagen gemeinsam beraten und verabschieden will, so kann das nicht anders aufgefaßt werden, als der Versuch, die Belastung, die eventuell bei der Zwangsanleihe entsteht, durch eine Entlastung bei der Erbschaftssteuer wieder wett zu machen. Einem solchen Versuch widersetzen wir uns. Deshalb wollten wir, daß bereits in der ersten Lesung eine Aussprache stattfindet. Da sie auf Grund der vom Herrn Präsidenten zusammengestellten Tagesordnung am Freitag nicht vorgenommen werden kann, gab es für uns keine andere geschäftsordnungsmäßige Möglichkeit, als die Absetzung dieser Vorlage von der Tagesordnung zu verlangen. Andere Gründe haben uns nicht geleitet. Das sind sachliche Gründe, die von all denen verstanden werden, die den Willen haben, sie zu verstehen.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen).

Dr. **Becker** (Hessen), Abgeordneter: Meine Herren! Der Herr Kollege Hertz hat zwar die Anträge zum Erbschaftssteuergesetz noch nicht gelesen. Er weiß aber ganz genau, daß mit diesen der Versuch gemacht wird, die Belastung der Zwangsanleihe durch diese Anträge in eine Entlastung zu verwandeln. Er scheint sich doch schon einigermaßen in den Gedankengang dieser Entwürfe, wie er sie sich vorstellt, versenkt zu haben. Aber ich will dem Herrn Kollegen Hertz etwas anderes sagen. Wir wollen doch schließlich ehrlich miteinander reden.

(Zurufe links.)

Was Sie wollen, ist ja vollständig klar, Herr Kollege Hertz: Sie wollen die Zwangsanleihe verabschiedet haben und dann verhindern, daß diese verschiedenen Änderungen zum Erbschaftssteuergesetz auch noch vor den Ferien verabschiedet werden. Das ist die einzige Absicht, die Sie dabei verfolgen, und ich bin fest überzeugt, Sie werden diese Absicht nicht in Abrede stellen. Was wir wollen, ist, dafür zu sorgen, daß Vereinbarungen, die wir beim Steuerkompromiß mit einem großen Teil der übrigen am Steuerkompromiß beteiligten Parteien und mit der Reichsregierung geschlossen haben,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

bei dieser Gelegenheit gehalten werden.

(Zustimmung rechts.)

Wenn Sie „hört! hört!“ rufen, — ist Ihnen das etwas Neues? Sie haben ja doch die Verhandlungen zum Steuerkompromiß mitgemacht, und wenn Ihnen das neu sein sollte, darf ich Sie bitten, die Rede nachzulesen, in der der Herr Reichskanzler den Abschluß des Steuerkompromisses seinerzeit hier im Reichstag ausführlich begründet und dargelegt hat. Sie finden dort die Sätze, die sich auf die Änderung der übrigen Steuergesetze beziehen, und von denen kein Mensch damals im Zweifel darüber sein konnte, daß sie sich vornehmlich auf die Erbschaftssteuer bezogen. Wir können nur das eine erklären: wenn der Herr Kollege Hertz mit seinen Freunden und die übrigen Herren auf der äußersten Linken etwa verhindern wollten, daß anläßlich der Behandlung der Zwangsanleihe das Steuerkompromiß vollständig zur Durchführung kommt, daß also auch die Änderung des Erbschaftssteuergesetzes, soweit sie gerechtfertigt ist, beschlossen wird, dann werden wir alle Kraft dafür einsetzen, die Durchberatung der Zwangsanleihe zu verhindern.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Meine Herren! Ich kann die Herren von der Linken nur noch einmal darauf aufmerksam machen, daß, nachdem sie erklärt haben, sie werden am Sonnabend eine umfangreiche Debatte über die Entwürfe zum Erbschaftssteuergesetz hier entfesseln, wir uns vorbehalten — und ich glaube das schon mit Sicherheit prophezeien zu können —, am Freitag ihnen bei der Zwangsanleihe ebenso aufzuwarten.

Präsident: Die nachträgliche Aussprache über die vorher erfolgte Abstimmung ist geschlossen.

(Heiterkeit.)

Weitere Beanstandungen der Tagesordnung sind nicht erfolgt; sie steht fest.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 29 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

227. Sitzung.

Freitag den 16. Juni 1922.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 16 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Als **Vorlage** ist eingegangen der

Nachtrag zu dem Weißbuch „Aktenstücke zur Reparationsfrage vom Mai 1921 bis März 1922“.

In Deutschland bestehende **Vereinigungen russischer Staatsangehöriger** bitten in einem an mich gerichteten Schreiben vom 14. Juni d. J. das deutsche Volk um Hilfe gegen die von der Sowjetregierung ergriffenen Maßnahmen gegen die russische Kirche, ihre Geistlichen und Angehörigen. — Das Schreiben liegt im Archiv zur Einsicht aus.

Wir haben noch die Feststellung zu treffen, daß durch unsere vorgestrige Beratung und die Annahme der Entschließung des 29. Ausschusses zum Jugendwohlfahrtsgesetz (Drucksache Nr. 3959 unter II d) die erste Beratung des **Antrags Frau Neuhaus** (Westfalen), **Trimborn, Marx** auf Nr. 1766 der Drucksachen, betreffend den Entwurf eines Gesetzes über Überweisung zur Verwahrung, als erledigt anzusehen und der betreffende Antrag dem 29. Ausschuß überwiesen ist. — Das Haus stimmt dem zu.

In den **Ausschüssen** hat folgender **Mitgliederwechsel** stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 5. Ausschuß für den Abgeordneten Ernst
die Abgeordnete Frau Karch;

in den 6. Ausschuß für den Abgeordneten Winnefeld
der Abgeordnete Adams;

in den 13. Ausschuß für die Abgeordneten Döbrich, Heile, Liese, Malke
die Abgeordneten Harte, Korell, Trieschmann, Behrens;

in den 22. Ausschuß für die Abgeordneten Gutknecht, Dr. Barth (Chemnitz)
die Abgeordneten Schultz (Bromberg), Hänse (Thüringen);

(Präsident.)

(A) in den 23. Ausschuß für den Abgeordneten Brodauf
der Abgeordnete Delius;
in den 30. Ausschuß für den Abgeordneten Beuermann
der Abgeordnete Dr. Luther.

Ich habe **Urlaub** erteilt den Herren Abgeordneten
Dr. Kulenkampff für 2 Tage,
Geck (Offenburg) für 5 Tage,
Brey für 8 Tage.

Es suchen für **längere Zeit** Urlaub nach die Herren Abgeordneten
Cuno, Geck (Mannheim) für 14 Tage wegen dringender Geschäfte,
Neuhaus (Düsseldorf) für drei Wochen wegen Krankheit.

Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Urlaubsgesuche sind bewilligt.

Wir treten in die **Tagesordnung** ein. Erster Gegenstand:

Anfragen.

Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 1643, **Plettner** und Genossen (Nr. 4390 der Drucksachen),
hat das Wort die Frau Abgeordnete Nemitz.

Nemitz, Abgeordnete:
Wir fragen an:
Ist der Reichsregierung bekannt, daß laut Pressemeldung am 6. Mai in **Stettin** im Bellevuetheater anläßlich des Geburtstags des desertierten ehemaligen Kronprinzen eine **monarchistische Hohenzollern-Kundgebung** stattfand, an der **Mannschaften sowie Offiziere des 5. republikanischen Reichswehrregiments** teilnahmen?

(B) Ist die Reichsregierung bereit, Maßnahmen zu treffen, die eine zukünftige Beteiligung der Mannschaften und Offiziere der Reichswehr der Deutschen Republik weder in noch außer dem Dienst an monarchistischen Gedenk-, Geburtstagsfeiern oder sonstigen antirepublikanischen Kundgebungen ausschließt?

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun gegen die Mannschaften und Offiziere, die demonstrativ an der oben erwähnten Hohenzollernfeier teilnahmen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Major v. Schleicher.

v. Schleicher, Major im Reichswehrministerium, Kommissar der Reichsregierung: Im Auftrage des Herrn Reichswehrministers habe ich die Anfrage wie folgt zu beantworten:

1. Die in der Anfrage genannte Veranstaltung am 6. Mai in Stettin stand mit dem Geburtstag des ehemaligen Kronprinzen in keinerlei Zusammenhang.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten.)

Es handelte sich vielmehr um eine **Kompagniefeier der 1. Kompagnie des Infanterieregiments 5**, die lediglich deshalb am 6. Mai abgehalten wurde, weil dieser Tag der Stiftungstag des Grenadierregiments 2 ist, dessen Tradition durch die 1. Kompagnie weitergeführt wird. Zu einem Einschreiten gegen Angehörige der Reichswehr wegen Teilnahme an dieser Feier besteht daher keine Veranlassung.

2. Die **dienstliche Beteiligung der Reichswehr** an (C) nichtmilitärischen Veranstaltungen ist seit längerem durch eingehende Verfügungen geregelt.

(Zuruf auf der äußersten Linken: Wie in Königsberg!)

Sie bedarf in jedem Falle der Genehmigung des Herrn Reichswehrministers. Diese wird nur erteilt, wenn ein würdiger und unpolitischer Verlauf der Feier sichergestellt und damit auch jede Kundgebung gegen die jetzige Regierungsform ausgeschlossen erscheint.

Die außerdienstliche Beteiligung von Reichswehrangehörigen an Versammlungen oder sonstigen Feiern kann nach dem Wehrgesetz nur dann untersagt werden, wenn es sich um politische oder die Disziplin gefährdende Versammlungen handelt.

(Zurufe auf der äußersten Linken.)

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage 1664, Graf v. **Westarp** und Genossen (Nr. 4439 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Graf v. Westarp.

Graf **v. Westarp**, Abgeordneter:
Gegen den **Reichswehrleutnant v. Le Fort** war auf Grund der Märzvorgänge 1920, während deren er in befehlsgemäßer Dienstausführung unter Gebrauch der Waffen hatte tätig werden müssen, ein **Strafverfahren** anhängig, das vom Landgericht Güstrow auf Grund eingehender Sachverständigengutachten und in Anwendung des Amnestiegesetzes vom 4. August 1920 durch Beschluß vom 22. Februar eingestellt wurde.

Obwohl § 2 Abs. 1 Satz 2 des Amnestiegesetzes nur gegen Gerichtsbeschlüsse, durch welche die Einstellung des Verfahrens abgelehnt wird, zugunsten des Angeschuldigten ein Rechtsmittel gibt und obwohl die Ausführungsbestimmungen (D) des Mecklenburg-Schwerinschen Ministeriums vom 20. August 1920 zum Amnestiegesetz (Regierungsblatt 1920, Nr. 135, Seite 1041) ausdrücklich vorschrieben, daß die Anfechtung eines Einstellungsbeschlusses seitens der Strafverfolgungsbehörde nicht erfolgen dürfe, hat der Erste Staatsanwalt Schmalz in Güstrow gegen den vorgenannten einstellenden Beschluß am 23. Februar 1922, entgegen dem Zweck der Amnestie, entgegen dem Wortlaut des Amnestiegesetzes und entgegen der Instruktion in den Ausführungsbestimmungen **Beschwerde** eingelegt.

In einer offiziösen Pressenotiz („Mecklenburg. Nachrichten" vom 3. Mai Nr. 101/2) erklärt das Justizministerium, den Ersten Staatsanwalt zu diesem Vorgehen zwar nicht angestiftet, es aber dadurch gedeckt zu haben, daß es nachträglich unter dem 8. März 1922 für diesen einen Ausnahmefall ihm Befreiung von den Ausführungsbestimmungen erteilte. Diese Durchbrechung der Ausführungsbestimmungen, die das Mecklenburg-Schwerinsche Ministerium auf Grund des Amnestiegesetzes zu erlassen verpflichtet war, begründet die offiziöse Notiz mit der „großen strafrechtlichen Bedeutung der Tat", also mit einem Umstand, der auf das Verschulden des Angeschuldigten ebensowenig Einfluß haben kann, wie auf die Durchführung der reichsgesetzlich ausgesprochenen Amnestie.

Die instruktionswidrige Maßnahme des Ersten Staatsanwalts in Güstrow und das die Amnestie konterkarierende Vorgehen des Mecklenburg-Schwerinschen Justizministeriums fielen zeitlich

(Graf v. **Westarp**, Abgeordneter.)

(A) zusammen mit einer Anzahl sozialdemokratischer Reden im Mecklenburgischen Landtag, in denen die Unzufriedenheit mit der durch Reichsgesetz ausgesprochenen Amnestie zum Ausdruck kam.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die durch Gesetz vom 4. August 1920 gewährte Amnestie auch gegenüber parteipolitischen Widerständen ohne Rücksicht auf die Person zur Durchführung zu bringen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Geheimer Regierungsrat Werner.

Werner, Geheimer Regierungsrat, Ministerialrat im Reichsjustizministerium, Kommissar der Reichsregierung: Gegen den **flüchtigen Leutnant** Peter Alexander v. **Le Fort** aus Güstrow war wegen der Märzvorgänge 1920 bei dem Untersuchungsrichter des Landgerichts in Güstrow eine **Voruntersuchung** wegen Hochverrats, vorsätzlicher Tötung, Körperverletzung und Sachbeschädigung anhängig geworden. Während die Strafkammer I des Landgerichts Güstrow durch Beschluß vom 4. März 1921 das Verfahren wegen Hochverrats, gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung auf Grund des Amnestiegesetzes vom 4. August 1920 einstellte, lehnte sie die Einstellung des Verfahrens wegen vorsätzlicher Tötung und schwerer Körperverletzung mit der Begründung ab, daß diese Straftaten durch § 1 Abs. 4 des Gesetzes vom 4. August 1920 von der Straffreiheit ausgeschlossen seien. Durch Beschluß vom 22. Februar d. J. stellte sie aber das Verfahren auch insoweit ein, als es sich auf die Anschuldigung der vorsätzlichen Tötung und schweren Körperverletzung bezieht, und begründete diese Entscheidung damit, daß nach dem Ergebnis der Voruntersuchung vorsätzliche Tötung und schwere Körperverletzung nicht (B) vorliege, die Strafverfolgung wegen etwa vorliegender fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung aber nach dem Amnestiegesetz vom 4. August 1920 ausgeschlossen sei. Gegen diesen Beschluß legte die **Staatsanwaltschaft** am 23. Februar d. J. **Beschwerde** ein. Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft wurde seitens des Mecklenburg-Schwerinschen Justizministeriums durch Verfügung vom 8. März d. J. gebilligt. Der **Strafsenat des Oberlandesgerichts Rostock** gab der Beschwerde durch Beschluß vom 23. März 1922 statt. Zur Begründung führte er aus, die Beschwerde sei zulässig und begründet; das Gesetz vom 4. August 1920 schließe eine Anfechtung von Gerichtsbeschlüssen, durch die auf Einstellung des Verfahrens auf Grund der Amnestie erkannt sei, nicht aus; sachlich gehe das Ergebnis der Ermittelungen dahin, daß die Tötung mehrerer Menschen durch den Leutnant v. Le Fort objektiv widerrechtlich sei; es liege auch kein genügender Anhalt für die Annahme vor, daß der Angeschuldigte sich zur Beschießung der Stadt Waren für berechtigt gehalten habe.

Über die Frage, ob ein Gerichtsbeschluß, durch den ein Strafverfahren auf Grund des Amnestiegesetzes vom 4. August 1920 eingestellt worden ist, nach Wortlaut und Sinn dieses Gesetzes mit Beschwerde angefochten werden kann, haben die Gerichte zu entscheiden. Das Oberlandesgericht Rostock hat in Anlehnung an eine Entscheidung des Reichsgerichts und in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Kammergerichts die Frage bejaht. Die zum Amnestiegesetz erlassenen Ausführungsbestimmungen des Mecklenburg-Schwerinschen Ministeriums vom 20. August 1920 bestimmen allerdings, daß von der Anfechtung einer Entscheidung, durch die die Einstellung ausgesprochen worden ist, abzusehen sei. Die Fassung der Bestimmung läßt klar erkennen, daß die Anfechtung auch in diesem Falle rechtlich für an sich zulässig erachtet wird. Die Ausführungsbestimmungen sind allgemeine, im Verwaltungswege auf Grund des § 147 des Gerichtsverfassungsgesetzes erlassene Richtlinien. Eine Befreiung von der Befolgung dieser Richtlinien im Einzelfalle ist vom Rechtsstandpunkt zulässig. (C)

Nach Mitteilung des Mecklenburg-Schwerinschen Justizministeriums ist das Verfahren gegen den Leutnant v. Le Fort im Mecklenburg-Schwerinschen Landtag nur gelegentlich der ersten Lesung des Haushaltsplans in der Sitzung vom 30. März d. J. besprochen worden. Da die Einlegung der Beschwerde durch die Staatsanwaltschaft in Güstrow bereits am 23. Februar d. J. erfolgt und das Vorgehen am 8. März d. J. durch das Mecklenburg-Schwerinsche Ministerium gebilligt worden ist, ist der in der Anfrage als möglich angedeutete Zusammenhang zwischen den Erörterungen im Landtag und der Einlegung der Beschwerde ausgeschlossen. Nach diesen Ausführungen steht fest, daß im vorliegenden Falle gesetzmäßig verfahren worden ist. Für Maßnahmen der Reichsregierung besteht deshalb kein Anlaß.

Präsident: Zur Verlesung der Anfrage Nr. 1665, Dorsch (Hessen) (Nr. 4440 der Drucksachen), hat das Wort Herr Abgeordneter Dorsch (Hessen).

Dorsch (Hessen), Abgeordneter:

Verschiedene **Einwohner der Gemeinde Trebur** im Freistaat Hessen habe durch die **Besatzungstruppen** einen **Gesamtschaden**, für den Belege da sind, von 55 000 Mark erlitten. Die Schäden sind entstanden

1. durch Füttern von Heu und Stroh an die Pferde der Besatzungstruppen,
2. durch das Zertreten der Scheunentennen (D) durch die Pferde der Besatzungstruppen,
3. durch das Anfressen bezw. Durchfressen von Balken und Brettern durch die Pferde der Besatzungstruppen,

ferner durch Abnutzung der Zimmer und Möbel,
außerdem durch Verbrennen von Holz, Kohlen und Zerbrechen von Gebrauchsgegenständen usw.,
schließlich durch Betriebsbehinderung.

Trotzdem die Schäden zum Teil aus dem Jahre 1918 herstammen und alle Schäden schriftlich mit Belegen bei der zuständigen Stelle angemeldet sind, ist bisher Auszahlung nicht erfolgt.

Ich frage hierdurch an, warum die geschädigten Einwohner von Trebur nicht zu ihrem Rechte kommen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Regierungsrat Mayer.

Mayer, Regierungsrat im Reichsschatzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Im Auftrage des Herrn Reichsschatzministers habe ich die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Leistungen für die fremden Heere im besetzten Reichsgebiet und von den **Besatzungstruppen angerichtete Schäden** werden vom Reiche nach Maßgabe des Reichsgesetzes vom 2. März 1919/27. März 1920 (Okkupationsleistungsgesetz) vergütet. Die Vergütung erfolgt in dem gesetzlich geregelten Feststellungsverfahren. Entscheidende Behörden des ersten Rechtszuges sind gemäß § 4 Okkupationsleistungsgesetzes und § 1 Verfügungsbekanntmachung vom 22. April 1919/26. Mai 1920

(Mayer, Kommissar der Reichsregierung.)

(A) die von den Landeszentralbehörden bestimmten Verwaltungsbehörden. Als Feststellungsbehörde für das besetzte hessische Gebiet hat die Regierung des Landes Hessen die Provinzialdirektion für Rheinhessen in Mainz bestimmt.

Die Reichsregierung ist daher, um über die Behandlung der von der **Gemeinde Trebur** eingereichten Feststellungsanträge und den Stand des Feststellungsverfahrens Auskunft geben zu können, mit dem der Feststellungsbehörde Mainz vorgesetzten hessischen Ministerium des Innern in Verbindung getreten.

Sie wird die verlangte Auskunft innerhalb der vorgeschriebenen Frist erteilen.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 1666, Dorsch (Hessen) (Nr. 4441 der Drucksachen),
hat das Wort Herr Abgeordneter Dorsch (Hessen).

Dorsch (Hessen), Abgeordneter:
Eine Anzahl Landwirte mußten bei der Zahlung der **Einkommensteuer** Zinsen für die rückliegende Zeit entrichten. Vor einiger Zeit wurde nun diese Verfügung aufgehoben, das heißt, es sollen **Zinsbeträge** unter 200 Mark nicht mehr erhoben werden. Nun sollen aber die Zinsbeträge unter 200 Mark, die vor dem Inkrafttreten dieser Verfügung schon eingezahlt waren, nicht wieder zurückerstattet werden.

Treffen diese Mitteilungen zu, und was gedenkt die Reichsregierung zur Abhilfe zu tun?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Oberregierungsrat Dr. Pissel.

Dr. **Pissel,** Oberregierungsrat im Reichsfinanzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Im Auftrage des Herrn Reichsministers der Finanzen habe ich die Anfrage wie folgt zu beantworten:

(B) Um eine dringend erforderlich gewordene Entlastung der mit der Erhebung der Einkommensteuer betrauten Kassen herbeizuführen, habe ich auf Grund des Artikels V Abs. 1 des Gesetzes vom 24. März 1921 und des § 444 Abs. 3 der Reichsabgabenordnung die nach § 42 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Novelle vom 24. März 1921 und nach § 104 Abs. 1 der Reichsabgabenordnung bestehende Verpflichtung zur Verzinsung der nachzuentrichtenden Einkommensteuer durch Erlaß vom 15. November 1921 beschränkt. Danach sind für die vorläufige und die endgültige **Einkommensteuer** für das Rechnungsjahr 1920 sowie für die vorläufige Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921 **Zinsbeträge unter 200 Mark** nicht einzufordern. Entsprechend der Vorschrift des § 92 Abs. 1 der Ausführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz habe ich dabei weiter angeordnet, daß Zinsbeträge unter 200 Mark, die bereits vereinnahmt sind, nicht erstattet werden sollen. Diese Anordnung war notwendig, wenn die erstrebte Entlastung der Steuerkassen auch wirklich in vollem Umfange herbeigeführt werden sollte.

Eine Änderung dieser Anordnung vermag ich nicht in Aussicht zu stellen. Da nach § 92 Abs. 3 der Ausführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz das Finanzamt auf Antrag des Schuldners in besonderen Fällen aus Billigkeitsgründen die Erstattung bereits erhobener Verzugszinsen genehmigen kann, können etwa sich ergebende Härten beseitigt werden.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 1667, Graef (Thüringen) (Nr. 4442 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Graef (Thüringen).

(C) **Graef** (Thüringen), Abgeordneter:
Es geht das Gerücht, daß das Reichspostministerium beabsichtige, das **Bahnpostamt Nr. 6** von **Eisenach** zu verlegen. Hierdurch wird die Bürgerschaft der genannten Stadt aufs äußerste beunruhigt.

Ist der Herr Reichspostminister in der Lage, zu erklären, daß das Bahnpostamt Nr. 6 der Stadt Eisenach erhalten bleiben soll?

Präsident: Zur Beantwortung hat das Wort Herr Ministerialrat Geheimer Postrat Eick.

Eick, Geheimer Postrat, Ministerialrat im Reichspostministerium, Kommissar der Reichsregierung: Es liegt in der Absicht des Reichspostministeriums, Bahnpostämter, deren Geschäfte ohne Schädigung des Betriebes anderen Bahnpostämtern übertragen werden können, aufzuheben, sofern dadurch für die Reichskasse eine nennenswerte Ersparnis, namentlich an Personalkosten, zu erzielen ist. Die Durchführung der Maßnahme erfordert jedoch in den meisten Fällen, daß die entbehrlich werdenden Beamten nach anderen Orten versetzt werden. Da diese Versetzungen bei der herrschenden Wohnungsnot auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen würden, hat das Reichspostministerium die Prüfung, inwieweit eine **Zusammenlegung von Bahnpostämtern** möglich ist, vorerst auf solche Großstädte beschränkt, in denen sich mehrere Bahnpostämter befinden und bei denen erwartet werden kann, daß das entbehrlich werdende Personal bei den Postanstalten an demselben Orte untergebracht werden kann, also eine Versetzung von Beamten nicht in Betracht kommt.

Die Frage, ob das **Bahnpostamt** 6 erhalten bleiben soll, kann daher, solange die Wohnungsschwierigkeiten fortbestehen, bejaht werden.

(D) **Präsident:** Damit sind die kleinen Anfragen erledigt.

Ehe wir zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung kommen, hat das Wort der Herr Abgeordnete Dittmann zur Geschäftsordnung.

Dittmann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich stelle hiermit den Antrag, eine **Umänderung der Tagesordnung** vorzunehmen.

Ich habe die Auffassung: das Wichtigste, worüber der Reichstag im gegenwärtigen Augenblick verhandeln muß, sind die fortgesetzten, sich immer mehr steigernden monarchistisch-

(Heiterkeit und Zurufe rechts)

militaristisch-

(sehr wahr! bei den Unabhängigen und Kommunisten)

reaktionären Treibereien

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Kommunistischen!)

gegen den Bestand der deutschen Republik.

(Zuruf von den Kommunisten: Und die Ohnmacht der Regierung!)

Die Tageszeitungen sind täglich voll von Meldungen über sogenannte Regimentsfeiern, militärischen Paraden

(Heiterkeit und Zurufe rechts: Fürchterlich!)

und ähnliche Veranstaltungen, die bloß dem Zwecke dienen, für einen Rechtsputsch Stimmung zu machen,

(Lachen und Zurufe: Huhu! rechts — lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten)

wie wir ihn im März des Jahres 1920 erlebt haben.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten.)

(Dittmann, Abgeordneter.)

Als wir damals gewarnt haben und auf die Zeichen der Zeit hingewiesen haben, da sind wir genau so verhöhnt und verlacht worden, wie die Herren von rechts jetzt glauben mich verhöhnen und verlachen zu müssen. Leider gab es damals auch Kreise in den Linksparteien, die mit derselben Sorglosigkeit den Dingen ins Auge schauten und die dann aufs schwerste durch die Ereignisse vom 13. März 1920 überrascht wurden.

(Zuruf von den Kommunisten: Aber dann waren sie flink mit dem Auto! — Heiterkeit auf der äußersten Linken.)

Meine Damen und Herren! Der Reichstag hat eine formelle Möglichkeit, diese Dinge hier zu behandeln durch die Interpellationen, die bereits zu diesem Thema eingebracht worden sind. Meine Fraktion — die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei — hat in der Drucksache 4464 eine Interpellation eingebracht, die sich mit den bekannten Vorgängen in Königsberg in Preußen anläßlich der Hindenburg-Feier der Reichswehrsoldaten beschäftigt. In dieser Interpellation ist auch hingewiesen auf ähnliche Treibereien in Bayern, besonders in München, und auf eine gleichartige Veranstaltung in Gruiten bei Elberfeld. In der Interpellation wird gefragt, was die Regierung zu tun gedenkt, um Ausschreitungen von Monarchisten, Attentate und Angriffe auf die Republik und ihre Organe zu verhindern und jede Teilnahme der Reichswehr an monarchistischen Kundgebungen ebenfalls zu verhindern.

Es liegt aber weiter noch eine Interpellation Henke und Fraktion vor, also gleichfalls von meiner Fraktion gestellt, noch datiert vom 5. November des vorigen Jahres, die sich mit Nachrichten beschäftigt, die damals über ähnliche Treibereien bereits in der Öffentlichkeit bekanntgeworden sind. Weiter liegt eine Interpellation vor, ebenfalls von meiner Fraktion gestellt, die sich mit der Tatsache beschäftigt, daß auch die Schutzpolizei an diesen monarchistischen reaktionären Treibereien beteiligt ist.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Kommunisten.)

Und in dasselbe Gebiet gehört eine Interpellation Müller (Franken) und Genossen, also von der rechtssozialistischen Fraktion, die sich gegen die Regimentsfeiern wendet, die überall im Lande stattfinden.

Meine Damen und Herren! Geschäftsordnungsmäßig ist die Situation so, daß der Herr Reichskanzler sich zur Beantwortung dieser Interpellation bereit erklärt hat. Nach § 32 unserer Geschäftsordnung wird dem Begründer der Interpellation das Wort an dem von dem Herrn Reichskanzler für die Beantwortung bestimmten Tage gegeben. Vom Herrn Reichskanzler ist die Beantwortung versprochen. Aber das schließt nicht aus, daß sich der Reichstag mit dem Ersuchen an den Herrn Reichskanzler wendet, weil inzwischen Umstände eingetreten sind, die eine schleunige Beantwortung erfordern,

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten)

diese Interpellationen schleunigst, möglichst noch am heutigen Tage, zu beantworten.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Kommunisten.)

Ich stelle hiermit in aller Form diesen Antrag.

Präsident: Es handelt sich also bei dem Antrage des Herrn Kollegen Dittmann um die Aufsetzung eines weiteren Punktes auf die heutige Tagesordnung. Diese Aufsetzung könnte ja, wie er ganz richtig erläutert hat, erst stattfinden einmal, wenn niemand aus dem Hause widerspricht, und zweitens, wenn es gelingt, die Regierung zu der Beantwortung heute noch zu bewegen. Deshalb wünscht der Herr Kollege Dittmann, daß zunächst ein Beschluß gefaßt wird, die Regierung zu ersuchen, heute noch die Antwort zu geben, und diesen Gegenstand heute noch auf die Tagesordnung zu setzen. —

Das Wort dazu wird nicht verlangt. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Ersuchen an die Regierung, die Beantwortug der Interpellation möglichst heute noch vorzunehmen, zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht. — Lebhafte Zurufe von den Kommunisten und von den Unabhängigen Sozialdemokraten zu den Sozialdemokraten. — Große Heiterkeit.)

Das ist die Minderheit; der Antrag des Herrn Kollegen Dittmann ist also abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Nun ist noch eine weitere Tagesordnungsfrage zu erledigen. Wir haben bei der Festsetzung der Tagesordnung die beiden Anträge Dr. Curtius, Dr. Becker (Hessen) und Hergt über die Änderung des Erbschaftssteuergesetzes abgesetzt, weil damals die Drucksachen noch nicht verteilt worden waren. Die Drucksachen sind inzwischen seit zwei Tagen verteilt. Es ist angeregt worden, die beiden Gegenstände heute nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen, um alle vier Gegenstände zur Kommissionsberatung zu bringen, und zwar ist zwischen den fraktionsstarken Parteien vereinbart, daß das ohne eine Debatte stattfinden soll. Ich muß also auch hier die Frage stellen, ob jemand widerspricht

Höllein, Abgeordneter: Ich erhebe dagegen Einspruch.

(Unruhe.)

Präsident: Darf ich vielleicht den Herrn Abgeordneten Höllein darauf hinweisen, daß dieser Einspruch ja doch nur bis zur morgigen Tagesordnung vorhalten, daß aber die Beratung im Ausschuß sowieso am Dienstag stattfinden würde. Also die einzige Wirkung bei Aufrechterhaltung des Widerspruchs wäre, daß wir den Vorschlag noch einmal drucken und auf die Tagesordnung setzen müßten.

Vielleicht ziehen Sie, da ein sachlicher Zweck doch nicht erreicht wird — —

(Abgeordneter Höllein: Doch, wir haben einen sachlichen Zweck!)

— Aber Sie würden ihn nicht erreichen, Herr Kollege. Vielleicht ziehen Sie darauf Ihren Widerspruch zurück.

(Wird verneint.)

— Der Widerspruch bleibt also erhoben. Ich kann diese beiden Gegenstände nicht auf die Tagesordnung setzen.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Ich bitte, unter diesen Umständen, nachdem durch den Widerspruch die von dem Hause in seiner großen Mehrheit gewünschte gleichzeitige debattelose Erledigung der Zwangsanleihe und der beiden Initiativanträge verhindert worden ist, nunmehr auch die Zwangsanleihe und den Einkommensteuerantrag der Unabhängigen abzusetzen und alle vier Gesetzentwürfe morgen zu verhandeln.

Präsident: Herr Abgeordneter Schultz (Bromberg) beantragt, daß nicht nur die Erbschaftssteuer von der heutigen Tagesordnung wegfällt, sondern auch die Zwangsanleihe und Einkommensteuer, und daß sie dafür auf die morgige Tagesordnung gesetzt werden.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Höllein.

(A) **Höllein**, Abgeordneter: Es liegt meines Erachtens absolut kein Grund vor, eine derartige Umstellung in der heutigen Tagesordnung vorzunehmen. Es ist gerade von den Regierungsparteien immer mit Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß die Erledigung der Zwangsanleihe ein dringendes Staatsinteresse sei. Ich meine, die Zwangsanleihe hat so weitgehende Bedeutung, vor allen Dingen in ihren Wirkungen auf die breite arbeitende Masse, daß der Reichstag nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, die Frage gründlich zu erörtern. Ich beantrage deshalb, den Antrag des Herrn Abgeordneten Schultz abzulehnen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche nunmehr auch die Gegenstände 4 und 5 der heutigen Tagesordnung auf die morgige verschieben wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen.

Nun liegt ein weiterer Streit über die Tagesordnung nicht vor. Wir können in den zweiten Gegenstand eintreten:

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Erhöhung der Bezüge aus der Unfallfürsorge für Gefangene (Nr. 3698 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet:
die Ministerialräte Grieser und Dr. Aurin sowie Oberregierungsrat Dr. Krohn.

Ich eröffne die erste Beratung —, schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Es steht auch die

zweite Beratung

(B) auf der Tagesordnung. Ich rufe in derselben auf Art. I. Hier liegt ein handschriftlicher Abänderungsantrag vor, gestellt von Frau Teusch (Köln), Esser, Thiel, Dr. Fick, Dr. Bell:

> Der Reichstag wolle beschließen,
> in Art. I Ziffer 1 wird das Wort „dreitausend" durch das Wort „sechstausend", in Ziffer 2 wird das Wort „neunhundert" durch das Wort „eintausendachthundert", in Ziffer 3 wird das Wort „zweitausendsiebenhundert" durch das Wort „fünftausendvierhundert" und in Ziffer 4 das Wort „sechshundert" durch das Wort „eintausendzweihundert" ersetzt.

Wünscht jemand zur Begründung dieses Abänderungsantrages das Wort? — Das ist nicht der Fall; dann bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche diesem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; er ist angenommen und mit dieser Abänderung der Art. I.

Ich rufe auf Art. II — angenommen, Art. III — desgleichen.

Nunmehr wird von denselben Antragstellern die Einfügung eines Art. IV beantragt:

> Die Reichsregierung ist ermächtig, im Falle des Bedarfs die Geldbeträge im Sinne dieses Gesetzes mit Zustimmung des Reichsrats zu ändern.

Ich nehme an, daß das Haus auch diesem Abänderungsantrag seine Zustimmung gibt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Das ist nicht der Fall. Der Art. IV (neu) ist eingefügt.

Ich rufe auf Einleitung und Überschrift — und erkläre sie für angenommen.

(C) Nunmehr ist noch eine handschriftliche Entschließung zu diesem Gesetze eingegangen von den Herrn Kollegen Aufhäuser, Hoch, Molkenbuhr, Crispien und Fraktionen:

> Der Reichstag erblickt in dem Gesetz über die Erhöhung der Bezüge aus der Unfallfürsorge für Gefangene lediglich eine provisorische Aufbesserung der völlig unzulänglichen Renten. Er ersucht die Reichsregierung, dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt eine Vorlage zu machen, die eine grundsätzliche mit der allgemeinen Sozialversicherung übereinstimmende Neuregelung der Unfallfürsorge für Gefangene bringt.

Das Wort zu der Entschließung wird nicht verlangt. Auch der Abstimmung widerspricht niemand. Dann bitte ich diejenigen Damen und Herren, welche ihr zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Entschließung ist angenommen.

Wird ein Widerspruch gegen die Beratung des Gesetzes in

dritter Lesung

erhoben? — Das geschieht nicht, dann eröffne ich die allgemeine Aussprache in der dritten Lesung, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen, und rufe in der besonderen Beratung auf Art. I in der Fassung, die er eben in der zweiten Lesung erlangt hat. — Angenommen. Art. II — desgleichen, Art. III — ebenso, Art. IV (neu) — desgleichen; Einleitungund Überschrift. — Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung gibt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen nunmehr zum dritten Gegenstand der Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Ausfuhrabgabengesetzes (Nr. 4136 der Drucksachen).

(D) Ich eröffne die erste Beratung. Es ist hier der Antrag gestellt, das Gesetz dem 5. (Volkswirtschafts-) Ausschuß zur Vorberatung zu überweisen. — Ein Widerspruch dagegen wird nicht erhoben; die Verweisung ist beschlossen.

Der vierte Gegenstand der Tagesordnung ist abgesetzt, ebenso der fünfte Gegenstand.

Wir kommen zum sechsten Gegenstand:

zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Vergütung von Leistungen für die bewaffnete deutsche Macht (Nr. 2022 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt (Nr. 4283 der Drucksachen).
Berichterstatter: Abgeordneter v. Schoch.

Als Kommissare sind angemeldet:
vom Reichsministerium des Innern
Ministerialrat Foerster,
Oberbürgermeister Dr. Janke;
vom Reichswehrministerium:
Geheimer Kriegsrat Klewitz;
vom Reichsfinanzministerium:
Oberregierungsrat Freiherr v. Manteuffel;
vom preußischen Ministerium des Innern:
Ministerialrat Bachmann,
Regierungsrat Dr. Berger.

Ich frage zunächst den Herrn Berichterstatter, den Herrn Abgeordneten v. Schoch, ob er das Wort wünscht?

(Wird verneint.)

— Der Berichterstatter verzichtet. Ich rufe auf § 1. — Wortmeldungen liegen nicht vor, Einwendungen werden nicht erhoben.

In § 1 ist ein Druckfehler zu berichtigen. Es muß im vierten Absatz in der zweiten Zeile nicht heißen „des

(Präsident.)
Reichsministers", sondern „der Reichsminister". Die Abänderung ist vorgenommen, und § 1 mit dieser Abänderung in der Ausschußfassung angenommen.

Ich rufe auf § 2 — angenommen, § 3 — desgleichen, § 4 — ebenso, Einleitung und Überschrift — ebenfalls.

Wenn kein Einwand erhoben wird, kann das Gesetz auch in

dritter Beratung

erledigt werden. — Ich höre einen solchen nicht und eröffne die allgemeine Aussprache in der dritten Beratung. — Ich schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen, und rufe in der besonderen Beratung auf § 1 —, erkläre ihn für angenommen, § 2 — ebenso, § 3 — ebenfalls, — § 4 — desgleichen; Einleitung und Überschrift. — Ebenfalls.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Ich stelle das fest.

Wir kommen nunmehr zum 7. Gegenstand der Tagesordnung, zur

ersten Beratung des Entwurfs einer Schlichtungsordnung (Nr. 3760 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet:
vom Reichsarbeitsministerium:
Staatssekretär Dr. Geib,
Ministerialdirektor Dr. Sitzler,
Ministerialrat Gaßner,
Regierungsassessor Joachim;
vom Reichsfinanzministerium:
Ministerialdirektor v. Schlieben,
Regierungsrat Dr. Wachsmann,
Regierungsrat Dr. Schilling;
vom Reichsjustizministerium:
Ministerialrat Quassowski,
Landgerichtsrat Dr. Jonas.

Ich eröffne die erste Beratung.
Das Wort hat Herr Abgeordneter Giebel.

Giebel, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Eine Berliner Zeitung hat gestern gegen die Erörterung dieses Gesetzentwurfs in der heutigen Lesung in überflüssig scharfer Form protestiert, weil seine Beratung unmittelbar vor dem bedeutungsvollen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftskongreß erfolge, und weil das offenbar zu dem Zweck geschehe, die Parteien noch schnell vor dessen Stellungnahme festzulegen. Nun weiß jeder, der einigermaßen in Staatsbürgerkunde bewandert ist, daß die Plenarberatung der ersten Lesung wirklich nicht dem Zwecke dient, eine Festlegung der Parteien herbeizuführen. Die eigentliche Beratung dieser Vorlage kann überdies frühestens im Herbst erfolgen, und zwar im 6. Ausschuß des Reichstags. Deshalb wird also die etwaige **Stellungnahme des Gewerkschaftskongresses** keineswegs verspätet folgen, und dessen Meinungsäußerungen werden gerade bei meiner Fraktion, wie immer, die höchste Beachtung finden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dieser Gesetzentwurf wird voraussichtlich heiß umstritten werden. Die kapitalistischen Interessenstreiter haben an dieser Vorlage nur dann Interesse und Geschmack, wenn das Gesetz die **Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften** durch allerlei Zwangsvorschriften genügend einschränkt. Für sich selbst lehnen aber diese Interessengruppen auch den leisesten Zwang entrüstet ab. Erst bei der soeben abgeschlossenen Beratung des Arbeitsnachweisgesetzes hat sich das genügend gezeigt. Meine politischen Freunde werden sich dadurch nicht hindern lassen, im Interesse unserer gewerkschaftlichen Arbeitnehmerbewegung und mit Rücksicht auf das wohlverstandene Gesamtinteresse einer gesetzlichen Regelung des Schlichtungswesens grundsätzlich zuzustimmen. Ich weiß, daß uns aus vermeintlich radikalen Arbeitnehmergruppen deswegen wieder einmal der Verrat am Klassenkampf vorgeworfen werden wird. Das ist genau so ein törichtes Geschwätz, wie wir es von jener Seite nun seit Jahren hinlänglich gewohnt sind.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung und die sozialdemokratische Bewegung schlechthin hat unter Klassenkampf niemals den Kampf im buchstäblichen Sinne des Wortes verstanden. Von jeher ist den freien Gewerkschaften der **Streik** nur ein letztes und zwar das **äußerste Kampfmittel** gewesen. Die freien Gewerkschaften waren sich vollständig darüber klar, daß der Streik auch eine zweischneidige Waffe ist. Ich frage Sie: wer opfert mehr, der reiche Unternehmer oder der gerade unter den heutigen Zuständen mehr denn je aus der Hand in den Mund lebende Arbeiter oder Angestellte? Von ernster Verantwortlichkeit getragen, waren es deshalb die freien Gewerkschaften, die vor einem Streik stets versucht haben, die Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen, um die Anwendung des äußersten Kampfmittels möglichst zu verhüten.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

So war es nicht erst seit der nachrevolutionären Zeit, sondern das war ständig der Brauch auch schon vor dem Kriege. Wir haben bisher die Bestimmungen über die **einigungsamtlichen Befugnisse der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte**. Wer benutzte diese schwächlichen Ansätze eines Schlichtungswesens bereits in der Vorkriegszeit? Das waren die damals bereits zum gewerkschaftlichen Kampfe gekommenen Arbeiter! Wer lehnte alle diese vermittelnde Tätigkeit solcher Institutionen ab? Das war zu jener Zeit die Gesamtheit des Unternehmertums. Allerdings in der Regel deshalb, weil es nicht die Anerkennung der Gewerkschaften als die legitime Vertretung der Arbeitnehmerwelt zugeben wollte. Es kam für das Unternehmertum stets darauf an, die absolutistische Position des Arbeitgebers ungeschmälert zu erhalten. Der Forderung der Arbeiterschaft nach Gleichberechtigung wurde nicht die geringste Konzession gemacht. Diese scharfmacherische Auffassung veranlaßte das Arbeitgebertum, Verhandlungen mit den Gewerkschaften vor den Einigungsämtern oder anderen Stellen schroff zurückzuweisen.

Mit der **Verschiebung im politischen Kräfteverhältnis** durch die Revolution setzten sich gleichzeitig die Gewerkschaften durch. Das berühmte Abkommen vom 15. November 1918, durch das ganz offiziell das organisierte Unternehmertum die Gewerkschaften als die legitimierte Vertretung der deutschen Arbeitnehmerschaft anerkennt, war demzufolge nichts anderes, als lediglich ein formelles Feststellen des Abschlusses der ersten Epoche im Kampfesdasein unserer freien Gewerkschaften. Diese Anerkennung legitimierte sie als die berechtigte Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft. Nachdem nun diese Anerkennung dem Unternehmertum durch einen voraufgegangenen jahrzehntelangen Kampf abgetrotzt worden war, war es selbstverständlich, daß damit nicht nur eine kraftvollere Entwicklung der Gewerkschaften einsetzte, sondern daß sich dadurch gleichzeitig auch eine andere Form im gewerkschaftlichen Kampfe von selbst einstellte. So gut wie alle Arbeitnehmer begriffen, daß der von den freien Gewerkschaften dauernd vertretene Standpunkt, wonach der **kollektive Arbeitsvertrag**, also der Tarifvertrag, die bessere, dem Arbeitnehmerinteresse dienlichere Form ihrer Grundlage darstelle, richtig war und sie ganz plötzlich, fast instinktiv, diese kollektive Arbeitsvertragsform für die Regelung der Arbeitsvertragsbestimmungen wählten.

(Giebel, Abgeordneter.)

(A) Ja, die Entwicklung ging so weit, daß selbst die Angestelltengruppen instinktiv die Richtigkeit des Kollektivarbeitsvertrages begriffen, sie, die Jahre lang vorher gegen die Tarifvertragsidee geflissentlich in ablehnende Haltung gebracht worden waren.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Diese veränderten Verhältnisse bedingten auch eine planmäßige Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Strategie. Versuchten die Gewerkschaften schon in der Vorkriegszeit die Einigungseinrichtungen des Reichs für eine Verständigung ohne Streik in Anspruch zu nehmen, so stellten sie jetzt allgemein den **Grundsatz** auf, daß **vor einem Streik** sämtliche **Verhandlungsmöglichkeiten** erschöpft sein müssen. Wohl in allen Streikreglements der freien Gewerkschaften finden Sie eine solche, die Mitglieder verpflichtende Vorschrift. Hiernach wird regelmäßig verfahren. Das ist nicht nur ein Akt der Klugheit, sondern es zeugt von dem lebendigen Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber den Interessen der beteiligten Berufsgruppen sowohl wie auch gegenüber den Lebenserfordernissen der Allgemeinheit. Bei der heutigen sprunghaften Entwicklung der Teuerung kämen wir ja sonst aus den zahllosen Streiks gar nicht mehr heraus. Denn heute macht die dauernde Verminderung der Kaufkraft der Mark ein Verhandeln über Lohn- und Gehaltserhöhungen von einem Monat zum andern unbedingt erforderlich. Wenn nun trotz dieser Haltung der gewerkschaftlichen Verbände hin und wieder dennoch Streiks in Erscheinung treten, so liegt das in der Regel daran, daß das Unternehmertum fast regelmäßig die von den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen gesuchten Verständigungsmöglichkeiten vor den Schlichtungsausschüssen dadurch sabotiert, daß es gewohnheitsmäßig die ergehenden Schiedssprüche ablehnt. Wir haben selbstverständlich auch Fälle zu verzeichnen, daß Arbeitnehmer Schiedssprüche ablehnen.

(B) Aber auch in dem Falle griffen meistens die Verbände nicht etwa gleich zum Mittel des Streiks, sie versuchten, erneut zu verhandeln. Es kann festgestellt werden, daß vielfach bei solchen wiederholten Verhandlungen für die beteiligten Arbeitnehmer ein besserer Erfolg erzielt werden konnte, und daß damit der Streik hat verhütet werden können. Daraus folgt, daß ohne gesetzliche Zwangsvorschriften Verhandlungsinstitutionen von den Gewerkschaften restlos in Anspruch genommen werden.

Angesichts dieser Tatsache ist es um so befremdlicher, daß in dem vorliegenden Gesetzentwurf immer noch der ominöse § 55 enthalten ist. Er sieht vor, daß vor jeder Aussperrung, Arbeitseinstellung oder anderen Kampfmaßnahmen die zuständige **Schlichtungsstelle oder Schlichtungsbehörde** anzurufen ist. „Kampfmaßnahmen dürfen nicht stattfinden, bevor die zuständige Schlichtungsstelle oder Schlichtungsbehörde einen Schiedsspruch in der Sache selbst gefällt hat.“ Diese Bestimmung läuft darauf hinaus, die Gewerkschaften bzw. ihre Mitglieder in der freien Selbstbestimmung über Anwendung oder Nichtanwendung des Streiks auf das Äußerste zu beschränken. Ich verkenne keineswegs, daß der § 55 dieser Vorlage gegen die erste Vorlage allerdings bereits mancherlei Verbesserungen enthält, wenn auch nicht Verbesserungen positiver Art, aber doch Verbesserung insofern, als endlich auch die Reichsregierung auf eine besondere Behandlung der sogenannten **lebenswichtigen Betriebe** verzichtet hat; ebenso auch auf die Strafbestimmungen, die Geldbußen, die die Gewerkschaften bei einem Verstoß gegen solche zwingenden Vorschriften des Gesetzes treffen sollten — allerdings nur der äußeren Form nach.

Man sollte es nach wie vor unseren Gewerkschaften selbst überlassen, ihre Haltung zum Streik und ihre Stellungnahme zum Schlichtungswesen selbständig festzulegen. Der bevorstehende **Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes** soll sich nach der mir vorliegenden Tagesordnung mit der Frage befassen, welche **Grundsätze für die Streikführung** in Betracht kommen. Nach Ziffer 3 dieser Vorlage soll beschlossen werden:

> Die Arbeitsniederlegung ist nur als letztes und äußerstes Mittel zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen oder zur Abwehr von Verschlechterungen anzuwenden. Vor einer Arbeitseinstellung sind alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen.

Hinsichtlich der Streiks in den gemeinnötigen Betrieben, für die selbstverständlich auch dieser soeben von mir verlesene Grundsatz gelten soll, heißt es darin weiter:

> Über Streiks in gemeinnötigen Betrieben dürfen Beschlüsse erst dann gefaßt werden, wenn zuvor der Bundesvorstand des A. D. G. B. bzw. der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes davon benachrichtigt und ihnen eine angemessene Frist zur Vermittlung zwecks gütlicher Beilegung gelassen worden ist.

Wenn diese Vorschriften von dem Gewerkschaftskongreß sanktioniert sein werden, woran ich keineswegs zweifle, dann kann man es sehr wohl den Gewerkschaften selbst überlassen, pflichtgemäß auch die Frage des Streiks von sich aus zu prüfen, und man braucht sie nicht mit jenem § 55, der den Anrufungszwang schafft, bepacken.

Dieser § 55 führt mehr als einen wuchtigen Axthieb gegen die Gewerkschaften. Nach ihm wird der Streik trotz aller Koalitionsfreiheit zu einer ungesetzlichen Handlung, wenn vor seinem Beginn nicht

1. die zuständige Schlichtungsbehörde angerufen worden ist,
2. ein Schiedsspruch gefällt ist,
3. drei Tage nach Zustellung des Schiedsspruchs verstrichen sind,
4. mindestens zwei Drittel aller Arbeitnehmer dafür stimmen und
5. Ort und Zeit der Abstimmung dem Gewerbeaufsichtsbeamten rechtzeitig angezeigt sind.

Aus dieser Rechtslage ergeben sich für unsere Gewerkschaften und Verbände außerordentlich ernste Folgen. Es entsteht nicht bloß, wie auch von Männern des Arbeitsrechts uneingeschränkt anerkannt wird, die **schadensrechtliche Haftung** bei einem Verstoß oder einem Zuwiderhandeln gegen § 55; nach meinem Dafürhalten entstehen daraus genau so ernste strafrechtliche Folgen für die Gewerkschaften, für ihre besoldeten und auch ehrenamtlichen Funktionäre. Es ist interessant, daß selbst die Begründung anerkennt, die Schlichtungsordnung sei ein den Schutz eines anderen bezweckendes Gesetz. Nach § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuches ergibt sich nun aber bei einem Verstoß gegen das Recht eines anderen die Schadensersatzpflicht von selbst. Herr Dr. Heinz Potthoff hat Anfang des Jahres sich wie folgt ausgesprochen:

> Die Bedeutung des Satzes liegt darin, daß jede vorzeitige Kampfansage nach § 823 des BGB. schadensersatzpflichtig macht, und zwar haftet jeder einzelne Beteiligte und der mitwirkende Verband gesamtschuldnerisch für den ganzen Schaden.

Freilich begrüßt Dr. Heinz Potthoff mit vielen anderen ihm gleichgesinnten bürgerlichen Sozialpolitikern diesen Rechtsstand, den Anrufungszwang als das „grundsätzlich Neue“ bei der Schlichtungsordnung. Er meint, das enthalte die Nötigung zum Rechtswege an Stelle des Machtkampfes. Der Rechtsweg wird allerdings

(Giebel, Abgeordneter.)

(A) durch die Schlichtungsordnung geschaffen, aber er bringt doch lediglich Verfahrensvorschriften, ohne daß diesem Verfahren irgendein geregeltes materielles Recht des Arbeitnehmers zugrunde liegt. Es soll nach diesen Verfahrensvorschriften und nach der Auffassung Potthoffs über ein Recht entschieden werden, das bisher nirgendwo geschrieben steht. Dem Rechtsweg fehlt nach alledem der materielle Rechtsinhalt. Wo ist z. B. das gesetzliche Recht auf ein Existenzminimum des arbeitenden Menschen? Mit keinem einzigen Wort ist in dieser Schlichtungsordnungsvorlage davon die Rede. Schon aus diesem Grunde, solange nicht die menschliche Existenz selbst vom Reich durch seine Gesetze in stärkeren Schutz genommen ist, muß es beim Machtkampf als dem letzten Mittel des werktätigen Volkes bleiben.

Wir haben auch, wie ich schon andeutete, die Strafverfolgung mit in Rechnung zu setzen. Soll ich alle die, die nicht im Lager der freien Gewerkschaften sitzen, die aber doch auch Arbeiter- und Angestelltenvertreter sind oder sein wollen, an die schimpflichen Urteile erinnern, die unter Vorwendung von Erpressung, Bedrohung, Nötigung und anderen kriminellen Begriffen gegen die Führer der gewerkschaftlichen Bewegung erfolgt sind? Wird dieser § 55 Gesetz, dann, fürchte ich, wird es künftig bei der befremdlichen Haltung gerade der Strafrechtspflege zu höchst einseitigen, also zu sogenannten Klassenurteilen gegen das kämpfende Proletariat kommen.

Ich will nicht im besonderen darauf eingehen, welch üble Stimmung rein gefühlsmäßig durch die Vorschrift hervorgerufen wird, daß der Gewerbeaufsichtsbeamte nach Absatz 2 des § 55 das Recht haben soll, die Abstimmung und die Feststellung ihres Ergebnisses persönlich zu überwachen. Ich bin mir völlig klar darüber, daß diese Befugnis gegen die Arbeitgeber-(B) schaft wohl nie angewendet werden wird. Es handelt sich also hier um eine einseitig für die Arbeitnehmerschaft herausgestellte Forderung.

Zu all dem kommen auch die sonstigen Vorschriften über Voraussetzungen des Streiks. Dazu gehört unter anderem die Fristsetzung. Erst drei Tage nach Zustellung des Schiedsspruches soll ein Streik möglich werden können. Warum, möchte ich fragen, nach Zustellung des Schiedsspruches? Meistens wird sein Inhalt bereits bei der Verkündung völlig erfaßt. Ich kann hierunter nur die Tendenz vermuten, Zeit zu gewinnen, damit der Arbeitgeber die Möglichkeit bekommt, sich auf den möglichen Streik einzurichten.

Es ist nun hier die Frage aufzuwerfen: wie wirkt auf diese Rechtslage aus § 55 die Vorschrift des § 101 in gleicher Richtung ein? Der § 101 sieht den Einspruch gegen die ergangenen Schiedssprüche vor. Die Frist des Einspruches beträgt zwei Wochen. Wenn nun gegen einen Schiedsspruch ein solcher Einspruch erfolgt, besteht dann noch ein Schiedsspruch gemäß § 55 oder verlängert sich nicht beim Einspruch diese Frist für die Aufnahme des Streiks? Ich hege bis zur Stunde die Befürchtung, daß auch dieser § 101 in den § 55 hineinspielt, so daß dadurch eine ganz ungeheuerliche Verzögerung für die Erklärung des Streiks zu befürchten steht. Wenn aber dadurch Wochen verloren gehen, so können inzwischen ganz wesentliche Änderungen in der Gesamtlage eingetreten sein. Diese Änderungen können unter Umständen den Streik nunmehr völlig unmöglich machen. Dann ist zwar der Zweck des Gesetzes, den sogenannten Wirtschaftsfrieden zu schützen, Streiks zu vermeiden, auch erreicht, aber allein auf Kosten der Arbeitnehmerschaft unter Preisgabe ihres wirtschaftlichen und, wie ich sage, ihres kulturellen Interesses.

Meine Damen und Herren! Man wird einwenden: wir brauchen diesen Anrufungszwang, um der wilden (C) Streiks Herr zu werden. Ich billige keineswegs die wilden Streiks. Ich sehe in ihnen lediglich aus der schweren wirtschaftlichen Notlage unseres Volkes entstehende eruptive Bewegungen, die wir durch eine bessere gewerkschaftliche Erziehung der neuorganisierten Arbeiter- und Angestelltenmassen künftig genau so sicher überwinden werden, wie das von der Vorkriegszeit festgestellt werden kann. Solche wilden Streiks entstehen aus Not, von Menschengruppen, die durch die Not zur Verzweiflung getrieben sind oder die vielleicht in Unkenntnis der gewerkschaftlichen Bestimmungen über Streiks und ihrer Taktik handeln. Aber gerade solche wilden Streiks können unsere Gewerkschaften erst recht Gefahren aussetzen auf Grund des § 55. Denn bei aller Ablehnung solcher eruptiven Bewegungen haben die Gewerkschaften natürlich nie zu übersehen, daß es sich um ihre Arbeitsbrüder handelt, denen sie trotz des Verstoßes, trotz der Versündigung gegen fundamentale Vorschriften der einzelnen Streikregulative, dennoch die hilfreiche Hand zu reichen haben, um sie aus der in der Verzweiflung von ihnen selbst verschuldeten Situation wieder zu erretten. Sie müssen sich also dieser Arbeitsbrüder annehmen. Wenn sie das tun, können sie indes mit den schadensrechtlichen Auswirkungen des § 55 in einem Maße in Berührung kommen, daß unter Umständen dadurch ganze Gewerkschaften glatt zum finanziellen Ruin gebracht werden.

Ich möchte mir dabei auch die Frage an den Herrn Reichsarbeitsminister gestatten, ob nicht der § 55 in seiner vorliegenden Formulierung so weit geht, daß in ihm eine die verfassungabändernde gesetzliche Bestimmung zu erblicken wäre. Das Koalitionsrecht ist der Arbeitnehmerschaft durch die Verfassung garantiert. Dieses Koalitionsrecht schließt die Freiheit des eigenen Beschlusses über die Anwendung des Streiks ein. Wenn (D) jetzt in dieser Form der Streik — ich will einmal sagen — reguliert werden soll, dann erblicke ich darin eine Maßnahme, die die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeitnehmerschaft in diesem Teile wieder beseitigt.

Meine Damen und Herren! Ganz abgesehen aber von der Auswirkung dieses Paragraphen zum Nachteil unserer Gewerkschaften und damit zum Nachteil der Arbeiter und der Angestelltenschaft, bin ich der Auffassung, daß jeder Zwang im Interesse des Schlichtungswesens abzulehnen ist. Einmal dürfte es feststehen, daß der Schlichtungszwang selber kein Schutz gegen den Streik ist und nicht für dessen Verminderung wirkt. Wer hieran zweifelt, den möchte ich auf das klassische Land des schiedsgerichtlichen Zwangsverfahrens, nämlich Australien, verweisen. Australien hat seit vielen Jahren die obligatorischen Schiedsgerichte. Kein Streik darf dort erklärt werden, ohne daß vorher das Schiedsgericht angerufen und ein Schiedsspruch gefällt worden ist. Was lehrt nun dort die Entwicklung? Je länger dieses Obligatorium besteht, um so mehr sind die Streikziffern in Australien gestiegen. Seit 1913 — andere Zahlen hatte ich nicht zur Hand — sind die Streikziffern dauernd im Wachsen begriffen.

1913 wurde in Australien mit seinen fünf Millionen Einwohnern 205 mal gestreikt, im folgenen Jahre 337 mal, dann 358 mal, und im Jahre 1916 zählte man bereits 414 Streiks. Das ist für uns deshalb interessant, weil das industriereiche Deutschland in derselben Zeitspanne relativ weniger Streiks erlebt hat. In Deutschland kamen nämlich 1913 bei 70 Millionen Einwohnern insgesamt rund 2600 Streiks vor; das sind auf 5 Millionen Einwohner 185 Streiks. In Australien waren es aber 205, die dort in demselben Jahre stattfanden und in dem fünfjährigen Zeitraum die geringste Zahl

(Giebel, Abgeordneter.)

(A) der jährlichen Streikziffern ausmachten. Worauf das zum Teil zurückzuführen ist, wird uns von Kennern australischer Verhältnisse mitgeteilt. Beispielsweise hat ein Herr Hertz, ein Korrespondent des „Berliner Tageblattes", sich darüber folgendermaßen geäußert:

> Das Schiedsgerichtsgesetz hat das Gefühl der Gegnerschaft zwischen Kapital und Arbeit vertieft, statt beseitigt.

Gerade durch den Zwang — so melden uns andere Berichterstatter — ist eine größere Gereiztheit und eine viel schärfere Erbitterung namentlich in der Arbeitnehmerschaft Australiens entstanden. Mir ist das psychologisch sehr wohl begreiflich. Jeder Zwang muß solche Folgen haben, auch bei uns in Deutschland. Jeder empfindet diese Zwangsvorschriften als eine unzulässige Einschnürung seiner Willensfreiheit, und als Druck wird jedem einzelnen Arbeitnehmer eine solche Zwangsvorschrift demzufolge um so unerträglicher. Das wirkt ungünstig auf die psychische Einstellung der Arbeitnehmerschaft ein. In demselben Maße verschlechtern sich aber die Aussichten für die Verständigungsmöglichkeiten. Denn wenn die Arbeitnehmerorganisationen widerwillig, nur weil es der tote Buchstabe eines Gesetzes verlangt, zum Schlichtungsausschuß gehen, — glaubt man im Ernst, daß dadurch das Fluidum für die Verständigungsmöglichkeiten sich bessert? Muß man nicht mit Recht, so wie es uns die australischen Erfahrungen lehren, befürchten, daß dadurch nur unnötige Erregung und Erbitterung und damit Zustände geschaffen werden, die alle Verständigungsmöglichkeiten direkt unterwühlen? So fürchte ich, daß infolge dieses durch den § 55 geplanten Anrufungszwanges für das Schlichtungswesen und für seine Ziele höchst unerwünschte Folgen ausgelöst werden. Ferner fürchte ich, daß diese nutzlose und lästige Zwangs-(B) bestimmung einen überflüssigen großen Apparat schafft, der dem Reiche lediglich Kosten bringt und doch nicht zu dem im Grunde genommen wohl von uns allen gebilligtem Ziele führen kann.

Aber meine Bedenken bestehen nicht nur hinsichtlich dieses Kernstücks der Vorlage. Auch dem gesamten Behördenaufzug stehe ich sehr skeptisch gegenüber. Nichts von Beweglichkeit und Mitwirkungsmöglichkeit der Arbeitnehmerschaft! Die Vorsitzenden der Schlichtungsstellen und Behörden werden von der obersten Landesbehörde bestellt. Diese Vorsitzenden sollen in der Regel zum Richteramt und zum höheren Verwaltungsdienst befähigt sein. Bei der Auswahl der Vorsitzenden genießen die Arbeitnehmer ganz und gar kein Mitwirkungsrecht. Darf man wirklich vermuten, daß dieser Zustand geeignet wäre, das Vertrauen zur Schlichtungsbehörde zu heben? Wer das annimmt, kennt nicht die Stimmung und Mentalität, die in der Arbeiterbewegung stärker denn je lebendig ist. Diese und viele ähnliche Bestimmungen in der Vorlage bedeuten letzten Endes nichts anderes als die tatsächliche Auslieferung des Schlichtungswesens an die hohe Staatsbureaukratie. Der Förderung dieser Entwicklung kann ich meine Hand nicht leihen. Gerade im Interesse des Schlichtungswesens muß auch hier die Mitwirkung für die Arbeitnehmerbewegung geschaffen werden. Wir haben in der Praxis mit manchem Vorsitzenden recht üble Erfahrungen gemacht. Wenn die Herren in der Zukunft auf viele Jahre für unabsetzbar angestellt würden, meine Damen und Herren, dann wird diese Schlichtungsordnung, die nach dem Willen des Arbeitsministeriums ein Instrument des sozialen Friedens sein soll, zu einer Quelle neuer Kämpfe und neuer Konflikte werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

(C) Die so den Arbeitnehmerorganisationen ohne ihre Mitwirkungsmöglichkeit auf die Nase gesetzten richterlichen und höheren Verwaltungsbeamten kommen aus gesellschaftlichen Kreisen, die — das behaupte ich allerdings — vielfach nicht die sachliche Eignung besitzen.

Wie stark der Gesetzentwurf von der Tendenz beherrscht wird, den Arbeitnehmereinfluß fern zu halten, zeigen mit besonderer Deutlichkeit die Vorschriften über die Fachkammern von Behörden. Für alle Fachkammern ist die Bildung von der Zustimmung der Beisitzer abhängig; für die behördlichen Fachkammern aber bestimmt sie die oberste Landesbehörde, sie verfügt! Sie verfügt also ein Schlichtungsverfahren, das unter Umständen auf den allerstärksten und schroffsten Widerspruch der in den behördlichen Betrieben und Verwaltungen beschäftigten Arbeiter und Angestellten stößt. Eine solche Vollmacht kann ich weder den Landesbehörden noch den Reichsbehörden in die Hände geben. Es besteht auch gar kein Grund dafür, die bei den Betrieben und Verwaltungen des Reichs oder auch der Länder beschäftigten Arbeiter und Angestellten unter einen Ausnahmezustand zu bringen. Sie haben als Arbeiter und Angestellte das Recht, das gleiche Maß an Mitwirkung im Schlichtungswesen für sich zu beanspruchen.

Nach alledem kann ich die Gründe, die in der Begründung zum Gesetzentwurf für die Gesetzesbestimmungen über die Bestellung und auch für die Eignung zum unparteiischen Vorsitzenden geltend gemacht sind, nicht billigen.

Weit wertvoller wäre es gewesen, wenn in der Begründung sich die Regierung darüber ausgelassen hätte, ob es nicht sachdienlich und vor allem finanziell zweckmäßiger wäre, mit den Schlichtungsstellen die Arbeitsgerichte in einer Behörde zu vereinigen. Weshalb übersieht man diesen Vorschlag von Männern der (D) Praxis geflissentlich? Ich glaube, wir sind es der Tätigkeit der deutschen Schlichtungsausschüsse schon schuldig, daß, wenn von solcher Seite Vorschläge für die Zusammenlegung der Gesamt- und der Einzelstreitigkeiten erfolgen, sie einer ernsthaften Nachprüfung unterzogen werden. Aber selbst der Ausschuß für einheitliches Arbeitsrecht beim Reichsarbeitsministerium hat, wie ich aus einem Artikel meines Parteifreundes Umbreit im „Korrespondenzblatt" des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes entnommen habe, sich in derselben Weise für die einheitliche Behörde ausgesprochen. Ich gestatte mir schon die Anfrage: wozu besteht eigentlich dieser Ausschuß, wenn alle seine zu schwebenden Gesetzesfragen gemachten Vorschläge einfach beiseite gesetzt werden? — Es scheint allerdings, daß der Einfluß des Deutschen Juristentags außerordentlich stark dabei gespielt hat, obwohl es nach meinem Dafürhalten nicht den Interessen der Arbeitnehmerschaft, auch nicht einer guten Rechtsprechung entspricht, gerade Arbeitsgerichte und Schlichtungsordnung zu trennen. Ich halte es nicht für möglich, eine einwandfreie Grenze zwischen den Gesamtstreitigkeiten und den Einzelstreitigkeiten zu finden. Wenn das aber nicht möglich ist, dann müssen mit Naturnotwendigkeit zahlreiche Zuständigkeitszweifel in der Praxis entstehen, und das ist gerade im Interesse der Rechtssicherheit ein außerordentlich zu beklagender Übelstand.

Es kommt ferner hinzu, daß man selbst bei der angeblichen Einzelstreitigkeit häufig gar nicht im voraus unterscheiden kann, ob sie sich nicht dennoch zu einer Gesamtstreitigkeit auswächst. Weiter kommt hinzu, daß eine wirkliche Rechtsprechung, die nicht zuletzt auch den sozialen Auffassungen der deutschen Arbeitnehmerschaft Rechnung trägt, überhaupt nur dann möglich ist, wenn der Rechtsprechende mit den

(**Giebel**, Abgeordneter.)

(A) Lohnstreitigkeiten selbst ausreichend vertraut ist, das heißt, daß der Vorsitzende der Kammer für die Einzelstreitigkeit an sich die Möglichkeit hat, gleichzeitig auch Vorsitzender beim Schlichtungsausschuß zu sein, um so die Entstehung des Rechts, das er als rechtsprechender Richter auslegen soll, selbst mitbearbeiten und so auf Grund eigenster Kenntnisse der Dinge die Rechtsprechung auch aus dem Einzelvertrage in richtiger und den sozialen Verhältnissen rechnungtragender Weise vornehmen zu können.

Aber auch aus finanziellen Gründen, so sagte ich bereits, erachte ich es für außerordentlich bedenklich, diesen schwerfälligen Apparat, wie er jetzt in Gestalt der Schlichtungsstellen, der Schlichtungsbehörden bis herauf zum Reichsschlichtungsamt aufgezogen werden soll, nur und lediglich zur Schlichtung von Gesamtstreitigkeiten hinzustellen. Ich glaube, es ist nicht schwer, sich auszudenken, daß doch ein großer Teil dieser errichteten Schlichtungsstellen wenig, vielleicht sogar in einigen Fällen lange Zeit überhaupt nicht in Anspruch genommen wird. Was soll denn nunmehr mit einer solchen Schlichtungsstelle werden? Ist es nicht eine nutzlose Brachlegung von Arbeitskraft, eine Verschwendung von Verwaltungseinrichtungen, trotzdem eine solche Sonderinstanz zur Schlichtung von Gesamtstreitigkeiten zu schaffen?

Wir werden in der Kommission im einzelnen hierauf eingehen. Ich richte an den Herrn Reichsarbeitsminister die Bitte, dafür sorgen zu wollen, daß das beabsichtigte Gesetz über die **Arbeitsgerichte** rechtzeitig genug an den Reichstag gelangt, um unter allen Umständen beide Gesetzentwürfe gleichzeitig im Ausschuß des Reichstags beraten zu können.

Auch über eine Reihe anderer wichtiger Bestimmungen hege ich ernste Bedenken. Ich behalte mir vor,

(B) auf sie in der Kommissionsberatung zurückzukommen.

Aber eines möchte ich doch noch besonders behandeln. Es handelt sich um die Regelung der **Verbindlichkeitserklärung ergangener Schiedssprüche.** Die Begründung sagt zu dem § 111 folgendes:

> Die namentlich auf Arbeitgeberseite bestehende Abneigung gegen die Verbindlichkeitserklärung ist zu einem großen Teile darauf zurückzuführen, daß diese Maßnahme bisher nicht überall mit der unbedingt gebotenen Zurückhaltung angewendet worden ist. Der Entwurf schafft die Sicherheit, daß dies künftig geschehen wird, indem er die Verbindlichkeitserklärung ausdrücklich davon abhängig macht, daß die im Schiedsspruch getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht, und daß ihre Durchführung zum Schutze des allgemeinen Wirtschaftslebens erforderlich ist. Nicht minder weitgehenden Schutz gegen Mißbrauch schafft der Entwurf nach der formellen Seite, indem er die Entscheidung, die zurzeit den Demobilmachungskommissaren, also Verwaltungsbehörden, obliegt, den Schlichtungsbehörden selbst überträgt und Vorkehrungen trifft, daß die Verbindlichkeitserklärung nicht gegen die Stimmen sämtlicher Arbeitgeberbeisitzer oder sämtlicher Arbeitnehmerbeisitzer, sondern stets nur mit Stimmen aus beiden Gruppen erfolgen kann.

Die Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche ist unter solchen Voraussetzungen praktisch wertlos. Wir werden es dann noch weniger als jetzt erleben, daß Schiedssprüche verbindlich erklärt werden. Bleibt es bei dieser Vorschrift über die Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche, dann wird nach meinem Dafürhalten der Zweck dieses Gesetzes ganz und gar nicht erreicht. (C) Wir werden es dann vielleicht erleben, daß Schiedssprüche, die den Lebensnotwendigkeiten der in Betracht kommenden Arbeitnehmergruppen einigermaßen genügen, nur dann noch für verbindlich erklärt werden, wenn es sich um lebenswichtige Betriebe handelt. Die rückliegenden Jahre der Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse haben uns nämlich gezeigt, daß von Tag zu Tag mehr die Neigung im Lager des Unternehmertums schwand, sich zu einer Einigung überhaupt bereitfinden zu lassen.

Ich würde wirklich darum bitten, daß uns einmal das Reichsarbeitsministerium im Ausschuß eine statistische Aufstellung über den Verlauf der vielen Schlichtungsverhandlungen vorlegen würde. Wir werden daraus sehen, wie selten es doch zu einer Einigung zwischen den Parteien kam, und daß regelmäßig Schiedssprüche ergangen sind, die dann aber zu allermeist nicht die Verbindlichkeitserklärung der zuständigen Behörde bekommen haben.

Die Vorschrift, die die Begründung mit Recht als für das Unternehmertum außerordentlich wertvoll hervorhebt, nämlich daß nur bei Zweidrittelmehrheit in der sogenannten Einspruchskammer oder im Einspruchsenat die Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen werden kann, und daß die Zweidrittelmehrheit auch dann nur gilt, wenn sie sich gemischt zusammensetzt, unter anderem aus Arbeiter- und Arbeitgebervertretern — diese Vorschrift macht gerade auch den Anhänger der Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche direkt mißtrauisch. Denn wenn es hierbei bleibt, dann genügt es ja, daß unter Umständen einer von den Arbeitnehmern umfällt und einem Schiedsspruch, der vielleicht auf den Widerstand der Masse der beteiligten Arbeitnehmer stößt, dadurch zu einer Verbindlichkeitserklärung verhilft.

(D) Meine Damen und Herren! Gerade auch diese Verbindlichkeitserklärung, diese vielen Fristen und überhaupt das ganze Verfahren schaffen also folgende Wirkungen: Zunächst würden Streiks erheblich verschleppt, dann würden sie zum guten Teil verhindert, und so entstünde schließlich aus einer gesetzgeberischen Maßnahme, mit einem an sich richtigen Ziel, nicht eine Schlichtungsordnung, sondern nichts anderes als wie ein Antistreikgesetz! Daß in der heutigen Zeit gerade der deutschen Arbeitnehmerwelt nicht eine solche Schlichtungsordnung zugemutet werden kann, sollte für jeden Einsichtigen vollständig klar sein. Wenn man den § 3 des Entwurfs berücksichtigt, dann kann man fürchten, daß in der Tat diese Schlichtungsvorlage ein Antistreikgesetz sein soll. Denn der § 3 Abs. 2 will zum Beispiel vorschreiben lassen, daß die **Arbeitnehmergruppen**, die **gemäß § 13 Abs. 4 des Betriebsrätegesetzes** als zu **Beamtengruppen** zählend erachtet werden, nicht das Recht haben, von dieser Schlichtungsordnung Gebrauch zu machen. Also all den Tausenden von Arbeitern wie Angestellten des Reichs, der Länder und der Gemeindebehörden soll die Möglichkeit, die Schlichtungsordnung in Anspruch zu nehmen, genommen werden. Was soll denn dafür an die Stelle treten? Sollen sie etwa damit rechtlich und auch hinsichtlich des Streiks — ein Gesetz darüber ist ja angekündigt — den Beamten gleichgestellt werden?

Meine Damen und Herren! So finden wir in dieser Gesetzesvorlage außerordentlich bedenkliche Bestimmungen, die deshalb eine gründliche Durcharbeitung im 6. Ausschuß **erforderlich** machen. Ich möchte jetzt wenigstens noch die Hoffnung hegen, daß die Vorlage, deren Überweisung an den 6. Ausschuß ich beantrage, diese gründliche Umarbeitung erfährt, damit den Interessen und den Bedürfnissen auch der Arbeitnehmerwelt

(Giebel, Abgeordneter.)

(A) in genügendem Maße Rechnung getragen wird. Und das ist möglich. Es wäre sogar sehr klug, eine solche gründliche Umarbeitung der Vorlage vorzunehmen. Es wäre sehr klug, meine Herren, wenn Sie sich mit dem bescheiden würden, was auch die freien Gewerkschaften nach ihrer reichen Erfahrung als erträglich annehmen können. Nur dadurch, daß das Gesetz nach den Auffassungen dieser stärksten Gruppe unserer gewerkschaftlichen Verbände gestaltet wird, kann der Zweck erreicht werden, nämlich Streiks soweit wie möglich auf dem Wege rechtzeitigen Verhandelns zu vermeiden. Gehen Sie auf diesem Wege vor, dann dienen Sie damit den wohlverstandenen Interessen der Volksgesamtheit am besten.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Ich erteile das Wort dem Herrn Reichsarbeitsminister.

Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister: Meine Damen und Herren! Ich muß zunächst um Entschuldigung bitten, daß ich bei der Eröffnung dieser Beratung noch nicht anwesend war und daher auch den Ausführungen des Herrn Vorredners nicht in allen Teilen folgen konnte. Ich konnte nicht ahnen, daß der Punkt 7 der Tagesordnung so schnell, wie es geschehen ist, an die Reihe kommen würde.

(Sehr richtig! links.)

Es sei mir darum gestattet, noch als zweiter Redner die Vorlage einzuführen. Dabei möchte ich, wie es dem Charakter der ersten Lesung entspricht, weniger Ausführungen zu einzelnen Bestimmungen der Vorlage, als vielmehr grundlegende Darlegungen machen.

Die zur Beratung stehende Vorlage will einen wichtigen Ausschnitt des Arbeitsrechts, nämlich das **Schlichtungswesen in Gesamtstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern**, einer endgültigen (B) gesetzlichen Regelung zuführen. Die Vorlage bildet den Abschluß einer langen Entwicklungsreihe, die mit dem Gewerbegerichtsgesetz vom Jahre 1890 beginnt, die dann ihre Fortsetzung findet in den verschiedenen Versuchen, ein Arbeitskammergesetz zu schaffen, und weiterhin in dem Hilfsdienstgesetz während des Krieges im Jahre 1916 und die dann endlich zur Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge geführt hat. Der dritte Abschnitt dieser Verordnung regelt die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten. Aber diese Regelung war von vornherein nur als eine vorläufige gedacht, die endgültige Festsetzung durch Gesetz ist schon damals beim Erlaß der Verordnung vorgesehen worden.

Seitdem ist dieses Gesetz von den verschiedensten Parteien, und zwar mit größtem Nachdruck, schon in der Nationalversammlung und auch in den späteren Reichstagsverhandlungen gefordert worden. Die Regierung hat mehrmals das Versprechen geben müssen, die Vorlage einzubringen. Schon am 23. Juli 1919 wurde sie in der Programmrede des damaligen Ministerpräsidenten Bauer in der Nationalversammlung zu Weimar angekündigt. Lange und eingehende Beratungen mit den Interessenten, mit den verschiedenen Ressorts und mit den Ländern sind der Einbringung dieser Vorlage vorausgegangen. Die Beratung durch den vorläufigen Reichswirtschaftsrat allein dauerte von März bis Dezember 1921.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der oft erhobene Vorwurf überstürzter Gesetzesmacherei trifft jedenfalls auf diese Vorlage nicht zu.

(Sehr richtig! links und im Zentrum.)

Die Regierung würde am liebsten, wie es auch der Herr Vorredner gewünscht hat, das **Gesetz über Arbeitsgerichte** und über das **Berufsvereinsrecht** gleichzeitig mit dieser Vorlage eingebracht haben. Das erklärt sich ohne weiteres aus dem Zusammenhang des Schlichtungswesens mit den genannten Gebieten des Arbeitsrechts. Leider ist aber eine gleichzeitige Einbringung der genannten verwandten Gesetzentwürfe, aus Gründen, die dem hohen Hause bekannt sind, unmöglich gewesen. Wenn nunmehr auch die Schwierigkeiten hinsichtlich des Arbeitsgerichtsgesetzes im wesentlichen als überwunden gelten können, so ist doch nicht mit einer so schnellen Vorlegung und Beratung der übrigen Gesetze zu rechnen, daß deshalb die fertiggestellte Schlichtungsordnung zurückgestellt werden müßte oder auch nur zurückgestellt werden dürfte. Eine solche Zurückstellung erscheint der Regierung um so weniger ratsam, als wir angesichts der großen Bedrängnisse unserer Wirtschaft das Gesetz dringend benötigen und seine Verabschiedung möglich ist, ohne die Einheitlichkeit des ganzen Arbeitsrechts zu gefährden.

Meine Damen und Herren! Die Vorlage verfolgt das überaus wichtige Ziel, den **Wirtschaftsfrieden** sowohl im Interesse der unmittelbar Beteiligten, wie auch der Volksgesamtheit nach Möglichkeit zu fördern und zu sichern. Dieses Ziel ist schon in Friedenszeiten allseitig als erstrebenswert anerkannt worden. Andere industrielle Länder gingen uns schon damals auf diesem Gebiete sowohl in der Gesetzgebung, wie auch in der Praxis der Wirtschaftsverbände voran. Ich denke dabei keineswegs etwa nur speziell an Australien, auf das der Herr Vorredner wiederholt hingewiesen hat. Heute wäre es meines Erachtens geradezu ein Verbrechen am deutschen Volke, wenn man nicht alles daran setzen wollte, um dieses Ziel der Förderung des wirtschaftlichen Friedens mit allen nur möglichen, auch mit gesetzlichen Mitteln, soweit sie sich sozial rechtfertigen lassen, zu erreichen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Diese unsere Pflicht scheint mir begründet zu sein durch die völlig veränderten Voraussetzungen unserer wirtschaftlichen und rechtlichen Lage gegenüber der Vorkriegszeit. Die **Arbeitskämpfe von heute und diejenigen der Vorkriegszeit** unterscheiden sich wesentlich voneinander. Es kann meines Erachtens nicht deutlich und oft genug auf diesen wesentlichen Unterschied von Gegenwart und Vergangenheit gerade in diesem Punkte hingewiesen werden. Zuvörderst haben wir heute eine neue Arbeits- und Wirtschaftsverfassung mit einer wesentlich günstigeren Stellung des Faktors Arbeit in dieser Verfassung. Die Verfassung fordert die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitgeber und Angestellten in der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Sie anerkennt zu diesem Zwecke die **Gewerkschaften** wie die Arbeitgeberverbände und die von diesen Organisationen geschlossenen **Tarifverträge**. Alle koalitionshemmenden Maßnahmen der früheren Zeit sind durch Art. 159 der Verfassung als rechtswidrig gebrandmarkt und verboten.

Schon vor dem Zustandekommen der Verfassung hatten sich die Arbeitgeberverbände durch die bekannten Abmachungen vom November 1918 zur Anerkennung der Gewerkschaften verpflichtet und ihre Bereitwilligkeit zu Tarifverträgen ausgesprochen. Dazu kam noch die Verordnung vom Dezember 1918 über Tarifverträge und Schlichtung der Arbeitsstreitigkeiten. Damit entfielen im wesentlichen jene Kampfesgründe, welche die wirtschaftlichen Kämpfe in früheren Jahren so überaus erbittert gemacht hatten. Um Anerkennung der Gewerkschaften und Tarifverträge, um die Freiheit der Koalition, um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter braucht heute grundsätzlich — ich sehe ab von einzelnen praktischen Fällen — nicht mehr gekämpft zu werden. Dazu kommt die veränderte politische Stellung der Arbeitnehmer in Gemein-

(Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister.)

(A) den, Staat und Reich. Durch das gleiche Wahlrecht und die demokratische Verfassung in allen öffentlichen Körperschaften haben die Arbeitnehmer, insbesondere auf die gemeinwirtschaftlichen Betriebe, einen ganz anderen Einfluß gewonnen als ehedem. Der Gewerkschaftsgedanke selber hat viel weitere Kreise erfaßt als in der Vorkriegszeit. Die Zahl der unorganisierten Arbeiter ist gegen früher verhältnismäßig gering. Die Gewerkschaftsorganisation ist ausgedehnt worden auf Angestellte und Beamte. Alles dieses gibt den Arbeitnehmern viel weitergehende Möglichkeiten zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen, als in der Vorkriegszeit jemals vorhanden gewesen sind. Wenn diese Entwicklung auch einen wirtschaftlichen und nicht bloß einen politischen Sinn haben soll, dann muß sie dazu führen, die Beunruhigung des Wirtschaftslebens durch Machtkämpfe der beiden Parteien immer mehr und mehr einzudämmen.

Auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen und **Wirkungen der Arbeitskämpfe** haben sich **im Vergleich zur Vorkriegszeit** gewaltig verändert. Die Volkswirtschaft und die Interessen der Allgemeinheit wurden durch die Arbeitskämpfe der Vorkriegszeit viel weniger berührt. Öffentlichrechtliche Arbeitgeber wie das Reich, Länder und Gemeinden wurden früher nur in den seltensten Fällen bestreikt.

Es galt auch fast als selbstverständlich, daß gemeinnötige Betriebe nicht unterbrochen werden dürften. In der Vorkriegszeit waren die Rücklagen an Kapital, die Vorräte an Rohstoffen und Waren so reichlich bemessen, daß die Bedürfnisse der Allgemeinheit auch über die Zeit eines Kampfes zwischen Kapital und Arbeit hinaus befriedigt werden konnten. Die Wirkungen des Streiks und der Aussperrungen blieben deshalb meist auf die zunächst beteiligten Parteien beschränkt. In den meisten (B) Fällen blieb der Streik wirklich nur eine Auseinandersetzung zwischen der Arbeit auf der einen Seite und dem Privatkapital auf der anderen Seite, ein Streit um den Anteil am Produktionsergebnis.

Ganz anders liegen die Dinge heute. Heute spielen sich gerade die erbittertsten und die folgenschwersten **Kämpfe in den gemeinnötigen Betrieben** ab. Die fortschreitende Zusammenfassung gemeinnötiger Betriebe, namentlich derjenigen für die Versorgung der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe mit Kraft, sowie der Bevölkerung mit Licht, die Überführung vieler Privatbetriebe in gemeinwirtschaftliche Betriebe machen die Streiks in diesen Betrieben heute natürlich besonders einschneidend. Am meisten fällt in die Wagschale der Mangel an Waren, insbesondere an Lebensmitteln und Rohstoffen. Wenn große Verkehrsunternehmungen auch nur wenige Tage stillstehen, wenn die Versorgung mit Rohstoffen, etwa mit Kohle, auch nur eine Woche stockt, wenn in Zeiten der Aussaat und Ernte die Arbeit versagt, so steigen die Preise sofort ins Unendliche, dann ist sofort die Bevölkerung in allen Zweigen von Arbeitslosigkeit und Hunger bedroht. Irgendwie bedeutende Streiks richten sich deshalb heute weniger denn je allein oder vornehmlich gegen das Privatkapital. In sehr vielen, wenn nicht in den meisten Fällen, richtet sich der Wirtschaftskampf heute, wenn auch ungewollt, tatsächlich gegen die Volksgesamtheit.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Und da die Arbeitnehmer sicherlich nicht den stärksten Teil der Volksgenossenschaft darstellen, kann man in sehr vielen Fällen sagen, daß die bösen Folgen des Streiks sich mehr gegen Arbeitskollegen in anderen Berufen richten als gegen das Privatkapital.

(Sehr wahr! rechts.)

Das gilt namentlich für die Arbeitskämpfe, die sich in (C) gemeinwirtschaftlichen Betrieben und gegen öffentliche Verwaltungen abspielen. Aus Anlaß des letzten Streiks der städtischen Arbeiter in Berlin haben damals „Vorwärts“ und „Freiheit“ und das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ auch in aller Deutlichkeit auf diese Eigenart der heutigen Kämpfe hingewiesen. Im „Vorwärts“ war die beherzenswerte Lehre gezogen: „wenn die Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht begreifen, daß zwischen gemeinwirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen Betrieben ein Unterschied zu machen ist, dann ist die Sache des Sozialismus verloren.“

(Hört! Hört! im Zentrum.)

Auf gleichlautende Stimmen aus Sowjet-Rußland, sowie auf Zwangsmaßnahmen , die dort gegen solche Streiks gebraucht werden, hinzuweisen, kann ich mir versagen. Sie sind ja zur Genüge bekannt.

Aber auch für die Arbeitnehmer war in der Vorkriegszeit meines Erachtens der Streik leichter als heute. Der Reallohn stand damals höher.

Was ich von den Vorräten bei der Gesamtwirtschaft gesagt habe, gilt, wenn auch nicht in dem gleichen Maße, von den Vorräten der Privatwirtschaft der Vorkriegszeit. Die **Gewerkschaften** konnten dank der steigenden Mitgliederziffern und aus anderen Gründen zwar ihre Beiträge und Einnahmen beträchtlich erhöhen, ob aber ihre Mittel den heutigen Erfordernissen längerer Streiks oder Aussperrungen verhältnismäßig so wie früher gewachsen sind, das erscheint immerhin fraglich. Jedenfalls steht bei einer Erschöpfung der Kasse heute viel mehr als ehedem auf dem Spiel. Nimmt man noch hinzu, daß angesichts des schwankenden Geldwertes und der fortgesetzten Preissteigerung gegenwärtig die eine Lohnbewegung die andere jagt, so kann man nicht umhin, aus der beschriebenen, gänzlich veränderten (D) Lage den Schluß zu ziehen, daß es heute mehr denn je Pflicht aller Beteiligten ist, die Wirtschaftskämpfe auf das äußerste Maß zu beschränken.

Wenn dieser Grundsatz anerkannt wird — und ich meine, er müßte anerkannt werden —, dann folgt daraus für die Gesetzgebung, daß sie die Wege der Verständigung zwischen den Parteien nach Möglichkeit zu ebnen und zu erleichtern hat. Das, meine Damen und Herren, und nichts anderes ist der Zweck dieser Vorlage. Ich glaube, wenn sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer in die hier vorgetragenen Gedankengänge über Streiks von früher und heute einmal ruhig vertiefen und dabei die Erfahrungen der letzten Jahre auf sich wirken lassen, werden sie dem Grundgedanken der Vorlage ihre Zustimmung nicht versagen können.

Gleichwohl ist das Urteil über den Weg, den die Vorlage zur Erreichung des bezeichneten Zieles gegangen ist, sehr verschieden. Schon bei der Beratung des diesjährigen Haushalts des Reichsarbeitsministeriums ist der Schlichtungsordnung der Vorwurf gemacht worden, sie nehme den Arbeitern das **Streikrecht**, wenigstens führe sie in ihren praktischen Folgen zu einem solchen Ergebnis. Auch in der Darlegung des Herrn Vorredners sind derartige Vorwürfe durchgeklungen. Es handelt sich bei diesen Vorwürfen vornehmlich um die Bestimmungen des § 55 der Vorlage. Ich habe schon damals bei den Beratungen des Haushalts erklärt, daß die vorliegende Schlichtungsordnung keineswegs am Streikrecht rütteln will und auch tatsächlich daran nicht rüttelt, daß sie also meines Erachtens auch nicht gegen § 159 der Reichsverfassung verstößt. Ich bin vielmehr der Überzeugung, daß sich die Arbeitskämpfe in den auch von den Gewerkschaften als vernünftig anerkannten Grenzen halten sollen und

(Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister.)

(A) den wilden Streiks vorgebeugt werden soll und daß nur dies der Zweck der Vorlage ist. Die Befürchtung des Abgeordneten Giebel, aus dem § 55 könne gefolgert werden, daß auch Einspruchsfristen gegen den Schiedsspruch vor der Eröffnung des Kampfes abgewartet werden müßten, trifft keineswegs zu. Ich kann deshalb nicht zugeben, daß durch den § 55 das Streikrecht praktisch illusorisch gemacht wird. Es ist das lediglich eine Frage der gewerkschaftlichen Schulung. Das Beispiel der englischen Arbeiterbewegung zeigt zur Genüge, daß die Beachtung gewerkschaftlicher Grundsätze bei Arbeitskämpfen, das Einhalten von Kündigungsfristen, das wochenlange Versuchen friedlicher Verständigung ohne Gefährdung des Kampfzieles tatsächlich möglich ist. Wie gründlich werden in England alle Verständigungsmöglichkeiten vor Beginn der Kämpfe erschöpft. Wie wohl überlegt und wie frei von jeder Überstürzung sind dort die Streikbeschlüsse. Dort bedeutet es auch für jeden Arbeiter eine Selbstverständlichkeit, daß man im eigenen wie im Gesamtinteresse nicht überstürzt zum letzten Mittel des Kampfes greift.

Ich wiederhole, wenn eine derartige gewerkschaftliche staatsbürgerliche Disziplin bei uns infolge des schnellen Anwachsens der Gewerkschaften nicht allen Mitgliedern eigen ist — auch der Herr Vorredner hat auf diese Tatsache hingewiesen —, so ist es eben Aufgabe der Gewerkschaften, diese Disziplin herbeizuführen, aber nicht vor dem Mangel an Disziplin zu kapitulieren zum Schaden der Gesamtheit und nicht zuletzt auch der Arbeiter und der Gewerkschaften selber. Dieser Weg der Disziplinierung ist ja auch tatsächlich in den Gewerkschaften beschritten. Sowohl in den Satzungen der Gewerkschaften wie in zahlreichen Tarifverträgen sind eine Reihe von Bestimmungen getroffen, die bei rechter Handhabung geeignet sind, den Kampf (B) wirklich zum letzten Mittel zu machen. Aber jeder von uns weiß — und die Erfahrungen der letzten Jahre haben es vielfach bestätigt —, daß trotz der Satzungen und trotz gewerkschaftlicher Überlieferungen oft der Radikalismus siegt und die Vernunft beiseite geschoben wird.

(Zuruf auf der äußersten Linken: Durch die Provokationen der Unternehmer!)

— Nicht bloß dadurch! Es ist darum berechtigt und meines Erachtens auch wertvoll, wenn Gesetz und gewerkschaftliche Praxis auf diesem Gebiete Hand in Hand gehen und einander unterstützen. Es ist keineswegs angebracht, ein solches Bestreben durch Schlagworte wie „Polizeigesetz“ und dergleichen zu brandmarken und in den Augen der Arbeitnehmer zu verdächtigen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Was wir mit der Vorlage wollen, ist im Grundgedanken vereinbar mit gewerkschaftlichen Grundsätzen und bewährter gewerkschaftlicher Praxis.

Über Einzelheiten der Vorlage läßt sich ja im Ausschuß und in den späteren Verhandlungen des Plenums reden. Soweit gegen die streikverhütenden Vorschriften der Vorlage Widerspruch erhoben ist, richtet er sich tatsächlich auch weniger gegen den bezeichneten Grundsatz, als gegen die Folgen seiner Aufnahme in das Gesetz. Diese Folgen sind nach der Vorlage lediglich privatrechtlicher Art. Im Gegensatz zu dem ersten Entwurf sieht die heutige Vorlage von der Aufnahme von Strafbestimmungen vollständig ab. Die **zivilrechtlichen Folgen einer Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften des Gesetzes** sind aber im Ergebnis keine anderen, als wenn die Verpflichtung zur Durchführung des Schlichtungsverfahrens vor dem Kampf von den Beteiligten selbst im Tarifvertrag vereinbart ist oder als wenn (C) Tarifverträge überhaupt verletzt werden. Die Grundsätze des bürgerlichen Rechts über Handlungen in Notwehr oder über Ausschluß oder Minderung der Schadenersatzpflicht bei mitwirkendem Verschulden des Verletzten finden auch bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Vorlage selbstverständlich Anwendung. Ich wiederhole deshalb: an den Grundsätzen der Vorlage muß die Regierung festhalten; über Einzelheiten der vorgeschlagenen Regelung läßt sich selbstverständlich verhandeln.

Meine Damen und Herren! Es erübrigt sich schließlich nur noch, zu zwei Vorwürfen Stellung zu nehmen, die wiederholt gegen die Vorlage erhoben worden sind. Es ist gesagt worden, die Schlichtungsordnung schaffe einen ungeheuren **Apparat neuer Behörden**. Auch dieser Vorwurf ist bei der Beratung des Haushalts gemacht worden. Das Gegenteil ist tatsächlich beabsichtigt.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Aber nicht erreicht!)

— Wird auch erreicht werden! — Zurzeit zählen wir 264 Schlichtungsausschüsse. Wenn nach der Vorlage die Schlichtungsämter in Zukunft nur noch für Gesamtstreitigkeiten und nicht mehr für Einzelstreitigkeiten aus dem einzelnen Arbeitsverhältnis zuständig sind, dann können die Bezirke der Schlichtungsbehörden vergrößert werden, und dann kann infolgedessen ihre Zahl vermindert werden. Die Zahl der Landschlichtungsämter wird von selbst nur gering sein, und auch bei dem Reichsschlichtungsamt ist an keine große Reichsbehörde gedacht. Vielmehr soll die Tätigkeit, welche jetzt schon das Ministerium selbst auf diesem Gebiete ausgeübt hat und ausüben mußte, einer selbständigen Behörde übertragen werden.

Eine andere grundsätzliche Kritik des Entwurfs geht dahin, daß auch in dieser Vorlage zu viel bureaukratische Sozialpolitik und zu wenig soziale Selbstverwaltung stecke. (D)

(Sehr wahr! links.)

Auch dieser Vorwurf trifft meines Erachtens nicht das Richtige. Die Vorlage stellt das **tarifliche Schlichtungswesen**, also die **Selbstverwaltung**, an die Spitze. Sie räumt auch sachlich den tariflichen Schlichtungsstellen den Vorrang vor den staatlichen ein. Die staatlichen Schlichtungsstellen sollen nur ergänzend tätig sein, wo tarifliche Einrichtungen fehlen oder wo sie versagen und die Beteiligten auch bisher schon das staatliche Eingreifen gewünscht haben. Wenn diese Vorschriften über das tarifliche Schlichtungswesen im Vergleich zu denen über das behördliche Schlichtungswesen in der Vorlage nur einen geringen Raum einnehmen, so ist das eben auch nur ein Beweis dafür, daß wir der sozialen Selbstverwaltung möglichst freien Spielraum lassen.

Meine Damen und Herren! Schon bei der bisherigen Vorbereitung des Gesetzes und auch bei seiner Beratung im Reichswirtschaftsrat hat sich gezeigt, daß die Wünsche der unmittelbar beteiligten Kreise insbesondere hinsichtlich der **Schutzvorschriften gegen wilde Streiks** sich nicht mit der Vorlage decken. Der Herr Vorredner hat ja diese abweichenden Wünsche gerade in diesem Punkte auch bereits hier dargelegt. Der einen Seite erscheint der von der Vorlage vorgesehene Schutz zu schwach; sie verlangt Strafbestimmungen zur Sicherung der Durchführung der Vorschriften. Der anderen Seite geht auch schon die in der Vorlage vorgesehene Regelung zu weit. Sie erblickt darin nur eine unzulässige Einschränkung gewerkschaftlicher Bewegungsfreiheit.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Dr. **Brauns**, Reichsarbeitsminister.)

(A) Vielleicht beweist gerade auch dieser Gegensatz in der Beurteilung der unmittelbar Beteiligten am besten, daß die Vorlage den rechten Mittelweg zwischen diesen Gegensätzen gefunden hat.

(Widerspruch.)

Ich hoffe deshalb, daß das Gesetz in seinen Grundgedanken doch die Zustimmung des hohen Hauses schließlich finden wird, und spreche schon jetzt den Wunsch aus, daß die Verwirklichung der in diesem Gesetz niedergelegten Gedanken den unmittelbar Beteiligten und der Gesamtheit zum Segen gereichen möge.

(Bravo!)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ehrhardt (Oppeln).

Ehrhardt (Oppeln), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es ist richtig, daß das Gesetz über die **Schlichtungsordnung** längst erwartet wurde. Wenn man aber geglaubt hat, daß nunmehr die Meinungsverschiedenheiten klargestellt worden seien, so haben wir aus den Ausführungen des Herrn Kollegen Giebel gehört, daß das keineswegs zutrifft. Auch die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat haben gezeigt, daß trotz der langen Dauer dieser Verhandlungen doch noch sehr große Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind.

Die Schlichtungsordnung will dem **gewerblichen Frieden** dienen. Sie behandelt die Frage, die ja heute nicht nur das deutsche Volk beschäftigt, sondern an der auch andere Völker in gleichem Maße interessiert sind: Wie kann das Arbeitsverhältnis eine befriedigende Regelung erfahren? Wir wissen, daß heute in der Welt allgemein das Bedürfnis nach Ruhe besteht. Aus den Verhandlungen in Genua haben wir gehört, daß alle Völker darauf bedacht sind, nach Möglichkeit das wieder aufzubauen, was (B) im Kriege zerstört wurde. Eine Beruhigung in der Welt hat natürlich zur Voraussetzung, daß die Völker im Innern, insbesondere in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen, zur Ruhe kommen. Für Deutschland ist dies ganz besonders wichtig. Dazu ist aber notwendig, daß sich im Innern die Gegensätze nicht verschärfen, sondern daß sie abgeschwächt werden. Wir werden die schwere Krise der Gegenwart nur überwinden, wenn wir als Volk einig sind und alles ausschalten, was zur Beunruhigung beiträgt, andererseits alles tun, was zur Beruhigung beitragen kann.

Für das deutsche Volk ist es deshalb wichtig, praktisch den gewerblichen Frieden zu fördern. Ganz richtig hat ein deutscher Gelehrter vor einiger Zeit sich dahingehend geäußert, daß dasjenige Volk zuerst die Folgen des Krieges überwinden würde, das eine befriedigende Regelung des Arbeitsverhältnisses herbeiführt. Früher stand man Jahrzehnte hindurch auf dem Standpunkte, daß die Regelung des Arbeitsverhältnisses und der Streitfragen eine Angelegenheit sei, die die Interessenten untereinander auszumachen hätten. Heute hat man längst erkannt, daß diese Auffassung falsch war. Die **privatrechtliche Regelung des Arbeitsvertrags** war sicher für den Gesetzgeber bequem, geschichtlich vielleicht damals die einzige Möglichkeit. Die Praxis hat aber gezeigt, daß der individuelle, freie Arbeitsvertrag keine Lösung des Problems bedeutet. Nach langen Kämpfen, die nicht geringe Opfer gekostet haben, sind wir schließlich zum **kollektiven Arbeitsvertrag** gekommen.

Der kollektive Arbeitsvertrag wird nicht von Einzelpersonen abgeschlossen, sondern von Personengesamtheiten, von Organisationen. Das hat zur Folge, daß, wenn ein Streit entbrennt, ein großer Kreis von Personen, oftmals Hunderttausende, in Mitleidenschaft gezogen werden. Nicht nur einzelne Gewerbezweige werden in den Streit hineingezogen und erleiden Wirtschaftsstörungen, sondern bei (C) der Abhängigkeit der Gewerbezweige untereinander werden oft ungewollt weitere Volkskreise in die Auseinandersetzung hineingezogen. Dadurch entstehen dann Störungen in der Wirtschaft, die die Volksgemeinschaft in Mitleidenschaft ziehen. Wurden schon vor dem Kriege **Arbeitsstreitigkeiten** als Störung des Wirtschaftslebens empfunden, so darf man ruhig behaupten, daß heute jeder größere Kampf ganz verhängnisvolle Folgen für weite Volkskreise hat. Das haben wir ja in den letzten beiden Jahren mit aller Deutlichkeit erlebt, und man muß nur staunen, daß unser Volk die verheerenden Wirkungen solcher Streiks so ruhig hingenommen hat.

Damit soll durchaus nicht etwa eine allgemeine Verurteilung von **Streiks und Aussperrungen** ausgesprochen sein, durchaus nicht! Die Kämpfe waren in der Vergangenheit notwendig, und es gibt selbstverständlich auch ein Recht des Kampfes. Diese Kämpfe haben erzieherisch gewirkt und erst den Willen zur Verständigung gebracht. Aber der Kampf kann schließlich nicht Selbstzweck sein, und es ist durchaus richtig, wenn der Herr Minister sagt, die Stellung der Arbeit gegenüber dem Kapital ist heute nicht mehr dieselbe, wie sie vor dem Kriege gewesen ist. Das weiß jeder, der in der gewerkschaftlichen Praxis eine längere Erfahrung hinter sich hat. Insbesondere können Streiks nicht Selbstzweck sein ebensowenig wie Aussperrungen. Streiks und Aussperrungen aus machtpolitischen Erwägungen oder gar in der Absicht, politische Propaganda zu betreiben, sind in der Gegenwart bei der Verarmung unseres Volkes fraglos ein Verbrechen. Die Volksgemeinschaft kann sich die Störung und Vernichtung ihrer Lebensbedingungen nicht gefallen lassen, und sie ist deshalb nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, sich nach Möglichkeit dagegen zur Wehr zu setzen. Die Volksgemeinschaft muß versuchen, soziales Recht an Stelle wirtschaftlicher Machtkämpfe zu setzen. (D)

Die Schlichtungsordnung will nun **Instanzen** schaffen, die das Ziel verfolgen, **Arbeitskämpfe zu verhindern.** Bereits in Friedenszeiten war ja für eine solche Einrichtung ein starkes Bedürfnis vorhanden. Damals hat man sich mit privaten Personen geholfen. Manche dieser Männer haben sich mit großer Hingabe und Pflichttreue ihrer Aufgabe entledigt, ohne aber dafür recht oft Dank zu ernten. In Deutschland sind aber durch diese Tätigkeit allerlei Erfahrungen gesammelt worden, ganz abgesehen davon, daß durch private Vermittlungspersonen mancher Kampf verhindert wurde oder schon entbrannte Kämpfe schnell zu Ende geführt wurden.

Wenn aber in Friedenszeiten das Bedürfnis nach Vermittlung und nach Schlichtungsinstanzen vorhanden war, so sicherlich heute erst recht. Denn die veränderte Lage fordert, daß der ruhige Gang der Wirtschaft gewährleistet wird. Nach den langen und schweren Kämpfen um die Neuregelung des Arbeitsverhältnisses darf man annehmen, daß wir diesem Ziele näher kommen und wieder einer ruhigen Entwicklung zusteuern. Die Gesetzgebung hat zweifellos die Aufgabe, hier mitzuwirken und den Entwicklungsprozeß zu beschleunigen.

Auf den Aufbau und die **Organisation der Schlichtungsstellen** werde ich hier nicht näher eingehen, weil ich der Meinung bin, daß im Ausschuß Zeit und Gelegenheit sein wird, zu prüfen, ob der Aufbau zweckmäßig und für die praktische Arbeit geeignet ist. Darüber werden wir also noch zu reden haben. Selbstverständlich muß das eingehend klargestellt werden, und es dürfen nicht Organisationen geschaffen werden, die sich auf dem Papier zwar gut ausmachen und die gut aussehen, es kommt vielmehr darauf an, daß sie in der Praxis gut wirken.

Wir sind damit einverstanden und begrüßen es, daß der Gesetzentwurf die durch freie Vereinbarungen ge-

(**Ehrhardt** [Oppeln], Abgeordneter.)

(A) schaffenen Schlichtungsstellen nicht beseitigen will. Die **freiwilligen Schlichtungseinrichtungen** durch die Tarifverträge haben sich in der Vergangenheit recht oft bewährt, und ich weiß aus eigener Praxis, daß vielfach das Bestreben vorhanden ist, Streitigkeiten lieber unter sich auszutragen und zu Ende zu führen, als dritte Stellen zur Vermittlung anzurufen. Ich sage, dies ganz vernünftige Bestreben darf und soll der Gesetzgeber nicht stören; das ist ja auch nicht beabsichtigt. Die öffentlichen Organe sollen erst dann eingreifen, wenn die private Tätigkeit versagt und wichtige Interessen der Allgemeinheit auf dem Spiele stehen.

Die Schlichtungseinrichtungen wollen dem gewerblichen Frieden dienen. Werden sie dieses Ziel erreichen? Der Herr Kollege Giebel hat ja gemeint, daß der Entwurf in seiner jetzigen Gestalt dieses Ziel kaum erreichen würde. Ich glaube, wenn man die Bestrebungen des Entwurfs richtig einschätzen will, so muß man sich darüber klar sein, daß auch nach der Schlichtungsordnung noch Arbeitskämpfe entbrennen werden. Solange es unvollkommene Menschen gibt, wird niemand vollkommene Einrichtungen schaffen können, die jeden Kampf aus der Welt schaffen, und der Herr Minister hat ja schon betont, daß das auch gar nicht die Absicht des Entwurfs ist.

Ob die Schlichtungsordnung annähernd ihr Ziel erreicht, hängt meiner Ansicht nach von drei Voraussetzungen ab, erstens davon, ob die geeigneten Personen gefunden werden, die als Vorsitzende und, ich glaube, auch als Beisitzer fungieren. Es ist durchaus richtig, wenn der Herr Kollege Giebel gesagt hat, daß sich vielfach die **Vorsitzenden der Schlichtungsstellen**, wie sie bislang vorhanden waren, nicht immer bewährt haben. Auch nach dieser Seite werden in Zukunft noch manche Schwierigkeiten zu überwinden sein; denn um als Vorsitzender einer Schlichtungsstelle tätig zu sein, dazu (B) gehört mehr, als nur nach irgendeiner Seite hin ausgebildet zu sein, es gehört dazu eine gewisse Routine, und es gehört dazu auch vor allen Dingen die Kunst, Vertrauen zu erwecken.

Zweitens ist notwendig, daß die **Schlichtungsstellen**, wenn die Schlichtungsordnung durchgeführt ist, **schnell arbeiten**, und ich glaube, der Herr Kollege Giebel hätte noch hinzufügen müssen, daß das Schlichtungswesen in Australien deshalb versagt hat, weil die ganzen Schlichtungseinrichtungen viel zu langweilig gearbeitet haben und oftmals ähnlich wie bei den ordentlichen Gerichten Monate und halbe Jahre vergangen sind, bevor man die Dinge zu einem Abschluß gebracht hat.

Dann glaube ich aber auch drittens, daß der Wille zum gewerblichen Frieden vorhanden sein muß. Meine Damen und Herren! Mit dem **Herrenstandpunkt** auf der einen Seite und dem **Klassenstandpunkt** auf der anderen Seite kann man wohl ein Volk durcheinanderbringen, aber niemals einen gewerblichen Frieden schaffen. Menschen mit diesen Ansichten sind das allergrößte Hindernis für einen wahren und echten Gemeinschaftsgeist. Alle Einrichtungen müssen versagen, wenn es am Willen zur Verständigung fehlt. Auf diesem Gebiet ist noch eine wichtige Erziehungsarbeit zu leisten. Bei der Lage der deutschen Volkswirtschaft und der Not des deutschen Volkes müßte die öffentliche Stimmung so eingestellt werden, daß sie sich gegen diejenigen wendet, die den inneren Krieg statt des sozialen Friedens wollen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Das reale Ziel, das die Schlichtungsordnung verwirklichen kann, kann meines Erachtens nur das sein, die Arbeitsstreitigkeiten auf ein Minimum zu beschränken. Dabei bleibt das ideale Ziel der vollständigen Beseitigung natürlich bestehen. Aber wenn auch nur ein großer Teil der Arbeitskämpfe durch Eingreifen der Schlichtungsstellen verhindert wird, so, glaube ich, ist der **Grundgedanke der** (C) **Schlichtungsordnung** durchaus richtig.

Der Schiedsspruch wird in der Regel nur eine moralische Wirkung haben; aber ich glaube, das wird im allgemeinen auch ausreichen. Ich habe jahrelang in einem Beruf gearbeitet, der sehr zahlreiche Kämpfe geführt hat, und zwar im Baugewerbe, und ich glaube, daß ähnlich wie in Friedenszeiten das Stärkeverhältnis der Arbeitnehmer- und der Unternehmerorganisationen einem gewissen Gleichgewicht zustreben. Die **Wirkung eines Schiedsspruchs** war in der Friedenszeit — und es wird wohl auch in Zukunft wieder so sein —, daß durch eine öffentliche Stelle festgestellt wird, auf welcher Seite Recht oder Unrecht im Kampfe ist, und in den allermeisten Fällen wird dann der Druck ausreichen, um einen Kampf zu verhindern. Die Partei, die trotzdem den Kampf unternimmt, wird ihn wahrscheinlich verlieren, und die erzieherischen Wirkungen werden nicht ausbleiben. Man kann vielleicht einwenden, daß in den letzten Jahren die Dinge vielfach anders gelaufen seien. Das ist richtig; aber anormale Zeiten kann man nicht als Gegenbeweis heranziehen. Ich nehme an, daß wir auf dem Wege sind, wieder normalen Zeiten zuzusteuern.

Eine wichtige Frage wird die sein: läßt sich die Verbindlichkeit eines Schiedsspruchs bei lebenswichtigen Betrieben mit den Machtmitteln des Staates erzwingen? Diese Frage hat auch im sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats eine Rolle gespielt. Eine andere Frage, die bereits von dem Herrn Kollegen Giebel angedeutet wurde, ist die: wie werden diejenigen behandelt, die in den Kampf treten, bevor die Schlichtungsstellen angerufen werden? Im sozialpolitischen Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats ist eine Bestimmung vorgeschlagen worden, die besagt, daß zwar in solchen Fällen kein Schadensersatz geleistet werden solle, aber eine angemessene **Geldbuße** (D) zu leisten sei. Dieser Vorschlag hat starken Widerspruch gefunden. Selbst wenn man einmal den Gedanken des sozialpolitischen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrats aufgreift, so muß man sich doch fragen, wer soll denn die Geldbuße zahlen? Die Organisation, deren Mitglieder gegen das Gesetz handeln? Auch dann, wenn die verantwortlichen Instanzen der betreffenden Organisation die Sache mißbilligen? Und weiter: welche Mittel hat eine Organisation in der Hand, um ihre Mitglieder zur Befolgung der Vorschriften anzuhalten? Damit steht man inmitten aller jener Fragen, die mit der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und mit dem Tarifrecht zusammenhängen.

Daß auf der andern Seite die Schlichtungsordnung auch mit den **Arbeitsgerichten** zusammenhängt, ist ja vorhin schon angedeutet worden. Wäre früher etwas auf diesem Gebiete geschehen, so würden wir wenigstens über einige Erfahrungen verfügen. Gewiß wird auch nach dieser Seite hin, in der Zukunft noch nach manchen Seiten hin, eine Lösung möglich sein. Aber derartige delikate Probleme müssen doch mit der größten Vorsicht angepackt werden.

Ähnlich verhält es sich ja mit der Erzwingung eines für verbindlich erklärten Schiedsspruchs in lebenswichtigen Betrieben. Der Entwurf behandelt die Frage der **Verbindlichkeitserklärung** meiner Ansicht nach ziemlich vorsichtig, und ich glaube, das ist richtig; denn auch auf diesem Gebiete müssen wir erst gewisse Erfahrungen sammeln. Der Entwurf sieht auch keine Zwangsmittel für die Nichtbefolgung der Verbindlichkeitserklärung vor. Mir scheint das richtig zu sein, denn ich sehe vorläufig nicht, mit welchen Zwangsmitteln man gegen die Widerspenstigen vorgehen soll, insbesondere solange nicht ein Gesetz vorliegt, welches die Rechts-

(Ehrhardt [Oppeln], Abgeordneter.)

(A) fähigkeit der Berufsvereine und das Tarifrecht usw. zur Klärung bringt.

Insbesondere erscheint es mir für eine geschwächte Staatsgewalt gefährlich, Zwangsmaßnahmen anzudrohen, die man nachher doch nicht anwenden kann. Das läßt man am besten sein.

Diese Fragen werden sicher in der Kommission aufgeworfen werden. Eine ausgiebige Aussprache darüber ist erwünscht. Ich möchte die mir wichtig erscheinenden Probleme hier nur angedeutet haben; in der Kommission wird weiter zu reden sein.

Ich möchte glauben, die Schlichtungsordnung könnte eigentlich einen großen Widerspruch kaum auslösen. Wenn ich mich recht erinnere, ist von rechts ein solches Gesetz in Weimar oft gefordert worden. Was man vor zwei, drei Jahren für richtig hielt, wird man jetzt kaum ablehnen können. Man mag über die Richtigkeit oder Nichtrichtigkeit einzelner Paragraphen streiten, aber über den Grundgedanken kann man wohl kaum im Zweifel sein.

Es gibt allerdings Kreise, die der Meinung sind, daß man Gesetze nur dann machen soll, wenn man unter einem gewissen Druck steht. Ich möchte meinen, daß man **Gesetze** macht, um den **Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volks** und des deutschen Staats gerecht zu werden. Alle anderen Gründe sollen unmaßgeblich sein. Wir hätten viel geringere innere Erschütterungen durchlebt, wenn man früher den engherzigen Interessenstandpunkt manchmal aufgegeben hätte und mehr den Blick auf die Lebensnotwendigkeiten des Volks gerichtet hätte. Es ist sicherlich auch politisch klug, Gesetze nicht erst dann zu machen, wenn man in einer Zwangslage ist, sondern sie beizeiten zu machen, um vorzubauen. Wir haben ja in der Vorkriegszeit die Tatsache zu verzeichnen gehabt, daß viele sozialpolitische Gesetze ihre Wirkung des-

(B) halb verfehlten, weil sie zu spät kamen.

Ich bin aber auch der Meinung, daß man von links aus durchaus diesen Bestrebungen, die die Schlichtungsordnung verfolgt, sympathisch gegenüberstehen sollte, denn es wird auch insbesondere von links gefordert, daß die Lebensbedingungen der Völker verbindlich durch einen Schiedsrichter des Völkerbunds im Streitfall geregelt werden sollen. Wer das will, muß in logischer Konsequenz unter allen Umständen anerkennen, daß man dies zunächst einmal im eigenen Lande tun muß.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Handelt man anders, so verwickelt man sich in Widersprüche.

Wenn man nun einwendet, daß die Schlichtungsordnung die **Koalitionsfreiheit** ausschaltet, so wird damit der Kern der Sache nicht getroffen. In einer Volksgemeinschaft kann es keine Koalitionsfreiheit geben, die schließlich mit Willkür gleichzusetzen wäre und am letzten Ende den Untergang des Volks und seiner Wirtschaft bedeuten würde. Wir sind mit dem Kollegen Giebel darin einig, daß eine Erdrosselung und Einschränkung der **Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften** nicht vorgenommen werden darf. Wir gehen darin mit ihm einig, daß wir uns den Entwurf nach dieser Seite hin sehr genau ansehen werden; denn das ist selbstverständlich: wenn man die gewerkschaftlichen Organisationen für notwendig hält, so kann man nicht ein Gesetz machen und sie dadurch umbringen. Da gehen wir wohl einig. Aber ich glaube, er sieht die Dinge reichlich pessimistisch an. Seiner Meinung, daß die Erziehungsarbeit noch bei denjenigen Mitgliedern der Gewerkschaften einsetzen müßte, die in den letzten Jahren den Gewerkschaften zugewandert sind, kann man zustimmen. Gewiß, wenn man in Friedenszeiten manche

(C) Kreise schon hätte erfassen können, so wäre vielleicht der Einfluß der vernünftigen Kreise in der Gewerkschaftsbewegung stärker gewesen. Aber wenn nun eine dauernde Radikalisierung gewisser Gewerkschaftskreise einsetzt und systematisch betrieben wird, dann muß man sich doch fragen, ob die Radikalisierung auf der einen Seite nicht stärker ist als das, was vernünftige Erziehungsarbeit leisten kann. Man muß sich doch fragen, ob nicht dann Maßnahmen getroffen werden sollen, die gewissermaßen den vernünftigen Bestrebungen der einsichtsvollen Gewerkschaftsmitglieder, wilde Streiks nach Möglichkeit zu verhindern, in die Hände arbeiten.

Ich glaube, wir werden uns über diese Dinge im Ausschuß noch des näheren zu unterhalten haben. Dem Grundgedanken des Gesetzes stimmen wir durchaus zu, und über die Einzelheiten wird in der Kommission zu reden sein. Ich kann mich im Namen der Zentrumspartei dem Antrage des Herrn Kollegen Giebel nur anschließen, die Vorlage an den 6. Ausschuß zu verweisen. Unsere Partei wird in der Kommission bereit sein, an der Schlichtungsordnung mitzuwirken. Wir gehen von der Voraussetzung aus, daß die Herbeiführung des inneren Friedens und auch des Friedens in der Wirtschaft eine außerordentlich wichtige Aufgabe ist, daß sie für den Wiederaufbau unseres Volkes notwendig ist.

(Bravo! im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Graef (Thüringen).

Graef (Thüringen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich bitte, die kurzen Ausführungen, die ich zu dieser Vorlage zu machen habe, auch nur als vorläufige zu betrachten, die der endgültigen Stellungnahme meiner Fraktion nicht vorgreifen. Bei der

(D) Schnelligkeit, mit der dieser Entwurf ans Plenum gelangt ist, sind wir noch nicht in der Lage gewesen, zu all den verschiedenen Grundproblemen, die dieser Entwurf aufwirft, endgültig Stellung zu nehmen.

Die **Ausführungen**, die der Herr Abgeordnete **Giebel** namens der stärksten Regierungspartei zu diesem Entwurf gemacht hat, bilden eine merkwürdige Illustration, wenn ich eimal so sagen darf, für die Unausgereiftheit und Unausgeglichenheit unserer heutigen politischen Zustände. Wir haben hier eine Vorlage vor uns, von der man wohl sagen kann, daß sie auf wirtschaftlichem Gebiete so einschneidend und von so großer Bedeutung und Wichtigkeit ist wie keine der letzten zwei Jahre, eine Vorlage, die vom Kabinett eingebracht ist und von der man deshalb wohl annehmen darf, daß die Regierungsparteien sich über sie verständigt haben. Und nun müssen wir das immerhin doch merkwürdige Schauspiel erleben, daß die stärkste Regierungspartei durch ihren Sprecher eine überaus starke, heftige Kritik gegen die Grundlagen des Entwurfes gerichtet hat.

So hat Herr Kollege Giebel bei aller Anerkennung des Zweckes der Vorlage, dem Wirtschaftsfrieden zu dienen, doch immer den gewerkschaftlichen Standpunkt sehr scharf betont, den Klassenkampfstandpunkt bei verschiedenen Gelegenheiten gegenüber dem sogenannten Herrenstandpunkt der Unternehmer scharf unterstrichen. Er hat von einem wuchtigen Axthieb gegen die Gewerkschaften gesprochen. Ich möchte den Herrn Reichsarbeitsminister, der damals noch nicht im Hause war, besonders auf diese Kritik aufmerksam machen. Diesen ominösen § 55, wie Herr Kollege Giebel sich ausgedrückt hat, der den **Schlichtungszwang für die Gewerkschaften**, ehe sie streiken wollen, einführt, bezeichnete Herr Kollege Giebel als einen wuchtigen Axthieb, gerichtet gegen die Gewerkschaften. Ich glaube nicht, daß der Herr Reichs-

(**Graef** [Thüringen], Abgeordneter.)

(A) arbeitsminister und das Kabinett diesen immerhin doch recht schweren Vorwurf verdienen. Denn, um das gleich hier vorauszusagen, was in diesem § 55, den Sie ominös nennen und der in der Tat das Kernstück dieser Vorlage darstellt, enthalten ist, das ist weiter nichts als die Pflicht der Arbeitnehmerorganisationen, im Interesse der Allgemeinheit, im Interesse des Staatsganzen, im Interesse des Wirtschaftsfriedens sich eine gewisse Beschränkung gefallen zu lassen, ehe man zur Waffe des Streikes greift.

(Sehr richtig! rechts.)

Und da muß ich doch sagen: so stark unsere Arbeiterorganisationen heute sind, so große Bedeutung sie mit Recht im Wirtschaftsleben unserer Nation haben, sie sind doch schließlich nicht allein da in Deutschland.

(Sehr richtig! rechts.)

Deswegen kann man sehr wohl auch von ihrem Standpunkt aus verlangen, daß, wenn es sich um die Erhaltung des Wirtschaftsfriedens handelt, sie sich diese Beschränkung, die sich in der Verpflichtung zur Anrufung der Schiedsgerichtsstellen ausprägt, unterwerfen.

Ich vermag auch nicht einzusehen, daß das Wort von dem wuchtigen Axthieb, der hier gegen die Gewerkschaften gerichtet sein soll, sich etwa damit begründen ließe, daß der Entwurf zwar eine Rechtspflicht für diesen Anrufungszwang aufstellt, sich aber doch jeder weiteren Folgerung dahin enthält, was nun geschieht, wenn dieser Pflicht nicht genügt wird. Herr Reichsarbeitsminister, wenn Sie in dem § 55 dieses Entwurfs die bisher bestehende moralische Pflicht zur Anrufung einer Schiedsgerichtsstelle, ehe gestreikt wird, zu einer Rechtspflicht ausgestalten — ein Gedanke, den wir durchaus billigen, ein Gedanke, der sich mit Notwendigkeit aus der Entwicklung der letzten Jahre ergibt —, dann dürfen Sie meines Erachtens auch nicht auf (B) halbem Wege stehen bleiben. Sie haben, und zwar nach meiner persönlichen Auffassung mit vollem Recht, den Gedanken abgelehnt, daß man mit Strafmaßnahmen, mit Massenstrafen gegen die Angehörigen der Organisationen vorgehen solle, die sich dieser Pflicht nicht beugen wollen. Ich gestehe Ihnen ohne weiteres zu, daß derartige **Massenmaßregelungen** etwas überaus Gehässiges an sich haben. Sie haben nicht nur das an sich, sondern sie werden auch in der größten Mehrzahl der Fälle nicht zum Ziele führen. Sie werden auch, um das zuletzt zu sagen, der psychologischen Einstellung unserer großen Arbeiter- und Angestelltenheere durchaus nicht gerecht. Wenn ich also insoweit mit Ihnen konform gehe, fehlt mir allerdings das Verständnis dafür, wie Sie nun zivilrechtlich in puncto der **Schadenersatzpflicht** auf halbem Wege stehen bleiben konnten.

Sie sagen zwar im Entwurf, es wird die Schadenersatzpflicht der einzelnen, die sich gegen den Anrufungszwang vergehen, eingeführt, und es wird auch die Haftung der Gewerkschaft als solcher zum Gesetz erhoben. Nun, ich glaube, das ist weiter nichts als eine große Geste. Was nützt denn der Allgemeinheit, was nützt denn der anderen Seite eine Schadenersatzpflicht des einzelnen Arbeitnehmers? Sie sagen ja selbst so gern, die Arbeitnehmer sind so schlecht gestellt; sie werden also vielfach nichts haben, es wird von ihnen nichts herauszuholen sein. Also insofern nützt die Haftung des einzelnen Arbeitnehmers gar nichts.

Es bleibt das zweite übrig, die Haftung der Gewerkschaft, der Organisation als solcher. Da hat nun der Herr Reichsarbeitsminister vorhin meiner Ansicht nach mit Recht gesagt, es sei durchaus nötig, die Regelung des **Berufsvereinsrechts** tunlichst, sobald wie dieser Entwurf verabschiedet wird, einzuführen. Er hat allerdings geringe Zweifel geäußert, ob es bei der

(C) Überlastung des Parlaments und der Ministerien möglich sei, dieses Ziel zu erreichen. Ich gehe weiter und sage: solange diese Regelung des Berufsvereinsrechtes, bei der namentlich die Frage der finanziellen Haftung der Arbeiterorganisationen das Kernstück bilden soll, nicht durchgeführt ist, solange es nicht gelingt, diese seit Jahrzehnten umstrittene Frage einer mindestens gleichzeitigen Lösung zuzuführen, so lange bleibt es bei meinem Ausspruch von vorhin, daß die Verweisung auf die Haftung der Gewerkschaften eine große Geste ist, mit der vorläufig nichts anzufangen sein wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Der Herr Reichsarbeitsminister hat mit Recht ausgesprochen, daß dieser Entwurf den Abschnitt einer großen, durch Jahrzehnte hindurchgehenden Entwicklung darstelle, die anfängt mit dem Gewerbegerichtsgesetz und über das Kaufmannsgerichtsgesetz, das Hilfsdienstgesetz hinweg zu der bekannten Verordnung der Volksbeauftragten vom Dezember 1918 geführt hat, und von der nun der gegenwärtige Entwurf den Schlußstein bilden soll. Er hätte hinzufügen können, daß dieser Entwurf auch insofern einen Markstein in unserer Wirtschaftsgeschichte bedeutet, als er endgültig mit der Wirtschaftsauffassung der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufräumt. Von den Fünfziger und Sechziger Jahren an standen ja alle Wirtschaftler unter dem Eindruck der Auffassung, die gemeinhin als der sogenannte **Manchesterliberalismus** bezeichnet wird, wonach es den Teufel jemand angehe, wenn irgendwo ein Arbeitgeber mit seinen Arbeitnehmern in **Wirtschaftsstreit** gerate, und wonach der Staat nach einem bekannten Ausspruch nur die Nachtwächterfunktion zu versehen habe und bei solchen Streitigkeiten Gewehr bei Fuß zu stehen habe. Meine Damen und Herren! Wir haben von unserem sozialen Standpunkt aus niemals die Richtigkeit dieser Auffassung zugeben können, wir haben immer (D) den Standpunkt vertreten, daß man die **Aufgabe des Staates** völlig verkennt, wenn man ihm hier nur die Neutralität aufbürdet.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Heute, wo die Wirtschaftskämpfe viel intensiver geworden sind, wo jeder Wirtschaftskampf, auch wenn es sich nicht um gemeinnützige Betriebe handelt, für weite Bevölkerungskreise eine Frage von Leben und Sterben bedeuten kann, wird nun endgültig ein Schlußpunkt hinter diese wirtschaftliche Entwicklung gesetzt und dem Staate die Aufgabe zugewiesen, mit wachem Auge alle diese Wirtschaftskämpfe zu verfolgen und im Interesse der Allgemeinheit — nicht im Interesse der einen oder anderen Richtung — eine überwachende und führende Rolle zu spielen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Deswegen stehen wir dem Grundgedanken dieser Vorlage durchaus anerkennend und sympathisch gegenüber.

Wenn man nun aber diesen Entwurf im einzelnen ansieht, dann wird die Freude, die man über seine allgemeine Tendenz empfindet, doch etwas getrübt, besonders wenn man sich vergegenwärtigt, welche Wege das Kabinett und die Regierungsparteien hierbei einschlagen wollen. Meine Damen und Herren! Es hat einmal ein Politiker oder ein Schriftsteller das Wort geprägt, daß, wenn im heutigen Deutschland ein neuer Gedanke auftauche, dann auch sofort schon wieder das neue Reichsamt mit seinem Drum und Dran da sei, mit allen seinen **bureaukratischen Einrichtungen** von unten auf bis oben hin. Es scheint heute gar nicht mehr anders zu gehen, als daß, wenn irgendein politischer Gedanke verwirklicht werden soll, nun sofort auch das ganze Reich hindurch ein Netz von Unterbehörden geschaffen wird, sodann in logischer Konsequenz eine Zwischeninstanz als Landes-

(**Graef** [Thüringen], Abgeordneter.)

(A) amt festgesetzt wird und als Krönung des Gebäudes bei dem betreffenden Reichsministerium eine Reichsinstanz eingesetzt wird. Meine Damen und Herren! Ich sehe in diesem Seelenzustand, der im heutigen Deutschland Platz greift, einen Organisationsfimmel.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn das so weiter geht, werden wir an einer Überorganisation zugrunde gehen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir dürfen doch diese Vorlage nicht für sich allein betrachten. Nehmen Sie einmal dazu, was jetzt noch unterwegs ist und was bereits unter Dach und Fach gebracht ist. Vor einigen Tagen haben wir das Jugendwohlfahrtsgesetz verabschiedet, ich gestehe offen: ich persönlich mit einem heiteren und einem nassen Auge; denn auch hier war es an sich ein wundervoller Gedanke, die Jugend für die großen Aufgaben des neuen Deutschlands heranzubilden. Aber ohne die Jugendämter, ohne die Landesjugendämter und ohne das Reichsjugendamt ging es nun einmal nicht, und wenn das Reichsjugendamt vorläufig zu Grabe getragen worden ist, so wissen die Götter, ob es nicht in einem halben Jahre hintenherum auf andere Weise doch wieder erscheint. Und wenn Sie das Arbeitsnachweisgesetz ins Auge fassen, das hinter diesem Gesetze zur Verabschiedung kommen soll, so bringt es einen förmlichen Rattenschwanz von Behörden, auf den die Aufmerksamkeit weiter Volkskreise jetzt schon zu lenken ich für meine Pflicht halte.

Was in diesem Entwurf an Schlichtungseinrichtungen, an Schlichtungssenaten, an Fachkammern, an Angestelltenkammern, Arbeiterkammern, Einspruchssenaten, und wie diese Gebilde alle heißen mögen, enthalten ist, geht über alle Begriffe, und ich glaube, es ist (B) erste Aufgabe der Ausschußberatung, einmal die Frage aufzuwerfen, ob das alles wirklich notwendig ist, um einen an sich gesunden Gedanken in die Tat umzusetzen.

(Sehr gut! rechts.)

Ich möchte schon jetzt meinem gelinden Zweifel Ausdruck geben. Wir haben ja ein freiwilliges Schlichtungswesen, und nicht nur der Herr Reichsarbeitsminister, sondern auch Redner aus dem Hause haben dieser freiwilligen Schlichtungstätigkeit, soweit sie sich im Anschluß an die Tarifverträge vollzogen hat, uneingeschränktes Lob gezollt. Wenn dem so ist — und ich schließe mich dem voll an —, so hätte es doch sehr nahe gelegen zu fragen, ob der Entwurf seine Aufgabe nicht besser löst, indem man diesen **freiwilligen Schlichtungsapparat** in den Dienst der guten Sache stellt, ihm neue Kompetenzen zuweist, neue Aufgaben überträgt und dadurch den bureaukratischen Aufbau in etwas überflüssig macht. Wir werden in der Kommission jedenfalls unsere Aufmerksamkeit darauf richten, ob es möglich ist, durch den weiteren Ausbau des freiwilligen Schlichtungswesens diesem Entwurf die bureaukratischen Giftzähne auszubrechen.

(Sehr gut! rechts.)

Der Herr Kollege Giebel hat mit vollem Recht auf die Vorzüge gerade des freiwilligen Schlichtungswesens gegenüber dem behördlichen Schlichtungswesen hingewiesen. Tatsache ist nun einmal, daß unsere großen Arbeiter- und Angestelltenmassen größeres Vertrauen zu den Einrichtungen haben, bei denen kein Zwang vorherrscht.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie werden also geneigt sein, den freiwilligen Schlichtungsstellen den Vorzug zu geben, sich leichter an sie zu wenden, ihren Schiedssprüchen sich leichter zu unterwerfen als den Schiedssprüchen, die eine bureaukratische Behörde fällt. (C)

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Auf Einzelheiten der Vorlage will ich nicht eingehen, sondern nur einige Kleinigkeiten herausgreifen, die immerhin wichtig sind. Das eine ist die **Lehrlingsfrage**. Der Entwurf sucht die Lehrlinge in das Schlichtungswesen einzubeziehen. Ich kann schon jetzt sagen, daß ein großer Teil meiner politischen Freunde gegen diese Einbeziehung die allerschwersten Bedenken haben würde.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir haben neulich bei einer anderen Gelegenheit an dieser Stelle eine sehr eingehende Aussprache über das Lehrlingswesen gehabt. Dabei hat mein Freund Biener eine sehr beherzigenswerte Rede über die Aufgabe der Lehrlingserziehung, das Verhältnis des Lehrlings zum Arbeitgeber usw. gehalten, auf die ich hier der Einfachheit und Kürze halber verweisen kann. Der Kernpunkt der Ausführungen, der auch hier wiederholt werden kann, ist der, daß wir nicht wollen, daß die Lehrlinge in diese Organisationen einbezogen werden, weil das Lehrlingsverhältnis ein höchst persönliches, ein Erziehungsverhältnis ist, ein persönliches Vertrauensverhältnis, dessen beste Seiten unbedingt zu kurz kommen werden, wenn man es nicht nur tariffähig, sondern auch schlichtungsfähig macht, um mich einmal dieses Ausdruckes zu bedienen. In diesem Punkte werden wir keine Konzessionen machen können und dürfen.

Was den **Schiedsspruch** selbst betrifft, der ja in § 55 eine große Rolle spielt, so sind wir damit einverstanden, daß zu einer **Kampfhandlung** zunächst einmal nur geschritten werden darf, wenn alle Mittel erschöpft sind und wenn die Abstimmung in den betreffenden Organisationen die Mehrheit für den Ausbruch der Kampfhandlung ergeben hat. (D)

Meine Damen und Herren! Diese Frage ist ja bekanntlich sehr umstritten. Ich glaube aber, daß man den Arbeitnehmerorganisationen unter allen Umständen zur Pflicht machen muß, ehe sie einen derartigen das Wirtschaftsleben gefährdenden Schritt tun, zunächst einmal unter sich festzustellen, ob die nötige Zweidrittelmehrheit für den Streik vorhanden ist. Das können wir von den Arbeiterorganisationen im Interesse der Allgemeinheit verlangen. Wir können auch verlangen, daß eine gewisse **Kontrolle über die Richtigkeit der Abstimmung** Platz greift. Ich will nicht verkennen, daß es etwas Gehässiges auf sich hat, wenn ein Gewerbeaufsichtsbeamter in die Masse der Abstimmenden hineingerät und sich da gewissermaßen als polizeiliches Überwachungsorgan installiert. Aber die Erfahrungen, die wir neulich bei dem Eisenbahnerstreik gemacht haben, sollten in der Tat zu denken geben. Wenn ich mich recht erinnere, waren die Verhältnisse damals doch so, daß zunächst in der Presse bekanntgegeben wurde, die Probeabstimmung hätte eine Zweidrittelmehrheit für den Streik ergeben. Hinterher aber wurde, und zwar unwidersprochenerweise, behauptet, daß bei dieser Abstimmung Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Um solche Unregelmäßigkeiten künftig zu verhindern, wird in der Tat nichts weiter übrig bleiben, als eine behördliche Kontrolle auszuüben.

Der Herr Kollege Giebel, der auch den **Wirtschaftsfrieden** will, hat die Bereitwilligkeit seiner Freunde, an dem Grundgedanken des Entwurfes mitzuarbeiten, zum Ausdruck gebracht. Ich war etwas merkwürdig berührt, als er, dessen Partei doch erst vor kurzem noch den Klassenkampf auf den Schild erhoben hat, auf einmal so warme Töne für den Wirtschaftsfrieden gefunden

(Graef [Thüringen], Abgeordneter.)

(A) hat. Die Mehrheitssozialisten haben doch bekanntlich noch vor einigen Monaten in Görlitz die Frage des Klassenkampfs einer erneuten Nachprüfung unterzogen und haben den wundervollen Satz geprägt, daß auch jetzt noch — nach all den bitteren Erfahrungen, die wir mit dem Klassenkampf gemacht haben — der Klassenkampfgedanke eine geschichtliche und sittliche Notwendigkeit sei.

(Sehr richtig! rechts!)

Wir halten den Klassenkampf weder für geschichtlich notwendig, noch für sittlich irgendwie begründet, heute weniger denn je.

(Zustimmung rechts.)

Aber daß jemand, der auf dem Boden des Klassenkampfgedankens steht, zugleich dem Wirtschaftsfrieden dienen will, ist mir nicht ganz klar. Der Herr Kollege Giebel hat denn auch aus taktischen Gründen, um die nach mir einsetzende Konkurrenz von weiter links im voraus etwas abzubiegen, gleichzeitig so scharfe Töne gegen die Unternehmer gefunden und den Klassenkampfgedanken in allen Farben schillern lassen. Wir legen darauf nicht viel Wert. Ich glaube, der Herr Kollege Giebel weiß, was die Arbeitermassen draußen von seiner Partei erwarten. Wenn er sich hier so als Regierungsmann aufspielt und im Frieden schwelgt, dann werden ihm die Herren hier und noch weiter links wahrscheinlich draußen das Wasser abgraben, und daher der furor teutonicus des Herrn Giebel.

(Heiterkeit rechts. — Lachen auf der äußersten Linken.)

Ich halte es auch hier mit dem Heineschen Worte: Wenn wir nachher zu Hause sind, wird sich schon alles finden. Wir stehen auf dem Boden, daß, wenn diese Vorlage wirklich unserem schwergeprüften Volke Segen bringen soll, dieser Segen niemals erblühen wird unter dem von (B) Herrn Kollegen Giebel aufgestellten Grundsatze des Klassenkampfgedankens, den seine Partei vertritt,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

sondern, daß dieser Segen nur ersprießen kann auf dem Boden der Weltanschauung, die wir vertreten, nämlich der **Zusammenfassung aller schaffenden Stände** auf dem Boden der **Volksgemeinschaft**, die auf dem Standpunkt steht: Einer für alle, alle für einen, aber nicht einer gegen alle. Von diesem Standpunkt aus werden wir freudig bestrebt sein, an der Vorlage im Ausschuß mitzuarbeiten.

(Lebhaftes Bravo bei den Deutschnationalen.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Aufhäuser.

Aufhäuser, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich kann dem Herrn Arbeitsminister in seinen Darlegungen so weit folgen, daß die Schlichtungsordnung und ihre Beurteilung mit unserer derzeitigen ökonomischen Lage im engsten Zusammenhang steht. Wenn er aber glaubt, diese Vorlage auf Grund der jetzigen Wirtschaftserscheinungen empfehlen zu können, so bin ich entgegengesetzter Auffassung. Der Zusammenhang zwischen unserer wirtschaftlichen Lage und den sozialen Erscheinungen, die aus dieser Schlichtungsordnung sprechen, liegt nicht so, wie der Herr Arbeitsminister meint, daß man nun auf Grund der heutigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch die Schlichtungsordnung ein Instrument für den Wirtschaftsfrieden schafft, sondern wir haben die Auffassung und können es auch beweisen, daß diese **Schlichtungsordnung** alles andere als ein Mittel zum **Ausgleich sozialer Gegensätze** ist. Sie ist vielmehr eine ausgesprochene Kampfansage an diejenigen, die bisher ein gewisses Mindestmaß von Rechten gehabt haben, das ihnen nunmehr genommen (C) werden soll.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich kann dem Herrn Arbeitsminister folgen in der Beurteilung der Notlage unserer Wirtschaft, nicht der Ursachen, die er dafür angegeben hat. Gerade weil augenblicklich die herrschenden Mächte unserer Wirtschaft und auch die Kapitalisten der anderen Länder mit ihren bisherigen Methoden das Gleichgewicht der Wirtschaft nicht wiederherstellen können oder auch nur einigermaßen die Störung des internationalen Warenverkehrs wieder aufheben können, weil man mit den eigenen Methoden ökonomisch in keiner Weise ausgleichend wirken konnte, versucht man jetzt die tatsächlichen Ursachen dieser Wirtschaftsnot durch einen verstärkten sozialen Druck auf die Arbeiter und Angestellten zu verwischen. Es ist symptomatisch, daß diese Schlichtungsordnung mit einer **wirtschaftlichen Reaktion** im Einklang steht, die sich augenblicklich durch die ganze Welt zieht. In allen Ländern, sowohl in den sogenannten Siegerstaaten, als auch in den mitteleuropäischen besiegten Staaten sehen wir überall die wirtschaftliche Reaktion auf zwei Punkte konzentriert, einmal auf die Aufhebung des Achtstundentages und zum anderen auf den Kampf gegen die Koalitionsfreiheit.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was hier vorliegt, ist keine Schlichtungsordnung. Ich bestreite ganz entschieden, daß die Überschrift dieses Gesetzes seinem Inhalt entspricht,

(sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

sondern diese sogenannte Schlichtungsordnung ist ein **Gesetz zur Reglementierung des Streiks**, das heißt zur Unterbindung der Anwendung von Kampfmitteln, wie sie den Arbeitern einzig und allein zur Verfügung (D) stehen. Das ist keine leere Behauptung, sondern das geht auch aus der Vorgeschichte dieses Gesetzes hervor. Es ist sonderbar, daß der Herr Arbeitsminister auf den Ausgangspunkt dieser Schlichtungsordnung gar nicht eingegangen ist.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er hat lange zurück erzählt, was sich hier alles entwickelt hat. Er hat aber nicht hervorgehoben, daß diese Schlichtungsordnung auf einem Versprechen der früheren Regierung beruht, die das Betriebsrätegesetz verabschiedet hat. Damals wurde von den bürgerlichen Parteien verlangt, daß, wenn sie diesem Betriebsrätegesetz ihre Zustimmung geben sollten — bei all seiner Unzulänglichkeit, auf die ich in diesem Zusammenhang nicht eingehe — dann ein Äquivalent geschaffen werden solle. Sie verlangten eine Regelung des Streiks oder, besser gesagt, ein Gesetz gegen den Streik. Heute wird dieses Versprechen eingelöst. Wir haben heute ein Gesetz zur Reglementierung nicht nur der Streiks, sondern der Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften überhaupt. Ich möchte sagen: Was hier zur Debatte steht, ist nicht nur die Regelung von Streitigkeiten sozialer Art, sondern was hier zur Debatte steht, ist die **künftige Stellung der Gewerkschaften im Staate** und ihre Stellung zum Staate.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Von der Formulierung und von der Ausgestaltung, der Ablehnung oder Annahme dieses Gesetzes hängt es nach meiner Ansicht ab, ob die Gewerkschaften in Zukunft nur noch Organe eines gegen ihre Interessen gerichteten Staatswesens sein sollen oder ob die Gewerkschaften wie bisher an ihrer eigenen Autonomie festhalten, ob sie

(**Aufhäuser**, Abgeordneter.)

eben in der Lage sind, heute bereits ihre Bewegungsfreiheit zugunsten einer staatlichen Bureaukratie aufzugeben, die im Auftrage und nach dem Programm der bürgerlichen Parteien, d. h. einer arbeiterfeindlichen Wirtschaftsordnung arbeitet. Wir betrachten die Stellungnahme der Schlichtungsordnung als das Gewerkschaftsproblem im Augenblick.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun wird uns von einer Reihe von Rednern hier gesagt, die **Gewerkschaften** hätten wachsende Bedeutung bekommen und mit dieser wachsenden Bedeutung eine **erhöhte Verantwortung**. Das bestreitet niemand. Auch wir sind der Meinung, daß die Gewerkschaften heute gegenüber der Gesamtbevölkerung zweifellos ein hohes Maß von Verantwortung haben. Wir bestreiten aber, daß die Verantwortung, die die Gewerkschaften gegenüber der arbeitenden Bevölkerung haben, auch nur das geringste mit ihrer Stellung zum bürgerlichen Staat zu tun hat. Die Gewerkschaften sind, wenn sie die Verantwortung gegenüber der werktätigen Bevölkerung tragen wollen, verpflichtet, in aller Form und mit aller Schärfe gegen diesen kapitalistischen Staat Stellung zu nehmen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es wäre nichts verkehrter und keines eine größere Verkennung der gewerkschaftlichen Aufgaben, als wenn jetzt die Gewerkschaften dazu übergehen sollten, sich auf dem Wege dieser Schlichtungsordnung zu Organen einer arbeiterfeindlichen Wirtschaftsordnung zu machen.

(Zuruf bei den Deutschnationalen.)

— Da können Sie wirklich keinen Zusammenhang konstruieren. Die Gewerkschaften — das ist der springende Punkt bei der Beurteilung dieser Schlichtungsordnung — müssen als Vertretung der Arbeiterschaft, die in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu diesem bürgerlichen Staat steht, sich vorbehalten, nach wie vor sich ihrerseits die Gesetze für ihr Handeln selbst zu geben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich halte es für unerträglich — daraus entspringt unsere Gegnerschaft gegen diese Schlichtungsordnung —, daß die Arbeiterorganisationen, die Angestellten- und Beamtenverbände bureaukratisch sich durch die Gesetzgebung eines ihnen gegnerischen Staatswesens vorschreiben lassen, wie sie ihre Kämpfe zu führen haben, in welcher Weise sie von ihrer solidarischen Kraft und ihren Kampfmitteln Gebrauch machen dürfen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es wird davon gesprochen, daß die **Gewerkschaften sich nach dem Kriege umgebildet** haben, daß das heute alles ganz anders zu beurteilen ist als vor dem Kriege. Selbstverständlich hat die Umwälzung vom November 1918 eine Neuformung der in der Gesellschaft lebendigen Kräfte gebracht, die heute zum Teil wieder verloren gegangen ist. Aber wenn auch ein Teil der Errungenschaften dieser Revolution nicht mehr besteht: das eine, was bis heute bestehen geblieben ist, ist, solange Sie diese Schlichtungsordnung noch nicht verabschiedet haben, die Bedeutung und die Stellung der Gewerkschaften, und diese letzten Errungenschaft der Revolution soll jetzt durch diese Schlichtungsordnung beseitigt werden.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Gewerkschaften sind heute noch, wenn sie von ihrer Macht Gebrauch machen, die stärkste Organisation der Arbeit im ganzen. Die Gewerkschaften sind aufgebaut auf der ausgesprochenen Grundlage des kollektivistischen Prinzips, wonach der einzelne sich unter die Gesamtheit unterzuordnen hat. Die Gewerkschaften sind gerade als die Repräsentanten kollektivistischer Einordnung ganz naturgemäß die ausgesprochenen Gegner der bürgerlischen Gesellschaft, die auf dem Individualismus aufgebaut ist. Jede selbstbewußte Gewerkschaft muß Wert darauf legen, auch diese grundsätzliche Gegnerschaft zu der heutigen Gesellschaft nach wie vor zum Ausdruck zu bringen. Sie darf sich die Bewegungsfreiheit nach dieser Richtung in keiner Weise einschränken und beengen lassen. Es ist eine Illusion, wenn hier ausgesprochen wurde, wie heute der Wirtschaftsfrieden hier getätigt wird, in welcher Weise man eine Aussöhnung zwischen Kapital und Arbeit erhofft, 14 Tage, nachdem in Süddeutschland ein unerhörter Kampf, der von den Metallindustriellen herausgefordert war, hinter uns liegt. Das ist die Neigung zum Wirtschaftsfrieden, von der der Herr Arbeitsminister gesprochen hat.

Ich sage weiter: die Gewerkschaften haben es niemals notwendiger gehabt als heute, sich diese Bewegungsfreiheit aufrechtzuerhalten, heute, wo man die letzten Reste jeder Gemeinwirtschaft abbaut, wo man restlos dazu übergeht, das freie Spiel der Kräfte wiederherzustellen, den Kapitalismus von allen Bindungen freizumachen. In diesem Augenblick will man den Koalitionen der Arbeiter auch noch ihren letzten Rest von Bewegungsfreiheit nehmen. Wir können es durchaus verstehen, wenn in den bürgerlichen Parteien als den Vertretern dieses Systems auch die ganze Feindschaft gegen die Koalition der Arbeitnehmer in diesem Gesetz zum Ausdruck kommt, und der Herr Arbeitsminister hat es diesmal redlich verdient, wenn er von Herrn Graef eine warme Anerkennung für seine Arbeit erhalten hat.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das, was in diesem Gesetz gemacht wird, ist die **gesetzliche Unterdrückung** — und damit die logische Fortsetzung der ganzen Politik der bürgerlichen Parteien — **jeder kollektivistischen Regung** innerhalb **der Arbeitnehmerschaft**. Es ist auch ganz natürlich, daß der Widerstand gegen diese Schlichtungsordnung nur von denen ausgehen kann, die ein Interesse daran haben, weiterhin kollektiv arbeiten und kämpfen zu können. Die Widerstände können nur von der Arbeiter- und Angestelltenschaft selbst ausgehen, von denen, die von ihren Produktionsmitteln getrennt, eben nur diese eine Waffe der solidarischen Verweigerung ihrer Arbeitskraft haben. Was mit dieser Schlichtungsordnung beabsichtigt ist, ist die systematische Fortsetzung des zurückliegenden jahrzehntelangen Kampfes, den man von Anfang an gegen die Koalition der Arbeiter geführt hat. Zuerst hat man die Koalition verboten. 1869 mußte man das Verbot wieder aufheben. Dann setzten die Verfolgungen der Gewerkschaften wieder ein. Nachdem nun trotz aller jahrzehntelangen Verfolgungen die Gewerkschaften ihren Aufstieg genommen haben, nachdem man sie heute in ihrer wachsenden Bedeutung als einen Fremdkörper im kapitalistischen Staat erkannt hat, der seine eigenen Gesetze hat und vielfach als eine Nebenregierung betrachtet wurde, versucht man, da man diesem Aufstieg nicht mehr anders begegnen kann, ihn durch die Gesetzgebung zu hindern.

Einer der Herren Vorredner hat ja deutlich gesagt: „mit dieser **Radikalisierung der Arbeiter** muß ein Ende gemacht werden, und deshalb macht man die Schlichtungsordnung". Ja, meine Damen und Herren, glauben Sie denn wirklich, daß Sie die natürliche Radikalisierung, die Erkenntnis der Angestellten und Arbeiter von ihrer Klassenlage, damit unterbinden können, daß Sie

(**Aufhäuser**, Abgeordneter.)

(A) die Ausbrüche sozialer Kämpfe mit gesetzgeberischen Mitteln hindern wollen?

Die Entwicklung, die die Gewerkschaften genommen haben, macht sich natürlich auch in unserer Rechtsbildung geltend. Es ist geradezu unverständlich, daß hier überhaupt von der ganzen **Gestaltung des Arbeitsrechts**, die sich davon gar nicht trennen läßt, grundsätzlich so außerordentlich wenig gesagt worden ist. Man kann die künftige grundsätzliche Ausgestaltung des Arbeitsrechts, zu dem die Schlichtungsordnung gehört, einfach von der Organisationsentwicklung der Arbeitnehmer nicht trennen. Das Recht wird in Zukunft nicht nur sozial sein, sondern es muß auch autonom sein, soweit es sich um das Arbeitsrecht handelt, und dieses Arbeitsrecht wird in einem Gegensatz zu dem bisherigen bürgerlichen Rechte stehen müssen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieser Gegensatz soll hier künstlich verwischt werden. Anstatt die Fortentwicklung dieses neuen Arbeitsrechts zu fördern, versucht man jetzt, künstlich die Träger dieser neuen Entwicklung in ihrer Bewegung zu hemmen. Man hat den Gewerkschaften unter dem Zwang der Revolution die Anerkennung nicht versagen können. Nachdem sich aber nun die Gewerkschaften weiter entwickelt haben, nachdem sich gezeigt hat, daß sie eine volle Autonomie im heutigen Staate für die in den Gewerkschaften organisierten gesellschaftlichen Mächte anstreben, kommt dieser **Vorstoß** mit der Schlichtungsordnung, der nichts anderes bedeutet, als den Arbeitern und Angestellten ihr Selbstbestimmungsrecht zu nehmen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man hat diesen Entwurf fünf- oder sechsmal umgearbeitet. Ich will auf die einzelnen Entwürfe hier (B) nicht eingehen, aber die Tendenz ist doch die alte geblieben. Es kommt ja nicht nur auf die technische Formulierung einzelner Paragraphen an, sondern das Wesentliche ist, daß auch der neue Entwurf im Grundgedanken das beibehalten hat, was von Anfang an diejenigen wollten, die diese Schlichtungsordnung damals verlangt haben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es handelt sich, sage ich, nicht um eine Schlichtungsordnung, sondern tatsächlich um die Reglementierung des Streiks. Man will in Zukunft nicht nur den Streik reglementieren, sondern überhaupt, wenn dieser Entwurf Gesetz wird, die Arbeiterbewegung, die in Gegensatz zu dieser Gesetzgebung und ihren treibenden Kräften steht. Man will das Schlichtungsverfahren, das bei freiwilliger Grundlage sehr gut wirken kann, umbiegen und umbilden zu einem Zwangsschiedsverfahren, wie es bereits der Kollege Giebel geschildert hat, das alles andere, nur nicht einen sozialen Ausgleich schaffen kann.

Wenn **Arbeitgeber und Arbeitnehmer miteinander** verhandeln sollen, ist die Voraussetzung, daß sie als **gleichberechtigte Machtfaktoren** freiwillig zu dieser Verhandlung erscheinen. Wenn die Voraussetzungen für dieses freiwillige Verhandeln fehlen, dann hat der eine Teil kein Recht, zwangsweise mit Hilfe der Gesetzgebung den anderen an den Verhandlungstisch zu zwingen, wie es hier geschieht. Hier handelt es sich um zwei Machtfaktoren, die man anerkennen muß. Das Beispiel, das der Kollege Giebel aus Australien angeführt hat, beweist doch, wohin es führt, wenn man lebendige Kräfte in dieser Weise reglementiert. Man hat in Australien diese Zwangsschiedsgerichte geschaffen, und nirgends ist so viel gestreikt worden wie dort. Sie werden doch auch in Deutschland den Arbeitern und Angestellten nicht den Verzicht auf den sozialen Kampf durch ein solches Gesetz zumuten wollen oder auch nur zumuten können.

Wir sind durchaus damit einverstanden, daß sich der 6. Ausschuß des Reichstags mit dem heutigen **Schlichtungswesen** beschäftigt. Wir sind bereit, daran mitzuarbeiten, daß man nachprüft, inwieweit das jetzige Schlichtungswesen technisch verbessert werden muß. Hier sind eine Reihe von Dingen zu verbessern in bezug auf die Handhabung, die Zusammensetzung, die Wahlen, in bezug auf die ganze Tätigkeit der heutigen Schlichtungsausschüsse. Wir sind aber nicht bereit, unsere Hand dazu zu bieten, etwa auf der Grundlage dieses Gesetzentwurfes aus dem freiwilligen Schlichtungswesen ein Zwangsschiedsverfahren zu machen. Soweit es sich um diese **technischen Verbesserungen** handelt, hätte der Entwurf eine Reihe von Besserungen bringen können, die aber ausgeblieben sind. Ich will darauf im Augenblick nicht eingehen.

Wir könnten nachweisen und werden es an anderer Stelle noch tun, daß man beispielsweise das Überwiegen der behördlichen Bureaukratie in diesem Entwurf denkbar weit gesteigert hat,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß man zum Beispiel bei den tarifmäßigen Schlichtungsausschüssen, soweit keine Beisitzer durch Einigung zustande kommen, dem Vorsitzenden das Recht einräumt, daß er seinerseits die Beisitzer ernennt. Glauben Sie wirklich, daß sich die Arbeiter gefallen lassen, daß man ihre Vertrauensleute durch einen Bureaukraten beruft und benennt?

Man hat weiter bestimmt — auch das ist die sogenannte Entbureaukratisierung! —, daß die unparteiischen Vorsitzenden mit ihren weitgehenden Befugnissen (D) wiederum von den Landesbehörden ernannt und bestellt werden. Auch hier kein Mindestmaß von **Selbstverwaltung!** Nicht im entferntesten die Erfüllung auch der Verfassung, in der immer wieder von den Rechten und der Gleichberechtigung der Arbeiter die Rede ist! Bei jedem neuen Gesetz aber werden die Rechte und Befugnisse der alten politischen Verwaltungsbureaukratie bis ins Unermeßliche gesteigert.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich sage also: darüber werden wir im Ausschuß sehr gerne reden und mitarbeiten, soweit es sich um die angeführten Verbesserungen des heutigen Schlichtungswesens handelt. Dabei wird sich dann zeigen, daß dieser Entwurf alles andere, nur keine geeignete Grundlage bietet.

Man hat die Vorsitzenden eingesetzt. Die Abberufung dieser sogenannten unparteiischen Vorsitzenden ist aufs äußerste erschwert. Sie werden auf unbestimmte Zeit mit jährlicher Kündigungsfrist und andern Erschwernissen eingestellt. All die Befugnisse der politischen Verwaltungsbureaukratie sind, wie ich schon sagte, gesteigert.

Aber der Entwurf geht noch weiter. Während man hier vom „Wirtschaftsfrieden" und seiner Förderung spricht, wird in diesem Friedensinstrument auch das Abkommen vom 15. November 1918, auf das sich der Herr Reichsarbeitsminister beruft, in ganz eindeutiger Weise gebrochen. In dem **Abkommen über die Arbeitsgemeinschaft vom 15. November 1918** war enthalten, daß das Unternehmertum in Deutschland in Zukunft darauf verzichten will, weiterhin **gelbe Gewerkschaften** zu züchten. Die Unternehmer haben sich damals in einem Organisationsvertrag verpflichtet, die gelben Werkvereine sich

(Aufhäuser, Abgeordneter.)

selbst zu überlassen. In demselben Augenblick, in dem sich hier die Gesetzgeber auf die Arbeitsgemeinschaft berufen, wird ein neues Gesetz eingebracht, das in § 6 die Formulierung über die Gewerkschaften derartig trifft, daß auch in Zukunft die gelben Werkvereine als Gewerkschaften anerkannt werden.

(Hört! Hört! links.)

Sie muten es den Arbeitern zu, sich das alles gefallen zu lassen, ohne damit, wie Sie sagen, den Wirtschaftsfrieden zu fördern.

Man sagt auch in den §§ 68 und 69, daß die Parteien gezwungen sind, mit anderen Faktoren gemeinsam zu verhandeln. Im Zusammenhang mit diesen Paragraphen wird also den freien Gewerkschaften zugemutet, daß sie durch Entscheidung des Schlichtungsamts gezwungen werden können, neben sich auch die gelben Werkvereine als Bundesgenossen bei den Verhandlungen mitanzuerkennen, das heißt der Arbeitgeber bekommt zwei Vertretungen, eine auf der Arbeitgeberseite und die gelbe Werkvereinsvertretung auf der Arbeitnehmerseite.

(Hört! Hört! links.)

Das ist dann die Parität, von der geschwärmt wird!

Ich darf weiter streifen, daß man auch die Trennung zwischen den Angestellten der öffentlichen Betriebe und der Staatsbetriebe und zwischen den Beamten einerseits und den privaten Arbeitern und Angestellten andrerseits, die in letzter Zeit immer wieder zutage tritt, auch in diesem Gesetz wiederum verewigen will, daß man weiterhin den Arbeitern und Angestellten noch nicht einmal das direkte Wahlrecht zu den Körperschaften dieser Schlichtungsordnung einräumt.

Aber das alles sind, gemessen an dem Grundgedanken dieses Gesetzes, Kleinigkeiten. Das, was wesentlich ist, und was uns allerdings dazu veranlaßt, einem Gesetz auf dieser Grundlage nicht zuzustimmen, ist der § 55, auf den bereits der Kollege Giebel hingewiesen hat. Wir halten es für ganz unerträglich, daß man den organisierten Arbeitern und Angestellten zumutet, sich in Zukunft dem **Anrufungszwange bei den Schiedsgerichten** zu fügen. Nun hat der Herr Arbeitsminister erklärt, das sei bisher ja schon die gewerkschaftliche Praxis gewesen. Ja, das stimmt! Die Gewerkschaften haben ihre eigene Disziplin und werden nach wie vor dafür sorgen, daß, bevor sie einen Kampf eröffnen, nach ihrem Ermessen alle Einigungsmöglichkeiten erschöpft werden. Aber es ist ein großer Unterschied, ob die Gewerkschaften ihrerseits nach ihren Satzungen darüber entscheiden, in welcher Weise sie Kämpfe vorbereiten, oder ob man jetzt neuerdings der behördlichen Bureaukratie diese Entscheidung einräumen will.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Gewerkschaftliche Selbstdisziplin und Diktat einer behördlichen Bureaukratie sind für uns ganz grundverschiedene Dinge. Sie wollen den Arbeitern und Angestellten zumuten, daß sie in Zukunft keinen Kampf mehr eröffnen dürfen, bevor das Schiedsgericht angerufen ist. Aber das genügt Ihnen nicht: sie müssen warten, bis der Schiedsspruch gefällt ist. Auch das genügt noch nicht: sie müssen warten, bis der Schiedsspruch ihnen zugestellt wird, und auch dann noch müssen drei Tage verstreichen, ehe die Gewerkschaften von ihrem Recht, den Kampf zu eröffnen, Gebrauch machen dürfen, es sei denn, daß sie sich erheblichen Strafen aussetzen wollen. Dazu kommt dann noch das Einspruchsrecht mit 14 Tagen. Mit einem Wort: das, was in diesem § 55 verlangt wird, ist nichts anderes, als daß in Zukunft die Arbeiter und Angestellten nicht mehr selbst darüber entscheiden dürfen, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Voraussetzungen sie die ihnen zur Verfügung stehenden Kampfmittel zur Anwendung bringen sollen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das hat mit der gewerkschaftlichen Schulung, von der der Herr Arbeitsminister gesprochen hat, nicht das geringste zu tun. Sie können es ruhig den Arbeitern und den Gewerkschaften selbst überlassen, daß sie die nötige Verantwortlichkeit zur Eröffnung ihrer Kämpfe selbst fühlen. Aber sich unter das Diktat der Bureaukratie zu stellen und die darüber entscheiden zu lassen, daß nicht mehr zu dem von den Arbeitern angegebenen Zeitpunkt, sondern zu einem ihr beliebenden Zeitpunkt nur Kämpfe eröffnet werden können, d. h. daß der Arbeitgeber erst Wochen Zeit bekommen soll, um sich gegen einen Kampf der Arbeiter vorzubereiten, um seine Streikbrecher einzustellen, und damit praktisch jeden Kampf unmöglich zu machen, das ist eine Zumutung, die der deutschen Arbeiterschaft und jeder anderen Arbeiterschaft, die einigermaßen eine organisatorische Entwicklung hinter sich hat, als unannehmbar gelten muß.

Wenn der Herr Arbeitsminister erklärt hat, daß keine besonderen Strafgesetzbestimmungen in dem Gesetz enthalten sind, so ist das ganz nebensächlich. Es kommt nicht darauf an, ob die Strafbestimmungen in der Schlichtungsordnung stehen, sie stehen im bürgerlichen Recht, und die Verbände, die gegen die Schlichtungsordnung verstoßen, werden mit empfindlichen Geldstrafen bedroht.

Aber man geht so weit, daß man in Zukunft durch die Gesetzgebung den Arbeitern auch noch vorschreibt, nach welchen Stimmzahlen, nach welchem Mehrheitsverhältnis sie über ihre eigenen Angelegenheiten die **Streikabstimmung** vornehmen dürfen. Hat man jemals schon dem Unternehmer darüber eine Vorschrift gemacht, in welcher Weise er seine Arbeiter aussperrt?

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Hat man jemals dem einzelnen Unternehmer eine Vorschrift machen können, welche Entscheidung er gegen seine Arbeiter treffen will? Er trifft sie einfach! Die Arbeiter aber sollen sich in Zukunft durch die Gesetzgebung vorschreiben lassen, ob Zweidrittel- oder eine andere Mehrheit notwendig ist, und dann soll auch noch der **Gewerbeaufsichtsbeamte** kommen und soll kontrollieren, ob die Arbeiter ihre Angelegenheiten auch so erledigen, wie es dem heutigen Staat und seinen Vertretern gefällt.

Herr Graef hat gemeint, der letzte Eisenbahnerstreik hätte bewiesen, daß auch diese häßliche Erscheinung der Aufsicht durch den Gewerbeaufsichtsbeamten notwendig wäre. Glauben Sie wirklich, meine Damen und Herren, daß der letzte Eisenbahnerstreik verhindert worden wäre, wenn bei der Abstimmung Gewerbeaufsichtsbeamte dabei gewesen wären? Das heißt denn doch die ganze Psyche der Arbeiter völlig verkennen!

Alle diese Tatsachen, die noch wesentlich dadurch verschärft werden, daß man auch noch ohne den Willen der Beteiligten die Verbindlichkeitserklärung zuläßt, sprechen dafür, daß in dieser Form die Schlichtungsordnung für uns unannehmbar ist. Wir lehnen Zwangsschiedssprüche in direkter und auch in dieser indirekten Form ab, und wir verlangen, daß die Reform der Schlichtungsausschüsse im Zusammenhang mit der Reform der Arbeitsgerichte vor sich geht, daß man einheitliche Arbeitsbehörden schafft.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Aufhäuser**, Abgeordneter.)

(A) Ich darf schließlich noch das eine sagen. Wir werden uns gegen diesen Gesetzentwurf mit allem Nachdruck wenden. Wir werden uns dagegen wenden, daß man hier versucht, dem Arbeiter das natürliche Recht, über seine Arbeitskraft frei zu verfügen, durch Gesetz zu nehmen. Wir sind aber gleichzeitig der Meinung: wenn Sie trotzdem und gegen den Willen der Arbeiter- und Angestelltenschaft, wie es schon einmal beim Betriebsrätegesetz geschehen ist, wenn Sie trotz der Einwendungen, die meine Vorredner hier vorgebracht haben, ein solches Gesetz annehmen und sich damit einbilden, den Streik unmöglich zu machen, dann befinden Sie sich im Irrtum!

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten.)

Sie können den § 55 annehmen, und Sie können durch Gesetz verbieten, daß in Zukunft noch zum gegebenen Zeitpunkt gestreikt werden darf; aber daß Sie damit den Streik verbieten, daß Sie damit den Arbeitern und Angestellten das Recht nehmen können, auch im gegebenen Augenblick von ihrer ihnen verbliebenen Macht Gebrauch zu machen, das ist doch eine Illusion, die in diesem Hause nicht länger genährt werden sollte.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten.)

Das, was hier der Arbeitnehmerschaft zugemutet wird, ist typisch für den ganzen sozialen Kurs, der augenblicklich in unserer Gesetzgebung herrscht.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie haben es bei den zurückliegenden Gesetzen gezeigt, daß man jetzt die Arbeiterschutzgesetzgebung dazu benutzen will, um gegen die Arbeiter und gegen die Angestellten Gesetze zu schaffen.

(B) (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Kommunisten.)

Aber wir möchten Ihnen hier warnend zurufen, bevor Sie die Schlichtungsordnung verabschieden, und bevor Sie sich im Ausschuß auf das festlegen, was hier angekündigt wurde: Es ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, auch bei der sozialpolitischen Gesetzgebung, wo die Arbeiter und Angestellten sagen werden: bis hierher und nicht weiter!

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Kommunisten.)

Und wenn die Mehrheit dieses Hauses dazu kommen sollte, die Schlichtungsordnung grundsätzlich nach diesen Vorschlägen zu verabschieden, wenn Sie glauben, die Radikalisierung der Arbeiter, Angestellten und Beamten damit zu unterbinden, daß Sie hier ein Zwangsgesetz gegen die Bewegungsfreiheit der Arbeiterorganisation schaffen, dann werden Sie damit erreichen, auch wenn es in diesem Hause eine Mehrheit finden sollte, daß außerhalb dieses Hauses die Arbeiter, Angestellten und Beamten den Unwillen zum Ausdruck bringen, der gegen dieses Gesetz, den Gipfelpunkt des jetzigen sozialen Kurses, zum Ausdruck gebracht werden muß. Und wenn Sie es darauf ankommen lassen, dann wird auch der Zeitpunkt da sein, zu dem die Arbeiter, Angestellten und Beamten anläßlich dieser Schlichtungsordnung beweisen, daß Sie durch Gesetze dieser Arbeiterschaft ihr Streikrecht nicht nehmen können in dem Augenblick, in dem die Arbeiter, die Angestellten oder die Beamten streiken wollen!

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Kommunisten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Moldenhauer.

Dr. **Moldenhauer**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der vorliegende Entwurf greift an das Problem heran, die Arbeitskämpfe, die unser Wirtschaftsleben immer mehr erschüttern, einzuschränken. Es ist klar, daß die Einstellung zu diesem Entwurf seitens der einzelnen Parteien bedingt wird von ihrer Stellungnahme zum **Klassenkampfgedanken** überhaupt. Es liegt auf der Hand, daß diejenigen, die auf den Klassenkampf schwören, die glauben, daß die Entwicklung dahin gehen muß, daß die Gewerkschaften in immer stärkeren Kämpfen das Unternehmertum schließlich niederringen, bis es ganz verschwindet, naturgemäß derartigen Versuchen, wie sie der Entwurf der Schlichtungsordnung bedeutet, von vornherein den schärfsten Widerstand leisten und den schärfsten Widerspruch erklären. So klang es aus den beiden Reden vorhin. Wenn auch der Herr Kollege Giebel dem Wirtschaftsfrieden zunächst das Wort redete, seine Grundanschauungen liefen doch auf den Klassenkampf hinaus.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Daß Herr Aufhäuser diesen Gedanken sehr viel schärfer betonte, war von vornherein zu begreifen, und es ist kein Zweifel, daß der Herr Kollege Malzahn, der später nach ihm über diese Frage sprechen wird, auch ihn noch in der Schärfe des Tones übertreffen wird.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir stehen auf einem andern Standpunkt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß nicht rücksichtslosester Klassenkampf der einen Gesellschaftsschicht gegen die andere uns weiterbringt, sondern daß über die Gegensätze, die naturgemäß immer auch wieder in Kämpfen sich entladen werden, es doch viel Gemeinsames gibt, daß über dem Gedanken des Klassenkampfes der **Gedanke der Arbeits-**, der Gedanke **der Volksgemeinschaft** steht, zu dem sich ja auch heute der Herr Reichsarbeitsminister wieder bekannt hat.

Deshalb wird man aus diesen allgemeinen Erwägungen heraus einmal jede Maßnahme begrüßen, die den Klassenkampfgedanken zurückzudrängen geeignet ist, die dem Gedanken der Arbeits- und Volksgemeinschaft dient. Rein wirtschaftliche Erwägungen sprechen auch dafür, in der gegenwärtigen Zeit mehr denn je Arbeitsstreitigkeiten, Streiks und Aussperrungen wegen der großen wirtschaftlichen Schädigung, die damit verbunden ist, zu vermeiden. Der Herr Reichsarbeitsminister hat mit nicht zu verkennender Schärfe hervorgehoben, daß die Streiks in ihren ungünstigen Folgen sich am allermeisten und am allerschwersten gerade bei den Arbeitnehmern selbst bemerkbar machen. Von dieser wachsenden Erkenntnis, daß selbst bei dem erfolgreich durchgeführten Streik die Arbeitnehmerschaft die größten Verluste erleidet, versprechen wir uns letzten Endes mehr Erfolge als von allen gesetzgeberischen Maßnahmen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Aber man wird auch diesen gesetzgeberischen Maßnahmen zustimmen müssen, wenn sie das Ziel haben, nicht, wie es hier eben in sehr starker Übertreibung gesagt worden ist, ein Streiken unmöglich zu machen, sondern wenn sie die Möglichkeiten, sich vorher zu verständigen, fördert. Das ist doch das Positive der Schlichtungsordnung, die nicht, wie eben gesagt worden ist, ein Antistreikgesetz ist, sondern die dem Gedanken dient, die Verständigung zu fördern, und die aus der Verständigung die Vermeidung des Streiks erhofft.

Deshalb richtet sie sich meines Erachtens auch nicht, wie der Herr Reichsarbeitsminister gemeint hat, wenn ich ihn richtig verstanden habe, lediglich gegen die wilden Streiks, sondern ihre Tendenz soll doch

(Dr. **Moldenhauer**, Abgeordneter.)

(A) dahin laufen, **durch** die **Verständigung** und Aussprache möglichst **überhaupt** einen **Streik** zu **vermeiden.**

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei. — Zuruf links: Jeden Streik!)

Sonst könnte ich den Anrufungszwang, der im § 55 festgelegt ist, nicht erklären. Wenn hier gesagt ist: möglichst jeden Streik zu vermeiden, ja, glauben Sie, daß es ein Unglück für unsere wirtschaftliche und politische Entwicklung wäre, wenn wir einmal eine Zeitlang jeden Streik vermieden und uns über gemeinsame Arbeitsbedingungen verständigten?

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das wäre so außerordentlich wertvoll für unsere ganze Entwicklung, daß ich nicht begreife, wie man einen derartigen Einwurf ironisch machen und es als einen Schaden für das Volk bezeichnen will, wenn man einmal eine gewisse Periode keinen Streik hätte.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

So werden meine politischen Freunde den Grundtendenzen des Schlichtungsausschusses zustimmen, ohne schon zu den einzelnen Fragen hierzu Stellung zu nehmen und etwa die einzelnen Bestimmungen hier gutzuheißen. Wir meinen, daß man bei der Prüfung im einzelnen sehr sorgfältig abwägen und berücksichtigen muß, daß alle Zwangs- und Strafmaßnahmen wahrscheinlich immer sehr einseitig wirken. Man wird den Arbeitgeber immer fassen können. Man wird gegen eine große Zahl von tausenden und hunderttausenden Streikenden mit Zwangs- und Strafmaßnahmen niemals durchgreifen können. Aus dem Grunde wird man von vornherein sehr vorsichtig untersuchen müssen, ob die Schlichtungsordnung Licht und Schatten auch gleichmäßig verteilt.

(B) Allerdings geben wir zu: die Schlichtungsordnung greift auch in die Sphäre des einzelnen ein, wie auch der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber auf der einen Seite, der Gewerkschaften auf der anderen Seite. Von den Vertretern der sozialistischen Parteien ist mit aller Entschiedenheit jeder Eingriff in die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften abgelehnt worden. Ich könnte dies verstehen von einem Vertreter des wirtschaftlichen Liberalismus, der im freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte den alleinigen Vorteil für den Staat erblickt. Aber ich kann es nicht begreifen von den Vertretern einer Weltanschauung, die dem Staat den größten Eingriff in die wirtschaftliche und politische Freiheit des einzelnen vindiziert, die die Freunde jeder Zwangswirtschaft sind, die aber, wie es scheint, hier auf dem Standpunkt stehen: und der Staat absolut, wenn er den Gewerkschaften den Willen tut!

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Nein, wir glauben, im Interesse des sozialen Friedens, im Interesse der Volkswohlfahrt hat der Staat das Recht, einzugreifen in den Einzelwillen des Individuums, wie der großen Körperschaften und Vereinigungen, und hat nicht haltzumachen etwa nur vor der einen wirtschaftlichen Vereinigung der Gewerkschaften.

Was die Fragen im einzelnen angeht, so möchte ich hervorheben, daß wir glauben, in der **Lehrlingsfrage** nicht so ohne weiteres die Bestimmungen der Schlichtungsordnung hinnehmen zu können. Ein großer Teil meiner Freunde steht auf dem Standpunkt — und der ist auch neulich durch unseren Redner festgelegt worden —, daß wir im Lehrvertrag einen Individualvertrag, nicht einen Arbeitsvertrag erblicken, so daß es fraglich sein kann, ob die Schlichtungsordnung auf die Lehrlinge ausgedehnt werden muß. Mindestens möchte ich heute schon bezüglich der Lehrlinge des Handwerks und der Landwirtschaft unsere schweren Bedenken (C) hervorheben.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Was die Organisationsfragen angeht, so gebe ich dem Herrn Kollegen Graef (Thüringen) und auch dem Herrn Kollegen Aufhäuser zu, daß man allmählich einen wilden Schrecken bekommt, wenn man wieder eine neue Regierungsvorlage in die Hand nimmt, die mit einer Fülle von Unterorganen, mit Landesämtern, die schließlich in einem Reichsamt enden, ausgestattet ist. Wir sehen ein ungeheures Anschwellen des Beamtenapparats und der bureaukratischen Verwaltung.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Hier im einzelnen zu prüfen, wo sich Stellen sparen lassen, wird wohl eine besondere Aufgabe des Ausschusses sein.

Ich habe den Anrufungszwang, den stark umstrittenen § 55, bereits eben erwähnt und möchte gegenüber denjenigen — ich glaube, es waren die Herren Kollegen Giebel und Aufhäuser —, die auf Australien verwiesen und gesagt haben, gerade Australien mit dem Anrufungszwang habe den Beweis dafür erbracht, daß die Streiks nicht ab-, sondern zunehmen, doch hervorheben, daß der Vergleich nicht so ohne weiteres zutrifft. Denn Australien hat nicht nur einen Anrufungszwang, sondern gleichzeitig mit dem Schlichtungsausschuß oder den Schiedsgerichten verbundene Lohnämter, die die Bedingung festsetzen. Daß so weitgehende Verbindlichkeitserklärungen in jedem einzelnen Falle die Gefahr laufen, allgemeine Streiks hervorzurufen, scheint mir sehr erklärlich. Aber diesen Weg will der Entwurf ja nicht gehen. Deshalb scheint mir die Verweisung auf Australien doch nicht richtig zu sein.

(D) Meine Fraktion hat im übrigen zu dem § 55 bisher keine Stellung genommen, ich muß daher unsere Stellung vorbehalten. Ich kann für meine eigene Person wohl erklären, daß ich dem Gedanken, wenn man die Versöhnung anstreben will, dann in jedem Falle vorher den Verständigungsversuch zu machen, sympathisch gegenüberstehe. Ich begrüße es aber, daß man von Strafvorschriften abgesehen hat, die auf dem Papier stehen blieben, und begnüge mich mit der Erklärung des Herrn Reichsarbeitsministers, daß im übrigen die zivilrechtliche Haftung für Verstöße sich nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches richtet.

Einer der umstrittensten Paragraphen wird naturgemäß der § 110 sowie die folgenden über die **Verbindlichkeitserklärung** sein. Ich kann da dem Herrn Kollegen Giebel nicht ganz in seinen Ausführungen folgen. Er hat sich mit aller Schärfe gegen den Anrufungszwang gewandt. Er hat aber, wenn ich ihn richtig verstanden habe, andererseits den Verbindlichkeitserklärungen sehr stark das Wort geredet. Das scheint mir unlogisch zu sein. Wenn man schon einmal so weitgehende Bindungen verlangt, kann man meines Erachtens auch den Anrufungszwang nicht ausschließen. Im übrigen glaube ich allerdings, daß man die Verbindlichkeitserklärungen mit allen Kautelen versehen muß, sonst wird das eintreten, vor dem gerade der Kollege Giebel gewarnt hat, sonst werden nach australischem Muster die Streiks zunehmen statt abnehmen; nicht wegen des Anrufungszwangs, sondern wegen der Verbindlichkeitserklärung. Der Gedanke, eine Verbindlichkeitserklärung nur dann zu erlassen, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Behörde, die hierüber entscheidet, in ihrer Mehrheit zugestimmt haben, scheint mir deshalb außerordentlich erwägenswert.

Zum Schluß gebe ich meinem Vorredner, dem Herrn Kollegen Aufhäuser, zu: nicht durch die Gesetze

(Dr. **Moldenhauer**, Abgeordneter.)

(A) werden letzten Endes diese Schwierigkeiten behoben. Wir leben in einer Zeit, die dem Wahne huldigt, daß man Mißstände durch Gesetze wegdekretieren könne. Das Gesetz kann nur Möglichkeiten schaffen, Voraussetzungen bieten, auf denen weitergearbeitet werden kann. Überwunden können diese Schwierigkeiten unserer Wirtschaftsentwicklung nur dadurch werden, daß der Geist der Versöhnung an die Stelle des Gedankens des Klassenkampfes tritt.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir werden im Ausschuß an dieser Schlichtungsordnung gern mitarbeiten und die einzelnen Bedingungen daraufhin prüfen, wie weit sie geeignet sind, dem Gedanken des Klassenkampfes Abtrag zu tun und den Gedanken der Verständigung unter den einzelnen Volksschichten zu fördern.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Fick.

Dr. **Fick**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Was lange währt, wird gut. Und so können wir wohl erwarten, daß die Schlichtungsordnung ein äußerst vollkommenes Werk sein wird. Die Kritiken, die bis jetzt daran geübt worden sind, lassen davon allerdings nicht viel merken. Andererseits ist die Schlichtungsordnung jetzt etwas schneller auf die Tagesordnung gekommen, als nach den verschiedenen Stufen, die die gesetzgeberischen Entwürfe bisher durchlaufen haben, anzunehmen war. Unsere Fraktion war deshalb leider noch nicht in der Lage, sich mit den Einzelheiten des Entwurfs zu beschäftigen, und die Ausführungen, die ich jetzt mache, muß ich mehr aus den allgemeinen Grundanschauungen unserer Fraktion ableiten als aus Erwägungen und Beratungen der Fraktion über die einzelnen Bestimmungen.

(B) Für unsere Stellungnahme ist vor allem maßgebend, daß wir in dieser **Schlichtungsordnung** nicht die **soziale Selbstverwaltung** verwirklicht sehen, die auch von verschiedenen Vorrednern gefordert worden ist, sondern daß wir es hier wieder mit einem bureaukratischen Aufbau von gigantischen Verhältnissen zu tun haben. Der Entwurf hat allerdings ein Zugeständnis an dem Grundsatz der Selbstverwaltung gemacht, insofern als architektonisch die vereinbarten Schlichtungsstellen eine Art Ehrenstellung gegenüber den Schlichtungsämtern einnehmen. In § 56 findet sich nämlich eine Bestimmung, wonach die vereinbarten Schlichtungsstellen den Schlichtungsbehörden vorgehen. Man hat aber doch den Eindruck, daß diese Vorzugsstellung nur eine scheinbare ist und daß sich in der Praxis die Sache wahrscheinlich ganz anders gestalten wird. Wir brauchen nur an den § 12 des Entwurfs zu denken, durch den die vereinbarten Schlichtungsstellen ihre Tätigkeit auf die Behörden übertragen können. Da nun die Behörden unentgeltlich arbeiten, so ist recht wohl anzunehmen, daß diese vereinbarten Schlichtungsstellen sehr oft von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werden, so daß diese Organe der Selbstverwaltung sehr bald in dem bureaukratischen Apparat aufgehen und von ihm aufgesaugt werden. Wenn wir das Gesetz zu entwerfen gehabt hätten, würden wir wohl eine **berufliche Gliederung** dieser Gliederung nach Landesbezirken vorgezogen haben. Wir gehen von der Überzeugung aus, daß wohl die einzelnen Berufsklassen am ersten in der Lage wären, sachverständige Urteile und Schlichtungsvorschläge zu machen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir glauben, dieser ganze Verwaltungsapparat würde vielleicht in der Weise am besten zu gestalten gewesen sein, daß die verschiedenen Berufsgruppen, wie es etwa die Buchdrucker seit langer Zeit haben, ihre eigenen (C) Ämter eingesetzt hätten, und daß dann über dieser Mannigfaltigkeit von Berufsgruppen, die nicht notwendigerweise nach Ländern abgegrenzt worden wären, eine Reichsschlichtungsstelle gestanden hätte, die grundsätzliche Entscheidungen hätte treffen können. Auf diese Weise wäre es wohl möglich gewesen, einen viel einfacheren Aufbau zu erreichen.

Mein Freund Erkelenz hat vor einigen Tagen eine sehr interessante Betrachtung über die ganzen Kosten des Aufbaus im Entwurf angestellt. Er ging von der Erwägung aus, daß im ganzen Deutschen Reich etwa zehn Millionen Streiktage gewesen sind. Diese zehn Millionen Streiktage bedeuten, wenn wir den Verdienst mit 100 Mark für den Tag annehmen, einen Verlust von einer Milliarde Mark im Jahre. Rechnen wir nun aus, was uns dieser Aufbau kosten wird, so müssen wir doch annehmen, daß etwa 5000 Stellen, also mindestens 5000 Beamte notwendig sein werden, um diese verschiedenen Stellen in dem geplanten Umfang zu besetzen, und daß mit dem sachlichen Aufwand für jeden dieser Beamten mindestens ein Aufwand von 100 000 Mark vom Reiche erfordert wird. Wenn Sie diese Rechnung durchführen, so kommen Sie zu dem Ergebnis, das mindestens die Hälfte der Streiktage durch die Tätigkeit der **Schlichtungsausschüsse** erspart werden muß, wenn wir nicht etwas zulegen sollen, mit anderen Worten, wenn nicht diese **unproduktiven Ausgaben** für diese Beamtenschaft eine Einbuße für die ganze Volkswirtschaft bedeuten sollen. Nun ist doch kaum anzunehmen, daß durch die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse über die Hälfte der Streiktage, die ohne diese Schlichtungstätigkeit gemacht werden würden, dem Reiche erspart werden können.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Kosten sind ja geradezu erschreckend. Wir finden in der Denkschrift eine Angabe, daß allein die Wahlen (D) der Beisitzer mehrere Millionen Mark erfordern werden.

Aus diesen Gründen würden wir eine berufliche Gliederung der Bezirksgliederung vorziehen. Wir wünschen vor allem, daß in der Republik an Stelle der Behörden die Tätigkeit und Mitarbeit der Bürger im Staate tritt, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Selbstverwaltung diese großen Aufgaben auch der Schlichtungstätigkeit in die Hand nehmen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben ja einige Ansätze auch in diesem Entwurf, daß man sparsam sein will, und wir begrüßen es zum Beispiel, daß die Anzahl der Beisitzer von sechs auf vier heruntergesetzt worden ist. Eine weitere Herabsetzung auf zwei Beisitzer erschien mir persönlich sehr wünschenswert. Im ganezn aber kann ich mich nach der Kritik, die vorhin der Herr Kollege Graef geübt hat, dem vollkommen anschließen, daß in unserer Gesetzgebung heute eine große Neigung besteht, bei jeder neuen Einrichtung einen logischen, symmetrischen Aufbau **von Behörden nach** Schema F vorzunehmen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

so daß man, ehe man den Entwurf überhaupt aufgeklappt hat, von vornherein weiß, wie die Sache etwa aufgezogen ist. Jede Gemeinde muß ihre Stelle haben. Dann müssen die Länder wieder ihre Zwischenstellen haben, und dann kommt ein Reichsamt an die Spitze. Es wird immer dieser pyramidale Aufbau beliebt. Bald ist die Spitze da und schreit nach ihrer Grundfläche und bald ist die Grundfläche da und schreit nach ihrer Spitze und den Zwischengliedern. Es ist gar kein Ende abzusehen. Und so ist es bei allen Gesetzen.

(Sehr richtig!)

Es ist eine ganz unerhörte Verschwendung von Volkskraft, die mit all diesen behördlichen Aufbauten ge-

(Dr. Fick, Abgeordneter.)

(A) trieben wird. Ich glaube, wir können uns da ein Beispiel an den Engländern nehmen, die auf diese systematische Durchbildung sehr oft verzichtet haben und die sich während des Krieges als ganz außerordentlich gute Organisatoren bewährt haben. Bei denen wird nicht so alles nach Schema F aufgebaut, sondern da kann es auch einmal — ich will es einmal so nennen — eine kleine Warze an dem Behördenorganismus geben, und da müssen nicht, weil man an der einen Stelle eine Zwischenstelle hat, überall Zwischenstellen eingeschoben werden. Wir können uns hier an den Engländern wirklich ein gutes Beispiel nehmen.

Ich möchte den Vorrednern im allgemeinen folgen und auf einzelne Bestimmungen nicht eingehen, sondern nur die allerwichtigsten Punkte herausnehmen. Da scheint mir allerdings schon der § 4 mit seiner Einbeziehung der Lehrlinge in die Schlichtungsordnung ein grundsätzlicher Fehler zu sein. Ich habe bereits im Vorjahr im Hauptausschuß meine Meinung geäußert — und ich glaube auch, daß meine Fraktionsfreunde der gleichen Ansicht sind —, daß die Einbeziehung der Lehrlinge durchaus nicht erforderlich ist, daß es gar nicht wünschenswert ist, die Lehrlinge schon in all diese Lohnstreitigkeiten hineinzutreiben. Für den Lehrling kommt es mehr darauf an, wie es im Wort liegt, daß er etwas lernt, als daß er viel verdient. Die Leute fangen heute überhaupt viel zu früh mit dem Verdienen an, ehe sie ihre Ausbildung beendet haben. Man hat oft hiergegen eingewandt, daß das patriarchalische und persönliche Verhältnis zwischen dem Meister eines Handwerkers und dem Lehrling auf den Großbetrieb nicht übertragbar sei. Aus meiner eigenen Erfahrung und Kenntnis vieler Fabriken kann ich Ihnen sagen, daß gerade dieses persönliche Verhältnis, zwar nicht im Verhältnis zwischen Direktor und Lehrling in der (B) Industrie, üblich ist, daß aber die Industrie die Notwendigkeit der Lehrlingsbildung vollkommen einsieht, wenn sie die Betreffenden zu tüchtigen Fabrikarbeitern heranzubilden wünscht. Das hat bei vielen einsichtigen Fabrikanten dazu geführt, daß als Mittelglied zwischen dem Unternehmer und dem Lehrling besondere Organe wie Fachlehrer, Leiter von Werkschulen u. dgl. eingeführt werden, die dann genau in demselben persönlichen Verhältnis zu dem einzelnen Lehrling stehen, ja vielleicht noch in einem engeren und intimeren, als das früher bei dem Handwerksmeister der Fall gewesen ist. Ich glaube also, daß die Gründe, die für die Einbeziehung der Lehrlinge in die allgemeinen Tarifverträge angeführt werden, doch nicht ganz ausschlaggebend sind.

Mit einem Sprung komme ich zu dem Herz- und Kernstück, dem § 55, der besonders vom Kollegen Giebel so energisch angegriffen worden ist. Ich glaube, bei meinen Parteifreunden besteht wohl kaum eine Neigung, auf besondere Vorsichtsmaßregeln gegen Streiks und Aussperrung zu verzichten. Vor allem bezieht sich diese Notwendigkeit auf die gemeinnötigen und lebenswichtigen Betriebe. Ich glaube, wir müssen es bedauern, daß in dem Entwurf die Bestimmungen früherer Entwürfe, wonach Gaswerke, Wasserwerke und Elektrizitätswerke in ganz besonderem Maße gegen Streiks und Aussperrung geschützt werden müssen, weggeblieben sind. Ich glaube wohl, daß im Ausschuß die Bestrebungen wieder auftauchen werden, diese lebenswichtigen Betriebe ganz besonders zu schützen. Moralisch können wir eigentlich ein Streikrecht bei solchen Betrieben überhaupt nicht anerkennen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es wird ja sehr schwer sein, diese Anschauung in der Praxis durchzuführen. Das gebe ich zu. Aber es ist gleichfalls nicht recht, daß eine Großstadt wie Berlin (C) oder Hamburg von einem Tag auf den anderen, weil gewisse Gehalts- und Lohnforderungen nicht durchgesetzt werden, im Dunkel liegt, und die Elemente, die an der Dunkelheit eine Freude haben, dann freies Spiel haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das sollte absolut ein für allemal nicht gehen! Ich mache auch darauf aufmerksam: gerade die Herren, die diesen § 55 so angegriffen haben, sollen bedenken, daß doch von seiten der nichtsozialistischen Parteien mit absolut gleichem Maße gemessen wird. Es würde uns gar nicht einfallen, das Recht zur Aussperrung etwa einem Privatelektrizitätswerk oder Gaswerk zuzugestehen. Wir messen mit gleichem Maße. Ebenso, wie wir sagen möchten: es geht nicht, daß die Arbeiter, ohne daß alle Mittel erschöpft sind, in einem derartigen lebenswichtigen Betriebe plötzlich in den Streik treten, ebenso erkennen wir an, daß der Unternehmer dieses Recht nicht besitzen darf. Wir können auch dem Herrn Arbeitsminister nur beipflichten, wenn er gesagt hat, daß sich die Streiks in diesen Betrieben vor allen Dingen auch gegen die Arbeitskollegen richten. Die Arbeitnehmer sind ja immer in der Mehrzahl und leiden unter diesen Bewegungen entschieden mehr als die Unternehmer. Deshalb hoffen wir, daß hier ein Ausweg gefunden werden kann, und solche lebenswichtigen Betriebe unter einen ganz besonderen Schutz gegen Streik und Aussperrung gestellt werden. Ich glaube auch, daß wir nicht ohne weiteres auf den Gedanken der Strafbestimmungen, die in den früheren Entwürfen enthalten waren, verzichten können. Mit der privatrechtlichen Entschädigung ist es doch eigentlich eine üble Sache, wie mir überhaupt das Nebeneinanderarbeiten der Gerichte und der Schlichtungsämter nach der Methode des Entwurfs ein etwas wunder Punkt zu sein scheint.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) (D)

Es wäre aber doch vielleicht die Möglichkeit gegeben, neben oder an Stelle dieser immer schwer durchzuführenden zivilrechtlichen Ansprüche, die ja auch auf der einen Seite des Hauses eine große Mißbilligung gefunden haben, den Gedanken einer Buße durchzuführen. Ich möchte diese Möglichkeit heute schon vielleicht nur erwähnen.

Ein sehr wichtiger Punkt, der mir besonders im letzten Jahre anläßlich eines großen Streiks in Wetzlar sehr eindringlich zu Gemüte geführt worden ist, ist der § 90 mit der Möglichkeit der Einleitung eines neuen Schlichtungsverfahrens. Es handelt sich hier um einen sehr einfachen Paragraphen, der gegen den allgemeinen rechtlichen Grundsatz: ne bis in idem, daß nicht zweimal dieselbe Sache vor Gericht kommen soll, zu verstoßen scheint. Auch der neue Entwurf bietet hier keine Besserung gegenüber dem Zustand, den wir unter der bisherigen Herrschaft der Schlichtungsausschüsse gehabt haben. Es heißt da nämlich:

> Hat das Schlichtungsverfahren weder zu einer Einigung noch zu einem bindenden Schiedsspruch in der Sache selbst geführt, so soll ein neues Schlichtungsverfahren über dieselbe Streitigkeit nur mit Zustimmung aller daran beteiligten Parteien oder nur dann eingeleitet werden, wenn in der Streitigkeit selbst oder in den für ihre Beurteilung maßgebenden Verhältnissen eine Veränderung eingetreten ist.

In diesem letzten Nebensatz liegt eine ganz außerordentliche Möglichkeit, daß der wirtschaftliche Friede durch diese Schlichtungsordnung nicht gefördert wird, denn wir brauchen uns nur zu denken, daß die Unternehmer oder die Arbeitnehmer eine andere Forderung aufstellen, so handelt es sich um „veränderte Verhältnisse", und der

(Dr. **Fick**, Abgeordneter.)

(A) Streit, der eben geschlichtet schien, kann höchstvergnügt am nächsten Tage von neuem losgehen. Derartige Fälle sind schon vorgekommen.

Was die **Verbindlichkeitserklärung angeht**, kann ich mich dem anschließen, was der Herr Kollege Dr. Moldenhauer ausgeführt hat. Ich glaube, diese Verbindlichkeitserklärung bedarf ganz besonders sorgfältiger Erwägung, und es wird wohl im Ausschuß noch darüber gesprochen werden müssen, ob weitere Vorsichtsmaßregeln hineinkommen können. Jedenfalls ist es zu begrüßen, daß mit dem System der Verbindlichkeitserklärung durch ein Einzelperson, wie wir sie jahrelang unter der Geltung der Demobilmachungsordnung gehabt haben, gebrochen worden ist, und der Entwurf uns eine sachliche Behandlung vor einer größeren Instanz, die mit mehreren Personen besetzt ist, verspricht.

Ich möchte damit schließen, daß ich die Zusicherung gebe, daß unsere Fraktion gern an einer zweckmäßigen Ausgestaltung dieser Schlichtungsordnung mitarbeiten wird. Herr Kollege Aufhäuser hat besonders den kollektivistischen Gedanken der Gewerkschaft in den Vordergrund gestellt und hat in dem Sinne gesprochen, als ob dieser Gedanke uns allein bei der Beratung dieses Gesetzentwurfs leiten müsse. Es tut mir leid, daß der Herr Kollege Aufhäuser nicht einen Schritt weiter gegangen ist, vom kollektivistischen Gedanken der Gewerkschaften zu dem der ganzen Volksgemeinschaft. Wir werden uns bei der Mitarbeit an diesem Gesetzentwurf von diesem **kollektivistischen Gedanken der ganzen Volksgemeinschaft** leiten lassen.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Weixler.

(B) **Weixler,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Namens meiner politischen Freunde begrüße ich die eingebrachte Vorlage, weil wir darin einen Unterbau erblicken, der geeignet ist, ein Gesetz zu schaffen, das die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einander näher bringt und dem Wirtschaftsfrieden des Volksganzen dient. Wenn man besonders aber als Gewerkschaftsführer zu dieser Angelegenheit Stellung nimmt, kann man auch noch einen Augenblick zurückdenken an die Zeit, wo es in bezug auf Schlichtungsverhältnisse noch sehr im Argen lag. Wir müssen es deshalb begrüßen, weil wir aus dieser Zeit heraus wissen, daß die Arbeiterschaft ziemlich rechtlos war und daß die damals eingestellten Einrichtungen in vielfacher Hinsicht nur einseitig zu Gunsten der Arbeitgeber gingen. Wir wissen ferner, daß die behördlichen Organe in den meisten Fällen bei Differenzen nur in einseitiger Weise eingegriffen haben, meistens zum Nachteil der Arbeiter.

Aus diesen Gründen also begrüßen wir die eingebrachte Vorlage ohne Zweifel. Nachdem schon eine Reihe von Vertretern aus der Arbeiterschaft wie auch besonders der Herr Reichsarbeitsminister ihre Ausführungen in dem Sinne gemacht haben, daß die Vorlage nach jeder Richtung hin weiter geprüft und dem 6. Ausschuß unterbreitet werden solle, kann ich es mir versagen, weiterhin auf die einzelnen Paragraphen, wie sie nun einmal vorliegen, einzugehen.

Ich möchte aber insbesondere nur noch eines erwähnen. Wenn wir in der Vorlage in der Hauptsache sehen, daß die sogenannten **wilden Streiks** durch die darin untergebrachten Bestimmungen gebannt werden sollen, so müssen wir das von unserem Standpunkt aus begrüßen, und zwar deshalb, weil die wilden Streiks in der Hauptsache das Ansehen der gesamten Arbeiter schädigen,

(sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei)

weil hier besonders darin zum Ausdruck kommt, daß die Arbeiterführer die Autorität unter ihren eigenen Arbeitern (C) verloren haben.

Soweit es sich um die **Strafbestimmungen** handelt, ist es selbstverständlich, daß wir vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus hier nicht unter allen Umständen damit einverstanden sein können, daß solche Bestimmungen schließlich in rigoroser Weise gegenüber der Arbeiterschaft oder ihren Organisationen durchgeführt werden. Ich bin vielmehr der Meinung, daß schon die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs nach der Richtung hin eine genügende und ausreichende Handhabe bieten, um auch in diesem Fall, wo die Arbeiterschaft tatsächlich zuwiderhandelt, mit den zu Gebote stehenden Mitteln gesetzmäßig jetzt schon vorzugehen. Es ist ja bereits von seiten meines Herrn Vorredners betont worden, daß man sich damit abfinden kann, wenn für diesen Fall sogenannte kleine Bußen auferlegt würden.

Es können aber auch andere Fälle eintreten. Die Arbeiterschaft könnte auch seitens des Unternehmertums oder des Arbeitgebers provoziert werden. In diesem Falle könnten wir gar nicht im geringsten Zugeständnisse machen, damit hier etwa Bestrafungen erfolgen könnten. Wie leicht entwickeln sich solche Provokationen seitens der Arbeitgeber in Fällen, wo es sich darum handelt, gegen mißliebige Arbeiter, die nun einmal an der Spitze der Organisationen stehen oder als Betriebsräte in Betracht kommen, vorzugehen, um ihnen den Daumen aufs Auge zu drücken. Das würden die Arbeiter in solchen Fällen ohne Zweifel als eine Provokation betrachten. Nach unserer Auffassung käme hier eine ganz andere Auslegung der Bestrafung — jedenfalls überhaupt keine Bestrafung — in Betracht.

Wir geben zu, daß die Vorlage noch eine ganze Anzahl von Unebenheiten und Härten enthält. Wir werden bemüht sein, in der Kommission mitzuarbeiten, um diese (D) Härten und Kanten abzuschleifen, so daß wir schließlich doch ein brauchbares Gesetz aus dieser Vorlage herausbringen.

Von einigen Rednern ist auch angeführt worden, daß durch die bisher in der Vorlage enthaltenen Bestimmungen die **Koalitionsfreiheit** unter Umständen beschränkt werden könnte. Ich fürchte eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit in dem Entwurf nicht. Diese ist ja ohne weiteres zunächst durch die Verfassung garantiert, und die Arbeiterschaft hat nach wie vor die Mittel, die ihr Kraft ihrer Organisation zur Seite stehen, in ausgiebigem Maße selbst in der Hand, um eventuell gegen einen Anschlag auf die Koalitionsfreiheit seitens eines einzelnen Arbeitgebers oder der Einrichtungen der zu schaffenden Schlichtungsinstanzen vorzugehen.

Wir von der Bayerischen Volkspartei stimmen ebenfalls der Überweisung der Vorlage an den 6. Ausschuß zu, weil wir hoffen und erwarten, dort schon in der nächsten Zeit etwas zustande zu bringen, was im Interesse der Arbeiterschaft und des Volksganzen nur zu begrüßen ist.

(Beifall bei der Bayerischen Volkspartei.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Der nächste Redner hat eine recht ausgiebige Erörterung der Frage in Aussicht gestellt, die in einer Stunde nicht erledigt werden würde.

Ich schlage deshalb vor, unsere Beratungen für heute abzubrechen

(Zustimmung)

und die nächste Sitzung anzusetzen auf morgen, Sonnabend den 17. Juni 1922, mittags 12 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Wahl eines Schriftführers;

(Präsident.)

2. Interpellation der Abgeordneten Crispien und Genossen, betreffend die Maßnahmen der organisierten Landwirtschaft gegen eine neue Getreideumlage;

— diese zur Anfrage an die Regierung —

3. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen;

— hier hat eine Einigung im 22. Ausschuß stattgefunden, sodaß uns das nicht lange aufhalten wird —

4. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Anwendung der Verträge zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich vom 6. Oktober 1921, 15. März und 3. Juni 1922 sowie der Vereinbarung zwischen der Deutschen Regierung und der Reparationskommission vom 2. Juni 1922 über die Ausführung der Reparationssachleistungen;

— es handelt sich hier um das Wiesbadener, das Bemelmans- und das Gillet-Abkommen, die zuerst im Auswärtigen Ausschuß und im Ausschuß für die Ausführung des Friedensvertrags behandelt werden sollen —

5. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Zwangsanleihe;

6. erste Beratung des von den Abgeordneten Crispien und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes;

7. erste Beratung des von den Abgeordneten Dr. Curtius, Dr. Becker (Hessen) und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Erbschaftssteuergesetzes;

8. erste Beratung des von den Abgeordneten Hergt und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Erbschaftssteuergesetzes;

9 erste Beratung des Entwurfs eines Disziplinargesetzes für die Wehrmacht;

10. Fortsetzung der ersten Beratung des Entwurfs einer Schlichtungsordnung;

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung klingt sehr lang; es sind aber meistens Sachen, die an die Kommission gehen. Ich glaube, wir werden mit zwei oder drei, allerdings nicht sehr kurzen, Reden morgen zu Ende kommen.

Ein Widerspruch gegen die Tagesordnung wird nicht erhoben; sie steht fest.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 21 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

228. Sitzung.

Sonnabend den 17. Juni 1922.

Die Sitzung wird um 12 Uhr 15 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Als Vorlage ist eingegangen:

Entwurf eines Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922.

Eine Anzahl Einwohner aus Kowno bitten in einem an mich gerichteten Schreiben vom 14. Juni d. J., Maßnahmen zu ergreifen, um das Leben von russischen Seelsorgern zu retten, die von der Sowjetregierung zum Tode verurteilt sind, und sie aus der Gefangenschaft zu befreien sowie die Einführung südamerikanischen Getreides nach Rußland zur Linderung der Hungersnot zu vermitteln.

Das Schreiben liegt im Bureau zur Einsicht aus.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 2. Ausschuß für den Abgeordneten Lind der Abgeordnete Haag;
in den 3. Ausschuß für den Abgeordneten Nacken die Frau Abgeordnete Teusch (Köln);
in den 5. Ausschuß für den Abgeordneten Schlack der Abgeordnete Stegerwald;
in den 6. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Hartmann der Abgeordnete Lambach;
in den 11. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Scholz der Abgeordnete Dr. Curtius;
in den 13. Ausschuß für den Abgeordneten Damm der Abgeordnete Bornefeld-Ettmann;
in den 19. Ausschuß für den Abgeordneten Henning der Abgeordnete Hänse (Thüringen);
in den 22. Ausschuß für die Abgeordneten Schmidt (Sachsen), Dr. Braun (Franken), v. Rehbinder, Dr. Bell, Frau Teusch (Köln), Dr. Curtius die Abgeordneten Sollmann (Köln), Rieke, Dr. Lauscher, Bitta, Graf Bernstorff (Hannover), Dr. Heinze.

Ich habe Urlaub erteilt den Abgeordneten
Schumann für 8 Tage,
Frau Sender für 8 Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die

Wahl eines Schriftführers.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Guérard.

v. Guérard, Abgeordneter: Ich schlage zum Schriftführer den Herrn Abgeordneten Schwarz (Hessen) vor und bitte, die Wahl durch Zuruf vorzunehmen.

Präsident: Wird ein Einwand gegen die Wahl durch Zuruf erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen

(Präsident.)

(A) Wünscht jemand gegen den Vorschlag des Herrn Abgeordneten v. Guérard, den Herrn Kollegen Schwarz (Hessen) zum Schriftführer zu wählen, zu stimmen? — Das ist auch nicht der Fall. Dann darf ich die Wahl für erfolgt ansehen.

Ich frage den Herrn Abgeordneten Schwarz (Hessen), ob er die Wahl annimmt.

Schwarz (Hessen), Abgeordneter: Ich nehme die Wahl an.

Präsident: Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur

Interpellation der Abgeordneten Crispien und Genossen, betreffend Maßnahmen der organisierten Landwirtschaft gegen eine neue Getreideumlage (Nr. 4491 der Drucksachen).

Zunächst richte ich die Frage an den Herrn Vertreter der Reichsregierung, ob und wann die Reichsregierung die Interpellation beantworten will.

Das Wort hat der Herr Oberregierungsrat Heinitz.

Heinitz, Oberregierungsrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Kommissar der Reichsregierung: Die Reichsregierung ist bereit, die Interpellation innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist zu beantworten.

Präsident: Die Interpellation wird dann erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung, zur

zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen (Nr. 4335 der Drucksachen).

(B) Mündlicher Bericht des 22. Ausschusses (Rechtsausschuß) (Nr. 4493 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Wunderlich.

Das Wort hat der Berichterstatter, der Herr Abgeordnete Dr. Wunderlich.

Dr. **Wunderlich,** Abgeordneter, Berichterstatter: Der vorliegende Gesetzentwurf will die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen neu regeln. Bisher bezogen die Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen außer ihren Reisekosten noch feste Tagegelder, deren Höhe durch eine Verordnung der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats festgesetzt wurde. Diese Form der Entschädigung brachte es schon früher, besonders aber in den letzten Zeiten der Teuerung, mit sich, daß der mit der Ausübung des Amtes verbundene Aufwand bei weitem die Höhe der Tagegelder überschritt. Infolgedessen erhielten auch die Personen, die glaubhaft machten, daß sie den mit der Ausübung des Amtes verknüpften Aufwand nicht zu tragen vermöchten, nach § 35 Ziffer 6 des Gerichtsverfassungsgesetzes ein **Ablehnungsrecht.** Das führte nun zu dem der Strafrechtspflege abträglichen Ergebnisse, daß weite Kreise der Bevölkerung zwar nicht rechtlich, aber faktisch von der Teilnahme am Laienrichtertum ausgeschlossen waren. Diesem Übelstande muß im Interesse der Strafrechtspflege abgeholfen werden. Infolgedessen bricht der vorliegende Gesetzentwurf mit der bisherigen starren Form der Tagegelder und geht über zu einer **beweglichen Entschädigung**, die sich dem Einzelfall mehr anpaßt. Es wird das System aufgenommen, das schon für die Entschädigung der Zeugen und Sachverständigen gilt: es wird eine Entschädigung für den Verdienstausfall und für den Aufwand ausgeworfen und dann Ersatz der Fahrkosten zugesichert. Auch jetzt soll eine Ausführungsverordnung der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats im einzelnen die Höhe der Entschädigungen regeln, insbesondere die **Höchst- und Mindestgrenzen für den Verdienstausfall.** In der Kommission ist die Reichsregierung zunächst gefragt worden, in welchem Umfange sich die Reichsregierung ungefähr diese Entschädigungen denke. Damals hat der Herr Reichsjustizminister erklärt, nach den früheren Teuerungsverhältnissen habe man etwa folgende Regelung in Aussicht genommen: Verdienstausfall soll mit 5 bis 15 Mark für die angefange Stunde entschädigt werden, bei einer Höchstentschädigung von zehn Stunden für den Tag; der Aufwand soll erstattet werden in besonders teuren Orten mit 40 Mark, in anderen Orten mit 30 Mark, und für jedes Nachtquartier sollen drei Viertel dieser Beträge gewährt werden; an Fahrkosten sollen die Eisenbahnfahrpreise voll erstattet werden; für eine andere Beförderung sollen 50 Pfennig für den Kilometer bezahlt werden.

Diese Regelung erschien einer Reihe von Ausschußmitgliedern noch nicht weitgehend genug; sie wollten vor allem im Gesetz festgelegt haben, daß minderbemittelte Kreise, Leute bis zu einem bestimmten Mindesteinkommen, für ihren ganzen Verdienstausfall voll entschädigt werden sollten. Nach verschiedenen Versuchen, diese Frage im Gesetz zu lösen, haben sich dann in der zweiten Lesung im Ausschusse sämtliche Parteien auf den jetzt vorliegenden Gesetzentwurf, wie er in Abs. 2 Satz 2 und 3 des neuen § 55 gefaßt ist, geeinigt. Danach erhält also die Reichsregierung eine bestimmte, bindende Anweisung, wie sie die Höchstgrenze festzusetzen hat, und bis zu diesem Betrage sind auch alle Verdienstausfälle voll zu entschädigen.

Ich will noch einschaltend erwähnen, daß wohl Einverständnis bei allen Parteien darüber herrschen wird, wenn im § 55 Satz 2 des Abs. 2 die Ziffer 8 durch das geschriebene Wort „acht" ersetzt wird.

(D) Im Ausschuß war man ferner darüber einig, daß alle **Personen,** die durch **Handarbeit,** durch **Gewerbebetrieb** oder in ähnlicher Art und Weise ihren Unterhalt suchen, zum mindesten mit dem Mindestsatz des Verdienstausfalles zu entschädigen sind, dafern feststeht, daß sie einen Verdienstausfall erlitten haben, sich aber dieser Verdienstausfall nicht ziffernmäßig nachweisen läßt, daß also die Bestimmung im Abs. 3 § 2 der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige hier entsprechende Anwendung findet.

Im Ausschuß wurden dann noch Bedenken laut, daß über die **Beschwerden** wegen zu geringer Entschädigung im **Aufsichtswege** entschieden werden solle. Diese Bedenken wurden zurückgestellt, nachdem die Reichsregierung erklärte, sie erhoffe sich gerade von der Entscheidung im Aufsichtswege eine schnellere und sachgemäßere Entscheidung, namentlich dann, wenn die einzelnen Landesjustizverwaltungen Richtlinien in Form allgemeiner Dienstanweisungen bekannt gäben.

Das Gesetz sollte nach der ursprünglichen Absicht schon am 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten; da aber die Reichsregierung Bedenken hat, ob die Ausführungsverordnung bis dahin zustande kommt, ist beschlossen worden, Art. II vollständig zu streichen; mithin bewendet es jetzt bei dem Art. 71 der Reichsverfassung, so daß das Gesetz 14 Tage nach der Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt in Kraft treten würde.

Der Ausschuß empfiehlt Ihnen, das Gesetz in der Fassung, wie sie in der zweiten Lesung des Ausschusses beschlossen worden ist, anzunehmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Feldmann.

Feldmann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wohl hatten die Schöffen und Geschworenen bis-

(**Feldmann,** Abgeordneter.)

(A) her eine **Aufwandsentschädigung** gehabt. Indessen war die Entschädigung nicht so bemessen, daß sie dazu ausreichte, den **Verdienstausfall** zu ersetzen. Arbeitern, Handwerkern, Kleinbesitzern usw. fiel es dadurch außerordentlich schwer, ja, es wurde ihnen fast zur Unmöglichkeit gemacht, an der Rechtsprechung teilzunehmen. Der Verlust, namentlich bei Geschworenensitzungen, war so außerordentlich hoch für die daran Teilnehmenden, soweit sie zu den Minderbemittelten gehörten, daß sie fast vollständig von dieser Art Rechtsprechung ausgeschaltet wurden.

An dem Entwurf der Regierung war nun erfreulich, daß darin die Ersetzung des Ausfalls am Verdienst festgelegt wurde. Ein Mangel war aber zweifellos, daß nach dem Entwurf die Höchstgrenze der Entschädigung nicht so bemessen war, daß Arbeitern, Handwerkern, Kleinbesitzern usw. der volle Ersatz ihres Verlustes gewährt wurde.

Wir stellten deshalb im Ausschuß einen entsprechenden Antrag, und wir haben die freudige Genugtuung, daß der Rechtsausschuß unseren sozialdemokratischen Antrag angenommen hat, wonach die volle Entschädigung gewährt werden kann, soweit es sich nicht um Verdienste handelt, die ganz außergewöhnlich über das Normale hinausgehen.

Für Schöffen und Geschworene ist also nun der Mißstand der Nichtentschädigung des Verdienstausfalles beseitigt; für die **Steuerausschüsse bei den Finanzämtern** besteht aber dieser Mißstand weiter. Das kann bewirken, daß Arbeiter, Handwerker, Kleinbesitzer usw. von den Steuerausschüssen ausgeschlossen werden. Wir fordern aber, daß Angehörige des gesamten Volks bei der Anwendung und Auslegung der Gesetze mitwirken, auch um das Verantwortlichkeitsgefühl der Volksgenossen zu stärken. Aus diesem Grunde fordern wir weiter das Finanzministerium auf, die Entschädigung für die Mit-(B)glieder der Steuerausschüsse in gleicher Weise festzusetzen wie für Schöffen und Geschworene.

Ich bitte um Annahme des Gesetzes; denn nur so wird den Minderbemittelten die Möglichkeit gegeben, voll bei der Rechtspflege mitzuwirken und die Gerichte mehr und mehr zu Volksgerichten zu machen im Interesse des gesamten Volks.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Anträge sind nicht gestellt. Es ist nur die Berichtigung vorzunehmen, die der Herr Berichterstatter bereits erwähnt hat, daß in der drittletzten Zeile des vorletzten Absatzes „8 Stunden" nicht in Ziffern, sondern in Worten „acht Stunden" niedergeschrieben wird. Mit dieser Abänderung darf ich den Art. I für angenommen erklären. —

Art. II ist gestrichen. —

Ich rufe auf Einleitung und Überschrift — und erkläre sie für angenommen.

Meine Damen und Herren! Es bestehen wohl keine Bedenken, das Gesetz auch in dritter Lesung zu erledigen. — Es werden solche nicht erhoben.

Ich eröffne in

dritter Beratung

die allgemeine Aussprache — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf Art. I mit der eben erfolgten Berichtigung — und erkläre ihn für angenommen. Art. II ist gestrichen. — Einleitung und Überschrift sind angenommen. —

Ich darf annehmen, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung gibt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum vierten Gegenstand der Tages-(C)ordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Anwendung der Verträge zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich vom 6. Oktober 1921, 15. März und 3. Juni 1922 sowie der Vereinbarung zwischen der Deutschen Regierung und der Reparationskommission vom 2. Juni 1922 über die Ausführung der Reparationssachleistungen (Nr. 4468 der Drucksachen).

Meine Damen und Herren! Im Ältestenausschuß ist besprochen worden, diese Vorlage dem Auswärtigen Ausschuß und dem Ausschuß zur Ausführung des Friedensvertrags zur Vorbereitung zu überweisen. — Das Haus schließt sich diesem Antrage an; es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Nunmehr schlage ich Ihnen vor, die vier nächsten Punkte der Tagesordnung, nämlich

5. **erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Zwangsanleihe** (Nr. 4430 der Drucksachen),
6. **erste Beratung des von den Abgeordneten Crispien und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes** (Nr. 4203 der Drucksachen),
7. **erste Beratung des von den Abgeordneten Dr. Curtius, Dr. Becker (Hessen) und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Erbschaftssteuergesetzes** (Nr. 4479 der Drucksachen),
8. **erste Beratung des von den Abgeordneten Hergt und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Erbschaftssteuergesetzes** (Nr. 4480 der Drucksachen), (D)

gemeinschaftlich zu beraten, weil sie ja gemeinschaftlich dem Steuerausschuß überwiesen werden sollen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Als Kommissare für die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Zwangsanleihe sind gemeldet:

vom Reichsfinanzministerium:
die Ministerialdirektoren Dr. Popitz und v. Brandt,
Ministerialrat Dr. Zarden,
Oberregierungsrat Dr. Schippel,
Regierungsrat Dr. Rosenbauer;
vom Reichswirtschaftsministerium:
Ministerialdirektor Dr. Hüttenhein,
Ministerialrat, Geheimer Regierungsrat Dr. Reichardt.

Ich eröffne die allgemeine Besprechung und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Höllein.

Höllein, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es ist bezeichnend für dieses Haus, daß man die Vorlage über die **Zwangsanleihe** verkoppelt mit Anträgen aus dem Hause, die geeignet sind, das Ziel, das Sie angeblich mit dieser Vorlage verfolgen, weiter zu verwässern, daß Sie also drauf und dran sind, die **Erfüllungspolitik** zu sabotieren, die Sie immer im Munde führen,

(Lachen bei der Deutschen Volkspartei)

— jawohl, die Erfüllungspolitik, die Sie (zu der Deutschen Volkspartei) rücksichtslos betreiben auf Kosten der breiten darbenden und hungernden Massen,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

und deren Folgen wieder von sich abzuwälzen, daß Sie

(**Höllein**, Abgeordneter.)

(A) auch hier den Versuch unternehmen, auch die Lasten dieses Teiles Ihrer Erfüllungspolitik den breiten Massen zuzuschieben.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Für die Herren Sozialdemokraten gilt angesichts der Vorlagen, angesichts der Anträge, die vor uns liegen, wie nie zuvor das Wort: „Es ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären."

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Ihr Umfall in einer Frage, die sie selbst als unausweislich, als staatsnotwendig anerkannt hatte, hat die Ereignisse vorbereitet, denen wir jetzt gegenüberstehen und die einen sprechenden Ausdruck in den Geschäftsordnungsdebatten und in den Presseerörterungen dieser Tage gefunden haben. Man sprach sogar von Regierungskrisen, die durch die Haltung der Deutschen Volkspartei heraufbeschworen worden seien, weil sie die Nichtberatung ihres Antrages auf Verwässerung des Erbschaftssteuergesetzes als einen Bruch des Steuerkompromisses auffaßte.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

— Dann stelle ich fest, daß wenigstens bisher in der Öffentlichkeit weder von der Regierung noch von Ihrer Seite mit Klarheit und Deutlichkeit die Tatsache bekundet wurde, daß Sie mit der Regierung übereingekommen sind, auch das **Erbschaftssteuergesetz** so zu verschandeln, daß daraus für das Reich ein nennenswerter Ertrag nicht mehr zu erwarten ist. Ich werde Ihnen nachher noch den Nachweis liefern, wie es mit dem deutschen Erbschaftssteuergesetz in der Praxis bestellt ist und im weiteren auch, welche Art von sozialem Kannibalismus Sie begehen, wenn Sie es angesichts der gegenwärtigen Situation wagen, die Lasten, die diese Steuer dem Besitz in Deutschland auferlegt, noch auf die anderen sozialen Schichten abzuwälzen.

(B) Es ist notwendig, heute nochmals daran zu erinnern, daß, als der Herr Reichskanzler Dr. Wirth seine Steuervorlagen hier im Reichstage ankündigte, er am Schlusse durchblicken ließ, daß die Reichsregierung eventuell noch **weitere Besitzsteuervorlagen** einbringen werde. Das war so ein halbes Zugeständnis an die Forderungen der Sozialdemokratie, die **Erfassung der Sachwerte** in den Vordergrund zu rücken. Dann hat sich innerhalb der Regierung ein dumpfer Kampf um die Durchsetzung der Erfassung der Sachwerte abgespielt. Natürlich hat dabei der Großkapitalismus gesiegt. Der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt blitzte mit seiner Denkschrift über die Erfassung der Sachwerte glatt ab, und zwar nur deshalb, weil er von seiner eigenen Partei in der schändlichsten Weise in Stich gelassen wurde. Sie haben dabei nicht einmal den mildernden Umstand für sich, Herr Müller, daß dieses Abstandnehmen von der Erfassung der Sachwerte auf einen unmittelbaren Druck der Entente hin erfolgt sei. Im Gegenteil, die Note der Reparationskommission vom 21. Mai dieses Jahres forderte klipp und klar, daß die fehlenden Geldmittel zur Balancierung des deutschen Etats vom deutschen Kapital aufzubringen seien, sei es auf dem Wege der Anleihe, sei es durch unmittelbare Abgaben. Hier wurde also von der Sozialdemokratie die Forderung des A. D. G. B., die von der gesamten deutschen Arbeiterklasse auf das lebhafteste unterstützt wurde, schmählich fallen gelassen und, wie wir dieser Tage hören mußten, daran gleichzeitig noch das weitere Zugeständnis geknüpft, daß auch die Erbschaftssteuer der Geldentwertung „angepaßt" werden sollte, mit anderen Worten, daß die tatsächlichen Lasten des Besitzes noch weiter zu erniedrigen seien.

Es wäre verlockend, in diesem Zusammenhang noch einmal die Forderungen des A. D. G. B. im einzelnen hier vorzunehmen und sie mit dem Maßstab des Erreichten zu messen. Wir würden dann ganz eindeutig erkennen, daß die Millionenmasse, die hinter dem A. D. G. B. steht, noch niemals in so schamloser Weise von ihren Führern im Stiche gelassen wurde wie in diesem Falle.

Die Forderung der Erfassung der Sachwerte war eben keine Forderung, die mit den sogenannten „utopischen sozialistischen Zielen oder Experimenten" irgend etwas gemein hatte. Wenn der „Vorwärts", um die sträfliche Untätigkeit seiner Partei zu verhüllen, vor „unüberlegten" sozialistischen Experimenten warnt, so mag er das mit seinem „sozialistischen" Gewissen abmachen. Aber die Tatsache steht fest, daß in der Frage der Erfassung der Sachwerte selbst die Leute, denen der Reformismus zum Lebensziel geworden ist, zugeben mußten, daß diese Erfassung die einzige Möglichkeit ist, um das Deutsche Reich und vor allem dessen Finanzen auf eine Grundlage zu bringen, auf der seine weitere Existenz, wenn überhaupt, nur gesichert werden könnte.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Vollständig zu zertrümmern!)

— Die Zertrümmerung besorgen Sie, und nicht nur die Zertrümmerung des Deutschen Reichs und seines Baues, woran Sie Tag für Tag und Stunde für Stunde arbeiten, sondern auch zugleich die unsers wertvollsten Besitzes: des deutschen Volkes, des deutschen Proletariats.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten. — Zuruf von den Deutschnationalen: Verhungern tun bei uns die Leute noch nicht wie in Rußland!)

— Sie werden von Rußland noch manches erleben, so daß Ihnen dabei Hören und Sehen vergehen wird; das kann ich Ihnen heute schon versichern.

Die Erfassung der Sachwerte ist schon deshalb eine unbedingte ökonomische und politische Notwendigkeit, weil das Reich als Machtfaktor vollständig in der Luft schwebt. Es verfügt zwar über einen, wenn auch republikanisch absolut unzuverlässigen, Repressionsapparat, ist aber sonst, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, auf Gnade oder Ungnade dem Machtgebot des Kapitals ausgeliefert. Und Sie mögen alle bisherigen deutschen Regierungen hernehmen, die vor dem Kriege wie die nach dem Kriege und auch die nach der sogenannten deutschen Revolution: alle diese Regierungen, ob nun Hermann Müller oder Fehrenbach oder Wirth an ihrer Spitze stand, haben bisher weiter nichts getan, als die **Diktate des Finanzabsolutismus** in Deutschland rücksichtslos ausgeführt.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Das soll kein persönlicher Vorwurf sein, sondern es ist nur das Aussprechen der objektiven Tatsache. Ein Reich, das wirtschaftlich nicht fundiert ist, ein Reich, das nur über Riesenmassen von Schulden verfügt, ist notwendigerweise nur ein blindes Werkzeug in der Hand des Kapitals und muß dessen Machtgebote durchführen. Es ist in solchem Falle nur ein Spielball in den Händen der kapitalistischen Mächte. Und wenn wir feststellen, daß in dem Etat für dieses Jahr über 29 Milliarden Mark nur für den Reichsschuldendienst eingesetzt sind, so gibt uns das einen zuverlässigen Maßstab für die Erkenntnis, wie es um die Staatsschuldenwirtschaft im Deutschen Reich steht und in welchem Maße die deutsche Regierung von den kapitalistischen Mächten beeinflußt ist.

Die Erfassung der Sachwerte war deshalb unerläßlich, einmal um dem Reiche ein wirtschaftliches Fundament unter die Füße zu bringen, ferner um ihm die Grundlage zu einer Kreditfähigkeit zu geben, und vor allem aber, um ihm eine gewisse politische Unab-

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) hängigkeit vom Kapital zu sichern. Es ist nicht notwendig, Einzelbelege für die Abhängigkeit des Reichs von diesem Finanzkapital hier anzuführen. Aber durch die Erfassung der Sachwerte — und das ist gerade das, was die Herren von der Stinnes-Partei daran so ganz besonders fürchten — hätte das Reich ein unmittelbares Kontrollrecht auf die Produktion erhalten, und dieses Kontrollrecht hätte sich zugleich auch sehr segensreich erwiesen für seine ewig leeren Steuerkassen.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Die notorische **Steuermogelei des Besitzes**, das ebenso notorische Kapitalverschieben ins Ausland wäre nicht möglich, wenn das Reich Mitbesitzer und Mitinhaber der verschiedenen kapitalistischen Betriebe wäre.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Das ist es denn auch, was die Herren von der Deutschen Volkspartei veranlaßt hat, die drohende Wolke der Sachwerterfassung durch das Zugeständnis des Steuerkompromisses und der faulen Zwangsanleihe beiseitezuschieben. Die gesamte Arbeiterschaft ohne Rücksicht auf die Richtung, ob Kommunist, Unabhängiger oder Sozialdemokrat, ja, bis weit in die Kreise der christlichen und der liberalen Gewerkschaften hinein, war sich in dieser Forderung einig. Und weil man sich im gegnerischen Lager sehr klar darüber ist, daß letzten Endes nicht dieses Parlament der entscheidende Faktor ist, sondern daß die lebendigen Kräfte draußen sehr wohl die Politik bestimmen können, sofern sie es nur ernstlich wollen, hat man die Gefahr der Erfassung der Sachwerte durch den Kuhhandel des sogenannten Steuerkompromisses zu eliminieren versucht. Wir werden noch sehen, was hinter diesem Steuerkompromiß in Wirklichkeit steht, und daran ermessen können, welche Ungeheuerlichkeit die Rechtsparteien begehen und welches gewaltige Maß von Schuld die (B) Regierungsparteien auf sich laden werden, wenn sie dem neuen Erpressungsversuch der Rechten ihre Hand leihen werden.

Wir haben allerdings schon Erfahrungen auf diesem Gebiete. Schon anläßlich der großen Steuerberatungen hatten wir Gelegenheit, zu erkennen, daß alle kapitalistischen Elemente dieses Hauses, ob sie sich nun demokratisch gebärden oder die christliche Solidarität als ihr Prinzip verkünden, in der Förderung und Begönnerung der Steuerscheu des Besitzes durchaus einig sind. In dieser Hinsicht haben sie allezeit praktische Solidarität untereinander geübt.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wenn also die sozialistische Erfassung der Sachwerte trotz Ihrer Zwangsanleihe und trotz Ihrer Anträge nach wie vor das einzige Mittel bleibt, um Deutschlands Finanzen überhaupt wieder zur Gesundung zu bringen und die Weiterexistenz des deutschen Volkes — und darauf kommt es uns vor allem an — für die Zukunft so zu gewährleisten, daß nicht Millionen unserer Volksgenossen vorzeitig ins Grab hinab müssen, so werden wir den Kampf darum mit aller Entschlossenheit weiterführen, weil wir wissen, daß dieser Kampf historisch notwendig ist und, was Sie auch tun mögen, mit einem Siege dieses Gedankens enden wird.

Statt einer Erfassung der Sachwerte erlebten wir aber das gerade Gegenteil: **unerhörte Massenbelastungen**, bedrückende Steuern auf den Umsatz, auf die Kohle, gewaltige Zollerhöhungen auf die verschiedensten notwendigen Lebens- und Genußmittel, der Zucker wurde erneut besteuert, aus dem Branntwein wurden Milliardenbeträge herausgeholt, und genau nach dem alten Rezept ließ man auch wiederum den Tabak und das Bier, den „Luxus des armen Mannes“, bluten.

Dabei ist charakteristisch für das Wesen der heutigen (C) Regierung, vor allem aber für das Finanzministerium und dessen Vorstand, daß man, so lange die Steuerdebatte gepflogen wurde, die Massenbelastungssteuern mit lächerlich geringen Beträgen in die Ertragsschätze einstellt. So setzte man zum Beispiel für die Kohlen- und Umsatzsteuer viel zu niedrige Beträge ein. Dagegen hat man — ich behaupte: wissentlich — über die Besitzsteuern Schätzungen gebracht, die weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Es ist notwendig, immer wieder daran zu erinnern, daß an demselben Tage, wo hier im Reichstage die ungeheuerliche Besteuerung der Kohle mit 40 Prozent ihres Wertes beschlossen wurde, der Reichskohlenrat festgestellt hat, daß der Ertrag dieser Steuer nicht, wie Herr Hermes angegeben hatte — da hat er sich fast ebenso geirrt wie beim Wein! —, 10½ Milliarden, sondern 28 Milliarden Mark bringen wird. Dasselbe trifft zu für die Umsatzsteuer, für die Zölle, für die Biersteuer, für die Tabaksteuer usw. Sie alle ergeben einen weit größeren Ertrag, als die Regierung uns hier angegeben hatte. Sie wollte eben mit diesen Schätzungskunststücken der Öffentlichkeit gegenüber ihre sogenannte Demokratie bekunden, nämlich die „Demokratie“, daß man den arbeitenden Massen angeblich „nur“ die Hälfte der neuen Steuerbelastung auflegt, während die andere Hälfte angeblich vom Besitz getragen werden sollte. Gleichwohl war es ihr von vornherein klar, daß die Massen den Löwenanteil der neuen Steuerbelastung zu tragen hätten, und daß dem Kapital nach wie vor Sondervorteile einzuräumen seien.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Und um so entgegenkommender die Regierung sich gegenüber dem Besitze zeigte, desto mehr wurde sie von diesem mißhandelt. Ihre **Besitzsteuervorlagen** wurden in den (D) Ausschüssen grundsätzlich verschandelt. Die Vermögenssteuer wurde in eine wahre Vogelscheuche umgewandelt.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Von einer wirksamen Besteuerung des Vermögens kann absolut keine Rede sein; das haben wir an dieser Stelle bereits im einzelnen und ziffernmäßig hier nachgewiesen. Und das ganze Gezeter über die „unerträgliche“ Belastung des Besitzes durch die Vermögenssteuer ist nur das bekannte Geschrei des Diebes, der, nachdem er gestohlen hat, „haltet den Dieb!“ ruft, um die öffentliche Aufmerksamkeit von sich auf andere abzulenken.

Ich will auf Einzelheiten heute nicht eingehen, es wird sich vielleicht bei der zweiten Lesung Ihres famosen Antrags zur Erbschaftssteuerermäßigung Gelegenheit geben, mehr in die Details einzudringen. Ich will nur nochmals unterstreichen, daß man die **Bewertungsgrundsätze des Vermögens** so gestaltet hat, daß sie geradezu zu einem Anreiz zum Steuerbetrug geworden sind. Ich will ferner erneut daran erinnern, daß man die Tarife in ungeheuerlichem Maße harmonikamäßig zugunsten der notleidenden Millionäre auseinandergezogen hat. Nun, Herr Dr. Becker von der Deutschen Volkspartei hatte ganz recht, als er in der Abwehr von Angriffen, die sein Saboteurgenosse Helfferich

(Heiterkeit rechts)

gegen ihn richtete, weil er sich zu dem Manöver des Steuerkompromisses hergegeben hatte, siegesfroh immer wieder die wilhelminischen Worte „Es ist erreicht!“ hervortrompetete. Jawohl, es ist erreicht, daß die Vermögenssteuer in ihren Bewertungsgrundsätzen und ihren Tarifen so aufgebaut ist, daß sie dem Besitze nicht wehe tut. Es ist erreicht, daß den Gewerkschaften die Erfassung der Sachwerte aus den Händen geschlagen

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) wurde. Es ist erreicht, daß der Vermögenssteuerzuschlag, der sogenannte Reichsnotopfererfatz von 300 auf 200 Prozent herabgedrückt wurde. Es ist erreicht, daß die Nachkriegsgewinnsteuer in der Versenkung verschwand. Es ist erreicht, daß die Körperschaftssteuer zu einer reinen Attrappe wurde. Es ist erreicht, daß ein „erträglicher“ Umsatzsteuerersatz zustande gekommen ist. Jeder kann sich ungefähr denken, was im Munde von Parteiangehörigen des Herrn Stinnes das Wort „erträglich“ zu bedeuten hat. Es ist erreicht, daß die Steuerfreiheit der Genossenschaften zugunsten des Stinnes-Kapitals beseitigt wurde. Es ist erreicht, daß die gesamten indirekten Steuern einigermaßen „erträglich“ ausgefallen sind. Ich habe schon gesagt, was die breiten Massen unter dieser Stinnes-Erträglichkeit zu verstehen haben. Und dann kommt endlich auch die dunkle Andeutung des Antrags, den diese „Volks“-Partei jetzt eingebracht hat, wonach auch in der bestehenden Steuergesetzgebung die **Grundsätze der Vernunft** und die **Zwangsnotwendigkeit**, die sich aus der **Geldentwertung** ergeben, demnächst ihren Eingang finden sollen. Als seinerzeit diese Erklärung hier im Hause abgegeben wurde, konnte man natürlich noch nicht ahnen, daß hinter dem Rücken der breiten Massen dieser schändliche Kuhhandel bereits perfekt geworden war. Damals, als man den Proletariermassen Milliarden auf Milliarden neue Steuern aufbürdete, als man sie unter der Wucht neuer indirekter Steuerlasten geradezu zerdrückte, erschien den Herren der Augenblick nicht opportun, mit diesem ihrem sozialen Kannibalismus an die Öffentlichkeit zu treten. Alle Forderungen der Entente, die eine Massenbelastung bedeuten, erfüllt der Reichstag stets mit graziöser Gebärde. Da kennt er keine Skrupel und keine Bedenken. Und alle nationale Entrüstung, die bei solchen Anlässen auf den Bänken hier gemimt wird, ist wirklich die Lufterschütterung nicht wert, die damit verbunden ist. Sie (B) ist einfach nur Theaterdonner, den man nach außen braucht. Mit dem Mitgefühl mit denen, die die wirklichen Opfer dieser Erfüllungspolitik sind, war es niemals weit her, um so mehr als wir noch immer feststellen konnten, daß Sie auch von sich aus alles tun und nichts unterlassen, um die Leiden und Qualen derer, dieser selben Opfer noch zu erhöhen nnd auf die Spitze zu treiben.

Nun die **Steuerreform** oder das, was man bei uns euphemistisch Steuerreform nennt, ist ja vorläufig wieder einmal vorbei. Ihre **Folgen** können wir heute bereits sehr deutlich konstatieren in einem geradezu ungeheuerlichen Brot-, Milch- und Fleischwucher, in Zuständen, die es den breiten arbeitenden Massen täglich mehr unmöglich machen, das Quantum von Nahrungsmitteln zu sich zu nehmen, das unbedingt zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft notwendig ist. Sie haben auf „Geheiß der Entente“ den Abbau der Lebensmittelzuschüsse und die ungeheuerlichsten Massenbelastungen sehr freudig durchgeführt, mit dem Erfolge: unerschwingliche Brotpreiserhöhungen, wahnwitzige Preissteigerungen aller übrigen lebensnotwendigen Produkte und trotz des Steuerkompromisses, trotz der Massensteuern auf das Proletariat dennoch ein ungeheures **Wachstum der Inflation.**

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Es ist festzuhalten, daß auch diesmal wiederum die Gründe, mit denen man draußen die breiten Massen glaubte ködern zu können, durch die Entwicklung vollkommen ad absurdum geführt wurden, wie wir es übrigens genau vorausgesagt haben. Wenn zum Beispiel in der vorigen Woche nach den Ausweisen der Reichsbank 140,4 Milliarden Mark Banknoten im Umlauf waren

(hört! hört!)

und daneben noch 9,2 Milliarden Mark Darlehnskassenscheine, so kann man erkennen, welche Art Finanzpolitik hier getrieben wird und wie diese Politik, die man immer aus neue in den Vordergrund schiebt und die parallel geht mit einer ständig wachsenden Steuerscheu von rechts, notwendigerweise zu einer weiteren Verelendung, ja zum direkten leiblichen Verkommen breiter proletarischer Massen führen muß.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Aus den Spalten einer Zentrumskorrespondenz erfahren wir neue schöne Nachrichten, nämlich die Tatsache, daß unsere famose Regierung, die hier im Reichstag immer nur sagt: „Ruhig, sachte, kein Geräusch gemacht, die Entente könnte uns hören; wer gegen die Regierung ankämpft, fördert damit nur die Interessen des Feindbundes!“ — daß diesebe Regierung — man braucht sich darüber absolut nicht zu wundern, wenn man ein solches Finanzministerium hat —

(Heiterkeit)

schon wieder drauf und dran ist, das **Proletariat** mit **neuen ungeheuerlichen Massenbelastungen** zu „beglücken“. Die Umsatzsteuer, die berühmte Milchkuh des Finanzministeriums Dr. Hermes, soll in Zukunft noch nachdrücklicher gemolken werden als bisher. Die Kohlensteuer, die schon nicht nur den Einzelhaushalt, sondern das ganze wirtschaftliche Leben im Reiche zu erdrücken droht,

(sehr richtig! rechts)

will man noch weiter heraufsetzen. Gleichzeitig aber kommen die Herren um Stinnes und jammern der Welt ein steinerweichendes Lied vor über die „Ungerechtigkeit“, über die „Härten“ und die „Unerträglichkeit“ des bestehenden Erbschaftssteuergesetzes. Ich werde Ihnen nachher zeigen, was es mit dieser Unerträglichkeit in Wirklichkeit auf sich hat. Unerträglich ist nämlich die Arroganz, mit der Sie sich herausnehmen, einen solchen Antrag zu stellen in einer Situation, die für das Reich in jeder Hinsicht verhängnisvoll genannt werden muß.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Das war die eine Seite: Massenbelastung bis zum Exzeß, Schonung und Begünstigung des Besitzes ebenfalls bis zur Übertreibung. Hand in Hand damit ging die berüchtigte **Kapitaloffensive** in Deutschland. Ein Fühlhorn dieser Offensive ist der nicht abbrechende Versuch, das Reich um seinen letztn Reichsbesitz zu bringen. Erst dieser Tage oder gestern wieder konnten wir im „Berliner Tageblatt“ die geistigen Ergüsse — wie, das kann man nicht einmal sagen, Elukubrationen wäre dafür ein weit passenderer Ausdruck — der Herren lesen, die die Aufgabe haben, Stinnnes unter allen Umständen die deutsche Reichseisenbahn in die Hand zu spielen, die ihre schalen und oberfaulen Argumente immer wieder aufs neue produzieren, um so allmählich im Lande eine Stimmung zu schaffen, die ihnen die Durchsetzung ihrer schwarzen Pläne erleichtert.

Gleichzeitig geht ein **konzentrischer Angriff des Kapitals gegen die Arbeitermassen.** Während durch die Geldentwertung der Reallohn der Arbeiterklasse von Tag zu Tag sinkt, und keine Lohnbewegung imstande ist, das Sinken dieses Reallohnes wieder auszugleichen, während es also mit der Lebenshaltung der breiten Massen mit jedem Tage weiter bergab geht, ergreift das Kapital alle Maßnahmen, um unter Ausnützung ihrer Not- und Zwangslage die Arbeiterklasse weiter wirtschaftlich zu knebeln und sie allem möglichen Zwange zu unterwerfen. Wir haben hier ja gestern eine Rede von einem Vertreter der Stinnes-Partei zur Schlichtungsordnung gehört. Wenn man die Leute nicht kennte, ihre Politik nicht genau verfolgte und über ihre Ziele nicht im klaren wäre, so könnte man tatsächlich, wie ich bereits

(Höllein, Abgeordneter.)

gestern durch einen Zwischenruf kundgetan habe, an die Fabel von dem Fuchse glauben, der den Gänsen predigt. Erfreulicherweise sind aber die deutschen Arbeiter keine Gänse, sondern sie werden dem Fuchs, wenn es sein muß, schon einen solchen Streich zu versetzen verstehen, daß er das Wiederkommen vergessen wird.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Die Schlichtungsordnung ist nur ein Teil jener Gewaltpolitik gegen die Arbeiterklasse, die von derselben „demokratischen" Regierung im Reiche gestützt wird, die unter Verkennung aller Staatsnotwendigkeiten ein um das andere Mal vor den Drohungen des Kapitals mutig zurückweicht. Daneben gehen allerhand Versuche zur **Verlängerung der Arbeitszeit** einher. Denken Sie an den jüngsten Kampf in Süddeutschland, der sich drei Monate und noch länger hingezogen hat! Denken Sie an die endlosen Versuche, wo eine Gruppe des Unternehmertums nach der anderen das einzige, was vom November 1918 noch übriggeblieben ist und sich als eine unbedingte gesellschaftliche Notwendigkeit erweist, den Achtstundentag, beseitigen will! Denken Sie an Ihre staatlich organisierte Streikbrecherkolonne, an die Technische Nothilfe, an das Arbeitszeitgesetz, an Ihre schmähliche Haltung im Eisenbahnerstreik, wo Sie die Proletarier, die Sie buchstäblich verhungern ließen, nachher noch mit Zuchthaus und mit Stockstreichen auf den Magen dafür bestrafen wollten, daß sie gegen ihr Verhungern rebellierten!

Nicht nur diese Unterdrückung, sondern auch die ganze sogenannte **soziale Gesetzgebung** der deutschen Republik ist den Stinnesinteressen direkt auf den Leib zugeschnitten. Hungerrenten für die, die im Dienste des Kapitals Leben und Gesundheit opfern mußten, Hungerrenten für die, die Sie gezwungen haben, während des Krieges ihre Schädel hinzuhalten, angeblich um den Erbfeind zu bekämpfen, in Wirklichkeit aber, um die Geldsäcke in Deutschland zu schützen und neue Raubzüge und neue Gaunereien des deutschen Kapitals im Auslande vorzubereiten. Denken Sie weiter an die gewaltige Schicht des werktätigen **Mittelstandes**, vor allen Dingen an dessen Angehörige im vorgerückten Alter, die Sie durch Ihre Politik, insbesondere durch Ihre Steuerpolitik in und nach dem Kriege, die ich nachher noch mit zwei Worten charakterisieren werde, brutal und rücksichtslos expropriiert haben,

(sehr richtig! bei den Kommunisten)

die heute nicht nur in das Proletariat hinabgestoßen, sondern sogar bereits auf der Stufe des direkten Pauperismus angelangt sind. Denken Sie an die Beratungen vorgestern hier im Hause über das **Reichsjugendwohlfahrtsgesetz**, aus denen sich ergab, daß das herrliche Deutsche Reich ganze drei Goldpfennige pro Kopf der Bevölkerung übrig hat zur Erfüllung seiner Pflichten gegenüber einer Jugend, die körperlich und geistig und moralisch zu verkommen droht in dem wirtschaftlichen und sozialen Chaos, in dem wir uns befinden. Denken Sie auch daran, daß unser gesalbter Reichsarbeitsminister

(Heiterkeit)

drauf und dran ist, auch noch den Proleten, die so schon täglich mehr auf die Stufe des körperlichen Verkommens herabgedrückt werden, die Kosten der Arbeitslosenerhaltung aufzubürden.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Nachdem die Kreise um Stinnes jahrelang Milliarden und aber Milliarden durch planmäßige Unterbezahlung aus den Knochen der deutschen Arbeiter herausgeholt haben, sind sie jetzt infolge Ihrer Raubpolitik im Innern auf einer Stufe angelangt, wo ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte schwindet. Und nun will man der jahrelang schändlich ausgebeuteten Arbeiterklasse auch noch die Lasten für die Erhaltung ihrer Klassengenossen auferlegen, die als Opfer dieser Raubpolitik bald in Massen auf der Straße liegen werden.

Ich will in diesem Zusammenhang kein großes Aufheben machen von der politischen Offensive, die heute Hand in Hand geht mit der kapitalistischen und wirtschaftlichen Offensive, die ich soeben kurz charakterisiert habe. Wir werden hoffentlich — mein Glaube ist allerdings nach der Praxis dieses Hauses sehr gering — noch Gelegenheit haben, in den nächsten Tagen Stellung zu nehmen zu dem **Aufmarsch der Konterrevolution im gesamten Deutschen Reich**.

(sehr richtig! bei den Kommunisten)

zu den Vorgängen vor dem Berliner Rathaus, zu den offenen Meutereien der Reichswehr in Königsberg am vorigen Sonntag,

(sehr richtig! bei den Kommunisten)

alles Dinge, die die Herren von rechts absolut nicht zu interessieren scheinen, über deren Wesenskern sie sich aber absolut im klaren sind und sich im stillen herzlich freuen. Man braucht nur daran zu denken, welch glänzender Empfang Ebert I. in München bereitet worden ist. Wir brauchen nur zu erwähnen, daß innerhalb vierzehn Tagen in Hamburg gegen die kommunistische Zeitung drei Bombenattentate verübt worden sind.

(Zurufe rechts: Sie haben sie verübt!)

— Sie Oberverbrecher, mit Ihnen rechnen wir noch ab.

(Zurufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Höllein, das ist parlamentarisch unzulässig.

Höllein, Abgeordneter: — Wir kennen uns näher. Man braucht nur daran zu denken, wie dem Sozialdemokraten Scheidemann eine besondere Pfingstüberraschung in Gestalt eines Blausäurespritzengeschenks zu Teil geworden ist. Man braucht endlich nur wieder einmal unsere famose **Klassenjustiz** zu betrachten, die sich jetzt erneut, allerdings nur in einem kleinen Ausschnitt ihrer „republikanischen" Staatsrettertätigkeit, in dem Prozeß gegen die Komplizen der Erzbergermörder gezeigt hat.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten. — Zurufe rechts.)

Verteidigen Sie das nicht, wir können mannigfach andere Belege dafür anführen, Herr Abgeordneter Leutheußer. Ich könnte Ihnen zeigen, daß die „objektive" deutsche Justiz, auch die thüringische Justiz nicht nur eine Binde vor den Augen hat, sondern sehr wohl zwischen Deutschnationalen und Kommunisten zu unterscheiden weiß.

(Abgeordneter Leutheußer: Ich würde gern etwas von dem Kommunistischen Jugendtag in Jena hören!)

Jedenfalls steht die Tatsache fest, daß auch in Deutschland der Faszismus, der in Italien schon lange seine blutigen Orgien feiert, seinen Einzug zu halten droht. Aber die Versicherung können wir Ihnen heute schon geben: Wir werden jeden Schlag, der von Ihrer Seite kommt, zu parieren wissen nach dem Grundsatz: Haust du meinen Juden, so hau ich deinen Juden zweimal. Darauf können Sie sich verlassen.

Als der Sozialdemokrat Bernstein seinerzeit hier zu dem Steuerkompromiß Stellung nahm, hat er selbst die wuchtigsten Argumente gegen die Haltung seiner eigenen Partei in der Steuerfrage und zum Steuerkompromiß geliefert. Aber er fand keinen anderen Ausweg als die bequeme Ausrede: wir sind zu schwach,

(**Höllein**, Abgeordneter.)

(A) wir haben keine parlamentarische Mehrheit. Steuerfragen sind aber nicht Fragen der parlamentarischen Mehrheit, sondern lediglich Ausdruck der tatsächlichen Machtverhältnisse im Staate. Wenn ein Teil des Proletariats sich durch ein Parlament täuschen läßt, das gewählt wurde auf Grund der bürgerlich-betrügerischen Demokratie unter skrupelloser Ausnutzung aller kapitalistischen Vorteile, Abhängigkeitsverhältnisse und Druckmittel, und dieses als Ausdruck der wirklichen Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaft ansieht, so mag er dieses mit sich ausmachen. Jedenfalls ist aber das Gros der Arbeiterklasse — und seine Zahl wächst von Tag zu Tag — der Auffassung, daß Steuerfragen, weil Machtfragen, sehr wohl und mit Erfolg außerhalb des Parlaments durch den unmittelbaren Druck der breiten Massen entschieden werden können.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Aber demgegenüber muß festgestellt werden: die Sozialdemokratie hat nicht einmal das Maß der parlamentarischen Machtmittel, das ihr zur Verfügung stand, zur Durchsetzung ihrer Forderungen wirklich ausgenutzt. Gewiß hat man hier allerlei papierene Anträge und **Interpellationen** eingebracht, und die Regierung — sie ist ja demokratisch angestrichen! — ist dann immer sehr liebenswürdig und kulant. Sie schickt irgendeinen Geheimrat her, der dann mit dem ernstesten Gesicht der Welt dem Reichstag erklärt: die Regierung ist bereit, die Interpellation innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist zu beantworten. So war es bisher noch immer. Vor den letzten Ferien lagen auch eine ganze Reihe von Interpellationen vor. Ich erinnere nur an die Interpellation Crispien über die Vorgänge vor dem Berliner Rathaus als eine Aufmarscherscheinung der **Konterrevolution**. Obwohl die geschäftsordnungsmäßige Frist, die vierzehn Tage, (B) beim Auseinandergehen des Reichstags vor den Ferien bereits verstrichen war, hat sich kein Seniorenkonvent gefunden, der diese wichtige Interpellation rechtzeitig auf die Tagesordnung gesetzt hätte. Genau so wird es auch diesmal wiederum mit den Interpellationen gehen, die auch Müller (Franken) dieser Tage gegen das Wüten der Reaktion in Deutschland eingebracht hat. So wird es mit allen übrigen Interpellationen gehen, die der Regierung unbequem sind, weil sie die wirklich Verantwortliche, die wirklich Schuldige für das immer frecher und hemmungsloser werdende Treiben der Reaktion ist.

Wenn in der gegenwärtigen Situation unbedingt etwas vor der breiten Öffentlichkeit aufgerollt und besprochen werden müßte, so ist es dieses Treiben der Reaktion, vor allen Dingen aber das offen konterrevolutionäre Treiben der deutschen Reichswehr, die uns Milliardensummen kostet und nichts weiter tut, als gegen die deutsche Republik, die sie bezahlt, mit allen Mitteln zu konspirieren.

Charakteristisch war für diesen Reichstag, für die Politik, die er betreibt, und für seinen Willen, die wirklichen Volksinteressen zu vertreten, daß die rechte Seite dieses Hauses dieser Tage mit Erfolg mit dem Argument der Ferienwut operieren konnte und daß man auf deren Drohung hin, zur Zwangsanleihe hier ausführlich öffentlich Stellung zu nehmen, wodurch es dann vielleicht unmöglich werden könnte, am 30. Juni auf mehrere Monate in die Ferien zu gehen, abermals jämmerlich zusammengeklappt ist. Auch die gestrige Abstimmung über den Antrag der Unabhängigen, die Interpellation über das wüste Treiben der Reaktion zur sofortigen Beratung zu bringen, ist für die Wirkung solcher unwürdiger Drohungen bezeichnend. So gering sie an sich auch erscheinen mögen, so werfen sie nichtsdestoweniger ein grelles Schlaglicht auf den Willen und den Ernst, mit dem diese sogenannten Volksvertreter Volksinteressen zu vertreten geneigt sind.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Das ist die wirtschaftliche und politische Situation, in der das **Zwangsanleihegesetz** hier im Reichstage debattelos durchgepeitscht werden sollte. Wer erinnert sich da nicht der Debatten über das **Steuerkompromiß**! Herr Kahmann war einer von denen, die von dieser Stelle aus mit viel Pathos und mit dem Brustton der Überzeugung ihren Parteigenossen draußen verkündeten, daß die Zwangsanleihe ein „sichtbares Opfer des Besitzes" sei. Nun, wir werden ja sehen, was es in der Tat und Wirklichkeit mit diesem „sichtbaren Opfer des Besitzes" auf sich hat.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Es wird noch gründlich abgeändert!)

— Ja, Herr Dr. Curtius, davon bin ich fest überzeugt, daß Sie dieses Gesetz noch gründlich „abändern", das heißt, ihm die paar wackligen Zähne, die es noch im Maul hat, vollends ausreißen werden.

(Heiterkeit.)

Also ich stelle fest, daß wir uns in dieser Auffassung vollkommen begegnen. —

Nun, es erscheint angebracht, uns das große „sichtbare Opfer" der Zwangsanleihe, das zu bringen die Stinnes-Partei die Verpflichtung übernommen hatte, etwas näher zu beleuchten. Erkauft wurde es zunächst dadurch, daß Ihre Partei, Herr Kahmann, und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund von der proletarischen Kampffront für die Erfassung der Sachwerte zurücktraten. Dann wurde es begleitet von einer Reihe ganz annehmbarer Geschenke, Herr Curtius. Die Vorlage der Regierung hatte nämlich vorgesehen, daß auch eine Nachkriegsgewinnsteuer erhoben werden sollte, die den Betrag von drei Milliarden zu erbringen hätte. Auf Grund der Nichterfassung der Sachwerte und zur Illustrierung des wirklichen „sichtbaren Opfers" des Besitzes, wurde jedoch einfach diese Nachkriegsgewinnsteuer fallen gelassen.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Also das „Opfer des Besitzes" fing damit an, daß man ihm zunächst drei Milliarden Mark schenkte.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Aber das ist noch nicht alles; das war nur, wie der Franzose sagt, die Kleinigkeit, die man draußen vor der Bude zeigt; drinnen wurde es viel schöner. Das zweite Geschenk an die Stinnespartei bestand in dem Verzicht auf eine weitere Einziehung des Reichsnotopfers.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Dafür schuf man allerdings die sogenannten Zuschläge im Reichsvermögenssteuergesetz. Tatsache ist jedoch, daß auf diese Weise den Herren vom Besitz weitere acht bis zehn Milliarden Mark geschenkt worden sind, und zwar ebenfalls auf Kosten der breiten werktätigen Massen, denen man dafür umso höhere Massensteuern aufhalste. Also ohne jede Übertreibung kann man feststellen, daß auf Grund des Steuerkompromisses dem Kapital rund zwölf Milliarden Mark geschenkt worden sind.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Das sind aber, selbst wenn man den Zinssatz zugestehen will, den der Reichsrat nach den sogenannten zinslosen Jahren für die Zwangsanleihe vorsieht, drei Jahre Zinsen zu vier Prozent. Da kann man allerdings gut schöne königliche Gebärden nach außen machen und sagen, seht, was die Zwangsanleihe für ein Opfer des Besitzes ist!

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

(Hölle in, Abgeordneter.)
denn drei Jahre lang gibt es keinen Pfennig Zinsen dafür. Nun, wenn man die Zinsen schon vorher bekommen hat, braucht man doch nicht unbedingt noch nachträglich extra welche zu nehmen. Es wäre wirklich der Gipfel der Unverschämtheit, wenn man sie noch ein zweites Mal nehmen wollte.

Als weitere Gegenleistung für das große „sichtbare Opfer des Besitzes" erlebten wir, daß man das Vermögenssteuergesetz der Regierung, das an sich schon sehr unzulänglich und unzureichend war, noch bedeutend weiter verschandelte. Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen und möchte die Einzelheiten nicht nochmals wiederholen. Das schönste aber ist, daß es sich bei diesem „Opfer" nicht einmal um eine Steuer handelt, sondern um einen ganz vulgären Pump, den die bankrotte deutsche Reichsregierung bei Stinnes und Co. aufnehmen muß. Es handelt sich um ein Darlehen, für das die Reichsregierung die Rückzahlungsverpflichtung übernimmt und die pünktliche Zinsenzahlung gesetzlich garantieren muß. Aber dieser Schuldencharakter der Zwangsanleihe hat für das Reich wiederum eine Verstärkung seines Abhängigkeitsverhältnisses gegenüber dem Kapital im Gefolge.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Es ist dies die „gottgewollte Abhängigkeit", die der ehemalige Philosoph von Hohenfinow von dieser Stelle aus in die Lande hinausgepredigt hat. Nunwohl, diese gottgewollte Abhängigkeit der Reichsregierung vom Privatkapital wird mit jedem Tage größer, eindringlicher und gewichtiger. Die Zwangsanleihe, die angeblich den Gegenwert einer Milliarde Gold bringen soll, wird also den Druck des Privatkapitals auf die wirtschaftlich völlig fundamentlose Reichsregierung weiter gewaltig vermehren. Auf der andern Seite aber — und das ersehen wir ja aus der schon erwähnten Äußerung der Zentrumskorrespondenz — vermehrt diese so gesteigerte Abhängigkeit der Reichsregierung vom Kapital auch gleichzeitig den gemeinsamen Druck des Kapitals und der Regierung auf die breiten arbeitenden Massen.

Als das Steuerkompromiß auftauchte, wurde davon gesprochen, man wolle die Zwangsanleihe auf [illegible] Milliarden Mark Papier limitieren. Ende Mai war die Entwertung der deutschen Mark jedoch bereits so weit vorgeschritten, daß man mindestens 70 Milliarden Mark Papier aufbringen müßte, um den **Gegenwert von einer Milliarde Gold** zu erhalten. Die Regierung, die dieses „sichtbare Opfer" nach außen hin zu verteidigen hat, macht sich aber absolut nichts daraus und fordert in ihrer Vorlage seelenruhig nur 60 Milliarden Mark Papier, unbekümmert darum, was bis zum Zahlungstermin noch aus der deutschen Mark werden kann. Denn in dem Gesetz ist kein Wort davon enthalten, daß man eventuell bei weiter wachsender Entwertung der Mark auch über den Betrag von [illegible] Milliarden Papiermark hinausgehen wolle.

(Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei.)

Wohl aber sind darin Bestimmungen enthalten, und diese hat der Reichsrat hineingeschmuggelt, daß, falls es etwa inzwischen zu einer Stabilisierung des Wertes der deutschen Mark käme und dadurch über 60 Milliarden Papiermark als Ertrag der Zwangsanleihe einkämen, die Herren Kapitalisten dann einen Rückzahlungsanspruch haben sollen.

(Erneuter Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei.)

Nun, dann meinetwegen einen Anrechnungsanspruch auf spätere freiwillige Anleihen!

(Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei.)

Uns muß es aber darauf ankommen, daß das Reich auch wirklich die eine Milliarde Goldmark erhält, selbst wenn wir das ganze Steuerkompromiß und den Zwangsanleihezauber für vollkommen verfehlt halten und als ein Mittel, das nur zur Täuschung der breiten Massen dienen soll. Nachdem Sie aber den Kuhhandel einmal abgeschlossen haben, müssen wir schon darauf bestehen, daß das, was diesem Kuhhandel als Grundlage dienen mußte, auch wirklich eingehalten wird.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

— Gewiß, als „Hüter des Steuerkompromisses" gegen Sie!

(Zuruf in der Mitte: Ein schöner Wächter! — Heiterkeit.)

Nach dem Kurse, den das deutsche Geld heute hat, steht fest, daß man, um den Gegenwert einer Milliarde Gold zu erhalten, mindestens 75 Milliarden Papier erheben müßte. Das Gesetz aber sieht nur die Erhebung von 60 Milliarden Papier vor.

(Zuruf rechts: Das ist ein Irrtum!)

— Ich habe die Vorlage sehr genau gelesen und bedarf Ihrer Belehrung nicht, Herr Curtius. Aber wenn Sie glauben, mir diese absolut geben zu müssen, so steht Ihnen durchaus nichts im Wege, von dieser Stelle aus Ihr Licht leuchten zu lassen. — Es steht demnach von vornherein fest, daß 15 Milliarden des sogenannten sichtbaren Opfers an den leeren Kassen des Reichs vorbeifließen werden. Und diese Summe wird sich noch erhöhen unter der Voraussetzung, daß der heutige Markkurs sich noch weiter verschlechert, was angesichts der vorliegenden Entwicklung überaus wahrscheinlich erscheint.

Überdies hat das Kapital auch noch die Möglichkeit, in dieser Beziehung die Rolle zu übernehmen, die Lessing in seiner „Minna von Barnhelm" Riccaut de la Marlinière andeuten läßt, nämlich, das Glück zu verbessern. Das Kapital hat durchaus die Mittel, zu dem Zeitpunkt, wo die Zwangsanleihe gezahlt werden soll, durch **Börsenmanöver** einen erheblichen Kurssturz herbeizuführen und so den Realwert ihrer tatsächlichen Einzahlungen an das Reich weiter gewaltig herabzudrücken.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Genau so, wie wir es dieser Tage erlebt haben, daß auf die Ablehnung der Gewährung der Auslandsanleihe an Deutschland die deutsche Börse stürmisch reagierte, um die Richtigkeit der These der Bankierkonferenz in Paris zu „beweisen", genau so wird sie ähnliche „uneigennützige" Manöver ausführen in dem Augenblick, wo die Zahlung der Zwangsanleihe erfolgen soll, und zwar zum Schaden des so „heißgeliebten" Vaterlands.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Wir müssen deshalb sagen, daß die Vorlage der Reichsregierung absolut keinen ernsthaften Versuch darstellt, eine wirkliche Goldmilliarde als Ergebnis der Zwangsanleihe hereinzubringen.

Nun erregt aber die Vorlage auch sonst noch eine ganze Reihe anderer schwerer Bedenken, denen die Reichsregierung unbedingt hätte entgegentreten müssen, wenn sie die Interessen des Reichs gegenüber dem raffgierigen Kapital hätte wahren wollen. Das Reich hat insbesondere in seiner Vorlage keinerlei Vorsorge getroffen, um sich vor Möglichkeiten verschärfter Ausbeutung durch das Kapital zu schützen. Ich werde das noch an der Hand einiger Beispiele nachzuweisen versuchen.

Zunächst: wer sind die, die **Anleihe** zahlen sollen? **Die natürlichen Personen** sollen auf Grund der Veranlagung nach den Kautschukbestimmungen des Reichsvermögenssteuergesetzes herangezogen werden. Wer

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) über 100 000 Mark Vermögen besitzt, soll Anleihe zeichnen. Nun steht fest, daß die „Opfer", die hier — nicht etwa als Steuer, sondern nur als Anleihe — zugemutet werden, absolut nicht zu schwere sind. Die vorgesehenen Sätze hätten unbedingt als Vermögenssteuer erhoben werden müssen; dann hätte man allenfalls von einem sichtbaren Opfer des Besitzes reden können.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Aber das, was man hier dem Reich pumpt, als besonderes Opfer vorzuführen, das ist doch einfach unerhört. Es steht fest — die Reichsregierung gibt ja die Belastung selbst an —, daß z. B. jemand, der 250 000 Mark Vermögen hat, ganze 4000 Mark Anleihe zahlen muß. Wie kann man da sagen, wie es z. B. die Handelskammern tun, die uns Tag für Tag mit ihren Schandblättern bombardieren, deren Argumentationen doch nur auf Dumme berechnet sein können, ein solcher Pump an das Reich bedeute eine ungeheuerliche Belastung und eine Zerrütungsgefahr für die deutsche Wirtschaft!

Bei 1 000 000 Mark Vermögen sind von den natürlichen Personen — wohlgemerkt! — ganze 49 000 Mark als Anleihebetrag an das Reich abzuführen. Das ist doch absolut keine Belastung, zumal der Betreffende einen Besitztitel dafür bekommt und die Gewähr — vorausgesetzt, daß inzwischen die politische Entwicklung nicht einen Strich durch die Rechnung macht, wofür wir mit sorgen werden; das versichern wir Ihnen —, daß das Reich ihm dieses Geld, vielleicht sogar in verbesserter Gestalt, d. h. kaufkräftiger zurückerstatten muß.

Bei 20 000 000 ℳ Vermögen sollen 1,9 Millionen an Zwangsanleihe gezahlt werden. Das sind doch Beträge, die man wahrlich nicht als ungeheuerliche, geschweige denn als unerträglich für das Kapital ansehen kann. Ich sagte vorhin schon: sogar als Jahressteuerbeträge wären sie erträglich, ja sogar notwendig, um (B) die zerrüteten deutschen Reichsfinanzen wieder auf die Beine zu bringen.

Der **Zeichnungspreis der Anleihe** ist auf 100 Papiermark festgesetzt. Das halte ich in einem solchen Falle für eine unbedingte Selbstverständlichkeit. Aber es hat auch damit einen Haken, weil die Papiermark, die im Augenblick der Einzahlung gilt, absolut keinen feststehenden Wertmaßstab darstellt und sehr wohl Verhältnisse eintreten können, die für das Reich eine ungeheuerliche Benachteiligung bedeuten.

Was es mit der **Zinslosigkeit der Anleihe** auf sich hat, habe ich Ihnen schon bewiesen: daß die 12 Milliarden Mark Ersparnis, die das Steuerkompromiß den kapitalistischen Parteien beschert hat, drei Jahre Zinsen im voraus bedeuten, wenn man den Zinssatz annimmt, den die Reichsregierung für später in der Vorlage vorsieht, und sogar vier Jahre Zinsen, wenn man den Satz zugrunde legt, den früher die französischen Bürger von ihrem Staate für Staatsanleihen erhalten haben. Die französischen Kapitalisten waren nämlich immer etwas freigebiger und etwas patriotischer als unsere deutschen Kapitalisten. Sie begnügten sich vor dem Kriege mit einer Verzinsung von 3 Prozent. Unsere Herren Kapitalisten in Deutschland aber, die „Träger des Patriotismus" und die „Träger der Opferwilligkeit der Nation" — in Kriegervereinsreden allerdings nur —, wollen aber unter allen Umständen sofort 4 Prozent haben, und eine ganze Reihe von Handelskammern bestürmen uns mit Zuschriften, die sogar 5 Prozent Verzinsung

(hört! hört! bei den Kommunisten)

für den Zwangspump des Reichs fordern. Ich meine, wenn man schon von einem Opfer des Besitzes redet, dann sollte man doch mindestens verlangen dürfen, daß die Verzinsung der Zwangsanleihe auch ein wirkliches Opfer des Anleihezeichners erkennen ließe. Das würde klar zum Ausdruck kommen in der Höhe des Zinsfußes.

Die deutsche Regierung ist sich sehr wohl bewußt, daß sie dem Kapital durch das Fallenlassen der Nachkriegsgewinnsteuer, durch die Nichteinziehung des Restes des Reichsnotopfers so gewaltige Vorteile zugebilligt hat, daß sie den Massen gegenüber mindestens so tun muß, als ob sie dem Kapital wirklich ein gewisses Opfer auferlege. Deshalb sieht die Regierungsvorlage nach den ersten „zinslosen" Jahren eine Verzinsung von 2,5 Prozent vor. Aber der Bundesratsersatz, der sich auf den Bänken dort drüben breit macht

(Zurufe von den Kommunisten: Na nu? Wo denn? — große Heiterkeit)

— heute allerdings nicht — und der inhaltlich noch reaktionärer ist als der ehemalige Bundesrat, ist selbstverständlich dazu berufen, dafür zu sorgen, daß das Opfer der besitzenden Kreise in Deutschland nicht allzu sichtbar werde. Deshalb fordert er, daß den Herren nach den drei zinslosen Jahren sofort 4 Prozent Zinsen gewährt werden sollen.

Ich habe schon gesagt, daß die französische Rente nur 3 Prozent Verzinsung erhält. Wenn unsere deutschen Patrioten gegenüber ihren französischen Kollegen wirklich, wie es die Regierungsvorlage will, ½ Prozent Zinsen opfern und sich mit 2½ Prozent Verzinsung während der nächsten fünf Jahre begnügen würden, so würden sie — ich bitte, das genau zu beobachten, um die Größe dieses „Opfers" und dessen „Sichtbarkeit" sich besonders einprägen zu können — folgende Opfer zu bringen haben. Der Besitzer eines Vermögens von 100 000 Mark würde in diesem Falle — also bei 2½ prozentiger Verzinsung gegenüber den Franzosen — dem Reiche ganze 5 Papiermark pro Jahr opfern, derjenige, der 250 000 Mark besitzt, würde einen Zwanzigmarkschein unseres herrlichen Papiergeldes dem Reiche als besondere Notopfergabe darbringen; der Besitzer einer halben Million 70 Papiermärkchen, der Besitzer einer dreiviertel Million ganze 145 Mark; und erst der Besitzer einer Million würde seinem Vaterlande, sagen wir mal, den Wert eines mittelmäßigen Mittagessens als Opfergabe darbringen. Bei 20 Millionen Mark würde das „Opfer" ganze 9745 Mark betragen.

Sie wollen daraus erkennen, welch antideutscher und antinationaler Geist aus der Politik herausleuchtet, die unsere sogenannten nationalen Parteien in der Praxis betreiben.

Ich sagte schon, der Reichsrat, der sein ebenbürtiges Korrelat im Reichswirtschaftsrat findet, in dem das Großunternehmertum verbrämt mit einigen Herren vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und einigen sonstigen Gewerkschaftsführern sitzen, begnügt sich aber nicht mit dem „Opfer"-Vorschlage der Reichsregierung, daß für die ersten Zinsjahre der Anleihe nur 2½ Prozent Zinsen gezahlt werden sollen. Beide fordern daher vielmehr 4 Prozent ab 1. November 1925, 4 prozentige Verzinsung der Zwangsanleihebeträge. Bei der Zusammensetzung des Reichstags und bei der Kapitalinteressenvertreterwut bei der Deutschen Volkspartei und der getreulichen Mithilfe, die die Demokraten immer dann leisten, wenn es gilt, Geldsackinteressen zu verteidigen, sind wir schon heute ganz fest davon überzeugt, daß die Vorlage der Reichsregierung im Sinne von Stinnes und Co. verschandelt werden wird. Ich bin sogar bereit, schon heute eine Wette darauf einzugehen, weil ich ganz bestimmt weiß, daß ich sie gewinnen werde.

Aber das alles genügt den Herren immer noch nicht. Obwohl die Opfer, die man den breiten Massen zumutet, immer größer und automatisch drückender werden

(**Höllein,** Abgeordneter.)

müssen in dem Maße, wie die Geldentwertung fortschreitet, haben die Herren von der Deutschen Volkspartei weiter keine Sorge, als sich die Geldentwertung für den **organisierten Steuerbetrug des kapitalistischen Systems** nutzbar zu machen. Sie benutzen den Anlaß des Antrags der Unabhängigen Sozialdemokratie, die Einkommensteuerstufen so zu gestalten, daß dem Gros der Arbeiter nach wie vor der volle Steuerbetrag ohne Nachveranlagung vom Lohn abgezogen werden kann, um den Behörden Arbeit zu ersparen, diesen Anlaß, sage ich, benutzen die Herren von der Stinnespartei, um einen Vorstoß zu machen gegen ein Gesetz, das in seiner Wirkung hier unbedingt einer kurzen Erörterung bedarf. Die Herren von der Stinnespartei haben uns ja vor kurzem von dieser Stelle aus zu sagen gewagt, daß die Arbeiterklasse ihre Steuern auf das Kapital abwälze, daß dieses zum Beispiel die Lohnsteuern restlos zu tragen habe. Da wir die Ideologie dieser Leute kennen, da wir wissen, daß ihr Hirn nun einmal in dieser Richtung dressiert ist, hat es keinen Zweck, dieses Argument noch besonders zu bekämpfen, sondern ich stelle demgegenüber nur fest, daß alle Werte ausschließlich von den breiten produktiven Massen des Volkes geschaffen werden und nicht von denen, die auf den Bänken des Herrn Stinnes sitzen.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Die **Einkommensteuer** hat nämlich auch in dieser Beziehung ein doppeltes Gesicht. Wenn eine Änderung des Einkommensteuertarifs stattfindet, wie man sie zum Beispiel im Frühjahr im Steuerausschuß vorgenommen hat, so bedeutet das ein namhaftes Geschenk an das Unternehmertum. Und wenn man es wieder so macht wie das letztemal, daß man damit eine gewaltige Auseinanderziehung der Steuerstaffeln verbindet, so schafft man den Herren vom Besitz neue große Steuervorteile zuungunsten der breiten Massen, denn diese müssen dann den so entstehenden Ausfall wieder durch indirekte Steuern einbringen. Aber die Herren haben auch noch nach anderer Richtung hin Vorteile. Die Einkommensteuern, die der Arbeiter zahlen soll, müssen ihm selbstverständlich zuvor in Gestalt von Lohn und Gehalt zugestanden werden, er muß sie verdienen durch seiner Hände, durch seines Kopfes Arbeit. Und wenn man ihm ein solches Maß von Steuern aufbürdet, daß dieses nicht mehr vereinbar ist mit der unerläßlichen Notwendigkeit der Erhaltung seiner Arbeitskraft, so muß er selbstverständlich Forderungen an den Unternehmer, der seine Arbeitskraft ausbeutet, stellen. Wenn man also eine neue sogenannte Erleichterung der Steuerlast für die Lohn- und Gehaltsempfänger beschließt, so schützt sich der Unternehmer damit doch nur vor einer sonst unausweichlichen Erhöhung der Löhne. Er hat also in erster Linie den Vorteil davon, unmittelbar und auch mittelbar durch seine Produktion und den Absatz seiner Produktion.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Also ist der Antrag Crispien auch Stinnespolitik!)

— Ich habe Ihnen ja schon gesagt, aus welchen Gründen der Antrag gestellt werden muß, um die wachsende Verelendung der breiten Arbeitermassen wenigstens eine Zeitlang aufzuhalten. Daß Sie direkt und indirekt dadurch Vorteil haben, ändert aber nichts an dieser Tatsache.

Um nun zu erkennen, welch ungeheuerlichen Charakter die Anträge Hergt und Becker, betreffend **Abänderung des Erbschaftssteuergesetzes**, haben, muß man sich die Dinge, so wie sie wirklich sind, einmal vergegenwärtigen. Wenn man die moralischen Salbadereien in der Begründung des Antrages der Deutschen Volkspartei und der Herren um Hergt liest, so könnte man meinen, es wäre eine unbedingt sittliche Pflicht des deutschen Reichstags, den armen bedrängten Erben zu Hilfe zu kommen und sie zu schützen vor ihrer wirtschaftlichen Zermürbung und Erdrosselung. Ich möchte demgegenüber aber feststellen, daß die deutschen Patrioten von jeher nur groß waren in patriotischem Maulaufreißen, daß sie aber immer, wenn es galt, für ihren **Patriotismus** auch etwas zu zahlen, nicht nur ihre Taschen krampfhaft zuhielten, sondern ihre ganzen brutalen Machtmittel anwandten, um die anderen, die sie ausbeuten und die sie bluten lassen, für sie zahlen zu lassen. Während des Krieges — es ist notwendig, an diese Tatsache zu erinnern — war in Deutschland das Schlagwort: Gott strafe England und seine elenden Krämerseelen! Nun, ich wünschte, Herr Curtius, daß in Ihrer Partei ebensoviel Krämerseelennaturen wären, wie es in England gibt. Denn die englischen Jingos — übrigens Ihre Geistesbrüder in puncto Gewalt- und Raubpolitik — haben wenigstens soviel moralisches Gefühl, daß sie ihre Raub- und Gewaltpolitik zum Teil aus ihrer Tasche bezahlen. In Deutschland aber ist vor dem Kriege der ganze **Militarismus**, der ganze **Marinismus** ausschließlich **von den Arbeitern bezahlt** worden. Die breiten Massen haben die schimmernde Wehr und den schwimmenden Stolz Deutschlands durch ihre Steuergroschen erhalten müssen, und nach dem Kriege geht es genau so. Wo ist dagegen Ihr Patriotismus, wo hat der deutsche Besitz wirklich Opfer gebracht für sein Vaterland, das doch ausschließlich seine Interessen verteidigen mußte? Die Opfer waren immer nur auf der Seite derer, die vor dem Kriege Ihre Klasse erhalten, während des Krieges für Sie bluten mußten und auch jetzt wiederum bepackt werden mit dem ganzen Berg von erdrückenden Steuern.

Nun, die Krämerseelen in England haben wenigstens ihrem imperialistischen Raubstaate Steuern bezahlt. Diesen Vorzug haben sie vor den deutschen Patrioten ganz bestimmt voraus.

Nach dem „New Statesmans Year Book" beträgt die Einnahme aus der **Erbschaftssteuer in England** im Jahre 1920/21 47 729 000 Pfund. Das sind 950 Millionen Goldmark oder, zum heutigen Wert der deutschen Mark bei einem Dollarkurs von 300, 59,8 Milliarden Mark Papier. Im englischen Etat für 1921/22 sind als Einnahmen aus der Erbschaftssteuer 48 Millionen Pfund vorgesehen. Das sind nach dem heutigen Werte der deutschen Mark 67,2 Milliarden Papiermark. Das sind die Engländer, die „Krämerseelen", die man ausrotten und vernichten wollte mit dem deutschen „Idealismus", Herr Schoch, der allerdings zu allen Zeiten einen sehr metallenen Kern im Hinterteil hatte.

(Heiterkeit.)

Im Etat der herrlichen **deutschen Republik** sind dagegen als Einnahmen aus der **Erbschaftssteuer** ganze 700 Millionen Papiermark vorgesehen. Jawohl, 700 Millionen Papiermark! Ich unterstreiche das ganz besonders! Da das Pfund Sterling dieser Tage über 1400 Mark kostete, so brauchen wir ja nur die 700 Millionen Mark durch 1400 zu dividieren, um die Summe der wirklichen Erbschaftssteuerleistung der deutschen Bourgeoisie zu erhalten. Wißt Ihr, Ihr Oberpatrioten, was Ihr in Deutschland an Erbschaftssteuern für Opfer bringt? Lumpige 500 000 Pfund! Die Krämerseelen in England zahlen 48 Millionen Pfund, die deutschen idealistischen Oberpartioten dagegen ganze 500 000 Pfund, also den 96 sten Teil dieser Summe!

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Wohlgemerkt: diese 500 000 Pfund sollen sie zahlen auf Grund des diesjährigen Voranschlages im Etat. Im

(**Höllein,** Abgeordneter.)

(A) Jahre 1920 betrug der ganze Ertrag aus der Erbschaftssteuer sogar nur 282 Millionen!

Und angesichts dieser Zahlen wagen es die Deutsche Volkspartei und die Helfferich-Partei noch, hier einen Antrag einzubringen, durch den sie diese Schandsteuer, dieses Trinkgeld, das dem Reiche in Form der Erbschaftssteuer gegeben werden soll, noch weiter verhunzen wollen. Ich habe schon vorhin darauf hingewiesen, daß dieser Antrag ein Ausdruck der grenzenlosesten Raffgier des deutschen Kapitals, des rücksichtslosesten sozialen Kannibalismus ist. Nur Parteien, die mit dem Volkswohle spielen, die im Frieden, im Kriege und auch heute wiederum ihre Mitmenschen nur als Ausbeutungs- und Unterjochungsobjekte betrachteten und betrachten und, um ihren Mammon zu schützen, allezeit kaltblütig über deren Leichen hinwegzugehen bereit sind, vermögen es angesichts des Dalles des Deutschen Reichs, angesichts des Druckes der Entente auf die deutsche Regierung und die bestehenden indirekten Erdrosselungssteuern, einen solchen Antrag hier einzubringen und die lumpigen 500 000 englischen Pfund Erbschaftssteuern, die sie in Deutschland zu zahlen haben, noch weiter zu verwässern. Gehen die Anträge der Herren von Besitz und Bildung — die Bildung merkt man ja an ihren Anträgen! — durch, so werden von den 500 000 Pfund im Höchstfalle noch 200 000 Pfund übrigbleiben. Deutschland geht natürlich in der Welt voran, aber nur im Steuerbetrug, im Steuerschwindel und in der Ausbeutung des mittellosen Nächsten!

Die Herren Sozialdemokraten, die ja durch ihre unnatürliche Ehe, die sie durch die Teilnahme an der bestehenden Regierung eingegangen sind, sowie auch mit diesem Steuerkompromiß bereits erblich belastet sind, werden sich hoffentlich diese meine Feststellung, an der es nichts zu rütteln und zu deuteln gibt, zu Herzen (B) nehmen und prüfen, ob sie sich mitschuldig machen wollen an der Erleichterung einer Last für die Besitzenden, die eigentlich keine nennenswerte Last genannt werden kann, sondern die bereits heute angesichts der erdrückenden Milliardenbelastung der breiten Massen als eine direkte offene Verhöhnung des werktätigen Volkes bezeichnet werden muß.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten.)

— Ich spreche, wie ich will, ich lasse mir von niemand, auch von einem demokratischen Gesellen darüber keine Vorschriften machen.

Meine Damen und Herren! Abgesehen von diesem ist weiter festzuhalten, daß die Zinsen der Zwangsanleihe, sobald die **Zinszahlung** mit dem 1. November 1925 in Kraft treten wird, in der jeweilig geltenden Währung gezahlt werden sollen. Sinkt der Wert der deutschen Mark weiter, so wäre das ein für das Reich immerhin erträgliches Verhältnis, dann würden wenigstens die Reallasten dieser Anleihe etwas herabgedrückt. Wie aber, wenn eine Steigerung des Wertes der deutschen Mark eintritt? Dann bekommen die Herren nicht nur nominell die ihnen zugebilligten 4 Prozent auf Grund des Wertes, den sie eingezahlt haben, sondern einen Zinsenwert, der weit höher ist. Sie würden also in diesem Falle auf Kosten des bankerotten Reichs erneut Sondervorteile haben, die das Proletariat wiederum in Gestalt von allgemeinen Steuern, in Gestalt von erhöhter Ausbeutung und Auswucherung aufbringen müßte.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Es ist zum Beispiel denkbar, daß wir nach mancherlei Irrungen und Wirrungen doch noch die famose **Auslandsanleihe** bekommen. Wenn auch diese Auslandsanleihe keinerlei Erleichterung der Lage der arbeitenden Massen mit sich bringen dürfte — sie würde vielmehr das Proletariat vollends zu Boden drücken — so ist doch auf der anderen Seite zu erwarten, daß da durch eine gewisse Festigung und Steigerung des jetzigen Papiergeldwertes eintreten wird. In diesem Falle bekämen aber die Herren Steuersaboteure, die Herren die jetzt die klägliche Erbschaftssteuer noch weiter verschandeln wollen, noch besondere Extragratifikationen insofern, als die Zinsen ein Mehrfaches des Wertes haben würden denn das Geld, das sie heute dem Reich als Zwangsanleihe zur Verfügung stellen.

Dasselbe gilt natürlich auch für die vorgesehene **Tilgung der Zwangsanleihe.** Die Regierung sieht in ihrer Vorlage eine Tilgung durch Rückkauf zum Börsenkurs oder durch Auslosung zum Nennwert vor. Sie hat sich also eine gewisse Sicherung gegenüber Veränderungen im Geldwert zu verschaffen gesucht. Aber eine wirkliche Sicherung bedeutet auch diese Vorsichtsmaßregel keineswegs. Das Reich wird dadurch unter keinen Umständen vor Übervorteilung geschützt, falls eine Steigerung der deutschen Valuta wirklich eintritt, und es ist doch Aufgabe der Reichsregierung im allgemeinen und noch viel mehr im gegenwärtigen Falle, wo man die Öffentlichkeit betrunken zu machen versucht hat mit Redensarten von dem sichtbaren Opfer des Besitzes, dafür zu sorgen, daß bei diesem ihrem Zwangspump am Ende nicht noch gewaltige Extraprofite für die Stinnes-Parteien und die, die sie vertreten, herauskommen. Denn der Gedanke ist für die breiten arbeitenden Massen absolut unerträglich, daß angesichts ihrer Hungerlöhne den Herren Anleihezeichnenden Besitzenden auf Kosten des bankerotten Reichs noch Sondervorteile zufallen könnten, für die sie durch ihre Steuern aufzukommen hätten. Deshalb muß das Reich unbedingt dafür sorgen, daß die Anleihezeichner höchstens den Wert zurückerhalten, den sie dem Reiche gegeben haben. Wenn zum Beispiel der Wert der deutschen Mark um 50 Prozent höher würde, so würden die Herren bei der Rückzahlung ihrer Anleihe 50 Prozent Extraprofit auf Kosten der breiten Massen machen. Dem muß aber unbedingt vorgebeugt werden. Und das „Opfer" des Besitzes verhindert natürlich keineswegs das muntere Fortschreiten der **Inflation**. Im Gegenteil, wir sind fest davon überzeugt, daß trotz der Zwangsanleihe der Notendruck munter weitergehen und der innere Wert der deutschen Mark, wie wir in letzter Zeit gesehen haben, auch weiterhin noch rascher sinken wird als der Auslandswert. Angesichts des Defizites von 198,5 Milliarden im Reichshaushalt bedeuten 60 Milliarden nicht einmal die Deckung des Drittels dieses Jahresfehlbetrages. Nahezu 140 Milliarden Papiermark bleiben auch nach der Zwangsanleihe noch ungedeckt. Diese 140 Milliarden üben natürlich ihre Wirkung auf die Gestaltung der deutschen Währung in und außerhalb Deutschlands aus.

Aber das Steuerkompromiß ist nun einmal da, Sie haben es beschlossen, wir dagegen haben es bekämpft mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln, leider ohne Erfolg. Da, wie ich schon sagte, Sie die gottgewollte Abhängigkeit Ihrer Zwangsanleihe selbst geschaffen haben, wollen wir wenigstens dafür eintreten, daß dabei ein Höchstmaß von Vorteilen oder wenigstens Erleichterungen für die breiten Massen draußen herauskommt. Wir werden deshalb die Forderung aufstellen, daß die **Zwangsanleihe in Goldwerten** bezahlt wird, daß dafür soviel Papiergeld abgeliefert wird, daß ihr Ertrag demselben Werte einer Milliarde Goldmark entspricht. Das Reich kann dann seine **Zinsen,** wenn überhaupt welche zugestanden werden, ebenfalls dem Goldwerte entsprechend bezahlen. Wir sind natürlich grundsätzlich der Auffassung, daß man für diese Zwangsanleihe überhaupt keine Zinsen zahlen soll. Die Anleihezeichner

(Höllein, Abgeordneter.)

(A) sollten schon zufrieden sein, wenn ihnen das Geld nicht direkt enteignet wird. Es sollte ihnen genügen, wenn sie nach einer bestimmten Zeit den Wert ihrer Einzahlungen überhaupt zurückerhalten. Denn wenn sie Zinsen bekommen, haben sie überhaupt kein Recht, von einem Opfer des Besitzes zu reden. Wenn nun aber schon Zinsen gezahlt werden sollen, so darf erstens einmal der Zinssatz für die ganze Dauer der Anleihe unter keinen Umständen über 2½ Prozent hinausgehen, und ferner muß die Rückzahlung der Anleihe zu einem Kurse erfolgen, bei dem das Reich nicht betrogen wird.

Was ich für die Zinsen gesagt habe, das gilt selbstverständlich auch für die **Tilgung der Anleihe.** Auch hier muß ein Maßstab gefunden und im Gesetz verankert werden, der verhindert, daß den Herren bei der Rückzahlung der Anleihe kein größerer Gegenwert geleistet wird, als sie selbst dem Reiche gegeben haben. Jeder Kursgewinn muß dabei unter allen Umständen ausgeschaltet bleiben. Meine Herren von der Regierung, wo haben Sie in Ihrer Vorlage auch nur den geringsten Versuch gemacht, das Reich vor einer derartigen Übervorteilung durch die Kapitalshyänen in Deutschland zu schützen? Diese würden natürlich auch diesen Brocken mit Vergnügen schlucken und bei ihrem bekannten Magen auch wunderbar verdauen, ohne irgendwelche Beschwerden dabei zu haben. Es ist aber Aufgabe der Regierung dafür zu sorgen, daß das Reich, das heißt das werktätige Volk Deutschlands, bei dieser Anleihe, bei dieser Attrappe des „sichtbaren Opfers des Besitzes“ mindestens nicht noch übers Ohr gehauen wird. Es ist bekannt, daß die Zwangsanleihe, wie sie auch gestaltet werden möge, nur ein sehr faules Aushilfsmittel sein wird. Wir wissen auch, daß, selbst wenn das Deutsche Reich endlich eine Auslandsanleihe erhält, diese Anleihe die Leiden und den Druck auf die breiten Massen (B) des Proletariats nicht mindern, sondern nur noch verstärken wird. Es wird sich dann zu der inländischen Ausbeutung auch noch der Druck der ausländischen Ausbeutung gesellen. Wir wissen ferner, daß die Maßnahmen, die für die Auslandsanleihe, die demnächst besprochen werden wird, von der Gegenseite gefordert werden, nur auf der proletarischen Masse lasten und daß trotz der Finanzkontrolle der Entente die Herren von Besitz und Bildung es nach wie vor verstehen werden, ihre Kapitalien ins Ausland zu verschieben und ihr dreimal geheiligtes Vaterland um die Steuern zu betrügen. Nun soll aber das Unzulängliche, das im Steuerkompromiß Ereignis geworden ist, noch unzulänglicher gemacht werden durch die Anträge, die die bürgerlichen Parteien hier im Hause eingebracht haben und die, wie ich im Vergleich mit England nachgewiesen habe, das Ungerechtfertigste darstellen, was jemals in diesem Hause geschehen ist. Die Arbeiterschaft wird jedoch diese Anträge als eine offene Kampfansage des Kapitals auffassen und darauf in entsprechender Weise zu reagieren wissen. Sie wird zugleich erneut den Kampf aufnehmen für das, was Sie durch Ihr Steuerkompromiß zu verhindern versuchten, für die Erfassung der Sachwerte, und aus diesem Kampf wird schließlich die Befreiung der Arbeiterklasse von der Ausbeutung durch Stinnes und seine Agenten hervorgehen!

(Bravo! bei den Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. Rießer: Damit ist die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Zwangsanleihe geschlossen, ebenso die erste Beratung der in Punkt 6, 7 und 8 der Tagesordnung verzeichneten, damit verbundenen Gesetzentwürfe.

Ich nehme das Einverständnis des Hauses damit an, daß die sämtlichen vier Gesetzentwürfe dem 11. Ausschuß (Steuerausschuß) zur Beratung überwiesen werden. (C) — Das Haus hat sich in diesem Sinne entschieden.

Den neunten Punkt der Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Disziplinargesetzes für die Wehrmacht
(Nr. 4443 der Drucksachen),

bitte ich heute von der Tagesordnung streichen zu wollen. Wir waren davon ausgegangen, daß sich niemand dazu zum Worte melden und der Gegenstand ohne Debatte an einen Ausschuß überwiesen werden würde. Diese Annahme hat sich als unzutreffend erwiesen, nachdem sich schon eine ganze Reihe von Rednern gemeldet hat. Ich schlage daher vor, den Gegenstand heute abzusetzen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Wir kommen nunmehr zum letzten Gegenstande der Tagesordnung:

Fortsetzung der ersten Beratung des Entwurfs einer Schlichtungsordnung
(Nr. 3760 der Drucksachen).

Das Wort hat der Herr Abg. Malzahn.

Malzahn, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Daß die Schlichtungsordnung in erster Lesung im Reichstag unmittelbar vor der Tagung des Deutschen Gewerkschaftskongresses beraten wird, muß von der Arbeiterschaft draußen als eine Provokation und zugleich als eine Mißachtung der deutschen freien Gewerkschaften aufgefaßt werden, die über eine Mitgliederzahl von 9 bis 10 Millionen verfügen. Regierung und Arbeitsministerium wissen ganz genau, daß auf dieser Tagung des Gewerkschaftskongresses die Fragen des Schlichtungswesens, des Tarifwesens und der Sozialgesetzgebung einen sehr breiten Raum einnehmen werden, und wir haben aus der Presse ersehen, daß der Reichsarbeitsminister als Repräsentant der Regierung an diesem Kongreß als Gast teilnehmen wird. Um so mehr durften wir erwarten, daß die Reichs- (D) regierung den Entwurf der Schlichtungsordnung zurückgehalten hätte bis nach erfolgter Stellungnahme des Parlaments der Arbeit, der Gewerkschaften.

Es ist charakteristisch, daß die Sozialdemokraten in der Regierung ihren Einfluß nicht dahin geltend gemacht haben, daß dieser Entwurf vor der Tagung des Gewerkschaftskongresses nicht eingebracht werden konnte.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Aber darum ist es erst recht die Pflicht der Arbeiterparteien, weil eben diese Mißachtung da ist und weil man die Schlichtungsordnung den Arbeitern so schnell wie möglich aufoktroyieren will, die Arbeiterschaft draußen zu alarmieren und sie in Kampfbereitschaft zu bringen. Ich muß schon sagen: Sie müssen alles daran setzen, vor allem in der Presse und der Gewerkschaftspresse, um die Arbeiter, Angestellten und Beamten über die außerordentlichen Gefahren, die in diesem ausgeklügelten und raffinierten Gesetzmachwerk vorhanden sind, aufzuklären.

(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Die Kommunistische und auch die Unabhängige Partei und ihre Presse haben in dieser Richtung ihre Pflicht erfüllt und werden es weiter tun. Inwieweit aber die Sozialdemokratische Partei und der „Vorwärts“ diese Aufgabe erfüllt, darüber werde ich nachher sprechen. Besorgen Sie sich inzwischen die gestrige Morgenausgabe des „Vorwärts“, damit Sie einmal die Rede ihres Fraktionsredners Giebel mit der Auffassung, die im „Vorwärts“ über die Schlichtungsordnung vertreten ist, vergleichen können!

(Zuruf bei den Kommunisten.)

Es ist notwendig, die Arbeiter in höchste Alarmbereitschaft zu rufen: denn es ist verständlich, daß die bürgerlichen und kapitalistischen Parteien auf der rechten

(**Malzahn**, Abgeordneter.)

(A) Seite dieses Hauses hinein bis ins Zentrum und zu den Demokraten natürlich ein Interesse daran haben, möglichst schnell und geräuschlos diese Schlichtungsordnung zu verabschieden.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Denn für die kapitalistische Gesellschaft bedeutet diese Schlichtungsordnung die beste Beute, die sie bisher je auf Kosten der Arbeiterklasse hat erobern können.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Ich mache darauf aufmerksam, daß gestern der Herr Dr. Moldenhauer als Redner der Deutschen Volkspartei, als Sprachrohr der Arbeitgeber, mit einer gewissen Genugtuung und einem gewissen Nachdruck erklärte: „Wir stimmen der **Grundtendenz** dieser **Schlichtungsordnung** zu." Das bedeutet, daß auch dem letzten Arbeiter die Augen aufgehen müssen, was er von dieser Schlichtungsordnung, der der Repräsentant der deutschen Arbeitgeber mit einer inneren Genugtuung ohne weiteres zustimmen kann, zu erwarten hat. Wir wissen aus Erfahrung: Wenn diesen Herren in der sozialen Gesetzgebung oder in allen anderen Fragen, die mein Freund Höllein eben geschildert hat, etwas gegen den Strich geht, so machen sie ihre ganze Presse mobil. Dann versuchen sie ihren ganzen Machtapparat daran zu setzen, um die Gefahren abzuwenden. Zumal die Deutsche Volkspartei hat ja auf diesem Gebiete die Presse in weitgehendem Maße aufgekauft, um sie in den Dienst des Kapitals zu stellen. Bei der Schlichtungsordnung aber — Ruhe im Blätterwald! Still und geräuschlos will man den Arbeitern und Angestellten dieses Antistreikgesetz aufoktroyieren. Das ist die Losung, darum die Ausführungen des Herrn Dr. Moldenhauer: Wir stimmen der Grundtendenz dieser Schlichtungsordnung zu. Man will den Arbeitern und Angestellten ihre einzige und wirksamste Waffe, die sie gegenüber dem Kapital in ihrem schweren Kampf um ihr Leben, um ihre (B) Existenz haben, mit der Schlichtungsordnung rauben. Man will weiter mit dieser Schlichtungsordnung — und praktisch würde das eintreten — das Koalitionsrecht der Arbeiter wertlos und illusorisch machen.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Ja, ich sage: dann werden die Gewerkschaften, falls diese Schlichtungsordnung Gesetz wird — das muß den Arbeitern und Angestellten mit aller Deutlichkeit gesagt werden —, ein Apparat der kapitalistischen Regierung, ein Werkzeug der kapitalistischen Wirtschaft werden.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Darum soll es unsere Pflicht sein, draußen mit aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, daß die Arbeiterschaft durch diese Schlichtungsordnung gefesselt werden soll, um die Bahn frei zu machen, damit der große Raubzug, den mein Freund Höllein eben erwähnte, seitens der deutschen und der Ententekapitalisten auf Kosten von Leben, Gesundheit und Existenz der deutschen Arbeiter beginnen kann. Die Arbeiter fühlen bis zur Verzweiflung, daß sie einer Periode der verschärften Ausbeutung entgegengehen. Sie wissen, daß sie in heftigen Kämpfen gegen ein stark koaliertes Unternehmertum Leben und Existenz ihrer Klasse verteidigen müssen.

Wie liegen denn die Dinge? Der Reichsarbeitsminister erklärte gestern: ja gewiß, die Disziplin in den **Gewerkschaften** wird geübt, aber immerhin ist doch ein großer Teil **radikaler Elemente** vorhanden, die über die Bestimmungen der Gewerkschaftsgrundsätze hinweggehen. Das kann nur ein Reichsarbeitsminister sagen, der in der Zeit, in der wir jetzt leben, noch nicht begriffen hat, warum die breiten Schichten der Arbeiter und Angestellten in den Kampf getrieben werden, daß man nicht Hunderttausende mit radikalen Worten in den Kampf treiben kann, sondern daß die realen ökonomischen Tatsachen, die sich draußen abspielen, sie dazu zwingen.

(C) Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, möge dem Herrn **Reichsarbeitsminister** vor Augen geführt sein, wie er selbst vor wenigen Tagen in Bochum vor den Vertretern der **Bergarbeiter** gesprochen hat, vor den Vertretern des alten Bergarbeiterverbandes, der Hirsch-Dunckerschen, der Christlichen, aus deren Reihen ja der Herr Arbeitsminister Brauns stammt, und der polnischen Bergarbeiter. Man hatte ja mehrere Regierungskanonen dorthin geschickt, unter anderen auch den Reichswirtschaftsminister Schmidt. Die freie Arbeiterunion Gelsenkirchen, in der nach Auffassung des Reichsarbeitsministers die radikalen Elemente sitzen, waren nicht auf dieser Konferenz vertreten. Da sind nun die Regierungskanonen angefahren. In salbungsvollen Reden hat der Herr Reichsarbeitsminister an den Idealismus der Bergarbeiter appelliert, und er hat feststellen müssen, daß die Vertreter der Bergarbeiter aus den Schachtanlagen mit 340 gegen 98 Stimmen dieses Abkommen abgelehnt haben.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Sie haben dieses Abkommen abgelehnt, weil die Arbeiter bei ihrer schweren Arbeit unter Tage unter dieser Geldentwertung und den teuren Lebensmittelpreisen mit ihrer Familie nicht mehr existieren, nicht mehr die nötigen Substanzen einnehmen können, um ihre Arbeit zu vollführen. Anstatt ihnen nun einen halbwegs ausreichenden Lohn zu gewähren, wollte man sie von neuem zu einer Überarbeit, zu Überschichten verpflichten. Der Herr Reichsarbeitsminister Brauns hätte doch in Rede und Gegenrede mit den Bergarbeitern die Lehre daraus ziehen müssen, daß derartige gewaltige Bewegungen nicht durch radikale Elemente, sondern naturnotwendig aus den Tatsachen entstehen, wie wir sie in unserer elenden Wirtschaftslage auf seiten der Arbeiter zu verzeichnen haben.

Unsere Wirtschaftslage wird durch folgendes Bild gekennzeichnet: Drei gierige Drachen lauern auf die Erträgnisse der deutschen Arbeitskraft. (D)

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Das sind einmal die in ihrer Profitgier unersättlichen deutschen Kapitalisten und deutschen Agrarier; mein Freund Höllein hat Ihnen das wirklich eindrucksvoll vor Augen geführt. Zum andern sollen die deutschen Arbeiter durch gewaltige Steuerlasten den finanziellen Bankrott des Reichs, der Länder und der Kommunen ausgleichen und beseitigen. Ferner sollen sie die unzähligen Milliarden für Reparation und Besatzung aufbringen. Dabei haben die Lebensmittel und alle Verbrauchsgegenstände, wie Kohle, Heizung, Licht, Gas, Kleidung, Hausgeräte usw., nicht nur die Weltmarktpreise erreicht, sondern die Weltmarktpreise in Deutschland weit überschritten, da sie mit der Umsatzsteuer und anderen Steuern belastet sind. Es kann überhaupt keine Rede davon sein, daß sich eine Arbeiterfamilie irgendeinen Ersatz für Verbrauchsgegenstände beschaffen kann.

Wie steht es aber nun demgegenüber mit den Löhnen nnd Gehältern der Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Privatindustrie, in den Reichs-, Staats- und Kommunalbetrieben? Ich erinnere nur an die großen Kämpfe, die in Berlin von den Staats- und Gemeindearbeitern geführt worden sind. Es muß festgestellt werden, daß die gegenwärtigen Löhne nur knapp ein Drittel der Vorkriegslöhne nach der Goldwährung ausmachen. In allen Versammlungen, bei allen Kämpfen, bei allen Ereignissen, die die Arbeiter und Angestellten zusammenführen, wird immer und immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß die deutschen Arbeiter und Angestellten sich nicht wie Kulis behandeln lassen wollen. Die ökonomischen Verhältnisse führen die Arbeiter und Angestellten immer mehr zur Erkenntnis, daß sie sich nur durch rücksichtslosen Kampf vor dem Untergang schützen können. Der Herr Reichsarbeitsminister, der doch eigentlich in diesen Kämpfen und

(**Malzahn,** Abgeordneter.)

(A) Verhandlungen darinsteckt und der trotzdem so weltfremd ist, daß er behauptet, die radikalen Elemente seien an allem schuld, möge beachten, daß gerade in den letzten Monaten, getrieben durch die soziale Not und durch die ökonomischen Tatsachen, große Schichten von Arbeitern und Angestellten zu wirtschaftlichen Kämpfen übergegangen sind, wie man sie früher nie für möglich gehalten hätte. Ich erinnere nur an die Eisenbahner, an die Landarbeiter, an die Streiks der Hausangestellten und Gastwirtsangestellten in Berlin. 50000 Hausangestellte haben Wochen und Monate lang gestreikt. Das sind Zustände, die sich aus den Tatsachen ergeben, vor allen Dingen aus der Tatsache, daß die Lebensmittelpreise die Weltmarktpreise überschritten haben, dagegen die Löhne nur ein Drittel der Vorkriegslöhne betragen.

Ich sage: die Arbeiter erkennen das immer besser, und der ungeheure Zuwachs, den die freien Gewerkschaften mit ihren 9 bis 10 Millionen Mitgliedern erhalten haben, ist das beste Zeichen dafür, daß die Arbeiter es begriffen haben, daß bei dieser wirtschaftlichen Entwicklung zu ungunsten der **Arbeiter** ihre einzige und **wirksamste Waffe das Streikrecht** ist.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Diese Erkenntnis wird noch durch die Tatsache verstärkt, daß das Kapital mehr denn je durch seine ökonomischen Machtmittel alles in seinen Dienst stellt: jetzt wird neben einem Heer willfähriger Agenten und Trabanten, die tagtäglich die Geschäfte des Kapitals als juristische Berater und Vertreter in den Schlichtungsämtern besorgen, die in Hunderten von aufgekauften Zeitungen als Agenten der Stinnes-Leute arbeiten und Stimmung für die Interessenpolitik der Industrie machen, auch noch die Reichs- und **Staatsbureaukratie in den Dienst des Kapitals** gestellt. Die Erfahrungen und Vorgänge der letzten Jahre und besonders der letzten Zeit haben das den Arbeitern (B) mit aller Deutlichkeit bewiesen.

Ferner wird der breiten Masse der Werktätigen immer deutlicher vor Augen geführt, daß die Kapitalisten durch ihre **Syndikate und Kartelle** eine **Preisdiktatur** üben, die man wohl ganz offen als eine gemeine und niederträchtige Erpresserpolitik dem Reich und der gesamten Volkswirtschaft gegenüber bezeichnen kann. Hinzu kommt der schamlose **Lebensmittelwucher,** der gerade von unsern deutschen „Patrioten“, hier von den Vertretern auf der rechten Seite, getrieben wird. Ich erinnere nur an die Verhandlungen über die Getreideumlage, die im Reichswirtschaftsrat stattgefunden haben. Dort hat Herr v. Braun Ausführungen darüber gemacht, wie die Landwirtschaft über die Umlage denkt, wobei ganz offen ausgesprochen wird: selbst wenn die Umlage beschlossen wird, dann werden wir sie sabotieren, dann wird sie der Bauer sabotieren. Also so oder so — die Umlage wird nicht kommen! Sie pochen auf Ihre Rechte. Die rechte Seite läßt sich durch Gesetze nicht binden, für sie kommt allein die brutale Macht und Gewalt in Betracht.

(Abgeordneter D. Mumm: Das hat Herr v. Braun niemals gesagt!)

— Das letzte hat Braun nicht gesagt, aber das erste, was ich ausgeführt habe. Was ist die Konsequenz davon? Daß Sie sich durch Gesetze nicht binden lassen, das ist von Herrn Braun ganz offen zum Ausdruck gebracht worden. Herr Braun hat im Reichswirtschaftsrat nicht gesagt, er wird es tun; er sagt, die deutsche Landwirtschaft, die deutschen Bauern werden dieses Gesetz sabotieren.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Sie werden nicht abliefern.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Lesen Sie die Rede genau!)

— Ich habe sie gelesen, und ich kenne die Agrarier und die Gutsbesitzer, die Sie vertreten; deren Preispolitik und schamlosen Wucher haben wir nun schon zur Genüge (C) kennen gelernt.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten!)

Das alles, sage ich, kommt noch hinzu. Unter diesen Umständen aber bleibt den Arbeitern und Angestellten nichts anderes übrig, als den Kampf um die Erhöhung der Löhne bis zur Erreichung von **Weltmarktlöhnen** gegenüber den Weltmarktpreisen aufzunehmen. Die Arbeiter kommen mit ihren Familien nicht mehr gegen die gewaltige Teuerung an. Ich erinnere nur daran, daß das Fleisch und die Fette in den letzten zwei, drei Wochen um zirka 50 Prozent im Preise gestiegen sind.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Was sollen die Arbeiter bei einer solchen unerhörten Preissteigerung tun? Sie müssen den Kampf für Reallöhne, für Löhne, die in Goldwährung berechnet sind, aufnehmen, genau so wie jeder Krämer von den Arbeitern die Bezahlung der Preise für Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände in Goldwährung verlangt. In dieser Periode der verschärften Ausbeutung der Arbeiter will man nun der Arbeiterschaft diese Schlichtungsordnung aufoktroyieren.

Wenn der Herr Reichsarbeitsminister gestern erklärt hat, er könne nicht einsehen, daß durch den § 55 der Schlichtungsordnung das **Streikrecht vernichtet** würde, so erwidere ich darauf: wenn dieses Gesetz angenommen würde, so wäre nach dem Gesetz das Streiken praktisch allerdings unmöglich; aber die Arbeiter würden, selbst wenn die bürgerlichen kapitalistischen Parteien ihre Mehrheit dazu ausnützen sollten, den Entwurf zum Gesetz zu machen, sich in ihren schweren ökonomischen Kämpfen einen Dreck um diese Zwirnsfäden der Gesetzesmacherei kümmern, die nur als Werkzeug der kapitalistischen Wirtschaft dient.

(Zuruf von den Deutschnationalen.)

Ich meine: wir sind in einer kapitalistischen Republik, die Ihnen in jeder Beziehung den Willen tut, in Steuer- (D) fragen, in Fragen der Preistreiberei, und da soll sich die Arbeiterschaft nach dieser Richtung hin knebeln lassen?!

Der Herr Abgeordnete Moldenhauer sagte gestern, der Staat habe das Recht und die Pflicht, im Interesse der Gesamtheit in die Freiheit des einzelnen Individiums und ganzer Institutionen einzugreifen. Gut! Wir wollen einmal sehen, ob dieser Grundsatz von den Vertretern der Deutschen Volkspartei auch dann aufrecht erhalten wird, wenn der Staat im Interesse der Gesamtheit dazu gezwungen ist, auf eine Erfassung der Sachwerte, auf eine Erhöhung der Vermögenssteuer zu drängen. Ich glaube kaum, daß sich dann die Vertreter der Deutschen Volkspartei noch ihres gestern aufgestellten Grundsatzes erinnern werden. Jetzt aber, wo die Schlichtungsordnung vor uns liegt, wo die Arbeiter geknebelt und gefesselt werden sollen, da proklamiert man diesen Grundsatz.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

In der Begründung der Schlichtungsordnung wird folgendes gesagt:

> Die dauernde Gefährdung unseres Wirtschaftslebens durch Arbeitskämpfe und die hieraus drohenden Gefahren für die Gesamtheit des Volkes zwingen dazu, die Benutzung der vorhandenen Einigungsstellen nicht mehr dem freien Belieben der Beteiligten zu überlassen,
>
> (hört! hört! bei den Kommunisten)
>
> sondern die schon bisher bestehende moralische Pflicht zur Einhaltung und Durchführung des Schlichtungsverfahrens vor Anwendung von Kampfmaßnahmen zu einer gesetzlichen zu machen.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Also ganz offen wird hier ausgesprochen, daß man durch dieses Gesetz, durch dieses Zwangsschlichtungsverfahren das Streikrecht der Arbeiter illusorisch machen will.

(Malzahn, Abgeordneter.)

(A) Kapital und Arbeit stehen sich im Wirtschaftskampfe gegenüber, auf der einen Seite das Kapital, ausgerüstet mit den ökonomischen Machtmitteln, mit einer ihm zur Verfügung stehenden Presse, mit Agenten, Vertretungen, und auf der anderen Seite die Arbeiter, die als einzige Waffe die Verweigerung ihrer Arbeitskraft haben, und diese Waffe will man nun den Arbeitern nehmen, diese Möglichkeit will man illusorisch machen.

Wenn wir diesen Entwurf durchsehen, dann müssen wir schon im ersten Abschnitt bei dem Aufbau und der **Zusammensetzung der Schlichtungsbehörden** feststellen, daß von vornherein durch die Parität der Arbeitgeber und durch den reaktionär-bureaukratischen Einfluß — denn es wird vorgeschrieben, daß die Vorsitzenden die Befähigung zum höheren Justizdienst haben müssen — ganz zuverlässige Kammern für das Kapital gesichert sind. Wir müssen weiter schon bei diesem Aufbau feststellen, daß man versucht, die Arbeiter von den Angestellten zu trennen. Hinzu kommt, daß der § 55 vorschreibt, daß bei allen Differenzen der Arbeiter und Angestellten mit den Unternehmern, bevor der Streik einsetzt, Verhandlungszwang notwendig ist, daß eine dreitägige Frist einsetzen muß usw.

Ursprünglich waren die **gemeinnötigen Betriebe** vorgesehen. Der Abgeordnete Giebel erklärte, daß die neue Fassung eine wesentliche Verbesserung sei. Wir sind der Auffassung — und mit uns auch der größte Teil der Gewerkschaftler —, daß der § 55 in der jetzigen Fassung keine Verbesserung darstellt, sondern nunmehr ganz klar und offen ausspricht, was unter dem Begriff „gemeinnötige Betriebe" verschleiert wurde. Denn die Aufzählung über die gemeinnötigen Betriebe im ersten Entwurf war ja so umfangreich, daß man alles unter diesen Begriff bringen konnte, zumal man immer wieder nach den Verpflichtungen, die uns durch die Reparationskommission und durch die Sachlieferungen des Wiesbadener Ab-

(B) kommens auferlegt wurden, auch die Metallbetriebe, Baubetriebe, Holzbetriebe usw. zu gemeinnötigen Betriebe erklären konnte. Dieser § 55 ist dahin abgeändert worden, daß die Zwangsbestimmungen für alle Betriebe eintreten, und ich weiß nicht, wie der Abgeordnete Giebel daraus eine Verbesserung lesen kann.

Überhaupt waren ja die **Ausführungen des Abgeordneten Giebel** derartig, daß man sich sagen mußte: „einerseits und andererseits". Einerseits war er der Auffassung man könnte glauben, es sei ein Antistreikgesetz; andererseits versuchte er wieder, den Kommunisten und der kommunistischen Presse eins auszuwischen. Die Ausführungen des Abgeordneten Giebel stehen im Gegensatz zu den **Ausführungen des „Vorwärts"**. Versuchte der Abgeordnete Giebel noch, das Gesetz in verschiedener Hinsicht als eine Gefahr hinzustellen, und erklärte er, man muß im Sozialpolitischen Ausschuß dahin wirken, die gefährliche Tendenz für die Arbeiter und Angestellten aus diesem Gesetz herauszubringen, so geht der „Vorwärts" dazu über, in der gestrigen Morgenausgabe unter „Gewerkschaftsbewegung" nicht etwa die Arbeiter zu alarmieren und aufzufordern, kampfbereit zu sein, sondern über die Presse herzufallen, die die Arbeiter und Angestellten auf die Gefahren aufmerksam macht. Im ersten Abschnitt wendet er sich dagegen, daß die „Rote Fahne" diese Schlichtungsordnung als ein Zuchthausgesetz bezeichnet. Er fügt hinzu, daß, wenn in der Schlichtungsordnung in Wirklichkeit Zuchthausstrafen vorgesehen wären, man dann in der „Roten Fahne" vom Massenmord der Arbeiter reden würde. Es stimmt, Zuchthausstrafen sind in der Schlichtungsordnung nicht vorgesehen, aber ich behaupte, was der „Vorwärts" hier ironisch sagt, das trifft zu. Wenn die Arbeiterschaft derartig geknebelt wird, daß man ihr die Kämpfe um ihre Existenz und die Existenz ihrer Familien unmöglich

(C) macht, indem auf der einen Seite die Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände außerordentlich steigen, auf der andern Seite ihre Löhne unter einem Drittel der Reallöhne der Vorkriegszeit stehen, dann bedeutet dieses Gesetz Massenmord, Kindermord, Hunger, Elend und alles, was damit verknüpft ist.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Im zweiten Abschnitt versucht der „Vorwärts" die Schlichtungsordnung zu verteidigen. Er schreibt:

> Die Schlichtungsordnung — um den sachlichen Kern herauszuschälen — macht den Versuch, das Verfahren bei Lohnverhandlungen zu regeln, und zwar bindend für die Arbeiter sowohl als auch für die Unternehmer. In den unsicheren Wirtschaftsverhältnissen, in denen wir leben, in denen die Gewerkschaftsbeamten gezwungen sind, sich in fortgesetzten Lohnbewegungen aufzureiben, mit dem bitteren Gefühl, im Flugsand zu bauen, ist es höchst wünschenswert, daß der Produktionsgang möglichst unberührt bleibt von den Rückwirkungen der Lohnkämpfe usw.

Der „Vorwärts" fordert also den Arbeiter nicht auf, angesichts dieses Schandgesetzes in Alarmbereitschaft zu stehen, sondern verteidigt sogar diese Schlichtungsordnung, die den Arbeitern und Angestellten das Streikrecht illusorisch machen soll. Wir haben wirklich keine Lust, uns gegenseitig herumzuschlagen. Wir sehen es bedeutend lieber, wenn die Arbeiterparteien angesichts dieser großen Gefahren, die dem werktätigen Volke drohen, zusammenstehen würden. Aber sehen wir nicht tagtäglich bei der Beratung der Steuerfragen, beim Jugendwohlfahrtsgesetz, wie die bürgerlichen Koalitionsparteien die Anträge von rechts unterstützen und damit weitere Verschlechterungen herbeiführen, wie die Sozialdemokraten die treuen Fridoline in der Koalitionspolitik sind

(D) (sehr wahr! bei den Kommunisten)

und sich und damit die Arbeiter über den Löffel barbieren lassen?

Darum sage ich: der berüchtigte § 55, dieser Tendenzparagraph, der den Verhandlungszwang vorsieht, der die gesetzlichen Fristen auferlegt, damit die Unternehmer ihre Bereitschaft treffen können, die technische Notwehr alarmieren können, der weiter vorsieht, daß die Arbeiter unter der Aufsicht eines Gewerbebeamten, ja sogar in den ländlichen Distrikten unter Aufsicht eines Polizeibeamten, eines Gendarmen abstimmen sollen, ob sie in den Lohnkampf, ob sie in den Kampf um Verbesserung ihrer Lebenslage eintreten wollen — dieser Paragraph, der weiter vorschreibt, daß eine Mehrheit von zwei Dritteln der Beschäftigten vorhanden sein muß, dieser Tendenzparagraph, zu dem Herr Dr. Moldenhauer ausdrücklich seine Zustimmung erklärt, müßte doch jedem Gewerkschaftler, auch jedem Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkschaftler klar machen, daß es hier um die elementarsten Lebensinteressen des werktätigen Volkes geht. Wir sehen ja — die ungeheure Notlage, der die Arbeiterschaft immer mehr entgegengeht, hat das schon gezeigt —, daß bei allen Kämpfen, die in den letzten Monaten stattgefunden haben — ich erinnere an Süddeutschland —, auch die christlichen Arbeiter und die Hirsch-Dunckerschen Arbeiter Schulter an Schulter mit ihren Klassenbrüdern aus den freien Gewerkschaften gekämpft haben. Und wenn sie heute noch aus Tradition in diesen Organisationen sind, dann werden sie sich immer mehr und mehr aus ihren Reihen entfernen, wenn ihre Vertreter sich hier dazu hergeben sollten, die Geschäfte der Industrie und die Geschäfte des Kapitals zu besorgen.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Diese Schlichtungsordnung bestimmt weiter, daß den **Gewerkschaften** die **Zahlung einer Buße** auferlegt werden

(Malzahn, Abgeordneter.)
kann, so daß also jeder Unternehmer, wenn die Arbeiter in ihrer schweren Lage gegen diesen Paragraphen des Gesetzes verstoßen haben, dazu übergehen kann, die Gewerkschaften haftbar zu machen.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Das würde eine Vernichtung der Gewerkschaften sein. Alle diese Dinge müssen die freien Gewerkschaften ablehnen.

Ebenso ist es mit den gesetzlichen **Verbindlichkeitserklärungen** in der Form, wie sie hier erfolgen sollen, daß unter der Mehrheit, die die Verbindlichkeitserklärung beschließt, Vertreter beider Gruppen vorhanden sein müssen. Wenn man diese einzelnen Schlichtungsbehörden, diese Kammern und Senate, wie sie hier vorgesehen sind, sich in ihrer Zusammensetzung einmal vor Augen führt, so findet man, daß immer der Vorsitzende, der die Befähigung zum höheren Justizdienst haben muß, also aus den Reihen der reaktionären bureaukratischen Beamten stammen muß, daß ferner die Unternehmer in gleicher Anzahl wie die Arbeitnehmer vertreten sein müssen, auf diese Weise also schon eine Mehrheit für sich haben, daß aber auf der anderen Seite, auf der Arbeitnehmerseite, auch noch die Minderheiten vertreten sein sollen einschließlich der gelben Gewerkschaften.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Da sagt schon der Abgeordnete Giebel, daß es sehr leicht vorkommen könne, daß ein Arbeitnehmerbeisitzer von den wirtschaftsfriedlichen Verbänden, wie zum Beispiel Herr Geisler hier, darin wäre; dann wäre das Verhältnis praktisch so, daß die Arbeitgeber drei Vertreter haben und die Arbeitnehmer nur einen. Zu diesem Zweck werden ja die gelben Gewerkschaften gegründet, und die Kapitalisten lassen sich diese gelben Gewerkschaften schon ein Stück Geld kosten, weil es ja wieder hereinkommt. Von diesem Gesichtspunkt aus muß die Zusammensetzung der Ämter betrachtet werden. Dann ergibt sich, daß alle diese Maßnahmen praktisch das Streikrecht illusorisch machen würden.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Der Herr Kollege Giebel erklärte hier gestern, die kommunistische Presse ginge schon wieder dazu über, den Sozialdemokraten Verrat und dergleichen vorzuwerfen. Ja, sehen wir uns doch einmal die Verhandlungen des Reichswirtschaftsrats über diese Frage an. Da ist einer der Vertreter der Arbeitnehmer der **Herr Umbreit.** Er ist Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und redigiert die Gewerkschaftskorrespondenz. In einer Artikelserie, die dem Herrn Kollegen Giebel bekannt sein muß, verfällt er geradezu in eine **Verherrlichung und Verteidigung der Schlichtungsordnung.** Er bezeichnete es sogar als einen Fortschritt, wenn die statutenmäßigen Satzungen, die sich die Gewerkschaften selbst für ihre Mitglieder als Gesetz gegeben haben, nun durch dieses Gesetz für die Führung der Kämpfe mit den Unternehmern als Bestimmungen festgelegt werden. Herr Dißmann hat ihm schon darauf geantwortet, daß er kein Recht habe, die freien Gewerkschaften in dieser Weise festzulegen. Die Rechte der Satzungen für die Gewerkschaften sind nicht zu vergleichen mit den Gesetzen, die den Arbeitern im kapitalistischen Staat aufoktroyiert werden. Die Arbeiter müssen deshalb ein derartiges Schlichtungsgesetz ablehnen, sie müssen eine Schlichtungsordnung ablehnen mit dem Zwangsschlichtungsverfahren, mit der zwangsmäßigen Abstimmung unter gesetzlicher Kontrolle, mit den gesetzlichen Verbindlichkeitserklärungen, mit der Zusammensetzung der Schlichtungsstellen usw. Es wird Aufgabe der Arbeiterparteien sein, die Arbeiter über diese Gefahren aufzuklären. Aufgabe des Deutschen Gewerkschaftskongresses muß es sein, Richtlinien aufzustellen, wie sich die Gewerkschaften das Schlichtungswesen auf einer freiwilligen Basis denken. Aufgabe des Kongresses muß es sein, Vorbereitungen zu treffen, um den Kampf gegen dieses Schandgesetz zu organisieren.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wir haben ja bei den Beratungen im sozialpolitischen Ausschuß gesehen, daß die bürgerlichen Parteien in geschlossener Front gegen die Arbeiterparteien zusammenstehen und daß nur in ganz wenigen Fällen, in formalistischen Sachen die Vertreter der Demokraten und der Zentrumspartei mit uns gegangen sind. Dabei hat sich allerdings gezeigt, daß auch die Sozialdemokraten infolge ihrer Koalitionspolitik allzu leicht faule Kompromisse machen auf Kosten der Arbeiterklasse,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

und diese Gefahr besteht auch hier bei der Schlichtungsordnung. Darum sage ich: es muß Aufgabe des Gewerkschaftskongresses sein, Stellung zu nehmen zur Frage des Schlichtungswesens, des Achtstundentags, der gesamten Sozialgesetzgebung, und die Forderungen, die auf dem Kongreß von den deutschen Gewerkschaften, die 9 bis 10 Millionen Mitglieder repräsentieren, gestellt werden, müssen von Betrieb zu Betrieb den Arbeitern klargemacht werden, es muß ihnen die Gefahr dieser Schlichtungsordnung vor Augen geführt werden, es muß den Arbeitern gezeigt werden, daß diese Schlichtungsordnung, überhaupt die ganze soziale Gesetzgebung nicht für, sondern gegen die Arbeiterschaft gemacht wird.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wir werden ja sehen, wenn der deutsche Gewerkschaftskongreß in den nächsten Tagen mit seinen Arbeiten beginnt, wie sich die einzelnen Parteien in diesen Fragen verhalten werden. Aber ich sage schon heute: Die deutschen Gewerkschaften hätten ihre historische Mission nicht erkannt und verfehlt, wenn sie nicht die Maßnahmen besprächen, die jetzt unbedingt notwendig sind, um Leben, Existenz und Gesundheit der deutschen Arbeiterklasse zu schützen;

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

und da ist erste Voraussetzung, daß die Macht, die die Arbeiter in ihrem Streik- und Koalitionsrecht besitzen, unangetastet bleibt. Weiter müssen Maßnahmen getroffen werden, wie in Zukunft der Kampf der Arbeiter gegen das Kapital zu führen ist, das den Arbeitern den Achtstundentag rauben und seine Löhne durch eine längere Arbeitszeit noch weiter herabsetzen will. Wir haben gesehen, daß in Süddeutschland 150 000 Arbeiter in einem zwölfwöchentlichen Ringen sich gegen die Tendenz der Unternehmer, die Arbeitszeit zu verlängern, gewendet haben. Wir haben gesehen, daß trotz der Macht der Gewerkschaften leider der Kampf nicht so ausgelaufen ist, daß es einen Sieg für die Arbeiterklassen zu bedeuten hätte. Im Gegenteil, der Kampf hat mit einem Fiasko geendet. Wir müssen daraus die Lehren ziehen, damit derartige Fiaskos auf Kosten der Arbeiterschaft für die Zukunft ausgemerzt werden. Die Macht dazu haben die freien Gewerkschaften und die Arbeiterparteien. Wir wollen sehen, wenn die Tagung vorbei ist und wenn wir gezwungen sind, wiederum hier im Hause in zweiter Lesung zu der Schlichtungsordnung Stellung zu nehmen, wie die Haltung der Sozialdemokratischen Partei ist. Es ist praktisch undenkbar, daß es der kapitalistischen Gesellschaft gelingen würde, ein derartiges Gesetz gegen die Stimmen der Arbeiterpartei zu machen. Denn die realen Machtverhältnisse zeigen sich nicht im Parlamenten, sondern draußen in dem ständigen Kampf, den die Arbeiter mit dem Kapital zu führen haben. Da kommt es darauf an, daß die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften erkennen, was auf dem Spiele steht.

Der Herr Reichsarbeitsminister sagt, die Schlichtungsordnung habe zwei Jahre Vergangenheit hinter sich. Er

(Malzahn, Abgeordneter.)

(A) wollte hoffentlich damit nicht sagen, daß das, was lange währt, endlich gut wird. Denn die Arbeiter sind der Auffassung, daß mit diesem raffiniert ausgeklügelten Gesetzesmachwerk für sie nichts anzufangen ist. Sie lehnen es glatt ab. Ich glaube, der Redner der Unabhängigen, Herr Kollege Aufhäuser, hat ja wohl ebenfalls die Erklärung abgegeben, daß sie es ablehnen, diesen Entwurf dem sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen.

(Zustimmung bei den Kommunisten.)

Wir haben einen Vorschlag für diesen Entwurf und der lautet, ihn so schnell wie möglich in die Wolfsschlucht verschwinden zu lassen. Die Arbeiter lehnen dieses Antistreikgesetz, diesen Anschlag auf ihr Koalitionsrecht ganz entschieden ab. Wir werden auch draußen Gelegenheit nehmen, den christlichen Arbeitern, die genau so wie wir von den Kapitalisten ausgebeutet werden, zu zeigen, wie ihre Interessen von ihren Vertretern wahrgenommen werden. Die Arbeiter und die breiten Massen werden uns durch die Entwicklung der ungeheuren sozialen Not verstehen. Wir werden die Arbeiter in Bereitschaft rufen, daß sie einmütig und in geschlossener Front für eine Sozialgesetzgebung eintreten, die der freien kulturellen Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse entspricht. Wir werden sie dafür mobilisieren, daß sie durch ihr Streikrecht den Kampf aufnehmen und daß sie der Forderung (B) der Agrarier auf Weltmarktpreise die Forderung auf Weltmarktlöhne gegenüberstellen.

(Zustimmung bei den Kommunisten.)

Von diesem Gesichtspunkt aus haben jetzt die Arbeiterparteien und der Gewerkschaftskongreß ihre Mission zu erfüllen, wenn sie die Interessen der deutschen Arbeiterschaft vertreten wollen.

(Bravo! bei der Kommunistischen Partei.)

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Damit ist die erste Beratung des Entwurfs einer Schlichtungsordnung beendet.

Ich schlage dem Hause vor, den Entwurf an den 6. Ausschuß zu verweisen, und werde die Zustimmung des Hauses annehmen, wenn ein Widerspruch nicht erfolgt. — Es ist so beschlossen.

Damit ist unsere Tagesordnung erledigt. Ich schlage vor, die nächste Sitzung abzuhalten Montag den 19. Juni, nachmittags 3 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. erste und zweite Beratung des von den Abgeordneten Müller (Franken), Becker (Arnsberg), Hergt, Crispien, Dr. Becker (Hessen), Erkelenz, Leicht und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Sicherung beweglicher Sachen in Schlesien;

— dieser Entwurf liegt vorläufig nur schriftlich vor und befindet sich eben erst im Druck; da er aber von allen Fraktionen unterzeichnet ist, nehme ich an, daß ein Widerspruch dagegen nicht erhoben werden wird, diesen Entwurf auf die Tagesordnung zu setzen.

2. erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922.

Auch dieser Entwurf ist noch nicht zur Verteilung gelangt, wird aber heute abend fertig gedruckt sein und voraussichtlich auch noch abends zur Verteilung gelangen, so daß ich annehme, daß auch dagegen Einwendungen nicht erhoben werden.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Crispien.

Crispien, Abgeordneter: Ich beantrage, die Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie, betreffend die Leitsätze agrarischer Organisationen gegen das Umlageverfahren mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide bei der Beratung zu verbinden.

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: Diese Interpellation ist uns allerdings zugegangen und hat heute auf der Tagesordnung gestanden. Die Regierung hat sich zu ihrer Beantwortung in der geschäftsordnungsmäßigen Frist bereit erklärt. Sachlich gehört das Thema der Interpellation zweifellos zu dem zweiten Punkte der Tagesordnung nach dem Vorschlage des Herrn Präsidenten, und ich bin deshalb damit einverstanden, daß die Interpellation in der Beratung damit verbunden wird, allerdings unter der Voraussetzung, daß daraus nicht besondere rednerische Rechte, etwa doppelte Rednerfolge und besondere Begründung, hergeleitet werden.

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Der Herr Abgeordnete Crispien hat mir vorhin seine Absicht mitgeteilt, und ich kann daher mitteilen, daß inzwischen der Ernährungsminister auf meine Anfrage erklärt hat, das Ernährungsministerium habe noch nicht das erforderliche Material beisammen, um auf diese Interpellation bereits am Montag zu antworten. Ich nehme danach an, daß der Herr Abgeordnete Crispien unter diesen Umständen auf seinen Vorschlag verzichten wird.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Crispien.

Crispien, Abgeordneter: Wenn die Regierung nicht antworten kann, ist mein Wunsch natürlich gegenstandslos.

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Der Antrag des Herrn Abgeordneten Crispien ist also zurückgezogen, und ich darf danach annehmen, daß die Tagesordnung so, wie ich sie vorgeschlagen habe, feststeht. — Das ist der Fall.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 2 Uhr 59 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

229. Sitzung.

Montag den 19. Juni 1922.

Die Sitzung wird um 3 Uhr 15 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Als Vorlagen sind eingegangen:

1. Entwurf einer Reichshaushaltsordnung;
2. Entwurf eines Reichsgesetzes über die Schutzpolizei der Länder;
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des § 91 des Reichsbeamtengesetzes.

Die Rechtsanwälte Magnus, Dr. Salomon und Mielziner in Braunschweig beantragen mit Schreiben vom 10. d. M. die Genehmigung zur Einleitung eines Privatklageverfahrens gegen das Mitglied des Reichstags Vogtherr wegen Beleidigung.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, dieses Schreiben dem Geschäftsordnungsausschuß zur Berichterstattung zu überweisen. — Das Haus ist mit dieser Überweisung einverstanden.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten

in den 5. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Reichert
der Abgeordnete van den Kerkhoff;

in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Hepp, Döbrich
die Abgeordneten Dr. Moldenhauer, Dr. Zapf;

in den 13. Ausschuß für den Abgeordneten Behrens
der Abgeordnete D. Mumm;

in den 22. Ausschuß für die Abgeordneten Rieke, Hänse (Thüringen)
die Abgeordneten Schmidt (Sachsen), Dr. Philipp.

Ich habe Urlaub erteilt den Herren Abgeordneten:
Haag, für 2 Tage,
Behrens, Bruhn, Feuerstein, Schmidt (Cöpenick), Schwarz (Baden) für 6 Tage.

Es suchen für längere Zeit Urlaub nach die Abgeordneten:
Hemeter für 10 Tage und
Havemann für 14 Tage wegen dringender Geschäfte,
Dannemann für 14 Tage wegen Krankheit.

Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Urlaubsgesuche sind bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand:

erste und zweite Beratung des von den Abgeordneten Müller (Franken), Becker (Arnsberg), Hergt, Crispien, Dr. **Becker (Hessen), Erkelenz, Leicht und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Sicherung beweglicher Sachen in Schlesien** (Nr. 4501 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Auf der Tagesordnung steht auch die

zweite Beratung

verzeichnet. Wir treten in dieselbe ein. Ich rufe auf § 1. — Das Wort wird nicht verlangt; ich darf ihn für angenommen erklären.

Ich rufe auf § 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, kann das Gesetz auch sofort in

dritter Beratung

erledigt werden. — Ich höre einen solchen nicht und eröffne die allgemeine Aussprache in der dritten Beratung. — Ich schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen, und rufe in der besonderen Beratung auf § 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 7, — 8, — 9, — Einleitung und Überschrift. —

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Entwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 (Nr. 4498 der Drucksachen).

Ich eröffne die Beratung.
Das Wort hat der Herr Abgeordnete Krätzig.

Krätzig, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Regelung der **Getreidewirtschaft**, wie sie der Regierungsentwurf vorschlägt, ist seit Monaten heiß umstritten worden. Die landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen und der Getreidegroßhandel sind beide scharfe Gegner dieser Regelung, während auf der anderen Seite die unversorgte Bevölkerung, unterstützt durch die kommunalen Körperschaften und durch ihre wirtschaftlichen Organisationen, von der Regierung verlangen, daß die Versorgung des Volkes mit diesem

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(**Krätzig**, Abgeordneter.)

(A) wichtigen Nahrungsmittel, dem Brot, nicht der wirtschaftlichen Anarchie überlassen bleibe.

Bei objektiver Würdigung der Gründe, die zu der verschiedenartigen Stellungnahme führen, bekommt man sofort den Eindruck, daß alles sittliche Recht in dieser Frage in der **Stellungnahme des unversorgten Volkes** liegt. Hier ist es die berechtigte Sorge der Menschen um das nackte Leben, die Veranlassung gibt, diese Regelung zu fordern. Auf Seiten der Landbündlerorganisationen dagegen ist es nur die Sorge um das Entgehen noch größeren Gewinnes, die zu diesem Kampf gegen die Regelung der Getreidewirtschaft führt. Die **Landbündlerorganisationen** wollen keine Regelung durch das Reich, bei der ja Rücksichten auf die Lebensinteressen des Volkes genommen werden müssen, weil wir eben sonst zu unhaltbaren Zuständen kommen würden. Sie wollen das vom Landbund geleitete private Getreidemonopol, das ganz in den Profitdienst der Großagrarier gestellt werden soll. Auf Seiten des unversorgten Volkes also die Sorge um die Befriedigung des wirklichen Hungers, auf Seiten des Landbundes die Sorge um die Befriedigung des Profithungers der Großagrarier!

Meine Damen und Herren! Es kann gar keine Frage sein, auf welche Seite sich der Reichstag hier zu stellen hat. Die Priorität hat hier das Volk zu beanspruchen, das die ganze Volkskraft in den Dienst der Allgemeinheit stellt und besorgt ist, daß diese Volkskraft geschädigt wird, wenn nicht dafür gesorgt wird, daß dieses wichtige Nahrungsmittel gesichert ist.

Meine Damen und Herren! Nur die **Großagrarier** werden von der **Getreideumlage**, wie die Regierungsvorlage sie vorsieht, berührt. Nach der Betriebsstatistik des Jahres 1907 bauten in Deutschland Brotgetreide 2 585 761 Betriebe in der Größe von unter 2 Hektar; dann 985 613 Betriebe von 2 bis 5 Hektar, 1 050 696 Betriebe von 5 bis 20 Hektar, 259 475 Betriebe von 20 bis 100 Hektar und 23 262 Betriebe über 100 Hektar. Wir

(B) haben also damals rund 5 Millionen landwirtschaftliche Betriebe gehabt. Wenn die landwirtschaftlich genutzte Fläche bis 5 Hektar, so wie es die Regierungsvorlage vorsieht, von der Umlage freibleibt, so scheiden schon dadurch rund 3½ Millionen Klein- und Mittelbetriebe der Landwirtschaft aus. Wir Sozialdemokraten sind aber bereit, die Betriebe bis 10 Hektar, also bis 40 Morgen, freizulassen, so daß von den rund 5 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe 4 Millionen freigelassen würden. Die Besitzer der kleinen und mittleren Betriebe, zirka vier Fünftel aller Betriebe, werden, wenn es nach uns geht, von der Getreideumlage gar nicht erfaßt.

Damit bricht auch die Demagogie des Landbundes, die kleinen und mittleren Bauern vor den Karren der Großagrarier zu spannen, vollkommen zusammen. Damit brechen aber auch die Absichten zusammen, einen gewaltsamen Aufstand der Bauern herbeizuführen. Die vier Millionen Klein- und Mittelbauern werden sich hüten, ihre Existenz den Interessen der Großagrarier zu Liebe aufs Spiel zu setzen; denn es ist ja bekannt, daß diese Kreise durchaus nicht die gleichen Interessen haben.

Niemand von uns will, daß etwa der Landwirt das Ergebnis seiner Arbeit unter den Gestehungskosten und ohne Nutzen abliefern soll; er soll auch beim Umlagegetreide auf seine Rechnung kommen. Aber es ist einfach nicht zu ertragen, wenn der **Reichslandbund** verlangt, alles Getreide müsse mit dem Golde des **Weltmarktpreises** aufgewogen werden. Das würde dazu führen, daß das Vierpfundbrot beim heutigen Stande der Weltmarktpreise mit 45 bis 50 Mark und darüber bezahlt werden müßte. Wir wissen ja gar nicht, wie die Dinge sich gestalten werden, ob nicht in den nächsten Wochen und Monaten ein neuer Marksturz eintritt, dann würden ja ganz unhaltbare Zustände entstehen. Denn eine fünfköpfige Familie müßte schon bei dem gegenwärtigen Preise die Woche 250 Mark aufbringen, um sich pro Kopf überhaupt nur ein Brot kaufen zu können.

Meine Damen und Herren! Unser werktätiges Volk hat bei der Steuergesetzgebung größtes Verständnis für die Staatsnotwendigkeiten bewiesen. Furchtbar drückende Steuern hat es auf sich genommen, in der Erkenntnis, daß große Opfer gebracht werden müssen, um den Gesellschaftsbau, das Reich, zu retten. Aber ein Sturm der Entrüstung würde diejenigen spurlos hinwegfegen, die sich unterstehen wollten, dem werktätigen Volke 50 **Mark für ein 1900-Gramm-Brot** abzunehmen, damit die Großgrundbesitzer Riesengewinne machen können. So weit kann die Geduld des Volkes nicht gehen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist keiner Regierung möglich, eine solche Ungeheuerlichkeit auch nur zu wagen, ohne von dem Zorn des Volkes einfach hinweggefegt zu werden. Das ist auch der Regierung bekannt, und wenn die Regierung erklärt hat, sie könne sich nicht dazu verstehen, ohne weiteres die freie Wirtschaft in Brotgetreide durchzuführen, so ist das durchaus verständlich, und es ist auch erklärlich, wenn sich die Regierung mit dem Gedanken trägt, dann lieber den Reichstag, der ein Verständnis für diese wichtige Frage nicht besitzt, aufzulösen und Neuwahlen vorzunehmen, um das Volk selber entscheiden zu lassen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist gar kein Zweifel, daß die übergroße Mehrheit des Volkes sich hinter eine solche Regierung und hinter diejenigen Parteien stellen würde, die dafür sorgen wollen, daß dem Volke wenigstens das Brot zu einem einigermaßen erträglichen Preise erhalten bleibt. Hunderttausende von niedrig entlohnten Arbeitern müßten doch einfach schlankweg verhungern, wenn man Brotpreise von 50 Mark und darüber von ihnen verlangen würde.

Meine Damen und Herren! Es ist eine Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn der Landbund sagt, im vorigen Jahre habe die Landwirtschaft beim Umlagegetreide 1½ Milliarden Mark Geld zulegen müssen. Diese Behauptung stützt sich auf die vom Landbund angegebenen **Ernteerträge** von sieben Zentner Roggen pro Morgen. Aber das ist ja ein viel zu niedrig angenommener Ertrag. Der Ertrag muß nicht mit sieben Zentnern, sondern mit zehn Zentnern im Durchschnitt in Rechnung gestellt werden. Nach den Angaben des Landbundes der Provinz Sachsen betrugen die **Produktionskosten** pro Morgen 925 Mark. Ich habe die Einzelheiten der Aufrechnung hier. Ich ersehe daraus, daß man alles, was man nur irgend konnte, hineingenommen hat, um auf diesen Gestehungskostenpreis zu kommen. Wenn wir diesen Gestehungskostenpreis zugrunde legen und daneben den Umlagegetreidepreis des vorigen Jahres in Rechnung ziehen, so ergibt sich folgende Rentabilitätsrechnung: 10 Zentner Roggen à 105 Mark gleich 1050 Mark und 20 Zentner Stroh zu 15 Mark gleich 300 Mark, zusammen 1350 Mark, mithin also ein Nutzen von 425 Mark pro Morgen. Die Herren vom Landbund und die Deutschnationalen haben ja im Unterschätzen der Ernte und der Rentabilität der Landwirtschaft eine sehr große Übung. Herr Dr. Oberfohren hat am 31. August des vorigen Jahres in der Nummer 406 der „Deutschen Tageszeitung" einen Artikel geschrieben über die Getreideumlage in Schleswig-Holstein. Darin sagt er auch, daß infolge

(Krätzig, Abgeordneter.)

des Mißwachses die Ernte des Jahres 1921 die Höhe von 1920 keinesfalls erreichen werde. In Wirklichkeit hatten wir aber gegenüber 1920 eine Mehrernte von 3 714 000 Tonnen Roggen und Weizen und 247 000 Tonnen Hafer und Gerste. Wir hatten also an Roggen und Weizen eine Mehrernte, die anderthalbmal so hoch war wie die ganze Getreideumlage des vorigen Jahres.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Sodann muß doch gesagt werden, daß 45 Prozent Nutzen schon ein ganz annehmbarer Nutzen ist. Aber, meine Damen und Herren, das ist ja gar nicht der wirkliche Nutzen, der wirkliche Nutzen ist weit höher. Die Roggen- und Weizenernte betrug 1921 etwa 10 Millionen Tonnen. Nur ein Viertel dieser Menge ist zu Umlagepreisen verkauft worden. Rechnen wir einmal dieselbe Menge von 2½ Millionen Tonnen für die Selbstversorger und 1 Million Tonnen für die Saatzwecke, so bleiben noch mindestens 4 Millionen Tonnen von diesem Brotgetreide, das zu weit höherem Preise verkauft worden ist. Die Roggenpreise haben ja teilweise über 12 000 Mark gestanden und die Weizenpreise über 14 000 Mark die Tonne. Die Regierung sagt in der Begründung der Vorlage, daß wir für Inlandsweizen zeitweise Preise von 14 200 Mark gehabt haben. Teilweise standen die Preise sogar über den Weltmarktpreis.

Ich gehöre nun nicht zu denjenigen, die alle Schuld an diesen hohen Preisen auf die Landwirtschaft schieben. Auch der sogenannte „ehrbare“ Handel trägt sein vollgerüttelt Maß daran. Wenn es richtig ist, was der Direktor Hopf in Tauberbischofsheim in der Zeitschrift „Fränkische Scholle“ am 15. März dieses Jahres sagt, nämlich daß der Handel an Roggen und Weizen 20 000 Mark bis 40 000 Mark, ja sogar 50 000 Mark am Waggon verdient,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

so ist das doch geradezu unerhört. Ich meine, im Inlandsgetreidemarkt brauchen wir überhaupt keinen Großhandel. Hier liegen die Dinge ganz anders als etwa auf einem Warengebiet, wo eine große Vielseitigkeit erforderlich ist, wie etwa auf dem Gebiete der Textilindustrie, wo der Großhandel sehr wichtige Funktionen zu erfüllen hat. Bei dem inländischen Getreide ist das aber nicht nötig, und hier müßte eine Regelung getroffen werden, die diesen enormen Zwischengewinnen ein Ende macht. Die Regierung und die Genossenschaften müßten hier Hand in Hand arbeiten, um die direkte Versorgung der Verbraucher zu ermöglichen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Da nun die Landwirtschaft ohne Zweifel eine starke Abnutzung der Arbeitsmittel aufzuweisen hat, so ist es auch Pflicht der Regierung, einmal nachzusehen, wie es um die Preisgestellung dieser Arbeitsmittel bestellt ist. Wenn es richtig ist, was Herr Direktor Hopf in der eben genannten Zeitschrift sagt — und es ist richtig, soweit ich mich bei Landwirten erkundigt habe —, daß die Maschinenfabriken und die Fabriken für landwirtschaftlche Geräte solche unerhörten Preise fordern wie zum Beispiel für eine Grasmähmaschine, die im Frieden 230 bis 250 Mark gekostet hat, im vorigen Jahre 1700 bis 2500 und jetzt 10 000 bis 15 000 Mark,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

so, meine ich, muß man auch da einmal nach dem Rechten sehen und darf die Dinge nicht so weiter laufen lassen. Es war schon lange unsere Überzeugung, daß man der Eisenindustrie viel zu viel Spielraum im Nehmen von Gewinnen ließ. Ich weiß nicht, inwieweit ein Einverständnis zwischen diesen beiden Kreisen, Eisenindustrie und Landwirtschaft, besteht. Ich weiß nur, daß in früheren Jahrzehnten ein recht inniges Verhältnis bestand, daß damals der Grundsatz bestand: Bewilligt uns die Eisenzölle, wir bewilligen Euch die Getreidezölle. Vielleicht sagt man heute: Nehmt ihr ruhig die hohen Preise für eure Produkte, unterstützt uns aber, etwa durch die Deutsche Volkspartei, im Nehmen recht hoher Preise für das Getreide. Aber, meine Damen und Herren, die deutsche Volkswirtschaft kann das einfach nicht ertragen.

In den Publikationen des Landbundes entrüstet man sich, und zwar nicht mit Unrecht, über den hohen Preis für Kunstdünger. Aber, meine Damen und Herren, wer ist denn daran schuld? Sind nicht diejenigen daran schuld, die damals unsere Anträge abgelehnt haben, den Kunstdünger zu verbilligen? Hat nicht der ehemalige preußische Landwirtschaftsminister Otto Braun, der jetzige Ministerpräsident, hier den Antrag gestellt, 1½ Milliarden zu bewilligen, um den Kunstdünger im Preise herabzudrücken?

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Diesen Antrag haben wir gestellt; die Abstimmung ist mir noch genau in Erinnerung. Es war durch das Erheben von den Sitzen nicht möglich, genau festzustellen, wie das Ergebnis sei, es mußte durch Hammelsprung entschieden werden. Als ich herüberging, da führte Herr Dusche die Neinsagerkolonne an, mit dem Rufe: Nein, nein, das ist der erste Schritt zur Sozialisierung!

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Das hatte mit Sozialisierung gar nichts zu tun,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

sondern hier sollte einmal an einem praktischen Exempel gezeigt werden, wie wir Sozialdemokraten wollen, daß die Produktivität der Landwirtschaft gehoben werde.

Nun sagen die Gegner der Regelung, diese hohen Preise für Getreide seien ja den Landwirten gar nicht zuteil geworden. Auch das ist falsch. Kürzlich sprach ich mit zwei Landwirten aus Schlesien, von denen einer sogar Kreisvorsitzender des Landbundes ist, und sie sagten mir das Folgende: „Es ist noch immer so wie früher, wir Kleineren werden von den Großen einfach übers Ohr gehauen. Im vorigen Jahre sind die Großlandwirte gekommen und haben uns das Getreide zu dem damaligen niederen Preise abgekauft, und mit diesem billig von uns gekauften Getreide haben sie ihr Liefersoll erledigt, um ihr Getreide behalten zu können, das sie jetzt zu hohen Preisen verkauft haben.“ Das sagen die Mitglieder aus den kleinen landwirtschaftlichen Betrieben, die Mitglieder des Landbundes selbst. Das hat natürlich eine große Verärgerung unter den kleinen und mittleren Landwirten geschaffen. Und diese Tatsache, meine Damen und Herren, ist sehr wichtig für die Beurteilung der Frage, ob der Landbund in der Lage sein würde, so wie er es heute in den Zeitschriften und Kundgebungen verspricht, aus eigener Initiative die Möglichkeit zu schaffen, der Regierung bis zu einem bestimmten Termin ein bestimmtes Quantum von Getreide zur Verfügung zu stellen. Diese Möglichkeit besteht nicht; denn die Landwirte sind mißtrauisch geworden, sie befürchten wieder im Interesse der Großgrundbesitzer übers Ohr gehauen zu werden, und werden sich dem nicht fügen. Der Landbund hat in den Fragen, wo es sich um das sittliche Ideal der Volkssolidarität handelt, in den Fällen also, wo für die Allgemeinheit ein materielles Opfer gebracht werden soll, die Landwirte nicht in der Hand; denn er hat ja die Landwirte im Landbund nicht zum Geben, sondern zum Nehmen erzogen, und infolgedessen folgen sie ihm nicht, wenn jetzt einmal eine Handlung notwendig ist, wobei auch einige Opfer gebracht werden sollen.

(**Krätzig**, Abgeordneter.)

(A) Ich berufe mich dabei nicht nur auf meine eigene Erfahrung, ich berufe mich auch auf das Zeugnis eines unserer Kollegen im Hause.

Herr Dr. Külz hat als Oberbürgermeister der Stadt Zittau, einer mittleren Industriestadt, die die Lebensmittelnöte sehr stark durchgemacht hat, erst vor ganz kurzer Zeit ein sehr scharfes Urteil über den Egoismus der Landwirtschaft gefällt. Er stützt dieses scharfe Urteil, das ich gleich anführen werde, auf folgenden unwiderleglichen Tatbestand. Er berichtet in der Nummer vom 23. April 1922 in der „Zittauer Morgenzeitung" folgendes:

> Der landwirtschaftliche Bezirksverband des Regierungsbezirkes Bautzen hatte sich unter dem 4. Oktober nach einer in der Kreishauptmannschaft Bautzen stattgefundenen Sitzung, an der ich ebenfalls teilgenommen habe, bereit erklärt, daß an bestimmte Verbraucherorganisationen Kartoffeln zu einem Preise von höchstens 45 Mark für den Zentner geliefert werden sollen. Trotzdem die Leitung des landwirtschaftlichen Bezirksverbandes sowie der Landeskulturrat alles getan haben, was in ihren Kräften stand, hat sich nur ein ganz kleiner Teil der Landwirte damals an die Beschlüsse des Bezirksverbandes gehalten. Kartoffeln zu 45 Mark für den Zentner sind damals nur von ganz wenigen Landwirten abgegeben worden. Wohl aber wurden Saatkartoffeln für 62 Mark den Zentner angeboten und verkauft.
>
> Das Verhalten der Landwirtschaft war damals für den Herrn Kreishauptmann v. Wallwitz-Nostitz, der selbst Landwirt ist, Anlaß zu folgender Feststellung: „Wenn jetzt die große Mehrheit der Landwirte in verblendeter
> (B) Disziplinlosigkeit sich lediglich von Gewinnsucht leiten und die Rücksichten auf das Gemeinwohl gänzlich außer acht läßt, so brauche ich auf die Gefährlichkeit einer derartigen Haltung nicht hinzuweisen. Die Gefahr, daß die Massen die Geduld verlieren und zur Selbsthilfe schreiten, ist außerordentlich nahegerückt."
>
> Gleichzeitig erging die Aufforderung, die Landwirte auf das Verhängnisvolle ihres Verhaltens hinzuweisen und alles zu tun, was nötig wäre, um die Landwirtschaft des Bezirks, wie in der landwirtschaftlichen Bezirksversammlung versprochen worden war, zu veranlassen, für die Versorgung der engeren Heimat zu erträglichen Preisen zu sorgen.

Und nun sagt der Dr. Külz:

> Diesen ebenso offenen wie dankenswerten Ausführungen des Herrn Kreishauptmanns habe ich meinerseits nichts hinzuzufügen. Sie beweisen mit schlagender Deutlichkeit, daß die Landwirte sich an die Zusagen ihrer eigenen Organisation nicht gehalten haben. Sie beweisen damit, daß das, was ich gesagt habe, richtig ist: daß die Moral der Landwirtschaft noch nicht wieder so weit befestigt ist, daß wir ohne Zwangswirtschaft auskommen können.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das sagt Herr Dr. Külz am 23. April dieses Jahres. Und das, meine Herren, sollte doch auch den Herren von der demokratischen Partei, die auf einem anderen Standpunkt als Herr Dr. Külz stehen, zu denken geben. Herr Dr. Külz steht ja doch auf dem Standpunkt der kapitalistischen Weltanschauung, und er weiß, daß der Zweck dieser kapitalistischen Weltordnung doch der ist, Profite zu machen. Wenn er aber nun hier zum Ergebnis kommt, daß die Zwangswirtschaft nicht aufgehoben werden dürfe, und zwar aus so triftigen Gründen, so sollte man das einem Fraktionskollegen gegenüber doch so bewerten, daß man ihn in seiner Verwaltungspraxis nicht in die allergrößten Schwierigkeiten hineinbringt. Freilich, der Landbund will ja auch nicht, daß etwa auf einen Teil des Profites verzichtet wird. Er sagt in seinem Angebot nichts davon, etwa ein bestimmtes Quantum von Getreide zu einem niedrigen Preise abgeben zu wollen. Er will nur zum Tagespreis zur Verfügung stellen. Diese Bereitschaftserklärung kann doch gar nicht anders gedeutet werden als dahin, daß die Vermutung beim Landbund selbst besteht, die Landwirtschaft werde nach der Ernte das Getreide zum großen Teil zurückhalten, um eine Notmarktlage zu schaffen und dabei ungewöhnlich hohe Preise zu bekommen. Man muß danach annehmen, daß im Landbund die Auffassung besteht, das eigne Volk müsse eigentlich schon dankbar sein, wenn man so gnädig ist, überhaupt etwas Getreide abzugeben. Das kann es natürlich nicht geben. Daher müssen wir es ablehnen, uns durch den Vorschlag des Landbundes übertölpeln zu lassen. Wir verlangen die Regelung der Getreidewirtschaft durch das Reich, und zwar in vollem Umfange des Bedarfs, und werden daher beantragen, die Umlagemenge anstatt auf 2½ Millionen auf 4½ Millionen Tonnen festzusetzen. Das deutsche Volk bildet eine Schicksalsgemeinschaft; da müssen alle Teile des Volkes Opfer bringen, um es aus dieser Periode der Not herauszubringen.

Die Sicherung der Brotgetreidemenge ist auch deshalb nötig, weil das Reich gar nicht in der Lage ist, für die Versorgung, etwa durch **Zufuhr aus dem Ausland**, rechtzeitig Sorge zu tragen. In der Begründung der Vorlage lesen wir: Die Preise für Auslandweizen stiegen von 5000 Mark am 16. August des Vorjahres bis auf über 18 000 Mark und schwankten im Mai dieses Jahres zwischen 14 000 und 17 000 Mark. Augenblicklich steht der Weizenweltmarktpreis wohl auf 14 200 Mark. Wollte die Regierung, ganz abgesehen von der Unmöglichkeit, die Devisen in der nötigen Menge zu beschaffen, Getreide zu diesen Preisen einführen, so würde das Brot daraus 60 bis 70 Mark kosten, was man doch unmöglich dem Volke zumuten kann. Es geht nicht an, daß ein Teil des Volkes auf Kosten anderer Teile Sondervorteile erhält.

Der Landbund sagt, es bedeute eine **Sondersteuer für die Landwirtschaft**, wenn nicht für alle ihre Erzeugnisse der **Weltmarktpreis** genommen werden kann. Auch das ist ein hohles Schlagwort, dem jede moralische Stütze fehlt. Wo ist denn das moralische Recht stabilisiert, das jedem gestattet sei, heute in dieser Schicksalsgemeinschaft, wie ich sie soeben genannt habe, den Weltmarktpreis zu nehmen? Ein solches moralisches Recht erkennt nicht einmal der Landbund an; denn sonst würde er darauf dringen, daß wenigstens seine Mitglieder den Arbeitern gegenüber, die sie beschäftigen, einen ähnlichen Standpunkt einnehmen. Anfang März 1920 war der Preis gestiegen gegenüber dem Friedenspreis vom Jahre 1913 beim Weizen auf das Sechzigfache, beim Roggen auf das Dreiundfünfzigfache, beim Hafer auf das Siebenundvierzigfache, bei der Gerste auf das Vierundfünfzigfache, bei den Kartoffeln auf das Fünfundvierzigfache. Aber wie sind denn die **Löhne der Landarbeiter** gestiegen? Die Löhne der Deputatarbeiter stiegen nur um das Acht- bis Elffache, und die Löhne der Arbeiterinnen um das Acht- bis Zwanzigfache der Friedenslöhne. Nun werden Sie sagen: die bekommen ja auch noch das **Deputat!** Da

(Krätzig, Abgeordneter.)

(A) ist es interessant, daß erst in den letzten Tagen mit Hilfe der gelben Landarbeiterorganisationen die Methode eingeführt werden soll, daß das Deputat nicht wie bisher nach dem Erzeugerpreise, sondern nach dem Krämerpreis angerechnet wird.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Es soll so berechnet werden, als ob der Deputatarbeiter sein Mehl draußen beim Krämer kauft, um auf diese Weise zu einem höheren Lohn zu kommen. Wenn das die Methode des gelben Landarbeiterverbandes ist, den Landarbeitern zu helfen, so sehen Sie daraus, welchen Bock Sie hier zum Kunstgärtner gemacht haben. Was für ein Mißverhältnis tut sich hier auf! Und da schreit man noch über die hohen Löhne der Arbeiter, wie man es neulich in der Protestversammlung der Landwirte in Zwickau getan. Dort hat zum Beispiel Herr Tinter-Zschocken gegen die dauernden Lohnforderungen der Landarbeiter gewettert. Die vom Landbund irregeleitete Landwirtschaft handelt also vielfach nicht einmal nach dem alten sonst üblichen Grundsatz: Leben und leben lassen, sondern es ist immer noch der alte Zustand: möglichst viel nehmen, aber die, die von ihr etwas zu bekommen haben, recht kurz an der Leine halten! Wenn es der Landbund als eine Sondersteuer betrachtet, daß der Landwirt in Großbetrieben — denn nur für die Großbetriebe kommt es in Betracht — für einen kleinen Teil seiner Erzeugnisse auf Goldwertzahlung verzichten soll, so leisten auch die **Arbeiter, Angestellten und Beamten** eine enorme **Sondersteuer**, indem sie weit unter dem Goldlohn arbeiten müssen. Das, meine Damen und Herren, wird ja nie berücksichtigt. Mir sagte neulich ein württembergischer Oberregierungsrat: „Vor 25 Jahren, als ich meine Laufbahn antrat, erhielt ich 3000 Goldmark Gehalt; heute, nach 25 Jahren, wo ich vier Kinder zu ernähren habe, (B) beträgt mein Gehalt 2000 Goldmark." — Welch ungeheure Sondersteuer trägt dieser Mann und tragen alle die, die im selben Verhältnis stehen, tragen alle die Arbeiter und die Angestellten! Und da schreit man über die hohen Löhne der Arbeiter und will damit dartun, daß man berechtigt sei, nun für die Waren, die man in der Hand hat, jeden Preis zu nehmen.

Ach, meine Damen und Herren, sehen wir uns das Gebiet doch einmal genau an. Wie steht es denn damit? Dem **Friedensstundenlohn** von 60 Pfennigen steht jetzt ein Stundenlohn von 20 Mark gegenüber. Diese 20 Mark sind, wo die Papiermark 1,8 Friedenspfennige darstellt, erstens einmal keine 60 Pfennige, sondern nur 36 Pfennige Friedenswert. Also da ist zunächst schon eine ganz erhebliche Unterbilanz; und wie wird über den Stundenlohn von 20 Mark gezetert! In dem Blatt **der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche"** sagt Herr Dr. Huckert mit Recht:

> Wenn die Landwirtschaft glaubt, daß sie ein Recht darauf hat, den Weltmarktpreis zu fordern, auch wenn die Valuta noch so schlecht steht, dann müssen wir auch die Beamten und Arbeiter berechtigen, Gehälter und Löhne nach dem Weltmarktpreise zu fordern, d. h. Gehälter zu verlangen, die in demselben Verhältnis zu den Löhnen und Gehältern der Friedenszeit stehen, wie die heutige Mark auf dem Weltmarkt zu der Mark der Friedenszeit steht; d. h. wenn der Dollar 300 steht, hat ein Beamter, der im Frieden 5000 Mark Gehalt bezog, das Recht 75 mal 5000 Mark, d. h. 375 000 Mark zu fordern, und die Arbeiter, die im Frieden am Tage 4 Mark verdient haben, können dann 300 Mark für den Tag verlangen und haben das Recht, zu streiken, wenn sie es nicht erhalten.

(C) Das sagt man in dem Tageblatt der christlichen Gewerkschaften sehr mit Recht. Das ist der Standpunkt, den wir schon im Vorjahre bei der Beratung der damaligen Umlagevorlage eingenommen haben. Wir haben damals den Antrag gestellt, daß die Regierung ein Gesetz herausbringen möge, welches bei der jeweiligen Steigerung der Preise es den Arbeitern ermöglicht, automatisch die entsprechenden Einnahmen zu bekommen. Wir haben damals beantragt:

> Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, mit der Vorlage über die Neufestsetzung der Getreidepreise zugleich einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem allen Beamten, Angestellten und Arbeitern der Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe, sowie den in Privatunternehmungen Beschäftigten als auch den Rentenempfängern ein Mehreinkommen in der Höhe gesichert wird, daß beim Steigen der Preise die Kosten der Lebenshaltung gedeckt werden.

Das ist der einzig mögliche Standpunkt, der eingenommen werden muß, wenn auf der anderen Seite verlangt wird, daß für die Produkte der Weltmarktpreis gezahlt werden soll.

Was ich aber von dem Lohn und seinem geringeren Wert gegenüber dem Friedenslohn gesagt habe, ist ja erst die eine Seite. Sehen wir uns einmal die andere Seite an! Wie sieht es denn heute mit der **Kaufkraft des Zwanzigmark-Stundenlohns** gegenüber der Kaufkraft des 60-Pfennig-Stundenlohns in der damaligen Zeit aus? Nehmen wir einmal die **Bekleidung**. Das Normalhemd kostete im Frieden 2,80 bis 3 Mark. Der Arbeiter arbeitete, wenn er 60 Pfennig Stundenlohn bekam, 4½ bis 5 Stunden, dann hatte er sich ein Hemd auf den Leib geschafft. Heute kostet dieses Normalhemd 220 bis 240 Mark, und bei dem angeblich so hohen (D) Stundenlohn von 20 Mark muß der Arbeiter nicht 4½ bis 5 Stunden, sondern 11 bis 12 Stunden arbeiten, ehe er sich einmal ein Hemd anschaffen kann.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nehmen wir einen Anzug, Maßarbeit, mittlere Qualität, den wir damals für etwa 60 Mark bekamen. Die Stunde zu 60 Pfennig Arbeitslohn gerechnet, hatte der Arbeiter die Möglichkeit, nach einer Arbeitsleistung von 100 Stunden sich einen solchen Anzug zu leisten. Heute kostet ein solcher Anzug 4000, 5000 Mark. Bei einem Stundenlohn von 20 Mark muß der Arbeiter 200 bis 250 Stunden arbeiten, ehe er sich die Mittel geschafft hat, einen Anzug kaufen zu können.

Oder nehmen wir **Lebensmittel**, etwa **Kartoffeln**. Ein Zentner gute Speisekartoffeln bekam ich im Frieden für 3 Mark. Bei einem 60-Pfennig-Stundenlohn hatte der Familienvater mit 5 Arbeitsstunden einen Zentner Kartoffeln für seine Familie verdient. Heute kostet ein Zenter Kartoffeln 220, 240 Mark, zeitweise haben wir ja 300 Mark und mehr bezahlt. Nehmen wir 220 Mark, so muß der Familienvater 11 Stunden arbeiten, anderthalb Tage fronen, gegenüber 5 Stunden von damals, um in den Besitz eines Zentners Kartoffeln zu kommen. Gehen Sie alle Existenzmittel durch, die der Arbeiter braucht: immer werden Sie dasselbe Verhältnis feststellen können, das ich hier festgestellt habe.

So sieht es in Wirklichkeit um die sogenannten hohen Arbeiterlöhne aus. Der Reallohn der Arbeiter ist heute ein geringerer als vor dem Kriege, und relativ am geringsten ist der **Reallohn der Landarbeiter**. In Wanzleben betrug der Lohn der Deputatarbeiter 1913 821 Mark, im März 1922 8971 Mark, in Friedensmark umgerechnet nicht 821, sondern 180 Mark.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

(Krätzig, Abgeordneter.)

(A) Das zwingt uns zu der Notwendigkeit, diese Regelung der Getreidewirtschaft durchzuführen, und wir werden im Sinne der Regierungsvorlage im Ausschuß an die Beratungen herantreten. Über Einzelheiten, die uns an der Vorlage nicht gefallen, werden wir im Ausschuß reden.

Nur einen Punkt will ich heute hier gleich herausgreifen. Er betrifft die Differenzierung der Brotversorgung nach finanziellen Gesichtspunkten. Das ist etwas Neues, was damit hereingebracht wird. Ich muß sagen, so sympathisch auch der Gedanke anmutet, nur für den bedürftigen Volksteil in dieser Vorlage zu sorgen, so unmöglich ist die Durchführbarkeit.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Es wird zugerufen „die Brühe würde teurer als alles andere". Es wäre schon schwer, bei einer stabilen Wertgrundlage des Geldes so etwas durchzuführen. Wenn man sich aber die Dinge richtig überlegt, so kommt man immer mehr zu der Überzeugung, daß es bei diesem Schwanken des Wertstandes der Mark ganz unmöglich ist. Jede neue Teuerungswelle dehnt die Zone der Bedürftigkeit ungeheuer aus. Auch das Einkommen kann nicht als Grenze genommen werden; denn es ist ja fortwährend im Fluß. Wie wollen Sie das denn machen? Wollen Sie das Einkommen des letzten Jahres nehmen? Das wird vielleicht in den meisten Orten erst am Ende dieses Jahres festgestellt werden, und auch das kann wiederum nicht zur Grundlage genommen werden; denn kein Mensch weiß, wie sich im Laufe dieses Jahres, das für die Berechnung in Betracht kommt, der Lohn gestalten wird. Arbeiter und Beamte können meines Erachtens überhaupt nicht über der Grenze der Bedürftigkeit liegen. So bleiben die Gewerbetreibenden, die Handwerker usw., die Angehörigen der freien Berufe, (B) diejenigen, bei denen nicht feststeht, wie ihr Einkommen sein wird, die ein Einkommen auf schwankender Grundlage haben. Ja, wollen Sie, die Sie sich — ich erinnere an die Interpellation, die wir erst vor kurzem hier verhandelt haben — als die Leute hinstellen, die den Mittelstand schützen, die Angehörigen des Mittelstandes jetzt auf einmal zu den Wohlhabenden zählen, die nicht das Markenbrot bekommen sollen?

Meine Damen und Herren! Erfahrungen auf diesem Gebiete liegen ja vor. Die Stadt Breslau hat schon im Jahre 1916 die Probe auf das Exempel gemacht, und sie ist dabei gescheitert. Die Stadt Breslau hat damals die Haushaltungen geschieden in solche bis zu einem Einkommen von 3600 Mark — das waren die Bedürftigen — und in solche mit einem Einkommen über 3600 Mark; das waren die Bessergestellten. Obschon die Stadt damals die Steuereinschätzung selbst in der Hand hatte und in verhältnismäßig kurzer Zeit das Einkommen feststellen konnte und obschon sie einen großen Kontrollapparat einrichtete, konnte sie nicht einwandfrei feststellen, wie die Bemittelten von den Unbemittelten abgegrenzt werden sollten. Die Unkosten wurden ungeheuer groß, so daß nach einem Jahr die ganze Geschichte aufgegeben wurde. Heute ist die ganze Sache noch unmöglicher. Die Gemeinden haben die Steuerveranlagung aus der Hand geben müssen; heute hat das Reich die Veranlagung in Händen. Sollen nun etwa die Finanzämter, wie es aus der Vorlage hervorzugehen scheint, die Unterlagen für die Differenzierung beibringen? Es ist einfach unmöglich, den ohnehin schon überlasteten Finanzämtern diese Arbeit aufzubürden. Sie haben die Aufgabe, die Steuern zu veranlagen, dafür zu sorgen, daß die Steuern hereinkommen und nicht die Leute jahrelang warten müssen, bis sie eine Veranlagung bekommen, während möglicherweise inzwischen wirtschaftliche Veränderungen in ihrer Existenz eingetreten sind, die es ihnen erschweren, die Steuern zu (C) zahlen. Oder sollen die Kommunen etwa Arbeitskräfte auf die Finanzämter schicken, um festzustellen, welches die vermögensrechtlichen Verhältnisse der einzelnen Zensiten sind? Das würde ein großes Durcheinander auf den Finanzämtern herbeiführen, namentlich auf den Finanzämtern in ländlichen Bezirken, ganz abgesehen davon, daß es wahrscheinlich nicht angängig ist, neu angenommene Hilfskräfte, die man meistenteils gar nicht kennt, in die Einkommensteuerakten hineinsehen zu lassen. Eine Stadt wie Breslau mit 304 000 Steuerpflichtigen und mehr als 154 000 Haushaltungen mußte nicht weniger — so schreibt der Bürgermeister von Breslau — als 100 Hilfskräfte für die erstmalige Ermittlung und 30 Hilfskräfte für die laufende Kontrolle anstellen. Bei dem niedrigsten Monatsgehalt von 4000 Mark würde das der Stadt einen Kostenaufwand von 1½ Millionen Mark verursachen. Diese Kosten kann natürlich die Stadt nicht aufbringen, und sie wälzt sie wieder auf die Markenbrotesser ab. Also diejenigen, die durch das Markenbrot geschützt werden sollen, müssen einen ganz ungeheuren Verwaltungsaufwand mitbezahlen. Welches ist nun der Effekt der ganzen Sache? Auch darüber gibt der Magistrat der Stadt Breslau in ausgezeichneter Weise Auskunft. Breslau hatte im Jahre 1920 303 992 Steuerpflichtige; davon hatten ein Einkommen bis 5000 Mark 143 524, über 5000 bis 14 000 Mark 129 962, über 14 000 bis 24 000 Mark 20 271, über 24 000 bis 30 000 Mark 3132; also ein Einkommen von 4000 bis 30 000 hatten 296 889 Steuerpflichtige und ein Einkommen über 30 000 Mark 7103 oder 2⅓ Prozent. Ja ich meine, da sieht man, daß hier wirklich etwas gemacht werden soll, was nicht verstanden werden kann. Die Einkommen sind heute höher als 1920, aber der Kaufwert dieser Einkommen ist heute mindestens dreimal geringer als damals. Was damals (D) 30 000 Mark waren, das sind heute 100 000 ℳ, müssen 100 000 Mark sein, wenn die Leute in derselben Weise dastehen wollen wie damals, so daß der Prozentsatz der Bemittelten also lächerlich gering sein würde.

Dann kommen die sozialen Gesichtspunkte. Einzelverdiener müssen anders behandelt werden wie Mehrverdiener. Die Kinderzahl, die Krankheiten in der Familie, die Eltern- und Geschwisterbeihilfen und die mannigfachsten Dinge kommen hinzu. Fast jede Familienwirtschaft hat eine andere soziale Struktur. Was für ein ungeheurer Kontrollapparat müßte geschaffen werden, wenn man diese Kontrolle auch nur versuchen wollte! Trotz dieser umfangreichen Kontrolle aber würden zahlreiche Fälle ungerechter Härten eintreten. Eine solche Kontrolle kann man nicht einführen. Wegen der Ausschaltung von vielleicht 2 Prozent Wohlhabender dürfen wir den Gemeinden, die ohnehin ungeheure Schwierigkeiten haben, nicht Milliarden Verwaltungskosten auferlegen. Das Deutsche Reich geht nicht zugrunde, wenn neben 98 Prozent Bedürftigen auch 2 oder 3 Bemittelte einmal wöchentlich ein etwas billigeres Brot essen, aber es geht sicher zugrunde, wenn man die Regelung der Brotversorgung unterläßt und dadurch 50 Prozent unseres werktätigen Volkes geradezu zum Verhungern verurteilt.

Damit ist auch die neueste Interpellation der Herren Deutschnationalen als Schaumschlägerei bereits charakterisiert.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie, die Sie in dieser Interpellation die Regierung fragen, was sie zu tun gedenkt, um die Lebensmittelversorgung des Volkes „planmäßig" zu sichern, gerade Sie tun ja planmäßig alles, um diese Sicherung, die die Regierung will, zu hintertreiben.

(Zustimmung links)

(Krätzig, Abgeordneter.)

(A) und Sie kommen dann obendrein und interpellieren die Regierung, was sie machen will!

Sie wollen, daß die **Industrie Lasten** auferlegt bekommt, um mit diesen dadurch gewonnenen Mitteln das Getreide zu verbilligen. Aber die Industrie hat schon gegenüber der Landwirtschaft sehr erhebliche Sonderbelastungen — ich führe insbesondere die Kohlensteuer an — und sie steht auf dem ganz andern Standpunkt, als es die Herren in ihrer Interpellation darzustellen belieben. Ich habe hier ein Eingesandt aus dem deutschnationalen „Crimmitschauer Anzeiger" zugeschickt bekommen mit einem Begleitschreiben eines dortigen Fabrikanten. In diesem Eingesandt heißt es:

> Freilich bedarf es dazu einer zielbewußten Regierung, die vor allem die Wirtschaftslage erkennend bestrebt ist, solche zu verbessern dadurch, daß sie die Lebenshaltung aller Kreise erheblich verbilligt, nicht fortwährend durch Lohn- und Gehaltserhöhungen, die eine wasserschöpfende Danaidenarbeit in bodenlose Fässer bedeuten, diese systematisch verteuert. Diese Möglichkeit scheint gegeben, indem vom Auslande nur die allernotwendigsten Produkte zu beziehen sind und vor allem die Kaufkraft des deutschen Geldes im Innern des Landes gehoben wird, zunächst durch den **Preisabbau aller Lebensmittel**, da diese eine unerträgliche Höhe erreicht haben. Preise, 1500 bis 2000 Prozent höher als vor dem Kriege, sind eine Ungeheuerlichkeit, die unter schwere Strafen zu stellen wäre, und diese künstliche unnatürliche Preisentwicklung vollzieht sich unter den Augen der Staatsregierung und macht sie gewissermaßen zu Mitschuldigen, wie zum Beispiel auf dem Gebiete der Getreidewirtschaft, auf dem sie Höchstpreise festsetzte, denen gegen-
(B) über als zu hoch selbst die Erzeuger sich anfänglich ablehnend verhielten.

Das ist der Standpunkt der Industrie, und man kann ihn verstehen.

Nun noch ein paar Worte an diejenigen politischen Kreise, die heute die Sturmfahne der Rebellion gegen die Getreideumlage führen! Wer war es denn, der zum ersten Male nach einer **Regelung der Getreidewirtschaft** durch das Reich rief? Ich zitiere hier aus der Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche", nicht, als ob mir etwa die Dinge nicht bekannt gewesen wären, aber um damit darzutun, wie auch auf jener Seite sehr richtig erkannt wird, wie ungerecht man heute gegen die Arbeiterschaft und gegen das unversorgte Volk losgeht, wenn man diese Art der Regelung der Getreidewirtschaft nicht will. Es waren die **Konservativen**, die heutigen **Deutschnationalen**, die 1894 den Antrag stellten auf Errichtung eines Reichsgetreidemonopols und die damals verlangten, daß alles Getreide aus dem Auslande hier von der Regierung zusammengenommen werde, um dadurch eine Preisregulierung herbeizuführen.

Und am 12. März 1915 verlangte Herr Graf **Westarp** im Hauptausschuß des Reichstags den amtlichen Eingriff in Produktion und Konsumtion. Er sagte damals:

> Ohne Zwang und ohne Kontrolle der Erzeuger ist ein Durchhalten unmöglich.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ja, dieses Durchhalten ist noch nicht durchgehalten, Herr Graf! Jetzt kommen wir erst an das sogenannte dicke Ende, und hier wollen Sie auf einmal nicht mit. Jetzt glauben Sie, Ihre Haut einigermaßen gesichert zu haben, und die übrigen mögen sehen, ob sie in dem Sumpf stecken bleiben, in den sie hineingeführt worden sind, oder wie sie daraus herauskommen. Nein, wir sind in diesem Durchhalten mitten drin, wir müssen (C) heute durchhalten, um unser Volk aus dem Elend herauszubugsieren, in das es der Weltkrieg hineingebracht hat. Es ist ein hohes sittliches Ziel, für das wir heute durchhalten, das gar nicht in Vergleich gestellt werden kann mit dem Ziel des Durchhaltens vom Jahre 1915; denn jenes Ziel war die Vermehrung des Weltelends; aber das Durchhalten, das wir heute brauchen, dient der Beseitigung des Weltelends. Damals, als die Deutschnationalen den alldeutschen Welteroberungsplänen nachjagten, verlangten sie Zwang und Kontrolle der Erzeuger. Herr Ökonomierat Dr. Hoesch von der Deutschnationalen Partei rühmte im Jahre 1916 in seinem Buch „Die wirtschaftlichen Fragen der Zeit", daß die Produzenten die Regelung der Brotgetreidewirtschaft und die Sicherstellung des Konsums zuerst gefordert hätten. Also damals rühmte man sich, daß man das zuerst gefordert habe, und am 9. Oktober 1914 begaben sich die Führer des Bundes der Landwirte mit den christlichen Bauernvereinen zu der Reichsregierung und verlangten die Durchführung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide.

Ja, der deutschnationale Agrarierführer Dr. Schlittenbauer hat die Getreidezwangswirtschft am 5. Januar 1914 im bayerischen Landtage geradezu gefeiert als den kühnsten und genialsten Griff der ganzen Wirtschaftspolitik, und er hat am 25. Februar 1916 verlangt, daß zur Durchführung der Ablieferung nicht Lieferungsprämien gewährt werden, sondern die Enteignung durchgeführt würde.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Also wir sehen, wie von jener Seite damals gehandelt worden ist, wo das wahrscheinlich in ihren Interessenkram hineinpaßte. Heute wissen sie ja: gegenwärtig ist das Reich in einer Lage, daß die entwertete Mark als Grenzsperre auch für Lebensmittel wirkt. Sie sagen sich: „das ist eine ausgezeichnete Gelegenheit, daß wir (D) unsere Produkte zu ungewöhnlich hohen Preisen absetzen können. Also weg mit all dem, was wir vorher verlangten und gefeiert haben, verbrennen wir das alles! Wir verlangen heute das Gegenteil!"

Vielleicht gibt es auch einige Herrschaften, die sich sagen, da die Dinge so liegen: „so ist ja eigentlich die Versorgung des Volks mit Brot gewissermaßen die Gurgel des Staats, an die wir fassen können, um sie zuzudrücken, um dieser Republik ein Ende zu machen". Aus den Richtlinien geht das ja klar hervor. Wenn man sich die einzelnen Kundgebungen vergegenwärtigt, die wir in den letzten Tagen bekommen haben, so sieht man doch, wie der Hase läuft. Sie höhnen über die geringen Machtmittel des Staates; mit denen würden sie fertig, sagen sie. Nun, wir Sozialdemokraten müssen von der Regierung verlangen, daß sie die Konsequenzen aus einer solchen Verhöhnung zieht und daß sie die Machtmittel gegen diese Rechtsbolschewisten vermehrt.

Darüber hinaus aber möchte ich den Herren zurufen: spielen Sie bloß nicht mit dem Feuer!

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Sie scheinen keine Ahnung zu haben von den Unmengen von **Zündstoff**, die Sie bereits **im Volke aufgeschichtet** haben.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren, ich spreche mit dem, was ich jetzt zum Schluß sage, keine Drohungen aus. Ich warne nur in der letzten Minute. Es fällt uns nicht ein, zu drohen, nein, wir wollen das, was ich jetzt sage, wahrlich nicht, aber wir müssen es sagen, damit Sie wissen, was Sie anrichten, wenn Sie anders handeln, als wir es wünschen müssen.

Mit heiligem Zorn verfolgt die deutsche Arbeiterschaft die seit Monaten erfolgenden frivolen Provoka-

(**Krätzig**, Abgeordneter.)

(A) tionen aus jenem Lager. Auch die christlichen Arbeiter und die Hirsch-Dunckerschen beben vor Zorn angesichts so brutal geoffenbarter Herzlosigkeit, wie sie in den Richtlinien und in manchem anderen zum Ausdruck gekommen ist. Das Tageblatt der Christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, geht in scharfer Weise mit Recht gegen diese Brutalität vor und fordert gleichfalls die Getreideumlage. Meine Damen und Herren, lehnen Sie die Vorlage ab, dann seien Sie sich aber bewußt, daß Sie unser Volk in die größte Katastrophe hineinstürzen,

(lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

die es jemals durchgemacht hat. Die Industrie rechnet damit, daß wir noch in diesem Jahre mit einer Hemmung des Niedergangs unseres Markkurses zu rechnen haben, und was das bedeutet, das wissen Sie alle. Sie wissen, daß das bedeutet Ausfall der Exportaufträge zu einem großen Teil, Beginn der Arbeitslosigkeit. Und wenn Sie dann noch ein Fünfzigmarkbrot von der monopolisierten Getreidewirtschaft der Großagrarier bringen, dann können Sie sicher damit rechnen, daß das etwas ist, was nicht getragen werden kann.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Denn wenn es soweit wäre mit der Arbeitslosigkeit, wie wir sie vor uns haben, wenn es heißen wird: durch den Valutasumpf hindurchmarschieren, durch den wir hindurch müssen, wenn wir wieder zu gesunden Verhältnissen kommen wollen, und wenn Sie das Volk dann in dem Augenblick, wo es sich durch diesen Valutasumpf hindurcharbeiten soll, mit solchen unerhörten Preisen für das wichtigste Lebensmittel überfallen, dann heißt das einfach, daß Hunderttausende glatt verhungern müßten;

(lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

(B) und, meine Damen und Herren, ehe es ans Verhungern geht, kommt aber etwas anderes. Ich sage es in aller Ruhe heraus, damit Sie wissen, woran Sie sind: **Ehe es ans Verhungern geht, kommt der Bürgerkrieg.** Und was der Bürgerkrieg in diesem Zeitpunkt bedeutet, wissen Sie. Er bedeutet den vollkommenen Zusammenbruch. Das wollen wir nicht. Deshalb warnen wir Sie in dieser Minute und bitten, von Ihrem Beginnen abzulassen und mit uns diese Vorlage zu machen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sind gewarnt; sie stehen bereit zur Abwehr.

(Beifall bei den Sozialdemokraten. — Händeklatschen auf der Tribüne.)

Präsident: Kundgebungen auf der Tribüne sind nicht erlaubt!

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Roesicke.

Dr. **Roesicke**, Abgeordneter: Meine verehrten Damen und Herren! Mein Herr Vorredner hat einige Äußerungen gemacht, auf die ich zunächst eingehen möchte. Vor allen Dingen wirft er der Landwirtschaft vor, namentlich dem Teil der Landwirtschaft, der auf der rechten Seite vertreten ist, daß sie seinerzeit nicht damit einverstanden war, daß **1½ Milliarden vom Reich** zur Verfügung gestellt wurden, um den **Stickstoff zu verbilligen.** Er vergißt aber dabei, hervorzuheben, aus welchem Grunde das damals geschah. Es geschah deshalb, weil die Verbilligung eines einzigen Düngemittels für die Ermäßigung der Lebensmittelpreise in dem Umfange, wie es notwendig ist, um die minderbemittelte Bevölkerung genügend zu schützen, keinen Erfolg haben kann. Ferner hat die Landwirtschaft genügend Erfahrungen damit gemacht, daß man ihr derartige Verbilligungen stets als Liebesgaben anrechnet. Sie hat daher keine Neigung, sich **Liebesgaben** zuschieben zu lassen, die ihr nachher zum Verhängnis werden.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Herr Käppler, wir haben uns stets gegen die Liebesgaben erklärt.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Die Schutzzölle!)

— Das waren zufällig keine Liebesgaben, sonst hätten ja die industriellen Arbeiter Liebesgaben über Liebesgaben bekommen, denn die sind durch die **Schutzzölle** der Industrie geschützt worden. Meine Herren, Sie bekämpfen sich ja selbst dabei. Wenn man der Industrie Schutzzölle bewilligt, müssen sie naturgemäß der Gerechtigkeit und Parität wegen auch der Landwirtschaft gegeben werden. Das läßt doch schon die einfachste volkswirtschaftliche Überlegung erkennen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Herr Käppler, ich bin überzeugt, daß Sie diesmal meine Schlußfolgerung als richtig anerkennen müssen.

Es wurde von dem Herrn Vorredner weiter hervorgehoben, daß die Landwirte den **Weltmarktpreis** fordern. Ich weiß nicht, von welcher maßgebenden Persönlichkeit und in welcher maßgebenden Schrift er dieses Verlangen gelesen hat. Im Gegenteil, wir sind uns bewußt, daß, wenn der Weltmarktpreis in Deutschland tatsächlich eintritt, die Landwirtschaft in die schwierigste Lage geraten würde.

(Sehr richtig! rechts.)

In dem Augenblick, wo der Weltmarktpreis in der Weise eintritt, daß Auslandsgetreide zu uns hereinströmen kann, ohne daß die Unkosten der Landwirtschaft sich entsprechend senken, würde die deutsche Landwirtschaft geradezu erdrückt werden. Das wünschen wir nicht, und zwar im Interesse des gesamten deutschen Volkes. Wir beurteilen überhaupt diese Dinge nicht vom Standpunkte des einzelnen Landwirtes aus, sondern vom Standpunkte der allgemeinen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands.

Der Herr Vorredner ist dann auf die **Löhne der Landarbeiter** eingegangen und hat den Vorwurf erhoben, eben von dieser falschen Voraussetzung ausgehend, daß die Landwirtschaft den Weltmarktpreis wolle, daß die Landarbeiter eigentlich als Arbeitslohn Goldwerte bekommen müßten, und daß ihnen das von den Landwirten nicht gewährt werde. Auch diese Schlußfolgerung habe ich nicht verstehen können, denn wenn irgendein Arbeiter Goldwerte in diesem Sinne bekommt — ich gebrauche das Wort „Goldwerte“ nicht gern, weil ich es für falsch halte —, dann ist es der landwirtschaftliche Arbeiter.

(Sehr richtig! rechts.)

Die landwirtschaftlichen Arbeiter bekommen diejenige Ware als Lohn, die den besten und sichersten Maßstab für alle Waren in der Welt gibt, das Getreide, die Lebensmittel. Danach richtet sich ihre ganze Lebenshaltung. Und sie bekommen sie nicht nur in einem Ausmaße, daß sie sich selbst damit ernähren können, sondern in einem Ausmaße, das es ihnen ermöglicht, gegen diese Waren andere Waren einzutauschen.

(Sehr richtig! rechts.)

Dadurch sind sie in einer besseren Lage als viele Arbeiter in der Industrie, das ist festzustellen. Die Landwirte selbst, die diese Arbeiter beschäftigen, haben den lebhaften Wunsch, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter ihrerseits in dieser günstigen Lage sind, ja sich noch verbessern; um so mehr sind sie aber verpflichtet, dafür einzutreten, daß alle Maßnahmen, alle Gesetze, die beschlossen werden, von diesem Standpunkt aus beurteilt werden, und daß nicht Gesetze kommen, die es der Landwirtschaft unmöglich machen, ihre Landarbeiter so zu stellen, daß sie wirklich auskömmlich entlohnt werden und sich durch diesen Umtausch diejenigen Gegenstände verschaffen können, die sie vorwiegend zum täglichen Leben brauchen.

(Dr. **Roesicke**, Abgeordneter.)

Ich möchte noch auf eine Frage eingehen, die der Vorredner berührt hat. Er wirft uns vor, daß wir seinerzeit **im Kriege** für die **Zwangswirtschaft** eingetreten seien. Gewiß, ich rechne das auch mir und allen anderen, die dafür eingetreten sind, zum Ruhme an. Wir sind im Herbst 1914 und im Jahre 1915 dafür eingetreten, daß eine Regelung der Brotversorgung käme, die so eingerichtet wäre, daß jeder Mensch im Deutschen Reiche sein Stück Brot habe. Das ist damals durchgeführt worden, und wir haben auf Grund dieser Regelung auch vier Jahre lang den Krieg, so gut es ging, durchgehalten. Aber, meine Damen und Herren, das war der Krieg, das waren andere Verhältnisse. Heute sind wir aus dem Kriege heraus, heute haben wir ganz andere Fragen zu behandeln, und damit komme ich zur Beurteilung des Gesetzes.

Auch dieses Gesetz wird wiederum vom politischen Standpunkt aus betrachtet, statt daß man es vom rein sachlichen und wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachten sollte.

(Sehr wahr! rechts.)

Alle die Lehren, die wir im Kriege gewonnen haben, werden hier in ihr Gegenteil verkehrt. Der Krieg hat uns gezeigt, daß die Zwangswirtschaft niemals dazu führen kann, die Produktion zu steigern.

(Sehr wahr! rechts.)

Wir sind aber gerade durch den Krieg genötigt worden, unsere Produktion aufs äußerste zu steigern. Man führt heute namentlich den Verbrauchern immer vor Augen, daß es sich eigentlich nur um eine Gegenwartsfrage bei diesem Gesetz handelt, eigentlich nur um eine Preisfrage, eigentlich nur darum, was die inländische Landwirtschaft abliefert und auf den Markt bringt. Nein, darum handelt es sich nicht allein. Das spricht zwar auch dabei mit, aber in erster Linie handelt es sich um die Zukunftsfrage: wie wird Deutschland in der Zukunft das deutsche Volk ernähren können?

(Sehr richtig! rechts.)

Diese Ernährung wird für uns mit jedem Jahr schwerer.

Das zweite aber, worum es sich handelt — und das steht vor allem voran — ist: wie können wir unsere Bevölkerung dahin sichern, daß sie tatsächlich Brot hat, daß jeder Brot bekommt. Das ist die wichtigste Frage.

Und endlich müssen wir uns klar machen, wie weit wir heute schon in Abhängigkeit von der Lieferung des Auslandes stehen. Vor dem Kriege hatten wir etwa 900 000 Tonnen **Getreideeinfuhr** vom Ausland. Das waren 10 bis 20 Prozent von dem, was wir brauchten. Heute rechnet die Regierung mit einer Einfuhrnotwendigkeit von 1,8 bis 2 Millionen Tonnen. Außerdem hat die Regierung hier berechnet, daß durch den freien Handel auch noch mehrere Hunderttausend Tonnen zur Einführung gelangen. Wir sind also heute in eine Abhängigkeit vom Ausland gekommen, die über das Doppelte von dem hinausgeht, wie es im Frieden war.

Da ist die erste und wichtigste Frage, daß wir dafür sorgen, daß wir wieder zu dem Standpunkt wie vor dem Kriege zurückkehren, daß wir wieder in die Lage kommen, uns frei zu machen von der Abhängigkeit vom Auslande. Denn das Ausland — das sehen wir auf Schritt und Tritt — hat nicht etwa die Neigung, uns zu helfen, unsere Lage zu verbessern, sondern das Ausland hat die Neigung, unsere Lage zu verschlechtern, trotz Genua und aller dieser Konferenzen. Man will uns eben vernichten.

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Mein verehrter Herr Käppler, wenn alle so tüchtige Landwirte wären wie Sie, würden wir wahrscheinlich mit 900000 Tonnen Einfuhr auskommen, aber es sind nicht alle so tüchtig, und da ist es eben unmöglich.

(Zuruf von der äußersten Linken: Ihr haltet es ja zurück!)

— Auf das Zurückhalten werde ich nachher kommen. —

Meine Herren! Gerade Sie von der Sozialdemokratischen Partei stellen es ja den Verbrauchern gegenüber so dar, als ob es sich hier nur um eine Preisfrage handele und als ob es sich hier nur um den guten Willen der Landwirte handelt. Sie sind sich selber nicht klar und machen es dem Volke nicht klar, daß es auf ganz andere Fragen ankommt, nämlich vor allem auf die Frage: wie können wir die Produktion heben und verbessern? Das ist eine **Ernährungsfrage**, eine Frage der Sicherung der Brotversorgung. Die Erfassung bringt uns aber kein Getreide und keine Ernährung, sondern das läßt sich nur durch die **Förderung der Produktion** erreichen.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist ein Unglück, daß man sich immer engherzig an die Vorstellung hält, daß nur durch den Zwang etwas herauskommt. Die Erfahrung hat gezeigt, und die Beweise dafür liegen vor, daß sich die Produktion hebt, sobald der Zwang aufhört. Den besten Beweis hierfür liefern die Zahlen darüber, wie sich die Anbaufläche für Kartoffeln vergrößert hat und die Erzeugung anderer Gegenstände sich hob, die aus der Zwangswirtschaft freigegeben worden sind, gegenüber denjenigen, die in der Zwangswirtschaft verblieben sind.

Gewiß gibt es daneben auch eine sehr wichtige Preisfrage, nämlich die Frage der **Verbilligung des Brotes** für weite Kreise des deutschen Volkes. Die Verbraucher haben recht, wenn sie sagen, wir wollen für diejenigen Kreise, die nicht in der Lage sind, den Brotpreis zu bezahlen, der sich aus den allgemeinen Verhältnissen ergibt, eine Verbilligung haben. Wir haben weite Kreise des deutschen Volkes, die das Brot schon heute nicht bezahlen können,

(sehr wahr! links)

aber nicht nur das Brot im freien Verkehr, sondern auch nicht das Brot, das aus der Umlage herauskommt.

(Sehr richtig! rechts.)

Das wissen wir ganz genau. Wir können diesen Kreisen aber nicht dadurch helfen, daß wir die Landwirtschaft ruinieren, sondern nur dadurch, daß wir der Landwirtschaft die Möglichkeit geben, vorwärts zu kommen und mehr Nahrungsmittel zu schaffen. Deshalb ist diese Umlage ein vollkommen abwegiger Schritt, und die Landwirtschaft und ebenso die einsichtigen Politiker müssen diese Umlage verwerfen. Das tut auch meine Fraktion, weil dieses Gesetz nicht das Ziel erreichen kann, das es erreichen will. Der Herr Minister Fehr hat immer Gewicht auf verbilligtes Brot gelegt. Dieses Gesetz gibt uns kein verbilligtes Brot,

(sehr wahr! rechts)

dieses Gesetz gibt uns verteuertes Brot. Die Regierung rechnet selbst damit, daß der Umlagebrotpreis etwa auf die doppelte Höhe steigen werde. Wenn Sie heute die **Wirtschaft freigeben,** dann wird das Brot nicht teurer werden als es hier in Aussicht gestellt ist.

(Lebhafter Widerspruch links.)

Wenn die Bewirtschaftung heute freigegeben wird, dann wird das Brot zu dem Preise gegeben werden können, den die Vorlage errechnet. Kommt es aber zur Umlage, dann wird das Mischbrot aus Auslands- und Inlandsgetreide sehr viel teurer werden, da beide Bestandteile gegen bisher erheblich im Preise steigen. Durch die Umlage aber wird die Menge des freien Getreides verringert, und dieses Geringere wird dann immer teurer bezahlt werden. Es ist also eine Tatsache, daß das Gesetz mit dieser Umlage nicht das Ziel erreichen kann, das es erreichen will. Die Regierung sollte vielmehr am letzten Ende Mittel und Wege suchen, um der verhungernden Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, leben zu können.

(Bravo! rechts.)

(Dr. **Roesicke**, Abgeordneter.)

(A) Es ist aber ein Unfug, ein Gesetz zu machen, das dieses Ziel gar nicht erreicht und der Bevölkerung nur eine Fata Morgana vorspiegelt. Das ist einer der wichtigsten Gründe, weshalb meine Partei und die Landwirtschaft gegen diese Umlage ist.

Aber wir sind auch aus anderen und auch aus technischen Gründen dagegen. Die Regierung meint, die Brotversorgung für die Zukunft sichern zu können, indem sie die Umlage einführt. Ich glaube, wenn Sie sich es überlegen, werden Sie es begreifen, daß Sie sich darin irren; denn Sie können machen, was Sie wollen, Sie können den einzelnen Landwirt nicht dazu zwingen, daß er genau dieselbe Getreidefläche anbauen würde wie bei freier Wirtschaft.

(Hört! Hört! links.)

Er wird unter der Herrschaft der Zwangswirtschaft ganz naturgemäß dazu kommen, weniger anzubauen.

(Zuruf links.)

— Sabotage? Meine Herren, hat nicht der Herr Vorredner ausdrücklich zum Bürgerkrieg aufgerufen, wenn sich die Preise so gestalten, wie er es nicht wünscht? Ich weiß nicht, was mehr gegen Gesetz und Ordnung ist, als dieser Aufruf, den ich sehr bedauert habe. Wir müssen mit den nackten und nüchternen Tatsachen rechnen.

Weiter aber entziehen Sie dadurch, daß Sie der Landwirtschaft billige Preise geben wollen, ihr die Möglichkeit, die **Produktion zu steigern**, weil Sie die Kosten dafür nicht ersetzt bekommt.

(Heiterkeit links.)

Unter dem Eindruck, daß die Umlage im neuen Wirtschaftsjahr nicht kommen wird, hat die Landwirtschaft in diesem Jahre bereits alles daran gesetzt, die Produktion zu fördern. Es ist verhältnismäßig mehr Stickstoff aufgewendet worden als vor dem Kriege, und wenn noch mehr dagewesen wäre, wäre noch mehr aufgewendet worden.

(B) (Sehr richtig! rechts. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Ihre Produktionskosten sollen Sie auch haben!)

Wenn aber die Umlage in Kraft tritt und wenn die Aussicht besteht, daß sie noch weiter bestehen bleibt — und was wollen Sie machen, Sie stehen in jedem Jahre wieder vor derselben Situation! —, dann glauben Sie nicht, daß die Landwirte eine Produktionssteigerung vornehmen, weil sie eben sehen, daß man sie nicht diejenigen Maßnahmen treffen läßt, die sie nach ihrer Überzeugung in ihrer Wirtschaft notwendig treffen müssen, um ihren Betrieb und die Wirtschaft selbst zu fördern.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Weil eine gute Ernte ein „Nationalunglück" ist! — Gegenrufe rechts.)

— Ich freue mich, daß ich Ihnen Gelegenheit gebe, agrarische Reden zu halten, vorläufig aber habe ich noch das Wort, und Sie werden mir wohl erlauben, meinerseits es weiter zu gebrauchen.

Außerdem empfindet die Landwirtschaft außerordentlich, daß durch den **Mischpreis**, der gewollt wird, geradezu eine Verschleierung dessen eintritt, was sie für ihr Getreide bekommt.

(Sehr wahr! rechts.)

Dadurch wird der Hetze Nahrung gegeben, die fortgesetzt von den Landwirten sagt, daß sie Wucher treiben, daß sie zu hohe Preise bekämen. Trotz der Veröffentlichung der Reichsgetreidestelle ist doch erwiesen, daß der Landwirt von dem Umlagepreis des Brotes höchstens 25 bis 30 Prozent bekommt.

(Sehr wahr! rechts.)

Nach den Vorkriegsverhältnissen müßte er etwa 70 Prozent haben. Aber wie lange hat es gedauert, bis die Reichsgetreidestelle mit dieser Tatsache herausgekommen ist, wie lange hat sie es verschwiegen! **Und diese Verschleierung ist das Böse und Gefährliche, das in der Umlage für die Landwirtschaft liegt;** denn sie liefert sie der verhetzenden Agitation aus.

Die **Umlage** will nun eine **neue Art der Verteilung** vornehmen. Sie bemüht sich, den Umlagepreis etwas höher zu gestalten. Sie gibt also selber zu, daß der bisherige Preis nicht bleiben kann und daß die Verteilung ungerechtfertigt sei. Nun möchte ich wissen, ob Sie glauben, daß durch die Vorschläge der Regierung eine irgendwie gerechtere Verteilung herauskommt. Wie wenig das möglich ist, wollen die Herren ersehen, wenn Sie folgende Bestimmungen damit vergleichen. Die Vorlage sagt, es soll die Umlage auf die Länder nach den Getreideernten verteilt werden. Die Länder brauchen aber wiederum nicht nach der Getreideanbaufläche zu verteilen, was die logische Konsequenz wäre, sondern können die Verteilung nach der gesamten landwirtschaftlich benutzten Fläche vornehmen.

(Hört! Hört! rechts.)

Wo soll also da die Verbesserung sein? Im Gegenteil, die Willkür ist von neuem in Kraft gesetzt.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Gerade hierin tritt noch hervor, welch eine gewaltige Sonderbelastung hierbei vorliegt. Diese Sonderbelastung hat sich ja allgemein im laufenden Erntejahr ergeben; sie machte sich bei den verschiedenen Wirtschaften verschieden stark bemerkbar. Der Herr Vorredner hat diese Sonderbelastung zurückweisen wollen. Nein — leider hat auch der Reichskanzler mir gegenüber einmal zurückgewiesen, was ich jetzt ausspreche —: diese **Sonderbelastung ist eine verschleierte Steuer**,

(sehr richtig! rechts)

die die Landwirtschaft deshalb auferlegt bekommt, weil die Regierung nicht den Mut dazu hat, der Entente gegenüber zu verlangen, daß diese zugibt, daß aus den Mitteln des Reichs die Bevölkerung vor Hunger bewahrt wird.

(Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Das ist das Unerhörte, was in der Sache liegt. Der Reichskanzler hat mir damals gesagt, von einer Besteuerung dürfe man hierbei nicht sprechen. Das ist aber eine Tatsache. Wie will er das leugnen? Weil die Entente uns verbietet, daß wir Mittel des Reichs verwenden, um die minderbemittelte Bevölkerung mit Brot zu versorgen, soll die Landwirtschaft eine verschleierte Steuer bekommen, damit die Mittel wenigstens einigermaßen dafür beschafft werden. Und auch diese Mittel reichen nicht einmal. Auch das ist wieder eine Verschleierung. Nach meiner Überzeugung müßte es die Regierung unter allen Umständen als ihre erste Aufgabe betrachten, der Entente und jedermann gegenüber daran festzuhalten, daß wir durch Mittel, die wir aufwenden, tatsächlich dafür sorgen, daß die Bevölkerung, die das Brot nicht bezahlen kann, die Möglichkeit bekommt, sich Brot zu kaufen.

(Sehr wahr! rechts.)

Nun bitte, bedenken Sie weiter, aus welchem Grunde ferner die Landwirtschaft sich gegen diese Umlage völlig ablehnend verhalten muß.

(Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Herr Abgeordneter Crispien, mit Ihnen beschäftige ich mich nachher noch. Ich habe leider nicht genau verstanden, was Sie da reden.

(Erneuter Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— An der Plünderung öffentlicher Kassen habe ich mich bisher Gott sei Dank noch nicht beteiligt.

(Große Heiterkeit rechts. — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(Dr. **Roesicke**, Abgeordneter.)

— Das überlasse ich Ihnen. Das ist eine Tätigkeit, die ich bisher nicht ausgeübt habe und die ich auch in Zukunft nicht auszuüben beabsichtige.

Ich bitte, zu bedenken, wie es auf die Landwirtschaft wirken muß, wenn man hier im vorigen Jahre dargelegt hat, daß man die **Zwangswirtschaft zum letzten Male** aufrechterhalten und nach diesem letzten Zwangsjahre zur freien Wirtschaft übergehen wolle, damit die Landwirtschaft wirklich ihre Kraft für die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im Interesse der Bevölkerung frei einsetzen könne, und dann hier behauptet: Wir haben das ja nicht gesagt. Wir haben nicht gesagt, daß das im vorigen Jahre das letztemal gewesen sei.

(Zurufe.)

— Ja, du lieber Gott, wenn wirklich das Wort an maßgebender Stelle nicht gefallen sein sollte, so weiß doch jeder, daß man die Landwirtschaft in diesem Glauben gelassen hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Unter diesem Eindruck und gestützt auf diesen Glauben haben die landwirtschaftlichen Organisationen sich samt und sonders dafür eingesetzt, daß die Landwirte diese vermeintlich letzte Umlage leisteten. Deshalb ist sie so gut hereingekommen.

(Sehr richtig! rechts.)

Nun verlangt die Vorlage eine **Umlage,** wie sie gar nicht an sich einmal gebraucht wird. Sie verlangt 2½ Millionen Tonnen aus dem Inlande und 2 Millionen Tonnen aus dem Auslande. Die Regierung selbst aber sagt, daß sie zur Erreichung ihrer Zwecke 372 000 Tonnen pro Monat braucht. Das sind pro Jahr allerdings 4½ Millionen Tonnen. Aber bis zum 31. Oktober ist die Reichsgetreidestelle voll eingedeckt und bis dahin besteht kein Mangel.

(Hört! Hört! rechts.)

Es fallen also volle zweiundeinhalber Monat für diese Versorgungsnotwendigkeit fort. Deshalb braucht man keine 4½ Millionen Tonnen, sondern annähernd 1 Million Tonnen weniger.

Vergessen Sie nun aber bitte weiter nicht, soweit Sie nicht selber durchs Land kommen, die Saatenstandsnotierungen, die wir bis jetzt gehabt haben. Aus allem geht hervor, daß der **Stand des Getreides** in diesem Jahre ein erheblich schlechterer ist als im vorigen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wer jetzt durch die Fluren fährt — selbst nach dem Regen, den wir Gott sei Dank gehabt haben —, wird sehen, wenn er mit kundigen Augen durchfährt, daß tatsächlich die zu erwartende Ernte sicher um 20 bis 30 Prozent hinter der vorjährigen Ernte zurückbleiben wird.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Dann ist es noch schlimmer!)

— Ganz recht! — Deshalb wird die Umlage in dieser Höhe überhaupt gar nicht aufgebracht werden können. Ein um so größeres Unrecht ist es daher, daß in dieser Umlage eine Menge gefordert wird, die gar nicht notwendig ist. Das Gesetz wird einfach nicht durchgeführt werden können.

Nun will man freilich die **Verteilung** jetzt **nach neuen Grundsätzen** vornehmen. Am 15. August soll jeder Landwirt in der Hand haben, wieviel er zu leisten hat. Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß das durchgeführt werden kann.

(Sehr wahr! rechts.)

Am 15. August haben meiner Überzeugung nach sehr wenige Landwirte, wenn überhaupt einer, in Händen, wieviel sie zu leisten haben. Also auch in dieser Hinsicht wird die Umlage nicht durchgeführt werden und nicht richtig in Kraft treten können. Eine zu späte Verteilung macht überhaupt ihre Durchführbarkeit unmöglich. (C)

Dazu kommen noch andere Störungen. Einmal ist hier mit dem Widerwillen der Landwirtschaft zu rechnen. Aber auch bei den Verwaltungsbehörden besteht in erheblichem Umfange eine Abneigung, sich mit der Durchführung zu befassen, weil die Verwaltungsbehörden zum großen Teile aus Erfahrung wissen, auf welchen Widerstand und welche Schwierigkeiten sie bei ihrer Arbeit stoßen, und damit komme ich zu dem, was der Herr Abgeordnete Crispien vorhin mir zugerufen hat. Er hat eine Interpellation eingebracht, die zwar heute nicht zur Debatte steht, aber wohl morgen oder übermorgen zur Verhandlung kommen wird. Darin weist er auf eine **Veröffentlichung in der „Freiheit“** hin. Wie Ihnen allen bekannt, hat die „Freiheit“ eine Anzahl **Richtlinien** veröffentlicht und gesagt: da seht ihr, was für gefährliche Leute die **Landwirte** sind, die solche Richtlinien vereinbaren!

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sehr wahr! — Lachen rechts.)

Daß diese Veröffentlichung die Stimmung in der Landwirtschaft wiedergibt, daran zweifle ich nicht. Wenn irgendein Beruf derart geplagt und mißhandelt wird, dann kommt es eben zu solchen Stimmungen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

Aber leider ist diese Veröffentlichung, sind die darin erwähnten Richtlinien nicht von einer führenden Stelle ausgegangen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: „Leider“ ist sehr gut!)

— Das „leider“ ist natürlich in Ihrem Sinne gemeint, Herr Crispien, denn die „Freiheit“ ist einfach damit hineingefallen. Der Reichslandbund hat sie jedenfalls nicht erlassen, und von provinziellen Stellen ist das alles (D) auch nicht ausgegangen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Die „Deutsche Tageszeitung“ verteidigt sich aber!)

— Gewiß, aber doch nur insofern, als die Stimmung nun einmal vorhanden ist,

(Lachen und Aha! links)

und in der Beziehung will ich Ihnen das Folgende sagen. Sie kommen damit, es sei oder werde auf diese Weise das Lebensinteresse des deutschen Volkes gefährdet. Sie selbst aber führen in den Richtlinien an, daß die Landwirte, gleichviel, ob die Umlage kommt oder nicht, die deutsche Bevölkerung mit Getreide ausreichend beliefern wollen. Das ist doch keine Gefährdung der Lebensinteressen des Volkes!

Aber nun, Herr Crispien, kommt noch etwas anderes: wer stellt denn diese Anklagen auf? Sind nicht gerade Sie von der linken Seite seit Jahrzehnten unsere Lehrmeister hierin gewesen?

(Sehr gut! rechts.)

Wer hat seit Jahrzehnten den Generalstreik proklamiert, wer das Streikrecht, wer hat den **Streikterror** gepredigt, und wer ist es denn, der immer wieder sagt: wenn einer nicht seiner **Organisation** treu bleibt und dafür sorgt, daß alles, was die Organisation will, bis aufs Tipfelchen durchgeführt wird, dann muß er ausgestoßen und moralisch tot gemacht werden? Treten Ihre Anhänger nicht selbst dafür ein, daß die Arbeiter nur ja nicht zuviel arbeiten, weil das schlecht wirken könnte? Alles das geschieht von Ihren Organisationen, und da glauben Sie, daß das alles — —

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Niedrige Unterstellung!)

— ach Gott, Herr Crispien, da braucht man bloß diejenigen zu fragen, die im politischen Leben stehen und

(Dr. Roesicke, Abgeordneter.)

(A) wissen, wie die Dinge sich abspielen, um bestätigt zu hören, daß das alles durchaus wahr ist. Glauben Sie wirklich, daß dergleichen ohne Einfluß auf andere Kreise bleibt? Und nun will die „Freiheit" es so hinstellen, als ob es sich um eine Veröffentlichung handle, die von einer zentralen Stelle ausgeht. Ich muß schon sagen, die „Freiheit" beurteilt die Klugheit der zentralen Stelle sehr mangelhaft, denn das törichtste, was sie tun könnte, wäre, Sabotagevorschriften einem bestehenden Gesetz gegenüber zu erlassen. Das ist nicht der Fall und wird es auch künftig nicht sein. In der Beziehung kann ich also nur das eine sagen: Es war ein Fehlschuß der „Freiheit", und Ihre Interpellation wird erst recht ein Fehlschuß sein, denn sie trifft nicht ins Schwarze, sondern sie trifft daneben, weil an der ganzen Sache nichts Wahres ist. Aber die Stimmung ist da, und diese Stimmung fördert nicht die Brotversorgung des deutschen Volkes, sie hemmt sie, und das ist das Schlimme bei der Sache. Machen Sie deshalb diese Umlage nicht, weil sonst die Konsumenten erneut nicht das bekommen, was sie eigentlich brauchen!

Die Konsumenten, die die gesamte Teuerung am meisten empfinden, empfinden ganz naturgemäß besonders schmerzlich die Teuerung bei den Lebensmitteln, was verständlich ist und keinen wundernehmen kann. Aber ganz besonders empfindet man die Lebensmittelteuerung in den Kreisen, in denen man nicht mehr in der Lage ist, sich durch irgendeine Arbeit die nötigen Mittel zu verschaffen, um mit den immer höheren Lebensmittelpreisen mitgehen zu können. Diesen Kreisen muß geholfen werden. Die Landwirtschaft aber ist nicht daran schuld, sie kann dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Wenn Sie kürzlich erst eine Veröffentlichung der „Frankfurter Zeitung" lasen, konnten Sie in einer dort gegebenen Zusammenstellung in sehr interessanter Weise festgestellt sehen, daß die Preise, die die (B) Landwirtschaft für die Produkte, die sie braucht, zahlen muß, viel höher sind als die Preise der landwirtschaftlichen Produkte selbst. Das veröffentlicht die „Frankfurter Zeitung", gewiß ein unverfängliches Blatt. Wenn hier gesagt wird: Gruppe I, Lebens-, Genußmittel und ähnliches, sind von 100 im Frieden auf 6073 im Juni dieses Jahres, Textilien, Leder usw. auf das Doppelte, auf über 10 000 gestiegen, die Mineralien und ähnliches sind mehr als die Lebensmittelpreise gestiegen, so ist das ein deutlicher Nachweis, daß nicht die Landwirte schuld sind. Schuld an der Verteuerung ist und bleibt die Entwertung der Mark.

(Sehr richtig! rechts.)

Woher sie kommt, brauche ich hier nicht auszuführen. Sie ist die Folge des Versailler Friedens

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

und daher auch mit das Werk der Seite, die heute vor allem die Umlage haben will.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Gleichzeitig wirkt sich die Entwertung der Mark auf die Zwischenkosten aus, und so vermehren sich auch die Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle, wenn sie bestehen bleibt, für das neue Jahr sicher ganz erheblich. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Umlage tatsächlich den Charakter der Sonderbesteuerung hat, zweifellos schon deshalb, weil sie vorschlägt, daß die Lieferung nach der gesamten landwirtschaftlichen Fläche erfolgen soll. Die Lieferungen können doch schließlich nur von denen erfolgen, die das Getreide haben. Wenn nun diejenigen, die kein Getreide haben, es von anderen Landwirten erst zu höheren Preisen kaufen müssen, um es dann zu billigeren Preisen abzugeben, so ist damit bewiesen — das werden Sie mir zugeben —, daß es eine Sonderbelastung, und zwar eine ganz ungleich wirkende, ist. Wenn nun selbst die Umlage nicht in der Lage ist, das Getreide so billig zu geben, wie das notwendig ist, so ist es ein Widersinn, überhaupt ein solches Gesetz mit all den Schäden zu machen, die hier vorliegen.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Wir haben deshalb auch eine Interpellation eingebracht, die die Regierung fragt, welche wirksamen Mittel sie nun anwenden wolle, um den Zweck der notwendigen Verbilligung des Brotes zu erzielen, die für die bedürftige Bevölkerung geboten ist. Die Antwort darauf erwarten wir. Im übrigen will ich es unterlassen, wie mein Herr Vorredner hier einige Darlegungen über die Preisverhältnisse zu machen. Ein Beispiel ist jedoch so interessant, daß ich es Ihnen eigentlich doch nicht ganz vorenthalten möchte. Es zeigt, wie unrecht die Annahme der Verbraucher ist, die Teuerung sei lediglich durch die Landwirtschaft hervorgerufen. Ich komme da auf eine ganz kleine Sache. Stiefelabsatzflecken kosteten 1914 beim Schuster 25 Pfennig; ein 2-Kilogramm-Brot kostete damals 50 Pfennige. Dieselben Stiefelabsatzflecken kosten heute 25 Mark, während dasselbe 4-Pfund-Brot nur 15 Mark kostet. Um soviel sind diese Flecken gegenüber dem Brote gestiegen, daß 1914 der Preis von zwei Paar Stiefelflecken dem eines 2-Kilogramm-Brotes entsprach, 1922 dagegen ihr Preis reichlich dem von drei 2-Kilogramm-Broten entspricht. Der Arbeitsanteil und die Materialleistung der Landwirte zur Herstellung eines Brotes sind für 1922 dieselben geblieben wie für 1914.

(Zurufe links.)

Der Bedarf und Verbrauch an Absatzflecken für den Landwirt ist ebenfalls unverändert. Die landwirtschaftliche Arbeit und das landwirtschaftliche Produkt werden geringer bewertet als früher. Die Landwirtschaft ist somit nicht die Veranlassung der Teuerung, sondern wird von ihr stärker betroffen als andere Stände.

Ich habe darauf hingewiesen, daß dieses Gesetz eine Gefährdung der Zukunft ist, und zwar deshalb, weil es den Minderanbau von Brotgetreide fördert, und weil es — und das möchte ich hier besonders hervorheben — das landwirtschaftliche Hilfswerk im tiefsten Kern gefährdet. Und das ist eins der wichtigsten Dinge, die wir zu vollführen haben. An dem landwirtschaftlichen Hilfswerk, das die Absicht hat, der Bevölkerung für die Zukunft das genügende Brot zu sichern, müssen alle mithelfen, und wie so alle mithelfen müssen, müssen naturgemäß auch zur Verbilligung jetzt alle Berufe herangezogen werden und nicht nur die Landwirte allein.

Nun hat die Landwirtschaft, aufgefordert von der Regierung, Vorschläge gemacht, wie wir die Sicherung der Brotversorgung herbeiführen können. Diese Vorschläge gingen dahin, daß die landwirtschaftlichen Organisationen sich verpflichten, mit dem Handel zusammen eine Reserve heranzuholen, wie sie mit der Regierung zu verabreden ist, und zwar schlug sie vor, im ganzen von 1,8 Millionen Tonnen: 450 000 Tonnen bis zum 1. Oktober, 450 000 Tonnen bis Ende Dezember, 900 000 Tonnen bis 28. Februar im freien Markt zu freien Marktpreisen. Dieser Vorschlag ist von der Regierung als kein genügender, ja als überhaupt kein Vorschlag erachtet worden.

(Hört! Hört! bei der Deutschnationalen.)

Ich halte das für außerordentlich bedauerlich und bedenklich. Denn die Ablehnung des Charakters des Vorschlages, als solchen, — ich weiß nicht, ob sie gänzlich untendenziös ist. Denn ich wüßte schließlich nicht, was

(Dr. Roeficke, Abgeordneter.)

man besser vorschlagen kann, als daß das wichtigste Moment dieses Gesetzes, nämlich die Sicherung der Brotgetreideversorgung festgelegt wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ebenso wie die landwirtschaftlichen Organisationen dafür gesorgt haben, daß im vorigen Jahre die Umlage geleistet wurde, so würde ihr moralischer Einfluß zweifellos dahin wirken, daß die Landwirte freiwillig das Getreide liefern. Denn sie haben dann die Sicherheit, daß sie von dem verhaßten Zwang frei bleiben, der ihnen nicht nur verhaßt ist, weil er sie bedrückt, sondern weil sie das innere Empfinden haben, daß damit das Unglück des deutschen Volkes heraufbeschworen und die Zukunft Deutschlands nicht gesichert wird.

Man hat gesagt, der Vorschlag böte keine Garantie. Nun, es ist von Vertretern der Landwirtschaft in den Verhandlungen mit dem Herrn Minister Fehr darauf gesagt worden: Du hast das Gesetz eingebracht; gut, es mag ein Subsidiärgesetz für den Fall sein, daß es sich bis zu einer bestimmten Zeit ergibt, daß die Zusicherungen der Landwirte nicht eingehalten werden. In diesem Fall soll es subsidiär eintreten. Ich meine, das ist ein Vorschlag, der sehr annehmbar ist,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

und der uns alle aufrufen würde, alles zu tun, um dies Gesetz unnötig zu machen. Aber auch das wird abgelehnt, und darin liegt die große Gefahr; denn derjenige, der dies ablehnt, weist einen Vorschlag, der ehrlich gemeint ist, zurück, obgleich dieser Vorschlag geeignet ist, tatsächlich für die Sicherung des Brotes für jeden einzelnen zu sorgen.

Ich bin überzeugt und merke es auch, daß bei den Verbrauchern die Erkenntnis von der Richtigkeit dieser Auffassung der Landwirte sich immer mehr verbreitet, und ich bin auch überzeugt, daß das Verständnis für die Lauterkeit der Absichten und Auffassungen der Landwirte und ihren Willen, für die deutsche Zukunft zu sorgen, sich immer mehr tatsächlich erkennen läßt. Wenn sich diese Erkenntnis schon jetzt durchsetzt, dann werden wir die Umlage ablehnen und werden dann von der Landwirtschaft tatsächlich das Getreide bekommen, das sie liefern kann und das notwendig ist. Wenn diese Ablehnung nicht erreicht wird, dann sollen die die Verantwortung übernehmen, die ihrerseits in dieser unerhörten Weise unsere Wirtschaft in Deutschland gefährdet haben.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen. — Zischen links.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Horn.

Horn, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das Umlageverfahren hat in den letzten Tagen die Gemüter stark bewegt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wie mein Herr Vorredner, der Abgeordnete Dr. Roesicke, erklärte, handelt es sich um den **Kampf für die Wirtschaftsfreiheit.** Aber andererseits bedeutet die Wirtschaftsfreiheit für das Agrariertum weiter nichts als die Ausplünderung des deutschen Volkes.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der letzte Teil der Zwangswirtschaft soll beseitigt werden.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Sehr richtig!)

Die Unabhängige Sozialdemokratie sieht in der Umlage keineswegs eine grundsätzliche Frage oder gar ein sozialistisches Ideal. Wir wissen, daß eine gerechte Verteilung der vorhandenen Produkte nur möglich ist, wenn die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum geworden sind.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Zwangswirtschaft ist eine Folge der Kriegswirtschaft, die ja von den bürgerlichen Parteien geschaffen wurde und die sie damals für notwendig hielten.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Später wurde die Zwangswirtschaft als eine sozialdemokratische Einrichtung hingestellt, wodurch meiner Meinung nach der Sozialismus kompromittiert werden sollte.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Für uns ist die Frage der Zwangswirtschaft nur eine Zweckmäßigkeitsfrage. Solange die Nachfrage nach den notwendigen Lebensmitteln größer ist als das Angebot, müssen Maßnahmen getroffen werden, damit die arbeitende Bevölkerung vor der vollständigen Verhungerung bewahrt bleibt.

Im **vorigen Erntejahr** wurde das notwendige Quantum nicht durch die Umlage bereitgestellt. Der damalige Reichsernährungsminister Dr. Hermes erklärte, daß durch die Lockerung der Zwangswirtschaft und durch die Einführung der Umlage eine Brotpreiserhöhung nicht eintreten werde. Wir haben aber gesehen, daß der Preis für Weizen und Roggen ganz bedeutend stieg und daß, als im August die Umlage erstmalig in Kraft trat, eine **Brotpreisverteuerung** von etwa 956 Mark für eine vierköpfige Familie die Folge war. Als dann im Februar dieses Jahres die Verbilligung des Brotgetreides eingestellt werden mußte, trat eine weitere Erhöhung von etwa 1700 Mark ein, von da ab ist dann eine weitere Brotpreiserhöhung eingetreten, so daß, seitdem die Zwangswirtschaft im Brotgetreide aufgehoben wurde, das Brot um mehr als 4000 Mark verteuert worden ist, selbst das Markenbrot, das nur einen Teil des Verbrauchs ausmacht.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Preis des Markenbrots ist in dieser Zeit für eine vierköpfige Familie um 2948,40 Mark gestiegen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

War diese Preissteigerung, so kann ich fragen, berechtigt? Man sagt: Jawohl, es ist alles teurer geworden, und weil alles teurer geworden ist, mußte auch das Getreide, das zum Brotverbrauch hergegeben wird, teurer werden. Aber ich mache darauf aufmerksam, daß das Brotgetreide, welches jetzt mit einem so hohen Preise teurer bezahlt werden mußte, unter ganz anderen Verhältnissen in die Scheunen gebracht wurde. Im vorigen Jahre stand der Dollar auf etwa 80 Mark. Nach dem damaligen Stande des Geldes ist der Preis festgelegt und die Produktionskosten haben sich auch nur in der Höhe dieses Betrages bewegt. Nun aber läßt man sich für dasselbe Getreide, das unter ganz anderen Bedingungen geerntet wurde, Preise zahlen, die keineswegs berechtigt sind.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Jetzt geht die Regierung daran, jenes **Quantum,** das im vorigen Jahre durch die **Umlage** erfaßt wurde, in diesem Jahre wieder festzulegen. Dieses Quantum aber reicht unseres Erachtens längst nicht aus, um das deutsche Volk ausreichend mit Brot zu versorgen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(**Horn**, Abgeordneter.)

(A) Wir müssen unbedingt verlangen, daß die Regierung jenes Quantum erfaßt, das notwendig ist, um das deutsche Volk vor Auswucherung und Ausplünderung zu bewahren, und wir werden auch bei der Beratung dieses Gesetzentwurfs dementsprechende Anträge stellen.

Nach dieser Vorlage soll der Brotpreis gegenüber dem jetzigen Stande etwa verdoppelt werden. Wenn jetzt schon im vorigen Jahre die Brotpreiserhöhung etwas über 4000 Mark ausmachte und wenn der jetzige Preis verdoppelt werden sollte, so bedeutet das eine Brotpreiserhöhung, die es unmöglich macht, daß die arbeitenden Schichten des Volkes sich noch das notwendige Quantum Brot kaufen kann.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir stehen dieser Vorlage zunächst außerordentlich kritisch gegenüber, und wir verlangen von der Regierung, wie ich schon sagte, daß sie ein größeres Quantum erfaßt.

Das Agrariertum läuft nun gegen diese — ich möchte sagen: harmlose Vorlage Sturm. Es glaubt dabei, daß die ganze Landwirtschaft hinter ihm steht und nicht geneigt ist, sich länger diesem Umlageverfahren zu unterwerfen. Schon von dem Herrn Kollegen Krätzig wurde hervorgehoben, daß nach der Vorlage ja alle jene Besitzer, die weniger als 5 Hektar Grund und Boden haben, von der Umlage verschont bleiben sollen. Die Zahl der Kleinbetriebe, die in Zukunft von der Umlage verschont bleiben werden, beträgt etwa 75 Prozent der Landwirtschaft;

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten)

denn von den 5 736 082 im Jahre 1907 in der Landwirtschaft befindlichen Betrieben waren 4 394 227 Betriebe unter 5 Hektar groß. Also ein außerordentlich

(B) großer Teil der Betriebsinhaber wird gar nicht von dem Umlageverfahren erfaßt.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten.)

Aber es ist dem Großagrariertum gelungen, zum Teil diese kleinen Besitzer vor ihren Wagen zu spannen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten.)

Das war ja immer die Art der Großagrarier. Sie sind in ihrer Zahl außerordentlich gering; aber sie haben es immer verstanden, die große Zahl der kleinen landwirtschaftlichen Besitzer für sich dienstbar zu machen. Nachdem bekannt wurde, daß die Regierung geneigt sei, die Umlage wieder neu zu beantragen, haben sie daher eine ganze Reihe sogenannter Bauerntagungen veranstaltet und haben entsprechende Entschließungen annehmen lassen. Aber man braucht sich nur die Namen der Veranstalter dieser Bauerntagungen und der Referenten anzusehen, um einen Einblick zu bekommen, wer denn eigentlich diese Bauern sind.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Namen v. Wangenheim, v. Dewitz, v. Hetzberg, v. Brockhausen usw., diese Herren spielen auf den Bauerntagungen eine ausschlaggebende Rolle.

Es ist bekannt, daß diese Handvoll Großagrarier auch einen sogenannten Reichsbauernbund geschaffen haben. An der Spitze dieses Reichslandbundes stehen natürlich Großgrundbesitzer, und der Herr Abgeordnete Dr. Roesicke, der vor mir sprach, ist der Vorsitzende dieses Reichslandbundes.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten.)

Ihn haben die Deutschnationalen vorgeschickt, damit er diesen Gesetzentwurf bekämpfen solle. Sie haben durch diese Organisation alle möglichen Vorbereitungen (C) getroffen.

Am 8. Juni war die „Freiheit" in der Lage, Richtlinien, die für die Mitglieder des Reichslandbundes bestimmt waren, zu veröffentlichen.

Meine Partei hat in dieser Beziehung eine Interpellation eingebracht. Bei Besprechung dieser Interpellation wird sich Gelegenheit bieten, auf diese Frage näher einzugehen. Aber, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir — und jedenfalls auch der Herr Präsident —, Kenntnis von diesen Richtlinien zu geben, was eigentlich die Landwirtschaft unter Führung dieser Großagrarier gegen alle übrigen Bevölkerungsschichten Deutschlands plant. Es heißt in diesen Richtlinien:

> Sämtliche Vertrauensleute der Ortsgruppen der organisierten Landwirtschaft verpflichten sich für den Fall, daß der neue Entwurf über die Getreideumlage Gesetz werden sollte, sich mit ihrer ganzen Person für Durchführung folgender Maßnahmen innerhalb ihres Einflußbereichs einzusetzen:
>
> 1. Es sind keinerlei Angaben über Anbauflächen zu machen.
>
> (Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Kommunisten.)
>
> 2. Kein organisierter Landwirt wirkt bei irgendwelchen Ernteabschätzungen mit.
>
> (Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Kommunisten.)
>
> 3. Alle einer Organisation angeschlossenen Landwirte, die gegen Punkt 1 und 2 verstoßen, sind aus der Organisation auszuschließen und scharf zu boykottieren.
>
> (Lebhafte Zurufe auf der äußersten Linken: Hört! Hört! Terror!)
>
> 4. Ohne Zustimmung der Organisation darf (D) kein Mitglied auch nur ein Pfund Getreide oder Kartoffeln abliefern.
>
> (Zuruf von den Deutschnationalen: Wer ist denn der Autor?)

— Das werde ich Ihnen sagen! —

> 5. Die organisierten Landwirte verpflichten sich, falls gesetzliche Maßnahmen zur Zwangsablieferung getroffen werden, ihr Getreide nur nach den Weisungen ihrer Organisation auszudreschen und in den Handel zu bringen, und zwar durch die Genossenschaften und solche Mühlen und Händler, die den Weisungen der Organisation nachkommen,
>
> (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)
>
> damit auf diese Weise die landwirtschaftliche Organisation die Belieferung der Bevölkerung von sich aus rechtzeitig ordnungsmäßig durchführen kann.
>
> (Hört! Hört! und Heiterkeit bei den Kommunisten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)
>
> 6. Der Tätigkeit von Druschkommandos ist durch vorherige Entfernung wichtiger Bestandteile aus den Dreschsätzen entgegenzuwirken. Alle vom Drusch nicht betroffenen Betriebe verpflichten sich für diesen Fall, die in Mitleidenschaft gezogenen organisierten Berufsgenossen mit dem notwendigen Getreide zu versehen.
>
> 7. In allen übrigen Fällen muß bei einmütigem Zusammenstehen aller organisierten Betriebsinhaber durch passive Haltung das Versagen der in dem Gesetz vorgesehenen

(Horn, Abgeordneter.)

Maßnahmen zur Erzwingung der Ablieferungspflicht herbeigeführt werden. Dies gilt insbesondere für die Ersatzstrafen, die nicht abgeführt werden dürfen.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

8. Die nichtorganisierten Landwirte sind durch moralische und wirtschaftliche Druckmittel zu veranlassen, sich den Maßnahmen der Organisation anzuschließen.

(Hört! Hört! und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Kommunisten.)

9. Sämtliche organisierten Landwirte verpflichten sich, bei Durchführung von staatlichen Maßnahmen gegen einzelne Mitglieder, für den dem einzelnen daraus erwachsenden Schaden solidarisch zu haften.

10. Für den Fall, daß die Regierung die Umlage fallen läßt, verpflichten sich die organisierten Landwirte, nach den Weisungen ihrer Organisation ihr Getreide derartig laufend in den Handel zu bringen, daß die Versorgung der Bevölkerung von der neuen Ernte ab auch dauernd gesichert ist.

11. Für Durchführung aller Maßnahmen gegen die Umlage wird für jede Ortsgruppe ein Ausschuß gebildet, ebenso ein besonderer Ausschuß für jeden Bezirk. Den Weisungen dieser Ausschüsse haben alle organisierten Landwirte unbedingt Folge zu leisten.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Solche Richtlinien sollte man selbst bei dem Agrariertum nicht für möglich halten. Es handelt sich um eine offene **Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze.**

(Zuruf von den Deutschnationalen: Das sagen Sie!)

— Das sage ich deshalb, weil der Herr Abgeordnete Dr. Roesicke meinte, wir brauchten uns gegen solche Maßnahmen nicht aufzulehnen; das hätten Sie von uns gelernt. Wenn wir aber gegen das frühere Regime in Opposition gestanden haben und auch gegen das jetzige in Opposition stehen, so entsprang das ganz anderen Motiven.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Aha! bei den Deutschnationalen.)

Wir als Partei der Unterdrückten und Entrechteten waren gezwungen, aus ideellen Gründen für die bessere Gestaltung der Verhältnisse des Volkes und für seine Befreiung einzutreten. Wir wollten durch unsere Oppositionsstellung verhindern, daß die Arbeiterklasse in weiteres Elend versinkt und untergeht. Sie aber führen den Kampf nur aus Profitsucht und aus Herrschsucht.

Meine Damen und Herren! Wenn wir als Sozialdemokraten vor dem Kriege gewagt hätten, derartig gegen die Staatsgewalt aufzutreten, so hätte man uns auf Grund des § 110 und § 111 des Strafgesetzbuches mindestens zwei Jahre ins Gefängnis gesteckt. Die Aufforderung 6 ist die gemeinste Sabotage, die man sich denken kann. Hier wird verlangt, wichtige Bestandteile aus den Dreschsätzen zu entfernen, damit ein Ausdreschen des Brotgetreides unmöglich wird. Die Forderung 8, gegen Nichtorganisierte moralisch und wirtschaftlich vorzugehen, bedeutet einen rücksichtslosen Druck, den man mit dem Satze kennzeichnen kann: Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich Dir den Schädel ein! Das haben Sie uns oft vorgehalten, handeln aber selbst noch viel schlimmer. Nach den Anweisungen Ihrer Organisation soll das Getreide in den Handel gebracht werden. Wir wissen ja, was das bedeutet. Wir wissen sehr genau, daß, wenn das Volk nach Ihren Weisungen mit Lebensmitteln versorgt würde, es tatsächlich verhungern könnte. Jetzt bei der Umlage und früher bei der Zwangswirtschaft konnten wir immer wieder feststellen, daß die Landräte die größte Mühe haben, um die Landwirte zu veranlassen, ihr Pflichtquantum abzuliefern. Und nun wollen Sie uns weismachen, daß die Landwirte bereit wären, jenes Quantum an Getreide zur Verfügung zu stellen, das gebraucht wird? Nein, das können Sie andern vorreden, aber nicht uns.

Wir haben es ja auch bei der Kartoffelversorgung gesehen. Es ist ja nicht das erste Mal, daß solche Leitsätze veröffentlicht sind.

(Zuruf rechts: Nennen Sie doch den Verfasser!)

— Sie bezweifeln **die Echtheit** dieser **Richtlinien**, und Herr Dr. Roesicke sagt, die Spitzenorganisationen hätten damit nichts zu tun. Aber in derselben Zeit, wo die „Freiheit" in der Lage war, diese Richtlinien zu veröffentlichen, haben eine ganze Reihe sogenannter Bauerntagungen stattgefunden, und da sind denn auch entsprechende Entschließungen angenommen worden. Außerdem hat noch am Sonnabend den 17. Juni die „Berliner Morgenzeitung" Leitsätze veröffentlicht, die aus Soldin stammen und vom 3. Juni datiert sind. Wenn man diese Richtlinien mit denen der „Freiheit" vergleicht, so findet man Stellen, die wörtlich übereinstimmen, so daß es gar keinem Zweifel unterliegt, daß die Leitsätze echt sind. Aber am 3. Mai tagte in Stettin **der Pommersche Landbund,** und da wurde eine **Entschließung** angenommen, in der der schärfste Protest gegen die Umlage erhoben und gesagt wird, die Landwirtschaft werde der Umlage den erbittertsten Widerstand entgegensetzen. Es heißt dann wörtlich:

> Die Bauernschaft hat Mittel an der Hand, um die in der Umlage vorgesehene Sonderbesteuerung der Landwirtschaft sowohl in ihrer Vorbereitung wie auch in ihrer Durchführung hinfällig zu machen, und sie wird von diesen Mitteln rücksichtslos Gebrauch machen,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

> auch wenn die Regierung versuchen sollte, in die Landwirtschaft Zersplitterung hineinzutragen.

Auf einer weiteren Tagung des Pommerschen Landbundes in Stettin am 8. Juni wurde ebenfalls eine Entschließung angenommen, welche von dem Gutsbesitzer Wienstein eingebracht wurde und in der folgendes gesagt wird:

> Die heute im evangelischen Vereinshaus tagende Bundesversammlung des Pommerschen Landbundes, zusammengesetzt aus allen Teilen der Provinz Pommern und der Nordmark, billigt voll und ganz die Entschließung des Kreisvertretertags am 3. Mai 1922 und verspricht der Führung des Bundes unbedingte Gefolgschaft in dem Kampfe, der der Landwirtschaft Pommerns und Deutschlands durch die Annahme eines unannehmbaren Umlagegesetzes etwa aufgezwungen würde.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

> Die Versammlung spricht der Bundesleitung für die bisher im Kampfe gegen die Umlage bewiesene Tatkraft mit ihrem Vertrauen rücksichtslose Billigung aus und erwartet von der Leitung des Pommerschen und des Reichslandbundes energische Durchführung aller Abwehrmaßnahmen gegen die Umlage. Die Bauernschaft stellt sich in voller Einmütigkeit und Entschiedenheit in diesem Kampfe hinter ihre Führer und

(**Horn**, Abgeordneter.)

(A) wird mit ihnen der Umlage den entschiedensten Widerstand mit allen Mitteln entgegensetzen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese Wendung zeigt doch deutlich, daß zwischen den Richtlinien und den Beschlüssen auf den einzelnen Tagungen eine innere Gemeinschaft vorhanden ist.

Aber, meine Damen und Herren, wer ist denn dieser **Gutsbesitzer Wienstein**, der diese Resolution eingebracht hat? Das ist kein anderer als der, auf dessen Gutshof am 1. Juni ein großes **Waffenarsenal** entdeckt wurde.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es wurden dort gefunden 2 Patronenkasten mit je 750 Schuß M.-G.-Patronen, 6 Patronenkasten mit je 250 Schuß M.-G.-Patronen, ein leerer Patronenkasten, 2 Wasserkasten, 2 Maschinengewehre mit Hilfslafetten, 2 Maschinengewehre ohne Hilfslafetten usw.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese Waffen wurden auf dem Grundstück dieses Mannes gefunden. Meine Herren, das sind jene, die leugnen, daß tatsächlich eine Organisation besteht, um den schärfsten Widerstand gegen die Gesetzgebung aufzubieten.

Ich könnte Ihnen noch eine Reihe anderer Dinge mitteilen, will aber nur noch eins sagen. Es wird tatsächlich mit diesem schärfsten Widerstand überall gespielt. Selbst unser Kollege **Malkewitz** hat im November vorigen Jahres in einer deutschnationalen Versammlung erklärt:

> Wir stehen vor der Entscheidungsschlacht. Alle bisherigen innerpolitischen Vorgänge waren nur Vorpostengefechte, und die Hauptschlacht wird noch kommen, wenn die Stunde schlagen wird,
> (B) in der wir Deutschnationale eingreifen können.

So stehen die Dinge im allgemeinen. Ich brauche nur auf die vielen Waffenschiebungen hinzuweisen, auf die illegalen Organisationen, die die Herren an den verschiedensten Stellen auf dem Lande durch die Baltikumer usw. geschaffen haben, auf die fast täglich erfolgenden Waffenfunde. So wurden im April im Schulhaus von Diebsow im Kreise Stolp 90 ganz neue Infanteriegewehre gefunden.

(Hört! Hört! links. — Zuruf rechts.)

— Im Schulhaus, die Sie auf den Dörfern ja auch in der Hand haben. In Niederschönbrunn im Kreise Lauban wurden im Lagerraum einer Schießhalle des Schützenvereins 100 Zentner Granaten aufgefunden.

(Hört! Hört! links.)

In dem Orte Sterlin in Pommern wurden bei Aufräumungsarbeiten nach einem Brand 8 Infanteriegewehre gefunden, die gar nicht gebraucht waren, ferner 175 Kisten Infanteriemunition unversehrt aufgefunden,

(hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

außerdem 4 Stielhandgranaten, ferner eine ganze Reihe Infanteriemunition, die durch Feuer zerstört war. Täglich werden solche Funde gemacht. In Schmargendorf, dem Vorort Berlins, wurden in dem Hause Kolberger Straße 2 Waffen und Munition gefunden. In einem Kellerraum fand man 11 Kisten mit je 40 Karabinern, 2 Kisten mit Entfernungsgeräten, 153 Kisten mit je 50 Stück 7,7 Zentimeter Kartuschenhülsen, 17 Kisten mit Handgranatenstielen, 1 Kiste mit 13 Trommeln Maschinengewehrmunition, 1 Kiste mit Maschinengurten, gefüllt mit Patronen, 2 Kisten mit je 10 000 Schuß Infanteriemunition und 23 Kisten mit Apparaten aller Art.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Außerdem hat man sich ja auch in der Reichswehr wie in der Schupo genügend geschützt.

Was gedenkt die Regierung eigentlich gegenüber diesem Treiben zu tun? Soll die Sache so weiter gehen? Ich bin überzeugt, wenn etwa die Arbeiter oder eine andere Richtung sich in der Weise gegen das bestehende Regime rüsten würde, daß dann ganz andere Maßnahmen getroffen würden, als es heute der Fall ist. Meine Damen und Herren! Die Sache wächst zu einem öffentlichen Skandal aus. Es ist geradezu eine **politische Verlotterung** eingetreten,

(Zuruf rechts)

— nicht auf Seiten der Arbeiter, sondern auf Seiten des Bürgertums, auf Seiten der **Deutschnationalen** und der monarchistischen und nationalistischen Kreise. Ich habe dieser Tage im Eisenbahnwagen II. Klasse eingekritzelt von einer Hand, folgende Worte gelesen, die mich empört haben:

> Gott segne Wirth, Rathenau und Scheidemann;
> den Erzberger hat er bereits gesegnet.

Diese Schrift stammt nicht von der Hand eines Sozialisten oder Kommunisten, sie rührt von einem Mann her, der eine höhere Bildung genossen hatte.

Es ist Zeit, daß sich endlich einmal die Regierung aufrafft und hier mehr nach dem Rechten sieht, als sie es bisher getan hat. Jetzt erwacht man ja auch in den Kreisen der Sozialdemokraten, die bisher alles hingenommen haben, was bisher von seiten der reaktionären Herrschaften geschehen ist. Scheidemann hat in Cassel, als das Attentat auf ihn ausgeübt wurde, zu den Demonstranten gesagt, er habe damals, als er im Rat der Volksbeauftragten saß, Tag und Nacht an die Soldatenräte depeschiert, sie möchten die Preßfreiheit unangetastet lassen. Jetzt sagt er, es wäre besser, diesen Herrschaften Handschellen anzulegen, als die Preßfreiheit zu gewähren. Diese Erkenntnis bestand bei uns immer. Wir wissen ganz genau, daß wir, wenn wir diese reaktionäre Gesellschaft überwinden wollen, ganz anders vorgehen müssen als bisher.

Meine Damen und Herren! Wenn das Umlageverfahren auch beseitigt und der Landwirtschaft voller Spielraum gewährt wird, dann wird das deutsche Volk zum Spielball der Großagrarier, und wir werden dann noch eine ganz andere Preissteigerung erleben, als wir sie schon heute haben. Ich stehe allerdings auch auf dem Standpunkt, daß an der **Preisgestaltung** nicht allein die Agrarier schuld sind, sondern ich bin ehrlich genug zuzugeben, daß wir auch im **Händlertum** eine Volksschicht haben, die wie Drohnen am Volkskörper nagt.

(Zuruf rechts: Vergessen Sie nicht den Versailler Vertrag!)

— Kommen Sie doch nicht mit dem Versailler Vertrag! Haben Sie etwa die Mittel dazu gehabt, ihn zu verhindern? Und dann denken Sie daran, daß der Versailler Vertrag nichts weiter als eine Folge des Krieges und der Krieg die Folge der von Ihnen vor dem Kriege betriebenen kapitalistischen Politik ist! Ich sage, wir bekämpfen zu gleicher Zeit auch den unehrlichen Handel, die Schieber und Wucherer. Und wenn Sie sich ganz besonders gegen diese Wucherer wenden wollen, dann stimmen Sie unserer Forderung zu, daß die Verteilung der Produkte zwischen Produzenten und Konsumenten nicht, wie heute, durch Händler, sondern durch Verbraucherorganisationen erfolgt, die von Gemeinden und Konsumvereinen getragen sind. Der unreelle Handel wäre garnicht möglich, wenn sich die Landwirtschaft ernsthaft dagegen wehrte.

Nun hat uns der Herr Abgeordnete Dr. Roesicke vorhin vorgerechnet, die **Teuerung** sei gar nicht auf die Landwirtschaft allein beschränkt, sondern **überall** vorhanden. Als Beispiel erwähnte er, daß früher ein paar Stiefelabsätze 25 Pfennig kosteten, wofür man sich zwei Pfund

(Horn, Abgeordneter.)

(A) Brot kaufen konnte. Heute kosten sie 25 Mark, und man kann sich dafür mehr Brot als früher kaufen. Der Herr Abgeordnete Dr. Roesicke verschwieg aber, wodurch diese Preissteigerung auf 25 Mark gekommen ist. Doch dadurch, daß die Rohhäute, aus denen das Leder erst gemacht wird, einen viel höheren Preis als früher haben, den die Agrarier aber sehr gerne einstecken. Der Schuhmacher kann also die Absätze gar nicht billiger liefern.

So ist allgemein eine furchtbare Teuerung eingetreten, die das Volk unter den jetzigen Lohn- und Gehaltsverhältnissen nicht mehr länger ertragen kann. Am allermeisten leiden darunter die Kleinrentner, Arbeitslosen, Kriegsinvaliden, Kriegerwitwen und Waisen. Aber die Herren von der Rechten haben ja die Möglichkeit gehabt, diesen Volksschichten zu helfen. Durch unsere Anträge haben wir ihnen wiederholt den Weg dazu gewiesen. Aber sie haben es abgelehnt. Nun haben die Deutschnationalen eine Interpellation eingebracht, in der sie verlangen, daß die Regierung Maßnahmen ergreifen solle, um eine planmäßige **Sicherung der Lebenshaltung der Minderbemittelten** durchzuführen. Diese Forderung klingt geradezu wie ein Hohn, denn tatsächlich hätten sie diesen Schichten längst helfen können. Ja, sie brauchten nicht einmal selbst diese Maßnahmen zu ergreifen, wir haben hierfür wiederholt die Gelegenheit geboten, sie lassen es sich sogar gefallen, daß das Ausland durch die Quäkerspeisung Tausende von deutschen Kindern dem Hunger entreißt. Sie selbst legen nicht Hand an, um den bedrohten Kindern zu helfen, sie vor dem Tode zu bewahren und der Degeneration zu entziehen. Das überlassen sie vielmehr jener ausländischen Bourgeoisie, die ein tiefer mitfühlendes Herz für die untergehenden Schichten des deutschen Volkes haben als sie selber. Wollten sie etwas tun, Gelegenheit dazu war ihnen längst geboten.

Der Herr Abgeordnete Dr. Roesicke sagte auch, daß (B) aller Voraussicht nach die diesjährige Ernte noch schlechter als im vorigen Jahre sein werde. Meiner Ansicht nach wäre es dann aber umso notwendiger, daß das Umlageverfahren gerade erhalten bleibt. Er sagte: Die Not des Volkes kann nur behoben werden, wenn die Produktion gesteigert wird. Auch ich stehe auf demselben Standpunkt und muß sagen, daß die **Landwirtschaft** nichts zur **Förderung der Produktion** getan hat.

(Zuruf bei den Deutschnationalen: Unerhört!)

— Ja, es ist unerhört, sagen Sie. Ich kann Ihnen den Beweis erbringen.

(Erneute Zurufe rechts.

Es ist doch ein Skandal, daß die Ernteerträge von 19 540 000 Tonnen im Jahre 1913 nach Regierungsangaben auf nur 9 470 000 Tonnen im Jahre 1921, also 10 Millionen weniger, zurückgegangen sind.

(Zuruf bei den Deutschnationalen: Bestellen Sie mehr Regen!)

— Nein, es kommt daher, daß an Stelle der intensiven Wirtschaft eine extensive getreten ist.

(Zuruf bei den Deutschnationalen: Wodurch?)

— Dadurch, daß Sie das Land nicht nach der Beschaffenheit des Bodens bestellen und die Betriebe nicht so gestalten, daß auch wirklich Erträge herausgewirtschaftet werden können, sondern weil Ihre ganze Produktion nur darauf eingestellt ist, bei den geringsten Unkosten die höchsten Gewinne zu erzielen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wäre die Landwirtschaft auf der Höhe, so könnte die Produktivität so gesteigert werden, daß wir diese Umlage garnicht brauchten, dann würden wir soviel Getreide haben, wie wir brauchen. Die Dinge liegen nämlich so, daß von den 54 Millionen Hektar Bodenfläche, die wir im Jahre 1907/08 hatten, die jetzt natürlich durch die abgetrennten Gebiete etwas geringer geworden ist, überhaupt nur 35 Millionen Hektar benutzt werden, während das übrige (C) brach liegt, Ödland und Moorland ist.

(Lachen bei den Deutschnationalen.)

Es ist nichts getan worden.

(Erneutes Lachen bei den Deutschnationalen.)

Was ist denn vor dem Kriege geschehen, um diese Moor- und Ödländer zu kultivieren? Nichts ist geschehen, nicht eine einzige Million ist hineingesteckt worden, um dieses Ödland zu Kulturland zu machen. Als vor dem Kriege das alte Regime herrschte, hatten Sie die Möglichkeit, für Kulturzwecke Mittel aufzuwenden. Wozu aber haben Sie Ihre Mittel aufgewandt? Zu unkulturellen Zwecken, zum Bau von Kriegsschiffen und Kasernen, zur Herstellung von Maschinengewehren, Gewehren, zu Munition usw. Sie haben es aber nicht dazu verwandt, um das **Moor- und Ödland** zu **kultivieren.**

Ich bin der Meinung, daß, wenn wir eine wirklich intensive Landwirtschaft hätten, und wir selbst nur die 35 Millionen Hektar in Benutzung nehmen würden, davon aber 36 000 Wirtschaften mit je 500 Hektar schaffen würden, es möglich wäre, auf dieser Fläche 72 Millionen Menschen besser zu ernähren als vor dem Kriege. Wir brauchten für diese Zwecke nur 18 Millionen Hektar Land und könnten noch 17 Millionen Hektar für die Kleinbetriebe abtreten, die die Kleinbetriebe heute nicht innehaben. Sie haben heute ganz bedeutend weniger.

Meine Damen und Herren! Es könnten ohne weiteres 100 Millionen Menschen gut ernährt werden; aber in der Landwirtschaft ist tatsächlich nicht alles so gut bestellt, wie man es hier immer darstellt. Oft herrscht eine wahre Luderwirtschaft.

(Lachen bei den Deutschnationalen.)

Ganze Felder werden nicht bestellt, Futter läßt man verfaulen, Kartoffel läßt man erfrieren.

(Lebhafte Zurufe von den Deutschnationalen: Wo denn und wann denn?) (D)

— Auch das werde ich Ihnen sagen. Es ist doch gar nicht einmal so lange her, daß das passiert ist. Sie, Herr Abgeordneter Schimmelpfennig, brauchen ja nur nach Ihrem eigenen Wahlkreis zu gehen. Fahren Sie einmal übermorgen nach der Insel Wollin und besehen Sie das Feld des Herrn Oberamtmanns Brockmann in Cachlin. Dieser Herr bewirtschaftet eine Domäne von 4000 Morgen Umfang. Dort liegen jetzt 300 Morgen brach, die nicht bestellt sind. Im vorigen Sommer ließ der Herr 80 bis 90 Morgen Heu verfaulen.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Wie hat er das gemacht?)

— Weil er es nicht einbrachte; das sollten Sie doch mindestens wissen. — Im vorigen Jahre mußten über 300 Morgen mit Gemenge umgeackert werden, das nicht eingebracht wurde, weil der Herr nicht die Löhne bezahlen wollte, die von dem Landarbeiterverband festgelegt sind. Es ist keine Seltenheit, daß Kartoffeln erfrieren, weil man glaubt, diese dann für Brennereizwecke besser verwenden zu können, um größere Profite herauszuschlagen.

Aus diesen Gründen verlangen wir, daß in bezug auf die Volksernährung und die ganze Agrarwirtschaft andere Verhältnisse herbeigeführt werden. Wir sind überzeugt, daß diese anderen, besseren Verhältnisse nur geschaffen werden können, wenn mit der privatkapitalistischen Wirtschaft aufgeräumt wird. Wir verlangen deshalb die **Sozialisierung aller Großbetriebe.** Wir wissen, daß, solange die Produktionsmittel Privateigentum sind und die Produkte nur des Geldinteresses wegen erzeugt und verteilt werden, das arbeitende Volk auch der Ausbeutung und der Verelendung ausgesetzt ist. Die Erfüllung dieser Forderung ist der einzige Ausweg, durch den wir aus diesem Zustand herauskommen können.

(Horn, Abgeordneter.)

(A) Die **Großagrarier** erklären, sie hätten Opfer gebracht. Auch der Herr Abgeordnete Dr. Roesicke hat das gesagt. Ich frage: welche materiellen Opfer haben Sie während des Krieges bis zum heutigen Tage gebracht? Die Produzenten wie die Händler, alle jene, die die Produktionsmittel besitzen, sind durch den Krieg außerordentlich reich geworden; sie haben die Notlage des Volkes dazu benutzt, größere Profite einzustecken und ihre Reichtümer weiter zu vermehren.

Die Kampfansage, die uns gemacht wird, soll zu einer Kraftprobe führen. Ich kann Ihnen nur eins sagen: lassen Sie es auf diese Kraftprobe ankommen! Wir sind bereit, den Kampf aufzunehmen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie spekulieren heute auf die Zerrissenheit der deutschen Arbeiterklasse. Ich bin überzeugt, daß Ihre Kampfansage das Signal für die deutsche Arbeiterklasse sein wird, geschlossen den Kampf gegen jene Schichten aufzunehmen, die gewillt sind, das Volk immer weiter auszunutzen und es für ihre Zwecke dienstbar zu machen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir werden alle Widerstände des Großagrariertums zu brechen wissen, und Sie können überzeugt sein, daß wir aus diesem Kampfe als Sieger hervorgehen werden.

(Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Kopsch.

Kopsch, Abgeordneter: Herr Präsident, ich möchte die Bitte aussprechen, die Verhandlungen jetzt zu vertagen, und zwar mit Rücksicht darauf, daß mehrere Fraktionen das Bedürfnis haben, Fraktionssitzungen abzuhalten, die angesichts der politischen Lage von ganz besonderer Bedeutung sind.

Präsident: Ja, meine Damen und Herren, an und für sich bedaure ich diesen Antrag. Es haben nun zu diesem Gegenstand erst drei Redner gesprochen, und wir behalten mindestens fünf Redner, abgesehen von den Herren von der Ministerbank, für die morgige Sitzung zurück. Was wir heute sparen, müssen wir morgen in einer langen Sitzung nachholen. — Ist Herr Kollege Dusche (B) vielleicht bereit, heute zu sprechen?

Dusche, Abgeordneter: Ich möchte mich dem Antrage auf Vertagung anschließen mit Rücksicht darauf, daß ich, bevor ich spreche, noch mit meiner Fraktion über einen Teil des Inhalts meiner Rede Rücksprache nehmen möchte.

Präsident: Demnach werden wir nicht anders verfahren können, als Herr Abgeordneter Kopsch vorgeschlagen hat.

Ich schlage Ihnen dann vor, jetzt abzubrechen — und die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Dienstag den 20. Juni, nachmittags 2 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. eine Anfrage;
2. Interpellation der Abgeordneten Hergt und Genossen, betreffend die planmäßige Sicherung der Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung usw.;

— zur Anfrage an die Regierung —

3. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Erhöhung der patentamtlichen Gebühren;
4. Fortsetzung der ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922;

— also die eben abgebrochene Debatte —

5. erste Beratung des von den Abgeordneten v. Guérard, Müller (Franken), Dr. Becker (Hessen), Erkelenz, Leicht und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften;
6. erste Beratung des Entwurfs eines Reichsgesetzes über die Schutzpolizei der Länder.

Ein Einwand gegen die Tagesordnung wird nicht erhoben; sie steht fest.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 4 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

230. Sitzung.

Dienstag den 20. Juni 1922.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 17 Minuten durch den Vizepräsidenten Dr. **Bell** eröffnet.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll der vorigen Sitzung liegt zur Einsicht auf dem Bureau offen.

Als Vorlagen sind eingegangen:

1. Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Reichs in den Rechnungsjahren 1922, 1921 und 1920;
2. Entwurf eines Schutzgesetzes für die durch die Abtretung der ehemals preußischen Teilgebiete Polens betroffenen Schuldner;
3. Entwurf eines Gesetzes über Kündigungsbeschränkung zugunsten Schwerbeschädigter.

Der Herr Reichsminister des Innern sucht mit Schreiben vom 14. Juni die Genehmigung nach zur Strafverfolgung des Mitglieds des Reichstags Reich.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, dieses Schreiben dem Geschäftsordnungsausschuß zur Berichterstattung zu überweisen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Überweisung hat stattgefunden.

In den Ausschüssen ist folgender Mitgliederwechsel erfolgt. Es sind eingetreten:

in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Emminger, Laverrenz, Dietrich (Prenzlau)
die Abgeordneten Merck, Dr. Reichert, Hergt;

in den 13. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Semmler
der Abgeordnete Henning;

in den 14. Ausschuß für den Abgeordneten Bruchardt
der Abgeordnete Dr. Geyer (Sachsen);

in den 22. Ausschuß für die Abgeordneten Schmidt (Sachsen), Zörgiebel, Dr. Schücking, Frau Pfülf
die Abgeordneten Dr. David, Körsten, Heile, Kröger (Rostock).

Ich habe Urlaub erteilt:

der Frau Abgeordneten Reitze für 5 Tage,
dem Herrn Abgeordneten Girbig für 6 Tage.

Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Herr Abgeordnete Keubler-Böhm für 10 Tage wegen Krankheit. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist eine

Anfrage Nr. 1671, Unterleitner (Nr. 4469 der Drucksachen).

Der Herr Abgeordnete Unterleitner hat sich entschuldigt, er kann heute nicht erscheinen. Die Anfrage ist daher für heute erledigt.

Wir gehen über zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

Interpellation der Abgeordneten Hergt und Genossen, betreffend die planmäßige Sicherung der Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung usw. (Nr. 4507 der Drucksachen).

Ich richte zunächst die Frage an den Herrn Vertreter der Reichsregierung, ob und wann sie bereit ist, diese Interpellation zu beantworten.

Heinitz, Oberregierungsrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Kommissar der Reichsregierung: Die Reichsregierung ist bereit, die Interpellation innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist zu beantworten.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Damit ist auch dieser Gegenstand der Tagesordnung für heute erledigt.

Wir gehen über zum dritten Gegenstand der Tagesordnung:

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Erhöhung der patentamtlichen Gebühren (Nr. 4467 der Drucksachen).

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(Vizepräsident Dr. Bell.)

(A) Ich eröffne die erste Beratung — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen):

Dr. **Becker** (Hessen) Abgeordneter: Ich beantrage, die Vorlage dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Es ist beantragt worden, die Vorlage dem Rechtsausschuß zu überweisen. — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Wir gehen dann über zum vierten Gegenstand der Tagesordnung:

Fortsetzung der ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 (Nr. 4498 der Drucksachen).

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Diez.

Diez, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Das **Problem der Getreidebewirtschaftung für das neue Erntejahr** ist wohl eines der schwierigsten; denn die Brotpreisbildung ist imstande, eine Umstellung der gesamten Grundlagen für unsere Produktion zu bewirken. Die Lösung dieses Problems ist erschwert durch die gegen das letzte Jahr verminderten Aussichten auf hohe Ernte. Trotz der vermehrten Aufwendung von Düngemitteln seitens der Landwirtschaft ist durch den trockenen Herbst und durch das nasse und kalte Frühjahr die Aussicht für die neue Ernte bedeutend vermindert. Durch eine verminderte Ernte wird die Aufbringung erschwert und die Aufwendung von Devisen zum Import ausländischen Getreides stärker angespannt.

Die Lösung des Problems ist dadurch erschwert, daß die Diskussion bereits den Boden der Sachlichkeit und (B) der ruhigen Überlegung verlassen hat.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Die Worte „Freiwirtschaft" und „Zwangswirtschaft" sind zu Schlagworten geworden, und man erhält den Eindruck, daß diese Begriffe bereits zu Parteidogmen geworden seien. Ich befürchte auch, daß der Kampfruf, allein die freie Wirtschaft könne die Landwirtschaft retten, in weniger als drei Sonnenwenden üble Auswirkungen gerade für die Landwirtschaft äußern wird.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Die ganze Frage muß sine ira et studio behandelt werden, ohne jegliche Voreingenommenheit, mit ruhigem und kühlem Kopf.

Die Debatte von gestern hat eine erfreuliche Übereinstimmung zutage gefördert. Sowohl der Vertreter der Linken wie der Rechten waren sich darüber einig, daß die Brotversorgung für das neue Erntejahr gesichert und daß den minderbemittelten Kreisen verbilligtes Brot zugeführt werden müsse. Wenn im Ziele Übereinstimmung herrscht, dann muß auch ein Weg gefunden werden, um dieses Ziel zu erreichen.

Die **eingeschränkte Wirtschaft** besteht noch auf verschiedenen Gebieten des deutschen Wirtschaftslebens. Die Kohle, die mit 40 Prozent Steuer und pro Tonne mit 12 Mark Wohnungsabgabe belastet ist, ist noch zwangsbewirtschaftet und hat heute den Weltmarktpreis noch nicht erreicht. Im Hausbesitz ist die Zwangsablieferung von Räumen geradezu brutal durchgeführt und ebenso brutal ist die Preisgestaltung der Mieten beschränkt. Eine beschränkte Preisbildung besteht in der Exportindustrie, welche Ausfuhrabgaben zu bezahlen hat, in der Zementbewirtschaftung, wo der Preis nur ein Drittel bis die Hälfte des Weltmarktpreises erreicht hat trotz der enormen absoluten Höhe, und auch die Düngemittelpreise sind zurzeit noch durch Verordnung geregelt. Durch letzteres ist aber nur eine scheinbare Begünstigung der Landwirtschaft eingetreten; denn die Tatsache besteht, daß die **Preispolitik des Stickstoffsyndikats** geradezu Erbitterung in der Landwirtschaft hervorgerufen hat. Es wurden so lange die bestellten Stickstoffmengen nicht geliefert, bis dann die letzte starke Preiserhöhung im März dieses Jahres kam. Dann war plötzlich der Stickstoff verfügbar und auch die nötigen Eisenbahnwagen zur Verfügung, als der Zeitpunkt der günstigsten Verwendung dieses künstlichen Düngemittels bereits vorüber war. Keine der genannten Einschränkungen in der Bewirtschaftung und Preisbildung haben so verbitternd gewirkt und wirken so drückend wie die Einschränkungen, die im letzten Jahre in der Getreidebewirtschaftung durchgeführt waren. Es ist nicht zu übersehen, daß bei der Kohlenbewirtschaftung, bei der Produktion irgendeines industriellen Artikels die Produkte täglich aufs neue erzeugt werden können, während der Landwirt nur einmal im Jahre eine einzige Ernte produzieren kann. Es ist ferner wohl zu beachten, daß keines der genannten Wirtschaftsgebiete unter solchen ungünstigen Bedingungen neue Produkte erzeugt als die Landwirtschaft, die auf das Wetter angewiesen ist und die das Risiko von Mißernten in hohem Maße zu tragen hat. Es ist ferner zu beachten, daß bei der Durchführung der letztjährigen Getreideumlage die schwersten Mißgriffe vorgekommen sind, insbesondere aber bei der Unterverteilung, und daß gerade dies eine Stimmung in den bäuerlichen Kreisen ausgelöst hat, die als katastrophal zu bezeichnen ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist die Frage aufzuwerfen, ob nicht der **Notwendigkeit einer neuen gesetzlichen Regelung des Brotpreises** hätte vorgebeugt werden können im Laufe des letzten Erntejahres, und diese Frage muß dahingehend beantwortet werden, daß durch geeignete Maßnahmen zu gegebener Zeit wir um die ganze schwierige Frage ohne Streit und ohne große Aufregung hätten herumkommen können. Im Oktober des verflossenen Jahres stand die Tonne ausländischen Getreides in Hamburg auf 6000 Mark. Es wurden die maßgebenden Reichsstellen damals auf diesen günstigen Umstand aufmerksam gemacht. Warum jene Zeit nicht zur Schaffung einer ausreichenden Getreidereserve benutzt wurde, entzieht sich meiner Kenntnis, jedenfalls muß hier von einer Unterlassung gesprochen werden, die sich heute schwer rächt.

Die Vorlage, die uns von der **Regierung** unterbreitet ist, hat außer anderen auch den Fehler, daß sie zu spät uns unterbreitet worden ist.

(Sehr richtig!)

Es ist nicht mehr möglich, die Maßnahmen, die zur Durchführung erforderlich sind, so rechtzeitig zu treffen, daß sie bis zur neuen Ernte, die ja in 5 bis 6 Wochen spätestens beginnen wird, durchgeführt sind. Die Vorlage selbst bringt grundsätzlich Änderungen an dem für das letzte Jahr geltenden Recht kaum. Sie ändert in § 2 die Oberverteilung, und war zuungunsten der leistungsschwachen Länder. Sie ändert in § 3 die Veranlagung insofern, als sie die Möglichkeit gibt, an Stelle der Getreideanbaufläche die Gesamtanbaufläche der Veranlagung zugrunde zu legen, und sie läßt in § 4 die Wahl, für die abgabefreie Fläche sowohl 1 Hektar Getreide als auch 5 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche zugrunde zu legen. Sie bringt in § 30 eine Einschränkung des Kreises der Versorgungsberechtigten, und in § 50 ist die Festsetzung des Preises geregelt. Die Frage des Preises ist die Kardinalfrage sowohl für die Landwirtschaft wie auch nach den Äußerungen des Herrn Ernährungsministers für die Reichsregierung.

Die Landwirtschaft ist grundsätzlich bereit, die Brotversorgung der Bevölkerung zu sichern; darüber bestehen Meinungsverschiedenheiten nicht. Die Landwirtschaft ist ferner

(Diez, Abgeordneter.)

bereit, an der Brotverbilligung mitzuwirken. Auch in diesem Punkte besteht Einigkeit. Was die **Landwirtschaft** mit Entschiedenheit ablehnt, ist die Sonderbelastung, die Zumutung, daß sie die **Brotverbilligung** ganz allein auf sich nehme. Sie wehrt sich dagegen, daß die Subsidien des Reiches, die seither Milliarden betragen haben und die vom Reiche nicht mehr geleistet werden können, ganz allein auf die Landwirtschaft abgeladen werden. Die Landwirtschaft verlangt, daß die Versorgung mit verbilligtem Brot sich auf die **Kreise der wirklich Bedürftigen** beschränke. Sie sieht als solche, die aus dem Kreise der Bedürftigkeit ausscheiden, nicht nur etwa jene mit einem Einkommen von über 100 000 Mark an, sondern sie erachtet auch die Bedürftigkeit als nicht gegeben in jenen Kreisen der verdienenden Personen, die unverheiratet sind und für keine Familienmitglieder zu sorgen haben, die mit Stundenlöhnen bedacht sind, die auch einen erhöhten Brotpreis ertragen können und die jene drei Dinge, die man als die Würze des Lebens bezeichnet, in einem Maße genießen, nämlich Wein, Weib und Gesang, wozu sich noch die Zigaretten gesellen, daß von Bedürftigkeit nicht die Rede sein kann. Diese kann man sehr wohl aus dem Kreise der mit billigem Brot zu Versorgenden ausscheiden.

Es wird zu erwägen sein, ob man die verbilligte Brotration nicht davon abhängig machen will, daß der Konsument den Antrag auf verbilligtes Brot stellt. Der Herr Abgeordnete Krätzig hat in seinen Ausführungen gesagt, es käme bei 100 Versorgungsberechtigten nicht darauf an, ob zwei dabei seien, die letzten Endes auf verbilligtes Brot keinen Anspruch hätten. Ich meine, man sollte hier bei dem Begriff „Versorgungsberechtigter" das Sieb nicht allzu engmaschig nehmen. Man könnte die Maschweite sehr wohl so nehmen, daß 15 bis 20% der bis jetzt Versorgten durch das Sieb hindurchfallen. Es könnte alsdann auch die Frage der Gesamthöhe des zur Versorgung erforderlichen Getreides aufs neue einer Erörterung unterzogen werden.

Es wird zu erwägen sein, ob nicht eine Verbilligung des Brotes durch eine **Sonderbelastung der hohen Einkommen** erreicht werden kann. Es wird zwar allgemein angenommen, daß eine Höherbelastung der Einkommen nicht mehr angängig sei. Aber es bedeutet eine starke Höherbelastung der Einkommen der Landwirtschaft, wenn ihr eine verbilligte Abgabe von Getreide ohne irgendwelche Gegenleistungen zugemutet wird.

Es wird zu erwägen sein, ob die **Arbeiterschaft** nicht selbst in ihrer Gesamtheit ebenfalls zur Verbilligung des Brotpreises dadurch beitragen kann, daß sie in der Woche eine oder mehrere **Überstunden** leistet und auf den Überstundenzuschlag zugunsten der Brotverbilligung verzichtet. Es würde damit zweierlei erreicht sein, erstens eine Mehrproduktion an Werten an sich und zweitens eine Zurverfügungstellung von Barmitteln. Es ist erfreulich, daß dieser Gedanke auch in den Kreisen der Arbeiterführer bereits Erwägung gefunden hat. Ich weise hin auf einen **Artikel im „Deutschen"** vom gestrigen Datum, in dem mein Freund, der Herr Kollege **Ersing**, auch diese Frage behandelt. Er weist auf den Opfergeist hin, der in allen Schichten der deutschen Bevölkerung erforderlich sei, wenn wir aus den Niederungen der Gegenwart wieder herauskommen wollten. Er schreibt u. a. wörtlich — ich bitte mir die Verlesung dieses kurzen Passus zu gestatten —:

> Und nun komme ich zum dritten Opfer, der Mehrarbeit. Dieses Opfer muß die Arbeiterschaft bringen. Auch da muß der Reichstag führend vorangehen. Durch eine gemeinsame Kundgebung aller Parteien muß die Arbeiterschaft aufgefordert werden, in allen Berufszweigen, insbesondere in den Rohstoffindustrien, täglich eine Überstunde zu leisten, um durch diese Mehrleistung die Rohstoff- und Warennot zu beheben und damit die Preissteigerung zum Stillstand zu bringen. Eine solche Kundgebung des Reichstags wird ihre Wirkung nicht verfehlen. Die Arbeitsgemeinschaften müssen alsbald zusammentreten und auf dem Wege der Vereinbarungen das Nähere vereinbaren. Dabei müßte die Reichsregierung durch das Wirtschafts- und Arbeitsministerium die Führung der Verhandlungen übernehmen. Das gleiche gilt für die Staatsbetriebe und Staatsverwaltungen.

(C)

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Es ist erfreulich, derartige Stimmen aus den Kreisen der sich ihrer Verantwortlichkeit bewußten Führer der Arbeiterschaft zu hören.

Es wird sehr zu erwägen sein, ob nicht für etwaige **Getreideablieferungen** eine **Gegenleistung** dadurch gegeben werden kann, daß Bezugsscheine auf Stickstoffdüngerbelieferung oder Düngerbelieferung jeglicher Art ins Auge gefaßt wird und ob nicht vielleicht eine Relation zwischen Umlagepreis und Kunstdüngerpreis gefunden werden kann. Würde eine solche gefunden, so würde dieses Problem seiner Lösung um ein wesentliches entgegengeführt worden sein.

Es wird weiter in Frage kommen, ob nicht für abgeliefertes Getreide die **Rücklieferung von Kleie** zu Preisen, die den Ablieferungspreisen des Getreides entsprechen, verwirklicht werden kann. Gerade dieser Punkt müßte meines Erachtens sehr leicht zu lösen sein.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Der Herr Abgeordnete Dr. Roesicke hat es gestern ebenfalls als eine Selbstverständlichkeit aufgefaßt, daß eine Verbilligung des Getreides eintreten müsse. Einen Weg zu dieser Verbilligung hat er allerdings nicht gezeigt.

Ich möchte nun den Versuch unternehmen, außer den bereits genannten Möglichkeiten hier noch weitere aufzuführen, die zur Herbeiführung einer Brotverbilligung in Frage kommen. Wie allgemein angenommen wird, scheidet ein direkter Zuschuß des Reichs zur Brotverbilligung aus. Trotzdem kann dem Reiche die Verpflichtung zur Brotverbilligung nicht abgenommen werden, und diese ist auch möglich, wenn ich von dem Gedanken ausgehe, daß das Getreide, wenn es vom Landwirt oder vom Handel an die Reichsgetreidestelle abgeliefert wird, in das Eigentum des Reichs übergeht. Alsdann ist kein Grund mehr vorhanden, daß das Reich für diese Getreidemengen eine Verteuerung dadurch herbeiführt, daß es sich seine Leistungen, die es mit eigenen Aufwendungen bewirkt, im Brotpreise bezahlen läßt. Wenn also die **frachtfreie Beförderung** sowohl von **Getreide** wie auch von **Mehl** durchgeführt würde, so würde dadurch allein schon eine erhebliche Verbilligung des Brotes erreicht werden. Wenn das Reich auf Steuern für Getreide, für Mehl, für Brot, das in seiner Hand ist, auf die Umsatzsteuer verzichtet, dann wäre das eine weitere Verbilligung des Brotes, aber keine Durchlöcherung des Umsatzsteuergesetzes, sondern lediglich eine Verwirklichung des Gedankens, daß eine Steuererhebung für Gegenstände, die sich in der Hand des Reichs befinden, einfach keine innere Begründung mehr hat.

(D)

Man wird drittens dringend in Erwägung ziehen müssen, ob nicht das **Reich** die **Kosten**, die für **die Bewirtschaftung des Getreides** erforderlich sind, also der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände, selbst übernimmt. Das alles sind keine Subsidien, sondern lediglich Leistungen des Reichs aus der Verwaltung des Brotgetreides, des Mehls, das sich in seinem eigenen Besitz befindet.

Endlich muß die Frage ernsthaft in Erwägung gezogen werden, ob eine Verbilligung des Brotes nicht auch dadurch herbeigeführt werden kann, daß ein **Zuschlag auf**

(Diez, Abgeordneter.)

(A) **das markenfreie Brot** eingeführt wird. Das wäre auch eine Sonderbelastung des Besitzes, ohne daß sie den Charakter einer Besteuerung haben würde.

Ich glaube, das sind Gedanken, die erwogen werden müssen und die Fingerzeige für eine Einigung abgeben können. Grundsätzlich aber wird man sich auf den Standpunkt stellen müssen, daß die beste Konsumentenpolitik die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion darstellt.

Meine politischen Freunde behalten sich ihre Stellungnahme sowohl zu dem vorliegenden Entwurf als auch zur Frage der Getreideumlage an sich vor bis zur Klärung der ganzen Angelegenheit in einem hierzu einzusetzenden Ausschuß. Sie erklären aber heute schon, daß auf jeden Fall der Mittel- und Kleinbetrieb eine bevorzugte Behandlung und Schutz zu beanspruchen hat.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Sie erklären im voraus, daß eine Abwälzung dieser ganzen Lasten der Verbilligung auf die Landwirtschaft allein für sie nicht in Frage kommt.

Der Herr Kollege Dr. Roesicke hat gestern sehr richtig auf die Gefahr der **Weltmarktpreise** hingewiesen. Ich glaube, daß die Frage der Entwicklung der Weltmarktpreise in weiten Kreisen nicht genügend beachtet wird. Weltmarktgetreidepreis bedingt Weltmarktbrotpreis, Weltmarktbrotpreis bedingt Weltmarktlohn.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Weltmarktlohn aber bedingt eine neue Lohn- und Gehaltsrevolution, diese neue Revolution auf dem ganzen Gebiet der Preisgestaltung. Diese aber bringt unsere gesamte Volkswirtschaft auf den Punkt, wo die geringste Verbesserung der deutschen Mark in der Lage wäre, das ganze Wirtschaftsleben mit einem Schlage zum Stillstand zu bringen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Die deutsche Landwirtschaft erinnert sich dankbar der Tat-(B)sache, daß in vergangenen Jahren die christliche Arbeiterschaft in dem Bewußtsein ihrer hohen Verantwortung für das Volksganze eingetreten ist für den Schutz der Landwirtschaft, für die Einführung von Zöllen auf Lebensmittel. Diese Erinnerung ist wirksamer auf den deutschen Landwirt als die andere Methode, die heute vielfach beliebt wird, andere Volkskreise aufzuhetzen auch gegen den besten Willen, der heute trotz allem in der Landwirtschaft zweifellos vorhanden ist. Die Konsumenten mögen sich auch dessen bewußt sein, daß die **deutsche Landwirtschaft** die **Industrie** zu einem Drittel bis zur Hälfte ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Die Voraussetzung für eine Beschäftigung der deutschen Industrie durch die Landwirtschaft in diesem Umfange ist aber deren Kaufkraft. Daß diese Kaufkraft der Landwirtschaft in der letzten Zeit bereits bedenkliche Anzeichen eines Rückgangs aufweist, dafür sind unsere öffentlichen Kreditanstalten Zeuge, bei denen die Landwirtschaft in täglich verstärktem Maße wieder Kredit in Anspruch nimmt. Wenn in der deutschen Landwirtschaft heute sich zweifellos ein gewisser Wohlstand eingestellt hat, dann mag nicht übersehen werden, daß in der Landwirtschaft nicht nur der Mann arbeitet, nicht nur der Bauer, sondern ebenso anstrengend den ganzen Tag die Bäuerin, die Frau. Auch die Kinder helfen schon dann, wenn sie kaum in das schulpflichtige Alter hineingekommen sind. Wenn alles in der Familie arbeitet, läßt sich natürlich auch das Einkommen erhöhen. Dieser Satz gilt nicht nur für die Landwirtschaft, er hat genau die gleiche Geltung für alle übrigen Erwerbskreise.

Bei der Betrachtung des vorliegenden Problems können unter keinen Umständen die staatspolitischen Momente unberücksichtigt bleiben. Denn die **Aufpeitschung der Leidenschaften** ist bereits so weit gestiegen, daß allein damit die ganze Frage auf das politische Gebiet hinübergebracht wurde. Aber auch die Not weiter Kreise der verbrauchenden Bevölkerung — ich weise nur hin auf die Ärmsten der Armen, die mit einer kärglichen Rente auszukommen haben und die ihr Einkommen nicht erhöhen und den gesteigerten Lebensmittelpreisen nicht anpassen können — beweist, daß das kein Problem der Wirtschaft allein ist, sondern auch ein Problem der Staatspolitik. Wenn es schon so weit gekommen ist, daß uns hier im Reichstag Resolutionen vorgelegt worden sind, und zwar nicht etwa von kommunistischer Seite, in denen gedroht wird, etwaige Regelungen der Getreidewirtschaft mit revolutionären Maßnahmen zu beantworten, dann liegt hier eine Gefahr vor, vor der nicht entschieden und ernst genug gewarnt werdeu kann. Uns liegen Entschließungen vor, die klipp und kar uns Abgeordneten sagen: wenn ihr nicht so tut, wie wir wollen, dann werden wir euch als Abgeordnete den Stuhl vor die Tür setzen.

Ich glaube, es ist doch am Platze, hier auch einmal klipp und klar zu definieren, was die **Aufgabe eines Abgeordneten** im Parlamente ist. Seine oberste Aufgabe ist, alle wirtschaftlichen, sozialen und staatspolitischen Momente aufs sorgfältigste zu prüfen und abzuwägen und alsdann seine Entscheidung so zu treffen, wie er sie im Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit vor dem ganzen Volke, vor seinem Herrgott und vor seinem Gewissen verantworten kann. Wer seine Abstimmung lediglich danach einrichtet, daß sein Mandat nicht gefährdet wird, der gehört mit Peitschen aus dem Reichstag herausgeschlagen.

(Zustimmung im Zentrum.)

Die Verantwortlichkeit dem ganzen Volke gegenüber ist die oberste Pflicht eines Abgeordneten.

Der Herr Abgeordnete Krätzig hat gestern mit dem **Appell an das Volk** gedroht. Glauben Sie, meine sehr verehrten Herren von der Sozialdemokratie, wirklich, einem so schwach fundierten Staate, wie ihn das Deutsche Reich heute noch darstellt, eine derartige Belastungsprobe wie eine Neuwahl unter der demagogischen Parole „Gegen den Brotwucher" zumuten zu können?

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Glauben Sie die Verantwortung dafür übernehmen zu können, die allein aus der Verhetzung zwischen Stadt und Land, zwischen Produzenten und Konsumenten entstehen würde? Oder glauben Sie gar, die Ernte aus einer solchen Verhetzung etwa einheimsen zu können? Ich glaube, die Ernte könnte vielleicht von ganz anderen, die bereit stehen, sie einzuheimsen, unter Dach gebracht werden. Glaubt auch jemand, die Verantwortung für eine Reichstagsauflösung mit Rücksicht auf unsere ganze außenpolitische Lage übernehmen zu können? Ich spreche diese Warnungen aus, weil sie Gebiete berühren, die voller Gefährlichkeiten sind. Das heißt mit dem Feuer spielen, von dem man nicht weiß, wie weit es um sich frißt, wenn ihm erst freier Lauf gelassen würde.

Es würde verkehrtsein, an der **Möglichkeit einer Einigung** zwischen der großen Mehrheit innerhalb dieses hohen Hauses jetzt schon zu verzweifeln. Denn auch der Herr Abgeordnete Dr. Roesicke hat gestern der Hoffnung Raum gegeben, daß eine Einigung selbst mit seiner Fraktion nicht ausgeschlossen ist. Er hat den Vorschlag gemacht, diesen Gesetzentwurf zu verabschieden, aber nur für den Fall in Kraft zu setzen, daß die Landwirtschaft nicht freiwillig das erforderliche Getreide zur Verfügung stellte.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Aber die Preisfrage!)

Die Deutschnationale Fraktion ist also bereit, hinter die Freiwilligkeit auch den Zwang dieses Gesetzes zu stellen. Ich meine, wenn man schon so weit ist, dann müßte auch noch eine Einigung über die Preisfragen möglich sein, die anderen, die sich aus der Erörterung dieses großen Problems ergeben.

(Diez, Abgeordneter.)

Meine politischen Freunde stellen den Antrag, diese ganze Angelegenheit dem 5. Ausschuß zu überweisen. Wir werden angesichts des ungeheuren Ernstes dieser Frage kein Mittel unversucht lassen, eine Einigung der widerstreitenden Interessen herbeizuführen. Wir sind aber auch nicht gewillt, irgendeiner Partei dieses Hauses die Verantwortung für ihre Haltung abzunehmen. Die Verantwortung muß von der großen Mehrheit dieses Hauses getragen werden. Alle die Fraktionen, die etwa glauben, daß es ohne sie gehen könnte, mögen sich dieser unserer Stellung ganz besonders bewußt sein.

Die Zentrumsfraktion wird alles tun, um die Brotversorgung der bedürftigen Volkskreise zu sichern, und zwar unter erträglichen Preisen. Sie lehnt die Sonderbelastung der Landwirtschaft ab. Sie sieht als eine ihrer vornehmsten Aufgaben die größtmögliche Förderung der landwirtschaftlichen Produktion an, weil sie der Auffassung ist, daß die beste Konsumentenpolitik eben die Steigerung der Produktion ist. Die Steigerung der Produktion ist allein imstande, unser Volk mit Brot zu versorgen; sie allein wird mit Gottes Hilfe das deutsche Volk vor dem Hunger schützen können.

(Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dusche.

Dusche, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe seit Jahren die Erfahrung gemacht, daß in diesem hohen Hause wichtige Fragen der Ernährung, wichtige Fragen auch des Mittelstandes an solchen Tagen auf die Tagesordnung gesetzt werden, die meines Erachtens nicht die günstigsten Tage zur Verhandlung dieser wichtigen Fragen sind, nämlich an einem Montag oder an einem Sonnabend. Ich habe weiter des öftern die Erfahrung machen müssen, daß der Saal dieses hohen Hauses an diesen Tagen nicht allzu sehr gefüllt ist, da wir ja Gott sei Dank noch nicht so weit sind, daß alle Abgeordnete in Berlin wohnen und weil manche Abgeordnete, die außerhalb wohnen, die Berechtigung und die Verpflichtung in sich fühlen, am Sonnabend nach Hause zu fahren, um sich dort in ihrem Betrieb umzusehen. Es fällt mir selbstverständlich nicht ein, dem Präsidium oder dem Ältestenausschuß oder auch nur einem seiner Mitglieder einen Vorwurf in der Beziehung zu machen, als ob irgendeine Absicht hierbei obwaltete; ich nehme als selbstverständlich an, daß das nur zufällig so gekommen ist. Aber die Bitte sei mir doch gestattet, in Zukunft möge etwas mehr Rücksicht darauf genommen werden, daß diese Fragen, die doch unser Volk ganz außerordentlich interessieren und die wie die jetzige Vorlage von der allergrößten Bedeutung für die Fortführung unseres wirtschaftlichen Lebens sind, nicht an einem Sonnabend oder Montag, sondern, wenn es irgend geht an einem Tage in der Mitte der Woche auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Meine Damen und Herren! Nun zur Sache selbst. Alle **landwirtschaftlichen Organisationen,** der Reichslandbund, der deutsche Bauernbund, die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine sowie der Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft, mithin Korporationen, die immerhin mindestens 15 Millionen Einwohner Deutschlands, 15 Millionen Landwirte vertreten, haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Getreideumlage beseitigt werden müsse und an ihre Stelle die **freie Wirtschaft** zu treten habe. Ich glaube doch, daß man an derartig gewaltigen Kundgebungen für die freie Wirtschaft nicht achtlos vorübergehen darf. Bei der Gelegenheit darf ich vielleicht an Äußerungen und Tatsachen anknüpfen, die gestern von Herrn Dr. Roesicke und, irre ich nicht, auch von dem Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie Herrn Krätzig darüber erwähnt worden sind, wie damals die **Zwangswirtschaft für Brotgetreide während des Krieges** zustandegekommen ist. Vier Männer waren es hauptsächlich, die damals die Zwangswirtschaft in Deutschland befürwortet haben und die vor allen Dingen mit die Urheber gewesen sind, daß die Getreidebewirtschaftung in Deutschland eingeführt worden ist. Ich mache den Betreffenden selbstverständlich nicht den geringsten Vorwurf daraus. Damals waren andere Verhältnisse; jene Männer haben im besten Glauben gehandelt. Aber die Tatsache besteht. Und diese vier Männer waren zunächst Herr v. Wangenheym, der in alter Erinnerung an den früheren Antrag Kanitz sich für die Bewirtschaftung des Brotgetreides einsetzte, dann Herr Michaelis, der in der Bewirtschaftung des Getreides, vielleicht in der Einführung eines Getreidemonopols eine Finanzquelle für das Reich erblickte, ferner Herr Wermuth, der als Vertreter Groß-Berlins und im Interesse der Versorgung Groß-Berlins und der Verbraucher überhaupt glaubte, in diesem Sinne Konsumentenpolitik treiben zu müssen, und schließlich Herr Dr. Roesicke, der den Umlagegedanken in das deutsche Volk hineintrug. Ich wiederhole: es fällt mir nicht ein, auch nur einem dieser Herren irgendeinen Vorwurf aus ihrer damaligen Tätigkeit machen zu wollen. Ich will nur daran erinnern, daß es auch hierbei nach dem bekannten Spruch geht: „Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los!" Auch bei dieser Sache ist es wiederum so gegangen wie jedesmal oder fast jedesmal, wenn der Staat irgendwie eingreift: dann pflegt es daneben zu gehen.

Meine Damen und Herren! Wir treten sämtlich selbstverständlich bewußt für die Pflicht der Landwirtschaft zur Versorgung und Ernährung des deutschen Volkes ein.

(Zuruf von den Kommunisten.)

— Ich bin allerdings der Anschauung, verehrter Herr Kollege, —

(Abgeordneter Malzahn: daß das Getreide ebenso anständig wie der Schnaps bezahlt wird!)

— Allerdings, jedes Produkt, jede Ware und auch jeder landwirtschaftliche Artikel muß so bezahlt werden, daß der betreffende Erzeuger, sei er nun Landwirt, sei er Industrieller oder sei er sonst wer, damit auskommen kann, wie ich selbstverständlich auch auf dem Standpunkt stehe, daß jeder Arbeiter, mag er Kopfarbeiter oder Handarbeiter sein, so bezahlt werden muß, daß er in der Lage ist, aus dem Ertrage seiner Arbeitskraft, dem einzigen, was er hat, so viel herauszuziehen, daß er erträglich leben kann.

Ich sage: wir treten bewußt für die Verpflichtung der deutschen Landwirtschaft zur Versorgung unseres deutschen Volkes ein. Ich bin allerdings der Anschauung, daß man diese Pflicht nicht unnötig erschweren soll, daß man nicht Maßnahmen treffen soll, die diese Pflicht, für die Versorgung unseres deutschen Volkes mit allen Kräften einzutreten, außerordentlich erschwert oder womöglich unmöglich macht. Mein Standpunkt zu der Vorlage ist wie der Standpunkt aller meiner Parteifreunde klar und folgerichtig. Wir haben das Prinzip der freien Wirtschaft in unserem Programm, und wir haben neulich bei dem Kompromiß, das hauptsächlich dank der Tätigkeit meines hochverehrten Parteifreundes Exzellenz Dr. Becker mit geschaffen ist, betont und zur Bedingung gemacht: **Abbau der Zwangswirtschaft** nicht nur auf dem Gebiete des Ernährungswesens, sondern auch auf den anderen Gebieten, wo noch die Zwangswirtschaft besteht. Deshalb haben wir ja auch, weil wir in der Sache nicht mitgehen konnten, gegen das Reichsmietengesetz gestimmt.

Ich darf mir vielleicht auch gestatten, an eine Entschließung zu erinnern, die vor wenigen Wochen von meiner Fraktion im Einvernehmen mit einer anderen Fraktion eingebracht ist, eine Entschließung, die ich vielleicht, da sie nur wenige Sätze umfaßt, verlesen darf,

(Dusche, Abgeordneter.)

(A) wenn der Herr Präsident es gestattet. Diese Entschließung lautet:

> Die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide in Form einer öffentlichen Getreideumlage ist nicht mehr möglich. Jede Zwangsmaßnahme hindert, wie die Erfahrung gelehrt hat, die notwendige Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung und gefährdet dadurch die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung. Diese bedenklichen Folgen würden bei der Beibehaltung des Umlageverfahrens auch für dieses Jahr sich noch stärker geltend machen. Es sind daher Maßnahmen zu ergreifen, die dahin zielen, auf anderer Grundlage die Brotversorgung zu gewährleisten und das Brotgetreide dem Bedürfnis der wirtschaftlich schwachen Bevölkerung entsprechend zu verbilligen.

Nach unserer Anschauung kann durch die Zwangswirtschaft, auch durch den Rest der Zwangswirtschaft auf diesem Gebiet, d. h. durch die Umlage, eine Steigerung der Produktion nicht erfolgen. Es ist auch keine Steigerung, sondern nur ein Rückgang der Produktion erfolgt. Es muß aber durch **Intensivierung der Landwirtschaft** aus dem deutschen Grund und Boden herausgeholt werden, was irgend drin sitzt; wir müssen möglichst bald in die Lage kommen, unser deutsches Volk lediglich durch einheimische Lebensmittel zu ernähren.

Wir haben in meiner Fraktion zu dem früheren Reichsernährungsminister Dr. Hermes Vertrauen gehabt, weil er uns auf diesem Gebiet vorwärts gebracht hat. Wir sind auch dem jetzigen Ernährungsminister Herrn Professor Fehr mit Vertrauen entgegengekommen, dessen Tätigkeit und Sachkenntnis auf landwirtschaftlichem Gebiet wir seit langen Jahren geschätzt und geachtet haben. (B) Wir wissen auch, daß Herr Professor Fehr im vorigen Jahre für einen Antrag gestimmt hat, der damals bereits die Beseitigung der Brotgetreideumlage, die freie Wirtschaft bei Beginn der vorjährigen Ernte forderte,

(hört! hört! rechts)

und wir wissen ferner, daß Herr Professor Fehr, der Reichsernährungsminister wie auch der bayerische Landwirtschaftsminister zu einer Partei gehören, die hauptsächlich von bayerischen Bauern gebildet wird, von bayerischen Bauern, die die Freigabe der Wirtschaft, auch die Beseitigung des letzten Restes der Zwangswirtschaft in urbayerischen Lauten und Tönen bislang immer gefordert haben. Deshalb verzweifeln wir noch nicht daran, sondern hoffen wir, bei den demnächstigen Verhandlungen — abgesehen selbstverständlich von der Einsicht der Mehrheit des hohen Hauses — auch bei Herrn Minister Fehr für unsere Wünsche bezüglich der Beseitigung der Umlage und Sicherung der Brotversorgung unseres deutschen Volkes Verständnis zu finden.

Die **Brotversorgung des deutschen Volkes** auch in den Monaten **nach der Ernte** darf unter keinen Umständen stocken. Jeder Landwirt muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß er sich durch die vielen Arbeiten, die gerade nach der Ernte in jedem landwirtschaftlichen Betriebe notwendig sind, nicht abhalten lassen darf, soweit er irgend dazu in der Lage ist, zu dreschen, damit das für die Ernährung der Bevölkerung notwendige Getreide baldmöglichst auf den Markt kommt. Ich glaube, nein, ich weiß bestimmt, daß die landwirtschaftlichen Organisationen imstande sind, ihr Versprechen in die Tat umzusetzen, 1,8 Millionen Tonnen Brotgetreide oder, wie der Antrag im Reichswirtschaftsrat lautet, **2 Millionen Tonnen Brotgetreide** innerhalb der in den Anträgen benannten Zeit, besonders in der kritischen Zeit nach der Ernte, zur Verfügung zu stellen. Ich könnte daher wohl der Ansicht sein, daß ein Reichsernährungsminister, wenn er sich vergegenwärtigt, was im (C) vorigen Jahre trotz des Zwangs erreicht worden ist, in diesem Jahre unter freier Wirtschaft besser fahren würde, weil ja die Ablieferungsfreudigkeit unter der freien Wirtschaft noch ganz erheblich größer sein würde. Selbstverständlich ist das auch ein psychologisches Moment. Wenn die landwirtschaftlichen Organisationen es erreicht haben, daß von 2,5 Millionen Tonnen, die im vorigen Jahre unter der Umlage standen, über 99% abgeliefert worden sind, dann weiß ich, daß sie die Macht haben, wenn sie jetzt 2 Millionen Tonnen innerhalb einer bestimmten Frist versprechen, das unter allen Umständen durchzuführen, daß die Landwirte bei der Macht, die die landwirtschaftlichen Organisationen Gott sei Dank jetzt haben, auch in der Lage sind, diese 2 Millionen Tonnen dem Ernährungsminister zu der nötigen Zeit zur Verfügung zu stellen, nicht nur weil die landwirtschaftlichen Organisationen die Macht dazu haben, sondern weil die deutsche Landwirtschaft in der weitaus überwältigenden Zahl ihrer Mitglieder — Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel — die Volksernährung höher stellt — das muß doch auch einmal zum Lob der deutschen Landwirtschaft öffentlich ausgesprochen werden — als das eigene Interesse, als den Egoismus; weil man aber auch weiß, daß die deutsche Landwirtschaft unter dem Zwange ihre Pläne zur Versorgung unseres deutschen Volks auf die Dauer nicht durchsetzen kann.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir haben in meiner Fraktion nichts dagegen, im Gegenteil, wir sind vollständig damit einverstanden, daß den **Minderbemittelten billigeres Brot** zur Verfügung gestellt werden soll. Wir möchten allerdings bitten — da gebe ich meinem Vorredner, dem Herrn Kollegen Diez recht, der sich auch ähnlich ausgedrückt hat —, daß man bei der Auswahl dieser Minderbemittelten sehr vorsichtig ist.

(D) (Zuruf von den Kommunisten: Die ganze Arbeiterschaft ist minderbemittelt! — Gegenrufe rechts.)

— Meine Herren, darüber läßt sich streiten. Sicherlich wird es manche Arbeiter geben, die noch nicht das Existenzminimum haben;

(Zuruf von den Kommunisten: Das hat überhaupt keiner außer den Bauern!)

ich weiß aber doch, daß es in manchen anderen Kreisen mindestens ebenso viele, wenn nicht noch mehr Familien gibt, die nicht mehr in der Lage sind, sich auch nur notdürftig zu ernähren.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn man vor dem Kriege den Ausdruck von einer verschämten Armut gebraucht hat, so weiß ich, daß dieser Ausdruck jetzt sicherlich berechtigt ist, wenn er vielleicht auch damals schon berechtigt war. Es gibt Hunderttausende, ja Millionen solcher verschämter Armer aus solchen Kreisen, die früher dem Mittelstande, wie wir sagten, angehörten, einem Mittelstande, der doch auch, — das darf einmal offen ausgesprochen werden — mit der Hauptträger der Kultur gewesen ist, die wir in unseren deutschen Landen vor dem Kriege erreicht haben.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Und wie viele dieser Kreise sind jetzt in eine solche furchtbare Notlage geraten, wie wir sie uns größtenteils gar nicht vorstellen können.

(Zuruf von den Kommunisten: Durch Ihre verbrecherische Politik!)

— Mein verehrtester Herr Kollege! Es wird ja nichts nützen, wenn ich Sie zu überzeugen versuche, daß die Landwirte keine Verbrecher sind. Ich will Ihnen nur sagen: kommen Sie einmal einige Wochen zu mir aufs Land,

(Zurufe und Heiterkeit)

(Dusche, Abgeordneter.)

(A) tun Sie aber nicht den Mund auf, sondern benutzen Sie andere Glieder, die Ihnen der liebe Herrgott gegeben hat.

(Heiterkeit.)

Seien Sie einmal 14 Tage bei mir, mähen Sie einmal ein paar Tage Roggen mit, und dann werden Sie allmählich eine andere Ansicht über die Bedeutung und über die schwierige Lage bekommen, in der sich die Landwirtschaft befindet. Es ist unerhört, wenn in der Verallgemeinerung von einem Herrn dieses Hauses die ganze Landwirtschaft als verbrecherisch hingestellt wird.

Ich sage: der **Kreis der Minderbemittelten** soll vorsichtig ausgesucht werden. Man kann nun nicht verlangen — auch das ist bereits betont; aber gewisse Wiederholungen wird man leider nicht vermeiden können —, daß die Opfer, die gebracht werden müssen, um den Minderbemittelten das Brot zu verbilligen, allein von der Landwirtschaft gebracht werden. Wir sind dafür, daß die Besitzenden aller Berufe zu einer Verbilligung des Brotes nach ihren Kräften beitragen.

Die Umlage hat in den einzelnen landwirtschaftlichen Kreisen ganz verschieden gewirkt. Sie hat anders gewirkt auf magerem Boden, anders auf Lehmboden, wieder anders auf Weideboden. Ich möchte sogar bezweifeln — ich gehe nicht auf Einzelheiten ein, weil ich es für besser halte, darüber im Ausschuß zu verhandeln —, ob es eine Besserung ist, wenn man statt der Getreideanbaufläche in Zukunft, falls die Umlage nicht abgelehnt werden sollte, die **Gesamtfläche des betreffenden Besitzers** als Maßstab annehmen würde. Ich befürchte, daß durch die Hineinnahme der Gesamtfläche noch mehr Verwirrung entstehen wird und daß die Unklarheiten der Verordnung sich dadurch noch vergrößern werden.

Gegen die Umlage spricht vor allen Dingen, daß die (B) Verbraucher von der billigen Abgabe des Getreides seitens der deutschen Landwirtschaft nicht den Nutzen gehabt haben, den man hätte erwarten können. Ich will nicht die Zahlen nennen, die durch die Zeitung gingen, von den Kosten der Reichsgetreidestelle, obwohl sie von immerhin achtungswerten großen landwirtschaftlichen Organisationen errechnet waren, da ich nicht weiß, ob sie voll und ganz der Wahrheit entsprechen. Ich will mich nur darauf beziehen, was der Herr Reichsernährungsminister Fehr über die **Unkosten der Zwangsbewirtschaftung in der Umlage** gesagt hat und was schließlich auch aus den schönen Bildern hervorgeht, die uns die Reichsgetreidestelle vor einigen Tagen in dem vielfach durchgeschnittenen Brot zugeschickt hat. Herr Minister Fehr hat gemeint, daß die unmittelbaren Kosten der Reichsgetreidestelle pro Zentner Roggen oder Weizen nur etwa 35 Mark, also pro Tonne 700 Mark betragen. Es ist ihm von anderer Seite entgegnet worden, sie würden mindestens 800 Mark, also 40 Mark pro Zentner, betragen haben. Hierauf hat der Minister Fehr nicht mehr entgegnet. Also nehme ich an, daß auch er der Anschauung ist, daß die Kosten nicht 35 Mark pro Zentner, wie er angegeben hat, sondern 40 Mark betragen haben. Das ist das Fünffache des Preises, den vor dem Kriege der Roggen kostete. Aus der Illustration der übrigen Kosten, die uns auf dem bekannten Bilde, das hier überall aushängt, übermittelt sind, geht hervor, daß auch die Unkosten der Kommunalverbände ganz gewaltig sind, daß die Transportkosten der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände allein mehr als 13 Prozent, mithin ein Sechstel der gesamten Kosten des Brotes, betragen. Die Herren von der Reichsgetreidestelle werden das nachher bestätigen müssen.

Wenn mithin ein Brot 16 Mark, irre ich nicht, jetzt kostet, so betragen die Transportkosten für das Hin- und Herschicken des Brotgetreides seitens der Reichsgetreidestelle und seitens der Kommunalverbände allein den (C) sechsten Teil dieser Kosten, mithin 2 bis 3 Mark. Es geht ferner aus dieser Illustration hervor, daß etwa 36 Prozent alles in allem an Unkosten auf der Zubereitung des Brotes liegen. Es ist dann gesagt: den Rest mit 64 Prozent bekommt der Landwirt. Allerdings ist auch hinzugefügt: in den 64 Prozent sind auch die Kosten des Auslandsgetreides enthalten. Da wir nun wissen, daß der deutsche Landwirt 105 Mark für den Roggen bekommen hat, das Auslandsgetreide aber 600 bis 800 Mark durchschnittlich gekostet hat, so ist der Anteil, den der Landwirt von den 64 Prozent bekommen hat, ein sehr geringer. Es ist das, was der Landwirt bei 105 Mark Umlagegetreide bekommt, ein ganz verschwindender Teil des Gesamtpreises eines jeden Brotes.

Die Kosten der Zwangswirtschaft sind ganz gewaltig.

(Zuruf von den Kommunisten: Weil gemogelt wird, muß man eben soviel Kontrolleure haben!)

— Man soll doch nicht von sich auf andere schließen. — Ich habe mir auch sagen lassen, daß Millionen ausgegeben werden, um in **Reklameartikeln** der deutschen Landwirtschaft den Nutzen der Zwangswirtschaft vor Augen zu führen, daß aber diese Artikel, obwohl sie bereits ein Jahr und mehr alt sind, noch nicht in Anwendung gebracht sind, weil man allmählich auch hier annimmt, daß durch die Vorführung dieser Tabellen und Darlegungen die Landwirtschaft und die Verbraucherschaft von der Nützlichkeit der Zwangswirtschaft und der Bewirtschaftung des Umlagegetreides durch die Reichsgetreidestelle nicht mehr überzeugt werden könnten. Es muß doch auch offen ausgesprochen werden, daß, so leid es uns allen tut, eine Verteuerung des Brotes nicht aufzuhalten ist, ob wir ein Umlageverfahren beibehalten oder ob wir zur vollständig freien Wirtschaft übergehen. Wir können und dürfen das Auslandsgetreide nicht mehr verbilligen, und es denkt doch wohl (D) auch von Ihnen niemand daran, auch wenn die Umlage wider unsern Willen kommen sollte, die deutsche Landwirtschaft zu zwingen, den Roggen zu einem auch nur annähernd ähnlichen Preise wie zu 105 Mark für den Zentner und den Weizen zu 115 Mark für den Zentner abzuliefern. Es kommt also, so sehr wir das auch bedauern, mit Beginn der nächsten Ernte eine Verteuerung des Brotes ohnehin.

Meine Damen und Herren! Die **Sonderbesteuerung der deutschen Landwirtschaft,** wie sie im vorigen Jahre bei der Abgabe von $2^{1}/_{2}$ Millionen Tonnen zu einem Preise von 105 Mark stattgefunden hat, ist eine Ungerechtigkeit, und ich möchte fragen, welcher Stand sich wohl eine derartige Steuer gefallen ließe, wie sie die deutsche Landwirtschaft getragen hat.

(Zuruf von den Kommunisten: Die Bauern haben sich riesig gesund gemacht!)

— Aber nicht bei einem Brotgetreidepreise von 105 Mark. Die Bauern sind auch nicht alle so gesund, wie Sie denken. Wenn Sie Beziehungen zu den Leitern großer Kassen, zu den Leitern von Banken, von Spar- und Darlehnskassen hätten, dann würden Sie wissen, daß bereits eine Abwanderung des Geldes von diesen Kassen an die Landwirte stattgefunden hat, und daß diesen Kassen das Geld sehr knapp geworden ist. Es ist den Landwirten kaum noch möglich, sich das nötige Betriebskapital zu verschaffen. Die meisten Artikel, die der Landwirt braucht, um die Produktion aufrechtzuerhalten, kosten hundertmal soviel wie früher. Ein einziges Hufeisen kostet jetzt 60 Mark, bei einem Preise von 60 Pfennigen vor dem Kriege, ein Zentner Ammoniak kostet 620 bis 630 Mark gegen 7 bis 8 Mark für Chilesalpeter vor dem Kriege, ein Zentner Thomasmehl 200 Mark gegen 1,50 bis 2 Mark, eine Dreschmaschine, die noch vor kurzer Zeit 24000 Mark

(Dusche, Abgeordneter.)

(A) kostete, kostet heute 130000 Mark. Ein mittlerer Hofbesitzer braucht heute mindestens soviel Betriebskapital, wie früher zur Bewirtschaftung eines großen Rittergutes oder einer großen Domäne nötig war.

Ich möchte nicht auf Einzelheiten der Vorlage eingehen, muß aber doch dem Herrn Abgeordneten Krätzig widersprechen, wenn er gemeint hat, die **Durchschnittsernte an Roggen** hätte im vorigen Jahre 10 Zentner betragen. Nein, meine Damen und Herren, in so glücklicher Lage sind wir in Deutschland leider nicht. Noch niemals sind in Deutschland durchschnittlich 10 Zentner pro Morgen an Roggen geerntet worden. Das Höchste, was wir vor dem Kriege hatten, war zwischen 7 und 8 Zentnern, und diese Höchsternte haben wir im vorigen Jahre noch lange nicht wieder erreicht.

Man muß auch auf die Schwierigkeiten des Berufs aufmerksam machen. Wir können uns freuen, daß gerade in den bäuerlichen Kreisen bis zum kleinsten Pächter hinunter Mann und Frau, Kinder und Greise vom frühen Morgen bis zum späten Abend arbeiten, solange es hell ist und nicht, wie Sie (nach links) wollen, nur 8 Stunden. Würde nur 8 Stunden gearbeitet, dann wären Sie (nach links) schon längst verhungert, und ebenso manche von denen, die Sie als Vertreter der Kommunisten in den Deutschen Reichstag gewählt haben.

(Zurufe und Unruhe links.)

Die billige Ablieferung des Brotgetreides ist auch deshalb unberechtigt, weil das wichtigste Produktionsmittel des Landwirts, der **Kunstdünger** im Stickstoff und die Phosphorsäure, im Preise berechnet wird nach dem Preise der Kohle und nach dem Börsenpreise des Getreides an den größten Börsen Deutschlands. Die deutsche Landwirtschaft muß also für den Kunstdünger einen Preis bezahlen, der festgesetzt wird nach den jeweiligen Börsenpreisen für das Getreide, und trotzdem (B) war er gezwungen und soll nun wahrscheinlich wieder gezwungen werden, dieses Getreide, das er mit so hohen Kosten produziert hat, billig abzuliefern.

Die **Unterverteilung der Getreideumlage** war sehr ungerecht und war sehr schwierig; sie war in jedem Kreise und schließlich in jedem Dorf verschieden. Mir liegen berechtigte Beschwerden aus vielen Gegenden meines Wahlkreises vor, aus denen hervorgeht, daß in einzelnen ländlichen Gemeinden mit Sandboden von einzelnen Landwirten $6^1/_2$ Zentner Roggen pro Morgen abgeliefert werden mußten.

(Hört! Hört! rechts.)

Die **Umlage** wirkt auch **produktionshindernd für Brotgetreide.** Sie führt dazu, daß andere Produkte, die frei sind, mehr angebaut werden.

(Zuruf von den Kommunisten: Also Sabotage!)

— Das ist keine Sabotage der deutschen Landwirtschaft, nein, der Landwirt muß die Freiheit haben, das anzubauen, was er für seinen Betrieb für das Beste hält, und wenn Sie (zu den Kommunisten) einmal in die Lage kommen sollten — die Einsicht der meisten Deutschen wird Sie ja daran verhindern —, Zwangswirtschaft oder noch etwas Schlimmeres, eine Sozialisierung des deutschen Grund und Bodens durchzuführen,

(Zuruf von den Kommunisten: Kommt noch!)

dann würden Sie sich wundern, wie der Ertrag dann noch mehr zurückgehen würde. Nein, das Getreide, überhaupt die Frucht wächst unter der fleißigen und verständnisvollen Arbeit des Besitzers viel besser, als es bei der Durchführung Ihrer Pläne der Fall sein würde. Wenn Sie (zum Abgeordneten Malzahn) in die Lage kämen, als Leiter einer großen Landwirtschaft eine Wirtschaft von einigen 1000 Morgen zu verwalten, würde es selbst Ihrer Tätigkeit nicht möglich sein, große Erträgnisse zu (C) erzielen, auch nicht trotz Ihrer diesbezüglichen Fähigkeiten die dicksten Kartoffeln.

Vor allem führt die **Umlage** dazu, besonders wenn sie in einer Form durchgeführt wird, wie im vorigen Jahre, die **Spekulation** in dem freibleibenden Getreide zu vergrößern. Wenn wir, wie es im vorigen Jahre der Fall war, von knapp $4^1/_2$ Millionen Tonnen Getreide, das übrig blieb, nachdem das Saatgut davongenommen war, nachdem der Selbstverbrauch erfüllt war, nachdem die erlaubten Deputate gegeben waren —

(Zuruf links.)

— es ist kein Zentner Roggen und kein Zentner Weizen im vorigen Jahre verbrannt worden —, ich sage, wenn von den knapp $4^1/_2$ Millionen Tonnen Getreide $2^1/_2$ Millionen durch Umlage bewirtschaftet wurden, so blieben für den freien Handel nur noch $1^1/_2$ bis 2 Millionen Tonnen übrig, und es ist selbstverständlich, daß die Spekulation viel stärker einsetzt, wenn $1^1/_2$ Millionen Tonnen auf den Markt kommen, als wenn es $4^1/_2$ Millionen sind.

Die **Aussichten der diesjährigen Getreideernte** sind schlechter als im vorigen Jahre.

(Zuruf von den Kommunisten: Die waren schon immer schlecht!)

— Nein, wir freuen uns, wenn wir sagen können, daß die Aussichten gut sind. Im vorigen Jahre hatten wir eine große Dürre. Trotzdem hat das Getreide eine gute Ernte gegeben. In diesem Jahre ist der Bestand an Wintergetreide, an Roggen in den meisten Gegenden Deutschlands sehr dünn. Hinzu kommt, daß viele Tausende von Morgen Winterweizens ausgewintert waren, daß an ihrer Stelle Sommerfrucht bestellt werden mußte, von der man bei der Dürre, die wir wiederum trotz des Regens der letzten Tage im allgemeinen haben, noch nicht wissen kann, wie es sich entwickeln wird. Es ist deshalb zu befürchten, daß keine $4^1/_2$ Millionen Tonnen freien Getreides vorhanden sein werden. Nimmt man hiervon wieder (D) $2^1/_2$ Millionen Tonnen durch Umlage weg, so bleiben vielleicht nicht einmal $1^1/_2$ Millionen Tonnen übrig, und dann besteht die Befürchtung, daß einzelne Personen in Deutschland, aber niemals die deutschen Landwirte, dieses Getreide mit Hilfe der Börse bald aufkaufen werden, und es besteht weiter die Gefahr, daß beim Sinken der Valuta dieses Getreide seitens dieser Personen, wiederum nicht seitens der deutschen Landwirtschaft, zurückgehalten wird, um höhere Preise zum Schaden der Verbraucherschaft dafür zu erhalten.

(Zurufe bei den Kommunisten.)

— Die deutsche Landwirtschaft hat mit Börsenspekulationen in Getreide nichts zu tun.

(Sehr richtig! rechts.)

Als der hohe Preis für das Getreide der letzten Ernte einsetzte, hatten nur nur noch wenige Landwirte Getreide, die übrigen hatten das meiste als Umlage abgegeben und den Rest längst verkauft. Wir haben überhaupt nicht den Einfluß auf die Getreidepreise, wie man es sich in Kreisen, die der Landwirtschaft nicht nahestehen, vielleicht vorstellt. Meine Damen und Herren! Wir sind gegen die Beibehaltung der Zwangsbewirtschaftung, weil dadurch dauernd die Produktion vermindert wird und wir in Abhängigkeit vom Ausland gebracht werden, da wir die Einfuhr vom Ausland nicht mehr so bewirken können wie früher. Millionen Deutscher würden dadurch in die Gefahr des Hungerns, wenn nicht in die Gefahr des Verhungerns gebracht.

Ich bin auch der Anschauung, daß die Vorwürfe ungerechtfertigt sind, die der deutschen Landwirtschaft immer gemacht werden, weil sie zuviel **Brotgetreide verfüttert** hätte. Wenn sie alle in diesem hohen Hause unseren seit Jahren gegebenen Anschauungen gefolgt wären, Futtermittel in erheblichen Mengen und zu erträglichen Preisen der deutschen Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen, dann wäre sicherlich

(Dusche, Abgeordneter.)

kein Roggen verfüttert worden. Wenn der deutsche Landwirt Mais oder sonstige Futtermittel zu Preisen zur Verfügung hat, die im Verhältnis zum Roggenpreis stehen, dann verfüttert er keinen Roggen, sondern Mais und die anderen Futtermittel, die er hat. Nicht aus Egoismus verfüttert der deutsche Landwirt das Brotgetreide, sondern weil er nichts anderes hat. Und man wird eingestehen müssen, daß er einen Grund zu berechtigter Erregung hatte, wenn er den Roggen für 105 Mark abgeben mußte und die Kleie für sage und schreibe 460 Mark pro Zentner, und zwar für mehr oder weniger schlechte Kleie — in den meisten Fällen schlechte —, wiederkaufen mußte.

(Sehr richtig! rechts.)

Wie die **Produktion** durch die **freie Wirtschaft gefördert** wird, geht daraus hervor, daß wir im Verhältnis zu der Periode von 1913 bis 1920 eine Steigerung der Anbaufläche für Brotgetreide von nur 0,9 gehabt haben, während im Jahre 1921 allein die Anbaufläche für Kartoffeln um 11 Prozent gestiegen ist. Die Zwangswirtschaft wirkt also, so sagen wir, produktionshemmend in einer Zeit, wo alles darauf eingestellt werden muß, die Produktion zu vermehren, in einer Zeit, in der wir gerade in unserer Deutschen Volkspartei uns bemühen, jeden Landwirt bis zum kleinsten Pächter davon zu überzeugen, daß er seinen Grund und Boden intensivieren, aus ihm herausholen muß, was irgend möglich ist. Wir gehen sogar so weit — ich brauche nur an die Pläne vom Kollegen Keubler-Böhm zu erinnern —, daß wir einige Stunden landwirtschaftlichen Unterrichts wöchentlich in der Volksschule einführen, auf jedem Dorf eine Musterwirtschaft errichten und in jedem Dorf einen Vertrauensmann einsetzen wollen, um auch den kleinsten Landwirt und Pächter, der nicht die Zeit hat, sich mit den Fortschritten der Wissenschaft auf dem Gebiete der Landwirtschaft zu beschäftigen, über die neuesten Errungenschaften aufzuklären. Wir wollen ihm sagen, daß die Phosphorsäure in den nächsten Jahren mehr oder weniger wird entbehrt werden können durch stärkere Ausnutzung von Stickstoff und Kali und vermehrten Anbau von Klee und Leguminosen. Wir suchen auch den kleinsten Landwirt davon zu überzeugen, daß er auch im Interesse der besseren Brotversorgung des deutschen Volkes nicht mehr 70, 80 und 90 Pfund Saatroggen auf den Morgen streuen darf, sondern mit einer etwas geringeren Menge auskommen kann, wenn er die Methode, die wir in die Landbevölkerung hereinbringen wollen, verfolgt und sich zu eigen macht. Gerade in einer solchen Zeit wirkt eine Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft äußerst produktionshemmend. Gerade uns, die wir uns in der letzten Zeit besonders eingehend bemühten, die Fortschritte in die Landwirtschaft bis in das kleinste Dorf hineinzubringen, würde es furchtbar sein, wenn unsere Pläne zur Förderung der Produktion auf allen Gebieten der Landwirtschaft durch die Fortführung der Zwangswirtschaft gehindert würden. Ich bekämpfe die Umlage mit allen gesetzlichen Mitteln, die mir zur Verfügung stehen, weil dadurch die Produktion gemindert und die Landwirtschaft wiederum mit einer Sondersteuer belegt werden soll, die ungerecht und unerträglich ist. Wir sind für jeden Rat, den man uns geben will, dankbar, mag er herkommen, woher er will, wie man produktionssteigernd wirken kann und wie man auch im freien Handel zu erträglichen und zugleich angemessenen Preisen das Brotgetreide erfassen kann, das in diesem Jahre auf den Feldern Deutschlands wächst. Ich halte es aber für meine Pflicht, zu erklären: Wenn die Umlage trotzdem auf verfassungsmäßigem Wege zustande kommen sollte, dann werden wir dieses Gesetz wie jedes andere achten müssen, so schwer es dem Landwirte wird, dessen Geduld auf die Spitze getrieben ist.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

(C) Wie wir verlangen, daß von Ihrer Seite (nach links) und von allen Angehörigen Ihrer Parteien, jedes verfassungsmäßig zustandegekommene Gesetz geachtet wird, so halten wir es auch auf unserer Seite. Wir würden niemals der deutschen Landwirtschaft im eigenen Interesse — aber das würde zurückstehen —, vor allen Dingen im Interesse der Ernährung unseres deutschen Volkes, den Rat zur Sabotage, zum Lieferstreik und dergleichen geben können, denn die Sicherstellung der Ernährung unseres deutschen Volkes geht uns über alles.

(Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.)

Nun möchte ich noch den **Vorwurf** zurückweisen, als ob eine nennenswerte Zahl von **Landwirten hartherzig** sei gegenüber der Not, die leider Gottes in manchen Verbraucherkreisen herrscht. In Kreisen, die ich kenne, habe ich nicht einmal, nein hundertmal die Erfahrung gemacht — um Ihnen nur ein Beispiel zu nennen —, daß die Bauersfrau auf dem Lande, die Pächtersfrau, die sich von morgens früh bis abends spät nur eine einzige Ruhepause bei ihrer schweren Arbeit kurz nach dem Mittagessen gönnt, wenn ein Stadtkind draußen hungernd vor der Tür erscheint und um Essen bittet, sich nicht scheut, von dieser Ruhepause zu opfern, um reichlich Essen abzugeben, um den Hunger des Kindes zu stillen. Ich weiß auch, daß alle Mitglieder meiner Partei und meiner Fraktion sämtliche erlaubten Mittel aufbieten, um die Lage mancher Verbraucherkreise zu bessern, die, abgesehen von den notwendigen Ausgaben für Kleidungsstücke und dergleichen, die sie sich nicht mehr leisten können, auch nicht mehr die wichtigsten Nahrungsmittel sich beschaffen können. Ich fühle es auch, wie es den Vätern und Müttern besonders schwer ans Herz greift, daß es so viele Familien in Verbraucherkreisen gibt, die ihren Kindern nicht mehr in ausreichendem Maße Nahrungsmittel zu bieten vermögen. Das ist ein besonders trauriges Kapitel; denn auf der Jugend beruht die Zukunft (D) unseres deutschen Volkes, und es ist schlimm, wenn dem schwachen Körper des Kindes nicht das zugeführt werden kann, was er zu seiner Entwicklung braucht.

Meine Damen und Herren! Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen, die demnächst im Ausschuß, also wahrscheinlich im Ausschuß für Volkswirtschaft, dem derartige Vorlagen immer überwiesen worden sind, einsetzen werden, sachlich geführt werden, und alle Mitglieder meiner Fraktion schließen sich dieser Hoffnung an. Ich hoffe weiter, daß diese Verhandlungen, wenn sie sine ira et studio geführt werden, vor allem dahin führen mögen, es allen diesen Kreisen, die jetzt so unendlich Not leiden, zu ermöglichen, wieder in erträgliche Ernährungsverhältnisse zu kommen.

(Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Trieschmann.

Trieschmann, Abgeordneter: Meine sehr verehrten Herren und Damen! Wie alljährlich, so stehen wir auch heute wieder vor der schwerwiegenden Frage, wie es möglich sein wird, unser Volk in Zukunft zu ernähren, wie wir in der **Ernährungsfrage** über all die großen Schwierigkeiten hinüberkommen können. Meine politischen Freunde und ich bedauern es außerordentlich, daß man die an sich so wichtige und schwierige Frage zu einer **parteipolitischen** macht und die Parteipolitik in den Vordergrund rückt, um die Parteileidenschaften in unserem Volke aufzupeitschen, was gewiß nicht dazu dient, dieses Problem so zu behandeln wie es das Interesse des Volkes erfordert. Wir sind ja in den dreieinhalb Jahren deutscher Republik gewöhnt, daß immer wieder derartige Fragen, die unser Volk so sehr interessieren, aus parteipolitischen

(Trieschmann, Abgeordneter.)

(A) Gründen in den Vordergrund gerückt werden, um Parteipolitik mit ihnen zu treiben. Wir sollten uns doch mehr um die Ursachen kümmern, die uns in diese schwierige Lage gebracht haben, sollten uns immer wieder fragen, was ist schuld, daß wir heute in dieser ungeheuer schwierigen Lage sind? Wir haben vergessen, daß der größte aller Kriege hinter uns liegt, daß der Krieg für uns verlorengegangen ist, daß das uns aufgezwungene Friedensdiktat von Versailles sich so auswirken muß, daß es unmöglich sein wird, daß unser deutsches Volk so leicht dahinleben kann, wie das vor dem Kriege der Fall gewesen ist. Wenn wir erst in den letzten Tagen Tausenden und aber Tausenden deutscher Bürger ein Lebewohl zurufen mußten und dabei offen den Wunsch aussprachen, daß der Tag wiederkommen möge, an dem wir uns zusammenfänden, wenn wir alle unter dem Druck dieser Verhältnisse stehen, dann sollten wir zu dem Schluß und zu der inneren Sammlung kommen, daß wir die großen, schwierigen Probleme wie die Ernährung des Volkes in Vereinigung aller Kräfte zu lösen versuchten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich bin der Überzeugung, daß das der Wunsch und der Wille unseres deutschen Volkes ist. Es wird bedauern, daß alle diese Fragen so vom parteipolitischen Standpunkte aus betrachtet werden. Unser Volk will von uns Abgeordneten, die wir uns hier zusammengefunden haben, etwas ganz anderes.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine politischen Freunde geben dem Wunsche Ausdruck, daß es doch wohl gelingen wird, daß sich unser Volk sowohl als auch unsere Parteien zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden, nicht nur in dieser Ernährungsfrage, sondern in all den schwierigen Fragen, die zu lösen sind. Die übelste Begleit- und Folgeerscheinung eines Krieges, (B) erst recht eines verlorenen Krieges, ist die Teuerung.

Löst nun die Teuerung auf allen Gebieten Unzufriedenheit aus, so ruft sie auf dem Gebiete der Volksernährung geradezu große Erregungen hervor. Das ist begreiflich. Die Magenfrage spielt eben eine gewaltige Rolle im menschlichen Leben. Die deutsche Industrie hat trotz aller Schwierigkeiten mit zäher Energie vermocht, dahin zu wirken und zu arbeiten, daß unsere Schornsteine rauchen und den Massen der Arbeiter Beschäftigungsmöglichkeiten gegeben sind. An ihrer Seite hat die deutsche Landwirtschaft sich eingesetzt, um der steinigen Erde, soweit es ihr möglich war, das Brot für die hungernde Menschheit abzugewinnen. Sie ist bemüht und wird bemüht bleiben, ihre Pflicht weiter zu erfüllen, die **Intensivierung des Grund und Bodens** so durchzuführen, wie das nach Lage der Dinge möglich ist. Hoffen wir, daß der Staat dafür sorgt, daß ihr die nötigen Hilfs- und Betriebsmittel zur Verfügung stehen, um das Höchstmögliche zu erreichen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn hier gestern und heute in der Debatte die Sache so dargestellt wird, als habe die Landwirtschaft absolut kein Verständnis für die Not des deutschen Volkes, so muß ich dem widersprechen. Wir wissen wohl, daß weite Kreise unseres Volkes sehr zu leiden, schwer um ihre Existenz zu ringen haben und es ihnen schwer fällt, sich das Nötigste für den Lebensunterhalt zu beschaffen. Wenn wir acht Jahre hindurch, die wir in der Zwangswirtschaft gelebt haben, immer wieder den **Ruf nach freier Wirtschaft** im Lande und in den Parlamenten erschallen ließen, dann hat uns nicht zuerst das Motiv der Profit- und Gewinnsucht geleitet, wie uns vorgeworfen wird, sondern wir sehen eine Gefahr darin, daß, wenn die Erzeugung der Landwirtschaft zurückgeht, unser Volk dann in eine noch schwierigere Lage kommen würde, als das jetzt schon bezüglich der Volksernährung der Fall ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir Landwirte stehen auf dem Standpunkt, daß seit dem Zusammenbruch gerade auf diesem Gebiet zuviel Erfassungspolitik getrieben ist und nicht in erster Linie Produktionspolitik. Das sind in erster Linie die Beweggründe, aus denen die Landwirtschaft nach Freiheit, nach freier Wirtschaft ruft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Moltke sprach nach dem Kriege von 1870 einmal die Worte: „Der dient dem Volk und Vaterland am meisten, der es fertig bringt, daß auf dem Fleckchen Erde, wo bis dahin ein Halm gewachsen ist, zwei und mehr wachsen." Von diesem Gesichtspunkt lassen wir Landwirte uns leiten und werden uns auch fernerhin leiten lassen.

Zu der Getreideumlage, die uns im Gesetzentwurf vorliegt, vertrete ich, der ich dem bäuerlichen Beruf angehöre, den Standpunkt der freien Wirtschaft. Wir haben durch unsere Berufsorganisationen diesen Standpunkt immer und immer wieder in der Öffentlichkeit vertreten. Die Erfahrungen der Zwangswirtschaft zwingen uns, die wir im bäuerlichen Berufsleben stehen und nicht nur die Erfahrungen der Zwangswirtschaft am eigenen Leibe verspürt, sondern auch ihre Auswirkungen eher kennen als andere Berufsschichten, an diesem Standpunkt festzuhalten. Meinen politischen Freunden, die ja grundsätzlich auf dem Boden der freien Wirtschaft stehen, steht die Sicherstellung der Volksernährung im Vordergrunde. Sie hoffen, daß in den internen Beratungen des Ausschusses vielleicht doch noch ein Weg gefunden werden kann, auf dem die Interessengegensätze auszugleichen sind, die zwischen Landwirtschaft und Verbraucherbevölkerung in die Erscheinung treten. Meine politischen Freunde werden gern bereit sein, einen solchen Weg zu gehen. Sie stellen, wie ich schon sagte, die wichtige Frage der Sicherstellung der Ernährung in den Vordergrund.

Die Landwirtschaft, die acht Jahre lang unter dem Zwang gelebt hat, und der in Aussicht gestellt war, daß der Tag der freien Wirtschaft bald kommen würde, ist enttäuscht. Der Gesetzentwurf bringt der Landwirtschaft keine wesentlichen Erleichterungen, und wir können nur hoffen, daß bei den Kommissionsberatungen noch mancherlei zu erreichen ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine politischen Freunde legen vor allen Dingen Wert darauf, daß der **Kleinbesitz** nicht so belastet wird, wie es im vergangenen Jahr geschehen ist.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Denken wir zurück an die Vergangenheit und stellen wir uns auf den Boden der Tatsachen! Gerade der kleine Landwirt hat unter der Umlage ungeheuerlich zu leiden gehabt. Ihm hat man fast restlos seine Getreidemengen zu dem festgesetzten Umlagepreis abgenommen, ohne danach zu fragen, ob er in der Zukunft die Möglichkeit habe, seine Bedürfnisse zu bestreiten. Um so mehr wird in der Kommission darauf hingearbeitet werden müssen, daß dem kleinen Manne der nötige Schutz gewährt wird.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn der Gesetzentwurf vorsieht, daß die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche bei dem Umlagesoll, das man der Landwirtschaft auferlegen will, zugrunde gelegt werden kann, so fragen wir uns, ob nicht auch die großen Forsten mit heranzuziehen sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Gesetzentwurf bringt auch insofern noch eine Verschärfung, als den Ländern die Möglichkeit gegeben worden ist, dem Umlagesoll 15 statt 10 Prozent gegenüber dem Vorjahre zuzuschlagen. Sollen dem kleinen Manne, sollen den Provinzen und den Ländern mit vorherrschendem Kleinbesitz Vorzüge gewährt werden, dann

(**Trieschmann**, Abgeordneter.)
haben wir den dringenden Wunsch, daß diese Regelung durch die Oberverteilung vorgenommen wird; denn wenn Maßnahmen durch die Oberverteilung unterlassen werden, so scheint es uns unmöglich zu sein, bei der Unterverteilung dieselben durchzuführen.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn man auf diesen Boden treten will, dann glauben meine politischen Freunde, daß nebenbei auch noch eine Staffelung erfolgen muß.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun hat der Reichsrat bezüglich der Preisfrage Vorschläge gemacht dahingehend, daß der **Preis** für die erste Sollmenge des **Umlagegetreides** nicht niedriger sein soll als drei Viertel des durchschnittlichen Marktpreises in der Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni 1922. Eine solche Preisbildung würde der Landwirtschaft $8^{1}/_{4}$ Milliarden Mark kosten. Andererseits würde diese Preisfestsetzung dem Einzelverbraucher pro Kopf 170 Mark im Jahr ersparen gegenüber dem Preise, wie wir ihn in den letzten Monden gehabt haben. Das würde also bei einer fünfköpfigen Familie eine Ersparnis von 850 Mark bedeuten, wobei die Verwaltungskosten, die zur Durchführung der Umlage nötig sein werden, nicht in Rechnung gestellt sind. Es fragt sich, ob man um einer solch geringen Ersparnis willen einen so großen Apparat aufmachen soll, wie er zur Durchführung der Umlage nötig ist. Die Beantwortung dieser Frage überlasse ich Ihnen, meine Damen und Herren.

Viel ist über die Intensivierung der Landwirtschaft gesprochen worden. Diese Intensivierung wird aber nur durchgeführt werden können, wenn, wie ich schon andeutete, der Landwirtschaft die nötigen Betriebs- und Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden. Vor allen Dingen ist es die **Kunstdüngerfrage**, die hier im Vordergrund steht, und die Kunstdüngerfrage ist, was die Erzeugung angeht, wieder von der Kohlenfrage abhängig. Es muß den Landwirten der Kunstdünger zur richtigen Zeit zugeführt werden.

Ich glaube, diese Bitte ist berechtigt, denn wenn ich mich im Lande umsehe, wie sich die Kunstdüngerbelieferung vollzieht, dann scheint es mir, als wenn die Belieferung der Landwirtschaft, die gerade in diesen Monden, im Juni, Juli und August, in erster Linie durchgeführt werden müßte, in zu langsamem, schleppendem Tempo vor sich ginge. Ich möchte den Herrn Ernährungsminister dringend bitten, sich mit dem Verkehrsministerium in Verbindung zu setzen, um eine beschleunigte Kunstdüngerbelieferung zur Herbstbestellung durchzuführen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Bei der Erzeugung des Kunstdüngers spielt die **Kohlenfrage** eine einschneidende Rolle. Hier scheint mir ein Gebiet zu sein, auf dem es möglich wäre, daß sich die Arbeiterschaft ein Verdienst erwerben könnte. Meine Herren von links, die Sie so sehr wünschen, daß die Landwirtschaft Sonderopfer bringt, hier ist ein Gebiet, durch Höchstleistung der Ernährung unsres Volkes zu dienen, um so mehr, als feststeht, daß in der Zeit vom 1. bis 15. Juni diesen Jahres die Einfuhr von englischer Kohle allein im Hamburger Hafen 992780 Tonnen betragen hat. Im Frieden betrug die Jahreseinfuhr $9^{1}/_{4}$ Millionen Tonnen.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Hielte die Einfuhr so an, so würde das eine jährliche Einfuhr von 23,5 Millionen Tonnen bedeuten und mindestens 500 bis 600 Millionen Goldmark kosten. Die Arbeiterschaft sollte doch in Erwägung ziehen, ob nicht angesichts dieser ungeheuren Ausgaben, die wir auf Grund unserer schlechten Valutaverhältnisse haben, wesentliche Abänderungen geschaffen werden könnten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

(C) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Krätzig hat gestern zu Beginn seiner Rede durchblicken lassen, daß seine politischen Freunde und er von großer Sorge für die Ernährung des deutschen Volkes erfüllt seien, und er hat getan, als ob nur die Männer, die für die Umlage, für die Zwangswirtschaft stimmten, den wahren Interessen des Volkes dienten. Auch wir von unserer Fraktion, auch wir **Landwirte**, sind von großer **Sorge für unsere Volksernährung** erfüllt. Ich habe diesbezüglich bereits Ausführungen gemacht, und Sie dürfen versichert sein, daß die deutsche Landwirtschaft sich auch in Zukunft von der Sorge leiten läßt, hier Linderung der Not zu schaffen, soweit ihr dazu die Möglichkeit gegeben wird.

Der Herr Abgeordnete Krätzig hat dann weiter die Behauptung aufgestellt, die Umlage sei für die bäuerliche Bevölkerung gar nicht so drückend, da nur das Großagrariertum hierfür in Frage käme. Ich weiß nicht, wo der Herr Abgeordnete Krätzig diese Weisheit her hat, jedenfalls aus den Studien, die er auf den Dörfern gemacht hat, nicht. Wenn ich die Zusammensetzung meiner Landbewohner ansehe, dann sehe ich doch, daß sich die **bäuerlichen Kreise** an der **Aufbringung der Umlage** beteiligen mußten und auch in Zukunft beteiligen müssen.

Wenn der Herr Abgeordnete Krätzig nun gemeint hat, daß die Landwirte zurückhielten und deswegen unbedingt eine Zwangsregulierung vorgenommen werden müsse, so hat er insofern recht, als es Elemente in der Landwirtschaft gibt, die das getan haben und auch in Zukunft tun werden; aber er hat insofern nicht recht, als er diesen Maßstab an die gesamte Landwirtschaft zu legen versucht. Die führenden Kreise in der Landwirtschaft haben sich mit ihrer ganzen Kraft für regelrechte **Ablieferung** im vorigen Jahre eingesetzt und werden sich auch in Zukunft dafür einsetzen, erst recht wenn eventuell freie Wirtschaft käme, damit die Belieferung der Bevölkerung mit Brot (D) nicht ins Stocken gerät.

Nachdem er behauptet hatte, daß die Umlage keine wesentlichen Opfer von der Landwirtschaft fordere, hat der Herr Abgeordnete Krätzig dann doch zugegeben, daß die Erzeugnisse, die der Landwirt zuzukaufen hat, im Preise ungeheuerlich gestiegen seien. Ich muß ihm hierin nicht nur recht geben, sondern ich muß in dieselbe Kerbe hauen. Ich möchte nur ein Beispiel herausgreifen. Sofern der Landwirt sich einen Grasmäher kaufen muß, der in früheren Zeiten vor dem Kriege 240 Mark gekostet hat und den er mit 20 Zentner Weizen bezahlen konnte, muß er für denselben Mäher heute 13 000 Mark bezahlen. Insofern man nun einen Durchschnittspreis von 400 Mark für den Zentner Weizen zugrunde legt, muß er $32^{1}/_{2}$ Zentner Weizen dafür bezahlen, also $12^{1}/_{2}$ Zentner mehr als vor dem Kriege. Solche Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Aus diesem einen Beispiel ersehen Sie schon, wie hoch die **Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel** gestiegen sind.

Ob es möglich sein wird, in den Kommissionsverhandlungen all den Vorschlägen gerecht zu werden, wie sie von seiten des Zentrumsredners, des Herrn Abgeordneten Diez, gemacht worden sind, das möchten wir doch bezweifeln. Wenn man diese Vorschläge — Umlagepreis, Kunstdüngerpreis, Kleieregulierung, Einschränkung der Versorgungsberechtigtenzahl, Zuschläge zur Einkommensteuer, Zuschläge zum markenfreien Brot und andere Vorschläge, die gemacht sind — durchführen wollte, würde sich die **Durchführung** sehr kompliziert gestalten. Aber immerhin hoffen wir, daß die **Umlage**, sofern sie eine Mehrheit findet, so gestaltet wird, daß sie für die Landwirtschaft erträglich wird, und wir haben den dringenden Wunsch, daß sie in ihrer Wirkung der Konsumentenbevölkerung das bringen möchte, was von ihr

(Trieschmann, Abgeordneter.)

(A) erwartet wird, was wir als Landwirte allerdings bezweifeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen uns selbst und den Regierungen den Vorwurf gemacht, daß wir allzuviel Erfassungspolitik getrieben hätten und allzuwenig für die Hebung der Produktion besorgt gewesen seien, nicht genügend Zukunftspolitik getrieben hätten. Ich habe in diesem Sinne im vergangenen Herbst gelegentlich der Ernährungsdebatte versucht, das Interesse für die **Kultivierung der Moore** zu wecken. Ich habe darauf hingewiesen, daß noch 3 Millionen Hektar Moore und Ödländereien in unserem deutschen Vaterlande vorhanden seien, die der Kultur nicht erschlossen sind, und habe gefragt, ob man nicht vom Reich aus die Kultivierung durchführen soll, um dort landwirtschaftliche Produkte zu erzeugen. Damals wurde mir gesagt, daß man mit derartigen Maßnahmen momentan eine Verbesserung nicht erreichen könne. Das wird jeder einsehen. Aber ich meine, wenn man dieser Frage nicht einmal näher tritt, dann wird man niemals zu ihrer Durchführung kommen können. Wenn man dieser Frage schon vor 6 Monaten — so lange ist es her — nähergetreten wäre, dann würde man vielleicht heute so weit gekommen sein, daß dem einzelnen Reichstagsmitglied eine Statistik vorgelegt werde könne, in der man wenigstens feststellen könnte, wieviel Moore und Ödländereien in unserem deutschen Vaterlande vorhanden sind, die der Kultur erschlossen werden können.

Ich möchte die dringende Bitte an den Herrn Ernährungsminister richten, dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Wenn die Möglichkeit besteht, daß hier von seiten des Reichs etwas unternommen werden kann, um diese Moorkulturen zu fördern, dann muß doch alles im Interesse unserer Volksernährung eingesetzt werden, was möglich ist.

(B) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden uns noch in vielen Fragen auf uns selbst zu besinnen haben, und wir werden uns gerade in der Ernährungsfrage in erster Linie noch auf uns selbst besinnen und Wege finden müssen, wie wir durch eigene Produktionskraft unsere Volksernährung sicherstellen. Wenn wir heute schon in ungeheuer schwierigen Verhältnissen leben müssen, dann wissen wir nicht, was uns die Zukunft bringt. Rosiges, Allzurosiges wird es nicht sein, und mit diesem Allzurosigen wird immer wieder die Volksernährung im Zusammenhang stehen. Ich glaube, es ist angebracht, daß man eindringlich mahnt und fragt, ob nicht die Erschließung der Moore und eine Kultur der Ödländereien in unserem deutschen Vaterlande durchgeführt werden kann.

Man sage nicht, die Regierung sei aus finanziellen Gründen nicht in der Lage, die Sache zu machen. An dieser Frage, an der das ganze deutsche Volk interessiert ist, wird auch in finanzieller Beziehung das ganze deutsche Volk interessiert werden müssen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Darum stehen wir auf dem Standpunkt, daß diese Frage nicht den Ländern allein überlassen werden kann, sondern daß sie vom Reich in die Hand genommen und geregelt werden muß. Ich möchte den dringenden Wunsch aussprechen, daß diesmal meine Bitte nicht so verhallt wie in den Herbsttagen, als ich sie hier gestellt habe, sondern daß diesmal diese Vorschläge ernstlich erwogen werden und daß dann der Zeitpunkt kommt, wo eventuell die Regierung zu positiven Taten schreitet, zum Wohle unseres Volkes und unseres Vaterlandes.

(Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Der Herr Abgeordnete Dr. Heim hat das Wort.

Dr. **Heim**, Abgeordneter: Meine sehr verehrten Herren Kollegen! Seit sechs Jahren waren jeweilig die letzten drei, vier Monate des Wirtschaftsjahres eine Sorge für die Regierung und eine Sorge für uns. In den letzten sechs Jahren waren die letzten drei Monate des Wirtschaftsjahres, also die Monate Juni, Juli, August, jeweilig die Monate der Knappheit, die Zeit, wo die Decke zu kurz wurde. Insofern ist eine wesentliche Änderung eingetreten. Die Decke ist dieses Jahr nicht am Ende zu kurz, sondern sie ist so lang, daß sie noch über das Ende des Wirtschaftsjahres hinaus in das neue Wirtschaftsjahr hineinreicht. Das ist wesentlich mit ins Auge zu fassen.

Die Gründe hierfür sind zweifacher Art. Einerseits war unsere Inlandsgerste und Brotgetreide im vergangenen Jahr besser, als man vielfach angenommen hatte, und andererseits wurde auch ziemlich stark eingeführt. Die Vorräte schätze ich so ein, daß wir, die ganze Wirtschaft genommen, nicht nur das Getreide, das in den Händen der Reichsgetreidestelle ist, bis tief in den November hinein mit Vorräten aus der vorjährigen Ernte und der vorjährigen Einfuhr versorgt sind.

Den Stand der diesjährigen noch auf der Flur stehenden Ernte hier zu beurteilen, möchte ich mir schenken. Ich möchte nur eines sagen: es ist richtig, daß vielfach Wintergetreide ausgewintert war und umgeackert werden mußte. Dieser Minusposten ist in Rechnung zu stellen. Aber die ganze Bilanz der Ernährungsvorräte wird ganz wesentlich bestimmt durch die letzten Monate des Wachstums und die Erntezeit und vor allem durch die Kartoffelernte. Eine knappe Getreideernte mit einer vorzüglichen Kartoffelernte ist mir nach meiner Erfahrung lieber als eine relativ hohe oder sehr gute Getreideernte mit einer schlechten Kartoffelernte.

(Sehr richtig! rechts.)

Darum möchte ich, wie gesagt, die Ernährungsbilanz der diesjährigen Ernte noch nicht abschließend aussprechen. Bekanntlich kann man hierüber erst urteilen, wenn einmal die Scheunen gefüllt sind, und selbst dann noch nicht; erst dann, wenn einmal das Druschergebnis vorliegt, weil selbst das geübteste Auge sich erfahrungsgemäß hier irrt.

Wir beschäftigen uns heute genau wie ungefähr vor einem Jahre mit einer Vorlage, welche zum Ziel hat, einerseits eine gewisse Vorratssicherung und andererseits eine gewisse Preissicherung in der Brotversorgung des Volkes zu gewährleisten. Dieses Ziel wird seit dem vorigen Jahre dadurch erreicht, daß man nach einem gewissen Umlageverfahren Getreide erfaßt. Bei der ganzen Beurteilung der Frage ist es notwendig, sich darüber klar zu werden, daß unsere Versorgung mit Brotgetreide sich vollständig geändert hat. Wir haben in der Friedenszeit ungefähr 900 000 Tonnen Brotkorn nach Deutschland eingeführt. Wir haben, wie die Statistik ausweist, heute eine Einfuhr von fast zwei Millionen Tonnen. Wir brauchen für die Bevölkerung, die versorgungsberechtigt ist — ich rechne hier die 30 Prozent Selbstversorger der Landwirtschaft ab — ungefähr 7,8 Millionen Tonnen Brotkorn. Diese Menge können wir heute aus eigener Kraft im Inlande nicht vollständig herbeischaffen. Könnten wir das, so hätten wir nicht eine Einfuhr von 1,8 oder rund 2 Millionen Tonnen nötig, die uns die Einfuhrstatistik für das Jahr 1921 ausweist. Wir sind im Frieden hinsichtlich der Brotkornversorgung mit einem ganz kleinen Prozentsatz auf das Ausland angewiesen gewesen. Heute führen wir 25 Prozent unseres Verbrauchs aus dem Auslande ein. Von den 7,8 Millionen Tonnen

(Dr. Heim, Abgeordneter.)

(C) Brotkorn, die wir zur Versorgung unserer Bevölkerung unter Zugrundelegung eines reichlichen Bemessungsmaßstabes von 180 Kilogramm pro Kopf brauchen, sind rund 2 Millionen aus dem Ausland eingeführt. Die Annahme, man könne vielleicht eine Umlage 4,5 Millionen Tonnen Brotkorn aus unserer Landwirtschaft auf dem Umlagewege herausziehen, ist vollständig irrtümlich. Das wäre bei einer schlechten Getreideernte fast gleichbedeutend mit einer restlosen Beschlagnahme des Brotkorns.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube, mit solchen Gedankengängen sollte man nicht spielen. Man soll keine falschen Voraussetzungen wählen, wenn man so ernste Dinge betrachtet.

Was sich nun ganz wesentlich seit dem vorigen Jahre geändert hat, ist folgendes: Es ist fraglos, daß man im vorigen Jahre den Bauern amtlicherseits gesagt hat, die **Umlage** ist nur ein **Übergangsbehelf**, sie wird nicht wiederkehren, es ist gewissermaßen der Abbau der Zwangswirtschaft.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei und rechts.)

Heute müssen wir uns darüber klar sein, daß man mit der Umlage oder einem ähnlichen Verfahren zur Sicherung der Vorräte und der Niedrighaltung der Preise dauernd zu rechnen hat. Ich halte es für sehr wenig ehrlich, wenn man diesen Gedanken unterdrückt. Man muß dieses Bekenntnis ablegen. Ich glaube, wir alle haben diesen Eindruck gewonnen.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Man rechnet damit als einer **dauernden Einrichtung**. Voriges Jahr waren auch wir, die Abgeordneten, zum großen Teil überzeugt, daß es sich nur um eine vorübergehende Abbaueinrichtung handelt. Denn in unseren Reihen, wo man vor einem Jahre Stimmung zu machen suchte für das Umlagegesetz, war der unterstützende Gedanke immer der: gewiß, der Maßstab der Umlage ist ein roher, die Grundlage ist zum Teil ungerecht, aber es handelt sich nur um eine einmalige, vorübergehende Maßahme. Heute wissen wir, daß es sich um eine dauernde Maßnahme handelt. Denn entweder ist die Begründung, die die Regierung für die Vorlage gibt, richtig, dann wissen wir, daß diese Voraussetzung für dieses Jahr auch nächstes Jahr und noch auf jahrelang hinaus zutrifft. Dann ist die Notwendigkeit gegeben, das ganze Volk und vor allem auch den dabei zunächst betroffenen Erzeugern, den Bauern, ehrlich die Klarheit zu geben: ja, so liegen die Verhältnisse, es handelt sich um eine dauernde Einrichtung.

(Sehr richtig! rechts.)

Sonst wäre die ganze Begründung, die der Vorlage beigegeben ist, hinfällig.

Wenn es sich nun nicht, wie man im vorigen Jahre annahm und, wie selbst der Herr Minister Hermes annahm, um eine vorübergehende, sondern um eine dauernde Einrichtung handelt, dann kommen wir zu folgendem klaren Gedankengang. Man kann in einem Notgesetz, das man einmal für ein Jahr oder für eine kurze Lebensdauer macht, einen rohen Maßstab schlucken; aber für eine Einrichtung, die nach der Natur der Dinge zu einer dauernden Einrichtung werden muß, wäre es sehr unklug, wenn der rohe Maßstab nicht gefeilt und veredelt wird. Man sprach deswegen schon vor zwei bis drei Monaten von einem **veredelten Umlageverfahren.** Von einer Veredelung habe ich an der Umlage nichts gemerkt. Ich will auch von keiner Vereselung sprechen.

(Heiterkeit.)

Im Gegenteil, es ist dieselbe rohe Umlageform wie voriges mal —, und das Rohe des Verfahrens, das man voriges Jahr zur Not noch schlucken konnte bei einer Eintagsfliege, haftet ihr heute noch an. Ich meine, es müßte mir gelingen, das ganze Haus ohne Rest davon zu überzeugen, daß dieses Rohe an der Vorlage beseitigt werden muß. Wenn es eine dauernde Einrichtung werden soll als Politikon, aus politischen Notwendigkeiten, aus Gründen der Staatsraison, dann müssen wir wünschen, daß das Wesentlichste dabei ist, daß die Landwirtschaft die sich daraus ergebenden Pflichten und Lasten gern trägt, willig trägt, mithilft. Mit Zwang wird hier nichts erreicht. Man kann den Hund nicht auf die Jagd tragen. Sie können wohl sagen: das ist Sabotage von der Landwirtschaft. Meine Herren, das ist ja nicht wahr. Am meisten schreien über Verrat immer die Gracchen. Die am meisten sabotieren, werfen den Bauern Sabotage vor. Es ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit, daß ich meinen Betrieb auf höchste Wirtschaftlichkeit einstelle. Das ist nicht Sabotage. Ich zweifle nicht daran, daß es uns gelingt, hier eine gemeinschaftliche Linie zu finden, aber, meine Herren, auf Grund eines unbestreitbaren Richtpunktes, nämlich dem der Gerechtigkeit.

Gestatten Sie mir nun einmal zu sagen, worin die Brutalität und Rohheit des bisherigen Gesetzes besteht. Es ist ohne Zweifel eine Brutalität, wenn man den Preis für ein Produkt bindet, ohne die Komponenten des Preises im Preise zu binden. Ein Fertigfabrikat im Preise zu binden, ohne die Rohmaterialien dieses Fertigfabrikats im Preise zu binden, das ist wirtschaftlicher Unsinn, das ist ein Unding.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Ich kann mir nicht denken, daß im ganzen Hause ein Mann anwesend wäre, der die Richtigkeit dieses Satzes bestreitet. Wenn dieser Satz richtig ist, dann sage ich, daß dieses Gesetz, wie es war und wie es sein wird, eine ganz brutale Verletzung dieses wirtschaftlichen Prinzips ist. Das kann zu nichts Gutem führen. (D)

Wie soll nun der **Preis für das Umlagegetreide** gefunden werden? Seien wir doch einmal ganz ehrlich!

(Lachen links.)

— Meine Herren, daß Sie die Aufforderung zur Ehrlichkeit so entrüstet, hätte ich nicht gedacht. —

(Heiterkeit.)

Nach der Vorlage soll eine Kommission von 20 Herren den Preis unter Berücksichtigung der in den beiden Einkaufsperioden gegebenen Verhältnisse festsetzen. Wie müßte nun der Preis festgesetzt werden? — Nach den Gestehungskosten! Wie wird er aber festgesetzt werden? — Nach politischen Rücksichten!

(Sehr richtig! rechts.)

Man wird sich sagen: das Laib Brot hat so viel gekostet; soundsoviel ist noch erträglich, darüber hinaus darfs nicht gehen, und danach wird dann der Getreidepreis rückwärts errechnet, so hoch, daß sich mit allen Unkosten dann ein Brotpreis ergibt, den man noch für erträglich hält. Es wird also der Preis für Getreide umgekehrt konstruiert werden, und das ist doch kein gesunder Zustand. Wenn das geschieht, wenn es ein Politikon ist, eine Notwendigkeit — und die will ich einmal als gegeben annehmen —, den Brotpreis in einer gewissen Höhe zu halten, dann darf man nicht einfach nur dem Produzenten sagen: Du mußt, weil es ein Politikon ist, soundsoviel aus Deiner Tasche darauf zahlen. Wir haben voriges Jahr eine **Umlagepflicht** von 2½ Millionen Tonnen gehabt. Wir hatten die 10 Prozent Zuschlag dazu, das sind 2¾ Millionen. Wir haben in diesem Jahre 15 Prozent Zuschlag, das wird rund 3 Millionen Tonnen ergeben. Bei uns in Bayern hat man den 15prozentigen Zuschlag fast überall schon erhöht. Wir haben nicht nur die 100 Prozent, wir haben 110 Prozent und die Kommunalverwaltungen haben

(Dr. Heim, Abgeordneter.)

(A) nochmals 5 Prozent darauf gerechnet, so daß wir in Wirklichkeit schon den 115-prozentigen Zuschlag hatten. Wir hatten schon eine Ablieferungsziffer von weit über 95 am Ende des Jahres 1921.

Wenn Sie nun bedenken, daß wir Ende Februar, also vor der letzten Ablieferung nach dem Umlageverfahren, schon einen **Weizenpreis** von rund 600 Mark per Zentner hatten, und wenn Sie zugrunde legen, daß dieser Preis am Ende der Ablieferungsperiode, also vom 28. Februar auf 1. März, plötzlich einen Sprung auf 12 000 Mark per Tonne machte, daß er dann für den Zentner bis auf 1700 Mark gestiegen ist —

(Zuruf rechts)

— nein, ich meine den Pfundzentner Weizen, beruhigen Sie sich —, da hatten wir im April einen Preis von über 800 Mark.

(Erneuter Zuruf rechts.)

— Wir hatten für Weizen nach der Berliner Produktenbörse eine Notierung für den Zentner von 480 Mark per Doppelzentner ungefähr im August 1921 gehabt. Der Preis ist im September anfangs etwas zurückgegangen, er stieg gegen Ende September. Ende Oktober waren wir bei 560 Mark, im November bereits auf 770 und Ultimo Dezember auf 756. Dann stieg der Preis wieder und war Ende Januar bereits auf 800, Mitte Februar auf 900, Ende Februar auf 1100 Mark per Doppelzentner.

(Zuruf rechts.)

— Meine Herren, 850 Mark der Doppelzentner! Die Berliner Notierungen sind ja Doppelzentnernotierungen, das sind die Tonnennotierungen.

(Erneuter Zuruf rechts.)

— Meine Herren, der Weizen ist hier nach der Tonne registriert, die Tonne mit 8160 Mark, und für Umlagegetreide war der Tonnenpreis um die Zeit 2010 Mark, 105 Mark der Zentner. Es war eine Differenz von (B) 6000 Mark per Tonne. Das waren für 3 Millionen Ablieferungspflichtige rund 20 Milliarden. Diese 20 Milliarden sind eine Extrabelastung der Landwirtschaft,

(sehr richtig! rechts)

und die ganze Reichseinkommensteuer für 1921 hatte keinen höheren Ertrag als 20 Milliarden.

Meine Herren, das ist eine Überbelastung und Vorbelastung eines Standes. Wenn man dieses Opfer aus politischen Gründen wirklich für notwendig hält, dann ist die erste Voraussetzung, alle die heranzuziehen, die noch an der Last mittragen können, nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Industrie, auch den Handel, der gut verdient, und nicht jene heranzuziehen, die ihrerseits schon Opfer bringen müssen, wie es gestern Herr Krätzig ausgeführt hat, sondern diese zu schonen, um den Schwächsten vielleicht noch etwas zu geben; hier kommen unsere Kleinrentner, unsere Sozialrentner, unsere Militärrentner in Betracht. Bei **Festsetzung** eines **Preises** für eine auf fünf Monate bemessene Ablieferungsperiode nach der Ernte wird immer wieder etwas unvermeidlich sein. Es ist unvermeidlich, daß im Augenblick, wo der Preis festgesetzt und dem Bauern der Preis bezahlt wird, nicht vorherzusehen ist, wie sich in den darauf folgenden Wochen die **Preise** für alles, was der Bauer zur **Lebenshaltung** und zur **Produktion** braucht, gestalten. Nehmen Sie zum Beispiel die Gestaltung unserer Kunstdüngerpreise usw. im Frühjahr 1922. Der Bauer bekam 105 Mark für den Zentner Getreide. Allein um einen Zentner Stickstoff zu kaufen, mußte er mehrere 100 Mark aufwenden. Er mußte von seiner Umlage 6 bis 7 Zentner hergeben, um die Dünger für seine neue Arbeitsperiode zu kaufen.

(Sehr richtig! rechts.)

Und da nun der Bauer nur einmal im Jahre erntet — was nicht zu übersehen ist —, muß er selbstverständlich seine Einnahmen auf das ganze Jahr verteilen. Und (C) in jedem Jahre fällt beim Bauern Ernte, Produktionsjahr und Reproduktion, neue Produktion für das nächste Jahr zusammen. In diesem Jahre waren die Einnahmen von einer bestimmten Flächeneinheit — Hektar oder Morgen ist ganz gleich — bei einer guten Mittelernte an Brotgetreide nicht hinreichend — ich glaube, ich brauche das dem Herrn Landwirtschaftsminister nicht zu beweisen —, um die Arbeitskosten, die Aussaatkosten und die Kunstdüngerkosten für die Neubestellung zu bestreiten.

(Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

Meine Damen und Herren, so weit rechnet jeder Bauer, und so etwas muß erbitternd wirken. Der Erlös muß doch mindestens so hoch sein, daß der Bauer die Wirtschaft fortsetzen kann.

(Sehr richtig!)

Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß der Bauer nur so im Gelde schwimme. Ich komme an anderer Stelle noch darauf zu sprechen. Bei den Valutaschwankungen ist die Preisentwicklung gar nicht abzusehen. Der Bauer weiß nicht, wenn Sie heute irgendeinen Preis annehmen, was er schließlich am Tage der Feldbestellung in den Monaten März und April wieder in den Boden hineinstecken muß. Wenn er sich sagt: allein zur Felderbestellung muß ich soviel aufwenden, als mir der Staat für mein abgeliefertes Zwangsgetreide gibt, das ich dann von der ganzen Fläche ernte, so muß das eine bittere Empfindung auslösen, die bei jedem, auch bei Ihnen (nach links) ganz die gleiche wäre.

Nun dürfen Sie eines nicht vergessen. Das wird immer bei der Betrachtung der Landwirtschaft als Produktionsfaktor übersehen. Es gibt keinen Beruf und keine Betriebsart, bei der das **Risiko bei der Arbeit** so groß ist wie bei der **Landirtschaft**.

(Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

(D) Das muß gerechterweise ebenfalls mit berücksichtigt werden, wenn man die ganze Wirkung der Sache würdigen will. Es handelt sich hier schließlich um ein wirtschaftliches Problem, um das sich alles dreht. Ich glaube, es ist niemand unter uns, der nicht den Eindruck hat, daß es sich um eine ernste Sache handelt, die man nicht einfach mit einer Handbewegung abtun kann.

Wir haben hier zwei Lager. Die einen treten für vollständig **freie Wirtschaft** ein und die anderen für den äußersten Zwang, geben sich aber im Kompromiß zufrieden mit einem Rest der **Zwangswirtschaft**, mit dem Umlageverfahren. Jeder Standpunkt hat etwas für sich, und es ist nur abzuwägen, mit welchem System der größere Schaden verbunden ist. Es ist Scylla und Charybdis. Das eine und das andere hat seine Bedenken.

(Zuruf bei den Deutschnationalen.)

— Auch die freie Wirtschaft, Herr Kollege. Darüber reden wir noch, was über die absoluten Segnungen der freien Wirtschaft prophezeit worden ist. Man hat erzählt, daß, wenn der Außenhandel sich betätigen könnte, sofort die Preise im großen Umfange zurückgingen. Das hat man doch erzählt!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

— Das ist doch nicht wahr.

(Erneute Zurufe.)

Aber bitte verteilen wir doch Licht und Schatten! An der ganzen **Einfuhr für Brotgetreide** und allen anderen landwirtschaftlichen Rohstoffen — es wäre gewiß interessant, wenn der Herr Ernährungsminister diese Zahlen einmal konstatieren würde —, soweit sie frei ist, ist der Handel noch nicht einmal mit 15 **Prozent** beteiligt.

(Andauernde Zurufe rechts.)

(Dr. **Heim**, Abgeordneter.)

— Ach, Valuta! Ich bitte Sie, gerade deswegen bin ich ja mit Ihnen einig! Gewiß, der letzte Grund dafür, daß diese Prophezeihungen nicht eingetroffen sind, ist die Unsicherheit der Valuta. Aber damit haben wir doch rechnen können und rechnen müssen, und davon spreche ich. Wer hat etwa damit nicht gerechnet?

(Wiederholte Zurufe rechts.)

Nun, nicht etwa auch Sie, Herr Kollege Helfferich und Kompagnie?

(Heiterkeit und Zurufe.)

Dann sind wir doch einig! —

Denen, die dem Zwang anhängen — beruhigen Sie sich, meine Herren, ich komme noch auf die Freiheit des Handels zurück —, möchte ich aus der Agrargeschichte eins vor Augen führen: Von wann an datiert in Europa und speziell in Deutschland der **wirtschaftliche Aufschwung der Landwirtschaft.** Von welchem Zeitpunkt an haben sich unsere Bodenerträgnisse gesteigert, hat sich unsere Bodenkultur gehoben, die Art der angebauten Frucht veredelt? Von dem Zeitpunkt an, wo der **Zehent abgeschafft** worden ist, die **Naturalleistung**, die Naturalsteuer, die Abgabe des zehnten Teiles der Ernte, der sogenannte Zehent, also Mitte vorigen Jahrhunderts. Bis zum Zehent, bis zur Naturalabgabe war jeder Fortschritt unterbunden. In den 50 Jahren nach Aufhebung des Zehents, der Naturalleistung in der Landwirtschaft kam der gewaltige Aufschwung, die Steigerung unserer Erträgnisse lawinenartig — zu unserem Glück!

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Es ist ganz gleich, Herr Kollege, ob das primär oder sekundär ist, aber die Tatsache besteht. Heute haben Sie beispielsweise in Rußland eine Art Naturalabgabeverfahren. Dort wirkt es aber nur hemmend — das werden Sie mir nicht bestreiten —, so daß die russische Regierung selbst darüber Klage geführt hat, daß die Bauern in Rußland nur soviel anbauen, als sie zu ihrer Selbstversorgung brauchen. Und warum? Lesen Sie einmal nach, was Gordon, der bekannte Verteidiger von Chartum in seiner Biographie über Ägypten schreibt, wie er das System der jeweiligen ägyptischen Regierung schildert, je nach dem Ertrage von den Bauern je einen Teil der Ernte zu fordern, wie er als Militär konstatiert, daß diese Auflage an Naturalablieferungen und **die Bemessung der Steuer in Naturalien** nach dem Rohertrage dazu geführt hat, daß die Bauern gleichgültig wurden und möglichst wenig produzierten. Ob die Reihenfolge so ist, wie Sie mir durch Zwischenruf sagten, Herr Kollege, oder so, wie ich sie konstruiere, das ist gleichgültig. Hier kommt es eben hauptsächlich auf die Wirkung an. Die Tatsache besteht, daß auch in der Gegenwart in den Ländern, wo ein Teil des Naturalertrages von der öffentlichen Hand durch Steuern oder Abgaben erfaßt wird, der Rückgang in der Produktion da ist, und, meine Herren, eine Fortsetzung dieses Zustandes wäre doch für uns das schlimmste. Unser Ziel muß sein, die 25 Prozent Brotkornversorgung, die wir jetzt vom Ausland noch brauchen, so schnell wie möglich im Inlande aus eigener Kraft zu erzeugen, und es ist nicht zu bestreiten, daß fleißig und mit allen Kräften an diesem Ziel gearbeitet wird. Wenn mir jemand früher gesagt hätte, daß einmal in der deutschen Landwirtschaft, nachdem wir jetzt unsere Stickstoffproduktion um 100 Prozent gesteigert haben, der Stickstoff, soweit er in der Landwirtschaft zur Verwendung kommt, selbst zu solchen Preisen, wie sie gegenwärtig sind, glatt Aufnahme finden würde, ich hätte es nicht geglaubt, und ich kann zu meiner Freude konstatieren, daß die Kleinbauern und Mittelbauern — der Großgrundbesitz war längst vorangegangen — in dieser Hinsicht heute volles Verständnis entwickeln. Ich schöpfe daraus eine Hoffnung und sehe darin alle Voraussetzungen für unsere (C) Wiedergeburt, von der wir so oft reden, bei der es freilich nie zu einer Geburt kommt.

(Heiterkeit und Zurufe von der äußersten Linken.)

— Herr Kollege,

Ihr Witz ist so groß,
Daß ich bin sprachlos.

(Stürmische Heiterkeit. — Zurufe von den Kommunisten: Dichteritis!)

— Herr Kollege, Sie leben in einem Wahn, und ich lasse Sie in diesem Wahn; denn Sie sind dabei glücklich.

(Heiterkeit.)

Die Weltkrisis, mit der wir hinsichtlich der Agrarproduktion rechnen müssen, ist von kolossalem Belang. Wir müssen dieses Ziel mit aller Energie verfolgen, und wer dabei mithilft, der leistet wirklich Arbeit am Wiederaufbau. Wenn wenigstens die anderen, die hier nicht mithelfen können, nur nicht dabei stören, so ist das auch schon etwas.

(Heiterkeit.)

Vergessen wir doch nicht, daß ein Drittel des Brotkorns, das als Überschuß auf den Weltmarkt kam, vom russischen Boden stammte. Professor Dr. Dade hat wiederholt in verdienstvollen Arbeiten immer und immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß wir hinsichtlich der **Ernährung eine doppelte Krisis** überstehen müssen: **eine rein deutsche** nach deutscher Betrachtung **und eine universelle** nach der Welteinstellung. Die deutsche Betrachtung ist die, daß wir verhältnismäßig wenig Brotgetreide importierten, immerhin aber 3¼ Milliarden Mehreinfuhr an Agrarprodukten im Frieden hatten, vor allem aber an Futtermitteln und Ölfrüchten und so weiter, daß wir diese Einfuhr nicht mehr restlos durchführen können. Es war früher so, daß die Fleischerzeugung vorwiegend auf Einfuhr eingestellt war, weniger die Broterzeugung. Wir müssen (D) auch dieses Ziel neben dem anderen erreichen.

Dazu kommt die ganze Weltlage. Wenn ein Erzeuger wie Rußland, der den dritten Teil der ganzen Brotkornanfuhr auf dem Weltmarkt selbst auf die Beine gebracht hat, vollständig ausgeschieden ist, dann gibt das doch für die ganze Welt und für uns ganz speziell, die wir Bedarfsgebiet waren, zu denken. Wie stehen denn die Dinge in Rußland? Ich habe einmal an dieser Stelle das Wort ausgesprochen: Soweit kann mich mein Chauvinismus nicht treiben, daß ich wünsche, daß es einem Nachbarland schlecht geht, sondern die Prosperität jedes Nachbarlandes wirft für uns wieder günstige Schatten. — Ich wünsche, daß Rußland wieder ersteht, aber als kühler Rechner muß ich sagen, daß ich mit der ersten **russischen Getreideeinfuhr** ungefähr in 25 Jahren rechne. Rußland wird Dezennien brauchen, bis es wieder auferstanden ist. Die Hoffnung auf Rußland ist bei mir gering, wenn auch ein außerordentlich wertvolles Demonstrationsobjekt bereits in unseren Händen ist, der Vertrag von Rapallo. Ich möchte diesem Vertrage die besten Auswirkungen wünschen, möchte aber auf ihn nicht die geringste Hoffnung bauen. Wir haben uns ja mit Hoffnungen genug getäuscht,

(sehr richtig!)

wir leben doch jetzt seit vier Jahren in Hoffnung.

(Erneute Zustimmung.)

Ich möchte bemerken, daß die höchste Trächtigkeitsperiode beim Rhinozeros 18 Monate beträgt.

(Große Heiterkeit.)

Ich sehe in diesen weiten Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, in der Weltproduktionskrisis und der speziell deutschen vollständigen Umgestaltung der Wirtschaft, nur einen Verlaß, und das ist auf unsere eigene Kraft und auf unsere Tätigkeit! Wir wissen noch nicht,

(Dr. **Heim**, Abgeordneter.)

(A) wie sich die Dinge entwickeln, ob nicht die Krisis, über die wir jetzt klagen, noch viel schwerer über uns hereinbricht. Wir müssen uns nach und nach gewöhnen, Schlechteres und immer noch Schlechteres zu ertragen. Wenn wir heute von einem **Brotgetreidepreis** von 500 Mark für Weizen sprechen könnten, so wären wir alle wohl glücklich; es würde geradezu eine Senkung von mindestens einem Drittel des Mehlpreises bedeuten. Heute vor einem Jahr hätte jedermann das als ungeheuerlich betrachtet, und heute vor zwei Jahren wäre der Preis des vorigen Jahres als phantastisch erschienen. Wir sind auf der absteigenden Linie, wir müssen unter jeder Bedingung damit rechnen, daß noch schwerere Jahre über uns kommen. Ich möchte nur daran erinnern, welch kolossale Schwierigkeiten uns der Herbst hinsichtlich des Kreditgeldes bringen wird. Sie wissen, daß Österreich für Leihgeld einen Zinsfuß von 20, 22 Prozent selbst für Städte, für öffentliche Kreditnehmer und für Warenkredite hat. Bei uns sind Anzeichen für **Versteifung des Geldmarktes** vorhanden. Die nach meiner Ansicht wohl ganz gut gemeinte Bestimmung der Reichsabgabenordnung über Deklarationsabgaben bei den Sparkassen, Banken und so weiter trägt in erster Linie die Schuld. Das Papiergeld, das doch heute in siebzigfacher Höhe des Friedensumlaufes herumschwimmt, genügt nicht den Anforderungen, sondern überall fehlen Betriebsmittel. Wir müssen mit noch viel schlimmeren Verhältnissen rechnen. Und dabei ist doch richtig: was wir im eigenen Lande haben, haben wir unter jeder Bedingung, mag es gehen, wie es will. Was wir von draußen brauchen, von dem wissen wir nicht, ob wir es dann kaufen können. Darum ist es des Schweißes der Edlen wert, und, ich meine, da sollte es keinen Parteiunterschied und keine Gehässigkeit geben, und man müßte auch (B) darauf verzichten, durch Zwischenrufe seine Anwesenheit bemerklich zu machen.

(Zurufe links.)

Es ist ja hochinteressant, daß es solche Leute im Reichstag gibt. Wir sollten uns aber darüber klar sein, daß es sich um ein ernstliches Problem handelt, das nur auf unserem eigenen Boden gelöst werden kann. Dazu gehört unbedingt das Zusammenwirken aller ohne jeden Unterschied.

Meine Herren! Ich möchte dann bitten, bei dem, was wir heute hier feststellen, ins Auge zu fassen, daß es sich dabei nur um einen kleinen Behelf handeln kann. Ich darf die Lebenshaltungsindexziffern, wie sie die Statistik veröffentlicht, vielleicht bei der ärmsten Klasse etwas variabel ansehen, und den Bestandteil, der für Brot in der Lebensindexziffer steckt, bei den ärmeren Klassen höher ansetzen. Ich glaube, daß das aber vielmehr von der Kartoffel gilt. Aber in den Jahren wie in diesem, wo die Kartoffel gefehlt hat, ist es sicher das Brot. Was Sie hier durch die **Brotverbilligung** aber erreichen, ist verhältnismäßig außerordentlich wenig. Wir können tun, was wir wollen, es wird immer nur ein Weniges sein. Ich sage nicht, daß es deswegen unterlassen werden soll. Aber es muß gerecht gemacht werden. Nach diesem rohen Maßstab darf es nicht gemacht werden. Das Umlagegesetz von 1921, das nur ein Behelf für ein Jahr sein sollte, darf im Jahre 1922 nicht wiederkehren. Ich hoffe, daß der Ausschuß es gründlich umändert.

Es sind aber auch noch andere gesetzliche Maßnahmen unbedingt notwendig. Ich habe vorhin vom Handel gesprochen. Man hat uns erzählt — und daran habe ich nie geglaubt —, daß in dem Augenblick, wo die Zwangswirtschaft fällt, der Handel die größten Wunder leistet, uns mit allem versorgt, und hat dabei bloß übersehen, zu welchen Preisen das geschehen werde. (C) Hat der Handel dies erfüllt? Konnte der Handel diese Funktion erfüllen? Der Handel konnte diese Funktion, uns mit billiger Ware zu versorgen, überhaupt nicht erfüllen. Er konnte von außen nichts hereinnehmen wegen des schlechten Standes unserer Valuta. Soweit aber Inlandsprodukte in Betracht kommen, ist es doch ganz selbstverständlich, daß die Redensart von dem durch Angebot und Nachfrage regulierten Markte heute nicht mehr gilt. Das gilt zu einer Zeit, wo ich es in der Hand habe, das Angebot der Nachfrage anzupassen. Wenn territorial die Nachfrage nach einem Produkt höher ist als das Angebot, so war ich früher in der Lage, auf dem Verkehrswege aus anderen Bezirken, wo das Produkt reichlicher vorhanden war, der Nachfrage nachzukommen und dadurch den Markt zu regulieren. Heute haben wir aber eine dauernde Knappheit. Wenn bloß drei Viertel unseres Mehl- und Brotbedarfs noch aus inländischer Produktion auf den Markt kommen, so ist selbstverständlich in diesen drei Vierteln, wenn der Handel über sie verfügt, ein fast risikoloses Arbeiten selbstverständliche Folge.

Es ist eine Tatsache, daß die Zahl derer, die sich mit dem Handel beschäftigen, seit drei Jahren lawinenartig wächst.

(Sehr richtig! links.)

In einer kleinen Stadt, die meine bayerischen Landsleute kennen — es ist ein Getreideproduktionsstädtchen in Niederbayern mit ungefähr 18 000 Einwohnern —, wird mir gesagt, daß die **Zahl der Handelsfirmen** heute dreimal so groß sei wie vor dem Kriege.

(Hört! Hört!)

Nächstens handelt alles, und niemand arbeitet mehr.

(Sehr richtig!)

Ich beschuldige nicht den Handel, wenn ich nun einige Feststellungen mache. Ich beschuldige das System. Es wäre ganz verkehrt, den Handel als solchen zu beschuldigen; ich beschuldige nur das System. Solange das (D) System von Rechts wegen mit Duldung des Staates besteht, hat jeder das Recht, in dem System zu arbeiten, soweit er nicht gesetzliche und moralische Richtlinien übertritt. Heute dürfen Sie annehmen, daß von den hunderttausend Waggons Getreide, die aus der Ernte 1921 in den freien Verkehr gekommen sind, der größte Teil, ehe er in die Verarbeitungsstätte, in die Brauerei, in die Mühle usw. kommt, 7-, 8- und 9 mal die Hände gewechselt hat.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Bei einem schiedsgerichtlichen Verfahren, bei dem es sich um einen Rückgriff wegen einer Minderungsklage handelte, wurde festgestellt, daß in ganz kurzer Zeit nicht weniger als neunmal die Ware von einer Hand zur anderen gegangen war.

(Hört! Hört!)

Das muß kolossal verteuernd wirken, je mehr Liebhaber sich bei eingeengtem Markte auf das Produkt stürzen. Ich sehe nicht im Umlageverfahren, ich sehe nicht in Zwangsmaßnahmen das Notwendigste, sondern ich sehe das Notwendigste in einer **möglichst schnellen Verkehrsregelung**. Darunter verstehe ich vor allem, daß jederzeit von Organen des Staates in Vertretung der Gesamtheit, sei es von Landeswucherabwehrstellen, sei es von Kontrollstellen des Staates, eine Aufsicht darüber geübt werden kann, wie der betreffende Waggon von Hand zu Hand gewandert ist, welchen Weg er genommen hat.

(Zuruf rechts: Neue Beamte!)

— Entschuldigen Sie! Wir haben in Bayern im Jahre 1920 bei den Kartoffeln diese Verkehrsregelung durchgeführt, und zwar dank einer Vereinbarung zwischen Handel, Genossenschaften und Erzeugern. Die Kartoffeln durften nur auf der Bahn mit gestempeltem Frachtbrief verfrachtet werden. Die Frachtbriefe

(Dr. **Heim**, Abgeordneter).

(A) wurden den zugelassenen Firmen in Duplikat und mit fortlaufender Nummer von der Landeskartoffelstelle übergeben; von jeder Station wurde der Duplikatfrachtbrief nach dem Versand an die Landeskartoffelstelle geschickt, die nur ganz wenige Beamte hatte; denn es kam nur darauf an, die Kontrollarbeiten zu machen. Die Landeswucherabwehrstelle muß sofort sehen können, wo die Ware hingegangen ist, und der Frachtbrief ist die Grundlage dafür. — Die Kontrolle auf dem Verkehrswege ist unbedingt notwendig; denn so, wie die Dinge jetzt sind, wie sich durch einen Überhandel der Handel jetzt zum Schrecken der alten Handelsfirmen auswächst, kann es nicht weitergehen, wenn nicht das Wirtschaftsleben enorm belastet werden soll und wenn nicht in jedem Produkt eine Teuerungsquote stecken soll, die auf den Handel zurückzuführen ist.

(Lebhafte Zustimmung.)

Denken Sie nur einmal daran, was bei diesem heutigen Wechsel der Hand allein an Umsatzsteuer gezahlt werden muß.

(Zustimmung rechts und in der Mitte. — Zuruf links: Dafür ist es freier Handel!)

— Ich bin Gegner dieser schrankenlosen Freiheit. — Ich sage: vor allem muß auch die **Zulassung zum Handel** einer viel strengeren **Kontrolle** unterzogen werden. Den Handel können wir wieder frei sein lassen, wenn der Warenverkehr im wahren Sinne des Wortes wieder vollständig frei ist. Also Verkehrsregelung in allererster Linie!

Ich möchte dann zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Roesicke kurz Stellung nehmen. Der Herr Kollege Dr. Roesicke hat gestern betont, daß die Vertreter der Landwirtschaft unter keiner Bedingung den Weltmarktpreis für das Getreide haben wollen. Ich glaube, niemand hat überhaupt diese Forderung aufgestellt. Eine Anpassung der Preise ergibt sich aus der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung heraus. Der Herr Kollege Roesicke hat aber meiner Ansicht nach die Schwierigkeiten, um deren Lösung es sich im Augenblicke dreht, doch etwas zu leicht genommen. Er hat gemeint, eigentlich müßte nach wie vor eine Verbilligung des Brotes für den ärmsten Teil der Bevölkerung eintreten. Daß die Teuerung drückend ist, sieht er ein; die Notwendigkeit einer **Verbilligung des Brotes für den ärmsten Teil der Bevölkerung** gibt er zu. Er sagt dann weiter: aber dann soll die Regierung dafür sorgen, daß die Entente ihren Einspruch zurückzieht. — Ich glaube, es war das Protokoll von Cannes, das die Forderung gestellt hat, die Zuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel aufzuheben. Ja, Herr Kollege Roesicke, ich gebe vielleicht zu, daß die Regierung hier einen Fehler gemacht hat; aber wir können doch in diesem Herbst nicht der ärmsten Bevölkerung sagen, wenn sie in außerordentliche Schwierigkeiten kommt: wir konnten nichts machen, weil die Regierung einen Fehler gemacht hat. Selbst wenn dieser Fehler gegeben ist, müssen wir uns ernstlich daran machen, zu prüfen, wie wir über diese Schwierigkeit der Gegenwart hinwegkommen. Daß es auf dem Wege nicht geschehen kann, wie ihn das Umlagegesetz verlangt, darüber bin ich mit Ihnen einig. Das ist ein so brutaler Maßstab — ich habe es bereits geschildert und dargestellt —, daß ich glaube, in diesem Hause wird es wenig Leute geben, die daran festhalten.

Zweierlei ist notwendig: erstens, das auf breitere Schultern zu verteilen, was an Opfern notwendig ist, nicht nur auf die Schultern der Landwirtschaft, oder aber, wenn man die Landwirtschaft vorwiegend belastet, eine Kompensation zu schaffen und der Landwirtschaft einen Ausgleich zu gewähren. Ich sage, meine Damen und Herren, das sind die beiden einzigen (C) Wege, die ich im Rahmen dieses Gesetzes, um das nicht zu lange hinauszuschieben, für gegeben halte. Für das nächste Jahr wird auch dieser Maßstab nicht mehr einzuhalten sein.

Wir müssen zur Lösung dieses Problems einen neuen Weg finden. Ich möchte aber auch sagen — wollen wir doch einmal ganz ehrlich sein! —

(Zurufe links)

— wiederum, jawohl! —:

(Heiterkeit)

wann wird denn endlich der Zustand, den wir alle beklagen, jene **fortschreitende Teuerung und Preissteigerung** aufhören? Sind daran die Bauern schuld? Das wäre doch die größte Lüge, die es überhaupt gibt. Die Bauern hatten bei uns ihr Getreide Ultimo Dezember zu 90 Prozent abgeliefert.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Die Preissteigerung kam erst nach Dezember. An der Preissteigerung hat vielleicht ein kleiner Bruchteil der Bauern, die noch ihre Vorräte hatten, einen sehr bescheidenen Anteil gehabt.

(Erneute Zustimmung in der Mitte.)

Der Anteil lag auf der andern Seite. Die Preissteigerung selbst kam aber infolge der Valutaentwicklung. Man kann doch ganz kurvenmäßig verfolgen, wie die Inlandsgetreidepreise, sich mit dem Kurs der Valuta entwickelnd, fallen oder steigen. Ich glaube, auch das kann nicht bestritten werden.

Es kommt nun weiter die Frage: helfen wir denn durch alle diese Maßnahmen nur im allergeringsten? Nein! Eine wirkliche Hilfe wird erst kommen, wenn die wirklichen Ursachen der Teuerung beseitigt sind. Was sind denn die wirklichen Ursachen? Die primären Ursachen sind zum Teil innerer Natur: es sind Nachwirkungen der Revolution, es sind noch Restkrankheiten, die überwunden werden müssen. Ein (D) zweiter Hauptgrund aber ist und bleibt doch der Versailler Vertrag mit allen seinen Auswirkungen.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

Ohne eine **Revision des Versailler Vertrages** sehe ich die Elendskurve überhaupt nicht enden.

(Erneute Zustimmung.)

Wie lange das fortgeht, wie lange ein Volk leidet, sehen wir ja an den traurigen Verhältnissen in unserm Nachbarvolke, bei den Österreichern. Die Ursache ist der Versailler Vertrag, und ohne eine Revision dieses Vertrages, sage ich, kommen wir auch zu keiner Besserung der Verhältnisse.

(Sehr wahr! in der Mitte und rechts.)

Wir kommen aber zur keiner Änderung des Versailler Vertrages, solange nicht endlich die **Schuldfrage** klargestellt wird.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und rechts.)

Das möchte ich hier betonen, und ich verstehe, ganz gleich, welches das Resultat ist, hierin die Zurückhaltung unserer derzeitigen Regierung nicht.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

Diese Zurückhaltung ist also mit eine Ursache der Teuerung.

(Erneute Rufe: Sehr richtig!)

Im Auslande glaubt man an unsere ausnahmslose Schuld. Ausnahmslose, sage ich; es fällt mir gar nicht ein, von einer einseitigen Schuld oder Schuldlosigkeit nach einer Seite hin zu sprechen. Das wird Sache der Prüfung sein. Immer und immer wieder wird einem der Vorhalt gemacht: ihr habt euch zu der Schuld bekannt, ihr habt gegen dies Schuldbekenntnis noch nicht Einspruch erhoben! Ihr versichert wohl immer privatim das Gegenteil, aber die Regierung schweigt darüber!

(Dr. **Heim**, Abgeordneter.)

(A) — Ich will auf diese Frage hier nicht eingehen, wir kämen sonst auf das ganze Kapitel unserer äußeren Schuld. Auch **unser ewiges Bekennen,** unsere ewige **Demut und Unterwürfigkeit** — ich weiß, wir haben keine Macht; ich bin für keine Politik, die mit der Faust auf den Tisch schlägt! —, aber die ewige Nachgiebigkeit führt uns zu keiner Änderung der Verhältnisse und zu keiner Änderung des Urteils im Auslande. Wir hoffen immer wieder, wir hoffen ohne Ende, wir hoffen ohne Ziel. Bei solchen Fragen wie die, die wir gegenwärtig besprechen, in diesem Augenblick besprechen, wäre ja Objektivität, Sachlichkeit bei der Besprechung, bei der Betrachtung schon im gegenseitigen Interesse gelegen; denn nur bei sachlicher Betrachtung kommt ein förderliches Ziel zum Vorschein.

Wir können uns über den Parteicharakter nicht hinwegdenken. Wenn ich gestern solche Worte gehört habe, wie „die habgierigen, beutelüsternen und nimmersatten Bauern“ usw., so sind das allgemeine Anwürfe, die ungerecht sind bis dorthinaus. In **Bayern** haben unsere **Bauern** durch **freiwilliges Hilfswerk** weit über 60 Millionen Mark, teils an Geld, teils an Naturalien, gesammelt und verteilt und sich selbst entzogen. Die Genossenschaft, der ich vorstehe, hat im letzten Quartal 10 Millionen Pfund Weizenmehl mit 25 Prozent Abschlag vom Tagespreis verteilt und verteilt es noch heute. Es ist in bäuerlichen Kreisen gewiß Verständnis für die Notlage unseres Volkes vorhanden. Man sieht ein, daß auch der Bauernstand Opfer bringen muß. Aber diese Opfer dürfen nicht einseitig sein. Wir müssen uns einmal doch besinnen und gegenseitig miteinander zu Gericht gehen. Gut: erheben Sie Ihre Anschuldigungen gegen den Bauernstand! Gibt es aber nicht auch Leute, die heute und immer und immer wieder aus politischen Gründen die **Arbeiter** in den **Streik** hinein-

(B) hetzen? Unsere Bauern, wenn man ihnen zuspricht und ihnen sagt, sie sollen heute in dieser Zeit Opfer bringen, dann machen sie einem diese Vorhaltungen. Wir hatten einen Metallarbeiterstreik, wobei es sich um eine halbe Stunde Arbeitszeit unter der gesetzlichen 48-Stunden-Woche handelte. So etwas verstehen unsere Bauern nicht, die 16, 17 Stunden im Sommer während der Erntezeit arbeiten müssen und während der Zeit der Feldbestellung.

Besinnen wir uns: auch **ein Teil der Bourgeoisie** hat alle Veranlassung, in sich zu gehen und mit sich zu Rate zu gehen. Der **Luxus**, den man heute **an Badeorten**

(sehr wahr! auf der äußersten Linken)

und an gewissen komfortablen Reunionorten sieht, übersteigt alle Maßen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich war notgedrungen in einem Badeort.

(Zuruf rechts.)

— Als Patient, Herr Kollege! Da ist nichts zu lachen! Ich bin keiner, der zum Luxus in einen Badeort geht. — Ich kann Ihnen sagen, was mir von glaubwürdigen Leuten erzählt wurde, daß dort Lokale, wo man unter 700 bis 800 Mark nicht herauskommen kann, überfüllt sind.

(Lebhafte Zustimmung auf der äußersten Linken.)

Diese Leute, die dort hingehen und ihr Geld für Luxus ausgeben, müssen einen Stein haben, wo andere Leute ein Herz haben! Wenn man daran denkt, daß es heute Leute gibt, die langsam und stillduldend der Verarmung entgegengehen,

(lebhafte Zustimmung)

so sage ich: das sind gewissenlose Bestien! Das ist jener Teil der Bourgeoisie, der heute schon wieder die Schrecken der Revolution vergessen hat, vor den die Hand hinzuhalten hier niemand Veranlassung hat. Diese Kanaille, die man an solchen Orten beobachtet, die geradezu im sadistischen Übermaße in Sucht nach Genuß und Ausleben sich betätigt, verdient keinen Schutz, von keiner Seite, und es müßte doch einmal eine Handhabe geboten werden, um diese Lichter auszudrehen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Aber seien wir offen und ehrlich! Die **Genußsucht** hat nicht nur diese Teile ergriffen; sie hat auch insbesondere unsere **Jugend**, zum Teil auch unsere Arbeiterjugend, zum Teil auch unsere ländliche Jugend erfaßt. Es ist doch das Betrübendste, was wir in diesem Augenblick feststellen können, in einem Augenblick, wo wir uns besinnen, wie wir eine ganz kleine Hilfe dadurch schaffen können, daß wir für billigeres Brot sorgen, wenn wir konstatieren, daß fast alle Industrien, daß die Textilindustrie, die keramische Industrie, die Kohlenindustrie usw. alle samt und sonders nach ihrer Produktionsstatistik von 1921 eine Zunahme des Arbeiterbestandes, andererseits einen Rückgang ihrer Produktion auf zwei Drittel, auf 40, 50 Prozent der Friedensleistung zu verzeichnen haben, während wir nur zwei Industrien haben, die einen Mehraufschwung in der Produktion haben, so spricht das Bände, das ist Kulturgeschichte. Es ist die **Zigaretten- und Schokoladenindustrie!**

(Hört! Hört! rechts.)

Sie werden nicht glauben, daß diese Milliarden Zigaretten, die geraucht werden, diese Milliarden Zentner Schokoladen, die gefressen werden, daß dieser Riesenkonsum etwa von einer kleinen Oberschicht, den oberen Zehntausend, verbraucht wird. Das ist der Luxus anderer weiterer Kreise, und hier, meine sehr verehrten Kollegen, sage ich: wir wollen gegenseitig wetteifern, im Urteil gerecht zu sein, und uns nicht gegenseitig entfremden; denn es werden so ernste Stunden der Not kommen, daß ich denke: es gibt ein Bindeglied für jeden anständig denkenden Menschen: das ist der ehrliche Wille, zu helfen.

(Beifall bei der Bayerischen Volkspartei und in der Mitte.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Heydemann.

Heydemann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich begrüße es, zu Wort zu kommen hinter dem Abgeordneten Dr. Heim. Ich freue mich ganz besonders, daß auch der Herr Reichskanzler diese Stunde zur Erholung benutzt hat, und ich möchte im Anschluß an die **Worte des Herrn Abgeordneten Dr. Heim** dem Herrn Reichskanzler ausdrücklich ans Herz legen, was der vor kurzem hier noch anwesende Abgeordnete Scheidemann neulich gesagt hat, sich etwas mit Handschellen gegenüber dieser Gesellschaft zu beschäftigen, die ja zum Teil in seiner bayerischen Bauerndemagogie auch der Abgeordnete Heim hier charakterisiert hat. Aber, meine Damen und Herren, ich möchte dem Herrn Reichskanzler bei dieser Gelegenheit zurufen: Handschellen anzulegen den politischen Brandstiftern,

(Heiterkeit und Zurufe rechts)

die auch wirtschaftlich jetzt beim Kampf um die Getreidepreise den Kampf fortsetzen, Handschellen anzulegen auch der Richtung, die hinter dem Abgeordneten Dr. Heim steht und die in Wirklichkeit ganz anders aussieht, als wie sich hier der Herr Abgeordnete Dr. Heim hinstellte.

Der Herr Abgeordnete Dr. Heim sprach zweimal davon: seien wir doch ehrlich, und er stellte sich hierher „als ein nackter Rechner“. Wenn Herr Dr. Heim so ehrlich sein und sich wirklich nackt präsentieren wollte,

(**Heydemann,** Abgeordneter.)

dann würde man erkennen, daß dieser nackte Herr Doktor ganz wo anders hingehörte als hier in den Reichstag, um hier den Ministern und Abgeordneten seine Unterhaltung zu bereiten.

Meine Damen und Herren! Ich will ja nicht so weit gehen wie der Herr Abgeordnete Dr. Heim und die Schuldfrage aufrühren und in das Land Ägypten eilen. Aber, Herr Dr. Heim, was Sie hier im Reichstag erzählt haben, das glauben Ihnen Ihre Bauern in Bayern ja selber nicht, selbst wenn sie die zwölfte Maß auf das Wohl ihres Königs Rupprecht geleert haben. Wenn Sie uns hier erzählen wollen, allen nationalökonomischen Tatsachen zum Trotz, unter Verschweigung aller der Erkenntnisse von Liebig und Thaer, daß durch die Ablösung des Zehnten, die Sie in Parallele stellen mit der heutigen Umlagewirtschaft, die große Steigerung der Produktivität in der deutschen Landwirtschaft hervorgerufen sei, dann glauben, wie ich Ihnen schon sagte, Ihre eigenen Bauern in Bayern selbst bei der berauschendsten Rupprechtfeier das nicht mehr, selbst nicht in früher Morgenstunde.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Ich will nicht weiter darauf eingehen, wie Herr Dr. Heim hier auch glaubte, sich über die **Weltkrise in der Ernährungsfrage** ergehen zu können. Sie haben verschwiegen, Herr Dr. Heim — und das ist gerade das, was uns zur Kritik zwingt, nicht nur den Symptomen gegenüber, sondern der Grundlage unserer Wirtschaft gegenüber —, Sie haben verschwiegen, daß die Weltkrisis in der Ernährung besteht, obgleich von Jahr zu Jahr die Gesamternte in der Welt zugenommen hat.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Diese Unfähigkeit der kapitalistischen Rauborganisationen, die sich christliche Staaten nennen, ist uns ein Beweis dafür, daß dieser kapitalistischen Wirtschaft das Grab gegraben ist.

Die Regierung ist abgerückt. Sie hatte jedenfalls nur aus Respekt vor den bayerischen Rebellen hier ihre Reverenz dem gefürchteten Bauern Dr. Heim erzeigen wollen, und wir wissen ja auch, daß die Regierung mit allen möglichen Konzessionen immer wieder gerade der bayerischen Vendée gegenüber ihr kümmerliches Dasein zu fristen versucht. Die Regierung hat uns durch den Mund des neuen Landwirtschaftsministers am 8. Mai im Hauptausschuß erklärt, daß die wichtigste Frage für das Ernährungsministerium die **Produktionssteigerung** in der nächsten Zukunft sei. Ganz bestimmt hat hier der Ernährungsminister das Kernproblem der heutigen Wirtschaft ausgesprochen. Aber ebenso wichtig ist es, daß die andere Frage gelöst wird, daß die **Reallöhne** der Arbeiter so hoch sind, daß die Erzeugnisse der Landwirtschaft gekauft werden können. Selbst die „Deutsche Tageszeitung“ führt heute die Demagogie der deutschnationalen heuchlerischen Interpellation weiter fort, indem sie darauf hinweist, daß bereits heute weite Bruchteile der Bevölkerung nicht in der Lage sind, selbst das Umlagebrot in der bisherigen Preishöhe zu kaufen. Wir verlangen deswegen, daß endlich einmal diese Differenz zwischen den Preisen und den Löhnen beseitigt wird und daß zum mindesten die Friedenskaufkraft der Arbeiter und Beamten wieder hergestellt wird.

Meine Damen und Herren! Sie, die Sie hier die agrarischen Interessen vertreten, haben ja ein trauriges Lied von dem Elend gesungen, das dort herrscht. Der Abgeordnete Dr. Heim meinte sogar, daß den armen Agrariern 20 Milliarden Mark als Profit durch die Umlage entzogen worden wären. Seien Sie einmal ehrlich — wie der Abgeordnete Dr. Heim es zweimal ausgerufen hat —, versuchen Sie, den Beweis dafür zu erbringen, daß in dem Fünftel des abgelieferten Getreides, in den Preisen dafür kein Profit steckt. Sie werden den Beweis nicht erbringen können. Aber demgegenüber steht die Tatsache fest, daß, wenn Sie an diesem Fünftel, den 20 Milliarden Mark zu wenig verdient haben, an den übrigen vier Fünfteln summa summarum allein nach Ihren eigenen Aussagen ganz gewiß 80 Milliarden Profit eingesteckt haben.

(Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

Meine Herren! Denken Sie an die amtlichen Mitteilungen, daß die Gesamtlebenshaltung des deutschen Volkes bereits um 40 Prozent im Konsum von Mehl zurückgegangen ist, daß sie im Konsum von Fleisch noch mehr zurückgegangen ist und daß der **Konsumrückgang** an den so notwendigen Fetten noch viel größer ist. Lesen Sie die Berichte der amtlichen Stellen, die aufsehenerregenden Nachrichten über das Erscheinen von Krankheiten, die man Jahrhunderte hindurch in Deutschland gar nicht mehr gekannt hat. Lesen Sie die Berichte über das Massenauftreten von Skorbut, weil gewisse notwendige Lebensmittel überhaupt nicht mehr käuflich zu erhalten sind außer für eine kleine Schicht von Prassern und Schlemmern, wie Gemüse und andere Dinge, die nicht um 60 und 70, sondern um 100 und mehr Prozent im Preise gestiegen sind.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Meine Herren! Sie von der Rechten betonen dauernd, daß auch Ihnen die Brotversorgung des deutschen Volkes am Herzen liegt. Sie betonen immer wieder, daß auch Sie eine vermehrte Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte wollen. Aber immer, wenn Sie von diesen Dingen, von denen Sie behaupten, daß Sie Ihnen am Herzen liegen, sprechen, dann sprechen Sie immer davon in Beziehung mit den Preisen. Wir wissen es — und manche von der Rechten sind ja ehrlich genug gewesen, es auszusprechen —, daß Ihre ganze Produktion — und es kann ja auch in der kapitalistischen Wirtschaft gar nicht anders sein — nie und nimmer geleitet wird durch Rücksichten auf den Bedarf, sondern daß allein der Profit ausschlaggebend ist.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Sie, die Sie sich so dagegen sträuben, daß für ein einziges landwirtschaftliches Erzeugnis eine gewisse Einschränkung der Auswucherung eintreten soll, möchte ich einmal daran erinnern, daß Sie eigentlich Ihrem Gott danken sollten, daß die Regierung zu schwach ist, um zu ihren Worten zu stehen, um besonders zu dem zu stehen, was am Ende des Weltkrieges, zu Beginn der neuen Wirtschaft das Hauptlicht der Regierung, Walther **Rathenau**, als das Programm der Zukunft verkündet hat. Walther Rathenau hat im Jahre 1918 bereits mehrere Schriften über die Wirtschaftsgestaltung nach Weltkriegsende herausgegeben; alle diese Darlegungen gipfelten in dem einen Satz: **Wirtschaft** ist nicht mehr Privatsache, sondern **Sache der Gemeinschaft.**

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Er hat immer wieder darauf hingewiesen: Wirtschaft als Privatsache bedeutet Untergang des deutschen Volkes.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Und was sehen wir heute im vierten Jahre der deutschen Republik? Die Agrarier trumpfen auf und vollführen ein Satyrspiel. Denn in Wirklichkeit sind sie ja heilfroh. Es ist ähnlich so wie mit ihrer Agitation gegen das Oberhaupt dieser Republik, gegen Friedrich Ebert. Im Grunde genommen sind sie hoch befriedigt, daß sie den Mann da oben haben, weil sie ja gar keinen besseren Schildhalter haben können. Genau so sind sie in Wirklichkeit froh, daß ihnen in diesem weiten Maße die Auswucherungsmöglichkeit weiter gewährt wird, auch nach Annahme dieses lendenlahmen Entwurfs, den

(Heydemann, Abgeordneter.)

(A) die Regierung zum Teil ihren eigenen Ansichten zum Trotz uns hier vorzulegen wagt.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Dusche sprach hier erst in einer Weise, in der er wohl wirklich glaubte, an die Tränendrüsen eines völlig unaufgeklärten Publikums appellieren zu können. Er sprach von den Entbehrungen und von der Not der Agrarier. Ja, vielleicht werden wir es noch erleben — es ist alles möglich in dieser Republik —, daß die Agrarier wieder mit Forderungen kommen wie in der kaiserlichen Zeit, daß, um ihrem Elend entgegenzutreten, aus den Taschen des Volkes Milliarden, und zwar Goldmilliarden, aufgebracht werden. Sie, die Sie so weit ablehnen die Einmischung des Staates in Ihre Hauptbücher, in Ihre Bankkonten und in Ihre Profite, Sie haben durch die agrarische Politik, wie es Ihnen ja von der Gesamtlinken mit Einschluß der Väter dieser jämmerlichen heutigen Demokraten vorgerechnet wurde, wie es Ihnen ganz besonders vom Geheimrat Lujo Brentano in München vorgerechnet wurde, Jahr für Jahr durch die Schutzzölle Milliarden Goldmark als Mehrprofit sich in die Taschen stecken können durch Sondersteuern der breiten konsumierenden Masse. Und noch in dieser republikanischen Zeit brauche ich Sie ja nur zu erinnern an die sogenannte Hilfsaktion für Mais. Heute stellen sich die Agrarier hier hin als Notleidende und Bedürftige, die eigentlich wieder mit dem Bettelstab herumgehen müßten.

Ich vertrete eine agrarische Provinz, Ostpreußen. Man braucht sich nur einmal bei den Geschäftsleuten in den einzelnen Städten umzusehen. Immer wieder dasselbe Lied. Arbeiter und Beamte können nichts mehr kaufen. Die großen Firmen liefern aber trotzdem sehr viel. Die Möbelfabriken in Ostpreußen sind vollauf be-

(B) schäftigt. Die Abnehmer sind die Agrarier. Schlafzimmer für 100 000 Mark ist so der Durchschnittspreis. Bei einzelnen Firmen werden Millionen umgesetzt. Fast ausschließlich wandert alles auf das Land. Wir sehen ja auch, daß sich die Geschäfte auf dem Lande sehr gut rentieren, wenn wir einmal die Preise betrachten, die heute für Grundstücke und Güter gefordert und geboten werden. In Ostpreußen beträgt die Steigerung von einem Kauf zum anderen vielfach Hunderttausende. Trotz dieser ungeheuer in die Höhe geschnellten Preise findet sich der neue Käufer ruhig damit ab, daß die Wirtschaft immer extensiver geworden ist. In der „Deutschen Zeitung“, die doch gewiß ein unverdächtiger Zeuge für Sie sein müßte, wird mitgeteilt, daß ein Rittergut Liebegast in Sachsen im Jahre 1895 für 40 000 Mark verkauft wurde, im Jahre 1916 für 180 000 Mark und dieser Tage für 3 700 000 Mark.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Da stellen sich die Herren nun hier hin und sagen, es rentiere sich nicht. Es steht fest, daß die Arbeiter und Beamten drei Viertel ihrer Ausgaben brauchen für die Ernährung. Wollen Sie leugnen, daß im Durchschnitt die Ernährung eines Landwirts mindestens doppelt so gut ist wie die Ernährung eines Städters?

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Wir gönnen das den Landwirten, aber wenn Sie das berechnen, dann entsteht beim Landwirt schon dadurch allein ein durchschnittliches Plus von 50 Prozent den städtischen Beamten und Arbeitern gegenüber. Wir sind auch dafür, daß die Landwirte angemessene Preise bekommen. Aber wir sind gegen diese Auswucherung, die wir in dieser schamlosen Weise in den letzten Monaten erlebt haben.

Ich habe schon das vorige Mal, als unsere Partei Stellung nahm zum Ernährungsministerium, darauf hingewiesen, daß, während früher eine Arbeiterfamilie von fünf Köpfen 414 Stunden Arbeit hergeben mußte, um das notwendige Brot zu kaufen, es jetzt 1800 Stunden Arbeit sind. Und wenn Sie Ihre Ziele durchsetzen, daß das Brot 50 und 60 Mark kostet, wie viel Stunden werden dann notwendig sein, um das Brot kaufen zu können? Dann tritt eben das ein für die Gesamtheit des Volkes, was heute in der „Deutschen Tageszeitung“ für einen Teil des Volkes schon eingestanden wird, daß eben weite Schichten des Volkes nicht mehr in der Lage sind, sich Brot zu kaufen.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wovon soll das Volk eigentlich leben? Wollen Sie das ganze Volk dazu bringen, sich nur noch durch Gewalt und List, durch Diebstahl aufrechterhalten zu können? Sie, die immer moraltriefend als Schützer der Ruhe und Ordnung sich hinstellen, treiben ja das gesamte Volk in eine Situation hinein, in der es sich nur noch durch sogenannte Verbrechen am Leben halten kann, und wenn Sie verlangen, daß derartige Brotpreise kommen — denken Sie daran, daß im Frieden im Konsumverein Berlin ein 4½-Pfundbrot für 50 Pfennig zu haben war —, dann sind das Preise — und das trifft auch auf die Preise zu, die uns auf Grund dieses Regierungsentwurfs drohen — von so ungeheuerlicher Höhe, daß bei diesem notwendigen Lebensmittel schon eine Steigerung von 100 Prozent vorhanden sein wird. Vergleichen Sie damit die Löhne, die gezahlt werden, vergleichen Sie damit das, was Herr Dusche sagt, daß jeder seines Lohnes wert ist, vergleichen Sie das einmal für die Beamten und Arbeiter und fragen Sie sich, ob man diese auch ihres Lohnes in diesem Maße für Wert befunden hat, wie man es in bezug auf die Arbeit der Agrarier getan hat und in noch verstärktem Maße tun will!

Ihre Zeitungen schreiben, trotzdem dieses Mißverhältnis von Löhnen und Preisen von Tag zu Tag klaffender wird, von der „brutalen Durchsetzung von Lohnforderungen seit dem 9. November“, und mit diesem Vorwurf polemisiert heute morgen die „Deutsche Tageszeitung“ gegen die Sozialdemokratische Partei.

(Hört! Hört! und Zuruf bei den Kommunisten.)

Ich will noch einmal widerlegen, was von Ihrer Seite (nach rechts) immer angeführt wird, daß die Landwirtschaft nicht produzieren und leben könne, daß sie ihr Produktionskapital angreifen müsse. Nehmen wir einmal an, daß die Berechnung der „Deutschen Tageszeitung“ von 10 bis 12 Milliarden Wenigerverdienst für das Umlagegetreide wahr sei. Der „Deutsche“, das Organ des ehemaligen Ministers Stegerwald, berechnet diesen Minderverdienst nur auf 7½ Milliarden; aber nehmen wir wirklich an, daß Sie für das eine Fünftel, das Sie im vorigen Jahre als Umlagesoll haben liefern müssen, 10 Milliarden weniger verdient haben. Die Zentralstelle der deutschen Landwirtschaftskammern hat den Wert der landwirtschaftlichen Erzeugnisse von 1913 auf 17½ Milliarden Goldmark festgestellt, eine viel höhere Summe, als die Gesamtheit der Industrieerzeugnisse. Nun wissen Sie alle aus den amtlichen Notierungen, daß seit 1913 Weizen um das 71½fache, Roggen um das 63½fache, Gerste um das 85fache, Hafer um das 70fache, Kartoffeln um das 70fache usw. gestiegen sind, daß Fleisch, das eine Zeitlang nicht in dem Maße gestiegen war, eine geradezu katastrophale Preishöhe erreicht hat; aber rechnen wir nur einmal mit einer durchschnittlichen 60fachen Steigerung, rechnen wir die 17½ Milliarden um, dann sind das 1000 Milliarden Mark landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Aber ich will selbst einmal die zurückgegangene Produktion zugrunde legen. Auf die Gründe, weswegen

(**Heydemann**, Abgeordneter.)

sie zurückgegangen ist, gehe ich vielleicht noch später ein. Aber rechnen wir einmal den Rückgang der Produktion, — ganz besonders ist sie in den Gebieten, wo die Großagrarier den überwiegenden Teil der Fläche in Händen haben, zurückgegangen, so in Brandenburg um 48 Prozent. Berücksichtigen wir auch die Abtretung wichtiger agrarischer Gebiete, dann bleibt immer noch ein Wert der landwirtschaftlichen Erzeugnisse von mindestens 500 Milliarden Papiermark. Und 10 Milliarden sind es, weswegen Sie unter die Revolutionäre gehen wollen. Sie können ja heute nicht, wie damals, als Sie die agrarische Drohung im sächsischen „Vaterland“ ausstießen, drohen, daß die Throne krachen sollen, sondern Sie können nur mit der Drohung kommen, daß das gesamte Volk wegen der **2 Proznt der Gesamteinnahmeminderung der Landwirte** ins Chaos stürze. Daran kann man Ihre Gewissenlosigkeit und Brutalität erkennen. Andererseits sieht man daran die Schiebung dieses ganzen Manövers. Es handelt sich auf diesem Gebiete gar nicht um den Ihnen sonst zugestandenen ehrlichen sacro egoismo. Es ist ja gar nicht der „solide Erwerbssinn“, der wegen der Umlage nicht auf seine Kosten kommt, sondern es ist in erster Linie ein demagogischer Trick zu politischen Zwecken. Sie wollen die politische Arbeit, die Sie jetzt abgeschlossen haben, durch die Mobilisierung der breitesten agrarischen Schichten ergänzen. Sie wollen die politische Seite, die uns ja tagtäglich entgegentritt durch Blausäureattentate auf Parlamentarier oder durch Browningattacken von Kriegervereinen auf Kinder, Sie wollen diese politische Diktatur der Junker durch eine wirtschaftliche Beherrschung des deutschen Volkes ergänzen, um den republikanischen Staat abzugurgeln.

Der Regierung, die natürlich abwesend ist, möchte ich zurufen, daß sie sich nicht dadurch täuschen läßt, daß die **Deutsche Volkspartei** hier erklärt hat, die Gesetze seien ihr heilig. Die Deutsche Volkspartei ist klüger, wie auch ihr Stinnes klüger ist, als wie die Partei der deutschnationalen Draufgänger. Aber die Deutsche Volkspartei geht schon nachher in Solidarität mit. Sie hat den Kapp-Putsch nicht mitorganisiert. Aber selbstverständlich hat sie mit derselben Freude die Räuberfahne nach dem Kapp-Putsch gehißt. Die Deutschnationalen schüren diese Auseinandersetzung und machen die Drohung wahr, die sie tagtäglich ausstoßen. Die Deutschnationalen sind militärisch so gerüstet, daß sie die Macht in Deutschland haben, und sie warten lediglich auf Berührungspunkte mit etwaigen ausländischen Mächten, um von dorther nicht gehindert zu werden. Sie werden all die Drohungen und all die Terrororganisationen, die Richtlinien, die in der „Freiheit“ standen und die der Abgeordnete Horn hier angeführt hat, durchführen, auch wenn dieser Gesetzentwurf angenommen ist. Sie tun das nicht, weil sie die Existenz ihres landwirtschaftlichen Geldbeutels irgendwie bedroht sehen, sondern aus politischen Gründen, weil für sie die Zeit reif ist, den Bürgerkrieg in dieser akuten Form zu führen.

Meine Damen und Herren! Heute hat im Hause ein deutschnationaler Abgeordneter — ich will dem Rufe des Abgeordneten Heim folgen, ehrlich zu sein, und ihn mit Namen nennen —, der Abgeordnete Lind, ganz offen ausgesprochen, daß die Agrarier, auch wenn die Umlage, wie sie uns die Regierung vorlegt, Gesetz wird, gar nicht daran denken, den Anforderungen dieses Gesetzes zu folgen. Es wäre überflüssig, alle die einzelnen Drohungen hier von der Tribüne herab bekannt zu geben. Es genügt vollständig, wenn die Arbeiter darüber orientiert sind. Man mag verordnen, soviel man will, der Brandenburgische Landbund liefert einfach nicht mehr.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

So steht es zum Beispiel in Nr. 5 Ihres Organs für die Provinz Brandenburg, und in einer anderen Nummer, Nr. 11, sagen Sie, „daß der jetzige Staat ruhig im halben Konkurs weiter leben soll“. Sie wissen ja alle, daß wir bei der Zunahme des Rückgangs in der Produktion gezwungen sind, Lebensmittel aus dem Ausland zu kaufen, und wenn auch der Konsum am notwendigsten bereits um 40 Prozent zurückgegangen ist, wird es trotzdem, zumal eine viel schlechtere Ernte in diesem Jahre zu erwarten ist und der Hektarertrag von Jahr zu Jahr wegen der Extensivierung der Landwirtschaft zurückgeht, nötig sein, für große Summen aus dem Auslande zu kaufen. Sehen Sie aber irgendwo einen Ausweg, wie man dieses Geld aufbringen könnte? Sie wissen selber, daß Ihre Erfüllungspolitik ausweglos ist, Sie sehen den Bankrott und das Chaos, und Sie versuchen, dieses Chaos zu beschleunigen, um eben damit ihre parteipolitischen, monarchistischen, reaktionären Ziele schneller erreichen zu können.

Wenn wir als **Kommunisten** Stellung nehmen sollen zu der Frage: **Zwangswirtschaft** oder Umlage in der Form, wie sie uns im Regierungsentwurf vorgelegt wird, dann sagen wir, daß diese ganze Zwangswirtschaft, dieses ganze Täuschungsmanöver aus der Kriegszeit, als Sie für die Durchhaltestimmung billige Löhne in der Industrie brauchten, sich als Schwindel entpuppt hat. Die Zwangswirtschaft hat es ermöglicht, daß der freie Handel zum Banner der ganzen Reaktion geworden ist, unter dem die Gegenreaktion ihre Truppen sammeln konnte, ganz besonders unter denen, die nicht alle werden. Der Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen Revolution und Gegenrevolution ist lange Zeit als ein Gegensatz zwischen freiem Handel und Zwangswirtschaft verschleiert und verzerrt worden. Nun dürfen Sie sich aber nicht wundern — und es ist ja charakteristisch und als ein Symptom anzusehen, daß Herr Dr. Heim, der sonst zu den Bannerträgern in dem Kampfe gegen die Zwangswirtschaft gehörte, von seinem Standpunkt etwas zurückgegangen ist —, daß heute die Vertreter der Bauern doch etwas vorsichtiger geworden sind. Es ist ganz deutlich zu erkennen, daß es Ihnen nicht mehr gelingen wird, die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung für ihre reaktionären Pläne unter diesem Feldgeschrei zu einen. Wir wissen doch, daß, wenn Sie sich auch immer als Vertreter der Landwirtschaft hinstellen, Sie in Wirklichkeit nicht die Landwirtschaft als solche vertreten, nicht die über 5 Millionen selbständigen Betriebe, sondern eben nur jenen kleinen Bruchteil der Betriebe, der ja auch durch den Regierungsentwurf nur erfaßt werden soll. Es ist ja deutlich ausgesprochen, daß die Betriebe bis zu fünf Hektar vollständig unbehelligt sein sollen. Das ist auch stets unsere Forderung gewesen. Sie werden deswegen allmählich einsehen, daß die **vier Fünftel landwirtschaftlicher Betriebe**, die meist noch auf Ihren Leim gegangen sind und denen Sie immer erzählen, daß man ihnen mit Polizeischikanen und Militärexpeditionen und mit all dieser Willkür entgegentreten möchte, bald erkennen, daß sie ja gar **nicht** mehr **von der Umlage erfaßt** werden. Deswegen wird der Kampf, der eine lange Zeit auf die schiefe Ebene gebracht war, allmählich klarer werden. Allmählich werden ja auch in den Reihen der Bauern die Illusionen verschwinden, als ob die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei ihre Interessen verträten. Die Mehrheitssozialdemokraten beantragen im Gegensatz zu der Regierungsvorlage, nicht 5 Hektar, sondern 10 Hektar von der Umlage frei zu lassen. Ich hoffe, daß man im Ausschuß noch etwas klarer dazu

(Heydemann, Abgeordneter.)

(A) Stellung nimmt. Wir haben seinerzeit einen Antrag eingebracht, man solle zwischen den verschiedenen Bodenklassen unterscheiden. Wir gingen so weit, anzunehmen, die Ernährung des deutschen Volkes sei schon gesichert, wenn man die Großbetriebe erfasse und nicht nur zur Ablieferung des Erzeugten, sondern auch zum Anbau — und das ist das Wesentliche — zwingt. Das stand seinerzeit im Absatz 9 unseres Antrages, es solle auch ein **Produktions- und Düngungszwang** ausgeübt werden. Wir haben seinerzeit beantragt, bei schlechten Böden die Besitzer bis zu 15 Hektar, bei mittleren bis zu 10 Hektar, und bei guten Böden bis 6 Hektar frei zu lassen.

So lange kapitalistisch gewirtschaftet wird, kann man selbstverständlich das Gewinnstreben der Landwirte durch Verbote nicht eindämmen.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Diese Utopie haben wir niemals gehabt, und trotzdem ist die Frage der **Preisgestaltung des täglichen Brotes** die allerwichtigste: Wie teuer soll das trockene Brot im nächsten Erntejahr sein? Darüber ist bisher noch gar nichts gesagt worden, darüber schweigen sich die Regierung und die Regierungsparteien aus. Durch den Zwang zur Ablieferung wird eine gewisse Menge von Brot sichergestellt. Wir haben aber stets gesagt, daß alle diese Versuche, der einseitige Zwang bei der Erzeugung der Lebensmittel, zur notwendigen Folge haben muß Sabotage der Produktion, Korruption, Schleichhandel, Schiebungen selbst von kommunalen Verbänden, wie wir es immer wieder haben lesen können, Schwarzschlachten, Hamsterei und all die schönen Erscheinungen dieser Zwangswirtschaft. Das Wichtigste neben genügender Erzeugung ist, daß das Brot zu einem Preise in die Hände der Allgemeinheit kommt, den die Massen bezahlen können. Die Massen müssen, wenn sie arbeiten, ein Recht haben, auch das zur Arbeit notwendige Brot (B) zu bekommen. Die Sicherstellung nicht nur der Ernährung, sondern auch eines billigen Brotpreises müßte in allererster Linie die Aufgabe der Regierung sein.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Aber was sehen wir in dem Entwurf der Regierung? Zu Beginn hat der Herr Landwirtschaftsminister Fehr sozusagen als Motto die Resolution vorangesetzt, die der Reichsrat beschlossen hat, daß man die Preisgestaltung des Brotes und für das Umlagegetreide so vornehmen soll, daß ungefähr 25 Prozent weniger als für das freie Getreide genommen werden soll. Also für ein Fünftel des erzeugten Getreides ein Ablaß von 25 Prozent. Daß die Agrarier diese 25 Prozent, die sie dort weniger bekommen, bei all den übrigen Produkten wieder restlos hereinbekommen, darüber brauche ich mich nicht zu äußern. In dem Entwurf ist vorgesehen, daß der Preis durch einen zwanziggliedrigen Ausschuß festgestellt werden soll, der besteht aus 5 Mitgliedern des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstags, 5 desselben Ausschusses des Reichsrats, 5 der Landwirte und 5 der Verbraucher. Es wird den Agrariern — und damit könnten sie eigentlich außerordentlich zufrieden sein — eine angemessene Entschädigung für die Gestehungskosten zugestanden, wie es in der Begründung des Entwurfs heißt, außerdem angemessene Unternehmergewinne und eine Sicherheit gegenüber einer Steigerung der Kosten der künftigen Erzeugung.

Ich wüßte nicht, woher die Sorgen auf der Grundlage einer derartig sicheren Produktionsmöglichkeit für einen Stand kommen sollten, der durch diesen Entwurf, wenn er Gesetz werden sollte, eigentlich wirklich alles bekäme, was er nur wünschen könnte. Wir wollen uns doch in keiner Weise durch die Milchmädchenrechnungen, die uns hier vorgebracht werden, noch auch durch Drohungen irre machen lassen. Es stimmt zwar schon, (C) wie hier von verschiedenen Abgeordneten gesagt worden ist, daß in letzterer Zeit wieder der Kredit mehr in Anspruch genommen wird, wenn auch verschwiegen wird, daß die **Agrarier** ihre Hypotheken, die sie einst als gutes Goldgeld haben aufnehmen müssen, mit Papiergeld haben abstoßen können. Die derzeitige **größere Inanspruchnahme von Kredit** ist zum Teil ein politisches Manöver.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Wir wissen zum Beispiel, daß der Verband der süddeutschen adligen Großgrundbesitzer sich eifrig bemüht, amerikanisches Geld zu bekommen, daß sehr viele Grundbesitzer versuchen, englisches Geld zu bekommen. Wir wissen auch ganz genau, da wir ja den übrigen Ereignissen der Welt gegenüber nicht blind sind und die Machenschaften der russischen Großagrarier aus der Vergangenheit kennen, wir wissen, aus welchen Berechnungen, aus welcher konterrevolutionären Politik auf weite Sicht Sie diese Maßnahmen vornehmen, wir wissen, daß Sie genau so wie der Hausbesitz große Bruchteile Ihres sogenannten „geliebten deutschen Vaterlandes“ in die Hände von sogenannten Landesfeinden bringen, die Ihnen ja viel näher stehen als Kapitalisten wie die deutschen Arbeiter, um einmal durch wirtschaftliche Versippung mit den Kapitalisten der Entente Garantien gegen die Arbeiterschaft zu bekommen, um gegen den Existenzkampf der Arbeiterschaft Bundesgenossen zu haben für Ihre kapitalistischen Interessen.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Das Junker- und **Bauernkapital** kommt zum großen Teil **unter die Botmäßigkeit des Bank- und Industriekapitals**, der internationalen Konzerne, und soweit es sich dabei um politische Dinge handelt, werden wir unser Augenmerk hierauf zu richten haben. Aber auf der andern Seite will ich gar nicht leugnen, daß eben durch (D) die Diktatur des Finanzkapitals und durch die Zunahme der Preise — zum Beispiel der Düngemittel, die gerade durch Ihre Schuld diese Höhe erreicht haben; denken Sie doch an die Ablehnung des Antrages des ehemaligen Landwirtschaftsministers Braun — die Landwirte unter einem gewissen wirtschaftlichen Druck leben, wenigstens zu einem Teil, vor allem die Mittel- und Kleinbetriebe, die ja viel teurer produzieren als die Großbetriebe. Wir können es uns deshalb auch erklären, daß Sie mit immer größerem Druck gegen die Arbeiterschaft vorgehen. Von Ihrer kapitalistischen Profitseele aus ist das ja verständlich. Wir können ganz gut verstehen, daß Sie immer mehr dazu übergehen, deutsche Arbeiter, die sich ja in gewisser Weise doch schon als Menschen fühlen, zu entlassen und dafür billigere Arbeiter aus östlichen Ländern, **polnische Arbeiter** nehmen. Auf der einen Seite vergießen Sie Tränen über den polnischen Imperialismus; auf der anderen Seite suchen Sie polnische Arbeiter. Herr v. Hindenburg war jetzt in Ostpreußen bei den Führern der Deutschnationalen zu Gast. Ich hoffe, daß er sich auf dem Gute **des Herrn v. Oldenburg-Januschau** auch einmal umgesehen und festgestellt hat, welche Sprache eigentlich auf diesem deutschnationalen Herrensitz die Arbeiter sprechen.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Herr v. Oldenburg-Januschau, dieser Überpatriot, hat seine deutschen Arbeiter entlassen und ist schon längst dazu übergegangen, was früher gang und gäbe bei den Agrariern war, sich willfährigere Arbeitsobjekte zu beschaffen, die er leider noch in dem Lande findet, in dem der weiße Schrecken noch brutaler wütet als in Deutschland, nämlich in dem sonst von den Deutschnationalen so scharf bekämpften Polen.

(**Heydemann,** Abgeordneter.)

(A) Wir haben gesehen, daß der Druck der Agrarier sich nicht nur gegen die eigenen Arbeiter durch Arbeitszeitverlängerung und durch Lohnabbau in immer stärkerem Maße richten muß, sondern daß er auch in verschärfter Weise die Konsumenten belastet, daß er immer wieder nach Staatsbeihilfe ruft, und daß andererseits der Druck der Agrarier sich durch eine unerhörte Produktionssabotage bemerkbar macht. Für uns als Arbeitervertreter ist es selbstverständlich, daß es diesem Druck der Agrarier gegenüber des Gegendruckes der organisierten Arbeiterschaft bedarf. Der **„sacro egoismo" der Agrarier** ist bewunderungswert; ich gönnte den Arbeitern nur einen Teil davon.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Die demagogische Art der Agrarier, ihre Profitinteressen mit vaterländischen und wirtschaftlichen Interessen zu bemänteln, ist geradezu bewundernswert. Ich möchte sie aber doch, um der Katze die Schelle umzuhängen, einmal an das erinnern, was in der Landwirtschaftlichen Woche im vorigen Jahr der Berichterstatter der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, der **Landesälteste v. Förster-Otterndorf** gesagt hat. Da war die Ehrlichkeit, von der Herr Dr. Heim heute sprach. Er sagte ganz offen:

> Der scharfe Rückgang vom intensiven zum extensiven Betrieb in der Landwirtschaft ist die Bilanz der Zwangswirtschaft.

Er fuhr dann fort:

> Die Drohungen, die wir nun bald drei Jahre hören, haben längst ihre Wirkung verloren.
>
> (Hört! Hört! bei den Kommunisten.)
>
> Der Appell aber an unser Pflichtgefühl zeugt von einem außergewöhnlichem Maß von volkswirtschaftlicher Ahnungslosigkeit.
>
> (Hört! Hört! bei den Kommunisten.)
>
> (B) Die Landwirte werden intensiv wirtschaften, wenn für sie diese Wirtschaft die rentabelste Art der Wirtschaftsführung ist. Ist das aber nicht der Fall, dann bleibt ihnen nur der Übergang zur extensiven Wirtschaft übrig.
>
> (Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

So sprach offen und ehrlich ein Vertreter von Ihnen.

Der Bauerndoktor Heim in seiner bajuwarischen Gerissenheit hat uns ja hier eine Probe davon gezeigt, wie man mit Humor und allerhand Mätzchen auch in der Gestalt eines Demokraten vor Urteilslosen bestehen kann. Er hat hier in geradezu prächtigen Worten gegen die Kanaille, gegen die Bourgeoisie eine Lanze gebrochen, die da praßt und schwelgt und die keinen Schuß Pulver wert sei. Aber, meine Damen und Herren, die Symptome aufdecken und daran in der Art des Herrn Dr. Heim herumdoktern, ohne diesen Sumpfboden des Kapitalismus im sozialistischen Sinne kultivieren zu wollen, das ist eben Schall und Rauch.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Sehr richtig, der Handel mit Nahrungsmitteln und mit Nahrungsmittelersatz, der sich überall verdreifacht hat, steckt einen großen Bruchteil des Gewinns ein, und wir als Sozialisten haben stets den Kampf dagegen geführt, daß in den **Preisen für Lebensmittel** ein so unerhört großer **Wuchergewinn für nichtstuende Schieber** und für weite Schichten des Handelsstandes steckt, die längst jede solide Basis verloren haben. Die direkte Verbindung von Produktion und Konsum ist eine notwendige Forderung und sollte eigentlich nicht nur eine Forderung der Sozialisten sein, sondern auch eine Forderung, für die ganz besonders das Reichsministerium, in dem ein Rathenau sitzt, eintreten sollte.

Wo bleiben eigentlich Ihre Gedanken, meine Herren **Deutschnationalen,** die Sie früher in dieser (C) Richtung verwirklichen wollten? Es gab doch früher einmal den sogenannten Antrag Kanitz: **Verstaatlichung des Getreidehandels;** warum hört man heute nichts mehr davon? Heute hört man nur Klagen darüber, daß, wie der Abgeordnete Heim hier ausführte, die Ware neun- und zehnmal von einer Hand in die andere gehe, Klagen darüber — natürlich in übertriebener Weise —, daß Sie nur geringe Bruchteile vom Preise in die eigene Tasche stecken können. Aber wo bleibt denn die Konseuenz? Es sieht fast so aus, als ob die Deutschnationale Partei, die ja jetzt eine andere sein will als die konservative Partei vor dem Kriege, schon so verjudet wäre, daß sie nicht gegen den Handel vorzugehen wagt.

(Lachen bei den Deutschnationalen.)

Das mag vielleicht daran liegen, daß Sie auf die Getreidegroßhändler, auf die Börse, eben auf den sogenannten jüdischen Geist, den Sie sonst bekämpfen, Rücksicht nehmen müssen, da Sie selbst dorther Geld schnorren für Parteizwecke. Auch in Ihren Reihen gibt es ja so außerordentlich verdächtige Elemente wie Herrn Helfferich und den judenstämmigen Adligen Herrn v. Graefe.

(Erneutes Lachen rechts.)

Damit mag es vielleicht zusammenhängen. Aber jedenfalls wundere ich mich, daß Sie in keiner Weise jene Ideen aufgreifen, die einst vom Grafen Kanitz vertreten wurden, die freilich nicht das Übel an der Wurzel packten, es aber doch immerhin in gewisser Weise volkswirtschaftlich eindämmen wollten, um den Zwischenhandel, dieses schamloseste Wuchertreiben, zu verhindern.

(Abgeordneter Laverrenz: Das war vor 30 Jahren!)

— Vor 30 Jahren haben wir schon unter Ihrem Brotwucher gelitten; vor 30 Jahren litt das deutsche Volk schon an Unterernährung. Das ist allerdings die große (D) Schande, deren wir uns selber anklagen müssen, daß wir uns heute noch trotz der Schule des Krieges und trotz der Revolution mit diesen Brotwucherern, Händlern und Schiebern herumschlagen müssen, anstatt daß wir endlich einmal zum Wiederaufbau des durch Ihre Schuld zerrütteten volkswirtschaftlichen Lebens auf der Grundlage der Gemeinwirtschaft gehen können. Das ist es eben: vor 30 Jahren vertrat man noch diese Ideen, weil man gegenüber dem Handel noch besondere Interessen hatte. **Vor 40 Jahren,** Herr Laverrenz, waren zum Beispiel die **Großagrarier in Ostpreußen** alle sehr hübsch **freisinnig,** fast Mann für Mann, da hießen die Vertreter der Agrarier in Ostpreußen Graf Schwerin und v. Saucken, und das waren Parteigänger von Eugen Richter, weil damals die Agrarier ein Interesse hatten am Freihandel.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Vor 20, 30 Jahren dagegen waren sie Interessenten am Schutzzoll und von allem möglichen Zwang. Da hieß es nur immer, ein schwacher Wirtschaftszweig müsse gestützt werden durch das starke Unterdiearmegreifen des Staates. Da wollten Sie auf Kosten der Allgemeinheit Schutz haben. Heute sind Sie wieder die Bannerträger des Freihandels. Freiheit, Freiheit, das ist es überhaupt, was einem aus Ihrem Blätterwalde immer wieder entgegenschallt. Die Deutschnationalen sind mit der Freiheit so verbunden, daß einem von dem Freiheitsgeschrei fast der Verstand stille steht, daß man es gar nicht begreifen kann, daß diese herrliche Freiheit, die von den Deutschnationalen propagiert wird, noch nicht restlos durchgesetzt ist. Ja, die Freiheit, die Sie verstehen, die Freiheit der schamlosen Auswucherung der ungeheuren Mehrheit des Volkes zugunsten eines kleinen Bruchteils, diese Freiheit ist in Wirklichkeit die Unfreiheit der Gesamtheit, die uns noch zum Kampfe

(Heydemann, Abgeordneter.)

(A) gegen diese kleine aber starke und in der Wirtschaft und im Staate entscheidende Clique

(Zuruf von den Deutschnationalen: Nanu?)

zwingt.

Obgleich nur ein Fünftel der Landwirte an der Ablehnung der Getreideumlage interessiert ist, ist es uns heute noch nicht möglich, diesen Terror und diese gewaltige Macht von einem so kleinen Bruchteil von einer Million Landwirte der großen und mittleren Betriebe zu brechen. Und **die Regierung versagt vollständig.** Die Regierung sieht voller Respekt zu, wenn Herr Dr. Heim seine Sprüche macht, sie ist sehr erfreut abgezogen, daß Herr Dr. Heim noch nicht mit bajuvarischer Deutlichkeit von eventueller Lostrennung Bayerns unter französischer Ägide gesprochen hat, sie ist sehr froh wieder weggegangen, hat sich die Regelung aus dem Lande Ägypten von Herrn Dr. Heim erzählen lassen, und Herr Kanzler Dr. Joseph Wirth denkt vielleicht in aller Gemütlichkeit daran, wie der alte Joseph, Kanzler und Ernährungsminister in Ägypten, ein Fünftel der Ernte nicht nur für ein Jahr, sondern für sieben Jahre beschlagnahmt hat.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Diese Regierung, die von Illusion zu Illusion taumelt, diese Regierung, die uns durch den Mund des Landwirtschaftsministers erklärt, daß die Produktion gesteigert werden müsse, diese Regierung, deren Ernährungsminister voll Kühnheit erklärt, daß bisher die Not von Deutschland noch ferngehalten sei — anscheinend ist Herr Fehr aus einer achtjährigen Kriegsgefangenschaft erst dieser Tage zurückgekommen —, diese Regierung ist ja eine Altweiberregierung, die eher heute als morgen von den hungernden Massen zum Teufel gejagt werden müßte.

(B) (Zuruf von den Deutschnationalen: Unsere Regierung ist es nicht!)

Ich will den Vorwurf „Weiberregierung" noch etwas rektifizieren. Es können ja auch heute Frauen in der Regierung sitzen, und wenn einige Hausfrauen, die in den Markthallen haben kaufen müssen, in der Regierung säßen, würden sie mehr auftrumpfen und eher in der Lage sein, die Mahnung Scheidemanns auszuführen, Handschellen anzulegen, als dieses Dreigestirn Rathenau, Fehr, Wirth.

Wir erwarten von der Umlage nichts. Wir wissen, daß die Zwangswirtschaft die Arbeiter nicht satt gemacht hat. In keiner Weise! Wir verlangen, daß sich die **Arbeiter** endlich einmal auf ihre **eigene Kraft** besinnen.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Die Regierung hat bisher nicht gewagt, sich auf die einzige Macht zu stützen, die die Republik schützt,

(Heiterkeit und Zurufe rechts)

die einzige Macht, auch im Kampfe gegen die Agrarier, gegen ihre Richtlinien, gegen ihre Maschinengewehre, gegen ihren Terror, ihre Orgesch, die ganzen Vorbereitungen, die ja bald vielleicht vom Manöver zur Tat übergehen. Die Regierung wagt es ja nicht, sich auf die Arbeiterschaft zu stützen. Aber gerade in diesen Tagen wäre Gelegenheit für die Mehrheitssozialdemokraten, wo die große Heerschau der organisierten Arbeiter in Leipzig ist, wo nach dem Anschluß von Beamten neun bis zehn Millionen Proletarier freigewerkschaftlich dort vertreten sind, — da wäre es wirklich an der Tagesordnung, zu handeln und Schluß zu machen mit diesem Terror der Agrarier und endlich freie Bahn zu schaffen für billiges Brot, endlich einmal zu sagen: nieder mit diesem Wucher, endlich einmal die Anpassung der Löhne an die Verhundertfachung der Preise und den Rückgang der Preise und das Hinaufgehen der Reallöhne zu fordern und den Kampf dafür zu organisieren. Dazu wäre der **Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund** imstande, wenn er wollte, wenn er sich nur im Sinne der Kommunisten besinnen wollte auf die gewaltige Macht, die in diesen Massen steckt. Es wird nicht genügen, in **Leipzig** nach Rezepten der Mehrheitssozialdemokraten etwa den Kampf um diese Umlage als Kampfobjekt zu proklamieren, — diese Umlage, ein jämmerliches Gebilde, ein Kind, geboren aus hoffnungsloser Sorge, aus „einerseits — anderseits", ein echt demokratisches Kind.

Das Kampfziel der Massen müßte ein ganz anderes sein. Auch der Ernährungsfrage, auch der Hungerkrisis gegenüber hilft planmäßige Gemeinwirtschaft, nur eine Enteignung der sabotierenden Großbetriebe.

(Lachen und Zurufe rechts: Rußland!)

Herunter von den großen Herrenhöfen mit den Saboteuren, den Waffenverschiebern, mit den Reaktionären, mit den Königsmachern! Sicherstellung der großen Getreideflächen auf den Gütern unter Kontrolle der Kleinbauern, unter Kontrolle der Landarbeiter, Zusammenarbeit mit den Konsumvereinen, Zusammenarbeit mit den Konsumenten, mit den Industriearbeitern. Eine Resolution für diese Umlage von 2,5 Millionen Tonnen, wo 25 Prozent weniger Weltmarktpreis fürs Brot gefordert werden, eine Resolution in Leipzig etwa, daß diese neuen Preise, diese drohende Verdoppelung des Brotpreises durch Lohnkämpfe wettgemacht werden müßte, das alles genügt nicht. Wir sehen ja, daß in den Kämpfen der Industriearbeiter dem Industriekapital gegenüber die Arbeiter wegen ihrer Zerrissenheit, wegen ihrer lokalisierten Kämpfe nicht zum Ziele kommen, daß im besten Falle die bekannte Schraube ohne Ende sich zeigt, daß man anpaßt und wieder steigert, daß die Preise immer höher werden und letzten Endes die Differenz zwischen Löhnen und Preisen sich nicht nur nicht ausgleicht, sondern immer größer wird.

Ich hoffe, daß endlich einmal diese Tatsachen, die sich in diesen Tagen vor und hinter den Kulissen abspielen, daß endlich einmal die Kämpfe, die um das trockene Stück Brot von den Arbeitern geführt werden müssen, der Masse aller Arbeiter ohne Rücksicht auf die Partei die Kampfbereitschaft bringen, zu der wir sie in unserem offenen Brief an alle Arbeiterorganisationen und an alle Arbeiterparteien auffordern, daß sie geschlossen zusammenstehen, um wenigstens die Ernährung der Massen, die Arbeitsfähigkeit, das wichtigste Produktionsmittel, kurz das Leben des Volkes sicherzustellen.

Die **Mehrheitssozialdemokraten** versuchen ja, eine **Wahlparole** hieraus zu machen. Bei den Mehrheitssozialdemokraten glauben vielleicht die Führer, daß im Kampfe um die **Umlage** vergessen wird, daß sie zum großen Teil selber an der Verteuerung des Brotes schuld haben.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Sie haben ja immer gerade dieser Regierung und ihren Koalitionsparteien die Steigbügel gehalten. Sie mit Ihrer Erfüllungspolitik sind auch schuld daran, daß die 20 Milliarden, die ausgegeben werden konnten, um das Volk wenigstens in den breiten Massen der Sozialrentner, der Arbeitslosen, überhaupt der Minderbemittelten mit billigerem Brot erhalten zu können, nicht mehr gezahlt werden. Sie mit Ihren 50 Milliarden Steuern, die Sie auf die breiten Schichten des Volkes gelegt haben, die durch die Geldentwertung bereits zu einer Summe von 100 Milliarden indirekter Steuern angewachsen sind, sind schuld daran, Sie, meine Herren von der Mehrheitssozialdemokratie, die Sie bisher nichts anderes als Kampfobjekt im Kampf zwischen Hunger und Kapital auf die Bahn geworfen haben als diese elende Regierungsvorlage, werden auch in Zukunft

(Heydemann, Abgeordneter.)

(A) Mitschuldige sein, wenn Sie den Kampf nicht für eine wirkliche Verbilligung des Brotes aufnehmen, sondern wenn Sie sich in dem Kampf auf einen Brotpreis von 32 Mark beschränken würden, wie er auf Grund der Regierungsvorlage zu erwarten ist.

Wir aber haben die Hoffnung, daß auch in den Reihen der Arbeiter in der Mehrheitssozialdemokratie endlich einmal sich die Einsicht durchbricht, die am vorigen Freitag durch den Mund des Abgeordneten Scheidemann ausgesprochen wurde. Der Feind steht rechts; der Hunger Ihrer eigenen Massen wird Sie zwingen, den Kampf um billiges Brot, um ausreichende Löhne, um wirkliche Sicherung der Republik gegenüber den politischen Attentaten der Reaktion aufzunehmen.

Meine Herren von den sozialdemokratischen Parteien! Ziehen Sie die Konsequenzen aus dem, was Ihre eigenen Massen empfinden. Gestern hat der Abgeordnete Krätzig ausgeführt, daß, wenn der Hunger zunimmt, die Katastrophe käme, daß dann der Bürgerkrieg käme und daß Sie diesen Bürgerkrieg vermeiden wollen. Meine Herren von der Sozialdemokratie! Ich möchte Sie an eins erinnern: leben wir nicht schon seit langem im **latenten Bürgerkrieg**, leben wir nicht schon lange in der Erwartung, daß dieser schleichende Bürgerkrieg durch die Rüstungen der Reaktion zu einem akuten wird? Nicht darauf kommt es an, den Bürgerkrieg, der da ist, einfach totzuschweigen, sondern es kommt darauf an, daß der Bürgerkrieg, in dem wir uns befinden, zu einem siegreichen Bürgerkrieg wird für das Proletariat und zu einer Niederlage für die Reaktion. Diese Notwendigkeit sollten Sie zur Grundlage Ihrer gesamten Politik machen. Die Kämpfe, die sich aus dem Hunger des Volkes im nächsten Erntejahr entspinnen werden, werden ihre Konsequenzen haben, sie werden notwendig zu revolutionären Zusammenstößen führen mit der (B) Staatsmacht, die eben den Kapitalismus und die Selbstherrlichkeit der Agrarier schützt. Das Proletariat in allen seinen Richtungen wird das tun müssen, was die Regierung nicht tun will oder nicht kann. Das ist die Aufgabe aller Arbeitervertreter. Den großagrarischen Landbundhelden müssen ihre Lieferstreiks- und Steuerstreikspläne, ihre Wucherfreiheitspläne durch den Kampf der Proletarier zuschanden werden.

Wir hoffen, daß die Mehrheitssozialdemokraten, die mit gewissem Stolz sich allmählich zu Nationalsozialen ausgebildet haben, einsehen, daß es sich bei dem Kampf um billiges Brot um einen wirklich nationalen Kampf handelt gegen die antinationale wuchernde „Heil-Dir-im-Siegerkranz“-Gesellschaft, deren Leitmotiv es ja stets gewesen ist: Wo der große Profit winkt, da ist mein Vaterland!

Ich komme zum Schluß, und zwar mit der Feststellung, daß man in Deutschland Mörder mit Ausnahme vielleicht reaktionärer Studenten, die revolutionäre Arbeiter erschießen, nach dem Strafgesetzbuch wenigstens unter Anklage stellt. Aber in diesem bürgerlichen Deutschland, in dem wir uns heute befinden, sind die Elemente, die dem Volke das Brot wegnehmen, die dem Volke den Kauf des Brotes unmöglich machen, die Hunderttausende dem Hungertode preisgeben, gerade die gefeiertsten Stützen der Gesellschaft und die besten bürgerlichen Elemente. Aufgabe und Pflicht aller Arbeiter in Stadt und Land wird es sein, daß das kapitalistische Sumpfgelände in revolutionärem Sinne kultiviert wird, daß der Boden vorbereitet wird, auf dem intensiv im Interesse des ganzen schaffenden Volkes gewirtschaftet werden kann. Die **Kampflosung** für diese **Zukunftskämpfe** lautet: Her mit der Kontrolle der Produktion, her mit der Enteignung der sabotierenden Großgrundbesitzer, Verbilligung des Brotes und dadurch Rettung des Volkes vor Hunger und Konterrevolution! (C)

(Beifall bei den Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Die erste Beratung ist geschlossen, da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen. Ich schlage Ihnen vor, die Vorlage an den 5., den volkswirtschaftlichen Ausschuß zu verweisen. — Ein Widerspruch dagegen erhebt sich nicht; ich stelle fest, daß das Haus entsprechend beschließt.

Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat der Herr Abgeordnete v. Graefe (Mecklenburg).

v. Graefe (Mecklenburg), Abgeordneter: Der Abgeordnete Heydemann hat im Laufe seiner Ausführungen mich als einen Judenstämmling bezeichnet. Nachdem ich bereits früher wiederholt, und zwar nicht nur in der Presse, sondern gegenüber ähnlichen Verirrungen der Herren Abgeordneten Bernstein und Breitscheid, auch von der Tribüne dieses Hauses aus, solche Behauptungen als orientalische Phantasien gekennzeichnet habe, muß ich annehmen, daß der Abgeordnete Heydemann entweder die Verhandlungen des Reichstags verschläft oder wider besseres Wissen heute gesprochen hat. Welche Version zutrifft, mag er selbst entscheiden. Soviel kann ich ihm aber versichern, daß, wenn ich in meinen Adern auch nur einen Tropfen Judenblut hätte, ich schon aus Pietät gegen meine Vorfahren sie nicht so verleugnen würde, wie der Abgordnete Heydemann seine Vorfahren verleugnet.

(Bravo! rechts. — Lachen links.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Heydemann.

Heydemann, Abgeordneter: Wenn die Wahrheitsliebe des Herrn Abgeordneten v. Graefe geprüft werden müßte an den letzten Ausführungen, die er eben gemacht hat, dann bedürfte es ja überhaupt keiner Entgegnung meinerseits. Aber ganz abgesehen von Ihrem Äußern, Herr v. Graefe, (D)

(Heiterkeit)

möchte ich Sie doch an das eine erinnern, daß doch schließlich, um zu wissen, ob man jüdisch ist oder rein blaublütiges Blut in seinen Adern hat, nicht nur der eine Stammbaum vom Vater zum Vater, sondern auch die Abstammung mütterlicherseits in Frage kommt.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Herr Abgeordneter Heydemann, Sie können im Wege einer persönlichen Bemerkung nur Angelegenheiten vorbringen, die Sie persönlich betreffen, nicht solche, die sich gegen einen anderen Abgeordneten wenden.

(Heiterkeit.)

Heydemann, Abgeordneter: Um auf meine Person zu sprechen zu kommen, so habe ich persönlich ja das Vergnügen schon öfter erlebt, zum Beispiel in Briefkastennotizen des Ihnen nahestehenden Kuntze — ich will hier den Beinamen dieses Herrn nicht nennen — und anderer berühmter Helden, zu einem Rassenjuden gestempelt zu werden. Ich habe es nicht nötig, mich zu verteidigen, denn wir kennen in keiner Weise Unterschiede in dieser kleinlichen, gehässigen, kulturwidrigen, ja letzten Endes sogar undeutschen Art, die von Ihrer Seite beliebt wird. Aber ich will gern eine Auslobung machen für die deutschnationale Parteikasse, wenn es Ihnen gelingt, was mich persönlich interessiert wegen Vervollständigung der psychologischen Kenntnis meiner

(Heydemann, Abgeordneter.)

(A) Ahnen, mir nachzuweisen, daß unter meinen Ahnen sich auch nur ein Jude befindet.

(Heiterkeit.)

Mir persönlich wäre es gleichgültig, das zu akzeptieren; Ihr Antisemitismus, nach einem alten Wort eine Erfindung konkurrenzneidischer hanseatischer Kaufleute, ist ja ein Beweis dafür, daß das Judentum ob seiner Intelligenz Ihnen allerdings schon sehr viel hat zu schaffen machen und Ihren Bauernschädeln viel Kopfschmerzen gemacht hat. Bitte, Herr v. Graefe, den Beweis! Ich verpflichte mich als Gegenleistung zu einem namhaften Betrag für die deutschnationale Parteikasse.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Herr Abgeordneter Heydemann, diese Auslobung können Sie nicht im Wege einer persönlichen Bemerkung machen.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Graefe (Mecklenburg).

v. Graefe (Mecklenburg), Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Heydemann hat mich in einer Beziehung, wie es scheint, falsch verstanden. Mit der Verleugnung seiner Vorfahren habe ich nicht etwa behaupten wollen, daß er jüdische Vorfahren hätte; denn wenn er die hätte, wäre sein Auftreten das Gegenteil von Verleugnung jüdischer Vorfahren.

(Sehr richtig! rechts.)

Er weiß sehr wohl, daß ich ganz etwas anderes gemeint habe.

Wenn er dann noch einmal gesagt hat, daß für meine Abstammung allerdings nicht nur die väterliche Familie in Betracht kommt, so gebe ich ihm darin recht. Aber obwohl nach altem juristischem Brauch der An-(B)kläger die Beweislast hätte, soll es mir doch eine Freude sein, in diesem Falle die Beweislast auf mich zu nehmen. Bei seinem so außerordentlich liebenswürdigen Interesse für meine Vorfahren und meine Abstammung stelle ich ihm zur Verfügung nicht nur den Stammbaum der Graefeschen Familie, sondern nach dem Ahnenprinzip 32 Ahnen lückenlos, in denen nicht ein Tropfen jüdischen Bluts ist.

(Bravo! rechts. — Lachen links.)

Vizepräsident Dr. **Bell:** Damit sind auch die persönlichen Bemerkungen erledigt.

(Wiederholte Zurufe rechts und links.)

— Die zulässigen und die unzulässigen persönlichen Bemerkungen sind erledigt!

Wir gehen über zum fünften Punkt der Tagesordnung, zur

ersten Beratung des von den Abgeordneten v. Guérard, Müller (Franken), Dr. Becker (Hessen), Erkelenz, Leicht und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Nr. 4494 der Drucksachen).

Ich eröffne die Beratung. Der Herr Antragsteller verzichtet.

Das Wort hat der Herr Reichsjustizminister.

Dr. **Radbruch,** Reichsjustizminister: Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung hält den vorliegenden Entwurf für eine glückliche Lösung dringender Fragen des Genossenschaftsrechts, und weil diese Fragen außerordentlich dringend sind, stellt die Reichsregierung ihre Bedenken dagegen zurück, daß sie in Angriff genommen werden vor der geplanten Neuordnung des gesamten Genossenschaftsrechts. Ein Entwurf zur Neuordnung des Genossenschaftsrechts wird in absehbarer Zeit dem Reichstag zugehen.

Vizepräsident Dr. **Bell:** Zu der ersten Beratung liegen weitere Wortmeldungen nicht vor, ich schließe also die erste Beratung.

Meine Damen und Herren, wir können gleich in die zweite und dritte Beratung des Entwurfs, wie es vorgeschlagen worden ist, eintreten, falls kein Widerspruch erfolgt. — Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich eröffne also die

zweite Beratung.

Ich rufe auf Art. I mit sämtlichen Paragraphen, — schließe die Besprechung, da keine Wortmeldungen vorliegen und erkläre ihn für angenommen.

Ich eröffne die Beratung über Art. II — und schließe auch sie, da keine Wortmeldungen vorliegen. — Angenommen.

Einleitung und Überschrift — sind gleichfalls angenommen.

Ein Widerspruch dagegen, daß die dritte Beratung sofort erfolgt, ist nicht laut geworden. Wir treten in die

dritte Beratung

ein. Ich eröffne die allgemeine Aussprache — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir treten in die besondere Beratung ein. Ich eröffne die Aussprache über Art. I mit sämtlichen Paragraphen — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen, ebenso über Art. II und stelle die Annahme von Art. I und II fest, ebenso die Einleitung und Überschrift. —

Ich darf wohl annehmen, daß auch bei der Gesamtabstimmung das Haus zustimmt. — Ein Widerspruch (D) erfolgt nicht; das Gesetz ist also auch in dritter Lesung angenommen.

Wir gehen dann über zum sechsten und letzten Gegenstand der heutigen Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs eines Reichsgesetzes über die Schutzpolizei der Länder (Nr. 4516 der Drucksachen).

Als Kommissare sind angemeldet:
Reichskommissar Kuenzer,
Oberregierungsrat Wagner,
Regierungsrat Schulze.

Ich eröffne die erste Beratung — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Ich schlage Ihnen vor, die Vorlage an den ersten, den Haushaltsausschuß zu überweisen. — Das Haus ist damit einverstanden und beschließt demgemäß.

Damit ist unsere heutige Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen nunmehr vor, die nächste Sitzung anzuberaumen auf Mittwoch den 21. Juni, nachmittags 2 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Anwendung der Verträge zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich vom 6. Oktober 1921, 15. März und 3. Juni 1922 sowie der Vereinbarung zwischen der Deutschen Regierung und der Reparationskommission vom 2. Juni 1922 über die Ausführung der Reparationssachleistungen,
2. Interpellation der Abgeordneten Arnstadt und Genossen, betreffend die Ratifizierung der Wiesbadener Protokolle vom 6. und 7. Oktober 1921 ohne Zustimmung des Reichstags,

(Vizepräsident Dr. **Bell**.)

(A)

3. Interpellation der Abgeordneten Dr. Stresemann und Genossen, betreffend die Neutralisierung der Rheinlande durch England und Frankreich;
4. Interpellation der Abgeordneten Crispien und Genossen, betreffend das Ergebnis der Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission;
5. Interpellation der Abgeordneten Dr. Lauscher und Genossen, betreffend die Note der Botschafterkonferenz, betreffend Einstellung bezw. Zerstörung (B) von Eisenbahnbauten im besetzten rheinischen Gebiete;
6. zwei Denkschriften über die Reparationsfrage.

Ein Widerspruch gegen die Tagesordnung erfolgt nicht; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 28 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

231. Sitzung.

Mittwoch den 21. Juni 1922.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 19 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Ein Schreiben des Herrn Reichsministers des Innern über Veränderungen im Reichsrat bitte ich den Herrn Schriftführer zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter **Schmidt** (Sachsen):

Mit Bezug auf Art. 33 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Deutschen Reichs teile ich ergebenst mit, daß von Hamburg der Vortragende Rat Dr. Felscher zum stellvertretenden Bevollmächtigten und von Braunschweig der Vorsitzende des Staatsministeriums, Minister Dr. Jasper, (D) zum Bevollmächtigten und der Minister Kaefer zum stellvertretenden Bevollmächtigten zum Reichsrat ernannt worden sind. Die braunschweigischen Minister Junke und Antrick sowie der Ständige Vertreter des preußischen Staatskommissars für Volksernährung Staatssekretär Dr. Hagedorn sind aus dem Reichsrat geschieden.

Präsident: Als Vorlage ist eingegangen der Entwurf eines Gesetzes über Verlängerung der Geltungsdauer des Wohnungsmangelgesetzes.

In den Aufsichtsrat der Deutschen Werke, Aktiengesellschaft, ist an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Hue der Abgeordnete Kahmann eingetreten.

Der Rechtsanwalt Dr. Kaiser in Dresden sucht mit Schreiben vom 19. Juni die Genehmigung nach zur Strafverfolgung des Mitglieds des Reichstags Kahmann wegen öffentlicher Beleidigung.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, dieses Schreiben dem Geschäftsordnungsausschuß zur Berichterstattung zu überweisen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Überweisung hat stattgefunden.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 5. Ausschuß für die Abgeordneten Korthaus, Tremmel, Haag, Hammer, van den Kerkhoff, Dr.-Ing Wieland, Sivkovich, Herrmann
die Abgeordneten Diez, v. Guérard, Schiele, Wellnböck, Biener, Dr. Pachnicke, Dr. Böhme (Magdeburg), Graf Bernstorff (Schleswig-Holstein);

in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Pohlmann, Dr. Zapf
die Abgeordneten Dr. Dernburg, Westermann;

(Präsident.)

(A) in den 13. Ausschuß für die Abgeordneten Merkel, Henning
die Abgeordneten Horn, Arnstadt;
in den 19. Ausschuß für den Abgeordneten Schwarz (Hessen)
der Abgeordnete Sinn;
in den 22. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Philipp, Dr. Beyerle
die Abgeordneten Dr. Barth (Chemnitz), Leicht.

Ich habe Urlaub erteilt dem Herrn Abgeordneten Dr. Schreiber für 5 Tage.

Es suchen für längere Zeit Urlaub nach die Herren Abgeordneten
Machens für 14 Tage und
Ledebour für 3 Wochen wegen Krankheit.
— Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Urlaubsgesuche sind bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand:

zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Anwendung der Verträge zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich vom 6. Oktober 1921, 15. März und 3. Juni 1922 sowie der Vereinbarung zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission vom 2. Juni 1922 über die Ausführung der Reparationssachleistungen (Nr. 4468 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (Nr. 4521 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Dernburg.

Ich schlage Ihnen vor, alle weiteren Gegenstände der (B) Tagesordnung mit diesem ersten Gegenstand zur gemeinsamen Beratung zu verbinden, und zwar:

Interpellation der Abgeordneten Arnstadt und Genossen, betreffend die Ratifizierung der Wiesbadener Protokolle vom 6. und 7. Oktober 1921 ohne Zustimmung des Reichstags (Nr. 2991 der Drucksachen),

Interpellation der Abgeordneten Dr. **Stresemann und Genossen, betreffend Neutralisierung der Rheinlande durch England und Frankreich** (Nr. 4117 der Drucksachen),

Interpellation der Abgeordneten Crispien und Genossen, betreffend das Ergebnis der Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission (Nr. 4431 der Drucksachen),

Interpellation der Abgeordneten Dr. **Lauscher und Genossen über die Note der Botschafterkonferenz, betreffend Einstellung beziehungsweise Zerstörung von Eisenbahnbauten im besetzten rheinischen Gebiet** (Nr. 4434 der Drucksachen),

Interpellation der Abgeordneten Marx und Genossen, betreffend Zustände im Saargebiet (Nr. 3171 der Drucksachen),

Beratung des Weißbuchs „Aktenstücke zur Reparationsfrage vom Mai 1921 bis März 1922“ (Nr. 4140 der Drucksachen), **und des Nachtrags zu dem Weißbuch** (Nr. 4484 der Drucksachen).

Ich bitte auch, die nachträgliche Genehmigung dazu zu erteilen, daß die an letzter Stelle stehende Interpellation der Abgeordneten Marx und Genossen, betreffend die Zu- (C) stände im Saargebiet, mit auf die Tagesordnung gesetzt und mit der Beratung verbunden wird. Dieser Gegenstand ist gestern bei der Verkündung der Tagesordnung nicht erwähnt worden; es war aber vorher bereits eine diesbezügliche Verständigung im Ältestenrat herbeigeführt worden.

(Zuruf: Auf der Tagesordnung steht es ja!)

— Es ist aber nicht verkündet worden! Die Verkündung ist maßgebend. — Das Haus erhebt keinen Widerspruch; die Verbindung ist damit beschlossen.

Zunächst hat das Wort der Berichterstatter des Auswärtigen Ausschusses, Herr Abgeordneter Dr. Dernburg.

Dr. **Dernburg,** Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Sie haben den eben vom Herrn Präsidenten nach seinem vollen Titel aufgeführten Gesetzentwurf dem 7. (Auswärtigen) Ausschuß und dem 9. Ausschuß, dem Ausschuß für die Ausführung des Friedensvertrages, zu gemeinsamer Beratung überwiesen. Diese Beratung hat gemeinsam stattgefunden. Aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen hat man sich dahin entschlossen, den Bericht durch den 7. Ausschuß erstatten zu lassen. Das Votum, das Sie auf dem Bericht finden, ist auch nur das Mehrheitsvotum des 7. Ausschusses. Sollte, so wurde damals vereinbart, der 9. Ausschuß zu einem anderen Schluß kommen, so sollte er in die Lage gesetzt werden, ein besonderes Votum abzugeben. Ein solches besonderes Votum hat der 9. Ausschuß nicht abgegeben. Das Gesetz ist ein **Ermächtigungsgesetz für die Reichsregierung,** Verträge in Kraft zu setzen, welche sich damit beschäftigen, für die in dem Friedensvertrag von Versailles und dem Londoner Ultimatum festgestellten **Sachlieferungen** die zweckmäßigste Form zu finden. Das Verfahren des Friedensvertrages, für diese Sachlieferungen, den Weg der Lieferung von Regierung (D) zu Regierung durch Vermittlung der Reparationskommission, die einseitig über Lieferungsfristen, Lieferungsbedingungen und Lieferungspreis entscheidet, zu wählen, hat sich rasch als unpraktisch erwiesen. Auf der Gegenseite hat sich infolgedessen in steigendem Grade die Überzeugung verbreitet, daß andere Wege gesucht werden müßten. Aus dieser Bewegung sind die drei vorliegenden Abkommen entstanden. Es handelt sich zunächst um das Wiesbadener, das sogenannte Rathenau-Loucheursche Abkommen vom 6. Oktober 1921, das an Stelle des Verkehrs über die Regierungen einen Verkehr über zentrale Privatorganisationen setzt und die Preisfestsetzung auf paritätischer Grundlage regelt. Ferner handelt es sich um das sogenannte Bemelmans-Abkommen, ein Abkommen, welches Herr Bemelmans namens und im Auftrage der Reparationskommission hier verhandelt hat, in seiner endgültigen Fassung vom 2. Juni 1922, das den vollen freien Verkehr zwischen alliierten Bestellern und deutschen Lieferanten vorsieht. Schließlich handelt es sich um das Gillet-Abkommen vom 15. März mit dem Zusatz vom 3. Juni. Das Gillet-Abkommen ist ein Abkommen, das der Kontrolleur Gillet namens und im Auftrage der französischen Regierung im Verfolg der Abmachungen des Bemelmans-Abkommens hier verhandelt hat, mit einem Zusatz vom 3. Juni 1922, der das Wiesbadener und das Bemelmans-Abkommen für Frankreich verbindet.

Meine Damen und Herren! Die bestehenden **Lieferungsverpflichtungen,** wie sie durch den Friedensvertrag und das Londoner Ultimatum festgesetzt worden sind, sollen durch das Abkommen nicht erweitert werden, allerdings ist bemerkt und bemängelt worden, daß das Londoner Ultimatum seinerseits die im Friedensvertrag enthaltenen Verpflichtungen auf Sachlieferungen erweitert hat. Das **Wiesbadener Abkommen** überträgt die Verpflichtung der

(Dr. **Dernburg**, Berichterstatter.)

(A) deutschen Regierung auf deutsche Lieferorganisationen. Das Bemelmans- und damit auch das Gillet-Abkommen entbinden die Regierung nicht nur von jeder Verpflichtung, sondern überlassen es auch völlig dem einzelnen Industriellen und Kaufmann, ob sie über Reparationskonto Lieferungen machen wollen. In Zukunft kommen gegenüber **Frankreich drei Verfahren** in Anwendung:

erstens für Lieferungen zum Zweck des Wiederaufbaues, soweit es sich nicht um Gegenstände der sogenannten negativen Liste handelt, der freie Verkehr gemäß dem Abkommen Nr. 2. Diese negative Liste ist eine Liste von Bedarfsgegenständen, die Deutschland nicht entbehren kann, und die deshalb von ihm auf Grund eines dieser Abkommen nicht angefordert werden können;

zweitens für Lieferungen zum Zweck des Wiederaufbaues, soweit es sich um Gegenstände der negativen Liste handelt — bei dieser negativen Liste ist natürlich die Ausnahme, daß eine Genehmigung erteilt werden kann —, das Verfahren des Wiesbadener Abkommens und

drittens für Lieferungen, die nicht zum Wiederaufbau bestimmt sind, das gebundene Verfahren des Friedensvertrages.

Ziffer 2 und 3 werden nach Ansicht der Regierung nur eine ganz geringe Rolle spielen.

Gegenüber **Belgien** und den anderen Ländern, die dem Bemelmans-Abkommen beitreten, werden nun **zwei Verfahren** Platz greifen:

erstens für alle Lieferungen, soweit es sich nicht um Gegenstände der negativen Liste handelt, der freie Verkehr gemäß dem Bemelmans-Abkommen,

zweitens für Gegenstände der negativen Liste das Verfahrens des Friedensvertrages gegenüber allen anderen Ländern weiterhin ausschließlich das Verfahren des Friedensvertrages.

Der **freie Sachlieferungsverkehr unter dem Bemelmans-Abkommen** spielt sich in Form des normalen Ausfuhrhandels ab. Insbesondere unterliegen die Reparationslieferungen der deutschen Außenhandelskontrolle. Die (B) einzelnen Abschlüsse bedürfen aber der Genehmigung der Reparationskommission. Die deutsche Regierung kann in einer Reihe genau formulierter Fälle ihre Zustimmung verweigern. Das Genehmigungsverfahren muß in bestimmten kurzen Fristen erledigt sein. Falls die Genehmigung versagt wird, behalten die Abschlüsse als gewöhnliche Handelsgeschäfte Geltung, sofern die Parteien nicht das Gegenteil verabredet haben. In gewissen Fällen erhält der deutsche Lieferer unmittelbare Bezahlung in bar von den Bestellern, nämlich unter der Voraussetzung, daß der Besteller kein Kriegsgeschädigter ist, und zwar bis zur Höhe der in den Lieferungen enthaltenden ausländischen Rohstoffe. Hierüber verhält sich eine Liste, nach der die einzelnen Prozentsätze festgestellt werden, welche in diesem Falle bar bezahlt werden müssen. Im übrigen werden die deutschen Lieferer von der deutschen Regierung in Papiermark zum Kurse des Abschlußtages bezahlt. Für das Verfahren ist ein Schecksystem ausgearbeitet, von dem Formulare beigefügt sind. Die Vorlage ist in Ihrer aller Händen.

Das **Gillet-Abkommen,** das die Anwendung des Wiesbadener und des Bemelmans-Abkommens im Verhältnis zu Frankreich regelt, sucht den hier obwaltenden besonderen Verhältnissen insofern Rechnung zu tragen, als es jedes Eingreifen der französischen Regierung in den freien Sachlieferungsverkehr ausschließt und damit den Gefahren einer mißbräuchlichen Ausnutzung der Reparationslieferungen zu politischen Zwecken, insbesondere in den besetzten Gebieten, vorbeugt.

Dieses erste Abkommen, das Rathenau-Loucheur-Abkommen, hat den Auswärtigen Ausschuß bereits früher beschäftigt. Eine der Fragen, die dabei aufgeworfen (C) worden sind, war die, ob ein solches Abkommen zu seiner Gültigkeit der **verfassungsmäßigen Genehmigung** dieses Hauses bedürfe, eine These, die die Reichsregierung seinerzeit bestritten hat. Sie ist jetzt insofern gegenstandslos geworden, als dieses Abkommen nunmehr doch unterbreitet worden ist, nachdem es die französische Regierung für notwendig und angezeigt gehalten hat, dieses von der vorhergegangenen Briand-Regierung abgeschlossene Abkommen dem Votum der beiden Kammern zu unterbreiten. Die Ausführungen, die über die Notwendigkeit der Ratifikation in der Kommission gemacht worden sind, will ich hier nicht wiederholen. Es wird hier Gelegenheit sein, die Stellungnahme der einzelnen Parteien noch zu hören. Im wesentlichen muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß in diesem Rathenau-Loucheur-Abkommen auch eine nicht unwesentliche Kreditgewährung an Frankreich aus Reichsmitteln eingeschlossen ist, eine Bestimmung, die im Ausschuß bei verschiedenen Seiten ziemlich erhebliches Bedenken erregt hat.

Die **Abkommen** sind alle ganz **kurzfristig.** Sie sind der Natur nach ein Versuch. Sie können zum Teil mit halbjährlicher, zum Teil mit dreivierteljährlicher Frist gekündigt und außer Kraft gesetzt werden. Das sogenannte Bemelmans-Abkommen hat inzwischen die Genehmigung der Reparationskommission gefunden wie auch das Rathenau-Loucheur-Abkommen, das nach bestimmten Vorschriften, die in ihm enthalten sind, gleichfalls der Reparationskommission zu unterbreiten war, weil in ihm Bestimmungen enthalten sind, die in die Befugnisse dieser Körperschaft fallen. Die Reparationskommission und die vereinigten Finanzminister der alliierten und assoziierten Mächte haben über diesen Gegenstand Beschlüsse gefaßt, die in dem Weißbuch abgedruckt sind, das Ihnen über die Fortschritte der Ausführung des Versailler Vertrags vor einigen Tagen überreicht worden ist.

Die deutsche Regierung hat in dem Bestreben, (D) möglichst die Bestimmungen des Versailler Vertrages, soweit sie überhaupt durch uns ausführbar sind, in Formen zu gießen, die für die deutsche Wirtschaft erträglicher sind als die Zahlung in reinem Gold durch Beschaffung von Devisen, diese drei Abkommen negoziiert und sie empfiehlt sie dem Reichstag zur Annahme. Die weitaus größte Anzahl der Redner in der Kommission — man möchte fast sagen alle — konnte schwere Bedenken, welche aus diesen Abkommen für Deutschland möglicherweise entstehen können, und die vielleicht nach der Ansicht einzelner ihren Grund mehr in den Bestimmungen des Friedensvertrages als gerade in diesen Abkommen finden, nicht unterdrücken. Es haben sehr eingehende, zum Teil vertrauliche Beratungen darüber stattgefunden, und die Regierung hat nach jeder Richtung zur Aufklärung das Nötige beigetragen.

Nachdem die Materie in einer etwa fünfstündigen Sitzung erschöpft war, hat die Kommission beschlossen, diesem hohen Haus die Annahme des Gesetzes zu empfehlen, durchs welche der Reichsregierung die Ermächtigung erteilt wird, diese drei Abkommen in Kraft zu setzen.

Präsident: Das Wort zur Begründung der Interpellation der Abgeordneten Arnstadt und Genossen, betreffend die Ratifizierung der Wiesbadener Protokolle, hat der Herr Abgeordnete Dr. Reichert.

Dr. **Reichert,** Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen, meine Herren! Die Interpellation, die zu begründen ich die Aufgabe habe, ist gegen das Wiesbadener Abkommen gerichtet oder, genauer gesagt, gegen die beiden Wiesbadener Protokolle vom 6. und 7. Oktober vorigen Jahres. Das eine Protokoll beschäftigt sich mit den Sachlieferungen auf Grund des Friedensvertrages, das

(Dr. Reichert, Interpellant.)

(A) andere mit den sogenannten Rücklieferungen. Das erste Kabinett Wirth hat diese Protokolle, ohne die Zustimmung des Reichstags dazu zu haben, ratifiziert. Hiergegen richtet sich unser Protest, und zwar aus folgenden Gründen. Der erste Grund ist der: wir haben es hier mit einer **Verschlechterung der Rechtslage gegenüber dem Versailler Vertrag** und dem Londoner Ultimatum zu tun. Der zweite ist eine höchst bedenkliche Mehrbelastung des Reichshaushalts, eine Belastung, die über die feindlichen Diktate noch weit hinausgeht. Das Wort „Protokoll" ist in einem solchen Fall durchaus falsch angewandt. Es hätte heißen müssen „Staatsverträge". Der dritte aber, der wesentlichste Gesichtspunkt für uns ist der: es handelt sich um eine Übertreibung der Politik der Erfüllung.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Das zweite Kabinett Wirth ist nun durch unsere Interpellation berührt. Wir haben an das zweite Kabinett Wirth — möglicherweise nicht das letzte Kabinett Wirth —

(Heiterkeit)

die Frage gerichtet, ob die jetzige Regierung für seine Vorgängerin die staatsrechtliche, verfassungsmäßige Verantwortung übernehmen will, ob die Regierung insbesondere bereit sein wird, nachträglich die Zustimmung des Reichstags einzuholen.

Meine Damen und Herren! Die Behandlung der Interpellation hat sich verzögert. Diese Verzögerung ist sowohl von deutscher als auch von feindlicher Seite veranlaßt. Denn die Feinde sind sich lange nicht über das **Wiesbadener Abkommen** einig geworden. Der deutlich erkennbare **frankophile Kurs**, der in dem Wiesbadener Abkommen seinen Niederschlag gefunden hat, hat die anderen Feinde stutzig gemacht und verärgert. Im Wiesbadener Abkommen ist zweifellos eine Bevorzugung Frankreichs und seiner Forderungen festzustellen. Nun sind für Änderungen des Versailler Vertrags nicht die Vertreter (B) der Länder in der Reparationskommission, sondern die alliierten Regierungen selbst zuständig. Da ergab sich nun, daß viele der alliierten Länder mit Ausnahme von Frankreich an diesem Abkommen sehr wesentliche Ausstände zu machen hatten. England schien besonders überrascht zu sein, und Bradbury, der englische Vertreter in der Reparationskommission, hat ernst erklärt: Deutschland hat in dem Wiesbadener Abkommen zu der schweren Tributlast, noch eine neue, eine zusätzliche, eine **additionelle Last** dazu genommen.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Der Herr Außenminister Rathenau hat einmal die Richtigkeit dieses Bradbury-Ausspruches bestritten. Er wollte nicht zugeben, daß es sich um eine Zusatzlast handelt. Aber ich erinnere an sein Auftreten auf dem Demokratischen Parteitag zu Bremen. Dort erzählte er von einer Unterredung, die er mit Bradbury gehabt hat. Auf dessen Äußerung „Es handelt sich für Deutschland um eine additionelle Last", will Dr. Rathenau erklärt haben: „Das ist mir — nämlich Rathenau — gar nicht unangenehm". Ob Herr Dr. Rathenau damals den Ton auf das Wort „unangenehm" gelegt hat oder auf das Wort „mir", weiß ich leider nicht, denn ich war nicht auf dem Demokratischen Parteitag.

(Lachen und Zurufe bei den Deutschen Demokraten: Gott sei Dank! Sie hätten mal hinkommen sollen!)

— Die Freude ist ganz auf meiner Seite, meine Herren Demokraten; denn Mitglied einer sterbenden Partei zu sein, ist wirklich kein Vergnügen.

(Beifall rechts. — Erneutes Lachen und Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Sie scheint Ihnen aber doch sehr beachtenswert zu sein!)

Ich freue mich dagegen, Mitglied einer gesunden, wachsenden Partei zu sein!

(Beifall rechts. — Lachen links.)

— Ich freue mich, daß Sie etwas munter werden; (C) denn die Tagesordnung verdient die Aufmerksamkeit des Hauses.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Diese **Äußerung** des Herrn **Ministers** Dr. **Rathenau** „Das ist mir nicht unangenehm" kennzeichnet deutlich die leichtfertige Auffassung über die gesamte politische Lage. Da muß man feststellen: der Feind war in puncto Erfüllungspolitik, in puncto Wiesbadener Abkommen vorsichtiger als die deutsche Regierung selbst.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Bradbury, der Engländer, mußte mit seinem italienischen, mit seinem belgischen Kollegen für uns Deutsche sorgen, damit die neuen Lasten die alten Erfüllungsverpflichtungen nicht unmöglich machten.

(Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Die feindliche Auffassung ist leider richtig. Schon der **Versailler Vertrag** und das **Londoner Ultimatum** gehen ja weit über unsere Kraft hinaus. Darüber besteht heutzutage in ganz Deutschland wohl kein Zweifel mehr; aber es hat lange genug gedauert, bis diese alte deutschnationale Auffassung sich durchgesetzt hat. Ich brauche nicht im einzelnen aufzuzählen, welche **Lasten** uns auferlegt worden sind. Ich möchte nur kurz in Ihr Gedächtnis zurückrufen: drei Milliarden Jahreszahlungen, dazu die Besatzungslasten, die Ausgleichszahlungen, die Rücklieferungen, dazu die Kommissionen, die allein Milliarden verschlingen,

(hört! hört! bei den Deutschnationalen)

nicht zuletzt die tollen Urteile eines „Tribunal arbitral mixte", das in Paris und in Brüssel tagt. Der Herr Außenminister hat einmal der aufhorchenden Menschheit vorgerechnet, daß das **deutsche Volksvermögen** seit Kriegsende sich allein infolge der Diktate der Feinde um hundert (D) Milliarden Goldmark verringert habe.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Von dieser Rechnung können weder die Leute in diesem Hause noch die draußen schwerlich etwas herunterschreiben. Ich glaube, die Regierung hat allen Anlaß, sich mit dem bereits angenommenen Antrag dieses hohen Hauses zu beschäftigten, in dem eine Nachprüfung dieser Rechnung Rathenaus im Sinne einer Ergänzung verlangt wird. Herr Dr. Rathenau wird mir wohl zugeben, daß er dabei noch nicht den Wert Oberschlesiens, soweit es uns verlorengegangen ist, berücksichtigt hat. Darin ist ferner noch nicht enthalten der große, mittelbar sich aus dem Friedensvertrag ergebende Verlust durch die Geldentwertung, wie er am Besitz aller möglichen Staatspapiere und Industriepapiere eingetreten ist. Es ist schließlich alles das nicht berücksichtigt, was uns sonst noch abgenommen worden, insbesondere nicht das, was von dem großen Volksvermögen der Friedenszeit der unglückselige Krieg verzehrt hat. Daher muß die Rathenausche Rechnung vervollständigt werden. Nun bedenken Sie, daß trotz dieser starken Auszehrung des deutschen Volksvermögens die Regierung damit einverstanden war, daß wir darüber hinaus in den nächsten viereinhalb Jahren noch eine Zusatzlast übernehmen, die, wenn ich die Pflichtleistungen abrechne, fünf bis sechs Milliarden Goldmark beträgt.

(Lebhafte Rufe bei den Deutschnationalen: Hört! Hört!)

Dies hat die Regierung hingenommen, ohne daß irgendeine vertragliche Verpflichtung, ohne daß ein Zwangsdiktat besteht.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Es ist einfach eine freiwillige, übertriebene Bekräftigung des guten Willens, also eine maßlos übertriebene Erfüllungspolitik!

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

(Dr. Reichert, Interpellant.)

Wenn man nun wenigstens damit die Freundschaft Frankreichs erlangt hätte! Aber wir haben es ja „herrlich weit gebracht",

(ironische Zurufe links: Sehr wahr! Sehr wahr!)

wie der Verlust Oberschlesiens, der alsbald als Antwort Frankreichs auf unser Entgegenkommen folgte, bewiesen hat.

(Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Zurufe von den Sozialdemokraten: „Ich führe euch herrlichen Zeiten entgegen!" — Gegenrufe rechts.)

— Meine Herren (nach links), wenn Sie seit Jahren am Ruder sind, dann hatten Sie ja alle Gelegenheit, uns herrlichen Zeiten entgegenzuführen. Sie haben es nicht vermocht!

(Erneute Unterbrechungen links. — Abgeordneter Hoch: Sie haben alles verdorben, was nicht wieder gutzumachen geht! Sie sind die Verantwortlichen!)

— Nein, die Regierung und die Parteien, die derartig übertriebene Forderungen unterschreiben, ja freiwillig über diese Forderungen hinausgehen, tragen die Verantwortung.

Hat die **Regierung** Anlaß genommen, die **Konsequenz aus ihrer Erfüllungspolitik** zu ziehen? Wo bleibt die so notwendige erhöhte Produktion? Wo bleibt die Politik, die die Warenknappheit und die Teuerung mildert? Wo bleibt die genügende Beschaffung von Rohstoffen, insbesondere die Kohlenmehrförderung, die wir dringend benötigen? Werden die Preise billiger, wird die Lebenshaltung des Volkes erleichtert?

(Zuruf links: Sagen Sie das den Monopolherren!)

— Ich komme auf das Monopol; ich freue mich des Einwurfs des Herrn Abgeordneten Hoch. Das Monopol — das einzige, das wir haben —, das **Eisenbahnmonopol**, geht ja in der **Verteuerung** als „glänzendes Vorbild" voraus.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Warum gibt die Regierung in dieser Beziehung nicht ein Beispiel? Warum sorgt sie nicht für die Niedrighaltung der Tarife und Preise?

(Zurufe links: Während Ihr die Preise immer weiter erhöht! — Lassen Sie doch den „Helfferich-Ersatz" reden! — Große Heiterkeit links. — Gegenrufe rechts.)

Das ehrt mich sehr. Wenn ich einmal Helfferich sollte ersetzen können, — ich glaube, eine größere Freude gäbe es für mich nicht.

(Lebhaftes Bravo bei den Deutschnationalen. — Erneute Zurufe links.)

Wenn man der ganzen Menschheit und allen Wirtschaftszweigen predigt: seit mäßig im Preise! — eine Predigt, der ich mich vollkommen anschließe —, dann, meine ich, hätte vor allem die Regierung allen Anlaß, ihrerseits als leuchtendes Beispiel voranzugehen. Ich stelle fest, daß sie gerade hinsichtlich der Eisenbahntarife in der Ausnutzung ihrer Monopolstellung viel, viel weiter geht, als es sonst in der Welt jemals zu sehen gewesen ist.

(Zustimmung rechts. — Wiederholte Zurufe links.)

Sie sehen also, von einer Verbesserung der Lebenshaltung, der produktionspolitischen Lage ist nichts zu sehen. Diese Politik führt zum Ruin.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Die Tributzahlung führt zur Verelendung. Dafür können wir uns bei der Regierung, bei den Mehrheitsparteien und bei den Feinden bedanken.

(Große Unruhe in der Mitte und links. — Zurufe links und rechts.)

Ich frage: was hat es bei einer solchen Lage und bei einer solchen Verelendung des deutschen Volkes für einen Zweck und Sinn, eine **Vorausleistung über die Forderung der Feinde** zu betreiben, eine schnellere Leistung zu vollziehen, — vier Jahre schneller, als wir dazu verpflichtet sind? Dadurch werden wir doch erst recht noch tiefer in den Sumpf hineingestoßen. Allerdings wenn man das durch die Brille der Regierungsparteien oder eines **Georg Bernhard** ansehen würde, so würde man feststellen, wie er im „**Plutus**" am 12. Oktober 1921 geschrieben hat, daß auf (C) solche Weise die „industrielle Leistungsfähigkeit emporgehoben wird, und daß unsere Stellung auf dem Weltmarkt dadurch dauernd befestigt werde".

(Hört! Hört! und Lachen rechts. — Lachen und Zurufe links.)

— Ich sehe, der Chorus der Freunde des Herrn Bernhard stimmt ihm zu.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wir lachen über Sie! — Abgeordneter Kahmann: Sie haben die Lacher auf Ihrer Seite. — Heiterkeit.)

— Wenn man so weit ist, Herr Kahmann, dann hat man schon einen Erfolg für sich!

(Heiterkeit.)

Trotz der erwähnten „hohen Erkenntnis" des Herrn Georg Bernhard schreibt er an einer anderen Stelle, in ihrem Eifer für die Regierungspolitik seien die Regierungsblätter über die Schwierigkeiten des Wiesbadener Abkommens leicht hinweggeglitten. Ja, ich fürchte, auch Bernhard ist recht leicht darüber hinweggeglitten!

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Was ist denn nun der **Hauptfehler der Rathenauschen Politik** gewesen?

(Lachen und fortgesetzte Zurufe bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

Die Regierung hat mit ihrer **Erfüllungspolitik** in der Welt den falschen Eindruck verbreitet, daß die Deutschen noch mehr leisten können, als die Diktate verlangen, wenn die Deutschen nur wollen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Das ist zu einer Zeit geschehen, wo sich jeder vernünftige Deutsche klar war, daß wir mit aller Kraft Milderungen gegenüber dem Friedensdiktate erstreben müssen, statt daß wir neue Belastungen auf uns nehmen. Die Regierung hat bei allen möglichen Gelegenheiten so viel von der kommenden Einsicht der Welt geredet. Das erinnert an (D) das Rathenausche Buch „Von kommenden Dingen".

(Heiterkeit rechts. — Unruhe und Zurufe links.)

Warum hat nun ein solcher Prophet dieser kommenden Einsicht nicht den Weg bereitet? Er behauptete zwar später, daß das Wiesbadener Abkommen der „Bahnbrecher der Erfüllungspolitik" nämlich im Sinne einer Erleichterung unseres Loses gewesen sei. Aber wie sieht dieser Bahnbrecher in Wirklichkeit aus? Er hat uns eine neue schwere Belastung besorgt und sich aus diesem Grunde vielmehr als ein Hemmschuh für die kommende Einsicht gezeigt.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Der zweite Fehler des Wiesbadener Abkommens und dieser Art von Regierungspolitik ist folgender: Rathenau hat in dem Wiesbadener Abkommen auf wertvolle Rechte, die uns selbst der so ungünstige Friedensvertrag von Versailles noch gelassen hat, verzichtet.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Das bezieht sich auf die **Bewertung der Kohle**, die wir für Reparationszwecke zu liefern haben, und zwar insoweit, als diese Kohle auf dem Seeweg exportiert wird. Wenigstens für diese Kohle ist uns — offenbar auf Veranlassung Englands — eine gewisse Gerechtigkeit in der Bewertung widerfahren. Wir sollen nämlich den Ausfuhrpreis Deutschlands oder den englischen fob-Preis bekommen, das heißt den wirklichen Weltmarktpreis und nicht den so weit dahinter zurückbleibenden deutschen inländischen Grubenpreis. Aber die Franzosen haben es bestritten, daß wir diese gerechte Forderung stellen können. Es handelt sich um eine Streitsumme von etwa 250 Millionen Goldmark, auf die wir leider in dem zweiten Wiesbadener Abkommen verzichtet haben!

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Wir haben auf diese Forderung verzichtet, ohne daß wir

(Dr. **Reichert**, Interpellant.)

(A) dazu gezwungen waren. Wir haben verzichtet trotz eines vollkommen klaren Textes des Vertrages von Versailles. Angeblich sollten uns dafür bestimmte Zugeständnisse französischerseits hinsichtlich der Rücklieferungen gemacht werden. Mit einem solchen Hinweis hat man uns die Annahme des ersten Wiesbadener Abkommens mundgerecht machen wollen. Man erklärte, durch die Einigung über die Rücklieferungen werden die Belastungen und die Belästigungen des deutschen Wirtschaftslebens geringer. Das mag zum Teil richtig sein; aber auch die Nachteile darf man nicht übersehen, die in dem zweiten Wiesbadener Abkommen enthalten sind.

Wir haben keine Vorlage zur Genehmigung dieses angeblich so wertvollen Abkommens erhalten. Es hat auf der Gegenseite keine Annahme gefunden.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Ich bin der Auffassung, selbst der kleine Vorteil würde nicht die Nachteile ausgleichen, die dieses zweite Wiesbadener Abkommen uns bringen würde. Daß es aber der Regierung nicht einmal möglich gewesen ist, das zweite Wiesbadener Abkommen zu retten, zeigt, daß wir es mit einem neuen Mißerfolg der Regierung zu tun haben und mit einem neuen **Triumph der französischen Politik.**

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Die französische Politik hat die Parole: „Versprechen, nichts halten, aber fordern, fordern und fordern".

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Diese französische Politik bleibt hinter der Maske der Politesse für die Verhandlung verborgen.

Herr Dr. Rathenau hat sich nach den Wiesbadener Verhandlungen gerühmt, er sei als erster deutscher Minister zum ersten Male von einem feindlichen Minister so gewissermaßen auf gesellschaftlichem Fuß, nämlich auf dem Fuße des Anstandes oder, wie er sich ausdrückte, „auf gleichem

(B) Fuße" behandelt worden. Der Volksmund verstand das anders; das Volk war der Auffassung, daß leider der Vertreter der deutschen Regierung in Wiesbaden mehr oder minder eingeseift worden ist.

(Heiterkeit. — Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Tatsächlich kann man das eine feststellen, daß hinter der französischen Politesse die deutsche Politik doch recht schlecht weggekommen ist.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Wenn man über das Kapitel „Höflichkeit" spricht, so glaube ich, daß man einmal Bismarck lesen, seine Briefe und seine Akten, und damit vergleichen soll, was heute geschieht, gegenüber dem, wie vornehm Bismarck die Franzosen nach dem 1870er Kriege behandelt hat. Die französische Ritterlichkeit ist immer unehrliche Fassade gewesen, die deutsche Höflichkeit war immer eine wahre Tatsache.

(Lebhafte Zustimmung.)

Aber kommen wir auf das **Wiesbadener Abkommen** zurück! In der **Preisfrage** haben wir noch einen weiteren Fehler des Kabinetts zu verzeichnen; denn für alle die Waren, die wir nunmehr liefern sollen, mit Ausnahme von Kohle, pharmazeutischen Produkten und Schiffen, sollten wir die französischen Inlandspreise bekommen, aber abzüglich der Fracht diesseits der Grenze und jenseits noch auf 270 Kilometer Entfernung. Selbst mit einem **Abzug der 26prozentigen Ausfuhrabgabe** hat sich das Kabinett schließlich einverstanden erklärt und nicht hartnäckig dagegen protestiert, obwohl es sich doch in diesem Falle gar nicht um einen gewinnbringenden, nicht um einen freien Export, sondern um Verluste bringende Reparationswarenausfuhr handelt. Wenn man bedenkt, was ein Abzug der 26prozentigen und der ganzen Fracht auf Hunderte von Kilometern bedeutet hätte, dann hätte man auf Grund des Wiesbadener Abkommens die wertvollen deutschen Waren, die Goldwerte sind, zur Hälfte verschenken müssen.

(Hört! Hört! rechts.)

Und ein solches Abkommen nannte Herr Dr. Rathenau einmal das Modell für alle künftigen Reparationsverträge.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Ein schönes Modell, ein feines Schema, eine prachtvolle Schablone!

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Ihr hättet es besser gemacht!)

— Jawohl, wir hätten es besser gemacht, wir wären nicht nach Wiesbaden gegangen.

(Erneute Zurufe von den Sozialdemokraten. — Gegenrufe rechts.)

— Bei den Verhandlungen, Herr Bernstein, ist allemal derjenige besser dran, der den Gegner auf sich zukommen läßt; denn wenn man ihm nachläuft oder zu sehr entgegenkommt, dann ist man von vornherein in einer schlechten Position.

(Sehr richtig! rechts. — Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme zu einem weiteren Fehler des Wiesbadener Abkommens. Dieser Fehler liegt darin, daß **Deutschland Frankreich pumpen** soll. Herr Dr. Rathenau hat selbst einmal gesagt, es sei paradox, daß das arme und ständig mehr verarmende Deutschland der „Bankier" des reichen und immer reicher werdenden Frankreichs sein solle. Tatsächlich ist es für uns unfaßbar, daß damit ein solch neuer Grundsatz in das Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner hineingetragen wird, nämlich der Grundsatz, daß die Forderungen, die erfüllt sind, nicht sofort als erfüllt anerkannt werden. Frankreich nimmt unsere Waren und erklärt: „Im Laufe von 10 bis 12 Jahren können wir ja einmal über die Abrechnung mit einander sprechen."

(Heiterkeit und Widerspruch.)

Leichter kann man es den Feinden wohl schwerlich machen.

(Sehr richtig! rechts.)

Das geschieht trotz der schlimmen Wirkungen, die schon die Zahlung der sogenannten ersten Goldmilliarde im August vorigen Jahres gehabt hat.

Ein Sozialdemokrat, nämlich **Erwin Barth,** hat einmal in der „Neuen Zeit" bei der Erörterung des Wiesbadener Abkommens erklärt, **Frankreich** habe, was jeder von uns weiß, ein großes **Bedürfnis nach Bargeld.** „Die Militärlasten Frankreichs, die Entschädigung, die Kriegspensionen fressen enorme Summen" — so sagt Herr Barth und knüpft daran die Bemerkung: „Wir Deutsche haben Frankreich gegenüber zu großmütiger Geste ausgeholt, die einem wohlhabenderen Staate besser angestanden hätte als dem armen Deutschland." Ich glaube, diese Andeutung des Herrn Barth auf den französischen Militarismus ist vollkommen klar. Es ist so, daß der Pakt, auf den sich unsere Regierung eingelassen hat, nach Erwin Barth auch zur Erhaltung und Kräftigung des französischen Militarismus dienen soll.

Zu gleicher Zeit, wo dies geschieht, verzichten wir auf die freie Ausfuhr, wir verzichten damit auf viele Möglichkeiten der Devisenbeschaffung für unseren Lebensbedarf wie für unsern Rohstoffbedarf. Mein Parteifreund Dr. Helfferich hat ausgerechnet, daß jährlich etwa eine bis eineinhalbe Milliarden Goldmark Waren, das heißt 30 bis 40 Prozent unserer Ausfuhr auf diese Weise devisenlos an die Feinde geliefert werden müssen.

(Abgeordneter Crispien: Welche Feinde?)

— Sie kennen wohl keine Feinde, weil Sie kein Vaterland kennen. Ich verstehe das.

(Sehr gut! rechts. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe und Gegenrufe links und rechts.)

(Dr. Reichert, Interpellant.)

Wir verzichten also auf 30 bis 40 Prozent gewinnbringender, Devisen schaffender Ausfuhr zu einer Zeit, wo unsere Ausfuhr sich noch nicht einmal über 40 Prozent der Friedensausfuhr wieder hinausgehoben hat. Was bedeutet das aber für einen Verlust von Absatzgebieten in aller Welt! Was wird das zu einer Verschlechterung der Wechselkurse, der Valuta, der Zahlungsbilanz führen und sich immer wieder in einer Steigerung der Teuerung und Verelendung der ganzen Lebenshaltung auswirken müssen!

(Sehr richtig! rechts.)

Nun, meine Herren, die Regierung wollte den Pakt uns schmackhaft machen, namentlich den Vertretern des deutschen Wirtschaftslebens, indem sie erklärte: Bedenkt, es ist eine glänzende Gelegenheit zur **Erhöhung der Beschäftigung der Industrie**, was für schöne Verdienste winken da!

(Spöttische Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Gegenrufe rechts.)

— Hört man dieses Blöken von den Linksparteien, dann denkt man manchmal an einen Zoologischen Garten. — Die Regierung meint also, hier sei eine Abhilfe für die Arbeitslosigkeit gegeben. Ich fürchte, das ist eine denkbar schlechte Empfehlung des Wiesbadener Abkommens; denn inwiefern kann hier von einer wirklich produktiven Erwerbslosenfürsorge, für die wir auch stimmen, die Rede sein? Wo ist da von einem allgemeinen volkswirtschaftlichen Nutzen die Rede?

Auf der gleichen Höhe standen die Äußerungen des Sozialdemokraten **Stampfer** im Auswärtigen Ausschuß. — Er meinte nämlich, der **Reparationsexport** ziehe Geschäfte der freien Ausfuhr nach sich; denn, so meinte er wohl, wo einmal deutsche Lieferungen, Maschinen, Apparate usw. hingekommen sind, müssen natürlich auch die Reparaturen wieder in Deutschland bestellt werden. Ich lasse das Bild wohl gelten. Aber was bedeuten denn in weiter Zukunft liegende Exportmöglichkeiten, wenn ich jetzt 40% des freien Exports dafür einbüße? Hier fehlt die überzeugende Verbindung, die überzeugende Brücke in der Erklärung des Herrn Stampfer.

Aber um das Maß der Nachteile voll zu machen, sollte der deutschen Wirtschaft auch noch das Geschenk einer **neuen Zwangsorganisation**, einer Z. E. G. oder Wumba, einer neuen Bureaukratie beschert werden. Herr Dr. Rathenau erklärte zwar persönlich wiederholt, daß er dagegen sei. Aber was die Regierung in dieser Beziehung veranlaßt hat, zielte direkt auf eine solche schwerfällige Mammutorganisation hin. Ähnliche sogenannte private Organisationen sollten auch auf feindlicher Seite errichtet werden. Aber nicht nur diesseits, sondern auch jenseits der Grenze wurde ein immer lebhafterer und immer stärkerer Widerspruch erhoben, ein Widerspruch, den man selbst bis in die Reihen der unabhängigen und kommunistischen Blätter hinein nachweisun kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Das Ergebnis dieser entgegengesetzten politischen Bestrebungen hatte das Ziel, eine Änderung des Wiesbadener Abkommens herbeizuführen. Tatsächlich ist auch — das muß man feststellen — eine große Erleichterung gegenüber dem ursprünglichen Wiesbadener Abkommen eingetreten. Aber es war nicht die deutsche Regierung, es war die Reparationskommission, die für diese Änderung gesorgt hat; es war nicht das Kabinett Wirth.

So hat sich also die politische Lage geändert. Die Lage hat sich namentlich geändert, als im Auftrage der Reparationskommission der Belgier Bemelmans in Deutschland erschien und im Auftrage dieser Kommission ein neues Abkommen abgeschlossen hat. Frankreich hat aus diesem **Bemelmans-Abkommen** wesentliche Teile übernommen. Eingetreten sind folgende Änderungen: Die Zwangsorganisation fällt weg, wenigstens für die meisten Waren; allein es bleibt ein Stück Wiesbadener Verfahrens bureaukratischer Art für eine ganze Reihe von Waren bestehen, die in einer Liste A vereinigt sind. Es ist ein freier Geschäftsverkehr zwischen den ausländischen Bestellern und den deutschen Lieferanten eingerichtet worden. Allein, ich wiederhole: nur zum Teil. Zugleich ist auch die so lange umkämpfte Preisfrage auf eine vernünftigere Basis gestellt; denn nunmehr kann man wirklich den schon im Versailler Vertrag in Aussicht gestellten normalen Wert erzielen, indem man den Preis, den der Weltmarkt bietet, unseren Lieferungen zukommen lassen will.

Auch die **parlamentarische Genehmigung**, um die wir gekämpft haben, soll nunmehr eingeholt werden, allerdings heißt es „falls notwendig“. Aus den sogenannten Protokollen ist also damit tatsächlich nun ein Staatsvertrag geworden. Damit ist scheinbar die Forderung der Deutschnationalen Fraktion erfüllt. Scheinbar! Formell wird jetzt die Genehmigung nachgesucht, allein die Genehmigung wird spät, recht spät, meines Erachtens zu spät, nachgesucht.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Denn die Genehmigung wird erst hinterher gefordert, nachdem wir bereits vor vollendete Tatsachen gestellt sind.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Die Regierung hat erklärt, daß, wenn der Reichstag Abänderungen von diesem Abkommen verlangen sollte, das gleichbedeutend mit einer vollkommenen Ablehnung wäre. Sie sehen also: wie so oft wird das hohe Haus vor vollendete Tatsachen gestellt,

(sehr wahr! bei den Deutschnationalen)

wie so oft werden die parlamentarischen Rechte verkürzt!

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Das ist kennzeichnend für die Regierungsweise des Kabinetts Wirth, das ist kennzeichnend für die Achtung der Rechte dieser hohen Volksvertretung, das ist kennzeichnend für die Behandlung der großen Frage der Verantwortung.

(Lebhaftes sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Mit dieser Feststellung hat unsere Interpellation eine ganz eminente Bedeutung für die Fragen unserer ganzen Außenpolitik gewonnen. Wie oft soll denn noch dieses Spiel der Regierung gehen? Ich frage den Herrn Reichskanzler im Namen meiner politischen Freunde: wann endlich wird er die Rechte des Parlaments achten? Wann endlich wird er aber auch die Erfüllungspolitik einschränken?

Unsere Fraktion kann nach alledem nicht anders als das Wiesbadener Sachleistungsabkommen ablehnen, ebenso das Bemelmans-Abkommen. Wir tun das nicht aus dem Grunde, weil wir am liebsten alle Leistungen ablehnen möchten, sondern aus folgenden Gründen. Erstens machen wir keine neuen Verpflichtungen mit, die über das Teilmoratorium für 1923 und auch 1924 hinauszugehen drohen; denn es liegt bereits eine Art Vorverpflichtung für diese Jahre in dem Abkommen. Es wird hiermit die Gefahr einer noch stärkeren **Tributbelastung** heraufbeschworen.

(Sehr wahr! rechts.)

An der Zusage von 7 Milliarden Goldmark in $4^1/_2$ Jahren ist nichts gestrichen; das ist stehen geblieben. Die Reparationskommission ist ihrerseits ferner damit einverstanden, daß Frankreich, dem 1922 nur für eine Gutschrift von 350 Millionen Goldmark ein Aufschub genehmigt ist, für die Jahre 1923 und 1924 der Aufschub einer Gutschrift von 750 Millionen Mark bewilligt ist. Voraussetzung dafür ist, daß eben tatsächlich über diese kreditierten 65% Sachlieferungen hinaus noch weitere 35% geleistet werden, sodaß wir also für das Jahr 1923 und 1924 mit insgesamt 1150 Millionen Goldmark Sachleistungen zu rechnen

(Dr. **Reichert**, Interpellant.)

(A) haben gegenüber 950 Millionen Mark in diesem Jahre, für Frankreich allein.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Herr Stampfer, Sie scheinen geschlafen zu haben, wenn Sie das im Auswärtigen Ausschuß nicht gehört haben und jetzt bestreiten.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Das ist schwerlich nur eine „Verrechnungsfrage". Ich halte die Feinde für schlauer als die Vertreter der Linksparteien.

(Unruhe und Zurufe links.)

Der zweite Grund unserer Ablehnung ist folgender. Wir müssen nach dem Wiesbadener Abkommen auch in seiner veränderten Gestalt „**Bankier Frankreichs**" bleiben. Das bedeutet nichts anderes, als das wir eine große Steigerung der Sachleistungen in Kauf nehmen müssen, wie ich bereits erwähnt habe. So folgt also auf das teuere „Modell Rathenau" des Jahres 1921 das billigere Modell der Reparationskommission, allerdings nur für das Jahr 1922, und ein erheblich verteuertes Modell für Sachleistungen für die Jahre 1923 und 1924. Wir verlangen dagegen eine Ermäßigung der Tributlasten.

(Sehr richtig! rechts.)

Auch die dreierlei Verfahren passen uns nicht. Wir wünschen eine Vereinheitlichung dieser Dinge.

Dazu kommt noch eine ganze Reihe anderer Nachteile, weil jetzt für die alliierten Länder die **Weiterausfuhr der deutschen Reparationswaren** zugelassen ist. Allerdings ist Frankreich davon ausgenommen. Es handelt sich hier also um eine wichtige Erweiterung unserer Verpflichtungen gegenüber den Friedensdiktaten, also um eine Änderung des Friedensvertrags. Die Weiterausfuhr, in die die Regierung eingewilligt hat, führt zu einer Konkurrenzierung des deutschen freien Exports, indem unsere Re- (B) parationswaren in den Kolonien, in den Protektoratsgebieten, den Dominions und Mandatsgebieten der deutschen freien Ausfuhrware entgegentreten. Ich frage nun die Regierung erneut: —

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte die Zwiegespräche zu unterlassen!

Dr. **Reichert**, Abgeordneter: Wie lange wird die Regierung noch den Weg der Erfüllung gehen? Eine ressortmäßige Auskunft wird uns zu dem Zwecke nicht genügen. Wir verlangen, daß der Kanzler selbst hierzu das Wort ergreift. Wir stellen an den Kanzler die Frage: Wann will er endlich der Verelendung Halt gebieten,

(Heiterkeit links.)

der Verelendung die sich aus der Erfüllungspolitik ergibt?

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Damen und Herren! Das Wort hat nun der Herr Reichskanzler!

(Bravo! rechts. — Zurufe links.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Moldenhauer zur Begründung der Interpellation Dr. Stresemann über die Neutralisierung der Rheinlande durch England und Frankreich.

Dr. **Moldenhauer**, Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! Seit jenen Tagen, als bei den Vorverhandlungen von Cannes, die zwischen England und Frankreich in London stattfanden, zum ersten Male von englischer Seite der Vorschlag gemacht wurde, zur Herabminderung der Reparationslasten die Besatzung aus dem Rheinland zurückzuziehen, erhält sich das Gerücht, daß Frankreich als Ausgleich für das Zugeständnis der Zurückziehung der Besatzung die **Neutralisation der Rheinlande** verlangen werde, und zwar nicht nur, wie es aus den Worten von Lloyd Georges herausklang, die (C) militärische Neutralisation, die im Vertrag von Versailles festgelegt ist, sondern darüber hinaus die politische Neutralisation. Ich verweise nur auf eine Stimme aus der französischen Presse. Der „Eclair" schreibt am 29. März 1922:

> Man wird von der rheinischen Autonomie wieder sprechen müssen, wenn das Foreigne office die militärische Räumung verlangen wird. Dieser Tag ist näher, als man glaubt.

Unter diesen Voraussetzungen hielten wir es für unsere Pflicht, damals, unmittelbar ehe die Beratungen in Genua begannen, die sich zwar nicht offiziell, aber doch in Wirklichkeit mit dem Reparationsproblem beschäftigen mußten, nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt auf die große Gefahr hinzuweisen, die durch eine Neutralisation der Rheinlande nicht nur für uns im Rheinland und für das deutsche Volk, sondern auch für den Völkerfrieden überhaupt, für den Wiederaufbau der zerstörten Weltwirtschaft heraufbeschworen werden mußte. Wir waren uns dabei klar, daß wir uns von den beiden Extremen fernhielten, jenem einen Extrem, Gespenster am hellen Tage zu sehen und eine Panikstimmung hervorzurufen, die nicht berechtigt gewesen wäre, wie vor dem andern Extrem, vor den Dingen die Augen zu verschließen und eine Vogel-Strauß-Politik zu betreiben, wie wir sie leider vor dem Weltkrieg in amtlichen und nichtamtlichen Kreisen in Deutschland getrieben haben, als wir vor den großen heraufziehenden Gewitterwolken die Augen verschlossen haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir glaubten, aus ruhiger und nüchterner Betrachtung der Tatsachen heraus die Gefahren zu erkennen und damit die Notwendigkeit, den Reichstag und die ganze Welt auf diese Gefahren aufmerksam zu machen. Drei Gründe sind es, die uns die Gefahr als besonders drohend er- (D) scheinen lassen mußten. Der erste Grund liegt darin, daß, wer sich einmal mit dem Reparationsproblem ernstlich beschäftigt, an der Frage nicht vorbeigehen kann, daß eine **Lösung des Reparationsproblems ohne Zurückziehung** oder ganz erhebliche **Minderung der Besatzung** unmöglich ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich verweise auf die Ausführungen, die im Bericht des Anleihekomitees an die Reparationskommission stehen, auf die Ausführungen der Bankiers, die erklärten, daß die Wiederherstellung des auswärtigen Kredites Deutschlands so lange unmöglich ist, als die geldgebenden Kreise keine Sicherheit sehen, daß Deutschlands Verpflichtungen, so wie sie gegenwärtig festgesetzt sind und wie sie erzwungen werden können, innerhalb seiner Leistungsfähigkeit liegen, und daß Deutschlands Wille und Absicht, sie abzugelten, aufrechterhalten werden wird. Unter diesen uns auferlegten Leistungen spielen aber die Kosten der Besatzung eine große Rolle, sind es die Kosten, die wir als vollkommen unproduktive bezeichnen müssen, sind es die Kosten, die am meisten verhindern, daß Mittel zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete aufgebracht werden.

(Sehr richtig! rechts.)

In diesen Tagen ist dem Reichstag die **zweite Denkschrift über die Kosten der Rheinlandbesatzung** zugegangen, eine Denkschrift, von der ich wünschte, daß sie nicht nur jeder Reichstagsabgeordnete, und zwar nicht nur jeder aus dem besetzten Gebiet, einmal gründlich studieren möchte, von der ich vielmehr wünschte, daß sie in der ganzen Welt mit dem Eifer und mit dem Interesse gelesen würde, das die Denkschrift verdient.

(Zustimmung und Zuruf rechts: Anklageschrift!)

Aus dieser Denkschrift und Anklageschrift gegen die Art und Weise, wie man bisher mit uns verfahren ist, geht

(Dr. **Moldenhauer**, Interpellant.)

(A) einmal hervor, daß die Gesamtkosten der Besatzung seit dem Waffenstillstand bis Ende März 1922 sich auf 5,5 Milliarden Goldmark und 14 Milliarden Papiermark belaufen.

(Hört! Hört! rechts.)

Nach dem Stand vom März 1922 berechnet die Denkschrift die monatlichen sogenannten externen Besatzungskosten, das heißt die Kosten, die die Entente selbst für den Unterhalt ihrer Truppen aufwendet, auf monatlich 136 Millionen Goldmark. Das sind jährlich 1,6 Milliarden Goldmark. Das sind über 100 Milliarden Papiermark.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! rechts.)

Allerdings erscheinen diese Kosten zurzeit nicht im deutschen Reichshaushalt. Wenn Sie den Reichshaushalt für die Ausführung des Friedensvertrages aufschlagen, dann werden sie eine Bestimmung finden, daß diese Ausgaben deshalb nicht dort erscheinen, weil die Reparationskommission unter dem 21. März 1921 entschieden hat, daß die Kosten für die Besatzungskosten durch die Sachleistungen abgedeckt werden sollen. Wenn wir dann die Note der Reparationskommission vom 21. März 1922 einmal daraufhin nachsehen, dann gelangen wir zu folgendem Ergebnis: Aus den 1450 Millionen Goldmark Sachleistungen im Jahre, die uns noch neben der Goldzahlung auferlegt sind, sollen sich die Alliierten zunächst einmal für ihre Besatzungskosten befriedigen. Aber dieser Betrag verschwindet damit nicht aus unserer Rechnung, sondern von unserer Gesamtschuld werden dann nicht 1450 Millionen Goldmark Sachleistungen abgeschrieben, sondern nur der um diesen Betrag der Besatzungskosten gekürzte Teil, mit anderen Worten: neben dem Aufwand von 1450 Millionen Sachleistungen jährlich werden uns Jahr für Jahr diese externen Besatzungskosten, die zurzeit 1,6 Milliarden Goldmark, also sogar mehr als diese ganzen Sachleistungen betragen, angeschrieben.

(B) (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Es ist mehr als naiv, anzunehmen, daß eine Schuld, die uns jährlich angeschrieben wird, die wir aber augenblicklich nicht zu tilgen haben, überhaupt nicht mehr existiert.

Zu den sogenannten externen Besatzungskosten kommen dann die Aufwendungen, die das Reich mittelbar und unmittelbar machen muß, insbesondere auch die **Kosten für die Einquartierung.** Ich will aber einmal von den Kosten absehen und nur hervorheben, welche Last diese Einquartierung für die Bevölkerung bedeutet. In der Denkschrift wird hervorgehoben, daß am 1. Dezember 1921 im besetzten rheinischen Gebiet 9700 Wohnungen mit 38000 Zimmern, außerdem 13000 Einzelzimmer in Privatquartieren für die Zwecke der Besatzung beschlagnahmt worden sind.

(Hört! Hört! rechts.)

Wenn man sich einmal in die Denkschrift hineinvertieft, dann findet man unendlich viele Beispiele für die schweren Lasten der Besatzung, von denen ich nur ein kleines Bild herausgreifen will.

Die Denkschrift gibt auf Seite 38 den **Zustand einer kleinen Kreisstadt** von 14 200 Einwohnern an, einer Kreisstadt, die früher ein Bataillon Infanterie als Garnison hatte. Heute beherbergt sie ein marokkanisches Tirailleurregiment mit einer Maschinengewehrabteilung, eine Kreisdelegation, ein Eisenbahnkommando, eine Gendarmerieabteilung und eine Fliegerformation.

(Hört! Hört! rechts.)

Der von den Franzosen angelegte neue Flugplatz beansprucht 46,13 Hektar guten Ackergeländes.

(Hört! Hört!)

Die Truppenzahl betrug am 1. November 1921 2350 Mann; auf 100 Einwohner kamen 17 Mann Besatzung!

(Erneute Rufe rechts: Hört! Hört!)

(C) Außer der Kaserne waren beschlagnahmt die Ostvolksschule mit 12 Klassen, die Fortbildungsschule mit 10 Klassen, die halbe Provinzialtaubstummenanstalt, ein Teil des Landratsamtes, Teile der Zuckerfabrik, drei vollständige Restaurants, das Zivilkasino, ein Ladenlokal mit Zubehör, die beiden größten Keller der beiden Malzfabriken, Bahnlagerräume von fünf Firmen. An Acker- und Schreber-Gartenland sind 224 Morgen beschlagnahmt.

(Erneute Rufe: Hört! Hört!)

Dazu kommt die Wegnahme von Bürgerquartieren mit dem Schlußergebnis, daß am 1. November 1921 trotz des erschwerten Zuzugs, der von der Besatzung in jedem Falle genehmigt werden muß, 320 wohnungsuchende deutsche Familien mit Ansprüchen von 2 bis 5 Zimmern vorhanden waren, die keine Wohnung fanden.

(Bewegung und lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Es liegt auf der Hand: Nicht nur die Kosten, auch die Lasten der Besatzung mit allen Qualen, die sie mit sich führen muß, für ein aufrechtes, freiheitliebendes Volk, je länger sie dauert, sind auf die Dauer nicht zu tragen.

(Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.)

Es ist deshalb durchaus logisch, wenn alle diejenigen, die sich mit dem Reparationsproblem beschäftigen, mit der Wiederherstellung des Friedens in Europa und in der Welt, voran der englische Ministerpräsident Lloyd George, zu dem Schluß kommen, daß die Besatzung abgebaut und zurückgezogen werden muß.

(Sehr richtig! rechts.)

Man kann sagen: Jede Kompagnie feindlicher Truppen am Rhein verhindert jährlich den Wiederaufbau eines französischen Dorfes, wenn man die Zahlen für den einen und den anderen Fall sich genau ausrechnet.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn wir also damit rechnen müssen, daß bei der Erörterung des Reparationsproblems, wie es auch die französischen Pressestimmen angeben, die Frage der Aufhebung der Besetzung der Rheinlande aufgerollt wird, (D) dann werden wir uns ebenso von vornherein darauf gefaßt machen müssen, daß Frankreich für diesen Fall besondere Sicherheiten und Garantien verlangen wird.

Das hat Frankreich nicht nur in der Gegenwart getan. Wenn wir durch die Jahrhunderte hindurch seinen Kampf um das Rheinland beobachten, dann werden wir uns doch sagen müssen, daß Frankreich, das infolge der Besetzung der Rheinlande seinen Plänen heute näher gekommen zu sein glaubt, nicht mit dem Augenblick der Zurückziehung der Besatzung nunmehr auch alle Möglichkeiten für die Durchführung seiner Pläne aufgeben wird. Ich will aus der ferneren Vergangenheit nur zwei Stimmen zitieren. Die französische Zeitung **„Démokratie Nouvelle"** vom 8. November 1921 hat einen **historischen Rückblick** gebracht, aus dem ich zwei Stimmen zitieren möchte. Am 30. Juli 1797 hat Merlin de Douai in einem Bericht an die Nationalversammlung in Paris erklärt, die Stärkung der Republik und die Ruhe Europas hänge von der Zurückschiebung unserer Landesgrenzen an den Rhein ab. — Es ist das eine interessant: Die Ruhe und der Friede Europas wird immer mit den **Expansionsbestrebungen** Frankreichs gleichgesetzt.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wie tief dieser Gedanke im französischen Volk eingewurzelt ist, zeigt, daß einer der hervorragendsten Sozialistenführer Frankreichs, Louis Blanc, in den vierziger Jahren einmal gesagt hat:

> Die rheinische Frage ist für Frankreich nicht eine Frage der Gebietserweiterung, sondern eine Frage der nationalen Verteidigung. Nicht Eroberungsgeist kommt hier in Frage, sondern die Notwendigkeit unserer Sicherheit.

(Zuruf rechts: Das sagt ein Sozialist!)

(Dr. **Moldenhauer**, Interpellant.)

(A) Und nun die Stimmen Frankreichs in der letzten Zeit nach Abschluß des Waffenstillstandes! Die **„Victoire"** von Gustave Hervé bringt unter dem 4. Februar dieses Jahres den **Bericht des Marschalls Foch**, den er am 31. März 1919 dem Großen Rat der Vier erstattet hat, in dem er ausführt:

> Wenn wir den Rhein nicht dauernd behalten, dann gibt es keine Neutralität, keine Abrüstung, keine schriftliche Klausel, durch die Deutschland verhindert werden könnte, sich des Rheins zu bemächtigen und sich von hier aus vorteilhaft zu entwickeln.

(Hört! Hört! rechts.)

In der „Victoire" schreibt Hervé selbst am 12. April dieses Jahres:

> Ich bin überzeugt, daß der Gedanke der Bildung eines autonomen neutralisierten Rheinlandes im Rahmen des Deutschen Reichs ein praktischer, fruchtbarer Gedanke ist.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das Comité de la rive gauche du Rhin hat vor wenigen Wochen ausdrücklich erklärt, daß es entschlossen ist, für die Idee der rheinischen Unabhängigkeit als einziges Unterpfand des europäischen Friedens ganz offen die eifrigste Propaganda zu entfalten.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Vokspartei.)

Im **„Eclair"** vom 27. April 1922 schreibt **Maguelon:**

> Die einzige Lösung besteht in der Teilung Deutschlands. Es muß ein Ende gemacht werden mit dem unitarisch-preußischen Deutschland, dem Deutschland Bismarcks, das die Wunde der Welt bildet und naturgemäß auch bilden muß.

(Rufe bei der Deutschen Volkspartei: Unerhört!)

Er führt weiter aus:

> Gebt dagegen Deutschland seine geschichtliche Zersplitterung wieder, und seine zahlreichen Häupter (B) werden einzeln ehrbare Ziele verfolgen, durch die der Frieden der Welt nicht gestört wird. Ein großes unabhängiges Rheinland wird ein Land von unerhörter Blüte werden.

Wenn Sie noch eine weitere Stimme hören wollen: **Jacques Rougeon** schreibt **im „Eclair"** am 9. Juni 1922:

> Die Leute aber, die so tun, als ob zwischen Deutschland und uns nur eine Geldfrage bestehe, vergessen, daß wir am Rhein sind. Am Rhein wird Frankreich gezwungen sein, die Garantie und die Sicherheit zu suchen, die ihm seine Alliierten verweigern.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich glaube, diese wenigen Auszüge aus einem Teile der französischen Presse der letzten Wochen und Monate zeigen, daß in weiten Kreisen Frankreichs, in denjenigen Kreisen, die starken Einfluß auf die heutige Regierung haben, der Gedanke sehr ernstlich erwogen wird, im Falle einer Zurückziehung der Besatzung weitere Garantien, darunter auch die Autonomie des Rheinlands, zu verlangen.

Nun wollen uns aber dieselben Kreise beruhigen, indem sie sagen: was wir wollen, ist keine Lostrennung, sondern ein selbständiges Rheinland im Rahmen des Deutschen Reichs, wie es Gustave Hervé in dem eben erwähnten Aufsatz ausgeführt hat. Auf diese Weise sucht man den wahren Sachverhalt zu verschleiern. Aber immer wieder klingt in den Reden die Wirklichkeit durch. In einem anderen Aufsatz sagt Gustave Hervé:

> Es handelt sich einzig und allein darum, eine Pufferzone zu schaffen, welche die Sicherheit Nordfrankreichs und Belgiens stärkt.

Einen Pufferstaat; einen selbständigen Staat im Rahmen des Deutschen Reichs gibt es nicht.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

(C) Interessant ist es auch, hier einmal in die Vergangenheit zu blicken. Gegen Ende der großen **französischen Revolution** hat der damalige **General Hoche** in der Rheinprovinz die sogenannte **Cisrhenanische Republik** errichtet. Er hat damals seinen Vorschlag dem Direktorium unterbreitet, und das Direktorium hat darauf geantwortet, man solle das Land annektieren, weil es, zu schwach, um eine Republik zu bilden, nur dann sich friedlich der Unabhängigkeit erfreuen könne, wenn es sich an Frankreich anschließe.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das ist dieselbe Phraseologie, der wir heute begegnen.

Aber auch den heutigen Franzosen schreibt jemand ihre wirkliche Absicht ins Stammbuch, von dem man von vornherein nicht annehmen darf, daß er etwa französischen Annektionsabsichten irgendwie ablehnend gegenüberstände. Die **„Nation Belge"**, das Organ der belgischen Nationalisten, schreibt unter dem 23. Februar dieses Jahres:

> Frankreich ist einerseits zu schwach, als daß es auf die Rheingrenze verzichten könnte, andererseits aber wiederum zu stark, als daß man glauben dürfte, es würde die Rheingrenze nicht doch noch einmal erreichen.

(Hört! Hört! rechts.)

Die „Nation Belge" fährt dann fort:

> Wird im Rheinland ein neuer Staat geschaffen, so wird dieser sicherlich früher oder später ganz unter den Einfluß von Paris geraten,
>
> (hört! hört! rechts)
>
> so daß Belgien sich eines Tages vor die Alternative gestellt sehen wird, zwischen der Nachbarschaft Preußens oder einer französischen Provinz zu wählen.

Diese belgischen Kreise, die ganz ähnliche Ziele verfolgen wie gewisse französische Kreise und die über deren Absichten sehr gut orientiert sind, kommen dann zu dem Ergebnis, wie es hier heißt, daß Belgien Frankreich in seinen (D) Annexionsabsichten im Rheinland unterstützen, sich selbst aber durch das nördliche Rheinland bezahlt machen müsse.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Wie kann man angesichts so vieler Äußerungen französicher Politiker und Schriftsteller, Staatsmänner und Generale in der Vergangenheit und in der Gegenwart einen Zweifel darüber haben, daß — ich will nicht vom offiziellen Frankreich sprechen — zum mindesten in Frankreich sehr starke Kräfte vorhanden sind, die eine Neutralisierung der Rheinlande, das heißt eine Abtrennung von Deutschland, anstreben?

(Sehr richtig! rechts.)

Gleichwohl, der französische Ministerpräsident **Poincaré** hat in **Bar le Duc** in jener **„Friedensrede"** ausgeführt,

(Heiterkeit und sehr gut! rechts)

daß es keinen französischen Politiker gebe, der jemals von Annexionen geträumt habe.

(Ironische Rufe rechts: Nein! Nein!)

„Und Brutus ist ein ehrenwerter Mann.

(Heiterkeit rechts.)

So sind sie alle, alle ehrenwerte Leute."

(Lebhafte Rufe rechts: Sehr gut!)

Der dritte Grund, weshalb wir glauben, sehr starke Befürchtungen haben zu müssen, beruht darauf, daß seit jener Zeit, seitdem diese Frage zunächst in der französischen Presse wieder aufgeworfen und, wie Sie sehen, mit Leidenschaft und Lebhaftigkeit debattiert wird, die Parteigänger Frankreichs im Rheinland, die **Separatisten** viel dreister, viel frecher und unverschämter auftreten als je zuvor,

(hört! hört! rechts)

wenn sie fordern, daß die aufrechten Deutschen aller Parteien — und ich freue mich, mit dem Kollegen Sollmann

(Dr. **Moldenhauer**, Interpellant.)

(A) hier auf der gleichen Stufe zu stehen — ausgewiesen werden sollen, daß die Zeitungen unterdrückt werden sollen, daß in jeder Weise eine Willkürherrschaft eingerichtet werden soll. Über diese Hochverräter hält Frankreich oder — ich will mich verbessern — halten gewisse starke französische Mächte im Rheinlande ihren schirmenden Schild.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Sie sind einander wert!)

Sie entziehen diese Personen dem Strafrichter, vor den sie nach dem deutschen Strafgesetzbuch als Hochverräter gehörten.

(Sehr wahr! rechts.)

Sie schützen wie in Bonn ihre Versammlungen durch Patrouillen. Sie bringen Herrn Smeets, der in Dreiborn in der Eifel klar und deutlich zum Hochverrat auffordert, persönlich im Auto des französichen Adjutanten an die Bahn.

(Hört! Hört! rechts.)

Diese Tatsachen genügen, um begreiflich erscheinen zu lassen, daß die rheinische Bevölkerung angesichts dieser Parteinahme der französischen Befehlshaber und Delegierten im Rheinland für die Hochverräter allen Beteuerungen gegenüber Frankreichs auf das äußerste mit Mißtrauen erfüllt ist.

(Sehr war! rechts.)

Sie wird auch mit Mißtrauen erfüllt bleiben, wenn man etwa glaubt, sie dadurch beruhigen zu können, daß man die **Rheinlande unter den Schutz des Völkerbundes** stellen wollte.

(Sehr wahr! rechts.)

Wir haben bereits einen Teil unseres unglücklichen Gebietes, das unter dem „Schutz" des Völkerbundes steht, das **Saargebiet.**

(Zuruf rechts: „Schutz"!)

Ich will der nachfolgenden Interpellation nicht vorgreifen, ich will nur hinweisen auf den Hilferuf der in einer (B) Denkschrift aller politischen Parteien des Saargebietes vom April dieses Jahres an den Völkerbund zum Ausdruck gelangt ist, in dem alle politischen Parteien sich an den Völkerbund wenden gegenüber einer sogenannten Völkerbundsregierung, die, wie es in dieser Denkschrift heißt, unverhüllt darauf ausgeht, das urdeutsche Saargebiet vom Deutschen Reich für alle Zeiten zu reißen.

(Rufe rechts: Pfui! und Hört! Hört!)

Es ist klar: wer diese Entwicklung bei uns im Rheinlande beobachtet, wer sich dieser Gefahren bewußt wird, der wird sich auch der Gegenwehr in einem solchen Falle bewußt, sowie sie uns heute nur noch möglich ist. Die erste Initiative in dieser Frage haben die Rheinländer selbst ergriffen, indem die **rheinischen Parteien,** und zwar alle Parteien von den Mehrheitssozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, in jener **Entschließung von Königswinter vom 27. April** erklärt haben:

> Die neuerdings von den Ententemächten geplante Neutralisierung der Rheinlande würde mit den Gefühlen und Überzeugungen der Rheinländer in denkbar schroffstem Widerspruch stehen. So sehr die Besatzung der Rheinlande uns drückt und belastet, auch um den Preis einer Verminderung oder Zurückziehung der Besatzung würden wir von unserer Treue zum Deutschen Reich nicht um Haaresbreite weichen und auf die Zugehörigkeit zu Preußen nicht verzichten.

(Lebhaftes Bravo.)

Wir hoffen und erwarten, das hinter diesem Beschluß der rheinischen Parteien, hinter dem das ganze Rheinland in allen Parteien und Schichten steht, ebenso einmütig auch der Reichstag stehen wird wie das gesamte deutsche Volk.

(Erneuter lebhafter Beifall.)

An die Reichsregierung und insbesondere an den Herrn Reichskanzler richten wir aber die dringende Bitte, bei (C) allen Verhandlungen über die Frage des Reparationsproblems, bei allen Verhandlungen über die Besatzungsfragen, die ja angeschnitten werden müssen, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß wir keinerlei Erleichterungen erkaufen können und jemals erkaufen wollen durch Preisgabe irgendwelcher politischen Rechte am Rhein,

(bravo! rechts)

daß wir lieber alle Lasten tragen, als irgendeines von unsern politischen Rechten aufzugeben, als uns irgendwie vom Reich und von Preußen zu trennen.

(Lebhaftes Bravo in der Mitte und rechts.)

Der **französische Gesandte Graf D'Avaux** schrieb am **14. Februar 1645 an den Kardinal Mazarin:**

> Die Deutschen sind viel inniger von der Liebe zum Vaterland durchdrungen wie die italienischen Fürsten. Sie empfinden es als unerträgliche Pein, daß Fremdlinge das Reich zerstückeln,
>
> (hört! hört!)
>
> und ziehen, einer des deutschen Klimas würdigen Politik getreu, den Bestand eines Körpers, dessen Glieder sie sind, einer Zerteilung, die jedem einzelnen nur vorteilhaft würde, vor.

Heute würde auch die Aufteilung nicht dem einzelnen Gliede vorteilhaft sein, sondern nur Not und Elend bringen. Aber jene Gesinnung treuester Liebe zum Vaterlande in einer Zeit, in der Deutschland am Boden lag und fremde Heere ihre Kämpfe auf deutschem Boden ausfochten, lebt heute unvermindert in uns Rheinländern und, wie ich glaube, im ganzen deutschen Volke fort, und jene starke Liebe und Treue zur Heimat wird es letzten Endes auch sein, an der alle derartigen Neutralisierungsversuche einmal scheitern werden.

(Stürmischer Beifall in der Mitte und rechts.)

Präsident: Das Wort zur Begründung der Interpellation über das Ergebnis der Verhandlungen der (D) Reichsregierung mit der Reparationskommission hat der Herr Abgeordnete Dr. Levi.

Dr. **Levi,** Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! Ich glaube, Sie auf ein an sich sehr kleinliches und doch in gewissem Sinne sehr bedeutsames Ereignis hinweisen zu müssen. Als am 29. Mai dieses Jahres die Reichsregierung zum letztenmal außenpolitische Probleme in diesem Hause erörterte, hat der Korrespondent einer großen englischen Zeitung nach Hause telegraphiert, die Spalten der englischen Zeitungen seien nicht dazu da, mit derartigen Erörterungen gefüllt zu werden, wie sie im Deutschen Reichstag gepflogen würden. Ich halte diese an sich sehr unbedeutende Erscheinung deswegen für von Bedeutung, weil sie in der Tat auf eine, wenn ich so sagen darf, politische Krankheit hinweist, die sich im **Verhältnis zwischen der deutschen Reichsregierung und dem Deutschen Reichstag** herausgebildet hat. Der Deutsche Reichstag hat **in außenpolitischen Fragen** nicht die Stellung, die er verdient. Er hat entweder die Aufgabe, Paradereden halten zu lassen, Erklärungen abgeben zu lassen, deren wesentlicher Sinn und Bedeutung jedermann bereits im voraus bekannt ist, oder er hat die Aufgabe, Stellung zu irgendwelchen Problemen zu nehmen und in Debatten einzutreten, denen eigentlich und in gewissem Sinn der Halt fehlt, nämlich eine positive, klare und feste Erklärung der Regierung, die sagt, was sie will.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und so haben wir auch in diesem Augenblick wiederum eine Debatte, der — das muß man sagen — das Kernstück fehlt, nämlich eine Erklärung der Regierung, eine klare und feste Linie dessen, was sie will.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn wir diesen Gesichtspunkt hier geltend machen, so hüten wir damit nicht nur — ich wiederhole: nur —

(Dr. **Levi**, Interpellant.)

(A) ein formales Recht des Reichstags, sondern wir weisen auch darauf hin, daß mit dieser Haltung der Regierung eine ihrer besten und ersten Waffen im außenpolitischen Kampf stumpf wird. Das Eingreifen eines Parlaments, der Widerhall, den die Regierung im Parlament findet, die Resonanz, die sie aus dem Parlament wieder findet, ist eine ihrer stärksten Waffen, und die Regierung ist im Begriff, dieser stärksten Waffe verloren zu gehen, die Waffe stumpf zu machen, das heißt nicht mehr eine Volksvertretung hinter sich zu haben, und eine Regierung zu wählen, deren Wege — mögen nun ihre Wege sein gut oder schlecht —, mögen Sie sie teilen oder nicht, überhaupt Wege sind, die irgendwie von irgendwelchen Kreisen im Volke verstanden werden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Reichstag unterliegt der Gefahr, in außenpolitischen Dingen einer gewissen Entwertung ausgesetzt zu sein, und wir glauben, aus formalen und aus sachlichen Gründen diesem Versuch der Regierung im voraus entgegentreten zu müssen.

Wir glauben nun, daß die Notwendigkeit für die Regierung, eine Erklärung abzugeben, doch eigentlich im gegenwärtigen Augenblick und angesichts der heutigen Tagesordnung bereits erwiesen ist. Die heutige Tagesordnung führt eine Serie von Interpellationen auf, die aus allen, glaube ich, allen Parteien dieses Hauses gestellt sind und die stückweise und für sich alle, aber auch alle Probleme der auswärtigen Politik berühren. Das heißt: alle Parteien dieses Hauses haben das Bedürfnis seit längerer Zeit gehabt und im gegenwärtigen Augenblick wieder, die auswärtigen politischen Dinge zur Sprache zu bringen, und bedauerlicherweise müssen die Parteien die Initiative ergreifen, um die Regierung überhaupt zur Rede zu bringen.

Wir stehen in einem Augenblick, in dem, wenn ich (B) so sagen darf, eine gewisse Serie der auswärtigen Politik abgespielt ist, die **Serie der Konferenzen**, die in Cannes begann, die in Genua ihre Fortsetzung fand, die ihre weitere Fortsetzung in Paris fand und die eine ganz schwache und schwächliche Fortsetzung demnächst vielleicht im Haag finden wird, aber eine so schwache Fortsetzung, daß sie — ich glaube, das aus den Ausführungen der Regierung in der Sitzung vom 29. Mai entnehmen zu dürfen — für die gegenwärtige Politik der Regierung eine ausschlaggebende Rolle nicht spielt. Die Konferenz in Paris, die Verhandlungen, die der Minister Hermes in Paris und nach ihm der Staatssekretär Bergmann in Paris gepflogen haben, sind ein Schritt in dieser Serie gewesen, und ich kann nur das wiederholen, was der Herr Reichskanzler in der Sitzung vom 29. Mai 1922 gesagt hat:

> Jetzt handelt es sich darum, nicht in kritischer Würdigung allein über den 31. Mai hinüberzuschreiten, sondern die großen Ziele europäischer Politik mit den Verhandlungen, die zurzeit in Paris geführt werden, zu verbinden.

Und nun sind die Verhandlungen in Paris vorüber. Sie haben, wenn wir recht informiert sind, teils ein positives und teils ein negatives Ergebnis gezeitigt, und wir haben das Gefühl, daß es nunmehr Aufgabe der Regierung wäre, uns ihre selbst gestellte Aufgabe zu lösen, das heißt das Ergebnis der Verhandlungen in Paris mit den großen Linien der europäischen Politik in Verbindung bringen.

Meine Damen und Herren! Die Konferenzen, die ich Ihnen in ihrem Gange bezeichnete, waren die einzelnen Stücke der Politik, die wir im großen und ganzen als die **Erfüllungspolitik** bezeichnen. Die Erfüllungspolitik — das ist jedem klar — muß in ihrem Gefolge eine Reihe von schweren Opfern nach sich ziehen, die, glaube ich, auf auf allen Gliedern des deutschen Volkes, auf allen Klassen lasten werden. Wenn wir für die Erfüllungspolitik eintreten, so geschieht es aus keinem andern Grunde, als (C) weil wir von unserm Standpunkt aus die Lasten, die eine Ablehnung der Erfüllungspolitik für das deutsche Proletariat involvieren würden, unendlich viel schwerer empfinden würden. Denn wohin der andere Weg führen würde, das hat der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich in den Ausführungen, die er dieser Tage in der Kommission zum besten gab gezeigt. Er hat gesagt, wohin uns seine Politik führen würde; man würde sehen — so sagt er —, wie die Dinge sich weiter entwickeln werden.

(Zurufe von den Deutschnationalen und Gegenrufe links.)

Aber, meine Herren, eine Ablehnung der Politik der Erfüllung im gegenwärtigen Moment würde zu Katastrophen führen, von deren Schwere für das deutsche Proletariat man sich im gegenwärtigen Augenblick eine rechte Vorstellung überhaupt nicht machen kann.

Also die Politik der Erfüllung unterstützen wir. Die Politik der Erfüllung aber kann nicht der deutschen Regierung die Ermächtigung geben, im Rahmen der Erfüllungspolitik all die Lasten, die aus der Erfüllungspolitik kommen, ungemessen und unbesehen auf das deutsche Proletariat abzuwälzen. Wir verstehen unter Erfüllungspolitik ein Maß des Schutzes für das deutsche Proletariat, das nach Maßgabe des Versailler Vertrages überhaupt möglich ist.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir verstehen unter Erfüllungspolitik die Aufnahme des entschlossenen und mutigen Kampfes für die Abwälzung den schwersten Lasten aus der Erfüllungspolitik auf die, die an der Tatsache, daß erfüllt werden muß, die erste Schuld tragen.

(Lebhafte Zustimmung und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Helfferich!)

Wir können gegenüber der Politik, die die Regierung in den vergangenen Monaten geführt hat, nicht ohne weiteres (D) erkennen, daß diese Grundsätze der Erfüllungspolitik und die aus der Erfüllungspolitik sich ergebenden Lebensinteressen des deutschen Proletariats genügend gewahrt seien.

Ich glaube, daß ich mit diesem Satz in Übereinstimmung bin auch mit großen Teilen der Mehrheitssozialdemokratischen Partei. Wenn die Mehrheitssozialdemokratische Partei in den vergangenen Wochen sich etwa mit besonderer Wärme gegen die **Erhöhung der Brotpreise** ins Zeug geworfen hat, so muß auch sie erkennen, daß die Brotpreiserhöhung in gewissem ursächlichen Zusammenhang steht mit dem Reparationsproblem und daß der Teil des Erfüllungsproblems, der nicht in der Konferenz liegt, sondern im innern **Kampf der Arbeiter gegen die Besitzer,** auf das schwerste von einer Regierung gefährdet ist, in der Sie selbst (zu den Sozialdemokraten) maßgebenden Einfluß haben.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Darum haben wir ja im vorigen Jahre für die Umlage gestimmt!)

Einen Teil dieses **inneren Erfüllungsproblems** greift unsere Interpellation aus dem gesamten Problem heraus. Unsere Interpellation fragt:

1. Welches sind die Abmachungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission?
2. In welcher Weise gedenkt die Reichsregierung ihre Abmachungen mit der Reparationskommission, soweit sie das steuerliche Gebiet betreffen, durchzuführen?
3. Gedenkt die Reichsregierung bei etwaigen neuen steuerlichen Maßnahmen eine weitere Belastung der arbeitenden Klassen und einen Abbau der sozialen Fürsorge, insbesondere der Erwerbslosenfürsorge und des Achtstundentages zu vermeiden?

Wir haben offiziell Kenntnis über die Verhandlungen, die der Minister Hermes in Paris geführt hat, nicht erhalten.

(Dr. **Levi**, Interpellant.)

Aber wenn wir insbesondere im dritten Punkte unserer Interpellation einzelne Dinge, die inoffiziell in den Zeitungen oder zwischen den Zeilen der Zeitungen zu unserer Kenntnis gekommen sind, hervorheben, so zeigen wir damit, daß wir in diesen Punkten die lebhaftesten Bedenken und Sorgen haben, daß die Regierung diesen unseren Standpunkt in der Erfüllungsfrage verletzt hat oder zu verletzen im Begriffe ist. Wir wiederholen daher ausdrücklich die Frage: gedenkt die Regierung in Verfolg dieses Erfüllungsproblems innenpolitisch die Interessen des Proletariats auch insoweit zu verletzen, daß sie den Achtstundentag abbaut und das Geringe, was für die Erwerbslosenfürsorge heute in Deutschland noch geopfert wird, gleichfalls auf dem Altar der auswärtigen Politik opfert? Wir haben das Gefühl, daß diese Innenpolitik, die sich aus der Erfüllungspolitik ergibt, einem kritischen Punkte zustrebt, und wir möchten nicht versäumen, die Regierung auf den Ernst dieser Folgen und auf die Zuspitzung dieses Problems hinzuweisen.

Wir möchten aber weiter folgendes bemerken: das Problem der **Erfüllungspolitik** wird in Deutschland und in diesem Hause im wesentlichen als ein rein rohes, materielles und finanzielles bezeichnet. Es geht aber weiter. Es ist ein **psychologisches und ein politisches Problem**.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ein psychologisches Problem! Die Erfüllungspolitik bedeutet, daß wir von Deutschland aus alles tun, was die Völker entwaffnet, was innerhalb der Völker den Gedanken des Krieges ertötet und was den Nationalisten aller Länder die Möglichkeit der Hetze, des Eingreifens und des neuen **Kriegschürens** nimmt.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir glauben, daß eine Erfüllungspolitik nur sein kann eine einheitliche Politik, die alle Glieder der Reichsverwaltung durchzieht.

Wir möchten auch bei dieser Gelegenheit eins besonders herausnehmen. Wir haben in den vergangenen Wochen allerhand Dinge erlebt. Wir haben erlebt **Memoiren des Kronprinzen** wir werden demnächst erleben **Memoiren des Kaisers.** Haben auch die beiden Herrschaften sich der Verfügungsgewalt der deutschen Regierung entzogen, dann sind andere Herrschaften innerhalb der Verfügungsgewalt der deutschen Regierung geblieben. Herr **Ludendorff** macht sich bemerkbar. Herr Ludendorff hat den guten Geschmack, in den Zeitungen des Lord Northcliffe gegen die deutsche Regierung zu hetzen.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich nehme an, gegen gutes Honorar in englischen Pfunden.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber noch mehr, wir haben in der vergangenen Woche eine militaristische Parade von unerhörtem Umfang gesehen. Ich meine die Parade, die der Generalfeldmarschall **Hindenburg in Ostpreußen** abgenommen hat. Wir haben ein gewisses menschliches Bedauern mit jedem geschlagenen Feldherrn, indem wir wissen, daß ein Stück menschlicher und seelischer Tragik in dem Schicksal des geschlagenen Feldherrn liegt. Aber das nobile officium geschlagener Feldherren in der Geschichte ist bisher immer gewesen, still sich in die Ecke zu setzen und dort zu bleiben.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Der Generalfeldmarschall v. Hindenburg hält es nach seiner Niederlage, die er in Frankreich erlitten hat, für seine Pflicht, mit solchen militaristischen Paraden und Aufhetzungen in die Führung der deutschen Politik aktiv einzugreifen. Ich glaube, wir können dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg mit aller Deutlichkeit und in variierter Form einen Satz mit auf den Weg geben: das, was das Schwert verdorben hat, das macht kein Mundwerk wieder gut!

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — Zuruf von den Deutschnationalen: Aber was das Mundwerk verdorben hat, macht auch kein Schwert wieder gut! — Erregte Gegenrufe links.)

— Was das Mundwerk Wilhelms II. verdorben hat, hat kein Säbel in Frankreich wiedergutgemacht. —

Aber, meine Damen und Herren, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, der Generalfeldmarschall v. Hindenburg sei eine Privatperson, so sehen wir doch ganz deutlich die Fäden, mit denen diese Privatperson mit Ressorts des Reichs aufs engste verbunden ist. Wir meinen das Reichswehrministerium. Das Reichswehrministerium hat an dieser Privatpolitik des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg aktiven Anteil genommen.

(Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Das Reichswehrministerium ist es gewesen, das seine Soldaten zu diesen Demonstrationen, die gegen die Politik der Regierung gerichtet waren, kommandiert hat.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Ich lasse heute und in diesem Zusammenhang die Tatsache beiseite, daß bei dieser nutzlosen und gegen die Politik der Regierung gerichteten Demonstration Blut geflossen ist; ich lasse die Tatsache beiseite, daß angeblich friedlich zur Parade marschierenden Soldaten geladene Gewehre in den Händen hatten, sondern ich frage die Regierung, wie sie, wenn sie Erfüllungspolitik treiben will, einheitliche Erfüllungspolitik in allen Ressorts zu treiben gedenkt.

Ich möchte auch einen andern Punkt, der aufs engste mit dieser Angelegenheit zusammenhängt, hier erwähnen. Es ist durch die Presse die Nachricht gegangen und, glaube ich, auch bereits zum Gegenstand einer kleinen Anfrage gemacht worden, daß das Reichswehrministerium in seiner Abteilung Marine den **Kapitän Löwenfeld zum ersten Kommandanten eines demnächst ins Ausland fahrenden Schiffes gemacht** hat. Ich möchte auch hier die Reichsregierung fragen: sieht die Reichsregierung nicht, daß diese Clique, die im Reichswehrministerium in allen seinen Teilen aufs tiefste verwurzelt ist, eine offene klare Politik gegen ihre angebliche Politik macht, daß diese Clique Posten für Posten, Zug um Zug dazu benutzt, ihre Sabotage der Regierungspolitik zur Wirksamkeit zu bringen?

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn verspricht sich etwa der Herr Reichskanzler großen Nutzen für seine Politik davon, wenn dieser Kapitän Löwenfeld demnächst als Vertreter der deutschen Politik im Ausland erscheint? Politik, wenn sie Politik ist, muß einheitlich sein und einheitlich in allen Fächern.

Wir sagen weiter: Die Politik der Erfüllung ist auch ein politisches Problem. Die Frage des Vertrages von Rapallo und der **Beziehungen zu Rußland** wird, glaube ich, erst in der nächsten Tagung bei einer demnächstigen Gelegenheit mit zur Aussprache in diesem Hause kommen. Ich möchte aber, um keinen Zweifel über unsere Stellung aufkommen zu lassen, folgendes im voraus erklären: wir begrüßen es, daß die deutsche Regierung heute auf einen Standpunkt gekommen ist, der es ihr ermöglicht, dem schwergeprüften russischen Volke alle die Hilfe zuteil werden zu lassen, die das russische Volk nach seinen heldenhaften Kämpfen, die wir auch heute anerkennen, verdient. Wir bedauern, daß diese Hilfe nicht früher gewährt werden konnte. Aber wir begrüßen es, daß sie heute wenigstens gewährt werden kann, und werden alles befürworten, was dazu dient, das Maß dieser Hilfe so groß wie möglich zu machen.

(Dr. **Levi**, Interpellant.)

(A) Wir können aber trotzdem, wenn wir heute von der einheitlichen Führung der Politik der Regierung sprechen, gewisse Bedenken nicht hintanstellen. Ich will mich auf Einzelheiten nicht einlassen. In den vergangenen Wochen ist durch die Presse die Nachricht gegangen, daß die deutsche Regierung auch Verhandlungen angeknüpft habe über eine Anerkennung der **Sowjetrepublik Tschita** und der **Sowjetrepublik Georgien.** Ich glaube, daß ich der deutschen Regierung keine Andeutungen und Belehrungen darüber zu geben brauche, was Verhandlungen mit diesen beiden Republiken und was ein Eindringen Deutschlands in diese beiden Brennpunkte imperialistischer Politik bedeutet. Den Entwicklungsmöglichkeiten, die sich daraus ergeben, sehen wir heute allerdings schon mit Besorgnis entgegen. Wir fürchten, daß sich aus diesen Anknüpfungen Möglichkeiten ergeben könnten, deren Konsequenzen wir selbst nicht gern auf uns nehmen möchten. Einheitliche Politik, Politik im Rahmen der Erfüllung, Erfüllungspolitik bedeutet auch Einheitlichkeit der Führung der auswärtigen politischen Geschäfte. Vielleicht ist der Herr Reichskanzler nachher so gütig, uns eine Auskunft darüber zu geben, inwieweit derartige Anknüpfungen mit der Einheitlichkeit seiner übrigen Politik übereinstimmen.

Meine Damen und Herren! Das Gefühl, daß die Erfüllungspolitik einem gewissen kritischen Punkt zutreibt, hat jeder. Die deutsche Regierung hat es bisher klugerweise oder unklugerweise verstanden, der Beantwortung solcher Fragen, die teils von uns, teils von anderer Seite an sie gestellt wurden, auszuweichen. Auf die Dauer wird sie der Antwort nicht ausweichen können. Sie kann heute auf unsere Interpellation noch einmal eine Erklärung abgeben, aus der sich jeder seinen Vers machen kann. Aber auf die Dauer werden die Dinge dem Reichskanzler und der deutschen Regierung die Frage stellen und ihn ersuchen zu erklären, wie er steht. Ob er will oder nicht, wird er dann die Erklärung abgeben müssen, und wir werden dann, (B) ob wir wollen oder nicht, die Entscheidung fällen müssen.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort zur Begründung der nächsten Interpellation, die sich auf die Einstellung und Zerstörung von Eisenbahnbauten im besetzten rheinischen Gebiet bezieht, hat der Herr Abgeordnete Dr. Lauscher.

Dr. **Lauscher**, Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! Die Botschafterkonferenz in Paris hat am 30. Mai dieses Jahres dem deutschen Botschafter mit dem Ersuchen um Übermittlung an seine Regierung eine Note überreicht, in der unter Berufung auf Art. 43 des Versailler Vertrags die **Einstellung** einer Reihe **von Eisenbahnbauten**, die sich in der Ausführung befinden, und die **Zerstörung** einer weiteren Reihe **von Bahnanlagen**, die bereits vollendet sind, im Bereich **des besetzten Gebietes** gefordert wird. Die Einstellung der in Ausführung befindlichen Anlagen soll sofort erfolgen, die Zerstörung nach dem Abzug der alliierten Besatzungstruppen. Als Zweck dieser tief einschneidenden verkehrspolitischen Maßnahmen wird die Entmilitarisierung des rheinischen Eisenbahnnetzes angegeben, zu der sich Deutschland in dem bereits genannten Art. 43 des Vertrages von Versailles verpflichtet habe. Hiernach können nur sogenannte strategische Bahnen, also Eisenbahnen mit zweifelloser militärischer Zweckbestimmung, in Frage kommen. Die Botschafterkonferenz versichert denn auch, nicht bloß sich streng an diese Grenze gehalten zu haben, sondern nicht einmal bis an diese Grenze gegangen zu sein. Sie behauptet, die wirtschaftlichen Interessen des besetzten Gebietes mit weitestgehender Schonung behandelt und darum auf eine ganze Reihe von Zerstörungen verzichtet zu haben, die sie nach dem Wortlaut des Versailler Vertrags hätte fordern können. Vergegenwärtigt man sich aber dieser Behauptung gegenüber den ungeheuerlichen Umfang der geplanten und geforderten Zerstörungen, dann kann man sich diese Behauptung der Botschafterkonferenz wirklich nur unter der Voraussetzung erklären, daß sich die Botschafterkonferenz an und für sich für berechtigt gehalten habe, die Beseitigung des gesamten rheinischen Eisenbahnnetzes zu verlangen.

(Sehr richtig!)

Wenn sie das verlangt hätte, so wäre das zwar ein Unsinn, aber es hätte doch Methode; denn schließlich kann ja tatsächlich jede Eisenbahn militärischen Zwecken dienstbar gemacht und unter diesem Gesichtswinkel eine strategische Bahn genannt werden.

(Sehr wahr!)

Von dieser allerdings unanfechtbaren Tatsache scheint man in Paris ausgegangen zu sein; denn sonst könnte man doch angesichts eines Zerstörungsprogramms, das nicht weniger als 125 Punkte umfaßt, nicht mehr von weitgehender Zurückhaltung und von wohlwollender Schonung des rheinischen und deutschen Wirtschaftslebens reden.

Meine Damen und Herren! Man darf angesichts dieses ungeheuerlichen Projekts in der Tat die Frage aufwerfen, ob es denn überhaupt heute noch einen Sinn hat, im Hinblick auf Deutschland und deutsche Verhältnisse von strategischen Eisenbahnen zu reden.

(Sehr richtig!)

Nachdem Deutschland so gründlich wie nur möglich entwaffnet ist, nachdem das deutsche Volksheer und die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft sind, nachdem die deutschen Festungen geschleift sind, nachdem das deutsche Söldnerheer auf einen so lächerlich niedrigen Stand gebracht ist, wie wir ihn heute vor uns sehen, auf einen derartigen Stand, daß es als Kriegsinstrument gegen eine Großmacht oder gar gegen einen ganzen Konzern von Großmächten überhaupt nicht mehr in Betracht kommen kann,

(sehr richtig!)

nach alledem haben für jeden vernünftigen Menschen die deutschen Verkehrsanlagen und Verkehrsmittel jede militärische Bedeutung eingebüßt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wie kann man also noch von einer **Entmilitarisierung des rheinischen Eisenbahnnetzes** reden? Was nicht existiert, kann man auch nicht transportieren. Auch das bestausgebaute, feinst organisierte Eisenbahnnetz verliert jede militärische Gefährlichkeit, wenn kein Heer, vor allem keine Artillerie, keine Muniton, überhaupt nicht der gesamte militärische und kriegerische Apparat, der darauf befördert werden könnte, vorhanden ist.

Nun ist nichtsdestoweniger zuzugeben, daß nach dem Wortlaut des Art. 43 diejenigen Anlagen, die unzweifelhaft und ausschließlich militärischen Charakter haben, der Zerstörung verfallen sind. Wenn es also Bahnsteige, Verladerampen, Depots oder Verpflegungsstellen gibt, die lediglich militärischen Zwecken zu dienen geeignet sind — als Laie maße ich mir nicht an, darüber ein Urteil zu fällen —, so kann unter der Herrschaft des Versailler Friedensdiktates gegen deren Beseitigung nichts eingewandt werden.

Es ist dabei allerdings interessant und für die Stellung der alliierten Mächte selber zu der schönen Idee der **Abrüstung** und der Entmilitarisierung im höchsten Grade charakteristisch, daß diese Instrumente des dreimal vermaledeiten Militarismus im Rheinland erst dann verschwinden sollen, wenn die Besetzung aufgehört hat. Bis dahin dürfen diese Kriegsinstrumente

(Dr. **Lauscher**, Interpellant.)

erhalten bleiben. Wirklich abrüsten soll eben nur Deutschland, das längst abgerüstet hat.

(Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Für die Sieger bleibt die Abrüstung nach wie vor nichts weiter als eine hohle Phrase und eine bedeutungslose Geste.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Wie steht es nun aber mit der in der Note behaupteten schonenden Rücksichtnahme auf das rheinische Wirtschaftsleben? Wie ich bereits bemerkt habe, betreffen die von der Botschaftskonferenz getroffenen Maßnahmen zunächst die **Einstellung von Bauten**, die sich noch in der Ausführung befinden, und weiterhin die Zerstörung bereits bestehender Einrichtungen. Als zur ersten Kategorie gehörig werden u. a. folgende Bauten aufgeführt: 1. der Bau der zweigleisigen Strecke Hamborn—Geldern; 2. die Anlage eines Gleises auf der Strecke Osterath — Holzheim — Liblar — Dernau; 3. der viergleisige Ausbau der Strecke Aachen—Düren—Köln wird nur für die Teilstrecke Köln—Aachen zugelassen; 4. die Strecke Trier—Ehrang—Koblenz darf nur zwischen Trier und Ehrang vier Gleise erhalten.

Die zweite Kategorie bezeichnet als **zu zerstörende Anlagen** die folgenden: 1. Auf der zweigleisigen Strecke Remagen—Hillesheim—Losheim und Bad Münster—Homburg (Pfalz) sowie der Gabelung Hillesheim—Gerolstein—Lommersweiler darf nur ein Gleis belassen werden, das zweite ist zu beseitigen. 2. Eine Reihe von Verbindungsstrecken wie Geldern—Wesel und Geldern—Cleve, Erpel—Remagen, Sinzig—Bodendorf und Hohenrein—Oberlahnstein müssen beseitigt werden. Die Rheinbrücken, zu denen diese Kurvenstrecken hinführen, dürfen bestehen bleiben.

Die dritte Gruppe umfaßt eine Menge von Einrichtungen angeblich militärischer Natur, wie Bahnsteige, Rampen, Verpflegungsstellen und so weiter. Die vierte dann allerlei **Einrichtungen ausgesprochen militärischen Charakters**, wie zum Beispiel Verproviantierungsstellen, Depots und Munitionsparks, Verbindung mit Bahnanlagen. Wegen dieser letzten Gruppe habe ich das Notwendige schon gesagt. Auf sie bezieht sich unser Protest naturgemäß nicht.

Von dieser letzten Gruppe abgesehen, muß angesichts dieses umfassenden Zerstörungsprogramms doch gefragt werden, wo in diesem Programm auch nur die leiseste Spur von einer schonenden Rücksichtnahme auf das rheinische und deutsche Wirtschaftsleben zu entdecken ist.

(Sehr richtig!)

Es handelt sich doch bei beiden Kategorien zum allergrößten Fall um Eisenbahnbauten, die jahrzehntelang von der gesamten Bevölkerung Jahr um Jahr von der Eisenbahnverwaltung gefordert worden sind,

(sehr richtig!)

um die sich die wirtschaftlichen Organisationen mit äußerstem Eifer bemüht haben, bis schließlich nachgegeben und zur Ausführung geschritten wurde. Diese **Bahnanlagen sind für das rheinische Gebiet**, dessen Eisenbahnnetz trotz seiner auf den ersten Blick außerordentlichen Dichtigkeit noch in sehr weitem Umfange des Ausbaues und der Erweiterung bedarf, eine absolute **wirtschaftliche Notwendigkeit.** Das gilt für den allergrößten Teil der hier in Betracht kommenden Anlagen. Sie sind um so notwendiger in einer Zeit und unter Verhältnissen wie heute, wo, wie das gesamte Deutschland, so auch das namentlich für unsere deutsche Wirtschaft so stark in Betracht kommende Rheinland seine wirtschaftlichen Kräfte bis auf das Höchstmaß anspannen muß, wenn das deutsche und im besonderen das rheinische Volk seiner Aufgabe gerecht werden soll.

Wenn ich ein paar Beispiele herausgreifen darf, so verweise ich zunächst auf die **Bahnlinie Hamborn—Geldern.** Dürfen wir, wie die Note dies verlangt, diese Strecke nicht ausführen, so würde das dem Niederrhein allerschwerste wirtschaftliche Nachteile bringen.

(Sehr richtig!)

Der Bau dieser Strecke war bereits vor dem Kriege beschlossen. Die Strecke soll das niederrheinische Kohlengebiet links des Rheins erschließen. Dieses Kohlengebiet hat bis jetzt eine ausreichende verkehrspolitische Berücksichtigung nicht gefunden. Man hat deswegen den Plan trotz der drückenden Verhältnisse von heute seitens des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt, und noch vor kurzer Zeit hat der niederrheinische Verkehrsverband in einer ausführlichen Denkschrift die unbedingte Notwendigkeit des Ausbaus dieser Strecke ausführlich begründet und den rascheſten Ausbau dieser Eisenbahnlinie verlangt. Nun soll diese Strecke nicht ausgeführt werden. Damit würde, abgesehen von dem, was ich bereits andeutete, auch die im Interesse der beiden Städte Mörs und Geldern dringend notwendige Verbindung dieser Städte wiederum auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben werden. Es würde die Erschließung des linksrheinischen Kohlengebietes, die für uns heute geradezu eine Lebensfrage geworden ist, die gar nicht länger hinausgeschoben werden darf, wiederum auf unabsehbare Zeit zur Unmöglichkeit werden.

Ein zweites Beispiel bietet die **Strecke Osterath—Holzheim—Liblar—Dernau**, die das Braunkohlengebiet westlich von Köln erschließen soll. Meine Damen und Herren! Es ist nicht unsere Schuld, daß wir heute auf die Braunkohle in einem Umfang, wie wir es uns früher nie haben träumen lassen, angewiesen sind, aber nachdem unsere Steinkohlenproduktion von der Entente uns in einem solchen Umfange, wie es tatsächlich geschehen ist, entzogen worden ist, haben wir ja gar keine andere Wahl. Wir müssen uns jetzt mit aller Energie auf die Förderung der Braunkohle werfen, und das ausgedehnte reiche Braunkohlenfeld westlich von Köln, das namentlich auch für die Versorgung der Stadt Köln und der sie umgebenden Industrie von größter Bedeutung ist, kann diese Bahn gar nicht entbehren. Wird sie aber nicht zweigleisig ausgeführt, so ist sie wertlos, so kann sie das nicht leisten, was sie zu leisten hat, und kann nicht die Lebensader für diesen wichtigen Wirtschaftsbezirk sein, die sie sein sollte und müßte.

Was nun aber das ungeheuerlichste an der ganzen Zumutung ist, meine Damen und Herren, das ist, daß die Entente selbst den Ausbau dieser ganzen Strecke verlangt hat.

(Hört! Hört!)

Sie hat darauf bestanden, obschon deutscherseits Bedenken geäußert wurden mit Rücksicht auf unsere entsetzliche finanzielle Lage, sie hat darauf bestanden, daß die Strecke ungesäumt und mit möglichster Beschleunigung ausgebaut werde. Und nun, nachdem der Ausbau so weit vollendet ist, wird verlangt, daß diese Bahn nachträglich wieder sabotiert und wertlos gemacht wird.

(Hört! Hört!)

Das heißt also: diese Bahn durfte ihre wirtschaftliche Notwendigkeit so lange erproben und ihre Funktion so lange erfüllen, als die Entente daran interessiert war. Nachdem dieses Interesse fortgefallen ist, ist es überflüssig, auf die deutschen Bedürfnisse und Notwendigkeiten irgendwelche Rücksichten zu nehmen.

Diese Bahnen, meine Damen und Herren, die ich jetzt genannt habe, können eine strategische Bedeutung überhaupt gar nicht haben. Das ist bei diesen Strecken absolut ausgeschlossen. Das sieht auch der Laie, daß eine

(Dr. **Lauscher**, Interpellant.)

(A) Begründung der Ententeforderung aus dem Gesichtspunkt des Artikels 43 heraus schlechterdings ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Eine sehr interessante Situation ergibt sich auch, wenn man die Forderung der Entente auf Einstellung der Erweiterung der Strecke Trier—Ehrang—Koblenz ins Auge faßt. Kein Verständiger wird hier bestreiten, daß die Strecke Koblenz—Trier in der Tat eine hervorragende strategische Bedeutung hatte. Sie hatte sie, — heute hat sie sie nicht mehr aus den Gründen, die ich eingangs angedeutet habe. Die Erweiterungsarbeiten seit dem Kriege haben sich seit der Besetzung im wesentlichen konzentriert auf die Erweiterung des großen **Tunnels bei Cochem**. Die Erweiterung dieses Tunnels ist weit vorgeschritten. Würde sie jetzt eingestellt werden, so wäre mit der Gefahr des Einsturzes des ganzen Tunnels zu rechnen.

(Hört! Hört! im Zentrum und rechts.)

Die amerikanische Besatzungsbehörde weiß das und weiß diesem Umstand auch Rechnung zu tragen. Sie hat nämlich gegen die Einstellung der Arbeit ein striktes Verbot erlassen.

(Hört! Hört! rechts.)

In solchen Widersprüchen bewegt sich die Praxis der Entente, wenn es gilt, das besetzte Gebiet und mit ihm zusammen die deutschen Lebensinteressen in pflegliche Behandlung zu nehmen. Ich mag mich nicht weiter in Einzelheiten ergehen. Jedem Kenner der rheinischen Verhältnisse und insbesondere des rheinischen Verkehrswesens ist es klar, daß die Ausführung des von der Botschafterkonferenz entworfenen Zerstörungsprogramms einen Eingriff in das Wirtschaftsleben des Rheinlands bedeutet, dessen Folgen und Auswirkungen überhaupt nicht abzumessen sind.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

(B) Wir stehen vor einer Maßnahme, die wir in unserer Interpellation „brutal" genannt haben.

(Sehr richtig! im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Ich glaube nicht, daß diese Kennzeichnung zu scharf ist.

(Zurufe: Nein!)

Sie ist um so mehr am Platze, als diesen Maßnahmen größtenteils auch noch das Brandmal der vollständigen Sinnlosigkeit aufgeprägt ist.

Ich greife einmal eins heraus. So viel versteht auch der Laie vom Bahnbau, daß es doch ein Unsinn ist, auf einer Eisenbahnstrecke, die ein zweites Gleis bereits besitzt, dieses **zweite Gleis zu entfernen**. Wozu soll das dienen? Wenn die Bahn jemals wieder strategische Bedeutung gewinnen sollte, wenn ein neuer Kriegsfall einträte, wäre im Handumdrehen das zweite Gleis wieder gelegt. Es würde also eine Entmilitarisierung, ein Unbrauchbarmachen für militärische Zwecke damit gar nicht erzielt werden. Oder denkt man sich die Sache vielleicht gründlicher, systematischer ausgeführt? Will man wirklich den Eisenbahnkörper zur Hälfte zerstören, will man uns zumuten, diese ungeheuren Erdbewegungen auszuführen? Ich halte es nach allem, was wir bereits erlebt und erfahren haben, für nicht ausgeschlossen, daß die Dinge so gemeint sind. Wenn aber das der Fall ist, dann bitte ich einmal den nachfolgenden Satz auf sich wirken zu lassen. In der Note der Botschafterkonferenz heißt es unmittelbar im Anschluß an die Versicherung, daß man auf die wirtschaftlichen Interessen der rheinischen Gebiete weitgehende Rücksicht genommen habe, wörtlich weiter:

> Überdies wird die Einstellung der in Ausführung befindlichen Arbeiten es Deutschland gestatten, die sehr bedeutenden Summen zu sparen, die für ihre Vollendung vorgesehen sind, **und so dazu beitragen, seine finanzielle Lage zu bessern.**

(**Zuruf rechts: Lächerlich!**)

Ich möchte wissen, ob man einem Privatmann, dem man verbietet, seinem nahezu vollendeten Hause ein Dach aufzusetzen, dieses unsinnige Bauverbot damit plausibel machen könnte, daß man ihm sagt: Ja, lieber Freund, bedenke doch, du sparst eine Menge Geld, die du für das Dach hättest aufwenden müssen.

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Scherz beiseite! Meine verehrten Damen und Herren, die Dinge liegen doch so. Es ist das gesamte Kapital und die gesamte Arbeit, die in einem solchen Bahnbau investiert sind, es sind also Millionenwerte einfach vergeudet und verloren, wenn der Bau nicht fertiggestellt werden darf. Was an Eisenbahnanlagen zerstört wird, ist gleichfalls vernichteter wirtschaftlicher Wert. Wenn dazu diese Zerstörung, wie es tatsächlich der Fall ist, auch noch mit ganz ungeheuerlichen Kosten verbunden ist, die nach dem Urteil Sachverständiger in die Milliarden gehen, dann heißt es zur Mißhandlung den Hohn hinzufügen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

wenn man uns damit trösten und beruhigen will, daß man uns sagt: es sind doch mit der Einstellung dieser Bauten für Deutschland auch Ersparnisse verbunden.

Ich habe vorhin gesagt, diese **Maßnahmen**, die die **Note vorsieht** und fördert, kennzeichnen sich deutlich als eine **Sinnlosigkeit**, dazu freilich auch als eine **Brutalität**. Sinnlos und brutal sind sie, weil sie einem armen am Boden liegenden Volke das Blut entziehen, sinnlos und brutal zumal deswegen, weil diesem Volke gleichzeitig die ungeheuerlichsten Lasten aufgebürdet werden. Wenn man von uns Reparationsleistungen verlangt, die nicht bloß die Höchstgrenze unserer Leistungsfähigkeit erreichen, sondern sie überschreiten, und wenn man dann gleichzeitig unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gewaltsam einschnürt und einengt, — ja, meine Damen und Herren, dann frage ich mich: wo ist der Sinn dieser Politik? Wo ist überhaupt in dieser Politik ein Sinn zu finden, wenn er nicht zu suchen und zu finden ist in unerbittlichem, unversöhnlichem Vernichtungswillen,

(sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei)

dessen kalten Hauch wir zum erstenmal am Tage von Compiègne verspürten?

Die Sache hat selbstverständlich ihre einschneidende Bedeutung zunächst für das Rheinland. Es ist wieder einmal eine Operation, die am rheinischen Wirtschaftskörper vorgenommen wird, ohne daß man sich im allergeringsten darum kümmert, ob das Rheinland darunter leidet und zugrunde geht oder nicht. Es ist zu bedenken, daß der Friedensvertrag selbst für das besetzte Gebiet eine Schutzmauer hat aufrichten wollen, sich wenigstens den Anschein gegeben hat, als ob er das tun wolle, indem **Sondermaßnahmen im Rheinland** davon abhängig gemacht wurden, daß sie im Interesse des Rheinlandes gelegen seien. Wie wenig man sich daran hält, haben wir im vorigen Jahre bei der Verhängung und der Durchführung der Sanktionen erlebt. Hier handelt es sich abermals um eine Maßnahme, die kalt und rücksichtslos hinwegschreitet über die Lebensinteressen des Rheinlandes.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Psychologisch interessant sind diese Dinge auf alle Fälle. Sie lassen nämlich darauf schließen, daß man mit dem Rheinland nicht sonderlich zufrieden ist. Dazu hat man dann freilich auch keinen Anlaß. Die **Haltung der rheinischen Bevölkerung** inmitten der ungeheuerlichen **Verhältnisse**, in denen sie auf eine lange Reihe

(Dr. **Lauscher**, Interpellant.)

(A) von Jahren zu leben gezwungen ist, ist — das spreche ich als Rheinländer mit Stolz und Genugtuung aus — eine solche, daß ganz Deutschland sich an dieser Haltung ein Muster nehmen darf.

(Lebhaftes Bravo.)

Das Rheinland hat die schwere Belastungsprobe, der es ausgesetzt worden ist, bis heute glänzend bestanden, und wir hoffen nicht bloß, nein, wir sind fest davon überzeugt, daß es sie auch weiter bestehen wird. Dazu braucht es Einigkeit und Geschlossenheit, und diese ist glücklicherweise auch vorhanden. Die Einheitsfront der verschiedenen politischen Parteien ist lückenlos hergestellt, soweit es im vaterländischen Interesse notwendig ist. Daß man sich über Einzelheiten untergeordneter Art nicht ganz einig ist, das ist eine selbstverständliche Konsequenz der gegebenen Wirklichkeiten. Man sollte auch darauf verzichten, hier etwas zu verlangen, was über den Rahmen des Notwendigen hinausgeht. Einig sind wir alle in dem entschlossenen und geschlossenen Willen, solange irgendeine Möglichkeit besteht, daß das Ausland sich in die rheinischen und deutschen Verhältnisse einmischt, keinerlei Änderungen in den politischen Verhältnissen des Rheinlands zuzulassen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Auf diesem Boden reichen wir einander brüderlich die Hand. Darüber hinaus besteht keine Notwendigkeit und darum auch kein Recht, Forderungen zu erheben, die nicht aus nationalen und vaterländischen Lebensinteressen begründet werden können.

Meine Damen und Herren! Ich schließe, indem ich an die Reichsregierung die dringendste Bitte richte, sich der bedrohten Interessen des rheinischen Wirtschaftslebens, die ja gleichzeitig Lebensinteressen des gesamten deutschen Vaterlandes sind, mit aller Energie (B) anzunehmen. Es wird notwendig sein, dem Protest, der gegen die ungeheuerlichen Forderungen der Botschafterkonferenz erhoben wird, den denkbar stärksten Nachdruck zu geben. Ich hoffe, daß das rheinische Volk sich recht bald davon überzeugen darf, daß seine Interessen von der Reichsregierung nachdrücklich und energisch in Schutz genommen werden. Ich benutze diese Gelegenheit, um der Reichsregierung und dem hohen Hause die Sorgen und die Nöte des besetzten Gebiets so eindringlich, als ich es vermag, ans Herz zu legen. Meine Damen und Herren! Wir verlangen von Ihnen keinen Schutz für unser Deutschtum. Bestrebungen und Vorkehrungen, unser Deutschtum zu schützen, empfinden wir schon beinahe als Kränkung und Beleidigung.

(Sehr gut! im Zentrum.)

Unser Deutschtum schützen wir selber.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Was wir aber von diesem hohen Hause und von der Reichsregierung verlangen, ist, daß Sie mit warmem Herzen, mit offenem Auge und mit bestem Willen sich bemühen, unsere Nöte und unsere Lasten mitzutragen. Wir wissen sehr gut: Sie können uns die Last, die wir für Deutschland tragen, nicht abnehmen. Was wir aber von Ihnen erwarten und verlangen, ist, daß Sie uns diese Last tragen helfen.

(Lebhafter Beifall in der Mitte und rechts.)

Präsident: Zur Begründung der Interpellation über Zustände im Saargebiet hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Bell.

Dr. **Bell**, Abgeordneter, Interpellant: Meine Damen und Herren! Wir haben die Verbindung der Besprechung unserer Interpellation über die Zustände im Saargebiet mit der Erörterung der Reparationsleistungen unter Zustimmung des Hauses in der Erwägung ge- (C) wünscht, daß die Besprechung der gesamten Reparationsfrage untrennbar verbunden ist mit der Aufrollung der problematischen Fragen des unseligen und das größte Friedenshindernis bildenden Versailler Zwangsdiktats, also auch mit denjenigen Bestimmungen des Versailler Vertrags, die in die Zustände und Rechte des **Saargebiets** tief einschneiden. Wir wollen hoffen und wünschen, daß die Erörterung dieser vaterländischen Frage sich so gestalten möge, daß bei einer Angelegenheit, die doch alle Parteien und alle Richtungen gleichmäßig interessiert und ergreift, der Streit der Parteien endlich einmal schweigt, damit auch dem Auslande erkennbar wird, daß zu einem Zeitpunkte, wo wir so unsäglich viel haben einbüßen müssen, doch wenigstens unsere nationale Ehre und unsere nationale Gesinnung nicht der Siegerbeute verfallen sind.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Meine Damen und Herren! Die **Genuaer Tagung**, die gewiß im übrigen ein bescheidenes Ergebnis gezeitigt hat, brachte doch unverkennbar in einer Hinsicht einen Erfolg, indem sich die Gesamtatmosphäre umwandelte und die Stimmung bei der Mehrheit unserer ehemaligen Kriegsgegner dergestalt zu unseren Gunsten umschlug, daß man den Vorwurf, wir sabotierten unsere Friedensverpflichtungen, nicht mehr aufrechterhalten konnte. Ja, die Mehrheit unserer ehemaligen Gegner mußte sich wohl oder übel zu dem Geständnis entschließen, daß wir ehrlich bemüht seien, nach Kräften an der Erfüllung der uns auferlegten Verpflichtungen zu arbeiten und auch zu unserm Teil darüber hinaus zum Wiederaufbau Europas und zur Wiederversöhnung der Völker mitzuwirken.

In diesem Augenblick befürchtete Frankreich, isoliert zu werden, und um der Gefahr dauernder Isolierung zu begegnen, nahmen die **französischen Machthaber** Ver- (D) anlassung, nach der Genuaer Tagung in bedeutsamen **Kundgebungen** auch ihre **Friedensliebe** zu versichern. Besonders der Ministerpräsident Poincaré hat in den bekannten Kundgebungen zum Ausdruck gebracht, daß Frankreich an eine Annexion irgendwelcher Gebiete gar nicht denke, daß Frankreich vielmehr zu den friedliebendsten Nationen gehöre und ehrlich bemüht sei, der Wiederversöhnung der Völker und dem Wiederaufbau Europas zu dienen. Es wird doch manchen unbefangenen Kritiker gegeben haben, der sich angesichts dieser Kundgebungen des Gedankens nicht erwehren konnte: Die Botschaft hör ich wohl, allein — ich hoffe, daß den Worten nun endlich auch die Taten folgen werden.

Wie diese Kundgebungen mit den Taten in Einklang zu bringen sind, das, meine Damen und Herren, werde ich versuchen an der Hand des mir zugebrachten einwandfreien Materials dem Inlande und Auslande vorzutragen. Dabei werde ich mich bemühen, persönliche Gefühle und Empfindungen zurückzudrängen und nur die Tatsachen und das einwandfreie Material reden zu lassen in der Erwägung, daß ich nicht etwa nur zu diesem Saale, sondern über die Wände dieses Saales und über die Grenzen unseres Landes hinaus zum Auslande reden muß. Freilich, das eine darf ich nicht verschweigen: bei kritischer Würdigung des vorgelegten Materials kann man es einem Rheinländer und Deutschen nachfühlen, daß das Knirschen des innern Menschen nicht mehr ausreicht,

(Zustimmung)

sondern daß das Gefühl der Empörung nach Luft ringt. Um aber ein einwandfreies Material nicht nur in tatsächlicher Hinsicht zu bieten, sondern auch die Rechtsgrundlagen festzulegen, wollen wir uns die **maßgebenden Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags**, so-

(Dr. **Bell**, Interpellant.)

(A) weit sie das Saargebiet betreffen, vergegenwärtigen und daraus die Beantwortung der Frage ableiten, ob und inwiefern offensichtlich gegen diese Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags verstoßen ist.

Grundlegend sind die Art. 45 und 46 des Friedensvertrags, wonach die Bestimmungen über das Saarbecken ausdrücklich zur Sicherstellung der Rechte und der Wohlfahrt der Bevölkerung vereinbart sind. Durch Art. 48 wird ein Ausschuß von fünf Mitgliedern festgelegt, deren eines von Frankreich, eines von Deutschland und drei von den Vertretern des Völkerbundes ernannt werden. Im Art. 49 verzichtet Deutschland zugunsten des Völkerbundes, der insoweit, wie wörtlich festgelegt wird, als „Treuhänder" gilt, auf die Regierung des Saargebiets. Nach 15 Jahren soll die Bevölkerung des Saargebiets sich darüber schlüssig machen, unter welche Souveränität sie zu treten wünscht. Die Regierung des Völkerbunds wird nach § 16 der Anlagen einem den Völkerbund vertretenden Ausschuß übertragen. Die Rechtslage in bezug auf das Saargebiet läßt sich also dahin zusammenfassen, daß das **Saargebiet Reichsgebiet** geblieben ist

(sehr richtig!)

unter der Völkerbundsregierung, daß Länder und Reich ihr Eigentum außer den Frankreich übereigneten Gruben und deren Zubehör behalten, und daß deutsches Recht wie deutsche Staatsangehörigkeit unverändert geblieben sind.

(Sehr richtig!)

Strengste Verpflichtung des Völkerbundes, nicht minder aber des von diesem eingesetzten Regierungsausschusses ist es, als Treuhänder volle Objektivität walten zu lassen

(hört! hört!)

und sich jeder einseitigen Parteinahme

(B) (hört! hört!)

und namentlich der Unterstützung von Französierungsbestrebungen zu enthalten.

(Hört! Hört!)

Der Saarregierung liegt nach dem Friedensvertrag die besondere Pflicht ob, für die Rechte und das Wohlergehen der Bevölkerung zu sorgen.

Meine Damen und Herren! Seit Einführung der Saarregierung häufen sich aber in ständig zunehmendem Maße die **Beschwerden** und die Anklagen **der deutschen Saarbevölkerung**, daß fortgesetzt unerträgliche Verletzungen des Friedensvertrags an der Tagesordnung sind.

Bereits am 17. September 1920 habe ich in einer Sitzung der preußischen Landesversammlung diese begründeten Beschwerden zum Gegenstand einer Interpellation gemacht. Schon zur damaligen Zeit, also vor fast zwei Jahren, ließen sich aus dem angehäuften **Beschwerdematerial** sechs besonders schwerwiegende Gruppen herausgreifen:

1. Unter offensichtlicher Verletzung des Friedensvertrags, wonach im Saargebiet kein Militärdienst, sondern nur örtliche Gendarmerie zulässig ist, hat die Saarregierung die französischen Besatzungstruppen belassen

(hört! hört!)

und inzwischen noch bedeutend verstärkt.

(Hört! Hört!)

2. Französische Kriegsgerichte sind auch nach Ablösung der französischen Militärdiktatur durch die Saarregierung tätig geblieben

(hört! hört!)

gegen Recht und Friedensvertrag.

3. Ohne Rechtsgrundlage hat die Saarregierung dem französischen Oberbefehlshaber und dem französischen Militär die Regierungsbefugnis übertragen.

(Hört! Hört!)

4. Entgegen dem maßgebend gebliebenen deutschen Recht sind Ausweisungen mißliebiger Deutscher aus dem Saargebiet in erheblichem Umfang erfolgt.

(Hört! Hört!)

5. Ein Beamtenstatut, wodurch das im deutschen Beamtenrechte verankerte Disziplinarverfahren von dem diskretionären Ermessen der Saarregierung und der von ihr eingesetzten Organe abgelöst wird, beeinträchtigt aufs schwerste die im Friedensvertrag wie allen Angehörigen der Bevölkerung so auch den Beamten ausdrücklich garantierten Rechte.

(Hört! Hört!)

Die durch diese Vertragsverletzung hervorgerufene ebenso begreifliche wie starke Beunruhigung der deutschen Beamtenschaft hat sich zur Entrüstung gesteigert, seitdem man gegen Recht und Billigkeit in erheblichem Umfange Ausländer eingestellt hat,

(hört! hört!)

besonders in die leitenden Beamtenstellen.

(Hört! Hört!)

6. Gegen Recht und ohne jede tatsächliche Voraussetzung wurde über das Saargebiet der Belagerungszustand verhängt.

(Hört! Hört!)

In Anbetracht der geringen mir zur Verfügung stehenden Zeit muß ich es mir leider versagen, diese sechs erdrückenden Beschwerdegruppen im einzelnen noch zu erläutern.

Ich will mich heute darauf beschränken, folgendes zu erklären: die damals von mir ausgesprochene bestimmte Erwartung, daß der Völkerbund es als Ehrenpflicht betrachten werde, unverzüglich diesen durchaus begründeten Beschwerden abzuhelfen und weitere offensichtliche Vertragsverletzungen zu verhüten, hat sich nur in ganz geringem Umfange bestätigt. In unserem Zeitalter der Enttäuschungen muß man allerdings auch darauf gefaßt sein. —

Leider, meine Damen und Herren, sind aber inzwischen zu den damals schon vorliegenden und erörterten Beschwerden noch eine Reihe weiterer erheblicher neuer Beschwerdepunkte hinzugekommen, deren unleugbare Berechtigung die immer tiefergehende Beunruhigung und Erbitterung der deutschen Saarbevölkerung allzu begreiflich macht. Aus der Fülle des mir von der Saar zugegangenen Beschwerdematerials muß ich mich bei der Geschäftslage des Hauses darauf bescheiden, die wichtigsten Tatsachen und die einschneidendsten Maßnahmen in gedrängter Kürze vorzutragen.

Französische Truppen, französische Kriegsgerichte, französische Gendarmerie bestehen unbekümmert um Rechte und Friedensvertrag im verstärkten Maße fort.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Fast alle leitenden Posten an der Saar sind mit Franzosen besetzt. Die Auslandsvertretung der Bevölkerung ist an Frankreich übertragen.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Skandalös!)

Mit der Massenausweisung politisch mißliebiger Personen steht im harmonischen Einklang die völlige Mißachtung der deutlich zum Ausdruck gebrachten gerechten Wünsche der gesamten Saarbevölkerung.

Das gilt vornehmlich auch von der **Gestellung des Deutschland vorbehaltenen Mitglieds der Völkerbundsregierung**. Das berechtigte Verlangen der

(Dr. **Bell**, Interpellant.)

(A) deutschen Saarbevölkerung, daß dieses Mitglied als ihre Vertrauensperson auf Grund freier Wahl zur Geltung kommen müsse, wird vollständig mißachtet.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Dieses Deutschland vorbehaltene Mitglied der Saarregierung hat in der Saarbevölkerung keinen Boden. Es ist ohne deren Mitwirkung eingesetzt.

(Hört! Hört!)

Kein Wunder also, daß es das Vertrauen der Saarbevölkerung nicht genießt.

Meine Damen und Herren! Bittere Beschwerden gelten weiter der systematischen **Beeinflussung des Schulunterrichts**, vor allem der überdies mit unerträglichen Kosten verbundenen zwangsweisen Einführung des französischen Sprachunterrichts.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Diese Beschwerden sind um so gerechtfertigter, als alle gerügten Maßnahmen auf dem Gebiet des Schulwesens den darüber im Versailler Vertrag enthaltenen ausdrücklichen Zusicherungen unvermittelt gegenüberstehen, was selbstverständlich auch der Saarregierung nicht entgangen ist.

Dazu treten die immer rücksichtsloser sich gestaltenden **französischen Propagandabestrebungen.** Zahllose Millionen werden ausgegeben, und der durch den Erwerb der Kohlen- und Erzgruben schon erlangte wirtschaftliche Einfluß wird in maßloser Weise ausgenutzt, um das Saargebiet politisch, wirtschaftlich und kulturell mehr und mehr zu zermürben und es allmählich zur Annexion reif zu machen.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Schamlos!)

In den Dienst dieser skrupellosen Französierung werden auch Theater, Kinos und sonstige Bildungsinstitute systematisch gestellt, und Zeitungen wie Bank-

(B) institute aufgekauft und neu gegründet.

Meine Damen und Herren! Diejenige Maßnahme aber, die auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete die größte Verheerung anrichtete und die stärkste Erbitterung der Bevölkerung hervorrief, war die zwangsweise **Einführung der Frankenwährung.**

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und bei den Deutschen Demokraten.)

Der erste Schritt bestand in der Auszahlung von Franken durch die Bergverwaltung, wozu diese nach dem Versailler Friedensvertrag berechtigt war. Dem mußte leider unter dem Drucke der Verhältnisse die gesamte Schwerindustrie folgen. Als nächster Schritt wurde durch die Regierungskommission herbeigeführt die Zahlung aller ihrer eigenen Beamten in Franken. Die weitere Folge war, daß bei den Post- und Eisenbahnkassen nur Franken entgegengenommen wurden. Als aber auch diese schwerwiegenden Maßnahmen nach der Überzeugung der Machthaber dort nicht ausreichten, da holte die Regierungskommission, die das Wohl der Bevölkerung im Auge behalten sollte und zu diesem Zweck eingesetzt ist, zu einem heftigen Schlage gegen die Gemeinden aus: sie zwang die Gemeinden, ihre Angestellten und Arbeiter nur noch in Franken zu entlohnen.

(Hört! Hört! rechts.)

Zu diesem Zwecke strangulierte sie die Gemeinden, indem sie ihnen Steuerzuschläge nur bis 400 Prozent bewilligte und außerdem die Erlaubnis zur Erhöhung von Beamtengehältern an die ausschließliche Ausgabe von Franken knüpfte.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Da aber die Gemeinden über so große Frankenbeträge natürlich nicht verfügen, nötigte sie ihnen Frankdarlehen auf, aber nur für die Ausgaben bis zum 1. April 1922.

(C) Klar und durchsichtig ist der Zweck dieser Maßnahmen. Die Gemeinden sollen in Franken verschuldet sein, die sie mit Einnahmen nur aus Mark niemals zurückzahlen können. Auf diese Weise sollen die Gemeinden gezwungen sein, ihre Steuern und Gebühren auch nur in Franken einzuziehen. Der letzte Rest der Zwangsverwaltung geht damit zu Bruch.

(Sehr richtig!)

Daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bei dem heutigen Währungsstande gar nicht in der Lage ist, sich Franken zu verschaffen, und daß sie bei Durchführung der Frankenwährung totsicher zugrunde gehen muß, liegt auf der Hand. Fast alle wirtschaftlichen Verbände und Vereinigungen, fast sämtliche Schichten der Bevölkerung ohne Unterschied der Parteien haben unter Beibringung erschöpfenden und überzeugenden Materials die Saarregierung und auch den Völkerbundsrat auf diese vernichtenden Wirkungen der Frankenwährung hingewiesen. Alles ist vergeblich gewesen. Der Grundsatz „Macht geht vor Recht“ wird hier frei von Skrupeln und Zweifeln durchgeführt, er feiert wahre Orgien im Saarbecken.

(Sehr richtig!)

Die Reichsregierung hat in einem Weißbuch und die politischen Parteien des Saargebiets haben in einer Denkschrift die Verhältnisse im Saargebiet gründlich beleuchtet und das Beschwerdematerial zusammengetragen. Ich muß hier verweisen auf den bedeutsamen Inhalt dieser historischen Dokumente, ebenso wie auf den Inhalt der zahlreichen aus dem Saargebiet stammenden Beschwerdeschriften.

Eine Tatsache aber verdient besonders grelle Beleuchtung, da sie kennzeichnend ist für die Seelenverfassung und das ganze System der Fremdherrschaft. Der **französische Militärverwalter** im Saargebiet hat am 10. Mai 1919 zu Saarbrücken einen **Erlaß** herausgegeben, worin es wörtlich heißt: (D)

> Seit der Veröffentlichung der Friedensbedingungen werden die Bewohner des Saargebiets nicht mehr als Feinde betrachtet. Infolgedessen erstreckt sich die **Bezeichnung „Boches“** nur auf die Preußen und die Deutschen, die außerhalb des Saargebiets wohnen.

Die treue deutsche Saarbevölkerung hat während des ganzen Verlaufs der Fremdherrschaft deutlich zu erkennen gegeben, welche verdiente Würdigung sie diesem ihr angesonnenen Gnadengeschenk angedeihen läßt.

Lassen Sie mich im Anschluß an dieses einwandfreie Material, das auch unsere Gegner nicht aus der Welt schaffen können, Ihnen noch einige Mitteilungen über die wahren Gründe und die letzten Zwecke dieser Maßnahme machen. Ich will Ihnen aus der Fülle des mir zur Verfügung stehenden Materials zunächst eine zuverlässige Pressenotiz wiedergeben, wonach man sich in einflußreichen französischen Kreisen insgeheim mit dem Gedanken beschäftigt, die Anschlußbestrebungen Deutsch-Österreichs dazu auszunutzen, um einen neuen Vorstoß zur Angliederung des Saargebiets an Frankreich zu machen. Während wir wissen, daß gerade Frankreich bisher das Haupthindernis, ja fast das alleinige Hindernis für die Verwirklichung der Anschlußbestrebungen Deutsch-Österreichs an Deutschland bot, wird hier zum Ausdruck gebracht, man könne sich mit dem **Anschlusse Deutsch-Österreichs an Deutschland** unter Umständen abfinden, wenn Frankreich dafür das **Saargebiet** endgültig als **Kompensationsobjekt** zugesprochen erhalte.

(Lebhafte Entrüstungsrufe.)

Hier soll also ein Land und ein Volk förmlich verschachert werden.

(Sehr richtig!)

(Dr. **Bell**, Interpellant.)

(A) Eine treffliche Illustration zum Selbstbestimmungsrecht der Völker!

Ich glaube, dem Gefühl tiefinnerster Empörung des ganzen deutschen Volkes Ausdruck zu geben, indem ich vor dem ganzen Lande und vor dem Auslande ausrufe: Hand weg von dem deutschen Saargebiet!

(Stürmischer Beifall.)

Man könnte entgegenhalten: es seien nur vereinzelte französische Kreise, die solche Gedanken zum Ausdruck bringen. Wer aber die französischen Zeitungen studiert, wird zugeben, daß der „Temps", „Matin", „Echo de Paris" und eine ganze Reihe anderer französischer Zeitungen und Zeitschriften den nämlichen Gedanken, natürlich in verschiedenen Melodien, seit geraumer Zeit immer wieder verfolgt.

Besonders charakteristisch ist in dieser Hinsicht, was vor kurzem **im „Journal" Herr Chassaignac** gesagt hat. Er führt dort in einem Artikel aus, eigentlich könne man das **Saargebiet** schon jetzt **als französisches Land behandeln.** Französischer Geist regiere ja dort seit zwei Jahren unumschränkt. Beweis: die Abtretung von etwa 60 Prozent des Industriekapitals an Franzosen.

(Hört! Hört!)

Bekanntlich ist diese Abtretung nicht freiwillig, sondern mit der vertragswidrigen Drohung der Entziehung der Kohlenzufuhr erzwungen worden.

(Sehr richtig!)

Wenn diese Bemerkung schon als eigenartig bezeichnet werden muß, so ist die folgende noch charakteristischer. Chassaignac meint, in offenbar kurzer Zeit werde das Unvermögen Deutschlands oder sein Mangel an gutem Willen festgestellt werden, und dann werde eine Politik der Pfandergreifung die bisher gegenüber Deutschland befolgte — das soll nicht blutiger Hohn sein! — Politik der Versöhnlichkeit ablösen.

(Hört! Hört! und Lachen.)

(B) In diesem Augenblick werde man, so schließt er, in erster Linie an das Saargebiet denken müssen. Das ist keineswegs etwa eine vereinzelte Stimme. Vielleicht ist bei dieser allzu brutalen Enthüllung gewisser französischer Annexionsziele Chassaignac etwas aus der Rolle gefallen; er sagt aber ehrlich und unumwunden, was viele andere seiner Landsleute denken. Denn heute liegen die Verhältnisse doch schon so — und das wird uns von allen Parteien und allen Richtungen aus dem Saargebiet bestätigt —, daß allmählich auch bei der **Saarregierung** eine **Demaskierung** eingetreten ist. Die Saarregierung wahrt nicht einmal mehr das Gesicht. Sie gibt sich keine Mühe mehr, zu verschleiern, daß sie ihren Auftrag zur Verwaltung des Saargebiets nicht vom Völkerbund, sondern von **Frankreich** annimmt. Unter dem beherrschenden Einfluß des Präsidenten dieser Kommission, des französischen Staatsrats Rault, legt sie keinen Wert mehr darauf, ihr in ihrer ersten Proklamation vom 26. Februar 1920 gegebenes Versprechen, unparteiisch nur das Wohl und die Rechte der Saarbevölkerung im Auge zu haben, einzulösen. Auch Frankreich findet — wie der vorjährige Besuch Loucheurs im Saargebiet und seine damalige unzweideutige Rede erweist — keinen Anlaß mehr, zu verleugnen, daß die Saarregierung Anweisungen zur Verwaltung des Saargebiets erhält und zu beachten hat.

Daß darüber eine Erbitterung in den weitesten Kreisen der deutschen Saarbevölkerung eingetreten ist, wird niemanden, der sich noch ein gerechtes und unparteiisches Urteil bewahrt hat, wundernehmen. So ist es begreiflich, daß aus dem Saargebiet heraus — denn es sind nicht etwa Stimmen, die von auswärts und besonders von Berlin in das Saargebiet hineingerichtet sind, wie man von interessierter Seite dem Ausland glauben machen will, sondern es ist die wahre Volksstimmung, die hier **aus dem** geknechteten und geknebelten **Saargebiet** herauskommt — **an die Saarregierung** sowohl wie **an den Völkerbundsrat** ausführlich begründete **Beschwerden** mit dem eindringlichen Ersuchen um unverzügliche Abhilfe gerichtet worden sind. Ich erinnere aus der jüngsten Zeit an den geharnischten Protest des Kreistags zu Saarlouis gegen die kommunalen Übergriffe der Saarregierung. Ich erinnere weiter daran, daß auf dem Kreistage zu Merzig eine mit zwölf schweren Anklagepunkten versehene Beschwerdeschrift am 7. Januar 1922 an den Völkerbund gerichtet worden ist. Diesen Beschwerden und Anklagen der Kreistage hat sich eine Reihe von Kundgebungen und Protestversammlungen fast sämtlicher Parteien, Organisationen und Verbände des Saarbeckens angeschlossen, die alle übereinstimmen in dem vaterländischen Grundgedanken, daß der Saarbevölkerung das bitterste Unrecht geschehen ist, und daß es Ehrensache des Völkerbundes sei, schleunigst mit gründlichen Abhilfemaßnahmen einzugreifen. Vielleicht darf ich eine in den letzten Tagen erfolgte bedeutsame Kundgebung einer Wahlversammlung des saarländischen Zentrums herausgreifen. Dort hat der Zentrumsredner, Rechtsanwalt Stegmann, die politische Lage des Saargebiets gründlich und rückhaltlos erörtert. Nach seiner Überzeugung ist die Saarbevölkerung, so heißt es in der Wiedergabe seiner Rede, durch das Versailler Friedensdiktat das am schwersten geprüfte Volk Europas, wenn nicht der ganzen Welt geworden. Die Bevölkerung des Saargebiets sei entrechtet, und in bezug auf Völkerfreiheit und Selbstbestimmungsrecht habe man das Saarvolk auf die gleiche Stufe mit den Negervölkern im dunkelsten Afrika gestellt.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren! Diese freimütige Kritik unter den Augen der Saarregierung verdient den Dank und die Anerkennung des Reichstags und des deutschen Volkes.

(Bravo!)

Der Wahlkandidat der Partei hat am Schlusse der Versammlung noch erklärt, eher werde Leipzig und Berlin französisch werden, als daß jemals Saarbrücken und das Saargebiet sich von Deutschland trennen.

(Lebhafter Beifall.)

Schließlich wird für die historische Feststellung der Zustände im Saarbecken, besonders den Geist der Saarregierung und das Gebaren der Fremdherrschaft, die heutige Veröffentlichung eines Amerikaners von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein. Es wird doch vielleicht auch für die neutralen Staaten, nicht minder für unsere ehemaligen Kriegsgegner, von Interesse sein, das veröffentlichte Ergebnis **der Studienreise** dieses sicherlich unbefangenen **amerikanischen Kritikers** durch das besetzte Gebiet und das Saarbecken einer gründlichen Lektüre zu unterziehen. Der Verfasser sagt — um diese kritische Würdigung hier herauszuheben — von Frankreich, er habe es als Amerikaner als tiefe Beschämung empfunden, daß dieses **Frankreich,** welches heute am Rhein, in der Pfalz und im Saargebiete seiner **Kulturfeindlichkeit** so offen Ausdruck gebe, Amerika als Waffengenossen habe begrüßen dürfen.

(Hört! Hört!)

Ich glaube, ein Kommentar ist überflüssig. Ich hoffe, daß diese Ausführungen nicht nur bei uns, sondern auch im Auslande gelesen und gewürdigt werden.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Unsere Interpellation ist gerichtet an die Reichsregierung. Wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie nach wie vor alles tun und nichts versäumen wird, was irgendwie geeignet ist, dieser überaus traurigen

(Dr. **Bell**, Interpellant.)

(A) Lage unserer deutschen Saarbevölkerung abzuhelfen. Aber, meine Damen und Herren, meine Ausführungen haben sich noch ein weiteres Ziel gesteckt und richten sich noch an eine andere Adresse. Ich appelliere an den Völkerbundsrat und rufe dem **Völkerbund** zu: Deine **Ehre** ist engagiert. Du hast feierlich die Verpflichtung als Treuhänder übernommen, für das Wohlergehen der deutschen Saarbevölkerung zu sorgen. Diese Verpflichtung ist erweislich aufs schwerste verletzt. Deine **verpfändete Ehre** kann nur dadurch wiederhergestellt werden, daß schleunigst den begründeten Beschwerden der Saarbevölkerung abgeholfen wird.

(Lebhafter Beifall.)

Die Saarbevölkerung und die Bevölkerung des ganzen Rheinlandes mag versichert sein, daß deutsche Regierung und deutsches Volk sie niemals im Stich lassen werden, daß ihre Leiden unsere Leiden sind, daß ihre Klagen und Beschwerden sich gestalten zu unseren Klagen und unseren Beschwerden. Wir aber rufen ihnen am Vorabend einer bedeutsamen Wahl zu: harrt aus, auch euch wird die Stunde der Erlösung schlagen! Eure deutsche Treue, eure deutsche Gesinnung haben wahrlich die Feuerprobe bestanden. Von ihr gilt, was in dem Fontaneschen Gedicht so schön von Archibald Douglas gesagt wird: Der ist in tiefster Seele treu, der die Heimat so liebt wie du!

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Zur Beantwortung der Interpellation über die Ratifizierung der Wiesbadener Protokolle hat das Wort Herr Staatssekretär Dr.-Ing. Müller.

Dr.-Ing. **Müller,** Staatssekretär im Reichsministerium für Wiederaufbau: Meine Damen und Herren, ich habe die Ehre, die Interpellation Arnstadt und Genossen, Drucksache Nr. 2991, wie folgt zu be-(B) antworten.

Nachdem die in Wiesbaden zwischen dem damaligen deutschen Wiederaufbauminister und dem französischen Minister der befreiten Gebiete geführten Verhandlungen am 27. August 1921 zur Paraphierung eines Vertragsentwurfs über die Ausführung der Reparationssachleistungen gegenüber Frankreich geführt hatten, ist die Frage, ob der Vertrag gemäß Art. 45 Abs. 3 der Reichsverfassung der Zustimmung des Reichstags bedürfe, sorgfältig geprüft worden. Die Reichsregierung ist dabei aus folgenden Gründen zu einer Verneinung gekommen: Verfassungsrechtlich ist die **Zustimmung des Reichstags zu völkerrechtlichen Verträgen** nur dann erforderlich, wenn zu ihrer Durchführung im Innern ein Reichsgesetz erforderlich ist. Dieser Fall ist bei dem **Wiesbadener Abkommen** nicht gegeben. Die Vorschriften des Vertrags von Versailles und des Londoner Ultimatums werden durch das Abkommen nicht zuungunsten Deutschlands abgeändert. Ebensowenig tritt, im ganzen betrachtet, eine Erhöhung der dem Reiche durch das Londoner Ultimatum auferlegten Zahlungsverpflichtungen ein. Die Verschiebung eines Teiles der Leistungen im Rahmen des Gesamtzahlungsplans ist nur eine zeitweilige. Soweit für die Durchführung des Abkommens besondere Mittel erforderlich werden würden, würden sie selbstverständlich im Wege des Etatsgesetzes anzufordern sein. Das Etatsrecht des Reichstags wird also nicht berührt.

Die Auffassung der Reichsregierung hat bei einer Besprechung des Vertragsentwurfs im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags die Zustimmung der Mehrheit gefunden. Demgemäß unterzeichnete der damalige Reichsminister für Wiederaufbau auf Grund einer ihm von dem Herrn Reichspräsidenten erteilten vorbehaltlosen Vollmacht am 6. Oktober 1921 die endgültige Vertragsausfertigung, ohne daß eine Ratifikationsklausel (C) vorgesehen wurde. Eine Ratifikation des damit abgeschlossenen Vertrags hat entgegen der Meinung der Hrren Interpellanten auch bisher nicht stattgefunden.

Das, was ich bisher ausgeführt habe, gilt in gleicher Weise von dem am 7. Oktober 1921 in Wiesbaden unterzeichneten sogenannten Nebenabkommen, das die Ablösung von Restitutionslieferungen und die Vieh- und Kohlenlieferungen betrifft. Da dieses Abkommen im Zusammenhang mit der Stellungnahme der Reparationskommission noch Gegenstand von Verhandlungen ist, darf ich mir es versagen, darauf heute weiter einzugehen.

Inzwischen ist eine wesentliche **Veränderung der Sachlage** eingetreten. Einmal hat die französische Regierung im März dieses Jahres das Wiesbadener Hauptabkommen den gesetzgebenden Körperschaften zur Beschlußfassung vorgelegt und sodann sind seitens der deutschen Regierung mit der Reparationskommission und anschließend daran mit der französischen Regierung Abkommen über die Einführung des freien Verkehrs für die Reparationssachleistungen abgeschlossen worden, es sind dies das sogenannte **Bemelmans- und das Gillet-Abkommen.** Nachdem die Reichsregierung sich schlüssig gemacht hat, zu diesen beiden Abkommen gemäß den bei ihrer Paraphierung und Unterzeichnung gemachten Vorbehalten die Zustimmung des Reichstags einzuholen, erschien es zweckmäßig, auch das Wiesbadener Hauptabkommen, das durch die beiden genannten Abkommen in wesentlichen Punkten abgeändert wird, dem Reichstage zur Beschlußfassung vorzulegen.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Der Gesetzentwurf, der die Ermächtigung der Reichsregierung zur Anwendung der drei Verträge vorsieht, liegt als Drucksache Nr. 4468 dem Reichstage vor und steht heute in zweiter Lesung zur Debatte. Damit hat (D) sich die am Schlusse von den Herren Interpellanten ausgesprochene Anfrage erledigt.

Insoweit die Ausführungen des Herrn Interpellanten die Vorlage unter Ziffer 1 der Tagesordnung betreffen, wird sich im Laufe der Debatte Gelegenheit geben, darauf noch näher einzugehen.

Präsident: Zur Beantwortung der Interpellation über die Neutralisierung der Rheinlande durch England und Frankreich, der Interpellation über die Einstellung beziehungsweise Zerstörung von Eisenbahnbauten im besetzten rheinischen Gebiet und der Interpellation, betreffend Zustände im Saargebiet, hat das Wort der Herr Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rathenau.

Dr. **Rathenau,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Die Interpellation Stresemann habe ich die Ehre wie folgt zu beantworten:

Unter dem **Ausdruck „Neutralisierung"** kann man zwei rechtlich völlig verschiedene Begriffe verstehen. Soweit darunter zu verstehen ist das Verbot für Deutschland, innerhalb der Rheinlande ständig oder zeitweise militärische Streitkräfte zu unterhalten oder zu sammeln oder daselbst Befestigungen beizubehalten oder anzulegen, so hat die dahingehende Forderung bereits in den Art. 42 und 43 des Vertrages von Versailles ihre Verwirklichung gefunden.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Sollte unter der Neutralisierung der **Rheinlande** die Schaffung eines neutralen Pufferstaates verstanden werden, so ist dem entgegenzuhalten, daß die Rheinlande auch nach dem Vertrage von Versailles ein integrierender Bestandteil des Deutschen Reichs geblieben sind.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Und des preußischen Staates!)

(Dr. **Rathenau**, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) — Und des preußischen Staates. Der Vertrag von Versailles enthält in der langen Reihe seiner Artikel nicht eine Bestimmung, auf die sich irgendeine Signatarmacht dieses Vertrags bei Erhebung einer dahingehenden Forderung stützen könnte. Eine solche Forderung könnte also nur unter Vertragsbruch verwirklicht werden. Bisher ist noch von keiner Seite ein Ansinnen dieser Art an die deutsche Regierung herangetreten. Auch sonst liegen der deutschen Regierung, abgesehen von unbeglaubigten Zeitungsmitteilungen, keine Nachrichten vor, die auf eine derartige Absicht schließen lassen könnten.

Namens der Reichsregierung habe ich die Erklärung abzugeben, daß sie niemals für irgendwelche Zugeständnisse, und mögen sie noch so groß sein, dafür zu haben ist, das Rheinland, das während der Besatzungszeit so oft seinen unerschütterlichen Willen zum Festhalten am angestammten Vaterland bewiesen hat, preiszugeben oder seinen Bestand schädigen zu lassen.

(Bravo! im Zentrum.)

Die **Interpellation Lauscher bezüglich der Eisenbahnen habe ich die Ehre, wie folgt zu beantworten:**

Am 25. Mai hat die Botschafterkonferenz eine von dem französischen Ministerpräsidenten unterzeichnete Note an die deutsche Regierung gerichtet, in der sie die sofortige Einstellung einer Reihe im Gang befindlicher Bahnbauten sowie die allmähliche Beseitigung gewisser Eisenbahnanlagen im linksrheinischen Gebiet verlangt. Sie stützt diese Forderungen auf **Art. 43 des Vertrages von Versailles**, der die Beibehaltung aller materiellen Vorkehrungen für eine Mobilmachung in jenen Gebieten untersagt. Die Botschafterkonferenz vertritt den Standpunkt, daß die Bahnlinien, deren Einstellung sie fordert, strategische Linien und die Anlagen, deren Zerstörung sie verlangt, militärische Anlagen seien. Sie hat es für nötig gehalten, mit beson-(B)derem Nachdruck zu betonen, daß alle in ihr enthaltenen Entscheidungen auf Grund eingehender Untersuchungen so getroffen seien, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des rheinischen Eisenbahnnetzes durch sie in keiner Weise vermindert werden.

Die Botschafterkonferenz stellt ferner „mit Genugtuung" fest, daß die Einstellung der im Gang befindlichen Arbeiten es Deutschland erlauben werde, die dafür ausgeworfenen bedeutenden Ausgaben zu ersparen

(Lachen und Zuruf bei den Deutschnationalen: Quittung für die Erfüllungspolitik!)

und damit seine finanzielle Lage zu verbessern.

So lebhaft die deutsche Regierung jede Gelegenheit begrüßt, die Finanzen Deutschlands zu heben, so vermag sie doch die Genugtuung der Botschafterkonferenz über die ihr gebotene Möglichkeit nicht zu teilen.

(Bravo!)

Denn einmal übergeht die Botschafterkonferenz mit Stillschweigen, daß über den Ersparnissen, die sich aus der Einstellung der im Gang befindlichen Arbeiten ergeben, **Hunderte von Millionen an Ausgaben** stehen, die **für die geforderten Zerstörungsmaßnahmen** völlig unproduktiv aufgewendet werden.

(Sehr wahr!)

Zweitens trifft die Annahme der Note, daß es sich bei den einzustellenden Arbeiten und den zu beseitigenden Anlagen ausschließlich um militärische, für die deutsche Wirtschaft gleichgültige Einrichtungen handele, in keiner Weise zu.

(Lebhafte Zustimmung.)

Die deutsche Regierung weiß, daß der Vertrag von Versailles ihr verbietet, im besetzten Gebiet irgendwelche ständigen Vorkehrungen zu unterhalten, die dem Zweck der Mobilmachung zu dienen bestimmt sind. Sie beabsichtigt nicht, sich dieser Verpflichtung zu entziehen und sie wird die vorhandenen Anlagen, soweit sie wirklich militärischer Natur sind, pflichtmäßig zerstören lassen, soweit dieses Verlangen allen ökonomischen Erwägungen zum Trotz aufrechterhalten werden sollte. Daß sie nicht daran denkt, neue Anlagen dieser Art zu schaffen oder begonnene fortzuführen, ist angesichts der deutschen Finanzlage und der ganzen politischen Situation eine einfache Selbstverständlichkeit.

(Sehr richtig!)

Dagegen ist die deutsche Regierung weder nach dem Buchstaben noch nach dem Sinn des Versailler Vertrages verpflichtet, Einrichtungen, die für die gesunde **wirtschaftliche Entwicklung des Rheinlandes** zweckmäßig und notwendig sind, nur deshalb zu zerstören oder unausgeführt zu lassen, weil die Botschafterkonferenz glaubt, daß sie eine etwaige Mobilmachung erleichtern.

(Sehr richtig!)

Der Art. 43 richtet sich gegen die Vorbereitung eines Krieges. Er gibt den alliierten Regierungen kein Recht, störend und zerstörend in eine auf verständigen Grundsätzen aufgebaute Verkehrspolitik einzugreifen. Soweit das durch die Forderungen der Botschafterkonferenz geschieht, wird die deutsche Regierung diese Forderungen mit allem Nachdruck bekämpfen. Sie wird den alliierten Regierungen den Beweis liefern, daß die verlangten Maßnahmen den betroffenen Gebieten schwere wirtschaftliche Nachteile zufügen, daß sie die Entwicklung nicht nur des Verkehrs, sondern zahlreicher für Deutschland lebenswichtiger Wirtschaftszweige hindern und so die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands keineswegs erhöhen, sondern stark beeinträchtigen würden.

Von ganz besonderem Einfluß auf die Entschließung der alliierten Regierungen sollte es sein, daß einzelne der beanstandeten Anlagen gerade dazu dienen sollen, die schnelle und **pünktliche Ablieferung der Reparationskohle** zu erleichtern.

(Hört! Hört!)

Die Prüfung der einzelnen Forderungen der Note, die von den deutschen Behörden mit der größten Sorgfalt vorgenommen wird, ist noch nicht abgeschlossen. Schon jetzt läßt sich aber mit Gewißheit sagen, daß die Entschließung der Botschafterkonferenz, soweit sie sich mit den **Linien Mörs—Geldern, Osterath—Dernau** und **Ehrang—Koblenz** befaßt, überwiegend von unrichtigen Voraussetzungen ausgeht.

(Sehr richtig!)

Das gleiche gilt für eine große Anzahl der übrigen Punkte der Note, was sich zum Teil vielleicht daraus erklärt, daß den Verfassern die Entwicklung, die die Wirtschaft des Rheinlandes seit Beendigung des Krieges genommen hat, noch nicht bekannt geworden ist.

(Heiterkeit und Zurufe.)

Die deutsche Regierung zweifelt nicht daran, daß die Aufklärung, die sie den alliierten Regierungen in aller Offenheit und Ehrlichkeit bieten wird, zu einer Aufgabe der jetzt erhobenen unberechtigten Forderungen führen wird. Die ohnehin so schwer unter dem Drucke der Besatzung leidende rheinische Bevölkerung mag gewiß sein, daß kein Mittel unversucht bleiben wird, um ihr neue grundlose Schädigungen zu ersparen.

(Lebhafter Beifall.)

Die dritte Interpellation erlaube ich mir wie folgt zu beantworten:

Überblickt man die **Versailler Regelung für das Saarbecken**, so drängt sich am stärksten ihre Kompliziertheit auf. Man vergegenwärtige sich nur folgendes: Das Land ist deutsch, die Bewohner sind Deutsche, die Verwaltung liegt in der Hand des Völkerbundes, die

(Dr. **Rathenau**, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) Gruben sind Eigentum des französischen Staates und das Zollsystem ist das französische. Das ergibt ein so vielfaches Durchschneiden und Überschneiden der Kompetenzen, daß es in der Praxis zu kaum mehr lösbaren Schwierigkeiten führt.

Auf die Frage, was das Saargebiet seiner juristischen Natur nach ist, dürften die Juristen die Antwort schuldig bleiben. Die Geschichte hat ein so seltsames Gebilde noch nicht gesehen.

(Sehr richtig!)

Dies hat begreiflicherweise eine große Belastung der beteiligten Behörden — und zwar nicht nur unserer — zur Folge, und im letzten Grunde ist der Leidtragende dabei immer die Bevölkerung.

(Erneute Rufe.)

Politisch springt vor allem die **Entrechtung der Bevölkerung** in die Augen. Gewisse, nicht immer genügend klar gefaßte Bestimmungen gewährleisten ihr zwar einige selbstverständliche Grundrechte, von denen bezeichnenderweise das Recht des freien Abzuges am deutlichsten ausgestaltet ist.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Von der **Mitbestimmung** an ihrem Geschick ist sie aber so gut wie ausgeschlossen.

(Sehr richtig!)

In dem Fünfmännerkollegium, das sie regiert, befindet sich nur einer aus ihrer Mitte,

(hört! hört!)

und auch auf die Ernennung dieses einen hat sie keinen Einfluß.

(Erneute lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Bewegung.)

Die **Regierungskommission** hat Befugnisse, die weit über das hinausgehen, was im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus die Regel war.

(B) (Zuruf rechts: Das nennt sich Demokratie und Selbstbestimmungsrecht!)

Gewiß ist sie dem Völkerbund verantwortlich. Ob aber diese Verantwortlichkeit denselben praktischen Wert hat wie eine Verantwortlichkeit gegenüber einer Volksvertretung, müßte erst noch bewiesen werden. Die Betrauung des Völkerbundes mit dieser absolutistischen Mission ist überhaupt für jeden, der einen wahren Völkerbund errichtet zu sehen wünscht, tief bedauerlich.

(Sehr gut!)

Die **Idee des Völkerbundes** wird dadurch entwürdigt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist kein Trost, daß dieses Regime auf 15 Jahre beschränkt sein soll. Denn 15 Jahre sind eine lange Zeit, und an ihrem Ende steht die Volksabstimmung. Nichts ist selbstverständlicher, als daß diese Abstimmung während der 15 Jahre die Interessen der Bevölkerung überragend beherrscht. Wir alle wissen ferner aus den Beispielen anderer deutscher Grenzgebiete, besonders Oberschlesiens, was eine **Abstimmungszeit** für die **Bevölkerung** bedeutet.

(Sehr richtig!)

Im Saargebiet soll diese Zeit 15 Jahre dauern, und wenn auch dort die Verhältnisse insofern günstig liegen, als der Bevölkerung fremdsprachige Elemente fehlen, so bedeutet es doch für sie ein überaus hartes Los und eine schwere Probe, 15 Jahre lang unter der Ungewißheit ihres endgültigen nationalen Geschickes leben zu müssen.

Ich wende mich zu der Frage, wie sich das geschilderte System bisher bewährt hat.

Das **Wirtschaftsleben des Landes** bietet kein erfreuliches Bild. Hier wirken verschiedene Umstände zusammen: die künstliche Trennung der Kohlenwirtschaft von dem übrigen Wirtschaftsleben, die neue Zollinie und endlich die **Einführung des Franken**. Das Maß, (C) in dem der Frank im Saarbecken umläuft, ist nach Ansicht der Reichsregierung vertragswidrig,

(sehr richtig!)

denn der Vertrag räumt der französischen Münze nur die Stellung eines zugelassenen Umlaufsgeldes neben der Mark ein, die Regierungskommission hat ihr aber bei Post und Eisenbahn die Eigenschaft als Währungsgeld unter Ausschaltung der Mark verliehen

(hört! hört!)

und später trotz dringenden Abratens aller Sachverständigen ihren Umlauf noch erweitert.

(Hört! Hört!)

Wirtschaftlich widerspricht diese Abänderung der Währungsverhältnisse der Grundstruktur des Wirtschaftslebens. Das Land hat nun einmal seinen natürlichen Absatzmarkt in Deutschland

(sehr richtig!)

und kann dafür anderswo, namentlich in Frankreich, um so weniger ausreichenden Ersatz finden, als seine Hauptindustrie, die Eisenindustrie, im Westen als unliebsamer Konkurrent empfunden und bekämpft wird.

(Hört! Hört!)

Wenn also die Industrie des Saarbeckens auf den deutschen Markt angewiesen ist und daher vorwiegend Markeinnahmen hat, so muß sie notwendigerweise in schwere Bedrängnis geraten, sobald sie bei sinkendem Markkurse ihre Hauptausgaben — nämlich Löhne, Kohlen, Erze, Frachten — in Franken leisten muß.

(Sehr richtig!)

Die Tatsachen haben dies reichlich bewiesen. Das Land hat schon verschiedene schwere Krisen durchgemacht, die noch schärfer verlaufen wären, wenn nicht große industrielle Werke von ihren Niederlassungen im übrigen Deutschland einen Ausgleich hätten schaffen können. Erfreulicherweise haben auch verschiedene deutsche Wirtschaftsorganisationen der schwierigen Lage des Saarbeckens volles Verständnis entgegengebracht. In diesem (D) Zusammenhang kann ich auch erwähnen, daß die Reichsregierung im Einverständnis mit Preußen und Bayern die **Belieferung des Saargebiets mit Waren zu deutschen Inlandspreisen** und **mit deutschen Lebensmitteln** sich angelegen sein läßt.

(Bravo!)

Es sind hierbei allerdings beträchtliche Schwierigkeiten zu überwinden, und es könnte ein Zeitpunkt kommen, in dem wir gegen unseren Willen diese Maßnahmen aufheben müßten. Doch hoffen wir, daß wir nicht vor diese Zwangslage gestellt sein werden. Alles in allem trägt das Wirtschaftsleben des Saarbeckens eine spezifische Unstabilität als hervorstechendstes Merkmal an sich.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Eine unglaubliche Ungerechtigkeit!)

Wenn ich endlich zu der **politischen Entwicklung** übergehen darf, so muß ich zu meinem Bedauern hier feststellen, daß die Regierung des Saarbeckens von der den Völkerbund vertretenden Kommission nicht in der Weise geführt wird, wie es erwartet werden dürfte.

(Zustimmung.)

Bekanntlich soll der Völkerbund die Regierung des Saarbeckens als Treuhänder führen. Eine solche treuhänderische Verwaltung darf nicht einen der beiden an dem endgültigen Besitz des Landes interessierten Staaten bevorzugen.

(Sehr wahr!)

Leider ist dies aber der Fall. Daß heute noch **französische Truppen** in beträchtlicher Zahl sich **im Lande** befinden, ist eine nicht abzustreitende Vertragswidrigkeit,

(hört! hört!)

denn nach dem Vertrag soll nicht Frankreich, sondern die Regierungskommission für Aufrechterhaltung von

(Dr. **Rathenau**, Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) Ruhe und Ordnung sorgen, und nur durch eine örtliche Gendarmerie. Diese Gendarmerie ist zwar errichtet worden, jedoch nur in bescheidenem Umfange, angeblich wegen Geldmangels. Neben ihr steht aber noch eine französische Gendarmerie.

(Hört! Hört!)

Wie deren Existenz gerechtfertigt werden kann, ist mir unerfindlich. Denn der Vertrag sagt mit der denkbar größten Klarheit, daß „nur eine örtliche Gendarmerie" eingerichtet werden soll. Übrigens liegen Nachrichten vor, daß die **französische Gendarmerie** die **Aufgabe** hat, unter anderem über die Notabeln und gewisse andere Persönlichkeiten Listen zu führen,

(lebhafte Rufe rechts: hört! hört!)

vertrauliche Beobachtungen in politischen Angelegenheiten anzustellen, die politische Gesinnung der Beamten zu überwachen

(erneute Rufe: hört! hört!)

und die Berichte der Zivilbehörden unauffällig zu kontrollieren.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Ganz wie hier bei uns! — Stürmische Rufe rechts: Pfui!)

Auch die Errichtung der **französischen Kriegsgerichte**, die sogar durch eine besondere Verordnung erfolgt ist, widerspricht dem Vertrag, da dieser keine anderen Gerichte beibehalten wissen will als die früher bestehenden und ein neu zu errichtendes Obergericht.

Mit Recht hebt ferner die Interpellation die Vertragswidrigkeit der im Herbst 1920 anläßlich der Arbeitseinstellung der Beamtenschaft erfolgten **Massenausweisungen** hervor. Diese entbehrten jeder Rechtsgrundlage

(sehr richtig! in der Mitte und rechts)

und warfen die Bevölkerung zurück in die trübsten Zeiten der Herrschaft des Waffenstillstandsabkommens.

(B) Nach längerer Zeit sind allerdings diese Ausweisungen rückgängig gemacht worden.

Die Regierungskommission hat ferner die **Wahrnehmung der Auslandsinteressen der Bewohner der französischen Regierung** übertragen.

(Hört! Hört! in der Mitte und rechts.)

In formaler Hinsicht kann hiergegen kaum etwas eingewendet werden, da eine besondere Bestimmung des Vertrages der Regierungskommission freie Hand gibt. Es liegt jedoch auf der Hand, wie widersinnig es ist, daß deutsche Staatsangehörige im Auslande von Frankreich vertreten werden.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und rechts.)

Außerdem ergeben sich hieraus allerlei praktische Schwierigkeiten. Die Regierungskommission hat uns sogar zugemutet, die Wahrnehmung der Interessen der deutschen Saarbewohner in Deutschland selbst durch Frankreich anzuerkennen.

(Lautes Lachen in der Mitte und rechts. — Rufe: Hört! Hört! Frechheit!)

In diesem Punkte hat jedoch die Reichsregierung mit aller Entschiedenheit widersprochen, da das Saargebiet dem übrigen Deutschland gegenüber nicht Ausland ist. Wenn übrigens die Bewohner des Saargebiets ein Anliegen an deutsche Behörden haben, so wissen sie schon selbst den Weg zu ihnen zu finden

(sehr gut! in der Mitte und rechts)

und denken am allerwenigsten an eine Vermittlung durch französische Vertreter.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und rechts.)

Eine Frage von besonderer Wichtigkeit ist die Schaffung des seltsamen Begriffes „Saareinwohner". Während der Versailler Vertrag den Bewohnern des Saargebiets ihre bisherige Staatsangehörigkeit belassen hat, was nicht anders als dahin verstanden

(C) werden kann, daß auch die mit der Staatsangehörigkeit verbundenen Rechte ihnen gewahrt bleiben sollen,

(sehr richtig! in der Mitte und rechts)

hat die Regierungskommission durch Schaffung des Begriffes „Saareinwohner" und durch Übertragung aller politischen Rechte auf diesen Begriff der Staatsangehörigkeit der Bewohner tatsächlich so gut wie jeden Inhalt genommen und mit dem neuen Begriff zwar nicht dem Worte nach, wohl aber der Sache nach eine Art besonderer saarländischer Staatsangehörigkeit geschaffen.

(Hört! Hört! in der Mitte und rechts. — Abgeordneter Quaatz: Die dem Recht widerspricht!)

Nach Ansicht der Reichsregierung ist hiermit eine der Grundlagen der vertraglichen Regelung über das Saargebiet umgestoßen.

(Hört! Hört! und Zustimmung in der Mitte und rechts.)

In ähnlicher Richtung liegt eine Anzahl von Maßnahmen der **Regierungskommission**, die das Ziel verfolgen, das **Saargebiet dem übrigen Deutschland gegenüber als Ausland** erscheinen zu lassen, obwohl doch unmöglich bestritten werden kann, daß das Saargebiet nach wie vor einen Teil des Reiches bildet.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und rechts.)

Es mag zwar im einzelnen schwierig sein, bei der besonderen Verwaltungsorganisation für das Saarbecken aus diesem Grundsatz heraus immer zu praktisch brauchbaren Ergebnissen zu gelangen. Wenn aber die Regierungskommission dieser Schwierigkeiten dadurch Herr zu werden sucht, daß sie kurzerhand erklärt, alles Gebiet außerhalb des Saargebiets sei als Ausland zu betrachten, so ändert sie den Vertrag wiederum in einer seiner Grundlagen ab.

(Wiederholte lebhafte Zustimmung in der Mitte und rechts.)

(D) Auch auf dem **Gebiete des Schulwesens** sind Vertragswidrigkeiten festzustellen. Dem französischen Staat hat die Regierungskommission auf diesem Gebiet Rechte eingeräumt, die weit über das vertraglich vorgesehene Maß hinausgehen. Auch die **Einführung des französischen Sprachunterrichts** in den **Volksschulen** und allerlei, zum Teil als Experimentieren zu bezeichnende recht wesentliche Reformen auf dem Gebiet des Schulwesens stehen nicht im Einklang mit dem Vertrage,

(sehr richtig!)

denn dieser sieht in absoluter Form die Beibehaltung des bisherigen Schulsystems vor, und ich glaube, daß dies eine der wenigen Bestimmungen ist, die innere Berechtigung hat, da gerade auf dem Gebiete des Schulwesens einer landesfremden Regierung schwerlich die Fähigkeit zugesprochen werden kann, das Schulwesen eines Landes auf eine seiner Eigenart gerecht werdende neue Grundlage zu setzen.

(Lebhafte Rufe: Sehr richtig!)

Die Reichsregierung hat wegen all dieser und ähnlicher Maßnahmen der Regierungskommission wiederholt beim Völkerbund Einspruch eingelegt.

(Lachen rechts.)

Bisher ist keinem Einspruch Folge gegeben worden.

(Bewegung und Hört-, Hört-Rufe.)

Der Völkerbund begnügt sich in der Regel damit, den Standpunkt der Regierungskommission für gerechtfertigt zu erklären.

(Rufe: Hört! Hört! und Natürlich!)

Zu ihrem Bedauern kann sich die **Reichsregierung** dem Eindruck nicht verschließen, daß ihre **Einspruchsnoten beim Völkerbund nicht die gebührende Beachtung** finden.

(Wiederholte Rufe: Hört! Hört!)

(Dr. **Rathenau,** Reichsminister des Auswärtigen.)

(A) Die gemachten Erfahrungen werden die Reichsregierung natürlich nicht hindern, sich mit ihren Beschwerden weiterhin an den Völkerbund zu wenden. Sie gibt die Hoffnung nicht auf, daß der Völkerbund schließlich doch die Überzeugung gewinnt,

(Lachen rechts)

daß die Verwaltung des Saargebiets nicht in einem Geiste geführt wird, wie es gerade von einer Völkerbundskommission erwartet werden kann.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Zu dieser Erwartung berechtigen die Reichsregierung namentlich auch die Schritte, die die Bevölkerung des Saargebiets selbst unternommen hat. Wiederholt hat sie in außerordentlich eindrucksvollen Denkschriften und durch die Entsendung von Delegationen an den Völkerbund versucht, dessen Aufmerksamkeit mehr als bisher auf die Mißstände im Saarbecken zu lenken, und ich glaube sagen zu können, daß diese Schritte nicht ganz erfolglos geblieben sind.

Inzwischen hat auch die Öffentlichkeit außerhalb Deutschlands dem Saarbecken mehr und mehr Interesse entgegengebracht, und in einer ganzen Anzahl von ausländischen Zeitungen hat sich eine ziemlich scharfe Kritik der Methoden der Völkerbundsregierung erhoben.

Das **Verhältnis der Bevölkerung des Saarbeckens zu der Regierungskommission** hat sich überraschend schnell festgelegt. Es ist das typische Bild einer Fremdherrschaft!

(Stürmische Zustimmung.)

Die Bevölkerung sah der Regierungskommission zwar nicht mit großen Hoffnungen, aber doch unvoreingenommen entgegen und mußte sehr bald Enttäuschung über Enttäuschung erleben. Mit verschwindenden Ausnahmen wurden die leitenden Posten der Verwaltung mit Franzosen besetzt.

(B) (Hört! Hört!)

Die französischen Truppen bleiben, desgleichen die französische Gendarmerie und die französischen Kriegsgerichte.

(Erneute Rufe: Hört! Hört!)

Französische Einrichtungen wurden da und dort eingeführt. Eine Anzahl alteingesessener Bewohner wurde ausgewiesen.

(Pfui-Rufe rechts.)

Der Franken brachte wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten. Der französische Unterricht für die Volksschulen wurde dekretiert. Den Beamten wurde die Frankenbesoldung wider Willen aufgezwungen.

(Hört! Hört!)

Endlich wurden beinahe in allen wichtigen Fragen die Gutachten der Kreis- und Bezirkstage bei der Abänderung von Gesetzen nicht berücksichtigt. All dies schuf begreiflicherweise eine Atmosphäre der Mißstimmung, die schließlich die Kreis- und Bezirkstage veranlaßte, die Begutachtung von Verordnungsentwürfen vollkommen abzulehnen.

(Hört! Hört!)

So stehen sich jetzt Regierung und Bevölkerung des Saargebiets ohne Vertrauen gegenüber, ein Zustand, der unzweifelhaft als äußerst ungesund anzusprechen ist.

(Sehr richtig!)

Dieser Zustand ist aber die leicht erklärliche Folge der Regierung eines Landes durch eine landfremde Kommission.

(Lebhafte Zustimmung rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Am 16. Juni 1919 haben unsere einstigen Gegner uns erklärt, sie hätten volles Vertrauen, daß die Einwohner des Saargebietes keinen Grund haben würden, die neue Verwaltung als eine ihnen ferner stehende zu (C) betrachten, als es die von Berlin und München gewesen seien.

(Zurufe rechts: Aha! Natürlich!)

Wenn irgend etwas durch die Tatsachen widerlegt worden ist, dann ist es dieser Satz!

(Lebhafte Zustimmung rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demkraten.)

Gewiß: die Regierungskommission sitzt im Saargebiet selbst; in Wirklichkeit aber steht sie der Bevölkerung ferner, als wenn sie in einem anderen Erdteil ihren Sitz aufgeschlagen hätte.

(Erneute lebhafte Zustimmung rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Allein die Verschiedenheit der Sprache bildet eine unüberbrückbare Kluft.

Das Bild, das ich Ihnen in vorstehendem vom Saarbecken entrollen durfte, ist kein erfreuliches. Als Deutsche aber können wir mit Stolz auf die Tatsache hinweisen, daß die **Bevölkerung des Saargebiets** in den schweren Jahren der Fremdherrschaft, von denen erst wenige vorübergegangen sind, sich um so fester zusammengeschlossen hat, um das zu wahren, was sie als ihr höchstes Gut betrachtet: ihr **Deutschtum!**

(Lebhafter Beifall rechts, im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Immer und immer wieder erhält die Reichsregierung und die Öffentlichkeit aus dem Saarbecken Beweise bester deutscher Gesinnung.

(Bravo!)

Ich stehe daher nicht an zu erklären, daß die Deutschen an der Saar dem ganzen deutschen Volk Vorbild und Muster sind!

(Sehr richtig!)

Das deutsche Volk und die Reichsregierung wissen schon (D) heute, was sie an der Bevölkerung des Saargebiets haben.

(Beifall rechts, im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Ihr muß ihr bestes Wollen und Können gelten in der Hoffnung auf den Tag, an dem auch äußerlich die Wiedervereinigung vollzogen wird.

(Beifall.)

Präsident: Zur Beantwortung der Interpellation über das Ergebnis der Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission hat das Wort der Herr Reichsfinanzminister Dr. Hermes.

Dr. **Hermes,** Reichsminister der Finanzen: Meine Damen und Herren, die Interpellation Crispien und Genossen beehre ich mich namens der Reichsregierung wie folgt zu beantworten:

Die **Reparationskommission** hatte in ihrer Note vom 21. März 1922 — Reichstagsdrucksache 3911 — die Gewährung des von der deutschen Regierung beantragten **Zahlungsaufschubs für das Kalenderjahr 1922** von einer Reihe Bedingungen abhängig gemacht und als Termin für die Prüfung, ob die deutsche Regierung diesen Bedingungen Genüge geleistet habe, den 31. Mai 1922 festgesetzt. Das Ergebnis dieser Prüfung sollte entweder in einer Bestätigung des provisorischen Aufschubs oder in einer Unwirksamkeitserklärung desselben zum Ausdruck kommen. Im letzten Falle war angedroht, die Zahlung der vorläufig gestundeten Beträge innerhalb 14 Tagen bei Vermeidung des im § 17 der Anlage II zu Teil VIII des Friedensvertrages vorgesehenen Verfahrens zu verlangen.

Da ein Notenwechsel die Lage nicht vollständig zu klären vermochte, fanden Mitte Mai dieses Jahres in

(Dr. Hermes, Reichsfinanzminister.)

(A) Paris Besprechungen zwischen den Mitgliedern der Reparationskommission und mir statt. Hierbei hat es sich lediglich um die Erörterung der schwebenden Fragen gehandelt mit dem Ziel, eine Grundlage für eine Verständigung zu finden. Die Abmachungen selbst sind ausschließlich in den Noten der Reichsregierung und der Reparationskommission enthalten, die ihrem vollen Inhalt nach dem Reichstage mitgeteilt worden sind.

Mit der Note vom 28. Mai 1922 hat die deutsche Regierung zu den Bedingungen der Reparationskommission vom 21. März Stellung genommen. Diese Note gliedert sich in sechs Teile:

1. Plan über Einnahmen und Ausgaben,
2. schwebende Schuld,
3. Nachprüfungen,
4. Kapitalflucht,
5. Autonomie der Reichsbank,
6. Statistik.

Es ist der Reparationskommission ein Plan über die Einnahmen und Ausgaben des Reichs im Rechnungsjahre 1922 nach den letzten Schätzungen vorgelegt und darauf hingewiesen worden, daß bei dem gewaltigen Fehlbetrage im Haushalte das Anwachsen der schwebenden Schuld nur verhindert werden könne, wenn Deutschland eine ausreichende Unterstützung binnen angemessener Frist im Wege einer äußeren Anleihe erhalten würde. (B) Unter dieser Voraussetzung hat die deutsche Regierung die in der Note vom 28. Mai 1922 zur Verhinderung des Anwachsens der schwebenden Schuld formulierten Vorschläge gemacht.

Danach würde zunächst von dem Betrage der schwebenden Schuld die Summe abzuziehen sein, welche zur Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel verwendet worden ist. Der dann verbleibende Mehrbetrag gegenüber dem Stande vom 31. März 1922 sollte in einer anderen Kreditform als durch Diskontierung von Schatzwechseln bei der Reichsbank, welche die Inflation vermehren, beschafft werden. Erst wenn dies nicht gelingen würde, sollte eventuell ein Ausbau des Steuersystems in Betracht gezogen werden, aber gerade diese Maßnahme war davon abhängig gemacht, daß in angemessener Frist eine ausreichende Unterstützung durch eine auswärtige Anleihe erfolgen würde.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Die Anleiheverhandlungen sind, wie bekannt, vertagt worden. Ich kann nur die Hoffnung aussprechen, daß sie bald wieder aufgenommen werden. Irgendwelche Abmachungen über einzelne Steuern sind nicht getroffen; auch haben sich die Besprechungen in Paris in keiner Weise darauf erstreckt.

Ich möchte hier zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Levi noch das eine hinzufügen, daß diese Besprechungen sich auch in keiner Weise auf die Fragen erstreckt haben, die in Punkt 3 der Interpellation Crispien und Genossen erwähnt sind, daß also mit (C) keinem Wort die Fragen der sozialen Fürsorge, des Abbaus dieser Fürsorge, der Erwerbslosenfürsorge und die Frage des Achtstundentages erörtert worden sind.

Unter den gegenwärtigen Umständen, das heißt nach der Vertagung der Anleiheverhandlungen, hat die Reichsregierung eine Entschließung darüber noch nicht gefaßt, welche Maßnahmen etwa zu treffen sein würden, wenn die sämtlichen erwähnten Voraussetzungen sich verwirklichen sollten.

Bezüglich der Nachprüfungen, der Kapitalflucht und der Statistik sollen weitere Verhandlungen mit dem Garantiekomitee stattfinden.

Soweit es sich um die Nachprüfungen handelt, ist erklärt worden, daß sie die Souveränität Deutschlands nicht antasten, den geregelten Gang der Verwaltung nicht stören und in die durch das Steuergeheimnis geschützten Vermögensverhältnisse und Angelegenheiten der einzelnen Steuerpflichtigen nicht eindringen dürfen.

Die Autonomie der Reichsbank ist durch das Reichsgesetz vom 26. Mai dieses Jahres geregelt. Über die Forderungen, die in dieser Frage durch die bereits veröffentlichte Note der Reparationskommission vom 14. Juni 1922 erhoben worden sind, werden weitere Verhandlungen zu führen sein.

Auf die Note der deutschen Regierung vom 28. Mai 1922 hat die Reparationskommission mit (D) Schreiben vom 31. Mai 1922 geantwortet.

Es kann somit festgestellt werden:

1. Die Reparationskommission hat anerkannt, daß die in der Note der deutschen Regierung vom 28. Mai mitgeteilten Maßnahmen zur Ordnung der Reichsfinanzen eine ernstliche Anstrengung bedeuten, die zur endgültigen Gewährung des Zahlungsaufschubs für 1922 geführt haben.
2. Etwaige Zwangsmaßnahmen der Alliierten gemäß § 17 der Anlage II zu Teil VIII des Friedensvertrages sind abgewendet worden.

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen nunmehr vor, die weitere Beratung des Gesetzentwurfes über die drei bekannten Abkommen zu verbinden mit den fünf Interpellationen und mit der Erörterung über das Weißbuch „Aktenstücke zur Reparationsfrage“. Die Unterstützungsfragen für die Interpellationsbesprechung erübrigen sich dann. —

Ich schlage Ihnen vor, diese Erörterung vorzunehmen morgen, Donnerstag den 22. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Das Haus ist damit einverstanden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 1 Minute.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

232. Sitzung.

Donnerstag den 22. Juni 1922.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 15 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Als Vorlage ist eingegangen:

Entwurf eines Gesetzes über die Neuregelung der statistischen Gebühr.

In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden. Es sind eingetreten:

in den 5. Ausschuß für den Abgeordneten Thomsen
der Abgeordnete Dr. Roesicke;

in den 12. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Moldenhauer
der Abgeordnete v. Kemnitz;

in den 22. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Barth (Chemnitz), Koch (Weser), Heile, Graf Bernstorff (Hannover), Dr. Lauscher
die Abgeordneten Dr. Philipp, Frau Dr. Lüders, Dr. Haas (Baden), Marx, Frau Dransfeld.

Ich habe Urlaub erteilt dem Abgeordneten Feldmann für 3 Tage.

Es sucht für längere Zeit Urlaub nach der Abgeordnete Dr. Hugo für 3 Wochen wegen Krankheit. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; das Urlaubsgesuch ist bewilligt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Zu der Tagesordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Crispien.

Crispien, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es wird gegenwärtig über die auswärtige Politik, über die Reparationspolitik und über das Finanz- und Steuerwesen, das mit der Reparationspolitik in Zusammenhang steht, debattiert. Wir haben einen Antrag eingebracht, durch den die Reichsregierung ersucht wird, dem Reichstag schnellstens den **Plan für eine allgemeine Finanzreform** vorzulegen, auf Grund bestimmter Leitsätze, die in unserem Antrage formuliert sind.

Ich möchte nun namens meiner Fraktion beantragen, daß diesem Antrage die Dringlichkeit zugebilligt und er zur Beratung mit zugelassen wird, sodaß wir zu diesem Antrage auch in der Debatte Stellung nehmen können. Es liegt uns fern, irgendeine Fraktion überrumpeln zu wollen. Deshalb wären wir damit einverstanden, wenn unser Antrag am Schluß der Debatte einer Kommission überwiesen werden würde.

Präsident: Der Wunsch des Herrn Abgeordneten Crispien kann erfüllt werden, wenn von keiner Seite ein Widerspruch erhoben wird. Es wird wohl ein solcher nicht erhoben? — Dann nehme ich an, daß dieser Antrag mit der Debatte verbunden wird.

Wir kommen jetzt zur Erledigung der Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Anwendung der Verträge zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich vom 6. Oktober 1921, 15. März und 3. Juni 1922 sowie der Vereinbarung zwischen

(Präsident.)

(A) **der deutschen Regierung und der Reparationskommission vom 2. Juni 1922 über die Ausführung der Reparationssachleistungen** (Nr. 4468 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (Nr. 4521 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Dernburg.

In Verbindung mit der Besprechung der Interpellationen

a) **der Abgeordneten Arnstadt und Genossen, betreffend die Ratifizierung der Wiesbadener Protokolle vom 6. und 7. Oktober 1921 ohne Zustimmung des Reichstags** (Nr. 2991 der Drucksachen),

b) **der Abgeordneten Marx und Genossen, betreffend die Zustände im Saargebiet** (Nr. 3171 der Drucksachen),

c) **der Abgeordneten** Dr. **Stresemann und Genossen, betreffend Neutralisierung der Rheinlande durch England und Frankreich** (Nr. 4117 der Drucksachen),

d) **der Abgeordneten Crispien und Genossen, betreffend das Ergebnis der Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission** (Nr. 4431 der Drucksachen),

e) **der Abgeordneten** Dr. **Lauscher und Genossen über die Note der Botschafterkonferenz, betreffend Einstellung beziehungsweise Zerstörung von Eisenbahnbauten im besetzten rheinischen Gebiet** (Nr. 4434 der Drucksachen),

und der Beratung

(B) f) **des Weißbuchs „Aktenstücke zur Reparationsfrage vom Mai 1921 bis März 1922"** (Nr. 4140 der Drucksachen) **und des Nachtrags zu dem Weißbuch** (Nr. 4484 der Drucksachen).

In der Besprechung hat das Wort Herr Abgeordneter Stampfer.

Stampfer, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die Debatte, die gestern — man darf wohl sagen — einigermaßen zusammenhanglos an uns vorüberrauschte, hat verschiedene Stoffgebiete berührt, die sich ganz deutlich in zwei Gruppen gliedern lassen. Drei der gestellten Interpellationen betrafen die besonderen Leiden unserer Volksgenossen an Saar und Rhein; zwei andere beschäftigten sich mit den allgemeinen Leiden finanzwirtschaftlicher Art, die der verlorene Krieg über unser ganzes Volk, vor allem über seine geistig und körperlich arbeitenden Massen verhängt hat.

Über den ersten Teil dieses Stoffgebietes wird im weiteren Lauf der Debatte mein Freund Sollmann sich noch äußern. Ich darf mich hier darauf beschränken, im allgemeinen zu erklären, daß meine Partei, wie jede Unterdrückung, so ganz besonders auch die, die an Rhein und Saar verübt wird, auf das schärfste bekämpft.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Partei hat keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne unter Ausnutzung ihrer internationalen Beziehungen das Ausland über jene Zustände aufzuklären, deren Unhaltbarkeit von den französischen Sozialisten und von den englischen Arbeiterparteilern und darüber hinaus von weiten Kreisen der Bevölkerung der ganzen Welt längst anerkannt ist. Wir sind der Überzeugung, daß nur der Fortschritt jener Weltgesinnung der Gerechtigkeit, in der wir uns eins wissen mit unseren französischen und englischen Freunden, imstande sein wird, das schamlos (C) gebeugte Recht an Rhein und Saar wieder herzustellen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In diesem Sinne billigen meine Freunde die Erklärung, die gestern von der Reichsregierung abgegeben worden ist.

Ich darf in diesem Zusammenhang die Rheinlandfrage noch von einem Gesichtspunkt aus betrachten, der wohl auch in den Gedankenkreis einer allgemeinen politischen Aussprache fällt. Meine Freunde und ich sind nicht dazu geneigt, die Gefahr der **Loslösung der Rheinlande** als übertrieben groß zu betrachten. Wir halten es aber dennoch für notwendig, sorgfältig allen Anzeichen nachzugehen, die sich von dem Bestehen einer solchen Gefahr bemerkbar machen. Da möchte ich auf einen Gesichtspunkt hinweisen, der hier noch nicht zur Sprache gebracht worden ist. Es handelt sich nämlich um gewisse Gefahren — ich will sie nicht überschätzen —, aber immerhin Gefahren, die sich im Rheinlande im Zusammenhang mit dem Kampf um die Getreideumlage zu entwickeln drohen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nach zuverlässigen Nachrichten, die mir zugegangen sind, gibt es Leute in den Rheinlanden, die eine gewisse Neigung zeigen, sich hinter die hohe Kommission zu stecken für den Fall, daß die Entscheidung des Deutschen Reichstags, der deutschen Volksvertretung anders ausfallen sollte, als sie es selber wünschten.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Dieser Gefahr muß ins Auge gesehen werden. Man darf doch die Tatsache nicht außer acht lassen, daß der **Rheinische Bauernverein** eine öffentliche Kundgebung erlassen hat des Inhalts, die Landwirte würden dem neuen Gesetz jeden Widerstand leisten, um seine Durchführung zu verhindern.

(Hört! Hört! links.)

Wenn so etwas in einem Lande geschieht, das unter fremder Besatzung steht und in dem fremde Behörden einen gewissen, leider nicht unbeträchtlichen Einfluß haben, muß man die Augen offen halten. (D)

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich will durchaus nicht annehmen, daß die Mehrzahl der rheinischen Landwirte geneigt wäre, solchen verbrecherischen Lockungen zu folgen. Leider beweisen aber die Tatsachen, daß es Schurken gibt — Schurken gibt es in jedem Berufsstande —, die in der Wahrung ihrer egoistischen Berufsinteressen vor direktem Landesverrat nicht zurückscheuen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ein **Dokument,** das Ihnen beweist, daß meine Behauptung nicht auf den Sand gebaut hat, sehen Sie hier. Halten Sie es für möglich, daß ein Ihnen allen, besonders Ihnen da drüben (nach rechts), sehr wohlbekannter Mann am 12. April 1915 unter dem furchtbarsten Druck der englischen Blockade an einen preußischen Minister einen Brief geschrieben hat, dessen Hauptstelle ich mir zu verlesen erlaube:

> Liebste Exzellenz Fritz! Im Begriff, nach Polen auf meinen Posten zurückzukehren, danke ich Gott, der Schererei mit den Gütern los zu sein. Es ist jetzt auf dem Lande unerträglich mit den täglich wechselnden Verordnungen. Ich bestelle 500 Morgen überhaupt nicht mehr.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

— 12. April 1915! —

> Ich bestelle 500 Morgen überhaupt nicht mehr, und so machen es viele.

(Lebhafte Rufe links: Hört! Hört! — Zuruf von den Sozialdemokraten: Das ist der Dolchstoß!)

— Das ist der Dolchstoß, gewiß.

> Und so machen es viele wegen der Unsicherheit der Ernte, und weil die Unsicherheit der Bestimmungen jetzt so groß ist. Die Sache mit den Kartoffeln ist jetzt einigermaßen vernünftig.

(Stampfer, Abgeordneter.)

Von den Schweinen wird die Hälfte in den Pökeltonnen verfaulen.

Das Vertrauen

— so heißt es weiter —

zu der obersten Kriegsleitung schwindet in allen Kreisen mehr und mehr.

(Hört! Hört! links.)

Daß das Vertrauen zu der obersten Zivilleitung längst fehlt, weißt Du. Nun aber Schwamm drüber.

An wen war dieser Brief gerichtet, meine Damen und Herren? An den Minister des Innern, Herrn von Loebell.

(Lebhafte Rufe links: Hört! Hört!)

Ich weiß leider nicht, was er darauf veranlaßt hat. Vielleicht kann man an anderer Stelle danach fragen. Unterschrieben ist dieser Brief von Ihrem Freund, Herr Mumm, Herrn **Elard von Oldenburg.**

(Zurufe von den Deutschnationalen: Der ist nicht deutschnational! — Lebhafte Zurufe links.)

— Der Herr ist nicht deutschnational? Ich danke für die Aufklärung. Herr Elard v. Oldenburg, den ich hier einen Landesverräter nenne, war der engere Kollege jenes Herrn Roesicke, der vor einigen Tagen hier für Sie gesprochen hat.

(Sehr richtig! links.)

Herr Elard v. Oldenburg ist der Mann, der einmal vor Jahren an derselben Stelle stand, an der ich hier stehe und den „berühmten" Satz aussprach: „Zehn Soldaten, vom Kaiser geschickt, müßten genügen, um diesen Reichstag auseinanderzujagen!"

(Zurufe von den Deutschnationalen: Haben Sie das gehört?)

— Jawohl, ich habe es gehört. Und warten Sie weiter ab, meine Damen und Herren. Dieser Herr Elard v. Oldenburg ist derselbe Herr, den Sie dieser Tage in den illustrierten Zeitungen sehen konnten, geschmückt mit der alten Uniform, geschmückt mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse, das er wahrscheinlich dafür bekommen hat,

(Sehr wahr! links.)

wie er treuherzig und bieder dem Feldmarschall v. Hindenburg die Hand schüttelt. Ich frage Sie, welchen Wert diese alte Uniform noch haben kann, wenn solche Männer sie tragen dürfen. Ich frage Sie, welchen Wert das Eiserne Kreuz I. Klasse noch haben kann, wenn solche Leute es tragen dürfen, die solche Briefe wie diesen schreiben. Das frage ich Sie, und ich bitte Sie, in der Debatte darauf die Antwort zu erteilen.

Ich darf also, zum Zusammenhang meiner Ausführungen zurückkehrend, sagen: Schurken gibt es in jedem Stand, und weil es solche Schurken gibt, warne ich die rheinischen Landwirte, ihren Einflüsterungen zu folgen. Ich vertraue darauf, daß die rheinischen Landwirte niemals in der Vertretung ihrer Berufsinteressen so weit gehen werden, daß sie wie jener Elard v. Oldenburg bis zum tatsächlichen Landesverrat schreiten werden.

Damit darf ich dieses Gebiet verlassen und mich zum zweiten Stoffgebiet wenden, zum **Reparationsproblem,** wie ich es wohl kurz bezeichnen darf. Da möchte ich mein Bedauern darüber aussprechen, daß bei der gestrigen Debatte der Tragödie wider alle Regeln das Satyrspiel vorausgegangen ist. Bevor wir jene Erklärungen rheinländischer Vertreter hörten, die uns allen tief ans Herz griffen, mußten wir die tänzelnde, selbstgefällige, rosige Beredsamkeit des Herrn Dr. Reichert über uns ergehen lassen, der sich mit dem Reparationsproblem und den uns hier besonders beschäftigenden Verträgen mit einer vollkommenen sachlichen Ahnungslosigkeit auseinandergesetzt hat.

(Sehr wahr! links.)

Wir haben uns wohl alle, als wir Herrn Reichert auftauchen sahen, gefragt: warum denn nicht Herr **Helfferich?** Allerdings, was Herr Helfferich über diese Dinge zu reden hat, haben wir schon 42- oder 76 mal gehört, und es würde nichts schaden, wenn wir es auch ein 77stes Mal hören würden. Aber vielleicht kann ich das Rätsel lösen, warum Herr Helfferich sich einstweilen noch im Busch verborgen gehalten hat.

(Zurufe von den Deutschnationalen: Er steht auf der Rednerliste! Warten Sie nur ab!)

— Ich höre, er wird später zu Wort kommen, und ich freue mich außerordentlich, daß Herr Helfferich, den ich zu meinem Bedauern nicht auf seinem Platze sehe, Gelegenheit haben wird, auf meine Frage zu erwidern, die seine Freunde ihm gewiß bereitwillig mitteilen werden. —

(Zuruf von den Deutschnationalen: Kommt schon früh genug!)

Meine Damen und Herren! Ich will also auf gewisse Vorgänge in der vereinigten Sitzung des 7. Ausschusses und des 9. Ausschusses zu sprechen kommen, die ja auch Herr Reichert schon hier angezogen hat. Wir sprachen in dieser Sitzung, wie gesagt über die uns auch jetzt beschäftigenden Verträge, und Herr Reichsminister Dr. Rathenau erlaubte sich, Herrn Helfferich darauf aufmerksam zu machen, welche Folgen die von ihm gewünschte Ablehnung der Verträge haben würde. Herr Dr. Rathenau wies vollkommen zutreffend darauf hin, daß das Fallen dieser Verträge gar nichts anders bedeute als das **Inkrafttreten des nackten Londoner Finanzdiktats,** und Herr Helfferich wurde gebeten, sich darüber zu äußern, wie er sich zu diesem Tatbestand stelle. Herr Helfferich ergriff das Wort und sprach, wie Sie sich denken können, sehr zungengelenkig, wie wir es ja stets an ihm gewöhnt sind. Als er aber durch Zurufe immer wieder genötigt wurde, auf die Frage des Ministers Dr. Rathenau, wie es denn mit dem Londoner Finanzdiktat stünde, einzugehen, da sagte er: „Ja, meine Herren, dabei würden wir auch nicht stehen bleiben." Als ich ihm dann zurief: „Und dann?", da drehte sich Herr Helfferich mir zu und sagte nichts weiter als die historischen Worte, die ich im stenographischen Protokoll des Reichstags für ewige Zeit festhalten und darum wörtlich wiederholen will: **„Ja, das andere wird sich dann eben entwickeln."**

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Lachen links. — Gegenrufe von den Deutschnationalen. — Abgeordneter Dr. Reichert: Nichts unterschlagen!)

— Herr Helfferich wird ja Gelegenheit haben, zu ergänzen. — Herr Helfferich sagte: „Das andere wird sich dann eben entwickeln", — weiter nichts, und dann setzte er sich.

Meine Damen und Herren! Als ich jene Worte vernahm, war es mir, als ob ich den **Geist des alten Regimes** durch den Saal wandern sähe.

(Sehr wahr! links.)

Das ist der alte Geist der tönenden Phrase,

(sehr richtig! links)

der rasselnden Geste, hinter der nichts, gar nichts steht, kein Wille zur Tat, kein Plan, keine staatsmännische Überlegung, kein politischer Gedanke.

(Lebhafte Zustimmung links. — Lachen und Zurufe von den Deutschnationalen.)

Das ist jener Geist des alten Regimes, der zum „Panthersprung von Agadir" geführt hat, das ist jener Geist des alten Regimes, der dem Kaiser die Hand geführt hat, als er in die serbischen Dokumente im Schicksalssommer 1914 schrieb: „In den Sandschak einmarschieren, dann ist der Klamauk fertig."

(Zurufe von den Deutschnationalen.)

— Ja, meine Herren, Sie und Ihre Größen verstehen nie etwas anderes, als den Klamauk fertig zu machen.

(Sehr wahr! links.)

(Stampfer, Abgeordneter.)

(A) Wie man dann herauskommen soll, das überlassen Sie den anderen.

(Sehr richtig! links. — Lachen bei den Deutschnationalen.)

— Ja, meine Herren, Sie lachen darüber! Kennen Sie denn nicht die Urteile Ihrer eigenen Größen über diese Dinge? Wissen Sie denn nicht, daß Herr v. Tirpitz sagte, daß wir in den Krieg „hineingeschlittert" sind?

(Zuruf von den Deutschnationalen: Das war Lloyd George!)

— Gewiß, Lloyd George hat es auch gesagt; es ist ganz richtig. Wir sind hineingeschlittert durch den Geist des alten Regimes, durch den Geist der frivolen Fahrlässigkeit, durch den Geist der großen Redensarten und der rasselnden Geste, hinter denen nichts steht. Damit sind wir in den Krieg hineingeschlittert. Ihr Kronprinz hat ja dann den Ausspruch von Herrn v. Tirpitz variiert, indem er sagte, wir wären in den Krieg „hineingetapert". Nun, meine Damen und Herren, ich frage hier Herrn Helfferich — und bitte ihn, uns hier darüber klar und deutlich Auskunft zu geben —, in was wir denn jetzt hineintapern oder hineinschlittern sollen. Wenn er mir keine klare Antwort darauf geben kann, dann werden wir alle feststellen müssen, daß die negative Kritik, die er übt, und die nicht fähig ist, irgendwelche positiven Ratschläge zu geben, nichts anderes ist, Herr Helfferich, als eine ganz gewissenlose Demagogie.

(Lebhafte Zustimmung links. — Zuruf rechts: Sie sind die Sachverständigen für Demagogie! — Gegenrufe von den Sozialdemokraten.)

Wie lagen denn die Dinge in der Wirklichkeit? Als **Erbschaft der einzigen bürgerlichen Regierung,** die die deutsche Republik bisher erlebt hat, war uns das **Londoner Diktat** zurückgeblieben. Wir befanden uns — Sie wissen das alle — in einer trostlosen Lage. Seitdem ist (B) ein Jahr und ein Monat vergangen, und, ich glaube, wir dürfen heute hier erklären: kein objektiv denkender Mensch kann der gegenwärtigen Regierung das Zeugnis verweigern, daß ihre Politik im ganzen geschickt und glücklich gewesen ist, daß sie das deutsche Volk vor schweren Gefahren behütet und ihm manche Erleichterung gebracht hat.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Daß wir uns an diesem Werk beteiligen durften, während Sie (nach rechts) Ihre demagogischen Späße rissen,

(Abgeordneter Dr. Helfferich: Reden Sie nicht von Demagogie! — Zurufe links und rechts. — Unruhe)

das erfüllt uns mit tiefer Genugtuung.

(Wiederholte Zurufe links und rechts.)

Das war die Aufgabe, vor die sich die Regierung Wirth angesichts des Londoner Diktats gestellt sah. Ihre Aufgabe war es, dieses nackte brutale Diktat in eine Kette von Vereinbarungen und Verständigungen aufzulösen. Diese Vereinbarungen und Verständigungen sind besser als das nackte Diktat; sie haben vor allem den großen Vorteil, daß sie sich ständig verändern, man könnte beinahe schon sagen: sie verändern sich wie die Wolken und sehen bald aus wie ein Wiesel und bald wie ein Kamel.

(Heitere Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Zurufe von den Deutschnationalen.)

Wir haben das erlebt mit dem **Wiesbadener Abkommen,** das ja, ehe es in Kraft trat, schon einer Veränderung unterlag.

Wir haben das Wiesbadener Abkommen im Gegensatz zu den Herren Deutschnationalen begrüßt, weil wir ein Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich lieber sehen als irgendein anderes Abkommen, das zwischen zwei Völkern der Welt geschlossen wird. Wir betrachten das französisch-deutsche Problem als das Zentralproblem der ganzen Welt,

(sehr gut! bei den Sozialdemokraten)

und wenn es nicht in Ewigkeit so weitergehen soll, daß (C) sich die Europäer in Intervallen von 30 bis 40 Jahren gegenseitig die Hälse abschneiden, dann muß endlich einmal irgendwie der alte Streit zwischen Frankreich und Deutschland zu Ende gebracht werden. Und darum

(Zuruf von den Deutschnationalen)

— ich komme noch darauf, Herr Kollege — begrüßen wir jedes Abkommen, das zwischen Deutschland und Frankreich getroffen wird.

Wir haben dieses Abkommen begrüßt, weil es Geldleistungen durch Sachleistungen ersetzt, wir haben es begrüßt, weil es vor allem den Aufbau der zerstörten Gebiete vorsieht. Aber wir haben es noch aus einem anderen Grunde begrüßt, und dafür erbitte ich mir für einen Augenblick Ihre Aufmerksamkeit. Ich glaube, dieser Zusammenhang ist einigermaßen interessant. Wir haben das Wiesbadener Abkommen begrüßt, weil wir in ihm den ersten Schritt sehen auf dem Wege, der über das Gutachten der Londoner Banken zum Gutachten des Morgan-Komitees geführt hat.

Wie war es denn mit der sogenannten **Bevorschussung Frankreichs durch Deutschland?** Aus welcher Absicht ist sie entstanden? Die Franzosen wußten eben, Deutschland würde diesen Finanzplan von London niemals durchführen können, Deutschland würde eines Tages, wenn es bei dem Finanzplan von London verblieb, zahlungsunfähig werden. Darum wollten sich die Franzosen eine Priorität für die nächsten Jahre sichern, und so kam es zu den sogenannten Bevorschussungen. Diese Sicherung der Priorität war in Wirklichkeit nichts anderes als ein Eingeständnis der an dem Abkommen beteiligten Franzosen, daß sie selber an die Haltbarkeit des Londoner Ultimatums nicht glauben.

Das Wiesbadener Abkommen hat dann, wie ich schon sagte, manche Veränderung erfahren: durch das Bemelmans-Abkommen, durch das Gillet-Abkommen, durch die Note der Reparationskommission vom 21. März. Wir (D) halten nicht alle diese Änderungen für erfreulich. Wir bedauern insbesondere, daß das **System** der miteinander arbeitenden **Kollektivorganisationen,** wie es im Wiesbadener Abkommen vorgesehen war, durch ein sogenanntes freies Verfahren abgelöst worden ist. Wir sehen in dem Kollektivabkommen ein wichtiges Mittel, sozialpolitische Forderungen geltend zu machen, den Arbeiterschutz zu gewährleisten. Dieses Mittel ist durch Abänderung des Vertrages weggefallen, und das bedauern wir.

Im übrigen kann ich erklären: wir nehmen diese Verträge an, weil sie in der Richtung der von uns für richtig gehaltenen Politik liegen, und wir nehmen Sie auch unter dem Gesichtspunkt an, daß sie, wie ich schon sagte, doch alle herübergehende Erscheinungen sind, stark dem Wandel der Zeit unterworfen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Denn das Londoner Finanzdiktat ist faktisch erledigt, und nach ihm kommt das Finanzdiktat von Neuyork, das die Dinge ganz anders gestalten wird.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

Ich muß mich in diesem Zusammenhange auch noch einmal kurz an den Redner der Deutschnationalen wenden. Herr **Reichert** hat von den Völkern, mit denen wir im Kriege waren, ständig und immerzu als von den Feinden gesprochen. Ich glaube, daß ein Redner, der es mit seiner Verantwortung als Parteiführer ernst nimmt, der als Sprecher seiner Partei hier im Hause das Wort ergreift, die Pflicht hat, sich völkerrechtlich korrekt auszudrücken.

(Zuruf von den Deutschnationalen.)

Im völkerrechtlichen Sinne, Herr Reichert, gibt es keine Feinde.

(Zurufe von den Deutschnationalen: Der Feind steht rechts! — Heiterkeit rechts.)

— Darauf komme ich noch, Herr Dr. Helfferich!

(**Stampfer,** Abgeordneter.)

Ich möchte an den Deutschnationalen Herrn Redner die Frage richten: hat er, als er unsere **einstigen Kriegsgegner** als **Feinde** bezeichnete, etwa sagen wollen, daß derjenige, der von diesen Feinden Geld nimmt, Landesverrat begeht?

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Hat er sagen wollen, daß sich gewisse Leute für ihre Schriften, mit denen sie Deutschland Schaden zufügen, von den Feinden bezahlen lassen? Dann möge er sich mit dem ehemaligen Kaiser, dem ehemaligen Kronprinzen und mit Herrn Erich Ludendorff auseinandersetzen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts und Gegenrufe links.)

Und noch eine zweite Frage. Weiß denn der deutschnationale Redner — —

(Zuruf von den Deutschnationalen: Worüber reden Sie denn eigentlich!)

— Über die Rede Ihres Kollegen, des Herrn Reichert, wenn Sie das nicht verstehen, Herr Henning! Ich kann auch von Ihnen reden, wenn Sie wollen!

(Zuruf von den Deutschnationalen: Über Thema wird nicht geredet!)

Ich kann Sie fragen, was Runge bei Ihnen gewollt hat, wenn Sie wollen, daß ich mich mit Ihnen beschäftige. Ich beschäftige mich aber mit Ihrem Kollegen Reichert, und an den will ich jetzt die zweite Frage richten: weiß er, der gestern hier so lächelnd, so tänzelnd, so rosig von unseren „Feinden" sprach, weiß denn der Herr, was das ist, „ein Feind"?

(Lachen rechts.)

Hat er im Drahtverhau gegen den Feind Posten gestanden wie wir anderen?

(Zurufe von den Deutschnationalen: Sie?)

— Jawohl das habe ich getan!

(Zuruf rechts! bei der Etappe in Galizien?)

— Nein am Isonzo habe ich das getan!

(Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten: Unverschämtes Korps!)

Hat Herr Reichert jemals aus eigenem Erleben die unsäglichen Scheußlichkeiten, das tiefe Grauen kennen gelernt, das sich bei aller männlichen Tapferkeit mit jenem Begriff ewig und immer verbinden muß?

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nein, wir, die wir das erlebt haben, Millionen und aber Millionen, wir wollen nie wieder Volk als Volk, Feind gegen Feind stehen.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wir Sozialdemokraten kennen kein Volk auf der Welt, das wir als Ganzes als unsere Feinde bezeichnen möchten. Sollen wir unsere französischen Kameraden, unsere französischen Genossen als unsere Feinde bezeichnen? Soll ich etwa den ehrwürdigen Professor Buisson als meinen Feind betrachten, der als 81jähriger Greis die Reise hierher gemacht hat, um hier die Saat des Friedens zu streuen? Das ist ein anderer Mann als Sie, Herr Helfferich, und anderer Wissenschaftler.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Soll ich den tapfern Christen — nicht Sozialisten, den tapfern Christen! — und Friedensfreund Marc Sagnier als meinen Feind betrachten, der in gleicher Absicht wie Buisson in Berlin bei uns weilte uud der dafür in Frankreich von einer nationalistischen Knüppelgarde blutig geschlagen worden ist? Nein, meine Damen und Herren, nicht Anatole France, nicht Renaudel, nicht Buisson, nicht Marc Sagnier und ungezählte andere Franzosen sind unsere Feinde; unsere Feinde sind alle diejenigen, die dem großen Gedanken der Völkerfreiheit und des Völkerfriedens mit lügnerischen Phrasen, mit wüster Verhetzung, mit Knüppeln, Revolvern, Blausäurespritzen

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten)

zu Leibe gehen; die gibt es in Italien, die gibt es in Frankreich, die gibt es in Deutschland, die gibt es überall.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die sind überall von dem gleichen Ungeist der Lüge und der Gewalt erfüllt, und sie arbeiten überall mit genau denselben Mitteln.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Welt ist krank an der **internationalen Pest des Nationalismus.**

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Des Sozialismus!)

Wir hassen den Geist des Poincarismus, wir hassen den Geist des nationalen Blocks, und darum hassen und bekämpfen wir auch den Geist, der gewisse Kreise hier erfüllt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Es ist genau derselbe Geist hier. Meine Herren (nach rechts), wenn Sie jenen Geist bekämpfen, schlagen Sie doch nur mit der Faust in das Glas, das Ihnen Ihr eigenes Spiegelbild zeigt,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und darum können sie immer nur toben und schreien, nichts Positives ausrichten. Wir, die wir in Ihrer harten Schule, als sie noch die Herren waren, gelernt haben, mit den Waffen der Unterdrückten zu fechten, muten uns die Fähigkeit zu; wir haben den Willen und die Kraft, dem Unrecht, unter dem Deutschland leidet, ein Ende zu machen.

(Sehr richtig! und Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Was uns die nächsten Tage bringen werden, wissen wir nicht. **Konflikte der inneren Politik** kündigen sich an, die schwer lösbar erscheinen. Man spricht von einem Appell an das Volk. Ich will hier auf diese Dinge nicht eingehen und nicht prophezeien. Nur das eine will ich Ihnen sagen: kommt es zum Kampfe der ausgefochten werden soll nicht mit den brutalen Mitteln der Gewalt, sondern mit geistigen Waffen

(lautes Lachen bei den Deutschnationalen)

auf dem freien Felde der Demokratie — mit Ihren (nach rechts) geistigen Waffen nehmen wir es noch auf —, dann werden wir mit brennender Kampflust in diesen Kampf hineingehen. Denn uns treibt die Überzeugung, daß unser Volk, das wir lieben, sich nach außen hin nicht freimachen kann, solange es ihm nicht gelungen ist, Sie in das verdiente Nichts zurückzuschleudern.

(Hu! Hu! rechts. — Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das ganze denkende und arbeitende Deutschland wollen wir dann aufrufen gegen Sie, seine Verderber!

(Lachen bei den Deutschnationalen.)

Sie kennen ja überhaupt keine andere Politik, als **Katastrophenpolitik.**

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Katastrophenpolitik nach außen, Katastrophenpolitik nach innen. Sie sind bereit, es jetzt auf eine innere Katastrophe ankommen zu lassen. Ihnen ist der Getreidepreis für 1923 wichtiger als die ganze Zukunft der jetzt lebenden Generation.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Aber hüten Sie sich, meine Herren, es gibt eine Grenze. Millionen und aber Millionen sind bereit, uns zu folgen, wenn der Ruf erschallt: Volk wehr Dich!

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. — Lachen bei den Deutschnationalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr.-Ing. Gothein.

(A) Dr.-Ing. **Gothein,** Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Tage, an denen der Reichstag als die berufene Vertretung des unglücklichen deutschen Volkes seine Klagen und Anklagen gegen das furchtbare Unrecht, das an ihm verübt worden ist, vorbringt, sollten große Tage des Reichstages sein,

(lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten, im Zentrum und bei der Deutschen Volkspartei)

sollten Tage nationaler Einheit sein.

(Erneute Zustimmung bei denselben Parteien.)

Für die Redner, die da das Wort ergreifen, sollte das Schillersche Wort gelten: „Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben, bewahret sie!"

(Wiederholte Zustimmung.)

Da frage ich, ob der, welcher den **Auftakt dieser ganzen Diskussion** gegeben hat, ob der Abgeordnete Dr. **Reichert** von sich wird sagen können — —

(lebhafte Zurufe bei den Deutschnationalen: Stampfer!)

— „den Auftakt" habe ich gesagt, Herr Helfferich, so weit werden Ihre Ohren wohl noch langen — den Auftakt dazu gegeben hat, ob Herr Dr. Reichert in seiner Rede diese Würde gewahrt hat.

(Abgeordneter Dr. Reichert: Lesen Sie sie nach!)

— Ich habe sie sehr genau gehört. Mir liegt es im allgemeinen nicht, Parteipolemik zu treiben und persönliche Angriffe zu machen.

(Erneute Zurufe rechts: Schulmeister!)

— Ich glaube, Herr v. Graefe, wer wie ich, eine dreißigjährige parlamentarische vorwurfsfreie Vergangenheit hat, hat auch schließlich einmal das Recht, einem jungen Parlamentarier die Wahrheit zu sagen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und links. — Erregte Zurufe (B) zwischen links und rechts.)

— Ich glaube, Ihre Zwischenrufe sind die beste Illustration zu dem Vorwurf, den ich erhoben habe.

(Sehr wahr! links.)

Wenn diese Debatte ausklingt in ein parteipolitisches Gezänk, wie es die Situation des deutschen Volkes jetzt nicht vertragen kann, so ist die Einleitung mit schuld, und wesentlich mit schuld daran.

(Sehr wahr! links. — Zurufe von den Deutschnationalen.)

— Das paßt Ihnen nicht, Herr v. Graefe, das paßt Ihnen nicht, Herr Dr. Helfferich, weil Sie nie etwas anderes gekannt haben als dieses parteipolitische Gezänk, und gerade bei diesen großen Fragen.

(Sehr richtig! links. — Unruhe und Rufe rechts: Unerhört!)

Den Vorwurf erhebe ich. Was war denn die Rede des Herrn Dr. Reichert? Kleinkram, kleinliches Gezänk, Stimmungsmache für den Wahlkampf.

(Erregte Rufe bei den Deutschnationalen: Wo denn? — Bringen Sie Beweise!)

— Jedes einzelne Wort war doch kein großes Wort.

(Erneute Rufe von den Deutschnationalen: Beweise!)

— Ich habe wirklich nicht Lust, die unbedeutende Rede des Herrn Reichert zu wiederholen.

(Fortgesetzte erregte Zurufe von den Deutschnationalen.)

— Meine Herren! Vielleicht wollen Sie reden, Sie kommen ja hinterher noch dran. Aber ich kann nur sagen: Sie sind immer so furchtbar empfindlich, wenn man Ihnen ein Wort entgegnet. Sie haben die Nerven verloren in einer Weise wie Ludendorff beim Zusammenbruch des Krieges,

(sehr richtig! links)

(C) was ihm ja attestiert worden ist, und Sie scheinen sie nicht wieder finden zu können.

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Reichert hat von uns gesagt, wir seien eine **absterbende Partei.** Nun, wir verschmähen es, Demagogie zu treiben,

(Lachen bei den Deutschnationalen)

wir verschmähen es, dem Volke etwas vorzulügen. Parteien mit weiterem Gewissen mögen größere Wahlerfolge zeitigen. Aber solche Wahlerfolge sind vorübergehend, und es ist immer ein Unglück für ein Volk, wenn es den Demagogen folgt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Fortgesetzte Zurufe von den Deutschnationalen.)

— Herr Gott, schnattern Sie doch nicht in einer Tour, Herr v. Graefe.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte, auf allen Seiten die Zwischenrufe zu beschränken.

Dr.-Ing. **Gothein,** Abgeordneter: Wir leben des Glaubens, daß unser demokratischer Gedanke — und das ist der Gedanke des Verantwortlichkeitsgefühls und des Pflichtgefühls des Volkes — sich eines Tages schließlich doch siegreich durchsetzen wird.

Nun zur Sache. Die Frage, ob das **Wiesbadener Abkommen vom Reichstag** zu genehmigen sei, ist zweifellos kontrovers. Man kann ebenso gute Gründe dafür wie dagegen vorbringen. Herr Briand hat die Notwendigkeit, es dem Parlament vorzulegen, verneint, sein Nachfolger Herr Poincaré hat es bejaht. Nun, der eine hat die Meinung, der andere jene Meinung. Es ist vielleicht letzten Endes eine Frage der außenpolitischen Situation, was in dem gegebenen Falle das Zweckmäßigste wäre. Aber praktisch hat die Frage (D) heute gar keine Bedeutung mehr, nachdem uns jetzt dieses Abkommen zur Ratifikation, zur Annahme oder Ablehnung vorgelegt ist. Die ganze Sache ist also heute gegenstandslos, und es hat wenig Zweck, heute noch mit langatmigen Ausführungen darauf einzugehen.

Es ist leicht, an diesem Abkommen Kritik zu üben. Ich muß offen sagen, mir hat dieses Abkommen auch sehr wenig gefallen. Sein Inhalt ist sicher sehr unschön, und all die Verträge, die uns heute vorliegen, sind — darüber sind wir uns vollständig klar — zweifellos eine schwere Belastung für das deutsche Volk, und wenn wir ein freies Volk wären, wenn wir nicht den Krieg verloren hätten, wenn nicht der Friede von Versailles und das Ultimatum von London bestünde, dann würde jeder von uns diese Verträge aufs entschiedenste verurteilen und sie ablehnen. Freiwillig nimmt kein Volk so etwas auf sich.

Aber wir müssen uns doch fragen: sind diese Verträge eine Verschlechterung des Zustandes, der ohne sie war? Und da bin ich allerdings der Meinung, gegenüber dem Ultimatum von London, das ich für eine wesentliche Verschlechterung des Friedensvertrages halte, bei dem uns aber die offizielle Antwort wurde, daß England und die Entente irgendwelche Verschlechterung und Abänderung des Friedensvertrags darin nicht erblicke — und über die Auslegung entscheidet schließlich die Macht, entscheidet der Sieger; wir haben ja keine Appellinstanz —, ist selbst das **Abkommen von Wiesbaden ein Fortschritt.** Ich selbst habe damals die schärfste Kritik in meinem Herzen und vor meinen Freunden an dem Abkommen geübt, habe mich aber damit abfinden müssen, weil ich mir von vornherein gesagt habe: dieses Abkommen wird ja gar nicht praktisch werden. Wer die französische Bureaukratie und die französischen Industriellen kannte, der wußte,

(Dr.-Ing. **Gothein**, Abgeordneter.)

(A) daß weder diese Bureaukratie imstande sein würde, dieses Abkommen, das alles in die Hand großer Organisationen legte, durchzuführen — denn die französische Bureaukratie ist noch zehnmal bureaukratischer als die deutsche —,

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten)

noch daß die französischen Industriellen diese Massenlieferungen deutscher Fabrikate zulassen würden.

Ebenso klar war es mir, daß die **Bevorzugung Frankreichs**, die in diesem Abkommen zweifellos lag, nicht die Zustimmung der Reparationskommission finden würde. Der Herr Abgeordnete Dr. Reichert hat dem Herrn Minister Rathenau einen Vorwurf daraus gemacht, daß er der Reparationskommission die Wahrnehmung der deutschen Interessen überlassen hätte. Meiner Auffassung nach müßte das eigentlich ein Lob sein. Nur ein Anfänger, ein Stümper in der Diplomatie kann einen Vorwurf daraus machen, daß jemand eine Situation schafft, wo er den Gegenkontrahenten in eine Lage bringt, daß seine Mitkontrahenten ihn einfach zwingen müssen, auf gewisse Vorteile dieses Abkommens zu verzichten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf des Abgeordneten Dr. Reichert.)

— Ja, entschuldigen Sie, ich halte Sie in diesem Falle für einen Anfänger der Politik und der Diplomatie; denn hier hat die Reparationskommission mit großem Geschick unsere Interessen wahrgenommen. Es war meiner Auffassung nach viel leichter, mit den Franzosen zu einer Einigung über ein Abkommen zu gelangen, das hinterher nicht möglich war, das von der Reparationskommission revidiert werden mußte. Eine solche Situation zu schaffen, ist immer ein kluger Zug der eigenen Diplomatie.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

(B) Wir können uns doch nur freuen, wenn wir die ganze Situation dahin bringen, daß unsere Interessen von anderen wahrgenommen werden müssen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das ist die beste Diplomatie. Und haben wir es jetzt nicht erreicht, daß schließlich die Anleihekommission, eine neutrale Kommission, der beste Anwalt der deutschen Interessen gegenüber der Entente ist?

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Logischerweise müßte dann Herr Dr. Reichert der deutschen Diplomatie auch einen schweren Vorwurf daraus machen, daß wir es in dieser Situation durch unsere Politik dahin gebracht haben, daß unser Anwalt nunmehr eine neutrale Instanz ist.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf rechts.)

— Nein, sie kann es eben viel wirksamer als wir, und das ist die höchste diplomatische Kunst.

Auch wir halten das **Bemelmans-** und das **Gillet-Abkommen** für nichts weniger als ideal. Aber es ist doch verkehrt, zu verkennen, daß ein Fortschritt dabei vorhanden ist; und das hat ja selbst Herr Dr. Helfferich anerkannt. Früher haben Sie gerade von Ihrer Seite einen Vorwurf daraus gemacht, daß große bureaukratische Organisationen geschaffen würden, daß der freie Handel nicht vollständig ausgeschaltet würde, und nun ist es erreicht, daß der freie Handel sich betätigen kann; er hat keinen Zwang, das zu tun, er hat volle Freiheit auch, Geschäfte abzulehnen, wenn es ihm nicht paßt. Gewiß, es sind **Erweiterungen unserer Verpflichtungen** darin, die Erweiterung, Belgien und den anderen Staaten, außer Frankreich, auch Waren, für die wir nicht in bar Bezahlung bekommen, sondern die uns bloß auf Wiedergutmachungskonto gutgeschrieben werden, zu liefern, die

(C) nicht ausschließlich dem Wiederaufbau dienen, sondern die auch nach den Kolonien usw. gehen, und die auch hingehen für die Wiederauffüllung von Vorräten. Gewiß, das ist der Nachteil. Aber alles das war im Londoner Ultimatum auch bereits vorhanden und in sehr viel größerem Umfang. Und Frankreich gegenüber gelten ja auch diese Bestimmungen nicht. Das kann diese Waren nicht nach den Kolonien verschieben. Gewiß, die Kontolle ist schwierig, ab und zu wird darüber hinaus etwas verschoben werden; aber so kolossal werden diese Posten nicht sein, und das Ganze ist ein Fortschritt.

Man soll doch die Bedeutung dieser ganzen Abkommen nicht überschätzen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Die 1450 Millionen **Sachleistungen**, in denen übrigens auch die Kosten der Kohlen und aller sonstigen Zwangslieferungen mitenthalten sind, werden nie abgenommen werden, und am wenigsten wird Frankreich seine 950 Millionen Sachleistungen abnehmen, weil es sie einfach gar nicht verbauen kann und weil sich die französische Industrie dagegen sträubt. Und wenn solche Lieferungen, wie in Jugoslawien, zu einer Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen führen, wenn sie zu Lieferungen führen, die ohnedies anderen Mächten zugefallen wären — und wir sind heute auf diesen Gebieten nicht mehr so konkurrenzfähig, wie wir es noch vor einigen Monaten waren, unsere Ausfuhr wird von Tag zu Tag immer schwieriger, und wir können zweifellos die Ausfuhrabgabe auch gar nicht mehr halten —,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

so wollen wir ohne weiteres sagen, daß es unter Umständen auch für die Beschäftigung unserer Industrie vorteilhaft sein kann, daß hier Lieferungen gesichert sind, auch wenn sie letzten Endes nur auf das Reparationskonto gutgeschrieben werden.

(D) Wer die Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß verfolgt hat, konnte sich unmöglich dem Eindruck entziehen, daß sich seit dem Tiefpunkt im Londoner Ultimatum eine **Linie ständigen Fortschritts in unserer ausländischen Lage** bemerkbar macht,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

von Wiesbaden über Cannes, über das Bemelmans-Abkommen, über Genua, über die Verhandlungen der Anleihekommission in Paris und über die neusten Noten, die wir bekommen haben. Das leugnen, heißt die Geschichte nicht erkennen und nicht erkennen wollen. Und, meine Damen und Herren, ist nicht die **Entscheidung**, welche die **Anleihekommission** getroffen hat — und bei ihr liegt doch nun einmal heute letzten Endes die Entscheidung der ganzen Zukunft und des ganzen Reparationsproblems —, für Deutschland günstig? Zunächst scheint es nicht so, aber lediglich für den oberflächlichen Beobachter. Gewiß, unsere Mark ist nach dem Scheitern der Anleihepläne weiter gestürzt. Aber wer dieses sehr geschickt und diplomatisch abgefaßte Dokument der Anleihekommission studiert, der muß sich doch sagen, daß das ein Verdikt gegen die französische Politik

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten und rechts)

und gegen die Reparationspolitik ist, daß mit diesem Verdikt tatsächlich die Lösung des Reparationsproblems nunmehr auf eine andere Bahn geschoben wird.

Wenn wir hier noch zweifeln wollten, dann sehen wir uns doch die französische Presse an! Heute schreit Frankreich nach dieser Anleihe. Der „Temps“, der sonst doch immer gegen sie war, ist jetzt in schwerer Sorge, daß sie nicht kommen könnte, und verlangt stürmisch, daß sie komme. Er ist heute bereits so weit, daß er in Sorge ist, ob denn die Anleihe nicht etwa zu klein sein würde,

(Dr.-Ing. **Gothein**, Abgeordneter.)

(A) so daß wir lediglich die militärischen Lasten davon zahlen könnten und nichts mehr übrigblieb für die Reparationen.

(Hört! Hört! rechts und bei den Deutschen Demokraten.)

Das bedeutet der Anfang des Eingeständnisses: wir können diesen Militarismus nicht mehr aufrechterhalten, und so haben wir mit dieser Entscheidung des Anleihekomitees einen Sieg für den Fortschritt der Reparationsfrage. La vérité est en marche.

Alle Bestimmungen über Anrechnung eines Teiles unserer Leistungen für Frankreich erst nach einigen Jahren, worüber soviel geklagt worden ist — und sie erschienen ja allerdings grotesk —, was haben sie denn doch noch für eine praktische Bedeutung? Die ganze Frage wird letzten Endes von dem Anleihekomitee entschieden werden, auf das Frankreich angewiesen ist, weil es die Anleihe braucht und es sonst finanziell selber zusammenbricht.

Meine Damen und Herren! „Die **Anleihe** verlangt allerdings eine **günstige Atmosphäre**" hat das Anleihekomitee in seinem diplomatischen Schriftstück erklärt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es hat ausdrücklich erklärt, daß diese günstige Atmosphäre durch die Ablehnung Frankreichs bei dem Beschluß der Reparationskommission gestört worden ist. Heute sieht man in Frankreich den schweren Fehler ein, den man damit begangen hat. Heute zieht man das Anleihekomitee so rasch wie möglich zurück und verlangt die Anleihe.

Nun möchte ich aber Herrn Dr. Reichert fragen: glaubt er, daß er mit seiner Rede die „günstige Atmosphäre" für die Anleihe geschaffen hat? Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Die Aufnahme seiner Rede im Hause, die Folgewirkungen, die sie ausgelöst hat, müßten ihn überzeugen, wenn er zur Selbsterkenntnis fähig ist — und ich traue ihm diese Fähigkeit zu —, zu erkennen, daß er sich mit seiner Rede verhauen hat. Herr Reichert hat sich in

(B) seinem Publikum geirrt, er hat eine Rede vor seinen Parteifreunden in einer Wahlversammlung zu halten geglaubt und nicht vor dem Reichstag. Als altem Heidelberger Studenten möchte ich ihm daher ein Wort zurufen, das der Dichter Heidelbergs, das Viktor Scheffel in einem hübschen Liede gesagt hat:

So geht's, wenn ein Jüngling will minnen,
Und hat das Terrain nicht erkannt.

(Sehr gut! und Heiterkeit.)

Und nun zu Herrn Dr. **Levi!** Daß er sich für die **Erfüllungspolitik** ausgesprochen hat, ist anerkennenswert, aber wer soll nach ihm erfüllen? Nur die **Schuldigen am Kriege** sollen zahlen, hat er gestern erklärt. Nehmen Sie es nicht übel, Herr Kollege, das ist Erfüllungsdienst mit den Lippen, aber nicht mit der Tat.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Und dann, wer soll denn die Schuldigen feststellen? Unser verstorbener Freund Haußmann hat in seiner knappen Weise einmal gesagt: „Deutschlands Schuld am Kriege ist eine intellektuelle, die Rußlands, Frankreichs, Englands ist eine moralische." Ich glaube, Herr Dr. Levi, auch Sie werden nicht behaupten wollen, daß wir die Alleinschuldigen am Kriege sind.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Aber die ersten!)

— Das werden Sie nicht beweisen können, denn das ist eine mehr als subjektive Meinung. Ich erinnere Sie an die Beobachtungen, die Herr Dr. Berliner auf seiner Rückkehr durch Rußland schon im Frühjahr 1914 über die Truppenbewegungen gemacht hat,

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten)

die zudem aktenmäßig vollständig feststehen, und ich erinnere Sie an alle die Dokumente, die die Sowjetregierung, für die Sie früher ja eine gewisse Vorliebe hatten

(Heiterkeit und sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

— jetzt scheint es allerdings nicht mehr der Fall zu sein —, veröffentlicht hat.

Ich könnte mit der Lösung durchaus einverstanden sein, daß die Reparationslast von allen am Kriege Schuldigen getragen würde, also von allen am Kriege schuldigen Ländern, und somit auch von unseren früheren Feinden. Das wäre die einzige Möglichkeit des wirklichen Wiederaufbaues; denn es ist eine absolute Illusion, daß das verarmte elende Deutschland, das unter dem Krieg und seinen Nachwirkungen so unendlich gelitten hat, alle die Schäden wieder gutmachen könnte, die der Krieg der Welt geschlagen hat.

(Lebhafte Zustimmung.)

Damit also könnten wir einverstanden sein. Aber Sie verstehen es anders; Sie wollen, indem Sie für die Erfüllungspolik eintreten, nur die deutschen Schuldigen bezahlen lassen. Ich persönlich könnte mich allenfalls auch damit einverstanden erklären, denn ich glaube, selbst Sie, Herr Dr. Levi, werden mich nicht als einen der Schuldigen hinstellen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sie haben tapfer mitgemacht!)

— Ich? Am Kriege?

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Sie haben hier in diesem Hause doch mitgeschürt!)

— Ich soll zum Kriege geschürt haben? Herr Dr. Levi, dann kennen Sie die Verhältnisse und meine ganze Tätigkeit absolut nicht. Ich bin doch derjenige gewesen, der von Anfang an und während 25 Jahren vor dem Kriege diese Politik bekämpft hat, die tatsächlich dieses Unglück herbeigeführt hat, das größte Unglück — —

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Denken Sie an das Annexionsprogramm des Herrn v. Payer!)

— Herr v. Payer ist doch nicht ich! Ich habe von meiner Person gesprochen und gesagt: Sie können mir doch nicht den Vorwurf machen, ich wäre einer der Schuldigen!

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Haben Sie gegen Payer etwas unternommen?!)

— O ja!

Ich wiederhole: Ich könnte damit zufrieden sein, denn mir könnte niemand etwas nachsagen. Ich bin immer wie viele meiner Freunde für die Verständigung der Völker und für das **Bündnis mit England** eingetreten.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich habe auch hier im Reichstag das Auseinandergehen unserer Politik mit England für das größte Unglück erklärt und dieses Unglück darin kommen sehen, daß wir uns mit England nicht verständigt haben. Ich habe gewarnt vor dieser Risikoflotte, die unser Verhältnis zu England dauernd verschlechtern mußte, und hätten wir eine Ahnung gehabt, daß uns England wiederholt ein Bündnis angeboten hat — ich glaube, der gesamte Reichstag, mit den wenigen Ausnahmen hier drüben (nach rechts), wäre für dieses Bündnis eingetreten.

(Zurufe links: Na! Na!)

— Gewiß, vielleicht nicht die Volkspartei. Ich habe gesagt: Mit Ausnahme der Herren da drüben (nach rechts) wäre der Reichstag für dieses Bündnis eingetreten, das uns vor dem Kriege bewahrt hätte. Will Herr Dr. Levi vielleicht die Herren Kollegen Schücking, Haas und andere mehr von den Lasten der Erfüllungspolitik ausnehmen, weil sie keine Schuld am Kriege haben? Es ist eine Unmöglichkeit, einzelne auszunehmen. Nein, wir lehnen das auch ab. Wir fühlen uns in dieser Frage solidarisch mit unseren anderen Volksgenossen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir sind keine Steuerdrückeberger; die Lasten, die dem Volke aufgebürdet werden, tragen wir mit. Wenn es

(Dr.-Ing. **Gothein**, Abgeordneter.)
Reparationslasten sind, und das Volk sie tragen soll, so wollen wir nicht, daß Ausnahmen gemacht werden.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Was Sie proklamieren, Herr Dr. Levi, ist allerdings die **Drückebergerei des Proletariats**, das nichts für die Reparationen zahlen soll.

(Zurufe auf der äußersten Linken: Das wagen Sie zu sagen?)

— Jawohl, das wage ich zu sagen. Ich habe niemals nach rechts wie nach links aus meiner ehrlichen Überzeugung ein Hehl gemacht.

(Erneute Zurufe auf der äußersten Linken. — Gegenrufe rechts.)

Was Sie proklamieren, ist: die Steuern sind gut, die nicht wir — von Ihrem Standpunkt —, sondern die die anderen zahlen, und die Steuern sind verwerflich, die wir, das heißt die Freunde des Herrn Dr. Levi und Konsorten, zahlen müssen.

(Zurufe auf der äußersten Linken.)

In der sittlichen Auffassung ist das nicht um ein Haar anders, als wenn seinerzeit die äußerste Rechte die direkten Steuern im Reichstag ablehnte.

Nun möchte ich Herrn Dr. Levi fragen: Meinen Sie, daß die Entente damit zufrieden sein würde, daß bloß einzelne, das heißt die am Kriege wirklich Schuldigen, die Lasten trügen?

(Zurufe auf der äußersten Linken.)

Nein, die stehen auf dem Standpunkt: Mitgefangen, mitgehangen!

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Wir auch!)

— Bitte, dann zahlen Sie auch mit! Was aber Herr Dr. Levi proklamiert hat, ist das Gegenteil davon. Durch Ihre Zustimmung zur Erfüllungspolitik haben Sie ja auch die moralische Verpflichtung übernommen, hier mit zu erfüllen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist ja aber auch eine lächerliche Illusion, anzunehmen, die **Reichen allein** könnten die **Forderungen der Entente** erfüllen, könnten das Reparationsproblem tatsächlich lösen. Nehmen Sie den Drückebergern, den Reichen alles, den letzten Heller: es ist ein Tropfen auf den heißen Stein, es langt nicht entfernt auf die Forderungen, die die Entente bezüglich der Erfüllungspolitik bisher stellte.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Sie glauben, wenn man das Kapital wegsteuerte, dann ließe sich Erfüllungspolitik treiben. Das ist ein absoluter Irrtum.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Denn dann können wir nicht mehr arbeiten, und dann wären Sie und die von Ihnen vertretenen Klassen, die Arbeiter, am meisten geschädigt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Das ist ein absolut mißverstandener Karl Marx. Kaum einer hat die Bedeutung des Kapitals für den Produktionsprozeß so klar erkannt, wie Karl Marx.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn Sie das Kapital an das Ausland abliefern, dann hört eben auch unsere **Produktionsfähigkeit** vollständig auf. Das russische Experiment müßte jeden, der überhaupt noch gewillt ist, zu denken, davon überzeugt haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Erfüllen können wir letzten Endes nur durch Arbeit, durch nichts anderes.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Jeder andere Gedanke ist vollständig abwegig.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir haben gestern oder vorgestern in der Zeitung gelesen, daß die **Reparationskommission** an die Regierung eine Note gerichtet hätte, worin sie sich beschwert, daß wir mit unseren **Kohlenlieferungen** außerordentlich im Rückstande seien und daß sie von uns schleunige Nachlieferung verlange.

Meine Damen und Herren! Wie liegen denn unsere Kohlenverhältnisse? Wir leiden die schwerste Kohlennot, aber nicht allein wegen der Ablieferung der Reparationskohlen, sondern wegen der eigenen Minderproduktion. Ich habe mir hier einmal die Zahlen zusammengestellt. Im Mai, also im vorigen Monat, sind im Ruhrrevier 929 000 Tonnen Kohlen weniger gefördert worden als im März.

(Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

In der ersten Junihälfte, also dieses Monats, sind wieder über 300 000 Tonnen weniger gefördert worden als in der ersten Hälfte des Mai. Wohin führt das? Im Juni ist der **Rückgang der Arbeiterleistung** pro Kopf und Schicht gegenüber der Arbeiterleistung im März um 12,37 Prozent, also nahezu um ein Achtel, gesunken.

(Zurufe links: Die Ernährung wird auch immer schlechter!)

— Nein, gerade dort nicht. — Früher hat man sich ausgeredet wegen Rückgangs der Arbeiterleistung mit der ungenügenden Wagengestellung. Heute haben wir eine pünktliche Eisenbahnwagengestellung, und trotzdem diesen beispiellosen Rückgang der Produktion!

(Erneute Zurufe links: Die Ernährung ist auch nicht mehr so gut!)

— Nein, es ist ärztlich festgestellt worden, daß der Ernährungsstand nicht zurückgegangen ist, die Arbeitsleistung ist aber trotzdem gesunken.

Nun noch das andere Erschreckende. In der ersten Junihälfte hat die **Einfuhr englischer Kohle** in Hamburg 371 000 Tonnen betragen.

(Hört! Hört! und Zurufe rechts: Mehr als im Frieden!)

— Das ist unendlich viel mehr als im Frieden; denn unsere ganze Einfuhr englischer Kohle im Frieden machte über alle deutschen Häfen $9^1/_4$ Millionen Tonnen im Jahre aus. Für einen Monat heißt das, daß wir, wenn es so bleibt — und vorläufig lassen die Zufuhren nicht nach — dem Ausland über 15 Millionen Goldmark allein für die in Hamburg eingeführte Kohle bezahlen müssen. Nicht die Reparationszahlungen allein, auch diese notwendigen Einfuhren, dieser Rückgang der Bergarbeiterleistung führen dazu, daß unsere Valuta sich ständig verschlechtert.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Im Jahre 1921 hat im Ruhrrevier die Arbeiterleistung 58,3 Prozent der Arbeiterleistung im Jahre 1913 betragen. Sie wird in diesem Jahr, wenn es so weiter geht, keine 50 % mehr betragen. Das übt einen beispiellosen Druck auf unsere Valuta. Glaubt aber Herr Dr. Levi, daß er die Atmosphäre für die internationale Anleihe verbessern wird, wenn seine Parteifreunde die Bergleute immer und immer wieder aufstacheln, nicht mehr die Arbeitszeit innezuhalten, die in anderen Kohlenrevieren innegehalten wird? Heute ist die **Arbeitszeit im Ruhrrevier** weitaus die niedrigste von allen Kohlenrevieren der Welt.

(Zuruf von den Kommunisten: Warum wandern denn so viele Arbeiter aus den Bergwerken ab: Weil sie hungern!)

— Herr Kollege, wir haben jedes Jahr im Frühjahr eine Abwanderung aus dem Bergbau in die Landwirtschaft, weil diejenigen Leute, die im Winter in der Landwirtschaft nichts zu tun haben, für diese Zeit in den Bergbau

(Dr.-Ing. **Gothein**, Abgeordneter.)

(A) gehen. Daher ist immer in den Frühjahrsmonaten eine Abwanderung.

(Zuruf von der äußersten Linken: Sie war in diesem Jahr aber stärker!)

— Weil eben auch die Zuwanderung in den Wintermonaten erheblich stärker war.

(Zuruf links: Die Kopfzahl der Arbeiter ist doch gesunken!)

— Die Zahl ist gesunken, deshalb habe ich Ihnen ja auch die Zahl pro Schicht und Kopf des Arbeiters, nicht allein die absoluten Zahlen des Rückganges, angegeben.

Meine Damen und Herren! Es liegt auch daran, daß der Wille zu arbeiten nicht mehr so entwickelt ist, wie er früher war. Es liegt auch an dem mangelhaften Akkordsystem, das überhaupt kein Gedinge, kein Akkordsystem mehr ist. Wir gehen an Kohlenarmut zugrunde, wenn nicht unsere Förderung gesteigert wird, wenn nicht die Arbeiterleistung tatsächlich wieder besser wird.

(Sehr richtig! bei bei den Deutschen Demokraten. — Abgeordneter Kuhnt: Der unmoralische Einfluß der Schlemmer ist es vor allen Dingen!)

— Ja, ich gehöre wahrhaftig nicht dazu. —

(Abgeordneter Kuhnt: Das habe ich auch nicht behauptet.)

— Ich wende mich ebenso entschieden gegen die Schlemmerei. Aber lediglich deshalb, weil einer einen Schlemmer sieht, weniger zu arbeiten, das ist doch das Verkehrteste, was es gibt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Jeder einzelne muß sich doch darüber klar werden: wenn die Kohlen nicht geliefert werden, dann wird ebensoviel Arbeitslosigkeit in anderen Industrien geschaffen.

(Erneute lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Tausende von Betrieben sind heute nicht in der Lage, (B) ihre Produktionsfähigkeit auszunutzen, ihre Arbeiter in der ganzen Zeit voll zu beschäftigen, weil es eben an Kohlen mangelt. Selbstverständlich, wenn die Leistung derartig zurückgeht, dann müssen die Kohlen teurer werden; dann müssen überall die Produktionskosten größer werden.

(Abgeordneter Kuhnt: Die Badeorte frei machen und rein in die Bergwerke!)

Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß es jetzt dringend notwendig ist, nachdem durch die Abtretung des Hauptgebietes von Oberschlesien eine Lage geschaffen worden ist, in der wir ganz außerstande sind, die Reparationsforderungen nach dem Abkommen von Spa in bezug auf die Kohlenlieferungen weiter zu erfüllen, daß unsere Regierung schleunigst an die Reparationskommission und an den Botschafterrat herantritt und ihnen sagt: jetzt liegen die Verhältnisse anders; unsere Leistungsfähigkeit gestattet jetzt nicht mehr, diese Bedingungen von Spa zu erfüllen; ihr müßt eure Anforderungen auf ein wesentlich geringeres Maß herabsetzen.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

Das entspricht sowohl dem Geist wie dem Wortlaut des Friedensvertrages, und ich fordere die Regierung direkt auf, diesen Schritt so rasch wie möglich zu tun.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Sonst wächst sich die **Kohlenkatastrophe** zur **Katastrophe der deutschen Wirtschaft** aus. Unzählige Betriebe können nicht voll arbeiten; die Produktionskosten wachsen, damit die Preise. Wenn Sie (nach links) vom Warenwucher sprechen, so erwidere ich Ihnen: den schlimmsten Warenwucher treibt der, der durch die Minderleistung die Produktionskosten in die Höhe treibt.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten. — Abgeordneter Malzahn: Wir haben eben von den 500 Morgen gehört, die nicht bestellt wurden!)

— Ich weiß nicht, ob sie bestellt werden konnten; ich habe den Brief nicht so genau verstehen können. Man muß auch den andern Teil hören. Aber wenn das ein Streik in der Lebensmittelproduktion ist, so gibt es keinen Menschen, der ihn schärfer verurteilen würde als ich.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Selbstverständlich verurteile ich auch den Streik, die Minderleistung, die geflissentlich oder aus Faulheit irgendwo geübt wird, die Raubbau und Ausbeutung der fleißigen Arbeiter ist, die dazu führt, daß unser Volk nicht arbeiten kann, die unsere Ausfuhr erschwert und unmöglich macht und die es damit unmöglich macht, daß wir Lebensmittel und diejenigen Rohstoffe einführen, die wir notwendig brauchen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Abgeordneter Malzahn: Sie sollen einmal die Sabotage erleben, wenn die Umlage beschlossen wird!)

— Je weniger wir produzieren, um so tiefer sinkt die Lebenshaltung. Das ist so einfach, daß es eigentlich jeder von Ihnen einsehen müßte; denn der Mensch lebt doch nicht vom Papiergeld. Ob er da mehr oder weniger bekommt, ist nicht das Entscheidende; das Papiergeld ist schließlich bloß das Tauschmittel. Der Mensch lebt von den Waren, die produziert werden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn nicht genügend Waren produziert werden, dann sinkt die Lebenshaltung. —

(Abgeordneter Kuhnt: Alle sollen sie arbeiten!)

— Selbstverständlich sollen alle arbeiten, jeder an seinem Platze. Ich arbeite auch. Ich kümmere mich um keinen Achtstundentag. Mein täglicher Arbeitstag einschließlich der Sonntage dauert zwölf Stunden und mehr.

(Abgeordneter Kuhnt: Sie gehen aber nicht ins Bergwerk!)

— Ich bin doch darin gewesen. Sie können von mir mit meinen 65 Jahren nicht verlangen, daß ich noch ins Bergwerk gehe; ich arbeite etwas anderes. Aber ich kenne tatsächlich die Verhältnisse dort sehr genau.—

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Waren Sie [nach links] schon einmal im Bergwerk? — Abgeordneter Malzahn: Ja, wir waren auch schon einmal darin!— Große Heiterkeit und Gegenrufe rechts.)

— Ihre Privatgespräche fördern die Sache wirklich nicht. —

Meine Damen und Herren! Nun zu einem andern Punkt, unter dem wir leiden. Unser **Transportwesen** arbeitet gegenwärtig mit viel zu hohen Selbstkosten, und wenn ich mit der Antwort, die Herr Minister Hermes auf die Interpellation Crispien zu geben hat, im wesentlichen einverstanden bin, so habe ich doch — es war allerdings die Frage wohl nicht ausdrücklich gestellt — eins vermißt, und ich erlaube mir, diese Frage noch besonders zu stellen: Haben wir uns der Entente gegenüber etwa verpflichtet, das Defizit unserer Eisenbahnen durch ständige **Tariferhöhungen** zu decken?

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Das ist gestern im Ausschuß auch schon gefragt!)

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß unsere Stückgutfrachtsätze gegen 1914 am 1. dieses Monats um 8400 Prozent erhöht waren, also auf das 85fache, daß sie zum 1. Juli, wo sie wieder um 25 Prozent der bisherigen Sätze erhöht werden, um das 105fache der Friedenstarife erhöht werden sollen, daß unsere Seehafentarife beispielsweise für Eisen um 24400 Prozent, also auf das 245fache der Friedenstarife zum 1. Juli erhöht werden sollen. So etwas wird immer einfach vom Minister mit einem Federstrich dekretiert, ohne daß irgendein Sachverständiger, ohne daß der Reichstag gehört wird.

(Sehr wahr! in der Mitte.)

Ist sich die Regierung darüber klar, daß die ungeheure Teuerungswelle, die gegenwärtig und seit Wochen und Monaten durch das Land geht, die Folge dieser plötz-

(Dr.-Ing. **Gothein**, Abgeordneter.)

lichen und unerhörten Tariferhöhungen ist, die unendlich weit über das Maß der allgemeinen Verteuerung hinausgehen?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und in der Mitte.)

Ist sich die Regierung darüber klar, daß die Tariferhöhung mit Naturnotwendigkeit, da die Frachten der wichtigste Faktor der Produktionskosten sind, dazu führen muß, daß jede Ware sich ständig weiter verteuert?

(Erneute Zustimmung.)

Das ist eine Schraube ohne Ende. Wenn sich die Waren verteuern, müssen die Löhne und Gehälter erhöht werden; werden die Kohlen und Materialien teurer. Und dann kommt wiederum der Herr Reichsverkehrsminister und sagt: deshalb müssen wiederum die Tarife um 25 Prozent erhöht werden. Wenn das so weitergeht, müssen wir rettungslos zugrunde gehen. Diese **Tarifpolitik** ist Katastrophenpolitik, die zum Zusammenbruch führen muß, und ich frage ausdrücklich: Handelt es sich dabei etwa um ein Diktat der Entente? Wenn dem so ist, so würde es von einer Kurzsichtigkeit zeugen, gegen die wir mit aller Entschiedenheit Front machen müssen. Das können wir nicht vertragen, und die Entente muß sich selbst darüber klar werden, daß, wenn darüber die deutsche Wirtschaft zusammenbricht, unhaltbare Verhältnisse entstehen. Nur durch eine energische, durchgreifende Reform der Verwaltung kann Besserung in unsern Eisenbahnverhältnissen geschaffen werden.

Die Abdrosselung unseres Wirtschaftslebens durch ständige Erhöhungen der Frachttarife schafft aber auch nicht die Atmosphäre für die internationale Anleihe, die von den Geldgebern der Welt nur dann gegeben werden wird, wenn sie die Überzeugung haben, daß wir wirtschaftlich leistungsfähig sind und uns wieder aufbauen können. Wenn wir aber in dieser Weise unsere Wirtschaft zum Zusammenbruch führen, so wird die internationale Anleihe auch nicht gegeben. Ohne diese auswärtige Anleihe aber sind auch die Aussichten auf eine Revision des Friedensvertrages unsagbar gering.

Herr Dr. Levi hat mit Recht gesagt, das **Problem der Erfüllungspolitik** sei auch ein psychologisches und politisches. Gewiß, aber er zieht nicht die Konsequenzen daraus, am wenigsten in der **Psychologie der Anleihekommission.** Denn wenn unsere Arbeiterleistung so gering ist, wenn die Arbeiter nicht zahlen wollen, dann wird die Anleihekommission sagen: das deutsche Volk ist nicht mehr das Volk, dem man eine Anleihe geben kann; denn wir haben gar keine Garantie, daß es sich heraufarbeitet und die Rückzahlung der Anleihe vornimmt. Ebensowenig tun das die Deutschnationalen mit ihren Hoffnungen auf neue deutsche Machtpolitik; denn damit verderben sie auch diese psychologische Atmosphäre, die notwendig ist für die Anleihe. Wir müssen uns doch klar werden, daß wir doch wehrlos sind und nur eine Waffe noch haben: das ist das Recht.

Ein psychologisches Moment möchte ich unserer Regierung und dem Herrn Außenminister besonders ans Herz legen, ein psychologisches Moment, ein Moment, das unsere Gegner, das Frankreich, England, Belgien, Italien usw., auch Amerika Rußland gegenüber jetzt so lebhaft unterstreichen, das ist die **Unverletzlichkeit des Privateigentums**,

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten und der Deutschen Volkspartei)

die Schonung des Privatbesitzes. Sind sich denn diese Staaten nicht bewußt, daß das, was sie mit der Beschlagnahme und der Liquidierung des deutschen Eigentums getan haben, schließlich letzten Endes doch genau dasselbe ist, was die Sowjetregierung gegenüber ihren Auslandsgläubigern getan hat,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und denjenigen gegenüber, die in Rußland als Ausländer Besitz hatten? Ich meine, dann sollten sie auch einmal an ihre Brust schlagen, und wenn sie gegenüber Rußland jetzt immer dieses Argument ins Feld führen, so haben auch wir damit das Recht gewonnen, ihnen zu sagen: Nun sorgt auch ihr dafür, daß ihr das Prinzip, das ihr so stark verteidigt, uns gegenüber anwendet!

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Gewiß: sie haben im Friedensvertrag ja ein Feigenblatt gefunden, um sich zu salvieren, um ihre Blöße zu decken; das Feigenblatt, durch das die deutsche Regierung verpflichtet wird, die Geschädigten auf ihre Kosten zu entschädigen. Sie wissen doch aber ganz genau oder müßten es jetzt wissen, daß das die deutsche Regierung in diesem Umfange gar nicht kann, und daß, wenn sie es täte, für die Reparation überhaupt nichts mehr übrigbleiben könnte,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

daß infolgedessen ihr eigenstes Interesse, um das Vertrauen in die Stabilität der Zustände wiederherzustellen, sie dazu zwingen müßte, nun ihrerseits, auf die Liquidierung zu verzichten und das Privateigentum zurückzugeben, es freizustellen. Damit würde die Kreditfähigkeit Deutschlands, würde die Möglichkeit einer Anleihe ganz außerordentlich wachsen, wobei es natürlich ganz ausgeschlossen ist, daß wir dieses freie Eigentum als Unterpfand für diese Anleihe geben würden; denn das wäre ja wiederum die Regierung des Prinzips.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Will Frankreich die Anleihe — und es muß sie wollen, es braucht sie, es kann bei seiner finanziellen Situation ohne sie auf die Dauer nicht auskommen —, so muß es sich klar werden, daß es auf Sanktionen, auf Militarismus, auf die Besetzung der Rheinlande verzichten muß.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wer zu lesen versteht, der kann es in der Denkschrift des Anleihekomitees sehr deutlich lesen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und dieser avis au lecteur, den diese feinen Diplomaten, die dort zusammensaßen, den Franzosen gegeben haben, hat ja, wie ich ausgeführt habe, auch seine Wirkung nicht verfehlt, und je länger je mehr wird er sie um so weniger verfehlen.

Heute ist die Psyche noch nicht reif, aber sie reift langsam heran, und wenn gestern in beredten Worten seitens der Interpellanten, welche die Interpellation bezüglich der Neutralisierung der Rheinlande durch England und Frankreich, die Interpellation, betreffend Einstellung der Zerstörung von Eisenbahnbauten, und über die Zustände im Saarrevier begründet haben, enthüllt wurde, wie heute noch Macht und Gewalt vor Recht geht, wie der Friedensvertrag und das Recht der Völker und das Menschenrecht in frivolster Weise gewissenlos mit Füßen getreten wird, so ist diese Anklage vor dem Forum des Gewissens der Welt erhoben, und wir sollten uns nicht damit begnügen, hier in diesem Hause diese Anklage zu erheben, sondern Aufgabe aller Welt und vor allen Dingen auch der wahren Friedensfreunde, gerade auch der pazifistischen Organisationen aller Welt,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

ist es, den Finger auf diese Wunde zu legen, das Material zu verbreiten, das hier als Anklageschrift gegeben ist,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

und darauf hinzuweisen, daß es keinen Frieden geben kann, keinen Frieden von Dauer, solange derartiges furchtbares Unrecht besteht.

(Lebhafte Zustimmung! bei den Deutschen Demokraten.)

(Dr.-Ing. **Gothein**, Abgeordneter.)

(A) Wenn der Völkerbund sich hier zum Büttel des Unrechts gemacht hat, wenn der Völkerbund die Beschwerden, die so sonnenklar zutage liegen, abgewiesen hat, und wenn er damit das Unrecht in seiner ersten Entscheidung sanktioniert hat, nun, so hat er sich nicht als ein Völkerbund, sondern als eine Organisation zur Sanktionierung von Unrecht erwiesen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Er muß, wenn er überhaupt Kredit gewinnen will, auf diesem Gebiete umkehren, muß eine Politik einschlagen, die dem Gewissen der Welt Genüge tut und das Recht Recht sein läßt; und so, indem wir das verlangen und indem wir verlangen, daß jeder von uns — unsere Regierung selbst darf ja die Mittel dazu nicht hergeben — an seiner Sache dazu beiträgt, die Welt darüber aufzuklären und die Gemüter und Herzen für uns zu stimmen gegen das Unrecht, das an unseren Landsleuten ständig geübt wird, so wollen wir den Letzteren danken für die Treue, die sie uns gehalten haben; wir wollen die Hoffnung aussprechen, daß ein besserer Morgen in Sicht ist und daß das Gewissen der Welt erwacht, um endlich mit diesen unseligen Zuständen ein Ende zu machen.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Emminger.

Emminger, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es sind ganz verschiedene Themata, die gemeinsam heute zur Aussprache stehen. Ich verstehe das unter dem Gesichtspunkt der Geschäftsverhältnisse dieses hohen Hauses im Interesse der Zeitersparnis; ich habe es aber aus einem Gesichtspunkte bedauert. Der Herr Kollege Bell hat gestern mit Recht darauf hingewiesen, daß es Dinge in der **Erörterung vaterländischer Fragen** gäbe, wo der **Streit der Parteien schweigen** solle, und (B) die drei Interpellationen über den englisch-französischen Plan einer Neutralisierung des Rheinlandes, über das Verlangen der Einstellung und Zerstörung von Eisenbahnbauten im besetzten Gebiet und über die unerträglichen Zustände im Saargebiet sind tatsächlich vaterländische Fragen, über die wir uns nicht nur einigen sollten, sondern, soweit ich das Echo aus der Antwort der Herren Minister vom Regierungstisch hörte, auch geeinigt haben. Ich will gerade, nachdem die gestrige Debatte friedlos begonnen hat, nachdem ich heute wieder den Eindruck gewinne, als ob sie friedlos fortgesetzt würde, diese Einigung im Interesse der großen vaterländischen Fragen herausheben, und ich glaube, die Einheitsfront, die von den verschiedenen Interpellanten aus dem besetzten Gebiete gestern betont worden ist, spiegelt sich wieder im ganzen Deutschen Reiche, sie spiegelt sich wieder in allen seinen einzelnen Teilen, und auch wir in Bayern, die wir in der Pfalz und in dem zum Saargebiet abgetrennten Teil der Pfalz auch enge Landsleute haben, haben ein ganz besonderes inniges Mitgefühl mit den betrüblichen Zuständen, die gestern geschildert worden sind.

Wir sind aber auch einig — und diese Einigkeit ist wertvoll — mit der Regierung in diesem Punkte; wir danken der Regierung für die entschiedene, mannhafte Art, mit der sie darauf hingewiesen hat, daß, was in ihren Kräften steht, alles geschähe, um den verschiedenen Beschwernissen abzuhelfen. Wir sind einverstanden, daß sie niemals für irgendwelche Zugeständnisse, seien sie auch noch so groß, es zulassen wird, daß das Rheinland preisgegeben und in seinem Bestand geschädigt wird. Wir schließen uns dem Protest des Kollegen Lauscher gegen das brutale und absolut sinnlose Verlangen auf **Zerstörung unserer Eisenbahnen** an. Wir hoffen, daß es der Reichsregierung gelingt, die Botschafterkonferenz von der Ausführung ihres auf falschen Voraussetzungen beruhenden Planes abzubringen. Wir haben mit Erschütterung von den **Leiden und Drangsalen der Saarbewohner** gehört, die einen Hohn auf Gerechtigkeit, Völkerversöhnung und Selbstbestimmungsrecht darstellen.

(Sehr richtig!)

Möge der einstimmige Protest, der Ruf an das Weltgewissen in der Welt und durch die Welt, auch im Völkerbunde ein Echo finden! Ich glaube nämlich, verehrte Anwesende, mit meinem verehrten Herrn Vorredner an die Gewalt des Weltgewissens, und ich glaube auch, daß er darin recht hat, daß solche Fragen nicht in letzter Linie auch vom völkerpsychologischen Standpunkte aus gewürdigt werden sollen und daß der Appell, der von dieser Stelle aus an den Völkerbund geht, daß die Ehre des Völkerbundes auf dem Spiele steht, nicht ganz wirkungslos verhallt.

Freilich zwingen gerade schon diese drei Interpellationen zu einem kurzen historischen Rückblick. Am 29. Mai hatte der Führer der Partei, der der Herr Reichskanzler angehört, in warmen Worten von der Demobilisierung der öffentlichen Meinung des Auslandes, von der Entgiftung des Verhältnisses gegen Deutschland gesprochen. Einen Tag später kam als Antwort auf diese weitschauenden, warmen Worte die **Note der Botschafterkonferenz**, die nicht nur sinnlos, sondern auch in der **Form verhöhnend**, ich möchte sagen, bösartig war wie selten jemals zuvor. Denn muß es nicht als Hohn sondergleichen angesehen werden, wenn die Botschafterkonferenz, die weiß, wie sehr wir unter unserem Finanzelend leiden, ausgerechnet diesen Punkt heraushebt, um uns zu verhöhnen und damit ihre sinnlose, brutale, schikanöse Forderung auf Vernichtung unserer Eisenbahnen zu begründen!

(Sehr wahr!)

Gewiß, die deutsche Regierung kann für diesen höhnischen, bösartigen Ton nichts. Man wird aber doch verstehen, wenn folgende Frage gestellt wird: Wir haben jetzt unter Aufbietung aller unserer Kräfte Erfüllungspolitik getrieben. Wir haben unser Volk in Not gebracht, wie es der Herr Reichsaußenminister seinerzeit in Aussicht gestellt hat. Wenn man auch nicht hoffen konnte, daß sofort eine plötzliche Änderung eintritt — auch der Herr Reichskanzler war ja in dieser Beziehung nicht Optimist —, so hätte man doch annehmen können, daß, selbst wenn man uns noch in verhüllter Weise als Sklaven behandelte, man das wenigstens in einigermaßen gutmütiger Form täte; denn die Weltgeschichte beweist, daß es die verschiedensten Formen gibt, Sklaven und Sklavenvölker zu behandeln. Aber ich gestehe, daß bei dem im Laufe der Jahrtausende immer feiner entwickelten Ehrgefühl der Völker es kaum jemals einen Fall gegeben hat, wo gleichzeitig das Ehrgefühl der unterdrückten Völker derartig mit Füßen getreten worden ist wie in den Noten der letzten Zeit.

(Sehr wahr!)

Es hat nicht nur Diktate geregnet, sondern die Diktate haben, was die höhnende, verletzende Form betrifft, noch eine Steigerung erfahren.

Verehrte Anwesende! Es ist meines Erachtens ein ganz geringer Trost, wenn die Geschichte einst nach Jahrzehnten diejenigen, die solche Formen suchten, die eine solche Politik trieben, dem Fluche der Lächerlichkeit aussetzen und verurteilen wird. Das wird eintreten, und ich möchte nicht den Namen irgendeines der verantwortlichen uns früher feindlichen Staatsmänner tragen, die einmal vor der Geschichte dafür einzustehen haben.

(Emminger, Abgeordneter.)

(A) Aber das nützt all denen nichts, die jetzt die seelischen Qualen, die Demütigungen durchzumachen haben.

(Sehr richtig!)

Das nützt dem deutschen Volke nichts, ebensowenig wie die materielle Not, die jetzt nach meinem Dafürhalten ganz umsonst getragen wird. Gewiß, wir haben in all diesen trüben Betrachtungen einen Trost: die nationale Ehre und die nationale Gesinnung, der Opfergeist, mit dem die geplagte Bevölkerung alles erträgt, ringt uns nicht nur Bewunderung ab, sondern gibt uns auch ein Beispiel, wie wir alle diese Keulen- und Peitschenhiebe unserer Peiniger mit nationaler Gesinnung ertragen müssen. In dieser Einheitsfront, in der wir Parteien uns in diesem Falle einigen, liegt auch eine Hoffnung dafür, daß die Gefahren, die uns für die **Reichseinheit** drohen und die uns in der Interpellation der Herren Moldenhauer und Genossen so eingehend vorgeführt worden sind, abgeschlagen werden. Wir werden in dieser Beziehung alle Schritte unterstützen, die die deutsche Reichsregierung uns vorschlägt. Freilich, wenn ich von Gefährdung der Reichseinheit spreche, so fällt mir unwillkürlich eine Auseinandersetzung ein, die in der letzten Zeit zwischen links gerichteten bayerischen Blättern und unserer parteiamtlichen Korrespondenz stattgefunden hat. Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ setzt sich mit diesen linksgerichteten Blättern auseinander, die als Verdienst der Reichsregierung anführen, daß die Einheit des Reichs gerettet und gewahrt blieb, und schreibt dazu, daß man immer hierbei glaubt, einen besorgt erscheinenden Seitenblick auf **Bayern** fallen zu sehen, und sie bemerkt weiter:

> Dieser Erfolg ist etwa so zu bewerten, wie wenn sich ein Arzt damit brüsten würde, einem Gesunden das Leben gerettet zu haben. Wenn in Bayern separatistische Gelüste, die sich da und dort in Worten und stillen Neigungen als Einzelerscheinungen geltend gemacht haben, zu (B) keinem Zeitpunkt einen Einfluß auf die bayerische Politik und in ihren Folgen auf den Reichsbestand haben konnten, so ist das einzig und allein das Verdienst des gesunden politischen Sinnes in Bayern, vor allem die Frucht der Tatsache, daß der Reichsgedanke im bayerischen Volk unausrottbar verwurzelt ist.

Verehrte Anwesende! Ich will hier abbrechen, ich will nicht weiter fahren, ich will mir auch die sicherlich sehr scharfe Kritik an der Reichsregierung nicht aneignen, die in den weiteren Ausführungen dieser Korrespondenz enthalten ist. Ich möchte aber doch eins unterstreichen: nicht nur in Bayern, auch im gesamten Rheinlande haben nicht etwa einzelne Kreise, sondern alle politischen Parteien von der äußersten Rechten bis zur Linken ein gemeinsames Verdienst für die **Einheitsfront** und für die Erhaltung der Reichseinheit, und ich würde es für einen folgenschweren Mißgriff halten, wenn man solche Erfolge, die nur durch das ganze Volk ohne Parteischattierungen erreicht werden konnten, dadurch schwächt, daß man in unrichtiger Weise sie als Verdienst irgendeiner Parteiregierung oder als Verdienst einzelner Parteien anführt und damit in die Parteistreitigkeiten hineinzieht.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei.)

Verehrte Anwesende! Das Auftreten der Botschafterkonferenz mit ihrem letzten besonders beleidigenden Ton muß uns um so besorgter machen, als wir von der Regierung aufgefordert sind, drei Verträge mit unseren früheren Feinden zu genehmigen, die nur dann erträglich sind, wenn sie auch von dem Vertragsgegner loyal und versöhnlich, nicht schikanös, durchgeführt werden. Auch über diese Verträge, beziehungsweise (C) über die Frage, warum das sogenannte Wiesbadener Abkommen nicht viel früher dem Reichstage vorgelegt worden ist, liegt uns ja eine Interpellation vor. Es handelt sich um einen scheinbar nur formellen Streit, nachdem die Verträge jetzt auch uns zur Genehmigung vorgelegt sind, denn die Verträge sind abgeschlossen worden ohne den Reichstag, und es hat sich infolgedessen sowohl in der Öffentlichkeit, als auch in der Presse ein Streit darüber erhoben, ob namentlich das **Wiesbadener Abkommen** einer **Ratifikation** durch den Reichstag bedurfte.

Ohne im einzelnen hier in staatsrechtliche Fragen hineinzusteigen, glaube ich doch drei Punkte hervorheben zu müssen. Es gibt eine völkerrechtliche Bevollmächtigung; diese haben die deutschen und die französischen Unterhändler durch ihre jeweiligen Reichspräsidenten ganz zweifellos gehabt. Das steht fest, das hat uns der Herr Reichsaußenminister auch bestätigt, und infolgedessen ist es zweifellos, daß das Wiesbadener Abkommen sofort nach Unterzeichnung völkerrechtlich gebunden ist. Es gibt ferner eine staatsrechtliche Wirksamkeit, und der Herr Vertreter des Wiederaufbauministeriums, der Herr Staatssekretär Müller, hat gestern ausgeführt, daß der Inhalt des Wiesbadener Abkommens nicht derart gewesen sei, daß es ohne weiteres dem Reichstag unterbreitet werden müßte und, soweit sich finanzielle Konsequenzen daraus ergeben, wäre es schon sowieso noch vorgelegt worden. Ich muß zugeben, vom rein formalen Standpunkt aus kann man dieser Auffassung beipflichten. Aber neben dieser völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Frage besteht auch eine politische Verantwortlichkeit, und diese hätte verlangt, daß das Wiesbadener Abkommen schon damals dem Reichstag vorgelegt worden wäre. Ich kann es freilich mildernd dem Herrn Reichsaußenminister nachfühlen, wenn er von dem Bewußtsein ausgegangen ist, daß das Wies- (D) badener Abkommen für sich allein doch keine Geltung bekommen würde, und verstehe es daher, wenn er gezögert hat, es uns sofort vorzulegen. Er hoffte, die ergänzenden Abkommen uns auch alsbald mit vorlegen zu können. Wenn wir seinerzeit im Auswärtigen Ausschuß wegen der vielen und schweren Bedenken dem Wiesbadener Abkommen nicht zugestimmt haben, so können wir ihm jetzt aus ganz besonderen Gründen die Zustimmung geben. Die Bedenken, die vorhin der Herr Kollege Gothein vorgebracht hat, sind auch bei uns in reichem Maße vorhanden. Sie werden aber gemildert durch zwei Gesichtspunkte, einmal dadurch, daß in der Praxis durch das sogenannte Bemelmans-Abkommen und das Abkommen, das das Bemelmans-Abkommen auf Frankreich erstreckt, manches gebessert wird, und zweitens durch die Tatsache, daß die Abkommen miteinander, wenn auch nicht rechtlich, so doch faktisch in Kraft treten werden, und daß ein Kündigungsrecht nicht bloß für unsere Vertragsgegner, sondern auch für uns gegeben ist.

Wenn die Frage aufgeworfen worden ist, ob die Verträge eine **Erweiterung gegenüber dem Friedensvertrag** darstellen, wie es der Herr Kollege Reichert behauptet hat, so ist diese Frage nicht ganz richtig gestellt. Es liegt allerdings eine Erweiterung vor, die aber nicht eigentlich durch diese Verträge gegeben ist, sondern die Sache liegt, wie die Reichsregierung in der Begründung ganz richtig hervorhebt, so, daß die deutschen Verpflichtungen zu Reparationslieferungen durch das **Londoner Ultimatum** eine Erweiterung erfahren haben. Die Kritik kann sich also nicht gegen die drei Abkommen richten, sondern muß sich gegen das Londoner Ultimatum richten, demgegenüber diese drei Abkommen eine Verbesserung darstellen.

(Emminger, Abgeordneter.)

(A) Als Süddeutscher habe ich nun noch zwei große Bedenken, wenn auch nur mit einigen Stichworten, vorzubringen. Das eine ist die Gefahr, daß ein gewisser Protektionismus durch die französische Regierung trotz aller formalen Sicherungen eintreten könnte, und das zweite ist die Sorge, daß bei den nun folgenden **Lieferungen Süddeutschland,** das von dem eigentlichen Lieferungsherd, wenn ich mich so ausdrücken darf, weiter entfernt ist, zu kurz kommen, und daß dadurch, daß Jugoslawien oder Italien diesem Abkommen beitritt, ein Ausgleich schon deshalb nicht eintritt, weil natürlich die Bestellungen von seiten Frankreichs sehr viel größer sein werden als von allen anderen Staaten und infolgedessen die Gefahr besteht, daß die französischen Firmen gerade im Rheinland und den benachbarten Industriegebieten größere Bestellungen machen. Ich möchte bitten, daß die Reichsregierung auf diesen Punkt besondere Rücksicht nimmt und im Laufe der Entwicklung alles tut, um Süddeutschland und den süddeutschen Wirtschaftsgebieten auf andere Weise eine Entschädigung zu gewähren.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Ich hege auch nicht die große Sorge bezüglich der viel angefochtenen **Kreditierung;** denn es ist zweifellos wiederum richtig, wie es in kurzen Worten auch bereits in der Begründung der Vorlage gesagt worden ist, daß die zeitweilige Kreditierung eines Teiles der erfolgten Lieferungen durch das Ergebnis der Pariser Finanzkonferenz vom 11. März 1922 und die Note der Reparationskommission vom 21. März 1922 gegenüber Deutschland eine direkte Bedeutung verloren hat und nur soweit wirkt, als das der Note vom 21. März 1922 zugrunde liegende Prinzip Geltung hat, daß es also nur als eine Berechnungsbestimmung innerhalb der alliierten Mächte gilt.

(B) Wir werden daher trotz der vielen einzelnen Bedenken, die man gegen die **Verträge** erheben kann, für die **Ratifizierung** stimmen. Es leitet uns namentlich folgender bei den verschiedenen anderen Abstimmungen zu auswärtigen Fragen immer wieder hervorgehobener Grundgedanke. Wir haben das Londoner Ultimatum abgelehnt und verurteilt, und leider — wir wünschten, es wäre anders — wird die Geschichte zeigen, wie recht wir mit unserem Standpunkt hatten.

(Hört! Hört! und Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei und rechts.)

Aber daraus ergibt sich nach meinem Dafürhalten die Pflicht, daß wir allen Schritten, die einen **Abbau des Londoner Ultimatums** herbeiführen — und daß gegenüber dem Londoner Ultimatum die drei Verträge eine Besserung sind, wird im Ernste niemand bestreiten —, zustimmen können.

Ich weiß, daß der Herr Kollege Dr. Becker die Auffassung vertreten hat: lieber das Londoner Ultimatum als die drei Verträge. Aber ich sehe mit meinen Parteifreunden in den vorliegenden Verträgen in der Hoffnung, daß sie sich auch in einem loyalen Sinne entwickeln, eine Besserung und einen Abbau gegenüber dem Londoner Ultimatum, und ich glaube, wir müssen daraus die Verpflichtung ableiten, ihnen zuzustimmen, umgekehrt aber auch eine Verpflichtung der Regierung konstruieren, daß sie von den Kündigungsrechten, die in den Abkommen enthalten sind, zur richtigen Zeit und furchtlos Gebrauch macht, wenn es sich herausstellt, daß die zurzeit etwas undurchsichtigen wirtschaftlichen Komplexe sich so auswirken, daß man auf die Dauer mit diesen Abkommen nicht weiter arbeiten kann.

Wieweit im einzelnen die Abkommen wirklich in die Praxis umgesetzt werden können, das kann heute noch kein Mensch beurteilen und übersehen. Wir bleiben (C) aber, auch wenn wir neuerdings das Londoner Ultimatum verurteilen und sagen, daß sich hier die Folgeerscheinung eines Fehlschritts der Politik der Reichsregierung zeigt, auf dem Standpunkt, den der Kollege Heim am 10. Mai 1921 hervorgehoben hat:

> Wir bekennen, daß das deutsche Volk durch die Annahme des **Versailler Vertrags Verpflichtungen** übernommen hat. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß jede deutsche Regierung die hieraus sich ergebenden Verpflichtungen bis zur äußersten Grenze des Möglichen zu erfüllen hat.

Dem entspricht es übrigens — und vielleicht ist das etwas übersehen worden —, daß der Herr Kollege Hoetzsch am 30. Mai 1922 in der 223. Sitzung für seine Partei sich den ähnlichen Erklärungen angeschlossen hat, indem er gesagt hat:

> Auch wir entziehen uns nicht der Notwendigkeit und Einsicht, daß im Rahmen der Leistungsfähigkeit unsere Leistungen getätigt werden müssen.

(Zuruf rechts: Selbstverständlich!)

Ich glaube, es ergibt sich daraus für die Reichsregierung eine breite Front eines vernünftigen Maßes von Erfüllungspolitik, und das ist wichtig; denn im Zusammenhang mit den drei Abkommen ergibt sich sofort das Reparationsproblem in einer neuen Gestaltung mit der Maßgabe, daß die Regierung neue aktive Schritte in dieser Richtung unternehmen muß. Es ist gar kein Zweifel, daß, wenn auf Grund der Abkommen zahlreiche Warenlieferungen abgerufen und getätigt werden, wir die Inflation ungeheuer vermehren müssen, und das ist der fehlerhafte Zirkel, aus dem wir nicht herauskommen und aus welchen Gedankengängen heraus auch der „Temps" den Ruf nach einer internationalen Anleihe erhebt. Der betreffende Artikel ist ja in der (D) Nummer 289 des „Berliner Tageblatts" breit abgedruckt und kann dort nachgelesen werden.

Da erhebt sich nun die Frage: Hat die Reichsregierung dem Garantiekomitee gerade über den Zusammenhang dieser Abkommen mit der Notwendigkeit einer vermehrten Inflation klaren Wein eingeschenkt? Wenn nach dem „Matin" Poincaré darauf besteht, daß die Prüfung unserer Finanzlage nicht nur zum Scheine erfolgen soll, so sind wir vollständig damit einverstanden — wenn es allerdings auch den Eindruck gewinnt, daß er nicht die Wirklichkeit, sondern nur umgekehrt den Schein sehen will —; ich frage aber nun die Regierung und den Herrn Reichskanzler: wie lange gedenkt er eigentlich noch weiter zu erfüllen? Wann wird er und mit welchen Schritten das **Reparationsproblem,** nicht mit einzelnen Noten über Teilfragen, sondern als Ganzes aufrollen?

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Es wäre sehr verlockend, die Weißbücher von Mai 1921 bis 10. Juni 1922 historisch durchzugehen. Wieviel Niederlagen und wieviel enttäuschte Hoffnungen!

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Wenn behauptet wird — und das gebe ich ohne weiteres zu —, daß gegenüber dem Londoner Ultimatum eine Besserung eingetreten ist — ich bestreite das nicht —,

(hört! hört! rechts)

so bleibt doch immer zu berücksichtigen: auch das, was wir jetzt erreicht haben, ist noch ebenso katastrophal und vernichtend für uns wie das Londoner Ultimatum. Wenn ich einen etwas seltsamen Vergleich gebrauchen darf, kommt es mir vor, als wenn man uns im Londoner Ultimatum die Hinrichtung durch Abschneiden des ganzen Kopfes dekretiert hätte und in der Zwischen-

(**Emminger,** Abgeordneter.)

(A) zeit soviel Besserung eingetreten sei, daß man nun mehr den halben Kopf abschneiden will.

(Sehr wahr! und Heiterkeit. — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Die Frage ist so geistreich, daß ich glaube, sie doch dem Stenogramm einverleiben zu sollen. Herr Abgeordneter Dr. Breitscheid hat gefragt, welcher Teil wohl abgeschnitten würde, der rechte oder der linke. Er möge sich das einmal körperlich vorstellen. Nein, Herr Kollege Breitscheid, Ihr Zwischenruf beweist, daß Sie mein Beispiel nicht verstanden haben. Nicht um die rechte oder linke Hälfte handelt es sich, sondern darum: entweder am Hals oder ungefähr unter den Augen durch. So war der Vergleich gemeint. Beides ist gleich tödlich, wenn auch feststeht, daß beim zweiten etwas weniger vom Gesamtkörper abgetrennt wird.

Werte Anwesende! Es erfüllt sich jetzt tatsächlich an uns eine Katastrophe sondergleichen. Nach Blättermeldungen soll der Reichswirtschaftsminister Schmidt auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß am 19. Juni 1922 sich dagegen verwahrt haben, daß an der gegenwärtigen ungeheuren Preissteigerung die Reichsregierung irgendeine Schuld trage. Mit Verlaub, das ist unrichtig, wie ich sofort beweisen werde. Es kann nachgewiesen werden, daß die **Preissteigerung** mit der **Dollarsteigerung** und der Markentwertung in gewissem Abstand immer parallel gelaufen ist.

(Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

Im gewissen Abstande! Denn unsere Warenpreise klettern jetzt auf einen Stand, wenn ich das einmal mit rohen Zahlen angeben soll, der ungefähr einem Stand des Dollars von 260 entspricht, während wir vor zwei Monaten, wo der Dollar noch auf zirka 260 stand, Preise hatten, die einem Stande von 200 entsprachen. Jetzt, nachdem wir die neue Teuerung durchgemacht (B) haben und entsprechend den Rohstoffeindeckungen und sonstigen Verhältnissen auf einem Stande von 260 angelangt sind, ist der Dollar auf 330 oder 331 gestiegen, und ich fürchte, der Dollar wird, bis wir diese Steigerung eingeholt haben, bereits auf 400 stehen.

Nun hat der Herr Kollege Gothein wiederum vollständig recht, wenn er als Grund der Teuerungswelle das Kohlen- und das Tarifproblem besonders hervorgehoben hat. Dazu möchte ich noch das Steuerproblem nehmen. Das sind die drei Gründe, die ich auch in meiner letzten Steuerrede mir schon anzuführen erlaubt habe. Dazu kommen aber unsere Reparationsverpflichtungen in Gold; denn es besteht gar kein Zweifel, daß die Mark um so mehr entwertet wird und der Dollar um so höher steigt, je öfter wir immer wieder zu neuen **Devisenankäufen** auf den Weltmarkt gehen müssen. Da frage ich nun ganz konkret: hat die Reichsregierung, haben der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsfinanzminister sich einen neuen Plan vorgestellt, wie weit sie überhaupt mit den Ankäufen gehen wollen? Will man noch Devisen ankaufen, wenn der Dollar auf 500 steht, oder ist vielleicht, was ich wünschen würde, etwas Wahres an einem Gerücht, das neulich in den Blättern stand, daß die Reichsregierung mit der Garantiekommission in Verhandlungen treten will, daß sie von Goldlieferungen zeitweilig absieht und sich auf Sachlieferungen beschränkt, solange und soweit der Dollarstand eine gewisse Höhe überschreitet? Damals ist, glaube ich, ganz fiktiv — denn es ist ja kaum mehr durchführbar — die Zahl 260 genannt worden. Immerhin weist das einen Weg, über den die Regierung uns Auskunft geben muß. Hat sie überhaupt auf diesem Gebiet einen Plan, oder geht es nach dem sehr unangenehmen Satz, den man früher vielleicht nicht ganz mit Unrecht den Österreichern unterschoben hat, daß ihr **Motto** lautete: es wird weiter gewurstelt?

Und weiter: in letzter Zeit hieß es in der Presse, (C) die Regierung sei mit der Garantie- und Reparationskommission in Unterhandlungen getreten und habe Erwägungen angestellt, um der **weiteren Markentwertung** Einhalt zu gebieten. Vielleicht wäre es doch ganz interessant, wenn uns die Reichsregierung auch davon Kenntnis gäbe, nach welcher Richtung hin oder wenigstens in welchem großen Generalplan sie sich diese Hilfsaktion vorstellt. Denn wenn wir auf die Zustände Österreichs sehen und vergleichen, in welchem Abstande voriges Jahr um diese Zeit Deutschland von Österreich war und wie wir jetzt das Österreich von vorigem Jahre beinahe eingeholt haben, so ergibt sich daraus die Schlußfolgerung, daß die Gefahr sehr groß ist, daß wir in einem halben Jahre auf den heutigen **Zuständen von Österreich** stehen werden.

(Sehr wahr! bei der Bayerischen Volkspartei und den Deutschnationalen.)

Da möge sich auch die Reichsregierung vielleicht gerade durch unseren verehrten deutschen Botschafter in Wien, den ich zu meiner großen Freude vorhin hier gesehen habe, informieren lassen, wie groß die Notlage, wie groß aber auch die Tiefenwirkung der Geldentwertung in Österreich ist. Ich nenne nur wenige Punkte: Kinderbeschränkung, Kinderkrankheiten, Abtreibungen, Kindersterblichkeit, ein Kapitel, das in seiner ganzen Tragik und Trostlosigkeit seit einigen Monaten in Österreich geradezu Schrecken erregt. Ich darf weiter hinzufügen, die Regierung weiß sicher ganz genau, daß es nicht nur beim physischen Körper, sondern auch beim Volkskörper Erschöpfungsdelirien gibt, und daß sie daher auch unter diesem Gesichtspunkt die Verpflichtung hat, alles, was menschenmöglich ist, zu tun, alle Mittel, die überhaupt bloß versuchbar sind, zu versuchen, um dem Weiterklettern unserer Preisteuerung Einhalt zu gebieten. (D)

Und weiter! Die Reichsregierung hat in dem vorläufigen Abkommen des Herrn Reichsfinanzministers, im sogenannten **Bradbury-Abkommen,** zugesagt, daß sie, wenn sie eine internationale Anleihe bekommt, der Notenpresse Einhalt gebieten wird. Umgekehrt haben unsere früheren Feinde von der Reichsregierung verlangt, daß die Reichsbank unter allen Umständen selbstständig gemacht und damit verhindert wird, daß die **Notendruckerei** sinnlos weitergeht. Theoretisch ohne weiteres zu begrüßen! Ich frage aber dann die verehrliche Reichsregierung: wenn die Reichsbank Diskontierung von Reichsschatzwechseln ablehnen kann und muß, weil sie dafür keine weiteren Noten drucken will, was dann? Welche Schritte werden unternommen oder müssen unternommen werden zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, um diesen letzten Ausweg noch viel mehr zu fördern als bisher? Weiter: Wenn die Reichsbank etwa mit ihrer Notendruckerei uns nicht mehr zur Verfügung stünde, in welcher Form sollten dann die Bedürfnisse des Reiches an Gehältern und Löhnen und sonstigen Ausgaben, aber auch für Sachlieferungen gedeckt werden? Gedenkt die Regierung etwa dann gar neue Noten — nennen wir sie einmal Ebert-Noten oder sonstwie — ohne ein Bankinstitut in die Welt zu setzen? Welchen Ausweg hat sie sonst? Will sie vielleicht die Gehälter und Löhne einstweilen schuldig bleiben und nicht auszahlen, bis irgendeine ungeheure Lohnbewegung des gesamten Beamtentums sie dazu zwingt, worauf sie dann auf irgendeine andere Weise ein Loch aufmacht, um dieses Loch zuzumachen? Je mehr man sich in diese Probleme hineinvertieft, desto mehr muß man anerkennen, daß, solange diese Reparationsverpflichtungen nicht herabgesetzt sind, ein Ausweg kaum findbar erscheint.

(**Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei und rechts.**)

(Emminger, Abgeordneter.)

(A) Wenn andererseits die Regierung und auch verschiedene meiner Herren Vorredner auf die **große internationale Anleihe** hoffen, wenn namentlich der Herr Kollege Gothein auch diesmal wieder wie verschiedene Redner seiner Partei auch früher so rosenrot optimistisch gesprochen hat, so würde ich diesen Ausführungen ganz gern folgen, wenn ich nicht zufällig aus einem gewissen historischen Trieb verschiedene Reden, die vor einem und zwei Jahren zu diesem Problem gehalten worden sind, nachgelesen und damals genau denselben Optimismus bei der Demokratischen Partei und der Reichsregierung gefunden hätte wie jetzt. Ich muß gestehen, wenn wir soviel nach Österreich schauen, so erschreckt mich auch hier das Beispiel Österreichs, was die Versprechungen einer großen Hilfsanleihe betrifft.

(Sehr wahr! bei der Bayerischen Volkspartei und rechts.)

Man kann es verstehen, daß die klug rechnenden Amerikaner, die die Bankiers der Welt sind, sagen: Wir geben die Anleihe, wenn Frankreich nachgibt. Bis aber Frankreich psychologisch soweit vorbereitet ist, um nachzugeben, darüber können Monate, um nicht zu sagen Jahre, verstreichen, währenddessen sich unser Schicksal, unser Untergang erfüllt.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Deswegen, glaube ich, müssen wir trotz aller Versuche der Reichsregierung, die wir in allem unterstützen wollen, soweit sie geeignet sind, uns aus diesem Dilemma herauszuhelfen, uns bewußt bleiben, daß die letzten Reserven im eigenen Lande sind. Da unterstreiche ich das **Problem der Kohle**, das vorhin Kollege Gothein ausführte, noch einmal. Im gestrigen „Acht-Uhr-Abendblatt" sind darüber ähnliche oder vielleicht dieselben Zahlen erschienen, wie der Herr Kollege Gothein vorgetragen hat, die wirklich gleichzeitig angst-(B) erregend und betrübend waren.

Neben diesem Problem gibt es aber vor allem zwei Dinge. **Wohnung** braucht der Mensch, und es sind ja, wenn auch nach meinem Dafürhalten nicht in richtiger Form, von der Reichsregierung in der letzten Zeit allerlei Versuche unternommen worden, wenigstens dem größeren Teil der Bevölkerung eine menschenwürdige Wohnung zu verschaffen.

Der Mensch braucht aber auch **Nahrung**. Ich will dazu nicht eine Wahlrede halten, wie der Herr Kollege Stampfer heute fast eine Viertelstunde ohne jeden nachweisbaren Zusammenhang mit diesem Thema über den Patriotismus der Agrarier gesprochen hat.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Gut und zeitgemäß! — Gegenruf rechts: Aus dem Jahre 1915!)

Sie war aus dem Jahre 1915, sie war aber zeitgemäß nur als angekündigte Wahlrede. Als Wahlreden werden die Herren von anderer Seite noch so viel hören, falls es dazu kommt, daß wir, glaube ich, dieses Forum dazu nicht mißbrauchen sollen.

(Sehr richtig!)

Bei der Frage der Ernährung wird gerade in den letzten Tagen immer wieder nur gefragt: wie wird verteilt?, statt daß viel mehr Nachdruck darauf gelegt wird: wie wird die Produktion, namentlich die Produktion der Landwirtschaft, aber auch die Produktion der Industrie gesteigert?

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei und rechts. — Zurufe links.)

Denn wenn genügend da ist, bekommen Sie (nach links) auch für die Verteilung eine Majorität. Darüber brauchen Sie keine Angst zu haben; alles das ist Flaumacherei. Aber die Frage, wie man die Produktion steigert, ist eine Lebens- und Existenzfrage für das deutsche Volk, und sie ist so viel wichtiger, daß Sie (C) dafür sogar Unannehmlichkeiten und Opfer bringen müßten, weil jede **Produktionssteigerung** letzten Endes den Konsumenten und dem ganzen deutschen Volk zugute kommen.

(Zustimmung rechts.)

Ich weiß nicht, ob und wann die Reichsregierung den großen Schritt, den sie zwischen den Zeilen oder Worten wiederholt angekündigt hat, endlich einmal unternimmt und erklärt: wir sind am Ende, wir können nicht mehr. Denn das ist ja doch der wesentliche Unterschied in der **Auffassung des Reparationsproblems** zwischen der Reichsregierung und eines großen Teiles von uns gewesen. Ein großer Teil von uns hat von vornherein gesagt: das, was von uns verlangt wird, ist unmöglich, und wir lehnen es ab. Die Reichsregierung mit ihren Parteien hat jetzt und früher — früher vielleicht nicht ganz so deutlich — gesagt: wir halten es auch für unmöglich; aber wir müssen einen **Beweis des guten Willens** liefern;

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

wir müssen beweisen, daß es uns unmöglich ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich streite über diesen Standpunkt heute weiter gar nicht, und zwar deswegen nicht, weil ich glaube, es wird auch sehr bald für diese Parteien der Moment kommen, wo sie aus ihrem inneren Gewissen heraus sagen müssen: wir haben den anderen Weg für den richtigen gehalten, nämlich das Experiment; wir haben es versucht, aber wir haben das deutsche Volk so weit in Not getrieben, daß wir den Beweis liefern können, es ist unmöglich. Ich erhebe wieder die Frage: soll der Dollar noch bis auf 400 oder 500 hinaufgehen und die Mark entsprechend entwertet werden, und soll die Preisteuerung, für die die Regierung mit in erster (D) Linie verantwortlich ist, so weiter gehen oder nicht? Oder wann wird die Reichsregierung zum Auslande, zur ganzen bisher uns feindlichen Welt sagen: hier seht ihr den Körper des deutschen Volkes. Wir haben an ihm Vivisektion vorgenommen; hier seht ihr den zuckenden, blutenden Volkskörper. Überzeugt euch selbst. Wir und ihr, wir können beide nichts mehr herauspressen.

(Sehr richtig! rechts.)

So weit sind wir für jeden, der den ehrlichen Willen hat, zu sehen, und aus diesem Gedanken der ernstesten Sorge ergibt sich eine Nutzanwendung für uns. Ich habe einleitungsweise von einer **Einheitsfront** gesprochen in all den Gebieten, die unter einem besonders großen unmittelbaren Druck unserer früheren Feinde im besetzten Gebiet sind, und habe darauf hingewiesen, daß es möglich war, dort von der äußersten Rechten bis zur Linken in solchen Fragen eine Einheitsfront zu finden. Ich möchte glauben, daß, wenn die Reichsregierung jetzt sagen muß, wir können nicht mehr, es geht nicht mehr weiter, unter Umständen auch bei uns eine Einheitsfront erstehen könnte. Freilich, nicht Herr Helfferich oder Herr Hergt sind es, die dann diese Front übernehmen dürften! — —

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Sie, Herr Emminger! Sie müssen Reichskanzler werden!)

— Sehr liebenswürdig. — Damit komme ich auf den Gedanken zurück, den der Herr Kollege Gothein vorhin ausgesprochen hat: man muß mit der Mentalität unserer früheren Feinde und der Welt rechnen. Wenn dasselbe vom Herrn Kollegen Helfferich ausgesprochen und mit Beweisen vertreten würde, so würde das nicht so wirken, als wenn es von einem Mann aus Ihren Reihen (zu den Sozialdemokraten) ausgesprochen wird.

(Emminger, Abgeordneter.)

(A) Ich hoffe, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo auch aus Ihren Reihen diese Erklärung kommt, wo wir uns aus der Not des deutschen Volkes über ganz Deutschland hinweg zu einer solchen Einheitsfront zusammenfinden werden.

(Beifall bei der Bayerischen Volkspartei und rechts. — Händeklatschen auf den Tribünen.)

Präsident: Kundgebungen auf der Tribüne sind nicht erlaubt. Ich müßte im Wiederholungsfalle die Kundgeber ausweisen lassen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete ten Hompel

ten Hompel, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Die uns zur Genehmigung vorliegenden Verträge, nämlich das **Wiesbadener Abkommen,** das **Bemelmans-Abkommen** und das **Gillet-Abkommen** können nur im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag und als eine Folge des Friedensvertrages betrachtet und behandelt werden. Es handelt sich also nicht um die Eingehung neuer Verpflichtungen, um die Übernahme neuer Leistungen, sondern es handelt sich gewissermaßen um eine Art von Ausführungsbestimmungen zu den Vorschriften des Friedensvertrages und des Londoner Ultimatums. Der Streit der Meinungen darüber, ob in dem Wiesbadener Abkommen weitergehende Verpflichtungen enthalten sind, als sie im Friedensvertrag und im Londoner Ultimatum bereits bestehen, ist, wie schon von den Vorrednern herborgehoben wurde, insofern gegenstandslos geworden, als durch den inzwischen gewährten Zahlungsaufschub und durch die Vereinbarungen der alliierten Regierungen untereinander diese Bedenken wesentlich gemildert, man kann sagen, nahezu beseitigt sind. Auch die an sich nicht zu verkennende Gefahr, daß durch Mißbrauch der Verträge, für deren endgültige Auslegung leider wiederum die Reparationskommission maßgebend ist, zu welcher wir nach allen Erfahrungen nicht das Vertrauen der Objektivität haben können, dem Deutschen Reich und dem deutschen Wirtschaftsleben größerer Schaden zugefügt werden könnte als durch Einhaltung der Bestimmungen des Versailler Vertrages und des Londoner Ultimatums, ist durch entsprechende Bestimmungen der Verträge wesentlich gemildert, vor allen Dingen meines Erachtens dadurch, daß die **Laufzeit der Verträge,** wie schon von verschiedenen Seiten herborgehoben wurde, sehr kurz ist. Sollte sich zeigen, daß eine loyale Handhabung durch die Gegenseite nicht durchgeführt wird und eine Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens vor allen Dingen durch die Konkurrenzierung des deutschen Handels auf dem Weltmarkt mit deutschen Waren eintritt, die als Reparationslieferungen in fremde Länder hinausgehen, so würde es der deutschen Regierung freistehen, rechtzeitig diese Verträge zu kündigen. Ich möchte mich der Aufforderung eines der Vorredner an die Regierung anschließen, unter allen Umständen, wenn sich derartige Erscheinungen zeigen sollten, von der Kündigungsfrist rechtzeitig Gebrauch zu machen.

Meine Damen und Herren! Wenn auch die größten Bedenken, welche diesen Verträgen entgegengebracht wurden, beseitigt sind, so verkennen wir dabei durchaus nicht, daß durch diese Verträge das Reparationsproblem in keiner Weise wesentlich seiner Lösung näher gebracht wurde. Die **Sachlieferungen** stellen letzten Endes nur eine Verschiebung des Problems dar; denn auch die Sachlieferungen müssen bezahlt werden, und für jede Sachlieferung, die in Feindesland hinausgeht, die bisher auf den Weltmarkt, in den Welthandel versandt werden konnte, fehlen uns die Gegeneinnahmen, die wir sonst dafür erhalten haben würden, um davon Reparationszahlungen zu leisten. Ich bin auch nicht

(C) der Meinung, daß durch diese Verschiebung des Problems der Inflation innerhalb Deutschlands wesentlich Einhalt geboten würde. Denn, wie gesagt, auch für die Sachlieferungen müssen die Zahlungsmittel aufgebracht werden, und solange eine Stabilisierung der Mark nicht stattgefunden hat, ist durch neue Steuern der Inflation kein Einhalt zu tun. Ich bin im Gegenteil der Auffassung, daß, solange eine Stabilisierung der Mark nicht stattgefunden hat, neue und vor allem übermäßige Steuern nicht deflatorisch, sondern inflatorisch wirken

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

und auch eine ungünstige Rückwirkung auf die äußere Geldentwertung ausüben.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Auch durch auswärtige und Reparationsanleihen allein ist das Reparationsproblem nicht zu lösen. Eine Reparationsanleihe nach Ermäßigung der Reparationsforderungen auf ein erträgliches Maß kann nur ein Hilfsmittel zur Lösung des Reparationsproblems sein. Das Hauptmittel und das einzig wirksame Mittel aber — auch dieses ist schon von verschiedenen Herren Vorrednern herborgehoben worden — ist die Mehrarbeit, die Mehrleistung des deutschen Volkes, ist die **Steigerung der Produktion.**

(Sehr wahr! in der Mitte und bei der Deutschen Volkspartei.)

Nur durch Steigerung der Produktion können wir der Schwierigkeiten Herr werden,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

und ohne Mehrleistung würden selbst bei einer Reparationsanleihe die letzten Dinge ärger als die ersten sein.

(Wiederholte Zustimmung.)

(D) Wenn wir trotz der klaren Erkenntnis, daß durch den Abschluß dieser Verträge das Reparationsproblem im wesentlichen nicht zu unsern Gunsten verschoben ist, dem Abschluß der Verträge zustimmen, so deshalb, weil einerseits durch diese **Verträge dem Versailler Vertrage und dem Londoner Ultimatum gegenüber** doch manche **Verbesserungen** gebracht werden. Vor allen Dingen die Entbindung der Regierung von der Lieferungspflicht, wie sie im Wiesbadener Abkommen und auch im Versailler Vertrage vorgesehen ist, eine freiheitlichere Gestaltung der Reparationslieferungen, ohne daß es nötig ist, auf beiden Seiten große Organisationen mit einem großen Beamtenapparat zu schaffen, und vor allen Dingen auch die Möglichkeit der Schonung des deutschen Wirtschaftslebens insofern, als es dem deutschen Lieferanten möglich ist, Leistungen und Lieferungen, die nicht erfüllbar sind, abzulehnen.

Ferner geben wir den Verträgen unsere Zustimmung, weil wir sie als einen Teil des gesamten Reparationsproblems betrachten und ihren Abschluß als eine Etappe auf dem Wege zu einer günstigeren Lösung desselben ansehen. Der Redner der Deutschnationalen Volkspartei hat die Regierungsvorlage zum Anlaß genommen, um die Frage aufzuwerfen, ob die Gesamttendenz der Regierungspolitik in Sachen **des Reparationsproblems** richtig oder falsch sei, und hat, ebenso wie der Herr Vorredner, eine scharfe Kritik an der Haltung der Regierung geübt. Die Gegner der Reparationspolitik — die Befürworter der sogenannten Kraft- oder auch Katastrophenpolitik, möchte ich sie nennen — nehmen für sich in Anspruch, daß ihre Methode, nämlich die des schroffen Widerstandes von Anfang an, das deutsche Volk schneller und gründlicher von den untragbaren Lasten des Versailler Vertrages befreit hätte. Meinem Herrn Vorredner gegenüber

(ten Hompel, Abgeordneter.)

(A) möchte ich feststellen, daß auch meine Fraktion von vornherein von der Unerfüllbarkeit der Forderungen des Londoner Ultimatums überzeugt war. Irgendwelche Äußerungen von dritter Seite oder auch von Regierungsseite — ob sie gefallen sind oder nicht, mag dahingestellt sein —, die anders lauten, sind jedenfalls für unsere Fraktion nicht maßgebend. Wir sind stets der Überzeugung gewesen, daß die Forderungen unerfüllbar waren, und zwischen uns und den Gegnern der Regierungspolitik hat nur der Unterschied bestanden in der Meinung über die Methode, durch welche am besten und am ungefährlichsten für die Erhaltung des deutschen Volkes und seiner Einheit

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

diesen unerfüllbaren Forderungen entgegengetreten werden könne.

(Zustimmung im Zentrum.)

Einen Beweis dafür, daß andere Methoden schneller und besser zum Ziele geführt hätten, können die Vertreter dieser gegenteiligen Politik nicht erbringen.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Im Gegenteil, der ganze bisherige Verlauf und die Entwicklung der Dinge seit dem Friedensvertrag, insbesondere seit dem Londoner Ultimatum, spricht durchaus für die Unrichtigkeit ihrer Auffassung und für die Richtigkeit der unseren.

(Wiederholte Zustimmung im Zentrum.)

Der Weg vom Londoner Ultimatum über Cannes und Genua zur Pariser Bankierkonferenz war gewiß schwer und hat viele große Enttäuschungen gebracht; letzten Endes aber war er erfolgreich. Noch vor Jahresfrist in London völliges Unverständnis auf der Gegenseite für wirtschaftliche und finanzielle Möglichkeiten und Leistungsfähigkeiten. Das deutsche Angebot selbst von 50 Milliarden Goldmark als Gesamtsumme, welches (B) unter der Not der Verhältnisse erpreßt wurde, wurde hohnlachend zurückgewiesen. Die Rheinzollgrenze, die Besetzung von Düsseldorf und Duisburg, die heute noch nicht rückgängig gemacht worden sind, waren die Folgen eines schüchternen Versuches, unmögliche Leistungen abzulehnen.

Dagegen hat die Politik des Erfüllungswillens — ich betone: des Willens zur Erfüllung; denn nur eine solche Politik haben wir vertreten, aber niemals eine Politik der Erfüllung, wie ich es schon hervorhob — nach unserer Meinung gute Früchte getragen. Im Herbst 1921 erhielten wir bereits die Erklärung der Leiter der Bank von England, daß Deutschland unter dem Londoner Zahlungsplan weder langfristige noch kurzfristige Anleihen erhalten könne. In Cannes erlebten wir den Abbau des Londoner Zahlungsplans, wenn auch in durchaus unzulänglichem Maße. In Genua sehen wir die Erschütterung der englischen These von der Möglichkeit, den deutschen Reichshaushaltsplan in Ordnung zu bringen auch ohne vorherige Regelung des Reparationsproblems, in Paris endlich auf der Bankierkonferenz die Feststellung, daß kurzfristige oder langfristige Anleihen ohne neue Begrenzung von Deutschlands Verpflichtungen unmöglich seien.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir können eine wachsende Einsicht in der ganzen Welt, selbst in Frankreich — das muß festgestellt werden —, verfolgen, daß der Versailler Vertrag und das Londoner Ultimatum unerfüllbar sind. Nur noch die auf den nationalen Block der gegenwärtigen Kammer gestützte Regierung in Frankreich verschließt sich der Gewalt dieser Einsicht. Die politische Einstellung dieser Regierung, der die wirtschaftliche und politische Zertrümmerung Deutschlands höher zu stehen scheint als der Wiederaufbau Frankreichs, ist noch das alleinige Hindernis einer durchgreifenden Änderung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands.

(Sehr wahr! im Zentrum.)

Wenn es heute unter diesen günstigeren Umständen nicht einmal möglich ist, selbst unter dem Druck der gesamten Weltmeinung, die sich von unserem Erfüllungswillen, aber auch von der Unerfüllbarkeit der Reparationsforderungen hat überzeugen müssen, eine Änderung des Reparationsproblems gegenüber Frankreich durchzusetzen, wie erst — frage ich — würden sich die Verhältnisse gestaltet haben, wenn Deutschland den Versuch gemacht hätte, Widerstand zu leisten zu einer Zeit, als die Wahnidee einerseits von der Böswilligkeit Deutschlands, andererseits von der Erfüllbarkeit der Reparationsbedingungen die ganze Welt beherrschte.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Besteht doch die Tatsache, daß es heute noch des allerstärksten Druckes der übrigen Alliierten und der gesamten Meinung der öffentlichen Welt bedurfte, um Frankreich am 31. Mai dieses Jahres davon abzuhalten, Gewaltstreiche gegen uns auszuüben. Wer hätte ihm vor Jahresfrist in den Arm fallen wollen? Daß die wirtschaftlichen Folgen seines Vorgehens, von deren schnellerem Eintritt sich die Gegner der Regierungspolitik wohl einen besseren Erfolg versprechen, auf Frankreich ohne jeden Eindruck bleiben, zeigt seine heutige Haltung. Dagegen können wir mit Genugtuung feststellen, daß bei den übrigen Alliierten unsere Politik in zunehmendem Maße Eindruck gemacht hat. Die zwingende Logik der wirtschaftlichen Vernunft hat begonnen, ihren Weg zu machen. Daß in dieser Entwicklung gelegentlich Rückschläge eingetreten sind und vielleicht auch noch eintreten werden, das liegt in der Natur der Sache und darf uns nicht abhalten, zielbewußt unseren Weg zu verfolgen. Die auf der anderen Seite befürwortete Katastrophenpolitik — das ist unsere Überzeugung — hätte seinerzeit zur Zerschlagung der politischen Einheit Deutschlands mit aller Wahrscheinlichkeit geführt.

Auf der anderen Seite müssen wir uns selbstverständlich heute auch die Frage vorlegen, nachdem die politische Weltatmosphäre in erheblichem Maße entgiftet und die Weltmeinung sich zu unseren Gunsten doch wesentlich verbessert hat, ob nicht nunmehr oder doch sehr bald der Zeitpunkt gekommen ist, wo die Regierung erklären muß: bis hierhin und nicht weiter! Auch ich möchte der Regierung bei der zunehmenden wirtschaftlichen Not im Innern ans Herz legen, diese Frage aufs ernstlichste zu prüfen.

Meine Damen und Herren! In diesen Tagen jährt sich zum dritten Male der Abschluß des Versailler Vertrags. Als sichtbarstes Ergebnis dieses ungeheuerlichsten und ungerechtesten Gewaltfriedens, den die Geschichte kennt, erfolgt gerade in diesen Tagen die Abtrennung Oberschlesiens. Mit wehmütigem Blick sehen wir hinüber zu den getrennten Brüdern, die vielleicht trotz aller erreichbaren Sicherungen schweren Tagen entgegensehen. Wir haben die Hoffnung, daß sie uns auch jenseits der neuen, mit Gewalt und selbst noch unter Beugung der Bestimmungen des Versailler Vertrags geschaffenen Grenzen die Treue halten und den Fortbestand deutschen Volkstums sichern.

(Bravo! im Zentrum.)

Wir unsererseits werden alles tun, um ihnen dies zu erleichtern.

(Bravo! im Zentrum.)

Im Saarland entwickeln sich, wie wir aus der Begründung der Interpellation entnommen haben, Ver-

(ten Hompel, Abgeordneter.)

hältnisse außerordentlicher Art. Unter dem Deckmantel des Völkerbundes betreibt Frankreich fortgesetzt eine Politik der Vergewaltigung und der Beugung der Bestimmungen des Friedensvertrages.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Auch hier haben wir das Vertrauen zu unseren Brüdern an der Saar, daß sie trotz des auf ihnen liegenden Drucks für die Erhaltung der politischen Freiheit und des Deutschtums auch fernerhin eintreten. Unserer vollen Unterstützung können sie dabei sicher sein, und wir billigen durchaus die Erklärung, die gestern hier von seiten der Regierung abgegeben worden ist.

Darüber hinaus droht uns im Westen, wie wir ebenfalls aus der gestrigen Interpellation gehört haben, die Gefahr aus den Bestrebungen, das **Rheinland** abzutrennen. Daß wir in vollkommenster Ruhe und Zuversicht die Haltung des rheinischen Volkes gegenüber solchen Bestrebungen beurteilen, das brauche ich hier nicht hervorzuheben. Ich würde es als eine Beleidigung des rheinischen Volkes betrachten, hierüber viel Worte zu machen.

Innerpolitisch stehen wir vor den schwierigsten wirtschaftlichen Problemen. Die Frage der Sicherung der Ernährung des Volkes — die **Getreideumlage** — erhitzt die Köpfe. Wir haben die Überzeugung, daß bei gutem Willen und Entgegenkommen auf allen Seiten eine mittlere Linie gefunden wird, die einerseits die Interessen der Produzenten und der Produktion gebührend berücksichtigt und andererseits den Interessen der Konsumenten gerecht wird.

Meine Damen und Herren! Der Redner der mehrheitssozialdemokratischen Partei hat Veranlassung genommen, hier eine **Resolution** einer bedeutenden Berufsorganisation anzuführen, deren Mitglieder zum großen Teil unserer Partei nahestehen. Wenn ich mich nicht irre, hat er sogar den **Rheinischen Bauernverein** namentlich genannt. Ich will gewiß nicht die Resolution, auf die der Redner bezug genommen hat, hier verteidigen. In der Erregung der Zeit schießt sie zweifellos über das Ziel erheblich hinaus. Es gibt dies dem Vorredner aber kein Recht, eine so scharfe Kritik an einer Organisation zu üben, die in der Wahrnehmung ihrer Berufsinteressen vielleicht zuweit gegangen ist,

(sehr richtig!)

an einer Organisation, die an exponierter Stelle an der Westgrenze steht und sich in der Treue zum Deutschtum gewiß von keinem übertreffen läßt.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich glaube, daß bei derartigen Resolutionen auch von Berufsorganisationen, die anderen Parteien nahestehen, schon in ganz erheblich größerem Maße über das Ziel hinausgeschossen worden ist als in diesem Falle, so daß Veranlassung zu derartigen scharfen Kritiken gerade von dieser Seite hier gewiß nicht vorlag.

Der Herr Vorredner hat in seinen Schlußworten einen Appell an das Haus gerichtet, in dieser schweren Zeit eine **Einheitsfront** zu bilden. Ich möchte mich dem aus vollem Herzen anschließen. Ich glaube, wir haben Besseres und Wichtigeres zu tun, als nur rückblickend das Trennende zu erörtern und das, was nach Meinung der einen besser hätte gemacht werden können, zu betonen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Wir sollten eine gemeinsame Anspannung aller Kräfte versuchen, um durch Zusammenschließung aller Gutgesinnten die äußeren und inneren Probleme zu meistern zum Besten des deutschen Volkes und seiner Zukunft.

(Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid.

Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es ist uns durch die gestrigen Interpellationen eine so große Reihe von Problemen vorgelegt worden, daß es so gut wie unmöglich ist, in einer Rede auf alle die hier aufgeworfenen Fragen im einzelnen einzugehen. Es ist daher nötig, daß wir den Versuch machen, daß allen Interpellationen und der Vorlage der Regierung Gemeinsame herborzuheben. Ich glaube, wir können diese Zusammenfassung so vornehmen, daß wir sagen: sie beziehen sich durchweg auf unser Verhältnis zu den ehemals feindlichen Staaten im allgemeinen und zu Frankreich im besonderen.

Die Regierung ist gefragt worden, was sie getan hat oder was sie zu tun gedenkt in der Abwehr gewisser Übergriffe, gewisser Mißbräuche, die die andere Seite begangen hat, indem sie die ihr durch die Verträge gewährten Rechte überschritt. Die Regierung ist gefragt worden, wie sie den Schutz des deutschen Gebiets und den Schutz der deutschen Bevölkerung gegenüber diesen Mißgriffen wahrzunehmen und durchzuführen gedenke. Sie ist dann durch die Interpellation, die von meiner Fraktion eingebracht wurde, nach ihrer allgemeinen positiven Politik gefragt worden, nach ihrer Politik auf jenem Gebiete, das wir zusammenfassend das Gebiet der Reparationsfrage nennen können.

Soweit der erste Fragenkomplex in Betracht kommt, der sich auf die Mißbräuche bezieht, die die ehemaligen Gegner mit dem ihnen gewährten Rechte getrieben haben, so darf ich im Namen meiner Freunde erklären, daß wir in weitem Umfange mit den Darlegungen übereinstimmen, die hier von den Interpellanten über die **Zustände am Rhein und an der Saar** vorgebracht worden sind, daß wir auch im großen und ganzen mit der Antwort übereinstimmen, die von seiten des Herrn Reichsministers des Auswärtigen gegeben worden ist, und mit dem scharfen Protest, der durch diese Antwort ging und sich sowohl an die französische Regierung wie auch an den Völkerbund richtete. Auch wir bedauern aufs lebhafteste die Übergriffe, die durch die französischen und sonstigen Besatzungsbehörden in den Rheinlanden gemacht worden sind und fortgesetzt gemacht werden.

Wir gehen selbstverständlich weiter und bedauern auch, daß überhaupt die Tatsache dieser **Besatzung** besteht. Wir halten diese Besatzung durch fremde Truppen nicht nur für überflüssig, sondern, vom Standpunkte des europäischen Friedens aus gesehen, für außerordentlich bedenklich.

(Sehr wahr!)

Wir möchten den allerlebhaftesten Wunsch aussprechen, daß sobald als möglich soviel Gerechtigkeitsgefühl und soviel politischer Verstand in die Gehirne der Ententeregierungen hineingebracht würde, daß sie von sich aus die Zurückziehung der Besatzungsarmeen ernstlich in Erwägung ziehen und durchführen.

Meine Damen und Herren! Wir schließen uns nicht dem Dank an, der von verschiedenen Seiten aus der **rheinischen Bevölkerung** ausgesprochen worden ist; denn wenn ein solcher Dank ausgesprochen wird, könnte man zu der Vermutung kommen, daß die rheinische Bevölkerung sich unter Umständen auch anders verhalten haben dürfte, als sie es getan hat. Zu einem Dank besteht keine Veranlassung. Wenn die Bevölkerung der Rheinlande trotz der Besatzung oder wegen der Besatzung an ihrem Deutschtum festhält, wenn sie an ihrem Willen festhält, nicht durch einen Eingriff von außen her von dem deutschen Gesamtgebiet getrennt

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) zu werden, so ist das eine einfache und nackte Selbstverständlichkeit, für die besondere Anerkennung zu zollen, glaube ich, keinerlei Grund vorliegt.

Wir wollen auch keinen Zweifel darüber lassen, daß wir entschieden gegen jene Versuche protestieren, die dahin gehen, aus der Rheinprovinz, aus dem Rheinland überhaupt in irgendeiner Form ein neutrales Staatswesen zu schaffen, das sozusagen als Pufferstaat zwischen Deutschland und Frankreich treten könnte. Ob die Rheinlande in irgendeiner Gestalt so etwas wie eine Autonomie einmal erhalten könnten oder sollten, das ist eine rein innere Frage der deutschen Republik. Über die haben wir zu sprechen, haben die Bewohner der Rheinprovinz mit uns zu reden, und wir lehnen es ganz entschieden ab, daß von außen her diese Autonomiebestrebungen, soweit sie in der Rheinprovinz etwa vorhanden sein sollten, irgendwelche Nahrung und Unterstützung empfangen.

Ich glaube, es beweist ein sehr gering entwickeltes politisches Augenmaß der Franzosen, wenn sie das Häuflein von Separatisten, das tatsächlich in der Rheinprovinz existieren mag, überhaupt ernst nehmen, und es beweist, um es gelinde auszudrücken, einen Mangel an Geschmack und an Reinlichkeitsgefühl, wenn die französischen Militärbehörden Personen wie die Dorten und Smeets unter ihren besonderen Schutz und ihre besondere Gunst stellen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Im übrigen dürfen wir wohl sagen: Die Politik, die Frankreich oder, drücken wir uns noch vorsichtiger aus, die die französischen Besatzungsbehörden in der Rheinprovinz treiben, ist nicht nur verwerflich, nein, sie ist selbst vom französischen Standpunkte aus außerordentlich töricht und dumm.

(B) (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir können ein bekanntes französisches Wort zitieren: c'est plus qu'un crime, c'est une faute. Das ist schlimmer als ein Verbrechen; das ist eine ungeheure Torheit.

Es ist unbedingt zuzugeben, daß in der Vergangenheit — sagen wir: vor einem Menschenalter — sich in der Rheinprovinz noch zahlreiche und nicht ganz schwache Sympathien für französisches Wesen ganz allgemein genommen gefunden haben. Diese Sympathien rührten von dem Augenblicke her, wo die Rheinprovinz im Jahre 1815 zu Preußen geschlagen wurde, von jener Zeit her, wo der bekannte Bankier Schaaffhausen etwas indigniert ausrief: Jesus, Maria, Joseph, da heiraten wir in eine arme Familie hinein,

(Heiterkeit)

von jener Zeit her, wo der Preuße ihnen durch den preußischen Offizier, durch den preußischen Polizisten und durch den preußisch-ostelbischen Beamten verkörpert wurde.

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Diese drei Kulturträger haben es nun einmal nicht verstanden, dem rheinischen Volke, das deutsch fühlte, besonderes Wohlwollen für Preußen einzuflößen. Der Name des Stockpreußen und des preußischen Hungerleiders spielte in der Rheinprovinz lange Jahrzehnte hindurch eine sehr große Rolle. Ich meine, wenn wir ganz objektiv sein wollen, so können wir es dieser Bevölkerung nicht einmal so übel nehmen, daß sie für die moralischen Eroberungsversuche des preußischen Gendarmen nicht besonders empfänglich gewesen ist.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(C) Denn es war nicht nur die Rheinprovinz, sondern es sind ja auch andere heutige und ehemalige Teile der gegenwärtigen deutschen Republik gewesen, in denen es diesen Kreisen der ostelbischen Vertretung unmöglich war, die betreffenden Volksteile für Deutschland oder gar noch für Preußen zu gewinnen.

Die Sympathien für **Preußen** sind in der letzten Zeit größer geworden, oder, sagen wir, die Sympathien für das Reich; denn lange Zeit hindurch konnte man das Reich und Preußen auch dort nicht so recht auseinanderhalten, da man im Reiche so etwas wie ein verlängertes Preußen erblickte.

Die Sehnsucht nach französischem Wesen wurde geringer infolge einer Reihe von Umständen. Das Bürgertum wurde für Deutschland gewonnen, je länger und je größer es unmittelbaren Anteil nahm an den Gewinnen, die sich aus der aufsteigenden wirtschaftlichen Entwicklung des Deutschen Reichs ergaben. Die Arbeiterschaft wurde von ihren allgemeinen und vagen französischen Sympathien abgebracht in dem Augenblick, wo die sozialistische Arbeiterbewegung in der Rheinprovinz einsetzte

(sehr wahr! links)

und der Arbeiterschaft ein neues Ideal gab, ihr die Möglichkeit zeigte, den Geist des Preußentums zu bekämpfen und zu besiegen, auch ohne sich deshalb an den französischen Kapitalismus anzuschließen.

(Sehr wahr! links.)

Das größte Verdienst in dieser Richtung hat sich aber jetzt doch die **französische Besatzung** zuzuschreiben.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Seitdem die Franzosen in der Rheinprovinz stehen und seitdem sie dort so oder so versuchen, mehr mit Peitsche als mit Zuckerbrot, moralische Eroberungen für sich zu machen, haben jene französischen Sympathien außerordentlich stark nachgelassen, sind sie tatsächlich auf (D) einen Nullpunkt gesunken, und wir dürfen heute ganz ruhig und offen aussprechen: auf dem Wege einer Volksabstimmung in der Rheinprovinz oder, sagen wir, auf dem Wege der gütlichen Überredung wird es niemals gelingen, die Bevölkerung der Rheinprovinz von dem Deutschen Reiche, von der deutschen Republik — das möchte ich betonen — loszulösen. Und Gewaltmaßregeln anzuwenden, davor werden die Franzosen aus einer ganzen Reihe von Gründen in diesem Punkte zurückschrecken.

Nun ist die Frage aufgeworfen worden — der Herr Kollege Moldenhauer hat dieses Thema ja recht eingehend behandelt —, ob Frankreich ernsthaft mit der Absicht umgeht, die Rheinprovinz vollständig zu annektieren, und er hat aus der Geschichte mit einer Reihe von Zitaten aus Büchern und aus Reden glaubhaft zu machen gesucht, daß heute ernsthafte und einflußreiche Personen in Frankreich an eine solche **Annexion der Rheinprovinz** denken. Der Herr Kollege Moldenhauer wird es mir nicht übel nehmen, wenn ich die Zitate, die er hier vorgebracht hat, nicht für übertrieben beweiskräftig ansehe. Zunächst hat er von Louis Blanc gesprochen, und es ist ihm dabei der kleine Irrtum passiert, Louis Blanc als einen Sozialdemokraten zu behandeln. Wenn er einigermaßen in der Geschichte des Sozialismus Bescheid wüßte, so hätte er eine solche Behauptung schlechterdings nicht aufstellen können.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn man Louis Blanc parteipolitisch klassifizieren wollte, so würde er im besten Falle als ein sozialreformerischer Demokrat angesprochen werden können.

(Zuruf rechts: Das ist ungefähr dasselbe!)

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

— Das ist ungefähr dasselbe, sagt der Herr Kollege v. Schoch.

(Heiterkeit links.)

Ich überlasse es den Demokraten, sich mit dem Herrn Kollegen v. Schoch auseinanderzusetzen; aber es scheint mir, daß das Unterscheidungsvermögen bei diesen Ihren Freunden von rechts nicht besonders entwickelt ist.

(Heiterkeit.)

Louis Blanc war so wenig mit dem französischen Sozialismus verwachsen, daß er während des Aufstandes der Pariser Kommune im Jahre 1871 und auch nachher in schärfstem Gegensatz gegen diese proletarische Bewegung gestanden hat.

(Sehr wahr! links.)

Sie werden mir zugeben, meine Damen und Herren, daß es auch wenig auf sich hat, wenn man aus der Geschichte der französischen Revolution oder aus dem 17. Jahrhundert Worte anführt, in denen ausgesprochen worden ist, daß der Rhein die natürliche Grenze Frankreichs sei und daß Frankreich sich am Rhein gegen das Deutschtum, gegen das Deutsche Reich zu verteidigen habe.

Und endlich sollten doch auch Sie ebenso wie wir den vom Herrn Kollegen Moldenhauer angeführten Herrn **Gustave Hervé** nicht gerade für einen einwandfreien Gewährsmann halten, wir halten ihn jedenfalls nicht dafür, und Sie, meine Herren, auch nicht; denn dieser Herr Gustave Hervé, der heute verlangt, daß die französische Trikolore auf den Misthaufen geworfen wird und morgen als einer der schlimmsten Jusqu'-au-boutisten in der französischen Öffentlichkeit auftritt, gilt sicherlich nicht als ein Exponent des französischen Geistes und des französischen Wirkens.

Endlich — und das war wohl der stärkste Grund des Herrn Kollegen Moldenhauer — ein Wort des französischen **Generals Foch**, der einmal, ich glaube, 1919, ebenfalls die militärische Notwendigkeit betont habe, Frankreich bis an den Rhein vordringen und dort dauernd Fuß fassen zu lassen. Gewiß, General Foch ist eine militärische Autorität; aber bei dieser Gelegenheit möchte ich eins sagen: Der französische General Foch hat heute bei weitem nicht den politischen Einfluß in Frankreich, den während des Krieges der deutsche General Ludendorff gehabt hat.

(Sehr wahr! links. — Zurufe rechts.)

Wir müssen unterscheiden zwischen der Art des **französischen** und der des **deutschen Militarismus**. Wenn wir den Militarismus so auffassen, daß allenthalben der Wunsch besteht, möglichst große Heere aufzustellen, daß durch die Errichtung dieser Heere der Drang nach Kampf, nach Eroberung gestärkt wird, ja dann in der Tat ist auch in dem französischen Volke ein starker Militarismus vorhanden. Wenn wir uns aber die Frage vorlegen, ob nicht das Wesen des Militarismus darin besteht, daß die Militärgewalt über die bürgerlichen Gewalten herrscht, dann bestreite ich, daß in Frankreich in diesem Sinne ein Militarismus herrscht, wie er zuvor — vielleicht noch heute — in Deutschland geherrscht hat.

(Sehr richtig! links. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

— Das andere mag Ihnen genügen; aber ich ging von der Voraussetzung aus, Herr Kollege Becker, daß eine politische Meinungsäußerung des Generals Foch auf die französische Politik niemals den Einfluß ausüben kann, den politische Meinungsäußerungen deutscher Generale während des Krieges und vor dem Kriege auf die deutsche Politik ausgeübt haben.

(Sehr wahr! links. — Zuruf rechts.)

Der Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich läßt sich in dieser Beziehung an einer Tatsache illustrieren, die uns vielleicht besonders interessiert.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

— Ach, verehrter Herr v. Schoch, ich rede von etwas ganz anderem, ich weiß, daß Sie nur den einen Ton auf der Walze haben;

(große Heiterkeit links)

aber er muß doch auch passen, wenn Sie ihn vorbringen.

(Erneute Heiterkeit links.)

Wenn der französische Kammerpräsident aus seiner Wohnung zur Sitzung geht, so pflegen ihn zwei französische Offiziere zu begleiten, um damit den Beweis zu erbringen, daß die Militärgewalt der Zivilgewalt und insbesondere der Volksvertretung ihre Reverenz erweist. Und wie war es bei uns? Vor dem Kriege, wenn unsere damaligen Reichstagspräsidenten einen Besuch bei Wilhelm II. machten, dann klemmten sie sich in ihre Reserveuniform, um dadurch zu beweisen: Majestät, wir sind nichts, wir sind Staub und wir sind Dreck als Reichstagspräsidenten,

(große Heiterkeit und sehr gut! links)

wir sind nur etwas in dem Augenblick, wo wir mit dem militärischen Geschmeide umgürtet vor Sie treten können.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieser Unterschied illustriert, welche Bedeutung das militärische Wesen in Frankreich und in Deutschland besitzt.

(Zuruf von der Deutschnationalen Volkspartei:) Äußerlichkeiten.)

— Ja, Äußerlichkeiten, auf die ungeheuer viel Wert gelegt wurde, eine Äußerlichkeit, auf die Ihre Freunde vor dem Kriege ja den größten Wert gelegt haben,

(lebhafte Zustimmung links)

und, Herr Laverrenz, Ihre Freunde sahen es nie als eine bloße Äußerlichkeit an, wenn Sie auf Ihrer Visitenkarte neben Ihren vielleicht sehr ansehnlichen Zivilberuf setzten: „Leutnant der Reserve im 297. Infanterieregiment".

(Große Heiterkeit links.)

Meine Damen und Herren! Ich bestreite keinen einzigen Augenblick, daß es in Frankreich Leute gibt — Wahnwitzige, Verrückte gibt es überall — Leute gibt, die an eine dauernde **Annexion der Rheinprovinz** denken. Die Frage ist nur, ob das Frankreich ist und ob man aus solchen vereinzelten Äußerungen und aus denen, die der Herr Kollege Moldenhauer hier angeführt hat, einen Schluß auf den Willen des französischen Volkes, auf den es einzig und allein ankommt, ziehen kann.

(Zuruf recht: Die ganze Kulturpropaganda!)

Wir bestreiten auch keinen Augenblick, daß in der Rheinprovinz selbst, daß bei den dort vorhandenen Behörden wahnwitzige Ideen in den Köpfen vieler Leute leben. Wir bestreiten nicht, daß die Offiziere, die dort sind, zum Teil eine geradezu wahnwitzige Politik treiben. Wir sagen nur: Wenn Offiziere sich in die Politik mischen, so kommt immer eine Eselei heraus, und das gilt eben in Frankreich ebensogut wie in Preußen.

(Zuruf rechts: Was ist Herr Tirard in Koblenz?)

— Was Herr Tirard in Koblenz ist, das weiß ich. Ich sage Ihnen, Herr Kollege Becker, und ich glaube, aus meinen Ausführungen konnten Sie entnehmen, wenn Sie wollten, daß wir gegen diese Politik aufs schärfste protestieren. Was wir nicht tun, ist, in der Weise zu verallgemeinern, daß wir sagen, die Politik,

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) die dort von den militärischen in erster Linie, aber auch von den zivilen Behörden getrieben wird,

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Also!)

die Politik des französischen Volkes ist.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

— Ich werde auch auf Poincaré noch kommen, beruhigen Sie sich nur, und werde auch darüber meine Meinung sagen. Sicherlich, meine Damen und Herren, wir protestieren gegen den Annexionismus, soweit er in Frankreich vorhanden ist. Aber ich füge hinzu, wir sind diejenigen, die das Recht haben, bei einem solchen Protest in erster Linie zu stehen und nicht Sie. Denn zum Protest gegen den Annexionismus der Franzosen nach dem Kriege haben diejenigen das geringste Recht, die den deutschen Annexionismus während des Krieges vertreten haben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich glaube, daß man dem Protest gegen das französische Auftreten, gegen die französische Mentalität einen größeren Nachdruck verleihen kann, wenn man ihn in erster Reihe denen überläßt, die mit derselben Sünde während des Krieges nicht belastet gewesen sind.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es wird wohl keiner von Ihnen von den beiden Parteien auf der Rechten in Abrede stellen, daß, wenn wir diesen Maßstab an die Berechtigung zum Protest anlegen, Sie in der allerletzten Linie nach einem großen Zwischenraum zwischen den Parteien der Linken in die Erscheinung treten dürften.

(Lachen rechts.)

So liegen die Dinge am Rhein. Ich gebe ohne weiteres zu, daß die Dinge an der Saar wesentlich ungünstiger, wesentlich schlimmer stehen als in der (B) besetzten Rheinprovinz. Wir protestieren auf das energischste gegen die verschiedenen Formen der Bedrückung, unter denen die Bevölkerung der Saar zu leiden hat. Wir protestieren gegen alle diese Maßregeln, die getroffen worden sind und fortgesetzt getroffen werden und die schlechterdings mit den Verträgen nicht in Einklang zu bringen sind. Wir protestieren dagegen, daß man französische Truppen dort aufgestellt hat.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir erheben Einspruch dagegen, daß die Frankenwährung eingeführt worden ist. Wir erheben Einspruch gegen die leider allzu deutlich in die Erscheinung tretende Tendenz, aus diesem Gebiete einen dauernden Bestandteil der französischen Republik zu machen.

Meine Damen und Herren! Hier an der Saar feiert das französische Industriekapital die denkbar schlimmsten und bösesten Orgien. Wenn wir Gegner des Kapitalismus in Deutschland sind, so nicht minder Gegner dessen, der in Frankreich und dem besetzten Gebiete sein Wesen treibt.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir halten diese Politik, die dort getrieben wird, für eine Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, und wir erinnern die Entente daran, daß sie doch einmal behauptet hat, sie führe den Weltkrieg, um der Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker zum Siege zu verhelfen. Wir haben es nicht geglaubt. Es ist uns nicht eingefallen, so gutgläubig zu sein. Wir sahen in diesem Krieg einen kapitalistischen Krieg,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

(C) der mit einem kapitalistischen Frieden enden mußte, von dem die Sieger den Nutzen ziehen, den sie ausbeuten würden zur Unterdrückung der Besiegten.

(Erneute Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir stellen uns nicht auf den Standpunkt, den die „Kreuzzeitung" zum Beispiel heute morgen vertrat, indem sie die Gelegenheit benutzte, zu schreiben: Wilson war ein Heuchler. Nein, Wilson war kein Heuchler, Wilson war ein weltfremder und wirklichkeitsfremder, hartköpfiger Professor, der in dem Augenblick versagte, wo er sich mit gerisseneren Staatsmännern an denselben Tisch zusammensetzen mußte. Wir sind der Meinung, daß Wilson, als er seine 14 Punkte aufstellte, tatsächlich des Glaubens war, dieser sein Idealismus werde von den Kapitalisten Frankreichs und Englands unterschrieben und verwirklicht werden. Er hat sich enttäuscht gesehen, und wir stellen fest: das Selbstbestimmungsrecht der Völker, für das die Entente gekämpft zu haben glaubt, ist nicht einmal mehr auf dem Papier stehen geblieben.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Bei dieser Gelegenheit eine andere uns heute besonders berührende Frage, die mit alledem in einem innigen Zusammenhang steht. Vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ist gesprochen worden und trotzdem ist es der Regierung Deutsch-Österreichs nicht möglich, ihr Selbstbestimmungsrecht, das sie dahin treibt, mit dem deutschen Volk in der deutschen Republik irgendwie organisch zusammenzukommen, durchzuführen. Wir bedauern es, daß die Friedensschlüsse die Brücken zwischen Deutschland und Deutsch-Österreich einstweilen zerstört haben. Wir glauben aber an die den Dingen innewohnende Logik und an das den Dingen innewohnende (D) Recht. Wir können heute nichts tun, um den Anschluß Deutsch-Österreichs an die deutsche Republik zu betreiben. Wir können es nicht tun, weil wir an Händen und Füßen gebunden sind. Wir können es nicht tun, weil wir es nicht darauf ankommen lassen dürfen, daß aus solchen Bestrebungen dem Wirtschafts- und politischen Leben Deutschlands irgendwelcher Nachteil erwächst. Aber das eine können wir sagen, daß wir für das so schwer leidende Volk Deutsch-Österreichs, das gewaltsam vom deutschen Volk ferngehalten wird, die denkbar größten Sympathien besitzen, und daß wir als Sozialisten gerade vom Standpunkt der Arbeiterinteressen in Deutsch-Österreich aus wünschen und verlangen, daß von Deutschland wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet alles geschieht, was geschehen kann, um dieses notleidende und heroisch kämpfende Volk zu unterstützen.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn es uns nicht möglich ist, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gegenüber den gewaltigen entgegenstehenden Mächten zurzeit zum Recht zu verhelfen, so wollen wir wenigstens in dem bescheidenen Umfange, in dem uns Freiheit gewährt ist, das tun und das leisten, was zu tun und zu leisten wir in der Lage sind.

(Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Der Herr Minister Rathenau hat gestern in seiner Beantwortung der Saar-Interpellation sehr ernste Worte an die Adresse Frankreichs gerichtet und sehr ernste Worte an die Adresse des Völkerbundes. Er hat darauf hingewiesen, daß der Völkerbund sein ideales Mandat doch außerordentlich schlecht verstehe oder wenigstens sehr schlecht zur Ausführung bringe in der Art, wie er Frankreich an der Saar wirken läßt. Ich möchte nur die eine Frage zur

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) Erwägung geben, und vielleicht entschließt sich Herr Minister Rathenau, auch darüber etwas zu sagen: Würde es nicht vielleicht günstiger für Deutschland werden, wenn **Deutschland** selbst in diesem **Völkerbund** säße mit vollem Recht und mit vollen Ansprüchen. Nicht etwa, als ob wir den Völkerbund für irgendein Ideal hielten, nicht etwa, als ob wir der Meinung wären, daß dieser Völkerbund in der Lage sei, das zu ersetzen, was uns als Ideal vorschwebt, jenen Bund der Völker, wie wir ihn verstehen. Er ist heute eine oberste Instanz im wesentlich kapitalistisch regierter Staaten. Aber die Frage muß im Zusammenhang mit den Saar-Problemen erörtert und geprüft werden, ob die Situation für uns nicht günstiger wäre, wenn wir selbst unmittelbar in dem Rat des Völkerbundes einen Einfluß auszuüben imstande wären.

So, wie die Dinge liegen, sind alle diese Tatsachen, Saar, Rhein, Zerstörung der Eisenbahnen usw. wahrhaftig nicht geeignet, die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu erleichtern. Im Gegenteil, sie erschweren sie. Trotzdem bestehen wir darauf, daß die Verständigung zwischen **Deutschland und Frankreich** nicht nur aus sentimentalen Gründen eine Notwendigkeit ist, sondern weil auf dieser Verständigung überhaupt allein das Gebäude Europas zu ruhen imstande ist, weil diese Verständigung der Ausgangspunkt ist für die Herstellung eines einigermaßen dauernden Friedens in der Welt, für den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau Europas und der ganzen Welt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aus diesen Gründen heraus treiben wir ja auch die auswärtige Politik, wie wir sie bisher getrieben haben, unterstützen wir auch den Verständigungs- und Erfüllungswillen, durch den sich die Regierung Wirth von (B) ihren Vorgängern einigermaßen ausgezeichnet hat. Aus diesen Gründen stimmen wir auch den uns vorgelegten Abkommen zu, die sich auf die Sachlieferungen Deutschlands an Frankreich beziehen. Diese **Abkommen**, Wiesbadener Abkommen, Bemelmans-Abkommen und Gillet-Abkommen, bieten sicherlich zu mancherlei Bedenken Anlaß. Aber schließlich sind sie doch nur die Form für die Ausführung der im Versailler Frieden und im Londoner Ultimatum festgelegten Sachleistungsverpflichtungen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß das Londoner Ultimatum über den Versailler Friedensvertrag hinausging, indem es Waren nicht nur zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, sondern für den Wiederaufbau der gesamten Wirtschaft der Ententeländer fordert. Es ist daher eine Streitfrage gewesen, ob diese Abkommen dem Reichstag zur Ratifizierung vorgelegt werden müßten. Diese Streitfrage ist praktisch erledigt, indem die Abkommen uns jetzt vorgelegt sind.

Wir haben eine Reihe von **Befürchtungen**. Erstens die, daß ein Teil unserer Ausfuhr auf Reparationskonto geht und insofern uns nicht die nötigen Devisen hereinbringt. Auf der anderen Seite besteht die Möglichkeit, daß auf diese Weise die Beschäftigung des deutschen Arbeiters wenigstens bis zu einem gewissen Grade bei einer weichenden Ausfuhrkonjunktur zurückgeht. Die zweite Befürchtung ist die, daß ein weiterer Export deutscher Waren, die über Reparationskonto nach Frankreich oder England gegangen sind, in andere Länder stattfindet. Es will uns auch scheinen, als ob die vertragsmäßigen Sicherungen, die dagegen in den vorliegenden Entwürfen geboten werden, nicht allzu stark seien. Aber es ist schon darauf hingewiesen worden, daß wir die Möglichkeit haben, die Abkommen zu kündigen, sobald mißbräuchliche Anwendung sich feststellen läßt.

Einen dritten Punkt — ich glaube, er ist noch (C) nicht genügend berührt worden — möchte ich noch hervorheben. Es ist die Gefahr, daß wir bei der freien Preisbildung, die sich nach dem Bemelmans-Abkommen vollziehen soll, in die Möglichkeit kommen, daß uns an Gold weniger gutgeschrieben wird, als es dem wirklichen Preis und Wert der betreffenden Waren entspricht. Wir haben ein starkes Interesse daran, daß die Preise für diese Waren nicht allzu niedrig bemessen werden. Wir haben ein starkes Interesse daran, möglichst viel auf Reparationskonto gutgeschrieben zu bekommen. Ich habe die Befürchtung, als ob durch das **Bemelmans-Abkommen** und die übrigen Abkommen die Möglichkeit entstände, **Preisunterbietungen** in großem Umfange vorzunehmen, so daß zuletzt die Entente den größten Vorteil von diesen Abkommen hätte. Ich wäre dankbar, wenn die Regierung uns in dieser Beziehung noch einige beruhigende Mitteilungen machen könnte. Jedenfalls aber stimmen wir diesen Abkommen zu, weil andernfalls auf das Londoner Ultimatum und auf den Friedensvertrag zurückgegangen werden müßte, das heißt der Willkür der Reparationskommission ein größerer Spielraum gegeben würde.

Die Zustimmung zu diesen Abkommen, meine Damen und Herren, liegt in der Richtung der von uns von jeher befürworteten auswärtigen Politik, liegt in der Richtung der sogenannten **Erfüllungspolitik**, deren Charakter und deren Tendenz oft genug und zuletzt am gestrigen Tage von meinem Freunde Levi hier ausführlich gekennzeichnet worden ist. Damit kommen wir nun zu der Interpellation, die meine Fraktion eingebracht hat, zu jener Interpellation, die, kurz gesagt, die Regierung fragte, wie sie sich stelle und welche Politik sie einzuschlagen gedenke angesichts der neuen Situation, die durch die letzten Verhandlungen in (D) Paris, durch die Beschlüsse der dort versammelten Finanzleute geschaffen worden ist.

Zur Einleitung zunächst noch etwas anderes. Wir haben diese Politik, wie sie bisher getrieben wurde, unterstützt und vertreten im lebhaftesten Gegensatz zu den Rechtsparteien und insbesondere zur **Deutschnationalen Volkspartei**. Die Deutschnationale Volkspartei hat die Regierung und uns aufs lebhafteste wegen der Schwachmütigkeit, sagen wir wegen der Schlappschwänzigkeit unserer Erfüllungspolitik, bekämpft.

(Abgeordneter Schultz [Bromberg]: Das Wort haben wir nicht gebraucht!)

— Das Wort haben Sie nicht gebraucht, Sie haben es sich nur gedacht, Herr Kollege Schultz. Aber wegen dieses Wortes keine Feindschaft; wir denken ja auch nicht gut von Ihnen, warum sollten Sie gut von uns denken? — Ich sage: diese Politik ist von Ihnen aufs lebhafteste bekämpft worden, und wir warten bis zum heutigen Tage vergebens darauf, daß nun aus Ihrer Kritik irgendwie ein **positives Programm** erwüchse. Wir warten noch immer vergeblich auf die positive Alternative, mit der Sie vor uns hintreten und sagen: das hätte in der Vergangenheit geschehen sollen, und das sollte geschehen. Das einzige, was Sie immer sagen, ist: Ablehnung, starknackig bleiben, nichts unterschreiben, keine Zusage machen und nicht bereit sein, ehrlichen Willen zu bekunden, sondern immer nur ein Nein aussprechen. Sie pflegen uns dann mit einer Flut von Zahlen zu überschütten, und der Herr Kollege Helfferich wird ja entweder heute oder morgen diesen Zahlenkübel aufs neue über uns ausleeren, eine Menge von kontrollierbaren und unkontrollierbaren Zahlen. Aber der letzte Schluß fehlt immer: was

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) wollen Sie tun? Was wollen Sie an die Stelle der Politik setzen, die bisher getrieben worden ist?

(Zuruf von den Deutschnationalen: Was hat Ihre Politik erreicht?)

— Ich komme darauf noch.

Der Herr Kollege Stampfer hat vorhin den Herrn Abgeordneten Helfferich daran erinnert, daß er, in das Kreuzfeuer von Fragen im Ausschuß genommen, erklärte: wir werden abwarten und das Weitere wird sich dann finden. Ja, selbst wenn wir Ihren Lockrufen gegenüber geneigter wären im Prinzip, als wir es sind, müssen Sie uns doch zugeben, daß eine solche sehr vage Zukunftsperspektive schlechterdings nicht verleiten kann, Ihnen zu folgen. Erst schlagen wir einmal alles kaputt, und dann wird sich das Weitere ja finden. Wenn Sie damit auf Ihre Anhänger irgendwelchen Eindruck machen können, so bedauere ich Ihre Anhänger um ihre intellektuelle Verfassung.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es gab einen englischen Premierminister — er ist heute noch Mitglied des englischen Parlamentes —, dem man zum Vorwurf macht, daß seine politische Weisheit sich in dem Satz erschöpfe: „Wait and see“, abwarten und sehen. Nun, dieses Niveau erreichen die Herren Deutschnationalen und erreicht der Herr Abgeordnete Helfferich nicht einmal. Herr Helfferich sagt nicht: „Abwarten und sehen“, sondern er sagt: Spektakel machen und dann sehen, was daraus kommt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Darüber, was daraus kommt, kann aber kaum irgendwo eine Meinungsverschiedenheit bestehen. Daß daraus die schwersten Schläge für das deutsche Volk kommen,

(B) (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß daraus kommt die denkbar schwerste Gefährdung der jetzigen friedlichen Zustände, darüber werden Sie (zu den Deutschnationalen) sich hoffenlich ebenso klar sein wie wir. Nur verlangen wir dann auch, daß Sie hier auftreten und öffentlich erklären: wir wissen, daß diese Folgeerscheinungen eintreten, wir sind bereit, den Gegnern dann auch mit den Waffen entgegenzutreten, und wir sind überzeugt, daß aus einer solchen bewaffneten Auseinandersetzung etwas Gutes für das deutsche Volk herauskommen kann. Das wäre konsequent, das wäre logisch, das wäre mutig. Und so erwarten wir von Ihnen, die Sie die starken Männer sein wollen, die Sie uns um unserer „Schwachmütigkeit“ beschimpfen, daß Sie diesen Mut der Konsequenz besitzen,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß Sie hier hintreten und dieses Programm bis zum letzten I-Punkt und bis zum letzten Schlußzeichen entwickeln.

(Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Solange das nicht geschieht, sind es nur Bewegungen der Luft, die durch Ihre Reden verursacht werden,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

so lange steht nichts dahinter als Kritiküben in der sichern Hoffnung: wir werden nicht sobald in die Notlage kommen, positiv etwas leisten zu müssen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nun hat der Herr Kollege Reichert von der Deutschnationalen Volkspartei gestern spöttisch ausgeführt: Da seht diese Erfüllungspolitik; wie haben

(C) wir es so herrlich weit gebracht! Er hat hingewiesen auf die **Lebenshaltung des deutschen Volkes.** Ganz recht: die Lebenshaltung des deutschen Volkes, die durch die eine Tatsache gekennzeichnet ist, daß der Fleischkonsum der städtischen Bevölkerung heute nur 50 bis 60 Prozent des Fleischkonsums der städtischen Bevölkerung vor dem Kriege beträgt, die Lebenshaltung des deutschen Volkes, über die wir wahrhaftig genügend Klage führen und über die Klage zu führen wir mehr Grund haben als Sie!

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es ist davon gesprochen worden, daß die Mark in ihrem Werte fortgesetzt gesunken sei. Ganz richtig. Wir stellen das ebenfalls fest. Wir stellen fest, daß unter diesem Sinken der Mark, unter dieser fortgesetzten Inflation die arbeitende Bevölkerung, die festbesoldete Bevölkerung am stärksten leidet.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Aber wenn hier jemand auftritt und sagt: „Wir haben es so herrlich weit unter dieser Erfüllungspolitik gebracht“, so würden wir, wenn diese Worte nicht in diesem Raum fielen, sondern draußen, antworten: das ist der Beweis einer **abgrundtiefen Heuchelei.**

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie klagen über die Lebenshaltung des deutschen Volkes in demselben Augenblick, in dem Sie sich mit Händen und Füßen dagegen sträuben, daß durch die Getreideumlage das Brot des deutschen Volkes gesichert wird.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(D) Sie klagen über den Niedergang der deutschen Mark, nachdem Sie eine Politik befürwortet haben, die — darüber kann doch kein Zweifel bestehen — die deutsche Mark noch viel mehr in Grund und Boden ruiniert haben würde, als die Politik des Kabinetts Wirth-Rathenau.

(Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie versichern, daß die Revolution und die Republik verantwortlich für die Notlage des deutschen Volkes seien,

(lebhafte Rufe von den Deutschnationalen: Sehr richtig!)

während wir doch nur das zu tragen haben, was die Träger Ihres Systems, was Sie selber verschuldet haben.

(Erneute lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich habe hier ein Buch vor mir, von dem niemand behaupten wird, daß es eine böswillige Agitationsschrift sei. Es ist das Buch **„Die Tragödie Deutschlands von einem Deutschen“**, dessen Verfasser, so viel ich weiß, in der sozialen Stellung Ihnen (nach rechts) wesentlich näher steht als uns. In diesem ruhigen, sachlichen Buch steht ein Satz, den ich hier zitieren möchte:

> Das deutsche Volk hat die Strafe für einen Imperialismus erhalten, den es selbst nie gewollt hat.
>
> (Sehr richtig! in der Mitte und links.)
>
> Es hat die Prügel erhalten für die Dummheiten, Tollheiten und Anmaßungen oder die Träume und machtlüsternen Hoffnungen seiner Autoritäten.

(Hört! Hört! links.)

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) Das sei denen erwidert, die sich heute heuchlerisch hinstellen und erklären: wie haben wir es so herrlich weit gebracht unter dieser Erfüllungspolitik! Ja, diese Erfüllungspolitik ist die Erfüllung der Voraussetzungen, die Sie und Ihre Freunde durch Ihre Politik vor dem Kriege und während des Krieges geschaffen haben.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Meine Damen und Herren! Die Frage, die wir an die Regierung bezüglich ihrer weiteren Politik gerichtet haben, ist eigentlich sehr unvollkommen beantwortet worden. Der Herr Finanzminister Hermes hat sich die Beantwortung verhältnismäßig leicht gemacht. Er hat vorgelesen, was in den Noten steht, und hat den Inhalt dieses letzten Notenwechsels wiedergegeben, wobei er wohl von der Voraussetzung ausging, daß wir nicht Interesse genug an diesen Dingen hätten, um sie selber zu studieren. Wir verlangten nicht von ihm zu hören, was schon in den Zeitungen gestanden hat. Wenn das Interpellationsrecht des Parlaments nur darin besteht, daß die Regierung uns noch einmal erzählt, was wir vor vierzehn Tagen schon gelesen haben, dann ist dieses Interpellationsrecht allerdings „für die Katz".

(Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Was wir hören wollten, war etwas über die Gegenwarts- und die Zukunftspläne der Regierung, und wenn uns Herr Hermes versichert hat: über die Art der neuen Steuern ist in Paris nicht gesprochen worden, so wollten wir von ihm hören, wie sich denn die Regierung zu etwaigen neuen Steuern stellt, auch ohne daß sie in Paris besonders darüber gesprochen hätte, wie sich die Regierung überhaupt zu der gegenwärtigen Lage stellt, die durch die vorläufige Ablehnung einer inter-(B)nationalen Anleihe durch das Finanzkonsortium in Paris entstanden ist.

Meine Damen und Herren! Wir bekommen diese **internationale Anleihe** zunächst nicht. Der Ausgang der **Verhandlungen** war zunächst negativ. Aber die Begründung des negativen Entscheides der Finanzsachverständigen ist, glaube ich, doch von sehr großer positiver Bedeutung.

(Sehr wahr! links.)

Ich möchte so weit gehen, zu behaupten, daß die Begründung dieses ablehnenden Bescheides für uns beinahe so wertvoll ist wie eine positive Zusage des Finanzkonsortiums. Denn in dieser Begründung steht: Deutschland kann keine Anleihe bekommen, solange die Reparationsverpflichtungen bestehen, wie sie heute bestehen. Das ist der deutlichste Wink, ein Wink, auf den wir uns berufen können, daß diese Reparationsleistungen auf das Maß des Möglichen herabgedrückt werden müssen. Wir haben jetzt das Bündnis der finanziellen Vertreter der ganzen Welt mit den Ideen, die die deutsche Regierung und die auch wir vertreten haben, das Bündnis mit den Gedanken: wir erfüllen zwar, aber wir sind uns bewußt, daß wir bis zum letzten nicht erfüllen können! Das ist außerordentlich wertvoll. Aber soviel ich weiß, hat sich auch das Kabinett auf den Standpunkt gestellt: wenn auch die Anleihe abgelehnt wurde, es soll doch alles auf deutscher Seite geschehen, um das innere Budget des Deutschen Reichs in Ordnung und ins Gleichgewicht zu bringen. Nichts wäre auch verfehlter, als diesen Gedanken nicht zu vertreten; denn der so wohlwollende Bescheid der Finanzkommission in Paris enthält doch den sehr beachtenswerten Passus — beachtenswert für die Regierung, aber auch für die Rechtsparteien —:

Eine wesentliche Bedingung einer auswärtigen Anleihe zu jeder Zeit besteht darin, daß die (C) Öffentlichkeit unter dem Eindruck stehen muß, daß Deutschland selbst eine tatsächliche wesentliche Anstrengung unternimmt, seine öffentlichen Finanzen auf eine stabilisierte Unterlage zu bringen.

Ich glaube nicht, daß die Regierung das Kunststück fertig bringen wird, diese Stabilisierug **unserer öffentlichen Finanzen** durchzuführen, ohne in irgendwelcher Weise aufs neue an die Leistung des deutschen Volkes zu appellieren. Es wäre uns eben interessant gewesen, zu hören, wie die Regierung sich für diesen Fall, der so sicher kommt wie das Amen in der Kirche, diese öffentliche Leistung des deutschen Volkes denkt. Es wäre uns interessant zu hören, ob die Regierung damit einverstanden ist, daß man jetzt in dem Steuerausschuß versucht, an die Stelle der einen Goldmilliarde Zwangsanleihe die 60 Milliarden Papieranleihe zu setzen. Von außerordentlicher Wichtigkeit ist das Verhalten der Regierung in diesem Falle wegen des Eindrucks, den es nach außen hin machen muß, deshalb machen muß, weil von dort verlangt wird, es solle von der Regierung jede nur denkbare Anstrengung gemacht werden, um die öffentlichen Finanzen Deutschlands zu stabilisieren und die öffentlichen Finanzen — wenigstens stehen auf diesem Standpunkt vor allem die Engländer, die uns doch noch am wohlwollendsten, wenn ich mich so ausdrücken soll, gesinnt sind — nicht nur durch das Nachlassen der Reparationsleistung, sondern auch durch innere finanzielle Anstrengungen einem Gleichgewichtszustand näher zu bringen.

Ich weiß nicht, ob die Regierung uns noch einen Bescheid geben will, ich weiß nicht, ob die Regierung sich länger in diplomatisches Schweigen zu hüllen gedenkt. Vielleicht wird sie sagen: ihr werdet ja unsere (D) Taten sehen, deshalb wollen wir keine Worte machen. Wir lassen nur keinen Zweifel darüber — und mein Freund Levi hat es gestern schon ausgesprochen —: unsere ganze Stellung zu auswärtigen Politik der Regierung ist aufs engste mit der Stellung zu der **Finanzpolitik der Regierung** verknüpft, und ich glaube, es ist nur loyal von uns, wenn wir möglichst früh und möglichst immer wieder sie auf diesen engen Zusammenhang so deutlich als nur irgend angängig aufmerksam machen. Wollen Sie uns nicht antworten, weil Sie nicht so sagen wollen und nicht so sagen wollen, damit niemand nachher sagen kann, Sie hätten so oder so gesagt,

(Heiterkeit)

so können wir Sie natürlich nicht zum Reden zwingen. Der Moment wird ja kommen, wo Sie Farbe bekennen müssen. Wir bekennen diese Farbe schon heute und sagen Ihnen, wo Sie uns in diesem Moment je nach Ihrer dann eingenommenen Haltung finden werden.

Und nun komme ich mit einigen Worten zu Herrn Kollegen **Gothein**. Die Dinge liegen nicht so, wie er es dargestellt hat. Er hat es sich sehr leicht gemacht, als er sagte, Herr Dr. **Levi** habe erklärt: das Proletariat war am Kriege nicht schuldig, deshalb soll es keine Lasten tragen; Lasten an dem Kriege sollen die nur tragen, die den Krieg gewollt haben. Ja, so war es nicht.

(Abgeordneter Dr.-Ing. Gothein: Ich habe es mir sofort notiert!)

— Dann haben Sie ein schlechtes Stenographiesystem!

(Große Heiterkeit.)

Ich sage also: Herr Kollege Levi hat nicht daran gedacht, etwa eine Abstimmung darüber herbeizuführen, wer den Krieg gewollt hat, und wer den Krieg nicht gewollt hat, und dann zu sagen: nur diejenigen, die

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) ihn gewollt haben, sollen zahlen. In dem Fall — davon sind wir überzeugt — hätte kein Mensch den Krieg gewollt!

(Heiterkeit und Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr Dr. Levi hat nichts anderes gesagt, als daß diejenige Klasse, die für das Entstehen des Krieges die erste Verantwortung trägt, auch in erster Linie herangezogen werden soll

(sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

zu den Lasten, die aus diesem Kriege erwachsen, und daß das nicht die Arbeiterschaft ist, Herr Kollege Gothein, darüber werden wir wohl beide doch hoffentlich einer Meinung sein. Und wenn Sie von Drückebergerei des Proletariats gesprochen haben, so mache ich ausdrücklich darauf aufmerksam, daß mein Freund Levi gesagt hat: alle Schichten des deutschen Volks, auch die Arbeiterschaft, werden Lasten aus diesem Kriege zu übernehmen haben. Er hat nur verlangt, daß die Hauptlast in der Tat nicht von der Arbeiterschaft getragen werden soll, und ich meine, wir hätten doch etwas wie ein Recht zu fordern, daß heute die besitzenden Klassen diejenigen sein sollten, die das noblesse oblige gelten lassen müßten und nicht der Arbeiterschaft immer in der ihnen angeborenen Höflichkeit zurufen: „Nach Ihnen, meine Herren!“ Hat die Arbeiterschaft nicht schon genug gelitten unter diesem Kriege und seinen Folgen? Hat die Arbeiterschaft nicht die ungeheuersten Blutopfer zunächst einmal gebracht? Leidet die Arbeiterschaft nicht bis zum heutigen Tage in erster Linie unter der Papiergeldwirtschaft und der Inflation angesichts der Tatsache, daß die Löhne immer weit, weit hinter den Preisen hermarschieren?

(B) (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ist die Arbeiterschaft nicht in erster Linie herangezogen worden zur Bezahlung der direkten Steuern? Wir wollen über die Steuermoral hüben und drüben nicht reden, wir wollen uns nicht besser machen, als wir sind. Aber die Tatsache bleibt doch bestehen, daß die Möglichkeit, sich den Steuern zu entziehen, für die Arbeiterschaft, selbst wenn sie sie ausnutzen wollte, unendlich viel geringer ist als die Möglichkeit der Steuerhinterziehung für die Besitzenden.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und wenn wir uns unter diesen Umständen auf den Standpunkt stellen, daß jetzt diejenigen in erster Linie zahlen sollen und daß wir von der Regierung etwas hören wollen über ein nach dieser Richtung gehendes Steuer- und Finanzprogramm, daß diejenigen zahlen sollen, sage ich, die in erster Linie die Verantwortung für den Krieg tragen und die bisher nicht im gebührenden Maße herangezogen worden sind, so glaube ich, sollte auch vom demokratischen Standpunkt aus und von einem gerecht denkenden Standpunkt aus — und ich weiß, daß der Herr Kollege Gothein auf einen gerecht denkenden Standpunkt sich wenigstens zu stellen bemüht — ein volles Verständnis für unsere Auffassung bestehen.

Des weiteren hat der Kollege Gothein davon gesprochen — und das war ja einer der Gründe, weshalb wir die Frage an die Regierung stellten —: die Produktion muß gehoben werden, wir können nur leisten, wenn wir unsere Produktion stärken. Ganz richtig. Die Schlußfolgerungen nur sind bedenklich, die angestellt werden. Er hat sie nicht ausdrücklich ausgesprochen, aber er weiß, daß in seinen Reihen und anderswo Leute sitzen, die sie aussprechen, die sagen: weg mit dem Achtstundentag, die der Meinung sind, daß durch die Verknappung der Löhne der Arbeiterschaft die Produktion (C) gehoben werden könnte, und der Herr Kollege Gothein hat insbesondere die Arbeitsleistung beim Bergbau in die Debatte hineingezogen.

Ein kleiner Irrtum ist Ihnen da unterlaufen, Herr Kollege Gothein, ein Irrtum, der einem so eminenten Wirtschaftspolitiker wie Ihnen, als dessen ungeratenen Schüler ich mich gern bekenne,

(Heiterkeit)

nicht unterlaufen sollte. Herr Kollege Gothein hat nämlich von der Durchschnittsleistung der Arbeiter im Bergbau gesprochen und den Schluß gezogen, daß infolge des Rückgangs der Durchschnittsleistung die Kohlenförderung nachlasse. Es ist ihm das Malheur passiert, daß er die Übertagearbeiter und Untertagearbeiter dabei in einen Topf und in eine Rubrik gebracht hat, daß er es unterläßt festzustellen, daß die Zahl der Arbeiter unter Tage in der letzten Zeit stark zurückgegangen ist, daß infolge dieses Rückgangs der Untertagearbeiter, während die Übertagearbeiter in der alten Ziffer weiterarbeiten, selbstverständlich die Durchschnittsziffer der geförderten Kohle verhältnismäßig zurückgehen muß. Es ist von dieser Stelle auch vom Herrn Reichsarbeitsminister mehrfach zum Ausdruck gekommen, daß die Stundenleistung des Hauers unter Tage heute bereits wieder die Höhe der Stundenhauerleistung im Jahre 1913 erreicht hat. Daß die Bergarbeiter unter Tage abwandern, bestreitet Herr Gothein nicht. Er weiß auch, weshalb sie abwandern: weil sie in anderen Berufen, insbesondere im Baugewerbe, erheblich höhere Löhne erhalten

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

(D) als in der Bergwerksindustrie. Und daß in der letzten Zeit Unruhen entstanden sind, die dem Weitergang der Förderungen nicht günstig waren, wissen wir auch, meine Damen und Herren. Sie hängen zusammen mit den Tarifkämpfen, mit den Unsicherheiten über die Lohnfragen, die bei dem Ergebnis natürlich mitsprechen.

Endlich wird Herr Kollege Gothein nicht bestreiten, daß, selbst wenn man seine Ziffern zur Grundlage nimmt, im März beispielsweise die Förderung gegenüber dem Februar in die Höhe gegangen war und erst im April neuerdings etwas zurückging. Wie dem auch sei, auch Ihnen ist bekannt, daß in allen Ländern der Welt, in Frankreich, in den Vereinigten Staaten und England, die Kohlenförderung ganz allgemein nachgelassen hat im Vergleich mit dem Jahre 1913. Daher hätte ich gewünscht, daß gerade dieses Beispiel von dem Herrn Kollegen Gothein nicht angeführt worden wäre.

Wir sind der Meinung, die Produktionsfähigkeit der deutschen Arbeit stärkt man am besten dadurch, daß man dem deutschen Arbeiter ein genügendes Quantum höherwertiger Lebensmittel zuführt.

(Sehr richtig! links.)

Man stärkt sie am besten dadurch, daß man dem Arbeiter die Freude an seiner Arbeit gibt. Wir sind es nicht, die sie ihm nehmen, sondern das sind diejenigen, die ein schlemmerisches und prasserisches Leben führen, ohne die Finger dafür rühren zu brauchen, abgesehen vielleicht davon, daß sie ihre Coupons abschneiden müssen, während der Arbeiter für ein Existenzminimum oder für noch weniger zu schuften und zu fronden gezwungen ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Endlich noch ein letztes Wort zum Herrn Kollegen Gothein! Er hat gesagt, daß sein Arbeitstag nicht mit

(Dr. **Breitscheid**, Abgeordneter.)

(A) 8 Stunden begrenzt sei. Ich weiß das, und es gibt mehr Leute, nicht nur in Ihrer Partei, deren Arbeitstag sehr viel länger dauert, 12 Stunden und darüber. Aber, Herr Kollege Gothein, wir werden uns doch hoffentlich darin einig sein, daß unsere Leistungen, sagen wir überhaupt die Leistungen der geistigen Arbeiter, nicht mit den Leistungen des Proletariers in der Industrie und im Bergbau zu vergleichen sind,

(Abgeordneter Dr.-Ing. Gothein: Na, na!)

Nicht wegen der körperlichen Anstregung an und für sich, sondern deshalb, weil wir eine Arbeit tun, an der wir eine natürliche und angeborene Freude haben, über die wir eine innere Befriedigung empfinden, weil wir sehen, wie wir etwas vor uns bringen, wie etwas wird und entsteht, weil das Produkt dieser Arbeit uns eine geistige Befriedigung und ein geistiger Genuß ist.

(Sehr richtig! links.)

So können wir leicht über 8 Stunden hinaus arbeiten, weil uns die Arbeit Erholung und Glück ist. Aber für Proletarier in der Werkstatt und bei der Grubenarbeit ist die Arbeit nicht Glück, sondern sie ist Fron, ist Strafe. Der Arbeiter muß die Tätigkeit verrichten, um das Notwendigste, um das trockne Brot, um die Nahrung für sich und seine Familie zu erwerben.

(Sehr wahr! links.)

Diesen Unterschied sollten wir doch wahrhaftig im Auge behalten, wenn wir über den Achtstundentag reden, wenn wir davon sprechen, daß für uns der Arbeitstag länger als 8 Stunden dauert.

Meine Damen und Herren! Ich komme nun noch zum Schluß auf einige Fragen zurück, die mein Kollege Levi gestern an die Regierung gestellt hat und die nicht beantwortet worden sind. Die Fragen bezogen sich auf die psychologische und die politische Seite der Erfüllungspolitik. Davon haben wir in der Antwort des (B) Herrn Finanzministers kein Sterbenswörtchen gehört. Es ist gesagt worden, die auswärtige Politik muß ein Ganzes sein; es ist darauf hingewiesen worden, daß gewisse Vorgänge in unserer inneren Politik in einem schreienden Gegensatz stehen zu den Absichten, die die Regierung in ihrer Politik verfolgt. Es ist gefragt worden, ob man glaubt, daß wir im Ausland moralische Eroberungen machen, wenn wir den Kapp-Offizier Löwenfeld zum Kommandanten eines Kreuzers machen, der in die Welt hinausfahren soll; es ist gefragt worden — und ich wiederhole es hier —, ob man glaubt, daß der Verständigungswille der Franzosen stärker werden könnte, wenn wir auf diese Weise in unserer inneren Politik den alten Militarismus wieder in die Halme schießen lassen, wie wir es gerade in den letzten Wochen gesehen haben. Und wenn es wahr ist, daß am 28. Juni die nationalgesinnten Soldaten Erinnerungskundgebungen veranstalten wollen gegen den Versailler Friedensvertrag, wenn sie die Gelegenheit zu einer großen Hetzkampagne benutzen wollen; wenn es wahr ist, daß man heute unter ihnen schon die berühmten Kuntze-Knüppel verteilt, damit sie die Saal- und Versammlungsgewalt ausüben können; wenn es wahr ist, daß draußen in Döberitz die ehemaligen Lichterfelder Kadetten und andere Formationen heimliche Nachtübungen veranstalten können; wenn es wahr ist, daß die Regimentsfeiern nichts anderes sind als Appellversammlungen der Monarchisten und der Militaristen — ja, so wundern Sie sich nicht, wenn Ihre Erfüllungspolitik drüben nicht den gewünschten Erfolg zeitigen kann. Erfüllungspolitik muß etwas Ganzes sein, sie beschränkt sich nicht nur auf das Finanzielle, sie hat das Politische, sie hat das Psychologische mit einzubegreifen, und ich spreche es hier offen aus: unsere ganze Reichswehr mit ihren monarchistischen Offizieren und ihrem Treiben ist eine Gefahr für die internationale (C) Verständigung.

(Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Und unser Reichswehrminister, der Herr Geßler, ist eine der größten Gefahren für diese Verständigung.

(Lachen bei den Deutschen Demokraten. — Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir hörten es gern von der Regierung, wie sie sich zu diesen Dingen stellt, wie sie glaubt, sie in Einklang bringen zu können mit ihrer, wie ich ohne weiteres annehme, ehrlichen Absicht, eine Verständigung herbeizuführen.

So also ist unsere Auffassung. Unsere auswärtige Politik hängt aufs innigste zusammen mit der Finanzpolitik, die die Regierung einzuschlagen gedenkt. Wir haben aufs neue den Antrag eingebracht, der Ihnen schon mehr oder weniger bekannt ist, der Antrag über die Erfassung der Sachwerte, weil wir überzeugt sind, wir kommen nicht auf anderem Wege zu der Stabilisierung der öffentlichen Finanzen im Deutschen Reich. Wir bitten Sie, diesen Antrag an die entsprechende Kommission zu verweisen. Wir sind bereit, die Verständigungspolitik der gegenwärtigen Regierung nach außen hin zu unterstützen. Wir sind des Glaubens, daß sie langsam, aber sicher zu einem Erfolge führen wird. Wir sind des Glaubens, daß wir nicht immer auf Poincaré und auf den bloc national zu stieren haben, sondern daß wir zu schauen haben auf das französische und auf das englische Volk in ihrer großen Gesamtheit. Von dieser Stelle aus haben vor etwa acht Tagen Franzosen Worte der Verständigung gesprochen, Worte der Freundschaft gefunden; von dieser Stelle aus, von der so oft ein Haßgesang hinaus in die Welt geklungen ist. Es waren nicht (D) Sozialisten. Gewöhnlich pflegen Sie ja zu sagen, nur die Sozialisten seien es, die ein gewisses Verständnis für internationale Zusammenhänge hätten. Nein, es waren zum guten Teil bürgerliche Politiker, Anhänger der **Ligue des droits de l'homme**, jener Liga, die in Frankreich, was dort viel heißen will, über hunderttausend organisierte Mitglieder zählt. Sie sind herübergekommen, nicht um uns sogleich positive Ergebnisse auf den Tisch zu legen, aber um an ihrem Teil mit dazu beizutragen, daß die Atmosphäre zwischen uns und Frankreich verbessert wird. Wir haben die Verbesserung dieser Atmosphäre nötig; denn aus dieser Atmosphäre heraus allein kann der Geist des beiderseitigen Verständigungswillens erweckt werden. Wir wollen ihn gepflegt sehen. Wir als Sozialisten sind der Überzeugung: der Friede der Welt wird dauernd erst dann auf eine sichere Basis gestellt werden können, wenn das System des Kapitalismus überwunden ist. Aber solange wir in diesem Zustand leben, sind wir auch bereit, alle Verständigungsversuche, von wo sie auch immer kommen mögen, zu fördern und zu unterstützen. Voraussetzung dafür ist, daß von uns das erfüllt wird, was Karl Marx in der Inauguraladresse seinerzeit aussprach, daß wir die Diplomatie und die Aktionen der verschiedenen Regierungen überwachen. Voraussetzung für dauernden Erfolg ist — das muß auch in diesem Augenblick wiederholt werden —, daß das Proletariat aller Länder an dieser Arbeit überall an seinem Teile zusammenarbeitet, das Proletariat aller Länder, das da weiß, daß die auswärtige Politik nur ein Ausschnitt ist aus seinem großen die Welt umspannenden Klassenkampf.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(A) **Präsident:** Meine Damen und Herren! Ich wollte dem Hause eigentlich vorschlagen, noch einen weiteren Redner zu hören. Ist das Haus damit einverstanden?

(Zustimmung.)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dauch.

Dauch, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine politischen Freunde billigen im großen und ganzen die Antwort, welche von der Regierung auf die drei Interpellationen hinsichtlich einer beabsichtigten Neutralisierung des Rheinlandes, der Zerstörung von Eisenbahnbauten im besetzten Gebiet und über die Verhältnisse im Saargebiet abgegeben worden ist. Aber wir sind der Meinung, daß die Regierung das tatsächliche Vorhandensein der Gefahr, die in einer zweifellos beabsichtigten **Neutralisierung des Rheinlandes** liegt, etwas zu leicht genommen hat. Ich verweise deswegen noch besonders auf die heutigen Nachrichten, die Sie in der „B. Z." finden. Vor allen Dingen waren die Äußerungen der Regierung in etwas reichlich konjunktive Form gekleidet. Wir hätten an manchen Stellen gern deutlichere Worte gehört. Den größten Wert legen wir aber darauf, daß die Regierung nun auch unbedingt festhält an dem, was sie uns zugesagt hat, und alle Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, anwendet, um unserem Recht in vollem Umfang Achtung zu verschaffen.

Das Erhebendste, was wir gestern gerade bei diesen Interpellationen gehört haben, betrifft die vorbildliche Treue und das herrliche Verhalten der Bevölkerung, die heute unter der fremden Besatzung schwer leidet, und wir sind stolz auf diese unsere Landsleute im besetzten Gebiet, die ein leuchtendes Beispiel für uns alle hier im Lande sind.

(B) Die beiden anderen Interpellationen stehen in nahem Zusammenhang mit den Verträgen, die uns zur Beschlußfassung vorliegen, und diese stehen wieder ihrerseits in engster Beziehung zu dem gesamten Reparationsproblem. Es handelt sich dabei um eine ganz ungeheuer verzweigte Materie. Die Auswirkung des Wiesbadener Abkommens und der anderen Verträge ist außerordentlich schwer zu übersehen. Deshalb bedauern wir es, daß uns diese Verträge so spät vorgelegt worden sind und eine so schnelle Entscheidung gefordert wird. Im Auswärtigen Ausschuß haben wir sie allerdings teilweise gekannt, aber wir waren durch die Vertraulichkeit gebunden und konnten uns nicht so eingehend wirtschaftlich und außenpolitisch informieren, wie das erforderlich wäre. Wir müssen dagegen Verwahrung einlegen, wenn die Dispositionen der Regierung dazu führen, daß auch dem Reichstag gegenüber eine Politik der Termine getrieben wird.

Ich will nicht in eine Erörterung darüber eintreten, ob völkerrechtlich das **Wiesbadener Abkommen** noch einer **Ratifizierung des Reichstags** bedarf. Was uns hier interessiert, ist, ob die Regierung dem Reichstag gegenüber im Rahmen ihrer Befugnisse geblieben ist, und da möchte ich wiederholen, was wir schon an anderer Stelle sehr deutlich zum Ausdruck gebracht haben, nämlich, daß die Unterschriften unter dem Versailler Vertrag und unter dem Londoner Ultimatum für uns keine generelle Vollmacht der Regierung bedeuten, Verträge abzuschließen, die schwere Eingriffe in unser Wirtschaftsleben darstellen oder gar über jene Verträge hinausgehen. Es ist hier behauptet worden, Wiesbaden ginge nicht über den Versailler Vertrag hinaus. Ich werde mir erlauben, nachher kurz zu beweisen, daß dem doch so ist. Wenn aber jetzt die Ratifikation vom Reichstag nur deshalb verlangt wird, weil die französische Kammer eine Ratifizierung dieses Abkommens für notwendig erachtet, ja, dann ist dieser Umstand für den Reichstag selbst eigentlich nebensächlich.

Was nun das **Wiesbadener Abkommen** selbst anlangt, so ist es in einer Zeit entstanden, in der die Verhältnisse anders lagen als heute. Seit seinem Abschluß hat ja unsere Regierung im Dezember erklärt, daß wir das Londoner Ultimatum nicht einhalten könnten. Wir haben damals um ein Moratorium nachgesucht. Also der Abschluß des Wiesbadener Abkommens erfolgte unter Verhältnissen, die für heute nicht mehr zutreffen. Die ganze Situation ist eine andere geworden. Wenn wir uns aber heute doch noch mit dem Wiesbadener Abkommen speziell beschäftigen müssen, so deswegen, weil trotz des Gillet-Abkommens, das ja das Wiesbadener Abkommen noch besonders bestätigt und es nur teilweise abändert, das Wiesbadener Abkommen selbst jederzeit wieder unverändert in Kraft tritt, sobald das Gillet-Abkommen gekündigt werden sollte. Das Wiesbadener Abkommen läuft heute noch zwei Jahre, selbst wenn wir es kündigen wollten; für drei Jahre ist es von der Reparationskommission gebilligt, und wenn uns auch auf zwei Jahre formell eine Kündigung zusteht, so würden wir tatsächlich wohl schwer zu einer solchen Kündigung kommen, falls dann wieder der nötige Druck von der anderen Seite dahintergesetzt werden sollte, daß wir es weiter in Kraft belassen. Vier Jahre lang während des Krieges war das Kennzeichen des deutschen Volkes die Widerstandskraft, heute leider Gottes die Nachgiebigkeit. Was kann außerdem in zwei, drei Jahren alles passieren? Sehen wir nur einmal, wohin wir gekommen sind in einem Jahre: Allein an Volksvermögen sind wir mindestens — das ist wenig gerechnet — um 10 Goldmilliarden ärmer geworden.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wiesbaden wandelte einen Teil der uns aufgezwungenen Goldzahlungen in Sachlieferungen um. Theoretisch betrachtet ist diese Umwandlung ein Vorteil, aber nur dann, wenn es sich dabei um eine Aufgabe für die Erfüllung eines Möglichen handelt. Unter dieser Vorbedingung wäre eine solche Umwandlung ein Vorteil. Devisenkauf ruiniert die Währung und damit die wirtschaftlichen Grundlagen schneller, als Sachlieferungen es tun, weil man die Devisen, die eine Art fremde Ware darstellen, von anderen kaufen muß, welche die Preise dafür bestimmen, während Sachlieferungen den Absatz eigener Ware ermöglichen und gleichzeitig die Verwandlung heimischer Werte, besonders unserer Arbeit, in Gold.

Würde es sich also um die Lösung einer möglichen Aufgabe handeln, das heißt, würde der Umfang der uns auferlegten Leistungen unserer Wirtschaftskraft angepaßt sein und diese nicht gleichzeitig zerstören, dann würde man von einer Verbesserung reden können. Das ist hier aber nicht der Fall. Meine Damen und Herren! Wenn neben 720 Goldmillionen in bar noch 1450 Goldmillionen in Sachlieferungen verlangt werden, dann geht das weit, weit über unsere Wirtschaftskraft, führt zu deren Zerstörung und damit zu katastrophalen Folgen; denn wir müssen ja schließlich die Sachleistungen in unserem Inland bezahlen, und zwar aus unserer Substanz, weil wir nicht genügend neue, tatsächliche Werte schaffen können!

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Diese Umwandlung der Barzahlungen in Sachleistungen ist also praktisch genommen für uns selbst kein Vorteil, sondern vielmehr ein Mittel zugunsten unserer ehemaligen Feinde, dazu angetan, die Katastrophe unserer Wirtschaft hinauszuzögern, um inzwischen große Teile unserer Substanz in die Taschen unserer ehemaligen Gegner zu leiten und unsere Lieferanten dafür mit Papiergeld, das immer wertloser wird, abzufinden, also

(Dauch, Abgeordneter.)

(A) für uns eine Umwandlung tatsächlicher Werte in Scheinwerte. Dann kommt der Zusammenbruch; wir sind verarmt, der Betriebsmittel beraubt, haben nichts erreicht und unsere Schulden behalten; denn was wir geleistet haben, war nur die teilweise Bezahlung unserer Schuldzinsen.

Ich will Ihnen dafür einmal ein praktisches Beispiel geben. Nehmen wir an, ein Bauer sollte 10 000 Goldmark in Goldstücken bezahlen. Er hat keine Goldstücke, sondern nur sein kleines Anwesen. Für dessen Betrieb hat er ein Pferd, vier Kühe, eine Ziege usw. Man gewährt ihm eine Atempause, er muß die Schuld verzinsen, und als Teilzahlung nimmt man ihm das Pferd weg. Der Bauer arbeitet weiter und pflügt mit den Kühen. Die Kühe geben weniger Milch; der Acker weniger Ertrag. Er kann aus dem Ertrag weniger Bargeld als früher aufbringen. Er muß aber zahlen und gibt daher eine Kuh weg. Der Ertag wird wieder geringer. Er kommt schließlich auch noch mit einer Kuh aus, ohne zu verhungern, und schließlich auch noch mit einer Ziege. Seine Familie ist allerdings inzwischen zugrunde gegangen. Der Acker liegt brach, und schließlich sitzt er da und hat selbst nichts mehr zum Leben. Das Anwesen ist wertlos, die Schulden sind geblieben. — Meine Damen und Herren, das ist unsere Zukunft bei den Sachlieferungen!

Dann bedeutet Wiesbaden aber auch eine **Zwangslieferung**, die unserer **Industrie**, unseren produktiven Ständen auferlegt wird. Es wird nämlich eine Form der Preisfestsetzung gewählt, die den eigentlichen Wertverhältnissen ganz entgegengesetzt sein kann. Diese Kombination bedeutet einen Eingriff in Privatrechte, in das Privatvermögen. Aus diesem Grunde schon geht Wiesbaden über Versailles hinaus. Denn **Temperley** schreibt in seinem Kommentar zum Versailler Vertrag **über die Rechte der Entente**: Private property is absolutely excluded. **Privateigentum** ist vollkommen frei und unbelastet. Durch diese Zwangslieferung in Verbindung mit der Zwangspreisfestsetzung und Zahlungsweise entsteht ein Eingriff in die Privatrechte und das Privatvermögen einzelner deutscher Staatsbürger.

(B) Die Nachteile von Wiesbaden sehe ich auch in seinen **technischen Schwierigkeiten**. Es soll da eine neue gewaltige Zwangsorganisation entstehen, eine neue Bureaukratisierung, die selbstverständlich sehr wenig leistungsfähig sein würde, so daß Frankreich selbst sich nun veranlaßt gesehen hat, jetzt das Gillet-Abkommen zu schließen, um eben tatsächlich mehr Sachlieferungen zu erlangen. Dem Kollegen Stampfer möchte ich auf seine Ausführungen das Folgende erwidern. Das Organisieren an und für sich ist allerdings eine Stärke der Deutschen. Aber es ist im Kriege und nach dem Kriege auf Irrwege geraten. Im Kriege dienten die geschlossenen Organisationen in der Hauptsache zur Erfassung, zur gerechten Verteilung und zur Regulierung der Preise des Vorhandenen. Heute sollte dagegen eine Organisation das Hauptziel haben, eine größere und billigere Produktion herbeizuführen. Aber eine Organisation muß sich dem Organischen anpassen, selbst etwas Organisches sein, nicht aber, wie es vielfach ist, nur die Qualitäten einer Maschine besitzen. Der Organismus baut sich im Betrieb stets von selbst wieder auf und erneuert sich, während die Maschine sich abnutzt. Insofern unterscheiden sich unsere neuzeitigen sogenannten Organisationen vielfach vom eigentlichen Wesen der nutzbringenden Organisation; und gerade die im Wiesbadener Abkommen verankerte Zwangsorganisation ist ein solches gekünsteltes, steriles Gebilde. Der verhängnisvolle Drang, unsere Wirtschaft

(C) in solche Organisationen zu zwingen, muß zu einer Schematisierung unserer ganzen Wirtschaft führen. Die Wirtschaft wird dann selbst zur Maschine, der immer eins fehlen wird, nämlich die Triebkraft individueller, schöpferischer Initiative, das einzige, was überhaupt Produktivität gewährleistet.

Wenn man sich schon wirtschaftlich auf solchen Irrwegen bewegt — wie dies unser Herr Außenminister vielfach tut, auch bei diesem Abkommen getan hat —, dann wird es besonders gefährlich, wenn solche Theorien auch die Politik beeinflussen. Napoleon hat einmal das Wort geprägt: Die Politik ist das Schicksal. Dr. **Rathenau** hat gesagt: **Die Wirtschaft ist das Schicksal**. Ich bin nach Tradition und Beruf gleich unserem Herrn Außenminister ein ausgesprochener Wirtschaftler. Trotzdem halte ich jene Umgestaltung des napoleonischen Wortes durch Dr. Rathenau für vollkommen falsch. Gewiß, **Politik und Wirtschaft** gehören zusammen, sind organisch eins. Und gerade, daß man in früheren Zeiten die Tatsache dieses organischen Eins zugunsten der Politik vielfach übersehen hat, hat in und vor dem Kriege zu großem Schaden geführt. Aber auch als ausgesprochener Wirtschaftler stehe ich nicht an, zu erklären, daß der Politik immer das Primat zukommt, daß sozusagen Politik in dem Organismus der Geist ist, Wirtschaft der Körper. Sie können sich nicht trennen, aber es ist der Geist, der sich den Körper baut. Durch jene nach meiner Meinung falsche Einstellung Dr. Rathenaus und anderer sind wir auch zu einer Schematisierung politischer Probleme gekommen, des ganzen Reparationsproblems, ebenso des Wiesbadener Abkommens und der anderen Verträge.

(D) Dieses Wiesbadener Abkommen ist für das Reich eine Option Frankreichs auf unbestimmte Güter und Mengen mit der bereits erwähnten Zwangspreisfestsetzung. Frankreich braucht nicht abzunehmen; Deutschland muß liefern; mit andern Worten: Frankreich erwirbt durch Wiesbaden eine Option auf die Weltkonjunktur. Wir sind ausgeschaltet, wenn eine gute Weltkonjunktur kommt, bei der wir uns etwas erholen könnten. Frankreich dagegen kann dann die Welt beliefern, und wir müssen seinen inneren Bedarf decken.

Das Verderblichste am Wiesbadener Abkommen sehe ich in der **Kreditgewährung an Frankreich**.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir, das vollkommen verarmte Deutschland, belastet mit Unsummen, wir sollen noch für lange Jahre den Bankier Frankreichs spielen für 5 Prozent jährliche Zinsen! Wir bezahlen heute hier selbst in unserer Wirtschaft über 10 Prozent Zinsen, und dort sollen wir Geld auf lange Jahre zu 5 Prozent zur Verfügung stellen! Alles in allem wird bei solchen Bedingungen keiner von uns erwarten können, daß wir das Wiesbadener Abkommen, welches jeden Tag ohne Abänderung aktuell werden kann, annehmen. Dabei gilt das sogenannte Moratorium nur für 1922.

Was nun das **Bemelmans-** und das **Gillet-Abkommen** betrifft, so ist **der freie Verkehr**, der diesen beiden Abkommen zugrunde liegt, theoretisch allerdings ein Vorteil, aber genau in dem Sinne, wie ich ihn bei den Goldzahlungen und Sachlieferungen erläutert habe, nämlich nur im Rahmen des Möglichen. Im Rahmen des Unmöglichen ist gerade der freie Verkehr ein Instrument zu unserer besseren Aussaugung.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Dann tritt durch die neuen Verträge der Wiederaufbaugedanke in den Hintergrund. Das ist eine Gefahr für die ganze Welt; denn wir werden die Industrieverhältnisse der ganzen Welt erschüttern, wenn unsere Waren zu anderem als zum Wiederaufbau benutzt werden können.

Es ist außerordentlich schwer, in der Öffentlichkeit

(Dauch, Abgeordneter.)

(A) die Gefahren zu besprechen, die uns durch jene Verträge drohen. Ich habe sie im Auswärtigen Ausschuß dargelegt. Man darf aber an dieser Stelle, wo sich jeder der Verantwortlichkeit bewußt sein muß, die er trägt, manches nicht berühren, muß manches verschweigen, um nicht selbst vielleicht gar dadurch die Wege zu weisen, wie noch größerer Schaden für uns entstehen kann. Gewiß, der deutsche Lieferant ist frei. Aber die Verhältnisse sind häufig stärker als die Menschen, und der deutsche Lieferant wird dann meist nur so handeln, wie es sein persönliches Interesse gebietet, nicht aber, wie das Staatsinteresse es erheischt. In diesem Umstande sehe ich ungeheure Schwierigkeiten und Gefahren für unser Staatsinteresse.

Von unserem augenblicklichen Export können wir nichts für Kontributionssachleistungen hergeben; denn womit sollten wir dann Lebensmittel und Rohstoffe einkaufen und die Goldzahlungen leisten? Wir würden das auch mit dem Verlust der wenigen Absatzgebiete, die uns geblieben sind, bezahlen. Die Welt ist uns durch den Versailler Vertrag zur Hälfte verschlossen. Nun hofft unsere Regierung, die erzwungenen Sachlieferungen durch einen **Zusatzexport** zu decken. Das ist bei unserer augenblicklichen Wirtschaftslage eine vollkommene Unmöglichkeit. Unsere Wirtschaftskapazität ist nicht mehr zu steigern, wenn nicht gewisse Beschränkungen und Belastungen aufgehoben werden, die nun einmal auf uns ruhen. Wenn wir unsere Produktionsmittel nur mit 80 oder manchmal 60 Prozent ausnützen können anstatt mit 100 Prozent, dann ist es einfach ausgeschlossen, daß viele Industrien überhaupt noch bestehen und ihre Kosten decken können.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Dann stehen aber auch noch viele parteipolitische Doktrinen und Dogmen der notwendigen **Erhöhung unserer Produktion** im Wege. Herr Kollege Gothein hat das schon (B) in bemerkenswerter Weise näher ausgeführt und hat dabei Widerspruch auf der linken Seite gefunden. Ich würde wahrscheinlich noch viel stärkerem Widerspruch begegnen, und ich will daher nur betonen, daß ich mich dem, was er in dieser Beziehung gesagt hat, vollkommen anschließe. Wir haben auch kein genügendes Betriebskapital, wir haben die größten Kreditschwierigkeiten im Innern, um unsere Betriebe aufrechtzuerhalten, unser Wirtschaftskörper ist beängstigend blutleer geworden. Jetzt kommt außerdem noch die Zwangsanleihe, die für unsere Volkswirtschaft in ihrem augenblicklichen Zustand eine Belastung ohnegleichen darstellt. Die Regierung hat immer und immer wieder die Wirtschaftskraft des deutschen Volkes überschätzt. Sie hat sich in dieser Beziehung einem Optimismus hingegeben, den man nicht verstehen kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie hat vielfach ungefähr so gehandelt wie jemand, der seine Verhältnisse zu bessern gedenkt, indem er sich ein Lotterielos kauft und annimmt, er würde nun sicher bald besser dastehen. Aber diese Lotterielose sind nichts anderes als Einlaßkarten ins Armenhaus gewesen.

Wer garantiert uns, daß nicht dennoch ein Wiederexport unserer Waren durch Frankreich der andere Länder ermöglicht wird, daß man uns mit unseren eigenen Waren in anderen Gebieten der Welt Konkurrenz machen wird? Gewiß stehen in den Verträgen Bestimmungen, die das verhindern sollen; aber schon eine richtige Kontrolle wird außerordentlich schwer für uns sein.

Und welchen wirklichen Schutz und welche Sicherheiten haben wir denn im Grunde genommen, wenn wir auch nachweisen können, daß unsere Gegner sich nicht an den Vertrag gehalten haben? Die höchste Instanz ist nach dem Abkommen die Reparationskommission, die doch als Partei entscheidet, ob wir recht haben oder nicht. Welche Erfahrungen haben wir nicht nur allein in der (C) Reparationskommission, sondern überhaupt mit allen unseren ehemaligen Feinden gemacht? Auch mit dem sogenannten Völkerbund? Zuerst beim Waffenstillstand, der anders, ganz anders ausfiel als in den 14 Wilsonschen Punkten vorgesehen; dann Versailles, dann London, dann Oberschlesien, Sanktionsdrohungen! Niemals eine Berücksichtigung des Art. 234 des Friedensvertrages, Antastung unserer Souveränität; neue Steuern sollen uns aufgezwungen werden, einer Finanzkontrolle sollen wir zustimmen, und die Reparationskohle — die nur als Ersatz für die geringere Förderung der beschädigten französischen Kohlengruben dienen sollte — wird von Frankreich, das in Kohlen schwimmt, in großem Umfange und mit beträchtlichem Nutzen weiterverkauft.

Was in den Rheinlanden und dem Saargebiet gegen alles Recht passiert, das haben wir erst gestern wieder gehört. Wo ist denn irgendwelche Garantie, die uns selbst der beste Vertrag geben könnte? Wir können so viel Verträge schließen, wie wir wollen; wir sind dadurch nie gesichert und immer nur einseitig gebunden. Die anderen gehen lachend über unser Recht hinweg.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Die einzige wirkliche **Garantie für eine Einhaltung der Verträge** besitzen wir nicht; wir haben keine Macht.

Wenn von der linken Seite gesagt wird, daß wir durch den verlorenen Krieg allein diese gewaltige Last auf uns ruhen haben, so ist das absolut ein Irrtum. Darf ich Ihnen sagen, was Keynes darüber in seinem Buche schreibt, nachdem er gesagt hat, daß unsere ehemaligen Feinde überhaupt über einen Ersatz der unmittelbaren Materialschäden nicht hinausgehen wollten! Es war das zur Zeit des Waffenstillstandes. **Keynes** schreibt wörtlich: „Einen Monat später war die Atmosphäre vollkommen verändert. Wir hatten entdeckt, wie hoffnungslos die deutsche Lage in Wirklichkeit war, eine Entdeckung, die wohl einige, nicht alle vorher gesehen hatten, aber auf die (D) keiner mit Sicherheit gerechnet hatte." — Die Revolution war nämlich inzwischen ausgebrochen. Das war es, was unsere Gegner, als sie sahen, daß wir nun ganz machtlos waren, zu jenen gewaltigen, unerträglichen Forderungen kommen ließ,

(sehr richtig! rechts)

die wir heute auf uns fühlen. Das soll man nie und nimmer vergessen!

(Sehr richtig! rechts.)

Der Art. 15 des Bemelmans-Abkommens, wonach Nachlässe und Vorteile den Käufern von Kontributionswaren gewährt werden können, räumt eigentlich unseren Gegnern alles ein. Sie können tun, was sie wollen.

(Sehr richtig! rechts.)

Auch die deutsche Außenhandelskontrolle wird durch diese Verträge verewigt und verankert. Dabei sind für Kontributionswaren Termine angesetzt, die von uns eingehalten werden müssen. Was wird da die Folge sein? Daß der legitime Handel ewig warten kann, bevor er eine Ausfuhrbewilligung bekommt. Denn zuerst werden immer die Reparationssachlieferungen abgefertigt werden.

Aber zur Hauptsache, meine Damen und Herren: wie und **in welcher Weise sollen wir** denn **diese Sachlieferungen bezahlen?** Woher sollen wir denn jetzt die Gelder nehmen, nachdem wir noch eine Bindung hinsichtlich der Beschränkung unserer schwebenden Schuld eingegangen sind? Neue Steuern sind ausgeschlossen. Es muß also doch wieder neues Papiergeld ausgegeben werden. Eine größere Inflation entsteht, eine neue Geldentwertung mit allen ihren Nachteilen, leider auch ihren Verhetzungen, die in der Hauptsache bloß deshalb möglich sind, weil unser falscher Wertmesser, die Reichsmark, der immer schwankt, der ein Gummiband geworden ist, fast allen falsche Wirtschaftsbilder vortäuscht.

(Dauch, Abgeordneter.)

(A) Herr ten Hompel hat ein hohes Lied auf die bisherige Erfüllungspolitik gesungen. Es ist vielleicht heute nicht am Platze, darauf so zu antworten, wie man antworten könnte. Denn ich stehe auf dem Standpunkt, daß es außerordentlich bedauerlich ist, daß das Reparationsproblem, eine Sache, die uns alle angeht und unser ganzes Leben bestimmt, nicht etwa zu einer gemeinsamen Abwehrfront führt, sondern zum Tummelplatz für die Austragung innenpolitischer Gegensätze benutzt wird.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Das liegt hauptsächlich daran, daß die wenigsten von uns unsere tatsächliche Wirtschaftslage richtig einschätzen. Viele erkennen nicht einmal das Wesen der Wirtschaft, sondern arbeiten, wie wir es soeben erst vom Herrn Vorredner gehört haben, mit Begriffen, die sie scheinbar nicht begriffen haben, und die sie dabei fortwährend im Munde führen.

Ein anderes noch: wir spielen durch diese **Behandlung des Reparationsproblems** das Spiel unserer ehemaligen Feinde. Gerade, was Dr. Breitscheid über die Erfassung der Sachwerte gesagt hat, es ist doch nichts anderes als ein Spiel, das die Entente nutzt.

Kapital und Arbeit sind eins, Unternehmer und Arbeiter ein Organismus. Weder die Frage des Wiederaufbaus unserer Wirtschaft, noch das Reparationsproblem ist unter dem Gesichtswinkel des Klassengegensatzes zu lösen. Entweder leben die Klassen in Deutschland miteinander oder sie sterben miteinander. Ihr Siechtum (nach links) ist unser Siechtum, unser Siechtum ist Ihr Siechtum. Keiner von uns kann den anderen lange überleben.

Wirtschaftlich steht es für uns vollkommen fest, daß eine Atempausenpolitik, wie sie sich in diesen neuen Verträgen dokumentiert, uns keine Rettung und Hilfe bringen kann. Nur eine baldmöglichste Lösung des Reparationsproblems in seiner Gesamtheit kann der Welt (B) und uns die Gesundung bringen. Dafür ist eine vollkommene Veränderung der Bestimmungen des Versailler Vertrages notwendig. Wie sollen wir gesunden, solange die jetzigen Besatzungskosten auf uns lasten, überhaupt die Besetzung deutschen Gebiets, die nichts anderes ist als eine Dauersanktion? Wie können wir unter den Beschränkungen des Friedensvertrages überhaupt zu einem Wiederaufbau kommen? Und jetzt ist die beste Basis gegeben, um dieses Problem aufzurollen. Das **Gutachten des Anleihekomitees,** das von der Reparationskommission selbst berufen worden ist, bildet geradezu eine Aufforderung zur Aufrollung der ganzen Frage. Wenn aber der Herr Kollege Gothein gemeint hat, in diesem Gutachten stände, daß die Atmosphäre für eine Anleihe und für eine Verständigung günstiger geworden sei, so muß ich sagen: er hat dieses Gutachten falsch gedeutet, wenn er dadurch die bisher geführte Politik unserer Regierung rechtfertigen wollte. In Wirklichkeit ist in dem Gutachten gar nicht gesagt, daß die Atmosphäre in diesem Sinne besser geworden wäre, sondern es heißt in dem Gutachten wörtlich:

> Rein finanzielle Bedingungen sind jetzt der Ausgabe solcher Anleihen entschieden günstiger als zu irgendeiner Zeit seit dem Kriege.

Das heißt mit anderen Worten: es handelt sich nicht um eine günstigere Atmosphäre, welche die Politik unserer Regierung geschaffen hat. Blicken Sie doch in die Zeitungen! Tägliches Geld kostet heute an der New Yorker Börse 3 Prozent. Deshalb ist heute eine Anleihe leichter zu finden, nicht aber als Folge der Erfüllungspolitik.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber was steht denn in jenem Gutachten, was liegt in den Worten des Gutachtens? Nicht einmal eine Anleihe, von der man bei uns geträumt und gehofft hat, nämlich eine Anleihe von 5 Milliarden Goldmark, haben wir erhalten. Was bedeuten denn 5 Milliarden Goldmark? An Amortisation und Zinsen ist das ein (C) eventueller jährlicher Aufwand von 500 Millionen Goldmark. Nicht einmal das wird uns zugetraut! Dabei zeichnen wir jetzt Verträge, die 2170 Millionen Goldmark jedes Jahr aufbringen sollen.

(Abgeordneter Dr. Helfferich: Sehr richtig!)

Und das bezeichnet die Reparationskommission als eine angemessene Erleichterung!

Meine Damen und Herren! Eine stärkere Verurteilung der Reparationskommission als die Feststellung dieser Tatsache kann es überhaupt nicht geben.

(Sehr wahr! rechts.)

Gerade diese Tatsache hat die Reparationskommission in den Augen der Welt gerichtet.

(Zustimmung rechts.)

Die Reparationskommission behauptet, daß der Art. 234 des Versailler Vertrags voll berücksichtigt ist. In dem Gutachten des Anleihekomitees wird im Sinne dieses Art. 234 festgestellt, daß nicht einmal der vierte Teil von uns geleistet werden kann.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Unter diesen Umständen verstehen wir es, wie ich offen sagen muß, nicht recht, daß die Regierung uns gerade jetzt, nachdem das Gutachten des Anleihekomitees abgegeben worden ist, diese Verträge zur Ratifizierung vorlegt, was einem Fortschreiten auf dem verhängnisvollen Weg gleich zu achten ist. Es kommt mir so vor, als ob die Regierung so handelt wie ein Krebskranker, der sich durch Morphium über seine Schmerzen hinwegtäuschen will.

(Sehr richtig! rechts.)

Damit heilt man die Krankheit nicht. Wenn die Regierung nicht den Mut findet, das einzige Mittel der Operation zu ergreifen, dann wird der Kranke, nämlich das deutsche Volk, schwächer und schwächer und stirbt.

(D) Ich kann das Gesagte zusammenfassen und sagen: diese Verträge bilden keinen Schritt nach vorwärts; sie sind vielmehr ein Mittel, um die unabwendbare Katastrophe höchstens hinauszuzögern; sie ermöglichen es aber unseren Feinden, uns inzwischen auszusaugen und vollkommen zu ruinieren. In der Zwischenzeit werden sich gerade die Angelsachsen sanieren können, bei denen heute schon eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse festzustellen ist. Während wir durch die Kontributionslieferungen auf dem Weltmarkt ausgeschaltet sind, werden sie Absatz für ihre Waren finden, werden gewisse Absatzgebiete uns wieder entreißen, und nachher, wenn sie saniert sind, werden sie nicht einmal jenes Interesse für uns aufbringen, das sie heute für uns haben. Deshalb lehnen wir die Verträge ab.

Von der Regierung und von den Regierungsparteien wird so häufig das Wort gebraucht, das auch in der heutigen Diskussion gefallen ist: **„Die Zeit arbeitet für uns."**

(Abgeordneter Stampfer: Sie lehnen die Verträge ab, weil Sie wissen, daß die andern sie annehmen!)

— Nein, das ist nicht der Fall. Sie sind während meiner Rede leider nicht im Saale gewesen; Sie können doch nicht jetzt verlangen, daß ich Ihnen meine Rede wiederhole. Das Wort: die Zeit arbeitet für uns! ist uns schon einmal, nämlich im Kriege gefährlich geworden. Damals war dieses Wort aber schließlich noch von Tatkraft und Willen begleitet. Heute bedeutet dieses Wort, um es vulgär auszudrücken, den lieben Gott einen guten Mann sein zu lassen, nichts zu tun, sondern zu hoffen, zu hoffen, zu hoffen auf eine bessere Stimmung der andern. Diese bessere Stimmung der andern haben Sie ja gestern bei den Interpellationen kennen lernen können. Wir wissen, wie diese Stimmung in Wirklichkeit ist.

(Dauch, Abgeordneter.)

(A) Unsern guten Willen wollen wir beweisen! — Ich frage Sie: Ist dies nicht bereits bis zum Äußersten geschehen? Den **Nachweis für die Unmöglichkeit der Erfüllung** der uns auferlegten Forderungen wollen wir führen! — Ja, meine Damen und Herren, haben wir ihn nicht bis zum Letzten geführt? Wollen wir ihn so lange weiterführen, bis das deutsche Volk vollkommen zugrunde gegangen ist? Wollen wir ihn führen, damit die Entente vielleicht später mit einer Krokodilsträne im Auge zu den Neutralen sagt, wenn wir als Volk zugrunde gegangen sind: Ja, der arme Teufel war doch kränker als wir gedacht haben! — und daß die Welt dann über uns zur Tagesordnung übergeht. Nein, dagegen stemmen wir uns; meine politischen Freunde arbeiten dafür, daß über das deutsche Volk nie und nimmer zur Tagesordnung übergegangen werden kann.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir sehen das Unheil unaufhaltsam herannahen und warnen nochmals eindringlichst davor, den jetzt beschrittenen Pfaden, die uns immer tiefer und tiefer ins Elend hinabführen, in eine Not, an die wir nur mit Grauen denken können, weiter zu folgen. Denn irren Sie sich nicht, meine Damen und Herren: der Punkt ist längst erreicht, wo die Zeit unter allen Umständen nicht mehr für, sondern gegen uns arbeitet.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, daß wir jetzt unsere Verhandlungen abbrechen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich schlage Ihnen ferner vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Freitag, den 23. Juni, nachmittags 2 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Anfragen;
2. mündlicher Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung, betreffend Genehmigung der Strafverfolgung der Abgeordneten Puchta und Vogtherr wegen Beleidigung;
3. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des § 91 des Reichsbeamtengesetzes;

— die nur sehr kurz sein wird —

4. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Schutzgesetzes für die durch die Abtretung der ehemals preußischen Teilgebiete Polens betroffenen Schuldner;
5. erste Beratung des Entwurfs einer Reichshaushaltsordnung;
6. Fortsetzung der heute abgebrochenen Beratung mit den Interpellationen, die für heute verbunden waren, und des Antrags Crispien und Genossen, betreffend eine allgemeine Finanzreform;
7. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Art. 18 der Reichsverfassung,

zu der wir wohl nicht mehr kommen werden.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 38 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

233. Sitzung.

Freitag den 23. Juni 1922.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(A)

Die Sitzung wird um 2 Uhr 15 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.
Ein Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen bitte ich den Herrn Schriftführer zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter **Schwarz** (Hessen):

1. Entwurf eines Gesetzes über die Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes über vorübergehende Herabsetzung oder Aufhebung von Zöllen;
2. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abweichungen von dem Biersteuergesetz vom 26. Juli 1918;
3. Entwurf eines Gesetzes über den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo;
4. Entwurf eines Gesetzes zur Überleitung von Rechtsangelegenheiten der Schutzgebiete;
5. Erklärung der Reichsregierung zu der ihr zur Berücksichtigung überwiesenen Petition des Deutschen Städtetags, betreffend Schutz der Selbstverwaltung.

(B)

Präsident: In den Ausschüssen hat folgender Mitgliederwechsel stattgefunden Es sind eingetreten:
in den 1. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Oberfohren, Deglerk, Dr. Dernburg, Dr. Pachnicke, Frau Wurm
die Abgeordneten Berndt, v. Gallwitz, Dr. Petersen, Dr. Haas (Baden), Dr. Levi;
in den 3. Ausschuß für den Abgeordneten Dr. Rosenfeld
der Abgeordnete Dr. Levi;
in den 5. Ausschuß für den Abgeordneten Schiele
der Abgeordnete Thomsen;
in den 6. Ausschuß für die Abgeordneten Thiel, Molkenbuhr, Adams
die Abgeordneten Brüninghaus, Löffler, Winnefeld;
in den 11. Ausschuß für die Abgeordneten Geck (Mannheim), Feuerstein
die Abgeordneten Simon (Schwaben), Gruber;
in den 13. Ausschuß für den Abgeordneten Harte
der Abgeordnete Döbrich;
in den 22. Ausschuß für die Abgeordneten Feldmann, Körsten, Hartleib, Kröger (Rostock), Dr. David, Dr. Rosenfeld (C)
die Abgeordneten Taubadel, Frau Pfülf, Hofmann (Thüringen), Zörgiebel, Frau Wurm;
in den 23. Ausschuß für den Abgeordneten Rieseberg
der Abgeordnete Hensel (Ostpreußen);
in den 30. Ausschuß für die Abgeordneten Dr. Lauscher, Frau Dr. Matz
die Abgeordneten Poppe, Spetzler.

Ich habe Urlaub erteilt den Abgeordneten
Kniest für 2 Tage,
Dr. Breitscheid für 4 Tage,
D. Everling und Herrmann für 8 Tage.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand sind

Anfragen.

Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 1670, Dr. Petersen (Nr. 4460 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Petersen.

Dr. **Petersen**, Abgeordneter:
Nach § 92 des Gesetzes über das Branntweinmonopol vom 8. April 1922 (Reichsgesetzblatt I Seite 405) in Verbindung mit § 5 der dazu ergangenen vorläufigen Ausführungsbestimmungen des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 17. April 1922 (Zentralblatt für das Deutsche Reich Nr. 15 Seite 166) darf an **öffentliche Kranken-, Entbindungs- und ähnliche Anstalten** und öffentliche wissenschaftliche Lehr- und Forschungsanstalten **unvergällter Branntwein** zum ermäßigten Verkaufspreise nicht mehr abgegeben werden, während zum Beispiel zur Herstellung von Riech- und Schönheitsmitteln Branntwein zum ermäßigten Verkaufspreis ohne weiteres unmittelbar abgegeben werden darf. (D)

Durch diese Maßnahme werden die Länder gezwungen, ganz erhebliche Mehrbeträge für die Krankenanstalten und Lehr- und Forschungsinstitute aufzuwenden, da die durch § 118 Ziffer 5 des Branntweinmonopolgesetzes angestrebte Verbilligung zunächst nicht wirksam werden kann.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um der durch diese Regelung hervorgerufenen gesteigerten Not der deutschen Wissenschaft, deren Behebung vom Reich und Reichstag wiederholt als dringend anerkannt ist, zweckmäßig zu begegnen? Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort.

Präsident: Die
Anfrage Nr. 1680, Körner und Genossen (Nr. 4489 der Drucksachen),
betrifft denselben Gegenstand. Ich bitte deshalb den Herrn Abgeordneten Körner, auch sie gleich zu verlesen.

Körner, Abgeordneter:
Die **Neuordnung der Verbilligung von Branntwein für Zwecke der Kranken-, Entbindungs- und der der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Anstalten**, der öffentlichen und wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsanstalten, wie sie nach § 118 Ziffer 5 des Branntweinmonopolgesetzes vorgenommen wurde, hat zahlreiche Klagen und Beschwerden verursacht. Der

(Körner, Abgeordneter.)

(A) Betrieb dieser Anstalten sowie das Studium der Medizin, der Chemie und anderer Fachwissenschaften soll so erschwert und verteuert worden sein, daß dadurch die Notlage vieler Anstalten, Studienstätten und Studierender noch mehr gesteigert wird, wodurch eine Gefährdung der Gesundheit des Volkes und der Lehr- und Forschungstätigkeit zu befürchten ist.

Ist die Reichsregierung bereit, sofort dahin zu wirken, daß bei der Zuteilung von Branntwein zu verbilligten Preisen den Wünschen und Beschwerden der in Betracht kommenden Anstalten mehr, als das gegenwärtig geschieht, Rechnung getragen wird, und daß dafür gesorgt wird, daß die Verbilligung dieses Branntweins in ausreichendem Maße und für genügende Mengen erfolgt?

Präsident: Zur Beantwortung dieser beiden Anfragen hat das Wort der Herr Geheime Regierungsrat Hep.

Hep, Geheimer Regierungsrat im Reichsfinanzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Die bisher im § 129 Abs. 2 des Gesetzes über das Branntweinmonopol vom 26. Juli 1918 und auch im Entwurf des neuen Branntweinmonopolgesetzes vorgesehene Ermäßigung des Verkaufspreises für den in öffentlichen **Kranken-, Entbindungs- und ähnlichen Anstalten** oder in öffentlichen wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsanstalten verwendeten Branntwein ist bei der endgültigen Fassung des Gesetzes über das Branntweinmonopol vom 8. April 1922 fortgefallen. Hiernach kann **unvergällter Branntwein** an die genannten Anstalten nur noch zum regelmäßigen Verkaufspreise geliefert werden. Zum Ausgleich ist nach § 118 Nr. 5 des (B) Gesetzes ein Betrag bis zu 40 Millionen Mark jährlich aus der Monopoleinnahme zur Verbilligung des in diesen Anstalten verwendeten Branntweins bereitzustellen.

Aus den hiernach zur Verfügung stehenden Mitteln ist vorläufig ein Betrag von 20 Millionen Mark den Ländern zur Verteilung an die in Betracht kommenden Anstalten überwiesen worden. Der Rest wird sofort nach endgültiger Festlegung der für die Verteilung maßgebenden Richtlinien zur Verfügung gestellt werden.

Der für den fraglichen Zweck nach dem Gesetz bereitzustellende Betrag von 40 Millionen Mark muß als ausreichend für die Verbilligung des in den fraglichen Anstalten benötigten unvergällten Branntweins bezeichnet werden. Wenn von seiten der Anstalten auf den erheblichen Unterschied zwischen dem ermäßigten Verkaufspreis, zu dem sie bisher unvergällten Branntwein beziehen konnten, und dem jetzt maßgebenden regelmäßigen Verkaufspreis hingewiesen wird, so wird hierbei zumeist übersehen, daß infolge der erheblichen Erhöhung des von der Monopolverwaltung den Brennereien für den Branntwein zu zahlenden Preises auch der ermäßigte Verkaufspreis in den bisherigen Grenzen nicht länger hätte gehalten werden können, daß vielmehr auch dieser Preis eine bedeutende Steigerung hätte erfahren müssen. Weiter scheinen die Anstalten dem Umstande, daß sie in ihren Betrieben zu den verschiedensten Zwecken, zum Beispiel zum Reinigen von Geräten, zur Desinfektion, zur Heizung von Inhalationsgeräten usw., auch vergällten Branntwein zu ermäßigten Verkaufspreisen beziehen können, mit Rücksicht darauf, daß ihnen zu diesen Zwecken bisher auch unvergällter Branntwein zum gleichen Preise zur Verfügung stand, nicht genügend Beachtung geschenkt zu haben. Wenn die Anstalten sich darauf einrichten, vergällten Branntwein in größerem Umfange als bisher (C) zu verwenden, werden sich die Kosten für den Ankauf von Alkohol wesentlich verringern lassen. Unvergällter Branntwein kann nach Lage der gesetzlichen Bestimmungen den fraglichen Anstalten zu einem ermäßigten Verkaufspreise nicht mehr zur Verfügung gestellt werden.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 1671, Unterleitner (Nr. 4469 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Unterleitner.

Unterleitner, Abgeordneter:
Am Pfingstsonntag fand in **München** eine **Regimentsfeier** statt, die nach dem Bericht des Regierungsorgans, der „Bayerischen Staatszeitung“, ein bedeutsames Bekenntnis zum angestammten Herrscherhaus brachte. Der General Gustav Schoch forderte „ein Heer, das nach dem sittlichen Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaut wird und bei dem es auch wieder ein Infanterieregiment „König“ geben wird“.

(Abgeordneter v. Schoch: Sehr gut! — Lebhafte Rufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Hört! Hört! — Gegenrufe von der Deutschen Volkspartei.)

Oberst Prieser appellierte an die Anwesenden, „die alten Farben schwarz-weiß-rot hochzuhalten und in ihrem Sinne und Geiste die heranwachsende Jugend zu erziehen“. Angehörige der Reichswehr der Republik nahmen zahlreich an der Feier teil, darunter auch der Kommandeur der Reichswehr in Bayern, General v. Moehl.

(Hört! Hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

(D) Die Kundgebungen erreichten ihren Höhepunkt in einem Festzug, der in der Kaserne der Reichswehr auf dem Marsfelde aufgestellt wurde. Als Ehrengäste hatten sich eingefunden der „Kronprinz“ Rupprecht, die „Prinzen“ Leopold, Ludwig Ferdinand, Alfons, „Prinzessin“ Arnulf, General v. Moehl usw. An der Spitze des Zuges war eine Ehrenkompagnie der Reichswehr, dann die aus Minenwerfern gebildete, von Hauptmann Streck geführte Traditionskompagnie. Die Musik des 2. Bataillons des Reichswehrinfanterieregiments Nr. 19 „spielte befeuernde Weisen“. An der Ettstraße nahm der „Kronprinz“ den Vorbeimarsch ab.

So lauten vorsichtig abgefaßte Zeitungsberichte. Augen- und Ohrenzeugen könen mehr berichten.

1. Ich frage die Reichsregierung an, was gedenkt sie zu tun, um diese maßlose Verhöhnung und Verächtlichmachung der Republik durch Offiziere und Mannschaften der von der Republik besoldeten Reichswehr zu verhindern?
2. Duldet die Reichsregierung, daß Reichswehr zu monarchistischen Demonstrationen unter dem Deckmantel von Regimentsfeiern mißbraucht wird, und daß diese Demonstrationszüge in Kasernen der Reichswehr aufgestellt werden?
3. Ist die Reichsregierung bereit, sofort diese Vorbereitungen zum Sturze der Republik zu unterbinden?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat Wort Herr Major v. Schleicher.

(A) **v. Schleicher,** Major, Referent im Reichswehrministerium, Kommissar der Reichsregierung: Ich habe die Anfrage wie folgt zu beantworten:

1. Die in der Anfrage erwähnten **Reden des Generals Schoch** und des **Oberst Prieser** wurden nicht bei der Gedenkfeier, sondern bei einem Festabend am Tage vorher gehalten, an dem weder der Wehrkreiskommandeur noch eine Abordnung der Reichswehr teilgenommen hat.

2. Die Zusammenstellung des Festzuges erfolgte nicht in einer Kaserne der Reichswehr, sondern in einer ehemaligen Kaserne, die schon längst an Zivilbehörden abgegeben und nur von Zivilbehörden bewohnt war.

3. Die **dienstliche Teilnahme einer Kompagnie der Reichswehr** an der Erinnerungsfeier anläßlich der Enthüllung einer Gedenktafel für die Gefallenen des früheren bayerischen 1. Infanterieregiments in der Sankt Michaelskirche zu München war vom Herrn Reichswehrminister genehmigt worden. Bei dieser Feier waren auch einige Angehörige des ehemaligen Königshauses, die in Beziehung zu dem 1. Infanterieregiment gestanden hatten, anwesend. Zu monarchistischen Kundgebungen ist es nach Meldung des Wehrkreiskommandos nicht gekommen.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Unterleitner.

Unterleitner, Abgeordneter: Die Reichsregierung hat die Frage nicht beantwortet, ob der Parademarsch der Reichswehr vom Kronprinzen Rupprecht abgenommen wurde.

Präsident: Wird das Wort noch gewünscht? —

(Abgeordneter v. Schoch: Jedenfalls wird Kronprinz Rupprecht der älteste anwesende Offizier gewesen sein; (B) von dem war halt der Parademarsch abzunehmen! — Heiterkeit. — Zurufe links.)

Das Wort wird nicht weiter gewünscht. — Im übrigen haben nur Regierungsvertreter Antwort zu erteilen.

(Große Heiterkeit.)

Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 1673, Adams und Genossen (Nr. 4472 der Drucksachen),

hat das Wort der Herr Abgeordnete Adams.

Adams, Abgeordneter:

Am 2. Juni dieses Jahres wurde ohne einen sachlichen Grund über die **Buderus'schen Eisenwerke Wetzlar der Streik** verhängt, obwohl kurz vorher durch einstimmigen Schiedsspruch des staatlichen Schlichtungsausschusses Wetzlar eine Lohnerhöhung für Mai festgesetzt und von den Arbeitgebern ausbezahlt wurde. Eine Hauptforderung war unter anderen die restlose Entlassung aller Mitglieder des Deutschen Arbeiter-Bundes. Die Anstifter waren meist junge Burschen, welche, etwa 500 an der Zahl, mit Eisenstangen, Stöcken und offenen Taschenmessern bewaffnet, in die Betriebe eindrangen und die Arbeitswilligen — welche aus Mitgliedern aller Organisationen bestanden — gewaltsam aus den Werkstätten vertrieben. Dabei wurden diese Werksangehörigen auf das widerwärtigste beleidigt, angespien und mißhandelt. Besonders hat man es auf die Mitglieder des Deutschen Arbeiter-Bundes abgesehen.

(Aha! bei der Deutschen Volkspartei.)

Der Obmann des Gesamtverbandes nationaler Arbeiter-Berufsverbände (Deutscher Arbeiter-Bund), Kalkhofen, wurde, als er eine Rangierlokomotive noch schnell in Sicherheit bringen (C) wollte, von etwa 50 Streikenden überfallen und auf das schwerste mißhandelt. Als Kalkhofen in die Gasreinigung flüchtete, verfolgte man ihn auch dorthin, und hier wurde die Mißhandlung fortgesetzt. Von hier aus ging die Jagd weiter auf die Straße, wo Kalkhofen den dort wartenden übrigen Streikenden in die Hände fiel. Kalkhofen brach nunmehr zusammen. Dem wehr- und kraftlos auf dem Boden Liegenden wurden immer weiter Fußtritte und Stockschläge versetzt und auf Verlangen einer hinter dem Fabrikzaun wartenden Menge zur weiteren Mißhandlung über den Fabrikzaun geworfen. Später wurde Kalkhofen auf der Sanitätswache im bewußtlosen Zustande verbunden und mit dem Krankenauto nach Hause gebracht, wo er schwer krank, an sämtlichen Gliedern zerschlagen und verwundet, darniederliegt.

(Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ähnlich erging es dem Mitglied des Deutschen Arbeiter-Bundes Heinrich Muskat.

Da polizeilicher Schutz nicht rechtzeitig zur Stelle war, mußten die Arbeitswilligen sich der Gewalt beugen, und wurde der Betrieb, da auch keine Notstandsarbeiten verrichtet wurden, stillgelegt. Hierdurch sind viele Arbeiter und ihre Familien empfindlich geschädigt, weil der Schutz der Behörden nicht ausreichte.

Wir fragen die Reichsregierung:

1. Ob sie bereit ist, eine besondere Untersuchung einzuleiten und für eine strenge Bestrafung der Rädelsführer zu sorgen.
2. Ob sie ferner bereit ist, endlich praktische Maßnahmen zum Schutze der Koalitionsfreiheit und der Arbeitenden zu ergreifen, und was sie zu tun gedenkt, um solche Vorkommnisse in Zukunft unmöglich zu machen. (D)
3. Welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenkt, um den wirtschaftlich Geschädigten zu ihrem Recht und zu Schadenersatz zu verhelfen.

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Regierungsrat Mangold.

Mangold, Regierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Ich bin zu meinem Bedauern zu einer sachlichen Beantwortung der Anfrage nicht in der Lage, da die Stellungnahme des Herrn preußischen Ministers des Innern, mit dem ich mich in der Angelegenheit in Verbindung gesetzt habe, infolge der Kürze der Zeit noch nicht eingegangen ist.

Präsident: Zur Ergänzung der Anfrage hat das Wort der Herr Abgeordnete Adams.

Adams, Abgeordneter: Ist die Reichsregierung bereit, sofort Näheres mitzuteilen, wenn die Nachricht der preußischen Regierung eingetroffen ist?

Präsident: Der Herr Regierungsvertreter verzichtet auf die weitere Beantwortung.

Zur Verlesung der

Anfrage Nr. 1675, Esser und Genossen (Nr. 4481 der Drucksachen),

hat das Wort Herr Abgeordneter Esser.

Esser, Abgeordneter:

Der Verband deutscher Teigwaren-Fabrikanten e. V. hat beschlossen, seinen Mitgliedern vom 15. Juli 1922 die **Ausfuhr von Teigwaren** ins Ausland einschließlich besetztes Gebiet nicht mehr zu gestatten.

(Esser, Abgeordneter.)

(A) Ist die Reichsregierung bereit, schleunigst Schritte zu tun, um diese wirtschaftliche Lostrennung des besetzten Gebietes vom übrigen Deutschland und seine Gleichstellung mit dem Ausland in der Versorgung mit wichtigen Gegenständen der Volksernährung zu verhindern?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Oberregierungsrat Heinitz.

Heinitz, Oberregierungsrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Kommissar der Reichsregierung: Eine **unterschiedliche Behandlung des besetzten Gebietes und des übrigen Deutschlands** in der Versorgung mit wichtigen Gegenständen der Volksernährung ist seitens der Reichsregierung niemals erfolgt. Nach dem besetzten westlichen Gebiet und ebenso nach Süddeutschland sind im Gegenteil entsprechend dem herkömmlichen starken Verbrauch von **Teigwaren** ständig weit größere Mengen Teigwaren geliefert worden.

Im übrigen sind Ermittlungen wegen des angeblichen Beschlusses des Verbandes der Teigwaren-Fabrikanten eingeleitet worden. Auf Grund des dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft bekannten Sachverhalts muß es als ausgeschlossen gelten, daß ein solcher Beschluß gefaßt ist.

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 1677, v. Schoch und Genossen (Nr. 4483 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete v. Schoch.

v. Schoch, Abgeordneter:
Der **kommandierende General der französischen Rheinarmee** hat in dem ihm unterstellten Gebiet eine große Anzahl von **Kraftwagen** für (B) seine Zwecke „**requiriert**" in einer Form, die eine vollständige Mobilmachung darstellt. Zu einer solchen Mobilmachung ist der kommandierende General weder nach allgemein völkerrechtlichen Grundsätzen noch nach den Bestimmungen des Rheinlandabkommens irgendwie befugt. Daß es sich aber um einen tatsächlichen Mobilmachungsbefehl handelt, der den Kraftwagenbesitzern zugestellt worden ist, ergibt sich sowohl aus dem Wortlaut, der dem Reichsministerium des Innern besonders zur Verfügung gestellt wird, wie aus dem Umstand, daß der Befehl auf gedrucktem Formular französisch und deutsch den Kraftwagenbesitzern zuging.

Wir fragen an:

1. Ist der Reichsregierung von dieser Mobilmachung etwas bekannt?
2. Welche Mittel gedenkt sie gegen diese Maßnahmen zu ergreifen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Gesandter v. Mutius.

v. Mutius, Gesandter, Vertreter des Auswärtigen Amts, Kommissar der Reichsregierung: Die „**Requisitionsbefehle" der französischen Rheinarmee** bilden nur einen Ausschnitt aus dem mannigfaltigen Anwendungsgebiet der Verordnung Nr. 64 der Interalliierten Rheinlandkommission vom 16. Dezember 1920, die eine Aufnahme der Bestände an Vorräten, Transportmitteln, Fabriken und Unternehmungen aller Art, soweit sie für militärische Zwecke von Bedeutung sind, sowie des zu ihrem Betriebe nötigen Personals vorschreibt.

(Hört! Hört! rechts.)

Die Reichsregierung hat seinerzeit sofort durch den Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete (C) schriftlich und mündlich gegen diese Verordnung nachdrücklich Protest erhoben und ihre alsbaldige Aufhebung verlangt, da die darin vorgesehenen Maßnahmen nur als Vorbereitungen für eine Kriegführung angesehen werden könnten und eine Heranziehung der deutschen Behörden und der deutschen Bevölkerung zu solchen Vorbereitungsmaßnahmen in schroffstem Widerspruch zu dem in § 52 der Haager Landkriegsordnung niedergelegten Prinzip stehe, wonach die Bevölkerung nicht verpflichtet werden kann, an militärischen Unternehmungen gegen ihr eigenes Vaterland teilzunehmen.

(Sehr gut! rechts.)

Die Rheinlandkommission gab dem Einspruch keine Folge,

(Zurufe rechts: Natürlich!)

hob in ihrer Antwort aber ausdrücklich hervor, daß es nicht in ihrer Absicht liege, von der Verordnung einen Gebrauch zu machen, der in Widerspruch zu der Haager Landkriegsordnung stehen würde. Als im Gegensatz zu dieser ausdrücklichen Erklärung der Rheinlandkommission im Mai 1921 im Rheinland Beitreibungen für den Vormarsch in das Ruhrgebiet vorgenommen wurden, hat die Reichsregierung gegen dieses vertrags- und völkerrechtswidrige Vorgehen der Besatzungsbehörden bei den Regierungen der Besatzungsmächte abermals nachdrücklich Einspruch erhoben. Auf diesen Einspruch, der sich damals praktisch dadurch erledigte, daß seitens der Alliierten von einem Vormarsch in das Ruhrgebiet abgesehen wurde, hat seinerzeit nur die belgische Regierung geantwortet. In ihrer Antwort wiederholte sie die Erklärung der Rheinlandkommission, daß die auf Grund der Verordnung Nr. 64 getroffenen Feststellungen einer den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung widersprechenden Verwendung nicht dienen sollten, und versuchte im übrigen die vorgenommenen Beitreibungen damit zu rechtfertigen, daß (D) es sich bei der Besetzung des Ruhrgebietes nach den Bestimmungen des Vertrages von Versailles um ein kriegerisches Unternehmen nicht handele.

(Hört! Hört! rechts.)

Die in der Anfrage bezeichneten Requisitionsbefehle verfolgen nach ihrem Inhalt den Zweck, die **Bereitstellung von deutschen Kraftwagen** und deren Gestellung durch die Besitzer für den Fall ihrer Requisition von vornherein sicherzustellen. Nach den Bestimmungen von Art. 52 der Haager Landkriegsordnung, die gemäß Art. 6 des Rheinlandsabkommens im besetzten Gebiet Anwendung finden, können von Gemeinden und Einwohnern Natural- und Dienstleistungen nur für die Bedürfnisse der Besatzungsarmee gefordert werden.

(Hört! Hört! rechts.)

Die Reichsregierung ist nach wie vor der Ansicht, daß die Vorbereitung dieser Anforderungen durch die Requisitionsbefehle über die Bedürfnisse der Besatzungsarmee hinausgehen.

(Sehr wahr! rechts.)

Die Reichsregierung wird deshalb von den Regierungen der Besatzungsmächte Aufklärung über den Zweck der Maßnahmen des französischen Oberkommandierenden verlangen.

(Bravo!)

Präsident: Zur Verlesung der
Anfrage Nr. 1678, Lambach und Genossen (Nr. 4485 der Drucksachen),
hat das Wort der Herr Abgeordnete Lambach.

Lambach, Abgeordneter:
Was hat die Entsendung der deutschen Delegation nach Genua gekostet?

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

(**Lambach**, Abgeordneter.)

(A) Was gedenkt die Reichsregierung zur Widerlegung der die Bevölkerung beunruhigenden, auch durch die Presse verbreiteten Gerüchte über eine unerträgliche Höhe dieser Kosten zu tun?

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Ministerialdirektor Gneist.

Gneist, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Kommissar der Reichsregierung: Die in einzelnen Pressenachrichten über die Höhe der **Kosten der Entsendung der deutschen Delegation nach Genua** enthaltenen Angaben gehen weit über die Wirklichkeit hinaus.

Die sämtlichen Ausgaben für Verpflegung und Unterbringung, Tagegelder und sonstige laufende Unkosten für den Aufenthalt der deutschen Delegation in Genua haben rund 1 015 000 Lire betragen,

(Unruhe rechts)

also rund 15 Millionen Mark.

Die Unterbringung fand in Räumen statt, die hierfür von der italienischen Regierung bestimmt waren.

Auch die hierfür geltenden Verpflegungssätze waren von der italienischen Regierugn festgesetzt und für alle Delegationen die gleichen.

Präsident: Zur Verlesung der Anfrage Nr. 1679, **Adams**, **Kempkes** (Nr. 4488 der Drucksachen), hat das Wort der Herr Abgeordnete Adams.

Adams, Abgeordneter:

Am Sonntag, den 11. Juni 1922, fand in **Gruiten** (Rheinland) ein **Kreiskriegerverbandstag** statt. Gleichzeitig wurde eine Gedenktafel (B) für die im Weltkriege Gefallenen enthüllt. Die Feier wurde von linksradikaler Seite gestört, schwarz-weiß-rote Fahnen wurden abgerissen und die Ausschmückung der Straßen und Häuser beschädigt. Auch sind größere Ausschreitungen vorgekommen, so daß es mehrere Verwundete gab. Viele Festteilnehmer wurden mißhandelt. Die Störungen sollen planmäßig vorbereitet und durchgeführt worden sein.

Wir fragen die Reichsregierung, ob sie bereit ist, bei sich wiederholenden Anlässen für den erforderlichen Schutz zu sorgen, damit solche Veranstaltungen ungestört verlaufen können.

Ist die Reichsregierung ferner bereit, eine Untersuchung einzuleiten und für Bestrafung der Ruhestörer zu sorgen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Regierungsrat Mangold.

Mangold, Regierungsrat im Reichsministerium des Innern, Kommissar der Reichsregierung: Ich bin zu meinem Bedauern nicht in der Lage, die Anfrage sachlich zu beantworten, da die Stellungnahme des Herrn preußischen Ministers des Innern, mit dem ich mich in Verbindung gesetzt habe, bei der Kürze der Zeit noch nicht eingegangen ist.

Präsident: Zur Verlesung der Anfrage Nr. 1681, Dr. **Zapf**, Dr. **Runkel** (Nr. 4492 der Drucksachen), hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Runkel.

Dr. **Runkel**, Abgeordneter:

Die **Zunahme der Geschlechtskrankheiten**, welche auf dem ganzen linken Rheinufer zu beobachten ist, hat in den **Krankenhäusern der Pfalz zu schweren Mißständen** geführt. Die weiblichen Geschlechtskranken, welche in zunehmender Zahl zwangsweise eingewiesen werden, stellen an die Krankenhäuser Ansprüche auf Unterbringung, Absonderung und Überwachung, welche bei den gegebenen Verhältnissen nicht erfüllt werden können. Wichtige anderweitige Aufgaben der Krankenhäuser, insbesondere die Bekämpfung der seit dem Kriege zunehmenden Tuberkulose, ferner die stationäre Behandlung und Pflege von Kriegsbeschädigten leiden darunter. In einem Krankenhause mußte ein ganzes, für eine Tuberkulosestation in Aussicht genommenes Stockwerk zur Unterbringung von weiblichen Geschlechtskranken in Anspruch genommen werden. Die Dienstfreudigkeit der Schwestern, aber auch die Geduld der übrigen Kranken und auch der in der Nähe des Krankenhauses wohnenden Zivilbevölkerung wird durch diese Zustände in schwerster Weise beeinträchtigt.

Abhilfe läßt sich nur erzielen durch die **Schaffung eines Krankenhauses für weibliche Geschlechtskranke.** Der Kreis und die Kommunen sind finanziell nicht in der Lage, ein derartiges Unternehmen zu bestreiten. Wenn auch richtig ist, daß die hier in Betracht kommende Aufgabe wesentlich polizeilicher Natur ist, so kann doch nicht verkannt werden, daß das Übel direkte Folge der Besetzung der Rheinlande durch fremde Truppen ist. Die Statistik der letzten 5 Jahre beweist dies. In der Stadt Kaiserslautern wurde schon vor geraumer Zeit festgestellt, daß der weitaus größte Teil der polizeilich eingewiesenen weiblichen Geschlechtskranken aus den Insassen der auf Anordnung der Besatzungsbehörden eingerichteten Bordelle besteht. Die aus diesen Umständen erwachsenden Unkosten gehören deshalb in den Haushalt des Reiches für die Ausführung des Friedensvertrages Kap. 2 Tit. 1 oder Kap. 8.

Ist die Reichsregierung bereit, in den Nachtragsetat einen entsprechenden Posten einzustellen?

Präsident: Zu Beantwortung der Anfrage hat das Wort Herr Regierungsrat Mayer.

Mayer, Regierungsrat im Reichsschatzministerium, Kommissar der Reichsregierung: Im Auftrage des Herrn Reichsschatzministers habe ich die Anfrage folgendermaßen zu beantworten.

Die Frage, ob die auf die Besetzung zurückzuführende außerordentliche Zunahme der Geschlechtskrankheiten im besetzten Rheinland besondere Maßnahmen der Reichsregierung erforderlich macht, wird bereits geprüft. Die Ergebnisse, insbesondere die Klärung des etwaigen Bedürfnisses zur Errichtung besonderer Krankenhäuser für weibliche Geschlechtskranke auf Reichskosten, stehen jedoch noch nicht fest.

Die Verhandlungen werden beschleunigt weitergeführt; sobald sie zum Abschluß gelangt sind, wird die Reichsregierung mitteilen, ob und wie sie Abhilfe schaffen kann.

Präsident: Damit sind die Anfragen erledigt.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

mündlicher Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung

a) **über ein Schreiben des Reichsministers des Innern vom 6. Juni 1922** (I 3741), **betreffend Genehmigung der Straf-**

(Präsident.)

verfolgung des Abgeordneten Puchta wegen Beleidigung usw.

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Bell;

b) **über ein Schreiben der Rechtsanwälte Magnus, Dr. Salomon und Mielziner in Braunschweig vom 10. Juni 1922, betreffend Genehmigung der Strafverfolgung des Abgeordneten Vogtherr wegen Beleidigung.**

Berichterstatterin: Frau Abgeordnete Teutsch (Köln).

(Nr. 4528 der Drucksachen).

In beiden Fällen beantragt der Ausschuß, die nachgesuchte Genehmigung nicht zu erteilen. Ich nehme an, daß das Haus sich diesem Ausschußantrage anschließt, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum dritten Gegenstand der Tagesordnung:

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des § 91 des Reichsbeamtengesetzes (Nr. 4517 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Auf der Tagesordnung ist auch die

zweite Beratung

vorgesehen. Ich eröffne dieselbe, und zwar zunächst über den § 1, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen. Da Widerspruch nicht erhoben ist, erkläre ich den § 1 für angenommen — und rufe auf § 2 — ebenso, Einleitung und Überschrift — desgleichen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, kann auch die

dritte Beratung

heute vorgenommen werden. — Ich höre einen solchen nicht und eröffne die allgemeine Aussprache in der dritten Beratung, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf § 1, — 2, — Einleitung und Überschrift. — Die beiden Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn ich Widerspruch nicht höre. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Schutzgesetzes für die durch die Abtretung der ehemals preußischen Teilgebiete Polens betroffenen Schuldner (Nr. 4523 der Drucksachen).

Ich eröffne die erste Beratung, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Auch hier war die

zweite Beratung

von vornherein vorgesehen. Ich rufe auf § 1,— erkläre ihn für angenommen. § 2,— 3,— 4,— 5,— 6,— Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Auch hier kann sofort die

dritte Beratung

erledigt werden, wenn ein Widerspruch nicht erhoben wird. — Ich höre einen solchen nicht und eröffne die allgemeine Aussprache in der dritten Beratung, — schließe sie, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich rufe in der besonderen Beratung auf § 1, — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — Einleitung und Überschrift. — Die einzelnen Paragraphen, Einleitung und Überschrift sind angenommen.

Ich nehme an, daß das Haus auch in der Gesamtabstimmung dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, wenn kein Widerspruch erhoben wird. — Widerspruch ist nicht erhoben; der Gesetzentwurf ist angenommen.

Wir kommen zum fünften Gegenstand der Tagesordnung:

erste Beratung des Entwurfs einer Reichshaushaltsordnung (Nr. 4510 der Drucksachen).

Meine Damen und Herren! Hier wird beantragt, den Gesetzentwurf dem Haushaltsausschuß zur Vorberatung zu überweisen. — Das Haus schließt sich diesem Antrage an; die Überweisung ist beschlossen.

Wir kommen zum sechsten Gegenstand der Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Anwendung der Verträge zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich vom 6. Oktober 1921, 15. März und 3. Juni 1922 sowie der Vereinbarung zwischen der Deutschen Regierung und der Reparationskommission vom 2. Juni 1922 über die Ausführung der Reparationssachleistungen (Nr. 4468 der Drucksachen).

Mündlicher Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (Nr. 4521 der Drucksachen).

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Dernburg.

In Verbindung mit der Besprechung der Interpellationen

a) **der Abgeordneten Arnstadt und Genossen, betreffend die Ratifizierung der Wiesbadener Protokolle vom 6. und 7. Oktober 1921 ohne Zustimmung des Reichstags** (Nr. 2991 der Drucksachen),

b) **der Abgeordneten Marx und Genossen, betreffend die Zustände im Saargebiet** (Nr. 3171 der Drucksachen),

c) **der Abgeordneten** Dr. **Stresemann und Genossen, betreffend Neutralisierung der Rheinlande durch England und Frankreich** (Nr. 4117 der Drucksachen),

d) **der Abgeordneten Crispien und Genossen, betreffend das Ergebnis der Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission** (Nr. 4431 der Drucksachen),

e) **der Abgeordneten** Dr. **Lauscher und Genossen über die Note der Botschafterkonferenz, betreffend Einstellung beziehungsweise Zerstörung von Eisenbahnbauten im besetzten rheinischen Gebiet** (Nr. 4434 der Drucksachen) und

f) **des Weißbuchs „Aktenstücke zur Reparationsfrage vom Mai 1921 bis März 1922“** (Nr. 4140 der Drucksachen) und des **Nachtrags zu dem Weißbuch** (Nr. 4484 der Drucksachen) sowie

g) **der Beratung des von den Abgeordneten Crispien und Genossen eingebrachten Antrags, betreffend Vorlegung eines Planes für eine allgemeine Finanzreform** (Nr. 4533 der Drucksachen).

In der fortgesetzten Beratung hat das Wort der Herr Staatssekretär Dr.-Ing. Müller.

(A) Dr.-Ing. **Müller**, Staatssekretär im Reichsministerium für Wiederaufbau: Meine Damen und Herren! Der Gang der gestrigen Verhandlungen und die Ausführungen derjenigen Herren Redner, die sich gegen die drei Abkommen gewandt haben, wie Sie dem Ihnen vorliegenden Gesetzentwurf beigefügt sind, veranlassen mich, einige Gegenbemerkungen zu machen, da ich die Ausführungen der Herren Gegner der Vorlage nicht unwidersprochen in die Welt hinausgehen lassen kann.

Ich darf das hauptsächlichste Gegenargument, wie es sowohl von dem Herrn Abgeordneten Reichert als auch von dem Herrn Abgeordneten Dauch geltend gemacht worden ist, kurz dahin zusammenfassen: das **Wiesbadener Abkommen** bringe auch in Verbindung mit dem Bemelmans-Abkommen und dem Gillet-Abkommen für das Deutsche Reich eine **Mehrbelastung über den Friedensvertrag** hinaus, eine Mehrbelastung, die namentlich dadurch begründet sei, daß wir an Frankreich einen langfristigen Kredit geben, eine Mehrbelastung aber auch insofern, als wir über die Lieferungen für den eigentlichen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete hinaus Waren im Wege der Sachleistungsabkommen zu liefern versprächen.

Ich habe bereits bei Beantwortung der Interpellation Arnstadt und Genossen in der Sitzung am 21. dieses Monats darauf aufmerksam gemacht, daß das Wiesbadener Abkommen über den Friedensvertrag und das Londoner Ultimatum hinaus Mehrleistungen dem Reiche nicht auferlegt. Die Abkommen haben in dieser Hinsicht keinerlei Vorschriften und Vereinbarungen getroffen, die, an den Bestimmungen des Friedensvertrags und des Londoner Ultimatums gemessen, zuungunsten Deutschlands sind. Ebensowenig tritt, im ganzen betrachtet, eine Erhöhung der dem Reiche durch den Friedensvertrag und das Londoner (B) Ultimatum auferlegten Zahlungsverpflichtungen ein. Allerdings liegt im Wiesbadener Hauptabkommen vor seiner Modifizierung durch das Bemelmans-Abkommen und das Moratorium eine zeitweilige Verschiebung eines Teils der Leistungen im Rahmen des Gesamtzahlungsplans.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Nachdem aber das **Moratorium** eingetreten ist, nachdem eine oberste Grenze in Höhe von 950 Millionen Goldmark Frankreich gegenüber festgelegt worden ist, ist ein Hinausgehen über die Verpflichtungen des Friedensvertrages und des Londoner Ultimatums absolut ausgeschlossen und auch die zeitweilige Verschiebung eines Teils der Leistungen dadurch wesentlich eingeschränkt, daß die Reparationskommission das Wiesbadener Abkommen nur auf drei Jahre genehmigt hat. Die ganze Kreditfrage, die im Oktober vorigen Jahres eine so erhebliche Rolle in der öffentlichen Diskussion und auch bei den Erörterungen im Auswärtigen Ausschuß gespielt hat, ist durch das Moratorium und durch die Festsetzung einer obersten Grenze für uns bedeutungslos geworden. Die Frage ist derzeit nicht mehr akut.

Ich stelle also fest, daß die Kreditierung, solange das Moratorium vom 21. März 1922 in Kraft bleibt, keinerlei Mehrbelastung für Deutschland zur Folge hat. Ich habe ferner festzustellen, daß die infolge der Anwendung der Stundungsvorschriften in diesem Jahre nicht auf Reparationskonto gutgeschriebenen Beträge nicht etwa durch entsprechende Zuschläge zu den späteren Jahresverpflichtungen zu eine Mehrbelastung des Reichs in den folgenden Jahren führen können. Ich beziehe mich in dieser Hinsicht auf die Entscheidung der Reparationskomission vom 21. März 1922. Wenn in dieser Note ausdrücklich bestimmt ist, daß der Unterschied zwischen den auf Grund des Londoner Zahlungsplans und für die Besatzungsarmee geschuldeten Beträge und den tatsächlich bezahlten Summen später neben den Annuitäten des Zahlungsplans abgedeckt werden soll, sobald die Reparationskommission Deutschland dazu in der Lage erachten wird, so ergibt Wort und Sinn dieser Vorschrift, daß bei Errechnung der nachträglich anzufordernden Beträge die Sachlieferungen in der vollen Höhe ihres Gegenwertes und nicht etwa nur zu dem in dem Wiesbadener Abkommen vorgesehenen Prozentsatze angesetzt werden sollen.

Gegenüber den Ausführungen der Herren Gegner der Verträge, daß der **Kredit** für uns eine Mehrbelastung und eine Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens in sich schließt, stelle ich ausdrücklich noch fest, daß die Bedeutung des Kredits bei der geltenden Regelung der Reparationsverpflichtungen sich lediglich in einer **Priorität Frankreichs** im Verhältnis zu den übrigen reparationsberechtigten alliierten Ländern erschöpft. Daraus erklärt sich auch der Widerstand der anderen alliierten Länder in der Reparationskomission, die sich davon überzeugt haben, daß das Wiesbadener Abkommen in seinen Kreditbestimmungen in erster Linie Frankreich auf Kosten der anderen alliierten Länder Vorteile zuführt.

Ich glaube aber, ich habe es nicht nötig, Ihnen diese rein sachlichen Gründe weiter auszuführen; ich kann mich auf einen Kronzeugen berufen, der einwandfrei feststellt, daß infolge des Moratoriums eine Vorausleistung oder Mehrleistung tatsächlich nicht eintritt. Ich beziehe mich da auf den Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Herrn Dr. Reichert, der identisch ist mit dem Abgeordneten Dr. Reichert.

(Heiterkeit.)

Herr Dr. Reichert hat in der **Hauptversammlung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller** am 2. Mai 1922 wörtlich folgendes ausgeführt:

> Erfreulicherweise werden in dem mit Bemelmans geschlossenen Abkommen eine Reihe Wiesbadener Fehler vermieden. Von einer **Mehrleistung gegenüber dem Londoner Ultimatum** kann nicht mehr die Rede sein, denn ein Moratorium ist in Kraft getreten.

(Hört! Hört!)

Der Herr Geschäftsführer des genannten Vereins anerkennt also hier ausdrücklich, daß seit Inkrafttreten des Moratoriums eine Mehrleistung gegenüber dem Friedensvertrag und dem Londoner Ultimatum nicht mehr vorliegt. Herr Dr. Reichert führt dann weiter aus:

> Ferner spielt im Bemelmans-Abkommen für dessen Wirkungsbereich Deutschland nicht mehr den Bankier der Alliierten, sondern kann auf sofortige Gutschrift rechnen. Außerdem fällt die Zwangsorganisation weg, und der freie Verkehr zwischen feindlichen Bestellern und deutschen Lieferanten tritt an die Stelle. Endlich ist auch nicht mehr von einer Minderbewertung der deutschen Ware die Rede, weil Deutschland die Mindestausfuhrpreise, also die Weltmarktpreise, verlangen kann. Ferner können nach dem Bemelmans-Abkommen keine beliebigen Warenbestellungen erfolgen, sondern nur beschränkte Aufträge erteilt werden. Schließlich und nicht zuletzt ist im neuen Abkommen mit gewissen Einschränkungen der Grundsatz der Vergütung der ausländischen Rohstoffanteile eingeführt, von dem im Wiesbadener Abkommen nichts zu lesen ist. Es verdient ferner hervorgehoben zu werden, daß

(Dr.-Ing. **Müller**, Staatssekretär.)

niemand verpflichtet ist, Reparationsbestellungen feindlicher Abnehmer anzunehmen. Es ist klar, ein anderer Geist durchweht das Bemelmans-Abkommen.

Meine Damen und Herren! Dieser Begründung, die der Herr Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hier gegeben hat, kann ich nur voll und ganz beitreten.

Um objektiv zu berichten, muß ich allerdings hinzufügen, daß Herr Dr. Reichert weiter ausführt:

> Allein die großen Nachteile sind nicht zu übersehen. In der Verwendung der Waren ist die im Versailler Vertrag für den Wiederaufbau vorgesehene Grenze fallen gelassen worden. Nunmehr können die Reparationswaren auch nach den Kolonien der feindlichen Länder weiter ausgeführt werden. Somit droht dem freien Export Deutschlands der Verlust von Absatzgebieten. Aber auch mit einer Preissenkung auf dem Weltmarkt muß man infolge des Reparationsexports rechnen, weil die Feinde gewisse Vergünstigungen gewähren können. Entscheidend ist jedoch, daß die Reparationslast nach wie vor unerträglich wirkt.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir schon erlaubt, darauf hinzuweisen, daß eine Zusatzverpflichtung über den Rahmen des Versailler Vertrags und das Londoner Ultimatum hinaus nicht vorliegt. Ich muß daran erinnern, daß Ziffer VIII des Londoner Zahlungsplanes Deutschland Lieferungen auferlegt „zwecks der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete und für den Fortgang der Wiederherstellung oder die Entwicklung ihres industriellen oder wirtschaftlichen Lebens". Wir sind also durch das Bemelmans-Abkommen, worin wir Sachleistungen auch für die Kolonien, Dominions und so weiter zugestanden haben, nur im Rahmen desjenigen geblieben, was uns durch das Londoner Ultimatum vorgeschrieben worden ist.

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dauch hat gestern ein neues Argument denjenigen hinzugefügt, die ich soeben gegen das Wiesbadener Abkommen als aus dem Munde des Herrn Abgeordneten Dr. Reichert stammend mitgeteilt habe, nämlich das Argument, das **Abkommen** sei **unvereinbar mit dem Art. 248 des Friedensvertrages.** Nach diesem Art. 248 haftet für die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen das gesamte deutsche Reichs- und Staatseigentum, nicht aber, worin ich dem Herrn Abgeordneten vollständig zustimme, das Vermögen der Privatpersonen. Mit dieser Bestimmung steht es durchaus nicht in Widerspruch, wenn das Deutsche Reich selbst zur Erfüllung der ihm obliegenden Verpflichtungen gegenüber seinen Staatsangehörigen Zwang ausübt. Von einem unmittelbaren Anfordern von Leistungen seitens der Ententestaaten bei den deutschen Privatpersonen ist ja auch im Wiesbadener Abkommen nirgends die Rede. Die **zwangsweisen Anforderungen** der deutschen Regierung stehen wieder mit dem Wiesbadener Abkommen in keinem Zusammenhang. Sie sind ebenso notwendig zur Durchführung der Reparationsleistungen in dem durch den Friedensvertrag vorgesehenen Verfahren. Die rechtliche Grundlage für die Zwangsanforderungen liegt nicht etwa im Wiesbadener Abkommen, sondern in dem Gesetze vom 31. August 1919 über die Durchführung des Friedensvertrages und der Verordnung vom Juli vorigen Jahres über Leistungsverluste. Man kann also nicht die Lasten, die auf Grund des Wiesbadener Abkommens zweifellos — das wird auch von der Regierung nicht geleugnet — innerhalb der Grenzen des Friedensvertrages und des Londoner Ultimatums der deutschen Volkswirtschaft auferlegt werden, auf Kosten des Wiesbadener Abkommens setzen, sondern sie sind genau wie dies bei vielen anderen Einwürfen, die gemacht worden sind, der Fall ist, lediglich eine Folge des Friedensvertrages und des von uns angenommenen Londoner Ultimatums, aber nicht des Wiesbadener Abkommens.

(Abgeordneter Dauch: Ich halte mich gar nicht für widerlegt!)

Es ist auch gesagt worden, daß der **Lieferverband**, der auf Grund des Wiesbadener Abkommens zu bilden war, eine Art Z. E. G. gegeben hätte, und daß damit eine **Schematisierung der Wirtschaft** herbeigeführt worden wäre. Ich kann es mir wohl versagen, auf diesen Lieferverband heute näher einzugehen. Der Lieferverband ist durch den Abschluß des Bemelmans-Abkommens und des das Wiesbadener Abkommen modifizierenden Gillet-Abkommens illusorisch geworden; er widerstrebt dem Gedanken des freien Sachlieferungsverkehrs. Es hat also heute rein akademische Bedeutung, ob man hierin eine Schematisierung der Wirtschaft oder etwas anderes sehen will.

Der Herr Abgeordnete Dauch hat gestern noch davon gesprochen, daß die Durchführung der drei Abkommen eine **Verankerung der Außenhandelsstellen** bedeuten würde. Auch das trifft nicht zu. Die Außenhandelsstellen sind in den drei Abkommen in keiner Weise verankert.

(Abgeordneter Dauch: Die Außenhandelskontrolle!)

Die Frage, ob die Außenhandelsstellen oder die Außenhandelskontrolle aufrechtzuerhalten ist, ist in ganz anderem Zusammenhang zu klären als im Zusammenhang mit den drei in Rede stehenden Abkommen. Die freien Sachlieferungen auf Grund der Abkommen werden nach allgemeinen Handelsgebräuchen ausgeführt, und wenn an Stelle der jetzigen Außenhandelskontrolle und der jetzigen Außenhandelsstellen andere Kontrollen und andere Stellen eingeführt werden sollten, so gelten eben auch die für diese Lieferungen auf Grund der Abkommen. Diese Frage ist also rein nach den Grundsätzen unserer Außenhandelspolitik und nach den Grundsätzen zu entscheiden, die maßgebend sind für die nach dem Ausland gehenden Waren und hat an sich mit dem Wiesbadener und Bemelmans-Abkommen nichts zu tun.

Der Herr Abgeordnete Reichert hat dann noch gesagt, daß wir in den **Nebenabkommen zum Wiesbadener Abkommen** auf wertvolle Rechte verzichtet hätten, indem wir den Fob-Preis für die Kohlen anders gestaltet hätten, als wir nach dem Friedensvertrag verpflichtet seien. Ich habe bereits im Auswärtigen Ausschuß die Ehre gehabt, auszuführen, daß diese Nebenabkommen noch Gegenstand von Verhandlungen sind. Ich glaube, es würde unnütz sein, über schwebende Fragen hier in eine Erörterung einzutreten. Jedenfalls kann man nicht, solange diese Nebenabkommen noch nicht in Kraft sind, von einem Verzicht auf wertvolle Rechte sprechen.

Im übrigen war es mir interessant, zu hören, daß der Abgeordnete Reichert einerseits auf dem Standpunkt steht, es wäre für das deutsche Wirtschaftsleben schädlich, wenn man in den Nebenabkommen gelegentlich der Festsetzung des Kohlen-Fobpreises 250 Millionen Mark opferte, auf der anderen Seite aber ausgeführt hat, daß die Nebenabkommen das Wertvollste wären, was überhaupt bei dem ganzen Vertragskomplex in Frage käme. Dieses ist doch so interessant, um auch einmal in diesem Zusammenhang festgestellt zu werden.

Meine Damen und Herren! Wenn man die drei Abkommen würdigen will, so darf man, glaube ich,

(Dr.-Ing. **Müller**, Staatssekretär.)

(A) nicht von den Bestimmungen ausgehen, die uns der Friedensvertrag von Versailles und das Londoner Ultimatum gebracht haben. Man darf nicht all das aufs Konto dieser Abkommen setzen,

(sehr richtig!)

was man an den drei Abkommen auszusetzen hat — und sie sind gewiß auch nach unserer Auffassung keineswegs ideal; es ist von mehreren Übeln das kleinste —, sondern sie sind eben die notwendigen Folgen des Friedensvertrages und des Londoner Ultimatums, das nun einmal bei uns Gesetz ist und durchgeführt werden muß.

Ich darf nur ganz kurz daran erinnern, wie eigentlich die Verhältnisse lagen, als das Wiesbadener Abkommen voriges Jahr im Mai in Angriff genommen wurde. Die ersten Verhandlungen haben nach Annahme des Londoner Ultimatums stattgefunden. Das **Londoner Ultimatum** hat zu unseren Lasten bekanntlich eine Summe von fünf **Milliarden Goldmark** festgesetzt, davon zwei Milliarden fest, 1,5 Milliarden nach der sogenannten Indexberechnung und 1,5 Milliarden Besatzungskosten. Gegenüber diesem für uns ganz unerträglichen, phantastischen Druck wurde von der deutschen Regierung versucht, Erleichterungen zu bekommen. Wir haben uns gesagt, daß es für uns wertvoll wäre, wenn wir unseren Verpflichtungen in höherem Maße durch Sachleistungen und möglichst wenig durch Goldleistungen nachkommen könnten. Ich brauche hier nicht weiter auszuführen, daß Goldleistungen uns direkt zur Beschaffung von Devisen zu sehr ungünstigen Kursverhältnissen nötigen, daß die ganze Valutafrage damit zusammenhängt.

Das sind alles Dinge, die diesem hohen Hause längst bekannt sind. Es ist also die Politik verfolgt worden, die Sachleistungen innerhalb der Gesamtleistung in gewisser Höhe im Verhältnis zu den Goldleistungen festzulegen. Dieser Teilung hat — daran darf ich in diesem

(B) Zusammenhang erinnern — die Reise des Herrn Dr. Rathenau nach London gedient. Es hat sich damals aus den Londoner Besprechungen ergeben, daß wir eine Goldleistung von 500 Millionen und eine Sachleistung von 1450 Millionen Goldmark erhalten sollten. Durch Cannes hat diese Summe leider eine Verschlechterung erfahren, indem dort die Goldleistung auf 720 und die Sachleistung auf 1450 Millionen festgelegt worden sind.

Meine Damen und Herren! Das war die Atmosphäre, in der wir uns seit Mai vorigen Jahres zunächst bis Oktober und dann bis zum Abschluß des Wiesbadener Abkommens in seiner ursprünglichen Form und nachher bis zum Juni d. J., bis zum Abschluß des Bemelmans-Abkommens mit der Reparationsbank und des Gillet-Abkommens mit der französischen Regierung bewegt haben. Wir sind hier Schritt für Schritt vorwärts gegangen, soweit es eben möglich war, Verständnis dafür zu finden. Wir haben das, was uns von der anderen Seite, wo man auch manches eingesehen hat, entgegengebracht worden ist, soweit es eben für unser Wirtschaftsleben erträglich war, angenommen, und sind so zu den drei Abkommen gekommen, die, wie ich mir schon zu sagen erlaubt habe, uns den Weg vom Unmöglichen zum weniger Unmöglichen gebahnt haben, Abkommen, die zweifellos nicht das Ideal sind, Abkommen aber, die zweifellos besser sind als dasjenige, was uns das Londoner Ultimatum gebracht hat.

Wenn wir uns nun die Frage vorlegen, was geschehen würde, wenn diese Abkommen etwa hier keine Annahme fänden, oder wenn sie auf der anderen Seite nicht angenommen würden, so ist diese Frage im Auswärtigen Ausschuß einer eingehenden Würdigung unterzogen worden. Der Herr Reichsaußenminister hat dort darglegt, daß wir dann auf das **Londoner Ultimatum** zurückfallen würden, daß dann die wenigen Erleichterungen, die wir auf dem schweren Leidensgange erreicht haben, in **Wegfall kämen und wir zu der krassesten Ausführung des Versailler Friedens und des Londoner Ultimatums zurückkehren müßten.** Mit anderen Worten, wir würden zurückfallen zu den Anforderungen auf Grund des Friedensvertrages, zum Diktat der Reparationskommission in bezug auf Art, Umfang und Form der Leistungen, namentlich auch in bezug auf die Preisfestsetzung. Wir haben auf diesem Gebiet in den letzten Jahren Erfahrungen genug gesammelt, und wer wie ich, täglich mit diesen Fragen zu tun hat, muß vollständig davon überzeugt sein, daß es ein Gewinn für die deutsche Volkswirtschaft ist, daß wir auf Grund der Abkommen zu einem freieren, leichteren Verkehr kommen, wo die Preisfestsetzung, die Art und Umfang der Lieferungen, in die Hände der Besteller der Ententestaaten und in die Hand der Lieferanten (Fabrikanten und Händler) in unserem deutschen Wirtschaftsleben gelegt werden.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. **Helfferich**.

Dr. **Helfferich**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! **Die Tagesordnung**, die seit vorgestern den Reichstag beschäftigt, ist ein **ernstes Dokument deutscher Not.** Wir haben auf dieser Tagsordnung Interpellationen über die uns zugemutete Einstellung des Eisenbahnbaues im Rheinland, die Zerstörung von dort bereits vorhandenen Eisenbahnen; wir haben eine Interpellation über die Bedrückung unserer deutschen Brüder im Saargebiet; wir haben eine Interpellation über die Zettelunge zur Loslösung des Rheinlandes vom deutschen Reichskörper: dazu eine Interpellation und einen Gesetzentwurf über die Abmachungen von Wiesbaden, von Berlin und Paris, die sich beziehen auf die Fronarbeit, die das deutsche Volk leisten soll; und schließlich haben wir auf der Tagesordnung den umfangreichen Schriftwechsel mit der sogenannten „Reparationskommission“, der gescheiterte Hoffnungen, neue Drohungen, neue Diktate und neue Demütigungen umschließt.

Deutschlands ganzer Jammer muß jeden erfassen, der vorgestern die Ausführungen mit anhörte, mit denen unsere Kollegen die Tatbestände darlegten, die den verschiedenen Interpellationen zugrunde liegen. Da reihte sich ein Notschrei an den andern, einer dringender als der andere. Da folgte eine Anklage auf die andere, eine wuchtiger als die andere, Anklagen gegen diejenigen, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Demokratie und die Völkerversöhnung als Mittel einer gleisnerischen Verführungskunst mißbrauchten und mit diesen großen Worten ungezählte Deutsche verwirrten und betörten, gegen diejenigen, die jetzt gegenüber dem deutschen Volke nichts kennen als schrankenlose Willkür, brutale Tyrannei, Verachtung und Haß, Vernichtungswillen und Zerstörungswut.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. — Zurufe von der äußersten Linken.)

Da trat aus allen den Mißhandlungen, die man uns heute ungestraft antun darf, das **Bild** des geachteten und gefürchteten **deutschen Kaiserreichs** vor unsere Augen,

(sehr gut! rechts — Unruhe und Zurufe auf der äußersten Linken)

das Glück unserer Vergangenheit und die Sehnsucht unserer Zukunft,

(lebhafter Beifall rechts — andauernde Zurufe und Widerspruch links)

das Bild des deutschen Kaiserreichs, das die Macht hatte, sein Recht zu schützen, das Bild des deutschen Kaiserreichs, das weniger als irgendein anderer großer Staat

(Dr. **Helfferich**, Abgeordneter.)

(B) der Welt seine Macht mißbraucht hat, um das Recht anderer zu beugen,

(sehr richtig! rechts; Zurufe links)

das Bild des deutschen Kaiserreichs, dessen Macht Jahrzehnte hindurch der stärkste, sicherste Hort des Friedens und gesegneter Arbeit war.

(Sehr wahr! und Bravo! rechts. — Gegenrufe links.)

— Die Herren, die hier widersprechen, möchte ich doch bitten, sich etwas in die **Dokumente** zu vertiefen, die das **Auswärtige Amt** jetzt veröffentlicht hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Diese Dokumente sind ein monumentales **Denkmal des Friedenswillens Deutschlands,**

(sehr richtig! rechts)

ein monumentales Denkmal des Friedenswillens des Mannes, von dem Sie, meine Herren (nach links), der Welt immer nur die Kürassierstiefel gezeigt haben!

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Sie sind ein monumentales Denkmal des Friedenswillens eines Bismarck, der turmhoch über den impotenten Friedensbewegungen steht, denen Sie heute das Wort reden.

(Zurufe links.)

Die aufrichtigen und einsichtigen Friedensfreunde der Welt hätten alle Veranlassung, Jahr für Jahr in Friedrichsruh am Grabe des Fürsten Bismarck einen Kranz von Lorbeer und Palmen niederzulegen.

(Beifall rechts. — Abgeordneter Malzahn: Sie sind wohl verrückt! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Malzahn, diese Zurufe sind sehr ungehörig. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung!

(Bravo! rechts.)

Dr. **Helfferich,** Abgeordneter: Auch für die nachbismarckische Zeit, meine Damen und Herren, steht für jeden, der Einblick in die Geschehnisse hat, der Friedenswille der deutschen Politik außer jedem Zweifel. Aus eigener Kenntnis der in der verhängnisvollen Zeit handelnden Personen möchte ich sogar sagen: Wenn wir in den Krieg — um diesen so oft gebrauchten, von Lloyd George zuerst benutzten Ausdruck zu gebrauchen — „hineingeschlittert“ sind —

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Zuerst von Tirpitz gebraucht!)

— Sie dürfen sich freuen, Herr Kollege Stampfer, Sie haben ausnahmsweise einmal recht, erst war es Tirpitz, dann Loyd George und dann viele andere. — Wenn wir also tatsächlich in den Krieg „hineingeschlittert“ sind, so vor allem aus dem Grunde, weil Kaiser und Kanzler von dem eigenen Friedenswillen so durchdrungen waren, daß sie bei keiner anderen Persönlichkeit, der die Vorsehung die Verantwortung für die Völker in die Hand gegeben hatte, die Möglichkeit vorauszusetzen, daß sie aus einem verhältnismäßig geringen Anlaß diesen furchtbaren Völkerbrand entfesseln würde. Das ist der Schlüssel zu manchem Vorgang in dieser Zeit, den die Welt heute noch nicht recht versteht.

(Erneute Zustimmung rechts.)

Aber kehren wir zurück zur Gegenwart! Wenn uns etwas aus der Vergangenheit und aus der Hoffnung für die Zukunft herausriß und wieder mitten in die rauhe Gegenwart stellte, wenn uns irgend etwas die Not und das Elend der Gegenwart doppelt und dreifach fühlbar machte, dann war es das **Schriftstück,** das der Herr **Minister des Auswärtigen** in Beantwortung der Interpellationen hier vorgelesen hat. Auch dieses Schriftstück ist in seiner ganzen Nüchternheit ein **furchtbares Dokument der Anklage.**

(Sehr richtig! rechts.)

Was in diesem Schriftstück zugegeben und bestätigt, was in ihm noch über die von den Interpellanten vorgebrachten Tatsachen hinaus festgestellt wurde, das ist schlechthin (C) erschütternd für jeden, der noch ein deutsches Herz in der Brust hat; ich hoffe, auch erschütternd für das Ausland, soweit es sich noch ein objektives Urteil und ein menschliches Gefühl bewahrt hat. Wir danken dem Herrn Minister des Auswärtigen für diese Feststellung. Wir danken ihm auch die namens der Reichsregierung abgegebene Erklärung, daß sie sich mit allen Mitteln — so haben wir das verstanden — der versuchten Losreißung der Rheinlande widersetzen wird. Aber allerdings, wir hätten noch etwas mehr gewünscht. Ich begreife, daß der Herr Minister des Auswärtigen seine Worte wägt, wenn er in solchen Fragen nicht nur vor dem Deutschen Reichstag, sondern vor der Öffentlichkeit, der gesamten Welt spricht. Ich verstehe auch, daß der Herr Minister des Auswärtigen Diplomat sein will, denn das ist schließlich sein Beruf. Ich weiß auch, daß Gott den Diplomaten die Sprache gegeben hat — nach dem bekannten Ausspruch von Talleyrand —, um seine Gedanken zu verbergen.

Aber es gibt Augenblicke, in denen auch ein Minister des Auswärtigen von dieser Gabe keinen Gebrauch machen sollte.

Vorgestern war ein solcher Augenblick.

Deshalb kann ich — es liegt keine persönliche Spitze in dem, was ich sage — kein Verständnis für die, ich will einmal sagen, mehr als abgeklärte **Art der Kritik des Herrn Ministers an den Zuständen** finden, an diesen Zuständen, die zum Himmel schreien. Er hat damit dem von ihm selbst entworfenen Bild die Farbe und damit doch auch etwas das Leben vorenthalten.

Es ist nicht richtig, daß durch das Verhalten der Saar-Regierung nur ein „Mangel an gegenseitigem Vertrauen“ hervorgerufen worden sei. Es ist nicht richtig, daß durch das Verhalten der Saar-Regierung nur „eine Atmosphäre der Mißstimmung“ und ein „ganz ungesunder Zustand“ geschaffen worden sei. Was dort in der Saar- (D) bevölkerung und weit darüber hinaus in der Seele unserer Landsleute entstanden ist, ist Erbitterung und Empörung, ist Haß und Wut.

(Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Warum sagen Sie das nicht, Herr Minister? Es ist wichtig, daß die Welt das weiß, und es ist nach unserer Ansicht wichtig, daß sie es auch aus Ihrem Munde hört.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen!)

Es ist wichtig, daß unsere Brüder im Saargebiet, die in aller Bedrängnis treu zu ihrem angestammten Vaterlande halten, die Gewißheit haben, daß man auch an den höchsten Stellen des Deutschen Reichs für diese ihre Gefühle das vollste Verständnis hat.

(Abgeordneter Crispien: Ein unverschämter Hetzer sind Sie!)

— Die „Unverschämtheit“ ist bei Ihnen schon längst ein parlamentarischer Ausdruck, deswegen sei Ihnen das Wort gestattet.

Der Minister hat den letzten Teil seiner Ausführungen eingeleitet mit den Worten: „Das Bild, das ich Ihnen entrollen durfte — entrollen durfte! —, ist kein erfreuliches.“ — Bei Gott, die Limonade ist matt! Nein, das Bild ist nicht nur kein erfreuliches; es ist ein empörendes und herzzerreißendes und zum Himmel schreiendes Bild der Leiden eines deutschen Volksteils, der sich im wörtlichsten Sinne des Wortes verraten und verkauft fühlt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Große Unruhe und Zurufe links: Die Früchte Ihrer Politik!)

— Das Schamgefühl scheint hier keinen Platz mehr zu haben.

(Andauernde lärmende Zurufe links. — Glocke des Präsidenten.)

(Dr. **Helfferich**, Abgeordneter.)

(A) Wenn ich das Wort „verkauft" und „verraten" ausgesprochen habe, so habe ich das aus bestimmten Gründen getan. Ich erinnere an den **schändlichen Betrug** und stelle ihn für diejenigen, die ihn noch nicht kennen fest, der bei den **Vorverhandlungen von Versailles** von der französischen Regierung begangen worden ist.

(Abgeordneter Müller [Franken]: Die ganze Erregung ist vor dem Spiegel einstudiert! — Pfui-Rufe bei den Deutschnationalen. — Erneuerte Rufe von den Sozialdemokraten: Einstudierte Geste! — Gegenrufe von den Deutschnationalen: So etwas ist mal Reichskanzler gewesen!)

— Ich antworte nicht; denn die Verachtung hat keine Worte.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Nach dem Buche von Herrn Tardieu, der bei diesen Verhandlungen zugegen war, betitelt „La Paix" auf Seite 290 ff. — damit diejenigen Herren, die Französisch können, das nachlesen — stelle ich folgenden Sachverhalt fest. Ich wäre dankbar, wenn die Herren nun mit etwas mehr Ruhe zuhören wollten; es ist eine Sache, die wirklich ganz Deutschland interessieren sollte:

> Am 28. März 1919 vormittags, Sitzung des Rats der „großen Vier"

— von Herrn Tardieu selbst so bezeichnet —

> im Hotel des Präsidenten Wilson. Herr Loucheur und Herr Tardieu sind zugezogen. Lloyd George tritt den französischen Ansprüchen auf das Saargebiet scharf entgegen. Er führt aus, die von Frankreich angenommene Grundlage des Friedens sei die „Reparation des Unrechts von 1871, nicht desjenigen von 1815". Er schließt mit den Worten: „Schaffen Sie kein neues Elsaß-Lothringen!"

Das bezog sich auf das Saargebiet.

(B) Clemenceaus Antwort:

> Es gibt dort im Saargebiet 150 000 Menschen, die Franzosen sind. Diese Menschen, die im Jahre 1918 an den Präsidenten Poincaré Adressen geschickt haben, haben auch einen Anspruch auf Gerechtigkeit.

Im Saargebiet gab es damals noch keine 100 Franzosen und Französlinge.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Was Herr Clemenceau hier vorbrachte, war eine unerhörte Lüge, und wenn diese Adressen der „großen Vier" vorgelegt wurden, dann waren diese Adressen unerhörte Fälschungen.

(Erneute lebhafte Zustimmung rechts. — Widerspruch und Zurufe links.)

Diese Fälschungen haben ihre Schuldigkeit getan; sie sind die Grundursache des Zustandes, in dem sich heute das Saargebiet befindet.

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf links: Industrielle waren dabei, Herr Röchling!)

— Haben Sie etwa die Adressen gesehen?

(Wiederholte Rufe links: Haben Sie sie gesehen?)

— Haben Sie eine solche Adresse gesehen? — Nein? — Dann schämen Sie sich in den Grund Ihrer Seele, wenn Sie noch Schamgefühl besitzen.

(Andauernde Zurufe links.)

Ich frage: Ist der deutschen Regierung dieser Sachverhalt bekannt, und was hat die deutsche Regierung getan, um diesen schändlichen Betrug aufzuklären?

(Sehr gut! rechts.)

Hat die deutsche Regierung je den Versuch unternommen, die Folgen dieses schändlichen Betruges rückgängig zu machen? Mir ist nichts Derartiges bisher bekannt geworden; aber ich hoffe, daß das an mir liegt.

(Rufe links: Sehr richtig! Das liegt an Ihnen!)

Aber auch draußen ist nichts bekannt geworden, und das liegt nicht an mir, das liegt jedenfalls an der Regierung.

Muß sich denn unter diesen Umständen, die im Saargebiet bekannt sind, die saarländische Bevölkerung nicht verlassen und verraten fühlen, wenn auch jetzt wieder die Regierung mit so matten Worten ihrer gedenkt? Ich wiederhole es: ich danke dem Herrn Minister dafür, daß er die Tatsachen festgestellt hat; meine Kritik soll keine persönliche sein; sie ist vielleicht scharf, weil mir dieses Land nach meiner ganzen Geburt und Herkunft ganz besonders am Herzen liegt.

(Zurufe links.)

Aber ich sage: besteht nicht die Gefahr, daß bei der Bevölkerung des Saargebiets die matten Worte, in denen Empörung und Entrüstung kaum anklangen, den Eindruck erwecken, als ob sie mehr von der Sorge vor einem französischen Stirnrunzeln als von den Leiden der Bevölkerung des Saargebiets eingegeben seien?

(Sehr richtig! rechts.)

Und dann, meine Herren am Regierungstisch! Wenn Herr Dr. Rathenau sozusagen als einzigen **Trost** dem Saarland die **Hoffnung auf eine bessere Einsicht des Völkerbundrats** zeigte, muß da angesichts der Erfahrungen mit Oberschlesien die Saarbevölkerung nicht geradezu verzweifeln?

(Sehr wahr! rechts.)

Muß da nicht die ganze Welt auch über das Saarland hinaus das Gefühl haben: hier steht eine Regierung, der der Völkerbundsrat alles und jedes bieten kann; die Hoffnung auf eine bessere Einsicht des Völkerbundsrats wird diese Regierung deshalb doch nicht verlieren!

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Nehmen Sie zu dem Jammer des Saargebiets und des Rheinlands nun noch **Oberschlesien** hinzu, von dem ich eben sprach, wo jetzt der polnische Adler über Gebiete und Städte hochgeht, die seit mehr als acht Jahrhunderten zu Deutschland gehören,

(Abgeordneter Wels: Alles Ihre Erfolge!)

dann haben Sie, ich will nicht sagen, das Ergebnis, aber das einzige bisher greifbare Resultat der Politik, die uns immer und immer wieder als die einzig mögliche Politik gepriesen wird,

(sehr richtig! rechts)

als die Politik, die uns nach den Verheißungen des Herrn Reichskanzlers den „Weg ins Freie" öffnen sollte.

(Lachen rechts.)

Aber, meine Damen und Herren, das Bild, das ich eben angedeutet habe, bedarf der Ergänzung durch die Vorgänge, die nicht nur die uns entrissenen oder in ihrem deutschen Bestande bedrohten und von fremder Soldateska besetzten Gebiete berühren, sondern die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit ganz unmittelbar angehen. Damit komme ich zu den **Abkommen von Wiesbaden, Paris und Berlin.**

Ich will diesen Punkt kurz behandeln. Mein Fraktionskollege Reichert hat ja die Dinge ausführlich besprochen. Ich kann nicht anerkennen, daß die Gegengründe, die schon im Auswärtigen Ausschuß und auch hier von der Regierung geltend gemacht worden sind, für uns eine durchschlagende Bedeutung haben können. Es ist — das mag mir auch Herr Staatssekretär Müller nicht verübeln — auch in seiner letzten Ausführung, der ich vorhin zuhörte, doch sehr stark gegen Windmühlen gefochten worden. Kein Mensch von uns — darüber besteht volle Klarheit —, kein Mensch behauptet, daß jetzt während des Jahres 1922, solange das vorläufige Teilmoratorium gilt, das aber auf dieses Jahr beschränkt ist,

(sehr wahr! rechts)

daß in diesem Zeitraum sich die nachteiligen Folgen, von denen hier die Rede ist, oder ein Teil dieser Folgen,

(Dr. Helfferich, Abgeordneter.)

(A) geltend machen werden. Das gilt namentlich für die Kredite, die wir als „Bankier Frankreichs“ in Sachleistungen geben sollen. Für dieses Jahr ist das ausgeschlossen. Aber wir denken eben weiter als bis zum 31. Dezember 1922; das darf man uns nicht verübeln.

(Zuruf links: Hätten Sie doch früher daran gedacht!)

— Ja, da hätten andere Leute nur auf das hören sollen, was ich sagte!

(Erneute Zurufe links.)

Was ich sage, scheint Ihnen sehr unangenehm zu sein, daß Sie fortwährend abzulenken suchen.

Zu der Frage der drei Abkommen möchte ich ganz kurz unsern Standpunkt folgendermaßen präzisieren. Gegen das **Wiesbadener Abkommen** haben wir, so wie es jetzt modifiziert ist, vor allen Dingen die Ausstellung, daß wir in der Tat für die Zeit beginnend vom 1. Januar nächsten Jahres der „Bankier Frankreichs“ bleiben. Dazu sind wir nicht in der Lage. Das wird vielleicht wieder durch andere Konzessionen, aber jedenfalls nicht umsonst aus der Welt geschafft, und insofern liegt hier in der Tat eine Mehrbelastung gegenüber dem Londoner Ultimatum vor.

Gegen das **Bemelmans- und Gillet-Abkommen** haben wir die Einwendung, daß an Stelle der Regelung auf Grund des Art. VIII des Londoner Ultimatums, von der bisher in großem Umfange nicht Gebrauch gemacht worden ist, und zwar deshalb nicht Gebrauch gemacht worden ist, weil diese Regelung auch für die anderen Vertragsparteien große Schwierigkeiten im Gefolge hat, daß da eine Regelung getroffen worden ist, die es den andern, unsern Vertragsgegnern ermöglicht, einen großen und wesentlichen Teil unseres Exports über Reparationskonto zu verrechnen.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Wie viel, das ist für dieses Jahr mit den 1450 Millionen Mark für Sachleistungen bestimmt. Wie hoch der Betrag (B) für die Sachleistungen im nächsten Jahre festgesetzt wird, weiß die Regierung genau so wenig wie ich; das steht in der Hand der sogenannten Reparationskommission. Aber wenn derselbe Betrag oder ein noch höherer festgesetzt wird, so steht nach dem Bemelmans-Abkommen fest, daß auch dieser Teil unseres freien Exports über Reparationskonto verrechnet wird.

Welches ist das Verhältnis dieser 1450 Millionen zu unserm ganzen Export? Es sind **mehr als 40 Prozent unseres Gesamtexports.** Dieser Teil unseres Gesamtexports wird in bezug auf die Produktion von Devisen, wie ich im Auswärtigen Ausschuß ausführte, **sterilisiert.** Für diesen Teil unseres Gesamtexports bekommt Deutschland keine Valuta. Für diesen Teil unseres Gesamtexports kann infolgedessen Deutschland weder die lebensnotwendigen Nahrungsmittel und Rohstoffe kaufen, noch kann es damit Devisen beschaffen, mit denen wir der uns auferlegten Goldzahlungspflicht genügen können. Ich möchte sagen, daß mit dem, was von unserm Export bei dem gegenwärtigen Stande übrig bleibt, noch nicht ein Drittel unserer notwendigen Rohstoff- und Nahrungsmitteleinfuhr bezahlt werden kann.

In dieser Sterilisierung von nahezu der Hälfte unseres Gesamtexports in bezug auf Devisen sehen wir eine ungeheure Gefahr. Mit dem Bemelmans- und Gillet-Abkommen ist unser Export und damit auch unsere Devisenproduktion in die Hand der Reparationskommission gegeben, die ohnedies vom deutschen Lebensschicksal mehr in der Hand liegen hat als irgendeine Macht außer dem lieben Gott im Himmel.

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf links: Durch Ihre Schuld! — Lachen rechts.)

Das sind in kurzem die Gründe, aus denen wir auch nach den Aufklärungen, die uns in dankenswerter Weise im Auswärtigen Ausschuß und hier gegeben worden sind, die auch für mich manches Neue enthalten haben, was (C) ich ohne weiteres zugebe, nicht in der Lage sind, diesen Abkommen zuzustimmen. Die sachlichen Gründe werden die Herren, die noch ein sachliches Urteil haben — —

(Abgeordneter Stampfer: Und was dann?)

— Ich bin Ihnen dankbar, Herr Stampfer; Sie kommen mir gerade in den Weg gelaufen!

(Heiterkeit. — Erneuter Zuruf von der Sozialdemokraten: Und dann?)

Sie haben ja diese geistreiche Frage auch im Auswärtigen Ausschuß gestellt, und ich habe Ihnen geantwortet: dann tritt Artikel VIII des Londoner Ultimatums in Kraft.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Und dann?)

— Warten Sie doch nur ab! Genau so haben Sie es im Auswärtigen Ausschuß gemacht, und darauf habe ich, da Sie mir lästig wurden, die Antwort gegeben: das wird sich entwickeln!

(Große Unruhe und lebhafte Zurufe auf der Linken: Flegel!)

Ich will Ihnen noch eine andere Antwort geben.

(Anhaltende Unruhe auf der Linken.)

Herr Dr. Stampfer, wir kennen uns parlamentarisch jetzt seit einundeinhalb Jahren, und wenn Sie etwas mehr aufpaßten, hätten Sie vielleicht die Beobachtung gemacht, daß ich den Grundsatz habe, auf dumme Fragen auch dumme Antworten zu geben.

(Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit rechts. — Erneute große Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

Aber da ich gerade — sagen wir einmal: das Vergnügen habe, mich mit Ihnen, Herr Dr. Stampfer, zu unterhalten, so möchte ich auf eine andere Sache zurückkommen, auf eine Affäre von gestern, auf die **Angelegenheit des Herrn v. Oldenburg.**

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Auf Ihre Angelegenheit!) (D)

Sie haben hier einen Brief des Herrn v. Oldenburg an den früheren Minister v. Loebell auf den Tisch des Hauses niedergelegt, einen temperamentvollen Brief, temperamentvoll wie Herr v. Oldenburg selbst. Inbezug auf Temperament fühle ich mich mit Herrn v. Oldenburg verwandt.

(Heiterkeit und lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

Ich darf gleich hinzusetzen, da gestern hier ein Zwischenruf aus unseren Reihen kam, der nicht auf genauer Kenntnis der Tatsachen beruhte: Herr v. Oldenburg ist eingeschriebenes und geschätztes Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Mumm hat es geleugnet!)

— Ich stelle hier namens der Partei fest, daß Herr v. Oldenburg eingeschriebenes und geschätztes Mitglied der der Deutschnationalen Volkspartei ist!

Der Brief enthält eine Äußerung schweren Unmuts. Er enthält die Äußerung, Herr v. Oldenburg werde infolge all der Scherereien, über die er sich beklagte, Scherereien infolge von Verordnungen, 500 Morgen unbestellt lassen.

(Unruhe und Zurufe von den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

Herr Dr. Stampfer hat an diese Äußerung unter dem Schutz der Immunität die schwersten Beleidigungen geknüpft.

(Unruhe und Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Er hat dem abwesenden Herrn v. Oldenburg — ich möchte Ihnen nicht raten, es ihm ins Gesicht zu sagen —

(Heiterkeit und Zurufe von den Deutschnationalen: Er wird sich auch hüten! — Gegenrufe von den Sozialdemokraten.)

Schurkerei und Landesverrat vorgeworfen.

(Lebhafte Zustimmung und Zuruf von den Sozialdemokraten: Das war auch ganz berechtigt!)

(Dr. **Helfferich**, Abgeordneter.)

(A) Ich möchte Herrn Dr. Stampfer fragen, ob er noch nie im Unmut eine Äußerung getan hat, deren Ausführung er sich dann noch einmal zu überlegen hat.

(Abgeordneter Dr. Stampfer: Das ist eine ganz klare Selbstbezichtigung!)

Ich möchte ihn weiter fragen, ob er sich vor seinen beleidigenden Äußerungen gegenüber einem Abwesenden darüber erkundigt hat, ob die 500 Morgen des Herrn v. Oldenburg bestellt worden sind oder nicht.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Er hat es doch gestanden, daß er es getan hat! — Lebhafter Widerspruch rechts.)

Wo denn, meine Herren?

(Erneuter Zuruf von den Sozialdemokraten: Er hat es in dem Briefe gestanden! — Zuruf bei den Deutschnationalen: Sie drehen ja alles um!)

— Ich möchte feststellen, daß sich also Herr Dr. Stampfer darüber nicht vergewissert hat!

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Ich möchte weiter feststellen, daß Herr Dr. **Roesicke** bereit ist, aus eigener Kenntnis zu bestätigen, daß die **500 Morgen** bestellt worden sind.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! bei den Deutschnationalen. — Unruhe und lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Ich nehme aber, meine Damen und Herren, gerne davon Akt, daß der Sprecher der Sozialdemokratie den Tatbestand des Streiks in einem lebens- und kriegswichtigen Betrieb als Schurkerei und Landesverrat abstempelt.

(Lebhafte Rufe von den Deutschnationalen: Hört! Hört! Sehr gut! — Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Das ist immerhin ein Fortschritt angesichts der Tatsache, daß die Sozialdemokratie bisher gegen die während des Krieges in kriegswichtigen Betrieben angezettelten Streiks

(wachsende Unruhe bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken)

(B) und auch gegen die im Augenblick der beginnenden Waffenstillstandsverhandlungen angezettelte Revolution solche Bezeichnungen nicht gefunden hat.

(Stürmische Zustimmung und lebhafte Rufe: Sehr gut! rechts. — Große Unruhe und erregte Zurufe bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

Meine Damen und Herren! Die Verträge von Wiesbaden, Berlin und Paris — ich komme hiermit auf den sachlichen Faden zurück, dieses Abschweifen war nur notwendig durch die gestrigen Vorgänge —, die Verträge von Wiesbaden, Berlin und Paris sind nur einzelne Schritte auf dem **Leidenswege der Politik der Erfüllung**, der mit der Unterwerfung unter das Londoner Ultimatum begonnen hat. Diese drei Abkommen sind Versuche, die Fesseln dieses Ultimatums abzustreifen oder sie wenigstens zu lockern, Versuche die mit dem typischen Ergebnis enden, daß die Ketten nur noch fester um den ganzen Volkskörper gezogen werden.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Zuruf links: Das sind eben die Folgen und Schandtaten Ihrer Politik! — Zurufe rechts: Das haben wir schon so oft gehört! Sagen Sie [zu den Kommunisten] endlich einmal etwas Neues!)

— Lassen Sie (nach rechts) doch diese Papageien ruhig reden!

(Sehr gut! rechts und Heiterkeit.)

Aber, meine Damen und Herren, nach diesen drei Abkommen standen gestern und vorgestern auf der Tagesordnung und stehen auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung das **Weißbuch** mit seinem Nachtrag über den Schriftwechsel mit der Reparationskommission, und das schließt allerdings mehr als alles andere unser Schicksal für die nächste Zukunft ein. Da hätten wir erwartet, und wir hätten es gern gesehen, wenn der Herr **Reichskanzler**, der über diese Frage, abgesehen von dem kurzen

(C) historischen Referat, über Genua sich seit langen Wochen nicht geäußert hat, die Gelegenheit dieser Tagesordnung ergriffen hätte, um die Stellungnahme der Regierung darzulegen und die Handlungen der Regierung, die in diesem Weißbuch umschlossen sind, vor dem Hause zu begründen.

(Sehr gut! rechts.)

Das ist bisher nicht geschehen. Wir sind heute am dritten Tage dieser Erörterung. Ich bin überzeugt, die Erörterung in diesem Hause könnte nur gewonnen haben, wenn der Herr Reichskanzler mit seinen Ausführungen an die Spitze dieser Erörterungen getreten wäre. Aber der Herr Reichskanzler ist ja hier, er war auch in den letzten Tagen hier, und ich zweifle nicht daran, daß der Herr Reichskanzler die, wie ich annehme, von der großen Mehrheit gewünschte Aufklärung doch noch im Laufe dieser Debatte geben wird.

Die **Politik der Erfüllung**, die in dem uns vorgelegten Schriftwechsel mit der Reparationskommission ihre neueste Dokumentierung erfährt, hat uns — das will ich einmal kurz zusammenfassen — die furchtbare **Entwertung des deutschen Geldes** gebracht, hat unseren Mittelstand zermalmt, hat zahllose Menschen und Familien in Not und Elend gebracht, hat zahllose Menschen in Verzweiflung und Selbstmord getrieben, sie hat große wertvolle Teile unseres nationalen produktiven Kapitals dem Auslande ausgeliefert, sie hat unsere wirtschaftliche und soziale Ordnung in ihren Grundfesten erschüttert.

(Abgeordneter Hoch: Alles die Folge Eurer Politik!)

Meine Herren von der Regierung, Sie wollen heute, wo volle Klarheit und unbestrittene Klarheit über die **Unmöglichkeit der Erfüllung des Londoner Ultimatums** besteht, den Versuch der Erfüllung nur noch gemacht haben, um den Beweis der Unmöglichkeit der Erfüllung zu bringen. Wenn Sie wirklich sehenden Auges all das (D) Elend und all die Zerstörung auf sich genommen haben, um unsere Gegner eines Besseren zu belehren, um unsere Gegner von unserem guten Willen zu überzeugen, dann beneide ich Sie nicht um Ihren Schlaf.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen. — Lachen und Zurufe links.)

Wenn Sie das für sich in Anspruch nehmen, dann nehmen Sie sich selbst den einzigen mildernden Umstand, der Ihnen zur Seite steht, die mangelnde Voraussicht.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen. — Zurufe von den Kommunisten.)

Ich muß aber aus den Vorgängen der letzten Zeit die ernstliche Befürchtung herleiten, daß Sie auch durch die bisherigen Folgen Ihrer Politik noch nicht über den Weg klar geworden sind, den Sie gehen, oder daß Ihnen der Wille oder die Kraft fehlt, die Umkehr zu gewinnen. Ich kann mich mit meinen Freunden der Befürchtung nicht verschließen, daß Sie uns mit der Politik, wie sie aus den uns vorgelegten Weißbüchern hervorgeht, nur noch weiter in das Verhängnis hineinführen.

(Abgeordneter Hoch: Nur die Folge Ihrer Politik!)

Es schien ja einmal oder zweimal, als wenn Sie einen Anlauf nehmen wollten, sich aus der furchtbaren Verstrickung Ihrer Politik zu befreien. Es schien namentlich so, als die **Note der Reparationskommission vom 21. März dieses Jahres** hier einging, als diese Note Sie aus allen Himmeln der Hoffnungen stürzte. Sie glaubten, in London, in Paris und in Cannes soviel „Atmosphäre" geschaffen zu haben, daß jetzt die Wendung zum Besseren kommen müsse. Sie sahen es als einen großen Erfolg an, daß Ihnen die **Londoner City** und die **Bank von England** im Dezember vorigen Jahres, statt Ihnen den gewünschten Erfüllungskredit zu geben, bestätigt hat, was wir Ihnen von vornherein bei der Annahme

(Dr. Helfferich, Abgeordneter.)

(A) des Londoner Ultimatums voraussagten, daß unter diesen Bedingungen, unter denen das deutsche Volk nicht leben kann, es auch keinen Kredit findet.

Sie sahen es als einen großen Erfolg an, daß die Staatsmänner der Entente in Cannes sich schließlich bereit zeigten, uns für ein Jahr — für ein einziges Jahr, meine Damen und Herren! — eine teilweise Stundung der Londoner Verpflichtungen zu gewähren, eine Stundung, auf die ich das Wort des Herrn Staatssekretärs Müller von vornhin anwenden möchte: Es ist ein Schritt vom Unmöglichen zum weniger Unmöglichen.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Na also!)

— Ja, wenn Sie mit dem weniger Unmöglichen zufrieden sind, können Sie ja zugrunde gehen.

(Erneuerte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichsminister des Auswärtigen hat uns im Auswärtigen Ausschuß bei der Erörterung anderer Fragen gesagt, es mache nichts aus, ob dies oder jenes noch hinzukomme, denn unmöglich sei es doch, und wenn ich zum Unendlichen noch Hundert hinzufüge, deshalb bleibe es doch unendlich. Ich möchte den Satz umkehren und sagen: wenn man wirklich vom Unendlichen Hundert hinwegnimmt, dann bleibt es unendlich, und wenn man vom Unmöglichen das hinwegnimmt, was jetzt hinweggenommen ist, dann bleibt das Unmögliche unmöglich. Es gibt relative Möglichkeiten, aber es gibt keine relative Unmöglichkeit. Eine Unmöglichkeit ist immer absolut, auch nach Professor Einstein!

(Große Heiterkeit und Zustimmung rechts. — Zuruf links: Nun hat Einstein auch was weg!)

Ich habe den Eindruck, meine Damen und Herren, daß die Herren von der Regierung, geblendet durch die **Scheinerfolge,** die Sie sich zuschreiben, zu wenig auf die (B) Bedingungen geachtet haben, unter denen allein schon in London und Cannes die alliierten Staatsmänner bereit waren, uns auch nur jene scheinbaren Erleichterungen zuzugestehen. Wir haben auf Grund der Stimmen, die von drüben schließlich auch bis zu uns herüberklangen, schon im Dezember und Januar aufs eindringlichste gewarnt. Wir sahen, daß es auch dieses Mal darauf angelegt war, uns neue Zugeständnisse über Versailles und über London hinaus abzupressen. Deshalb waren wir etwas erstaunt über die Überraschung, ja über die **panikartige Bestürzung,** die die **Note vom 21. März** in den Kreisen der Reichsregierung auslöste, jene Note, die der Ausgangspunkt für das neueste Stadium der Kontributionsfrage und der Erfüllungspolitik überhaupt ist, jener Note, in der die Finanzkontrolle und unerhörte neue Steuern und Vermögenskonfiskationen über das Maß des mit Ach und Weh zustandegekommenen Steuerkompromisses hinaus von uns verlangt werden.

Die Überraschung und Bestürzung bei den Herren von der Regierung war so stark und so nachhaltig, daß noch am 28. März, sechs volle Tage nach der Überreichung der Note, der **Reichskanzler** hier im Reichstage starke Worte der **Ablehnung** für die uns **angesonnene Finanzkontrolle** fand, Worte, die auch unserem Bedürfnis durchaus entsprachen und denen in einer besonderen Entschließung zuzustimmen wir unsere Bereitwilligkeit ausdrücklich erklärten.

Freilich, was der Herr Reichskanzler in der gleichen Rede über die weiteren Zumutungen der Reparationskommission sagte, machte uns im Gegensatz zu einigen anderen, etwas vertrauensvolleren Gemütern stutzig. Wir sahen hier offene Hintertüren. Leider haben wir darin Recht behalten. Wir können uns heute dem Eindruck nicht verschließen, daß es in erster Linie die damals schon im Hintergrunde stehende **Hoffnung auf Genua** gewesen ist, die dem Kanzler Veranlassung gegeben hat — ich möchte sagen: die ihm den Mut gegeben hat —, wenigstens (C) in der Sache der Finanzkontrolle gegen den Ententestachel zu lecken.

Der Kanzler hat damals in derselben Rede, von der ich eben sprach, hier im Reichstag ausgeführt:

> Entweder wird Genua der große Stern sein, der über dem wiedergenesenden Europa leuchtet, oder es wird nur ein Irrlicht sein, dem die hoffenden Völker zustreben, um bald zu erkennen, daß sie nur noch tiefer in den Sumpf geraten sind.

Der Reichskanzler Dr. Wirth hat neulich hier mancherlei zum Preis von Genua gesagt. Daß es der „große Stern" geworden sei, das zu behaupten, hat er selbst nicht gewagt.

Und ich sage: Wer spricht heute noch von Genua.

Ich will mich darauf beschränken festzustellen, daß Genua uns weder Rettung, noch Erleichterung gebracht hat; daß von Genua aus der Kanzler nach der Auflehnung vom 28. März seinen **Canossa-Gang,** in diesem Falle den Gang nach Paris, angetreten hat, — das heißt, um es richtig auszudrücken, er hat den Reichsfinanzminister nach Paris gehen lassen.

Dem Herrn **Reichsfinanzminister** ist eine Note gewissermaßen als Einführungsbrief für seine Behandlung vorausgeschickt worden, die **Note vom 9. Mai,** eines der verhängnisvollsten Dokumente der deutschen Geschichte,

(sehr richtig! bei den Deutschnationalen)

eine Note, auf die ich nachher noch zu sprechen komme, die die **neue Kapitulation** in aller Form eingeleit hat.

Schon diese Note enthielt im Grundsatz alle die Zugeständnisse, die später in der Note vom 28. Mai im einzelnen festgelegt und verbrieft worden sind. In dieser Note sind ohne die Zustimmung und — das möchte ich ausdrücklich hervorheben — ohne die ausreichendste Information des Parlaments und seiner für die auswärtigen Angelegenheiten bestellten Vertretung Erklärungen von der größten Tragweite abgegeben worden. Schon (D) diese Note vom 9. Mai steht im striktesten Gegensatz zu dem Beschluß des Reichstags vom 29. März, der die damals von der Regierung eingenommene Haltung, die eindeutige Ablehnung der Finanzkontrolle und auch — so ist es im Hause verstanden worden — die Ablehnung gegenüber dem Finanzdiktat ausdrücklich gebilligt hat.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Die Regierung hat sich also schon mit ihrer Note vom 9. Mai außerhalb der von ihr am 28. März extrahierten Erklärung des Reichstags gestellt. Sie hat sich sogar in Gegensatz zu dieser von ihr selbst extrahierten Erklärung des Reichstags begeben.

Die Lage wurde noch schärfer akzentuiert durch das von der deutschen Regierung am 28. Mai in der bekannten großen Note niedergelegte **Ergebnis der Pariser Verhandlungen des Herrn Reichsfinanzministers.**

Ich will mich gewiß in die inneren Verhältnisse des Reichskabinetts nicht einmischen, aber die Tatsache, daß die Zugeständnisse, auf die der Herr Reichsfinanzminister die Reichsregierung in Paris mehr oder weniger festgelegt hat, sogar dem Reichskanzler Dr. Wirth zu weit gingen, steht doch wohl einwandfrei fest. Ich wenigstens denke von den Herren zu hoch, als daß ich den nach der Rückkehr des Herrn Dr. Hermes entstandenen Konflikt auf andere als auf schwerwiegende sachliche Gründe zurückführen kann. Ich bin auch überzeugt, daß der Reichskanzler mit mir anerkennt und daß er mir nicht widersprechen wird, wenn ich sage, daß die Bedeutung der in Paris getroffenen und durch die Note vom 28. Mai von der Reichsregierung formell anerkannten Abmachungen an diejenigen des Londoner Ultimatums heranreichen, ja über diejenigen des Londoner Ultimatums hinausgehen.

Der eine Teil dieser Abmachungen ist die **Festlegung unserer schwebenden Schuld** auf den Stand vom 31. März

(Dr. **Helfferich,** Abgeordneter.)

(A) 1920 als Höchstbetrag und die Verpflichtung, jede Überschreitung dieses Höchstbetrags in letzter Linie durch neue Steuern oder durch Vermögenskonfiskationen abzudecken.

Diese Verpflichtung ist allerdings formell an die Voraussetzung geknüpft, daß eine für die Bezahlung unserer reinen Goldverpflichtungen ausreichende auswärtige Anleihe in angemessener Zeit zustande komme. Die **Anleiheverhandlungen** in Paris, die dafür die Voraussetzungen liefern sollten, sind gescheitert. Ich möchte sagen: Gott sei Dank, sind diese Anleiheverhandlungen gescheitert. Denn die kurzfristige kleine Anleihe, die ohne die gleichzeitige Sicherung der Endlösung nur eine sogenannte Atempauseanleihe bedeutet, diese kurzfristige kleine Anleihe, auf die unsere Regierung im Gegensatz zu dem Rat englischer und amerikanischer Sachverständiger hingearbeitet hat, hätte uns keine Erleichterung, sie hätte uns eine Erschwerung unserer Lage gebracht.

(Sehr richtig! rechts.)

Für diese Beurteilung kann ich mich berufen auf das einstimmige Votum — nur der Franzose hat sich ausgeschlossen — des **Anleihekomitees,** das sich in demselben Sinne geäußert hat, wie ich es getan habe. Das Anleihekomite hat sich in seinem Bericht dahin ausgesprochen, daß eine solche Atempausenanleihe, selbst wenn sie möglich wäre, was vom Komitee verneint worden ist, im besten Falle die Zahlung eines hohen Preises darstellen würde, nur um auf eine günstigere Bedingung für eine allgemeine Regelung zu warten. Es hat sich dahin ausgesprochen, daß nur mit der wirklichen Hoffnung auf eine endgültige Regelung innerhalb angemessener Frist eine solche Interimsanleihe überhaupt in Betracht gezogen werden könne, nicht nur im Interesse der Geldgeber, sondern auch im Interesse Deutschlands.

Eine solche Anleihe hätte uns also — darüber kann heute gar nicht mehr gestritten werden — nicht nur nichts (B) genützt, sondern sie hätte uns noch geschadet.

Daß sie gescheitert ist, sollte uns wenigstens den Vorteil bringen, daß uns das wenigstens von der ungeheuerlichen Verpflichtung befreit, zu der furchtbaren Steuerlast, die dem deutschen Volke bereits auferlegt ist, neue Kontributionssteuern und neue Vermögenskonfiskationen in einem Ausmaß zu beschließen, das sich auf Grund des Voranschlags, der der Reparationskommission vorgelegt worden ist, sogar für die **Dauer des Teilmoratoriums** auf mindestens **100 Milliarden** im Jahre beläuft und auf noch sehr viel größere Beträge, wenn es der Reparationskommission gefällt, im nächsten Jahre den Betrag, den wir zu bezahlen haben, zu erhöhen, uns Sachleistungen zuzumuten, die sich auf ungemessene Beträge belaufen können, wenn unsere Valuta weiter zurückgeht und dann diejenigen Ausgaben, die sich in Gold beziffern, unendlich in die Höhe gehen. Was ist das für eine Gefahr, die an uns vorübergegangen ist! Ich hoffe, daß die Regierung mit allem Nachdruck die Gelegenheit benutzt, um uns aus der Schlinge zu befreien, die sie selbst bereits uns um den Hals gelegt hatte.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Die **Verpflichtung,** die, wenn auch in bedingter Form, übernommen worden ist, ist nach meiner Ansicht hellichter **Wahnsinn,** ist mehr als das, ist ein Verbrechen. Sie ist um so unnsinniger und verbrecherischer, als uns sebst das unerfüllbare Teilmoratorium nur für 1922 zugestanden worden ist und vom 1. Januar 1923 an alles in Frage steht, das heißt alles in den Händen der Reparationskommission liegt.

Wir müssen deshalb mit allem Nachdruck verlangen, daß die Reichsregierung keine Unklarheit darüber läßt, weder gegenüber dem Reichstag und der deutschen Öffentlichkeit, noch gegenüber dem Garantiekomitee und der Reparationskommission, daß sie mit dem Fortfall der Voraussetzung sich von dieser wahnsinnigen Verpflichtung (C) als befreit betrachtet.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Wir müssen das um so mehr verlangen, als die Reparationskommission zwar von dem Vorbehalt der deutschen Regierung Notiz genommen, aber die sehr wichtige Erklärung hinzugefügt hat, die Reparationskommission behalte sich ausdrücklich das Recht vor, das Teilmoratorium auch noch im Laufe des Jahres 1922 jederzeit zu widerrufen, falls Deutschland in Ermangelung der auswärtigen Anleihe die Maßnahmen zur Stabilisierung der schwebenden Schuld unterlasse. Damit ist ein neues Damoklesschwert über uns aufgehängt, und ich hoffe, daß die Regierung nicht vor diesem Damoklesschwert Kotau macht.

(Heiterkeit links.)

Wir müssen diese Forderung schließlich um so mehr stellen, als die von der Reichsregierung am 13. d. M. durch Wolff ausgegebene Erklärung besagt:

> Die deutsche Regierung wird im Interesse der Festigung der deutschen Wirtschaftslage und des deutschen Kredits nach wie vor alles tun, um die Reichsfinanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen und der Vermehrung der schwebenden Schuld entgegenzuwirken, soweit dies unter den gegebenen erschwerten Verhältnissen möglich ist. In den bevorstehenden Verhandlungen mit dem Garantiekomitee wird die Gelegenheit geboten sein, der Reparationskommission die nötigen Aufschlüsse hierüber zu geben.

Wir müssen der Reichsregierung dringend empfehlen, dem Garantiekomitee reinen Wein einzuschenken und jede Festlegung irgendwelcher Verpflichtung in bezug auf neue Steuern, Zwangsanleihen und andere Eingriffe zu vermeiden. Die Regierung hat schon mit ihrer an die Voraussetzung der auswärtigen Anleihe gebundenen Zu- (D) sage in der Note vom 28. Mai Dinge in Aussicht gestellt, die sie nicht in Aussicht stellen durfte. Ich komme darauf in Verbindung mit der Kontrolle noch zurück. Es handelt sich um die **Mitteilungen,** die der Reparationskommission im voraus, ehe der Reichstag Stellung genommen hatte, in wichtigen Punkten hinsichtlich der **Zwangsanleihe** gemacht worden sind und die selbstverständlich von der anderen Seite als eine Bindung der deutschen Regierung und, was viel schlimmer ist, des Deutschen Reichs aufgefaßt werden.

Ich stelle fest: Die Regierung kann durch ihre bedingte Zusage, im Wege von neuen Steuern und Konfiskationen die schwebende Schuld auf einen Höchstbetrag festzulegen, den Reichstag und damit das Deutsche Reich in keiner Weise binden.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist wichtig, daß man das im Reich und auch im Ausland, daß man das auch bei der Reparationskommission hört.

(Sehr wahr! rechts.)

Der **Wechsel,** den die Reichsregierung mit ihrer Note vom 18. Mai in diesem und in manchen anderen Punkten ausgestellt hat, ist gültig, auch wenn die Voraussetzung der auswärtigen Anleihe erfüllt ist, nur mit der **Unterschrift des Reichstags.**

(Sehr richtig! rechts.)

Diese Unterschrift ist nicht gegeben worden; sie ist von der Regierung nicht einmal verlangt worden, und sie kann auch nicht gegeben werden, wenn der Reichstag nicht an sich selbst Harakiri verüben und das Beschließen über neue Steuern der Reparationskommission überlassen will.

(Sehr wahr! rechts.)

Ich gehe weiter: Der von der Regierung geschriebene Wechsel ist vom Reichstag nicht nur nicht unterschrieben,

(Dr. **Helfferich**, Abgeordneter.)

(A) sondern er ist von großen Teilen des Reichstags in aller Form protestiert,

(sehr wahr! rechts)

und er bleibt protestiert, solange nicht der Reichstag den formellen Beschluß gefaßt hat, den **Blankowechsel auf neue Steuern und Vermögenkonfiskationen** zu beliebiger Ausführung der Reparationskommission in die Hand zu geben.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich komme damit zu den **Zugeständnissen der Reichsregierung hinsichtlich der Kontrolle,** und hier bin ich genötigt, schwere Vorwürfe, ja Anklagen gegen die Reichsregierung zu erheben.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Sie hat nicht nur gegen den von ihr selbst extrahierten Beschluß des Reichstags gehandelt, sie hat nicht nur den Reichstag und den Auswärtigen Ausschuß nicht vollständig informiert, sondern ihre im Auswärtigen Ausschuß gegebenen Informationen über den Inhalt der von ihr zur Absendung fertiggestellten Note waren direkt irreführend.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Ich begründe das; denn der Vorwurf ist schwer.

Erstens: man hat in uns die Vorstellung erweckt, nicht nur in der Deutschnationalen Volkspartei, sondern im ganzen Auswärtigen Ausschuß, daß jede Zusage, auch die Zusage hinsichtlich der Finanzkontrolle, gebunden sei an das Zustandekommen der auswärtigen Anleihe.

(Sehr richtig! rechts.)

Das war wichtig; denn durch das Zustandekommen einer großen auswärtigen Anleihe, wie sie ja allein möglich ist, wäre die Frage der Kontrolle auf ein ganz neues Gebiet gekommen.

Zweitens: man hat uns nur von Vorbehalten gesprochen, die in bezug auf die Kontrolle gemacht werden sollten, aber nicht von irgendwelchen positiven Zugeständnissen,

(B)

(sehr richtig! rechts)

die tatsächlich von der Regierung gemacht worden sind.

(Hört! Hört! rechts.)

Der Text der Note ergibt die weitestgehenden positiven Zugeständnisse, er ergibt, daß im wesentlichen alles das zugestanden worden ist, was die Reparationskommission in ihrer Note vom 21. März dieses Jahres verlangt hat und was damals der Reichskanzler mit so großer und in diesem Falle wirklich eindeutiger Bestimmtheit zurückgewiesen hat.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Ich muß Ihnen die Worte verlesen, die der Herr **Reichskanzler** damals gebraucht hat, um den Gegensatz zwischen dem 28. März und heute, der inzwischen durch die Regierung geschaffenen Situation, durch die Worte des Herrn Reichskanzlers in das richtige Licht zu setzen. Der Herr Reichskanzler hat damals ausgeführt:

> Ich erachte es als mit dem Selbstbestimmungsrecht eines Volkes und mit der Ehre einer großen Nation für unvereinbar (hört! hört! rechts), daß man ihr fremde Organe zur Überwachung der einzelnen Zweige bestimmter ziviler Verwaltungen beigibt. (Zustimmung.) Wir haben auf dem Gebiet der Kontrollkommissionen schon so trübe Erfahrungen hinter uns (sehr wahr!), daß es niemand bei uns verstehen würde, wenn dieses schikanöse, kostspielige, gänzlich unproduktive System (lebhafte Zustimmung) auch auf die deutsche Zivilverwaltung ausgedehnt würde. (Starker Beifall und Zustimmung.) Wir haben auf Grund des Friedensvertrages schon jetzt in Deutschland eine große Anzahl von Ententesoldaten, von einfachen Soldaten, sage ich, deren Einkommen den dreifachen Betrag desjenigen eines hohen deutschen Ministerialbeamten ausmacht. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)
>
> (C)
>
> Wenn ich mir diese tieftraurige und doch auch wieder lächerliche Tatsache dahin ausgedehnt denke, daß nach dem Willen der Reparationskommission von nun an bei jeder größeren Steuerbehörde in Deutschland Kontrollorgane der Alliierten in Funktion treten sollen, so kann ich dies nur als eine Zumutung bezeichnen, der sich keine deutsche Regierung im Interesse unseres verarmten und notleidenden Volkes unterwerfen darf. (Stürmischer Beifall.)

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

So hat der Herr Reichskanzler gesprochen. Und nun, meine Damen und Herren, vergleichen Sie den Text der Note der Reparationskommission vom 21. März und den Text der Noten, die unsere Regierung am 9. Mai und am 28. Mai an die Reparationskommission geschickt hat.

In bezug auf die **Gesamtkontrolle** heißt es in der **Note vom 21. März:**

> Die Reparationskommission wird durch Vermittlung des Garantiekommitees an den verschiedenen Stellen eine zur Genüge ausgedehnte Überwachung ausüben, damit man in jedem Augenblick sich genau von der Anwendung dieser Gesetzgebung, insbesondere von der Lage der Steuerveranlagung und Steuererhebung Rechenschaft ablegt und geeignetenfalls die Mängel, welche diese Anweisung aufweisen könnte, feststellen kann. Sie wird Deutschland gegebenenfalls auffordern, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um festgestellten Mängeln abzuhelfen, und wird ihre Entschließungen fassen, falls Deutschland binnen einer angemessenen Frist von ihr als ausreichend angesehene Maßnahmen nicht getroffen haben sollte.

(D)

(Hört! Hört! rechts.)

Das war einer der Sätze, auf die die Zurückweisung des Reichskanzlers sich bezogen hat.

Dazu die **Note vom 9. Mai.**

(Zuruf rechts: Vom 28!)

— Verzeihung, zunächst die Note vom 9. Mai:

> Die deutsche Regierung nimmt gern davon Kenntnis, daß die Reparationskommission die Souveränität Deutschlands bei der Feststellung seiner öffentlichen Ausgaben sowie in den Fragen der Besteuerung und der allgemeinen Finanzpolitik anerkennt.

Nota bene, eine schriftliche Erklärung, daß die Reparationskommission dies anerkennt, liegt nur in sehr gewundener Form vor.

Sie nimmt ferner davon Kenntnis, — ich konstatiere: im französischen Text heißt es hier avec une égale satisfaction — das hat man dem deutschen Publikum nicht sagen wollen, daß man von dem, was jetzt kommt, mit einer „satisfaction", Befriedigung, Kenntnis nimmt

(Zuruf bei den Kommunisten: Genugtuung, nicht Befriedigung!)

— Also sagen wir Genugtuung.

(Lachen rechts. — Erneuter Zuruf bei den Kommunisten.)

— Ihr Bedürfnis nach Nuancen wird befriedigt werden. — Im französischen Text heißt es, daß die Regierung „avec une égale satisfaction" davon Kenntnis nimmt, daß die Reparationskommission den Wunsch hat, „die deutsche Regierung bei der Ordnung der Reichsfinanzen zu unterstützen".

(Lebhafte Rufe Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Davon nimmt man mit „Befriedigung" Kenntnis, nota bene im französischen Text, im deutschen nicht.

(Dr. Helfferich, Abgeordneter.)

(A) Weiter heißt es:

Sie wird zu diesem Zweck der Reparationskommission alle Möglichkeiten für gewünschte Auskünfte eröffnen. —

Nun kommen die Nuancen, verehrter Herr! Verzeihen Sie, wenn ich Ihren Namen nicht kenne!

(Zuruf rechts: Thomas!)

Ich bitte, hier den französischen Text verlesen zu dürfen. „Alle Möglichkeiten für gewünschte Auskünfte", darauf kommt es an. Im **französischen Text** heißt es:

A cette fin, le Gouvernement Allemand sera prêt à fournir à la Commission des Reparations tous les moyens d'enquête demandés par celle-ci.

Das heißt „alle Mittel der Untersuchung". Das sind die gewünschten Auskünfte.

(Hört! Hört!)

Ich frage, welcher Text gilt, der deutsche oder der französische? Wer ist für die Übersetzung verantwortlich? Der Reparationskommission, die deutsch nicht versteht, wird gesagt, daß die deutsche Regierung ihr „alle Mittel der enquête", d. h. der Untersuchung, in die Hand geben will, was deutsch dahin wiedergegeben wird, daß ihr **„alle Möglichkeiten für gewünschte Auskünfte"** gegeben werden!

(Zurufe bei den Deutschnationalen: Unerhört! Pfui Teufel!)

Das ist noch nicht alles!

(Zuruf bei den Deutschnationalen: Das ist Landesverrat!)

Sie wird deshalb

— heißt es im nächsten Satz —

auch für die Dauer der Regelung ihrer Zahlungsverpflichtungen, wie sie die Entscheidung der Kommission vom 21. März 1922 vorsieht, mit (B) der Reparationskommission über die von ihr geplanten gesetzgeberischen Schritte auf dem vorher bezeichneten Gebiete **ins Benehmen treten.**

„Über die geplanten gesetzgeberischen Schritte ins Benehmen treten." Darüber ist nun im Auswärtigen Ausschuß ausdrücklich gesprochen worden. Man hat sich dort danach erkundigt, was das heißt „ins Benehmen treten". „Ins Benehmen treten" ist ja nur ein Ausdruck, der heißt, „man wird mit dem andern darüber sprechen, aber nicht etwa sich mit ihm darüber verständigen". Das ist ganz klar und einwandfrei im Auswärtigen Ausschuß besprochen worden, und der Herr hier, der so gut französisch kann, wird mir zugeben, daß „sich ins Benehmen setzen" heißt: „se mettre en rapport".

Im französischen Text heißt es aber:

Le Gouvernement Allemand sera prêt à **s'entendre** avec celle-ci

(der Reparationskommission)

au sujet des projets de loi préparés par lui sur les questions financières visées ci-dessus.

Das heißt, die deutsche Regierung hat sich nach dem französischen Text gegenüber der Reparationskommission bereit erklärt, sich mit ihr über geplante Gesetzgebungsakte nicht nur „ins Benehmen zu setzen", sondern sich mit ihr darüber „zu verständigen".

(Stürmische Rufe rechts: Hört! Hört!)

Das ist die schwerste Verletzung der Souveränität, die ich mir überhaupt denken kann, wenn eine Regierung einer fremden Kommission die Zusage macht, daß sie sich mit ihr über ihre Gesetzgebungsprojekte vorher verständigen will.

(Erregte Rufe von den Deutschnationalen: Unerhört! Das nennt man Parlamentarismus!)

Auch in bezug auf die **Ausgaben** — das brauche ich hier nicht weiter zu verlesen — hat die Regierung der (C) Reparationskommission alle die Kontrollen zugestanden, die die Reparationskommission verlangt hat, — alle Kontrollen restlos, es ist nicht eine einzige Ausnahme gemacht.

(Hört! Hört! rechts.)

Aber nun die **Vorbehalte,** und da komme ich zu einem Stück, das ebenso stark ist wie das bisher besprochene. Es ist uns im Auswärtigen Ausschuß mitgeteilt worden, daß drei Vorbehalte gemacht werden sollen. Erstens, die Souveränität des Deutschen Reichs soll durch diese Kontrolle nicht berührt werden. Ich habe damals schon den Herrn Reichsfinanzminister gefragt: was heißt Souveränetät? Nach dem, was Sie da unterschrieben haben, gibt es keine deutsche Souveränität mehr!

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Der zweite Vorbehalt war, daß der **Geschäftsgang der Steuerbehörden** nicht erschwert werden sollte. In diesen beiden Punkten ist wenigstens die Übersetzung korrekt. Aber im dritten heißt es im deutschen Text:

daß die Kontrollen

— deutsch ist das sehr sanft mit „Nachprüfungen" übersetzt, französisch heißt es: „contrôles" —

in die durch das **Steuergeheimnis** geschützten Vermögensverhältnisse und Angelegenheiten der einzelnen Steuerpflichtigen nicht eindringen dürfen,

— nicht eindringen dürfen! Der Steuerbeamte muß eindringen, aber er darf das Steuergeheimnis, das so zu seiner Kenntnis kommt, nicht verletzen. Also zwischen Eindringen in das Steuergeheimnis und ein Steuergeheimnis verletzen ist ein großer Unterschied.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Und wie heißt es nun im französischen Text? Da heißt es:

. . que ces contrôles ne violeront pas le secret de la fortune et des affaires individuelles des contribuables.

Da heißt es also, daß diese Kontrollen das Steuergeheimnis nicht verletzen dürfen. (D)

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Das heißt also, sie dürfen „eindringen" — das ist nicht ausgeschlossen —, sie dürfen Kenntnis bekommen von jeder einzelnen Steuererklärung, sie dürfen aber das Steuergeheimnis „nicht verletzen."

Meine Damen und Herren! Unterschätzen Sie nicht um was es sich hier handelt! Das kann kein Zufall sein Jedenfalls kann ich nicht annehmen, daß die Reichsregierung Leute mit der Übersetzung solch ungeheuer verantwortlicher Dokumente beschäftigt, die die französische Sprache nicht genügend beherrschen. Ich kann mir auch nicht denken, daß die sprachkundigen Herren in der deutschen Regierung die Übersetzung der der Reparationskommission zu überreichenden Dokumente nicht geprüft haben. Ich frage also: was bedeutet die Divergenz im französischen und deutschen Text? Ich frage: Wer soll hier hinters Licht geführt werden? Ich frage: **Welcher Text gilt?** Das ist jetzt eine Lebensfrage für uns, nachdem Sie unsere Gesetzgebung ausgeliefert haben!

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich möchte die Antwort gleich jetzt, Herr Reichskanzler! Gilt der französische oder der deutsche Text? Sie haben mit einem Wort die Möglichkeit, das durch einen Zwischenruf zu beantworten, welcher Text gilt. — Ich stelle fest, daß der Herr Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen, die beide in der Lage sein müßten,

(erregte Zurufe links)

Antwort zu geben, hier schweigen.

(Wiederholte erregte Zurufe von der äußersten Linken. Zuruf: Hauen Sie ihnen doch eine runter. — Heiterkeit.)

— Das tun wir in camera caritatis, Herr Hoffmann!

(Wiederholte Zurufe von der äußersten Linken: Hier haben Sie keine Courage! Hauen Sie uns doch eine runter!)

(Dr. Helfferich, Abgeordneter.)

(A) — Bitte, Herr Hoffmann, ich lade Sie freundlichst ein, hier heraufzukommen. Glauben Sie, ich bemühe mich zu Ihnen?

(Andauernde Unterbrechungen rechts und links. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

(Andauernde erregte Zwischenrufe von rechts und links.)

— Die Unruhe kommt von dort (nach rechts). Ich bitte um Ruhe!

(Zurufe rechts.)

— Herr Abgeordneter Dr. Helfferich hatte Herrn Abgeordneten Hoffmann (Berlin) aufgefordert, hierher zu kommen.

(Erneute Zwischenrufe von rechts und links.)

— Meine Herren! Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Das ist der erste Flegel nicht, der etwas versprochen und nicht gehalten hat!)

Herr Abgeordneter Hoffmann, gehen Sie auf Ihren Platz!

(Erneute Zurufe rechts und links.)

Meine Herren! Es sind eine ganze Menge unparlamentarischer Rufe gefallen. Aber nachdem der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich selber dem einen „Schamlosigkeit", einem anderen „Dumme Frage", einem dritten „Schämen Sie sich" zugerufen hat, war ich nicht in der Lage, die Zwischenrufe zu rügen.

(Lebhafte Zustimmung links. — Zurufe rechts.)

Meine Herren! Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

(Lebhafte Zurufe links.)

— Ich bitte um Ruhe, Herr Abgeordneter Stampfer.

Dr. **Helfferich,** Abgeordneter: Ich will keine Kritik an der Geschäftsführung des Herrn Präsidenten üben.
(B) Aber ich glaube, mich gegen den Vorwurf, daß ich unparlamentarisch gehandelt habe, verteidigen zu dürfen. Herr Präsident! Wenn ich starke Ausdrücke gebraucht habe, so lag das daran, daß ein Mitglied meiner Partei, dessen Namen hier genannt worden ist, ohne daß mir ein Ordnungsruf zur Kenntnis kam, als Schurke und Landesverräter bezeichnet wurde.

(Abgeordneter Höllein: Feiger Bursche! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Höllein! Ich rufe Sie für diesen letzten Zwischenruf zur Ordnuug! Ich bitte jetzt um Ruhe und den Redner fortfahren zu lassen.

Dr. **Helfferich,** Abgeordneter: Diesen Teil meiner Ausführungen über die von der Regierung der Reparationskommission gemachten Zusagen möchte ich mit dem Satz schließen:

Eine **deutsche Regierung,** die ohne Ermächtigung des Reichstages wesentliche Bestandteile der deutschen Souveränität veräußert, gehört vor den **Staatsgerichtshof!**

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Ich komme nun zu der Frage der **sachlichen Berechtigung** der von der Entente aufgestellten **Kontrollforderungen.**

Unsere Steuern, die die Entente kontrollieren und immer höher schrauben will, sind höher als die Steuern in irgendeinem der Länder, die das Versailler Diktat beschlossen haben.

(Sehr wahr! rechts und bei den Deutschen Demokraten: — Zuruf links: Es ist nicht wahr!)

— Sie können schreien, soviel Sie wollen, den Tatbestand schaffen sie nicht aus der Welt!

(Wiederholte Zurufe rechts und links. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Höllein, ich bitte, (C) unterlassen Sie doch die Zwischenrufe! Ein Redner von Ihnen kommt nachher zum Wort und kann das widerlegen.

Dr. **Helfferich,** Abgeordneter: Sogar von der englischen Presse wird neuerdings anerkannt, daß die Steuern bei uns wesentlich höher sind als die Steuern in England und Frankreich.

(Hört! Hört! rechts.)

Was unsere **Ausgaben** anlangt, so sind wir die letzten, zu bestreiten, daß da und dort eine größere **Sparsamkeit** notwendig ist. Aber für größere Sparsamkeit zu sorgen, ist nicht Aufgabe der Reparationskommission, sondern das ist Aufgabe des Deutschen Reichstages. Das ist unsere Angelegenheit, ein Einmischen in diese Dinge darf der Reichstag nicht dulden.

Aber auch wenn wir in Bezug auf Ersparnisse alles tun, was menschenmöglich ist, was wird dabei im Verhältnis zu den Ausgaben herauskommen, die wir gegen unseren Willen leisten müssen und auf die ich gleich zu sprechen komme?

Nach den neuen Aufstellungen über unsere Reichsausgaben stellt sich das ganze Budget des Reichs für seine innere Verwaltung, also abgesehen von den Betriebsverwaltungen und von den Kontributionslasten, auf 123 Milliarden Papiermark. Nun vergleichen Sie damit die Ausgaben, die uns allein die Besetzung des Rheinlandes und die Kontrolle verursachen.

Wir haben hier die **Denkschrift,** die uns vor einiger Zeit vorgelegt worden ist, über die **Kosten der Besatzung.** Danach sind bis Ende März 1921 aufgelaufen 3937 Millionen Mark Gold. Das sind monatlich rund 140 Millionen Mark Gold oder jährlich 1680 Millionen Mark Gold. Zum Satz von 70 auf Papiermark umgerechnet — heute wären es noch mehr — wären das 117,6 Milliarden Mark — allein die Goldausgaben (D) für die Besatzung!

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Dann kommen die Papierausgaben, die 5540 Millionen im Jahr betragen, aber offenbar viel zu niedrig veranschlagt sind. Wir kommen damit auf 123 Milliarden allein für die Besetzung des Rheinlandes und die Kosten der Rheinlandkommission. Dazu 1 Milliarde Kosten der Reparationskommission, und, ich glaube, ich unterschätze, wenn ich eine weitere Milliarde für alle übrigen militärischen und zivilen Kommissionen hinzufüge. Da kommen wir auf 125 Milliarden Papiermark allein für die Besatzung des Rheinlandes und für Kontrolle.

Wissen Sie, wie hoch die Ausgaben für die ganze **Reichswehr** sind? Nicht ganz 5 Milliarden Mark. Wenn die ganze Reichswehr gestrichen würde aus Ersparnisgründen, wie das den Herren hier (nach links) konvenieren könnte, dann wären noch keine 4 Prozent der rheinischen Besatzungskosten erspart.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen. — Zurufe links.)

Meine Damen und Herren! Die 125 Milliarden, von denen ich eben sprach, sind höher als die gesamten übrigen Ausgaben des Deutschen Reichs, die sich auf 123 Milliarden stellten.

Vergleichen Sie, bitte, die Besatzungskosten des Rheinlandes mit den Kosten des so erschrecklichen deutschen Militarismus vor dem Kriege! Die ganzen laufenden Ausgaben des deutschen Militäretats in dem Jahr, in dem diese Ausgaben kulminierten, im letzten Friedensjahr, betrugen rund 1 Milliarde Goldmark. Heute werden allein an Goldausgaben für die Rheinlandbesatzung 1680 Millionen Goldmark verausgabt, allein für die Rheinlandbesatzung fast 70 Prozent mehr, als das deutsche Heer und die deutsche Marine im Jahre der höchsten Anspannung laufend gekostet haben.

(Dr. **Helfferich**, Abgeordneter.)

(A) Das sind doch geradezu erschütternde Zahlen, Zahlen, die, wie Sie mir zugeben werden, in die ganze Welt hinausgeschrien werden müssen, geradezu skandalöse Zahlen.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Meine Damen und Herren! Ich mache darauf aufmerksam, daß im **Waffenstillstandsvertrag**, wo die Frage der Besatzung zum ersten Male geregelt wurde, und der doch die Grundlage des Friedens bilden sollte, verlangt worden ist, daß wir einige **strategische Punkte** den anderen zur Besatzung ausliefern sollten. Aus diesen „einigen strategischen Punkten“, wie es im Waffenstillstandsvertrag heißt, sind 228 Garnisonen geworden gegen, ich glaube, 28 Garnisonen in deutscher Zeit.

In deutscher Zeit haben wir im Rheinland knapp 70 000 Mann stehen gehabt. Bei den Verhandlungen, die über das Rheinlandabkommen geführt worden sind, hat Herr Loucheur den deutschen Unterhändlern zugesagt, daß die Zahl von 70 000 Mann nicht erheblich überschritten werden soll. „Se ne sera que légèrement dépassée“, lauten die mir bekannten Worte. Heute sind aus den 70 000 Mann 130 000 Mann geworden.

(Hört! Hört! rechts.)

Ich weiß nicht, wie die **Besoldung der Truppen** ist. Aber die Reparationskommission hat selbst wenigstens die Zulagen angegeben, die in dem gegenüber den hochvalutarischen Ländern so „teuren“ Deutschland ihren bei den Kommissionen angestellten Offizieren und Soldaten gegeben werden. Nach dieser Aufstellung, die für den Monat gegeben ist, bekommen an Zulagen, also abgesehen von dem Gehalt, das in der fremden Valuta gezahlt wird, der Chef, General Nollet, allein 863000 Mark im Jahre, von denen er keine Steuern bezahlt, also mehr als der Reichspräsident; ein Oberst und ein Oberstleutnant in leitender Stellung bekommt 636000 Mark; ein Oberstleutnant und ein Major in leitender Stellung — immer (B) nur Zulagen — 454000 Mark, ein gewöhnlicher Major 409000 Mark, ein Hauptmann oder Leutnant 386000 Mark, ein Unteroffizier 210000 Mark und der gemeine Soldat 127000 Mark.

(Stürmische Rufe rechts: Hört! Hört!)

Deutsche Beamte in der obersten Gehaltsklasse, außer der Spezialklasse, also die Beamten in Klasse XIII, unsere Ministerialdirektoren usw., bekommen als Höchstgehalt in der höchsten Altersstufe nach Abzug der Steuern noch nicht ganze 100 000 Mark.

(Hört! Hört! rechts.)

Ein gewöhnlicher Ententesoldat, der keine Steuern bezahlt, bekommt als Zulage, abgesehen von seinem Gehalt in Dollar, in Franks oder in Pfund Sterling, 127000 Mark.

(Andauernde stürmische Rufe rechts: Hört! Hört! Unerhört!)

Was das bedeutet, daß wir alle diese Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten in dieser Weise besolden müssen, daß im Rheinland allein an gemeinen Soldaten 130 000 Mann stehen, die doch sicher ähnliche Bezüge haben, das will ich Ihnen an anderen Zahlen vorführen. Ich habe mir die Statistik der preußischen Einkommensteuer durchgesehen und habe festgestellt, daß es vor dem Kriege in ganz Preußen nur 150 000 Zensiten mit einem Einkommen von mehr als 10 000 Mark gegeben hat.

(Hört! Hört! rechts.)

Jetzt müssen wir allein im Rheinland 130 000 Mann mit Riesenbesoldungen durchfüttern, die nach dem heutigen Stand der Dinge den Leuten mit 10 000 Mark Einkommen vor dem Kriege zum mindesten gleichgestellt werden können. Das, was hier geschieht, ist die unerhörteste **Satrapenwirtschaft**, die die Welt jemals gesehen hat, die ruchloseste **Ausbeutung**.

(Stürmische Zustimmung rechts. — Wiederholte Rufe links: Schamloser Geselle! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Horn, ich rufe Sie (C) zur Ordnung!

(Abgeordneter Malzahn: Es wird nicht eher besser, als bis Sie und Ihre Freunde verschwinden!)

Dr. **Helfferich**, Abgeordneter: Das ist die ruchloseste Ausbeutung, die je über ein Land verhängt worden ist.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wenn die Herren, die sich einen Beruf daraus machen, gegen die „Ausbeutung“ demagogische Agitation zu treiben, sich diesem Notschrei gegen die unerhörteste Ausbeutung der Welt nicht anschließen, dann scheint aus diesem Verhalten hervorzugehen,

(andauernde Zurufe und Unruhe links — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte um Ruhe!

Dr. **Helfferich**, Abgeordneter: — so scheint aus diesem Verhalten hervorzugehen, daß bei Ihnen (nach links) der Respekt vor den französischen Bajonetten größer ist als der Respekt vor der Not des deutschen Vaterlandes.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Andauernde Rufe links: Sie Heuchler! — Abgeordneter Thomas: Herr Helfferich, Sie haben noch vor keinem Bajonett gestanden. — Abgeordneter Crispien: Sie hetzen zum Kriege und sitzen nachher in der Etappe! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe und ersuche den Herrn Redner fortzufahren.

Dr. **Helfferich**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe diese Gegenüberstellung an dieser Stelle gemacht, damit sie in der ganzen Welt gehört und verstanden wird. Ich habe sie gemacht, um die Forderung der Reparationskommission auf eine **Finanzkontrolle**, die (D) über das Deutsche Reich errichtet werden soll, in das rechte Licht zu setzen. Wer in dieser Weise verschwenderische Satrapenwirtschaft treibt, wer Kommandeure nach Deutschland schickt, die sich königliche und prinzliche Schlösser mit Millionen von Mark für ihre Bedürfnisse neu einrichten lassen,

(Zurufe links)

der hat kein Recht, Deutschland deshalb zu kontrollieren, weil Deutschland nicht sparsam genug sei.

(Stürmische Zustimmung rechts.)

Es ist eine **Schamlosigkeit** wenn Nationen, die für eine solche Verschwendung verantwortlich sind, von dem ausgesaugten deutschen Volke Sparsamkeit verlangen und eine **Sparsamkeitskontrolle** hierherschicken wollen.

(Rufe rechts: Sehr richtig! — Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Erzählen Sie doch einmal, wo der Kronprinz seine Bordelle gehabt hat! — Rufe rechts: Pfui Teufel!)

— Pfui Teufel! Herr Abgeordneter Hoffmann, wenn Sie sich für Bordelle interessieren, dann will ich Ihnen sagen, daß — mit auf Ihre Kosten — die französische Regierung im besetzten Gebiet eine ganze Anzahl von Bordellen unter Ausgabe von einer Million Mark eingerichtet hat.

(Abgeordneter Hoffmann [Berlin]: Ihr Kronprinz hat sie eingerichtet! Es ist einer so viel wert wie der andere!)

— Die Schweinerei wird nun doch bald zu groß! Da kann ich nicht mehr mit! —

Wir wünschen, daß auch die deutsche Regierung ein deutliches Wort über diese Schamlosigkeit findet, von der ich eben gesprochen habe. Wir wünschen, daß auch die deutsche Regierung dazu beitragen möge, die Welt, an deren Urteil ihr doch so viel liegt, darüber aufzuklären, nicht nur in Denkschriften, die draußen niemand liest,

(Dr. Helfferich, Abgeordneter.)

(A) sondern mit einem offenen, freien Worte aus dem Munde des höchsten Beamten des Deutschen Reichs.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir wünschen, daß die Welt darüber aufgeklärt wird durch den deutschen Reichskanzler, wer in Deutschland verschwendet und wo in Deutschland zu sparen ist, wer von dem Mark des deutschen Volkes zehrt und wer von dem Lasttier, dem man das Futter entzieht und das Blut abzapft, verlangt, daß es Lasten trage, wie sie in der Welt noch nie gesehen worden sind.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Und wir verlangen nicht nur das Wort, — wir verlangen auch die Tat.

Ich richte an die Herren von der Regierung den Appell: Sie haben Ihre Vorbehalte sehr verwässert, aber trotzdem, Sie haben die Pflicht gegenüber dem deutschen Volke aus dem **Schemen Ihrer Vorbehalte** eine Wirklichkeit zu machen. Weisen Sie kategorisch, und auf jede Konsequenz hin, in den Verhandlungen mit dem Garantiekomitee alles zurück, was die deutsche Souveränität beeinträchtigen kann! Halten Sie die Türen der Reichsbehörden geschlossen gegenüber einer Kontrollorganisation, einer fremden Kontrollorganisation, die unter allen Umständen „den geregelten Gang der Verwaltung stören" und „in die Steuergeheimnisse der Privaten eindringen wird!"

(Sehr richtig! rechts.)

Geben Sie sich nicht damit zufrieden, daß diese Kontrollorganisation vielleicht klein und bescheiden anfängt! Aus den vier Beamten, die im Rheinlandabkommen der Rheinlandkommission zugestanden worden sind, sind nach Ihrer eigenen Denkschrift 1300 geworden.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Ich lese jetzt in den Zeitungen — in französischen (B) Zeitungen! — daß heute schon das **Garantiekomitee**, das uns als kleine und beiläufige Sache hingestellt worden ist, in Deutschland **50 Inspektoren** beschäftigt.

(Erneute Rufe: Hört! Hört! und Bewegung.)

Meine Damen und Herren! So etwas wuchert wie Pestwurz! Hüten Sie sich davor!

(Zurufe links.)

Nun komme ich zum **Finanziellen.** Die Anleihe ist vorläufig erledigt. Wann das Anleihekomitee wieder zusammentritt, kein Mensch kann es wissen: es kann bald sein, es kann aber auch länger dauern. Jedenfalls vorläufig wurde aus der Anleihe nichts: die Anleihe ist nicht da und das Anleihekomitee auch nicht mehr.

Da entsteht die Frage: was soll werden?

Die **Finanzkommission der Genueser Konferenz** hat erneut anerkannt, was vorher ja schon in Brüssel festgestellt worden ist und auch bei einer ganzen Anzahl von andern Gelegenheiten, daß Deutschland den ihm auferlegten Verpflichtungen auch durch die schärfste Besteuerung und Konfiskation nicht gerecht werden kann, wenn nicht die Hilfe einer auswärtigen Anleihe eintritt. Diese Hilfe ist, wie gesagt, fürs nächste erledigt. Ich sehe ganz davon ab, daß Überschuldung nur dann durch neue Schulden geheilt werden kann, wenn gleichzeitig die alten zusammengelegt werden. Ich sehe ganz davon ab; fürs nächste ist ja von Anleihe nicht die Rede.

Die Hilfe der Anleihe haben wir nicht. Will die Regierung unter diesen Umständen in ihrer Erfüllungspolitik fortfahren, unbekümmert um die weitere Entwertung der deutschen Valuta, die sofort nach dem Scheitern der Anleihe erneut mit Heftigkeit eingesetzt hat und die ins Ungemessene gehen wird, wenn die Regierung auch weiterhin für die Zahlung von 50 Millionen monatlich für das vorläufige Teilmoratorium, ferner von etwa 40 Millionen Goldmark für Ausgleichsverpflichtungen und andere Verpflichtungen mehr auf dem Markt ausländische Devisen, (C) vor allen Dingen amerikanische Dollar ankauft.

Ich stelle diese Frage nicht leichthin. Ich weiß, was es bedeutet, wenn die Regierung der Reparationskommission oder dem Garantiekomitee mit Nachdruck und Entschlossenheit mitteilt, daß sie solche Ankäufe bei der Situation, wie sie sich jetzt gestaltet hat, weiter nicht vornehmen kann.

Wir verkennen keineswegs den Ernst der Lage. Wir wollen in diesen wichtigen, für die Zukunft unseres Volkes entscheidenden Fragen nicht mit dem Kopf durch die Wand.

(Lachen und Zurufe links.)

Wir sind Realpolitiker genug, um zu wissen,

(erneute Zurufe links)

daß ein verlorener Krieg, namentlich ein verlorener Krieg von diesen Dimensionen, seine schweren und ernsten Folgen hat.

(Erneute Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Wir haben uns gegenüber diesen Folgen niemals auf das starre Nein gestellt, — niemals!

(Wiederholte Zurufe links.)

Aber wir haben zweierlei verlangt —

(Abgeordneter Dittmann: Sie haben die Folgen heraufbeschworen, Sie sind der Verantwortliche dafür! — Große Unruhe rechts und Rufe bei den Deutschnationalen: Ruhe!)

— Der Herr Marinerevolutionär von 1917 ist in diesen Dingen nicht für mich — —

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Lärm links.)

— Der Herr Marinerevolutionär von 1917 existiert für mich in diesen Dingen nicht!

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Wir haben folgende **Forderungen** gestellt, und diese Forderungen stellen wir nun auch heute: Wir fordern erstens, daß der **Makel der Schuldlüge,** dieser Schuldlüge, (D) die an der Spitze der finanziellen Bestimmungen des Versailler Vertrages steht, von uns genommen wird,

(sehr gut! rechts)

und wir fordern, daß die uns auferlegten materiellen Lasten unserer Leistungsfähigkeit angepaßt werden.

(Erneute Zustimmung rechts.)

Das ist ein Anspruch, den wir sogar nach dem Versailler Diktat haben. Auch in dieser gegenwärtigen Situation haben wir durch unseren Gegenvorschlag zur Zwangsanleihe den Beweis erbracht, daß wir uns nicht auf die reine Kritik, auf die reine Negation beschränken. Aber wenn neue Opfer übernommen werden sollen, wenn ein neuer großer Eingriff in die Substanz des deutschen Volksvermögens gemacht werden soll, dann, meine Damen und Herren, wollen wir den Zweck dieser Opfer sehen.

Alles ist zwecklos, wenn die **Entwertung der Mark** in dieser Weise weitergeht. Solange dieser Entwertung nicht Halt geboten wird, ist jedes Opfer, das sich Deutschland — zur Sanierung seiner Finanzen und für Kontributionszwecke — auferlegt, gänzlich umsonst. Das alles verschwindet im unersättlichen Rachen des großen Molochs der Kontributionen. Dies alles schafft uns keine Erleichterung, das alles schafft uns keine Rettung, das alles entzieht uns nur Blut und Kraft und schwächt uns für die Endlösung, für die Endregelung, die doch einmal kommen muß.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Deshalb verlangen wir: kein weiterer **Devisenankauf** darf vorgenommen werden, solange der Dollar einen bestimmten Satz überschreitet.

Ich habe diese Forderung schon vor einiger Zeit, gleich nach dem negativen Ergebnis der Anleiheverhandlungen in der Presse aufgestellt, und es scheint nach gewissen Verlautbarungen, als ob auch die Reichsregierung

(Dr. Helfferich, Abgeordneter.)

(A) die grundsätzliche Berechtigung dieser Forderung anerkenne. Denn in der Erklärung, die der Reichskanzler am 13. Juni durch Wolff ausgegeben hat, heißt es, die Reichsregierung werde deshalb, falls es die Entwicklung der Dinge etwa erforderlich machen sollte, mit der Reparationskommission ins Benehmen treten, um durch eine vorläufige Verständigung über die weiteren Zahlungen die ungünstige Entwicklung des Markkurses zu verhüten. Es heißt in dieser Verlautbarung: „wenn es erforderlich werden sollte." Ich möchte an den Herrn Reichskanzler und den Reichsfinanzminister die Frage richten, ob die Entwicklung des Dollarkurses, wie wir sie seit der Zeit der Anleiheverhandlungen erlebt haben, die Aufwärtsbewegung von etwa 270 auf 330 und zeitweise darüber hinaus, solche Verhandlungen mit dem Garantiekomitee erforderlich macht. Nach unserer Ansicht ist das Erforderliche jetzt schon gegeben. Nach unserer Ansicht ist nicht nur das Erfordernis gegeben, sondern mehr als das. Es ist das Erfordernis gegeben, daß in diesen Verhandlungen die Regierung den Entschluß kundgibt und festhält — ich wiederhole nochmals: wie in bezug auf die Kontrolle — auf jede Konsequenz hin!

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

An der Stabilisierung der Valuta ist nicht nur Deutschland interessiert. Wir sind es in erster Linie, aber die anderen sind es ebenso. Alle am Welthandel beteiligten Völker sind an der Stabilisierung der Valuta interessiert, und wenn Sie den Bericht des Anleihekomitees lesen, dann sehen Sie, wie dieses **Interesse an der Stabilisierung der Wechselkurse** geradezu der **Brennpunkt des ganzen Berichts des Anleihekomitees** ist. Hier hat die Regierung Gelegenheit, an ein großes **solidarisches Interesse der Ententemächte**, vor allem Englands und Amerikas, zu appellieren. Dieser Appell muß erfolgen! Aber selbst wenn dieser Appell auf taube Ohren stoßen sollte, — die (B) Regierung kann nicht von der Richtlinie herunter, daß bei dieser Entwicklung der Devisen keine Käufe möglich sind. Denn was soll eintreten, wenn die Regierung fortfährt, Devisen zu kaufen? Eine weitere Verschlechterung unserer Valuta, eine weitere Ruinierung unseres Budgets, eine weitere Unmöglichkeit, auch nur zum Teil die Sachleistungen zu erfüllen, die uns auferlegt sind, eine weitere Zermalmung des Mittelstandes, ein weiteres Hochschrauben der Preise, neue soziale Kämpfe, schließlich das absolute Ende!

Gewiß ist immer wieder zu fragen: „Und wenn Sie es tun, was kommt dann?" Die Schicksalsfrage, wenn Sie wollen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten. — Geben Sie mal darauf eine Antwort!)

Ich möchte der Ansicht sein, daß in solchen Fragen in erster Linie nötig ist, das Richtige zu tun.

(Zurufe links: Und was dann?)

Ich gebe Ihnen die Frage zurück und frage Sie: was soll werden, wenn weiter **Erfüllungspolitik** gemacht wird? Ich appelliere an den Herrn, der hier in Ihrer Nähe sitzt, Herr Dr. Stampfer, an den Herrn Abgeordneten Gothein. Herr Kollege Gothein hat vor einiger Zeit im „8-Uhr-Abendblatt" geschrieben:

> Man hat es als Katastrophenpolitik bezeichnet, als weite Kreise des Reichstags das Ultimatum ablehnten . . . Noch heute bin ich davon durchdrungen, daß Erfüllungspolitik Katastrophenpolitik ist.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Die Sache liegt so: die Fortsetzung der Erfüllungspolitik ist die sichere Katastrophe;

(sehr wahr! bei den Deutschnationalen)

das Fassen eines festen Entschlusses und das Durchhalten dieses Entschlusses ist die einzige Möglichkeit, die Katastrophe abzuwenden.

(Sehr richtig! und Beifall bei den Deutschnationalen. — Zurufe von den Sozialdemokraten: Ist die sofortige Katastrophe!)

Meine Damen und Herren! Dieser feste Entschluß ist um so notwendiger, weil jede **Realpolitik** von einer nüchternen Betrachtung der Ziele und Mittel der Gegner ausgehen muß. Sie haben geglaubt, mit Ihrer Erfüllungspolitik, mit dem Versuch der Erfüllung die Franzosen milder stimmen, die Franzosen gewinnen zu können. Das war eine falsche Einschätzung der Ponderabilien und der Imponderabilien auf der anderen Seite. Die Ziele der Franzosen — der Franzosen, die in Frankreich Politik machen, nicht der Herren, die hierher kommen und von dieser Stelle aus Friedensreden halten —, die Ziele der Franzosen, die in Frankreich Politik machen, sind heute noch dieselben wie zur Zeit von Ludwig XIV. und zur Zeit Napoleons I.

(Zustimmung rechts.)

Aber hinsichtlich der Mittel haben die **Franzosen** aus der Geschichte und namentlich aus den napoleonischen Erfahrungen einiges gelernt Sie haben namentlich aus den **napoleonischen Erfahrungen** gelernt, daß es unmöglich ist, Deutschland, heute ein Land von immer noch 60 Millionen Einwohnern, mit militärischer Macht zu besetzen und dauernd niederzuhalten. Daß das nicht geht, wissen auch die Franzosen. Sie würden in Verlegenheit kommen, wenn sie dazu gezwungen werden sollten.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Was sie mit militärischer Macht nicht voll erreichen können, dazu soll Ihnen das im Versailler Diktat geschaffene **System der finanziellen Erdrosselung** dienen,

(sehr wahr! bei den Deutschnationalen)

dieses System der finanziellen Erdrosselung, für das blutiger Hohn das Wort „Reparationen" erfunden hat.

(Sehr wahr! rechts.)

Nur ein Volk wie das deutsche läßt sich ein solches Wort von seinen Gegnern aufreden. Wir nehmen gedankenlos — es geht auch unsereinem so — das Wort „Reparationen" in den Mund, während es sich in Wirklichkeit um die Kontribution in der krassesten Form, um die Ausplünderung Deutschlands, handelt,

(sehr wahr! rechts)

die man uns mit der „Reparation" auferlegt hat.

(Unruhe links.)

Ich will es Ihnen nicht mit meinen Worten sagen, um Ihre Unruhe nicht zu erneuern, aber ich will es Ihnen in den Worten eines Italieners sagen, **Francesco Nittis,** der in seiner Eigenschaft als italienischer Ministerpräsident die Verhandlungen in Versailles mitgemacht hat. Nitti charakterisiert das, was man uns auferlegt hat, folgendermaßen: Die Reparationen sind, wie Nitti schreibt, „Deutschland auferlegt worden entgegen den proklamierten Prinzipien der Entente, den 14 Punkten Wilsons, die die Grundlage des Friedens bildeten." Er stellt weiter fest:

> daß die „Reparationen" gewollt wurden, nicht so sehr eines wirtschaftlichen Vorteiles wegen, sondern um Deutschland zu ersticken, es unter dem Joch einer unerträglichen Kontrolle zu demütigen und es unter dem Gewicht von Lasten zu töten, die seine Kräfte übersteigen,

(Hört! Hört! rechts.)

Er fügt hinzu:

> Das auf den Verträgen basierende Programm, dessen Exekutive in den Händen der Reparations-

(Dr. **Helfferich**, Abgeordneter.)

kommission liegt, ist ein Programm von Ruinen und Tod.

(Sehr wahr! rechts. — Zuruf des Abgeordneten Dittmann: Das hätten Sie eher bedenken sollen! — Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Was nützt das alles, Herr Dittmann? — Abgeordneter Dittmann: Er hat kein Recht, so zu reden, seine Politik hat uns dahin geführt! — Gegenrufe rechts.)

Dieses Programm von Ruinen und Tod, meine Damen und Herren, war und ist nur durchführbar, wenn seine Urheber und Betreiber in Deutschland selbst Helfer finden.

(Hört! Hört! rechts.)

In der **Annahme des Londoner Ultimatums** hat sich die Reichsregierung auf dieses Programm von Ruinen und Tod verpflichtet, nicht weil sie das Programm am deutschen Volk exekutieren wollte — diesen Vorwurf würde ich nie erheben gegen jemanden, in dem ich den deutschen Bruder achte, mag ich sonst über seine Politik und über seine Auffassungen denken, wie ich will —, es ist unmöglich und nicht denkbar, daß ein Deutscher sich auf ein solches Programm verpflichtet, um es auszuführen. Aber die deutsche Regierung hat sich darauf verpflichtet, weil sie nach eigener Aussage glaubte, durch den gutwilligen Versuch der Erfüllung diesem Programm die Spitze abzubrechen, dieses Programm aushöhlen zu können. (Zum Regierungstisch:) Das war und das ist Ihr großer Irrtum.

Aber nun, meine Herren von der Regierung, ist es genug und übergenug! Nun müssen auch Sie eingesehen haben, daß die **Grenzen der deutschen Erfüllungsmöglichkeit** erreicht und überschritten sind,

(Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Was nun? Positive Vorschläge!)

daß die neue Unterwerfung unter die neuen Forderungen zur Katastrophe führen muß.

(Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Aufgepaßt! Jetzt kommt es!)

Nur unter einer Voraussetzung — jawohl, meine Damen und Herren —

(fortgesetzte Rufe links: Was nun?)

nur unter der einen Voraussetzung ist in dieser schweren Lage eine Rettung möglich:

Man muß draußen in der Welt wieder begreifen lernen, daß es für das deutsche Volk eine letzte Grenze gibt. Die sieht man heute nicht.

Man muß draußen begreifen lernen, daß das Wort einer deutschen Regierung seine Geltung hat. Ein Wort, wie es der Herr Reichskanzler am 28. März hier ausgesprochen hat, darf nicht zurückgenommen werden.

Man muß draußen im Auslande verstehen lernen, daß hinter einer Weigerung, hinter einer Ablehnung der deutschen Regierung gegenüber solchen unerhörten Forderungen die letzte Konsequenz steht.

Was hat uns so weit heruntergebracht, was hat uns so tief gedemütigt und zu Boden geworfen? — Der Eindruck in der Welt, daß mit Drohungen von der deutschen Regierung alles zu erreichen sei.

Ich will Ihnen mitteilen, was mir von glaubwürdiger Seite erzählt worden ist über Äußerungen des Marschalls Foch nach der ersten Unterhaltung mit unseren Bevollmächtigten zum Waffenstillstand. Es gibt zwei Lesarten. Die eine lautet, er habe gesagt: „Das also ist das Deutsche Reich?!“ Die zweite Lesart lautet: „Mit dem Finger am Abzug kann man von diesen Leuten alles erreichen!“

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Solange der Eindruck in der Welt besteht, daß man mit dem Finger am Abzug von einer deutschen Regierung alles erreichen kann, solange gibt es keine Rettung. Der Weg zur Rettung wird sich uns zeigen, wenn eine deutsche Regierung da ist, die gegenüber dem Unerfüllbaren Rückgrat zeigt. Die Rettung wird kommen, wenn die Welt begriffen hat, daß sie es in Deutschland wieder einmal — lassen Sie mich das mit einem Wort zusammenfassen — mit Männern zu tun hat!

(Stürmischer anhaltender Beifall rechts. — Lärm links. — Erneuter Beifall rechts. — Händeklatschen auf den Tribünen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stoecker.

Stoecker, Abgeordneter: In der jetzigen Debatte erleben wir wieder einmal eine jener widerlichen **Entrüstungskomödien der nationalistischen Kreise** bis weit in die bürgerlichen Parteien hinein, der Füchse, denen die Trauben zu sauer sind; denn die Herren der Rechten merken gar nicht, wie sie mit dieser Entrüstung gegen die Besatzung am Rhein und die Entrüstung der Saarbevölkerung ihre eigenen Schandtaten während des Krieges brandmarken, die sie hundert- und tausendfach begangen haben. Nur in der deutschen Republik und im deutschen Reichstag ist es möglich, daß ein derartiger Bankerottminister und Kriegsverbrecher wie Helfferich eine solch schamlose Rede halten kann, wie wir sie eben hören mußten.

Helfferich sprach von der schrankenlosen Willkür und der brutalen Unterdrückungspolitik unserer „Feinde“. Herr Helfferich, wo war Ihr Protest bei der brutalen **Unterdrückungspolitik des kaiserlichen deutschen Regimes** während des Krieges? Wo war Ihr Protest bei den Deportationen tausender Arbeiter und Frauen in Belgien? Wo war Ihr Protest bei den Zerstörungen der Fabriken und Bergwerke in Frankreich, in Belgien, in Polen, in Rußland, und wer weiß, wo sonst noch in der Welt der preußische Kommißstiefel während des Krieges herumgetrampelt hat? Wo war Ihr Protest, als Tausende von Lothringern ins Gefängnis geworfen wurden? Wo war Ihr Protest während des schrankenlosen U-Boot-Krieges, als Tausende von Frauen und Kindern auf den Meeresboden torpediert wurden? Wir fragen weiter, Herr Helfferich: wo war Ihr Protest bei den Massenerschießungen in der Ukraine durch Ihren General v. Hoffmann? Wo war Ihr Protest bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk, als Ihr General v. Hoffmann mit dem Säbel auf dem Verhandlungstisch herumfuchtelte? Wo war, so fragen wir weiter, Ihr Protest bei dem Schandfrieden von Bukarest, als das rumänische Volk von dem deutschen, Ihrem Militarismus vergewaltigt und unterdrückt und niedergetrampelt wurde? Wo war weiter Ihr Protest, Herr Helfferich, der Sie heute so gegen die Besatzungskosten der Truppen im Rheinland wettern, wo war Ihr Protest, als die Städte in Belgien und Frankreich eine nach der andern gebrandschatzt wurden durch Ihren Militarismus, durch Ihre brutale Vergewaltigungspolitik? Wenn Herr Helfferich dann von dem „stärksten Hort des Friedens“, der Deutschland gewesen sei, sprach, so lachen ja über diesen Witz — und wir können ihn leider nicht ernst nehmen — selbst die Hühner.

Wir bestreiten den nationalistischen Kreisen und insbesondere Herrn Dr. Helfferich, wir bestreiten auch den bürgerlichen Parteien jegliches moralisches Recht, gegen die Politik der Entente am Rhein und die Handlungsweise der Besatzungstruppen zu protestieren. Jawohl, die rheinische Bevölkerung leidet unter der Besatzung, die Bevölkerung im Saargebiet ist entrechtet. Aber, meine Herren, Sie haben kein Recht dagegen zu protestieren.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Das haben Sie bloß!)

(Stoecker, Abgeordneter.)

(A) — Ich will Ihnen kurz vorlesen, Herr Kollege von der **deutschnationalen Partei,** was Ihre Parteifreunde getan hätten, wenn Sie die Sieger in dem imperialistischen Weltringen geworden wären.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Das haben wir ja 70 gezeigt!)

Sie regen sich auf über die Handlungsweise der Saarregierung im Saargebiet, aber hören Sie doch, welches Ihre **Pläne während des Krieges** waren:

> Belgien muß wegen der notwendigen Sicherung unserer Seegeltung, wegen unserer militärischen und wirtschaftlichen Zukunftsstellung gegenüber England und wegen des engen Zusammenhanges des wirtschaftlich so bedeutenden belgischen Gebietes mit unserem Hauptindustriegebiete militär- und zollpolitisch sowie hinsichtlich des Münz- und Postwesens der deutschen Reichsgesetzgebung unterstellt werden; Eisenbahnen und Wasserstraßen sind unserem Verkehrswesen anzugliedern; im übrigen müssen Regierung und Verwaltung des Landes unter Scheidung eines wallonischen und eines überwiegend flämischen Gebietes und unter Überführung der für die Beherrschung des Landes wichtigen wirtschaftlichen Unternehmungen und Besitzungen in deutsche Hand so geführt werden, daß die Bewohner keinen Einfluß auf die politischen Geschicke des Deutschen Reichs erlangen.

Meine Damen und Herren! Wort für Wort die Methoden, die heute von der Saarregierung unter französischem Regime gegenüber der deutschen Bevölkerung angewandt werden. Und unter dieser Denkschrift, meine Damen und Herren, steht der Name Dr. Roesicke, der Name des Mitglieds der Deutschnationalen Volkspartei! Dasselbe Schicksal, das jetzt die Saarbewohner erdulden müssen, hätten Sie Millionen von Franzosen, Belgiern und anderen (B) unter Ihrem militärischen Regime aufgezwungen.

Hören Sie des Interesses halber noch einen weiteren Absatz aus dieser Denkschrift:

> Was Frankreich betrifft, so muß aus dem gleichen Gesichtspunkt unserer Stellung zu England der Besitz des an Belgien grenzenden Küstengebiets bis etwa zur Somme und damit der Ausgang zum Atlantischen Ozean als eine Lebensfrage für unsere künftige Seegeltung betrachtet werden. Das hierbei mitzuerwerbende Hinterland muß so bemessen werden, daß wirtschaftlich und strategisch die volle Ausnutzung der gewonnenen Kanalhäfen gesichert ist. Mit dem Erwerb der Maaslinie und der französischen Kanalküste wäre außer dem erwähnten Erzgebiet von Briey auch der Besitz der Kohlengebiete des Departement du Nord und des Pas de Calais gegeben.

Diese Denkschrift trägt die Unterschrift der sechs deutschen Industrieverbände, die diese Forderung im Jahre 1915 an die deutsche Regierung gerichtet haben. Hier sehen wir das Schicksal, das Sie den Bewohnern jener Gebiete aufgezwungen hätten, wenn Ihnen das Kriegsglück hold geblieben wäre. All Ihre Entrüstung ist deshalb ekelhafte Heuchelei.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Es ist allerdings ein Witz der Weltgeschichte, daß ausgerechnet der Völkerbund, der seinerzeit unter dem Segen Wilsons und Kautskys gegründet wurde, der **Saarbevölkerung** die Diktatur jener Regierungskommission aufgezwungen hat, die in Wahrheit nur die Politik des französischen Grubenkapitals ausführt. Aber wir fragen auch hier wieder: Haben Sie ein Recht, hiergegen zu protestieren, waren Sie nicht mit Ihren Röchling und den anderen Grubenkönigen diejenigen, die die Saarbevölkerung vor und während des Krieges in der tiefsten Unwissenheit und Unterdrückung, ja in einer fast schrankenlosen Sklaverei gehalten haben, so daß die Zustände in Saarabien — so nannte man jenes unglückliche Land — vor dem Kriege geradezu zum Himmel schrien?

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wenn wir hier jenen nationalen Entrüstungsrummel wieder einmal aus dem Munde von Dr. Helfferich und auch von den Vertretern der anderen bürgerlichen Parteien hörten, so müssen wir immer wieder darauf hinweisen, daß dem Kapital bisher noch stets die nationale Ideologie nur ein Mittel gewesen ist, bessere Geschäfte zu machen und größere Profite aus der Bevölkerung herauszusaugen. Es sind ja bezeichnenderweise auch jetzt sowohl im Rheinland wie im Saargebiet wiederum bürgerliche Kreise, die dem Gedanken der **Loslösung der Rheinlande** von Deutschland und dem Gedanken der Gründung einer selbständigen rheinischen Republik unter dem Protektorat der Entente huldigen. Weshalb? — Nur weil sie glauben, damit wirtschaftlich besser davonzukommen,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

weil Sie glauben, nicht so hohe Steuern zahlen zu brauchen, weil sie glauben, damit Geschäfte machen zu können. Deshalb sind jene Kreise für die **Loslösung der Rheinlande** und für die Gründung einer selbständigen Republik. Wenn wir gestern hier hörten, wie einer nach dem andern der bürgerlichen Vertreter ein Entrüstungslied über die **Fremdherrschaft im Saargebiet** anstimmte und, als Herr Rathenau von dem Fremdkörper der Saarregierung sprach, alle bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten zustimmten, da haben diese Parteien vergessen, daß eine ganze Anzahl ihrer Leute, insbesondere Zentrumsleute, an sehr einflußreichen Stellen dieser Saarregierung, dieses „Fremdkörpers", arbeiten,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

daß sogar ein Sozialdemokrat auf sehr verantwortlichem Posten dieser Regierung steht. Und wenn wir die Entrüstung insbesondere der Deutschen Volkspartei hörten, wenn wir die Rede des Herrn Professors Moldenhauer über die **Besatzung am Rhein** hörten, so fragen wir ihn, wie er denn mit seiner Entrüstung jene Politik von Stinnes vereinbart, der sich ja noch kürzlich äußerte: „Nun, mögen sie besetzen, mögen sie auch das Ruhrgebiet besetzen!",

(hört! hört! bei den Kommunisten)

obwohl Herr Stinnes nur zu gut weiß, daß der französische Imperialismus seine Pläne der Besetzung des Ruhrgebiets und der Zerstückelung Deutschlands noch lange nicht aufgegeben hat. Die Arbeiterschaft, insbesondere auch die rheinische Arbeiterschaft hat deshalb für Ihren Prozentpatriotismus (nach rechts) nur Ekel und Verachtung übrig.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Die **rheinische Arbeiterschaft** denkt nicht an eine Loslösung von Deutschland oder von Preußen, aber nicht aus nationalistischen Gründen und nicht etwa aus besonderer Liebe zur Ebertrepublik oder gar zur preußischen Republik, sondern weil die rheinische Arbeiterschaft weiß, daß sie nur im engsten Zusammenhang mit der deutschen Arbeiterschaft ihre Klassengegner niederringen kann und daß sie nur im engsten Zusammenhang mit dem deutschen Proletariat den nächsten Schritt auf dem Wege der Befreiung der Arbeiterklasse überhaupt vollbringen wird.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Wir wenden nicht die Methoden der rechtssozialistischen Partei an, die auch in dieser Frage vorzieht, eine Einheitsfront mit den bürgerlichen Parteien bis zur Deutschnationalen Volkspartei hin zu bilden, statt der proletarischen Einheitsfront, die auch im Rheinland möglich wäre gegen die separatistische Bewegung, gegen die Schwindelpolitik

(Stoecker, Abgeordneter.)

der Gründung einer rheinischen Republik. Wir wissen, daß nur durch eine Steigerung des Klassenkampfes und nur durch eine Steigerung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse die Stunde kommen wird, in der das rheinische Proletariat im Bunde mit dem deutschen seine Fesseln von sich werfen wird.

(Sehr wahr!)

Wir singen auch nicht, wie Ihr Parteifreund, Herr Sollmann, der Regierungspräsident Dr. Grützner von Düsseldorf, begeistert das Lied: „Deutschland, Deutschland über alles", sondern wir sagen der rheinischen Arbeiterschaft, daß sie sich fernhalten muß von diesen nationalistischen Verwirrungen, die dem Kapital nur Wasser auf seine Mühlen sind. Wir bekämpfen jeglichen Nationalismus.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Und nun zum eigentlichen Thema, zur **Reparationspolitik der deutschen Regierung**. Ich muß sagen, es war sehr interessant, sich hier ausgerechnet einen neugebackenen U.S.P.-Mann, Dr. Levi, für die Erfüllungspolitik der deutschen Regierung einsetzen zu sehen, für diese Reparations- und Erfüllungspolitik, die bisher nur ein einziges großes Geschäft für die deutschen Kapitalisten gewesen ist,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

diese Erfüllungspolitik, die bisher nur zu Lasten und auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse getrieben worden ist. Wir fragen die Unabhängigen, wir fragen Paul Levi: wo sind die Opfer des Besitzes, wo sind die Opfer der deutschen besitzenden Klassen, wo sind gerade in der Reparationspolitik die Opfer, die Ihnen (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten), sagen wir einmal, einen gewissen Schein des Rechtes der Unterstützung dieser Erfüllungspolitik geben?

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Sie können sämtlicheFerngläser der Welt herbeiholen und werden das Opfer des deutschen Besitzes, das er auf dem berühmten Altar des Vaterlandes niedergelegt hat, nicht finden. Nein, die bisherige Erfüllungspolitik ist eine rein kapitalistische Politik gewesen. Deshalb kann eine Arbeiterpartei, die sich dazu noch eine revolutionäre Arbeiterpartei nennt, wie es die Unabhängige Sozialdemokratische Partei tut, unmöglich diese Erfüllungspolitik unterstützen, wenn sie sich nicht selbst in großen Widerspruch mit ihren eigenen Grundsätzen verwickeln will, wenn sie sich nicht selbst in einen großen Widerspruch zu den Interessen ihrer politischen Anhänger setzen will.

Wenn wir dann die neueste Blüte der Reparationspolitik, das **Wiesbadener und** das **Bemelmans-Abkommen** betrachten, so sehen wir, daß auch hier wiederum nur die Interessen des deutschen Kapitals berücksichtigt worden sind.

Ein paar Worte über die Geschichte dieser Abkommen. Auf der Konferenz von Spa legte die damalige Regierung Fehrenbach-Simons einen Vertrag vor, nach dem die zu leistenden **Sachlieferungen** durch einen deutschen Lieferungsverband übermittelt werden sollten, einen Vertrag, in dem es sogar hieß, alle Organisationen seien auf der Grundlage paritätischer Arbeitsgemeinschaften von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufzubauen. Eine Weile später, als Herr Dr. Rathenau, der ja eine ganze Reihe von Büchern über eine, wie er sie nennt, vernünftigere Planwirtschaft geschrieben hat, in die Regierung eintrat, stellte er sich zuerst auch auf den Boden dieses Entwurfs. Er sprach auch von der Gründung eines großen Lieferungsverbandes unter dem Einfluß des Staates, damit keine Reparationsgewinnler mehr gezüchtet würden. Er sprach davon, daß auch den Gewerkschaften in den **Leistungsverbänden** der deutschen Industrie und des deutschen Staates ein großer Einfluß eingeräumt werden müsse, und erklärte damals ausdrücklich, daß ein freier Handel in Wiederaufbaugeschäften nur bei besonders großen Erzeugnissen stattfinden könnte, für Massenhandelsware sei das nicht möglich. Sonst würden die 2,8 Millionen geschädigten Franzosen in Deutschland herumfahren und einkaufen und so geradezu ein wildes Einkaufssystem schaffen. Rathenau lehnte damals mit besonderem Nachdruck die freie Vereinbarung des Handels ab und bekannte sich zum System der Verständigung von Staat zu Staat. Er legte ausdrücklich eine Gewinnbeschränkung fest, da er sonst — so drückte er sich aus — die Gefahr enormer Gewinne vor sich sehe.

(C)

Die Gewerkschaften verlangten die Mitwirkung in der Leitung der zu gründenden Leistungsverbände, sie verlangten die Beteiligung der Arbeitnehmer bei der Vergebung der Aufträge der Sachleistungen, sie forderten bei Zusammensetzung der Aufsichtsräte der Leistungsverbände gleiche Beteiligung mit den Arbeitgebern. Sie verlangten die paritätische Hinzuziehung der Sachverständigen aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen. Ferner forderten sie von den Leistungsverbänden die Verpflichtung, eine vernünftige Arbeitslosenpolitik zu treiben, eine Verpflichtung der Lieferanten, die tariflich vereinbarten Löhne und Arbeitsbedingungen einzuhalten, und schließlich auch die Kontrolle der Buchführung der Leistungsverbände durch die Arbeitnehmer. Herr Rathenau versprach damals, vor etwa einem Jahre, den Gewerkschaften eine ganze Reihe dieser Forderungen zuzugestehen.

Das war ein Plan, der sich immerhin im Rahmen der deutschen Reparationspolitik noch hätte sehen lassen können. Aber wir leben ja in Deutschland in einer kapitalistischen Republik, und es wäre geradezu ein Wunder gewesen, wenn sich dieser Plan von Rathenau hätte durchsetzen lassen. Sofort nach der Veröffentlichung dieser Pläne setzte ein großer Sturm der gesamten deutschen Großindustrie, der gesamten bürgerlichen Parteien gegen diesen Plan der Gründung von Lieferungsverbänden unter staatlichem Einfluß, unter staatlicher Kontrolle ein, und wir erlebten dann eine ernste Sabotage der Großindustrie, die ihre Gewinne, ihre Profite wieder einmal in Gefahr sah. Wir erlebten, daß in der Wiederaufbaukommission des deutschen Reichstags an den einzelnen Paragraphen dieses Entwurfes solange herumgefeilscht wurde, daß schließlich kaum noch etwas übrig blieb. Wir erlebten schließlich den Umfall Dr. Rathenaus und der deutschen Regierung und sehen jetzt das **Bemelmans-Abkommen** vor uns, in dem von all den schönen Dingen, die Herr Rathenau vor einem Jahre vor hatte, auch nichts mehr übrig geblieben ist. Weder die staatliche Kontrolle, weder der Einfluß der Gewerkschaften, weder eine Preisfestsetzung noch sonst irgend etwas ist in diesem Bemelmans-Abkommen enthalten. Das Kapital hat auch hier wieder triumphiert auf der ganzen Linie; der „freie Handel" und die freie Profitwirtschaft hat auch hier wiederum den Sieg davongetragen. Nach diesem Abkommen kann in den Ententeländern, die sich diesem Abkommen anschließen, also sagen wir in England, Belgien, Frankreich oder Italien, jeder der dortigen Einwohner von jedem Kaufmann oder Großindustriellen in Deutschland ankaufen, was er will, und die deutsche Regierung ist zur Bezahlung dieser Waren verpflichtet. Von irgendwelcher Kontrolle und Gewinnbeschränkung, von irgendwelchem Einfluß des Staates ist überhaupt nicht mehr die Rede.

(D)

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Stinnes hat diktiert, und Rathenau hat kapituliert,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

wie überhaupt unsere kleinbürgerliche Regierung Wirth-Bauer die Interessen der Großindustrie besorgen und durchführen muß.

Das Bemelmans-Abkommen bedeutet nur eine Züchtung neuer unzähliger Reparationsgewinnler.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Das Bemelmans-Abkommen wirft den deutschen Kapitalisten neue unerhörte Gewinne in den Rachen, während

(**Stoecker,** Abgeordneter.)

(A) wir auf der anderen Seite sehen, daß die deutsche Regierung mit Unterstützung sämtlicher bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten darangeht, die Summen, die bisher das Brot verbilligten, zu streichen. Deshalb bedeutet dieses Bemelmans-Abkommen, für das leider in der Öffentlichkeit ein viel zu geringes Interesse vorhanden war, ein neues Schandmal der deutschen kapitalistischen Erfüllungspolitik.

Daß die Regierung, die ja doch schließlich Stinnes gehorchen muß, und die Regierungsparteien eine solche Politik machen, nimmt uns nach allem, was geschehen ist, nicht Wunder. Daß aber die **Unabhängige Sozialdemokratische Partei,** die sich ja doch den Bannerträger des revolutionären Proletariats nennt, dieser neuen Leistung der **kapitalistischen Erfüllungspolitik** ihre Zustimmung gibt, ist wirklich ein starkes Stück,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

eine Handlung, die sie vor der Arbeiterschaft nicht rechtfertigen kann. Ich glaube, Sie (zu den Unabhängigen) wollen immer mehr die Behauptung Ihres Parteifreundes Stößinger, daß Sie eine anonyme Koalitionspartei seien, Lügen strafen und absolut beweisen, daß Sie nicht eine anonyme, sondern eine offene Koalitionspartei der deutschen Regierung geworden sind oder werden wollen.

Sehen wir uns die **Wirkungen** dieses **Bemelmans-Abkommens** an. Durch die Ausführung dieses Abkommens in Deutschland werden den Industriellen in Deutschland neue ungeheure Gewinne zugeschustert. Denn auf Grund dieses Abkommens können die deutschen Kapitalisten von ihren französischen, belgischen oder italienischen Käufern die Weltmarktpreise verlangen und werden dies selbstverständlich tun. Durch diese Politik des Verkaufs aller Waren zu Weltmarktpreisen wird selbstverständlich die Teuerung in Deutschland aufs neue hinaufgetrieben und das Elend und die Not der deutschen

(B) Massen von neuem gesteigert. Ferner muß dadurch, weil der Staat die Summen für alle jene Käufe und Verkäufe aufbringen muß, die durch jenes Abkommen getätigt werden, das Defizit des deutschen Haushalts nur noch mehr in die Höhe getrieben und die Inflation, diese schwere indirekte Steuer auf die besitzlosen Massen, noch mehr gesteigert werden.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Herr Stampfer von der rechtssozialistischen Partei erklärte wohl in seiner gestrigen Rede, daß er es bedaure, daß der Plan Rathenaus, einen staatlichen Lieferungsverband zu gründen, gefallen sei, und daß die freie Wirtschaft sich auch hier wiederum durchgesetzt habe. Nun, die deutschen Arbeiter wollen nicht von Herrn Stampfer wissen, daß seine Partei dies bedauert, sondern sie möchten gern wissen, was seine Freunde denn getan haben, um diesen Plan zu verhindern, um hier wirklich eine staatliche Planwirtschaft durchzuführen, die, wenn irgendwo, hier möglich war und die jetzt kommenden ungeheuren Reparationsgewinne hätten verhindern können.

Herr Stampfer hat wenigstens noch bedauert, daß dies eingetreten sei. Aber die beiden Redner der Unabhängigen Partei haben es vorgezogen, hierüber überhaupt kein Wort zu sagen, weil sie sich wahrscheinlich bewußt waren, daß es sich hier wiederum um ein durchaus arbeiterfeindliches Gesetz handelt, dem sie im Begriffe sind, ihre Zustimmung zu geben.

Wenn wir die **Folgen der Reparationspolitik** überhaupt betrachten, so sehen wir, daß die Not und das **Elend der Massen** von Tag zu Tag steigen, und wenn Herr Helfferich vorhin davon sprach, daß ihm das Herz weh tue, wenn er die Unterdrückung der Rheinländer und der Saareinwohner sehe, so sagen wir: uns tut das Herz weit weher angesichts der ungeheuren Not der besitzlosen Massen,

(sehr gut! bei den Kommunisten)

angesichts der Unterernährung, der Kindersterblichkeit, der Tuberkulose, angesichts all der Erscheinungen, die die Folgen Ihrer kapitalistischen, imperialistischen Politik sind.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten)

Was tut angesichts der steigenden Not die Regierung?

(Abgeordneter Höllein: Und Helfferich?)

Die Regierung hat durch das **Steuerkompromiß** den Schichten der Arbeiter, Angestellten und Beamten neue ungeheure Lasten auferlegt. Wie steht es aus mit dem einzigen Gesetz jenes Steuerkompromisses, das ein „Opfer des Besitzes" sein sollte? Die Verhandlungen über die **Zwangsanleihe** sind ja eine wahre Tragikomödie geworden.

(Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Die Zwangsanleihe wird — dessen sind wir sicher — wie bisher noch alle Steuergesetze, die auf den deutschen Besitz gelegt werden sollten, wiederum ein glänzendes Geschäft für das deutsche Kapital werden.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Was sagt die Regierung zu jenem Bruch des Steuerkompromisses, der gestern in der Reichstagskommission begonnen wurde? Was sagt sie dazu, daß man jetzt schon die Summe von 75 Milliarden Papiermark, von einer Goldmilliarde, auf 60 Milliarden heruntergeschraubt hat? Was sagt die deutsche Regierung zu dem Beschluß der bürgerlichen Parteien in der Reichstagskommission, die Zinssätze hinaufzuschrauben? Das sind nur die ersten Sabotageversuche des deutschen Kapitals, um sich auch um dieses Opfer herumzudrücken, wie es die Besitzenden ja so glänzend beim Reichsnotopfer verstanden haben?

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wir waren sehr erstaunt über die „ausführliche" Antwort, die der Reichsfinanzminister Dr. Hermes auf die Interpellation der Unabhängigen Partei gegeben hat. Wir waren sowohl über die Antwort als auch über die Replik sehr erstaunt, die Herr Hermes dann von dem Redner der Unabhängigen Partei gefunden hat. Denn Herr Hermes hat die Pläne der deutschen Regierung, **neue indirekte Steuern** einzuführen, totgeschwiegen. Er hat verschwiegen, daß er in Paris über die Erhöhung der Umsatzsteuer und der Zuckersteuer verhandelt hat. Er hat verschwiegen, daß wiederum neue Lasten auf die deutschen Besitzlosen, auf die Armen und Unterdrückten gelegt werden sollen.

Die deutsche Regierung sieht ihr einziges Heil und ihre einzige Rettung in einer Anleihe. Dabei ist klar, daß eine **ausländische Anleihe** nur gegen eine wesentliche Verpfändung deutschen Eigentums möglich ist. Wenn aber eine Anleihe zustande kommen sollte, so erfordert sie ungeheure Zinsen, die das Defizit des deutschen Haushalts wiederum vergrößern werden und dann neue Steuern nötig machen, die bei unserer Politik selbstverständlich die Arbeiter, Angestellten und Beamten wieder bezahlen müssen.

Dabei würde, wenn wir durch Anleihen zu einer **Stabilisierung der deutschen Mark** kämen, dadurch nur eine schwere Wirtschaftskrise in Deutschland hervorgerufen werden. Denn die Stabilisierung der Mark hat eine schwere Absatzkrise mit allen ihren ernsten Folgen insbesondere für das deutsche Proletariat im Gefolge. Die „Frankfurter Zeitung" hatte durchaus recht, als sie schon im Januar dieses Jahres folgendes schrieb:

> Setzt sich die Angleichung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise und auch eine etwaige spätere Stabilisierung der Mark auf einem solchen oder einem ähnlichen Niveau durch, so wird die soziale Umschichtung, die schon in den letzten Jahren alle unsere Verhältnisse grundstürzend verändert hat, noch furchtbar bitterer sein mit einer weiteren Vernichtung der Papierrentner, mit einer weiteren Proletarisierung der großen, wirtschaftlich abhängigen Schichten, die schon bisher in ihren Ein-

(Stoecker, Abgeordneter.)

nahmen nur einen Bruchteil der Lebensverteuerung einzubringen vermochten.

So sehen wir von einer bürgerlichen Zeitung die Folgen einer Stabilisierung der deutschen Mark geschildert.

Alles redet davon, insbesondere auch die Regierung, daß eine solche Stabilisierung unbedingt erforderlich sei. Dabei sehen wir aber, daß weite kapitalistische Kreise es sind, die eine solche Stabilisierung der Mark mit allen Mitteln sabotieren und verhindern möchten. Denn schrieb doch selbst das „Berliner Tageblatt", das jenem lachenden Kollegen (zur Mitte gewendet) ja nicht so fern steht, noch gestern abend:

So wird es erklärlich, daß gewisse Vertreter der Industrie ihr Heil in erneutem Rückgang der deutschen Valuta erblicken, da sie mit ihren Produktionskosten immer wieder von den Weltmarktpreisen abrücken, die ihnen Luft zur Ausbalancierung der Selbstkosten schaffen soll.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

So sehen wir, daß deutsche kapitalistische Kreise die Stabilsierung der deutschen Mark verhindern wollen. Aber ich wiederhole: selbst wenn wir zu einer solchen Stabilisierung durch eine Anleihe kämen, so wird Deutschland vor einer schweren, ernsten Wirtschaftskriese mit unsagbaren Folgen für die deutsche Arbeiterklasse stehen.

Aber eine solche Anleihe bedeutet ja auch nichts weiter als einen Aufschub der Katastrophe, die in der **deutschen Reparationspolitik** durch Ihre Maßnahmen herbeigeführt wird.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Ob Anleihe oder nicht, — die deutsche Reparationspolitik ist eine Schraube ohne Ende mit geradezu verhängnisvollen Folgen für das Proletariat.

Aber eine ernste Anleihe wird auch nicht zustande kommen, wie überhaupt die große Krise, in der sich die Weltwirtschaft befindet, von dem Kapitalismus selbst nicht gelöst werden kann dank der großen Gegensätze, dank der großen Widersprüche, die nun einmal der kapitalistischen Politik eigen sind; denn die imperialistischen Interessen Frankreichs werden es nicht zulassen, daß Deutschland wirklich eine entscheidende Anleihe bekommt. Die Gegensätze zwischen Frankreich und England zeigen uns ja, wie hohl und brüchig die Ententepolitik ist. So wenig wie die Konferenz von Genua einen Ausweg aus der großen Krise gezeigt hat, so wenig wird ihn uns die Konferenz im Haag zeigen, und die deutschen arbeitenden Massen sehen nichts als eine bittere, trostlose Zukunft, weil sich die deutschen bürgerlichen Schichten nicht aufraffen, wirklich entscheidende Opfer für die Reparationspolitik zu bringen.

Man versucht seit drei Jahren krampfhaft, auf einer Konferenz nach der anderen einen Ausweg zu finden; wir sehen aber, daß das Kapital diesen Ausweg nicht finden kann. Der italienische Exministerpräsident **Nitti** hat durchaus recht, wenn er in seinem Werke „Das friedlose Europa" sagt:

Die **heutigen Verträge** bedrohen Sieger und Besiegte mit dem Untergang. Sie haben Europa nicht den Frieden geschenkt, sie haben vielmehr einen Kriegs- und Gewaltszustand geschaffen. Die Verträge waren, wie Clemenceau sich ausdrückte, ein Mittel, um den Krieg fortzuführen.

Der italienische Exministerpräsident hat mit dieser Kennzeichnung nur zu recht.

Aber er täuscht sich, wenn er glaubt, andere, bessere Verträge würden der Kriegs- und Gewaltpolitik in Europa ein Ende bereiten, und er täuscht sich darin genau so wie der Redner der Unabhängigen Sozialdemokraten, der vorgestern hier gesprochen hat, wie Dr. Levi, von dem man wirklich nur sagen kann: wie ändern sich doch die Zeiten, wie ändern sich die Männer! Brachte es doch **Paul Levi** fertig zu sagen: „Das Programm der **Erfüllungspolitik** wird in Deutschland als ein rein technisches finanzielles hingestellt, es ist jedoch auch ein psychologisches und ein politisches Problem: psychologisch darum, weil Deutschland durch die Erfüllungspolitik die anderen Völker entwaffnet, weil durch die Erfüllungspolitik der Gedanke des Krieges ertötet werden kann und weil durch die Erfüllungspolitik die Möglichkeit des Kriegschürens genommen wird." Armer Paul Levi! Wie würde sich seine ehemalige Freundin Rosa Luxemburg, wenn sie diese Rede hätte hören müssen, im Grabe herumdrehen und ihm zurufen: „Von meinem Geiste hast du keinen Hauch verspürt!" Wie kann ein Mann, der sich Marxist nennt, solchen **pazifistischen Illusionen** huldigen, wie wir sie besser nicht aus dem Munde des Rechtssozialisten Bernstein oder des Ministers Rathenau gehört haben, und dadurch die Arbeiterklasse verwirren und schwächen? Denn nichts ist schädlicher, als zu glauben, daß durch diese Politik der Gedanke des Krieges ertötet werden kann und die Möglichkeit neuen Kriegsschürens vernichtet werden kann. Nein, der Gedanke des Krieges wird erst dann getötet worden sein, wenn die Ursache all dieser Politik beseitigt ist, wenn das Kapital in allen Ländern niedergerungen sein wird,

(sehr wahr! bei den Kommunisten.)

deshalb dürfen wir die Arbeitermassen auch nicht in derartige Illusionen wiegen, sondern müssen ihnen sagen, daß nur durch den rücksichtslosesten Klassenkampf gegen das Kapital in allen Ländern der Kriegspolitik für immer ein Ende gemacht werden kann.

Täuschen wir uns doch nicht durch die pazifistischen Reden, wie wir sie in diesen Tagen wiederum gehört haben! Ach nein, wenn das deutsche Kapital — und wir sehen ja schon seine neuen imperialistischen Pläne in der „Bergwerkszeitung", die Herrn Stinnes ja nicht ferne steht — wiederum die Macht erlangen wird, dann wird es genau dieselbe imperialistische und Kriegspolitik durchführen, die es auch früher getrieben hat.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Vielleicht nur mit etwas klügeren Methoden. Deshalb gibt es für die arbeitenden Massen nur den einen Weg des rücksichtslosen Kampfes gegen diese Politik.

Was hilft es uns, wenn der Rechtssozialist Stampfer gestern hier an den Sieg der Idee der Gerechtigkeit in allen Ländern appelliert? Über die Ideen der Gerechtigkeit haben die Philosophen Jahrtausende lang diskutiert. Die besitzenden Schichten aber haben damals wie heute ihre Klasseninteressen durchgesetzt. Und es liegt nun einmal im Interesse des Kapitals, sich auszubreiten, neue Sphären zu besetzen, neue Völker auszubeuten und zu unterdrücken und zu diesem Zwecke Kriegs- und Mordpolitik zu treiben.

Wir wissen, daß die Aussichten der deutschen Reparationspolitik für die Arbeiterklasse geradezu trostlos sind. Der Ausweg, nach dem vorhin Herr Dittmann rief, als Helfferich endete, ist da. Er braucht nur von der gesamten Arbeiterklasse beschritten zu werden. Er besteht in einer wirklich **proletarischen Politik**, die endlich die besitzenden Schichten zu den ungeheuren Opfern heranzieht. Ein Schritt zum Ausweg wäre die Durchführung der Forderung der **Erfassung der Sachwerte**, die die deutschen Arbeitermassen seit einem Jahre erheben. Da müssen wir aber die Rechtssozialisten fragen, was sie zur Durchführung dieser Forderung getan haben, was sie getan haben, um endlich eine Besteuerung der ungeheuren Gewinne, der ungeheuren Dividenden durchzuführen, die das deutsche Kapital heute einheimst. Wir fragen die Rechtssozialisten, ob sie gewillt sind, endlich eine Arbeiterpolitik zu treiben und die Interessen der proletarischen Massen zu vertreten.

(Stoecker, Abgeordneter.)

(A) Wenn es so weitergeht wie bisher, wenn die Not und das Elend der Massen weiter steigt wie in der letzten Zeit, dann stehen wir bald vor einer entscheidenden Katastrophe. Infolge der kapitalistischen Reparationspolitik taumeln wir immer mehr dem Abgrunde zu. Der Ernst der Situation spiegelt sich auch in der **Denkschrift des Bankierkomitees in Paris** wider, das über eine deutsche Anleihe beraten hat. In dieser Denkschrift heißt es unter den Gründen, die zu einer Ablehnung der Anträge geführt haben:

> Solange wie dies die Lage ist, muß der Kapitalist unter dem Einfluß der Möglichkeit stehen, daß ein Zusammenbruch der deutschen Finanzen als Folge der gegenwärtigen Unsicherheit einen sozialen Umsturz hervorrufen kann.

Die Bankiers haben eine feine Nase, die Bankiers wissen, daß die Zustände in Deutschland immer unerträglicher werden und daß die Erbitterung der Massen von zu Tag steigt. Sehen wir doch, daß der Fleischverbrauch der Industriearbeiterschaft um die Hälfte gesunken ist gegenüber der Vorkriegszeit; sehen wir doch, daß der Konsum von Brotgetreide auf den Kopf der deutschen Bevölkerung von 250 Kilogramm auf 146 Kilogramm gesunken ist; sehen wir doch, daß der Verbrauch an Kartoffeln durchschrittlich von 700 Kilogramm pro Kopf auf 390 Kilogramm zurückgegangen ist; und konnte doch erst vor wenigen Tagen der preußische Ministerpräsident Braun, der sicher nicht übertreiben wird, feststellen, daß die **Löhne** der Arbeiter um das 25fache gegenüber der Friedenszeit gestiegen seien, während die Preise der **Lebensmittel** aber um das 60- bis 70fache und die der wichtigsten Bedarfsartikel, wie Kleidung usw., aber um das 80- bis 100fache gestiegen sind. Und wenn er dann sagt, wir treiben ganz ernsten Zeiten entgegen, so hat er damit wahrhaftig nicht übertrieben.

(B) Wir sagen Ihnen auch, lassen Sie sich nicht täuschen durch die scheinbare Ruhe der armen und besitzlosen Schichten in Deutschland. Stimmungsmomente sehen Sie in der Bergarbeiterschaft, sehen Sie unter so vielen Schichten der Arbeiterschaft. Die scheinbare Ruhe ist die Ruhe vor dem Sturm,

(sehr wahr! bei den Kommunisten; hört! hört! bei der Deutschen Volkspartei)

wenn wir nicht endlich in Deutschland zu einer Arbeiterpolitik kommen, Herr v. Kardorff. Wir sagen den Rechtssozialisten und wir sagen es auch dem Kollegen Stampfer, daß mit parlamentarischen Scheingefechten, wie er sie gestern gegenüber den Deutschnationalen ausführte, der Arbeitermasse nur wenig gedient ist, daß die Arbeiter von den Rechtssozialisten endlich die Aufgabe ihrer Koalitionspolitik mit dem Bürgertum verlangen. Die Arbeiterschaft sieht mehr als die Führer die Notwendigkeit eines einheitlichen **Abwehrkampfes gegen die Bourgeoisie und gegen das Kapital** ein.

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Die Arbeiterschaft findet sich fast überall zusammen trotz der Sabotage der Führer aus S. P. D. und U. S. P.,

(sehr wahr! bei den Kommunisten)

und es war wirklich ein Schlag ins Gesicht der U. S. P.-Zentrale, als am selben Tage, an dem sie mit moralisierenden Worten unseren Vorschlag eines einheitlichen Kampfes gegen die Reaktion ablehnte, im Reiche vielfach die Arbeiter dennoch zusammengingen, als an demselben Tage in Sachsen sich alle Parteien bis zum A.D.G.B. zum gemeinsamen Abwehrkampf gefunden hatten. Die Einheitsfront wird kommen trotz alledem, weil die Arbeiter am eigenen Leibe nur zu bitter die Not spüren, weil die Arbeiter klarer als ihre Führer die Gefahr der monarchistischen Reaktion und die Gefahr des Aufmarsches der Konterrevolution sehen. Sie (zu den Sozialdemokraten) lehnen jetzt noch höhnisch ein einheitliches Vorgehen mit uns ab, Sie werden uns erst wieder rufen, wenn Ihnen das Wasser bis zum Halse geht, wenn die Konterrevolution so stark ist, daß sie Sie abschiebt wie gehorsame Diener, die ihre Pflicht getan haben.

Solange allerdings noch solche Führer an Ihrer Spitze stehen wie ein Mitglied dieses Hauses, der Kollege **Schreck,** so lange ist es schwer, einen einheitlichen proletarischen Kampf zu führen. Gibt es doch Rechtssozialisten, die vor Gericht unter dem Eide „bei Gott dem Allmächtigen" bekunden:

> Es ist der schlimmste und gemeinste Vorwurf, daß man mir und meinen Parteigenossen nachsagt, daß wir Schuldige an der **Revolution** seien.
>
> (Hört! Hört! bei den Kommunisten.)
>
> Die **Sozialdemokraten** haben **im** ganzen **Kriege** alles getan, um Volk und Vaterland zu schützen. Wir haben mit allen Behörden gut zusammengearbeitet, und Ende Oktober 1918 haben wir uns nicht gescheut, mit allen Parteien, einschließlich der Deutschnationalen, in einer mächtigen Kundgebung unsere wahre Gesinnung zum Ausdruck zu bringen, und diese Kundgebung endete mit dem Liede: Deutschland, Deutschland über alles, in das wir alle miteinstimmten.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

So bekundet der rechtssozialistische Führer von Bielefeld, das Mitglied dieses Hauses, der Kollege Schreck.

(Hört! Hört!)

Solange rechtssozialitische Führer solche Ideen vertreten, wird ein einheitlicher Abwehrkampf nicht leicht sein.

Aber das Proletariat wird die Einheitsfront erzwingen mit oder ohne die Führer: mit den Führern, wenn sie sie wollen, und ohne die Führer, wenn sie sich sträuben, diesen Weg als den einzigen Ausweg zu gehen, der dem deutschen und dem internationalen Proletariat möglich ist.

Deshalb rufen wir den **Rechtssozialisten** immer und immer wieder zu, Schluß zu machen mit dieser **Koalitionspolitik** mit Parteien, die im Begriffe stehen, jetzt von neuem das wichtigste Lebensmittel der arbeitenden Massen, Brot und Getreide, maßlos zu verteuern und dadurch den Hunger der deutschen Arbeiterklasse noch mehr zu steigern. Wir haben leider nach Ihrer ganzen Politik, Herr Stampfer, nicht die Hoffnung, daß Sie den Kampf gegen diesen Brotwucher, den Kampf gegen diese Junkerpolitik ernst aufnehmen werden. Sind Sie doch selber im Begriff, mit der Zustimmung zur Regierungsvorlage den Brotpreis zu verdoppeln. Lassen Sie mich schließen mit dem Rufe: Fort mit der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgoisie, fort mit der Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie, auf zum Kampf gegen die kapitalistische Reparationspolitik, auf zum Kampf gegen die maßlos frech und gefährlich werdende Reaktion und auf zum Kampf gegen die unerhörten Eingriffe des Kapitals!

(Lebhafte Bravorufe bei den Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Sollmann (Köln).

Sollmann (Köln), Abgeordneter: Meine Damen und meine Herren! Ich glaube, ich verdiene mir den Dank des gesamten Hauses, wenn ich auf die Auseinandersetzungen, die mein Vorredner zwischen den sozialistischen Parteien hat hervorrufen wollen, nicht eingehe.

(Heiterkeit bei den Kommunisten. — Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dazu ist an anderer Stelle Gelegenheit genug, und der Herr Redner der kommunistischen Partei hat nichts gesagt, was nicht in seiner Presse schon tausendmal be-

(**Sollmann** [Köln], Abgeordneter.)

(A) hauptet und in unseren Zeitungen zehntausendmal widerlegt worden ist. Unzweifelhaft bestehen zwischen dem **Reparationsproblem** und den **Nöten der besetzten Gebiete und des Saarlandes** große Zusammenhänge. Trotzdem glaube ich, müssen wir bedauern, daß die parlamentarische Regie in einer Verkennung mancher Dinge diese gesamten Interpellationen verbunden hat. Dadurch sind gewisse einheitliche Proteste des Hauses, die auf allen Seiten der Versammlung geteilt werden, in den Hintergrund getreten, und der Aufschrei der besetzten Gebiete ist verdüstert worden durch die Debatte, die zum Teil doch nichts anderes als Parteigezänk aus Volksversammlungen war. Ich glaube, die Hauptschuld daran trifft die Partei, die überall ihre nationale Gesinnung am lautesten in die Welt ruft. Die Deutschnationalen sind es gewesen, die durch die unglaubliche Rede des Herrn Dr. Reichert diese Debatte eingeleitet haben, und Herr Dr. **Helfferich** war es, der von dieser Stelle aus eine **tiefbedauerliche Rede** gehalten hat,

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

die in den besetzten Gebieten wie eine Brandfackel wirken muß.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

Wenn Herr Dr. Helfferich gewollt hätte, in die mühsam zusammengekettete und zusammengehaltene Einheitsfront der Parteien im Rheinland eine tiefe Kluft zu reißen, schlimmer hätte er seine Rede auch nicht halten können.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Dr. Helfferich hat seine Rede begonnen mit einem umgemodelten Zitat aus unseren Klassikern und hat gesagt: „Deutschlands ganzer Jammer faßt mich an." Er stellte diesem Jammer des Jahres 1922 das Bild des geachteten, gerühmten großen deutschen Kaisertum gegenüber und sagte, dieses Kaisertum steigt vor (B) unsere Seele. Es ist der alte Vergleich, den Herr Helfferich zieht. Wir haben darauf zu antworten: Wer hat uns denn, um es zum zehntausendsten Male zu sagen, hineingeführt in diesen Jammer, den wir alle mitempfinden?

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die **Diplomatie des Kaiserreichs** hat die **imperialistische Politik** geführt, die an dem Krieg und damit an dem Jammer mitschuldig ist.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nicht Republikaner, nicht Sozialisten, sondern Ihre Parteifreunde, Ihre junkerliche Diplomatie ist verantwortlich für das, was vor dem Kriege geschehen ist. Nicht sozialistische, sondern feudale Generale haben den Krieg geführt und sind verantwortlich für die Niederlage dieses Krieges.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nicht republikanische, nicht demokratische, sondern feudale konservative Minister mit Herrn Helfferich zusammen haben die innere Politik während des Krieges geführt; sie sind für den inneren Zusammenbruch des Deutschen Reichs verantwortlich. Nicht sozialistische, nicht republikanische, sondern kaiserliche Feldherren waren es, die mit erhobenen Händen um den Waffenstillstand gefleht haben.

(Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der ganze Jammer des Deutschen Reiches ist nicht der Jammer der Republik, es ist der Jammer des Kaisertums, der Monarchie, der uns in dieser Stunde anfaßt.

Herr Dr. Helfferich hat den Schatten **Bismarcks** in seiner Rede beschworen. Er hat auf die Veröffentlichungen verwiesen, die wir alle, die wir politisch interessiert sind, mit großer Aufmerksamkeit lesen. Er hat dabei wieder mancherlei vergessen. Er hat vergessen, daß es der letzte Kaiser gewesen ist, der diesen Mann in die (C) Wüste geschickt hat.

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Unter Ihrem Beifall, Herr Sollmann!)

— Ich habe damals noch nicht die Möglichkeit gehabt, dazu Beifall zu äußern.

(Dr. Becker [Hessen]: Sie wissen ja genau, wie es gemeint ist!)

Er ist in die Wüste geschickt worden, damit der kaiserliche Operettenheld die wahnwitzige Politik führen konnte, die uns zum August 1914 geführt hat.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der ganze dritte Band Bismarcks ist doch nichts anderes als ein einziger großer, auch uns ans Herz packender Zornesaufschrei gegen die Verbrechen, die unter der Regierung Wilhelms II. an dem Deutschen Reich begangen worden sind.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.)

Ich will nur einen Satz aus dem Gedächtnis zitieren. Bismarck sagt in seinem dritten Band: Ich fürchte — das schrieb er in den 90er Jahren —, die nächste Generation wird die Fehler auszukosten haben, die jetzt unter der Regierung Wilhelms II. gemacht werden.

(Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten: Hört! Hört!)

Diese Prophetie Bismarcks ist erfüllt. Wir sind die Generation, die jetzt das auszukosten hat, was durch die begeisterte Politik, mit der Sie Wilhelm II. zustimmten, angerichtet worden ist.

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Wir? — Da kennen Sie uns schlecht!)

Geehrte Versammlung! Man kann zweifellos aus einer außenpolitischen Rede Bismarcks mehr lernen als aus allen Reden, die Helfferich schon gehalten hat und in (D) seinem Leben noch halten wird.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei und Zuruf: Lesen Sie nur fleißig diese Reden!)

— Ihr Zuruf zwingt mich, hierauf einzugehen. Wir kennen alle die großen Schwächen der inneren Politik Bismarcks. Gerade dieser Zuruf zwingt mich, eine weitere Schuld des von Helfferich gefeierten Kaiserreichs hinzuzufügen. Mit die größte geschichtliche Schuld des Kaiserreichs war es, daß es nicht verstanden hat, im deutschen Volke eine tiefe Staatsgesinnung hervorzurufen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie sind es gewesen — und sind wieder dabei —, die immer eine Scheidewand zwischen „national" und „antinational" errichtet haben. Sie sind es gewesen, die eine Scheidewand errichtet haben zwischen sich und den anderen sogenannten „vaterlandslosen Gesellen". Ihre Politik ist es gewesen, die außerdem bis zu dieser Stunde gerade im Rheinland durch den noch nicht vergessenen Kulturkampf gewisse Instinkte wachgerufen hat, die wir alle im deutschen Interesse zu bedauern haben. Sie haben wahrlich keinen Grund, das Kaiserreich zurückzurufen! Das Kaiserreich war Deutschlands Unglück und wird auch in Zukunft Deutschlands Unglück sein. Aber auf den Kampfruf Helfferichs antworten wir: gut, es ist eine Herausforderung. Sie träumen dem Kaiserreich nach und erhoffen es. Wir erklären Ihnen: mit allen Mitteln werden wir uns dagegen wehren, daß dieses neue Unglück auf Deutschland heraufbeschworen wird,

(Zurufe von den Sozialdemokraten)

und die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes wird es verhindern. Die Herren haben ja auch nicht das Vertrauen, die Mehrheit des deutschen Volkes zu gewinnen.

(Sollmann [Köln], Abgeordneter.)

(A) Sie wollen mit Gewalt uns das Kaiserreich auf den Nacken bringen.

Die ganze Gewissenslosigkeit, mit der **deutschnationale Politik** gerade **mit Bezug auf die besetzten Gebiete** getrieben wird, zeigte eine bemerkenswerte Stelle Helfferichs gegen den Reichsminister des Äußern. Er verlangte, daß in der Antwort des Ministers die ganze Empörung, die ganze Erbitterung, der ganze Haß, die ganze Wut der Massen im besetzten Gebiete zum Ausdruck kommt. Wenn das der Außenminister getan hätte, würde er nach meiner unmaßgeblichen Meinung eine ungeheure außenpolitische Dummheit begangen haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Er hätte außerdem eine Unwahrheit ausgesprochen, denn mindestens die sozialistisch geschulten Massen des Rheinlandes wissen sehr genau, daß man mit Haß und Wut Unheil anrichten, aber keine Außenpolitik betreiben kann.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Aber solche Reden, wie sie Herr Helfferich in dem Zusamenhang gehalten hat, sind geeignet, bei politischen Kindern älterer Jahrgänge und jüngerer Jahrgänge im Rheinlande Explosionen hervorzurufen, deren Folgen das ganze deutsche Volk zu tragen hat.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nein, es ist nicht so, wie Herr Dr. Helfferich sagt, daß wir im Rheinland uns verraten und verkauft fühlen von der republikanischen Regierung. Wir wissen genau, daß die Regierung tut, was sie tun kann, und Herr Helfferich braucht auch nicht zu behaupten, daß bei uns kein Schamgefühl da sei. Wenn unsere Fraktion in Zorn auflodert bei diesen Stellen der Rede Helfferichs, so deswegen, weil wir Herrn Helfferich und seiner Partei das moralische Recht absprechen müssen, sich über die (B) Zustände im Rheinlande zu entrüsten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich will in dem Zusammenhang einmal etwas aussprechen, was ich bisher nicht gesagt habe und auch nicht getan haben würde, wenn nicht Herr Helfferich so provokatorisch gesprochen hätte. Als die Briten in **Köln** einrückten und ich Gelegenheit hatte, mich bei einem dem deutschen Volke ganz wohlwollenden Offizier zu beschweren über gewisse Stellen in den **britischen Proklamationen — Grußpflicht** und anderes —, was hat mir der Offizier geantwortet: „Ja, was wollen Sie? Diese Stellen sind ja eine nahezu wörtliche Abschrift aus den Befehlen, die Sie draußen angeschlagen haben."

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nicht die republikanischen, sondern die monarchistischen Offiziere haben das getan.

Ich glaube, der Herr Dr. Helfferich, der nicht im Saale anwesend ist, würde uns im besetzten Gebiete auch in unserem Kampfe gegen die Ententepolitik einen ungeheuren Dienst leisten, wenn er in Zukunft keine Rede mehr für die besetzten Gebiete halten wollte.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Und war es denn wirklich etwas von Belang, was Herr Dr. Helfferich vorgetragen hat? Ich bin der letzte, der die vermutlich großen finanzpolitischen Kenntnisse Helfferichs

(Zurufe von den Sozialdemokraten)

— in gewissen Grenzen! — unterschätzt. Aber alles das — mit vielleicht ein oder zwei Ausnahmen —, was Herr Helfferich heute in der Geste des Enthüllers vorgetragen hat, sind doch Dinge, die längst, längst bekannt sind. So sprach er zum Beispiel wichtig von den **Behauptungen Clémenceaus** in Paris, daß eine **Adresse aus dem Saargebiet** gekommen sei mit der Behauptung, es gäbe im Saargebiet 150 000 Franzosen, er forderte die Reichsregierung in der Toga des Tribunen auf, zu sagen, (C) was denn geschehen sei, um diesen Schwindel zu entlarven. Was geschehen ist? Seit Jahr und Tag können Sie in der Rhein- und in der Saarlandpresse immer wieder, vor allem auch in sozialistischen Zeitungen, in der „Volksstimme" in Saarbrücken, immer darauf hingewiesen sehen, daß diese Behauptung Clémenceaus ein elender Schwindel gewesen ist, daß man Clémenceau mit dieser Behauptung hineingelegt hat. Jetzt auf einmal wird der Reichsminister des Äußern aufgefordert, diese Angelegenheit hier zu einer großen Aktion zu machen. Da höhnt Herr Dr. Helfferich, daß die Reichsregierung nichts anderes tun könne, als auf die bessere Einsicht des Völkerbundes zu hoffen. Ja, wir müssen auch in dem Zusammenhang Herrn Dr. Helfferich fragen: „Was würden Sie denn tun, um das Saargebiet von der Fremdherrschaft zu befreien."

(Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Herr Helfferich sagt: „Das Weitere wird sich schon entwickeln!" — Ja, wir wissen, was sich entwickeln wird! Wenn die **Politik**, die die Herren Vertreter der **Deutschnationalen** uns anempfehlen, auch nur acht Tage in Deutschland regieren würde, dann hätten wir nicht mehr notwendig, über das Saargebiet, über die Rheinlande zu interpellieren, dann wären sofort das Saargebiet und die Rheinlande endgültig für die deutsche Republik verloren.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Gegenrufe rechts.)

— Das wissen wir, Herr Kollege; die Geschichte hat uns das schon bewiesen. Sie scheinen nicht mehr zu wissen, da Sie im Osten leben, daß noch heute Duisburg und Düsseldorf besetzt sind. Sie scheinen ver- (D) gessen zu haben, daß in der Zeit, als die Sozialisten nicht in der Regierung, im Kabinett Simons-Fehrenbach saßen, als der Herr Dr. Simons nach seinem „Nein" in London auf dem Potsdamer Bahnhof jubelnd begrüßt wurde, daß man damals versuchte, diese Politik des Widerstandes zu leisten. Was ist die Folge? Noch heute sitzen die Franzosen und Belgier in Duisburg und Düsseldorf und anderswo. Diese Politik, die damals versucht wurde und die heute noch nachwirkt, hat dem Deutschen Reich gering geschätzt bis zu dieser Stunde 60 bis 80 Milliarden gekostet.

(Zuruf rechts.)

— Durch Ihre Politik. Wir sind nicht wahnwitzig genug, eine solche Politik mitzumachen. Jeder, der ruhig und einen Augenblick von Parteileidenschaft nicht geblendet nachdenkt, muß sich sagen, daß die Politik Helfferichs gar nichts anderes wäre als eine Unterstützung der Politik Fochs und Poincarés.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich muß ja nun — leider, möchte ich beinahe sagen — den Zusammenhang meiner Rede etwas unterbrechen, um die Art zu kennzeichnen, mit der der Führer der Deutschnationalen über den unerhörten, verbrecherischen **Brief** — wir dürfen heute glücklicherweise sagen — seines Parteigenossen **Elard v. Oldenburg** hinweggegangen ist. Er hat uns von dem Temperament des Herrn Oldenburg erzählt. Wenn ein Junker einen solchen landesverräterischen Brief schreibt, ist es Temperament. Hätte es ein Arbeiter getan, so würde Herr Helfferich nach dem Zuchthaus gerufen haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Was haben Sie getan?)

(Sollmann [Köln], Abgeordneter.)

(A) — Ich komme noch darauf, was wir getan haben. Dieses „eingeschriebene und geschätzte" Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei hat eine Äußerung, eine „Äußerung schweren Unmuts" getan. Mit seiner Fingerfertigkeit ist Herr Dr. Helfferich leider über gewisse andere Stellen dieses Briefes hinweggeglitten. In diesem Brief ist ja gar nicht allein von Herrn v. Oldenburg die Rede. Das Zeugnis des Herrn Dr. Roesicke soll uns jetzt nach sieben Jahren beweisen, daß die Felder bestellt gewesen sind. Ich überlasse es dem Hause, wie hoch es das Zeugnis des Herrn Dr. Roesicke einschätzen will oder ob es ihn nicht wegen Befangenheit ablehnen will. Aber es steht ja in dem Brief: „Ich bestelle 500 Morgen überhaupt nicht, und so machen es viele". Vielleicht nimmt noch jemand von den Deutschnationalen das Wort, um auch zu diesem Passus etwas zu sagen.

Herr Dr. Helfferich und der kluge Zwischenrufer von vorhin, die uns für den Zusammenbruch und die Revolution verantwortlich machen, haben aber auch eine weitere Stelle dieses Briefes ganz und gar vergessen. Herr v. Oldenburg schreibt:

> Die Erbitterung auf dem Lande ist sehr groß und wird sich nach dem Kriege entladen. Dazu kommt, daß das Vertrauen zu der obersten Kriegsleitung in allen Kreisen

— also auch in Ihren Kreisen —

> immer mehr schwindet. Daß das Vertrauen zu der obersten Zivilleitung

— in der damals Helfferich saß —

(sehr gut! bei den Sozialdemokraten)

> ganz fehlt, weiß man ganz genau.

Helfferich ist damals Vizekanzler gewesen. Sie sehen, daß das geschätzte Mitglied der deutschnationalen Partei zu dem Führer der Deutschnationalen nicht ein (B) Fünkchen Vertrauen hat.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. — Zurufe von den Deutschnationalen.)

Werte Versammlung! „**Streiken in lebenswichtigen Betrieben**" hat eben einer zugerufen und mit Oldenburg in Parallele gestellt. Es ist doch ganz etwas anderes, ob ein Arbeiter, der in Kriegszeiten seine Arbeitskraft mit Kriegsbrot und Marmelade aufrecht erhalten mußte, aus der Verzweiflung streikt, oder ob ein schwerreicher Junker, um das Volk zu schädigen, Hunderte von Morgen nicht bebaut und die Schweine in den Pökeltonnen verwesen läßt.

Nachdem aber einmal Herr Dr. Helfferich dieses Thema angeschnitten hat, halte ich mich für verpflichtet, Ihnen andere deutschnationale Zeugnisse dafür entgegenzuhalten, daß der Zusammenbruch nicht durch uns hervorgerufen ist, sondern, wie der Brief Oldenburgs zeigt, daß der Zusammenbruch im Innern zum großen Teil durch die Gewissenlosigkeit von Großagrariern hervorgerufen worden ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich werde deutschnationale Zeugnisse dafür vorlegen, daß der **Zusammenbruch des Heeres** im wesentlichen eine **Schuld des kaiserlichen Offizierkorps** ist. Ich gehöre nicht zu denen, die jeden Offizier als einen Feigling oder Drückeberger bezeichnen. Es liegen 50 000 deutsche Offiziere in den Massengräbern, das wollen wir anerkennen. Aber daß das System des preußischen Militarismus, das Herr Helfferich uns wiederbringen will, auch an der Front zum Schaden Deutschlands gewirkt hat, dafür, wie gesagt, liegen deutschnationale Zeugnisse vor.

Schon am 12. Februar 1916 hat der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband — Mitglieder und Führer von ihm sitzen auf diesen beiden (nach (C) rechts) Sektoren — eine Eingabe an das Kriegsministerium gemacht, die mit Anklagebriefen von deutschnationalen Vertrauensleuten gefüllt war. In diesen Briefen wird gesagt, daß schon damals, 1916, in der Front unhaltbare Zustände seien, und zwar durch die Schuld und das Auftreten vieler Offiziere.

(Hört! Hört! links.)

Deutschnationale Handlungsgehilfen sagten im Jahre 1916 — die Akten liegen im Kriegsministerium —, daß von Offizieren durch ihr Auftreten die Front zermürbt wird. Deutschnationale Handlungsgehilfen stellen gegenüber, daß für die Mannschaften keine Zeit und kein Material da ist, um Unterstände zu bauen, daß aber für Offiziere in einem kleinen Orte drei Offizierkasinos auf einmal gebaut werden.

(Hört! Hört! links.)

Deutschnationale Handlungsgehilfen stellten gegenüber, daß ein Wehrmann mit acht Kindern monatlich 15,90 Mark und ein blutjunger Leutnant monatlich 320 Mark bezieht.

(Hört! Hört! links.)

Ein deutschnationaler Handlungsgehilfe schrieb damals — und diesen Satz sollten wir uns merken — an seinen Verband: „Die größten Idealisten sind die früheren vaterlandslosen Gesellen."

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich füge hinzu: diese „vaterlandslosen Gesellen" von einst sind auch heute noch Idealisten.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ein anderer Deutschnationaler schreibt: „Die Herren Offiziere, die das Geld massenhaft in den Rachen geworfen kriegen, hocken in den dicken Unterständen und lassen es sich gut gehen", und ein anderer Deutschnationaler erklärt 1915: „Es muß Schluß gemacht werden mit dem Schwindel."

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei.) (D)

Wieder ein anderer Deutschnationaler — das wird Sie interessieren, Herr Abgeordneter v. Schoch — erklärt: „Hier fängt der Mensch erst beim Offizier an."

(Hört! Hört! links. — Abgeordneter v. Schoch: Niemals!)

Eins ist bezeichnend, und dieses Wort eines Deutschnationalen gilt auch heute noch. Ein Deutschnationaler schreibt schon 1915: „Das Grundübel ist: wir haben keinen Führer." Nach der Rede des Herrn Helfferich kann man diesen Schmerz verstehen und kann erklären: „Die Deutschnationalen haben auch heute noch keinen wirklichen Führer." Ich könnte Ihnen aus diesen Zeugnissen Briefe vorlesen, in denen sogar von Deutschnationalen im Jahre 1915 die Revolution als eine unweigerliche Folge dieser Zustände angekündigt wird.

(Sehr gut! links.)

Meine Damen und Herren! Mit alledem, was Herr Dr. Helfferich und was die anderen Redner über die ruchlose Ausbeutung des deutschen Volkes durch die Besatzung gesagt haben, stimme ich vollkommen überein. Aber ich verwahre mich dagegen, daß Herr Helfferich, gegen uns gewandt, erklärte, **unser Respekt vor französischen Bajonetten** schiene größer zu sein als **unsere Sorge um die Not des Vaterlandes**.

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Das war auf einen Zwischenruf hin, Herr Sollmann!)

— Ja, es ist bedauerlich, daß das von der Tribüne des Reichstags von dem verantwortlichen Führer einer sich gerade national nennenden Partei gesagt wird. —

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Wenden Sie sich an den Zwischenrufer, der das provoziert hat!)

(Sollmann [Köln], Abgeordneter.)

— Herr Helfferich hat nicht die Pflicht, auf dumme Zwischenrufe einzugehen.

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Sehr richtig!)

Er gibt ja auf dumme Fragen auch nur dumme Antworten. —

(Heiterkeit links. — Abgeordneter Höllein: Er bietet sogar Ohrfeigen an!)

— Ich will auf die „Kinderstube“ in diesem Zusammenhang nicht eingehen; sonst könnte man sehr lange reden und könnte Beispiele aus verschiedenen Teilen des Hauses anführen. —

Geehrte Versammlung! Für die rheinischen Arbeiter und vor allem für die sozialistischen Arbeiter protestiere ich gegen diese Unterstellung. Die rheinischen Massen, vor allem die Sozialdemokratie, haben mehr als einmal bewiesen, daß sie sich vor französischen Bajonetten nicht beugen, wenn es gilt, die deutsche Republik, das Deutsche Reich in seinem Bestande zu schützen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Dabei bleibt es trotz der aufreizenden Rede des Herrn Dr. Helfferich.

Nun in dieser vorgerückten Stunde nur noch mit wenigen Sätzen zu dem eigentlichen, wenn ich übertrieben so sagen darf, Inhalt der Rede des Herrn Helfferich. In den Foyers dieses Hauses ging gestern ein großes Geraune und ein großes Flüstern von dem gewaltigen Dolchstoß um, den Herr Helfferich von vorn gegen die Regierung richten würde.

(Lachen links.)

Ich habe aufmerksam hier gesessen, um endlich einmal zu sehen, wann der Dolch im Gewande des Herrn Helfferich aufblitzt. Ich habe keinen Dolch und keinen Geistesblitz des Herrn Dr. Helfferich beobachtet.

(Heiterkeit und Zurufe links.)

Er hat die Regierung aufgefordert, sie solle nicht zulassen, daß die Reparationskommission in das deutsche Finanzwesen eingreift, sie solle ferner keine Verpflichtungen übernehmen, die neue Steuern in sich schließen. Er hat die Regierung aufgefordert, sie solle in der rheinischen Politik agressiv werden. Sie soll auf keiner Linie nachgeben: immer Offensive, nie Defensive! Wohl 50 mal ist ihm aus unsern Reihen entgegengerufen worden: „Was denn dann?“ eigentlich geschehen solle. Ich stelle fest, daß Herr Helfferich zwar nicht geschwiegen hat; aber was hat er getan? Er hat, als er sich nicht mehr helfen konnte, einige Sätze aus einem Artikel eines demokratischen Abgeordneten, ich glaube, im „Acht-Uhr-Abendblatt“, zitiert. Das war das einzige, was er auf diese große Schicksalsfrage, die wir immer wieder an Sie (nach rechts) stellen werden, antwortete.

(Zurufe links.)

Wir stellen vor dem Lande fest: **Herr Helfferich weiß nicht, welche Politik betrieben werden soll!**

(Sehr richtig! links.)

Herr Helfferich weiß keine Antwort auf die Frage, was geschehen soll, wenn wir der Entente Widerstand leisten.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: „Das wird sich entwickeln“!)

— Sie sagen: das wird sich entwickeln.

(Erneuter Zuruf von den Sozialdemokraten: Nein, Herr Helfferich!)

— Herr Helfferich sagt es, und Sie nehmen es auf: es wird sich entwickeln!

(Heiterkeit bei der Deutschen Volkspartei. — Zurufe links.)

Werte Versammlung! Ich bin nicht geneigt, auf diesen politischen Darwinismus des Herrn Helfferich einzugehen, sondern ich meine, daß, wenn Herr Helfferich keine Antwort weiß, das die Bankerotterklärung der deutschnationalen Außenpolitik, die Bankerotterklärung Helfferichs ist.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Er sagt am Schlusse — und damit hat er sich verabschiedet; auch ich verabschiede mich damit von Herrn Helfferich —:

(Heiterkeit.)

Es wird nicht eher besser werden, bis die Entente das Gefühl hat, daß wieder Männer in der deutschen Regierung sitzen. — Ich weiß nicht, ob Herr Helfferich sich für einen dieser Männer hält.

(Zurufe links: Ja! Ja! Natürlich!)

Ich sage nur das eine: wer an dieser entscheidenden Frage der deutschen Politik ausweicht, der ist kein Mann und kein Politiker, der ist nichts anderes als ein großes, großes Fragezeichen.

(Zuruf links: Ein Maulheld!)

Die Erfüllungspolitik, sagt Herr Helfferich, ist die sichere Katastrophe. Die Politik der Deutschnationalen ist die sofortige Katastrophe.

Und nun lassen Sie mich zu dem Thema kommen, zu dem ich eigentlich sprechen sollte.

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Gott sei Dank!)

— Ich freue mich, daß Sie erlöst sind, Herr Kollege Dr. Becker!

(Heiterkeit.)

Ich komme also zu dem Interpellanten der Deutschen Volkspartei, Herrn Dr. Moldenhauer, meinem engeren Landsmann, den ich im Augenblick nicht auf seinem Platze sehe. Er hat, um die **französische Rheinpolitik** zu charakterisieren, sehr weit in die Vergangenheit zurückgegriffen; er hat sogar Louis Blanc aus den 40er Jahren zitiert. Ich möchte doch den Herrn der Deutschen Volkspartei bitten, mit diesen Zitaten etwas vorsichtiger zu sein. Man brauchte nicht bis in die 40er Jahre zurückzugehen, sondern nur um wenige Jahre, um maßgebende deutsche Kundgebungen zu finden, in denen die Maas als die notwendige deutsche Verteidigungslinie angesprochen wird. Es war auch sehr unvorsichtig, daß Herr Dr. Moldenhauer bis zum Jahre 1645 zurückging, um uns die annexionistische Rheinpolitik des französischen Königtums aufzuzeigen.

(Abgeordneter v. Schoch: Wollen Sie das bestreiten?)

— Ich bestreite sie nicht, Herr Kollege v. Schoch, aber ich rufe Ihnen in die Erinnerung,

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Aber es war genau so gemeint!)

— nein, auch das nicht, Herr Kollege Dr. Becker! — daß die von Ihnen so gefeierten **Hohenzollern**, die Sie uns immer als nationale Vorbilder in allen politischen Kinderstuben hinstellen, in jenem 17. Jahrhundert doch nichts anderes waren als die mit Gold gekauften Vasallen des französischen Königtums, und ich füge weiter hinzu, und ich muß es tun, daß diese Vorliebe für ausländische Währung sich bis in diese Tage bei den Hohenzollern erhalten hat,

(lebhafte Zustimmung und Beifall bei den Sozialdemokraten)

nur daß man entsprechend den veränderten Verhältnissen den Dollar dem Franken vorzieht.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei.)

Ich muß nun einige Bemerkungen der Kritik gegen die Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Breitscheid machen.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Aber nit so schlimm!)

— Es wird nicht so schlimm werden,

(Heiterkeit)

(Sollmann [Köln], Abgeordneter.)

(A) weil Herr Dr. Breitscheid erfreulicherweise viel vernünftiger ist als die Herren auf der rechten Seite.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Er ist wohl durch Ihre Schule gegangen.)

— O nein! Ich würde aber stolz sein, wenn er durch meine Schule gegangen wäre. Herr Dr. Breitscheid hat uns klarzumachen versucht, daß der **französische Militarismus**, den er bis zu einem gewissen Grade verneint, keinen entscheidenden Einfluß auf die französische Außenpolitik habe. Ich glaube, Herr Dr. Breitscheid hat doch wohl vergessen, daß auch in der Geschichte der dritten Republik die französische Militärpartei oftmals sehr stark gegenüber der Zivilregierung sich geltend machen konnte, und heute muß ich denn doch als Rheinländer sagen: ich kann beim besten Willen zwischen der Politik Poincarés und der Politik des Generals Foch keinen wesentlichen Unterschied finden.

(Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Sehr richtig! Ein ganz vernünftiges Urteil! Das hat sogar Moldenhauer gesagt!)

— Dann freuen Sie sich, wenn ich Ihnen einmal zustimme.

Ich will Herrn Dr. Breitscheid weiter zu bedenken geben, daß ein siegreicher General wie Foch in jedem Lande in gewissem Sinne eine politische Macht darstellt.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es gibt ja sogar ein Land, in dem entflohene, geschlagene und besiegte Generale so etwas wie eine Macht darstellen.

(Sehr gut! und Beifall bei den Sozialdemokraten. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Mac Mahon nach 1870!)

— Ich habe an Ludendorff und Hindenburg und andere Generale in Deutschland gedacht!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

(B) Wir dürfen nicht vergessen, daß General Foch in Schriftstücken, die man doch als amtlich ansprechen muß — ich will keine langen Zitate vortragen —, unbedingt die Rheingrenze als die einzig mögliche Barriere gegen Deutschland aufgezeichnet hat. Das ist etwas, was nicht zu bestreiten ist! Und es ist weiter nicht zu bestreiten, daß die **Rheinlinie** ein entscheidendes **Kriegsziel der französischen Politik** gewesen ist.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Auch ein Friedensziel!)

Ich darf Ihnen (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) doch in Erinnerung rufen, was in dem Abkommen zwischen Frankreich und Rußland vom 4. Februar 1918 gestanden hat. Damals hat sich die Regierung des Zaren verpflichten müssen für die Erwerbung Elsaß-Lothringens, des ganzen Eisenerzbezirks Lothringens und des Kohlenbeckens an der Saar,

(hört! hört! rechts)

und es wird dann fortgefahren — und ich möchte das dem Protokoll einverleiben —:

> Die übrigen linksrheinischen Gebiete, die jetzt zum Bestande des Deutschen Reichs gehören, werden von Deutschland ganz abgetrennt
>
> (hört! hört! rechts)
>
> und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland befreit.
>
> (Hört! Hört! rechts.)
>
> Die linksrheinischen Gebiete, die nicht dem Bestande des französischen Territoriums einverleibt werden, sollen ein autonomes und neutrales Staatswesen bilden.

Das ist das Ziel des Generals Foch, und das ist auch das Ziel des jetzigen französischen Ministerpräsidenten Poincaré. Wenn er gelegentlich dieses Ziel verbirgt, geschieht es lediglich aus Taktik, und ich bedaure wirklich,

(C) daß Herr Dr. Breitscheid als Rheinländer diese ganz klaren Zusammenhänge, die historisch feststehen, durch eine sonst gute Rede etwas in den Hintergrund gedrängt hat. Die französischen Soldaten stehen nicht am Rhein als Vortrupp der französischen Freiheit, wie uns General Manguin einmal gesagt hat, die französischen Soldaten sind der Vortrupp der französischen Annexionisten.

(Lebhafte Zustimmung. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Da sind wir ganz einig!)

— Hoffentlich sind wir auch in dem einig, was ich jetzt sagen werde.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Wenn es vernünftig ist!)

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", auf deren Außenpolitik — ich darf das wohl sagen — unser früherer Parteigenosse Lensch noch keinen maßgebenden Einfluß zu haben scheint, stand gestern ein Artikel, in dem frechweg, muß ich doch sagen, behauptet wurde, die Internationale — unsere Internationale, Sie (nach rechts) haben ja keine Internationale, höchstens eine Internationale der Gesinnung, aber keine der Tat, keine der Herzensgemeinschaft —, unsere Internationale habe nie ein entschiedenes Wort gegen die Versklavung der Rheinlande gesprochen. Demgegenüber stelle ich doch fest, daß abgesehen von einzelnen Äußerungen die Frankfurter Fünfländerkonferenz Ende Februar in der ersten Zusammenkunft der **Internationale** gefordert hat, die sofortige **Aufhebung der militärischen Sanktionen** und die Aufhebung der militärischen Okkupationen.

(Sehr richtig! und Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn das Blatt des Herrn Stinnes uns jetzt Vorwürfe macht, dann warten wir darauf, daß die Geschäftsfreunde des Herrn Stinnes im Auslande einmal ähnlich scharfe Worte gegen die Besetzung der Rheinlande (D) sagen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf bei den Sozialdemokraten [zu der Deutschen Volkspartei]: Das sagen Sie mal Herrn Stinnes!)

Er hört ja solche Reden leider niemals an, und infolgedessen kann er auch auf dem Gebiete nichts hinzulernen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Er hat seine jungen Leute!)

Werte Versammlung! Die beste Arbeit, die wir in Deutschland für die besetzten Gebiete und ihre Befreiung leisten können, ist die, daß wir den militaristischen und den **Revanchegeist in Deutschland** niederhalten und töten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Jene Rede, die Sie heute, Herr Helfferich, gehalten haben, wirkt wie ein Signal zur Verlängerung der Besetzung.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

All die drohenden deutschnationalen Reden, alle die Regimentsfeiern, alle die Feldmarschallparaden, das ganze Aufgebot der nationalistischen Blechmusik ist nichts anderes als eine Unterstützung der französischen Chauvins und ihrer Politik im Rheinlande.

Ich könnte Ihnen nachweisen — wenn die Zeit nicht so vorgeschritten wäre, und es würde Sie vielleicht sehr interessieren —, daß die von Frankreich gekauften Separatisten neun Zehntel ihrer Agitation mit deutschnationalen Dummheiten bestreiten,

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

daß sie immer wieder darauf hinweisen, daß in Deutschland der alte militaristische Geist und der Revanchegeist lebt, und daß deswegen die Rheinlande von diesem Deutschland losgelöst werden müßten. Wir, die rheinischen Arbeiter, wenden uns gegen die Separa-

(Sollmann [Köln], Abgeordneter.)

(A) tisten, wir wenden uns dagegen nicht nur aus Tradition und aus Gefühl, sondern wir wenden uns dagegen aus wohlerwogenen wirtschaftlichen Erwägungen. Wir wissen, daß eine **Lostrennung der Rheinlande** vom Reiche und eine Überführung der rheinischen Wirtschaft in das französische Zollgebiet den Tod für die jetzt blühende rheinische Wirtschaft bedeuten würde; und wir gehen — das füge ich hinzu — sogar auch an die Frage der Lostrennung von Preußen mit allergrößter Vorsicht heran, weil wir wissen, daß gewisse rheinische Annexionisten auch schon auf die Loslösung von Preußen gewisse Hoffnungen setzen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Daher haben wir uns verpflichtet — alle Parteien im Rheinlande — keine Abstimmung während der Besetzung zuzulassen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, bei den Deutschen Demokraten und rechts.)

Ich hebe das gerade nach der bedauerlichen Rede des deutschnationalen Sprechers hervor: niemand im Rheinlande will ein Staatswesen aus den Händen französischer Generale oder Völkerbundsräte. Wir wollen unser Geschick im Rahmen des Reichs selbst bestimmen.

(Bravo!)

Über das **Verbot der strategischen Bahnen** will ich nur eines sagen, was noch nicht aufgezeigt worden ist. Die Verbotsnote der Botschafterkonferenz geht unmittelbar auf eine Denunziation der rheinischen Separatisten zurück. Am 26. Januar dieses Jahres stand in der „Rheinischen Republik“, dem Franzosenblatt in deutscher Sprache in Köln, ein Aufsatz, in dem behauptet wurde, daß im Rheinlande strategische Bahnen gebaut würden. Es ist bezeichnend für die Art und Weise, wie solche Noten zustandekommen, daß diese Anregung ge- (B) nügte, um die wahnwitzige Note gegen das Eisenbahnwesen im Rheinlande zu bewirken. Ich bin kein Militär und kann nicht untersuchen, ob sich unter diesen Bahnen strategische befinden. Soviel glaube ich aber zu wissen: mit einiger Bosheit kann man jede Bahnlinie als strategisch ansprechen.

(Zustimmung.)

Wenn aber die französische Republik verlangt, daß im Rheinlande keinerlei Bahnlinien sein dürfen, die strategischen Charakter haben könnten, so dürfen wir als Sozialisten doch wohl auch die Frage aufwerfen, warum das waffenstarrende Frankreich nicht die strategischen Bahnen an seiner Ostgrenze abbaut.

(Sehr gut!)

Auch über das Saargebiet will ich nur kurz solche Dinge berühren, die bisher in der Debatte nicht erwähnt worden sind. Die ganze Parteilichkeit des Völkerbundsrats geht schon daraus hervor, daß er zum Präsidenten der Regierungskommission einen Franzosen ernannt hat.

(Sehr richtig!)

Um das Saargebiet wird nun einmal, wie die Dinge liegen, zwischen Frankreich und Deutschland gerungen. Schon darum ist jene Tatsache eine Verletzung der Unparteilichkeit.

Aber auch gegenüber dem **dänischen Staate** möchte ich eines bedauernd hervorheben. In der **Saarregierung** ist ein Däne, der den weltberühmten Namen **Moltke** trägt. Auf ihn haben die Saarleute eine gewisse Hoffnung in bezug auf seine Neutralität gesetzt. Seiner ganzen geistigen Struktur nach ist dieser Mann aber gar kein Däne, sondern ein Rennstallbesitzer, der sich jahrzehntelang in Frankreich, in Paris, aufgehalten hat.

(Zuruf rechts.)

— Es sind tatsächlich zwei Franzosen und ein Belgier, ganz richtig! — Wir müßten wünschen und erwarten, daß der dänische Staat dafür sorgt, in der Regierungs- (C) kommission in Saarbrücken wirklich durch einen Dänen vertreten zu sein.

Um Sie nicht aufzuhalten, will ich all die Anklagen, die die Saarleute gegen die Völkerbundsregierung zu erheben haben, in wenigen knapp formulierten Sätzen und Stichworten zusammenfassen. Wir erheben Anklage gegen die Regierungskommission und damit gegen den Völkerbundsrat um folgender Mißstände wegen: einmal wegen der Ausweisungen Mißliebiger, die jetzt wohl schon in die Hunderte gehen; dann wegen des weitverzweigten **Spionage- und Spitzelwesens**. Es ist einer Völkerbundsregierung durchaus unwürdig, Spitzel zu besolden, um deutsche Staatsbürger im Saargebiet ins Unglück zu bringen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Es ist erwiesen, daß der Führer der Kommunisten im Saargebiet im Solde der Völkerbundsregierung steht.

(Hört! Hört! rechts. — Zuruf von den Kommunisten.)

— Ich freue mich, daß die Kommunisten ihn herausgeworfen haben; aber die Tatsache besteht, daß eine volksfremde Regierung im Saargebiet Spitzel unterhält, um die deutschen Bewohner zu bespitzeln.

Wir wenden uns gegen die allgemeine **Bevorzugung der Franzosen** in diesem rein deutschen Lande. Wir wenden uns dagegen, daß die wichtigsten Ämter der zentralen Verwaltung an Franzosen gegeben werden. Wir wenden uns gegen die Beibehaltung der französischen Garnisonen, die im Gegensatz stehen zum Friedensvertrag

(sehr wahr!)

und eine Beunruhigung des Saargebiets bilden. Wir wenden uns dagegen, daß die Franzosen bei der Zuteilung von Wohnungen begünstigt werden. Wir wenden uns gegen die Förderung des französischen Sprachunter- (D) richts zum Schaden des Deutschen. Wir wenden uns gegen die Begünstigung französischer Schulen. Wir wenden uns gegen die **Paßverweigerung für deutsche Politiker**, die ins Saarland wollen.

(Sehr wahr!)

Noch heute ist einer ganzen Anzahl politischer Führer der verschiedensten Parteien die Abhaltung von Versammlungen im Saargebiet verboten, und wenn einer von uns ins Saargebiet kommt, dann wird er verpflichtet, die hohe Regierungskommission nicht anzugreifen.

(Hört! Hört!)

Daraus spricht das ganze schlechte Gewissen der Völkerbundsregierung.

(Allseitige Zustimmung.)

Wir wenden uns gegen den Paßzwang gegenüber Deutschland, und wir wenden uns gegen die Schaffung des Begriffs „Saareinwohner“. Die Saareinwohner sind Deutsche und nichts anderes.

(Zustimmung.)

Werte Versammlung! Durch einen Zuruf ist während der Rede des Herrn Kollegen Moldenhauer gesagt worden, über diese Zustände im Saarland und am Rhein gehöre die Überschrift: „Demokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker.“ Nein, meine Damen und Herren, über dieses Kapitel gehört die Überschrift: Imperialistische Versklavung geschlagener Völker im Namen nationalistischen Aberwitzes.

(Lebhafte Zustimmung.)

Diesen Aberwitz gibt es leider nicht nur in Frankreich, wie wir heute wieder gehört haben. Ich will nicht eingehen auf das famose Saar-„**Parlament**“, auf den Landesrat; ein Parlament, das nur die Möglichkeit hat, die Regierung zu beraten; ein Parlament, das kein

(Sollmann [Köln], Abgeordneter.)

Budgetrecht hat; ein Parlament, das keine Kritik üben darf an den Verordnungen und Gesetzen, die bisher erlassen sind; ein Parlament, das nicht einmal seinen Präsidenten selber wählen darf, sondern dessen Präsident bestimmt wird von der Völkerbundsregierung. Das ist eine solche Karrikatur eines Parlaments, wie sie nicht einmal von einem altpreußischen Junker im alten Herrenhaus erfunden worden ist. Die Sozialdemokratie hofft, daß bei den kommenden Wahlen die deutschen Parteien einen überwältigenden Erfolg erzielen werden.

Hinter diesen ganzen Problemen, die in dieser dreitägigen Debatte aufgerollt worden sind, steht — und darin sind wir vermutlich alle einig — die große Grundforderung, an der das Schicksal Europas und das Schicksal der Welt hängt, hinter diesen Problemen steht die große Grundforderung der **Revision des unglücklichen Vertrags von Versailles**.

(Lebhafte Zustimmung.)

Und die von Ihnen heute wieder so leidenschaftlich angegriffene Erfüllungspolitik hat für uns keinen anderen Sinn, als durch die Erfüllung des Möglichen die Unsinnigkeit und die weltverwüstende Wirkung des Versailler Vertrags aufzudecken.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dieser Weg zur Revision des Vertrages ist langsam und ist schwer, aber wir halten ihn für den einzig möglichen. Die Gegner der Erfüllungspolitik wollen die Katastrophe. Wir haben es heute wieder gehört. Sie wollen die Katastrophe, ein Ende mit Schrecken, aber ihre Politik würde ein Schrecken ohne Ende werden. Der erste Erfolg — ich wiederhole es — wäre der endgültige Verlust der deutschen Lande an der Saar und am Rhein. Und was immer gegen die Reparationsverträge im einzelnen und gegen die Erfüllungspolitik gesagt werden kann, eins ist sicher: sie haben bisher das Reich vor der Zertrümmerung durch den französischen Imperialismus gerettet. Das ist ein großer geschichtlicher Erfolg, den keine Dialektik hinweg disputieren kann. Die **bedrohten deutschen Gebiete im Westen** — und damit spreche ich im Sinne von neun Zehntel der Bevölkerung im Westen — erwarten, daß in der deutschen Republik die kühle politische Vernunft im Regiment bleiben wird. Das allein ist der Weg zur Rettung des Reichs und des Volks, das allein gibt uns die Zuversicht auf eine Rettung der bedrohten und besetzten Gebiete für die großdeutsche Republik.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Korell.

Korell, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Es ist in der Debatte dieser drei Tage wiederholt bezweifelt worden, ob die **Zusammenfügung der Reparationsfrage und der rheinischen und saarländischen Nöte** zweckmäßig gewesen sei. Ich bin der Meinung, daß die betrüblichen und bedauerlichen Szenen, die wir in diesen Tagen erlebt haben, nicht aus der Zusammenfügung dieser beiden großen Fragen an sich resultieren.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Ich bitte, sich mit etwas weniger Energie den Privatgesprächen hinzugeben.

Korell, Abgeordneter: Ich werde im Verlauf meiner Ausführungen nachweisen, daß die rheinische und saarländische Frage allerdings im innersten Kern zusammenhängt mit der Reparationsfrage. Was wir erlebt haben, ist vielmehr die Folge der Reden, die gehalten worden sind, und kommt nicht so sehr von der Regie selbst her als von den Herren Schauspielern, die das Stück durchzuführen hatten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Was wir heute von Herrn Helfferich haben hören müssen, bedauere ich, ehrlich und ernst gesprochen, in seinem eigenen Interesse und im Interesse des Reichstags und des deutschen Volkes.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich muß leider dem Urteil, das in diesem Hause über das heutige **Auftreten des Herrn Helfferich** gefällt worden ist, beipflichten, wenn es sagte: es ist der größte Provokateur, der im Deutschen Reichstage sitzt.

(Sehr gut! links.)

Herr Helfferich, der im Kriege das Wort geprägt hat, das Bleigewicht der Milliarden werde an die Beine derjenigen gebunden werden, die den Krieg verlören, hat am allerwenigsten das Recht, in dieser Art die heutige deutsche Regierung und die Parteien anzugreifen, die die Politik dieser Regierung stützen.

(Sehr wahr! links.)

Meine Damen und Herren! Herr Helfferich hat im Kriege, als er verantwortlicher Staatsmann war, gewiß in der besten Absicht und in dem Maße seiner großen Fähigkeiten Politik gemacht. Wenn aber eine Politik derartig desabouiert worden ist wie die Politik des Herrn Helfferich, dann tritt man schweigend zur Seite, statt daß man vor die Öffentlichkeit tritt und hier Antworten herausfordert, die weiter nichts bedeuten als eine weitere Verschlechterung unserer Lage.

(Sehr gut! links.)

Meine Damen und Herren! Der Haupterfolg, den Herr Helfferich heute gehabt hat, liegt bei Dingen, in denen wir alle gemeinsam fühlen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn er sich gegen die wahnsinnige Höhe der Besatzungskosten gewendet hat, wenn er die Zustände an der Saar und am Rhein gegeißelt hat, so sind wir darüber eigentlich alle miteinander einig,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und ich frage mich nur, warum denn, wenn Herr Helfferich solche Dinge ausspricht, über die wir einig sind, immer solche Szenen herauskommen? Das muß doch an der Art des Herrn Helfferich liegen,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten; Zuruf rechts)

das muß an der Art liegen, Herr Helfferich, mit der Sie Dinge, mit denen wir in der Beurteilung vollständig mit Ihnen übereinstimmen, so darstellen, als seien sie das Privatmonopol Ihrer Partei,

(Zuruf rechts)

als hätten Sie den Anspruch darauf, allein national zu sein.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Ich habe die, wie ich im Gegensatz zu Herrn Sollmann sage, ausgezeichnete Rede des Herrn Abgeordneten Moldenhauer gehört. Hat er die Zustände bei uns nicht sachlich, scharf und klar gegeißelt? Ist aber in seiner Rede jener Ton gewesen, den wir heute vom ersten bis zum letzten Ton in der Rede des Herrn Helfferich gehört haben?

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf rechts.)

— Das sind Geschmacksurteile.

(Abgeordneter Dr. Helfferich: Das scheint mir auch! — Heiterkeit links.)

— Nur glaube ich, Herr Dr. Helfferich, daß die große

(Korell, Abgeordneter.)

(A) Mehrheit des Reichstags hier der Überzeugung ist, daß Sie in diesem Falle den schlechteren Geschmack haben.

(Sehr gut! und Bravo! bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten. — Abgeordneter Dr. Helfferich: Über den Geschmack läßt sich streiten! — Sehr richtig! links.)

Herr Dr. Helfferich, von Ihrer heutigen Rede gilt das Wort: Weniger wäre mehr gewesen;

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten: Lachen rechts)

denn indem Sie in Ton und Ausführung diese Note gegen die Regierung angeschlagen haben, haben Sie wahrlich der Not der besetzten Gebiete nicht gedient.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Denn, Herr Helfferich, auch wenn diese Regierung in den verschiedensten Punkten Ihnen nicht gefällt, so sollten Sie doch nicht glauben, sagen zu dürfen: diese Regierung gehört vor den Staatsgerichtshof, diese Regierung begeht Verbrechen, und was Sie sonst hier noch gesagt haben. Wenn, Herr Dr. Helfferich, diese Regierung nach Ihrer Meinung keine genügende Politik macht, dann mußten Sie sich doch sagen, daß, wenn wir die Rheinlande und das Saargebiet beim Deutschen Reich erhalten wollen, wir zunächst einmal eine Regierung, ein Reich haben müssen, das von einer Regierung geführt wird, auf die sich die besetzten Gebiete stützen können.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Sie konnten nicht Herrn Dr. Rathenau in den Noten, die er verlesen hat, wie Sie selbst zugegeben haben, irgendwelche Schwächen vorwerfen.

(Zuruf rechts.)

Sie haben ausdrücklich anerkannt, daß er mit starken und guten Worten das Recht der Saarleute und der Rheinländer gewahrt hat, „nur die Farbe fehle ihnen und damit auch das Leben". Ach, Herr Helfferich, ich möchte (B) sagen, um in dem Bilde zu bleiben, die Farben, die Sie heute dem Bild aufgesetzt haben, sind die Farben eines verstiegenen Expressionismus oder Dadaismus,

(große Heiterkeit)

und Sie sollten als gewesener und, wie Ihre Parteifreunde glauben, zukünftiger Staatsmann doch wohl die Grenzen selbst kennen, die einem Staatsmann, der das Reich vor dem Ausland zu vertreten hat, von selbst gezogen sind.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich bin sogar der Meinung, daß es solche Grenzen auch für den Abgeordneten dieses Parlaments gibt;

(sehr gut! und bravo! bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten)

zumal Tatsachen, die hart und grausam sind, viel besser und eindringlicher wirken, wenn sie allein durch die sachliche Wucht ihrer Sprache wirken,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

und sie werden in ihrer Wirkung nicht dadurch gesteigert, daß man Pfeffer und Salz darauf streut und hier in der Rolle des Anklägers gegen alle anderen auftritt, die sich einen solchen Ton nicht zu eigen machen können.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten. — Zuruf rechts.)

Meine Damen und Herren! Das besetzte Gebiet — davon bin ich überzeugt — sieht und hört in diesen Tagen nicht mit ungeteilter Befriedigung auf den Reichstag.

(Abgeordneter Dr. Helfferich: Ich habe den schriftlichen Dank einer Anzahl Saarbewohner, die auf der Tribüne waren! — Lachen links.)

Nun, verehrter Herr Helfferich, mit solchen Dingen brauchen Sie uns nicht zu kommen, denn wir Leute da drüben, die wir sozusagen in der Bredouille drin sitzen, wir gehen in das Saargebiet und reden dort mit den Leuten und vor den Leuten über ihre Nöte. Was uns (C) gesagt und geschrieben wird als Dank dafür, wie zum Beispiel mir gesagt worden ist, ich sei der erste deutsche Reichstagsabgeordnete, der seit der Besetzung des Saargebiets hinübergekommen ist, um die Zustände zu studieren, so versteht sich das für uns von selbst, weil es unsere politische und nationale Pflicht ist.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn aber der Herr Abgeordnete Helfferich hier für seine Partei reklamiert, im Gegensatz zur Regierung und den anderen Parteien den Mut zu haben, für die besetzten Gebiete einzutreten, so muß ich ihm sagen, er möge doch seinen Einfluß auf die **deutschnationalen und deutschvölkischen Vorsitzenden im besetzten Gebiet** ausüben, damit sie uns Rheinländern, wenn sie vor den Kriegsgerichten stehen, nicht das beschämende Beispiel geben, daß sie immer sagen, sie wären es nicht gewesen oder sie hätten nicht gewußt, daß das verboten sei, oder ihre Statuten enthielten das ja gar nicht, was da behauptet würde.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf bei den Deutschnationalen: Plädieren Sie für die Franzosen?)

Nein, aber für den deutschen Mut zur Wahrheit. Wir im besetzten Gebiet haben aus den kriegsgerichtlichen Verhandlungen wiederholt den beschämenden Eindruck gehabt, daß gewisse Deutschnationale und Deutschvölkische den Mund recht weit aufreißen, wenn sie in den Kreisen ihrer Gesinnungsgenossen und Vereine sind, daß sie aber etwas von diesem Mut ablassen, wenn sie vor den Gerichten stehen und die Verantwortung übernehmen sollen.

(Zuruf bei den Deutschnationalen: Was sind das für unerhörte Beschuldigungen!)

— Das muß gegenüber Ihrer Überheblichkeit ausgesprochen werden, mit der Sie heute den Mut für sich (D) und Ihre Richtung reklamiert haben.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Helfferich. — Lachen bei den Sozialdemokraten und Deutschen Demokraten.)

Wenn Sie diese großen Worte gebrauchen, die wahrscheinlich am Samstagabend wiederum eine neue Auflage in einer großen Sonnenwendfeier zu Caub am Rhein erleben, die das vorige Mal durch die mutigen Worte des Herrn Reichstagsabgeordneten Wulle erquickt wurde und die, wie wir lesen, außer durch Herrn Wulle auch durch Herrn Ludendorff erquickt werden soll, sagen wir Rheinländer: Gut, wenn Ihr die starken Worte da drüben gebrauchen wollt, übernehmt, bitte, auch die Folgen, die sie für andere heraufbeschwören,

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

und macht es nicht wie jene Helden, die im vorigen Jahre bei der Sonnenwendfeier nur die großen Reden gehalten und trotz der Bitten des Kapitäns die deutschen Lieder gesungen haben, die aber hernach, als der Kapitän vor Gericht kam, schön und wohlbehütet im unbesetzten Gebiet drüben saßen, während der Kapitän seine sechs Monate Gefängnis abzusitzen hatte.

(Lebhafte Rufe links: Hört! Hört!)

In dieser Frage hätte Herr Helfferich weniger als Parteimann denn als Staatsmann

(Abgeordneter Dr. Helfferich: Ich habe nicht als Parteimann gesprochen! — Gelächter links)

und weniger als zugezogener Berliner denn als alter Pfälzer sprechen sollen.

(Zuruf bei den Deutschnationalen.)

— Und ein Pfälzer spricht nicht so, wie Sie gesprochen haben.

(Sehr gut! links.)

Im Tone kreischt er vielleicht so, wie Sie; in der Sache spricht er nicht so wie Sie.

(Korell, Abgeordneter.)

Damit möchte ich Herrn Helfferich verlassen und mich einmal der Frage zuwenden — —

(Abgeordneter Dr. Helfferich: Sie sind auch noch von anderem verlassen!)

— Herr Helfferich, ich bin jedenfalls nicht verlassen vom gesunden Menschenverstand, der mir sagt, daß in unserer traurigen Lage zweierlei notwendig ist, einmal die Kenntnis und Berücksichtigung der harten Tatsachen, auf denen und vor denen wir stehen. Und ich glaube, wenn ich Bismarck auch etwas verstehe, daß es das größte Verdienst Bismarcks gewesen ist, daß er allezeit, auch wo er die Macht hatte, auch nach einem siegreichen Krieg

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

und in den langen Jahren seiner Kanzlerschaft, wo er eine gewaltige Macht hinter sich hatte, doch darin groß war, daß er die gegebenen Möglichkeiten im Tone sowohl wie in der Ausführung seiner Politik beachtete.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf rechts.)

Ich habe Bismarck niemals bekämpft, Herr Graef, das könnten Sie wissen! —

Meine Damen und Herren! Ein anderes ist notwendig. Neben der Berücksichtigung der gegebenen Tatsache ist notwendig die **würdevolle Behauptung seines Volkstums und seiner inneren Unabhängigkeit.**

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Diese beiden Dinge glaube ich aber in den Antworten, die Herr Dr. **Rathenau** auf die Interpellation gegeben hat, gefunden zu haben.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Und man muß von einem Minister des Auswärtigen nicht Dinge verlangen, die man nicht von ihm verlangen darf, wenn man in dieser Beziehung an seiner Antwort hier Kritik übt.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Die Tatsachen, vor die wir gestellt sind, sind zunächst einmal der **verlorene Krieg**, oder der Krieg überhaupt, denn auch diejenigen Staaten, die sich rühmen, den Krieg gewonnen zu haben, sind ja ebenfalls wie wir, die wir ihn verloren haben, in ungeheuren wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Von dieser ersten grundlegenden Tatsache, vom verlorenen Krieg und von dem uns aufgezwungenen **Vertrag von Versailles** aber hat Herr Helfferich sehr wenig gesprochen als den eigentlichen Ursachen unseres Elends.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten. — Zuruf von den Deutschnationalen: Sehr viel!)

Er hat gesagt: Die Regierung ist schuld daran, daß Oberschlesien verloren gegangen, die Politik der Regierung ist schuld daran, daß solche Zustände an der Saar und am Rhein sind. Nein, daran ist schuld, daß wir den Krieg verloren haben. Daran ist schuld der Vertrag von Versailles, der, so furchtbar und unmöglich er ist, immerhin eine Rechtsgrundlage ist oder sein soll, die von uns Unmögliches verlangt, die uns aber auch wenigstens, wenn auch noch so bescheidene Rechte gibt.

(Sehr richtig!)

Darum glauben wir, daß eine Politik, die darauf hingeht, zu sagen: der Vertrag von Versailles besteht nicht mehr, wir zerreißen ihn entweder mit Worten oder mit einem neuen Krieg, noch größeres Unheil über uns heraufführen würde.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Uns scheint vielmehr die richtige Politik die zu sein, daß wir den Vertrag von Versailles und das aus ihm herauskommende Londoner Ultimatum abbauen, umschichten und revidieren. Dazu ist die Mitarbeit aller notwendig,

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten)

zunächst einmal um die Grundlüge dieses Vertrages, die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands, zu zerstören.

(Allseitige Zustimmung.)

Des weiteren ist die Mitarbeit notwendig in Wirtschaft und Arbeit bei allen Ständen. Vor allen Dingen aber ist notwendig, daß wir uns, um zu diesem Ziele zu gelangen, nicht moralisch unserer Politik wegen und gesellschaftlich ächten, wie das jetzt vielfach der Fall ist.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Lassen Sie uns unsere politischen und sozialen Unterschiede ruhig geistig aussprechen und durchkämpfen, lassen Sie uns aber niemals unsere verschiedene Politik, die verschiedene Methode, wie man glaubt, den Vertrag von Versailles revidieren zu wollen, zu einem moralischen Urteil über die Menschen und Parteien machen, die einen anderen Weg für richtiger halten.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn wir — und wir hörten es gestern aus dem Munde des Herrn Kollegen Emminger — das Londoner Ultimatum in der Mehrzahl der Fraktion seinerzeit unterschrieben haben — auch ich gehöre zu denen, die es unterschrieben haben —, so ist es doch nicht so, daß wir etwa in einem leichtherzigen Optimismus damals das **Londoner Ultimatum** und seine Durchführung angesehen und beurteilt hätten.

(sehr richtig! im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und Sozialdemokraten.)

Wer damals die Rede meines Freundes Haas gehört hat, der hat doch erkennen können, wenn er überhaupt den Willen zur billigen Beurteilung einer anderen politischen Auffassung hat, welche schweren inneren Kämpfe uns damals die endgültige Stellungnahme zum Ultimatum bereitet hat.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Er hat doch erkennen können, daß auch die, die zugestimmt haben, nicht etwa deshalb zugestimmt haben, weil sie darin eine Erleichterung sahen oder für möglich gehalten hätten, daß das Londoner Ultimatum durchzuführen sei, sondern weil sie glaubten, mit der Annahme des Ultimatums noch größere Gefahren vermeiden zu können,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

als wie sie eingetreten wären, wenn wir das Ultimatum abgelehnt hätten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wie lägen denn die Dinge, wenn wir damals zum Londoner Ultimatum nein gesagt hätten? Ich bin nicht wirtschaftlich so versiert — der Herr Kollege Eisenberger würde wohl sagen: wie die Großkopfeten dieses Parlaments. Aber das glaube ich beurteilen zu können: Wenn wir damals nein gesagt hätten, wäre eine Entwertung der Mark von sehr beträchtlichen Umfang ebenfalls gekommen, und es wären Störungen der Wirtschaft plötzlich eingetreten, die wir allerdings in Verfolg der Ausführungen des Londoner Ultimatums langsam, aber sicher an unserem Leibe erleben. Die wirtschaftlichen Folgen einer Verweigerung der Annahme des Londoner Ultimatums sind nach unserem Urteil nicht minder bedenklich wie die der Annahme. Es kam aber hinzu, daß wir fest davon überzeugt sind, durch Annahme des Londoner Ultimatums die politischen Gefahren von Deutschland abgewendet zu haben,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

die im Einmarsch in das Ruhrgebiet und allen daraus entstehenden Konsequenzen für den Zusammenhalt des Deutschen Reichs entstanden wären,

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und den Verlust Oberschlesiens!)

(**Korell**, Abgeordneter.)

(A) — und den Verlust Oberschlesiens, von dem wir wenigstens einen Teil noch gerettet haben. Was wir nun seit dem Londoner Ultimatum in den hier zur Behandlung stehenden Abkommen erzielt haben — es ist bezeichnend, obwohl es nur eine äußerliche Fügung ist, daß es in Wiesbaden abgeschlossen ist, schon, welch eminentes Interesse gerade das Rheinland an diesen Versuchen der Durchführung der Reparationsverpflichtungen und des Londoner Ultimatums hat, — was wir seit der Annahme des Londoner Ultimatums erlebt haben, das sehen wir genau so wie Sie an als eine furchtbare Erschütterung der deutschen Wirtschaft, als einen unerträglichen Druck auf der Lebenshaltung weiter und wichtigster Lebensschichten des deutschen Volkes. Aber wir sind darum auch der Meinung beigetreten, die vor Genua hier ausgesprochen wurde, daß wir glauben, daß die Höchstgrenze der Belastung der deutschen Finanzen und Wirtschaft mit dem erreicht ist, was im Steuerkompromiß hier verabschiedet wurde.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich beziehe mich auf das Wort, was unser Freund Dernburg dieser Tage im Steuerausschuß ausgesprochen hat: Wir wollen zwar keinen Schritt vom Kompromiß zurücktreten, aber auch keinen halben Schritt darüber hinausmachen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir halten uns in diesem Punkte an die Erklärungen, die der Herr Reichskanzler hier abgegeben hat und die Herr Dr. Helfferich vorhin aus dem Stenogramm seiner Rede verlesen hat. Wir sind der Meinung, daß es keine deutsche Regierung geben darf, die einen wirklichen Eingriff in die Souveränität des deutschen Volkes zugibt.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Wir würden einer derartigen Regierung weiter nicht (B) mehr folgen.

(Zuruf bei den Deutschnationalen: Dann dürfen Sie es nicht mehr!)

Wir sind ferner der Meinung, daß die Anleihe in ausreichendem Maße und unter erträglichen Bedingungen die Voraussetzung ist für alle anderen Verabredungen mit der Reparationskommission.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich weiß nicht, wer es von unserer Fraktion war,

(Rufe: Dernburg!)

der es ausgesprochen hat, und wir haben es nach dem Abschluß der Verhandlungen hier im Reichstag durch eine Resolution der Fraktion auch der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß wir uns an die Politik, die der verantwortliche deutsche Staatsmann, der Reichskanzler Dr. Wirth zu vertreten hat, halten und daß wir nicht gewillt sind, eine Politik mitzumachen, die uns etwas in Aussicht stellt oder verspricht, es aber nicht hält und nicht gibt, während sie andererseits neue Bedrückungen und neue Lasten auf uns legen will.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Da glauben wir nun in der Tat, daß bei allen furchtbaren Wirkungen der Erfüllungspolitik — und ich bitte doch die Herren Gegner von der rechten Seite, die uns immer wegen der Erfüllungspolitik angreifen, auch dieses Urteil, das wir über die Erfüllungspolitik haben, zu berücksichtigen — dennoch eine gewisse erkennbare Linie der Besserung der Lage Deutschlands in seinen Beziehungen zum Auslande und in der Beurteilung seiner Leistungsfähigkeit eingetreten ist.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das nehmen wir nicht für unsere Partei und nicht, um Sie (zu den Deutschnationlen) damit parteipolitisch zu schlagen, sondern das nehmen wir in der Tat als die Wirkung einer Politik in Anspruch, die wir mit ge- (C) tragen haben.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Was jetzt in der Denkschrift der Bankierkonferenz, was vorher im Urteile der Bank von England gesagt wurde, wäre sicher nicht so rasch gekommen, wenn wir eine Politik der passiven Resistenz oder gar der großen tönenden und drohenden Worte gemacht hätten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Es ist ganz unzweifelhaft, daß nunmehr der beste Anwalt für die Leistungsfähigkeit oder Leistungsunfähigkeit Deutschlands im Auslande sitzt. Wir selbst wissen, daß Deutschland das ihm Auferlegte nicht leisten kann. Aber was nützt das bei Leuten, deren Hören- und Fühlenwollen auf der Höhe eines gehörnten Ochsen steht, wenn man ihm ins Horn petzt? So unempfindlich wie er ist, so unempfindlich sind die Leute, die ihre Völker mehrere Jahre lang betrogen haben mit den Worten: der Deutsche wird alles bezahlen, und die es immer weiter betrügen mit dem Satze von der unverminderten Leistungsfähigkeit und der Blüte der deutschen Industrie. Die Leute können das natürlich nicht hören und fühlen, und dieser Kampf zwischen der Unempfindlichkeit und geradezu verzweifelten Taubheit der Staatsmänner der Entente und jenen Leuten, die aus wirtschaftlichen Gründen erkannt haben, daß die Weiterverfolgung dieses Weges des Londoner Ultimatums zu einem Ruin Deutschlands und einer unübersehbaren Schädigung der eigenen Länder führt, ist es, der letzthin den Vertrag von Versailles für uns erleichtern und das Londoner Ultimatum und die Abkommen, über die wir uns hier streiten, in der Versenkung verschwinden lassen wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Allerdings muß auch die deutsche Politik die nötigen Anstrengungen machen, um nun das, was wir wirklich leisten können, aufzubringen und nicht durch eigene (D) Finanzgebarung und eigene fehlerhafte Wirtschaftspolitik das zu zerstören, was uns übrig geblieben ist.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

In diesem Zusammenhang habe ich noch einmal die Frage an die Regierung zu stellen, die gestern unser Kollege Gothein gestellt hat: wie steht es mit der **Kohlenförderung?** Wir wünschen darüber amtliche Auskünfte zu haben und wünschen vor allen Dingen jetzt von der Regierrung zu wissen, ob sie angesichts der katastrophalen Lage der deutschen Industrie in der Kohlenversorgung und der Notwendigkeit, teure englische Kohle einzuführen, nicht an die Reparationskommission heranzutreten gewillt ist, um ihr zu sagen: das **Abkommen von Spa** geht über die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit hinaus! Wir müssen eine Erleichterung in der Menge und der Auswahl der Sorten, die von uns verlangt werden, haben.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Hört! Hört! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Ebenso müssen wir, wenn wir nicht zerstören wollen, was als kleiner Rest übrig geblieben ist, ein energisches Eingreifen der Regierung in unseren **Betriebsverwaltungen** fordern.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Gerade ich aus dem Rheinland unterstreiche die Not, die über das Wirtschaftsleben hereinbricht durch die immerwährenden schematischen Hinaufsetzungen der **Tarife**, besonders stark. Wie sollen wir Rheinländer denn noch Wein nach Berlin, nach Königsberg oder sonstwohin verfrachten, wenn heute schon das Rollgeld allein in Hamburg pro Flasche Wein so viel ausmacht, daß der betreffende Empfänger gar nicht mehr Flasche und Kiste zurückschickt, woraus dann umgekehrt im

(Korell, Abgeordneter.)

(A) Rheinland der gewaltige Mangel an Weinflaschen entsteht, wie er zurzeit vorhanden ist. Die riesigen Frachten verschlingen heute schon einen wesentlichen Teil des Wertes einer Flasche Wein von vornherein. Wir werden tatsächlich schon jetzt in steigendem Maße von der Verfrachtung dieses für uns wichtigen volkswirtschaftlichen Produkts abgeschnitten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Auf die Dauer kann es nicht so weitergehen, daß man sich, statt Reformen durchzuführen, die Ersparnisse bringen, mit einer Erhöhung der Tarife hilft, die am 1. Juli wiederum 25 Prozent betragen soll.

Meine Damen und Herren! Indem ich eben vom Wein und Rhein, von den Schwierigkeiten spreche, die das wirtschaftliche Leben dort hat, möchte ich mit ganz wenigen Sätzen erläutern, welcher innere Zusammenhang zwischen der **Reparationsfrage** und den **Nöten des Rhein- und Saargebiets** besteht. Von einer vernünftigen Lösung des Reparationsproblems hängt geradezu unser Schicksal am Rhein ab.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

15 Jahre lang spricht den angeblichen Siegern der Vertrag das Recht zu, das Rheingebiet besetzt zu halten, und gerade in diesen Tagen lesen wir wieder in der französischen Presse eine Auseinandersetzung darüber, ob nicht die Besetzung verlängert werden könnte, weil wir noch nicht angefangen hätten, zu erfüllen. Wir wissen, daß das eine rabulistische Advokatendialektik ist und nichts anderes.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber wenn das Reparationsproblem nicht in einer vernünftigen, für die deutsche Wirtschaft tragbaren Weise erledigt, gelöst wird, dann ist in der Tat die Zukunft der besetzten Gebiete überaus traurig.

(B) (Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Dann noch ein anderes. Wir am Rhein mit unseren Rohprodukten und mit unseren Fabrikaten, mit unseren Kohlen und Chemikalien sind ja ganz wesentlich durch die uns vorgeschriebenen **Zwangsablieferungen** belastet. Auch hier erkennen Sie den Zusammenhang der **rheinländischen Wirtschaft** mit dem gesamten Reparationsproblem, so daß zu den Ablieferungen, die wir schon sowieso zu machen haben, nicht noch neue unerträgliche und unerschwingliche Auflagen hinzukommen dürfen.

Und ein Drittes ist es, was den Zusammenhang der rheinischen Nöte mit den Reparationsfragen begründet. Wir wissen, daß, wenn auch die Reparationsfrage in erster Linie ein wirtschaftliches Problem ist, sie dennoch zuletzt nur gelöst werden kann durch die Hilfe **einer Idee.**

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Die Leute, die heute wie gebannt allein auf Zahlungen und Sachleistungen schauen, vergessen darüber, daß zuletzt die großen schwierigen Fragen, wie wir sie nach diesem Kriege vor uns haben, ohne die Zuhilfenahme von guten, gesunden Ideen nicht gelöst werden können.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Im Kriege hat man auf der Gegenseite viel von Ideen gesprochen. Bei uns hat man nicht einmal von Ideen gesprochen. Aber drüben hat man von den Ideen der Selbstbestimmung, der Verbreitung der Humanität und von der Freiheit Europas gesprochen. Wir wissen, daß das nur, wie sich hernach herausstellte, Feigenblätter für unverhüllten Imperialismus und Annexionismus waren, daß es heute noch Feigenblätter sind für den Willen, den besetzten Gebieten ihr Recht vorzuenthalten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

(C) Nunmehr wäre es aber an der Zeit, wiederum eine Idee zu Hilfe zu rufen. Diese Idee ist: es muß ein **größeres Vertrauen unter den benachbarten Völkern Europas** hergestellt werden;

(sehr gut! bei den Deutschen Demokraten)

das, was der Geist von Genua sein sollte, müßte nun auch wirklich ins Leben treten und müßte die politischen Beziehungen der Völker untereinander wieder regulieren. Unser und mein politisches Ziel ist die Annäherung der Völker auf dem Boden des Rechts und Vertrauens, nicht Haß und neuer Krieg.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Da können wir bei allen Leiden und Beschwernissen, die wir durch die Besatzung haben, doch auch auf eine vorteilhafte Seite hinweisen. Wir wissen es aus den Veröffentlichungen des Auslandes, daß gerade die Kunde von den Leiden, die wir für Deutschland und für eine Verbesserung der internationalen Lage auszuhalten haben, nicht allein durch die Besuche ausländischer Politiker, sondern auch durch manche französischen Soldaten in die Heimat getragen wird.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Diese sehen auf einmal, wenn sie bei uns sind, daß wir eben doch nicht die „Menschenfresser" und „Boches" sind, von denen man in Frankreich immer noch redet und schreibt, und wir meinen, daß, wenn sich die Kenntnis der wirklichen deutschen Lage und insbesondere die der Leiden des Rheinlandes im Auslande noch mehr verbreitete, damit auch etwas für die Lösung des Reparationsproblems getan wäre.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Schon die Höhe der Besatzungskosten mit jährlich 1600 Millionen Goldmark verbietet es, daß Deutschland die Reparation erfüllen kann.

(Erneute Zustimmung.)

(D) Meine Damen und Herren! Zu den einzelnen Fragen an der Saar, am Rhein und zu der Eisenbahnnote fasse ich mich kurz; ich habe Ihre Aufmerksamkeit lange genug in Anspruch genommen. Bezüglich der Saar nur der eine Wunsch: daß die **Wahlen zum Volksrat**, die am nächsten Sonntag in Saarbrücken stattfinden werden, einen Volksrat schaffen, der entsprechend dem Wahlprogramm aller politischen Parteien in erster Linie das Deutschtum und den Zusammenhang des Saargebiets mit Deutschland erhalten wird.

(Lebhaftes Bravo.)

Wir sehen in dieser Wahl eine Erscheinung, die uns zu denken gibt: nur Gruppen, die sich allein aus wirtschaftlichen Interessenten zusammensetzen, Hausbesitzer und freie Bauernschaft, haben die politische deutsche Front der Parteien durchbrochen,

(hört! hört!)

und wir sollten uns für unser politisches Leben im übrigen Deutschland sagen, daß wirtschaftliche Gruppen, die das wirtschaftliche Interesse allem andern voranstellen, dann auch immer, ob in Saarbrücken oder sonstwo, die Rücksicht auf die Gesamtheit der Interessen, das heißt auf die Nation zurücktreten lassen müssen.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

Ich darf noch ein Wort für die Not, die sich um **das Saargebiet herum** lagert, sagen. Geradezu verzweifelte Notschreie gelangen an uns aus den beiden bekannten Städten **Oberstein und Idar** an der Nahe, deren Arbeiter, angelockt durch die Frankenlöhnung, massenhaft ins Saargebiet hinüber abwandern, dort die Woche über arbeiten und zugleich durch die Mitnahme von eigenem Bedarf an Lebensmitteln und von Bedarf für Freunde und Bekannte die Lebensmittelnot

(Korell, Abgeordneter.)

(A) des oberen Nahegebiets ungeheuerlich vergrößert haben.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Das ist auch national!)

Ich weiß, daß die Stadt Oberstein an die Reichsstellen herangetreten ist, und kann die Beschwerden und Nöte dieses kleinen, so oft vergessenen oldenburgischen Landes — denn das gibt es neben dem preußischen, hessischen und bayerischen Teil des besetzten Gebietes auch noch — der Reichsregierung zur Berücksichtigung herzlichst empfehlen.

Meine Damen und Herren! Was das Attentat auf unsere Eisenbahn anlangt: ich gestehe, es hat mich bloß durch die Sinnlosigkeit seines Inhalts überrascht. Im übrigen aber wissen wir da drunten von einer pfleglichen **Behandlung unserer wirtschaftlichen Interessen** furchtbar wenig.

(Zustimmung.)

Das ganze System geht ja darauf hinaus, nicht die Wirtschaft, die nur im Zusammenhang mit Deutschland blühen kann, zu heben, sondern sie wie durch die Zollgrenze und andere Sanktionen zu schädigen.

(Sehr richtig!)

Aus den letzten Tagen ein kleines, aber bezeichnendes Beispiel! **Der Bürgermeister einer rheinischen Kreisstadt mußte im Auftrage des örtlichen Befehlshabers an sämtliche Hotels** einen **Erlaß** herausgeben, demzufolge die Preise der einzelnen Zimmer anzuschlagen seien. Gut! Auf diesen angeschlagenen Preis genießt nun jeder **Angehörige der Besatzungsarmee** mit seinen Familienangehörigen, wenn er einen bon d'hôtel vorzeigt, 30 Prozent **Rabatt,**

(hört! hört!)

und für die Offiziere und Kapitulanten, die nach dieser (B) Stadt kommen, um vielleicht demnächst eine neu requirierte Wohnung zu finden, aber sie noch nicht haben, setzt mit einem Federstrich der Herr Kommandant den Preis für ein Bett auf 50 oder von zwei Betten auf 75 Mark fest. Natürlich hat der betreffende Kommandant gar kein Recht zu einer solchen Maßnahme; aber er kommandiert den Herrn Bürgermeister dazu, und das nennt man dann die pflegliche Behandlung der Wirtschaft der besetzten Gebiete. So ist es im kleinen, so ist es im großen!

Was insbesondere die geforderte Einschränkung der **Bahnverbindung von Münster am Stein** herunter **nach Homburg in der Pfalz** anlangt, so ist es uns an der Rhein-Nahe-Ecke geradezu unerfindlich, wie man diese wichtige wirtschaftliche Verkehrsader nunmehr lahm legen will. Und was es bedeuten will, daß man die paar Kilometer Dämme, die gerade in der Nähe meines Wohnorts zur neuen Rheinbrücke hinaufführen, nunmehr als strategische Bahnlinien zerstören will, verstehen wir wahrhaftig nicht, und es gibt genug Leute, die über eine derartige Politik den Kopf schütteln würden, wenn sie nicht schon an Stärkeres und Derberes gewöhnt wären.

Was die **Stellung zu den rheinischen Fragen** anlangt, so habe ich in diesem Hause schon so oft darüber gesprochen, daß es heute abend weiterer Ausführungen nicht mehr bedarf. Ich möchte nur namens meiner Fraktion und meiner Partei sagen, daß wir uns den Erklärungen aller Parteien innigst und herzlichst anschließen, daß wir nicht daran denken, in irgendwelche politische und wirtschaftliche und kulturelle Absonderung von Deutschland zu willigen, selbst um den Preis wesentlicher Erleichterungen in der Besatzung,

(Beifall)

weil wir überzeugt sind, daß uns der Zusammenhang mit Deutschland viel, viel mehr Wert ist als irgendwelche Erleichterung oder Vergünstigung in den Be- (C) satzungsfragen.

(Lebhafter Beifall.)

Das versteht sich von selbst! Man soll aber doch nicht, wie es Herr Dr. Levi gestern nach der Rede des Herrn Abgeordneten Moldenhauer getan hat, von Paradereden sprechen, die hier gehalten würden. Paradereden? Da meint er wohl, solche Reden wären bestellt? Ach, wer das glaubt, der kennt uns nicht! Das ist ja etwas in der Sprache der Franzosen gesprochen, die auch immer sagen, wir Abgeordneten würden auf Geheiß der preußischen Stellen in Berlin unsere Politik machen und unsere Beschwerden vorbringen. Nein: hier an dieser Stelle ringt sich los das Bekenntnis unserer Not und das Bekenntnis unserer Liebe zum deutschen Vaterland,

(Beifall)

und wer da drüben glaubt, er könne diese unsere innere Ergriffenheit und den innern Zwang zum Reden, ähnlich der Note wegen der Rede des Herrn Reichstagspräsidenten über Österreichs Anschluß, dämpfen, oder er könne in Noten unsere, der rheinischen Abgeordneten Freiheit einschränken, der wird merken, daß am Rhein Leute sitzen, die sich das verfassungsmäßige Recht, das ihnen als Abgeordneten zukommt, nicht verkümmern lassen,

(bravo!)

auch wenn sie darüber Beschwerden oder gar Ausweisungen zu gewärtigen haben.

(Lebhafter Beifall.)

Gerade in den letzten Tagen ist ein **Urteil** ergangen, das uns deutlich zeigt, wo die eigentlichen Protektoren der Separationsbewegung stecken. Ein Angehöriger der Zentrumspartei, der **Landrat in Wiesbaden** ist, ist in diesen Tagen verurteilt worden, weil er eine politische Versammlung veranstaltet habe, ohne sie anzumelden. (D) Und worin bestand diese Versammlung? Er hat die Führer aller Parteien in Wiesbaden zusammenkommen lassen, um mit ihnen eine Erklärung zu verabreden gegen die Smeetsschen Separationspläne. Das war doch keine Versammlung! Aber da der Zweck der Zusammenkunft darin bestand, die Politik des vielgeliebten Herrn Smeets zu stören, so wurde der Landrat natürlich zu einer hohen Geldstrafe verurteilt.

(Hört! Hört!)

Und ganz neuerdings ist eine **Verordnung der Rheinlandskommission** ergangen, von der wir nur sagen können: wir wissen nicht, wie sie ausgeführt werden soll. In den letzten Wochen haben alle Parteien am Rhein ihre Sommerfeste gehalten, Sozialdemokraten, Zentrum, Volkspartei und wir, und da sind wir zusammengekommen, selbstverständlich überwacht, mit vorgeschriebenen Liedern — mehr durften nicht gesungen werden — und anderem; und nunmehr scheinen auch diese Bekenntnisse zum Deutschtum am Rhein Bedenken für die Sicherheit der Besatzungstruppen erweckt zu haben,

(Heiterkeit)

denn eine der neuesten Ordonnanzen der Rheinlandskommission besagt, daß Aufzüge, die aus verschiedenen **Orten besucht werden,** fünf Tage vorher anzumelden sind — sonst müssen Versammlungen zwei Tage vorher angemeldet werden — und daß die Zahl der Teilnehmer vorher anzugeben ist.

(Hört! Hört! und große Heiterkeit.)

Nun, wir werden also demnächst immer eine sehr große Zahl angeben müssen, damit wir nicht wegen Gefährdung der Sicherheit der Besatzungstruppen verklagt werden, wenn mehr Fremde kommen, als wir voraussahen.

(Sehr gut! und Zurufe.)

(Korell, Abgeordneter.)

Meine Damen und Herren! Damit bin ich am Ende und möchte zusammenfassend sagen: wir im Rheinland sehen der Entwicklung des Reparationsproblems und der gesamten deutschen Politik mit größerer Sorge entgegen, als wir unserem eigenen Schicksal am Rhein entgegensehen; denn wir wissen, wir dürften die festeste Front und die unerschütterlichste Treue halten: wenn es in Deutschland zu einer Verwirklichung der Stimmungen kommt, die heute hier in diesem Hause ausgebrochen sind, wenn von rechts jener Standpunkt vertreten wird und durchgeführt werden sollte, daß das Heil Deutschlands in der Wiederkehr der Monarchie läge, und wenn von links man lauernd auf jedes Wort, das ein Redner der Rechten spricht, oft jedes Gefühl der Gemeinsamkeit vermissen läßt und oft in einer Form, die auch uns die Zornesröte in die Stirn treibt, sich auseinandersetzt,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

dann, meine Damen und Herren, nützt uns die beste Treue und die geschlossene Front nichts.

(Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Wir sind der Meinung, daß unser Schicksal **im Rheinland** abhängt von der **Erhaltung der deutschen Republik.**

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Das ist Ihre Meinung!)

— Jawohl, das ist meine Meinung, die hier auszusprechen ich das Recht habe.

(Jawohl! bei der Deutschen Volkspartei.)

Es ist meine Meinung, daß es von einer vernünftigen Lösung des Reparationsproblems und daß es zuletzt abhängt von dem Geiste, in dem in dieser demokratischen Republik die einzelnen Schichten und Parteien sich gegenüberstehen.

(Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort hat der Herr Reichsminister der Finanzen.

Dr. **Hermes**, Reichsminister der Finanzen: Meine Damen und Herren! Ich muß zunächst meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß ich infolge Teilnahme an dringenden Besprechungen über die Umlage verhindert war, von Anfang an den Ausführungen des Herrn Dr. Helfferich zu folgen. Ich habe daher erst nachher von seinen ersten Ausführungen Kenntnis nehmen können und möchte mich nun zu diesen Ausführungen im einzelnen äußern.

Ich darf vorausschicken, daß die vaterländischen Besorgnisse, die in den **Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Helfferich** zum Ausdruck gekommen sind,

(Lachen bei den Sozialdemokraten)

wohl von allen Seiten dieses Hauses geteilt werden. Sie entziehen sich jedem parteipolitischen Kreis und erfüllen uns alle in gleicher Weise, die wir ein gemeinsames Vaterland besitzen.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Aber ich meine, die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Helfferich sind doch weit über das Ziel hinausgegangen und haben zum Teil den Boden einer sachlichen Betrachtung verlassen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich hat erklärt, er wolle nicht mit dem Kopf durch die Wand. Aber er wird es mir nicht verübeln, wenn ich ihm sage, daß ich den Eindruck aus seinen heutigen Ausführungen gehabt habe, daß er wirklich eine solche Prozedur betreiben wolle. Wir sind doch nun einmal — und das muß doch immer wieder mit aller Offenheit und Klarheit ausgesprochen werden — in die harte Notwendigkeit versetzt, das furchtbare Ergebnis eines verlorenen vierjährigen Krieges zu liquidieren.

(C)

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das ist eine ungeheuer schwere Aufgabe, in deren Lösung sich alle Kreise unseres Volkes vereinigen sollten, frei von jeder parteipolitischen Betrachtung.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Nun hat der Herr Abgeordnete Helfferich die Noten der Reichsregierung vom 9. und 28. Mai die verhängnisvollsten Schriftstücke in der deutschen Geschichte genannt. Das muß ich als eine Übertreibung bezeichnen, die jedes Maß vermissen läßt. Unsere ganze Auseinandersetzung mit der Gegenseite seit dem Friedensvertrage ist doch eine Kette schwierigster und zum Teil äußerst drückender Etappen, und die belastendste dieser Etappen war doch das Londoner Ultimatum. Wenn man ein objektives Urteil über unsere letzten Noten fällen will, kann man sie doch nur im Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung in der Behandlung des Reparationsproblems betrachten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Der Herr Abgeordnete Helfferich wird nicht bestreiten können, daß **seit dem Londoner Ultimatum** eine **Entspannung der Lage** und eine Erleichterung in den Leistungen eingetreten ist, die tatsächlich im Laufe des Jahres 1922 seitens Deutschlands zu erfüllen sind. Diese Erleichterung war notwendig — darin sind wir alle einig —, wenn unser Volk und unsere Wirtschaft am Leben bleiben sollte. Ich möchte aber einen Zweifel darüber aussprechen, ob es gelungen wäre, diesen Weg zu gehen mit den Methoden, die heute hier der Herr Abgeordnete Helfferich wiederum empfohlen hat.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

(D)

Möglich war das Begehen dieses Weges doch nur dadurch, daß die Reichsregierung unausgesetzt bemüht gewesen ist, das Urteil des Auslandes über unsere wahre Leistungsfähigkeit zu einem gerechteren und sachlicheren zu gestalten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Das ist ein äußerst schwieriges Verfahren, das große Geduld und Zähigkeit erfordert und lange Zeiträume für sein Gelingen beansprucht. Es ist unbillig und ungerecht, mit einem anderen Maßstab an diese Dinge heranzutreten.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

In der Grundlinie dieser politischen Auffassung haben sich auch die Pariser Verhandlungen bewegt. Voraufgegangen waren, wie den Damen und Herren bekannt ist, die Verhandlungen in der Finanzkommission auf der Konferenz in Genua. Es war nicht zuletzt durch die deutsche Mitarbeit möglich, in der **Finanzkommission der Genueser Konferenz Leitsätze** zur Anerkennung zu bringen, die für die Beurteilung unserer deutschen Lage von besonderer Bedeutung waren. Es ist zum ersten Male von einem großen internationalen Expertengremium anerkannt worden, daß es unter den heutigen Verhältnissen Staaten gibt, deren Passivität der Zahlungsbilanz so schwer auf ihnen lastet, daß sie nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft ihr Budget zu balanzieren. Das war ein Fortschritt, den zu übertreiben mir vollkommen fern liegt; aber wir müssen jede auch noch so leichte Entspannung in unserer heutigen schwierigen Lage begrüßen.

Es war notwendig, diese Erkenntnis, die auf der Genueser Konferenz gewonnen war, auch in den Verhandlungen und in den Besprechungen mit den ein-

(Dr. Hermes, Reichsfinanzminister.)

(A) zelnen Mitgliedern der Reparationskommission zur Anerkennung zu bringen. Das ist gelungen. Auch die Mitglieder der Reparationskommission haben sich der Notwendigkeit nicht verschließen können, diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Auch das ist ein Fortschritt.

So gelang es, den Gedanken der **Anleihe** in den Pariser Besprechungen in den Vordergrund zu schieben. Wir haben aber nie — das darf ich einmal hier mit Nachdruck feststellen — die Anleihe um ihrer selbst willen verfolgt, sondern wir haben sie in einer Form angestrebt, daß ihr letzter Sinn und ihre letzte Wirkung darin bestehen muß, die Wiederherstellung eines gesunden wirtschaftlichen Lebens in Europa zu ermöglichen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und im Zentrum.)

Im Falle des Gelingens der Anleihe haben wir uns verpflichtet, gewisse Maßnahmen zur Eindämmung der schwebenden Schuld durchzuführen. Die Anleihe ist nicht zustande gekommen, und so sind die ausdrücklich vorgesehenen Voraussetzungen für unsere etwaigen Maßnahmen noch nicht erfüllt. Wir werden trotzdem jedes Mittel zur Sanierung unserer Finanzen auf seine Möglichkeit prüfen und die als möglich erkannten Mittel auch durchführen.

Nun ein kurzes Wort zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Helfferich über **Irrtümer in den Übersetzungen.** Der **Originaltext der** von dem Herrn Abgeordneten Helfferich behandelten **Noten ist der deutsche.** Die Übersetzung, die regelmäßig in französischer oder englischer Sprache beigegeben wird und deren Herstellung von der Kriegslastenkommission bewirkt wird, dient dazu, Mißverständnisse zu verhüten.

(Lachen und Zurufe bei den Deutschnationalen.)

(B) — Ja, meine Herren, das Lachen kann ich auch in dieser Frage nicht als ein ausreichendes Argument für Sie ansehen! — Jeder, der mit Übersetzungen in fremde Sprachen zu tun hat, weiß, daß es ganz unmöglich ist, eine vollkommene Übereinstimmung eines dreisprachigen Textes herzustellen. Ich kann nicht anerkennen, daß die Bemängelungen des Herrn Abgeordneten Helfferich gegen diese Arbeit zutreffen. Ich weiß auch nicht, welches Interesse er von seinem Standpunkt hat, hier die Behauptung aufzustellen, die deutsche Regierung habe weitergehende Zusagen abgegeben, als es der deutsche Text der Noten ergibt.

(Sehr gut! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten. — Abg. Dr. Helfferich: Ich habe gefragt!)

Der Geist der verschiedenen Sprachen und die Üblichkeiten in den Formen bei den verschiedenen Völkern können zu Nuancen im Ausdruck führen, die bei wörtlicher Übersetzung Verschiedenes zu bedeuten scheinen, obwohl sie sachlich dasselbe meinen. Das ist jedem bekannt, der mit diesen Dingen technisch zu tun gehabt hat.

(Abg. Dr. Helfferich: Sie können doch französisch!)

Nun hat der Herr Abgeordnete Helfferich sich im einzelnen noch zu der Frage der **Finanzkontrolle** gewandt und hier schwere Vorwürfe erhoben. Er hat zunächst, wenn ich nicht irre, auch den Vorwurf erhoben, es wäre über diese Frage im Auswärtigen Ausschuß unvollständig oder irreführend berichtet worden. Ich muß mich nachdrücklich gegen eine solche Behauptung wenden. Ich habe im Auswärtigen Ausschuß über diese Frage berichtet, ausdrücklich die drei Vorbehalte hervorgehoben und habe über den Sinn der Finanzkontrolle nach meiner Überzeugung keinen Zweifel gelassen. Ich sehe diese Dinge mit anderen Augen an als der Herr Abgeordnete Helfferich. Ich muß es mir aber versagen, im gegenwärtigen Augenblick auf Einzelheiten hier einzugehen. Nur das eine muß ich mit allem Nachdruck betonen: **wir haben die drei Vorbehalte** gemacht: Kein Antasten der Souveränität Deutschlands, keine Störung des geregelten Ganges der Verwaltung und keine Verletzung des Steuergeheimnisses. Diese Vorbehalte sind ausdrücklich gemacht. Wenn der Herr Abgeordnete Helfferich hier starke Zweifel an der Möglichkeit dieser Vorbehalte äußert, sie einen Schemen nennt, dann aber gleichzeitig die Erwartung ausspricht, daß die deutsche Regierung diesen Schemen zur Wirklichkeit macht, so scheint mir doch in dieser von ihm selbst ausgesprochenen Hoffnung, eine gewisse Revision seiner ersten Auffassung zu liegen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir werden dafür sorgen, daß diese Vorbehalte nicht auf dem Papier stehen bleiben, und ich kann nur hinzufügen, daß diese drei Vorbehalte so außerordentlich wichtig und grundsätzlicher Natur sind, daß es auf ihrer Grundlage durchaus möglich sein wird, die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee zu einem auch für uns in jeder Weise erträglichen Ergebnis zu führen.

Ich darf schließlich noch erwähnen, daß die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee bisher einen durchaus ruhigen und sachlichen Verlauf genommen haben. Wir werden auf der hier skizzierten Grundlage die Verhandlungen weiterführen und im übrigen fortfahren, auf dem Boden einer sachlich möglichen und positiv gerichteten Politik die wohlverstandenen Interessen des Landes zu schützen und zu wahren.

(Beifall im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Becker (Hessen).

Dr. **Becker** (Hessen), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, zu so vorgerückter Stunde Ihnen eine lange Rede zu halten. Die Haltung meiner Fraktion zum Reparationsproblem im allgemeinen und zu den in der letzten Zeit geführten Verhandlungen im besonderen ist an sich allgemein bekannt. Sie ist aber auch in der Rede, die ich von dieser Stelle aus zu diesen Gegenständen in der Sitzung vom 30. Mai gehalten habe, nochmals ausführlich dargelegt worden. Ich brauche das dort Gesagte nicht zu wiederholen. Ich möchte nur ausdrücklich nochmals feststellen, daß das, was damals noch nicht gesagt werden konnte, weil uns die Dinge noch nicht bekannt waren, über die **Finanzkontrolle** ungefähr in der gleichen Richtung läuft, in der die Erörterung in der Öffentlichkeit zu den Fragen der Finanzkontrolle in den letzten 14 Tagen gelaufen ist, in der Richtung nämlich, daß die schwersten **Bedenken** gegen diese von der Regierung bedingungslos, nicht etwa unter der Bedingung der Gewährung einer Anleihe, zugesagte Finanzkontrolle erhoben wurden — Bedenken, die auch, soweit ich weiß, von der demokratischen Fraktion in einer förmlichen Resolution festgelegt worden sind, und von denen ich den Eindruck habe, daß sie von allen Parteien dieses Hauses geteilt werden. Der Herr Finanzminister hat uns heute und auch in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, die sich seinerzeit mit diesen Fragen, wenn auch nur im Vorbeigehen, beschäftigt hat, mit der Beruhigung hinwegzuhelfen versucht, daß er erklärte, die **Vorbehalte,** die er gemacht habe, müßten unter allen Umständen in den weiteren Verhandlungen mit dem Garantiekomitee festgelegt werden, und zwar dahin, daß sie von dem Garantiekomitee in vollem Umfange angenommen würden. Wir wollen hoffen — und in dieser Beziehung schließe ich mich der von anderer Seite ausgesprochenen Hoffnung an —, daß der Herr Finanzminister mit seinen

(Dr. Becker [Hessen], Abgeordneter.)

Vermutungen recht behält. Freilich, was wir seither aus solchen Verhandlungen mit der anderen Seite erfahren haben, gibt uns nicht allzuviel Mut zu solchen Hoffnungen.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir möchten an diese Hoffnungen allerdings die eine Bemerkung knüpfen, daß der Herr Finanzminister stark genug sein möge, wenn sich seine Hoffnungen nicht erfüllen, dann von dieser Vereinbarung — denn eine solche zweiseitige Vereinbarung ist es ja trotz des etwas schwachen Ausdrucks der Vorbehalte — zurückzutreten, damit wir nicht mit einer Finanzkontrolle bedacht werden, die uns allen höchst unbequem werden könnte.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich freue mich auch, daß der Herr Finanzminister die Sorgen und Bedenken, die der Herr Kollege Helfferich vorhin aus der **Gegenüberstellung des französischen und des deutschen Textes der verschiedenen Noten** und aus den von ihm ganz zweifellos festgestellten Unstimmigkeiten zwischen den beiden Texten herausgeholt hat, meiner Auffassung nach einigermaßen befriedigend hat erledigen können. Wir haben von vornherein die Aufassung gehabt, daß für die Bindung der deutschen Regierung unter allen Umständen **nur der deutsche Text maßgebend** sein kann,

(lebhafte Zustimmung)

und an dieser Auffassung kann auch dadurch nichts geändert werden, daß diesem deutschen Text von der deutschen Regierung der französische Text mit beigegeben worden ist, daß die französische Übersetzung also nicht von der französischen Behörde vorgenommen worden ist, sondern daß es eine deutsche Übersetzung ist. Freilich müssen wir das eine ausdrücklich feststellen: die Unstimmigkeiten zwischen den beiden Texten sind doch Übersetzungsunstimmigkeiten, die etwas sehr stark sind und die man mit einfachen Übersetzungsfehlern eigentlich nicht mehr richtig bezeichnet.

(Sehr wahr! rechts.)

Wir möchten denn doch wünschen, daß die deutsche Regierung, die in den Kreisen ihrer Beamten eine große Anzahl hervorragend tüchtiger Kenner fremder Sprachen hat, Leute, die Jahre und Jahrzehnte hindurch im auswärtigen Dienst und vor allen Dingen auch im Auslande gewesen sind, in Zukunft bei solchen Übersetzungen sich solche Übersetzungsfehler nicht mehr zuschulden kommen läßt. Ich wiederhole aber, im übrigen scheint uns die Sache damit genügend aufgeklärt, daß uns auch die deutsche Regierung nochmals ausdrücklich feststellt, daß für ihre Haltung und für die Auslegung dieser Antworten allein der deutsche Text maßgebend ist.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Ich will im übrigen nicht auf die Einzelheiten der Diskussion eingehen, obgleich der Verlauf der Diskussion nach manchen Richtungen hin dazu reizen und verleiten könnte. Ich halte es nicht für zweckmäßig, daß unsere Diskussion über die in Betracht kommenden ernsten Fragen und ernsten Sorgen etwa so abschließt, wie die Reden verlaufen sind. Denn lassen Sie mich das sagen, selbst auf die Gefahr hin, daß Sie das für eine Schulmeisterei halten: ich habe nicht den Eindruck, daß in der Diskussion immer die Würde gewahrt worden ist, die der Sache und dem Reichstag in solchen Fällen zukommen müßte.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Solche **Reden**, wie sie der Herr Kollege **Stampfer** gestern gehalten hat, dienen nicht dazu, uns in diesen Fragen zusammenzuführen,

(sehr wahr! rechts)

und das soll doch die Aufgabe der Diskussion über solche Sachen sein.

Sie haben ja eine Rede gehalten, als ob Sie vor einer Wahlversammlung draußen stünden, eine Rede, die jeder objektiv Zuhörende nur so auffassen konnte, als sollte sie der Auftakt zu dem Wahlkampf sein, von dem Sie seit etwa acht Tagen sprechen und den manche von Ihnen vielleicht ersehnen, weil er unter der Parole „keine Brotverteuerung" Ihnen vielleicht Aussicht auf Erfolg versprechen könnte.

(Sehr gut! rechts. — Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Was Sie gesagt haben, Herr Kollege Stampfer, soll aber vergessen sein mit Rücksicht auf den zweiten Teil der Rede, die Kollege Sollmann heute gehalten hat, und wegen dieses zweiten Teiles seiner Rede soll dem Kollegen Stampfer auch Absolution für den ersten Teil seiner eigenen Rede gegeben sein.

(Sehr gut! und Heiterkeit rechts.)

Herr Kollege Sollmann, Sie haben eine so wunderbare **Verherrlichung Bismarcks und seiner Gestalt** in der Geschichte vorhin hier vorgetragen. Sie waren ja damals noch nicht so alt, um in der sozialdemokratischen Partei mitarbeiten zu können. Wenn aber ihre Freunde auch nur den tausendsten Teil dieser Verehrung Bismarcks während seines politischen Lebens ihm entgegengebracht hätten, dann wäre manches anders geworden.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Sozialistengesetz!)

— Herr Kollege Sollmann, das Sozialistengesetz kennen Sie doch auch, und trotzdem haben Sie heute diese Verherrlichungsrede auf Bismarck gehalten. Wir sind ja nicht diejenigen gewesen, Herr Kollege Sollmann, die dem politisch toten Bismarck die bekannten Fußtritte gegeben haben.

Der Herr Kollege Sollmann — und das soll ihm auch anerkennend bestätigt werden — hat bezüglich der **Haltung des französischen Militarismus** die Worte gefunden, die diesem Militarismus gegenüber allein angebracht sind, und er hat in wirkungsvollster Weise das widerlegt, was Herr Breitscheid gestern in völliger Verkennung dessen, was man den französischen Militarismus nennen muß, hier vorgetragen hat.

(Sehr richtig! rechts.)

In diesem Zusammenhang möchte ich meiner und meiner politischen Freunde Freude auch darüber Ausdruck geben, in wie außerordentlich wirkungsvoller Weise die **Regierung** zu den **verschiedenen Interpellationen**, insbesondere zu der Interpellation meiner Freunde über die Neutralisierung des Rheinlandes, zu der Interpellation des Zentrums wegen der Eisenbahnfrage, vor allem aber zu der Interpellation über das Saargebiet und die dortigen Verhältnisse Stellung genommen hat.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Meine Damen und Herren! Es war eine Anklagerede, eine förmliche Anklageschrift, die wir von dieser Stelle aus haben vortragen hören.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten und der Deutschen Volkspartei.)

Wir freuen uns dessen, obgleich wir in Opposition zu dieser Regierung stehen. Der Menschheit ganzer Jammer konnte einen anfassen, wenn man hörte, wie dieses deutsche Gebiet dort behandelt wird, aus dem man gar zu gern in Vorbereitung der Abstimmung, die in 12 Jahren stattfinden soll, heute schon französisches Gebiet machen möchte. Welche Heuchelei spricht doch aus dem ganzen Verhalten der Herren auf der anderen Seite im Saargebiet, die uns immer davon reden, sie

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) seien die Träger der Völkerversöhnung, sie seien für die Ideen der Volksabstimmung und der Einrichtung der Weltkarte nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, die auf dem europäischen Kontinent und sonstwo wohnen, wenn man diese Verhältnisse im Saargebiet in der gewiß objektiven Darstellung der Regierung hier vor seinen Augen und Ohren vorüberziehen hört. Ich möchte nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß diese Worte nicht ungehört hier und draußen in der Öffentlichkeit und vor allem im Ausland verhallen möchten.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir wollen uns Mühe geben, sie ins Ausland zu bringen. Möge aber auch die deutsche Regierung von allen Mitteln, die ihr dazu zur Verfügung stehen, den entsprechenden Gebrauch machen.

(Sehr wahr! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir haben gewiß nicht viel Vertrauen zu dem, was man **das Weltgewissen** nennt; aber einmal muß doch die Regierung die Initiative ergreifen, die ganze Öffentlichkeit in der ganzen Welt zum Protest aufzurufen gegen diese Vergewaltigung von Menschen, die nichts weiter als Verbrechen angerechnet bekommen können, als daß sie gut deutsch bleiben wollen.

(Sehr richtig! und Bravo! rechts.)

Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin gesagt, wir hätten gewünscht, daß die Verhandlungen durch diese Erklärungen der Regierung Ziel und Richtung erhalten hätten. Das ist nicht gelungen. Im Gegenteil, die Verhandlungen sind auseinandergefallen, und wir haben uns über alle möglichen Dinge unterhalten, am wenigsten aber über die Not, die aus diesen Interpellationen und den Antworten dazu sprach, und am wenigsten vom Reparationsproblem. Vielleicht aber trägt auch die Regierung ein Stück Schuld daran. Es ist doch eigentlich etwas Ungewöhnliches, daß in Zeiten (B) wie den gegenwärtigen, wenn es sich um Fragen über Leben und Tod des deutschen Volkes handelt, die Regierung so zurückhaltend ist, wie sie es in diesen drei letzten Tagen war.

(Zustimmung rechts.)

Keine Ziel und Richtung gebende Erklärung der Regierung, keine Erklärung, aus der man hätte entnehmen können, wie sich denn die Regierung nunmehr auf die Situation politisch einstellt, auf die ich nachher mit einem Wort noch kommen werde!

(Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

— Ich habe von dieser Stelle hier zu sprechen früher nicht die Freude gehabt, Herr Kollege Müller. Wenn ich es aber getan hätte, würden Sie aus meiner Rede gewiß gehört haben, was ich will. Aus dem **Schweigen der Regierung** in diesen Tagen aber haben Sie gewiß nicht gehört, was sie will und auch nicht, was sie nicht will. Und ob Ihnen das, Herr Kollege Müller, so erwünscht ist, weiß ich nicht, obgleich Sie mit Ihrer Partei hinter dieser Regierung stehen.

(Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Gegenrufe rechts.)

Ich habe Ihnen versprochen, nicht viel zu sagen und nicht auf Einzelheiten einzugehen. Ich meine aber, wir dürfen eins von der Regierung nunmehr erwarten, und damit bin ich schon am Schluß meiner kurzen Ausführungen. Ich habe doch den Eindruck — und ich glaube, ich stehe damit nicht allein in diesem Hause; diese Auffassung wird wohl beinahe auf allen Bänken dieses Hauses vertreten —: was hat es denn für einen Sinn, wenn wir in dieser Diskussion uns darüber unterhalten, wer den Krieg verschuldet hat und wer schuld ist an dem Ausgang dieses Krieges und an dem Elend, das gekommen ist?

(Zustimmung.)

Hilft uns das heraus aus diesem Elend? Wenn das Haus niedergebrannt ist, wird es damit aufgebaut, daß man zunächst nach den Schuldigen sucht? Richtiger: wenn das Haus noch brennt, sucht man dann zuerst nach den Schuldigen oder sucht man nicht zunächst zu löschen, um die Trümmer zu erhalten, die etwa noch erhalten werden können? Ich meine also, wir sollten **weniger in die Vergangenheit sehen**, sondern sollten vielmehr die Gegenwart und das Elend, in dem wir uns befinden, betrachten. Wir sollten unsere Blicke in die Zukunft lenken und uns überlegen, was für die Zukunft zu tun ist, damit wir eben diese bescheidenen Trümmer erhalten und darauf zunächst wieder ein bescheidenes Dach aufbauen können, unter dem wir und unsere Nachkommen ein einigermaßen wohnliches Dasein haben können. Das gilt für jeden in diesem Hause, auch für uns selbst.

(Zustimmung.)

Ich habe den Eindruck, daß wir von heute ab oder seit drei oder acht Tagen diesen Weg vielleicht leichter gehen könnten. Die **Denkschrift der Anleihekommission** scheint mir doch eine völlige Umwälzung in den Auffassungen nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland und bei der Regierung herbeiführen zu können. Ich habe den Eindruck, daß damit eine Grundlage geschaffen ist, neu aufzubauen,

(sehr richtig!

auf der aufzubauen, glaube ich, sich weite Kreise dieses Hauses vereinigen könnten.

(Sehr gut!)

Ich würde wünschen, die Regierung möchte diese Grundlage nunmehr benützen und auf ihr aufzubauen versuchen, nicht etwa in dem ganz engen Kreis derjenigen, die heute hinter ihr stehen, sondern sie möchten einmal den Versuch machen, den **Reichstag von rechts bis links zusammenzufassen** — ich rede nicht von Koalitionsverbreiterung, sondern ich sage: zu gemeinschaftlicher Arbeit aller Kreise in diesem Hause zusammenzufassen, denen der Blick in die Zukunft und der Arbeit für die Zukunft wertvoller ist als der Rückblick auf Vergangenes und das Suchen nach Schuldigen.

Sie fragen immer: was dann? Geben Sie uns doch ein Rezept! Ach, meine Herren, das Rezeptegeben ist an sich furchtbar leicht. Ob sie aber etwas nützen, weiß kein Mensch, ob Ihre Rezepte bisher etwas genützt haben, das werden auch Sie bei sich, wenn Sie im stillen Kämmerlein sind, nicht ohne weiteres bejahen wollen. Sie müssen sich natürlich hier hinstellen und sagen: Alles, was geworden ist, haben wir erreicht durch unsere seitherige Erfüllungspolitik oder durch den Versuch, zu erfüllen. Das mag Ihr Glaube sein, den ich Ihnen gar nicht nehmen will. Wir sind der umgekehrten Auffassung und haben für diese unsere Auffassung genau so gute Gründe, wie Sie sie für Ihre anzuführen wissen.

Aber, meine Damen und Herren, lassen wir den Streit darüber endlich einmal ruhen und versuchen wir, uns nun zu gemeinschaftlicher Arbeit zusammenzufinden. Wenn die Regierung auf der neuen Grundlage, die uns diese Anleihedenkschrift hier gibt, in der klipp und klar ausgesprochen ist, daß es so nicht weitergehen kann, daß Deutschland das nicht erfüllen kann, was die Reparationskommission uns auferlegt hat — ich sage, wenn die Regierung auf dieser neuen Grundlage aufbauend und schaffend den Versuch macht, alle Arbeitswilligen in diesem Hause und draußen in der Öffentlichkeit zusammenzuführen, dann wird sie in Zukunft mehr Erfolge aufweisen können, als die, von denen sie seither immer gesprochen hat. Glauben Sie mir, es ist

(Dr. **Becker** [Hessen], Abgeordneter.)

(A) in den weitesten Kreisen draußen im Volke der Gedanke vertreten, daß es so nicht weitergehen kann,

(lebhafte Zustimmung)

daß das Zurückschauen zwecklos ist, daß es uns nur immer weiter auseinandertreibt. Ich habe die Überzeugung, daß derjenige, der den Verhandlungen der letzten drei Tage gefolgt ist, diese Meinung erst recht bekommen wird. Wir haben uns in diesen Tagen mehr auseinander- als zusammengeredet. Das war verkehrt, und daraus wollen wir lernen. Wir wollen in Zukunft nun vielleicht mit anderen Mitteln zu arbeiten versuchen.

(Sehr gut!)

Ich wiederhole: wenn die Regierung nunmehr auf dem neugewonnenen Boden, auf dem Boden, der ihr neue Wege zeigt, auf dem Boden, der hier durch objektive Sachverständige geschaffen ist, weiter bauen will, wenn es ihr gelingt, diejenigen, die bei diesem Aufbau mitarbeiten wollen, zusammenzuführen, dann wollen wir dabei mithelfen, und ich habe die Überzeugung: nicht nur wir, sondern alle diejenigen in diesem Hause, die den guten Willen haben, mitzuhelfen, daß es besser wird, deren Zahl vielleicht viel größer ist, als man sich vorstellt. Und dann wollen wir uns in einigen Monaten wieder darüber unterhalten, nicht darüber, wer in der Vergangenheit Recht oder Unrecht gehabt hat, sondern wir wollen uns dann freuen, wenn vielleicht Erfolge erzielt sind. Aber wir wollen uns nicht zerfleischen, sondern uns endlich zusammenfinden. Herr Kollege Emminger hat schon den gleichen Aufruf an das Haus gerichtet — er ist aus den Kreisen der demokratischen Partei gekommen. Das Zentrum ist ohne weiteres aufbauwillig. Die Linke hat leider durch ihre Reden nicht zu erkennen gegeben, daß ihr diese gemeinsame Arbeit erwünscht ist; im Gegenteil, sie hat Reden

(B) gehalten, die uns eher auseinanderreißen können. Aber die Regierung möge die Führung übernehmen. Ich bin überzeugt, wenn ein Mann sich an die Spitze dieser gemeinschaftlichen Arbeit stellt, dann wird er auch den Heerbann finden, der ihn dabei unterstützt.

(Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich.

Ich möchte bemerken, daß außerdem noch der Herr Abgeordnete Crispien gemeldet ist. Beide Redner haben aber in Aussicht gestellt, ihre Ausführungen so kurz wie möglich zu halten, so daß wir nachher, abgesehen von den persönlichen Bemerkungen, nur noch die Abstimmungen über das Ermächtigungsgesetz und den Antrag Crispien und Genossen unter 6 g vorzunehmen haben.

Dr. **Helfferich**, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Meine Freunde haben die Empfindung, daß es der Situation angemessen gewesen wäre, wenn derjenige Minister, der nach der Verfassung die Verantwortung für die Politik des Gesamtkabinetts trägt, hier zur Lage Stellung genommen hätte, und das ist der Herr **Reichskanzler.**

Herr Reichskanzler, wir können es offen gestanden nicht verstehen, daß Sie seit Ihren letzten Erklärungen in diesem Hause, die in einer ganz anderen Situation uns abgegeben worden sind, sich nicht bemüßigt sehen, mit Ihrer Person für die Politik, die Sie treiben, einzustehen. Das ist uns gänzlich unerklärlich. Sie können in diesen Dingen auch durch den Reichsfinanzminister, durch einen Ressortminister nicht ersetzt werden.

Die Fragen, von denen hier die Rede war, betreffen nicht nur die Finanzen, sie betreffen auch unsere gemeinsame auswärtige Politik, und der einzige, der

(C) befugt ist, die Gesamtpolitik zu vertreten, ist nun einmal der Reichskanzler. Es wird auch draußen im Lande nicht verstanden werden, Herr Reichskanzler, daß Sie die Gelegenheit dieser großen Debatte nicht wahrgenommen haben, um Ihre Gesichtspunkte vor dem Hause und damit vor der Öffentlichkeit zu entwickeln.

In den **Ausführungen des Herrn Reichsfinanzministers** haben wir einen erheblichen Teil von dem vermißt, was wir als Erklärung der Regierung erwartet hätten. Er hat sich sehr vorsichtig auf einzelne Punkte beschränkt, die allerdings wichtig sind.

(Zuruf links.)

— Ich nehme das Recht eines jeden Abgeordneten in Anspruch, an die Regierung Fragen zu stellen. Der Herr Reichsfinanzminister hat einige wichtige Punkte beantwortet, an anderen wichtigen Punkten ist er vorbeigegangen. Einen Überblick über die Lage der Gesamtpolitik hat er nicht gegeben; es ist das auch nicht seines Amtes und nicht seines Berufes.

Was die einzelnen Punkte seiner Ausführungen anlangt, so möchte ich zunächst mit Befriedigung feststellen, daß ich jetzt die Antwort bekommen habe, um die ich vorhin gleich während meiner Rede gebeten habe, die Antwort auf die Frage: **Gilt in dem Notenwechsel der deutsche oder der französische Text?** — eine Frage, die, wie Sie alle zugeben werden, bei der vom Herrn Minister selbst anerkannten Abweichung der beiden Texte von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Der Herr Minister hat gegen mich den Vorwurf erhoben —

(Zuruf bei den Deutschen Demokraten)

— Herr Kollege Petersen, staatsrechtlich wäre das ohne weiteres so.

(Abg. Dr. Petersen: Sie haben vom Staatsgerichtshof gesprochen!)

— Ich habe gesagt — das Stenogramm habe ich nicht hier —: Eine Regierung, die ohne Ermächtigung des Reichstages wichtige Bestandteile der Souveränität des Deutschen Reiches preisgibt, gehört vor den Staatsgerichtshof. — Das habe ich gesagt, nachdem ich an die Regierung die Frage gerichtet hatte: Gilt der deutsche oder der französische Text? — und nachdem ich auf diese Frage keine Antwort bekommen hatte.

(D) (Sehr richtig! rechts.)

Ich muß sagen, ich bin in höchstem Maße erstaunt, daß in einer solch wichtigen Frage die Regierung nicht ohne weiteres weiß, ob der deutsche oder der französische Text gilt. Ich will offen sagen, was mich zu dieser Fragestellung veranlaßt hat. Ich habe gehört und nehme an, daß es jetzt bündig widerlegt ist, daß mit der Reparationskommission vereinbart sei, daß der Schriftwechsel von beiden Seiten in französischer Sprache geführt werde. Es ist mir ein großer Stein vom Herzen gefallen, als ich hörte, daß vom Herrn Minister in so eindeutiger Weise bestritten und klargestellt wurde, daß der deutsche Text maßgebend sei. Der Herr Minister hat mir einen Vorwurf gemacht, indem er fragte, was ich für ein Interesse daran hätte festzustellen, daß der französische Text gelte. Ich habe diesen Vorwurf aus seinen Worten herausgehört. Im Gegenteil, ich habe ein Interesse daran festzustellen, daß der französische Text nicht gilt. Ich bedauere, daß diese Feststellung nicht schon vorhin erfolgt ist. Ich kann aber nicht umhin, aus meiner Erfahrung als Minister und auch im diplomatischen Verkehr an die **Art und Weise, wie der Schriftwechsel mit der Reparationskommission** geführt worden ist, sehr erhebliche Bedenken zu knüpfen. Es gibt für eine Übersetzung zwei Möglichkeiten, die eine Möglichkeit, daß die französische Übersetzung von französischer Seite angefertigt ist und uns nur nachrichtlich mitgeteilt wurde, oder daß sie von deutscher Seite angefertigt wurde. Wir hören, sie sei von der deutschen Kriegslasten-

(Dr. Helfferich, Abgeordneter.)

(A) kommission in Paris angefertigt und der Reparationskommission übergeben worden. Das ist ein außerordentlich bedenkliches Verfahren. Ich habe in meinem früheren Beruf einige Jahre in der Türkei zu tun gehabt. Die Türkei hat sich aus nationalen Gründen auf den Standpunkt gestellt, daß sie in ihrer Korrespondenz lediglich in türkischer Sprache korrespondiert und daß es Sache des Empfängers sei, den türkischen Text in seine Sprache zu übersetzen; aber nicht nur aus nationalen Gründen. Ich habe oft genug Gelegenheit gehabt, mich mit türkischen Staatsmännern darüber zu unterhalten, was das für eine Unbequemlichkeit im Geschäftsverkehr darstelle. Der türkische Großwesir hat mir geantwortet: „Sie können uns nicht nur aus Prestigegründen nichts anderes zumuten; bei Übersetzungen gibt es immer Nuancen. Und da muß Wert darauf gelegt werden, daß das gilt, was in unserer Sprache gemeint ist. Für jede Übersetzung, die wir übergeben, übernehmen wir eine Verantwortung, und das wollen wir nicht."

Hier, in unserem Falle, liegt eine Gefahr darin, daß die Kriegslastenkommission die französische und englische Übersetzung anfertigt und sie überreicht. Das Schlimmste aber ist, daß in den uns vorgelegten französischen und englischen Übersetzungen der Name des Unterzeichners beigefügt ist. In der Note vom 9. Mai heißt es im deutschen Text: „gez. Bauer", im französischen Text: „signé Bauer"; in der Note vom 28. Mai: „gez. Dr. Wirth", in dem französischen Text: „signé Dr. Wirth". Es ist doppelt bedenklich, wenn in der Übersetzung in dieser Weise auch noch der Name steht. Im übrigen möchte ich dringend bitten, daß auch der Reparationskommssion gegenüber gar kein Zweifel darüber gelassen wird, daß nur der deutsche Text gilt. Denn ich halte es für durchaus möglich, daß bei dem Mangel an Sprachkenntnissen gerade gegenüber unserer Muttersprache, gegenüber der deutschen Sprache, der im (B) Auslande vielfach besteht — ich habe in meinen Erfahrungen mit vielen hervorragenden Franzosen und Belgiern zu tun gehabt und war immer erstaunt, das ihnen die deutsche Sprache gänzlich fremd ist — der Franzose bis zum heutigen Tag tatsächlich nur den französischen Text überhaupt kennt und unsere Erklärungen so auffaßt, wie sie im französischen Text enthalten sind. Da ergibt sich allerdings an den Punkten, von denen ich gesprochen habe, die größte Gefahr.

Wenn ich rekapituliere:

In dem einen Punkt heißt es **im deutschen Text**: über Gesetzentwürfe in Finanzsachen wird sich die deutsche Regierung mit der Reparationskommission **„ins Benehmen setzen"**. Im Französischen würde das heißen: „se mettre en rapport". **Im französischen Text** heißt es aber: **„est prêt à s'entendre"**, das heißt, „ist bereit, sich über die Gesetzesprojekte zu verständigen". Das ist erheblich mehr. Das wäre ungeheuerlich und wäre in der Tat der schlimmste Eingriff in die Souveränität, den ich mir vorstellen kann.

Im zweiten Falle drehte es sich um die Rechte der **Kontrolle**. Da heißt es: die Kontrollkommission wird „alle Möglichkeiten für gewünschte Auskünfte" bekommen. Auskünfte sind „informations" im Französischen, Informationen. Im französischen Text heißt es: „que le gouvernement allemand fournira au Comité de Garantie **tous les moyens d'enquête demandés par celle-ci**", das heißt, die deutsche Regierung wird der Reparationskommission alle Mittel der Untersuchung — und zwar „enquête", im strengen Wortlaut „Untersuchung mit Zeugenvernehmung" — zur Verfügung stellen. Es würde geradezu eine Ungeheuerlichkeit sein, wenn das nach dem französischen Text ausgelegt werden könnte.

(Sehr richtig! rechts.)

(C) Im dritten Fall handelt es sich um das **Steuergeheimnis**, schließlich auch keine gleichgültige Sache, nicht nur wegen der eigentlichen Steuerverhältnisse. Sie wissen ja, wie die Ententekontrolle heute schon benutzt wird, um in unsere ganzen Handelsverhältnisse einzudringen, um in der unerhörtesten Weise Handelsspionage zu treiben. Das ich doch bekannt. Gibt es aber ein Mittel gegen diese Handelsspionage, wenn die Kontrollkommission das Recht hat, jede einzelne Steuerveranlagung einzusehen, sich über alle Protokolle zu informieren, die über Verhandlungen mit dem Betreffenden in seinen Steuerangelegenheiten geführt worden sind? Das ist gar nicht denkbar. Im deutschen Text heißt es, daß die Kontrolle nicht eindringen darf in das Steuergeheimnis. Das ist eindeutig und klar. Wenn dieser Text gilt, darf die Kontrollkommission nicht verlangen, daß ihr irgendeine Steuererklärung oder Steuerveranlagung vorgelegt wird. Im französischen Text heißt es: „que les contrôles ne violeront pas les secrets d'impôt, de fortune" usw., das heißt, daß die Kontrolle das Steuergeheimnis nicht verletzen wird. Damit ist nicht ausgeschlossen, daß sie in das Steuergeheimnis eindringt. Damit kann die Kontrollkomission verlangen, daß ihr die einzelnen Veranlagungen gezeigt werden.

Das ganze Haus wird mir zugeben: es ist ein Widerspruch überhaupt; es sind nicht nur verschiedene Nüancen. In allen drei Fällen steht im deutschen Text etwas anderes als im französischen. Ich glaube, ich verdiene keinen Vorwurf, wenn ich auf solche Dinge aufmerksam mache. Ich glaube, ich habe im Gegenteil ein Verdienst erworben, wenn ich das zur Klarstellung hervorhebe.

(Zurufe links.)

— Meine Herren! Wenn Sie meine Person nervös macht und kränkt, so haben Sie bitte soviel inneres (D) Gefühl und Rücksicht auf unsere deutsche Sache, daß Sie die allgemeinen Interessen über Ihre persönliche Nervosität stellen.

Im übrigen hat der Herr Reichsfinanzminister ja in bezug auf die Kontrolle sich auf diese Beantwortung meiner Frage beschränkt. Es bleibt aber auch bestehen, daß selbst nach dem deutschen Text die Reichsregierung, ohne die Ermächtigung des Reichstags eingeholt zu haben, über die Erklärungen, die sie bisher mit Zustimmung des Reichstags abgegeben hat, erheblich hinausgegangen ist. Der ganze Inhalt der Noten vom 9. Mai und vom 28. Mai steht im strikten Widerspruch mit den Erklärungen, die der Reichskanzler hier zum letztenmal in der Kontributionsangelegenheit am 28. März abgegeben hat, und da der Reichstag noch nicht seine ausdrückliche Billigung ausgesprochen hat, hat sich die Reichsregierung von der Linie entfernt, die sie bisher in dieser Frage eingehalten hat. Die Reichsregierung ist mit ihren Noten vom 9. Mai und 28. Mai durch irgendwelche Zustimmung des Reichstags Gott sei Dank nicht gedeckt. Das stelle ich hiermit auch fest.

Ich wende mich nach diesen Ausführungen zu dem Herrn Kollegen Korell. Es tut mir leid, das ich mich mit ihm auseinandersetzen muß; ich weiß nicht, ob er noch da ist.

(Abg. Korell: Jawohl, hier bin ich!)

Ich habe die Ausführungen des Herrn Kollegen Korell, als er hier über die Zustände im besetzten Gebiet sprach, da mir selbst alle diese Dinge sehr ans Herz gehen, immer mit großer Aufmerksamkeit, mit großem Interesse angehört, und ich habe mit meinem Beifall nicht zurückgehalten. Herr Kollege Korell, es macht mir eine doppelte Freude, wenn ich einem Manne aus einer andern Partei zustimmen kann. Ihnen scheint das nur

(Dr. **Helfferich**, Abgeordneter.)

(A) eine halbe Freude zu machen. Ihnen scheint es unangenehm zu sein, wenn jemand aus einer andern Partei oder wenigstens wenn jemand von uns Deutschnationalen Ihnen zustimmt, oder wenn ich persönlich Ihnen zustimme.

(Abg. Korell: O nein!)

Ich weiß nicht, wogegen es geht.

(Zuruf von den Deutschen Demokraten.)

— Dann sagen wir: es ist Ihnen unangenehm, wenn jemand aus der Deutschnationalen Partei hier Dinge ausspricht oder wenn ich meinetwegen persönlich Dinge ausspreche, die auch der Herr Abgeordnete Korell in seinem Herzen fühlt und denkt. Der Herr Kollege Korell hat ja auch versucht, das zu begründen. Er hat sich wieder einmal darüber gewundert, daß ein Mann von meiner Vergangenheit hier auftreten könne. Gestatten Sie mir darüber ein offenes Wort. Kommen Sie mir nicht mit derartigen Vorwürfen! **Meine Vergangenheit** vertrete ich vor meinem Gewissen und vor meinem Herrgott.

(Lachen und Zurufe links.)

Ich habe mich im Kriege in den Dienst der deutschen Sache gestellt. Ich habe Tag und Nacht für ein einziges Ziel gearbeitet, nämlich für das Ziel, daß Deutschland durch diesen furchtbaren Krieg hindurchkommt.

(Abg. Weiß: Das hat Korell anerkannt, das hat er nicht bestritten! — Abg. Korell: Ich habe selber davon gesprochen, daß Sie Ihre Politik im besten Willen gemacht haben!)

Nun, Sie halten mir vor allen Dingen zwei Dinge vor, zwei Dinge werden mir fortgesetzt vorgehalten, heute zum Teil auch wieder. Das eine ist das Wort, die Hoffnung, die ich damals ausgesprochen habe, daß **diejenigen, die diesen Krieg angezettelt haben,** auch die **Lasten tragen** möchten.

(B) (Abgeordneter Crispien: Das waren Sie doch!)

— Das ist ja unglaublich! —

(Zuruf von den Deutschen Demokraten: Antworten Sie doch nicht darauf!)

— Ich habe damit jedenfalls die andern gemeint, und das genügt ja. — Ich habe dieses Wort ausgesprochen in meiner ersten Rede als Schatzsekretär, in der allerersten Zeit des Krieges, als die ganze Welt noch mit einem kurzen Krieg rechnete, als auch mir die Oberste Heeresleitung von damals, Herr General v. Falkenhahn mitteilte, wenn gewisse Dinge, die er vorhabe, gelingen würden — und damit rechnete er sehr stark —, würde der Krieg in wenigen Monaten zu Ende sein.

(Zuruf aus dem Zentrum.)

— Das war in der ersten Zeit des Krieges, Herr Kollege Becker; ich werde Ihnen nun mit einem Herrn aus Ihrer Fraktion kommen. Das war ungefähr in derselben Zeit, in der der verstorbene Abgeordnete Erzberger eine Denkschrift an den Reichskanzler, an die Oberste Heeresleitung, an den Kriegsminister, an den Admiral Tirpitz usw. gerichtet hat, in der der Abgeordnete Erzberger eine viel ungeheuerlichere Kriegsentschädigung verlangte, als sie mir jemals vorgeschwebt hat.

(Hört! Hört! rechts. — Zuruf aus dem Zentrum: Das ist aber etwas anderes, als wenn Sie das sagen!)

Das sind die Denkschriften, die nicht verborgen geblieben sind, und ich möchte fragen: wer von den Herren, die heute Steine auf mich werfen, wird deswegen Herrn Erzberger als disqualifiziert ansehen?

(Sehr richtig! im Zentrum und rechts.)

Der andere Punkt betrifft den U-Bootkrieg. Ich habe über **meine Stellung zum U-Bootkrieg** im Untersuchungsausschuß des Reichstags — damals war ich noch nicht Abgeordneter — auf das ausführlichste Auskunft gegeben. Die Berichte über den Untersuchungs- (C) ausschuß liegen vor. Der Sachverhalt ist, daß ich im Oktober 1916

(Abgeordneter Crispien: Von Gott verlassen war!)

— nein, da war ein anderer von Gott verlassen —, daß ich im Oktober 1916 geradezu flehentlich im Hauptausschuß des Reichstags vor dem U-Bootkrieg gewarnt habe,

(sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten)

daß ich damals die Worte ausgesprochen habe: „Meine Herren, wenn Sie jetzt diesen Beschluß fassen wollen, bedenken Sie, daß es die letzte Karte ist, die wir auszuspielen haben; wenn diese Karte nicht sticht, dann sind wir auf Jahrhunderte verloren."

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Dazu bekenne ich mich. Aber was geschah im Hauptausschuß? — Von seiten aller Abgeordneten des **Zentrums**, die dem **Budgetausschuß** angehörten, wurde eine schriftliche und gedruckte **Erklärung** abgegeben — ich habe den Wortlaut natürlich nicht hier; aber die Herren, die dabei waren, werden das bestätigen —, die besagte: selbstverständlich trägt der Reichskanzler für die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkriegs die politische Verantwortung.

(Zuruf: Oder ein anderer Regierungsvertreter!)

— Nein! Damals gab es nur einen Verantwortlichen, nämlich den Reichskanzler. Ich will mich durchaus nicht vor der Verantwortung drücken; das habe ich im Untersuchungsausschuß ausdrücklich erklärt. Die Erklärung fuhr dann ungefähr folgendermaßen fort:

> Der Reichskanzler wird jedoch bei seinen Entschließungen die Forderungen der Obersten Heeresleitung zu beraten haben.

(Abgeordneter Kopsch: Sehr richtig!)

(D) Und nun kommt der entscheidende Satz etwa folgenden Wortlauts: Sollte die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges beschlossen werden, so ist der Reichstag jetzt bereits mit der Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkriegs einverstanden.

(Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört! und Sehr richtig! — Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Das war eine Blankovollmacht an den Reichskanzler, ja, das war mehr als eine Blankovollmacht, das war für den Reichskanzler die Äußerung — denn mit dem Zentrum war die große Mehrheit des Reichstags dann für diese Politik gegeben —, das war die Eröffnung an den Reichskanzler: Wenn die Oberste Heeresleitung den U-Bootkrieg verlangt, dann hast du den U-Bootkrieg zu machen!

(Sehr richtig! rechts.)

Sie (zum Zentrum) haben damals der deutschen Politik die Verantwortung abgenommen. Deswegen haben Sie kein Recht — Sie vor allem nicht! —

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Aber wir haben es!)

— von Ihnen spreche ich nicht, Herr Stampfer! —, der Regierung einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie dem Drängen der Obersten Heeresleitung nachgegeben und den U-Bootkrieg eröffnet hat.

Ich habe noch am 8. Januar — das darf ich noch hinzufügen —, an dem Tage, an dem im Großen Hauptquartier die Entscheidung gefallen ist, eine Depesche geschickt, die gleichfalls dem Untersuchungsausschuß bekannt ist, in der ich in Rücksicht darauf, daß nach meinem Gefühl die Verhandlungen mit Wilson noch nicht zum nötigen Abschluß gekommen waren — ich hatte keine großen Hoffnungen, aber ich habe den Reichskanzler angefleht, bis ein formeller Abschluß der

(Dr. **Helfferich**, Abgeordneter.)

Verhandlungen vorliegt, sich auf den U-Bootkrieg nicht einzulassen. Ich war bis gegen Mitternacht beim Reichskanzler, bis er zum Bahnhof fuhr. Ich habe mich dann zu Bett gelegt, bin um 4 Uhr wieder aufgestanden und habe ein langes Telegramm, in dem ich alles noch einmal zusammengefaßt habe, an den Reichskanzler geschickt. Dies Telegramm habe ich um 7 oder 8 Uhr persönlich nach der Reichskanzlei hinübergetragen, damit es durch Fernschreiber noch einmal an den Reichskanzler gebracht würde. Als dann der Reichskanzler am nächsten Tage aus dem Großen Hauptquartier zurückkehrte und mir durch Staatssekretär Wahnschaffe sagen ließ, der Rubikon sei überschritten, der U-Bootkrieg würde gemacht, habe ich dem Staatssekretär Wahnschaffe den Auftrag gegeben, den Reichskanzler zu bitten, mir meine Entlassung zu geben.

Ich habe dies Entlassungsgesuch drei Tage später zurückgenommen, nachdem die unerhörte Antwort der Entente auf das Wilsonsche Friedensangebot vorlag, jene Antwort, die den Versailler Vertrag bereits vollständig enthielt, nachdem damit jede Aussicht auch auf eine Wilsonsche Friedensvermittlung gegenstandslos geworden war. Ich habe es mir noch sehr überlegt, ob und wie weit ich für den U-Bootkrieg eintreten kann. Aber nachdem der Präsident Wilson, über dessen Charakter heute wohl nirgendwo ein Zweifel besteht, am 20. Januar — die Daten sind mir noch genau im Kopf; Sie können sich denken, wie mich diese Sache all die Jahre beschäftigt hat, und wie sie mich damals beschäftigte —, erst nachdem Präsident Wilson am 20. Januar die ungeheuerliche Botschaft an den amerikanischen Kongreß losgelassen hatte, in der er die unerhörte Antwort der Alliierten, die den Versailler Vertrag in sich schließt, als diskutabel erklärt hat, während er über unser Friedensangebot zur Tagesordnung übergegangen ist, wie wenn es nichts wäre, erst da war ich allerdings der Ansicht: es bleibt uns jetzt nichts anderes übrig!

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat mich unter Berufung auf Bismarck, auf eine Szene zwischen dem alten Kaiser und Bismarck, am Portepee genommen und mir in einer Unterhaltung, die ich nie vergessen werde, gesagt: Sie sind auch nur ein Mensch. Alle, die bisher gegen den U-Bootkrieg waren: Admiral Capelle, ich weiß nicht, wer es sonst noch war, Staatssekretär Zimmermann, alle andern, alle, alle haben sich unter dem Druck der Tatsachen zu der Notwendigkeit des U-Bootkrieges erklärt. Der Feldmarschall v. Hindenburg, der General Ludendorff haben vor dem Kaiser, auch vor mir die Erklärung abgegeben, daß sie die Fortführung der Operationen nicht weiter verantworten könnten, wenn nicht der uneingeschränkte U-Bootkrieg zu Hilfe kommt. Sie haben die Verantwortung übernommen für die militärischen Konsequenzen, die sich daraus etwa ergeben konnten. Nun stehen Sie allein! Wollen Sie mit Ihrem doch auch nur menschlichen Verstande sagen, daß Sie allein recht haben? Das wäre ja gleichgültig, wenn Sie nicht mein Stellvertreter wären. Aber was macht es für einen Eindruck, wenn Sie auf Grund dieses Beschlusses sagen: hier ist mein Portefeuille, hier ist mein Amt, ich gehe hinaus, ich spiele nicht mit? Wie wirkt das auf unsere Verbündeten, wie wirkt das auf die Außenwelt, auf das deutsche Volk? Jedermann wird sagen: Helfferich, der auch einer der ersten ist, geht, er streikt, steckt seinen Degen ein und reitet nach Hause. Das geht nicht. Ich weiß: Sie tragen das Portepee, Sie sind Offizier. Sie können jetzt den Degen nicht einstecken in der Schlacht und nach Hause reiten. — Sie können sich denken, daß ich nicht leichthin den Schritt zurück tun konnte, aber diesen eindringlichen Worten des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg durfte ich mich nicht entziehen. Ich habe damals Bethmann Hollweg gesagt: Sie verlangen viel von mir, denn nach allem, nach meiner ganzen bisherigen Haltung, kann ich nicht dasitzen und den Mund halten. Das kann ich nicht! Ich werde mir die Sache überlegen! Wenn ich mich entschließe, Ihren Argumenten nachzukommen, dann werde ich nicht nur nicht meinen Abschied nehmen, sondern für den uneingeschränkten U-Bootkrieg eintreten!

Und das habe ich getan! Nun werfen Sie Steine auf mich!

(Stürmischer anhaltender Beifall bei den Deutschnationalen, bei der Deutschen Volkspartei und den Deutschen Demokraten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Crispien.

Crispien, Abgeordneter: Herrn Dr. Helfferich kann ich darin zustimmen, daß der Reichstag insgesamt für die Politik verantwortlich zu machen ist, —

(Andauernde Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Ich bitte um etwas mehr Ruhe!

Crispien, Abgeordneter: — die während des Krieges getrieben wurde. Aber ich möchte doch feststellen, daß Herr Helfferich die Frage, wie weit er als schuldig zu betrachten ist, geschickt verschoben hat. Seine Hauptschuld liegt auf dem Gebiete der Kriegsfinanzpolitik, die er begründet hat, und die zur Zerrüttung der deutschen Finanzen geführt hat, an der wir heute noch zu tragen haben. Im übrigen werden wir ja bei einer nächsten Gelegenheit uns über die Frage der Kriegsschuld unterhalten.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Becker erklärte, es hätte keinen Zweck, über die **Schuldfrage** zu sprechen, nach Schuldigen zu suchen wegen der Vorkommnisse, die in der Vergangenheit liegen, so übersieht Herr Dr. Becker vollkommen, daß die Vergangenheit Gegenwart geworden ist, daß die alten Mächte, die uns Trümmer hinterlassen haben, heute durch ihre Veranstaltungen deutlich erkennen lassen, daß sie die Macht in Deutschland wieder übernehmen möchten, und deshalb kann die Frage der „Vergangenheit“ nicht zur Ruhe kommen, bis die alten Mächte, die für die Vergangenheit und für ihre Treibereien der Gegenwart voll verantwortlich sind, vollkommen und für alle Zeiten erledigt sind.

(Andauernde Unruhe und Privatgespräche bei den rechten Parteien.)

Wenn Herr Helfferich heute davon gesprochen hat, daß jedes deutsche Herz über die Zustände erschüttert sei, die wir in Deutschland haben, so darf man es nicht übersehen, daß Herr Helfferich und seine Freunde es gewesen sind, die Deutschland von 1914 bis 1918 zum Versailler Frieden geführt haben,

(sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

und wenn Sie diesen ganzen Weg überblicken, den Sie (nach rechts) führend zurückgelegt haben, für den Sie verantwortlich sind, dann finden Sie auf diesem Wege Berge von Leichen, dann finden Sie zertrümmerte Städte, zerwühltes Ackerland, Not und Elend, das Sie hinterlassen haben, und erst seitdem Sie durch den 9. November gestürzt worden sind, ist es gelungen, durch eine mühevolle Politik immerhin doch dahin zu kommen, daß heute wieder die deutsche Regierung in der Lage ist, mit fremden Regierungen zu verhandeln und den Weg der Verständigung zu suchen. Nach Erledigung der

(Crispien, Abgeordneter.)

(A) Politik, die von den Monarchisten bis Versailles getrieben worden ist, hatten wir eine schwankende Politik, die zum Ultimatum von London führte. Dann wurde endlich von der Regierung Wirth eine feste, klare Politik des Wiederaufbaus und der Verständigung betrieben, die die Vorbedingungen geschaffen hat, —

(andauernde Unruhe bei den rechten Parteien; Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Rießer: Ich bitte doch, die Privatgespräche nun endlich etwas zu dämpfen!

Crispien, Abgeordneter: — daß Deutschland wieder zur Verständigung mit anderen Staaten gelangen kann.

Wenn Herr Helfferich heute sein Bedauern darüber ausgesprochen hat, daß auch in **Deutschland** die **Entente Helfer** finde, dann verlange ich hier, daß endlich einmal klar und offen darüber gesprochen wird. Meinen Sie (zum Abg. Dr. Helfferich) etwa damit, daß außer Ihren Kreisen irgend jemand in Deutschland da ist, der für die Entente arbeitet, dann müssen Sie diese Leute nennen! Können Sie das nicht, dann sind Sie ganz gewöhnlicher Verleumder und Ehrabschneider!

(Andauernde Unruhe und Privatgespräche bei den rechten Parteien.)

Ich glaube aber, daß die Ententeregierungen in deutschnationalen Kreisen Helfershelfer besitzen, Helfershelfer, die durch ihre hetzerischen reaktionären Reden und durch ihre monarchistische und reaktionäre Agitation der Reaktion in den Ententestaaten in die Hände arbeiten.

Ich möchte in der Hauptsache nur ein paar Worte zu unserem Antrag sagen. Die Verhandlungen über eine auswärtige Anleihe sind im Augenblick zu keinem Resultat gekommen. Die Verhandlungen werden fort-(B) gesetzt. Wir möchten hervorheben, daß nach unserer Meinung, ob nun eine Anleihe kommt oder nicht, die Regierung mit ihrem Finanzprogramm nicht auskommen kann. Auch wenn eine äußere Anleihe zustande kommen sollte, auch dann wird es nötig sein, daß die Regierung die Finanzverhältnisse im Innern Deutschlands in Ordnung bringt. Das ist nicht möglich durch die bisherige Art der Steuerpolitik, das ist nur möglich, wenn endlich auch die Besitzenden in ausreichendem Maße herangezogen werden.

Da denken wir in erster Linie an diejenigen, die sich im Besitz von Sachwerten befinden. Die Eigentümer der Sachwerte sind die einzigen in Deutschland, deren Besitz in der Tat an Wert keinen Abbruch erfahren hat, deren Eigentum auch noch heute vollen Goldwert hat.

(Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Ihr Geist! — Zurufe rechts.)

— Mit Ihren albernen und beschimpfenden Bemerkungen beweisen Sie höchstens, daß Sie gewöhnt sind, sich in Stallausdrücken zu äußern.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

— Sie müssen sich erst gewöhnen, sich unter anständigen Menschen zu bewegen und nicht in dieser frechen und unverschämten Weise andere Leute anzupöbeln.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Rießer: Ich habe den Ausdruck nicht gehört, der Ihnen Gelegenheit zur Erwiderung gegeben hat, aber ich erkläre —

Crispien, Abgeordneter: Ich kann auf Gemeinheiten nur entsprechend antworten.

(Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Rießer: — ich erkläre Ihnen, daß (C) Ihre Ausdrücke unparlamentarisch sind, und rufe Sie zur Ordnung.

(Stürmische Zurufe von den Deutschnationalen zum Abg. Crispien: Was ist denn los? Der sieht wohl schwarze Männer?)

Crispien, Abgeordneter: Wir verbitten uns von Ihnen (nach rechts) überhaupt derartige Unverschämtheiten.

(Unruhe und Zurufe rechts: Was ist denn los?)

Ihr (nach rechts) Auftreten kennzeichnet Sie ja. So behandeln Sie jeden Arbeiter und jeden Arbeitervertreter.

(Zurufe rechts: Was wollen Sie denn? Wer hat denn etwas gesagt?)

Sie achten eben keine Angehörigen des Proletariats.

(Zuruf rechts: Reden Sie doch, was Sie wollen!)

— Sie entlarven Ihre ganze Niedrigkeit durch derartiges Auftreten, nichts anderes.

(Fortgesetzte Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Rießer: Ich muß den Redner wiederholt ersuchen, sich zu mäßigen.

(Andauernde Unruhe.)

— Aber ich möchte auch die anderen Herren bitten, keine Gelegenheit zu solcher Schärfe zu geben.

Crispien, Abgeordneter: Es ist heute ja schon einmal gesagt worden, daß es früher so war, daß bei Ihnen (nach rechts) der Mensch erst beim Offizier beginnt. Aber Sie bringen uns jetzt den Beweis dafür, daß es bei Ihnen heute noch so ist. —

Deshalb, weil wir der Meinung sind, daß in Deutschland der Besitz noch lange nicht in ausreichendem Maße herangezogen ist, daß die Regierung mit ihrer alten **Steuerpolitik** nicht das Finanzelend beseitigen kann, und weil die Arbeiter nicht mehr gewillt sind, (D) dauernd alle Lasten der Wiedergutmachung auf sich zu nehmen, haben wir den Antrag eingebracht, in dem wir von der Regierung fordern, daß sie ihn als Grundlage benutzt für eine Gesetzesvorlage, durch die die Sachwerte erfaßt werden sollen.

Im übrigen möchte auch ich sagen, daß es gerade nicht erheblich ist, wenn die Regierung während der ganzen Tage bei diesen Debatten sitzt und es nicht für nötig hält, durch irgendeine Erklärung sich zu äußern, wie sie sich ihre Politik in Deutschland für die Zukunft denkt, welche Wirtschaftspläne sie hat, welche Finanzpläne sie hat, woran man sich zu halten hat. Das ist kein Zeichen der Stärke der Regierung. Das kann höchstens ein Zeichen ihrer Schwäche sein.

Es liegt im Interesse der Regierung selbst und der ganzen weiteren Entwicklung der deutschen Politik des Wiederaufbaus und der Verständigung, wenn endlich die Regierung etwas offenherziger ihre Karten aufdeckt. Man soll nicht glauben, daß wir uns fürchten müssen, über Politik zu sprechen, daß man damit irgendwelchen Schaden heraufbeschwören könnte. Wir glauben doch, daß es möglich ist, über alle ökonomischen und politischen Probleme — sie mögen noch so schwerwiegend sein — sich rückhaltlos in der Öffentlichkeit auszusprechen.

Was an uns liegt, das werden wir tun, um jene Politik, die von den Deutschnationalen betrieben wird, die von der Deutschen Volkspartei unterstützt wird, die dahin geht, alles das zu zerschlagen, was eine mühevolle Politik der Versöhnung und Verständigung angebahnt hat,

(Lachen rechts)

— um dieser Politik mit allem Nachdruck und mit aller Entschiedenheit auch in der Zukunft entgegenzutreten.

(Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Ironische Bravorufe rechts.)

(A) Vizepräsident Dr. **Rießer:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Spahn.

Dr. **Spahn,** Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich hat in der **Würdigung des Beschlusses,** der **in bezug auf den U-Boot-Krieg** von den **Mitgliedern des Zentrums,** die damals dem Hauptausschuß angehörten, gefaßt, und der schriftlich dem Reichskanzler Bethmann Hollweg übermittelt worden ist, dem Zentrum eine Verantwortung aufgebürdet, die, glaube ich, weiter geht, als gerechtfertigt ist. Ich habe bereits Gelegenheit gehabt, im Untersuchungsausschuß die Auffassung, die der Reichskanzkanzler Bethmann Hollweg in diesem Ausschuß über dieses Schreiben zu erkennen gab, richtigzustellen. Es ist mir leid, daß diese Richtigstellung unbeachtet geblieben ist. Im zweiten Bande der „Denkwürdigkeiten" von Bethmann Hollweg finden Sie in einer Anmerkung die Bemerkung, daß ihm diese Auffassung neu gewesen sei. Die Mitteilung ist dort nicht vollständig, auch ist mein Name nicht genannt, aber ich darf jetzt wiederholen, um was es sich handelt.

Bethmann Hollweg hat schwere Bedenken gegen den U-Boot-Krieg getragen, und er ist aus seinem Zweifel — ich glaube, der Ausdruck ist hier richtig — nicht herausgekommen. Dagegen war die Heeresleitung der Ansicht, daß der U-Boot-Krieg nach der Kriegslage unbeschränkt geführt werden müsse und daß er Erfolg haben würde. Das ist verschiedentlich zum Ausdruck gebracht worden. Einzelne unserer Parteimitglieder teilten die Auffassung, die von der Heeresleitung vertreten wurde, andere hielten mehr zurück. Aber wir alle waren in dieser Situation der Auffassung, Bethmann Hollweg seien seine eigenen Erwägungen dadurch zu erleichtern, daß wir ihm sagten: Du trägst zwar die Verantwortung, davon wird dir nichts genommen; wenn aber die Heeresleitung der Auffassung ist, daß der U-Boot-Krieg geführt werden müsse, und du (B) dich auf Grund dieser Auskunft zu dem U-Boot-Krieg entschließest, dann darfst du beruhigt sein, daß das Zentrum mit seinen Mitgliedern hinter dir steht. Das war der Wortlaut und der Sinn dieser Erklärung.

(Sehr richtig! im Zentrum. — Hört! Hört! rechts.)

Wir haben uns dabei nicht auf die Entschließung der Marineverwaltung gestützt, wir hatten nur die Tendenz, dem Kanzler seine Stellungnahme zu erleichtern dadurch, daß wir ihm sagten, wir ständen auch dann hinter ihm, wenn er sich entschließe, dem Standpunkte der Marineverwaltung beizutreten. Wenn er bei seinem Entschluß geblieben wäre, nicht in den U-Boot-Krieg einzutreten, so wäre das seine Sache gewesen, wir haben bewußt nach der Richtung hin keine Stellung nehmen wollen.

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich.

Dr. **Helfferich,** Abgeordnter: Ich habe leider den Text nicht hier, aber die Herren können ihn ja nachlesen. Er ist publiziert und muß sich auch bei den Akten des Reichstags befinden. Aber trotz seiner Erklärungen wird der Herr Kollege Spahn doch bestätigen müssen, daß für den Fall, daß der Reichskanzler auf Wunsch der Obersten Heeresleitung sich für den uneingeschränkten U-Bootkrieg entschließen sollte, er dafür im voraus die Zustimmung des Zentrums hatte. Es hieß in der Erklärung ausdrücklich, daß sämtliche Mitglieder der Zentrumsfraktion des Ausschusses sie abgegeben hätten. Es hieß ausdrücklich nicht etwa, die Zentrumsfraktion, sondern: „so erklärt der Reichstag im voraus sein Einverständnis mit einer solchen Entschließung". Der Reichskanzler war also dadurch in seiner politischen Verantwortlichkeit, soweit die Majoritätsverhältnisse vorlagen, soweit also eine solche Verantwortlichkeit dem Reichstag gegenüber besteht, gedeckt. Die Erklärung (C) enthielt nichts über den Fall, daß der Reichskanzler entgegen der Obersten Heeresleitung sich gegen den uneingeschränkten U-Bootkrieg entschließen sollte. Für diesen Fall war eine Deckung nicht ausgesprochen, sondern einseitig nur für den Fall, daß der Reichskanzler sich auf den Wunsch der Obersten Heeresleitung für den uneingeschränkten U-Bootkrieg entschließen sollte. Der Eindruck auf den Reichskanzler, der Eindruck auf mich, der Eindruck auf die Marineverwaltung, der Eindruck auf die Oberste Heeresleitung war der, den ich vorhin schilderte: hier liegt nicht nur eine Blankovollmacht für den Reichskanzler vor, sondern das direkte Einverständnis der Reichstagsmehrheit, im Falle des Wunsches der Obersten Heeresleitung den uneingeschränkten U-Bootkrieg zu machen.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Spahn.

Dr. **Spahn,** Abgeordneter: Ich darf dann noch bemerken: Wir waren der Auffassung, daß es für den Fall, daß der Reichskanzler auf diesem Standpunkt verbliebe, einer Erklärung unsererseits gar nicht bedürfe, da wir ihm ja nur, weil er zauderte, für den Fall beruhigen wollten, daß er sich für den U-Bootkrieg entschließen sollte. Wie Bethmann Hollweg das Schreiben damals beurteilte, zeigt die Mitteilung Weizsäckers in der „Deutschen Revue", daß er ihm im Februar 1917 geschrieben habe, seine Erwartungen über die Erfolge des Unterseebootkriegs seien übertroffen, seine Zuversicht sei in stetigem Steigen und damit seine Überzeugung, daß wir gar nicht anders handeln konnten. Meines Erachtens könnte diese Entschließung des Zentrums aus unserer Debatte ausscheiden.

(D) Vizepräsident Dr. **Rießer:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich.

Dr. **Helfferich,** Abgeordneter: Also der Text — er wird mir soeben überreicht — auf Drucksache Nr. 353 des Reichshaushaltsausschusses, 13. Legislaturperiode, II. Session 1914/16, lautet:

Erklärung.

Namens sämtlicher

— im Text gesperrt gedruckt —

Fraktionsmitglieder der Zentrumsfraktion im Ausschuß für den Reichshaushalt ist folgende Erklärung abgegeben worden:

Für die politische Entscheidung über die Kriegsführung ist dem Reichstag gegenüber der Reichskanzler allein verantwortlich. Die Entscheidung des Reichskanzlers wird sich dabei wesentlich auf die Entschließung der Obersten Heeresleitung zu stützen haben.

(Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

— Also geradezu Anweisung! —

Fällt die Entscheidung für die **Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges** aus, so darf der Reichskanzler des Einverständnisses des Reichstags sicher sein.

Berlin, den 7. Oktober 1916.

gez. Gröber.

(Lebhafte Rufe bei den Deutschnationalen: Hört! Hört!)

Vizepräsident Dr. **Rießer:** Nunmehr ist die Beratung über den 6. Gegenstand der Tagesordnung beendet sowie die Besprechung der damit verbundenen unter a bis e bezeichneten Interpellationen, gleich-

(Vizepräsident Dr. Rießer.)

(A) zeitig auch die Beratung des unter f bezeichneten Weißbuchs: „Aktenstücke zur Reparationsfrage“. Auf den Antrag unter g komme ich nachher zurück.

Ich erteile nunmehr zu einer persönlichen Bemerkung das Wort dem Herrn Abgeordneten Stampfer.

Stampfer, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich hat in seiner ersten Rede gesagt, er würde mir nicht raten, dasjenige, was ich gestern hier gegen seinen Parteigenossen Herrn v. Oldenburg-Januschau gesagt habe, diesem ins Gesicht zu wiederholen. Dazu habe ich zu erklären: Ich habe das Verhalten des Herrn v. Oldenburg-Januschau, jenes Verhalten, zu dem er sich in seinem bekannten Briefe bekannt hat und dessen er sich noch gerühmt hat, ein Verhalten, das darin bestand, daß Herr v. Oldenburg-Januschau, während das Volk hungerte und kämpfte, seinen Grund und Boden unbestellt ließ — ich habe dieses Verhalten als Schurkerei und Landesverrat bezeichnet. Diesen Ausdruck werde ich jedem gegenüber vertreten, auch wenn es gewünscht wird, gegenüber Herrn v. Oldenburg-Januschau persönlich.

(Abgeordneter Dr. Helfferich: Beruhigen Sie sich, er wird es nicht tun!)

— Ihre Äußerung, Herr Dr. Helfferich, mußte aber als eine versteckte Drohung aufgefaßt werden, und da antworte ich Ihnen: feudale Raufboldsitten machen wir nicht mit, sie imponieren uns nicht, und wir lassen uns durch sie auch nicht einschüchtern.

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Korell.

Korell, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! (B) Wer meiner Rede auch in den gegnerischen Parteien aufmerksam zugehört hat, wird mir weder das Zeugnis ausstellen, daß ich darauf ausgegangen bin, Herrn Abgeordneten Dr. Helfferich zu kränken, noch etwa böse gewesen zu sein darüber, daß er Beschwerden des Saargebiets vorgebracht habe. Der Herr Abgeordnete Helfferich weiß es wahrscheinlich selbst, daß ich, schon aus persönlichen Gründen, gar nicht in der Lage bin, die Absicht zu haben, ihm wehe zu tun. Darum bin auch ich gar nicht, und gedenke es nicht zu tun, auf die Vorwürfe eingegangen, die dem Herrn Abgeordneten Helfferich gemacht worden sind wegen seiner verschiedenen Stellung zum U-Bootkrieg. Erst gestern abend, in einer Besprechung meiner Freunde, in der meine heutige Rede vorbereitet wurde, ist das meinerseits, ohne zu wissen, was heute kam, zum Ausdruck gekommen, daß ich der persönlichen Auffassung bin: man sieht so wenig hinein in die Psyche eines anderen Menschen, wenn einer einen anderen Entschluß faßt, daß man sich hüten muß, es so darzustellen, als ob man genau die Motive kenne, und vor allen Dingen diese Motive als niedrig und unsachlich darzustellen.

Aber was mich heute veranlaßt hat, Herrn Helfferich wegen seiner Vergangenheit entgegenzutreten, war zunächst einmal der für einen Staatsmann, wie ich nach wie vor überzeugt bin, überaus bedenkliche und unverantwortliche Ausspruch, ehe der Krieg beendet war zu sagen: Wir werden ihnen das Bleigewicht der Milliarden an die Beine binden. Das darf ein verantwortlicher Staatsmann meines Erachtens nicht sagen, und wenn er es gesagt hat und das Gegenteil tritt ein, dann bin ich nach wie vor der Überzeugung, daß ein solcher Staatsmann in seinem Interesse — —

(Zuruf von den Deutschnationalen: Er hat es unter dem Beifall Ihrer Freunde gesagt!)

— Machen Sie das mit meinen Freunden aus! (C)

(Abgeordneter Dr. Becker [Hessen]: Haben Sie während des Krieges nicht auch ähnliche Erklärungen abgegeben?)

— Nein, verehrter Herr, das habe ich nicht; gerade so wie ich Sie für viel zu klug halte, als daß Sie solches gesagt hätten. Wenigstens habe ich die Bemerkung gemacht, daß Sie als hessischer Minister sich immer sehr klug und vorsichtig geäußert haben.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Ich bitte aber, die Grenzen einer persönlichen Bemerkung nicht zu sehr auszudehnen.

Korell, Abgeordneter: Also einmal bezog sich meine Erregung gegen Herrn Dr. Helfferich auf diese Sache. Ich hätte noch hinzufügen können, daß ich es nicht verständlich finde, wenn ein früherer Staatsmann, der aus Anlaß des U-Bootkriegs gesagt hat: Wenn diese Karte nicht schlägt, sind wir verloren! nun der Regierung des deutschen Volks die Schuld gibt an den elenden Zuständen, in denen wir uns befinden.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Was für mich aber das Bedenklichste ist, ist folgendes. Herr Dr. Helfferich hat von der heutigen Regierung erklärt, sie gehöre eigentlich vor den Staatsgerichtshof. Nun hat uns Herr Helfferich heute gesagt, in welch schwieriger Situation er als Staatsminister gewesen ist, und darum sollte Herr Helfferich bei all seiner politischen Gegnerschaft zur heutigen Regierung Verständnis haben für die überaus schwierige Situation, in der sich die heutige Regierung befindet, die nichts anderes tut, als das Unglück zu liquidieren, in das wir hineingekommen sind. (D)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich.

Dr. **Helfferich**, Abgeordneter: Ich bedaure, daß der Herr Abgeordnete Korell an die loyale Erklärung, die ich anerkenne, geglaubt hat Belehrungen anknüpfen zu müssen, die ich zurückweise. Herr Korell mag sich keine weitere Mühe mit mir geben; an mir ist in seinem Sinne doch Hopfen und Malz verloren.

(Heiterkeit.)

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Damit sind auch die persönlichen Bemerkungen erledigt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Gesetzentwurf auf Drucksache 4468.

Ich rufe auf § 1 und bitte diejenigen Damen und Herren, die diesen § 1 annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der § 1 ist angenommen.

Ich rufe auf § 2 und bitte diejenigen Damen und Herren, die ihn annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die gleiche Mehrheit; § 2 ist angenommen.

Ich nehme an, daß mit derselben Mehrheit auch Einleitung und Überschrift angenommen wird. — Ich stelle das fest.

Ich nehme ferner an, daß kein Widerspruch dagegen erhoben wird, daß wir den Gesetzentwurf auch gleich in der dritten Lesung erledigen. — Widerspruch wird nicht erhoben.

(Vizepräsident Dr. Rießer.)

(A) Ich eröffne in der

dritten Beratung

die allgemeine Aussprache — und schließe sie, da Wortmeldungen nicht erfolgen.

Ich rufe in der besonderen Beratung den § 1 auf und bitte diejenigen, die den § 1 in der dritten Lesung annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; § 1 ist angenommen.

Vielleicht bleiben dieselben Mitglieder gleich stehen bei der Abstimmung über § 2, um die ich hiermit ersuche.

(Geschieht.)

§ 2 ist angenommen. Einleitung und Überschrift — gleichfalls angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche das Gesetz in der Gesamtabstimmung annehmen wollen, sich zu erheben beziehungsweise stehen zu bleiben.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; das Gesetz ist in der dritten Lesung in der Gesamtabstimmung angenommen.

Dann bleibt nur noch übrig der Antrag Crispien und Genossen zu g unter Punkt 6 unserer Tagesordnung. Hier wird der Antrag gestellt, diesen Punkt an den Steuerausschuß zu verweisen.

Wer mit der Verweisung dieses Antrags Nr. 4533 an den Steuerausschuß einverstanden ist, den bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; eine Überweisung ist nicht erfolgt und damit der Antrag als abgelehnt zu betrachten.

Ich schlage dem Hause vor, unsere Verhandlungen (B) jetzt abzubrechen. Das Haus ist einverstanden.

Nunmehr bitte ich den Herrn Schriftführer, zwei neu eingegangene Interpellationen zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter **Schwarz** (Hessen):

1. Interpellation Dr. Reichert, Hergt und Genossen:

Die fortgesetzten, der allgemeinen Teuerung so weit vorauseilenden Erhöhungen der Eisenbahntarife für den Güterverkehr haben eine unerträgliche Höhe erreicht.

Die Inlandstarife sind bereits höher als die Gütertarife in den Nachbarländern.

Die Reichsbahnverwaltung nützt das ihr durch die Verfassung gegebene Monopol zum Schaden des Volkes und der Volkswirtschaft rücksichtslos aus.

Der Tarifdiktatur des Reichsverkehrsministers muß ein Ende gemacht werden.

Daher verlangen wir von der Reichsregierung alsbald Stellungnahme zu folgenden Fragen:

1. Ist die Reichsregierung bereit, etwaige weitere Erhöhungen des allgemeinen Gütertarifs und etwaige grundsätzliche Änderungen des Tarifwesens jeweils von der Zustimmung der ständigen Tarifkommission oder von einem Reichsgesetz abhängig zu machen?
2. Ist die Reichsregierung bereit, die Tarifgestaltung nur dem Reichsindex der allgemeinen Teuerung anzupassen und die geltenden Tarife dementsprechend zu ermäßigen?
3. Ist die Reichsregierung bereit, dem Reichstag mit aller Beschleunigung alle statistischen Nachweisungen der Reichsbahnverwaltung im früheren Umfange zur Verfügung zu stellen, damit man ein sicheres Urteil über das Maß der Notwendigkeit der letzten Tariferhöhungen gewinnen kann? (C)

2. Interpellation Dr. Petersen und Genossen:

Die weitesten Kreise unseres Volkes sind erfüllt von dem unwiderstehlichen Verlangen, daß der Vorwurf der alleinigen Schuld am Kriege vom deutschen Volke genommen wird. Es handelt sich hierbei nicht nur um die Erschütterung des Versailler Vertrages, um wirtschaftliche Erleichterungen, sondern vor vor allem um eine ethische Frage ersten Ranges. Es kann nicht Friede unter den Völkern werden, solange nicht die Wahrheit über die Schuld am Kriege festgestellt und vor allen Völkern anerkannt wird.

Der Prozeß Fechenbach in München hat diesem Verlangen des deutschen Volkes neue Nahrung gegeben. Regierungen deutscher Länder, unter anderen Württemberg und Hessen, haben die Behandlung der Frage durch die Reichsregierung für geboten erklärt.

Ferner muß in diesem Zusammenhange der Frage der Ausspionierung und Bespitzelung Deutschlands Erwähnung geschehen. Von französischer Seite, unter anderm von dem Lager Griesheim bei Darmstadt, wird eine planmäßige Spionage organisiert, die Material über die Böswilligkeit Deutschlands liefern soll und vor keinem Mittel zurückschreckt. Auf diese Weise wird das Verhältnis der Nationen, das am Vertrage von Versailles genugsam leidet, noch weiter vergiftet. (D)

Wir fragen an:

1. Ist die Reichsregierung bereit, für Aufklärung der Kriegsschuldfrage Sorge zu tragen und den in diesem Sinne angestellten Bemühungen von Organisationen und Privaten den nötigen Nachdruck zu verleihen?
2. Will sie Einspruch gegen die Spionage bei den zuständigen Stellen erheben?

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Meine Damen und Herrn! Ich schlage Ihnen nunmehr vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Sonnabend den 24. Juni, mittags 12 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. und 2. die eben gehörten beiden Interpellationen,
3. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Verlängerung der Geltungsdauer des Wohnungsmangelgesetzes,
4. erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Kündigungsbeschränkung zugunsten Schwerbeschädigter,
5. zweite Beratung des Entwurfs eines Arbeitsnachweisgesetzes,
6. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Arbeitszeit in Steinkohlenbergwerken,
7. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Verlängerung der Pachtschutzordnung,
8. zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Art. 18 der Reichsverfassung,
9. erste Beratung des Entwurfs eines Disziplinargesetzes für die Wehrmacht.

Das Wort zur Tagesordnung hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

(Vizepräsident Dr. Rießer.)

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Herr Präsident, bisher war auch im Seniorenkonvent die Ansicht vertreten, daß die Pachtschutzordnung als erster Gegenstand, der eine Debatte hervorrufen wird, am Sonnabend verhandelt werden solle. Danach haben eine Anzahl von Mitgliedern — ich nehme an nicht bloß meiner Fraktion, sondern in allen Fraktionen — ihre Dispositionen getroffen. Wenn kein Widerspruch erhoben wird, würde ich bitten, diesen Gegenstand, wie das ursprünglich beabsichtigt war, an die fünfte Stelle zu setzen vor das Arbeitszeit- und Arbeitsnachweisgesetz.

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Ich will darauf folgendes bemerken: Das Haus hat natürlich darüber zu entscheiden, ob die Pachtschutzordnung an eine andere Stelle gestellt werden soll. Aber der Herr Präsident Löbe hat bereits mit dem Herrn Arbeitsminister Besprechungen gepflogen, wonach diese zweite Beratung des Entwurfs eines Arbeitsnachweisgesetzes an die fünfte Stelle kommen soll. Außerdem sind, wie mir mitgeteilt wird, vom Bureau aus Depeschen ergangen, wonach bereits Mitteilungen über die Tagesordnung für morgen hinausgegangen sind. Ich stelle das also dem Hause anheim und werde hierüber abstimmen lassen, wenn eine Einigung nicht erfolgt.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Schultz (Bromberg).

Schultz (Bromberg), Abgeordneter: Wenn solche Vereinbarungen durch den Präsidenten getroffen worden sind, werden wir unseren Widerspruch gegen die Reihenfolge der Tagesordnung nicht aufrechterhalten. Wir wollen in diese Dispositionen nicht hineinreden. Dagegen würde ich vorschlagen, daß das Haus, um den Mitgliedern gerecht zu werden, die mit anderen Dispositionen gerechnet haben, die Pachtschutzordnung überhaupt absetzt. Die beiden Gesetze Arbeitszeitgesetz und Arbeitsnachweisgesetz werden viele Stunden in Anspruch nehmen und die Mitglieder, die an der Pachtschutzordnung besonders interessiert sind, würden vergeblich warten müssen.

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Diese Absetzung der Pachtschutzordnung kann ja eventuell noch morgen erfolgen.

(Zuruf: Das kann doch auch jetzt schon gemacht werden!)

— Wird ein Antrag nach der Richtung gestellt?

Das Wort zur Tagesordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Runkel.

Dr. **Runkel**, Abgeordneter: Wir haben im 13. Ausschuß dauernd unter dem Gesichtspunkt gestanden, die Pachtschutzordnung müsse Sonnabend in erster Linie auf die Tagesordnung kommen, weil ja nur bis zum 30. dieses Monats die Bewegungsfreiheit für die Regierung vorhanden ist. Ich wiederhole daher den Antrag, die Pachtschutzordnung als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Und zweitens möchte ich bitten, die Abstimmung über das Gesetz vielleicht nicht von einer zufälligen Sonnabendnachmittagmehrheit abhängig zu machen — es ist das doch von einer großen Tragweite —, sondern die Abstimmung auf Montag oder Dienstag zu verschieben.

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Das Wort zur Tagesordnung hat der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: Ich glaube, wir können so verfahren, wie wir in ähnlichen Fällen verfahren sind. Wir lassen die Pachtschutzordnung an der Stelle stehen, an der sie in der Tagesordnung steht, unter der Voraussetzung, daß die ersten Punkte keinen Anlaß zur Debatte geben. Gibt es doch eine solche, dann kann sie immer noch vorgezogen werden. So haben wir es bereits mehrfach gehalten.

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Zur Tagesordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Runkel.

Dr. **Runkel**, Abgeordneter: Da der Herr Abgeordnete Müller (Franken) sachlich auf meinem Standpunkt steht, so steht wohl nichts im Wege, dem zu folgen, da ich annehme, daß er auch dann meinen Antrag unterstützt, den Gegenstand vorzunehmen.

Vizepräsident Dr. **Rießer**: Dann bleibt also zunächst die Tagesordnung unverändert, wie sie vorgeschlagen war, vorbehaltlich etwaiger Änderung morgen, wie sie der Herr Abgeordnete Müller (Franken) anheimgegeben hat.

Ein sonstiger Widerspruch gegen die Tagesordnung ist nicht erhoben; sie steht fest.

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich bemerken, daß die Drucksachen heute nicht mehr zur Post gegeben werden können, sondern daß sie morgen im Hause in Empfang genommen werden müssen.

Die Abstimmungen werden an einem späteren Tage vorgenommen werden, jedenfalls nicht am Sonnabend.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 9 Uhr 4 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

234. Sitzung.

Sonnabend den 24. Juni 1922.

Um 12 Uhr 28 Minuten teilt **Präsident Löbe** mit:

Meine Herren! Ich kann im Augenblick eine Sitzung noch nicht eröffnen, da der Ältestenrat noch zusammen ist. Gestatten Sie mir aber die dringende Bitte, daß Tätlichkeiten in diesem Hause unterbleiben.

(Zurufe von den Kommunisten und von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Heraus mit den Mördern! — Große Unruhe.)

— Selbst unter dem furchtbaren Eindruck der Tatsache möchte ich darum bitten, meine Herren, daß Sie das nicht tun. Ich möchte alle Parteien bitten, den Sitzungssaal zu verlassen, bis die Sitzung angesetzt ist.

(Lebhafte Rufe bei den Kommunisten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten: Ins Zuchthaus! Sonst fliegen die Burschen heute raus! Es sind die intellektuellen Mörder!)

Die Sitzung wird um 3 Uhr 17 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Meine Herren!

(Stürmische Rufe von der Linken gegen den Abgeordneten Dr. Helfferich: Raus!)

Meine Herren! Nach der Verfassung steht jedem Abgeordneten das Recht zu — —

(Erregte Rufe von der Linken: Aber Mördern nicht! — Abgeordneter Höllein: Mit Mördern setzen wir uns nicht hierher!)

Der Präsident ist verpflichtet, jedem, Ihnen (zu den Mitgliedern der Linken) wie jedem anderen das verfassungsmäßige Recht zu wahren. Bitte, begeben Sie sich auf Ihre Plätze!

(Abgeordneter Höllein: Mit Mördern setzen wir uns heute nicht zusammen! — Abgeordneter Heydemann: Handschellen für die Mörder!)

Darf ich die Herren bitten, sich auf ihre Plätze zu begeben.

(C)

(Der Reichskanzler Dr. Wirth begibt sich von seinem Platz in den Saal und versucht, beruhigend auf die Abgeordneten einzuwirken. — Abgeordneter Koenen: Herr Wirth, Sie sind der nächste!)

— Herr Abgeordneter Koenen, Sie werden doch zugeben, daß ich versucht habe, in unparteiischer Weise die Verhandlungen zu leiten.

(Abgeordneter Koenen: Handschellen für die Mörder!)

— Meine Herren! (zu den Kommunisten) Ich kann die ganze Sitzung nicht abhalten, wenn Sie sich nicht auf Ihre Plätze begeben.

(Abgeordnete der Sozialdemokratischen Fraktion versuchen, die Abgeordneten der äußersten Linken zu veranlassen, sich von der rechten Seite des Hauses auf ihre Plätze zu begeben. Der Abgeordnete Frölich fordert seine Parteifreunde auf, auf der rechten Seite stehen zu bleiben. — Abgeordneter Frölich: Wir machen keine Komödie! — Abgeordneter Höllein: Eine Heuchelei! — Andauernde Erregung. — Glocke.)

— Herr Abgeordneter Höllein, in diesem Augenblick sind wir zusammengekommen, um einen Toten zu ehren. —

(Wiederholte lärmende Zurufe von den Kommunisten. — Abgeordneter Remmele: Fühlen Sie, Herr Präsident, nicht die Gemeinheit, daß die Halunken (nach rechts) hier sind, wenn wir einen Toten ehren wollen!)

— Darf ich Sie (zu den Kommunisten) bitten, in diesem Augenblick dem Toten zuliebe die Ordnung zu wahren.

(D)

(Abgeordneter Remmele: Fühlen Sie das nicht, Herr Präsident? — Andauernde Zurufe von den Kommunisten.)

— Herr Abgeordneter Remmele, Sie verhindern ja, daß irgend jemand von der Regierung oder sonst jemand etwas sagt!

Nehmen Sie doch Ihre Plätze ein!

(Große Unruhe und Zurufe auf der äußersten Linken.)

— Ich verstehe Ihre Erregung. Sie wissen: ich bin auch erregt. Aber wir müssen doch in Ordnung unsere Pflichten erfüllen.

(Erregte Zurufe auf der äußersten Linken: Das heißt den Kampf aufgeben, Herr Stampfer, wenn Sie jetzt nachgeben! Elendes, feiges Mordgesindel! Heuchlerbande! Lumpen! — Andauernde große Unruhe.)

— Meine Herren, wenn ich jetzt meine Mahnung nicht befolgt sehe, dann muß ich den Versuch einer Ehrung ganz aufgeben!

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich richte die letzte Bitte an Sie! Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen.

(Große Unruhe und stürmische Zurufe auf der äußersten Linken: Es handelt sich um eine Trauerfeier! Das ist eine Verhöhnung und keine Trauerfeier! Ich frage, ob wir eine Trauerfeier mit Mördern machen wollen, ob wir eine Trauerfeier als Komödie machen wollen vor der ganzen Welt! So etwas ist unmöglich! Und die werden mit aufstehen, diese Gesellschaft! Eine Heuchelei! — Beruhigende Zurufe von den Sozialdemokraten. — Gegenrufe auf der äußersten Linken: Ihr seid erbärmliche Wichte!)

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(Präsident.)

(A) Deutsche Reichstagsabgeordnete! Was diese Szene hier hervorruft, ist eine Tat

(erneute Zurufe auf der äußersten Linken: Jetzt stehen die [rechts] auf!)

von so ungeheurer Grausamkeit und Roheit, daß sie uns das Blut in den Adern erstarren macht.

Heute vormittag ist — es ist Ihnen allen bekannt —, als er in seinem Kraftwagen die Wohnung verließ, **Reichsminister Rathenau** von einem anderen Wagen aus durch Schüsse **meuchlings ermordet** worden.

(Stürmische Zurufe auf der äußersten Linken: Da stehen die Mörder! Ins Zuchthaus! Helfferich!)

Der Mann, der sein privates Leben, seine privaten Neigungen, seine Ansprüche, seine Ruhe aufgab, um der Deutschen Republik nach bestem Wissen zu dienen!

(Lebhafte Rufe auf der äußersten Linken: Tribünen aufstehen!)

Nicht aus eigenem Entschluß, nicht aus Ehrgeiz hat er dieses Amt übernommen, sondern nach langem vielen Bitten der Herren, die heute unsere Regierung sind. So oft ich Herrn Rathenau habe sprechen hören, auch in der schärfsten Polemik ist nie ein unsachliches Wort über seine Lippen gekommen.

(Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Und er erlag der Mörderhand!

(Zuruf auf der äußersten Linken: Helfferich hat gestern die Mordrede gehalten!)

Ich brauche der Trauer und dem Entsetzen, das uns alle bewegt, nicht Ausdruck zu geben, nicht der Verachtung für die Elenden,

(erneute Zurufe auf der äußersten Linken: Helfferich!)

die dieses Werk vollbracht haben. Aber, meine Herren, es steht mehr auf dem Spiel!

(B) (Lebhafte Zustimmung.)

Auf dem Spiele steht das deutsche Land, das deutsche Volk, die Deutsche Republik!

(Erneute lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

Meine Herren, die **Täter** haben Gehilfen, haben Spießgesellen,

(stürmische Zurufe auf der äußersten Linken: Helfferich! Dort sitzt er!)

haben eine **Organisation von Mördern** gehabt.

(Zuruf auf der äußersten Linken.)

— Herr Abgeordneter Remmele, glauben Sie, daß Sie die Wirkung meiner Worte durch solche Szenen erhöhen?

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich bin der Überzeugung: sie haben Gehilfen, sie haben Spießgesellen,

(erneuter Zuruf auf der äußersten Linken: Helfferiche!)

sie haben eine Organisation von Mördern hinter sich, die sie schützt, und die sie für ihre Taten unterhält.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken.)

Anders wäre es nicht möglich gewesen, und das Blut des Ermordeten, es fällt auf mehr als auf die Täter,

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken)

es fällt auf die, die dazu anreizten, es fällt auf die, die frühere Anschläge, wenn sie nicht gelangen, mit Spott und Hohn begleiteten,

(stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken)

es fällt auf die, die nach gelungenen Anschlägen noch das Andenken der Opfer zu besudeln wagten.

Meine Damen und Herren! Seit zwei Jahren, seitdem Sie mich auf diesen Platz berufen haben, habe ich versucht, mein Amt unparteilich zu erfüllen. Aber aus dieser Unparteilichkeit heraus muß ich sagen: jener Stuhl stände heute nicht leer, diese Tat wäre nicht geschehen ohne die grenzenlose und **maßlose Hetze** gegen die Männer, die an der Spitze der Regierung stehen.

(Lebhafte Zustimmung auf der äußersten Linken, bei den Sozialdemokraten und in der Mitte.)

Wie hat eine gewisse Presse gehetzt und gehöhnt, als das Attentat auf Scheidemann mißlang,

(sehr wahr!)

gehöhnt bis auf den Augenblick, bis heute, wo es gelungen ist! Und es scheint keinen Schutz dagegen zu geben! Sie haben Helfer, die sie verschwinden lassen, sie haben Helfer, die sie immer wieder aufs neue schützen.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Und einer nach dem andern von uns erliegt der kaltblütigen Mörderhand. Neben uns sinkt ein Freund nach dem andern.

(Zuruf von den Kommunisten: Aber jetzt muß Schluß sein!)

Dieses Mal hat der Mordstahl getroffen einen Mann, der begabt und geeignet schien, die Fäden wieder anzuknüpfen, die der Krieg zerrissen hat; und er hatte die ersten schwachen Erfolge.

(Zuruf von den Kommunisten: Das will Helfferich nicht!)

Aber diese Stunde gibt mir nicht die Ruhe, sein Leben zu überschauen und zu würdigen. — Sie haben durch Ihr Erheben den Dank dem Manne ausgesprochen, der lauter und ehrlich unserem Lande und unserem Volke diente. Sie haben das Beileid bezeugt der betagten Mutter, der deutsche „Patrioten" den toten Sohn vor die Füße legten.

(Bewegung.)

Möge unser Volk auch diesen furchtbaren Stoß überwinden! —

(Abgeordneter Wels: Es lebe die Republik! Hoch! — Hoch! — Hoch! — Die Abgeordneten der Linken und der Mitte stimmen stürmisch in die Hochrufe ein. — Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Nieder mit den Monarchisten! Nieder! — Nieder! — Nieder! — Die Abgeordneten der Linken stimmen in die Rufe ein. — Zuruf von der Tribüne: Nieder mit den Mördern! — Andauernde große Unruhe und Bewegung. — Erneute Rufe von den Tribünen.)

— Kundgebungen von den Tribünen kann ich nicht gestatten. Verhalten Sie sich so, daß ich sie nicht räumen lassen muß.

Das Wort hat der Herr Reichskanzler.

Dr. **Wirth**, Reichskanzler: Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung schließt sich den ehrenden Worten, die der Herr Präsident für den schmählich **ermordeten Reichsminister Dr. Rathenau** zu sprechen die Güte hatte, von ganzem Herzen an. Ich darf einen bedeutsamen Vorgang in Ihre Erinnerung zurückrufen. Wenige Wochen sind vergangen, da versammelten sich im Palast San Giorgio in Genua die Vertreter aller Nationen zu der Schlußsitzung der Konferenz. Es war ein großer denkwürdiger Augenblick. An unserem Ohr rauschten die Reden der Staatsmänner vieler Staaten vorbei. Da erhob sich unser Freund, Herr Dr. Rathenau. Aus seinem Munde quollen Perlen edler Worte; getragen von größter humanitärer Gesinnung, hat er Worte der Verständigung, die ausgehen von den Tatsachen der wirtschaftlichen Nöte der Welt und der Weltverschuldung, in den Saal hineingesprochen in

(Dr. **Wirth**, Reichskanzler.)

(A) seiner edlen, vornehmen Ruhe, die die Herzen auch derer, die uns bis dahin vielleicht stark abgeneigt gegenüberstanden, geöffnet hat. Man hat seine Worte im Palazzo San Giorgio wohlverstanden, und ein nie gesehener, rauschender Beifall aller anwesenden Frauen und Männer dankte dem Manne, der über die Grenzpfähle seiner Nation hinaus der Welt den Weg zur wirtschaftlichen Verständigung und damit zum Frieden mit bewegtem Herzen gewiesen hat.

Nun liegt er tot vor uns. Seinen Platz schmückt ein umflortes Rosenbukett. Er fiel nicht nur für sein Volk, er fiel, um die Menschen Versöhnung zu lehren. Aber wehe denen, die dieses große Werk der Versöhnung der Nationen mit diesem Morde störten! Das Werk darf nicht unterbrochen werden. Wir müssen dieses Werk, das wir unter schweren Nöten begonnen haben, fortsetzen. Es ist auch das Werk der Rettung unseres Volkes, es ist das Werk der Rettung von ganz Europa.

Wir sind Herrn Dr. Rathenau näher gestanden; wir nannten ihn unseren Freund. Ich darf in Ihrer Mitte aufrichtig sprechen. Gewiß hat Herr Dr. Rathenau viele Gegner gehabt. Ich weiß nicht, woraus die Gegnerschaft geflossen ist. Aber von dem Augenblick an, wo er öffentlich in den Dienst des deutschen Volkes und in den Dienst der Deutschen Republik getreten ist, hatte er nicht nur Feinde, da hatte er Todfeinde.

(Sehr wahr! links.)

Und nun meine Damen und Herren, dieses Werk, das er sich vorgesetzt hat, die **Rettung des deutschen Volkes unter der Staatsform der Republik**, darf durch diesen Mord und durch diesen Tod nicht unterbrochen werden.

(Bravo links!)

Im Gegenteil, alle wahren Republikaner Deutschlands (B) und alle, die es gut meinen mit ihrem Vaterlande und ihrem Volke, werden aus diesem Tod die größte Kraft schöpfen, um denen einen Damm entgegenzusetzen, die unserem Volke Verwirrung und Tod bereiten wollen.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und links sowie auf den Zuschauertribünen.)

Insbesondere geht mein **Mahnruf an die Arbeiterschaft** ganz Deutschlands. Die Arbeiterschaft hat in bitteren Tagen, wo das Chaos über uns hinwegging, keinem, der der alten Gewalt treu geblieben ist, auch nur ein Haar gekrümmt. Ich bin ihr dankbar dafür, und so soll es auch in Zukunft bleiben.

(Lebhafte Zustimmung links.)

Nennen Sie einen prononcierten Vertreter rechtsgerichteter Auffassung im deutschen Lande, dem auch nur ein Haar gekrümmt worden ist!

(Erneute Zustimmung links.)

Aber von dem Tage an, wo wir unter den Fahnen der Republik aufrichtig diesem neuen Staatswesen dienen, wird mit Millionengeldern ein fürchterliches Gift in unser Volk geleitet.

(Stürmische Zustimmung und Zurufe links.)

Es bedroht von Königsberg bis Konstanz eine **Mordhetze** unser Vaterland, dem wir unter Aufgebot aller unserer Kräfte dienen. Da schreien sie es hinaus in großen Versammlungen, daß das, was wir tun, ein Verbrechen am Volk wäre; da wird nach dem Staatsgerichtshof geschrieen,

(lebhafte Rufe links: Helfferich!)

und dann wundert man sich, wenn verblendete Buben nachher zur Mordwaffe greifen.

(Erregte Zurufe auf der äußersten Linken.)

Unser toter Freund, den wir kannten und den zu (C) kennen ich mehr als zwei Jahre die Ehre hatte — ich glaube, ich kann meine Kollegen alle zu Zeugen anrufen — hat gegen die, die ihn seiner Rasse wegen schmählich angegriffen haben, die ihn weiter angegriffen haben als Diener der Republik und als Bahnbrecher einer wahren Verständigung der Völker, nie ein scharfes Wort gesprochen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Niemals kam über seine Lippen, weder im Kabinett, noch im Freundeskreise, noch in Gesprächen unter vier Augen, auch nur ein böses Wort gegen seine Feinde.

(Zustimmung.)

Er hat nicht nur verziehen mit den Lippen, er hat auch im Herzen allen denen verziehen, die ihn in den letzten Monaten und Jahren geschmäht hatten. Er war eine kindliche Seele. Noch gestern mittag hat er ihm neuerdings angebotenen Schutz unter allen Umständen abgelehnt.

(Hört! Hört!)

Er traute niemandem eine derartige Tat zu und hat noch in diesen Tagen den Gedanken, daß man ihm nach dem Leben trachten könne, als unmöglich abgetan.

(Zuruf von den Kommunisten: Er kennt aber Helfferich nicht!)

Meine Damen und Herren! Nachdem die Reichsregierung in Dr. Rathenau einen unermüdlich für das Wohl des Vaterlandes besorgten verdienstvollen Staatsmann, einen Freund und das deutsche Volk einen großen Sohn verloren hat, wollen wir aus dieser Tat, aus dieser entsetzlichen Schandtat, die wir beweinen und betrauern, angesichts der ungeheuren, beispiellosen Hetze in einem Teil der Öffentlichkeit in aller Nüchternheit und bei aller Verantwortung doch das eine lernen, geehrte Herren von rechts: **So wie es bisher gegangen ist, geht es nicht mehr in Deutschland.** (D)

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten, bei der Bayerischen Volkspartei, bei den Sozialdemokraten, bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und bei den Kommunisten. — Händeklatschen auf den Tribünen.)

Mahnend und flehend habe ich im letzten Jahre in Biberach am Grabe eines ebenfalls schmählich Ermordeten gerufen: Sorgt in deutschen Landen dafür, daß die Mordatmosphäre allmählich zurückgeht! Der Mahnruf war vergebens. Arbeiter aller Parteien und insbesondere Sie, Vertreter einer wirklich freiheitlichen bürgerlichen Auffassung, schützt die Republik und unser teures, geliebtes, deutsches Vaterland! An das ganze deutsche Volk, an alle Parteien richte ich erneut den dringenden Appell, dahin zu wirken, daß unser Land vor weiteren Erschütterungen bewahrt bleibt. Die Reichsregierung wird das tun, was ihre Pflicht ist.

(Stürmischer andauernder Beifall im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten, bei der Bayerischen Volkspartei, bei den Sozialdemokraten, bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten. — Beifall auf den Tribünen.)

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dittmann.

Dittmann, Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich habe in diesem Augenblick lediglich eine kurze Mitteilung zu machen. Die Stellungnahme meiner Fraktion zu der Mordtat wird zu anderer Zeit geschehen. Die Zentrale der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat bestimmte zuverlässige Nach-

(**Dittmann**, Abgeordneter.)

(A) richten erhalten, daß der Mord an Rathenau das Signal zum Sturz der Republik sein soll.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

In der ersten Nacht, die auf die Ermordung eines Ministers folgt, sollen die **monarchistisch-militaristischen Verschwörer** im ganzen Lande ohne weitere Benachrichtigung losschlagen.

(Hört! Hört!)

Das ist die Parole der Verschwörer.

(Zuruf links: Escherich ist in Berlin!)

— Gewiß, Herr Escherich ist die letzte Nacht in Berlin gewesen.

(Hört! Hört!)

Ich halte mich für verpflichtet, diese Mitteilung hier im Hause zu machen, und hoffe, daß sie auf fruchtbareren Boden fallen wird als die Mahnung, die ich am letzten Dienstag an das Haus gerichtet habe, ehe man irgend einen anderen Gegenstand hier verhandelte, zunächst über die monarchistisch-militaristischen Treibereien zu beraten. Der Reichstag hat meinen Antrag leider abgelehnt. Heute, glaube ich, wird mancher bedauern, daß der Antrag abgelehnt worden ist. Aber ich stehe nicht hier, um zu debattieren, wie ich schon sagte. Ich habe nur die Verpflichtung gefühlt, diese uns zuverlässig zugekommene Mitteilung hier vor dem ganzen Lande zu machen, und ich warne vor allem die Regierung, ich warne die ganze Öffentlichkeit. Wir werden aufrufen, vor allem das deutsche Proletariat aufrufen, zum Kampfe gegen die monarchistisch-militaristische Reaktion.

(Lebhaftes Bravo links.)

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Müller (Franken).

Müller (Franken), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Wir haben uns heute morgen im Ältestenausschuß darüber verständigt, wie die nächsten notwendigen Schritte durch die Regierung und durch das Parlament zu unternehmen sind; es ist deshalb nicht meine Absicht, im gegenwärtigen Augenblick zu den Kundgebungen des Herrn Präsidenten und des Herrn (B) Reichskanzlers Stellung zu nehmen. Aber, meine Damen und Herren, ich halte in dieser außerordentlichen, ernsten Situation eines für notwendig und stelle einen dementsprechenden Antrag. Ich beantrage, daß das Haus sofort beschließt, daß die **Rede des Herrn Reichskanzlers** im ganzen Deutschen Reiche **auf Kosten der Republik öffentlich angeschlagen wird.** Ich bitte Sie, dem Folge zu leisten.

(Lebhafter Beifall links und in der Mitte.)

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Hoffmann (Berlin).

Hoffmann (Berlin), Abgeordneter: Ich möchte diesen Antrag ausdehnen auf die **Rede des Präsidenten.** Ich glaube, beide Reden sollten angeschlagen werden.

(Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.)

Präsident: Die Abstimmung über diesen Antrag, der keinen Gesetzentwurf darstellt, kann erfolgen, auch wenn er nicht gedruckt vorliegt, falls kein Widerspruch aus dem Hause erhoben wird. — Ich höre einen solchen nicht und bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrag zustimmen wollen, sich vom Platze zu erheben.

(Geschieht. — Großer Lärm links. — Zurufe von den Kommunisten: Die Mörder bleiben sitzen!)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Meine Damen und Herren! Nunmehr schlage ich Ihnen vor, die nächste Sitzung des Reichstags abzuhalten heute, am 24. Juni, abends 7 Uhr, mit der Tagesordnung:

Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Ich teile ferner mit, daß in Aussicht genommen ist, zur Besprechung dieser Erklärung morgen, Sonntag, den 25. Juni, mittags 12 Uhr, eine weitere Sitzung anzuberaumen. — Ein Widerspruch gegen meinen Vorschlag ist nicht erhoben.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 3 Uhr 43 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.

(A)

235. Sitzung.

Sonnabend den 24. Juni 1922.

Die Sitzung wird um 8 Uhr 4 Minuten durch den Präsidenten Löbe eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Als einzigen Gegenstand der Tagesordnung haben wir die

Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

(B) Zu dieser Erklärung hat das Wort der Herr Reichskanzler.

Dr. **Wirth**, Reichskanzler: Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung richtet an das deutsche Volk folgenden Aufruf und Mahnruf:

Der **Mord an dem Reichsminister Dr. Rathenau** hat die schweren Gefahren enthüllt, denen Deutschand durch innerpolitische Gärungen ausgesetzt ist. Die Mahnungen, den Zwist der Parteien und den Streit um Vergangenes ruhen zu lassen und alle Kräfte der Nation dem Aufbau und der Rettung des Vaterlandes zu weihen, sind ungehört verhallt. Eine rastlose und nichtswürdige **Verhetzung**, welche sich gegen die Staatsform richtet und ihre Diener für vogelfrei erklärt, treibt immer wieder unklare, politisch verblendete oder verwilderte Köpfe zu Mordversuchen und Mord. Ein Netz von Verschwörung droht den inneren Frieden, die Grundlage einer deutschen Erneuerung, zu zerstören. Der Mord an Rathenau ist nur ein Glied in einer Kette wohlvorbereiteter Anschläge auf die Republik.

(Sehr wahr! links.)

Zuerst sollen die Führer der Republik, dann soll die Republik selbst fallen.

(Lebhafte Zustimmung links.)

In der **Verteidigung gegen den verbrecherischen Anschlag** muß Durchgreifendes geschehen.

(Sehr richtig! links und in der Mitte.)

Dem wachsenden Terror, dem Nihilismus,

(sehr richtig! in der Mitte)

der sich vielfach unter dem Deckmantel nationaler Gesinnung verbirgt,

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten)

darf nicht mehr mit Nachsicht begegnet werden.

(Lebhafte Zustimmung links.)

(C) Der Ruf „Die Republik ist in Gefahr!" muß alle freiheitlichen, für den Aufbau eines demokratischen Staatswesens arbeitenden Schichten der Bevölkerung zusammenschließen und einigen.

(Sehr wahr! links und in der Mitte.)

Das Reichskabinett, eines seiner fähigsten und besten Mitarbeiter durch Meuchelmord beraubt, erkennt in der Stunde tiefster Trauer die **politische Forderung dieser Stunde.** Da Gefahr im Verzuge ist, muß schnell gehandelt werden. Die Reichsregierung hat daher dem Reichspräsidenten empfohlen, von seiner verfassungsmäßigen Befugnis Gebrauch zu machen und durch Verordnung den **Schutz des Staates und der Republik** und das Leben seiner durch politische Mordorganisationen bedrohten Vertreter zu sichern. Sie wird für strengste Durchführung dieser Verordnung Sorge tragen

(bravo! links und in der Mitte)

und sofort die Vorbereitungen treffen, um durch gesetzliche Vorschriften der moralischen und politischen Zersetzung entgegenzuwirken, die den Staat in seinen Grundlagen auf das schwerste bedroht. Die Reichsregierung versteht die tiefe Erregung des Volkes. Sie bedauert die wirtschaftlichen Rückschläge eines solchen Wahnsinns, welche die arbeitende Klasse am meisten treffen.

(Sehr wahr! links und in der Mitte.)

Die Reichsregierung hofft, daß das deutsche Volk in seiner verständlichen Erregung sich nicht zu Schritten verleiten läßt, welche die wirtschaftlichen und politischen Schäden und Wirren noch vermehren würden.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Sie erwartet vielmehr, daß das deutsche Volk sich hinter die Bemühungen der Reichsregierung stellen wird, und richtet daher an die Beamtenschaft und die Arbeiter aller Parteien und an das ganze freiheitliche Bürgertum die ernste und dringliche Mahnung, zum Schutze des Staates in Not und Gefahr zusammenzustehen. (D)

(Bravo!)

Es lebe die Republik! — Die Reichsregierung!

(Lebhafter Beifall.)

Die Reichsregierung hat, wie ich schon betont habe, dem Herrn Reichspräsidenten empfohlen, von seinem verfassungsmäßigen Recht nach Art. 48 Gebrauch zu machen. Der Herr **Reichspräsident**, der sofort nach Berlin zurückkehrt, hat sich entschlossen, folgende Verordnung zu erlassen:

Verordnung zum Schutze der Republik, vom 24. Juni 1922.

Auf Grund des Art. 48 der Verfassung des Deutschen Reichs wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

I. Verbotene Vereinigungen.

§ 1. Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen können verboten werden, wenn die Besorgnis begründet ist, daß in ihnen Erörterungen stattfinden, die zur gesetzwidrigen Beseitigung der republikanischen Staatsform oder zu Gewalttaten gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes aufreizen, solche Handlungen billigen oder verherrlichen oder die republikanischen Einrichtungen des Staats in einer den inneren Frieden des Staats gefährdenden Weise verächtlich machen.

Vereine und Vereinigungen, die Bestrebungen dieser Art verfolgen, können verboten und aufgelöst werden.

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend durch die Postanstalten, einzeln durch die Norddeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Berlin SW 48, zu beziehen.

(Dr. **Wirth**, Reichskanzler.)

(A) § 2. Zuständig für Maßnahmen nach § 1 sind die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen.

(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Der Reichsminister des Innern kann die Landeszentralbehörden um die Anordnung einer solchen Maßnahme ersuchen. Glaubt die Landeszentralbehörde einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dies spätestens am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens dem Reichsminister des Innern mit und ruft gleichzeitig die Entscheidung des im Abschnitt III vorgesehenen Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik an. Entscheidet dieser für die Anordnung, so hat die Landeszentralbehörde die erforderlichen Maßnahmen sofort zu treffen.

§ 3. Gegen eine Anordnung nach § 1 ist binnen zwei Wochen vom Tage der Zustellung oder Veröffentlichung ab die Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei der Landeszentralbehörde einzureichen. Diese kann ihr, außer im Falle des § 2 Abs. 2, abhelfen; andernfalls hat sie die Beschwerde unverzüglich dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zur Entscheidung vorzulegen.

§ 4. Wer nach § 1 verbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen veranstaltet oder in solchen als Redner auftritt, wird mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 5 Jahren bestraft, neben dem auf Geldstrafe bis zu 500 000 Mark erkannt werden kann.

II. Strafbestimmungen zum Schutze der Republik.

§ 5. Mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 5 Jahren, neben dem auf Geldstrafe bis zu 500 000 Mark erkannt werden kann, wird, soweit (B) nicht andere Vorschriften eine schwerere Strafe androhen, bestraft:

1. wer öffentlich Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform oder gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes verherrlicht oder billigt oder wer solche Gewalttaten belohnt oder begünstigt;
2. wer zu Gewalttaten gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes auffordert, aufwiegelt oder solche Gewalttaten mit einem andern verabredet;
3. wer die Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes verleumdet oder öffentlich beschimpft;
4. wer öffentlich die republikanische Staatsform oder die Reichs- oder Landesfarben beschimpft;

(lebhafter Beifall links und in der Mitte)

5. wer an einer Verbindung der im § 128 und im § 129 des Strafgesetzbuchs bezeichneten Art teilnimmt, wenn die Verbindung den Zweck hat, die republikanische Staatsform zu untergraben.

III. Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik.

§ 6. Bei dem Reichsgericht

(Lachen und Zurufe bei den Kommunisten)

wird ein Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik errichtet.

(Erneute Zurufe von den Kommunisten.)

Der Gerichtshof entscheidet in einer Besetzung von sieben Mitgliedern. Drei Mitglieder ernennt das Präsidium des Reichsgerichts aus (C) den Mitgliedern des Reichsgerichts; vier Mitglieder ernennt der Reichspräsident.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die vom Reichspräsidenten ernannten Mitglieder brauchen nicht die Fähigkeit zum Richteramt zu haben.

(Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten und bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Für die ordentlichen Mitglieder sind Stellvertreter zu ernennen. Die notwendigen ergänzenden Anordnungen trifft der Reichsminister der Justiz.

Anklagebehörde ist die Reichsanwaltschaft.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Der § 147 Abs. 2 und § 153 des Gerichtsverfassungsgesetzes gelten entsprechend.

Auf das Verfahren finden die Vorschriften über das Verfahren vor den Strafkammern entsprechende Anwendung.

(Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Der Reichsminister der Justiz kann besondere Vorschriften erlassen.

§ 7. Der Staatsgerichtshof ist zuständig:

1. für Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform des Reichs oder gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes;
2. für die nach § 5 dieser Verordnung strafbaren Vergehen.

Die Anklagebehörde kann eine Untersuchung an die örtliche zuständige Staatsanwaltschaft abgeben; der Staatsgerichtshof kann eine bei ihm (D) anhängig gewordene Untersuchung auf Antrag der Anklagebehörde zum ordentlichen Verfahren verweisen.

Diese Vorschriften sind auch anzuwenden auf die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnungen begangenen strafbaren Handlungen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ist in der Sache bereits ein Urteil ergangen, gegen das die Revision zulässig ist, so entscheiden über die Revision die ordentlichen Gerichte.

IV. Beschlagnahme und Verbote von Druckschriften.

§ 8. Die Vorschriften des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 über die Beschlagnahme von Druckschriften (§§ 23 ff. des Gesetzes) finden auch auf die in § 5 dieser Verordnung bezeichneten Vergehen mit der Maßgabe Anwendung, daß gegen den Beschluß des Gerichts, der die vorläufige Beschlagnahme aufhebt, die sofortige Beschwerde stattfindet und die Beschwerde aufschiebende Wirkung hat.

§ 9. Wird eine Beschlagnahme einer periodischen Druckschrift durch das zuständige Gericht angeordnet oder bestätigt, so kann die Druckschrift bis auf die Dauer von vier Monaten verboten werden. Auf die Zuständigkeit und das Verfahren finden die Vorschriften der §§ 2 und 3 Anwendung.

§ 10. Wer eine nach § 9 verbotene periodische Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft, neben dem auf Geldstrafe bis zu 500 000 Mark erkannt werden kann.

(Dr. **Wirth**, Reichskanzler.)

V. Schlußbestimmungen.

§ 11. Mitglieder der Regierung des Reichs im Sinne dieser Verordnung sind der Reichspräsident, der Reichskanzler und die Reichsminister.

§ 12. Die Art. 118, 123, 124 der Reichsverfassung werden, soweit sie den Bestimmungen dieser Verordnung entgegenstehen, vorübergehend außer Kraft gesetzt.

§ 13. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Dazu kommt eine weitere Verordnung:

Verordnung über das Verbot bestimmter Versammlungen, vom 24. Juni 1922.

Mit Rücksicht darauf, daß bei der allgemeinen tiefen Erregung der Bevölkerung die nachfolgend genannten Veranstaltungen zu schweren Zwischenfällen führen können, verordne ich auf Grund des Art. 48 der Verfassung des Deutschen Reichs zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet, was folgt:

§ 1. Die Landeszentralbehörden werden ermächtigt, die für den 28. Juni 1922 geplanten Veranstaltungen zur Erörterung der Annahme des Friedensvertrags oder damit zusammenhängender Fragen auch außer den Fällen des Art. 123 der Reichsverfassung zu verbieten.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Das gleiche gilt bis auf weiteres für die Regimentsfeiern und andere Versammlungen

(lebhafte Bravorufe bei den Sozialdemokraten und bei den Deutschen Demokraten)

von Angehörigen ehemaliger Truppenteile.

Wer eine hiernach verbotene Versammlung veranstaltet oder in einer solchen als Redner auftritt, wird mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft, neben dem auf Geldstrafe bis zu 500 000 Mark erkannt werden kann.

Die Art. 118 und 123 der Reichsverfassung werden, soweit sie den Bestimmungen dieser Verordnung entgegenstehen, vorübergehend außer Kraft gesetzt.

§ 2. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich bitte, zuzustimmen, daß die Beratung über die eben gehörte Erklärung, wie es die Parteien des Ältestenausschusses vorgeschlagen haben, in einer Sitzung, die morgen, Sonntag den 25. Juni, mittags 12 Uhr, stattfindet, abgehalten wird. — Das Haus ist damit einverstanden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 8 Uhr 18 Minuten.)

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW., Wilhelmstraße 32.